Verhandlungen

der

verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung

Band 330.

Stenographische Berichte.

Von der 91. Sitzung am 4. Oktober 1919
bis zur 112. Sitzung am 29. Oktober 1919.

Berlin 1920.

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

Verhandlungen

der

verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung

Band 330.

Stenographische Berichte.

Von der 91. Sitzung am 4. Oktober 1919
bis zur 112. Sitzung am 29. Oktober 1919.

Berlin 1920.

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vierundneunzigste Sitzung.

Donnerstag den 9. Oktober 1919.

Fünfundneunzigste Sitzung.

Freitag den 10. Oktober 1919.

Seite

Sechsundneunzigste Sitzung.

Sonnabend den 11. Oktober 1919.

Siebenundneunzigste Sitzung.

Montag den 13. Oktober 1919.

Achtundneunzigste Sitzung.

Dienstag den 14. Oktober 1919.

Neunundneunzigste Sitzung.

Mittwoch den 15. Oktober 1919.

Hundertste Sitzung.

Donnerstag den 16. Oktober 1919.

Hunderterste Sitzung.

Freitag den 17. Oktober 1919.

Hundertzweite Sitzung.

Sonnabend den 18. Oktober 1919.

Hundertdritte Sitzung.

Montag den 20. Oktober 1919.

Hundertvierte Sitzung.

Dienstag den 21. Oktober 1919.

Hundertfünfte Sitzung.

Mittwoch den 22. Oktober 1919.

Hundertsechste Sitzung.

Donnerstag den 23. Oktober 1919.

Hundertsiebente Sitzung.

Freitag den 24. Oktober 1919.

Seite

Hundertelfte Sitzung.

Dienstag den 28. Oktober 1919.

Hundertzwölfte Sitzung.

Mittwoch den 29. Oktober 1919.

(A)

91. Sitzung.

Sonnabend den 4. Oktober 1919.

Seite

Seite (C)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Das Mitglied der Nationalversammlung für den 33. Wahlkreis, Herr Abgeordneter Engelhard, hat sein Mandat niedergelegt. — Das Erforderliche ist veranlaßt.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden.

Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Schiele der Abgeordnete Dr. Oberfohren;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Mende der Abgeordnete Dusche;

in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Schumann der Abgeordnete Brey;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Ende der Abgeordnete Dr. Luppe;

in den 20. Ausschuß für den Abgeordneten Schiele der Abgeordnete Biener.

(D)

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Müller (Fulda) und Dr. Hugo für 5 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen) für 14 Tage wegen dringender Geschäfte. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste Beratung der Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 (Nr. 1046 der Drucksachen)

in Verbindung mit der

ersten Beratung des Entwurfs einer siebenten Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 (Nr. 1045 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

I. für die allgemeine Finanzverwaltung:
der Ministerialdirektor Zapf,
der Geheime Regierungsrat Dr. Steinkopf,
der Geheime Regierungsrat Dr. Carl,
der Preußische Geheime Ober-Regierungsrat Fischer,
der Elsaß-Lothringische Geheime Regierungsrat Reichard,
der Preußische Geheime Regierungsrat Jahr,
der Elsaß-Lothringische Regierungsrat Munk,
der Preußische Landrat Dr. Dürr,
der Preußische Regierungsrat Orthmann;

II. für das Reichsschatzministerium:
der Ministerialdirektor Walther,
der Geheime Baurat Schubert,
der Geheime Regierungsrat Köhler,

(Präsident.)

(A) der Marine-Intendanturrat Klamt,
der Preußische Militär-Intendanturrat Krüger,
der Hilfsreferent Dr. Demuth,
der Hilfsreferent Regierungsrat Dr. Lenzmann,
der Hilfsreferent Dr. Landauer,
der Hilfsreferent Regierungs-Assessor a. D. Springer,
der Ständige Hilfsarbeiter Regierungsrat Lindenberg,
der Preußische Militär-Intendanturassessor Werdermann,
der Hilfsreferent Dr. Katz,
der Preußische Militär-Intendanturrat Pieszczek,
der Geheime Regierungsrat und Vortragende Rat Dr. Schlottmann,
der Geheime Regierungsrat und Vortragende Rat Sommerlatte,
der Hilfsreferent Bergassessor Seidl,
der Hilfsreferent Dr. Keck,
der Hilfsreferent Direktor Jahnke,
der Hilfsreferent Dr. Brückner,
der Hilfsreferent Gerichtsassessor Dr. Bolzani,
der Hilfsreferent Diplom-Ingenieur Leyser,
der Hilfsreferent Gerichtsassessor Mackensy.

Ich eröffne die erste Beratung, — ich schließe sie.

Ich nehme an, daß die Vorlage an den Haushaltsausschuß überwiesen wird. — Das Haus ist damit einverstanden; ich stelle das fest.

Ich rufe auf den zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Berichte des Ausschusses für die Petitionen.

Ich rufe auf:

a) Nr. 866 der Drucksachen, betreffend Vermeidung grammatischer Fehler oder sprachlicher Mängel in Gesetzentwürfen. — Berichterstatterin: Frau Abgeordnete Ekke.

(B) Ich eröffne die Beratung, — ich schließe sie. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuß beantragt, die betreffende Petition der Reichsregierung als Material zu überweisen. — Ich stelle fest, daß das Haus damit einverstanden ist.

Ich rufe auf:

b) Nr. 867 der Drucksachen, betreffend Zeitungsberichterstattung über Reichstagsverhandlungen und über politische und wirtschaftliche Fragen. — Berichterstatter: Abgeordneter König.

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Es handelt sich in diesem Petitum um eine Frage von hohem Interesse für das Parlament wie für die Öffentlichkeit selbst, um eine Frage, die alle Abgeordneten ohne Unterschied der Parteien interessieren sollte.

Es ist im wesentlichen vollkommen zutreffend, wenn in der Petition — ich will nur diesen einen Gedanken unterstreichen — hervorgehoben wird, jeder Parteiberichterstatter übe bewußt oder unbewußt Schönfärberei bei dem, was die sogenannten Größen seiner Partei gesagt haben. Die Reden der gegnerischen Parteigänger dagegen würden entweder bis zur Entstellung des Sinnes gekürzt oder geradezu falsch wiedergegeben. An solche ungenauen, bis zur Unehrlichkeit innerlich unwahren Berichte, „Stimmungsbilder" usw. knüpften dann die Auseinandersetzungen, die Leitaufsätze in der Tagespresse an, und Lügen über Lügen seien die unausbleibliche Folge; dadurch allein entständen Vergiftung und Verhetzung des Volkes. Das letztere ist zum großen Teil irrtümlich.

(C) Man kann annehmen, daß, wenn man von diesem Irrtum absieht, im Kern das zutreffend ist, was der Petent hier ausspricht. Es gibt nämlich — und das ist eine unerschütterliche Tatsache — keine objektive Berichterstattung für das Parlament und die Öffentlichkeit. Ausgenommen davon sind selbstverständlich die amtlichen stenographischen Berichte.

Wenn nun der Petent fortfährt, daß zu wünschen und gesetzlich zu erzwingen sei, daß nur völlig ungekürzte Berichte gegeben werden oder gekürzte Berichte, die durchaus unparteiisch sind, die gewissermaßen amtlich hergestellt werden, also auch in erheblich gekürztem Maßstabe, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß das nur sehr schwer durchführbar ist. Es ist vielleicht überhaupt ganz undurchführbar.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber es gibt dennoch eine Lösung der Frage, und zwar eine sehr einfache. Sie liegt darin, daß eine **populäre Ausgabe von den stenographischen Berichten** hergestellt und verteilt wird, und zwar in kleinem Broschürenformat. Das würde vollständig genügen. Der Kostenpunkt wäre nicht so erheblich. Es würde sich vielleicht darum handeln, daß eine halbe Million Exemplare auf die Wahlkreise nach der Stärke ihrer Beteiligung geliefert werden, und zwar unentgeltlich, während das weitere Bedürfnis nach derartigen Exemplaren der Volksausgabe in der Weise befriedigt werden könnte, daß alle, die ein solches Exemplar zu erwerben wünschen, es zum Selbstkostenpreise haben können.

Ich richte den dringenden Appell an die Regierung, die hier wieder einmal unvertreten ist, dem gesunden Kerngedanken des Petenten zu entsprechen, als auch dem Beschlusse der Kommission, soweit es überhaupt irgend möglich ist, nachzukommen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(D) **Präsident:** Die Beratung ist geschlossen. Ich nehme an, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses, die betreffende Petition der Reichsregierung als Material zu überweisen, zustimmt. — Ich stelle dies fest.

Ich rufe auf

Nr. 868 der Drucksachen, betreffend Fürsorgemaßnahmen für zurückgekehrte Kriegsgefangene. — Berichterstatter: Abgeordneter Knollmann.

Ich eröffne die Beratung, — ich schließe sie. Die Kommission stellt den Antrag, die betreffenden Petitionen der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Antrage einverstanden ist.

Ich rufe auf

Nr. 917 der Drucksachen, betreffend Terror gegenüber Mitgliedern der Gewerkschaft der Textilarbeiter im Verbande katholischer Arbeitervereine. — Berichterstatter: Abgeordneter Szczeponik.

Die Beratung ist eröffnet.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Szczeponik.

Szczeponik, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Da der Bericht Nr. 917 der Drucksachen allen vorliegt, will ich nicht als Berichterstatter reden, sondern als Abgeordneter. Es ist in der Kommission bemängelt worden, daß Beweise für die dort angeführten Behauptungen nicht angegeben worden sind. Mir sind nun eine Menge Beweise und auch anderes Material, das mit den Beschwerden zusammenhängt, zugegangen, was mich veranlaßt, zu der Sache hier das Wort zu ergreifen.

Zur tatsächlichen Feststellung möchte ich folgendes mitteilen: Es handelt sich darum, daß **Mitglieder der**

(Szczeponik, Abgeordneter.)

(A) **katholischen Gewerkschaften in Reichenbach** von dem dortigen Deutschen Textilarbeiterverbande **terrorisiert**, mit allen Mitteln von der Arbeit abgehalten werden, daß sie verhindert werden, den Fabrikhof zu betreten, und daß eine Menge von Arbeitern ausgesperrt worden sind. Es geht dabei um Leute, die schon bis zu 17 Jahren in der Fabrik beschäftigt, um Personen, die bis 70 Jahre alt sind. Es sind dort Webschützen entfernt worden, Stühle wurden entrückt usw. Dann wurden die Arbeiter mit Gewalt verhindert, in das Haus zu kommen, und längere Zeit sind sie ausgesperrt geblieben. Das sind nicht vage Behauptungen, das sind Tatsachen, die durch eidliche Vernehmungen festgestellt worden sind; denn einige von diesen Personen haben sich beim Gewerbegericht beschwert und verlangten statt der Arbeitslosenunterstützung den vollen Lohn. Er ist ihnen dann auch in Höhe von 352,48 Mark pro Person zugebilligt worden. Hierbei wurde festgestellt, daß die Behauptungen als erwiesen zu gelten haben. Danach haben sich Frauen und Männer an dem Terror beteiligt. Arbeitswillige sind bei der Arbeit belästigt, an der Arbeit verhindert worden, und schließlich wurde ihnen gewaltsam verwehrt, den Fabrikhof zu betreten. Sie haben durch ihre Vertretung bei der Staatsanwaltschaft Klageantrag gestellt. Dieser wurde am 30. Juli mit der Begründung abgelehnt: „weil strafbare Handlungen nicht vorliegen", könne dem Antrag nicht stattgegeben werden. Beim Oberstaatsanwalt liegt nun der Antrag vor, der Sache nachzugehen. Da es sich um ein schwebendes Verfahren handelt, bin ich nicht in der Lage, zu dieser Sache selbst Stellung zu nehmen.

Hinzufügen möchte ich nun folgendes: Die vorgeführten Fälle sind nicht die einzigen. Kurze Zeit darauf sind bei der Firma Weyl u. Nassau die Werke stillgelegt worden, einfach darum, weil die Firmeninhaber sich weigerten, die katholischen Gewerkschaftler zu entlassen. (B) Und als am Nachmittag um 3 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, gab es wieder heftigen Widerspruch. Etwas Ähnliches ereignete sich auch bei einer anderen Fabrik. Es sind noch im September — am 2. September — in Langenbielau Entlassungen angedroht, zum Teil durchgeführt worden, weil sich die betreffenden Arbeiterinnen nicht einer anderen Gewerkschaft anschließen wollten.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

In Liebau ist eine Art Ultimatum gestellt worden: wenn sich die Betreffenden nicht den anerkannten Organisationen anschließen, dann würde gestreikt werden. Ähnliches geschah noch im September gegenüber Arbeiterinnen bei der Firma Jung in Langenbielau, bei der Firma Einspenner in Langenbielau und bei der Firma Weyl in Reichenbach. Als Grund wurde angegeben, die katholischen Arbeiterinnen sollten sich einer anerkannten Organisation anschließen.

Wenn wir diese Fälle zusammenfassen, dann finden wir als Gemeinsames, daß von den Arbeitern und Arbeiterinnen verlangt wird, sich einer bestimmten Organisation anzuschließen; wenn sie das nicht tun, werden sie in schändlicher Weise von der Arbeitsstätte zurückgehalten und in ihrer Existenz bedroht.

In Reichenbach hat man die Arbeitgeber sogar gezwungen, ein Plakat zu unterschreiben und auszuhängen, in dem auf die katholischen Arbeiter in diesem Sinne eingewirkt wird. Einige haben sich auch dazu bestimmen lassen, andere nicht. Die davon betroffenen Arbeiter verlieren nun ihren Anspruch, den sie durch jahrelange Zahlungen erworben haben, oder sie müssen doppelte Beiträge zahlen, wenn sie ihn behalten wollen. So werden diese Leute drangsaliert. Man will mit ihnen nicht an einem Tisch sitzen, man will die Vorteile der Verträge den katholischen Arbeitern nicht zukommen lassen, und wenn diese Leute nicht entlassen werden, dann droht man den (C) Arbeitgebern mit Streik.

In der preußischen Landesversammlung hat eine Anfrage stattgefunden, was die Regierung angesichts solcher Tatsachen zu unternehmen gedenke. Der Minister hat geantwortet, daß die Regierung bestrebt sei, derartigen Ausschreitungen mit Nachdruck entgegenzutreten, und daß sie diese auf keinen Fall billige. Wie sich aber aus den Mitteilungen ergibt, ist ein Erfolg nicht eingetreten. Auch **im Waldenburger Gebiet** ist seit Wochen eine größere Anzahl **Grubenarbeiter ausgesperrt**, und es ist unbedingt notwendig, daß da eingegriffen wird. Die Leute müssen das Recht haben, sich so zu organisieren, wie sie es wollen. Die katholischen Abteilungen müssen anerkannt werden, und es muß gegen diejenigen, die sie terrorisieren, vorgegangen werden. Wie können sich sonst jene Leute dazu entschließen, der Regierung zu helfen, wenn sie sehen, daß die Regierung es nicht wagt, gegen sozialdemokratische Arbeiter vorzugehen, wenn sie auch zugibt, daß sie unrecht tun!

Da sich nun diese Fälle häufen, so ist es unbedingt notwendig, daß sich das hohe Haus der Sache annimmt und dafür sorgt, daß die Leute, die arbeiten wollen, auch wirklich Gelegenheit haben, zu arbeiten; daß nicht unnötig Arbeitslosenunterstützung gezahlt, und daß die Freiheit, die man überall predigt, auch den katholischen Arbeitern gewährt wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koßmann.

Koßmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bereits in der Verhandlung des Petitionsausschusses hat mein Freund Sagawe beantragt, die zur Debatte stehende Petition der katholischen organisierten Arbeiter aus Reichenbach der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag ist damals, und zwar gegen die (D) Stimmen des Zentrums, nicht durchgegangen; ich möchte ihn mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache daher wiederholen. Die von dem **sozialdemokratischen Terrorismus** betroffenen, **katholisch organisierten Arbeiter** und Arbeiterinnen würden es nicht verstehen, wenn die für ihre Existenz so äußerst wichtige Angelegenheit durch Überweisung der Petition als Material abgetan würde. Die Regierung muß die in der Verfassung festgelegte Koalitionsfreiheit, die durch den Terrorismus der Sozialdemokraten aufs schlimmste beeinträchtigt ist, unter allen Umständen schützen. Hierzu müssen wir die Regierung in aller Form auffordern. Deshalb mein Antrag, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Stimmen Sie also meinem Antrag zu.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thiele.

Thiele, Abgeordneter: Meine Herren, dem Petitionsausschuß sind ja nicht so viele Beispiele vorgelegt worden, wie heute durch den Herrn Abgeordneten Szczeponik; aber ich bin überzeugt, auch wenn das Beispielsmaterial so reichlich gewesen wäre wie heute, würde sich der Petitionsausschuß zu einer anderen Entscheidung als zur Materialüberweisung nicht haben entschließen können,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

aus dem einfachen Grunde, weil derartige terroristische Vorkommnisse, deren Tatsächlichkeit gar nicht geleugnet werden soll, bei weitem nicht in der Allgemeinheit auftreten, wie es notwendig wäre, wenn man eine solche Petition zur Berücksichtigung überweisen will. Ich bitte Sie deshalb, es bei dem Beschlusse des Petitionsausschusses zu belassen, die Überweisung als Material vorzunehmen. Die Regierung hat dann die Möglichkeit, alle Fälle, die ihr gemeldet werden, zu prüfen. Glaubt

(Thiele, Abgeordneter.)

(A) sie, auf Grund des ihr unterbreiteten Materials weitere Schritte unternehmen zu sollen, so kann sie es tun. Aber auf diese gar nicht nachzukontrollierende Beispiele, wie sie der Herr Kollege vorbrachte, können wir nicht einen so weitgehenden Beschluß fassen, wie es die Überweisung zur Berücksichtigung ist. Ich bitte Sie deshalb nochmals, es bei der Überlassung als Material zu belassen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Es liegen zwei Anträge vor; der Antrag des Ausschusses, die Petition der Reichsregierung als Material zu überweisen, und der Antrag Koßmann, die Petition der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der letztere Antrag ist der weitergehende, ich bringe ihn zunächst zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Koßmann auf Überweisung zur Berücksichtigung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Des ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage des Ausschusses auf Überweisung als Material zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nunmehr rufe ich auf den mündlichen Bericht auf Nr. 965 der Drucksachen und zwar zunächst die Petition betreffend Wahrung der Interessen der Transportversicherung. Der Antrag geht dahin, die Petition der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Die Beratung ist eröffnet, — geschlossen. Ich stelle fest, daß das Haus dem Antrag des Ausschusses zustimmt.

Weiter: Petition betreffend Löschung von Strafen.

Der Antrag geht auf Überweisung zur Erwägung.

Ich eröffne die Beratung, — ich schließe sie. Ich (B) darf wohl unterstellen, daß das Haus dem Antrag zustimmt. —

Ich rufe auf IIa, Petition betreffend Impfgesetz.

Der Ausschuß beantragt Überweisung als Material.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Ich stelle den Beschluß des Hauses auf Überweisung als Material fest.

Ich rufe auf Petition des Ernst Koch in Glogau, betreffend Errichtung eines Weltbundes.

Der Antrag der Kommission geht auf Überweisung als Material. Ich eröffne die Beratung, — ich schließe sie. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Petition des Georg Prepeneit, betreffend Genehmigung zur Heimreise und Erstattung seiner Reiseunkosten. Der Ausschuß beantragt Überweisung als Material.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Petition betreffend Versorgung reichsdeutscher Kriegsteilnehmer in Wien. Der Ausschuß beantragt die Überweisung als Material.

Ich eröffne die Beratung, — ich schließe sie. Das Haus stimmt dem Antrag zu.

Ich rufe auf die Petition betreffend eheliches Güterrecht.

Der Ausschuß beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme.

Ich eröffne die Beratung, — ich schließe sie. Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu dem Antrag des Ausschusses fest.

Ich rufe auf

Petition der Verbände der Beamtenstellvertreter usw. in Berlin, betreffend Besoldung und Schaffung eines Beurlaubtenstandes der Beamtenstellvertreter usw.

Der Ausschuß beantragt die Überweisung zur Kenntnis- (C) nahme.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Antrage einverstanden ist.

Ich rufe auf

Petition betreffend Anwendung des Amnestieerlasses auf schwebende Verfahren.

Der Ausschuß beantragt Überweisung an die Reichsregierung zur Kenntnisnahme.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf

Petition des Kaufmanns S. Ostwald in Coblenz betreffend Rückerstattung des ihm durch die Entziehung der Handelserlaubnis entstandenen Schadens.

Der Ausschuß beantragt Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Das Haus stimmt dem Ausschußantrag zu.

Ich rufe auf

Petition des Volksrats in Chorzow O. S., betreffend Neuwahlen zur Gemeindevertretung in Oberschlesien.

Der Ausschuß beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Das Haus stimmt dem Antrage zu.

Ich rufe auf

Petition betreffend Zusammenschluß aller europäischen Staaten zwecks Schadenersatz für die Verlängerung des Krieges durch Amerika.

Der Ausschuß beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Das Haus tritt dem Antrage bei.

Ich rufe auf

Petition der sozialpolitischen Frauengruppe und (D) anderer Frauenvereine in Hamburg, betreffend Entwaffnung der Regierungstruppen usw.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Werte Versammlung! Gestatten Sie mir zu dieser Eingabe eine kurze Bemerkung, um jedem etwa auftauchenden politischen Mißverständnisse vorzubeugen. Es handelt sich darum, daß Hamburger Frauenvereine vor längerer Zeit die **Entwaffnung der Regierungstruppen** verlangten. Es sind hier — und das ist hervorzuheben — Truppen aus der Wilhelminischen Zeit gemeint. Es handelt sich also um die Entwaffnung der Reste des ehemaligen stehenden Heeres. Daraus erklärt sich das einstimmige Votum unserer Kommission.

Ich darf dem persönlich hinzufügen, daß trotz dieses gültigen Votums die Petition heute noch im höchsten Grade aktuell sein könnte, was ja die Zustände in der deutschen Republik sowohl wie auch im Baltikum in der Tat auf das alleraugenscheinlichste und anschaulichste beweisen. Es ist ja eine niederschmetternde Wahrheit: Der Herr Reichswehrminister Noske hat jeden Einfluß auf gewisse Offizierskreise und ganze Truppenkörper verloren.

Darum wäre die sofortige Entwaffnung, wie sie hier in der Petition aus vergangenen Monaten gefordert wird, jetzt durchaus in bezug auf die Reichswehr am Platze. Ja, es wäre geradezu verdienstlich und lebhaft zu begrüßen, wenn diese Petition von neuem eingebracht und erwogen würde.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Beratung ist geschlossen.

Der Ausschuß beantragt, die Petition durch die Annahme des Gesetzentwurfs über die Schaffung einer vor-

(Präsident.)

(A) läufigen Reichswehr für erledigt zu erklären. Ich kann wohl feststellen, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses zustimmt.

Nunmehr rufe ich auf

Nr. 966 der Drucksachen, betreffend Reinigung vom Verdacht der Fahnenflucht usw. — Berichterstatter: Abgeordneter Sagawe.

Der Ausschuß beantragt, diese Petition für erledigt zu erachten.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie und stelle fest, daß das Haus dem Ausschußantrage beitritt.

Ich rufe auf

Nr. 967 der Drucksachen, betreffend Gewährung von Ruhegehalt an Beamte mit weniger als zehnjähriger Dienstzeit. — Berichterstatter: Abgeordneter Kuntze.

Der Ausschuß beantragt, die Petition der Reichsregierung als Material zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie und stelle fest, daß das Haus dem Antrage des Ausschusses beitritt.

Ich rufe nunmehr auf den dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Berichte des Ausschusses für soziale Angelegenheiten.

Ich rufe auf

Nr. 954 der Drucksachen, betreffend Arbeitszeit:
1. im Maler- und Hotelgewerbe,
2. für gewerbliche Betriebe,
Berichterstatter: Abgeordneter Schwarzer (Oberbayern).

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Röhle (Sachsen).

Röhle (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Wunsche des Aus-(B)schusses nicht Rechnung zu tragen, also die Petition für das Malergewerbe der Regierung nicht als Material zu überweisen, vielmehr meinem Antrage zuzustimmen dahingehend, daß über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen wird. Für das deutsche **Malergewerbe** besteht ein **Reichstarifvertrag**, der für das ganze Reich durchgeführt ist, und es ist nicht Aufgabe der Regierung, hier einzugreifen in ein Gewerbe, das bisher in vorbildlicher Weise seine Arbeitszeit selbständig geregelt hat.

Präsident: Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuß beantragt zweierlei, einmal

die Petitionen Tgb. II Nr. 905. 2985 und 8163, betreffend die Arbeitszeit im Maler- und im Hotelgewerbe,
der Reichsregierung als Material zu überweisen;
über die Petitionen Tgb. II. Nr. 1951, 2613, 2614, 3047, 4582, 6237, 8244, betreffend Regelung der Arbeitszeit für gewerbliche Betriebe,
zur Tagesordnung überzugehen.

Bezüglich der erstgenannten Petitionen hat der Herr Abgeordnete Röhle gleichfalls Übergang zur Tagesordnung beantragt. Demnach liegen bezüglich der Petitionen betr. die Arbeitszeit im Maler- und Hotelgewerbe zwei Anträge vor, der Antrag Röhle auf Übergang zur Tagesordnung, und der Antrag des Ausschusses auf Überweisung als Material. Ich werde den Antrag Röhle zunächst zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen, die, dem Antrag Röhle entsprechend, auch über diese Petitionen zur Tagesordnung übergehen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; damit ist dieser Antrag angenommen.

Nun darf ich wohl feststellen, daß bezüglich der (C) übrigen Petitionen das Haus dem Antrage seines Ausschusses auf Übergang zur Tagesordnung zustimmt. — Ich stelle das fest.

Ich rufe auf

Nr. 955 der Drucksachen:
1. betreffend Gewährung von Beihilfen und Übertragung von Staatsaufträgen an Kriegsteilnehmer
2. betreffend Entfernung von Angestellten und Arbeitern über 65 Jahre aus Privatbetrieben zugunsten der Unterbringung von Kriegsteilnehmern.
Berichterstatter: Abgeordneter Jäker.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie.

Der Ausschuß beantragt bezüglich der Petitionen betreffend Gewährung von Beihilfen und Übertragung von Staatsaufträgen an Kriegsteilnehmer die Überweisung an die Reichsregierung zur Erwägung, bezüglich der Petition betreffend Entfernung von Angestellten und Arbeitern über 65 Jahre aus Privatbetrieben zugunsten der Unterbringung von Kriegsteilnehmern Übergang zur Tagesordnung. Ich darf wohl feststellen, daß das Haus diesen beiden Anträgen seines Ausschusses beitritt. —

Ich rufe auf

c) Nr. 956 der Drucksachen
1. betreffend Einstellung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern,
2. betreffend Entlassung von Beamten der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft A.-G. in Berlin.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie.

Auch hierzu stellt der Ausschuß zwei verschiedene Anträge; im ersten Falle, betreffend die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, beantragt er Überweisung an die Reichsregierung als Material und im übrigen Über-(D)gang zur Tagesordnung. Ich darf wohl feststellen, daß das Haus diesen beiden Anträgen seines Ausschusses zustimmt. —

Ich rufe auf

d) Nr. 957 der Drucksachen, betreffend Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für Offiziere der Handelsmarine. — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Luppe.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie. Ich darf wohl feststellen, daß das Haus dem Antrage seines Ausschusses, die Petition der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen, zustimmt. —

Ich rufe auf

e) Nr. 958 der Drucksachen, betreffend Übernahme der Kosten der Rentenzulagen auf das Reich. — Berichterstatter: Abgeordneter Gilsing.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie und stelle fest, daß das Haus dem Antrage, die Petition der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen, beitritt.

Ich rufe auf

f) Nr. 959 der Drucksachen, betreffend Rückzahlung von Knappschaftsbeiträgen. — Berichterstatter: Abgeordneter Osterroth.

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie.

Der Ausschuß beantragt Übergang zur Tagesordnung. Ich stelle die Zustimmung des Hauses hierzu fest.

Ich rufe auf

g) Nr. 960 der Drucksachen, betreffend Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. — Berichterstatter: Abgeordneter Jäker.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie.

Der Ausschuß beantragt Überweisung an die Reichsregierung als Material. Ich stelle die Zustimmung des Hauses hierzu fest.

(Präsident.)

(A) Ich rufe auf

h) Nr. 961 der Drucksachen, betreffend Einführung eines Arbeitszwanges und Zulassung von Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag für die Ziegeleiindustrie in Ostpreußen. — Berichterstatter: Abgeordneter Hartmann (Berlin).

Ich eröffne die Beratung, — schließe sie.

Der Ausschuß beantragt Übergang zur Tagesordnung. Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu diesem Antrage fest.

Ich rufe auf

Nr. 962 der Drucksachen, betreffend Unterstellung der Portiers unter die Gewerbeordnung. — Berichterstatter: Abgeordneter Schneider (Sachsen).

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie.

Der Ausschuß beantragt Überweisung an die Reichsregierung als Material. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu diesem Antrage fest.

Ich rufe auf

Nr. 963 der Drucksachen, betreffend soziale Forderungen der Angestellten. — Berichterstatter: Abgeordneter Bender (Magdeburg).

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie.

Der Ausschuß beantragt Überweisung an die Reichsregierung als Material. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu diesem Antrage fest.

Ich rufe auf

Nr. 964 der Drucksachen, betreffend Lohnzahlung für Fortbildungsschulstunden. — Berichterstatter: Abgeordneter Janschek.

Ich eröffne die Beratung — und schließe sie.

Der Ausschuß beantragt Überweisung an die Reichsregierung als Material. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu diesem Antrage fest.

Wir kommen zum 4. Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Bildung eins Stickstoff-Syndikats (Nr. 461 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Semmler.

Ich eröffne die Beratung. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Der Antrag der Kommission geht dahin:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

a) Laut § 7 des Vertrags der Stickstoffgesellschaft m. b. H. hat der Reichsfiskus das Vorschlagsrecht für drei Mitglieder des Verwaltungsrats. Die Reichsregierung wird ersucht, mindestens ein Mitglied der Verbrauchergruppe vorzuschlagen.

b) Die Nationalversammlung nimmt Kenntnis von den die inländische Stickstofferzeugung betreffenden Verhandlungen und Verträgen.

Sie richtet an die Reichsregierung das Ersuchen, ihren Einfluß innerhalb des Syndikats dahin geltend zu machen, daß der Tendenz entgegengewirkt wird, die Preisgestaltung nach den Produktionskosten der am teuersten arbeitenden Gruppe zu bemessen, vielmehr dahin zu wirken, daß sich der Stickstoffpreis im Interesse der Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Preisgestaltung für diese, soweit irgend angängig, anpaßt.

c) Die Regierung zu ersuchen, mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß der vorhandene Stickstoff umgehend, wenn nötig, mit Extrazügen, den Landwirten zugeführt wird.

Ich darf unterstellen, da Wortmeldungen nicht vorlagen, daß das Haus dem Antrage seiner Kommission zustimmt. — Ich stelle das fest.

Meine Damen und Herren! Damit ist unsere Tagesordnung erledigt.

(Heiterkeit.)

Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag den 7. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. Beratung des Reichshaushaltsplans und der Ergänzung für 1919, und zwar
   a) Reichsministerium, Reichskanzler, Reichskanzlei;
   b) Reichsjustizministerium;
   c) Reichsfinanzministerium;
   d) Allgemeiner Pensionsfonds.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 53 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

92. Sitzung.

Dienstag den 7. Oktober 1919.

(B)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 24 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Von der Generalintendanz des Deutschen Nationaltheaters in Weimar ist folgendes Telegramm eingegangen:

> Das Deutsche Nationaltheater gedenkt in seiner heutigen Eröffnungsvorstellung, welche Richard Wagners „Meistersingern" gewidmet ist, in herzlicher Dankbarkeit der Deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung und verbindet mit seinen innigsten Wünschen für die Fortdauer ihrer unermüdlichen segenbringenden politischen Arbeit erneut das Gelöbnis, das Vertrauen zu rechtfertigen, welches Volksvertretung und Reichsregierung in die künstlerische und vaterländische Arbeit des Deutschen Nationaltheaters gesetzt haben.
>
> Ernst Hardt, Generalintendanz des Deutschen Nationaltheaters in Weimar.

(C)

(Bravo!)

Wir danken für dieses Telegramm, das uns an die schöne Zeit in Weimar erinnert, aufs herzlichste.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Zubeil, Dr. Oberfohren
die Abgeordneten Laukant, Laverrenz;

in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Böhme (Magdeburg)
der Abgeordnete Bartschat;

in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Davidsohn
der Abgeordnete Löbe;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Schiffer (Magdeburg), Koch (Düsseldorf), Knollmann
die Abgeordneten Brodauf, Frau Dr. Schirmacher, Dr. Düringer;

in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Heimann
der Abgeordnete Feldmann.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten

(D)

Geck für 4 Wochen wegen Krankheit,
Frau Weber für 9 Tage wegen dringender Geschäfte.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 367, Laverrenz, Schiele (Nr. 1066 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Laverrenz.

Laverrenz, Abgeordneter:

> Unter den heimkehrenden Kriegsgefangenen wird eine von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene herausgegebene Schrift verteilt „Was ist in Deutschland geschehen?" Ihr Inhalt stellt sich als eine Schilderung der Revolution in ausgesprochen sozialdemokratischem Sinne dar, die in weiten Kreisen, namentlich auch der anders denkenden Kriegsgefangenen, der schärfsten Ablehnung begegnet.
>
> Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um dieser auf Kosten aller Steuerzahler betriebenen **einseitigen politischen Propaganda unter den Kriegsgefangenen** alsbald Einhalt zu gebieten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungskommissar Schlesinger.

Schlesinger, Kommissar der Reichsregierung: Der Regierung ist nicht bekannt, daß heimgekehrte Kriegs-

(Schlesinger, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) gefangene an der zur Verteilung gelangenden Broschüre: „Was ist in Deutschland geschehen?“ Anstoß genommen hätten.

(Hört! Hört! rechts.)

Die amtlichen Stellen haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Heimkehrenden darüber zu unterrichten, welche Veränderungen infolge des militärischen Zusammenbruchs in Deutschland stattgefunden haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Aufklärung kann sich selbstverständlichnur im republikanischen Sinne bewegen. Eine einseitige politische Propaganda, wie sie früher aus den Mitteln aller Steuerzahler geübt wurde, wird hierbei nicht betrieben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen und Unruhe rechts.)

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 368, Schiele (Nr. 1071 der Drucksachen),

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

Unter der gegenwärtigen **Teuerung** leiden wohl am meisten und sind am wenigsten bedacht die **Zivil- und Staatsinvaliden** und die von diesen hinterlassenen Witwen.

Ist die Regierung bereit, die überaus große Not der Rentenempfänger, also derjenigen, die der Allgemeinheit als Arbeiter ihre Kräfte geopfert haben, sofort dadurch etwas zu lindern, daß sie ihnen aus Heeresbeständen neue oder getragene Kleidungsstücke und Stoffe, Decken oder sonstige noch verwendungsfähige Stücke unentgeltlich zur Verfügung stellt?

(B) **Präsident:** Der zur Beantwortung der Anfrage bestellte Herr Regierungskommissar scheint nicht anwesend zu sein.

(Zuruf rechts.)

— Es wäre wünschenswert, wenn sich die Herrn Vertreter der Regierung bei Zeiten melden würden.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Wort hat der Reichsarbeitsminister.

Schlicke, Reichsarbeitsminister: Zur Beantwortung der Anfrage ist mein Ressort nicht allein zuständig, weil Heeresgut in Betracht kommt, das meiner Verwaltung nicht untersteht. Ich habe mich mit den anderen Ressorts in Verbindung gesetzt; aber die Mitteilung ist offenbar so spät gekommen, daß die Antwort noch nicht erledigt werden konnte.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand erledigt. Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar zunächst:

Haushalt für das Reichsministerium, den Reichskanzler und die Reichskanzlei (Anlage II).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1097 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Bolz.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 3 Tit. 1.

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Bolz.

(C) **Bolz,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Bei Titel 1 wurde der Antrag gestellt, die **Aufwandsgelder für den Herrn Reichskanzler** von 64000 Mark auf 50 000 Mark zu ermäßigen mit der Begründung, daß eine Einschränkung der Repräsentation nötig und bei der Notlage des Reichs Sparsamkeit geboten sei. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Stellung des Reichskanzlers eine gehobene bleiben müsse, und auch mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert.

Zu Tit. 1a sind **zwei Reichsminister,** die nicht zugleich Chefs einer obersten Reichsbehörde sind, angefordert. Hier entspann sich eine längere Debatte. Zunächst wurden Wünsche nach Streichung der Hälfte der Summe geltend gemacht, da beide Ministerposten zur Zeit der Beratung nicht besetzt waren. Es wurde ein Antrag gestellt, 44 000 Mark von der unter Tit. 1a aufgeführten Summe von 88 000 Mark abzustreichen. Auf Wunsch des Herrn Reichskanzlers wurde die Debatte unterbrochen und vertagt, da zur Zeit der damaligen Verhandlungen bereits Unterhandlungen mit der Demokratischen Partei wegen Eintritts in die Regierung im Gange waren. Nach Wiederaufnahme der Debatte und der Umbildung der Regierung wurde von der Reichsregierung dargelegt, daß die beiden Ministerposten notwendig seien, und zwar der eine für die wirtschaftlichen Aufgaben aus dem Friedensvertrage, insbesondere für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens; der zweite Minister sei zur Unterstützung des Kanzlers notwendig, insbesondere zur Führung des Vorsitzes im Reichsrat. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß nach § 65 der neuen Reichsverfassung der **Vorsitz im Reichsrat und in seinen Ausschüssen** durch ein Mitglied der Reichsregierung zu führen sei. Mitglieder der Reichsregierung seien aber nur die Minister. Der Reichsrat sei einmütig der Auffassung, daß eine Stellvertretung der Minister in der Führung des Vorsitzes im Reichsrat nicht zulässig sei. Dagegen werde vom Reichsrat eine Stellvertretung im Vorsitz der Ausschüsse zugelassen. Desgleichen sei nach Art. 67 der Reichsverfassung der Reichsrat von dem Reichsministerium über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem laufenden zu halten. Auch hier werde die Stellvertretung nicht zugelassen. (D)

Das sachliche Bedürfnis nach einem Minister für den Wiederaufbau wurde an sich nicht bestritten; es wurde aber geltend gemacht, daß die Einrichtung des Ministeriums doch nur eine Folge der Umbildung der Regierung sei. Es wurde gerügt, daß das parlamentarische System hier ohne Not dem Volke Kosten auferlege. Gegen einen Minister ohne Portefeuille wurden teilweise grundsätzliche Bedenken erhoben. Auch die Frage der Unzulässigkeit der **Stellvertretung im Vorsitz des Reichsrats** wurde bestritten. Zur Begründung wurde angeführt, nach Art. 63 der Reichsverfassung würden die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten. Es werde nun von niemandem bestritten, daß hier eine Stellvertretung zulässig sei. Analog könne auch nach dem Wortlaut von Art. 65 eine Stellvertretung nicht ausgeschlossen werden. Der Antrag auf Streichung von 44000 Mark bei Tit. 1a wurde schließlich wegen Aussichtslosigkeit zurückgezogen, und der Tit. 1a selbst genehmigt.

Bei Tit. 2 entspann sich eine längere Debatte über den angeforderten Posten eines **Ministerialdirektors** zur Leitung der **Presseabteilung im Auswärtigen Amt.** Bezüglich des Pressewesens besteht der Plan, erstens, die einzelnen Presseabteilungen der verschiedenen Reichsämter aufzuheben; zweitens, jedem Reichsministerium nur einen Pressereferenten zu belassen, und drittens, das ganze Pressewesen im Ministerium des Äußern zu zentralisieren. Der Leiter dieser Presseabteilung

(**Volz**, Berichterstatter.)

(A) des Auswärtigen Amtes untersteht direkt dem Reichskanzler; auch etatrechtlich zählt er zu den Beamten der Reichskanzlei. Weil er aber die Geschäfte eines Direktors des Ministeriums des Äußeren besorgt, und ein Ministerialdirektor im Ministerium des Äußeren ein Gehalt von 20 000 Mark bekommt, ist auch hier die Regelung so, daß der Leiter dieses Presseamts zwar das Gehalt eines Ministerialdirektors der Reichskanzlei von 14 000 bis 17 000 Mark bezieht, daß ihm aber der Unterschied gegenüber dem Ministerialdirektor im Ministerium des Äußeren in Höhe von 6000 Mark in Form einer Zulage gewährt werden soll. Gegen eine solche Regelung wurden teilweise Bedenken geäußert. Aber nachdem der Herr Reichskanzler und der Herr Minister des Äußern übereinstimmend diese Regelung gewünscht hatten, wurden die Bedenken fallen gelassen.

Eine längere Debatte entspann sich noch über das Verhältnis der Reichsregierung zur Presse, über die Pressekonferenzen, über die Zweiteilung der Pressekonferenzen in Nachrichtenübermittlung und allgemeine politische Aussprache.

Bei Tit. 10 ist ein Abstrich von 15 000 Mark für **Haltung eines Kraftwagens** erfolgt. In sämtlichen einzelnen Etats erscheint unter dem Titel „Geschäftsbedürfnisse für Haltung eines Kraftwagens" die Summe von 30 000 Mark. Der Ausschuß hat nicht bestritten, daß namentlich der Herr Reichskanzler, teilweise auch andere Ministerien, ein geschäftliches Bedürfnis für Haltung eines Kraftwagens haben. Aber das geschäftliche Bedürfnis konnte nicht überall anerkannt werden, und es wurde die Frage erörtert, ob nicht eine Zentralisierung des Kraftwagenwesens für die einzelnen Reichsministerien die Ersparung verschiedener Kraftwagen ermögliche. Schließlich wurden hier beim Etat des Herrn Reichskanzlers wie auch bei den anderen Ministerien durch den (B) Ausschuß durchgängig 15 000 Mark von dieser Summe abgestrichen in der Annahme, daß die einzelnen Reichsministerien den Weg finden würden, um mit weniger Kraftwagen und mit bescheideneren Mitteln durchzukommen. Andererseits wurde nicht bestritten, daß tatsächlich für die Haltung eines Kraftwagens die Summe von 30 000 Mark den augenblicklichen Bedürfnissen entspricht.

An allgemeinen Fragen wurde zunächst erörtert die **Behandlung der Archive des aufgelösten Generalstabs und der aufgelösten Kriegsministerien** der Länder. Es wurde darauf hingewiesen, daß Gefahr bestehe, daß Aktenstücke beseitigt oder vernichtet werden könnten. Es wurde auch eine Resolution gestellt, dahingehend, das Reichsministerium solle die Archive des Generalstabs und der Kriegsministerien der Länder sogleich in Verwahrung nehmen. Die Regierung teilte mit, daß diese Archive vom 1. Oktober ab dem Reichsministerium des Innern unterstehen, und daß es nicht verständlich sei, was darüber hinaus nach der Resolution noch geschehen solle. Die Resolution wurde dann abgelehnt.

Dann wurde die Frage des **Belagerungszustandes in Berlin** behandelt. Es wurde die Frage gestellt, ob der nach der alten Verfassung über Berlin verhängte Belagerungszustand heute noch zu Recht besteht. Der Herr Reichskanzler teilte mit, daß die Reichsregierung auf Grund eines Gutachtens des Reichsjustizamts einstimmig der Ansicht sei, daß der Belagerungszustand zu Recht bestehe. Wenn rechtlich die Frage zweifelhaft sein könne, so sei doch politisch die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Berlin gegeben.

Dann wurden noch Wünsche geltend gemacht nach einem besseren **Zusammenarbeiten der Reichsbehörden und der Behörden der Länder** bei Übernahme von Aufgaben, die bis jetzt den Einzelstaaten zustanden, auf das Reich und bei Ausführung des Friedensvertrages, soweit dabei (C) Interessen von Ländern in Frage kommen. Es wurden einige Einzelfälle zur Begründung dieser Wünsche angeführt. Der Herr Reichskanzler sagte weitgehende Berücksichtigung zu.

Der Ausschuß schlägt Ihnen vor, den Etat zu genehmigen unter Abstrich der 15 000 Mark bei dem Titel 10, Geschäftsbedürfnisse für Haltung eines Kraftwagens.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Bauer, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Vor Beginn unserer gemeinsamen Wintertagung habe ich dem Herrn Reichspräsidenten eine Erweiterung der Reichsregierung vorgeschlagen und von ihm die Ermächtigung erhalten, mit der Demokratischen Fraktion der Nationalversammlung in Verhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen sind in den letzten Tagen zum Abschluß gelangt. Die **Demokraten** sind in das **Kabinett** eingetreten, dessen Programm Ihnen allen bekannt ist. Herr Schiffer hat das Reichsjustizministerium und die Stellvertretung des Reichskanzlers übernommen, Herr Koch das Reichsministerium des Innern. Herr Dr. David, der bisher das Reichsministerium des Innern verwaltete, bleibt im Kabinett als Minister ohne Portefeuille. Das neue Ministerium für Wiederaufbau, das der materielle Träger unserer Beziehungen nach dem Westen sein muß und auf dessen Leistungen erst das Auswärtige Amt seine Arbeit des Wiederaufbaues der politischen Beziehungen gründen kann, wird in den nächsten Tagen besetzt werden.

In Frankreich ist ja eine gleichartige Einrichtung vorhanden, dort war der Minister Loucheur Leiter des Ministeriums für Wiederaufbau.

So stellt sich Ihnen das Kabinett heute in seiner neuen Gestalt vor, ein Kabinett, das die übergroße Mehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes repräsentiert. (D) Die Regierung wird bestrebt sein, mit den Parteien dieses Hauses engste Fühlung zu halten, und durch die Erweiterung der Basis der Regierung wird, glaube ich, auch die Sicherheit gegeben sein, daß wichtige Gesetze eine Mehrheit finden und schnell zur Verabschiedung gelangen. Ob dieses Stärkeverhältnis, wie es die Wahlen vom 18. Januar festgestellt haben, immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die **Neuwahlen zum ersten Reichstag der Republik** zeigen. Sie werden angesichts des Arbeitsstoffes der Nationalversammlung wohl kaum vor dem Frühjahr angesetzt werden können.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Arbeiterräte und der Reichswirtschaftsrat, die Steuergesetze, der Etat und die Wahlgesetze, schließlich auch das Mannschafts- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz — ich nenne nur die größten unserer gesetzgeberischen Aufgaben — werden unbedingt noch von diesem hohen Hause erledigt werden müssen. Es wird also lediglich von der Arbeitskraft und von dem bewährten Pflichtbewußtsein der Nationalversammlung abhängen, auf wann der Wahltermin bestimmt werden kann. Die Regierung wird in dem von mir gekennzeichneten Rahmen mit dem frühesten Termin einverstanden sein.

(Bravo!)

Das Programm des Kabinetts — das sagte ich bereits — ist das gleiche geblieben. Die Verhältnisse werden es mit sich bringen, daß bald der eine, bald der andere der darin aufgestellten Punkte in den Vordergrund tritt und unsere gesetzliche Erfüllung fordert. Ich darf Ihnen aber kurz die **Aufgaben** aufzählen, die **der Regierung** für die nächste Zeit, für den Winter besonders dringend erscheinen und deren beschleunigte Lösung sie mit Ihnen anstreben wird.

(**Bauer**, Reichskanzler.)

(A) Vorerst aber ein Wort über den allgemeinen **Geisteszustand unseres Volkes**, der ja für alle und jede politische Erwägung den wichtigsten Gegenstand darstellt. Eins darf ich dankbar und freudig feststellen: es geht wieder ein **Zug nach Arbeit**, nach Konsolidierung durch das Volk, besonders durch die Arbeiter. Ich huldige keinem weltfremden Optimismus und bilde mir nicht ein, wir seien nach unserm tragischen Zusammenbruch nun schon über den Berg. Aber gerade ich als alter Gewerkschaftler weiß zu unterscheiden zwischen Streik und Streik. Gewiß, es wird immer noch zu viel gestreikt in Deutschland, viel zu viel. Für die Riesenaufgabe, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist jeder Tag erzwungener Arbeitsruhe verderblich.

(Sehr richtig!)

Aber wenn es auch heute noch politischen Einpeitschern gelingt, bald hier, bald dort die Arbeiter aus den Betrieben herauszubringen: die wilde, stets bereite, unbedenkliche Streiklust ist verraucht. Die gewerkschaftliche und politische Schulung macht sich überall wieder geltend, der **Streik** wird wieder und muß wieder werden, was er war: das letzte, nur mit höchster Selbstzucht anzuwendende wirtschaftliche Kampfmittel, das eine zweischneidige Waffe ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das aber muß er auch bleiben, und eine Regierung, der vorzusitzen ich die Ehre habe, wird nie an das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel zu rühren wagen,

(bravo! bei den Sozialdemokraten)

dessen Notwendigkeit nichts anderes ist als der Beweis, daß es eben auch heute noch wirtschaftlich Stärkere und wirtschaftlich Schwächere gibt. Wenn aber die Arbeitsunlust, diese eine zerstörende Erbschaft des Krieges, im Abebben begriffen ist, die andere nicht minder unheilvolle steht noch in voller Blüte: die **Korruption!** Noch immer

(B) hat bei uns fast alles seinen Preis und meist seinen Wucherpreis, von der Schieberware bis zu dem, was man einstens Treu und Glauben hieß. Eine moralische Erkrankung ohnegleichen gilt es hier in allen Schichten zu bekämpfen, mit allen Mitteln, mit aller Erbarmungslosigkeit, ohne irgendein Ansehen der Person. Wir wissen, was wir besonders unseren Beamten an Schutz und Anerkennung schulden, aber gerade den unantastbaren Beamten gegenüber sind wir verpflichtet, gegen die Korruption innerhalb des Beamtentums aufs schärfste einzuschreiten

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und es wieder zu dem zu machen, was es war: eine Körperschaft von sprichwörtlicher Unbestechlichkeit.

Meine Damen und Herren! Auch die **parlamentarische Tätigkeit dieses Winters** wird in großem Umfange in der Feststellung der Rechte der wirtschaftlich Schwächeren, vor allen Dingen der Arbeiter bestehen! Das ist nicht, wie uns von anderer Seite oft vorgeworfen wird, eine Liebedienerei, eine Verhätschelung der Arbeiterschaft! Aber gerade hier ist eben unendlich viel versäumt worden. Keine Gnade, wie im kaiserlichen Deutschland, nein Recht und Rechte verlangt die Arbeiterschaft in dem Umfange, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze zukommt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Republik ist entschlossen, diese Rechtsansprüche zu erfüllen und alte böse Schulden abzutragen.

Der Ausdruck dieses Entschlusses ist vor allem der Gesetzentwurf über die **Betriebsräte,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

der Ihren Ausschuß seit längerem beschäftigt, und dessen Annahme die Beratungen hoffen lassen. Soweit mir bekannt ist, haben die Mehrheitsparteien sich über den wesentlichen Inhalt des Gesetzes geeinigt, nur muß der Grundcharakter des Gesetzes bestehen bleiben. Der Entwurf eines Gesetzes über die **Wirtschaftsräte** wird beschleunigt fertiggestellt und soll ihnen sobald wie möglich (C) vorgelegt werden. Erst diese beiden Gesetze zusammen geben dem Artikel 165 der Verfassung ihren Inhalt, sie sollen durch ihren Verfassungscharakter, unberührt von etwaigen Schwankungen der inneren Politik, den Arbeiter in Zukunft in der Entwicklung der Wirtschaft mitbeteiligen und ihm Hausherrenrechte geben, wo er bisher nur schlecht bedankte Pflichten hatte.

Mit der Erreichung dieses Ziels ist auch der Zeitpunkt gekommen, wo der Kampf um die Arbeiterräte aus dem Stadium der Schlagworte herauskommen und sich mit den Realitäten des Wirtschaftslebens beschäftigen muß. Für Einrichtungen, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, ist dann kein Raum mehr. Die Reichsregierung ist bestrebt, die Arbeiten so zu fördern, daß die Wahlen zu den Betriebsräten möglichst schon Anfang des nächsten Jahres stattfinden können, und daß die Wahlen zu den Wirtschaftsräten ihnen vielleicht schon einige Wochen später werden folgen können. Damit wird der provisorische Zustand, in dem sich jetzt die Arbeiterräte und der Zentralrat befinden, in einen endgültigen überführt. Die Reichsregierung ist mit dem Zentralrat darüber einig, daß dies, je eher desto besser, geschieht.

Eng mit dieser Einführung des Arbeiters als gleichberechtigt in den Produktionsprozeß hängt die Frage zusammen, wie dieser Prozeß vor mutwilligen Erschütterungen zu bewahren ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe vorhin gesagt: das Streikrecht darf nicht angetastet werden, aber wir müssen es mit dem Gesetz der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in Einklang bringen und gegen wilden Terrorismus schützen.

(Sehr richtig! links.)

All die Schlichtungen von Arbeitsstreitigkeiten in den letzten Monaten hat die Notwendigkeit einer **Neuregelung des Schlichtungswesens** für jeden erwiesen, der den Charakter (D) des Streiks als eines berechtigten Kampfmittels nicht ruiniert sehen will.

(Sehr richtig! links.)

Wie die Zivilprozeßordnung das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten regelt, so muß eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf dem Reichsministerium bereits vorliegt, die Rechtsgarantien für ordnungsmäßige Besetzung der Schlichtungsausschüsse und für ein geregeltes Verfahren festlegen.

(Erneute Zustimmung links.)

Die Geschichte unseres Gerichtswesens zeigt uns den Weg, an die Stelle des Faustrechts der nackten Gewalt tritt das geregelte Gerichtsverfahren, dessen Urteil sich auch der Widerstrebendste zu fügen hat. Es ist klar, daß das letzte Ziel dieser Entwicklung das **obligatorische Schiedsgericht** ist, das, wie ich im Juli vor diesem hohen Haus ausführte, die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt, und von dem ich sagte: „Es würden dabei alle Sicherheiten zu schaffen sein, damit jede Partei zu ihrem Rechte kommt, aber vor allem muß auch das Recht der Allgemeinheit auf Beruhigung des Wirtschaftslebens sichergestellt werden."

Neben diesen großen Problemen stehen Aufgaben im einzelnen, alle aus dem gleichen Geist sozialer Gerechtigkeit geboren, alle für einzelne Kategorien von Volksgenossen von entscheidender Wichtigkeit. Vor allem sind es die **Kriegsbeschädigten,** die nach wie vor der Hilfe des Landes bedürfen. Da das Maß ihrer Arbeitskraft nicht wiederhergestellt werden kann, muß alles getan werden, um sie vor dem sozialen Versinken zu schützen. Ein Gesetz über den **Einstellungszwang** soll dazu beitragen, gerade den Schwerbeschädigten Arbeit und Auskommen zu sichern. An die gesunde Arbeiterschaft richte ich den Appell — und ich bin gewiß, daß er nicht ungehört verhallen wird —,

(**Bauer**, Reichskanzler.)

(A) jede erdenkliche Rücksicht auf diese schwergeprüften Kollegen zu nehmen, und damit auch in diesem Punkte die unzerstörbare Solidarität der Arbeiterschaft zu beweisen.

Daneben geht das große Werk der **Neuregelung der Militärrentenversorgung und der Hinterbliebenenversorgung.** Nicht mehr nach militärischen Dienstgraden, sondern nach sozialen Gesichtspunkten aufgebaut, soll dieses Gesetz noch in diesem Winter zum Abschluß gebracht werden.

(Bravo!)

Ein dritter Weg, den Opfern des Krieges vor allem zu helfen, wird auf dem Gebiete der **Ansiedlung** beschritten werden, wo die neue Verfassung die Zuständigkeit des Reiches ja bedeutend erweitert hat. Sie haben bereits im August das Siedlungsgesetz erledigt; aber Verhältnisse, die sich schwer oder zur Zeit kaum ändern lassen, haben es mit sich gebracht, daß dieses Gesetz größtenteils nur auf dem Papier steht. Der Kriegsbeschädigte, der Arbeiter, der zurückgekehrte Kriegsgefangene fragt nicht nach Gesetzen, er will das ihm bestimmte Grundstück sehen, er verlangt nach Baugeldern, nach Baustoffen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Die Schwierigkeiten der Praxis brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Aber auch hier hoffen wir, mit der Hilfe der einzelnen Länder vorwärts zu kommen, und ein Schritt voran soll das **Reichsheimstättengesetz** sein.

Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeiterschutzes ist ein **Arbeitszeitgesetz** in Vorbereitung, das eine der wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution, den Achtstundentag, sicherstellen soll.

Schließlich verlangen die gewerkschaftlichen Grundsätze und nicht minder die finanziellen Mißverhältnisse des Reiches eine Umgestaltung der vielfach mißbrauchten **Arbeitslosenfürsorge**

(lebhafte Zustimmung)

im Sinne einer verstärkten Arbeitsbeschaffung für die (B) Erwerbslosen.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Die Gemeinden müssen in viel stärkerem Umfange als bisher bestrebt sein, Notstandsarbeiten zu beschaffen und mit der größten Rücksichtslosigkeit allen denjenigen, die eine zugewiesene angemessene Arbeit nicht annehmen, die Unterstützung versagen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dem endgültigen Abbau der heutigen Zustände soll die gesetzliche **Arbeitslosenversicherung** bringen, die im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung ist.

Erschöpfend kann natürlich diese Aufzählung der hauptsächlichsten und dringendsten Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeiterrechts nicht sein. Ich habe nur erwähnt, was keinen Aufschub erduldet, wenn nicht die erfreulichen Ansätze wiederum verschüttet werden sollen, die sich im Denken und Fühlen unseres Volkes in der Richtung nach Ruhe und Gesundung zeigen.

Die großen Wirtschaftsfragen, insbesondere den Tiefstand unserer **Valuta**, haben Sie, meine Damen und Herren, soeben in mehrtägigen Verhandlungen besprochen, in denen der ganze Umfang unserer wirtschaftlichen Sorgen erörtert wurde, die ja alle Ursache und Wirkung zugleich sind. Kohle, Transport, Erzeugung, jede dieser Fragen bedingt die andere und kann ohne die andere nicht gelöst werden. Aber ein Aktivum haben wir auch in dieser Beziehung. Seit Juli haben wir uns unter den schwersten Befürchtungen zum letztenmal mit dem Stande der **Kohlenversorgung** beschäftigt. Seit diesem Zeitpunkte ist die Förderung und die durchschnittliche Arbeitsleistung in den Kohlenrevieren in die Höhe gegangen. Aber die Produktion ist noch längst nicht so auf der Höhe, daß uns eine ausfuhrfähige Industrie, diese einzige Quelle unentwerteter Zahlungsmittel, garantiert wäre. Vor allem aber ist der Transport und damit auch der Abtransport der Kohle

(C) noch völlig im Argen. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit in den Eisenbahnen, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

von der aber bis jetzt herzlich wenig zu spüren ist,

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

gelingt, da können wir Kohle und Industrie nicht in den fruchtbaren Zusammenhang bringen, der im Interesse des ganzen Volkes und vor allem der Arbeiterschaft liegt.

(Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Den Kohlenrevieren und der Steigerung der Förderung wenden wir natürlich unsere ganze Aufmerksamkeit und Fürsorglichkeit zu. Im **Ruhrrevier** wäre eine **Einstellung von 38 000 neuen Arbeitern** möglich

(hört! hört! bei den Mehrheitsparteien)

und natürlich höchst erwünscht. Davon können heute schon 20000 sofort und ohne große Schwierigkeiten zufriedenstellend untergebracht werden. Es sind alle Maßnahmen eingeleitet, um durch ein besseres Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise die Anwerbung dieser 20000 Arbeiter im ganzen Reiche mit aller nur wünschenswerten Schnelligkeit zur Durchführung zu bringen. Für die übrigen muß erst Unterkunft geschaffen werden; denn in den Kohlengruben liegen die Fundamente, auf denen allein unsere Zukunft sich erbauen kann. Wir müssen alles an die Errichtung dieses Baues setzen. Kein Hindenburg-Programm gilt es aufzustellen, das den Unternehmern Riesengewinne in die Taschen jagt, die Schieber und Wucherer züchtet und den Arbeiter an Leib und Seele zermürbt, sondern ein Programm des ganzen deutschen Volkes, sozial in Geist und Durchführung, das so wenig von Wuchergewinn wie von Ausbeutung wissen will, aber ganz erfüllt ist von dem unbesiegbaren Willen zum friedlichen Aufstieg.

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

(D) Meine Damen und Herren! Nicht überall in der Welt glaubt man an diesen unseren Willen! Nicht überall in der Welt ist man von unserem ehrlichen Streben, auf friedlichem Weg vorwärts zu kommen, überzeugt! Ja wir müssen zu unserem Schmerz sagen: fast überall in der Welt, außerhalb unserer Grenzen ist wieder eine Propaganda des Hasses und der Verleumdung am Werk, die uns diesen Friedenswillen abspricht, den ungeheuren Umschwung in der Gesinnung des deutschen Volkes leugnet, die immer noch Imperialismus und Vertragsbruch in unseren Handlungen und Einrichtungen wittert.

Den meisten Mißdeutungen und Verdächtigungen ist die militärische Institution der Republik ausgesetzt: die **Reichswehr.** Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einige tatsächliche Feststellungen machen. Wir brauchen heute die Truppen noch zu zwei Zwecken: erstens um im Innern das Maß staatlicher Ordnung auch gegen Gewalt aufrecht zu erhalten, ohne das gerade die Umwandlung in das neue, freiheitliche Staatswesen nicht möglich ist, und zweitens, um dort ein Vorwegnehmen der Entscheidung zu verhindern, wo nach dem Friedensvertrag eine freie, unbeeinflußte Volksabstimmung über das künftige Schicksal deutscher Landesteile entscheiden soll.

(Sehr richtig!)

Daß uns diese zweite Aufgabe immer noch obliegt und militärische Kräfte verlangt, ist nicht unsere Schuld,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

sondern beruht auf der immer neuen Verzögerung der Ratifikation des Friedens durch die Parlamente der Entente.

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

In der Annahme, daß die Ratifizierung des Friedens durch drei gegnerische Mächte mindestens zum Oktober

(**Bauer**, Reichskanzler.)

(A) erfolge, hatten wir einen Plan aufgestellt, nach dem zum 1. Oktober die **Herabsetzung der Stärke der Truppen** auf 250 000 Mann durchgeführt werden sollte und dann allmählich, dem Friedensvertrag entsprechend, bis zum Ablauf von zwei Monaten nach dem Inkrafttreten des Vertrags auf 200 000 Mann. Diese Pläne sind der Entente längst bekannt geworden. Werbungen finden natürlich seit geraumer Zeit nicht mehr statt. Aber vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrags ist auch die Herabminderung des Heeres auf die vorgeschriebene Mindeststärke nicht möglich. So haben wir heute noch rund 200 000 Mann im Innern und fast ebensoviel an den östlichen Grenzen stehen, eine Zahl, die unseren früheren, bis an die Zähne noch bewaffneten Feinden wahrhaftig nicht gefährlich werden könnte,

(Zustimmung.)

selbst wenn es in Deutschland Narren gäbe, die das schwache Instrument in einem neuen Kampf schwingen wollten. Solche Narren gibt es aber nicht, wenigstens nicht im Kreise der Männer, die über die Politik des Reichs zu entscheiden haben. Aber es ist auch nicht die Zahl der Soldaten, die uns besonders in den letzten Debatten in der französischen Kammer über die völlige Entwaffnung Deutschlands als Hauptargument entgegengehalten wurde, sondern der angebliche **Geist**, der **in den Truppen** herrschen soll: der **Monarchismus** und der **Militarismus.**

Meine Damen und Herren! Wie alle unsere Einrichtungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem Übergangsstadium, einem Zustand, den man als den der Umbildung bezeichnen muß, einem Zustand der Anpassung an die junge Republik. Sie mußte aus Trümmern aufgebaut werden, aus den Trümmern einer Armee, die mehr als irgendeine Institution des alten Reichs monarchistisch und kaiserlich war. Daß da Personen — und das muß (B) offen zugegeben werden — mit Anschauungen in das neue Gebilde übergegangen sind, die monarchistisch und kaiserlich sind, das ist selbstverständlich.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es war aber die Aufgabe des Reichswehrministers — und wird sie bei der durch den Friedensvertrag auferlegten Verkleinerung erst recht sein, — jeden Mißbrauch der Reichswehr in dieser Hinsicht zu vermeiden,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Elemente, die auf einen solchen Mißbrauch hinarbeiten, auszumerzen

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

und den Männern mehr und mehr Einfluß zu verschaffen, die nicht nur widerwillig, sondern aus Überzeugung auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dabei soll aber keiner Gesinnungsschnüffelei und keiner Parteibevorzugung das Wort geredet werden.

(Zuruf rechts: Na! na!)

Wer seine Stellung nicht seinerseits parteipolitisch mißbraucht, ist in der Reichswehr der Republik willkommen. — Herr Abgeordneter Schiele, Sie werden mir zugeben, daß gerade der Reichswehrminister am allermeisten bestrebt ist, diesem Grundsatz Geltung und Anerkennung zu verschaffen. — Wer aber die militärische Disziplin, wer das Vorgesetzten- und Untergebenenverhältnis zu Hetzereien gegen Republik, Regierung und gegen die mißliebigen Parteien benutzt, der — das kann ich Ihnen im Namen der gesamten Regierung versichern — darf fernerhin keinen Platz mehr in der Reichswehr haben.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen keine weiße, aber auch keine rote Garde! Eine **Volkswehr,** das ist unser Ziel, die in den Wirrnissen unserer ungeklärten Zeit das Volk manchmal vor sich (C) selbst, in den meisten Fällen aber vor den Abenteuern einiger weniger bewahrt.

Auf was stützt sich nun das Märchen vom angeblichen deutschen Militarismus? Wie kommen wir dazu, die unter allen in Betracht kommenden Staaten nicht nur relativ, sondern absolut das kleinste Heer haben, ohne schwere Artillerie, ohne alle die Maschinen, ohne die der moderne Krieg unmöglich ist, als Militaristen verschrien zu werden? Es ist zuzugeben: das Ausland kann sich nicht so schnell in die veränderte Gesinnung hineindenken oder vielmehr in die Tatsache, daß die immer vorhandene pazifistische Gesinnung in Deutschland die Oberhand gewonnen und die Führung an sich gerissen hat.

Aber das Schlimmere ist, daß dem Ausland aus Deutschland selbst, von rechts und von links, das Bild der Republik gefälscht wird,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß von den Deutschnationalen wirklich der Eindruck eines erstarkenden Nationalismus mit Willen angestrebt wird,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

während die Unabhängigen sich nicht genug tun können in Verdächtigungen der Regierung, als züchte sie absichtlich oder durch schwächliche Duldung reaktionäre Triebkräfte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Hier ist ein eindeutiges, unbedingt klares Wort am Platz! Ich erkläre daher mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck: es ist unser Bestreben, den Friedensvertrag nach Kräften und in allen Teilen zu halten und zu erfüllen; in ganz besonderem Maße gilt das aber von den **militärischen Bedingungen des Vertrages.** Zwei Monate nach der Ratifizierung soll das **deutsche Heer** nur noch **200 000 Mann** betragen; also wird es nur 200 000 Mann betragen, nicht einen mehr! Wir werden auf keinem Wege anstreben, (D) versteckte Vergrößerungen dieser Zahl unter irgendeiner Maske zu erzielen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weder mit Krümpersystem noch mit einem vertragswidrigen Ausbau der Einwohnerwehren, die nichts sind und sein wollen als freiwillige Polizeiorgane für Tage terroristischer Unruhen, werden wir den Artikel des Vertrags umgehen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Einschmuggeln von ein paar tausend Mann uns nicht stärker, sondern erheblich schwächer machen würde,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

weil es mit dem Mißtrauen der ganzen Welt erkauft werden müßte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben die Aufgabe, moralische Eroberungen zu machen,

(Lachen rechts)

allen Verleumdungen zum Trotz, die uns auferlegten Bedingungen zu erfüllen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns daran nicht mit reinen Händen machen, sind wir von vornherein verloren.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Inland und dem Ausland sage ich: die deutsche Regierung kennt keine heimlichen Vorbehalte, sie will von dem Grundsatz „Not kennt kein Gebot“ nichts wissen, sie erfüllt, was immer sie erfüllen kann, selbst unter der Last dieses Friedensvertrages, den die französischen Sozialisten mit Recht ein schlechtes Geschäft und eine schlechte Tat genannt haben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber die **Unabhängigen** haben der Regierung auch die **Vorgänge im Baltikum** aufs Schuldkonto geschrieben und daraus vor aller Welt den Vorwurf imperialistischer

(Bauer, Reichskanzler.)

(A) oder gar monarchistischer Umtriebe und Neigungen des Kabinetts abgeleitet.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was alles hat in den unabhängigen Blättern gestanden und ist von da in die französische Presse übergegangen!

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dort oben sollten die Armeen der Gegenrevolution aufgestellt werden. General v. d. Goltz sollte der neue Yorck sein. Die deutsch-russische Heilige Allianz sollte in Mitau und Schaulen aufs neue begründet werden, ja der Weltkrieg durch die dort versammelten Söldnerscharen noch einmal aufgerollt und zugunsten Deutschlands entschieden werden. Meine Damen und Herren! Auch wenn wir die lächerlichsten Übertreibungen wegstreichen, was die unabhängigen Blätter in ihren Artikeln leider nicht getan haben: es bleibt der unerfreuliche Tatbestand, daß in einem fremden Lande, mit den Gedankengängen einer längst als verderblich erkannten Randstaatenpolitik, ein Söldnerheer lagerte, das von der Bevölkerung, die es anfangs dringend gerufen hatte, als lästig empfunden wurde und immer mehr in Gegensatz zur litauischen und auch zur deutschen Politik geriet. Versuche, die angeworbenen Reichsdeutschen auf gütlichem Wege zur Heimkehr zu veranlassen, scheiterten. Die Gefahr eines **Entente-Ultimatums** kam immer näher, um so mehr, als rechtsstehende Kreise aus einer verstiegenen Baltenromantik sich nicht in die harten Notwendigkeiten zurückfinden konnten, die einem besiegten Volke wie dem unsern obliegen. So verfügte die Reichsregierung bereits am 25. September, also drei Tage vor dem Eintreffen des Entente-Ultimatums, die schärfsten Maßregeln, die gleichzeitig zur Kenntnis der Entente gebracht wurden. Die Grenze wurde gesperrt, auf Abenteurer, die dennoch nach dem Baltikum vordringen wollten, sollte scharf geschossen werden; Munitionszufuhr war schon gesperrt, (B) jetzt wurde die Sperre der Löhnung angeordnet. General v. d. Goltz, der in den Augen der Welt als Träger des östlichen Expansionsgedankens, wenn auch meiner Überzeugung nach zu Unrecht, gilt, wurde abberufen. Nach dem Ultimatum wurden diese Befehle nochmals in schärfster Form zusammengefaßt und der Übertritt in russische Dienste unter die Strafe des Verlustes aller deutschen Ansprüche gestellt.

Meine Damen und Herren! Das ist die baltische Politik der Reichsregierung. Heraus wollen wir, mit allen Mitteln, selbst um den Preis der Aufopferung von Kriegsgerät und Ähnlichem, heraus aus einem Land, wo wir nichts zu suchen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Aufruf der Regierung an die Truppen im Baltikum hat, so denke ich, eine deutliche Sprache gesprochen. Ich bin überzeugt, unsere Maßnahmen werden zu einem Erfolg führen, um so schneller, wenn die Entente unseren Vorschlag annimmt, eine Kommission mit uns zu bilden, deren Aufgabe es wäre — ich hebe das noch einmal nachdrücklich hervor, damit diese Kommission nicht mit den bekannten begutachtenden und damit verschleppenden Kommissionen verwechselt werde —, nach Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zur schleunigen Durchführung zu treffen, zu überwachen und durchzusetzen.

Ich habe gesagt: drei Tage vor Eintreffen des Ultimatums hatte die Reichsregierung bereits die entscheidenden Maßnahmen getroffen und sie der Entente mitgeteilt. Dennoch kam das Ultimatum mit der fürchterlichen **Drohung,** den Krieg gegen unsere Frauen und Kinder aufs neue zu eröffnen, den unmenschlichen **Blockadekrieg,** und zwar fast im gleichen Augenblick, in dem die französische Kammer den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ist je ein Friede im Moment einer solchen Kriegs- (C) erklärung geschlossen worden?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Kann man das Friedensschluß nennen, und was für Aussichten eröffnen sich uns für die Dauer und die Art eines solchen Friedens?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Reichsregierung hat die schärfste Verwahrung dagegen eingelegt, daß aufs neue solch unmenschliche Kriegsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung angewendet werden. Von dieser Stelle aus nehme ich diesen Protest noch einmal auf, um vor den vom langen Kriegselend verhärteten Ohren der ganzen Welt den einfachen Tatbestand festzustellen.

(Sehr gut! — Bravo!)

Weil außerhalb des Machtbereichs der Republik, die mit allen Mitteln militärisch ohnmächtig gemacht wurde, Söldner ihrer egoistischen Abenteurerpolitik nachgegangen sind, Söldner, die man erst flehentlich gebeten hat, in das Land zu kommen, und denen man die weitestgehenden Versprechungen für die Zukunft gemacht hat, — ich sage: wegen dieser Tatsache soll aufs neue der deutschen Frau und dem deutschen Kind das bißchen Fett und Milch abgedrosselt werden, das unser verarmtes Vaterland außerhalb der Grenze kaufen kann!

(Rufe: Unerhört!)

So haben wir uns den Anbruch der Aera des Völkerbundes nicht gedacht.

(Lebhafte Zustimmung links. — Lachen und Zurufe rechts.)

Wir haben den **Vertrag mit den Polen** mit Freuden begrüßt, weil hier zwischen zwei Völkern, deren Beziehungen nicht einfach und nicht reibungslos sind, der verhandlungsmäßige Weg des Ausgleichs gefunden und mit Erfolg begangen worden ist. Es wäre — das ist meine feste Überzeugung — ein Glück für die ganze Welt, wenn unsere (D) bisherigen Gegner auf diesem Wege nachfolgen würden.

Meine Damen und Herren! Der vom ganzen Volke so lange ersehnte **Rücktransport unserer Kriegsgefangenen** hat endlich begonnen. Außerordentlich schmerzlich aber ist es, daß er erst so geringe Fortschritte gemacht hat. Wie furchtbar lang sind diese ganzen Monate noch den Kriegsgefangenen da draußen und ihren Angehörigen hier geworden! Seit einem Jahre ruhen die Waffen, und noch sind viele Hunderttausende fern der Heimat. Ein unbeschreibliches, unausdenkbares Leiden geht dort vor sich. Wehe denen, die das Gefühl dafür verloren haben! Mit Bitterkeit denken wir an die Leichtigkeit, mit der man über dieses Leid bei unsern Gegnern zur Tagesordnung übergeht. Wir wollen gern anerkennen, daß mancher auch unter den Führenden dort ein warmes Herz für die Kriegsgefangenen zeigt, aber eine große Bewegung der Menschlichkeit, die zu großen Entschlüssen geführt hätte, haben wir vergeblich erwartet.

Allen, die sich an der Rückführung unserer Gefangenen mit helfender Hand und Liebe beteiligen, gilt unser herzlichster Dank, ganz besonders den Angehörigen der neutralen und feindlichen Staaten, die sich in den Dienst dieser Sache gestellt haben.

(Beifall.)

Der furchtbare Friedensvertrag legt uns unübersehbare schmerzliche Lasten auf. Am schmerzlichsten aber ist es, daß zahlreiche Volksgenossen von uns gerissen und daß andere gehindert werden, sich uns anzugliedern.

(Lebhafte Zustimmung.)

Aber auch das müssen wir tragen, denn wir wollen den Friedensvertrag durchführen, und zwar loyal durchführen. Was uns aber kein Friedensvertrag nehmen kann, ist das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit,

(bravo!)

(**Bauer**, Reichskanzler.)

(A) und was uns niemand verbieten kann, ist die Pflege dieses Gefühls.

(Erneutes Bravo.)

Unsere **deutschen Stammesgenossen,** die künftig von uns getrennt sind und getrennt bleiben, sollen wissen, daß wir an sie denken und auf den Gebieten, die uns der Friedensvertrag übrig läßt, für sie sorgen. Nicht politisch, aber sprachlich und menschlich sollen diese Beziehungen um so herzlicher sein.

(Beifall.)

Auf allen Gebieten der Kultur, im Reiche der Wissenschaft, auf sozialem Gebiete, soweit die persönlichen Verhältnisse und der gesellschaftliche Verkehr in Frage kommen, wollen wir diese unsere Gemeinsamkeit betätigen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit pflegen.

(Bravo!)

Das ist eine kulturelle Aufgabe des Deutschen Reichs.

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, daß die Reichsregierung und mit ihr die überwältigende Mehrheit des Volkes beseelt sei vom Willen des friedlichen Aufstiegs, und daß alle unsere auswärtigen Beziehungen unter einem vergiftenden Mißtrauen in diesen friedlichen Willen leiden. Ich habe dargelegt, was nach unserer Ansicht von unabhängiger Seite zu Unrecht zu diesem Mißtrauen beigetragen worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß aber zum Schluß auf den Anteil zurückkommen — und ich glaube, es ist der Löwenanteil — den die **Deutsch-Nationalen** an dieser **Weltvergiftung** haben,

(sehr richtig! links und im Zentrum)

die uns bei jedem Schritt hemmt und schädigt.

(Sehr wahr! links und im Zentrum.)

Im Ausland hat man sich Jahrzehnte lang daran gewöhnt, in den Äußerungen der Rechten, die für die (B) Reichspolitik maßgebende Stimme zu hören; das macht ihre Auslassungen — so bedeutungslos sie für den Kurs der Republik auch sind — so überaus gefährlich. Ich beschränke mich auf ein paar Proben aus den letzten Tagen: sie werden zur Kennzeichnung dieser Art von Presse genügen. Da heißt es bei der Beschreibung eines Ganges durch die Siegesallee und einer Begegnung mit englischen Soldaten:

> Ein Arbeiter, einen Genossen treffend, sagte haßerfüllt: „Wie die hier so auftreten und sich breit machen!“ Ein anderer, der gerade an mir vorüberging, brummte wütend in seinen Bart: Verhauen müßte man die Brut! Es wird der Tag kommen, wo alle Deine Genossen denken so wie Du: Verhauen müßte man die Brut! der Tag, an dem das ganze deutsche Volk die Worte das Dichters befolgen wird:
>
> „Schlagt sie tot, das Weltgericht
> Fragt euch nach den Gründen nicht“

(Lebhafte Rufe links: Hört! hört! — Zuruf rechts: Wo steht das?)

— In der „Deutschen Zeitung“.

(Zuruf rechts: Ist nicht unser Parteiorgan! — Widerspruch links.)

Und ein paar Tage darauf in einem Artikel: „Was ist Frankreich?“:

> Frankreich ist ein hoffnungsloser Fall. Sein Körper trägt überall die Spuren der Verwesung; er riecht. Es ist der selbst herbeigeführte Marasmus, der sich breit macht, und das Stammeln des Siegeswahnsinnigen erinnert lebhaft an den Ton des Bordells. Frankreich weiß, daß es ein Nichts ist ohne seine Raubgesellen. Seine ganze hundsgemeine Banditennatur,

(Pfuirufe links)

> der ganze Zuhältergeist seiner Staatseinrichtung (C) der Apachen

(erneute Pfuirufe links)

> kommt in der „Verwaltung des besetzten Gebiets“ zum Ausdruck. Es kommt ein Tag . . .

Meine Damen und Herren! Ich gehe über das hysterische Revanchegeschrei hinweg. Ich sehe in diesem Zusammenhang ab von der Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, wenn nicht Totschlag, wie sie der erste Artikel enthält. Die französische Mission hat ihn zum Gegenstand einer nur zu berechtigten Beschwerde gemacht.

(Hört! Hört! links.)

Ich sehe ab von dem hysterischen Stammeln, das sich in Schimpfworten nicht genug tun kann und das beste Anzeichen für eine krankhafte Schwäche ist.

(Sehr wahr! links.)

Aber ich frage die Herren von der Rechten: Können und wollen Sie die Verantwortung für diesen gefährlichen Wahnsinn übernehmen, ist das überhaupt noch Politik oder nur noch Irrenhaus?

(Sehr wahr! links und im Zentrum.)

Eine angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußert, die dem Gegner Waffen in die Hand drückt, die — das sage ich Ihnen mit aller Offenheit und allem Nachdruck — darf man nicht frei herumlaufen lassen.

(Lebhafte Zustimmung links. — Unruhe rechts.)

Meine Damen und Herren! Mögen Sie uns, wie ein anderes nationalistisches Blatt, „Statthalter der Entente“ und „Landvogt der Alliierten“ nennen, oder, wie das in den letzten Tagen nach einem Bericht im „Berliner Lokal-Anzeiger“ von dem ehrenwerten Mitglied dieses hohen Hauses Herrn Laverrenz geschehen ist, „Verbrechergesindel“: wir dulden nicht, daß anonyme Schmierfinken das deutsche Volk in neue Fährlichkeiten bringen und seinen Leumund vor der ganzen Welt aufs (D) neue untergraben. Wer sich zu diesen Artikelschreibern und vor sie stellt, der ist für uns ein Feind des Deutschen Volkes! Ich möchte sehen, wer sich ausschließt von der ungeheuren Mehrheit der Deutschen, wenn die Reichsregierung getreu ihrem außenpolitischen Programm den Ruf ergehen läßt: Für den friedlichen Aufbau, für die Völkerverständigung, gegen die gewissenlosen Brunnenvergifter des Chauvinismus!

(Lebhafter Beifall links und im Zentrum. Zischen rechts. — Erneuter Beifall links und im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Petersen.

Dr. **Petersen,** Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Anschluß an die Mitteilung des Herrn Reichskanzler über den **Wiedereintritt der Deutschen Demokraten in die Regierung** habe ich Ihnen die Gründe darzulegen, welche die Partei bestimmt haben, der Regierung wieder beizutreten. Wenn parteipolitische Gründe bedeuten rein agitatorische Erfolge in dem Erhalten und Gewinnen von Parteianhängern, so wäre der Eintritt in diese Regierung — darüber geben wir uns gar keinem Zweifel hin — Bedenken unterworfen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Stimmungs- und gefühlsmäßig sprechen manche Tatsachen dagegen. Aber das darf für eine Partei nicht entscheidend sein, wenn das allgemeine Interesse des Vaterlandes den Wiedereintritt gebieterisch fordert; wir hoffen aber, daß die große Masse unserer Parteianhänger diese Gründe würdigen und anerkennen werden. Ich will mir erlauben, sie hier so kurz wie möglich auseinanderzusetzen, soweit sie entscheidend gewesen sind.

(Dr. **Petersen**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Es gilt, den demokratischen Aufbau unserer Verfassung zu erhalten und zu vertiefen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nur dann kann dem deutschen Volk nach innen Ruhe und Ordnung zum Leben und Arbeiten, nach außen durch die Festigung der Regierung diejenige Kraft und Würde gegeben werden, die notwendig sind, damit wir uns als Volk in der Welt behaupten und dem Menschheitsgedanken im Völkerbunde dienen können.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Verfassung des deutschen Volkes ist gegeben. Ausreichende Macht ist geschaffen, um Leben und Eigentum zu sichern. Diese Macht soll nicht größer sein, aber sie muß so groß und zuverlässig sein, daß die durch Verfassung gewährten Rechte, welche die Regierung zu schützen hat, gewährleistet werden.

Wir haben dem Herrn **Reichswehrminister Noske** und seinen Mitarbeitern zu danken,

(bravo! bei den Deutschen Demokraten)

daß er ohne kleinliche Bedenken aus den Trümmern unseres früheren tüchtigen achtunggebietenden Heeres eine Macht geschaffen hat, die diese Aufgabe zu erfüllen in der Lage ist. Wir haben das Vertrauen zu ihm, daß er auch fernerhin mit Ruhe und mit Kraft diese Macht einsetzen wird, wo es nötig ist, um der Gewalt und der Gesetzlosigkeit entgegenzutreten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Es mögen Fehlgriffe im einzelnen geschehen sein; die müssen abgestellt werden. Wir sind mit dem Herrn Reichskanzler gegen jede **Politisierung der Armee.** Elemente, die gegen diesen Grundsatz verstoßen, müssen aus der Armee ausscheiden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit diesen Tatsachen ist ein Abschnitt der Entwicklung der neuen deutschen Geschichte gegeben. Gestatten (B) Sie mir als einem Mann von der Waterkant Ihnen ein Bild zu geben, das, glaube ich, die Sachlage zutreffend darstellt. Unser Deutsches Reich ist durch Krieg und Revolution in schwere See geraten. Die Nationalversammlung als Schiffer konnte zunächst nichts anderes tun, als Öl auf die Wogen gießen. Jetzt gilt es, wieder das Steuer zu fassen und das Schiff auf Kurs zu setzen. Das ist die Aufgabe der neuen verfassungsmäßigen deutschen Regierung.

Aber mit dieser Verfassung ist nur ein Rahmen gegeben; es gilt jetzt, diesen Rahmen mit **Gemeinsinn** auszufüllen, der vorhanden sein muß, soll sie die Kräfte erwecken, die das Deutsche Reich zur Blüte bringen sollen. Meine Damen und Herren! Diese Kräfte sind da. Wir können Hoffnung, ja Zuversicht auf die Zukunft haben. Ein Volk mit den Leistungen des Friedens an Intelligenz, Tüchtigkeit und Fleiß, ein Volk, das vier Jahre ausgehalten und intellektuell und technisch Großes geleistet hat, wird und muß wieder hochkommen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber dazu ist erforderlich **Unterordnung unter den Staatsgedanken,** freiwillige Einordnung in die demokratischen Einrichtungen der Verfassung, Ausgleich der Interessen aller wirtschaftlich wirkenden Kräfte. Und das kann nur gelingen, wenn das Gemeinschaftsleben auf gegenseitige Achtung aller verschiedenen Konzessionen, Berufe und Parteien gegründet ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nur das kann im Innern Hoffen und Glauben an die Zukunft und damit **Willens- und Arbeitsfreudigkeit** wieder herstellen. Sie sind nötig, um aus der Not der Zeit in eine bessere Zukunft hinüberzuführen, in der Welt die Überzeugung zu wecken, daß wir eine Zukunft haben, mit der man rechnen kann und rechnen muß. Wie aber die (C) Dinge heute liegen, kann das bei den Schwierigkeiten des Winters nur dann gelingen, wenn alle zusammengeführt werden, die in Treue der demokratischen Verfassung mit Gemeinsinn in gegenseitiger Achtung zu dienen guten Willens sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Diesen Willen und diese Hoffnung haben wir. Deshalb wollen wir aus vaterländischen Gründen in die Regierung eintreten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Weder das Bekenntnis zu dieser Verfassung noch dieser Gemeinsinn sind heute Allgemeingut des deutschen Volkes. Auch bei den Regierungsparteien muß in letzterer Beziehung vieles gebessert werden. Auch hier muß Gemeinsinn, Duldsamkeit und Unterordnung unter die gemeinsamen Ziele in Regierung, Fraktionen, Parteien und Presse erheblich vertieft und gebessert werden, soll der Block der regierenden Verfassungsparteien durch innere Geschlossenheit diejenige Stärke und Würde beweisen, die nötig sind, um in Deutschland und in der Welt Vertrauen und damit Popularität zu gewinnen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das brauchen wir aber, um den Kampf mit der Opposition von rechts und links erfolgreich durchführen zu können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Rechts und links ist heute in deutschen Landen rücksichtslose Opposition; ungerecht und zersetzend in einer Art, die, wie der Herr Reichskanzler schon hervorgehoben hat, wenig Verantwortlichkeitsgefühl zeigt gegenüber der Not unseres Vaterlandes.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich will mich genau an den **Sonntagsartikel** des Herrn **Grafen Westarp** halten. Diesen Sonntagsartikel werden die Herren nicht abschütteln können. (D)

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Und was sind denn die Behauptungen von rechts? In diesem Artikel wird behauptet: Die Regierungsparteien haben die Revolution gewollt und gemacht.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Artikel wird behauptet: All unser Unglück und Elend kommt ausschließlich von dieser Revolution; wäre sie nicht gewesen, hätten wir heute die Zustände der Zeit vor dem Kriege.

(Große Heiterkeit links.)

Durch Verallgemeinerung bedauerlicher Einzelfälle werden ganze Teile unseres Volkes in verhetzender Weise verleumdet und verächtlich gemacht. Es wird gut sein, auch von dieser Stelle die Art dieser Agitation ins rechte Licht zu rücken.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Die **Deutschnationalen** haben nach unserer Auffassung alle Veranlassung, in jetziger Zeit mit Kritik zurückzuhalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten — Lachen und Zurufe rechts.)

— Meine Herren (nach rechts), warten Sie ab, Sie können mich widerlegen, mit Gelächter schafft man derartige ernste Fragen nicht aus der Welt.

Ich habe zunächst festzustellen: Unsere Partei hat die Revolution nicht gewollt, und sie hat die Revolution nicht gemacht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir halten vielmehr die Revolution für ein großes Unglück

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und hätten organische Entwicklung zu demokratischen Zuständen gewünscht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf rechts.)

(Dr. **Petersen**, Abgeordneter.)

(A) Aber, meine Damen und Herren, im Gegensatz mit den Herren Deutschnationalen sehen wir diese Revolution an als das letzte Glied einer Kette von Tatsachen, an deren Anfang preußisch-konservativer Machthunger und Engherzigkeit stehen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Und, meine Damen und Herren, ebenso wenig ist diese Revolution der Grund für unsere Notlage, wie auf internationalem Gebiete die Tage nach Serajewo der einzige Grund für den Krieg gewesen sind. Wenn Sie das eine nicht bestreiten, dürfen Sie in der inneren Politik eine gleiche Lage nicht anders schildern.

Dabei darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, nun ins Gedächtnis zurückrufen, welches die **Tatsachen deutsch-konservativer Politik** gewesen sind, die zu den Zuständen geführt haben. Ausnahmegesetz und Ausnahmerecht gegen die stärkste Partei im Lande,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

Ablehnung der Änderung des Dreiklassenwahlrechts bis weit in den Krieg hinein,

(erneute Zustimmung.)

Fernhaltung der Sozialdemokratie von jeder Mitwirkung an Regierung und Verwaltung, obgleich doch bei den Reichstagswahlen jeder dritte Deutsche seine Stimme für die sozialdemokratische Partei abgab,

(hört! hört! links)

dadurch Verhinderung der Ausbildung von Führern dieser Partei, die die Regierungskunst auch zu erlernen haben. Wenn das die Politik von Jahrzehnten gewesen ist, dann haben Sie (nach rechts) nicht das Recht, sich über die Zustände zu beklagen, sich über die Menschen in der Regierung aufzuhalten, die nicht, wie Sie, seit Jahrhunderten allein die Regierung geführt haben

(Zurufe rechts)

und daher diese Kunst besser gelernt haben. Das billige (B) ich Ihnen ohne weiteres zu. Aber wir denken, daß, wenn man diese Politik betrieben hat, man sich in der Kritik bescheiden zurückhalten sollte.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Herr v. Graefe, ich werde Ihnen noch näher kommen! —

(Erneute Zurufe und Lachen rechts.)

Ich führe Ihren eigenen Fraktionskollegen v. Delbrück an. Herr v. Delbrück war lange Staatssekretär des Innern und hat hier und im Ausschuß erklärt, daß man in der deutschen Regierung gewußt habe, daß die Zustände geändert werden müssen,

(hört! hört! links)

wenn die Sache gut gehen solle.

Meine Damen und Herren! Auch Sie haben kurz nach dem Kriege das **Selbstbewußtsein** gehabt, daß Sie sich **gegenüber den veränderten Verhältnissen zurückhalten** mußten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Warum sitzen hier nicht die Herren v. Heydebrand und Graf Westarp,

(sehr gut! links)

die die Exponenten dieser Politik gewesen sind?

(Zurufe rechts.)

Damals haben Sie uns als Ihre Vertreter Kollegen wie den Herrn Düringer, Herrn Grafen v. Posadowsky und Herrn v. Delbrück gesandt. Aber die Exponenten der alten preußischen konservativen Politik, die diese Zustände herbeigeführt haben, haben Sie nicht in die Nationalversammlung zu senden gewagt,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

weil Sie damals wußten, daß das nicht gut gehen würde.

(Zuruf rechts: Warum sind Ihre Führer nicht hier? Und Wiemer? — Gegenrufe von den Deutschen Demokraten.)

— Gewiß, auch wir haben die Einsicht gehabt, (C)

(Zurufe rechts)

— Herr v. Graefe, warten Sie ab! —

(erneute Zurufe rechts)

Männer, die sich nicht so restlos der neuen Zeit zur Verfügung stellten, nicht wieder zu wählen. Diese Einsicht haben Sie zunächst auch gehabt, aber jetzt, nachdem zehn Monate ins Land gegangen sind, tun Sie das Gegenteil, um gegen die jetzige Regierung Kritik zu üben, — und das ist dasjenige, was ich Ihnen vorwerfe.

(Lachen rechts.)

Wenn Sie damals diese Einsicht hatten, dann sind Sie verpflichtet, gegenüber den Gefahren dieses Winters an dieser Einsicht festzuhalten, das heißt, deutschnationale Politik treiben.

Dann sind aber keine **Schmähungen** angebracht wie die, welche das Bild der **„Deutschen Tageszeitung“** darstellt, wo Männer wie Moltke und Bismarck und der alte Kaiser in einer geradezu unerhörten, verhetzenden Weise Volksmännern wie Ebert und dem Reichskanzler Bauer

(Zuruf links)

und dem Reichswehrminister Noske gegenübergestellt werden. Das ist nicht die Art, wie man solche Politik in einer solchen Notlage des Vaterlandes treibt.

(Zuruf rechts: Sehen Sie sich einmal den „Ulk“ an! Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie einen Vergleich machen, so machen Sie gefälligst nicht den Vergleich zwischen der jetzigen Not und der Zeit vor dem Kriege; denn dazwischen liegt ein unglücklicher Krieg mit einer Verschuldung, mit einer Vernichtung deutschen Lebens und Eigentums, wie sie katastrophaler in der Welt nicht gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) (D)

Und zunächst werden Sie sich zu fragen haben, ob an dem **Ausbruch und der Verlängerung dieses Krieges** nicht das **System** schuldig ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten)

das Sie die Jahrzehnte hindurch in Deutschland hochgehalten haben.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Rufe rechts: Das ist Ihr Verantwortlichkeitsgefühl?!)

— Das ist mein Verantwortlichkeitsgefühl!

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es ist richtig, daß einzelne Mitbürger jüdischen Glaubens sich neben Angehörigen anderer Konfessionen während des Krieges bereichert haben; gewiß ist es richtig, daß sich als sozialistische Arbeiterführer Juden aufgetan haben, die dazu nicht berufen waren. Aber die Verallgemeinerung ist verhetzend, und Verhetzung ist in jetziger Zeit besonders gefährlich und verwerflich

(Zuruf rechts: Und was tun Sie?!)

sowohl im Inlande wie im Auslande; denn wir haben, wie der Herr Reichskanzler gesagt hat, alle Veranlassung, nach dem Zusammenbruch unserer Macht moralische Eroberungen in der Welt zu machen, und ich frage Sie, was es für eine Wirkung im Auslande hat, wenn man sieht, daß dieses zusammengebrochene Volk noch Zeit hat, derartige innere Verhetzung in dem Volke aufrechtzuerhalten.

Wir müssen deshalb aus nationalen Gründen von der Deutschnationalen Partei fordern, daß sie sich unzweideutig auf den Boden der Verfassung stellt und sich bei der in erster Linie von ihr verschuldeten Not des Vaterlandes auf sachliche, gerechte Kritik beschränkt.

(Dr. **Petersen**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Ich darf mich dann zur **äußersten Linken** wenden.

(Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bitte! Bitte!)

Diese äußerste Linke hat, anstatt zu viel Revolution wie die Rechte, noch zu wenig Revolution gehabt. Sie wünscht diese Revolution weiterzutreiben, wünscht sie weiterzutreiben trotz der trostlosen Lage, in der sich unsere Wirtschaft befindet. Sie tut das teilweise mit der ausgesprochenen Absicht, unsere Wirtschaft weiter zu zerstören, ist dabei des Glaubens, daß dann das Glück der Menschheit anbricht, — ein zum mindesten leichtsinniges Spiel mit dem Glück unseres Volkes. Aber sonst sind auch hier ähnliche Kampfmittel: persönliche Verdächtigungen, verhetzende Verallgemeinerungen, Terrorisierung Andersdenkender, Appell an die Gewalt anstatt Appell an die Überzeugungen.

Meine Damen und Herren! Bevor ich dann auf einzelne Punkte eingehe, deren besondere Behandlung wir in der Regierung wünschen, möchte ich mir eine Bemerkung allgemeiner Art erlauben. Es wird immer wieder die Erwartung, ja die Forderung in der Öffentlichkeit und Presse ausgesprochen: ein großer Mensch, ein großer Gedanke soll uns aus dem Elend der Zeit in das Glück der Zukunft hinausführen. Wenn wir auf den Mann oder auf den Gedanken warten, sind wir verloren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Demokraten.)

Weder das eine noch das andere kann uns helfen. Hier heißt es: Volk, hilf dir selber! Woran wir leiden, ist Entsittlichung. Sie kann nur durch Sitte und Pflichterfüllung überwunden werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das entspricht auch höchster Gerechtigkeit. Dem Volk, das sich das Recht genommen hat, seine Staatseinrichtungen selbst zu bestimmen, ist auch der kategorische Imperativ allgemeinster Pflichterfüllung, auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Gesittung gestellt, soll es nicht untergehen. (B)

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Durch eine fünfjährige Orgie der Gewalt sind Haß, Selbstsucht und Rachsucht aus den Höhlen gekrochen und haben eine furchtbare Herrschaft angetreten gegen das Edle, Hilfreiche und Gute und haben diese Tugenden des deutschen Volkes zurückgedrängt. Das gilt für unser Volk ebenso wie für die anderen am Kriege Beteiligten. Dafür ist der Friede von Versailles ein schlüssiger Beweis.

Aber wegen der 12 Monate, die wir durchlitten haben seit dem Waffenstillstand, brauchen wir nicht zu verzweifeln. Das Gute wird sich bei einem guten tüchtigen Volke durchsetzen. Alle, welcher Partei Sie auch angehören mögen, haben aber die Pflicht, sich in den Dienst der guten und edlen Sache zu stellen. Nur das wird uns aus der Not wieder herausführen, kein einzelner Mensch, kein einzelner Gedanke auf intellektuellem Gebiet. So folgen wir der Pflicht gegen die Allgemeinheit, wenn wir uns der demokratischen Regierung wieder zur Verfügung stellen. Aber wir wünschen bei der Politik ein kräftiges Wort mitzusprechen und erwarten von unseren Vertretern, daß sie sich im Rahmen der Koalition durchzusetzen verstehen werden.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Lassen Sie mich aus der Rede des Herrn Reichskanzlers die Punkte besonders hervorheben, an deren Bearbeitung wir besonders denken.

Alle diejenigen, die heute im deutschen Volke wieder aufbauen wollen, sind für Arbeit. **Arbeit** ist daher eine **Staatsnotwendigkeit der deutschen Republik.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und so sehr wir grundsätzlich das Streikrecht anerkennen, verlangen wir Verhinderung jedes wirtschaftlich nicht notwendigen, jedes politischen Streiks;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

daher alsbaldige Gesetzesvorlagen, wie der Herr Reichskanzler sie geschildert hat, über ein obligatorisches Einigungsamt vor Einleitung von Streiks, obligatorische Schiedsgerichte bei gemeinnotwendigen Betrieben, Schutz für beide Teile bei geschlossenen Tarifverträgen. (C)

Die Erfahrung der letzten Monate hat die Notwendigkeit erwiesen, daß wir die **Akkordarbeit** nicht entbehren können. Daher verlangen wir die Aufhebung aller noch etwa bestehenden Verbote der Akkordarbeit.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die staatlichen und notwendigen gemeinwirtschaftlichen Betriebe müssen die Akkordarbeit einführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind dafür, daß das System verbessert wird, wir sind dafür, daß die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Akkordlöhne bekommen. Der Akkordlohn muß im Interesse der Gesamtheit wieder eingeführt werden.

Die **Erwerbslosenfürsorge** ist eine soziale Pflicht des Staates, sie ist in besonderem Maße soziale Pflicht bei dem durch den Krieg herbeigeführten Niedergange unserer Wirtschaft. Aber das System muß geändert werden, die Sätze müssen abgebaut werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das wird auch von den Arbeitnehmern jetzt selbst gefordert. Jede dem Arbeiter mögliche Arbeit muß bei Verlust der Unterstützung angenommen werden. Durch gemeinnützige Notstandsarbeiten müssen brachliegende Kräfte dem Gemeinwohl nutzbar gemacht werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das System der **Arbeitslosenversicherung** durch die interessierten Kreise der Bevölkerung muß so bald wie möglich eingeführt werden. Diese Kreise selbst müssen bei der Verwaltung beteiligt werden. Unbedingter Schutz gegen jeden Terrorismus!

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(D) Die **Zwangswirtschaft** verlangen wir sobald und so weitgehend wie möglich aufgehoben. Wir erkennen dabei an, daß sich dies bei gewissen, für die Bevölkerung lebensnotwendigen Waren noch nicht durchführen läßt. Wir wenden uns dabei mahnend und fördernd an die Kreise unseres Handels: sie wollen ihrer Verpflichtung gegenüber dem Volke eingedenk sein und nicht die Konjunktur durch ungerechtfertigten Gewinn ausnützen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Handel würde selbst die schädlichen Folgen zu merken bekommen. Die Regierung wird aber wiederholt und dringend aufgefordert, Auswüchsen des Handels, soweit das gesetzlich möglich ist, mit rücksichtsloser Strenge entgegenzutreten.

(Sehr richtig!)

Im übrigen erleichtere man aber dem Handel, soweit es zulässig ist, und namentlich dem Exporthandel seinen Betrieb durch Aufhebung unnötiger bureaukratischer Fesseln,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die häufig Gelegenheit und Verlockung zur Bestechung und zu anderen Unredlichkeiten bieten. Wir warnen nochmals vor allen nicht gründlichst unter Zuziehung von Sachverständigen geprüften Versuchen auf dem Gebiete der Sozialisierung. Eine Sozialisierung, welche die Produktivität steigert, ist bisher weder wissenschaftlich geklärt noch tatsächlich erprobt, und unsere niedergebrochene Wirtschaft verträgt keine Experimente, welche nicht die Sicherheit des Gelingens in sich tragen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben stets anerkannt und betonen heute verstärkt die absolute Notwendigkeit der sozialen Ausgestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir betonen erneut und verstärkt die Hebung des Einflusses unserer Arbeitnehmer innerhalb des Wirtschaftsbetriebs.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. **Petersen**, Abgeordneter.)

(A) Wer die Notwendigkeit verkennt, verkennt die Zeit und die Entwicklung in ihr. Wir fordern aber die Arbeitgeber auf, das selbstlos und klug zu erwägen und das beste aus dieser Entwicklung für den Wirtschaftsbetrieb zu machen. Es liegen heute schon Beweise vor, daß es geht, ja, es liegen Beweise vor, daß es gut geht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir verwahren uns aber auch mit derselben Entschiedenheit gegen jede einseitige ungerechte Behandlung dieses Problems. Auch der Unternehmer ist ein vollwertiges für die Produktion notwendiges Glied der wirtschaftlichen Kräfte; ihn uns als einen freudigen, verantwortlich leitenden Mitarbeiter zu erhalten, ist Lebensnotwendigkeit für einen Wirtschaftsbetrieb.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Alle Parteien, einschließlich der unabhängigen Sozialdemokratie — mir ist persönlich ein Aufsatz des Herrn Dr. Hertz bekannt — sind darüber einig: die **kapitalistische Wirtschaftsordnung** kann zurzeit nicht entbehrt werden, wir sind nur darüber nicht einig, ob die Möglichkeit und Nützlichkeit ihrer Aenderung besteht. Wenn sie aber heute besteht, so bedarf auch der Kapitalist gerechter Würdigung. Gewiß wird das Kapital in sehr verstärktem Maße aus sozialen und finanziellen Gründen zur Deckung der Staatsausgaben herangezogen werden müssen. Aber bedenken Sie, daß Sie mit dem Blut, dem Lebenselement des Wirtschaftskörpers, dabei operieren. Im übrigen kann ich nur Bezug nehmen auf das, was der Herr Reichskanzler gesagt hat.

Nur eins lassen Sie mich zum Schluß hervorheben. Wir sind nach dem Zusammenbruch unserer Machtstellung in besonderem Maße verpflichtet zu inniger **Liebe zu unserem deutschen Vaterland, zu gemeinschaftlicher Pflege deutscher Kultur und Art**, nicht ohne Achtung und gerechte (B) Würdigung anderer Nationen, nicht im Gegensatz zu ihnen, sondern um neben ihnen der Welt zu erhalten, was deutsche Kultur ihr gewesen ist und in der Zukunft sein kann. Wir haben eingesehen, daß das System unseres Staates verfehlt war. Das wollen wir der Wahrheit zur Ehre aussprechen: wir haben aber keinen Grund, uns unserer Vergangenheit zu schämen, sondern müssen die Erinnerung an das Große und Gute, das unser tüchtiges Volk geleistet hat, in Ehren halten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Das gilt auch für die Männer, die gefehlt haben mögen, die aber ihre Pflicht für das Vaterland getan haben. Unsere Regierung wird die Würde und Kraft zu wahren haben, ohne die Rechte der anderen Nationen zu beeinträchtigen; sie wird es tun müssen, um allen Deutschen auf der Welt die Freude am Deutschtum nicht zu mindern. Das gilt für die Deutschen, die gegen ihr Selbstbestimmungsrecht von uns, von unserer Staatsgemeinschaft fern zu bleiben gezwungen sind, ebenso für diejenigen, welche infolge des Ausgangs des Krieges jahrelang fremde Besatzung ertragen müssen. Bleiben wir uns unserer Pflicht gegen unser Vaterland, unseren Staat und gegen die Welt bewußt, so wird es uns gelingen, wieder hoch zu kommen. Das ist die feste Zuversicht unserer Partei, das verpflichtet uns als deutsche Demokraten, die Regierung verantwortlich mit zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Von meiner Fraktion bin ich beauftragt, als ihr Vertreter zum Etat des Reichskanzlers das Wort zu nehmen. Sie werden begreifen, daß ich diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen kann, ohne auch als Mensch zum (C) Menschen den **Reichskanzler Bauer** zu begrüßen, der die mir nur zu gut bekannte Bürde des verantwortungsvollen Amtes in schwerster Stunde auf seine Schultern genommen hat. Nachdem die Entscheidung gefallen war, daß der Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte, mußte schnell gehandelt werden; denn draußen stand eine in Waffen starrende feindliche Welt und drängte nach Erfüllung. Da durfte nicht mehr durch Schwanken Zeit verloren werden; denn der schlimmste aller denkbaren Fälle war der, daß überhaupt keine klare Entscheidung fiele, daß unser Wille sich in Brei aufgelöst hätte. Dieser Gefahr mit fester Hand gesteuert zu haben, ist das Verdienst des gegenwärtigen Reichskanzlers Bauer, der, wie ja bekannt ist, im wesentlichen nicht anders dachte als ich, wie uns ja überhaupt in der sachlichen Beurteilung des uns aufgezwungenen Gewaltfriedens keine Meinungsverschiedenheiten trennen. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken gibt es ja auch in diesem Hause darüber nur eine einzige Meinung.

(Sehr richtig!)

Von dem gleichen Gefühl beseelt wie ich, aber auch von der Überzeugung durchdrungen, daß er im Sinne der Mehrheit des Hauses sofort handeln müsse, hat mein Freund Bauer die Bildung der neuen Regierung damals übernommen. Ob ihre erste Tat, die sie im Auftrage der Nationalversammlung ausführte, vermeidbar gewesen, ob der andere Weg der richtigere gewesen wäre, darüber jetzt noch zu streiten, wäre vollkommen zwecklos.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die **Unterzeichnung** ist ein weltgeschichtliches Faktum, und gegen die Weltgeschichte polemisiert man nicht.

(Sehr gut! links.)

Nur darum kann es sich jetzt handeln, vom Boden der einmal gegebenen Tatsachen aus einen Weg zu finden, der uns von unserem grauenhaften Sturze wieder aufwärts (D) führt. Auf diesem Wege können sich aber auch diejenigen finden, die in der Frage der Unterzeichnung mit ihren Meinungen gegeneinander standen. Darum freue ich mich auch, daß die demokratische Partei den Weg zur positiven Anteilnahme an den Regierungsgeschäften zurückgefunden hat. Selbstverständlich — Sie werden mir das nicht verdenken — wäre mir eine **rein sozialistische Regierung** lieber. Aber eine solche Regierung ist erst dann möglich, wenn das Volk durch seinen Mehrheitswillen ihr die dazu gehörigen demokratischen Vollmachten ausstellt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren von ganz links wollen das freilich nicht einsehen, und ich wäre ihnen dankbar, wenn sie uns darüber endlich einmal die Aufklärung geben wollten, die sie uns doch eigentlich schon längst schuldig sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Würden Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) es für richtig halten, wenn die sozialdemokratische Partei gewaltsam die Alleinmacht an sich risse und gegen die Mehrheit des Volkswillens regierte? In diesem Falle würde es ohne Belagerungszustand nicht abgehen, und dann würde man sogar einen ganz anderen Belagerungszustand gebrauchen als den jetzigen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren sind doch Gegner des Belagerungszustandes!

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Oder sollten wir uns beiseite stellen und den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung überlassen? Wobei dann die Herren von der äußersten Rechten notwendigerweise die Führung übernehmen müßten!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das wäre ein schöner Anfang für die deutsche Republik, wenn in ihr die Monarchisten regierten.

(Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

(**Scheidemann**, Abgeordneter.)

(A) Hätten wir so gehandelt, dann könnte man uns mit Recht vorwerfen, wir spielten das Spiel der Gegenrevolution. Wie also hätten wir nach Meinung der äußersten Linken handeln sollen? Auf diese Frage möchten wir gern einmal eine ganz klare Antwort haben; denn wir sind gern bereit, zu lernen und uns zu bessern.

Ich begrüße den **Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung**, weil ich der Überzeugung bin, daß die Regierung stark sein muß, vor allem stark gegen rechts.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Ich billige das Arbeitsprogramm der Regierung, das uns der Herr Reichskanzler heute vorgetragen hat. Ich darf wohl auch nach der Rede des Herrn Abgeordneten Petersen überzeugt sein, daß die Demokraten bereit sein werden, alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die Republik und die Demokratie zu festigen; denn wie immer einzelne von Ihnen früher gedacht haben mögen: heute, glaube ich, müssen Sie alle darin einig sein, daß es für das deutsche Volk keine Zukunft gibt als auf dem befestigten Grund der neuen Staatsform.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Innere Kämpfe um die Staatsform können wir uns jetzt am wenigsten leisten,

(sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien)

und wer sie heraufbeschwört, der begeht ein Verbrechen an unserem Volk.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Es hat in früheren Zeiten sogenannte Vernunftsmonarchisten gegeben, die zwar für die Monarchie keinerlei Begeisterung aufbrachten, aber doch aus Gründen praktischer Vernunft darauf verzichteten, sie anzufechten. In diesem Sinne muß heute unter den veränderten Verhältnissen jeder Deutsche zum mindesten **Vernunftrepublikaner** sein,

(sehr richtig! links)

(B) wenn er von der Vernunft überhaupt nicht verlassen ist. Seine Vernunft und sein Gewissen müssen ihm sagen, daß er sich an seinem Land, an seinem Volke versündigt, wenn er nutzlose und verderbliche Kämpfe um die Staatsform heraufbeschwört.

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Ich möchte gewisse Herren fragen: haben Sie noch immer nichts aus der Geschichte gelernt, haben Sie noch immer nicht begriffen, wohin es führt, wenn man mit dem Gesicht zur Vergangenheit und mit dem Rücken gegen die Zukunft gewendet Politik machen will? Als vor siebzig Jahren in Preußen durch die Revolution die Konstitution kam, haben Sie auf die Konstitution geschimpft und nach dem Absolutismus zurückgeschielt; als das Kaiserreich kam, haben Sie über das Kaiserreich geknurrt und das alte Preußen hoch leben lassen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Jetzt schimpfen Sie auf die Republik und sehnen sich nach der Kaiserherrlichkeit zurück. Mindestens um einen Posttag müssen Sie immer hinter der Weltgeschichte einhertrotten.

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien. — Heiterkeit.)

Mein geehrter Herr Vorredner, der Abgeordnete Dr. Petersen, hat eine Anzahl Ausführungen gemacht, ganz speziell an Ihre (nach rechts) Adresse gerichtet, die mir vollkommen aus der Seele gesprochen waren. Ich will es mir deshalb ersparen, das, was er selbst ausgeführt hat, zu wiederholen. Meine Damen und Herren! Es gibt Leute, die die **Propaganda der sogenannten „Nationalen“** für das Gestrige nur für närrisch halten; ich halte sie für mehr, ich halte sie für gefährlich,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

nicht nur weil sich törichte Menschen durch sie zu unbesonnenen Schritten verleiten lassen können, sondern auch, weil sie ein Element der Unruhe und des Mißtrauens in (C) unser Volksleben hineinträgt.

(Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.)

Und ist dieses Mißtrauen nicht zu begreiflich! Wenn sich z. B. ein hoher Offizier, der im Vorkampf gegen die Unruhestifter von links gestanden hat, als ein leidenschaftlicher monarchistischer Reaktionär bekennt, ist es dann nicht begreiflich, daß die Massen die Ohren spitzen und sich argwöhnisch fragen: wohin geht die Reise?

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

daß dann Gerüchte entstehen von monarchistischen Offiziersverschwörungen, reaktionären Putschen usw., Gerüchte, die Sie als Ammenmärchen abtun mögen, die aber aus solchem Boden notwendig erwachsen und ihre unheilvolle Wirkung üben müssen. Wer als Offizier freiwillig den Rock der Republik trägt, der soll provozierende Redensarten und provozierende Taten gegen die Republik unterlassen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und wenn er das nicht kann, so zeigt er damit, daß er seine Aufgabe nicht begriffen hat, daß er seine Pflicht nicht kennt und daß seine Ehrbegriffe in ein bedenkliches Schwanken geraten sind.

(Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.)

Wir halten es für dringend notwendig, daß die Offiziere in unzweideutiger Weise darüber aufgeklärt werden, was jetzt ihre verfassungsmäßige Pflicht ist. Ich bin der Meinung, daß, wer nicht imstande ist, seinen inneren Frieden mit der Republik zu machen, wer nicht bereit ist, die Republik gegen alle Angriffe, auch von rechts, zu schützen, nicht Soldat und nicht Offizier sein kann.

(Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Ich hege den dringenden Wunsch, daß sich die große Energie meines Freundes, des Herrn Reichswehrministers Noske, auch nach dieser Richtung hin erfolgreich betätigen möchte. (D)

(Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Der Herr **Reichskanzler** hat heute gesagt, wer sich in die **Reichswehr** nicht einzufügen vermöge, wie es das republikanische Deutschland verlangen muß, die sollen — ich zitiere natürlich nur dem Sinne nach — fernerhin — das habe ich deutlich verstanden — darin keinen Platz haben. Ich begrüße diese energische Bekundung, bedaure aber, daß das Wort „fernerhin“ überhaupt darin vorkommen mußte. Wenn nämlich bisher schon immer so zugegriffen worden wäre, wie es in Aussicht gestellt worden ist, dann wäre uns mancher Verdruß, manche Verhetzung, mancher Schade, namentlich auch vom Auslande her, erspart geblieben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! **Monarchistische Offiziere**, die die republikanische Regierung sogar vor Mannschaften wüst beschimpfen, sind vollkommen unmöglich in der Reichswehr.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Offiziere, die den Vertrieb republikanischer Schriften verbieten, müssen mindestens sofort zur Ordnung gerufen, Offiziere, die monarchistische Propaganda betreiben und nationalistische und monarchistische Schriftenverbreitung unter den Soldaten fördern, müssen entlassen werden.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Denn diese Offiziere sind es, die die Reichswehr zermürben, die den Geist der Truppen mehr verwirren als alle spartakistische Propaganda.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr wahr! — Unruhe und Zurufe rechts.)

Truppen, die auf die republikanische Verfassung vereidigt, aber der monarchistischen Propaganda ihrer Vorgesetzten

(**Scheidemann**, Abgeordneter.)

(A) ausgesetzt sind, müssen doch irre werden an der jungen Republik und ihrer Regierung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat in seiner Rede auch vom Mißtrauen des Auslandes uns gegenüber gesprochen. Täuschen wir uns nicht! Die am üppigsten sprudelnde Quelle für dieses Mißtrauen ist die **Reichswehr** mit den maßlos aufgebauschten unliebsamen Vorkommnissen, deren Ahndung und Beseitigung, soweit sie eingetreten sind, dem deutschen Volke und also auch der ganzen Welt, nicht immer mit der erforderlichen Schnelligkeit bekannt gegeben worden sind. Meine Herren, ich will Ihnen ein Beispiel dafür anführen. Der „Temps" sucht in einer seiner letzten Nummern, die nach Berlin gekommen sind, in einem Leitartikel wiederum den Beweis zu liefern, daß die Armee des republikanischen Reiches eine Gefahr bedeute, die im Wachsen begriffen sei. Noske sei ein Imperialist und der Waffenstillstand sei zu milde gewesen. Als Beweismittel — ich sage in Gänsefüßchen: „als Beweismittel" — werden die verschiedenen Offiziersverbände herangezogen und die Tatsache, daß das Organ der revolutionären „Reichswehr" — das ist der Titel des Blattes —, die ein früherer Offizier, Collin-Roß, herausgegeben habe, ihr Erscheinen habe einstellen müssen, während Blätter wie „Die Eichenkrone", „Freie Worte" usw. geduldet würden. Man sage auch Noske nach, er habe dem Vertreter eines Offizierverbandes gesagt: „alles, was ich von Ihnen verlange, ist, daß Sie mir keine Geschichten machen." Diese Verbände verfolgten monarchistische und dynastische Tendenzen.

Meine Herren, so wird aus all den unliebsamen Blüten der Reichswehr im Auslande Honig gesogen, und das deutsche Volk ist es dann, das die Folgen auszubaden hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Deshalb muß man diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Gerade weil wir die Reichswehr als wirkliche Schutztruppe der jungen deutschen Republik gegen Bedrohung von rechts und links brauchen, weil wir das Volk vor weiterem Schaden bewahren wollen, weil wir unserem Parteigenossen Noske seine Stellung festigen, ihm in seiner schwierigen Situation den Rücken steifen wollen, deshalb habe ich gerade diese Ausführungen hier gemacht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sehe in der Verwendung eingefleischter Monarchisten an wichtigen Stellen der Armee und des Sicherheitsdienstes aber noch eine andere Gefahr, denn der **Monarchismus** und der **Spartakismus** brauchen einander!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Indem der Spartakismus die Demokratie sabotiert, fördert er die Reaktion;

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

diese, indem sie herausfordernd auftritt, raubt dem Volk den Glauben an den berechtigten Besitz der Demokratie und fördert so den Spartakismus.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Spartakismus müßte den Monarchismus erfinden, wenn er nicht da wäre und für ihn arbeitete. Umgekehrt geht es dem Monarchismus mit dem Spartakismus ebenso.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Monarchisten sind daran interessiert, überall spartakistische Putschversuche zu entdecken, und dadurch entsteht dann die Gefahr

(Rufe rechts: unerhört!)

— ich sage: entsteht die Gefahr! —, daß die Regierung sich durch falsche Orientierung auf eine falsche Führung locken lassen könnte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Sie hat kein dringenderes Interesse, als den Belagerungszustand sobald wie möglich aufzuheben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

das Volk ohne Unterschied der Partei in den Vollbesitz seiner demokratischen Freiheitsrechte zu setzen. Diejenigen aber, die vom Kampf gegen spartakistische Umsturzbestrebungen ihre politische Existenz fristen, haben in dieser Beziehung Interessen, die den unseren direkt entgegengesetzt sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen die Welt ohne reaktionäre Parteibrille betrachten und wünschen, so klar wie möglich zu sehen, ob eine **spartakistische Putschgefahr** noch besteht oder nicht. Die Herren von der Unabhängigen Partei behaupten, sie bestehe nicht. Ich wünschte von Herzen, ich könnte das auch schon mit derselben Bestimmtheit sagen. Aber dann bitte ich Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) dringend, dahin zu wirken, daß so unsinnige **Streiks** wie der am letzten Donnerstag hier in Berlin vermieden werden, daß auf solche Sensationsstücke und Knalleffekte, die zur Führung eines Lohnkampfes vollkommen entbehrlich sind, verzichtet wird. Damit werden Sie uns unsere Aufgabe ganz bedeutend erleichtern.

Ich bitte also die Regierung, keinen Augenblick zu vergessen, daß der **Belagerungszustand** nichts anderes ist als ein uns aufgedrängter Ausnahme- und Notwehrzustand, daß wir die Ausnahme nicht zur Regel werden lassen, die Notwehr nicht überschreiten dürfen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, welche ungeheure Verantwortung auf der Reichsregierung lastet und wie sorgfältig sie erwägen muß, ob der Zeitpunkt für die Beseitigung des Belagerungszustandes schon da ist. Wird er heute aufgehoben und fließt morgen Blut, so muß er übermorgen wieder eingeführt werden,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Warum?)

(D) und ein mißlungenes Experiment ist mit einem Haufen neuen Elends erkauft.

(Sehr richtig! links.)

Auf der anderen Seite aber darf sich eine Regierung, die unser Vertrauen besitzt, niemals auf den Bequemlichkeitsstandpunkt stellen und sich sagen: mit dem Belagerungszustand geht es ganz gut, also warum sollen wir seine Aufhebung riskieren? Das wäre der Standpunkt der alten Bureaukratie, der alten Polizei, des alten Militärs, und gegenüber allen Versuchen, auch sie auf ihn zu bringen, muß — ich weiß, daß sie es tun wird —, wird auch die Regierung ein offenes Auge haben. Das Volk muß sehen, daß die Demokratie nicht bloß eine neue Fassade für die alte Klassen- und Kastenherrschaft sein soll, sondern daß es uns mit ihr bitter ernst ist, daß sie das Leben des Volkes bis ins letzte Geäder durchdringen soll, daß sie den Weg freimachen soll für den Aufstieg zu neuen Formen der menschlichen Gesellschaft.

In diesem Sinne rufe ich der Regierung zu: der Feind steht rechts!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Ich wäre glücklich, wenn ich heute schon sagen könnte: er steht nur rechts. Die Herren von der äußersten Linken sprechen ihren Anhängern täglich von der gegenrevolutionären Gefahr. Warum sagen Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) ihnen nicht auch, daß es zur Beschwörung dieser Gefahr nur ein sicheres Mittel gibt: die **Einigung der Arbeiterklasse?**

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich zweifle ja gar nicht daran: in dem Augenblick, in dem das monarchistische Gespenst Fleisch und Blut ge-

(**Scheidemann**, Abgeordneter.)

(A) winnt, wird diese Einigkeit mit einem Schlage hergestellt sein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wird es dann aber nicht vielleicht zu spät sein?

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich an Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) mit dem eindringlichsten Appell:

(aha! rechts)

Sie glauben, daß Sie uns viele Fehler vorzuwerfen haben; wir glauben dasselbe von Ihnen. Aber wir empfinden gleichwohl den tiefsten Widerwillen gegen die Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die manche Leute mit geradezu sadistischem Vergnügen betreiben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Glauben Sie wirklich, daß das der Weg ist, auf dem die Arbeiterklasse vorwärtskommen kann? Weil Sie heute eine besondere Partei sind, glauben Sie, Ihre besonderen Parteiinteressen wahrnehmen zu müssen, und halten jedes Agitationsmittel gegen uns für recht.

Alle Parteien, zumal Parteien, die auf demselben Klassenboden stehen, sollen sich doch nicht gegenseitig so behandeln, wie sich vielleicht zwei Abzahlungsgeschäfte gegenseitig Konkurrenz machen würden, wenn sie das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht daran hinderte. Ich war nie ein Anhänger des Schlagwortes „Das Vaterland über die Partei"; denn ich war immer davon überzeugt, daß das Vaterland der armen Leute bei der Partei der armen Leute, bei der Partei des **Sozialismus**, am besten aufgehoben ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber ich bin ein überzeugter Anhänger des Grundsatzes: die Sache der Arbeiterschaft, die Sache der Arbeiterbewegung über die Sache der Fraktionen.

(B) (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ihr agitatorisches Bedürfnis treibt Sie, uns Scheinsozialisten zu nennen. Tag für Tag müssen wir das hören. Aber ich bitte Sie doch, folgendes zu bedenken. Wie traurig müßte es um die Sache des Sozialismus bestellt sein, wenn in diesem Hause 165 Scheinsozialisten säßen und nur einige zwanzig echte Sozialisten,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die Sie ja selbst sein wollen, obwohl wiederum die Kommunisten behaupten, auch Sie wären nur Scheinsozialisten. Wer sollte noch an einen nahen Sieg des Sozialismus glauben können, wenn das Volk im Januar, zwei Monate nach der Revolution, unter mehr als 420 Vertretern nur 25 richtiggehende Sozialisten gewählt hätte! Müßte die Arbeiterklasse angesichts eines solchen Ergebnisses nicht die helle Verzweiflung packen? Wenn erst Ihre Regierung eine Besserung für die Arbeiterklasse bringen sollte, wie lange, glauben Sie, müßte die Arbeiterschaft auf diese Besserung dann noch warten? Wie lange glauben Sie noch zu brauchen, bis Sie nach Ihren bisherigen Methoden zur Macht gelangen? Nein, solange die Arbeiter nicht einsehen, daß ihnen nur die Einigkeit helfen kann, so lange kann es nicht besser, sondern so lange kann es nur noch schlechter werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Statt die Arbeiter zu zersplittern, sollten Sie alle Kräfte daran setzen, daß bei den nächsten Wahlen, die nach der Ankündigung des Reichskanzlers und nach den Wünschen sicherlich der großen Mehrheit dieses Hauses doch innerhalb weniger Monate werden stattfinden müssen, hier eine sozialistische Mehrheit einziehen wird,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

eine Mehrheit, die Sie allein nicht erreichen können; das wissen Sie ganz genau. Wer sich diesem gemeinsamen Vorgehen widersetzt, der prellt die Arbeiter um ihren Sieg.

Sie machen uns einen Vorwurf daraus, daß wir (C) mit bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Regierung bilden, nachdem Sie selbst uns dazu gezwungen haben. Wie waren denn die **Vorgänge in Sachsen?** In Sachsen hatten unsere Parteigenossen die Wahl, entweder mit den Demokraten oder den Unabhängigen eine Mehrheit zu bilden. Sie hatten gar keine Lust, das mit den Demokraten zu tun, und bemühten sich, mit den Unabhängigen zusammenzukommen. Als aber die sächsischen Unabhängigen Neigung zeigten, sich in ernste Verhandlungen einzulassen, wurde von den ganz Unentwegten Verrat geschrien, und es wurde eine Reichskonferenz einberufen, um die Sache zu entscheiden. Da erklärte nun Herr Abgeordneter Haase: von einer gemeinsamen **Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten** könne keine Rede sein; wenn man mit ihnen schon verhandele, so müsse man die Bedingungen so stellen, daß sie auf sie nicht eingehen könnten, und so die Verhandlungen zum Scheitern bringen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der frühere Abgeordnete Ledebour sagte von dieser Art Politik mit Recht, sie sei weiter nichts als eine Komödie.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit demselben Recht schrieb von der andern Seite unsere sächsische sozialdemokratische Parteipresse, das sei ja genau die Methode des österreichischen Ultimatums an Serbien.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man stellt Bedingungen, von denen man weiß, daß der andere sie nicht erfüllen kann, und hat dann den Kriegszustand, den man haben will.

(Abgeordneter Haase [Berlin]: Welche Bedingungen konnten Sie als Sozialisten nicht erfüllen?)

— Herr Abgeordneter Haase, ich habe hier nur zitiert, was in Ihrer eigenen Presse gestanden hat, daß Sie die Forderung vertreten haben: man muß Bedingungen (D) stellen, die die andern gar nicht erfüllen können. Darauf kommt es an. Genau nach diesem Rezept ist dann auch bei den Verhandlungen in Leipzig verfahren worden, und so kann man jetzt aus voller Brust auf die Sozialdemokraten schimpfen, die sich mit den Demokraten verbanden. Aber was sollten sie tun?

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Auflösen! — Große Heiterkeit.)

— Herr Abgeordneter Haase, Sie werden nicht erwarten, daß ich auf diesen Zwischenruf ernstlich eingehe.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten.)

Wenn Sie von dem Verhalten unserer sächsischen Genossen als von einer „Schuld" sprechen, dann würde hier das Wort gelten: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein Aber wenn sich alle Schuld auf Erden rächt, so muß sich auch die Schuld rächen, die sich die Unabhängigen durch eine solche Politik der Arbeiterbewegung gegenüber aufgeladen haben.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Fürchterlich!)

Ich bitte Sie, mir zu glauben: wenn ich Ihnen hier einige Fehler vorgeworfen habe, so tue ich es nicht, um Ihnen Anhänger oder Zeitungsabonnenten wegzufischen, sondern im Interesse der Sache und um die dämmernde Erkenntnis zu fördern, daß der Weg, den Sie noch immer nicht verlassen wollen, unfehlbar zum Ruin der Arbeiterbewegung führen muß.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Einsicht, daß sich die ungeheuren Probleme der **Sozialisierung** nicht übers Knie brechen lassen, wenn anders nicht ein Fehlschlag mit seinen die Volkswirtschaft vernichtenden Folgen alle Hoffnungen für jede absehbare Zeit zerstören soll, ist auch bei denjenigen von Ihnen vor-

(**Scheidemann,** Abgeordneter.)

(A) handen, die sich mit diesem Problem ernsthaft beschäftigt haben. Viel leichter hat es darin natürlich das unselige Kurpfuschertum, das unseren kranken Volkskörper mit allen möglichen und unmöglichen Pferdekuren heilen will. Das Kurpfuschertum hat sich jetzt bis zu der Heilslehre durchgemausert, daß es den deutschen Arbeitern desto besser gehen wird, je weniger und schlechter gearbeitet wird. Die Sabotage soll das Mittel sein, den Kapitalismus zu vernichten. Keine Spur von Erkenntnis dämmert in jenen Köpfen auf, daß man auf diese Weise nicht den Kapitalismus vernichtet, sondern die Arbeiterklasse selbst zur Strecke bringen kann,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß dadurch Mann und Weib und Kind dem nackten Hungertode geradezu überliefert werden müssen. Und das alles für die Aussicht, einen gänzlich zerstörten Betrieb schließlich in eigene Regie übernehmen zu können. Wer nur eine Spur von Verantwortung hat, muß solchen gemeingefährlichen Irrsinn bekämpfen.

Wir treten ein für einen Sozialismus, der nichts anderes ist als die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis auf die Wirtschaft zum unmittelbaren Wohl der arbeitenden Allgemeinheit. Wir nehmen auf diesem Gebiete jede Mitarbeit und jede brauchbare Belehrung gern an. Wir können aber unserem Volk nicht eine vierzigjährige Wüstenwanderung zumuten, um in ein gelobtes Land zu kommen. Wüste liegt wahrhaftig genug hinter uns.

(Sehr richtig!)

Das Volk sehnt sich danach, eine sofortige Besserung seiner Lage zu erlangen. **Praktischer Sozialismus** ist nicht anders denkbar denn als unmittelbar zum Wohle der Allgemeinheit wirkender Sozialismus.

Wir haben den Mut, den Arbeitern zu sagen, daß in ihrem eigenen Interesse auf diesem neuen Boden ein vorsichtiges Vorgehen notwendig ist,

(B) (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß sie auf diesem Gebiete noch viel zu lernen haben, was nur durch Erfahrung gelernt werden kann, und daß wir uns den Grundsatz anzueignen haben, der für jeden Mediziner in erster Linie gilt: vor allen Dingen wenigstens keinen Schaden anrichten.

Diesen Grundsatz finden wir in dem **Gesetz über die Betriebsräte,** das jetzt der Ausschußberatung unterliegt, vollständig gewahrt. Wir sind der Meinung, daß insbesondere das, was der Entwurf über das Recht der Einsicht in die Geschäftsführung des Unternehmers bringt, das wenigste ist, was verlangt werden muß. Modern denkende Unternehmer können es nur begrüßen, wenn ihre Arbeiter Gelegenheit erhalten, sich ein Bild davon zu machen, was dem Unternehmer zugemutet werden kann und was nicht. So wenig im Staat eine Rückkehr zur Monarchie möglich ist, so wenig ist im Betrieb eine Rückkehr zum alten patriarchalischen System möglich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir erblicken in dem Gesetz über die Betriebsräte den Anfang einer Umbildung des Unternehmertums aus einer ausbeutenden zu einer führenden Berufsschicht, die in ihrer Führung von den Geführten kontrolliert wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Solche Umbildungsprozesse können sich naturgemäß nicht ganz ohne Reibung vollziehen. Die Reibungsfläche wird aber verkleinert werden, wenn auf der anderen Seite die unbedingte Notwendigkeit dieser Einrichtung eingesehen wird. Ich glaube, die bürgerlichen Parteien täten gut, auf einen Kampf gegen unvermeidliche soziale Fortschritte zu verzichten und ihnen lieber den Weg zu ebnen, statt dagegen anzukämpfen. Für uns aber wollen wir keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß für uns das Mitbestimmungs- und Miteinsichtsrecht der Arbeiter eine Frage von entscheidender politischer Bedeutung ist, daß

wir auf diesem Gebiet von unserem Standpunkt keinen (C) Schritt zurückweichen können.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn nun gewisse Unternehmerkreise versichern, dieses Gesetz bedeute den Ruin der Industrie, so erinnern wir uns daran, daß von dieser Seite noch jeder sozialpolitische Fortschritt mit dem gleichen Schreckensruf begleitet worden ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin der festen Überzeugung, daß die ungeheure Mehrheit der Arbeiter viel zu vernünftig und besonnen ist, als daß sie der Industrie ihre Existenz vernichten wollen. Unsere Industrie wird noch bestehen, wenn einmal auch der letzte Rest des alten Herrengeistes aus ihr verschwunden sein wird und sie nichts mehr kennen wird als freie, gleichberechtigte und ihrer Verantwortung bewußte Arbeitsgenossen.

Wir sind durch den Friedensvertrag der Lohnarbeiter, der Proletarierstaat der ganzen Welt geworden, und darum ist es jetzt auch unsere nationale Aufgabe, Arbeiterinteressen gegen die Interessen des internationalen Kapitals zu vertreten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich hoffe, daß uns das zu tun auf der **internationalen Arbeiterkonferenz in Washington** möglich sein wird, meine aber, daß wir dazu bestimmterer Erklärungen über unsere Zulassung bedürfen, als sie uns bisher bekannt geworden sind. Die klassenbewußten Arbeiter in der Welt sind einig darüber, daß man dem deutschen Arbeiter nicht den Zutritt verwehren darf, wo er den anderen offen steht. Wo aber Überheblichkeit des Siegers waltet, da ist nicht der geeignete Boden für die Beratung internationaler Arbeiterfragen, da würden wir nichts zu tun haben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme damit auf das Gebiet der **internationalen Politik.** Wir haben leider auch hier die Tatsache zu ver- (D) zeichnen, daß der Regierung ihre unendlich schwere Arbeit von ganz rechts und ganz links noch weiter erschwert wird. Wir leiden noch hier und da an aufzuckenden Resten des **Militarismus.** Die äußerste Linke aber befriedigt ihr agitatorisches Bedürfnis, indem sie die Dinge so darstellt, als hätte uns der Militarismus noch mit Haut und Haaren. Dadurch wird den Gegnern — und wir haben trotz des Friedensschlusses noch immer Gegner — der billige Vorwand gegeben, uns noch mehr zu knebeln, als wir ohnedies schon sind. Es ist unverantwortlich, wenn die Soldaten in Kurland dazu aufgemuntert werden, den Befehlen der Regierung Widerstand zu leisten, und es ist ebenso unverantwortlich, wenn Leute nach Luzern gehen und dort behaupten, wir hätten noch 1,2 Millionen Soldaten unter den Waffen, und wenn sie die lächerliche Vorstellung erwecken, als könne es von uns aus demnächst wieder losgehen. Dadurch ist eine Panikstimmung in Frankreich erzeugt worden, die für die dortigen Militaristen und Gewaltpolitiker Wasser auf die Mühlen gewesen ist. Durch die Widerspenstigkeit der **Truppen in Kurland** ist eine neue internationale Krise erzeugt worden. Durch die Art, wie die Sache von unabhängiger Seite dargestellt und behandelt wurde, wurde sie verschärft. Es wurde dadurch der Eindruck hervorgerufen, als stecke die deutsche Regierung mit den Gehorsamsverweigerern unter einer Decke und spiele mit ihnen ein Spiel mit verteilten Rollen. Gegen diese ungeheuerliche Verleumdung muß der Gegenbeweis angetreten werden, und zwar nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Tat. Ich richte von dieser Stelle aus im Namen meiner Partei an die Soldaten in Kurland noch einmal die Aufforderung, sich ihrer Soldatenpflicht bewußt zu werden, sich ihrer Pflicht als Volksgenossen bewußt zu werden, sich daran zu erinnern, daß

(**Scheidemann,** Abgeordneter.)

(A) sie nicht das Recht haben, in Verfolgung persönlicher Ziele ihr ganzes Volk in neue Gefahren zu stürzen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich spreche aber zugleich aus, daß die Regierung unsere volle Unterstützung haben wird, wenn ihr vernünftiges Zureden ohne Erfolg bliebe und wenn sie dadurch genötigt würde, zu den entschiedensten Maßregeln überzugehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen wäre es für die Zukunft der Welt besser, wenn der Militarismus nirgends üppiger wäre, als er es jetzt bei uns ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der **französische Militarismus** treibt noch immer in den besetzten Gebieten Deutschlands Politik auf eigene Faust, eine **Politik der Zerreißung Deutschlands** über den Vertrag von Versailles hinaus. Wir danken es unseren Genossen dort, daß sie für alle Lockungen taub, gegen alle Drohungen fest bleiben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben das Recht auf ihrer Seite und sie werden — des bin ich gewiß — den Standpunkt wahren, daß der Frieden auch dem Sieger Verpflichtungen auferlegt; denn sonst wäre es kein Frieden. Durch militärische Absperrungen voneinander getrennt, bleiben wir doch ein Volk; weder List noch Gewalt werden uns trennen!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Mit der Ratifikation des Friedens naht auch der Zeitpunkt, zu dem die Bevölkerung weiter Gebiete des Deutschen Reichs sich zu entscheiden haben wird, ob sie weiter zu uns gehören will oder nicht. Da erwarten wir, daß jeder, der deutsch bleiben will, seine Pflicht tut, und wir freuen uns, sagen zu können, daß die deutschen Arbeiter, obgleich international in der Gesinnung, fest zu ihrem Volke stehen, während wir einen vaterlandslosen Kapitalismus sich über die Grenze flüchten sehen mit dem (B) Rufe: Rette sich, wer kann!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir von den Volksgenossen sprechen, die Siegermacht von uns getrennt hat oder zu trennen versucht, können wir auch **Deutschösterreich** nicht vergessen. Ihm ist das härteste Los von allen zugefallen, und wir wollen uns stets dessen bewußt bleiben, daß ihm der Friedensvertrag von St. Germain nur deshalb auferlegt worden ist, weil es trotz 50jähriger politischer Trennung Fleisch von unserem Fleische, Blut von unserem Blute ist.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zugleich hat der Uebermut der Sieger eine neue Erklärung von uns zu den längst abgegebenen verlangt, daß wir dem Willen Oesterreichs, sich mit uns zu vereinigen, ohne ihre Zustimmung kein Gehör geben werden. Wir konnten die gewünschte Deklaration zum zweiten Absatz des Art. 61 abgeben, weil wir damit nicht mehr tun, als wir längst schon getan hatten, einem harten Zwange, nicht unserem eigenen Willen folgend. Wir vertrauen der Zukunft, die zeigen wird, daß es unmöglich ist, zwei rein deutsche Staatswesen, die innerlich zueinander streben, getrennt zu halten, und wir werden nie aufhören, den anderen Nationen das Unrecht vorzuhalten, das sie begehen, in dem sie das Selbstbestimmungsrecht auch Oesterreichs mißachten.

An eine gewaltsame **Änderung der Friedensverträge** denkt in Deutschland kein Mensch, der seines Verstandes mächtig ist. Das möchte ich ganz besonders auch als einer von denen erklären, die dem Unterzeichnungsakt von Versailles nicht zustimmen konnten.

Unser nächstes Ziel ist der Ausbau oder vielmehr die Änderung des **Völkerbundes** zu einer Institution, die im Geiste internationaler Gerechtigkeit dem gemeinsamen Wohl aller Völker dient. Wir glauben an den internationalen Aufstieg der Arbeiterklasse, nicht wie phantastische (C) Schwärmer, aber wie Männer, die schon manche bittere Enttäuschung erlebt haben und die doch in dem blutigen Wirrwarr des Weltgeschehens eine klare Linie erblicken, die aufwärts führt. Diese Linie werden wir nicht verlassen; sie zeigt auch unserem Volke den Weg.

Ich möchte das Problem so klar wie möglich stellen: Jedes Volk, dem ein ähnliches Schicksal widerfuhr wie dem deutschen, hat bisher sein Recht auf demselben Wege wiedergesucht, auf dem es ihm verloren gegangen war. Es hat Waffen geschmiedet und Bündnisse gesucht, um mit Gewalt wieder holen zu können, was ihm mit Gewalt genommen worden war. „Niemals davon sprechen, immer daran denken!", hieß die Parole nach 70/71 in Frankreich. Wir wollen weder davon sprechen noch daran denken; denn der Krieg ist so grauenvoll geworden, daß er aufgehört hat, ein irgendwie berechtigtes Mittel der Politik zu sein,

(sehr richtig! links)

und er kann auch dem Sieger nicht ersetzen, was er ihm nimmt.

(Erneute lebhafte Zustimmung links.)

Doch nichtsdestoweniger: wenn wir vom ersten Tage ab nach der Unterzeichnung jenes Vertrages auf jeden Gedanken einer gewaltsamen Revision verzichten, dann betreten wir damit einen neuen Weg, den vor uns kein Volk der Welt gegangen ist.

Daraus ergibt sich aber auch für die anderen Völker die Pflicht, neue Wege zu beschreiten. Wenn dieser Frieden ein Frieden werden soll, wie noch keiner gewesen ist, ein Frieden, der keinen neuen Krieg mehr bringt, dann darf er auch nicht bleiben, wie er geworden ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sondern ein neuer Geist der Gerechtigkeit muß dieses Werk der Gewalt revidieren.

Mit Genugtuung erinnere ich an die Entschließungen der internationalen sozialistischen Konferenz, die im (D) Sommer in Luzern stattgefunden hat. Einstimmig hat sich diese sozialistische Konferenz dafür entschieden, daß auf die **Revision des Friedensvertrages** in allen Ländern, wo es eine Arbeiterbewegung gibt, hingearbeitet werden soll.

Wir sehen nicht, wie Herr Clemenceau, im Frieden nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, sondern meinen: nur wenn der Kriegs- und Siegesgeist allerwärts einer reineren Gesinnung weicht, werden wir einen Frieden haben, der seinen Namen verdient. Diesen Frieden haben wir noch nicht; ihn zu schaffen, gebietet das gemeinsame Interesse der europäischen Menschheit, der Besiegten wie der Sieger.

Kein Sieger ist für Jahrzehnte hinaus gegen eine Wendung des Schicksals gefeit. Das lehrt uns vor allem die deutsch-französische Geschichte, wo sie sich in blutigen Schnittpunkten kreuzt.

Wenn man uns Utopisten schilt, weil wir an dem **Gedanken einer Versöhnung** festhalten, so antworte ich darauf, daß der ewig unzerstörbare Siegfrieden, der Frieden, der einem Volk für alle Zeit die Übermacht über die anderen verleiht, eine viel unwahrscheinlichere Utopie ist

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

als der Gedanke eines friedlich-vernünftigen Zusammenlebens.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Frankreich den Ruhm behält, als letztes die blutige Walstatt behauptet zu haben, und wenn wir den Ruhm erwerben, als erste unser gleiches Recht auf Dasein neben den anderen Völkern auf friedlichem Wege erkämpft zu haben, dann sind wir quitt.

(Sehr richtig! links.)

Wenn wir bereit sind, den Gedanken an die Gewalt für alle Zeit preiszugeben, so erfüllen wir uns zugleich

(**Scheidemann**, Abgeordneter.)

(A) bis ins Innerste mit dem Bewußtsein unseres Rechts, das wir nicht preisgeben dürfen, — nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse aller Völker! Denn wenn sich das deutsche Volk zur Sklaverei erniedrigte, so zöge es ganz Europa mit sich herab. Erst dann ist allen gedient, wenn alle haben, worauf keiner verzichten kann: gleiches Recht und Freiheit.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Grafen v. Posadowsky.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Meine Herren und Damen! Wir haben neulich von dem Herrn Ministerpräsidenten amtlich gehört, daß das **Koalitionsministerium** wieder ergänzt ist. Ich möchte mich gegenüber diesem Ministerium eines Shakespeareschen Wortes bedienen: „eine wunderliche Bettgenossenschaft!“

(Heiterkeit und sehr gut! rechts.)

Einerseits die Sozialdemoktratie, die das Privateigentum in Frage stellt und die jedenfalls auch in ihren milderen Färbungen einen starken kommunistischen Einschlag hat, die Sozialdemokratie, die erklärt, daß das Kapital fortgesteuert werden müsse, das Kapital, die Grundlage für das Kulturleben jedes Volkes, die Sozialdemokratie endlich, welche der Kirche kühl gegenübersteht, wenn nicht gar feindlich. Nunmehr ist auch die Demokratie in dieses Koalitionsministerium wieder eingetreten, die Demokratie, in der neben vielen politischen Theoretikern auch Vertreter großer Unternehmungen und sehr ansehnlichen Besitzes sich befinden; endlich das Zentrum, die Partei der Autorität, die Verteidigerin des christlich-katholischen Glaubens und seiner äußeren Form, der katholischen Kirche. Diese Regierung soll nun eine gemeinsame, eine klare, eine zielbewußte Politik verfolgen! Ich halte das noch für un-(B)möglicher als seinerzeit die gemeinsame Politik des seligen Bülow-Blocks. Es ist die Quadratur des Zirkels, daß auf die Länge ein derartig zusammengesetztes, in allen Grundfragen auseinanderstrebendes Ministerium eine klare Politik verfolgen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Es kann nur eine Zickzackpolitik sein, und wie oft hat man der alten Regierung Zickzackpolitik vorgeworfen, meines Erachtens mit vollstem Unrecht.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sehen jetzt bereits alle **Schattenseiten der parlamentarischen Regierung:** den fortgesetzten Wechsel der Persönlichkeit.

(Sehr richtig! rechts.)

Wohin führt das? Wenn ein derartig häufiger Wechsel der leitenden Persönlichkeiten in einem Kollegium eintritt, ist nur eine Möglichkeit vorhanden; die tatsächliche Verantwortung für das, was geschieht, tragen dann die nachgeordneten Organe, sie sind die ständigen, die still in der Amtsstube ihre Gedanken in Gesetzesform und Anordnungen verkörpern. Die Herren Minister aber, die unständigen, schnell wechselnden verantwortlichen Leiter machen nur die parlamentarischen Bewegungen, besorgen nur das äußere parlamentarische Geschäft, die sachliche Verantwortung tragen sie eigentlich nicht, entweder weil sie in der parlamentarischen Regierung gar nicht die nötige berufsmäßige Vorbildung besitzen,

(sehr richtig! rechts)

oder weil sie gar nicht die Zeit haben, sich in die Geschäfte ihrer Amtsbezirke wirklich einzuarbeiten.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie ist das Koalitionsministerium überhaupt möglich geworden? Wir hatten schon vor dem November eine geheime, stille Revolution, als man die monarchische Regierung zwang, die parlamentarische Regierungsform einzuführen, wogegen sich die monarchische Regierung stets (C) nachdrücklich gewehrt hatte. Unzweifelhaft ist es, daß der linke Flügel der Demokraten durch ideologische Theoretiker außerordentlich beigetragen hat zur Schwächung der monarchischen Verfassung des Staates und dadurch der **Revolution** die Wege geebnet hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber die Revolution hat die Demokratie nicht gemacht, sie ist ihr schließlich über den Kopf gewachsen. Gemacht haben die Revolution die Sozialdemokraten, das waren die entschlossenen, zielbewußten Politiker. Die verantwortungsvollen höheren Stellen ebenso wie das Bürgertum haben leider gegenüber dieser Revolution vollkommen versagt.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Partei, die sich in den verschiedenen Staaten mit dem Zentrum deckt, macht keine Revolutionen; sie vertritt die Autorität, aber sie pflegt sich geschickt mit der Revolution abzufinden, manchmal vielleicht zu leicht und zu schnell.

Jetzt ist also die **Demokratie wieder in die Regierung eingetreten**. Nun, Herr Abgeordneter Scheidemann hat in Cassel sowohl ebenso wie heute in seiner Rede keinen Zweifel darüber gelassen, daß er das nur als einen vorübergehenden Notbehelf betrachtet; die bürgerlichen Parteien der Regierung erscheinen ihm nur als Platzhalter für die Zeit, wo die Sozialdemokratie in diesem Hause die Mehrheit allein haben wird. Er hofft, wie aus seiner Casseler Rede hervorgeht, daß sich die Demokratie und das Zentrum als plus null minus null der Regierung erweisen werde; er hofft ganz offen: sie würden sich parlamentarisch gegenseitig ausgleichen.

Man hatte die Demokraten wieder herbeigerufen, weil die bisherige Mehrheit und namentlich die Sozialdemokratie doch fühlte, daß ihr Fundament im Volke zu (D) schwach sei, um dauernd die Regierung zu führen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die bürgerlichen Parteien mögen sich deshalb keiner Täuschung darüber hingeben, daß, sobald die Sozialdemokratie sich stark genug fühlen wird, sie die Minister, die Professoren, die Oberbürgermeister, die jetzt in der Regierung sitzen, ohne allzu viel Komplimente von dem rettenden Floß der Koalitionsregierung alsbald wieder in die große Flut der nur redenden Politiker hinabstoßen wird; man wird sie gehen heißen, sobald man ihrer Nothilfe nicht mehr bedarf.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Herr Scheidemann hat in Cassel erklärt, die **Revolution** sei mit den Trägern und Vertretern des alten Regimes so großmütig verfahren, wie noch nie eine Regierung verfahren ist,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und er hat diese Erklärung mit einer Drohung verbunden. Ich weiß nicht recht, was diese dunkle Drohung bedeuten soll. Hat er geglaubt, daß es in der Ordnung gewesen wäre, wenn die Revolution mit den Personen, die Träger des alten Regimes waren, mit den Beamten und Offizieren, die kraft ihres Diensteides die Monarchie vertreten haben, so verfahren wäre, wie ihr großer Vorgänger, die Revolution von 1789, wie die Jakobiner, von denen der größte demokratische Geschichtsschreiber Frankreichs Taine sagt: „Die Jakobiner bestanden aus Verbrechern, aus Narren und aus vertierten Taugenichtsen“ —?

(Heiterkeit rechts. Zurufe links.)

Schaut Herr Scheidemann nicht nur auf die amtlichen und politischen Vertreter der Monarchie, sondern schaut er bei dieser Drohung vielleicht nach berühmten Beispielen noch höher hinauf? Der Herr Abgeordnete Scheidemann

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) hatte seine Drohung gegen uns nicht nötig. Wir sind keine Revolutionäre, aber wir sind Evolutionisten.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Herr Abgeordnete Scheidemann sagte in Cassel: Die monarchische Überzeugung war bei den rechtsstehenden Parteien ein religiöses Gefühl, das ihren ganzen Lebensinhalt ausfüllte. Nein, Herr Abgeordneter Scheidemann, unser religiöses Gefühl geht uns über alle Begriffe, die mit menschlichen und politischen Einrichtungen zusammenhängen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Unsere monarchische Gesinnung ist eine staatsrechtliche Überzeugung, ganz abgesehen von der Person des einzelnen Monarchen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir glauben, daß die **konstitutionelle Monarchie** die Staatsform ist, welche den sicheren Gang der Staatsmaschine am besten gewährleistet,

(sehr wahr! rechts)

und ich möchte die Herren Demokraten daran erinnern, daß sie eigentlich die Verpflichtung hätten, wenn sie ihre Väter und Urgroßväter nicht verleugnen wollen, in dieser Überzeugung auf unserer Seite zu stehen.

(Erneute Zustimmung rechts. — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten)

Denn den Gedanken der konstitutionellen Monarchie verdanken wir der Demokratie, und die Demokratie hat es in einer Bibliothek von Büchern, von Flugschriften und von Reden nachgewiesen, daß die konstitutionelle Monarchie die beste Staatsform ist, die ein Volk haben kann.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

Ich kann der Regierung versichern, daß dieser stete Wechsel in den leitenden Ministern in weiten Kreisen unseres Volkes die Überzeugung wesentlich gestärkt hat, (B) daß die monarchische Verfassung geeigneter ist für einen stetigen Gang der Staatsmaschine als die Republik mit ihrer Parlamentsherrschaft.

(Sehr wahr! rechts.)

Die schweren Schattenseiten des **parlamentarischen Regimes** treten jetzt in erschreckender Weise in die Erscheinung.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Wir haben die offenen Gegensätze innerhalb der Regierung nicht nur in den Ausschußsitzungen, sondern auch hier im Plenum wiederholt hervortreten sehen. Es war niemals eine einheitliche Regierung.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Ministerpräsident Bauer hat so überaus treffend in der Nationalversammlung am 23. Juli ausgeführt:

> Ich sage also: jedes Handwerk setzt eine Lehrzeit voraus,
>
> (hört! hört! rechts)
>
> und das Regieren erst recht, obwohl Demagogen dem Volke heute vorreden wollen, dieses verantwortungsvollste, weil für alle ausgeübte Handwerk lerne sich in ein paar Volksversammlungen und mit ein paar Resolutionen. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen.
>
> (Hört! hört! rechts.)
>
> Wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen, damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Äußerlichkeit, sondern der Geist des Volkes werde, damit nicht die lautesten Gesinnungsschreier an die Spitze kommen,
>
> (lebhafte Rufe: hört! hört! rechts)
>
> sondern der Befähigtste unter denen, die das Vertrauen des Volkes besitzen.

Ich will nicht von dem Kolonialminister sprechen, der nie (C) in den Kolonien gewesen ist, der den Kolonialfragen doch sehr ferne gestanden hat. Das ist im gegenwärtigen Augenblick unschädlich; denn er ist ja doch nur ein episcopus in partibus infidelium. Aber ich würde es für ein schweres Unrecht halten, wenn man jemals daran denken sollte, einen Laien, einen Politiker an die Stelle des Verkehrsministeriums, des Eisenbahnministeriums zu setzen, eine Verwaltung, die eine langjährige Kenntnis des Betriebes von der untersten bis zur höchsten Staffel voraussetzt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Podbielski!)

— Erlauben Sie, ich werde Ihnen darauf antworten. — Die Führung des Verkehrsministeriums, des Eisenbahnministeriums setzt eine Kenntnis aller Einzelheiten dieses wichtigsten Staatsbetriebes voraus, den wir überhaupt haben. Die Post — das gestehe ich zu — ist ein nicht so verwickelter Betrieb.

(Zurufe von den Mehrheitsparteien: Aha!)

— Bitte sehr, lassen Sie mich weiter sprechen, meine Herren! — Die Post sage ich, ist ein nicht so verwickelter Betrieb wie die Eisenbahn.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Budde!)

Die Post ist ein verhältnismäßig einfaches Betriebsgewerbe. Aber ich will Ihnen auf Ihren Zwischenruf ein Bekenntnis machen. Ich bin auch da im Falle Budde und im Falle Podbielski der Ansicht gewesen, daß es politisch und technisch richtiger gewesen wäre, wenn man einen Mann an die Spitze dieser Ministerien gesetzt hätte, der aus dem Ressort selbst hervorging.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Dann durften Sie nicht Minister für die Sozialpolitik werden! — Zustimmung und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.)

— Als ich diese Stellung antrat, war ich über 20 Jahre in der allgemeinen Staatsverwaltung gewesen, zu welcher die Sozialpolitik gehört, und hatte mich Jahrzehnte mit (D) Sozialpolitik eingehendst beschäftigt. Ihr Zuruf ist also nichtssagend.

(Erneute Zurufe von den Mehrheitsparteien.)

— Diese alte Geschichte ist ja lächerlich!

Meine Herren, es ist unzweifelhaft, daß der monarchische Gedanke, wie ich vorhin sagte, in weiten Kreisen der Bevölkerung in den letzten Monaten an Boden gewonnen hat. Warum? Weil das deutsche Volk nach Ruhe und Ordnung lechzt,

(Zustimmung rechts)

weil es sich entsinnt, daß zur Zeit der **Monarchie** Ruhe und Ordnung im Reiche herrschte,

(erneute Zustimmung rechts)

und weil es hofft und glaubt, daß mit der Rückkehr der Monarchie wieder Ruhe und Ordnung in unser Land einziehen wird.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Großer Irrtum! Verlorener Krieg!)

Der Herr Reichspräsident Ebert hat gesagt: die Monarchie wird niemals zurückkehren. Man soll, wenn man an verantwortungsvoller Stelle steht, sich hüten, solche prophetischen Erklärungen abzugeben.

(Sehr richtig! rechts.)

In der alten deutschen Reichsverfassung steht: „Die deutschen Fürsten schließen einen ewigen Bund zum Schutz des Rechts und der Wohlfahrt des deutschen Volks“, und dieser ewige Bund, Gott sei's geklagt, er hat noch nicht 50 Jahre gedauert. Ebenso ist es verfehlt, zu erklären: die Monarchie wird nie wiederkehren. Eine solche Erklärung möchte ich raten lieber nicht abzugeben, es ist die Möglichkeit doch nicht ausgeschlossen, daß einmal in dieses Haus auch eine monarchisch gesinnte Mehrheit einzieht. Dann werden wir allerdings die Verfassung nachprüfen; aber ich hoffe: wenn jemals eine solche Mehrheit

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) erstehen sollte, dann wird sie nicht wie Ludwig XVIII. handeln, der nichts gelernt und nichts vergessen hatte,

(bravo! rechts)

der das alte Regime glatt wieder einführen wollte. Das wird nie mehr möglich sein. Jede neue monarchische Regierung, die etwa einmal wiederkehren sollte, würde vieles übernehmen müssen von dem, was inzwischen sich gewandelt hat.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn aber von dieser unserer monarchischen Überzeugung der Herr Abgeordnete Scheidemann in Cassel erklärt hat, wir sollten uns hüten, die Frage anders zu behandeln als eine religiöse Überzeugung, und daran eine Drohung geknüpft hat, so kann ich dem Herrn Abgeordneten Scheidemann wiederholt versichern: es war das wirklich nicht nötig; wir beabsichtigen nicht, einen 18. Brumaire herbeizuführen, der übrigens nach dem vorrevolutionären Kalender auch ein 9. November war.

(Sehr gut! rechts.)

Sollten die Meister der Revolution in banger Vorahnung denselben Tag für ihr Unternehmen gewählt haben? Vor allen Dingen fehlt uns für solchen monarchischen Gewaltstreich eine Voraussetzung, ein Napoleon, der aus einem siegreichen Krieg zurückgekehrt war. Solche Tollhäusler, solche Don Quichotte gibt es unter uns nicht.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Nein, solche Leute gibt es unter uns nicht, die gegenüber den Bestimmungen unseres Friedensvertrags, gegenüber unserer schmählichen Wehrlosigkeit und gegenüber der Stimmung, wie sie in unserem Volke zum Teil herrscht, jetzt an irgendwelche Gewaltakte denken oder in Zukunft denken werden.

(Zuruf von den Mehrheitsparteien.)

— Das malen Sie immer nur an die Wand! Das brauchen Sie,

(B) (sehr richtig! rechts)

um ihre Herrschaft bei der Masse zu befestigen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

Sie brauchen das Schreckgespenst der Rechten; Sie wären ja kreuzunglücklich, wenn Sie diese Zielscheibe nicht hätten.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn gegen wen wollten Sie, meine Herren Sozialdemokraten, dann polemisieren? Gegen die Mitglieder des Zentrums und der Demokratie, die in Ihrer Koalitionsregierung sitzen?

(Sehr gut! rechts. — Heiterkeit.)

Dann würde ja Ihr Koalitionsministerium sofort auffliegen! Bekanntlich hat schon ein bekannter französischer Staatsmann gesagt: wenn ich eine Opposition nicht hätte, so müßte ich sie mir schaffen.

(Zustimmung rechts.)

Also bitte, seien Sie etwas dankbar gegen uns!

(Große Heiterkeit.)

Ohne uns würden Sie sich politisch zu Tode langweilen.

Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat erklärt, die Revolution wäre großmütig gegen die Vertreter des alten Regimes gewesen. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Scheidemann die Versicherung geben — ich spreche das nur ganz hypothetisch aus, ich bin kein Illusionist, meine Herren —: wenn meine Partei oder überhaupt eine rechtsstehende Partei jemals in die Regierung kommen sollte, dann wird sie noch viel großmütiger gegen den Herrn Abgeordneten Scheidemann sein, als er gegen uns gewesen ist.

(Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Wir würden ihm nicht drohen, wenn er ein ehrsames Handwerk oder Unternehmen begründet hätte, zu bestimmen, mit welchen Gehilfen er sein Geschäft führen soll; wir werden nicht verlangen, daß seine Gehilfen ihm vorschreiben können, in welcher Weise er seinen Betrieb führen soll; wir (C) werden nicht verlangen, daß seine Gehilfen ihm zustimmen müssen,

(Abgeordneter Scheidemann: So ein Geschäft fange ich gar nicht erst an! — Heiterkeit)

wenn er die Arbeitsmethode seines Betriebs ändern will; wir würden endlich, wenn es ihm gelungen sein sollte, ein Kapital zu erwerben, nicht erklären, wir hielten es für unsere Pflicht, ihm dieses Eigentum wegzusteuern. Großmut gegen Großmut! Wir werden ihn übertrumpfen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ich denke, Sie sind für die Vermögensabgabe!)

— Gewiß, aber in verständigen wirtschaftlich möglichen Grenzen! Darüber werde ich nachher noch sprechen.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung aufrichtig bemüht ist, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Das ist ein Bedürfnis für jede Regierung. Aber es ist sehr schwer, wenn man jahrzehntelang mit der Sturmfahne gegen die bestehende Autorität vorgegangen ist,

(sehr richtig! rechts)

gegen den Obrigkeitsstaat, sich nun plötzlich derselben Mittel zu bedienen, deren sich jeder Staat bedienen muß, um sich selbst als **Obrigkeitsstaat,** als **Autorität** zu erhalten und die Achtung für diese Autorität zu sichern.

(Sehr richtig! rechts.)

Die gegenwärtige Regierung ist durch ihre früheren Erklärungen viel zu sehr belastet,

(sehr wahr! rechts)

und für eine solche Regierung ist es selbstverständlich unendlich schwer, für sich wieder die unbedingt nötige Autorität zu erringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Neben und hinter dieser Regierung steht die Partei, die noch revolutionärer ist, die sie politisch-radikal übertrumpft. Die Regierung steht an einem sehr schwierigen Drehpunkt. Auf der einen Seite hat die Regierung ja längst (D) erkannt — das geht auch aus den klaren Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten hervor —: ohne Autorität, ohne die Machtmittel des alten Obrigkeitsstaates kann keine Regierung auskommen. Ein französischer Journalist hat einmal lachend gesagt: es gibt keine Kirche ohne Priester, und es gibt keinen Staat ohne Gendarmen. Die jetzige Regierung muß dieselben obrigkeitlichen Organe haben und dieselbe Exekutive ausüben wie der vielgeschmähte Obrigkeitsstaat. Auf der anderen Seite droht die noch revolutionärere Partei der Unabhängigen. Zwischen dieser Szylla und Charybdis mit Anstand durchzusegeln, das gestehe ich zu, ist für die jetzige Regierung eine außerordentlich schwere Fahrt. Man kann sich eben nicht an seinen eigenen Haaren aus dem Sumpf herausziehen.

(Sehr gut! rechts und Heiterkeit.)

Dazu gehört eine außenstehende Kraft. Wenn wieder Ordnung und Ruhe im Lande eintreten soll, dann wird eben eine neue Kombination eintreten müssen, die nicht wie diese Regierung dadurch belastet ist, daß sie jahrzehntelang jede bestehende Autorität angegriffen und verneint hat.

Wie stehen nun die Dinge im Innern? Zu meiner Freude hat sich der Herr Ministerpräsident heute auch gegen die fortgesetzten wilden **Streiks** ausgesprochen. Seine Reformpläne nach australischem Muster bewähren sich hoffentlich besser als dort. Ob aber sozialer Friede einzieht, hängt weniger von Organisationen als von der Vernunft und der Gerechtigkeit der Parteien ab.

Eine Neuerscheinung hat aber die Gegenwart gebracht, das sind die **Beamtenstreiks.** Ein Beamtenstreik ist eine staatlich unmögliche Sache! Was heißt denn ein Streik? Ein Streik heißt doch, daß ein Arbeiter, wenn sein Arbeitsvertrag abgelaufen ist, das Recht hat zu erklären: wenn ich nicht andere Bedingungen für meinen Arbeits-

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) vertrag bekomme, dann setze ich die Arbeit nicht weiter fort, ich gebe diese Arbeit auf. Das ist sein gutes Recht, das ihm niemand nehmen kann.

(Zustimmung rechts.)

Anders aber liegt doch die Sache mit dem Beamten. Der Beamte hat zum größten Teil eine lebenslängliche Anstellung, er bekommt ein Ruhegehalt seine Hinterbliebenen bekommen Witwen- und Waisengelder, wenn er aus dem Leben geschieden ist. Für ihn sorgt der Staat bis an sein Lebensende. Jetzt bekommen die pensionierten Beamten auch noch Teuerungszulagen. Ein solcher Mann darf nicht streiken, und wenn ein Beamter streikt, dann verletzt er gröblich seine staatliche Vertragspflicht und seinen Treueid. Man sollte eine gesetzliche Bestimmung schaffen, daß jeder Beamte, der streikt, ohne weiteres durch diese Handlungsweise aller Rechte aus seinem Amtsverhältnis verlustig geht.

(Sehr richtig! rechts.)

Beim Beginn der Revolution schwärmte man auch für die Tagelohnarbeit. Man kommt jetzt schon nach so kurzer Zeit zu der Ueberzeugung, daß Tagelohn in großen Betrieben eine unmögliche Sache ist, weil es in einem solchen Betriebe unausführbar ist, die Arbeiter so zu beaufsichtigen, daß der träge und der fleißige die gleiche Arbeitsleistung hervorbringen. Die **Akkordarbeit** kann deshalb in großen Betrieben nicht entbehrt werden, und wenn man das Schlagwort geprägt hat: „Akkordarbeit — Mordarbeit“, so trifft das für Deutschland jedenfalls nicht zu.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Damals traf es zu!)

— Jahrzehnte zurück! — Aber wenn Sie für Deutschland die Statistik bis zum Beginn des Krieges nachsehen, so werden Sie finden, daß die Sterblichkeit geradezu sprungweite abgenommen hat, und an dieser sprungweisen Abnahme der Sterblichkeit ist doch die große Masse der

(B) Arbeiter vor allen Dingen beteiligt. — Die fleißigen Arbeiter können dieses Verhältnis nicht ertragen. Der fleißige Arbeiter muß in der Lage sein, sich mehr zu verdienen als der träge Arbeiter.

(Sehr richtig! rechts.)

Da findet der Grundsatz Anwendung: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Wir sehen ferner in unserem Lande die fürchterliche **Unsicherheit von Person und Eigentum:** Diebstahl, Gewalt alle Tage in einem noch nicht dagewesenen Umfange; auf der anderen Seite die Kapitalflucht ins Ausland. Wir haben angeblich in Deutschland 550 000 Arbeitslose, und trotzdem ist es in vielen Gegenden Deutschlands nicht möglich, für die wichtigsten und einfachsten Arbeiten überhaupt Arbeiter zu bekommen.

(Hört! hört! rechts.)

Was sind das für Zustände?

Dabei eine unerhörte **sittliche Verwilderung.** Die Zensur ist verfassungsmäßig aufgehoben; nur die Jugendlichen soll man schützen. Ich glaube aber, gegen Unsittlichkeit muß man das ganze Volk schützen, nicht nur die Jugendlichen.

(Beifall rechts.)

Was wagt man uns jetzt auf der Schaubühne zu bieten? Was wagt man uns im Kino zu bieten?

(Sehr richtig! rechts.)

Die Grenzkontrolle scheint aufgehört zu haben. Auf der einen Seite flüchtet sich das Kapital ins Ausland, auf der anderen Seite strömen aus Russisch-Polen und aus Galizien Massen von Ausländern herein, die zum Teil auf sehr niedriger Kulturstufe stehen und vielfach verbrecherische Elemente in sich bergen. Selbst angesehene Glaubensgenossen dieser heimlichen und massenhaften Einwanderer hegen deshalb die ernstesten Besorgnisse.

(Sehr richtig! rechts.)

(C) Ebenso kommen Russen herüber, die hier ganz offen bolschewistisch agitieren. Dieser Zustand darf nicht weitergehen.

(Beifall rechts.)

Die Grenze muß geschlossen werden. Wir können diese wilde Einwanderung nicht in einer Zeit dulden, wo wir an dem größten Wohnungsmangel leiden, wo wir in den Gefahren der Ernährungsmöglichkeit stehen. Der öffentlichen Meinung hat sich wegen dieser Erscheinungen — **Kapitalflucht und Einwanderung** — eine tiefgehende Erregung bemächtigt. Eine weise Regierung beugt rechtzeitig vor.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Regierung darf auch diesen zum großen Teil heimlich eingewanderten Personen unter keinen Umständen das deutsche Staatsbürgerrecht verleihen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren und Damen! Ob die **Zwangswirtschaft** noch lange aufrecht zu erhalten ist, das will mir zweifelhaft erscheinen. Wir sind so weit gekommen, daß sich an die Vorschriften und die Gesetze der Zwangswirtschaft eigentlich niemand mehr kehrt und daß notwendige Lebensmittel gleichzeitig aus Deutschland ausgeführt werden.

(Hört! hört! rechts.)

Schiebertum und der verächtlichste Wucher mit Lebensmitteln blühen in unerhörter Weise. Ich glaube, die Regierung sollte erwägen, ob man nicht zu neuen Methoden übergehen muß. Man schuldigt die **Landwirtschaft** an, daß sie lieferungsläßig sei. Wie liegt denn die Sache? Die Landwirtschaft hat jetzt mit großen Arbeiterschwierigkeiten zu kämpfen. Man will ihr auch die Betriebsräte aufdrängen, eine Einrichtung, die in der Landwirtschaft zum großen Teil vollkommen unausführbar ist. Fahren Sie so fort, wenn Sie die Bauern immer unwilliger machen wollen! Ich will das hier nicht näher ausführen.

(D) Dabei sind auf der einen Seite diese enormen Leutelöhne und auf der andern Seite Preise für die Gegenstände, deren die Landwirtschaft in ihrem Betriebe bedarf, vor allen Dingen für Stickstoff, für Futterstoffe, die unerschwinglich sind. Gegenüber diesen Schwierigkeiten fängt allerdings die Landwirtschaft vielfach an zu ermüden, und wenn der Landwirtschaft nicht geholfen werden kann, dann ist die Möglichkeit vorhanden, daß die intensive Landwirtschaft Deutschlands nachläßt, statt im Interesse der Ernährung unseres Volks sich weiter zu entwickeln.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun noch ein neuer Gesichtspunkt: wenn die Landwirtschaft nicht so liefert, wie es vielleicht erwünscht ist, so herrscht in manchen Kreisen der Landwirtschaft das Gefühl, daß das Getreide auf dem Speicher, auch wenn es dem Mäusefraß ausgesetzt ist, vielleicht immer noch wertvoller ist als die jetzige durch Gold, Ausfuhrgüter und Arbeit nicht genügend gedeckte Banknote.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Erfahrungen bei Hafer und Leder sind freilich betrübend. Aber wie ist es möglich, daß Hafer und Lebensmittel aus dem darbenden Deutschland ausgeführt werden? Häute sollen massenhaft in Gruben eingesalzen werden, um Kapital der Steuer zu entziehen, und Leder soll ausgeführt werden!

Selbstverständlich muß der Haushalt ausgeglichen werden, und selbstverständlich müssen wir die Verpflichtungen des Friedensvertrages gegen unsere Feinde auch erfüllen, soweit das menschenmöglich ist. Wir müssen die Verpflichtungen dieses Teufelswerks erfüllen, des Ausdrucks leidenschaftlichen Hasses und sträflichen Übermutes. Die Wege aber, die die Regierung geht, sind doch nicht unbedenklich. Ich meine — und das ist ja gerade von den Parteien, die jetzt in der Regierung sind, immer betont worden —, wenn man eine Finanzreform macht,

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter.)

(A) muß man einen Gesamtplan vorlegen. Alle früheren **Steuergesetze** sind von den jetzigen Parteien der Mehrheit damit angegriffen worden, daß keine Regierung, wie sie behaupten, einen einheitlichen Steuerplan vorgelegt hat. Was sehen wir jetzt? Jetzt wird ein Steuergesetz auf das andere gehäuft — stückweise — zu einem wahren babylonischen Steuerturm. Von einem einheitlichen Plan ist keine Rede, obgleich es sich doch um die größte Finanzreform handelt, die jemals ein Staat unternommen hat.

Wenn man planmäßig vorgegangen wäre, hätte man sich doch zunächst klar machen müssen: was kann man dem unbeweglichen Besitz, was kann man dem Kapital, was kann man der Industrie, was kann man dem Handel durch die gesamten Steuergesetze überhaupt auflegen? Statt dessen wird ein Steuergesetz nach dem andern eingebracht, ohne — ich muß es offen aussprechen — die notwendigen volkswirtschaftlichen Erwägungen.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn jedes Steuergesetz ist auch ein wichtiger Eingriff in die Volkswirtschaft.

Das **Reichsnotopfer** gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird das Reichsnotopfer auf einmal angefordert, dann müssen zahlreiche Steuerpflichtige einen erheblichen Teil ihres Besitzes an den Markt werfen. Dadurch wird eine ungeheure Entwertung von Mobilien und Immobilien, insbesondere von Wertpapieren infolge Überangebots entstehen, dadurch würde die Zahlung des Reichsnotopfers doppelt schwer, weil durch diese Entwertung des Besitzes die Zahlung für die Zensiten erheblich erhöht würde; gleichzeitig entzöge man dem Verkehr das nötige rollende Kapital. Wird aber die Leistung gestundet, da verlangt man für diese Stundung eine Gebühr von 5 Prozent, eine Gebühr, die viel höher ist, als die allermeisten Kapitalbesitzer überhaupt aus ihrem (B) Kapital herausnehmen. Man verschärft also für die Leute, denen man Stundung gewährt, noch die sachliche Leistung. Außerdem ist es mir sehr zweifelhaft, ob man, wenn man durch 30 Jahre stundet, ein Vermögen in dieser Frist durch alle seine Vererbungen, durch alle seine Veränderungen verfolgen kann. Will man einem Teilerben eines ehemals eingeschätzten Vermögens, auf den natürlich auch ein Teil der eingeschätzten Steuerleistung pro rata entfällt, demnächst noch das Letzte fortnehmen, wenn er sein Vermögen verloren hat, und ihn so der Armenpflege anheimfallen lassen? Ich glaube, das wird sich in der Praxis als unausführbar erweisen. Verlangt man schließlich in Verbindung mit der Stundung Hinterlegung des Steuerkapitals, so ist das wiederum eine Lahmlegung eines großen Teils des werbenden deutschen Volksvermögens und tatsächlich eine Beschlagnahme. Einen letzten Einwand gegen das Reichsnotopfer will ich hier im Plenum nicht erörtern. Ich bin deshalb der Überzeugung, daß dieses Reichsnotopfer auf einem unrichtigen Gedanken aufgebaut ist. In den allermeisten Fällen wird dieses Reichsnotopfer gestundet werden müssen. Da ist es schließlich nichts wie eine Einkommensteuer; in diesem Falle wäre es viel besser, die Beträge in Form der **Reichseinkommensteuer** einzuziehen, die sich nach dem wechselnden Stande des Vermögens und auch nach dem inzwischen etwa eingetretenen Vermögenszuwachs richtet.

Aber wie ich höre, hat der Herr Reichsfinanzminister noch andere Steuerpläne. Er will neben der kommenden Reichseinkommensteuer noch eine Luxussteuer einführen, die jedem zuweist, was er verbrauchen darf; was er mehr verbraucht, soll nebenher noch einer erhöhten Steuer unterliegen. Er will ferner eine Kapitalrentensteuer einführen, und er will schließlich die Zuwachssteuer zu einer dauernden Erscheinung machen. Meine (C) Herren und Damen, wenn das der Herr Reichsfinanzminister tut, dann wird allerdings jeder Anreiz fortfallen, durch Tüchtigkeit, durch Sparsamkeit sein Vermögen noch zu vermehren; es macht sich jetzt schon in weiten Kreisen der Gedanke geltend: was nützt es zu sparen, warum soll man neue, große, riskante Unternehmungen beginnen, wenn doch alles fortgenommen wird? Dann ist der Goldpunkt, wenn ich diesen Vergleich wagen darf, der Steuergesetzgebung überhaupt erreicht. Keine Steuergesetzgebung darf so weit gehen, daß sie den Antrieb und die Lust zur Vermehrung des Vermögens unterbindet, daß sie den Unternehmungsgeist lahmlegt. Wir sind diesem Goldpunkt schon sehr nahe gekommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichsfinanzminister hat den Plan, die Steuern für Reich, Staat und Gemeinde gleichzeitig durch Reichsbeamte einzuziehen und die Staaten oder Länder, wie sie jetzt heißen, und die Gemeinden mit entsprechenden Quoten zu beteiligen. Daß der Herr Reichsfinanzminister jetzt, wo der Steuerbetrag für das Reich viel größer ist als der Steuerbetrag für die Einzelstaaten und die Gemeinden, verlangt, daß die Einziehung der Abgaben für das Reich durch Reichsbeamte erfolgt, halte ich für durchaus berechtigt; ich stehe durchaus auf dem Standpunkt der **Reichsabgabenordnung**, die eine wesentlich verbesserte Einschätzung und Einziehung der Abgaben herbeiführt, was meines Erachtens im Finanzinteresse unbedingt notwendig ist. In dieser Beziehung hatte der Herr Finanzminister meine Unterstützung.

Aber ein Zweifel liegt darin, ob es richtig ist, daß auch die Einziehung der gesamten Bedürfnisse für Staat und Gemeinde durch das Reich erfolgt. Wie wird sich das insbesondere für die Gemeinden stellen? Jede Gemeinde soll ihre Quote bekommen; ich nehme an: nach der Seelenzahl der betreffenden Gemeinde. Eine Reihe (D) von Gemeinden, die in ihren Einrichtungen schon weit fortgeschritten sind, werden aber selbstverständlich, da sie große Schulden für die getroffenen Einrichtungen zu verzinsen haben, mit diesem Durchschnittsbetrag nicht auskommen. Nun hat der Herr Reichsfinanzminister erklärt, er würde einen **Ausgleichsfonds** schaffen. Wie ist es nun aber mit den Gemeinden, die zurückgeblieben sind, die aber auch diese verbesserten Einrichtungen bei sich einführen wollen und die infolgedessen mit ihrem Durchschnittsbetrag nicht auskommen können? Wird denen auch ein Zuschuß aus dem Ausgleichsfonds gewährt werden?

(Zuruf vom Regierungstisch: Lastenausgleich!)

Und was setzt das voraus? Wenn der Herr Reichsfinanzminister diese Idee, aus dem Ausgleichsfonds solche Zuschüsse nach Bedarf zu gewähren, durchführen will, so wird er sich der Verpflichtung nicht entziehen können, alle die Etats der Gemeinden, die solche Zuschüsse erfordern, seinerseits durchzuprüfen; er wird verlangen müssen, daß diese Etats nicht festgestellt werden, ehe sie seine Genehmigung haben, oder andernfalls jeden Zuschuß aus dem Ausgleichsfonds zurückweisen müssen.

Dadurch ist aber eine so ungeheure bureaukratische Einrichtung bedingt,

(sehr richtig! rechts)

wie ich mir gar nicht ausdenken kann. Wenn in der Verfassung mit solchem Nachdruck auf die Selbstverwaltung der Gemeinden hingewiesen wird, wenn angedeutet wird, man wolle den Gemeinden noch eine erweiterte Selbstverwaltung gewähren, so muß ich doch darauf hinweisen, daß gerade auf der eigenen Finanzverwaltung die Selbstverwaltung der Gemeinden und auch der Länder beruht. Mit jenem Regierungsplan ist aber die Selbstverwaltung der Gemeinden beseitigt, für die Länder ist es der grade Weg zum Einheitsstaat, ein Ziel, über dessen Nützlichkeit die Meinungen noch schwanken. Ich will mich nicht end-

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter.)

(A) gültig gegen jenen Gedanken aussprechen, weil ich im allgemeinen mit der Abgabenordnung des Herrn Reichsfinanzministers einverstanden bin; ich möchte ihm aber doch zur Erwägung geben, ob es unter diesen Verhältnissen nicht einfacher wäre, wenn er sich nur ein verstärktes Aufsichtsrecht des Reichs einräumen läßt für die Höhe der Zuschläge, die die Gemeinden und eventuell auch die Länder erheben dürfen. Das würde mir zunächst wesentlich einfacher erscheinen als dieses Riesengebäude, das er aufzurichten gedenkt. Wenn dieser Gedanke der Abgabenordnung durchgeführt wird, würden wir eine Zentralisierung erleben, wie sie selbst das zentralisierte Frankreich bisher nicht gewagt hat durchzuführen.

Wir haben auch eine **Umsatzsteuer.** Mit der Umsatzsteuer kann man einverstanden sein. Soweit ich aber aus den Ausschußsitzungen unterrichtet bin, ist man sich über den Kernpunkt des Gesetzes noch nicht einig; denn die eigentliche Schwerkraft des Gesetzes liegt in der Besteuerung des Umsatzes in der letzten Hand. Soweit ich erfahren habe, ist es bis heute noch nicht möglich gewesen, eine klare Umschreibung des Begriffes „letzte Hand" zu geben und Maßregeln vorzuschlagen, die die Durchführung der Steuer in der letzten Hand sichern.

Wir haben hier eine große Valutadebatte gehabt, wo sehr viel Ausgezeichnetes und Richtiges gesagt worden ist. Gewiß, unsere **Valuta** ist gesunken, weil die Golddeckung für unsere Banknoten fehlt, weil unsere Banknoten nicht genügend durch Güter, nicht genug durch Arbeit gedeckt werden. Aber vor allen Dingen ist unsere Valuta gesunken, weil sehr bedenkliche Äußerungen vom Regierungstisch gefallen sind, die die Sicherheit des Eigentums in Frage stellen.

(Sehr richtig! rechts.)

Unsere Valuta ist aber auch gesunken, weil man an die (B) bürgerliche Stabilität unserer Verhältnisse noch nicht glaubt, weil man im Ausland noch mit Mißtrauen gegen uferlosen Radikalismus erfüllt ist.

Wir haben bisher in der Pauschwirtschaft schon 43 Milliarden Schulden bewilligt. Kürzlich sind neue 17½ Milliarden bewilligt worden, und 3½ Milliarden sind uns in Aussicht gestellt worden, die zur Senkung der Lebensmittelpreise verwendet werden sollen. Das würden im Ganzen 64 Milliarden sein, die im Wege des Pauschquantums bewilligt sind. Wenn wir jetzt wiederum 3½ Milliarden zur **Senkung der Lebensmittelpreise** bewilligen sollen, so erkenne ich an, daß die Absicht eine gute ist. Aber man soll doch nicht vergessen, daß das ein Drehen im Kreise ist; denn je mehr wir Banknoten ausgeben, desto mehr werden selbstverständlich durch die Inflation die Preise steigen, und je mehr die Preise steigen, desto notwendiger wird es sein, wieder neue Mittel aufzuwenden, um eine Senkung der Lebensmittelpreise für die minderbemittelten Klassen herbeizuführen. Ich glaube, daß man für die Zukunft diesen Versuch nicht wiederholen kann; denn es wird gerade das Gegenteil von dem erreicht, was man will: nur dem Wucher kommt es zugute.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben durch den Krieg nach der Berechnung des früheren Herrn Reichsfinanzministers Schiffer eine Schuld von 160½ Milliarden auf uns geladen, unsere alte Schuld betrug 4¾ Milliarden; das gibt eine Schuld von 165¼ Milliarden. Der Herr Finanzminister Erzberger berechnete im August unsere voraussichtliche **Schuldenlast** der Zukunft auf 200 Milliarden ohne die Leistungen an unsere Feinde. Der französische Minister Klotz hat ausgerechnet, daß allein für Frankreich die Schuld Deutschlands 436 Milliarden und die Schuld an unsere Feinde im ganzen mit Zinsen während 30 Jahren 900 Milliarden betragen würde. Rechnen wir hierzu unsere eigenen (C) Schulden, so würde sich die Summe von 1100 Milliarden ergeben. Meine kalkulatorische Phantasie ist nicht stark genug, um überhaupt diese Summe begreifen zu können. Das ist Wahnsinn; das ist Jules Verne, das ist Märchen! Es ist eine ungeheure volkswirtschaftliche Torheit unserer Feinde, wenn sie uns auf der einen Seite an Händen und Füßen fesseln, wenn sie uns knebeln und auf der anderen Seite verlangen, daß wir solch wahnsinnige Kriegsschulden abtragen sollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dieser **Friedensvertrag** ist eine geschichtliche Urkunde volkswirtschaftlichen Unverstandes; sie zeigt, daß man die Sache nur vom Standpunkt des Forderns betrachtet hat, ohne alle volkswirtschaftlichen Erwägungen der Möglichkeit.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Der Friedensvertrag in dieser Form ist unausführbar, es muß deshalb unser Bestreben sein, alle vernünftigen Menschen auf Seiten unserer Feinde — und dort gibt es doch eine ganze Masse vernünftige Menschen! — hiervon sachlich zu überzeugen.

Wir haben endlich auch die Nachweisung über die **Ausgaben und Einnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte** bekommen. Das ist ein recht interessantes Schriftstück.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist vollkommen unvollständig; denn bei jeder Bemerkung heißt es: „Die Angaben sind noch nicht vollständig" oder „Angaben sind nicht eingegangen".

(Hört! hört! rechts.)

Die Heeresverwaltung berechnet vorläufig die Ausgaben auf 92 Millionen, die Marineverwaltung auf 10 Millionen, — vollkommen unzureichende Angaben, wie ich meine! Interessant ist aber eine Bemerkung der Denkschrift. Dort heißt es:

> Diesem Mißstand der mangelnden Verfügungsbefugnis der Soldatenräte über Reichsmittel, der in erster Linie auf gewaltsame Erpressung von Vorschüssen, in Einzelfällen wohl auch auf Unkenntnis und auf allzu nachgiebige Haltung der Kassen zurückzuführen war, sollte mit dem Hinweise entgegengetreten werden, daß das Reich derartig willkürlich angeordnete Zahlungen nicht übernehmen könne, sie vielmehr den zahlenden Stellen zur Last lege. (D)

Und an einer anderen Stelle heißt es:

> Viele Behörden sind noch im Rückstand geblieben, da das notwendige Material von den nachgeordneten Dienststellen, vor allem wegen des Widerstandes zahlreicher Soldatenräte, nicht vollständig zu erlangen war.

In einer Rede vom Regierungstisch ist auch gesagt worden: eine Anzahl Arbeiter- und Soldatenräte sind überhaupt nicht mehr aufzufinden.

(Hört! hört! rechts.)

Da ich voraussah, daß die Angaben der Arbeiter- und Soldatenräte nicht vollständig zu erlangen sein würden, hatte ich gefordert, daß man auch eine Gegenkontrolle einführte, indem man auch eine Statistik von den Gemeinden und Behörden über diese Ausgaben einforderte. Das ist leider nicht geschehen, muß aber nachträglich unbedingt noch geschehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe gar nichts dagegen, daß geeignete Arbeiter in die Selbstverwaltungsbehörden berufen werden, daß sie als gleichberechtigte Staatsbürger in das öffentliche Leben eintreten. Aber daß neben der geordneten Verwaltung noch **Arbeiterräte** bestehen, daß noch ein Zentralrat der Arbeiterräte besteht, der sich mehr oder weniger amtliche Befugnisse anmaßt, das ist unerträglich, das

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) kann die Regierung nicht dulden. Wenn ich mich recht entsinne, hat in diesem Sinne sich auch Herr Abgeordneter Scheidemann von der Regierungsbank aus geäußert. Die Regierung wird zu zeigen haben, ob sie wirklich ihre Absichten durchführen kann, wenn sie jetzt anfängt, mit den Arbeiterräten endgültig aufzuräumen. Den jetzigen Verwaltungszwiespalt kann keine Regierung tragen, auch eine revolutionärste nicht.

Uns liegt noch das **Gesetz über die Betriebsräte** vor. Diesem Gesetz liegt gewiß der gesunde Gedanke zugrunde, daß die Arbeiter und Angestellten in größeren Betrieben auch ein Organ haben sollen, das ihre Rechte in geordneter Weise vertritt. Aber so weit zu gehen, daß die Betriebsräte in die Art des Betriebes selbst hineinsprechen können, daß ihnen die Bilanzen vorgelegt werden müssen, das halte ich für eine Übertreibung eines an und für sich berechtigten Gedankens. Die Betriebsräte sollen sogar gehört werden, wenn neue Arbeitsmethoden eingeführt werden. Deshalb ist ja gerade die englische Industrie von uns überflügelt worden, weil sie rückständig war in den Methoden. Warum? Weil die Trade Unions nicht duldeten, daß neue, arbeitsersparende Methoden im Betriebe eingeführt wurden.

(Hört! hört! rechts.)

Ebenso halte ich es für durchaus unrichtig, wenn dem Vorsteher eines Betriebes das Recht genommen werden soll, seine Hilfsarbeiter zu suchen, zu entlassen und anzunehmen, wie es ihm gut scheint. Das ist eine Beschränkung des Unternehmers, die geradezu seine Mediatisierung darstellt und die Lust, neue Unternehmungen zu gründen, erheblich beschränken muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Man mag das Betriebsrätegesetz machen; aber ich empfehle dringend, noch recht viel Wasser in den Wein dieser Vorlage zu gießen.

(B) (Erneute Zustimmung rechts.)

Ich möchte aber hierbei auch den Gedanken zur Erwägung geben, den der Herr Abgeordnete Hugenberg geäußert hat, ob es nicht richtig wäre, das **System der kleinen Aktie** einzuführen, damit sich auch die Arbeiter an dem Betriebe beteiligen können. Das wird das Interesse der Arbeiter am Betriebe wesentlich stärken, und auf diesem Wege können die Arbeiter ganz legitim an der Führung des Betriebes im Aufsichtsrat teilnehmen.

Ich erwähnte vorhin, daß wir angeblich im Deutschen Reich 550 000 **Arbeitslose** haben. Warum? Weil man nicht die Kraft gehabt hat oder nicht gewollt hat, daß man jeden, der Arbeitslosenunterstützung verlangt, zwingt, ganz abgesehen von dem Ort der Arbeitsleistung, jede Arbeit anzunehmen, die seinen geistigen oder körperlichen Kräften entspricht. Infolgedessen hat sich das Heer der Arbeitslosen in einer Weise vermehrt, die auf die Länge für die Kommunen einfach ruinös ist. Damit muß Schicht gemacht werden; ich habe mich gefreut, daß heute der Herr Ministerpräsident sich ungefähr in dem gleichen Sinne geäußert hat. Diese regellose Unterstützung muß auf gesunde finanzielle Grundlage durch Gesetz gestellt werden.

Bedauern muß ich, daß offenbar die Absicht zu bestehen scheint, immer mehr die **Heimarbeit** einzuschränken. Die Heimarbeit ist unbedingt notwendig. Es gibt eine Masse Personen, die auf den Erwerb durch Arbeit angewiesen, aber aus äußeren Gründen verhindert sind, diesen Erwerb in der Fabrik, in der Werkstätte zu suchen. Wie es scheint, handelt man aber jetzt planmäßig, indem man den Heimarbeiterinnen keine Arbeit zuführt, um die Heimarbeiter in die Fabrik zu treiben.

(Hört! hört! rechts.)

Dadurch sind die Heimarbeiter, die eine sehr ehrenwerte Klasse unserer Bevölkerung darstellen, gezwungen, jetzt ihrerseits, was sie ursprünglich verschmähten und lange (C) Zeit abgelehnt haben, ebenfalls Arbeitslosenunterstützung nachzusuchen. Ich möchte dringend bitten, daß die Regierung dahin wirkt, daß auch von den Regierungsstellen, wenn Arbeit vorhanden ist, die sich für Heimarbeiterinnen eignet, den Heimarbeiterinnen diese Arbeit überwiesen wird.

(Bravo! rechts.)

Vor allen Dingen möchte ich aber die Regierung bitten, weiter von nebelhaften **Sozialisierungsplänen** abzusehen. Die Kriegsgesellschaften sind wirklich ein warnendes Beispiel, wohin eine bureaukratische Verwaltung von wirtschaftlichen Betrieben führt.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wird auch fortgesetzt Sparsamkeit gepredigt. Gewiß, nur durch **Sparsamkeit** können wir wieder in die Höhe kommen. Aber ich habe den Eindruck, daß in der Regierung selbst diese Sparsamkeit noch nicht in dem nötigen Umfange besteht.

(Sehr richtig! rechts.)

Es sind uns wieder eine Flut neuer Gesetze angedroht. Wenn wir aber in dieser Weise fortgesetzt neue Gesetze bekommen, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß auch im Volke wieder der **Sinn für Gesetzlichkeit** einkehrt.

(Sehr richtig! rechts.)

Gesetze ohne gesetzmäßigen Sinn im Volke sind nichts als leere Formen. Dann tritt der Fall ein wie in den romanischen Ländern, wo das Sprichwort geht: an dem einen Tage wird ein Gesetz angeschlagen, am anderen Tage wird es gelesen, am dritten Tage wird es herabgerissen und vergessen.

Es soll uns auch nicht fortgesetzt die **Freiheit**, die wir jetzt errungen haben, vorgehalten werden. Wenn man jetzt sieht, wie sich die Freiheit in diesen Zeiten entwickelt, dann hat man den Eindruck, daß es nur die Freiheit zum Verbrechen, die Freiheit zum Laster ist. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben von einem verflossenen Reichskanzler den alten revolutionären Schlager gehört — er stammt aus der französischen Revolution, es ist ein Plagiat: — **freie Bahn allen Tüchtigen!** Rousseau sagt einmal: es ist ein großartiges und erhebendes Schauspiel, wenn Männer sozusagen aus dem Nichts in die Höhe steigen. Eine solche aufsteigende Klassenbewegung kann uns nur freuen, sie ist dringend notwendig als Blutauffrischung für die oberen Klassen, und nirgend ist diese aufsteigende Klassenbewegung so stark gewesen wie gerade in Deutschland. Es ist deshalb eine hohle Redensart, ein Schlager, mit dem man sich am Schlusse einer Rede den Beifall einer Versammlung zu sichern sucht, jetzt diesen Grundsatz als einen neuen Grundsatz in Deutschland aufzustellen. Aber das muß ich doch sagen: soweit kann man nicht gehen, daß man den französischen Grundsatz auch bei uns einführt: der **Parlamentarismus** ist die Kunst, zu allem bereit zu sein. Gewiß ist es erfreulich, wenn Männer aus den unteren Klassen emporsteigen, selbst in die höchsten Stellen der Staatsleitung, aber die berufsmäßige Bildung muß unbedingt vorhergehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist aufs äußerste erbitternd, wenn Personen, denen diese berufsmäßige Bildung fehlt, fortgesetzt in die höchsten Staatsämter berufen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Möchte sich doch die Regierung vergegenwärtigen, welches Gefühl der Unlust und Erbitterung sie in den Kreisen der berufsmäßig gebildeten **Beamten** erzeugen muß, wenn diese, die ein, zwei Jahrzehnte nötig gehabt haben, um eine höhere Beamtenstelle zu erreichen, die eine 18 jährige Vorbildung hinter sich haben, sehen, daß Personen ohne jede Vorbildung, ohne jede Kenntnis der Gesetze, ohne

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter.)

jedes Studium des Rechts und der Verwaltung des Landes in die höchsten Stellen gelangen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren von der Regierung, dieses System rate ich nicht fortzusetzen. Die Bevölkerung hat schweres Mißtrauen dagegen. Ziehen Sie meinetwegen Leute heran, die zu Ihrer Farbe gehören, mischen Sie diese Farbe mit Leuten, die anderen Parteien angehören, lassen Sie nur sittliche und berufliche Tüchtigkeit entscheiden. Ich bin auch der Ansicht, daß ein Mann, der der Republik amtlich dient, nicht planmäßig gegen die Republik agitieren darf. Auch in der Monarchie haben wir die Ansicht vertreten, daß ein monarchischer Beamter nicht gegen die Monarchie auftreten darf. Diese Ansicht muß man für jede Regierung vertreten; aber in seinem Herzen kann jeder Beamte seine eigene Ansicht haben und kann auch privatim äußern, wie und wo er will, und ebenso muß er ohne Schaden für seine Stellung wählen können. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Aber daß fortgesetzt in Stellen, die einer sachlichen Vorkenntnis bedürfen, Outsider eingesetzt werden, aus offenbar politischen Gründen, halte ich mit dem Wesen einer geordneten Regierung nicht für vereinbar.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben eine Republik, und über ihr schwebt die neue Freiheit. In der Geschichte hat es stets Umwälzungen gegeben, berechtigte und unberechtigte. Jede Umwälzung wird eine Neuordnung der Dinge herbeiführen, das ist selbstverständlich; aber es muß wirklich eine Ordnung sein. Damit daß die Regierung die Kraft hat, diese Ordnung durchzuführen, kann sie nur ihre Berechtigung beweisen, daß sie die Regierung behält und weiterführt. Eine Regierung, die ihren Willen nicht mehr durchsetzen kann, ist keine Regierung mehr.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir hören jetzt so viel von **Republik,** von **Demokratie,** von **Freiheit.** Aber Republik, Demokratie und Freiheit sind doch nicht Selbstzweck, sondern die, welche diesen Begriff fortgesetzt im Munde führen, wollen doch damit behaupten, daß in diesen politischen Formen das Volk besser bestellt ist als in der alten Staatsform; diesen Beweis muß die neue Regierung erst erbringen. Ich halte es deshalb für sachgemäß, wenn der Ministerpräsident am 23. Juli gesagt hat: „Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten acht Monate aufzuzählen.“ Es war wirklich sehr weise, daß er die Inventur nicht gemacht hat.

(Sehr gut! rechts.)

Herr Abgeordneter Scheidemann hat zunächst erklärt, daß die **Monarchisten** hinter **spartakistischen Putschen** stehen. Er hat aber nicht verraten, wer das ist. Ernstlich kann er das nicht gemeint haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Es sind nach Zeitungsnachrichten — wie ich annehme, nach amtlich beglaubigten Zeitungsnachrichten — Urkunden gefunden worden, wonach spartakistische Putsche in Aussicht stehen. Der Rechten des Hauses und den Parteien, die hinter ihr stehen, diese Versuche von spartakistischen Putschen in die Schuhe zu schieben, die rechtsstehenden Parteien als Spitzel hinzustellen, ist, wenn man das nicht beweisen kann, eine, ich will mich parlamentarisch ausdrücken, sehr leichtherzige Behauptung.

Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat ferner gesagt, wir brauchten die Spartakisten. Wie kann er eine solche Bemerkung machen? Wie kann er glauben, daß eine rechtsstehende Partei spartakistische Bestrebungen aus parteitaktischen Rücksichten begünstigt, eine Bewegung, die mit diesen Parteien dann allerdings wahrscheinlich nach dem Muster der Jakobiner verfahren, eine Partei, die die Rechtssphäre aller bürgerlichen Parteien vernichten würde?

Gewiß, ich halte es für zu weitgehend, wenn man das ganze Elend, in das das deutsche Volk hineingeraten ist, der Revolution in die Schuhe schieben wollte. Ein Teil, ein großer Teil unseres unbegrenzten Unglücks stammt aus dem verlorenen Krieg. Aber es ist doch unzweifelhaft, daß die Revolution jedenfalls die eine Schuld trifft, daß sie den ganzen Staatsorganismus gelockert, daß sie sehr ungünstig auf einen großen Teil des Beamtentums und des Heeres eingewirkt und daß sie damit den Wiederaufbau des Staates, die Wiederaufrichtung des Volkes aus diesem Elend unendlich erschwert hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Vom Regierungstische aus sind uns dann auch **Ausschreitungen der Presse** vorgehalten worden. Ich erkläre hier ausdrücklich, daß wir für die Ausschreitungen keiner Presse verantwortlich gemacht werden können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben als Partei keinen Einfluß auf die Presse, wir müssen es daher ablehnen, daß uns aus rein taktischen Gründen, um uns in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen, irgendwelche Ausschreitungen der Presse an die Rockschöße gehängt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen es auch ablehnen, daß wir immer mit der **alten konservativen Partei** identifiziert werden.

(Zurufe von den Mehrheitsparteien: Aha! — Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, das lehnen wir ab. Ich habe nie der konservativen Partei angehört, und ich bin gegenwärtig Vorsitzender der Deutschnationalen Fraktion.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist dasselbe!)

Es sind Angehörige in unserer Fraktion, die anderen Parteien, auch der konservativen Partei angehört haben; aber auch diese Herren haben den neuen Verhältnissen vielfach Rechnung getragen, auch diese Herren können Sie infolgedessen nicht mehr mit der alten konservativen Partei einfach identifizieren.

(Zustimmung rechts.)

Beurteilen Sie uns nach unserem Programm!

(Sehr richtig! rechts.)

Beurteilen Sie uns nach unseren Beschlüssen, aber bekämpfen Sie uns nicht mit diesem geschichtlichen Anachronismus!

(Zustimmung rechts. — Widerspruch bei den Mehrheitsparteien)

Ich wünschte schließlich, daß nicht nur in diesem Hause, sondern in allen politischen Versammlungen die Redner sich einer wirklich parlamentarischen Sprache bedienten. Aber da wird intra muros et extra muros gefehlt, und wenn einmal ein Redner auch von unserer Partei durch einen „falschen Zungenschlag“ — wie einmal Minister Budde sagte — eine Äußerung getan hat, die zu weit geht, dann sollten Sie keine Splitterrichter sein. Auch in diesem Hause sind schon sehr weitgehende derartige Äußerungen gefallen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wir müssen uns leider immer mehr der Überzeugung hingeben, daß wir kein souveränes Volk mehr sind. Die Entente schaltet und waltet mit uns, wie es ihr paßt, und legt je nach ihrem politischen Begehren auch den Friedensvertrag fortgesetzt erweitert aus. Wenn man die **Handlungsweise der Entente** gegenüber dem Wortlaute des Friedensvertrages betrachtet, so muß man sagen, daß sich die Entente eigentlich diese lange Urkunde hätte schenken können; sie hätte einfach in den Friedensvertrag hineinschreiben können: die Entente behält sich vor, mit Deutschland umzugehen, wie es ihr paßt.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die Entente geht sogar so weit, daß sie uns vorschreiben will, was in unserer Verfassung steht.

(Sehr richtig! rechts.)

(D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter.)

(A) Sie verlangt, daß Verfassungsartikel, die lediglich promissorischer Art sind, aus der Verfassung herausgestrichen werden. Das ist wirklich der Gipfel der Überhebung, der Gipfel des Mißbrauchs dieses Friedensvertrages.

Als die **Nationalversammlung** berufen wurde, da wurde uns in der Presse gesagt: die Nationalversammlung wird etwa bis März, vielleicht bis April dauern. Hätte die Regierung richtig gehandelt, so hätte sie meines Erachtens zunächst die Verfassung vorlegen, hätte sich dann den Kredit bewilligen lassen müssen als Pauschquantum, dessen sie bis zur Aufstellung eines geordneten Haushaltsplans bedurfte, hätte das Reichswahlgesetz für den Reichstag und für den Reichspräsidenten vorlegen und nach Verabschiedung dieser Vorlage und des Friedensvertrages die Nationalversammlung auflösen, die Neuwahlen zum Reichstag ausschreiben und dem Reichstag den geordneten Haushaltsplan vorlegen müssen. Das ist nicht geschehen. Es sind uns zahlreiche Gesetze vorgelegt worden, die jedenfalls in die verfassunggebende Versammlung nicht gehörten und die in keiner Weise dringend waren. Wenn man den Begriff der verfassunggebenden Versammlung so weit auslegen will, wie es die Regierung tut, so können wir noch vier Jahre tagen, so lange wie nach der Verfassung der Reichstag zu tagen haben wird.

(Sehr wahr! rechts.)

Schließlich ist jedes Gesetz, das man ergehen läßt, ein Teil der Reichsverfassung, ein Teil der Verfassung des Landes. Heute hat uns nun der Herr Ministerpräsident wieder eine große Reihe von Gesetzen angekündigt, die zum erheblichen Teil jedenfalls nicht vor die verfassunggebende Nationalversammlung, sondern vor den Reichstag gehören. Wir hatten seinerzeit für einen Antrag gestimmt, daß mindestens bis Mitte Januar die Reichstagswahlen ausgeschrieben werden sollten. Dieser Antrag ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Ich meine aber, die Regierung

(B) sollte jetzt endlich bekanntgeben, wie lange die Nationalversammlung noch tagen soll und wann sie gedenkt, die Nationalversammlung aufzulösen und den Reichstag zu berufen. Ebenso muß die Regierung jetzt alsbald das Gesetz über die Reichstagswahlen und über die Wahl des Reichspräsidenten vorlegen.

(Zustimmnng rechts.)

Wenn die Regierung eine solche Erklärung nicht abgibt, so sind nur zweierlei Möglichkeiten vorhanden: entweder gewinnt man im Volk den Eindruck, daß die Regierung sich vor ihrem eigenen Wahlgesetz scheut, das uns von der Regierungsbank gerühmt ist als das freieste Wahlrecht der Welt, oder man wird vielleicht annehmen, daß die Regierung zu bescheiden ist, um bei der Neuwahl den Dank des Volks für ihre Errungenschaften entgegenzunehmen.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Meine Herren! Ich komme zum Schluß. Ich habe einmal von dieser Stelle aus — ich glaube, es war im Jahre 1906 — eine Rede gehalten, in der ich darauf hinwies, daß für das deutsche Volk bei dem wachsenden **materialistischen Größenwahn** vor allen Dingen eine sittliche, eine geistige Erneuerung notwendig ist.

(Beifall rechts.)

Ich sah, welche verhängnisvollen Folgen in allen Kreisen der Gesellschaft diese materialistische Richtung ausübte. Damals höhnte eine linksdemokratische Zeitung zu dieser meiner Rede: „Bußprediger hat es zu allen Zeiten gegeben."

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Der Mann hat recht gehabt!)

Gewiß, Bußprediger hat es zu allen Zeiten gegeben, aber auch deren Völker! — Ja, meine Damen und Herren, Gottes Mühlen mahlen langsam, aber mahlen trefflich klein. Jetzt haben wir das ungeheure Elend, und die sittliche Verwilderung, die wir an unserem Volke beklagen, (C) ist die Folge dieser materialistischen Richtung, die unser Volk verseucht hat.

(Zuruf von den Mehrheitsparteien: Militarismus, Imperialismus!)

Es gibt immer noch gedankenlose Menschen,

(sehr richtig! und Zurufe bei den Sozialdemokraten)

die so fortleben, wie einst, die noch gar kein Verständnis für das sittliche und wirtschaftliche Elend haben, unter dem wir leiden,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

die immer noch glauben: es werde etwas Wunderbares geschehen, wodurch sich alles wenden müsse. Nein, meine Damen und Herren, es wird kein Wunder zum Besten des deutschen Volkes geschehen! Nur etwas zu unserer Rettung könnte geschehen — und das wäre wirklich ein Wunder —: wenn sich das deutsche Volk durch seine eigene Kraft aus diesem namenlosen Unglück des Vaterlandes wieder emporarbeitete. Es ist die Aufgabe aller Parteien dieses Hauses, dazu beizutragen, daß dieses Wunder sich ereigne.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Joos.

Joos, Abgeordneter: Meine Damen und Herren: Die Aussprache, die wir hier pflegen, leitet zwar keine neue Politik ein, aber doch wohl einen neuen Abschnitt des politischen Geschehens. Die vorübergehend schmale Basis der Regierungsparteien wird erbreitert. Die große politische Verantwortung, die zeitweilig nur auf zwei Schultern ruhte, wird wieder auf drei verteilt. Meine Parteifreunde halten es nicht für angezeigt, heute die Frage des Warum und Weshalb hier aufzuwerfen. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß mit dem **Wiedereintritt der demokratischen Partei in das Kabinett** die (D) Regierungsgrundlage ihre erwünschte Erweiterung erfährt und sich hoffentlich als ein zuverlässiger Block der Verfassungsparteien bewähren wird.

Wir haben auch nicht den Wunsch zu umfangreicher Parteipolemik, noch weniger zu Parteigezänke. Es ist eben vom Herrn Kollegen v. Posadowsky von Wundern gesprochen worden. Wenn nur einmal in diesem Hause das Wunder geschähe, daß man sich nicht zankte!

(Sehr gut! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich höre mich um im Volke, und ich kann Ihnen sagen: nichts ist dem Volke gleichgültiger und widerlicher als das **Parteigezänk** in diesem Hause.

(Sehr richtig! rechts.)

Nichts hat nach meinem Gefühl der Nationalversammlung im Angesicht des Volkes so geschadet als überflüssige Reibereien. Es ist schon wiederholt heute betont worden: das Volk draußen ist des Streites müde und sehnt sich in seinen besten Teilen nach geordneten und gesicherten Verhältnissen, nach einem ruhigen Gang der Wirtschaft und nach einem Abbau des Mißtrauens und des Hasses, der die einzelnen Volksschichten und Volksklassen zerklüftet und zerreißt. Dieses elementare Volksgefühl gilt es zu respektieren. Und wir wollen es auch.

Mit dem Sturz der alten Gewalten und Autoritäten zog von selbst die Gefahr herauf, daß wir in **Bürgerkrieg und Chaos** hineingeraten und darin völlig untergehen konnten. Ich will mich heute gar nicht darüber ergehen, warum dieser Sturz der alten Gewalten und Autoritäten eintrat. Hat es noch einen Zweck, sich zum hundertsten Male darüber auseinanderzusetzen, warum die Katastrophe über uns kam? Gewöhnen wir uns ab, zurückzuschauen! Wir wollen nur vorwärts schauen. Zur Stunde ist die Gefahr, in Chaos hineinzugeraten, nicht völlig behoben,

(Joos, Abgeordneter.)

(A) aber man kann doch wohl sagen, an die Grenze der Wahrscheinlichkeit gerückt. Und ich sage von meinem Standpunkt aus: dank dem Sinn für das Wirkliche und Mögliche, der der Politik der Regierungsparteien bis heute das Gepräge gegeben hat. Es ist vorhin von einer merkwürdigen „Bettgenossenschaft“ gesprochen worden. Die Regierungsparteien haben allerdings das Eigenartige als Bettgenossenschaft, daß hinter diesen Parteien die große Masse des Volks steht,

(sehr richtig! im Zentrum)

die große Masse gerade der unruhig Gewordenen in unserem Vaterlande.

Zwei Wege nur boten sich, uns vor dem Untergang zu retten; der eine: Wiederherstellung der alten Verfassung und Ordnung, und der war unmöglich, denn er war gleichbedeutend mit dem permanenten Bürgerkrieg; und der andere Weg: Aufbau auf neuer Grundlage. Wir von der **Zentrumspartei** haben uns aus unserem Gewissen heraus — Herr Graf, wir haben das nicht so „leicht und so schnell“ getan, wie Sie sich das wohl vorstellen — für die Mitarbeit an diesem Aufbau auf neuer Grundlage entschlossen und sind diesem positiven Arbeitsprogramm bis zum heutigen Tage, unbekümmert um Freund und Feind, treu geblieben. Wir wollen das auch weiter so halten, Seite an Seite mit den anderen Regierungsparteien. Naturgemäß — mehr wird man von uns weder verlangen können noch wollen —, soweit die Achtung und der Respekt vor unseren eigenen Grundsätzen und Idealen das zuläßt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir akzeptieren da durchaus die Auffassung über das Wesen der Koalition, die der Herr Abgeordnete Scheidemann von seinem Parteistandpunkt aus in der Freitagsnummer des „Vorwärts“ (Nr. 506) also umschrieben hat:

(B) Bei einer Koalition setzt man ein Arbeits-, kein Weltanschauungsprogramm fest. Jeder Partei bleiben ihre Ideale; so auch uns.

Ganz unsere Meinung! Eine praktische Arbeitsgemeinschaft und keine Gesinnungsgemeinschaft im Sinne von Weltanschauung ist unsere Koalition.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Was uns Regierungsparteien aber über die unbestreitbar vorhandenen tiefen Gegensätze der Lebensauffassung in der Arbeit des Aufbaus eint, ist, glaube ich, der uns allen gemeinsame Wille, unser Volk und Vaterland vor einem Todessturz zu bewahren, sie aus der äußeren und inneren Zerbrochenheit wieder heraufzuführen zu neuem Leben.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Der Sozialdemokratie fällt es — den Eindruck habe ich, und das sprach vielleicht auch etwas aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scheidemann — hier und da schwer, nun gerade mit uns zusammenzusein. Meine Herren, diese Gefühle teilen wir gegenseitig.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Aber in dem, was ich jetzt gesagt habe, in dem einmütigen Willen, unser Volk und Vaterland zu retten und wieder heraufzuführen, sind wir wir wirklich einig.

(Bravo! im Zentrum.)

Der Weg ist hart und mühsam und unabsehbar. Wir haben aber die feste Ueberzeugung, daß es eine andere Lösung nicht geben kann.

Die Annahme des Friedensvertrags und die Schaffung der Verfassung sind Etappen auf diesem dornenvollen Wege. Schmerzlich, über alle Maßen qualvoll war für uns die **Entscheidung über den Friedensvertrag.** Wir haben uns dafür ausgesprochen, weil wir glaubten, nur so ein Minimum an Lebensgrundlage und die Einheit unseres Reichs retten zu können.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben uns keinerlei Illusionen hingegeben.

(C) Daß wir allerdings ein volles Vierteljahr nach der Ratifizierung dieses Vertrags in der deutschen Nationalversammlung durch das deutsche Volk noch auf den größten Teil unserer Kriegsgefangenen warten müssen, daß immer wieder Hemmnisse, Störungen und Verzögerungen eintreten, das anzunehmen war der kühnsten Phantasie versagt. Meine Herren von der Rechten, freuen wir uns nicht über solche Enttäuschung!

(Sehr gut! im Zentrum.)

Es klang aus manchen Ausführungen vorher heraus — jetzt ist ja alles leer da drüben —, als ob man Genugtuung darüber empfände, wenn das deutsche Volk sich im Vertrauen auf das Ausland täuscht. Ich meine, dazu haben wir keine Veranlassung.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben keine Machtmittel, die schnelle restlose **Herausgabe unserer Kriegsgefangenen** zu erzwingen. Es bleibt uns gegenüber der erschütternden Tatsache jammernder und klagender Mütter und Väter, Frauen und Kinder, die in dumpfer Verzweiflung warten und in Angst und Sehnsucht schier vergehen, immer nur das eine: der Appell an die Menschlichkeit und das Weltgewissen. Es gibt ein Weltgewissen,

(sehr richtig! im Zentrum)

und wenn es auch zeitweise schläft und abgetötet scheint, es ist nicht tot. Wir werden nicht müde, diejenigen anzuklagen, in deren Hände die Entscheidung gegeben ist und die sie nicht so nutzen, wie es Vernunft und Menschlichkeit verlangen. Wir rufen heute, wir rufen morgen, wir werden nicht müde zu rufen im Namen all der verzweifelt Wartenden: Wir müssen die Kriegsgefangenen haben, und sie müssen alle noch vor Winter herausgegeben werden!

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir wissen uns darin einig, indem ich das feststelle, mit den leitenden Männern unserer Regierung, allen (D) falschen Ausstreuungen der Auslandspresse zum Trotz. Niemals kann es wahr sein, und es ist es auch nicht, daß irgend jemand in der Leitung des Deutschen Reichs ein Interesse daran hätte, die Rückkunft unserer Kriegsgefangenen zu erschweren oder hinauszuschieben. Ich hoffe allerdings auch, daß die Nachricht nicht stimmt, die letzthin durch einige Blätter im Westen gegangen ist, als ob es da drüben an Transportmitteln für die Herbeischaffung unserer heimkehrenden Brüder fehle. Ich meine, die müssen unter allen Umständen bereit stehen, und jede Maßnahme ist gerechtfertigt, die dieses Ziel erreicht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Über den merkwürdigen Einspruch der Entente zu Art. 61 der Reichsverfassung, betreffend **unser Verhältnis zu Deutsch-Österreich,** gibt es im ganzen deutschen Volke, glaube ich, von der Linken bis zur Rechten nur eine einzige Empfindung, nämlich die, daß uns hier eine unfaßliche Demütigung, Kränkung und Erniedrigung zugefügt wurde.

(Sehr richtig!)

Die Staatsmänner der Entente waren während der Kriegsjahre leidlich gute Psychologen, in diesem Falle uns gegenüber waren sie es zweifellos nicht.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Man soll Völkern keine Zumutungen machen, die das Ehrgefühl und die freie Willensbestimmung verletzen. Das tut nicht gut, ein Stachel bleibt zurück. Der Sieg, den sie da über zwei zerbrochene Völker errungen haben, ist kein Sieg. Man hat uns gezwungen, Art. 61 der Verfassung zu streichen. Ist die deutsch-österreichische Frage damit aus der Welt gestrichen? Buchstaben kann man unterdrücken, töten, Geistiges aber nicht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

So werden denn unsere und unserer österreichischen

(Joos, Abgeordneter.)

(A) Stammesbrüder Gefühle, Hoffnungen, Wünsche weiterleben, und keine Macht der Erde wird sie außer Kraft setzen können.

(Bravo!)

Unsere Lage verlangt gebieterisch Frieden nach außen. Möchte endlich einmal die von unsern Gegnern bis heute uns gegenüber beobachtete Stellung eines verhüllten Kriegszustandes einer wahrhaften Friedensstimmung weichen!

Dazu gehört noch manches, was nicht ist. Wir gedenken unter anderen des Eigentums **vertriebener Offiziere und Beamten aus Elsaß-Lothringen.** Es liegt eine Grausamkeit und eine moralische Mißhandlung darin, daß man beispielsweise den Straßburger Professoren nicht nur wie allen anderen Ausgewiesenen den Hausstand zurückbehielt und behält, sondern auch ihr gesamtes wissenschaftliches Rüstzeug und Material,

(hört! hört!)

Bücher und Sammlungen, wirtschaftlich bedeutungslos für den Feind, für die Betreffenden aber höchstwertiges geistiges Besitztum. Diese Vertriebenen sind nicht nur heim- und heimatlos, sie sind zum Teil wissenschaftlich absolut gelähmt. Wir rufen von dieser Stelle aus das wissenschaftliche Weltgewissen gegen diese sinnlose Vernichtung von Persönlichkeitswerten auf. Im Namen der Geschädigten bitte ich die Reichsregierung, nichts unversucht zu lassen, daß wenigstens diesen Gelehrten ihre Manuskripte und Sammlungen, deren Rückerstattung Marschall Foch seinerzeit zugesagt hat, gerettet werden.

(Bravo! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Mehrheitsparteien haben sich seinerzeit darauf geeinigt, daß unsere zukünftige **auswärtige Politik** eine Politik unbedingter Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, frei von aller Hinterhältigkeit sein soll.

(B) Man mag von seiten der Rechten — ich weiß es nicht — eine solche Politik, gemessen an den bisherigen allgemein beobachteten Grundsätzen und Gepflogenheiten, illusionistisch, unpraktisch, unvorteilhaft nennen. Nach meiner Überzeugung ist sie unsere untrügliche moralische Kraft und unsere stärkste Waffe und die einzig sichere Bürgschaft dafür, daß auf die Dauer uns doch wieder volles Lebensrecht und freie Bahn dem Deutschen Volke in der Mitarbeit an den Kulturzwecken der Menschheit gegeben werden muß.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Wille zu solch reiner Politik verlangt, daß wir, so nahe es uns gehen mag, im **Baltikum** den Vertragsbestimmungen gemäß handeln. Wir vom Zentrum glauben nicht an das Geflüster und Geraune von den heimlichen reaktionären Anschlägen, der angeblich verschleierten Formierung eines Heeres zu Umsturzzwecken, und wir fühlen vor allem mit unseren Soldaten da draußen, daß sie eine doppelte Anwartschaft auf ein Stückchen Erde, jener Erde haben, die durch jahrhundertelange deutsche Kulturarbeit geheiligt worden ist. Der Räumungsbefehl bedrückt unsere Truppen; nichtsdestoweniger müssen sie dem Zwangsgebot der Verhältnisse folgen und ihre Interessen denen des ganzen Volkes unterordnen. Eine erneute Blockade, eine erneute wirtschaftliche Absperrung könnte unser Volk heute nicht ertragen.

Bei alledem, meine Damen und Herren, was wir heute in unserer Ohnmacht an Lasten und Demütigungen auf uns nehmen, weil uns alle Wege zu Recht und Gerechtigkeit versperrt sind, hält uns eine stille Zuversicht aufrecht. „Wo so ein Menschlein keinen Ausweg sieht, stellt es sich leicht das Ende vor“. Wir stehen im Anfang, nicht am Ende. Die Welt begann sich jetzt erst zu drehen, und sie dreht sich weiter. Gewiß, unsere Weltmachtsträume alten Stils sind ausgeträumt. Ist damit gesagt, daß das deutsche Volk für alle Zeit in eine (C) Aschenbrödelstellung versinken muß? Unserem Volke sind Gaben eigen, kraft deren es sich wieder in die Welt einfügen wird.

War die auswärtige Politik der Vergangenheit mehr und in starkem Maße eine materielle militaristische Weltmacht- und Weltwirtschaftspolitik — nach meinem Gefühl allzu kühn für unsere kontinentale Lage bei der kurzen Landgrundlage, die wir haben —, so muß unsere **auswärtige Politik** der Zukunft jedenfalls in Ziel und in Methode eine **Kulturpolitik** sein. Noch liegt der Schatz besonderer Kultureignung auf dem Urgrund unserer Volksseele und unseres Volksgemüts, noch ist dieser Schatz nicht verwirtschaftet. Wir werden ihn jetzt heben, jetzt, da wir ganz auf unser Inneres zurückgeworfen sind, weil wir draußen in der Welt so wenig tun können. Wir werden ihn heben, und das deutsche Schaffen wird wieder begrüßt, wird in der Welt gewünscht, wird begehrt werden. „Kulturpolitik“, sage ich. Darunter verstehe ich nicht eine Politik, die den Ehrgeiz hat, sich in der Welt bloß eine kalte Bewunderung zu erwerben oder gar Furcht auszulösen. Nein, diese Politik soll nicht abstoßen, sie soll anziehen. Auf seiten der Rechten hat man gelächelt, als vorhin das Wort fiel von den „moralischen Eroberungen“, die wir machen wollten. Ich stehe durchaus zu einer Politik, die den Ehrgeiz hat, moralische Eroberungen in der Welt machen zu wollen,

(sehr gut! im Zentrum)

und ich lächle wahrhaftig nicht darüber. Überhaupt gibt es etwas, was ich einen Negativismus deutschen Nationalgefühls nenne, nämlich ein **Nationalgefühl,** das davon ausgeht, inwiefern der Grad von Haß und Abneigung gegen andere Völker größer oder kleiner ist. Daran haben wir unser Nationalgefühl nicht zu messen, wie wir zu anderen Völkern stehen, und wie groß unsere Haßgefühle gegen sie sind, sondern unser Nationalgefühl steigt aus (D) dem Frohbewußtsein unserer Eigenart. Das ist das positive Nationalbewußtsein, daraus wächst Nationalstolz, und wir wollen dieses unser Nationalgefühl von den Schlacken reinigen, die es im Laufe der Zeit bekommen hat. Das ist, glaube ich, die Bestimmung der Zeit. Wir sind sicher, diejenigen Völker, die während der Kriegszeit unser Volk in anderem Lichte gesehen haben als unsere Feinde und die wohl zu unterscheiden wußten zwischen dem deutschen Volk und seinen Repräsentanten und irgendwelchen Machthabern, — Völker, die mit uns gelitten haben, angesichts von Entartungserscheinungen des deutschen Gedankens — ich nenne die Leute in der Schweiz, ich nenne Holland, ich nenne die skandinavischen Völker, die werden unsere Helfer sein bei diesem Entwicklungsprozeß des Deutschtums in die Welt hinein.

Was heute ist, das ist nicht ein Ende. Man stellt nicht neue Begriffe und neue Werte wie Freiheit, **Selbstbestimmungsrecht der Völker** in die internationale Welt, um diese Werte nachher stehen zu lassen und sich nicht weiter darum zu kümmern. Sie wirken weiter für sich selber, vielleicht auch gegen die, die diese Worte geprägt haben mit dem Willen, ihnen nicht das volle Leben zu geben — eine Absicht, die ich nicht unterstellen will.

Wir begrüßen die **internationale Arbeiterkonferenz in Washington** unter der Voraussetzung, daß die deutsche Arbeiterschaft gleichberechtigt mit allen anderen Völkern sein soll. Allerdings habe ich auch noch den besonderen Wunsch, daß die Repräsentanten der deutschen Arbeiterschaft auf dieser internationalen Konferenz ein Spiegelbild der gesamten deutschen Arbeiterschaft, nicht eines Teiles abgeben.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Die christlichen Gewerkschaften und die ihnen befreundeten Organisationen verfügen heute über annähernd zwei

(Joos, Abgeordneter.)

(A) Millionen Menschen. Es geht nicht mehr an, sie mit einer Handbewegung abzutun.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Die internationale Arbeiterkonferenz scheint uns nicht eine zufällige zu sein und nicht bloß eine vorübergehende Erscheinung. Ich habe so das Gefühl, als ginge in der Tat der soziale Völkerbund dem politisch-staatlichen voraus. Er wird Schrittmacher für ihn sein. Wenn nicht alles täuscht, verbleibt der Arbeiterschaft aller Länder die geschichtliche Sendung, die ersten wuchtigen Hiebe zu führen gegen die Hochbauten des Völkerhasses und der Völkerzerklüftung, die im Verlauf dieses unglückseligen Kriegs aufgerichtet worden sind. In die Hand der Arbeiterschaft ist das Schicksal der Welt gegeben, wie auch das Schicksal unseres eigenen Volkes ausschlaggebend in die Hand der Arbeiterschaft gegeben ist. An dieser Tatsache kommt niemand vorbei, wie immer er sich auch dazu stellen mag. Die Frage ist nur, ob die Arbeiterschaft in allen Teilen und jederzeit sich der Verantwortung dieser historischen Mission bewußt ist.

Damit betrete ich den Boden der **inneren Politik.** Ich will hier nur einige Fragen aufgreifen, die mir nach der heutigen Lage der Dinge im deutschen Vaterlande wesentlich erscheinen.

Wir gehören nicht zu denen, die da meinen, es müsse erst noch schlimmer werden, bis es besser werden kann. Darum begrüßen wir auch die leisen Anzeichen einer **Besserung im Arbeitsleben.** Wir überschätzen diese Anzeichen nicht; aber sie sind da. Ein großer Bruchteil unserer Arbeiter ist nicht nur des Streitens, sondern auch des Streikens müde,

(sehr richtig! im Zentrum)

namentlich des Streikens zu irgendwelchen politischen Zwecken. Auch sie sehnen sich nach Ruhe, und was der Reichskanzler in seiner Rede darüber gesagt hat, ist ganz (B) richtig gesehen und entspricht den Tatsachen. Ich weiß, damit haben wir die sozial-wirtschaftliche Krisis, in der unser Leben steckt, noch nicht überwunden.

Ein beträchtlicher Teil unseres Volkes aus den verschiedensten Bevölkerungsklassen huldigt doch noch dem Ideale eines Lebens ohne Arbeit, mühelosen Gewinns und rasenden Vergnügens. Es scheint mitunter sogar, als ob die Zahl derer im Wachsen begriffen sei. Hier stoßen wir nach meinem Gefühle auf typische Nachwirkungen der **Demoralisation durch den Krieg,**

(sehr richtig! im Zentrum)

und wenn mich eines schreckt vor neuem Krieg, so ist es der Anblick dieser maßlosen Demoralisation, die die Gewöhnung an Morden und Plündern mit sich gebracht hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Erscheinung der Demoralisation ist nämlich eine internationale, nicht nur eine deutsche. Diejenigen, die unsere heutigen moralischen Zustände nur in einer Teilursache sehen und an der Lage Deutschlands und an Volk, an Parteien und an der Regierung zu verzweifeln drohen, möchte ich auf eine Londoner Mitteilung aufmerksam machen, die Kapitän Persius unlängst aus einem Privatbrief mitgeteilt hat. Wir lesen darin:

> Die Zustände entwickeln sich hier ähnlich wie bei Ihnen. Die Arbeiter haben die Lust am Schaffen verloren. Jedermann ist nur auf Vergnügen aus. Geld wird mit offenen Händen ausgegeben. Man politisiert, amüsiert sich, spielt. Die Unmoral und die Neigung zum Nichtstun greifen ständig um sich.

Ganz dasselbe hört man von Frankreich. Und aus dem Berichte über eine Rede, die der Führer der Christlich-Sozialen Belgiens, P. Rütten, Anfang August, also vor wenigen Wochen, in Metz gehalten hat, entnehme ich:

(C) „Er redet über den Ernst der Stunde, den moralischen Zusammenbruch. Man arbeite weniger, wolle immer mehr verdienen und man lasse keine Gelegenheit vorübergehen, sich zu amüsieren.“ Wir täuschen uns selber. Wir blenden uns den Blick für die wirklichen Ursachen und lähmen uns für die Gegenarbeit, wenn wir meinen, die Zerfallserscheinungen in unserem Vaterlande hätten mit dem 9. November begonnen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun aber zum Konkreten, unter uns und bei uns im deutschen Volke. Dieses in Luxus strotzende und in Vergnügen sich wälzende **Wucherer- und Schiebertum** aller Grade ist ein tagtägliches Ärgernis für unsere arbeitenden Schichten.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

Ich frage Sie: Woher soll unseren Arbeitern der Arbeitsgedanke kommen im Anblick dieses Prassertums? Sollen sie denn für den Profit solcher Subjekte arbeiten? Schon aus diesem Grunde muß die Regierung rücksichtslos zupacken und die Quellen zuschütten, aus denen diese Leute sich ein solches Leben gestatten können. Unser Volk versteht einfach nicht, daß die Regierung damit nicht fertig wird und daß sie anscheinend noch immer zögert. Von oben her, Herr Reichskanzler, muß die Sache kommen. Die Gemeinden können das nicht zwingen.

Ich habe mir sagen lassen, daß die Stadt Cöln neuerdings dazu übergegangen ist, die Namen von Wucherern und Schiebern zu veröffentlichen. Die Wirkung ist folgende: daß sich das internationale Schiebertum nach Elberfeld verzieht und sich dort aufs neue etabliert. Nein, es müssen außerordentliche Maßnahmen getroffen werden. Ich sage es frei heraus, vom Standpunkt der Wirkung auf unser Volk und seine Gesundung oder seinen Verderb — wie Sie es nehmen wollen — ist kein Unterschied zwischen einem Bolschewiken und einem Wucherer und einem Schieber. (D)

(Allseitige Zustimmung.)

Beide sind in ihrer Wirkung gleich verderblich. Ich glaube auch, es ist im Volke Stimmung dafür vorhanden, daß man so etwas wie ein ziviles Belagerungsgesetz schafft, das heißt ein Gesetz, kraft dessen man den Herren Wucherern und Schiebern im abgekürzten Verfahren an den Leib rücken kann. Die Regierung möge sich diesen Gedanken einmal überlegen und möge Volksgerichte einrichten; so etwas wird seine Wirkung ausüben. Es muß zugepackt werden!

Die Regierung muß noch etwas weiteres tun: sie muß die **Kneipen und Dielen** — und wie diese Vergnügungsstätten alle heißen mögen —, in denen „geschlossene Gesellschaften“ prassen, die keine geschlossenen sind, schließen, rücksichtslos schließen! Hier stehen Werte der Volksmoral auf dem Spiele, die unendlich mehr wert sind als investierte Kapitalien.

(Lebhafte Zustimmung.)

Mit moralischen Werten darf man nicht spielen.

Ich erinnere mich aus der Vorkriegszeit an einen Bürgermeister, der gegen die wahllose **Heranziehung von Arbeitskräften niedriger Kultur** aus aller Herren Länder **durch die Großindustrie** in seine Gemeinde Einspruch erhob. Man preßte dort die Leute in Kolonien hinein, in denen sie in ihrer Kulturwidrigkeit dahinlebten und vegetierten. Der Bürgermeister sah die Gefahr auftauchen, daß seine Gemeinde verdorben würde. Er ging zum Landrat und sagte zu ihm: Herr Landrat, das geht so nicht! Die Leute verderben mir unsere Gemeinde! Der Landrat schüttelte den Kopf und meinte: Ja, es gibt höhere Gesichtspunkte: Produktionsbedürfnis, Ausfuhr, Handelsbilanz! — Der Bürgermeister ging zum Regierungspräsidenten. Auch er zuckte die Achseln: Ja, es gibt höhere Gesichtspunkte: Produktionsinteressen, Handels-

(Joos, Abgeordneter.)

(A) bilanz! — Der Bürgermeister blitzte hier ab, blitzte dort ab, und heute wühlt gerade in diesen Bezirken, wo man keinen Sinn für den moralischen Zustand des Volkes und für die Bewahrung eines noch gesunden Volkes hatte, das zerstörende Feuer bolschewistischer Kräfte.

(Hört! hört! rechts.)

Man darf mit moralischen Werten nicht spielen.

Vor allem eins, Herr Reichsfinanzminister! Holen Sie Ihre Steuern herein, aber in beschleunigtem Tempo!

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Steuern einholen ist heute nicht mehr bloß eine fiskalische Handbewegung, sondern geradezu eine moralische Operation,

(erneute Zustimmung im Zentrum)

ein moralisches Erfordernis, eine moralische Tat. Wollen Sie etwa noch länger warten, bis sich noch mehr Kapitalien verflüchtigt haben? Sie sehen ja, wieviel Kapital es gibt, das vom vaterländischen Gedanken und Verantwortungsgefühl nicht erfaßt ist! Holen Sie die Geldvorräte weg, damit sie nicht in unnötigem Luxus und Tand vertan werden!

Der Herr Reichswirtschaftsminister muß auch etwas Besonderes tun: er muß schleunigst die Grenzen für die **Einfuhr fremder Luxuswaren** sperren. Was brauchen wir Seide, Pelze, all die Südfrüchte, Datteln, Feigen, Schokolade? Wir verschulden ja mehr und mehr an das Ausland, und das einfache arbeitende Volk, das längst nicht überall seine Löhne und Gehälter an die jetzige Preishöhe für notwendige Lebensmittel angleichen konnte, verliert den Glauben an die Gerechtigkeit. In Cöln stehen Leute an den Schaufenstern vor diesen prächtigen Auslagen von Samt und Seide, vor den Bergen von Schokolade, Leute, die kein Hemd am Leibe und daheim das Notwendigste zum Leben nicht haben. Diesem Skandal muß ein Ende gemacht werden.

(B) (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Sperren Sie die Grenze! Ich weiß, es ist ein **Loch im Westen;** ich weiß, durch den Friedensvertrag kann manches hereinschlüpfen. Wir müssen genau zusehen, was als „elsaß-lothringische" Ware da laut Friedensvertrag herüberkommt, und müssen verlangen, daß genau nachgesehen wird: ist es wirklich elsaß-lothringisches Produkt, das wir hereinkommen lassen müssen, oder ist es etwas anderes?

Wollen wir die **Arbeitslust** wahrhaft heben, und wollen wir unseren Arbeitern innerlich wieder zum Arbeitsgedanken verhelfen, ihnen die Ermutigung und die Kraft geben, die dazu gehört, dann muß der Kampf ernster geführt werden gegen diejenigen, die tagtäglich dartun, daß man das beste Leben führen kann, ohne daß man arbeitet.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Dazu aber noch eins, das leicht übersehen wird. Der einfache Mann will, wenn er wieder Freude an der Arbeit finden soll, auch wissen und klar sehen warum, wofür und für wen er arbeiten soll. Zur Arbeitslust und zur Arbeitsfreude gehört nämlich mehr als bloß das Anhören des längst nicht mehr beachteten Rufes: „Arbeitet, arbeitet! sonst gehen wir unter!" Dazu gehört auch nicht nur der Gedanke, daß man verhungern könnte, wenn man nicht arbeitet. Unsere Arbeiter — ich sage das auch vom Standpunkt der christlichen Arbeiter, deren Psychologie ich genau kenne — werden für eine Gesellschaft, in der sie fremd und unbeteiligt, für eine Volkswirtschaft und für ein Staatswesen, ob es nun monarchistisch oder republikanisch ist, in dem sie stehen als Mensch ohne Wertung und Achtung und ohne eigentlichen Kulturbesitz, durch eine Kluft getrennt von den Angehörigen anderer Stände, nie mehr mit innerer Freude arbeiten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(C) **„Freie Bahn"**, hat Herr Graf Posadowsky gesagt, hätte es auch früher gegeben. Freie Bahn? — Ich bin ein Volksschüler und weiß mit all denen, die gleich mir den bitteren Lebensweg von unten her gegangen sind, daß diese freie Bahn nicht bestand.

Wer das begriffen hat, was ich jetzt gesagt, der weiß, daß wir im neuen Deutschland **keine unkontrollierbare und unkontrollierte Privatwirtschaft** mehr haben können. Es mag ein Problem sein, meine Damen und Herren, inwieweit wir nun freie und freudige Unternehmerinitiative und öffentliche Kontrolle miteinander in Einklang und Übereinstimmung bringen, ein freilich schwieriges Problem, bei dem es aber nicht bloß auf die technische Durchführbarkeit ankommt, sondern auch auf den guten Willen von beiden Seiten, auch auf seiten der Unternehmer, der Produzenten. Alle unsere Pläne über Wiederaufbau, Umbau unseres Wirtschaftslebens, unseres Produktionslebens sind in Zukunft doch nur mehr zu verwirklichen mit der Arbeiterschaft, nicht mehr gegen sie. Nur wenn sich die Produktion auch ihr Interesse, ihre Anteilnahme und ihre Mitarbeit sichert, kann es glücken.

In solchem Zusammenhange sehen wir die Gesetze über **Betriebsräte und Wirtschaftsräte** und sind dahingehend mit dem Programm, das der Herr Reichskanzler entwickelt hat, einverstanden. Was die Arbeiterschaft will, ist doch weiter nichts als ehrliche Mitbeteiligung an den Dingen, die ihr Lebensschicksal bedeuten. Wir geben uns der Erwartung hin, daß jede ehrliche Mitbeteiligung letzten Endes auch zur Bescheidenheit hinführt. Allerdings eine Unwahrhaftigkeit bei denjenigen, die das Gesetz auszuführen haben, oder auf die es wirken soll, irgendeine versteckte Hinterhältigkeit, ein Bluff müßte auf die Dauer das Gegenteil ergeben. Ich warne den Herrn Grafen v. Posadowsky vor einer Befolgung des Rates, durch Wasser den Wein zu verderben.

(D) Meine Damen und Herren, nur wer sich innerlich auf den Boden dieser Realität stellt, hat das moralische Recht, das Wort vom **„Abbau der Arbeitslosenunterstützung"** in den Mund zu nehmen. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Gut. Wer sich weigert, eine Arbeit anzunehmen, die ihm angeboten wird, kann nicht verlangen, daß er auf Kosten der Allgemeinheit lebt. Alle die Grundsätze, die der Herr Reichskanzler darüber ausgeführt hat, und das diesbezügliche Vorhaben der Regierung halten wir für gut. Allerdings den Wunsch — und das ist das einzige, worin ich mit dem Herrn Grafen v. Posadowsky heute übereinstimmte — hätte ich auch, daß man die **Heimarbeit** nach besten Kräften erhält, weil in ihr etwas liegt, was die Großindustrie — ich bin in der Großindustrie groß geworden — niemals geben kann: das beglückende Gefühl, ein Stück eigener Herr zu sein und nicht in der großen Masse unterzugehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Allgemeinheit, das Allgemeinwohl über dem privaten, so nach unten auf die Arbeiterschaft angewandt! Ich habe mit großem Interesse den Aufsatz gelesen, den Kollege Bernstein im „Vorwärts" über das Problem des Streiks als soziales Recht geschrieben hat. Ich glaube, er wendet sich da gegen einen individuellen **Mißbrauch des Streikrechts,** und ich kann sagen: dieser Gedanke ist heute Gemeingut in ganz Deutschland. Die Arbeiter und Angestellten in lebensnotwendigen Betrieben, die in den letzten Monaten wiederholt ihr individuales Recht gegen die Allgemeinheit anwendeten und mißbrauchten, haben heute schon die öffentliche Meinung gegen sich, auch die öffentliche Meinung in der Arbeiterschaft. Wir begrüßen den neuen Weg, wir begrüßen die Pläne über das **Schlichtungswesen,** wir begrüßen die Formulierung, die heute hier gebraucht worden ist, daß das Faustrecht verschwinden und einem Gerichtsverfahren Platz

(Joos, Abgeordneter.)

(A) machen soll. Hier finden wir altvertraute christlichsoziale Klänge. Das sind Bekannte von uns, und es scheint, als ob wir Christlichsozialen darin doch der Zeit vorausgeeilt wären.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Das allgemeine Wohl über dem privaten, habe ich gesagt, und das ist das Grundgebot, aber auch für unser gesamtes **Produktionsleben**, für **Handel und Wandel.** Meine Damen und Herren, wir vom Zentrum sind keine Sozialisten — das ist bekannt — weder in der Auffassung der ethischen noch der ökonomischen Lebensfragen. Aber wir sind ebensowenig bereit, irgendeine freiwirtschaftliche Theorie zu vertreten. Heute weniger denn je, kann es ein „laissez faire, laissez aller“ geben. In der **Planwirtschaft** steckt ein gesunder Gedanke, wenn er nur nicht zuschanden organisiert wird. Planmäßige Produktion, planmäßige Ein- und Ausfuhr, planmäßige Preisgestaltung! Die Abtragung der Zwangswirtschaft in der Lederindustrie hat uns ein unheimliches Beispiel geboten. Planmäßige Preisgestaltung: ohne die können wir uns nicht retten.

Ich sage das mit Vorbedacht auch hinsichtlich der **Stimmungen** und Bestrebungen, die **in Kreisen der Landwirte** augenblicklich herrschen. Ich sehe mit großer Besorgnis in den kommenden Winter hinein. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß unsere öffentliche Bewirtschaftung lebensnotwendiger Bedarfsartikel, daß die **Zwangswirtschaft** sich zersetzt und aufgelöst wird von unten her. Was heute der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen wird, ist ganz beträchtlich. Ich erinnere an die großen Getreideverschiebungen am Niederrhein. Im Anfang war es ganz an der Grenze, dann zehn Kilometer hinter der Grenze, heute ist schon 25 Kilometer hinter der Grenze alles ins Ausland geschoben und um schweres Geld wieder zurückgekauft! (B) Mehlquantitäten in großem Umfange werden im Kleinhandel angeboten. Das wissen wir. Schwarzschlachtungen sind die Regel geworden. Das Zurückgehen der Lieferungen an die Bedarfsbezirke und die erregten Auseinandersetzungen, die die städtischen Kommissionäre bei der Landbevölkerung finden, das sind sichtbare Zeichen dafür, daß etwas nicht stimmt. Die Zwangsbestimmungen sind wohl noch da, nur richtet sich niemand danach. Und die Staatsgewalt scheint die Situation nicht mehr meistern zu können. Polizeidiener, Gendarm, Landrat versagen. Ich weiß nicht, was werden soll, und fühle mich verpflichtet, die Landwirtschaft auf das eindringlichste zu warnen. Es herrscht auch eine absolut falsche Vorstellung in der Landbevölkerung über die Einkünfte der Minderbemittelten in den Städten, und ich wünschte einmal eine amtliche Feststellung über das, was Existenzminimum heißt.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Wir würden Wunder erleben.

Die **Bekleidungsfrage** ist entsetzlich. Man gehe in die Familien und wird dort sehen — ganz konkret gesprochen und sehr nüchtern nnd banal —: die Bettücher in soundso viel Familien sind längst für Kinderhemden aufgebraucht,

(sehr richtig!)

die Ersatzmittel sind verbraucht, und es gibt Arbeiter, die sehnsüchtig auf eine Tariferhöhung warten, um sich solch dringlichste Anschaffungen leisten zu können. So stehen die Sachen in vielen Bezirken. Die Regierung hat ja manche Maßnahmen dafür in Aussicht gestellt. Man sprach von Schätzen, die die **Kriegsgesellschaften**, die **Wollgesellschaft** haben soll. Dann, Herr Minister, heraus mit den Wollvorräten in die Industrie! Lassen Sie sie verarbeiten, damit den Leuten etwas gegeben werden kann!

(Sehr richtig!)

Ich wäre dankbar für jedes weitere Konkrete, das uns (C) vom Regierungstisch herüber gesagt werden könnte. Ich halte es auch für möglich, daß namentlich in Rücksicht auf die Lage der Dinge auf dem Land, die Spitzen der Organisationen von Landwirten, Angestellten, Arbeitern und Konsumenten zusammenkommen und sich überlegen, wie die Sache steht.

Meine Damen und Herren! Ich sprach vom **Versagen der Staatsgewalt.** Es liegt weniger an ihr als an dem anderen. Die heutige Regierung und Verwaltung hat noch nicht die notwendige Autorität gefunden.

(Sehr richtig!)

Darüber kann kein Zweifel bestehen. Der Herr Abgeordnete Scheidemann meint in dem angezogenen Aufsatz im „Vorwärts“, erst die geeinigte Arbeiterklasse — er meinte eine reine Arbeiterregierung — könnte eine freudige Befolgung der Gesetze bringen und so diese Gesetze zum lebendigen Leben erwecken. Ich bezweifle, Herr Kollege, daß dieses Mittel automatisch die Wirkung nach sich zieht, die man erwartet.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Des Übels Wurzeln liegen wo anders. Wir stehen da vor einer deutschvölkischen Eigenart. Ich las einmal — ich weiß nicht mehr, wo —, daß die deutsche Kulturbewegung sich in Extremen zu geben pflegt, in der Gangart eines betrunkenen Mannes auf der Straße: mit einem Ruck an die eine Wand, dann mit einem Ruck an die andere Wand. Ich glaube, es ist etwas Wahres daran. Früher Untertanengesinnung, heute Autoritätlosigkeit. Dazu kommt noch ein anderes Näherliegendes: in dem erbitterten Kampf der letzten Jahrzehnte, der aus dem Gegensatz zwischen rechtlosen Massen und der Staatsgewalt heraussprang, ist im Bewußtsein der kämpfenden Massen auf der linken Seite leider nicht nur die überlebte Staatsform, sondern ein groß Stück Staatsgedanke zugrunde gegangen. (D)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wo früher Füllung war, ist eine Leere eingetreten. Sie von der linken Seite haben es heute entschieden schwer, Ihre Massen einzuordnen und unterzuordnen unter die Gesetze.

Ich bin nicht dafür, daß man Ihnen diese schwierige Arbeit durch irgendwelche parteiische Operationen erschwert, die in der letzten Zeit beliebt werden. Ich sage nur: Sie leiden unter dieser Lehre, die ich da gekennzeichnet habe. Es genügt auch nicht, daß der Mann da draußen das Gefühl hat: es sind jetzt meinesgleichen, die regieren. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß es sogar Leute unter dem einfachen Volke gibt, die einen Hang haben, von jemand regiert zu werden, der von möglichst hoch herkommt. Ein falsches Gefühl möglicherweise, aber es ist das eine Tatsache, die besteht. Die Enttäuschung über das Kriegsunglück, der jähe Sturz der alten Autoritäten, alles das hat in weiteren Kreisen das Autoritätsgefühl mitgerissen, und mit den alten Ordnungen und Bindungen zerbrach zugleich der Wille zur Einordnung, zur Treue, zum Pflichtbewußtsein, zur Verantwortlichkeit. Meine Damen und Herren. Wir müssen heute neu aufbauen. Ein neues Autoritätsgefühl muß sich bilden. Ohne Autorität geht es nicht. Das mögen aber auch die Herren von der Rechten bedenken, die heute die neuen Repräsentanten der Staatsautorität in Wort und Bild herunterreißen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Irgendein Herr aus der Deutschnationalen Partei soll dieser Tage

(Zuruf aus dem Zentrum: Laverrenz!)

— ich glaube, der Herr Kollege Laverrenz ist es gewesen — irgendwo das Wort gebraucht haben, daß in der Regierung von heute „Verbrecher“ säßen. Meine Herren, Sie mögen überlegen, was Sie tun, indem Sie neu sich

(Joos, Abgeordneter.)

(A) bildendes Autoritätsgefühl untergraben! Sie arbeiten damit auch gegen sich selbst. Wenn Sie einmal die Hoffnung haben können, daß Ihre Pläne der Aufrichtung alter Herrlichkeit sich wieder erfüllen könnten, Sie würden nicht leben können ohne Autorität und Sie hätten Autoritätsgefühle mit untergraben. In einer Zeit, wo alles zu Bruche zu gehen droht, müssen alle Kräfte zur Stärkung der Staatsautorität angewendet werden.

(Zustimmung im Zentrum.)

Da ist es Pflicht für jeden staatspositiven Menschen, das neue Vertrauen, das sich zaghaft jetzt bildet und aufrichtet, zu fördern, nicht aber zu hemmen.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Ein **verläßliches Beamtentum** tut unserem heutigen Staatswesen not. Die Reichsregierung hat diese Einsicht, der Herr Reichskanzler hat es betont. Ein verläßliches Beamtentum, ich meine verläßlich nicht etwa bloß in der parteipolitischen Abstempelung, sondern in der Rechtlichkeit der Gesinnung, der absoluten Unbestechlichkeit und restlosen Pflichterfüllung. Auch hier hat der Krieg verheerend gewirkt. Das ehedem starke Rückgrat des Staatswesens war aufgeweicht. Es muß sich wieder aufs neue härten. Kein Beamter zuviel im Staate. — Denn das arme Deutschland kann diesen Luxus nicht ertragen. — Aber was nötig ist an Beamten, das soll auch die Aufmerksamkeit und die Pflege finden, die ein solcher Faktor verdient.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhange ein Wort über die **Heranziehung von Kräften aus dem Volke** in die Verwaltung. Man ärgert sich da und dort darüber, und wir haben ja heute von diesem Ärger etwas in der Rede des Herrn Kollegen Dr. Graf v. Posadowsky gehört. Ich will unsachliche Momente bei der Besetzung von Beamtenstellen hier nicht vertreten. Sicher aber ist, daß für die Erhaltung des Staatsgedankens die Erziehung zur Staatsgesinnung und zum staatlichen Ver-(B)antwortungsgefühl von wesentlicher Bedeutung ist, ob der Staatsbeamte mit dem Volke verwachsen ist, oder ob er ihm fremd ist. Darin lag ja der Fehler der Vergangenheit. Das fachlich tüchtigste Beamtentum war im Moment der Krise absolut hilflos, wertlos, weil es keinen Kontakt mit dem Volke hatte und es nicht zu fassen vermochte. Diesen Fehler gilt es auszugleichen. Die Verbindung fachlicher Tüchtigkeit mit dem Verwachsensein im Volke ist natürlich das Ideal.

(Abgeordneter D. Mumm: Sehr richtig!)

Verwachsen mit dem Gesamtvolk, nicht etwa nur mit der einen oder anderen Volksgruppe oder Partei. Die Mannigfaltigkeiten des Lebens fassen und fördern und weise sammeln und zum rechten hinführen, das meine ich, das ist Regieren. Ich bitte den Herrn Minister des Innern, gerade auf diese Qualifikation bei der Auswahl des Beamtentums genau zu sehen.

Ich betone hier einen Gesichtspunkt der **Psychologie in der Politik und in der Verwaltung** Darin war unser früheres System nicht besonders groß bei allen robusten Qualitäten, die es hatte. Wir haben hier und da die Empfindung — ich spreche sie hier aus —, als ob der Mangel an Elastizität, an Einfühlungsvermögen in die Eigenart bestimmter Volkskreise mit in diesen Volksstaat hineingeschleppt worden sei. Eine psychologische Politik wäre beispielsweise eher darauf gekommen, wie die Stimmung und Verstimmung der Bevölkerung an den östlichen und westlichen Landesgrenzen behandelt werden müßte.

(Sehr richtig! beim Zentrum.)

Die jetzige Lösung der **oberschlesischen Frage** erfolgte reichlich spät.

(Sehr richtig!)

Auch in der **Rheinlandfrage** wurde lange hin und her gezerrt, und wenn die Dinge jetzt in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen sind, dann ist das nicht zuletzt ein (C) Verdienst der gerade in dieser Angelegenheit zu Unrecht so viel geschmähten Zentrumspartei.

(Sehr richtig! beim Zentrum.)

Wir wünschen nunmehr, daß der ruhige Gang durch störende Einflüsse nicht unterbrochen wird. Wir warnen davor.

Die Drahtnachricht, die die „B. Z. am Mittag" unter dem 4. Oktober von Düsseldorf brachte, hat uns erschreckt, um der gefährlichen Überschrift willen, die die Notiz trug: „Kampf den Rheinländern", um des Inhalts und um der Persönlichkeiten willen, die damit verbunden waren. Es hieß da:

> Der neue Reichsminister Koch hat bei seinem Abschied in Düsseldorf gestern erklärt, daß er als eine der wichtigsten Aufgaben als Minister des Innern betrachten werde, die **Loslösungsbestrebungen der Rheinländer** zu bekämpfen. Von den Führern der demokratischen Partei war Reichsminister Koch mit allem Nachdruck auf die drohende Gefahr hingewiesen worden.

Wer sind die Rheinländer? Die Leute um Dorten, das sind nicht die Rheinländer, das ist eine ganz kleine Minorität. Man kann mit den Rheinländern doch nicht die große Zahl derer meinen, die das Recht reklamieren, nach ihrer eigenen Stammesart behandelt und regiert zu werden! Ich verzeichne mit Genugtuung, daß der Herr Reichsminister sich so auch nicht ausgedrückt, sondern die Loslösungsbestrebungen vom Reich gemeint hat. Da können natürlich nur die Herren um Dorten herum gemeint sein. Aber dann, muß ich sagen, ist es in höchstem Maße unvorsichtig, nein, es ist in höchstem Grade gefährlich und unverantwortlich, eine solche Notiz zu lancieren: „Kampf den Rheinländern."

Es sind heute Bekenntnisse hier abgelegt worden. (D) Meine Damen und Herren, gestatten Sie, daß auch ich ein solches Bekenntnis hier ablege. Ich stehe hier als Urelsässer einsam in diesem Hause. Meine Freunde, meine Verwandten, die Gräber meiner Angehörigen liegen da drüben in dem Lande, das uns nicht mehr gehört. Lassen Sie sich von mir, der ich meine ganze Jugend bis zum reifen Alter im Elsaß verlebt habe, sagen, wie da drüben Jahrzehnte lang bis in den Krieg hinein eine volksfremde und unpsychologische Politik gemacht worden ist.

(Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Ein Preußentum mit den Formen des Zwanges hat da regiert. Herr Graf Posadowsky, es gehört zum Regieren nicht nur die Kraft, etwas durchzuführen; man muß auch weise regieren. Da hat ein **Preußen um** — ich wiederhole es — mit den Formen des Zwanges regiert und zerstört, statt aufgebaut. Niemand zweifelt an dem wirtschaftlichen Aufschwung, den **Elsaß-Lothringen** während der Jahre genommen hat, in denen es dem deutschen Reichsverbande angehörte. Die Leute im Elsaß haben das sicher nicht vergessen und werden es nie vergessen können, und je länger die Verhältnisse andauern, um so mehr wird es ihnen zu peinlichem Bewußtsein kommen. Aber, worauf es ankommt, die Seele jenes kerndeutschen Volkes haben jene Regierenden nicht zu finden vermocht. Es ist doch wirklich charakteristisch, daß Elsässer, die, als man sie darauf aufmerksam machte: ihr verliert ja alle die wirtschaftlichen Vorteile, wenn ihr Deutschland verloren geht, antworteten: Lieber trocken Brot irgendwo anders essen, als hier im Überfluß sein. So weit kommt ein Volk, wenn es unpsychologisch behandelt wird. Ich warne davor, Herr Minister des Innern, man möge solche falschen Beispiele nicht in anderen Teilen Deutschlands wiederholen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(Joos, Abgeordneter.)

(A) Dann hätte ich einen besonderen Wunsch namens der **elsaß-lothringischen Flüchtlinge** und Vertriebenen: man möge sie nicht länger mehr das Bettelleben führen lassen,

(sehr richtig! im Zentrum)

das sie heute noch führen.

(Erneute Zustimmung im Zentrum.)

Ich weiß, wie entsetzt manche von ihnen über die Kälte und Härte sind, die sie da und dort noch finden, sie, die vertrieben worden, weil sie Deutsche sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung — ich meine der Reichsregierung; denn die scharfe Trennung zwischen wirtschaftlich-materieller Gesetzgebung und Kulturgesetzgebung, wie sie die frühere Reichsverfassung kannte, ist heute nicht mehr vorhanden — müssen mehr **die seelischen Bedürfnisse des Volkes** pflegen, mehr, als es die Vergangenheit tat.

Was ist denn eigentlich die letzte Ursache des grauenhaften Zusammenbruchs der alten preußisch-deutschen Herrlichkeit? Die Vermaterialisierung, die seelische Verwahrlosung weitester Kreise. Ich wundere mich weder über das Scheinleben in rücksichtslosem Luxus und in gesellschaftlicher Spielerei noch über das blinde Umsichschlagen großstädtischen Proletariats. Sie greifen zur Selbstvernichtung aus innerer Qual, aus der Öde und Leere, die sie empfinden. Ich verzeichne mit Genugtuung, daß die Erkenntnis für diese Tatsache in den Kreisen der Erziehungswissenschaft aufsteigt, wie sich dies in einer Schrift des Münchener Professors, Dr. Bastian, herausgekommen in der letzten Zeit, ausspricht, der den Drang der unruhigen Massen in den markerschütternden Schrei zusammenfaßt: „Gebt uns unsere Seele wieder!“ Wenn diese Erkenntnis unserer tiefsten Not nicht Gemeingut unseres deutschen Volkes wird, dann ist die gewaltige Umwälzung, in der wir stehen, vergebens gewesen: eine (B) Revolution der Instinkte, aber keine Revolution der Seele. Die Besten unseres Volkes verlangen nach dem letzteren, warten auf das Geistige in den Dingen, und die breiten Massen spüren das aus einem gesunden Instinkt heraus. Ich habe die Sorge, die Reichsregierung könnte in den Fehler verfallen, das seelische Verlangen des Volkes mit einer Förderung kalter, hoffnungsloser intellektueller Bildung befriedigen zu wollen. Populär-wissenschaftliche Vorträge! Lassen Sie ein ganzes Heer von Vorträgen auf das Volk los. Ich sage Ihnen: das Volk wird gleichgültig bleiben! Wir haben genug der Triumphe des Nur-Gehirn-Menschentums.

Da kommt das **Heimstättengesetz,** das der Herr Reichskanzler angekündigt hat, dem seelischen Verlangen des Volkes schon näher. Die Leute wollen Ruhe haben, wollen verwurzeln, wollen festwachsen, wollen das königliche Gefühl haben, sich selbst gehören zu können in einer gewissen Freiheit und Unabhängigkeit und im Besitz. Das möge das Heimstättengesetz nicht bloß für die „Opfer des Krieges“ sein, sondern für die „Opfer der falschen Kultur“, die wir früher betrieben haben.

Wenn **Volkshochschulen** kommen, die der Reichsminister des Innern oder die Abteilung Kultur im Reichsministerium des Innern fördern kann, dann bitte, nur keinen Abklatsch von popularisiertem Universitätswissen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Bildung, harmonische Bildung, wahre Erziehung im Geiste der besten Überlieferung unseres Volkstums, gewachsen auf der Grundlage einer klaren und festen **Weltanschauung,** das ist es, worauf es ankommt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren, ich sage: einer Weltanschauung! Der Politiker muß dem einzelnen Weltanschauungsgruppen die Freiheit lassen, wenn es nur eine Weltanschauung ist, die den Menschen innerlich packt und etwas Einheitliches aus ihm macht. Ich denke an Erziehung, gepflegt (C) durch eine Erzieherpersönlichkeit, Erziehung zu einem edlen Menschentum, dem sich Freudenquellen erschließen, die mit dem Vergnügungsrummel unserer Tage nichts zu tun haben, Freudenquellen, die unser Volk haben muß, wenn es Arbeitsenergie und überhaupt noch den Mut haben soll, in einem armen Deutschland zu leben.

In diesem Zusammenhang scheint mir ein Wort über die **Zentralstelle für Heimatdienst** am Platze. Meine Herren von der Regierung! Was ist die Zentralstelle für Heimatdienst für ein Gebilde? Man ist sich nie ganz klar darüber geworden, welches Wirken und Wesen sie eigentlich hat. Ich sage es offen: im Lande ist diese Zentralstelle für Heimatdienst etwas anrüchig geworden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man sagt jetzt, sie soll in den Pressedienst der Reichskanzlei übergehen. Da und dort tauchen Angestellte auf. Wer hat die erwählt? Was sollen sie? Sollen sie eine innere Aufklärung betreiben und worüber? Sollen sie zum Staatsgedanken anleiten? Der kommt nicht mit Vorträgen, der kommt dem Volke auf ganz anderem Wege ins Blut! Wir haben Volksbildungsorganisationen, Volksvereine, Arbeitervereine, Gewerkschaften, freie Vereinigungen, die möge das Reichsministerium finanziell unterstützen. Was der Herr Reichskanzler von der Reichswehr gesagt hat, daß sie eine Volkswehr sein soll und nicht eine Parteiwehr, das wollen wir jetzt auch auf die Zentralstelle für Heimatdienst anwenden. Wir wollen sagen: wenn diese Zentralstelle da ist, dann möge sie Volksbildung fördern, aber keine Parteibildung. Wir können uns den Luxus nicht gestatten, irgendwelche Parteiagitation auf Staatskosten betrieben zu sehen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Diesem erhabenen Ziel der wahren Volksbildung steht die Verseuchung durch die freigewordene Schlammflut (D) der **Schundliteratur**

(sehr richtig! im Zentrum)

und der Verderb durch **Auswüchse des Kinowesens im** Wege.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich bitte den Herrn Reichsminister: fassen Sie da zu! Sie können da anregend wirken, Sie haben einen Rechtstitel, denn auf Ihrer Seite steht die neue deutsche Reichsverfassung, in deren Art. 119 es heißt:

> Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung.

Wir haben den Art. 118, in dem es heißt:

> Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.

Herr Reichsminister, fassen Sie da zu, und lassen Sie keine Minute vorübergehen! Lassen Sie sich um alles in der Welt nicht zurückhalten durch das Schlagwort von der „Freiheit“ und vom „Banausentum“ und wie sie alle heißen! Was in unseren Kinos, was in unserer Schmutzliteratur gegenwärtig geboten wird, das hat mit Kunst aber auch gar nichts zu tun.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das ist etwas, was in der freien Schweiz, nach dem Urteil von Schweizern, die nach Berlin kommen, um diese und jene Geschäfte abzuschließen, einfach unmöglich ist, selbst auf dem heißen Boden von Zürich. Was in Films zurzeit geboten wird, das ist ganz einfach Schweinerei.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

(Joos, Abgeordneter.)

(A) Dagegen muß im Namen unseres Volkes und seiner Gesundung vorgegangen werden.

Immer klarer wird bei uns die Überzeugung, daß unsere Gesetze — wir müssen Gesetze anwenden, auch Zwangsgesetze —, daß unser Schaffen hier im Parlament, unsere Reden, unsere Beschlüsse, unsere Verordnungen ihr Ziel nur halb erreichen, daß sie an den Widerstand derer draußen scheitern. Äußere Gestaltung bloß können die Gesetze sein, Innerliches können sie nicht bewältigen. Unsere Gesetze können keinen Blinden sehend machen, keinen Kalten warm, keinen Fremden heimisch, keinen Mißtrauischen vertrauensvoll, keinen Pflichtlosen pflichtbewußt und können Verantwortungslose nicht mit Verantwortlichkeitsgefühl füllen. Unser Schaffen hier ist begrenzt. Wenn von diesem **Parlament** keine **starke sittliche Idee** ins Volk geht, dann wird das Volk da draußen gleichgültig bleiben, trotz Volksparlament, trotz freiestem Wahlrecht, trotz Volksregierung.

Das Verlangen ist da, unser Volk vertraut und folgt, wenn es nur das Gefühl hat, daß Echtheit und Wahrheit es umgibt, unser Volk will Beispiel sehen, auch Beispiel von oben. Dieses Haus hier — ich bin ein Neuling in diesem Hause — mit seinem Prunk aus der Parvenuzeit, an den wir uns erst noch gewöhnen müssen, steht wie so vieles im heutigen Vaterland im schreienden Widerspruch zu dem Gedanken, der von hier ausgehen soll: zurück zur Einfachheit unserer Urväter! Jawohl, meine Damen und Herren, wir müssen zurück. Zurück aber müssen alle. Wir wollen und können es, wenn es alle tun, auch der Staat und die Staatswirtschaft es tut, wenn auch sie ein Beispiel puritanischer Sparsamkeit gibt. Herr Reichsminister der Finanzen, überprüfen sie Kapitel, Titel und Positionen im Etat immer und immer wieder! Wir können keine Aufwendungen dulden, die das Land moralisch nicht ertragen kann. Ich sage: moralisch nicht. Unser Volk steht aufgewühlten Herzens und mit geschärften Sinnen da und sieht auf seinen Staat, den Volksstaat, und sein Parlament, das Volksparlament und die Bescheidenheit, die wir predigen, muß auch hier eine Heimstätte haben. Alle Unwahrhaftigkeit ist im neuen deutschen Volke erledigt, Gott sei Dank. Uns rettet nur noch unbedingte Gewissenhaftigkeit. Nie soll das Volk von seinem Parlament (B) sagen können: „sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein“.

Ich habe in diesen Tagen immer wieder Albrecht Dürers Bild „Ritter, Tod und Teufel“ angesehen: der deutsche Mann im wildverwachsenen Hohlweg, der Tod mit der Sanduhr grinst ihn an und Spukgestalten sind seine Wegbegleiter. Das scheint mir ein Abbild unserer heutigen völkischen Lage. Mögen wir wie dieser Ritter ruhig, unbekümmert, weg- und zielbewußt vorangehen. Das Dunkel um uns her wird weichen, und unsere Kinder werden wieder einmal etwas Sonne sehen.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Es ist folgende Interpellation Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen eingegangen:

> Die Verfassung bestimmt in Art. 119ff. die Reinerhaltung der Familie als Aufgabe des Staates und verspricht den Schutz der Jugend gegen sittliche Verwahrlosung; sie sieht in Art. 118 gesetzliche Einführung der Zensur für Lichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen vor.
>
> Denkt die Reichsregierung angesichts der bestehenden schweren Mißstände ohne Verzug im Sinne der durch die Verfassung gegebenen Vollmachten gesetzgeberisch vorzugehen?

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch den 8. Oktober, nachmittags 1 Uhr und auf die Tagesordnung zu setzen:

1. die soeben verlesene Interpellation;
2. Rest der heutigen Tagesordnung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 10 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

93. Sitzung.

Mittwoch den 8. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:
in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Laukant, Dr. Heinze
die Abgeordneten Raute, Kempkes;
in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Kaas (Trier), Gröber
die Abgeordneten Leicht, Ulitzka;
in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Bahr, Dr. Hugo
die Abgeordneten Frau Kloss, Dr. Maretzky;
in den 10. Ausschuß für die Abgeordneten Henrich, Dr. Rießer
die Abgeordneten Hermann (Württemberg), Kempkes;
in den 15. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Cohn
der Abgeordnete Raute;
in den 16. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Heinze
der Abgeordnete Dr. Becker (Hessen); (D)
in den 21. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Düringer
der Abgeordnete Bruhn.

Meine Damen und Herren! Es ist auch zu Ihrer Kenntnis gekommen, daß auf ein Mitglied unseres Hauses ein Waffenanfall unmittelbar vor dem Hause stattgefunden hat.

(Das Haus erhebt sich.)

Unser Kollege Haase ist getroffen worden. Wir wollen hoffen, daß die Wunde keine tödliche, keine verderbliche ist, daß weitere Folgen damit nicht verknüpft sind. Es ist mir gesagt worden, daß dem Anschein nach irgendwelche schwereren Folgen damit nicht verbunden sein dürften. Über das Motiv des Täters, der festgenommen ist, ist nichts bekannt; wir können uns darüber natürlich auch nicht in Mutmaßungen ergehen. Ich nehme an, daß ich der Intention des ganzen Hauses entspreche, wenn ich dem Herrn Abgeordneten Haase, der von diesem Unfall betroffen worden ist, seiner Familie und seiner Fraktion die herzlichste Teilnahme des Hauses zum Ausdruck bringe

(Beifall)

mit dem Wunsche, daß diese Tat von keinen schlimmeren Folgen begleitet sein möchte.

(Erneuter Beifall.)

Ich rufe zunächst auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die

Interpellation der Abgeordneten Arnstadt, Dr. **Heinze und Genossen, betreffend den Schutz der Jugend gegen sittliche Verwahrlosung usw.** (Nr. 1092 der Drucksachen),

die ich gestern verlesen habe, und richte die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann er die Interpellation beantworten will.

(A) **Schiffer,** Reichsjustizminister, Stellvertreter des Reichskanzlers: Die Regierung ist bereit, die Interpellation zu beantworten, und behält sich vor, wegen des Zeitpunktes mit dem Herrn Präsidenten des Hauses Fühlung zu nehmen.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe auf

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar:

a) **Haushalt für das Reichsministerium, den Reichskanzler und die Reichskanzlei** (Anlage II).
Antrag Nr. 1106.

Als Regierungskommissare sind noch angemeldet:
der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Herr Albert,
der Geheime Regierungsrat Herr Wewer.

Die Debatte über Kap. 3 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben, Reichskanzler, ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen hierzu folgende Mitteilung machen. Es war ja im Ältestenausschuß vorgesehen, daß eventuell eine zweite Rednerfolge zum Wort kommen soll. In der ersten Rednerfolge sind noch angemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann und der Herr Abgeordnete Haase. Selbstverständlich kann Herr Haase nicht das Wort nehmen, und ebenso selbstverständlich ist es, daß wir nicht irgendeinem anderen Abgeordneten seiner Fraktion die Zumutung machen können, an Stelle des Herrn Kollegen Haase für seine (B) Fraktion zu sprechen. — Es wird mir mitgeteilt von seiner Fraktion, daß für die zweite Rednerfolge ein Redner vorgesehen sei, der aber nicht zugegen ist.

Ich möchte Ihnen nun folgenden Vorschlag machen, der von zwei Gesichtspunkten ausgeht: einmal von dem Gesichtspunkt, keine Zeit in bezug auf unsere Tätigkeit zu verlieren, dann aber von dem, die Rechte der Fraktion, für welche Herr Haase sprechen sollte, nicht zu verkürzen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, den andern Redner, der noch vorgesehen ist, den Vertreter der Deutschen Volkspartei, zum Worte kommen zu lassen, dann, da, wie mir von allen Seiten des Hauses mitgeteilt wird, eine zweite Rednerfolge nicht beabsichtigt wird, die Debatte abzubrechen, aber nur abzubrechen, um damit dem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion die Möglichkeit zu geben, zu einem gewissen Zeitpunkt, morgen oder übermorgen, je nachdem wir mit unserer Arbeit vorankommen, das Wort zu erhalten. Wenn das dann Anlaß gibt, im übrigen nochmals auf die Generaldebatte und auf die politische Aussprache zurückzukommen, so würde dies natürlich dann der Fall sein können. Ich würde also vorschlagen, jetzt zunächst den Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann zu hören, dann die allgemeine Aussprache zu vertagen, in die Beratung der einzelnen Artikel in zweiter Lesung einzutreten und, wenn wir mit dieser so weit sind, dann wieder die Debatte zu eröffnen über die politische Aussprache, um zunächst dem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten und eventuell auch noch den Vertretern anderer Parteien die Möglichkeit einer Aussprache zu geben.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich darf wohl feststellen, daß der Herr Präsident nicht die Absicht hat, heute schon die zweite Rednerfolge ohne weiteres als erledigt (C) zu betrachten, sondern daß die Entscheidung darüber später getroffen wird.

Präsident: Ich nehme an, daß die zweite Rednerfolge an sich nicht beabsichtigt ist, sondern daß, wie mir von allen Parteien mitgeteilt worden ist, darauf verzichtet wird. Ich habe ja gesagt, daß die Ausführungen des Unabhängigen Sozialdemokraten vielleicht noch Anlaß zu weiteren Wortmeldungen von seiten der Parteien geben werden, und daß diesen Wortmeldungen dann kein Riegel vorgeschoben werden wird.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Ich habe nur festzustellen, daß von unserer Fraktion auf einen zweiten Redner bisher nicht verzichtet worden ist.

Präsident: Wünschen Sie, daß Ihr zweiter Redner heute noch darankommt?

(Rufe rechts: Nein!)

Wenn das der Fall wäre, so hätte ich vorgeschlagen, daß Ihr Redner heute schon sprechen soll.

(Heiterkeit.)

Was die übrigen Parteien betrifft, so hat sich von keiner ein Redner gemeldet. — Das Haus ist mit meinem Vorschlage einverstanden.

Ich erteile nun das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als der Herr Präsident vorhin von dem **Attentat** Kenntnis gab, das auf unseren Herrn Kollegen Haase verübt worden ist, hat das Haus bereits durch seine Zustimmung zu diesen Worten zu erkennen gegeben, daß es sich vollkommen eins fühlt mit den Empfindungen des Herrn Präsidenten. Ich glaube aber als erster (D) Redner, der aus dem Hause spricht, nachdem diese Angelegenheit zu unserer Kenntnis gekommen ist, doch noch einmal dem Gefühl Ausdruck geben zu dürfen, daß wir wohl alle ohne Unterschied der Parteien einig sind in dem Abscheu gegen ein derartiges Attentat, und daß uns alle der Wunsch beseelt, Herrn Kollegen Haase bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu dürfen.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Wir haben gestern von dem Herrn Reichskanzler die Mitteilung erhalten über die **Neubildung der Regierung,** und der Herr Kollege Petersen hat die Beweggründe dargelegt, die seine politischen Freunde bewogen haben, in die Regierung einzutreten. Ich glaube nicht, daß diese Neubildung der Regierung einen wesentlichen Einfluß auf die politische Gesamtlage ausüben wird. Es muß selbstverständlich der eigenen Entscheidung der **Deutschen Demokratischen Partei** vorbehalten bleiben, ob sie das Ziel ihrer Einwirkung auf die Gesamtlage besser außerhalb oder innerhalb der Regierung glaubt erreichen zu können.

Wenn ich gesagt habe, daß die politische Gesamtlage sich wesentlich nicht ändern wird, so veranlaßt mich dazu auch die Auffassung, daß die Nationalversammlung selbst längst an einem Mangel an Autorität gegenüber der Öffentlichkeit leidet. So jung sie ist, so altersmüde erscheint sie bereits. Nachdem sie berufen worden war, nur die Verfassung zu verabschieden, kann es fraglich erscheinen, ob es richtig war, dem Parlament, das speziell zu dieser Aufgabe berufen war, eine solche Fülle von wichtigen gesetzgeberischen Aufgaben zur Erledigung anzuvertrauen, um so mehr, als diese Aufgaben doch von einer so grundlegenden Bedeutung sind, daß man wünschen müßte, daß sie von einem Parlament gelöst werden, das auch der Ausdruck der öffentlichen Meinung des ganzen

(Dr. **Stresemann,** Abgeordneter.)

Landes ist. Der Herr Reichskanzler selbst hat dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob dies von dem derzeitigen Parlament gesagt werden kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn ich zu dem Stellung nehme, was er ausgeführt hat über die **wirtschaftliche Lage,** so darf ich wohl konstatieren, daß aus seiner Rede über unsere wirtschaftliche Lage ein Unterton der Zuversicht klang, den wir sonst lange nicht gehört haben. Dasselbe war der Fall bei einer Ansprache, die der Herr Reichswirtschaftsminister in Hamburg gegenüber dem deutschen Großhandel gehalten hat. Ich halte diese Auffassung für durchaus berechtigt und bin der Meinung, daß, wenn es uns gelingt, über den Winter hinwegzukommen, wir alsdann eine solche Fülle von wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen haben werden, die an unser Wirtschaftsleben durch Aufträge des In- und Auslandes herantreten, daß gar kein Grund dazu vorliegt, jetzt im deutschen Volke so zu sprechen, als wenn wir uns nur noch mit der Frage zu beschäftigen hätten, wohin unsere Bevölkerung auszuwandern hat. Was wir gegenwärtig in bezug auf die wirtschaftliche Lage erleben, so auch in bezug auf die Kohlennot und die Transportmittelkrisis, ist nicht lediglich eine deutsche Erscheinung, sondern international bedingt. Wenn in der ganzen Welt ein halbes Jahrzehnt hindurch die Gesamtproduktion unproduktiven Zwecken zugeführt werden mußte, dann kann man nicht erwarten, daß die Übergangszeit von einer solchen Anormalität zum Normalen sich ohne die heftigsten wirtschaftlichen Zuckungen vollzieht. Und unter diesen leiden wir heute. Allerdings kommt bei der **Transportmittelkrisis** noch etwas in Betracht. Ich habe von meinen Freunden aus der preußischen Landesversammlung gehört, daß bei der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen auf Ablieferung von 5000 erstklassigen deutschen Lokomotiven irgendein Sachverständiger des preußischen Eisenbahnministeriums überhaupt nicht gehört worden wäre.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich bedauere das außerordentlich. Ich verkenne keinen Augenblick die Lage, in der sich unsere Unterhändler befanden. Aber wenn ich mir vergegenwärtige, daß auch bei der Forderung der Ablieferung von Automobilen eine wesentliche Reduktion der feindlichen Forderung erzielt werden konnte, dann war es meiner Meinung nach Pflicht der verantwortlichen Stellen, hier zunächst bei den maßgebenden Instanzen nachzufragen, ob das deutsche Wirtschafts- und Verkehrswesen dazu imstande ist, ohne eine wirtschaftliche Zerrüttung unserer Verhältnisse herbeizuführen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe die Empfindung, daß gegenüber Frankreich eine solche Forderung um so eher auf Verständnis hätte stoßen können, weil die Situation, in der England und Frankreich sich uns gegenüber zeigen, grundverschieden ist. England — das ist meine feste Überzeugung — steht mindestens wirtschaftlich auf dem Standpunkte des „Germaniam esse delendam", Deutschland soll wirtschaftlich vernichtet werden. Frankreich aber weiß das eine, daß unser wirtschaftlicher Untergang auch der wirtschaftliche Untergang Frankreichs sein würde. Es hat das größte Interesse daran, uns wirtschaftlich nicht zu solchen zerrütteten Verhältnissen kommen zu lassen. Deshalb ist die Transportmittelkrise, die ja heute mehr auf uns lastet als der Mangel an Produktion, deren Steigerung der Herr Reichskanzler erwähnt hat, zum Teil durch unsere Schuld mit herbeigeführt worden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte in bezug auf diese Wirtschaftslage noch auf zweierlei hinweisen, was mich zu der zuversichtlichen Auffassung veranlaßt, die auch in den Reden des Herrn Reichskanzlers und des Reichswirtschaftsministers zum Ausdruck gekommen ist. Das sind zwei Erscheinungen, von denen die eine naturnotwendig ist und von denen die zweite als ein erfreuliches Faktum zu buchen ist, auf das wir an sich nicht unbedingt rechnen konnten. Einmal ist natürlich, daß an unsere **heimische Industrie** und an unser Wirtschaftsleben jetzt die **Fülle der Aufträge** herantritt, die zum Wiederaufbau Deutschlands notwendig sind. Fünf Jahre ohne maßgebende Reparaturen und Neuanschaffungen drücken selbstverständlich derart auf den Bestand unserer ganzen Wirtschaft, daß das jetzt nachgeholt werden muß, was zu einer Fülle von Inlandsaufträgen führt. Dann aber dürfen wir ein zweites konstatieren, worauf kürzlich auch der Herr Reichspräsident hingewiesen hat, als er von der Leipziger Messe kam: diejenigen, die da glaubten, daß der Haß, der gegen uns in der Welt vorhanden ist, dazu führen würde, uns wirtschaftlich zu boykottieren, müssen heute schon erkennen, daß sie sich im Irrtum befunden haben. Wir haben ein Aktivkonto über den Krieg und über die Niederlage hinaus herübergenommen, nämlich das unbedingte Vertrauen der Welt in die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Das zeigt sich in einer derartigen Fülle von **Exportaufträgen, auch aus feindlichen Ländern,** ja selbst von feindlichen Staatsregierungen, daß wir uns darüber keinem Zweifel hinzugeben brauchen, daß, wenn wir die großen Fragen der Rohstoffversorgung und der Kreditbeschaffung für diese Rohstoffe, die großen Fragen der Kohlenversorgung und der Neuerweckung der Arbeitslust in Deutschland zu lösen vermögen, wir dann zwar in all der Bedrückung bleiben werden, die uns die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedens auferlegen, davon aber keine Rede ist, als ob nun etwa unser Wirtschaftsleben so zerrüttet und zusammengebrochen wäre, daß ein Aufstieg nicht mehr möglich sei.

Dazu gehört nun aber auch, daß wir in einer solchen Zeit des Neuwerdens und Neuschaffens unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in sozialpolitische Experimente verfallen, die gerade in einer solchen Zeit das Wirtschaftsleben unendlich beunruhigen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Darunter verstehe ich gewisse Bestimmungen des **Betriebsrätegesetzes,** und ich bin deshalb befremdet darüber, daß der Herr Reichskanzler gestern glaubte, aussprechen zu können, als ob die unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes ihm gesichert erschiene.

(Hört! hört! rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat diese seine Worte begleiten zu müssen geglaubt mit einer Kritik des alten Deutschlands, mit einem Hieb gegen die früheren Verhältnisse, indem er sagte, im kaiserlichen Deutschland hätte man dem Arbeiter Gnade angeboten, in dem heutigen Deutschland böte man ihm Rechte; und später sprach der Herr Reichskanzler davon, daß man dem Arbeiter Hausherrnrechte im Betriebe böte. Nun mag man zu dem alten Deutschland stehen, wie man will, aber gerade die **Sozialpolitik Deutschlands** anzugreifen, dazu liegt nicht die geringste Veranlassung vor.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn man einmal die Geschichte der internationalen Sozialpolitik schreiben wird, dann wird kein Geschichtsschreiber an der Tatsache vorbeigehen können, daß der für die Zeit der 70er und 80er Jahre neuartige und revolutionäre Gedanke der Verpflichtung des Staates zum Eingreifen in die sozialen Verhältnisse zum Schutze des Schwachen nicht seine Geburtsstätte gehabt hat in den westlichen Demokratien und Republiken, sondern seine Geburtsstätte im kaiserlichen Deutschland gehabt hat. Wenn ich auch anerkenne, daß in den letzten Jahren der Entwicklung England unter der Führung eines Lloyd

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) George sich bemühte, im Eiltempo der deutschen Sozialpolitik nachzueifern und uns in manchen Fragen voranzukommen, so blieb doch das eine bestehen, daß in bezug auf die soziale Gesetzgebung und auch in bezug auf das soziale Moment in der Finanzwirtschaft meines Wissens Deutschland von keinem anderen Kulturstaat an sozialem Empfinden übertroffen worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb verstehe ich nicht, weshalb der Herr Reichskanzler davon sprach, der Arbeiter sei im alten Deutschland nur auf Gnade angewiesen gewesen. Unsere großen sozialen Gesetze gaben ihm Rechte, auf die er Anspruch hatte, von denen er Gebrauch machte. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus sind wohl am wenigsten Angriffe gegen die alte Zeit zu richten.

Wie sollen denn die Verhältnisse werden, wenn der Herr Reichskanzler recht hat damit, daß die unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes gesichert sei? Ich warne Sie davor, das eine zu unterschätzen, daß Sie in einer Zeit wie der gegenwärtigen sich auch die **Arbeitslust der Führer unseres Wirtschaftslebens** erhalten müssen. Dieses Vertrauen in die Führung unserer Individualwirtschaft, das ist es, was uns auch allein ermöglichen wird, diejenigen Kredite zu schaffen, die die Grundlage eines Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens sein werden, und was Sie vernichten an Arbeitslust durch eine unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes, das bezieht sich nicht etwa, wie viele glauben annehmen zu können, auf die Großbetriebe, die ja geringe Freundschaft im allgemeinen in der öffentlichen Meinung erfahren, — nein, gerade das, was uns noch geblieben ist an Klein- und Mittelunternehmen, was ich als industriellen Mittelstand bezeichnen möchte, das treffen Sie durch einzelne Bestimmungen in seiner Wurzel. Sie können nicht an irgend (B) einem kleinen Ort, wo die Verhältnisse des einzelnen gegenüber der Öffentlichkeit bekannt sind, einen Betrieb, der 50 Arbeiter und Angestellte hat, veranlassen, einem Ausschuß Einsicht in die Bilanz, Einsicht in die Verpflichtungen der Firma zu geben, bei dem sie für Wahrung dieses Geheimnisses nicht die geringste Garantie besitzt.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit müßte eine Krediterschütterung verbunden sein, damit würden Sie eine Erschütterung der Initiative verbinden, die Ihnen das nicht ersetzt, was irgendwie an positivem Plus hier in dieser Bestimmung liegen soll.

Ich warne — ich will nicht weiter auf Einzelheiten eingehen — vor einem anderen: das **Mitbestimmungsrecht** der Angestellten und Arbeiter erscheint an sich wohl als ein ethisches Moment, das produktionsfördernd wirken kann. Aber in unserer Zeit der parteipolitischen Zerrissenheit wird dieses Mitbestimmungsrecht zu einem anderen führen. Ich habe gehört, daß schon heute in einzelnen Betrieben da, wo die Unabhängigen Sozialisten die Mehrheit bilden, sie den Inhaber zwingen, mißliebige Leute zu entlassen, weil sie der mehrheitssozialistischen Partei angehören. Wenn das so geht und vice versa weiter geht, was für eine Zerreißung der Gesamtwirtschaft in einem Betrieb wird dadurch herbeigeführt? Wir müssen nach allen diesen Richtungen hin alle prüfen, inwieweit die wirtschaftliche Entwicklung sich vereinbaren läßt mit dem an sich berechtigten Gedanken, den Arbeitern und Angestellten eine andere Stellung im Betrieb als diejenige der reinen Abhängigkeit zu geben. Es scheint mir überhaupt fraglich, ob es nicht, wenn ein Reichswirtschaftsrat kommt, den der Reichskanzler angekündigt hat, dessen Aufgabe wäre, hier dieses große soziale Werk seinerseits in Zusammenarbeit der Praktiker wirklich zustande zu bringen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wie weit man sich oft von Illusionen leiten läßt, (C) wie weit die Ideologie von der Praxis verschieden ist, dessen erinnere ich mich, wenn ich an die Rede denke, mit der der Herr Reichsminister **Wissell** seinerzeit die **Sozialisierung** in Weimar empfohlen hat. Da sprach er davon, daß der Arbeiter nicht das Letzte hergebe, wenn er sich vor Augen führte, daß der Ertrag der Arbeit lediglich den Kapitalisten zugute käme, daß ein ganz anderer ethischer Anstoß zur Arbeitsleistung da wäre, wenn die Gesamtheit Inhaber der Werke wäre. Heute sehen wir, daß der „Vorwärts“ für die Einführung der Akkordarbeit in den Staatsbetrieben eintritt, also doch just in den Betrieben, in denen privatkapitalistische Interessen ausgeschlossen sind. Heute hören wir, daß der Herr Reichskanzler über eine geringe Produktion in den Reparaturwerkstätten des Staates klagt. Also dieses ethische Moment, das damals für die Sozialisierung angeführt wurde, hat für die Praxis keinerlei Bedeutung; das hat die Zeit schon gezeigt. Ich glaube, manches andere wird sich auch bei all denjenigen Vorstellungen zeigen, die man sich von der Mitführung der Betriebe durch Arbeiter und Angestellte gegenüber der alten, aber doch berechtigten Auffassung macht, daß derjenige, der das Risiko eines Unternehmens trägt, nun mindestens in der Führung der Gesamtwirtschaft, abgesehen von den Fragen des Verhältnisses zu Arbeitern und Angestellten, nicht beeinträchtigt werden darf.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte hoffen, daß wir den Eintritt der Deutschen Demokratischen Partei in die Regierung nicht etwa mit der unveränderten Annahme des Betriebsrätegesetzes bezahlen müssen, nachdem seinerzeit Vertreter dieser Partei uns in Denkschriften auf die schweren Bedenken hingewiesen haben, die ihrer Meinung nach dem Wirtschaftsleben durch eine solche unveränderte Annahme drohen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) (D)

Ich komme damit auf die Frage des **Reichswirtschaftsrats**, die ich bereits bei diesen Ausführungen gestreift habe. Der Herr Reichskanzler hat sich eigentlich nur recht allgemein über die Gesetze ausgesprochen, die uns bevorstehen, und welche Gestalt dieser Reichswirtschaftsrat annehmen soll, das geht aus seinen Ausführungen nicht hervor. Ich möchte jedenfalls namens meiner Freunde an die Regierung die Bitte richten, uns nicht etwa nur mit einer neuen Gutachterbehörde zu beschenken. Wenn dieser Reichswirtschaftsrat etwa nichts anderes sein sollte als der alte Wirtschaftliche Ausschuß des Reichsamts des Innern, ergänzt durch Vertreter der Arbeiter und Angestellten, dann wäre es besser, man stände überhaupt davon ab, ihn zu schaffen.

Wir wollen, daß die Wirtschaftspolitik mehr als bisher aus der Parteipolitik überhaupt ausgeschaltet wird. Wir sind der Meinung, daß uns dieser Reichswirtschaftsrat nicht lediglich Gutachten und Denkschriften liefern soll, sondern daß er das Recht eigener Iniative in bezug auf das Heranbringen von Gesetzen an den Reichstag haben soll, daß andererseits der Regierung die Verpflichtung auferlegt werden soll, ihrerseits nicht Gesetze einzubringen, ehe der Reichswirtschaftsrat dazu gehört worden ist. Wir erhoffen von einem Reichswirtschaftsrat mit diesen weitgehenden Kompetenzen, der etwa an alte Ideen des Bismarckschen Volkswirtschaftsrats anschlösse, daß dort weit mehr sachliche Arbeit geleistet werden wird, als wenn lediglich nach parteipolitischen Gesichtspunkten mit einer kleinen Zahl wirklich Sachverständiger die großen Fragen unseres wirtschaftlichen Lebens behandelt werden. In einem solchen Reichswirtschaftsrat wird kein Mensch über die Theorie von Schutzzoll und Freihandel disputieren; sondern dort wird man sich an der Hand der praktischen Tatsachen fragen, welchen Schutz das Wirtschaftsleben

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) haben muß, in welchen Fragen das Konsumenteninteresse in Verbindung mit dem Produzenteninteresse verlangen muß, daß die Grenze weit geöffnet wird, und es wird uns, soweit uns überhaupt noch handelspolitische Freiheit gegeben wird, besser führen, als das Parlament selbst es vermag.

Wir glauben, daß zweierlei sich miteinander vereinigen muß: die **Arbeitsgemeinschaft** zwischen Industrieangestellten und -arbeitern **auf dem Gebiete der Sozialpolitik** und der Reichswirtschaftsrat unter der Arbeit derselben Persönlichkeiten **auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik.** Wir müssen aus dem Klassenkampf herauskommen zum Arbeitsfrieden.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Industrie hat schon vor der Revolution eingesehen, daß sie mit dem Herrenstandpunkt restlos brechen muß, und ich freue mich, daß diejenigen, die allzu lange an diesem Standpunkt festgehalten haben — die Führer der Industrie im Westen —, dann auch die ersten waren, die den neuen Weg beschritten haben. Wenn wir diesen Weg gehen, daß in den großen Branchen der Industrie die Vertreter der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern das Maß dessen festsetzen, was ihnen in bezug auf ihre Entlohnung und ihre ganze Stellung im Betrieb gewährt wird — das kann auch über die Mindestleistungen des Gesetzes hinausgehen —, dann sollen sie andererseits auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik gemeinsam die Grundlage schaffen, die es allein dem Unternehmer ermöglicht, diese soziale Belastung auf sich zu nehmen. Ich glaube, daß diese Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage, auf der auch die Gewerkschaften organisiert sind, nämlich nach großen Branchen — hier Metallindustrie, dort Leder, dort Verkehrsunternehmungen — viel besser die Erhaltung der heute bedrohten Stellung der Gewerkschaften uns gewährleisten, (B) als wenn wir alles von der fachlichen Organisation loslösen und alles in den Einzelbetrieb verlegen. Denn wenn Sie einem Betriebsrat solche Rechte geben, daß jeder Arbeiter in bezug auf alle seine Ansprüche gegenüber den Betrieben im Betriebsrat Genüge findet, so ziehen Sie den Boden weg, auf dem die ganze Gewerkschaftsbewegung Deutschlands errichtet worden ist. Mich dünkt, daß auch nach dieser Richtung hin das Gesetz wohl einer Nachprüfung bedarf, und ich hoffe, daß es nur eine façon de parler gewesen ist, wenn der Herr Reichskanzler glaubte, die unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes als Ansicht der Regierung hinzustellen, oder wenn er darin recht hätte, dann hoffe ich wenigstens, daß die Regierungspartei sich der Pflicht der Prüfung der Gesetze dadurch nicht entbunden fühlen werde.

Ich darf dann die Zustimmung meiner Freunde dazu aussprechen, daß uns ein **Gesetz über die Heimstätten** zugehen soll. Wir bedauern, daß das erst jetzt geschieht. Wir werden jetzt wohl zunächst nichts anderes erhalten als ein Gesetz über die rechtliche Grundlage der Heimstätten. Positive Arbeit werden wir ja erst wieder leisten können, wenn einigermaßen normale Verhältnisse vorliegen. Ich habe vorhin das Loblied des alten Deutschland in bezug auf Sozialpolitik gesungen. Auf dem Gebiete der **Wohnungspolitik** könnte ich mich zu einem solchen Loblied nicht aufschwingen. Hier haben wir unendlich viel versäumt. Bedauerlich ist, wenn man einmal den Blick in unserer Geschichte zurückschweifen läßt, daß wir zweimal siegreiche Kriege nicht zur inneren Entwicklung und Fortentwicklung des Volks benutzt haben. Den Freiheitskriegen von 1813 bis 1815 folgte eine Reaktion, die unsere politische Fortbildung verhinderte. Dem großen Einheitskriege von 1870/71 folgte nicht etwa eine Zeit der Sozialpolitik, der Erfassung neuer Ideen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete, sondern im Zusammenhang mit dem Unsegen der Milliardeninflation der (C) damaligen Zeit, wo fünf Milliarden mehr bedeuteten als heute vielleicht das Zehnfache, eine Zeit des Materialismus, auf der vieles von dem Elend unserer Kulturentwicklung beruht, unter dem wir heute noch leiden. Was für ein Bild der Großstädte ist in dieser Zeit entstanden, wo das Reich über genügende Mittel verfügt hätte, um einen ganz anderen Weg der Entwicklung zu gehen! Diese Loslösung vom Boden in diesen furchtbaren Mietskasernen der Großstädte, die da eingesetzt hat, hat erst so die Unterlage für die Loslösung von den Begriffen der Familie und von den alten Begriffen von Heimat und Vaterland gegeben. Wir können in der Beziehung auch von unseren Feinden viel lernen. Wenn Lloyd George der Diktator Englands geworden ist gegenüber Widerständen, die einst unüberwindlich schienen, so war das aus dem Grunde, weil er mit einer Rücksichtslosigkeit ohnegleichen gerade gegenüber den englischen Verhältnissen den gesunden Kern der Bodenreform durchgesetzt hat. Er hat verstanden, was es bedeutet, daß er dem englischen kämpfenden Heere die Versicherung gegeben hat, daß die zurückkehrenden Soldaten Heimstätten finden würden, daß die englische Regierung sich dafür einsetzen würde, sie ihnen zu geben. Wir leiden so oft darunter, daß Ideen, die als richtig empfunden werden, die politisch psychologisch wirken sollen, in der Bureaukratie der Ausführung erstickt werden. Auch unsere Feldherren haben das verstanden. Ein Hindenburg und Ludendorff haben sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Und jetzt, nachdem alles zusammengebrochen ist, bekommen wir die erste Ankündigung, daß uns ein Gesetzentwurf über Heimstätten zugehen wird. Das ist die Politik der verpaßten Gelegenheiten, die Politik der falschen Psychologie oder des Verkennens des psychologischen Einflusses, die uns so oft geschadet hat.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen und Zurufe links.) (D)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, wie große Verdienste ein Mann wie Adolf Damaschke sich als Führer der deutschen Bodenreform, als Führer dieser großen Bewegung auf Errichtung von Kriegerheimstätten erworben hat, daß diese Gedanken sich allmählich in Deutschland durchgesetzt haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich hoffe jedenfalls, daß, wenn jetzt die rechtliche Grundlage für ein Heimstättengesetz kommt, dann nicht wieder bureaukratische Engherzigkeit die wirkliche Durchführung dieser Gedanken so weit hinauszieht, wie die Entstehung dieses Gesetzes hinausgezogen worden ist.

Der Herr Reichskanzler hat starke Worte gegen das **Wucher- und Schieberunwesen** gefunden. Er hat diese Worte in Gegensatz zu dem Hindenburg-Programm gebracht, das seiner Meinung nach neben unerhörten Gewinnen in der Industrie gerade Schieber und Wucherer und ihr System gezüchtet hätte. Ich kann das in bezug auf das damalige Programm nicht zugeben, und der Herr Reichskanzler wird ja selber den Widerspruch empfinden, daß in der Gegenwart, in der wir keine Kriegsleistungen auf diesem Gebiete der Produktion mehr aufzubringen haben, in der wir kein Hindenburg-Programm haben, das irgendwie nachwirkt, daß Schieber- und Wucherunwesen noch schlimmer ist, als es sich jemals im Krieg geltend gemacht hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß damals die Männer, die an der Spitze der Heere standen und in schwerster Zeit zur Führung berufen waren, das Verlangen stellten, daß ihnen unter allen Umständen die technischen Mittel zur Kriegführung gegeben wurden, das war doch durchaus berechtigt. Was sich dann an Mißständen gezeigt hat, das war das Verfehlen einer Steuergesetzgebung, die nicht zugriff, oder es

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) war Sachunkenntnis vergebender Behörden, die ja vielfach ihrerseits die Preise vorgeschrieben und dadurch die ganz enorme Entwicklung der Preissteigerung der damaligen Zeit mit verschuldet haben. Ich bedauere es deshalb, daß hier ein Gegensatz in diesen Worten zum Ausdruck kam, gerade im Zusammenhang mit dem Namen Hindenburg, als wenn die Bestrebungen, die damals von ihm getragen wurden, irgend etwas mit Wucher- und Schieberunwesen zu tun hätten. Nein, was wir heute sehen, was sich in einem Zurückdrängen des reellen Geschäfts, das beinahe zugrunde gerichtet worden ist, beispielsweise im Handel, geltend macht, diese vielen dunklen Existenzen, die namentlich auch bei dem Verkehr mit dem Auslande in Einfuhr und Ausfuhr sich Machtstellungen errungen haben, das hängt doch auch mit gewissen Erscheinungen der Zwangswirtschaft zusammen, die nicht unbesprochen bleiben können.

Es ist leider ein Charakteristikum der **Zwangswirtschaft** gewesen, daß da, wo sie Vertrauensmänner für die Abwicklung großer kaufmännischer Geschäfte brauchte, sie nicht an diejenigen Stellen herangegangen ist, die die Vertreter des alteingesessenen Handels in der Industrie waren, sondern daß sie Existenzen mit großen Aufträgen betraut hat, die niemals im ehrlichen Handel, die niemals in der Industrie irgend einer Führerstelle gewürdigt worden wären.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es wird notwendig sein, zur allmählichen Wiedereinführung der freien Wirtschaft auf diesem Gebiete zu kommen; nicht zur sofortigen, das wäre für manche Gebiete so, als wenn man einen Menschen, der fünf Jahre lang im Krankenzimmer gewesen ist, auf einmal in die frische Luft brächte, ohne ihm eine Rekonvaleszentenzeit zu gewähren. Aber wir müssen zu einem allmählichen Abbau schon aus dem Grunde kommen, weil im Zusammen-(B)hang mit dieser Zwangswirtschaft, mit dem Zusammenbruch der Autorität der Regierung im Wirtschaftsleben der reelle Kaufmann vollkommen konkurrenzunfähig gemacht worden ist gegenüber denjenigen, denen ein weites Gewissen gestattet, sich über die wirklichen Vorschriften hinwegzusetzen.

Dann darf ich ein letztes Wort zu diesen wirtschaftlichen Fragen sagen. Der Herr Reichskanzler hat die Schwierigkeiten erwähnt, die uns durch die Valutaverhältnisse erwachsen. Ich bitte ihn, seine Aufmerksamkeit ganz besonders einer Erscheinung zuzuwenden, bei der gesetzgeberisches Einschreiten geboten ist. So wie die Dinge heute in unserem Wirtschaftsleben liegen, bietet die Valuta auch einen Anreiz dazu, in höherem Maße **Anteile von deutschen Aktienunternehmungen** in die Hände des **Auslandes** zu bringen. Ich darf daran erinnern, mit welcher Erregung seinerzeit die Frage erörtert worden ist, ob es möglich sei, daß England sich etwa der Aktien des Norddeutschen Lloyds bemächtige. Damals wurde es als selbstverständlich hingestellt, daß die führenden deutschen Schiffahrtsgesellschaften in deutschen Händen sein müßten — ich spreche heute nicht von der darniederliegenden Schiffahrt —, aber es gibt eine große Menge von Unternehmungen, die für uns von volkswirtschaftlich so entscheidender Bedeutung sind, daß wir wirklich zu dem vom Reichskanzler abgelehnten Wort kämen, daß jede Regierung nur Fronvogt für die Entente sein würde, wenn wir hier nicht unseren deutschen Einfluß geltend machen. Und wenn es uns vorläufig unmöglich ist, in dieser Beziehung gegenwärtig noch den Verkauf zu hindern, so muß das Aktiengesetz geändert werden, insoweit es ganz andere Bestimmungen treffen muß für den Übergang der Verwaltung, für den Eintritt von Ausländern in die Verwaltung unserer Unternehmungen. Sonst werden wir, wenn wir noch ein Jahr diese niedrige Valuta haben, erleben müssen, daß uns auch die deutsche Volkswirtschaft (C) nicht mehr gehört.

(Sehr richtig!)

Wir können es schließlich noch ertragen, daß Kunstwerke ins Ausland gehen, obwohl es auch bitter ist, sich das ansehen zu müssen, was da jetzt alles das deutsche Land verläßt und für uns nicht mehr zur Verfügung steht. Aber das geht jeden von uns an, daß wir nicht tatenlos zusehen, daß wir eines Tages aufwachen und sehen, daß die Feinde in Wirklichkeit die Besitzer unserer Aktienunternehmungen und wir nur noch ihre Lohnarbeiter sind. Nach der Richtung bitte ich nicht zu warten, sondern rechtzeitig Maßregeln zu treffen, zumal dieser Übergang deutschen Besitzes ans Ausland schon ziemlich weit vorgeschritten ist.

(Sehr richtig!)

Ich darf mich dann der **politischen Lage** zuwenden und dabei den Ausführungen, die der Herr Abgeordnete **Petersen** gestern für die Deutsche Demokratische Partei gemacht hat. Er sagte, daß seine Freunde die Revolution nicht gewollt hätten, daß ihnen die Evolution zu einer demokratischen Staatsverfassung das wünschenswerte gewesen wäre. In diesem Zusammenhang sprach er von der Revolution als von dem letzten Glied einer Entwicklung, an dessen Anfang der konservative Machthunger gestanden hätte. Er gab dann einzelne Beispiele, worin er diesen konservativen Machthunger sähe. Ich habe gar keine Veranlassung, die Schuld der konservativen Partei an der Entwicklung in Deutschland irgendwie kleiner erscheinen zu lassen, als sie ist. Aber wollen wir einmal gerecht sein auch im liberalen Lager und uns fragen, ob es denn für uns nun so unbedingt richtig ist, davon zu sprechen, daß eine Partei in der Lage gewesen wäre, die ganze Fortentwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland dauernd zu hindern. Nein, wenn der **Liberalismus** den Willen zur Macht gehabt hätte, dann wäre er über jeden konservativen Wider- (D) stand hinwegkommen, dann hätte er auch die Möglichkeit gehabt, sich vorher durchzusetzen. Ebenso falsch ist es meiner Meinung nach, wenn man sich heute immer herausredet mit dem Gerede von dem „ohnmächtigen Reichstag“, der nach der Verfassung nicht die Macht gehabt hätte, die äußere oder innere Politik entscheidend zu beeinflussen. Der Reichstag hatte genau so viel Macht, wie er für sich in Anspruch nahm. Auch auf Grund der alten Verfassung hätte der Reichstag sich das parlamentarische System erzwingen können, auch ohne Änderung der Verfassung,

(Zuruf von den Deutschen Demokraten)

wenn eine Mehrheit vorhanden gewesen wäre, die das gewollt hätte. — Herr Kollege Haußmann, wenn Sie mir einen Zwischenruf machen und dabei auf meine Freunde exemplifizieren, so, glaube ich, werden Sie wissen, daß ich den Versuch gemacht habe, meine Frennde und die Linke nach dieser Richtung mitzureißen. Bei diesem Versuch bin ich allerdings auf den stärksten Widerstand Ihres Herrn Vorsitzenden der demokratischen Landtagsfraktion Dr. Friedberg gestoßen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe seinerzeit, ehe ich im Plenum den Vorstoß machte, im Hauptausschuß darauf hingewiesen, daß mir die Verhältnisse im alten Deutschland nicht mehr so schienen, daß wir vorwärts kommen könnten, ohne ein verantwortliches Reichsparlament zu haben. Ich spreche es ganz offen aus, daß es die Schuld des Liberalismus gewesen ist, daß er weder den Willen zur Macht hatte gegenüber den konservativen Ansprüchen, noch den Willen zur Verfassungsänderung. Wäre das bei beiden liberalen Parteien der Fall gewesen, dann wären sie über die Konservativen zur Tagesordnung übergegangen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

Deshalb ist es unrichtig, davon zu sprechen, daß die konservative Partei so unendlich mächtig und unangreifbar gewesen wäre und auf ihr allein die Schuld läge. Nein, fragen wir uns doch einmal, woran denn diese Verhältnisse lagen. Sie lagen doch daran, daß, solange wir in Deutschland eine materielle Aufwärtsentwicklung hatten, wir ein saturiertes Bürgertum besaßen, dem vielfach die politischen Ideale der Vergangenheit abhanden gekommen waren. Mit diesem Bürgertum war kein Kampf für politische Ideale zu kämpfen, es versagte in dieser Beziehung. Es hat meiner Meinung nach, wenn wir einmal rückblickende Politik treiben, schließlich auch versagt gegenüber dem Sozialismus; denn während der Sozialismus den Massen eine Idee vorzeigte und dafür warb und kämpfte, war bei unserem Bürgertum der Kampfesmut vollständig verschwunden.

Deshalb glaube ich, daß man in dieser Beziehung, wenn einmal über die Entwicklung, wie sie vor sich gegangen ist, geurteilt werden soll, sich nicht mit dem einen Satz des Herrn Abgeordneten Petersen abfinden kann, das alte System und seine Stützen trügen die Schuld am Ausbruch, an der Verlängerung und dem Ausgang des Kriegs. Nein, gerade Herr Petersen, der aus der Handelsstadt Hamburg kommt, wird mir zugeben: wenn Deutschland unter dem alten System politisch ohnmächtig, wirtschaftlich schwach und in anderer Beziehung der Markt für Englands Waren gewesen und geblieben wäre, dann hätte es sich niemals Englands Feindschaft zugezogen. Nicht unser altes System hat England zu unserem Gegner gemacht, sondern unsere Wirtschaftsentwicklung. Denn dasselbe England und seine demokratischen Freunde haben ja keinen Augenblick gezögert, sich mit dem absolutistischen Rußland zu verbünden, solange die Politik das als richtig erscheinen ließ.

Ich werde dann im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Petersen auch auf die gestern von verschiedenen Seiten angeschnittene **Frage der Monarchie** kommen. Irre ich nicht, dann ist auf dem Parteitag der Deutschen Demokraten von einer Seite gesagt worden: wer jetzt noch für die Wiederherstellung der Monarchie eintritt, der ist ein **Hochverräter.** Kann man das wirklich auch vom demokratischen Standpunkt aus sagen? Ich darf darauf hinweisen, daß gerade Herr Petersen in seiner Gedächtnisrede auf Friedrich Naumann, einen Mann, den schließlich nicht nur Ihre Partei, sondern das ganze deutsche Volksleben verloren hat, ausführte, wie Naumann sich den Weg der Evolution dachte zu einem verfassungsmäßigen Kaisertum, die Demokratie und der Kaiser im Volksstaat. Wir werden in der Geschichte des Liberalismus doch darauf hinweisen müssen, daß gerade der linke Flügel des Liberalismus in dem englischen System der konstitutionellen Monarchie auf parlamentarischer Basis sein Ideal gesehen hat. Dieses Ideal ist zertrümmert durch eine Revolution, von der Sie (zu den Deutschen Demokraten) selbst sagen, daß Sie sie für ein Unglück halten. Wie steht aber dann die Sache? Sollen diejenigen, die in dieser oder anderer Form Anhänger der Monarchie gewesen sind, sich nun auf einmal gegen die Überzeugung zur Republik bekennen? Nein, auch in bezug auf die Offiziere soll man ein Verständnis dafür haben, daß es wirklich nicht gute Elemente des Offizierkorps wären, die jetzt mit einem Male heuchelten, Republikaner zu sein, während sie innerlich Monarchisten sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich finde: Achtung vor jedem, der überzeugter Republikaner war und ist, und Achtung vor jedem, der überzeugter Monarchist war und ist; aber wenig Achtung vor dem, der je nachdem Republikaner oder Monarchist ist,

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei und rechts)

je nachdem, wer die Macht in Händen hat.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Es wäre gerade zu charakterlos für solche Männer, die einst in altpreußischen Traditionen erzogen waren, wenn sie das heute von sich würfen. An ihrem Worte, wenn sie es geben, daß sie sich loyal der Regierung zur Verfügung stellen, zu zweifeln, liegt keine Veranlassung vor.

Gegenüber diesem Worte vom Hochverrätertum wegen des Festhaltens an der monarchischen Idee darf ich darauf hinweisen, daß der sozialistische Minister Dr. David diese Sache ganz anders angesehen hat. Er hat bei der Frage der Stellung der Beamten ganz klar den demokratischen Standpunkt zum Ausdruck gebracht: Selbstverständlich steht es jedem in Deutschland frei, für sein Ideal zu werben, zu versuchen, die Mehrheit des Volkes zu diesem Ideal zu bewegen, und wenn ihm das gelingt, hat er gerade auch als Demokrat das Recht, zu verlangen, daß diesem Mehrheitswillen ebenso Folge gegeben wird, wie dem Mehrheitswillen in bezug auf die Republik Folge gegeben worden ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Meine Freunde lehnen jeden **monarchistischen Putsch** entschieden ab. Wir haben es klar zum Ausdruck gebracht, daß wir uns nach dieser Richtung mit keinerlei Bestrebungen identifizieren, die etwa irgendwie vorhanden sein könnten. Nach einer Wiederholung der Vorgänge in Budapest, wo für wenige Wochen ein Statthalter aus altem Fürstengeschlecht aufgestellt wurde als Kandidat für den Präsidenten- oder künftigen Monarchenposten, gelüstet es wahrlich keinem monarchisch Empfindenden; denn das wäre vielleicht das Ende der monarchischen Idee. Aber innerhalb der Verfassung des Reichs für den monarchischen Gedanken zu werben, weil wir aus Vernunftgründen der Meinung sind, daß gerade Deutschland einer monarchischen Spitze bedarf zum Zusammenhalten seiner Stämme, und zu versuchen, die Mehrheit des Volkes dafür zu gewinnen, das halten wir für unser gutes Recht. Von diesem guten Recht machen wir Gebrauch.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Herr Scheidemann sagt: man mag theoretisch Monarchist sein, man müßte aber wenigstens **Vernunftrepublikaner** sein, weil man einsähe, daß die Dinge doch nicht zu ändern sind. Ich glaube, Herr Scheidemann vergißt dabei das eine: die neue Form der Republik hat in den Monaten, seitdem sie besteht, sehr wenig moralische Eroberungen im deutschen Volke gemacht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Ich glaube, es ist im Gegenteil so gegangen, daß viele Leute, die sich zuerst mit der republikanischen Staatsform innerlich abfanden, in der Zwischenzeit wieder Vernunftmonarchisten geworden sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Deshalb glaube ich, wenn wir diese Verhältnisse sehen, die Herr Noske bei der jüngsten Zusammenkunft der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei so scharf kritisiert hat, daß er sagte: manche Parteigenossen sagten ihm: wenn das Sozialismus ist, sehnen wir uns nach der alten Zeit zurück —, wenn eine solche Kritik aus sozialistischem Munde ertönt, kann man wirklich nicht verlangen, daß jahrzehntelang festgehaltene Überzeugungen einzelner einer Staatsform geopfert werden müssen, die bisher so wenig Erfolge aufzuweisen hat wie die neue Staatsform.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Dazu kommt ein anderes. Ich möchte einmal offen aussprechen, daß das, was wir gegenwärtig in unserer Staatsform als **parlamentarisches System** erleben, mir in dieser Form — ich will nicht sagen eine Karikatur des parlamentarischen Systems, aber eine Ausbeutung dieses Systems zu sein scheint, die zu den größten Gefahren für unsere Zukunft führt. Was ist denn parlamentarisches

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) System in seinem Kern? Das ist verantwortliches Reichsministerium, gestützt auf das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments. Für diese Staatsform bin ich eingetreten, lange ehe sie kam, durch den Niederbruch der Ereignisse herbeigeführt, und habe auf das englische Vorbild hingewiesen. Immer aber haben wir, die dafür kämpften, und auch die, die links von uns dafür kämpften, gesagt: dieses parlamentarische System braucht nicht ein Vorbild in anderen Ländern, das soll ein deutsches parlamentarisches System sein.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dabei habe ich das eine darunter verstanden: politische Leitung durch die Politiker, wobei sogar immer noch freibleiben kann, ob man das Ministerium des Auswärtigen nicht einer hervorragenden Persönlichkeit auch dann gibt, wenn auf sie die parteipolitische Schablone nicht paßt, im übrigen aber Festhalten an dem alten sachlichen, unabhängigen Beamtentum. Sie finden beispielsweise in England neben dem politischen Minister, der nach der Mehrheit im Parlament bald wechselt, den permanent secretary, der bleibt, der der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist. Der schnelle Wechsel in der politischen Leitung kann nur dann ohne Erschütterungen ertragen werden, wenn sich neben diesem Wechsel die Ständigkeit des Beamtentums darstellt.

Was aber erleben wir denn heute? Wir erleben heute, das wir das **amerikanische System** kopieren wollen, daß es bei uns heißt: dem Sieger die Beute, daß die jeweiligen Regierungsparteien sich verpflichtet fühlen — ich weiß nicht, ob aus sich heraus oder dem Andrängen ihrer Anhänger folgend —, unser **Beamtentum** lediglich parteipolitisch aufzuziehen. Darin sehe ich eine sehr große Gefahr. Wir haben beispielsweise die große Entwicklung unserer Kommunen, die von niemandem geleugnet wird, in der Zeit gemacht, in der es im wesentlichen noch als (B) Prinzip in Deutschland galt, daß die Politik nicht in die Gemeinden gehöre. Dieses rein sachliche Aufgehen in der Arbeit war es doch, was unserm alten Beamtentum mit allen seinen Fehlern bureaukratischer Engherzigkeit, die wohl jedem Beamtentum eigen sind, diejenige Stellung verschafft hat, auf die wir mit Recht stolz sein konnten.

Nun glauben Sie nicht, daß in der Kritik, die ich hier ausübe, etwa der Mann der Opposition spricht, der sich darüber ärgert, daß die andern die Stellen verteilen. Nein! Wir können in der heutigen Entwicklung nicht wissen, wer in Jahresfrist Opposition ist und wer Regierungsmehrheit.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Unbeschadet indessen, wie die einzelne Partei steht, ob in Opposition zur Regierung oder nicht: Sie ruinieren hier die besten Fundamente des Staates, wenn Sie sich immer weiter drängen lassen und alles das parteipolitisch aufziehen, was nur in rein sachlicher Arbeit Großes zu leisten vermag. Deshalb warne ich vor diesem Wege. Je eher wir davon zurückkommen, desto eher werden wir auch wieder zu dem Bilde des Beamtentums kommen, das der Herr Reichskanzler gestern zeichnete und sich wünschte als das alte integre, unbestechliche Beamtentum der alten Zeit.

Ich halte es auch für eine falsche Ausnutzung des parlamentarischen Systems, wenn, wie mir mitgeteilt wird, die herrschenden Regierungsparteien jetzt ihrerseits 30 Abgeordnete in die **Läger der Kriegsgefangenen** senden, um vor diesen heimkehrenden Volksgenossen politische **Vorträge** halten zu lassen.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich bitte den Herrn Reichskanzler, mitzuteilen, ob das richtig ist. Ich sage ihm nicht, daß ich diese Vorträge fürchte — ihr Wert mag bedingt sein —; aber vor (C) der Entwicklung, die sich darin anbahnt, warne ich Sie. Wenn wir alles bei uns zerstören wollen, dann brauchen wir nur noch diese Menschen, die als Deutsche zurückkommen, nach Parteien zu teilen, und es geht nicht an, daß sie in Anspruch genommen werden von den Parteien, die gegenwärtig die Mehrheit haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das muß zur Aufreizung, zur Aufpeitschung parteipolitischer Leidenschaften führen, während nach meiner Meinung die politische und die wirtschaftliche Gesamtlage unseres Landes uns weit mehr zwingen sollte, aneinander zu rücken, als gegeneinander in politischer Klopffechterei uns geltend zu machen.

Der Herr Reichskanzler hat allerdings gestern sich darüber beschwert, daß ein Zusammenwirken der Parteien unmöglich gemacht werde gerade durch die Presse, die er die **nationalistische Presse** nannte. Er hat uns einige Proben dieser Presse gegeben und sich dann dahin geäußert, eine solche angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußere, dürfe man nicht frei herumlaufen lassen. Nun habe ich gar keinen Anlaß und Beruf, hier diese einzelnen Äußerungen dieser Presse in Schutz zu nehmen. Ich bin aber der Meinung, daß der Herr Reichskanzler in diese Äußerungen mehr hineinlegt, als darin steht. Wenn eine der Zeitungen in einem Artikel Ernst Moritz Arndt zitiert mit seinem Gedicht aus dem Jahre 1913, in dem es heißt:

Schlagt sie tot, das Weltgericht
Fragt Euch nach den Gründen nicht!

so kann man daraus nicht deduzieren, daß darin ein Anreiz läge, die Angehörigen der französischen Missionen in der Reichshauptstadt zu überfallen und totzuschlagen; das scheint denn doch eine etwas weitgehende Deduktion zu sein. Ich bin der Meinung, daß, wie die Verhältnisse liegen, so bitter es einen auch ankommt, daß diese ganzen Missionen hier anwesend sind, wir doch davor warnen müssen, hier Zusammenstöße irgendwie hervorzurufen und (D) zu provozieren, die wir heute als das ohnmächtige Deutsche Reich nachher bitter zu bezahlen hätten.

In dieser Beziehung bin ich mit dem Herrn Reichskanzler ganz einverstanden. Aber ich würde ihn doch bitten, wenn Beschwerden von französischer Seite kommen, vielleicht auch einmal darauf hinzuweisen, daß alles, was etwa an Ausbrüchen der Leidenschaft nationaler Art in der deutschen Presse während des Krieges und nach dem Kriege vorgekommen sein mag, gar keinen Vergleich aushält mit dem politischen Sadismus, mit der perversen Art, in der die Illustrationen in gemeinster Weise in der französischen Presse die Kluft zwischen dem deutschen und französischen Volke während des Krieges und nach dem Kriege zu erweitern suchten.

(Sehr richtig! rechts.)

Mich interessiert aber an dieser Frage das eine: was soll die Äußerung bedeuten: diese angebliche Vaterlandsliebe dürfe nicht frei herumlaufen? Soll das bedeuten, daß noch in weiterer Folge von dem Gesetz über den **Belagerungszustand** Gebrauch gemacht werden soll als bisher? Soll das bedeuten, daß noch mehr Zeitungen verboten werden sollen, als es jetzt schon geschieht? Ich verstehe nicht recht, wie gerade eine im wesentlichen aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Regierung in dieser Weise gegen die Presse auftreten kann, wie sie es gegenwärtig tut. Mir tritt da die Erinnerung vor Augen, wie oft Herr Kollege Scheidemann im Hauptausschuß gegen dieses Gesetz über den Belagerungszustand gewütet hat, wie der jetzige preußische Minister Heine die ganze Schale seines Spottes darüber ausgoß und sagte: mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren, — wie er sagte, daß dieses Gesetz doch keine Anwendung mehr finden würde in einer Zeit, wo man versuchen müsse, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen.

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) Ich gebe zu, daß man in der jetzigen Zeit dieses Gesetz als solches nicht entbehren kann; daß Sie aber glauben, in dieser Weise mit dem **Verbot von Zeitungen** Erfolge erringen zu können, das wundert mich. Ich kenne einigermaßen die sozialdemokratische Literatur ich weiß, wie man dort im Gegensatz zu den Tatsachen Ferdinand Freiligrath als Sozialdemokraten anspricht und oft den Satz aus seinem prächtigen Gedicht zitiert, worin er gegen die Unterdrückung der „Neuen Rheinischen Zeitung" sich wehrt, gegen diese Art, und wo er seine Freunde darauf hinweist, daß dies ein Schuß aus dem Hinterhalt wäre, und sie mit den Worten tröstet: „Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!" So wenig wird auch die sozialdemokratische Regierung wenn sie in Zukunft Politik treiben will, durch die Unterdrückung mißliebiger Zeitungen — und wer weiß, wer darunter fällt, wenn man einmal dieses Prinzip aufstellt —, den Geist töten, aus dem die Bewegung geboren ist, die Auswüchse zeigen mag, aber nicht in der Weise zu charakterisieren ist, wie es hier versucht wurde, wenn man da Chauvinismus vorwirft, wo irgend jemand davon gesprochen hat, daß mancher Leute hier in Berlin sich ein bitteres Gefühl bemächtigt, wenn sie sehen, wie der Feind in unserm Lande auftritt. Auch hier handelt es sich um einen Kampf der Geister gegen die Geister, das Gesunde wird sich durchsetzen. Machen Sie nicht die Scheidewand zwischen den Oppositionsparteien und Ihnen und der äußersten Linken und Ihnen noch weiter, wie es schon ist, daß Sie von dem Mittel der Preßzensur noch weiteren Gebrauch machen wollen

Der Herr Reichskanzler sagte, ihm würde es durch eine solche Politik geradezu unmöglich gemacht, was er als Hauptaufgabe, die **loyale Erfüllung des Friedensvertrages** ansehe. Nachdem der Frieden geschlossen ist, müssen wir versuchen, ihn zu erfüllen. Töricht ist es, dagegen anzurennen; die Tatsache besteht. Aber ich sehe eine gewisse (B) Gefahr darin, daß ohne jede Einschränkung von der Erfüllung des Friedensvertrages gesprochen wird; denn einst waren wir alle, auch die sozialistischen Minister, darüber einig, daß der Vertrag in seiner Gänze unerfüllbar ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist sowohl von Herrn Scheidemann, aber auch von seiner eigenen Partei ausgesprochen worden, und die ersten Verabredungen über die Kohlenlieferungen haben eigentlich die Berechtigung des Standpunktes ergeben; denn heute steht schon fest, daß Frankreich nicht in der Lage ist, diese Lieferungen zu verlangen, die es Deutschland auferlegt. Deshalb muß auch hier betont werden, daß eine solche Erfüllung nur innerhalb der Leistungsfähigkeit der Fortexistenz des deutschen Volkes unmöglich ist. Wenn dieser Gesichtspunkt festgehalten wird, wird die Entente viel von ihren Forderungen abstreichen müssen, da ich immer auch von dem Standpunkte ausgehe, der mir auch von Franzosen bestätigt worden ist, daß sie selber immer mehr und mehr empfinden, daß unser Fortbestehen schließlich auch ihr eigenes Fortbestehen als wirtschaftliche und politische Großmacht in sich schließt.

Der Herr Reichskanzler hat dann in einer elegischen Redewendung gesagt, man habe sich den **Anfang des Völkerbundes** anders gedacht. Wir sind alle in vielen Beziehungen Illusionisten gewesen; hier waren die Illusionisten auf der anderen Seite. Man sollte gegenüber den vielfachen neuen Wünschen und Hoffnungen, zu einer Politik des Rechtes zu kommen auf der Grundlage der Zusammenfassung ideeller Bestrebungen der Völker oder, wie der Zentrumsredner meinte, indem man der Arbeiterschaft die historische Aufgabe zuweist, die Völkerversöhnung durchführen, das Eine nicht vergessen: auch eine Politik des Rechts läßt sich nur durchsetzen, wenn man die Macht hat, dem Recht zum Siege zu verhelfen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Solange das nicht der Fall ist, werden wir weiter die- (C) jenigen sein, die nach Völkerversöhnung rufen, ohne daß ein Echo ihnen antwortet.

Wir sehen jetzt, daß wir vollkommen dem Willen der Entente in bezug auf die Vorgänge in **Kurland** und den **baltischen Ländern** ausgeliefert sind. Ich muß sagen, daß ich nach zwei Richtungen die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers beklage, als einen inneren Widerspruch empfinde. Der Herr Reichskanzler sagte, wir sollen aus einem Lande heraus in dem wir nichts zu suchen haben. Ja, wenn wir dort nichts zu suchen hatten, hätten wir längst herausgehen müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Regierung muß doch der Meinung gewesen sein, daß diesen Truppen dort eine Aufgabe zufiel; sonst hätte sie sich schon lange zu diesem Standpunkte bekehren müssen. Ferner erhebt er Anklagen gegen diese Truppen und ihre Führer, und diese Anklagen werden erneut erhoben von dem Wolffschen Telegraphenbureau. Wenn der Reichskanzler im deutschen Parlament sprach, hätte er gegenüber den Angriffen auf die Truppen auch etwas davon sprechen müssen, welcher Vertragsbruch gegenüber den Truppen begangen worden ist,

(sehr richtig! rechts)

daß man schließlich doch diese Truppen im Lande zu bleiben bat und ihnen Aussicht auf Staatsbürgerrecht machte, um sich ansiedeln zu können,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß man sich aber in dem Augenblick von ihnen lossagte, als man glaubte, sie nicht mehr gebrauchen zu können. — Wenn Sie, Herr Dr. Cohn, mit ihrem Zwischenruf die Kompetenz derjenigen bestreiten wollen, welche diese Versprechungen gegeben haben, so werden Sie eins nicht bestreiten können, daß die Truppen der Meinung waren, daß man ihnen ein Versprechen gegeben hat, auf dessen Durchführung sie rechnen konnten. Das darf man, wenn (D) man die Truppen kritisiert, nicht vergessen. Darin liegt die Grundlage der Konflikte, vor denen wir heute stehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Eine Illusion der Freunde der Völkerversöhnung war es auch, daß **Deutsch-Österreich** seinen einmütigen Wunsch, mit uns vereinigt zu sein, zur Erfüllung kommen sähe. Es gibt doch eigentlich keinen größeren Hohn als sich, wie Herr Wilson, beinahe als einen neuen Evangelisten preisen zu lassen, den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in die Welt hineinzuwerfen und dann so weit zu gehen, daß man nicht nur die Tatsache eines solchen einstimmigen Wunsches in ihr Gegenteil verkehrt, sondern — und das ist wohl französische Interpunktion an dieser Stelle — auch den Namen „Deutsch-Österreich" zu führen verbietet, als wenn man durch derartige Äußerlichkeiten etwas ändern könnte an der weltgeschichtlichen Tatsache der Kulturgemeinschaft hier und drüben. Wir sollten dem Staatskanzler Dr. Renner dafür dankbar sein, daß er, mag es auch eine Äußerlichkeit bedeuten, eine Verfügung erlassen hat, wonach der dortige neue Staat, wenn er auch auf Befehl der Entente nach außen den Namen „Österreichische Republik" führen muß, im inneren Verkehr der Behörden den Namen „Deutsch-Österreich" anwenden soll.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei.)

Darin liegt, daß schließlich auch diejenigen, die heute an der Spitze des österreichischen Staates stehen, wie wir wohl alle hier ohne Ausnahme, der Auffassung sind, daß man Paragraphen aus der Verfassung streichen kann, aber niemals die Gefühle, die im Blute einer jahrhundertelangen Kulturgemeinschaft liegen. Auch nach dieser Beziehung wie nach vielen anderen Beziehungen scheint es mir nicht, als wenn das letzte Wort gesprochen wäre; es scheint mir vielmehr, als wenn diejenigen, die ein neues

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) demokratisches Weltalter dadurch einzuleiten gedachten, daß fünf Herren sich in Paris hinsetzten und die Welt verteilten, es noch erleben werden, daß die Entwicklung der Welt andere Wege geht, als sie es sich vorstellen.

(Sehr wahr! rechts.)

Das eine glaube ich: es ist ein zu großer Pessimismus, anzunehmen, der Versailler Frieden sei eine Epoche, und ein Ausweg aus dem jetzigen Verhängnis sei überhaupt unmöglich. Gewiß sieht man heute keinen Ausweg und den Ausweg des Krieges am wenigsten nach der tatsächlichen Waffenlosigkeit Deutschlands und nach der Kriegsmüdigkeit, die berechtigterweise alle Völker erfüllt. Aber fragen wir uns einmal, was wir in diesen letzten Jahren erlebt haben, und was wir weiter täglich und stündlich erleben! Erleben wir nicht eine **Revolutionierung aller Verhältnisse der Welt,** innerhalb deren der Weltkrieg nur ein Ausschnitt ist? Meiner Meinung nach kann heute niemand sagen, ob die politischen, ob die sozialen Umwälzungen, die wir durchleben, das Stärkere, das Entscheidende für die Zukunft der Völker sein werden. Diese Zukunft der Völker wird nicht allein durch Grenzfestsetzungen entschieden. Wenn eine ganz neue Weltordnung, ein ganz anderes soziales Geschehen sich durchsetzt, dann wird auch die ganze wirtschaftliche Lage der Völker eine andere, dann ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß auf der Basis ganz neuer Entwicklungen hinweggegangen wird über das, was hier zunächst festgesetzt ist. Ich denke dabei nicht etwa an den Kommunismus als Welterneuerer, nicht an den Bolschewismus. Ich bin der Meinung, daß er tatsächlich zusammengebrochen ist, zusammengebrochen innerlich am meisten da, wo er äußerlich seine Herrschaft noch behauptet, nämlich in Rußland. Wenn sich heute das bolschewistische System in Rußland noch behauptet, so nicht deswegen, weil es bolschewistische Ideen durchsetzt sondern weil es sich von den bolschewistischen Ideen abge-

(B) wendet hat. Die ganze Rote Armee ist aufgebaut nach dem System der alten russischen Armee. Das russische Fabriksystem unter der Herrschaft des Taylorsystems mit seiner eisernen Fabrikdisziplin ist das volle Gegenteil des Gedankens der wilden Sozialisierung, das volle Gegenteil der ersten Bewegung, die die Leiter der Betriebe wegjagte. Wenn irgend etwas auch für unsere Verhältnisse von Interesse ist, dann ist es die Rede, die Trotzki am 30. April dieses Jahres vor den Sowjets in Moskau gehalten hat. Es ist seltsam, mit welcher Parallelität die Ereignisse vor sich geben; denn wenn man nicht „Rußland" sagt und „Trotzki", könnte man annehmen, es spräche in Deutschland Herr Noske. Trotzki sagt in dieser Rede etwa: Ihr werft mir vor, daß ich die alten Offiziere wieder eingestellt habe, daß wir kein Proletarierheer haben; ihr werft mir vor, daß ich die alten Direktoren zurückgeholt habe; ihr werft mir vor, daß ich die alten Beamten wieder eingesetzt habe. Jawohl, das habe ich, weil ich der Meinung bin, daß nichts einem Staat und der Entwickelung eines Volkes gefährlicher ist, als wenn Menschen an verantwortliche Stellen gesetzt werden, die nicht die Befähigung besitzen, diese Stellen auch wirklich auszufüllen.

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Das ist aber doch schließlich kein bolschewistischer Gedanke, der hier ausgesprochen wird. Das ist die vollkommene Verneinung alles dessen, was man zuerst glaubte, nach außen hin dokumentieren zu können.

Und sehen Sie, was in der Welt sonst vorgeht! Die **Vereinigten Staaten von Amerika,** in welchen der Gedanke, daß der Staat mit Regulator des Wirtschaftslebens und der sozialen Kämpfe sei, weit von sich gewiesen wurde, die letzte feste Säule des Manchestertums, stehen heute unter dem Eindruck der schärfsten sozialen Kämpfe. Längst hat der Staat diese Auffassung aufgeben müssen. Was aus diesem Ganzen sich entwickelt, vermag man heute hier (C) so wenig zu ersehen, wie aus den großen Kämpfen in England, die durch die Staatskunst von Lloyd George immer wieder zurückgedrängt werden, aber schließlich doch auch hier eine Umbildung hervorrufen können.

Frankreich wird in dem Augenblick trotz Clemenceau's die Notwendigkeit einsehen müssen, sich mit uns wirtschaftlich zu verständigen, wo die Lüge des Schlagwortes erkannt wird: „l'Allemagne payera tout" („Deutschland wird alles bezahlen"). Wenn Frankreich einsieht, daß es seinen 30 Milliarden-Etat zum größten Teil selbst aufzubringen hat, wenn es einsieht, wie es selber von seinen Ententegenossen abhängig ist, dann wird es heute eine engere wirtschaftliche Annäherung mit Deutschland suchen müssen, als es diese im Frieden besessen hat. Ich glaube, der Haß wird dann der wirtschaftlichen Vernunft weichen. Heute gibt es nur einen großen wirtschaftlichen Sieger: das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. England wird das eine erkennen, daß es den Mitbewerber, der auf der zweiten Stelle der Weltschiffahrt stand, für Jahrzehnte niedergeschlagen hat, daß daneben aber im Krieg der Wettbewerb der Vereinigten Staaten aufgekommen ist, die mit ihm heute um den ersten Platz im Weltschiffbau ringen. Nach all diesen Richtungen hin sehen wir — und deshalb mache ich diese Ausführungen im Zusammenhang mit meinen einleitenden Worten —: nicht nur wir leiden wirtschaftlich unter dem Krieg, nicht nur wir sind niedergebrochen, die großen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe durchzucken heute die ganze Welt, auch unsere Feinde mit. Deshalb brauchen wir nicht daran zu zweifeln, daß wir auch wieder einmal herauskommen werden. Die neuen Staaten, die im Osten entstanden sind, auch die Tschecho-Slowakei im Südosten, sie werden alle nicht ohne wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland auskommen können, weil der ganze Sinn der Slawen schon nicht dahin geht, auf dem Gebiete der Technik, auf (D) dem Gebiete der realen Wissenschaften das zu leisten, was der in dieser Richtung mehr befähigte Deutsche zu leisten vermag. Und daß auch politische Konstellationen keine Ewigkeitswerte darstellen, das zeigt das Verhältnis, in dem sich Italien zu seinen Verbündeten befindet.

So sehen wir, daß heute alles fließt, daß alles provisorisch ist und daß schließlich kein Anlaß dazu vorliegt, daran zu zweifeln, daß wir auch noch einmal eine Zukunft uns erringen können. Trotzdem brauchen wir nicht auf das Wunderbare zu warten, was uns irgendwie erretten soll. Aber wenn wir moralische Eroberungen machen wollen, wie uns das als Ziel dargestellt worden ist, dann werden wir das am ehesten tun, wenn wir zu der alten deutschen Wesensart der Vergangenheit, wenn wir zu Autorität, Ordnung, Unterordnung, Arbeitslust und Schaffensfreude zurückkehren. Es ist nicht richtig, daß diese **Ideen des alten Preußens** zusammengebrochen sind. Nein, das alte Preußen, das mit seinem Beamtentum sich zur Größe durchhungerte, war meiner Meinung nach ein Sinnbild der Pflichterfüllung, das der Welt ein leuchtendes Vorbild gab. Zusammengebrochen ist das Neudeutschland mit seinem Materialismus, der schnell reich gewordenen Bourgeoisie. Dieses neue Deutschland war aber nicht das alte Preußen, das hier gerade in der strengen Auffassung des Pflichtbewußtseins nicht Gegenstand des Angriffes, sondern Gegenstand des Vorbildes sein soll.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Die Rede des Herrn Reichskanzlers zeigt uns das eine — das entnehmen wir wenigstens aus ihr —, daß die Regierung Ordnung wünscht, den Wiederaufbau unseres Landes herbeizuführen wünscht. Die Wege, die

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) sie geht, können wir unsererseits im einzelnen nicht billigen. Wir sind der Meinung, daß der Ernst der Lage die Zusammenarbeit aller erfordert, die den Wiederaufbau Deutschlands erstreben. Uns trennt von der Regierung, wenigstens von der Partei, die in ihr herrschend ist, eine ganze Weltanschauung. Aber, wenn sie ihrerseits sich ehrlich bestrebt zeigt und uns einen praktischen Weg zeigt, den Wiederaufbau Deutschlands in die Wege zu leiten, so werden wir ihr unbeschadet unserer Oppositionsstellung unsere sachliche Mitarbeit niemals versagen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Damit würden wir die politische Aussprache — vorbehaltlich der Wiederaufnahme zur geeigneten Zeit — vertagen.

(Zuruf.)

— Pardon!

Der Herr Reichswehrminister hat das Wort.

Noske, Reichswehrminister: Meine Herren, es erscheint mir nicht politisch klug, wie Herr Dr. Stresemann die baltische Frage soeben behandelt hat. Deswegen möchte ich auf dieses außerordentlich ernste Problem wenigstens ganz kurz eingehen.

Als der Herr Reichskanzler gestern davon gesprochen hatte — Herr Stresemann bemängelte das soeben —, daß die **deutschen Truppen im Baltikum** nichts mehr zu suchen hätten, ließ er sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß nach dem Friedensvertrag sämtliche vorher im Osten getroffenen Abmachungen hinfällig geworden sind. Es geht infolgedessen nicht an und ist nicht erträglich bei dem Ernst der Lage, daß jetzt in der Presse oder von Abgeordneten der Nationalversammlung weiter auf die Truppen in einem Sinne eingewirkt wird, als wenn sie in einer Rechtslage seien, die es schließlich begreiflich erscheinen läßt, wenn sie im Baltikum bleiben (B) wollen und dem Befehl zur Heimfahrt keine Folge leisten. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind außerordentlich groß. Ich verkenne nicht, daß mit wüster Schimpferei auf die Truppen, die jetzt nicht nach Deutschland zurück wollen, nichts getan ist. Die Motive, die die Leute bewegen, draußen zu bleiben, sind wenigstens bei der großen Mehrzahl der Soldaten durchaus anständige und zu respektierende. Die Leute fürchten die Arbeitslosigkeit in der Heimat, die — das haben eine Anzahl, die zeitweise zurückgekommen sind, spüren müssen — an manchen Stellen noch durch Terror und Boykott verschärft wird.

Es ist richtig, daß sich die Truppen im Baltikum in ihren Erwartungen betrogen fühlen. Als Not am Mann war, hat die **lettische Regierung** die Einbürgerung versprochen. Die lettische Regierung wußte auch, daß die Werbung vonstatten ging, indem den Leuten Siedelungen in Aussicht gestellt wurden. Sie hat dagegen niemals an amtlicher Stelle Einspruch erhoben. Wären vor Monaten die Truppen aus dem Baltikum weggegangen, gäbe es zurzeit eine lettische Regierung nicht.

Das ändert aber an der Notwendigkeit nichts, daß jetzt das Land geräumt wird. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung alles daran setzen muß, um Deutschland vor einem neuen, schweren, ernsten Konflikt mit den alliierten Regierungen zu bewahren. Deswegen werden Unbotmäßigkeit und Ungehorsam so geahndet werden, wie es sich gehört. Der Aufruf, den **Major Bischoff** gestern in der „Täglichen Rundschau" veröffentlichen konnte, zeigt ein Maß von Insubordination und Auflehnung gegen die Interessen des Reiches,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten)

daß dagegen mit allem Nachdruck und mit größter Beschleunigung eingeschritten werden wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe — an amtliche Stellen ist der Aufruf nicht ge- (C) langt — ihn wie alle andern Leute erst in der „Täglichen Rundschau" lesen können. Aber sofort habe ich an Generalleutnant Eberhard telegraphiert, daß in jedem Falle bei Gehorsamsverweigerung gegen unbotmäßige Führer einzuschreiten ist, daß mit aller Schärfe vorzugehen ist, daß kriegsgerichtliche Untersuchung sofort gegen Major Bischoff einzuleiten ist, selbst dann, wenn nach Lage der Dinge eine Verhaftung praktisch undurchführbar ist.

Ich möchte mit allem Nachdruck und tiefstem Ernst an einen beträchtlichen Teil der deutschen Presse die Mahnung richten, uns unsere Arbeit in dieser außerordentlich gefährlichen Situation nicht noch weiter zu erschweren und zu verbösern.

(Sehr richtig! links.)

Wie leicht die öffentliche Meinung beirrt wird, beweist folgendes Beispiel. Ein Berliner Blatt schreibt mit Riesenlettern über die ganze erste Seite hinweg: **General v. d. Goltz** russischer Überläufer?, und dann folgt unmittelbar in der nächsten Zeile in kleiner Schrift:

> Eine Bestätigung der Nachricht an irgendeiner amtlichen Stelle liegt nicht vor.
>
> (Hört! hört! links.)
>
> Es ist äußerste Vorsicht gegenüber der Meldung geboten.

(Erneute Rufe: Hört! hört!)

Trotzdem aber, wie gesagt, eine solche Riesenaufmachung der Nachricht, die mit größter Vorsicht aufgenommen werden muß.

(Zuruf rechts: Welches Blatt war es?)

— „Die Welt am Abend" nennt es sich, glaube ich.

(Zurufe und Heiterkeit rechts.)

In Wirklichkeit ist richtig, daß der General v. d. Goltz absolut loyal und korrekt seine Pflicht und Schuldigkeit tut und die Anordnungen befolgt, die von der Regierung gegeben worden sind. Wenn die alliierten Regierungen die (D) schleunige Räumung des Landes fordern, müssen die Truppen den ihnen erteilten Marschbefehlen Folge leisten. Ich glaube, daß kaum ein anderer Ausdruck am Platze ist als der, daß es außerordentlich gemeingefährlich ist, daß dauernd, wenigstens von manchen Stellungen aus, in einer Weise auf die Truppen eingewirkt wird, die einer Bestärkung ihrer Widersetzlichkeit gleichkommt.

(Zustimmung links.)

Ich kann der deutschnationalen Presse nicht den Vorwurf ersparen, daß sie gerade in bezug auf diese Dinge ein unverantwortliches Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes und des deutschen Landes treibt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte bloß ein paar Beispiele anführen.

(Zuruf rechts: „Die Welt am Montag" ist nicht unser Blatt!)

— Ich habe nicht gesagt: „Die Welt am Montag", sondern „Die Welt am Abend"! Ich spreche aber jetzt von Ihren Blättern.

Am 6. September brachte die **„Deutsche Zeitung"** die Meldung, das Reichskabinett fordere unbedingten Gehorsam von Offizieren und Mannschaften. Die Räumung des Baltikums müsse beginnen. Schuldige würden bestraft. Das bringt dieses Blatt unter der Überschrift: „Der Verrat an den deutschen Truppen in Kurland", das heißt ein Verrat der Regierung an diesen Truppen. Das war am 6. September. Am gleichen Tage brachte dieses Blatt unter großer Überschrift eine Notiz über eine Note der Regierung an den lettischen Gesandten in Berlin, worin leider Ungehörigkeiten deutscher Soldaten nicht bestritten werden konnten; die Überschrift lautete: „Schamlos und unerhört". Ja, wenn deutsche Soldaten plündern, — bei allem Zugehörigkeitsgefühl zu deutschem Blut und zu

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) deutschem Fleisch, das außerhalb der Grenzen steht, Ungehörigkeiten und Plünderungen werden von der Regierung nicht gedeckt werden. Trotzdem wütet das Blatt gegen die Regierung und nennt sie schamlos, ihr Vorgehen unerhört. Die Note, mit der die deutsche Regierung die Räumung des Baltikums beantworten mußte, brachte dasselbe Blatt am 4. Oktober unter der Riesenüberschrift, die über die ganze Seite geht: „Verrat am deutschen Baltenland". Im vorigen Monat hieß es: Verrat an der Truppe; jetzt: Verrat an einem deutschen Lande. Das bedeutet doch unzweifelhaft den Versuch, bei den sich widersetzenden Truppen den Eindruck hervorzurufen, als ständen sie nicht auf fremdem, sondern auf deutschem, ihnen gehörigem Boden und sie würden von der Regierung verraten und verlassen.

(Zuruf links: Unerhört!)

Der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky hat sich gestern dagegen verwahrt, daß seine Partei für Exzesse rechtsstehender Blätter verantwortlich gemacht werde. Die „Deutsche Zeitung" kann die deutschnationale Fraktion nicht von sich abschütteln.

(Zuruf rechts: Wir haben gar keinen Einfluß auf das Blatt!)

Als ich das Blatt wegen seiner hetzerischen Artikel verboten habe, hat sich der Herr Abgeordnete v. Graefe — sein Hintermann sagt soeben, die Partei habe gar keinen Einfluß auf das Blatt — schützend vor das Blatt gestellt und hat mir einen unliebenswürdigen Brief geschrieben, wie ich mich dazu unterstehen könnte, deswegen gegen das Blatt vorzugehen.

(Sehr richtig! rechts.)

— Herr v. Graefe bestätigt auch jetzt noch, daß dieses sein Verhalten sehr richtig gewesen wäre.

Als der Kanzler gestern, was Herrn Dr. Stresemann (B) vorhin nicht gefallen hat, davon sprach, daß gewissen journalistischen Ausschreitungen entgegengetreten werden müsse, waren solche Exzesse gemeint, die dazu führen müssen, daß das Land und ein 60 Millionenvolk in schwerste Gefährdung gebracht wird. Wir würden gewissenlos handeln, wenn wir uns nicht dagegen auflehnen und solchen Ausschreitungen nicht entgegentreten würden.

(Sehr richtig! links.)

Da ich schon mit meinen Ausführungen bei den Herren von der Rechten bin, will ich gleich ein paar Worte hinzusetzen. Der Abgeordnete Graf Posadowsky hat gestern versichert, daß seine Partei in sachlicher Art für ihre politischen Ziele wirke. Das kann ich leider nicht als richtig anerkennen. Um nur eines herauszugreifen: ganz systematisch wird in den letzten Wochen von der **deutschnationalen Partei** und ihrer Presse versucht, das leidliche Vertrauensverhältnis, das sich im Laufe von Monaten zwischen mir und der Truppe, zwischen mir und den Offizieren herausgebildet hat, zu untergraben und zu unterwühlen.

(Hört! hört! links. — Unruhe rechts)

Wir haben ein Instrument, das wahrhaftig noch nicht allzufest gefügt ist, und Sie tanzen auf einem Vulkan, sodaß Sie die letzten sein sollten, die uns die Arbeit besonders schwer machen und das Vertrauen untergraben dürften.

(Lebhafte Zustimmung links. — Heftige Zurufe rechts.)

— Der deutsche Offizier hat das nie als eine Beschimpfung angesehen, daß er ein armer Mann sei.

(Erneute Unruhe und Zurufe rechts.)

Die große Masse der Offiziere — das habe ich von dieser Stelle zahllose Male von früheren Kriegsministern versichern hören — hat immer aus armen Leuten bestanden, die nicht um Geld und Gut gedient haben, sondern ihre Ehre darin gesetzt haben, ihrem Vaterlande und ihrem (C) Volke ihre Kraft zur Verfügung zu stellen.

(Zurufe rechts.)

Von nichts anderem habe ich geredet.

(Lebhafter Widerspruch rechts.)

Es kennzeichnet die Art, in der Sie politische Kämpfe auch in der jetzigen Situation führen, daß Sie versuchen, aus diesen Worten, die ganz einwandfrei waren, Kapital zu schlagen.

Dieser „loyale" Kampf der Rechten wird — ich sage, das ist eine reine deutschnationale Parteisache — von ihren prominentesten Führern beliebt. In die Ludendorffsche Kerbe schlug vor ein paar Tagen Graf Westarp nach, um in der „Kreuzzeitung" zu versuchen, den Offizieren klarzumachen, daß das Verkehrteste, was sie tun könnten, wäre, zu dem Manne Vertrauen zu haben, der an der Spitze des Heerwesens stehe.

(Hört! hört! links.)

Wie die Propaganda getrieben wird, und wie der Versuch gemacht wird, das bißchen militärischen Apparat, der mit unendlicher Mühe wieder geschaffen worden ist, zu zermürben, dafür will ich Ihnen ein weiteres Beispiel anführen. Es ist kürzlich eine kleine **Broschüre** in Auftrag gegeben und gedruckt worden, bestimmt **zur Verteilung an die Truppe.** Es ist auch der Versuch gemacht worden, sie in die Truppe hineinzubringen. Da wird den Soldaten gesagt, daß sich für die jetzige Regierung das Leben schwer einsetze, daß unser Vaterland in Wahrheit von Unabhängigen, Bolschewisten und Spartakisten beherrscht werde und daß die Regierung den Soldaten in den Arm falle, dagegen ihre Mörder heimlich beschütze. Es wird den Soldaten vorgelogen, die Regierung tue nichts für ihre Zukunftssicherung, die Regierung stelle sich gegenüber den Soldaten auf den Standpunkt:

> Sehe jeder, wie er's treibe,
> Sehe jeder, wo er bleibe, (D)
> Und wer steht, daß er nicht falle.

Es wird weiter den **Soldaten** auseinandergesetzt, daß sie keinen Anlaß hätten, einen **Treueid** zu leisten. Dann wird geschrieben: fügen kann sich ein freier Mann nur, wenn er seine Zukunft gesichert weiß, wenn er weiß, daß die, die ihm den Eid abnehmen wollen, ihn auch wirklich nur zum Wohle des Volksganzen, nicht nur, wie es seit November der Fall ist, zur Sicherung dauernder Lohnerhöhungen streikbarer Radaubrüder verwenden. Es wird in dieser Sudelschrift weiter gesagt:

> Jetzt kommen die Nutznießer dieses grauenvollen Zerstörungswerks (die jetzige Regierung), versprechen den Feinden eure Auflösung und verlangen, daß ihr gegen diese Auflösung ohne Zukunftssicherung nichts tut, euch selber fesselt durch einen Eid. Und wißt ihr überhaupt, was ihr beschwören sollt? Nein, das wißt ihr nicht, niemand weiß es.

Dann wird weiter in einem langen Absatz immer wieder den Soldaten klar zu machen versucht, daß die ihnen angesonnene eidliche Verpflichtung nicht geleistet werden soll. Ich brauche nicht weiter zu zitieren. Gedruckt ist dieses Pamphlet in der Druckerei der **„Deutschen Tageszeitung".**

(Hört! hört! links.)

Bei der Haussuchung, die vorgenommen worden ist, und bei der Einsichtnahme in die Bücher der „Deutschen Tageszeitung" ist weiter festgestellt worden, daß der Auftraggeber der Vorstand der deutsch-nationalen Partei ist.

(Stürmische Rufe: hört! hört! links und in der Mitte. — Rufe: Hochverrat!)

Ich habe selbstverständlich gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt,

(bravo! links)

um nicht zuzusehen, daß in einer so frivol unerhörten

(Noske, Reichswehrminister.)

Weise der Versuch gemacht wird, die Soldaten zur Treulosigkeit und Unbotmäßigkeit zu verleiten.

Das ist die loyale Kampfesweise der Konservativen gegen die Regierung, von der gestern der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky gesprochen hat.

(Zuruf rechts: Was haben Sie im November in Kiel gemacht?)

— Sie können nach **meiner Tätigkeit in Kiel** jeden Tag fragen. Diese Frage hat auch der General Ludendorff, mit dem ich eine Auseinandersetzung nicht gesucht habe, aufgeworfen.

(Zuruf rechts: Vorher!)

Ja, vorher bin ich nicht in Kiel gewesen. Da bin ich in Sachen des Marineetats hingekommen und habe mich um Marineangelegenheiten gekümmert. — Ich habe unnötige politische Auseinandersetzungen in den letzten Monaten nicht gesucht, aber das kann ich sagen: der General Ludendorff ist sicher der letzte, der ein Recht hat, die Frage aufzuwerfen, ob ich die Möglichkeit habe, vor der Geschichte zu verantworten, was ich in Kiel getan habe.

(Sehr richtig! links.)

Ruhmredigkeit liegt mir fern. Aber das glaube ich heute und zu jeder Stunde vertreten zu können: wenn damals von Kiel Ihnen nicht Zehntausende von wildgewordenen Matrosen wie eine Flutwelle über das Land gejagt und unglaubliches Verderben über Deutschland gebracht haben, verdanken Sie es dem Umstande, daß ich auf der Schanze gestanden habe.

(Sehr richtig! und Bravo! links. — Erregte Zurufe.)

Also der Auseinandersetzung über meine Kieler Tätigkeit sowie meiner weiteren Arbeit in dem letzten Jahr sehe ich mit sehr großer Gelassenheit entgegen. Woran ich Sie mahnen möchte, das ist: nicht zu vergessen, daß unser Land und unser Volk aus Hunderttausenden von Wunden blutet, daß Heilung nicht beginnen kann, weil die Mächte, die gegen Deutschland im Felde standen, immer noch Druck und Gewalt gegen unser armes Volk und unser Land ausüben. Deutschland muß zum Erliegen kommen, wenn nicht in allen Schichten des Volkes die Erkenntnis Platz greift, daß es nicht angeht, jetzt auch noch mit schmutzigen Fingern in unseren Wunden herumzuwühlen.

(Sehr richtig! links.)

Das könnte und müßte zum Untergang unseres Volkes führen. Dieses Maß von Erkenntnis, meine Herren (nach rechts), vermisse ich auch bei Ihnen in außerordentlichem Umfang, und wenn Mahnungen der Regierung — daß möchte ich Herrn Dr. Stresemann antworten — zur Einsicht und Vernunft nicht helfen, dann ist es Pflicht der Regierung, zu sagen: Hände weg! Das gilt für Sie wie für die Herren dort drüben links. Ich gebe Ihnen die Zusicherung, daß, solange wir die Geschäfte führen, solchen Worten, wenn es notwendig ist, Taten folgen werden.

(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen zur allgemeinen Aussprache nicht vor, ich schließe deshalb vorläufig die Debatte.

Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann,** Abgeordneter: Die Ausführungen des Herrn Reichswehrministers können den Eindruck erwecken, als wenn ich mit meiner Rede die Absicht verfolgt oder den Gedanken zum Ausdruck gebracht hätte, daß die **deutschen Truppen im Baltikum** den Anordnungen der Reichsregierung nicht Folge leisten sollten. Eine solche Deutung meiner Ausführungen weise ich ganz entschieden zurück. Was ich zum Ausdruck gebracht habe, war nichts anderes als der Gedanke: wenn der Herr Reichskanzler gestern den deutschen Truppen im Baltikum Vorwürfe machte, dann hätte ich gewünscht, daß er um des Ansehens dieser Soldaten willen auch zum Ausdruck gebracht hätte, daß die ganze schwierige Lage, in der diese Leute dort gebracht sind, hervorgerufen ist durch die Nichterfüllung der Zusagen der lettischen Regierung. Der Herr Reichswehrminister hat in seinen Ausführungen wörtlich gesagt: die Soldaten konnten sich in ihren Erwartungen betrogen fühlen. Nichts weiter als die Feststellung dieser Tatsache hätte ich auch gestern gewünscht. Das ist das, was ich zum Ausdruck gebracht habe.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Kap. 3 Tit. 1, Reichskanzler.

Ich bitte diejenigen, die diese Position genehmigen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; Kap. 3 Tit. 1 ist angenommen.

Zu diesem Tit. 1 liegt eine Entschließung auf Nr. 1106 der Drucksachen vor: Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen: die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsleitung aufzufordern,

> besser als bisher unerwünschter Einwanderung zu wehren, eine wirksame Grenzkontrolle durchzuführen, etwaiger Einbürgerung solcher, meist aus Polen einschließlich Galizien stammender Elemente in den Ländern entgegenzuwirken und die Abschiebung lästiger Ausländer zu fördern.

Wortmeldungen liegen hierzu weiter nicht vor.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich halte es, da eine Aussprache darüber nicht stattgefunden hat, für zweckmäßig, die Abstimmung über diese Entschließung in der dritten Lesung vorzunehmen, wie es sonst auch üblich gewesen ist.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Wir sind damit einverstanden.

Präsident: Es ist angeregt worden, und es ist von anderer Seite die Zustimmung dazu ausgesprochen worden, die Abstimmung über diese Entschließung in der dritten Lesung vorzunehmen. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist.

Ich rufe auf Kap. 3 Tit. 1a. — Angenommen.

In Tit. 2 sind durch den Ergänzungsetat 2 vortragende Räte in 3 vortragende Räte umgewandelt und ist die Summe von 61800 in 65800 verwandelt. — Angenommen.

Tit. 3, — Tit. 4. — Ich lasse nicht jeweils besonders abstimmen, sondern unterstelle, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt, daß der betreffende Titel angenommen ist.

Tit. 5. — Angenommen.

Tit. 6, Wohnungsgeldzuschüsse, durch den Ergänzungsetat von 31300 Mark auf 32140 Mark erhöht. —

Tit. 7, andere persönliche Ausgaben, durch den Ergänzungsetat auf 33000 Mark erhöht. —

Tit. 8, — Tit. 9. —

Tit. 10. Hier wird durch den Ergänzungsetat eine Erhöhung von 199000 Mark auf 262500 Mark gefordert, wovon 73000 Mark künftig wegfallend sein sollen. Der Haushaltsausschuß hat nur 247500 Mark eingestellt, wovon 73000 Mark künftig wegfallen sollen; er hat also 15000 Mark abgesetzt. Ich nehme an, daß das Haus dem Antrage seines Ausschusses beitritt. — Ich stelle das fest.

(Präsident.)

(A) Ich rufe auf Tit. 11, — Tit. 12. Hier muß der Wortlaut geändert werden. Es muß nicht heißen Dienstwohnung des „Präsidenten des Reichsministeriums“, sondern „des Reichskanzlers“.

Kap. 3a, Reichsernährungsministerium (künftig wegfallend). Hier sind alle Beträge durch den Ergänzungsetat auf die Hälfte heruntergesetzt. Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. —

Nunmehr rufe ich auf Einnahme auf Seite 2, ordentlicher Haushalt, Kap. 6a. — Genehmigt.

Damit ist die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, abgesehen von dem Vorbehalt der Abstimmung über die Entschließung Nr. 1106, erledigt.

Ich rufe auf den

Haushalt der Reichsjustizverwaltung (Anlage VII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1097 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Bolz.

Wir beginnen mit den fortlaufenden Ausgaben, Kap. 65 Tit. 1.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Bolz, Abgeordneter, Berichterstatter: Bei Kap. 65 Tit. 9 ist ein Abstrich von 7500 Mark für die Kosten eines Kraftwagens vom Ausschuß beschlossen worden. Bei Kap. 66a Tit. 7 erfordern die Kosten für Veröffentlichungen ein Mehr von 680 000 Mark. Auf die Mahnung zur Sparsamkeit und die Anfrage, woher diese gewaltige Erhöhung komme, ob sie sich nicht vermeiden lasse, wurde erwidert, daß diese Veröffentlichungen fast durchweg auf Grund von gesetzlichen Vorschriften beruhen und daß sich hierbei nichts ersparen lasse.

Dann ist eine neue Summe von 5 Millionen für die (B) Prisengerichtsbarkeit eingesetzt, die bisher aus den Kriegsmitteln bestritten wurde. Der Ausschuß hatte dagegen nichts zu erinnern.

Es wurde nach dem Stande der Strafrechtsreform gefragt. Die Regierung teilte mit, daß die Kommission mit der Überprüfung der alten Entwürfe der Strafrechtsreform jetzt zu Ende sei. Ob diese Entwürfe der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollen, darüber sei man im Reichsjustizamt noch nicht schlüssig.

Die Anfrage, ob eine Amnestie zu erwarten sei, wurde für den jetzigen Zeitpunkt verneint.

Der Ausschuß empfiehlt, mit dem Abstrich von 7500 Mark den Etat des Reichsjustizamts zu bewilligen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Beratung zum Justizetat im Haushaltsausschuß war nicht sehr ausführlich. Zur Sprache kamen einige Spezialfragen, und da der Posten des Ministers zur Zeit der Ausschußverhandlung nicht besetzt gewesen ist, so wird es zweckmäßig sein, diese wenigen Fragen zu wiederholen, um hier die Auskunft zu bekommen, die wir im Ausschuß nicht bekommen haben.

Es handelt sich da zunächst um die Frage, wie sich die Regierung, insbesondere der neue Herr Justizminister, den wir bei dieser Gelegenheit auf diesem Platze begrüßen, zur Frage der Amnestie stellt. In der Öffentlichkeit tritt immer wieder die Behauptung hervor, daß eine **neue Amnestie** beabsichtigt sei.

Wir würden auch ein Interesse haben, zu hören, wie weit die **Strafrechtsreform** gediehen ist, und wann wir eine Vorlage nach der Richtung erwarten dürfen.

Man ist darüber einig, daß einiges von dem, was während des Krieges als Kriegsjurisprudenz und Kriegsneuheit sich gezeigt hat, in den Frieden hinüberzuretten sein wird. (C) Insbesondere interessiert da die Frage des **Zwangsvergleichs** außerhalb des Konkurses und der **Geschäftsaufsicht.** Wie sind die Erfahrungen, die mit diesen Einrichtungen während des Krieges gemacht worden sind? Besteht die Absicht und in welchem Umfange besteht sie, diese Einrichtungen über den Krieg hinaus in den Frieden hinüberzuretten?

Bei dieser Gelegenheit darf auch daran erinnert werden, daß von der überwiegenden Mehrheit unserer Fraktion ein Antrag eingebracht ist betreffend die Herstellung der **Freizügigkeit der Anwaltschaft,** also der Beseitigung des jetzigen gesetzlichen Zustandes, nach welchem der Jurist nur in dem Bundesstaate, in welchem er die Richterprüfung bestanden hat, einen Anspruch auf Zulassung zur Anwaltschaft hat, sodaß der Preuße in Hessen, der Hamburger in Preußen usw. von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen werden kann und tatsächlich auch in der Regel wird. Wir sind der Auffassung, daß dieser Zustand der heutigen Entwicklung des Verkehrs und unserer politischen Verhältnisse nicht mehr entspricht, und würden eine Änderung nach der Richtung so schnell wünschen, wie sie durchgeführt werden kann. Natürlich ist dabei Voraussetzung, daß dann auch die materiellen Bedingungen für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in bezug auf Universitätsstudium und Vorbereitungsdienst für ganz Deutschland gleichmäßig gestaltet werden. Wir fragen, ob die Absicht besteht, diesem Antrage unter solchen Bedingungen zu entsprechen.

Da ich hiermit die Verhältnisse der Anwaltschaft gestreift habe, so darf ich gleich die Frage hinzufügen: was gedenkt der Herr Reichsjustizminister zu tun, um dem von Tag zu Tage wachsenden wirtschaftlichen **Notstand in der deutschen Anwaltschaft** zu begegnen, einem Notstande, der seine Ursache nicht bloß in den Ereignissen des Krieges hat, sondern in einer anerkannten und absolut unerträglichen (D) Unzulänglichkeit unserer Gesetzgebung, die, aus der Mitte der 70er Jahre stammend, unmöglich, selbst wenn sie mit der vorausschauenden Weisheit eines größten Propheten gemacht wäre, für die heutigen Wirtschaftsverhältnisse mehr passen kann. Hier endlich etwas Nachdrückliches zu tun, ist nicht nur im Interesse unserer Anwaltschaft — schon das würde ausreichen, um die Sache hier vorzubringen —, sondern in erster Linie auch im Interesse unseres öffentlichen Wesens; denn ein leistungsfähiger und wirtschaftlich einigermaßen sichergestellter Anwaltsstand ist eine der wesentlichsten und stärksten Vorbedingungen für eine gute Justiz und damit für das Wohl des Landes.

Es liegt ein besonderer Anlaß vor für das Reichsjustizamt, diese Frage zu prüfen. Dieser Anlaß besteht in den Bestimmungen des uns vorliegenden Umsatzsteuergesetzes. Dieses Gesetz wird — nach der Stimmung der Parteien unterliegt das keinem Zweifel — so ausgestaltet werden, daß auch die freien Berufe, damit also auch die **Rechtsanwaltschaft,** in die **Umsatzbesteuerung** mit einbezogen werden. Damit wird für die freien Berufe und namentlich für die Rechtsanwaltschaft eine neue und nicht unwesentliche Belastung geschaffen werden, da die Rechtsanwaltschaft, in der Regel an feste Gebührensätze gebunden, nicht in der Lage ist, dem Prinzip des Gesetzes, wonach die Umsatzsteuer abgewälzt werden soll, zu entsprechen, sondern sie muß tatsächlich diese Umsatzsteuer als eine Bruttoeinkommensteuer von ihrem gesamten Einkommen, also auch von den Beträgen, die sie als Ersatz ihrer Auslagen vereinnahmt, bezahlen. Das kommt hinaus auf eine sehr erhebliche Einkommenbesteuerung, die nicht abgewälzt werden kann, um so höher, je ungünstiger das Verhältnis zwischen Unkosten und Nettoeinkommen ist. Nach dieser Richtung die gesetzgeberische

(**Waldstein,** Abgeordneter.)

(A) Folgerung zu ziehen, wird die Verpflichtung der Reichsregierung sein.

Ich darf bei der Gelegenheit auch noch an den alten Schmerz erinnern, den der Herr Justizminister beseitigen sollte, betreffend die Gestaltung der **Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht.** Immer wieder von neuem wird beklagt die monopolartige Zulassung, wie sie beim Reichsgericht gilt, und die geringe Zahl der Anwälte, die absolut nicht in dem Verhältnis gewachsen ist, wie es dem Wachstum der Bevölkerung und namentlich der Entwicklung vor dem Kriege entsprochen hat, und zu einer Praxis geführt hat, bei der das rechtsuchende Publikum zu kurz kommt. Die Anwaltschaft beim Reichsgericht hat allmählich den Charakter einer freien, dem Publikum innerhalb der Schranken des Rechts dienenden Institution in erheblichem Maße eingebüßt.

Statt aller Hinweise ist es vielleicht dienlich, wenn ich einen Fall aus meiner eigenen Praxis erzähle, der eine gewisse Beweiskraft ist. Ich hatte einen Prozeß zu führen, bei welchem es sich um die wichtige Frage handelte, inwieweit die Entscheidung der Verwaltungsgerichte von den ordentlichen Gerichten anzuerkennen sind, also die wichtige Frage des Verhältnisses zwischen der Rechtskraft der Entscheidungen der Verwaltungsgerichte vor den ordentlichen Gerichten. Eine ungünstige Entscheidung des Reichsgerichts lag vor. Ich hielt die Entscheidung für falsch und habe sechs Anwälte des Reichsgerichts nacheinander ersucht, diese meine Auffassung, die ich motivierte, geltend zu machen. Von allen sechs nacheinander kam die Sache zurück mit der Erklärung, es hätte keinen Zweck, das Reichsgericht hätte entschieden, und damit wäre die Sache erledigt. Der siebente nahm die Sache an, weil er nicht wußte, daß die anderen sechs sie abgelehnt hatten. Als er das erfuhr, nahm er es mir sehr übel, daß ich ihm das nicht (B) mitgeteilt hätte, worauf ich ihm erwiderte, ich hielte es nicht für meine Verpflichtung, den Reichsgerichtsanwalt von vornherein gegen meinen Klienten einzunehmen. Er behielt dann auf mein dringendes Bitten die Sache, und ich hatte die Freude zu erleben, daß das Reichsgericht meine Gründe anerkannte, und daß derselbe Senat die Entscheidung, die er ein halbes Jahr zuvor gefällt hatte, zurücknahm. Es war mir gelungen, diesen Anwalt noch am letzten Tage zu erlangen, eine große Ausnahme. Die Sache hatte aber noch ein Nachspiel. Ich schrieb dem betreffenden Herrn Kollegen — der einst auch diesem Hause angehört hat —, dem Herrn Geheimen Justizrat Harke, er würde sich gewiß freuen, daß er sich in einer Frage, die auch von so großer politischer Bedeutung sei, von mir habe überreden lassen, die Sache zu behalten. Er schrieb mir, er hätte keine Freude darüber, sondern fände den Vorgang nach wie vor unerhört, denn es wäre selbstverständlich, daß ein Anwalt beim Reichsgericht eine Sache nicht annähme, die er für verloren erachte. Ich erwiderte darauf, das Publikum könne sich nicht damit zufrieden geben, an die Stelle einer Prüfung durch das Reichsgericht die Prüfung durch einen Reichsgerichtsanwalt zu setzen.

(Sehr richtig!)

Ich würde also meinen, meine Herren, daß hier etwas getan werden müßte, um den abgeschlossenen Charakter der Reichsgerichtsanwaltschaft etwas einzuschränken, womit ich im übrigen den Herren nicht zu nahe treten will. Ich erkenne vollkommen an, daß sie die Funktion haben, dem Reichsgericht Sachen, die nicht geeignet sind für das Reichsgericht, fernzuhalten, daß sie also einen Schutz gegen den Andrang ungeeigneter Sachen an das Reichsgericht bilden müssen. Aber auch das kann übertrieben werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf dann daran erinnern, daß hier aus dem Hause ein Initiativantrag gestellt ist betreffend **Verlängernng der Schutzschrift von Patenten** und ähnlichen Rechten aus Anlaß des Krieges. (C) Wir wissen, daß ein Gesetzentwurf im Reichsjustizministerium ausgearbeitet war und daß er nicht zur Vorlage gelangt ist. Wir verkennen durchaus nicht, daß sich manches gegen die Idee dieser Verlängerung sagen läßt. Ohne auf die Frage im einzelnen eingehen zu wollen, möchte ich darum bitten, daß das Reichsjustizministerium heute oder möglichst bald eine entscheidende Stellung zu dieser Frage einnimmt, schon damit diese, gewisse Wirtschaftskreise von nicht unerheblicher Bedeutung beunruhigende Frage endlich ausscheidet, und ich möchte wünschen, daß es in dem Sinne zur Entscheidung kommt, wie es dem von uns gestellten Antrage entspricht.

Meine Damen und Herren! Es liegt die Versuchung nahe, jetzt, wo die Revolution so viele Einrichtungen beseitigt hat, ohne überall Gutes, Neues an die Stelle des Alten zu setzen, auch die Frage einer Erneuerung unserer Justiz an Haupt und Gliedern eingehend hier zu erörtern. Man kann nicht verkennen, daß die Frage der **Reform der Justiz** und überhaupt die Bedeutung der Justiz in den letzten Jahrzehnten im Deutschen Reich zurückgetreten ist. Das Amt des Justizministers galt als das unpolitischste von der Welt. Darin lag ein gewisser Vorzug. Die Justiz und den Justizminister einigermaßen aus dem Betriebe der Parteien zu halten, hat gewiß seinen guten Sinn. Aber so unpolitisch wie in der Vergangenheit wird das **Amt des Justizministers** fortan nicht mehr sein. Wenn das nationale und internationale Leben mehr als in der Vergangenheit auf dem Prinzip des Rechts aufgebaut werden soll unter Abwendung von dem Machtstandpunkt, dann wird der Reichsjustizminister ein Minister von der höchsten politischen Bedeutung, er, der die Aufgabe hat, die Geltung des Rechts zu vertreten, der die Aufgabe hat, dieses Prinzip seines Amtes zu einem allgemeinen Prinzip aller Ämter zu machen. (D) Mir scheint, daß dann der Geist des Reichsjustizministers und seines Ministeriums von maßgebender Bedeutung für den Geist des Reiches ist,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

von dem wir wünschen, daß es vom Recht und nicht von dem Grundsatze der Macht beherrscht wird.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Da drängt sich eine Frage in den Vordergrund, die teils politisch, teils juristisch ist, das ist die Frage der **Laiengerichte,** die in Zukunft eine gesteigerte Bedeutung erlangen wird. Je mehr Demokratie herrscht, desto mehr wird der Anspruch erhoben, daß die Rechtsprechung durch das Volk und nicht durch Fachjuristen erfolgen soll, und daher wird es gut sein, sich beizeiten über die richtige Stellung der Laienjustiz zu unserer gesamten Rechtstellung klar zu werden. Da möchte ich mich, obwohl von Passion und Ausbildung Jurist, für Laienjustiz aussprechen, aber betonen, daß alles darauf ankommt, daß die Juristen unter genügender Hochachtung vor der Laienjustiz die richtige Stellung für die Laienjustiz finden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Da möchte ich den Satz vorausschicken, daß die Laienjustiz eins zur Voraussetzung hat: sie muß eine Justiz von besonderer Sorgfalt, besonderer Ruhe und besonderer Eindringlichkeit sein. Laienjustiz kann deshalb keine Massenjustiz sein,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sie muß beschränkt werden auf eine Anzahl von Fällen, in denen sie bei besonderer Sorgfalt des Verfahrens und besonders guter Vorbereitung der Sache ein zuverlässiges Ergebnis liefern kann.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(**Waldstein**, Abgeordneter.)

(A) Unser Geschworenengericht beruht im wesentlichen auf der Idee, daß, wenn es Juristen, die das Verfahren vorbereitet haben und es leiten, nicht gelingt, eine Anzahl von ausgewählten Männern aus dem Volke von der Schuld des Angeklagten zu überzeugen, es dann richtiger ist, daß kein Schuldig gesprochen wird, sondern die Freisprechung erfolgt, und zwar im Interesse des notwendigen Vertrauens des Volkes zur Justiz. Das scheint mir der innere Grund des Schwurgerichts zu sein. Es entsteht die Frage, wie man die Laienjustiz in ihrer Häufigkeit so einschränken kann, daß sie nützliches leisten kann, also in welchen Fällen kann sie entbehrt werden? Man muß die Laienjustiz in Strafsachen nach meiner Auffassung in der Regel in die letzte Tatsacheninstanz schieben. Ich bin der Meinung, daß in unserer Strafpraxis die Dinge so gestaltet werden müßten, daß die gesamte Massenjustiz zunächst von vorgebildeten, routinierten, gut ausgebildeten Berufsrichtern erledigt wird, daß dagegen — ich will darauf im einzelnen nicht eingehen, das wird in einem Kreise anderer Art geschehen müssen — die zweite und endgültige Instanz, welche die Tatsache prüft, mit Laien besetzt wird, unter juristischem Vorsitz oder juristischer Leitung. Um es kurz anzudeuten: eine Justiz der kleineren Sachen, erste Instanz ein juristisch gebildeter Richter, zweite Instanz ein Schöffengericht, zusammengesetzt aus einem juristisch gebildeten Richter und beisitzenden Schöffen; dann eine Justiz der größeren Sachen: erste Instanz rein juristisch mit starker Garantie bezüglich der erforderlichen Mehrheit — man müßte dann bei drei Richtern Einstimmigkeit für ein Schuldig verlangen —, zweite Instanz, Tatsacheninstanz, ein im wesentlichen aus Laien zusammengesetztes Gericht, entweder unter juristischer Führung als Schöffengericht oder auch als reines Geschworenengericht; darüber kann man verschiedener Meinung sein. Man wird durch diese Konstruktion den (B) Vorzug erreichen, daß durch die Ausscheidung der Massenjustiz, der großen Zahl der Fälle, von denen man auch in Strafsachen genau so gut wie in Zivilsachen sagen kann, daß sie im wesentlichen unstreitig sind und auch meist zu keinem Rechtsmittel führen, das Laiengericht entlastet und damit die Vorbedingung für tüchtige Arbeit des Laiengerichts geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, ähnliche Gedankengänge ließen sich für die Ziviljustiz durchführen. Aber auch diese Dinge sind zu spezialistisch, als daß sie ohne Vorbereitung im Hauptausschuß hier im Plenum der Nationalversammlung mit Erfolg behandelt werden könnten.

Ich möchte mich auf diese wenigen improvisierten Bemerkungen beschränken. Der Justizetat ist ja ganz plötzlich an uns herangekommen, was natürlich seine Behandlung beeinträchtigt. Meine Ausführungen möchte ich mit dem Ausdruck der Hoffnung schließen, daß der neue Herr Justizminister ein Minister der Reform sein wird. Ob er seine Reformen schon der Nationalversammlung wird vorlegen können, ob das noch innerhalb des Rahmens unserer Aufgaben liegen wird, das kann man füglich bezweifeln. Jedenfalls aber mag schon die Zeit der Nationalversammlung dazu benutzt werden, um diejenigen Reformen vorzubereiten, deren Erledigung dann eine der wesentlichen Aufgaben des kommenden Reichstages sein wird, in welchem wir dann den Herrn Reichsjustizminister auf dem gleichen Platze zu begrüßen hoffen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich habe bisher dem Hause noch keine Mitteilung über die Wünsche des Ältestenausschusses in bezug auf die Etatbehandlung gemacht. Es scheint mir angezeigt zu sein, das jetzt nachzuholen. Wir haben einen Etat vor uns, der für ein Jahr bestimmt ist, von dem schon sieben Monate durch (C) einen Notetat erledigt sind. Es ist anzunehmen, daß in ganz wenigen Monaten der Etat für die nächste Periode uns vorgelegt und dann recht eingehend beschäftigen wird. Deshalb ist der Ältestenausschuß von der Meinung ausgegangen, daß man diesen Etat möglichst rasch über die Bühne laufen lassen könne, daß jedenfalls alle Fragen, die in den allernächsten Wochen nicht mehr zur gesetzgeberischen Erledigung kommen können, zweckmäßigerweise bis zur Besprechung des nächsten Etats zu verschieben seien.

(Zustimmung.)

Ich fühle mich verpflichtet, diese Anschauung des Ältestenausschusses zur Kenntnis des Hauses zu bringen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Ich möchte nur feststellen, daß mir wie wohl dem Hause im allgemeinen diese Absicht des Ältestenausschusses nicht bekannt gewesen ist, sodaß ich leider nicht in der Lage war, sie zu berücksichtigen. Ich hätte sonst dem Hohen Hause und mir meine Rede gern erspart.

(Heiterkeit.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsjustizminister.

Schiffer (Magdeburg), Reichsjustizminister: Ich kann es nicht bedauern, daß der Herr Abgeordnete Waldstein durch die Unkenntnis über die Absichten des Ältestenrats veranlaßt worden ist, seine Rede zu halten, denn dann wäre ich um die Worte der Begrüßung herumgekommen, die er mir gewidmet hat. Für diese Worte danke ich ihm. Ich danke ihm auch für die Hoffnung, die er bezüglich der Tätigkeit Ausdruck gegeben hat, die ich in meinem neuen Amte zu entfalten habe.

(D) Wenn er im allgemeinen dargelegt hat, daß nach seiner Meinung das Reichsjustizministerium in weit höherem Grade als bisher ein politisches Ministerium sein werde und sein müsse, so glaube ich ihn recht zu verstehen dahin, daß er nicht etwa die Politik in die Justiz und in das Recht hineinführen wollte, sondern im Gegenteil dahin, daß er meinte, das Recht müsse in höherem Maße als bisher in die Politik hineingebracht werden.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Darin stimme ich völlig mit ihm überein. Denn die große Aufgabe des Augenblicks scheint es mir in der Tat zu sein, den Rückweg zum **Rechtsstaat** zu finden,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

den Weg aus der Zeit der bloßen Macht zum Recht, aus der Zeit der Revolution zur Gesetzlichkeit.

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Das ist eine Aufgabe, die wirklich nicht bloß juristischer und rechtlicher Art ist, sondern eine Aufgabe, die aufs engste zusammenhängt mit der Neugestaltung aller unserer Verhältnisse im Innern wie im Äußern, nicht zum mindesten auch in bezug auf die Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse mit Einschluß der valutarischen Verhältnisse werden sich nur bessern, wenn sie die feste Grundlage gesicherter rechtlicher Zustände haben.

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

Deshalb ist die Aufgabe der Justizverwaltung in der Tat dahin gerichtet, daß sie nicht bloß um ihrer selbst willen, obgleich das Recht an sich ein Objekt um seiner selbst willen ist, sondern auch um der Allgemeinheit willen und nicht zum mindesten um der Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse willen diese festen rechtlichen Grundlagen schafft, erhält und sichert.

(**Schiffer** [Magdeburg], Reichsjustizminister.)

(A) Wenn ich jetzt im einzelnen auf die Anfragen des Herrn Abgeordneten Waldstein eingehe, so muß ich den Vorbehalt machen, daß ich naturgemäß nicht schon heute in der Lage bin, auf sie erschöpfend einzugehen. Die wenigen Tage, in denen ich mein Amt verwalte, haben mir noch nicht diejenige Muße gelassen, um alles das zu erörtern, was hier angeregt worden ist. Immerhin will ich versuchen, soweit es mir möglich ist, die mir gestellten Fragen zu erledigen. Der Herr Abgeordnete Waldstein hat zunächst gefragt, indem er eine Anfrage aus dem Ausschuß wiederholte, wie es um die Absicht einer **Amnestie** stehe. Eine solche Absicht besteht jetzt nicht, und sollte sie etwa geäußert werden, so würde ich Bedenken tragen, ihr zuzustimmen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Ich möchte annehmen, daß wir eher zu viel als zu wenig Amnestien haben.

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Ich bin der Ansicht, daß Amnestien mit der äußersten Vorsicht anzuwenden sind, weil wir es jetzt notwendig haben, das Rechtsgefühl zu stärken und nicht zu schwächen,

(erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

daß Amnestien aber nur zu sehr geeignet sind, eine Schwächung des Rechtsgefühls herbeizuführen, die Hoffnung auf Straflosigkeit oder auf baldige Beseitigung der Strafen zu stärken und damit einen starken Wall gegen die Durchbrechung der Rechtsordnung zu durchlöchern. In der Tat ist es mir bekannt, daß die bereits jetzt erteilten Amnestien allen Ernstes von vielen Kreisen dahin aufgefaßt werden, daß die Erteilung und die Gewährung solcher Amnestien allmählich eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung unseres Rechtslebens sein würde, und daß man mit ihnen gewissermaßen als mit einer festen Tatsache rechnen könne, wobei ich außer Betracht lasse, daß neben den gesetzlichen Amnestien ja die (B) von den Herren Spartakisten in etwas turbulenter Form gewählten Amnestien eine gewisse Rolle spielen, mit denen sie die Gefängnisse öffnen und auf ihre Weise die Abkürzung der Strafe, die verhängt worden ist, herbeiführen. Weil wir daran ein Interesse haben, die Macht des Rechts wieder aufzurichten und das Bewußtsein in die Gemüter einzuhämmern, daß niemand ungestraft gegen Gesetz und Recht verstößt, deshalb müssen wir zurückhaltend sein in der Gewährung solcher Maßregeln, natürlich vorbehaltlich der Handhabung des Begnadigungsrechts, das im Einzelfalle unter sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse dieses Einzelfalles eine dringende Notwendigkeit ist. Das würde sonst eine Lücke unseres immerhin doch formalen Rechtes bilden, die dadurch ausgefüllt wird. Allgemeine Straferlasse haben etwas für sich, sind aber doch eben nur eine Erinnerung an eine Zeit, die ja von der großen Mehrheit dieses Hauses als vergangen und nicht mehr der Rückkehr teilhaftig angesehen wird. Das innerste Wesen der Amnestie hängt tatsächlich nach der geschichtlichen Entwicklung doch sehr mit der monarchischen, um nicht zu sagen mit der absolutistischen Staatsform zusammen. Wann wurden die meisten Amnestien gegeben? Wenn irgendein freudiges Ereignis im Herrscherhause stattfand, wenn ein Geburtstag gefeiert wurde, wenn sich eine Prinzessin verheiratete, wenn ein Thronerbe geboren wurde, kurz wenn der Herrscher wollte — was ihn menschlich ehrte —, daß, wenn er sich selber wohlfühlte, auch seine Untertanen froh sein sollten und aus seiner Gnade heraus sich glücklich fühlen sollten. Das paßt nicht in unsere Zeit hinein. Wir haben überall das Recht walten zu lassen, und die doch an sich brutale Form der Amnestie, die auch Schuldige, die nicht der Gnade würdig sind, befreit, sollte man mit der alleräußersten Sparsamkeit anwenden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Herr Abgeordneter Waldstein hat über die **Reform des Strafrechts** eine Anfrage gestellt. Die Reform des Strafrechts ist ein Gegenstand, der das Reichsjustizamt, also die Behörde, die der meinigen vorangegangen ist, seit vielen Jahren beschäftigt hat. Ein große Kommission, in letzter Zeit unter der Leitung des hochverdienten Herrn Abgeordneten Dr. Kahl, hat einen Entwurf ausgearbeitet. Ehe aber dieser Entwurf noch vollständig in bezug auf die Begründung fertiggestellt war und veröffentlicht werden konnte, brach der Krieg aus. Die Arbeiten blieben liegen, und erst nach Jahren hat dann eine kleine Kommission das Werk wieder aufgenommen und überarbeitet, durchgearbeitet. Der Entwurf ist jetzt so weit fertiggestellt, daß die Frage seiner Veröffentlichung in der allernächsten Zeit entschieden werden wird. Erfolgt die Veröffentlichung, so wird sie gleichzeitig mit der Veröffentlichung des ersten Entwurfs erfolgen, um einen Vergleich zwischen beiden herbeizuführen, und wird ferner nicht als ein amtliches Werk der Reichsjustizverwaltung erfolgen, sondern als ein auf Veranlassung der Reichsjustizverwaltung hergestelltes Werk. Es wird also nicht die Verantwortlichkeit der Regierung hinter diesem Werk stehen, sondern wird ein Projekt sein, an dem sich die Kritik der Öffentlichkeit üben soll, um demnächst zur Grundlage eines amtlichen Entwurfs gemacht zu werden.

Über die Frage des **Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses** schweben insofern Erwägungen, als geprüft wird, inwieweit die bereits als Kriegsverordnungen erlassenen Normen sich in der Praxis bewährt haben. Sollte das der Fall sein — diese Frage hängt auf das engste mit der der Geschäftsaufsicht außerhalb des Konkurses zusammen —, so bin ich geneigt, diese Maßregel, die ja von vielen Seiten sehr gewünscht wird, wenn auch in veränderter Gestalt in den Frieden zu überführen und damit etwas, was man als eine Errungenschaft des Krieges bezeichnen kann, für lange Zeit zu sichern. Ich (D) kann diese Entscheidung naturgemäß aber nicht treffen, ohne praktische Erfahrungen zu haben, und habe deshalb — es ist das eine meiner ersten Anordnungen gewesen — sofort eine Befragung der Länder in die Wege geleitet.

Etwas Ähnliches schwebt bezüglich der Frage der **Verlängerung der Patente.** Als dieser Antrag hier eingebracht wurde, schienen die Antragsteller der Meinung zu sein, daß es sich um eine im wesentlichen kaum streitige Frage handle. Das ist tatsächlich nicht der Fall. Gegen die Verlängerung der Patente haben sich die Vertreter des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie und die Vertreter des deutschen Industrie- und Handelstages ausgesprochen, also doch Instanzen von einer so außerordentlichen Bedeutung, daß man mit großer Vorsicht an das Problem herangehen muß, und ein eigenartiger Zufall hat es gefügt, daß ich vor wenigen Minuten den Brief einer großen Aktiengesellschaft erhalten habe, in der sie ihrerseits vor der Beschreitung dieses Weges warnt.

Mein Herr Vorgänger stand im allgemeinen auf dem Standpunkt, die Bedenken, die gegen eine Verlängerung der Patente sprachen, als ausschlaggebend zu erachten. Ich will die ganze Frage noch einmal zur Prüfung bringen und mich an der Hand neuer Ermittlungen entschließen, ob ich dem Antrage, der von der Deutschen Demokratischen Fraktion ausgesprochen ist, Folge leisten kann.

Der Herr Abgeordnete Waldstein ist dann auf mehrere Fragen der Anwaltschaft eingegangen, er hat insbesondere den **Notstand der Anwälte** berührt, wenn ich auch nicht glaube, daß die Umsatzsteuer ein wirklich ausschlaggebendes Moment für diesen Notstand darstellt. Ich verkenne nicht, daß hier schwere Mißstände vorliegen. Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, den Stand der Arbeiten in

(**Schiffer** [Magdeburg], Reichsjustizminister.)

(A) dieser Beziehung zu prüfen. Ich werde das ungesäumt tun und mich dann entscheiden, ob und in welcher Weise ich eingreifen kann.

Diese Fragen hängen allerdings so außerordentlich eng mit der Neugestaltung des Zivilprozesses überhaupt zusammen, daß es großer Vorsicht bedarf, hier gesetzliche Änderungen vorzusehen, deren Rückwirkung nicht zu übersehen ist. Die Frage wird von mir unter voller Würdigung der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich viele Anwälte befinden, einer Prüfung unterzogen werden.

Die Frage der Anwälte beim Reichsgericht und die Frage der Freizügigkeit der Anwälte, die ebenfalls in einem Antrage niedergelegt ist, hängen in noch viel größerem Maße mit der Gesamtgestaltung unseres Verfahrens zusammen. Ich weiß wirklich nicht, ob es praktisch ist, diese Fragen herauszureißen. Über die Frage der **Freizügigkeit der Anwälte** sind bereits Ermittelungen angestellt. Die Antwort der Einzelstaaten geht ein. Soweit ich bis jetzt sehen konnte, ist die größere Zahl der Antworten ablehnend. Das wird aber meine Schlußentscheidung naturgemäß noch nicht bestimmen. Aber ich weise darauf hin, daß diese Fragen doch jedenfalls nicht so eilig sind, daß wir damit unter allen Umständen das Arbeitspensum der Nationalversammlung belasten sollen. Da wir alle auf dem Standpunkt stehen, der ja gestern ausgesprochen worden ist, daß wir das Pensum, das wir vorhaben, möglichst rasch aufarbeiten und nicht ohne Not vergrößern wollen, um zu Neuwahlen zu kommen, die ja erwünscht wären, so muß jede einzelne Frage auf ihre Dringlichkeit geprüft werden.

Da ich einmal von den Absichten, mit denen das Reichsjustizministerium umgeht, gesprochen habe, so glaube ich, daß es gut ist, wenn ich auch im übrigen, also ohne gefragt zu sein, über den Stand der Reformarbeiten Auskunft gebe, die augenblicklich im Gange sind.

(B) Da handelt es sich in erster Reihe um umfangreiche **Novellen zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz.** Diese Novellen sind so weit fertiggestellt, daß — ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, sie eingehend zu prüfen —, wenn sie den Anschauungen entsprechen, die ich über diese Frage habe, die Nationalversammlung in verhältnismäßig kurzer Zeit mit ihnen befaßt werden kann. Sobald die Vorlagen im Ministerium erledigt sein werden, werde ich dafür Sorge tragen, daß sie veröffentlicht werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es gut ist, so schnell wie möglich der Öffentlichkeit die Absichten der Regierung kundzutun und insbesondere Vorlagen der Regierung der Öffentlichkeit zu übergeben, damit die öffentliche Kritik rechtzeitig sich mit diesen befassen und uns ihre sehr förderliche Hilfe und Mitarbeit nicht versagen kann.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Mit diesen beiden größeren Novellen würden kleinere Gesetze zu verbinden sein, die wiederholt geäußerten Wünschen der Volksvertretung entgegenkommen sollen. Es handelt sich einmal um einen Gesetzentwurf über die Löschung und **Tilgung von Vorstrafen in Strafregistern** und um einen Gesetzentwurf, betreffend Einführung von milderen Strafen in denjenigen Fällen, wo die **Todesstrafe** bisher als absolute Strafe besteht.

Zu diesen Gesetzentwürfen würde sich vielleicht noch ein Gesetzentwurf über die **Ausgestaltung des Jugendrechts** gesellen, nämlich dann, wenn über diesen Punkt eine Auseinandersetzung mit dem Reichsministerium des Innern stattgefunden hat. Bisher bestand die Absicht, die ganze Materie der Fürsorge für die Jugend in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung einheitlich zu treffen. Jetzt scheinen andere Anschauungen hervorgetreten zu sein, sodaß sich die Möglichkeit ergibt, die Gesamtheit der Rechtsfragen, soweit die Jugend an ihnen beteiligt ist, einheitlich als solche zu regeln. Das wird eine Aufgabe meines Ministeriums sein, der wir uns mit dem für diese wichtige Angelegenheit gebotenen Eifer zuwenden. (C)

Nun bin ich allerdings der Meinung, daß damit die Aufgaben meines Amts keineswegs erschöpft sind. In der Tat liegen auch Vorarbeiten auf allen anderen Gebieten vor, insbesondere auf dem des **Zivilprozesses** und des **bürgerlichen Rechts.** Ich bin entschlossen, diese Vorarbeiten so zu fördern, daß in möglichst kurzer Zeit Reformen, und zwar tiefgreifende Reformen auch in dieser Materie vollzogen werden können.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich stehe dabei auf dem Standpunkt, den einst ein großer Jurist, der allerdings kein großer Justizminister wurde, Herr v. Savigny, präzisierte, als er sagte: das Recht ist eigentlich nichts anderes als das Leben selbst, nur von einer besonderen Seite gesehen, Recht und Leben gehören zusammen. Wenn man diesen Standpunkt einnimmt, dann ergibt sich auch ohne weiteres die Forderung, unser Rechtswesen in seiner Gesamtheit einer Nachprüfung und einer Umgestaltung zu unterwerfen. Denn das Leben hat sich geändert, hat sich so tiefgreifend in allen seinen Beziehungen geändert, wie wir es im Augenblick vielleicht noch gar nicht übersehen. Es hat ganz neue Gedanken zutage gebracht, denen sich das Recht anpassen muß, wenn es mit dem Leben in Einklang bleiben will.

Schon aus diesem Grunde also müssen wir daran denken, wenn wir nicht den alten Vorwurf auf uns laden wollen, daß das Recht nachhinkt und sich wie eine ewige Plage von Geschlecht zu Geschlecht fortwälzt, langsam von Ort zu Ort sich bewegt, rechtzeitig ins Leben hineinzugehen, rechtzeitig die neuauftauchenden Ideen zu fassen, suchen und versuchen, ihnen die rechtliche Gestalt zu geben, deren sie bedürfen. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei haben wir einen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, der vielleicht in unserer bisherigen Rechtsgestaltung doch noch nicht so gewürdigt worden ist, wie er es verdient. Im großen und ganzen können wir in Deutschland mit unserem Recht und vor allem mit unserer Rechtspflege durchaus zufrieden sein. Ein sorgfältig durchdachtes, ein technisch außerordentlich hohes, fein ausgearbeitetes, systematisch durchgearbeitetes Recht, wie wir es haben, ist eine Geistesschöpfung, die als solche Bewunderung verdient, und hat in der Tat die Grundlage unseres großen Aufschwunges mit gebildet, auf den wir stolz sind und dem wir jetzt traurig nachblicken. Dazu eine Beamtenschaft, die in ihrer Unbestechlichkeit, in ihrer Lauterkeit, in ihrem Pflichteifer, in der Höhe ihrer Anschauungen, in ihrer wissenschaftlichen Durchbildung sicherlich ihresgleichen suchte.

Aber wir wollen es offen bekennen: trotz alledem ist es nicht gelungen, das richtige **Verhältnis zwischen Volk, Recht und Rechtspflege** herzustellen, trotz alledem besteht eine Kluft, die wir als Männer des Rechts oft und schmerzlich empfunden haben. Das Recht war und ist doch der großen Masse unseres Volkes etwas Fremdes geblieben, ein mehr technisches Instrument, mit dem in Berührung zu kommen sich der gute Bürger nach Möglichkeit scheute, nicht bloß etwa auf dem Gebiete des Strafrechts, nicht bloß, was sehr wünschenswert wäre, um Zivilprozesse zu vermeiden. Wir wissen, daß jeder bei dem Gedanken, und sei es in harmlosen Sachen, zum Beispiel bei Vormundschaften, aufs Gericht zu gehen, einen leisen Schauer empfindet und mit gemischten Gefühlen die Stätte der Themis aufsucht. Das ist etwas Ungesundes. Wir müssen davon ausgehen, alle Institutionen des Staates so zu gestalten, daß das Volk sie als seine eigenen In-

(**Schiffer** [Magdeburg], Reichsjustizminister.)

(A) stitutionen, auf die es stolz ist und denen gegenüber es Vertrauen hat, betrachtet.

Das gilt ganz besonders in bezug auf das Recht. Wie Professor v. Gierke einmal gesagt hat, man müsse den Staat an das Volk heranbringen, so müssen wir vor allen Dingen Recht und Volk miteinander in Einvernehmen setzen und Recht und Volk aneinander heranbringen. Deshalb wird es die Aufgabe, der wir uns zuwenden müssen, sein, mit dem äußeren Aufbau, selbst auch in der Sprache des Rechts und vor allen Dingen in der inneren Gestaltung des Rechts volkstümlichere Anschauungen zu verwirklichen und das Volk mit demjenigen — ich möchte nicht bloß sagen — Vertrauen, sondern mit derjenigen Vertraulichkeit zu erfüllen, die notwendig ist, um dem Recht den großen Platz im Volksleben zu sichern, der ihm gebührt. Wir müssen die Vertrautheit mit dem Recht auch mit Bezug auf die Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften — das ist ja eine große Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung — steigern. Wir müssen es dahin bringen, daß die Rechtsfremdheit des Volkes, die ich in Gegensatz zu der langbesprochenen Weltfremdheit der Richter stellen muß, aufhört. Das Recht selbst muß dazu tun, daß dieses Verhältnis zwischen ihm und den einzelnen Bürgern hergestellt wird. Eine gewisse Rücksichtnahme auf die Empfindungen des Volkes, ein Verständnis für die wirtschaftlichen Fragen, denen in weitem Umfange doch das Recht dienen soll, ist eine Voraussetzung für eine gesunde und gute Rechtspflege.

Ich werde mich niemals dazu entschließen, auf die Hilfe eines wissenschaftlich durchgebildeten **Juristenstandes** zu verzichten. Wer das verlangt, verkennt, daß unser technisch hochentwickeltes Zeitalter dieser wissenschaftlichen Durchbildung bedarf.

(Sehr richtig!)

Das bloße Volksrichtertum kann gewiß in weitem Umfang (B) einzelne Streitigkeiten erledigen, aber es kann das nicht, was wir müssen: künftigen Streitigkeiten vorbeugen, indem eine ständige, stetige, durchgearbeitete Rechtsprechung eine feste Basis auch für die Abschlüsse der Geschäftsleute bietet.

(Sehr richtig!)

Es kann natürlicherweise auch nicht daran denken, Gesetzbücher herzustellen, in denen jeder einzelne Bürger, indem er einfach das Sachregister nachschlägt, für jeden Fall eine Lösung findet. Das ist nicht denkbar. Deshalb bedürfen wir einer erhöhten Schulung, Vorbildung und Durchbildung unserer Juristen.

Damit läßt sich sehr gut vereinbaren, die Gestaltung sowohl des Prozeß- wie des materiellen Rechts dem Volksempfinden näher zu bringen. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Waldstein sehr dankbar für die Anregung, die er in dieser Beziehung gegeben hat. Er kann sicher sein, daß seine Anregungen verwertet werden. Ich will in jeder Hinsicht die engste Fühlung mit dem wirklichen, dem wirtschaftlichen Leben unseres Volkes haben. Ich bin insbesondere gesonnen, dauernd diese Fühlung aufrecht zu erhalten, um bei der Vorbereitung der großen Reformarbeit stets nicht nur mit Juristen, sondern auch mit Männern des praktischen Lebens in Verbindung zu stehen und von ihnen zu hören, wo unser Volk in rechtlicher Beziehung der Schuh drückt, und wie die Wege nach ihrer praktischen Anschauung beschaffen sein müssen, um abzuhelfen, wo abzuhelfen ist. Ich glaube, daß ich im Einverständnis mit dem hohen Hause bin, wenn ich in diesem Sinne die Aufgabe meines Amtes auffasse und das meine daran setzen werde, sie zum Heile unseres Vaterlandes zu lösen.

(Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Die Programmrede, die (C) der Herr Reichsminister der Justiz soeben gehalten hat, war interessant wegen dessen, was er sagte, und wegen dessen, was er verschwieg.

(Lachen.)

Die ästhetischen Ausführungen über den Wert der Jurisprudenz und ein gelehrtes Richtertum darf ich wohl zu den programmatischen Ausführungen überhaupt nicht rechnen; es sei denn, daß das Loblied auf den gelehrten Richter und die Betonung seiner unumgänglichen Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung und Fortbildung des Rechts die **Strafprozeßreform** vorbereiten sollte, die wir seit langer Zeit vergeblich erwarten und über die ich heute von dem Herrn Reichsjustizminister gar nichts gehört habe. Es wäre sehr betrüblich, wenn sich die theoretische Stellung, die heute der Herr Reichsjustizminister zu dem gelehrten Richtertum dargelegt hat, etwa bei der Reform des Strafprozesses darin ausdrücken sollte, daß dem Laienelement nicht die Stellung gewahrt würde, die seine Vorgänger sogar im alten Regime ihm haben gewähren wollen.

Gegen das **Volksrichtertum** hat sich der Herr Reichsjustizminister, natürlich vom Standpunkt seiner Weltauffassung und Parteiauffassung aus, deutlich und energisch ausgesprochen. Ich glaube aber, daß die Entwicklung über diese Ausführungen hinweggehen wird. Man kann die Strafprozeßreform verschleppen, man kann sie zu verhindern, man kann sie unrichtig auszugestalten suchen, und doch wird es sich immer breiter und tiefer durchsetzen, daß das Volk das Richtertum fordert, das sich in dem Wort und Begriff „Volksrichtertum" ausdrückt. Zu tief ist nach alledem, was vorangegangen ist, das Mißtrauen immer weiterer Kreise der Bevölkerung in das Walten, namentlich in das alleinige Walten des gelehrten Richtertums, als daß dieses tiefe Mißtrauen sich nicht bei der zukünftigen Ausgestaltung, namentlich des Strafprozesses, (D) Geltung verschaffen sollte.

Zu der von dem Herrn Reichsjustizminister angekündigten **Reform des Strafrechts** werden wir Stellung nehmen, wenn sie endlich vorliegt. Der Herr Kommissar des Reichsjustizministers hat darüber im Haushaltsausschuß Ankündigungen gemacht. Wir werden abwarten, wie das Gesetz aussieht. Ich möchte nur die Bitte aussprechen, daß die von dem Herrn Kommissar des Reichsjustizministers in Aussicht gestellte öffentliche Diskussion von vornherein so angelegt und in einem solchen Rahmen gehalten werde, daß sie nicht übermäßig lange dauert, und daß die Strafrechtsreform in allernächster Zeit dem hohen Hause vorgelegt wird. Denn so viel wird mir wohl von allen Seiten dieses Hauses zugegeben werden: viel Neues kann uns die Wissenschaft zu der Reform des Strafgesetzbuchs, wie sie nach den früheren Mitteilungen geplant ist, nicht mehr sagen. Andererseits läßt sich aber natürlich über alles sehr trefflich und sehr viel unter Juristen streiten, und von Leuten, die künftig die Stühle der juristischen Wissenschaft einnehmen, lassen sich die umfangreichsten und tiefgründigsten Abhandlungen über ein der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegtes Gesetzgebungswerk schreiben, nur daß die Gesetzgebung selbst und die Wünsche des Volks darunter leiden, wenn man sie zugunsten der Fortspinnung einer solchen gelehrten Diskussion unbefriedigt läßt.

Der Herr Reichsjustizminister hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, als das Hauptziel der Reichsjustizverwaltung die Durchsetzung des **Rechtsstaats** hingestellt. Nun gibt es eine ganze Anzahl Punkte, wo der Rechtsstaat schleunigst durchgesetzt werden müßte, namentlich nach den Erfahrungen der letzten stürmischen Monate. Ich darf den Herrn Reichsjustizminister auf eine jetzt besonders störende Erscheinung aufmerksam machen. Wir

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) haben zwar im Friedensvertrag die Abschaffung der militärischen Einrichtungen versprochen, wir haben bei den Verfassungsberatungen die Aufhebung der Militärjustiz beschlossen, und eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Landsberg bezieht sich auch darauf. Aber wir haben noch immer den Zustand, daß über so hochpolitische Fragen, wie es die Verhängung der **Schutzhaft und** der **Aufenthaltsbeschränkung** ist, in diesem Rechtsstaat von einem Kollegium geurteilt wird, das aus vier Soldaten und drei Richtern besteht. Noch immer gehen die Beschwerden in Schutzhaftfragen an das Reichsmilitärgericht; ich glaube, daß der Herr Reichsjustizminister diesen Zustand auch vom Standpunkt seiner Parteiauffassung nicht gerade sehr erfreulich findet. Es wäre doch schon in den abgelaufenen Monaten die Möglichkeit gewesen, durch eine, wie ich glaube, gar nicht umfangreiche Novellengesetzgebung, durch eine gar nicht tief einschneidende Veränderung des Schutzhaftgesetzes vom Dezember 1916 eine andere Beschwerdestelle zu schaffen und vielleicht auch eine zweite Tatsacheninstanz. Bei früheren Beratungen haben meine Freunde dargelegt, welchen Umfang die Anwendung der Schutzhaft und auch der Aufenthaltsbeschränkung gerade in den letzten Monaten erlangt hat. Es sitzen gegenwärtig und es haben seit dem November 1918 meiner Rechnung nach ungleich mehr Leute in Schutzhaft gesessen als während der ganzen Zeit des Krieges. Die Handhabung des Belagerungszustandes ist in diesem „Rechtsstaat", wie bei allen feststehen wird, viel rücksichtsloser und gewalttätiger als in den Zeiten bis zum 9. November 1918. Dabei gibt es aber jetzt keinen Schutzhaftfall, der nicht seinen politischen Ursprung hätte; es läßt sich jetzt kein Fall von Schutzhaft finden, wo militärische Interessen aller Art, wie sie während des Krieges zur Verhängung der Schutzhaft Anlaß gegeben haben, irgendwie aufzufinden wären. Wir haben also den auf-

(B) fallenden und sicherlich von dem Herrn Reichsjustizminister nicht gebilligten Zustand, daß über rein politische Fragen eine erste und letzte Instanz zu urteilen hat, die in der Mehrzahl aus Militärs besteht, politisch nicht geschulten Herren, die, wenn man ihnen glauben will, nach ihrer beruflichen Stellung verpflichtet waren und einen Ehrgeiz daran setzten, unpolitisch zu sein, während das juristische Element oder gar ein politisch sachkundiges Element in dem Gericht, das über Schutzhaftbeschwerden zu befinden hat, zurücktritt oder gar nicht vorhanden ist. Ich spreche die Erwartung aus, daß der Herr Reichsjustizminister von dem soeben entwickelten Standpunkt aus, den er in Rechtsangelegenheiten einnehmen will, schleunigst dafür sorgen werde, diesen für einen Juristen, geschweige einen Politiker unerträglichen Zustand schleunigst zu ändern.

Ich darf den Herrn Reichsminister ferner auf ein Gesetz hinweisen, das unter dem Namen **lex Schiffer** in der Rechtswissenschaft und in der Praxis berühmt ist, es ist das Gesetz, das gegenüber dem **Belagerungszustandsgesetz** vom 4. Juni 1851 **mildernde Umstände** als zulässig eingeführt hat. Ich weiß nicht, ob es dem Herrn Reichsjustizminister bekannt ist, daß in all den zahlreichen Fällen, die jetzt vor den außerordentlichen Kriegsgerichten verhandelt werden, die Annahme mildernder Umstände in solchen Fällen versagt wird, wo es sich um Verstöße gegen den § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1851 handelt, und zwar mit der Begründung, daß die lex Schiffer keine Anwendung finden dürfe. Die spitzfindige Erwägung, die zur Ausschaltung der lex Schiffer führt, ist folgende: In der lex Schiffer heißt es, daß die mildernden Umstände zulässig seien, wenn der Kriegszustand, auf Grund dessen der Belagerungszustand eingeführt ist, vom Kaiser angeordnet sei; und nun sagen die Gerichte: die Fälle von Belagerungszustand, die wir jetzt haben und auf Grund deren die außerordentlichen Kriegsgerichte eingesetzt sind, verdanken ihre Entstehung nicht einer Kriegszustandserklärung durch den Kaiser — der war ja nach Einführung der neuen Fälle von Belagerungszustand nicht mehr am Regiment —, sondern sie beruhen zum Beispiel auf Anordnungen des preußischen Staatsministeriums oder des Reichswehrministers und dergleichen. (C)

Auf diese Weise wird wegen einer rein formalistischen Erwägung die von dem Herrn Reichsjustizminister als Gesetzgeber gewollte Wohltat in allen dazu geeigneten Fällen ausgeschlossen. Ich höre, daß sich aus dem Hause heraus ein Antrag vorbereitet, der die lex Schiffer auch in solchen Fällen durch ausdrückliche Bestimmung angewendet wissen will, vielleicht, worüber sich durchaus reden lassen würde, mit einer sehr großen Erhöhung der Geldstrafe, die in der lex Schiffer nur auf 1500 Mark Höchstgrenze gesetzt ist. Aber ich bin überzeugt, daß der Herr Reichsjustizminister dieses sein geliebtes Kind, die lex Schiffer, nicht nur nicht verleugnen, sondern so fördern wird, daß es für das jetzige politische Leben auch brauchbar ist, und ich erwarte, daß er dem Antrag aus dem Hause zuvorkommen und schleunigst dafür sorgen wird, daß durch eine Vorlage der Reichsregierung diesem sicherlich nicht erträglichen Zustand ein Ende gemacht werde.

Schließlich ein Wort über die Frage der **Amnestie.** Der Herr Reichsjustizminister hat die Amnestie in Bausch und Bogen verworfen, wenigstens für die jetzige und für eine absehbare Zeit. Er hat die Meinung ausgesprochen, daß man schon vielzuviel amnestiert habe, und daß es sich für die nächste Zeit vielmehr darum handele, eben den Gedanken des Rechtsstaats und der Gerechtigkeit in das allgemeine Bewußtsein überzuführen und dort zu verwurzeln. Aber ich glaube, dabei hat er die Frage der Amnestie allzusehr generalisiert; ganz so einfach läßt sie sich nicht abweisen.

Man muß bei den Amnestien zwischen solchen allgemein-krimineller Art und solchen politischer Art unterscheiden. Gewiß ist die Amnestie vom Dezember aus einem politischen Grunde gegeben worden und hat beide Arten von Vergehen, die unpolitischen und die politischen, umfaßt. Niemand wird etwa verlangen, daß die Regierung alle paar Monate nun von neuem eine Seisachtheia, eine neue Generalamnestie bringe, die alle Vergehen und Verbrechen des Strafgesetzbuchs umfaßt. Aber wenn man die Amnestie überhaupt verdammt, ohne Rücksicht auf den Fortgang der politischen Entwicklung, dann tut man, ich möchte sagen, aus juristischer Haarspalterei ein Unrecht. Dann wird wieder einmal summum jus summa injuria. (D)

Die Amnestie ist ein politischer Akt höchster Ordnung und muß sich dem Fortschritt der politischen Entwicklung anpassen. Der Herr Reichsjustizminister kommt sicherlich so viel unter die Leute, kommt in der Öffentlichkeit und im Privatleben so viel mit Menschen zusammen wie ich, und ich bin überzeugt, es wird ihm genau so oft wie mir die Meinung begegnet sein, daß beispielsweise die junge deutsche Republik ihre Geburtsstunde nicht besser hätte feiern können als durch eine Amnestie mindestens auf dem Gebiete der politischen Vergehen und Verbrechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hat man doch vom Regierungstische aus immer und immer wieder betont, daß die geschichtliche Bedeutung der Verfassungsberatung und der Verfassung gerade darin bestehe, an Stelle des gesetzlosen Zustandes der Revolution den Rechtsstaat zu setzen! Da hätte es sehr nahe gelegen, daß die Reichsregierung, daß die Behörden, die die Verfassung an erster und höchster Stelle zu handhaben verpflichtet sind, an die Geburtswehen des Rechtsstaats ein ewiges Andenken in Form einer Amnestie geschaffen hätten. Die Bevölkerung gerade auch der Kreise, denen die Parteifreunde des Herrn Reichsjustizministers ange-

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

hören, ist sehr häufig an mich mit einer Klage darüber herangetreten, daß die junge deutsche Republik einen geringen Beweis von Vertrauen und Großherzigkeit gezeigt habe, indem man die Verfassung, diese Geburtsurkunde der Republik und des demokratischen Rechtsstaates, entgegengenommen habe, ohne all der politischen Sünden verzeihend zu gedenken, die bei der Durchsetzung des Rechtsstaates hüben und drüben begangen worden sind.

Ich bitte den Herrn Reichsjustizminister, die etwas allgemeine Erwägung, die er gegenüber dem Problem der Amnestie heute angestellt hat, nachzuprüfen, und ich bin überzeugt, daß er sich das Vertrauen, dessen er für die Durchführung seines Amtes dringend bedarf, in viel höherem Maße und in viel weiteren Kreisen erwerben und sichern wird, wenn er seine Stellung zu der Amnestiefrage einer gründlichen Revision unterzieht.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Sinzheimer.

Dr. **Sinzheimer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn später einmal auch die Revolution unter geschichtlichem Gesichtspunkt betrachtet werden wird, dann wird man sehen, daß diese Revolution große, weite Wirkungen in bezug auf großzügige Reformen und eine anderweitige geistige Verfassung nach sich gezogen hat.

Die Wirkungen der Revolution sind nicht dadurch erledigt, daß nun durch die Statuierung der Verfassung an sich das rechtliche Ergebnis der Revolution herbeigeführt worden ist. Sie wird in den Geistern weiterwirken und zu Reformanschauungen grundlegender Art führen. Man kann sagen, das Hauptergebnis der Revolution wird der entschiedenste Reformwille auf allen Gebieten sein, und ich glaube, das gilt auch für die Betrachtung des Justizwesens, weil gerade hier ein entschiedener Reformwille, eine **„durchgreifende Justizreform"**, um einmal dieses Wort zu gebrauchen, die notwendige Konsequenz der großen Erschütterung sein muß, der wir durch die Revolution entgegengeführt worden sind. Es kommt heute nicht mehr darauf an, an gewissen Nebenpunkten den Reformwillen einzusetzen, wir müssen vielmehr von dem Bewußtsein durchdrungen sein und uns davon durchdringen lassen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, auch auf dem Gebiete des Justizwesens den Änderungen der sozialen Anschauungen und auch den Änderungen in der ganzen juristischen Auffassung gerecht zu werden.

Nun ist zunächst heute gesprochen worden von der **Strafrechtsreform.** Gewiß wird dieser Reformwille sich zunächst bei der Strafrechtsreform betätigen wollen und betätigen müssen. Ich versage es mir, heute im einzelnen auf die Wünsche einzugehen, die unsere Partei in bezug auf eine durchgreifende Reform des Strafrechts stellt und immer sich gestellt hat, da ja zu erwarten ist, daß gerade die Reform des Strafrechts eine Reform ist, der wir bald entgegengehen werden. Es kommt heute darauf an, die Demokratie den Menschen wirklich näher zu bringen, ihnen zu zeigen, daß überhaupt ein Umschwung in den Anschauungen eingetreten ist. Es genügt nicht, daß eine demokratische Verfassung besteht, es muß dazu kommen, daß alle im Volke empfinden, daß tatsächlich alle Einrichtungen im Staate, besonders seine Strafeinrichtungen, von neuem Geiste durchdrungen sind und durchdrungen sein sollen. Jedenfalls wünschen wir, daß möglichst bald, was der Herr Reichsjustizminister ja auch bereits zugesagt hat, eine Veröffentlichung der Reformarbeit, wie sie gedacht ist, erfolgt, damit alle beteiligten Kreise des Volkes Gelegenheit finden, zu dieser wichtigen Reform Stellung zu nehmen, damit die Reform nicht in bureaukratischer Abgeschlossenheit, sondern unter der Beteiligung des ganzen Volkes und aller beteiligten Kreise sich vollziehen kann.

Aber eins wollen wir heute bereits betonen. Es kommt nicht nur darauf an, Sätze des materiellen Strafrechts zu ändern, es kommt auch darauf an, die Begleiterscheinungen des strafrechtlichen Lebens und der Strafrechtsprechung, insbesondere die **Untersuchungshaft** und den **Strafvollzug** von Grund auf zu ändern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, daß gerade während des Krieges in bezug auf die Untersuchungshaft und die Strafvollziehung in den Gefängnissen und Zuchthäusern schauderhafte Zustände geherrscht haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir dürfen es uns nicht verschweigen, verehrte Anwesende, daß durch die Bemessung der notwendigen Nahrung sowohl in der Untersuchungshaft wie in den Strafanstalten viele an Entkräftung gestorben sind. Jeder, der in Verbindung steht mit dem Strafrechtswesen, weiß zu erzählen von erschütternden Nachrichten, die er direkt oder indirekt aus diesen Häusern bekommen hat, und wir dürfen nicht daran vorbeigehen, sondern müssen uns zu Gemüte führen und wissen, daß die Zustände in der Untersuchungshaft und im Strafvollzug während des Krieges in vielen Fällen aller Menschlichkeit gespottet haben. Wir wissen, daß die Verhältnisse der Ernährung sehr schwer waren und daß wir es selbstverständlich nicht verhindern können, daß der allgemeine Rückgang des Ernährungszustandes sich auch dort gezeigt hat. Aber es scheint uns, als ob gerade hier in bezug auf die Untersuchungshaft und den Strafvollzug doch viel mehr hätte geschehen können, damit diese Dinge wären vermieden worden, die zweifellos in der geschilderten Weise vorgekommen sind. Ich will damit sagen, daß es notwendig ist, die Regelung der Untersuchungshaft und des Strafvollzugs den Verwaltungsvorschriften zu entziehen und dafür zu sorgen, daß sowohl die Vollziehung der Untersuchungshaft wie der Strafhaft auf gesetzliche Bestimmungen in Zukunft gestellt wird.

Man wird mir erwidern, daß in dieser Hinsicht bereits gesetzliche Normen bestehen. Das ist richtig. Aber Tatsache ist, daß die allgemeinen Verwaltungsvorschriften, besonders die Gefängnisordnungen, die Absicht des Gesetzgebers vollkommen vereitelt haben. Darum ist es notwendig, auch die Vollziehung der Untersuchungs- und Strafhaft auf einen Boden zu stellen, von dem aus es gesetzlich möglich ist, die Behandlung der Untersuchungs- und Strafgefangenen im humanen Sinne zu sichern. Wir müssen uns von der mittelalterlichen Anschauung befreien, als ob der Häftling nur Objekt der Verwaltung sei, wir müssen die Grundanschauung annehmen, daß auch der Häftling als Rechtssubjekt anerkannt und behandelt werden muß. Diese Gedanken sind nicht Forderungen, die plötzlich aufgestellt werden. Diese Forderungen sind in den letzten Jahren in Wissenschaft und Praxis allgemein erhoben worden. Worauf es jetzt ankommt, ist, diese Forderungen tatkräftig und schnell zu verwirklichen. Denn Demokratie bedeutet Menschlichkeit. Sie darf nicht zaudern, sich auch in diesem Sinne durchzusetzen.

Im übrigen meinen wir, daß es nunmehr höchste Zeit ist, nicht nur an die Reform des Strafprozesses zu denken, über den ich heute auch nicht weiter sprechen will, weil seine Reform unmittelbar bevorsteht, sondern daß wir vor allen Dingen auch an eine grundlegende, durchgreifende **Zivilprozeßreform** denken müssen. Unsere Zivilgerichtsbarkeit ist sozusagen zerstört, aufgelöst in alle mögliche zersplitterte Gerichtsbarkeit. Es fehlt die Einheit. Unsere Richter sind immer mehr an detaillierte Vorschriften gebunden. Es mangelt an richterlicher Freiheit. Und wir sehen, daß der Richter heute übermäßig mit Geschäften belastet ist, die er nicht ausführen sollte,

(Dr. Sinzheimer, Abgeordneter.)

(A) weil die auch untergeordnete Organe ausführen können. Der Richter ist zweckwidrig überlastet. Wir müssen daran denken, die Einheit die Zivilrechtspflege zu retten, den Geist der richterlichen Freiheit zu fördern und eine volle Arbeitsfreude des Richtertums zu ermöglichen durch Konzentration auf seine wesentliche Berufsarbeit. Das sind zum Teil Forderungen, die vor allen der verstorbene Oberbürgermeister Adickes aufgestellt hat. Die Diskussion über diese Grundforderungen scheint uns noch nicht abgeschlossen zu sein.

Doch muß eines betont werden: Einheit der Zivilgerichtsbarkeit bedeutet nicht, daß da, wo vom sozialen Standpunkte aus **Sondergerichte** gefordert werden müssen und das Vertrauen der Beteiligten in sie gewonnen ist, die Entwicklung wieder rückgängig gemacht werden soll. Das scheint uns nicht möglich zu sein. Im Gegenteil — ich lege großen Wert darauf, das zu unterstreichen — wird die Frage auftauchen, ob die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ausreichen, um den berechtigten Wünschen der Arbeiter und Angestellten zu entsprechen. Ich möchte die Frage, ob alle berechtigten Bedürfnisse nach Ausdehnung dieser Sondergerichte befriedigt sind, verneinen. Heute muß die Forderung erhoben werden, daß die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte möglichst bald zu einheitlichen **Arbeitsgerichten** ausgebaut werden. Es geht nicht an, daß durch die zufällige Entwicklung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete nur ein Teil der Arbeiterschaft diese Sondergerichte mit dem billigeren Verfahren und der Heranziehung der Beisitzer aus dem Lager der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat. Wir müssen diese Gerichte auf alle Kategorien der Arbeiter erstrecken, insbesondere auf die Landarbeiter und das Gesinde. Und es ist notwendig, daß endlich auch die Angestellten Recht nehmen können vor Sondergerichten ihres Vertrauens, damit sie nicht mehr (B) vor den ordentlichen Gerichten mit ihrem umständlichen Verfahren, ohne Heranziehung von Beisitzern, in kostspieligen Prozessen, die oft die Lebensinteressen dieser Angestellten beschränken, ihr Recht zu suchen brauchen. Wir fordern also hier, wenn wir an den Ausbau der Gerichtsorganisation denken, eine Vereinheitlichung der bisherigen sozialen Gerichte unter dem Gesichtspunkt einheitlicher Arbeitsgerichte, deren Zuständigkeit sich auf alle Arbeiter aller Kategorien und auf alle Angestellten aller Kategorien erstrecken muß. Die Regierung möge daran denken, diesen Gesetzentwurf möglichst bald vorzulegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorarbeiten dazu sind bereits vorhanden, und es ist leicht, diese Forderung möglichst bald zu erfüllen,

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

eine Forderung, auf deren Erfüllung die beteiligten Kreise einen wohlbegründeten Anspruch haben.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir wissen und wir freuen uns darüber, daß im Reichsarbeitsministerium die große Reform des Arbeitsrechts bearbeitet wird. Wir glauben, daß hier ein Werk von geradezu epochemachender und vorbildlicher Bedeutung geschaffen werden kann. Aber wir sind der Ansicht, daß diejenigen Reformpunkte, die unserer Ansicht nach bereits reif zur Verwirklichung sind, also insbesondere die Forderung nach einheitlichen, umfassenden Arbeitsgerichten, so bald wie möglich erfüllt werden sollen. Ich meine: da, wo eine Frage spruchreif geworden ist, sollte die Regierung keinen Augenblick zögern; vor allen Dingen müssen in diesen sozial gespannten Zeiten solche Forderungen möglichst bald erfüllt werden, und die Regierung sollte sich nicht zur Erfüllung von Forderungen drängen lassen, deren Erfüllung sie ja ohnedies ins Auge gefaßt hat.

Die Frage einer Reform des Zivilprozesses berührt aber nicht nur die Gerichtsverfassung, sondern auch das Zivilprozeßverfahren. Es wundert mich, daß wir heute (C) nichts Ausführliches über eine **Reform des Zivilprozeßverfahrens** gehört haben. Ich nehme an, daß auch diese Reform beabsichtigt ist. Denn so, wie heute der Zivilprozeß geführt wird, kann und darf er nicht mehr weitergeführt werden. Das wäre eine Verschwendung von Kräften und eine Verschwendung von Kosten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich begreife das Bestreben der Industriellen, sich möglichst der Bedeutung der ordentlichen Gerichte durch Begründung von Schiedsgerichten zu entziehen, weil sie tatsächlich mit der Praxis des Zivilprozesses, wie er heute besteht, nicht leben können. Ein Zivilprozeß hat nur dann Sinn und Bedeutung, wenn er möglichst rasch geführt den Streitfall entscheiden kann. Das ist heute nicht der Fall, und deswegen kann nichts so sehr die Autorität der Gerichte — die wir haben müssen, die wir stärken müssen — fördern, als ein gutes Zivilprozeßverfahren, das volkstümlich und beliebt ist. Zur Autorität der ordentlichen Gerichte ist es notwendig, ein Verfahren herbeizuführen, das nicht anmutet wie ein Verfahren aus der guten alten Zeit, sondern ein Verfahren, dessen ganzes Wesen den Rhythmus unserer Zeit, die rasch nach Entscheidung drängt, in sich trägt.

Der leitende Gedanke bei jeder Zivilprozeßreform muß sein die **Konzentration der Hauptverhandlung.** Nur wenn wir uns befreien können von dem stückhaften Verhandeln, wie es heute praktisch ausgeübt wird, von dem Verzetteln des ganzen Prozesses in eine Unzahl von Terminen, in Verhandlungstermine, Beweisaufnahmetermine, wenn wir es herbeiführen können, daß der ganze Streitstoff in einer konzentrierten Hauptverhandlung verhandelt werden kann, die unter Heranziehung der Beteiligten, der Zeugen und Sachverständigen in einem Termin erfolgen muß, nur dann können wir hoffen, daß wir einen Zivilprozeß finden, der seiner Aufgabe gerecht wird. (D)

Verehrte Anwesende! Wir sind uns bewußt, daß die Justizreform nur durchgeführt werden kann, wenn wir nicht nur an die Justizreform, sondern auch an die Reform der Juristen denken. Ich glaube, daß der heutige juristische Typus mit seiner heutigen **juristischen Ausbildung** nicht mehr genügt, um den Forderungen und Ansprüchen unserer Zeit gerecht werden zu können. Es hat gar keinen Zweck, große Reformwerke zu ersinnen, wenn die Menschen dazu nicht da sind, um im Geiste dieses Reformwerkes nun wirklich auch reformerisch tätig sein zu können.

Die Frage einer neuen juristischen Ausbildung, beginnend bereits auf der Universität und sich dann fortsetzend im Vorbereitungsdienst, ist eine Frage, die uns interessieren muß, wenn überhaupt von der Justizreform gesprochen werden kann. Unsere juristische Ausbildung leidet daran, daß sie einerseits zu sehr den Hauptwert auf geschichtliche Ausbildung legt und andererseits immer noch dem formalen juristischen Element den Vorrang vor den anderen Erziehungsmomenten beilegt. Unseres Erachtens muß dafür gesorgt werden, daß der Jurist bereits auf der Universität so herangebildet wird, daß er später seiner großen Aufgabe gewachsen ist. Denn wir wollen eine autoritative Zentralstellung des Richters. Aber wir sind uns bewußt, daß diese Autorität zerstört wird, wenn das Volk bewußt oder instinktiv empfindet, daß diese Juristen weit weg sind von dem gewöhnlichen Weg des Lebens und dem Zusammenhang mit der Entwicklung. Da hat gerade die juristische Ausbildung und haben gerade diejenigen Faktoren, die für diese Ausbildung verantwortlich sind, eine große Aufgabe, und ich glaube, sie tun gut daran, wenn sie nicht etwa sagen: „Wir tun das Rechte“ und wenn sie sich nicht nur auf den Standpunkt stellen: „Wir haben unsere

(Dr. **Sinzheimer**, Abgeordneter.)

(A) Verdienste". Gewiß, wir kennen alle die unendliche Bedeutung der Universitätsausbildung, die wir alle genossen haben. Aber auch die Universitäten haben allen Grund, daran zu denken, ob sie nicht auch eine Art von Neuorientierung auf wissenschaftlicher Grundlage, vor allen Dingen für die Vorbereitung des juristischen Dienstes nötig haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß das nötig ist. Die geschichtliche Ausbildung unseres jungen Nachwuchses ist zum Teil die große Krankheit, unter der wir leiden.

(Rufe rechts: Oho!)

Das Übermaß an geschichtlicher Betrachtung hemmt etwas, was wir als moderne Menschen brauchen: den Willen zur Praxis, den Willen zur Entscheidung, den Willen zur Gestaltung. Warum haben unsere Universitäten gerade das, was in anderen Ländern so sehr blüht, die politische Wissenschaft, zurückgedrängt? Gerade da, wo es notwendig war, die politische Entwicklung auch den Jüngeren zu lehren, haben sie sie auf die Geschichte zurückgedrängt, weil im allgemeinen die Geistesrichtung so war und sein sollte, den jungen Menschen von Überlegungen fernzuhalten, die nicht nur fragen, was ist und war, sondern auch, was sein soll. Es ist notwendig, daß wir gegenüber dieser rein geschichtlichen Ausbildung unseres juristischen Nachwuchses praktische Menschen erziehen, d. h. Menschen, die den Willen zur Gestaltung, die die Kenntnis des praktischen Lebens haben, welche die soziale Funktion des Rechts begreifen. Ich weiß, daß wir möglichst pessimistisch gestimmt werden, wenn wir von den tatsächlichen Zuständen heute sprechen, denn der Geist unserer jungen Studentenschaft ist nicht gut.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß viele Professoren das sehr beklagen, aber zugeben müssen: der Geist unserer Studentenschaft ist heute zu einem großen Teil vollkommen materialistisch, vollkommen nur darauf gerichtet, möglichst bald irgendwo (B) die Brotstelle zu finden. Das, was ein Unglück für uns wäre, daß die jungen Menschen sich dem Geiste der Wissenschaft entfremden, diese Gefahr ist heute sehr groß. Ich will zugeben: unter dem Drucke des Krieges und seiner Nachwirkung! Aber wir müssen darauf achten, daß diese Gefahr gebannt wird, vor allen Dingen darauf achten, daß der junge Nachwuchs, der später die Beamtenlaufbahn einschlägt, schließlich zu einem Beamtengeist kommt, der nicht nach rückwärts sieht, sondern in der Gegenwart feststeht und mit praktischem Willen an den Dingen der Zukunft mitarbeiten will. Es wäre ein Unglück, wenn wir außerdem immer noch daran denken wollten, die Juristen nur formaljuristisch auszubilden. Ich glaube, der Jurist leidet heute an einem Übermaß der formalen juristischen Ausbildung, und das ist ein großes Unglück. Man glaubt, daß derjenige und nur derjenige ein guter Jurist sei, der die juristische Technik versteht. Ich habe oft die Erfahrung gemacht, daß nicht immer die die besten Richter sind, die die besten Juristen sind, sondern daß oft die die besten Richter sind, die die besten Menschen sind. Darauf kommt es an! Das andere ist Technik, ist Werkzeug, und wir wissen ganz genau, daß gerade das, was für die Richter von so großer Bedeutung ist, nämlich das Menschenverstehen, das Horchenkönnen an dem, was wirklich ist, unseren Juristen fehlt, daß eine gewisse Welt- und Menschenfremdheit vorhanden ist, die gebrochen werden muß. Wir wollen, daß der Jurist in den Strom des modernen Lebens hineingestellt wird, daß er nicht nur geschichtlich und formal-juristisch, sondern auch im wissenschaftlichen Sinne politisch und soziologisch gebildet wird, damit er reif wird. Das Recht ist kein logisches System, das Recht ist der gedankliche Ausdruck der sozialen Bewegung. Wer das Recht verstehen will, muß in erster Linie das Soziale verstehen. Darum fängt die Juristenausbildung mit dem sozialen Verständnis an. (C) Wo aber ist heute in den Juristenkreisen dieses soziale Verständnis?

Wir sehen also in dem Gedanken der Justizreform zugleich das Problem der Reform unserer Juristen aufgeworfen und sind überzeugt, daß wir zu einer gedeihlichen Entwicklung unseres Justizwesens nicht kommen können, wenn nicht auch mit allem Ernst daran gearbeitet wird, daß die nur-geschichtliche Ausbildung, die nur-formal-juristische Ausbildung unserer Juristen gebrochen wird zugunsten einer mehr soziologischen und einer im höchsten wissenschaftlichen Sinne gemeinten politischen Erziehung. Denn — ich wiederhole es noch einmal —: unser Volk braucht seine Juristen, unser Volk braucht Gerechtigkeit, die Pflege der Gerechtigkeit. Wir können die Juristen wahrhaftig nicht missen. Wir wollen aber, daß, wenn die Juristen diese unendlich hohen Funktionen im öffentlichen Leben erfüllen müssen, sie dann auch fähig dazu sind, nicht nur Probleme der Vergangenheit zu lösen, sondern daß sie standhaft in der Gegenwart stehen, um mit dem Blick in die Zukunft auch wirklich eine soziale Funktion erfüllen zu können, die darin besteht, das Bewußtsein des Volkes zu stählen, daß Gerechtigkeit und nicht der Nutzen herrsche.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Reichsminister Schiffer.

Schiffer (Magdeburg), Reichsjustizminister: Mein Herr Vorredner hat natürlich vollständig recht, wenn er das gute Funktionieren der Rechtspflege mit dem guten Zustand der damit betrauten Beamten in Verbindung bringt, wenn er damit der **Ausbildung der Richter** ein maßgebendes Gewicht für unser gesamtes Rechtsleben zuweist. Nun ist an sich die Ausbildung der Beamten Sache der Einzelstaaten; aber das Problem — das gebe ich zu — ist Aufgabe des Reichs, und es wird zu prüfen sein, ob der Anregung, (D) die bereits erfolgt ist, die ganze Frage der Ausbildung in größerem oder geringerem Umfange auf das Reich zu übertragen, nachzugehen wäre. Jedenfalls ist das Reich ganz einheitlich daran interessiert, daß große, richtunggebende Gesichtspunkte bei der Ausbildung seiner Juristen in Geltung sind, und es kann dahingestellt bleiben, ob das durch eine unmittelbare Einwirkung durch die Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs oder durch eine maßgebende Beeinflussung der Einzelstaaten zu geschehen hätte. Jedenfalls sind wir sachlich legitimiert, uns über diese Fragen eingehend zu unterhalten.

Nun hat Herr Dr. Sinzheimer gewiß mit Recht sich dagegen gewandt, eine rein formalistische Ausbildung der Juristen herbeizuführen. Ich glaube, darüber besteht aber auch eine durchgehende Übereinstimmung. Die ganze Entwicklung geht doch eigentlich darauf hinaus, jenen Formalismus des Rechts, der zweifellos in überwiegendem Maße, vielleicht durch den Gang der Geschichte unseres Rechts auf der Grundlage des römischen Rechts, sich gestaltet hat, zu beseitigen und statt dessen zunächst einmal in erheblich höherem Maße sich für das freie Ermessen des Richters einzusetzen, von dem der Herr Abgeordnete Dr. Sinzheimer weiß, welche Rolle es bereits im Bürgerlichen Gesetzbuch spielt, außerdem aber auch den Gesichtskreis des Richters durch die Art seiner Ausbildung zu erweitern.

Schon jetzt gibt die Universität in weitestem Umfange Gelegenheit, nicht bloß das Recht für sich allein, sondern auch diejenigen Disziplinen, die damit in Zusammenhang stehen, zu studieren, und auch der Unterricht des Rechts bewegt sich doch auf Bahnen, die eine freiere und umfassendere Weltanschauung zulassen. Wenn aber der Herr Abgeordnete Dr. Sinzheimer im selben Atemzug die angeblich überwiegend materialistische Auffassung unserer

(**Schiffer** [Magdeburg], Reichsjustizminister.)

(A) Rechtsstudenten bemängelt, zugleich aber davor warnt, den rechtsgeschichtlichen Unterricht, den Geschichtszusammenhang zu weit auszudehnen, so scheint mir hier ein gewisser Widerspruch vorzuliegen. Denn der Idealismus kann in der Tat durch nichts mehr gefördert werden, als wenn man nicht unmittelbar auf die praktischen Aufgaben des Tages allein hingelenkt wird, sondern dem großen Geschichtszusammenhang nachgeht. Es ist eine ideale Auffassung, das Recht in seinem Werden zu verfolgen, und es stärkt den Idealismus, wenn man nicht bei jedem Unterrichtsgegenstand fragt: kann ich den auch unmittelbar als Anwalt oder Richter benutzen; sondern wenn man sich ohne jede materielle Nebenabsicht in die Vergangenheit vertieft und die tiefen Wurzeln des Rechts, die ja transzendentaler Natur sind, auch in der Zeit, die zurückliegt, verfolgt.

Ich glaube deshalb, es handelt sich hier um eine Maßfrage. Auch der Herr Abgeordnete Dr. Sinzheimer wird den Geschichtsunterricht nicht missen wollen. Auch er ist sicherlich viel zu sehr durchgebildet, um nicht zu wissen, daß man die Gegenwart nur versteht, wenn man die Vergangenheit kennt, daß man das, was ist, nur versteht, wenn man weiß, wie es geworden ist. Ich glaube also, er will nur vor dem Übermaß des Sichversenkens in die Vergangenheit warnen und will den Blick nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft öffnen. Er will den jungen Juristen davor behüten, daß er das, was ist, nicht als Naturgesetz betrachtet, das nicht geändert werden kann, sondern will den Blick dafür öffnen, daß auch manches aus der Praxis heraus beurteilt werden kann. Darin findet er meine Zustimmung. Wir werden uns nur über das Verhältnis zwischen der Kunde von dem Werden des Rechts und dem, was das Recht selbst in der Gegenwart zu leisten hat, zu unterhalten haben, wobei ich als selbstverständlich voraussetzen muß, daß der (B) Zusammenhang bereits in der Ausbildung mit den wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit und auch mit den politisch-soziologischen Problemen in verstärktem Maße betont wird. Das liegt in der Zeit, und den Geboten der Zeit nachzukommen, sobald man sie erkannt hat, ist eine Aufgabe der wahren Staatskunst, auch eine Aufgabe der Rechtskunde.

Der Herr Abgeordnete Dr. Sinzheimer hat offenbar vorhin überhört, daß ich in meinen ersten Ausführungen bereits meine Absicht kundgegeben habe, auch den **Zivilprozeß** in den Bereich der beabsichtigten **Reformen** hereinzuziehen. Diese Absicht besteht, und die Andeutungen, die er gemacht hat, werden dabei verwertet werden.

Dabei wird natürlicherweise auch die Frage der Sondergerichte besprochen werden. Es ist richtig, daß der Ruf: los von den ordentlichen Gerichten, in stets steigendem Maße ertönt und daß die Zunahme der Schiedsgerichte aus diesem Ruf heraus zu erklären ist. Es ist richtig, daß dieser Ruf in sich zugleich ein Mißtrauen, eine Abneigung gegen das ordentliche Gerichtsverfahren einschließt. Das ist ein Warnungssignal, dem ich mich in keiner Weise verschließe. Deshalb wird die Reform des Zivilprozesses davon ausgehen müssen, wenn ich so sagen soll, die Schiedsgerichte überflüssig zu machen, indem man das staatliche Gericht so ausgestaltet, daß man es nicht mehr notwendig hat, sich dem doch mit sehr vielen Mängeln behafteten **Schiedsgerichtsverfahren** zuzuwenden. Es wird eine weniger formalistische, einfachere, schnellere und billigere Art des Verfahrens eingeführt werden müssen, um insbesondere das Zivilprozeßverfahren für die kleinen Leute zu einem wahren Volksverfahren zu gestalten und nicht die Vorstellung zu nähren, die vielfach herrscht, daß kein Mensch sich in einem solchen Verfahren zurechtfinden könne, daß dabei der gesunde Menschenverstand vollkommen versage. Sie wissen, daß man sehr bezeichnender Weise davon spricht: man hat einen Prozeß verspielt, als (C) ob es eine Lotterie wäre, in die man setzt, während doch der Begriff des Rechts eine ganz andere Würdigung verdient.

Bei der Frage der Reform des Zivilprozesses wird die Frage der **Sondergerichte** eingehend geprüft werden, und es werden diejenigen Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, erwogen werden. Es wird vielleicht die große Frage entstehen, ob wir nicht auch die Sondergerichte selbst dadurch in das allgemeine Gerichtswesen zurückführen können, daß wir dieses allgemeine Gerichtswesen so volkstümlich gestalten, daß es die Vorzüge des Sondergerichts in sich schließt. Denn für einen gesunden Zustand kann ich es nicht halten, wenn die staatlichen Gerichte mehr und mehr zurückgedrängt und schließlich Ausnahmegerichte werden gegenüber denjenigen, die sich abgesplittert haben. Dann kommen wir zu einer Zersplitterung der ganzen Rechtspflege, die sicherlich nicht gut ist und die außerdem, worauf ich auch — ich möchte annehmen, im Sinne des Abgeordneten Dr. Sinzheimer — ein außerordentliches Gewicht lege, den Richter mehr und mehr von der Fühlungnahme mit dem Volksleben, mit dem wirtschaftlichen Leben, mit dem realen Leben abdrängt. Das wollen wir nicht. Das können wir nur verhüten, wenn wir ihm eine breite Betätigungsfläche sichern.

Was die **Untersuchungshaft** und den **Strafvollzug** betrifft, so hat Herr Dr. Sinzheimer bereits darauf hingewiesen, daß besonders bezüglich der Untersuchungshaft bereits jetzt gesetzliche Vorschriften existieren. Wir haben die Absicht, sobald, was ja demnächst geschehen wird, die Vorarbeiten für die Strafrechtsreform abgeschlossen sind, uns sofort der Reform des Strafvollzugs zuzuwenden. Es liegen Vorarbeiten bereits vor. Wir werden zur Aufstellung eines Entwurfs schreiten und auch diesen Entwurf so bald als möglich der Öffentlichkeit zur Mit- (D) wirkung der öffentlichen Kritik übergeben. In diesem Entwurf werden Vorschriften, die sich auch auf die Untersuchungshaft beziehen, enthalten sein, und für alle diese Vorschriften wird der Gedanke maßgebend sein, daß der Häftling ein Mensch ist, dem die Rücksichten auf seine Menschlichkeit und auf sein Bürgertum zustehen, soweit es das Interesse der Rechtspflege, soweit es auch das Interesse, das wir haben, die Macht des Rechts aufrechtzuerhalten, irgendwie gestattet. Hier die Interessen der Wahrung der Rechtshoheit und die Rücksicht auf das Menschentum miteinander in Verbindung und zum Ausgleich zu bringen, das wird eine der Hauptaufgaben sein, die einem solchen Gesetzentwurf zugewiesen werden.

Der Abgeordnete Dr. Cohn hat aus meinen Worten herauszulesen geglaubt, daß ich gegenüber den bestehenden Zuständen das **Laienelement** zurückdrängen wollte. Diese Absicht habe ich nicht. Im Gegenteil, es ist auch nach meiner Meinung sogar sehr erwägenswert, ob man ihm nicht einen noch breiteren Raum zuweisen könnte, allerdings in einer anderen Gestalt, als es jetzt der Fall ist, sodaß die lebhafte Betätigung und das Zusammenwirken des Laienelements in unserem Recht in weitestem Umfange gesichert ist. Ich halte das für notwendig, weil es ein Ausfluß unserer Zeit ist, daß unser Volk in weitestem Umfange an der Betätigung seiner eigenen Verhältnisse mitwirken soll. Wir sehen denselben Gedanken auf allen Gebieten — ich will ihn jetzt im einzelnen nicht verfolgen —, und es wäre ganz falsch, wenn man das Recht ausschließen wollte. Auch hier ist ein Mittel gegeben, um Recht und Volk miteinander in eine enge und für beide nützliche Verbindung zu bringen.

Daß ich bei diesem Zusammenwirken aber ein wechselseitiges Verhältnis annehme, daß ich den wissenschaftlich gelehrten Richter nicht missen will, daran allerdings muß

(**Schiffer** [Magdeburg], Reichsjustizminister.)

(A) ich festhalten, auch gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn. Ich glaube, daß eine Ausschaltung des gelehrten Richters tatsächlich eine Untergrabung der Fundamente einer stetigen, festen Rechtsprechung wäre.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bin der Meinung, daß in den weitesten Schichten unseres Volkes das Vertrauen zu unseren Berufsrichtern so stark ist, daß der Ruf nach ihrer Beseitigung einen sehr geringen Widerhall finden wird.

(Sehr richtig!)

Allerdings muß — da komme ich auf die Ausführungen zurück, die ich vorhin gemacht habe — auch der gelehrte Richter in höherem Sinne ein Volksrichter sein, es darf in diesem höheren Sinne ein Widerspruch zwischen dem gelehrten Richter und dem Volksrichter nicht bestehen. Auch der gelehrte Richter muß als Richter sich als einen Teil seines Volkes fühlen, muß mit den Empfindungen und Anschauungen des Volkes so vertraut sein, daß er in bezug auf die Volkstümlichkeit seines Auftretens auch mit dem Laienrichter es aufnehmen kann.

Herr Abgeordneter Dr. Cohn hat ferner darauf hingewiesen, daß die sogenannte **lex Schiffer** bei dem jetzigen Verfahren vielfach nicht beachtet wird. Die Sachlage liegt so, daß das jetzige Verfahren nicht auf dem Belagerungszustand beruht, der von Reichswegen eingeführt ist — und nur für diesen gilt die lex Schiffer —, sondern auf dem **Belagerungszustand,** der auf Grund landesgesetzlicher Regelung besteht, und für diesen gilt die lex Schiffer nicht. Das ist eine zweifellose Antinomie, und ich würde bereit sein, diese Antinomie zu beseitigen, wenn nicht dieser ganze Zustand bereits dem Abbau verfallen wäre. Denn es besteht ja jetzt der landesgesetzliche Belagerungszustand nur deshalb weiter, weil die bisherigen Maßnahmen aufrechterhalten werden. Unsere jetzige Verfassung kennt ja einen Belagerungszustand auf Grund landes-(B) gesetzlicher Bestimmungen nicht mehr. Sobald das vorgesehene Reichsgesetz über den Belagerungszustand ergangen sein wird, fallen alle diese Fragen fort. Dann werden wir diejenigen Strafreformen, die uns erforderlich scheinen, aufnehmen, und ich kann es als zweifellos betrachten, daß auch der Grundgedanke der lex Schiffer in dieses neue Gesetz Aufnahme finden wird.

Im übrigen hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn seine Ausführungen damit eingeleitet, es sei ganz interessant gewesen, zu hören, was ich gesagt hätte, aber es sei vielleicht noch interessanter gewesen, zu hören, was ich verschwiegen hätte. Er hat leider nicht gesagt, was ich verschwiegen habe, so bin ich auch leider nicht in der Lage, das Versäumte nachzuholen.

Vizepräsident **Haußmann:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Titel 1. Da ein Widerspruch nicht erhoben ist, stelle ich die Annahme fest.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a. — Ich stelle die Annahme fest.

Zu Tit. 9 hat der Ausschuß einen Antrag gestellt, der sich auf Nr. 1097 der Drucksachen findet, anstatt 81 300 Mark nur 73 800 Mark auszuwerfen. Ich stelle diesen Antrag des Ausschusses zur Debatte. — Das Wort wird nicht verlangt. Mangels Widerspruchs stelle ich die Annahme des Ausschußantrags fest.

Ich rufe auf Tit. 10, — 11, — 12, — 13. — Angenommen.

Kap. 66, Reichsgericht. Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 10a, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. — Angenommen.

Kap. 66a, Patentamt. Tit. 1, — 2. — Angenommen.

Bei Tit 3. sind die Zahlen des Ergänzungsetats eingesetzt, also anstatt 232 Bureaubeamten 247 Bureaubeamte, was die Gesamtsumme von 1 595 593 Mark auf (C) 1 627 093 Mark erhöht. Gegen diese Summe wird kein Widerspruch erhoben; ich stelle die Annahme fest.

Bei Tit. 4 erhöht sich nach dem Ergänzungsetat der Betrag der Wohnungsgeldzuschüsse von 750 400 Mark auf 762 400 Mark. — Ich stelle die Annahme fest.

Tit. 5, Hilfsleistungen. Hier ermäßigt sich nach der Ergänzung die Summe von 315 000 Mark auf 277 500 Mark.

Tit. 5a. — Angenommen.

Tit. 5b, außerordentliche Vergütungen für mittlere Beamte. Hier werden mit der Ergänzung statt 4680 Mark 5229 Mark gefordert. — Angenommen.

Tit. 5c, Unterstützungen für höhere und mittlere Beamte, mit der Ergänzung statt 5148 Mark 5229 Mark. — Ich stelle die Annahme fest.

Ich rufe auf Tit. 5d, — 6, — 6a, — 7, — 8. — Angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt in der Ergänzung, Kap. 2c Tit. 1. — Angenommen.

Nun gehen wir über zur Einnahme auf Seite 2. Ich rufe auf Kap. 11 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6. — Angenommen.

Damit ist die Reichsjustizverwaltung erledigt.

Wir kommen zur

Reichsfinanzverwaltung (Anlage VII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt, Nr. 1097 der Drucksachen. Berichterstatter Abgeordneter Wurm.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts. Ich rufe auf Kap. 67, Reichsfinanzministerium, Tit. 1.

Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Wurm, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Etat des Haushalts für das Reichsfinanzministerium ist eine Folge des im August von der (D) Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung, das uns ein einiges Deutschland wenigstens auf dem Gebiete der Finanzverwaltung bringen sollte. Zur Durchführung ist dieses erstrebenswerte Ziel auch auf dem Gebiete der Finanzverwaltung vorläufig noch nicht gekommen, obwohl das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung im § 1 festlegt, daß alle Reichssteuern von Reichsbehörden verwaltet werden und daß als Reichssteuern alle Abgaben gelten, die ganz oder zum Teil zugunsten des Reichs erhoben werden. Die Reichsfinanzverwaltung hat das Reich in eine Anzahl Bezirke eingeteilt, denen einzelne Finanzämter übergeordnet sind. Diese Landesfinanzämter mußten im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern gebildet werden. Das bestimmt der § 4 des Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung. Das Reichsfinanzministerium war also nicht in der Lage, nach seinem eigenen Ermessen, entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen die **Einteilung der Landesfinanzämter** vorzunehmen, sondern die beteiligten Länder hatten das Einspruchsrecht. Kam ein Einverständnis nicht zustande, so hatte der Reichsrat zu entscheiden. Bei den Verhandlungen im Hauptausschuß kam dabei zur Sprache, daß diese Einteilung der Landesfinanzämter nicht überall den Wünschen der Einzelstaaten entspricht, aber auch nicht den Bedürfnissen einer einheitlichen Finanzverwaltung, daß vielmehr die Einteilung ein Kompromiß zwischen einer nur vom Standpunkt der Finanzverwaltung angeordneten Einteilung und einer den historischen Tatsachen, der geschichtlichen Entwickelung der Einzelstaaten entsprechenden Einteilung ist. Die Entscheidung des Reichsrats bei Unstimmigkeiten wurde von der Reichsfinanzverwaltung nicht angerufen, da sie ja doch ebenso ausfallen würde wie die Widersprüche, die, hauptsächlich von Preußen zur Geltung gebracht, schon bei den Verhandlungen zum Ausdruck kamen.

(Wurm, Berichterstatter.)

(A) Die Reichsfinanzverwaltung hatte 24 Landesfinanzämter vorgesehen. Der Haushaltsausschuß hat ein 25. Landesfinanzamt hinzugefügt. Die Zusammenstellung der Landesfinanzämter befindet sich auf Drucksache 1097 in Anlage I. Gegenüber den Vorschlägen der Reichsfinanzverwaltung ist zu bemerken, daß die Landesfinanzämter Berlin 1, Groß-Berlin, und Berlin 2, Provinz Brandenburg, zusammengelegt worden sind in ein Finanzamt Brandenburg-Berlin mit dem Sitze Berlin, ferner daß als 25., in der Reihenfolge der Landesfinanzämter aber als 10., das Landesfinanzamt Oldenburg hinzugefügt worden ist, das Oldenburg, außer den Provinzen Birkenfeld und Lübeck, und Wilhelmshaven umfaßt.

Es ist ferner bei den Verhandlungen zum Ausdruck gekommen, daß diese Einteilung nur als eine provisorische vom Haushaltsausschuß angesehen wird. Es lag ein Antrag Waldstein vor, der vom Haushaltsausschuß zum Beschluß erhoben wurde und demgemäß auf Drucksache 1097 in den Anlagen hätte mit abgedruckt werden sollen. Das ist verabsäumt worden. Der Antrag ist deswegen nachträglich zum Druck gegeben, ist aber bis jetzt noch nicht verteilt. Er lautet:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Die vorgelegte **Verteilung der Landesfinanzämter** entspricht nicht überall, insbesondere nicht hinsichtlich der Verhältnisse an der **Unterweser und** der **Unterelbe,** den wirtschaftlichen Bedürfnissen und kann insoweit nur als eine vorläufige und auch diese nur mit der unter 2 geforderten Berichtigung gelten. Die Reichsregierung wird ersucht, baldtunlichst eine gesetzliche Regelung der Bezirkseinteilung in die Wege zu leiten.
2. Das zum Freistaat Oldenburg gehörige **Fürstentum Lübeck** soll zum Landesfinanzamt 8 (Schleswig-Holstein) gelegt werden.

(B) Diesen Antrag empfiehlt der Hauptausschuß der Nationalversammlung zur Annahme.

Im Hauptausschuß ist ferner bei Kap. 67, Reichsfinanzministerium, insofern gegen den vorgelegten Etat und zwar den Etat Anlage VIII, Haushalt des Reichsfinanzministeriums, mit der Anlage VIII, Ergänzung zum Entwurf des Haushalts des Reichsfinanzministeriums, eine Änderung eingetreten, als bei Kap. 67 Tit. 9, Geschäftsbedürfnisse, Schreibgebühren, Reise- und Umzugsgebührnisse sowie vermischte Ausgaben 615 900 Mark eingesetzt sind statt 623400 Mark. Es sind 7500 Mark abgesetzt, und zwar dadurch, daß für das **Kraftfahrzeug,** das dem **Finanzministerium** zur Verfügung steht, nur die Hälfte der Summe eingesetzt ist, die beantragt worden war. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß mit der Benutzung des Kraftwagens gespart werden soll.

Dann sind, wie ich bereits erwähnte, an Stelle von 24 **Präsidenten** im Kap. 68a die **Besoldungen** für 25 Präsidenten eingesetzt worden. Während aber in der Anlage VIII bei Kap. 68a auf Seite 4 Ziff. 1 24 Präsidenten mit je 20000 Mark beantragt sind, ist vom Hauptausschuß beschlossen worden: 25 Präsidenten mit je 14000 bis 17000 Mark Gehalt. Dadurch ist die Endziffer von 240000 Mark Gesamtausgabe auf 175000 Mark ermäßigt. Auch dies empfiehlt der Ausschuß zur Annahme.

In Titel 2 sind in der Anlage 48 Direktoren gefordert. Entsprechend den 25 Präsidenten, von denen jedem zwei Direktoren unterstellt sind, wurden 50 Direktoren eingesetzt, und das Gehalt ist infolgedessen in der Gesamtsumme von 192 000 Mark auf 200 000 Mark zu erhöhen.

Die Wohnungsgeldzuschüsse bei Titel 3 sind aus eben demselben Grunde von 65 520 Mark auf 68 250 Mark zu erhöhen.

(C) Ferner ist im Hauptausschuß der außerordentliche Haushalt geändert worden. Bei Kap. 2d Tit. 1, **Überteuerungszuschüsse zu öffentlichen Notstandsarbeiten,** ist a, Anteil des Reichs an den persönlichen usw. Kosten, 74 000 Mark, unverändert geblieben, während b, Überteuerungszuschüsse, die im Entwurf mit 305 Millionen Mark angesetzt waren, nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses auf 350 Millionen Mark erhöht worden sind, die für Notstandsarbeiten zu Zuschüssen an die Gemeinden gebraucht werden. In den vierzehn Tagen, seitdem der Haushaltsausschuß diesen Beschluß gefaßt hat, hat sich aber diese Erhöhung, wie genauere Rechnungen im Reichsfinanzministerium ergeben haben, als zu niedrig erwiesen. Die 350 Millionen Mark reichen nicht aus, um im laufenden Rechnungsjahre diejenigen Zuschüsse zu öffentlichen Notstandsarbeiten zu decken, die entweder bisher fest zugesagt sind oder von den Gemeinden nach den darüber mit den zuständigen Stellen gepflogenen Verhandlungen erwartet werden können. Hierfür sind nach den jetzt vorliegenden Zusammenstellungen etwa 375 Millionen Mark erforderlich. Die öffentlichen Notstandsarbeiten dürfen ferner nicht, wie es früher in Aussicht genommen war, mit Ende des laufenden Kalenderjahres eingestellt werden; die wirtschaftliche Lage erfordert vielmehr, daß auch neue Arbeiten in Angriff genommen werden können. Hierfür ist ein weiterer Betrag von 100 Millionen Mark als angemessen zu erachten. Im ganzen erscheint daher eine Erhöhung des Fonds um 125 Millionen Mark notwendig, sodaß der Notstandsfonds nicht nur, wie im Haushaltsausschuß beantragt war, von 305 auf 350 Millionen erhöht wird, sondern insgesamt auf 475 Millionen erhöht werden muß. Demgemäß stelle ich hiermit den Antrag, in der Ergänzung zum Entwurf des Haushalts für das Reichsfinanzministerium für das Jahr 1919, B außerordentlicher Haushalt in Kap. 2d Tit. 1, Überteuerungszuschüsse zu öffentlichen Notstandsarbeiten, b, die Summe von 350 Millionen Mark auf 450 Millionen Mark zu erhöhen. (D)

Sie finden ferner in der Anlage I, Seite 3 der Drucksache 1097, ein Verzeichnis der Bezirke und Sitze der Landesfinanzämter, worüber ich bereits gesprochen habe, und in der Anlage II, Seite 6 der Drucksache, ein Formular für die **Übernahme der Landesfinanzbeamten in den Reichsdienst.** Der Ausschuß hat darüber lange Verhandlungen geführt, nachdem vorher das Reichsfinanzministerium mit einer großen Reihe — wie uns mitgeteilt wurde: 95 Prozent — der Beamten durch ihre Organisationen Verhandlungen geführt hat über die Bedingungen, unter denen sie in den Reichsdienst übernommen werden. Es handelt sich um 40 000 Beamte, die bisher in der Landesfinanzverwaltung tätig waren und die nun bei der Einrichtung der Reichsfinanzverwaltung in den Reichsdienst übertreten. Die Organisationen, die, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, soweit sie ihm bekannt waren, sämtlich eingeladen waren und einige hundert Vertreter zu einer mehrtägigen Besprechung mit dem Reichsfinanzministerium gesendet hatten, haben sich auf ein Formular geeinigt, das in Anlage II zum Abdruck gelangt ist. Der Grundgedanke über diese Bedingungen zur Übernahme der Landesfinanzbeamten in den Reichsdienst ist ausgesprochen in Abs. 2 Satz 1, wo es heißt:

> Bei der Übernahme der Beamten wird von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Beamten durch den Eintritt in den Reichsdienst nicht schlechter gestellt werden, als sie bei Weitergeltung der am 30. September 1919 in Kraft befindlichen Landesgesetze gestanden hätten, wenn sie im Landesdienst verblieben wären.

(**Wurm**, Berichterstatter.)

(A) Nun wird demgemäß aufgezählt, welche einzelnen Bedingungen in Betracht kommen. Da die Drucksache Ihnen vorliegt, erübrigt sich die Verlesung. Wie gesagt, diese Grundrichtlinien für die Übernahme sind Vereinbarungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Vertretern der Organisationen der Beamten. Nachträglich haben sich noch einige Organisationen gemeldet, die nicht eingeladen waren. Nach den Mitteilungen aber, die wir vom Reichsfinanzministerium erhalten haben, ist die Mitgliederzahl dieser Organisationen nicht so beträchtlich, daß sie an den Beschlüssen, die von den Vertretern der Organisationen gefaßt wurden, etwas hätten ändern können. Ein Widerspruch gegen die Bedingungen, die hier festgelegt sind, ist bis heute nicht zur Kenntnis der Mitglieder der Nationalversammlung gelangt, und da sämtlichen Beamten, die in Frage kommen, dieses Formular zur Kenntnisnahme und Unterschrift vorgelegt worden ist, können wir annehmen, daß, wenn nicht eine andere Erklärung jetzt noch seitens der Reichsregierung erfolgt, von den 40 000 Beamten bisher ein Widerspruch gegen das vorgelegte Formular nicht eingetreten ist.

Im Ausschuß selber aber wurden Bedenken geltend gemacht, daß dieses Formular noch nicht den berechtigten Ansprüchen der Beamten in allen Beziehungen genügt, und es ist deswegen vom Ausschuß beschlossen worden, eine Zusatzvereinbarung festzulegen, die Sie auf der Drucksache 1097 Anlage II Seite 7 abgedruckt finden. Zu dieser **Zusatzvereinbarung** Ziff. 1 bis 6 kommt ferner ein Zusatz, der **nur für Bayern** gilt, Ziff. 7, und ein Zusatz Ziff. 8, der **nur für Preußen** gilt. Außerdem aber hat der Unterausschuß, den der Hauptausschuß eingesetzt hatte, noch eine Zusatzerklärung zu diesen Abmachungen beschlossen. Diese Zusatzerklärung des Unterausschusses finden Sie auf Seite 8 der Drucksache Nr. 1097. Auch hiergegen ist ein Widerspruch im Hauptausschuß nicht (B) erhoben worden, vielmehr ist diese Zusatzerklärung vom Hauptausschuß angenommen worden, und auch ich empfehle diese Erklärung zur Annahme. Die Annahme kann ja nicht darin bestehen, daß die Nationalversammlung darüber abstimmt, sondern, soweit ich unterrichtet bin, werden sie nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Nationalversammlung hat aber selbstverständlich das Recht, Abänderungen vorzuschlagen und zu verlangen, daß diese in die Bedingungen, die das Reichsfinanzamt mit den Beamten abgeschlossen hat, aufgenommen werden. Bis jetzt sind Anträge hierzu nicht eingegangen.

Andere Änderungen sind an dem Entwurf des Haushalts für das Reichsfinanzministerium nicht vorgenommen worden. Es ist aber ausführlich noch zur Sprache gekommen der auf Seite 12 und 13 der Anlage VIII der Ergänzung zum Entwurf des Haushalts des Reichsfinanzministeriums unter Kap. 2d Tit. 5 aufgeführte Ausgabeposten, der lautet:

> Zur Deckung von Verbindlichkeiten des Reichs aus einer während des Krieges übernommenen **Garantie bei Tabakkreditgeschäften** übernimmt das Reich eine Ausgabe von 85 200 000 Mark.

Auf Seite 13 des Entwurfs ist eine Erläuterung gegeben, wie das Reich dazu gekommen ist, diese 85 200 000 Mark für Tabakkreditgeschäfte als Zahlungsverpflichtung zu übernehmen. Auf Ersuchen des Haushaltsausschusses hat das Reichsfinanzministerium noch eingehende Erläuterungen dieses Titels gegeben. Ich will Ihnen das wesentliche hier zur Kenntnis bringen.

Im Jahre 1915 stiegen bereits die Preise für Tabak außerordentlich und im Jahre 1916 noch mehr, während gleichzeitig die Vorräte an Tabak in Deutschland zu Ende gingen. Infolge des Steigens des Preises wurde von der Reichsregierung darauf hingewirkt, daß die Einfuhr eingeschränkt würde, um nicht zu große Zahlungsverpflichtungen dem Auslande gegenüber aufzunehmen, (C) zumal sich die Valuta damals bereits ständig verschlechterte. Am 7. August 1916 wurde schließlich die Einfuhr von Tabak verboten. Da aber die Einfuhr von Tabak notwendig wurde, einmal um den Soldaten Tabakfabrikate zugänglich zu machen, andererseits aber um den Tabakarbeitern Beschäftigung zu geben und auch für das Zivilpublikum noch Tabakfabrikate zu erhalten, sollte die Einfuhr dadurch reguliert werden, daß die gesamten Händler und Fabrikanten zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen wurden, die gemeinschaftlich ihren Einkauf tätigte. Es wurde im Jahre 1916 die **Deutsche Tabakgesellschaft** m. b. H. gegründet, abgekürzt Detag, mit dem Sitz **in Bremen**. Die Gesellschaft, die aus 77 Gesellschaftern bestand, zeichnete ein Gesellschaftskapital von 15 Millionen Mark, sie wurde, wie alle diese Kriegsgesellschaften, als gemeinnützige Gesellschaft organisiert, die für das eingezahlte Kapital fünf Prozent Verzinsung erhielt und Überschüsse nicht machen durfte. Dafür mußte aber das Reich folgende Verpflichtung übernehmen: Gewähr für Rückzahlung des gesamten Gesellschaftskapitals, für seine Verzinsung mit fünf Prozent und Deckung etwaiger Verluste. Damit nun nicht dem Ausland gegenüber zu sehr in die Erscheinung trete, daß ein Interesse des Reichs an dieser Gesellschaft vorliege, und damit nicht etwa eine feindliche Beschlagnahme der im Ausland gekauften Tabakmengen eintreten könne, übernahm nicht das Reich gegenüber der Gesellschaft die Haftpflicht, sondern es schloß Einzelverträge mit den 77 Gesellschaftern ab, in denen es alle Haftpflicht für etwaige Verluste übernahm. Als nun im Frühjahr 1917 der Tabakmangel immer größer wurde und die Tabakgesellschaft auf Einkauf drängte, erklärten Reichsschatzamt und Reichsbank sich gegen den Einkauf. Das Kriegsministerium aber drängte darauf, daß Tabak angeschafft würde. Da auch das Reichsamt des Innern im Interesse der Tabak- (D) arbeiter den Einkauf für notwendig hielt, wurde zwischen der Detag und **holländischen Tabaklieferanten** ein Abkommen geschlossen, nach dem für 40 Millionen holländischer Gulden mit langfristigem Kredit Tabak geliefert wurde. Das Abkommen wurde getroffen zwischen deutschen und holländischen Banken. Der Kredit wurde auf zwei Jahre in Anspruch genommen. Als Sicherheit wurden Akzepte von deutschen Rohtabakhändlern und Tabakverarbeitern, ferner Akzepte deutscher Banken und außerdem 2½jährige fünfprozentige deutsche, auf holländische Gulden laufende Schatzscheine gegeben. Die deutschen Banken forderten eine Erklärung der Reichsbank, daß sie die Einlösung der Akzepte gewährleisten würde. Die Reichsbank war aber zur Abgabe dieser Erklärung nur bereit, wenn das Reich die der Reichsbank aus dieser Verpflichtung entstehenden Auslagen zur gegebenen Zeit ersetzen würde. Um nun den Abschluß der unbedingt notwendigen Tabakkäufe nicht in Frage zu stellen, hat das Reich sich zum Ersatz dieser Auslagen verpflichtet. Der Ersatz hatte in holländischen Gulden zu erfolgen. Zu der Zeit, als diese Vereinbarung geschlossen wurde, stand der holländische Gulden, dessen Wert im Frieden 1,75 Mark beträgt, bereits auf 2,40 Mark. Man mußte annehmen, daß dieser Kurs sich verschlechtern würde. Nach den Mitteilungen, die dem Reichshaushaltsausschuß gemacht wurden, war nach dem Gutachten aller Bankfachverständigen Übereinstimmung darüber, daß der Kurs nicht schlechter als 2,75 Mark werden würde, und daß man mit 2,75 Mark, also 35 Pfennig mehr als der damalige Kurs, vollauf gedeckt sein würde gegenüber einem Sinken der Valuta. Demgemäß wurde der holländische Gulden mit 2,75 Mark bewertet, und die Mittel für den Gegenwert der Schatzscheine zum Kurse von 2,75 Mark für einen holländischen Gulden wurden

(**Wurm**, Berichterstatter.)

(A) von der Detag in der Weise aufgebracht, daß die auf Grund des Kreditabkommens erworbenen Tabake zu einem Guldenkurse von 2,40 Mark im Inlande verkauft und außerdem der Unterschied, der sich für den gesamten Kredit bei einem Guldenkurse von 2,40 Mark und einem solchen von 2,75 Mark berechnet, durch eine auf die gesamte deutsche Rohtabakverarbeituug gelegte Betriebsabgabe aufgebracht wurde. Jetzt nun, wo diese Akzepte von 40 Millionen holländischer Gulden zur Einlösung kommen sollten, reichen aber die Rücklagen, die auf 2,75 Mark eingestellt waren, nicht aus; denn der Wert des holländischen Guldens ist heute nicht mehr 2,75 Mark, sondern 10 Mark. Es ist also bei jedem Gulden eine Differenz von 7,25 Mark vorhanden, die zu decken war. Bis zum ersten Oktober ist der anfallende Teil der Differenz in Höhe von 60 Millionen Mark aus einem Kriegsfonds gedeckt worden, der für diese Zwecke in Anspruch genommen werden konnte bei Kapitel 6 des außerordentlichen Haushalts zu Ausgaben aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung. Von den 145 Millionen Mark Defizit, die durch diese zu niedrige Einschätzung des Sinkens unserer Valuta entstanden ist, blieben also noch 85 200 000 Mark ungedeckt, und diese 85 Millionen Mark sehen Sie nun im Haushalt des Reichsfinanzministeriums hier wieder, die dort stehen, weil das Reich die Deckung gegenüber der Reichsbank und diese gegenüber den Privatzeichnern der Wechsel, den Banken usw., übernommen hat. Der Haushaltungsausschuß ist zu der Annahme gelangt, daß nicht von den Tabakinteressenten, also der Detag, diese 85 Millionen Mark nachträglich eingezogen werden können, da die Geschäfte, die mit dem Tabak damals gemacht wurden, längst abgewickelt sind und diese neue Belastung des Tabakgewerbes nur durch eine Erhöhung der jetzigen Tabakpreise aufgebracht werden würde, daß andererseits eine Verpflichtung des Reichs unbedingt vorliegt, (B) diese 85 Millionen Mark zu decken. Daher empfiehlt der Hauhaltsausschuß der Nationalversammlung die Deckung dieser 85 Millionen Mark, das heißt die Annahme von Kapitel 2 d, Titel 5 unter den außerordentlichen Ausgaben des Reichsfinanzministeriums. — Das ist das, was ich als Berichterstatter des Haushaltsausschusses zu diesem Etat vorzutragen habe.

Präsident: Es ist dem Hause aufgefallen, daß der Herr Berichterstatter seinen Vortrag sitzend erstattet hat; es ist das aus Gründen der technischen Ökonomie und wegen einer körperlichen Indisposition geschehen.

(Heiterkeit.)

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Wirth.

Dr. **Wirth**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Eine allgemeine Aussprache ist wohl im Gegensatz zu der vorhin geführten Juristendebatte nicht beliebt. Ich nehme zwar an, daß sich Gelegenheit böte, im Anschluß an den Haushalt für das Reichsfinanzministerium einen Rückblick darüber hier zu halten, was nach Verabschiedung dieses Haushalts geleistet worden ist. Es vollzieht und verwirklicht sich mit diesem Haushalt, wenn er zur Annahme kommt, die größte organisatorische Tat neben der Erledigung der Reichsverfassung, und ich glaube: wenn der Herr Reichsfinanzminister heute diesen Nachtrag unter Dach und Fach hat, wird er mit einem gewissen Gott sei Dank schließen, nachdem es ihm gelungen ist, die großen Widerstände, die sich bei der Verwirklichung der **Finanz- und Steuereinheit des Reichs** aufgetan hatten, aus dem Wege zu räumen. Es ist ihm und seinen Mitarbeitern gelungen, diese Widerstände — ich darf wohl sagen — in großzügiger Art zu überwinden, sodaß nicht nur die Tränen, sondern auch die Krokodilstränen, die da und dort im Deutschen Reich in Erledigung dieser Sache (C) geflossen sind, sich nun, glaube ich, so allmählich haben trocknen lassen.

Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen; nur einen Wunsch möchte ich bei der Gelegenheit und zwar im Anschluß an Anlage 2, wo die Zusatzvereinbarung zu dem Formular betreffend **Übernahme der Landesfinanzbeamten in den Reichsdienst** angefügt ist, nämlich an den Abschnitt 5 hinzufügen. Es heißt da:

> Die Reichsregierung erklärt, daß sie auf eine **Neuregelung des Besoldungswesens** mit Wirkung vom 1. April 1920 ab bei den zuständigen Stellen hinwirken wird.

Ich nehme an, daß die zuständige Stelle das Reichsamt des Innern ist, und ich möchte den Herrn Reichsfinanzminister dringend bitten, auf diese Neuregelung des Besoldungswesens möglichst scharf hinzuwirken. Denn das geht nicht an, daß nun etwa im Laufe des Winters oder im nächsten Jahr bei der Aufstellung der neuen Budgete für die einzelnen Länder die Einzelländer gezwungen würden, vor der Erledigung durch das Reich noch eine besondere Besoldungsordnung für die Beamten durchzuführen. Ich hielte es geradezu für ein Unglück, nicht nur für die Bundesstaaten im Hinblick auf ihre Finanzen, sondern auch für das Reich, wenn heute noch in den einzelnen Ländern Besoldungsordnungen zur Verabschiedung kämen. Wenn jedes Land für sich jetzt noch Besoldungsordnungen macht, so wäre doch die naturnotwendige Folge, daß hernach zum Schluß dem Reiche die Rosinen aus all diesen einzelnen Kuchen präsentiert würden. Ob das Reich dann eine solche Besoldungsordnung im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs verabschieden könnte, scheint leider zweifelhaft zu sein.

Wenn der Herr Reichsverkehrsminister an seinem Platze wäre, würde ich diese Ausführung noch einmal wiederholen im Hinblick auf die in den Einzelstaaten notwendig gewesenen Tarifabschlüsse mit den Eisen- (D) bahnarbeitern. Hier wie bei der allgemeinen Besoldungsfrage sollte man möglichst eine Einheit anstreben. Es treibt ja ein Keil den andern. Wenn heute Württemberg, wenn morgen Bayern einen Tarifvertrag mit den Arbeitern abschließt, und es wird nur in einem Punkte eine Verbesserung für die Arbeiter erzielt — die ich ihnen gern gönnen will —, so kommen doch sofort die Arbeiter und Beamten des benachbarten Landes und verlangen dasselbe, und die Welle, einmal hervorgerufen, wälzt sich dann durch ganz Deutschland hindurch. Es ist bedauerlich, daß, nachdem wir die Verfassung des Reiches erledigt haben, wir auf diesem Gebiete noch nicht zu einer Einheitlichkeit gekommen sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Als Finanzminister eines Bundesstaates ist mir die Konsequenz meiner Anregung ganz klar. Ich darf die Herren versichern, daß die Finanzminister, die vor kurzem in Bamberg zusammengekommen sind, nicht etwa dort Verschwörerarbeit geleistet haben. Nein, gerade dieser Punkt, die Sorge um die bundesstaatlichen Finanzen durch die Anforderungen und die Anträge der Beamten waren es, die uns den Gedanken nahegelegt haben, hier möglichst bald eine Vereinheitlichung herbeizuführen. Ich darf wohl hoffen, daß bei der Reichsregierung von anderer Seite diese Anregung lebhaft verfochten werden wird, und ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister, im Interesse des Reichs wie der Länder dahin wirken zu wollen, daß dem Gedanken der Vereinheitlichung auf dem Wege der Besoldungsreform möglichst bald der nötige Nachdruck verliehen wird.

Dann aber, meine Herren, ein zweites! In den **Zusatzvereinbarungen** sind noch besondere Zusätze **für Bayern und für Preußen** hinzugefügt. Diese Zusätze tragen den Vermerk „Zusatz nur für Bayern“ und „nur für

(Dr. **Wirth**, Abgeordneter.)

(A) Preußen". Ich gönne den Beamten dieser Länder die aus diesen Zusatzvereinbarungen ihnen gewordenen Vergünstigungen; aber es kann nicht wundernehmen, wenn gerade der Zusatz „nur für Bayern" bei Gruppen von Beamten anderer Länder eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hat. So hat heute ein Mitglied dieses Hauses, Herr Kollege Dr. Haas, ein Telegramm aus Baden mit folgendem Inhalt bekommen:

> Die gesamte badische Beamtenschaft, höhere, mittlere, untere, bitten dringend, dafür einzutreten, daß die den bayerischen Beamten zugestandene Sondervergünstigung auch auf die badischen Finanzbeamten Anwendung findet.

Das Telegramm ist abgeschickt vom Hauptausschuß der Vereine badischer Finanzbeamten. Meine Herren, ich nehme an, daß es nicht nur der erste Teil des Zusatzes für Bayern ist, der hier Beunruhigung hervorgerufen hat, sondern der zweite Teil. Er steht auf Seite 8 der Drucksache 197, wo es heißt:

> Weiterhin soll die bayerische Staatsregierung ermächtigt werden, für Rechnung des Reichs den in Bayern für die Neuregelung der Gehaltsordnung zurückgestellten Ausgleich der Vordienstzeiten und anderer noch bestehender Härten im Rahmen der derzeitigen bayerischen Gehaltsordnung im Einverständnis mit der Reichsregierung vorzunehmen.

Meine Herren, ich halte den Ausdruck, der hier gewählt worden ist, nicht für glücklich. Die Fassung dieses Zusatzes ist zu unbestimmt gehalten: denn das wäre doch geradezu eine Art Blankovollmacht, von „anderen noch bestehenden Härten im Rahmen der derzeitigen bayerischen Gehaltsordnung" zu sprechen. Ich glaube, der Herr Reichsfinanzminister ist mit mir der Überzeugung, daß es den Beamten aller Länder nicht schwer fallen wird, aus (B) einer Gehaltsordnung überall Härten heraus zu konstruieren; sie sind ja sofort greifbar. Wenn man, wie ich selbst, vor die Aufgabe gestellt worden ist, eine solche Gehaltsordnung für ein Land vorzubereiten, dann weiß man — und der Herr Reichsfinanzminister weiß das mit uns —: wenn einmal eine Härte festgestellt ist, ist sofort die Konsequenz die, daß viele Härten aus einem Tarif mit Leichtigkeit von den Beamten herausgefunden werden können. Ich meine deshalb, über diesen Satz: „anderer noch bestehender Härten" muß doch ein gewisses Einvernehmen hoffentlich schon erzielt worden sein. Es können also nur Kleinigkeiten sein. Wenn das nicht der Fall sein sollte, so nehme ich bei der großzügigen Art, wie der Herr Reichsfinanzminister Erzberger die Sache behandelt hat, an, daß da auch andere Bundesstaaten in die Lage kommen könnten, entsprechende Härten ebenfalls zum Ausgleich anzumelden. — Der eine Vertreter der Regierung nickt mir zu. Ich freue mich, daß hier ein Einverständnis erzielt worden ist, und ich glaube, daß das genügen würde, um auch bei den badischen Beamten beruhigend zu wirken. Ich würde mich sonst noch auf den Abschnitt 3 der Zusatzvereinbarung beziehen, wo ja gerade diese Zusicherung in bestimmter Form erteilt worden ist. Es heißt dort:

> Die Finanzbeamten erhalten die Zusicherung, daß bei ihrer Einreihung in die Beamtenschaft der Reichsfinanzverwaltung die Regelung ihres Beförderungs- und Besoldungsdienstalters in der Weise erfolgt, daß die infolge der verschiedenen Vorbildungs-, Ausbildungs-, Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse in den einzelnen Gliedstaaten bestehenden Ungleichheiten in billiger Weise ausgeglichen werden.
>
> Vor Regelung dieser Angelegenheit werden Vertreter der Beamtenorganisationen gehört werden.

(C) Werden Sie also mit Bayern in nächster Zeit die Härten ausgleichen, so müssen Sie auf Abschnitt 3 fußend einen ähnlichen Ausgleich im Benehmen auch mit den Beamten der übrigen Länder herbeiführen. — Der Herr Reichsfinanzminister stellt die Übereinstimmung mit meinen Ausführungen fest. So können wir diese Beunruhigung, sofern sie auch in Württemberg entstehen sollte, damit als ausgeglichen erachten.

Ich freue mich insbesondere, daß im Abschnitt 3 der Zusatzvereinbarung vorgesehen ist, daß diese Angelegenheiten mit Vertretern der Beamtenorganisationen verhandelt werden sollen, und ich bin dem Herrn Reichsfinanzminister insbesondere dankbar, daß er von dem Tage der Übernahme seines Amtes an diese lebendige **Fühlungnahme mit der Beamtenschaft** aller Länder und im Reich herbeigeführt hat. Es muß das Zeichen der neuen Zeit sein, daß in Beamtenfragen nicht schlechthin von oben diktiert wird, sondern daß man mit den Beamten am grünen Tisch verhandelt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Auf dem Verhandlungsweg lassen sich solche Beunruhigungen — das wissen die Leute, die gewerkschaftlich gearbeitet haben — von vornherein am besten ausgleichen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Wenn das geschieht — und ich nehme an, daß es geschehen wird: mir würde ein Wort der Zusicherung neben dem Zunicken genügen —, dann, glaube ich, ist auch die Zusatzerklärung des Unterausschusses bereits in Erfüllung gekommen. Der Unterausschuß hat dankenswerterweise in der Zusatzerklärung bestimmt:

> Die Reichsregierung wird beim Erlasse neuer reichsrechtlicher Vorschriften und Bestimmungen, sowie bei Anregungen auf Abschluß von Vereinbarungen über die Anwendbarkeit neuer landesrechtlicher Vorschriften und Bestimmungen mit dem gleichen Wohlwollen verfahren, das sie bei der Übernahme der Beamten geleitet hat. (D)

Von diesem Wohlwollen bin ich überzeugt, und nachdem der Unterausschuß in dieser Zusatzerklärung dieses Wohlwollen noch in den Akten des Reichstags verewigt, glaube ich, daß es möglich ist, jede Beunruhigung auf seiten der Beamten in den Ländern aufzuräumen.

Meine Damen und Herren! Wie ich zu Eingang sagte: mit der Aufzählung dieser Landesfinanzämter kommt ein großes, ein gigantisches Werk zum Abschluß. Ich habe seinerzeit in Weimar schon ausgeführt, man muß um Jahrhunderte in der deutschen Geschichte zurückgehen, bis man nur auf einen ähnlichen Gedanken stößt, der heute durch dieses Nachtragsbudget in gewissem Sinne zum Abschluß kommt. Es ist seinerzeit gelungen, aus der Reichsabgabeordnung den organisatorischen Teil herauszuheben und in Weimar zu verabschieden. Der verwaltungstechnische Teil ist zurzeit in der Kommission in Arbeit, und es besteht Aussicht, daß auch der zweite Teil der Reichsabgabenordnung bald zur Verabschiedung kommen wird. Wenn das der Fall ist, darf man sagen: hier ist ein Werk verabschiedet worden, das mit andern großen Dingen, die noch geschehen müssen, geeignet ist, das Finanzwesen Deutschlands einer Rettung entgegenzuführen.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Der Herr Reichsfinanzminister!

Erzberger, Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Es würde sehr nahe liegen, nach dem Vortrage des unmittelbaren Herrn Vorredners aus dem Hause und im Anschluß an die gestrigen Darlegungen des Herr Abgeordneten Grafen v. Posadowsky einige allgemeine Bemerkungen zum Etat des Finanzministeriums zu machen. Ich unterlasse sie aber, da ich wohl im Laufe

(**Erzberger,** Reichsfinanzminister.)

(A) der Zeit noch genügend Gelegenheit haben werde, Ihnen den Grundgedanken der Reichsfinanzreform darzulegen.

Nur einen Gedanken möchte ich heute bereits zum Ausdruck bringen. Der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky — er ist zu meinem Bedauern nicht anwesend — irrt sich doch, wenn er glaubt, daß ein einheitlicher Plan für die Reichsfinanzreform nicht da sei. Der **einheitliche Plan für die Reichsfinanzreform** ist vorhanden. Der große Gedanke ist der, daß das Reich jetzt sorgen muß für die Einnahmen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden. Das ist das erste grundlegende Prinzip, das sich bisher keine Reichsfinanzverwaltung gestellt hat, auch nicht stellen konnte.

Der zweite grundlegende Gedanke schreitet heute nach der Verabschiedung des Etats der Verwirklichung entgegen. Mit dem 1. Oktober 1919 hat das Deutsche Reich, wie der Herr Vorredner zutreffend ausgeführt hat, einen Schritt gemacht, wie er in der Geschichte unseres Volkes bisher nicht vorhanden gewesen ist. Der 1. Oktober wird ein Markstein in der finanziellen Entwicklung des Reichs sein, indem nämlich das erste Mal, seitdem es ein Deutsches Reich gibt — wir dürfen über tausend Jahre in der Geschichte unseres Volkes zurückgehen —, das Reich nun selbst Herr seiner **Steuerverwaltung und** Herr seiner **Steuereinnahmen** ist.

Dieser Schritt ist auch von höchster politischer Bedeutung. Ich bin ganz fest davon überzeugt, daß neben der Reichsverfassung, die wir in Weimar verabschiedet haben, kein so wirkungsvoller Schritt zur **Schaffung des deutschen Einheitsstaates** geschehen konnte und geschehen ist als in der Schaffung der Reichsorganisation der Steuerverwaltung.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Die Folgen werden sich auf den verschiedensten Gebieten (B) bereits zeigen. Ich bin fest überzeugt, daß die Nationalversammlung dem Sehnen des deutschen Volkes dadurch am besten Rechnung trägt, daß sie mit raschen Schritten zum deutschen Einheitsstaat marschiert. Die Verabschiedung der Reichsfinanzverwaltung ist, wie gesagt, in Weimar geschehen. Die etatsmäßige Grundlage ist nun im Nachtragsetat gelegt. Ich erkenne gern an, daß die deutschen Länder bei der Durchführung der Reichsfinanzverwaltung große Opfer gebracht haben, große Opfer bringen müssen. Es läßt sich eben das Problem nicht lösen, daß wir einen Nationalstaat schaffen, wenn nicht die bisherigen Länder Opfer auf den verschiedensten Gebieten bringen.

Ich erkenne auch gern an, daß in der Durchführung der Organisation der Steuerverwaltung die Länder Entgegenkommen gezeigt haben. Aber ich bin verpflichtet, auch offen auszusprechen, daß die **Organisation der Landesfinanzämter,** wie sie nun vollzogen ist, nach der Form der Abgrenzung nicht meinem Ideal entspricht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es nach meinen Wünschen gegangen und ich allein Herr gewesen wäre — die Gesetzgebung hat mir ja die Machtvollkommenheit nicht übertragen, ich war verpflichtet, im Einvernehmen mit den Ländern die Frage zu lösen —, dann müßten die Landesfinanzämter, wie wir sie jetzt geschaffen haben, gleichzeitig die künftigen Reichsprovinzen darstellen. Das wäre der richtige und logische Schritt gewesen, wie ihn zweifellos auch die Nationalversammlung will, wie er aber in der Gesetzgebung nicht klar genug zum Ausdruck gekommen ist. Es mußte daher auf Wünsche Rücksicht genommen werden, die vom Standpunkt der Reichsverwaltung und vom Standpunkt der Reichseinheit ihre Begründung nicht finden können, die aber berechtigt sein mögen, wenn man mehr in die Vergangenheit blickt. Die Organisation der Landesfinanzämter ist nach meinem Dafürhalten nicht (C) besonders glücklich geworden an den Mündungen der beiden deutschen Ströme, die noch restlos in unserem Besitz geblieben sind, das ist bei der Weser und bei der Elbe. Auch sonst sind noch einige Unebenheiten und Unschönheiten mit unterlaufen, die jedoch leichter zu tragen sein werden. Dort aber mußten teilweise künstliche Konstruktionen geschaffen werden. Ich persönlich als Reichsfinanzminister stimme deshalb dem Antrag des Hauptausschusses zu, der in absehbarer Zeit eine gesetzliche Regelung der Einteilung der Landesfinanzämter anstrebt. Natürlich dürfen Sie nicht erwarten, daß dieses Gesetz bereits im Laufe des Winters Ihnen vorgelegt wird, sondern nachdem einmal auf dem Verwaltungswege mit Zustimmung der Länder die Einteilung der Landesfinanzämter geschaffen worden ist, muß nun ein gewisser Ruhepunkt und eine gewisse Ruhezeit eintreten; man muß die Erfahrungen von ein bis zwei Jahren abwarten,

(Zustimmung)

und dann wird man dazu übergehen können, den Antrag, den der Unterausschuß gestellt hat, zu verwirklichen und im Wege der Gesetzgebung dann die Aufteilung des Deutschen Reichs in die einzelnen Landesfinanzämter zu vollziehen.

Ich hoffe, daß bis zu diesem Zeitpunkt auch manche Schwierigkeiten auf anderen Gebieten beseitigt sein werden; ich hoffe, daß bis dahin das **Deutsche Reich** den Schritt zum **Einheitsstaat** auch auf anderen Gebieten vollzogen haben wird. Ich denke dabei besonders an den Übergang des Eisenbahnwesens, des Postwesens an das Reich, und dann, glaube ich, ist der Zeitpunkt gekommen, wo im Wege der Gesetzgebung die künftigen — ich gebrauche noch einmal den Ausdruck — **Reichsprovinzen** festgelegt werden.

Denn der Wille der Reichsregierung ist klar. Er geht (D) in Übereinstimmung wohl mit der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung dahin, den Einheitsstaat dem deutschen Volke zu geben und an der Stelle der bisherigen Zersplitterung ein kraftvolles einiges deutsches Reich zu schaffen: einheitlich als Einheitsstaat, dezentralisiert in der Ausführung, in der Verwaltung, genau so, wie wir den ersten Schritt hier gehen, indem wir die **Landesfinanzämter mit großer Machtvollkommenheit** ausgestattet haben. Es liegt der Reichsregierung und insbesondere der Reichsfinanzverwaltung vollkommen fern, wenn sie den Gedanken des Einheitsstaates im Interesse der Steuergesetze stark in den Vordergrund stellt, deshalb nun etwa zum Schablonisieren und zur absoluten Gleichmacherei in ganz Deutschland übergehen zu wollen. Die Reichsfinanzverwaltung hat eine ganze Reihe von Zuständigkeiten an die Landesfinanzämter übertragen, und es wird auf diesem Gebiete auch weiter so gemacht werden, aber im Schlußpunkt muß die Zentralgewalt des Reiches gestärkt werden, muß das Reich in seinen obersten Leitern so stark sein, wie es eben die Zeitumstände gebieten, um aus diesen für die Masse unseres Volkes nahezu unerträglichen Verhältnissen herauszukommen. Mit der bisherigen Zersplitterung — das glaube ich offen aussprechen zu dürfen — der Kräfte ist es unmöglich, die fast unlösbare Aufgabe der Gesundung unserer Reichsfinanzen zu schaffen.

Darum bin ich der Nationalversammlung dankbar, daß sie in so kurzer Frist das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung geschaffen hat. Ich hoffe auch, daß der zweite Teil dieses Gesetzes, das der Herr Vorredner kurz erwähnt hat, bald verabschiedet wird, daß wir nämlich neben der Reichssteuerverwaltung auch ein **einheitliches Reichssteuergesetz für Deutschland** bekommen. Wenn wir diese beiden Grundpfeiler gelegt haben, dann kann erst der systematische Aufbau der ganzen Reichssteuergesetz-

(**Erzberger**, Reichsfinanzminister.)

(A) gebung erfolgen. Das ist die Voraussetzung des Gelingens der ganzen Reichsfinanzreform. Die reichseigene Finanzverwaltung auf der einen Seite, das reichseigene Steuergesetz auf der anderen.

Mit der Lösung dieser beiden Aufgaben werden auch die Arbeiten für die Nationalversammlung, für den kommenden Reichstag auf dem Gebiete der Reichssteuergesetzgebung wesentlich einfacher und wesentlich kürzer sich gestalten. Denn dann werden die Steuern nicht mehr die ganze Menge der Ausführungsbestimmungen, Veranlagungsbestimmungen, der Rechtsgarantien der einzelnen Abgabepflichtigen und Steuerzahler enthalten müssen, sondern es kann auf diesem Gebiete immer auf das grundlegende Recht verwiesen werden, auf die Art Verfassung für die ganze Steuergesetzgebung. Es werden dann nur noch wenige Bestimmungen in den einzelnen Steuergesetzen in Zukunft enthalten sein müssen, allerdings will ich zugeben: grundlegende und tiefwirkende Bestimmungen. Den Hauptgegenstand der künftigen Steuergesetzgebung wird dann immer nur die Steuerskala bilden, das Objekt, das der Besteuerung unterliegt, und die Frage, wie hoch die Besteuerung sein soll. Alle anderen Fragen sind dann in der Reichsabgabenordnung ein für allemal geregelt, und nur soweit von der allgemeinen Regel in Anbetracht der Besonderheit einer Steuer Ausnahmen zu machen sind, sind diese in den künftigen Steuergesetzen noch zu regeln. Viele Fragen, die das Haus oft wochenlang und monatelang beschäftigt haben, wie z. B., um nur eine herauszugreifen, die Einschätzung des Grundvermögens nach dem gemeinen Wert oder nach dem Ertragswert und die Frage, wie der Ertragswert berechnet werden soll, werden dann ausscheiden, weil sie eben in dem grundlegenden Gesetz der Reichsabgabenordnung ihre endgültige Regelung gefunden haben.

So sprechen also nicht nur große allgemeine Gesichts-(B)punkte dafür, daß das Gesetz rasch verabschiedet wird, sondern es lassen sich auch eine Reihe von gesetzgeberisch-technischen Gründen dafür anführen. Zu meiner Freude schreiten ja die Arbeiten in der Kommission für die Reichsabgabenordnung sehr rasch voran. Ich bitte aber in der Öffentlichkeit die Nationalversammlung dringendst, daß sie doch dahin arbeiten möge, daß bereits vor den Ferien, die Ende dieses Monats eintreten, die Reichsabgabenordnung in zweiter und dritter Lesung ihre Verabschiedung finde. Das ist absolut notwendig, wenn wir überhaupt mit Aussicht auf Erfolg an die große Steuergesetzgebung herangehen sollen. Das rasche Voranschreiten der Arbeit in dem **Ausschuß für die Reichsabgabenordnung** gibt mir auch die Ermutigung zu glauben, daß es möglich sein wird, im Plenum dieses Hauses dieses ungemein tiefgreifende und hochbedeutsame Gesetz noch in den nächsten vierzehn Tagen bis drei Wochen der Verabschiedung entgegenzuführen.

Dann ist das Fundament gelegt, auf dem der von dem Herrn Grafen Posadowsky gewünschte **einheitliche Steuerplan** aufgebaut und durchgeführt werden kann. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Grafen Posadowsky darin recht: es wäre Ihnen allen und auch mir zweifellos viel lieber, wenn wir mit der Schaffung der einzelnen Steuern hätten warten können, bis der große Gesamtplan über alle Steuern vorgelegen hätte. Wenn das Reichsnotopfer, die Umsatzsteuer, die Einkommensteuer mit ihren vielen Verästelungen, mit der Vorbelastung und Nachbelastung, mit der Landesbesteuerung usw. alle erst in einem großen Entwurf hätten vorgelegt werden können, dann würde die Arbeit zweifellos rascher vor sich gegangen sein und dann wäre die Übersichtlichkeit besser gewahrt worden. Das ist alles richtig und gut. Trotzdem können wir diesen Weg nicht gehen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Reichskasse auf die Einnahme aus diesen Steuern nicht solange warten kann. Die Reichsschuld wächst von Monat (C) zu Monat, die Ausgaben des Reichs wachsen nahezu von Tag zu Tag, fast jeden Tag treten neue Anforderungen an das Reichsfinanzministerium heran. Die Nationalversammlung ihrerseits könnte einen solchen großen Gesetzentwurf mit seinen verschiedenen Unterabteilungen auch gar nicht in der Zeit zur Verabschiedung bringen, in der er zur Verabschiedung gebracht werden muß. Darum mußten alle jene Steuern vorweggenommen werden, über welche in der Öffentlichkeit keine besonderen Streitigkeiten bestehen. Zum großen Teil ist das in Weimar geschehen. Es müssen aber auch vorweggenommen werden alle diejenigen Steuern, welche das Vermögen in seiner Gesamtheit belasten. Wenn wir jetzt das Reichsnotopfer verabschieden, dann ist die Vermögensbesteuerung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Daher kann dieser Teil der großen Finanzreform ruhig vorweggenommen werden, ohne daß der künftigen Arbeit, die in erster Linie der Einkommenbesteuerung gilt, vorgegriffen wird. Ebenso ist es mit der Umsatzsteuer, der großen indirekten Steuer der Zukunft. Wenn also der Herr Abgeordnete Graf Posadowsky auch darin recht haben mag, daß es angenehmer gewesen wäre, erst den gesamten Plan vor sich zu haben und dann der Reihe nach an die einzelnen Steuern heranzugehen, so bleibt es doch dabei, daß zwingende Gründe der Finanznot des Reichs es sind, die uns zu rascher Arbeit nötigen.

Auf weitere Ausführungen des Herrn Grafen Posadowsky will ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen, weil sich später noch reichlich Gelegenheit bieten wird, bei den einzelnen Steuern auf diese Fragen zurückzukommen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Wirth wegen der Frage der Stellung der Beamten eine Reihe von Anregungen gegeben und hat mich um Aufschluß über verschiedene Materien gebeten. Ich bin selbstverständlich gern bereit, auf seine Wünsche einzugehen und den notwendigen (D) Aufschluß zu erteilen. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Wirth gewünscht, daß die **Neuregelung des Besoldungswesens** mit Wirkung vom 1. April 1920 erfolgen möge. Ich kann diesem seinem Wunsche gegenüber erklären, daß es meine feste Absicht ist, die neue Besoldungsordnung so zeitig vorzulegen, daß sie mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten kann. Nur muß ich einen Vorbehalt machen, der bei einem Finanzminister immer selbstverständlich ist: Zuerst muß Geld da sein, es müssen die notwendigen Steuern für die Mehrausgaben bewilligt werden. Der Vorbehalt liegt aber noch auf einem anderen Gebiete. Die große Besoldungsordnung kann erst dann kommen, wenn das **Verkehrswesen in die Hand des Reiches übergegangen** ist; denn es würde unnütze Arbeit sein, wenn die Nationalversammlung oder der kommende Reichstag im nächsten Frühjahr eine Besoldungsordnung für die Finanzbeamten schaffen würde, wenn aber nicht gleichzeitig eine Besoldungsordnung für die zukünftigen Reichsbeamten der Reichseisenbahn- und der Reichspostverwaltung geschaffen würde. Es besteht aber, wie mir sowohl der Reichspostminister wie der Reichsverkehrsminister mitgeteilt haben, begründete Aussicht, daß im Laufe dieses Winters schon die entscheidenden Schritte für die Verreichlichung, um einmal den Ausdruck zu gebrauchen, des Eisenbahn- und des Postwesens erfolgen können. Diese Voraussetzung muß ich als Finanzminister machen, weil durch diese große Aktion, die wiederum dem Einheitsgedanken im deutschen Volke dient, noch mehr Beamte in den Reichsdienst überführt werden, als durch Übernahme der Steuerverwaltung bereits geschehen ist. Ich greife nicht zu niedrig, wenn ich sage, daß durch die Übernahme der Eisenbahn- und der Postverwaltung von Bayern und Württemberg mindestens, je nach dem man schätzen mag und Arbeiterkategorien zu Beamten macht,

(**Erzberger**, Reichsfinanzminister.)

(A) annähernd eine halbe Million als Beamte mehr in den Reichsdienst übertreten werden. Nun hat es keinen Zweck, eine Reichsbesoldungsordnung für den bisherigen Beamtenstab zu schaffen, um dann in einem Viertel- oder halben Jahre wiederum eine neue Besoldungsordnung zu machen, die die Reichsverkehrsbeamten umfaßt.

(Sehr richtig!)

Deshalb muß diese große Aktion vorausgehen. Ich hoffe aber, daß sie bereits vor dem 1. April nächsten Jahres ihre Erfüllung findet. Wenn das aber der Fall ist, kann ich auf das bestimmteste zusagen, daß mit Wirkung vom 1. April 1920 die neue Besoldungsordnung kommen wird.

Ich erkläre auch im Anschluß an die Anregungen des Herrn Vorredners, daß nicht nur im Reichsfinanzministerium, das die Hauptarbeit auf diesem Gebiete zu leisten hat, sondern auch im Reichsministerium des Innern, das an die Reform des Beamtenrechts herangeht, in **engster Fühlung mit den Organisationen der Beamten** gearbeitet wird. Gerade im Finanzministerium hat es sich bei der nicht leichten Aufgabe der **Überführung der einzelstaatlichen Steuer- und Zollbeamten in den Reichsdienst** als ganz ausgezeichnet erwiesen, daß wir mit den Beamtenorganisationen selbst verhandelt haben. Ich habe die Überzeugung, wenn wir nur auf dem bisher üblichen bureaukratischen Wege verhandelt hätten, daß es gar nicht möglich gewesen wäre, in der Zeit vom 22. August, wo das Gesetz in der Nationalversammlung verabschiedet wurde, bis zum 1. Oktober, wo es in Kraft treten mußte, die Übernahme der Steuerverwaltung auf das Reich zu vollziehen. Es war nur dadurch möglich, daß das Reichsfinanzministerium in unmittelbaren Verkehr mit den beteiligten Beamtenorganisationen getreten ist und alle Fragen, die sie bewegt haben, geklärt hat und auf ihre Wünsche, soweit es möglich war, eingegangen ist. Nur dadurch war es möglich, das große Werk zum (B) 1. Oktober zum Abschluß zu bringen. Das wirkt ermunternd und muß ermunternd wirken auf diejenigen Kreise, die vielleicht glauben, daß man solche Fragen auf dem alten bureaukratischen Wege regeln kann. Das kann man nicht mehr, und die praktische Erfahrung zeigt, daß die Ministerien dann viel besser fahren, wenn sie unmittelbar mit den Beamtenkategorien verhandeln. Die Beamtenschaft ist zufrieden, die Reichsverwaltung hat den größten Nutzen davon, und so kann man nicht mehr sagen, daß es Theorie ist, was hier vorgetragen wird, sondern wir haben im Reichsfinanzministerium die praktische Erfahrung gemacht, und ich kann nur sagen, sie war geradezu ausgezeichnet und hat alle Erwartungen weit übertroffen. Es ist doch keine Kleinigkeit, 30 bis 40 000 Beamte aus allen ihren Rechtsverhältnissen, ihren vielfachen Beziehungen herauszunehmen und in die Reichsverwaltung zu überführen. Und wo haben Sie in der Öffentlichkeit von Beamtenklassen der Steuer- und Zollverwaltung Beschwerden über diese Überführung gehört? Ist Ihnen auch nur eine einzige Petition oder Klage zugegangen? Die Arbeit war keine kleine; sie hat tief eingegriffen in die Verhältnisse des einzelnen Beamten, und trotzdem hat sich die Arbeit reibungslos vollzogen. Ich schreibe das Hauptverdienst daran dem Umstande zu, daß das Reichsfinanzministerium von Anfang an in engster Fühlung mit den Beamtenorganisationen gearbeitet hat,

(sehr richtig! im Zentrum und links)

und wenn das hier zu diesem guten Resultat geführt hat, so sehe ich es als ganz selbstverständlich an, daß wir, wenn wir die große Besoldungsnovelle machen, gleichfalls von Anfang an die Beamtenorganisationen heranziehen.

(Erneute Zustimmung.)

Aber ich glaube, wir nehmen dann auch der Nationalversammlung eine große Arbeitslast ab;

(sehr richtig! im Zentrum und links)

(C) denn es gibt für ein Parlament keine undankbarere Arbeit, als Besoldungsnovellen zu machen und Besoldungsordnungen festzusetzen.

(Sehr wahr!)

Recht machen kann man es doch nicht allen, denn so groß ist der Geldbeutel des Deutschen Reiches nicht, daß alle Wünsche erfüllt werden können. Glaubt man sie aber erfüllt zu haben, dann wird sich ganz von selbst bald wieder zeigen, daß sich die eine Kategorie gegenüber einer anderen benachteiligt glaubt und erklärt: wenn die schon soundso viel bekommt, muß ich es auch bekommen. Diesen Kämpfen unerquicklichster und undankbarster Art für Parlament und Regierung kann nur vorgebeugt werden, wenn von Anfang an mit den Beamtenorganisationen über alle Fragen verhandelt wird, wenn sie sehen, daß sie mitarbeiten dürfen, daß auf ihre Ratschläge gehört wird und der Ausgleich von den Beamtenorganisationen selbst geschaffen wird. Das ist das Ziel des Reichsfinanzministeriums bei der neuen Besoldungsordnung, und ich hoffe, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, von denen ich sprach, daß Sie das Gesetz so zeitig erhalten, daß es mit Wirkung vom nächsten 1. April in Kraft treten kann.

Wenn ich diese Zusage mit den beiden Vorbehalten, die ich genannt habe, geben konnte, dann darf ich allerdings an die Verwaltungen der Länder, wie an die Beamtenorganisationen und die Arbeiterorganisationen, die für Eisenbahn und Post in Betracht kommen, von dieser Stelle aus das Ersuchen richten, daß in diesem Zeitraum nicht mehr auf den verschiedenen Gebieten neue Forderungen erhoben werden, sondern daß man die endgültige Regelung, bis zu der es doch nur noch ein halbes Jahr dauern kann, dem Reiche vorbehält. Die Übernahme auf das Reich und die Arbeiten dafür werden ungemein erschwert, wenn in diesem oder jenem Teil des Deutschen (D) Reiches noch besondere Abmachungen getroffen werden,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die vielleicht manchen Landesverwaltungen gar nicht einmal allzu schwer und drückend sein würden. Sie würden vielleicht sagen können: wir zahlen ja doch nur noch vom 1. Januar bis zum 31. März dieses Jahres; also warum sollen wir unsere Landeskinder nicht zufriedenstellen und ihren Wünschen nicht entgegenkommen? Aber ich bitte zu bedenken, wenn dieser Geist einreißen sollte, dann würde im Monat April das Finanzministerium vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe stehen.

Überdies liegt auch kein Bedürfnis zu solchen Abmachungen vor, weil die Verhandlungen mit den Organisationen der Beamten bereits jetzt aufgenommen werden und schon in den nächsten Wochen Verhandlungen stattfinden werden. Dort können sie dann ihre Wünsche vortragen, und ich glaube, daß da auf die Dauer mehr für die Erfüllung dieser Wünsche getan werden kann, als wenn einzelstaatliche Verwaltungen noch im letzten Augenblick auf diesem Gebiete Abmachungen treffen wollten. Auch die Beamtenorganisationen werden, wie ich hoffe, das Zweckmäßige des Weges, den ich vorschlage, einsehen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Wirth noch einige Wünsche zu den Zusatzvereinbarungen, die wir mit den Organisationen der Beamten und mit den Ländern getroffen haben, in den Kreis der Erörterungen zu ziehen gebeten. Ich bin in der angenehmen Lage, ihm zuzusagen, daß alle Wünsche, die er geäußert hat, vom Reichsfinanzministerium erfüllt werden können und auch tatsächlich erfüllt werden. Wenn hier gedruckt worden ist: **„Zusatz nur für Bayern“, „Zusatz nur für Preußen“** — so möchte ich sagen, daß diese Formulierung mehr einen historischen Wert hat. Es soll der Nationalversammlung dadurch zum Bewußtsein kommen, warum dieser Zusatz 7 hier überhaupt Aufnahme gefunden hat, ebenso der Zu-

(Erzberger, Reichsfinanzminister.)

(A) satz 8. Materiell wird das, was hier für Bayern genehmigt wird und für Preußen niedergelegt ist, selbstverständlich allen Beamten gewährt werden ohne Unterschied, ob sie nun aus Bayern, aus Baden oder aus Preußen kommen. Die Aufnahme dieser Zusätze für Bayern speziell ist notwendig geworden, weil infolge der Revolutionszustände in München, die ja den Herren bekannt sind, der Etat damals nicht ordnungsmäßig zur vorgeschriebenen Zeit im Landtage verabschiedet werden konnte, da er nicht versammelt war. So konnten die Wünsche der Landesregierung, die absolut sicher die Zustimmung der Landesversammlung gefunden hätten, zugunsten der Beamten nicht mehr durchgeführt werden. Nun darf aber, weil aus einem solchen Umstande und gegen den Willen der Regierung und der Volksvertretung Wohltaten den Beamten nicht zugeführt werden konnten, weil Spartakus und andere Elemente in München herrschten, daraus eine Benachteiligung der Beamten nicht eintreten.

(Sehr richtig! links.)

Zur Vermeidung einer solchen Benachteiligung soll die Ziff. 7 mitwirken. Wenn in anderen Ländern ähnliche Verhältnisse vorliegen — ich weiß nicht, ob Braunschweig, Hamburg und Bremen in Betracht kommen können —, so ist es selbstverständlich, daß wegen des nicht rechtzeitig verabschiedeten Etats den Beamten keine Nachteile erwachsen dürfen, und das ist der Inhalt der Ziff. 7. Der Abs. 2 der Ziff. 7 bezweckt nichts anderes, als daß die Abstellung von Härten nur mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgen soll und daß nicht eine einseitige Auslegung von seiten eines Bundesstaates eintritt. Andererseits leisten die Verwaltungen der Länder uns gewiß einen Dienst, wenn sie solche Unebenheiten und Härten ausgleichen, ehe die neue Besoldungsordnung geschaffen ist. Es wird dann das Zusammenlegen von einzelnen Gruppen leichter, reibungsloser (B) und schneller vor sich gehen können.

Der Zusatz in Ziff. 8 ist heute nicht bemängelt worden, und er ergibt sich ganz von selbst. Ich erkläre aber: wenn andere Staaten den Beamten ähnliche Zusagen machen sollten, wie sie in Preußen gemacht worden sind, so ist es selbstverständlich, daß diese Zusagen in den betreffenden Staaten Gültigkeit haben werden.

Das ist es, was ich zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Wirth und zum Nachtragsetat zu sagen habe. Ich bin der Nationalversammlung dankbar, wenn sie den Etat noch heute oder, falls die Frist nicht ausreicht, morgen noch verabschiedet, damit wir dazu übergehen können, nach endgültiger Verabschiedung des Etats die Stellungen der Präsidenten der Landesfinanzämter definitiv zu besetzen und die Einzelheiten des großen Werkes, dessen Bedeutung für das deutsche Volk der Herr Abgeordnete Wirth schon hervorgehoben hat, raschestens der Verwirklichung entgegenzuführen.

(Bravo!)

Präsident: Meine Damen und Herren! Über die letzten Reden ist es bereits 6 Uhr geworden, wo wir zu schließen gewöhnt sind. Es ist aber mißlich, mitten in einer Sache abzubrechen. Ich möchte daher vorschlagen, weiter zu machen. Nach Maßgabe der Wortmeldungen dürfte es vielleicht möglich sein, diesen Etat heute noch zu erledigen.

(Zustimmung.)

Gegen Tit. 1 ist kein Widerspruch erhoben; er gilt daher als angenommen.

Tit. 2, — 3, — die Korrekturen des ergänzenden Etats sind natürlich einzustellen —, 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a. — Angenommen.

Zu Tit. 9 liegt ein Antrag vor auf Nr. 1097 von seiten des Ausschusses, die Summe von 6234000 Mark zu erniedrigen auf 615900 Mark. Ich unterstelle, daß (C) das Haus diesem Antrage seines Ausschusses ebenfalls zustimmt. —

Tit. 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18. — Angenommen.

Kap. 68 allgemeine Bewilligungen, Tit. 1, — 1a, — 1b, — 1c, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. —

Ich rufe auf Kap. 68a, Landesfinanzämter, Tit. 1. Dazu liegt ein Antrag des Ausschusses auf Nr. 1097 vor wegen einer anderweitigen Einteilung der Landesfinanzämter, da die jetzige Einteilung hinsichtlich der Verhältnisse an der Unterweser und Unterelbe den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspricht und darum nur als vorläufige angesehen werden soll, ebenso bezüglich des zum Freistaat Oldenburg gehörigen Fürstentums Lübeck.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stolten.

Stolten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Was ich Ihnen jetzt in so später Stunde noch vortragen möchte, gehört nicht in die Kategorie derjenigen Reden, die der Herr Präsident vorhin als im gegenwärtigen Moment vermeidbar bezeichnet hat; es betrifft vielmehr eine für uns an der Unterelbe und Unterweser sehr wichtige Angelegenheit, die zur unmittelbaren Entscheidung bei Erledigung dieses Etats gebracht werden soll. Ich erkenne mit dem Herrn Kollegen Wirth an, daß es ein großes Werk ist, um das es sich hier handelt, für das durch den Etat die Grundlage gelegt werden soll. Es ist aber auch um deswillen wichtig, weil zum ersten Male nach der Fertigstellung der Reichsverfassung hier gewissermaßen die republikanische Staatseinheit praktisch sich bewähren soll. Ich glaube, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß der einzige verständige Grundsatz, nach denen die **Landesfinanzämter** eingeteilt und abgegrenzt (D) werden sollen, in der finanzwirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zu suchen ist. Dabei können die **Grenzen der Einzelstaaten** soweit berücksichtigt werden, wie das vernünftig ist. Aber bei der Buntscheckigkeit unserer Staateneinteilung im Reiche, die man an gewissen Stellen aufrecht zu erhalten bemüht ist, hat die Vernunft jedenfalls nicht Gevatter gestanden. Diese Buntscheckigkeit in die finanztechnische Einteilung des Reiches hinüberzunehmen, wäre geradezu der Gipfel des Widersinns. Die Einteilung der Landesfinanzämter muß sich im einzelnen um die wirtschaftlichen Schwerpunkte Deutschlands gruppieren. Dem entspricht aber die vorliegende Einteilung durchaus nicht. Das zeigt schon, wenn Sie sich die Anlage I genauer ansehen, die Unstimmigkeit in dieser Anlage, die es offen läßt, welchem Landesfinanzamt das **Fürstentum Lübeck,** das zu Oldenburg gehört, aber zwischen Holstein, Lübeck und Mecklenburg liegt, zugeteilt werden soll.

Es gibt noch mehrere solcher Unstimmigkeiten, besonders auch diejenige, von der der Herr Reichsfinanzminister schon gesprochen hat, die die Aufteilung des Reichsgebiets an der **unteren Elbe** und der **unteren Weser** betrifft. Daß die vorliegende Aufteilung nicht befriedigt, hat auch der Haushaltsausschuß durchaus anerkannt, und die Resolution, die er beschlossen hat und die eben verteilt worden ist, gibt dem auch durchaus treffenden Ausdruck. Für diese unbefriedigende Lösung trifft die Schuld nicht das Reichsfinanzministerium, sondern die Schuld liegt bei Preußen, und ich habe bei den Vorverhandlungen, an denen ich zum Teil mitgewirkt habe, den Eindruck gewonnen, daß der alte eigensinnige **preußische Partikularismus** reichlich stark auf die neuen Männer in Preußen abgefärbt hat,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß dieser Partikularismus verbunden war mit der

(Stolten, Abgeordneter.)

(A) Besorgnis, die in preußischen Regierungskreisen obwaltet, vor der Abbröckelung vom preußischen Staate. Vielleicht hat zu dieser Besorgnis auch beigetragen die Auffassung, die der Herr Reichsfinanzminister soeben ausgesprochen hat, und die dahin ging, daß die Einteilung und **Abgrenzung der Landesfinanzämter** gleichzeitig die **Abgrenzung der zukünftigen Reichsprovinzen** sein solle. Das hat in preußischen Regierungskreisen anscheinend arg verschnupft. Man fürchtet sich vor einer solchen Abgrenzung; man fürchtet, daß mit der Abgrenzung der Landesfinanzämter schon der erste Schritt dazu getan werden solle, Preußen aufzuteilen. Namentlich im preußischen Finanzministerium hat man sich aus diesem Grunde der verständigeren Einteilung und Abgrenzung der Landesfinanzämter widersetzt. Ich halte das für eine ganz verkehrte Auffassung. Die Frage der zukünftigen Einteilung des Reiches in Provinzen will ich hier ganz aus dem Spiele lassen; hier handelt es sich zunächst um eine rein verwaltungstechnische Angelegenheit, und man braucht in der Tat nicht die Besorgnis zu haben, daß Preußen dadurch irgendwie in seinem Gefüge berührt werden könnte. Wie gesagt: die Schuld lag nicht beim Reichsfinanzministerium, sondern auf Seiten der Vertreter des preußischen Staates. Mit Hamburg und Bremen im besonderen war seitens des Reichsfinanzministeriums eine durchaus erträgliche und verständige Abgrenzung der Landesfinanzämter vereinbart worden, die für die Gebiete an der Unterelbe und Unterweser dahin gehen sollte, daß das Landesfinanzamt Unterelbe, außer Hamburg, Schleswig-Holstein und die nordhannoverschen Kreise, die an der Elbe liegen, umfassen sollte, das Landesfinanzamt Unterweser Bremen, Oldenburg und die an der Weser liegenden hannoverschen Kreise. Das wäre verständig gewesen und hätte diesen beiden großen Wirtschaftszentren an der Elbe und an der Weser zu ihrem Rechte verholfen.

(B) Notwendig ist es, daß alle anderen als **wirtschaftliche Gesichtspunkte** bei der Abgrenzung der Landesfinanzämter ausscheiden. Allein die wirtschaftlichen Fragen müssen entscheidend bleiben. Die preußische Regierung hat sich aber bisher auf den Standpunkt gestellt, daß kein Stück preußischen Gebietes einem Landesfinanzamt unterstellt werden sollte, das außerhalb des preußischen Staatsgebietes residiert, daß man also einem Landesfinanzamt Bremen oder Hamburg kein Stück preußischen Landesgebietes angliedern dürfe. Wir haben dagegen in den Vorverhandlungen mit den besten Vernunftsgründen gekämpft; aber alle diese Vernunftsgründe sind bisher unwirksam geblieben, obwohl man sich in Preußen bereit erklärt hatte, die **Angliederung kleinerer Staaten** an in Preußen residierende Landesfinanzämter zuzugeben. Das abzulehnen, wäre ja auch unvernünftig gewesen. Aber wenn man sich auf der einen Seite in Preußen bereit erklärt, an preußische Landesfinanzämter andere kleinere deutsche Einzelstaaten für diesen Zweck anzugliedern, dann war es jedenfalls durchaus unangebracht, andererseits nicht auch zuzugeben, daß zu einer verständigen Einteilung auf finanzpolitischem Gebiete auch eventuell preußische Gebiete einem Landesfinanzamt zugeteilt werden dürfen, das nicht in Preußen residiert. Aber diese engherzige Auffassung hat leider in Preußen gesiegt, und so sind wir denn dahin gekommen, daß Hamburg allein für sich ein Landesfinanzamt bilden soll und ebenso Bremen. Daß **Hamburg** als großes wirtschaftliches Zentrum in Nordwestdeutschland und in der gleichen Weise **Bremen** Zentralpunkte für ein Landesfinanzamt sein müssen, liegt klar auf der Hand. Das brauche ich heute hier nicht erst noch zu beweisen; ich könnte Ihnen dafür — ich will Sie damit aber in so später Stunde nicht aufhalten — sehr reichhaltiges Material unterbreiten über die wirtschaftliche Bedeutung, die gerade Hamburg auf dem Gebiete der Steuern, der Zölle und auf sonstigen wirtschaftlichen Gebieten hat. (C) Jedenfalls ist die Regelung, die jetzt vorgesehen ist, meines Erachtens auf die Dauer ganz unhaltbar. Hamburg allein zu einem Landesfinanzamt zu machen, ist geradezu unsinnig und bringt Hamburg in eine wirtschaftliche Isolierung, die auf die Dauer ganz unerträglich sein würde.

Der Herr Reichsfinanzminister hat vorhin davon gesprochen, daß vielleicht nach einem oder zwei Jahren eine **Änderung in der Einteilung der Landesfinanzämter** eintreten könnte. Ich halte es für unmöglich, daß auf die Dauer von vielleicht zwei Jahren oder gar noch länger der Zustand, der jetzt provisorisch geschaffen werden soll, erträglich wäre. Vergegenwärtigen Sie sich eins: als Grenze des Hamburger Landesfinanzamts ist jetzt das Hamburgische Staatsgebiet festgelegt; dieses geht aber zweimal, im Osten wie im Westen von Hamburg, durch das große Wirtschaftsgebiet Hamburg-Altona-Wandsbek, und im Süden ist es auch von einem Teil seines Wirtschaftsgebiets abgeschlossen, das jenseits der Süderelbe liegt. Ein solcher Zustand ist meines Erachtens auf die Dauer ganz unerträglich. Wir haben ja heute schon das Verhältnis, daß im Hamburger Hafengebiet drei Zolldirektionsbehörden über die Dinge zu entscheiden haben. Das ist ein Zustand, der, wie die bisherigen Erfahrungen gelehrt haben, auf die Dauer nicht zu halten ist. Jede dieser drei Zolldirektionsbehörden ist in einem Teil des großen Hafengebiets zuständig. Das hat bisher schon zu großen Unzuträglichkeiten geführt, würde aber in der Zukunft zu noch viel größeren führen müssen, und gerade die praktischen Erfahrungen der Vergangenheit lehren uns, daß es ein unhaltbarer Zustand werden würde, wenn das Landesfinanzamt Hamburg, so wie es provisorisch jetzt geschaffen werden soll, auf längere Dauer aufrecht erhalten würde. Es ist die dringende Notwendigkeit eingetreten, daß diese (D) Zerreißung des großstädtischen Wirtschaftskomplexes Hamburg-Altona-Wandsbek aufgehoben wird, daß tatsächlich eine einheitliche Verwaltung vor allen Dingen auch auf steuertechnischem Gebiete herbeigeführt wird. Es ist das nicht etwa ein spezielles Interesse Hamburgs, sondern ein großes Interesse des Reichs, das dabei gewahrt werden muß,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und dieses Interesse des Reichs sollte deshalb auch zur Geltung gebracht werden. Durch die Zersplitterung würden die Kosten, die aus der zukünftigen Finanzverwaltung erwachsen, nach meiner Auffassung ganz unverhältnismäßig hoch werden. Ich bin auch der Meinung, daß die Kosten für die Verwaltung eines Landesfinanzamts, das, wie ursprünglich vorgesehen, Schleswig-Holstein, Hamburg und die nordhannoverschen Kreise umfaßte, nicht viel größer sein würden als die Kosten für ein Landesfinanzamt, das Hamburg allein umfaßt.

Außerdem kommt hinzu, daß auch die **Überwachung der Ein- und Ausfuhr** auf der Elbe und auf der Weser notwendigerweise in Zukunft an Bedeutung gewinnen muß, weil wir mit Ein- und Ausfuhrverboten viel mehr als in früherer Zeit zu rechnen haben, und weil ja diese Ein- und Ausfuhrverbote eine größere Bedeutung als früher erlangen können und müssen. Um so mehr ist eine einheitliche Verwaltung der ganzen Wirtschaftsgebiete, die sich um die Elbe und um die Weser herumgruppieren, notwendig, weil wir ja mit einer Art von Internationalisierung der Ströme zu rechnen haben, die für uns von sehr beträchtlicher Wirkung werden kann. Aber nicht nur für diejenigen Einnahmen, die auf dem Gebiete des Zollwesens und der indirekten Steuern eingebracht werden, sondern auch für die direkten Steuern wird die zukünftige Verwaltung der Landesfinanzämter

(Stolten, Abgeordneter.)

(A) von großer Bedeutung werden. Es steht das ja schon fest, daß auch die Verwaltung der direkten Steuern von den Einzelstaaten auf das Reich übergehen wird. Wir haben in Hamburg eine große Zahl von Kaufleuten, die zwar in Hamburg ihr Geschäft betreiben, und deren Geschäftseinkünfte bisher in Hamburg veranlagt und versteuert wurden, die aber in benachbarten preußischen Gemeinden wohnen und dort einen Teil ihres Einkommens versteuern. Bisher wurden sie in Hamburg veranlagt. Wenn das Landesfinanzamt Hamburg auf das hamburgische Staatsgebiet beschränkt wird, dann wird die notwendige Folge sein, daß die Veranlagung dieser Kaufleute in ihrem Wohnorte, also in den preußischen Gemeinden, erfolgt, die eine Übersicht über die Einkommenverhältnisse dieser Leute nicht haben und nicht haben können. Auch aus diesen Gründen wäre es notwendig, daß dem provisorischen Zustand, der hier geschaffen ist, so bald wie möglich ein Ende gemacht wird.

Ich möchte Sie deshalb bitten, der Resolution, die der Ausschuß vorgelegt hat, möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu geben, möchte aber den Herrn Reichsfinanzminister gleichzeitig bitten, wenigstens den Versuch zu machen, dieses Provisorium, das nun notgedrungen besteht, weil mit Preußen nicht zu einer Verständigung zu kommen war — denn da liegt der Widerstand —, recht bald zu beseitigen und sobald wie möglich eine verständige Abgrenzung der Landesfinanzämter an der Unterelbe und Unterweser herbeizuführen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Blunck.

Dr. **Blunck,** Abgeordneter: Meine Herren! Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man eine gewisse Schadenfreude darüber empfinden, daß hier jetzt so lebhafte Klagen laut werden, nachdem zwei Monate ins (B) Land gegangen sind, seitdem wir die Reichsfinanzordnung hier beschlossen haben. Woher kommt der ganze Jammer? Kollege Stolten sagt: er kommt von Preußen, der Finanzminister hat keine Schuld. Nein, umgekehrt ist es: die Schuld liegt beim Reichsfinanzminister, die Schuld liegt bei den Sozialdemokraten und beim Zentrum, die damals unsere Anträge abgelehnt haben. Wir wollten, daß die **Einteilung des Deutschen Reiches in die Landesfinanzämter durch Reichsgesetz** erfolgen sollte. Damals hat Ihr Freund Braun mit für den Antrag gesprochen und erklärt, das wäre selbstverständlich, das wäre notwendig. Ich habe den Antrag eingehend begründet und darauf hingewiesen, daß Sie sonst mit den partikularistischen Tendenzen zu rechnen hätten, und Sie haben nachher den Antrag geschlossen abgelehnt. Nun bedanken Sie sich gefälligst bei sich selber, daß Sie damals so wenig Einsicht in diese Notwendigkeit des Reiches gehabt und den Antrag abgelehnt haben.

Sie haben sogar unsern Eventualantrag abgelehnt, der besagte, die Regelung solle statt „im Einvernehmen mit den Bundesstaaten“ „im Benehmen“ mit den Bundesstaaten erfolgen. Auch das haben Sie abgelehnt, und nun müssen Sie sich schließlich bei sich selber beklagen, wenn es zu keiner vernünftigen Ordnung kommen kann.

So, wie es jetzt geregelt ist, kann die Sache natürlich nicht auf die Dauer bleiben. Aber es wird in der Tat sehr schwer sein, das, was damals versäumt worden ist, jetzt nachträglich wieder gutzumachen. Ich kann auch nicht umhin, zu sagen, daß der Reichsfinanzminister damals mit geradezu unbegreiflichem Optimismus gegen unsere Anträge gesprochen hat, indem er meinte, die Sache würde schon in Ordnung kommen. Wir sehen jetzt: die Sache kommt eben nicht in Ordnung, und es wird jetzt wahrhaftig an der Zeit sein, daß Sie eine Regelung vorschlagen, die den vernünftigen Forderungen entspricht. Wir müssen wirklich über den heutigen (C) Zustand hinaus.

Ich habe damals — das gehört allerdings zu einem andern Paragraphen — den Brief vorgelesen, den Herr Dr. Südekum an verschiedene Mitglieder der Nationalversammlung gerichtet hatte. Ja, wenn der **Partikularismus der Preußen** schon zu derartigen Blüten kommt, dann ist es wirklich höchste Zeit, daß wir hier in dieser Frage einmal in der Nationalversammlung ganz energisch die Interessen des Reichs gegenüber diesen partikularistischen Tendenzen wahren. Ich meine, es ist noch immer nicht zu spät, wenn wir in Abänderung des jetzt bestehenden Gesetzes über die Reichsfinanzordnung ein neues Reichsgesetz schaffen und in diesem Reichsgesetz wirklich organisatorische Arbeit leisten. Ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister, bei seiner ja immerhin sehr überlasteten Tätigkeit doch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich sein wird, in absehbarer Zeit ein derartiges Reichsgesetz vorzulegen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen: Meine Herren! Ich will die Debatte nicht lange aufhalten. Ich habe ja bereits erklärt, daß der Wunsch, den der Herr Abgeordnete Stolten für Hamburg vorgetragen hat, ganz begründet und berechtigt ist. Er steht auf demselben Standpunkt, auf dem die Reichsfinanzverwaltung steht und auf dem auch die Reichsregierung steht. Aber nach Lage der Gesetzgebung können wir momentan an der Sache nichts ändern. Selbstverständlich werde ich nach dem heutigen Wunsche des Herrn Abgeordneten Stolten erneut wieder mit Preußen in Verbindung treten, um zu versuchen, ob nicht doch eine andere Lösung im Verwaltungswege möglich ist und durchgeführt werden kann. Ich stehe mit ihm auf dem Standpunkt, daß die **Verhälnisse im Hamburger Hafen** einfach unhaltbar sind. (D) Es geht nicht, daß drei Oberzolldirektionen noch im Hamburger Hafen verwaltend tätig sind, und der Wunsch und der ursprüngliche Plan der Reichsfinanzverwaltung muß in absehbarer Zeit durchgeführt werden.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Blunck erklärt, wir wären über alle Schwierigkeiten hinweg, wenn wir seinem Antrage damals Rechnung getragen hätten, daß die **Einteilung der Landesfinanzämter durch Gesetz** erfolgen müsse.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Oder im Benehmen!)

— Durch Reichsgesetz erfolgen müsse, so lautete der Antrag damals.

Der Herr Abgeordnete Dr. Blunck vergißt doch eins: Wir hätten damals kaum die Zustimmung des Staatenausschusses gefunden, wenn wir das sehr schwere Gesetz, das schon mit dem Art. 46 über das Aufkommen der Einkommen belastet war, noch mit dieser Last beladen hätten.

Aber der Herr Abgeordnete Dr. Blunck vergißt auch noch ein zweites. Denn wenn wir auch das damals noch durchgeführt hätten, so brauchte doch das Gesetz die Zustimmung des Reichsrats; und im Reichsrat hat nach der Konstruktion, die die Nationalversammlung beschlossen hat, Preußen 25, Bayern 6 oder 7 Stimmen; jedenfalls ist Preußen in Verbindung mit irgendeinem kleinen oder mittleren Staat in der Lage, jede Gesetzesvorlage unmöglich zu machen. Wenn die Reichsregierung von sich aus vorgehen würde, hat Preußen nachher wiederum nach der Konstruktion der Reichsverfassung soviel Machtmittel, daß gegen den Willen von Preußen solche Dinge sehr schwer zu machen sind. Deswegen ein Referendum herbeizuführen, was der letzte Ausweg wäre, weil die Einteilung der Landesfinanzämter

(**Erzberger,** Reichsfinanzminister.)

(A) nicht ganz wunschgemäß erfolgt ist, das wird man auch von mir nicht verlangen.

Aber der Herr Abgeordnete Dr. Blunck vergißt noch ein drittes. Die schönen Tage der Opposition von Weimar, Herr Kollege Dr. Blunck, sind vorüber. Die Tage der Regierungsmitarbeit von Berlin sind gekommen.

(Große Heiterkeit.)

Präsident: Ich bringe zunächst den Antrag des Ausschusses zur Abstimmung; Sie kennen ihn ja.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Antrag des Ausschusses wegen Einteilung der Landesfinanzämter an der Unterelbe usw. annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Tit. 2, — 3, natürlich nach den Anträgen des Ausschusses auf Nr. 1097 der Drucksachen, — 4, — 5. — Angenommen.

Kap. 68a 1 — Kap. 68b, Reichsfinanzhof, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13. — Etat und Ergänzungsetat angenommen.

Dann kommt Kap. 68c, Reichsmonopol für Branntwein, Tit. 1, — 2, — 3, — 4. —

Es kommt Kap. 68c 1, Technische Prüfungsstelle, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. — Mit Ergänzungsetat angenommen.

Nunmehr kommen wir zu Kap. 68c 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 9a, — 10, — 11. — Angenommen.

Ich rufe auf die einmaligen Ausgaben auf Seite 16 Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. —

Nun kommt der außerordentliche Etat Kap. 2d. Der Tit. 1 ist abgeändert durch den Antrag des Ausschusses, der auf Nr. 1097 der Drucksachen 350 Millionen bewill. Der Herr Berichterstatter hat Ihnen aber berichtet, daß mit Rücksicht auf die viel größeren Bedürfnisse diese Ziffer von 350 Millionen im Ausschuß auf den Betrag von 475 Millionen abgeändert worden ist.

(Zuruf des Berichterstatters Wurm.)

— Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier, wie mir eben gesagt wird, nicht um einen Antrag des Ausschusses, sondern um einen Antrag des Berichterstatters (B) handelt nach Fühlungnahme mit der Regierung wegen Erhöhung des Betrages von 350 Millionen auf 475 Millionen Überteuerungszuschüsse, möchte ich doch darüber eine Abstimmung herbeiführen.

Diejenigen Damen und Herren, die für die Erhöhung der Summe von 350 Millionen auf 475 Millionen sind, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5. — Angenommen. Nun rufe ich auf die Einnahme auf Seite 2 Kap. 12 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Angenommen.

Damit ist der ganze Etat des Reichsfinanzministeriums erledigt.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Sitzung abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zunächst habe ich noch mitzuteilen: es ist eine Interpellation Löbe, Scheidemann eingegangen.

> Die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft hat zu einer unerhörten Preissteigerung insbesondere der Häute, des Leders und der Schuhwaren geführt.
>
> Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Preissteigerung zu tun?

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag den 9. Oktober, nachmittags 1 Uhr, und auf die Tagesordnung zu setzen:

1. die soeben verlesene Interpellation und
2. den Rest der heutigen Tagesordnung unter Hinzufügung des Etats für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung,

   und zwar zunächst Wiederaufnahme der abgebrochenen politischen Besprechung, um der Unabhängigen Sozialdemokratie Gelegenheit zur Aussprache zu bieten.

Das Haus ist damit einverstanden; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 39 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

94. Sitzung.

Donnerstag den 9. Oktober 1919.

(B)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Kempkes, Raute, Laverrenz, Frau Simon (Westpreußen)
die Abgeordneten Dr. Stresemann, Bock, Frau v. Gierke, Dr. Meerfeld;

(C)

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Hartmann (Berlin)
der Abgeordnete Ziegler;
in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Kraut
der Abgeordnete Dr. Oberfohren;
in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Rheinländer
der Abgeordnete Koch (Münster);
in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Krätzig
der Abgeordnete Reißhaus;
in den 16. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Schiffer (Magdeburg)
die Abgeordneten Dr. Heinze, Gothein;
in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Gothein
der Abgeordnete Meisner.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Seger für zwei Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

Interpellation der Abgeordneten Löbe, Scheidemann, betreffend die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren usw. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft (Nr. 1101 der Drucksachen).

Ich richte die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung, ob und wann sie die Interpellation beantworten wird.

Dr. **Schaeffer**, Rechtsanwalt, Kommissar des Reichswirtschaftsministeriums: Die Reichsregierung ist zur baldigsten Beantwortung der Interpellation bereit. Der Herr Reichswirtschaftsminister wird sich mit dem Herrn Präsidenten des hohen Hauses wegen des genauen Zeitpunktes noch in Verbindung setzen.

(D)

Präsident: Ich rufe auf den zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen)
und zwar zunächst
Fortsetzung der politischen Besprechung.

Ich erteile in der wiedereröffneten Diskussion das Wort dem Herrn Abgeordeten Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! An dieser Stelle sollte gestern mein Freund **Haase** stehen. Die Untat eines verbrecherischen Wirrkopfs hat es gehindert. Die Motive, aber auch die Motoren dieses Mannes sind noch unklar, wenngleich der „Vorwärts“ mit großem Eifer „ein unpolitisches Attentat“ ausschreit und wenngleich die Regierung schon bei Beginn der Untersuchung umfangreiche Vernehmungsprotokolle — weniger wäre mehr! — durch den offiziösen Draht verbreitet. Wir warten ab, ob sich das Dunkel lichten werde, und hüten uns bis dahin, den Lederarbeiter Voß irgendeiner Partei oder einer bestimmten Clique anzuhängen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Aber das eine ist klar: solche Mordanschläge, wie der auf meinen Freund Haase, gedeihen nur allzu gut in einer Atmosphäre,

(Rufe von den Sozialdemokraten: Der Freiheit!)

wo die Mörder revolutionärer Arbeiterführer, von gefälligen Offizieren mit Auslandspässen versehen, in Offiziersstellen der Sicherheitswehr berufen werden und, wenn sie doch einmal im Militärgefängnis sind, dort heitere Tage eines sonst ihnen versagten Wohllebens führen. Unser Abscheu vor dem ruchlosen Verbrechen

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) wird überwogen von der großen Freude, daß ihm unser lieber Freund Haase nicht zum Opfer gefallen ist. Wir rufen ihm auch von hier in sein Krankenzimmer herzliche Wünsche und Hoffnungen für seine baldige Genesung zu. Wir sind glücklich, nicht mit gesenkter Stimme sagen zu müssen: Mann über Bord! — sondern mit gehobener Stimme: Der Kurs bleibt der alte!

Ja, geehrte Versammlung, unser Kurs bleibt der alte, und wir werden uns auch nicht durch die **Sirenenklänge des Herrn Abgeordneten Scheidemann** in einen falschen Kurs leiten lassen. Zwar verstopfen wir nicht die Ohren, wie es der vielgewandte Odysseus tat, um vor dem süßen Gesang der Sirenen seiner selbst sicher zu sein. Nein, wir hören scharf hin, um die reinen Töne einer echten, aufrichtigen sozialistischen Politik von den Mißklängen einer Wahlmusik zu unterscheiden; nur die reinen Töne können unserm anspruchsvollen Ohr genügen. Niemand unter uns, der nicht die Einigung aller klassenbewußten proletarischen Schichten wollte, aber nur zu einem einheitlichen sozialistischen Handeln, nicht zu einer Koalition mit bürgerlichen Parteien, die samt und sonders im letzten und tiefsten Grunde ihres Wesens Feinde des Sozialismus sind! Ich habe häufig genug öffentlich und in Gesprächen mit zahlreichen Sozialisten das gesagt, was ich soeben wiederum ausgeführt habe, und ich habe unter vier Augen nichts anderes gesprochen, als was ich öffentlich und insbesondere heute spreche. Die Einigkeit der Arbeiterschaft, die Einigkeit aller proletarischen Schichten bleibt für mich die Vorbedingung des erfolgreichen sozialistischen Kampfes. Der Kampf um die Erringung der sozialistischen Gesellschaft ist nur aussichtsreich durch die Steigerung und Ordnung der Produktion. Das sehe ich als die wichtigste Aufgabe der arbeitenden Schichten an.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber ich frage Sie und frage mich: wie wollen Sie eine (B) Einigung zu einer sozialistischen Politik, wie wollen Sie eine Einigung des Proletariats zur sozialistischen Hebung und Ordnung der Produktion mit der Politik erreichen, die bisher im Deutschen Reiche getrieben wurde, vor dem 9. November und jetzt nach dem 9. November?

Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat die Behauptung aufgestellt, daß seine Parteifreunde zur **Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien,** zur Mitarbeit an einer bürgerlichen Regierung gezwungen worden seien, und zwar von uns gezwungen worden seien. Ist das wirklich so? Wie war's denn, als am 9. November 1918 die Möglichkeit bestand, doch auch nach der Auffassung der Freunde des Herrn Abgeordneten Scheidemann, eine sozialdemokratische geeinte Politik mit Ausscheidung der bürgerlichen Kreise zu beginnen? Vergessen denn die Herren vollständig, daß damals, entweder bevor die Herren Rechtssozialisten an uns herantraten, oder gleichzeitig, während sie bei uns die Verhandlungen führten, der Herr Abgeordnete Dr. David mit den Nationalliberalen verhandelt hat,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

um mit ihnen zusammen die Regierung zu übernehmen?

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wissen das die Herren gar nicht mehr?

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Abgeordneter Landsberg erkundigen Sie sich doch bei Ihren Freunden und erkundigen Sie sich bei dem Herrn Abgeordneten Stresemann und anderen nationalliberalen Herren ob das richtig ist, was ich gesagt habe oder nicht. Und wie war es denn am 9. November ferner, als ich zusammen mit meinen Freunden Dittmann und Vogtherr mit Herrn Ebert verhandelte, wegen der gemeinschaftlichen Übernahme der Regierung? Es war schon auffallend, daß der Sozialdemokrat Ebert die Verhandlungen mit den Worten begann, daß ihm vom Reichskanzler Prinzen Max von Baden die Leitung der (C) Regierung übertragen worden sei. So sprach ein Sozialdemokrat mit Sozialdemokraten nach dem Durchbruch der Revolution, in der späten Mittagsstunde des 9. November. Und es war ebenso bezeichnend für den Geist, der aus Herrn Ebert damals sprach, daß er diese Verhandlungen unter Sozialisten in Gegenwart und unter Hinzuziehung der bürgerlichen Minister, darunter des Herrn Solf und des Herrn Grafen Rödern führte, — beachten Sie wohl — gerade in Gegenwart des Herrn Solf!

Und so war auch die Politik der Rechtssozialisten in der Zeit der Volksbeauftragten vom 9. November bis 28. Dezember, genau wie am 9. November, die **Politik der zwei Eisen im Feuer.** Man wollte sich bei den bevorstehenden Wahlen gern eine sozialistische Mehrheit gefallen lassen, aber man wollte sich ebenso den Rückzug zu den bürgerlichen Parteien nicht versperren und unmöglich machen, wollte die im Kriege geschaffene Verbindung mit den bürgerlichen Parteien, die der 9. November nicht hatte unterbrechen können, nicht für jeden Fall aufheben! Herr Ebert hat seinen Lohn dafür — er ist der erste sozialistische Reichspräsident, aber er wird, wenn diese Entwicklung der Rechtssozialisten fortdauert, auch der letzte sein. Schon diskutieren seine Koalitionsgenossen über die Person seines Nachfolgers, und, ich glaube, Herrn Eberts Präsidentschaft wird genau so lange dauern, wie die Regierungszeit eines Schützenkönigs, und wird auch annähernd so tiefe Spuren in unserer sozialistischen Entwicklung hinterlassen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie war es nun nach dem 9. November? Und wie war es nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung? Was über das Überwuchern des neuen Militarismus zu sagen ist, das hat Herr Scheidemann mit trefflichen Worten getan. Über den **Belagerungszustand,** die **Schutzhaft** und die **Zensur** hat er sich weniger geäußert. (D) Wie oft ist in der Nationalversammlung schon darüber gesprochen worden? Darf ich Sie an einige Tatsachen erinnern, die den Zustand aufs hellste beleuchten, unter dem wir, rein vom Standpunkt einer demokratischen Entwicklung betrachtet, jetzt leben? Etwa vor zwei Wochen tagte wieder einmal das Reichsmilitärgericht, das noch immer in dieser demokratischen Zeit dazu berufen ist, die Beschwerden über Schutzhaftangelegenheiten zu entscheiden. In den neun zur Verhandlung stehenden Fällen war die Schutzhaft so leichtfertig und gewissenlos angeordnet, daß sechs davon mit sofortiger Aufhebung der Schutzhaft endeten, zwei mit Vertagung, das heißt: in diesen Fällen war der Schutzhaftbefehl nicht ausreichend begründet, und in einem Fall hat das Reichsmilitärgericht den Schutzhaftbefehl aufrecht erhalten. Nun muß man bedenken, daß bei der Geschäftslage des Reichsmilitärgerichts jetzt zwischen der Verhängung der Schutzhaft und der Verhandlung regelmäßig drei Monate und darüber vergehen. In sechs von den neun Fällen sind also von unverantwortlichen Militärbehörden sechs Staatsbürger zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt worden!

Wollen Sie nach all den Debatten über die **Zensur,** die wir im Kriege geführt haben, heute noch etwas über das Toben der Zensurbehörden hören? Wollen Sie an Beispielen belegt sehen, wie die Zensurbehörden, das heißt die militärischen Behörden, die Zensur sinnlos und ohne Überlegung durch Unterdrückung der betreffenden Druckwerke ausüben, lediglich, weil der Verfasser oder der Verbreiter ein Unabhängiger oder gar ein Kommunist ist? Unser Parteivorstand hat kürzlich zwei Flugblätter herausgegeben. Eines trug die Überschrift „Schutzhaft! Klassenjustiz! Volksgerichtsbarkeit!" Ich kann Ihnen versichern — und Sie werden es nachprüfen können, ich lege die Flugblätter auf den Tisch des Hauses nieder —, daß

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) diese Flugblätter ungleich zahmer sind als die, die zum Beispiel der jetzige Herr Minister Haenisch früher vor den Wahlen geschrieben hat. Aber der Herr Minister Noske unterzeichnet am 25. September den Befehl:

> Druck und Vertrieb anliegenden Flugblatts, betreffend „Schutzhaft, Klassenjustiz, Volksgerichtsbarkeit", wird nicht genehmigt!

Und der Herr Minister benachrichtigt davon das Polizeipräsidium, die Rechtsabteilung des Oberkommandos, die Exekutivabteilung und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ein zweites Flugblatt beschäftigt sich mit der Verfassung und beurteilt sie nicht einmal durchweg von einem streng sozialistischen Standpunkt aus, sondern auch mit den Maßstäben, die eine fortgeschrittene bürgerliche Demokratie an die Hand gibt. Aber da in diesem Flugblatt auch von dem Heer die Rede ist, da von der „Diktatur der scharfgeschliffenen Bajonette" gesprochen wird — das ist ein Ausdruck, den der „Vorwärts"-Redakteur Erwin Barth gewählt hat, — deshalb wird dieses Flugblatt von der Verbreitung ausgeschlossen, und zwar ebenfalls durch Anordnung des Reichswehrministers vom 25. September 1919.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unsere Parteileitung hat die **Herausgabe eines Blattes** für die Jugend veranlaßt. Herausgeber ist der allen Rechtssozialisten bekannte Schriftsteller Engelbert **Graf**, ein Mann, der — abgesehen von seinem umfangreichen Wissen und seiner Darstellungsgabe — über ein solches Maß von Gehaltenheit und Ruhe verfügt, daß er gerade für eine pädagogisch-politische Zeitschrift auch Ihnen, meine Herren Rechtssozialisten, sehr geeignet erschienen wäre, wenn wir uns jetzt noch zusammen in einer Partei befänden. Ich lege drei Nummern dieser Zeitschrift, die drei einzigen Nummern, die erschienen sind, auf den Tisch des (B) Hauses nieder und stelle fest, daß der Herr Reichswehrminister die Zeitschrift verboten hat, und zwar auf Dauer verboten hat,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

offenbar wegen eines Artikels, der in Nr. 2 enthalten ist. Dieser Artikel — das ist allerdings sehr schlimm — führt die Überschrift: „Weg mit dem neuen Heer!" Die Tendenz des Artikels wollen Sie aus seinen Schlußworten ersehen:

> Solange statt Lebensmittelzüge Panzerzüge verkehren, solange Tanks mit aufgemalten Totenschädeln durch die Straßen rattern, Maschinengewehre auf den Plätzen und von den Dächern drohen und Handgranaten und andere feige Mordinstrumente auf Schritt und Tritt einem entgegenstarren, wird es keinen Frieden geben im Lande, weil die Träger dieser Waffen den Frieden nicht wollen, weil sie den Frieden fürchten. Wollen wir Frieden bei uns, wollen wir Frieden mit der Welt, dann gehen wir allen Ländern mit einem guten Beispiel voran! Hinweg mit jeglichem Militarismus! Hinweg mit allen Söldnern, Landsknechten und Freiwilligen! Entwaffnen wir uns!

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Dieser Ruf, der in zahlreichen Theaterstücken, in den Schöpfungen der besten Dichter, Philosophen und Pädagogen mit immer stärker anschwellender Gewalt ertönt, darf der freien Jugend in Berlin, in Deutschland nicht entgegenschallen.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das verbietet der Herr Reichswehrminister.

Soll ich von dem **Versammlungsrecht** Umfangreiches reden oder von dem Versammlungsnichtrecht, das durch die Maßnahmen des Reichswehrministeriums geschaffen (C) ist! Nur ein Beispiel für viele: Der Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin, wendet sich mit einem Hilferuf an unsere Fraktion und legt in einem Briefe vom 3. Oktober dar:

> Diese völlig ungesetzliche Handlung

— nämlich das Verbieten von rein gewerkschaftlichen Versammlungen —

> wird fortgesetzt, indem auch Donnerstag, am 2. Oktober, eine Brancheversammlung der Reparateure von Buchdruckmaschinen verboten wurde, die entscheiden sollte über die Tarifverhältnisse für diese Branche.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Achten Sie wohl, geehrte Versammlung! Über die Fortsetzung eines Tarifverhältnisses, eines der ältesten, das wir nach meinem Wissen in Deutschland haben, eines Tarifverhältnisses, das seit Jahren bereits besteht, will die Brancheversammlung der Reparateure von Buchdruckmaschinen sprechen, — und es wird ihr nicht erlaubt.

> Es ist auf diese Weise

— so sagt der Brief —

> der Abschluß eines Tarifs für die betreffende Berufsgruppe verhindert worden. Persönliche Rücksprache der Gewerkschaftskommission mit dem Herrn Polizeipräsidenten führte zu keinem Ergebnis. Wir machen darauf aufmerksam, daß auf diese Weise unsere rein gewerkschaftliche Tätigkeit in Berlin völlig lahmgelegt wird. Veranstaltungen der Gewerkschaftskommission oder der Kartelle werden völlig illusorisch. Der Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, möglichst Industrieverbände zu schaffen, wird unmöglich gemacht.

Und das alles unter einem sozialistischen Polizeipräsidenten, unter einem sozialistischen Oberkommandierenden von Berlin! (D)

Man scheut dabei vor krassen **Verfassungsbrüchen** nicht zurück. Am 11. August 1919 ist die Verfassung in Kraft getreten. Sie enthält die Bestimmung, die wir bei der Beratung besonders angefochten haben, daß der Reichspräsident und nur der Reichspräsident die Anordnung zu treffen hat, die im Falle einer Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nötig sind. Das hält den Herrn Reichswehrminister nicht ab, am 21. August 1919, zehn Tage nach Inkrafttreten der Verfassung, an die Reichswehrbrigade K 16 in Weimar folgendes zu schreiben:

> Die Reichswehrbrigade 16 ist beauftragt, in dem ihr zur Unterbringung und Sicherung zugewiesenen Gebiete des Regierungsbezirks Merseburg und des Freistaats Sachsen-Altenburg für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie ist zu diesem Zweck auf Grund ihrer eigenen Beurteilung der Lage zum selbständigen Eingreifen jederzeit berechtigt. Einvernehmen mit den örtlichen Behörden ist dabei anzustreben. Das Eingreifen kann aber unter Umständen, wenn es nämlich die Rücksicht auf die allgemeine Lage nötig erscheinen läßt, auch ohne Einverständnis der örtlichen Behörden erfolgen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich frage den Herrn Reichskanzler, ob ihm dieser vom Herrn Reichswehrminister unterschriebene Befehl vom 21. August 1919 bekannt ist, und was er zu tun gedenkt, um wegen dieses krassen Verfassungsbruchs den Herrn Reichswehrminister zur Rechenschaft zu ziehen? Nach der Verfassung hat allein, wie ich sagte, der Reichspräsident die Befugnis, solche Anordnungen zu erteilen, soweit sie ihm notwendig erscheinen.

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) Hier aber nimmt sich der Herr Reichswehrminister heraus, zehn Tage nach Inkrafttreten der soeben beschlossenen Verfassung in die Befugnisse des Reichspräsidenten einzugreifen und von sich aus Maßregeln zu treffen, die danach völlig ungesetzlich sind. Ich will von dem hochgeschichteten Material nur diese Proben zur Beleuchtung des Zustandes beibringen, in dem wir uns in den Zeiten der vollendeten Demokratie befinden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann die **Wahlmusik**, die jetzt gemacht werden soll, durchaus verstehen, ich kann begreifen, daß man ein solches Bedürfnis hat — gegenüber der Stimmung, die in weiten Kreisen auch der rechtssozialistischen Arbeiter durch solche Handhabung des Belagerungszustandes, durch solche täglichen krassen Verletzungen des Geistes der Demokratie erzeugt wird. Wenn auch der Wahltermin viel zu spät angesetzt wird — der Herr Ministerpräsident sprach vom Frühjahr 1920 —, einmal rückt er heran, und je näher er rückt, desto näher steht auch die Abrechnung der Wähler mit ihren Parteien, mit ihren früheren Abgeordneten bevor. Nebenbei bemerkt, der Herr Reichskanzler zweifelt daran, ob die Zusammensetzung der Nationalversammlung jetzt noch dem Volkswillen entspricht. Wir bezweifeln das nicht, wir sind überzeugt, daß sich der Volkswille nicht mehr mit der Nationalversammlung deckt, und haben das schon vor Wochen und Monaten auseinandergesetzt. Aber daraus wäre doch wohl die Folgerung zu ziehen, die der Herr Reichskanzler nicht gezogen hat, daß diese Nationalversammlung nicht mehr berechtigt ist, Gesetze zu beschließen, die irgendwie auch nur in eine nähere Zukunft ihre Fortwirkung äußern sollen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So sind die inneren Grenzen für das Gesetzgebungsrecht (B) der Nationalversammlung gezogen, selbst vom Standpunkt einer rein bürgerlichen parlamentarischen Demokratie aus, geschweige denn vom sozialistischen Standpunkt! Unser früheres Drängen nach verkürzter Ansetzung des Wahltermins wird aber durch die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers vollinhaltlich bestätigt.

Wenn ich nun aus den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Scheidemann alles weglasse, alles nicht beachten will, was den Bedürfnissen, sich mit seinen Parteifreunden, die im Lande hinter ihm stehen, für jetzt und für eine nahe bevorstehende Zukunft wieder ins Einvernehmen zu setzen, so frage ich mich doch immer wieder: wie ist bei solcher Politik, von der ich Ihnen Proben gegeben habe, eine **Einigung der auseinandergegangenen Partei** möglich.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Angesichts dieser Proben, die gerade in den letzten Monaten durch die fortdauernden Verstöße der Politik gegen jede gemäßigte Demokratie gegeben sind, stellen Sie die Behauptung auf, daß von unserer Seite die Einigung nicht gewollt oder gar hintertrieben werde. Insbesondere hat das der Herr Abgeordnete Scheidemann mit Beziehung auf meinen Freund **Haase und auf die sächsische Konferenz** unserer Partei getan, die über eine Einigung mit der rechtssozialistischen Partei Sachsens beraten sollte. Ich bin von meinem Freund Haase ermächtigt, der Darstellung des Herrn Abgeordneten Scheidemann in folgender Weise entgegenzutreten:

Die Konferenz, die sich mit der Einigungsfrage beschäftigte, stand auf dem Boden einer Entschließung, die am 11. Juli 1919 in der Landeskonferenz unserer Partei in Dresden gefaßt worden war. Dort waren als bindende Richtschnur für alle solche Verhandlungen eine Anzahl Minimalbedingungen angegeben, ohne deren Erfüllung ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten Sachsens nicht möglich wäre. Ich brauche alle diese Bedingungen (C) nicht einzeln aufzuführen; sie sind abgedruckt worden, und ich lege das Blatt, das sie enthält, auf den Tisch des Hauses nieder. Aber eine Bedingung muß ich verlesen; sie spielt nachher eine Rolle. „Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen“, war von der Landeskonferenz gefordert worden. Und nun hat Haase erklärt: Nach der Entwicklung, die die rechtssozialistische Partei in Sachsen genommen hat, bezweifle er nicht, daß selbst diese Minimalforderungen von den Rechtssozialisten nicht angenommen würden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir dürften uns aber durch diese Voraussicht nicht daran hindern lassen, die Forderungen zu stellen und damit aller Welt zu beweisen, daß in Wahrheit die Rechtssozialisten durch Nichtannahme der völlig im Rahmen ihres Parteiprogramms liegenden Forderungen und Minimalbedingungen die Einigung nicht wollen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das gerade Gegenteil! Das stellt alles auf den Kopf! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist nicht wahr!)

Insbesondere, wie ich sagte, geehrte Versammlung, lehnten die Rechtssozialisten die Bedingung ab, die unter Nr. 4 des Beschlusses der Landeskonferenz vom 11. Juli gefordert wird, nämlich Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen. Die Rechtssozialisten wollten die größere Zahl der Minister haben, und die Wirkung und sicherlich auch die Absicht davon wäre gewesen, uns die Verantwortung für eine Fortsetzung der bisher von den Rechtssozialisten getriebenen Politik aufzuhalsen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das konnten wir unmöglich auf uns nehmen.

Ähnlich war der Vorgang in Berlin, auf den sich der Herr Abgeordnete Scheidemann ebenfalls berufen hat. Auch da hat sich Haase ganz in demselben Sinne ge- (D) äußert.

Wenn sich nun der Herr Abgeordnete Scheidemann auf die Opposition beruft, die Ledebour gegen Haase in der Reichskonferenz gemacht habe, so müßte doch eigentlich Herr Scheidemann bei seinem starken Temperament wissen, daß nicht jede heftige Äußerung richtig ist.

Der Herr Abgeordnete Scheidemann beklagt die Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse. Wir auch! Aus aufrichtigem Herzen! Aber er vergißt eins: in allen Ländern zeigt es sich, daß trotz verschiedener Tendenzen eine Geschlossenheit der Arbeiterpartei möglich ist. Voraussetzung dafür ist nur, daß die Partei in ihrer Politik proletarische Klasseninteressen sozialistisch vertritt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Damit und nur damit lassen sich alle in großen Parteien liegenden, hemmenden und auseinandertreibenden Tendenzen überwinden. Die klare Richtlinie, wie sie sich aus den Grundforderungen des Parteiprogramms und dem sozialistischen Ziel ergibt, muß gehalten werden, und sie ist leider in der Politik der Herren Rechtssozialisten nicht gehalten worden.

Legen Sie einmal diesen Maßstab an: Haben wir eine sozialistische Politik, ja haben wir auch nur im Sinne einer ausgeprägten bürgerlichen Demokratie eine demokratische Politik, und haben die Rechtssozialisten in der Nationalversammlung und überall auch nur eine ausgeprägte bürgerlich-demokratische politische Linie innegehalten? Denken Sie an die Schule, denken Sie an die Verfassungsbestimmungen über die Kirche, denken Sie an die Zustände unseres Militärs und unseres Belagerungszustandes, wovon ich vorhin gesprochen habe!

Denken Sie vor allem an die Versuche — man kann es eigentlich gar nicht so nennen — von Sozialisierung, die gemacht worden sind! Die **Sozialisierung** sollte

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) marschieren! An allen Straßenecken marschierte sie in Plakaten! Und wenn man es sich besah, da lief es darauf hinaus, daß 4 oder 5 oder 6 Arbeiter und Angestellte das Recht erhielten, sich zusammen mit 25 bis 30 Besitzern von Kali- und von Kohlenwerken an einen Tisch zusammenzusetzen, womöglich unter dem Vorsitz eines aus der Kapitalistenklasse stammenden Staatsbeamten. Das nannte man Sozialisierung von Kali und Kohle.

(Abgeordneter Katzenstein: 15 Arbeiter und 15 Unternehmer!)

Mögen sie in gleicher Zahl gegeneinander stehen, Herr Abgeordneter Katzenstein, das ändert nichts an der Tendenz dieser ganzen Gesetzgebung, die unmittelbar eine antisozialistische Tendenz hat

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

und die die Wirkung hat, den Kapitalismus zu verstärken. Herr Abgeordneter Katzenstein, vielleicht ist es Ihnen nicht bekannt, was mir erst vor einigen Wochen im Auslande bekannt geworden ist, daß die Kohlenpolitik des „sozialisierten" Kohlensyndikats genau dieselbe ist wie vorher, und daß unsere Einfuhr aus der Schweiz sehr beträchtliche Schwierigkeiten dadurch hat, daß das „sozialisierte" Kohlensyndikat überaus hohe Preise für die „sozialisierte" Kohle fordert. Wo ist da der Einfluß der Arbeiterschaft bei der sozialisierten Kohle?

Herr **Scheidemann** führt ein **Tagebuch** und hat daraus schon recht interessante Teile veröffentlicht. Wenn er einmal sein Gehirn den Hausrock anziehen läßt,

(Heiterkeit)

wenn er es nicht im Gewand des Ministerpräsidenten mit einer roten Wahlmütze Tagebuch schreiben läßt, dann möchte ich gern einmal die Eintragungen im Tagebuch über die Dinge lesen, die ich jetzt behandelt habe. Ich

(B) glaube, die Rüstung der Tagebuchurteile wird nicht viel anders sein als der Grundzug meiner Ausführungen. Nein, Herr Abgeordneter Scheidemann, so geht's nicht, ziehen Sie ihre Horchposten aus dem Drahtverhau der Regierungsbank zurück in eine Ruhestellung

(Heiterkeit)

und lassen Sie Herrn Noske in der politischen Desinfektionsanstalt erst gründlich reinigen,

(neue Heiterkeit)

dann wird sich, wenn Sie außerdem das Streben nach einer positiven demokratischen Politik zeigen, praktisch über die Einigung sehr reden lassen. Ich sitze räumlich nicht weit von Ihnen, Herr Abgeordneter Scheidemann, aber der innere Weg, der durch die Politik der letzten neun Monate verbaut worden ist, ist weit. Und dennoch, Herr Abgeordneter Scheidemann, kommen Sie dort hin, auf die äußerste Seite des Hauses. Rechts von mir sitzt Frau Pfülf, die sorgt für mein gesittetes Betragen.

(Wiederholte Heiterkeit.)

Links von mir sitzt Herr Wurm. Setzen Sie sich links von mir. Herrn Wurm nehmen wir als unseren wissenschaftlichen Vorspann, nicht den Herrn Abgeordneten Dr. David — der hat sich durch seine Kriegsmärchenbücher um seine wissenschaftliche Reputation gebracht. Dann kann man sozialistische Politik treiben — mit wissenschaftlichem Sozialismus und mit dem festen Entschluß, nicht eine Koalitionspolitik mit diesem Abschnitte des Hauses (nach der Mitte) zu machen, sondern eine demokratische sozialistische Politik von der äußersten Seite des Hauses aus. Wieviel wohler wäre es der Arbeiterklasse, wenn ihre Vertreter nicht in der Regierung säßen, sondern in einer einigen Opposition zusammen wären! Dann, Herr Abgeordneter Scheidemann könnten die bürgerlichen Kreise die Verantwortung, die, sie, die bürgerliche Klasse, für den Krieg hat — lassen (C) Sie mich das Wort gebrauchen — ausbaden, und die Aufgabe der geeinigten proletarischen Schichten des Landes wäre, durch ihre Vertreter die bürgerliche Politik vorwärtszutreiben auf dem Gebiete der inneren, der äußeren, der sozialen, der Finanzpolitik usw., eine Aufgabe, die ja doch die Sozialdemokratie Jahrzehnte lang mit Erfolg erfüllt hat, und bei der sie groß und stark geworden ist, wie sie es bis zum Ausbruch des Krieges war.

Nur eine solche Politik kann uns auch Vertrauen bei den übrigen Ländern schaffen, und ohne das **Vertrauen unserer sozialistischen Freunde im Ausland** können wir als internationale Sozialdemokraten — und meine Herren Rechtssozialisten, auch Sie fühlen sich doch noch, wie ich annehme, als internationale Sozialdemokraten,

(Zurufe bei den Sozialdemokraten)

die überzeugt sind, daß der Weg des Sozialismus ein international gleichgerichteter und zu gleichen Zielen gehender Weg ist —

(Zurufe bei den Sozialdemokraten)

ohne die Sozialisten des Auslandes, bei denen wir uns durch unsere Politik Vertrauen schaffen müssen, können wir ja nicht sozialistisch arbeiten! Eine sozialistische Insel Deutschlands im Meere des Weltkapitalismus wäre zum Untergang verurteilt.

(Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

Ist Ihnen denn das eine solche Neuigkeit, geehrte Versammlung? Dann scheinen Sie sich in den letzten neun Monaten auf die Lektüre des „Vorwärts" und ähnlicher bürgerlicher Organe beschränkt zu haben.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Bei uns hätten Sie das beinahe jeden Tag finden können. —

(Rufe bei den Sozialdemokraten: O nein!) (D)

Aber ich gehe weiter. Wenn ich diese Frage von einem ganz bürgerlichen oder einem koalierten Standpunkt ansehe: auch das **Vertrauen** bei den Regierungen, **bei den kapitalistischen, militaristischen Regierungen der Entente** können wir uns mit dieser Art Politik nicht erwerben.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Sie haben wohl mehr Vertrauen dort?)

Ich kann es mir vorstellen, daß die Regierungen der Entente den Wunsch haben, es möchte im Deutschen Reiche nicht eine mehr demokratische Politik herrschen als in einem der Ententeländer; aber ich kann es mir noch leichter vorstellen, daß die Ententeregierungen auch nicht wollen, daß in Deutschland eine weniger demokratische Politik herrsche. Sie wollen alle als gleiche unter gleichen miteinander verkehren, es soll eine innere Ausgleichung der Staaten erfolgen; alles vom Standpunkt der Ententeregierungen gesehen. Eine Politik der Begünstigung militaristischer Kreise, eine Politik der Unaufrichtigkeit und des Dunkels, wie sie hier getrieben worden ist, sie ist wirklich nicht und kann nicht sein nach dem Herzen der Ententeregierungen, die gerade gegen die Dunkelheit in der Politik, gegen das militaristische Regiment in Deutschland zu Felde gezogen sind, und wir brauchen doch — rein vom bürgerlichen, vom Koalitionsstandpunkt aus gesehen — gegenüber dem Friedensvertrage die Ententeregierungen unter allen Umständen. Was heißt denn Kredit? Kredit heißt Vertrauen! Ohne diesen Kredit, ohne das Vertrauen, das die Ententeregierungen gegenüber den Zuständen in Deutschland betätigen, ist der Wiederaufbau der deutschen bürgerlichen Wirtschaft nicht möglich. Ohne einen Kredit in Rohstoffen und in Nahrungsmitteln kommt die Produktion nicht so in Gang, daß an die Neuordnung der Finanzen im Innern und

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) an irgendwelche Wiedergutmachung an die siegreichen Ententestaaten gedacht werden könnte. Also vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen, müssen Sie eine das Vertrauen des Auslandes genießende Politik treiben, und so, geehrte Versammlung, muß vor allem auch die **Außenpolitik** getrieben werden.

Daß Außenpolitik und Innenpolitik nach verschiedenen Richtlinien, von verschiedenen Grundauffassungen ausgeführt werden könnten, das ist ein bürgerliches Märchen. In aufgeklärten sozialistischen Kreisen wußte man schon immer, daß das Gegenteil der Fall ist, daß Innenpolitik und Außenpolitik in ihren geistigen und materiellen Voraussetzungen einander bedingen.

Ich will von der Außenpolitik nicht mehr sprechen und nicht andere Dinge berühren als gerade die, die jetzt im Mittelpunkt der Erörterung stehen: das sind **die Verhältnisse im Baltikum.** Der Reichskanzler sprach von einer Baltenromantik, die sich der Soldaten im Baltikum und wohl auch weiter Kreise im Inland bemächtigt habe. Das ist ein etwas literarischer, die Sache nicht recht treffender Ausdruck. Es ist leider mehr als romantische Poesie, die sich im Baltikum abspielt: bittere, das Volk in tiefstem Maße schädigende Wahrheit ist es. Aber wenn ich den Ausdruck des Herrn Reichskanzlers annehmen wollte — wer hat denn diese Baltenromantik geschaffen? Waren es nicht deutsche Behörden, waren es nicht Vertrauensmänner der Regierung, die sich von Anfang an bei der Werbung der Truppen fürs Baltikum betätigt haben? War es nicht das Mitglied dieses Hauses Herr Winnig, der sich gerade durch sein nationalistisches Auftreten im Baltikum die Freundschaft der Deutschnationalen und neuerdings auch gerade aus nationalistischen Gründen die Freundschaft der Antisemiten erworben hat?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten).

Er hat laut und mit der größten Begeisterung für den (B) Schutz des Deutschtums in den Baltenprovinzen die Stimme erhoben, er hat dafür das kostbare Blut deutscher Soldaten nicht nur opfern wollen, sondern auch in Massen geopfert; denn seinen Werberufen sind zahlreiche junge Leute gefolgt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und was waren diese deutschen Interessen? Wir wissen es: Es sind die Interessen von 5, höchstens 6 Prozent der Bewohner des Baltenlandes gewesen, die Interessen einer ganz schmalen Oberschicht, die vor dem Krieg ihre Ehre darin gefunden hat, dem Zaren die schärfsten Reaktionäre, die entschlossensten Gewaltpolitiker zu stellen, und die sich jetzt, da sie mit diesem System — zusammen mit dem Zarismus — abgewirtschaftet hat, auf die „alte deutsche Heimat besinnt und hier durch einen Druck auf die Tränendrüse des deutschen Volkes, durch ein Rühren der sich leider sehr oft an falscher Stelle bekundenden deutschen Sentimentalität ihrer politischen und ökonomischen Geschäfte besorgen will. Diese Interessen hat Herr Winnig unterstützt, und diese Interessen sind von der deutschen Regierung gefördert worden. Dadurch sind Zehntausende braver deutscher Jungen zu Räubern im Baltikum geworden, ungerechnet die Tausende, die dort erschlagen liegen und die niemals wiederkehren werden! Die Warnungen, die meine Freunde erhoben haben, die insbesondere der Abgeordnete Haase gleich nach dem 9. November an Sie gerichtet hat, sie alle hat die Regierung in den Wind geschlagen. Die Dinge sind mehrfach in der Nationalversammlung behandelt worden; ich will sie nur ganz kurz in Ihr Gedächtnis rufen.

Am **27. Dezember 1918** fand eine **Sitzung des Kabinetts** statt, an der von den mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten nur der Herr Abgeordnete Landsberg und auch er nach meiner Erinnerung nur vorübergehend teilgenommen hat. Ich selbst war bei der Sitzung zugegen, da ich kurz zuvor aus Kowno und Wilna (C) zurückgekehrt war und über die Erfahrungen berichten sollte, die ich auf Grund von Besprechungen mit dem General Hoffmann, den Offizieren seines Stabes, den Vertretern des Soldatenrats der Ostfront und zahlreichen anderen Leuten dort im Osten gewonnen hatte. Die Auffassung des Kabinetts ist am Schluß der Sitzung von Haase wiedergegeben und die vom Kabinett gefaßten Beschlüsse sind nach dem Protokoll mit folgenden Worten bekanntgegeben worden:

> Wir sind durch den Waffenstillstandsvertrag nicht verpflichtet, uns in Kämpfe mit den Bolschewisten einzulassen. Der Brest-Litowsker Vertrag ist ungültig. Also haben die Russen das Recht, ihre Territorien wieder zu besetzen. Wenn wir den Esten und Letten nicht helfen können, so mag man das bedauern, aber es ist nicht zu ändern. Das Auswärtige Amt muß den Antrag des Generals Esdorf

— nämlich auf Bewaffnung der Letten und Esten mit deutschen Waffen, übrigens lag dieser Kabinettssitzung auch der Antrag vor, den Polen Gewehre zu geben —

> ablehnen. Wir müssen die Ordnung in Wilna aufrechterhalten und uns dabei auf die dort vorhandenen einheimischen Kräfte stützen.

Dann kommt die Beschlußfassung:

> Der Vertrag mit den Polen über die Auslieferung von Gewehren für Wilna wurde abgelehnt. Es soll noch einmal ein Aufruf der Regierung an die Kameraden der Ostfront gerichtet werden. (Entwurf ist herzustellen von der Ostdelegation in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt.) Die Antwort an Foch soll nach Erzbergers Vorschlägen erfolgen. Die Zahl der Zugpaare im Osten

— nämlich zum Abtransport unserer deutschen Truppen — (D)

> soll nach Möglichkeit erhöht werden, selbst auf Kosten des Eisenbahnverkehrs in der Heimat.

Dieser Sitzung hat auch der Minister Erzberger, damals Vorsitzender der Waffenstillstandskommission, beigewohnt. In seiner Gegenwart und nach seinem lebhaften Eingreifen in die Erörterung hat das Kabinett den Beschluß gefaßt: Sofortiger Beginn des Abbaues der Ostfront! Es geschah nichts; im Gegenteil, die **Werbungen** begannen, die Werbungen, über die, wie mir mitgeteilt worden ist, der Herr Reichswehrminister Noske vor wenigen Tagen im Haushaltsausschuß erklärt hat, sie seien nur im Januar und Februar 1919 vorgenommen worden, und damals sei er durch innere Unruhen verhindert gewesen, sich dieser Angelegenheit zuzuwenden! Ich war leider bei der Sitzung des Haushaltsausschusses nicht zugegen, in der der Reichswehrminister Noske seine Äußerungen über das Baltikum getan hat. Es war jene Sitzung, in der der Etat für die Reichswehr fürs nächste Vierteljahr zur Beratung stand. Ich war durch eine andere Sitzung an der Teilnahme verhindert. Aber dieser Bericht über die Ausführungen des Reichswehrministers stammt von zwei Mitgliedern der rechtssozialistischen Fraktion. Ich muß annehmen, daß sie richtig gehört haben, und der Herr Reichswehrminister wird sich darüber äußern müssen, ob er in der Tat eine solche Erklärung abgegeben hat, daß nur im Januar und Februar 1919 Werbungen in Deutschland veranstaltet worden sind. Sollte er wider Erwarten eine solche Erklärung abgegeben haben, so würde er dem Lande die Unwahrheit gesagt haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn, geehrte Versammlung, in der Sitzung der Nationalversammlung vom 26. Juli 1919 hat Haase unter Angabe der genauen Adressen einer großen Zahl von Werbe-

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) bureaus ausführlich dargelegt, wie hier in Berlin, unter den Augen der Regierung, in unmittelbarster Nähe des Amtsgebäudes des Herrn Reichswehrministers, die Werbestellen in Tätigkeit sind. Von Ende Juli ab — am 26. Juli wurde diese Rede in der Nationalversammlung gehalten — bis in die letzte Zeit ging es mit den Werbungen immer weiter in derselben Art.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zwischendurch, zwischen dem 27. Dezember und dem 26. Juli 1919, war eine ziemliche Zahl von Sitzungen des Friedensausschusses. Es ist keine der Sitzungen des Ausschusses nach meiner Erinnerung vorübergegangen, in der nicht der Abgeordnete Haase und ich unsere Warnungen vor der Fortsetzung der wahnsinnigen Baltikumspolitik wiederholt hätten. In einer der Sitzungen freilich hat Herr Erzberger mich mit der Sicherheit, die ihn in allen Fragen auszeichnet, von oben herab darüber belehrt, daß es strategisch ein ganz unrichtiger Grundsatz wäre, die Landesgrenze an der Landesgrenze zu verteidigen, sondern daß man eben gerade zur Verteidigung von Ostpreußen im Baltikum sitzen bleiben müsse.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In einer anderen Sitzung teilte der Herr Abgeordnete Krätzig die Erfahrungen mit, die er auf einer damals gerade beendeten Reise ins Baltikum gewonnen hätte, und nach meiner Erinnerung hat er gerade unter Berufung auf Besprechungen mit seinen lettischen und estnischen Parteigenossen im Haushaltsausschuß erklärt — im Gegensatz zum Herrn Reichswehrminister Noske —, daß es allerhöchste Zeit wäre, endlich mit den Truppensendungen nach dem Baltikum und mit dem ganzen baltischen Abenteuer Schluß zu machen. Das war im Mai, und es geschah immer und immer wieder nichts.

(B) In einer der letzten Sitzungen des Friedensausschusses — ich erinnere mich genau — hat der Abgeordnete Haase die Regierung gefragt: Will sich denn die Regierung auch hier erst wieder durch die Entente drängen lassen? Will sie denn nicht lieber ihre Truppen so geordnet und so rechtzeitig an die deutsche Ostgrenze zurücknehmen, daß die geordnete, ruhige Aufstellung an der Ostgrenze zum Schutz der Grenze möglich wäre? Haase hat es vorausgesagt, das sich die Entente nicht mehr lange dieses Spiel, diese unaufrichtige, dunkle Baltikumspolitik gefallen lassen werde, und es ist ja nun auch so gekommen.

Aber gerade in der Zeit, wo die Verhandlungen mit der Entente eine schärfere Form annahmen, wo der Herr Heneral v. d. Goltz den General Burt, den Vertreter der englischen Militärmission, in jenem durch die Presse veröffentlichten Brief angeflegelt hat,

(oho! rechts)

gerade in dieser Zeit ist hier in Berlin unter den Augen der Regierung eine Organisation aufgetreten, die sich offenbar zum Ziele gesetzt hat, alle über die Stadt und das ganze Land verstreuten Organisationen zur Werbung von Truppen zusammenzufassen und auch andere Regierungsfunktionen auszuüben. Als mein Freund Haase von diesen Dingen erfuhr, erinnerte er sich der Rede des Fürsten Bülow über russische Revolutionäre, die damals in Berlin einen Protest gegen gewisse Maßnahmen der Regierung und, ich glaube, auch gegen eine Rede des Fürsten Bülow in den „Vorwärts" gebracht hatten. Der Fürst Bülow sprach dazumals mit der ihm eigenen Grazie des Geistes von den Schnorrern und Verschwörern, von denen sich Deutschland nicht auf der Nase herumtanzen lassen wolle, und Haase sagte in Erinnerung daran: Die jetzt hier sind, das sind die Schnorrer und Verschwörer, nur eben aus einer anderen Gesellschaftsklasse, dieses Kollegium von Ministern, das sich in einer Urkunde, (C) glaube ich, **„Westrussischer Rat"** und in einer anderen Urkunde **„Westrussische Regierung"** nennt mit einem Kriegsminister, mit einem Minister der Finanzen oder Nichtfinanzen, mit einem Minister des Kultus, mit einem Ministerpräsidenten und einem Außenminister usw. — es existiert hier ganz lustig, es schließt Verträge über Darlehen, die es zur Finanzierung seiner Kriegsunternehmungen braucht. Geehrte Versammlung! Man wird es kaum glauben, daß eine hergelaufene Gesellschaft von politischen Abenteurern, die nichts hier und nirgends etwas hinter sich hat außer dem achtungsvollen Schweigen der deutschen Behörden, — daß eine solche „Regierung" solche Unternehmungen hier betreiben könne! Ich würde es auch nicht geglaubt haben, wenn ich nicht in der Lage wäre, Ihnen die Photographie der Verträge vorzulegen, die die Herren hier haben abschließen wollen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wollen!)

— Wollten und nachher abgeschlossen haben!

(Hört! Hört!)

Abgeschlossen haben!

In einem Schreiben vom 6. September beauftragen sie einen Herrn:

> Mit Bezugnahme auf die heutige Unterredung erbittet der politisch-militärische Rat Westrußlands zum Zwecke der Ausrüstung der neuen Westfront für den Kampf gegen die Bolschewiken eine Anleihe im Betrage von 300 Millionen Mark

— bescheiden sind die Herren nicht —

> gegen die Verpfändung des fiskalischen mobilen und immobilen Eigentums des jeweils durch die Aktion des vorgenannten Rates gebildeten Staatswesens.
>
> Der Präsident des Rats, General Biskupski,

— der Herr ist vor einigen Tagen in der Presse als einer der Chefs des deutschen Werbebureaus genannt (D) worden — und der

> Vizepräsident A. Baron Silun.

Nun war da ein politischer Spaßvogel, der die Herren ganz lustig aufsitzen ließ! Er machte einen Vertrag mit den Herren und versprach, ihnen tatsächlich vom Bankhause Morgan in New York die Gewährung eines Darlehens von 300 Millionen Mark zu beschaffen.

Als Vertragschließende sind in der Vertragsurkunde genannt: Das Bankhaus J. Pierpont Morgan und die Westrussische Regierung, vertreten durch den Präsidenten und Minister des Auswärtigen W. Biskupski, den Finanzminister G. v. Berg, den Minister des Kriegs Durnowo, den Minister des Innern G. v. Derjugin, den Minister der Landwirtschaft D. Ziakin, den Minister des Kultus W. Poppe und den Minister des Handels A. Roemmer.

Es wird dem Bankhause für das Darlehen von 300 Millionen Mark alles verpfändet, was der Westrussischen Regierung nicht gehört, aber ihr nach ihrer Behauptung einmal gehören soll, und es wird schließlich dem Herrn der dieses Darlehen vom Bankhause Morgan vermitteln soll, auch etwas zugewendet. Die Herren vom Westrussischen Ministerium sind mit dem Gelde des Bankhauses J. Pierpont Morgan sehr freigebig. Sie weisen nämlich dem Herrn für die Vermittlung des Darlehens eine Provision von $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark, gleich $1\frac{1}{2}$ Prozent und ferner eine Fülle von Konzessionen auf dem Gebiet des künftigen westrussischen Reichs gewähren.

Und irgendwo müssen doch diese Verhandlungen stattgefunden haben. Herr Scheidemann, denken Sie an Herrn Solf! Ich habe vorhin darum gebeten, als ich den Namen des Herrn Solf zum erstenmal nannte. Es ist sehr auffallend, daß diese **Verhandlungen** in der **Wohnung des Herrn Solf, Wilhelmstraße 66,** geführt worden sind, des Staatssekretärs Solf, der sich für berufen hält, in Zu-

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) kunft das Deutsche Reich in New York, in London oder an einem anderen wichtigen Ort der internationalen Politik zu vertreten. Er gibt seine Wohnung her für solche Zettelungen. Wenn man ans Telephon geht und unter der Nummer des Staatssekretärs Solf anruft, dann meldet sich Herr Oberst Durnowo, der die Wohnung bewohnt

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Lachen bei den Mehrheitsparteien)

und die Wohnung von Herrn Staatssekretär Solf übernommen hat.

(Lachen und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.)

Der Herr Oberst Durnowo gibt auch eine Erklärung dafür, daß er sich in der Wohnung des Herrn Solf aufhält; er sagt, Herr Solf sei ein naher Freund seines Vaters, des früheren russischen Ministers Durnowo, und da sollte Herr Solf nicht wissen, was der Sohn des guten alten Freundes, dem er seine Wohnung, seine Möbel unter Aufrechterhaltung seines Telephons überläßt, und was die übrigen Herren taten! Wilhelmstraße 66 liegt schräg gegenüber der Reichskanzlei und gegenüber der künftigen Wohnung des Reichspräsidenten.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung scheint mit all ihren Vertrauensmännern und Spitzelorganisationen noch nicht dahinter gekommen zu sein, was für Zettelungen von diesem westrussischen Ministerium auf deutschem Boden getrieben werden.

(Zuruf: Wie war es denn mit den Zettelungen der russischen Botschaft? — Große Heiterkeit!)

Geehrte Versammlung! Es wird Sie interessieren, die Photographien des Vertrages und des Provisionsscheines zu sehen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gar nicht!)

Ich lege davon einige Exemplare auf den Tisch des Hauses nieder.

(B) (Zuruf: Sie passen für ein Witzblatt besser!)

Gegenüber der Russenpolitik, die hier auf deutschem Boden von den Werbebureaus getrieben wird, und von einem Ministerium der westrussischen Regierung, ist das Verhalten der Regierung rein negativ. Aber die Herren von der westrussischen Regierung begnügen sich nicht nur mit der Aufsuchung von Geldgebern, der Handelsminister Herr **v. Römmer** erklärte einem Journalisten frei und offen, er halte sich hier auf, um im **Interesse der Armee** zu arbeiten, er kaufe hier für die Armee ein! Da darf doch die Frage an den Reichsminister des Äußern und an den Reichsschatzminister gerichtet werden: Wie kann hier Heeresgut, wie können hier Dinge, die für die Ausrüstung einer Armee nötig sind, von Herrn v. Römmer gekauft werden? Wer hat darüber zu verfügen, ob dem Herrn v. Römmer Bestände von Heeresgut verkauft werden oder nicht? Kauft er es direkt vom Reichsschatzamt, oder kauft er es von einem der zahlreichen Kaufleute höheren und geringeren Ranges, mit denen das Reichsschatzamt über Heeresgut verhandelt? Der Herr v. Römmer sagt weiter, bisher sei die Armee aus rein privaten Mitteln finanziert worden, und diese Mittel seien von solchen Leuten aufgebracht worden, die auf den Aufruf der „Internationalen Liga für den Kampf gegen den Bolschewismus" geantwortet haben. Also eine reizende Verbindung zwischen den schwerindustriellen Geldgebern der Liga gegen den Bolschewismus und den russischen Bekämpfern des Bolschewismus! Nebenbei: dieselben Herren von der Schwerindustrie bemühen sich seit Monaten, mit denselben Bolschewisten Geschäfte zu machen — was ich durchaus nicht tadle —, mit denselben Bolschewisten, die sie unter der Firma „Liga gegen den Bolschewismus" leidenschaftlich bekämpfen.

Nun hat aber Herr v. Römmer noch eine wichtige Mitteilung gemacht, nämlich, daß der **General Biskupski in Verbindung stehe mit dem General Malcolm**, dem (C) Chef der englischen Militärmission in Berlin. Der Herr v. Römmer wird gewußt haben, was er damit sagt. Es scheint in der Tat so, als ob nicht nur die deutschen Behörden, sondern als ob auch die englische Militärmission in guter, duldsamer, förderlicher Verbindung mit dem westrussischen Ministerium ist, dem Ministerium des Landes in dem jetzt die deutschen Truppen kämpfen, die nicht nach Deutschland zurückwollen. Auch hier hat die Regierung bisher offenbar nichts getan, um das Bestehen solcher Beziehungen festzustellen und sie, wenn sie festgestellt sind, zu verhindern. Obwohl die Entente so viel mächtiger als das Deutsche Reich ist, wäre es doch Sache der deutschen Regierung, diesen Zustand nicht zu dulden. Wenn die Regierung in diesem Punkt ihre Pflicht nicht erfüllen sollte, so will ich jedenfalls für meine Freunde erklären: Wir erheben lauten Protest dagegen und richten an unsere Freunde in England, in Frankreich, in Italien und in Amerika einen lauten Appell, indem wir ihnen die Militärmission der Entente in Berlin als Hüterin und Förderin der reaktionären Bestrebungen gegen Rußland denunzieren. Wir wollen nicht zulassen, daß diese militaristischen und kapitalistischen Leichenräuber des Weltkrieges nunmehr den neuen Krieg auf deutschem Boden gegen das russische Volk organisieren.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist das wichtigste Stück unserer Auslandspolitik, daß wir endlich geordnete, **friedliche Beziehungen mit dem russischen Volk** bekommen!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das deutsche Volk kann nicht leben und atmen in der Einschnürung, in die es sich durch die Schuld der Regierung versetzt sieht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist die schwerste Sünde, die die Regierung begangen hat, daß sie noch immer keine geordneten Beziehungen zu Rußland hergestellt hat. (D)

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Rohstoffquellen, die in Rußland fließen, müssen für uns in Bewegung gesetzt werden.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unsere Bevölkerung muß den Abstrom nach Osten hin bekommen. Um der Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung willen, um der Gerechtigkeit willen, um des Sozialismus willen müssen endlich die Beziehungen zu Rußland hergestellt werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Verpflichtung kann die Regierung nicht genügen, wenn sie solche Treibereien duldet, wie sie durch die Veröffentlichungen der heutigen Zeitungen aufgedeckt und durch die Bilder hier belegt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir richten die Frage an die Regierung, welche **Politik** denn eigentlich **gegen Osten** geführt wird. Als ich einmal im Friedensausschuß diese Frage stellte, bekam ich von einem Vertreter des Auswärtigen Amts eine Antwort, die ungefähr besagte, der Graf Rantzau habe sich darüber noch nicht schlüssig gemacht, und ich mußte damals feststellen, daß mir die falscheste Politik zu sein scheine, keine Politik zu führen; denn zu irgendeiner Politik müsse man sich doch entschließen. So steht der Fall noch heute. Geehrte Versammlung! Glauben Sie nicht, daß das eine revolutionäre Marotte von uns wäre! Es sind die Lebensfragen des deutschen Volkes, die mit der Ostpolitik auf dem Spiel stehen, und es sind — daran erinnere ich besonders die Herren aus Ostpreußen — soweit ich sehe, auch die höchsten Interessen des ostpreußischen Landes. Wenn Sie diese Politik der Begünstigung der Feinde der Bolschewiki, die Politik gegen bolschewistische Regierung fortsetzen, wenn Sie dem eng-

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) lischen Kapitalismus so in die Hände spielen, wie es bisher geschehen ist, daß Sie ihm gestatten, ein Bündnis der Randstaaten gegen Deutschland herzustellen, dann, fürchte ich, ist auch Ostpreußen für uns verloren.

Erinnern Sie sich an die Bestimmungen des Friedensvertrages, geehrte Versammlung, wonach Deutschland auf alle Rechte aus dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk und auf alle vermeintlichen Entschädigungsansprüche gegen Rußland verzichtet, dem russischen Reich aber und den Staaten, die sich unter Ablösung vom russischen Reich bilden würden, die Entschädigungsansprüche gegen Deutschland vorbehalten werden! Es steht mit dieser auf sehr lange Linien angelegten englischen Politik im engsten Zusammenhang, daß sie sich im Friedensvertrag des Hafens und des umliegenden Gebietes der Stadt **Memel** bemächtigt hat. Memel soll danach der Hafen werden, von dem **England** seine Einfuhr nach den westlichen Teilen des russischen Reiches befördert. Memel soll der Hafen des neuen Randstaatengebildes werden, das unter englischer Führung jetzt zustandekommen soll. Wenn diese Randstaaten von England völlig abhängig sind, dann ist es für mich ganz klar, daß der großmütige räuberische Kapitalismus Englands, der immer gerne und freigebig Entschädigungen auf anderer Leute Kosten gezahlt hat, diesen Randstaaten in Ausführung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk die Entschädigungsansprüche gegen Deutschland in der Form der Provinz Ostpreußen gewähren kann und gewähren wird! Das steht auf dem Spiel, und wenn Sie nicht wollen, daß das durch den Friedensvertrag von uns abgeschnürte Ostpreußen von Deutschland völlig losgelöst werde, dann sorgen Sie dafür, daß sich die Regierung endlich zu einer vernünftigen friedlichen russischen Politik und damit zu einer entschiedenen Gegnerschaft, zu einer entschiedenen Bekämpfung der Treibereien entschließe, die hier in Berlin (B) und an zahlreichen anderen Orten des Landes durch Werbung von Soldaten, durch politische Zettelungen aller Art geführt werden!

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Regierung hat leider auf dem Gebiete der **Ostpolitik** gerade unter dem Gesichtspunkt der künftigen Verbindung mit Rußland viel versäumt auch im **Verhältnis zu Polen.** Weiß die Regierung nicht, daß nach der polnischen Grenze zu Hunderte und aber Hunderte von Eisenbahnwagen mit Heeresgut verladen werden? Wir hungern und frieren, weil wir keine Transportmittel haben; aber gefällige Beamte bringen es fertig, für die polnischen Kaufleute höherer und niederer Art, die in Deutschland Heeresgut mit deutscher Hilfe kaufen, Hunderte und aber Hunderte Eisenbahnwagen zu stellen, damit Heeresgut in ganz großen Massen nach dem polnischen Freistaat verschoben werde.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wozu dient dieses Heeresgut? Es dient dazu, die neue polnische, die Bolschewiki-Front gegen dasselbe Rußland zu errichten und auszubauen, mit dem in Frieden zu leben wir das allertiefste und größte Interesse haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir aber mit Rußland Frieden haben wollen, wenn wir die Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art mit Rußland aufnehmen wollen, dann dürfen wir nicht durch Lieferung von Heeresgut die polnischen Feinde des jetzigen Rußlands unterstützen. Gestern las ich in einer Zeitung, daß die gegen die Anordnungen und gegen die Landesbedürfnisse verstoßende Art der Gestellung von Eisenbahnwaggons, die nach den Mitteilungen dieser Zeitung nur durch umfangreiche Zusammenarbeit von Beamten und Frachtinteressenten möglich ist, durch Zusammenarbeit, die sich auf metallischer oder vielmehr auf (C) papierener Grundlage vollzieht, — daß diese Treibereien und Manipulationen dem preußischen Eisenbahnminister zu scharfen Kontrollen und Verfügungen Anlaß gegeben haben. Ich weiß nicht, ob diese Zeitung — es ist die „Neue Berliner Zeitung“ — mit den Vorgängen, die sie erwähnte, insbesondere die Dinge meinte, die ich soeben dargelegt habe, die massenhafte Verschiebung wertvollen Heeresguts nach Polen.

Aber ich frage wiederholt: Was ist denn eigentlich die Ostpolitik der Regierung? Hat sie sich denn noch immer nicht entschlossen, aus dem negativen Stadium herauszutreten, das damals in der Antwort des Vertreters des Grafen Rantzau angezeigt worden ist? Es ist mir wohlbekannt: die Regierung hat das Bemühen, wirtschaftliche Beziehungen mit Sowjet-Rußland anzuknüpfen; aber damit ist den Notwendigkeiten des deutschen Volkes nicht genüge geschehen. Gute wirtschaftliche Beziehungen lassen sich nur auf der Grundlage eines politischen modus vivendi — das ist das mindeste — aufbauen. Wir haben aber jetzt einen Zustand mit Rußland, von dem kein Staatsrechtlehrer mit Sicherheit sagen kann: Ist es Friede, ist es Krieg, oder was ist es eigentlich? Diesen Zuständen muß unter allen Umständen ein Ende gemacht werden!

Geehrte Versammlung! Andere Probleme der Außenpolitik werden bei anderer Gelegenheit zu behandeln sein. Jetzt interessiert uns vor allem das Baltikum und im Zusammenhange mit dem Baltikum die ganze große Frage der Ostpolitik. Die Regierung wird sich nicht damit begnügen können, nunmehr die Truppen zurückzurufen, nunmehr den Truppen, die dennoch dem Rufe nicht folgen, das Recht der deutschen Reichsangehörigkeit abzuerkennen, ihnen ihre Pensionsansprüche zu verweigern, sondern zu diesen negativen Maßregeln, zu denen sich die Regierung wegen ihrer Saumseligkeit und Untätigkeit in den letzten Monaten hat drängen lassen, muß der positive, durch (D) Taten bekräftigte Entschluß einer eigenen Politik treten. Auch ein machtloses Deutschland, das der Waffen beraubt ist — es sind leider noch genug davon im Lande, und es wird noch zu untersuchen sein, ob denn die Friedensbedingungen in diesem Punkt von allen Stellen im Lande ehrlich gehalten werden —,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

auch das waffenlose Deutschland hat genug der politischen Mittel, um eine politische Wirkung in der ganzen Welt auszuüben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gehört nur dazu der Entschluß! Die Regierung darf nicht — auch nicht im Verhältnis zur Entente — der Begriffsbestimmung gleichen, die Goethe vom Philister gibt: Ein hohler Darm voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm! Dem Mutigen gehört auch hier die Welt! Das alles sage ich — und wiederhole es — von einem rein bürgerlichen Standpunkt, vom Standpunkt Ihrer Klasseninteressen, geehrte Versammlung; denn ich sehe in naher Zeit den Tag kommen, wo die Herren einer bürgerlichen Regierung darauf dringen werden, eine Ostpolitik zu machen. Nach meinen Nachrichten werden gerade die demokratischen Fabrikanten und Gewerbetreibenden im Lande schon recht unruhig über diese dürre negative Ostpolitik. Sie wollen mit Rußland Geschäfte machen. Vom Standpunkt der bürgerlichen Interessen scheint es mir eine absolute Notwendigkeit zu sein, endlich das zu tun, was längst hätte geschehen müssen; und das muß man ohne Rücksicht darauf tun, ob nun die Bolschewiki eine rote Mütze aufhaben, oder ob eine andere Regierung da sein könnte, vielleicht mit einer blauen oder blauroten Mütze. Nein, geehrte Versammlung, wenn man wieder die Politik der zwei Eisen, die Politik der Unaufrichtigkeit und des Hell-

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) dunkels führen will, wird die deutsche Regierung auch hier schließlich genau so gegenüber dem Osten zwischen zwei Stühlen sitzen, wie es bisher in Fällen gleicher Art und gleicher Politik immer geschehen ist, zwischen zwei Stühlen, auf denen andere Platz genommen haben. Ich fürchte, es ist sehr viel in diesem Punkte schon versäumt. Wenn die Zeitungsnachrichten über die Friedensverhandlungen, die auf Betreiben von England geführt werden, ganz richtig sind, dann allerdings, geehrte Versammlung, finis Germaniae; dann erst, aber dann auch wirklich ist es mit dem deutschen Volk zu Ende, wenn es sich durch eigene Schuld den letzten Ausweg aus dem Unglück, aus der Not verbaut hat, in die es durch den Krieg und durch den Friedensschluß gekommen ist.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen kurzen Darlegungen eine Richtigstellung voranschicken. Ich habe gestern von einem **Pamphlet** gesprochen, das unter dem Titel: „Einst und jetzt" erschienen ist. Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß diese Schrift in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung" hergestellt wurde. Es steht auch fest, daß der Druck dort erfolgt ist. Den Inhalt habe ich gestern durchaus zutreffend und richtig wiedergegeben. Der **Vorsitzende der Deutschnationalen Partei,** der Staatsminister Hergt, hat mir heute vormittag die bündigste Erklärung abgegeben, daß der Vorstand seiner Partei einen Auftrag zur Herstellung dieser Schrift nicht erteilt hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Davon habe ich Notiz zu nehmen, und infolgedessen fallen die Schlußfolgerungen, die aus dem Inhalt und der Verbreitung dieser Broschüre gezogen werden, gegen den Vorstand der Deutschnationalen Partei hin. Der Irrtum — (B) so hat mir der Herr Staatsminister Hergt auseinandergesetzt — ist darauf zurückzuführen, daß der Vorstand der Deutschnationalen Partei der „Deutschen Tageszeitung" einen anderen Druckauftrag gegeben hat. Auch dieser Druckauftrag ist mir bekannt; er bezweckt, den Herrn Reichspräsidenten und mich nicht durch eine Broschüre, sondern auf andere Art verächtlich zu machen.

(Hört! hört! links.)

Meine Damen und Herren! Herr Cohn hat gestern — ich habe den ersten Teil seiner Ausführungen zu meinem Bedauern nicht gehört — davon gesprochen, daß mehr Personen als jemals in **Schutzhaft** sitzen. Ich stelle fest, daß für den Bezirk des Oberkommandos Berlin 22 Schutzhaftfälle vorliegen. Vier Schutzhäftlinge sind geflohen, davon einige mit gefälschten Papieren. Wenn Gefangene fliehen, pflegt das ja in besonders hohem Maße die Entrüstung der Herren Unabhängigen zu erregen. Sie werden wohl auch in dem Falle darüber entrüstet sein, daß die Autorität der Behörden nicht genügend gewahrt wird.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegen **Druckschriften** ist in manchen Fällen allerdings eingeschritten worden. Leider sind wir heute noch in einem Zustande von Revolution, und deswegen muß die Regierung darauf Bedacht nehmen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Leider?)

— Jawohl, leider!

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sind Sie etwa der Meinung, daß der Zustand der Revolution zu einer dauernden Einrichtung in Deutschland werden möchte?

(Heiterkeit.)

Gegen Gewalttätigkeiten, die gepredigt werden, hat die Regierung sich zur Wehr zu setzen. Deswegen ist z. B. (C) noch in den allerletzten Tagen eine Zeitschrift verboten worden, die von einem Herrn Kuntz herausgegeben worden ist, in der in der übelsten Weise zu Pogromen aufgerufen worden ist. Aber ebenso wie wir nicht zusehen können und nicht dulden dürfen, daß aufgefordert wird, auf den Berliner Straßen Juden totzuschlagen, dürfen und werden wir nicht dulden, daß dauernd der Versuch gemacht wird, Teile der Bevölkerung erneut zum Bürgerkrieg und zu Gewalttätigkeiten aufzurufen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu einer solchen neuen Revolution wollen aber die Parteifreunde des Herrn Cohn, wie sie ja dauernd erklären, die Massen führen. Ich verweise auf Darlegungen aus allerletzter Zeit des Herrn Dr. Geyer, der allerdings damals vorsichtig hinzugefügt hat, daß für die Zeit der Gefahr die führenden Persönlichkeiten verschwinden müssen,

(große Heiterkeit)

weil so wertvolle Leute sich für spätere Zeiten aufsparen müssen.

(Hört! hört!)

Gegen neuen **Bürgerkrieg** und Bürgerkampf glaubt die Regierung im Interesse des Landes und des deutschen Volkes Maßnahmen treffen zu müssen. Solche Maßnahmen sind außerordentlich unangenehm und an sich unerfreulich. Die Lage unseres Landes aber macht gebieterisch Sicherungsmaßregeln erforderlich, wenn wir nicht unser Land und unser Volk einer Katastrophe entgegentreiben lassen wollen.

Herr Cohn hat sich über **Mißgriffe in dem Versammlungswesen** beschwert. An sich habe ich die Kontrolle über das Versammlungswesen in Berlin dem Polizeipräsidenten während der Dauer des Belagerungszustandes übertragen, ich habe mir vorbehalten, in besonders liegenden Fällen einzugreifen. Es ist zuzugeben, daß bedauerlicherweise einzelne Mißgriffe vorgekommen sind. Es (D) muß selbstverständlich versucht werden, sie zu vermeiden. Manche davon sind aber bei der Eigenart der Berliner Verhältnisse entschuldbar, wenn auch durchaus nicht erwünscht. Zum Beispiel haben wiederholt Kommunisten wie Unabhängige in Berlin zahlreiche Versammlungen einberufen, ohne die vorgeschriebene Anmeldung zu bewirken. Das ist nicht geduldet worden und wird nicht geduldet werden.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gewerkschaftsversammlungen!)

— Dabei ist — das gebe ich zu — zu meinem Bedauern in einigen Fällen eine Gewerkschaftsversammlung mitaufgelöst worden. Ich habe deswegen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Rücksprache genommen, und er hat mir die Zusicherung gegeben, daß er alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um nicht zu billigende Eingriffe zu vermeiden.

Herr Cohn hat davon gesprochen, daß die deutschen Sozialdemokraten und die **deutsche Regierung Vertrauen im Auslande,** nicht zuletzt auch bei den ausländischen Sozialdemokraten zu erlangen suchen müssen. Das halte auch ich für durchaus wünschenswert. Nur darf dieses Vertrauen nicht auf Kosten des eigenen Landes und des eigenen Volkes erworben werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Die Partei des Herrn Cohn diskreditiert aber auf die Dauer das eigene Land, getrieben von einem fanatischen Haß gegen eigene Klassengenossen, gegen die Mehrheitssozialdemokratie.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Fortgesetzt — ich werde Ihnen den Beweis dafür gleich erbringen — machen die **Unabhängigen** das **Ausland gegen Deutschland** scharf, besonders in bezug auf

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) Militärfragen, durch die Auftischung von fast durchweg unerwiesenen, falschen oder direkt erlogenen Behauptungen.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! — Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir brauchen in Deutschland Truppen an der Ostgrenze, und wir brauchen leider auch Truppen im Innern des Landes. Der Einstellung der Kämpfe auf den Schlachtfeldern, die vor einem Jahre stattfand, ist leider nicht schon der dauernde Friedenszustand gefolgt. Wenn die Berichte der Zeitungen zutreffend sind, hat der französische Ministerpräsident Clemenceau kürzlich in einer Kammersitzung erklärt, er würde nicht einen einzigen französischen Soldaten zum Schutze der deutschen Ostgrenze absenden. Das hat die deutsche Regierung selbstverständlich auch nicht erwartet. Deswegen müssen wir aber für den Schutz deutschen Bodens selber sorgen. Leider steht die Tatsache fest, daß Polen dauernd seine Armee vergrößert. Von amtlichen Stellen wird ganz selbstverständlich — es wäre das ja der reine Selbstmord — an Polen keinerlei Kriegsmaterial geliefert. Es wird nicht in Abrede gestellt werden können — Feststellungen selber habe ich nicht treffen können, sonst würden solche Maßregeln nicht geduldet werden können —, daß in einzelnen Fällen Schieber — es gibt ja leider von dieser Sippschaft eine recht beträchtliche Anzahl in Deutschland — auch gelegentlich Kriegsmaterial über die Grenze schieben, selbst auf die Gefahr hin, daß sich diese Waffen dann gegen die deutschen Grenzen selber wieder kehren werden.

(Pfuirufe.)

Wir werden die **Truppen abbauen**, so rasch es die allgemeine Lage gestattet. Oberschlesien, Westpreußen, Ostpreußen sind aber so lange zu sichern, bis ein wirklicher Friedenszustand hergestellt worden ist.

(Sehr richtig!)

Von Deutschland kann doch wahrhaftig nicht gesagt werden, (B) daß wir die Inkraftsetzung des Friedenszustandes hinausgezögert haben.

(Sehr wahr!)

Die Ratifizierung ist in Deutschland in der kürzesten Frist vorgenommen worden. Wenn trotzdem der Kriegszustand immer noch fortdauert, so ist das außerordentlich beklagenswert, aber nicht auf deutsches Schuldkonto zu setzen, sondern auf das Konto der Verhältnisse, die in den übrigen Ländern bestehen. Wenn der Friede ratifiziert ist, wird der Vertrag selbstverständlich von der deutschen Regierung loyal und korrekt erfüllt werden. Deswegen sollte die Partei des Herrn Cohn sich das rachsüchtige Denunzieren der Regierung und des eigenen Landes gegenüber dem Auslande wirklich allmählich schenken.

(Sehr richtig!)

Die Unabhängigen haben in bezug auf nationale Würdelosigkeit doch so viel schon geleistet,

(lebhafte Zustimmung)

daß das wirklich nicht mehr übertroffen werden kann.

(Erneute Zustimmung.)

Das, was Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) in Ihrem Berliner Blatt tun, läuft im Grunde genommen auf die reine Stiefelleckerei für die siegreichen französischen Generale hinaus.

(Lebhafte Zustimmung. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gemeinheit!)

Das Berliner Blatt der Unabhängigen überschlägt sich beinahe jeden Tag von neuem vor Eifer bei seiner Angeberei der deutschen Regierung und der deutschen militärischen Verhältnisse.

(Sehr richtig!)

Herr Cohn hat uns vorhin indirekt angeraten, die englische Militärmission in Berlin festzunehmen oder in ihrer Betätigung zu behindern. Das dürfte nicht angehen. Aber ich überlasse dem hohen Hause folgendes zu beurteilen. Die „**Freiheit**" bringt dieser Tage eine Notiz, über- (C) schrieben: „Unheilvoller Einfluß", in dem davon die Rede ist, ein Brückenkopfmajor im Westen habe an den Major v. Gilsa, den Chef meines Stabes, ein Schreiben gerichtet mit außerordentlich bedenklichem Inhalt. Ganz selbstverständlich wird durch einen solchen Brief auf meine Entschließung kein Einfluß ausgeübt. Dieser Brief aber mußte auch deswegen ohne Einfluß bleiben, weil er schon in Cöln, wo er geschrieben worden ist, von einem fahnenflüchtigen Reserveoffizier, der als Kurier diente, in englische Hände geliefert worden ist. Daß dieser Brief in englischer Hand war, ist absolut einwandfrei festgestellt. Wenige Tage später erschien er in der Berliner „Freiheit", dem Organ der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie.

(Stürmische Rufe: Hört! hört! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was wird damit bewiesen?)

Meine Damen und Herren! Wie die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihre Preßorgane dauernd bemüht sind, gegen Deutschland Stimmung zu machen, Mißtrauen gegen Deutschland im Auslande zu säen, beweist z. B. eine Notiz in der „Freiheit" noch aus den letzten Tagen, vom 6. Oktober. Dort wird denunziert, daß entgegen meinen Versicherungen **Werbungen für die Reichswehr** vorgenommen werden. In Wirklichkeit konnte in dieser Notiz mitgeteilt werden, daß eine Matrosendivision Werbungen vorgenommen hat. Die Matrosendivision ist nicht ein Teil der Reichswehr, sondern gehört zur Marine.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Marineetat, der dem hohen Hause in den nächsten Tagen zugehen wird, ist haarscharf nach den Bedingungen des Friedensvertrages aufgestellt, der uns eine Mannschaft von 15 000 Köpfen in der Marine läßt. Werbungen stehen nicht im Widerspruch mit den Friedensbedingungen, (D) sondern wir sind ja leider durch die Artikel des Friedensvertrages auf Werbungen angewiesen, da auch die Leute in der Flotte genötigt sein werden, 12 Jahre zu dienen. Also werden gelegentlich auch jetzt schon junge Leute auf längere Dienstzeit in der Marine eingestellt.

Am gleichen Tage betreibt das Blatt der Partei des Herrn Cohn seine Hetzereien gegen die Reichswehr in einem anderen Artikel unter der Überschrift: „Lüttwitz will nicht abrüsten". Der Sachverhalt ist, daß der **General v. Lüttwitz** im Juli dieses Jahres in einem Schreiben an verschiedene Reichsstellen darauf hingewiesen hat, daß es aus innerpolitischen Gründen nicht ratsam sei, die Truppen während des Winters auf 100 000 Mann zu verringern. Ich stehe nicht an, hier vor aller Öffentlichkeit, wie ich das auch an anderer Stelle getan habe, darauf hinzuweisen, daß eine Verringerung in der Form, wie es der Wortlaut des Friedensvertrags vorsieht, außerordentlich bedenklich ist, und daß es ratsam wäre, den Versuch zu machen, durch Verhandlungen einen anderen Abbau des Heeres herbeizuführen. Wenn die Ratifizierung des Friedens etwa in den nächsten Wochen oder gar Monaten erfolge, würden wir genötigt sein, von den nicht ganz 400 000 Leuten, die jetzt in der Reichswehr und im Osten Dienst tun, innerhalb der schwersten Wintermonate, wo die Arbeitslosigkeit an sich schon groß genug ist, wo auch sonst im Innern mit politischen Schwierigkeiten gerechnet werden kann, weitere 300 000 Leute auf die Straße zu setzen. Das sind Erwägungen, die gar nicht geheim anzustellen sind und auf die der General v. Lüttwitz pflichtschuldig hingewiesen hat. Der wesentliche Absatz seines Berichts lautet:

> Es wäre deshalb dringend darauf hinzuwirken, daß als frühester Termin für die Herabsetzung auf 200 000 Mann von seiten der Entente der

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) 1. April zugestanden wird, um einen allmählichen Abbau zu ermöglichen.

Das beweist nicht, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllt und nicht erfüllen will, sondern es beweist lediglich, daß der führende Offizier in dem ersten Gruppenkommando mit der Aufmerksamkeit, die eine Pflicht seines Amtes ist, sich um militärische Angelegenheiten gekümmert hat.

Ich behaupte, daß das, was die **Unabhängige Presse** tut gerade in bezug auf unsere **militärischen Angelegenheiten**, über die ich im einzelnen heute nicht weiter reden will, geradezu verhängnisvoll für Deutschland und dadurch nicht zuletzt auch für die deutschen Arbeiter wirkt. Keiner der Redner, die in der französischen Kammer am 3. dieses Monats bei der Beratung über den Entwaffnungsantrag Lefèvre sprachen, hat die militärische Lage Deutschlands richtig beurteilt und dargestellt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die ärgsten Hetzereien gegen Deutschland sich mehrere sozialistische Abgeordnete geleistet haben;

(hört! hört!)

sie machten sich zum Sprachrohr der Lügen und der Unwahrhaftigkeiten deutscher Unabhängiger Zeitungen.

(Hört! Hört!)

Ein Franzose, der die Stimmung seines Landes, besonders die Pariser Presse genau kennt, sagte mir erst vor wenigen Tagen: In Frankreich nimmt man alles gläubig auf, was die Berliner „Freiheit" schreibt; kein Blatt wird so oft mit Behagen von der kriegshetzerischen, chauvinistischen französischen Presse zitiert wie die Berliner „Freiheit",

(lebhafte Rufe: hört! hört!)

Frankreich macht sich von Deutschland ein total falsches und verzerrtes Bild. Das zeigte ganz deutlich die Art der Beratung und die Reden über den Antrag Lefèvre in der französischen Kammer. Ich kann mich natürlich bisher nur an die kurzen Zeitungsmeldungen über die (B) Sitzung vom 3. dieses Monats halten. Wieder ist dort von 800000 deutschen Soldaten die Rede gewesen. Das ist, wie ich noch einmal feststelle, mehr als eine Verdoppelung der richtigen Zahl. Der Sozialist Longuet hatte wenige Tage vorher noch von 1200000 gesprochen; mit lebhafter Phantasie hat er noch 200000 Mann hinzugedichtet zu der Million, von der der deutsche Unabhängige Führer Krispin auf dem internationalen Kongreß gesprochen hatte. Cochin redete am 3. Oktober in der Kammer von ungeheuren Anwerbungen von Freiwilligen in Deutschland; er betete den Schwindel der „Freiheit" und anderer Unabhängiger Zeitungen nach.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Rechtssozialistische Presse in Ostpreußen!)

— Wenn in der rechtssozialistischen Presse gelegentlich etwas gestanden hat, so ist das noch lange kein Beweis dafür, daß die dort geäußerten Auffassungen in jeder Beziehung richtig sind. Es ist übrigens nie in einer **ostpreußischen mehrheitssozialistischen Zeitung** etwas erschienen oder in den Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden wie Ihre Unwahrheiten. Die Resolutionen, auf die Sie sich beziehen können, sind auch mir bekannt, sie entspringen einer gewissen Sorge darüber, daß in großer Zahl unbotmäßige Truppen in Ostpreußen bleiben könnten. Es ist ganz selbstverständlich, daß die geeigneten Maßregeln getroffen werden, um solche Befürchtungen, wie sie in Ostpreußen gehegt werden, als unangebracht erscheinen zu lassen. Im übrigen mache ich gar kein Hehl daraus, daß bei der Beurteilung von manchen militärischen Dingen an sehr vielen Stellen falsche Auffassungen bestehen. Es ist beklagenswert, wenn in demselben Augenblick die schleunigste Zurückziehung der Truppen aus Kurland gefordert wird, für die ich mich nachdrücklichst einsetzte, in ostpreußischen Orten die Forderung vertreten wird, unter keinen Umständen auch nur (C) den Stab eines Generalkommandos in einen ostpreußischen Ort zu legen. Das sind Dinge, die nicht miteinander vereinbar sind. Darauf können sich die Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht beziehen.

Wahr ist in bezug auf die Rüstungen, daß die **Werbungen für die Reichswehr** seit etwa $1^1/_2$ Monaten fast restlos eingestellt worden sind,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Fast!)

— fast restlos, das braucht Frau Luise Zietz nicht zu wissen; man redet am besten über solche Dinge, wenn man am wenigsten Ahnung davon hat.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Da jetzt eine große Zahl der Leute nur auf 3 Monate verpflichtet sind, so findet ein beträchtlicher Wechsel in der Reichswehr statt. Es kommt also gelegentlich vor, daß ein Spezialist an dieser oder jener Stelle fehlt, und dann wird natürlich ein entsprechender Mann dafür eingestellt. Wenn die Verringerung der Truppen infolge von Weggang durch Erlangung von Arbeitsgelegenheit weiter fortdauert und die Ratifizierung des Friedens nicht bald erfolgt, dann werde ich allerdings genötigt sein, darauf Bedacht zu nehmen, daß an manchen Stellen des Reiches die Werbungen wieder aufgenommen werden.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Sehr verständlich!)

Es ist falsch, was Herr Barthou in der französischen Kammer gesagt hat, ich hätte erklärt, von der Entente eine Zusage erhalten zu haben wegen der **Verlängerung der Frist für die Heeresverminderung.** Ich habe zwar wiederholt geäußert, daß es notwendig sei, eine solche Herausschiebung zu erstreben. Verhandlungen darüber habe ich bisher nicht führen können. Es sitzen zwar eine ganze Anzahl von alliierten Offizieren in Berlin, die Vorarbeiten für die spätere Durchführung des Friedens- (D) vertrags und die Kontrolle des Friedensvertrags treffen sollen. Mündliche Verhandlungen haben nicht stattgefunden. Sobald sie möglich sind, werden sie selbstverständlich von mir in die Wege geleitet werden, und es wird dabei mit der Korrektheit und Loyalität, die sich die Regierung der Entente gegenüber zur Pflicht gemacht hat, über alle unsere militärischen Dinge mit der Offenheit gesprochen werden, von der erhofft werden darf, daß sie das Mißtrauen, das in anderen Ländern gegenwärtig noch gegen Deutschland besteht, möglichst rasch und möglichst gründlich ausräumt.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Ich habe, um auch das Herrn Cohn zu antworten, niemals davon gesprochen, daß nur **im Januar oder Februar** in Deutschland **für Kurland geworben** worden ist. Ich weiß, daß solche Werbungen länger stattgefunden haben. Sie haben leider auch heimlich dann fortgedauert, als es die Regierung schon verboten hatte. Leider herrscht auf vielen Gebieten ein großes Maß von Unbotmäßigkeit. Es ist zu meinem Bedauern nicht möglich, überall die Werbungen so schnell abzudrehen, wie es wünschenswert gewesen wäre; denn ich bin überzeugt, daß keiner von den Leuten, die heute nach Kurland gehen, irgendwie Aussicht hat, die Erwartungen erfüllt zu sehen, die gehegt werden. Es sind zweifellos russische bürgerliche Leute in Deutschland, sowie uns russische Bolchewisten leider auch noch in beträchtlicher Anzahl im Lande sitzen oder ins Land kommen, denen wir nicht so schnell das Handwerk legen können, wie es an sich im Interesse der Ruhe und Sicherung unseres Landes erforderlich wäre.

(Sehr richtig!)

Ich gebe Herrn Dr. Cohn auch zu, daß von solchen Leuten eine Anzahl in Gewahrsam sitzt. Ich brauche gar

(**Noske,** Reichswehrminister.)

(A) nicht zu verschweigen, daß die Regierung nicht gewillt ist, diese unerwünschten Gäste auf unser Volk loszulassen.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Die Betätigung solcher Leute in München hat abschreckend genug gewirkt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen uns Münchner Zustände von russischen Bolschewisten in anderen deutschen Städten nicht schaffen lassen

(Sehr richtig! und Bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

An dem Tage, an dem die Möglichkeit besteht, diese Leute ungefährdet durch die Gebiete hindurchzubringen, die sich jetzt zwischen Deutschland und Rußland erstrecken, werde ich mit größter Beschleunigung dafür Sorge tragen, daß diese Herren ihrer Heimat wiedergegeben werden.

(Heiterkeit und sehr gut! rechts, im Zentrum und links.)

Gesagt habe ich einmal, daß ich im Januar und Februar so viel zu tun gehabt habe infolge der Unordnung im Innern Deutschlands, daß ich mich damals um die Vorgänge in Kurland nicht kümmern konnte.

Noch ein paar Worte über die **kurländische Sache!** Eine Zeitung hat — sie möge mir diese Anleihe bei ihr entschuldigen — am Montag die Politik der Unabhängigen, außerhalb dieses Hauses natürlich, nicht übel mit dem Verhalten eines dummen August verglichen, der sich entweder sinnlos närrisch benimmt oder aber mit fliegenden Rockschößen hinter den Leuten herlauft, die ordentliche Arbeit machen, um so zu tun, als ob er auch etwas leistet.

(Große Heiterkeit.)

In der baltischen Frage haben die Unabhängigen nur Reden oder direkte Unwahrheiten aufgetischt. Sie haben niemals vorschlagen können, wie die Schwierigkeiten, über

(B) die ich mir vollständig klar bin, rasch überwunden werden können, ohne daß noch weiter Unheil für unser Land entsteht. Jeden gangbaren Weg, den man mir weist, soweit militärische Dinge in Betracht kommen, werde ich sehr gern beschreiten. Aber, wenn ich mich darauf beziehen darf — Herr Cohn hat ja ebenfalls heute keine Vorschläge gemacht —, der Aufruf der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie vom Sonntag ist nach meinem Empfinden einfach lächerlich wegen seiner inneren Widersprüche. Daß Forderungen gestellt werden, die eine schlechte Wiedergabe von Befehlen darstellen, die ich eine ganze Reihe von Tagen vorher gegeben habe, ist an sich nicht wesentlich. Aber ich werde aufgefordert, den Widerstand der Truppen sofort zu brechen. Ja, wenn ich wüßte, wie man das Kunststück fertig bringt, dann würde ich auf den Rat der unabhängigen Sozialdemokratie nicht gewartet haben, sondern hätte schon selber danach gehandelt. So, wie die Worte dastehen, sind sie leeres Geschwätz. Daß ich eine Armee nach Kurland schicke, das erwartet die „Freiheit“ doch nicht. Beim ersten Transport von Soldaten nach dem Osten ginge doch ein Riesengeschrei los, nun würden noch mehr Leute über die Grenze geschickt. Aber ich bin mir auch darüber klar, daß ich aller Wahrscheinlichkeit nach keine Truppe in Deutschland auftreiben könnte, die ich verladen könnte mit dem Befehl, in Kurland Krieg gegen deutsche Brüder zu führen.

(Lebhafte Zustimmung von rechts, im Zentrum und links.)

Also es muß der Versuch gemacht werden, diesen fürchterlichen Knoten durch andere, unblutige Mittel zu lösen.

(Erneute Zustimmung. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine sofortige **Sperrung der Lebensmittel** ist mir zwar angeraten worden; aber mit Rücksicht auf das lettische Land halte ich auch diese Maßregel zurzeit noch (C) nicht für anwendbar.

(Sehr richtig! bei den Demokraten.)

Die sofortige Sperrung der Lebensmittel würde natürlich Plünderungen der Truppe zur Folge haben.

(Sehr wahr! bei den Demokraten und Sozialdemokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Als ob die nicht auch so stattfänden!)

Ich gebe zu, Frau Luise Zietz, daß unter den Leuten manch einer ist, an dem wir keine Freude haben! Aber stellen Sie sich auch einmal vor, wenn der Mann aus der Heimat gar nichts mehr zu essen bekommt, wie der über die lettischen Lebensmittel und Viehbestände hergeht. Also es ist eine Sicherungsmaßregel im Interesse des lettischen Landes, das wir möglichst unversehrt verlassen wollen, wenn der Truppe bisher die Verpflegung weiter geliefert worden ist. Für Schaden, der im Lande entsteht, würde natürlich sowieso auch das deutsche Volk aufkommen müssen. Also es muß schon vorsichtig verfahren werden.

Es ist von den Herren Unabhängigen in ihrem Aufruf von der Regierung gefordert worden, den **Konflikt mit der Entente** sofort zu beenden. „Keinerlei Konflikt mit der Entente!“ Das sagt dieselbe Partei, deren Redner, Herr Cohn, uns vorhin anempfohlen hat, mit der englischen Militärmission in Berlin Schlitten zu fahren.

(Heiterkeit im Zentrum, bei den Demokraten und Sozialdemokraten.)

Also die Herren Unabhängigen sind nicht in jeder Stunde gleichmäßig darauf bedacht, Konflikte mit der Entente zu vermeiden und die Entente zufriedenzustellen.

Die alliierten Regierungen — das möchte ich ganz kurz wenigstens in diesem Zusammenhange betonen —, die jetzt gegen Deutschland erneut mit Blockade und anderen Zwangsmaßregeln drohen, sollten nicht vergessen, daß sie monatelang gefordert haben, daß die deutschen (D) Truppen im Baltikum bleiben.

(Sehr richtig!)

Nun könnten wir von ihnen auch etwas mehr Verständnis für die allmählich entstandenen außerordentlichen Schwierigkeiten erwarten.

Wie töricht — wenn ich von dieser Unabhängigen Kundgebung noch mit einem Satz sprechen darf — die Forderungen sind, die dort erhoben werden, sei daran gezeigt, daß zwar die sofortige Zufriedenstellung der Entente gefordert wird, daß der Abgeordnete Cohn dann aber — ausführlicher wird sich wahrscheinlich der Herr Außenminister darüber noch äußern — wieder fordert daß wir die sofortige **Herstellung des Friedenszustandes mit Sowjetrußland** herbeiführen. Ich glaube, ich bin von den Mitgliedern der Regierung der erste gewesen, der in der Nationalversammlung in Weimar über unser Verhältnis zu Rußland gesprochen hat, und ich habe im Auftrage und in absoluter Übereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern der Regierung damals zum Ausdruck bringen können, daß wir selbstverständlich so rasch wie möglich einen geordneten, geregelten, friedlichen, freundschaftlichen Zustand mit Rußland wünschen. Aber was die Forderung des Herrn Cohn jetzt bedeuten soll, daß wir in geregelte Rechtsbeziehungen zur russischen Regierung treten sollen, das zeugt doch wieder von einer erbarmungswürdigen politischen Unwissenheit. Die Entente verbietet uns jede Vereinbarung mit Rußland. Das steht im Friedensvertrage ausdrücklich drin. Folgten wir also dem Rat, den Herr Cohn gibt, so hätten wir sofort neue Konflikte.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Solche Torheiten können in den Zeitungen geschrieben oder geredet werden, aber eine Regierung darf nicht so töricht handeln. Wir geben Ihnen die Zusicherung, daß

(**Noske**, Reichswehrminister.)

(A) wir bemüht sein werden, durch entschlossenes Handeln neues Unheil von unserem Lande abzuwehren.

(Lebhaftes Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Außenminister Müller.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die außenpolitische Frage eingehe, die im Mittelpunkt dieser Debatte stand, die baltische Frage, möchte ich einige Bemerkungen machen zu den Ausführungen, die die Herrn Abgeordneten Scheidemann und Joos gemacht haben über die **Konferenz**, die am 19. Oktober **in Washington** zusammentreten und sich mit **internationalen Arbeiterfragen** befassen soll. Es ist hier zwar, vom Auslande inspirirt, in die Presse gebracht worden, daß die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Regierung eine Einladung zu dieser Konferenz erhalten hätten. Ich muß demgegenüber zurückgreifen auf die Konferenz, die in Amsterdam, einberufen vom Internationalen Gewerkschaftsbund, stattgefunden hat. In dieser Konferenz war verlangt worden, daß die Gewerkschaften aller Länder als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden sollen, wenn die Arbeiter sich an dieser Konferenz beteiligten. Daran haben die Arbeiter in den neutralen Ländern festgehalten, ebenso unsere Gewerkschaften. Es ist uns nun durch Vermittlung des amerikanischen Unterstaatssekretärs bei der Friedenskonferenz in Paris ein Schreiben übermittelt worden, in dem es über die Einladung heißt:

> Trotz der Tatsache, daß Deutschland und Österreich gegenwärtig nicht zu den Regierungen gehören, die de jure Mitglieder der besagten Organisation sind, haben die Friedensdelegierten am 11. dieses Monats beschlossen, daß die Frage der Zulassung deutscher und österreichischer Abgeordneter zu der bevorstehenden Arbeiterkonferenz in Washington dieser Konferenz überlassen werden sollte, und daß inzwischen die alliierten und assoziierten Regierungen deutschen oder österreichischen Abgeordneten, die sich in Vorwegnahme einer ihnen günstigen Entscheidung nach Washington zu begeben wünschen, kein Hindernis in den Weg legen würden. In der Sitzung des Obersten Rats am 19. September wurde die Vereinbarung getroffen, daß die amerikanische Delegation im Namen der Konferenz ersucht werden sollte, der deutschen und österreichischen Delegation den angeführten Beschluß vom 11. September 1919 mitzuteilen. Demgemäß habe ich im Namen der amerikanischen Delegation zur Friedenskonferenz und im Auftrage der Konferenz die Ehre usw.

(B)

Es ist am Schlusse dann darauf hingewiesen, daß die Zulassung der deutschen und österreichischen Abgeordneten zur Konferenz der Entscheidung der Arbeiterkonferenz selbst unterliegt. Das, was für die deutschen Gewerkschaftsvertreter gilt, das muß selbstverständlich auch gelten für die offiziellen Vertreter Deutschlands und auch für die Vertreter der Arbeitgeber, die zu dieser Konferenz nach Washington eventuell gehen würden. Wir Deutsche haben in der Vergangenheit gezeigt, daß wir der Pflege des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung stets das größte Interesse entgegengebracht haben und auf den verschiedenen Gebieten führend gewesen sind. Es ist deshalb selbstverständlich, daß wir sehr gern auch an dieser Konferenz teilnehmen würden; aber daran müssen wir in Übereinstimmung mit der Vertretung Deutschlands und der Gewerkschaften der neutralen Länder festhalten, daß wir als gleichberechtigte Teilnehmer zugelassen und eingeladen werden.

(Sehr richtig!)

(C) Es finden noch Verhandlungen über die Herbeiführung einer solchen Einladung statt. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß noch eine Übereinkunft erzielt wird, die uns ermöglicht, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Dann möchte ich, bevor ich auf die baltische Frage eingehe, noch einige Bemerkungen über das machen, was der Herr Abgeordnete Dr. Cohn über unser **Verhältnis zu Rußland** gesagt hat, obwohl mein Kollege der Herr Reichswehrminister bereits auf diese Frage eingegangen ist. Ich habe in meiner Rede am 23. Juli in der Nationalversammlung in Weimar darauf aufmerksam gemacht, daß wir auch nach Osten hin in jeder Beziehung uns friedliche Verhältnisse wünschen und nicht die Absicht haben, uns in die inneren Verhältnisse der Länder einzumischen, die zu dem früheren großen russischen Reiche gehört haben. Ich habe aber damals auf der anderen Seite auch gesagt, daß wir verlangen müssen, daß auch von Rußland keinerlei Einmischung in unsere inneren Verhältnisse erfolge; und das wird der Standpunkt der deutschen Regierung bleiben

Was nun die Frage der **Anknüpfung von Beziehungen zu Rußland** anlangt, so möchte ich den Herrn Abgeordneten Cohn darauf aufmerksam machen, daß wir zurzeit nicht in der Lage sind, Verträge mit der russischen Regierung zu schließen, weil ja bekanntlich der Friedensvertrag noch nicht voll ratifiziert ist und auf Grund des Artikels 116 des Friedensvertrages die Verträge annulliert würden, die wir jetzt etwa mit der russischen Regierung eingingen. Also die Regelung unserer Beziehungen zur russischen Regierung muß zunächst eine Frage der Zukunft sein.

Ich bedauere aber weiter, daß nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Cohn der Anschein erweckt werden könnte, als ob ein baldiges Inverbindungtreten mit Rußland uns große wirtschaftliche Vorteile bringen könnte. Ich hoffe, daß in der Zukunft sich allerdings rege wirtschaftliche Verbindungen zwischen Rußland und Deutschland wieder herausbilden werden; aber augenblicklich scheinen die Verhältnisse in Rußland so zu liegen, daß dort nicht die goldenen Berge liegen, die man zu uns herüberholen könnte. Nach dem, was man im allgemeinen aus Rußland hört, ist infolge der zerrütteten Volkswirtschaft ein großer Teil der russischen Industrie völlig zerstört, und auch an agrarischen Produkten wird kein Übermaß vorhanden sein. Außerdem sind die Transportmittel in einem Zustande, daß nicht anzunehmen ist, daß in absehbarer Zeit hier allzuviel zu uns herübergebracht werden kann. Trotzdem betone ich, um nicht mißverstanden zu werden, daß, sobald wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland möglich sind, diese Frage natürlich von uns im Auge behalten werden muß. Deswegen haben diese Dinge mit Mut absolut nichts zu tun. Wie soll denn auch Mut dazu gehören, Verträge mit einer bolschewistischen Regierung abzuschließen? So einfach ist es überhaupt nicht, Beziehungen zu Rußland zu bekommen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn daran erinnern, daß seine Partei den Anschluß an die „Dritte Internationale" in Moskau auch noch nicht gefunden hat.

(D)

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß nicht, ob das auch eine Frage des Muts ist, und ob nur der Mut zu diesem Schritt noch nicht aufgebracht worden ist, da doch sonst die Sympathien seiner Partei zweifellos sehr stark nach Osten gehen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das kann nicht in Parallele gesetzt werden!)

— Wenn die Frage des Mutes aufgeworfen wird, so kann das allerdings, glaube ich, sehr wohl in Parallele gesetzt werden. —

Ein Wort zu der Frage der **Verschiebung von Heeresgut.** Mir ist amtlich nichts davon bekannt, daß solches

(Müller, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Gut verschoben wird. Nach dem Waffenstillstandsvertrag sind wir gar nicht in der Lage, solche Lieferungen von Heeresgut nach fremden Ländern zu übernehmen, ohne die Genehmigung der alliierten und assoziierten Regierungen zu haben. Wir haben diese Genehmigung in Einzelfällen erhalten, zum Beispiel für die Lieferung von Heeresgut an die tschecho-slowakische Republik. Für Polen ist aber eine solche Genehmigung nicht eingeholt worden, und auch sonst hatten wir uns amtlich mit diesen Dingen nicht zu befassen. Mir ist also im einzelnen nichts davon bekannt.

Nun komme ich zu der Frage, die im Mittelpunkt der Debatte stand, zu der **baltischen Frage.** Da möchte ich zunächst auf einige Bemerkungen zurückkommen, die der Herr Abgeordnete Stresemann gestern gemacht hat, als er sich auf die Bemerkung des Herrn Reichskanzlers bezog, daß unsere Truppen im Baltikum nichts zu suchen hätten. Der Herr Abgeordnete Stresemann hat gemeint, daß das doch eine neue Auffassung sei; denn sonst hätten die Truppen längst zurückgezogen sein müssen. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß die Regierung seit dem November stets die Auffassung vertreten hat, daß die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen sind. Das war nicht nur die Auffassung der Volksbeauftragten, das war auch die Auffassung der Regierung, des Herrn Ministerpräsidenten Scheidemann. Es ist ja bekannt, und ich habe in meiner Rede in Weimar am 23. Juli daran erinnert, daß am 9. Mai und am 29. Mai d. J. durch die Waffenstillstandskommission ausdrücklich Verhandlungen wegen der **Räumung des Baltikums** stattgefunden haben, und daß damals die alliierten Regierungen ihr Einverständnis zur **Räumung** nicht erklärt haben. Es lag also damals nicht an uns, sondern an der Entente, wenn die Räumung nicht erfolgte.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Wir haben auch später stets daran festgehalten, daß es unbedingt notwendig ist, das Baltikum zu räumen. Vor allen Dingen war aber doch, nachdem der Frieden von uns unterzeichnet war, nicht mehr der geringste Zweifel daran, daß wir das Baltikum zu räumen hatten. Das ist auch von mir in der bereits angezogenen Rede vom 23. Juli in Weimar ausdrücklich gesagt worden.

Nun ist zuzugeben, daß die Räumung sich nicht so rasch vollzogen hat, wie wir es selbst wünschten, und wir haben uns ja öfter mit dieser Räumungsfrage zu befassen gehabt. Wenn die Sache nicht so schnell vorwärts ging, wenn tatsächlich Schwierigkeiten vorhanden waren, so lag das allerdings an der Stimmung, an der Verfassung der Truppen und auch — das ist ohne weiteres zuzugeben — mit an der passiven Resistenz, die ein Teil der Führer dort geübt hat. Die Herren, die dort die Freikorps kommandieren und die jetzt zur offenen Widersetzlichkeit geschritten sind, werden natürlich in der Vergangenheit, soviel an ihnen lag, auch passive Resistenz geübt haben, wenn die Frage der Räumung des Baltikums in Betracht kam. Bei der Truppe selbst lag aber auch ein Hindernis. Unter den Soldaten — das muß in diesem Zusammenhang noch einmal gesagt werden — war eine ganze Anzahl der Ueberzeugung, daß sie das Recht hätten, im Lande zu bleiben, weil ihnen ein **Siedlungsversprechen** gegeben worden sei. Ich habe mich auch hierüber bereits im Juli in Weimar ausgesprochen. Die Dinge liegen so, daß am 29. Dezember, zu einer Zeit, als Lettland noch in Not war, allerdings ein Einbürgerungsvertrag unterzeichnet worden ist, der fremdstaatlichen Soldaten die Einbürgerung in Lettland erlaubte, ein Vertrag, der in der Hauptsache natürlich den deutschen Truppen dort zugute gekommen wäre. Ob der Vertrag jemals voll in Kraft getreten ist, darüber ist Streit; wenigstens bestreitet die lettische Regierung das.

(C) Sicher aber ist, daß die lettische Regierung die ganze Zeit über geduldet hat, daß auf Grund dieses Einbürgerungsversprechens Truppen für Lettland geworben wurden,

(hört! hört! rechts)

und daß sie auch bis in das Frühjahr dieses Jahres mit diesen Werbungen durchaus einverstanden gewesen ist. Die lettische Regierung sagt nun, daß dieser Vertrag heute um deswillen keine Gültigkeit mehr haben könne, weil inzwischen ein Teil der deutschen Truppen sich an dem Staatsstreich beteiligt hätte und die erste Regierung Ulmanis gestürzt und an seine Stelle die Regierung Needra dort ans Ruder gebracht hat. Es ist richtig, daß Truppen dabei beteiligt gewesen sind; aber der Führer, der an jenem Staatsstreich teilgenommen hat, ist sofort aus dem Baltikum herausgezogen und nach Deutschland zurückberufen worden. Ich habe mir die Mühe geben müssen, mehr als einer Delegation von Truppenteilen des Baltikums hier auseinanderzusetzen, daß sie rechtlich keinerlei Anspruch auf Siedlungsland habe. Selbst wenn der Vertrag vom 29. Dezember rechtsgültig geworden wäre, würde er durch den Friedensvertrag ohne weiteres annulliert werden. Der Vertrag verspricht aber ja auch keine Siedlung, sondern nur eine Einbürgerung, und die lettische Regierung hat die Einbürgerungsanträge einfach liegen lassen, sodaß nicht einmal die Voraussetzungen für Erwerbung von Siedlungsland erfüllt sind. Ich muß sagen: ich habe im allgemeinen von den Truppendeputationen, die aus dem Baltikum hierher gekommen sind, einen guten Eindruck gehabt. Ich hege deshalb die Hoffnung, daß sie angesichts der Drohungen, die die Entente jetzt ausgesprochen hat, zum großen Teil nun freiwillig das Baltikum verlassen werden. Ich kann mir nicht denken, daß die Truppen sich der Beihilfe an dem Mord deutscher Greise, Kranken und Kinder schuldig machen. Das würde erfolgen, wenn die Entente ihre Drohungen wahr machen würde. (D)

Nun ist in diesem Zusammenhang nicht nur hier, sondern auch von seiten der alliierten Regierungen der deutschen Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht die Macht habe, hier im Baltikum einzugreifen. Der Herr Reichswehrminister hat schon auseinandergesetzt, daß das militärisch nicht so einfach ist. Aber ich habe schon vor dem Eintreffen der Note, als wir von einer der alliierten Regierungen auf die Verhältnisse im Baltikum aufmerksam gemacht worden sind, die Entente-Regierung daran erinnert, daß diese **Demoralisationserscheinungen,** die wir im Baltikum bei unseren Truppen erleben, doch eigentlich nichts spezifisch Deutsches sind,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sondern daß man das auch in anderen Ländern erlebt. Ich habe am 25. September schon darauf aufmerksam machen lassen, daß die Italiener in Fiume eigentlich dieselbe Geschichte erleben, und daß es sich dort um ein siegreiches Land handelt. Wir haben es auch in Oberschlesien erlebt. Auch da hat uns die polnische Regierung immer und immer wieder versichert, daß die regulären Truppen, die an diesem Aufstand teilnehmen, gegen den Willen der polnischen Regierung daran teilnehmen. Trotzdem sind unter dem nationalen Antrieb Soldaten von ihrem Truppenteil weggelaufen und haben an diesen Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen.

Ferner möchte ich einige Bemerkungen machen über den vielfach angezogenen Grafen **v. d. Goltz,** der bis jetzt das Kommando dort innegehabt hat. Ich habe noch an dem letzten Tag, als wir in Weimar gewesen sind, eine lange Unterredung mit dem Herrn Grafen v. d. Goltz über die Räumung des Baltikums gehabt. Wir haben von der Regierung damals ihm mit aller Deutlichkeit gesagt, daß es, ganz egal wie sich einzelne Truppenführer stellen, bei der vollständigen Räumung des Baltikums

(**Müller**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) bleiben muß. Ich möchte, da immer wieder der Verdacht ausgesprochen wurde, daß etwa der Graf v. d. Goltz zu den Russen übergehen würde, sagen, daß er auf mich nicht den Eindruck gemacht hat, daß er dazu fähig wäre, daß er auch erklärt hat, daß er an einer Gegenrevolution nicht teilnehmen würde, daß er das für töricht halten würde, und das glaube ich auch. Die Herren sind doch zu klug dazu, um nicht zu wissen, daß zurzeit eine Gegenrevolution in Deutschland absolut keinen Erfolg haben kann. Trotzdem bin ich dafür eingetreten, daß der Graf v. d. Goltz aus dem Baltikum abberufen wird. Es scheint mir das notwendig zu sein wegen des Mißtrauens, das fast allgemein in Deutschland gegen ihn nun einmal vorhanden ist,

(Widerspruch rechts — sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und weil er mir nach den Vorgängen, die sich zwischen englischen und deutschen Offizieren abgespielt haben, nicht der geeignete Verhandlungsführer bei den außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu sein scheint, die wir bei der Räumung des Baltikums bekommen werden. Ich gebe zu, daß der Graf v. d. Goltz schließlich gewissen Führern gegenüber ein Maß von Autorität hat, das ein anderer General sich erst erwerben muß. Denn das ist bekannt — und die Herren, die auf der Eisenbahn nach dem Osten zu fahren, wissen ja —, daß dort Offiziere in der Eisenbahn Redensarten führen über ihre Stellung der Regierung gegenüber, auf deren Befehle sie pfeifen würden, wie sie sagen. Das sind Erscheinungen, die man früher beim Heere nicht gekannt hat, die aber der Krieg mit sich gebracht hat. Wer mit den Herren verhandelt, stößt oft auf ganz merkwürdige Auffassungen. Mir haben Offiziere aus dem Baltikum gesagt: warum sollen wir eigentlich herausgehen? Es kann uns doch kein Mensch heraustreiben; die Entente hat auch nicht die militärischen (B) Machtmittel dazu, uns herauszuholen. Man muß diesen Leuten dann klarzumachen versuchen, daß sie aus dem Baltikum, ganz abgesehen von der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, schon deshalb heraus müssen, weil wir den Krieg im Westen verloren haben, weil unser Heer im Westen diese schwere Niederlage erlitten hat, und daß das auch unbedingt seine Konsequenzen für den Osten haben muß, ganz egal, wie der einzelne zu der Frage des Selbstbestimmungsrechts steht. Das Entscheidende ist aber: wir haben nach dem Friedensvertrag in den Gegenden dort absolut nichts zu suchen.

Nun wird im Auslande zur Diskreditierung unserer Politik immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die **Zahl der Truppen dort vermehre.** Der Herr Reichswehrminister hat schon hervorgehoben, daß in bezug auf einzelne Truppenteile Ersatz notwendig gewesen ist. Aber ich möchte vor allen Dingen darauf hinweisen, daß sich die Truppen auch um deswillen dort vermehren, weil tatsächlich — und zwar bis aus süddeutschen Garnisonen heraus — einzelne Soldaten mit Sack und Pack davon laufen, um nach dem Baltikum zu gehen. Mit gefälschten Urlaubsscheinen gehen sie zum Teil auf die Reise dorthin. Es sind das zum Teil Leute — der Herr Reichskanzler hat von **Baltenromantik** gesprochen —, die man als Abenteurer bezeichnen kann.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ja, zum Teil! Aber auch Leute, die gar nicht von Werbebureaus angeworben sind, Leute, die ein Wallenstein-Lagerleben dort führen wollen. Es ist eine ganz falsche Auffassung, als ob die Truppen im Baltikum darauf brennen, den Kampf gegen die Bolschewiki zu führen. Fällt ihnen gar nicht ein! Ein Leben in der Etappe wollen sie führen, Land wollen sie erwerben. Das ist bei einem großen Teil der Truppen maßgebend. Allerdings sind auch einzelne Offiziere dabei, die sich in eine Kreuz-

(C) fahrerstimmung hineingelebt haben und glauben, besondere Menschheitsinteressen dort oben zu vertreten. Sie haben den Aufruf gelesen, der von der deutschen Legion und anderen Freikorps erlassen worden ist, wo diese Herren sich in einem Aufrufe nicht nur an das deutsche Volk, sondern an alle Kulturvölker der Erde als die Hüter der Menschlichkeit hinstellen. Diese politischen Kindereien wären zum Lachen, wenn nicht die Existenz des deutschen Volks auf dem Spiele stände;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

denn ich möchte den Mann in Europa sehen, der ausgerechnet die Truppen, die aus dem Baltikum nicht herausgehen wollen, als die Hüter der Menschlichkeit und als die Vertreter der gesamten europäischen Menschlichkeit ansieht!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun möchte ich bei der Gelegenheit noch einige Bemerkungen über das machen, was Herr Dr. Cohn über unsere Stellung zu den Russen gesagt hat und über das **Auftreten russischer Regierungsemissäre** auf deutschem Boden. Ich möchte zunächst auch hier erklären, daß bald nach meinem Amtsantritt, im Juli bereits, ich die Auffassung der Regierung nach dem Baltikum hinausgedrahtet habe, daß in keiner Weise der Übertritt deutscher Soldaten zu den russischen Formationen gefördert werden darf. Ich gebe zu, daß das trotzdem geschehen ist. Das liegt wieder an der Demoralisation und Disziplinlosigkeit, unter der wir zu leiden haben.

Aber der Herr Abgeordnete Cohn hat hier darauf hingewiesen, daß diese betreffenden russischen Kreise, die die Werbung fördern, mit der **englischen Militärmission** in Zusammenhang stehen. Mir ist das im einzelnen nicht bekannt; ich habe auch keine Überwachungsmöglichkeit, was diesen Verkehr der englischen Militärmission mit den Russen anlangt. Aber das eine kann ich hier sagen: daß auch zu uns auf der Hintertreppe fortwährend Leute (D) kommen, die uns mitteilen, daß es die Ententeregierungen eigentlich sehr gerne sehen würden, wenn die deutschen Truppen unter russischer Flagge dort oben blieben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das wird mir fortwährend indirekt zu suggerieren versucht, und ich weiß, daß das auch den Truppen dort oben suggeriert wird. Wenn jetzt die Entente Front gegen uns macht und von uns verlangt, daß wir den letzten deutschen Soldaten aus diesen russischen Formationen herausziehen, so hege ich die Hoffnung, daß die alliierten Regierungen das vor allen Dingen auch den Russen sagen, die fortwährend bemüht sind, die Deutschen dort an sich zu fesseln. Ich habe übrigens immer persönlich die Auffassung vertreten, daß schließlich die alliierten Regierungen es nicht gern sehen, wenn dort in großem Maßstabe deutsche Truppen unter russischer Flagge bleiben. Meine Auffassung ist durch die Antwort der Entente vom 28. September bestätigt worden, und ich kann weiter mitteilen, daß inzwischen, wie mir bekannt geworden ist, auch die litauische Regierung von den alliierten Regierungen die Aufforderung erhalten hat, die deutschen Offiziere bis zum 20. Oktober zu entlassen, sodaß also auf diesem Wege nach demselben Ziele gestrebt wird.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn allerhand von den Affären erzählt, die sich in den letzten Tagen zwischen einer sogenannten **westrussischen Regierung** und einem Herrn abgespielt haben, der die Regierung hineingelegt hat, insofern er einen Vertrag, angeblich im Auftrage eines amerikanischen Bankhauses abgeschlossen hat. Meine Herren, mir ist amtlich von all diesen Dingen nichts bekannt; sie gehen mich auch nichts an. Ich habe auch keine Finanzlockspitzel zur Verfügung wie die Unabhängige Sozialdemokratie, um auf diesem Wege festzustellen, ob da eine Regierung vorhanden ist, und in Berlin Emissäre hat, die bereit wären, solche Finanz-

(**Müller**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) verträge abzuschließen. Ich weiß auch nicht, was in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Solf sich abgespielt hat. Er war mein Vorvorgänger. Er hat mir die Wohnungsschlüssel nicht übergeben, als er die Wohnung verließ. Aber ich bin jetzt auch gezwungen gewesen, eine Wohnung aufzugeben, und ich fürchte auch, daß ich noch dafür verantwortlich gemacht werde, was in der Wohnung eventuell einmal passiert.

(Heiterkeit.)

Ich weiß auch nicht, ob der Herr Staatssekretär Solf zurzeit hier in Berlin ist. Soviel ich weiß, ist das nicht der Fall; er müßte in den letzten Tagen erst zurückgekommen sein.

Also wie man die Regierung irgendwie dafür verantwortlich machen kann, was hier geschehen sein soll, ist mir zunächst unerfindlich. In bezug auf diese Regierung und in bezug auf die anderen Regierungen, die dabei in Betracht kommen, will ich nur das eine feststellen, daß ich irgendwelche russischen Regierungen nicht anerkannt habe. Ich weiß allerdings, daß trotzdem bei einzelnen Leuten das Bestreben vorhanden ist, sich als Vertreter einer solchen Regierung aufzutun. Ich weiß, daß zum Beispiel hier vor kurzem in einer Druckerei Flugblätter für eine nordwest-, südwest- oder sonstige russische Regierung gedruckt werden sollten, und daß die Druckerei das nur tun wollte, wenn das Auswärtige Amt das Plazet dazu gab. Ich habe das natürlich abgelehnt, weil ich solche russischen Regierungen einfach nicht kenne. Wir haben diese Regierungen nicht anerkannt, wir haben nicht mit ihnen verhandelt, sondern es sind wieder die alliierten und assoziierten Regierungen, die mit einer oder der anderen Regierung in Verhandlung stehen und sie benutzen.

Ich habe auch, was an mir liegt, getan, um darauf (B) hinzuwirken, daß die **Werbungen für die russische Armee** hier unterbleiben. Ich habe, um ein einziges Beispiel zu nennen, bereits am 6. September beim Ministerium des Innern beantragt, daß durch den zuständigen Polizeipräsidenten der ungarische Husarenoffizier Graf Normann ausgewiesen werde, der fortwährend Österreicher für die Russen geworben hat. Es haben Haussuchungen stattgefunden, wie man mir mitgeteilt hat. Die Verhandlungen schweben. Jedenfalls ist diese Ausweisung bisher nicht erfolgt. Aber ich kann von mir sagen, daß ich jedenfalls jede Gemeinschaft mit den reaktionären und konterrevolutionären Kreisen Rußlands weit von mir weise und mich auch in meinen amtlichen Handlungen danach gerichtet habe.

Nun möchte ich in diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen über eine durchaus falsche Auffassung machen, die in Frankreich verbreitet ist und in den letzten Tagen auch in einem Artikel des „Journal des débats“ Eingang gefunden hat. Dort wurde uns vorgeworfen, daß wir für diese östlichen Gebiete einen Reichskommissar ernannt hätten, und zwar einen Freiherrn **v. Maltzahn.** Ich stelle demgegenüber fest, daß der Freiherr v. Maltzahn in den dortigen Gebieten keinerlei Regierungsbefugnisse ausübt, daß er weiter nichts zu tun hat, als in Übereinstimmung mit mir und als Beauftragter des Auswärtigen Amts dort die Auffassung der Regierung zu vertreten im Zusammenhang mit der Räumung, die durch Anordnung des Militärs zu erfolgen hat, und das er weiter die Verbindung mit den dortigen Randstaaten zu pflegen hat. Er hat aber sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten eines dieser Randstaaten einzumischen. Das kann jeder Zeit eruiert werden, auch durch Nachfrage bei den Regierungen, zu denen in besonderer Mission Herr v. Maltzahn von uns geschickt ist, bei der lettischen und bei der estnischen.

Allerdings kommt für uns hier noch eine Frage in (C) Betracht, über die wir nicht kurz hinweggehen dürfen, wenn von den deutschen Interessen im Baltikum die Rede ist. Es ist zu befürchten, daß, wenn jetzt endgültig die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurückgezogen werden, vielleicht ein **Rückstrom von etwa 170 000 Reichsdeutschen** nach der Reichsgrenze zu erfolgt. Das ist etwas, was wir zurzeit kaum ertragen können. Ich habe auch deshalb bereits am 25. September die alliierten Regierungen darauf aufmerksam machen lassen, daß, wenn die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurückgezogen werden, die Ententeregierungen den Schutz dieser Reichsdeutschen, die schon vor dem Kriege im Baltikum gewohnt haben, zu übernehmen haben; denn wir sind in Deutschland nicht in der Lage, diese 170 000 Menschen angesichts der Verhältnisse, die wir in Deutschland haben, noch zu behausen und zu verpflegen. Es ist bedauerlich, daß mit dieser Gefahr gerechnet werden muß, daß der größte Teil der Reichsdeutschen schließlich aus dem Baltikum heraus muß. Aber das mögen sich die zuschreiben, die immer dafür eingetreten sind, daß die deutschen Truppen dort bleiben, die mit ihrer Hetzpresse die Leute aufgestachelt haben und die zur Vergiftung der Beziehungen zwischen den Randstaaten und Deutschland beigetragen haben.

Ich kann jedenfalls sagen, daß ich in der Zeit, in der ich im Amt bin, ein ungeheures Arbeitsmaß wegen der Verhältnisse im Baltikum verschwenden mußte, wo ja fast kein Tag vergeht, wo nicht aus Litauen oder aus Lettland irgendeine Beschwerde über einen Übergriff kommt. Schon diese unerquickliche Tätigkeit, die ich in den letzten Monaten entfalten mußte, ist mir ein Stachel, dafür zu sorgen, daß endlich diese Verhältnisse bereinigt werden.

Auch aus diesem Grunde haben wir bereits, nicht erst jetzt, als die Note gekommen ist, sondern in der Kabinettssitzung vom 5. September beschlossen, daß den (D) Truppen die **Sperrung der Versorgungsansprüche und der Löhnung** angedroht wird. Wenn es trotzdem jetzt zum Äußersten kommen sollte, wenn die Drohung der Entente wahrgemacht werden sollte, so ist das nicht unsere Schuld, sondern Schuld derjenigen, die nicht früher auf das gehört haben, was insbesondere von der Regierung gesagt worden ist. Die **Presse** ist daran nicht ganz unschuldig. Ich habe bedauert, daß auch gestern der Abgeordnete Stresemann sich gegen die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers gewandt hat, die sich auf diese Sorte Presse bezogen. Es hat mir beinahe körperlich wehe getan, daß der Abgeordnete Stresemann in diesem Zusammenhange Freiligrath zitierte und von dem Geist gesprochen hat, den man nicht töten kann. Denn wenn in dieser Art Erzeugnisse von Geist etwas zu spüren ist, könnte man es höchstens zurückführen auf den Weingeist, unter dessen Einfluß sie geschrieben worden sind.

(Oh! Oh! rechts.)

Ich hoffe, daß die Truppen dort oben die kühle Überlegung wiederfinden und auf den Weg der Pflicht zurückkommen werden, daß auch in den Freikorps, deren Führer zurzeit noch den Geist der Widerspenstigkeit pflegen, die Mannschaften allmählich den gesunden Sinn wiederbekommen und begreifen, was für das gesamte deutsche Volk auf dem Spiele steht. Denn darüber wollen wir uns klar sein: Das, was wir dort oben erleben, ist hoffentlich das letzte Wiederaufleben des militaristischen Geistes, unter dem wir so viel gelitten haben,

(ach! ach! rechts)

dieses militaristischen Geistes, der auf seine Macht, und zwar seine angebliche Macht, pocht und auf das Recht pfeift. Wir aber, die wir den Standpunkt des Rechts vertreten, wollen alles tun, damit sich das Recht auch durchsetzt, und da kann unsere Parole für den letzten

(**Müller**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) deutschen Soldaten nur sein: heraus aus dem Baltikum, so schleunigst wie möglich heraus!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eisenberger.

Eisenberger, Abgeordneter: Frauen und Männer! Erlauben Sie mir, daß ich mit ganz kurzen Worten auf das uns beschäftigende Thema eingehe. Ich will mich nicht äußern über die Zusammensetzung der jetzigen Regierung. Wir sind mit der jetzigen Zusammensetzung einverstanden. Ich will auch nicht auf die hohe Politik eingehen, ich möchte nur mit einigen Worten mir erlauben, auf die Ausführungen einzugehen, die vorgestern von seiten des Herrn Reichskanzlers und von seiten verschiedener Redner gemacht worden sind. Der Herr Reichskanzler hat vorgestern in bezug auf den geistigen Zustand des deutschen Volkes ausgeführt, es gehe wieder **ein Zug nach Arbeit** durch das deutsche Volk. Ja, meine Herren, dieser Zug ist etwas schwach, und die Hauptsache wäre ja, wenn der Zug nach Arbeit noch etwas stärker wäre. Aber hoffen wir, daß dieser Zug so weiter geht, wie er jetzt allmählich angefangen hat.

Der Herr Reichskanzler hat ausgeführt, es werde immer noch zu viel gestreikt, der Streik müsse wieder werden, was er war, er müsse mit Selbstzucht angewendet werden, weil er ein zweischneidiges Schwert ist. Der Herr Reichskanzler hat dann ausgeführt, wenn der **Streik als ein wirtschaftliches Kampfmittel** benutzt wird, würde er seine Hand nicht dazu hergeben, daran zu rühren, weil es immer noch wirtschaftlich Schwächere und wirtschaftlich Stärkere gibt. Das wird meiner Anschauung nach auch für die Zukunft bleiben. Es wird durch die Politik nicht alles gleich und alles eben gemacht werden können.

(B) Es wird immer wirtschaftlich Schwächere und wirtschaftlich Stärkere geben. Teilweise kann ich mich mit den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers einverstanden erklären. Ich sage mir, der Streik hat in gewisser Beziehung eine gewisse Berechtigung gehabt und hat sie vielleicht heute noch. Aber wenn man denkt, wie die großen Unternehmer, Fabrik- und Bergwerksbesitzer, auch zum Teil die großen landwirtschaftlichen Grundbesitzer die Arbeiter in früheren Zeiten ausgezogen haben, so war, glaube ich, der Streik oft in mancher Beziehung berechtigt.

Aber, meine Herren, ich meine, daß die großen Streiks der letzten Zeit, wie z. B. der Eisenbahnerstreik, der Beamtenstreik usw., der Allgemeinheit ungemein geschadet haben. Und gerade in bezug auf dieses Streikwesen tun wir uns draußen bei den Bauern hart. Die Bauern sagen: ja, warum darf alles streiken, warum darf der Bauer nicht streiken? Das ist auch der Grund, warum die **Bauern** ihrer **Ablieferungspflicht** nicht vollständig nachkommen. Die einen werden verhetzt, die anderen begreifen es nicht, daß der wirtschaftliche Streik bei manchen Arbeitern in gewisser Beziehung angebracht ist, aber die Bauern sagen: wir müssen nur immer unsere Pflicht erfüllen, wir werden immer gezwungen, unsere Pflicht zu erfüllen. Meine Herren, man kann den Bauern in dieser Beziehung nicht ganz unrecht geben, weil oft ein saudummer Zwang auf die Bauern ausgeübt wurde und noch ausgeübt wird, gerade durch die Vorschriften, die von der alten und noch zum Teil von der neuen Regierung erlassen worden sind. Ich meine, es wäre jetzt die wichtigste Aufgabe unserer Regierung, die größte Aufmerksamkeit dem **Ernährungsproblem** zuzuwenden. Denn wenn wir es fertig bringen, daß die Nahrungsmittel zum größten Teil im Inland erzeugt werden, und wir für unser Volk in bezug auf die Ernährung wieder bessere Zeiten bekommen, dann wird auch Ruhe und Ordnung

(C) wieder einkehren. Aber dazu gehört eine vernünftige Politik unserer Regierung gegenüber der Landwirtschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn für die Verbilligung der eingeführten Lebensmittel bis jetzt drei Milliarden und bis August nächsten Jahres sechs Milliarden aufgewendet werden, so kann man ja dagegen nichts sagen, aber man sollte von diesen Milliarden doch einige Millionen dafür verwenden, um die Produktion im Inlande mehr zu fördern. Man könnte für mehr Kunstdünger, Futtermittel usw. sorgen. In erster Linie aber muß die Regierung eine vernünftige Saupolitik treiben.

(Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit.)

Die **Schweinezucht** muß am ehesten gefördert werden, denn dadurch können wir bekanntlich in 6 bis 8 Monaten wieder mehr Fleisch bekommen; gerade die Schweinezucht wird es sein, die uns über die Fleischkalamität hinüberbringt. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Ich muß aber sagen, daß es draußen viel Staub aufwirbelt, wenn wir keine Betriebsstoffe bekommen, während man in den Großstädten für die Autos Betriebsstoffe hat. Um das Ernährungsproblem richtig zu lösen, müssen die bureaukratischen Maßnahmen bei der jetzigen Regierung verschwinden, und man muß der Praxis mehr Anerkennung zukommen lassen.

Der Herr Reichskanzler hat uns gesagt, daß ein Arbeitsgesetz in Vorbereitung ist, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Damit bin ich vollkommen einverstanden. Er hat weiter einer Umgestaltung der **Arbeitslosenfürsorge** das Wort geredet, die, wie er mit Recht hinzufügte, jetzt vielfach mißbraucht wird. Er meinte, es solle eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich meine aber, es muß darin festgelegt werden, daß man einen Unterschied macht zwischen den Arbeitswilligen, die unverschuldet arbeitslos sind, und denjenigen, die bloß die Arbeitslosenversicherung ausnützen wollen. (D)

Es ist weiter von den zwei Anschauungen gesprochen worden, der republikanischen und der monarchischen. Ich kann nur unterschreiben, was der Herr Reichskanzler gestern ausführte, daß **die Republik** von der äußersten Rechten und von der äußersten Linken angegriffen und gefälscht wird. Ich kann es nicht begreifen, warum die äußerste Rechte und die äußerste Linke einig sind in der Bekämpfung der Demokratie. Nach meiner Meinung kann weder nach dem Muster der äußersten Rechten noch nach dem der äußersten Linken regiert werden.

Die deutsch-nationale Politik und noch mehr ihre Presse hat, wie der Herr Reichskanzler ausgeführt hat, unser Ansehen im Auslande sehr geschädigt. Das war schon vor dem Kriege so und während des Krieges erst recht der Fall. Ich kann auch dem Herrn Kollegen Scheidemann nur recht geben, wenn er meinte, **Monarchismus und Spartakismus** brauchten einander, und wenn die Spartakisten die Republik oder die jetzige Republik bekämpften, so förderten sie nur die Reaktion. Der Kommunistenführer Karl Mohl sagte in der „Hansa" Nummer 38, daß er nach wie vor konservativ ist, daß er aber für den Kommunismus eintrete, weil durch den Kommunismus die Konservativen am schnellsten zur Herrschaft kämen. Meine Herren, ich bin auch vollkommen einverstanden mit dem Herrn Kollegen Scheidemann, daß der Feind rechts steht, denn gerade von der Rechten wird alles versucht, um die alten Zustände wieder herbeizuführen.

Es ist von dem **Betriebsrätegesetz** gesprochen worden. Soweit ich die Sache verstehe, bin ich der Meinung, für Großbetriebe ist das Gesetz angebracht, aber für Kleinbetriebe taugt es nichts. Es würde genügen, wenn vielleicht bei zehn bis zwölf Arbeitern ein Betriebsrat oder ein Obmann aufgestellt würde und nicht schon bei fünf

(**Eisenberger**, Abgeordneter.)

(A) Arbeitern. Die Volkswirtschaft ist krank, das wird von jedermann anerkannt, und man darf nicht soviel daran herumexperimentieren. Das kranke Volk braucht wirkliche Arzneimittel und keine Laxiermittel.

(Große Heiterkeit.)

Wir sind jetzt so schwach, daß wir die Laxiermittel nicht mehr vertragen können.

(Erneute Heiterkeit und Sehr richtig!)

Der Herr Graf v. Posadowsky hat gemeint, an der jetzigen schlechten Zeit sei die **Revolution** schuld. Ich bin nicht dieser Meinung. Es ist uns in Weimar gesagt worden, wer an der Revolution schuld ist, und ich will es nicht wiederholen. Wenn der Herr Graf Posadowsky gestern gemeint hat, die konstitutionelle Monarchie sichere den Gang der Staatsmaschine besser und es gäbe keine Kirche ohne Priester und keinen Staat ohne Gendarmen, so meine ich, es gibt auch Republiken, wo Kirchen und Priester sind, und die auch nicht schlechter sind, als der monarchische Staat gewesen ist, und auch in Republiken gibt es Gendarmen, die auch nicht schlechter sind.

Er hat weiter ausgeführt, das Volk glaube, daß mit der **Monarchie** Ruhe und Ordnung wieder einkehren werde. Ich möchte nun fragen, welches Volk er darunter gemeint hat. Ich meine, der größte Teil des deutschen Volkes wird nicht der Meinung sein, daß mit der Einführung der Monarchie wieder Ruhe und Ordnung eintreten würde. Ich glaube ja, daß vielleicht die Herren von der Partei des Grafen Posadowsky sie vermissen; denn sie haben früher die große Macht gehabt, sie haben die Monarchen hypnotisiert mit ihrer Machtpolitik und haben die Monarchie verschandelt und verhunzt. Man kann es ihnen nachfühlen, und ich habe ein gutes Herz, ich fühle es ihnen nach, daß es jetzt schmerzlich für sie ist, daß sie nicht mehr die Macht haben. Aber wer kann denn behaupten, daß die Zeiten besser wären, wenn wir jetzt noch eine (B) Monarchie hätten? Ich meine, wenn wir eine Monarchie hätten, würden wir vielleicht einen noch viel schlechteren Friedensvertrag bekommen haben,

(Zuruf rechts)

wenn wir überhaupt zum Frieden gekommen wären. Man kann es ja nicht sagen, wie es wäre, wenn die Monarchie vorhanden wäre.

(Zuruf rechts.)

Aber ich bin der Meinung, daß, wenn wir die Monarchie hätten, die Zeit wahrscheinlich auch nicht besser wäre, vielleicht wäre sie schlechter.

Es ist von den **Schiebern und Wucherern** gesprochen worden. Ich will nicht näher darauf eingehen; aber wer hat denn die Leute gezüchtet? Das war doch unsere alte Regierung mit den dummen Ernährungsvorschriften und der militärischen Diktatur, die wir hatten, wo alle Vorschriften in bezug auf das Ernährungswesen durch das militärische Oberkommando gingen, und da hat man die Schieber gezüchtet. Ich erinnere an die Malzschieber in Bayern, die mit Wissen des Generalkommandos ihr Handwerk betreiben konnten.

Bezüglich der Zwangswirtschaft bin auch ich der Meinung, daß sie allmählich abgebaut werden muß. Aber jetzt kann man es nicht so schnell auf einmal machen, das ist ausgeschlossen.

Der Herr Kollege Graf Posadowsky hat noch ausgeführt, es sei unrichtig, wenn man die **Deutschnationalen** immer mit den früheren **Konservativen** vergleicht. Ich meine, der Unterschied ist nicht groß. Die Herren haben nur bei den Wahlen mit einer volksparteiischen Farbe ihr Parteischild angestrichen. Es war aber Kriegsersatzfarbe; jetzt ist die Farbe wieder abgewaschen, und es leuchtet wieder das Schwarz-Dunkelblau hervor. Ich bin der Meinung, daß jetzt der nämliche reaktionäre Geist auch bei den Deutschnationalen ist, der früher bei den Konservativen herrschte. Mir kommt es vor, als (C) wenn einer in Konkurs kommt, er führt das Geschäft einfach unter einer anderen Firma weiter, aber die Leute sind dieselben.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich will zum Schluß noch ein paar Worte bezüglich der **Finanzreform** sagen. Der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowski hat über das Reichsnotopfer gesprochen. Ich will auf die Finanzreform nicht weiter eingehen, aber ich muß ihm recht geben, wenn er sagte, man solle nicht zu weit gehen, man solle den Besitz nicht zu arg belasten. Ich meine, das **Reichsnotopfer** wird gar nichts anderes sein als eine neue Kriegslast, Bodenzinsen, wie wir sie in Bayern leider Gottes auch immer haben. — Das ist aber eine bayerische Angelegenheit. — Das wissen wir alle, daß wir Geld brauchen, und ich meine, wenn bei den Friedensvermittlungen vor zwei Jahren von seiten der Partei des Herrn Grafen v. Posadowsky nicht soviel Prügel zwischen die Beine geworfen worden wären, dann brauchten wir nicht so viel auszugeben, weil wir dann eher den Frieden und einen besseren bekommen hätten. Aber ich meine: der Herr Reichsfinanzminister sollte nicht so weit gehen. Alles was recht ist, Herr Reichsfinanzminister, bei der Reichsfinanzreform und bei der **Reichsabgabenordnung** werden die **Gliedstaaten** schlecht wegkommen. Gerade den Gliedstaaten wird die ganze Finanzselbständigkeit abgenommen, wenn die Gesetzentwürfe nicht noch korrigiert werden, und ich meine: das wird sich rächen. Vorläufig steht die Sache ja noch auf dem Papier, wenn sie aber in der Praxis durchgeführt wird, so wird mancher von den Gliedstaaten wild werden,

(Heiterkeit)

und das wird der Reichseinheit nicht förderlich sein. Ich wage nicht zu behaupten, daß wir unsere Bayern halten können, wenn sie einmal die Wirkungen unserer neuen (D) Finanzreform verspüren. Wenn die Finanzreform in der Praxis durchgeführt wird, fürchte ich, daß eine Bewegung losgeht und daß das Volk dagegen protestiert.

(Hört! hört!)

Meine Herren, ich sage Ihnen, wenn sich die Wirkungen der Finanzreform draußen einmal bemerkbar machen werden, werden Sie manches erleben.

Herr Graf v. Posadowsky hat gestern auch ausgeführt, daß er nicht recht einverstanden sein könne mit der Reformluxussteuer, mit der Kapitalrentensteuer und mit der Umsatzsteuer. Ich glaube, der **Luxussteuer** können wir sehr wohl zustimmen, und ich habe bis jetzt immer gehofft — ich habe es auch dem Herrn Reichsfinanzminister gesagt —, daß man den **Totalisator** und die Rennen etwas mehr besteuern solle. Ich meine, den Totalisator kann man leicht mit 50 Prozent besteuern. Wenn jemand 10 Mark setzen kann, kann er auch 15 Mark setzen, und hier ist noch viel Geld herauszuholen.

Im übrigen, meine ich, kann die **Finanzreform** nicht endgültig so verabschiedet werden, wie sie jetzt beantragt ist. Ich weiß, daß wir Geld brauchen, aber ich fürchte, es wird dagegen protestiert werden, und gerade wir **Bayern** kommen am allerschlechtesten weg, im allgemeinen schon, weil wir ja auch die Wasserkräfte verlieren, die für uns einen sehr großen Wert gehabt hätten Ich meine also: alles kann nicht über einen Kamm geschoren werden, die Verhältnisse im Reiche sind sehr verschieden. Ich bin kein Gegner der Einheit des Reichs, aber man soll auch den Föderalismus nicht ganz aufhalten. Wenn wir mit den Einzelstaaten ein derartiges Experiment machen, wie es jetzt mit der Finanzreform gemacht wird, dann wird die Finanzreform nur Unzufriedenheit in den Einzelstaaten hervorbringen.

(Sehr richtig!)

(**Eisenberger,** Abgeordneter.)

(A) Zum Schlusse möchte ich auch darauf hinweisen, daß wir arbeiten müssen. Wenn von den Herren jener Seite (zu den Deutschnationalen) vom **Arbeiten** gesprochen wird, so verstehen sie von der Arbeit gewiß am allerwenigsten.

(Große Heiterkeit.)

Es können am besten die Leute, die selbst arbeiten, wissen, was Arbeiten und Schanzen ist. Aber es würde Ihnen gewiß auch nicht schaden, wenn Sie einmal richtig zugreifen müßten. Im übrigen sind wir wohl alle darüber einig, daß wir wieder arbeiten müssen. Vor allen Dingen müssen wir dahin trachten, daß der Bauernstand, der Mittelstand, die Gewerbetreibenden, der Handwerkerstand und die Arbeiter zusammenstehen und einmütig daran arbeiten, langsam aus dieser unglückseligen Zeit wieder emporzukommen.

(Bravo! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Meerfeld.

Dr. **Meerfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn hat gegen den Belagerungszustand recht scharfe Worte gebraucht, — mit einem gewissen Recht, denn den **Belagerungszustand** verabscheuen auch wir „Rechtssozialisten", wie Sie uns zu nennen pflegen. Wir würden ihn in dem Augenblick aus der Welt schaffen, wo wir in der Lage wären, ihn zu entbehren. Dazu könnten uns vor allen Dingen die Herren von der U. S. P. D. behilflich sein.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren von der ganz Linken, solange Sie nichts unternehmen gegen die bolschewistischen Umtriebe von links her, vor allen Dingen von den Kommunisten, mit denen Sie ja zu einem Teil sehr enge Beziehungen (B) unterhalten,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

solange ist an die Aufhebung des Belagerungszustandes leider nicht zu denken. Freilich, so muß ich hinzufügen, tragen auch die Herren von der Rechten mit bei zu der Notwendigkeit, den Belagerungszustand vorläufig aufrechtzuerhalten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun haben wir aber, um wieder nach links zu kommen, erleben müssen, daß sogar die Münchener Geiselmorde, eines der fürchterlichsten Vorkommnisse der nachrevolutionären Zeit, in der unabhängigen sozialdemokratischen Presse, wenn auch nicht verteidigt, dann doch wenigstens entschuldigt und als eine revolutionäre Handlung dargestellt wurden. Das hätte ich trotz allem, was ich bis dahin von Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) vorausgesetzt hatte, denn doch nicht erwartet.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

Herr Graf Posadowsky hat sich gegen meinen Parteifreund Scheidemann gewandt und hat dagegen polemisiert — ich glaube, Herr Abgeordneter Stresemann desgleichen —, daß man die Reaktion von rechts her in einen Topf werfe mit dem Spartakismus von links her, daß man die **Reaktionäre** der Rechten mit den **Ultraradikalen** zusammenwerfe. Aber der Zusammenhang ist doch durchaus klar. Die Extreme berühren sich auch hier. Der Radikalismus von links berührt sich mit dem von rechts; beide gehören zusammen, beide arbeiten miteinander, der eine treibt dem andern die Hasen in die Küche. Es sind zwar ungleiche Brüderpaare, aber trotzdem gehören sie gemeinsam auf eine photographische Platte,

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten)

Herr Cohn mit dem Herrn v. Graefe und Herr Däumig vielleicht mit dem Herrn Grafen Westarp.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Cohn hat gegen den Abgeordneten Scheidemann polemisiert in der Frage der **Wiedervereinigung der Arbeiterschaft.** Mein Parteifreund Scheidemann hat gesagt — ich möchte das feststellen, um nicht irgendwelche Mißverständnisse aufkommen zu lassen —: die Verhältnisse werden für die Arbeiter nicht besser, sondern immer schlechter werden, solange die Arbeiterschaft sich untereinander zerfleischt. Weil meine Partei, für die Scheidemann sprach, aber die Lage der Arbeiter nach Möglichkeit und sobald wie möglich verbessern möchte, mahnte unser Redner die Arbeiter zur Einigung. Die Wiederherstellung der Einigkeit der klassenbewußten Arbeiterschaft ist die Sehnsucht aller verständig denkenden Arbeiter. (C)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch in Ihren Reihen, meine Herren auf der äußersten Linken, sind eine ganze Menge Arbeiter, wenn nicht die Mehrzahl, die diese Vereinigung sehnlichst herbeiwünschen. Es mögen einige von Ihnen noch so sehr dagegen eifern, — diese Wiedervereinigung wird ersehnt, und ich bin überzeugt, daß sie eines Tages kommen wird, und daß die Arbeiter die Reden des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn und meines Parteifreundes Scheidemann durchaus nach ihrer Bedeutung zu würdigen wissen.

Die Behauptung des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn über eine angeblich zweideutige **Haltung meiner Partei in den kritischen Novembertagen** entspricht auch nicht ganz der Wahrheit. Es kann sein, daß der Minister Dr. David sich noch dazu äußert. Ich kann aber jetzt schon erklären, daß das, was Herr Dr. Cohn gesagt hat, nicht den Tatsachen entspricht, daß vor allen Dingen niemand daran gedacht hat, eine Regierung ohne oder gegen die Unabhängigen zu bilden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und darauf kommt es an. Herr Dr. Stresemann ist bereit, diese Tatsache zu bestätigen.

Herr Dr. Cohn hat auf die Verhandlungen hingewiesen, die jüngst in **Sachsen** über den etwaigen **Wiedereintritt der Unabhängigen in die Regierung** gepflogen worden sind. Er vergißt aber dabei, zu sagen, daß der Streitpunkt, über den man sich nicht einigen konnte, die Rätefrage war, (D)

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß nur daran die Verhandlungen gescheitert sind und naturnotwendig scheitern mußten. Man hat gesagt, man könne über diesen für uns doch lebenswichtigen Punkt keinerlei Erklärung abgeben, das müsse man dem nächsten Parteitag überlassen. Also in dieser großen Frage der Demokratie waren die Unabhängigen außerstande, uns die Erklärung zu geben, die wir haben mußten. Daran mußte die Einigung scheitern, und die jetzige Regierung mußte mit den Demokraten Fühlung suchen.

Ich bin aber mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn vollständig einverstanden, wenn er sagt, eine sozialistische Insel innerhalb der kapitalistischen Welt ist unmöglich zu schaffen. Das ist eine durchaus marxistische Auffassung, die jeder von uns teilen wird, aber zugleich sagen muß, daß dann der Sozialismus entweder auf dem Wege der Weltrevolution, also international zu verwirklichen ist, oder auf dem Wege eines organischen Aufbaues. Und das letztere wollen wir. Die **Weltrevolution,** von der Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) in einer recht demagogischen, agitatorischen Weise Gebrauch machen, kommt in dem Sinne, wie Sie sie draußen predigen, nicht, sie kann nur kommen im Sinne unserer Auffassung einer allgemeinen Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete, die Hand in Hand gehen muß mit der Revolutionierung der Geister,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sie kann nur das Ergebnis einer organischen Entwicklung sein. Wir wissen, daß das Antlitz der Erde dauernd in

(Dr. **Meerfeld**, Abgeordneter.)

(A) der Umgestaltung begriffen ist; aber das, was Sie draußen Ihren Anhängern erzählen, werden Sie niemals erleben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich könnte aus Ihren eigenen Reihen zahlreiche Zitate anführen, die Ihre Auffassung Lügen strafen.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf Posadowsky hat sich darüber entrüstet, daß die Regierung, namentlich in Preußen — die sich nicht zu verteidigen hätte; ich will aber darauf eingehen — eine Menge **ungeschulter Beamten** einstelle. Ich weiß nicht, ob der Herr Graf Posadowsky, der ein alter Beamter, wenn auch nicht alter Parlamentarier ist, sich an den Fall Podbielski erinnert, der als General zum Postminister avancierte, der herzlich wenig vom Postwesen verstand, vielleicht gerade so viel, daß man auf einen Brief auch Marken kleben müsse. Dieser Herr wurde damals Postminister, und von der Entrüstung, die wir heute aus der rechtsstehenden Presse vernehmen, wenn frühere Arbeiter in höhere Staatsstellungen einrücken, haben wir damals, soweit ich mich erinnere, keine Silbe vernommen. Herr v. Podbielski hatte freilich den Vorzug, zum Tschin zu gehören, daher war er immer noch annehmbar. Worauf es heute ankommt, und worauf Minister Heine in der Landesversammlung mit Recht hingewiesen hat, ist, daß wir in den aufgeregten Zeiten an verantwortungsvolle und besonders gefährdete Stellen Leute setzen, die das Vertrauen weitester Volkskreise genießen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ob diesen Leuten in einigen Fällen die genaue Kenntnis der Verwaltungspraxis abgeht, das fällt nicht so sehr ins Gewicht gegenüber der jetzt entscheidenden Tatsache, daß sie eben das Vertrauen des Volkes genießen, daß sie Fühlung mit dem Volke haben und daß sie jetzt im-(B) stande sind, dem Volke gegenüber das zu tun, was die Not der Zeit gebietet.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube nicht, daß ein noch so geschulter Verwaltungsbeamter — ich unterschätze die Bedeutung einer tüchtigen Schulung im Verwaltungsdienst nicht — heute imstande ist, in allen Fällen das zu leisten, was an diesen verantwortlichen Stellen verlangt werden muß. Selbst in der „Kölnischen Volkszeitung" hat jüngst ein Assessor v. Amelunxen darüber gesagt, darauf dürfe es nicht ankommen, daß ein Arbeitersekretär oder irgendein sonstiger Parteiführer nicht die nötige fachtechnische Erfahrung im Dienste habe, es komme darauf an, daß der betreffende das Vertrauen der Volksmassen genieße. Meine Damen und Herren! Die Leute von der Rechten, die die anmutige Rubrik in ihrer Presse eingerichtet haben „Ran an die Futterkrippe", haben offenbar keine Ahnung davon, wie viele von den Männern in unserer Partei schon sehr oft aufgefordert worden sind, Ämter anzunehmen, und doch immer wieder abgelehnt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin davon überzeugt, daß die Männer, die heute in die Ämter hineinkommen, meist geradezu dazu gepreßt werden. Ich kenne zahlreiche Fälle, wo solche Männer drei-, vier- und fünfmal ablehnen und schließlich nur der Not gehorchend, aber nicht dem eigenen Triebe, ein solches Amt annehmen. Der Drang nach der Futterkrippe existiert doch nur in Ihrer durchaus unklaren Phantasie, meine Herren von der Rechten!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber das möchte ich heute in aller Deutlichkeit sagen — darauf hat ja auch bereits der Herr Minister Noske gestern hingewiesen —: die Herren von der Rechten, die diese unglaublich **verhetzende Agitation** gegen unsere Partei, gegen die jetzige Regierung betreiben, wissen nicht, was sie tun; sie wissen nicht, daß sie auf einem Vulkan tanzen (C) und Va banque spielen. Diese unglaubliche Hetze könnte doch eines Tages im Zusammenhang mit der Hetze der äußersten Linken den Erfolg haben, daß unsere Partei nicht mehr imstande wäre, das Staatsruder weiter in der Hand zu behalten. Dann möchte ich nicht in Ihrer Haut stecken, meine Herren von der Rechten!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Solange wir können, bleiben wir auf unserem Posten; denn ein Zusammenbruch wäre zunächst — das füge ich hinzu — das Unglück der großen Masse des Volkes und vor allem der Arbeiter, die am schwersten leiden würden. Aber es würde auch zugleich das Unglück des Bürgertums sein. Wir könnten einmal an das Ende unserer Kraft kommen, und ich warne Sie (nach rechts), diese Agitation weiter zu betreiben.

Einer der Redner von vorgestern, Herr Joos vom Zentrum, hat — darin stimme ich ihm völlig bei — das Wort gesprochen, daß in unsere Politik, in unser öffentliches Leben mehr Ethik hinein müsse. Das berührt sich auch mit unseren Anschauungen. Es ist so, daß der Mensch nicht bloß vom Essen und Trinken lebt, daß auch die Seele genährt sein will. Meine Damen und Herren! Wenn ich darauf mit Nachdruck hinweise und dem Herrn Redner vom Zentrum beipflichte, so muß ich mich zugleich mit einem Appell an die äußerste Rechte und an die äußerste Linke wenden, die diesem Bedürfnis durchaus keine Rechnung zu tragen suchen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sie wissen, wie dort die brutalsten Agitationsbedürfnisse maßgebend sind, Sie wissen, daß man dort nicht versucht, sich in die Notwendigkeiten der Zeit hineinzuversetzen, daß man keinen Versuch macht, das Verantwortlichkeitsgefühl zu wecken und demgemäß zu handeln. Wenn ich den heutigen Aufruf der unabhängigen Parteileitung, der sich mit dem **Attentat auf den Herrn Abgeordneten Haase** (D) befaßt, lese, so muß ich sagen, daß kein Wort der Entrüstung zur Kennzeichnung des Aufrufes stark genug ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Es wird darin zugegeben, daß der Attentäter geisteskrank ist. Es ist ferner Tatsache, daß der Mann in der Vernehmung zugegeben hat, zwar nicht organisiert zu sein, aber nach seiner politischen Anschauung der U. S. P. D. am nächsten zu stehen. Trotzdem bringt es der Aufruf fertig zu sagen:

> Sicher ist, daß die Tat in einer politischen Atmosphäre möglich wurde, in der die Revolutionäre als vogelfrei gelten.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Der Mann ist geisteskrank nach Ihrem eigenen Zugeständnis, zu gleicher Zeit stellen Sie ihn als einen politischen Attentäter hin. Es ist doch ein trauriges Stückchen skrupelloser Demagogie, so etwas in die Welt zu setzen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

zugleich aber eine sehr niedrige Einschätzung Ihrer Leser, wenn Sie einen Geisteskranken als Organ der Regierung und dergleichen darzustellen versuchen, eine Verantwortungslosigkeit, die — ich wiederhole — zum Erschrecken groß ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Früchte einer solchen demagogischen Agitation werden Sie, von der äußersten Linken, eines Tages mit ernten, die Früchte einer Politik, die nur darin besteht, der Regierung, die doch den besten Willen hat — man mag zu ihr stehen, wie man will —, Deutschland aus dem Sumpfe herauszuziehen und das Land geordneten Zu-

(Dr. **Meerfeld**, Abgeordneter.)

(A) ständen entgegenzuführen, immer nur Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die Politik, die von rechts und von links gleichermaßen zur Freude der Gegner betrieben wird, zeigt einen Tiefstand nationalen Empfindens, eine politische Verantwortungslosigkeit, die nicht mehr zu überbieten ist.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist von verschiedenen Rednern in dieser großen Debatte auf die Zustände in dem besetzten Gebiet eingegangen worden. Auch ich muß darüber, weil ich aus dem besetzten Gebiet komme, einige Worte sagen. Wenn man von der **rheinischen Frage** spricht, so muß man allerdings gleich sagen: das Wort „Frage" ist heute irreführend; denn innerpolitisch gibt es für uns keine rheinische Frage mehr, höchstens außenpolitisch, und ich kann konstatieren, daß zurzeit die erdrückende Mehrheit des rheinischen Volkes in völliger Geschlossenheit auf einem Boden steht, der jede Loslösung, jede Lockerung des Reichsgefüges entschieden zurückweist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die rheinische Frage in der früheren Bedeutung: ob man etwa einen Pufferstaat schaffen solle oder auch nur einen rheinischen Bundesstaat mit weitgehender Selbständigkeit, ist heute für fast das gesamte rheinische Volk erledigt,

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

und ich stelle heute von hier aus sehr gerne fest, daß auch das Zentrum in der Frage einen sehr erfreulichen Wandel vollzogen hat. Maßgebend ist heute für die Politik des Zentrums im Rheinland der Artikel 18 der Reichsverfassung. Auf seinem Parteitag, der vor wenigen Wochen im Rheinland stattgefunden hat, hat es diese Auffassungen ausdrücklich bekräftigt. Ich stelle ebenso gern fest, daß neben der Sozialdemokratie, die es auf diesen Standpunkt zu drängen versuchte, vor allen Dingen den christ-

(B) lichen Gewerkschaften, den katholischen Arbeitervereinen ein großer Anteil an dieser jetzigen Politik des Zentrums zuzuschreiben und ihnen unsere Anerkennung auszusprechen ist. Man mag die Stellung des Zentrums hier und da noch nicht völlig einwandfrei finden, man mag seine Resolutionen noch nicht völlig hieb- und stichfest finden — darüber kann man streiten —, das ändert aber nichts daran, daß das Zentrum heute das Ziel der innerstaatlichen Umgruppierung in der deutschen Einheitsrepublik erblickt mit weitgehender Selbstverwaltung der zu schaffenden Reichsprovinzen. Das genügt uns; in diesem Punkte sind wir alle einer Meinung, vor allen Dingen gegenüber dem Ausland. Ich bin um so lieber bereit, das hier festzustellen, als man sich in Paris über die Haltung der rheinischen Parteien wohl immer noch Täuschungen hingibt, und ich habe demgegenüber mit allem Nachdruck und mit allem Ernst zu sagen, daß keine einzige Partei des Rheinlandes in ihrem Deutschtum wankt, daß keine einzige die Lockerung des Reichsgefüges erstrebt und jemals erstrebt hat.

Worauf ich andererseits allerdings hinweisen möchte und in diesem Zusammenhang hinweisen muß, ist das: Es ist eine andere Gefahr, die im Rheinland droht, nämlich eine gewisse kapitalistische Verfilzung des rheinischen Kapitals mit dem englisch-französischen Kapital. Das **rheinische Handelskapital** orientiert sich heute, zum Teil durch den Zwang der Umstände, zum Teil auch freiwillig, nach dem Westen hin. Wir haben ja **im Westen** bekanntlich — darüber ist genug geredet worden — **das große Loch**, durch das Waren aller Art in ungeheuren Mengen in das besetzte Gebiet hineinströmen und von dort zum Teil weiter in das unbesetzte Gebiet, auch Luxuswaren, die wir gern entbehren würden. Es war dieser Tage zu lesen, daß in $2^1/_2$ Monaten für 1 Milliarde Zigaretten und 800 Millionen Zigarren in das

(C) besetzte Gebiet aus dem Auslande eingeführt worden seien.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Also eine ganz ungeheure Summe nur für Zigarren und Zigaretten! Und was sonst eingeführt wird, kann nur der richtig beurteilen, der im besetzten Gebiet lebt. In **Cöln** können Sie feine Schokoladenwaren, sogenannte Katzenzungen, für 100 Mark das Pfund kaufen, und diese Sachen werden von dem internationalen und dem „nationalen" Schiebertum gekauft, von jenem Schiebertum, das sich zu Hunderten und Tausenden in den rheinischen Großstädten breitmacht. Die Stadt Cöln, die ehemals das heilige Cöln genannt wurde,

(Zuruf aus dem Zentrum: Heute noch!)

von dem Heinrich Heine sang: „die Stadt, die viele hundert Kapellen und Kirchen hat" — ist heute eine ganz internationale Stadt. Ich möchte sagen, sie ist das Rheinbabel geworden. Dieses Cöln ist heute eine Vergnügungsstätte sondergleichen, zugleich die Stätte eines rasenden Geldtaumels, wo man das goldene Kalb wie eine Korybantenschar umtanzt. Das alles weckt neue nationale Sorgen, zu denen die **französische Rheinpolitik** hinzukommt, auf die einige Vorredner schon kurz eingegangen sind.

Wir kennen das Programm der französischen Reaktion, das Programm der jetzigen französischen Regierung Clemenceau. Kürzlich hat Maurice Barrès ein Programm der angeblich „friedlichen Durchdringung" der besetzten Gebiete veröffentlicht, das den Bewohnern vor allen Dingen wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellt und dadurch allmählich das Herz der Rheinländer erobern will. Wenn Herr Barrès hinzufügt, daß er nur eine Entspannung der internationalen Lage wolle, dann sind wir einverstanden; aber wir kennen Herrn Barrès zur Genüge, um großes Mißtrauen in seine schönen Worte zu setzen.

(Sehr richtig!)

(D) Nicht nur die Rheinländer, auch die Berliner Regierung, ja das ganze deutsche Volk werden Obacht geben müssen, was die Franzosen im besetzten Gebiet vorhaben.

Wir verurteilen — und müssen heute von dieser hohen Tribüne herab darauf hinweisen — die falsche Rheinpolitik der französischen Sozialisten, die uns ganz unverständlich ist. Was die Herren Thomas und Renaudel an politischer Weisheit in der Kammer und in ihren Blättern zum besten geben, begreifen wir einfach nicht. Wir begreifen nicht, wie diese Leute sich jedes selbständigen Urteils begeben und sich willenlos als Gefolge der französischen Reaktion, des französischen Imperialismus betätigen.

Meine Damen und Herren! Auch da trägt die U. S. P. — darin muß ich dem Herrn Minister Noske beipflichten — ein vollgerütteltes Maß von Mitschuld.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer die französische Presse einigermaßen verfolgt — und in Cöln bekommen wir sie täglich zu Gesicht —, weiß, daß die französische Nationalistenpresse und die Sozialistenpresse gleichmäßig von der **deutschen U. S. P.-Presse** leben,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten, — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß dort alles brühwarm wiedergegeben wird, was an Verhetzungen, Unwahrheiten, Beschimpfungen der Regierung von den unabhängigen Führern produziert wird.

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Herren von der Linken — das nehme ich zu ihren Gunsten noch an — wissen offenbar nicht, wessen Geschäfte sie mit dieser kleinlichen und gedankenlosen Agitationsarbeit eigentlich betreiben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn einmal das Rheinland dem deutschen Volke ver-

(Dr. **Meerfeld**, Abgeordneter.)

(A) loren geht, können Sie sich zu den Mitschuldigen dieses schmachvollen Verlustes rechnen.

(Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Lächerlich! Renaudel ist ja Eure Couleur!)

— Unsere Couleur?

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ja!)

— Sie haben sich aber doch in Bern recht gut mit ihm vertragen, so viel ich weiß!

Meine Damen und Herren! Die **französische Propaganda** im besetzten Gebiet erfordert schon jetzt unsere größte Aufmerksamkeit. Was jüngst in dem kleinen ehemaligen Fürstentum, der jetzigen Republik **Birkenfeld** vorgangen ist, verlangt den allerschärfsten Protest auch von der Tribüne der Nationalversammlung herab.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was sich dort der französische Militärbefehlshaber Major Bastiani geleistet hat, widerspricht so sehr dem Selbstbestimmungsrecht des rheinischen Volkes und allen geschriebenen Abmachungen, daß wir in der allerentschiedensten Weise von hier aus Protest erheben müssen. Gegen diese Gewaltmethoden lehnt sich das ganze **rheinische Volk** auf, und mit diesen Gewaltmethoden — das füge ich hinzu — werden die Herren Franzosen ganz bestimmt nicht zum Ziele kommen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben ja bereits gesehen, welche Erfahrungen sie im Saargebiet mit ihrer Politik machen, wo sie schon gezwungen sind, den Belagerungszustand zu verhängen. Wir sagen heute nochmals — wir können es nach meiner Meinung den Herren Franzosen und den anderen Nutznießern des Kapitalismus da drüben gar nicht oft und gar nicht eindringlich genug ins Angesicht schreien —: die Rheinländer in ihrer erdrückenden Masse bleiben deutsch gesinnt und wollen von Frankreich nichts wissen,

(B) (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sie wollen das Deutsche Reich nicht verlassen, um etwa ein Pufferstaat zu werden.

(Lebhafte Bravorufe.)

Gerade die Hauptmasse des rheinischen Volkes, die Arbeiterklasse, hat bewiesen, daß sie die stärkste Trägerin des deutschen Gedankens ist. Auch hier gilt das Wort, daß der ärmste Sohn Deutschlands auch sein getreuester war.

Meine Damen und Herren! Die **U. S. P.-Presse** mag es mit sich und ihrem Gewissen auszumachen versuchen, wenn da drüben immer noch die Auffassung vorherrscht, daß noch das alte reaktionäre Deutschland, das Junkerpreußen von ehedem bestehe, und wenn drüben nicht die Vorstellung Platz greifen will, daß das Deutschland der Demokratie ein ganz anderes Gesicht habe, einen ganz anderen Inhalt habe als das Deutschland, das im vorigen November so rettungslos zusammengebrochen ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn hat ein Distichon von Goethe zitiert:

Was ist der Philister? Ein hohler Darm
Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm'.

Ich gestatte mir, Goethe weiter zu zitieren, das bekannte Wort aus dem „Zauberlehrling", das einstmals — so befürchte ich — die Herren von der U. S. P. auszusprechen genötigt sein werden:

Herr, die Not ist groß,
Die ich rief, die Geister,
Werd' ich nun nicht los.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir gehen jetzt dem allerschwersten Winter entgegen, uns alle drückt zentnerschwer die Sorge um die allernächste Zukunft, und in dieser Zeit ist es — ich gebrauche das Wort eines verflossenen französischen Staatsmannes — schlimmer als ein Verbrechen, ist es ein Fehler, wenn man eine Agitation (C) treibt, wie sie heute die U. S. P. treibt, eine Agitation demagogischster und allerplattester Art. Sie werden es erleben, meine Damen und Herren von links, daß die Dinge weiter treiben und über Sie hinweggehen werden. Jaurès hat mit Recht gesagt: es ist keiner so radikal, es wird stets einer von links aufstehen, der ihn als Opportunisten verschreit. Ganz richtig! Sie werden auch noch Ihren Meister von links her finden, und Sie beladen sich vor dem Volk, vor der Menschheit, vor der Geschichte mit der allerschwersten Schuld mit dieser platten und öden Agitationspolitik. Kommt einmal die Katastrophe, vor der uns ein gütiges Geschick behüten möge, meine Damen und Herren von links, dann fällt auf Sie die zentnerschwere Last der Schuld gemeinsam mit den Herren von rechts, aber vor vor allen Dingen auf die verblendeten Führer der U. S. P.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Traub.

D. **Traub**, Abgeordneter: Im Mittelpunkt unserer Aussprache stehen zwei Gegenstände: das Werben von Scheidemann um die Gunst der Unabhängigen und die Frage des Baltikums. Aber hinter diesen beiden Fragen erhebt sich die viel größere nach der **Autorität der Regierung.** Eine Regierung muß Autorität haben, aber sie muß auch der Autorität wert sein. Sie muß sich Autorität verschaffen können in Friedenszeiten, in denen wir jetzt leben, nicht mit Mitteln bloßer Gewaltandrohung, sondern mit ihren Leistungen, die die Menschen im Staate befriedigen, und mit einer Überzeugung, deren Kraft eine unwiderstehliche ist.

Nun werden wir **Deutschnationalen** allmählich von (D) allen Seiten, abgesehen von der Deutschen Volkspartei, in Parlament und Presse beschuldigt, als wären wir die, die als Bolschewisten von rechts, genau so wie die Bolschewisten von links, keine andere Freude hätten, als die Autorität der Regierung zu untergraben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dieses Schlagwort „Bolschewiste rechts und Bolschewiste links" ist ja ein sehr schönes Wahlmanöver, aber weiter nichts.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie, die Herren von der Linken, uns rein so einschätzen würden, dann würden Sie über uns viel mehr zur Tagesordnung übergehen.

(Sehr gut! rechts.)

Sie wissen jedoch sehr genau, daß das, was draußen im Land vorgeht, sich dahin ausdrücken läßt, daß die gegenwärtige Regierung nicht wegen der Männer — denn man kämpft nicht einen persönlichen Kampf —

(oho! links)

sondern um ihrer Leistung willen durchaus kein Vertrauen genießt. So wird unserer Partei eine Zumutung gestellt, welche bis an die Grenze der politischen und parteilichen Selbstverleugnung herangeht, nämlich die, daß wir immer noch die Autorität der Regierung deshalb unterstützen sollen, weil die Wurzeln unserer Partei in die altkonservativen Kreise hineinführen, die wußten, daß man die Regierung unterstützen soll; gleichzeitig aber werden wir vor dem ganzen Land und besonders in der Presse in einer Weise behandelt, als ob eigentlich alles Unheil, das nicht nur in diesem Krieg, sondern das je in Deutschland vorgekommen ist, nur von uns herrühre.

(Lebhafte Rufe von den Sozialdemokraten: Sehr richtig! — Gegenrufe rechts: Sehr falsch! — Rufe von den Sozialdemokraten: Das haben Sie früher selbst gesagt!)

(D. **Traub**, Abgeordneter.)

(A) So würden wir unsere Pflicht versäumen, wenn wir den Kampf nicht ruhig aufnehmen wollten. Ich möchte fragen: was tut die gegenwärtige Regierung, um sich als Autorität zu erweisen, und was zeigt sie an Leistungen, an denen das Land wirklich eine Freude haben kann?

Um etwas vorwegzuschicken — die Herausgabe der wichtigsten Akten, welche in den **Staatsarchiven des Deutschen Reichs oder Preußens** lagern, ist amtlich vergeben worden. In einem offenen Brief habe ich Herrn Professor Dr. Schücking mein Vertrauen dafür ausgedrückt, daß er die gemeinsame Überzeugung von der Unerbittlichkeit der wissenschaftlichen Forschung mit mir teilt. Aber ich habe ihn ebenso gebeten, daß gerade er jetzt der rechte Mann ist, der Regierung zu sagen: wenn ein wirkliches Vertrauen in eine so außerordentlich wichtige Handlung unserer Regierung beim ganzen Volk vorhanden sein soll, dann müssen die, die jetzt mit dieser Aufgabe betraut sind, an die Regierung die Anforderung stellen, daß auch andere Vertreter der Geschichtsforschung aus anderem Lager mit dieser allerwichtigsten Veröffentlichung des Aktenmaterials betraut werden.

(Zustimmung rechts.)

Das ist nichts anderes als eine Forderung der Gerechtigkeit. Hier steht das Heil der ganzen Nation auf dem Spiel.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich wünsche nicht, daß wir Deutsche in den Verdacht kommen — und Sie (nach links) haben keinen Grund, einen solchen Verdacht auf sich zu laden —, daß man durch einseitige Berücksichtigung eines bestimmten parteipolitischen Standpunktes auch hier in dieser wichtigsten Veröffentlichung eine gewisse Richtung bevorzugen will.

(Sehr richtig! rechts.)

Der **Untersuchungsausschuß** Nr. 15 ist eingesetzt, 100000 Mark sind dafür ausgeworfen. Ich halte das (B) für richtig, mische mich nicht in Dinge, die mich nichts angehen.

(Lachen links.)

Ich will aber das eine sagen, öffentlich ist aus diesem Ausschuß die Behauptung mitgeteilt worden, man müsse die Untersuchungen möglichst beschleunigen, weil ja die Nationalversammlung nur noch kurz tagen werde und man innerhalb dieses Zeitraumes der Nationalversammlung mit diesen Fragen zu Ende kommen müsse. Ich warne wieder. Hier liegt eine geschichts-wissenschaftliche Aufgabe von höchster Tragweite. Sie darf keinem Gesichtspunkt der Rücksicht auf die Zeitdauer eines Parlaments unterstellt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Man hat ein **Ministerium des Wiederaufbaus** verlangt. Es wurde in der Presse bereits richtig darauf hingewiesen, daß man bis zum heutigen Tag keine genaue Abgrenzung der Kompetenzen dieses Ministeriums für Wiederaufbau gegenüber dem Auswärtigen Amt gezogen hat. Das ist eine sehr bedenkliche Sache. Die Verantwortlichkeit des Auswärtigen Amts, das gegenüber dem Ausland alle Fragen auf sein eigenes Gewissen zu nehmen hat, könnte durch dieses Ministerium des Wiederaufbaus stark verschoben werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Mindestens muß klar festgestellt werden, daß dieses Ministerium des Wiederaufbaus in allen politischen Entscheidungen nur unter voller Verantwortlichkeit des Auswärtigen Amts vorwärts geht.

Endlich haben wir den **Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.** In diesem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sind in der letzten Zeit sehr wichtige Dinge behandelt worden. Ich verkenne nicht, daß es Fragen gibt, welche nicht in der Öffentlichkeit verhandelt werden können. Ich halte es aber für sehr bedenklich, wenn dieser Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten Fragen, die bereits in der Öffentlichkeit angeschnitten worden sind, behandelt, ohne daß dann das volle Material der Öffentlichkeit mitgeteilt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist z. B. von Herrn **Scheidemann** in seiner **Rede in Kassel** ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß er von einer ganzen Reihe amtlicher Stellen derart berichtet war, daß er mit Fug und Recht den **Friedensvertrag ablehnen** wollte und abgelehnt hat.

(Hört! hört! rechts.)

Nun hat, glaube ich, das deutsche Volk alles Interesse daran, zu wissen, welches diese amtlichen Stellen gewesen sind, wieviel amtliche Stellen das waren und wie unsere Gesandtschaften im Ausland damals die Lage beurteilt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Die gegenwärtige Regierung und die Parteien, die hinter ihr stehen, besonders die Sozialdemokratie, fordert im Brustton der Überzeugung die **Heilighaltung der Eide.** Es ist kürzlich eine Aussprache sehr unerquicklicher Art dadurch entstanden, daß deutsch-nationale Beamte eine ausdrückliche Erklärung darüber verlangt haben, was von ihnen im jetzigen Schwur verlangt werden soll. Entschuldigen Sie, wenn ich sage: es ist eine Ironie der Geschichte, daß manche, welche gegen die alte Verfassung und die alten Autoritäten ihre Eide gebrochen haben, heute vorn dran sind, die Heilighaltung des Eides in erste Linie zu stellen.

(Sehr gut! rechts.)

Wer die Wurzel abgerissen hat, der soll sich nicht wundern, wenn da kein Baum und kein Gras mehr wächst.

(Sehr richtig! rechts.)

Die deutsch-nationalen Beamten hatten ein gutes Recht, zu wissen und zu verlangen, was man in diesem Eidschwur von ihnen fordert. Sie haben das nicht getan, um sich in irgendwelcher Weise zu „drücken", sie haben das nicht getan, um irgendwie Auslegungskunst zu treiben. Sie wollten wissen, ob ihnen das Recht der Verfassung tatsächlich gewährleistet ist, wonach die politische Gesinnung frei ist. Darum sage ich wieder: wenn die jetzige Regierung mit Recht eine Heilighaltung des Eides verlangt, dann muß sie ein klein wenig bescheidener sein; eine Regierung, die aus der Revolution kommt, trägt die Belastung der Revolution.

(Sehr richtig! rechts.)

In der letzten Zeit ist manches Buch voll Lebenserinnerungen veröffentlicht worden. Der Tag des 9. November kommt heran. Ich wünsche, daß auch Herr Dr. Cohn seine **Lebenserinnerungen** veröffentliche.

(Heiterkeit.)

Auch diejenigen Herren, die an der **Revolution** beteiligt gewesen sind, mögen dem deutschen Volke genau mit derselben Verantwortlichkeit und Offenheit ihre Akten und Mitteilungen zugänglich machen, wie das von seiten derer geschehen ist, die man heute mit Schmutz bewirft. Von seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie ist behauptet worden, daß bereits vom Frühjahr 1915 ab, als Unabhängige Sozialdemokratie und Mehrheitssozialdemokratie noch beieinander waren, in der Marine wöchentlich für Verbreitung revolutionärer Zeitschriften 10 Pfennig gesammelt worden sind.

(Hört! hört! rechts.)

Ich möchte bitten, daß wir über diese von Unabhängiger Seite mitgeteilte Tatsache aktenmäßige Klarstellung bekommen.

(Sehr gut! rechts.)

Eine Regierung, die aus der Revolutionszeit hervorwächst, soll bescheidener sein, wenn sie an die sittlichen

(D. **Traub**, Abgeordneter.)

(A) Kräfte des Volks appelliert, die sie wahrhaftig auf die schwerste Belastungsprobe gestellt hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Diese gegenwärtige Regierung schwächt nach meiner Auffassung auch die Kraft der Nationalversammlung dadurch, daß sie die **Dauer der Nationalversammlung** immer weiter verlängert. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgabe erfüllt. Sie hatte den Auftrag, die Verfassung zu machen. Die Verfassung ist gemacht. Es bleibt noch das Wahlgesetz Wenn wir wirklich verfassungsmäßig vorgehen wollen, dann müssen wir in allen Parteien darüber einig sein, daß eine Verlängerung der Nationalversammlung auch nur um einen Tag gerade dem widerspricht, was der demokratische Wille immer begehrt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Hier ist der einzige Punkt, wo wir nicht einverstanden sind mit der Rede des Herrn Justizministers, die sonst vorzügliche und ausgezeichnete Beiträge für die künftige Gestaltung der Justiz gegeben hat; aber auch er will der Nationalversammlung noch das Recht zu einer solchen Justizreform zuerkennen.

Die gegenwärtige Regierung klagt über **Chauvinismus im besetzten Gebiet** und macht auf der anderen Seite genau in denselben Zeitungen die alte Regierung verächtlich, welche den Schutz des deutschen Vaterlandes fünfzig Jahre glänzend durchgeführt hat. Ich lese im „Vorwärts" einen Abschnitt: „Niedriger hängen!" Gegen die wüsten Obstdiebstähle seiner Soldaten in der Pfalz erläßt der französische General Gerard folgenden Armeebefehl, den alle deutschen Zeitungen seines Bereichs abdrucken mußten:

> Dem kommandierenden General der 8. Armee ist Bericht darüber erstattet worden, daß einzelne Militärpersonen auf dem Lande Obst und insbesondere Trauben pflücken. Wenn auch die deutschen Truppen während ihres Aufenthalts in (B) Frankreich ganz andere Schäden und planmäßige Verwüstungen anrichteten, die den Tadel der ganzen Welt erregten, so ist das kein Grund, daß sich die Armeen der zivilisierten Nationen zu Diebstählen und Plünderungen verleiten lassen.

Mit Recht sagt da der „Vorwärts": „Niedriger hängen!" und schreibt darunter: „Ist es Zivilisation, den wehrlosen Besiegten zu schmähen?" Drehe ich aber das Blatt um, so lese ich auf der vorhergehenden Seite desselben **„Vorwärts"** unter dem Strich von **Heinrich Mann „Das Ende"** folgende Darstellung über das frühere deutsche Reich:

> Hätte das Deutsche Reich allein geendet! — — Ein erkünsteltes Staatsgebilde, ohne tiefe volksgemäße Notwendigkeit, ein häßlicher Klassenstaat, vielen zum Leid und wem zur Freude!? — der Staat, der unter allen, selbst Rußland nicht ausgenommen, am meisten Menschliches erstickt hat: Hinweg und kein Wort mehr von ihm! Aber das Reich bestand aus Menschen, einem mißbrauchten, seelisch enteigneten Volke! Man sah sie nicht. Das Reich führte ein Eigenleben, dem Menschen nichts galten. Es konnte diesen Krieg erklären, weil es ein Begriff, ein Götze war. Menschen im Namen von Menschen würden ihn nicht erklärt haben. Die blindlaufende Maschine der militärischen Gewalt des Reichs mußte sich, von allen Geistern verlassen, zuerst totgelaufen haben, bevor man sehen konnte, sie bestehe aus Menschen, einem leidenden Volke.

(Hört! hört! rechts.)

Wie will man sich denn beklagen, daß uns die feindlichen Völker so verächtlich behandeln, wenn wir selbst unser **Deutsches Reich so verächtlich behandeln?**

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich habe hier ein Schreiben: (C)

> Am 2. d. M. hat meine Frau einen Angehörigen einer feindlichen Militärmission gegen $12^1/_2$ Uhr mittags mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse und dem schwarzen und silbernen Verwundetenabzeichen „geschmückt" hier auf dem Potsdamer Platz in einen Straßenbahnwagen einsteigen sehen. Das Publikum hat bei dieser unglaublichen Herausforderung leider nur stummen Ingrimm gezeigt. Doch hat ein Schaffner den Mann nicht heraufgelassen. Vielleicht könnte dies als Material einer hohen Regierung vorgelegt werden.

So werden wir behandelt, nachdem unsere bisherigen Feinde merken, wie wir die Führer der Nation behandeln lassen, die uns alle und auch Sie von der Sozialdemokratie fast fünfzig Jahre hindurch glänzend geführt haben —

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Glänzend? — Lebhafte Zurufe rechts. — Erregte Zurufe von den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschen Demokraten: Sie waren ja selbst damals in der Opposition! Sie schmähen Ihre eigene politische Vergangenheit! — Zurufe rechts: Ruhe! — Glocke des Präsidenten. — Andauernde Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Ich bitte um Ruhe!

D. **Traub**, Abgeordneter: Der Vorsitzende des Arbeiterrats in Crailsheim schreibt im „Fränkischen Grenzboten", dem dortigen Amtsblatt:

> Unerhört ist es, nach so viel Leid und Sorge, die lediglich durch das Gewaltregiment **Wilhelms II.** herbeigeführt worden ist, noch für einen solchen Menschen Propaganda zu machen. Ich überlasse (D) es also Ihnen, den Mohr Wilhelm von Hohenzollern weiß zu waschen. Nur königstreues Gesindel kann diesem Manne ein Denkmal bauen.

(Rufe rechts: Pfui! — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Erregte Zurufe rechts. — Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich habe in der letzten Zeit in der Geschichte Frankreichs von Hanotaux gelesen und mir die Partien vorgeholt, in welchen er schildert, wie die Republik die alte Monarchie abgelöst hat. Da möchte ich mal bitten, daß man sich in Ihren Kreisen solche Stellen nachsieht, wie ein Thiers den Pakt von Bordeaux geschlossen hat.

(Sehr richtig! rechts)

Die gegenwärtige Regierung legt wenig Wert darauf, daß sie den Kräften, denen sie nun doch mit ihre Existenz und ihre gesicherte Haltung verdankt, auch nur äußerlich dankt. Wir hätten nicht bloß als Deutschnationale, sondern, ich glaube, das ganze deutsche Volk hätte es von der Regierung sehr gern gesehen, wenn beim Verabschieden und Ausscheiden des **Generalstabs** auch von seiten der Regierung anerkannt worden wäre, was diese Einrichtung unserm deutschen Volke in langen Jahren gewesen ist.

(Sehr wahr! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es kam der 72. Geburtstag **Hindenburgs,** — er ist vollständig mit Stillschweigen übergangen worden.

(Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Statt dessen sorgt man bloß, daß man mit den **Ententesozialisten** in enge Fühlung komme und meint, man könne bei der Entente und bei den anderen Völkern für unser deutsches Vaterland am meisten dadurch erreichen, daß wir uns auf die dortigen Arbeitergruppen stützen. Ich bin kein solcher Tor, zu verneinen, daß der Handarbeiter in Zukunft eine andere Stellung einnehmen wird, als

(D. **Traub**, Abgeordneter.)

(A) bisher. Aber es ist falsch, wenn man dadurch bei den Ententeregierungen um gut Wetter zu bitten meint, daß man ausdrücklich auf die Verbindung der sozialistischen Gruppen hin und her in den Ländern verweist.

(Hört! hört! rechts.)

Man sehe sich doch einmal an, wie **Lloyd George** jetzt in den Zeiten des **Eisenbahnerstreiks** regiert hat. Er hat regiert, denn er versteht es. Klipp und klar hat er dem Land gesagt: „Das und das ist möglich, aber vorher müssen die Arbeiter zur Arbeit zurückkehren!" Das Volk hat verstanden, daß es geführt wird, und weil es das verstanden hat, hat es mit der wunderbaren Gewalt der Initiative und der Improvisation, die dem Engländer zusteht, diesen Eisenbahnarbeiterausstand auf ein totes Gleis geschoben. Wir wünschten, daß wir von unserer Regierung aus gerade in unseren Zeiten auch einmal erfahren würden: Wir geben diese und diese Rechte, aber zuerst die ganz klare Losung: „An die Arbeit!" — Erfüllt ihr sie nicht, dann auch keine Rechte!

(Sehr richtig! rechts. Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die gegenwärtige Regierung hat, wenigstens soweit ich sehe, gar nichts getan, um dem **wilden Börsenspiel** einen Hemmschuh anzulegen. Die „Freiheit" vom 18. September hat ganz recht, wenn sie auf die „Katastrophenhausse" hinweist und sagt, daß der gegenwärtige Börsenbetrieb nicht anderes mehr sei als ein reiner Spielklub. Im Mittelpunkt des gegenwärtigen Börsentreibens stehen die Auslandswerte, für die die Vorliebe entsprechend der Entwertung der Mark wächst. Dieses Börsenspiel hindert man nicht; dem Industriekapital aber geht man zu Leibe!

In dem Zusammenhang erinnere ich an einen Vorgang, der uns in der Friedenskommission mitgeteilt worden ist, und der vielleicht dem einen oder andern entschwunden ist. Es wurde damals mitgeteilt, daß wir **in Brüssel** (B) **eine Milliarde in Gold** hinterlegen mußten, um für unsere Ernährung Lebensmittel vom Ausland zu bekommen. Wie steht es nun mit dieser Milliarde in Gold? Gegen Rückzahlung der Vorschüsse, welche uns in ausländischer Währung zur Verfügung gestellt wurden, wäre das Gold wieder freigegeben worden; aber aus Mangel an Devisen kann diese Rückzahlung nicht erfolgen, und es muß mit einem Rückkauf des Goldes zur Tilgung der Vorschüsse gerechnet werden.

(Hört! hört! rechts.)

Das Gold entspricht etwa 250 Millionen Dollars, die zum heutigen Kurs einen Wert von etwa 5 Milliarden Reichsmark haben.

(Hört! hört! rechts.)

Alle diese Dinge zeigen sehr deutlich, daß die Leistungen, die die Regierung aufzuweisen hat, nicht derart sind, um mit Recht Autorität zu verlangen. An diesem Vorwurf nehmen teil die übrigen Parteien, soweit sie die Verantwortung für die Regierungspolitik tragen und tragen wollen. Die Demokratie hat es mit sich selbst abzumachen, daß sie gerade in diesem Augenblick in die Regierung eingetreten ist und auch die Last eines Erzberger weiter tragen will. Ihr Redner hat den Grafen Westarp angegriffen und behauptet, daß er in dem letzten Sonntagsartikel der „Kreuzzeitung" behauptet hat, die **Regierungsparteien** hätten die **Revolution** gewollt und gemacht, all unser Unglück und Elend komme ausschließlich von dieser Revolution; wäre sie nicht gewesen, hätten wir heute die Zustände der Zeit vor dem Krieg. Die erstere Behauptung kommt nicht vom Grafen Westarp, sondern von Exzellenz Hergt, die letztere ist weder in der Rede vom Grafen Westarp, noch in der von Exzellenz Hergt zu finden.

(Hört! hört! rechts.)

Daß die Regierungsparteien, die dem Bethmannschen Block damals angehört haben, eine indirekte Schuld an der Revolution trifft, bleibt Tatsache. Als ich noch auf (C) der Linken stand, schrieb ich dem Herrn Dr. Müller (Meiningen) in dem Augenblick, in dem jener außerordentliche verhängnisvolle Beschluß gefaßt worden ist, die Militärgewalt unter die Zivilgewalt zu stellen: „Das bedeutet nichts anderes als die Anbahnung der Revolution!" Leider Gottes habe ich damit recht behalten.

(Lachen und Zurufe links.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die bürgerlichen Parteien des Mehrheitsblocks fragen, ob auch heute noch der Beschluß der Nationalversammlung, der durch Sozialdemokratie und Zentrum mit großer Entschlossenheit durchgesetzt worden ist, aufrechterhalten wird, daß die **Rede Erzbergers** bis ins letzte Dorf und Haus hineingetragen werden soll. Könnten die Hunderttausende, die das kostet, nicht besser angewendet werden? Wann haben wir zu erwarten, daß diese Rede an den deutschen Dorfmauern erscheint?

(Sehr gut! rechts.)

Ich hoffe, daß die Methode nicht weiter einreißt, bei der ersten Rede, die gehalten wird, durch einen Bluff die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wobei man sich nachher wenig Gewissen daraus macht, bei einer zweiten Rede soundsoviel Abstriche zu machen.

Leider muß ich nach dieser Richtung hin zu sprechen kommen auf das, was der Herr **Reichswehrminister Noske** heute hier geäußert hat. Sie wissen, daß er gestern außerordentlich scharfe Angriffe gegen unsere **deutsch-nationale Volkspartei** gerichtet hat. Heute hat der Herr Reichswehrminister Noske diese schweren Verdächtigungen des Parteivorstandes der deutschnationalen Partei zurückgenommen. Ich lege Wert darauf, daß die Initiative zu der Erklärung des Herrn Staatsministers Hergt nicht von unserer Seite aus ergangen ist. Wir hatten ein durchaus reines Gewissen.

(Lebhafter Widerspruch und Lachen bei den Mehrheitsparteien. — Zustimmung rechts.) (D)

Der Herr Reichswehrminister Noske hat das ja selber zugegeben.

(Erneuter lebhafter Widerspruch und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.)

— Wollen Sie nicht vielleicht abwarten! — Wir hatten ein durchaus reines Gewissen gegenüber dieser unerhörten Verdächtigung des Herrn Ministers. Nicht wir waren genötigt, uns zu rechtfertigen, was aus folgenden Tatsachen, die ich nun noch aktenmäßig feststellen möchte, hervorgeht. Der Vorsitzende der deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Hergt, zusammen mit dem Hauptgeschäftsführer der deutschnationalen Volkspartei gibt folgende Erklärung ab:

1. Die fragliche Broschüre ist von der deutschnationalen Volkspartei nicht bestellt worden.

   (Hört! hört! rechts.)

2. Die Broschüre ist uns zum erstenmal heute, den 9. Oktober 1919, zu Gesicht gekommen,

   (lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts)

   als ein Beauftragter des Polizeipräsidiums sich auf der Hauptgeschäftsstelle einfand, um nach der Broschüre zu suchen.

3. Es hat bereits vor etwa zwei bis drei Wochen eine Haussuchung in den Räumen der Hauptgeschäftsstelle durch einen beauftragten Kriminalbeamten des Staatskommissariats für die öffentliche Sicherheit stattgefunden. Diesem Beamten ist schon damals von dem anwesenden Vertreter des Hauptgeschäftsführers mitgeteilt worden, daß die Broschüre hier völlig unbekannt sei,

   (hört! hört! rechts)

   und er hat darauf von jeder weiteren Durchsuchung Abstand genommen.

(D. **Traub**, Abgeordneter.)

(A)

4. Bis heute hat sich kein Exemplar dieser Flugschrift in den Räumen der Hauptgeschäftsstelle vorgefunden.
5. Sämtliche Flugschriften und Flugblätter, die die deutschnationale Volkspartei seit ihrem Bestehen herausgegeben hat, haben den Namen der Partei oder den des deutschnationalen Schriftenvertriebs getragen. Wir haben anonyme Broschüren oder Drucksachen noch nie herausgegeben.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts. — Reichsminister Noske: Das steht im Widerspruch mit der Erklärung des Herrn Hergt, die er mir heute vormittag abgegeben hat! — Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien. — Stürmischer Widerspruch rechts. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. Der Herr Abgeordnete D. Traub hat jetzt das Wort.

D. **Traub,** Abgeordneter: Ich habe diese Erklärung hier deshalb ausdrücklich abzugeben, weil die Richtigstellung vorhin in einer Weise erfolgt ist, die uns dazu genötigt hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Pachnicke: Und die Illustrationen der „Deutschen Tageszeitung"?)

— Ich komme sofort darauf. — Ich füge noch folgendes hinzu, daß der Direktor der „Deutschen Tageszeitung" erklärt hat:

Vor ungefähr drei Wochen

— ich betone: vor drei Wochen —

war nach einer am Abend vorher versuchten Beschlagnahme der Broschüre „Einst und Jetzt!" ein Kriminalwachtmeister in meinem Bureau und ersuchte mich um Bekanntgabe des Auftraggebers dieser Broschüre. Bei meiner Vernehmung durch diesen habe ich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht und mich bereit erklärt, dies unter Eid zu bekräftigen,

(B)

(hört! hört! rechts)

daß die deutschnationale Volkspartei nicht der Auftraggeber für das Flugblatt bezw. die Broschüre „Einst und Jetzt" sei.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts.)

Diese Erklärung ist unterzeichnet von dem Direktor der „Deutschen Tageszeitung".

Was haben wir infolge des Angriffes, den der Herr Reichswehrminister gestern auf uns gerichtet hat, und den er heute zurücknahm, erlebt? Sowohl im „Vorwärts" wie im „Berliner Tageblatt" wird natürlich die deutschnationale Volkspartei als eine Partei hingestellt, der man überhaupt alles nachsagen darf.

(Zurufe von den Mehrheitsparteien: Das stimmt auch! Nur nichts Gutes!)

Das „Berliner Tageblatt" spricht von der „Sudelschrift des deutschnationalen Parteivorstandes". Ich hoffe und erwarte, daß das „Berliner Tageblatt" nun auch davon Kenntnis nimmt, daß dieser ganze Artikel in nichts zerfällt. Der „Vorwärts" schreibt:

Gründlicher ist die Heuchelei noch niemals entlarvt worden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Der Mann hat recht!)

Das ist doch ein „fabelhafter Hereinfall", den der „Vorwärts" erfahren hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Was wird er nun erklären, nachdem der Herr Reichswehrminister Noske die Angriffe, die er gestern auf uns gerichtet hat, zurückgenommen hat?

Nun ist mir von Herrn Dr. Pachnicke zugerufen (C) worden, wie es sich denn eigentlich mit der **Abbildung in der „Deutschen Tageszeitung"** verhalte. Ich weiß, daß Herr Dr. Pachnicke künstlerisches Verständnis besitzt, und ich möchte ihn einmal aufs Gewissen fragen, ob die Abbildung in der „Deutschen Tageszeitung", welche guten künstlerischen Humor zeigt, in irgendwelche Parallele gesetzt werden kann zu einem solchen Angriff, wie er hier auf uns gerichtet worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Pachnicke: Reichspräsident!)

— Alle Männer, die im öffentlichen Leben stehen, müssen es sich gefallen lassen, von der politischen Karikatur in Anspruch genommen zu werden; es handelt sich aber hier nicht einmal um eine Karikatur schlechten Stils.

Wenn Sie mich nun schon einmal darauf bringen, so möchte ich meinerseits auf den Tisch des Hauses niederlegen, was der „Ulk" in Nr. 39 des Blattes an Bildern von Kaiser und Kaiserin veröffentlicht in dem Stil, wie während des Krieges die Entente die Führer unseres Volkes in tierischer Form verzerrt dargestellt hat, und nun kommt folgender Vers:

Der Schüler hängt den Landesvater
— Im Klassenzimmer — an die Wand,
Und neben ihn auch den „Berater",
Der warm gedient dem Vaterland . . .

(Pfuirufe rechts.)

und wenn wir diesen „Berater" anschauen, dann ist es ein Bild von — Eulenburg!

(Erneute lebhafte Pfuirufe rechts.)

Vielleicht darf ich das andere Blatt auch noch hier auf den Tisch des Hauses legen. Die „Freie Welt", die illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, bringt in Heft 21 im ersten Jahrgang dieses Bild von Hindenburg und Foch mit der Unterschrift: „Massenmörder außer Dienst". (D)

(Abgeordneter v. Graefe: Pfui Teufel! — Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Reichswehrminister Noske vorhin durch einen Zwischenruf mir beziehungsweise dem Staatsminister Hergt den Vorwurf der Illoyalität gemacht. Es wird sich an anderem Platz die Möglichkeit ergeben, auf diesen Vorwurf zurückzukommen; er hat darauf verwiesen, diese Angabe des Herrn Staatsministers Hergt sei nicht richtig,

(Zuruf des Reichswehrministers Noske: Doch, sie ist richtig!)

wir hätten doch **anonyme Drucksachen oder Broschüren** verbreitet. Das ist nicht wahr.

(Zuruf des Reichswehrministers Noske: Bestellt haben Sie!)

— Wir haben keine bestellt. —

(Zuruf des Reichswehrministers Noske: Herr Staatsminister Hergt hat mir das zugegeben! — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich war selbst bei der Unterredung anwesend und halte meine Behauptung in vollem Umfang aufrecht. Sollte darauf Bezug genommen werden, daß hier diese Postkarte als „anonym" bezeichnet wird — das ist ja vorhin von Ihnen gesagt worden, Herr Reichswehrminister —, dann möchte ich auch diese Postkarte hier auf den Tisch niederlegen; es ist die bekannte Photographie von dem Bad des Herrn Reichspräsidenten und Herrn Noske, darüber hängt das Bild von Kaiser Wilhelm und darunter das von Hindenburg.

(Zuruf des Reichswehrministers Noske: Ist sie anonym oder nicht? — Davon war die Rede!)

— Entschuldigen Sie, Herr Reichsminister, ich habe ausdrücklich gesagt, daß es keine Broschüre oder Drucksache ist. Wir haben gar keinen Anlaß, irgendetwas zu ver-

(D. **Traub**, Abgeordneter.)

(A) heimlichen. Es liegt mir gar nichts daran, im Namen meiner Partei oder in meinem eigenen Namen irgendeine persönliche Streitigkeit mit dem Herrn Reichswehrminister Noske zu haben. Aber ich dachte, daß nach der Aussprache, die wir nicht gesucht haben, die Dinge im reinen sein sollten.

Wir sind von seiten der deutschnationalen Volkspartei aus jederzeit bereit, alle Bestrebungen, die auf Insubordination ausgehen, zu bekämpfen. Der Herr Reichswehrminister Noske weiß genau, daß er unsere Partei für Empfehlung der Insubordination niemals bekommen wird. Ich weiß, daß ich mich im Einverständnis mit ihm befinde, wenn ich nach seinen öffentlichen Erklärungen feststelle, daß er die **Reichswehr** ausdrücklich als **„Volksheer"** wünscht, daß er nicht eine „Noskegarde" daraus machen will, daß er in politischer Weise auf die Volkswehr keinen Einfluß ausüben will. Da wir aber wissen, was ja ganz selbstverständlich ist, daß der Herr Reichswehrminister Noske ein überzeugter Anhänger der Sozialdemokratie bleibt, möchten wir die Grenzlinie klar festlegen und sagen: die Reichswehr darf kein Exekutivbeamter für das Erfurter Programm werden. Das liegt in der ganz geraden Linie des klaren Ausdrucks, den die deutsche Nation in den Wahlen zur Nationalversammlung kundgegeben hat.

(Sehr richtig! rechts.)

In diesen Wahlen zur Nationalversammlung hat das deutsche Volk kundgegeben, daß es eine bürgerliche Mehrheit will. Keine sozialistische Mehrheit erschien.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb stehen wir hier auf dem Boden der Verfassung und sagen: die Reichswehr darf nicht als Exekutivbeamter für das Erfurter Programm auftreten.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir erheben nicht den Vorwurf, daß der Herr Reichs- (B) minister Noske das tun will, und haben den Vorwurf nicht erhoben. Ich will nur meinerseits und im Namen meiner Partei festlegen, daß wir mit dieser Forderung auf dem Boden der Verfassung und des nach dem freiesten Wahlrecht der Welt ausgesprochenen Volkswillens stehen.

Wenn wir an die Rede denken, die der Herr **Reichswehrminister vor der Sozialdemokratie Groß-Berlins** über die künftige Gestaltung der Reichswehr und des Offizierkorps gehalten hat, so haben wir jenen Abschnitt mit tiefer innerer Bewegung und Entrüstung gehört:

> Wir werden am 1. Januar 1920 ein bettelarmes **Offizierkorps** haben, das mit seiner Existenz an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist.

Wenn hier nur festgestellt werden sollte, daß, wie der Herr Reichswehrminister sagte, es „keine Beschimpfung ist, auf die Armut des Offiziers hinzuweisen", dann hätten wir nichts daran auszusetzen. Wir hätten nur gewünscht, daß man in früheren Zeiten, wenn man von der Armut des Offiziers und seiner Bedürfnislosigkeit so viel wußte, die Welt nicht hätte glauben machen, daß das deutsche Offizierkorps nur aus reichen Luxusmenschen bestehe.

(Sehr gut! rechts.)

Es ist weiter gesagt worden, daß in dieser Behauptung nichts anderes liegen sollte als die Tatsache, daß im Einverständnis mit den Offizieren selbst gerade die Anordnung getroffen wurde, nur die ärmeren Offiziere künftig in der Reichswehr zu behalten. Wenn diese Deutung richtig ist — und ich habe kein Recht, an dieser Deutung zu zweifeln —, dann ist dieser Satz gerechtfertigt. Aber dann hätte er vollständig anders ausgesprochen werden müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann hätte der Satz nicht das hervorrufen können, was er nach dem Bericht des „Vorwärts" getan hat, nämlich (C) „Bewegung". Worin lag denn diese „Bewegung"? Doch in der klaren Tatsache, daß die Sache offenbar so verstanden worden ist: am 1. Januar 1920 habt ihr ein bettelarmes Offizierkorps, und das ist deshalb auf die Festigkeit der Regierung angewiesen und darum vollständig in unserer Hand.

(Sehr richtig! rechts.)

Dieses Mißverständnis hätte von vornherein abgewehrt werden müssen, und wenn es nicht abgewehrt worden ist, dann haben wir, glaube ich, heute allen Anlaß, festzustellen, daß bei denen, die Kopf und Haut zu Markte tragen und die auf den Listen derer stehen, die bei einer etwaigen Umwälzung der Verhältnisse zuerst daran glauben sollten, nicht materielle Gesichtspunkte zuerst in Betracht kommen. Es gibt auch noch einen Ehrbegriff. Dieser Ehrbegriff des Offizierkorps wird auch von der materialistischen Geschichtsauffassung nicht zu Grabe getragen werden.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich betone in diesem Zusammenhang nochmal, daß es uns nicht darauf ankommt, Mißverständnisse zwischen uns und dem Herrn Reichswehrminister emporwachsen zu sehen. Die Art aber, in welcher der Angriff gestern gegen uns erfolgt ist, war so provozierend, daß er sich darüber klar sein mußte, daß wir diese Dinge nicht über uns ergehen lassen können.

(Sehr wahr! rechts.)

Deshalb haben wir uns gefreut, daß er heute die Richtigstellung gegeben hat, und wir möchten nur wünschen und hoffen, daß die Presse den Schaden, den sie mit der Besprechung dieser Rede uns hat zuteil werden lassen, repariert.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte über das **Baltikum** sprechen! Das steht im Zusammenhang mit den Ausführungen, die auch der Herr Reichswehrminister Noske gemacht hat. Wir stehen selbstverständlich auf dem (D) Standpunkt, daß Insubordinationen nicht geduldet werden können. Wenn aber vorhin auf dieser Tribüne von Regierungsseite gesagt worden ist, daß es doch „merkwürdige Hüter der Zivilisation" seien, die jetzt den Anspruch darauf erheben, daß das deutsche Volk unter Umständen um ihrer willen große künftige Entbehrungen auf sich nehmen soll, und wenn dieser Ausdruck „Hüter der Zivilisation" in recht höhnischer Weise gefallen ist, dann appelliere ich an die Leute, die wissen, was in Riga damals geschehen ist

(sehr richtig! rechts)

und wie die Einwohner Rigas heute noch Dank empfinden für die Hilfe der baltischen Truppen.

(Beifall rechts.)

In etwa hat sich die Regierung in diese Lage selbst hineingebracht, die jetzt sehr schwer und verhängnisvoll ist. Hätte sie früher energisch hinter ihren Leuten gestanden, dann habe ich die Erwartung, daß die Entente den Bogen nicht so überspannt hätte. Was wollten die Truppen dort eigentlich? Sie wollten doch nicht als Truppen dort oben bleiben, sondern als Bauern und Bürger auf Grund ihres Bürgerrechts in diesem Land leben.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn vorhin von Regierungsseite gesagt worden ist, dort werde nun gewissermaßen der letzte Stumpf des „Militarismus" ausgerottet, so trifft das ja gar nicht zu. Die Leute wollen ja gar nicht „Militaristen" sein, sondern sie wollen als ehrliche Bürger und als Bauern dort oben ein Stück Land haben und es bebauen in Frieden und Eintracht.

(Beifall rechts.)

Ich kann es dem Herrn Reichswehrminister Noske nachfühlen, was er damals empfunden hat, als von seiten

(D. **Traub**, Abgeordneter.)

(A) der „Deutschen Zeitung“ das Wort „Verrat“ fiel. Aber bei dem Temperament, das gerade dem Herrn Reichswehrminister zu eigen ist, wird er sich doch einmal in die Lage der baltischen Truppen hineinversetzen können. Wäre er bei den baltischen Truppen gestanden, ich glaube, er wäre vielleicht in ähnlicher Weise vorgegangen und hätte sich in ähnlicher Weise ausgedrückt.

Jedenfalls darf ich in dem Zusammenhange eine Bitte aussprechen. Die „Deutsche Zeitung“ ist verboten worden, es sind andere Zeitungen verboten worden. Herr Reichswehrminister Noske, seien Sie so liebenswürdig und verbieten Sie ein für allemal ein Blatt, das ein Skandal, eine Schande für Berlin ist: die **„Freie Presse“**; ein Blatt, das die homosexuellen Bestrebungen auf die Straße hinausträgt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn das nicht in Ihrer Macht liegt, dann bitte ich, daß Sie diese Bitte an die Instanzen herantragen, die dazu berechtigt sind.

Nun ist hauptsächlich auf die Insubordination von **Major Bischoff** gescholten worden. Ich darf wohl darauf hinweisen, daß der Brief, den er geschrieben hat, in der amtlichen Presse nicht in vollem Wortlaut erschienen ist.

(Hört! hört! rechts.)

Es ist festgelegt, daß in diesem Brief des Kommandeurs der Eisernen Division, Bischoff, folgende Sätze ausgelassen sind:

> In unsern Ohren hören wir die Schreie vergewaltigter Frauen, hingeschlachteter Kinder; vor unsern Augen stehen die Bilder der bestialisch verstümmelten Leichen.
>
> (Hört! hört! rechts.)
>
> Wir haben es nie fassen können, daß angesichts solcher Greuel nicht durch die ganze Welt eine Flamme der Empörung schlug, daß nicht die (B) Verkünder der Religion und die Lehrer menschlicher Wissenschaften zu heiligem Zusammenschluß aufriefen gegen das Entsetzliche, das von hier aus die Völker der Welt bedroht. Irret Euch nicht, deutsche Brüder, wiegt Euch nicht in die Sicherheit, die Ihr alle eine Kultur zu verteidigen habt, daß die Hemmungslosigkeit des Bolschewismus nicht auch Euch zerfressen könnte. Laßt Euch nicht blenden, weil die wilde Katze, die in Euren eigenen Grenzen aufgewachsen ist, zurzeit die Augen geschlossen hat. Sie ist nicht tot, sie schläft nicht. Was übelwollende Menschen als unsere Gedanken in die Welt streuen, das weisen wir weit von uns. Glaubt Ihnen nicht, sie sind gekauft von Spartakus; sie sind gekauft von den bolschewistischen Treibern. Sie wollen uns vor den Augen der Welt mit Schmutz bewerfen, um selbst freie Hand zu bekommen.
>
> (Hört! hört! rechts.)

Wir sind es dem Herrn schuldig, daß wir das, was diese eiserne Truppe bewegt, dokumentarisch hier vor aller Öffentlichkeit festlegen.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn man sich in die außerordentlich schwierige Lage hineinversetzt, in die wir gekommen sind, dann ist der Ausweg schwer. Wir werden Insubordination als Insubordination schätzen und beurteilen. Aber auf der andern Seite muß gesagt werden: als Clemenceau das Wort von den „überflüssigen 20 Millionen Deutschen“ sprach, da ist uns ein Stich durch die Seele gegangen. Wir haben es empfunden als etwas von größter Schmach, daß ein Mann einer zivilisierten Nation einer andern entgegenzurufen wagt: 20 Millionen von Euch müssen verhungern. Aber wenn wir Deutschen kein Loch mehr haben, wo wir unseren Menschenstrom hinbringen können, dann wird das (C) leider Gottes zur Wahrheit werden. Gerade heute ist hier an dieser Stelle von Dr. Cohn gesagt worden: wir müssen der Bevölkerung einen Abstrom nach dem Osten zu offenhalten. Ja, was wollten denn eigentlich die **baltischen Truppen** weiter? Ich darf hier in diesem Augenblick nicht nur vor diesem erlauchten Hause reden, auch vor unseren bisherigen Gegnern möchten wir bekennen und sagen: das, was diese baltischen Truppen wollten, das war nichts anderes, als daß sie ihre Heimat entlasten wollten und daß sie dort draußen etwas von deutscher Sitte und Kraft dem neuen Staatswesen, dessen loyale Bürger sie sein wollten, bewähren, daß sie als tüchtige Bürger einer geordneten Kulturgemeinschaft sich erweisen wollten.

(Sehr richtig! rechts.)

Eben von dem Gesichtspunkt aus ist es falsch, wenn manchmal gesagt wird: wir Deutschen haben es zwar schlecht, aber die anderen, die Franzosen und die Engländer, haben es auch schlecht. Es kommt mir manchmal das Bild der Welt so vor, als würde sich das auch mit schwersten Sorgen ringende **Frankreich** nur mit desto größerer Gewalt an unseren Hals hängen, und zwei beinah Ertrinkende würden einander gegenseitig herunterziehen in den Strudel, und der, der die Freude daran hat, das ist — England! Nein, ich bin gar nicht froh, daß es Frankreich ebenso schlecht geht; ich wünschte, es ginge Frankreich besser. Wenn es den anderen schlecht geht, geht es uns noch viel, viel schlechter. Denn durch die Revolution sind wir nun einmal in dieses Elend gekommen.

(Erregte Zurufe links und in der Mitte.)

In dieser außerordentlichen Notlage aber müssen alle Kräfte zusammengeholt werden, wenn wir überhaupt noch Ordnung und Leben im deutschen Lande pflegen und erhalten wollen.

(D) (Erneute Zurufe links.)

In Braunschweig ist auch eine sogenannte „Diktatur der Mitte“ geschaffen worden; nachdem sie versagt hat, haben sie dort auf einmal unseren Kollegen Hampe geholt und mit ihm ein Ministerium gemacht. — Wir wollen nicht in Ihr **Ministerium** eintreten.

(Lachen und Zurufe links.)

Wenn die **Rede von Exzellenz Hergt** so mißdeutet worden ist, als ob sie hätte einen Fühler ausstrecken wollen, ob wir in das Ministerium berufen werden möchten

(Zurufe links)

— das ist natürlich alles Phantasie, aber die Rede ist doch da und da so gedeutet worden —, dann ist das grundfalsch. Wohl aber stehen wir vollständig auf seinem Standpunkt, daß es doch in dieser ergreifenden Notlage Deutschlands, die ich eben so schlimm ansehe wie Sie und die ich nicht aus parteitaktischen Gründen, sondern einfach um der Wahrheit willen schwarz in schwarz male

(Lachen und Zurufe links: Sie sind der richtige Wahrheitsprediger!)

— ach, meine Herren, man ist doch nicht nur Parteipolitiker, sondern nebenbei noch Mensch —,

(erneute Zurufe links)

daß wir um dieser deutschen Not willen allerdings wünschen möchten, es würde einmal eine Regierung kommen, die nicht nach Parteigesichtspunkten, sondern einfach von dem Willen getragen ist, wie Exzellenz Hergt das in seiner Programmrede gesagt hat, dem Land zu helfen, alle die Elemente, aber auch nur die Elemente in die Regierung hineinzubringen, die nur von diesem Willen beseelt sind.

(Bravo! rechts.)

Ich habe Ihnen in meinen „Eisernen Blättern“ von einem Herrn den Entwurf zu einem künftigen Arbeitspflichtgesetz zugehen lassen. Sie sehen daraus, daß wir

(D. Traub, Abgeordneter.)

(A) gar nicht nur, wie man so sagt, bloß „negativ" arbeiten, daß wir nicht einfach bloß drauflosopponieren. Wir bleiben **nationale Opposition**, daran ist nichts zu ändern. Wir bleiben Opposition, solange wie diese Regierung da ist. Aber wir bleiben es aus nationalen Gründen und nicht aus anationalen und nicht aus internationalen Gründen.

(Sehr wahr! rechts)

Was wir aber wünschten, das ist, daß zur Hemmung und zur Beschwörung der kommenden Not alle die Kreise sich zusammenschließen, die ohne jeden Parteigesichtspunkt einzig und allein zur Wiederherstellung der Ordnung sich dem Vaterland widmen. In diesem Sinn stehen wir vollständig hinter unserem deutsch-nationalen Führer und würden es begrüßen, wenn es noch möglich wäre, vom deutschen Volk das Äußerste abzuwenden.

(Bravo! rechts.)

Aber ich fürchte, daß die Hoffnung gering sein wird; denn es ist noch nie ein Volk so belogen und betrogen worden

(lebhafte Zurufe und große Unruhe bei den Sozialdemokraten)

wie das deutsche Volk durch die Revolution 1918.

(Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe und Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Der Herr Abgeordnete Traub hat von dem wünschenswerten **Verbot eines** üblen **Blattes** mit homosexuellen Anzeigen gesprochen. Das Blatt ist allerdings, wenigstens in seinem Inseratenteil, eine einzige Schweinerei. Meine Befugnisse auf Grund des Belagerungszustandes gestatten mir aber nicht, wie ich habe feststellen müssen, ein Verbot des Blattes herbei- (B) zuführen, was ich ausdrücklich bedaure.

Der Herr Abgeordnete Traub hat dann erklärt, seine Parteifreunde hätten eine Aussprache mit mir nicht gesucht. Ich möchte diese Darlegung nicht charakterisieren, ich stelle den Sachverhalt fest. Ein Herr, der den **Deutsch-Nationalen** politisch außerordentlich nahesteht, hat gestern mit Herren dieser Partei nach meiner Rede gesprochen. Nach den mir gemachten Mitteilungen ist bei dem Gespräch beiderseitig der Auffassung Ausdruck gegeben worden, es sei unerwünscht, den Konflikt weiter zu verschärfen, ob dem nicht durch eine Aussprache vorgebeugt werden könnte. Dazu habe ich mich bereit erklärt. Ich finde es nicht sehr angenehm und nicht sehr nett, daß der Herr Abgeordnete Traub jetzt den Eindruck zu erwecken sucht, als ob ich seinen Parteifreunden nachgelaufen wäre. Ich habe mich im übrigen durch Zwischenrufe geäußert. Ich will mich nach der Aussprache, die ich heute vormittag gehabt habe, aus Erwägungen heraus, die durchaus verständlich sind — ich möchte nicht die Truppe dauernd zu einem Zankapfel zwischen den Parteien werden lassen —, zur Sache weiter nicht äußern. Aber ich glaube, ich kann es dem Urteil des Hauses ruhig überlassen, welcher Unterschied zwischen einer anonymen Druckschrift und einer anonym gedruckten Postkarte besteht.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen.

Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Rede, die wir gestern von dem Herrn Reichskanzler gehört haben, konnte uns unmöglich neue programmatische Grundlagen bieten; das konnte ihre Absicht nicht sein. Die gegenwärtige Regierung als Nachfolgerin der Regierung des Ministerpräsidenten Scheidemann ist dieselbe, die unmittelbar nach den Wahlen zusammengetreten ist, um Friede und Ordnung in unserem (C) Volke zu schaffen und wieder geregelte Beziehungen zum Ausland herzustellen. Das Programm ist infolgedessen im großen und ganzen unverändert, und daran liegt es wohl auch, daß programmatische Konsequenzen an den Eintritt meiner Fraktion in die neue Regierung nicht geknüpft werden konnten. Die Stellung der **deutsch-demokratischen Fraktion** war bezüglich des **Eintritts** der Partei **in die Regierung** an sich gewiß keine leichte. Niemand im hohen Hause wird behaupten wollen, daß es gegenwärtig eine besondere Annehmlichkeit sei, eine regierende Partei zu sein und damit sehr leicht den Angriffen ausgesetzt zu sein. Für uns aber — das möchte ich hier doch betonen — war der Entschluß, in die Regierung einzutreten, eine nationale Notwendigkeit.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sagten uns, daß die Deutsche Demokratische Partei, wie die Dinge in unserem Vaterlande liegen, nicht weiter beiseite stehen könne, sondern daß sie aktiv an der Regierung beteiligt und bereit sein müsse, auch die Verantwortung für die Regierung von nun an wieder mitzutragen. Denn, meine Damen und Herren, Politik kann man überhaupt nicht von heute auf morgen machen, und in Zeiten wie den jetzigen ist das noch viel weniger möglich. Da muß man sich nach der historischen Entwicklung richten, wie die Dinge in der Vergangenheit gegangen sind, und daraus versuchen, die Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Die historische Entwicklung der **Revolution** ist aber nicht ganz so, wie sie der Herr Kollege Traub soeben vorgetragen hat. Es ist ja nicht zutreffend, daß die großen Schwierigkeiten und das Leid und das Elend, das wir gegenwärtig in unserem Volke haben, die Folgen der Revolution sind, sondern die Dinge liegen, wie wir alle wissen, die wir auf einem etwas objektiveren Standpunkt stehen, so, daß die Revolution ihrerseits eine Frucht der Niederlage in diesem Kriege gewesen ist (D)

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten)

und daß die Niederlage in diesem Kriege wiederum darauf zurückzuführen ist, daß wir in diesem Kriege in die Irre und falsch geführt worden sind,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts)

daß alle Möglichkeiten, rechtzeitig diesen Krieg zu beendigen, nicht ergriffen worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Kollege Traub, der so sehr sein reines Gewissen gelobt hat, wird ja selbst am besten wissen, wo diejenigen gewesen sind, die am meisten während des Krieges für eine Fortsetzung des Krieges gehetzt haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Es ist auch falsch, wenn der Herr Kollege Traub gesagt hat, daß die Revolution daraus hervorgegangen sei, daß man die **militärische Gewalt unter die Zivilgewalt gestellt** habe. Wenn das richtig wäre, müßten andere Länder, siegreiche Länder, schon lange eine Revolution gehabt haben;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

denn in diesen Ländern war das immer so Brauch, daß in den großen Fragen die militärische Gewalt der politischen zu weichen hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wie sich die Dinge historisch aus der Revolution heraus entwickelt haben, so besteht für unser Vaterland gar keine Möglichkeit, anders aus den Zuständen, in denen wir uns jetzt noch befinden, wieder herauszukommen, anders zu geordneten und in absehbarer Zeit guten Verhältnissen mindestens zu Teilen des Auslandes zu gelangen, als wenn wir in Deutsch-

(Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter.)

(A) land eine in jeder Beziehung einwandfreie demokratische Regierung haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist die Voraussetzung für alles Gute, das hoffentlich in absehbarer Zeit doch einmal wieder unserem Vaterlande beschert sein möge.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die historische Stunde der **Demokratie Deutschlands** hat jetzt geschlagen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir hier die Verantwortung mit irgend jemand anders teilen können, und da meine ich nicht etwa nur meine eigene Partei allein, sondern ich meine die demokratisch Gesinnten in unserem gesamten Volke, mögen sie der sozialistischen Partei angehören, mögen sie zur Partei des Zentrums gehören, das bleibt sich bei dieser grundlegenden Frage gleich. Allein die gesamte Demokratie kann unser Vaterland retten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Schon deswegen sind die Ideen und Gedankengänge, wie sie von den rechten Parteien hier ausgesprochen worden sind, falsch. Wäre theoretisch die Möglichkeit gegeben, daß bei einer Wahl oder durch eine andere Gelegenheit eine Mehrheit unseres Volks sich den Anschauungen der rechtsstehenden Parteien zuwenden würde, so würde das, wie die Verhältnisse liegen, tatsächlich den Ruin unseres Vaterlandes bedeuten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Lebhafter Widerspruch rechts.)

Allein die Demokratie kann die staatliche Ordnung bei uns, ohne daß wir zu einer Diktatur greifen müssen, wiederherstellen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Allein die Demokratie kann das Maß von Vertrauen erwerben, das wir brauchen, um zu friedlichen und später besseren Beziehungen zum Ausland zu gelangen.

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe rechts.)

Es ist sehr richtig bereits ausgeführt worden, daß der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik überaus eng ist. Und es ist einer der größten Fehler in früherer Zeit gewesen, daß man sich bei uns in Deutschland hierüber niemals in voller Klarheit bewegt hat, daß man geglaubt hat, eine andere Art von innerer und eine andere von äußerer Politik führen zu können. Jetzt werden wir uns darüber klar sein, daß allein ein demokratisch regiertes Deutschland sowohl innerpolitisch wie außenpolitisch irgendwelche Erfolge zu erzielen vermag, und das wiederum regelt für uns aufs deutlichste unser **Verhältnis zu den Parteien der Opposition.** Das deutsche Volk hat sich in Weimar seine Verfassung gegeben, eine Verfassung, von der es gar keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Mehrheit, und nicht nur die Mehrheit der Parteien, die sie gebilligt haben, sondern die Mehrheit des deutschen Volkes als solchen hinter ihr steht.

(Zuruf rechts.)

— Das werden Sie ja nicht bestreiten wollen, Herr Kollege Mumm, daß die Mehrheit des deutschen Volkes dahintersteht! — Diese Verfassung ist die Grundlage für unser ganzes weiteres Arbeiten, und es besteht gar keine praktische Möglichkeit, selbst wenn man es theoretisch wollte, mit Parteien zusammenzuarbeiten, welche diese Grundlage von vornherein negieren.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deswegen müssen wir uns klar darüber sein, daß wir mit prinzipiellen Gegnern der von uns jetzt geschaffenen Verfassung nicht regieren können. Eventuelle Ideen, Wünsche oder Nichtwünsche, wie sie Herr Traub hier skizziert hat, dieser Parteien, an der Regierung beteiligt zu werden, scheiden für uns vollständig aus;

(**Rufe rechts: Für uns auch!**)

(C) sie sind undiskutabel, weil sie das Werk, das zu vollbringen wir unternommen haben, nur im höchsten Maße gefährden würden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Mein Fraktionskollege Abgeordneter Petersen hat ja den ihm naheliegenden Vergleich gebraucht, daß unser Staat einem Schiff im Sturme gleicht, auf allen Seiten von Klippen umdroht. Wenn man ein solches Schiff in den sicheren Hafen bringen will, dann tut man gut, es nicht mit einer übermäßigen Last und nicht schief zu beladen. Wir würden aber schief geladen sein und scheitern müssen an der nächsten Klippe, wenn wir auf den Gedanken kommen wollten, Persönlichkeiten und politische Parteien an der Regierung zu beteiligen, welche die Grundlage unseres jetzigen Staatswesens, die jetzige Verfassung, die wir uns gegeben haben, bekämpfen. Das sind aber diejenigen, die sich jetzt grundsätzlich als parteipolitischem Programm weiterhin zur Monarchie bekennen.

Diese Herren von rechts haben in der Beziehung ja zum Teil sehr merkwürdige und recht schnelle Wandlungen durchgemacht. Wer diese innerpolitischen Kämpfe seit langem verfolgt hat und wer von sich aus, wie ich es von mir sagen darf, seit vielen Jahren auch in der Öffentlichkeit für ein **parlamentarisches Regierungssystem** eingetreten ist, der muß eigentlich jetzt eine innere Freude haben, wie bis zur äußersten Rechten alles für das parlamentarische Regierungssystem, allerdings unter einem Kaiser oder König, schwärmt. Früher war das ganz anders. Man wird den Herren zugestehen müssen, daß sie in dieser Beziehung jetzt einiges zugelernt haben.

(Zurufe rechts. — Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber auch die **parlamentarische Monarchie,** die von diesen Parteien vertreten wird, bringt sie ganz naturgemäß in die schärfste Opposition gegen uns und gegen die Regierung, an der wir uns beteiligt haben. (D)

Wenn Herr Traub hier als Grund für diese Opposition mit angeführt hat, daß die **Autorität der Regierung** ihnen nicht genügend stark sei, dann muß ich allerdings sagen, daß die Art des Kampfes, die von der Deutschnationalen Volkspartei beliebt wird, mit Veröffentlichungen, wie wir sie gesehen haben, mit solchen hübschen Postkarten und dergleichen, ganz sicherlich nicht geeignet ist, die Autorität der Regierung zu stärken.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden aber darüber hinwegkommen, wir werden uns davon nicht anfechten lassen.

Meine Damen und Herren! Daß sich auch die **Deutsche Volkspartei** restlos und mit einer gewissen Verve, wie ich anerkennen muß, auf den Standpunkt einer **royalistischen Partei** gestellt hat, ist in gewisser Beziehung erstaunlich.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Widerspruch rechts.)

— Doch, es ist erstaunlich! — Denn wenn man zurückdenkt an die Zeit, wo es sich darum handelte, daß die Deutsche Demokratische Partei ins Leben gerufen werden sollte, wenn wir uns erinnern an die ersten Zeiten nach dem Beginn der Revolution, so sage ich, es ist immerhin doch etwas auffällig, daß die Deutsche Volkspartei, die sich ja aus den Resten der früheren nationalliberalen Partei zusammensetzt, jetzt auf einmal eigentlich das non plus ultra von Royalismus darstellt. Der Herr Kollege Friedberg hat bereits im Abgeordnetenhause vor einigen Tagen in einer Diskussion mit Ihrem Herrn Parteigenossen, dem Abgeordneten v. Richter, darauf hingewiesen, daß er sich sehr genau erinnerte, daß seinerzeit Persönlichkeiten, die noch jetzt an maßgebender Stelle in der Deutschen Volkspartei stehen, sehr wohl bereit waren, ähnlich wie es viele von uns getan haben, sich aus Ver-

(Freiherr v. Richthofen, Abgeordneter.)

(A) nunftsgründen und aus Gründen der Beugung vor den tatsächlichen Ereignissen auf den Boden der Republik zu stellen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Das hat sich, wie wir aus diesen Reden gesehen haben, inzwischen ganz außerordentlich geändert, und das hat es mit sich gebracht, daß die Deutsche Volkspartei sich dazu entschlossen hat, der Verfassung selbst nicht zuzustimmen.

Man kann das in gewisser Beziehung bedauern, weil damit diese Partei in eine Opposition hineingedrückt worden ist, die sonst in dem Maße vielleicht nicht möglich gewesen wäre. Und das hat wahrscheinlich auch, wie ich gerade vorhin gesehen habe, den Herrn Kollegen Traub ermutigt, daß er vor einigen Tagen auf einem Parteitag der Deutschnationalen Partei in der Provinz Schleswig-Holstein — ich weiß nicht, in welchem Orte es war — einen sehr lebhaften Appell an die Deutsche Volkspartei richtete, sich ihrerseits so schnell wie möglich mit der Deutschnationalen Volkspartei zu verbinden. Der Herr Kollege Traub, der ja in bezug auf die Änderung von Parteien eine Art Autorität ist,

(große Heiterkeit links — Zurufe rechts)

hat hier sehr beredte Worte gefunden, und wir müssen nun abwarten, wie die Deutsche Volkspartei darauf reagiert.

Der Herr Abgeordnete Stresemann hat beklagt, und wir beklagen es alle mit ihm, daß das deutsche **Bürgertum** in den früheren Zeiten nicht den Willen zur Macht gefunden hat. Hätte es diesen Willen gefunden, dann wäre vielleicht manches in unserem Vaterlande anders geworden. Aber das müssen Sie uns nun doch lassen, die wir mit äußerster Aktivität in der Regierung und auch parteipolitisch mitarbeiten. Wir haben diesen Willen zur Macht gefunden,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

(B) und ich kann nicht gerade sagen, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei, die das unerfüllbare Ziel der Wiederherstellung einer Monarchie aufstellt, geeignet sei, die Macht des Bürgertums im deutschen Vaterlande zu stärken.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Die ganze Frage der **Wiederherstellung einer Monarchie** ist eine etwas komplizierte. Die rechtsstehenden Parteien haben sich jetzt ausdrücklich darauf festgelegt, und es ist kein Zufall, daß jetzt auf einmal alle diese Erklärungen kommen, die Rede des Herrn Hergt in Breslau und andere Reden mehr. Diese ganze Politik läßt der Phantasie des Lesers dieser Reden oder desjenigen, der sie anhört, einen außerordentlich weiten Spielraum. Und in dieser Beziehung unterscheiden sich unsere monarchistischen Parteien sehr deutlich von denen anderer Länder. Sie haben einen großen Fehler, nämlich den, daß sie keinen Prätendenten haben; wenigstens ist mir darüber nichts bekannt geworden. Wir haben in Frankreich zwei monarchistische Parteien, das eine ist die bourbonische, die orleanistische, die den Herzog von Orleans zum Prätendenten hat, die andere die napoleonische. Wir haben auch in Portugal eine monarchistische Partei, die den König von Portugal auf den Thron erheben will. Aber die rechtsstehenden Parteien bei uns verraten uns absolut nicht, wen sie eigentlich erküren wollen

(sehr richtig! links)

für den Fall, daß es ihnen in absehbarer Zeit gelingen sollte, die Mehrheit für sich zu gewinnen, oder daß sie sonstwie in diese Lage versetzt würden.

(Sehr richtig! links.)

Vielleicht wollen sie den bisherigen Kaiser haben, vielleicht seinen Sohn oder den Enkel unter Vormundschaft. Vielleicht gehen die Aspirationen weiter; es ist vielleicht ein

(C) hervorragender Politiker, von dem wir noch nicht wissen, welcher Schimmer über seinem Haupte schwebt.

(Heiterkeit links.)

Alles das sind Dinge — —

(Zuruf rechts: Das sind Kindereien!)

— Nein, das sind keine Kindereien, das ist sehr ernst zu nehmen. Wenn die Wahl kommt, werden Sie sagen müssen, wen Sie eigentlich haben wollen. Sie werden dem Volke sagen müssen: wir wollen die Wiederherstellung der Monarchie, und zu einer Monarchie gehört bekanntlich ein Monarch,

(sehr richtig! links)

und Sie werden uns sagen müssen, wen Sie dazu nehmen wollen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann hat in seinen Ausführungen sich bitter darüber beklagt, daß Beamte ernannt würden, die man als Sachverständige nicht ansprechen könne, und daß der Grund hierfür darin zu suchen sei, daß eine parteipolitische Absicht vorläge, Parteifreunde in die betreffenden Stellen hineinzubringen. Er hat ausgesprochen, daß wir das **amerikanische Regierungssystem** einführen wollen. Nun, dieses amerikanische Regierungssystem erscheint jedem, der es sich näher ansieht, an sich nicht schlecht. Gewiß ist es falsch, wenn an wichtige Stellen nicht sachverständige Personen gestellt werden; aber ich benutze die Gelegenheit, um hier namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir etwas derartiges nicht billigen, sondern daß es unser fester Wille ist und daß wir das starke Vertrauen zur jetzigen Regierung haben, daß nur solche Persönlichkeiten in die maßgebenden Stellen berufen werden, welche tatsächlich auch das nötige Maß von Sachkenntnis zur Verwaltung dieser Stellen besitzen. Aber auf der anderen Seite kommt man daran nicht vorbei, daß es vollständig ausgeschlossen ist, zu **politischen Beamten** Persönlichkeiten zu machen, welche (D) Träger einer Politik sind, welche sich in diametralem Gegensatz zu der befindet, welche die Regierung zu vertreten verpflichtet ist.

(Sehr richtig! links.)

Persönlichkeiten, welche die Grundlage des Staates, die Verfassung bekämpfen, können in politische Ämter unter keinen Umständen berufen werden, und ich wünsche, daß in dieser Beziehung möglichst klar und deutlich verfahren werde.

Ich habe mit Befriedigung die feierliche Abschiedserklärung gelesen, welche der Regierungspräsident von Potsdam veröffentlicht hat, in der er von seinen getreuen Bürgern in Potsdam — die ihn augenscheinlich nicht haben wollten — Abschied nimmt und sagt, daß er unter diesen Verhältnissen die Geschäfte auf die Dauer nicht führen könnte, ohne seiner politischen Überzeugung zuwiderzuhandeln. Das ist ein klarer Standpunkt, und man kann nur wünschen, daß diese Bekanntmachung des Regierungspräsidenten Massenbach, die eine freiwillige gewesen ist, Allgemeingut der politischen Beamten werde.

Aber auch in anderen Stellungen hat die Regierung die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Staat, wie wir ihn jetzt haben, das neue Deutschland, entsprechend vertreten wird. Da ist es in hohem Maße bedenklich, wenn wir in allzu großem Umfange in unserem Lande Erzieher der Jugend — ich sage das nur beispielsweise — haben, welche es für das richtigste halten, um die Jugend in das neue demokratische Deutschland einzuführen, sie zu ihrer Vorbereitung mit nationalistischen Vorträgen und nationalistischen Liedern zu füttern.

Meine Damen und Herren, dieser Trennungsstrich, den ich, glaube ich, deutlich gezogen habe, trennt uns selbstverständlich auch von der **Partei der Unabhängigen.** Die Unabhängigen leugnen das demokratische Prinzip als solches. Ihr Eintreten für eine Räteregierung, wenn

(Freiherr **v. Richthofen**, Abgeordneter.)

(A) auch nur als Vorbereitung, scheidet sie von uns absolut. Ebensowenig wie eine Regierung, in welcher die Rechte mit vertreten wäre, wäre eine Regierung, in der die Unabhängigen vertreten wären, geeignet, ein wahres demokratisches Deutschland in Erscheinung treten zu lassen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

Ordnung und Frieden in unserem Vaterlande aufrechtzuerhalten oder gar zu verständigen und nützlichen Verbindungen mit anderen Staaten zu führen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Kollege Scheidemann hatte hier davon gesprochen, daß eigentlich seine Sehnsucht danach ginge, dermaleinst eine **Regierung der sozialistischen Parteien** allein, in Verbindung mit den Herren von der Unabhängigen Partei zu bilden. Ich könnte es mir eigentlich schenken, darüber noch weiter zu sprechen, denn der Korb, den der Herr Abgeordnete Cohn ihm gegeben hat, ist so deutlich gewesen, daß ich annehmen möchte, der Herr Abgeordnete Scheidemann ist selbst schon etwas skeptisch in bezug auf diese seine Betrachtung geworden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Im übrigen hat er damit grundsätzlich nichts Neues gesagt; denn die Grundanschauung teilen mit seiner Partei alle übrigen Parteien. Das wäre ja keine richtige politische Partei, die nicht ihre eigene Überzeugung für die beste hielte, die nicht den Wunsch haben sollte, wenn es einmal möglich wäre, allein zu regieren.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das können auch wir den Herren von der Sozialdemokratie ruhig sagen, bei all dem schuldigen Respekt, den wir vor den Herren, die sie im Ministerium vertreten, haben: am liebsten würden wir ganz allein die Geschäfte der Regierung führen, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes hinter uns wäre.

(B) (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich zweifle allerdings, ob diese Sehnsucht nach dem „Endlich allein", die hier ausgesprochen worden ist, in absehbarer Zeit irgendeine Aussicht auf Erfolg haben wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Von den Herren Vertretern der rechtsstehenden Parteien ist hier, namentlich gestern, ausgeführt worden, daß sie eine Opposition quand même nicht betreiben wollen. Es ist davon gesprochen worden, daß in der Frage der **auswärtigen Politik** eine Opposition gewissen Bedenken zweifellos begegne. Eigentlich sollte man annehmen, daß danach auch tatsächlich gehandelt würde. Denn das Ziel einer deutschen auswärtigen Politik ist an sich klar und gegeben, es muß darin beruhen, in der Art und Weise, die für uns nach dem Ausgang dieses Krieges allein möglich ist, im Einvernehmen mit den anderen Mächten eine **Revision des Friedensvertrages** in kürzester Zeit zu erreichen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

dieses Friedensvertrages, den die Mehrheit der Nationalversammlung unterschrieben hat, weil sie in der Unterschrift das geringere Übel erblickte, dieses Vertrages, von dem aber niemand in der Nationalversammlung bisher geleugnet hat, daß er tatsächlich für unser Volk und für unseren Staat praktisch unerfüllbar ist,

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

dieses Friedensvertrages, der uns national derartige Auflagen macht, daß er für ein Volk von stolzem Nationalgefühl, das wir waren und das wir unbedingt wieder werden wollen, auf die Dauer zweifellos unerträglich ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir diesem Ziel außenpolitisch zustreben wollen, so werden wir das nur vermögen, wenn es uns gelingt, im Ausland eine andere (C) Atmosphäre für unser deutsches Volk zu schaffen,

(sehr richtig! rechts)

im Ausland ganz andere Anschauungen über die Absichten Deutschlands und der deutschen Regierung zu verbreiten, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir sind abhängig vom Ausland. Das ist an sich zweifellos keine Schande. Abhängig vom Ausland sind im großen und ganzen alle Staaten der Welt, und vielleicht nur einer oder zwei sind in der glücklichen Lage, in wirtschschaftlicher und sonstiger Beziehung so stark zu sein, daß sie von sich behaupten können, sie könnten in der bekannten splendid isolation staatlich leben. Wir aber sind abhängig vom übrigen Ausland, und diese Abhängigkeit vom übrigen Ausland ist es gewesen, welche uns diesen Krieg in erster Linie hat verlieren lassen. Wir müssen daher, wenn wir als Staat und als Volk weiter bestehen wollen, den Anschluß an das Ausland unbedingt erreichen. Darum haben wir ein so dringendes rein politisches Interesse, daß das falsche Bild, das in weiten Kreisen des Auslandes über das deutsche Volk besteht, einer Revision in möglichst kurzer Zeit unterzogen wird. Wenn uns die Parteien der Opposition in diesem Bestreben helfen wollen, so wird uns das sehr willkommen sein; ich muß aber offen sagen, daß das nicht stets geschieht und daß die Darstellungen, wie sie auch heute wieder von unabhängiger Seite über die Absichten unserer Regierung gegeben worden sind, nicht dazu angetan sein können, das Vertrauen zu unserer Regierung im Ausland zu stärken. Dieses Vertrauen muß aber gestärkt werden. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß das Auftreten und die Art und Weise der Politik der rechtsstehenden Oppositionsparteien im Auslande jedenfalls nicht verstanden wird.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Kollege Traub hat ganz recht: Siege haben unsere **Heerführer** erfochten. Den Sieg aber haben (D) sie nicht erringen können. Infolgedessen vermag das Ausland gar nicht zu verstehen, daß dieselben Männer, durch deren Leitung Deutschland ganz sicherlich der Katastrophe entgegengeführt worden ist, heutzutage — ich möchte sagen — noch eine so große Rolle bei uns spielen, daß dieselben Männer in Reden, in **Veröffentlichungen**, in immer neuen Büchern in der ganzen Welt von sich reden machen. Diese Persönlichkeiten sollten sich sagen, daß sie damit dem deutschen Volk und seinen wahren Interessen keinen Dienst erweisen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

weil sie damit dem Ziel, das wir außerpolitisch vor allem erreichen müssen, ein anderes Bild Deutschlands zu schaffen, geradezu entgegenarbeiten.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Dieses Mißtrauen ist es ja auch gewesen, welches die Entente veranlaßt hat, in der **kurländischen Frage** eine so außerordentlich scharfe und bedrohliche Note an uns zu richten, eine Note, die wir alle Veranlassung haben mit dem äußersten Ernst zu betrachten. Die Politik, die wir während des Krieges in Kurland betrieben haben, ist eine glückliche wohl niemals gewesen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie ist und war inspiriert von dem kleinen Bruchteil der Einwohnerschaft der Ostseeprovinzen, der deutsches Blut in den Adern hat, und sie ist eigentlich — und das ist das Tragische daran — in einer Weise geführt worden, die gerade diesen Bewohnern deutschen Ursprungs zum größten Schaden gereicht hat.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Damals, als diese Deutsch-Russen, wie man sie früher nannte, in großer Zahl hierher kamen — zum Teil sind es überzeugte Deutschenfreunde und Deutsche gewesen, zum Teil aber auch Persönlichkeiten, von denen ich mich aus

(Freiherr **v. Richthofen**, Abgeordneter.)

(A) meiner früheren Tätigkeit im Auslande ganz wohl erinnern kann, daß sie, in russischen Diensten stehend, sehr stark erussische Politik geführt haben, — ich sage: als diese Persönlichkeiten damals hier waren und diese Politik veranlaßt haben, deren Exponent, um einen Namen zu nennen, unser früherer Kollege v. Goßler gewesen ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

da hat sich diese Politik in den Ostseeprovinzen ausschließlich gegen die dortige lettische und estnische Bevölkerung gerichtet.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und dieselben Männer, die heute von diesen Bevölkerungen an ihre Spitze gestellt worden sind, die die Ministerien bilden, sind im großen und ganzen Persönlichkeiten, die zur Zeit der deutschen Regierung leider Gottes in den Gefängnissen gesessen haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß das natürlich von vornherein dazu beitragen mußte und dazu beigetragen hat, die Lage in Kurland für uns außerordentlich schwer zu machen, liegt vollständig auf der Hand. Das gleiche trifft auch zu für Litauen.

Nun stehen wir vor der Lage, daß wir in diesen Gebieten nicht unbeträchtliche deutsche Truppenmassen stehen haben, welche einen energischen Kampf gegen diese sehr radikalen Regierungen der Letten und Esten aufzunehmen gesonnen sind, die außerdem mit den Bolschewisten kämpfen — was vielleicht noch erträglich wäre —, die aber nicht etwa nur für Ruhe und Ordnung in den russischen Landen kämpfen, sondern dies sehr ausgesprochenermaßen in Verbindung mit russischen Truppen tun, welche die schärfsten Vertreter der Reaktion sind. Das macht die ganze Sache auch vom weiteren politischen Gesichtspunkt aus für uns so außerordentlich gefährlich, weil jede zukünftige Politik, die wir eventuell mit Rußland führen können, hiervon mit beeinflußt wird.

(B) Der Herr Kollege Dr. Cohn hat sich bitter darüber beklagt, daß wir mit dem **Sowjetrußland** noch nicht in unmittelbare und sozusagen amtliche Beziehungen gekommen sind. Herr Kollege Cohn wird sich erinnern, daß diese Frage schon akut war, als noch die Volksbeauftragten in Deutschland regierten, und daß der Herr Abgeordnete Haase, von dem ich hoffe, daß sich sein Zustand inzwischen gebessert hat, selbst mit derjenige gewesen ist, der diesen Entschluß zu einer Anknüpfung näherer Beziehungen zur Sowjetregierung nicht hat fassen können.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist längst widerlegt!)

— Ich glaube nicht! Nach meinen Informationen ist das doch wohl richtig.

Inzwischen haben wir noch den Friedensvertrag bekommen, der uns in dieser Beziehung ganz bestimmte Verpflichtungen auferlegt, sodaß eine Möglichkeit, mit dem Sowjetrußland in amtliche Beziehungen zu treten, eigentlich nicht besteht. Das kann uns natürlich nicht hindern, daß wir nun das größte Interesse daran haben, später, und zwar möglichst bald, zu guten Beziehungen mit dem zukünftigen russischen Staate zu gelangen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und da es doch sehr möglich ist, daß Rußland nicht auf die Dauer die Regierung der Herren Lenin und Trotzki haben wird, von denen ja zurzeit die merkwürdigsten Gerüchte umlaufen, sondern daß an Stelle dieser Herren nicht etwa wieder eine reaktionäre Monarchie treten wird, sondern vielleicht ein freiheitliches Regiment, ähnlich wie wir es bei uns in unserem Vaterlande haben,

(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

so muß es unserer auswärtigen Politik wenig wünschenswert sein, wenn alle Aussichten dadurch geschmälert werden, daß deutsche Truppen als Vorkämpfer (C) einer Reaktion in Rußland auftreten. Das alles sollten sich doch die Truppen, die dort sind, wenn sie politischen Verstand hätten, eigentlich sagen.

Nun muß man anerkennen, daß die Verhältnisse in Rußland außerordentlich verworren sind. Der Herr Minister des Auswärtigen hat selbst darüber gesprochen, wie schwierig es ist, dort zwischen den einzelnen Gruppen zu unterscheiden. Er hat betont, daß er mit keiner dieser Regierungen, die sich auftun, oder dieser Ministerien in irgendwelchen unmittelbaren Beziehungen stehe. Das wird aber unser Auswärtiges Amt nicht von der Pflicht entbinden, die Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen, und zwar nicht nur, soweit sie sich in den dortigen Gebieten selbst abspielt, sondern auch das, was sich hier bei uns abspielt; denn es scheinen sich doch hier eigentümliche Dinge, wie wir aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn gehört haben, ereignet zu haben, und ein auswärtiges Amt sollte stets recht auf dem Laufenden sein und dafür Sorge tragen, daß wir nicht in unangenehme Dinge hineinkommen, weil sie sich auf unserem Boden abgespielt haben, und die wir wahrhaftig nicht zu billigen in der Lage sind.

Der scharfe Ton, den die Entente gegen uns angeschlagen hat, ist, wenn man sich auf den rechtlichen Standpunkt stellt, eigentlich deswegen nicht begreiflich, weil es ja die Entente ursprünglich selbst gewesen ist, die unsere Truppen in diesen Gebieten festgehalten hat.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie werden sich erinnern, daß im Art. 12 des Waffenstillstandsvertrags zwar unsere Verpflichtung zur Räumung dieser Gebiete festgelegt war, daß die Entente aber später behauptete, wogegen wir remonstriert haben, daß sie den Zeitpunkt der Räumung festzusetzen habe. Dadurch ist die Entente mit daran schuld geworden, daß diese Truppen (D) so lange dort geblieben sind,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und es ist dadurch mit eine Erschwerung eingetreten, sie nun aus diesen Provinzen wieder herauszubekommen.

Ich sagte vorhin schon: diese ganze Entwicklung in den **Ostseeprovinzen** in Verbindung mit der **Note der Entente** können wir gar nicht ernst genug nehmen, und ich richte von dieser Stelle den stärksten Appell namentlich an den Herrn Reichswehrminister — einen Appell, der ja, weil er diese Ansicht durchaus teilt, an sich nicht notwendig ist —, daß er alle seine Kräfte einsetzt, um die Soldaten dort zur Vernunft zu bringen. Er hat einen großen Einfluß — das weiß er — auf alle diese Leute. Vielleicht ist er in der Lage, ihn persönlich auszuüben, um alles daranzusetzen, daß diese Soldaten in ihr Vaterland zurückkommen und ihrem Volke gegenüber die Pflicht erfüllen, die sie allein zu erfüllen haben, nämlich uns davor zu bewahren, daß wir in einen neuen Konflikt mit der Entente kommen, in dem wir ja tatsächlich die Wehrlosen sind.

Meine Damen und Herren! Die ganze Verbindung, die zwischen uns und der Entente besteht, ist ja außerordentlich mangelhaft. Darauf sind ja auch die vielen und großen Schwierigkeiten, denen wir immer wieder von neuem begegnen, mit zurückzuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Eine Erleichterung — das kann man ja jetzt ruhig sagen — würde eine **Ratifikation der Friedensverträge** gewiß bedeuten. Wir würden dann wenigstens vor klaren rechtlichen Verhältnissen stehen. Aber allein damit ist es natürlich nicht getan. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß nicht nur die rein politischen Bande wieder geknüpft werden, sondern daß namentlich die wirtschaftspolitischen Bande, bei denen es ja leicher möglich ist, wieder angezogen

(Freiherr v. Richthofen, Abgeordneter.)

(A) werden und daß wir mit den anderen Staaten wieder in engere wirtschaftliche Beziehungen kommen.

Gerade von diesem Gesichtspunkt aus beklage ich von meinem Standpunkt die zum Teil notwendige Andauer der **Zwangswirtschaft**.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir zu einem verständigen **Import- und Exportverkehr** mit dem bisher feindlichen Ausland kaum kommen werden, solange wir dermaßen unter dem Joch der Zwangswirtschaft stehen, wie das gegenwärtig der Fall ist.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Es sind vielleicht nicht so sehr die Bestimmungen, um die es sich hier handelt, sondern es ist die Art der Ausübung, die zu kritisieren ist. Wenn man auch zugeben muß, daß es außerordentlich schwer ist, beamtlich all das zu bewältigen, was vom Publikum, vom Importeur und Exporteur verlangt wird, so ist es doch ein wahrhaft unerträglicher Zustand, daß heutzutage eine ganz große Anzahl nicht nur für den einzelnen Kaufmann und die einzelne Industrie, sondern für die gesamte Volkswirtschaft unseres Vaterlandes nützliche Geschäfte deswegen nicht zur Perfektion kommen können, weil sie so lange in den Aktenschränken und auf den Schreibtischen der betreffenden Herren der zuständigen Erlaubnisstellen ruhen. Das sind Dinge, die wir, wenn irgend möglich, bessern müssen, die wir aber wahrscheinlich nur bessern können, wenn sich die Regierung dazu entschließt, in großzügigerer Weise als bisher ganze Gruppen von Artikeln, sei es zur Einfuhr, sei es zur Ausfuhr, prinzipiell freizugeben

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und die Anzahl derjenigen Waren, die unter weiterer Kontrolle bei der Ein- und Ausfuhr stehen, möglichst zu beschränken, und wenn sie weiterhin ganz bestimmte Grundsätze über die Einkäufe aufstellt, die Deutsche im Ausland

(B) vornehmen können, und sich darüber klar wird, unter welchen Kreditbedingungen, möchte ich sagen, letzten Endes jeder Einkauf perfektioniert werden kann. Dann werden wir eine gewisse wirtschaftliche Erleichterung verspüren, die für unsere politischen Beziehungen mit dem Auslande von der allergrößten Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren! Die Grundlage des Friedensvertrags sollte nach all dem, was uns von der Entente früher gesagt worden ist, auf dem **Selbstbestimmungsrecht der Völker** beruhen. Wir Deutschen sind davon durchdrungen, daß dieser Friedensvertrag dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und der Deutschen, die außerhalb unserer Grenzen wohnen, sicherlich nicht gerecht geworden ist. Wir werden infolgedessen nicht ruhen, dieses Selbstbestimmungsrecht zu verlangen. Auch wir trauern dem nach, daß **Deutsch-Österreich** nicht hat zum Deutschen Reiche kommen können, und wir erblicken darin eine flagrante Verletzung des Rechts der Selbstbestimmung der Nationen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen auch nicht ohne große Sorge dem entgegen, was sich bei den **Abstimmungen**, die gemäß dem Friedensvertrage vorgenommen werden müssen, etwa vollziehen könnte. Von diesem Gesichtspunkte aus begrüßen wir die Note, die die Reichsregierung gestern abgesandt hat, in der sie klarlegt, welche Vorgänge sich gegenwärtig in den zur Abstimmung kommenden Gebieten von **Eupen—Malmedy** abspielen und wie unter solchen Wehrverhältnissen ein wahres Selbstbestimmungsrecht unmöglich durch die Abstimmung zur Geltung kommen kann. Sehr recht hat unsere Regierung hier gehandelt, daß sie in dieser Note eine Leitung der Abstimmung durch eine vom Völkerbund zu bestimmende Kommission verlangt, und zwar eine Kommission, in der in diesem Falle weder die Belgier noch die Deutschen

(C) vertreten sind. Dieser Gedanke sollte, wenn irgend möglich, auch bei den andern Abstimmungsgebieten Platz greifen. Wir sind bereit, auf die Mitwirkung bei der Abstimmung unter der Voraussetzung zu verzichten, daß auch die andere mitinteressierte Nation ausscheidet, um auf diese Weise eine möglichste Unparteilichkeit zu wahren. Wenn auch der **Völkerbund** in der Form, in der er zustandegekommen ist, sehr anders aussieht, als wir es in Deutschland gewünscht hätten und als es für die friedliche Zukunft der Menschheit gut gewesen wäre, so wollen wir doch unsererseits die Mitarbeit als solche nicht verweigern, weil wir uns sagen, daß dieser Völkerbund eine Zusammenkunft der Vertreter der Staaten der Welt sein wird und daß nur durch eine gegenseitige Aussprache überhaupt die Möglichkeit einer späteren Verständigung vorliegt.

Herr Kollege Dr. Meerfeld hat auf die sehr bedenklichen Zustände hingewiesen, die im **Rheinlande** sind. Wir sind davon durchdrungen, daß unsere Regierung in Verbindung mit der preußischen Staatsregierung diesen Zuständen die größte Aufmerksamkeit widmen muß. Wir glauben aber doch, dessen sicher zu sein, daß die deutsche Bevölkerung dieser Länder das Deutschtum unter allen Umständen aufrecht erhalten wird, und wir haben bisher auch nur den Eindruck gewonnen, als ob das Auftreten der Machthaber der Entente in diesem Gebiete nicht gerade dazu beizutragen vermag, die Sympathien für die Entente in diesen Teilen deutschen Landes zu heben.

Es ist dann auch noch von dem **Wiederaufbauministerium** kurz gesprochen worden. Dieses Wiederaufbauministerium wird, wenn es an seine Arbeit geht, unzweifelhaft in gewisser Beziehung in das Tätigkeitsfeld hinübergreifen, das eigentlich dem Auswärtigen Ministerium reserviert sein müßte. Das große Maß der Geschäfte, die dem Auswärtigen Ministerium nun ein-

(D) mal obliegen, läßt das erklärlich und vielleicht nützlich erscheinen. Aber das ist zweifellos zutreffend — und dieser Erwartung geben wir mit Bestimmtheit Ausdruck —, daß diese beiden Ministerien in engstem Zusammenhang und in engster Eintracht miteinander arbeiten werden. Das ist auch aus dem Grunde von allergrößter Bedeutung, weil in dem Friedensvertrag, wie wir ihn haben unterschreiben müssen, eine dauernde Gefährdung für die Souveränität des Deutschen Reichs liegt und wir daher immer von neuem gerade der Entente gegenüber darauf hinweisen müssen, daß alle Angelegenheiten aus dem Friedensvertrag, alles, was wir infolge des Friedensvertrages mit den Regierungen der Entente zu verhandeln haben, für uns Akte der **auswärtigen Politik** sind, weil wir es unbedingt verhindern müssen, daß die Entente in Verbindung mit inneren Organen unserer Verwaltung auch in unsere innere Verwaltung als solche eingreift.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und glaube da leider sagen zu müssen, daß die außenpolitische Zukunft, die vor unserem Vaterlande liegt, gewiß keine lichte ist. Unsre Arbeit aber, innerpolitisch wie außerpolitisch, wenn sie von Erfolg gekrönt sein soll, erfordert unbedingt, nicht nur von der Regierung selbst, sondern auch von den Parteien, ein starkes nationales Empfinden. Nur dann ganz allein werden wir die großen Aufgaben, denen wir gegenüberstehen, bewältigen können. Aber auf der anderen Seite mit keinem Nationalismus, mit keinem Chauvinismus, der uns schlecht anstehen würde. Und in den Geschäften, die wir mit dem Ausland zu erledigen haben, werden wir gewiß so auftreten, wie es nun einmal für den Besiegten nicht anders möglich ist, aber auf der anderen Seite auch stets mit der Würde, wie sie gerade dem Besiegten geziemt.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

(Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter.)

(A) Und gleichzeitig, meine Damen und Herren, werden wir mit ruhiger Überlegung ans Werk gehen müssen, nicht durch alle möglichen Tiraden und Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen, uns beeinflussen lassen, sondern uns ganz klar das allein vor Augen halten und uns zum Ziele setzen, was die Politik, die die Kunst des Möglichen ist, als solche vorschreibt.

Wir haben die schwere Zeit bis zum Frühjahr jetzt vor uns, und der Herr Reichskanzler hat uns davon Mitteilung gemacht, daß es die Absicht der Regierung ist, nach diesem Frühjahr zu den **Neuwahlen** zu schreiten. Ich gestehe offen, daß meine politischen Freunde an sich, wenn es möglich gewesen wäre, einen früheren Termin für Wahlen durchaus gern gesehen hätten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber wir sind uns doch darüber vollständig klar, daß in Zeiten — wie in den jetzigen — Wahlen für unser Vaterland und für seine Interessen nicht günstig wären und daß außerdem die eigentliche Aufgabe der Nationalversammlung bis jetzt nicht gelöst ist. Denn die erschöpft sich nicht darin, daß wir nun die Verfassung allein gegeben haben, sondern wir müssen unserm Volke auch ein gewisses Gefühl der Sicherheit, eine Garantie geben, daß nun auf diesem neuen verfassungsmäßigen Boden das neue Deutschland auch tatsächlich zu arbeiten in der Lage sein wird und zu arbeiten gewillt sein wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir werden auch nicht allein uns damit begnügen, formell den Frieden abgeschlossen zu haben, wenn ihn die anderen Staaten, was ja bisher noch gar nicht der Fall ist, ratifiziert haben, sondern wir werden da einzusetzen haben, um aus dem Friedensschluß heraus zu regelmäßigen und allmählich besser werdenden Beziehungen zu den anderen Staaten des Auslandes zu gelangen. Die Herren von den rechtsstehenden Parteien, (B) die sich darüber beschweren, daß die Wahlen daher etwas weiter hinausgeschoben werden, haben von ihrem Standpunkt aus dazu eigentlich gar keine Veranlassung. Denn sie predigen uns ja unnterbrochen in ihren Zeitungen wie in ihren Reden, daß durch die fortdauernden Fehler der Regierung ausschließlich ihr Weizen weiter zum Blühen gebracht werde. Wenn also die Regierung nun die Gelegenheit bekommt, nach ihrer Ansicht immer weiter eine fehlerhafte Politik zu treiben, so können sie ja höchstens erwarten, daß bei den Wahlen ihr Weizen noch mehr zum Blühen gelangen würde. Also ich glaube, daß wir über diese Bedenken unbedingt hinweggehen können. Ich teile für meine Person — und ich glaube dies auch für meine Fraktion sagen zu können — den **Optimismus,** den der Herr Reichskanzler für die **Zukunft des deutschen Volkes** ausgesprochen hat. Wir müssen Optimisten sein, denn allein wenn wir jetzt Optimisten sind, vermögen wir tatsächlich zu arbeiten. Wir stehen tagtäglich am Rande des Abgrunds. Würden wir in Pessimismus verfallen, würden wir ganz in den Abgrund hinunterstürzen.

Und so geben wir auch der Überzeugung und Erwartung Ausdruck, daß, wenn dieser Winter vorübergegangen sein wird, wir zum deutschen Volk sagen können, daß wir ihm nicht nur den Frieden gebracht haben, sondern daß wir das deutsche Volk auch wieder in die Reihe der anderen Nationen der Welt eingeführt haben, daß wir das deutsche Volt wieder in engere Verbindung mit den anderen Völkern der Welt gebracht haben und daß dieses deutsche Volk nunmehr wieder in der Lage ist, die Rolle für die Menschheit zu übernehmen, auf die es als ein auf der höchsten Stufe der Zivilisation stehendes Volk ein unbedingtes und unveräußerliches Recht hat.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren, wir hoffen, dann auch dem deutschen Volke sagen zu können, daß es uns gelungen (C) ist, aus den Stürmen dieser Revolution herauszukommen, die wir nicht gemacht haben, deren Schuld auf ganz andere fällt, und wieder Ruhe, Ordnung und Gesittung in unser Volk gebracht zu haben, soweit es in dieser Frist menschenmöglich ist. Dann werden wir hintreten vor das souveräne deutsche Volk und in Ruhe sein Urteil erwarten.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, sich nunmehr zu vertagen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. David.

Dr. **David,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn hat in seiner Rede eine Bemerkung gemacht, aus der der Vorwurf herausgeleitet werden könnte, als ob ich oder meine Partei am **9. November** vorigen Jahres bei den **Verhandlungen mit den Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie** eine zweideutige Politik getrieben hätte. Er sagte, zu meinen politischen Freunden gewandt: „Vergessen denn die Herren vollständig, daß damals, entweder bevor die Herren Rechtssozialisten an uns herantraten oder gleichzeitig während sie bei uns Verhandlungen führten, Herr Abgeordneter Dr. David mit den Nationalliberalen verhandelt hat und zugleich mit den Sozialdemokraten, um zusammen die Regierung zu übernehmen?". Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Cohn damit etwa sagen wollte, daß ich oder meine Partei am 9. November mit doppelten Karten gespielt hätte, um entweder mit den bürgerlichen Parteien, speziell mit den Nationalliberalen, oder mit den Unabhängigen eine neue Regierung zu bilden, so wäre das eine völlige Entstellung der historischen Vorgänge. Am 9. November handelte es sich für uns vor allem darum, eine Verständigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie (D) herbeizuführen, eine Verständigung mit allen von uns links stehenden sozialistischen Elementen, um der Gefahr eines blutigen Bruderkampfes und eines siegreichen reaktionären Rückschlags vorzubeugen. Niemand von uns hatte die Absicht, an jenem Tage eine Regierungsbildung ohne die Unabhängige Partei zu machen. Das war der uns bewegende Gesichtspunkt, aus dem wir handelten. Ich selbst habe damals am 9. November ungefähr um 12 Uhr in Gemeinschaft mit dem jetzigen Herrn Reichspräsidenten Ebert mit Herrn Ledebour über eine solche Verständigung verhandelt. Gegenstand dieser Verhandlungen war aber auch die Frage des **Verbleibens oder** des **Hinzutritts bürgerlicher Politiker in eine Regierung.** Und, meine Herren, dahin hat man sich ja auch geeinigt. Es sind ja damals die Herren der verschiedensten nichtsozialdemokratischen Parteien, auch der Nationalliberalen, in der Regierung geblieben, von der Nationalliberalen Partei Herr Schiffer, der zum Staatssekretär des Reichsschatzamts avancierte, und Herr Krause, der das Reichsjustizamt führte. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen mit den Herren von der Unabhängigen Partei,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und sie waren damit einverstanden. Das sollte also heute jedenfalls keinen Gegenstand gegenseitiger Vorwürfe mehr abgeben.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich habe, wie das Stenogramm über meine heutigen Ausführungen ergibt, eine ganz einfache Tatsache behauptet, nämlich die, daß der Herr Abgeordnete Dr. David am 9. November 1918, entweder bevor die Herren Rechtssozialisten an uns herantraten oder gleichzeitig

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) während sie mit uns die Verhandlungen führten, mit den Nationalliberalen verhandelt haben, um mit ihnen die Regierung zu übernehmen. Das ist eine ganz einfache „harmlose" Tatsache,

(lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

— eine ganz einfache Tatsache. Der Herr Abgeordnete Dr. David hätte die Möglichkeit gehabt, klipp und klar zu sagen: ja oder nein. Er hat zwar eine große Anzahl Worte um diese Behauptung herumgelegt, aber dem Kernpunkt ist er ausgewichen. Ich habe den Vorzug, den Herrn Baron v. Richthofen vor mir zu sehen.

(Zuruf.)

— Den Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen.

(Heiterkeit.)

Er ist einer derjenigen gewesen, vielleicht der einzige, ich weiß es im Moment nicht genau, der mit Herrn Dr. David am **9. November** früh verhandelt hat; die **Verhandlungen mit dem** Herrn **Abgeordneten v. Richthofen** bewegten sich um nichts anderes als um die Frage des Eintritts von nationalliberalen Abgeordneten in die neu zu bildende Regierung. Das ist der Kernpunkt, um den der Herr Abgeordnete Dr. David herumgegangen ist. Damit ich es ihm aber erleichtern kann, den Weg zu diesem Kernpunkt zu finden, möchte ich noch folgendes feststellen.

Es ist richtig, der Herr Abgeordnete Dr. David hat nachher am 9. November gegen Mittag mit Ledebour und Dittmann, den früheren Mitgliedern des Reichstags, verhandelt, und bei dieser Gelegenheit hat der Herr Abgeordnete Dr. David zwar meines Wissens nichts von dem Eintritt der Nationalliberalen gesagt, aber davon etwas, daß man natürlich den damaligen Kaiser nicht an der Regierung lassen könne, auch der Kronprinz sei unmöglich, aber es möchte doch eine **Regentschaft für den Enkel des Kaisers** eingerichtet werden. Herr Dr. David war also noch gegen Mittag am 9. November bereit, vielleicht unmittelbar (B) bevor, vielleicht unmittelbar, nachdem sein Fraktionsvorsitzender Scheidemann die Republik ausgerufen hatte, mit den Nationalliberalen zusammen ein Ministerium zu bilden, womöglich der Regent und Reichsverweser für den Enkelsohn des Kaisers Wilhelm II. zu sein.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind die wichtigen Tatsachen, da mag Herr Dr. David sich erklären, das steht fest und wird durch keinen Bausch von Worten aus der Welt geredet werden.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen.

Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es scheint mir doch notwendig, nicht irgendwelche Geschichtsfälschungen aufkommen zu lassen.

(Sehr gut!)

Deswegen gestatten Sie mir, ein paar Worte zu der Angelegenheit zu sagen, nachdem mein Name genannt ist. Es ist zutreffend, wie es der Herr Kollege Dr. David ausgeführt hat, daß die Herren von der Sozialdemokratie an dem Vormittag des **9. November** sowohl mit einem Herrn — d. h. mit mir — der damaligen nationalliberalen Partei über den Eintritt in eine **zu bildende Regierung** verhandelt haben wie auch mit den Herren von den Unabhängigen. Soweit es sich um die Unterhaltung mit mir, die etwa gegen 10 Uhr morgens stattgefunden hat, handelt, möchte ich dazu sagen, daß Herr Dr. David damals gleich erklärt hat, daß eine Regierung ohne die Partei der unabhängigen Sozialdemokratie undenkbar wäre.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. David hat ferner hinzugefügt — und es scheint ja so, daß Herr Dr. David nach dem, was er eben (C) sagte, den Herren von den Unabhängigen bei den Verhandlungen die gleichen Erklärungen abgegeben hat —, Herr Dr. David hat weiterhin hinzugefügt, daß diejenigen Herren auch von der nationalliberalen Partei, die eventuell für den Eintritt in die Regierung in Frage kämen, sich auf den Boden der **Republik** stellen müßten,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und hat dabei für die Möglichkeit des Eintritts meine Wenigkeit und den früheren Kollegen Herrn Dr. Junck genannt. Mit diesem Auftrag, sozusagen, des Herrn Dr. David bin ich, da ich selbstverständlich erklären mußte, ohne meine Fraktion nichts tun zu können, in die Fraktion der damaligen nationalliberalen Partei gegangen, die währenddessen tagte, und habe dann Herrn Dr. David das Resultat dieser Besprechung mitgeteilt, das dahin ging, daß zur Rettung des Vaterlandes in dieser schweren Zeit und um nichts zu versäumen, was einem jeden, der es mit seinem Volke gut meint, obliegt, die Fraktion bereit sein würde, sowohl Herrn Dr. Junck wie mir die Erlaubnis zu geben, in eine neu zu bildende Regierung einzutreten, daß aber dabei die Reservation gemacht werden müsse, daß eine endgültige Regelung der zukünftigen staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland abhängig gemacht werden müsse von den Wahlen zu einer Nationalversammlung.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Dr. David.

Dr. **David,** Abgeordneter: Durch die Erklärung des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen bin ich in der Lage, mich kurz zu fassen. Er hat bestätigt, daß der leitende Gesichtspunkt bei allen Verhandlungen damals (D) für uns eine **Verständigung** mit den Herren **der unabhängigen Partei** war, daß also eine **Regierungsbildung** ohne sie für uns ausgeschlossen war. Herren von den bürgerlichen Parteien einschließlich der nationalliberalen Partei waren damals in der Regierung. Ihr weiteres Verbleiben in der Regierung war abhängig — das ergab sich aus den Tatsachen selbst — von dem Bekenntnis zur **Republik.** Daß wir, daß ich persönlich bei Verhandlungen mit den Herren Unabhängigen dann noch später eine Regierungsbildung ohne Republik mit einem kaiserlichen Stellvertreter

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Enkel!)

in Vorschlag gebracht hätte, das ist vollkommen ausgeschlossen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im Laufe des Vormittags hatte mein Parteifreund Scheidemann in meiner Gegenwart draußen von der Rampe des Hauses die Republik ausgerufen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hat ja Dr. Cohn gesagt!)

Das schloß also vollkommen aus, daß wir bei späteren Verhandlungen noch eine Regierungsbildung auf einer anderen Basis hätten in Vorschlag bringen können.

Meine Herren, das Endergebnis war, daß Herren der nichtsozialdemokratischen Parteien einschließlich der Nationalliberalen, wie ich schon hervorhob, mit Zustimmung der Herren von der unabhängigen Partei in der Regierung blieben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ich wiederhole nochmals: angesichts dieser Tatsachen begreife ich nicht, welchen Vorwurf die Herren von der Unabhängigen Partei uns daraus machen wollen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Agitationsmaterial!)

(A) **Präsident:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Zwei Punkte habe ich noch ganz kurz zu behandeln. — Erstens sagt Herr Dr. David, mit unserer Zustimmung seien **Vertreter der Nationalliberalen Partei in der Regierung** geblieben, als wir sie zusammen mit den Herren von der rechtssozialistischen Partei übernahmen. Das ist nur halb richtig

(aha! und Lachen bei den Sozialdemokraten)

und infolgedessen ganz falsch. Die Verabredungen mit Herrn Ebert und den übrigen Herren gingen dahin, daß in das verantwortliche regierende Kabinett niemand anders als ein Sozialdemokrat hineinkommen könne, daß dagegen in den sonstigen technischen Ministerien das Verbleiben bürgerlicher Herren möglich sein solle. Damit ist das ausgeräumt, daß mit unserer Zustimmung Herren der nationalliberalen Partei in der Regierung gewesen seien. Diese Herren waren durchweg von jeder Regierungsentscheidung ausgeschlossen, sie waren lediglich „vortragende Räte" der Volksbeauftragten, nichts weiter.

Zweitens: Ich war nicht zugegen, als Herr Dr. David, wie mir mitgeteilt worden ist, die **Regentschaft für einen Enkelsohn des Kaisers** vorgeschlagen hat; ich glaube, das vorhin gesagt zu haben. Ich glaube, daß die Herren (B) Dittmann und Ledebour in der Lage sein werden, sich darüber zu äußern, ich vermute sogar, sie werden nicht so lange warten, bis sie wieder Mitglieder des Hauses sind.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Präsident: Damit sind auch die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten Freitag den 10. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen Nr. 371 bis 379;
2. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen, und zwar:
   a) Fortsetzung der politischen Besprechung,
   b) Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds,
   c) Haushalt der Reichskolonialverwaltung,
   d) Haushalt der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 40 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32

(A)

Berichtigung
zum stenographischen Bericht der 93. Sitzung.
S. 2941 Zeile 10 von oben ist statt 1097 zu lesen: 1118.

95. Sitzung.

Freitag den 10. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919, vom 21. August 1919;

(Schriftführer Dr. **Pfeiffer.**)

(A)

2. Verordnungen im Bereiche der Reichsjustizverwaltung auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung;
3. Berechnung der durch den Entwurf eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit — Nr. 495 der Drucksachen — entstehenden Mehrkosten;
4. Verhandlung über die Verpflichtung eines in das Kollegium der Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden einberufenen Hilfsarbeiters.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Deglerk, Frau v. Gierke, Remmers, Delius, Scheidemann
die Abgeordneten Koch (Düsseldorf), Noske (Frankfurt), Pick, Gleichauf, Meier (Sachsen);
in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Schiele, Frau Kloß, Löffler, Sachse, Lensing
die Abgeordneten Jandrey, Bahr, Bias, Hansmann, Blum;
in den 10. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Böhme, Hartmann
die Abgeordneten Frau Kloß, Franke;
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Oertel, D. Mumm, Dr. Luppe, Waldstein
die Abgeordneten Dusche, Dr. Költzsch, Siehr, Ende;
in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Deichmann
der Abgeordnete Krätzig.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

(B)

Anfragen.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 370, Dr. Heinze, Dr. Hugo (Nr. 1073 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze.

Dr. **Heinze,** Abgeordneter:

Immer wiederkehrende Mitteilungen über **Kassendiebstähle** lassen erkennen, daß militärische und sonstige amtliche Kassen anscheinend fortlaufend erhebliche Barmittel in eigenen Behältern aufbewahren, während das öffentliche Interesse gebieterisch den völligen Übergang zum bargeldlosen Verkehr fordert. Industrielle Werke und sonstige große Unternehmungen pflegen ihren ganzen **Geldverkehr bargeldlos** abzuwickeln, mit Ausnahme der Löhnungen, für die an bestimmten Tagen die Barmittel von den Banken geholt und am gleichen Tage ausgezahlt werden. Sofern die amtlichen Stellen das gleiche Verfahren beobachten würden, wären die immer wiederkehrenden großen Kassendiebstähle unmöglich.

Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben:

1. ob der bargeldlose Verkehr auch bei den amtlichen und militärischen Kassen eingeführt ist,
2. ob gegebenenfalls unverzüglich Anweisung in dieser Richtung erteilt oder die verantwortliche Beachtung bestehender Vorschriften zur strengsten Pflicht gemacht werden soll?

Präsident: Wer beantwortet die Anfrage vonseiten der Regierung? — Will einer der Herren die Beantwortung verlesen, die schriftlich hier eingegangen ist? —

(C)

(Zurufe rechts: Also niemand! Das ist das fünfte Mal!)

Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung sich die Tagesordnung beizeiten etwas genauer ansähe.

(Zustimmung.)

Ich erteile zur Verlesung der Antwort auf die Anfrage das Wort dem Herrn Geheimen Regierungsrat v. Schlieben.

v. Schlieben, Geheimer Regierungsrat: Zu 1. Die Reichsfinanzverwaltung ist unter Mitwirkung der Reichsbank seit mehr als zehn Jahren dauernd bestrebt, die **Erweiterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs** durch weitere Einbürgerung des Reichsbankgiro-, Scheck- und Überweisungsverkehrs zu fördern und ist in diesem Sinne ständig an die übrigen Reichsressorts und die Landesregierungen mit Anregungen auf Ausdehnung und Ausbau der getroffenen Einrichtungen herangetreten. Die Verwaltungs- und Heeresbehörden sind den Anregungen im weitesten Maße entgegengekommen, und es sind im Zusammenarbeiten mit der Reichsbank, den Postanstalten, Banken, Sparkassen, Genossenschaften und den gemeindlichen Einrichtungen namhafte Erfolge erzielt worden. Namentlich während der Kriegszeit ist im Interesse der Einschränkung des Banknotenumlaufs und der tunlichsten Einziehung des Hartgeldvorrats den auf den Ausbau der Bargeld ersparenden Zahlungsmethoden gerichteten Bestrebungen der Reichsbank die größte Förderung zuteil geworden.

Was die Einwirkung auf die Heeresbehörden anlangt, so ist im Juni 1916 der stellvertretende Kriegsminister ersucht worden, die Truppen und Behörden von Zeit zu Zeit zur peinlichsten Beobachtung der in bezug auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr getroffenen Anweisungen anzuhalten. Ein gleiches Ersuchen wurde im Januar 1917 gestellt.

(D)

Zu 2. Die Reichsfinanzverwaltung ist bereit, den Reichs- und Landesbehörden erneut die genaue und verantwortliche Beachtung der ergangenen Anordnungen zu empfehlen.

Der Reichswehrminister hat zu der Anfrage Nr. 370 folgende Erklärung abgegeben:

Zu 1. Gemäß den von der Reichsfinanzverwaltung unterm 24. 5. 16 — Nr. I. 8477 — gegebenen Richtlinien ist durch die Erlasse vom 19. 4. 16 (A.V.Bl. S. 184/5) und 9. 8. 16 (A.V.Bl. S. 340/1) für alle Heereskassen die Einrichtung eines Girokontos bei der Reichsbank oder eines Postscheckkontos oder, soweit dieses nicht angängig, eines Bankkontos bei einer an den Reichsbankgiroverkehr angeschlossenen und genügende Sicherheit bietenden Privatbank, Sparkasse oder Genossenschaft angeordnet worden. Dabei ist den Dienststellen gleichzeitig aufgegeben, bei Anschaffungen aller Art möglichst sämtliche Lieferanten und Unternehmer durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Verträge und Lieferungs- usw. Bedingungen oder besondere schriftliche Erklärungen zur Einrichtung gleicher Konten zu verpflichten und hiervon nur dann abzusehen, wenn nach den örtlichen Verhältnissen oder nach Art und Umfang des Geschäftsbetriebes eines Lieferanten oder Unternehmers — insbesondere bei Produzenten, kleinen Händlern, Handwerkern usw. — die Einrichtung eines solchen Kontos dem Inhaber die damit verbundenen Vorteile nicht bieten sollte.

Ferner ist durch Erlaß vom 10. April 1917 (A.V.Bl. S. 190) darauf hingewiesen, daß **Barzahlungen** — abgesehen von Gehalts-, Löhnungs- und Lohnzahlungen — von den an den Reichsbankgiro- oder Postscheckverkehr angeschlossenen Kassen künftig in der Regel nur noch an Produzenten, kleine Händler und Handwerker geleistet werden dürfen.

(v. Schlieben, Geheimer Regierungsrat.)

(A) Endlich ist den **Intendanturen** durch Erlaß vom 15. März 1919 (A.V.Bl. S. 226) unter Hinweis auf die Vorschriften in § 6, 3 der Kassenordnung für die Truppen, den Erlaß vom 9. August 1919 sowie darauf, daß die Fälle sich mehren, in denen die Truppen- usw. Kassen durch Diebstahl um erhebliche Geldbeträge geschädigt worden sind, zur besonderen Pflicht gemacht worden fortgesetzt darüber zu wachen, daß die Kassen nicht mehr Geldmittel anfordern, als unbedingt nötig sind, und daß bei Verstößen gegen diese Anordnungen die schuldigen Personen unnachsichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Die jetzt in den Kassen zeitweise vorhandenen höheren Barbestände finden ihre Erklärung darin, daß die Gebührnisse der Unteroffiziere und Mannschaften gegen früher um das Zwei- bis Achtfache erhöht sind, so erhalten zurzeit für die Dekade:

ein Feldwebel 65 Mark Löhnung gegen 31 Mark früher,
ein Gemeiner 40 Mark Löhnung gegen 5 Mark früher.

Zu 2. Die Herausgabe neuer Vorschriften über den Geldverkehr bei den Truppen- usw. Kassen, nach denen u. a. die Barzahlungen noch weiter eingeschränkt und alle Bargeldversendungen, soweit als irgend möglich, beseitigt werden, ist in Aussicht genommen.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 371, Dr. Oberfohren (Nr. 1074 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren,** Abgeordneter:

Die namentlich in **Schleswig-Holstein** zahlreich vorhandenen **Wassermühlen** mit erheblicher Energie werden trotz fortgesetzter Gesuche der Inhaber in dieser Richtung noch immer nicht beschäftigt.

(B) Ist in Aussicht genommen, diese Energien angesichts der steigenden Kohlennot endlich auszunutzen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Peters.

Dr. **Peters,** Unterstaatssekretär: Die Reichsgetreidestelle hat seit ihrem Bestehen, soweit dies im Rahmen der ihr obliegenden Aufgaben durchführbar ist, die **mit Wasserkraft betriebenen Mühlen** für den Anschluß an ihre Organisation vorzugsweise berücksichtigt, damit die Kohlen für andere Betriebe möglichst frei werden. Im vergangenen Jahre waren demgemäß von den ihr angeschlossenen rund 700 Mühlen zwei Drittel Wasser- und ein Drittel reine Dampfmühlen. Im neuen Wirtschaftsjahr werden in Würdigung der noch verstärkten Kohlennot die Wassermühlen bevorzugt beliefert werden. Außerdem sind 27 Wassermühlen neu angeschlossen worden.

Bei den Wassermühlen darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß diese Mühlen in den meisten Fällen keine Bahnanschlüsse haben, sowie daß ihre motorische Kraft verhältnismäßig nur gering und andererseits von Trockenheit und Eis abhängig ist. Insofern bedeutet die Einlagerung von Getreide auf den Wassermühlen eine Zersplitterung der vorhandenen Vorräte. Außerdem kann bei den Wassermühlen auf regelmäßige Lieferungen nicht gerechnet werden, sodaß die Gefahr besteht, daß die Bestände der Reichsgetreidestelle für die Ernährung der Bevölkerung nicht mit der genügenden Schnelligkeit nutzbar gemacht werden können. Es ist außerdem einleuchtend, daß von den im Deutschen Reiche vorhandenen Mühlen — es sind etwa 46 000 — nicht alle in die Organisation der Reichsgetreidestelle aufgenommen werden können. Ein großer Teil ist den Anforderungen, die die Reichsgetreidestelle an ihre Mühlen hinsichtlich ihrer technischen Einrichtungen (C) und ihres kaufmännischen Verkehrs stellen muß, nicht gewachsen. Vor jedem Anschluß werden die Mühlen in dieser Hinsicht eingehend geprüft. Bei der Anschlußpolitik der Reichsgetreidestelle sind ferner die Versorgungsmöglichkeiten der Betriebe mit Getreide und die Bedarfsfrage zu berücksichtigen.

Was die **Beschäftigung der Wassermühlen in Schleswig-Holstein** anlangt, so liegen der Reichsgetreidestelle sechs Anträge von Mühlen aus dieser Provinz vor. Eine von diesen Mühlen ist bereits angeschlossen worden, mit einer anderen schweben Verhandlungen. Eine dritte genügt nicht den Anforderungen der Reichsgetreidestelle; bezüglich der übrigen liegen die Prüfungsberichte der Überwachungsbeamten der Reichsgetreidestelle noch nicht vor.

Präsident: Die Anfrage Nr. 372, D. Mumm (Nr. 1075 der Drucksachen) scheidet aus, da der Fragesteller um einen schriftlichen Bescheid ersucht hat.

Die Anfrage Nr. 373, Sollmann, Löbe (Nr. 1081 der Drucksachen) ist zurückgezogen.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 374, D. Traub und Genossen (Nr. 1085 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

Nach Zeitungsnachrichten ist die **deutsche Frau Biarch aus Mainz** von einem farbigen französischen Soldaten ermordet worden. Bestätigen sich diese bisher unwidersprochenen Nachrichten, und welche Maßregeln hat die Regierung ergriffen, um Sühne für einen solchen Mord zu erlangen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat (D) das Wort der Herr Regierungsrat Graf Adelmann.

Graf **Adelmann,** Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Weder bei der Waffenstillstandskommission noch bei der hessischen Gesandschaft ist Näheres über diese Angelegenheit bekannt. Die Ermittelungen sind im Gange. Eine abschließende Antwort kann deshalb heute noch nicht gegeben werden.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 375, Dr. Mittelmann und Genossen (Nr. 1086 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter:

Die den **Postagenten** zuteil werdende **Vergütung** steht seit langer Zeit in keinem Verhältnis mehr zu ihren tatsächlichen Leistungen und zu der heutigen Teuerung.

Ist die Reichsregierung bereit, die Vergütung der Postagenten alsbald angemessen zu erhöhen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Postrat Preuß.

Preuß, Postrat, ständiger Hilfsarbeiter im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die **Vergütung der Postagenten** wird unter Berücksichtigung des Geschäftsumfangs der Agenturen, der Höhe der Dienstunkosten sowie der sonstigen dienstlichen und örtlichen Verhältnisse von Fall zu Fall so festgesetzt, daß sie ein angemessenes Entgelt für die Dienstleistungen und Aufwendungen der Postagenten bildet.

Der Meistbetrag der Vergütung beträgt zurzeit bei Agenturen ohne Telegraphenbetrieb 900 Mark und bei

(**Preuß**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Agenturen mit Telegraphenbetrieb 1200 Mark. Außerdem werden den Postagenten, die bereits den Höchstsatz beziehen, ohne dadurch für ihre persönliche Mühewaltung und für den Aufwand an Dienstunkosten genügend entschädigt zu sein, neben der Vergütung besondere Entschädigungen für Dienstunkosten gewährt.

Daneben beziehen die Postagenten im Hinblick auf die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung, die Zunahme der Dienstunkosten und die vielfach eingetretene Vermehrung der Dienstgeschäfte **laufende Kriegszulagen**, die seit dem 1. Januar 1919 100 vom Hundert der Postagentenvergütung, einschließlich der Dienstaufwandkosten, betragen. Ferner werden denjenigen Postagenten, bei denen der Postdienst den Hauptberuf bildet und die Arbeitskraft des Agenten voll oder doch ganz überwiegend in Anspruch nimmt, Kinderzulagen gewährt, die sich auf ein Fünftel der Kriegszulage, mindestens jedoch auf 20 Mark und höchstens auf 30 Mark monatlich für jedes zu berücksichtigende Kind belaufen.

An **einmaligen Zulagen** ist den Postagenten im Januar 1918 ein Betrag von 75 Mark, Anfang Oktober 1918 ein solcher in Höhe des sechsfachen Monatsbetrags der laufenden Kriegszulage gezahlt worden. Im Dezember 1918 ist dann eine wiederholte einmalige Zulage in gleicher Höhe gewährt worden, sodaß die einmaligen Zulagen im Kalenderjahre 1918 außer den erwähnten 75 Mark den Jahresbetrag der laufenden Zulage erreicht haben. — Neuerdings — im September 1919 — ist den Postagenten eine außerordentliche einmalige Beschaffungsbeihilfe in Höhe von fünf Neunteln des Jahresbetrags ihrer Kriegszulage sowie einem des Jahresbetrags für jedes zu berücksichtigende Kind gewährt worden. Diese Beihilfe ist zur Hälfte bereits gezahlt worden, zur anderen Hälfte wird sie Anfang Dezember dieses Jahres gezahlt werden.

Für die Verwalter von sehr umfangreichen Agenturen (B) ist insofern besonders gesorgt, als ihnen im Bedarfsfall noch Vergütungen für die Einstellung einer Hilfskraft bewilligt werden können.

Zur **Erhöhung der Vergütung** derjenigen Postagenten, die die Höchstvergütung noch nicht beziehen, ist in dem Haushaltsplan für 1919 ein Mehrbetrag von 428 450 Mark eingestellt worden. Durch das Gesetz, betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1919 vom 1. Oktober dieses Jahres, ist die Reichs-Post- und -Telegraphenverwaltung ermächtigt worden, über diesen Betrag zu verfügen. Seine Verteilung ist bereits in die Wege geleitet worden. Dabei ist zu beachten, daß sich infolge dieser Aufbesserung der Vergütung auch die Kriegszulage um den gleichen Betrag erhöht und eine Erhöhung der Kinderzulage eintritt.

Vom Reichspostministerium ist in Aussicht genommen, durch den Haushaltsanschlag für 1920 weitere Mittel anzufordern, um die Meistvergütung der Postagenten heraufzusetzen und die Vergütung derjenigen Agenten, die die Höchstvergütung noch nicht erhalten, aufbessern zu können.

Präsident: Die Anfrage Nr. 376 ist zurückgezogen. Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 377, Schmidthals, Dr. Böhme (Magdeburg) (Nr. 1088 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schmidthals.

Schmidthals, Abgeordneter:

Bei der Verteilung der Kohle kommt das platte Land häufig schlechter weg als die Stadt. Es wird dabei auf die **Feuerung mit Holz** verwiesen. Dieses Brennholz lassen die Besitzer der großen Forsten im Winter meist in einer beschränkten Menge schlagen und dann in öffentlichen Versteigerungen in kleinen Losen verkaufen. Die Not an Feuerung veranlaßt, daß bei diesen Ver- (C) steigerungen die kleinen Leute sich gegenseitig zu immer höheren Geboten treiben und aus Angst, nichts zu bekommen, jeden Preis zahlen. Es kommen dadurch ganz unsinnige, märchenhafte Preise für das Holz zustande, die den kleinen Mann auf dem Lande in unerträglicher Weise belasten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dafür zu sorgen, daß sowohl genügend Holz, wie auch zu erträglichen Preisen, den Leuten auf dem Lande zur Verfügung gestellt wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Augustin.

Augustin, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium: Die geschilderten Mißstände sind der Reichsregierung bekannt; sie hat bereits die notwendigen Maßnahmen zu deren Bekämpfung eingeleitet.

Eine Verordnung, durch welche der Holzeinschlag in sämtlichen Staats-, Gemeinde- und Privatwaldungen für das laufende Forstwirtschaftsjahr (1. 10. 19 bis 30. 9. 20) um ein Drittel erhöht wird, ist vorgelegt und vom Kabinett bereits genehmigt worden. Auf Grund der Bestimmungen dieser Verordnung wird der **Brennholzanfall** eine bedeutende Steigerung erfahren.

Die Reichsregierung unterstützt ferner alle Bestrebungen der Landesregierungen, die darauf abzielen, auf Grund der Verordnungen, betreffend Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom $\frac{25.\ 9.\ 15}{4.\ 11.\ 15}$, den Verbrauchern das Brennholz zu angemessenen Preisen zugänglich zu machen und dem Wucher entgegenzuarbeiten.

(D) Endlich wird erwogen, die größeren Waldbesitzer, und zwar Staats-, Gemeinde- und Privatbesitzer, zu verpflichten, den Stadt- und Landgemeinden innerhalb bestimmter Holzgewinnungsgebiete Brennholz zu angemessenen Preisen freihändig zu überlassen. Diese **Freihandabgabe von Brennholz** bietet den einzelnen Landesregierungen, soweit Staatswaldungen in Frage kommen, keine Schwierigkeiten und kann daher in solchen mit größter Beschleunigung zur Durchführung gelangen.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 378, Beuermann und Genossen (Nr. 1089 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter:

Im ganzen Deutschen Reiche und besonders in Berlin leiden wir durch die **Wohnungsnot.** Am meisten leiden dabei unsere Vertriebenen aus Posen und Westpreußen und unsere Auslandsdeutschen. Alle diese **Heimatlosen,** soweit sie nicht mehr bei Verwandten Unterkunft finden, suchen naturgemäß gerade zuerst in Berlin Schutz und Unterkommen. Sie finden aber Tausende von Wohnungen gesperrt und eingenommen von landfremden Russen und anderen Ostländlern, deren Zahl noch jüngst eine angesehene Zeitung allein für Berlin auf 75 000 angab.

Was denkt die Reichsregierung zu tun, um unsere Volksgenossen gegen diese Landfremden, die sich teilweise in vorgekommenen Unruhen geradezu als eine Gefahr für Volk und Land erwiesen, bei der vorliegenden Wohnungsnot zu ihrem Rechte zu verhelfen?

(A) **Präsident:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheimrat Dr. Glaß.

Dr. **Glaß,** Geheimer Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist es bekannt, daß es infolge der allgemein in Deutschland herrschenden **Wohnungsnot** den aus Posen und Westpreußen **Vertriebenen** sowie den **Auslandsdeutschen** oft nur schwer gelingt, ein Unterkommen zu finden. Eine besondere Berücksichtigung dieser Personen ist durch § 2 der Anordnung, betreffend den Zuzug von ortsfremden Personen und Flüchtlingen vom 23. Juli 1919, vorgesehen. Ohne Rücksicht auf Bestimmungen, die auf Grund des § 1 der genannten Anordnung oder auf Grund der Verordnung über Maßnahmen zur Beschränkung des Fremdenverkehrs vom 13. April 1918 oder auf Grund der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. 9. 1918 erlassen worden sind, haben nach dieser Vorschrift Gemeinden und Gemeindeverbände Deutschen, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Ausland oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedensschlusses aus dem Reichsgebiet ausscheidenden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, den Zuzug zu gestatten. Hierdurch wird diesen deutschen Volksgenossen eine vorzugsweise Behandlung bei der Beschaffung von Wohnräumen gegenüber anderen aus den Oststaaten kommenden Personen gesichert. Im übrigen können die Gemeinden auf Grund des § 9 der Bekanntmachung gegen Wohnungsmangel vom 23. 9. 1918 ermächtigt werden, den Abschluß von Mietverträgen von der Genehmigung des Mieteinigungsamts abhängig zu machen. Dadurch kann den fremdländischen Zuwanderern der Zuzug tatsächlich unmöglich gemacht werden. Die beteiligten Stellen des Reichs und der Länder sind sich darüber (B) einig, daß bei den inneren Schwierigkeiten Deutschlands zurzeit jede Einwanderung nach Möglichkeit vermieden werden muß. Die Einreise nach Deutschland über die Ostgrenze ist durch entsprechende Paßvorschriften geregelt.

Präsident: Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 379, Beuermann, Winnefeld (Nr. 1090 der Drucksachen).

Wird ein Regierungsvertreter die Anfrage beantworten? Es hat sich bisher niemand gemeldet. — Es scheint niemand da zu sein. Die Frage betrifft junge Lehrer und Beamte, die verwundet oder kriegsgefangen gewesen sind. Ich kann nur bitten, dafür zu sorgen, daß jedesmal jemand da ist, der die Anfragen beantwortet. Die Tagesordnung muß auch von der Regierung angesehen werden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir gehen über zum weiteren Gegenstande der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen) und zwar:

a) **Fortsetzung der politischen Besprechung.**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bolz.

Bolz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete **Traub** hat gestern zum Schlusse ausgeführt, daß das deutsche Volk nie mehr belogen und betrogen worden sei. An dem Beifall der Linken mag er wohl das Erstaunen darüber gemerkt haben, daß er selbst so spät zu dieser Erkenntnis gekommen ist.

(Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, mich erinnern zu können, daß diese Klage (C) von einem seiner Parteifreunde in den Tagen des Zusammenbruchs auch erhoben worden ist. Es war der Herr v. Heydebrand, der einmal in Schlesien diesen Ausspruch getan haben soll.

(Zuruf rechts: Soll!)

— Soviel ich weiß, ist es nirgends widerrufen worden.

(Zuruf rechts: Er selbst hat es widerrufen!)

— Nun, dann haben wir wenigstens die Freude, daß jetzt der Kollege Traub zu der Erkenntnis gekommen ist. Wer gelogen hat, und was gelogen worden ist, das sollen ja die Kommissionen, die mit der Untersuchung der Akten und des ganzen Materials betraut sind, uns zeigen. Ich bin ganz damit einverstanden, wenn der Herr Kollege Traub gestern den Wunsch geäußert hat, daß diese Untersuchung frei von jeder parteipolitischen Tendenz sei. Wir haben allen Grund, auch nur den geringsten Anschein, als ob hier in irgendwelcher Form Parteipolitik getrieben werde, zu vermeiden.

Wichtiger als die Untersuchung über die Lügen der Vergangenheit scheint uns die Untersuchung über die Gegenwartsarbeit zu sein. Die Untersuchung ist ja auch der Zweck der augenblicklichen politischen Aussprache. Es handelt sich um die drei Fragen: Hat die Regierung ein Ziel, das die Billigung des Parlaments verdient? Geht die Regierung bei der Verfolgung dieses Ziels die richtigen Wege? Und hat die Regierung die Kraft, das Ziel zu erreichen? Die Opposition hat diese drei Fragen in verneinendem Sinne beantwortet. Es sind kräftige Worte der Kritik gefallen. Aber das sachliche Ergebnis der Aussprache der Opposition ist überaus dürftig, und ich glaube nicht, daß diese Debatte einen wesentlichen Einfluß auf den Gang der Geschäfte haben wird. Sowohl die Regierung wie die Regierungsparteien haben keinen Grund, mit der jetzigen politischen Aussprache sonderlich unzufrieden zu sein. (D)

Was brachte denn eigentlich die Opposition vor? Die Ziele und die politischen Wege, die uns die **Opposition der Linken** weist, werden zum überwiegenden Teile von uns abgelehnt. Ich habe daher keinen Grund, des näheren darauf einzugehen, um so mehr, als auch der Hauptteil der Ausführungen der Opposition der Linken eine Parteiauseinandersetzung mit der Sozialdemokratie darstellt. Der Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie von gestern wird selber den Eindruck gehabt haben, daß seine Enthüllungen über einen Vertragsabschluß zwischen Westrußland und der Morgan-Gruppe nichts Besonderes für uns bedeuten konnte. Wenn der Herr Kollege Cohn sich gestern gegen den Belagerungszustand in Berlin gewandt hat, so stehen wir allerdings mit der Regierung auf dem Standpunkt, daß es notwendig ist, in Berlin den Belagerungszustand aufrecht zu erhalten, und daß es Pflicht der Regierung ist, alles zu tun, um jede Revolution unmöglich zu machen.

Dagegen sehe ich mich veranlaßt, etwas mehr auf die **Opposition der Rechten** einzugehen. Ich kann dabei erfreulicherweise konstatieren, daß wir in dem Endziel der Politik zu einem guten Teil mit der Rechten einig sind, soweit dabei die Herstellung von Ruhe und Ordnung in unserem Staatswesen in Frage kommt.

Ein Gegensatz besteht erst da, wo es sich um die Wege handelt, die zur Erreichung des Zieles beschritten werden sollen. Die Opposition der Rechten macht der **Regierung** den Vorwurf, daß sie **kein klares Programm** habe, und daß sie nicht imstande sei, auch nur ein Ordnungsprogramm durchzuführen. Was nun den ersten Vorwurf betrifft, so glaube ich, daß noch nie eine Regierung ein klareres Programm geoffenbart hat als die jetzige. Ich brauche die Leitsätze, die seinerzeit der ganzen Welt und dem ganzen deutschen Volke verkündet worden sind, nicht

(Bolz, Abgeordneter.)

(A) zu wiederholen. Ich will nur auf die Rede des Kanzlers hinweisen und auf die Winterarbeit, die er der Nationalversammlung vorlegen will. Das Programm der Regierung gipfelt in den Forderungen: Herbeiführung einer staatlichen Ordnung, einer wirtschaftlichen und einer finanziellen Ordnung.

Die Deutschnationale Partei hat ja selber hier eine Art Ordnungsprogramm entwickelt und sich vor allem auf die Ausführungen ihres Führers, des Staatsministers Hergt, in der preußischen Landesversammlung berufen. Es ist mir nun gar nicht recht klar geworden, was für ein wesentlicher Unterschied in dem Ordnungsprogramm der jetzigen Regierung und dem vom Staatsminister Hergt verkündeten Programm vorhanden sein soll.

Die Debatte hier im Hause hat uns jedenfalls nichts besonders Neues geboten. Was über die auswärtige Politik vorgetragen wurde, war überaus dürftig und mager. Im Vordergrunde der Debatte stand die **baltische Frage.** Man mag über die Beweggründe der Truppen, die den Befehlen der Regierung keine Folge leisten, verschieden urteilen; aber das eine konnten auch die Oppositionsparteien nicht bestreiten, daß die Regierung auf dem rechten Wege ist, wenn sie den schleunigen Rückzug der Truppen verlangt.

Wenn der Herr Kollege D. Traub gestern darauf hingewiesen hat, daß es keinen besonderen Erfolg bei unseren Feinden haben werde, wenn die jetzige Regierung und namentlich die Sozialdemokratie auf die **Beziehungen der deutschen Arbeiterorganisationen zu den Arbeiterorganisationen der Feinde** und auf die sozialistischen Ideen hinweise, so kann ich ihm da teilweise recht geben. Ich überschätze die Bedeutung dieser Beziehungen nicht, aber wir dürfen diese Beziehungen nicht unterschätzen. Wir sind doch mehr oder weniger darauf angewiesen, auf internationalem Wege das zu erreichen, was wir alle (B) herbeisehnen: eine Revision unseres Friedensvertrags. Da wird es unsere Aufgabe mit sein, daß wir die internationalen Arbeiterverbände und Arbeiterorganisationen mit unserer eigenen Kraft unterstützen, daß wir uns nicht fernhalten, sondern mittun

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wer diese Internationale würdigt, der läuft damit nicht Gefahr, daß er seine nationalen Ziele vergißt. Mit der Pflege dieser internationalen Ideen ist ein starker Nationalismus wohl vereinbar.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Was aber damit nicht vereinbar ist, das ist der gefährliche Hypernationalismus.

Auch auf dem **Gebiete der inneren Politik** war die Opposition der Rechten nicht allzu stark. Wenn der Herr Kollege Traub gestern der Regierung zum Vorwurf gemacht hat, daß Börsenspekulationen geduldet werden, wenn auf das Kinounwesen, auf den Schmutz in den öffentlichen Darbietungen hingewiesen wurde, so können wir das alles mitunterschreiben. Auch wir erlauben uns Kritik an Einzelmaßnahmen der Regierung und gestatten uns, der Regierung unsere Ratschläge zu erteilen.

Aber von größerer Bedeutung ist wirklich auch auf dem Gebiet der inneren Politik in der ganzen Debatte von seiten der Opposition nichts vorgebracht worden. So kann man feststellen, daß das Regierungsprogramm im wesentlichen auch von den Gegnern der Regierung nicht angefochten werden konnte.

Man macht der Regierung zum Vorwurf, daß sie gar nicht imstande sei, ein solches Ordnungsprogramm durchzuführen, die Regierung sei mit der Revolution belastet. Darauf hat schon der Herr Kollege Petersen hingewiesen, unter Erwähnung eines Artikels des Grafen v. Westarp in der „Kreuzzeitung“ vom letzten Sonntag. Ich kann mich den Erklärungen der beiden Redner der demokratischen Partei hinsichtlich der **Stellungnahme meiner Fraktion** und meiner Partei **zur Revolution** nur anschließen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Revolution kein Glück war. Die Revolution wäre aber — und das müssen sich die Herren der Rechten gesagt sein lassen — nicht möglich gewesen ohne den militärischen Zusammenbruch, wenn ich auch zugeben will, daß die Revolution keine absolut notwendige Folge des militärischen Zusammenbruchs war. Daß wir mit der Revolution als solcher nichts zu schaffen haben, hat uns ja auch der Herr Abgeordnete Graf Posadowsky bestätigt, indem er erklärte, daß das Zentrum eine Autoritätspartei sei und keine Revolution mache. Aber Herr Graf v. Posadowsky hat an unserem Verhalten etwas anderes auszusetzen gehabt; er machte uns den Vorwurf, daß das Zentrum zu leicht und zu rasch sich mit der Revolution abgefunden habe. Zu rasch haben wir uns abgefunden? — Dann möchte ich fragen: wie lange hätten wir denn eigentlich warten sollen? Die Revolution läßt keine Zeit zu langem Überlegen und Hinundherreden, die Ereignisse haben sich so überstürzt, daß man sich plötzlich entscheiden mußte.

Wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wir hätten uns zu leicht mit der Revolution abgefunden, so meint der Graf Posadowsky wohl den Wechsel unserer Fraktion und unserer Partei in der Stellungnahme zu Monarchie und Republik. Wir haben als Partei gar keinen Grund, auf die Monarchie zu schelten oder etwa die Republik zu loben. Die Monarchie ist ohne unser Zutun zusammengebrochen, eine Wiederaufrichtung der Monarchie war damals und ist heute eine politische Unmöglichkeit. Außerdem ist doch die Monarchie, auch wenn sie den einen als Einrichtung heilig und teuer sein mag, nur eine Staatsform, die sich den allgemeinen Staatszwecken unterzuordnen hat. Wenn die Politik die Kunst des Erreichbaren ist, dann, glaube ich, war unsere Partei politisch, (D) indem sie sich auf den Boden der Tatsache stellte und mit dafür eintrat, daß das allein Mögliche verwirklicht wird. Heute ist die Republik durch die Verfassung festgelegt. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, ohne daß wir es den Einzelnen deshalb verwehren wollen, im Rahmen der Verfassung für sein politisches Ideal tätig zu sein.

Der Herr Kollege Traub hat gesagt, die Parteien des Bethmann-Blocks tragen indirekt die Schuld an der Revolution; damit, daß die Militärgewalt der Zivilgewalt untergeordnet worden sei, habe sich eigentlich die Revolution angebahnt. Ich glaube, man kann auch umgekehrt sagen: wenn wir von Anfang an ein wachsames Auge gehabt hätten, wenn wir von Anfang an nicht geduldet hätten, daß wir unter einer Militärdiktatur stehen, wenn von Anfang an die politische Leistung ein entsprechendes Gewicht gegenüber dem Militär gehabt hätte, dann wäre vielleicht die Revolution und anderes, was die Revolution verursacht hat, verhütet worden.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Weiter macht man der jetzigen Regierung den Vorwurf, daß das **parlamentarische System** nichts taugte, und der Herr Graf v. Posadowsky hat gemeint, daß die jetzige Koalitionsregierung eine merkwürdige Genossenschaft darstelle. Ich glaube, auch hier kommt Graf Posadowsky mit seinem eigenen Ordnungsprogramm und mit den Ideen des Staatsministers Hergt in Widerspruch. Das Ordnungsprogramm kann doch nur bedeuten, daß man gewisse allgemeingültige Punkte in den Vordergrund stellt und auf alle Parteipolitik verzichtet,

(sehr richtig! im Zentrum)

und von diesem Standpunkt aus handelt auch die jetzige Regierung. Es ist ganz klar, daß keine der Parteien, die an der Regierung beteiligt sind, ihre Parteiwünsche im vollen Maße befriedigen kann. Sie muß verzichten

(**Bolz**, Abgeordneter.)

(A) und muß sich auf das beschränken, was in der jetzigen Situation einigermaßen erreichbar ist. Deshalb hat sie auch von Anfang an erklärt, daß es sich nicht um ein Parteiprogramm, das verwirklicht werden soll, handeln könne, sondern nur um ein Arbeitsprogramm unter Zurückstellung der Parteigegensätze. Und wenn so sehr gegen das parlamentarische System geeifert wird, so erinnere ich mich doch, daß früher und auch in seiner letzten Rede der Herr Graf v. Posadowsky, anerkannt hat, daß das alte Regierungssystem nicht mehr haltbar war; er hat sich für eine Art parlamentarisches System auch schon früher ausgesprochen.

Der Herr Kollege Stresemann hat der jetzigen parlamentarischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß zu viel **Politiker als Beamte** untergebracht werden. Der Vorwurf mag zum Teil berechtigt sein, er mag auch zu entschuldigen sein in der Übergangszeit bei dem raschen Wechsel, bei dem Gegensatz zwischen Regierung und Exekution. Im allgemeinen kann ich sagen, daß wir die Wünsche des Abgeordneten Stresemann in dieser Beziehung nur billigen können. Auch wir wollen, daß das parlamentarische System im wesentlichen auf die parlamentarischen Minister beschränkt bleibt und daß neben den politischen Ministern ein fachlich vorgebildetes, politisch unabhängiges Beamtentum vorhanden ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Weiter wird der **Regierung** zum Vorwurf gemacht, daß sie **keine Autorität** besitze, und der Herr Kollege Traub hat diesem Vorwurf beigefügt, daß die Regierung auch keine Autorität verdiene, weil sie nichts geleistet habe, das sie beim Volke empfehlen könne. Richtig ist, daß es der jetzigen Regierung an dem genügenden Maße von Autorität fehlt. Aber ich meine, das ist eben das Ziel der jetzigen Regierung, daß sie sich selbst und den Staatseinrichtungen wieder die nötige Autorität sichert.

(B) Wir sind jetzt erst auf dem Wege dazu, um diese Autorität wiederherzustellen, und da muß ich es allerdings bedauern, daß die Opposition das ihrige dazu beiträgt, diese Entwicklung zu hemmen

(sehr richtig! im Zentrum)

und die Autorität der Regierung untergraben.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Kollege Traub hat sich gestern ausdrücklich zu einer Art Ordnungsprogramm im Hergtschen Sinne bekannt und auch erklärt, daß seine Partei bereit sei, mitzuarbeiten, wo es sich um Stärkung der Autorität und Wiederherstellung der staatlichen Ordnung handelt. Da ist denn doch ein gewisser Widerspruch vorhanden zwischen Erklärungen der deutschnationalen Fraktion und dem Treiben weiter Parteikreise und eines **großen** Teils der Presse der deutschnationalen Fraktion.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Graf Posadowsky hat geglaubt, berechtigt zu sein, diese Vorwürfe damit von seiner Partei abzulehnen, daß er sagte, die Fraktion und die Parteileitung können nicht verantwortlich gemacht werden für das Treiben einzelner Parteiangehöriger und für das Verhalten einzelner Blätter, die der Partei nahestehen. Nun will ich soviel zugestehen, daß keine Partei verantwortlich gemacht werden kann für jeden Mißgriff, den irgendein Parteiblatt oder irgendein Parteiangehöriger sich zu schulden kommen läßt. Hier handelt es sich aber nicht um vereinzelte Mißgriffe, hier handelt es sich in großem Umfange um ein System.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Hier handelt es sich um eine systematische Untergrabung des Vertrauens zur Regierung und des Glaubens der Bevölkerung an einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes.

(Erneute Zustimmung im Zentrum.)

Wenn der Herr Kollege Scheidemann erklärt hat, (C) daß der **Spartakist** und der **Monarchist** sich in die Hände arbeiten, dann ist das nicht so ganz von der Hand zu weisen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein großer Teil der Opposition von rechts und die Opposition der Linken vollständig sind davon überzeugt, daß ihre politischen Ziele nur zu erreichen sind, wenn das Volk noch weiter niedersinkt. Der Glaube, daß jede Revolution naturnotwendig zum vorübergehenden Sieg des tollsten Radikalismus führe, treibt diese Kreise dazu, auch in diesem Sinne zu wirken und zu arbeiten. Daß aus einem solchen Glauben und aus einer solchen Arbeit nichts Gutes für das deutsche Volk herauskommen kann, das liegt auf der Hand.

Wenn der Herr Kollege Traub gemeint hat, die Regierung verdiene auch gar keine Autorität, weil sie nichts geleistet habe, so gibt mir das Veranlassung, mit wenigen Worten auf die **Leistungen seit der Revolution** etwas einzugehen. Wer zurückblickt in die Tage seit dem November 1918, der muß, wenn er unbefangen urteilt, das eine feststellen, daß allmählich ein Zug zur Ordnung bei uns wieder einkehrt. Ich gebe gerne zu, daß es erst der Anfang ist, daß noch recht viel fehlt, daß wir noch nicht über den Berg sind, sondern daß uns der Winter neue Schwierigkeiten machen kann. Umsomehr möchte ich gerade die Rechte warnen, in der bisherigen Weise an dem Untergraben der Autorität der Regierung mitzuarbeiten.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Und schließlich kann auch der **Friede** als eine Leistung angesehen werden, um derentwillen die Regierung einiges Vertrauen verdient.

(Na! Na! rechts.)

Was den **Inhalt des Friedensvertrages** betrifft, so sind wir mit Ihnen alle einer Meinung: da besteht gar kein Gegensatz. Daran haben wir auch keine Freude, und wir (D) haben dasselbe Bedürfnis wie Sie, darauf hinzuarbeiten, daß der Inhalt des Friedensvertrages möglichst bald korrigiert wird. Aber wenn man das Treiben blinder Fanatiker und Phantasten und Verzweiflungspolitiker ansieht in der Zeit, als wir vor die harte Frage der Entscheidung über Krieg und Frieden gestellt waren, da glaube ich doch, daß die Unterzeichnung des Friedens und die Übernahme der Verantwortung für diese Unterzeichnung durch die jetzige Regierung eine Tat war, die beim Volke Anerkennung findet.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn Sie draußen herumfragen beim Volke, dann werden Sie die Überzeugung gewinnen, daß trotz aller Gegensätze 90 Prozent des Volkes der Überzeugung sind, daß dem Volk und der Regierung nichts anderes übrig blieb, als den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

(Zustimmung im Zentrum.)

Auch die **Verfassung** ist ein Werk, das sich sehen lassen kann, ein Werk, das manches Gute und Fortschrittliche in sich birgt. Ich will nur darauf hinweisen, was die neue Verfassung an Stärkung der Reichsgewalt, an Vermehrung der Reichsaufgaben, an Erziehung des Volkes zu dem Gedanken eines starken Reichs und einer starken Reichsgewalt bedeutet; das sind in der kürzesten Frist so mächtige Fortschritte zum Besseren, daß das auch von der Opposition anerkannt werden sollte.

In unserem Finanzelend sehen wir, daß die Finanzreform kräftig in Angriff genommen wird. Wir sind dazu gekommen, dem Reich auch äußere Machtmittel zu schaffen, die geeignet sind, uns in den Zeiten schwerster Erschütterung über den Berg zu helfen.

Das gewaltigste Problem ist freilich das der **Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung** und der Sicherung des Wirtschaftsfriedens. Da sind wir noch nicht am Ende,

(Volz, Abgeordneter.)

(A) sondern erst am Anfang; aber ich darf auch hier sagen, daß ein gesunder kräftiger Anfang gemacht worden ist.

Wenn ich ein Gesamturteil über die Leistungen der Regierung und des Parlaments abgebe, so glaube ich, sagen zu dürfen, daß im Vergleich zur Größe des Zusammenbruchs, des verlorenen Krieges und der Revolution das heutige Maß von staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung eine gewaltige Leistung darstellt, die der Regierung ein Recht auf Anerkennung, auf Autorität gewährleisten sollte.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Es fehlt noch viel, aber es ist ein großer Irrtum, wenn die Opposition von rechts geglaubt hat, daß einzig und allein die Monarchie die Möglichkeit zur Besserung und zur Ordnung bieten würde.

(Sehr richtig! links.)

Das ist eine vollständige Verkennung. Die Monarchie ist überhaupt nicht denkbar, ohne daß zuvor die Ordnung in vollem Umfange wieder hergestellt worden ist. Wir sind mit dem Regierungsprogramm im allgemeinen einverstanden. Das hindert uns aber nicht, unsererseits Wünsche vorzutragen und Kritik an der Regierung und ihren Maßnahmen zu üben.

Da möchte ich vor allen Dingen darauf hinweisen, daß das **parlamentarische** System bei uns doch etwas besser funktionieren sollte als bis jetzt.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Es darf nicht mehr vorkommen, daß wichtige Vorlagen nur im Kabinett beraten werden und dann an das Parlament kommen. Es ist dringend notwendig, daß jede wichtige Gesetzesvorlage nicht nur im Kabinett, sondern zuvor auch im Schoße der Regierungsparteien beraten wird,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

damit die Gegensätze nachher in der Kommissionsberatung auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Ich sage das (B) mit Rücksicht auf eins der schwierigsten Gesetze, das wir zu beraten haben, das **Betriebsrätegesetz.** Der Herr Kollege Scheidemann hat hierzu ausgeführt, daß der Regierungsentwurf die Mindestforderung enthalte, und daß diese Mindestforderung gesichert sei. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß eine neue Auffassung für die Wirtschaft unserer Zukunft absolut notwendig ist. Es muß der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen, ihre Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation der Betriebe gegenüber der Leitung des Betriebs zum Ausdruck zu bringen. Aber auch der Unternehmer muß eine gewisse Freiheit behalten. Die unentbehrlichen Funktionen der Unternehmer dürfen durch das Gesetz nicht lahmgelegt werden,

(sehr richtig! im Zentrum)

und das Gesetz darf nicht dazu führen, daß auf einem Umwege das sozialistische System durchgeführt und dem Syndikalismus und dem Spartakismus Vorschub geleistet wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir behalten uns eine ernstliche Nachprüfung des Gesetzentwurfes vor, und ich darf wohl sagen, daß wir das letzte Wort bezüglich dieses Gesetzentwurfes noch nicht gesprochen haben.

Im übrigen kann ich die Ausführungen, die der Herr Reichskanzler über das Wirtschaftsprogramm gemacht hat, nur billigen. Die wichtigste Aufgabe ist, daß wir den **Wirtschaftsfrieden** sichern. Eines der Mittel dazu ist die **Sicherung der Tarifverträge.** Der Herr Reichskanzler hat das Schiedsverfahren mit Rechtsgarantien und am Ende das obligatorische Schiedsgericht als das Ziel hingestellt. Wir billigen das. Wenn von anderer Seite auch ein öffentlich-rechtlicher Zwang verlangt wird, so glauben wir, daß das nicht das rechte Mittel ist, um zu einem Wirtschaftsfrieden zu kommen. Der öffentlich-rechtliche Zwang steht im Widerspruch zu unserm gesamten Vertragsrecht. (C) Dagegen halten wir einen solchen öffentlich-rechtlichen Zwang für angezeigt gegenüber dem Terror, wie er sich gerade gegenwärtig immer stärker bemerkbar macht. Wir wünschen, daß die Freiheit des einzelnen gegenüber den Angriffen anderer sichergestellt wird, die eben die Lust verspüren, aus politischen Gründen zu streiken. Ich glaube, daß auch hier die Regierung mit uns einig ist. Auch die Sozialdemokratie hat ja neuerdings schwer über solche Fälle von Terror zu klagen.

Wir billigen auch die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die **Erwerbslosenversicherung** und den indirekten **Arbeitszwang** dergestalt, daß jedem, der nicht arbeiten will, wenn ihm eine entsprechende Arbeit nachgewiesen wird, die Arbeitslosenunterstützung entzogen wird.

(Zustimmung im Zentrum.)

Eine der wichtigsten Fragen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist die Lohnfrage. Die reine Taglohnarbeit führt bei der vorhandenen Arbeitsunlust zum Ruin. Wo ein Recht auf Lohn besteht, da muß auch das Recht auf eine gewisse Leistung anerkannt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Die Wiedereinführung dieses Rechts auf eine bestimmte Leistung kann nicht länger hintangehalten werden, wenn wir nicht untergehen wollen. Da bleibt nichts anderes übrig, als daß wir in der einen oder anderen Form zur **Akkordarbeit** zurückkehren.

(Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Ich freue mich, daß auch im „Vorwärts“ offen zu dieser Frage Stellung genommen wird, und daß auch hier immer mehr der Gedanke zum Ausdruck kommt, daß die Wiedereinführung der Akkordarbeit in irgendwelcher Form gar nicht mehr aufzuhalten ist.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Ein ganz interessantes Beispiel war im „Vorwärts“ vom 4. Oktober von Willy Dekepper erwähnt. Hier ist ein (D) Verfahren geschildert, wie es in dem Märkischen Industriewerke in Golm seit einigen Wochen gehandhabt wird. Es handelt sich um eine Reparaturwerkstätte für Wagen. Das Verfahren ist derart, daß im Zusammenarbeiten mit den Arbeitern für eine bestimmte Reparatur eine Normalarbeitszeit festgesetzt wird, und daß für jede ersparte Arbeitsstunde die Ersparnis den Arbeitern zugute kommt. Das ist ein Weg, wie der Arbeiter an der Steigerung seiner Arbeitsleistung interessiert werden kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich habe keinen Zweifel, daß auf diesem oder ähnlichem Wege das Interesse des Arbeiters an einer festen Leistung wieder geweckt werden kann.

(Zustimmung im Zentrum.)

Vor allem aber wird es notwendig sein, daß man in unseren staatlichen Betrieben von der reinen **Taglohnarbeit** abkommt.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Gerade jetzt, wo wir vor dem Winter stehen, wo wir vor den großen Transportschwierigkeiten in der Kohlenversorgung stehen, ist es absolut notwendig, daß die Regierung nicht mehr länger zögert, sondern ganze Arbeit macht und die reinen Taglohnarbeiten nicht mehr länger duldet.

(Erneute lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Eine andere wichtige Frage ist die **Preispolitik.** Sie hat neulich bei den Erörterungen über das Valutaproblem einen ziemlich umfangreichen Raum eingenommen. Es wurde hier von einigen Seiten das Ziel aufgestellt, unsere Preise den Weltmarktpreisen anzunähern und zu diesem Zwecke die Wirtschaftsfreiheit wieder einzuführen. Ich habe keinen Zweifel, daß durch die völlige Beseitigung der **Zwangswirtschaft,** durch die völlige Wiederherstellung

(Bolz, Abgeordneter.)

(A) der freien Wirtschaft das Ziel der Preisannäherung an die Weltmarktpreise sehr rasch zu erreichen wäre. Das haben wir bei der Aufhebung der Lederzwangswirtschaft gesehen; aber die Frage erhebt sich: ist diese freie Wirtschaft auch imstande, uns tatsächlich die Waren herbeizuführen, die wir notwendig haben, und wird, wenn der freien Wirtschaft dies gelingt, der Bedürftige auch imstande sein, die frei eingeführten Waren zu kaufen? Es ist mir nicht zweifelhaft, daß Luxuswaren und alles das, was wir entbehren können, in genügenden Mengen herbeigebracht wird. Dagegen habe ich ernstliche Zweifel, ob die freie Wirtschaft imstande wäre, das alles in genügenden Mengen herbeizuführen, was wir zu unserem Leben notwendig haben.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Da spielen noch andere Dinge als Geld mit: Ausfuhrschwierigkeiten, Transportschwierigkeiten und dergleichen. Zweifel sind jedenfalls in dieser Richtung berechtigt.

Ich halte es für notwendig, daß wir einen gewissen **Zwang in dem Handel mit dem Ausland** aufrecht erhalten. Es ist eine unabweisliche Pflicht der Regierung, daß wir alle Luxus- und alle entbehrlichen Waren soweit als nur möglich von der Einfuhr fernhalten und daß wir das bißchen Geld, das uns noch zur Verfügung steht, für das Notwendigste, für die Lebensbedürfnisse und für die Kleidung reservieren.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn hier die freie Wirtschaft ohne jeden Zwang durchgeführt wird, dann wird es so kommen, daß wir mit entbehrlichen Waren überschwemmt werden, daß es uns am Notwendigen fehlt, daß der Reiche satt wird und der Arme verhungert.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Ohne einen gewissen Zwang geht es nicht. Wir müssen (B) die Einfuhr beschränken, die Verwendung unserer Zahlungsmittel kontrollieren und durch Zwang dafür sorgen, daß jeder wenigstens das Allernotwendigste erwerben kann.

Mit ein paar Worten möchte ich noch auf die **Zwangswirtschaft für die landwirtschaftlichen Betriebe** eingehen und auf die Erregung, die in landwirtschaftlichen Kreisen hierüber herrscht. Die Erregung unserer Bauern ist begreiflich. Sie ist zurückzuführen auf die vielfachen Schikanen bei der Getreide- und bei der Viehabnahme und bei der Mühlenkontrolle. Kleinliche, ärgerliche Durchsuchungen, unzählige Strafen tun das ihre, um den Bauern zu reizen. Dazu kommt noch eine für die landwirtschaftlichen Produkte gänzlich verfehlte Preispolitik.

(Zustimmung im Zentrum.)

Da ist es verständlich, wenn der Bauer den Agitatoren folgt und nun mit der Forderung kommt, daß die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft absolut beseitigt werden müsse. Ich bin auch dafür, daß die Zwangswirtschaft nach Möglichkeit abgebaut wird. Aber auch einsichtige Bauern sagen es offen, daß eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft heute noch nicht möglich sei,

(sehr richtig! im Zentrum)

daß, um jedem das Notwendigste zu garantieren, noch ein gewisser Zwang in der Lebensmittelversorgung herrschen müsse.

Dagegen möchte ich wünschen, daß für unsere Landwirtschaft ein größeres Maß von Freiheit geschaffen wird. Ich glaube, die Zeit wäre gekommen, wo man das ganze Problem von neuem durchprüft. Die Situation gegenüber den Kriegsjahren hat sich doch in mancher Beziehung geändert. Wir sind nicht mehr darauf angewiesen, daß wir mit unserer eigenen Ernte bis zum letzten Tage des Wirtschaftsjahres haushalten, und daß, wenn das nicht gelingen sollte, wir den schwersten Gefahren ausgesetzt sind. Wir dürfen doch die Hoffnung haben, daß wir in

(C) Ergänzung der eigenen Ernte ein gewisses Maß von Zufuhr sicher erwarten dürfen.

Ich meine auch, daß die **statistischen Unterlagen**, die man früher für die Berechnung hatte, nicht maßgebend sein könnten. Sie haben sich zu einem großen Teil als falsch erwiesen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn sie richtig gewesen wären, dann wäre für den weitverzweigten Schleichhandel und für das Schiebertum kein Raum mehr gewesen. Es wäre also wohl möglich jedem ein gewisses Quantum zu sichern und doch noch den Bauern für den Rest eine freie Wirtschaft zu lassen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Dadurch würde ein großer Teil des Unwillens beseitigt, es würde ein großer Teil der kleinlichen Durchsuchung, des kleinlichen Zwangs, der kleinlichen Kontrolle vermieden.

Zweitens ist es notwendig, daß bei den Eingriffen in die Wirtschaft des Bauern in viel größerem Umfange als bisher die Bauern selbst und ihre Organisationen für die Durchführung dieser Zwangswirtschaft herangezogen werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es war ein großer Fehler, daß wir hier zuerst gar nichts getan haben und später trotz aller Mahnungen und Bitten nur Ungenügendes.

Dann ist aber für die Bauern die **Preispolitik**, die wir eingeschlagen haben, in der Tat nicht erträglich. Wenn wir jetzt einen Höchstpreis für Roggen von 40 Mark für den Doppelzentner haben, für Weizen in Höhe von 45 Mark und auf der anderen Seite in der freien Wirtschaft für den Hafer einen Preis von 80 und 100 Mark und darüber für den Doppelzentner, so bringt das für den wirtschaftlichen Betrieb des einzelnen Bauern etwas völlig Unverständliches und trägt nur dazu bei, daß unsere Zwangswirtschaft, soweit sie noch notwendig ist, völlig haltlos wird. (D)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich bin veranlaßt worden, auf den **Westen** hinzuweisen und auf das große **Verschieben von Getreide** an der holländischen und belgischen Grenze. Dort — ist mir mitgeteilt worden — werden für den Doppelzentner Roggen und Weizen Summen von 180 Mark gezahlt, und dann kommt dasselbe Getreide zu einem Preise von 200 Mark wieder über die Grenze zurück.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Unstimmigkeiten und Mißverhältnisse zeigen sich auch in der **Preispolitik beim Vieh.** Wenn für einen Zentner Lebendgewicht 80 bis 130 Mark je nach der Qualität bezahlt werden und so ein Stück Vieh auf zirka 1000 Mark kommt und auf der andern Seite für die Haut allein 700 Mark gezahlt werden, so sind solche Verhältnisse für die Bauern einfach nicht erträglich.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Jetzt ist eine Verordnung ergangen, die diesen Gewinn aus dem Häuteverkauf zwischen dem Staat, der Gemeinde und den Produzenten teilen soll. Für diese Regelung habe ich wenig Verständnis.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich kann nicht einsehen, weshalb der Gewinn, der doch ausschließlich auf Kosten des Produzenten geht, auch dem Staat und der Gemeinde zugute kommen soll. Nachdem einmal diese Preise in der freien Wirtschaft erzielt werden, wird es das richtigste sein, dem Bauern den Gewinn zukommen zu lassen.

Ich möchte noch mit ein paar Worten auf unsere **Finanzen** eingehen, um so mehr, als von der Opposition, von rechts und von links, gerade die Staatsfinanzen mit eine Rolle in der Agitation gegen die Regierung spielen, indem man dem Volke immer von dem unvermeidlichen **Staatsbankrott** redet. Es ist verständlich, daß bei unseren

(**Volz,** Abgeordneter.)

(A) gewaltigen Schulden, bei unseren gewaltigen Verpflichtungen gegenüber unseren Feinden und bei dem gewaltigen Verbrauch, den wir auch in der Jetztzeit Monat für Monat haben, das Volk Zweifel an der Möglichkeit einer finanziellen Rettung bekommt. Aber unverständlich ist es mir, daß dieses Wort vom Staatsbankrott fortwährend nachgeredet wird, ohne daß der einzelne, der so redet, sich die Mühe nimmt, auch einmal auszudenken, was ein Staatsbankrott für das deutsche Volk für Folgen hätte.

Persönlich halte ich einen Staatsbankrott einfach für unmöglich. Zu einem Bankrott gehört doch im allgemeinen, daß der Gläubiger und der Schuldner verschiedene Personen sind. Ich kann nur Bankrott machen, wenn ich einem andern gegenüber verschuldet bin. Wir sind nun aber in der traurigen oder in der glücklichen Lage, daß wir in der Hauptsache die Schulden uns selber schulden, und daß das deutsche Volk Gläubiger und Schuldner in einer Person ist; und da ist ein Bankrott undenkbar. Er wäre auch das größte Unrecht gegenüber den einzelnen Bürgern, die in ganz verschiedenem Maße finanziell von diesem Bankrott getroffen würden. Derjenige, der im Kriege dem Staat gegenüber seine Pflicht erfüllt hat, derjenige, der sein Geld zur Verfügung gestellt hat, wäre vor allem betrogen, und der andere könnte sich vorübergehend ins Fäustchen lachen. Aber der Bankrott würde ja zum völligen Zusammenbruch unseres ganzen Kredit- und Wirtschaftssystems führen. Man soll sich einmal vorstellen, was für einen Einfluß es auf unser ganzes Kreditwesen und auf unsere Wirtschaft ausüben würde, wenn plötzlich der Staat mit seinen nahezu 200 Milliarden Schulden den Bankrott erklären würde. Der Staatsbankrott darf nicht kommen und kann nicht kommen, und darum ist es unsere Pflicht, daß wir mit allen Kräften an der Finanzreform mitarbeiten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(B) Jeder Tag, um den die Finanzreform hinausgezögert wird, bringt uns neue Schwierigkeiten.

(Zustimmung im Zentrum.)

Auch hier wird eine Agitation getrieben, die unverantwortlich ist; namentlich die Agitation gegen das **Reichsnotopfer.** Es ist weniger der Gedanke der Notwendigkeit, solche Beträge aufzubringen, um überhaupt finanziell wieder aus dem Elend herauszukommen, als vielmehr die Form, an der man sich stößt. Man schlägt an Stelle des Reichsnotopfers eine **Zwangsanleihe** oder eine große Vermögenssteuer vor. Nun ist es mir trotz allem Bemühen noch gar nicht recht klar geworden, worin eigentlich die Vorzüge dieser Zwangsanleihe oder dieser großen Vermögenssteuer gegenüber dem Reichsnotopfer bestehen sollen, sofern man nur dasselbe materielle Ziel erreichen will, sofern man nur mit der Steuer den gleichen Betrag erstrebt. Es ist doch für den Steuerzahler im Grunde genommen genau dasselbe, ob er in Form eines Reichsnotopfers, auf 30 Jahre umgelegt, zahlt, oder ob er in Form einer Vermögenssteuer in 30 Jahren denselben Betrag zahlen soll oder in Form einer Zwangsanleihe.

Wenn immer behauptet wird, daß die Zwangsanleihe den Vorzug habe, daß sie wieder als Kreditmittel benützt werden könne, so möchte ich demgegenüber einwenden, daß bei der Zwangsanleihe doch zuerst der Steuerschuldner Kredit aufnehmen muß, um überhaupt seine Zwangsanleihe bezahlen zu können, und daß er die ganz gewaltige Summe auf einmal aufbringen muß, während er bei dem Reichsnotopfer einen Zeitraum von dreißig Jahren zur Regelung hat, um seiner Steuerschuld zu genügen. Ich glaube, die Notwendigkeit einer Vermögensabgabe in irgend welcher Form, ob Reichsnotopfer oder Zwangsanleihe oder gewaltige Vermögenssteuer, die über das Zinserträgnis in die Substanz des Vermögens eingreift, ist gar nicht zu umgehen, weil wir bei unserm daniederliegenden Wirtschaftsleben niemals imstande sein werden, die Summen, (C) die wir jährlich für den Gang der Staatsmaschine und für die wichtigsten Staatsaufgaben brauchen, mit Steuermitteln aufzubringen. Es bleibt uns keine andere Wahl, als daß wir bei der ganzen Finanzreform von vornherein daran denken, den jährlichen Steuerbedarf dadurch herunterzudrücken, daß wir uns von Anfang an eine Schuldentilgung in großem Maßstab zum Programm machen. Aber es ist notwendig, um aus dem finanziellen Elend herauszukommen, daß wir noch in ganz anderm Umfange sparen, als es jetzt der Fall ist.

Der **Etat,** der uns vorgelegt worden ist, kann mich nicht voll befriedigen, und ich kann es vollends nicht verstehen, wenn man aus gutem Herzen heraus noch den Versuch macht, einzelne Etatsposten über die Vorschläge hinaus zu erhöhen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe die Befürchtung, daß uns die Not dazu bringen wird, aus dem Etat jeden Posten herauszustreichen, der nicht absolut notwendig ist, um die Staatsmaschine in Gang zu halten,

(lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum)

und daß trotz allem Anerkenntnis der Not keine Posten mehr übrig bleiben können für wohltätige und für wissenschaftliche Unternehmungen. Wenn jetzt diese Erkenntnis noch nicht durchgedrungen ist: ich befürchte, die Not wird uns bei dem nächsten Etat dazu zwingen, diese Posten herauszustreichen, wenn man auch noch so sehr überzeugt ist, daß das, was man mit diesem Geld erreichen will, im Interesse des deutschen Volks große Bedeutung hätte.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Wenn ich hier dem Etat gegenüber eine solch scharfe Rüge laut werden lasse, so will ich nicht vergessen, daß dieser gewaltige Etat dadurch erklärlich wird, daß unser ganzer Staat und unser Volk krank ist, und daß die Arznei zur Heilung dieses Staates und dieses Volkes gewaltige Mittel (D) erfordert. Ich will auch nicht vergessen, daß uns neue Aufgaben gestellt sind infolge des Zusammenbruchs und infolge der Notwendigkeit, das ganze Gebäude von Grund auf neu aufzuführen. Ich gebe auch gern zu, daß ein Vergleich der Jetztzeit mit früher ganz verfehlt ist. Man kann die beiden Zeiten politisch gar nicht vergleichen. Wir standen zu Beginn des Jahres vor einem Nichts und sind jetzt in der Notlage, mühsam und langsam wieder aufzubauen. Da wird mancher Groschen, manche Milliarde, die wir gern sparen möchten, durch die Not der Zeit verschlungen. Ich darf aber hoffen, daß bei dem nächsten Etat etwas anders gewirtschaftet wird, daß schon die Vorlage des Etats uns ein ganz anderes Bild zeigt.

Dann möchte ich die Regierung bitten, auch die Maßnahmen gegen das **ins Ausland geflüchtete Kapital** nicht aus dem Auge zu lassen. Ich richte diese Mahnung an die Regierung deshalb, weil die Mitteilung der Regierung über den Nichtumtausch der Noten draußen im Volke vielfach den Eindruck erweckt hat, als ob die Regierung unter dem Einfluß des Kapitals stände, und als ob man gegen das ins Ausland geflüchtete Kapital überhaupt nichts mehr unternehmen wolle.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Diese Meinung des Volkes ist zweifellos falsch, und ich glaube und hoffe, daß wir in nächster Zeit bestimmte Maßregeln zu erwarten haben. Freilich darf man die Hoffnung auf den Erfolg solcher Maßnahmen nicht überspannen. Es wird uns niemals, welche Mittel wir auch ergreifen, gelingen, alles zu erfassen.

Zum Schluß darf ich noch konstatieren, daß die ganze politische Aussprache im allgemeinen das Programm der Regierung und ihre Tätigkeit anerkannt hat, und daß an sachlich Neuem und Bedeutungsvollem nicht viel vor-

(Volz, Abgeordneter.)

(A) gebracht wurde. Wir dürfen auch anerkennen, daß es unserer Regierung gelungen ist, allmählich wieder den Sinn zur Ordnung zu wecken. Freilich zum Optimismus ist noch kein Grund vorhanden. Wir stehen noch vor schweren Gefahren. Niemand weiß heute, wie schwer die Erschütterungen des kommenden Winters sein werden. Wir wollen auf die Gefahren das deutsche Volk offen hinweisen. Das deutsche Volk soll nicht belogen werden, es soll die volle Wahrheit erfahren, und es soll durch die Wahrheit zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Erkenntnis der Wahrheit soll unserem Volk kein Grund zur Verzweiflung und zur Verzweiflungspolitik werden, vielmehr die Ursache zur Selbstbesinnung, zur Selbstbeschränkung und zur Mitarbeit. Dann werden weder unser' finanzielles Elend noch der Druck unserer Feinde stark genug sein, um das deutsche Volk zu vernichten.

Ich glaube an die Zukunft des deutschen Volkes, weil ich an die Zukunft jedes einzelnen glaube. Ich bin überzeugt, daß jeder einzelne unserer Volksgenossen so viel Lebenswillen und so viel Lebensenergie besitzt, um sich selber durchzuhelfen, und ich habe die Überzeugung, daß die Summe dieser Einzelenergien, die als Volksenergie zum Ausdruck kommt, stark genug ist, unser Volk aus diesem Elend wieder herauszuführen. Tragen wir alle dazu bei, daß dieser Glaube nicht umsonst ist, und daß die Leidenszeit unseres Volkes auf die kürzeste Zeitspanne beschränkt wird.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

Henke: Abgeordneter: Werte Versammlung! Der Herr **Reichswehrminister** hat in seiner bekannten Weise (B) außer den Deutschnationalen auch meine Parteifreunde gestern wieder mit einer Kanonade bedacht, die aufs neue beweist, daß triftige Gründe gegen das vorzubringen, was die „Freiheit" geschrieben hat und was meine Parteifreunde gelegentlich im Parlament vorgetragen haben, ihm unmöglich ist. Der Reichswehrminister — ich habe das schon früher einmal in Weimar gesagt — kommt uns bei solchen Gelegenheiten höchst komisch vor. Wenn er sich einbildet, mit einer solchen Tonart uns begegnen zu müssen und wenn er darin das rechte Mittel erblickt, uns ein für allemal zu überwinden, dann beweist er, daß er aus der Geschichte nichts gelernt hat. Wir sind früher als Sozialdemokraten allgemein nicht nur der Überzeugung gewesen — wir können uns nun auf die geschichtliche Erfahrung stützen —, daß wir selbst mit einem Mann wie Bismarck, dem doch noch etwas andere Qualitäten und auch Machtmittel zur Verfügung standen als Herrn Noske, fertig werden würden. Da dürfen wir überzeugt sein, daß wir es auch mit Herrn Noske aushalten werden. Herr Noske ist also nicht der Mann, den wir fürchten können; aber allerdings ist Herr Noske heute der Mann, der uns Schwierigkeiten bereiten kann und zu bereiten gewillt ist, der sie soeben uns wieder bereitet hat, indem er eines unserer Organe verbot. Ich komme darauf noch zurück. Wir müssen uns also mit Herrn Noske ab und zu wider unseren Willen beschäftigen; das ist sehr unangenehm, aber es muß sein.

Ich will zu diesem Zwecke, wenn auch nur ganz kurz, auf das eingehen, was er in seiner Rede gegen uns vorgebracht hat. Er hat den **Unabhängigen** vorgeworfen, daß sie übertreiben, daß sie lügnerische Darstellungen verbreiten, daß sie auf diese Weise die deutsche Republik dem Auslande gegenüber denunzieren und ihr Ansehen herabsetzen. Er hat uns unterstellt, daß wir das alles bewußtermaßen in der Absicht tun,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

um **demagogischen Zwecken** zu dienen, und der Herr Ehren- (C) doktor Meerfeld, der vielleicht eben „sehr richtig!" gerufen hat, hat ihm darin assistiert. Verehrte Versammlung! Darum ist es noch nicht richtig. Wenn der Herr Abgeordnete Meerfeld, der schon gemeint hat, wir würden durch die Geschichte ad absurdum geführt werden, es werde sich herausstellen, daß man in einer **organischen Entwicklung** dahin gelangen werde, wohin die Sozialdemokratie immer gewollt habe, so können wir über diese Auffassung nur lächeln. Wir können eine solche Auffassung nicht teilen. Wollte ich in vollem Umfang auf diese Frage eingehen, dann müßte ich den Nachweis führen, daß das, was uns von den ehemaligen Parteigenossen trennt, nicht kleinliche Dinge und nicht persönliche Differenzen sind, sondern zwei verschiedene Weltanschauungen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aus diesen zwei verschiedenen Weltanschauungen fließen natürlich auch die verschiedenen Auffassungen über das, was man Entwicklung nennt. Ich muß mich wundern, daß heute ein Mann sich hier hinzustellen und zu reden wagt von der organischen Entwicklung uns Unabhängigen Sozialdemokraten gegenüber, die wir selbstverständlich eine Entwicklung, wie sie in Natur und Geschichte stattfindet, nicht leugnen und nicht verkannt haben, — wie er sich hier hinstellen kann und uns glauben machen will, daß in der Geschichte ein für allemal diese organische Entwicklung allmählich vor sich geht ohne Umwälzungen von der Art, wie wir sie kürzlich erlebt haben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben früher in der deutschen Sozialdemokratie anderthalb Jahrzehnte lang einen Kampf geführt, um die Auffassungen des Revisionismus, dessen Auffassung schließlich die war, daß man in langsamer organischer Entwicklung in den Zukunftsstaat des Sozialismus hineinwachsen werde. Diese Auffassung ist früher von der Mehrheit der Sozialdemokratie auf ihren Parteitagen abgelehnt worden, (D)

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sie ist insbesondere von der Mehrheit der bedeutendsten unserer sozialistischen Theoretiker abgelehnt worden. Von der Mehrheit der sozialistischen Theoretiker ist behauptet worden und von den Mehrheiten der Delegierten auf den Parteitagen und den internationalen Kongressen ist beschlossen worden, daß die Taktik einer ganz anderen Auffassung von der Entwicklung anzupassen sei, nämlich der Auffassung, daß die organische Entwicklung gelegentlich durch Revolutionen unterbrochen wird. Diese Auffassung hat man früher für falsch erklärt. Herr Meerfeld hat sie früher zweifellos auch für falsch erklärt, er erklärt sie auch heute noch für falsch; er hat geschlafen während der letzten Monate, er hat nicht bemerkt, was vor sich gegangen ist, er hat nicht bemerkt, daß seine Auffassung von der Entwicklung durch unsere Geschichte korrigiert worden ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unsere Auffassung, die Auffassung der früheren Radikalen in der Sozialdemokratie, hat recht bekommen durch den Gang der Geschichte. Es sind die Revolutionen gleichsam Knotenpunkte in der Entwicklung der Geschichte sowohl wie auch der Natur.

Wer die Dinge so auffaßt, der wird allerdings seine Aufgaben im politischen und im wirtschaftlichen Kampf ganz anders bemessen, er wird nicht solche Auffassungen vertreten können, wie der „alte Gewerkschaftler" und Reichskanzler Herr Bauer, der wird auch nicht solche Auffassungen wie der Herr Reichswehrminister Noske vertreten können, der da meint, mit brutalen Gewaltmitteln Ideen töten oder in ihrem Lauf aufhalten zu können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen. — Zurufe von den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

— Reden Sie sich ruhig aus! Ich habe dann Zeit zu überlegen, was ich noch weiter zu sagen habe. Ich kann

(Henke, Abgeordneter.)

(A) mit Ruhe entgegennehmen, was Sie mir zurufen, Herr Waldstein. Ich kann Ihnen aber zugleich die Versicherung geben: bei Ihnen und Ihren Freunden werde ich niemals in die Lehre gehen, um zu lernen,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

was sich für einen proletarischen Klassenkämpfer gebührt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Wie Sie, Herr Waldstein, es verstehen, ihre besonderen Klassen- und sogar Standesinteressen wahrzunehmen, haben wir vor ein paar Tagen hier an dieser Stelle vernehmen können.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da haben Sie bei dem Kapitel Reichsjustizministerium

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die ganz besonderen materiellen Interessen der Rechtsanwälte vertreten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf, sondern ich unterstreiche nur, wie Sie damit Ihre Pflicht getan haben. Aber wollen Sie, bitte, es uns nicht übelnehmen, wenn wir auch unsere Pflicht auf unsere Weise tun, indem wir die materiellen Interessen der Arbeiterklasse und ihre politischen Ziele zugleich vertreten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir es tun, ich wiederhole es, werden wir nicht bei Ihnen um Rat anfragen, überhaupt nicht bei bürgerlichen Parteien, und werden uns niemals, wenn es zu Handlungen kommt, an bürgerliche Parteien anschließen, sondern da werden wir immer des Wortes des kommunistischen Manifestes eingedenk sein, daß die Befreiung der Arbeiterklasse letzten Endes das Werk der Arbeiter selbst sein muß.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(B) Herr Noske hat, wie gesagt, alles das vergessen oder noch nie gelernt gehabt. Wer sich einbildet, mit einer solchen Tonart und mit solchen Handlungen, wie wir sie an ihm gewöhnt sind uns gegenüber, Ideen, die ich schon erwähnte, totschlagen und ihre Entwicklung aufhalten zu können, ist eigentlich vor der Geschichte erledigt, und man braucht sich nicht weiter mit ihm zu beschäftigen; aber er ist nun einmal noch eine Figur des Panoptikums, das man heute deutsche Regierung nennt,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — hört! hört! rechts)

und da muß man sich mit ihm beschäftigen.

Er hat hier unter anderm in Abrede gestellt, daß die **Einwohnerwehren** solchen Zwecken dienen sollten, wie meine Freunde sie gelegentlich enthüllt haben. Nun, ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Beweisen anführen an der Hand von im Druck erschienenen oder auch von handschriftlichen Dokumenten, die beweisen, daß die Einwohnerwehren genau dieselben Ziele verfolgen wie alle reaktionären politischen Elemente in Deutschland heute auch.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie verfolgen, um es kurz und deutlich zu sagen, den Zweck, in erster Linie die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und in zweiter Linie, wenn es eben geht, verfolgen sie zu einem guten Teil den Zweck, die Monarchie wieder aufzurichten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn gelegentlich bei irgendwelchen Tagungen, auf denen über die Aufgaben und über die Ergebnisse der Agitation für die Einwohnerwehren gesprochen wurde, beklagt worden ist, daß sich klassenbewußte Arbeiter diesen Einwohnerwehren angeschlossen haben, so ist das wahrlich von den Arbeitern zu begreifen. Wenn die Arbeiter es

(C) nicht klar zu erkennen vermochten, mußten sie sich instinktiv sagen, daß diese Einwohnerwehren gegen sie, gegen ihren Klassenkampf gerichtet waren,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

wenn zehnmal ein Noske dazu aufforderte, in diese Einwohnerwehren einzutreten, oder besser gesagt, gerade weil Noske dazu aufforderte.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Welche Aufgabe Herr Noske dabei erfüllt, habe ich gelegentlich in Weimar an der Hand von Äußerungen eines seiner Parteigenossen darlegen dürfen. Er hat gestern gemeint, meine Partei abtun zu können mit Äußerungen irgend eines bürgerlichen Blattes. Das Blatt hat unsere Politik sehr niedrig eingeschätzt. Ach Gott, wenn ich mit Gegenäußerungen über die Rolle, die Herr Noske, Herr Scheidemann und andere seiner Parteifreunde spielen, dienen wollte, mit Äußerungen aus der Feder und dem Munde von Leuten, die heute Herrn Noske sehr nahestehen, da könnten Sie einige heitere Minuten erleben. Werte Versammlung! Ich erspare mir die Wiedergabe solcher Äußerungen über Herrn Noske und seinesgleichen und über die rechtssozialistische Partei für eine spätere Zeit.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Geschenkt werden sie Ihnen nicht, seien Sie ohne Sorge, Sie werden noch genug bekommen.

Solche Dinge benutzt man gelegentlich — und ich verstehe es wohl bei Herrn Noske —, wenn man andere Dinge nicht zur Verfügung hat, um seinen Gegnern begegnen zu können. Wir werden solche Äußerungen gelegentlich benutzen, wenn außerdem noch andere Argumente, die gegen Ihre Politik sprechen, für uns reden können.

Herr Noske hat dann weiter bestritten, daß irgend-

(D) welche **Unterstützung der reaktionären Umtriebe im Osten** seitens der Regierung erfolgt sei. Nun, ich will nur einiges herausgreifen; ich werde mich nachher über die Baltenfrage, die politisch gegenwärtig wichtigste Frage, noch etwas eingehender zu verbreiten haben. Hier nur ganz allgemein so viel, daß in der Tat von Deutschland aus zahlreiche Waren und eine ganze Menge Kriegsmaterial nach dem Osten geführt worden sind. Wenn die Genehmigung der Regierung nicht offiziell erfolgt ist, wie uns gesagt wird, dann doch von seiten des eingesetzten Ausfuhrkommissars.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist gelegentlich vor einem Gewerbegericht — wenn ich nicht irre, von einem Schneidergehilfen — ausgesagt worden, wie er und seine Kollegen aus deutschem Material für estnische Truppen Uniformen haben anfertigen müssen, und wenn ich nicht irre, hat Herr Noske gestern gesagt, daß es allerdings vorgekommen sei, daß auch Verschiebungen nach Polen hin stattgefunden haben. O ja, die haben in ganz außerordentlichem Maße stattgefunden, und wenn er sich mal bei seinem Freunde Cohen vom Metallarbeiterverbande erkundigen will, dann kann er darüber etwas sehr Bedeutsames erfahren, nämlich, daß vor allen Dingen eine ganze Menge Leder dorthin ausgeführt worden ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und zwar in solchem Umfange, daß Cohen, wie ich ihm nachfühlen kann, darüber mit Recht empört ist.

Was Herr Noske im übrigen gegen uns vorgebracht hat, daß wir lügenhafte Darstellungen gegeben haben und dergleichen, das rührt uns nicht, ich habe keine Ursache, darauf einzugehen. Wichtig erscheint mir, was wir als neueste Handlung von ihm zu buchen haben, das **Verbot der „Freiheit“.**

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Henke**, Abgeordneter.)

(A) Die „Freiheit“ liegt den Herren um Noske herum natürlich sehr im Magen. Das ist sehr begreiflich; denn sie ist das einzige Blatt, das heute überhaupt in gewissen Dingen, über die man gern ein Dunkel verbreiten oder, soweit es verbreitet ist, bewahren möchte, die Dunkelheit zerstreut und Licht in dieses Dunkel hineinbringt. Ein solches Blatt ist von jeher von allen Reaktionären und ihren Helfershelfern gehaßt worden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ehrt die „Freiheit“ ein für allemal, daß sie von Noske und seinesgleichen gehaßt und verfolgt wird.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn aber Herr Noske meint, durch das Verbot eines solchen Blattes seine Wirksamkeit für spätere Zeit unterbinden, den Vorwärtslauf der Unabhängigen Sozialdemokratie aufhalten zu können, dann beweist er damit nur wiederum seine Einsichtslosigkeit, und daß er aus der Geschichte nichts gelernt hat.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat gestern gleichsam wohl die **Begründung für das Verbot** in seiner Rede gegeben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn das, was dem Verbot beigefügt ist, die Begründung sein soll, dann muß man Erstaunen über — ich möchte einen parlamentarischen Ausdruck gebrauchen — so viel Unwissenheit und Einsichtslosigkeit. Es heißt dort:

(Abschrift.)

Oberkommando Noske
usw.

Die Zeitung „Freiheit“ hat durch fortgesetzte lügenhafte Behauptungen **Unruhe in der Bevölkerung** hervorzurufen gesucht.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Wenn das der Grund des Verbotes ist, dann muß man doch fragen: warum hat Herr Noske nicht dafür gesorgt, daß Zeitungen verboten worden sind, die kürzlich über angebliche Kommunistenunruhen in Halle, in München, in Braunschweig usw. die gröblichsten Lügen verbreitet haben? Warum hat er nicht längst seine Entlassung genommen, weil er so oft uns gegenüber gelogen hat?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine der schlimmsten Lügen ist, was hier steht, die Zeitung soll durch fortgesetzte lügenhafte Behauptungen Unruhen in der Bevölkerung hervorzurufen gesucht haben. Die „Freiheit“ hat nur ihre Pflicht erfüllt, indem sie im Dienst des klassenbewußten Proletariats die Wahrheit an den Tag gebracht.

(Sehr gut! und Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn Herr Noske einen Vorwurf glaubte machen zu können, dann könnte es nur der sein, daß sie gelegentlich — ich mache mir diesen Vorwurf nicht zu eigen — sich in der Wahl der Mittel, die Wahrheit an den Tag zu bringen, vergriffen haben. Gewiß, irren ist menschlich, und die Redakteure der „Freiheit“ haben noch niemals Anspruch darauf erhoben, dem lieben Gott ähnlich und nicht dem Irrtum unterworfen zu sein. Die Redakteure der „Freiheit“ sind auch dem Irrtum unterworfen; aber es bleibt dabei: alles, was die „Freiheit“ veröffentlicht, geschah in der Absicht, dem proletarischen Klassenkampfe zu nützen und Noske und seine Freunde zu bekämpfen, sollte vor allen Dingen dazu dienen, den Sozialismus einmal Wirklichkeit werden zu lassen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Insbesondere ist es ein Unfug sondergleichen, zu behaupten, die „Freiheit“ habe Unruhe in der Bevölkerung hervorzurufen gesucht. Wodurch soll sie sie hervorgerufen haben? Durch den Abdruck eines Aufrufs, den die (C) Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokraten verfaßt und ihr übergeben hat und in dem die wissentlich unwahre Behauptung aufgestellt worden sein soll, daß es in Deutschland **militärische Mörderzentralen** gebe, die hochbezahlte Mordbuben suchen. Die Veröffentlichung dieses Aufrufs konnte die „Freiheit“ als Parteiblatt gar nicht ablehnen. Es steht aber auch nicht darin, daß es militärische Mörderzentralen gebe; aber ich will nicht bestreiten, daß die Mörder in zahlreichen Fällen Militärs waren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist da unbewußt in die Begründung des Verbots eine Wahrheit eingeflossen. Daß es solche Mörderzentralen in Deutschland nicht gibt, das wagt heute kaum ein politisches Kind zu behaupten. Wenn Herr Noske trotzdem behauptet, daß es solche Mörderzentralen nicht gibt, dann beweist er nur, daß er eine Stirn hat, die jede Schamlosigkeit zu behaupten in der Lage ist,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Unruhe bei den Sozialdemokraten)

dann beweist er nur, daß die Scham von ihm längst zu den Hunden geflohen ist.

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Herr Abgeordneter, Ihre Bemerkungen widersprechen der Ordnung des Hauses.

Henke, Abgeordneter: Es ist vor allen Dingen Anstoß daran genommen worden, daß in dem Aufruf die Rede davon sei, daß das Attentat auf Haase auf die Tatsache der Existenz solcher Mörderzentralen zurückzuführen sei. Nun, es dürfte doch wohl nicht allein uns, sondern allen Menschen, die sich überhaupt um irgendwelche politischen Dinge bekümmern, bekannt sein, wer die Liebknecht, Rosa Luxemburg usw. hat ermorden lassen. (D) Daß das nicht nur Einzelpersonen waren von der Qualität dieses Mannes, der auf Haase geschossen hat, wissen wir alle, und wir wissen auch, daß dahinter noch andere Leute stehen müssen

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und stehen!)

— und stehen —, selbstverständlich, weil die **Flucht der Mörder** ein Beweis dafür ist, daß andere Leute dahinter stehen. Wenn diese Mörder haben fliehen oder im Gefängnis ein Freudenleben haben führen können, so ist das darauf zurückzuführen, daß sie Freunde hatten, die ihnen diese Freuden oder die Flucht ermöglicht haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Leute, die ihnen dazu verholfen haben — auch derjenige, der Radek hat umbringen wollen und zu dem Zweck einen Angestellten des Zellengefängnisses zu bestechen versuchte — befördert worden sind,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

genau so wie der Mörder des Jogiches befördert worden ist.

(Erneute Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Solche Mörder werden in Deutschland befördert. Wo sind aber der Mörder der 32 Matrosen und die Mörder der 17 katholischen Gesellen in München geblieben?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Werte Versammlung! Solche Dinge muß man gegenüberstellen. Es ist bekannt, daß der eine in Uruguay sitzt, und die anderen wo anders ihr Heim haben aufschlagen, daß diese Mörder alle haben entfliehen können. Und wenn Herr Noske gestern die Stirn hatte, das **Entfliehen einiger Schutzhäftlinge** in Vergleich zu stellen mit der Flucht dieser Leute, an der wir kein Wohlgefallen hätten, dann beweist das wiederum, welch eiserne Stirn dieser Mann

(Henke, Abgeordneter.)

(A) hat, wenn es sich um die Vertretung kapitalistischer oder Mörderinteressen handelt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie für diese Bemerkungen zur Ordnung.

Henke, Abgeordneter: Daß Herr Noske zu dem **Verbot der „Freiheit“** gekommen ist, das ist unter den gegenwärtigen Umständen zu begreifen, weil die wichtigste politische Frage, die uns heute beschäftigt, eben durch die „Freiheit“ zu ungunsten der Regierung eingehend beleuchtet worden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die „Freiheit“ hat in der Aufdeckung aller Vorgänge im Baltikum ihr möglichstes, das heißt ihre Pflicht und Schuldigkeit, getan.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie beansprucht dafür keinen Dank, aber sie läßt sich auch von keinem Menschen in der weiteren Erfüllung dieser Pflicht irre machen und sie läßt sich vor allen Dingen nicht durch irgendwelche Verbote an dieser Pflichterfüllung hindern. Wie man über die „Freiheit“ und eine ganze Menge anderer Parteiorgane, sogar über ein Parteiorgan des Herrn Noske gelegentlich in einer Weise urteilt und geurteilt hat, weil sie den Herren nicht angenehm waren, das ist neulich durch die Presse bekannt geworden, indem eine Liste veröffentlicht wurde, auf der die „Freiheit“, auf der die „Republik“, auf der aber auch die „Glocke“ stand und andere Organe. Sie alle sollten eventuell verboten werden.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sollten alle verboten werden, diese Gazetten, die das unangenehme Bestreben haben, Herrn Noske und seinen (B) Freunden die Ruhe zu stören.

(Zustimmung und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Bauer, Herr Noske und Herr Ebert möchten Ruhe haben, und sie kommen aus der Ruhe, wenn solche unangenehmen Insekten ihnen einmal in den Bauch oder wo anders hinstechen.

(Erneute Zustimmung und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, werte Versammlung, das werden diese Blätter wohl nun weiter tun. Was die „Freiheit“ angeht, so wird sie es zweifellos tun. Wenn man ihr den Vorwurf der Demagogie deswegen macht, so ist das ein sehr bekannter Vorwurf, der früher den Sozialdemokraten, sogar einem Sozialdemokraten von der Qualität eines August Bebel, wer weiß wie oft gemacht worden ist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was ist das im Munde eines Sozialdemokraten für ein Vorwurf, zu sagen, ein Blatt wie die „Freiheit“ habe über diesen oder jenen Vorgang etwas Unwahres berichtet? Werte Versammlung, was ist doch gegen August Bebel seinerzeit von dieser Stelle aus und besonders in der Presse gewütet worden, als er einen Brief eines englischen Bischofs ans Tageslicht förderte in der Absicht, etwas zu enthüllen, was in der Vertretung der Menschheitsinteressen zu enthüllen seine Pflicht war, wobei er freilich ein Opfer irgendwelcher Täuschungen sein konnte. August Bebel hat sich nicht einen Moment in seiner Pflichterfüllung aufhalten lassen. Er hat sich gesagt: solange mir nicht der Beweis geliefert ist, daß das unwahr ist, was ich hier gesagt habe, so lange lasse ich mich nicht abdrängen von dem Wege, den ich eingeschlagen habe. In der Beziehung werden wir den Spuren August Bebels folgen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn August Bebel heute über einen Noske von dieser (C) Stelle aus wegen des Verbots der „Freiheit“ und der Begründung dieses Verbots zu richten hätte, ach, der würde etwas ganz anderes sagen, als es von mir gesagt werden kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Leute, die sich früher auf Bebel, auf Liebknecht, auf Marx, auf Engels, auf Lassalle usw. während der Kriegszeit wer weiß wie oft berufen haben, um die Arbeiter in dem Wahne zu erhalten, daß es sich um vaterländische Interessen handele, denen sie dienen sollten, während es sich in Wirklichkeit um die Verteidigung der Profitinteressen und des Kapitalismus gehandelt hat,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

diese Leute schämen sich heute nicht, das Andenken aller dieser Männer dadurch zu beschmutzen, daß sie solche Handlungen ausüben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Werte Versammlung, unter solchen Umständen — das möchte ich Herrn **Scheidemann** sagen — ist selbstverständlich eine **Einigung** nicht möglich.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine Einigung mit den Arbeitern, die hinter Ihnen stehen, ist möglich, und die wollen wir, und sie wird hergestellt werden gegen Sie! Eine Einigung mit Noske und seinesgleichen, Pfui Deibel! die lehnen wir ab.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Hier glaube ich parlamentarisch deutsch zu sprechen, Herr Professor Kahl. Die deutsche Sprak ist eine plumpe Sprak; aber sie ist eine sehr deutliche Sprache, und es ist hier notwendig, sehr deutlich zu reden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist selbst von bürgerlicher Seite und auch von rechtssozialistischer Seite mehrfach anerkannt worden, daß die (D) **„Freiheit“** insbesondere in ihren Veröffentlichungen über die **Baltikum=Vorgänge** nur die Wahrheit berichtet hat, daß alles das, was sie berichtet hat, nachher bestätigt worden ist. Hans Leuß hat es zum Beispiel attestiert in der „Welt am Montag“. Ja, geehrte Versammlung, auch die „Berliner Volkszeitung“ hat Herrn Noske aufs deutlichste zu verstehen gegeben, daß er da derjenige sei, der mit der Unwahrheit mehr im Bunde stehe als die „Freiheit“, wenn er gegen die „Freiheit“ eifere. Auch die „Frankfurter Zeitung“ hat zugeben müssen, daß es richtig sei, was die „Freiheit“ berichtet hat. Ja, geehrte Versammlung, es ist auch nichts davon gesagt worden, daß zum Beispiel, als deutsche Reeder die Interessen der deutschen Seeleute an das Ausland verraten haben, damals diese deutschen Reeder belangt worden wären.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist damals von den Reedern folgender Funkspruch in die Welt geschickt worden:

> Dampfer „Batavia“ der Hamburg=Amerika=Linie, der mit Rücktransport deutscher Besatzungen ausgelieferten Schiffe beschäftigt war, wurde angeblich wegen bolschewistischer Bestrebungen der Besatzung angehalten und nach Cherbourg gebracht.

Das haben diese Leute in die Welt hinein lügen können, und kein Noske hat sich darum gekümmert. Ich frage Sie, von der rechtssozialistischen Fraktion, ob Sie dieses **Verbot der „Freiheit“** billigen?

— Sie schweigen, weil Sie sich schämen, ja zu sagen.

(Lachen rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das mag sich Herr Noske hinter den Spiegel stecken wie so manche Mißbilligung seiner Politik, die aus seinen Freundeskreisen kommt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Herr Henke, was haben Sie in Bremen gemacht?.)

(**Henke,** Abgeordneter.)

(A) — Was ich **in Bremen** gemacht habe, kann ich jederzeit verantworten. Ich habe niemals eine **Zeitung verboten,** ich habe niemals eine Meinung unterdrückt, und wer die Frechheit besitzt, das Gegenteil zu behaupten, der komme hierher und tue es von dieser Stelle, damit ich ihn als Lügner abstempeln kann.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr **Noske,** der so außerordentlich bemüht ist, die Interessen der Reichswehrtruppen wahrzunehmen, dessen Gemüt und dessen gutes Herz es nicht zulassen, daß heute Hunderttausende von Reichswehrsoldaten entlassen und auf die Straße gesetzt werden, weil sie dann nur Erwerbslosenunterstützung erhalten würden, der hat noch nie ein ähnliches Bedenken gehabt, wenn es sich um die Bekämpfung revolutionärer Arbeiter gehandelt hat. Auch das muß ich bei dieser Gelegenheit in den Vordergrund rücken; es ist allerdings derselbe Herr Noske, der sein Trachten und Sinnen darauf gerichtet hat, die Arbeiter zu entwaffnen, die Bourgeoisie und die Konterrevolutionäre aller Art aber zu bewaffnen. **Bauern** sind in Massen bewaffnet worden, **Kriegervereine** sind **bewaffnet** worden, überall ist damit gegen den Friedensvertrag verstoßen worden. Ja, das denunziere ich hier meinetwegen irgendwem gegenüber, meinetwegen auch dem Ausland gegenüber. Es ist gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags verstoßen worden. Im Friedensvertrag ist ausdrücklich gesagt, daß weder Schülervereine noch Kriegervereine noch ähnliche Organisationen für den Waffengebrauch in Anspruch genommen werden dürfen, daß sie mit dem Waffengebrauch nicht vertraut gemacht werden dürfen. Durch die Presse nicht nur überhaupt, auch speziell durch die mehrheitssozialistische ist aber massenhaft Material darüber veröffentlicht worden, wie eine solche Bewaffnung tatsächlich durchgeführt werden soll. Ja, geehrte (B) Versammlung, wenn dann sich Herr Noske hierher stellt und sich ein und das andere Mal darüber entrüstet, nachdem das seine Kollegen schon vorher getan hatten, daß mein Freund Crispien in der Schweiz gesagt haben soll, es ständen noch 1 200 000 Mann in Deutschland unter Waffen, so begreife ich das nicht, oder ich begreife es nur aus der bekannten Rücksichtslosigkeit — wollen wir diesmal sagen — des Herrn Noske der Wahrheit gegenüber. Man zähle doch einmal diese bewaffneten Bauern, diese Kriegervereinler, diese **Einwohnerwehrler** usw. zusammen, ob dann nicht viel mehr als 1 200 000 Mann herauskommen! Man sehe sich auch einmal die Richtlinien an, die für die Leute aufgestellt sind, man sehe sich einmal an, was geheim und vertraulich darüber von Militärpersonen verbreitet worden ist, wie diese Leute bewaffnet werden sollen, wozu sie angehalten werden sollen, man sehe sich insbesondere auch einmal die Richtlinien für die Errichtung der **technischen Nothilfe** an! Dann wird man sehen, wem mit aller dieser Bewaffnung gedient werden soll, dann wird man sehen, daß mein Parteifreund Crispien allerdings die Unwahrheit und zwar die objektive Unwahrheit gesagt hat, aber nur, weil er nicht in der Lage war, die große Zahl der Bewaffneten nachzuzählen. Es sind noch viel mehr als 1 200 000, die heute bewaffnet sind,

(stürmische Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

und die bewaffnet worden sind, wenn es darauf ankommt — ich bin fest davon überzeugt —, nicht nur den Kapitalismus unter allen Umständen zu erhalten, sondern eventuell die Monarchie wieder aufzurichten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter D. Dr. Kahl: Treten Sie doch als Aufsichtsorgan in die Entente ein! — Lebhafte Zustimmung rechts.)

(C) — Herr Abgeordneter Kahl! —

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Als Polizeikommissar! — Wachsende Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Deswegen seid Ihr ja mit den Machenschaften zufrieden! Deshalb ist ja Noske Euer Mann!)

Herr Abgeordneter Kahl, ich bin internationaler Sozialdemokrat wie meine Parteifreunde auch.

(Abgeordneter D. Dr. Kahl: Deshalb brauchen Sie das Ausland nicht auf uns zu hetzen! — Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und links. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Gerade deshalb sage ich es, damit es meine Parteifreunde in allen Ländern hören!

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafte Pfuirufe rechts. — Abgeordneter Keil: Pfui Teufel!)

Ihr Pfui — —

(Große Unruhe und Zurufe. — Abgeordneter Keil: Pfui Teufel, so ein gemeiner Lump! — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das weiß das Ausland besser als wir! — Lebhafte Pfuirufe rechts. — Abgeordneter Keil: Die französische und englische Soldateska wollen Sie auf Deutschland hetzen! — Erneute Pfuirufe. — Abgeordneter Geyer: Solche politische Kinderei! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe:** Ich bitte um Ruhe.

(Unruhe.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke, nicht Sie!

(Heiterkeit.)

Henke, Abgeordneter: Es ist notwendig, daß die Sozialdemokraten aller Länder, die wie wir Unabhängigen (D) Sozialdemokraten der Herrschaft des Kapitalismus und seiner stärksten Stütze, des Militarismus, wirklich ein Ende bereiten wollen, die künftigen Kriegen von der Art, wie wir ihn erlebt haben, ein Ende bereiten wollen, über die Dinge in Deutschland aufgeklärt werden, und das, was ich gesagt habe, war die Wahrheit.

(Widerspruch.)

Das haben ihre Pfuirufe nur unterstrichen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Pfui! — Abgeordneter Nuschke: Das ist das schlimmste, daß es nicht wahr war!)

— Wenn Sie, Herr Kollege, in der Lage sind, nachzuweisen, daß das nicht wahr war, bin ich Ihnen dankbar, und ich will dann gern sagen: ich habe mich geirrt. Aber das, was wir an solchen Beweisen, wie ich sie erwähnte, veröffentlicht haben, was in unserer Parteipresse veröffentlicht worden ist, allein in der „Freiheit“, die Sie, Herr Nuschke, natürlich sehr genau lesen,

(Abgeordneter Nuschke: Sehr richtig!)

ist ein Beweis für die Richtigkeit.

(Abgeordneter Nuschke: Die ist nie zu 1 200 000 Mann gekommen!)

Meinen Sie, wenn man heute solche technischen Hilfstruppen bewaffnet und ausrüstet, daß damit andere Zwecke als konterrevolutionäre Zwecke verfolgt werden? Die Revolution, Herr Abgeordneter Nuschke, liegt auf dem Wege zum Sozialismus; aber die Bewaffnung dieser technischen Hilfstruppen und die Ausrüstung und Organisierung solcher Truppen liegt auf dem Wege der Gegenrevolution.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Bewaffnung der Kriegervereinler, der Schüler und

(Henke, Abgeordneter.)

(A) der Bauern, aller konterrevolutionären Schichten der Bevölkerung, liegt auf demselben Wege.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Verfolgungswahn!)

Wir kommen vielleicht sehr bald in eine sehr unangenehme Situation, auf die, wenn ich recht verstanden habe, Ihr (zu den Rechtssozialisten) Parteifreund August Winnig neulich hingewiesen hat. Wir können sehr leicht noch dieselben Erfahrungen machen, die man in der großen französischen Revolution gemacht hat, nämlich, daß die **Bauern sich gegen die Städte empören,** und zwar empören, weil sie nicht die Preise für ihre Produkte herausschinden können, die sie herausschinden wollen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieselbe Preiswucherpolitik, die sie früher jahrelang mit Hilfe der Regierung getrieben haben, möchten sie gegenwärtig fortsetzen.

(Zuruf rechts: Hetzen Sie nicht!)

— Ich hetze nicht, sondern sage nur die Wahrheit. Das Hetzen überlasse ich Ihnen (nach rechts); darin sind Sie Meister.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Die sind die reinen Waisenknaben gegen Euch! — Heiterkeit!)

Da kann es sehr leicht angehen, daß diese Bauern, besonders wenn im kommenden Winter die Arbeitslosigkeit noch größer wird, wenn infolge der Kohlennot die allgemeine Not größer wird, nicht nur von ihren Waffen Gebrauch machen, um sich unangenehme Besuche vom Leibe zu halten, sondern daß sie dann auch noch einen Schritt weitergehen. Wozu diese Bauern fähig sind, das wissen wir aus der Geschichte.

(B) (Zuruf rechts: Wenn sie aufgehetzt werden!)

— Es freut mich, daß ich bei Ihnen (nach rechts) einen solchen Resonanzboden gefunden habe! — Meine Herren, wenn wir es nicht aus der Geschichte früherer Zeiten, nicht aus der Geschichte der großen französischen Revolution wüßten, dann wüßten wir es zum Beispiel aus der Tatsache, daß die **Milchbauern** damit gedroht haben, Berlin keine Milch zu liefern,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn man in **Berlin** die ganze **Milchlieferung** kommunalisieren wolle. Diesen Leuten ist es ganz egal, wieviele Proletarierkinder zugrunde gehen.

(Unruhe.)

Ihre Kinder (nach rechts) gehen nicht zugrunde, denn Sie haben auf jeden Fall Ammen aus Proletarierkreisen zur Verfügung

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

oder haben sich selbst während des Krieges mit Kühen versehen, indem Sie Landgüter für die Kriegsgewinne kauften. Ihnen droht es nicht, womit denen gedroht worden ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Sie leiden doch auch nicht!)

Aber den Proletarierfrauen, den armen Müttern und Kindern droht es. Und wenn hier mit einer gewissen Rührseligkeit gesagt worden ist — Herr Bauer war es, glaube ich, der so sprach —, daß den Frauen und Kindern in Deutschland das bißchen Fett und das bißchen Milch durch das Ausland genommen werden solle, dann unterstreiche ich hier, daß beides auch durch deutsche Bauern, durch deutsche Milchpächter ihnen genommen werden soll,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

aus reiner, nackter Profitsucht heraus.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Die anderen haben eventuell noch den Vorwand der gegensätzlichen Nationalität für sich. Aber diese sind ja Volksgenossen, sie wohnen ja mit uns in dem „lieben deutschen Vaterland“. Die haben kein Gewissen, wenn es sich darum handelt, ihre Profitinteressen wahrzunehmen, genau so wenig wie die Industriellen und andere Kapitalisten in Deutschland und in der ganzen Welt, wenn es sich um die Ausbeutung der Arbeiter handelt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Wie die Lumpen, die die Arbeiter verhetzen!)

Herr Noske hat dann noch mancherlei hier vorgetragen, was ich übergehen kann. Ich will mich mit ihm aber nicht weiter beschäftigen. Aber mit Herrn Scheidemann will ich ein kurzes Wort wechseln. Er hat seine Rede im wesentlichen darauf angelegt, daß eine **Einigung des Proletariats** notwendig sei. Diese Einigung wollen wir genau so, wie jeder Freund des Proletariats sie will und wollen muß. Aber wir wollen sie auf dem Boden des unbeschränkten Klassenkampfes, wir wollen sie nicht auf dem Boden einer Verweichlichung, einer Versumpfung, wie sie leider der rechtssozialistischen Bewegung zuteil geworden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Sozialdemokraten)

— Ach Gott, was Sie da winken! Ich könnte Ihnen im Anschluß an das, was Herr Noske uns gegenüber gestern vorgebracht hat, einmal einige Urteile aus der bürgerlichen Presse vorlesen, die Ihnen gelten, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), meinen Freunden von früher. Da würden Sie doch mancherlei Unangenehmes zu hören bekommen: die Parteisekretäre und die Gewerkschaftssekretäre insbesondere von der Borniertheit, von der Enge ihres Horizonts und dergleichen mehr. Ich wäre leider nicht einmal in der Lage, bestreiten zu können, daß das richtig ist.

(D) (Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist in der Tat so, daß die Arbeiterschaft, soweit sie durch die rechtssozialistische Sozialdemokratie vertreten ist, heute hier durch Männer und Frauen vertreten wird, die einer Auffassung zugetan sind, die wir nicht teilen können. Ich unterstreiche noch einmal: uns trennen nicht Kleinigkeiten, sondern Weltanschauungen. Was Sie vertreten, ist die Weltanschauung des Bürgertums,

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

ist bürgerliche Ideologie von Anfang bis zu Ende,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ob es sich um die Auffassung vom Weltkriege oder ob es sich um andere Auffassungen handelt. Was wir wollen, ist, die **proletarische Weltanschauung** zur Geltung zu bringen, und wenn der Herr Ehrendoktor Meerfeld mit uns in erkenntnistheoretischen Fragen gelegentlich die Klinge kreuzen will — wir sind bereit, „was steht dem Herrn zu Diensten?“ Wir werden mit Ihnen in der Beziehung fertig werden. Wir wollen deswegen auch bei einer solchen Gelegenheit, wie sie heute durch das Verbot der „Freiheit“ gegeben ist, diesen gewaltigen Unterschied zwischen uns und Ihnen, den Sie von Tag zu Tag durch Ihre Handlungen vertiefen, hier ans Licht heben. Wir wollen hier, wo es sich um das Verbot der „Freiheit“ handelt, doch zum Ausdruck bringen, daß Sie der Weltanschauung, die wir vertreten, das heißt der Anschauung Ihrer eigenen Klasse, mit solchen Gewaltaten zu Leib gehen, wenn Sie eines unserer Hauptorgane unterdrücken.

Werte Versammlung! So unterdrückt die Regierung heute überall die Organe, die den proletarischen Kampf in unbeschränkter Form führen wollen, ob es sich um Zeitungen oder um **Arbeiter- und Soldatenräte** handelt. Kürzlich hat hier Herr Graf v. Posadowsky seine Freude darüber kundgegeben, daß nun eine Abrechnung über die Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte gegeben worden

(**Henke**, Abgeordneter.)

(A) ist. Davon haben wir aber kein Wort aus seinem Munde vernommen, daß er sich auch über die Strafen aufgehalten hätte, die Mitgliedern der früheren Arbeiter- und Soldatenräte heute zu teil werden für das, was sie früher pflichtgemäß in ihrem Amte getan haben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist vor allen Dingen von Herrn Schiffer seinerzeit in Weimar das Verdienst anerkannt worden, das sich die Arbeiter- und Soldatenräte um das Land, um die Armee, um das Volkseigentum erworben haben. Diese selben Arbeiter- und Soldatenräte, die das getan haben, werden heute von verfolgungssüchtigen Staatsanwälten, die in der Justiz eines der festesten Bollwerke der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erblicken, bis aufs Messer verfolgt. Es sind vor kurzer Zeit von dem Schwurgericht in Naumburg, um nur ein Beispiel zu erwähnen, Strafen von 3 Monaten bis 2 Jahren Gefängnis über Mitglieder des Bezirksarbeiterrats Merseburg verhängt worden. Warum? Weil Mitglieder dieses Arbeiterrats dafür gesorgt haben, daß Lebensmittel, die versteckt waren, angeblich um Arbeitern zugeführt zu werden, in Wirklichkeit höchstwahrscheinlich aus andern Gründen, der Allgemeinheit zugeführt wurden.

Man sucht diese Arbeiter- und Soldatenräte heute noch zu verfolgen und zu belangen, trotzdem seinerzeit am 15. 12. 18 Herr Fritz Ebert, der heutige Reichspräsident, im Zirkus Busch erklärt hat: wir wollen die Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dadurch, daß er solche Erklärungen abgegeben hat, ist er Präsident geworden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dadurch hat er, haben seine Freunde die Revolution ausnutzen können.

(B) (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt ja nicht nur Kriegsgewinnler, es gibt auch Revolutionsgewinnler, und der **Präsident Ebert** gehört dazu. Sie haben Revolutionsgewinne durch solche Aussprüche machen können und, nachdem sie den Gewinn gemacht haben, lassen sie es zu, daß die Gerichte in Deutschland die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, so wie ich es dargetan habe, verfolgen. „Die Gefahren von rechts kennen wir", hat Ebert damals gemeint, „aber wir fürchten sie nicht; wenn Arbeiter und Soldaten einmütig und geschlossen zusammentreten, werden wir diese Gefahr spielend bewältigen, die **Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse** ist und bleibt der Sieg der deutschen Republik". Ich danke für diese Einigkeit im Sinne eines Fritz Ebert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch Herr Eugen Ernst, der gegenwärtige Polizeipräsident von Berlin, hat in einer Versammlung gemeint: wenn sich eine Gelegenheit bieten würde, mit den Unabhängigen wieder zu einer gemeinsamen Organisation zu kommen, so würde die alte Partei jederzeit die Hand dazu bieten. Die Hand? Ja, welche Hand? Die Hand, die mit Arbeiterblut besudelt ist und die dazu geboten wird, solche Arbeiter- und Soldatenräte heute wie die schlimmsten Verbrecher aburteilen zu lassen! Ach nein, auf eine solche Weise kann die Einigkeit, Herr Scheidemann, nicht hergestellt werden.

Sie kann auch nicht hergestellt werden noch aus einem Nebengrunde. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, gerade in Anbetracht dessen, daß Herr Scheidemann von den Vernunftrepublikanern gesprochen und gesagt hat, es müsse heute mindestens jeder ein Vernunftrepublikaner sein. Er gehört nämlich auch dazu.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann darf ich wohl in Erinnerung bringen, daß allerdings kurz vor der Revolution im „Vorwärts", dem Regierungs- (C) organ der gegenwärtigen Regierung, zu lesen war, daß die Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch gesinnt sei;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und es war von Herrn Paul Göhre in der „Vossischen Zeitung" über **Sozialdemokratie und Monarchie** zu lesen:

> Bei breiten sozialistischen Massen hat die frühere Gleichgültigkeit gegen die Monarchie einer leise wachsenden freundlichen Gesinnung Platz gemacht. Der Krieg hat auch eine Wandlung der Auffassungen in dieser Frage herbeigeführt. Äußerer Anlaß dazu waren sicherlich die leidenschaftlichen Bemühungen des Kaisers im Juli 1914, den Frieden zu erhalten,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> sein mutiges Friedensangebot im Dezember 1916, die konstitutionelle Zurückhaltung der deutschen Bundesfürsten während des ganzen Kriegsverlaufs sowie die persönliche Tapferkeit, mit der auch Fürstensöhne gemeinsam mit allen Volksgenossen in Kampf, Verwundung und Tod gingen.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, ich brauche kein Wort hinzuzufügen angesichts der Veröffentlichungen, die neulich von Wien aus ergangen sind zu diesen famosen Bemerkungen des Herrn Paul Göhre.

(Sehr gut! bei den Unanhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Scheidemann dann weiter darauf hingewiesen hat, daß **in Sachsen** meine Parteifreunde Bedingungen gestellt hätten nur zu dem Zweck nach dem Rezept Haases, damit sie überhaupt nicht angenommen werden könnten, dann muß ich doch sagen: Herr Scheidemann, Sie sind schlecht unterrichtet, oder aber Sie haben frühere **sozialdemokratische Bedingungen** oder Grundsätze jetzt so gering einschätzen gelernt, daß Sie infolgedessen (D) zu einer vollkommenen Verkennung dieser Bedingungen kommen mußten. Diese Bedingungen heißen — ich darf sie nicht unerwähnt lassen —:

1. Beseitigung des Belagerungszustandes und des Standrechts;
2. Entlassung der in Schutzhaft befindlichen Personen;
3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen verurteilten Inhaftierten, Niederschlagung aller Strafverfahren, die aus dem Anlaß des Belagerungszustandes eingeleitet sind;
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen;
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien

— Das ging wahrscheinlich den abhängigen Sachsen allzusehr an die Nieren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

6. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen,

— man denke bloß! —

Errichtung einer Volkswehr anstatt der Einwohnerwehren aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft;

7. Gesetzliche Regelung der Funktionen der Arbeiterräte

— pfui Teufel! —

als Organe der Selbstverwaltung der Gemeinden und Betriebsräte als Hilfsmittel der Vergesellschaftung der Produktion und des Warenaustausches,

— wie kann man nur so etwas fordern, Herr Scheidemann, nicht wahr? —

Zusammenfassung der Arbeiter- und Betriebsräte zu einem Landesarbeiterrat, planmäßige Vergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen, die schleunigst begonnen und ener-

(**Henke**, Abgeordneter.)

(A) gisch fortgeführt werden muß, Überführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe in Industrie, Land- und Forstwirtschaft, in Handel und Verkehr in Staatseigentum, Verpflichtung der Regierung, im Sinne dieser Grundsätze auf die Reichsregierung einzuwirken.

— Nein, so etwas konnte wirklich nicht angenommen werden, das war zu sozialistisch!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und solange das Herrn Scheidemann und seinen Freunden zu sozialistisch ist, kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß wir uns zu irgendwelchem gemeinsamen Tun verständigen.

Werte Versammlung! Ich muß jetzt kurz zurückkommen auf die Rede des Herrn Reichskanzlers Bauer. Herr **Reichskanzler Bauer** hat sich uns hier als „alter Gewerkschaftler" in Erinnerung gebracht. Meine Parteifreunde und ich wissen sehr wohl die Vorzüge eines alten Gewerkschaftlers zu würdigen. Wir, die wir selbst jahrzehntelang im Kampfe, sei es in der Gewerkschaft oder in der Partei gestanden haben, wissen sehr wohl, welche Verdienste um die Organisation zum Beispiel — um nur eins zu nennen — sich die **Gewerkschaftsführer** erworben haben.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Aber wir wissen auch, welche Verengerung des Horizonts ihnen leider dabei zuteil geworden ist,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten, Lachen bei den Sozialdemokraten)

und Sie, der Sie mir so kräftige Zwischenrufe machen, Herr Kollege Käppler, Sie besonders sind ein lebendes Beispiel solcher Verengerung des Horizonts.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der alte Gewerkschaftler lebt nicht nur in Deutschland, er lebt auch in England, er lebt in Amerika, er lebt (B) überall, wo die Arbeiter nicht nur Organisationen haben, sondern diese verknöchert sind, überall ist diese Verengerung des Horizonts, überall die Unfähigkeit, große, im Zusammenhang stehende Fragen der Weltpolitik beurteilen zu können, anzutreffen. Fachfragen, Branchefragen, Fragen der Brancheorganisationen, die sind ihnen geläufig; Tarifverträge, schiedsgerichtliche Organisationen und dergleichen mehr, das liegt ihnen.

Aber in welche traurige Situation so ein alter Gewerkschaftler kommen kann, wenn er Reichskanzler wird, das müssen wir schaudernd erleben.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat hier von den **Kriegsgefangenen** gesprochen und hat dabei einen Appell gerichtet an das Gewissen der Welt. Wir sind der Meinung — das ist noch ein bißchen altfränkisch, aber wir sind nun einmal insoweit stehengebliebene Leute —,

(lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

daß dieser Appel richtiger an die Sozialisten aller Länder zu richten gewesen wäre.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber das hat der Herr Reichskanzler nicht gewagt. Das darf er nicht wagen. Was würden sonst die Herren von der demokratischen Partei und die vom Zentrum sagen? Er hat also einen Appell an das Gewissen der Welt gerichtet. Mag der Teufel wissen, was das ist. Das Gewissen, das hier in Betracht kommt, ist die Gewissenlosigkeit der kapitalistischen Regierungen in den Ententeländern. Das soll nun helfen in der Gefangenenfrage.

Und dann, wie kann man einen solchen Appell an irgend ein Gewissen richten, wenn man selbst auf diesem Gebiete sündigt?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit bei den übrigen Parteien.)

— Ich glaube, diese Heiterkeit, die allemal ausbricht, (C) wenn meine Freundin Zietz einen Zwischenruf macht, soll von Ihnen und von allen Menschen bewertet werden als die Hochschätzung, die Sie heute den Frauen entgegenbringen.

(Heiterkeit.)

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts ist das sehr begreiflich. Ich möchte aber auch sagen, daß daraus die Heuchelei gegenüber der Gleichberechtigung der Geschlechter zu ersehen ist. —

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe bei den übrigen Parteien.)

Die **russischen Kriegsgefangenen**, die in Deutschland noch sind, hat die alte deutsche Regierung seinerzeit nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk einfach zur Arbeit geschickt, sie müssen nach wie vor in Deutschland arbeiten, und man muß es heute erleben, daß Kriegsgefangene, sowohl Offiziere wie gemeine Soldaten, geworben werden für die russische reaktionäre Armee des Herrn Bermont, mit dem wir uns noch beschäftigen müssen. Wir sind der Meinung, das waffen- und machtlose Deutschland braucht diese Schande nicht schweigend zu ertragen, und darum nagele ich diese Schande fest, über die Herr Bauer so leichtfüßig hinweggegangen ist. Wir dürfen in der Kriegsgefangenenfrage nicht irgend einen Appell an irgend ein Land richten, solange wir selbst noch auf diesem Gebiete so sündigen, wie die alte deutsche Regierung gesündigt hat und die gegenwärtige Regierung noch sündigt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann hat sich **Herr Bauer** auf das Gebiet der Sozialpolitik, das ihm ja von seiner früheren Tätigkeit her geläufig ist, begeben. Aber was haben wir da erlebt? Er hat ein **sozialpolitisches Programm** aufgestellt, bei dessen Prüfung wir sagen müssen: es ist nicht einmal so, wie es selbst von fortgeschrittenen bürgerlichen Sozialreformern wiederholt aufgestellt worden ist. Männer, wie (D) Professor Franke, Waldemar Zimmermann, Dr. Heinz Potthoff würden mit dem, was hier genannt worden ist, nicht zufrieden sein, und dabei ist der Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Sozialpolitik doch ein ganz gewaltiger. Wenn also Herr Bauer mit seinem sozialpolitischen Programm noch hinter der bürgerlichen Sozialpolitik zurückbleibt, wieweit ist er dann von sozialistischer Sozialpolitik entfernt? Geehrte Versammlung! Die **sozialistische Sozialpolitik** dient der Vorbereitung für die soziale Revolution. Wenn auch zehnmal Herr August Winnig und seinesgleichen von solchen Revolutionen nichts wissen wollen, so haben diese doch die unangenehme Eigenschaft, sich trotzdem durchzusetzen. Dagegen gilt die bürgerliche Sozialpolitik der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung, der Erhaltung der Klassenherrschaft. Danach können wir den Geist des sozialpolitischen Programms des Herrn Reichskanzlers Bauer bewerten. Und dann will die Regierung — wir müssen annehmen, daß sie sich mit dem identifiziert, was Bauer gesagt hat — der Arbeiterschaft als Korrelat zu dieser Sorte Sozialpolitik den Wirtschaftsfrieden aufzwingen, das heißt mit anderen Worten: den Klassenkampf unterbinden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das enthüllt weiter den Geist, der diese Regierung, insbesondere aber ihre sozialistischen Mitglieder erfüllt.

Diese bürgerliche gegenrevolutionäre Politik versteckt sich dann, wie das altbekanntlich immer geschieht, hinter der Redensart von dem Gemeinwohl und den Allgemeininteressen. Ach, es ist ein Kennzeichen dieser Demokratie, die wir heute erleben, wie es von jeher ein Kennzeichen des Liberalismus war, daß solche Allgemeininteressen in den Vordergrund gerückt wurden, um kapitalistische Interessen zu vertreten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Allemal hat die liberale Politik das getan, wenn sie in schamloser Weise Kapitalinteressen zu vertreten bemüht war. Allgemeininteressen werden vom Proletariat wie von keiner anderen Klasse im Klassenkampf vertreten,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in ihrem Klassenkampfe, der letzten Endes die Aufhebung jeder Klassenherrschaft zum Ziele hat. Das ist eine alte Erkenntnis, die schon Lassalle ausgesprochen hat, das ist nicht nur eine marxistisch begründete Erkenntnis. Darum muß man sich wundern, daß ein Mann heute in Deutschland sich Sozialist nennen und Reichskanzler geworden sein kann mit Hilfe von Sozialdemokraten, der dem auf das strikteste entgegenhandelt. Nicht aus Idealismus wollen die Arbeiter die Aufhebung der Klassenherrschaft, sondern aus ganz materiellen Klasseninteressen heraus. Sie wissen, daß, wenn sie ihre Unterdrückung, ihre Ausbeutung unmöglich machen, sie die Ausbeutung aller Menschen unmöglich machen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie wissen genau, indem sie die politische Macht erobern und dann durch die Diktatur dafür sorgen, daß der Klassenherrschaft ein Ende gemacht wird, sorgen sie dafür, daß allen Menschen das zuteil wird, was dann durch die Eroberung der politischen Macht insbesondere dem Proletariat zuteil geworden ist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also es sind die Allgemeininteressen in des Wortes verwegenster Bedeutung, es sind sogar die weitgehendsten Kulturinteressen der Menschheit, die durch die proletarische Klasse im Klassenkampf vertreten werden.

Werte Versammlung! Die Redensarten von Allgemeininteresse usw. aus des Reichskanzlers Munde sollen nur darüber hinwegtäuschen, daß die Kluft zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie unüberbrückbar ist, und (B) diese Redensarten und das Geschrei von Arbeitsgemeinschaft und sozialer Harmonie sollen darüber hinwegtäuschen, daß die Kluft zwischen Proletariat und Bourgeoisie durch den Verlauf des Krieges tiefer und breiter geworden ist, wie vorher durch kein anderes Ereignis.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute ist mehr wie jemals zuvor notwendig ein unbeschränkter, unbeirrter **Klassenkampf des Proletariats.** Heute ist es mehr wie jemals zuvor eine Versündigung am Geiste des Sozialismus und speziell an den Klasseninteressen des Proletariats, wenn man mit dem Bügertum irgendeine Allianz eingeht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute ist jede Verweichlichung der Politik in bürgerlichem Sinne ein Verbrechen am Proletariat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darum ist auch ein solches sozialpolitisches Programm, wie es der Herr Reichskanzler Bauer hier aufgestellt hat, kein sozialpolitisches Programm, an dem das Proletariat ein Interesse haben kann, sondern nur ein solches, an dem die bürgerliche Presse, die Vertreter aller kapitalistischen Interessen ein großes Interesse haben können, und das ist auch kürzlich zum Ausdruck gekommen, gleich nachdem das Programm bekannt geworden ist. Man muß jetzt wieder an einen Ausspruch erinnern, den ein englischer Staatsmann einmal getan und den Marx in seiner Inauguraladresse verwendet hat, nämlich daß wir jetzt wieder konstatieren können auf der einen Seite die berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht und auf der anderen Seite eine ebenso große Zunahme von Not und Elend des Proletariats,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und da kommt eine rechtssozialistische Regierung durch ihre Stellung gegen den Klassenkampf des Proletariats selbstverständlich unter den Schlitten. Da muß sie, wie sie sich gibt, selbstverständlich die Interessen des Kapi- (C) talismus vertreten und dazu kommen, alle klar denkenden Arbeiter von sich zu stoßen. Dadurch wird sie nicht dazu beitragen, daß die Einigung des Proletariats erfolgt, die freilich trotzdem kommen wird, aber in einem ganz anderen Sinne, als Herr Scheidemann sich's vorstellt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deswegen richtet sich der proletarische Klassenkampf, wie gegen die anderen bürgerlichen Partei, so heute auch gegen die rechtssozialistische Partei, und diese wird am Ende des Kampfes genau so wie die bürgerliche Gesellschaft im Abgrund verschwinden.

Worin besteht nun im einzelnen — erlauben Sie mir nur zwei Dinge herauszunehmen — dieses **sozialpolitische Programm des Herrn Reichskanzlers Bauer?** Wir brauchen nur nachzulesen, was die „Germania“, die „Post“ usw. darüber geschrieben haben, um diese beiden Punkte ganz genau kennen zu lernen. Es sind zunächst die **obligatorischen Schiedsgerichte,** es ist dann der Arbeitszwang, es ist die Beschränkung des Streikrechts, also des Koalitionsrechts,

(Pfuirufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

worauf diese Punkte hinauslaufen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Werte Versammlung! Wenn schon obligatorische Schiedsgerichte eingerichtet werden, dann wollen wir hier doch konstatieren, daß sie die wirtschaftlichen Streiks außerordentlich einschränken müssen. Es kommt hinzu, daß der **Betriebsrätegesetzentwurf** schon vorsieht, daß eine Mehrheit von 2/3 der Abstimmenden vorliegen muß, bevor in einen Streik eingetreten werden darf. Wir sehen also, der wirtschaftliche Streik soll und wird möglichst eingeschränkt werden durch diese obligatorischen Schiedsgerichte. Nimmt man dazu, was ich insbesondere vom Betriebsrätegesetzentwurf sagte, dann kann man vielleicht sogar dazu kommen, zu glauben, der wirtschaftliche Streik soll völlig (D) ausgeschaltet werden.

Auf der einen Seite bemüht man sich, den Klassenkampf auf politischem Gebiete unmöglich zu machen, auf der anderen Seite auch, soweit er auf wirtschaftlichem Gebiete in Erscheinung tritt.

Dann hat der Herr Reichskanzler einen Unterschied zwischen **wirtschaftlichen und politischen Streiks** gemacht. Da ist es doch zeitgemäß, auf eine solche Unterscheidung aufmerksam zu machen. Der Unternehmer freut sich darüber und hat allen Grund dazu. Aber nicht nur das Unternehmertum, sondern alle herrschenden Klassen und bürgerlichen Parteien haben heute allen Grund, den politischen Streik des Proletariats zu fürchten. Denn wenn den Arbeitern auch keine Waffen geblieben sind infolge des Verrats ihrer eigenen Klassengenossen, die in der Regierung sitzen, die Waffe ist ihnen geblieben, daß sie ihre Arbeit verweigern können.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und das werden sie natürlich tun, wenn man auch zehnmal technische Hilfstruppen ausbildet oder irgendeine Beschränkung des Streikrechts durchzudrücken sucht.

Aber ich muß doch auch daran erinnern, was in der Sozialdemokratie lange Jahre hindurch über die Bedeutung des **politischen Massenstreiks** geredet und geschrieben worden ist, wie allerdings damals auch ein heftiger Kampf stattfand zwischen den „alten Gewerkschaftlern“ und denen, die den politischen Massenstreik schon in jener Zeit als eine notwendige Waffe erkannten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der „alte Gewerkschaftler“ Reichskanzler Bauer ist natürlich der Meinung, daß ein politischer Streik einfach unterdrückt werden muß. Er ist unzeitgemäß, er ist ihm und der ganzen Gewerkschaftsbureaukratie unangenehm,

(Henke, Abgeordneter.)

(A) natürlich erst recht dem Unternehmertum. Daran werden sich freilich die Arbeiter wenig kehren.

Bei den Debatten, die wir damals in der Partei führten, und die auf verschiedenen Parteitagen zu Beschlüssen geführt haben, insbesondere in Jena 1905 zu einem Beschluß, den August Bebel befürwortete, ist gesagt worden: wenn ein politischer Massenstreik recht wirksam sein soll, muß er die Transportarbeiter, die Eisenbahner, die Postangestellten, die Bergarbeiter umfassen. Heute sehen wir, ähnlich wie nach den Vorgängen, die wir in Rußland erleben, wie nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, in Amerika und in anderen Ländern in der Tat die Eisenbahner, die Postangestellten, die Bergleute, die Transportarbeiter in den Streik eintreten. Als neulich der Eisenbahnerstreik in England ausgebrochen war, hat man sich in Deutschland bemüht, zu erklären, daß sei kein politischer Streik; o nein, diese Musterknaben des Kapitalismus, wie man früher die englischen Arbeiter genannt hat, als sie noch ihren „alten Gewerkschaftlern" folgten und keine Fabrikvertrauensleute eingesetzt, keine Betriebsräte auf ihre Art gebildet hatten, wollten keinen politischen Streik, die verfolgten lediglich wirtschaftliche Ziele! So möchte man uns glauben machen. Doch das ist ein gewaltiger Irrtum. Es kommt doch wahrhaftig nicht auf den Stempel an, der den Erscheinungen aufgedrückt wird, sondern auf deren Inhalt; und da muß gesagt werden: je größer ein Streik ist und je mehr lebensnotwendige Betriebe, Betriebe von der Eisenbahn und Post und Kommunalbetriebe durch ihn erfaßt werden, um so mehr wird es ein politischer Streik.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Große wirtschaftliche Streiks von irgendwelcher Bedeutung gibt es kaum mehr. Jeder große wirtschaftliche Streik wird auch ein politischer Streik werden,

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) und dieser Streik ist die beste Waffe des Proletariats. Und diese Waffe sollte es sich aus den Händen winden lassen, nachdem wir durch den Lauf der Zeit erfahren haben, daß das Proletariat mehr wie je die Hoffnung haben darf, obenauf zu kommen, um der Ausbeutung des Kapitalismus ein Ende zu bereiten! Nachdem die Revolution vom 9. November gewesen ist, sollten sich die Arbeiter diese Waffe aus den Händen winden lassen durch solche Redensarten, wie sie der „alte Gewerkschaftler" Bauer hier vorgetragen hat! O nein, dafür sind die Arbeiter nicht zu haben. Wer etwa glauben sollte, daß die Arbeiter nun zur Freude des Herrn Bolz und seiner Freunde **Akkordarbeit** leisten oder durch Reden sich begeistern lassen werden zu **längerer Arbeitszeit**, der irrt sich gewaltig. Ja, das Unternehmertum möchte heute unter allen Umständen die Akkordarbeit, aber auch die Verlängerung der Arbeitszeit eingeführt haben. Eine Parteigenossin war in der Lage, ein Gespräch zwischen einem Textilindustriellen und einem Herrn von der chemischen Industrie anhören zu müssen, in dem zur Sprache kam, daß diese Unternehmer jetzt sehr viel zu tun hätten, so daß der Achtstundentag nicht ausreiche; heute könne man was verdienen, sagte der Herr aus der Textilindustrie, und da sei es bedauerlich, daß der Achtstundentag sie daran hindere, mehr zu verdienen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, diese Möglichkeit besteht für sehr viele Leute, und die Absicht, sich zu bereichern, besteht gegenwärtig erst recht. Aber eine Ausführung der Absicht der Verlängerung der Arbeitszeit wird scheitern an dem Willen des Proletariats, sich endlich von der Ausbeutung des Kapitalismus zu befreien. Dieses Proletariat wird in steigendem Maße das tun, was einer der angesehendsten Befürworter der rechtssozialistischen Politik einmal empfohlen hat. Herr Parvus, der seinerzeit das Beste über den politischen Massenstreik geschrieben hat und heute Geldgeber der (C) „Glocke" und Hauptinspirator verschiedener rechtssozialistischer Maßnahmen ist, hat damals vom politischen Massenstreik als der Revolution mit gekreuzten Armen geschrieben. Solange es noch eine kapitalistische Gesellschaft gibt, werden die Arbeiter kein besseres Mittel haben, sich gegen politische Vergewaltigung zu wehren.

Davon werden sie sich auch nicht abhalten lassen durch den **Arbeitszwang**, der aus dem sozialpolitischen Programm des Herrn Reichskanzlers hervorleuchtete. Wenn gewissen Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung entzogen wird, so ist das nichts anderes als ein Arbeitszwang. Aber ich brauche nicht zu erzählen, wer die sind, die den Arbeitszwang einführen und die Lohnsklaverei verewigen möchten. Da hat ein Herr Generalleutnant v. Watter einen bemerkenswerten Erlaß in die Welt geschickt, worin es heißt:

1. Alle männlichen Einwohner vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten fünfzigsten Lebensjahr sind verpflichtet, im Bedarfsfalle auf Anweisung der Gemeindebehörde Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten.
2. Wer einer auf Grund des Punktes 1 dieser Verordnung an ihn ergangenen Anweisung nicht Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bestraft.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Solche Verordnungen sind während des Krieges zahlreich ergangen, so auch von einem General Falk in Altona, der seiner Zeit schnell davonflog, als die Revolution von Hamburg heranzog. Damals haben wir uns darüber entrüstet, und auch die rechtssozialistische Partei hat sich hierüber entrüstet. Wo ist Herr Noske, um sich auch gegenwärtig darüber zu entrüsten und dem Generalleutnant Watter auf die Finger zu klopfen? Solange Herr Noske (D) darüber zu sagen hat, sollten solche Erlasse ein Ding der Unmöglichkeit sein.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Er drückt ihm ja noch die Hand dafür!)

— Ja, ich bin überzeugt, daß er das tut. — Also der Arbeitszwang soll weiter ein Mittel sein, die Arbeiter für den Kapitalismus dienstbar zu machen.

Werte Versammlung, das alles wird letzten Endes doch an der **steigenden Macht der Arbeiterklasse** scheitern. Wenn wir auch mancherlei, das die revolutionären Massen gewollt haben, noch als unerfüllt ansehen müssen, zweierlei ist durch diese Revolution ganz zweifellos erreicht worden. Die Monarchie ist beseitigt worden, und so sehr auch Bestrebungen im Gange sein mögen, sie wieder aufzurichten, dauernd kann sie auf keinen Fall wieder aufgerichtet werden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und ein zweites ist als Erfolg der Revolution zu buchen. Wir haben jahrelang gesagt: die Arbeiter haben heute die Mehrheit in der Bevölkerung; die Arbeiter könnten viel mehr erreichen, wenn sie nur auch das Bewußtsein ihrer Kraft, ihrer Macht hätten. Nun, dieses Kraftbewußtsein ist ihnen durch die Revolution geworden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das muß freilich noch vielfach erst durchgerungen werden, darüber müssen sich die Köpfe erst klar werden — das ist richtig —, aber die Verhältnisse, die durch die Revolution geschaffen sind, und die Politik der Regierung und der anderen, die mit ihnen herrschen, werden es den Arbeitern schon einbläuen,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

was sie zu tun haben und was sie erreicht haben und welche Macht sie haben. Diese Verhältnisse werden es den Arbeitern zum Bewußtsein bringen, daß in der Tat

(Henke, Abgeordneter.)

(A) der politische Massenstreik das einzige, aber auch das sicherste Mittel ist, um die politische Macht zu erobern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Werte Versammlung, nun ein Wort über die **Baltenfrage.** Es ist hier gestern schon mancherlei darüber gesagt worden. Aber ich muß doch noch einiges hinzufügen. Es ist von uns aus wiederholt und selbstverständlich immer pflichtgemäß darauf hingewiesen worden, daß sich da im Osten eine gewaltige Gewitterwolke bildet. Schon zu Anfang März hat mein Parteifreund Haase in der Nationalversammlung darauf aufmerksam gemacht, welche große Gefahr dort entstehe. Damals hat er ein Telegramm bekanntgegeben, das am 4. März aus Estland — wenn ich nicht irre — abgeschickt worden war. Das hat damals das Lächeln eines gewissen Herrn Abgeordneten Wels erregt. Mein Freund Haase hat dieses Telegramm verlesen. Die „Freiheit“ und Haase in Weimar haben dann, wer weiß wie oft, Dokumente veröffentlicht und auf diese Gefahr hingewiesen. Immer gefahrdrohender hat sich herausgestellt, was die von der Goltz und ihre untergebenen Offiziere da anstifteten, was sie da unternehmen wollten. Dennoch hat die Regierung nichts anderes zu tun gehabt, als Unabhängige und Kommunisten in die Gefängnisse einzusperren, ihre Organe zu unterdrücken und sie mit Reden totzuschlagen, wenn man es anders nicht konnte. Man hat aber nicht die Pflicht erfüllt, die damals zu erfüllen war. Unter den Augen der Regierung sind Werbungen über Werbungen für den Osten erfolgt, und mein Parteifreund Cohn hat schon gestern darauf hingewiesen, daß bis in die letzten Tage hinein diese Werbungen unternommen worden sind. Es ist ganz zweifellos, daß dabei nach einem allgemeinen Plan gearbeitet wird, und daß nach einem allgemeinen Plan eine Brücke zwischen (B) russischer und deutscher Konterrevolution geschlagen werden soll oder längst geschlagen worden ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist ein unerhörter Bruch des Völkerrechts, es ist eine ungeheure Versündigung am Leben der baltischen Völker, aber auch am Leben des deutschen Volkes und an der Demokratie, daß so etwas sich ereignen konnte. Es ist ein Vergehen am deutschen Volke, wenn man es über diese gewaltige Gefahr im unklaren gelassen hat. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird seit Tagen Propaganda für eine russische Regierung gemacht, von der Herr Minister Müller gestern nichts wußte. Von dem Vertrage wußte er ja amtlich gar nichts, der von der russischen Regierung geschlossen sein sollte. Wenn die „Freiheit“ heute nicht unterdrückt worden wäre, dann hätte sie ihm ein wenig unter die Nase halten können, wie der Vertrag zustande gekommen ist, daß er in Wirklichkeit abgeschlossen worden ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich wäre in der Lage, den Brief eines Offiziers an seine Mutter zu verlesen, aus dem klar hervorgeht, wie die Truppen, wie insbesondere die Offiziere dieser **baltischen Truppen** über das, was da geplant ist, in die Heimat berichten. Ich will den Brief hier nicht verlesen. Ich will nur sagen: dieser Offizier sagt, daß es sich durchaus nicht handle um die Bekämpfung der Bolschewiki, sondern daß es sich um ganz andere Dinge handelt. Jawohl, es handelt sich darum, letzten Endes einen Zusammenschluß der konterrevolutionären Elemente Deutschlands und Rußlands herbeizuführen. Wenn es allerdings gelingt, den Bolschewismus zurückzudrängen, wenn es den Koltschak und Denikin, wenn es den Bermont usw. gelingt, den Bolschewismus zu Boden zu schlagen — was einstweilen noch nicht wahrscheinlich ist; denn, wie ich gehört habe, steht der Bolschewismus heute in Rußland fester als je zuvor —, dann würden (C) diese Sieger nicht nur dort den Zarismus wieder aufrichten, sondern sie würden, Deutsche und Russen zusammen, wie sie heute in den baltischen Ländern gemeinsam singen: „Deutschland-Rußland über alles“, dann unter diesen Gesängen in Deutschland einziehen und gleichfalls die Monarchie zu errichten suchen.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist bis in die jüngste Zeit ein Transport von Kriegsmaterial nach dem andern nach dort abgegangen, weil den Leuten die Löhnung ausgezahlt wird wie zuvor; ja, es ist bekannt geworden — die „Berliner Börsenzeitung“ hat am 8. Oktober besonders darauf hingewiesen —, daß diese baltischen Truppen für längere Zeit ausgerüstet sind. Sie brauchen durchaus dem Drängen der Regierung nicht zu folgen, wenn die Regierung ihnen keine Löhnung und keine Verpflegung auszahlt. Sie haben genügend davon, von beidem. Es heißt in der „Berliner Börsenzeitung“:

> Verpflegungs- und Löhnungsschwierigkeiten würden die Truppen kaum haben, da man ja seit Monaten den Etat bereits überhoben und einen eisernen Fonds geschaffen hat,

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> die auf etwa zwei Monate ausreichen würden. Man ist im Begriff, eine deutsche Legion zu bilden, die in Richtung Smolensk vorstoßen soll, um dort Winterquartiere zu beziehen. Wenn die Regierung die Räumung des Baltikums erzwingen will, so muß in erster Linie dafür gesorgt werden, daß ihre Befehle auch bis an die Mannschaften durchgehen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Befehle, die Herr Noske und seinesgleichen erläßt, gehen nicht bis an die Mannschaften.

Der Berichterstatter in der „Börsenzeitung“ berichtet auch darüber, daß die Mannschaften ihm gesagt haben: wir (D) möchten gern nach Hause, und auch Offiziere haben ihm gesagt, daß sie gern heimkehren möchten, sie könnten es aber nicht, weil ihre Vorgesetzten sie daran hinderten. Diese Vorgesetzten haben in Berlin ihre Verbindungen mit militärischen Stellen. Es sind Verbindungen zwischen diesen konterrevolutionären Stellen und militärischen Stellen in Berlin. Das alles kann Herr Noske nicht hindern; er kann wohl die „Freiheit“ verbieten; aber er hat erklärt: ich kann die Truppen nicht aus dem Baltikum zurückführen. Damit hat er eine Ohnmacht eingestanden, die der Regierung das Existenzrecht nimmt. Eine Regierung, die über diese baltischen Truppen nicht verfügen kann, wodurch unter Umständen das Lebensinteresse der ganzen Nation gefährdet wird, ist in Wirklichkeit erledigt, sie soll um so mehr erledigt sein in einer demokratischen Republik. Das ist der Kern dessen, was Herr Noske zwar nicht gesagt hat, was aber aus seinen Worten zu entnehmen war.

Es ist im Baltikum selbstverständlich noch mancherlei vorgegangen, worüber uns Herr Noske und Herr Müller nichts gesagt haben. Vor allen Dingen muß ich in Erinnerung bringen, wie Herr **von der Goltz** dort gewaltet hat. Ich muß den **Korpsbefehl,** den er an das 6. Reservekorps gerichtet hat, verlesen. Da heißt es:

> In der russischen Angelegenheit sind einige Fortschritte zu verzeichnen; die finanzielle Frage bedarf aber noch der Lösung. Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten halte ich es für falsch, wenn einzelne Führer direkt gegen den Übertritt in russische Dienste Propaganda treiben.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Daher ist es zu wichtig, daß an Stelle des abbeförderten 6. Reservekorps ein anderer Truppenkörper in dem von uns befreiten Gebiet die Bekämpfung des Bolschewismus übernimmt. Wer

(Henke, Abgeordneter.)

(A) gegen den Übertritt in russische Dienste Agitation treibt, sollte daran denken, daß dieselbe Agitation von deutschen Spartakisten, Engländern und Letten getrieben wird. Ich befehle daher, daß dieser Agitation scharf entgegengetreten wird.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Den Truppenführern wird in sehr absehbarer Zeit mitgeteilt werden, ob der für Deutschlands Sicherheit wichtige Plan ausführbar erscheint.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der für Deutschlands Sicherheit wichtige Plan ausführbar erscheint! Was ist das für ein Plan? Ich behaupte: es ist ein konterrevolutionärer Plan; ich behaupte: es ist der Plan, in Deutschland wieder die Monarchie zu errichten, und ich behaupte: dieser Herr von der Goltz ist ein Landesverräter, es sollte gegen ihn vor einem Kriegsgericht verhandelt werden.

Wenn von dem Herrn Außenminister Müller in Weimar gesagt worden ist, daß Offiziere, die nicht Ordre parierten, vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten, dann frage ich: wo sind die Kriegsgerichte, vor die diese Offiziere gestellt werden? Wo sind die Minister, die sie vor die Kriegsgerichte stellen lassen wollen? Wo ist Herr Noske, der das tun will? Er wird sagen: ja, wenn ich dazu nur die Macht hätte! Er ist dazu nicht in der Lage! Aber, werte Versammlung, wer gibt einem von der Goltz das Recht, jetzt über das ganze Gebiet, dessen Schutz ihm anvertraut war, und obgleich die baltische Regierung von der deutschen Regierung anerkannt worden ist, einfach einem Bermont die Herrschaft auszuliefern, welches der Graf selbst mit seinen Truppen räumen soll. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage. Ich fordere aber die Regierung vor aller Öffentlichkeit auf, Rede und Antwort zu stehen. Die „Freiheit“, die jetzt verboten worden (B) ist, deren Stimme erstickt worden ist, hat diese Frage, wer weiß wie oft, an die Regierung gerichtet, und sie ist nicht beantwortet worden. Es ist viel einfacher, solcher unangenehmen Frage in den Mund zu stopfen und sie nachher von einer Stelle aus zu beschimpfen, auf der man nicht belangt werden kann. Nachher wird allerdings die „Freiheit“ nachholen, was sie auf die Rede Noskes von gestern zu sagen hat. Werte Versammlung! Es sind also **Beziehungen zwischen russischen und deutschen militärischen Stellen** nachgewiesen, und ich frage: was ist es mit dem Oberst Bellgarde, was mit dem Leutnant Gerschelmann, einem Deutschbalten, der 10 Millionen zur Ausrüstung von Truppen erhalten haben soll, die konterrevolutionären Zwecken dienen. Ich frage: was ist es mit dem Korps Bermont-Keller? Ich frage: welche militärischen Stellen sind für solche Geschehnisse verantwortlich, wie sie uns der Börsenkurier, also kein unabhängiges Organ, mitteilt? Und warum wird der Börsenkurier für die Dreistigkeit, so etwas zu enthüllen, nicht verboten wie die „Freiheit“? Das sollte Herr Noske nachholen.

Ich weise weiter darauf hin, daß seit Wochen in Berlin Verhandlungen zwischen diesen verschiedenen Regierungsvertretungen stattfinden, und ich weise darauf hin, daß Leutnant Gerschelmann und Oberst Bellgarde die Mittelsleute zwischen den Interessengruppen in den verschiedenen Ländern mit gleichlaufenden reaktionären Interessen sind. Ich fordere von der Regierung, daß sie Antwort auf die Frage gibt, wie es sich damit verhält. Es ist anscheinend nichts anderes, als daß die Schwerindustrie, das Finanzkapital hinter allen diesen Treibereien steht. Es ist nichts wahrscheinlicher, als daß die deutsche Schwerindustrie durch Unterstützung solcher konterrevolutionären Zwecke versucht, den russischen Markt zu erobern. Wir sind nicht dagegen, daß **der russische Markt** (C) erobert wird; aber wir wollen ihn erobern, indem mit Sowjetrußland eine Verständigung herbeigeführt wird; aber damit die Profitinteressen der deutschen Schwerindustrie wahrgenommen werden sollen, wollen wir nicht eine solche Gefahr heraufbeschworen wissen, unter der das deutsche Volk ungeheuer zu leiden hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Verehrte Versammlung! Diese **Truppen** haben dort **im Baltenlande** furchtbar gehaust, und daß die Gewalt über diese Truppen längst der Regierung aus den Händen entschwunden ist, haben Herrn Noske die Berliner „Volkszeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“ mit vollem Rechte vorgehalten. Das haben ihm auch viele seiner eigenen Parteigenossen vorgehalten.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine Mißbilligungsentschließung zur Noskeschen Politik nach der anderen ist angenommen worden. Wenn er gestern mit Kaltblütigkeit über die Tatsache hinwegzugehen versuchte, daß vor allen Dingen die Rechtssozialisten im Osten mit der Baltenpolitik der Regierung nicht einverstanden sind, dann bin ich überzeugt: er wird diese seine Parteigenossen nicht zufriedengestellt haben. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten könnten, wollten wir lediglich agitatorisch die Sache beurteilen, allerdings mit der Wirkung solcher Erledigung der Sache zufrieden sein. In der Baltenfrage hat niemand anders als die gegenwärtige Regierung die schwerste Schuld auf sich geladen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn die Regierung diesen Truppen vorgehalten hat, welche große Gefahr für das deutsche Volk entstünde, wenn sie nicht zurückkommen, dann sollte sie sich an die eigene Nase fassen und sagen: meine Schuld, meine größte Schuld!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(D) Darum fordern wir, daß sie nun endlich alles tue, was in dieser Weise getan werden kann. Wenn aber Herr Noske oder andere meinen, wir hätten wieder keine praktischen Vorschläge gemacht, so müssen wir erwidern: wir sitzen nicht in der Regierung, wir haben uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen, wie diese Frage zu lösen ist, sondern wir haben hier als Abgeordnete vor aller Welt zu enthüllen, wie die Regierung unfähig gewesen ist, als sie eine solche Gefahr entstehen ließ,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wie unfähig sie ist, heute diese Frage richtig zu lösen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen ist in der bürgerlichen Presse zum Teil schon gesagt worden, was getan werden kann: man soll dafür sorgen, daß diese baltischen Truppen über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt werden. Das wird das richtigste sein, um sie zur Vernunft zu bringen. Das Gesindel unter ihnen, die Banditen, die Räuber unter ihnen, die Frauen schänden, die heute einen Mann umbringen, ihm seine Sachen rauben und morgen denjenigen, an den sie die geraubten Sachen verkauft haben, umbringen, dieses Gesindel wird nicht mit Aufklärung zur Vernunft gebracht werden. Da wäre der starke Mann, Herr Noske, sehr am Platze. Aber da wäre es wohl auch am Platze, den Rat zu befolgen, den gestern ein Redner aus den bürgerlichen Parteien gegeben hat, indem er sagte, Herr Noske solle einmal seinen ganzen persönlichen Einfluß aufbieten, um diese Truppen zu überreden, aus dem Lande herauszugehen. Ja, Herr Noske, gehen Sie hin, meinetwegen mit ein paar Handgranaten vor dem Bauch, und versuchen Sie es, diese Truppen zurückzuführen! Ich glaube, es wird Herrn Noske so ergehen, wie es einigen Offizieren ergangen ist, die diese Truppe am Plündern oder am Schänden von Frauen

(**Henke**, Abgeordneter.)

(A) oder an sonstigen Räubereien und Gewalttaten hindern wollten: sie wurden selbst überfallen, es wurde ihnen selbst übel mitgespielt. Aber einerlei, wie es Herrn Noske dabei gehen mag, er würde die Suppe auszulöffeln haben, die er sich eingebrockt hat. Wir zu unserem Teil tun genau so, wie es die „Freiheit" getan hat, unsere Schuldigkeit, indem wir den Schleier von diesen Dingen ziehen. Wir fordern von der Regierung, daß sie das möglichste aufbietet. Sie hat bisher nicht bewiesen, daß sie dazu den guten Willen hat, um diese Situation zu ändern und um die große Gefahr im Osten zu bannen. Ist sie dazu nicht in der Lage, dann soll sie das offen gestehen. Dann besteht aber, wie gesagt, auch für ihr Bleiben weiter keine Möglichkeit mehr.

Aber — das lassen Sie mich zum Schlusse sagen — für uns Unabhängige Sozialdemokraten liegen im übrigen die Dinge, die in dieser Debatte eine Rolle gespielt haben, so: So sehr auch scheinbar für die Regierung Ursache besteht, einmal nach rechts und einmal nach links zu schlagen, so sehr Herr Noske es für angebracht halten mag, gelegentlich zu sagen, wenn er mit den Deutschnationalen einen Strauß auszufechten hat: „das gilt auch für die Herren von links", — er soll sich gesagt sein lassen: seiner Gewaltpolitik werden wir nach wie vor in unerschütterlicher Weise begegnen mit der prinzipiell klaren Klassenpolitik des Proletariats. Wir werden unseren Weg zum Sozialismus unbeirrt weiter verfolgen, allerdings nicht in der Weise wie die Rechtssozialisten, nicht mit Knochenerweichung, sondern mit Klassenkampf, so wie Marx und Engels und andere große Vorkämpfer ihn uns gelehrt haben. Wir sind überzeugt: in diesem Zeichen wird das Proletariat siegen!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten und rechts: Nur Redensarten! Nur Worte!)

(B) **Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Bauer, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Henke hat am Schluß seiner Ausführungen die **Frage des Baltikums** berührt und verlangt, daß die **Truppen** unter allen Umständen herausgeholt würden. Er weiß, daß die Regierung denselben Wunsch hegt und alle Mittel, über die sie verfügt, angewandt hat, um die Truppen herauszuziehen. Herr Henke sollte doch seinerseits Vorschläge machen, was mehr geschehen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist Ihre Sache!)

Er hat allerdings die Frage schon vorher parieren zu müssen geglaubt, indem er sagte: wir sitzen ja nicht in der Regierung, wir brauchen uns doch nicht den Kopf der Regierung zu zerbrechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, meine Herren, das ist eine sehr gewissenlose Opposition.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Jeder Staatsbürger und vor allen Dingen jeder Abgeordnete hat die Pflicht, seinem Lande dadurch zu dienen, daß er seinerseits sein Wissen und sein Können in den Dienst des Landes stellt und der Regierung, wenn sie

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: wenn sie in der Patsche ist!)

unfähig ist — nach Meinung der Herren —, doch zeigt, wie es besser gemacht werden kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber dazu sind ja die Herren Unabhängigen gar nicht in der Lage, sondern ihnen kommt es lediglich darauf an, Hetze zu treiben

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und im Volke und auch im Ausland den Eindruck zu erwecken, (C)

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

als ob die Regierung diesem Problem wirklich nicht ehrlich gegenüberstände und nicht alles ehrlich täte, was in ihren Kräften steht, um diese schwierigen Fragen zur Lösung zu bringen. Der einzige Vorschlag, den Herr Henke machen konnte, war der, es sollte für die Aufklärung der Truppen gesorgt werden. Ich kann Herrn Henke versichern, daß an dieser Aufklärung seit langer Zeit eifrig gearbeitet wird. Aber die Regierung ist weiterhin bereit, darüber hinaus ihren guten Willen zu zeigen. Sie ist gern bereit, sämtliche Unabhängigen Abgeordnete in das Baltikum zu entsenden, damit sie dort für Aufklärung der Truppen sorgen.

(Große Heiterkeit. — Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Natürlich, wenn Sie eine Arbeit leisten sollen, dann drücken Sie sich.

(Erneute Heiterkeit. — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Henke sich fürchterlich darüber entrüstet, daß der Herr **Reichswehrminister** der **„Freiheit"** vorwarf, daß sie Übertreibungen und lügnerische Unterstellungen verbreitet habe, und er hat sich ferner über die starken Worte des Reichswehrministers entrüstet. Ich glaube, daß einem Herrn, wie dem Abgeordneten Henke, der hier gezeigt hat, daß er über eine Rüdigkeit des Tones verfügt, wie sie in diesem Hause wohl noch nie zum Ausdruck gekommen ist,

(sehr gut! bei den Mehrheitsparteien — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die Legitimation fehlt, sich über heftige Ausdrücke anderer zu entrüsten. Das ungeheure Maß von Beschimpfungen, das der Herr Abgeordnete Henke dem Herrn Reichswehrminister gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, fällt lediglich auf den Sprecher zurück. Ich habe es nicht nötig, den Reichswehrminister gegen derartig niedrige Beschimpfungen in Schutz zu nehmen. (D)

(Sehr gut!)

Herr Henke hat sich schließlich darüber entrüstet, daß die **„Freiheit" verboten** worden ist, und er hat das als einen ungeheuren Übergriff bezeichnet. Ihm fehlt eben das Verständnis dafür, daß die Methode, die von der „Freiheit" und der Leitung seiner Partei verfolgt wird, geeignet ist, unser Volk erneut in Unruhen und in die schwerste Bedrängnis zu stürzen.

(Rufe links! Das ist der Zweck! Das wollen sie ja! — Lachen und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hat sich auch ausdrücklich mit dem Inhalt dieser „Freiheit"-Nummer einverstanden erklärt. Nun bitte ich Sie, den Sachverhalt zu beachten. Das **Attentat gegen den Abgeordneten Haase** ist von allen Parteien, vom ganzen Hause und auch außerhalb dieses Saales von der ganzen Bevölkerung einmütig verurteilt und bedauert worden.

(Allseitige Zustimmung.)

Ich selbst bedauere solche Vorgänge auf das allerlebhafteste, denn das ist ja doch der tiefste Stand des öffentlichen Lebens, meine ich, wenn Meinungskämpfe auf dem Weg der Gewalt ausgefochten werden, — eine Methode allerdings, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie ständig vertreten worden ist.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hat sich nun sehr schnell herausgestellt, daß der Mann, der das Attentat gegen den Abgeordneten Haase verübte, mit irgendeiner politischen Partei nichts zu tun hat, höchstens mit den Unabhängigen und den Kommunisten, weil

(**Bauer** Reichskanzler.)

(A) er in den Gewerkschaftsversammlungen ständig kommunistische und unabhängige Anschauungen vertreten hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das tun die Polizeispitzel alle! — Große Heiterkeit bei den übrigen Parteien.)

Der Mann ist anscheinend nicht zurechnungsfähig. Die „Freiheit“ hat dann in einem Leitartikel im redaktionellen Teil der Wahrheit die Ehre gegeben und hat geschrieben:

> Das Attentat ist mißlungen, der Täter verhaftet. Es hat ziemliche Wahrscheinlichkeit, daß der Mann geistig minderwertig ist, und wir, die wir uns stets gegen die politische Ausschlachtung von Irrsinnstaten gewandt haben, sind die letzten, die diesen Menschen irgendeiner Partei an die Rockschöße hängen wollen.

(Hört! Hört!)

> Allerdings muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Untersuchung mit allem Nachdruck geführt und nichts unterlassen wird, um restlose Aufklärung zu schaffen.

Daneben aber steht ein Aufruf: Arbeiter, Parteigenossen — unterschrieben: Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands —, in dem in einer Weise versucht wird, das Attentat agitatorisch auszunützen und die Verhetzung der Massen zu betreiben, wie es schmählicher gar nicht gedacht werden kann.

(Lebhafte Zustimmung. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie übertrumpfen ja noch den seligen Puttkamer!)

Es wird von Mörderzentralen der Militaristen gesprochen, es wird davon gesprochen, daß die Mörderzentralen überall nach Mordbuben suchen, die sie hoch bezahlen. „Degenerierte wie Runge und ähnliche geistig Minderwertige sind ihnen willkommene Subjekte.“ Es soll also (B) der Anschein erweckt werden, als ob auch im Falle Haase dieser geistig Minderwertige das willkommene Subjekt für irgend eine militaristische Mörderzentrale gewesen sei, — später heißt es ja „der Konterrevolution“ — oder daß doch irgendwelche politische Motive hinter diesem Attentat ständen.

Ich glaube, der Ausdruck, den ich gebraucht habe, und über den sich der Herr Abgeordnete Geyer so sehr entrüstet, war nicht zu scharf. Gibt es denn, meine ich, eine niedrigere Art der Agitation, als dieses Attentat eines Wahnsinnigen, eines Schwachsinnigen zur politischen Propaganda auszunützen?

(Lebhafte Zustimmung.)

Und was daraus entsteht, ob sich die krankhaften Massen, die noch unter den Folgen des Krieges, den verwüstenden Folgen des Krieges häufig jede Besinnung und ruhige Ueberlegung verloren haben, durch solch infernalische Hetze wieder ins Unglück hineintreiben lassen, danach fragen jene Leute nicht, die da im Trockenen sitzen und andere ihre Haut zu Markte tragen lassen.

(Lebhafte Zustimmung. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Elende Verleumdung!)

Der Abgeordnete Henke hat sich dann über die **Einwohnerwehren** ausgesprochen und ist dazu übergegangen, die Behauptungen, die wir vielfach in der „Freiheit“, allerdings mit etwas mehr Zurückhaltung gelesen haben, hier nochmals und mit viel größerer Deutlichkeit zu wiederholen. Der Abgeordnete Henke hat ausdrücklich erklärt, ihm komme es gar nicht darauf an, auch wenn das eine Denunziation gegenüber dem Ausland sei, hier festzustellen, daß tatsächlich die Einwohnerwehren eine verschleierte Verstärkung unseres Militarismus seien

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe rechts: Pfui Deibel!)

und wir mit Bewaffneten in Höhe von mindestens (C) 1 200 000 Mann rechnen könnten.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist die Wahrheit! — Gegenrufe: Blödsinn!)

Demgegenüber kann ich nur feststellen, daß die Erklärungen, die ich bereits abgegeben habe und die der Herr Reichswehrminister ausdrücklich bestätigt hat, vollkommen den Tatsachen entsprechen. Die Reichswehr beträgt gegenwärtig nicht mehr 400 000 Mann.

(Zurufe.)

Sie hat Abgänge zu verzeichnen.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Abgeordneter Braß, ich habe Ihrem Kollegen Henke ganz ruhig zugehört, vielleicht bekommen Sie es auch fertig, einen anderen ruhig sprechen zu lassen. —

Die Einwohnerwehren sind nicht bewaffnet in dem Sinne, daß jeder Mann über eine Waffe verfügt, sondern diese Waffen befinden sich in Verwahrung, und nur im Falle der Gefahr erhalten diese Leute die Waffen ausgeliefert.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Einwohnerwehr hat lediglich den Zweck, Polizeidienste zu leisten und im Lande für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und es ist doch wohl kein Wunder, daß in England sich jetzt dieselben Vorgänge abspielen und auch in England angesichts der ungeheuren Bewegungen, die dort im Gange sind, die Regierung dazu übergegangen ist, solche Einwohnerwehren ins Leben zu rufen.

Daß sich diese Einwohnerwehren in ganz besonderem Maße den Haß des **Abgeordneten Henke** und der Unabhängigen Sozialdemokratie zugezogen haben, ist nur zu erklärlich, denn eine solche Einwohnerwehr ist es ja, die in Bremen dem schändlichen Treiben des Abgeordneten Henke und seiner Freunde entgegengewirkt hat.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) (D)

— Zunächst die Reichswehr, dann aber die Einwohnerwehr! Wenn diese nicht da wäre, dann würde Herr Henke mit seinen Horden in Bremen schon wieder das Unterste zu oberst gekehrt haben.

Dann entrüstete sich Herr **Henke** über die Zeitungsverbote, über die **Eingriffe in die Preßfreiheit** und gab auf einen Zwischenruf aus dem hohen Hause die pathetische Versicherung ab, daß er in Bremen, als er die Herrschaft ausübte, nie eine Zeitung unterdrückt habe. Es gehört wirklich eine eiserne Stirn dazu, eine solche Behauptung aufzustellen. Die erste Tat des Herrn Henke war, daß er über das Blatt der Mehrheitssozialistenpartei herfiel und es mit Gewalt besetzen ließ. Im Laufe seiner Herrschaft hat er mehrfach bürgerliche Zeitungen verboten, und den Redakteuren der bürgerlichen Zeitungen ist von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats, deren Vorsitzender Henke war, erklärt worden, daß sie, wenn sie sich erlaubten, gegen die dort getriebene Politik der Henke und Genossen zu sprechen, mit dem Revolver Bekanntschaft machen würden.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Das ist die Freiheit, die dort zu finden ist, wo die Unabhängige Sozialdemokratie die Herrschaft an sich gerissen hat.

Was Herr Henke sich im übrigen an giftigen Bemerkungen gegen die Gewerkschaftler und gegen die **Politik der Gewerkschaften** geleistet hat, das beweist ja nur, wie sehr es ihn schmerzt, daß die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter seiner wahnsinnigen Putschtaktik nicht Folge leisten.

Er hat dann, lediglich um sein agitatorisches Bedürfnis zu befriedigen, die Behauptung aufgestellt, daß ich oder die Regierung die Absicht hätte, Gesetze einzubringen, die den **Arbeitszwang** mit sich bringen und dem Arbeiter den Wirtschaftsfrieden aufzwingen sollen.

(Bauer, Reichskanzler.)

(A) Ich kann nicht mehr annehmen, daß der Abgeordnete Henke solche Behauptungen angesichts meiner Erklärungen mit gutem Glauben aufstellen kann. Das Agitationsbedürfnis hat ihn dazu geführt, Dinge zu behaupten, die er nicht verantworten kann. Damit kann ich wohl den Abgeordneten Henke verlassen.

Ich möchte noch ein paar Worte sagen bezüglich der Ausführungen, die aus dem Hause über die **Arbeitslosenunterstützung** gemacht worden sind. Mehrere der Herren Redner haben zum Ausdruck gebracht, daß sie sich darüber freuten, daß endlich denjenigen Arbeitslosen, die eine ihnen zugewiesene angemessene Arbeit nicht übernehmen, die Unterstützungen entzogen werden. Das ist aber nichts Neues, sondern schon bei Einführung dieser Arbeitslosenunterstützung vorgesehen. Bereits in der ersten Verordnung, die ich selbst als Arbeitsminister bearbeitet habe, steht eine Bestimmung, daß die Unterstützung seitens der Gemeinden zu versagen ist, wenn die Arbeit, die man einem billigerweise zumuten kann, nicht angenommen wird.

(Zuruf rechts: Das geschieht aber nicht!)

— Ja, der Vorwurf trifft nicht die Regierung. Die Regierung hat mehrfach an die Regierungen der Länder das dringende Ersuchen gerichtet, die Gemeinden anzuweisen, mit aller Schärfe und Energie vorzugehen. Es liegt also einmal an den Regierungen der Länder, die auf die Gemeinden einzuwirken haben, und in zweiter Linie liegt es an den Gemeindeverwaltungen. Da muß ich nun allerdings zugeben, daß vieles im argen liegt und früher noch viel mehr im argen gelegen hat. Die Gemeinden waren ja vielfach nicht in der Lage, diese Bestimmung wirklich mit Energie durchzuführen, insbesondere während des vergangenen Winters, als es im Lande noch allgemein an genügendem Polizeischutz mangelte. Wie lagen die Dinge denn? Die Vertreter der Arbeitslosen erschienen entweder in Massen oder in Deputationen mit Handgranaten (B) in der Tasche und haben dann in liebenswürdiger Unterhaltung, wie Sie sich denken können, die Leiter der Gemeinden zu Zugeständnissen veranlaßt.

(Zuruf rechts: Eine Frucht der Revolution!)

— Das ist keine Frucht der Revolution, verehrte Zwischenruferin, sondern eine Frucht Ihrer Politik (nach rechts),

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

eine Frucht des unglücklichen Krieges, des Unglücks, das Sie (nach rechts) und Ihre Parteigenossen über das Volk gebracht haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Es ist geradezu lächerlich, Ursache und Wirkung nicht erkennen zu wollen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und Sie werden im ganzen Volke und auch vor der Geschichte nie bestehen mit Ihren haltlosen Unterstellungen, daß die **Revolution** Schuld an unserem Unglück sei. Nein, die Revolution ist lediglich die Folge der Wirkungen, die dieser unglaubliche und verwüstende **Krieg** ausgelöst hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine unausbleibliche Folge des Krieges, es war gar nicht abzuwenden, und wenn trotzdem noch, trotz der ungeheueren Verwüstungen des Krieges in Deutschland die Verhältnisse einigermaßen zusammengehalten worden sind und wenn wir jetzt wieder langsam stabilen und ordnungsmäßigen Verhältnissen entgegengehen, dann verdanken Sie das in erster Linie der soviel verlästerten Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das wird die Geschichte einst zweifellos anerkennen.

Ich will auf diese Frage heute nicht weiter eingehen, trotzdem es sehr verlockend wäre, den Herren zu zeigen, wie sich die Dinge abgespielt haben, wie wir in den Krieg hineingekommen sind, wie, als wir einmal darin waren, (C) das ganze deutsche Volk einig war im Verteidigungskampf, und wer schließlich das einige Volk auseinandergerissen hat. Niemand anders als die Annexionshetzer, diese wahnsinnigen Kriegstreiber, die sich in Übertreibungen und in Hetze gegen das andersdenkende Volk und im Annexionswahn gar nicht genug tun konnten. Dann kam die völlige Verkennung der gegnerischen Kräfte, das Treiben, den Kampf ins unendliche fortzusetzen für annexionistische Ziele, obgleich die Kraft des Volkes bereits völlig am Versagen war. Diese Unkenntnis allein war es, die Deutschland in den Abgrund geführt hat, und die Revolution ist lediglich die Folge dieser verwüstenden Wirkungen des Krieges, und genau so, wie man einen Konkursverwalter etwa dafür verantwortlich machen könnte, daß ein Unternehmen in Konkurs geraten ist, genau so könnte man die jetzige Regierung dafür verantwortlich machen, daß sie lediglich einen Konkurs zu verwalten hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Wer machte den Frieden? — Zurufe links.)

— Ja, verehrte Zwischenruferin, Sie sagen: Wer machte den **Frieden?** Wenn wir den Frieden nicht gemacht hätten, würde Deutschland heute überflutet sein von feindlichen Massen, das Volk würde noch viel mehr ausgepowert, unsere Maschinen würden weggeschleppt und unsere Wirtschaft würde noch ganz anders lahmgelegt sein, als es jetzt schon der Fall ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das wären die Folgen, wenn wir den Frieden nicht gemacht hätten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Also bezüglich der **Arbeitslosenunterstützung** liegt es nicht an den Maßnahmen der Regierung, sondern daran, daß die Gemeinden das Gesetz handhaben und es nicht mit Energie durchführen. Dazu sind sie aber jetzt in der Lage, und es wird deshalb auch mit allem Nachdruck (D) darauf hingewirkt werden. Der Abgeordnete Henke allerdings meinte ja, es sei unerhört, daß man schließlich mit Entziehung der Arbeitslosenunterstützung vorgehen wolle. Ja, jeder verständige Arbeiter billigt eine solche Maßnahme aufs entschiedenste, und es wird Ihnen allen bekannt sein, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet in allen Versammlungen die lebhaftesten Beschwerden darüber erheben, daß wir zuviel Arbeitslosenunterstützung zahlten,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

und energisch verlangen, daß die Unterstützungen den Leuten entzogen und die Leute in die Bergwerke gebracht werden. So sind die Arbeiterauffassungen dort, und jeder verständige Arbeiter billigt das auch. Keiner steht heut auf dem Standpunkt, daß es Leute geben darf, die sich vor der Arbeit drücken und auf die Erwerbslosenunterstützung verlassen.

(Erneute Zustimmung.)

Solcher gibt es aber leider in der gegenwärtigen Zeit eine ganze Menge, nicht nur, wie es ja immer der Fall sein wird, einzelne Individuen, sondern es gibt jetzt eine politische Richtung, die den Arbeitern einredet, daß sie eigentlich nicht arbeiten sollten, um die kapitalistische Gesellschaft zugrunde zu richten. Das ist ja das Glaubensbekenntnis der **Kommunisten,** die bis weit in die Reihen der Unabhängigen hinein vertreten sind, der Kommunisten, die sich die **Sabotage unseres** ganzen **Wirtschaftslebens** zur Aufgabe machen.

Dafür, daß das nicht unwahr und übertrieben ist, kann ich mich auf die „Freiheit" berufen. In einem Bericht über eine Versammlung der Metallarbeiter, in der über Verhandlungen mit dem Reichswehrminister berichtet wird, heißt es zum Schluß:

> In der Vertrauensmännerversammlung wurde heute vormittag das unverantwortliche Treiben

(Bauer, Reichskanzler.)

(A) gewisser kommunistischer Kreise scharf gegeißelt, die mit Absicht auf das Mißlingen des Streiks hinarbeiten, weil sie aus der Verelendung und Verzweiflung der Arbeiterschaft etwas erhoffen. Und in einer der letzten Nummern der „Roten Fahne" heißt es ausdrücklich:

Die Unrentabilität des kapitalistischen Betriebes ist unsere Hoffnung, die Sabotage der Produktion unsere Parole.

(Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.)

Solche Ideen werden unter den Arbeitern verbreitet, sie werden aufgefordert, in den Betrieben passive Resistenz zu üben und recht wenig zu arbeiten, um das Unternehmen auf die Weise zugrunde zu richten. Angesichts dieser Zustände würde die Regierung geradezu ihre Pflicht vernachlässigen, wenn sie nicht energisch gegen die Drückeberger einschritte, damit sie ihrer gesetzlichen Pflicht zur Leistung ordentlicher Arbeit nachkommen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Ich weiß, daß ich die gesund denkende Arbeiterschaft vollkommen hinter mir habe,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

wenn ich hier mit aller Macht gegen solche Tendenzen und Agitationen einschreite.

(Lebhafte Zustimmung.)

Hier handelt es sich um die Notwehr der Gesellschaft,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

und dieser Gesellschaft gehören die Arbeiter zu neun Zehnteln an. Wird unser Wirtschaftsleben zugrunde gerichtet, dann leiden die Arbeiter am meisten darunter,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und deshalb ist es ein Akt der Notwehr, wenn man diese kommunistischen Drückeberger an den Kragen nimmt und einstweilen unschädlich macht.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.)

(B) Nun ist es allerdings außerordentlich schwierig, wieder Ordnung im Lande herbeizuführen, um so mehr, als nicht nur die Kommunisten das Ziel verfolgen, unser Wirtschaftsleben in Unordnung zu bringen und vor allen Dingen die **Autorität der Regierung** immer mehr zu schwächen, sondern dieses Bestreben findet häufig auch in Kreisen, die weit rechts stehen, weitestgehende Unterstützung und Förderung. Es war ja ein Redner der Rechten, der selbst hier erklärte, daß diese Regierung keine Autorität verdiene. Dabei verdankt der gute Herr es doch nur der Autorität der Regierung, wenn er noch immer frei herumläuft

(sehr gut!)

und hier sein Mandat ausüben kann. Sonst wäre es ihm wahrscheinlich längst so gegangen wie den Münchener Geiseln.

(Lebhafte Zurufe rechts: Waren es nicht die Offiziere, die Ordnung geschaffen haben?!)

— Geehrte Herren, da sind Sie durchaus im Irrtum! Wer war es denn, der sich der größten Gefahr ausgesetzt hat?

(Rufe rechts: Haben Sie nicht die Offiziere aus dem „Vorwärts" herausgehauen?!)

— Ihre Offiziere waren zunächst so furchtbar verängstigt und ins Bockshorn gejagt, daß man keine finden konnte! — Wer war es denn, der zunächst einmal in der Zeit der großen Gefahr, als es geradezu aussah, als ob wir in einem Tollhaus lebten, und wo jeder, der irgendwo aus einem Irrenhause entsprungen war, als Führer mit Waffen in der Hand auftrat und durch die Straßen zog, wer war es da, der die Geschichte zu meistern suchte und einigermaßen Ordnung unter Einsetzung der eigenen Person zu schaffen suchte? Das waren die so verlästerten Scheidemann, Ebert und Noske, das waren diejenigen, die der wilden Flut sich entgegenwarfen und erst langsam die Leute gesammelt haben. Es hat schwere Mühe (C) gekostet, sie zusammenzubekommen; denn daß die paar Dutzend Mann nicht die Ordnung herstellen konnten, liegt klar auf der Hand. Und wenn sie die ganze Organisation aufgebaut haben, natürlich unter Mitwirkung der Offiziere, die politisch auf ihrer Seite standen — so einsichtig waren die Leute, weil es darauf ankam, die gesamte Gesellschaft zu retten —, da hatte natürlich das Parteiinteresse zurückzustehen. Aber dieses Parteiinteresse führt jetzt Anhänger jener Partei dazu, Vorwürfe zu erheben und die Dinge in einer Weise darzustellen, die sich nicht rechtfertigen läßt, die ebenso sehr dem parteipolitischen Agitationsbedürfnis entspricht, wie das von seiten des Herrn Abgeordneten Henke geschieht.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie selbst kein Wort zur Abwehr dagegen finden, daß man die Mitglieder der Regierung unter dem stürmischen Beifall Ihrer Parteigenossen als Verbrechergesindel bezeichnet, so beweist das nur, daß der politische Ton und Anstand auf einen solchen Tiefstand gesunken ist, wie er tiefer nicht sinken kann.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze.

Dr. **Heinze,** Abgeordneter: Meine Herren! Auf die Rede des Abgeordneten Henke hat im wesentlichen schon der Reichskanzler Bauer geantwortet; aber einen Punkt muß ich doch auch als Abgeordneter berühren. Die Rede, die der Herr Abgeordnete Henke soeben hier gehalten hat, ist geeignet, Deutschland aufs schwerste zu schädigen. Derartige Reden können im Reichstage nicht gehalten werden, ohne daß unsere Feinde gegen Deutschland aufgereizt und aufgestachelt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

(D) Wir leiden in Deutschland aufs allerschwerste unter dem furchtbaren **Friedensvertrage,** wir sind bereit, den Friedensvertrag loyal zu erfüllen, aber die Freiheiten, die der Friedensvertrag uns noch läßt, müssen wir bis zum letzten ausnutzen, und daran suchen uns die Unabhängigen, sucht uns insbesondere auch der Abgeordnete Henke zu hindern. Wenn wir innerhalb der Schranken des Friedensvertrags von unseren karg bemessenen Rechten Gebrauch machen, so übersteigt es alle Begriffe, wenn ein Mitglied dieses Hauses sich hinstellt und der Entente vorredet, daß wir den Friedensvertrag böswillig verletzten. Wir müssen das auf das allerbestimmteste zurückweisen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will mich im übrigen mit der Rede des Abgeordneten Henke nicht weiter beschäftigen, ich will auch auf die Worte des Herrn Abgeordneten Scheidemann nicht weiter eingehen, die er bezüglich der Offiziere geäußert hat; ich überlasse das meinem Fraktionskollegen Maretzky, der bei dem Militäretat darauf eingehen wird. Mich veranlaßt zu meiner heutigen Rede der **Angriff** des Herrn **Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen,** den er gestern **gegen die Deutsche Volkspartei** gerichtet hat. Mir liegen derartige Streitigkeiten von Partei zu Partei im allgemeinen fern, und mein Bestreben ist es in diesem Hause immer gewesen, meinen Parteistandpunkt mehr tatsächlich bei der praktischen Arbeit als in einer Parteipolemik zu dokumentieren, die letzten Endes die notwendige gemeinsame Arbeit erschwert.

Aber, meine Herren, wenn wir angegriffen werden, dann sind wir bereit zu antworten. Mir ist der Zweck, den Herr v. Richthofen mit seinem Angriff verfolgte, nicht ganz klar. Wenn ein Politiker von seinem Range etwas derartiges unternimmt, dann muß er einen gewissen praktischen Zweck damit verfolgen. Es kann sich doch nicht nur um theoretische Erörterungen handeln, an denen

(Dr. **Heinze**, Abgeordneter.)

(A) man gegenseitig seinen Gefallen hat. Wie gesagt: ich bin unklar. Sollte er vielleicht, da nun die Wahlen allmählich herankommen, die wankenden Scharen der Demokratie bei der Fahne zurückhalten wollen?

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

Er hat davon gesprochen, daß ein Sieg der Rechten den Ruin des Vaterlandes herbeiführen würde. Ich bin anderer Ansicht.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

In seiner Kritik ist Herr v. Richthofen nicht ganz klar gewesen. Er hat uns einmal vorgeworfen, wir hätten unsere Ansicht vollkommen geändert, wir schwärmten jetzt für den **Parlamentarismus.** Dann hat er uns vorgeworfen, wir hingen viel zu sehr am Alten, wir wären noch Anhänger der Monarchie. — Unsere Stellung ist klar. Wir halten an den Grundanschauungen unserer früheren nationalliberalen Partei, aus der sich ja wesentlich die Kreise der Deutschen Volkspartei zusammensetzen, fest, sind demnach grundsätzlich monarchisch gesinnt. Wir haben aber — und das gestehe ich ganz offen ein — von den Verhältnissen gelernt. Das müssen wir auch, wenn wir vernünftige Politiker sein wollen.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

Es ist unzweifelhaft, daß, nachdem dieser Krieg vier Jahre lang gedauert hat, nachdem das ganze Volk sich mit vollster Hingabe an dem Kriege beteiligt hat, nachdem schließlich das Unglück über Deutschland hereingebrochen ist, die breiten Massen des Volkes, die für das Vaterland draußen gekämpft haben und draußen gelitten haben, in ganz anderer Weise an unserem Staatsleben beteiligt werden müssen, als das früher der Fall gewesen ist. Diese Lehre ziehen wir aus dem Kriege, und wir sind (B) bereit, alle Konsequenzen daraus zu ziehen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

alle Konsequenzen sowohl in politischer wie in sozialer wie in wirtschaftlicher Richtung. Die Folge davon ist eine verstärkte Gewalt des Parlaments gegenüber dem früheren Parlament. Übrigens war die Möglichkeit einer maßgebenden Beteiligung des Parlaments auch ohne Revolution vorhanden. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der bestimmende Einfluß des Parlaments, der jetzt allerdings in der Verfassung rechtlich festgelegt worden ist, sich ohne jeden gewaltsamen Umsturz einfach durch die Macht der Tatsachen und durch den Willen des früheren Reichstags hätte durchführen lassen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Warum haben Sie es nicht getan?)

— Das lag nicht an uns, das lag am Reichstag, der niemals eine feste Majorität schaffen konnte und in dem die Parteien immer in Eifersucht gegeneinander gehandelt haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das war der wesentliche Hinderungsgrund dafür, daß der Reichstag nicht die Macht entfaltete, die er hätte entfalten können. Es war ja vollkommen undenkbar, daß unter den alten Verhältnissen sich eine Regierung auf längere Zeit gehalten hätte, gegen die eine entschlossene Reichstagsmehrheit stand. Wenn das Parlament wollte, konnte es die legislative Tätigkeit der Regierung so lahmlegen, daß auf die Dauer eine Regierung nicht standhalten konnte. Es ist eben der Fehler, daß die Deutschen sich nie einigen können, daß ihnen Parteiinteressen an erster Stelle stehen. Wenn der Herr Abgeordnete v. Richthofen uns einen plötzlichen Gesinnungswechsel hinsichtlich des Parlamentarismus vorgeworfen hat, so stimmt das doch nicht so ganz. Der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann ist zu einer Zeit für den Parlamentarismus eingetreten, (C) zu der Herr Dr. Friedberg ihn entschlossen bekämpfte.

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Herr Dr. Friedberg, der jetzt der Vorsitzende der Deutschdemokratischen Partei in der Preußischen Landesversammlung ist!

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Also wenn der Herr Abgeordnete v. Richthofen uns bezüglich des Parlamentarismus Gesinnungswechsel vorwirft, so mag er nur vor seiner eigenen Türe kehren; denn peccatar intra et extra muros.

Nun muß ich allerdings erklären: für den Parlamentarismus der jetzt hier in Deutschland herrscht, schwärmen wir nicht, für diesen werden wir auch niemals schwärmen. Denn dieser Parlamentarismus gibt unserem Staatswesen nicht diejenige Stetigkeit und Festigkeit, die wir namentlich unter den jetzigen Umständen unbedingt verlangen müssen. Wenn wir seit dem Beginn der Nationalversammlung schon mehrfach die Regierung gewechselt haben, wenn fortwährend die Minister ausscheiden, neue Minister eintreten, wenn Verhandlungen darüber stattfinden, wer nun Minister wird und welches Ministerium nun für den betreffenden Minister frei wird, dann ist das nicht im Interesse einer festen öffentlichen Gewalt. Richtigerweise muß für das Ministerium, das frei wird, der geeignete Mann gesucht werden. Jetzt scheint es mir so zu sein, daß für den geeigneten Mann, der frei wird, ein Ministerium gesucht wird.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Namen nennen!)

Es werden jetzt zwei Ministerien gebildet, deren Notwendigkeit ich nicht anerkenne und gegen deren Schaffung ich in der Budgetkommission gestimmt habe. Ich halte weder das neue Wirtschaftsministerium für notwendig, noch halte ich den neuen Minister ohne Portefeuille für notwendig.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Ich weiß doch nicht, für wen Sie Ministerien suchen! (D)

(Große Unruhe bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren! Durch diese Art des fortwährenden Wechsels in den Ministerien, durch das Bestreben, ich möchte sagen: durch die im Wesen eines extremen Parlamentarismus gelegene Notwendigkeit, bei neuen Parteikonstellationen gewisse Politiker unterzubringen, kommt eine Unsicherheit in unsere Verhältnisse, die den stetigen Gang der Dinge schwer schädigt. Man mag doch nur einmal hinsehen auf die Vorgänge, wie sie sich zurzeit in der Verfassungskommission bezüglich des Gesetzes über den Staatsgerichtshof abspielen. Man weiß tatsächlich nicht, wer da Koch und Kellner ist.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Koch! — Große Heiterkeit.)

Jeder, der in der Verwaltung gearbeitet hat, weiß, wie außerordentlich viel dazu gehört, ein Ministerium zu leiten. Es gehört jahrelange Arbeit dazu, um nur zunächst einmal fest im Sattel zu sitzen. Stetigkeit und Sachkenntnis in den leitenden Stellen tut uns gerade jetzt allen not, und infolgedessen können wir für die Art von Parlamentarismus, der jetzt herrscht, allerdings nicht schwärmen.

Wir verlangen einen festen Staat. Wir glauben, daß der jetzige Staat der Festigkeit entbehrt, und aus diesem Grunde verlangen wir und streben wir an — das bekenne ich in voller Öffentlichkeit und mit vollem Bewußtsein —: die **Monarchie.**

Der Herr Minister Dr. David hat sich seinerzeit über das Verhältnis der Monarchie und der Republik ausgesprochen. Er hat dort die Vorzüge der republikanischen Staatsform dargelegt. Wir sind anderer Ansicht; wir sind der Ansicht, daß abgesehen von allen Pietätsrücksichten, abgesehen von allen historischen Erinnerungen, die Monarchie rein vernunftgemäß, rein

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) aus dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit betrachtet, diejenige Staatsform ist, die für Gerechtigkeit, Sicherheit und Stetigkeit die beste Gewähr bietet.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Das war im Wahlkampf anders!)

— Nein, Republikaner bin ich niemals gewesen!

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Ihre Partei aber!)

Der Herr Minister David hat auseinandergesetzt, daß die Republik die sittlichere Staatsform wäre, daß es sittlicher wäre, wenn das Volk seine Obrigkeit von Wahl zu Wahl selber wählte. Auch in dieser Beziehung sind wir anderer Ansicht. Wir sind der Ansicht, daß die oberste Staatsgewalt dem Kampfe der Parteien nach Möglichkeit entzogen werden soll, daß sie entzogen werden soll allen diesen Agitationen, allen diesen Intrigen, all diesen Treibereien, die ein Wahlkampf ganz notwendigerweise mit sich bringt. Wir wollen, daß die oberste Staatsgewalt über dem Parteigetriebe mit allen seinen notwendigen Auswüchsen steht, und das kann sie nur, wenn wir zur Monarchie zurückkehren.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten.)

— Auf die Frage nach der Person des Monarchen werde ich im Laufe meiner Besprechung eingehen.

Wir können nicht anerkennen, daß die Majorität die einzige Autorität ist. Die Majorität neigt allzuleicht dazu, die Minoritäten zu unterdrücken. Sie gehört zu den schlimmsten Tyrannen.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten.)

— Die Persönlichkeit wird durch Majoritäten allzuleicht unterdrückt.

(Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

Die Monarchie ist diejenige Staatsform gewesen, die uns in Deutschland zur höchsten Blüte geführt hat

(Widerspruch und lebhafte Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

(B) Die Monarchie ist diejenige Staatsform gewesen, an der unsere Väter gehangen haben, unter der wir groß geworden sind.

(Andauernde Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

Die Kaiseridee ist diejenige Idee, unter der das Deutsche Reich gegründet worden ist.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Und kaputt gegangen ist!)

Auch die historischen Werte sind, obgleich ich sie nicht in erste Linie rücke, nicht gering anzuschlagen.

(Erneute Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wissen, daß bis zum 9. November der weitaus größte Teil des deutschen Volkes monarchisch gesinnt war.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist sogar von sozialdemokratischen Führern ohne weiteres anerkannt worden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir hoffen, daß wir das deutsche Volk zur monarchischen Überzeugung zurückführen können.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Niemals!)

Wir sind nicht der Auffassung, die mein Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Bolz, hier vertreten hat, der sagte: die Monarchie ist ohne unser Zutun gefallen, und damit finden wir uns ab. Nein, meine Herren, mit dieser Lethargie kommen wir nicht weiter. Wir wollen unsere Ueberzeugung vor dem Volke vertreten. Es ist unser gutes Recht, daß wir das tun. Die deutsche Geschichte hat noch nicht damit aufgehört, daß Herr Scheidemann hier vom Balkon des Reichstags aus die Republik verkündet hat.

Meine Herren, Sie haben uns vorgehalten, daß wir keinen Monarchen hätten, den wir als Träger der Monarchie präsentieren könnten. Das ist richtig. Wir vertreten das monarchische Prinzip als solches.

(Aha! links.)

(C) Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen hat uns vorgehalten, daß in Frankreich und in Portugal die Dinge wesentlich anders lägen als bei uns, daß man dort Prätendenten gehabt habe. Meine Herren, das ist richtig. In Frankreich hat aber auch gerade die Tatsache, daß man ungeeignete Vertreter der Monarchie hatte,

(Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten)

daß die verschiedenen monarchistischen Parteien sich gegenseitig bekämpften, dazu geführt, daß das Prinzip der Monarchie nicht zur Durchführung gekommen ist. Die Monarchisten hatten in Frankreich im Jahre 1871 das Übergewicht innerhalb der Deputiertenkammer. Wenn es damals nicht dazu kam, daß die Monarchie als Staatsform eingeführt wurde, so lag das daran, daß die Parteien sich über die Persönlichkeit des Monarchen nicht einigen konnten.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Also doch die Majorität!)

Die Revolution am 9. November hat sich in Deutschland wesentlich anders entwickelt als in den anderen Staaten, als beispielsweise in Frankreich. Wir hatten in Deutschland eine große Anzahl von Monarchien, die plötzlich verschwanden, und das bis zum 9. November durchaus monarchisch gesinnte Bürgertum wurde im Augenblicke ratlos und verzweifelte. Diese monarchische Gesinnung gilt es im Interesse von Volk und Staat erneut zu wecken. Ist das geschehen, dann wird auch diejenige Persönlichkeit vorhanden sein, der das Volk die Kaisergewalt überträgt.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: 22 Dynastien?)

— Wir wollen ein Kaisertum, wir wollen nicht alle Dynastien wiederherstellen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Schon ein Fortschritt!)

(D) Wir erstreben die Monarchie auf gesetzmäßigem Wege. Wir lehnen es ab, sie durch Gewalt wiedereinzuführen. Wir weisen alles, was auf Gewalt hinausläuft, von uns ab. Wir wollen auf legalem Wege das Volk zur monarchischen Überzeugung zurückführen und auf diesem Wege unsere Ziele erreichen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Durch die Majorität! — Heiterkeit links.)

Die unbegründete Furcht vor der gewaltsamen Einführung der Monarchie schadet der gegenwärtigen Regierung ungemein. Eine Gefahr nach dieser Richtung besteht nicht. Die Regierung irrt, und dieser Irrtum veranlaßt sie, die Staatsgewalt nicht so fest zu handhaben, wie das im Interesse unserer **inneren Ruhe** unter allen Umständen nötig ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn die Regierung sich davon zurückhält, ein starkes Heer zu schaffen, auf das sie bei künftigen Unruhen, die uns eventuell drohen, bauen kann, so geschieht das eben ganz wesentlich mit aus der Furcht, daß eine Gegenrevolution von rechts erfolgen könnte. Von dieser Furcht muß die Regierung lassen, denn diese Befürchtung kann dem Staate in höchstem Maße gefährlich werden.

Meine Herren, obgleich wir über die Staatsform anders denken als die gegenwärtige Regierung, sind wir bereit, an der Lösung der Aufgaben praktisch mitzuarbeiten, die Deutschland jetzt lösen muß. Wir erkennen an, daß wir jetzt unter republikanischem Regime leben, und arbeiten unter diesem republikanischen System mit. Das haben unsere Erklärungen vielfach besagt.

Deshalb haben wir auch zu Anfang für die Notverfassung gestimmt, um zunächst Ordnung zu schaffen. Wir sind der Überzeugung, daß augenblicklich der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands die allererste Aufgabe ist

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) Wir sind bereit, an diesem **wirtschaftlichen Aufbau** mitzuarbeiten. Ja, wir gehen so weit zu sagen, daß zurzeit die Staatsform hinter der Notwendigkeit dieses wirtschaftlichen Aufbaues zurückbleibt. Denn ohne wirtschaftliche Grundlage hat die beste Staatsform keinen Sinn. Arbeiten in Deutschland alle lebendigen Kräfte zusammen, dann werden wir auch über die Gefahren der nächsten Monate hinwegkommen, ohne in Nihilismus und Bolschewismus zu versinken. Ich bin der Überzeugung, daß wir durch Zusammenhalten, durch Arbeit und durch Anwendung der nötigen Energie das Schlimmste vermeiden können. Freilich darf die Regierung sich nicht durch die Furcht vor rechts lähmen lassen und keine Gespenster sehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Allerdings kann sie von uns nicht verlangen, daß wir, um ihre Autorität, soweit sie vorhanden ist, zu schonen, von jedem Angriff gegen sie absehen. **Wir werden die Regierung angreifen, wo wir das im Interesse der Sache, im Interesse des Vaterlandes für notwendig erachten.**

Nun hat der Herr Abgeordnete v. Richthofen in seiner Rede gestern auf die **Vorgänge** hingewiesen, die sich **bei Gründung der Deutschen Volkspartei** abgespielt haben. Meine Herren, wie lagen die Dinge, als die Revolution hereinbrach? Da war das Bürgertum vollständig ratlos, das Bürgertum war vor den Kopf geschlagen, und da suchten weite Kreise des Bürgertums irgendwo Halt in einer Partei, von der sie erwarteten, daß sie die Interessen des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie vertreten würde. Das waren die Gedanken, die damals Deutschland weithin bewegten. Das waren namentlich die Gedanken, die auch in unserer nationalliberalen Partei weiten Boden fanden. Man glaubte, daß die demokratische Partei diejenige Partei sein würde, unter der das gesamte Bürgertum sich sammeln könnte und die das gesamte Bürgertum im Gegensatz zur Sozial- (B) demokratie führen könnte. Durch diese Annahme ist die demokratische Partei bei den letzten Wahlkämpfen zu ihrer heutigen Größe gekommen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das wissen wir besser!)

— Vielleicht weiß Herr Dernburg das, was hier in Berlin vor sich ging, besser als ich. Aber es wird verkannt, daß die Verhandlungen hier in Berlin durchaus nicht den Mittelpunkt der ganzen Aktion gebildet haben. Meine Herren! Sie in Berlin hätten beschließen können, was sie wollten, Sie hätten die große demokratische Partei noch weiter zustande bringen können, als Sie es tatsächlich getan haben: ich weiß mit voller Bestimmtheit, daß weite Kreise im Volke, weite Kreise unserer Nationalliberalen im Lande auf keinen Fall mitgegangen wären. Es hat Kreise in Westfalen, in Hannover, in Sachsen gegeben, die unter allen Umständen ablehnten, mit gewissen extremen Elementen der demokratischen Partei — ich nenne beispielsweise das „Berliner Tageblatt" — sich in einer Partei zusammenzufinden. Wenn selbst hier in Berlin der Zusammenschluß erfolgt wäre, so wäre eben von der Provinz aus, von Westfalen, von Sachsen aus, die Gründung einer anderen Partei, die Gründung der Deutschen Volkspartei erfolgt. Die Berliner Verhandlungen haben uns bei diesen unseren Maßnahmen im Lande sehr wenig beeinflußt, wir haben unsere Maßnahmen getroffen ohne Rücksicht darauf.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Das ist der Fehler, der gemacht wird, daß alles auf die Berliner Verhältnisse abgestellt wird, daß man die Verhältnisse im Lande vollkommen übersieht. Wir im Lande waren nicht so erschüttert von den Vorgängen des November, wie man das vielleicht in Berlin gewesen sein mag. Wir erkannten von vornherein vollständig klar, daß die Demokratische Partei mit ihrer extremen (C) Richtung nicht dasjenige Bollwerk des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie sein konnte, das die weitesten Kreise des Bürgertums verlangten. Und deshalb, meine Herren, **weil wir die extremen Bestrebungen der Demokraten nicht mitmachen wollten** und weil wir an den alten Traditionen unserer nationalliberalen Partei festhalten wollten, weil wir vor allem auch an der Kaiseridee festhalten wollten, deshalb haben die Kreise im Lande von Anfang an abgelehnt, sich an der **Demokratischen Partei** zu beteiligen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Wir haben abgelehnt!)

Herr Kollege Dernburg, wir wollen uns um Worte nicht streiten, wir wollen uns darauf einigen: deshalb haben die Kreise nicht mitgemacht, deshalb ist es zu keiner Einigung gekommen. Wenn Sie (zu den Demokraten) eingesehen haben, daß wir nicht zu Ihnen passen, — gut, meine Herren, dann sind wir ja ganz einig, denn wir haben eingesehen, daß Sie nicht zu uns passen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir sind davon ausgegangen, daß die Demokratie diejenigen Hoffnungen, die weite Kreise des Bürgertums auf sie setzten, nicht erfüllen würde, und wir haben uns nicht getäuscht. Schon jetzt hören wir aus den Kreisen unserer Freunde, die zur Demokratischen Partei gegangen sind, daß die Dinge sich dort wesentlich anders entwickelt hätten, als sie sich das vorgestellt hätten.

(Rufe von den Deutschen Demokraten: Wer denn? — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Durch diese Zwischenrufe wird die Sache immer weiter in die Länge gezogen. Wenn Sie die einzelnen Persönlichkeiten durchgehen wollten, würden wir gar nicht fertig werden.

Dr. **Heinze,** Abgeordneter: Meine Herren! Die Demokratische Partei hat, wie gesagt, diejenige Haltung (D) gegenüber der Sozialdemokratie, die weite Kreise des Bürgertums von ihr verlangten, nicht eingenommen. Wir haben jetzt — darüber müssen wir uns klar sein — weniger eine demokratische als eine sozialdemokratische **Herrschaft in Deutschland, und das wollen eben weite** Kreise des Bürgertums nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Verhandlungen in der Nationalversammlung, die Gesetzgebung, die ergangen ist, hat uns durchaus recht gegeben. Die Demokratie hat im Bunde mit der Sozialdemokratie mehr und mehr von ihren Grundsätzen preisgeben müssen. Sie hat fundamentale Grundsätze ihres Wirtschaftsprogramms aufgegeben, und das wird das Bürgertum der Demokratie nun und nimmer verzeihen. Die Grundsätze, die in dem **Sozialisierungsgesetz** festgelegt worden sind, widerstreiten den Grundprinzipien des Liberalismus. Und auch in anderen Fällen, meine Herren von der Demokratie, haben Sie der Sozialdemokratie in einer Weise nachgegeben, die Ihnen nicht verziehen werden wird. Ich weise hin auf die **Maifeier.**

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind diejenigen gewesen, die dem deutschen Volke den 1. Mai für das vergangene Jahr als Feiertag verschafft haben und die ihn wahrscheinlich auch in Zukunft als Feiertag festlegen werden.

Wie steht es denn weiter mit dem **Gesetz über die Betriebsräte?** Das Gesetz über die Betriebsräte kann die Entfaltung der Industrie aufs schwerste schädigen. Ich bin neugierig, ob Sie im Ministerium diejenige Kraft aufbieten können, die notwendig ist, um die schweren Gefahren dieses Gesetzes von Deutschland abzuwenden.

Dann weise ich auch hin auf die Vorgänge in der Verfassungskommission. Wie oft hat die Demokratie dort diejenigen Grundsätze, die sie eigentlich vertreten sollte,

(Dr. **Heinze**, Abgeordneter.)

(A) im Stich gelassen und ist mit der Sozialdemokratie zusammengegangen!

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

Von ihren Mitgliedern sind in der **Verfassungskommission** Grundsätze vertreten worden, zu denen sich die Deutsche Volkspartei nun und nimmer bekennen kann.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

— Sie fordern mich auf, Beispiele zu bringen. Gut, ich will Ihnen Beispiele bringen. Von welcher Seite ist der Antrag gestellt worden, daß das Deutsche Reich künftig nicht „Deutsches Reich" heißen solle, sondern „Deutscher Bund"?

(Hört! hört! rechts!)

Und dann die **Fahnenfrage!** Ich gebe zu, daß ein Teil der Demokraten für die schwarz-weiß-rote Fahne eingetreten ist. Aber wenn die Deutsche demokratische Partei mit voller Energie geschlossen hinter der schwarz-weiß-roten Fahne gestanden hätte, dann hätten wir diese Fahne nicht herunterzuholen brauchen.

Das sind Dinge, die die innere Gesinnung betreffen, und das sind Dinge, die uns von der demokratischen Partei trennen. Es lag nicht in meiner Absicht, heute diese Debatte hier hervorzurufen. Aber wenn uns der Handschuh zugeworfen wird, dann nehmen wir ihn auf. Der Kampf ist uns angekündigt worden; wir werden ihn bei den nächsten Wahlen durchführen und wir werden ihn gewinnen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsjustizminister Schiffer.

Schiffer, Reichsjustizminister, Stellvertreter des Reichskanzlers: Es ist das gute Recht des Herrn Abgeordneten (B) Dr. Heinze, den Handschuh, der ihm zugeworfen war, aufzunehmen und den Angriff des Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen gegen seine Partei zurückzuweisen. Aber ich kann nicht anerkennen, daß diese Zurückweisung sich in den Grenzen des Sachlichen oder auch nur des Zulässigen gehalten hat.

(Oho! bei der Deutschen Volkspartei. — Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten).

Ich bedaure das um so mehr, als ich den Herrn Abgeordneten Dr. Heinze als einen überaus loyalen, ruhigen und besonnenen Politiker kenne. Wie weit ist es gekommen, wenn ein solcher Mann in der Abwehr eines Angriffs sich dazu hinreißen läßt, einer Partei vorzuwerfen, daß sie neue Posten schaffe, um ihre Mitglieder unterzubringen. Das ist ein Vorwurf, der geradezu politisch verletzend ist, aber nicht nur für diese Partei, sondern auch für die Regierung. Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hatte das Recht, die **Schaffung der beiden Ministerposten** zu bemängeln, er kann der Ansicht sein, daß sie nicht notwendig und nicht nützlich sind; er darf aber nicht unterstellen, daß diese Ministerposten von der Partei und für sie geschaffen worden sind, um ihre Leute zu versorgen. Das ist eine Unterstellung von Motiven, die wir zurückweisen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Ich kann dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze nur sagen, daß gerade diese Frage der beiden neuen Ministerstellen bei den Verhandlungen über den Eintritt in die Regierung eine außerordentlich große Rolle gespielt hat, weil wir grundsätzlich gegen jede nicht unumgänglich notwendige Neubildung von Ämtern sind und aufs gewissenhafteste prüfen, ob wir uns überhaupt dazu veranlaßt sehen sollen. Wir haben diese Frage besonders genau geprüft, um selbst den Schein zu vermeiden, als wollten wir das auch von uns als durchaus ungesund empfundene Prinzip in unser Staatswesen einführen, Stellen für Menschen zu schaffen.

Rein objektiv liegt die Sache so, daß die Schaffung (C) dieser neuen Stellen durchaus zu verantworten ist. Wir haben uns bei der von uns angestellten Prüfung davon überzeugen müssen, daß diese Stellen nötig sind. Es handelt sich dabei um zwei Stellen, um ein Ministerium ohne Ressort und um ein Ministerium für die Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen. Das **Ministerium ohne Ressort,** das für gewöhnliche Zeiten allerdings nach Möglichkeit zu vermeiden wäre, ist in dieser Zeit unumgänglich notwendig, weil in jedem Augenblick so viel neue, riesenhafte Aufgaben eintreten, daß sie im Rahmen der gewöhnlichen Ressorts nicht zu lösen sind. Schon das Verhältnis zum Parlament, das auf der parlamentarischen Grundlage völlig neu geregelt werden muß, schafft dauernd andere und stärkere Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung als früher. Schon dieses neue **parlamentarische Regime** verlangt, daß sich eine Persönlichkeit der Pflege dieser Beziehungen widmet, damit der Gang der Geschäfte ruhig und fest auf der parlamentarischen Grundlage sich vollzieht. Das Ihnen vielleicht besonders naheliegende Verhältnis zu den Bundesstaaten ferner verlangt in dieser Zeit, wo die Grenzen zwischen Bundesstaaten und Reich noch immer sehr flüssig sind, wo die Bundesstaaten das größte Interesse haben, dauernd auf direktestem Wege mit dem Reiche zu verkehren, — auch dieses Verhältnis verlangt eine Kraft, die möglichst uneingeschränkt sich einheitlich mit diesen Dingen beschäftigt. Es geht nicht an, daß alle diese Dinge nur vom Ressort des Reichs zu den bundesstaatlichen Ressorts gehen. Dazu ist heute vielfach gar keine Zeit. Es muß jemand da sein, der die Gesamtheit der Verhältnisse übersieht und in einem inneren Zusammenhang mit den Bundesstaaten das **Verhältnis von Reich und Bundesstaaten,** das doch augenblicklich vielfach überaus schwankend ist, zu einer gesunden Grundlage unserer ganzen Politik macht. Wer da weiß, welche Schwierigkeiten (D) früher schon der außerordentlich verzwickte Mechanismus des Reichs mit Bundesrat, Reichstag und Regierung darbot, wird es ermessen, wie schwer diese Aufgaben jetzt sind und wie notwendig es ist, hier Kräfte bereitzustellen, damit es nicht vorkommt, daß dreimal der Reichsrat ohne Vorsitzenden war und in die Verhandlungen nicht eintreten konnte, ohne eine Schuld der Ressortminister, die sämtlich überlastet sind, sondern lediglich weil jemand fehlte, der für diese Dinge sorgt und sich zur Verfügung hält. — Dazu kommen jeden Augenblick neue Aufgaben, neue Anforderungen der Entente, neue Verwirrungen, wie sie durch die wirtschaftlichen Zustände in den besetzten Gebieten entstehen, die außerordentlichen Aufgaben, die durch die Rückwanderung der Kolonial- und Auslandsdeutschen und der Deutschen aus den besetzten und den annektierten Gebieten sich ergeben, das alles und vieles andere paßt nicht in den Rahmen der Einzelressorts. Das will und muß oft in wenigen Stunden erledigt werden. Sie werden gehört haben, wie jetzt von den **Rückwanderern** die Depeschen kommen, daß sie nicht wissen, was sie machen sollen, und ratlos an der Grenze liegen. Da ist mit den vorhandenen Beamtenkräften nichts zu machen. Für so außergewöhnliche Zustände müssen außergewöhnliche Kräfte herangeholt und außergewöhnliche Einrichtungen geschaffen werden. Deshalb ist es doch ein ebenso schlimmer wie unberechtigter Vorwurf, wenn man so obenhin sagt: das ist offenbar vollkommen überflüssig gewesen, das läßt nur den Schluß zu, daß man um jeden Preis neue Stellen schaffen wollte.

Was das zweite Ministerium betrifft, das **Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen,** so sollte es eigentlich klar sein, daß hier ein so ungeheures Problem aufzurollen ist, daß es sich durch das Zusammen-

(Schiffer, Reichsjustizminister.)

(A) wirken der Ressorts im gewöhnlichen ressortmäßigen Gange gar nicht lösen läßt. Der Wiederaufbau in Frankreich und Belgien, die Entschädigungen auf den mannigfaltigsten Gebieten für die Kolonialdeutschen und die Auslandsdeutschen, die Abwicklung der Liquidationen, der Wiederaufbau der Handelsflotte, das sind Dinge, die sich kaum in die Ressorts einfügen. Vor allem — das ist das wichtigste, und das mußte sich der Herr Abgeordnete Heinze selbst sagen — hängt da vieles unlöslich innerlich zusammen und kann nicht wohl ressortmäßig getrennt werden. Wenn es sich darum handelt, das Material für den **Wiederaufbau** zu schaffen, die Arbeiter dafür anzunehmen, die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Arbeiter zu regeln, die großen politischen und sozialen Probleme, die neu auftauchen — denken Sie daran, daß die Arbeiter in fremden Landen sind! — in Angriff zu nehmen, die Abmachungen mit den fremden Staaten zu treffen, die Folgen, die für die Valuta und die Finanzen sich ergeben, zu ordnen, die wirtschaftlichen Beziehungen, die darüber hinaus auch zu den Neutralen auftauchen, ins Auge zu fassen, so geht es — übrigens auch schon für unsere Geschäftswelt — nicht an, daß man sechs oder acht Stellen dafür schafft; es muß eine Stelle sein, die das einheitlich abwickelt. Das alles soll in dem Ministerium, das wahrlich keine bloße Dekoration ist, geschehen, und der Mann, der es übernimmt, wird eine Riesenaufgabe zu bewältigen haben. Es würde sehr falsch und unrecht sein, wenn man sagte: du bist eigentlich überflüssig und bloß hineingesetzt, damit man für einen Politiker eine Stelle schafft.

Die Dinge liegen wirklich so offen da, daß ich nur nochmals das Bedauern darüber aussprechen kann, daß man diese ernsten Fragen in solcher Weise behandelt hat, daß man aus ihnen politisch-tendenziöse Probleme geschaffen hat. Ich weise das namens der Regierung mit (B) aller Energie zurück.

Diese Art und Weise des Auftretens des sonst von mir hochverehrten Herrn Abgeordneten Dr. Heinze steht denn auch in einem scharfen inneren Widerspruch zu der Mahnung, mit der er begonnen und auch zum Schluß sich beschäftigt hat, praktisch zusammenzuarbeiten, die Unterschiede zurückzustellen, Hand anzulegen zu gemeinsamem Wirken, um die Not des Vaterlandes zu bewältigen. Dazu muß ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze sagen, daß er uns das nicht unmöglich machen darf. Dann muß er sich hüten vor derartigen Vorwürfen. Dann darf er es auch nicht so darstellen, als ob hier eine ganz einseitige Regierung wäre, die die andern von der Mitarbeit ausschließt. Vergißt er denn, daß die **Duldsamkeit der Regierung** so weit geht, daß gerade Parteifreunde von ihm noch jetzt an leitenden politischen Stellen vorhanden sind?

(Zurufe rechts: Wo denn?)

Haben wir nicht einen Oberpräsidenten — — —

(Erregte Zurufe rechts.)

Ich frage: Kennen Sie Ihren eigenen Parteifreund Dr. v. Krause nicht?

(Andauernde Zwischenrufe rechts.)

Ich habe mich versprochen: Kennen Sie Ihren Herrn v. Richter nicht?

(Rufe rechts: Wo sitzt der?)

— Von Herrn v. Richter spreche ich! Ist er Oberpräsident von Hannover oder nicht? Haben Sie nicht den Regierungspräsidenten Dr. v. Campe, der Ihr Kandidat gewesen ist?

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. Wiederholte Zwischenrufe rechts.)

Würde eine Regierung der Rechten es jemals zulassen, daß ein sozialdemokratischer Oberpräsident oder Regierungspräsident da wäre? Ist das früher vorgekommen?

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

(C) Ich meine, Mangel an Duldsamkeit ist hier wirklich nicht vorzuwerfen. Das ist der beste Beweis, der dagegen geführt werden kann. Ich bedaure das auch gar nicht.

(Zurufe rechts.)

— Sie sagen: Diese Uebergangszeit dauert nicht lange. Verehrter Herr Abgeordneter Schiele, Sie würden auch in einer Übergangszeit keinen sozialdemokratischen Oberpräsidenten belassen! Dafür haben wir die Erfahrungen der Vergangenheit. Es konnte ja ein Sozialdemokrat nicht mal Nachtwächter werden.

(Große Heiterkeit.)

Als sachverständigen Nachtwächter hätte man ihn doch wohl nehmen können! — Aber ich sage, ich bedaure das nicht, und es entspricht durchaus der von mir vertretenen Richtung, die **sachlichen Kräfte der Nation zusammenzufassen,** die Parteiunterschiede nach Möglichkeit zurücktreten zu lassen und in praktischem Zusammenwirken in der Tat eine Tätigkeit zu entfalten, die dem ganzen deutschen Volke zugute kommt.

Ich bin durchaus der Meinung, die ich stets vertreten habe, man solle auch die Politik nicht übertreiben; es können weite politische Gebiete neutralisiert werden, auf denen wir zusammenarbeiten können. Die Neigung dafür besteht bei uns. Wir wollen sie betätigen, wie wir sie — ich habe die Beispiele gezeigt — in geradezu demonstrativer Weise betätigt haben. Wir werden auch in diesem Hause jede Mitarbeit gern und ehrlich annehmen, aber unter einer Voraussetzung: Sie dürfen sie uns nicht unmöglich machen, indem Sie unsere politische Ehre angreifen; und das geschieht.

(Widerspruch rechts.)

— Sie sagen: Nein! Ich nehme an, daß der Zwischenruf von seiten der Deutschen Volkspartei kam. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ aber — Sie arbeiten ja noch immer mit dieser Firma, die im Register der Politik gelöscht ist, weil sich in einer Versammlung von (D) 64 Leuten 33 zufällig dafür erklärten, die nationalliberale Partei fortbestehen zu lassen; ich gehe auf die Sache wirklich nicht ein, die Geschichte geht darüber hinweg, — in dieser sogenannten „Nationalliberalen Korrespondenz“ findet sich ein Bericht über eine Versammlung, in der der Redner ein Mitglied dieses Hauses und Ihrer Partei war. Dieser Herr hat den sonderbaren Mut gehabt, in der Versammlung öffentlich den Deutschen Demokraten jedes Verständnis für deutsche Art und jedes Gefühl für nationale Ehre abzusprechen.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Soll man nun mit solchem Manne zusammenarbeiten? Ist es dann erlaubt, daß Sie in demselben Augenblick sagen, wir müßten duldsamer sein?

(Hört! hört!)

Ich bemerke, daß derselbe Herr bei derselben Gelegenheit wieder einmal einen Unterschied gemacht hat zwischen nationalen Parteien und anderen Parteien und daß er uns wie auch das Zentrum offenbar zu den nichtnationalen Parteien rechnete. Ich warne Sie, von diesen vergifteten Waffen Gebrauch zu machen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Sie können sonst etwas erleben. In dieser Zeit, wo Angehörige aller Parteien geblutet und alles eingesetzt und hingegeben haben, nicht in Worten, sondern in Taten, noch darüber zu streiten, wer national ist und wer nicht national ist, das ist ein Verbrechen und nicht bloß ein politischer Fehler.

(Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb, Herr Abgeordneter Heinze, bedaure ich, Ihrem Rufe nicht in dem Maße Folge geben zu können, wie ich das sonst von ganzem Herzen wünschte.

(Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.)

(A) **Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister Dr. David.

Dr. **David**, Reichsminister: Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat sich mit einer Rede beschäftigt, die ich in der Nationalversammlung in Weimar gehalten habe über die Frage **„Monarchie oder Republik“**. Ich dachte eine ganze Weile, als ich heute zuhörte, und als er entwickelte, daß das monarchische System die größte Gewähr dafür biete, daß der Fähigste an den ihm zustehenden Platz käme, er wollte für einen ihm besonders nahestehenden Monarchen, den König von Sachsen, Propaganda machen, war aber im höchsten Maße überrascht, als er dann durch eine Wendung zu erkennen gab, daß er sein monarchisches Gefühl seit dem 9. November auch auf Abbruch gesetzt hat.

(Sehr richtig! links.)

Er hat nämlich gemeint, daß man nicht daran denken könne, die Monarchen der einzelnen Länder wieder einzusetzen.

(Abgeordneter Dr. Heinze: Wollen Sie den Fürsten Reuß wieder haben?)

— Ich spreche eben vom König von Sachsen, der Ihnen besonders nahestand. Ich meine also, daß, wenn man schon einmal von den 26 Monarchen 25 in den Orkus schickt, daß man dann eigentlich nicht gut noch als Vorkämpfer für die Monarchie auftreten kann. Es bleibt also auch für Herrn Abgeordneten Dr. Heinze — das will ich hier feststellen, das ist politisch wichtig — und für seine Partei von allen monarchischen Posten in Deutschland höchstens noch einer übrig. Es dürfte dann zu einem interessanten Kampf unter den Monarchisten kommen, aus welchem Hause sie sich den einen holen wollen, wenn sie einmal so weit sind, daß sie nicht bloß für das monarchische Prinzip, sondern auch für einen konkreten monarchischen Prätendenten eintreten. Wenn (B) die Fähigkeit entscheidend sein soll, dann weiß ich nicht, ob der, der das größte Land regiert hat, der aus dem Hause Hohenzollern, dann den Preis bekommen wird. Das ist wiederum eine überaus schwierige Frage, die sich da für Sie in Zukunft aufrollen wird. Denn wenn man als den Vorzug des monarchischen Prinzips gegenüber dem republikanischen die Stetheit bezeichnet, so kann man den Begriff Stetheit gewiß nicht anwenden auf die **Regierung des letzten Hohenzollern.** Diesen Kurs hat man als Zickzackkurs mit viel mehr Recht bezeichnet. Dieses System, dem der Herr Abgeordnete Heinze die Stetheit nachrühmt, begann damit, daß der junge Monarch, als er auf den Thron kam, den alten Reichskanzler Bismarck entließ.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Heinze würde es also schwer dem Volke verständlich machen können, daß durch das monarchische Prinzip eine Gewähr dafür gegeben sei, daß der Befähigte dorthin käme und daß durch dieses Prinzip Stetheit in die Politik getragen würde, angesichts der historischen Tatsache, daß das monarchische Prinzip in Deutschland einen ausgesprochen unfähigen Monarchen an die erste Stelle gebracht hatte und daß seine Regierung das Stigma der Unstetheit in höchstem Maße verdiente.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Heinze gemeint: ja, aber die Monarchie hat das deutsche Volk zur höchsten Blüte gebracht.

(Sehr richtig! rechts.)

Das deutsche Volk wird antworten, daß die Monarchie es ins tiefste Elend hineingestürzt hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Stürmische Zurufe rechts: Daran sind Sie allein schuld!)

— Regen Sie sich nicht auf, meine Herren, wenn ich eine nunmehr historisch feststehende Tatsache hier ausspreche.

(Erneute Zurufe rechts.)

Also die Monarchie hat das deutsche Volk in das tiefste (C) Elend hineingestürzt, und deshalb ist es, glaube ich, aussichtslos, Herr Abgeordneter Heinze, wenn Sie versuchen wollen, das deutsche Volk in seiner Mehrheit wieder für die Monarchie zu gewinnen. Wenn Sie gegen die gegenwärtige Regierung den Vorwurf richten, daß sie nicht über genügend Fähigkeiten verfüge, so glaube ich, daß die jetzige Regierung den Vergleich mit dem alten System wohl aushalten kann.

(Lebhafter Widerspruch und Lachen rechts.)

Vor kurzem sind in Wien Dokumente aus der Vorgeschichte des Krieges veröffentlicht worden, namentlich über die Vorgänge um das Ultimatum. Da ist nur ein Schrei des Erstaunens durch das deutsche Volk gegangen,

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Des Entsetzens!)

ein Schrei des Erstaunens darüber, welches Maß von Unfähigkeit in Berlin geherrscht haben muß, wenn das vorkommen konnte.

(Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Dieses Urteil werden Sie (nach rechts) nicht auslöschen. Meine Herren, wir sind auch noch nicht am Ende der Veröffentlichung von Dokumenten, und es wird sich zeigen, daß die Monarchie ein System ist, das Männer an die erste, leitende Stelle bringt, deren Unfähigkeit bis an die Grenze des Pathologischen geht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts: Die Demokratie noch mehr!)

Dieser Beweis wird noch dokumentarisch erbracht werden, und darum, meine Herren, seien Sie nicht so unvorsichtig, vorher noch Dithyramben auf das monarchische System und auf Monarchen zu halten.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Die Erörterung ist nunmehr geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der (D) Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Der Herr Reichskanzler hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich keine Vorschläge hinsichtlich der Lösung des **baltischen Problems** zu machen gewußt hätte. Ich muß erwidern, daß meine Freunde und ich ja auch nicht gefragt worden sind, als die Regierung uns diese unangenehme Suppe eingerührt hat. Das, was wir nach unserer Überzeugung zu tun hatten, nämlich auf eine aufsteigende Gefahr rechtzeitig und gründlich aufmerksam zu machen, das haben wir getan.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber einer Regierung, die uns eine solche Suppe eingerührt hat, nun zu helfen, daß die Suppe ausgelöffelt wird, dazu haben wir keinen Appetit, und wir glauben auch nicht, daß wir dazu die Aufgabe haben.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir haben seit dem Dezember 1918 auf diese Gefahr hingewiesen. Daß Sie (zu den Sozialdemokraten) die Verlegenheiten der Regierung teilen, begreife ich, und ich glaube auch, daß es Ihnen sehr unangenehm ist, jetzt in einer solchen Gesellschaft sein zu müssen; aber da hätten Sie sich vorher überlegen müssen, in welche Ungelegenheiten Sie kommen könnten. Ich kann jedoch im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht darauf eingehen.

Der Herr Reichskanzler Bauer hat weiter gemeint, am liebsten würden sämtliche Unabhängige von ihm — wenn ich ihn recht verstanden habe — nach dem Osten geschickt werden, um dort die Sache wieder in das rechte Geleise zu bringen. Ich kann ihm nachfühlen, daß er das möchte; aber das bedarf doch keines weiteren Kommentars.

Starke Worte soll ich gebraucht haben, einen rüden Ton soll ich sogar angeschlagen haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

(Henke, Abgeordneter.)

(A) — Ich danke Ihnen sehr dafür, daß Sie bestätigen, daß ich recht gehört habe. — Ich glaube, vor einem unparteiischen Gericht bestehen zu können mit diesem Ton gegenüber dem Ton des Herrn Noske.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Mehrheitsparteien.)

Im übrigen ist es mir auch ganz wurscht, wie der Herr Reichskanzler Bauer über meinen Ton urteilt. Mir kommt es darauf an, eventuell auf einen groben Klotz einen groben Keil zu setzen. Das habe ich von unseren großen Kämpfern, Denkern und Dichtern gelernt, wie man sich in solchen Situationen zu benehmen hat.

(Große Heiterkeit und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.)

— Wenn Sie es vergessen haben, um so schlimmer! —

Der Herr Reichskanzler hat sich dann darüber mokiert, daß das **Attentat auf Haase** — ich habe so verstanden — auch von mir agitatorisch ausgenutzt werde. Das fällt mir nicht ein; das fällt auch meinen Freunden nicht ein!

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Aber die „Freiheit“ hat es gemacht!)

Aber die Wahrheit zu sagen, das war notwendig.

(Stürmisches Gelächter bei den Mehrheitsparteien.)

Die Wahrheit aber ist, daß mit Hilfe der Regierung in Deutschland eine Atmosphäre erzeugt worden ist, aus der heraus solche Taten entstehen können.

(Zurufe von den Mehrheitsparteien: Durch die Unabhängigen! — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist in dem Aufruf gesagt worden, und dazu stehe ich auch.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Wie ist es denn gewesen, als Sie in Bremen Regierung (B) spielten? — Große Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen; die persönliche Bemerkung wird sowieso schon zu lang.

Henke, Abgeordneter: Ja, das wird das Beste sein. —

Der Herr Reichskanzler hat mir weiter zum Vorwurf gemacht, daß ich als Vorsitzender eines Arbeiter- und Soldatenrates mitschuldig daran sei, daß dort das mehrheitssozialistische Blatt seinerzeit mit Gewalt in Besitz genommen worden sei.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Gut, daß Sie das wissen!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und die sieben überflüssigen Monatsgehälter?)

— Das ist eine Lüge, die Sie weiter verbreiten, weil Sie dumm genug dazu sind.

(Lebhafte Rufe: Oho! bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Diese Äußerung ist ungehörig; ich muß sie rügen!

Henke, Abgeordneter: Aber eine Lüge ist auch ungehörig, und das ist eine Lüge.

Präsident: Ja, bitte, den Ausdruck „Lüge“ haben Sie gebraucht! Er ist von anderer Seite nicht gefallen.

Henke, Abgeordneter: Dann sage ich: bewußte Unwahrheit!

Präsident: Sie können sagen: er hat die Unwahrheit gesagt, das lasse ich ruhig hingehen; aber Lüge ist die bewußte Unwahrheit und ist immer eine Beleidigung. Das darf ich nicht passieren lassen. Ich rüge daher diese (C) Äußerung.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Henke, Abgeordneter: Es kommt ihm immer darauf an, sich zu wehren, wenn es nötig ist. — Diese **Inbesitznahme des Bremer Parteiblattes durch Mitglieder des Soldatenrates** ist ein Faktum, aber ein Faktum, das erst entstanden ist, nachdem die mehrheitssozialistische Partei der bremischen Arbeiterschaft das Blatt geraubt hatte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hat einfach der Arbeiter- und Soldatenrat von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei gelernt, wie man solche Dinge macht.

(Zuruf.)

— Mit dem Revolver habe ich niemals jemanden bedroht; ich habe nie einen besessen, ich habe Bedrohungen mit dem Revolver immer mißbilligt, einerlei von wem sie ausgegangen sind.

Wenn der Herr Reichskanzler Bauer mir unterstellt, daß ich die Herrschaft in Bremen gehabt habe, so ist das eine Naivität, die ich ihm allerdings nachsehe.

Er will keinen **Arbeitszwang** befürwortet haben. Die Pressestimmen, die ich genannt habe, zeugen dafür, daß ich nicht allein ihn so verstanden habe, wie ich das vorhin aussprach. Jedenfalls hat er in seiner Rede gesagt, daß eventuell denjenigen, die berechtigt sind, heute Erwerbslosenunterstützung zu beziehen, diese genommen werden soll, wenn sie nächstens nicht die Arbeit annehmen, die ihnen zugewiesen wird. Das nenne ich auf gut deutsch: einen Arbeitszwang.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen.

Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter: Im Rahmen (D) einer persönlichen Bemerkung ist es mir nicht möglich, gleich auf die Angriffe einzugehen, die der Herr Abgeordnete Dr. Heinze seinerseits eröffnet hat. Denn es ist nicht richtig, daß die **Angriffe** gestern von mir eröffnet worden sind, sondern sie sind bereits seit langem seitens **der Deutschen Volkspartei** im Lande eröffnet worden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich vermag daher nur festzustellen, daß ich nicht etwa eine Kritik an der Wandlung geübt habe, die innerhalb der Deutschen Volkspartei dahingehend vorgegangen ist, daß sie sich zum **Parlamentarismus** entwickelt hat, sondern daß ich darüber lediglich meine Freude ausgedrückt habe, weil es sich zeigt, daß ein großer Teil dieser Herren jetzt einiges inzwischen hinzugelernt hat.

Eine scharfe Kritik habe ich allerdings in meiner gestrigen Rede an einer anderen Wandlung geübt: das ist jene Wandlung, die innerhalb der **Deutschen Volkspartei** seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tage vorgegangen ist, in der **Frage der Monarchie,** und zwar habe ich das um so mehr getan, weil die Deutsche Volkspartei jetzt diese Monarchie propagiert, ohne zu wissen, welche Monarchen sie haben will, und ohne zu wissen, wieviele Monarchen sie wieder in Deutschland einsetzen will. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Heinze mir vorwirft, daß das falsch sei, so irrt er sich. Was ich gestern in meiner Rede gesagt habe, ist alles zutreffend und in jeder Beziehung beweisfähig. Es ist nicht richtig, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Heinze sagt, daß bei der Gründung der Deutschen demokratischen Partei und bei den Verhandlungen, die damals stattgefunden haben, die Kaiseridee irgendeine Rolle gespielt hat. Ich stelle fest, daß über die Frage „Monarchie“ oder „Republik“ Verhandlungen damals in keiner Weise stattgefunden haben.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

(Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter.)

(A) Ich stelle fernerhin fest, daß auch die Aufrufe der Deutschen Volkspartei zu den Wahlen in keiner Weise ein Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Monarchie enthalten.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Kein Wort davon ist in diesen Aufrufen zu finden, sondern lediglich heißt es da überall, daß sich die Deutsche Volkspartei nunmehr auf den Boden der einmal geschaffenen Tatsachen stellen wolle. Und in der von der Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei unter dem Titel „Die Ziele der Deutschen Volkspartei" herausgegebenen Werbeschrift für die Wahlen heißt es ausdrücklich, daß es nur noch eine Macht in Deutschland gibt, die imstande ist, einen Wandel herbeizuführen. Wörtlich heißt es dort:

> Das ist der entschlossene Wille eines starken deutschen Bürgertums, das nun endlich bei den Wahlen sein Schicksal in die Hand nimmt und dafür sorgt, daß Deutschlands Schicksal in der Zukunft nicht durch eine sozialistische, sondern durch eine bürgerliche Republik bestimmt wird.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Ich glaube daher, daß der Herr Abgeordnete Heinze nicht in der Lage ist, mir vorwerfen zu dürfen, daß ich gestern irgend etwas Falsches gesagt habe.

Wenn der Herr Abgeordnete Heinze weiter behauptet, ich hätte mich in meiner gestrigen Rede unklar ausgedrückt, so trifft auch das nicht zu. Ich glaube sogar, mit äußerster Deutlichkeit dasjenige gesagt zu haben, woran mir lag, daß es ausgesprochen wurde. Und das war die Grundtendenz meiner Ausführungen, daß man nicht, wie es die Deutsche Volkspartei tut, erklären könne, mit an dem Aufbau des neuen deutschen Staates mitarbeiten zu wollen, und dabei gleichzeitig die Zerstörung der fundamentalen Grund(B)lage dieses neuen deutschen Staates zu einem Hauptpunkt des eigenen Programms zu machen, und daß in einem republikanischen Staatswesen, das wir nun einmal haben, eine so ausgesprochen monarchistische Partei, wie es jetzt die Deutsche Volkspartei geworden ist, unmöglich imstande ist, eine nutzbringende politische Arbeit zu leisten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze.

Dr. **Heinze,** Abgeordneter: Ich bin mir nicht bewußt, daß ich Herrn Abgeordneten v. Richthofen vorgeworfen habe, er hätte in seiner gestrigen Rede etwas Falsches gesagt. Ich bin absichtlich auf die hiesigen **Verhandlungen bezüglich der Einigung der demokratischen Partei und der Nationalliberalen** nicht eingegangen. Ich habe ganz dahingestellt sein lassen, was hier verhandelt worden ist. Ich habe auf die Vorgänge im Lande verwiesen.

Übrigens sehe ich durchaus nicht ein, warum es unmöglich sein soll, daß eine Partei, die das Volk auf gesetzlichem Wege zur **Monarchie** zurückführen will, fruchtbringend an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mitarbeitet.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Einen Widerspruch kann ich darin nicht entdecken. Ich berufe mich auf die Ausführungen, die Herr David seinerzeit zur Verfassung gemacht hat. Dabei hat er uns geradezu gesagt: „Jetzt habt Ihr die Möglichkeit, Eure Überzeugung im Volke zu vertreten! Seht, wieweit Ihr kommt!" Meine Herren, wir sind überzeugt, daß viele Jahre hingehen werden, bis wir zum Ziele gelangen. Sollen wir in den Jahren beiseite stehen und gar nichts tun? Das fällt uns gar nicht ein. Wir sind bereit, unter Wahrung unseres grundsätzlichen Standpunktes tatsächlich mitzuarbeiten, und wir werden es tun, wir werden unsern Einfluß geltend machen, auch solange wir nicht in (C) der Regierung sind.

Der Herr Minister Schiffer hat mich mißverstanden. Ich habe keinerlei persönliche Vorwürfe gemacht. Ich suche mich überhaupt von persönlichen Vorwürfen fernzuhalten, soweit das möglich ist. Aber sachlich muß ich doch einen Kampf führen können und sachlich muß ich die Ansicht vertreten können, daß der **Parlamentarismus** leicht zu einer ungeeigneten **Besetzung der Ministerstellen** und zu übertriebener Schaffung von Ministerstellen führt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dafür habe ich eine handgreifliche Grundlage bezüglich der beiden Ministerstellen, die in Frage kommen. Ich will jetzt nur das eine bemerken: in der Budgetkommission wurden diese beiden Stellen angefordert. Es wurde angezweifelt, ob sie nötig wären. Da wurde durch einen Minister erklärt, die neue Stelle des Ministers ohne Portefeuille sei nötig, weil die Verfassung das Ministerium zwinge, den Vorsitz im Reichsrat durch einen Reichsminister in Person führen zu lassen. Vertretung des Ministers durch einen nachgeordneten Beamten sei verfassungswidrig. Meine Herren, diese Behauptung ist tatsächlich unrichtig.

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Verfassung zwingt keineswegs das Ministerium, im Reichsrat den Vorsitz durch einen Reichsminister führen zu lassen. Die Verfassung läßt durchaus — ich habe hier den Artikel da, ich will ihn nicht verlesen — in Art. 65 die Möglichkeit, daß auch im Reichsrat ein Stellvertreter des Ministers den Vorsitz führt. Ich würde es für sehr wünschenswert halten, wenn die Kraft eines Ministers nicht für den ständigen Vorsitz im Reichsrat verwendet würde; denn die Verhandlungen des Reichsrats erfordern das nicht. Da nun hier eine Behauptung zur Begründung einer neuen Ministerstelle aufgestellt wurde, die ganz zweifellos falsch war, so werde ich wohl die (D) Ansicht äußern dürfen, daß bei Schaffung neuer Ministerstellen gelegentlich der Wunsch mitspielt, eine Partei entsprechend im Ministerium vertreten zu lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist eine sachliche Kampfesweise, eine Behauptung, die sich durchaus vom Persönlichen und von jedem Anzweifeln irgendwelcher Loyalität fernhält. Ich bin der letzte, der die Loyalität eines Gegners angreift und bezweifelt, wenn mir nicht ganz klar nachgewiesen ist, daß er illoyal ist. Das ist aber von keiner der Persönlichkeiten geschehen, die hier in Betracht kommen.

Dann hat der Herr Minister Schiffer darauf hingewiesen, daß der Kampf, den ich heute geführt habe, die Parteien auseinanderbrächte. Ja, meine Herren, davon bin ich auch überzeugt, und das bedaure ich. Ich habe das auch zu Beginn meiner Rede ausgeführt. Aber man wird uns nicht zumuten, daß wir, lediglich um dem Zwecke zu dienen, praktisch mitzuarbeiten — ein Bemühen, das ja nebenbei von demokratischer Seite zurückgewiesen wird —, uns nicht wehren, nachdem wir angegriffen worden sind. Der Angriff hier in der Nationalversammlung ist nicht von unserer Seite erfolgt; wir befinden uns hier lediglich auf dem Standpunkt der Verteidigung. Der Angriff ist von den Demokraten erfolgt, und, meine Herren, derjenige wäre schwach, der den Kampf, zu dem er aufgefordert wird, nicht aufnimmt.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren, so kann mit uns nicht verhandelt werden. Ich bemühe mich, den Kampf so sachlich wie möglich zu führen; ich will aber auch die Freiheit für den sachlichen Kampf haben.

Dann hat sich Herr Schiffer beklagt, daß wir die **nationale Gesinnung der Demokratischen Partei** in Zweifel zögen. Nein, meine Herren, das tue ich nicht. Ich

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) zweifle — und das erkläre ich mit voller Bestimmtheit — die nationale Gesinnung der Deutschen Demokratischen Partei nicht an. Aber das wird mir doch wohl zu sagen offenstehen: die Auffassung in nationalen Dingen nimmt in der Demokratischen Partei gelegentlich eine Art und Färbung an, die meiner Auffassung von nationalen Dingen nicht entspricht. Wenn die Demokratische Partei dazu beiträgt, daß wir die schwarz-weiß-rote Fahne herunterholen, dann wird es mir wohl freistehen zu sagen: das ist ein Empfinden, daß meinem Empfinden nicht entspricht. Mehr habe ich nicht gesagt und mehr kann und will ich nicht sagen. Diese Behauptung aufzustellen, habe ich aber ein volles Recht, und dieses Recht wahre ich mir und wahre ich meiner Partei.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Damit ist auch die Reihe der persönlichen Bemerkungen geschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, heute doch noch etwas vom Etat zu erledigen. Ich nehme an, daß wir noch imstande sind, den

Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds (Anlage XIII)

zu erledigen.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1097 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Steinkopf.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben, Kap. 74, Verwaltung des Reichsheeres, Tit. 1.

Dazu ist auf Nr. 1144 der Drucksachen ein Abänderungsantrag Arnstadt und Genossen gestellt. Ich glaube nicht, daß es auf die Art geht, wie die Herren beantragt haben. Wollen Sie bitte aufmerken! In dem Antrag 1144 handelt es sich um die Abänderung eines Gesetzes. Es ist verlangt:

(B) Die Nationalversammlung wolle beschließen: im § 36 Ziff. 4 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 bis zur anderweiten gesetzlichen Regelung statt „2000 Mark" zu setzen „2400 Mark".

Es handelt sich also nicht um die Erhöhung einer Etatsposition, sondern um die Abänderung eines Gesetzes. Das können wir nicht durch einfache Erhöhung der Position um 400 Mark machen. Sie können eine Resolution beantragen. Ich möchte anheimgeben, die Sache bis zur dritten Lesung zurückzustellen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir ziehen mit Rücksicht auf die vollkommen zutreffende Bemerkung des Herrn Präsidenten diesen Abänderungsantrag zurück und behalten uns vor, bei der dritten Lesung eine entsprechende Entschließung einzubringen.

Präsident: Der Antrag ist vorläufig zurückgezogen. Kap. 74 Tit. 1 ist genehmigt.

(Zuruf des Berichterstatters.)

— Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? Wenn keine Amendements gestellt werden, dann haben die Berichterstatter regelmäßig geschwiegen, aber der Berichterstatter soll das Wort haben.

(Heiterkeit. — Pause.)

— Also er verzichtet. Man muß nur freundlich mit den Leuten umgehen.

(Erneute Heiterkeit.)

Tit. 2,— 3,— 4,— 5,— 6,— 7,— 8,— 9,— 10, — 11. — Angenommen. (C)

Kap. 74a, Versorgungsgebührnisse usw. infolge des Krieges von 1914/19 im Bereiche der Verwaltung des Reichsheeres nach Maßgabe der Reichsgesetze, Tit. 1,— 2,— 3,— 4. — Angenommen.

Kap. 75, Reichsmilitärgericht, Tit. 1,— 2,— 3,— 4,— 5,— 6,— 7,— 8. — Genehmigt.

Kap. 76, Marineverwaltung, Tit. 1,— 2,— 3,— 4,— 5,— 5a,— 6,— 7,— 8,— 9. — Angenommen.

Kap. 76a, Versorgungsgebührnisse usw. infolge des Krieges 1914/19 im Bereiche der Marineverwaltung nach Maßgabe der Reichsgesetze, Tit. 1,— 2,— 3,— 4,— 5. — Angenommen.

Kap. 77, Kommando der Schutztruppen, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6,— 7. — Angenommen.

Kap. 77a, Versorgungsgebührnisse usw. infolge des Krieges 1914/19 im Bereiche der Schutztruppenverwaltung nach Maßgabe der Reichsgesetze, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. Genehmigt.

Kap. 78, Versorgungsgebührnisse usw. infolge der Expedition nach Ostasien, A. Verwaltung des Reichsheeres, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — B. Marineverwaltung, Tit. 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12. — Angenommen.

Kap. 79, Zivilverwaltung, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6. — Bewilligt.

Kap. 80, Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71. — Angenommen.

Kap. 81, Pensionen und sonstige Bewilligungen für ehemalige französische Militärpersonen und deren Angehörige, Tit. 1, — 2. — Angenommen.

Kap. 82, Invalideninstitute, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11. — Angenommen. (D)

Kap. 83, Versorgungsgebührnisse usw. infolge des Krieges von 1870/71 im Bereiche der Verwaltung des Reichsheeres nach Maßgabe der Reichsgesetze, Tit. 1, — 2, — 3, — 4. — Angenommen.

Kap. 84, Versorgungsgebührnisse usw. infolge des Krieges von 1870/71 im Bereiche der Marineverwaltung nach Maßgabe der Reichsgesetze, Tit. 1, — 2, — 3, — 4. — Bewilligt.

Kap. 84a, Zum Ausgleich von Härten aus dem Offizierpensionsgesetze, dem Mannschaftsversorgungsgesetze und dem Militärhinterbliebenengesetze. — Bewilligt.

Nunmehr die Einnahme Kap. 16 auf Seite 2. — Angenommen.

Damit sind in der zweiten Lesung die Einzelpositionen des allgemeinen Pensionsfonds genehmigt.

Nun möchte ich Ihnen vorgeschlagen, die Sitzung abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Samstag den 11. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

Rest der heutigen Tagesordnung.

Widerspruch erhebt sich nicht; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 55 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

96. Sitzung.

Sonnabend den 11. Oktober 1919.

(B)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

(C)

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Zawadzki, Dusche, Simon (Franken), Dr. Petersen, Frau Schroeder
die Abgeordneten Trimborn, Dr. Hugo, Wurm, Dr. Blunck, Frau Simon (Westpreußen);
in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Behrens
der Abgeordnete Koch (Düsseldorf);
in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Haase (Berlin), Riedmiller, Krüger (Mecklenburg), Dr. Kahl, Petersen, Weiß
die Abgeordneten Dr. Cohn, Dr. Quarck, Dr. Sinzheimer, Dr. Mittelmann, Falk, Johannsen;
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Thiele, Girbig, Vesper
die Abgeordneten Keil, Katzenstein, Schädlich;
in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Gölzer
der Abgeordnete Katzenstein;
in den 21. Ausschuß für den Abgeordneten Fischer (Hannover)
der Abgeordnete Meier (Sachsen).

Urlaub habe ich erteilt
der Frau Abgeordneten Schroeder für 3 Tage,
dem Herrn Abgeordneten Michelsen für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand der Tagesordnung ist die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar

a) **Haushalt des Reichskolonialministeriums**, Anlage IX. Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1130 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Nacken.

(D)

Als Kommissare sind neu angemeldet:
der Ministerialdirektor Dr. Meyer-Gerhard,
der Geheime Ober-Regierungsrat Schmidt und
der Geheime Ober-Regierungsrat Gerstmeyer.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 69 Tit. 1.

Die Diskussion ist eröffnet. Ich erteile das Wort zur Berichterstattung dem Herrn Abgeordneten Nacken.

Nacken, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Bei der Beratung des Etats des Reichskolonialministeriums und des betreffenden Ergänzungsetats in der Haushaltskommission wurde von allen Rednern dem Schmerze und dem **Bedauern** über den **Verlust unserer herrlichen Kolonien** Ausdruck verliehen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Ich möchte auch von dieser Stelle aus dem Gefühle der Wehmut darüber nachdrücklichst Ausdruck verleihen.

Dieser Verlust stellt uns nun vor die Notwendigkeit, den Etat eines absterbenden Ministeriums zu beraten. Der Etat selbst kommt erst im Frühjahr 1920 in Wegfall; der Schutzgebietsetat ist bereits jetzt in Fortfall gekommen. Die Abwicklung der Schutzgebiete findet sich im außerordentlichen Etat des Ergänzungsetats des Reichskolonialministeriums. Wir stehen hierbei gewissermaßen vor einer Liquidationsmasse.

Im Ausschuß wurde ausgeführt, man habe sich vielfach im Volke darüber gewundert, daß das Kolonialamt nach Verlust der Kolonien noch da sei. Vielfach werde im Volke angenommen, mit dem Verlust der Kolonien hätte auch das Reichskolonialamt sofort verschwinden müssen. Das ist aber eine irrige Auffassung. Man muß bedenken, daß an Stelle der früheren eine Reihe von

(**Nacken,** Berichterstatter.)

(A) neuen Aufgaben für das Reichskolonialministerium entstanden sind: Abwicklung der Verwaltung, Mitwirkung bei Durchführung des Friedensvertrages, Entschädigung der Kolonial- und Auslandsdeutschen.

Im außerordentlichen Etat — zu dem ordentlichen Etat habe ich nichts zu bemerken — finden Sie nun eine Reihe von **Pauschalsummen, die zur Abwicklung der Schutzgebiete** dienen sollen. Ich muß hierbei darauf hinweisen, daß seit fünf Jahren, d. h. in den Jahren 1913 bis 1918, eine Rechnungslegung bezüglich der Schutzgebiete nicht stattgefunden hat. In diesen Jahren 1913 bis 1918 ist man derart zu Werke gegangen, daß man ein Etatsgesetz aufgestellt hat, das sich auf den Bestimmungen des Etats vom Jahre 1914 aufbaute. In diesen Jahren 1915 bis 1918 hat man dann die Ausgaben für die Schutzgebiete aus Krediten genommen, die aus dem Kriegsfonds gedeckt wurden. Da aber seit dem 1. Oktober 1919 der Kriegsfonds nicht mehr in Anspruch genommen werden darf, so sind diese Ausgaben nunmehr besonders zu veranschlagen.

Dies ist geschehen in Pauschalsummen des außerordentlichen Haushalts des Kolonialministeriums, wodurch die verfassungsmäßige Grundlage für alle auf das Rechnungsjahr 1919 entfallenden Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete geschaffen ist. Man mußte sich auf Pauschalsummen beschränken, bei deren Ermittlung und Aufstellung man hinsichtlich der Besoldungen, Versorgungsgebührnisse, anderer persönlicher Ausgaben, Reise- und Umzugsgebührnisse, sächlicher, vermischter und unvorhergesehener Ausgaben auf Schätzung stützen mußte.

Ein großer Teil der **Beamten** nämlich, der Angestellten, der Schutztruppenangehörigen befinden sich noch jetzt in Kriegsgefangenschaft oder im neutralen oder feindlichen Auslande interniert, und der Zeitpunkt der Rückkehr ist noch nicht festgestellt. Das bringt selbstredend einen unsicheren Faktor in die Aufstellung. Ähnlich liegt es bei (B) dem Umstand, daß die Kolonialbeamten, soweit sie nicht in heimischen Verwaltungen untergebracht werden können, im Laufe des Rechnungsjahres 1919 in den einstweiligen oder dauernden Ruhestand versetzt werden müssen. Da auch hier der Zeitpunkt, wann dies erfolgt, noch nicht feststeht, so läßt sich schwer bestimmen, welche Beträge für Besoldungen und welche für Versorgungsgebührnisse aufzubringen sind. Deshalb muß auch hier Schätzung eintreten.

Diese Unsicherheit ist aber für die Veranschlagung der Pauschalsummen ohne Bedeutung; denn zwischen diesen Ausgabegruppen ist ein Ausgleich möglich.

Bei den Pauschalsummen ist nun alles Notwendige in Berücksichtigung gezogen, so zum Beispiel auch die Kriegsteuerungszulage für die Beamten, die beim Bezuge des Heimatsgehaltes gezahlt werden müssen. Sie finden Deckung dadurch, daß für den vollen planmäßigen Bestand an Beamten und Schutztruppenangehörigen die Auslandsbezüge berücksichtigt sind.

Auch an die vom Reich zu übernehmenden Kursverluste aus Anlaß der Gebührniszahlung in ausländischer Währung ist gedacht. Für sie ist ein Zuschlag von 20 Prozent bei den Besoldungen gemacht.

Die Pauschalsummen stellen nun große Beträge dar und geben der Verwaltung eine gewisse diskretionäre Vollmacht. Deshalb erhob man von verschiedenen Seiten — ich darf sagen: von den meisten Seiten — im Ausschuß eine ernste Mahnung zur Sparsamkeit. Die Mehrheit des Haushaltsausschusses war sich darüber einig, daß der **Abbau des Verwaltungsapparats** möglichst bald erfolgen müsse. Fast alle Redner im Ausschuß waren der Ansicht, daß sich eine erhebliche Einschränkung des Verwaltungsapparats doch wohl ermöglichen lasse.

Freilich war man sich dabei aber auch darüber einig, daß die Sparsamkeit niemals dazu führen dürfe, die **Beamten der Kolonialverwaltung** auf die Straße zu (C) setzen.

(Sehr richtig!)

Man war vielmehr der Ansicht, daß es Pflicht der Verwaltung sei, dafür zu sorgen, daß diese Beamten bei anderen Behörden unterkommen.

(Zustimmung im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

So wurde von einer Seite hervorgehoben, man müsse für die Kolonialbeamten in den neuerrichteten Ministerien Stellen freihalten. Zum Beispiel bei dem Ministerium für den Wiederaufbau sei die beste Gelegenheit gegeben, diese Beamten unterzubringen. Auch im Reichsverkehrsministerium sei eine Unterbringungsmöglichkeit gegeben. Auch könnte man diese Beamten für die Arbeiten bei einem Auswanderungsamt gebrauchen, das praktischerweise beim Auswärtigen Amt demnächst zu bilden wäre.

Von einer Seite wurde auch noch auf die kleine Gruppe der **Kartographen** hingewiesen, die bei der Firma Reimer lediglich für Kolonialdienstzwecke angestellt sind. Diese Leute kommen natürlich vollständig außer Stellung. Auch für diese müsse die Kolonialverwaltung Sorge tragen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Von der Kolonialverwaltung wurde betont, daß ein Gesetz in Vorbereitung sei, das die Härten ausgleichen soll, die sich für die Beamten ergeben, die außer Stellung kommen. Überdies sei im Ministerium des Innern eine Abteilung geschaffen, die für die Unterbringung der Beamten zu sorgen habe; und dieser Abteilung sei ständig ein Beamter des Reichskolonialministeriums beigegeben. Auch sei man zurzeit dabei, mit jedem einzelnen der Kolonialbeamten in Verbindung zu treten, um zu erfahren, bei welchem Amte der Betreffende untergebracht beziehungsweise beschäftigt sein möchte.

Bezüglich der Anregung der **Anstellung der Beamten beim Wiederaufbauministerium** wurde seitens der Ver- (D) waltung darauf hingewiesen, daß zwar Hauptaufgabe für dieses Ministerium der Wiederaufbau Nordfrankreichs sei; dagegen habe aber dieses Ministerium die Abwicklungsgeschäfte bezüglich der Kolonialdeutschen und Auslandsdeutschen zu bearbeiten. Ein Gesetzentwurf über die Entschädigung der Genannten sei bereits an das Finanzministerium abgegeben. Aufgabe des Kolonialministerium sei es, über die Ausführung dieses Gesetzes mit dem Wiederaufbauministerium in Verbindung zu treten.

Bezüglich der **Sparsamkeit,** die empfohlen worden war, wurde seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, daß schon der Minister- und Unterstaatssekretärposten in Wegfall gekommen sei, daß übrigens die Abwicklung doch nicht so einfach sei, wie man sich dies vielfach vorstelle. Es wurde darauf hingewiesen, daß große Eisenbahnbauverträge, große Konzessionen und dergleichen mehr abzuwickeln seien, bei denen es sich um Hunderte von Millionen handle, die für das Reich gerettet werden könnten, oder aber verloren gingen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Haushaltsausschuß kam schließlich zu dem Entschlusse, Ihnen die Genehmigung des Etats und des Ergänzungsetats vorzuschlagen.

(Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichskolonialminister.

Dr. **Bell,** Reichskolonialminister: Meine Damen und Herren! Sie werden es dem nach menschlischem Ermessen für absehbare Zeit letzten Leiter des Reichskolonialministeriums nachfühlen können, daß er gerade heuer mit besonders bitteren Emdfindungen und herbem Schmerz seinen Etat vor dem Reichstag vertritt. Kein Amt ist durch den unglückseligen Friedensvertrag, der uns von

(Dr. **Bell**, Reichskolonialminister.)

(A) der Entente aufgezwungen worden ist, schwerer getroffen worden als das Reichskolonialamt.

(Sehr wahr!)

Der **Verlust unserer Kolonien** wird naturnotwendig in naher Zeit auch das Reichskolonialministerium tödlich treffen. Das ist um so bedauerlicher, als gerade dieses Amt eine besonders ehrenvolle Vergangenheit hat, wenn es auch gewiß manchen harten Strauß im Reichstage ausstehen mußte.

Der Herr Berichterstatter hat bereits zutreffend darauf hingewiesen, daß der Verlust unserer Kolonien nicht die sofortige Auflösung des Reichskolonialministeriums zur Folge haben könne. Die entgegengesetzte Auffassung ist leider weiter verbreitet, als man bei richtiger Würdigung der obwaltenden Verhältnisse annehmen sollte. Schon der Vergleich mit irgendeinem Privatbetriebe, einer Handelsgesellschaft, die in Liquidation geraten ist, sollte zu der Schlußfolgerung führen, daß auch das Reichskolonialministerium nicht von heute auf morgen zum Abschluß gebracht werden kann. Wenn schon eine in Liquidation geratene Handelsgesellschaft eine geraume Zeit und einen beträchtlichen Beamtenapparat erfordert, um die Liquidation durchzuführen, dann wird das erst recht der Fall sein müssen bei einem so ausgedehnten öffentlichen Betriebe wie dem mit 4 Abteilungen ausgestatteten Kolonialministerium, das zur Bewältigung der ihm obliegenden Geschäfte über einen sehr großen Beamtenapparat verfügt und dem insbesondere auch die Schutztruppen unterstellt waren.

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben des Reichskolonialministeriums seit dem Verlust unserer Kolonien erschöpfen sich keineswegs etwa in der Liquidation des Ministeriums. Wäre uns nur diese Aufgabe zugewiesen, so würden wir ihrer in wenigen Wochen Herr werden. (B) Aber weit darüber hinaus, wie der Herr Berichterstatter schon angedeutet hat, erstreckt sich der **Aufgabenkreis dieses Liquidationsamtes.** Die Aufgaben kann ich in fünf Kreise zusammenfassen: Zunächst die Ausführung des Friedensvertrages, ferner die Abwicklung der Verwaltungen sämtlicher Schutzgebiete, weiter die Abwicklung der Finanzgeschäfte der Schutzgebiete für die ganze Kriegszeit, sodann die Abrechnung mit den aus den Schutzgebieten zurückkehrenden Beamten- und Schutztruppenangehörigen, deren Zahl sich auf über 3000 beläuft, und endlich die Vorbereitung der Entschädigung der Kolonialdeutschen.

Daß diese Abwicklung umfangreicher Geschäfte einen angemessenen Zeitraum und einen entsprechenden Beamtenapparat erfordert, werden Sie ohne weiteres begreiflich finden. Dabei glaube ich aber dem Reichstage die Versicherung geben zu sollen, die ich bereits im Hauptausschuß zum Ausdruck gebracht habe, daß es die Aufgabe des Reichskolonialministeriums und seines Leiters ist, die Liquidation schon mit Rücksicht auf die gebotene Sparsamkeit mit aller Beschleunigung durchzuführen. Wir werden dabei auch, was die **Zurdispositionsstellung von Beamten,** so schmerzlich sie gewiß ist, anlangt, uns nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. In diesem Zusammenhang kann ich allerdings den schon vom Herrn Berichterstatter hervorgehobenen Gedanken nicht unausgesprochen lassen, daß es die Ehrenpflicht des Reichskolonialministeriums ist, für diejenigen Beamten, die im Kolonialministerium wegen des unverzüglich durchzuführenden Abbaus leider nicht mehr verwendet werden können, für anderweitige Unterbringung nach Möglichkeit zu sorgen. Der verantwortliche Leiter des Reichskolonialministeriums ist sich dieser Ehrenpflicht in vollem Umfange bewußt, und er wird nach wie vor in diesem Sinne tätig bleiben.

(Bravo!)

Auf Veranlassung des Reichskolonialministeriums ist bereits (C) eine besondere Stelle im Reichsministerium des Innern errichtet worden, deren Aufgabe es ist, für die **Unterbringung** derjenigen **Beamten und Angestellten** zu sorgen, deren weitere Beschäftigung in ihrem bisherigen Amt durch Auflösung der Behörde unmöglich geworden ist. Wir werden diese Beamten derart unterzubringen bemüht bleiben, daß die neue Anstellung ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und praktischen Erfahrungen möglichst entspricht. Auch von dieser Stelle aus möchte ich nicht unterlassen, was ich bereits schriftlich und mündlich wiederholt getan habe, an alle in Betracht kommenden Reichsressorts die dringende Bitte zu richten, bei Neuanstellung von Beamten und namentlich auch bei der Neubildung von Ämtern und Ressorts in erster Linie auf unsere Kolonialbeamten Rücksicht zu nehmen.

(Sehr gut!)

Ich kann das aus gewissenhafter Überzeugung um so eher tun und namentlich auch im Reichsinteresse um so mehr verantworten, als ich aus der gesamten Zeit meiner Leitung des Reichskolonialministeriums genau weiß, daß es sich hier um einen ebenso tüchtigen wie geschulten und zuverlässigen Beamtenkörper handelt. Wenn es im allgemeinen die Verpflichtung des Reichs ist, für diejenigen Beamten zu sorgen, die infolge der Auflösung des Amtes dort nicht mehr tätig sein können, dann dürfte das an erster Stelle gerade für die Beamten des Reichskolonialministeriums zur Geltung kommen. Das ist um dessentwillen in erhöhtem Maße der Fall, weil die Beamten des Reichskolonialministeriums zum weitaus größten Teile in den Kolonien selbst tätig gewesen sind und dort trotz der klimatischen Einflüsse und unter Überwindung vielfacher Schwierigkeiten mit Eifer und Erfolg für das Reich gearbeitet haben. Diese ihre treue Tätigkeit, für die ich ihnen an dieser Stelle aufrichtig danke, verdient eine entsprechende Anerkennung durch das Reich. (D)

Meine Damen und Herren! Wenn ich aus dem Aufgabenkreise des Reichskolonialministeriums nur zwei Arbeitsgebiete heute herausgreife, so geschieht es um dessentwillen, weil im übrigen der Vortrag des Herrn Berichterstatters erschöpfend war und ein getreues Spiegelbild über die ausgiebigen Verhandlungen des Hauptausschusses gab. Es wird zunächst die Aufgabe des Reichskolonialministeriums sein, die **Durchführung des Gesetzes betreffs der Liquidationsschäden** herbeizuführen. Dem Reichstage dürfte bekannt sein, daß nach dem Friedensvertrage, der ja unsere Kolonien und besonders auch die Kolonialdeutschen so überaus hart und ungerecht getroffen hat, die neuen Besitzer unserer Kolonien berechtigt sind, alles deutsche Eigentum zu liquidieren. Umgekehrt legt der Friedensvertrag Deutschland die Verpflichtung auf, die betroffenen Personen schadlos zu halten. In Ausführung des Friedensvertrages ist bereits ein Gesetz verabschiedet worden, das diese Liquidationsschäden betrifft. Die Abwicklung der aus diesem Gesetz zu befriedigenden Ansprüche liegt dem Reichskolonialministerium ob, und Sie werden es begreiflich finden, daß bei der beträchtlichen Anzahl sehr verwickelter Ansprüche damit eine zeitraubende und mühevolle Arbeit verknüpft ist. Außerdem aber ist die **Vergütung der eigentlichen Kriegsschäden an die Kolonialdeutschen** beabsichtigt. Sie wissen, in welch schwerer Weise die Kolonialdeutschen durch den verlorenen Krieg an ihrer Habe betroffen worden sind. Sie erinnern sich auch, daß der Reichstag bereits im Verlaufe des Krieges, und zwar schon vor mehreren Jahren, die Einbringung eines Gesetzes zur Entschädigung der Kolonialdeutschen in Aussicht genommen hat.

In den Kreisen der Kolonialdeutschen ist nach den Mitteilungen aus der Presse und nach sonstigen an uns

(Dr. **Bell**, Reichskolonialminister.)

(A) gelangten Nachrichten eine weitgehende Beunruhigung darüber eingetreten, ob und in welchem Umfang das Reich seiner Verpflichtung zur Schadloshaltung nachkommen werde. Ich glaube, unsere Kolonialdeutschen, die einen berechtigten Anspruch auf Schadloshaltung haben, darüber beruhigen zu können. Nach eingehenden und gründlichen Vorberatungen, die im Reichskolonialministerium stattgefunden haben, ist ein Gesetzentwurf über die Entschädigung der Kolonialdeutschen fertiggestellt worden. Dieser Gesetzentwurf wird die Nationalversammlung voraussichtlich in nächster Zeit beschäftigen. Er gehört zu denjenigen Vorlagen, die nach Auffassung der Reichsregierung als dringlich gelten und der baldigen Verabschiedung durch die Nationalversammlung harren. Gewiß werden wir bei Verabschiedung dieses Gesetzes auf die überaus traurige Finanzlage des Reichs die nötige Rücksicht nehmen müssen. Unter dem schmerzlichen Drucke dieser Notlage verkennen wir keineswegs, daß mit Einbringung und Durchführung des kolonialen Entschädigungsgesetzes manche Enttäuschung Beschädigter unausbleiblich verknüpft sein wird. Aber das glaube ich zusichern zu können, daß wir bei Festlegung des Gesetzentwurfs die Schäden der Kolonialdeutschen unter sorgsamer Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse so weit auszugleichen bestrebt waren, als dies mit der Finanzlage irgendwie verträglich ist. Wir werden dem Reichstage nach Einbringung des kolonialen Entschädigungsgesetzes nähere Auskunft über alle Einzelvorschriften geben. Ich knüpfe daran die Hoffnung, daß die Befürchtungen der Kolonialdeutschen, sie würden vom Reiche im Stich gelassen werden, durch meine Erklärung ausgeräumt werden mögen.

Meine Damen und Herren! Ich hatte bei Darlegung der Aufgaben, die dem Reichskolonialministerium in Liquidation noch bevorstehen, auf die **Ausführung des Friedensvertrags** verwiesen. Nur ungern — was Sie ohne weiteres begreifen werden — komme ich auf diesen Friedensvertrag zurück. Er ruft in uns gewiß überaus bittere und schmerzliche Erinnerungen wach. Ich habe auch bereits in Weimar bei Gelegenheit einer Aussprache über die kolonialen Ansprüche mich in der Nationalversammlung eingehend mit der Frage beschäftigt, ob und wieweit etwa die gegen uns von der Entente in bezug auf unsere Kolonialgebarung gerichteten Vorwürfe berechtigt seien. Ich kann auf die damaligen Verhandlungen verweisen und würde nicht darauf zurückkommen, wenn nicht ein besonderer Anlaß dies nötig machte. Sie werden sich erinnern, daß die gewaltsame **Wegnahme unserer Kolonien** nicht etwa vom Machtstandpunkte damit begründet worden ist, daß der Sieger das Recht habe, über das Land des Besiegten zu verfügen, sondern unter dem Deckmantel des Rechts und der Gerechtigkeit ist der unleugbare Kolonialraub mit dem Scheingrunde verschleiert worden, daß wir durch unsere gesamte koloniale Gebarung, insbesondere durch unsere Eingeborenenpolitik, den Anspruch auf kolonisatorische Tätigkeit, auf die nur den Kulturstaaten gebührende zivilisatorische Mitarbeit dauernd verwirkt hätten. Meine Damen und Herren! Gegen diesen ungeheuerlichen, aber zugleich durchaus ungerechten Vorwurf müssen wir vom Standpunkt unserer nationalen Ehre aus mit aller Entschiedenheit Protest einlegen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Vorwurf ist auch nach Abschluß des Friedensvertrags von dem **französischen Kolonialminister Simon** wiederholt worden. Er hat jüngst in der Deputiertenkammer erklärt, daß die Alliierten bei der Verjagung der Deutschen aus ihren Kolonien gegenüber der mißhandelten Bevölkerung ihre Pflicht als Beschützer erfüllten. Der Minister Simon hat in dieser Rede auch den deutschen Kolonialterror besonders hervorheben zu sollen geglaubt und dann an die Massakers unter den Hereros mit dem (C) Hinzufügen erinnert:

> Ich brauche nicht die deutschen Methoden in den Kolonien hervorzuheben. Es genügt, die Methoden anzusehen, die die Deutschen in den besetzten Gebieten angewendet haben, denn es sind dieselben.

Eigenartigerweise ist der Herr Kolonialminister Simon in dieser Rede auch darauf zu sprechen gekommen, daß die großen Landstriche von Togo und Kamerun, die Frankreich erhalte, für Dahomé und den Kongo von großem Werte seien. Ich glaube, diese wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen waren nach seiner eigenen Überzeugung durchschlagender als seine von der hohen Warte der Moral und des Rechts fadenscheinig vorgebrachte Begründung des Raubes deutschen Kolonialbesitzes.

(Sehr richtig!)

Im übrigen möchte ich an dieser Stelle nicht noch einmal hervorheben, wie schwer gegen das Wilsonsche Programm, das als Grundlage des Friedensvertrags ausdrücklich vereinbart worden war, durch die Alliierten verstoßen worden ist, und wie rücksichtslos namentlich der Punkt 5, wonach eine freie, aufrichtige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche erfolgen sollte, beiseite geschoben worden ist.

Aber, meine Damen und Herren, angesichts dieser in der französischen Deputiertenkammer erneut erhobenen Vorwürfe, daß wir die Wegnahme deutschen Kolonialbesitzes durch unsere brutale Eingeborenenpolitik verdient hätten, und daß wir dauernd auszuschalten seien aus dem Kreise der Zivilisation und Kolonialpolitik betreibenden Völker, darf ich zunächst darauf verweisen, daß in der nämlichen Sitzung der **französischen Deputiertenkammer** der Abgeordnete Ernest **Lafont** im Namen der sozialistischen Kammerfraktion folgende Erklärung verlesen hat:

> (D) Durch die Aufteilung der deutschen Kolonien, die unter dem Deckmantel eines Mandats des Völkerbundes vollzogen worden ist, beraube man Deutschland kostbarer Absatzquellen und unumgänglich nötiger Rohstoffbezugsquellen, und zwar in demselben Augenblick, in dem man alle finanziellen Hoffnungen des Friedensvertrags auf die Entfaltung seines materiellen Aufschwungs setze. Das sei ein schlechtes Geschäft und eine schlechte Handlung zugleich.

Leider haben diese sehr verständigen und der Sachlage entsprechenden Ausführungen des Abgeordneten Lafont ihre Wirkung auf die französische Deputiertenkammer verfehlt, obgleich der nämliche Grundgedanke in einer Reihe von hochbeachtlichen Kundgebungen und Presseerörterungen neutraler Länder wiedergeklungen ist.

Indessen, meine Damen und Herren, wir sind gegenüber der ununterbrochen fortgesetzten systematischen Irreführung der öffentlichen Meinung und namentlich gegenüber den mit bodenlosen Beschuldigungen verknüpften Tendenzen, die Notlage des der feindlichen Übermacht nach vierjährigem ehrenvollen Kampfe schließlich erlegenen deutschen Volks durch seine Ausstoßung aus den Kulturnationen auszunutzen, in der Lage und es zu unserer Ehrenrettung uns selbst schuldig, uns außer bedeutsamen Auslassungen des Auslands auf die klassischsten Zeugen für unsere Eingeborenenpolitik, nämlich auf die Eingeboren selbst, zu berufen.

Die Tatsache darf ich als bekannt voraussetzen, wenngleich sie geflissentlich von gewissen Kreisen des gegnerischen Auslandes verschwiegen worden ist, daß die nämlichen **Eingeborenen**, die wir nach Angabe der Entente so mißhandelt haben sollen, uns im Kriege bis zum letzten Augenblicke treu geblieben sind.

(Hört! Hört! und sehr wahr! im Zentrum.)

(Dr. **Bell**, Reichskolonialminister.)

(A) Wie wäre es mit der uns zur Last gelegten schlechten Eingeborenenpolitik, einer solch brutalen Mißhandlung der Eingeborenen in Einklang zu bringen, wenn diese nämlichen Eingeborenen, die doch im Laufe der Zeit erkennen mußten, daß sie für eine verlorene Sache kämpften, trotzdem sich opferwillig unter die deutschen Fahnen gestellt und die deutschen Schutztruppen gegenüber dem Feinde aufs nachdrücklichste unterstützt haben?

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Das gilt von allen in betracht kommenden Kolonien, es gilt von Ostafrika, es gilt auch von Südwestafrika und es gilt nicht an letzter Stelle von Kamerun. Die opfermutige und erfolgreiche Hilfe, die besonders unsere ostafrikanische Heldenschaar unter der trefflichen Führung des Generals von Lettow-Vorbeck fand, hat die gerechte Bewunderung der ganzen Welt erregt.

In den letzten Tagen sind mir von zuständiger Stelle aus **Kamerun** Mitteilungen gemacht worden, die in ihren Einzelheiten auch mir neu gewesen sind und die mir so beachtlich erscheinen, daß ich sie heute der breitesten Öffentlichkeit mitteilen möchte. Wenn die Franzosen und wenn auch andere Kreise der Entente immer noch versuchen, nicht nur im Parlament, sondern auch in ihren Presseorganen zur Beeinflussung der gesamten Öffentlichkeit und insbesondere der Neutralen Stimmung zu machen gegen uns durch Schauerberichte über unsere Behandlung der Eingeborenen, so möchte ich demgegenüber im Anschluß an meine früheren Darlegungen über unsere **Eingeborenenpolitik** in Ostafrika, in Südwestafrika und in den anderen Kolonien ganz besonders auf Vorgänge verweisen, die sich während des Krieges in Kamerun abgespielt haben. Dabei glaube ich vorweg zur Illustration der von der Entente gegen uns erhobenen Vorwürfe noch darauf hinweisen zu sollen, daß eine Reihe sehr beachtlicher Zeugnisse aus den Kreisen der Entente sich gefunden (B) hat, die in ihrer Zusammenstellung ein ganz anderes Ergebnis über unsere Eingeborenenpolitik in den deutschen Kolonien bringen, als es in der offiziellen Begründung des Kolonialraubs durch die Entente heute noch lautet.

(Hört! Hört! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Bekanntlich sind schon während des Kriegs und dann nach Abschluß des Waffenstillstands mehrere Schriftstücke teils offiziellen, teils offiziösen Charakters von der Entente ausgegeben worden, um schon beizeiten den bevorstehenden Raub unser Kolonien zu rechtfertigen. Diese Schriftstücke haben unverzüglich die Beantwortung des deutschen Reichskolonialamts gefunden. Wir haben in mehreren Denkschriften uns einerseits über die deutsche Eingeborenenpolitik, dann aber auch über französische und englische Eingeborenenbehandlung ausgelassen. Diese ausführlichen Denkschriften, die überall einwandfreie Zeugnisse unparteiischer Kenner der Verhältnisse, und zwar vornehmlich auch hervorragender französischer, amerikanischer und englischer Fachkenner von anerkanntem Rufe enthalten, sind von uns der Entente und insbesondere auch dem Herrn Präsidenten Wilson übermittelt worden. Außerdem habe ich während der Verhandlungen über den Friedensvertrag als Leiter des Reichskolonialministeriums darauf hinzuwirken gesucht, daß ein **besonderer Ausschuß** gebildet werden möge, in dem eine ausgiebige Aussprache stattfinden sollte über alle gegen uns erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen. Ich habe mich bereit erklärt, mit einem Stabe von Beamten aus dem Reichskolonialministerium und allen in Betracht kommenden Schutzgebieten persönlich zu erscheinen, um auf die Vorwürfe ausgiebig Rede und Antwort zu stehen.

(Hört! Hört!)

Man hat es aber abgelehnt, uns irgendwelche Gelegenheit zu geben, auf die gegen uns erhobenen Vorwürfe zu (C) antworten.

(Hört! Hört!)

Daraus sollte die ganze Welt, insbesondere das neutrale Ausland, die nötigen Rückschlüsse auf die innere Berechtigung und die Ernstlichkeit solcher Vorwürfe selbst herleiten.

(Sehr richtig!)

Wenn man vor der ganzen Welt gegen ein durch tausendjährige Vergangenheit als Kulturnation bewährtes Volk solch ungeheuerliche Vorwürfe erhebt, muß man ihm auch Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen.

(Erneute Zustimmung)

Jemand ungehört zu verurteilen, widerspricht allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und verstößt zugleich gegen die Grundlagen des internationalen Rechts.

Ich will aus den vielen ausländischen Stimmen, die über unsere kolonisatorische Fähigkeit laut geworden sind, nur ein einziges Zeugnis herausheben, nämlich des **Amerikaners Forbes,** der bereits im Jahre 1911 bei einem Vergleich zwischen deutscher und französischer Kolonialpolitik zu dem Ergebnis gekommen ist: von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände.

(Hört! Hört!)

Wir können hinzufügen: er hat nicht nur die reinsten Hände, sondern er hat sogar wirklich reine Hände.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Was nun die **Eingeborenen in Kamerun** anlangt, so war ihnen schon vor dem Kriege die Arbeitsweise der französischen Kolonialgesellschaft in dem benachbarten französischen Äquatorialafrika bekannt geworden. Was sie dann im Laufe des Krieges beim Zusammentreffen mit Franzosen am eigenen Leibe verspürten und durch Augen- und Ohrenzeugen erfuhren, hat ihre Sorge, die Deutschen möchten durch die Geschicke des Krieges ge- (D) zwungen sein, ihren Besitz an die Franzosen abzutreten, nur noch verstärkt. Aus dieser tiefgründigen Besorgnis der Eingeborenen Kameruns heraus erklärt es sich, daß sie an die deutsche Kolonialverwaltung das dringende Ersuchen gerichtet haben, mit ihnen gemeinsam ihr Geschick zu teilen und lieber mit ihnen unterzugehen, als in die Hände der Franzosen zu fallen.

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Heute möchte ich mit ganz besonderer Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber dem Vorwurfe des französischen Kolonialministers Simon die Tatsache verzeichnen, daß wir das $1^{1}/_{2}$ jährige feste **Durchhalten der kleinen deutschen Streitmacht,** die völlig unvorbereitet für einen Krieg mit europäischen Gegnern war, gegenüber einer mehr als zehnfachen Übermacht dadurch haben erzielen können, daß uns der Kern der Eingeborenen Kameruns treu geblieben ist und uns willig und tatkräftig im Kampf gegen die anderen Gegner unterstützte.

(Bravo!)

Dieser tätigen Mitwirkung — und das wollen wir mit Anerkennung feststellen — ist ein derartiger Erfolg, der als deutsche Ruhmestat in der Geschichte dastehen wird, zu verdanken.

(Erneutes Bravo.)

Wäre diese Hilfe unterblieben, so hätte auch eine um das vielfache größere Streitmacht sich nicht annähernd so lange im Lande halten können. Als unsere Schutztruppen dann schließlich infolge der immer stärker werdenden Übermacht und der völligen Erschöpfung der Patronenvorräte nicht mehr in der Lage waren, standzuhalten, und infolgedessen der Rückzug über die spanische Grenze unvermeidlich war, haben mehrere Hunderttausend Kameruner sich bereit gefunden, mit den Deutschen das eigene Land zu verlassen und die spanische Grenze zu über-

(Dr. **Bell**, Reichskolonialminister.)

(A) schreiten, nur um nicht gezwungen zu sein, unsern Kriegsgegnern zu dienen.

(Hört! Hört!)

Die Deutsche Schutztruppe ist, so rührend die Beweise von Treue und Anhänglichkeit, zugleich aber auch die Besorgnisse vor den Franzosen gewesen sind, nicht in der Lage gewesen, diesem Wunsche der Kameruner Eingeborenen stattzugeben. Unter dem Druck der Not hat sie schweren Herzens die Eingeborenen darauf hingewiesen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil mit ihnen hinüberziehen könne über die spanische Grenze. Trotz dieser Vorhaltungen und trotz aller Abmahnungen sind nach spanischer Zählung über 67 000 Eingeborene mit den Deutschen über die spanische Grenze hinübergegangen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Mehrere Hundert Häuptlinge waren nach Jaunde geeilt und hatten gebeten, lieber mit den deutschen Schutztruppen ins Elend gehen zu dürfen, als unter der Herrschaft der Franzosen zurückzubleiben.

Aber auch dann haben die **Kameruner** weitere Beweise ihrer Treue und Anhänglichkeit gegeben. In zahlreichen Briefen an ihre Landsleute und an ihre früheren Herren sowie an sonstige Bekannte in Spanien haben Eingeborene aus Kamerun noch in letzter Zeit zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie den traurigen Ausgang des Krieges bedauerten und wie sehr sie es herbeisehnten, daß Deutschland wieder Kamerun als Kolonie zurückerhielte. Sie haben in ihrer Herzensnot auch in **Bittschriften**, die sie an ihren neuen Schutzherrn, den **König von Spanien**, gerichtet haben, geradezu gefleht, daß alles eingesetzt werden möge, um Deutschland wieder in den Besitz seiner Kolonie Kamerun zu setzen. Eine dieser Bittschriften ging aus von den 117 überlebenden Häuptlingen aus Klein-Bokoko; es schlossen sich dann an in getrennten Bittschriften die (B) katholischen Christen, die Muhamedaner und schließlich auch die Soldaten. Ihre Sorge vor der Zukunft unter französischer Herrschaft war stärker als die Rücksicht auf die hiergegen erhobenen Bedenken. Wir wollen hoffen und zugleich den Wunsch aussprechen, daß ihnen aus ihrer Treue und Anhänglichkeit von den Franzosen als ihren neuen Schutzherren nicht allzu große Nachteile für ihre Zukunft erwachsen mögen. Es sind in dieser Beziehung in dankenswerter Weise sowohl von dem päpstlichen Nuntius in Madrid als auch von der spanischen Regierung auf Anregung der deutschen Verwaltung bei der Entente Schritte getan worden. Wir aber wollen an dieser Stelle mit dem Wunsche, daß den braven Kameruner Eingeborenen keine Nachteile aus ihrer Treue zu ihren bisherigen Schutzherren erwachsen mögen, zugleich den Dank für eine derart hingebende und opferwillige Tätigkeit verbinden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schlusse meiner Ausführungen noch wenige **Dankesworte** an alle diejenigen aussprechen, die treu für unsere Kolonien gearbeitet haben. Ich weiß nicht, ob ich noch einmal Gelegenheit haben werde, an dieser Stelle den verdienten Dank zum Ausdruck zu bringen, und darum möchte ich die heutige Etatsberatung hierzu verwerten. Das deutsche Volk in seinen breitesten Schichten würde es nicht begreiflich finden, wenn von dem Kolonialministerium und von unseren Kolonien ohne jeden Sang und Klang Abschied genommen würde.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Im Volke ist der koloniale Gedanke gerade in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch ohne Unterschied der Parteien immer mehr durchgedrungen. Wenn wir auch den wahren Wert unserer Kolonien leider erst zu dem Zeitpunkte völlig erkannten, als wir sie verloren haben, so darf ich doch die erfreuliche Tatsache feststellen, daß das Verständnis für unsere Kolonialpolitik und Kolonial- (C) wirtschaft in stetig wachsendem Umfange die breitesten Schichten der Bevölkerung, alle Schichten und Erwerbsgruppen erfüllt hat, und daß die Überzeugung von der Notwendigkeit kolonialer Betätigung für unsere nationale und wirtschaftliche Weiterentwicklung Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist. Meine Damen und Herren! So lassen Sie mich denn an erster Stelle — ich glaube, sagen zu dürfen, im Namen des ganzen Volkes — unserer bewährten und trefflichen **Schutztruppe** danken,

(lebhafte Zustimmung)

den herzlichen Dank aussprechen allen Offizieren und Mannschaften unserer Schutztruppe, die in treuer Hingebung für ihr deutsches Vaterland, für Kolonie und Heimat gestritten und gelitten haben.

(Bravo!)

Des Vaterlandes treues Angedenken bleibt vornehmlich unauslöschlich gesichert all den wackeren Helden, die fern von der Heimat auf afrikanischer Erde jetzt der kühle Rasen deckt. Meine Damen und Herren! Wenn ich meinen Dank an die Schutztruppe ausspreche, so möchte ich damit verknüpfen die **Dankesbezeugung** an alle **früheren und gegenwärtigen Mitglieder der Kolonialverwaltung** in der Zentrale und auch in den Schutzgebieten für ihre rastlose und erfolgreiche Arbeit.

(Bravo!)

Weiter gebührt der Dank des ganzen deutschen Volkes, also namentlich auch der deutschen Nationalversammlung, den **Farmern**, den **Kaufleuten**, den **Pflanzern** und den **Missionaren** für ihre treue kulturelle und zivilisatorische Pionierarbeit.

(Lebhafte Zustimmung.)

Endlich, an letzter, aber nicht an unwichtigster Stelle, danke ich allen **Eingeborenen** der Schutzgebiete für ihre Tüchtigkeit und für ihr kraftvolles Mitarbeiten im Kriege,

(bravo!)

(D) für ihr vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der deutschen Verwaltung an dem gemeinschaftlichen Ziele der Erschließung und der kulturellen Entwicklung der Schutzgebiete.

(Bravo!)

Meine Herren und Damen! Mit dieser Danksagung glaube ich die zuversichtliche Hoffnung verbinden zu sollen, daß die deutsche Kulturarbeit in Afrika, in der Südsee und in den übrigen Schutzgebieten nicht vernichtet, sondern für die spätesten Zeiten erhalten wird. Die Eingeborenen in unseren Schutzgebieten werden uns nicht vergessen, und wir werden auch ihnen eine dankbare Erinnerung bewahren.

(Bravo! im Zentrum.)

Der koloniale Gedanke aber — und das sei das letzte Vermächtnis des Kolonialministers an das deutsche Volk — muß uns wacherhalten bleiben. Wenn wir auch zurzeit unsere Kolonien verloren haben: den kolonialen Gedanken dürfen wir nicht ersterben lassen.

(Beifall im Zentrum.)

Ich spreche darum die Hoffnung aus, daß dieser koloniale Gedanke sich weiter pflanzen möge von Ort zu Ort, von Geschlecht zu Geschlecht. Zur Durchführung des kolonialen Gedankens müssen alle Stände und Schichten der Bevölkerung zielbewußt mitwirken, an erster Stelle aber die kolonialen Gesellschaften, die sich mit anerkennenswertem Bemühen und Erfolg die Kolonialarbeit angelegen sein lassen.

Wir wollen hoffen, daß die Zeit nicht fern ist, wo im friedlichen Austausch der Gedanken eine Revision des Friedensvertrags erfolgen wird. Einer der Herren Redner hat gestern dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß wir getreu und loyal den Friedensvertrag erfüllen werden, soweit das irgendwie in unseren Kräften steht. Ich unterschreibe und unterstreiche das gern. Aber zugleich darf

(Dr. **Bell**, Reichskolonialminister.)

(A) ich als Leiter des Kolonialministeriums doch daran den Wunsch und auch die Hoffnung knüpfen, daß eine friedliche Auseinandersetzung zu einer Revision des Friedensvertrags auch in bezug auf unsere Kolonien führen werde.

Denn, meine Damen und Herren — das sei der Schlußgedanke meiner Ausführungen —: soll der Völkerbund die Gewähr dauernden Bestandes in sich tragen und an Stelle des völkerzerfleischenden Weltkrieges der von allen Menschenfreunden ersehnte Weltfriede treten, dann dürfen wir mit gesundem Optimismus trotz der entsetzlichen Erfahrungen der Vergangenheit von dem hoffentlich nahen Zeitpunkte, wo beim Wiedererwachen des Weltgewissens Haß und Verblendung der Vernunft und Gerechtigkeit weichen müssen, im Wege friedlicher Verständigung eine gerechte Erfüllung unseres berechtigten Anspruches auf tätige Mitwirkung an der zivilisatorischen und kolonisatorischen Arbeit der Kulturnationen und auf Wiederherstellung deutschen Kolonialbesitzes erwarten.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Böhmert (Bremen).

Dr. **Böhmert** (Bremen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kolonialminister hat hier angekündigt, daß ein **Gesetz über die Entschädigung der Kolonialdeutschen** unmittelbar vorbereitet sei und demnächst erscheinen werde. Als Vertreter einer der Seestädte möchte ich meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß dieses so lange erwartete Gesetz jetzt endlich erscheint, und ich glaube, auch die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß es nach den Ankündigungen des Herrn Kolonialministers allen berechtigten Erwartungen der Kolonialdeutschen entsprechen wird.

Der Herr Kolonialminister hat zugleich gesagt, daß (B) das nunmehr in der Liquidation begriffene Kolonialministerium auch die Vorbereitung der **Abwicklung dieser Entschädigung** sich zur Aufgabe stellen werde. Ich meine: nicht nur die Vorbereitung dieser Abwicklungen müßte die Aufgabe des Kolonialamtes sein, sondern die ganze Abwicklung gehört meines Erachtens auch in die Hände des Kolonialministeriums. Keine sonstige Behörde verfügt über gerade in dieser Frage so versierte Beamte wie diese Behörde. Es handelt sich um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen, die den Beamten dieses Amtes und die auch den Kolonialdeutschen — von denen ich annehme, daß sie bei der Abwicklung dieser Geschäfte in umfassendem Maße herangezogen werden sollen — genau bekannt sind. Alle diese Fragen kann meines Erachtens nur das Kolonialministerium selbst in befriedigender Weise lösen. Ich hoffe, daß auch die Bestimmungen, die in Aussicht gestellt worden sind, demnächst erscheinen werden, und daß sie eine Form haben werden, die auch für die Entschädigung der übrigen Auslandsdeutschen vorbildlich sein wird. Wenn das der Fall ist, so wird sich vielleicht auch die Hoffnung des Herrn Kolonialministers verwirklichen, daß den Beamten des Kolonialministeriums auch bei der weiteren Abwicklung der sehr verwickelten Verhältnisse der übrigen Auslandsdeutschen eine weitere ersprießliche Tätigkeit zufallen wird. Wir sind überhaupt der Ansicht, daß sich dieses neue Ministerium des Übergangs allmählich zu weiteren Aufgaben auswachsen wird und schließlich auch die Aufgabe eines Handelsministeriums erfüllen kann. Auch hierbei könnten dann die Beamten des Kolonialministeriums eine zweckentsprechende Verwendung finden.

Unsere Kolonialdeutschen haben aber vor allen Dingen den dringenden Wunsch, daß die Abwicklung dieser Entschädigung auch tunlichst bald in die Hand genommen werden und bald völlig zum Abschluß kommen möge. Ihre Arbeit liegt nun seit fünf Jahren vollständig brach, sie warten (C) nur darauf, dem Vaterland ihre alte, bewährte Tatkraft zur Verfügung zu stellen. Sie haben schon einmal ein Deutschland jenseits der Meere aufgebaut, sie werden auch jetzt wieder an die Arbeit gehen, und wenn es in den eigenen Kolonien, auf eigenem Grund und Boden des deutschen Volkes nicht mehr möglich ist, auf fremdem Boden eine neue deutsche Welt aufbauen.

Meine Damen und Herren! Mit dem Herrn Berichterstatter und mit dem Herrn Kolonialminister möchte auch ich im Namen meiner Freunde — und ich darf wohl aussprechen: im Einklang mit den Empfindungen der überwältigenden Mehrheit dieses Hauses — dem Bedauern Ausdruck geben, daß wir heute wenigstens formell von unseren **Kolonien Abschied** nehmen müssen. Mit den Kolonien und ihrer Entwicklung, mit ihrem schließlichen Übergang in den Besitz unserer Gegner verknüpfen sich Erinnerungen, die dem deutschen Volke stets unvergeßlich sein werden. Wir denken an die hingebende Arbeit unserer deutschen Pioniere, die aus diesen, von der Geschichte, von der Kultur, von dem Weltverkehr fast unberührten Ländern Kulturzentren gemacht haben, die schließlich mit den ältesten Kulturländern den Vergleich aushalten konnten und eine glänzende Zukunft versprachen. Wir denken an die hingebende, zähe Arbeit unserer Kolonialbeamten, die nach anfänglichem unsicherem Tasten eine von der ganzen Welt bewunderte Erziehungsarbeit an den Eingeborenen geleistet haben,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

die diese Eingeborenen auf die Selbständigkeit hingewiesen und sie der Gesittung nahegebracht haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, wir haben hier allen Grund, der Arbeit dieser Pioniere und auch der Beamten gerade an der Gesittung unserer Kolonialeingeborenen zu gedenken. Ich schließe mich vollständig dem **Danke** an, den der Herr (D) Kolonialminister diesen **bewährten Pionieren** unserer Arbeit jenseits der Meere ausgesprochen hat.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir denken dann schließlich an die beispiellosen Heldentaten derer, die in den letzten bitteren Jahren trotz einer zehnfachen Unterlegenheit, ohne die Möglichkeit des Nachschubs und der Ergänzung des Kriegsmaterials bis zuletzt unsere Heimat drüben siegreich verteidigt haben. Solange die deutsche Sprache klingen wird, so lange wird auch das Lied **von Lettow-Vorbeck** und seiner Heldenschar bei uns erklingen!

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber wenn wir auch darauf verzichten müssen, die Kolonien von jetzt an als ein Stück unseres Vaterlandes zu betrachten, so glaube ich doch, daß zu dem Pessimismus, den der Herr Kolonialminister hier ausgesprochen hat, kein Anlaß vorliegt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wollen damit keineswegs auf unser unveräußerliches Recht verzichten, diese uns vertrauten und ans Herz gewachsenen Gebiete auch in Zukunft mit unserem Geist und mit unserer Arbeit zu befruchten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Ja, wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der zu gründende Völkerbund nach seiner eigenen inneren Grundlage niemandem anders das Mandat für die Verwaltung dieser Kolonien übertragen darf als gerade uns.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Kein anderes Land wird diese Arbeit der Verwaltung der Kolonien so gut leisten wie wir.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir hoffen, daß die gehässigen Bemerkungen der Mantelnote der Alliierten und auch die gehässigen Bemerkungen, von denen der Herr Kolonialminister soeben gesprochen

(Dr. **Böhmert** [Bremen], Abgeordneter.)

(A) hat, die in der französischen Kammer von dem französischen Kolonialminister ausgesprochen worden sind, einer vorübergehenden Stimmung entsprungen sind, und daß sie bei ruhiger Überlegung einer besseren Einsicht weichen werden.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß gerade wir Deutschen es gewesen sind, die schon vor dem Abschluß dieses Weltkrieges dem Gedanken der **Freiheit der Meere** und dem Gedanken, daß die **Verwaltung der tropischen Kolonien** unter einer Gemeinbürgschaft der ganzen Menschheit erfolgen soll, Ausdruck gegeben haben, und zwar als erste Ausdruck gegeben haben. Wir haben es in der Erkenntnis getan, daß in den letzten Jahrzehnten gerade die Eifersucht der Kulturnationen auf die kolonialen Expansionen eine der Hauptursachen der fortwährenden Beunruhigung gewesen ist. Nichts wird den Weltfrieden, den wir alle erstreben, mehr dienen, als daß der Gedanke zur Tat wird, daß die Verwaltung der noch nicht zur staatlichen Selbständigkeit reifen Gebiete der Welt nur dem gemeinsamen Besten der gesamten Menschheit und dem Besten der Bewohner dienen dürfe. Dann darf aber die Verwaltung dieser Gebiete nicht nur ein Deckmantel für das Privileg einer ausschließlichen Ausnutzung der Kolonialvölker werden. Ich glaube, wir Deutschen haben in dieser Beziehung ein durchaus gutes Gewissen. Der Herr Kolonialminister hat ja hier sehr beredt auseinandergesetzt, welche Erfolge unsere Kulturarbeit gerade in Kamerun an den Eingeborenen erzielt hat. Wir dürfen auch mit Stolz darauf hinweisen, daß in unseren deutschen Kolonien jeder Angehörige anderer Kulturnationen frei hat handeln dürfen, und daß sich alle diese Angehörigen anderer Staaten bei uns wohlgefühlt haben.

Meine Damen und Herren! In der 18. Sitzung der Nationalversammlung in Weimar hat dieses Haus mit (B) überwältigender Mehrheit der Ansicht Ausdruck gegeben, daß wir nach dem wahren Inhalt der vierzehn Punkte Wilsons und nach den darauf beruhenden Bedingungen unserer Waffenstreckung ein klares Recht darauf haben, in unsere kolonialen Rechte eingesetzt zu werden.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir halten an dieser Ansicht mit vollem Nachdruck fest.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wollen unsere Feinde, wie wir es wollen, wirklich dem allgemeinen Weltfrieden und der wahren Versöhnung der Völker dienen, so dürfen sie nicht Lebensinteressen eines anderen Volkes verletzen, und solche Lebensinteressen liegen bei uns in der **Betätigung in den Kolonien,** in dem Austausch ihrer Produkte mit unserem Mutterland. Wir glauben, gerade in diesen Tagen, wo ja schließlich die entscheidenden Beschlüsse der Alliierten erst zu erwarten sind — denn sie werden ja erst in diesen Wochen fallen können —, einen eindringlichen Appell nicht nur an ihre Gerechtigkeitsliebe, sondern auch an ihre Klugheit in dieser Beziehung richten zu sollen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Kein großes Volk kann sich auf die Dauer von der Betätigung jenseits der Meere, von dem freien Meere, auch von der Betätigung in den Kolonien abschnüren lassen. Eine innere weltgeschichtliche Notwendigkeit treibt uns zu dieser Betätigung.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir in den Seestädten werden jedenfalls jetzt unsere Arbeit aufnehmen, unbekümmert um Neid und Mißgunst unserer Gegner, im Bewußtsein der inneren Notwendigkeit dieser Arbeit, in der Hoffnung, ja in der sicheren Erwartung, daß diese Arbeit trotz der schwierigen Weltlage ihre Früchte tragen wird, und getreu dem alten Worte, das aus alten, grauen Tagen des Mittelalters her an unserem Hause Seefahrt in Bremen steht, einem Worte, das im Laufe der Jahre sehr viel Auf und Ab im Leben (C) der Völker gesehen hat, dem Worte: Navigare necesse est, vivere non est necesse!

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Laverrenz!

Laverrenz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch wir sind trotz unserer oppositionellen Stellung im Hause dem Herrn Minister von Herzen dankbar für die warmen Worte, die er für die koloniale Tätigkeit gefunden hat, die Deutschland in den letzten 30 Jahren erfolgreich ausüben konnte. Wir dürfen in der Beziehung jeden Vergleich mit der Arbeit der übrigen kolonisierenden Mächte der Welt getrost aushalten. Es ist auch uns Herzenssache, aller derjenigen Kreisen und Männern zu gedenken, die für den kolonialen Gedanken in seiner praktischen Betätigung erfolgreich gewirkt haben. Von dem Herrn Vorredner hat es uns insbesondere erfreut, daß in diesem Zusammenhange der Name **Lettow-Vorbeck** gefallen ist,

(bravo! rechts)

den die Engländer selbst den Hindenburg Afrikas genannt haben.

Was die sachlichen Ausführungen des Herrn Ministers anbelangt, so haben wir gehört, daß die **Liquidationsgeschäfte** des Kolonialministeriums vermutlich längere Zeit, wie ich mir habe sagen lassen, 1 bis $1^1/_2$ Jahre dauern werden. Allein bei dieser Abwicklung der Geschäfte wird es möglich sein, den bewährten Stab der Kolonialbeamten noch längere Zeit voll zu beschäftigen.

Aber es erhebt sich trotz dieser Sachlage die ernste Frage: in welcher Weise wird für die Zukunft der Kolonialbeamten nach Ablauf dieser Frist gesorgt werden? Ich habe gehört, daß bei der Zentralausgleichsstelle für Beamte, die man im Reichsministerium des Innern geschaffen hat, und der auch ein besonderer Vertreter des (D) Kolonialamts beigegeben ist, bisher recht wenige Erfolge in der **Unterbringung von Kolonialbeamten** erzielt worden sind. Wir teilen die Auffassung, die der Herr Redner der demokratischen Fraktion dahingehend geäußert hat, daß es nicht zweckmäßig sein würde, wenn die Frage der Entschädigung der Kolonialdeutschen dem neuen **Ministerium für den Wiederaufbau** übertragen würde. Diese Aufgabe kann nur erschöpfend und fruchtbringend gelöst werden, wenn sie von genauen Kennern der Kolonialverhältnisse und der in Betracht kommenden Örtlichkeiten bearbeitet wird. Deshalb wäre vielleicht zu erwägen, daß, wenn schon an dem Gedanken festgehalten wird, diese Arbeiten dem Ministerium für den Wiederaufbau zuzuweisen, man dann wenigstens einen erheblichen Teil der Beamtenschaft des Kolonialministeriums für diese Zwecke in das neue Ministerium für den Wiederaufbau geschlossen überführen möchte.

Es ist ferner davon gesprochen worden, daß auch das **Reichsabwanderungsamt** einen Teil der Kolonialbeamtenschaft übernehmen könnte. Wir sind der Auffassung, daß das Reich leider Gottes mit einer erheblichen Auswanderung wird rechnen müssen. Um den Strom der Auswanderer sachgemäß zu erfassen und in Länder zu lenken, wo sie in geschlossenen Siedlungen dem Deutschtum möglichst erhalten bleiben, wäre es wünschenswert, daß gerade diese Aufgaben ebenfalls von Kennern des Auslandes, von Sachverständigen der kolonialen Bedingungen bearbeitet werden. Es wäre deshalb meines Erachtens ratsamer, wenn dieses Reichswanderungsamt in Zukunft nicht dem Reichsamt des Innern angegliedert bliebe, sondern in irgend einer Form dem Auswärtigen Amt angeschlossen würde, wobei mit Vorteil auf die Kräfte zurückgegriffen werden könnte, die im Kolonialministerium frei werden.

(**Laverrenz,** Abgeordneter.)

(A) Schließlich aber drängt sich die Frage auf: was wird aus denjenigen Beamten, die trotz aller persönlicher Bemühungen und trotz der Unterstützungen des Reichs kein geeignetes Unterkommen finden können? Der Herr Minister deutete bereits an, daß Vorarbeiten für ein **Gesetz zur Abfindung dieser Beamten** im Gange seien. Der Grundgedanke dieses Gesetzes würde sich etwa auf dem Boden zu bewegen haben, auf den sich das preußische Gesetz über die Abfindung überschüssiger Beamten aus den abgetretenen Gebieten gestellt hat. Ich möchte hier die bestimmte Frage an den Herren Minister richten: wird in absehbarer Zeit ein solches Gesetz zur Abfindung der nicht unterzubringenden Kolonialbeamten der Nationalversammlung zugehen?

Und endlich — damit möchte ich schließen —: die **Pflege des kolonialen Gedankens**, die der Herr Minister bereits berührt hat, muß unbedingt in irgendeiner Weise von einer amtlichen Stelle des Deutschen Reichs in Zukunft wahrgenommen werden. Wir dürfen den Gedanken an unsere koloniale Vergangenheit im deutschen Volke nicht einschlafen lassen. Und wenn der Herr Minister sagte, daß er für eine unabsehbare Zeit der letzte deutsche Kolonialminister gewesen sei, so möchten wir in der Beziehung eine optimistischere Auffassung an den Tag legen. Wenn wir auch nicht die Hoffnung teilen, daß eine baldige Revision des Friedensvertrags uns ein Mandat für unsere Kolonien wiedergibt, so wollen wir doch den Gedanken wenigstens nicht fallen lassen, daß früher oder später das Banner des Deutschen Reichs über den Gegenden wieder flattern möchte, wo wir so viele nutzbringende Arbeit, nicht nur zu unserem eigenen Wohle, sondern auch zum Wohle der uns anbefohlenen Eingeborenenbevölkerung geleistet haben.

(Bravo! rechts.)

(B) **Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Reichskolonialminister.

Dr. **Bell,** Reichskolonialminister: Meine Damen und Herren! Beiden Herren Vorrednern bin ich für ihre Ausführungen dankbar, und ich danke ihnen ganz besonders auch einmal für das große Interesse, das sie den Beamten des Kolonialministeriums gewidmet haben, und dann für ihre optimistischen Hoffnungen auf Deutschlands koloniale Zukunft.

Was die **Kolonialbeamten** anlangt, so möchte ich zur Beseitigung aufgetretener Beunruhigungen noch einmal mit allem Nachdruck betonen, daß das Reichskolonialministerium alles daran setzen wird, um die Beamten in anderen geeigneten Reichsstellen unterzubringen. Es ist von mir zu diesem Zweck ein Zirkular an alle beteiligten Reichsbehörden gerichtet worden, des Inhalts, daß es die Ehrenpflicht des Reichs sei, gerade die Reichskolonialbeamten in erster Linie bei Neubesetzung von Stellen zu berücksichtigen. Weiter wird an die einzelnen Beamten das Ersuchen gerichtet, ihre Wünsche bezüglich anderweitiger Anstellung im Reichsdienst anzugeben und insbesondere zu vermerken, bei welcher Stelle sie nach ihren Fähigkeiten und ihren praktischen Erfahrungen untergebracht zu werden wünschen. Ich hoffe, daß es auf diese Weise möglich sein wird, einen beträchtlichen Teil der bewährten Beamtenschaft des Reichskolonialministeriums anderweitig unterzubringen. Das gilt namentlich auch von den neu zu errichtenden Stellen, insbesondere dem Abwanderungsamt und dem neuen Ministerium für den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Bereits im Hauptausschuß habe ich darauf hingewiesen, daß sofort nach Errichtung des Ministeriums für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und nach der Amtsernennung des neuen Ministers ich mich mit ihm zu diesem Zwecke in Verbindung setzen werde. In welcher Weise dann die Ausführung des Gesetzes über die (C) Kolonialdeutschen erfolgen soll, darüber werde ich mich mit ihm zu verständigen suchen.

Wenn der Herr Vorredner weiter die Frage gestellt hat, ob auch beabsichtigt sei, ein **Gesetz für die Schadloshaltung derjenigen Beamten** einzubringen, die trotz dieser Bemühungen nicht anderweitig bei Reichsstellen oder in sonstiger Weise untergebracht werden könnten, so kann ich ihm erklären, daß ein derartiges Gesetz in Vorbereitung ist. Eine Übereinstimmung über den Inhalt ist in manchen schwierigen Punkten bisher noch nicht vollständig erzielt worden; aber es wird die Aufgabe des Reichskolonialministeriums sein, so schleunig als möglich auch dieses Gesetz einzubringen.

Schließlich haben die beiden Herren Vorredner übereinstimmend eine Auffassung über die koloniale Zukunft Deutschlands zum Ausdruck gebracht, über die ich mich von Herzen gefreut habe. Ich hoffe, daß alle Stände und alle Schichten der deutschen Bevölkerung dazu beitragen mögen, um so schleunig wie möglich diesen Optimismus zu verwirklichen.

(Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit dem **Begraben dieses letzten deutschen Kolonialetats** ziehen wir wieder einmal die Fahne nieder vor dem großen Druck unserer Vergewaltiger. Wir von der Deutschen Volkspartei empfinden dabei denselben tiefen Schmerz, dem der Herr Kolonialminister vorhin in so beredten Worten Ausdruck gegeben hat. Wir protestieren hier noch einmal vor aller Welt im Namen des Weltgewissens und der Gerechtigkeit gegen dieses Abrücken von dem in der Kultur bisher in der Welt voranstehenden Deutschland.

(D) (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir glauben auch niemals, daß man uns Deutsche wird dauernd von dem Kulturfortschritt in aller Welt abhalten können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber wenn auch unsere Proteste hier verhallen —, nicht verwehen werden die Spuren, die **deutscher Geist und deutsche Tatkraft** in unseren Kolonien hinterlassen hat. Verwehen werden auch nicht die Gedanken an den **Heldenkampf,** der dort draußen von den Unseren Schulter an Schulter mit den Eingeboren vier Jahre lang geführt worden ist. Wir von der Deutschen Volkspartei legen heute im Geiste Kränze nieder an den Gräbern unserer dort gefallenen Helden, auch an den Gräbern der Unmündigen und der unglücklichen Frauen, die dort hingeschlachtet und gestorben sind. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese unsere Vergewaltigung nicht eine ewige sein kann. Wir glauben vielmehr, daß wir selbst noch unsere Fahnen werden frei hinauswehen sehen über das Meer und frei hinein auch wieder in die neuen Kolonien, die uns dann doppelt wert sei werden.

(Bravo! Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Henke.

Henke, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Die Ausführungen meiner Vorredner, insbesondere die des Herrn Ministers, veranlassen mich doch, im Namen meiner Fraktion auch einige Worte zu der Sache zu sagen. Es ist selbstverständlich ein Schwindel, eine Heuchelei gewohnter und bekannter Art, wenn das **Ententekapital** dem deutschen Kapital das Recht abspricht, kolonisieren zu können und zu dürfen. Wir, die wir von jeher Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik gewesen sind, haben ein volles Recht, das gerade in diesem Moment auszusprechen.

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Wir sind sowohl Feinde der Kolonialpolitik des eigenen Landes gewesen, wie wir es selbstverständlich auch sind, soweit das Ausland in Betracht kommt. Wir wissen sehr wohl, daß die Ententeländer den Krieg gerade zu dem Zweck geführt und seinen Ausgang so herbeizuführen gesucht haben, wie er nun gekommen ist, um ihre kolonialen Pläne verwirklichen zu können. Wenn darüber noch irgendein Zweifel besteht, der braucht bloß darauf verwiesen zu werden, wie England gegenwärtig mit einem Lande wie Persien umspringt. Ein Raub wird dort vorgenommen, gegen den kürzlich meine italienischen Parteigenossen mit allem Recht protestiert haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist nichts anderes als Herrschsucht und kapitalistische Profitsucht, die das Ententekapital einen solchen Raub vornehmen läßt, die es überhaupt die Kolonialpolitik betreiben läßt, und wo es sich um solche Bestrebungen des Kapitals handelt, da hat es, wie ich schon gestern mir zu sagen erlaubte, niemals an schönen Redensarten gefehlt, mit denen man diese Absicht drapiert hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber wir können, wenn das dem Ausland gegenüber konstatiert werden muß — und ich freue mich, daß ich das in Ergänzung meiner gestrigen Ausführungen heute hier tun kann —, doch auch bei uns nicht zugeben, daß man derartige spezielle kapitalistische Interessen nun mit irgendwelchen schönen Redensarten umkleidet. Wenn der Herr Minister hier im Namen der **nationalen Ehre** einen Protest eingelegt hat gegen die Absprechung des Rechts, von dem ich vorhin sprach, dann muß ich im Namen meiner Freunde sagen, daß wir mit dem Herrn Minister wahrhaftig nicht einerlei Meinung sein können in bezug auf die Wertung dieses sehr unbestimmten Begriffs „nationale Ehre“. Im Namen der nationalen Ehre sind Kriege geführt und angezettelt worden, sind viele Schand-

(B) taten verübt worden,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

unter denen insbesondere die Arbeiterklassen der jeweiligen Länder zu leiden gehabt haben. Mit dem Begriff der nationalen Ehre ist der schlimmste Unfug verübt und im Namen der nationalen Ehre sind die größten Verbrechen verübt worden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man soll uns also in einer solchen Stunde nicht mit solchen Redensarten kommen; wir lehnen sie ab.

Was die **Schadloshaltung der Kolonialdeutschen** betrifft, so behalten sich meine Freunde ihre Stellung zu dem angekündigten Gesetzentwurf vor, bis er vorliegt. Es wird darüber noch mancherlei zu sagen sein. Es kommt ganz besonders auch auf die Grundsätze an, nach denen eine solche Entschädigung stattfinden soll, und nach den Erfahrungen, die man in bezug auf solche Schadloshaltungen gemacht hat — ich erinnere an die Schadloshaltung der Reeder —,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

müssen wir annehmen, daß die Regierung nach Grundsätzen verfahren wird, mit denen wir uns nicht werden einverstanden erklären können.

Der Herr Minister hat sich dann zu sagen getraut, daß der **koloniale Gedanke** ohne Unterschied der Parteien während des Krieges insbesondere nicht nur Wurzel gefaßt, sondern auch Ausdehnung erfahren habe.

(Sehr richtig! rechts.)

Im Namen meiner politischen Freunde muß ich dagegen Verwahrung einlegen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Parteifreunde sind Gegner des kolonialen Gedankens gewesen und sind es noch. Wenn etwas imstande war, den kolonialen Gedanken in den weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung aller Länder, nicht nur (C) Deutschlands, Abbruch zu tun, war es der Krieg.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn größtenteils ist doch die Kolonialpolitik die eigentliche Ursache dieses Weltkrieges gewesen. Der Weltkrieg war ein Glied in einer langen Kette von Kriegen, die wir fast alle, die wir im Hause sind, haben erleben können und müssen. Er war im wesentlichen ein Handels- und Kolonialkrieg, er war also insofern eine Fortsetzung besonders der Kolonialpolitik. Wenn das Wort von Clausewitz richtig ist, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dann ist er es besonders in diesem Falle gewesen: die Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Mitteln, das heißt mit noch gewaltsameren Mitteln, als sie die Kolonialpolitik bisher angewandt hatte. Das scheint paradox zu klingen, weil wahrlich die Kolonialpolitik mit Mitteln geführt worden ist, die kaum noch überboten zu werden schienen hinsichtlich der Grausamkeit, der Gewalttätigkeit usw.

(Zuruf rechts.)

Meine Freunde und ich sind also der Meinung, daß der koloniale Gedanke in der Tat nicht nur ein kulturell sehr unfruchtbarer Gedanke, sondern für die großen Massen des Volkes ein schädlicher Gedanke gewesen ist. Die Frucht, die er getragen hat, ist für die Völker sehr verhängnisvoll gewesen, soweit sie unterlegen sind in dem großen Ringen. Diese Kolonialpolitik und damit der koloniale Gedanke wird auch verhängnisvoll werden für die siegreichen Völker. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterklassen Englands, Amerikas, Frankreichs, Belgiens, Italiens usw. sehr bald einsehen werden, wie übel sie daran sind mit ihren Regierungen, hinter denen sie heute noch zum Teil stehen, besonders dann, wenn sie ihre Kolonialpolitik unterstützen. Vor einer Reihe von Jahren hat der frühere Parteigenosse Professor Michels einmal dargetan, daß die italienischen Arbeiter imperialistisch seien, und daß sie deswegen hinter der italienischen Regierung während des tripolitanischen Krieges gestanden hätten. Das war gewiß zum großen Teil richtig. Ich bin aber überzeugt, der Weltkrieg hat die italienischen Arbeiter zum guten Teil von diesem Irrtum befreit, und insofern geht der koloniale Gedanke nicht vorwärts, sondern zurück, und wir werden zu unserem Teil alles tun, damit dieser Rückgang seinen beschleunigten Fortgang nimmt. (D)

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

— Sie (nach rechts) werden nicht überrascht sein über das, was ich sage, nachdem wir uns so oft in Friedenszeiten gegen die kapitalistische Kolonialpolitik, speziell gegen die deutsche, ausgesprochen haben. Es ist aber um so mehr notwendig, daß wir das auch in dieser Stunde noch einmal aussprechen, zumal die Mächte auf der Gegenseite, die da gesiegt haben, gesiegt haben im Geiste einer Ideologie, die wir in Deutschland den Arbeitern vor dem Kriege vergeblich als eine ihnen feindliche Ideologie gekennzeichnet und gebrandmarkt haben. Es ist die Ideologie des Imperialismus, die in diesem Kriege auf der Gegenseite gesiegt hat, während wir unterlegen sind. Unsere ganze Politik, insbesondere auch die auswärtige Politik, wird dahin gerichtet sein, dem Imperialismus in allen Ländern ein Ende zu bereiten.

Wir wissen allerdings, daß das nicht möglich ist, ohne der imperalistischen Politik die Wurzel abzuschneiden und dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten. Es heißt also letzten Endes, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Sturz zu bereiten, weil damit auch dem Imperalismus und der bürgerlichen Weltanschauung, die zu einem solchen Kriege geführt und den kolonialen Gedanken geboren und erhalten hat, der Sturz bereitet wird.

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Kolonialminister hat gemeint, er hoffe, wenn ich recht verstanden habe, nicht für alle Zeit der **letzte Kolonialminister** in Deutschland gewesen zu sein. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß er in der Tat der letzte Kolonialminister ist,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wir werden alles tun, dafür zu sorgen, daß er der letzte war. Ich hoffe, daß er derjenige ist, der den Anfang mit dem Verschwinden aller Kolonialminister macht. Ich bin der Überzeugung, daß dem kolonialen Gedanken in allen kapitalistischen Ländern Abbruch getan wird, und wünsche, daß sehr bald die Zeit kommen möge — das wünschen meine Freunde und ich —, wo für die Kolonialminister nichts mehr zu tun sein wird.

Es hat früher einmal von dieser Stelle aus — oder war es im Hauptausschuß; das kann ich im Moment nicht sagen — mein Parteigenosse August **Bebel** den Gedanken ausgesprochen, daß auch eine **sozialistische Kolonialpolitik** möglich sei. Damit war eine Kolonialpolitik im Sinne friedlicher Beziehungen zu den eingeborenen Völkern gemeint, nicht eine kapitalistische Kolonialpolitik, und wer Bebel das jeweilig unterstellt, wie es während des Krieges von den Rechtssozialisten leider bis zum Überdruß und zur Schande des Sozialismus der Fall gewesen ist — ich erinnere nur an die Veröffentlichungen von Dr. Lentsch —, der hat Bebel etwas unterstellt, was er niemals geglaubt hat und nicht hat aussprechen wollen. Es ist in der Tat auch von uns aus gedacht, daß die heute noch in der Kultur rückständigen Völker auf ein höheres Kulturniveau zu heben sind und einmal gehoben werden sollen. Aber wir sind der Überzeugung, daß das nur mittels des Sozialismus möglich sein wird, und deswegen werden wir nunmehr dafür sein, daß auch in den Kolonien der sozialistische Gedanke seine Verwirklichung findet.

(B) Was die **kapitalistische Kolonialpolitik** den **Eingeborenen** hat zuteil werden lassen, war alles andere eher als Zivilisationsarbeit. Und wenn der Herr Minister darüber empört war, daß uns das Ententekapital das Recht bestreiten will, im Namen der Zivilisation dort tätig zu sein, dann hätte er unter Beifügung eines kleinen Wörtchens sagen sollen: Im Namen der kapitalistischen Zivilisation, die es überall gibt, auch bei uns in Deutschland, und die überall, auch dort, wo man mit den sogenannten Kulturvölkern zu tun hat, in der Unterdrückung und Ausbeutung der betreffenden Völker besteht. Die Arbeiterklasse, die selbst unterdrückt und ausgebeutet wird, würde ja den Ast absägen, auf dem sie sitzt, wenn sie nicht dafür einträte, daß der Ausbeutung und Unterdrückung auch der Naturvölker ein für allemal ein Ende bereitet wird.

Im Anschluß daran möchte ich noch ein Wort dazu sagen, daß der Herr **Kolonialminister** einen **Dank** an die Farmer, Pflanzer, Kolonialtruppen usw. aussprechen zu müssen geglaubt hat. Es hätte nur noch gefehlt, daß er auch einen Dank an die Leist, Wehlau, Arenberg usw., diese deutschen Kulturträger, gerichtet hätte. Diese Pflanzer, Farmer und andere Kolonialkapitalisten, insbesondere auch die in Deutschland hier, soweit sie in den Banken usw. ihren Sitz haben, haben stets nur ihren Kapitalprofit im Auge gehabt, aber nicht die Zivilisation. Wer uns dennoch glauben machen will, sie hätten an den Aufschwung der Zivilisation gedacht, hätten die Zinsgarantie des Reiches dafür beansprucht, und forderten heute die Schadloshaltung der Kolonialdeutschen, der hält uns für zu dumm. Wir glauben das nicht und sind überzeugt, daß das nicht wahr ist. So können wir uns dem Dank an alle Farmer und Pflanzer, den der Kolonialminister hat aussprechen wollen, nicht anschließen, sondern wir müßten unter den Farmern und Pflanzern eine Umschau halten, und ich glaube, es würde kaum (C) einer übrig bleiben, auf dem das Wort zuträfe, das vorhin der Herr Kolonialminister so schön auf sie angewendet hat, daß sie lediglich nur der kulturellen Interessen und nicht der Profitinteressen wegen dorthin gegangen sind. Gerade viele von diesen Farmern und Pflanzern und viele von den Leuten, die in der Kolonialtruppe tätig waren — das ist insbesondere auch zu sagen von dem General v. Trotha — haben den deutschen Namen mit Schande bedeckt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Mehrheitsparteien.)

Hat Herr v. Trotha doch Tausende und aber Tausende Eingeborene in der Wüste verhungern und verdursten lassen, haben er und seinesgleichen doch im Bunde mit Wilhelm II. — ich erinnere an seine Rede, die er in Bremerhaven gehalten hat — dafür gesorgt, daß das Ausland von den Deutschen als von Hunnen und Barbaren gesprochen hat. Und so können wir uns, sage ich nochmals, durchaus nicht der Auffassung des Herrn Kolonialministers anschließen, sondern wir werden alles tun, um den Kolonialgedanken vollkommen bis auf die Wurzel auszurotten.

(Lachen und Zurufe.)

— Sie würden nicht lachen, wenn Sie nicht überzeugt wären, daß wir diese Tat auch ausüben können und wollen,

(erneutes Lachen)

und daß es möglich ist, sie auch erfolgreich auszuüben. Wir sind der Ausführung dieses Gedankens durch die Revolution doch schon einen erheblichen Schritt nähergekommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen bin ich der Meinung, daß man sich über die Vergewaltigung des Ententekapitals gerade in diesem Augenblick nicht beklagen darf. Wenn man sich darüber beklagt, muß man sich auch vorher darüber vergewissert (D) haben, daß im Innern des Landes eine Vergewaltigung vieler Millionen von Menschen stattfindet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So ist heute die Redaktion der „Freiheit“ mit Reichswehrtruppen besetzt worden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und sie ist verhindert worden, zu arbeiten. Das ist eine ungeheure Vergewaltigung, die in ihrem Wesen genau so brutal ist wie die durch das Ententekapital.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das hat mit dem Kolonialetat nichts zu tun.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich rufe Sie zur Sache.

Henke, Abgeordneter: Ich will damit nur ausgesprochen haben, daß auch auf anderer Seite nicht die ganze Wahrheit gesprochen wird, wenn man nur jenen Vergewaltigung vorwirft und dabei unterläßt, zu sagen, daß sie auch bei uns zu finden ist. Ich bin fest überzeugt und gebe auch dieser Überzeugung im Namen meiner Fraktion Ausdruck, daß auch dieser Vergewaltigung ein Ende bereitet werden wird, allerdings erst dann, wenn unsere Ideen gesiegt haben werden.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zischen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichskolonialminister.

Dr. **Bell,** Reichskolonialminister: Meine Damen und Herren! Sie werden gewiß von mir nicht erwarten,

(Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein! Nein!)

(Dr. **Bell**, Reichskolonialminister.)

(A) daß ich dem Herrn Vorredner auf alle seine Ausführungen, die eine würdige Fortsetzung seiner gestrigen Rede bedeuten, antworte.

(Sehr richtig!)

Der Herr Vorredner hat offenbar ein deutsches Parlament mit irgendeinem parlamentarischen Versammlungsort im Auslande für seine Ergüsse verwechselt.

(Sehr gut!)

Nur auf einen Punkt will ich ihm antworten. Ich hatte vorhin geglaubt, sagen zu dürfen, daß alle Parteien dieses hohen Hauses einig seien in der Verurteilung der Gründe, die zum Raube unserer Kolonien geführt hätten, und daß deswegen das Haus vom Standpunkte der nationalen Ehre aus Protest einlegen müsse gegen diese Begründung unserer Vergewaltigung. Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners, der erklärt hat, daß **nationalen Ehre** eine Redensart sei, und daß er sich und seine Parteifreunde von diesem Protest ausnehme, muß ich meine Erklärung dahin einschränken, daß alle Parteien in diesem hohen Hause, die noch Verständnis für nationale Ehre haben, in diesem Punkte einig sind.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Kap. 69 Tit. 1 ist nicht angefochten. — Ich stelle seine Annahme fest.

Ich nehme jeweils an, wenn ich die einzelnen Titel aufrufe, daß sie genehmigt sind, falls kein Widerspruch aus dem Hause erfolgt.

Ich rufe auf — natürlich unter Berücksichtigung der Ergänzung —: Tit. 2, — Tit. 3, — Tit. 4, — Tit. 5, — Tit. 6, — Tit. 7, — Tit. 8, — Tit. 9, — Tit. 10, — Tit. 11, — Tit. 12, — Tit. 13, — Tit. 14, — Tit. 15, — Tit. 16, — Tit. 17, — Tit. 18. —

Kap. 69a, Militärverwaltung (Kommando der Schutz- (B) truppen), künftig wegfallend. —

Kap. 69b, Gemeinsame Bewilligungen, Tit. 1, — Tit. 2, — Tit. 3, — Tit. 4. —

Kap. 69c, Zahlung an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. —

Einmalige Ausgaben, Zivilverwaltung, Kap. 9 Tit. 1, — Tit. 2, — Tit. 3, — Tit. 4, — Tit. 5, — Tit. 6, — Tit. 7, — Tit. 8, — Tit. 9, — Tit. 10 gestrichen — Tit. 11. — Tit. 12. —

Ich rufe weiter auf Militärverwaltung, Tit. 13, — Tit. 14, — Tit. 15. —

Außerordentlicher Haushalt, Kap. 21 Tit. 1, — Tit. 2, — Tit. 3, — Tit. 4, — Tit. 5, — Tit. 6. —

Es folgen die Einnahmen auf Seite 1, Kap. 12a Tit. 1. — Die übrigen Positionen sind gestrichen.

Es folgen die Petitionen. Der Ausschuß beantragt: die Petition der Hilfsdrucker Adolf Gütler in Berlin und Otto Dobrich in Neukölln um etatsmäßige Anstellung (Tgb. II. Nr. 10416) der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Wenn ein Widerspruch nicht erfolgt, unterstelle ich, daß das Haus mit dem Antrage seines Ausschusses einverstanden ist. — Ich stelle das fest.

Der weitere Ausschußantrag, eine Petition für erledigt zu erklären, kommt in der dritten Beratung zur Abstimmung.

Ich stelle die Annahme des Haushalts des Reichskolonialministeriums in zweiter Lesung durch das Haus fest.

Ich rufe auf

b) **Haushalt der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung,** Anlage XIV 4. Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1119 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Delius, für die Petitionen Abgeordneter Steinkopf.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben (C) Kap. 85, Tit. 1 auf Seite 4.

Ich erteile zunächst das Wort dem Berichterstatter, dem Herrn Abgeordneten Delius.

Delius, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat den Haushalt der Post- und Telegraphenverwaltung nebst dem dazu gehörigen Ergänzungshaushalt in vier Sitzungen behandelt. Zu den Einnahmetiteln ist zunächst zu sagen, daß die Erhöhung unter Titel 1 gegenüber dem vorjährigen Anschlag 449 Millionen Mark ausmacht. Diese erhebliche Mehreinnahme ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Postgebühren. Bekanntlich ist vor kurzem das Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren von der Nationalversammlung verabschiedet worden. Daneben ist auf Grund einer besonderen Verordnung der Reichspostverwaltung eine Reihe weiterer Gebühren erhöht worden, und zum Teil sind neue Gebühren eingeführt worden. Daraus ergibt sich die ziemlich bedeutende Erhöhung.

Bei Titel 3 und Titel 4 der Einnahmen verringern sich die Gebührensätze um 24 Millionen und 8 Millionen Mark. Das ist darauf zurückzuführen, daß durch die Erhöhung der Gebühren, die wir durch Postgesetz beschlossen haben, eine Erhöhung der Bestellgeldgebühren eingetreten ist.

Bei Titel 9 ist eine Mehreinnahme von 1 Million Mark zu verzeichnen, die dadurch entsteht, daß ebenfalls eine Erhöhung der Zeitungsgebühren eingetreten ist.

Bei Titel 10 erhöhen sich die Gebühren gegenüber dem Anschlag von 1918 um 17 825 000 Mark. Die Steigerung ist auf die Mehreinnahme aus dem Postscheckverkehr zurückzuführen. Wir haben ja ebenfalls durch eine Novelle beschlossen, daß eine Erhöhung der Gebühren von 5 auf 10 Pfennig einzutreten hat. Dadurch ist in der Hauptsache die Mehreinnahme zu ver- (D) zeichnen, zum Teil aber auch dadurch, weil sich die Zahl der Postscheckkontoinhaber ganz bedeutend vermehrt hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß am 1. September d. J. 335 000 Postscheckkonten unterhalten worden sind, daß ein Umsatz von 1574 Milliarden Mark zu verzeichnen war.

Bei dem Einnahmekapitel mußten ganz naturgemäß die **Mängel** zur Sprache gebracht werden, die sich im **Post- und Telegraphenbetrieb,** namentlich in den letzten Jahren des Krieges, besonders aber in den letzten Monaten in verstärktem Maße bemerkbar gemacht haben. Wohl von allen Parteien wurde darauf hingewiesen, daß der Postverkehr sehr viel zu wünschen übrig lasse, daß namentlich die **Briefbeförderung** eine sehr langsame geworden sei, die zu unerträglichen Zuständen geführt habe.

Ganz besondere Beschwerden wurden aber erhoben hinsichtlich der Beförderung der **Telegramme** und namentlich auch über die mangelhafte Abwicklung des **Fernsprechverkehrs.** Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat darauf hingewiesen, daß sie zugeben müsse, daß erhebliche Mißstände im Post- und Telegraphenbetrieb vorhanden seien, suchte aber diese Mißstände zum Teil dadurch zu entschuldigen, daß sie auf das überaus schlechte Material hinwies, daß sie das riesige Anwachsen des Verkehrs als Milderungsgrund anführte. Beispielsweise wurde gesagt, daß doch niemals der Telegrammverkehr einen derartigen Umfang angenommen habe wie namentlich jetzt in den letzten Monaten. Es wurde mitgeteilt, daß an einem der letzten Tage auf dem Haupttelegraphenamt 161 000 Telegramme verarbeitet worden seien, eine Ziffer, die beinahe das Doppelte des Verkehrs erreicht, den wir vor dem Krieg gehabt haben; denn damals seien an einem Tage nie mehr als 90 000 Telegramme beim Haupttelegraphenamt verarbeitet worden.

(Delius, Berichterstatter.)

(A) Ebenso sei eine riesige **Zunahme der Teilnehmer am Fernsprechverkehr** festzustellen. Es seien am 1. September 1 362 742 Fernsprechanschlüsse vorhanden gewesen. Im Jahre 1918 sei die Zahl der Teilnehmer um rund 85 000 gewachsen; im Jahre 1919 könne man auf 140 000 rechnen, und man veranschlage, daß im Jahre 1920 die Teilnehmerzahl um weitere 200 000 wachsen werden. Daraus sei es also erklärlich, wenn sich die Betriebsverhältnisse bedeutend verschlechtert hätten. Es wurde aber auch angeführt, daß leider auch bei einem Teil des Personals eine gewisse Unlust eingerissen sei, ein Zustand, der nach Abstellung schreie.

Interessant war die Mitteilung der Reichspostverwaltung, daß durch die **Gebührenerhöhung,** die am 1. Oktober eingetreten ist, bis jetzt ein **Nachlassen des Verkehrs** noch nicht bemerkbar ist. So wurde aus Hamburg mitgeteilt, daß von 45 000 Fernsprechanschlüssen zum 1. Oktober nur 300 gekündigt worden seien, — gewiß eine sehr niedrige Zahl.

Die Reichspostverwaltung hat nun verschiedene Mittel vorgeschlagen, die zu einer **Verbesserung des Verkehrs** führen sollen. Einmal ist geplant, eine Reihe neuer Fernsprechkabel herzustellen. Eine große Anzahl von Fernsprech- und Telegraphenleitungen soll demnächst gebaut und in Betrieb genommen werden. Außerdem beabsichtigt man, die Leitungen besser als bisher auszunutzen. Man hat Versuche angestellt, ob es nicht möglich ist, eine Fernsprechleitung fünffach zu benutzen. Die Versuche versprechen Erfolg. Jetzt ist man so weit gelangt, die Leitung bereits zweifach benutzen zu können. Das wird natürlich mit dazu beitragen, daß sich die Verkehrsverhältnisse heben.

Aber auf der anderen Seite wird auch die Reichspostverwaltung bestrebt sein, das **Beamtenpersonal zu vermehren.** Die Postverwaltung hat auch zugestanden, daß (B) es notwendig ist, das Pflichtbewußtsein eines Teiles des Personals wieder zu heben, und sie sieht als ein wesentliches Mittel hierfür namentlich im Fernsprechbetriebe an, eine größere Aufsicht durchzuführen. Deshalb beabsichtigt die Postverwaltung, in nächster Zeit, aus den Damen der Fernsprechämter besonders geeignete herauszunehmen und sie mit der Beaufsichtigung des Betriebes zu betrauen.

Es war selbstverständlich, daß bei den Einnahmen auch darüber gesprochen werden mußte, wie denn noch weitere Einnahmen für die Reichspostverwaltung geschaffen werden könnten. Von verschiedenen Seiten wurde auf die unbedingte Notwendigkeit einer **Verbilligung des Betriebes** hingewiesen. Das könne namentlich geschehen, indem mehr als bisher die Ausnutzung aller technischen Errungenschaften auch bei der Postverwaltung stattfinde, namentlich, indem man die elektrischen Bahnen mehr in den Dienst der Postverwaltung stelle.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Daneben ließen sich aber auch neue Einnahmen, und zwar in erheblichem Betrage, schaffen, wenn man endlich an die **Aufhebung der Portofreiheit und Telegrammgebührenfreiheit** herangehen wollte. Bekanntlich ist eine derartige Entschließung bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Erhöhung der Postgebühren gefaßt worden, und die Reichspostverwaltung hat die Zusicherung gegeben, daß noch der Nationalversammlung ein derartiges Gesetz zugehen werde.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß auch das **Ablösungsverfahren der Behörden** beseitigt werden müsse, daß auch die Behörden gehalten sein sollten, ihre Postgebühren in bar zu begleichen. Auf diese Weise würden jedenfalls auch der Postverwaltung erhebliche Einnahmen zufließen.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage gestellt, ob die Reichspostverwaltung nicht bis zum 1. Januar das **Ein-Kilo-Paket** einführen wolle. Die Forderung beruht (C) bekanntlich auf einem Beschluß, der ebenfalls bei der Beratung des Postgebührengesetzes gefaßt worden ist. Die Postverwaltung wird im Benehmen mit dem Postbeirat demnächst Beratungen pflegen, wie am zweckmäßigsten das Ein-Kilo-Paket zu gestalten sei, namentlich welcher Einheitsgebührensatz dafür gewählt werden solle.

Endlich wurde mitgeteilt, daß auch die Postverwaltung daran ist, **neue Postmarken** in den Verkehr zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wurde von neuem an den Freimarken Kritik geübt, die aus Anlaß der Tagung der Nationalversammlung herausgekommen sind. Die Postverwaltung wird bei der Herausgabe der neuen Marken die Künstler mehr, als es bisher geschehen ist, interessieren und hofft, dann wirklich gute Marken zur Einführung bringen zu können.

Einen außerordentlichen Raum nahmen namentlich die Verhältnisse der **Bayerischen** und **Württembergischen Postverwaltung** ein. Bekanntlich soll demnächst die Bayrische und Württembergische Postverwaltung von der Reichspostverwaltung übernommen werden, und es wurde hier namentlich gewünscht, daß man den Bayern und Württembergern möglichste Selbständigkeit belasse, soweit das irgend angängig ist, daß aber auch die übernommenen Beamten hinsichtlich ihrer Besoldung und ihres sonstigen Fortkommens nicht geschädigt werden sollten.

Bei den Ausgaben des Postetats wurden ausführlich die Wünsche des Personals und die sonstigen Fragen behandelt. Der Herr Minister konnte mit Recht darauf hinweisen, daß sich zwischen ihm und der Postbeamtenschaft ein gewisses Vertrauensverhältnis herausgebildet habe. Von allen Parteien wurde das dankbar anerkannt. Man wünschte, daß dieses gute Verhältnis auch in Zukunft bestehen bleiben möchte.

Der Hauptwunsch der Postbeamtenschaft, eine gründliche **Personalreform** noch im Laufe des nächsten Jahres (D) durchzuführen, wurde eingehend besprochen. Man ist aber dabei auf Einzelheiten nicht eingegangen, sondern hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Personalreform, wenn möglich, bis zum 1. April 1920 durchgeführt sein möchte, und zwar so, daß auch das so oft genannte Wort „freie Bahn dem Tüchtigen" in dieser Personalreform zur Geltung kommen würde. Im übrigen schweben jetzt Verhandlungen zwischen der Reichspostverwaltung und den einzelnen Beamtenverbänden, und es hat deshalb auch bei der nachfolgenden Debatte nicht allzuviel Zweck, ausführlich auf diese Dinge einzugehen, bevor nicht eine Verständigung zwischen der Verwaltung und den in Betracht kommenden Organisationen stattgefunden hat.

Die Besoldungsfragen, die sonst beim Postetat mit Recht eine große Rolle gespielt haben, sind in der Hauptsache ausgeschieden worden, weil die Vereinbarung getroffen war, sie beim Reichsministerium des Innern und später beim Reichsfinanzministerium ausführlich zu behandeln.

Dem Wunsch wurde Ausdruck gegeben, die Reichspostverwaltung möge bestrebt sein, **die überalterten Beamten,** das heißt die Beamten, die über 65 Jahre sind, doch möglichst zur Ruhe zu setzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Mit Recht konnte darauf hingewiesen werden, daß, wenn diese überalterten Beamten aus dem Dienste scheiden, sich dann die mit Recht beklagten ungünstigen Anstellungsverhältnisse des Postpersonals verbessern werden, daß es aber auf der anderen Seite auch möglich wäre, Kriegsbeschädigte in ziemlich erheblichem Umfange unterzubringen, wenn man dazu übergehe, namentlich die vielen **Frauen,** die jetzt noch im Postdienst beschäftigt würden, nach und nach zu entlassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(Delius, Berichterstatter.)

(A) Die Kommission stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß hier selbstverständlich mit größter Rücksicht verfahren werden müsse; namentlich sollten Kriegerfrauen möglichst nicht entlassen werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dagegen muß man aber dazu übergehen, alle die Frauen, die nicht unbedingt auf selbständigen Erwerb angewiesen sind, nach und nach zu entlassen.

Bei dieser Gelegenheit wurde an den Herrn Reichspostminister die Frage gestellt, ob denn auch an die **Hilfskräfte**, die im Postdienst vorhanden sind, die **Beschaffungsbeihilfe**, die für die Beamten gezahlt ist, gewährt werden sollte. Es konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß inzwischen schon Verfügung getroffen ist, auch an die Hilfskräfte eine Beschaffungsbeihilfe zu gewähren, allerdings nicht in dem Umfange, wie sie den etatsmäßigen Beamten zugestanden ist. Die Kommission hat auch keinen Anlaß gehabt, an den mitgeteilten Sätzen Kritik zu üben.

Die Frage des **Betriebsrätegesetzes** wurde ebenfalls in der Kommission behandelt. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Entwurfs ja auch ein Betriebsrätegesetz für die staatlichen Betriebe, für die Beamten vorgesehen sei, und hier wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Verhältnisse nicht im Wege der Verordnung, sondern möglichst im Wege des Gesetzes geregelt werden sollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Frage der **Postagenten** wurde dahingehend behandelt, daß die Kommission sich auf den Standpunkt stellte, es sei notwendig, die Einkommen der Postagenten möglichst schon vom nächsten Etatsjahre ab zu erhöhen,

(sehr richtig! im Zentrum)

und zwar müsse darauf gehalten werden, daß das Gehalt des Postagenten völlig von den Dienstunkosten getrennt

(B) werde, damit der Postagent auch wirklich wisse, was er denn eigentlich für seine eigentliche Tätigkeit bekomme.

Auf die Frage, ob auch **Tarifverträge** zwischen der Reichspostverwaltung und den Arbeitern abgeschlossen worden seien, erklärte die Reichspostverwaltung, daß jetzt in letzter Zeit die Postverwaltung wiederholt derartige Verträge abgeschlossen hat.

Von ganz besonderem Interesse war es, daß ein neuer Betriebszweig der Reichspost angegliedert worden ist. Die **Funkentelegraphie**, die bis dahin in der Hauptsache von der Militärverwaltung wahrgenommen wurde, ist nunmehr von der Reichspostverwaltung übernommen. Sehr erhebliche Mittel sind zu diesem Zwecke in den Etat eingestellt worden. Eine Reihe von Kapiteln weist sehr erhebliche Ansätze auf. Auch im Ergänzungsetat sind eine Reihe von Titeln eingestellt, die Mittel für diesen neuen Betriebszweig bringen. Zunächst sollen 50 Stationen eingerichtet werden. Der neue Leiter der Funkentelegraphie hat in der Kommission sehr interessante eingehende Darlegungen gemacht, die ja den Mitgliedern des Hauses noch durch die Kommissionsberichte zugänglich gemacht werden. Interessant war dabei, daß festgestellt wurde, daß zunächst durch die Funkentelegraphie keine wesentliche Entlastung des eigentlichen Telegraphendienstes stattfinden könne. Ein großer Mangel liege auch darin, daß bei der Funkentelegraphie das Telegraphengeheimnis nicht gewahrt werden könne. Es sei jedermann möglich, wenn der geeignete Apparat vorhanden sei, sich einzuschalten und dann die Telegramme mit aufzunehmen. So wird natürlich das Telegraphengeheimnis durchbrochen.

Aus den früheren Militärfunkern hat sich in den letzten Wochen ein **Funkerbund** gebildet, der wiederholte Eingaben an den Haushaltsausschuß gerichtet hat. Der Funkerbund beansprucht, daß ein Teil der kriegsmäßig ausgebildeten Funker von der Reichspostverwaltung übernommen wird, und daß ein Ausbau des Funkerwesens in (C) dem Sinne vorgenommen wird, wie er es in eingehenden Darlegungen dem Haushaltsausschuß unterbreitet hat. Die Reichspostverwaltung hat sich dagegen ausgesprochen; sie hält diese Pläne nicht für durchführbar und will zunächst so weitgehende Experimente nicht unternehmen.

Beim Postetat sehen wir bei verschiedenen Titeln, wie ganz gewaltig die hohen Löhne, die teuren Rohstoffe und die Verringerung der Dienststunden das finanzielle Ergebnis der Postverwaltung beeinflussen. Die Ausgaben für Telegraphie und Fernsprechbetrieb, für Apparate, Bau von Leitungen und Löhne ergeben eine Mehrforderung von rund 154 Millionen Mark. Besonders interessant war auch, daß bei Tit. 58, **Entschädigungen und Verluste**, die die Postverwaltung zu leisten hat, ein Ansatz von 1 220 000 Mark zu verzeichnen ist, während in den früheren Etats nur immer einige Hunderttausende eingesetzt waren. Aber es wurde uns dabei mitgeteilt, daß diese Summe bei weitem nicht ausreichen werde, sondern daß die Reichspostverwaltung am Schluß des Etatsjahrs wahrscheinlich 10½ Millionen Mark Entschädigung für Verluste und Beschädigungen an Postsendungen zu zahlen hat.

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Bei den einmaligen Ausgaben wurden Wünsche hinsichtlich der **Wohnungsfürsorge** vorgebracht. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Reichspostverwaltung für ihr Personal noch mehr auf diesem Gebiete tun könne, namentlich auch, daß sie das Vorbild der Eisenbahnverwaltung berücksichtige und dem Kleinwohnungswesen Förderung angedeihen lasse, besonders in den ländlichen Orten und in den kleineren Städten, wo es den Postunterbeamten häufig schwer wäre, geeignete Wohnungen zu bekommen. Hier könne man auch im gewissen Sinne Siedelungspolitik betreiben. Die Postverwaltung hat zugesagt, auf diesem Gebiete in Zukunft (D) noch mehr, als es bisher schon geschehen ist, zu leisten.

Eine ganze Reihe von Etatstiteln sind vorhanden, wo **Neubauten** oder **Erweiterungsbauten** an Postgrundstücken vorgenommen werden sollen. Von allen Seiten wurde hier dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß man in der Gegenwart recht vorsichtig bei Neuerrichtung von Bauten verfahren solle. Besonders müßte doch darauf hingewiesen werden, daß die jetzige Bauweise überaus teuer sei, und daß zum andern ein gewaltiger Mangel an Baumaterialien vorhanden sei, daß deshalb dahin gestrebt werden müsse, das vorhandene Baumaterial zunächst einmal zur Errichtung von Wohnungsbauten zur Verfügung zu stellen. Damit solle aber nun nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß notwendige Bauten bei der Postverwaltung unter keinen Umständen ausgeführt würden. Es konnte darauf hingewiesen werden, daß es doch zweckmäßig sei, jetzt eine Reihe von Militärdienstgebäuden, die durch die Auflösung des Heeres überflüssig geworden sind, für Postdienstzwecke zu benutzen. Die Postverwaltung hat zugesagt, daß sie nach Möglichkeit versuchen wolle, solche Dienstgebäude, soweit sie überhaupt von der Militärverwaltung abgetreten würden, für die Postverwaltung zu bekommen.

Meine Damen und Herren! Im übrigen war sich die Kommission darin einig, daß manche Posten, die jetzt noch im Postetat enthalten sind, im nächstjährigen Etat verschwinden müssen, namentlich die, die sich auf die Kolonien und auf die Postämter in anderen ausländischen Staaten beziehen.

Auffallend war ja bei den diesjährigen Beratungen, daß nicht so hohes Lob über die **Pünktlichkeit der Postverwaltung** angestimmt werden konnte,

(sehr richtig!)

wie das in früheren Jahren im Reichstag immer geschehen ist. Aber man stand im Ausschuß trotzdem auf

(Delius, Berichterstatter.)

(A) dem Standpunkt, daß trotz aller Mängel die Postverwaltung im großen und ganzen intakt geblieben ist, und daß auch die große Masse der Beamten in der Hauptsache ihre Pflicht erfüllt hat. Ich kann Ihnen namens des Ausschusses empfehlen, den eigentlichen Haushaltsetat und den Ergänzungsetat unverändert anzunehmen.

(Bravo!)

Präsident: Ich habe dem Hause noch mitzuteilen, daß der Herr Reichspostminister wegen seiner Abwesenheit um Entschuldigung bitten läßt. Er ist in dienstlichen Geschäften außer Land, und seine Hoffnung, hierher zurückkehren zu können, um an der Beratung des Etats teilzunehmen, hat sich nicht verwirklichen lassen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Taubadel.

Taubadel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach der neuen Reichsverfassung soll auch das gesamte Post- und Eisenbahnwesen in die Hände des Reichs übergehen. Wie uns im Reichshaushaltsausschuß mitgeteilt wurde, schweben bereits Verhandlungen mit der bayrischen und württembergischen Regierung, und es dürfte sonach wohl diesmal das letzte Mal sein, wo wir neben dem Etat für die Reichspost es noch mit einem besonderen württembergischen und bayrischen Postetat zu tun haben. Im nächsten Jahre wird sich dann hoffentlich wirklich der **Reichspostbetrieb über das ganze Reich** erstrecken. Wenn diese Übernahme erfolgt ist, dann wächst auch der Aufgabenkreis der Reichspostverwaltung, und es wächst auch die Zahl der Beamten, der Angestellten und der Arbeiter in diesem Riesenbetriebe. Es gilt dann noch mehr als bisher, alles daran zu setzen, daß dieser Riesenbetrieb auch wirklich zu einem Verkehrsinstitut ausgestaltet wird, das jeder Kritik standhalten kann, und daß dieser Riesenbetrieb auch in sozialer Beziehung ein Musterbetrieb wird. Heute

(B) ist dieses Ziel leider noch nicht erreicht.

Wir Sozialdemokraten haben immer verlangt, daß **die Reichspost** in großzügiger Weise dem Verkehr dienen soll, wir bedauern es darum ganz außerordentlich, daß heute dieser Betrieb nicht mehr mit der **Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit** arbeitet, wie wir das vor dem Kriege in diesem Betrieb gewöhnt waren. Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die durch den Krieg entstanden sind und unter denen der Reichspostbetrieb zu leiden hat, und wir sind uns auch klar darüber, daß es nicht mit einem Schlage wieder so werden kann wie vor dem Kriege, weil auch heute noch nicht die Schwierigkeiten beseitigt sind, die die Ursache für diese Zustände bilden.

Es gibt aber leider auch eine Reihe bedauerlicher Erscheinungen im Reichspostbetrieb, die mit diesen Schwierigkeiten nichts zu tun haben. Der Herr Berichterstatter hat schon auf die ungeheure Summe hingewiesen, die aufgewendet werden muß an Entschädigungen für die Diebstähle und die Beraubungen an Paketen, über die wir in letzter Zeit so außerordentlich zu klagen haben. Leider haben auch in diesem Jahre die **Diebstähle und Beraubungen** wieder zugenommen. Das zeigt ja die hohe Entschädigungssumme, die in Frage kommt. Es ist gar kein Zweifel, daß durch diesen bedauerlichen Umstand das Vertrauen des Publikums zu der Reichspost in ganz außerordentlichem Maße erschüttert worden ist. Wir wissen ja, daß zu einem großen Teil dieser bedauerliche Zustand damit zusammenhängt, daß durch den Krieg die Moral gesunken ist, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß, wenn es einmal gelingt, das Volk aus der schlimmsten Notlage zu befreien, dann wieder der Zustand eintritt, daß auch die Diebstähle bei der Reichspost nur bedauerliche Einzelerscheinungen sein werden.

Ebenso häufig wie die Klagen über die Diebstähle sind die Klagen über die Unpünktlichkeit bei der Bestellung von **Briefen** und **Paketen** und auch von **Telegrammen.** Es handelt sich da um **Unpünktlichkeiten,** die nichts mit den Schwierigkeiten zu tun haben, die man uns immer wieder entgegenhält. (C)

Ich meine auch hin auf die bedauerlichen **Mißstände im Fernsprechwesen.** Es ist heute nahezu eine Unmöglichkeit, einfache Gespräche auszuführen, und es ist charakteristisch, daß, wenn man ein solches Gespräch anmeldet, der Beamte oder die Beamtin gleich sagt, daß es das beste wäre, wenn man das Gespräch als dringend anmelde, das heißt höhere Gebühren zahle, weil sonst gar keine Aussicht vorhanden sei, es noch an demselben Tage auszuführen.

Die Reichspostverwaltung wird sich wohl darüber klar sein, daß sich infolge dieser Zustände eine starke Erbitterung insbesondere in den Kreisen des Handels und der Industrie bemerkbar macht. Gerade diese Kreise weisen darauf hin, daß sie, nachdem sie nun seit dem 1. Oktober die erhöhten Gebühren zahlen müssen, mit Recht verlangen können, daß endlich wieder die alte Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Reichspostbetrieb Platz greift. Ich möchte auch von dieser Stelle aus den dringenden Appell an die Reichspostverwaltung richten, dafür zu sorgen, daß diese Übelstände sobald wie möglich verschwinden. Im Haushaltsausschuß hat uns der Herr Minister die Zusage gegeben, daß er alles daran setze, damit das geschehe, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß ihm das sobald wie möglich gelingt. Ich will auch hoffen, daß die Beamten und Angestellten und das gesamte Personal der Reichspost alle Maßnahmen unterstützen, die nach dieser Richtung hin getroffen werden müssen.

Ich nehme auch an, daß der neugegründete Verkehrsbeirat, dem ja Mitglieder aller Fraktionen dieses Hauses angehören, Gelegenheit erhalten wird, bei der Beseitigung dieser Mißstände mitzuwirken. Bei den Beratungen im Ausschuß meinte ein Mitglied der christlichen Volkspartei, (D) dieser **Verkehrsbeirat** müßte aus mehr Fachleuten zusammengesetzt sein. Wenn der Herr Abgeordnete damit Beamte meint, so kann ich ihm nicht zustimmen; denn Beamte sitzen ja schon genug in der Verwaltung. Es dürfte wohl besser sein, wenn man neben den Parlamentariern in den Ausschuß vor allen Dingen auch mehr Vertreter aus den Kreisen des Handels und der Industrie hinzuzieht.

Die **Erhöhung der Gebühren,** die nun am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getreten ist, ist ja vorgenommen worden, um der Defizitwirtschaft, die während des Krieges leider auch im Reichspostbetrieb eingerissen ist, ein Ende zu machen. Wir wollen hoffen, daß das gelingt. Wir Sozialdemokraten haben der früheren Überschußwirtschaft, die zumeist auf Kosten des Personals getrieben wurde, niemals das Wort geredet; aber wir können es auch nicht gut heißen, wenn ein solcher wirtschaftlicher Betrieb wie der Reichspostbetrieb dauernd mit Zuschüssen aus den Mitteln des Reiches arbeitet, wie das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Bei fortgesetzter Steigerung der Ausgaben, die eingetreten waren, mußte darum, um einen Ausgleich zu schaffen, auf die Erhöhung der Einnahmen Bedacht genommen werden. Ich betrachte aber die Erhöhung der Gebühren nicht als das einzige Mittel, um aus der Defizitwirtschaft herauszukommen. Ich bin der Auffassung, es muß, um dieses Ziel zu erreichen, um den Betrieb wieder einigermaßen rentabel zu machen, auch **Verwaltung und Betrieb vereinfacht und verbilligt** werden. Der ganze Betrieb muß nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet und geführt werden, und gerade das sollte Gegenstand eingehender Beratung zwischen der Verwaltung und dem Personal sein, und ich meine, auch bei der Beratung der Personalreform darf dieses Moment nicht außer Acht gelassen werden.

(**Taubadel**, Abgeordneter.)

(A) Um den Betrieb rentabel zu machen, ist aber weiter notwendig, daß alle technischen Neuerungen in größerem Umfang im Reichspostbetrieb nutzbar gemacht werden. Der Herr Berichterstatter hat schon auf die Funkentelegraphie hingewiesen, die in letzter Zeit besonders umstritten ist. Es sind in den vorliegenden Etat für die Einführung der **Funkentelegraphie** bedeutende Mittel eingesetzt worden und es ist auch schon ein besonderes Funkenbetriebsamt eingerichtet worden. Sachverständige behaupten aber, daß sich die Reichspost dieser neuen Erfindung in noch viel größerem Maße bedienen könnte, als es bis jetzt geschehen ist. Wenn das die technischen Neuerungen auf diesem Gebiete zulassen, möchte ich es dringend befürworten.

Auch die Entwicklung des **drahtlosen Fernsprechwesens** muß seitens der Reichspostverwaltung mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Pressenachrichten zufolge sollen ja die neuesten Versuche gerade auf diesem Gebiete zu großen Hoffnungen Anlaß geben. Ich meine aber auch, meine Herren, daß gerade diese beiden Einrichtungen uns hoffentlich auch große Dienste im internationalen Nachrichtenverkehr leisten können. Der **internationale Nachrichtenverkehr** ist ja durch den Krieg unterbunden worden, und ich halte es für selbstverständlich, daß alles getan wird, um ihn wieder in geregelte Bahnen zu bringen. Ich halte es auch weiter für selbstverständlich, daß man seine ganze Aufmerksamkeit darauf konzentriert, wie die Selbständigkeit Deutschlands auf dem Gebiete des internationalen Nachrichtenverkehrs in Zukunft gesichert werden kann.

Ich habe im Reichshaushaltsausschuß auch schon auf die noch bestehenden **Privattelephongesellschaften** hingewiesen. Ich weise auch hier wieder darauf hin und spreche nochmals aus, daß ich die Überführung dieser Privatbetriebe in den Reichsbetrieb für zeitgemäß halte, (B) und bitte die Reichspostverwaltung, die Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen.

Wie der Herr Berichterstatter schon dargelegt hat, hat sich erfreulichermaßen auch im zurückliegenden Jahre der **Postscheckverkehr** und damit auch der bargeldlose Verkehr bedeutend gesteigert. Vielleicht liegt das zum Teil mit daran, daß von allen Einrichtungen im Reichspostbetrieb gerade der Postscheckverkehr noch am besten funktioniert. Es gibt ja auch Verzögerungen bei der Überweisung von dem Gebiete des einen Postscheckamtes in das andere. Aber im allgemeinen muß man anerkennen, daß gerade im Postscheckverkehr noch am meisten mit Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Reichspostbetrieb zu rechnen ist.

Trotz der Steigerung, die der Postscheckverkehr aufzuweisen hat, gibt es aber immer noch eine Reihe von Betrieben, Vereinen und Einzelpersonen, die sich dieser Einrichtung noch nicht bedienen. Darum darf in der Werbearbeit für den Postscheckverkehr von der Reichspostverwaltung nicht nachgelassen werden. Sie wird dazu beitragen, daß wir im nächsten Jahre von einer weiteren Steigerung des Postscheckverkehrs reden können.

Gegen den **Mißbrauch der Gebührenfreiheit** habe ich von dieser Stelle aus wiederholt scharf Stellung genommen, und auch heute muß ich mich wieder ganz energisch gegen diesen bis in die letzte Zeit hinein getriebenen Mißbrauch wenden. Der Herr Minister hat uns bei den Beratungen im Ausschuß gesetzgeberische Maßnahmen für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Wir werden diese Maßnahmen, wenn wir uns damit zu beschäftigen haben — das soll ja bald der Fall sein —, so gestalten müssen, daß künftig jeder Mißbrauch mit der Gebührenfreiheit ausgeschlossen ist.

Leider muß ich hier auch auf eine Äußerlichkeit hinweisen, weil alle Hinweise darauf in der Presse bis jetzt nichts gefruchtet haben. Nicht nur mitten in der Stadt Berlin, sondern auch anderwärts findet man jetzt noch ein (C) Jahr nach Errichtung der deutschen Republik an vielen Postämtern die Inschrift: **„Kaiserliches Postamt"**. Es wäre an der Zeit, endlich diese Inschriften zu beseitigen und sich auch äußerlich auf die neue Zeit einzustellen.

Was die **Aushilfskräfte** betrifft, so sind sie immer noch in großer Zahl im Reichspostbetriebe beschäftigt. Meine Fraktion hat sich der berechtigten Interessen dieser Aushilfskräfte, die besonders in den ersten Kriegsjahren unter einer **schlechten Entlohnung** außerordentlich zu leiden hatten, stets angenommen. Noch heute wollen diese Klagen nicht verstummen, und sie gehen uns besonders zahlreich aus den kleineren Orten zu. Besonders wird von den Aushilfskräften in den Klagen über schlechte Bezahlung auf die Bezahlung der Eisenbahnarbeiter hingewiesen. In der Tat liegen die Dinge in der Praxis oft so, daß in kleinen Orten die Aushilfskräfte der Post Hand in Hand mit den im Eisenbahndienst Beschäftigten arbeiten müssen. Da bestehen nun in der Tat Unterschiede in der Entlohnung, und das veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß es wirklich am Platze wäre, wenn in Lohnfragen die einzelnen Verwaltungen besser miteinander in Fühlung treten.

Der Herr Reichspostminister hat nun auch für die Aushilfskräfte die Zahlung einer einmaligen Beschaffungszulage in Aussicht gestellt. Wie der Herr Berichterstatter sagte, ist schon eine entsprechende Verordnung ins Land hinausgegangen. Die Gewährung dieser **Beschaffungszulage an die Aushilfskräfte** ist nur eine selbstverständliche Folge der Zulage, die den Beamten gegeben wird. Sie mußte nunmehr auch den Aushilfskräften zugestanden werden, wenn sich nicht die Gegensätze zwischen den Aushilfskräften und der Beamtenschaft noch mehr verschärfen sollten.

Es sind in letzter Zeit manche **Aushilfskräfte entlassen** worden, und leider werden in Zukunft wohl noch (D) mehr entlassen werden müssen. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß man bei diesen Entlassungen möglichst auf die Verhältnisse im einzelnen Rücksicht nimmt. Es gehen uns aus den einzelnen Orten Klagen darüber zu, daß verheiratete Aushilfskräfte entlassen werden, während junge Mädchen, die zum großen Teil nicht auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, weiter beschäftigt oder teilweise sogar neu eingestellt werden, wie uns das zum Beispiel aus Weimar berichtet wird.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das dürfte nicht vorkommen. Hier gilt es doch, vor allen Dingen Rücksicht zu nehmen auf die verheirateten Aushilfskräfte, auf die Kriegsverletzten und auf die Aushilfskräfte, die schon vor dem Kriege bei der Reichspostverwaltung beschäftigt waren und dann während des Krieges dauernd bei der Reichspostverwaltung in Arbeit standen. Wenn irgendmöglich, sollte man solche eingearbeiteten Hilfskräfte dauernd in den Postdienst übernehmen.

Besonders lebhafte Klagen gehen uns auch zu aus den Kreisen der **Postagenten** und -Agentinnen. In diesen Klagen wird behauptet, die **Vergütung**, die ihnen heute noch bezahlt wird, entspreche nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Wenn man diese Klagen nachprüft, muß man auch sagen, daß sie eine gewisse Berechtigung haben. Die Postagenten und -Agentinnen fordern vor allen Dingen eine Erhöhung ihrer Vergütung, und sie fordern ferner, daß die Vergütung getrennt wird; es soll eine Trennung vorgenommen werden zwischen der Besoldung und der Vergütung für die sachlichen Unkosten. Zur Beruhigung dieser Kreise würde es wesentlich beitragen, wenn von seiten der Reichspostverwaltung heute hier eine befriedigende Erklärung abgegeben werden könnte, wie sie sich zu diesen Forderungen der Postagenten und -Agentinnen stellt.

(Taubadel, Abgeordneter.)

(A) In dem Riesenbetrieb der Reichsverwaltung wird auch die Frage der **Beschäftigung der Frauen** mehr und mehr ein ganz besonderes Problem. Frauen und Mädchen sind im Reichspostbetrieb von Jahr zu Jahr in steigender Zahl beschäftigt worden, und es treten eine Reihe von Fragen für die Reichspostverwaltung und auch für das Parlament in den Vordergrund, vor allen Dingen die Frage: wie soll es sein mit der Stellung dieser Frauen zum Beamtenverhältnis, wie soll es sein mit der Regelung der Gehaltsfrage? Es dürfte den meisten nicht unbekannt sein, daß ein großer Teil dieser Frauen und Mädchen auf dem Standpunkt stehen, daß ihnen die gleiche Bezahlung bei den gleichen Leistungen wie den Männern zukommt. Es rückt auch die Frage in den Vordergrund, wie es mit der Weiterbeschäftigung dieser Mädchen im Falle ihrer Verheiratung sein soll. Zu allen diesen Fragen muß auch einmal das Parlament klipp und klar Stellung nehmen, und es wäre am Platze, wenn uns von seiten der Reichspostverwaltung, weil wir vielfach im Unklaren darüber sind, wie groß die Zahl der Frauen und Mädchen ist, die bei der Reichspostverwaltung beschäftigt werden, wie sie entlohnt werden, wie das Beamtenverhältnis geregelt ist usw., Auskunft gegeben würde. Zu diesem Zwecke wäre es notwendig, wenn uns die Reichspostverwaltung einmal eine **Denkschrift** über die Beschäftigung der Frauen im Postbetriebe unterbreiten wollte. Ich bitte die Reichspostverwaltung dringend um die Ausarbeitung einer solchen Denkschrift, damit wir endlich einmal eine Übersicht über diese Dinge bekommen.

Die längst in Aussicht gestellte **Personalreform** wird von der gesamten Beamtenschaft und besonders von den Beamten im Reichspostbetrieb mit großer Ungeduld erwartet. Es ist uns mitgeteilt worden, daß der Beamtenbeirat, der auch eingesetzt worden ist, nunmehr einen Entwurf für diese Personalreform ausgearbeitet hat. Dieser (B) Entwurf ist Gegenstand der Beratung bei der Reichspostverwaltung. Ich will hoffen, daß diese Beratungen bald abgeschlossen sind. Dann dürfte die Nationalversammlung Gelegenheit haben, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Ich möchte aber heute schon dem Wunsche Ausdruck geben, daß diese Personalreform so gestaltet wird, daß sie allen berechtigten Forderungen der Beamtenschaft Rechnung trägt und im Geiste der neuen Zeit gehalten ist.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nacken.

Nacken, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen hat ein Abgeordneter dieses Hauses auf den Vorwurf hin, es würden zu viele Nichtfachleute in einflußreiche Regierungsstellen berufen, zur Verteidigung seiner eigenen Fraktion auf den Postminister Giesberts exemplifizieren zu müssen geglaubt, der ja auch nicht Fachmann sei. Demgegenüber verweise ich auf die fruchtbare Tätigkeit des früheren Reichspostsekretärs Herrn v. Podbielski, der bekanntermaßen auch nicht Fachmann war, dem man aber nicht bestreiten kann, daß er bei der Post segensreiche Reformen eingeführt hat. Bei der gesamten Postbeamtenschaft hat es damals Befriedigung ausgelöst, wie Herr **v. Podbielski** in frischer Art die Lösung schwerwiegender Fragen in die Hand nahm. Man war befriedigt über die vom Staatssekretär alsbald herbeigeführte Verbindung mit den Beamtenorganisationen, und man kann sagen, daß ein Hoffnungsschimmer durch die gesamte Beamtenschaft ging. Leider erblaßte recht bald dieser Hoffnungsschimmer, und die so schön eingeleiteten reformatorischen Ideen wurden in der Folgezeit leider nicht in der wünschenswerten Weise befolgt und weitergepflegt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Infolgedessen fühlte sich die Beamtenschaft fast zwei Jahr- (C) zehnte lang bedrückt, und man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß die Freude der Beamtenschaft an der Berufsarbeit dadurch verlorengegangen ist.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Es muß daher durch eine geschickt zu betreibende Umgestaltung der Postbetriebsverhältnisse und des Verkehrs zwischen **Vorgesetzten und Personal** der unbedingt notwendige Zustand eines vertrauensvollen Verhältnisses wiederhergestellt, die Freude an der Berufstätigkeit wieder neu belebt werden.

(Zustimmung im Zentrum.)

Das ist nur möglich, indem man die Organisationen und die bereits bestehenden Beamtenausschüsse an der Lösung der Aufgaben mitarbeiten läßt, das heißt, die Hilfe, die von dieser Seite angeboten wird, auch annimmt, überhaupt jede Hilfe annimmt, woher sie kommen mag.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Fraktion hat seinerzeit als Postminister den jetzigen Herrn **Postminister Giesberts** präsentiert, und zwar aus dem Bewußtsein heraus, daß er auf Grund seines organisatorischen Talents und seiner großen parlamentarischen Erfahrung die notwendige Umgestaltung und Wiederbelebung des Postverkehrs in die Wege zu leiten und auszubauen verstehen werde. Ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn ich behaupte, daß er bis jetzt seine Aufgabe gut gelöst und unser Vertrauen gerechtfertigt hat.

(Zustimmung im Zentrum.)

Gern werden wir ihm mit den Fachmännern aus der Fraktion zur Seite stehen. Wir bauen darauf, daß es ihm gelingen wird, das früher in der ganzen Welt hochgeachtete Renommee der deutschen Postverwaltung wieder herzustellen, dazu beizutragen, daß jene Sicherheit, Pünktlichkeit und Schnelligkeit in der Beförderung der Postsendungen zurückkehrt, die früher an unserer Post bewundert wurde; daß wiederkehrt das Ansehen der Post (B) auch in bezug auf die Amtsverschwiegenheit des Personals.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gestatten Sie mir, einige wenige Einzelfragen zu behandeln. Mit Genugtuung haben meine politischen Freunde festgestellt, daß eine größere Anzahl von Stellen für die unteren, mittleren und auch für die höheren **Postbeamten im Etat** eingesetzt ist. Wir verkennen nicht, daß durch die neuen Gebühren eine fühlbare Belastung für die Bevölkerung eingetreten ist. Indessen sind wir der Überzeugung, daß man sich damit angesichts unserer Finanzlage abfinden muß. Man darf aber demgegenüber verlangen, daß den berechtigten Klagen über mangelhaften Betrieb auch baldmöglichst Abhilfe geschaffen wird. Gewiß weiß ich, daß manche Klagen auf die Verschlechterung des Materials, auf den Mangel an Material zurückzuführen sind; gewiß ist mir nicht unbekannt, daß in den Kriegsjahren nichts angeschafft werden konnte; daß die Dienstfähigkeit des Personals unter den schlechten Einwirkungen des Krieges gelitten hat; daß auch in die Postverwaltung eine gewisse Arbeitsunlust eingezogen ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Aufgabe der Postverwaltung muß es daher sein, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dieses alles beseitigt, und daß **Arbeitsfreudigkeit beim Personal** wieder ihren Einzug hält.

(Bravo! beim Zentrum.)

Meines Erachtens ist das beste Mittel dafür die hier schon von verschiedenen Seiten erwähnte Personal- und Besoldungsordnung.

(Sehr gut! beim Zentrum.)

Mit anderen Worten: die Förderung dieser beiden Angelegenheiten wird unbedingt dazu beitragen, daß die Arbeitsfreudigkeit beim Postpersonal wieder bald einkehren wird.

(**Nacken**, Abgeordneter.)

(A) Wenn nun die Gebührenerhöhung die Steigerung der Einnahmen bei der Post- und Telegraphenverwaltung herbeiführt, so gibt es meines Erachtens auch noch andere Mittel, um eine Verbesserung der Postbilanz — wenn ich diesen Ausdruck einmal gebrauchen darf — herbeizuführen: das sind Ersparungen, das sind weitgehende **Vereinfachungen im Betrieb**. Meines Erachtens muß baldmöglichst — und ich weiß, daß der Herr Postminister diese Ansicht auch teilt — eine möglichst großzügige Reform im gesamten Postbetrieb einsetzen.

Der Herr Vorredner hat eben die Gebührenfreiheit berührt. Auch ich möchte sagen, daß es an der Zeit ist, daß die **Gebührenfreiheit** für die Postsendungen und Telegramme nun endgültig und restlos verschwindet.

(Sehr richtig! beim Zentrum.)

Ich darf in dieser Beziehung daran erinnern, daß mit Einstimmigkeit in Weimar in einer Sitzung des Reichshaushaltsausschusses diese Frage entschieden worden ist. Diese Einrichtung wird, wie Ihnen allen bekannt ist, von der Regierung und von Angestellten heutzutage mehr als je in Anspruch genommen, und zwar nicht nur für dienstliche, sondern auch für private Zwecke, und das geht nicht an.

Auch das „Frei laut Avers“ auf den Briefumschlägen muß verschwinden.

(Zustimmung im Zentrum.)

Man sollte meines Erachtens dazu übergehen, eine Dienstmarke einzuführen, wie in Bayern und in Württemberg. Man braucht sich nicht zu schämen, auch von dorther das Gute zu nehmen, wenn es sich findet.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Bezüglich der **Materialbeschaffung** möchte ich jetzt, wo so viele Anschaffungen notwendig werden, darauf hinweisen — ich habe das auch in früheren Jahren schon (B) hier recht kräftig unterstrichen —, daß es unrichtig ist, wenn nur einige wenige große Firmen zu Lieferungen herangezogen werden. Auch die **mittleren und kleinen Betriebe,** und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch außerhalb Berlins,

(sehr richtig! im Zentrum)

sollen herangezogen werden. Um bei der Materialfrage zu bleiben, so darf ich wohl unbestritten feststellen, daß in erster Linie auf die Beschaffenheit des Materials es zurückzuführen ist, wenn der **Fernsprechverkehr** so miserabel, so schlecht funktioniert. Aber das ist nicht der einzige Grund. Auch beim Personal hapert es, und ich begrüße deshalb die Erklärung, die uns vom Regierungstisch aus im Hauptausschuß gegeben worden ist, daß man mit der Absicht umgeht, **Aufsichtsbeamtinnen** anzustellen. Ich halte das für einen glücklichen Gedanken.

Und nun ein Wort zur **Wohnungsfrage!** Die Baugenossenschaften sind schon wiederholt an die Reichspostverwaltung herangetreten. Die im Etat angesetzten Beträge sind aber meines Erachtens nicht genügend. Mehr Mittel müssen beschafft werden, damit sich die Beamten bei Forderung der Hergabe von Wohnungen nicht nur auf die eigenen Mittel, sondern auch auf die Beträge der Reichspostverwaltung berufen können. Auf diese Art und Weise wird man zu geeigneten Wohnungen kommen können, besonders auch an Eisenbahnknotenpunkten, wo die Unterbringungsmöglichkeiten besonders schlecht sind. Die Verwaltung sollte auch in Erwägung ziehen, ob sie nicht, mehr als bisher, selbst Wohnungen bauen will. Ich begrüße es, daß Mittel im Etat bereitgestellt sind für „Überbaukosten“, daß ebenso Mittel für Behelfsbauten, für Baracken vorgesehen sind, um dadurch der Wohnungsnot zu steuern. Es ist aber nicht ausreichend, wenn das Ministerium des Innern Hypothekengelder hergibt.

(C) Bei den Postbeamten ist seit 1906 ein steigendes Interesse für die Herstellung von eigenen Wohnungen und für Überlassung von Land hervorgetreten,

(sehr richtig! im Zentrum)

zwecks Errichtung von Tierhaltung und Pflanzenzucht. Die von Staats wegen eingesetzten Mittel sind aber in letzter Zeit aufgebraucht. Bei der allgemeinen Verteuerung der Lebensverhältnisse sind die Bestrebungen der Beamten auf diesem Gebiete leider zurückgedrängt worden. Das ist sehr zu bedauern. Es ist nicht gut, wenn die Beamten in der freien Zeit handwerksmäßige Arbeit betreiben. Besser ist es zu sehen, wenn sie draußen im Garten arbeiten und sich in der freien Luft betätigen. Die erforderlichen Mittel sollten dann nicht den Beamten, sondern den Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Dadurch würde den Beamten eine größere Stütze geboten werden für ihre Beteiligung an den Baugenossenschaften und für die Herstellung von Wohnungen. Schon öfter ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß auch die einzelnen Verwaltungen der Wohnungsfrage das größte Interesse zuwenden möchten; und ich halte das für durchaus berechtigt und notwendig. Es genügt nicht, daß das Arbeitsministerium auf diesem Gebiete schon arbeitet.

Bei den **Neubauten** muß meines Erachtens angesichts unserer finanziellen Notlage in Zukunft der bisherige Luxus vermieden werden, und zwar muß der Luxus besonders bei den Dienstwohnungen vermieden werden. Bezüglich der Neubauten hat schon der Herr Vorredner oder der Herr Berichterstatter darauf hingewiesen, daß es in Zukunft auch wohl nötig sein wird, **Militärgebäulichkeiten** zu Postgebäulichkeiten umzugestalten.

Was nun wünschenswerte Neuerungen betrifft, so wäre es an der Zeit — es ist auch schon soeben davon die Rede gewesen —, daß das **Ein-Kilo-Paket** baldigst (D) eingeführt wird. In Aussicht gestellt ist es ja schon lange.

Auch der Ausbau der **Autopost** müßte in stärkerem Maße vor sich gehen. Jedenfalls läßt sich auch der **Luftpostverkehr** noch stark erweitern und ausbauen. Zu begrüßen ist es, daß in den größeren Städten **die elektrischen Bahnen** zur Postbeförderung besonders von der Eisenbahn bis zum Postgebäude herangezogen werden. Auf diesem Gebiete läßt sich meines Erachtens noch recht viel tun. Auch in den kleineren und mittleren Städten gibt es elektrische Kleinbahnen. Auch da könnte an manchen Stellen dasselbe gemacht werden, was in den Großstädten heute schon geschieht.

Es ist mir dann wohl gestattet, einmal die Frage aufzuwerfen, weshalb man die **größere Postkarte** bislang noch nicht eingeführt hat. Bei der Beratung der Erhöhung der Gebühren in Weimar hat man dieses größere Format der Postkarte in Aussicht gestellt. Bis jetzt ist es aber noch nicht erschienen,

(hört! hört! im Zentrum)

und man behauptet jetzt, man habe nur zugesagt, die Privatindustrie dürfe solche Karten herstellen. Ich wäre dankbar, wenn man mir eine Auskunft darüber gäbe, weshalb man diesem Wunsche, der damals einmütig von der Kommission geäußert worden ist, bisher nicht nachgekommen ist.

Im Ausschuß ist dann auch angeregt worden, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um das lange Warten der **Militärrentenempfänger** besonders im Winter zu verhüten. Das ist eine Anregung, die sehr beachtenswert ist, und die ich der Reichspostverwaltung nicht genug empfehlen kann.

Die Reichspostverwaltung muß nunmehr meines Erachtens mit ruhiger, aber starker und sicherer Hand auf

(**Nacken**, Abgeordneter.)

(A) das Personal einwirken, daß sich allmählich wieder die alten Verhältnisse einstellen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Anerkannt werden soll, daß der Reichspostminister bereits einen Postbeamtenausschuß gebildet hat, und daß er ferner einen **Beirat** geschaffen hat. Es besteht aber der Wunsch, daß in diesem Beirat auch Abgeordnete, die Beamte sind, berufen werden. Ich kann dem Herrn Vorredner nicht folgen, der in dieser Beziehung anderer Ansicht ist. Er hat gesagt, man möge Leute aus Handel und Industrie, aus dem praktischen Leben in diesen Beirat berufen. Soweit mir bekannt, ist das bereits geschehen. Ich möchte sagen: das eine tun und das andere nicht lassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Aus den vielen Beamten, die wir in unserer Mitte haben, kann man auch einige aus den einzelnen Fraktionen in diesen Beirat berufen.

(Zustimmung.)

Ich möchte hiermit diesem Wunsche Ausdruck verliehen haben.

Weiterhin ist in eine Prüfung darüber einzutreten, ob das System der jetzigen **Vizedirektoren** nicht geändert werden kann. Wie in der Kommission schon hervorgehoben wurde, sind augenblicklich bei manchen Ämtern fünf bis sechs derartige Beamte vorhanden, wodurch Komplikationen entstehen, indem der eine letzten Endes gegen den andern arbeitet. Selbstverständlich soll damit nicht gegen diese Beamten gesprochen werden, sondern es soll zur Erwägung anheimgestellt werden, das System einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dann muß meines Erachtens — das habe ich auch schon in früheren Jahren hier recht gründlich unterstrichen (B) — die Postverwaltung mit Nachdruck auf die **Verminderung des Schreibwerks** hinwirken. Viele Sachen lassen sich telephonisch oder durch persönliche Aussprache viel schneller als auf bureaukratischem Wege erledigen. Es ist doch wahrlich erwünscht, daß in diesem neuen Zeitalter dem heiligen Bureaukratius der Stuhl vor die Tür gesetzt wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Auch die jetzigen, vielfach sehr umfangreichen Geschäftsordnungen müssen verschwinden. Sie haben größtenteils gar keinen praktischen Wert.

Notwendig ist ferner, daß die **Bezirksaufsichtsbeamten** mehr mündlich mit den Beamten der Verkehrsämter in Verbindung treten und Beschwerden und Wünsche entgegennehmen.

Dann sollte man auch endlich dazu übergehen, die **Vierteljahrsgehaltszahlung** einzuführen, zumal dies eine wesentliche Entlastung der Hauptkassenführung herbeiführen würde.

Ferner sollte man von dem Gedanken Abstand nehmen, die **zweite Sekretärprüfung** wegfallen zu lassen.

(Sehr richtig!)

Der Fortfall der zweiten Sekretärprüfung würde jedes Bestreben der Beamten, ihr Wissen zu vermehren, meines Erachtens unterbinden. Die zweite Prüfung muß daher unter allen Umständen beibehalten werden.

Auch die **Aushilfskräfte** müssen beibehalten werden. Aber man soll nachprüfen, ob sie auch in richtiger Zahl bei den einzelnen Ämtern vorhanden sind. Bei manchen Ämtern sollen sich sehr viele Aushilfskräfte vorfinden, bei andern wieder zu wenige.

Ein böses Kapitel ist — man kann nicht umhin, es wenigstens einmal kurz zu streifen — das der **Beraubungen.** Freilich ist dabei erfreulich, daß im Ausschuß festgestellt werden konnte, daß in den letzten Monaten und (C) Wochen ein ziemlich ansehnlicher Rückgang dieser Beraubungen zu konstatieren ist.

(Bravo!)

Hoffentlich hält diese Besserung an! Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen — es ist das ja auch schon in früheren Jahren recht oft angeregt worden —, daß die Entschädigung für verloren gegangene Postpakete nicht hinreicht, und daß sie endlich einmal erhöht werden muß.

Auf die Beamtenfragen und eine Reihe anderer Dinge möchte ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Ein anderer Fraktionsredner wird diese Angelegenheiten behandeln.

Auch will ich mich nicht in die Frage des Streikrechts der Beamten vertiefen. Nur eins möchte ich in bezug auf die Betriebsräte sagen. Das **Mitbestimmungsrecht der Beamten** muß einheitlich geregelt werden.

(Sehr wahr!)

Es geht nicht an, daß es hier so und dort so geregelt wird, mit anderen Worten, daß man es in Sachsen so regelt, in Preußen anders, in Bayern, in Baden, in Hessen wieder anders. Deshalb ist es notwendig, daß möglichst bald ein Gesetz erscheint, durch das diese Angelegenheit einheitlich und endgültig geregelt wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich bin nicht indiskret, wenn ich Ihnen als Vorsitzender des interfraktionellen Ausschusses für Beamtenfragen mitteile, daß wir in Aussicht genommen haben, Ihnen einen diesbezüglichen Antrag noch im Laufe der nächsten Tage zu unterbreiten. Es geht nicht an, daß diese Materie, wie ich gesagt habe, verschiedenartig, es geht aber auch nicht an, daß sie durch Verordnungen geregelt wird. Es ist sehr zu begrüßen, daß im Hauptausschuß der Herr Postminister schon erklärt hat, daß er auf diesem Gebiete voranschreiten wird. Er hat als sozial fortgeschrittener Mann sogar erklärt, er würde nicht abwarten, bis das (D) Gesetz da sei. Darin liegt aber umgekehrt wieder die Gefahr, daß hier mittels einer Verordnung vorgegangen werde. Das ist meines Erachtens nicht richtig. Die Sache muß durch ein Reichsgesetz geregelt werden.

Auf die Funkentelegraphie usw. will ich nicht eingehen. Wohl aber will ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß der **Postscheckverkehr** noch immer auf dem aufsteigenden Ast ist. Ich hoffe und bin überzeugt, daß auch in der Zukunft dieser bargeldlose Verkehr immer mehr um sich greifen wird. Der Herr Vorredner hat gesagt, die Reichspostverwaltung möge es nicht an Propaganda fehlen lassen. Nun, auch der einzelne im Volke kann diese Propaganda betreiben. Noch jüngst ist mir eine Rechnung in meinem eigenen Betriebe von einer ziemlich bedeutenden Firma oder wenigstens von einer Firma, die bedeutend sein will, unter die Augen gekommen, die nicht einmal ein Postscheckkonto aufweist. Ich meine, da müßte man als Abnehmer oder Lieferant seinen Einfluß geltend machen, daß diese Leute dazu übergehen, sich ein Postscheckkonto anzulegen. Also nicht nur die Verwaltung, auch das Publikum selbst muß da mithelfen, daß die Leute, die noch außerhalb dieses Ringes für bargeldlosen Verkehr stehen, auch in den großen Kreis der Postscheckkonteninhaber eintreten.

Wenn ich nun auch gesagt habe, daß ich die Beamtenfragen nicht behandeln will, so kann ich doch nicht umhin, einer Kategorie von Angestellten — es sind ja keine Beamte — zu gedenken, an die ich auch früher von dieser Stelle aus erinnert habe, und auf die ich auch im Hauptausschusse die Aufmerksamkeit zu lenken mir erlaubt habe. Das sind die **Postagenten.** Die bisherigen Verhältnisse bei den Postagenten sind einfach unhaltbar. 9 Prozent dieser Leute arbeiten täglich 8 Stunden, 75 Prozent 6 Stunden, und dafür erhalten sie eine Jahres-

(Nacken, Abgeordneter.)

(A) entschädigung — einschließlich der Vergütung für ihre Unkosten, also für den Dienstraum, für Federn, Papier, Tinte und alles das, was sie aufzuwenden haben — von 500, 600, 700 und im Höchstfall 1200 Mark.

(Hört! hört!)

Ich glaube, es bedarf keines Wortes, um darzulegen, daß das unhaltbare Verhältnisse sind. Die Erhöhung, die jetzt im Etat vorgesehen ist, genügt nicht. Denn dabei springt für die Stunde 50 bis 60 Pfennig Vergütung heraus, einschließlich der Unkostenentschädigung. Die Trennung der Dienstunkosten von der Vergütung ist eine Forderung, die immer wieder erhoben werden muß, und die auch endlich einmal durchgeführt werden muß. Die Dienstunkosten muß meines Erachtens die Verwaltung übernehmen, also die Diensträume muß die Verwaltung stellen, ebenso Brennmaterial, Bureaugegenstände usw. Dann ist ein lebhafter Wunsch der Postagenten, daß sie am Sonntag mehr freie Zeit bekommen als bisher. Sie sind bereit, am Vormittag den Dienst zu tun, sie wünschen aber, daß der Telegramm- und Telephondienst von 12 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 6 Uhr nachmittags durch Aushilfspersonal versehen werden kann.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich dann noch auf einen anderen Wunsch der **Postagenten** hinweisen, der die **Beschaffungsbeihilfe** betrifft. Im Reichspostamt ist den Leuten seinerzeit in Aussicht gestellt worden, sie würden fünf Sechstel ihrer Vergütung als Beschaffungsbeihilfe erhalten; sie haben aber nur fünf Neuntel erhalten. Ich möchte anregen, zu überlegen, ob da nicht Wandel geschaffen werden kann. Auch bei den laufenden Teuerungszulagen stehen die Leute sich schlechter als die Beamten. Der Postagent mit 1200 Mark Gehalt erhält auch 1200 Mark Teuerungszulage, während der Beamte mit 1200 Mark Gehalt 1800 Mark erhalten würde; also ein Verhältnis von 100 Prozent zu 150 Prozent.

(B) Ich will dann noch zum Schluß auf eins aufmerksam machen. Es ist soeben ein Antrag verteilt worden, der den Schutz der Postwagen in den Eisenbahnzügen betrifft. Es handelt sich darum, daß die Maßnahme in Wegfall kommt, daß der **Postwagen** bei den Eisenbahnzügen fast immer **als Schutzwagen** direkt hinter der Lokomotive läuft. Dadurch sind in der letzten Zeit wieder größere Unglücke für die Postbeamten eingetreten. Es wäre an der Zeit, daß auf diesem Gebiete eine Änderung getroffen wird. Das herbeizuführen, beabsichtigt der Antrag auf Drucksache Nr. 1146, den mein Parteifreund Allekotte des näheren begründen wird.

Ich komme nun zum Schluß. Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, von der man sagen kann: groß ist der Zug der Zeit. Auch die Postverwaltung muß diesem Zuge folgen, auch die Postverwaltung muß eine großzügige sein. Für den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes ist auch die geschickte Verwendung unserer Verkehrsanstalten eine Notwendigkeit. Das setzt aber den Ausbau dieser Verkehrsanstalten mit Hilfe der dabei in Betracht kommenden Organisationen und Personalkräfte voraus. Wir vertrauen, daß es der jetzigen Verwaltung, die sich ja bisher gut angelassen hat, besonders dem Herrn Postminister Giesberts, von dem der Berichterstatter im Haushaltsausschuß gesagt hat, daß er es verstanden habe, sich die Zuneigung des Personals zu erwerben, — daß es dieser Verwaltung gelingen wird, die **Reichspost** wieder auf ihre frühere Höhe hinaufzuführen. Wir vertrauen aber auch, daß die **Beamtenschaft** zur Mitwirkung und zur Anspannung aller Kräfte bereit ist. Demgegenüber kann die Beamtenschaft sich ihrerseits versichert halten, daß wir mit dem allerbesten Willen an die Lösung der Personal- und der Besoldungsreform herangehen werden. Wir wissen, daß die Beamtenschaft ein Recht auf eine

(C) gesteigerte Fürsorge und auf eine Verbesserung ihrer Lebenslage hat. Von der Erfüllung dieser Notwendigkeiten ist meine Fraktion durchdrungen und stellt daher ihre eifrige Mitarbeit zur Verfügung.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Nacken über die Rednerliste gibt mir Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es die Absicht ist, heute noch den Postetat zu Ende zu bringen. Wenn unsere Dispositionen eingehalten werden sollen, so ist es absolut notwendig, daß heute in vierzehn Tagen die Pause beginnt. Wir haben noch den ganzen Etat und eine Reihe anderer wichtiger Sachen in diesen vierzehn Tagen zu erledigen. Es gilt für den Postetat das gleiche, was ich im allgemeinen gesagt habe: sieben Monate sind schon vorbei, und in ein paar Wochen erhalten wir den neuen Etat, und dann können alle die vielen Wünsche vorgebracht werden; jetzt können wir uns auf das beschränken, was für die nächsten Tage absolut dringend notwendig ist.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Was ich heute hier sagen möchte, ist dringlich und nötig. Das hohe Haus hat in Weimar kurz vor dem Auseinandergehen einmal eine außerordentlich vergnügte Viertelstunde erlebt an dem Tage, als über eine kleine Anfrage verhandelt wurde, die die Herren Abgeordneten Rießer und Weidtmann gestellt hatten. Die Verhandlung war am Freitag, dem 11. Juli 1919, und befaßte sich mit den **neuen Postwertzeichen.** Diese Anfrage hat dem hohen Hause an sich außerordentliches Vergnügen bereitet, und als von seiten der Reichspostverwaltung bekanntgegeben wurde, daß auch drei Mitglieder des hohen Hauses, nämlich der Kollege Heine, der Kollege Nuschke und ich selbst den Vorzug hatten, dem Preisrichterkollegium anzugehören, da war der Schadenfreude, (D) die bekanntlich die reinste Freude ist, bei den verehrten Kollegen und Kolleginnen kein Ende.

(Heiterkeit.)

Sie gestatten, daß ich heute beim Postetat, wohin die Sache gehört, auf die Angelegenheit zurückkomme und, da bekanntlich bei kleinen Anfragen keine Debatte zulässig ist, heute das sage, was ich zu sagen habe, indem ich dabei verspreche, die Geduld des hohen Hauses nicht zu mißbrauchen, und mich so zugleich erkenntlich zeige den Kollegen aus anderen Fraktionen, die mir das Wort an dieser Stelle der Rednerliste gestattet haben.

Zunächst habe ich, als ich die kleine Anfrage las, aufrichtig ein herzliches Bedauern gefühlt mit den verehrten Kollegen Rießer und Weidtmann und habe mir gedacht: schade, wenn so etwas am grünen Holz geschieht, wie ist es dann erst am dürren Holze!

(Heiterkeit.)

Ich habe früher oftmals Bücher gelesen von der Erziehung zum Sehen, und ein Erfordernis der modernen Kunst ist es, daß wir das richtige Schauen, Sehen und dadurch Empfinden dem Volke einprägen sollen, um so die nötige Entwicklung im Sinne der künstlerischen Kultur herbeizuführen.

Die Herren Rießer und Weidtmann können nicht sehen, sonst hätten sie nicht in ihrer kleinen Anfrage auf Nr. 499 der Drucksachen konstatiert, daß auf der Zehnpfennigmarke „ein Baum dargestellt sei, der bei gutem Willen des Beschauers die Absicht erkennen lasse, einen roten Eichbaum, also eine seltene Naturerscheinung vorzustellen.“

Meine Damen und Herren! Von Kolorit, von Farbennuancen zu künstlerischen Zwecken, die auch auf

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) Gegenstände übertragen werden, die in der Natur ganz anders aussehen, ist den Herren nichts offenbar geworden.

(Heiterkeit.)

Dann sprechen sie von der braun-blauen Marke, „die die ebenso merkwürdige Erscheinung blauer Ähren oder irgendwelcher blauer Zweige“ bietet. Ich konstatiere, daß die beiden Herren, welche die Anfrage gestellt haben, farbenblind sein müssen; denn die Zweige sind weiß.

(Heiterkeit.)

Mit dem besten Willen wird man, wenn man nicht gerade durch eine blaue Brille schaut, etwas anderes sagen können, als daß sie weiß seien.

(Erneute Heiterkeit.)

Dann gehen die Herren über zur Darstellung der dritten Marke von 25 Pfennig, „die an Stelle der Germania in rotem Grunde das Bild eines knieenden nackten Jünglings aufweist, der ein entweder Backsteine oder Brot enthaltendes Brett auf dem Haupte trägt, während sein linker Fuß von einem niederstürzenden Fallschirm oder einer Maurerkelle bedroht wird“.

(Heiterkeit.)

Das sind schlechte Witze, meine Damen und Herren, im Stile des Karlchen Miesnick. Über diese Briefmarke sind bessere Witze gemacht worden, vor allem der, daß das der einzige Mensch sei, der in Deutschland noch arbeite,

(Heiterkeit)

oder der andere, daß das den Kellner darstelle, der im Schwarzen Walfisch zu Askalon dem Gaste auf 6 Ziegelsteinen die Rechnung präsentiert.

(Erneute Heiterkeit.)

Man hätte noch mehr solcher Dinge in diese kleine Anfrage aufnehmen können. Es geschah zu durchsichtigem Zweck. Meine Damen und Herren! Seitdem es eine Reichspostverwaltung gibt, ruft man dieser Reichspostverwaltung zu: „Bring' gute Zeichen mit“, und alle Anstrengungen, die sie gemacht hat, haben bewiesen, daß die

(B) Reichspostverwaltung in der **Herstellung der Briefmarken** tun kann, was sie will: wie sie es macht, ist es falsch, und die Postverwaltung hat gerade im Hinblick auf diese Dinge immer das Verhältnis des Kruges zum Stein, wie es in dem alten orientalischen Sprichwort ausgesprochen ist:

Was der Reichspost immer auch einfällt,
Stets dabei sie hereinfällt.

(Heiterkeit.)

Entscheidet sie alleine, ists nicht recht! Wenn sie ein Preisausschreiben macht, das die Künstler aufruft, dann wird das wieder bemängelt, und diejenigen Herren, die dem Preisrichterausschuß anzugehören die Ehre haben, werden dann bezüglich ihres künstlerischen Empfindens heruntergesetzt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen grundsätzlich — haben Sie keine Angst, daß es lange wird — nur das eine sagen. Bei diesen Erinnerungsmarken hat es sich darum gehandelt, erstens einmal die Kunst unserer Zeit zum Ausdruck zu bringen, zweitens die Erinnerung an die Nationalversammlung darzustellen, drittens ein gewisses Symbol dafür zu finden, und viertens der Aufgabe Rechnung zu tragen, ein Postwertzeichen herzustellen. Wenn Sie nun diese Konkurrenz gesehen hätten, die öffentlich zugänglich war, die Entwürfe, die in dem Saale des Reichspostministeriums und des Reichspostmuseums ausgestellt waren, ich garantiere Ihnen, meine Damen und Herren, vor Schlaganfällen wären Sie nicht sicher gewesen.

(Große Heiterkeit.)

Ich will vor einigen kubistisch-futuristischen Entwürfen ehrfurchtsvoll Halt machen und sagen: ich verstehe sie nicht und neige mich vor ihnen in staunender Bewunderung und hoffe nur, daß sich nicht das Wort erfülle, daß Kunst

(C) allemal das ist, was keinem gefällt, wie Wissenschaft das ist, was niemand versteht!

(Große Heiterkeit.)

Ich neige mich in Ehrfurcht und bemühe mich, Zukunftsqualitäten zu ahnen.

Von den 4600 Entwürfen, die uns vorgelegt worden waren, waren solche mit dem Bilde des Reichspräsidenten Ebert, war Schiller und Goethe vor dem Nationaltheater in Weimar, waren Darstellungen des genius loci von Weimar und eine Reihe anderer Bilder. Ja, bitte, die Briefmarke soll doch nicht ein Landschaftsbild sein, nicht ein Photo, nicht ein historisches Gemälde, sondern sie soll ein von künstlerischen Empfindungen erfülltes Erinnerungszeichen an die Nationalversammlung als Postwertzeichen sein. Infolgedessen mußten eine Menge unbrauchbarer Motive ausgeschaltet werden. Die Herren scheinen vollkommen übersehen zu haben, daß die Entwürfe in einer ganzen Reihe von Kunstzeitschriften publiziert gewesen sind,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

also allgemein zugänglich waren. Es hat eine Ahnungslosigkeit auch über diese Frage geherrscht, die man bedauerlicherweise in allen künstlerischen Dingen zu sehen gewohnt ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich lege auf den Tisch des hohen Hauses diese Markenentwürfe nieder und mache dabei auf die aufmerksam, die ich angestrichen habe. Beim ersten Preis ist herrlich dieses Gebilde in der Mitte, das nicht etwa eine Blutwurst darstellt, die von einem Blutegel angesogen wird,

(große Heiterkeit)

sondern einen lebendigen Mann mit einer Fahne, und drei Künstler sind aus der Preiskonkurrenz ausgetreten, weil Herr Nuschke und ich Opposition erhoben haben, daß diese Marke ausgeführt wird.

(Abgeordneter Nuschke: Ich bin sehr für die Marke! — Große Heiterkeit.)

(D) Ich mache auf die Nr. 3 beim dritten Preis aufmerksam, wo man nicht weiß, ob diese Frau, die da nackt steht, von dem Stern befruchtet werden soll oder ihn geboren hat.

(Große Heiterkeit.)

Es ist unmöglich, daß ein solches Symbol als Marke ausgeführt wird. Die schreitende Morgenröte, die auf Nr. 18 beim vierten Preis vorgelegt ist, weiter der irrsinnig gewordene Stern Nr. 16, das sind Dinge, die recht „schön“ wirken; aber wenn wir damit gekommen wären, möchte ich die Kritik dieses hohen Hauses gesehen haben!

(Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren! So und so viele von den Entwürfen sind nichts gewesen als Plakate, keine Marken. Aber, wenn es ein Zeichen nach meinem Wunsch und Willen hätte sein sollen, hätte ich die Nummer 12 beim 4. Preis gewählt, wo der Mann fröhlich jodelnd auf dem Dachfirst des Neubaues sitzt vor einem mit Fähnchen und Wimpeln bekränzten Tannenbaum.

(Große Heiterkeit.)

Diese Konkurrenz hat wieder einmal bewiesen, daß es schwierig ist, es allen Leuten recht zu machen, und bekanntermaßen ist über den Geschmack nicht zu streiten. Aber ich möchte doch sagen, daß ich für die Mitglieder des hohen Hauses, die dieser Konkurrenz als Preisrichter angehört haben, in Anspruch nehme, daß wir nach bestem künstlerischen Gefühl gehandelt haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn in der gegenwärtigen Zeit nun gesagt wird, es sollen neue Marken kommen, man solle einen Künstler damit beauftragen, — ja, meine Herren, haben Sie eine Ahnung und je erlebt, welch ein Sturm der Entrüstung losbricht über Cliquenwirtschaft, über Protektion, Mißwirtschaft und weiß Gott alles, wenn man einen Mann

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) beauftragt? Er kann in den Augen der Zeitgenossen bis dahin der Tüchtigste gewesen sein, — in den Augen aller derer, die nicht beauftragt werden, ist er sofort vielleicht ein Riesentrottel, ein Mensch, der nichts kann, der rückschrittlich ist und alles mögliche andere.

(Heiterkeit. Sehr richtig!)

Deshalb halte ich den Weg, den die Reichspostverwaltung geht, für den besten und nützlichsten, gegenwärtig wieder eine allgemeine Konkurrenz auszuschreiben. Dann ersuche ich aber alle die Herren, die hier ihr künstlerisches Gefühl in Anfragen Orgien feiern lassen, die nicht gerade von tiefem Verständnis in der Angelegenheit Zeugnis ablegen, hinzugehen und mit ihrem guten Rat der Reichspostverwaltung zu Hilfe zu kommen. Die wird dafür sehr dankbar sein.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Im übrigen möchte ich sagen, wenn öffentlich bemängelt worden ist, daß gegenwärtig die Briefmarken mit der Germania noch weiter gedruckt werden: das ist nicht anders zu machen, bevor die Konkurrenz ausgeschrieben und erledigt ist; denn die Werte, die zur Erinnerung an die Nationalversammlung neu gedruckt worden sind, haben nur im Inlande Geltung — sie sind übrigens nur zu 10, 15 und 25 Pfennig hergestellt —, so daß die alten Markenzeichen anderer Werte weiter verwendet werden müssen. Ich möchte nur den dringenden Wunsch haben, daß die Entwürfe, die jetzt eingereicht werden, ideenhaltiger sind und den verschiedenen Zwecken richtig entgegenkommen. Dann bin ich überzeugt, daß auch eine größere Zufriedenheit mit den Postwertzeichen eintreten wird. Allerdings möchte ich im Zusammenhang damit, wie ich vorher schon gesagt habe, zum Ausdruck bringen: Allen Leuten wird man es nie recht machen können. Aber ich bin der Überzeugung, daß es ein gefährliches Experiment ist, ganz den Forderungen der Künstlerschaft nachzugeben, daß die (B) Briefmarke in einem Kunstcharakter der Zukunft divinatorisch gestaltet sein soll, und daß man damit anfangen soll, durch diese Briefmarke das Volk für die Ideen der Zukunftskunst zu erziehen. Zu einem solchen Experiment möchte ich die Reichspostverwaltung nicht gebrauchen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Unterstaatssekretär Teucke.

Teucke, Unterstaatssekretär im Reichspostministerium: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspostminister bedauert aufs lebhafteste, daß es ihm wegen einer dringenden Reise in Reichsangelegenheiten versagt ist, heute dem Beginn der Beratung des Posthaushalts beizuwohnen. Ich erwarte ihn heute zurück und hoffe, wenn die Beratung heute nicht zu Ende geht, daß er in der Lage ist, selbst Stellung zu nehmen zu den verschiedenen Anregungen und Anfragen, die aus dem hohen Hause an die Verwaltung ergangen sind.

Wenn ich mir erlaube, hier auf einige dieser Fragen einzugehen, so möchte ich beginnen mit derjenigen, die am allermeisten jetzt die Öffentlichkeit beschäftigt, nämlich dem **Verkehrselend.** Die Herren Vorredner haben ja schon die Gründe, die die Verwaltung daran hindern, jetzt sofort Abhilfe zu schaffen, zum wesentlichen Teil erwähnt; es wird aber doch gut sein, wenn ich sie noch einmal kurz wiederhole.

Wir haben zwei Schwierigkeiten, im Postbeförderungsdienst den mangelhaften Zugverkehr, und im Telegraphen- und Fernsprechdienst das **Fehlen von Material** und von Apparaten infolge der Unfähigkeit der Fabriken, so schnell zu liefern, wie die Bestellungen an sie ergehen. Der Herr Berichterstatter hat namentlich darauf hingewiesen, daß die Verwaltung auch dazu übergehen müsse, das **Personal** zu vermehren. Personal haben wir genug eingestellt. Er hat wohl gemeint: das Beamten- (C) personal zu vermehren. Es ist ganz natürlich, daß wir mit nichtgeschulten Kräften, die wir jetzt zum großen Teil verwenden müssen, nicht das leisten können, wie mit unseren alten Beamten. Wir müssen leider von 320 000 Köpfen, die wir beschäftigen, über ein Drittel **Aushilfskräfte** verwenden. Wenn diese Aushilfskräfte auch bemüht sind, Gutes zu leisten, so können sie doch nicht das gleiche leisten wie Fachbeamte. Dazu kommt, daß wir ständig genötigt sind, in diesem Hilfspersonal einen Wechsel eintreten zu lassen. Wir haben eine ganze Reihe von Leuten, die wir während des Krieges beschäftigt haben, namentlich viel jugendliche und weibliche Kräfte, wieder aus dem Dienst entfernen müssen, nachdem die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zur Einstellung gelangten. Wir müssen also einigermaßen ausgebildete Kräfte gegen solche eintauschen, die wir erst wieder anlernen müssen. Das wird weiter so gehen. Selbstverständlich müssen wir für die Kriegsbeschädigten in erster Linie sorgen. Die Verwaltung, die bisher schon außerordentlich weit gegangen ist in der Richtung, muß damit weiter fortfahren, sie muß auch daran denken, daß die Kriegsgefangenen zurückkommen und beschäftigt werden sollen; es wird also ein ständiger Wechsel des Personals herrschen. Ich möchte bitten, auf diesen Umstand bei den Klagen über den Post- und Telegraphendienst Rücksicht zu nehmen. Eine Anlernung neuer Kräfte dauert Wochen und Monate.

Nun ist auch hingewiesen worden auf die **Unsicherheit im Postverkehr** und auf die Ersatzfälle. Da stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Taubadel vollkommen überein, daß wir dafür sorgen müssen, die Zuverlässigkeit des Personals und damit die Sicherheit des Verkehrs wieder zu heben. Ich teile seine Hoffnung, daß das allmählich gelingen wird; gleich auf einmal geht das nicht. Bedenken Sie, daß wir unseren ganzen großen Paketverkehr (D) fast ausschließlich auf Güterzügen vermitteln. Die Sendungen liegen tagelang auf den Bahnhöfen, wir können das nicht hindern, und trotz Heranziehung polizeilicher Hilfe ist es nicht gelungen, die Beraubung in großem Umfange, wie sie bei solchem Überlager vorgekommen ist, zu verhindern. Es wird auch notwendig sein, so hart das sein mag, zur Reinhaltung unseres Personals untreue Elemente nicht nur zu entfernen, sondern sie auch dauernd fernzuhalten.

(Sehr richtig!)

Daß diese Unsicherheit und Unpünktlichkeit im Verkehr nachteilig auf alle Kreise, besonders auf die Handels- und Gewerbekreise einwirkt, verkennen wir keinen Augenblick. Wenn aber jetzt, nachdem die Gebühren bei der Post erhöht worden sind, verlangt wird, daß damit auch die Arbeit besser wird, so ist das eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Die Gebühren sind erhöht worden, weil wir mehr ausgeben müssen, als wir einnehmen. Die Gründe, weshalb der Postverkehr noch nicht so gut funktioniert, wie wir es wünschen, hat mit der Gebührenfrage nichts zu tun.

In bezug auf die **Bezahlung der Aushilfskräfte** möchte ich dem Herrn Abgeordneten Taubadel folgendes erwidern. Wir bemühen uns und haben uns von jeher bemüht, bei der Bezahlung unserer Hilfskräfte in Einklang zu bleiben mit denjenigen Lohnsätzen, die für gleichartige Arbeiten von anderen Verwaltungen bezahlt werden. Der Herr Abgeordnete Taubadel hat insbesondere auf die Eisenbahnverwaltung hingewiesen. Es ist ja bekannt, daß die Eisenbahn Ende 1918 ihre Löhne ganz außerordentlich erhöht hat. Wir konnten, wie viele andere Verwaltungen, diesem Vorgehen nicht sofort folgen, der Unterschied ist nur nach und nach auszugleichen. Wie hoch unsere Lohnsätze sind, mögen Sie

(**Teucke**, Unterstaatssekretär im Reichspostministerium.)

(A) daraus entnehmen, daß jetzt in den allermeisten Orten die Hilfskräfte mehr bekommen als Beamte, und zwar sogar als mittlere Beamte, die 15 und 20 Jahre im Betriebe tätig sind.

(Hört! hört!)

Daß die einmalige Beschaffungsbeihilfe für das nicht im Beamtenverhältnis stehende Personal etwas niedriger festgesetzt worden ist als für die Beamten, ist infolgedessen sachlich durchaus gerechtfertigt.

Dann ist die Besserung der **Stellung der Postagenten** von mehreren der Herren Vorredner warm empfohlen werden; wir sollten dafür sorgen, daß der Postagent besser bezahlt werde, daß die Vergütung in anderer Weise festgelegt werde usw. Ich möchte darauf hinweisen, daß gestern hier auf eine kleine Anfrage hin schon eine ausführliche Mitteilung darüber gegeben worden ist. Die Verhältnisse liegen so, daß wir eine kleine Aufbesserung schon durch den Etat für 1919 gefordert haben, die aber nur dazu bestimmt war, Rückstände aus früherer Zeit zu beseitigen. Wir werden auch in dem Etat für 1920 — was ja schon zum Ausdruck gekommen ist — erhöhte Mittel für die Postagenten anfordern, und wir hoffen, daß die Reichsfinanzverwaltung uns diese Mittel zugestehen wird. Eins ist aber bei den von dem Herrn Abgeordneten Nacken angeführten Sätzen an Vergütung für Postagenten übersehen worden. Wir zahlen neben dieser Vergütung noch eine Kriegszulage, die ebenso hoch ist wie die Vergütung selbst. Es handelt sich also jetzt nicht um Sätze von 800, 900 und 1200 Mark, sondern um den doppelten Betrag.

Die vierteljährliche Gehaltszahlung, die von dem Herrn Abgeordneten Nacken befürwortet worden ist, wird schon lange von der Postverwaltung gewünscht. Der Herr Minister hat aber selbst in dem Ausschuß ausgeführt, daß man zweifelhaft sein könnte, ob die vierteljährliche (B) Gehaltszahlung für die Beamten von großem Vorteil ist. Im allgemeinen wird jetzt bei allen anderen Verwaltungen, namentlich in Preußen, das Gehalt vierteljährlich bezahlt. Die Beamtenschaft wünscht das auch im großen und ganzen selbst, und die Reichsfinanzverwaltung hat ihr gegenüber die Zusicherung gegeben, daß sie die vierteljährliche Gehaltszahlung auch im Reiche einführen wird, sobald die Geldverhältnisse es irgend gestatten. Die vierteljährliche Gehaltszahlung hat ganz zweifellos, abgesehen von der finanziellen Besserstellung der Beamten, die darin besteht, daß sie über das Vierteljahrsgehalt auf einmal verfügen können, auch den großen Vorteil, daß die Kassengeschäfte und das damit verbundene Schreibwerk vereinfacht werden.

Der Herr Abgeordnete Nacken hat uns ferner Ersparungen und **Vereinfachungen im Betriebe** empfohlen. Ich kann in Anknüpfung an Äußerungen des Herrn Ministers im Ausschuß erwähnen, daß der Herr Minister gewillt ist, auf diesem Gebiete mit der äußersten Energie vorzugehen. Ebenso ist er bereit, die Wohnungsfürsorge nach Kräften zu fördern.

Die **Frage der Schutzwagen**, die hier angeregt worden ist, und die sich namentlich darauf bezieht, daß vor kurzem wieder ein Unglücksfall bei Haltern vorgekommen ist, bei dem drei Postbeamte das Leben haben lassen müssen, hat uns veranlaßt, sofort mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten in Verbindung zu treten, damit die Einstellung von Personenwagen als Schutzwagen auf die unbedingt notwendigen Fälle beschränkt wird.

Der Herr Abgeordnete Taubadel hat, wie es in der Öffentlichkeit schon wiederholt geschehen ist, Klage darüber geführt, daß, obschon wir seit dem November vorigen Jahres in einem republikanischen Staate leben, an den Posthäusern immer noch die Schilder **„Kaiserliches Postamt“** angebracht sind. Meine Damen und Herren! Das liegt daran, daß diese Schilder sich nicht so leicht ersetzen (C) lassen. Wir müssen neue Schilder herstellen lassen, die unter den augenblicklichen Fabrikationsverhältnissen gar nicht zu bekommen sind; sie werden auch für eine ganze Zeit noch nicht zu bekommen sein. Anderseits sind diese Inschriften an den Häusern selbst fest angebracht, so daß die Entfernung auch Arbeiten erfordert, die wir unter den jetzigen Verhältnissen nicht ausführen lassen konnten, da Mangel an Handwerkern herrschte. Die Anordnungen zur Änderung der Inschriften sind aber von unserer Verwaltung schon lange gegeben worden.

Über den **Verkehrsbeirat** haben sich sowohl der Herr Abgeordnete Taubadel, als auch der Herr Abgeordnete Nacken geäußert und dabei den Wunsch ausgesprochen, daß noch verschiedene andere Mitglieder hinzugezogen werden möchten. Der eine hat mehr Mitglieder aus dem Handelsstand, aus den Erwerbsständen gewünscht, der Herr Abgeordnete Nacken auch sachverständige Beamte. Ich kann dazu erwähnen, daß wir mit der Neuzusammensetzung des Verkehrsbeirats, wie ihn die Verfassung jetzt vorsieht, augenblicklich beschäftigt sind, und daß die verschiedenen Wünsche auf diesem Gebiet nach Möglichkeit werden berücksichtigt werden. Was die Teilnahme von Abgeordneten betrifft, so sind die Fraktionen schon bei dem alten Verkehrsbeirat ersucht worden, Mitglieder namhaft zu machen, und es ist den Fraktionen unbenommen gewesen, dazu auch Beamte zu bestimmen.

Über den **Funkbetrieb** möchte ich kurz dem Herrn Abgeordneten Taubadel gegenüber erwähnen, daß die Verwaltung sicherlich nicht des Antriebes durch den Funkerbund bedarf, um alles daran zu setzen, den Funkbetrieb auf die möglichste Höhe zu bringen und ihn für die Beförderung von Telegrammen nutzbar zu machen. Wie aber schon angeführt worden ist, kann das Funkentelegramm das andere niemals ersetzen, weil dabei das Telegrammgeheimnis nicht gewahrt werden kann. (D)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Delius.

Delius, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Reichspostverwaltung ist während des Krieges aus einer Überschußverwaltung eine **Zuschußverwaltung** geworden. Die Ausgaben stiegen ganz gewaltig; diesen aber standen die geringen Einnahmen gegenüber, trotzdem die Leistungen der Post sehr stark gewachsen waren, gewachsen insofern, als die **Reichspostverwaltung** eine große Anzahl von **Leistungen für die Militärverwaltung** zu übernehmen hatte. Ich erinnere daran, daß die vielen Millionen von Briefen für das Feldheer, die Unzahl von Militärdienstsendungen und Telegrammen kostenlos befördert werden mußten. Angesichts dieser gewaltigen Leistungen ist es wohl angebracht, auch ein Wort des Dankes an die Postverwaltung und an die Beamten zu richten, die während der mehr als vier Kriegsjahre ihre ganze Kraft in den Dienst des Verkehrs gestellt haben.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun ist die Postverwaltung bestrebt gewesen, neue Überschüsse zu erzielen dadurch, daß eine **Erhöhung der Gebühren** vorgenommen wurde. Das bedeutet natürlich eine sehr beträchtliche Belastung des Verkehrs.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn man daran denkt, daß beispielsweise die Postkartengebühr auf das Dreifache gegenüber der Zeit vor dem Krieg und daß die Gebühr von Briefen auf das Doppelte erhöht worden ist, so kann man das deutlich ermessen. Aber besonders ist die Erhöhung der Telegramm- und Fernsprechgebühren infolge der hervorgetretenen Verkehrsmängel ins Gewicht gefallen.

Meine Partei hat bei der Beratung des Gesetzes über die Postgebühren auf dem Standpunkt gestanden,

(Delius, Abgeordneter.)

(A) daß wir uns nicht gegen die Erhöhung erklären könnten, weil im allgemeinen die Ausgaben der Reichspostverwaltung viel höher geworden seien; aber ich muß sagen, daß wir damals mit großem Widerstreben der Erhöhung der **Telegramm- und Fernsprechgebühren** zugestimmt haben. Wir haben den Standpunkt eingenommen, daß hier Leistung und Gegenleistung in das richtige Verhältnis gebracht werden müßten. Denn trotz der erhöhten Gebühr — das kann man heute feststellen — ist die Beförderung keine bessere und keine sichere geworden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Im Gegenteil, man wird behaupten können, daß in den letzten Monaten noch eine bedeutende Verschlechterung des Verkehrs eingetreten ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es unterliegt doch gar keinem Zweifel, daß eigentlich die Erhöhung der Fernsprech- und Telegrammgebühren nie eine doppelte gewesen ist,

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

sondern in Wirklichkeit eigentlich eine sechsfache; denn jedermann, der einigermaßen eilige Telegramme aufzugeben hat, schickt keine gewöhnlichen Telegramme, sondern gibt diese Telegramme als dringende auf

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

und muß infolgedessen die sechsfache Gebühr zahlen. Dasselbe ist bei Ferngesprächen der Fall.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei besteht die Gefahr, daß die Telegramme unter Umständen noch als Brief befördert werden. Einer meiner Fraktionsfreunde teilte mir noch soeben mit, daß neulich ein Gespräch von ihm von Ulm nach Berlin, hier an den Reichstag, erst nach 26 Stunden ausgeführt werden konnte. Das sind natürlich Mißstände, die dringend der Beseitigung bedürfen. Wir haben deshalb bei Beratung des Gebührengesetzes den Vorschlag gemacht, zunächst doch (B) einmal, solange diese Verkehrsmißstände andauern, die **dringende Gebühr** nicht auf das Dreifache, sondern auf das Doppelte anzusetzen, und wir bedauern, daß man diesen unseren Vorschlägen nicht zugestimmt hat. Das wäre doch vorläufig wenigstens ein annehmbarer Ausgleich gewesen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat die Postverwaltung unabhängig von den Gebühren, die auf gesetzlichem Wege erhöht sind, **im Wege der Verordnung** eine Reihe **weiterer Gebührenerhöhungen** vorgenommen. Es fällt dabei besonders auf, daß die ermäßigten Drucksachengebühren im Ortsverkehr verschwunden sind. Unter den neuen Gebühren ist der hervorstechendste Zug der, daß man es gut verstanden hat, die bisher noch unbezahlten Leistungen der Post mit Gebühren zu belegen. Gegen einen solchen Grundsatz sind an sich keine Einwendungen zu erheben. Es fragt sich aber, ob für die Ausstellung einer Postvollmacht, einer Abholungserklärung mit einer Gebühr von einer Mark und die Fachgebühr für Abholung von Postsendungen von jährlich 6 Mark die Leistungen richtig abgegolten sind.

Es unterliegt auf der anderen Seite gar keinem Zweifel, daß durch die Annahme des Postgebührengesetzes eine sehr erhebliche Vereinfachung des Betriebes eingetreten ist, eine Vereinfachung insofern, als jetzt **Porto und Bestellgebühr** einheitlich erhoben werden. Es wird dadurch der Postverwaltung bedeutend leichter, ihren inneren Betrieb zu regeln. Es lassen sich auch auf diese Weise — das will ich absolut nicht bestreiten — bedeutende Ersparnisse erzielen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß es notwendig ist, Ersparnisse bei der Postverwaltung zu erzielen, darüber wird ja wohl das ganze Haus mit mir einig sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir halten eine weitere **Vereinfachung des Betriebs** (C) für notwendig. Dazu muß man aber zunächst einmal geeignete Fachleute zusammenberufen und mit diesen Fachleuten beraten, wie diese Vereinfachungen zweckmäßig durchzuführen sind. Das darf nicht einseitig vom Ministerium aus erledigt werden; sondern es ist notwendig, daß auch Leute zu Rate gezogen werden, die jahrzehntelang im Betriebe stehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Da muß ich sagen, daß der **Postbeirat**, der da eingesetzt ist und sich mit Tariffragen zu beschäftigen hat, in all diesen Dingen doch nicht die richtige Stelle ist, weil in diesem Postbeirat Sachverständige aus den Kreisen der Beamten, also aus dem Betriebe, nicht vertreten sind.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Notwendig — und das hat einer der Herren Vorredner schon betont — ist vor allen Dingen auch eine **Verminderung des Schreibwerks.** Wer jahrzehntelang im Postbetrieb steht, wird ohne weiteres wissen, daß hier noch viel überflüssiges Schreibwerk geleistet wird. Welche **unnötigen Statistiken** werden beispielsweise noch im Postbetrieb angefertigt, Statistiken, die heute manchmal auf Glaubwürdigkeit nicht allzu großen Anspruch erheben können!

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn jeder, der einmal an Statistiken mitgearbeitet hat, wird wissen, daß das Bestreben dahin geht, ein möglichst günstiges Bild nach außen zu erwecken.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe in meiner langjährigen Praxis häufig die Erfahrung machen können, daß die Statistiken, die einen Rückgang des Verkehrs aufwiesen, sehr ungern von dem betreffenden Amtsvorsteher gesehen waren, daß man dann immer Nachforschungen angestellt hat und zu dem Ergebnis gekommen ist: diese Statistik kann nicht richtig sein, der Verkehr muß unter allen Umständen gewachsen sein. Es hätte ja (D) auch zu den peinlichsten Ermittlungen geführt, wenn diese Statistik zur Vorlage an der höchsten Stelle gekommen wäre.

Also hier kann jedenfalls noch manches gebessert werden. Die alte Ansicht, die noch bei vielen Vorgesetzten gang und gäbe ist, einen Stolz darin zu sehen, daß in ihrem Amtszimmer möglichst viel Schriftstücke abgefertigt sind, muß endlich verschwinden. Darin soll letzten Endes die Tätigkeit des Leiters eines großen Betriebes sich nicht erschöpfen, sondern seine Haupttätigkeit soll doch wohl die sein, einen mustergültigen Betrieb aufrechtzuerhalten. Da ist es notwendig, daß wir bei der **Reichspostverwaltung** mehr als bisher auch die **modernen Hilfsmittel verwenden.** Zum Teil ist es ja in den letzten Jahren schon geschehen. Noch viel mehr kann der Fernsprecher ausgenützt, die Schreibmaschine bei der Postverwaltung verwendet werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Umgestaltung des Kanzleiwesens muß endlich energisch in die Hand genommen werden. Es ist doch geradezu ein Unding, wenn höherbezahlte Kräfte an der Schreibmaschine beschäftigt werden, wie mir das in vielen Fällen bekannt ist, wo Postsekretäre ihre Tätigkeit darin erschöpfen, an der Schreibmaschine oder im Kanzleidienst tätig zu sein.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Unterstaatssekretär Teucke hat vorhin gesagt, daß auch die technischen Hilfsmittel von der Reichspostverwaltung ausgenutzt werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das noch in viel weiterem Umfange geschehen muß. In jeder Stadt, wo ein **elektrischer Straßenbahnbetrieb** vorhanden ist, muß die **Postverwaltung** sich diesen Betrieb nutzbar zu machen versuchen. Sie wird auf diese Weise ganz bedeutende Ersparnisse erzielen können.

(Delius, Abgeordneter.)

(A) Vor einigen Monaten ist die Nachricht durch die Zeitungen gegangen, daß die Postverwaltung **Autopostlinien** in großem Umfange einrichten würde. Ich gebe zu, daß das im gegenwärtigen Augenblick kaum möglich sein wird, weil ein Mangel an Benzin und an sonstigen Rohstoffen vorhanden ist. Sobald aber dieser Mangel behoben sein wird, möchten meine Freunde bitten, daß die Einrichtung der Autopostlinien zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Lande möglichst weitgehend durchgeführt wird.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben selbstverständlich notwendig, schon im Interesse unserer Finanzen, die größte Sparsamkeit walten zu lassen. Diese Sparsamkeit soll aber nach unserer Meinung nicht so weit gehen, daß etwa wichtige Verkehrseinrichtungen lahmgelegt werden. Gerade im Interesse von Handel und Industrie ist es notwendig, auch die Verkehrseinrichtungen leistungsfähig zu erhalten. Wir können eine weitere Verschlechterung der Verkehrseinrichtungen nicht mehr ertragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Verkehrseinrichtungen sind wahrhaftig schon schlecht genug. Es ist ja bedauerlich, daß die alte Exaktheit bei der Postverwaltung verschwunden ist. Ich kann die vielen berechtigten Klagen, die hier schon vorgebracht sind, nur unterschreiben. Wenn die Postverwaltung vorhin durch den Mund des Herrn Unterstaatssekretärs die Gründe vorgetragen hat, die angeblich für den mangelhaften Betrieb ausschlaggebend sind, so kann man dem im großen ganzen zustimmen. Es ist nicht zu bestreiten, daß eine Verschlechterung des Materials stattgefunden hat, daß die Post infolge des gewaltigen Anwachsens des Verkehrs nicht in der Lage war, den Verkehr so zu bewältigen, wie es notwendig gewesen wäre.

Gerade dieses Anwachsen des Verkehrs macht es für (B) Berlin besonders notwendig, daß Umgestaltungen in größerem Umfange vorgenommen werden. Es kann hier einmal gesagt werden, daß unter der Leitung des früheren Oberpostdirektors in Berlin in den letzten Jahren manches auf diesem Gebiete versäumt worden ist. Eine neue Kraft ist jetzt an die Spitze der **Oberpostdirektion in Berlin** getreten. Wir hoffen, daß dieser Herr in erster Linie berufen sein wird, den Verkehrsmißständen in Berlin zu steuern.

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch eine gewisse **Unlust des Personals** eingerissen ist, bei der allgemeinen Unlust nichts Absonderliches. Diese Unlust muß naturgemäß bekämpft werden. Das kann auch durch die soeben zur Einführung gekommenen Beamtenausschüsse geschehen. Gerade die Beamtenausschüsse haben die Pflicht, auf das Personal zu wirken, daß endlich die alte Pflichttreue und die alte Arbeitslust wieder Platz greifen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir unterstützen das Verlangen der Reichspostverwaltung vollständig, mehr **Beaufsichtigung**, namentlich **bei den Telephonämtern** durchzuführen. Ich kann sagen, daß ich im allgemeinen kein Freund von den vielen Aufsichtsposten bin, die bei den einzelnen Verwaltungen eingerichtet sind. Aber das Verkehrselend bei den Telephonämtern läßt leider einen anderen Weg kaum denkbar erscheinen. Es wird notwendig sein, daß mit äußerster Strenge gegen die lässigen Elemente eingeschritten wird, daß man auch die Aushilfskräfte, die nicht die nötige Arbeitsfreudigkeit aufzubringen verstehen, ohne weiteres aus dem Dienst entläßt.

Eine Erleichterung kann nach meinem Dafürhalten beim Telegraphenbetriebe auch dadurch eintreten, daß man, um die verzögerte Abtragung der Telegramme zu beheben, mehr als bisher die **Fernsprechleitungen zur Übermittlung der Telegramme** benützt. Das wird für (C) Berlin weniger in Frage kommen, für eine ganze Reihe von Großstädten schließlich auch nur in beschränktem Umfange, läßt sich aber durchführen für fast sämtliche mittleren und für die kleineren Städte. Da wird man auf diese Weise eine Beschleunigung erreichen.

Auch im **Postbetrieb** sind Mängel verschiedenster Art aufgetreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch diese Mängel auf mancherlei Zufälligkeiten und Folgen des Krieges zurückzuführen sind. Das Ausfallen der Züge sorgt schon allein dafür, daß der Postbetrieb sich nicht so glatt abwickeln kann, wie das eigentlich wohl erwünscht wäre.

Aber nicht bestritten kann auch eine ungeheure Fehlleitung der Postsendungen werden. Das liegt daran, daß wir viel zu wenig gutgeschultes Personal im Postbetriebe haben. Der Herr Unterstaatssekretär hat vorhin gesagt, daß von den 320 000 Beamten und Aushilfskräften etwa 160 000 **Aushilfskräfte** seien; also die Hälfte des gesamten Personals sind keine ständigen, gut ausgebildeten Beamten, sondern Aushilfskräfte. Die so angewachsene Zahl der Beamten und Aushilfskräfte ist ja durch die Zunahme des Verkehrs gerechtfertigt. Der Verkehr hat riesenhafte Dimensionen angenommen. Was wird beispielsweise jetzt nicht alles als Wertsendung durch die Post verschickt.

Das Publikum ist freilich zum Teil selbst mit schuld an diesem Verkehrselend. Bei dem Abschicken der Sendungen wird häufig die **Bezeichnung** nicht so vorgenommen, wie sie zur Auffindung **des Empfängers** notwendig wäre. Neulich ist mir auf meine kleine Anfrage mitgeteilt worden, daß allein im vorigen Jahre 88 000 unanbringliche Pakete bei der Post vorhanden waren, also Sendungen, die nicht in die Hände des Empfängers gelangen konnten, weil sie mangelhaft verpackt waren und infolgedessen schließlich zugunsten der Postunterstützungskasse verkauft werden mußten. Ebenso bedauerlich ist es, wenn (D) man sieht, daß namentlich die Sendungen nach Berlin äußerst mangelhaft bezeichnet werden. Bei einem einzigen Berliner Amte, beim Briefpostamte, sind 60 Beamte täglich beschäftigt, die weiter nichts zu tun haben, als die Briefe, die hier ohne nähere Bezeichnung eingehen, an die Adressaten durch Nachschlagen im Adreßbuch und in sonstigen Verzeichnissen zu bringen. Da kann man ungefähr ersehen, welche gewaltigen Kosten der Postverwaltung infolge der Lässigkeit des absendenden Publikums entstehen. Da wäre es wahrhaftig zu überlegen, ob man nicht eine Gebühr für diese Lässigkeit einführte. Vielleicht würde das etwas erzieherischer wirken.

(Sehr richtig!)

Während des Krieges ist eine Verschlechterung der **Briefbestellungen** wohl in allen Städten zu verzeichnen gewesen. Es wird mir mitgeteilt, daß man jetzt in Berlin beabsichtige, die Briefbestellungen weiter zu reduzieren. Ich möchte doch sehr zu erwägen geben, ob es gerade im gegenwärtigen Augenblick angebracht ist, noch die Briefbestellungen zu verringern. Im Gegenteil muß dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß in anderen Großstädten, in der Provinz, es unbedingt notwendig ist, mindestens eine täglich viermalige Briefbestellung wieder einzuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ebenso ist es gar nicht zu bestreiten, daß auch die **Briefkastenleerungen** wieder vermehrt werden müssen. Denn auch auf diese Weise wird es möglich sein, wenigstens die Ortssendungen regelmäßiger zum Abtrag bringen zu können, als es jetzt geschieht.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Besonders traurig liegen die Verkehrsverhältnisse in den Kleinstädten. Ich will im einzelnen nicht darauf ein-

(Delius, Abgeordneter.)

(A) gehen, sondern möchte nur wünschen, daß auch hier die Postverwaltung mit Verbesserungen recht bald kommt.

Wir haben das Vergnügen gehabt, in Weimar zu sehen, wie einige Sendungen auf dem Wege der Luftpost von Berlin nach Weimar befördert worden sind. Die Deutsche Luftreederei hatte zum erstenmal am 5. Februar einen Luftverkehr zwischen Berlin und Weimar eröffnet. Dieser Verkehr ist nachher weiter ausgedehnt worden auf die Städte Leipzig, Hamburg, Braunschweig, Hannover, Gelsenkirchen, Warnemünde, Swinemünde und einige Seebäder. Unter den ständigen Störungen durch die verschiedenen Streiks und infolge des Rohstoffmangels mußte ja wiederholt der **Luftpostverkehr** eingestellt werden. Leider ist er vom 1. August ab vollständig eingestellt worden, weil es nicht möglich war, der Deutschen Luftreederei die nötigen Stoffe zu liefern. Obgleich die Luftreederei überall vorstellig geworden ist, hat man den Bezinmangel nicht beheben können. Aber wie bedeutungsvoll dieser Luftpostverkehr doch immerhin gewesen ist, das geht daraus hervor, daß in der kurzen Zeit 20963 kg Briefpost, 57000 kg Zeitungen und über 5000 kg Pakete befördert worden sind. Wir möchten dem Wunsch Ausdruck geben, daß so schnell als möglich wieder versucht werden muß, den Luftpostverkehr einzurichten. Er würde in erster Linie mit geeignet sein, eilige Sendungen zwischen den großen Städten zu befördern und so auch der Postmisere in etwas steuern zu können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sehr lebhafte Klagen über schlechte **Postverbindungen mit dem besetzten Gebiet** sind uns namentlich in den letzten Tagen und Wochen unterbreitet worden. Noch gestern ist geklagt worden, daß wieder auf Tage hinaus der Verkehr nach dem Westen vollständig abgeschnitten ist. Da wäre doch einmal die Erklärung der Reichspostverwaltung erwünscht, ob seitens der Besatzungsbehörden hier (B) Schwierigkeiten gemacht werden oder worauf überhaupt der mangelhafte Verkehr zurückzuführen ist. Ebenso erwünscht wäre es, zu erfahren, ob denn jetzt der Postverkehr zwischen den besetzten Gebieten des Ostens und dem alten Deutschland wieder vollständig aufgenommen ist.

Der Herr Vorredner hat mit Recht darauf hingewiesen — und es ist auch vorhin in dem Bericht des Berichterstatters zum Ausdruck gekommen —, daß eine Hebung der Einnahmen der Postverwaltung stattfinden muß, und zwar dadurch, daß so schnell wie möglich die **Porto- und Telegrammgebührenfreiheit** abgeschafft wird. Ich will bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß seitens der militärischen und sonstigen Stellen, seitens der Kriegsgesellschaften jetzt die Ausnutzung der Gebührenfreiheit einen viel größeren Umfang angenommen hat als während des Krieges.

(Hört! Hört!)

Das ist zum Teil vielleicht darauf zurückzuführen, daß nicht nur reine Dienstsachen,

(Zuruf rechts: Parteisachen!)

sondern daß heute auch Privatsachen

(sehr richtig! rechts)

unter dem Siegel der Porto- und Telegrammgebührenfreiheit erledigt werden. Dagegen möchten wir uns doch ganz entschieden erklären, und wir wünschen, daß die Entschließung, die in der Kommission neulich angenommen ist, so schnell wie möglich durchgeführt wird.

Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht auch die Frage aufwerfen: beabsichtigt die Reichspostverwaltung, auch die **Portofreiheit** im militärischen Verkehr, also bei den **Reichswehrtruppen**, aufzuheben? Es war bis jetzt noch so, daß die Truppen Briefe an ihre Angehörigen kostenfrei senden konnten. Wir haben aber jetzt ein anderes Heereswesen als früher, und bei der doch immerhin günstigen Bezahlung der Reichswehrtruppen

(C) wäre doch die Frage sehr zu erwägen, ob man dieses Privileg weiter bestehen läßt oder nicht. Jedenfalls würde der Reichspostverwaltung durch die Aufhebung eine ziemlich bedeutende Einnahme erwachsen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Der **Postscheckverkehr** hat eine gewaltige Steigerung erfahren. Die Zunahme wird ja wohl auch noch in der nächsten Zukunft anhalten; sie wird dadurch gefördert werden, daß die Postanweisungsgebühren bedeutend erhöht sind. Es fragt sich nun, ob nicht der alte Wunsch meiner Freunde, der im alten Reichstag immer angeregt worden ist, jetzt der Verwirklichung entgegengeführt werden könnte, nämlich ob es nicht möglich ist, eine wenn auch nur geringe **Verzinsung der Scheckguthaben** einzuführen. Wenn man das erreichen könnte, dann würde zweifellos der Scheckverkehr noch einen weiteren Aufschwung erfahren.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Frage stellen, ob die Reichspostverwaltung nicht beabsichtigt, ein neues **Postscheckamt in Düsseldorf** zu errichten. Aus rheinischen Kreisen wird darüber geklagt, daß, da das Postscheckamt in Cöln zu dem besetzten Gebiet gehört, der Postscheckverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten rheinischen Gebiet sich nicht so abwickelt, wie es eigentlich erforderlich wäre. Deshalb wäre es durchaus berechtigt, für das nichtbesetzte rheinische Gebiet ein neues Postscheckamt in Düsseldorf zu errichten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Errichtung einer besonderen Abteilung für Funkentelegraphie im Reichspostministerium begrüßen wir ganz besonders. Wir freuen uns auch, daß man Fachleute an die Spitze der neuen Abteilung gestellt hat. Die **Funkentelegraphie** hat zweifellos noch eine große Zukunft. Wir sind aber mit der Reichspostverwaltung darin einig, (D) daß man sich vor übereilten Experimenten hüten sollte. Deswegen können wir uns auch nicht das Verlangen des sogenannten Funkerbundes zu eigen machen, wenn wir auch wollen, daß die Funkentelegraphie möglichst weiten Kreisen nutzbar gemacht wird. Immerhin sollten alle Vorschläge — auch die der Funker — genauerer Prüfung unterzogen werden.

Über die Beraubung und das **Abhandenkommen von Postsendungen** haben schon die beiden Herren Vorredner Ausführungen gemacht. Ich gehe nicht darauf ein, sondern möchte nur wünschen, daß dem Verlangen nach einer **Erhöhung der Entschädigungen** möglichst bald Rechnung getragen würde.

Im Postetat stehen erhebliche Summen für den **Bau neuer Postgebäude.** Soweit die Bauten nicht dringend sind, ist es notwendig, möglichste Zurückhaltung zu üben. Aber für **Berlin** wird diese Zurückhaltung nicht angebracht sein. Ich habe in den letzten Tagen eine Reihe Berliner Verkehrsanstalten besichtigt und muß sagen, daß hier unter allen Umständen Vergrößerungen notwendig sind. Hier darf wirklich nicht gespart werden; das liegt einmal im Interesse des Verkehrs, das liegt aber auch im gesundheitlichen Interesse der Beamten. Nun ist ja die Reichspostverwaltung bestrebt gewesen, Militärdiensträume zu erhalten, und hat sich bemüht, das Gebäude des Reichsmilitärgerichts zu bekommen. Da ist nun der Reichspostverwaltung erklärt worden, ein Teil des Reichsmilitärgerichts, und zwar die Wohnung des Präsidenten, müsse für einen Herrn, der in einer Kriegsgesellschaft einen hohen Posten einnimmt, zur Verfügung gestellt werden.

(Hört! hört!)

Ich meine, jetzt, wo wir mit einer allgemeinen Wohnungs- und Raumnot zu rechnen haben, sollte man die Gebäude, die dem Reiche gehören, doch in erster Linie für Verkehrszwecke zur Verfügung stellen.

(Delius, Abgeordneter.)

(A) Ich möchte die Postverwaltung bitten, ihr Augenmerk auch auf die kleineren Städte zu richten und hier den Bau von Postämtern selbständig in die Hand zu nehmen, weil es privaten Unternehmern nicht möglich ist, bei der gegenwärtigen Lage dort die notwendigen Posthäuser zu errichten.

Meine Damen und Herren! Voraussichtlich am 1. April 1920 sollen die bayerische und württembergische Postverwaltung vom Reich übernommen werden. Wir freuen uns, daß wir endlich eine einheitliche Postverwaltung im Deutschen Reich bekommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei möchte ich aber auch sagen, daß die bayerische und württembergische Postverwaltung in mancher Beziehung der Reichspostverwaltung in früheren Jahren vorbildlich gewesen sind, und wir wünschen die Verkehrsverbesserungen der württembergischen und bayerischen Postverwaltung auch von der Reichspostverwaltung übernommen zu sehen. Es ist unser Wunsch, daß die Beamten von Bayern und Württemberg, die nun Reichsbeamte werden sollen, keinerlei Schädigungen erfahren.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Allerdings sprechen wir dabei die Bitte aus, daß vor Torschluß nicht noch etwaige Bevorzugungen bei der bayrischen und württembergischen Postverwaltung hinsichtlich der Beamten vorgenommen werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Beamtenschaft der Reichspostverwaltung ist in organisatorischer Hinsicht während der letzten Jahrzehnte die fortgeschrittenste gewesen, und daraus hätte man eigentlich entnehmen sollen, daß ein gutes Zusammenarbeiten zwischen der Verwaltung und der Beamtenschaft schon in früheren Jahren sehr wohl möglich gewesen wäre. Leider ist das nicht der Fall gewesen. Unter dem früheren Staatssekretär Kraetke ließ dieses (B) Zusammenarbeiten mehr als alles zu wünschen übrig. Man kann ruhig sagen, das war eine Ära verknöcherten Bureaukratismus, stark antisozialer Gesinnung und Unterdrückung der Persönlichkeitswerte. Man fragt sich heute, wie es überhaupt möglich gewesen ist, ein solches System so lange aufrecht zu erhalten. Freilich, die Parteien, die damals an der Herrschaft waren, haben diesem System zugejubelt, sie, die jetzt vorgeben, besonders die Interessen der Beamten zu vertreten. Da konnte von einer Mitberatung, geschweige einer Mitbestimmung des Personals gar keine Rede sein, und es bedeutete ein kühnes Unterfangen, wenn etwa ein mittlerer oder unterer Postbeamter irgendeine öffentliche Tätigkeit ausübte. Wie wurde da häufig eine Nadelstichpolitik gegenüber diesen Männern getrieben, die in der Öffentlichkeit für ihre Berufskollegen oder für die allgemeinen Volksinteressen eintraten. Unter dem Staatssekretär Rüdlin ist in der kurzen Zeit vieles besser geworden, und was jahrzehntelang in den Postbeamtenorganisationen ersehnt wurde, dem ist jetzt der Weg geebnet worden. Jetzt hat die Beamtenschaft endlich den Einfluß erlangt, den sie so lange erstrebt hat. Der Beamtenbeirat bei dem Reichspostamt ist in Tätigkeit getreten, und man kann sagen, daß dort gute Arbeit geleistet worden ist dank der maßvollen Einsicht der Führer und dank dem sozialen Empfinden des gegenwärtigen Postministers. Wir als Abgeordnete haben alle Veranlassung, uns mit dieser Einrichtung vollständig einverstanden zu erklären. Wir werden alle froh sein, daß uns durch diese Einrichtung eine Menge von Kleinkram und Beschwerden vorenthalten bleiben, die wir sonst bei Beratung des Postetats hier zur Sprache bringen mußten. Wir wollen nur wünschen, daß dieses verständnisvolle Zusammenarbeiten auch in Zukunft anhält

Es gibt dann Ausschüsse für die einzelnen Bezirke. Dabei möchte ich den Wunsch aussprechen, daß diese Ausschüsse auch berufen sein möchten, bei den Prüfungen (C) des Personals mitzuwirken. Ich komme darauf, weil am 31. August dieses Jahres der preußische Eisenbahnminister Anordnungen in diesem Sinne hat ergehen lassen. Es heißt darin, daß bei den Prüfungen die Fachverbände und Vereine oder deren Ortsausschüsse für jeden Prüfungsausschuß drei Beamte namhaft zu machen haben, aus denen die Eisenbahndirektion und der Amtsvorstand das Mitglied des Prüfungsausschusses und dessen Stellvertreter auszuwählen haben.

Die Ortsausschüsse, die bei den einzelnen Ämtern eingerichtet sind, haben ebenfalls in verständnisvollem Zusammenwirken mit der Amtsleitung meistens gute Arbeit geleistet. Ich habe vielfach Gelegenheit genommen, nicht nur die Beamten, sondern auch das Aushilfspersonal zu befragen, wie sie denn mit der Tätigkeit der Ausschüsse einverstanden seien, und fast ausnahmslos ist immer wieder erklärt worden, daß jetzt ein gutes Zusammenarbeiten möglich ist. Auch die Mitglieder des Ausschusses haben immer wieder bestätigt, daß sie in ausgezeichneter Weise mit ihren Amtsvorstehern zusammenarbeiten können. Wir freuen uns, daß dieser Zustand endlich Platz gegriffen hat. Die Einrichtung darf natürlich nicht so weit führen, daß die Amtsführung und der Dienstbetrieb etwa beeinträchtigt werden. Aber vernünftige Beamte denken schließlich nicht daran. Autorität und Unterordnung müssen auch im neuen Staate gelten und können erst recht bei der Reichspostverwaltung nicht entbehrt werden.

Eine große Zahl von Vorgesetzten hat sich überraschend schnell auf die neuen Verhältnisse eingestellt. Aber es gibt natürlich auch Ausnahmen, die sich an die neuen Zustände nicht gewöhnen können, und da meine ich, für solche höheren Beamten ist eigentlich jetzt kein rechter Platz mehr vorhanden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie sollten endlich einsehen, daß ihre Zeit vorüber (D) ist, und das neue Gesetz, das wir neulich verabschiedet haben, das den Beamten, die über 65 Jahre alt sind, noch einen Zuschuß zu ihrer Pension gibt, sollte ihnen nun Veranlassung bieten, sich in den wohlverdienten Ruhestand zu begeben. Die Reichspostverwaltung hat vor wenigen Tagen eine dahingehende Verfügung erlassen, und wir wollen hoffen, daß nun auch in ausgiebiger Weise davon Gebrauch gemacht wird.

Aber diese überalterten Beamten sind ja nicht lediglich bei den höheren Beamten, sondern auch in den Kreisen der mittleren und unteren anzutreffen. Auch hier ist es notwendig, daß möglichst schnell zu einer weitgehenden Pensionierung der älteren Beamten geschritten wird. Freilich wird man da mit Vorsicht zu verfahren haben. Man wird die einzelnen Verhältnisse besonders zu prüfen haben, und wo sich vielleicht ergibt, daß der Beamte noch leistungsfähig ist, mag man ihn noch ruhig seines Amtes walten lassen, wenn der Pensionierung etwa wichtige Familieninteressen entgegenstehen.

Notwendig ist vor allen Dingen aber auch, daß wir uns im nächstjährigen Etat mal ernstlich mit der Frage beschäftigen, ob denn die Einrichtung der Vizepostdirektorenstellen weiter bestehen bleiben kann oder nicht. Es ist doch nach meinem Dafürhalten ein Unding, wenn auf einem einzigen Berliner Amte sechs Vizepostdirektoren vorhanden sind.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Gewiß ist damals die Einrichtung geschaffen worden zu dem Zweck, die höheren Beamten unterzubringen, und wir unterstützten ein solches Bestreben. Aber es muß sobald wie möglich wieder davon abgekommen werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Entschließung zurückkommen, die der Haushaltskommission unterbreitet war und, von deutschnationaler Seite ausgehend, ver-

(Delius, Abgeordneter.)

(A) langte, daß den sogenannten **Militärpostdirektoren** die völlige gehaltliche Gleichstellung mit den übrigen Postdirektoren zugestanden werden solle. An sich wäre es, nachdem die kleine Besoldungsnovelle verabschiedet worden ist, durchaus gerecht, wenn hier eine Gleichstellung vorgenommen würde; aber andererseits wird man sagen müssen, daß das ganze System der Militärpostdirektoren sehr reformbedürftig ist. Es wird sich in Zukunft vielleicht empfehlen, solche Stellen nicht mehr einzurichten, sondern die kleineren Ämter besonders befähigten mittleren Beamten zu übertragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und da komme ich auf einen Punkt, der mir besonders wichtig erscheint: das ist die **Ausbildung des Personals.** Früher hat die Reichspostverwaltung für die Ausbildung des Personals nur sehr wenig getan. Den Beamten war keinerlei Gelegenheit zur Vorbereitung für ihre Prüfung gegeben; da war es natürlich für den einzelnen auch sehr schwer, sich weiter vorwärts zu bringen. Und gerade jetzt, wo das Wort geprägt ist „Freie Bahn dem Tüchtigen", wo in nächster Zeit eine größere Umwandlung der Beamtenverhältnisse zu erwarten steht, halte ich es für zweckmäßig, daß mehr als bisher für die Ausbildung des Personals getan wird. Man soll dem Personal selbst seine Ausbildung nicht völlig überlassen, sondern seitens der Verwaltung in größerem Umfange dafür sorgen.

„Freie Bahn dem Tüchtigen" steht bei der Postverwaltung zum Teil nur erst auf dem Papier. In anderen Verwaltungen haben wir den Zustand, daß schon eine ganze Reihe von mittleren Beamten in höhere Beamtenstellen befördert worden ist. Sollte es denn bei der Postverwaltung keine mittleren Beamten geben, die die Fähigkeit haben, auch in höhere Beamtenstellen aufzurücken! Ich glaube, es gibt eine ganze Anzahl von (B) Leuten, die sich dazu eignen, selbst wenn sie nicht den akademischen Doktorgrad aufzuweisen haben.

Damit komme ich zu einem Punkt, der besonders von der Postverwaltung jetzt eifrig behandelt wird: das ist die neue **Personalreform.** Es fällt mir nicht ein, auf Einzelheiten einzugehen. Zunächst hatte die Reichspostverwaltung Richtlinien den Beamtenorganisationen unterbreitet. Die Beamtenorganisationen haben dazu Stellung genommen, und nun wird die Reichspostverwaltung zu entscheiden haben, wie der weitere Ausbau zu erfolgen hat. Ich möchte nur ganz kurz sagen, daß, wenn eine Personalreform stattfindet, wir wünschen, daß ein **Aufstieg aller Beamten** möglich ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

nicht nur auf Grund einer Überspannung des Prüfungswesens, sondern praktische Erfahrungen und besondere Eignung sollen auch nicht unberücksichtigt bleiben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Schädigungen der vorhandenen Beamten müssen nach Möglichkeit vermieden werden, aber engherziger Standesdünkel darf kein Hindernis für den Aufstieg sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Da kann ich gerade dem Vorschlag des Herrn Kollegen Nacken, noch eine zweite Prüfung für die Postbeamten in Zukunft beizubehalten, nicht zustimmen. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß hier eine Gleichartigkeit der Personalverhältnisse zwischen dem Reich und Preußen herbeigeführt werden muß, und ich glaube, gewiß nicht zuviel zu sagen, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß die Verhältnisse in Preußen sich durchaus bewährt haben. Ein Aufstieg aller, also auch der Frauen, soll stattfinden,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

allerdings nur ein Aufstieg der Frauen, wenn die gleichen Leistungen und die gleichen Vorbedingungen gegeben sind.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Einigermaßen unangenehm hat es mich berührt, daß jetzt bei der Reichspostverwaltung einige verheiratete Frauen aufgefordert worden sind, das Verhältnis zur Reichspostverwaltung zu lösen,

(hört! hört!)

namentlich solche Frauen, die sich während des Krieges mit Kriegsteilnehmern verheiratet haben. Der Herr Reichspostminister hat neulich im Haushaltungsausschuß gesagt, daß noch keine endgültige Entscheidung im Ministerium getroffen sei. Ich muß sagen, daß diese Entscheidung auch gar nicht notwendig ist;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

denn nach Art. 128 der Reichsverfassung stehen den Frauen dieselben Rechte zu wie den Männern. Infolgedessen unterliegt es keinem Zweifel, daß in Zukunft **verheiratete Frauen bei der Postverwaltung** beschäftigt werden können; es kann nur darüber Streit sein, ob es vom dienstlichen Standpunkt aus zweckmäßig ist, verheiratete Frauen zu beschäftigen. Aber diese Frage steht nicht zur Entscheidung. Nachdem dieser Artikel der Reichsverfassung angenommen ist, muß nach meinem Dafürhalten streng danach verfahren werden. Da muß ich sagen, daß hinsichtlich der Frauen noch manches geschehen kann, namentlich was die **Bezahlung der weiblichen Angestellten** bei den kleineren Postämtern, bei Postämtern 3, anbetrifft. Es ist ein durchaus berechtigter Wunsch des Verbandes der Postbeamtinnen, wenn sie in ihren Eingaben immer wieder darauf hinweisen, daß die weiblichen Angestellten bei den kleineren Ämtern möglichst mit denen bei den größeren gleichgestellt werden sollten.

Meine Damen und Herren! Im Ausschuß und in der Beamtenpresse wird viel darüber geklagt, daß die **Anstellungsverhältnisse des Personals** zurzeit schlecht sind, nicht nur bei den mittleren, sondern auch bei den unteren Beamten. Ich gehe im einzelnen nicht darauf ein, sondern spreche nur den Wunsch aus, daß es möglich ist, vom (D) nächsten Jahre ab die Anstellungsverhältnisse wesentlich zu verbessern.

Durch die Einführung des achtstündigen Dienstes sind der Reichspostverwaltung erhebliche Ausgaben erwachsen. Es bedarf keiner Betonung, daß die Beamtenschaft über den neuen Zustand besonders befriedigt ist. Jetzt werden Wünsche laut, die **Sonntagsruhe** noch weiter zu verbessern. Wir treten dafür ein, daß die Sonntagsruhe des Personals nach Möglichkeit verbessert wird, können uns aber nicht auf den Standpunkt eines Teiles des Personals stellen, Sonntags eine völlige Stillegung des Betriebes eintreten zu lassen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Das liegt nicht im Interesse des Verkehrs, ist aber auch aus Gründen des Betriebes direkt unmöglich.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt, daß eine große Zahl alter Beamten in der Postverwaltung vorhanden ist, und ich möchte hier nur noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß die noch vorhandenen **älteren Beamten,** die noch als dienstfähig befunden werden, möglichst in leichteren Dienststellen beschäftigt werden; denn es ist bekannt, daß in manchen Ämtern auf das Dienstalter der Beamten nicht genügend Rücksicht genommen wird.

Der Herr Reichspostminister hat neulich im Ausschuß die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß die Reichspostverwaltung ein **Lebensmittelbeschaffungsamt** eingerichtet habe. Unter den früheren Staatssekretären ist während des Krieges in dieser Beziehung gar nichts oder nur wenig geschehen, während alle größeren Betriebe, namentlich die Eisenbahnverwaltung, ihr Personal mit Lebensmitteln versorgten. Erst im letzten Kriegsjahr ist das teilweise besser geworden. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck

(**Delius**, Abgeordneter.)

(A) geben, daß die Reichspostverwaltung sich hier die preußische Eisenbahnverwaltung zum Vorbild nimmt und für ihr Personal namentlich im Winter sorgt, und zwar dadurch, daß sie wärmende Suppen und Getränke zum Selbstkostenpreise abgibt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist notwendig namentlich auf den großen Bahnhöfen, wo ja Tag und Nacht ein gewaltiger Postbetrieb herrscht und zahllose Beamte beschäftigt sind.

Ich will nicht auf die Frage der **Postagenten** eingehen, die schon von den Herren Vorrednern behandelt worden ist. Nur eins möchte ich dabei sagen. Wenn die Reichspostverwaltung in Zukunft Postagenturen neu besetzt, sollte sie doch in erster Linie die Kriegsbeschädigten berücksichtigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Da bietet sich in der Tat die Gelegenheit, eine große Zahl von Kriegsbeschädigten unterzubringen. Überhaupt könnte die Verwaltung noch viel mehr Kriegsbeschädigte einstellen, als es bis jetzt geschehen ist. Ich habe neulich ein Gespräch mit dem Leiter eines der größten Postbetriebe in Berlin gehabt, der mir ausdrücklich bestätigte, daß mit den **Kriegsbeschädigten bei der Postverwaltung** die allerbesten Erfahrungen gemacht worden sind. Das sollte uns dazu führen, in möglichst weitgehendem Umfange Kriegsbeschädigte anzustellen. Dazu wird natürlich notwendig sein, einen Teil des Aushilfspersonals zu entlassen. Wir wünschen aber, daß hier mit größter Rücksicht verfahren wird. Andererseits müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die weiblichen Elemente, die bei der Post beschäftigt sind und die nicht unbedingt selbst für ihre Erhaltung zu sorgen haben, doch möglichst Kriegsbeschädigten Platz machen sollen.

Es ist hier bemängelt worden, daß den Hilfskräften nicht die **Beschaffungszulage** in demselben Umfange zuge-(B)standen worden ist wie den Beamten. Ich stimme mit dem Herrn Unterstaatssekretär darin vollständig überein, daß es durchaus richtig ist, einen Unterschied zu machen. Bei der hohen Entlöhnung der Aushilfskräfte gegenüber den Beamtengehältern war es durchaus angebracht, wenn hier ein Unterschied gezogen wurde.

Besonders sympathisch hat uns berührt, daß die Postverwaltung mit den Angestellten- und Arbeiterorganisationen feste **Tarifverträge für das Aushilfspersonal** abschließt. Aber ich möchte dabei bemängeln, daß nur gewisse Verbände dabei berücksichtigt werden. Beispielsweise wird bei den Angestellten nur der „Zentralverband der Angestellten“ zu den Verhandlungen hinzugezogen; mit den übrigen Verbänden der Angestellten werden keine Tarifverträge abgeschlossen, und da ist es sehr zu wünschen, daß auch der „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ als gleichberechtigte Organisation angesehen wird.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte über die Stellung der **Postwagen als Schutzwagen!** Ein schreckliches Eisenbahnunglück, das am 20. September auf der Strecke Cöln-Hamburg passiert ist, hat eine große Anzahl von Postbeamten schweren Schaden leiden lassen. Drei Beamte haben dabei den Tod gefunden. Der Herr Unterstaatssekretär hat vorhin gesagt, die Reichspostverwaltung sei an die Eisenbahnverwaltung erneut herangetreten, und die Eisenbahnverwaltung habe zugestanden, daß soweit als tunlich auch die Wünsche der Postverwaltung berücksichtigt werden sollen. Ja, das bedeutet aber keine Abkehrung von den bisherigen Gepflogenheiten. Denn in § 56 der Eisenbahnbetriebs- und Verkehrsordnung heißt es:

> Bei Stellung des Postwagens ist auf die Bedürfnisse des Postdienstes Rücksicht zu nehmen, soweit es der Bahnbetrieb gestattet. Auch ist, soweit tunlich, zu vermeiden, ihn als Schutzwagen (C) zu verwenden.

Also das steht hier schon drin, was jetzt die Reichspostverwaltung als Bescheid von der Eisenbahnverwaltung bekommen hat. Wir müssen durchaus verlangen, daß hier die Eisenbahnverwaltung den Wünschen der Postverwaltung und den seit Jahrzehnten erhobenen Forderungen des Personals endlich Rechnung trägt. Deshalb empfehlen wir die vorliegende Entschließung zur Annahme.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Ich sehe — und konnte das hier feststellen —, daß die Reichspostverwaltung bestrebt ist, die berechtigten Wünsche des Personals zu erfüllen. Daß jetzt endlich ein freier Zug in der Postverwaltung herrscht, wird gerade von meiner Partei, die wir immer Vorkämpfer für die Rechte der Beamten gewesen sind, freudig begrüßt. Wir werden stets für die Beamten alles tun, auch in wirtschaftlicher Beziehung. Wir werden uns für ihre Wünsche und Forderungen einsetzen, soweit diese Wünsche und Forderungen mit dem Allgemeininteresse verträglich sind. Wir hoffen aber auch, daß das Verhältnis zwischen dem Personal und der Postverwaltung ein immer innigeres werde. Eine Beamtenschaft, für deren Wünsche und Beschwerden man das richtige Verständnis hat, wird den hetzerischen Bestrebungen in ihren Reihen keinen Raum gewähren, sondern in verstärktem Maße die alte Berufsfreudigkeit und Pflichttreue betätigen und so ihrerseits durch treue Arbeit ein redlich Teil zum Wiederaufbau unseres schwer geprüften Vaterlandes beitragen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Deglerk.

Deglerk, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (D) Wie der größten Betriebsverwaltung im Deutschen Reich, der Preußischen Staatseisenbahnverwaltung, haben Krieg und Revolution auch der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ihre Spuren tief eingegraben. Die einst weltberühmte Verwaltung, deren Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Schnelligkeit und Findigkeit geradezu sprichwörtlich geworden waren, steht heute nicht mehr auf ihrer alten Höhe. Viele Klagen werden laut, ganz besonders im Telegraphen- und Fernsprechwesen. Es haben sich da Zustände herausgebildet, die von der Geschäftswelt äußerst unangenehm und störend empfunden werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir uns den Haushalt der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ansehen und ihn einmal mit dem Haushalt des Rechnungsjahres 1913, des letzten Friedensjahres, in Vergleich setzen, so fällt dieser Vergleich sehr zuungunsten des neuen Haushalts aus. Das gewaltige Anschwellen der Passiva zeigt, daß auch die Postverwaltung von der allgemeinen Teuerung nicht verschont geblieben ist. Unter Einrechnung des uns vorgelegten Ergänzungsetats sind gegen 1913 die fortdauernden Ausgaben von 699 Millionen — ich nehme runde Zahlen — auf 1071 Millionen, also um rund 370 Millionen gestiegen. Der größte Teil dieser **Ausgabensteigerung** entfällt auf die Betriebsverwaltung. An den Mehrausgaben der Betriebsverwaltung sind die persönlichen Ausgaben in höherem Maße beteiligt als die sächlichen. Bei den einmaligen Ausgaben ist ein Mehr von 50½ Millionen zu verzeichnen. Der außerordentliche Haushalt zeigt eine ganz besonders starke Steigerung; er ist von 35 auf 160 Millionen, also um 125 Millionen gestiegen.

Mit dieser gewaltigen Steigerung der Ausgaben haben die Einnahmen nicht gleichen Schritt gehalten. Zur Herstellung des Gleichgewichts war es daher nötig, die

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) Postgebühren wiederholt zu erhöhen. Die letzte Erhöhung ist erst vor kurzem in Weimar beschlossen worden.

War vor dem Kriege das Streben auf eine Verbilligung des Verkehrs gerichtet, so müssen wir jetzt zu unserm Bedauern bei den Verkehrsverwaltungen — sowohl bei der Eisenbahn wie bei der Post — das Bestreben wahrnehmen, den Verkehr zu verteuern und ihn damit zu erdrosseln. Wir sind jetzt glücklich bei **Postgebühren** angelangt, wie sie in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts erhoben wurden. Einen Fortschritt wird man das beim besten Willen nicht nennen können. Angesichts dieser gewaltigen Verteuerung der Postgebühren muß an die Postverwaltung die ganz entschiedene Forderung gerichtet werden, wenigstens dafür Sorge zu tragen, daß geordnete Verhältnisse im Postbetrieb einkehren.

Nach den sehr ausführlichen Darlegungen des Herrn Vorredners, der uns aus dem reichen Schatz seiner praktischen Erfahrung ein anschauliches Bild der Zustände auf dem Gebiete der Reichspostverwaltung gegeben hat, kann ich es mir ersparen, Ihnen eine Unzahl von Einzelfällen vorzuführen. Nur auf einen Fall, der besonders kraß ist, möchte ich hinweisen. Einer meiner Freunde hat ein Telegramm erhalten, das von Bayreuth bis Dresden dreieinhalb Tage gebraucht hat.

(Hört! hört! rechts.)

Ich meine, das geht nun doch wohl über das Maß des Erträglichen hinaus. Eine derartige **Verzögerung im Telegrammverkehr** kann zu den schwersten geschäftlichen Nachteilen führen, und es scheint mir hier unerläßlich, daß aufs schärfste eingegriffen wird. Derartige grobe Verzögerungen kann die Geschäftswelt nicht ertragen.

Die Beförderung von Telegrammen mit der Post hat einen sehr großen Umfang angenommen, wie uns der Herr Vertreter des Reichspostministeriums im Ausschuß zu-

(B) gegeben hat. Es wurde von dem Herrn Regierungsvertreter erklärt, daß man die Beförderung von Telegrammen mit der Post nicht ganz vermeiden könne. Ich will dem nicht widersprechen; aber zwischen dem Ganzvermeiden und dem Beinahe-zur-Regel-werden der Beförderung von Telegrammen mit der Post ist doch ein sehr wesentlicher Unterschied! Ich meine, diese Einrichtung muß auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Ich möchte daher an die Postverwaltung die dringende Bitte richten, diesen Übelstand nach Kräften zu beseitigen.

Auch im **Fernsprechverkehr** wollen die Klagen gar nicht verstummen. Die Geduld der Anschlußinhaber wird auf eine harte Probe gestellt. Es wäre ungerecht, die Schuld an diesen Mißständen einzig und allein der Leitung der Verwaltung und ihrem Personal in die Schuhe zu schieben. Es ist ganz natürlich, daß das Telegraphen- und Fernsprechnetz im Laufe des Krieges nicht mit der Sorgfalt unterhalten werden konnte, wie es im Frieden üblich war. Es ist verständlich, daß der Ausbau des Netzes nicht in demselben Umfange wie in Friedenszeiten vorgenommen werden konnte und daß unter den erschwerten Verhältnissen, die der Krieg mit sich gebracht hat, der Ausbau des Netzes stark hinter den Anforderungen des Verkehrs zurückgeblieben ist. Nachdem wir nun in den Friedenszustand eingetreten sind, wird es hoffentlich dem Herrn Reichspostminister bald gelingen, die Schwierigkeiten zu meistern und geordnete Verhältnisse herbeizuführen.

Es ist bereits von einigen der Herren Vorredner erwähnt worden, daß eine durchgreifende großzügige **Verwaltungsreform** im Bereiche der Reichspostverwaltung nicht nur erwünscht, sondern dringend notwendig ist. Der Herr Vorredner hat uns gezeigt, wie schwerfällig zum Teil noch die Verwaltung arbeitet. Bei dieser Verwaltungsreform wird auch darauf gesehen werden müssen, daß nicht Dienstleistungen einfacher Art, die von weniger geschulten Kräften ebensogut wie von besser bezahlten

(C) Kräften ausgeführt werden können, von diesen hochbewerteten Kräften verrichtet werden.

Wir stehen ja jetzt vor der Verreichlichung der Eisenbahnen. Die Entwicklung wird es vermutlich ganz von selbst mit sich bringen, daß die beiden Verwaltungen, Eisenbahn und Post, wenn sie erst einmal beide dem Reich gehören, einander näherkommen. Vielleicht wird sogar der Fall eintreten, daß in kleineren Orten, speziell auf dem Lande, sich einfache Dienstgeschäfte zusammenlegen und nur von einer der Verwaltungen ausführen lassen. Das würde zu einer wesentlichen Ersparnis in der Verwaltung führen.

Die Verwaltungsreform darf selbstverständlich niemals zu einer Verschlechterung der **Dienst-, Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse des Personals** führen.

(Sehr richtig! rechts.)

Man wird den Postbeamten gern und freudig für ihre Leistungen während des Krieges das höchste Lob zollen. Man wird ihnen auch die Anerkennung nicht versagen können, daß sie sich auch in der Revolutionszeit ihrer Pflicht bewußt gewesen sind und nicht wenig dazu beigetragen haben, daß das Reichsschiff in dieser sturmbewegten Zeit vor dem Untergang bewahrt geblieben ist. Freilich kann eine so stürmische Zeit wie die gegenwärtige auch an dem Beamtenkörper einer großen Verwaltung nicht ganz spurlos vorübergehen. Man spricht jetzt so viel von der Arbeitsunlust der Beamten. Gewiß ist die Arbeitslust nicht mehr so groß wie früher. Man wird zugeben müssen, daß der zersetzende Geist, der in weite Kreise unseres Volkes eingezogen ist, auch die Postbeamtenschaft nicht völlig verschont hat. Aber wer arbeitet denn jetzt noch mit der Lust und Freudigkeit, mit der früher gearbeitet worden ist? Die Not der Zeit lastet besonders schwer auf den Beamten. Die mehrjährige Unterernährung hat ihre Arbeitskraft verringert, ihre Spannkraft hat nachgelassen. Das

(D) auch jetzt noch kärgliche Einkommen reicht gerade hin, um notdürftig das Leben zu fristen. Mit wachsender Sorge beobachtet das Personal, daß die Preise, deren Senkung vor gar nicht langer Zeit von seiten der Regierung in Weimar in bestimmte Aussicht gestellt worden ist, statt zu sinken immer höher und höher klettert. Diese Erscheinung trübt recht sehr die Freude über die einmalige Zulage, die man den Beamten bewilligt hat. Was wollen 500 Mark bedeuten, wenn man heute für ein Paar Schuhe 200 Mark zahlen soll! Unter diesen Umständen wird die Zulage recht bald aufgezehrt sein. Und wo sollen Lust und Liebe zur Arbeit herkommen, wenn von Regierungsseite in der Nationalversammlung das Gespenst des Staatsbankerottes an die Wand gemalt wird! Dem Beamten muß vor der Zukunft bange werden. Er würde ja dann, wenn dieser Fall, vor dem uns Gott behüte, eintreten sollte, vor dem grauen Elend stehen.

Dann muß es in der Beamtenschaft befremden, ja es muß lebhafte Unzufriedenheit erwecken, wenn die Beamten erfahren, welche hohen Bezüge die Reichsregierung den in den Zentralstellen, den Kriegsgesellschaften beschäftigten Angestellten zahlt. Wir haben ja neulich im Hauptausschuß Nachweisungen erhalten, die — ich muß es offen gestehen — Kopfschütteln erregten. Wir wollen den Angestellten ihre hohen Bezüge nicht mißgönnen. Wenn man aber auf der einen Seite derartig hohe Bezüge für notwendig hält, dann wird man sie auf der anderen Seite nicht gut versagen können. Selbstverständlich wird man die gesicherte Stellung und die Pensionsberechtigung in Betracht ziehen müssen. Aber man muß sich dabei doch bewußt bleiben, daß der Beamte eben auch ein Mensch mit menschlichen Bedürfnissen ist.

Aus den Verhandlungen des Haushaltsausschusses habe ich den Eindruck gewonnen, daß das Verhältnis des Herrn Ministers zu seinem Personal gut ist und daß es

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) der Herr Minister versteht, den Weg zu dem Herzen des Personals zu finden. Das ändert nichts an der Tatsache, daß immer noch lebhafte Klagen aus den Kreisen der Beamtenschaft laut werden. So klagen ganz besonders die unteren Postbeamten darüber, daß ihre Möglichkeiten aufzusteigen zu gering sind. Da muß man allerdings zugeben, daß das „reaktionäre“ Preußen auf diesem Gebiete erheblich weiter fortgeschritten ist als die Reichspostverwaltung. Bei der preußischen Eisenbahnverwaltung ist es schon seit Jahren möglich, daß ein unterer Beamter, daß ein Mann, der als Schreibhilfe bei einem Bahnmeister seine Laufbahn begonnen hat, die höchsten Stellen der mittleren Beamtenlaufbahn erreichen kann. Ja, mir sind persönlich Fälle bekannt, wo ein solcher Mann es sogar bis zum höheren Beamten gebracht hat und mit dem Charakter eines Rates IV. Klasse entlassen worden ist. Wenn das bei der preußischen Eisenbahnverwaltung möglich ist, so sehe ich nicht ein, warum es bei der Reichspostverwaltung nicht ebenfalls möglich sein sollte. Ich bin überzeugt, daß es auch unter den unteren Beamten der Reichspostverwaltung Männer gibt, die durchaus das Zeug haben, die Tätigkeit eines mittleren Beamten auszuüben. Ich möchte deswegen an die Reichspostverwaltung die Bitte richten, den **unteren Beamten die Aufstiegsmöglichkeit** zu erleichtern. Man wird selbstverständlich als Regel daran festhalten müssen, daß für die einzelnen Beamtenklassen eine bestimmte Vorbildung gefordert wird. Diese Regel darf aber nicht dazu führen, daß sich die einzelnen Beamtenklassen hermetisch abschließen, sondern es muß ein Aufstieg von unten nach oben, für die unteren Beamten in die Kreise der mittleren und, wenn sie das Zeug dazu haben, auch in die der höheren und für die mittleren in die Kreise der höheren Beamten geschaffen werden. Dieser Aufstieg wird eine Auffrischung des Blutes in den höheren (B) Kreisen herbeiführen. Der Wettbewerb des Emporkömmlings wird den regelrechten Anwärter zur Steigerung seiner Leistung anspornen, um sich nicht von jenem in den Schatten stellen zu lassen. Diese Aufstiegsmöglichkeit wird gefördert werden können, wenn die Reichspostverwaltung ebenso, wie es die preußische Eisenbahnverwaltung im Begriff ist zu tun, dazu übergeht, Fachschulen einzurichten. Diese Fachschulen vermehren nicht nur die Aufstiegsmöglichkeiten der Beamten, sondern sie werden auch zur Heranbildung eines ausgezeichnet geschulten Personals beitragen, das den höchsten Anforderungen des Verkehrs gewachsen ist.

Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen, daß man auch den **mittleren Beamten** den Aufstieg ermöglichen soll. Man hat ja früher vor dem Kriege so häufig über die mittleren Beamten die Nase gerümpft — gerade aus den Kreisen der Kaufmannschaft ist es geschehen — und hat es immer so dargestellt, als wären die mittleren Beamten, besonders in den Büros, lediglich Schreiber. Das ist denn doch nicht der Fall. Die mittleren Beamten haben doch außerordentlich wichtige Aufgaben zu erfüllen und geistige Arbeit zu leisten, sie sind ganz außerordentlich wertvolle Stützen des Dezernenten, ohne die ein geordneter Gang der Verwaltung gar nicht aufrecht zu erhalten ist.

Ausschlaggebend für den Aufstieg dürfen selbstverständlich nicht agitatorische Fähigkeiten sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Es darf auch nicht die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei maßgebend sein, sondern lediglich sachliche Tüchtigkeit. Eine gründliche Berufs- und eine gute Allgemeinbildung müssen die Voraussetzungen für den Aufstieg bilden. Diese allgemeine Bildung und diese Berufsbildung muß sich der Beamte aneignen. Wenn er sie von der Schule aus noch nicht mitbringt, so muß ihm die Möglichkeit gegeben werden, sich diese Bildung anzueignen. (C) Es ist ganz selbstverständlich, daß er nachher die Kenntnisse vor einer Prüfungskommission nachweisen muß. Derjenige, welcher das Streben hat, höher zu kommen als sein Berufskollege, hat eben auch die Pflicht, sich nun hinzusetzen und ernstlich zu arbeiten. Nur eiserner Fleiß kann ihn in die Höhe führen.

Von den **Aufstiegsmöglichkeiten** dürfen, wie bereits erwähnt worden ist, die **weiblichen Beamten** nicht verschont bleiben. Man kann nicht einer strebsamen Gehilfin zumuten, dauernd am Fernsprecher zu sitzen. Dann muß sie verdorren, sie muß vollkommen verbittern und unzufrieden werden, wenn sie in sich das Zeug fühlt, Besseres zu leisten, sich aber von Schranken eingeschlossen sieht, die zu überwinden ihr einfach unmöglich ist.

Der Herr Reichspostminister hat uns im Ausschuß mitgeteilt, daß die Personalreform in Vorbereitung ist und er dazu in weitestem Umfang den **Beamtenbeirat** herangezogen hat. Es ist außerordentlich erfreulich, daß der Herr Reichspostminister dazu übergegangen ist, die Beamtenorganisationen heranzuziehen. Allerdings ist mir von einer Seite, und zwar von dem Verbande der geprüften Sekretäre und Obersekretäre der Wunsch ausgedrückt worden, hier einmal zur Sprache zu bringen, daß er es als unbillig empfindet, daß er von der Mitwirkung im Beamtenbeirat ausgeschlossen ist. Ohne zu der Frage sachlich Stellung nehmen zu wollen, muß ich doch sagen, daß hier eine gewisse Parität doch wohl erwünscht wäre.

Angesichts der in Aussicht stehenden Personalreform kann ich es mir versagen, alle die vielen einzelnen Wünsche, die mir mitgeteilt worden sind, vorzutragen. Nur auf einige möchte ich hinweisen. Es wird gewünscht — und zwar ist das eine Forderung, die seit Jahren erhoben wird —, daß man den Postassistenten, die bei der Prüfung zum Postsekretär durchgefallen sind, die **zweite Wiederholung der Sekretärprüfung** gestattet. (D) Ich gebe gern zu, daß man gegen diese Forderung Bedenken äußern kann. Es ist aber bei den Verhandlungen in früheren Jahren bereits zugegeben worden, daß da große Härten vorliegen, und ich möchte daher an die Reichspostverwaltung die Bitte richten, hier Entgegenkommen zu zeigen und die zweite Wiederholung der Prüfung zu ermöglichen.

Von den **Postagenten** ist bereits die Rede gewesen. Ich kann mich nur dem Wunsche anschließen, die Postagenten und auch die Inhaber von Posthilfsstellen besser zu vergüten als bisher.

Im Laufe der heutigen Besprechung ist darauf hingewiesen worden, daß in der Reichspostverwaltung eine große Zahl **überalterter Beamten** vorhanden sei und der Wunsch bestehe, diese nun in den **Ruhestand** zu versetzen. Man wird aber dieses Ziel so lange nicht erreichen, als man sich nicht entschließt, den Beamten die Zusicherung zu geben, daß sie an der zu erwartenden Besoldungsreform teilhaben sollen. Sie können es den Beamten nicht übelnehmen, wenn sie jetzt, wo die Besoldungsreform in nahe Aussicht gestellt wird, nicht weggehen wollen, sondern den Wunsch haben, an dieser Reform teilzunehmen.

(Sehr richtig! rechts.)

Im Zusammenhang damit wäre es auch wünschenswert, wenn die Nationalversammlung recht bald den Gesetzentwurf über die **erhöhte Anrechnung der Kriegsdienstzeit** wiedersähe. Wir haben im Ausschuß schon einmal über diesen Entwurf beraten. Auf Veranlassung der Regierungsparteien ist er zunächst zurückgestellt, die Regierung aufgefordert worden, den finanziellen Aufwand nachzuweisen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Regierung damit recht bald fertig wird und wir diesen Entwurf bald wiedersehen.

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) Man hat im Ausschuß auch von der **vierteljährlichen Gehaltszahlung** gesprochen und von einigen Seiten Bedenken dagegen geäußert. Ich kann diese Bedenken nicht teilen. Die vierteljährliche Gehaltszahlung bringt beiden Teilen Vorteile: der Verwaltung, indem sie die Geschäfte der Kassen wesentlich vereinfacht und es ermöglicht, den bargeldlosen Verkehr zu fördern; dem Beamten, indem sie ihm die Möglichkeit des Zinsgenusses für das Gehalt des zweiten und dritten Monats gibt.

Nun ist vorhin auch die Frage der **Weiterbeschäftigung der weiblichen Beamten im Falle der Verheiratung** erörtert worden. Wenn man auch keinen Zwang auf diese Beamtinnen ausüben soll, so möchte ich doch den Wunsch aussprechen, daß diese ganz von selbst ihre Kündigung einreichen; denn ich würde es nicht für einen wünschenswerten Zustand halten, wenn jetzt, wo wir ein Überangebot an männlichen Arbeitskräften haben und wo es schwer ist, die Kriegsteilnehmer unterzubringen, nun die weiblichen Beamten, die verheiratet sind, ihren Beruf noch weiter ausüben. Wir würden da zu französischen Zuständen kommen, die durchaus nicht anzustreben sind. Außerdem, meine ich, hat doch die Frau einen anderen Beruf, sie soll sich dem eigentlichen Berufe des Weibes, dem der Hausfrau und Mutter widmen, und man kann doch nicht in Abrede stellen, daß einer im Berufsleben stehenden Frau die Kinder hinderlich sind.

Die Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der geprüften **Sekretäre und Obersekretäre** möchte ich der Reichspostverwaltung ans Herz legen. Es ist von dieser Seite der Wunsch ausgesprochen worden, daß ein Teil der Wartezeit auf das Besoldungsdienstalter angerechnet würde.

Den **höheren Beamten** ist durch die Postbesoldungsnovelle ein Teil ihrer Wünsche erfüllt worden. Ich hoffe, daß die Besoldungs- und Personalreform ihnen volle Be-(B)friedigung bringt.

In diesem Zusammenhang muß ich nochmals auf die **Militärpostdirektoren** zurückkommen. Wenn der Herr Vorredner von dem System gesprochen hat — ja, das ist etwas ganz anderes; ob das System beizubehalten oder abzuschaffen ist, das zu erörtern würde heute zu weit führen. Aber da die Stellen nun einmal vorhanden sind, war es doch nicht gerechtfertigt, daß man sie bei der Postbesoldungsnovelle ausließ, und ich würde es begrüßen, wenn die Reichspostverwaltung einen Ausweg fände, um diese Härte auszugleichen.

Es wird in den Kreisen der Postbeamten geklagt, daß jetzt noch so häufig **Versetzungen** vorgenommen werden; es wird den versetzten Beamten außerordentlich schwer, in dem neuen Stationsort eine Wohnung zu finden. Es dürfte daher zweckmäßig sein, daß diese Versetzungen auf das äußerste Maß eingeschränkt werden.

Ich möchte auch die Postverwaltung bitten, einmal nachzuprüfen, ob denn die **Kommandogelder** in ihrer jetzigen Höhe noch ausreichend sind. Bei den außerordentlichen Teuerungsverhältnissen, die wir jetzt haben, scheinen mir die Kommandogelder nicht mehr ganz zuzureichen.

Dann ist im Laufe der Erörterungen gesagt worden, daß die **Dienstwohnungen** zu üppig seien. Nun, ich habe Dienstwohnungen von mittleren und unteren Beamten gesehen. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß sie zu üppig sind. Ich weiß nicht, wieweit man da mit den Dienstwohnungen der höheren Beamten gegangen ist. Jedenfalls möchte ich den Wunsch aussprechen, daß gerade auch den kleineren Beamten ein angemessenes Maß von Wohnungsbedürfnis zugebilligt wird.

Nicht einverstanden bin ich damit, daß der Herr Reichspostminister im Ausschuß den Willen gezeigt hat, das **Mitbestimmungsrecht der Beamten** für seine Verwaltung allein zu regeln, bevor die allgemeine Regelung durch das Reichsbeamtengesetz erfolgt. Es ist ein sehr (C) gefährlicher Weg, der da eingeschlagen wird, und ich möchte dringend raten, daß das Reichskabinett einheitlich vorgeht.

In dem Haushalt der Postverwaltung befinden sich noch zwei Posten für **außerordentliche Vergütungen** für mittlere Beamte und für Kanzlei- und untere Beamte. Soweit ich unterrichtet bin, geht das Streben der Beamten dahin, diese außerordentlichen Vergütungen, die man ja früher so wundervoll Remunerationen nannte, ganz zu beseitigen. Die Art der Verteilung dieser Vergütungen führt zu großer Unzufriedenheit unter dem Personal, und auch die Vorgesetzten haben vielfach den Wunsch, daß man ihnen diese Verteilung der Vergütungen, die geradezu einen Zankapfel für das Personal darstellten, abnimmt.

Was die **Errichtung neuer Postdienstgebäude** betrifft, so schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Vorredners an, daß man sich in der jetzigen Zeit, wo das Bauen so teuer ist, möglichst zurückhält und nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigt.

Ich möchte noch einmal die Regelung der einmaligen **Teuerungszulage** erwähnen. Es ist bekannt, daß man Abstufungen vorgenommen und Teuerungsbezirke gebildet hat. Ich will nur einen Fall anführen, der besonders deutlich zeigt, welche großen Härten dabei entstanden sind. Die Stadt Essen hat man in die Teuerungsklasse A versetzt. Zur Stadt Essen gehört der Ort Altenessen, der nunmehr auch zur Teuerungsklasse A gehört. Der Ort Carnap hat früher mit Altenessen eine Bürgermeisterei gebildet. Durch die Eingemeindung von Altenessen nach Essen sind beide Orte getrennt worden, und nun ist Altenessen in der glücklichen Lage, sich in der Teuerungsklasse A zu befinden, während Carnap, wo selbstverständlich genau dieselben Teuerungsverhältnisse herrschen, an diesem Vorzug nicht teilnehmen kann. Ich möchte die Herren Vertreter (D) des Reichspostministeriums bitten, beim Reichsfinanzministerium anzuregen, daß diese Härte beseitigt wird.

Die große Zahl der **Aushilfskräfte** in der Reichspostverwaltung wird wohl im großen ganzen nicht Billigung finden, und man wird allmählich dazu übergehen müssen, wieder Beamtenstellen zu schaffen. Es wäre eine große Härte, wenn man die Aushilfskräfte, die bereits vor dem Kriege eingestellt waren und während des ganzen Krieges in schwerer Zeit dem Reiche treue Dienste geleistet haben, auf die Straße setzen wollte. Ich möchte doch bitten zu prüfen, ob es nicht möglich ist, wenigstens einen Teil dieser Kräfte in das Beamtenverhältnis zu überführen.

(Glocke des Präsidenten. — Zurufe links.)

— Herr Präsident, die Herren Vorredner haben sämtlich sehr ausführlich gesprochen! Sie aber, meine Herren, können nicht verlangen, daß wir nur ganz kurz sprechen, während Ihre Parteien soundsoviele Redner stellen, deren jeder wer weiß wie lange spricht.

Von den Aushilfskräften wird es unangenehm empfunden, daß sie eine niedrigere Beschaffungszulage erhalten haben als die Beamten. Der Herr Reichspostminister hat im Ausschuß erklärt, diese Regelung wäre durchaus berechtigt, da die Aushilfskräfte zum großen Teil höhere Bezüge erhielten als die Beamten. Um überhaupt in dieser Frage ein Bild zu bekommen, möchte ich bitten, daß den Abgeordneten ein Verzeichnis der Besoldungen der Beamten und derjenigen der Aushilfskräfte vorgelegt wird, damit man sieht, in welchem Verhältnis die Einkünfte der Aushilfskräfte zu denen der Beamten stehen. Es wäre vielleicht gut, wenn man in diese Nachweisung außerdem auch die **Arbeiter** einbezöge. Es ist ja eine dauernde Klage, daß die Arbeitereinkommen höher sein sollen als die Beamteneinkünfte. Da wäre es gut, wenn man, wie es, ich glaube, in Württemberg geschehen ist,

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) den Grundsatz aufstellte, daß der geringstbesoldete Beamte nicht schlechter stehen soll als der gelernte Arbeiter vom gleichen Dienstalter. Ich glaube, zur Erzielung eines guten Nachwuchses wird es sich empfehlen, den Beamten gegenüber dem Arbeiter so zu stellen, daß der Aufstieg in das Beamtenverhältnis für den Arbeiter einen Anreiz bietet und der tüchtige Arbeiter das Streben und den Wunsch hat, in das Beamtenverhältnis übergeführt zu werden.

Es ist hier auch die Frage der **Mitwirkung der Beamtenausschüsse bei den Prüfungen des Personals** angeschnitten worden. Diese Frage hat man bei der preußischen Eisenbahnverwaltung bereits in die Praxis umgesetzt. Zweifellos ist es zu begrüßen, wenn in die Prüfungskommissionen auch Vertreter der betreffenden Beamtenklasse hineinkommen, in die der Prüfling hineinzugelangen wünscht. Dann wird das Mißtrauen, das häufig gegen die Prüfungskommissionen geäußert wird, besonders von denjenigen, die durchgefallen sind, schwinden. Es ist ja eine alte Erfahrung, die ihre Erklärung in der menschlichen Schwäche findet, daß derjenige, der bei einer Prüfung durchfällt, die Schuld nicht bei sich selbst sucht, sondern bei der Prüfungskommission.

Auf die Fragen der Beamtenausschüsse, des Verkehrsbeirats, der Betriebsräte usw. will ich heute nicht eingehen. Diese Fragen sollen ja bei dem Haushalt des Reichsministeriums des Innern behandelt werden. Aber ich möchte einmal kurz zu sprechen kommen auf das **Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen.** Alle die Einrichtungen, die getroffen werden, wie Beamtenausschuß, Beirat, sind recht schön und werden zweifellos gute Früchte zeitigen. Aber ein wirklich gutes Verhältnis wird erst dann herbeigeführt werden, wenn das ganze Personal, Untergebene wie Vorgesetzte, sich mit dem Geiste sittlicher Pflicht durchdringen und sich wahrhaft soziales Empfinden zu eigen machen. Der Untergebene muß sich (B) stets bewußt bleiben, daß er seinem Vorgesetzten Achtung, Ehrerbietung und Gehorsam schuldet. Der Vorgesetzte seinerseits darf nie vergessen, daß der Untergebene, und stehe er auch noch so niedrig, nicht nur Beamter ist, sondern auch Mensch bleibt

(sehr richtig! rechts)

und daß er ebenso wie der Vorgesetzte selbst ein Geschöpf Gottes ist.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Wenn dieses hohe sittliche Pflichtgefühl Gemeingut aller Beamten wird, wird das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen stets ein gutes werden. Ich habe in meiner Praxis wiederholt die Beobachtung gemacht, daß der Vorgesetzte leicht dazu neigt, den Untergebenen, der ihm nicht immer gleich zustimmt, der es wagt, eine eigene Ansicht zu äußern, als unbequemen Beamten abzuschütteln. Ich halte das für einen großen Fehler; denn die Beamten, die sich erlauben, eine eigene Meinung zu vertreten, was selbstverständlich nicht zu Eigensinn und Rechthaberei führen darf, sind oft die tüchtigsten. Der Vorgesetzte muß sich daran gewöhnen, daß der Untergebene auch seine eigene Meinung äußert, und er wird dann erkennen, daß nicht nur der Untergebene vom Vorgesetzten, sondern nicht selten auch der Vorgesetzte von dem Untergebenen manches lernen kann.

(Sehr richtig!)

So möchte ich meine Ausführungen mit der Hoffnung schließen, daß es der republikanischen Regierung gelingen möge, die deutsche Reichspost wieder auf diejenige Höhe zurückzuführen, auf der einst die Kaiserlich Deutsche Post gestanden hat.

(Bravo!)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Unterstaatssekretär Teucke.

Teucke, Unterstaatssekretär im Reichspostministerium: (C) Der Herr Abgeordnete Delius hat vorhin Bezug genommen auf den **Verkehrsbeirat** und seine etwaige Mitwirkung bei Vereinfachungen im Betriebe. Ich glaube, hier ist ein kleines Mißverständnis vorhanden. Der Verkehrsbeirat, wie der Herr Reichspostminister ihn vor einigen Monaten geschaffen hat und wie er nach der Verfassung in weiterer Entwicklung gebildet werden soll, hat mit der Beratung von Fragen des eigentlichen Dienstbetriebes nichts zu tun.

(Sehr richtig!)

Er wird sich damit zu befassen haben, soweit Betriebseinrichtungen ihre Wirkung auch nach außen hin auf das Publikum ausüben. Die inneren **Betriebsfragen** kann die Verwaltung natürlich nur mit Sachkundigen aus der Verwaltung selbst beraten. Ich möchte der Meinung entgegentreten, als wenn bisher diese Fragen ohne **Zuziehung von Sachverständigen** aus den Betrieben erledigt werden. Nun, die Herren im Ministerium, die damit Befassung haben, sind lange draußen im Betriebe tätig gewesen und haben ihn gründlich kennen gelernt; aber wir haben jedesmal vor der Einführung solcher Neuerungen Gelegenheit genommen, die Oberpostdirektion und die Verkehrsämter zunächst um ihre Meinung zu fragen. Das soll auch künftig und vielleicht in erweitertem Umfange dadurch geschehen, daß wir eine unmittelbare Heranziehung von solchen Sachverständigen aus allen Kreisen der höheren, mittleren und unteren Beamten eintreten lassen, die so Gelegenheit bekommen, mitzuwirken und uns mit ihren Erfahrungen zu helfen.

Der Herr Abgeordnete Delius hat dann die **Statistik** erwähnt und sie recht schlechtgemacht. Die Statistik ist überhaupt ein übles Ding. Sie hat nur einen Vorzug: man kann aus ihr herauslesen, was man will. Wir haben uns aber auch mit dieser Frage beschäftigt und (D) bereits dafür Sorge getragen, daß die Statistik sehr eingeschränkt und auf solche Sachen beschränkt wird, die wirklich nachweisbar sind. Wir werden künftig, wie bisher schon, den Hauptwert darauf legen, festzustellen, aus welchen Verkehrszweigen die Einnahmen stammen. Die Einnahmen geben den besten Maßstab für die Verkehrsentwicklung. Daß wir die **technischen Hilfsmittel,** namentlich **Straßenbahn, Autos,** die **Luftpost,** wenn sie wieder Betriebsstoff hat, nach Möglichkeit zur Erleichterung des Verkehrs heranziehen wollen, hat ja der Herr Minister schon im Ausschuß erwähnt, und ich kann es in seinem Namen hier nur bestätigen. Wir werden auch sonst alle technischen Hilfsmittel, die irgendwie zur Erleichterung des Verkehrs und zur Verminderung der Handarbeit herangezogen werden können, unseren Zwecken nutzbar machen.

Das Gesetz über die **Aufhebung der Portofreiheiten** wird dem hohen Hause wahrscheinlich in Kürze zugehen können. Die Verhandlungen darüber mit allen beteiligten Ressorts sind im Gange. Ich kann aber natürlich über Einzelheiten noch keine Auskunft geben.

Der Herr Abgeordnete Delius hat ferner erwähnt, daß der Scheckverkehr im Rheinland dadurch, daß Cöln im besetzten Gebiet liege, ziemlich erschwert sei, und er hat angeregt, eine **Teilung des Postscheckamtes Cöln** vorzunehmen. Diese Teilung des Postscheckamtes in Cöln, das heißt, die Einrichtung eines weiteren Postscheckamtes ist beabsichtigt.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten: Düsseldorf!)

Welcher Ort dazu ausgewählt werden wird, unterliegt der Prüfung. Es kommen mehrere Orte in Betracht. Ich kann Sie versichern, daß wir bei dem Ansturm der verschiedenen Orte, die sich für geeignet halten, die Frage recht sorgfältig prüfen werden.

(Teucke, Unterstaatssekretär im Reichspostministerium.)

(A) Dann hat der Herr Abgeordnete Delius die **Vizepostdirektoren** erwähnt, von denen ja auch noch einige andere Herren Redner gesprochen haben. Meine Herren, lassen Sie doch diese Frage jetzt ausscheiden. Sie sehen ja aus unserem Etat, daß die Stellen der Vizedirektoren in solche für mittlere Betriebsaufsichtsbeamte umgewandelt werden sollen. Wenn wir in einzelnen Ämtern mehrere solcher Stellen haben, so bedeutet das keine Beschränkung der einheitlichen Leitung, sondern hat den Zweck, eine gewisse Entlastung der Amtsvorsteher bei 1000 und mehr Köpfen Personal eintreten zu lassen. Ein solcher Amtsvorsteher muß Abteilungsvorsteher haben, die für gewisse Teile des Betriebes die Verantwortung tragen helfen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Aber billiger!)

Dann hat der Herr Abgeordnete Delius — ich möchte das in diesem Zusammenhang erwähnen — den früheren Oberpostdirektor von Berlin besonders genannt und die Meinung ausgesprochen, daß die Schuld an ihm liege, wenn heute in Berlin manches nicht so gut ist, wie es wünschenswert wäre. Ich möchte ihm darauf erwidern, daß dieser **frühere Ober-Postdirektor von Berlin** einer unserer verdientesten und tüchtigsten Beamten war, der natürlich unter den schwierigen Kriegsverhältnissen den Betrieb in Berlin nicht auf der Höhe halten und nicht in die Höhe bringen konnte, wie wir das alle gewünscht hätten. Daran sind die Verhältnisse schuld gewesen, die ihm das unmöglich machten. Jedenfalls möchte ich den Vorwurf, der gegen ihn erhoben worden ist, ganz bestimmt zurückweisen.

Der Herr Abgeordnete Delius hat weiter gewünscht, wir möchten noch recht viel mehr **Kriegsbeschädigte** beschäftigen. Ja, meine Herren, wir gehen in dieser Beziehung schon sehr weit, und wir wollen auch noch weiter gehen. Ich möchte nur anführen, daß wir jetzt schon allein an Schwerbeschädigten 2,68 Prozent des Gesamtpersonals bei uns beschäftigen, also über das Maß hinaus, (B) das gesetzlich vorgeschrieben ist.

Bei der **Lebensmittelbeschaffung** hat uns der Herr Abgeordnete Delius und, wenn ich nicht irre, auch der Herr Abgeordnete Deglerk, die Eisenbahnverwaltung als Vorbild hingestellt. Das Vorbild kann man oft nicht erreichen, weil einem nicht die Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben auf dem Wege der Lebensmittelbeschaffung für unser Personal das allermöglichste getan. Wir haben versucht, die Einfuhrerlaubnis für Lebensmittel zu bekommen. Wir mußten uns aber mit wenigem begnügen. Jedenfalls liegt es nicht an der Verwaltung, daß die Lebensmittelbeschaffung für das Postpersonal nicht auf der Höhe ist, auf der wir alle sie gern sehen möchten.

Der Herr Abgeordnete Deglerk hat in bezug auf die **Postgebühren** die Bemerkung gemacht, daß wir jetzt zu Gebühren gekommen wären, die ungefähr in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Geltung gewesen sind. Sie vergessen nur eins: den Unterschied des Geldwertes der damaligen und jetzigen Zeit, was damals eine Mark wert war und was sie heute wert ist; Sie vergessen, was damals das Personal und Material an Kosten verursacht hat, und was es heute kostet. Wenn der Herr Abgeordnete Deglerk das in Vergleich stellt, dann wird er zu der entgegengesetzten Schlußfolgerung kommen, als er sie hier gezogen hat. Wir würden dann unbedingt viel höhere Gebühren nehmen müssen, als wir sie heute fordern.

(Sehr richtig! rechts.)

Was den Fall des Telegramms von Bayreuth nach (C) Dresden anbetrifft, so werden wir ihn prüfen und gegen die vorgekommenen Verfehlungen einschreiten. Die **Postbeförderung von Telegrammen** ist nicht Regel, sondern ein leider nicht ganz zu vermeidender Notbehelf.

Über die angeführten Personalfragen will ich mich nicht äußern, da ja den Herren bekannt ist, daß im Einvernehmen mit der Beamtenschaft eine **Personalreform** vorbereitet wird. Wir wollen also abwarten, wie sich die Sache entwickeln wird.

Eine **Versetzung von Beamten** findet nur in den allerdringendsten Fällen statt, entweder zur unumgänglich notwendigen Beförderung oder auf dringenden Wunsch der Beamten. Dann bekommen sie aber Umzugskosten und Entschädigungen, in denen die Beamten für ihre notwendigen Aufwendungen Deckung finden.

Vizepräsident **Haußmann:** Meine Damen und Herren! Ich schlage dem Haus vor, hier abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung zu halten Montag den 13. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol;
2. Interpellation der Abgeordneten Löbe, Scheidemann, betreffend die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren usw. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft, und damit in Verbindung stehend als nächster Punkt:
3. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Notstandsversorgung mit Ober- und Unterkleidung und Schuhwerk sowie den Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Textil- (D) industrie;
4. Beratung des von den Abgeordneten Dr. Ablaß und Genossen eingebrachten Antrags, betreffend planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Delius.

Delius, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte doch vorschlagen, als ersten Punkt auf die Tagesordnung: Fortsetzung des Postetats zu setzen. Der Postetat ist nun einmal in Angriff genommen; er wird ja auch in der Montagssitzung erledigt werden. Er ist sonst auf ewige Zeiten zurückgestellt.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich darf bemerken, daß mit den betreffenden Ressorts auf den Montag die Besprechung der Interpellation fest vereinbart worden ist. Der Gegenstand ist dringlicher Art. Die Interpellation und ihre Beantwortung hat ja auch nach unserer Geschäftsordnung ein Vorzugsrecht. Es ist deshalb leider nicht möglich, was an sich ja erwünscht wäre, die Beratung dieses Gegenstandes fortzusetzen.

Es erhebt sich weiter kein Widerspruch; ich stelle das fest. — Die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 20 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

97. Sitzung.

Montag den 13. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 23 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen:

der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Trinks, Nuschke, Pick, Dr. Zöphel
die Abgeordneten Giebel, Dr. Wieland, Dr. Böhmert (Bremen), Gothein;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Blunck, Thurow
die Abgeordneten Koch (Merseburg), Davidsohn;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Hansmann, Bias
die Abgeordneten Löffler, Sachse.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Dr. Otte auf 14 Tage wegen eines Unfalls. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

(D)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol (Nr. 1084 der Drucksachen).

Als Kommissare des Reichsrats sind zu diesem Gesetzentwurf angemeldet die Herren

Ministerialdirektor Zapf,
Präsident der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein Dr. Steinkopff,
Geheimer Regierungsrat Ludowieg,
Regierungsrat Dr. Fischer.

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beantrage die Überweisung dieser Vorlage an den 6. Ausschuß.

Präsident: Ein Widerspruch erfolgt nicht. Das Haus ist mit dem Antrage des Herrn Abgeordneten Gothein einverstanden. Die Gesetzesvorlage geht deshalb an den 6. Ausschuß. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Ich rufe auf den zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Löbe, Scheidemann, betreffend die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren usw. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft (Nr. 1101 der Drucksachen).

Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten.

(Präsident.)

Zur Begründung der Interpellation erteile ich das Wort namens der Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Becker (Oppeln).

Becker (Oppeln), Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft hat dem deutschen Volke unübersehbaren Schaden zugefügt und es leider den Arbeitern und den Unbemittelten unmöglich gemacht, die Waren zu kaufen, die sie sich bei der Zwangswirtschaft beschaffen konnten.

Aber geradezu zu einer Katastrophe führte die **Freigabe der Lederwirtschaft.** Während Reich und Staat bemüht sind, allmählich aus der Zwangswirtschaft herauszukommen, sind unlautere Elemente in geradezu verbrecherischer Weise an der Arbeit, sich auf Kosten der breiten Massen durch Schleichhandel und Schiebergeschäfte wahnsinnige Vermögensvorteile zu verschaffen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man fragt sich, ja ganz Deutschland fragt sich: soll diese Mißwirtschaft so noch weiter gehen? Da glaube ich, der Zustimmung des ganzen Hauses sicher zu sein, wenn ich nein sage. Denn geradezu in lächerlicher Art und Weise werden die heutigen gesetzlichen Strafbestimmungen von diesen Elementen umgangen und nicht zuletzt auch noch mit Hilfe von Organen, die berufen sind, alle diese Manipulationen zu verhüten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Als die Häute- und Lederbewirtschaftung freigegeben wurde, war man sich darüber klar, daß die Preise selbstverständlich steigen würden. Aber kein Mensch glaubte, daß die **Inlandhäute** um das Zehn- und Zwölffache in die Höhe gehen würden. Was sich bei Häuten und Leder zeigt, macht sich natürlich bei den Schuhwaren von selbst geltend.

Da wirft sich die Frage auf: hat die Regierung die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen? Da muß ich leider zu meinem größten Bedauern nein sagen. Denn durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Felle und Häute haben die **Lederpreise** eine derartige Höhe angenommen, die zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen muß, falls die Zwangsbewirtschaftung für Felle und Häute nicht umgehend wieder eingeführt wird oder Mittel und Wege gefunden werden, um die bestehenden Mißstände zu beseitigen. Es ist geradezu himmelschreiend, wenn man einen Vergleich von Februar 1919 bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft zugrunde legt. Im Februar 1919 wurden für Bullenhäute 87 Pfennig pro Pfund bezahlt, bei der ersten Auktion nach Aufhebung der Zwangswirtschaft wurden 9 Mark für das Pfund bezahlt, bei der zweiten 10,15 Mark, bei der dritten war der Preis noch wesentlich höher. Für Ochsen-, Kühe-, Kälber- und Färsenhäute wurden bis Februar 1919 97 Pfennig pro Pfund gezahlt, und heute stehen die Preise weit über 15 Mark für das Pfund. Es liegt selbstverständlich die Gefahr nahe, daß die künftigen Preise für Schuhwaren so hoch sein werden, daß sie für die breiten Bevölkerungsschichten unerschwinglich sind. Mithin ergibt sich als zwingende Notwendigkeit, daß die weitere Beibehaltung des freien Handels für Felle und Häute vom wirtschaftlichen Standpunkt aus unmöglich ist. Es bildet einen weiteren Anreiz für die Preissteigerung für alle anderen Bedarfsartikel sowie für die Lebensführung. Außerdem liegt die Gefahr sehr nahe, daß unsere Fleischwirtschaft noch mehr versagt. Die Nachteile bei der Fleischversorgung sind durch die unerhörten Fellpreise offensichtlich, da die Häute nach den jetzigen Marktpreisen den Wert des Schlachtviehs nach der reichsgesetzlichen Bestimmung fast erreichen.

Die durch die Verordnung vom 23. September 1919 vorgenommene **Verteilung der Mehrerlöse** für Häute und Felle an die Viehhalter und Kommunalverwaltungen und das Reich zu je einem Drittel kann nur als untauglicher Versuch zu einer vernünftigen Lösung dieser unhaltbaren Verhältnisse bezeichnet werden. Im Sinne der Viehhalter bedeutet es eine Benachteiligung, die keineswegs zur Produktionsvermehrung von Vieh und dessen so sehr benötigter Ablieferung anspornen kann. Die angegebenen Umstände werden vielmehr den Viehhalter bestimmen, mehr als bisher seine Viehbestände auf dem Wege des Schleichhandels zu veräußern. Die Drittelung des Mehrerlöses kommt den Schuhverbrauchern überhaupt nicht zugute und kann daher die wirtschaftliche Katastrophe nicht aufhalten. Da bestimmte Berufe unbedingt auf zuverlässiges Schuhwerk angewiesen sind, zum Beispiel Bergarbeiter, Transportarbeiter, Bahnarbeiter und alle anderen, so müssen Mittel und Wege gefunden werden, nach dieser Richtung hin einen Ausgleich zu schaffen. Die Folge ist, daß heute schon eine Besohlung 28 bis 30 Mark kostet, und daß die Schuhpreise teilweise um 100 bis 150 Prozent, ja um 200 Prozent gestiegen sind. Der Winter steht vor der Tür, und da muß man sich die bange Frage vorlegen: wie wird es möglich sein, daß Familien von 6 bis 8 Köpfen sich das nötige Schuhwerk besorgen? Tausend und mehr Mark sind nötig, um auch nur das notwendigste Schuhwerk zu kaufen.

Als die Regierung die Freigabe herbeiführte, sagte sie: wir werden mit Hilfe des **Konjunkturgewinns** eine Verbilligung des Schuhwerks herbeiführen. Meine Partei, die von vornherein die Gefahr übersehen hatte, stellte sich auf den Standpunkt, daß wir in dieser Zeit unmöglich die Zwangswirtschaft aufheben können; und durch den Beschluß, der hier gefaßt worden ist, ist offensichtlich zum Ausdruck gebracht worden, daß wir nicht für die Aufhebung der Lederbewirtschaftung gewesen sind.

Heute steht es nun so, daß wir wohl den Konjunkturgewinn haben, daß aber die Vorschläge, die seitens der Schuh- und Schäftefabrikanten Deutschlands gemacht worden sind, von der Regierung nicht akzeptiert worden sind. Die Ueberschüsse aus dem Konjunkturgewinn für Felle und Häute müssen unbedingt dazu verwendet werden, um billiges Schuhwerk zu beschaffen. Als die berufenen Vertreter der Schuhindustrie dem Reichswirtschaftsministerium Vorschläge über die Art der Aufbringung und Abführung des aus Anlaß der Aufhebung der Zwangswirtschaft sich ergebenden Konjunkturgewinns machten, ließ das Reichswirtschaftsministerium diese Vorschläge unbeachtet. Die Annahme, daß das Reichswirtschaftsministerium selbst ein Programm in dieser Frage habe, erwies sich jedoch als irrig; denn sein Vertreter erklärte am 20. September in einer Sitzung des Hauptausschusses des Verbandes Deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten, es sei jetzt die Zeit gekommen, daß das Reichswirtschaftsministerium seine Entschließungen in der Konjunkturgewinnfrage treffen werde. Als die berufenen Vertreter der Schuhindustrie nun Vorschläge machten über die Aufarbeitung der aus Heeresbeständen herrührenden Ledervorräte zur Bereitstellung von preiswertem Schuhwerk für die minderbemittelte Bevölkerung, da erschienen auch diese Vorschläge dem Ministerium unannehmbar.

Die **Vorschläge der Schuhindustrie** waren einfach, sie gingen dahin, daß die Bestände den Fabriken, die sich zur Aufarbeitung eigneten, überlassen würden gegen die Verpflichtung, das hieraus hergestellte Schuhwerk zu billigem Preise den Bedarfsstellen zu überlassen. Die Ausführung dieses Vorschlags war äußerst einfach. Die Reichslederstelle weist den geeigneten Fabrikanten das Material zu, die Reichsstelle vermittelt die Ankäufe durch die Bedarfsstellen und überwacht die Lieferung der Zuweisung der entsprechenden Mengen.

(**Becker** [Oppeln], Interpellant.)

(A) Während jedoch in der Konjunkturgewinnfrage das Reichswirtschaftsministerium ohne Programm war, hat es die **Bearbeitung der Heeresbestände** sehr energisch und planmäßig in Angriff genommen. Zunächst ließ es durch die gesamte deutsche Presse offiziös mitteilen, daß das Volk in Kürze aus den Lederbeständen der Heeresverwaltung hergestelltes billiges Schuhwerk erhalten würde. Leider ist davon bis heute nichts zu merken. Zur Erfassung der Heeresbestände, zur Vergebung der Aufträge für Schuhwarenherstellung, zur Preisfestsetzung, zur Prüfung der Fertigerzeugnisse und zur Warenzuteilung wurde sodann die **Deutsche Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung** gegründet. Etwas reichlich sind die von ihr zu erledigenden Aufgaben. Alles, was die Kontrollstelle, die Gutachterkommission für Schuhwarenpreise, der Überwachungsausschuß mit seinen 11 Gesellschaften, der Hauptverteilungsausschuß mit 18 Gesellschaften mit den dieser Organisation durch eine starke Regierung zur Verfügung gestellten Machtmitteln trotz der geleisteten Riesenarbeit nicht restlos leisten konnte, soll jetzt alles zusammen die deutschen Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung mit Hilfe des Reichsministeriums erledigen. Während die erwähnten Organisationen unter Leitung von Fachleuten arbeiten, kann die Deutsche Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung sich rühmen, daß weder ihre Gesellschafter noch ihre Leiter etwas von der Schuhwarenherstellung und Schuhwarenverteilung verstehen. Ihre Gesellschafter nicht; denn diese sind im allgemeinen in allen erdenklichen Kriegsgeschäften, nicht aber in der Schuhfabrikation und im Schuhhandel Fachleute.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ihre Leiter nicht; denn die Leiter sind zwei Rechtsanwälte. Man fragt sich: wie ist es möglich, während auf der einen Seite Fachleute sind, die wirklich in der Lage sind, die Schuhfabrikation in die Hand zu nehmen, die auf Grund (B) von reichlichen Erfahrungen in der Lage sind, praktisch darin zu arbeiten, daß man eine solche neue Gesellschaft gegründet hat, die sich aus allen möglichen und unmöglichen Elementen zusammensetzt? Ich nehme an, daß es der Regiernng bekannt ist, daß sich diese Gesellschaft an angesehene Schuhindustriellen gewandt hat, in der Voraussetzung, daß bei dieser Gesellschaft Millionen zu verdienen sind. Diese lehnten es aber ab, weil sie mit dieser Gesellschaft nichts zu tun haben wollten.

Als am 20. und 22. September der **Verband der Schuh- und Schäftefabriken** seine Tagung abhielt, machte man von dieser Stelle aus den Vorschlag, man sollte dem Schuh- und Schäfteverband Leder zu den alten Höchstpreisen geben, und dieser werde Schuhe zu den alten Höchstpreisen liefern. Ich bemerke, daß an dieser Sitzung ein Vertreter des Wirtschaftsamts, Herr Brandes, teilgenommen hat. Ich hätte es als selbstverständlich angenommen, daß, wenn sich der Verband dazu bereit erklärt hat, man natürlich von diesem Angebot unverzüglich Gebrauch gemacht hätte;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

man hätte auch unverzüglich an die Frage des Konjunkturgewinns herangehen müssen, der für mich immer den springenden Punkt bei der Behandlung der Frage bildet. Auf der einen Seite sagt man, man will verhüten, daß das Geld nicht in unnütze Hände gelangt, auf der anderen Seite werden Angebote gemacht, die es ermöglichen, daß ein Konjunkturgewinn von 200 Millionen aus dem Schuh- und Schäfteverband herausgeholt wird. Wenn der Konjunkturgewinn aus den Fellen und Häuten, der geradezu wahnsinnig ist, mit dazu genommen worden wäre, wäre es natürlich leicht gewesen, die Schuhe erheblich billiger der arbeitenden Bevölkerung zuzuführen, und das war aus einem einfachen Grunde möglich. Das Reichswirtschaftsamt mußte die Verteilung in der Hand behalten, und zwar in dem Sinne, daß man gesagt (C) hätte, es werden Einkommen bis zu 5000 Mark mit Schuhen bedacht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es nicht möglich sein wird, alle diejenigen, die heute Bedarf an Schuhen haben, mit dem nötigen Schuhwerk auf diese Weise zu versorgen. Es ist aber sehr leicht möglich, wenn der Konjunkturgewinn in dieser Weise verwandt wird, daß ein erheblicher Teil unserer arbeitenden Bevölkerung in den Besitz von Schuhwaren kommt.

Ganz sonderbar berührte mich ein Telegramm, das ich vorgestern bekam, das lautet:

> Referent Wirtschaftsministeriums Brandes soll behaupten, Schuhindustrie werde durch Ringbildung Beschaffung preiswerter Schuhe für Minderbemittelte erschweren und 175 Mark für Paar Lederstraßenstiefel verlangen. Diese Behauptung ist unwahr. Schuhindustrie kann gute Lederstraßenstiefel, wenn Leder zu heutigen Preisen bezahlt werden muß, zu etwa 100 Mark durchschnittlich je nach Ausführung auf feste Bestellung liefern, bei Zuschuß und Konjunkturgewinn entsprechend billiger.

Selbst angenommen, daß tatsächlich Straßenstiefel unter 100 Mark von dem Verbande nicht zu haben sein sollten, so fragt es sich, welcher Zweck wird mit dieser unsinnigen Behauptung getrieben, was versucht man damit zu erreichen. Meine persönliche Meinung ist die, daß es lediglich nur dazu beitragen kann, eine gewaltige Unzufriedenheit im Volke herbeizuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wäre einfach Pflicht gewesen, daß man recht schnell nach Freigabe der Lederbewirtschaftung dem Volke sagte: dieses Programm haben wir uns gedacht und auf diesem Wege wollen wir versuchen, die arbeitende Bevölkerung zu befriedigen. Leider sind diese Maßnahmen, wie ich (D) ausgeführt habe, nicht getroffen worden.

Wenn man nun die große Not in Leder und Schuhwaren kennt, muß man sich doch fragen: wie können die **gewaltigen Ausfuhren**, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, vom deutschen Reich und von der Regierung bewilligt werden? Ich bemerke hier nur, daß das, was durch die Schweiz, Dänemark und Holland beispielsweise nach **Polen** ausgeführt worden ist, geradezu in einem ganz winzigen Verhältnis steht. Es sind in der Tat vom 24. Juli bis zum 12. September von der Schweiz, Dänemark, Holland nach Polen mit Durchfuhrgenehmigung der Regierung 10400 Kilogramm Sohlleder, 3 Waggonladungen Sohlleder, 100000 Kilogramm amerikanisches Bodenleder, 20000 Kilogramm Treibriemen, 12000 Kilogramm schweres Chevreauxleder und 500 Stück Chevreauxleder ausgeführt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dies ist im Verhältnis zu dem, was von uns ausgeführt worden ist, nur ein ganz kleiner Tropfen. Wenn man bedenkt, daß drüben im gesegneten Polen seit langer Zeit schon kein Leder und kein Schuhwerk zu haben ist, daß dort für ein Paar Schuhe jetzt schon 300 Mark und mehr bezahlt wird, dann kann man sich denken, mit welcher Sehnsucht die polnischen Schieber jenseits der Grenze die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder in Deutschland erwarteten; und kaum war es geschehen, da überfluteten sie scharenweise Deutschland. Die Warschowsky, Auerbach und Sickmann aus Lodz und die Stachowsky und Alexandrowitsch aus Warschau treiben sich heute scharenweise in Breslau und Berlin herum. Mit gefälschten und veralteten Pässen kamen sie über die Grenze. Heute haben sie vollgültige Ausweispapiere. Stolz räkeln sie sich in ihrer typischen Gestalt in den Abteilen erster Klasse der Schnellzüge; sie haben es ja dazu. Man kann schweres Geld verdienen an der Not des Volkes.

(Becker [Oppeln], Interpellant.)

(A) Was soll man dazu sagen, wenn in den letzten Monaten täglich 100 bis 150 **Postpakete mit Sohlleder** oder Stoffen die Grenze bei Zawisna passieren? Das war bis vor kurzer Zeit das bequemste Mittel, die Sendungen vor neugierigen Grenzbeamten zu sichern. Jetzt hat endlich das Generalkommando eingegriffen und der Postpaketverkehr wird überwacht. Dafür gehen nun ganze Waggonladungen Leder über die Grenze, und zwar mit Ausfuhrbewilligungen, die den Faksimilestempel des Reichskommissars Meisinger-Berlin tragen. Eine persönliche Unterschrift ist nicht vorhanden. Leider gelten auch diese Ausfuhrbewilligungen für echt. Solche Ausfuhrbewilligungen laufen an keiner amtlichen Stelle ein und können darum nirgends entwertet werden. Ihre mehrmalige Benutzung ist daher sehr leicht möglich, vielleicht auch oft geschehen.

Was so mit Ausfuhrschein die Grenze passierte, davon kann man sich einen kleinen Begriff machen, wenn man folgende Zahlen hört, aus denen hervorgeht, was aus Deutschland ausgeführt wird, und wie gering der Prozentsatz ist, der vom Ausland nach Polen eingeführt wird.

In der Zeit vom 10. Juli bis zum 20. September sind **mit Genehmigung der Ausfuhrstelle nach Polen** ausgeführt worden 104 740 Kilogramm Sohlleder, 12 110 Stück Sohlleder, 1024 Häute von Rindern und Kälbern, desgleichen 12 Stück, 2526½ Dutzend, 2584 Kilogramm, 235 800 Quadratfuß, desgleichen in Fahlleder 100 Häute, nochmals 100 Stück, 60 Pfund, von Vacheleder 167 840 Kilogramm oder 3357 Zentner, Lederabfälle 22 000 Kilogramm und 90 Zentner, Ziegenleder 2600 Stück, 3000 Quadratfuß, 225 Dutzend, also 2700 Stück, und nochmals 500 Kilogramm; Nacktpelze 43 600 Stück; Herren-, Damen- und Kinderschuhe 6975 Paar, Stiefel 2960 Paar — wir laufen barfuß! —. Dabei hat sich die Firma Rosenthal in Hannover einen Posten von 500 Paar Reitstiefel geleistet. (B) Ich habe nebenbei die einzelnen Posten hier mit Firmen angeführt und stelle sie der Regierung zur Verfügung, bitte aber, daß davon die nötige Notiz genommen wird. Es sind außerdem an Hutleder 5800 Kilogramm, Kummetgeschirre 27 Stück, gebrauchte Lederhelme 30000 Stück für die Polen, Pelzmuffen 40000, Ledertreibriemen, die wir hier selbst für schweres Geld nicht bekommen können, 42, Ledermanschetten 12 Dutzend, Ersatzsohlen 32 Paar, Sattlernähfäden 15 Kilo, Militärtornister 30000, Pferdegeschirre 250 Paar, Ledermanschetten, Mützenschirme und Riemgarnituren 12000.

Verehrte Versammlung! Ich bemerke ganz besonders, daß das in einer Zeit ausgeführt worden ist, wo die große polnische Gefahr in Oberschlesien bestanden hat. Da werden vom Deutschen Reiche den Polen Stiefel, Patronen, Helme und Tornister geliefert.

(Hört! hört! links.)

Da muß man doch die Frage aufwerfen: welche Stellen haben da ganz und gar versagt? Ich glaube, man darf der Regierung nicht den Vorwurf machen, daß sie allein daran schuld sei. Sie kann letzten Endes nicht überall sein, nein, es muß eben durchgegriffen und in der Geheimratswirtschaft Remedur geschaffen und mit diesen Stellen aufgeräumt werden.

(Sehr richtig! links.)

Aber auch die **Lebensmittelversorgungsgesellschaft in Beuthen** in Oberschlesien ist an diesen Lederverschiebungen nach Polen beteilig. Am 17. Dezember 1918 wurden bei der Revision der Frachtbriefe auf dem Güterbahnhof Rosenberg über 36 Ballen Leder vorgefunden, die an die Oberschlesische Lebensmittelversorgungsgesellschaft avisiert waren. Es handelte sich um gutes schweres Leder für Militärzwecke und sollte angeblich drüben in Polen gegen Eier umgetauscht werden. Ich fürchte wohl nicht mit Unrecht, daß wir für das uns so nötige deutsche (C) Leder die polnischen Eier kaum zu sehen bekommen werden.

So wird gesagt, daß wir für das aus Deutschland ausgeführte Leder Waren bekämen oder rohe Felle in entsprechendem Maße, so daß wir eigentlich keinen Schaden von dieser Ausfuhr hätten. Da muß ich leider die Tatsache feststellen, daß an der Übergangsstelle Zawisna zwar in den letzten zwei Monaten 61 Waggons fertiges Leder, ja sogar wertvolle Lederfabrikate nach Polen gingen, daß aber in derselben Zeit nicht eine einzige Pferdehaut nach Deutschland gekommen ist. Es mag sein, daß sie an anderer Stelle durchgeführt worden sind, aber da, wo diese Gegenstände durchgeführt werden sollen, habe ich keine Unterlagen bekommen können, die den Nachweis erbracht hätten, daß dies geschehen wäre.

Man muß der Militärverwaltung lassen, daß sie hier kräftig einzugreifen versucht hat. Auch der Staatskommissar Hörsing hat sich persönlich bei der Regierung für die Beseitigung dieser skandalösen Zustände eingesetzt. Aber die **Schieber** sind gerissene Leute, die haben ihre unterirdischen Verbindungen in Breslau und in Berlin, und untergeordnete Behörden scheinen hier machtlos zu sein. Es liegt irgendwo bei dem Reichsausfuhrkommissar. Fast muß man zu der Überzeugung kommen, daß in seiner Umgebung Personen vorhanden sein müssen, die in bedenklich inniger Berührung mit den polnisch-jüdischen Schieberkreisen stehen.

(Hört! Hört! rechts.)

Aber auch wenn dort die Luft vielleicht gereinigt wird, werden sich sicher im weiten Deutschland noch verschiedene Pestherde des Wuchers befinden, die zum Himmel stinken. Die so sehr gelobte und von gewissen Leuten ersehnte Aufhebung der Zwangswirtschaft hat überall da, wo sie eintrat, wenig segensreich für die arbeitende Bevölkerung gewirkt. Gerade vernichtend aber mußte die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Leder wirken, weil die Not in Polen zur gewinnbringenden Ausfuhr reizte. (D) Ich frage die Regierung, ob ihr dies bekannt ist. Ich weiß, daß der Apparat nicht ganz rein ist. Kann diese Wirtschaft so noch weiter gehen. Ich kann es nicht annehmen, daß die Regierung alles daran setzt, nach Möglichkeit das zu tun, was das Volk verlangt. Es muß unbedingt hier durchgegriffen werden, damit derartige Schweinereien nicht mehr vorkommen können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe die größten Bedenken gegen die Art und Weise, wie die **Ausfuhrkommissare** arbeiten. Ich habe erfahren, daß in München, Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt und, wenn ich nicht irre, noch an vielen anderen Stellen Ausfuhrkommissare vorhanden sind, die ganz nach Belieben vorgehen. Wenn es einem Schieber nicht gelingt, in Frankfurt durchzukommen, so versucht er es in Karlsruhe oder in München, indem er sich an einen der Kommissare heranzudrängen sucht, oder indem er sogar noch andere Mittel anwendet. Ich will darauf nicht näher eingehen. Jedenfalls liegt die Möglichkeit vor, daß hier Schiebungen vorkommen. Deshalb wiederhole ich noch einmal die Bitte an die Regierung, alles daranzusetzen, um zu einer **Zentralisation der Ausfuhrgenehmigung** zu kommen. Das wird aber nicht möglich sein, solange wir an allen Ecken Deutschlands noch Ausfuhrkommissare haben, die natürlich nicht so kontrolliert werden können, wie es möglich wäre, wenn die ganze Sache von einer Zentrale aus geleitet würde. Ich bitte darum, daß auch seitens der einzelnen Stellen alles getan wird, um geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Ich gebe gern zu, daß das keine leichte Arbeit ist. Erst heute morgen habe ich ein Schreiben in die Hand bekommen, das ich mit Schrecken gelesen habe. Nach diesem Schreiben sind 130 000 Tornister nach Polen ausgeführt worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(**Becker** [Oppeln], Interpellant.)

(A) Ich habe mich daraufhin sofort an das Reichsschatzamt gewandt und habe eine Antwort bekommen, die den schlagenden Beweis dafür liefert, daß überall unlautere Elemente an der Arbeit sind, um die Anordnungen der maßgebenden Stellen zu durchkreuzen. Ich will Ihnen das Schreiben vorlesen:

Zu dem zur Kenntnis gebrachten Vorgang betreffend **Verladung von Segeltuchtornister mit Kalbsfellrücken nach Polen** gibt das Reichsschatzministerium Abteilung 3, Reichsverwertungsamt, nachstehende Aufklärung:

Durch den bekannten, zu Anfang dieses Jahres auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums mit der Altlederverwertungsstelle abgeschlossenen Vertrag ist das Reichsverwertungsamt verpflichtet, der genannten Stelle sämtliche aus den Heeres- und Marinebeständen stammenden aus Leder gefertigten Gegenstände zum Zwecke der Auftrennung und Verarbeitung gegen Bezahlung zu überäußern, sofern diese Gegenstände ohne wesentliche Veränderung anderweitig nicht verwertet werden können. Die von der Altlederverwertungsstelle zu zahlenden Preise werden im Wege der Schätzung festgelegt, sind aber bei den einzelnen Artikeln, wo die zur Verarbeitung geeigneten Lederrücken ihrer Qualität und ihrem Schnitt nach nur geringe Verwendungsmöglichkeiten aufweisen, außerordentlich niedrig. So wurden für die hier in Frage stehenden Segeltuchtornister mit Kalbsfellrücken durchweg nur etwa 30 Pfennig erzielt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das Reichsverwertungsamt war daher gezwungen, im Interesse des Reichsfiskus nach Absatzmöglichkeiten für diese Tornister zu suchen, die eine Verwendung der Tornister in unverändertem Zustande zur Voraussetzung haben. Es war nicht (B) leicht, derartige Absatzmöglichkeiten zu finden, zum mindesten nicht für größere Mengen. Eine Einzelabgabe von Tornistern konnte bei der Umständlichkeit des Verkaufs in Anbetracht der außerordentlich großen Menge nicht wesentlich in Betracht kommen, da sie nicht zum Ziel führen konnte. Nach monatelangen Bemühungen gelang es dem Reichsverwertungsamt in der Firma Meng, Rheinstrom & Co. in Wandsbek bei Hamburg einen Interessenten zu finden, der zu vergleichsweisen günstigen Preisen größere Mengen übernehmen wollte. Infolgedessen wurde dieser Firma Anfang August dieses Jahres ein größerer Posten Tornister zum Preise von 3,20 Mark pro Tornister verkauft.

Die Voraussetzung bei diesem Geschäft, wie übrigens bei allen Geschäften des Reichsverwertungsamts, bei denen nicht ausdrücklich Gegenteiliges vereinbart wird, war, daß die Versendung im Inlande zu erfolgen hatte. Es ist in der Folge gelungen, für kleinere Posten höhere Preise, und zwar in Höhe bis zu 8 Mark, zu erzielen. Die Firma Meng, Reinstrom & Co. hat sich in der Folge an das Reichsverwertungsamt gewandt, um die Ausfuhrbewilligung für einen Teil der von ihr gekauften Tornister zu erlangen. In Anbetracht des Bestimmungslandes hat jedoch das Reichsverwertungsamt im Einvernehmen mit der Reichswehr, Befehlsstelle Preußen, aus militärischen und politischen Gründen gegen den Export der Tornister Einspruch erhoben und eine Ausfuhrgenehmigung ausdrücklich verweigert. Die Ausfuhrgenehmigung für die 130000 Stück Tornister, die in der letzten Woche von Spandau nach Polen zur Verladung gebracht werden sollten, (C) wurde ohne Wissen des Reichsverwertungsamts von dem Herrn Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung erteilt.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Die Gründe für die Genehmigung sind dem Reichsschatzministerium unbekannt und auch jetzt noch nicht mitgeteilt. Nichtsdestoweniger hat das Reichsverwertungsamt sofort nach Bekanntwerden des Vorganges Veranlassung genommen, die in Spandau zur Verladung bestimmten Tornister mit Beschlag belegen zu lassen. Mit einem Schreiben vom 11. Oktober hat sich der Herr Reichsschatzminister an den Reichswirtschaftsminister gewandt, um diesen auf die Unzuträglichkeiten des Vorgehens des Herrn Reichskommissars

— ich bemerke: auf die Unzuträglichkeiten des Vorgehens des Herrn Reichskommissars —

bezüglich der Ein- und Ausfuhrbewilligung aufmerksam zu machen, ihm von der erfolgten Beschlagnahme Kenntnis zu geben und zu beantragen, daß die Erteilung der Ausfuhrbewilligung zurückgezogen wird.

Ich meine: es ist ein Zufall, daß diese Sache mir im letzten Moment noch in die Hände gekommen ist. Ich habe aber eine Reihe anderer Sachen. Ich habe hier zum Beispiel ein Schreiben:

Der **Verein Erfurter Schuhfabrikanten** teilt mit, daß durch ein Versehen der Einfuhrgüterabfertigung ein **Waggon Bodenleder** im Gewicht von 4800 Kilogramm an die Firma L. und P. Heidenreich abgegangen ist, während derselbe für eine ganz neu gegründete Schäftefabrik Karl Heidenreich bestimmt war. Das Bodenleder wurde von (D) dem Bekleidungsamt des 11. A. K. geliefert und ist angeblich zur Herstellung von Stiefeln für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen bestimmt. Das Leder ist aber keiner der bisher bestehenden oder früher bestandenen Schuhfabriken angeboten worden. Wir müssen gegen dieses Verfahren, wonach das Bekleidungsamt einer Firma liefert, die niemals Schuhwaren hergestellt hat, schärfsten Protest erheben. Auf diese Weise ist keinerlei Gewähr für die richtige Verteilung des Leders und für die Einhaltung angemessener Preise gegeben. Die Bevölkerung wird geradezu um die notwendigen Schuhwaren gebracht; mindestens aber wird die rechtzeitige Herstellung der Schuhwaren verhindert, da die neugegründete Firma zunächst noch gar nicht in der Lage ist, die Schuhwaren herzustellen.

Wir ersuchen ergebenst, zu veranlassen, daß militärische Bestände nicht in der Weise vergeudet werden, wie das durch die Bekleidungsstelle des 11. A. K. geschieht.

Überwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Ich habe hier eine andere Sache. Das **Bekleidungsamt des Gardekorps** hat einen **Posten von Reithosen** aus Kalbsleder der Firma A. Heitmann, Berlin, zur Verteilung an den Ledergroßhandel übergeben. Die Firma hat sich verpflichten müssen, ihren Abnehmern nicht mehr als drei Mark für den Quadratfuß Leder zu berechnen. Dagegen ist keine Gewähr irgendwelcher Art dafür geboten, daß die Weitergabe der Leder an den Kleinhandel und die Berechnung bei der Verwendung der Leder für Waren zu angemessenen Preisen erfolgt, daß somit die Verwendung für das Publikum, den Verkaufspreisen des Bekleidungsamts entsprechend, normiert werde. Eine

(**Becker** [Oppeln], Interpellant.)

(A) Kontrolle hierüber ist nicht vorgesehen. So liegen die Dinge! Wir müssen — darüber sind wir uns wohl alle klar und einig — versuchen, mit diesen Stellen entweder aufzuräumen oder sie auszuräuchern, damit diejenigen Stellen, in denen derartig belastetete Elemente sitzen, einfach an andere Orte verlegt werden, wo sie den Unfug nicht mehr in der Weise treiben können wie an der Stelle, wo sie eingepfeffert sind.

Es muß endlich einmal etwas getan werden, um diesem elenden **Schiebertum** Einhalt zu gebieten. Es müßten die schärfsten Mittel angewendet werden. Jeder, sei er Erzeuger, sei er Händler, sei er Gelegenheitsschieber, jeder, der sich eine Überschreitung von Höchstpreisen zu schulden kommen läßt, müßte mit dem Tausendfachen desjenigen Betrages bestraft werden, mit dem er den Höchstpreis überschritten hat.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das nützt nichts!)

— Das nützt nichts? Herr Kollege, es kommt nur darauf an, daß tüchtig durchgegriffen wird, daß man den einzelnen mit dem tausendfachen Betrage seines Wucherverdienstes bestraft und ihm im Wiederholungsfalle sein ganzes Vermögen konfisziert. Wenn man den Schiebern die Bude tüchtig einheizt, dann wird es schon besser werden. Mit dem „es nützt nichts“ ist allerdings nichts geholfen. Tragen Sie nur dazu bei, daß man den Schiebern auf die Finger klopft! Das Volk wird schon dazu beitragen. Aber diejenigen, denen für jedes Mittel kein Preis zu hoch ist, haben natürlich gar kein Interesse daran, das Schiebertum zu unterbinden. Wenn ein Viehhändler sich 100 Mark mehr als den Höchstpreis bezahlen läßt, und der andere denunziert ihn, und ihm werden dafür 100 000 Mark aufgebrummt, und im zweiten Falle wird ihm sein ganzes Vermögen konfisziert, dann wirkt das schon! Wenn wir nur zehn festgenagelt haben: ich versichere Sie, dann ist diesem Übel abgeholfen! Aber man

(B) hat das bisher leider nicht getan. Die Strafen waren ja geradezu lächerlich, die für derartige Verbrechen festgesetzt waren!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das arme Volk duldet und leidet in der unerhörtesten Weise, und diese Gesellschaft von Banditen treibt das tollste Unwesen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich persönlich bin von meinen Wählern beauftragt gewesen, dafür einzutreten, daß man denjenigen, der den andern wegen Schieberei denunziert, mit einer Prämie von 25 Prozent belohnen soll, damit die Leute einen Anreiz bekommen, solche Dinge ans Licht zu bringen. Ein großer Teil der Schieber würde sich dann wahrscheinlich auf das wenig schöne Handwerk des Denunzianten werfen. Die Ermunterung zum Denunziantentum ist allerdings ein Mittel, das hier natürlich wenig Anklang finden kann, und ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß man es nur als letztes Mittel versuchen darf.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schon eingeführt!)

— Das Prämiensystem?

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dann ist es leider so wenig bekannt, daß ich selbst davon nichts weiß.

Ebenso wie die Schieber und Schleichhändler sollte man aber auch diejenigen bestrafen, die heute Lebensmittel oder Waren zurückhalten. Ich weiß genau, daß unsere Arbeiterschaft und der Mittelstand, der leider heute nicht auf Rosen gebettet ist, sehr wohl an dieser Aufgabe mitarbeiten werden. Ist es denn nicht geradezu unerhört, wenn der **Oberschlesische Fleischerverband** es wagt, dem Zentralarbeiterrat folgenden Vorschlag zu machen? Man kann geradezu auf die Bäume klettern! Man macht Offerten an maßgebende Stellen und sagt: wir liefern Ihnen im freien Handel für 6 bis 7 Mark pro Pfund

(C) Rindfleisch, für 9 bis 10 Mark Schweinefleisch, für 5 bis 6 Mark Kalbfleisch! Ich muß doch fragen: wo bleibt die Macht der Regierung? Wo bleibt alles das, was uns in die Höhe bringen soll? Wir versumpfen einfach, und wir müssen doch aus diesem Sumpfe heraus.

(Sehr richtig!)

Deswegen muß die Nationalversammlung mit dazu beitragen, daß hier Mittel und Wege gefunden werden, die endlich diesem System Halt gebieten.

(Zurufe rechts: Die Regierung! Ihre Fraktion!)

— Unsere Fraktion weiß sehr wohl, was sie haben will. Aber Sie sind die Treiber, die natürlich nicht das unterstützen, was notwendig ist. Nicht meine Fraktion, nicht die Regierung ist es, sondern der verseuchte Apparat, der durch die Kriegswirtschaft eingeführt worden ist, und den wir leider übernehmen mußten. Und Sie haben daran gearbeitet, daß es so weit gekommen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Das mag Ihnen nicht passen.

(Zuruf rechts: Gehen Sie doch heraus aus der Regierung!)

— Herr Kollege, kein Arbeiter hat sich Millionen am Kriege gemacht. Keinem Arbeiter ist es möglich gewesen, nur einigermaßen anständig zu leben. Aber sehen Sie, bitte, in Ihre Reihen hinein! Wo sind die Kapitalisten? Wo sind die Kriegsgewinnler? Wo sind alle diejenigen, die sich heute das alles leisten können? Suchen Sie sich die doch heraus!

Es geht natürlich nicht an, daß heute diese unerhörten **Schwarzschlachtungen** weiter vor sich gehen, daß die Felle mit einem solchen Preis bezahlt werden, daß der Bauer fast so viel hat, wie er in der Zwangsbewirtschaftung das Vieh verkauft, daß der Fellhändler 700 Mark für das Fell bekommt und der Bauer nur 800 Mark für die Kuh kriegt.

(D)

(Sehr richtig! rechts.)

Auch da müssen Mittel gefunden werden, damit die Geschichte eine andere Wendung bekommt.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf rechts: Produzieren!)

— Das Produzieren liegt ja mit in Ihren Händen! Es ist geradezu skandalös, wenn man diese Gesellschaft sieht. Wir haben keinen Betriebsstoff, wir können nicht das nötige Rohmaterial für die Arbeiterwohnhäuser heranbekommen, wir bekommen keine Autos, um Kohle heranzufahren. Aber diese Schiebergesellschaft und die Kriegsgewinnler sausen in Berlin in Autos herum, daß einem geradezu schlecht werden könnte.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es ist geradezu unerhört, wenn man das sieht! Tag und Nacht saust das in Autos herum wie besessen. Dazu gehören die Schieber und Schleichhändler,

(sehr richtig! rechts)

diese Bande, die wahrhaftig nicht wert ist, daß sie noch auf der Welt existiert, diese Schmarotzer, die Tag und Nacht auf dem Tanzboden liegen, die in Bädern und Spielhöllen sich breit machen. Das sind die gefährlichsten Subjekte, die auf deutschem Boden herumlaufen. Diese Koffermänner vom Westen und Osten, die die Bahnen belasten,

(sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten)

die Leder, Schuhe, Seife, Zigaretten und Schokolade schieben, die müssen aus der Welt geschafft werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Da gibt es aber nur ein Mittel, daß die Regierung scharf zufaßt.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Sie wird der Unterstützung der Nationalversammlung sicher sein;

(sehr richtig! rechts)

(**Becker** [Oppeln], Interpellant.)

(A) davon bin ich überzeugt. Und wenn die Regierung versuchen wird, den Anregungen in bezug auf die drakonischen Strafen Folge zu leisten, die ich hier gegeben habe, so werden wir doch allmählich zu besseren Verhältnissen kommen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Anhaltende lebhafte Zustimmung rechts.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation erteile ich das Wort dem Herrn Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Ich darf erklären, daß die Regierung natürlich von der außerordentlichen **Preistreiberei** sehr unangenehm berührt worden ist, die auf dem **Ledermarkt unter der freien Wirtschaft** eingesetzt hat. Wenn aber der Herr Interpellant sagt, die Regierung hätte seinerzeit versprochen, daß unter der freien Wirtschaft eine Verbilligung des Schuhwerks eintreten würde, so ist diese Auffassung durchaus irrig.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und auch ich haben im 6. Ausschuß ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß die Annahme, daß durch die freie Wirtschaft eine Verbilligung von Leder und Schuhwerk eintritt, unrichtig ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß im Gegenteil die Folge dieser freien Wirtschaft eine erhebliche Preissteigerung sein wird. Diese Annahme des Herrn Interpellanten ist also unrichtig. Die Voraussage, die von mir in der Kommission der Nationalversammlung gegeben wurde, daß die Preise sich um das Drei- bis Vierfache des Inlandspreises bei der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung erhöhen werden, ist leider noch weit übertroffen, obwohl in der Kommission damals eine (B) Anzahl Redner sehr entschieden Widerspruch gegen diese Auffassung erhoben.

Dennoch bin ich der Meinung: es läßt sich für die freie Wirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen, vor allen Dingen mit Rücksicht auf die Erscheinungen der Kriegswirtschaft, eine ganze Reihe von stichhaltigen Gründen anführen. So lassen Sie mich einmal kurz die Lage des Ledermarktes vor dem Kriege, während des Krieges und gegenwärtig beleuchten. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß unsere **Gesamtlederwirtschaft** im wesentlichen auf eine sehr reichliche **Zufuhr von Häuten** und Fellen **aus dem Auslande** aufgebaut war. Unser Bedarf wurde, soweit inländische Häute und Felle in Betracht kommen, nur zu einem Drittel aus der heimischen Produktion gedeckt. Zwei Drittel unseres Bedarfes wurden durch die Einfuhr vom Ausland gedeckt. Diese Ungunst der Verhältnisse wird besonders klar, wenn man diejenigen Felle und Häute in Betracht zieht, die für die Schuhwarenfabrikation in Betracht kommen, nämlich Kalbfelle, Rind- und Roßhäute. Da betrug, um einmal Zahlen zu nennen, im Jahre 1913 die Gesamtverarbeitung von Häuten und Fellen dieser Art 360 800 Tonnen. Diese Verarbeitung im Inland ist im Jahre 1917 auf 214 000 Tonnen zurückgegangen, im Jahre 1918 auf 191 700 Tonnen. Also ein Defizit in der Bedarfsdeckung von 54 Prozent. Dazu kam, daß die Einfuhr bei diesen Beständen sich natürlich fortgesetzt verringerte und in den letzten Jahren fast gar nicht mehr in Betracht kam. In Friedenszeiten hatten wir an diesen ebengenannten Häuten noch eine Einfuhr von 177 000 Tonnen, die während des Krieges und jetzt in Friedenszeiten vollständig ausfielen und damit eine Beengung des Marktes herbeiführten, die notwendigerweise eine außerordentlich starke Bedarfsminderung im Gefolge haben mußte.

(C) Unser Bedarf wurde im Frieden, soweit das Leder für die Schuhfabrikation in Frage kam, noch nicht einmal zu 50 Prozent aus der inländischen Aufbringung gedeckt. Im Kriege ist dann allerdings dieser Bedarf bis zu 90 Prozent aus der inländischen Produktion gedeckt worden. Aber natürlich ist damit ein Herabdrücken des Bedarfs im Inlande auf ungefähr ein Drittel einhergegangen, und dazu fernerhin die ungünstige Verschiebung, daß erst für den Militärbedarf der volle Anspruch gedeckt werden mußte, die Zivilbevölkerung aber an zweiter Stelle kam.

Was trat nun als Folge dieser Marktlage ein? Es war zunächst in der Zwangswirtschaft vorgesehen, daß für die Bevölkerung **Bezugsscheine** ausgegeben wurden, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung nach dem dringendsten Bedarf zu bewerkstelligen. Es wird hier niemand im Hause sein, der nicht mit mir der Auffassung ist, daß dieser Bezugschein zu dem Zeitpunkt, da er aufgehoben wurde, jeden Wert verloren hatte. Es war nicht mehr möglich, dieses Bezugsscheinverfahren einwandfrei aufrecht zuerhalten. Ein großer Teil dieser Bezugsscheine konnte überhaupt nicht beliefert werden, dem Schleichhandel waren Tür und Tor geöffnet. Einher ging mit dem Bezugscheinverfahren die **Verteilung der Lederbestände** an die einzelnen Fabrikationsbetriebe der Lederindustrie. Die Schuhwarenindustrie ist von Jahr zu Jahr in ihrer Bedarfsdeckung zurückgedrängt worden. Sie ist es auch, die bis zu allerletzt sich entschieden auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Zwangsbewirtschaftung aufrecht erhalten werden muß, und zwar von dem Gesichtspunkt geleitet, daß es notwendig ist, für diese Industrie eine gewisse Ordnung und Regelung herbeizuführen, um wenigstens einen Teil der Arbeiter zu beschäftigen und die vorhandenen Lederbestände nutzbringend zu verwenden. Als aber kurz vor Aufhebung der Lederbewirtschaftung der Schuhwarenindustrie mitgeteilt wurde, daß sie nur (D) noch 16 bis 20 Prozent ihres Bedarfs zu Friedenszeiten aus vorhandenen Lederbeständen bekommen könnte, wendete sich auch die Stimmung in der Schuhwarenindustrie zu einem erheblichen Teil. Auch hier erhob sich die Forderung: lieber dann zum freien Verkehr, zum freien Gewerbe zurück, als unter der Zwangswirtschaft bleiben, wenn sie doch nur eine so geringe Belieferung der einzelnen Fabriken ermöglicht.

Es ist ganz natürlich, daß der **Lederhandel** für die **freie Bewirtschaftung** war. Es ist auch sehr natürlich, daß das Gerbergewerbe für die freie Wirtschaft eintrat. Es würde für mich nie der leitende Gesichtspunkt gewesen sein, den Wünschen dieser beiden großen Interessengruppen nachzugeben, weil ich glaube, daß beide Gruppen außerordentlich stark an einer weiteren Heraufsetzung der Preise interessiert waren und sich davon Vorteil und Nutzen versprachen.

Wichtig war für mich im wesentlichen der Standpunkt der verarbeitenden Industrie und die Frage, wie und in welcher Weise auch den Interessen und den Ansprüchen der Konsumenten Rechnung getragen werden konnte. Die **Schuhwarenfabrikanten** hatten sich bei einer Besprechung, die ich in Weimar mit den Interessenten gehabt habe, auch im großen und ganzen durchaus auf den Standpunkt gestellt, daß im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand unserer Lederbewirtschaftung es sich doch empfehle, schließlich zum freien Verkehr überzugehen. Diese Auffassung teile ich auch heute noch, und sie wird bei mir nicht irgendwie beeinträchtigt durch die Verhältnisse, die sich gegenwärtig herausgebildet haben. Wenn die Marktlage so ist, daß zwei Drittel unserer Häute und Felle vom Ausland bezogen werden müssen, dann ist der Inlandsmarkt nur dadurch zu decken, daß ich die Möglichkeit der freien Einfuhr von Fellen und Häuten gebe.

(**Schmidt,** Reichswirtschaftsminister.)

(A) Nun haben mir aber die **Gerber** mit gutem Recht gesagt: Was nutzt uns denn die Freigabe der Einfuhr, wenn im Inlande selbst der Lederpreis auf einem Niveau gehalten wird, das es unmöglich macht, den Preis für die eingeführten Felle anzulegen. Ich muß zugeben, daß zwischen dem Weltmarktpreis bei Einrechnung der Differenz der Valuta und dem Preis auf dem Inlandsmarkt so ungeheure Unterschiede bestehen, daß eine Überbrückung mit außerordentlich schweren wirtschaftlichen Erschütterungen verbunden war. Es ist ganz klar, daß eine größere Bedarfsdeckung nur möglich war mit Zufuhr von ausländischen Fellen und Häuten. Und das war wiederum nur möglich, wenn ich die Einfuhr möglichst freigab. Da trat an mich die Frage heran; ist es möglich, bei einer solchen Zufuhr von ausländischen Fellen, die ja doch schließlich auch auf den Bedarf des Friedens sich langsam erheben würde, also auf zwei Drittel des inländischen Bedarfs, zwei Preise aufrecht zu erhalten, nämlich den für inländische Felle niedrig zu halten, den für vom Ausland eingeführte Felle jedoch auf der Höhe des Auslandsmarktes mit Hinzurechnung der Valutadifferenz?

Wenn man sich einen Augenblick die Sache überlegt, so muß man zum Schlusse kommen, daß das einfach unmöglich ist. Ich kann allenfalls noch die Felle in ihrer Verarbeitung bis in die Gerberei verfolgen. Aber nun das fertige Leder zu verfolgen in der Portefeuilleindustrie, in der Sattlerei, in der Täschnerei, in der Handschuhfabrikation, in der Schuhfabrikation usw. und zu sagen: dieses Leder ist zu billigen Preisen aus der inländischen Produktion erworben und muß dementsprechend auch billige Fabrikate zeitigen, jenes Leder aber ist aus ausländischen Häuten hergestellt und muß in der Preislage natürlich höher stehen, — das ist einfach eine Unmöglichkeit. Eine solche Organisation ist bei Anwendung aller Künste der Kriegswirtschaft und der Kriegsorganisation einfach undenkbar. (B) Die Frage lag für mich nur so: entweder vollständige Sperrung der Einfuhr, die notwendig war, wenn man die Höchstpreise beließ, oder aber **Freigabe der Einfuhr** und dadurch größere Bedarfsdeckung und schließlich auch größere Beschäftigung in der Industrie, die mit der Verarbeitung der Felle zu tun hat. Ich habe mich für das letztere entschieden und habe mir gesagt: von den zwei Übeln scheint mir das kleinere dasjenige, daß wir zunächst einmal versuchen, durch eine größere Einfuhr von Fellen und Häuten die Produktion in die Höhe zu bringen. Wenn diese Wirkung erzielt wird, so ist das auch für die Arbeiterinteressen dieses Berufs von sehr günstigem Einfluß. Ungünstig und nachteilig ist es natürlich, daß der Konsum die starken Lasten der höheren Preisbildung zu tragen hat. Unzweifelhaft ist diese gesteigerte Produktion eingetreten. Wir haben eine erheblich größere Einfuhr von Fellen zu verzeichnen.

Der Herr Interpellant hat sich dann sehr eingehend mit unserer **Lederausfuhr** beschäftigt. Darauf habe ich folgendes zu sagen. Die ganze Liste über die Lederausfuhr, die er hier vorgetragen hat, ist von mir und dem Ausfuhrkommissar geprüft worden. Keine dieser Angaben ist unzutreffend, insofern als der Ausfuhrkommissar in jedem einzelnen Falle die Genehmigung erteilt hat, und zwar mit gutem Recht. Wer Felle und Häute einführt, bekommt das Recht, 75 Prozent davon in Leder wieder auszuführen. Diesen Standpunkt mußten wir vertreten. Er war auch schon vorher unter der Zwangswirtschaft im wesentlichen vertreten worden und ist meiner Ansicht nach durchaus einwandfrei. Ich bedaure, daß der Herr Interpellant, trotzdem er diese Vorgänge wußte, gerade diese Ausfuhr von Leder so heftig kritisiert hat. Wir können ja gar nicht anders die großen Summen für die Ankäufe auf den ausländischen Märkten aufbringen, wenn wir nicht als Äquivalent dafür die Ausfuhr von Leder zur Verfügung haben. Allerdings (C) wird dadurch unter Umständen die verarbeitende Industrie in der Belieferung mit Leder zum Teil benachteiligt. Aber für mich kommt es auch darauf an, die deutsche Valuta bei der Einfuhr von Häuten nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen. Und zweitens kommt es darauf an, den Gerbereien mehr Beschäftigung zu geben, eine Art Lohnarbeit für das Ausland, wenn Sie so wollen, durchzuführen, um möglichst viel Arbeiter zu beschäftigen. Das ist ein Standpunkt, der für alle diese Berufsgruppen, vor allem für ihre Arbeiter, sicherlich von Vorteil ist.

Nun gebe ich zu, daß die **Kontrolle der Ausfuhr** manches zu wünschen übrig läßt. Wir haben in der Lederbewirtschaftung die sogenannte Ausfuhrstelle, die halb bureaukratischen, halb freien Charakter hat, und die deshalb eine sehr unglückliche Mischung von Beaufsichtigung darstellt. Ich würde wahrscheinlich eine ganze Reihe von Posten, die der Herr Vorredner genannt hat, in der Ausfuhr sehr beanstandet haben. Sie werden zugeben, daß ich natürlich nicht alle diese Posten einzeln prüfen kann, und daß sich im Einzelfalle auch Unzutreffendes einschleichen kann.

An und für sich kann ich nur sagen, daß diese ganze Kontrolle heute sehr erschwert wird. Sie hat nicht nur an der Ostgrenze ihre großen Erschwernisse, sondern — und da stand dem Redner noch gar nicht das Material zur Verfügung — viel mehr noch an der Westgrenze, die für uns eine außerordentlich große Plage ist. Wir kamen leider mit der Entente noch nicht dazu, daß dieses **große Loch in der Ein- und Ausfuhr**, das nicht vollständig verstopft werden kann, einer scharfen Kontrolle unsererseits unterworfen werden kann. Bevor nicht an der alten Zollgrenze eine scharfe Kontrolle nicht nur in bezug auf den Zoll, sondern auch auf die Art, die Gattung der aus- und eingeführten Waren ausgeübt werden kann, können wir diese großen Schiebungen (D) nicht verhindern. Sie können nur mit außerordentlich scharfen Aufsichtsmitteln eingeschränkt werden.

Dazu kommt, daß uns die Entente in keiner Beziehung unterstützt, um solche Schiebereien unmöglich zu machen. Ein großer Teil dieses Gutes, das unrechtmäßig ohne unsere Kontrolle herausgeht, geht heute als Militärgut heraus und kommt als Militärgut herein. Wir können gar keine Kontrolle über diese Dinge ausüben. Wir sind ohnmächtig dem gegenüber, obwohl wir wiederholt der Entente nahegelegt haben, daß nicht nur eine sehr bedauerliche Demoralisierung unserer Handelskreise eintritt, sondern schließlich auch der Kreise, die sich drüben im Ententelager befinden. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Herren aus dem Handel heute erklären: Zu uns kommen sehr oft Herren aus der französischen und englischen Armee und bieten uns Waren zum Kaufe an; sie treten geradezu als Kaufleute in Verbindung mit uns. Diesen Zustand zu beseitigen, haben wir vielleicht nun doch bald Aussicht, wenn der Friedenszustand eingetreten ist. Gegenwärtig ist leider die strenge Kontrolle nicht durchzuführen. Darüber klagen alle verständigen Kaufleute und alle verständigen Industriellen.

Meine Damen und Herren! Leider hat man hier aber nicht nur mit dem Widerstand der Entente zu rechnen, sondern auch mit dem **Widerstand weiter Arbeiterkreise, der Kommunalverwaltung**

(hört! hört! rechts)

und anderer einflußreichen Kreise, die glauben, daß der gegenwärtige Zustand des freien Verkehrs, der ihnen im Augenblick manche Vorteile bietet, dauernd von Vorteil ist, und die übersehen, welche allgemeinen großen Schäden unsere Volkswirtschaft auf diese Weise hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Von meinem Amte sind lange Verhandlunden mit der

(**Schmidt,** Reichswirtschaftsminister.)

(A) Arbeiterschaft in Frankfurt gepflegt worden, um die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß dieser ungeregelte Verkehr unmöglich, unhaltbar und auch für die Interessen der Arbeiter nicht zu empfehlen ist.

Die **Ausfuhr von Tornistern,** die der Herr Interpellant beklagte, und die er hier mit gutem Recht scharf kritisiert hat, ist gerade vom Reichswirtschaftsministerium verhindert worden. In dem Augenblick, wo wir davon Kenntnis erhielten, ist die Sache inhibiert worden, und damit, glaube ich, entbehrt sie auch des besonderen Beigeschmacks. Jedenfalls sehen Sie daraus, daß von der Stelle, die mehr oder weniger die Verantwortung zu tragen hat, alles unternommen worden ist, einen solchen Geschäftsabschluß zu verhindern.

Nun ist darüber gesprochen worden, wie der **Konjunkturgewinn,** der durch einen höheren Preis der Felle erzielt wird, eintritt, verteilt worden ist. Ich weiß aus der Presse — und ich glaube, den Herrn Interpellanten recht verstanden zu haben, daß er sich dieser Auffassung anschloß —, daß vielfach verlangt wird, die hohe Preislage der Felle ganz und gar zugunsten des Landwirts walten zu lassen. Ich halte diesen Anspruch für ungerechtfertigt. Das Reichswirtschaftsministerium hat eine **Dreiteilung** vorgenommen und gesagt: einen Teil dieses Konjunkturgewinnes soll der Landwirt bekommen, einen Teil die Gemeinde und einen Teil das Reich. Grundsätzlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß niemand das Recht hat, aus irgendeiner Ware einen höheren Gewinn zu erzielen, als notwendig ist, um die Produktionskosten zu decken und einen anständigen Unternehmergewinn zu sichern. Sind diese beiden Voraussetzungen erfüllt, so hat gegenwärtig meiner Ansicht nach ein Anspruch auf die Festsetzung höherer Preise keine berechtigte Grundlage.

(Sehr richtig!)

Ich lehne es deshalb ab, eine so ganz künstlich erzeugte (B) enorme Preissteigerung ohne einen inneren berechtigten Anspruch allein den Landwirten zugute kommen zu lassen.

Dies würde nämlich eine weitere äußerst ungünstige Folge haben. In dem Augenblick, wo die Preise wieder heruntergehen, würde natürlich der hohe Preisstand für Vieh den Landwirten Anlaß geben, aufs neue die Forderung zu stellen, nunmehr doch das Vieh auf dieser Preislage zu belassen. Als weitere Folge hätten wir natürlich nicht nur eine Erhöhung der Lederpreise, sondern auch eine solche der Vieh- und Fleischpreise. Das wollte ich verhindern, und insofern bin ich mit der Meinung des Herrn Interpellanten, wenn ich ihn recht verstanden habe, nicht einig. Bei der sehr hohen Preislage für Häute ist ein Drittel des Nutzens aus dieser Konjunktur eine sehr reichliche Zuwendung, und die Landwirte könnten wohl damit zufrieden sein.

Dabei stehe ich ferner, im Gegensatz zu dem Herrn Interpellanten, auf dem Standpunkt, daß eine verhältnismäßig geringe Preiserhöhung die **Schwarzschlachtungen** keineswegs verringert. Die Differenz zwischen den Preisen aus Schwarzschlachtungen und den Höchstpreisen ist so groß, daß der Konjunkturgewinn, der aus den Häuten in die Erscheinung tritt, nicht dazu beitragen kann, den Anreiz zu einer größeren geordneten Ablieferung von Vieh zu geben.

Nun bestand ferner die Absicht — und sie ist jetzt durchgeführt —, daß von den Konjunkturgewinnen, die eintreten mußten und eingetreten sind in dem Augenblick, wo wir zur freien Wirtschaft übergingen, den **Gerbern und Lederhändlern 60 Prozent des Konjunkturgewinns** zugunsten der Reichskasse abverlangt werden. Dieser Anspruch, der in der Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums festgelegt ist, entspricht auch dem Beschluß der Kommission der Nationalversammlung. An diesem Konjunkturgewinn und an dieser Bemessung ist nichts zu drehen und zu deuteln. Es könnte vielleicht geltend gemacht werden, (C) daß immerhin noch dem Gerber und anderen Interessenten 40 Prozent des Konjunkturgewinns zufallen, und daß das eine zu reichliche Bemessung wäre. Wie die Situation augenblicklich ist, kann ich nicht dafür gutsagen, da das Risiko, das diese Interessentenkreise bei der gegenwärtigen Marktlage übernehmen, doch ein außerordentlich gewagtes ist; denn ob der Gerber für seine Felle, wenn sie später verarbeitet auf den Markt kommen, entprechend hohe Preise, wie er sie in den Fellen angelegt hat, bekommt, ist fraglich. Gegenwärtig wird damit gerechnet, und Abschlüsse, die auf Termin heute getätigt werden, gehen dahin, daß auch die Lederpreise sinken. Ich muß daher einen Teil des Konjunkturgewinnes als Ausgleich dem Gerber zur Verfügung stellen und auf diese 60 Prozent vollen Anspruch erheben. Und zwar sagen wir uns: es ist für unsere Notstandsversorgung, für die Schuhversorgung gewisser notleidender Kreise der Bevölkerung besser, wir geben nicht Geld als Entgelt, sondern Leder, und benutzen es zur Herstellung billiger Schuhwaren. Das scheint mir nützlicher und zweckmäßiger zu sein.

Nun hat der Herr Interpellant sich sehr scharf gegen die **Deutsche Gesellschaft für Schuhbeschaffung** gewandt und davon gesprochen, daß diese Millionen verdiene. Diese Gesellschaft war dazu berufen, für die minderbemittelte Bevölkerung aus den vorhandenen Ledervorräten der Heeresverwaltung und aus den Konjunkturgewinnen billiges Schuhzeug herzustellen. Ich wollte keine neue Kriegsgesellschaft gründen, sondern habe mich an eine Gesellschaft gewandt, die im freien Verkehr die Sache unter gewisser Aufsicht, Verantwortlichkeit und Kontrolle des Reiches machen sollte. Diese Gesellschaft schien mir auch eine gewisse Sicherheit dafür zu bieten, daß sie gut funktioniert, wenn ich Ihnen sage, daß der Abgeordnete Simon als zweiter Vorsitzender dieser Gesellschaft in Aussicht genommen war und auch zugesagt hatte, (D) diese Tätigkeit zu übernehmen. Mittlerweile sind aus der Industrie eine Reihe von Angriffen gegen die einzelnen Personen erfolgt, die sich bereit erklärt hatten, ein Stammkapital von 20 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Ich hätte schließlich keine Bedenken getragen, zu sagen: wenn in der Industrie wirklich gegen die Herren, die dieses Konsortium bilden, eine Gegensätzlichkeit besteht, dann kehren wir wieder zu der vielgerühmten Kriegsgesellschaft zurück und machen die Sache wieder bureaukratisch, mit Unterstützung der Gemeinden, des Reichs und der Einzelstaaten. Wir haben aber einen anderen Weg eingeschlagen, wir haben eine gemeinnützige Gesellschaft gegründet, die nicht auf hohe Gewinne zu rechnen hat, und ich glaube, damit den Wünschen des Interpellanten Rechnung getragen zu haben.

Ich bedauere außerordentlich, daß die **Schuhindustrie** nicht geneigt ist, auf diesen Weg zu treten. Die Schuhindustrie hat mir beispielsweise den Vorschlag gemacht, die Sache so zu regeln, daß die Konjunkturgewinne an die Gemeinden abgegeben werden, und die Gemeinden aus diesem Fonds dann Schuhwerk ankaufen, also die Preise senken und damit der minderbemittelten Bevölkerung ein verhältnismäßig billiges Schuhwerk zur Verfügung stellen. Das scheint mir aber ein sehr kompliziertes, umständliches und wenig praktisches Verfahren zu sein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin dafür, daß wir die Aufträge direkt an die Industrie geben, die sich bereit erklären muß, ein bestimmtes Quantum von Schuhen herzustellen, daß wir einen großen Teil des Rohmaterials liefern und so dazu kommen, für einen großen Teil unser Bevölkerung Schuhwerk zu mäßigen Preisen herstellen zu können.

Der Interpellant hat uns nun ferner mitgeteilt, daß die Schuhindustrie bereit ist, **Straßenschuhe,** das Paar

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) für 100 Mark zu liefern. Das ist ein glänzendes Angebot, das sofort akzeptiert wird. Ich werde die Herren beim Worte nehmen, und wir wollen sehen, wieviel sie liefern. Ich bin allerdings im Zweifel darüber, ob es ihnen möglich ist, ein Paar Schuhe für 100 Mark zu liefern. Aber wenn sie es können, à la bonne heure, wir werden mit ihnen fertig werden, und die Gemeinnützige Gesellschaft wird ihnen sofort einen größeren Auftrag überweisen können. Ich glaube, ein großer Teil der Entrüstung über das teure Schuhwerk würde mit einem Schlag verschwinden; denn leider ist ja die heutige Preislage so, daß ein Preis von 100 Mark für einen anständigen Straßenschuh eine erhebliche Senkung der Preise bedeuten würde. Das wäre auch ein Beweis dafür, daß die Schuhwarenindustrie eigentlich billiger liefern könnte, als es heute geschieht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Was ist nun in der Frage der **Notstandsversorgung** in Aussicht genommen oder bereits im Gange? Heute stehen zur Verfügung 51 900 Paar Schuhe, die auch zu mäßigen Preisen verteilt werden sollen. Ich darf darauf hinweisen, daß seinerzeit im 6. Ausschuß der Nationalversammlung von Lederfabrikanten am Niederrhein wiederholt betont worden ist, es könnten große Bestände von **Schuhwerk in Spaltleder** zur Verfügung gestellt werden, und zwar zu mäßigen Preisen, aber es sei nirgends ein Absatz für dieses Schuhwerk zu finden. Es handelte sich hier um ein Schuhwerk, das zwar nicht als hochwertig bezeichnet werden kann, das aber für eine gewisse Zeit ausreicht. Also dieses Schuhwerk war in reichem Umfang vorhanden, wurde aber vom Markt überhaupt nicht aufgenommen. In der **Verteilung für die berufstätige Bevölkerung** befinden sich fernerhin 30 000 Paar Bergarbeiterschuhe. Die Instandsetzung von Militärschuhwerk wird sich auf ungefähr 50 000 Paar Schuhe erstrecken.

(B) Wir wollen diese Arbeit auch fortsetzen und diese Schuhe nicht dem freien Handel geben, sondern zur Verteilung an die Gemeinden überweisen. Für die Notstandsversorgung stehen folgende Ledermengen für die Zukunft zur Verfügung: 145 000 Kilogramm verschiedene Unterleder, 10 000 Kilogramm Fahlleder, 10 000 Quadratmeter verschiedene Oberleder. Welche Ledermengen von der Heeresverwaltung für die Notstandsaktion zur Verfügung gestellt werden können, ist bis jetzt noch unaufgeklärt. Voraussichtlich werden diese Mengen klein sein, da die betreffenden Ämter ihre Bestände aufarbeiten wollen. Fernerhin wollen aber diese Ämter dazu übergehen, Straßenschuhwerk zu fabrizieren und aus der Militärwerkstätte eine Werkstatt zu machen, die den Ansprüchen des Handels und des Verkehrs entgegenkommt und den Bedarf decken kann.

An Barmitteln wird für die Notstandsaktion zur Verfügung gestellt der Erlös aus den Auktionen der Deutschen Leder-Aktiengesellschaft. Es werden versteigert 100 000 Kilogramm Schuhleder, rund 350 000 Kilogramm Rohhäute und Felle, ferner die bei der Konjunkturabgabe vom 1. Mai 1919 an die Kriegsledergesellschaft überwiesenen Beträge; sie werden auf 100 bis 150 Millionen Mark geschätzt. Auch diese Summe wird für Notstandsaktionen der Schuhwarenfabrikation verwendet. Die Konjunkturabgabe vom 15. August d. J., deren Beträge noch nicht festgesetzt sind, kommt natürlich ebenfalls vollständig zugunsten der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung in Betracht.

Wie gestaltet sich nun die **gegenwärtige Schuhwarenfabrikation,** und welche Produktion habe ich in Vergleich zu stellen, um heute zu messen, in welchem Umfang die Produktion bereits aufwärts gegangen ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege? Da ergibt sich folgendes: unser Lederschuhwerk, abgesehen vom Hausschuhwerk, wurde, soweit die großen Fabriken in Frage kamen, auf 60 Millionen (C) Paar im Jahr geschätzt. Während des Krieges ging diese Zahl natürlich erheblich zurück. Wir haben eine Fabrikation gehabt, um nur die letzte anzunehmen vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919: Berufsarbeiterschuhwerk 2 650 000 Paar, Straßenschuhwerk 17 325 000 Paar. Mithin ergibt diese Zahl, daß nur ein Drittel der Friedensproduktion erreicht wurde.

Was hat nun die Freigabe des Leders zur Folge gehabt? Kurz vor der Freigabe des Leders im Juli 1919 gibt der Überwachungsausschuß der deutschen Schuhindustrie die Produktion auf 2 500 000 Paar an. Im September unter der freien Bewirtschaftung ist die Produktion auf 3 200 000 gestiegen. Das ist eine Zunahme von nahezu 50 Prozent. Diese Zunahme ist doch auch ein Faktor, der bei der Beurteilung der freien Wirtschaft nicht ganz ausgeschaltet werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist eine erhebliche Zunahme der Beschäftigung der Schuhwarenfabrikation und natürlich auch rückwirkend in der Lederfabrikation. Bei dieser Steigerung der Produktion ist aber nicht mit in Ansatz gebracht die größere Beschäftigung in der **Portefeuilleindustrie,** die Beschäftigung in der Sattlerei, die Beschäftigung schließlich in der Handschuhfabrikation. In der letzteren soll der Aufstieg kein größerer sein. Ich habe Informationen bei den Portefeuillefabrikanten in Leipzig auf der Messe und auch in Frankfurt a. M. eingezogen, und an beiden Stellen ist mir gesagt worden: Die Aufträge für die Portefeuilleindustrie, besonders für das Ausland, sind nahezu unbegrenzt. Die Portefeuilleindustrie hat in Frankfurt a. M. erklärt, sie habe bis zum April Aufträge, die sie kaum ausführen könne.

(Hört! hört! rechts.)

Sie habe auch für diese Aufträge bis zum Ende des (D) Jahres die Deckung in Leder, auch ein Zustand, der doch schließlich bei der Austeilung eine nicht unbedeutende Rolle spiele.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn dieses Portefeuillegewerbe in der Lage ist — und es ist in der Lage —, einen großen Export zu begünstigen, wenn dieses Gewerbe, das im wesentlichen gerade handwerksmäßige Geschicklichkeit ausübt, keine großen Kohlenbestände oder andere Rohmaterialien braucht, dann ist es ungeheuer wichtig, eine solche Industrie mit allen Mitteln schließlich wieder aufwärts zu bringen.

(Zustimmung rechts.)

Das ist der Gewinn, der auf der andern Seite steht. Der Preis für Leder — das haben mir die Herren aus der Portefeuilleindustrie gesagt — ist fabelhaft hoch. Aber ich habe gefragt: haben Sie Schwierigkeiten, bei dieser Preislage nach dem Ausland abzusetzen? Darauf ist einstimmig von den Leuten gesagt worden: Absolut nicht; bei der Valutadifferenz spielt der Preis des Leders für den Export gar keine Rolle.

(Zuruf des Abgeordneten Simon (Franken): Das glaube ich!)

— Wenn der Herr Abgeordnete Simon sagt: das glaube ich, — so ist das für mich doch kein Grund zu sagen: diesen Zustand muß ich beseitigen. Im Gegenteil, ich bin heute in der Zwangslage: auf eine andere Art kann ich die Industrie nicht hochbringen. Und wenn die Industrie trotzdem ihre Gewinne dabei macht, hohe Löhne bezahlen kann und großen Export hat, dann ist alles erfüllt, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Voraussetzung für ein Hochkommen des Gewerbes darstellt. Daß die Schuhindustrie gegenwärtig nicht schlechter gestellt ist als unter der Zwangswirtschaft, darüber kann auch kein Zweifel bestehen. Auch darüber habe ich bei den Fabrikanten Informationen eingezogen. Von mehreren Fabri-

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) kanten ist mir übereinstimmend gesagt worden: es ist ein sehr unangenehmer Zustand, daß diese hohen Preise des Schuhwerks bestehen. Ich habe gefragt: halten sie es für besser, daß wir schließlich wieder zur Zwangswirtschaft zurückkehren oder glauben Sie, daß die freie Wirtschaft für Ihre Produktion vorteilhafter ist? Da ist mir von allen — auch nicht einer hat einen anderen Standpunkt eingenommen — gesagt worden: Nein, wir wollen den gegenwärtigen Zustand, die freie Wirtschaft; denn wir bekommen wenigstens Leder, wenn auch zu enorm hohen Preisen. Wir haben unsere Produktion wieder in die Höhe bringen können. Und das ist meiner Ansicht nach wiederum ein Beweis, daß die Einführung der freien Wirtschaft bei Leder neben vielen üblen Folgen doch auch manche sehr beachtenswerte Erleichterung gebracht hat.

Nun fragt es sich: zu welchem Mittel soll man greifen, um über diese Notstandsverordnung hinaus die **Marktlage** wieder zu einer Gesundung zu bringen und die wahnwitzigen Spekulationen, die ich in hohem Maße bedaure, die einen außerordentlich ungesunden Zustand herbeiführen, zu beseitigen? Denn die schlechteste Empfehlung für die freie Wirtschaft sind die Zustände auf dem Ledermarkt! Darüber ist gar kein Zweifel vorhanden. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung sehr bedenklich geworden ist, der freien Wirtschaft noch weiter das Wort zu reden, dann sind es gerade die Zustände auf dem Ledermarkt, die dazu Anlaß gegeben haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn man richtig durchgreifen wollte und könnte, ließe sich einzig und allein folgendes Mittel in Erwägung ziehen. Es müßte versucht werden, die **heimischen Häute** wieder vollständig für die Gerbereien zu erfassen, bestimmte Gerbereien nur in Lohn zu beschäftigen, soweit sie mit diesen inländischen Häuten beliefert werden, dieses Leder wieder an bestimmte Schuhfabriken zu geben, die (B) nur dieses Leder verarbeiten und deshalb einen bestimmten geringen Preis inne halten können. Das wäre theoretisch einfach. Dann käme noch die Verteilung hinzu, die eine weitere Etappe in der Organisation bilden muß. Das Auslandsleder oder das durch ausländische Felle erheblich verteuerte Leder müßte sich dann in der freien Konkurrenz ruhig austoben können.

Nur habe ich große Bedenken, ob es möglich ist, eine solche Organisation durchzuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe eben gesagt, daß eine solche Organisation theoretisch richtig wäre, wenn sie mit den nötigen **Kontrollen** konsequent durchgeführt werden könnte. Denken Sie sich aber folgenden Fall! Ein Schuhwarenhändler verkauft Schuhe für 50 bis 60 Mark und hat einen Nachbar, der, weil er nur ausländisches Leder verarbeitet, die Schuhe zu 200 bis 250 Mark verkaufen muß. Es ist nun nicht zu vermeiden, daß der erste dem Nachbar Schuhe zu 50 bis 60 Mark gibt und ihm sagt: bitte, verkaufe du sie drüben in deinem Geschäft für den höheren Preis! Das kann ich bei aller Aufsicht, bei aller Kontrolle absolut nicht verhindern. Das ist nicht möglich! Wenn Sie mir einwenden: ja, die Regierung muß die Kontrolle ausüben —, dann sage ich: diese Kontrolle versagt mir in jedem Fall, weil diejenigen, die mir eigentlich bei der Kontrolle mit behilflich sein sollten, mir nicht einmal die Vergehen mitteilen unter Angabe des besonderen Falles, damit ich in der Lage wäre, jeden einzelnen Fall durch die Polizeibehörde verfolgen zu lassen.

Immerhin steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Preissteigerung bei Leder weit über das Angemessene hinausgegangen ist. Die Interessenten scheinen zu vergessen, daß Preisfreiheit noch lange nicht Wucherfreiheit bedeutet.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Noch besteht die Verordnung gegen Preistreiberei in (C) voller Gültigkeit, und kaum jemand wird sie aufheben wollen. Es wird im Gegenteil die Auffassung vertreten, daß die Strafen für Warenwucher und Schleichhandel viel zu milde sind.

(Zustimmung.)

Ich gedenke, eine Verordnung einzuführen, welche die Strafen erheblich verschärft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten! — Zuruf: Freiheitsstrafe!)

Der Preiswucherverordnung unterliegt ganz fraglos auch das Leder. Auch hier ist niemand berechtigt, einen Gewinn zu nehmen, der das Angemessene übersteigt. Mir ist der Vorschlag gemacht worden, **Auktionszwang** einzuführen, bei dem Regierungskommissare gemeinsam mit den Berufsvertretungen, ähnlich wie es die Börsenkommissare unternehmen, eine gewisse Aufsicht ausüben, um bei zu hohen Preisbildungen einzugreifen und eine Verteilung der vorhandenen Waren vorzunehmen. Aber ich glaube, auch dieser Plan ist außerordentlich schwierig durchzuführen. Die Kontrolle auf den Auktionen würde sehr leicht zu umgehen sein. Wir hätten gar keine Möglichkeit, auch die Verschiebung von großen Beständen irgendwie zu kontrollieren. Es soll geprüft werden, wie weit es möglich ist, solchen Plänen nachzugehen. Aber ich sage schon gegenwärtig: ich habe einige Bedenken, ob es möglich ist, das wirklich herbeizuführen, was notwendig ist, eine Milderung der Zustände, wie sie sich auf dem freien Markte herausgebildet haben, die ich außerordentlich bedaure.

Nach allen bisherigen Erfahrungen empfiehlt es sich nicht, da wir einmal den Versuch unternommen haben, zu einer freien Bewirtschaftung überzugehen, nun wieder in das Gegenteil zu verfallen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen nun erst einmal den Markt eine Zeitlang (D) ruhig unter dieser Konjunktur stehen lassen und müssen sehen, ob nicht durch ein größeres Angebot von Ware schließlich auch eine Preissenkung eintritt. Es ist unmöglich, eine Politik zu verfolgen, derart, daß man einmal die Zwangswirtschaft einführt, dann wieder zur freien Wirtschaft zurückkehrt und schließlich wiederum zur Zwangswirtschaft kommt. Das ist auch rein organisatorisch ganz unmöglich. Ich kann nicht die vielen Gesellschaften, die jetzt in der Auflösung sind, auf einmal wieder zurückrufen und wieder in Aktion treten lassen. Das ist ein Zustand, der nicht zu verteidigen ist und der auch nach außen hin nicht gerade einen günstigen Eindruck machen würde.

Ich bin, wie ich wiederholt erklärt habe, für den sehr **vorsichtigen Abbau der Zwangswirtschaft.** Wir müssen heute bei den großen Valutadifferenzen um so vorsichtiger sein, weil wir mit Anlehnung des Preises im Inland und an den Auslandsmarkt plus Valutadifferenz eine außerordentlich ungünstige Preislage bekommen. Das muß vermieden und beim Abbau der Zwangswirtschaft vorsichtig in Rechnung gestellt werden. Wo es aber möglich ist, schließlich zur freien Wirtschaft ohne Gefahr zurückzukehren, da will ich es tun und habe daher schließlich auch diese Anordnung getroffen. Ich glaube, daß wir es aufrechterhalten können auf dem Gemüsemarkt, auf dem Obstmarkt. Wir haben hier eine gewisse freie Bewirtschaftung durchgeführt. Wir werden in der Einfuhr gewisser Rohfabrikate auch möglichste Freiheit gestatten und werden andererseits in der Ausfuhr eine starke Begünstigung eintreten lassen.

Das ist im wesentlichen der Gesichtspunkt, von dem aus die Wirtschaftspolitik geleitet sein muß. Deshalb glaube ich, daß wir, so unangenehm die Erscheinungen auf dem Ledermarkt sind, dennoch eine Zeitlang mit zu-

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) sehen müssen, wie sich die weitere Marktlage gestaltet. Wird keine Besserung eintreten, zeigt sich wirklich, daß der Zustand unerträglich ist, dann müssen wir sehen, ob wir eins von den Mitteln, die ich hier vorgeschlagen habe, die ich noch einmal mit dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß besprechen will, in Erwägung ziehen. Gegenwärtig aber verspreche ich mir nichts davon, wenn wir schlankweg die gegenwärtige Wirtschaft wieder in eine Zwangsorganisation zurückführen, weil dafür die Voraussetzungen nicht gegeben sind, und weil die freie Wirtschaft gerade auf diesem Gebiete, wo die Verhältnisse ganz eigenartig liegen, doch auch manche Vorteile und manchen Nutzen zeitigt. Die Nachteile recht erheblicher Art für die Konsumenten müssen leider unter den gegenwärtigen sehr ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen getragen werden und lassen keine Ändernng zu.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Präsident: Der Antrag auf Besprechung bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Ich stelle die Unterstützungsfrage.

(Pause.)

Die Unterstützung reicht aus. Wir treten demnach in die Besprechung der Interpellation ein.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen vorschlagen, mit der Besprechung der Interpellation zugleich die folgenden Gegenstände der Tagesordnung zu verbinden:

> **Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Notstandsversorgung mit Ober- und Unterkleidung und Schuhwerk sowie den Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Textilindustrie** (Nr. 951 der Drucksachen), Berichterstatter: Abgeordneter Hermann (Württemberg),

(B) und ebenso den vierten Gegenstand:

> **Beratung des von den Abgeordneten** Dr. **Ablaß und Genossen eingebrachten Antrags, betreffend planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft** (Nr. 858 der Drucksachen).

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß der gleiche Gegenstand auch noch behandelt wird in dem Antrage der Herren Abgeordneten Arnstadt und Genossen auf Nr. 13 der Drucksachen Ziff. 2a und b. Der Antrag auf Nr. 13 lautet:

> Maßregeln dahin zu ergreifen:
> a) daß der Abbau der Zwangswirtschaft in Getreide, Kartoffeln, Fett und Fleisch erfolgt, sobald die Ernährung des Volkes in diesen Produkten durch Erzeugung und Zufuhr gewährleistet ist,
> b) daß der Abbau der Zwangswirtschaft in allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft sofort erfolgt.

Es dürfte zweckmäßig sein, nachdem wir im übrigen alle Fragen der Zwangswirtschaft hier bei der Erörterung gleich miteinander verbinden wollen, auch diesen Antrag noch mit in die Debatte hineinzuziehen. — Das Haus ist damit einverstanden. Ich stelle fest, daß alle diese Materien mit der Besprechung der Interpellation verbunden werden.

Meine Damen und Herren! Ich gebe mich dabei keiner Täuschung hin, daß das ein sehr weitschichtiges Material ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß wir wahrscheinlich nicht darum herumkommen (C) werden, zwei Rednerfolgen zum Wort kommen zu lassen. Ich möchte aber doch anheimgeben, ob trotz der Weitschichtigkeit des Materials es den Herren nicht möglich ist, in ihren Ausführungen sich einer gewissen Kürze zu befleißigen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte auf folgenden Gesichtspunkt hinweisen. Das ganze Haus erwartet jetzt mit Sicherheit eine größere Pause für die Kommissionsarbeit auf den 25. Oktober, auf den nächsten Samstag in acht Tagen. Es wird mir nach dem Verlauf der Postdebatte vom letzten Samstag und nach dem voraussichtlichen Verlauf dieser Debatte immer fraglicher, ob diese Hoffnung aufrecht erhalten werden kann. Wir haben noch an Etats die zweite Hälfte des Postetats, den Etat des Reichsamts des Innern, des Reichswirtschaftsamts, des Reichsarbeitsamts, des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts, des Reichswehrministeriums zu erledigen. Das sind also alles Sachen, von denen ich befürchte, daß sie längere Debatten hervorrufen können. Das Reichsfinanzministerium legt außerdem, wie mir gesagt worden ist, großes Gewicht darauf, daß von den Steuervorlagen jedenfalls die Reichsabgabenordnung noch vor der Pause erledigt wird. Ich kann mir nicht recht denken, wie das gemacht werden kann.

Ich sehe vorläufig einmal für die jetzige Debatte den heutigen und den morgigen Tag vor. Wenn aber die beiden Rednerfolgen sich weitschweifig gehen lassen, werden auch diese beiden Tage nicht ausreichen, und wir müssen auch noch den Mittwoch dazu nehmen. Dann ist aber von einer Hoffnung, am 25. Oktober die Kommissionsarbeiten eröffnen zu lassen und dem Plenum einige Wochen Pause zu geben, keine Rede mehr. — Ich wollte das immerhin dem hohen Hause mitteilen.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Bergmann.

(D)

Bergmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde haben im Ausschuß für Volkswirtschaft der **Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für die Leder- und Schuhindustrie** zugestimmt. Wir sind dabei von folgenden Erwägungen ausgegangen: die Aufrechterhaltung der deutschen Leder- und Schuhindustrie ließ sich nur ermöglichen durch die Einfuhr von rohen Häuten und Fellen. Auch in Friedenszeiten war die deutsche Lederindustrie auf die Einfuhr dieser Rohprodukte angewiesen. Im Jahre 1913 haben wir für 535 Millionen Mark Häute und Felle eingeführt. Nun konnte die deutsche Lederindustrie in den letzten Monaten noch aus den Heeresbeständen versorgt werden. Nachdem diese aber nahezu aufgezehrt sind, war die deutsche Lederindustrie allein auf das Inlandsgefelle angewiesen. Der Anfall an rohen Häuten im Inlande ist aber dermaßen zurückgegangen und wird in der Folgezeit vielleicht noch geringer werden, daß nur noch ein kleiner Bruchteil dessen gedeckt werden kann, was zur Aufrechterhaltung der deutschen Lederindustrie und zur Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Schuhwerk unbedingt notwendig erscheint. Dazu würde noch ein großer Teil der inländischen Häute über die Grenze gehen, was wir, so sehr wir es bedauern mögen, nicht verhindern können.

Meine politischen Freunde konnten sich deshalb der Befürchtung nicht entziehen, daß bei dem Fortbestehen der Zwangswirtschaft die deutsche Leder- und Schuhindustrie wegen Mangel an Rohwaren zum Stilliegen kommen würde, und daß viele Tausende von Schuh- und Lederarbeitern, die gerne arbeiten wollen, keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr gehabt hätten, daß sie der Arbeitslosenfürsorge zur Last gefallen wären.

In Anbetracht dieser Verhältnisse haben nicht nur die Leder- und Schuhindustriellen, sondern auch die in

(**Bergmann,** Abgeordneter.)

(A) dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, wenigstens in ihrer erdrückenden Mehrheit, die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert.

Meine Damen und Herren! Eine weitere Folgeerscheinung wäre dann gewesen, daß es der deutschen Schuhindustrie nicht möglich gewesen wäre, die deutsche Bevölkerung mit dem notwendigen Schuhwerk zu versorgen, da wir in nicht allzuferner Zeit überhaupt keine nennenswerten Mengen von Leder in Deutschland mehr zur Verfügung gehabt hätten. Die deutsche Bevölkerung wäre infolgedessen gezwungen gewesen, **ausländische Fertigfabrikate** zu kaufen, und dann wären wir erst recht vom Regen in die Traufe gekommen. Amerikanische Herren- und Damenstiefel, die linksrheinisch massenhaft angeboten werden, kosten immerhin 250 bis 300 Mark für das Paar. So hoch sind die Preise im Inlande doch noch nicht gestiegen. Der Herstellerpreis für gute, dauerhafte Straßenstiefel beträgt im Inlande zurzeit etwa 100 Mark; das ist nicht einmal die Hälfte dessen, was für Auslandsware gefordert wird.

Es handelte sich also zu guterletzt für uns um die Frage: wollen wir Rohstoffe einführen und unserer Industrie und den darin beschäftigten Arbeitern Beschäftigung geben, oder wollen wir Fertigfabrikate hereinlassen und damit die deutsche Lederindustrie, die nach der Produktionsstatistik die drittgrößte Industrie Deutschlands war, der Vernichtung preisgeben? Ich war und bin auch heute noch der Ansicht, daß wir den unbedingten Lebensbedürfnissen dieser Industrie Rechnung tragen und eine größere Arbeitslosigkeit verhindern mußten, zumal eine entgegengesetzte Stellungnahme auf die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Schuhwerk nachteilig gewirkt hätte und eine Verbilligung der Ware unter den geschilderten Verhältnissen nicht erzielt wäre.

(B) Ich glaube deshalb, daß wir unsere Stellungnahme vor dem deutschen Volke sehr wohl verantworten können und auch heute nicht zu bereuen brauchen. Hätten wir die Häute- und Lederwirtschaft nicht freigegeben, so würden wir heute weniger Schuhwerk und vielleicht noch höhere Preise haben; denn die Zwangswirtschaft trieb ohnehin dem Zusammenbruch entgegen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der **Schleichhandel** hatte fortwährend an Ausdehnung zugenommen, und wenn man heute von hohen Schuhpreisen redet, so vergißt man vielfach, daß dieser Schleichhandel, der das ganze Gewerbe demoralisierte, zur Zeit der Zwangswirtschaft vielfach noch bedeutend höhere Preise gefordert hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Mit den von der äußersten Linken als Heilmittel angepriesenen Strafen für Übertretungen wäre die Zwangswirtschaft nicht zu halten gewesen. Man kann nicht hinter jeden Menschen einen Polizisten stellen.

(Sehr richtig!)

Mit Strafen trifft man nur Einzelfälle, sie sind kein volkswirtschaftliches Mittel, und wahrscheinlich hätte man auch in diesem Falle das Sprichwort zur Anwendung bringen können: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen!

(Sehr richtig!)

Wir müssen damit rechnen, daß je länger, je weniger eine künstliche Niederhaltung der Preise möglich sein wird. Während des Krieges mag eine solche Möglichkeit zum Teil vorhanden gewesen sein. Heute aber sind wir mehr denn je vom Auslande abhängig, und mehr denn je stehen unsere Grenzen offen. Es wäre verfehlt zu glauben, wir könnten ewig auf einer einsamen Insel wohnen und uns vom Weltverkehr abschließen. Einmal muß der **Anschluß an den Weltmarkt und an die Weltmarktpreise** getätigt (C) werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Je eher das geschehen kann, desto besser! Eine Gesundung in der Preisbewegung kann erst eintreten, wenn unser inländisches Preisniveau sich dem ausländischen und unserem Geldwert angepaßt hat. Dieser Weg mag schmerzlich sein, er mag uns vorübergehend ganz beträchtlich höhere Preise bringen, als die Zwangswirtschaft sie offiziell festsetzen würde; aber trotzdem müssen wir dieses Stadium durchgehen, um wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Die Herren auf der äußersten Linken mögen sich des unseres Erachtens durchaus zutreffenden Wortes ihres Herrn Kollegen Dr. Cohn in der Sitzung der Nationalversammlung vom 9. Oktober erinnern: „Eine sozialistische Insel Deutschland ist im Meere des Weltkapitalismus undenkbar."

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Die **Einfuhr von rohen Häuten und Fellen** ist nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutend gesteigert worden. Während früher nur verhältnismäßig kleine Posten aus Litauen, Polen und Holland eingeführt werden konnten, sind in den Monaten Juli, August und September bereits durchschnittlich 799 340 Kilogramm Häute und Felle eingeführt worden. In dieser Zahl sind aber nur die der Außenhandelsstelle gemeldeten Mengen enthalten, während in Wirklichkeit die Einfuhr wesentlich größer sein wird.

Ebenso ist eine bedeutende **Steigerung der Schuhproduktion** festgestellt worden. Während unter der Zwangswirtschaft das höchste Quantum pro Jahr etwa 25 Millionen Paar betrug, hat sich in den letzten zwei Monaten die Produktion so erhöht, daß eine Jahresproduktion von 30 bis 35 Millionen Paar herauskommen wird. Zudem ist auch die Qualität der Ware besser geworden, weil (D) besseres Material zur Verfügung steht und weil die Fabrikanten infolge der freien Konkurrenz auf die Ausführung und Dauerhaftigkeit der Ware mehr Wert legen müssen.

Nun ist verschiedentlich die Ansicht laut geworden, wir hätten auch bei Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft Häute und Felle einführen können. Aber dann wären wir meines Erachtens zu genau denselben Preisen gekommen. Der Herr Minister hat bereits in der Sitzung vom 2. Oktober ausgeführt, daß es nicht gut möglich sein würde, ausländische und inländische Waren auseinanderzuhalten. In diesem Falle hätten wir nur noch ausländische Waren auf dem Markte angetroffen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gewiß, meine Damen und Herren, auch wir bedauern es, daß die Leder- und Schuhpreise so rapide gestiegen sind, und ich möchte von dieser Stelle aus den Interessentenkreisen zurufen, daß sie den Bogen nicht allzu straff spannen sollen. Auch meine politischen Freude würden es auf die Dauer nicht durchgehen lassen können, wenn die deutsche Bevölkerung für ein so notwendiges Produkt geradezu unerschwingliche Preise zahlen müßte; in diesem Falle wäre auf Mittel zu sinnen, wie eine Preisreduzierung herbeigeführt werden könnte. Für eine **neue Zwangswirtschaft** wäre ich aber unter keinen Umständen zu haben, und ich freue mich, daß ich darin mit dem Herrn Minister übereinstimme.

Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Volkswirtschaft hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, daß die **Leder- und Schuhindustriellen** 60 Prozent ihres **Konjunkturgewinns** abliefern müssen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk. Es ist also dafür gesorgt worden, daß die Minderbemittelten

(**Bergmann**, Abgeordneter.)

(A) in der Übergangszeit nicht zu hohe Preise zahlen müssen. Ich bedauere es, daß die zu diesem Zwecke von den berufenen Vertretern der Schuhindustrie gemachten Vorschläge vom Reichswirtschaftsministerium nicht beachtet worden sind. Die Vertreter der Schuhindustrie hatten vorgeschlagen, daß die bei der deutschen Lederaktiengesellschaft und bei anderen amtlichen Stellen zur Verfügung stehenden Bestände an Leder unverzüglich durch die Reichslederstelle an diejenigen Schuhfabrikanten zu Einstandspreisen zu verteilen seien, die sich verpflichten, billiges Schuhwerk zu vorgeschriebenen Preisen herzustellen und diese auf feste Bestellung an die Bedarfsstellen zu liefern.

Die Vertreter der Schuhindustrie hatten bereitwilligst ihre Mitwirkung zugesagt. Wie der Abgeordnete Becker bereits erwähnte, hat das Wirtschaftsministerium es vorgezogen, zunächst die **Deutsche Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung** ins Leben zu rufen. Über diese Gesellschaft schreibt der „Schuhmarkt", das Organ der Schuhindustriellen und des Schuhhandels:

> Die Deutsche Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung soll ein gemeinnütziges Unternehmen sein, das seinen Unternehmern keine Gewinne abwirft. Ist es nur dem Reichswirtschaftsministerium unbekannt, daß die Konsorten Millionengewinne erwarten, daß sie unter Inaussichtstellung solcher Gewinne angesehene Schuhindustrielle zur Mitbeteiligung an dem Konsortium zu gewinnen suchen?

Ich richte die dringende Bitte an das Reichswirtschaftsministerium, hier einmal nach dem Rechten zu sehen, und wenn die Dinge wirklich so liegen, für schleunige Abhilfe zu sorgen. Ich begrüße es, daß der Herr Minister nach dieser Richtung hin bereits eine Änderung zugesagt hat. Wir haben den dringenden Wunsch, daß das Reichs- (B) wirtschaftsministerium in Verbindung mit den maßgebenden Vertretern der Industrie und unter Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche die rechten Mittel und Wege sucht, daß die Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung nicht nur in eine fachmännische, sondern auch in eine wohlwollende Hand gelegt wird, und daß nicht irgendeine Gesellschaft den Minderbemittelten den Rahm von der Milch schöpft.

Meine Damen und Herren! Die **Aufhebung der Zwangswirtschaft** erfolgte zu einer Zeit, die mit dem Stadium des größten Tiefstandes der deutschen Valuta zusammenfiel. Der Ausschuß für Volkswirtschaft hatte sich schon in seinen Sitzungen vom 21. und 22. Mai mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft befaßt. Leider scheiterte die Sache damals an der Wissellschen Planwirtschaft. Wäre die Zwangswirtschaft schon zu Anfang des Jahres aufgehoben worden, wie es die Vertreter der Lederindustrie forderten, so hätte die deutsche Wirtschaft viele Millionen sparen können.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Damals waren die Preise nicht nur ungefähr 50 Prozent niedriger; wir hätten auch zu einem Markkurs von 38,40 in Amsterdam kaufen können, während derselbe Kurs am 5. September nur noch 8,75 betrug.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Gewiß, es hätten Maßnahmen ergriffen werden können, um den Aufstieg der Leder- und Schuhpreise in gewissen Schranken zu halten. Der **Arbeitsausschuß der Lederwirtschaft** hatte zu diesem Zweck bestimmte Vorschläge gemacht, indem er **Richtpreise** festsetzte und dem Reichswirtschaftsministerium zur Veröffentlichung vortrug, nach denen der Verkauf der Waren freiwillig sich gestalten sollte. Das Reichswirtschaftsministerium hat es abgelehnt, diese Richtpreise bekanntzugeben; sie sind deshalb nicht zur (C) Geltung gekommen und haben die erstrebte Mäßigung nicht ausüben können.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ein **Zurückkehren zur Zwangswirtschaft** erscheint mir ausgeschlossen zu sein. Jedenfalls möchte ich entschieden davor warnen. In diesem Falle würde Deutschland von der Warenzufuhr abgeschnitten, von Rohwaren und Halbfabrikaten entblößt, und eine ehemals blühende Industrie würde zugrunde gerichtet. Andererseits werden bei einer Besserung der Valuta auch die Preise für Häute und Leder zurückgehen, da genügend Ware aus Holland, Dänemark, Frankreich und Amerika angeboten wird.

Ich habe die bestimmte Überzeugung, daß die Teuerung nur eine kurze Zeit dauern wird, daß wir nur mit einer Übergangszeit zu rechnen haben, und daß bei steigender Valuta und einem größeren Angebot die deutsche Leder- und Schuhindustrie in nicht allzu ferner Zeit wieder in der Lage sein wird, ihre Fabrikate zu angemessenen Preisen zu liefern, zur Befriedigung der deutschen Bevölkerung.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Löbe**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hermann (Württemberg).

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Interpellation der sozialdemokratischen Partei spricht von der teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft, indem sie gleichzeitig darauf hinweist, daß die **Aufhebung dieser Zwangswirtschaft** eine ungewöhnliche Preissteigerung mit sich gebracht habe. Der Herr Interpellant hat dem noch hinzugefügt, daß durch die Aufhebung dieser Zwangswirtschaft weiten Kreisen des deutschen Volkes unübersehbarer Schaden zugefügt worden sei.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) (D)

Er kann damit offenbar nicht allein die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Häute, des Leders und der Schuhwaren gemeint haben, er wird sich darunter noch andere Dinge vorgestellt haben. Denn wenn die Interpellation allgemein von einer teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft spricht, so kann man auch an die Textilindustrie, die Aufhebung der Haferwirtschaft und anderes denken. Auf alle Fälle nimmt dadurch die Interpellation grundsätzlich Stellung zur Frage der Zwangswirtschaft überhaupt, und da möchte ich doch einmal zurückgehen auf die Ursachen all der Erscheinungen, die wir mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft jetzt erleben.

Dabei betone ich, daß nach meiner Auffassung gerade die Begründung der Interpellation gezeigt hat, wie zweckmäßig es an sich wäre, wenn derartige rein wirtschaftliche Fragen mehr oder weniger aus der politischen Debatte herauskämen und dort erörtert würden, wo sie in erster Linie rein sachverständig, leidenschaftslos, nicht getrübt von parteipolitischem Gesichtspunkte besprochen werden könnte: das wäre der **Reichswirtschaftsrat**.

(Sehr richtig!)

Auch die heutige Debatte zeigt uns das überaus geringe Interesse des Hauses an so wichtigen wirtschaftlichen Dingen, die so tief in das Leben des einzelnen eingreifen,

(Zuruf: Leider!)

und wie notwendig es wäre, daß eine Stelle geschaffen würde, wo in rein objektiver Weise diese Fragen erörtert werden. Ich möchte in diesem Zusammenhange dem Wunsche Ausdruck geben, daß es dem Herrn Reichswirtschaftsminister bald gelingen möge, der Nationalversammlung eine Vorlage darüber zu machen, daß der Reichswirtschaftsrat sobald wie möglich zusammentritt. Die Nationalversammlung kann es auf die Dauer nicht

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) ertragen, diese Dinge ständig in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen, und auf der anderen Seite können so hochwichtige wirtschaftliche Fragen nicht so erörtert und geprüft werden, wie es absolut notwendig ist.

(Sehr richtig!)

Die **Zwangswirtschaft**, besser **Kriegswirtschaft**, über die heute die Besprechung in diesem hohen Hause geht, ist eigentlich von niemand gewünscht worden, sondern sie ist ein Kind des Krieges, eine Folge der Blockade, unseres Rohstoffmangels und mußte geschaffen werden, nicht aus Freude an der Zwangswirtschaft, sondern aus absolut staatlicher Notwendigkeit heraus. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Die andere Frage ist nur die, ob nicht mit dem militärischen Zusammenbruch, mit der Revolution der Zeitpunkt gekommen war, wo es zweckmäßig gewesen wäre, zu prüfen, auf welchen Gebieten die Aufhebung der Zwangswirtschaft aufzuheben sei. Das ist leider nicht geschehen, und es ist in der Zwischenzeit viel wertvolle Zeit verstrichen. Daraus mache ich aber dem jetzigen Herrn Reichswirtschaftsminister keinen Vorwurf.

(Zuruf!)

Jawohl, viel wertvolle Zeit ist tatenlos verstrichen, und mit dem Abbau der Zwangswirtschaft ist nicht in dem Maße verfahren worden, wie das meine Freunde und ich für wünschenswert gehalten hätten. Die Zwangswirtschaft als solche ist doch überhaupt nur denkbar, wenn diejenige Fülle staatlicher Macht vorhanden ist, um sie zwangsweise auch nur einigermaßen durchsetzen zu können.

(Sehr richtig!)

Wir wissen aus der Erfahrung, daß trotz der strengen Handhabung während des Krieges sie damals schon mehr und mehr durchlöchert wurde, daß aber, als die Staatsmacht zusammenbrach und die Revolution kam, die Grundlagen der Zwangswirtschaft mehr und mehr mit zusammenstürzten. Der jetzigen Regierung kann daraus (B) kein Vorwurf gemacht werden — sie hat eine bankrotte Erbschaft angetreten —, daß sie nicht in kürzester Zeit die Zwangsorganisation beseitigt hat.

(Sehr richtig!)

Auf der anderen Seite mutet es einem aber höchst eigenartig an, wenn von Unabhängiger Seite der Regierung immer wieder gesagt wird, sie soll ihre Macht anwenden und scharf vorgehen. Ja, wer untergräbt mehr als gerade die äußerste Linke das Ansehen der Regierung, ganz abgesehen davon, daß die Herren von der Rechten wirklich auch nicht dazu beitragen, die Macht und Autorität der Regierung zu stützen?

Es wird in diesem Zusammenhange nach **scharfen Strafen** gerufen. Ich bin durchaus der Auffassung, daß in bezug auf das Ausmaß der Strafen mehr hätte getan werden können, und daß häufig bei großen Schiebungen und Wuchereien die Strafen manchmal ungleich milder ausgefallen sind als bei vielen kleinen Leuten, bei Handwerkern usw., die man bei Übertretungen gefaßt hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich muß in diesem Zusammenhang auch Verwahrung dagegen einlegen, wenn in verschiedenen Preßorganen und auch von Politikern gegen uns der Vorwurf erhoben wird, wir hätten uns dagegen gesperrt, scharfe Strafen in dieser Beziehung einzuführen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Das ist eine absolute Unrichtigkeit, ja wohl, Herr Davidsohn, und zwar deswegen, weil meine Freunde und ich, wie das Zentrum und die Rechtsparteien, nur deshalb den Antrag des Herrn Simon abgelehnt haben, weil wir alle der Auffassung waren, daß die Zwangswirtschaft mit Leder aufgehoben werden müsse, und es deshalb gar keinen Sinn hat, noch besondere Strafverschärfungen zu beschließen, wenn man die freie Wirtschaft an sich herstellt.

(Abgeordneter Wissell: Warum haben Sie sie hergestellt?)

— Das hat mit dieser Frage nichts zu tun, Herr Kollege (C) Wissell. — Ich wende mich lediglich dagegen, daß man gegen uns den Vorwurf erheben will, als ob wir gegen eine Verschärfung der Strafen gewesen seien. — Davon kann gar keine Rede sein. Ich bin im Gegenteil der Meinung, die der Herr Interpellant auch zum Ausdruck gebracht hat: wenn es nicht anders geht, dieses Schiebertum zu beseitigen, wenn dieses Schiebertum weiterhin in dieser unerhörten Weise das Lebensmark des deutschen Volkes aussaugt, dann nützen meines Erachtens keine Gefängnisstrafen und keine Geldstrafen etwas, sondern diesen Burschen gehört ein solider Strick um den Hals gelegt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich mache mich anheischig, Herr Reichswirtschaftsminister, Ihnen von der Seilerzunft meiner Heimat Friedensstricke für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Ich bin sonst ein grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe, aber wer Nahrungsmittel, vor allen Dingen Getreide ins Ausland verschiebt um schnöden Eigennutzes willen, der kann nicht anders behandelt werden. Diese Schieber und Kapitalflüchtlinge sind die Leute, auf die jenes bitterböse Wort der Gesellen ohne Vaterland zutrifft, denn sie schädigen ihre Heimat in dieser furchtbaren Not in unerhörter Weise.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Partei wird alle Mittel unterstützen, die dazu beitragen, hier Abhilfe zu schaffen.

Aber über eines kommen wir nicht hinweg, und da gebe ich dem Herrn Kollegen Bergmann durchaus recht: man kann in einzelnen Fällen schwere Strafen verhängen, man kann abschreckende Beispiele statuieren, und die Verbrecher werden sich auch, wenn sie das Leben riskieren, wohl überlegen, ob sie ihre verbrecherischen Handlungen weiter ausüben wollen, aber ein Allheilmittel ist das (D) selbstverständlich nicht. Wir dürfen nicht übersehen, daß aus dem **besetzten Gebiet** die Ausfuhr in einer Weise bewerkstelligt wird, wie man es sich nicht schlimmer vorstellen kann. Auf der andern Seite ist durch die besetzten Gebiete hindurch ein Schiebertum am Werke, gegen das wir allerdings unter den heutigen Verhältnissen machtlos sind. Wir können nur immer und immer wieder auch in der Oeffentlichkeit darauf hinweisen, daß wir nicht in der Lage sind, den Friedensvertrag zu erfüllen, wenn man uns nicht die Möglichkeit dazu gibt. Auch Herr Clemenceau hat in seiner vorgestrigen Rede im Senat erklärt, daß Frankreich ein großes Interesse daran habe, daß Deutschland arbeite und zahle. Die Möglichkeit einer Wiedergesundung besteht aber so lange nicht, als dieses Loch am Rhein nicht geschlossen ist und die deutsche Regierung nicht die Möglichkeit der völligen Ein- und Ausfuhrkontrolle hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

In diesem dringenden Wunsche nach einem **Abbau unserer Zwangswirtschaft** begegnen wir uns durchaus mit den Wünschen des „Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine“ und anderer ähnlicher Organisationen, die erst kürzlich mit aller Deutlichkeit diesen Wunsch zum Ausdruck gebracht haben. Auch die Konsumvereine und die Genossenschaften haben das größte Interesse daran, daß energisch abgebaut wird. Dabei darf man sich aber nicht auf den extremen Standpunkt stellen, daß nun kurzerhand die Zwangswirtschaft auf allen Gebieten, die seither einer öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, zu beseitigen wäre und die freie Wirtschaft eingeführt werden müsse. Auch das wäre nicht richtig. Wir müssen — ich glaube, es war der Herr Reichskanzler Bauer, der das in seiner Programmrede in Weimar zum Ausdruck gebracht hat — in den einzelnen Wirtschaftsgebieten und Branchen prüfen: wo ist ein Abbau, wo ist eine Be-

(**Hermann** [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) seitigung der Zwangswirtschaft möglich und notwendig? wo ist sie noch nicht erträglich? Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus an einen planmäßigen Abbau dieser Zwangswirtschaft, an eine planmäßige Beseitigung derselben gehen, dann können wir keine allzu großen Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens erleben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei müssen wir allerdings wohl als leitenden Grundsatz festhalten, durch einen planmäßigen Abbau eine allmähliche **Anpassung unserer Inlandspreise an die Weltmarktpreise** zu vollziehen. Denn es ist einfach ein volkswirtschaftliches Unding, sich einzubilden, man könne im Herzen von Europa sich auch weiterhin, insbesondere noch jetzt nach Eintreten des Friedenszustandes, wenn der Vertrag ratifiziert ist, in dieser Weise abschließen, man könne durch Zwangswirtschaft künstlich die Preise niederhalten, wo wir doch auf der anderen Seite erleben, daß das alles durchbrochen und zum größten Teil unmöglich gemacht wird. Nach der Richtung hin müssen wir ernstlich arbeiten, und der Herr Reichswirtschaftsminister findet dabei die Unterstützung meiner Freunde, wenn er gewillt ist, diesen Weg zu gehen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun, verehrte Anwesende, dazu bedarf es der verständnisvollen Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsprozeß beteiligten Faktoren und der reifsten Überlegung, was nach dieser Richtung hin alles zu geschehen hat. Es wäre zu verlockend für mich, auf das weite Gebiet der Nahrungsmittelbewirtschaftung hier einzugehen. Nachdem der Herr Präsident bereits die Verbindung aller Punkte auf der Tagesordnung zu diesem Zweck angekündigt hat, glaube ich, mich darauf beschränken zu können, da ein weiterer Freund von mir zu dieser Frage Stellung nehmen wird, bezüglich der **Nahrungsmittelbewirtschaftung** darauf hinzuweisen, daß auch bezüglich der Bewirtschaftung unserer (B) wichtigsten Nahrungsmittel allergrößte Vorsicht am Platze ist angesichts der Zustände, unter denen wir jetzt leben.

Übergehen möchte ich damit zum Hauptgegenstand der heutigen Interpellation: zur **Lederwirtschaft;** denn die bildete ja die Veranlassung zur Interpellation überhaupt. Während des Krieges ist der größte Teil unserer Lederproduktion für die Militärverwaltung zur Verfügung gestellt worden, und es ist ja auch aus den Bedürfnissen der Militärverwaltung heraus die Zwangsbewirtschaftung des Leders überhaupt notwendig geworden. Immer mehr aber setzte infolge der blühenden Schwarzschlachtungen der **Schleichhandel** ein, sodaß es wohl keine übertriebene Behauptung ist, daß etwa mit Ausbruch der Revolution oder auch etwas später annähernd 50 Prozent des Häutegefälles überhaupt im Wege des Schleichhandels vertrieben wurden, abgesehen davon, daß auch ein erheblicher Teil der **Häute** im Wege der Verwurstung der Lederproduktion entzogen worden sind. Es ist auch in diesem Zusammenhang festzustellen, daß insbesondere nach dem militärischen Zusammenbruch im November ein erheblicher Teil der Häute in das besetzte Gebiet abgewandert ist, so daß die durchschnittliche Beschäftigungsmöglichkeit immer mehr zurückging. Sie war bei der Lederherstellung auf 25 Prozent bei Großviehhäuten und auf 10 Prozent bei Kalbshäuten gegenüber dem Frieden zurückgegangen. Damit steht weiter im Zusammenhang, daß weite Teile der Industrie, die sich nicht am Schleichhandel beteiligten, in eine immer größere wirtschaftliche Notlage kamen, während sie auf der anderen Seite zusehen mußten, wie ihre Konkurrenten sich im Schleichhandel mit Waren versorgten. Diese Zustände entwickelten sich in immer stärkerem Umfang, sodaß man sich auf der einen Seite die Frage der starken Abwanderung in die besetzten Gebiete und auf der anderen Seite die auch im Innern immer drohender werdende Frage der Arbeitslosigkeit vieler Betriebe vorlegen mußte. Auch das Handwerk als solches, insbesondere (C) das **Schuhmachergewerbe,** hätte ja längst den Hungertod sterben müssen, wenn es auf das angewiesen gewesen wäre, was ihm auf dem Wege behördlicher Zuteilung zugekommen war. Dieses Gewerbe konnte seinen Betrieb nur aufrechterhalten, indem es sich auch im Wege des Schleichhandels mit Leder versorgte, eine andere Möglichkeit bestand nicht; denn die zwei Kilo Bodenleder, die auf den Kopf der Arbeitskraft in gewissen Zeitabschnitten zugeteilt wurden, sind natürlich zum Leben zu viel und zum Sterben zu wenig.

So war man tatsächlich vor die Frage gestellt, was zu tun wäre, um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Der **Volkswirtschaftsausschuß** der Nationalversammlung hat deshalb auch jene Beschlüsse gefaßt, die hier zum Gegenstand der Interpellation gemacht worden sind. Nun ist ja eines ohne weiteres zuzugeben, daß man bei dem gewaltigen Einfuhrbedürfnis, das bei uns bestand, und auf der andern Seite bei dem großen Bedürfnis an Schuhwaren mit ungewöhnlichen Zuständen rechnen mußte. Wir haben uns diese Frage wiederholt überlegt. Mein Freund Gothein und ich versuchten zunächst den Weg zu gehen, den auch der Herr Minister während seiner Rede angedeutet hatte, ob es nicht möglich wäre, Betriebe ausschließlich mit Inlandsware zu versorgen und andererseits Betriebe zu haben, die ausschließlich die ausländischen Häute verarbeiten. Aber auch dieser Weg erwies sich nicht als tunlich, auch nicht der andere, die Zwangswirtschaft im Inneren beizubehalten und mit zwei Preisen zu operieren. Das hat sich als unmöglich herausgestellt, und angesichts dieser Unmöglichkeit blieb nichts anderes übrig, als zur freien Wirtschaft überzugehen, wobei doch wohl betont werden darf, daß der Zwangspreis für die Inlandshaut für ein Kilo Rohhaut 1,40 Mark betrug, während der Weltmarktpreis schon auf 8 bis 10 Mark gestiegen war, was ja angesichts der Weltknappheit auf (D) diesem Gebiet nicht weiter wundernehmen konnte.

Nun ist gesagt worden, daß bei **Aufhebung der Zwangswirtschaft** von gewissen Kreisen eine Verbilligung der Schuhe versprochen worden sei. Davon ist sicherlich von keinem verantwortlichen Menschen gesprochen worden, wenigstens in diesem Umfange nicht. Meine Freunde und ich — insbesondere war es Herr Kollege Gothein — haben im Volkswirtschaftsausschuß ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir mit einer sehr starken Steigerung der Lederpreise unbedingt werden rechnen müssen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und in dieser Erkenntnis, daß eine **starke Preissteigerung** eintreten werde, haben meine Freunde und ich damals den Antrag gestellt, von den Konjunkturgewinnen 60 Prozent zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Schuhwerk abzuführen. Wir wollten durch diesen Antrag den Ausgleich dafür schaffen, daß diese Preissteigerung unter allen Umständen eintreten mußte.

Das allerdings hatten die wenigsten erwartet, daß in so riesigem Umfange, wie es tatsächlich geschehen ist, eine Preissteigerung eintreten würde; denn es ist wirklich eine wilde Preistreiberei eingetreten, wie man sie eigentlich von vernünftigen Geschäftsleuten nicht hätte erwarten dürfen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das war eine überaus bedauerliche Begleiterscheinung, die an sich nicht scharf genug gerügt und gegeißelt werden kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dagegen hat bereits der Herr Reichswirtschaftsminister gesagt, daß Wirtschaftsfreiheit nicht Raubtierfreiheit oder, wie er es ausgedrückt hat, Wucherfreiheit ist. Durchaus unsere Auffassung! Ein energisches Vorgehen gegen diesen

(**Hermann** [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) Wucher wird deshalb die volle Unterstützung meiner Freunde finden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen uns aber auf der andern Seite darüber klar sein, daß in dem Moment der Aufhebung der Zwangswirtschaft annähernd der größte Tiefstand unserer Valuta eingetreten war und auf der andern Seite eine gewaltige Hausse in Häuten auf dem Weltmarkt eingesetzt hatte. Das wirkte natürlich noch in besonderem Maße bei der Verteuerung mit, wie auch die wilden Ankäufe, die wilden Preistreibereien selbstverständlich in recht ungünstigem Maße auf die Bildung der Preise eingewirkt haben.

In diesem Zusammenhang komme ich auf eine Frage, die noch nicht beantwortet worden ist, und worüber ich mir Aufschluß erbitte. In weiten Kreisen ist man der Auffassung, daß hier eine Mitschuld des Reichswirtschaftsministeriums vorliegt, und zwar nach der Richtung hin, daß seitens des Reichswirtschaftsministeriums die **Vorschläge** des Arbeitsausschusses **des Zentralausschusses der deutschen Lederwirtschaft** vom 2. August 1919 bezüglich Übergangsrichtpreisen für Leder und Lederschuhwerk nicht beachtet worden sind. Ich möchte den Herrn Reichswirtschaftsminister bitten, mir Auskunft darüber zu geben, welche Gründe für das Reichswirtschaftsministerium bestimmend waren, diese sicherlich wohlüberlegten Vorschläge des Zentralausschusses bei dieser Verordnung nicht zu beachten. Diese Vorschläge, die mir vorliegen, sahen vor, daß gerade in der Übergangszeit eine Anpassung stattfinden sollte. Die Preise, die hierfür vorgeschlagen wurden, sind solche, daß sie doch hinter denen, wie sie sich tatsächlich entwickelt haben, weit zurückgeblieben wären. So war vorgeschlagen, für Bodenleder, für das der Höchstpreis 15 Mark pro Kilo und der Auslandspreis 40 Mark betrug, einen Richtpreis von 25 Mark zu nehmen, für Oberleder, für Chevreaux und Boxcalf, wo der Höchstpreis für 1 Quadrat- (B) fuß 3 Mark, der Weltmarktpreis 15—20 Mark betrug, einen Richtpreis von 9 Mark zu nehmen. In den diesbezüglichen Vorschlägen war enthalten, daß die Lederhersteller verpflichtet werden, dieses Leder zu den festgesetzten Preisen innerhalb bestimmter Zeiträume abzuliefern, und zwar war hier für Boden- und Treibriemenleder bestimmt, daß innerhalb der nächsten vier Monate diejenige Menge Leder zu diesen Preisen abzugeben ist, die der quotenmäßigen Zuteilungsziffer in Häuten in den Monaten April, Mai und Juli entsprochen hätte. Es waren noch eine Reihe von Vorschlägen bezüglich Oberleder usw. gemacht, die wohl hätten dazu beitragen konnen, für den Übergang die wilde Preistreiberei zu vermeiden, zum mindesten auch eine Versorgung der kleineren Betriebe, sowohl der Gerberei wie auch des Schuhmacherhandwerks, einigermaßen zu gewährleisten. Erfreulicherweise haben sich auch eine Reihe von Betrieben an diese Richtpreise gehalten. Aber mit welchem Erfolg? Dem, daß diejenigen Firmen, die sich anständigerweise an diesen Richtpreis gehalten haben, zusehen mußten, wie diese Waren mit ganz kollossalen Aufschlägen vertrieben worden sind. Nach meiner Auffassung hätten diese Vorschläge in die Verordnung vom 15. August mit hineingearbeitet werden müssen. Denn wenn sie auch nicht restlos durchgeführt worden wären — darüber bin ich mir nicht im Zweifel —, so hätten sie doch eine überaus günstige Wirkung auf die Entwicklung des Marktes gehabt und hätten, wie ich bereits betonte, gerade für die kleineren Betriebe günstig wirken können.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß man, wie aus dem Protokoll über die Verhandlungen des Zentralausschusses der Lederwirtschaft hervorgeht, insbesondere in den Kreisen der verarbeitenden Industrie sich durchaus der Verantwortung bewußt war, die diesen Kreisen obliegt. Insbesondere wies der Kommerzienrat Wallerstein sehr deutlich darauf hin, daß er, (C) wenn seine Vorschläge nicht durchgeführt würden, unter Umständen dem Herrn Reichswirtschaftsminister den Vorschlag machen müßte, überhaupt nicht zur freien Wirtschaft überzugehen, und er hat auch die Vorschläge, die ich eben skizziert habe, als absolut notwendig bezeichnet, um den wilden Preistreibereien, wie wir sie tatsächlich nachher erlebt haben, Einhalt zu tun. So haben wir leider die Preissteigerungen erlebt, wobei im gerechten Zorn über diese Entwicklung auch weite Kreise unseres Volks des Wuchers beschuldigt worden sind, die dieser Vorwurf durchaus nicht trifft. Es wird beliebt, die Sache allgemein so darzustellen, als ob die Entwicklung der Preise nichts weiter ist als wüster **Wucher der Leder- und Schuhindustrie.** Davon kann man im Ernst wirklich nicht reden. Mit Recht hat bereits der Herr Minister darauf hingewiesen, daß diese Industrien auch ein ganz gewaltiges Risiko eingehen, wenn sie zu diesen außerordentlich teuren Preisen bei dem Tiefstand unserer Valuta die Rohstoffe einführen und nachher veredeln und ständig damit rechnen müssen, daß sie unter Umständen durch einen Sturz der Valuta die größten Verluste zu erleiden haben, was bei dem langen Produktionsprozeß in der Lederindustrie gar kein Wunder wäre. Neben der schnöden Preistreiberei und neben dem schnöden Wucher liegt hier eine Entwickelung vor, die in unseren weltwirtschaftlichen Verhältnissen mit begründet ist.

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat sodann bezüglich des Konjunkturgewinnes darauf hingewiesen, daß er selbstverständlich so, wie er vom Ausschuß der Nationalversammlung beantragt worden sei, auch abgeführt werden müsse, und hat des näheren Ausführungen darüber gemacht, wie man sich die Sache denke. Ich möchte, ehe ich zu der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk komme, darauf hinweisen, daß es trotz des ungünstigen Valutastandes unserer Industrie doch (D) möglich geworden ist, sich in recht erheblichem Maße mit **Rohwaren** einzudecken und dadurch wieder **Beschäftigungsmöglichkeit** für ihre Arbeiter und überhaupt Arbeit zu beschaffen. Ich will nicht wiederholen, was der Herr Reichswirtschaftsminister in dieser Beziehung gesagt hat. Denn seine Auffassung deckt sich durchaus mit der meiner Freunde.

Ich möchte bloß noch an das eine erinnern: Es ist doch für uns überaus wichtig und wertvoll, daß gerade ein erheblicher Teil dieser Industrien, der **Lederindustrie,** die im Frieden schon gewaltig exportiert hat, die **hochwertiges Qualitätsleder,** das für unseren inländischen Verbrauch zum größten Teil gar nicht in Betracht kommt, ausführt und dadurch Devisen schafft, — daß weiter ein erheblicher Teil dieser Industrie dadurch, daß er nur 75 Prozent dessen, was er herstellt, ausführt, doch auch recht erhebliche Mengen für die inländische Versorgung tatsächlich zur Verfügung stellt. Es ist doch keine Lappalie, wenn unsere Inlandserzeugung mindestens um 25 Prozent gestärkt wird, etwas, was wir absolut notwendig gebrauchen können und was uns zweifellos nützen wird. In diesem hochwertigen Leder, das wir ausführen, steckt doch ein sehr erheblicher Teil von Arbeitslohn.

(Sehr richtig!)

Nach der Richtung müssen wir doch gerade unsere zukünftige Wirtschaft drängen, Ausfuhrgüter zu schaffen, bei denen der Wert des Rohprodukts in einem umgekehrten Verhältnis zum Wert der Arbeit steht, das heißt, daß der Wert der veredelten Arbeit, die in dem Produkt steckt, den Wert des Rohstoffs weit übersteigt; denn nur dadurch können wir wirtschaftlich hochkommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) Nun habe ich bereits ausgeführt: die Frage, wie wir die minderbemittelte Bevölkerung mit Schuhwerk versorgen können, steht im engsten Zusammenhange mit der **Frage des Konjukturgewinnes.** Sie muß schließlich aber auch unabhängig von der Frage des Konjunkturgewinnes betrachtet werden; denn weil wir uns bei Aufhebung der Zwangswirtschaft darüber im klaren waren, daß eine gewaltige Steigerung der Preise eintreten werde, haben wir gleichzeitig die soziale Verpflichtung absolut anerkannt, daß denjenigen Kreisen unseres Volkes, die nicht in der Lage sind, sich dieses Schuhwerk, wie es nun fabriziert würde, zu kaufen, unter die Arme gegriffen werden müsse und daß sie instand gesetzt werden müßten, sich zu erträglichen Preisen Schuhwerk zu beschaffen. Aus diesem Grunde glaubten wir auch einen Teil der Mittel durch die Konjunkturabgabe zu gewährleisten.

Nun ist von dem Herrn Reichswirtschaftsminister und auch von dem Herrn Interpellanten bereits darauf eingegangen worden, daß man geplant habe, die sogenannte **„Deutsche Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung"** zu diesem Zweck zu gründen. Der Herr Interpellant hat sich bereits mit dieser Gesellschaft beschäftigt. Was er nach dieser Richtung ausgeführt hat, findet meine volle Zustimmung. Auch meine Freunde würden es für einen verhängnisvollen Fehler halten, in Form der Deutschen Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung eine neue Organisation aufzuziehen, zentralisiert mit entsprechender Ausstattung, wie die Kriegsgesellschaften, mit Direktoren und einem größeren Apparat, der dazu notwendig wäre. Ich betone, das Reichswirtschaftsministerium hat unsere Billigung, wenn es diese Pläne hat fallen lassen, wie ich aus den Ausführungen des Herrn Ministers glaube entnehmen zu dürfen. Damit ist selbstverständlich die Frage selbst, wie diese Versorgung stattfinden soll, nicht gelöst. Hier glaube ich, wäre es zweckmäßig gewesen, wenn (B) früher schon ein Programm darüber aufgestellt worden wäre, gleichzeitig mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft, und dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung Vorlage darüber gemacht worden wäre. Ich gehe davon aus, daß der Schwerpunkt dieser **Fürsorgeorganisation mit Schuhwerk** in die Gemeinden zu verlegen ist.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben den Schwerpunkt dieser Versorgung mit Kleidern auch in die Gemeinden verlegt, und auch die neue Organisation, wie sie vom Reichswirtschaftsministerum mit der neuen Notstands-Versorgungs-G. m. b. H. für Kleider geschaffen worden ist, ist, wie mir zur Kenntnis gelangt ist, auch mehr oder weniger auf der Grundlage organisiert, daß ihr Schwerpunkt in die Gemeindeorganisationen zusammen mit dem Handel verlegt wird. Denn anders kann ich mir nicht eine wirklich richtige Versorgung der Bevölkerung vorstellen. Dabei gehe ich allerdings davon aus, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, und zwar raschestens, um eine rechtzeitige Belieferung zu gewährleisten. Diese rechtzeitige Belieferung für die minderbemittelte Bevölkerung ist natürlich nicht gewährleistet, wenn man erst Leder zuweisen will oder erst gar Leder fabriziert und dieses fabrizierte Leder später zu Schuhen verarbeitet. Da ist die Zeit viel zu kurz, die uns von dem Winter trennt. Sondern hier muß auch die deutsche Schuhindustrie und die deutsche Lederindustrie zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium in gemeinsamer Arbeit einen Weg finden, der eine rasche Belieferung möglich macht. Ich will mich auf Einzelheiten nicht einlassen, ich habe die Überzeugung, daß dies dem Reichswirtschaftsministerium und der Einsicht der beteiligten Industrien gelingen wird. Denn sie müssen diese Einsicht haben, weil es sich hier nicht bloß um ein wirtschaftliches, sondern letzten Endes um ein politisches (C) Problem handelt, das dabei zu lösen ist, daß wir nämlich diesen Winter die breiten Massen der Bevölkerung mit gutem und billigem Schuhwerk versorgen, wobei ich — ich komme nachher in anderem Zusammenhange darauf zu sprechen — die dringende Bitte aussprechen möchte, daß man unter minderbemittelter Bevölkerung nicht nur die Kreise der Arbeiterschaft versteht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

denn die gehören gerade im jetzigen Zeitpunkt vielfach nicht zu den minderbemittelten Kreisen der Bevölkerung.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Zu den Bemittelten auch nicht!)

— Nicht zu den Bemittelten, diese Behauptung wäre total falsch. Aber denken Sie an die vielen kleinen Beamten und anderen kleinen Leute, die nicht die Möglichkeiten hatten, durch Streiks ihr Einkommen wesentlich zu bessern, sondern die in der denkbar schlechtesten Lage sind. Denken Sie an die Hunderttausende kleiner Rentner, die ihr ganzes Leben gespart haben, und die gar keine Möglichkeit hatten, irgendwie ihren Kapitalertrag zu steigern. Ich denke an keine Großkapitalisten, sondern an alle die bescheidenen Leute, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben. Wir müssen diese Kreise auch mit in die Versorgung einbeziehen, denn sie haben wirklich einen Anspruch darauf. Außerhalb dieses Hauses ist das auch vielfach aus Ihren (zu den Sozialdemokraten) Kreisen anerkannt worden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Es ist durchaus richtig, Herr Hoch!

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Dann wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar dafür, mir nachher zu sagen und zu beweisen, ob es nicht gerade außerhalb der Arbeiterschaft heute weite, weite Kreise gibt, denen es noch wesentlich schlechter geht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das bestreiten wir gar nicht!) (D)

Also dann sind wir ja einig, Herr Interpellant.

Ich möchte also diese dringende Bitte schon deshalb aussprechen, weil wir während des Krieges die Erfahrung machen mußten, daß von vielen Behörden, die gerade dafür zuständig waren, diese Kreise ausgesucht schlecht behandelt worden sind; deshalb, weil diese Kreise ruhig und gelassen all das hingenommen haben, glaubte man, mit ihnen umspringen zu dürfen, wie man wollte.

Die Frage, wie nun diese **Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung** stattfinden soll, dürfte, wie ich bereits angedeutet habe, einer Lösung entgegengeführt werden, wenn durch die beteiligten Industrien und durch das Reichswirtschaftsministerium das Nötige geschaffen wird. Ob es dabei durchführbar sein wird, den Konjunkturgewinn in natura zu leisten, das ist eine Frage zweiter Ordnung. Denn bei Verabschiedung des Beschlusses des 6. Ausschusses gingen wir ja alle davon aus, daß diese 60 Prozent des Konjunkturgewinns in bar geleistet werden müßten. Von irgendeiner Seite ist ein Antrag oder eine Anregung nach der Richtung nicht gekommen, daß der Konjunkturgewinn in natura geleistet werden müßte. Denn es ist ja klar, zu Höchstpreisen, wie sie waren, oder schließlich auch zu den Richtpreisen, wie sie vorgeschlagen waren, wird man jetzt den beteiligten Industrien es unmöglich zumuten können, ihre Produkte abzugeben, nachdem sie sich mit teuren Häuten eingedeckt haben. Hier muß ein Mittelweg eingeschlagen werden, damit die Versorgung an die Finanzen des Reichs keine allzu hohen Anforderungen stellt. Dadurch, daß wir Milliarde für Milliarde für derartige Dinge bewilligen, wird schließlich die Sache auch nicht gebessert.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch um eine Auskunft von dem Herrn Reichswirtschaftsminister bitten,

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) darüber, wie es um die **Bodenlederverteilung** steht, bei der ja der Ausschuß der Nationalversammlung das Schuhmacherhandwerk besonders berücksichtigt wissen wollte. In den Kreisen der **Schuhmacher** besteht eine sehr große Erbitterung darüber, daß der Beschluß des Ausschusses nicht zur Ausführung gekommen ist. Ich will nicht verkennen, daß der größte Teil der Schuld an den beteiligten Gerbereien und Industrien liegt, die es vielfach abgelehnt haben, die nötigen Mengen zur Verfügung zu stellen. Es sollte doch möglich sein, dieses Versprechen des Ausschusses der Nationalversammlung einzulösen.

Ebenso möchte ich um Auskunft darüber bitten, ob es nicht möglich ist, bei der Verteilung der Bestände der Deutschen Lederaktiengesellschaft den **kleinen Gerbereien** eine bestimmte Menge zuzuweisen, und zwar unter Kontrolle und mit dem Auftrag, es für bestimmte Zwecke zu bestimmten Lieferungen zu verarbeiten. Dadurch würden diese kleinen Gerbereien in die Lage kommen, über die schlimmste Zeit des Übergangs hinwegzukommen.

Was der Herr Minister bezüglich des Anspruchs der **Landwirtschaft** wegen der **Häutepreise** ausgeführt hat, scheint mir doch nicht gangbar zu sein. Ein Drittel soll dem Bauern, ein Drittel dem Reich und ein Drittel der Gemeinde zufließen, sagt der Herr Minister. Ob mit dieser Drittelung die notwendige Ruhe in unsere Landwirtschaft hineinkommt, ob sich unsere Landwirtschaft damit einverstanden erklären kann, das möchte ich füglich bezweifeln, obwohl ich dem Herrn Minister darin zustimme, daß der Landwirt selbstverständlich nicht verlangen kann, daß ihm der ganze Gewinn zugeführt wird. Aber einen gerechteren Ausgleich, als er hier vorgeschlagen wird, möchte ich dringend empfehlen.

Zum Schluß ist noch die Frage aufgeworfen worden, ob denn eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft möglich sei. Der Herr Minister hat davon gesprochen, (B) daß sie theoretisch unter Umständen möglich wäre, daß er sie aber praktisch für unmöglich halte. Ich möchte ihm darin zustimmen. **Die Rückkehr zur Zwangswirtschaft in Leder** würde zu unerträglichen Zuständen führen, und zwar nicht bloß in bezug auf das Leder, sondern es würde das Vertrauen in unsere ganze Wirtschaft schwer erschüttert werden, und es würde das zeigen, daß man bei uns nicht recht weiß, was man wirtschaftlich will. Deshalb muß es bei der verfügten Freigabe bleiben, und wir können nur die Erwartung aussprechen, daß sich die beteiligten Wirtschaftskreise ihrer hohen Verantwortung gegenüber der Gesamtheit bewußt werden und sich auch darüber klar sind, daß die Zustände, wie sie sich entwickelt haben, ein ganz unerträgliches Maß annehmen, wenn diese Kreise nicht die nötige Einsicht und Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit besitzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Damit möchte ich die Lederfrage verlassen und mich einer anderen wichtigen Sache zuwenden, nämlich der **Bewirtschaftung der Textilien.** So notwendig die Beschuhung für den Menschen ist, so notwendig ist selbstverständlich auch die Bekleidung. Hier kann ich mich wesentlich kürzer fassen, weil auch auf diesem Gebiete ein erheblicher Abbau der Zwangswirtschaft bereits eingetreten ist, sodaß die nach dieser Richtung hin gestellten Anträge entweder schon erfüllt oder in der Durchführung begriffen sind. Ich möchte hier besonders auf eines hinweisen, nämlich auf die Verteilung der **Bestände,** die noch in den einzelnen Lagern der Reichstextilaktiengesellschaft und der **Heeresverwaltung** liegen. Hier dürfte, trotzdem monatelang zugesagt wurde, eine rasche Verteilung herbeizuführen, doch noch mehr Dampf hinter die Sache gemacht werden. Ich weiß, es liegt wirklich nicht etwa am schlechten Willen des Reichswirtschaftsministeriums. Aber wenn wir in letzter Zeit wieder gehört haben, wie in großen Lagern eine gewisse passive Resistenz der dortigen Angestellten und Beamten (C) zu beobachten ist, daß Sachkenner und Sachverständige der Auffassung sind, daß es, wenn es so weiter geht, noch jahrelang dauern wird, bis diese Lager überhaupt geräumt und den Konsumenten zugeführt sind, so ist wohl die Bitte gerechtfertigt, es möchte mit allen Mitteln und mit aller Energie darangegangen werden, unter Umständen unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft der Verbände für eine rasche Verwertung Sorge zu tragen, was ganz besonders jetzt angesichts des kommenden Winters eine absolute Notwendigkeit ist.

Der Abbau der Zwangswirtschaft, der im übrigen auf diesem Gebiete eingeführt worden ist, findet unsere Billigung; denn auch hier müssen wir dafür Sorge tragen, daß auf dem weiten Gebiete unserer Textilindustrie, von deren Wohlergehen das Los Hunderttausender, ja vielleicht Millionen von Menschen abhängig ist, die Einschränkungen soweit als möglich überhaupt fallen, daß wir wieder zur Fabrikation kommen, anstatt die teueren Stoffe aus dem Ausland zu beziehen, daß wir dafür sorgen, die einheimische Produktion zu fördern. Und hier gilt das, was ich bezüglich der Notstandsversorgung mit Schuhen gesagt habe: auch hier ist es in erster Linie die Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die weiten Kreise der Arbeiterschaft, des werktätigen Mittelstandes, der Beamtenschaft einigermaßen mit Stoffen versorgt werden, deren Preis erträglich ist. Nach der Richtung scheint ja Vorsorge getroffen zu sein. Was alles aber auf diesem Gebiete geleistet wird, möchte ich an einem Beispiel illustrieren. Meinem Freunde Gothein ist vor wenigen Tagen dieser Folioband hier zugegangen, — auch eine schöne Illustration der **Kriegszwangswirtschaft.** Das ist die Korrespondenz über 2000 Mark **Wollabfälle,** die dieser Mann führen mußte.

(Große Heiterkeit.)

Darin ist eine Rechnung von 64 Seiten und eine (D) Korrespondenz von 7 Monaten, um für 2000 Mark Wollabfälle zu bekommen.

(Hört! hört!)

Welche Fülle von Arbeit hier in Berlin und dort, wo der Mann seinen Sitz hat, steckt allein darin, wieviel unnütze Arbeit ist hier vertan! Es ist geradezu unglaublich. Das ist auch ein Ding, das mit in den Gesichtskreis gezogen werden muß, wenn man von Zwangswirtschaft redet.

Bezüglich der Textilversorgung habe ich aber noch den speziellen Wunsch, daß der **passiven Resistenz,** die wir auch sonst heute **von Militärbehörden** zu beobachten hatten, der Unbotmäßigkeit, die vielfach vorhanden war, mit allen Mitteln Einhalt getan und dafür gesorgt wird, daß alles, was für die Militärverwaltung entbehrlich ist, der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt wird; denn wir können es nicht vertragen, daß unter Umständen in Militärlagern noch Vorräte der Heeresverwaltung sind, die für die Notstandsversorgung dringend gebraucht werden.

(Sehr richtig!)

Es ließe sich über dieses Gebiet noch sehr viel sagen. Der Herr Interpellant hat ja mit großer Entrüstung und mit Recht auf alle möglichen Schiebungen und Dinge aufmerksam gemacht. Auch mir ist aus meiner Heimat eine sehr berechtigte Beschwerde zugegangen, über die ich um Auskunft bitten möchte. Sie reizt nämlich die Bevölkerung direkt auf. So bietet in der **„Frankfurter Zeitung“** eine Firma mit Namen **Infanteriestiefel** an, das Paar zu 30 Mark, sie bietet weiter an 100 000 Paar Schnürschuhe, 120 000 Jutesäcke und andere große Mengen wichtiger Bedarfsartikel. Nun wird von allen Seiten die Frage aufgeworfen, wie es möglich ist, daß so ungeheure Vorräte, die offenbar aus den Beständen der Heeresverwaltung erworben sind, verschoben und verkauft werden

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) und unter Umständen ins Ausland gehen. Man darf wohl annehmen, daß diese Annonce den zuständigen Stellen nicht entgangen ist, und es wird sehr zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen, wenn vom Minister auch darüber Auskunft gegeben wird, wie solche ungeheuren Mengen in den Besitz dieser einzelnen Leute kommen, und was getan worden ist, um einem derartigen grenzenlosen Unfug Einhalt zu tun.

In letzter Zeit hat auch eine andere Sache sehr lebhaft die Gemüter bewegt; das ist die Aufdeckung von **Millionenfälschungen bei der Metallverteilungsstelle.** Was davon in den Zeitungen berichtet wird, ist allerdings unerhört, und es wird ebenfalls sehr zweckmäßig sein, wenn der Nationalversammlung darüber Aufschluß gegeben wird, wie es mit diesen Millionenschiebungen steht, die dort vorgekommen sein sollen, wenn Auskunft gegeben werden würde über all den unregelmäßigen Geschäftsverkehr und die Betrügereien, in die zum Teil auch recht bedeutende Persönlichkeiten verwickelt sein sollen. Denn über eines wollen wir uns nicht hinwegtäuschen — das ist vielleicht die übelste Folge der Zwangswirtschaft —: das Vertrauen der breiten Volksmassen überhaupt — ich kann weniger vom deutschen Norden sprechen, als vom deutschen Süden — zur Regierung ist im Süden gerade auch deshalb in so hohem Maße erschüttert, und es kann sich kein festes Vertrauensverhältnis bilden, weil man mehr oder weniger die Regierung für diese Dinge verantwortlich macht, die sich ereignen und die dann herauskommen, wenn auch schließlich, was ich ohne weiteres zugebe, der einzelne Minister nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann, und weil man der Auffassung ist, daß hier eben unendlich viel geschieht, was das Licht des Tages zu scheuen hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Mehrheitsparteien.)

Wenn nun derartige Dinge, wie jetzt diese Millionen-(B) fälschungen bei der Metallverteilungsstelle, ruchbar werden, die wir längst vermutet haben, die wir sozusagen in den Fingerspitzen hatten, ohne den Beweis dafür liefern zu können, und nunmehr tatsächlich erwiesen werden können, so ist es doch allerhöchste Zeit, daß wir schleunigst überall prüfen: wo kann dieser Mißwirtschaft ein Ende gemacht werden? wo können wir durch Übergang zu einer — ich will nicht sagen: absolut freien, aber zum mindesten einer freieren Wirtschaft diese Verhältnisse bessern? Denn ich glaube — und ich habe darüber auch schon mit sehr gescheiten Leuten in der Sozialdemokratie gesprochen —, daß wir an eine **Wiedergesundung unseres Volkes** überhaupt nicht denken können, wenn wir die **Zwangswirtschaft** auf einer Reihe von Gebieten auf die Dauer aufrechterhalten.

(Sehr richtig! rechts und bei den Mehrheitsparteien.)

Wenn wir an die tiefgesunkene Moral denken, die wir jetzt auch bei einer Reihe von Leuten antreffen, von denen wir es nie für möglich gehalten hätten, daß sie sich zu so scheußlichen Geschäften hergeben würden,

(hört! hört! und Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

wenn wir überall einen völligen Zusammenbruch dessen erleben, was früher in Deutschland gut und edel war, wenn wir zusehen müssen, wie immer mehr die **Korruption** die breitesten **Beamtenkreise** erfaßt, die früher nie einer Korruption zugänglich gewesen wären, die sich aber verleiten lassen durch die Zumutungen und Bestechungen durch all das Gesindel, das sich hier in Berlin in so ungeheurem Maße herumtreibt und, wie der Herr Interpellant mit Recht gesagt hat, ein Schandenleben führt, wie man es empörender sich nicht vorstellen kann, dann darf man sich auf der anderen Weise nicht wundern, wenn breite Volksmassen überhaupt nichts mehr glauben und jede Hoffnung und jeden Glauben an die Wiedergesundung des Volkes verlieren. Dazu können wir aber (C) nur kommen, wenn wir tatsächlich allmählich wieder zu einer freieren Wirtschaft übergehen.

Dazu kommt noch etwas anderes, verehrte Anwesende, ein politisches Moment! Seien Sie sich darüber klar, daß neben manchen anderen Erscheinungen nichts so sehr die **Reichsfreudigkeit zerstört** und eine Reichsverdrossenheit ganz besonders im Süden, aber auch in anderen Teilen des Reichs, im Norden gezeitigt hat als diese Wirtschaft von Berlin aus, die man unter dem Namen **Berlin** zusammenfaßt, diese zentralisierte Zwangs- und Schandenwirtschaft, die sich immer mehr ausgewachsen hat. Das hat so furchtbar viel böses Blut gerade südlich des Mains, aber, wie ich feststellen konnte, auch in anderen Teilen des Reichs gemacht. Wenn wir innerhalb des deutschen Volkes wieder zu einer gewissen Reichsfreudigkeit kommen wollen — und dazu müssen wir im Interesse des Ganzen gelangen —, so kann das nur geschehen, wenn wir die Fesseln dieser Kriegswirtschaft so rasch wie möglich abstreifen; denn sonst ist an eine Wiedergesundung unseres durch und durch kranken Volkskörpers und unserer Wirtschaft und Moral überhaupt nicht zu denken.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wetzlich.

Wetzlich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es war ja nicht anders zu erwarten, daß die trostlosen und unerträglichen Verhältnisse auf dem **Leder- und Schuhmarkt** sich schließlich verdichten mußten zu einer Interpellation, die besonders gegen die getroffene **Aufhebung der Zwangswirtschaft** Stellung nahm. Wenn aber in der Interpellation gesagt ist: die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft hat zu einer unerhörten Preissteigerung in bezug auf Häute, Leder und Schuh- (D) waren geführt, — so ist eigentlich der Herr Interpellant den Beweis dafür schuldig geblieben, daß diese Aufhebung erst die trostlosen Zustände herbeigeführt hat. Die Rede des Herrn Interpellanten klang in der Hauptsache aus in eine große Anklagerede gegen die Regierung, gegen die Unfähigkeit derselben, ihre Verordnungen durchzusetzen. Der Herr Interpellant hob ja — und nicht mit Unrecht — hervor, daß die Regierung es an der notwendigen Kraft und Macht fehlen lasse, die traurigen Zustände zu beheben. Ich habe gar keine Ursache, die Regierung zu verteidigen; in einem ist der Herr Interpellant aber schließlich doch zu weit gegangen: es muß gerechterweise zugegeben werden, daß die Regierung bisher schwerlich in der Lage ist, das **große Loch im Westen** zuzustopfen und den damit verbundenen, verheerend wirkenden Handel einzudämmen.

Bei der Besprechung der Interpellation ist es um so notwendiger, die Zustände auf dem **Ledermarkt** etwas näher zu beleuchten, als diese manchen willkommenen Anlaß bieten sollen, gewissermaßen Sturm zu laufen gegen alle Bestrebungen zur **Beseitigung der Zwangswirtschaft** selbst; es soll ein Kesseltreiben gegen die freie Wirtschaft veranstaltet werden, und deshalb gebe ich dem Herrn Vorredner recht, daß es notwendig ist, daß gerade diese Frage vollständig unbefangen und leidenschaftslos gelöst werden muß. Es ist keine Parteifrage, die hier zu verhandeln ist; lediglich der wirtschaftliche Standpunkt, die allgemeinen Interessen haben zu entscheiden. Ich kann dies heute um so unbefangener tun, als ich selbst nicht Mitglied des Volkswirtschaftlichen Ausschusses gewesen bin, also nicht mitschuldig an den Beschlüssen desselben, und als wir ja auch — das heißt unsere Fraktion — nicht die Antragsteller waren für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder. Trotzdem

(Wetzlich, Abgeordneter.)

(A) muß ich erklären, daß selbst, wenn wir, die wir ja schließlich den Antrag mitunterstützt haben, einen Fehler begangen hätten, ihn unumwunden zugegeben hätten; aber nach unserer Ansicht ist es kein Fehler gewesen, die Zwangswirtschaft hier aufzuheben.

Ich werde versuchen, das näher zu beweisen, und da ist es notwendig, zunächst einmal die Zustände zu betrachten, die während der Zwangswirtschaft herrschten, namentlich zu der Zeit, als der Volkswirtschaftliche Ausschuß sich mit dieser Frage befaßte; dieser hatte ja ziemlich geraume Zeit für die Beratung zur Verfügung. Mehrere Monate sind darüber hinweggegangen, ehe er zu einem bestimmten Ergebnis kam. Man vergißt aber heute, wenn man allgemein in den breitesten Kreisen der Bevölkerung lediglich die Schuld an den unhaltbaren Zuständen auf dem Ledermarkt in der Aufhebung der Zwangswirtschaft sieht, die Zustände zur Zeit der Zwangswirtschaft selbst.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wäre vielleicht gut und notwendig gewesen, wenn die Frage damals nicht im Volkswirtschaftlichen Ausschuß allein behandelt worden wäre, sondern wenn sich das Plenum einmal mit der prinzipiellen Frage befaßt hätte. Für uns konnte natürlich im Ausschuß sowohl wie vorher bei der Beratung in der Fraktion nur die eine Frage entscheidend sein: werden die Interessen der Allgemeinheit mehr gewahrt bei Aufhebung der Zwangswirtschaft oder bei Beibehaltung derselben? Von den verschiedenen Herren Vorrednern sind schon die **Zustände während der Zwangswirtschaft** selbst beleuchtet und gegeißelt worden. Es herrschte ein vollkommen gesetzloser Zustand. Man konnte nicht mehr davon sprechen, daß die Zwangswirtschaft überhaupt noch bestanden hätte. Die Zwangswirtschaft war vollkommen durchlöchert und fast zusammengebrochen. Wer Schuhwerk haben wollte, konnte es nur zum allergeringsten Teil auf Belieferungsschein hin erhalten, zum

(B) größeren Teil war er darauf angewiesen, sich das Schuhwerk gewissermaßen auf dem Wege des Schleichhandels zu beschaffen. Der Regierung fehlte, wie der Herr Interpellant ganz richtig hervorgehoben hat, vollständig die Macht, ihren gesetzlichen Anordnungen Geltung zu verschaffen. Schon damals haben die badische und die hessische Regierung an die Nationalversammlung das Gesuch um sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder gerichtet. Die hessische Regierung sagte dabei sogar nach dem Berichte im Volkswirtschaftsausschuß, daß sie nicht mehr in der Lage sei, die Einhaltung der Verordnung über die Zwangswirtschaft zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren! Unter diesen Umständen ergab sich natürlich für uns die Frage, welchem Petenten wir recht geben sollten. Es ist richtig, daß zunächst zahlreiche Petitionen von Interessengruppen für Aufhebung der Zwangswirtschaft eingegangen waren. Diesen standen aber ebenso andere Petitionen auch aus Interessentenkreisen gegenüber, die sich für Beibehaltung der Zwangswirtschaft aussprachen. In der Hauptsache waren es die Schuhmacherinnungen, die letzteren Standpunkt vertraten. Allerdings möchte ich hervorheben, daß sich auch Schuhmacherinnungen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erklärt hatten. Während des Bestehens der Zwangswirtschaft hatten wir ja Höchstpreise, und von dem Herrn Vorredner ist ja schon zur Genüge das Schleichhändlertum gegeißelt worden, die Klasse Menschen, die als die Vampyre der menschlichen Gesellschaft bezeichnet werden müssen. Ich kann das, was der Herr Vorredner in dieser Beziehung gesagt hat, nur unterstreichen. Auch wir sind gern bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn sie verschärfte Maßnahmen gegen das **Schleichhändlertum** ergreifen will. Wie waren auch die wirklichen Zustände? Der Schieber, der Schleichhändler wurde nicht gefaßt, der kleine Schuhmacher aber wurde bestraft, wenn er bei

(C) irgendeiner Reparatur einmal etwas höhere als die verordneten Preise nahm, nach dem alten Rezept: Den kleinen Dieb häng man, den großen läßt man laufen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich war im Eingang auf die Petitionen eingegangen und hatte gesagt, daß der größte Teil der Petitionen, der für Beibehaltung der Zwangswirtschaft war, von den **Schuhmacherinnungen** und Sattlerinnungen ausgegangen war. Demgegenüber standen die Petitionen für sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft, unter anderm von dem Überwachungsausschuß der Schuhindustrie, dem Bayerischen Gerberverband, dann von einem großen Teil der Handelskammern, unter anderm Frankfurt a. M. und Hanau, die sich für Aufhebunn der Zwangswirtschaft erklärt hatten; keine Handelskammer hat sich für Beibehaltung der Zwangswirtschaft ausgesprochen. Dann ist noch eine Eingabe von dem großen Landesinnungsverband der Schuhmacher eingegangen. Es ist notwendig, daß ich Ihnen einige Sätze hieraus vortrage. Der Innungsverband schreibt:

> Der ehrerbietigst unterzeichnete Verband mit seinen 8000 Mitgliedern ruft in der höchsten Ledernot die hohe Nationalversammlung um schleunigste Hilfe an. Seit Monaten ist in den meisten Bezirken kein Sohlleder mehr verteilt worden, obwohl die Vorrätssäle der Lederfabriken in Dresden, Nossen, Meerane und Plauen voll fertiger Ware strotzen. Auch ist seit Monaten kein Schwanz Oberleder zu haben. Laut beiliegender Zuschrift der Gewerbekammer sollen die kleinen bis zu zehn Gesellen beschäftigenden Schuhmachermeister in Zukunft von der Oberlederbelieferung überhaupt ausgeschlossen werden, wo doch gerade diese tausende kleinen Meister während des Krieges die zurückgelassene Bewohnerschaft ausschließlich in der Schuhbeschaffung (D) durchgehalten haben. Sie wollen und müssen nun zu Bettlern des Reiches werden. Anfang Juni sind dagegen noch 700 000 Quadratfuß feines Sohlenoberleder von Deutschland nach Österreich geliefert worden. Wir stehen am Ruin, wenn uns die hohe Volksversammlung nicht noch rettet, entweder durch sofortige Freigabe des einbehaltenen Leders und Unterbindung des Schleichhandels oder mit dem Radikalmittel: gänzliche Freigabe des Leders.

(Hört! hört! rechts.)

Sie sehen also daraus, daß ein großer, vielleicht der größte Innungsverband des Deutschen Reichs sich für Aufhebung der Zwangswirtschaft erklärt. Sie haben aus den wenigen Zeilen, die ich Ihnen vorgelesen habe, erfahren, daß seinerzeit — es war im Sommer dieses Jahres — die kleineren Schuhgeschäfte, die **kleinen Schuhmachermeister,** die weniger als zehn Gehilfen beschäftigten, nicht mehr mit Oberleder beliefert werden sollten. Meine Damen und Herren, was bedeutet das? Sie wissen wohl alle, daß fast sämtliche Schuhmachermeister weniger als zehn Gesellen beschäftigen; es wird nur ein kleiner Teil sein, der zehn Gesellen und mehr beschäftigt. Ich möchte Ihnen doch in Ergänzung noch die betreffende Stelle von der Gewerbekammer Dresden vorlesen. Sie schreibt:

> Auf Grund Ihrer Ausführungen teilt Ihnen die Reichslederstelle mit, daß bei dem herrschenden Mangel an Schuhoberleder eine Zuweisung von Oberleder beziehungsweise eine Ausstellung von Oberlederkarten an Schuhmachermeister, die weniger als zehn Arbeitskräfte haben, leider nicht veranlaßt werden können.

(Hört! hört! rechts.)

(**Wetzlich**, Abgeordneter.)

(A) Es bedeutet dies natürlich für die Schuhmachermeister zum großen Teil den Ruin, wenn das, wie beabsichtigt war, durchgeführt werden sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen uns aber gerade bei Beurteilung dieser Frage vergegenwärtigen, daß während der Revolutionszeit vom 9. November ab die kleinen Betriebe es allein gewesen sind, die gewissermaßen das Wirtschaftsleben noch mit Mühe und Not aufrechterhalten haben.

(Sehr richtig! rechts.)

In den kleinen Betrieben fast allein wurde noch gearbeitet. Sie arbeiteten mit ihren Gesellen, während alles faulenzte und streikte, und zum Dank dafür wollte man ihnen die Lieferung der notwendigsten Lebensmittel auch noch unterbinden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn nun in gleichem Atemzug mit der **Preissteigerung** die Aufhebung der Zwangswirtschaft genannt wird, so ist dies insofern irreführend, als ein wesentliches Moment hier mitspielt, an das natürlich seinerzeit der Volkswirtschaftsausschuß nicht gedacht hat, und er konnte auch nicht annehmen, daß derartige Zustände eintreten würden: nämlich das zeitliche Zusammenfallen der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit dem **Niedergang unserer Valuta.** Es ist gar keine Frage, daß zu einem erheblichen Teil gewissermaßen der Zusammenbruch unserer Valuta mit schuld ist an den hohen Preisen und den unhaltbaren Zuständen, an dem Wirrwarr in der Lederindustrie. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit doch auch auf eins hinweisen. Wenn in der Bevölkerung etwa der Glaube entstanden ist, daß diese Zustände lediglich durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft eingetreten sind, so muß darauf hingewiesen werden — und ich glaube, Ihnen das schon bewiesen zu haben —, daß dies nicht die Ursache ist. Ich möchte auch die Tatsache hervorheben, (B) daß diese trostlosen Zustände, die enormen Preissteigerungen nicht allein bei der Lederindustrie eingetreten sind, sondern auf dem gesamten Industriemarkt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Ursachen sind in der Hauptsache natürlich die gleichen: der Mangel an Arbeitslust, die geringe Erzeugung produktiver Werte und der damit bedingte Niedergang der Valuta.

Wenn auch heute wieder besonders darauf hingewiesen worden ist, daß die **Verbesserung unserer Valuta** nur **durch Ausfuhr** möglich ist, so ist es andererseits aber gar keine Frage, daß diese Ausfuhr in der Weise, wie es in den letzten Monaten geschehen ist, auch eine gewisse Gefahr bedeutet. Wer z. B. die Leipziger Messe besucht hat und bei der letzten Leipziger Messe in Erfahrung bringen mußte, daß zahlreiche Käufer aus dem Auslande da waren, um dort aufzukaufen, was sie erhalten konnten, und dann weiter feststellen mußte, daß sich die ausländischen Aufkäufer nicht allein begnügten, bei Grossisten oder der Industrie zu kaufen, sondern daß sie hierbei bis in die großen Detailgeschäfte gingen, die Valuta auszunutzen, der wird zugeben, daß dies jetzt eine gewisse Gefahr für uns bedeutet, da wir wichtigster unentbehrlichster Bedarfsartikel entblößt werden. Wie es sich auf dem Ledermarkte zeigt, werden wir bald auch in anderen Zweigen fühlbar spüren.

Es ist nun die Frage entstanden: was ist bei diesen Zuständen zu tun? Der Herr Reichswirtschaftsminister hat von zwei Mitteln gesprochen. Der eine Weg erscheint mir zunächst gangbar und von Erfolg begleitet; das ist der, die Preissteigerungen auf dem **Ledermarkt** einer **Kontrolle** zu unterwerfen: zunächst die Kontrolle der Preise selbst und weiter die Kontrolle darüber, ob die ersteigerten Ledermengen auch in diejenigen Hände gelangt sind, in die sie gelangen müssen, in die Hände des hierzu berufenen Kaufmanns.

Weiter hat der Herr Vorredner auf die Notwendigkeit (C) hingewiesen, die gesamte **Frage der Zwangswirtschaft** dem **Reichswirtschaftsrat,** der schließlich doch einmal zusammentreten wird, zur Behandlung zu übergeben. Diesem Wunsche möchte ich mich anschließen. Auch ich halte es für notwendig, daß man die Frage der Aufhebung oder Beibehaltung der Zwangswirtschaft einmal einer gründlichen, unbefangenen, objektiven Prüfung unterziehen müsse, und zwar an einer gewissermaßen neutralen Stelle.

Wenn Herr Kollege Heimann weiter davon gesprochen hat, daß die **Unmoralität und Demoralisation,** die leider in unserem Vaterlande zu verzeichnen ist, selbst **in Handels- und Kaufmannskreisen** Platz gegriffen hat, so ist das eine bedauerliche Feststellung. Aber ich glaube und hoffe, daß dem nur in sehr beschränktem Umfange zuzustimmen ist. Es ist richtig, daß bis zu einem gewissen Grade die Unmoral auch in weiten Kreisen des Kaufmannstandes Platz gegriffen hat, und es wird daher notwendig sein, daß bei den Prüfungen der Versteigerungen die Regierungskommissare ihr Augenmerk scharf darauf richten, wer von den Kaufleuten die ersteigerte Menge Leder erhält, und in welcher Weise die Ledermengen dann weiter veräußert werden. Der Kaufmannsstand hat, als er die Aufhebung der Zangswirtschaft wünschte, zugesichert, daß er in gleicher Weise wie zu Friedenszeiten die Waren, die er erhält, wieder in die Kanäle leiten würde, in die er sie vorher geführt hat, das heißt bis in die kleinsten Dörfer hinein, bis in die kleinsten Kreise der dazu berufenen Empfänger. Man muß an das Ehrgefühl des deutschen Kaufmanns appellieren, und ich bin überzeugt: der deutsche ehrliche Kaufmann lebt auch heute noch!

Wenn aber jetzt vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft gewarnt worden ist, wenn gesagt worden ist, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft, wie es sich beim Leder gezeigt habe, eine Maßnahme sei, die gegen (D) die Interessen der Allgemeinheit verstoße, so kann ich das nicht unterschreiben. Im Gegenteil, wer die Frage unbefangen beurteilt, muß zu der Überzeugung kommen, daß, wenn wir die Zwangswirtschaft in Leder beibehalten hätten, heute vielleicht noch schlimmere Zustände wären, als sie jetzt zu verzeichnen sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Deshalb ist der Standpunkt unserer Partei und insbesondere unserer Fraktion der, daß wir unbeirrt und unverzagt daran festhalten werden, alle Maßnahmen, soweit sie irgend möglich sind, zu ergreifen, die **Zwangswirtschaft abzubauen** und aufzuheben.

(Bravo! rechts.)

Wir sind der festen Überzeugung, daß es nur dem freien deutschen Kaufmann, der freien deutschen Industrie und dem freien deutschen Handel möglich sein wird, der deutschen Volkswirtschaft und damit der Allgemeinheit eine bessere und verheißungsvollere Zukunft zu erringen.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hugo.

Dr. **Hugo,** Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die scharfe Kritik, die der Herr Interpellant an den Zuständen im Grenzverkehr und an der ganzen Gestaltung unserer Marktverhältnisse geübt hat, ist meines Erachtens die schärfste Kritik, die überhaupt gegen den Fortbestand der Zwangswirtschaft geübt werden kann. Wenn der Interpellant davon spricht, daß die Waren, einerlei welcher Art, Gefahr laufen, über die Grenzen hinausgeschoben zu werden, dann kann nichts mehr dazu anreizen als die Tatsache, daß auf dem **Inlandsmarkt** künstlich niedrige Preise gegenüber hohen **Weltmarktpreisen**

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) erhalten werden. Wenn zum Beispiel die rohen Häute für 1,40 Mark im Inlande als Zwangspreis verkauft werden, während auf dem Auslandsmarkte 8 und 9 Mark erzielt werden, so liegt darin die tägliche Provokation für die Schieberkreise, von dieser glänzenden Geschäftsmöglichkeit zu profitieren und soviel wie möglich von der Ware hinauszuschieben.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Tatsache ist für uns mit ein Anlaß, gegen die Zwangswirtschaft aufzutreten. Die Auspowerung des Inlandmarktes an Rohware auf dem Ledermarkte war bei uns in einem Maße eingetreten, daß bei Fortsetzung der Zwangswirtschaft und damit der völligen Beschränkung auf die Inlandsgefälle an Häuten zu Weihnachten kein Schuhmacher mehr Leder zum Besohlen eines Paars Stiefel gehabt hätte.

(Zustimmung.)

Neben diesem einen Grunde stehen die vielen andern Gründe, die hier in der Stellungnahme für die **Aufhebung der Lederzwangswirtschaft** von fast sämtlichen Rednern der übrigen Parteien bereits angeführt worden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wissell: Ihre Prophezeiungen waren falsch!)

— Herr Kollege, meine Prophezeiungen sind richtig gewesen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Bitte sehr, ich werde Ihnen dafür schon meine Beweise bringen!

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister Wissell von ehedem hat hier eine Position zu verteidigen, die ich zunächst einmal angreifen will, nachdem er mich dazu provoziert. Ich habe mich im April energisch für Aufhebung der Zwangswirtschaft eingesetzt. Der Zustand war damals der, daß wir im Monat April das Pfund rohe **Rindshäute aus Holland** (B) für 56 Cents, das heißt nach der damaligen Valuta für 2,71 Mark kaufen konnten. Dieser Preisstand hat sich infolge der Steigerung der Preise, die auf dem Weltmarkte von 0,56 Gulden auf 0,95 Gulden emporgingen, aber besonders infolge der ungünstigen Gestaltung der Valuta von 2,71 Mark im Monat April auf einen Preisstand von 9,02 Mark im Monat Oktober gehoben.

(Zuruf des Abgeordneten Wissell: Warum haben Sie nicht die 3,5 Millionen Rohhäute eingeführt, wofür Sie die Erlaubnis bekommen haben?)

— Darauf hat Ihnen der Herr Minister schon die Antwort gegeben,

(sehr richtig! rechts)

nämlich, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, nebeneinander Inlands- und Auslandspreise zu unterscheiden. Kein deutscher Unternehmer kann veranlaßt werden, eine große Menge von teueren Häuten einzuführen, wenn er keine Gewähr dafür hat, daß er das daraus gefertigte Leder zu Preisen absetzen kann, die einigermaßen eine Rentabilität gestatten. Das war bei den inländischen Lederhöchstpreisen unter der Zwangswirtschaft nicht der Fall.

(Sehr richtig! rechts.)

Gegen diese Politik der Versäumnisse des letzten Jahres muß die ganze Wucht der Kritik einsetzen.

Es gilt das nicht nur für das Gebiet von Häuten und Leder, es gilt das z. B. für das Gebiet der **Gummibewirtschaftung.** Während der Weltmarktpreis für das Rohgummi unter dem Preise vor dem Kriege stand, ist hier im Innern die Zwangswirtschaft aufrechterhalten worden und die genügende und ausreichende Inlandsmarktversorgung künstlich hintangehalten, ein Zustand, der uns zu den horrendesten Preisen für die Gummifabrikate geführt hat. Nachdem jetzt die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, sind „Continental“ und die anderen Werke (C) in Deutschland wieder imstande, Bereifungen zu liefern, die schon um mehr als 50 Prozent unter den Preisen stehen, die vorher für die Bereifung von Automobilen angelegt werden mußten.

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das gilt auch für das Gebiet der Textilien. Wann ist denn endlich der Anstoß gekommen, daß man auf dem Gebiet der **Textilwirtschaft** zu freierer Handhabung übergegangen ist? Damals, als das Fertigfabrikat der Franzosen und der Engländer auf dem Inlandsmarkte zu einem Preise erschien, daß selbst die deutsche Heeresverwaltung mit ihren seinerzeit billig beschlagnahmten Beständen nicht mehr dagegen konkurrieren konnte, hat uns das Fertigfabrikat des Auslandes endlich dazu gezwungen, unserer eigenen Industrie wieder diejenige Ware zuzuführen, die zu der eigenen Fabrikation notwendig ist.

Ich glaube, das ganze Haus ist sich in zwei Punkten einig, in dem einen, daß die **Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft** einer der hervorragendsten und vornehmsten Gesichtspunkte ist, nach dem wir uns volkswirtschaftlich zu orientieren haben. Der andere Gesichtspunkt ist der, daß wir jede pflegliche Rücksicht auf den Konsum nehmen wollen, soweit das mit dem ersten Punkt in Einklang gebracht werden kann. Da setzt die Differenz zwischen Ihrer Auffassung (nach links), der des Interpellanten und der meinigen wie der der erheblichen Mehrheit dieses Hauses, die für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder gestimmt hat, ein. Wir sehen, wie schon für diejenigen Produkte, die wir auf dem Inlandsmarkte erzeugen, für die wir also selbst die Gestehungskosten zu bestimmen haben, wie bei Kohle und all den anderen Konsumprodukten die Preise sich gestellten, daß nicht mehr die ausreichende Rücksicht auf den Konsum geübt werden kann, wie Sie es zweifellos von Ihrem parteipolitischen Standpunkt aus fordern und (D) wie wir es auch möchten, daß es sich durchführen ließe. Wie viel mal schwieriger muß es sein, eine Harmonie zwischen einer Produktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf der einen Seite und der völligen Rücksichtnahme auf den Konsum auf der anderen Seite durchzuführen bei Fabrikaten, für die wir aus dem Auslande die Rohware einführen müssen und bei denen wir einen hohen Einstandspreis gegenüber dem bisherigen Zwangswirtschaftsverhältnis im Inlande einerseits zu zahlen und andererseits die hohe Verteuerung durch den außerordentlich ungünstigen Stand der Valuta zu tragen haben.

Es ist nicht nur eine Frage des absoluten Ledermangels, daß unsere Schuhversorgung im Lande so ungünstig liegt. Ich werde darüber nachher noch ein paar Worte sagen, wie es im großen und ganzen mit der Lederversorgung steht. Hier nur das eine. Es ist nicht nur ein **Mangel an Schuhwaren** vorhanden, sondern es ist auch eine **Verwöhnung in der Geschmacksrichtung** und im Luxus vorhanden, der vielleicht nirgends so in die Erscheinung tritt wie auf dem Gebiete des Schuhmarktes.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Sie können heute jeden Luxusstiefel aus eingefärbtem Schafleder, gearbeitet zu jedem beliebigen Preise, loswerden, während das aus pflanzlicher Gerbung hervorgebrachte derbe solide Rindsleder, von dem bereits der Herr Minister sprach, kaum mehr zu Schuhzeug verarbeitet werden kann. Die Schuhfabriken, die früher das stabile Schuhzeug in Burg und Weißenfels und anderen Plätzen hergestellt haben, können die Stiefel nicht mehr arbeiten, sie müssen zum großen Teil zu geringwertigerem Feinoberleder greifen, um nur ein feines Aussehen hervorzurufen. Das Publikum will einfach den derben Qualitätsstiefel nicht. Das, was der Herr Reichsminister hier erklärt hat, ist Tatsache. **Ein Schuhfabrikant hat uns im**

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) Ausschuß erklärt, daß diese Stiefel schon seit Wochen und Monaten nicht abzusetzen seien.

Weiter ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Lederindustrie gezwungen ist, die Produktion in diesen derben Oberledern einzustellen und zur Spaltung des Leders und Spezialfabrikation des Feinleders überzugehen. Die Tatsache ist gar nicht zu bestreiten, und wir hätten auf dem Gebiete dieses speziellen Ledermarktes heute eine Baisse trotz der Ledernot, von der wir hier sprechen, wenn nicht das Kriegsministerium dazu übergegangen wäre, noch rechtzeitig in großem Umfange Stiefel aus dieser Ware für die heimkehrenden Kriegsgefangenen zu bestellen. Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang doch die Aufmerksamkeit der Regierung und des Hauses darauf lenken, daß es mir zweckmäßig erscheint, für die Notstandsversorgung in erster Linie dieses Leder zu verwenden. Es handelt sich um Stiefel, die vielleicht fünf Jahre halten werden, während der Plunder, der zum Teil jetzt in Deutschland vertrieben wird, nach fünf Wochen verbraucht ist.

(Sehr richtig!)

Es handelt sich um einen Stiefel, der demjenigen, der in der Not steckt, zweifellos einen größeren Dienst erweist als der sogenannte Luxusstiefel, der heute zu ungeheuren Preisen auf den Markt gebracht wird. Ich meine, man sollte darauf die Aufmerksamkeit richten und dafür Sorge tragen, daß gerade dieses derbe Schuhzeug wesentlich mit zur Notstandsversorgung herangezogen wird.

Ich will mich im einzelnen hier, nachdem meine Herren Vorredner und auch der Herr Reichswirtschaftsminister, dessen Ausführungen ich fast in allen Punkten unterstützen kann, hier eingehend dargelegt haben, weshalb die Zwangswirtschaft aufgelöst werden mußte, nicht eingehend auf alle Gesichtspunkte noch einmal einlassen, sondern nur dieses oder jenes dazu nachtragen.

(B) Der eine Gesichtspunkt war doch maßgebend, das war der, daß nicht mehr 50 Prozent der im Inland fallenden **Häute** durch die **Beschlagnahme** erfaßt wurden, daß der Rest, wie ich schon sagte, entweder auf Schleichhandelswegen in Deutschland vertrieben und verarbeitet wurde oder gar über das linksrheinische Gebiet ins Ausland abwanderte. In einem solchen Zustand ist natürlich eine schwere Gefahr vorhanden. Wir waren einmal von der Beschickung unseres Inlandsmarktes durch das Ausland abgeschnitten. Dazu im Inland ein rapider Rückgang in Schlachtungen, wie wir ihn in den letzten Monaten zu verzeichnen hatten. Sie brauchen ja nur die Zeitungen zur Hand zu nehmen, sie lesen da tagaus tagein, daß die Fleischversorgung stockt. Die Folge ist selbstverständlich, daß es mit der Versorgung der Häute stocken muß und daß wir einem Tiefstand in der eigenen Versorgung an Häuten entgegengehen und vielleicht schon mitten drin standen, der uns kaum gestattete, ein Teil der deutschen Gerberindustrie nur noch mit 10 Prozent Friedenseinarbeitung zu beschäftigen. Hier konnte nur die Häutezufuhr aus dem Auslande helfen.

Die Zwangswirtschaft hat auch gar nicht das liefern können, was denen vielleicht vorschwebt, die diesen Zustand als einen Idealzustand auch heute noch verteidigen. Was haben wir denn den Schuhmachern liefern können? Es hat der Herr Kollege Hermann schon davon gesprochen. Lassen Sie mich Ihnen ein paar Zahlen nennen. Der **Schuhmacher** hat in dreißigmonatiger Zwangswirtschaft 46 Kilogramm **Bodenleder** pro Arbeitskraft bekommen und in den darauf folgenden 8 Monaten dieses Jahres 26 Kilogramm, die hauptsächlich aus den Heeresbeständen stammen. Wenn Sie das umrechnen, haben Sie pro Monat in den 30 Monaten Zwangswirtschaft 1½ Kilogramm, das sind etwa 6 Paar Sohlen und Absätze, das ist für eine Arbeitskraft eine Beschäftigung von 2, höchstens 3 Tagen im Monat. Also (C) 2 bis 3 Tage im Monat konnte ein Schuhmachermeister seinen Schuhmachergesellen beschäftigen mit dem Leder, das ihm die Zwangswirtschaft zugewiesen hat. Daß das kein Zustand ist, der einigermaßen auch nur als eine Produktionsgrundlage für den weiteren Bestand unserer inneren Wirtschaft gelten konnte, werden Sie ohne weiteres zugeben müssen. Und nicht viel besser hat sich die Sache nachher gestaltet, nachdem wir die enormen Vorräte unserer Heeresverwaltung in den inneren Markt hineinwerfen konnten. Auch da wurde auch nur eine Beschäftigung aus dem zwangsbelieferten Leder von vielleicht 3 bis 4 Tagen möglich. Darüber hinaus mußte alles doch so wie so durch den Schleichhandel besorgt werden.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich war der **Schleichhandel** in der Lage, unter der Zwangswirtschaft jeden Preis zu erzielen, der durch kein Gesetz irgendwelcher Art beschränkt wurde. Gewiß, sagen Sie, auch heute sind die Preise hoch. Ich komme darauf zu sprechen, weshalb sie hoch sind. Aber ein Gesetz waltet heute ob, und das ist das **Gesetz des Weltmarktpreises.** Wir haben einen Zustand, der im Augenblick fur uns aus mannigfachen Gründen außerordentlich ungünstig wirkt, aber wir waren gezwungen, uns an diesen Weltmarkt anzuschließen, wenn wir nicht zu einer völligen Aushungerung unseres Inlandsmarkts an Rohware kommen wollten. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie unmöglich es ist, Inlands- und Auslandshäute nebeneinander zu verarbeiten und dabei die Preise auseinanderzuhalten. Ich halte auch die Möglichkeit, die der Herr Reichswirtschaftsminister angedeutet hat, jetzt wieder die Inlandsgefälle zu erfassen und sie in besonderen Fabriken zu Rohware und zu Fertigfabrikaten zu verarbeiten, für vollkommen ausgeschlossen, vor allen Dingen deshalb, weil man es heute wohl kaum einer Leder- und Schuhindustrie zumuten kann, daß sie sich durch Übernahme der Lohn- (D) arbeit unter Ausschaltung aus dem freien Wettbewerb heute noch von der Gewinnung des eigenen Kundenkreises für die Zukunft ausschalten läßt. Darauf kann heute kein Unternehmer so leicht eingehen; denn für jeden Unternehmer ist es selbstverständlich, daß auch dieser halbe Zwangszustand nur kurz begrenzte Zeit obwalten kann, und dahinter stände dann die Tatsache, daß er mit seiner Fabrik den Anschluß an die Kundschaft vollständig verpaßte.

Nun brauchen wir uns darüber nicht im Unklaren zu sein, daß die Preisgestaltung, die eingetreten ist, über das Maß dessen hinausgegangen ist, was wir vorausgesehen hatten. Der Herr Minister hat davon gesprochen, es sei in der Kommission von einer dreifachen bis vierfachen **Verteuerung des Leders** die Rede gewesen, damit sei man aber nicht ausgekommen. Herr Minister, ich glaube, darin muß ein kleiner Rechenfehler liegen; denn wir haben heute noch nicht ganz die Höhe des vierfachen Preises erreicht.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Nein, ich kann feststellen, daß wir uns jetzt zwischen dem Dreifachen und Vierfachen des letzten Höchstpreises halten. Als sich die Lederindustrie sehr energisch für die Aufhebung der Zwangswirtschaft einsetzte, lagen die Dinge auf dem Weltmarkt viel günstiger gegenüber dem heutigen Zustand. Im Januar dieses Jahres konnten wir in Holland das Pfund Rindshäute zu 1,42 Mark kaufen, unter Berücksichtigung der deutschen Valuta; im April betrug der Preis 2,71 Mark, im Juli 4,48 Mark, im August 5,98 Mark und im Oktober 9,02 Mark. Das ist allerdings fast das Neunfache, aber der Marktpreis ist in holländischer Währung in diesen dreiviertel Jahren nur von 42 auf 95 Cents gestiegen. Sie sehen also, daß das entscheidende Moment die **Valutafrage** gewesen ist.

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) Dazu kommt noch ein anderes. Im Frühjahr und im Sommer bis in den Juni hinein lagen in **Holland** große Mengen gerade derjenigen **Häute**, die uns fehlten, nämlich Kalbsfelle, die wir als Oberleder unbedingt notwendig hatten. Dann setzte das Anziehen des amerikanischen Dollarkurses ein. Der Dollar ging so gewaltig in die Höhe, daß Amerika auf dem holländischen Markt erscheinen und diese Ledermengen herausziehen konnte. Ich erinnere die Herren, die im Volkswirtschaftsausschuß waren, daran, daß wir rechtzeitig im April von der Lederindustrie darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß die Häute von Holland nach Amerika schwimmen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

weil es der deutschen Industrie nicht möglich war, diese Häute nach Deutschland hereinzuholen. Eine wirtschaftliche Voraussicht hätte es unbedingt geboten erscheinen lassen müssen, von dieser Ware soviel wie möglich zu erfassen, um die deutschen Wirtschaftsverhältnisse auf dieser Grundlage aufzubauen. Wie sehr sich diese Versäumnis gerächt hat, sehen Sie an der ganzen Preisgestaltung, die infolge der außerordentlich ungünstigen Gestaltung unserer Valuta seitdem eingetreten ist. Für diese Entwicklung der Dinge können Sie aber nicht diejenigen Kreise der Industrie und der Lederwirtschaft verantwortlich machen, die aus rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus die Freiheit der Wirtschaft gefordert haben, weil sie vollkommen richtig darin allein die Möglichkeit zur Erhaltung einer lebensfähigen Industrie und die Möglichkeit einer Konkurrenz in preiswürdigen Waren im Verhältnis zum Ausland gesehen haben. Der Wuchervorwurf in der Allgemeinheit prallt ab vor der Tatsache, daß hier höhere Gesetze, die sich völlig der Beeinflussung durch die Spezialwirtschaft entziehen, maßgebend sind. Ich will ja nicht in Abrede stellen, daß unter den Tausenden, die an diesem großen Lederwirtschaftsprozeß beteiligt sind, (B) auch viele sind, die vielleicht durchaus unberechtigte Gewinne erzielen und den Moment ausnutzen. Ich habe vor wenigen Tagen im Hause gefordert, daß man gegen die **Wucherer** auf das strengste vorgehen solle. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Aber in der Allgemeinheit, wie es auch der Herr Reichsfinanzminister in seiner Rede am 1. Oktober getan hat, der gesamten Lederindustrie Wucher vorzuwerfen angesichts der Tatsache, wie die Preise entstanden sind und entstehen, das halte ich für durchaus unberechtigt und für außerordentlich beunruhigend in der Wirkung auf das ganze Land.

Wie entsteht denn der Preis? Der Preis entsteht auf offenen **Häuteauktionen**, nicht durch Schiebung. Er entsteht dadurch, daß die Fleischerverbände usw. ihre rohe Ware auf die Auktionen bringen, und dort erzielt diese Ware denjenigen Preis, der mit dem Weltmarktpreis die Wage hält. Wir alle, die wir im Volkswirtschaftlichen Ausschuß an dieser Frage speziell gearbeitet haben, sind uns darüber klar gewesen, daß wir den Anschluß an die Weltmarktpreise vollziehen würden. Nur waren wir uns nicht darüber klar, daß der Valutasturz uns diesen Anschluß nur zu außerordentlich ungünstigen Bedingungen ermöglichen würde. Der eine Faktor ist also der Antrieb, der auf dem Inlandsmarkt durch das völlige Aushungern der Industrie an Rohware erzielt wird, der andere ist die Weltmarktpreisnotierung, die wir kontrollieren können.

Nun kommen selbstverständlich auch in solchen Momenten des Aufschnellens der Preisgestaltung außerordentlich ungünstige Bedingungen hinzu, die preissteigernd wirken. Ich will dahin vor allem das **enorme Versorgungsbedürfnis** der Tausende von Betrieben rechnen, die an der Lederbelieferung interessiert sind. Wir haben in Deutschland vielleicht 300 Ledergroßhändler, 1500 Schuhfabriken, 4000 Lederkleinhändler und 200 000 selbständige Schuhmacher mit insgesamt etwa 400 000 Schuhmacherarbeitskräften. Wenn diese gewaltige Menge von Arbeitsbetrieben (C) innerhalb der Zwangswirtschaft vollständig von Rohware ausgehungert waren und dann diese sämtlichen Hände auf einmal zugreifen und sich eindecken wollen, dann ist es selbstverständlich, daß das ein außerordentlich treibendes Moment gerade für den ersten Augenblick der Aufhebung der Zwangswirtschaft sein mußte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Darüber kann niemand im Unklaren sein.

Es kam ein anderes hinzu, daß heute leider der Trieb vorhanden ist, lieber Ware als Geld zu Hause zu haben, und daß sich deshalb auf allen Gebieten eine Kauflust geltend macht, die auch hier sehr stark in die Erscheinung getreten ist. Sie haben von dem Herrn Minister gehört, daß die lederverarbeitende **Industrie**, die Portefeuilleindustrie bis zum Schluß des Jahres **mit Leder eingedeckt** ist. Ich glaube, das ist auch bei weiten Industrien der Fall, und es gibt heute in Deutschland keinen Schuhmachermeister mehr, der nicht günstiger mit Leder versorgt ist, als er innerhalb der Zwangswirtschaft mit Leder jemals versorgt gewesen ist.

(Abgeordneter Simon: Fragen Sie die Schuhmachermeister!)

— Wir können uns sehr leicht verständigen, Herr Simon; wir können morgen zusammen einmal fragen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Einfluß sich nicht reibungslos vollziehen kann, wenn der Inlandspreis heute auf 1,40 Mark zwangsweise gehalten wird und der Weltmarktpreis auf 8 bis 9 Mark steht. Daß ein solches ungehemmtes Emporschnellen auch zu außerordentlich beunruhigenden Zuständen führt, darüber muß sich jeder volkswirtschaftlich Denkende im klaren sein. Aber schließlich steht doch das als Ziel vor uns, daß wir unter allen Umständen die deutsche Lederwirtschaft am Leben erhalten mit den großen gewaltigen Arbeitermassen, von denen ich (D) eben gesprochen habe.

Dazu tritt das andere, daß diese **deutsche Lederindustrie** wieder **eine Mutterindustrie** für verschiedene andere Industrien ist, die Leimindustrie, die Gelatineindustrie und damit zusammenhängend die ganze photochemische Industrie. Wir waren auf diesem Gebiete gerade im Begriff, auf dem Weltmarkt die allergrößte Bedeutung zu gewinnen. Heute unter der Zwangswirtschaft haben alle diese Industrien so außerordentlich Not gelitten, weil ihnen das notwendigste Produkt der Abfälle aus der Gerberei fehlte. Das alles ist von so großer wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, daß man diese Wirtschaft nicht verdorren und verhungern lassen kann, um nur den einen Gesichtspunkt zu retten, daß man theoretisch billige Stiefel hat — denn praktisch hat keiner oder haben nur ganz wenige billige Stiefel gehabt. Im Arbeitsausschuß der Lederwirtschaft hat uns ein Gewerkschaftssekretär erklärt, daß seine Tochter 3 Vierteljahre mit einem Bezugsschein herumgelaufen ist, ohne ein Paar Schuhe zu bekommen. So lagen die Dinge tatsächlich, und es bestand keine Macht mehr, zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Grenze dichtgehalten wurde. Ohne eine derartige Kontrolle an der Grenze aber ist eine Zwangswirtschaft immer nur eine Wirtschaft, die denjenigen zwingt, der sich freiwillig unterordnet, nicht aber diejenigen, die eigentlich diesen Zwang doppelt und dreifach nötig haben.

So war es in erster Linie für uns die Frage der **Erhaltung einer blühenden Industrie**, der Erhaltung des selbständigen Daseins einer deutschen Industrie, die wir über diese Zeit der Rohstoffnot hinwegretten mußten. Hätten wir die Zwangswirtschaft aufrechterhalten, hätten wir unsere gesamte Industrie in der Lederherstellung und Lederbearbeitung einzig und allein auf die Inlandsgefälle angewiesen sein lassen, dann war nichts anderes zu er-

(Dr. Hugo, Abgeordneter.)

(A) warten als das völlige Erliegen der Industrie wegen Rohwarenmangels, und dann wären wir gezwungen gewesen, zum mindesten das Leder aus dem Ausland einzuführen zu denjenigen Preisen, die uns dann das Ausland vorschrieb, also sicherlich auch zu den Weltmarktpreisen. Die Weltmarktpreise sind aber schließlich auch nur das, was wir jetzt auf die Dauer werden bezahlen müssen.

Es kommt ein anderes hinzu. Wer auf der Leipziger Messe war und sich dort einmal die **Konkurrenz des amerikanischen Stiefels** gegenüber dem deutschen angesehen hat, der hat doch einen Schreck bekommen vor dem Gedanken, wenn die deutsche Schuhindustrie nicht in der Lage sein sollte, den deutschen Markt zu versorgen. Wenn Sie die deutsche Schuhindustrie außerstand setzen, die Schuhe für den deutschen Konsum herzustellen, dann würden Sie die amerikanische Konkurrenz unbedingt auf den deutschen Markt haben loslassen müssen, dann wäre sie gekommen und würde sie kommen, und dann hätten Sie diejenigen Preise zu bezahlen, die der Amerikaner für sein Schuhzeug in Leipzig auf der Messe in Konkurrenz mit den deutschen Waren gefordert hat. Nach den damaligen bereits ganz erheblich gestiegenen Lederpreisen stellte sich der Herstellungspreis für einen deutschen Straßenstiefel bei höchster Kalkulation auf etwa 85 bis 90 Mark, während der Amerikaner für einen kaum gleichwertigen Stiefel bis 200 Mark verlangte. Die Preise hätten wir anlegen müssen, darüber wäre gar nicht zu diskutieren, wenn nicht die deutsche Industrie imstande gehalten wird, auf dem Inlandsmarkt dafür zu sorgen, daß der Konsum befriedigt wird.

Die Verhältnisse, die man jetzt erst wieder in Frankfurt auf der Messe beobachten konnte, diese gewaltige Überlegenheit der **deutschen Portefeuilleindustrie**, dieses, ich möchte sagen, plötzliche Hervortreten eines so hoch (B) qualifizierten Produktes, haben geradezu die kaufende Welt in Erstaunen versetzt, und deshalb ist es durchaus selbstverständlich, daß diese Industrie in die Lage gesetzt werden muß, nunmehr bei der Aushungerung des ganzen Weltmarktes an derartig hervorragender Qualitätsarbeit große Mengen abzusetzen. Ohne Leder wäre sie selbstverständlich nicht in der Lage, dort draußen auf dem Weltmarkt den vorteilhaften Absatz durchzuführen.

Nun ist hier schon die Frage berührt worden, ob es nicht möglich gewesen ist, diese außerordentliche rapide **Entwicklung der Lederpreise** zu hemmen. Ich bin nicht der Ansicht, daß die freie Wirtschaft sich allzu starke Fesseln anlegen läßt, ich bin der Ansicht, daß das Gesetz der Freiheit in dem Sinne wirkt, daß der Regulator der Konkurrenz auf die Dauer nur der Weltmarktpreis sein kann.

(Sehr richtig!)

Daß wir deshalb in kürzester Zeit zum Weltmarktpreis gelangen würden, darüber war mir kein Zweifel. Aber wenn die gesamte Lederindustrie das Leder zu Richtpreisen abzuliefern bereit war, das Sohlleder zu 21 Mark, und zwar diejenigen Mengen, die aus den in der Zwangswirtschaft gelieferten Häuten hergestellt wurden, und wenn der Preis für dasselbe Leder heute 45 Mark beträgt, dann werden Sie zugeben müssen, daß, wenn auch nicht sämtliches Leder erfaßt worden wäre, eine so gewaltige Ledermenge zu verhältnismäßig günstigen Preisen gegenüber dem heutigen Zustande sich hätte ergeben müssen, daß die Durchführung der Versorgung mit billigerem Schuhwerk ganz außerordentlich hätte gefördert werden können.

Nun hat man es vom Reichswirtschaftsministerium nicht für richtig gehalten, diese Richtpreise amtlich bekanntzugeben und damit eine öffentliche Anerkennung zu erteilen. Ich bin der Ansicht, daß das Reichswirtschaftsministerium wegen der Konjunkturgewinnfrage davon Ab- (C) stand genommen hat. Die Industrie wollte mit diesen Richtpreisen auch die Grundlage für die Erfassung der Konjunkturgewinne schaffen. Das Reichswirtschaftsministerium hoffte einen höheren Konjunkturgewinn erzielen zu können, als er dem Plane des Arbeitsausschusses der Lederwirtschaft entsprach. Ich bedaure, daß die **Erfassung der Konjunkturgewinne** noch immer nicht zu einem praktischen Ergebnis geführt hat. Wir werden im Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung uns noch eingehender über diese Frage unterhalten müssen; aber beunruhigend mußte es wirken, wenn man am 23. August die Lederzwangswirtschaft aufhebt, wenn man für diese Zeit eine Bestandsaufnahme ausschreibt, um jedem einzelnen Teil bei der Lederwirtschaft bekanntzugeben: für die und die Menge wird dir ein 60 prozentiger Konjunkturgewinn auferlegt, ohne dabei zu sagen, wie hoch die Summe sein wird, die der einzelne abzuführen hat. Daß das nicht allein beunruhigend, sondern auch preistreibend wirken muß, darüber muß sich die Regierung im klaren sein.

Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, in diesem Punkte so schnell wie möglich zu einer praktischen Erledigung der Frage zu kommen. Es liegt das im allgemeinen und öffentlichen Interesse, weil, je schneller auf dem Gebiete der Konjunkturgewinne gearbeitet wird, desto sicherer die Werte herausgeholt werden, die man fassen will.

(Sehr richtig!)

Nun hat der Herr Reichswirtschaftsminister einem Gedanken Ausdruck gegeben, daß er diese Konjunkturgewinne nicht in bar einziehen möchte, sondern den Weg der Belieferung in Leder, jedenfalls für die Lederindustrie, bevorzugen möchte. Ich halte diesen Gedanken doch aus einem speziellen Grunde für gefährlich. Es ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß gerade die Schuhmacher am meisten beunruhigt worden sind durch den (D) gegenwärtigen Zustand. Wenn Sie jetzt in erheblicher Menge Leder aus dem von der Industrie zu beschickenden Markte herausnehmen und in die neue Lederzwangswirtschaft überführen, dann beschneiden Sie außerordentlich die Belieferung des Handwerks und derjenigen Industrien, die nicht mit Anfertigung von Stiefeln amtlich befaßt werden,

(sehr richtig!)

und zwar schaffen Sie einen Zustand, der neue Beunruhigung hervorrufen muß, weil der Rest des verfügbaren Leders, die verbleibenden 40 Prozent, eine ungewöhnliche Preissteigerung erfahren muß. Ich möchte warnen, diesen Weg zu beschreiten, und möchte empfehlen, den Weg, den der Arbeitsausschuß der Lederindustrie vorgeschlagen hat, zu wählen, indem man ein Umlageverfahren auf Grund der zugewiesenen Quoten an Häuten vornimmt, die ja in den amtlichen Stellen bekannt sind und bei denen es überhaupt keine Unklarheiten geben kann.

Es ist hier schon Kritik daran geübt worden, daß man eine neue Organisation schaffen wolle, die eine **billigere Versorgung mit Schuhzeug** für die Bevölkerung vornimmt. Ich möchte in Übereinstimmung mit den beiden Herren Vorrednern den Herrn Minister bitten, das Schwergewicht bei der Entscheidung dieser Frage in die Kommunen zu legen. Die Kommunen sind allein in der Lage zu beurteilen, wer tatsächlich bedürftig ist. Jedenfalls ist es außerordentlich schwer, die Sache anderweitig zu regeln. Die Kommunen werden auch am ersten in der Lage sein, festzustellen, wieviel sie in Anspruch nehmen wollen von denjenigen Mengen, die zur Verfügung gestellt werden können. Es wird immer das günstigste sein, wenn der Ausgleich, der geschaffen werden soll, mit Barmitteln geschaffen werden kann, der aus den Konjunkturgewinnen entnommen wird.

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Es ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob es möglich ist, einen Straßenstiefel zu 100 Mark zu liefern. Ich kann selbstverständlich darüber kein sachkundig bindendes Urteil abgeben. Aber ich muß sagen, daß nach den Kalkulationen, die mir in Leipzig vorgelegt worden sind, und nach den Erkundigungen, die ich in anderen Kreisen der Schuhindustrie vorgenommen habe, der Herstellerpreis jedenfalls nicht erheblich diesen Preis zu übersteigen braucht. Es liegt also sehr wohl die Möglichkeit vor, eine Versorgung in größerem Umfange auf der Grundlage dieses Preises für die Bevölkerung, also etwa zu dem Satze von 100 Mark vorzunehmen. Daß selbstverständlich im freien Handel, wo jeder sich die Qualität seines Stiefels aussuchen will und wo der Kleinhandel in Anspruch genommen wird, dieser Preis nicht eingehalten werden kann, brauche ich kaum zu betonen.

Meine Damen und Herren! Von dem Herrn Interpellanten ist sehr scharfe Kritik an der Art geübt worden, wie große Mengen des sogenannten Altleders, das in Wirklichkeit nur ein verarbeitetes Leder ist und kein altes Leder, aus den Heeresbeständen in ganz unglücklicher Weise vertrieben und zum Teil in das Ausland verschoben werden. Es ist vor allen Dingen Klage darüber geführt worden, daß es schwer sei, einigermaßen günstige Preise zu erzielen. Ich möchte doch den Herrn Reichswirtschaftsminister fragen, ob nicht durch die Einschaltung der Altlederverwertungsstelle der Kreis der Interessenten zu eng gezogen ist. An dieser sogenannten **Altlederverwertungsstelle** sind, soviel ich weiß, sieben Firmen beteiligt. Wenn diese sieben Firmen ein einigermaßen einheitliches Angebot abgeben, so ist selbstverständlich dabei der Verkäufer, also in diesem Falle das Reich, nie in der günstigen Absatzlage, als wenn er einen erheblich größeren Abnehmerkreis erschließt, also wenn er dieses Geschäft aus der Hand der (B) Altlederverwertungsstelle herausnimmt und sozusagen der breiten Öffentlichkeit des freien Handels überträgt. Wenn überhaupt das Reichsinteresse, das fiskalische Interesse entscheiden soll — und das scheint es mir doch nach den Ausführungen des Herrn Ministers zu sollen —, dann muß man den Kreis der Abnehmer erweitern. Auch bei dem heutigen System, bei dem vielleicht dem Reichswirtschaftsministerium vorschwebt, daß bei einer billigeren Abstoßung dieser Ware schließlich die endgültige Ausnutzung für den Konsum verbilligt werden kann, liegt meines Erachtens gar keine Gewähr in dieser Richtung vor; denn Sie kontrollieren nur die erste Hand, die Ihnen die Preise zahlt; was hinter dieser ersten Hand geschieht, zu welchen Preisen die Ware weiter vertrieben wird, darüber kann unmöglich das Reichswirtschaftsministerium eine weitere Kontrolle ausüben. Auch ich wäre in der Lage, dem Reichswirtschaftsministerium öffentliche Angebote vorzulegen, bei denen sogar die Preise angegeben sind. Es handelt sich um eine Hamburger Firma. Sie sehen jedenfalls daraus, daß die wirkliche Fortsetzung und Abwicklung des Geschäfts vollständig den Händen der Altlederverwertungsstelle entgleitet und in die Hände irgendwelcher Handelskreise hineingerät, ohne daß die geringste Kontrolle darüber geübt werden kann, ob die Voraussetzungen einer billigen Versorgung des Konsums, von denen das Reichswirtschaftsministerium ausgeht, auch nur irgendwie innegehalten werden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister selbst hat die Kehrseite der Frage angeschnitten: was hat uns denn die **Auflösung der Zwangswirtschaft** an Vorteilen gebracht? Gerade gegenüber der alarmierenden Art, wie diese ganze Frage in der breitesten Öffentlichkeit behandelt worden ist, verdient es doppelt unterstrichen zu werden, daß in der kurzen Frist doch schon Wertvolles durch den freien Handel geleistet worden ist. (C) Es ist heute Tatsache, daß kein Schuhmachermeister mehr Feiertag zu halten braucht, daß die 150000 Arbeiter der lederverarbeitenden Industrie, die 200000 Arbeiter der Lederindustrie alle ihre ausreichende Beschäftigung finden. Sie sehen aus den Produktionssteigerungsziffern, die uns der Herr Minister gegeben hat, daß die Herstellung von Schuhen von einem Monat auf den anderen schon um 50 Prozent steigen konnte. Jedenfalls sehen Sie daraus, daß, nachdem der freie wirtschaftliche Zustand geschaffen ist, die günstigere Versorgung unserer Industrie und unseres Handwerks durchgeführt ist. Von einer Arbeitslosigkeit auf dem Gesamtgebiete der Lederwirtschaft kann schon nicht mehr die Rede sein, während wir unter der Zwangswirtschaft in der Lederindustrie, in der Schuhindustrie und auf allen übrigen Gebieten der Lederwirtschaft Feierschichten einlegen mußten. Ich glaube, daß, wenn eine solche erlösende Macht von der Aufhebung der Zwangswirtschaft ausgeht, das ein Gesichtspunkt von so enormer Bedeutung in der produktiven Wertung dieser Frage ist, daß man das nicht unterschätzen kann, sondern gebührend vor der breiten Öffentlichkeit hervorheben muß, um der Bevölkerung zum Bewußtsein zu bringen, daß, wenn der Konsum heute gewisse Opfer zu bringen hat, diese Opfer schließlich gebracht werden für den überragenderen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt der Wiederherstellung einer lebensfähigen deutschen Wirtschaft. Und da meine ich das eine: Wenn wir die Arbeitslosigkeit auf diesem Gebiete bekämpfen und nicht gezwungen sind, große Arbeitermassen der Arbeitslosenunterstützung zu überantworten, dann sollten alle Parteien des Hauses damit einverstanden sein. Wenn es uns gelingt, nunmehr Rohwaren und Halbfabrikate heranzuziehen, die wir vorher nicht erfassen konnten, so ist das ein Vorteil, der vielleicht im Augenblick wegen der ungünstigen Valuta uns weiter bedrückt, der uns aber Produktionsverhältnisse schaffen wird, die uns auch wieder eine Erleichterung geben werden. (D) Wir können nur dann ausführen, wenn wir Rohwaren haben, und wir können nicht ausführen, wenn sie uns fehlen. Wir haben jetzt nicht nur aus dem Ausland Angebote, sondern Sie finden hier in Berlin bereits eine große Menge ausländischen Leders auf dem Markte. Wir haben heute wieder die Wildhäuteeinfuhr, sodaß wir in kürzester Frist mit eigener Gerbung der Wildhäute auf dem deutschen Markt rechnen können. Damit wird sich eine Verbilligung desjenigen Leders ergeben, das wir in erster Linie mit für die Schuhbesohlung benutzen können. Wir haben jedenfalls heute einen sichtbaren Preisregulator entgegen dem früheren Dunkel des Schleichhandels: das ist der Weltmarktpreis. Daß die Ungunst der Verhältnisse uns jetzt unter dem Druck einer schlechten Valuta zu außerordentlich schwierigen Verhältnissen auf dem Gebiete des eigenen Konsums geführt hat, das bedauern auch wir aufs allerlebhafteste, und wir unterstützen alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Versorgung der Bevölkerung mit billigerem Schuhzeug zu fördern. Aber wir können nicht außer acht lassen, daß gegenüber dieser Frage eine überragende Bedeutung der Frage zugemessen werden muß, daß es notwendig ist, die gesamte deutsche Lederwirtschaft mit allen ihren Industriewerken und ihren Schuhmacherbetrieben am Leben zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu geben, auch für die Zukunft eine starke Stütze der deutschen Wirtschafts- und Steuerkraft sowie der gesamten Kraft unseres volkswirtschaftlichen Lebens zu sein.

Ich möchte nun wieder an den Anfang meiner Ausführungen anknüpfen und sagen: die Differenz unserer Auffassungen beruht wesentlich darin, daß von der einen Seite mehr der Konsumentenstandpunkt in den Vordergrund geschoben, von der anderen Seite mehr der Produktionsstandpunkt betont wird. Wenn wir

(Dr. Hugo, Abgeordneter.)

(A) beide nun zusammen auf dem Standpunkt stehen, daß das eine so notwendig ist wie das andere, dann läßt sich auch ohne eine so scharfe Ausgestaltung in agitatorischer Art, wie es im Lande zum großen Teil geschehen ist, ein solches Problem meistern im Sinne des **Arbeitsgemeinschaftsgedankens**, mit dem wir uns innerhalb der Lederwirtschaft mit den weitesten Kreisen der Vertreter der Arbeiterschaft in fast allen praktischen Fragen zusammengefunden haben.

Und da komme ich auf einen Wunsch, den meine Fraktion der Regierung unterbreitet: daß so schnell wie möglich die gründliche Vorprüfung aller derartiger wirtschaftlicher Fragen, die sich vielleicht der Urteilsfähigkeit der breitesten Öffentlichkeit und auch eines großen Parlaments allzusehr entziehen, einem **Reichswirtschaftsrate** übertragen wird, dessen Sachkunde dann diesem Hause dafür Gewähr bieten kann, daß nicht einseitige materielle Interessen, daß nicht Profit- oder sonstige Interessen ausschlaggebend sind, sondern daß es schließlich durch das Zusammenwirken der Arbeiter und der unternehmenden Schichten in Deutschland gelingen wird und gelingen muß, denjenigen Ausgleich zu schaffen, der für die Erhaltung der Wirtschaft unter wohlverstandener Berücksichtigung des Konsums notwendig ist.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß der **Abbau der Zwangswirtschaft** nicht eine grundsätzliche Forderung in dem Sinne ist, daß wir, ich möchte sagen, wie mit einer Handgranate nun die Zwangswirtschaft mit einem Male sprengen möchten. So können die Dinge nicht aufgefaßt werden.

Aber der erste Grundsatz muß der sein, daß wir die wirtschaftlichen Zustände, die uns eine Produktionsmöglichkeit, eine Produktionssteigerung in Deutschland allein gewährleisten, so schnell wie möglich herbeiführen und daß die Regierung in dieser Beziehung nicht Hemmungen (B) durch die Zwangswirtschaft einen Tag länger ausübt, als sie unbedingt in dem gebieterischen Interesse der Versorgung der Bevölkerung liegt, wie es z. B. auf dem Getreide- und Brotmarkt und auf ähnlichen Märkten der Fall ist.

In der Zusammenarbeit kann hier jedenfalls der Weg gefunden werden. Nach außen ist zunächst zweifellos eine große Beunruhigung durch die enormen Preissteigerungen entstanden, Preissteigerungen, die zum großen Teil vorauszusehen waren, die zu erheblichem Teil ohne irgendeine Einflußnahme der daran beteiligten Wirtschaftsschichten eingetreten sind. Wenn wir auf dieser Grundlage heute aufs neue eine deutsche Lederwirtschaft aufbauen können und wenn diese deutsche Lederwirtschaft imstande ist, günstiger, als es durch die Belieferung des Auslandes möglich wäre, den deutschen Markt zu versorgen, sowohl hinsichtlich der Qualität wie der Preise, und wenn es uns drittens gelingt, dazu wieder eine Ausfuhrindustrie auf die Beine zu stellen, die uns nach außen hin eine Stütze für unsere Wirtschaftskraft, für unsere Zahlungsbilanz liefert, so wäre das alles insgesamt ein Erfolg, der nicht unterschätzt werden darf, und der jedenfalls nicht mit einer Handbewegung auf die Seite geschoben werden kann.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon.

Simon, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Sowohl der Herr Interpellant sowie der Herr Minister als auch verschiedene Redner aus dem Hause haben hier erklärt, daß sie zwar sehr hohe Preise bei der **Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Leder und Schuhwaren,** voraussahen, daß sie aber nicht hätten denken können, daß die Preisbildung eine so hohe werden würde, wie sie in der Tat geworden ist. Ich habe im Ausschuß der Nationalversammlung in Weimar eindringlich vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft gewarnt und habe auch dort (C) versucht nachzuweisen, daß es schlimmer werden wird, als die Herren dort angegeben haben. Auch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuß waren mit mir der gleichen Meinung. Wir haben zusammen einmütig die Aufhebung der Zwangswirtschaft abgelehnt. Der Herr Minister hat bei einer früheren Gelegenheit gesagt, daß er sich bei der Aufhebung von den Ausführungen von Sachverständigen habe leiten lassen. Verehrte Versammlung, das waren Sachverständige der Industrie, die ein Interesse daran hatten, die Aufhebung der Zwangswirtschaft herbeizuführen, weil sie wußten, daß ihnen damit, man kann ja nicht mehr sagen: die Goldstücke, aber die Tausendmarkscheine in die Tasche rutschen werden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist ja auch eingetreten.

Wir müssen uns doch einmal fragen — und ich habe das schon in Weimar im Ausschuß getan —: warum wurde denn eigentlich die Zwangswirtschaft eingeführt? Sie wurde nicht eingeführt, weil man eine Freude an der Zwangswirtschaft hatte, sondern aus eigener Notwendigkeit, weil eben ein notwendiges Produkt des täglichen Bedarfs so knapp geworden war, daß der Preis beliebig hoch gesteigert werden konnte. Wir haben ja in diesem Hause in den Jahren 1915, 1916 und 1917 über die Lederpreise ausgiebige Debatten gehabt. Ich brauche nur an diese Tatsache zu erinnern. Wenn die Knappheit des Produkts nun die Ursache der Einführung der Zwangswirtschaft war, dann durfte man erst zur Aufhebung kommen, wenn wenigstens wieder einigermaßen genügend Material am Markt war, aber nicht früher.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das hat man nicht getan.

Der Herr Minister hat vor wenigen Tagen hier gemeint, er habe gehofft, daß durch die **Einfuhr von Häuten und Leder** ein Ausgleich geschaffen würde, daß diese Einfuhr regulierend nach unten wirken würde; darin habe er sich aber getäuscht. (D) Ja, geehrte Versammlung, man mußte wissen, und jeder, der einigermaßen die Verhältnisse auf dem Weltmarkt kennt, wußte, daß wir auf eine große Einfuhr nicht rechnen können, es sei denn zu ganz exorbitant hohen Preisen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil eben eine ungeheure **Knappheit von Material auf dem Weltmarkt** vorhanden ist. Der Krieg hat ja gerade in Leder und Häuten außerordentlich vernichtend gewirkt. Erstens mußte überall, auch in den englischen Kolonien, bedeutend mehr Vieh abgeschlachtet werden, um die Heere der Alliierten mit Fleisch zu versorgen, gerade wie bei uns; und zum andern wurde auch das aus den größeren Abschlachtungen herrührende Leder in allen Ländern durch den Krieg verbraucht, sodaß also heute keine Vorräte vorhanden sind. Es wird lange Zeit bedürfen, bis der Viehstapel in allen Ländern wieder so steht, daß wir wieder zu dem früheren Maße der Abschlachtungen und damit natürlich auch wieder zu größeren Anfällen von Rohhäuten kommen, aus denen dann erst wieder Leder hergestellt werden kann. Nun weiß jeder, daß die Herstellung des Leders aus Rohhäuten nicht von heute auf morgen geht, sondern daß das Bodenleder 6, 10 oder 12 Monate und noch mehr gebraucht, bis es fertig gegerbt ist. Daher ist auch das Geschrei der Industrie, daß sie große Verluste riskiert und daher den Konjunkturgewinn nicht abgeben kann, durchaus nicht am Platze. Wir werden keinen plötzlichen Preissturz bekommen. Die **Preissenkung** wird ganz allmählich in dem Maße eintreten, wie sich unsere Valuta bessern wird. Ich werde später in einem anderen Zusammenhange auf die Frage zurückkommen und werde Ihnen zeigen, daß unsere

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Lederpreise in Mark unter der Zwangswirtschaft in Deutschland höher waren, als die **Lederpreise** in Mark im Ausland gewesen sind.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist übrigens sehr interessant, daß der Herr Abgeordnete Hugo vorhin sagen konnte, daß er den Ausführungen des Ministers restlos zustimme. Der Minister mag daraus ersehen, wie er durch seine Maßnahmen kapitalistischen Interessen gedient hat.

(Na! na! im Zentrum.)

Es wurde auch in der Debatte ein Appell an die beteiligten Kreise gerichtet, sie wurden an die hohe Verantwortung erinnert, die sie haben. Der Abgeordnete Wetzlich hat insbesondere einen Appell an den ehrlichen Handel gerichtet. Es ist eigenartig, niemand will heute schuld an den hohen Preisen sein. Lesen Sie jetzt nur einmal die Fachpresse. Es ist außerordentlich interessant, wie immer der eine Teil die Schuld an den hohen Preisen auf den andern abwälzt und sich der andere wieder dagegen wehrt und erklärt, nicht er, sondern der andere sei schuld daran.

Der Abgeordnete Wetzlich hat sich darüber beschwert, daß die Schuhmacher kein Leder bekommen. Es müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß das Leder in die Hände der Verbraucher komme. Ja, der Abgeordnete Wetzlich hat aber vergessen, uns das Rezept mitzuteilen, nach dem die Verteilung vorgenommen werden soll, wenn wir überhaupt keine Bewirtschaftung des Produktes mehr haben. Ganz im Gegensatz zum Abgeordneten Wetzlich stand der Abgeordnete Hugo. Er erklärte, daß die Schuhmacher jetzt viel mehr Leder hätten als früher. Wir haben hier einen Schuhmacher unter uns sitzen, den Herrn Kollegen Brühne. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Hugo bitten, einmal den Herrn Kollegen Brühne darüber zu befragen, wie er darüber denkt. Er ist Schuhmachermeister und wird Ihnen sagen, daß er zurzeit das Kilo (B) Leder nicht einmal für 70 Mark bekommen kann.

(Zuruf rechts: 40 Mark!)

Fragen Sie nur einmal die Schuhmachermeister und lassen Sie sich die Rechnungen zeigen. Wir wissen doch, daß sich Händler und Fabrikanten zwar Rechnungen zu einem Preise ausstellen, durch Sonderabmachungen sich aber höhere Summen bewilligen lassen.

Herr Kollege Hugo hat darauf hingewiesen, daß wir im Monat April Rohhäute aus Holland zu 2,71 hätten einführen können, wenn damals die Zwangswirtschaft nicht bestanden hätte, währenddem wir heute 9,02 dafür bezahlen müßten. Auf den Zuruf des früheren Ministers Wissell, warum die **Häute,** für die **Einfuhrbewilligungen** erteilt waren, nicht eingeführt wurden, erklärte der Abgeordnete Hugo, daß kein Fabrikant teuere Häute einführe, wenn im Inlande Höchstpreise bestehen, die niedriger wären als der Weltmarktpreis. Ich habe früher schon einmal darauf verwiesen, und zwar sowohl im Ausschuß in Weimar als auch in dem Lederausschuß, daß man ja auch noch einen anderen Weg gehen könne. Man braucht nicht den komplizierten Weg zu gehen, den der Herr Minister Schmidt hier vorgeführt hat, daß man auf der einen Seite Leder aus deutschem Gefälle herstellen läßt und auf der anderen Seite Leder aus ausländischem Gefälle, und daß man da verschiedene Preise macht, sondern man kann bei der Tatsache, daß das Leder, das aus ausländischem Gefälle hergestellt wird, nicht sofort auf den Markt kommt, sondern Monate gebraucht, um verwendungsfähig zu sein, ganz gut einen Durchschnittspreis feststellen. Es haben auch große Lederfabrikanten zugestanden, daß das durchführbar ist. Aber der größte Teil der Lederfabrikanten wollte sich auf diese Sache gar nicht einlassen, weil ihm die hohen Gewinne viel höher standen als das Interesse des deutschen Volkes.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Auch das trifft ja zu, weil sie überhaupt nicht vor- (C) handen sind. — Es kommt aber noch hinzu, daß wir vor Aufhebung der Blockade ja überhaupt an der Einfuhr verhindert waren. Und wenn heute triumphierend darauf hingewiesen wird, daß wir jetzt, wo die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, größere Mengen schon eingeführt hätten, dann ist das nicht auf die Zwangswirtschaft zurückzuführen, sondern dann ist das darauf zurückzuführen, daß zeitlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit der Aufhebung der Blockade zusammengefallen ist.

Der Herr Kollege Hugo hat uns dann noch eine Vorlesung darüber gehalten, wie der Preis entsteht. Es war außerordentlich interessant, diese Vorlesung anzuhören. Durch Auktionen, sagte er. Bei der Behandlung dieser Frage, insbesondere aber, wie der **Preis für Leder** entstanden ist, hatte er immer Entschuldigungen für den ungeheuren Preiswucher, der hier vor sich gegangen ist. Das Leder nämlich, welches aus den zu billigen Preisen eingekauften Häuten hergestellt worden ist, ist in dem Augenblick der Aufhebung der Zwangswirtschaft von 13,75 Mark Höchstpreis bis auf 30 Mark und 40 Mark und wenige Wochen danach bis auf 50 Mark und noch mehr gestiegen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hier haben die Lederfabrikanten Hunderte von Millionen Gewinn erzielt.

Es wird nun behauptet, die Regierung habe keine Macht gehabt, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, den **Schleichhandel** zu unterbinden. Geehrte Versammlung, wenn die Regierung nur gegen den Schleichhandel den dritten Teil der Macht angewendet hätte, den sie immer anwendet gegen streikende Arbeiter und gegen andere Arbeiter, dann wollten wir mal sehen, ob sie dem Schleichhandel nicht hätte zu Leibe rücken können. Aber brutal nach links und im übrigen alles durchgesehen, was auf der Seite der Kapitalisten und (D) der Schleichhändler, der Wucherer und Betrüger vorgeht! Die Gerichte haben versagt, wurde erklärt. Ja warum? Warum versagen sie denn nicht bei anderer Gelegenheit? Dort findet man, daß die höchsten Strafen verhängt werden können. Hier aber hat man stilles Verständnis dafür, daß Riesengewinne erzielt und das Volk um Millionen betrogen wird.

Aber, geehrte Versammlung, nicht nur auf dem Ledermarkt haben wir jetzt diesen Zustand, sondern unsere Fleischversorgung, unsere Volksernährung ist dadurch auch ins Wanken geraten. Die bayrische Regierung, das Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, hat vor kurzem eine Erklärung veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

> Die Aufhebung der Lederzwangswirtschaft hat zu unhaltbaren Zuständen geführt, die **Häutepreise** haben eine phantastische Höhe erreicht und die Schwarzschlachtungen zu einem Umfang gesteigert, der die öffentliche Fleischversorgung aufs schwerste gefährdet und zu neuen Einschränkungen in der Fleischversorgung führen muß.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Selbst Interessenten, die vordem nach Aufhebung der Zwangswirtschaft riefen, sind vielfach von der Entwicklung der Dinge betroffen, zumal ein wildes Aufkaufen den kapitalschwächeren Verarbeiterbetrieben die Rohstoffversorgung ernstlich erschwert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Allgemein ist der Ruf nach Abhilfe. Von Händlern und Verarbeitern ist vorgeschlagen, Richtpreise einzuführen. Indes hat die Kriegswirtschaft zur Genüge erwiesen, daß Höchstpreise ohne Bewirtschaftung wirkungslos bleiben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A)

> Weiter wurde aus den Kreisen der Verbraucher sofortige Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, Beschlagnahme und Grenzsperre für Bayern vorgeschlagen. Einem solchen Vorgehen Bayerns stehen nicht allein sehr ernste rechtliche und politische Gründe entgegen. Die bloße Anordnung der Beschlagnahme ist naturgemäß wirkungslos: sonst hätten wir überhaupt keinen Schleichhandel. Die Durchführung der Beschlagnahme wäre aufs äußerste erschwert, da jedermann weiß, welche Preise außerhalb Bayerns bezahlt werden. Dazu kommt, daß Bayern nicht bloß Häute abgibt, sondern auch auf außerbayerische Häute und Lederarten angewiesen ist. Die Erfahrungen, die Württemberg mit der dort verfügten Beschlagnahme gemacht hat, sind sehr wenig günstig. Es bleibt nur eine einheitliche Regelung durch das Reich. Für die bayerische Regierung hat das Handelsministerium, das seinerzeit eindringlich vor dem plötzlichen Abbruch der Zwangswirtschaft warnte und zum allmählichen Abbau riet, da diese entgegen ihrer Stellungnahme getroffene Maßnahme das Schlimmste befürchten ließ, erneut nach Anhörung der beteiligten Wirtschaftskreise mit Billigung des Gesamtministeriums eingehende Vorschläge gemacht. Dabei wurde insbesondere zur Prüfung gestellt, ob nicht eine gewisse Wirtschaftsregelung wieder einzuführen ist, wie sie der Landwirtschaftsrat und andere landwirtschaftliche Organisationen und mehrfache Stimmen in der Presse fordern usw.

An einer anderen Stelle sagt die Erklärung:

> Die bayerische Regierung hat ferner verlangt, daß gegenüber der gegenwärtigen Rechtsunsicherheit sofort einheitliche Richtlinien zur Bekämpfung wucherischer Preissteigerungen erlassen werden, wobei dem Weltmarktpreis selbstverständlich kein ausschlaggebender Einfluß zukäme. Sie verlangt ferner Verbot der preissteigernden Versteigerungen.

(B)

Geehrte Versammlung! Wie haben sich nun die Dinge entwickelt? — Sofort nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, schon bei den ersten **Häuteauktionen** die am 19. August in Berlin stattfanden, schnellten die Preise auf das Siebenfache bis Siebeneinhalbfache, nicht, wie der Herr Abgeordnete Hugo behauptet hat, auf das Dreifache bis Vierfache, und heute stehen sie sogar auf dem Achteinhalbfachen des Höchstpreises, der vor Aufhebung der Zwangswirtschaft galt. So kostete zum Beispiel unter der Zwangswirtschaft das Pfund Großviehrohhaut 1,40 Mark. Bei der Versteigerung am 19. August wurden in Berlin die Preise auf 10 Mark per Pfund getrieben. Bei der zweiten Versteigerung am 21. August in Leipzig, bei der etwa die gleichen Preise erzielt wurden, erhoben Lederfabrikanten und Häutehändler Einspruch gegen die Fortsetzung der Auktion, worauf der Auktionsausschuß die Versteigerung abbrach. Was erlebten wir nun nach dem Abbruch der Versteigerung? — Das ganze Gefälle ging freihändig in den Besitz der drei größten Lederfabrikanten Cornelius Heyl in Worms, Dörr und Reinhard in Worms und Freudenberg in Weinheim über, die den auf der Berliner Auktion erzielten Preis von 10 Mark bezahlt haben. Das Objekt, das in den Besitz dieser drei Firmen übergegangen ist, beträgt nach sachverständigem Urteil 15 Millionen Mark.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses Gefälle wandert nun nach dem besetzten Gebiet und von diesem ins Ausland. Unter der Zwangswirtschaft konnten wir es hindern, daß nicht auf solchem Wege wenigstens rechtsrheinisches Gefälle in das linksrheinische Gebiet abwandern konnte. Soweit allerdings der Schleichhandel in Frage kam, konnte man das nicht hindern; aber wir konnten doch verhindern, daß solche Mengen in das besetzte Gebiet abwanderten. Das hat jetzt aufgehört, und die Folge davon ist, daß das aus diesem Gefälle hergestellte Leder nicht im Inland verarbeitet, sondern nach dem Ausland abgeschoben wird. Ja, es besteht sogar die große Befürchtung, daß bei dem Stande unserer Valuta, weil hier zwar der höchste Preis gezahlt werden kann, noch ein so hoher Verdienst herauskommt, wenn die Rohhaut nach dem Ausland ausgeführt wird.

Die dritte Auktion, die am 27. in Hamburg stattfand, erzielte etwa die gleichen Preise wie in Berlin. Auf der folgenden Auktion in Frankfurt a. M. wurde das Pfund sogar mit 1 bis 2 Mark höher gesteigert, als es in Berlin der Fall war, sodaß heute die Preise für Rohhäute das 8- bis $8^1/_2$fache der früheren Höchstpreise betragen. Die Versteigerung in Nürnberg, die am 4. September stattfand, wurde, nachdem einige Lose gesteigert waren, durch das Kriegswucheramt verboten. Der Freistaat Oldenburg hat ebenfalls die Häuteversteigerungen verboten. Württemberg hatte für sein Gebiet wieder die Zwangsbewirtschaftung eingeführt, konnte sie aber nicht aufrecht erhalten. Es hat auch die Häuteauktionen verboten, und der freihändige Verkauf zeigt eben die Preise, wie sie in Berlin und in anderen Orten bei den Auktionen erzielt worden sind. Nun muß man fragen: was soll das Leder kosten, das aus diesen Häuten hergestellt wird? Das Leder, das aus diesen Häuten mit diesen hohen Preisen hergestellt wird, wird etwa 70 Mark das Kilo kosten, also noch bedeutend mehr als die heutigen hohen Preise.

Aber nicht nur die Rohhaut, auch das **Leder** hat in dem Augenblick, wo die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde, eine ganz enorme **Preissteigerung** erfahren. Bei Bodenleder macht die Preissteigerung 200 bis 300, bei Oberleder bis zu 500 Prozent aus. Die Folge ist eine ungeheuere Verteuerung des Schuhwerks. Unter der Zwangswirtschaft betrug der Höchstpreis für das Ober- und Bodenleder für ein Paar neuer Stiefel 15 bis 17 Mark für die Industrie und 17 bis 20 Mark für das Handwerk. Heute kostet das Ober- und Bodenleder für ein Paar Stiefel 80 bis 100 Mark.

(Hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(D)

Das ist das Resultat der freien Wirtschaft. Das Kernleder, Croupons, wie es der Schuhmacher für Reparaturen verarbeitet, kostete im Frieden pro Kilo etwa 5 Mark. Der festgesetzte Höchstpreis betrug 17,50 Mark. Sofort nach Aufhebung der Zwangswirtschaft schnellte der Preis auf 50 bis 60 Mark hinauf

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und heute beträgt er schon bis zu 75 Mark, die verlangt und auch bezahlt werden. War schon der Höchstpreis zirka 240 Prozent über dem Friedenspreis, so betrug die jetzige Steigerung gegenüber dem Friedenspreis etwa 1400 Prozent

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und gegen den Höchstpreis 330 Prozent. Infolge dieser geradezu ungeheuerlichen Preissteigerung kosten heute ein Paar Herrensohlen und Absätze 28 bis 30 Mark, Damensohlen und Absätze 20 bis 22 Mark, Knaben- oder Mädchenstiefel im Alter von 6 bis 8 Jahren zu besohlen 18 bis 21 Mark. Ich möchte fragen: wie soll ein Arbeiter, ein Angestellter, ein Beamter der Kommunalverwaltung oder des Staates in der Lage sein, diesen Winter für seine Kinder die Stiefel besohlen zu lassen?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie können sich wohl denken, was aus solchen Zuständen erwachsen wird. Ich komme in einem anderen Zusammenhange darauf zurück.

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

Aber noch eine andere Frage, die auch von außerordentlicher Bedeutung ist! Professor Vulpius von der orthopädischen und chirurgischen Klinik und Poliklinik in Heidelberg hat einen Notschrei in das Land gesandt, weil jetzt die Personen mit verkrüppelten Füßen überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die Preise für Schuhwerk aufzubringen; denn **orthopädisches Schuhwerk** stand ja schon früher infolge der Schwierigkeit der Arbeit außerordentlich hoch im Preise. Bei den heutigen Lederpreisen, zumal man auch erheblich mehr Leder für orthopädisches Schuhwerk braucht als bei solchem für normale Füße, sodaß das Leder vielleicht allein schon 100 oder 150 Mark kostet, und bei der Arbeit, die notwendig ist, kommt ein solches Paar Stiefel auf 400, 500, 600 Mark. Hier besteht die außerordentliche Gefahr, daß die Krankheit sich erheblich verschlimmert, und damit die weitere Gefahr, daß die Fußkranken sich entweder vermehren oder zum großen Teil ihrer Beschäftigung nicht mehr nachgehen können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit welchem Recht — so muß gefragt werden — haben die Lederfabrikanten und Händler für das Leder, welches noch aus Häuten zu billigen Preisen hergestellt wurde, diese ungeheuerlichen Preise verlangt? Wenn man bedenkt, daß der Gerbprozeß bis zu 12 oder mehr Monate dauert, kann man ermessen, welche riesenhaften Gewinne allein die Gerber einheimsen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Gewinne gehen in die Hunderte von Millionen. Wenn Schuhfabrikanten große Lederlager hatten, was zum Teil gleichfalls der Fall war, dann ist es selbstverständlich, daß auch die Schuhfabrikanten außerordentliche Gewinne erzielten.

So, geehrte Versammlung, sieht der Segen der freien Wirtschaft aus: für Industrie und Handel allerdings ein großer Segen, für das Volk aber eine Bewucherung, gegen die der schärfste Protest erhoben werden muß,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

um so mehr, als hier gerade der ärmere Teil des Volkes schwer zu leiden hat, vor allem auch die unteren Beamten und der Mittelstand.

Nun wurde hier mit dem Brustton der Ueberzeugung verkündet, daß wir unter allen Umständen an den **Weltmarktpreis** herankommen müßten. Wenn wir auf dem Weltmarktpreise angekommen seien, würde die Einfuhr schon nivellierend wirken, und wir würden allmählich zu besseren Zuständen kommen. Zunächst können wir, wie ich schon einmal erklärt habe, in absehbarer Zeit überhaupt nicht damit rechnen, daß wir größere Mengen von Leder einführen können, es sei denn zu geradezu ungeheuerlichen Preisen, die infolge unserer Valuta zu zahlen sind. Aber, geehrte Versammlung, es ist schon einmal bei einer anderen Gelegenheit von dem Herrn Minister Schmidt die Frage behandelt worden, ob es richtig ist, sich dem Weltmarktpreise anzupassen, und hierzu insbesondere möchte ich jetzt einige Worte verlieren.

Die Industrie, der Handel, die Vertreter von Industrie und Handel verlangen Anpassung an den Weltmarktpreis. Wenn aber die Arbeiter kommen und sagen: wir verlangen höhere Löhne, dann heißt es: dann geht die Industrie zu Grunde, wie sollen wir denn auf dem Weltmarkt konkurrieren, wenn die Arbeiter so hohe Löhne verlangen! Ja, wenn wir auf der einen Seite unsere Produkte dem Weltmarktpreis anpassen wollen, der sich infolge unserer schlechten Valuta für uns ungünstiger gestaltet als für das Ausland, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß die Verbraucher, insbesondere die Arbeiter und Angestellten und nicht zuletzt der kleine Mittelstand, auch so viel Einkommen haben, daß sie die hohen Preise bezahlen können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Anpassung an den Weltmarktpreis darf nicht nur für die Industrie und Handel gelten, sondern muß ebensogut für den Arbeiter gelten.

Ich war vor ganz kurzem im Ausland, in der Schweiz. Der Schweizer Arbeiter verdient in Franken nicht viel weniger als der deutsche Arbeiter in Mark, er zahlt in Franken den vierten oder fünften Teil des Preises, den der deutsche Arbeiter zahlen muß, und der deutsche Arbeiter zahlt in Mark fünfmal soviel, wie der Schweizer Arbeiter in Franken bezahlt. Also so gehen die Dinge nicht. Sie dürfen überzeugt sein, daß diese schwindelhaften und phantastischen Lederpreise dazu führen müssen, daß die Arbeiter mit neuen Forderungen kommen, und die Folgen werden neue Streiks usw. sein. Dann fragen Sie wieder: wie soll das enden? Wenn irgend jemand unser deutsches Wirtschaftsleben zerstört, dann, meine Herren, sind Sie es (nach rechts), die fortwährend für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eintreten und dadurch die ungeheuren phantastischen Preise hervorrufen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wurde nun insbesondere von Herrn Dr. Hugo gesagt, daß größere Arbeitsgelegenheit dadurch geschaffen werde. Das ist nicht richtig. Nur die Besitzer von Leder haben gewechselt. Früher hat auch unter der Zwangswirtschaft der kleine Fabrikant Leder zugewiesen bekommen, er konnte arbeiten, heute reißen es die Großfabrikanten an sich. Ich bekomme täglich Zuschriften von Fabrikanten, in denen es heißt, daß sie genötigt sind, ihre Betriebe stillzulegen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil sie nicht in der Lage sind, die ungeheuren Preise für Leder anzulegen, denn dazu müßten sie ein fünf- bis sechsfach so hohes Betriebskapital als früher haben. Genau so geht es dem kleinen Schuhwarenhändler, der auch nicht die Mittel aufbringen kann, die hohen Preise anzulegen und sich ein assortiertes Lager zu halten.

Aber nicht nur, daß wir jetzt die außerordentlich hohen Preise haben, sondern es besteht auch die außerordentlich hohe Gefahr, und sie ist schon vorhanden, daß das bißchen deutsche Gefälle und das Leder, welches aus deutschem Gefälle hergestellt wird, ins Ausland abwandert. Kürzlich hat ein Fabrikant, anscheinend der Automobilbranche angehörend, in den „Münchener Neuesten Nachrichten" einen Artikel veröffentlicht, in dem folgendes stand. Ein Automobil in einer bestimmten Größe und Qualität kostete in Deutschland 40 000 Mark, dasselbe Automobil in Schweden 30 000 Kronen. Diese beiden Ziffern sagen zunächst einmal, daß Rohmaterial und Arbeitslöhne in allen Ländern um ungefähr den gleichen Prozentsatz gestiegen sind; denn das ist ungefähr die Kursdifferenz beziehungsweise der Wert des Geldes in Schweden und in Deutschland gewesen. Wenn aber der Schwede das Automobil in Deutschland kauft, dann zahlte er damals 8000 Kronen, jetzt zahlt er vielleicht nur 3000 Kronen bei dem jetzigen Stande unserer Valuta; denn das war damals, als unsere Valuta noch viel höher stand als heute. Der Fabrikant hat offen ausgesprochen, daß durch den schlechten Stand unserer **Valuta** die Gefahr besteht, daß Deutschland von allen Gebrauchsgegenständen vollständig entblößt wird, weil ja das Ausland gar nichts Besseres tun kann, als in Deutschland einzukaufen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist aber der Zustand, den Herr Hugo als besoldetes Vorstandsmitglied der Ledergroßhändler herbeiführen will,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Sozialdemokraten)

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) möglichste Freiheit, ausführen, soviel es nur geht, weil da der Weizen der Händler und Fabrikanten am besten blüht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das deutsche Volk kann sehen, wo es bleibt. Wir haben ja heute schon **Ausfuhren** in größeren Mengen zu verzeichnen. Kürzlich ist eine Notiz durch die Presse gegangen, daß Heylsches Leder in London aufgekauft ist. Dieses Leder war sicherlich noch nicht aus Häuten hergestellt, die aus dem Auslande eingeführt sind. Es wird mir auch mitgeteilt, daß fortwährend große Mengen von Leder über die Grenze geschafft werden. Der Herr Minister Schmidt hat heute ausgeführt, daß das auf ganz legalem Wege geschehe, daß die Ausfuhrerlaubnis erteilt wird, und zwar insoweit als für die Einfuhr von Rohhäuten 75 Prozent Leder ausgeführt werden dürfen. Geehrte Versammlung, ich frage mich: wie kann eine Regierung unter der gegenwärtigen Ledernot gestatten, daß auf die Einfuhrgenehmigung hin oder auch auf die Tatsache hin, daß Rohware eingeführt wird, sofort das fertige Leder ausgeführt werden darf.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wird ja auch nicht gemacht.)

— Jawohl, das wird gemacht; denn das Leder, das ausgeführt worden ist, ist nicht aus ausländischem Gefälle hergestellt worden; es ist ausgeschlossen, daß das der Fall ist, weil ja hieraus noch gar kein Leder erzeugt werden konnte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Bitte sehr! aber das dauert ja, wenn die Felle hereinkommen, Monate, bis daraus Leder hergestellt werden kann.

(Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Da entsteht aber doch ein Minus. Wir haben doch sowieso nicht genügend Leder. Wenn wir heute noch (B) 75 Prozent ausführen lassen und die 25 Prozent erst in Monaten für uns herauskommen, dann bekommen wir einen Zustand, der notwendigerweise zu dem vollständigen Zusammenbrechen unserer Wirtschaft führen muß. Ich meine, es könnte höchstens gestattet werden, daß aus dem Gefälle, welches eingeführt wird, nachdem es verarbeitet worden ist, wieder 75 Prozent ausgeführt werden dürfen. Unter keinen Umständen dürfte aber deutsches Gefälle für die Ausfuhr verwendet werden.

Nun wird der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie keine **Richtpreise** festgesetzt habe, und es wird behauptet, daß sie infolgedessen selbst die Schuld an den abnorm hohen Preisen trage. Geehrte Versammlung! Diesen Vorwurf erheben dieselben Kreise, die früher immer behauptet haben: die Zwangswirtschaft nützt ja gar nichts, weil sich niemand um den Höchstpreis kümmert, weil alles in Schleichhandel geht. Diese Kreise kommen jetzt und sagen: Ja, Regierung, hättest du Richtpreise festgesetzt, dann hätten wir die hohen Preise nicht! Geehrte Versammlung! Dahinter stecken ganz andere Motive. Herr Kollege Hugo, dahinter steckt das Motiv, daß Sie der Regierung das Odium für die hohen Preise aufladen wollten und die Industrie sich davon reinwaschen und sagen wollte: die Preise sind uns ja von der Regierung genehmigt. Ich kann es der Regierung wirklich nicht verdenken, daß sie es abgelehnt hat, in diesen Fallstrick, den man ihr gestellt hat, sich hineinzubegeben; denn Sie hätten die Regierung sicher daran aufgehängt.

Nun sagte der Herr Abgeordnete Hugo vorhin, daß seine Voraussage über die **Gestaltung der Preise,** die er im Ausschuß in Weimar gemacht hätte, eingetroffen sei. Herr Abgeordneter Hugo, ich habe vor mir das Beiblatt zu der „Lederindustrie“ Nr. 221, und da finde ich einen sehr interessanten Vortrag des Herrn Abgeordneten Hugo, den er gelegentlich der Herbstledermesse zu Leipzig vor den Großhändlern gehalten hat. Da klang es etwas anders, (C) Herr Abgeordneter Hugo! Dort haben Sie gesagt:

> Wenn man nun die Verhältnisse auf dem Gebiet des Häutemarktes seit Aufhebung der Zwangswirtschaft betrachtet, wird man vielleicht auch als Anhänger der freien Wirtschaft sagen, daß die eingetretene Überspannung höchst unerfreulich ist. Die Preisbildung vollzieht sich nicht ganz in dem Sinne, wie wir das vorausgesagt haben, und zwar aus mannigfachen Gründen.

Also dort haben Sie nicht erklärt, daß Ihre Voraussage eingetroffen sei, sondern dort haben Sie erklärt, daß die Preisbildung in anderer Weise vor sich gegangen sei, als Sie vorausgesagt hätten.

Ich will auf den übrigen Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hugo in jener Versammlung nicht eingehen, weil es mich zu weit führen würde und weil ich zum Teil schon die Behauptung, die er dort aufgestellt hat, als ob bei früherer Aufhebung der Zwangswirtschaft wir mehr Rohhäute und zu billigeren Preisen hätten einführen können, widerlegt habe. Denn es ist ausgeschlossen, daß, wenn wir bei Aufhebung der Blockade, oder wenn das früher möglich gewesen wäre, als Käufer aufgetreten wären, bei dem starken Bedarf, den Deutschland hatte, wir die Häute zu billigeren Preisen bekommen hätten. Bei dem starken Auftreten von Käufern würden die Häute gestiegen sein; sie sind ja sowieso gestiegen, und sie werden weiter steigen infolge der allgemeinen Knappheit des Materials.

Man wird jedoch in den Kreisen der Interessenten außerordentlich bedenklich, und es ist durchaus nicht so, wie hier, insbesondere auch von dem Herrn Abgeordneten Hugo und anderen ausgeführt worden ist, als ob die Interessenten alle ohne Ausnahme nunmehr die Aufhebung der **Zwangswirtschaft** begrüßen und daß sie an der freien Wirtschaft unter allen Umständen festhalten wollen. Ich habe hier (D) eine Fachzeitschrift „Zentralanzeiger für Deutschlands Lederindustrie und -Handel“. Sie schreibt einen längeren Artikel über diese Frage und kommt zu folgendem Schluß:

> Wir stehen unter Erwägung aller Begleitumstände vor der Tatsache, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft der größte Fehler war, der bisher gemacht worden ist. Es fehlten dafür alle Voraussetzungen. Der Mangel an Häuten durfte nicht unberücksichtigt bleiben. Man mußte eine Bestandsaufnahme veranlassen, den Häutehandel unter Kontrolle halten, Höchstpreise aufrechterhalten, vor allem erst aber einmal die Einfuhr von Häuten freigeben usw.

Dasselbe Blatt sagt in einem anderen Artikel, und zwar in Nr. 105 vom 20. August:

> Wir finden besonders im Gesamtinteresse des geplagten deutschen Volkes keine andere Rettung, als an die Regierung den weittönenden Ruf nach vorläufigen Höchstpreisen für das inländische Gefälle zu richten, damit nicht im kommenden Winter der schlimmsten Kohlennot die Bevölkerung von einer epidemischen Erfrierung der Füße qualvoll heimgesucht wird. Zorn und Scham müssen jedem Deutschen das Herz erfüllen über die gewissenlosen Preistreibereien auf den Auktionen, die weit gefährlicher sind als der vor dem Kriege an diesen Stätten aufgeführte Tanz um das goldene Kalb.

In der Fachzeitung für Lederindustrie — und das ist außerordentlich bezeichnend — wird in der Nummer 207 vom 29. August — wohl gemerkt: in einer Zeitung, die bisher nicht genug die Zwangswirtschaft verurteilen konnte — gesagt:

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Nach dem Fortfall der Bewegungsbeschränkungen haben sich die erschütterndsten Ereignisse abgespielt. Es haben sich Werte heraus-gebildet, die das gesamte Gebäude der Lederwirtschaft bedrohen. Die Situation des Einzelnen und damit auch der Gesamtheit ist eine überaus prekäre geworden. Die Lederversorgung des Landes ist ins Wanken geraten. Dabei steht der Herbst bevor, der bekanntlich die Versorgung für den Winter zu bringen pflegt.

Das klingt alles ganz anders als die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Hugo, der sich hier auch wieder als Sachverständiger aufspielt, genau wie er es in Weimar getan hat.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Aufspielt?)

— Jawohl, aufspielt!

Nun ein anderes Kapitel! Ich möchte an die Regierung folgende Frage richten: Wie kommt es, daß von dem **Bekleidungsamt Coblenz** Halbsohlen verkauft und in Fabriken angeboten werden, das Paar zu 9,50 Mark, Brandsohlen das Paar zu 6,50 Mark? Ganz abgesehen von dem ungeheuren Preiswucher, der hierin liegt — denn wenn man den Abfall abrechnet, der an einem Kilo entsteht, käme das Kilo Bodenleder auf 57 Mark und das Kilo Brandsohlenleder auf 45,50 Mark — frage ich: wie kommt das Bekleidungsamt Coblenz überhaupt dazu, Leder beziehungsweise Sohlen und Brandsohlen verkaufen zu können? Wenn die Bekleidungsämter Leder übrig haben, das sie nicht selbst verwenden können, dann sollte das Leder zur Herstellung von billigem Schuhwerk verwendet und nicht erst zu ungeheuren Preisen verkauft werden. Dann zahlt das Reich wieder die hohen Schuhpreise, und der Fabrikant macht ja doch den Gewinn dabei.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Dabei eine andere Frage! Von dem **Bekleidungsamt des XI. Armeekorps** sind an eine Erfurter Firma 4800 Kilo Leder geliefert worden. An eine Schaftfabrik wurde Bodenleder geliefert, die also das Bodenleder gar nicht verarbeiten kann. Diese Fabrik wird das Bodenleder natürlich weiter verschieben, wird auch dabei wieder ihren Schnitt machen, denn verarbeiten kann sie es doch nicht. Entweder bleibt es liegen und wird der Bevölkerung dadurch entzogen, oder es wird zu höheren Preisen verschoben. Hier müßte die Regierung unter allen Umständen einmal zugreifen. Oder ist es in der Regierung immer noch so wie im alten Regime, daß man den Bekleidungsämtern oder den einzelnen Generalkommandos nichts sagen darf. Mir hat einmal ein Offizier, der die Bekleidungsämter unter sich hatte, erklärt: wenn wir an die Bekleidungsämter schreiben, dann müssen wir die Anordnungen, die wir treffen wollen, alle in Wünsche kleiden;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

es darf ja nicht aussehen, als ob wir Befehle erteilen wollten, sonst machen sie es erst recht nicht. Ich frage: ist es noch immer so, oder hat die Regierung nur Gewalt, wenn es nach der anderen Seite geht und nicht nach ihrem eigenen Lager?

In der „Vossischen Zeitung" hat Paul Elsberg einen Artikel veröffentlicht und ein Urteil gefällt, dem ich mich vollinhaltlich anschließe. Er sagt:

> Man darf nicht vergessen, daß der Ruf nach sofortiger Beseitigung jeder Bewirtschaftung sehr stark von demagogischen Absichten getragen ist. Er entstammt nicht nur politisch-agitatorischen Gründen, sondern auch der Auffassung, daß gegenwärtig ein völlig unbeschränkter Handel die größten Gewinnaussichten hätte.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Davon ist das Geschrei nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft diktiert, von nichts anderem!

Nun aber eine andere Frage. Es wird hier immer so dargestellt, als ob die **deutschen Lederpreise** viel niedriger gewesen wären als im Auslande. Das ist falsch. Ich werde Ihnen das an der Hand einer Aufstellung beweisen. Das beste Waschleder kostete im Frieden 3 Mark bis 3,50 Mark, während des Krieges wurde es auf 8,50 Mark erhöht, vom Mai ab auf 13,70 Mark. Das war eine Erhöhung gegen den Friedenspreis um 166 Prozent bis zum Mai 1919, von da ab um rund 300 Prozent. Die während des Krieges gezahlten Preise haben aber — und das ist das Wesentliche — die gleiche Höhe wie die **Preise**, die zum Beispiel **in England** noch heute gezahlt werden, während die Preise ab Mai 1919 sogar um 60 Prozent höher sind als die englischen Lederpreise noch heute. Ich habe hier die Fachzeitung der Lederindustrie. In der Nummer vom 1. September findet sich folgendes englische Angebot. Da werden Krupons in englischer Gerbung angeboten zu 8,85 Mark, 8,45 Mark, 9,20 Mark und 11,05 Mark pro Kilo. Der Höchstpreis für deutsches Leder beträgt für ungefähr die gleichen Qualitäten 13,75 bis 17,75 Mark pro Kilo. Hälse wurden zum Beispiel für 6,10 Mark angeboten, der Höchstpreis für deutsche Hälse betrug 11,25 Mark, sodaß also die deutschen Höchstpreise, bei denen angeblich die Lederindustrie nicht bestehen kann, um 60 bis 62 Prozent höher waren, als die englischen Lederpreise noch heute sind.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Allerdings deutsche Währung! Wenn die Valutadifferenz hinzukommt, dann besteht natürlich eine ungeheure Differenz. Aber ich sage noch einmal: der englische Konsument zahlt mit Schilling und der deutsche Konsument zahlt mit Mark; und daher ist es nicht berechtigt, daß aus dem schlechten Stand der Valuta sich die Industrie und der Handel noch Riesengewinne in die Tasche schieben, wie (D) das hier tatsächlich der Fall ist.

Nun haben wir ja eine Stelle — darauf muß ich noch mit einigen Worten eingehen —, eine **Reichszentrale für Heimatdienst.** Diese Reichszentrale für Heimatdienst hat das Bedürfnis, das Volk aufzuklären. Diese Aufklärung geschieht auch in der Weise, daß sie sich von den Interessenten einseitig beraten läßt. Ich habe vor mir ein Protokoll vom 6. September 1919. An dieser Sitzung haben teilgenommen die Unternehmerfachpresse sowie Unternehmer- und Handelsorganisationen und eine Reihe von Vertretern verschiedener Reichsämter und Kriegsgesellschaften. Auffallenderweise waren weder Vertreter der Arbeiterfachpresse noch Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen zu dieser Sitzung geladen. Ich meine, wenn die Zentrale für Heimatdienst ein objektives Urteil über irgendeine Sache gewinnen will, dann müßte sie auch hören, was die Arbeiter dazu zu sagen haben.

Der Zweck der Konferenz sollte nach den einleitenden Worten des Herrn Vorsitzenden Horwitz von der Reichsstelle für Heimatdienst sein, eine Aussprache über die Gestaltung der Leder- und Schuhmarktpreise unter der jetzt eingeführten freien Wirtschaft herbeizuführen, um in Wort und Schrift das Volk über die Ursachen dieser Preissteigerung aufzuklären. Wörtlich führte der Herr Vorsitzende folgendes aus:

> Er glaube, kein ängstlich zu behütendes Geheimnis preiszugeben, daß sowohl aus den Kreisen der Fachpresse wie des Handels an die Reichsstelle für Heimatdienst das dringende Ersuchen herangetreten sei, hier aufklärend zu wirken, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß es nicht lediglich der Auswirkung des freien Handels zuzuschreiben sei, wenn nunmehr die Preise für Leder und Schuhwerk sprunghaft in die Höhe

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) gehen, wenn es künftig der Bevölkerung kaum mehr möglich sein würde, ein Paar Schuhe unter einem Preise von 150 bis 200 Mark zu erstehen. Gehe man doch in Handelskreisen so weit, zu befürchten, es könnte bei der erbitterten Stimmung und der Hemmungslosigkeit der radikalisierten Massen zu einem Sturm auf die Kleinverkaufsstellen kommen. Wie dem auch sei, es stehe fest, daß in der jüngsten Zeit mehr oder weniger tendenziös gefärbte Darstellungen über die Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in die Öffentlichkeit drangen. Wenn irgendwo, so erscheine hier eine Aufklärung über die wirklichen Ursachen der auffälligen Preissteigerung dringend geboten.

„Tendenziös gefärbte Darstellungen"! Glauben Sie, daß die Zentralstelle für Heimatdienst, nachdem sie die Unternehmer und ihre Fachpresse gehört hat, keine tendenziöse Darstellungen hinausgeben wird? Glauben Sie, daß diese Darstellungen objektiv sein könnten?

Aber ganz abgesehen davon, in der ganzen Konferenz hat man über diese Frage überhaupt nicht gesprochen. Das ist das Interessante. Die Interessenten haben sich über die Frage der Preissteigerung vollständig ausgeschwiegen, sie sind über die Ursachen vollständig hinweggegangen. Das Protokoll hat 12 Seiten. Auf 7 Seiten des Protokolls hat man sich mit der Gründung der Gesellschaft für **Volksschuhversorgung** beschäftigt, dagegen hat man Sturm gelaufen. $2^1/_2$ Seiten beträgt die einleitende Ansprache des Vorsitzenden, $1^1/_2$ Seiten befaßt man sich mit der Ein- und Ausfuhr, $7^1/_2$ Seiten befaßte man sich mit der Volksschuhversorgung.

(Glocke des Präsidenten.)

— Ja, ich bin eben der Meinung, daß das gerade ausführlich darzustellen notwendig ist. Ich bedaure, daß ich da von Ihrer Auffassung abweiche.

(B) **Präsident:** Ich muß eine Bemerkung machen. Wir müssen uns einigermaßen an die Zeit kehren. Sie haben jetzt eine volle Stunde gesprochen. Sie sind ja offenbar Sachverständiger in der Frage, aber vor diesem Kreise ist nach meiner Ansicht eine so detaillierte Behandlung nicht angezeigt. Das kann in einem Fachausschuß geschehen, dort würde diese Rede ganz angezeigt sein. Aber hier wird sie durch diese Detailliertheit an ihrer Wirkung verlieren. Darauf muß ich Sie doch aufmerksam machen, denn ich bin ja Hüter und Wächter unserer Zeit.

Simon (Franken), Abgeordneter: Das ist ganz recht, Herr Präsident, aber ich bin der Auffassung, daß gerade diese Frage ausführlich behandelt werden muß, weil hier die Stelle ist, wo die Frage behandelt werden kann, um auf Regierung und Gesetzgebung einzuwirken, daß es anders gemacht wird.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also an dieser Stelle hat man sich mit der Frage der Verteuerung der Schuhwaren überhaupt nicht beschäftigt, sondern man hat Sturm gelaufen gegen die Gesellschaft, die billiges Schuhwerk beschaffen soll. Das ist außerordentlich bezeichnend. Ich kann es den Herren nachfühlen; wenn die Möglichkeit besteht, Schuhwerk auf den Markt zu bringen zu einem Preis von ungefähr 50 oder 60 Mark, dann, glaube ich allerdings, wird das außerordentlich auf die Massen des Volkes wirken, wenn sie dann in dem Schaufenster Stiefel zu 200 und 300 Mark stehen sehen; dann werden sie sich fragen: ja, was ist denn da, wie ist es denn möglich, auf der einen Seite einen Stiefel zu 50 bis 60 Mark herzustellen und auf der anderen Seite einen ungeheuren Preis dafür bezahlen zu müssen? Das ist das, was in der ganzen Fachpresse den Sturm gegen die Gesellschaft, die sich hier gebildet hat, veranlaßt hat.

(C) Nun sagt der Herr Interpellant: es sind dort lauter Personen, die kein Sachverständnis besitzen. Ja, ich bedaure, daß der Herr Interpellant nicht mehr Sachverständnis besessen hat, sonst hätte er diese Frage jedenfalls nicht in dieser Weise behandelt. Es hat gar nichts zu sagen, ob die Leute, die die Gesellschaft finanzieren, Sachverständnis besitzen oder nicht, sondern es kommt darauf an, wie ist die Sache aufgezogen? Und aufgezogen war sie so, daß ohne den Sachverständigenbeirat die Herren gar nicht entscheiden konnten, ob und wie Stiefel hergestellt werden könnten, sondern sie hatten ausschließlich die Finanzierung vorzunehmen, sonst war nichts zu machen. Das muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, weil hier gegen diese Gesellschaft in einer Weise gearbeitet worden ist, — —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihre Kollegen!)

— Meine Kollegen nicht!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ich nehme es doch an, daß es Ihre Kollegen sind!)

Schuh- und Schäftefabrikanten?

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Das sind doch nicht meine Kollegen, das sind Fabrikanten, und ich bin Arbeiter; eine solche Kollegenschaft lehne ich ab. Das sollte auch der Interpellant wissen, daß ich nicht Schuhfabrikant bin.

Ich meine, dieser Sturm beweist am besten, wie notwendig die Gründung einer solchen Gesellschaft gewesen ist; wie notwendig es ist, daß aus dem Leder, das in den einzelnen Verwaltungen vorhanden ist, billiges Schuhwerk hergestellt wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ach bitte, es konnte da nichts gemacht werden, weil die Regierung sofort eingegriffen hat und die Gesellschaft nicht arbeiten ließ.

(D) Dann möchte ich auch an den Herrn Minister die dringende Bitte richten, nicht die Rohhäute, die noch im Besitz von irgendwelchen Gesellschaften sind, zu verkaufen, sondern die Rohhäute in Lohn gerben zu lassen und das billige Leder zu benutzen, um billiges Schuhwerk zu bekommen. Es ist geradezu ein Skandal, man verkauft die billigen Häute, die man hat, man läßt sie diesen freien Wucher durchmachen, und dann bezahlt man die teuren Schuhe, legt auf jedes Paar Stiefel hundert Mark zu.

(Zuruf vom Zentrum: Das dauert doch 1 Jahr!)

— Bitte, das macht ja nichts. Die Gesellschaft wird ein Jahr und noch länger zu tun haben, und wir werden auch noch im nächsten Jahre die teueren Schuhe haben. Herr Kollege, das möchte ich Ihnen gesagt haben.

Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen angelangt.

(Bravo!)

— Daß es Ihnen angenehm ist, wenn ich aufhöre, das habe ich vorausgesetzt,

(Heiterkeit)

das wußte ich im voraus. Sie können mir also damit keinen Kummer machen, wenn Sie Bravo rufen. —

Ich möchte noch eins sagen. Der frühere Minister Wissell ist wegen seiner Planwirtschaft sehr stark angegriffen worden. Auch ich und meine Partei waren mit der **Wissellschen Planwirtschaft** nicht einverstanden. Sie war viel zu bureaukratisch aufgebaut, und es fehlte die sozialistische Durchdringung. Aber immerhin hatte Wissell die Überzeugung, daß wir ohne Planwirtschaft nicht durchkommen, und er hatte sich wenigstens Gedanken darüber gemacht; über die Ausführung im einzelnen hätte man ja reden und sich verständigen können. Über diese Planwirtschaft ist Wissell gefallen, und damit sind wir in ein Chaos gekommen, das unser Wirtschaftsleben zerrüttet, viel mehr zerrüttet, als die Streiks es zerrüttet haben.

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Durch diese Planlosigkeit unserer Wirtschaft haben es eine Handvoll Leute verstanden, das Volk um Hunderte von Millionen, wenn nicht um Milliarden zu schröpfen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat mit seiner Politik den Kapitalisten den größten Dienst geleistet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Anerkennung ist ihm ja heute von Herrn Dr. Hugo geworden. Ich hätte allerdings gewünscht, daß sich der Herr Minister Schmidt durch seine Politik die Anerkennung der Arbeiterkreise verdient hätte. Dann hätte die Auseinandersetzung, die wir mit ihm und mit anderen über die Art der Politik, wie sie gegenwärtig in Deutschland geführt wird, zu pflegen haben, auf einen anderen Ton gestimmt sein können, als es leider gegenwärtig der Fall sein muß.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich schlage dem Hause vor, jetzt abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hugo.

Dr. **Hugo,** Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Simon (Franken) hat gesagt, es sei nicht richtig, daß, wie ich behauptet hätte, eine vierfache Verteuerung eingetreten sei nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Ich stelle (B) fest, daß die **Verteuerung des Leders,** von der ich gesprochen habe, noch nicht das Vierfache erreicht hat. Herr Simon hat von Häutepreisen gesprochen.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Simon mir den Vorwurf gemacht, ich hätte der Regierung das Odium anhängen wollen für die Verteuerung des Leders, indem ich sie angeklagt hätte, daß sie nicht die **Richtpreise** der Industrie und der Lederwirtschaftskreise angenommen hätte. Ich muß bemerken, daß ich mich jeglichen Vorwurfs in dieser Richtung enthalten habe, daß ich nur darauf hingewiesen habe, daß diese Richtpreise eine billigere Versorgung der Bevölkerung mit Schuhzeug ermöglicht hätten. Einen Vorwurf gegen die Regierung habe ich jedenfalls nicht erhoben, und noch ferner ist es mir gelegen, der Regierung ein „Odium" anhängen zu wollen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Simon davon gesprochen, daß meine früheren Darstellungen über die **Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft** durchaus nicht in Einklang ständen mit den Tatsachen von heute, und daß ich an anderer Stelle mich anders ausgelassen hätte als hier. Ich stelle fest, daß die Diskussion, die ich mit Herrn Wissell hatte, sich vollständig darauf beschränkte, ob meine damalige Auffassung, daß eine frühzeitigere Aufhebung der Zwangswirtschaft zum wirtschaftlichen Vorteil für Deutschland gewesen sei oder nicht, vollkommen durch den Gang der Entwicklung erwiesen sei.

(C) Ich habe Herrn Wissell Zahlen vorgetragen, die beweisen, daß wir seinerzeit im April für den vierten Teil die Häute hätten ankaufen können gegenüber dem jetzigen Preis.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Simon hat weiter behauptet, daß wir die Häute hätten einführen können, eine Möglichkeit hätte aber nicht bestanden, solange die Blockade nicht aufgehoben wäre. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich nicht davon gesprochen habe, daß irgendeine Beschränkung der Blockade vorliege; denn wir haben die Häute nach Deutschland unter der Blockade eingeführt, waren aber nur nicht in der Lage, genügend Ware von Holland einzuführen, während die Ware in Holland lagerte.

Der Herr Kollege Simon hat weiter geglaubt, meine Beurteilung der ganzen Verhältnisse und meine Mitwirkung an der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf berufliche Interessen zurückführen zu sollen. Ich lehne eine Diskussion über diese Frage ab. Ich erkläre nur das eine, daß ich nicht die geringsten Interessen zu vertreten hatte bei der Frage der Gestaltung der **Einfuhr und Ausfuhr,** in der speziell Herr Simon gegen mich polemisiert hat. Ob Automobile oder sonstige Waren ausgeführt werden, interessiert den deutschen Ledergroßhändler geschäftlich überhaupt nicht. In bezug auf die grundsätzliche Auffassung der Dinge, daß es im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands und zur Stärkung seiner (D) Wirtschaftskraft liege, daß wir Fertigfabrikate nach dem Ausland ausführen, habe ich einen Standpunkt vertreten, den ich seit vielen Jahren mein eigen nenne.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Simon.

Simon, Abgeordneter: Daß, wie der Herr Abgeordnete Hugo eben bemerkt hat, die Leder, die er im Auge gehabt hat, nur um 3- bis 400 Prozent gestiegen seien, gebe ich ihm ohne weiteres zu, das habe ich selbst gesagt. Aber sie sind auch bis zu 500 Prozent gestiegen. Das sind natürlich andere Leder, als Herr Hugo gemeint hat, und es waren auch Leder dabei, die gegenüber dem Friedenspreis um 1400 Prozent gestiegen sind. Auf die übrigen Bemerkungen des Herrn Dr. Hugo einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe.

Präsident: Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 14. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen,
2. Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 37 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32

(A)

98. Sitzung.

Dienstag den 14. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Der Herr Reichsminister des Innern hat eine Mitteilung über neu ernannte Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Reichsrats übersandt. Es sind danach ernannt worden:

I. zu Mitgliedern:

1. Ministerpräsident Hirsch,
2. Staatsminister Fischbeck,
3. Staatsminister Braun,
4. Staatsminister Haenisch,
5. Staatsminister Heine,
6. Staatsminister Oeser,
7. Staatsminister Stegerwald,
8. Staatsminister Dr. Südekum,
9. Staatsminister Dr. am Zehnhoff;

(Präsident.)

(A) II. Zu stellvertretenden Mitgliedern:

A. Staatsministerium:
1. Unterstaatssekretär Göhre,
2. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Nobis, Dirigent — dieser ist durch Beschluß des Staatsministeriums vom 12. September 1919 zum ständigen Vertreter Preußens im Reichsrat bestellt worden —,
3. Geheimer Regierungsrat Valentiner — dieser ist durch Beschluß des Staatsministeriums vom gleichen Tage im Falle der Behinderung des unter 2 genannten Beamten zum ständigen Vertreter bestellt worden —;

B. Finanzministerium:
1. Unterstaatssekretär Dr. Busch,
2. Generaldirektor der Zölle und indirekten Steuern Wirklicher Geheimer Rat Koehler,
3. Generaldirektor der direkten Steuern Heinke,
4. Ministerialdirektor Dr. Dulheuer,
5. Ministerialdirektor Löhlein,
6. Wirklicher Geheimer Ober-Finanzrat Wolffram, Dirigent,
7. Geheimer Ober-Finanzrat Sachs, Dirigent,
8. Wirklicher Geheimer Ober-Finanzrat Joeden,
9. Wirklicher Geheimer Ober-Finanzrat Dr. Schwarz,
10. Geheimer Ober-Finanzrat Schönbach,
11. Geheimer Ober-Finanzrat Dr. Sander,
12. Geheimer Ober-Finanzrat Dr. Ryll,
13. Geheimer Ober-Finanzrat Dingler,
14. Geheimer Finanzrat Dr. Hoffmann;

C. Ministerium der öffentlichen Arbeiten:
1. Unterstaatssekretär Wirklicher Geheimer Rat Peters,
2. Unterstaatssekretär Bodenstein, (B)
3. Ober-Bau- und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Sympher,
4. Ministerialdirektor Breusing,
5. Ministerialdirektor Pape,
6. Ministerialdirektor Holtze,
7. Ministerialdirektor Dr. Leese,
8. Ober-Bau- und Ministerialdirektor Krause,
9. Ober-Bau- und Ministerialdirektor Anger,
10. Regierungspräsident Dr. Kirschstein, beauftr. Ministerialdirektor,
11. Wirklicher Geheimer Ober-Baurat Dr. Jng. Wittfeld, Dirigent,
12. Geheimer Ober-Regierungsrat Reichert, Dirigent,
13. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Gerlach;

D. Ministerium für Handel und Gewerbe:
1. Unterstaatssekretär Dönhoff,
2. Ministerialdirektor v. Meyeren,
3. Ministerialdirektor Althans,
4. Ministerialdirektor Dr. v. Seefeld,
5. Ministerialdirektor Dr. Neuhaus,
6. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Frick,
7. Wirklicher Geheimer Ober-Bergrat Reuß,
8. Geheimer Ober-Bergrat Voelkel,
9. Geheimer Ober-Regierungsrat Hagen,
10. Geheimer Ober-Regierungsrat Gerbaulet,
11. Geheimer Regierungsrat Dr. v. Flotow,
12. Geheimer Regierungsrat Dr. Göhmann;

E. Justizministerium:
1. Unterstaatssekretär Wirklicher Geheimer Rat Dr. Mügel,
2. Ministerialdirektor, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Bourwieg,
3. Ministerialdirektor Fritze, (C)
4. Ministerialdirektor Kübler,
5. Geheimer Ober-Justizrat Dr. Cormann,
6. Geheimer Ober-Justizrat Werner,
7. Geheimer Ober-Justizrat Dr. Tigges,
8. Geheimer Ober-Justizrat Huber,
9. Geheimer Justizrat Dr. Volmer,
10. Geheimer Justizrat Dr. Seelmann.

F. Ministerium des Innern:
1. Unterstaatssekretär Dr. Freund,
2. Unterstaatssekretär Dr. Meyer,
3. Unterstaatssekretär Linz,
4. Ministerialdirektor v. Jarotzky,
5. Ministerialdirektor Dr. Meister,
6. Geheimer Ober-Regiernngsrat Schlosser, Dirigent,
7. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Lenz,
8. Geheimer Ober-Regierungsrat Roedenbeck,
9. Geheimer Regierungsrat Freiherr Schütz v. Leerodt,

G. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten:
1. Unterstaatssekretär Dr. Ramm,
2. Unterstaatssekretär Busch,
3. Ministerialdirektor Dr. Abicht,
4. Ministerialdirektor Warmbold,
5. Oberlandforstmeister Freiherr v. d. Bussche,
6. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Hellich,
7. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Oldenburg,
8. Geheimer Ober-Regierungsrat v. Krosigk,
9. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Bansi,
10. Geheimer Ober-Regierungsrat Eggert,
11. Geheimer Regierungsrat v. Grolman;

H. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: (D)
1. Unterstaatssekretär Professor Dr. Becker,
2. Unterstaatssekretär Professor Dr. Troeltsch,
3. Unterstaatssekretär Wildermann,
4. Ministerialdirektor Wirklicher Geheimer Rat Dr. Naumann,
5. Ministerialdirektor Kaestner,
6. Geheimer Ober-Regierungsrat Nentwig, Dirigent,
7. Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Jahnke, Dirigent,
8. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Fleischer.
9. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Klotzsch;

J. Ministerium für Volkswohlfahrt:
1. Unterstaatssekretär Scheidt,
2. Unterstaatssekretär Graef,
3. Ministerialdirektor Dr. Conze,
4. Ministerialdirektor Bracht,
5. Ministerialdirektor Dr. Gottstein,
6. Wirklicher Geheimer Ober-Medizinalrat Professor Dr. Dietrich,
7. Geheimer Regierungsrat Dr. Pauly,
8. Geheimer Regierungsrat Prentzel,
9. Geheimer Regierungsrat Dr. Pokrantz;

K. Staatskommissar für Volksernährung:
Staatskommissar Dr. Peters, Unterstaatssekretär;

L. Landeskommandant:
Generalleutnant v. Oven.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden.

(Präsident.)

(A) Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Bock (Gotha) die Frau Abgeordnete Zietz;

in den 2. Ausschuß für die Frau Abgeordnete Dr. Bäumer die Frau Abgeordnete Brönner;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Hauke und Wurm die Abgeordneten Meier (Sachsen) und Simon (Franken);

in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Michelsen und Steinmeier die Abgeordneten Davidsohn und Liebig;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Koch (Münster) der Abgeordnete Rheinländer;

in den 21. Ausschuß für den Abgeordneten Liebig der Abgeordnete Thabor.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand derselben bilden

Anfragen.

Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 380, Vesper (Nr. 1091 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Vesper.

Vesper, Abgeordneter:

Auf die Anfrage des Abgeordneten Schiffer (Magdeburg) — Nr. 721 der Drucksachen — teilte der Regierungsvertreter in der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. August d. J. mit, daß nach den Berichten der Reichsbank in mehreren Städten erfolgreiche, zum Teil unter Zwang durchgeführte **Abhebungen von Geldern durch** die **Arbeiter- und Soldatenräte** erfolgt seien. Unter (B) den angeführten Städten war auch **Osnabrück,** wo 155 000 Mark abgehoben sein sollen.

Diese Angabe ist unrichtig. Der Arbeiter- und Soldatenrat Osnabrück hat keine Gelder von der Reichsbank erhoben oder abzuheben versucht. Der Direktor der Reichsbankstelle Osnabrück hat nach seinen Angaben eine solche Mitteilung der Reichsbank auch nicht gemacht.

Ist die Regierung zur Richtigstellung in der Nationalversammlung bereit und will sie die Quelle nennen, aus der ihr die falsche Nachricht zugegangen ist?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Moesle.

Moesle, Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium: Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. August 1919 bei Erörterung des Finanzgebarens der Arbeiter- und Soldatenräte wörtlich folgendes gesagt:

Die **Reichsbank** hat unterm 22. Februar dieses Jahres über eine Anzahl von **Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte** berichtet, die zum Teil ohne Erfolg blieben, zum Teil aber zu Abhebungen, teilweise unter Zwang, führten, so in Spandau (800 000 Mark), Lübeck, Osnabrück (155 000 Mark), Hanau (100 000 Mark), Saarbrücken (1 Million Mark), Wittenberg (15 000 Mark), Marienburg (20 000 Mark), Mühlheim a. d. Ruhr (74 000 Mark), Cöln. Die Beträge wurden in der Mehrzahl von der Heeresverwaltung übernommen, sodaß diese auch hierüber nähere Auskunft wird geben können. Bei der überwiegenden Zahl der Reichsbankanstalten sind keine Eingriffe vorgekommen.

(C) Die betreffende Stelle im Bericht des Reichsbankdirektoriums vom 22. Februar 1919 lautet folgendermaßen:

In **Osnabrück** mußten zwei Schecks über 70 000 beziehungsweise 85 000 Mark honoriert werden, deren Gegenwert erst später überwiesen wurde.

Die Angabe beruht auf folgendem Bericht der Reichsbankstelle Osnabrück vom 7. Februar 1919:

Zahlungen sind auf Anforderung an einen Arbeiter- und Soldatenrat des diesseitigen Bezirkes nicht geleistet worden. Nur in zwei Fällen wurden Gelder für Lohnzwecke auf mündliche beziehungsweise schriftliche Anweisung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates an Giro-Militärkassen gezahlt, weil die erforderlichen Guthaben nicht rechtzeitig zur Stelle waren. Durch Überweisung der zuständigen Regierungen sind diese Vorschüsse aber in wenigen Tagen gedeckt worden.

Dieser Bericht ist nach Mitteilung des Reichsbankdirektoriums seinerzeit telephonisch hinsichtlich der oben angegebenen Höhe der Beträge von 155 000 Mark ergänzt worden.

Auf Grund der Anfrage des Herrn Abgeordneten Vesper erneut um Stellungnahme zu der Angelegenheit ersucht, hat das Reichsbankdirektorium dem Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß es sich in diesem Falle um einen Eingriff des Arbeiter- und Soldatenrates handelt, da dieser die Reichsbankstelle veranlaßt hat, zwei ungedeckte Schecks zu honorieren, was den Reichsbankstellen sonst streng untersagt ist.

Das Reichsbankdirektorium befindet sich mit dieser Auffassung in voller Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzministerium. Daß die Abhebung der Geldbeträge in Osnabrück unter Zwang vor sich gegangen wäre, ist von hier aus nicht behauptet worden.

(D) Das Reichsfinanzministerium hat sich wegen Aufklärung darüber, weshalb überhaupt ein Eingriff des Arbeiter- und Soldatenrates erforderlich wurde, mit der bisherigen Reichswehrbefehlsstelle Preußen in Verbindung gesetzt. Die Aufklärung ist dem Reichsfinanzministerium bisher noch nicht zugegangen.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 381, Landsberg (Nr. 1099 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Landsberg.

Landsberg, Abgeordneter:

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 19. Februar d. J. hat der Preußische Herr Kriegsminister mitgeteilt, daß die Reichsregierung den Plan gefaßt habe, die **Militärstrafgerichtsordnung** so umzuwandeln, daß von Militärpersonen begangene Straftaten, die nach dem Reichsstrafgesetzbuch zu ahnden seien, vor den bürgerlichen Richter kommen sollten.

Ich frage an, wann die Einbringung einer dieser Ankündigung entsprechenden Vorlage zu erwarten ist.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheimrat Dr. Grünwald.

Dr. **Grünwald,** Wirklicher Geheimer Kriegsrat, Kommissar der Reichsregierung: Dem gegebenen Versprechen gemäß ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschränkung der **Militärstrafgerichtsbarkeit,** ausgearbeitet worden. In diesem Entwurf war der Übergang der bürgerlichen Delikte auf die bürgerlichen Gerichte und die Beseitigung des Instituts des Gerichtsherrn vorgesehen.

(Dr. **Grünwald**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Dieser Entwurf wurde indes überholt durch den Entwurf eines Gesetzes in Ausführung des Art. 106 der Reichsverfassung, betreffend Aufhebung der Militärstrafgerichtsbarkeit. Dieser Entwurf liegt der Reichsregierung vor, und es ist zu hoffen, daß er in Kürze den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung zugehen wird. Mit diesem, die Aufhebung der Militärstrafgerichtsbarkeit bezweckenden Gesetz erledigt sich ohne weiteres der Entwurf eines die Militärgerichtsbarkeit nur beschränkenden Gesetzes, zumal beide Gesetze ungefähr zur gleichen Zeit zur Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften gelangt wären.

Präsident: Ich rufe auf
Anfrage Nr. 382, Erkelenz (Nr. 1100 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter:
Nach einer Meldung der „Düsseldorfer Nachrichten" Nr. 461 vom 2. Oktober d. J. veranstalteten belgische Soldaten am Dienstag in Oberkassel unter sich Schießübungen. Dabei drang ein Geschoß in ein Haus an der Wiesenstraße und verletzte dort eine alte Frau und ihr Enkelkind schwer. Nach späterer Meldung ist das Kind an einem Kopfschuß gestorben.
(Hört! hört!)
In Nr. 462 desselben Blattes wird berichtet, daß auch in Hamm bei Düsseldorf Beschwerde geführt wird über wiederholte **Schießereien durch belgische Truppen** vom rechten zum linken Rheinufer.
Sind der Regierung diese Vorgänge bekannt? Kann sie Schritte tun, um diesen Schießübungen Einhalt zu tun?

(B)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheimrat Isenbart.

Isenbart, Geheimer Oberregierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Wegen der **Schießereien belgischer Soldaten** bei Hamm, die auf deutscher Seite ein Menschenleben kosteten, hat die Waffenstillstandskommission die nötigen Schritte unternommen, deren Ergebnis abzuwarten bleibt.
Über den Vorfall in Oberkassel schweben noch die Ermittlungen.

Präsident: Ich rufe auf
Anfrage Nr. 383, Dr. Roesicke (Nr. 1102 der Drucksachen).
(Zurufe rechts: Zurückgezogen!)
— Die Anfrage ist erledigt, ebenso die folgende:
Anfrage Nr. 384, Dr. Roesicke (Nr. 1107 der Drucksachen).
Ich rufe auf
Anfrage Nr. 385, Wurm, Haase (Berlin) (Nr. 1108 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Wurm.

Wurm, Abgeordneter:
Am 20. März d. J. hat der „Deutsche Reichsanzeiger" den von der Sozialisierungskommission beschlossenen **Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben** unter parlamentarischen Nachrichten veröffentlicht.
Trotz wiederholter dringlicher Eingaben großer Gemeinden an die Reichsregierung ist der Gesetzentwurf bisher nicht der Nationalversammlung vorgelegt worden. (C)
Welche Umstände haben die Einbringung des Gesetzentwurfs bisher verhindert?
Wann wird die Reichsregierung den Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes bei der Nationalversammlung einbringen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Geheimen Oberregierungsrat Isenbart.

Isenbart, Geheimer Oberregierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Der am 20. März 1919 von der Sozialisierungskommission ausgearbeitete **Gesetzentwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben** hat sich bei einer Durchberatung mit den beteiligten Ressorts als nicht geeignet erwiesen, der Nationalversammlung unterbreitet zu werden.
(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
Er ist gründlicher Umarbeitung und Ergänzung unterzogen worden. Auf Grund der darauf erfolgten eingehenden Beratung mit Vertretern der beteiligten Kreise, insbesondere auch mit Vertretern der Kommunen, wird zurzeit ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet, der jedoch noch nicht hat fertiggestellt werden können. Irgendwelche besondere Umstände, die die Einbringung des Gesetzentwurfs verhindert hätten, liegen nicht vor. Diese Verzögerung liegt lediglich in der Schwierigkeit der Materie begründet, die die sorgfältigste Durcharbeitung erforderlich erscheinen läßt. Der Entwurf wird der Nationalversammlung sobald als irgend angängig vorgelegt werden.

Präsident: Ich rufe auf Anfrage
Nr. 386, Gröber und Genossen (Nr. 1109 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Hebel. (D)

Hebel, Abgeordneter:
Die Tatsache, daß die im Interesse der Landesverteidigung verfügte **Beschlagnahme der Glocken** noch nicht aufgehoben ist, ruft im Lande große Beunruhigung hervor,
(sehr richtig! rechts)
besonders nachdem bekannt wurde, daß die Menge des beschlagnahmten Glockenmetalls nur 4 Prozent der Gesamtmenge aller durch die Beschlagnahme erfaßten Metallbestände beträgt. Der Widerspruch erregt Bedenken, der besteht zwischen der Behauptung, das Glockenmetall sei unentbehrlich zur Versorgung lebenswichtiger Betriebe, und der Tatsache, daß Händler sich im Besitze von Bezugsscheinen befinden und im freien Handel Glockenmetall vertreiben.
(Sehr richtig! rechts.)
Sind diese Verhältnisse der Reichsregierung bekannt? Was gedenkt sie zur Abhilfe zu tun? Ist die Reichsregierung bereit, aus den Metallbeständen den bezeichneten Prozentsatz zum Glockenguß freizugeben, und ist sie ferner bereit, die Beschlagnahme noch nicht eingezogener Glocken sowie noch nicht abgeholter Glockenmetallbruchstücke sofort aufzuheben?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium.

Dr. **Schäffer,** Referent im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Anfrage Nr. 386 — Nr. 1109 der Drucksachen der Nationalversammlung — wird in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskommissar

(Dr. **Schäffer**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) für die Abwicklung der Metallmobilmachung wie folgt beantwortet:

1. Die Annahme, daß die **Beschlagnahme der Glocken** noch nicht aufgehoben sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Bekanntmachung M. 1/1 17 K. R. A., betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung sowie freiwillige Ablieferung von Glocken aus Bronze, ist aufgehoben worden durch die im Auftrage des Demobilmachungsamtes ergangene Bekanntmachung der Kriegsrohstoffabteilung vom 24. November 1918 F. R. 850/11. 11. K. R. A.

2. Die Menge des durch Beschlagnahme und Enteignung erfaßten Glockenmetalls stellt zwar nur etwa 4 Prozent der Gesamtmenge der kupfer- und zinnhaltigen Metalle dar, die während des Krieges zentral bewirtschaftet worden sind. Ihr prozentualer Anteil an den durch Beschlagnahme und Enteignung aufgebrachten Metallmengen ist jedoch ganz wesentlich höher. Auch diese Feststellung gibt jedoch kein zutreffendes Bild von der Bedeutung, die die Einziehung der Glocken für die Kriegs- und Übergangswirtschaft erlangt hat; denn es hat sich bei diesem Glockenmetall um ein außerordentlich hochwertiges Material gehandelt, das in dieser Zusammensetzung und Reinheit auf keine andere Weise hätte beschafft werden können.

3. Seit dem Waffenstillstande ist das Glockenmetall, soweit es bereits in die zentrale Bewirtschaftung übergeführt war, durch Kontingentschein an die lebenswichtigsten Zweige der deutschen Wirtschaft, deren Aufrechterhaltung oder Wiederaufbau im Interesse der Gesamtheit eine Notwendigkeit war, abgegeben worden. Derartige Kontingentscheine sind niemals auf Händler unmittelbar ausgestellt worden, sondern nur auf die verarbeitende Industrie und das Handwerk selbst. Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß ein solcher Endverbraucher mit der Beschaffung des Materials (B) einen Händler beauftragt und ihm zu diesem Zwecke einen Teilkontingentschein ausstellt. Der Händler kann in einem derartigen Falle dem Endverbraucher im Interesse der Beschleunigung der Lieferung aus seinen etwa vorhandenen Beständen Bronze zur Verfügung stellen und seinerseits durch Einreichung des Teilkontingentscheines bei der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft zur Wiederauffüllung seiner Läger Glockenbronze beziehen. Gegen dieses Verfahren kann vom Standpunkte der Kontingentscheinordnung nichts eingewandt werden. Es ist somit wohl möglich, daß Glockenbronze auf durchaus gesetzliche Weise in den Besitz der Händler gelangt ist, ohne daß die Behauptung, das Glockenmetall sei unentbehrlich zur Versorgung lebenswichtiger Betriebe, dadurch widerlegt wird. Im übrigen sind auch gewisse Mengen Glockenmetall während der ersten Zeit des Waffenstillstandes durch übereilte Maßnahmen einzelner lokaler Stellen in den Handel gelangt.

(Hört! hört! rechts.)

4. Die Regierung ist mit Rücksicht auf die geringen Bestände der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft nicht imstande, das enteignete Glockenmetall, wie beantragt, zurückzugeben; denn die Bestände der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft sind bis auf geringe Restmengen den Endverbrauchern der Industrie auf Kontingentschein zugeführt worden. Was zurzeit noch bei der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft verfügbar ist, dient zur Deckung der noch nicht vorgelegten Kontingentscheine. Eine weitere von der Industrie dringend verlangte Ausgabe von Kontingentscheinen kann mangels Materials nicht mehr stattfinden. Sollten nach Erfüllung der noch laufenden Verbindlichkeiten geringfügige Restmengen der Kriegsmaterial-Aktiengesellschaft verbleiben, so wird beabsichtigt, diese Mengen den Eisenbahnen und der Post zur Verfügung zu stellen, deren Versorgung, wie wohl allgemein anerkannt werden muß, die dringendste und letzte Aufgabe der Zentralbewirtschaftung bleiben muß.

5. Was nun die Freigabe der noch nicht eingezogenen (C) Glocken anbelangt, so ist eine weitere Einziehung von Glocken seit dem Tage des Waffenstillstandes nicht mehr betrieben worden. Glocken, die abgeliefert waren und sich noch in unzerschlagenem Zustande befanden, sind zurückgegeben worden, bis auf wenige, deren Vorbesitzer zurzeit ermittelt werden. Die Vorbesitzer sind deshalb nicht bekannt, weil die Glocken bei Ablieferung nicht mit den vorgeschriebenen Kennzeichen versehen wurden. Wo in ganz vereinzelten Fällen Glockenmetall noch nicht abgeholt sein sollte und sich somit noch in Händen der Kirchengemeinden befindet, wird über die Belassung dieses Materials von Fall zu Fall verhandelt werden.

(Zurufe im Zentrum.)

Präsident: Damit ist die Frage erledigt.

Ich rufe auf den nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Löbe, Scheidemann, betreffend die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren usw. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft (Nr. 1101 der Drucksachen)

in Verbindung mit

a) **dem Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Notstandsversorgung mit Ober- und Unterkleidung und Schuhwerk sowie den Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Textilindustrie** (Nr. 951 der Drucksachen),

b) **der Beratung des von den Abgeordneten Arnstadt und Genossen eingebrachten Antrags, betreffend Maßnahmen zur Neuentfaltung von Handel und Wandel, zur Wiederaufrichtung des gesamten Erwerbslebens usw.** (Nr. 13 der Drucksachen), (D)

c) **der Beratung des von den Abgeordneten** Dr. **Ablaß und Genossen eingebrachten Antrags, betreffend planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft** (Nr. 858 der Drucksachen).

Wir fahren in der Besprechung fort.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Davidsohn.

Davidsohn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Seitdem wir den heiligen Boden von Weimar verlassen haben, wird Goethe kaum mehr in diesem hohen Hause zitiert. Aber gestern bei der Debatte ist mir ein Goethewort eingefallen, das Wort, das Faust zu Mephisto sagt:

> Wer recht behalten will und hat nur eine Zunge,
> Behält's gewiß!

Dies Wort fiel mir ein, als mehrere der Herren von der rechten Seite des Hauses uns erzählten, wie sie alles vorhergesagt haben, und wie alles genau so eingetroffen ist, wie sie es uns in Weimar bereits verkündigt hätten.

Gestatten Sie, daß ich mir einmal den Bericht Nr. 857 der Drucksachen des Hauses vornehme, den der Herr Abgeordnete Bergmann erstattet hat, in dem auf Seite 17 so einige Worte eines dieser Propheten zu lesen sind. Dort heißt es:

> Die für die Versorgung der Familie mit Schuhzeug im Schleichhandel bezogenen Schuhe hätten durchschnittlich 94 Mark gekostet. Es werde bei

(Davidsohn, Abgeordneter.)

(A)

> Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Preissteigerung einsetzen, aber Schuhe werden wesentlich billiger zu haben sein als im Schleichhandel.
>
> (Hört! hört! links.)
>
> Daher liege die Aufhebung der Zwangswirtschaft auch im Interesse der Verbraucher.
>
> (Hört! hört! links.)

Meine Damen und Herren, das ist so einer aus dem Chorus der Propheten, die vorher ganz genau gewußt haben, wie es kommen würde, und denen wir uns mit Haut und Haaren verschreiben sollten.

Was nun die **Zwangsbewirtschaftung von Leder** betrifft, so haben die Herren ja leider Gottes es in Weimar durchgesetzt, daß ihren unaufhörlichen Anregungen und Anstürmen nachgegeben wurde. Der Redakteur der „Lederarbeiter-Zeitung", Herr Gilek, hat bereits auf der 16. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands die Tendenz, nach der jene Herren gearbeitet haben, in einem kurzen knappen Satze überaus prägnant vorhergesagt, und zwar als ein besserer Prophet denn einige dieser Herren, die uns hier mit ihrer großen Prophetengabe so allerlei zu erzählen wußten. Gilek sagte:

> Die Zwangswirtschaft fällt nicht zufolge der Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern weil die Kapitalisten sie unterwühlen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

So lagen und so liegen die Dinge, und so liegen sie weiter um deswillen, weil, wenn es nach den Wünschen eben dieser Herren Propheten geht, wir nun auf dem Wege fortfahren müßten, den zu betreten sie uns durch unsere Majoritätsbildung und Gruppierung gezwungen haben. Glücklicherweise haben wir nun aber gestern aus dem Munde des Reichswirtschaftsministers und schon in den vorhergehenden Tagen hier am 1. Oktober, in Hamburg am 2. Oktober und aus der Presse, aus Broschüren und sonstigen literarischen Äußerungen gehört, daß den Herren das Leben in der nächsten Zeit doch nicht so leicht gemacht werden wird, wie sie es sich vorgestellt haben, sondern daß auf dem Wege, den sie weiter beschritten wissen wollen, sie doch ganz gehörige Blöcke finden werden, die ihnen den Fortschritt auf ihrer Bahn verrammeln.

(B)

Ich möchte mir, um zu zeigen, daß hier Spuren sind, die uns schrecken müssen, erlauben, einmal kurz aufzurollen, wie die Öffentlichkeit auf die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung in Leder reagiert hat. Die Großinteressenten natürlich haben unter gedämpftem Trommelschlag aufgejubelt, sie haben aufgeatmet; aber um die dreht es sich uns nicht. Wir wollen einmal sehen, wie die Organisationen der Kleineren und der Mittleren und wie vor allen Dingen das Publikum, wie die Verbraucher diesen Dingen gegenüber sich geäußert haben, und wie schließlich die Presse und nicht in letzter Linie die bürgerliche Presse, soweit sie sich Objektivität und Besonnenheit gegenüber den Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens bewahrt hat, sich äußerte, als dieser Schlag im August 1919 in Weimar geführt war.

Den mittleren und kleinen Existenzen aus den Berufen, die mit Leder zu arbeiten haben, war katzenjämmerlich zu Mute. Die Großberliner Innungsmeister des Schuhmachergewerbes gaben in einer Versammlung Bericht über die Vorgänge und über die Lage, und sie faßten eine Entschließung, in der sie zunächst in der bekannten Form versicherten, daß alle andern wucherten, nur die Schuhmacher nicht, daß sie im Gegenteil eigentlich noch zu niedrige Preise für die Beschuhung des Publikums forderten, und dann endete ihre Entschließung mit den Worten, daß bei Eintritt schlechten Wetters geradezu eine Katastrophe zu erwarten sei, wenn nicht sehr bald den Schuhmachern Reparaturleder zur Verfügung gestellt werde. Diese Äußerungen haben mich daran erinnert, wie, schon bevor die Zwangswirtschaft fiel, eingeweihte Leute in der Fachpresse und sonst darauf hinwiesen, daß, wenn die Zwangsbewirtschaftung fällt, das Luxusbedürfnis des kriegsschieberischen Publikums und seiner Damen und Dämchen in Lederwaren sich wieder ganz nach Belieben werde austoben können, daß zum Beispiel die Hemmungen fallen würden in bezug auf die Schafthöhe der Stiefel und Stiefelettchen der Damen, daß sie mit 20 und 24 Knöpfen, mit Stiefeln bis an die Knie, wenn es ihnen behagt, wieder einherstolzieren könnten, und wir sehen, daß diese Dinge sich wieder einzubürgern beginnen, während auf der andern Seite die Schuhmacherreparateure uns mitteilen müssen, daß nicht einmal genügend Leder vorhanden ist, um den ärmeren, den mittleren und kleinen Schichten zu einigermaßen erschwinglichen Preisen ihr Schuhwerk für die Wintermonate wieder in Ordnung zu bringen.

(C)

Der Hamburger Verband selbständiger Schuhmacher hat unterm 1. Oktober an die Nationalversammlung eine Petition gesandt, in der Kritik geübt wird an der enormen Preissteigerung, die durch die neue Form der sogenannten freien Lederbewirtschaftung eingetreten ist. Es wird die Arbeitslosigkeit in Groß-Hamburg und sonst geschildert und mit Forderungen geschlossen, die dahin gehen, daß wieder Höchstpreise und Ausfuhrverbote eingeführt werden müßten.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages — das dürften Sie aus der Presse ersehen haben — ist in den letzten Tagen daran gegangen, vor dem Abbau der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Augenblicke zu warnen, und darum handelt es sich ja bei diesen Dingen in erster Linie, und daran haben wir damals schon unsere Kritik geknüpft: ob der Augenblick der richtige war, in dem die Mehrheit der Herren aus den Fraktionen des Freisinns, des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Weimar diese Gestaltung der Dinge herbeiführte.

(D)

Der Hauptausschuß des Schlesischen Volksrats hat zusammen mit dem Kriegsausschuß für Konsumenten, Bezirk Breslau, vertreten durch den Vorsitzenden des Reichsausschusses für Konsumenteninteressen, eine Eingabe eingereicht, in der er schleunigste Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Felle und für Häute fordert, und so haben eine ganze Anzahl von Organisationen diesen Dingen gegenüber Stellung genommen. Nur der Hansabund schwimmt in Wonne und Ahnungslosigkeit und verbreitet Nachrichten an die Presse, die geradezu jeder Beschreibung spotten.

Ich sagte Ihnen vorhin: auch die bürgerlichen Zeitungen wollen wir einmal auf ihre Anschauungen, ihre Kritik und Stellungnahme diesen Dingen gegenüber prüfen. Das „Berliner Tageblatt" hat nie mit der Schärfe gegen die Preistreiber, Spekulanten, Zwischengewinnler und dergleichen Stellung genommen wie im Anschluß an den Niederbruch der Zwangsbewirtschaftung von Leder. Das „Berliner Tageblatt" hat am 17. September geradezu geschrieben von einem mißglückten Experiment, das hier gemacht worden sei, und es hat den Artikel, um den es sich da handelte, mit den Worten geschlossen:

> Das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen ist noch nicht reif zur völligen Befreiung aus der Übergangswirtschaft.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das müssen die Herren aus der Mitte dieses Hauses sich sagen lassen von dem Blatte, von dem sie doch nicht leugnen können, daß es immer sehr getreulich ihre Interessen vertreten und verfochten hat.

Sogar die „Deutsche Tageszeitung" sah sich gezwungen, im Anschluß an die wilden Erscheinungen auf

(**Davidsohn**, Abgeordneter.)

(A) dem Häute- und dem Ledermarkte in einem Artikel über den Roßhäutemarkt folgende Worte zu sagen:

> Nur einige große Firmen, die ganz feine Luxusleder herstellen, können bei diesen Häutepreisen noch ihre Rechnung finden. Der kleinere und mittlere Betrieb kann gar nicht daran denken, sich einem solchen Risiko auszusetzen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und die „Frankfurter Zeitung", auf die dasselbe zutrifft, was ich soeben vom „Berliner Tageblatt" sagte, schrieb folgendes:

> Die Regierung hat mit Aufhebung der Zwangswirtschaft das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Sie hat es verabsäumt, einen Riegel vorzuschieben, daß die Häute durch plötzliches Aufheben der Zwangswirtschaft infolge Spekulation usw. in solch unglaublicher Weise verteuert werden konnten. Rechtzeitige Maßnahmen hätten sicher einen Teilerfolg gehabt. Namentlich hätte die Regierung unbedingt dem Antrag der Schuhindustrie folgen und für die nächste Zeit des Übergangs wenigstens Richtpreise festsetzen müssen. Dazu kommt aber noch ein weiterer Punkt, der noch nicht erörtert wurde: Die Regierung erklärt Schuhe für einen Artikel des täglichen Bedarfs, infolgedessen werden allzu teure Preise mit schweren Strafen bedroht. Bei allen anderen Artikeln des täglichen Bedarfs sind nun entsprechende Verkaufspreise festgesetzt, die oft zu niedrig bemessen sind. Bei Schuhen und Schuhreparaturen ist dies nicht der Fall.

Und der Artikelschreiber fährt fort:

> Schuhfabriken, die bessere Artikel fabrizieren, werden jetzt von Auslandsvertretern veranlaßt, die Schuhe gegen hohe Preise nach Frankreich usw. (B) zu verkaufen . . . . . Es gibt nun nur nachstehende Möglichkeit, dem wilden Treiben auf dem Häute-, Leder- und Schuhmarkt Einhalt zu tun, und das sind:
>
> 1. Rückkehr zu einer praktischen Zwangsbewirtschaftung als Übergangswirtschaft, und zwar nicht in der bisherigen bureaukratischen . . . Weise, ...
> 2. Strengstes Ausfuhrverbot bei Freiheitsstrafe für Häute, Leder und Schuhwaren.
> 3. Verbot der Anfertigung von Lackleder zur Verarbeitung von Schuhwaren, da die Häute, die hierzu benutzt werden, zu praktischerem Schuhwerk verwendet werden können.
> 4. Erlaß von strengsten Vorschriften, wonach das Anfertigen von Luxusschuhwaren aus Lackleder oder farbigem Leder verboten und nur Einheitsstiefel in schwarz angefertigt werden dürfen.
> 5. Strengste Vorschriften für Schuhfabriken, daß nur Schuhe in solcher Ausführung mit einwandfreiem, gutem Material, ohne Kunstleder usw. fabriziert werden dürfen unter Festsetzung und Aufstempelung eines nach obengenannten Grundsätzen festgesetzten äußersten Verkaufspreises für den Konsumenten.

Das stand in der „Frankfurter Zeitung".

Ich sehe Herrn Hermann, der gestern gesprochen hat, leider nicht auf seinem Platze. Ich möchte annehmen, nach seinen gestrigen Ausführungen würde er den Vorwurf erheben, daß ich diese Debatte zu politisieren mich anschicke, wogegen er Front gemacht hat, indem er ausführte, derartige Debatten gehörten überhaupt nicht hierher, sie müßten in den Reichswirtschaftsrat verwiesen werden. Ich bin damit einverstanden, daß solche Debatten im Reichswirtschaftsrat vorbereitet und für uns vorgearbeitet werden; (C) aber wenn Herr Hermann und seine Parteifreunde glauben, daß das Parlament durch den **Reichswirtschaftsrat** bei so überaus wichtigen Fragen sich ausschalten lasse, so irrt er. Dann kennt er übrigens auch nicht die Tendenz derjenigen Herren, die jetzt am wirtschaftlichen Aufbau des Reichs zu arbeiten haben und von denen wohl auch den Herren um Herrn Hermann die Broschüre unterbreitet sein dürfte, die wir heute als nichtamtliche Drucksache „Zum Programm des Reichswirtschaftsministeriums" erhalten haben, in der auf Seite 23 der Satz steht: „Es ist vorgesehen, daß bei Auseinandergehen der Meinung von Regierung und Reichswirtschaftsrat der Reichswirtschaftsrat an die Nationalversammlung unmittelbar berichtet." Also die Nationalversammlung wird als übergeordnet anerkannt. So darf man sich die Dinge allenfalls gefallen lassen, und unter diesen Bedingungen würde sich mit Herrn Hermann und seinen Parteifreunden reden lassen.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

— Ja, davon haben wir gestern nichts gehört. Es klang gestern so, als ob er am liebsten die Debatte hier totgemacht hätte. Wenn der Herr, der eben den Zwischenruf gemacht hat, das seinem Parteifreunde Hermann sagen will, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß unsere ganze Lederdebatte in den letzten Monaten durchaus nicht politisch schroff und starr abgegrenzt war. Wir haben es erlebt, daß Unternehmer, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, sich für die Zwangswirtschaft eingesetzt haben, und wir haben es erlebt, daß Arbeitervertreter, die der Sozialdemokratie angehören, für die freie Wirtschaft eingetreten sind. Sie sehen also, daß diese Dinge politisch nicht in starre Fesseln geschmiedet gewesen sind, und auch die ganze Art und Weise, wie meine Partei diese Frage gestern hier aufgerollt hat und heute weiter aufrollt, beweist Ihnen, daß auch innerhalb unserer Reihen vollkommene Freiheit in der Auf- (D) fassung dieser Dinge eingeräumt ist. Sie haben es gestern erlebt, daß mein Parteifreund Becker einige Ansichten geäußert hat, die denen des Reichswirtschaftsministers entgegenstanden, und daß einige Zwischenrufe von meinem Parteifreunde Wissell und anderen Fraktionskollegen von mir erfolgt sind, die auf gewisse Meinungsverschiedenheiten deuten lassen. Es versteht sich von selber, daß wir hier in der wirtschaftlichen Auffassung, die zu fein differenziert ist gerade in diesen Dingen, als daß sie sich in ein starres und festumrissenes Dogma einrenken läßt, eine große Freiheit konzediert haben und weiter zu konzedieren gedenken, sofern nicht geradezu die Grundlage unserer Partei durch Abweichen von den Grundsätzen erschüttert wird, auf denen unser Parteiprogramm aufgebaut ist.

Ich möchte bei Herrn Hermann doch noch einen Augenblick verweilen. Herr Hermann hat uns gestern in sehr wahrheitsgetreuer Weise berichtet, wie er die Dinge noch in Weimar angeschaut hat, und Herr Gothein hat ihm meiner Erinnerung nach darin assistiert. Beide Herren haben uns gesagt oder durch Zwischenrufe und Bestätigung durch Nicken mit dem Kopfe angedeutet, daß sie glaubten, wenn nun die sogenannte Zwangswirtschaft durch den Weimarer Beschluß vernichtet sei, dann würden die Lederspekulanten, die Häuteschieber, überhaupt alle diese wilden Raubtiere mit einem Male zu zahmen Lämmern werden und dem Herrn Reichswirtschaftsminister sanft aus der Hand fressen. Herr Hermann hat sehr erstaunte Augen gemacht, als er sehen mußte, daß die Dinge ganz anders gekommen sind. Wenn er sich mit dem Studium des grundlegenden Werkes über den Kapitalismus, mit dem Studium des Werkes von Karl Marx beschäftigt hätte, dann würde er in eine derartige Situation nicht haben hineingeraten können; denn dort ist schon vor einem halben Jahrhundert das Wesen des Kapitalis-

(Davidsohn, Abgeordneter.)

(A) mus bis ins kleinste umrissen. Im übrigen hat ein Mann aus diesem Hause, der nicht ganz so groß sein dürfte wie Karl Marx, aber jedenfalls, auch seiner Figur nach, als ein großer Mann bezeichnet werden kann, Herr Dr. Heim, am 2. Oktober von dieser Stelle aus gesagt: „Der kapitalistische Geist ist für Sentimentalitäten nicht zu haben.“ Ich werde Herrn Hermann diese schönen Worte des Herrn Dr. Heim noch einmal privatim ganz freundschaftlich unter die Nase reiben. In der Tat: wer darauf baut, daß Erscheinungen, die durch den Krieg oder durch sonstige zur Korruption führende Ereignisse sich so ausgebildet haben, wie wir es seit August 1914 erleben mußten, sich dadurch mildern, daß man den Elementen, die zu diesen Ereignissen geführt haben, eine größere Aktionsfreiheit gewährt, der ist — nehmen Sie mir das Wort nicht übel — von einer Naivität, die kaum überboten werden kann.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, weil, wie ich vorhin schon andeutete, die Herren um Dr. Hugo, um Wetzlich, um Hermann, Gothein usw. lieber heute als morgen noch die letzten Reste der **Zwangsbewirtschaftung,** die uns erhalten geblieben sind, zertrümmern möchten, und weil wir auf Grund unserer jüngsten Erfahrungen uns mit einer festeren Wehr dagegen rüsten müssen als bisher.

Hinterher nun, wie es Herr Hermann gestern getan hat, den Strick für die Gauner fordern, oder wie Herr Dr. Hugo es in der vorigen Woche hier getan hat, die Strafe der Zwangsarbeit für sie zu fordern, nachdem man ihnen alle Löcher zur Freiheit offen gelassen und alle Türen so breit wie möglich wieder geöffnet hat, das ist ein billiges Vergnügen, auf das ich und meine Parteifreunde verflucht wenig geben können.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren mögen, ehe sie sich über das Wesen der Leute und derjenigen Organisationen, auf die es bei der Beurteilung dieser Dinge ankommt, ein Urteil bilden, sich zu-(B) nächst einmal in ihrem Kreise umsehen, sich z. B. mit ihren Freunden vom „Reichsverband deutscher Häute- und Fellhändler“ auseinandersetzen, die kürzlich im Anschluß an die Freistellung der Lederwirtschaft geradezu verlangt haben, daß die gegen Schieber und dergleichen noch laufenden Verfahren nunmehr aufgehoben werden sollten,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

denn nachdem die Lederwirtschaft freigestellt ist, sei eine ganze Anzahl von Dingen, die früher strafbar gewesen wären, nicht mehr strafbar, und es sei ihrer Ansicht nach unbillig, wenn man jetzt noch nach Bestimmungen von früher für Dinge bestrafe, die heute nicht mehr strafbar wären. Diese naive, diese unmoralische Auffassung kommt aus Kreisen, die, als einmal die Frage einer Amnestie politischen Sündern gegenüber aufgerollt wurde, diesen Gedanken mit Hohnlachen von sich wiesen!

Das zeugt doch alles von einer Laxheit in den Auffassungen, daß man wünschen möchte, die Herren, die gestern zu diesen Dingen gesprochen haben, möchten noch nachträglich sich der Mühe unterziehen, den Unterbau ihrer Auffassungen einmal gründlich nachzurevidieren. Herr Dr. Hugo, der uns ja gestern aus seinem Wissen heraus allerlei mitgeteilt hat, erinnerte mich an den Juden in der bekannten Anekdote: „Au weih, ich hab' gewonnen!“ Er hat in Weimar allerdings gewonnen. Aber ich glaube, wenn wir ihn auf Herz und Nieren untersuchen könnten, so würden wir doch sehen, daß ihm, wie die Dinge gelaufen sind, nicht sehr wohl dabei zumute geworden ist; denn kaum hatte er und hatten seine Auftraggeber ihren Wunsch durchgesetzt, da mußte Herr Dr. Hugo in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Verbandes deutscher Ledergroßhändler“ die Mitglieder auffordern, sich der wilden Preistreibereien zu enthalten, weil sonst das ganze Werk, das hier durchgesetzt war, diskreditiert werde. In anderen kapitalistischen Verbänden hat es keinen Deut lieblicher ausgesehen. Die Fleischer-(C) organisationen zum Beispiel fordern ihre Mitglieder auf, mit dem Verkauf der Häute und Felle zurückzuhalten, um hernach desto höhere Preise zu erzielen, trotzdem sie doch ganz genau wußten, welch ungeheure Ledernot, welcher Mangel an Schuhwerk im deutschen Volk an der Tagesordnung ist, und daß der gefährliche Herbst und der noch gefährlichere Winter vor der Türe stehen. Die Schuh- und Stiefelgruppe des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie beschloß sofort, hohe Mindestpreise anzusetzen, und wollte ihre Mitglieder an diese binden, ein Vorgang, der dazu geführt hat — Herr Hermann wies gestern schon darauf hin —, daß Herr Kommerzienrat Wallerstein drohte, wenn diese Ungeheuerlichkeit nicht beseitigt würde, werde er sich dafür einsetzen, daß nicht nur die Zwangswirtschaft wieder eingeführt, sondern daß sie gegen früher verschärft werde.

Die Notwendigkeit — und hier muß ich ein paar Worte gegen meinen Parteifreund Becker sagen, da ich diese Dinge doch anders auffasse als er — die Notwendigkeit, die **„Deutsche Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung“** zu gründen, spricht Bände dafür, daß diejenigen, die sich für die Freistellung der Lederbewirtschaftung eingesetzt hatten, nicht in der Lage sind, dem deutschen Volk für den kommenden Winter die Schuhe zu garantieren, die es nötig hat, um sich durch die Härte dieser Zeit hindurchzubringen. Jene Notwendigkeit beweist, daß die Herren den Mund zu voll genommen, daß sie zu viel versprochen hatten und nicht halten können, was sie uns in Weimar alles verhießen. Es ist durchaus begreiflich, daß die Urheber der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung gegen die Errichtung der „Deutschen Gesellschaft für Volksschuhbeschaffung“ sind; denn das Bestehen dieser Gesellschaft ruft ihnen natürlich auf Schritt und Tritt ins Bewußtsein, daß sie sich zu viel zugetraut, daß sie dem Volk und den Ministern zu viel versprochen haben und daß der eine und der andere ihnen leider zu viel (D) geglaubt hat. Es hat sich eben hier dasselbe ergeben wie schon vor dem Krieg, als die deutschen Agrarier uns erzählten, wenn es einmal hart auf hart ginge, wenn wir einmal in Kriegsverhältnisse hineingerieten, dann würde die deutsche Landwirtschaft das Volk aus sich heraus mit Leichtigkeit ernähren können. Wir haben es ja erlebt, wie sie uns ernährt hat, wie unser Volk an den Rand des Ruins gebracht worden ist. Wir haben die Wiederholung dieser Dinge jetzt wieder auf dem Ledermarkt erlebt. Die Herren sind einfach nicht in der Lage, nach der vollkommenen Destruktion, die dieser Krieg gebracht hat, das zu leisten, was sie sich und anderen erzählt haben.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich von der Tagespresse zur Fachpresse! Meine Herren Vorredner haben gestern schon auf dieses und auf jenes Blatt der bürgerlichen Fachpresse hingewiesen. Ich möchte einmal auf die jetzt auf das 52. Jahr ihres Bestehens zurückblickende „Lederzeitung“, verbunden mit den bekannten „Berliner Berichten“, hinweisen, die eine Woche nach der **Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung** am 23. und dann am 26. August zu diesen Dingen in einer Art und Weise Stellung genommen hat, die für uns und für die Zukunft überaus lehrreich ist. Diese Zeitung, die ihrem ganzen Wesen nach mit den Freiwirtschaftlern durch dick und dünn gegangen ist, die den Kapitalisten all die Jahrzehnte hindurch getreu Gefolgschaft geleistet hat, sah sich gezwungen, am 23. August folgendes zu schreiben:

> Wie unseren Lesern bekannt ist, haben wir uns mit aller Energie immer für die freie Wirtschaft eingesetzt. Aber gegen Vorgänge, wie sie auf der ersten Berliner Häuteauktion und jetzt wieder auf der Leipziger Versteigerung mit bezug auf die Preise für rohe Häute und Felle zutage getreten

(Davidsohn, Abgeordneter.)

(A) sind, muß mit aller Entschiedenheit protestiert werden. Solche Preise für die Rohware können nicht anders als mit der Bezeichnung „Wucher“ belegt werden. Welche Preise müssen für Leder gefordert werden, die aus Häuten und Fellen hergestellt sind, die buchstäblich mit Gold aufgewogen werden? Und welche Preise müssen Schuhwaren kosten, die aus derartig teurem Leder hergestellt werden sollen? Das Schuhwerk für die weniger bemittelte Bevölkerung muß unter solchen Umständen unerschwinglich teuer werden, und mit Recht wird die Regierung darauf hinweisen, daß bei solchen Zuständen, die einzureißen drohen, die Zwangswirtschaft doch das kleinere Übel gewesen sei.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir können unter solcher wahnwitzigen Preisverteuerung eines notwendigsten Kleidungsstückes der Bevölkerung nur rufen: Regierung, schaffe für die Übergangszeit Höchstpreise!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So schreibt ein kapitalistisches, ein Interessenten-, ein bürgerliches Fachblatt! Allerdings waren es jene Tage, wo pro Pfund Rohhaut über 10 Mark erzielt wurde, für gesalzene Kalbfelle pro Pfund 15 bis 16 Mark, für Ziegenfelle pro Stück 60 Mark und darüber gezahlt wurden, sodaß man sich nicht wundern darf, daß die „Lederzeitung“ in ihrer nächsten Nummer 103 vom 26. August sich sogar zu folgendem Artikel verstand:

An die Regierung!

Wenn die spekulative Ausnutzung der Notlage des deutschen Volkes auf den inländischen Häute- und Fellversteigerungen durch skrupellose Preistreibereien fortgesetzt wird, geht die Bevölkerung im kommenden Winter Zuständen entgegen, die (B) eine erschwingliche Schuhbeschaffung zur Unmöglichkeit machen. Das Spekulantentum begründet die wahnwitzige Preistreiberei des für die Fußbekleidung des Volkes notwendigsten inländischen Rohmaterials mit der an den Haaren herbeigezogenen Phrase: Die Inlandspreise müßten mit den Weltmarktpreisen in Einklang gebracht werden. Hinter dieser rein phrasenhaften Sentenz verbirgt sich weiter nichts wie die Habgier eines Dutzend Spekulanten, die deutschen Rohhäute- und Fellpreise einesteils derartig in die Höhe zu treiben, um gewisse Sorten des für unsern inländischen Verbrauch so bitter notwendigen Rohmaterials durch Preisüberteuerung der deutschen Leder- und Schuhherstellung zu entziehen und auf Grund der miserablen Valuta ins Ausland abgeschoben zu werden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Andererseits soll durch die angebliche „Ausgleichung mit den Welthandelspreisen“ für die Einfuhr anderer im Ausland überflüssiger Häute und Felle zu künstlich hochgetriebenen Inlandspreisen freie Bahn geschaffen werden. Alle diese Thesen bedeuten eine rücksichtslose Bewucherung des deutschen Volkes. So wird die deutsche Valuta nach dieser und jener Richtung mißbraucht. Aber Valuta hin, Valuta her. Jetzt liegt uns das Hemd näher wie der Rock. Unsere Bevölkerung braucht erschwingbares Schuhzeug für den kommenden Winter. Wehe jener Regierung, die durch den Phrasendunst des Spekulantentums nicht die drohenden Sturmzeichen der Zeit versteht. Gib dem Volke, was des Volkes ist. Mene tekel upharsin!

Wenn eine winzige Minorität durch ihre Habsucht die übrige Bevölkerung um ihre Fußbekleidung bringen will, so hat die Regierung (C) nach der salus publica als oberstem Grundsatz die heilige Pflicht, dem schändlichen Tun Einhalt zu bieten, und sie kann es

1. durch ein zeitliches Ausfuhrverbot aller für den inländischen Bedarf benötigten rohen Häute und Felle,
2. durch Festsetzung von zwischenzeitlichen Höchstpreisen der rohen Häute und Felle.

Je schneller die Regierung zugreift, desto wirksamer erfüllt sie ihre Pflicht. Das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz!

(Zuruf des Abgeordneten Wissell: Die Regierung will den Markt unter der Konjunktur stehen lassen!)

— Ich brauche diesem Zwischenruf gegenüber nichts weiter zu sagen, als daß ich wiederhole: das steht in einem kapitalistischen Fachblatt am 26. August 1919!

Meine Damen und Herren! In der Tat haben wir allen Grund, unsere Wirtschaftsführung aufs schärfste zu beobachten, nicht nur im Anschluß an die Dinge, die sich im Inland abspielen, sondern auch im Hinblick auf diejenigen, die sich im Ausland abzuspielen beginnen. Loucheur, der Minister für den industriellen Wiederaufbau Frankreichs, hat an die französischen Industriellen letzter Tage einen Appell dahin gerichtet, wegen der **Valutaverhältnisse** möchten sie in England und in Amerika möglichst wenig kaufen, desto mehr in Deutschland, wenn es auch unter Hintansetzung patriotischer Bedenken geschehen müßte. — Sie sehen, daß uns da eine neue Gefahr droht, daß wir nämlich zu **Ausfuhren** verleitet werden sollen, die über das Maß dessen hinausgehen könnten, was unser Volk vertragen kann. In Italien, und zwar in Rom, ist jetzt ein Außenhandelsamt nach Art des Londoner Board of Trade gegründet worden. Der Staat überwacht dieses Amt durch einen besonderen Regierungskommissar, während wir in Deutschland noch nicht einmal Anfänge derartiger Einrichtungen sehen. Bei (D) uns scheint der Weg zur Gesundung in dieser Beziehung noch ziemlich lang zu sein.

Ich habe im Ausschuß in Weimar schon darauf hingewiesen, daß so einfach, wie die Herren sich den **Abbau der Zwangswirtschaft** denken, er doch nicht laufen kann; schon aus dem Grunde nicht, weil, wie wir ja gesehen haben und wie wir auch ohne den Krieg wußten, das Spekulantentum sich den Teufel darum kümmert, ob das Volksinteresse so oder so den Ablauf der Dinge erheischt, sondern nur an seinen Vorteil denkt. Ich habe im Zusammenhang damit gesagt, daß man eine vollkommene Freistellung der kapitalistischen Manipulationen, wenn die Rohstoffe freigegeben werden, wenn die Einfuhr erweitert und verbreitert wird, um deswillen schon nicht gestatten könne, weil wir unter den heutigen Bedingungen uns, nachdem die Rohstoffe einmal da sind, selbstverständlich auch darum kümmern müssen, was denn mit den Rohstoffen geschieht. Werden sie denn nun auch verarbeitet, oder geraten sie nicht vielleicht in die Hände von Leuten, die mit ihnen spekulieren, statt zu produzieren, die sie lagern lassen, die Monate und noch einmal Monate zuwarten in der Hoffnung, dadurch große Spekulationsgewinne einheimsen, hohe Mehrwerte einstreichen zu können, während das Volk glaubt, die Rohstoffe würden so schnell wie nur irgend möglich der Verarbeitung zugeführt? Schon aus diesem und aus hundert anderen Gründen ist es meines Erachtens — und ich habe mich auch durch die Debatte dieser beiden Tage nicht davon abbringen lassen können — unumgänglich notwendig, daß wir in einem immer noch festeren Gebäude die Dinge zusammenhalten, als dasjenige ist, welches die Herren aus der Mitte und von der rechten Seite dieses Hauses für die wirtschaftlichen Dinge aufgerichtet sehen möchten.

(Zuruf im Zentrum: Nicht alle!)

(**Davidsohn**, Abgeordneter.)

(A) Die Wissell-Möllendorffsche Planwirtschaft soll ja abgelehnt sein, und die neuen Männer der Situation, Schmidt und Hirsch, wollen, wie wir nun aus der Presse erfahren haben, statt dieser Planwirtschaft die planmäßige Wirtschaft haben, und zwar, wie ausdrücklich hinzugefügt wird, „nach den Erfordernissen der neuesten Wirtschaftsentwicklung", wohinter hoffentlich nicht in Gänsefüßchen oder in Parenthese die Worte stehen: wie ich sie auffasse! Der Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt hat am 2. Oktober in Hamburg unter anderem das gute Wort gesagt, wir sollten in diesen so überaus ernsten Zeiten keine Schlagwortgefechte machen. Ich hoffe, daß an die Begriffe **„Planwirtschaft"** und **„planmäßige Wirtschaft"** nun auch von jener Seite keine Schlagwortgefechte angeknüpft werden, sondern daß in ernster Arbeit aufgebaut wird, was wir brauchen, um vor jenen Katastrophen bewahrt zu bleiben, die Leute vom Bau selber, wie ich Ihnen in den verschiedensten Zitaten bewiesen habe, befürchten, wenn die Dinge nicht doch noch in letzter Stunde einen anderen Verlauf gewiesen bekommen. In den Presseäußerungen, die zu diesen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers und des Unterstaatssekretärs Professor Dr. Hirsch gemacht worden sind, haben wir ausdrücklich betonen und unterstreichen hören, es seien „nicht geringe Zugeständnisse an Wissells Grundanschauungen" mit diesem Aufbau der planmäßigen Wirtschaft gemacht worden, und zwar unter der Parole „Verbrauchersozialismus".

Ich muß sagen, es wäre in der Tat höchste Zeit, daß wir zu einem Verbrauchersozialismus kommen. Denn in der ganzen Kriegswirtschaft, sowohl unter Batocki wie unter den drei W, Waldow, Wurm, Wissell, und zunächst auch unter Schmidt sind die Verbraucher doch nicht immer so ganz auf ihre Kosten gekommen. Sie sind schließlich immer die Leidtragenden gewesen, an ihnen hat sich immer wieder das alte Wort erwiesen: den letzten beißen die (B) Hunde! Denn die anderen, die vor ihnen waren, haben es ja doch verstanden, ob unter diesem oder jenem Regime, immer wieder ihr Schäfchen ins Trockne zu bringen.

Nun habe ich mir die Ausführungen, die der Reichswirtschaftsminister Schmidt und Professor Dr. Hirsch gemacht haben, einmal ganz genau angesehen. Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich gefunden habe, daß es vor allen Dingen acht Programmpunkte sind, die diese Herren aufgestellt haben und über die ich hier nicht ausführlich referieren, die ich aber wenigstens aufzählen möchte. Sie wollen erstens bessere Überwachung der Preisbildung, zweitens Kontrolle der Preispolitik der wirtschaftlichen Verbände, wobei ausdrücklich bemerkt wird, dies sei früher vom jetzigen Reichswirtschaftsminister abgelehnt worden. Wir können also zu unserer Genugtuung feststellen, daß der Reichswirtschaftsminister sich neuen Auffassungen durchaus nicht verschließt, wenn er zu der Ansicht gelangt, daß seine früheren Auffassungen nicht mehr haltbar seien. Drittens Vorsorgepolitik für die Minderbemittelten, viertens zentrale Regelung der Lohnentwicklung, fünftens Förderung des Genossenschaftswesens zur Erzielung gerechter Warenverteilung, sechstens gegebenenfalls Sozialisierung oder Kommunalisierung, siebentens Steigerung des Interesses am Betriebserfolge durch stärkere Betonung einer richtig ausgebildeten Betriebsdemokratie und achtens Bekämpfung des Schleichhandels unter Mithilfe der Arbeiter.

Sollte ich die wesentlichen Punkte nicht richtig herausgeschält haben, so werden die Herren, die es angeht, mich ja wohl zu korrigieren wissen. Ich möchte kritisch und zusammenfassend dazu sagen, daß dies alles sehr gut und sehr schön ist, daß ich aber unendlich bedauere, daß es nicht vorher gesagt worden ist. Vielleicht hätten, wenn das vorher gesagt worden wäre, die Herren in Weimar auf die Beseitigung der Zwangswirtschaft verzichtet; denn wenn das Programm dieser (C) acht Punkte restlos erfüllt wird, dann ist das meiste von dem, was in Weimar erzielt worden ist, illusorisch. Wenn Sie trotzdem nicht darauf verzichtet hätten, wäre es vielleicht so gelaufen, wie es unsere Fraktion sich ungefähr gedacht hat, als sie diese Dinge in Weimar vorbesprach, daß wir etwa zu einem Kompromiß gelangt wären, der uns viel Arbeit und viel Aufregung erspart hätte, zu einem Kompromiß derart, daß wir die Lederwirtschaft in gegenseitigem Einverständnis freigegeben hätten mit Ausnahme der Besorgungsnotwendigkeiten für Schuhwerk. Denn es ist doch etwas anderes, ob man das Leder freistellt, aus dem man Portemonnaies, Börsen und Taschen, Mappen, Handschuhe und Luxusartikel der einen oder anderen Art macht, oder ob man die Zwangsbewirtschaftung in dieser harten Zeit aufhebt für Stiefel und Schuhe für die ärmere, die ärmste und auch für die mittlere Bevölkerung!

Daß nun der Herr Reichswirtschaftsminister nicht wieder zurückwill, kann man ihm ja nachfühlen, nachdem eben gerade zwei Monate ins Land gegangen sind, seitdem er sich hat breitschlagen und dazu bekommen lassen, die Wünsche der Hugo, Gothein, Hermann, Bergmann, Wetzlich usw. zu erfüllen. Die Frage ist nur: war im August dieses Jahres schon der rechte Augenblick da? Ich unterstreiche das „schon", meine Herren, weil Sie gestern es wieder so dargestellt haben, als sei es damals schon zu spät gewesen, als wäre es bereits viel früher an der Zeit gewesen, die Zwangswirtschaft in Leder aufzuheben. Ich frage im Gegensatz dazu: hatten wir im August 1919 schon wieder so viel Material oder — ohne uns Illusionen zu machen, wie ein Teil Ihrer Freunde es getan hat — hatten wir schon so viel Leder in Aussicht, um uns die **Aufhebung der Zwangswirtschaft in Leder** leisten zu können? Ist das, was Sie durchgedrückt haben, Abbau, oder ist es Umsturz? Sie können diese Frage sicherlich restlos im Augenblick noch nicht beantworten. Ich hoffe, daß Sie Recht behalten, ich fürchte (D) aber, daß der bevorstehende Winter Sie leider ins Unrecht setzen wird. Herr Dr. Hugo hat zwar gestern gesagt, er und seine Freunde wollten nicht mit Handgranaten arbeiten. Aber das sage ich Ihnen: was Sie im August getan haben, das war keine sanfte Lockerung, sondern das war eine Sprengung; ob Sie mit Handgranaten gesprengt haben oder mit welchem Material sonst, das soll mir gleichgültig sein. In der Sache jedenfalls kam es einer Sprengung gleich, und wir haben ja gesehen, daß dieses Beispiel sehr bald Nachahmung fand, daß die Herren von der Leimlederindustrie jene Sprengung ihrerseits sofort benutzten, um daran anzuknüpfen, und daß andere Industrien, die noch nicht von allen Fesseln frei sind, daherkommen und ihrerseits nun auch Sprengungsversuche machen, denen das Reichswirtschaftsministerium, wie ich wohl hoffen darf, nach den letzten Erfahrungen sich mit größerer Energie entgegensetzen wird.

Solange wir eine Zwangslage haben, brauchen wir auch eine Zwangswirtschaft. Sie sollen uns erst einmal beweisen, daß wir diese Zwangslage schon hinter uns haben. Dann läßt sich darüber reden, ob man die verschiedenen Zwangswirtschaften beseitigen kann. Vorher auf keinen Fall.

Ich habe schon mehrere Male auf den Herrn Reichswirtschaftsminister exemplifiziert, und ich möchte darauf hinweisen, daß er am 1. Oktober hier im Hause ausdrücklich zu meiner Freude gesagt hat, er habe keine Neigung dazu, das Beispiel mit der Lederbewirtschaftung zu verallgemeinern. Ich habe mir diese schönen Worte übersetzt in das gute alte Sprichwort: das gebrannte Kind scheut das Feuer. Tags darauf hat er dann, wie ich schon sagte, in Hamburg gesprochen. Auf den Seiten 5 und 8 der Broschüre, die uns darüber zugestellt worden

(Davidsohn, Abgeordneter.)

(A) ist, finden Sie dasjenige, worauf es hier wesentlich ankommt. Er sagte:

> Ich stehe nicht an, trotz der maßlosen Angriffe, die während des Krieges gegen die **Zwangswirtschaft** erhoben worden sind, es klar auszusprechen, daß ich bei Anerkennung aller Mängel diese Wirtschaftsmethode auch heute noch als die einzig denkbare Methode der Kriegswirtschaft ansehe.

Und weiter:

> Der Wirtschaftskörper leidet noch unter so schweren Funktionsstörungen, daß er nicht unkontrolliert sich selbst überlassen bleiben kann.

Meine Damen und Herren! Sie wollen daraus ersehen, daß, wenn Sie mit Ihren weiteren Versuchen kommen sollten, Sie hoffentlich auf Granit beißen werden, der härter sein wird als derjenige, den Sie im August in Weimar vorgefunden haben.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Der ist Ihnen schon zu hart, Herr Gothein? Um so weicher sind Sie seinerzeit gewesen, dann hebt sich die Sache wieder auf.

(Abgeordneter Gothein: Wieso denn?)

Das sind Anschauungssachen. Wir haben uns ja des öfteren darüber unterhalten, im Ausschuß und auch hier im Plenum.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Gothein.)

— Herr Gothein, in Ihrer ministeriellen Zeit, wenn Sie es durchaus wissen wollen.

(Abgeordneter Gothein: Bitte etwas näher, nicht so vage Andeutungen!)

— Na, Herr Gothein, soll ich hier außer der Lederwirtschaft nachträglich noch die ganze Reichsschatzamtwirtschaft aufrollen? Das können Sie nicht verlangen, und das würde der Herr Präsident wahrscheinlich auch verhindern. —

(B) Ich muß mich darüber wundern, daß der Herr Reichswirtschaftsminister, trotzdem er in Hamburg jene Ausführungen gemacht hat, in einigen Punkten seiner Rede mit solcher Schärfe gegen gewisse Ausführungen meines Freundes Becker vorgegangen ist. Er hat ihn und auch den Kollegen Simon (Franken) nicht widerlegt mit Bezug auf die Darlegungen, in denen sie sich damit beschäftigten, daß die Art und Weise, wie kompensiert werde, nicht als richtig anerkannt werden könne, daß diese 75 Prozent-Kompensationspolitik für das deutsche Volk unheilvoll sei, diese **Kompensationspolitik**, nach der wir heute schon Lederbestände gegen Häute ausliefern, die zwar zu uns hereingekommen sind, die wir aber erst in mehr als Jahresfrist in Leder verwandeln können. Ich glaube nicht, daß wir uns eine solche **Ausfuhr** per Saldo schon leisten dürfen, sondern ich meine, daß da vorsichtiger operiert werden muß, und ich möchte den Herrn Reichswirtschaftsminister oder einen seiner Beauftragten, falls überhaupt einer hier sein sollte, fragen: Wenn die Ausführungen meines Freundes Becker wirklich unrichtig gewesen sind, woher ist es denn gekommen, daß das Reichsschatzamt auf seine Intervention hin die Ausfuhr inhibiert hat? Wie konnte sich das Reichsschatzamt erdreisten, hier gegen die Intentionen des Reichswirtschaftsministerium einzugreifen? Und wenn es das getan hat, arbeitet dann der Regierungsapparat schon so einheitlich, wie wir es unaufhörlich gefordert haben?

Zu einer anderen Prozentangelegenheit, meine Herren von rechts, möchte ich auch noch ein paar Worte reden. Sie haben hier gestern zu wiederholten Malen die Geschichte mit dem **Konjunkturgewinn** von 60 Prozent dick unterstrichen, der nun abgeführt werden müsse. Die Konjunktur ist ja Ihr Allerheiligstes. Der Krieg hat es bewiesen. Sie ist wahrgenommen worden von Offizieren, von Industriellen, von Kaufleuten, schließlich auch von Arbeitern; aber den Arbeitern haben Sie es übel genommen! Bei den anderen haben Sie es als selbst- (C) verständlich angesehen; als aber die Arbeiter durch den Krieg so klug geworden waren, daß sie sagten, nun wollen wir endlich auch einmal die Konjunktur wahrnehmen, da sind Sie mit Ihren Angriffen und Anwürfen schnell bereit gewesen. Ich habe hier ein Wiener Witzblatt, „Die Muskete“ (Nr. 729 vom 18. September) in den letzten Tagen bekommen; das hat ein Titelbild gebracht, das Ihnen gefallen wird. Die „Freie Wirtschaft“ soll dieses Titelbild darstellen, und darunter stehen ein paar Verse, die Sie sich vielleicht als Haussegen über dem Schreibtisch werden anbringen lassen:

> Ob noch so versumpft und morastig
> Der Boden der Konjunktur,
> Von der Zentralen-Schlammastik
> Befreit sich doch endlich Merkur!

Ja, meine Herren, das ist auch Ihre Devise gewesen. Aber wohin Sie uns damit geführt haben oder noch führen werden, das steht noch dahin.

Was aber diese 60 Prozent betrifft, so können Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß man damit der Allgemeinheit nicht imponieren kann. Was sind in solchen Dingen relative Zahlen? Ich frage Herrn Dr. Hugo, Herrn Hermann und alle die anderen Herren: was für eine Wirkung hat denn diese kapitalistische 60prozentige Großmut für den einzelnen Arbeiter, für die einzelne Arbeiterfamilie? Um wieviel Pfennig, um wieviel Groschen oder, wenn es hoch kommt, um wieviel Mark — um 2 oder um 3 — verbilligt sie denn das Paar Stiefel für den Proletarier, für den Arbeiter, der in der Industrie tätig ist? Ehe Sie mir hierüber nicht eine befriedigende Auskunft geben, dürfen Sie nicht verlangen, daß mir diese Konjunkturgroßmut irgendwie imponiert. Und wenn nun wirklich ein Opfer auf dem Altar der Konjunktur gebracht sein sollte, so möchte ich mir doch erlauben, darauf hinzuweisen, daß dieses Opfer dann ge- (D) bracht ist von denselben Elementen, die es sehr bald auf alle mögliche Weise wieder herausschlagen, und zwar nicht zuletzt durch **Steuerdrückebergerei.** Auf der jüngsten Tagung des Bundes Deutscher Lederwarenfabrikanten — das dürfte Herrn Dr. Hugo vielleicht interessieren — ist ausdrücklich Klage geführt worden über die „elende Steuerriecherei“; die müsse unterbleiben, so haben diese Konjunkturherren gewünscht, und Herrn Erzberger wird es vielleicht interessieren, daß die Herren ihre scharfen Angriffe vor allem gegen die Steuerpflichtabwehrkontrollen richteten; von diesen wollten sie nichts mehr wissen, die sollten beseitigt werden.

Überhaupt hat ja auch auf dem Ledergebiete die Steuermoral sehr zu wünschen übrig gelassen, wie auf allen anderen Gebieten, und man darf sich über die destruktive Tendenz nicht wundern, wenn man sogar aus Kreisen, von denen man eigentlich etwas anderes erwarten dürfte, Äußerungen zu hören und zu sehen bekommt, die geradezu ungeheuerlich sind. Vor mir liegt zum Beispiel — gestatten Sie diese kleine, aber wahrscheinlich sehr instruktive Abschweifung — der Jahresbericht der Reichsmarinestiftung für 1918. Da sind große Herren, Wirklicher Geheimer Admiralitätsrat Dr. Felisch, Generalkonsul Paul v. Mendelssohn-Bartholdy, Generalkonsul v. Koch, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank als Schatzmeister, da ist der Geheime Regierungsrat Dr. Reicke, Bürgermeister von Berlin. Diese Herren bekommen es fertig, die Einleitung zu jenem Rechenschaftsbericht mit den Worten abzuschließen:

> Vielleicht wird mancher Edeldenkende lieber eine Spende der Reichsmarinestiftung zuwenden, als daß er seine Beiträge an den Steuerfiskus entsprechend vergrößert.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

(**Davidsohn,** Abgeordneter.)

(A) Man kann sich wahrhaftig nicht mehr wundern, daß die Steuerdrückebergerei immer größer und größer wird, wenn sogar aus derartigen Kreisen solche „Anregungen" dem Publikum unterbreitet werden.

Meine Damen und Herren! Ich muß, so leid es mir tut, doch noch auf einige Dinge eingehen, die Herr Dr. Hugo gestern angeschnitten hat. Ich will es so kurz wie möglich machen, nachdem der Herr Präsident so freundlich war, mich mahnen zu lassen, daß meine Zeit herum sei, wovon ich übrigens nichts weiß, da mir von einer Limitierung bisher nichts bekannt ist.

Meine Herren! In das Gebiet der Konjunkturwahrnehmung um jeden Preis gehört auch das Bestreben, das Leder möglichst fein zu spalten. Herr Dr. Hugo kam darauf zu sprechen. Dieses Lederspalten ist auch nur ein Ausfluß des Wunsches, möglichst viel Gewinn herauszuschlagen. Aus diesem Loche hat das gepfiffen, was uns Herr Dr. Hugo gestern erzählte, auch wenn er sich vielleicht der Konsequenzen nicht bewußt gewesen ist. Er teilte uns mit, das „Publikum" wolle gar keine derben Stiefel, und darum sei man wohl oder übel gezwungen, zur **Spaltung des Leders** überzugehen. Ich weiß nicht, an welches Publikum Herr Dr. Hugo gedacht hat. Ich weiß nicht, ob er an die Bergarbeiter, an die Landarbeiter, an die Kutscher, die Schiffer, die Fischer und alldergleichen gedacht hat. Die werden ihm mit Vergnügen die derben Stiefel abnehmen, je derber, desto besser, und so viel, Herr Dr. Hugo, sind Sie und Ihre Freunde gar nicht zu liefern in der Lage, wie dieses Proletariat jetzt gebrauchen könnte,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

zumal angesichts des heranrückenden Winters. Ich sage Ihnen, die Lederspalter sind Leute, die sich die Sache fein ausrechnen und ganz genau wissen, daß die Stücke, je feiner sie gespalten werden, desto mehr zu Luxusartikeln

(B) verwendet werden können, und daß man desto mehr Geld herausschlagen kann, weil man natürlich der Bevölkerung, die Luxuswaren konsumiert, entsprechend höhere Preise aufhalsen kann, Preise, wie sie sich die von mir genannten Arbeiterkategorien allerdings für derbe Lederstiefel nicht gefallen lassen würden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen gebe ich Herrn Dr. Hugo zu, daß er gar kein Unmensch ist.

(Heiterkeit.)

Wo es ihm in seinen Kram paßt, bringt er es sogar fertig, für den Zwang einzutreten. Im Reichstag hat er hier am 1. Oktober — ich zitiere aus dem Stenogramm — wörtlich gesagt:

> Es ist durchaus berechtigt, wenn gefordert wird, daß nicht die schrankenloseste Freiheit auf allen Gebieten die deutschen Kredite über alles Maß und über das produktive Interesse des eigenen Landes hinaus in Anspruch nimmt.

Also, wo die deutschen Kredite in Gefahr sind, da weiß Herr Dr. Hugo sich auch für den Zwang einzusetzen. Wo aber die Gesundheit und das Leben der deutschen Arbeiter in Gefahr ist, da machen sich Herr Dr. Hugo und seine Freunde nichts daraus, die letzten Hilfsmittel der alten Zwangswirtschaft über den Haufen zu werfen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen Sünder jener Art will Herr Dr. Hugo sogar Volksgerichte konzedieren, wie er in derselben Rede gesagt hat. Ich wüßte noch andere Objekte und Subjekte für unsere modernen Volksgerichte!

(Erneute Zustimmung links.)

Die Aussprache, die am 1. Oktober hier im Hause stattfand, war überhaupt sehr lehrreich, besonders das, was der Reichsfinanzminister Erzberger an jenem Tage uns zu sagen wußte. Gestatten Sie, daß ich Sie da an (C) zwei kurze Stellen erinnere.

> Es ist mir doch

— so sagte Herr Erzberger —

> im höchsten Grade zweifelhaft, ob heute noch die Nationalversammlung die Zwangswirtschaft in der Lederindustrie angesichts der Wucherpreise, die auf diesem Gebiete in die Erscheinung getreten sind, aufheben würde.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß mich nun angesichts dieser Erklärung des Herrn Finanzministers Erzberger doch darüber wundern, daß sein Parteifreund gestern in der Art und Weise über diese Dinge gesprochen hat, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist.

Herr Erzberger hat weiter gesagt:

> Ich spreche es hier als meine Überzeugung aus, die ich aus der Entwicklung der letzten drei Monate gewonnen habe, daß wir mit einer Linderung der Zwangswirtschaft nach außen überaus vorsichtig sein müssen. . . Das eine

— so fuhr Herr Erzberger fort —

> steht felsenfest: mit der **Aufhebung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten** ruinieren Sie das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Verhältnisse, die vor dem Kriege bestanden haben, nun auf einmal mit einem Schlage und ohne Ausnahme wieder einzuführen, und es ist mir sehr angenehm, daß der Herr Vorredner, dessen Partei ganz besonders lebhaft für die Einführung des freien Handels eingetreten ist, jetzt selbst darüber klagt, daß man vielfach Waren planlos nach Deutschland einführen läßt.

Wissen Sie noch, wer dieser Vorredner gewesen ist? — Herr Dr. Hugo! (D)

(Lachen rechts. — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Noch eine Äußerung, eine letzte, die der Herr Reichsfinanzminister Erzberger am 2. Oktober in diesem hohen Hause gemacht hat. Er sagte:

> Darin herrscht in der Nationalversammlung eine erfreuliche Übereinstimmung, daß der heute vielfach — nicht allgemein — planlose und wilde Einkauf ohne Rücksicht auf das Bedürfnis des deutschen Wirtschaftslebens nicht aufrechterhalten werden kann. Auf der Valutakonferenz heute vormittag — das war für mich sehr erfreulich —, die in erster Linie aus Bankdirektoren zusammengesetzt war, die wirklich an und für sich keine Freunde einer Zwangswirtschaft sind, die sogar die lebhaftesten Gegner der sogenannten Planwirtschaft waren, ist heute ganz übereinstimmend im Reichsfinanzministerium zum Ausdruck gekommen, daß es unmöglich sei, an eine weitere Lockerung unserer Zwangswirtschaft heranzutreten, daß es unmöglich sei, Einfuhr und Ausfuhr vollkommen planlos laufen zu lassen.

Ich habe mich über diese Ausführungen des Herrn Ministers Erzberger sehr gefreut, aber mich doch darüber wundern müssen, daß im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger" vom selben Tage, vom 2. Oktober, eine amtliche Bekanntmachung über die **Einfuhr von Textilwaren** zu finden ist, in der steht, daß von nun an „ohne Bewilligung der zuständigen Behörde" eingeführt werden darf. Und nun kommen eine ganze Reihe von Dingen, die unter den derzeitigen Verhältnissen zum Teil als überflüssig zu betrachten sind, wie Rohseide, Florettseide, Seidengespinste und sonst dergleichen, die andererseits zwar nicht als überflüssig, sondern als sehr notwendig betrachtet werden müssen, wie Baumwolle,

(**Davidsohn,** Abgeordneter.)

(A) Schafwolle und dergleichen, von denen ich aber trotzdem sagen muß, daß, wenn sie „ohne Bewilligung der zuständigen Behörde", wie es hier heißt, nunmehr eingeführt werden dürfen, sich dann doch wenigstens die Möglichkeit zu Planlosigkeiten ergibt, vor denen am selben Tage von dieser Stelle aus Herr Reichsfinanzminister Erzberger nicht eindringlich genug warnen zu müssen geglaubt hat.

Nun, lassen wir es genug sein mit den Zitaten!

(Zurufe rechts.)

— Ja, das paßt Ihnen nicht, meine Herren! Die anderen Zitate haben Ihnen besser gefallen, in denen Sie als die guten Propheten sich selber hinstellen oder von anderen sich haben ausschreien lassen.

(Zuruf rechts.)

— Um so besser, Herr Kollege Dr. Kahl! Das glaube ich wohl, daß Sie diesen Dingen mit Aufmerksamkeit gefolgt sind.

Ich wundere mich nur darüber, daß Herr Erzberger, dieser Mann, der doch den Eindruck macht, daß er sich von anderen so leicht kein X für ein U vormachen läßt, sich hat erzählen lassen, eine gewissenhafte Untersuchung habe ergeben, die deutsche **Zollbeamtenschaft** sei vollständig intakt geblieben. Meine Damen und Herren! Also im Meere der deutschen Korruption eine Insel der Unschuld: unsere Zollbeamten! Die Polizisten korrumpiert, die Offiziere angefault, alles von der Stufe der hohen Moral, über die wir früher in Deutschland uns so in die Brust warfen, heruntergestürzt, — nur die Zollbeamten davon verschont. Ich weiß nicht, wer Herrn Erzberger hierüber informiert hat; ich weiß nur, daß man nach dem alten Schema F der Informationen, wenn man sich über Offiziervergehen bei den Offizieren, über Polizistenvergehen bei der Polizei informierte, immer fand, daß im Grunde genommen nichts passiert war, und so dürfte es vielleicht auch hier gelaufen sein. Akten verschwinden — zum

(B) Satze von 4000 Mark an aufwärts kann man es heutzutage fertig bringen, daß aus den Beständen, sagen wir, etwa des Landespolizeiamts Berlin oder sonst irgendwo Akten plötzlich eines schönen Tages spurlos verschwunden sind —, sonstige Dinge unangenehmster Art ereignen sich, nur der Zoll ist rein geblieben wie ein neugeborenes Kind. Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß es außerordentlich notwendig ist, bei dem Umbau, in den wir jetzt hineingehen werden, gerade auf das Zollbeamtentum besonders zu achten; denn es würde ja einem modernen Wunder gleichkommen, wenn angesichts gewisser Erscheinungen, die die Korrumpierung aus allgemein menschlichen Gründen geradezu begreiflich machen, ausgerechnet eine einzige Kategorie verschont geblieben sein sollte, noch dazu diejenige Kategorie, an die die Versuchungen am allermeisten und mit den allergrößten Summen sich haben heranwagen können.

Zum Schlusse möchte ich einer Bemerkung vorbeugen, die man nach derartigen Reden immer zu hören bekommt: es seien keine positiven Vorschläge gemacht, sondern es sei nur Kritik geübt worden. Demgegenüber möchte ich doch sagen, daß die positiven Vorschläge erstens einmal in die Kritik eingekapselt sind, wenn sie ernst sind, wenn sie ernst genommen zu werden verdienen, und zweitens, daß unsere Bureaukratie auf die positiven Vorschläge zumeist gar nicht hört. Was sind wir armseligen Abgeordneten, wenn wir uns in die heiligen Hallen der Bureaukratie hineinwagen? Wir werden sehr freundlich begrüßt, wir werden etwa so wie der gute alte Onkel angesehen, den man sich anhört, dem man auch wohl mal zunickt, den man aber belächelt und seines Weges ziehen läßt mit dem Gedanken: na, du hast uns hier eine halbe Stunde oder noch mehr Zeit weggenommen; das, was du uns zu sagen gewußt hast, war ja doch keinen Schuß Pulver wert!

(C) Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, im Haushaltsausschuß am 30. April die Herren von der hohen Bureaukratie darauf aufmerksam zu machen, daß sich seit mehr als vier Jahren die ungeheuerlichsten **Gerichtsverhandlungen über Kriegsschiebereien** und Betrügereien öffentlich und doch unbeachtet abspielen, daß die Prozesse der Schieber, Wucherer und Gauner an allen deutschen Landgerichten ausgetragen werden, ohne daß die Staatsanwälte und die Steuerbehörden sich im mindesten darum gekümmert hätten. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß wir von den Richtern und Anwälten selbstverständlich Hilfe nicht erwarten dürfen, denn diese sind durch das Berufs- und Amtsgeheimnis zur Verschwiegenheit verpflichtet und machen sich strafbar, wenn sie Dinge, die ihnen durch die Vertretung ihrer Mandanten oder in ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt geworden sind „verraten". Die Herren — auch der Herr Abgeordnete Gothein gehört dazu, den ich leider gerade jetzt nicht auf seinem Platze sehe, damals war er Reichsschatzminister — Herr Gothein, sein Generaldirektor Dr. Bach usw., die zuhörten und mit dem Kopfe nickten, sagten: sehr schön! Den Dingen wird man nachgehen, man wird sich in die Gerichtssäle setzen müssen, denn Zivilprozesse spielen sich ja in der Öffentlichkeit ab. Geschehen ist nichts! Jene Prozesse aber haben sich vom August bis jetzt immer weiter abgespielt und spielen sich weiter ab, ohne daß die Schieber gefaßt werden, und die zuständigen Beamten hätten doch nur nötig gehabt, ihre Nase in diese Dinge hineinzustecken.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun noch eins, und damit komme ich wirklich zum Schluß.

(Heiterkeit.)

Wir haben jetzt einen **Pressechef** und was mit dem Pressechef zusammenhängt und drum und dran hängt in allen (D) Ministerien und Ämtern, und doch läßt unser **Informationswesen** noch immer außerordentlich viel zu wünschen übrig, besonders und gerade in wirtschaftlichen Dingen. Man kann in die Presse nicht hineinsehen, ohne auf Schritt und Tritt den ungeheuerlichsten Unsinn zu finden, sodaß ein so geistreicher und witziger Mann wie der alte Moszkowski das hübsche Wort prägte: Alles, was in der Zeitung steht, ist falsch, und das Gegenteil ist auch nicht richtig.

(Heiterkeit.)

Mein Herren! Es sind ungeheure Fehler begangen worden. Das Volk pflegt zu sagen: Fehler sind dazu da, daß sie gemacht werden. Das ist ein falsches Wort. Ich sage demgegenüber: Fehler sind dazu da, daß man aus ihnen lernt. Wenn endlich einmal dieser Erfolg eintritt, dann dürfte auch das Zeitopfer dieser zweitägigen Debatte und das Opfer an Geduld, das Sie mir dargebracht haben, nicht umsonst gewesen sein.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Diez.

Diez, Abgeordneter: Sehr geehrte Frauen und Herren! Trotz der anderthalbstündigen Rede meines Herrn Vorredners hat die Debatte nichts anderes zutage gebracht als die Feststellung, daß in unserer Volkswirtschaft und in der Ernährung Schäden schwerster Art vorhanden und alle die getroffenen Maßnahmen zur Behebung derselben erfolglos geblieben sind. Die **Zwangswirtschaft** ist zusammengebrochen. An dieser Tatsache ändert keine schöne Rede mehr etwas. Der Zusammenbruch der Zwangswirtschaft hat die Ursache wie auch der Zusammenbruch des Krieges und der unserer Politik: in einer Verkennung des Möglichen in der Anwendung des Zwanges. Es

(Diez, Abgeordneter.)

(A) mußte auch der Zusammenbruch kommen, weil die Grundlage der gebundenen Bewirtschaftung, die **Preispolitik**, von Anfang an eine verkehrte gewesen war. Man stellte den Konsum über die Produktion. Nur so konnte es sich herausbilden, daß z. B. die Kleie teurer wurde als das Getreide, daß ein Ferkel von 8 Wochen mehr kostete als ein Mastschwein von 1 bis 1½ Jahren, daß ein Pfund Wagenschmiere so hoch bewertet wurde, wie ein Pfund der wertvollsten Butter, daß ein Liter Bier doppelt so hoch wie ein Liter Milch und daß heute die Haut einer Kuh höher im Preise steht als die gesamte Kuh einschließlich des Fleisches. Die Folge davon mußte natürlich der **Schleichhandel** sein, und so kann heute als Tatsache festgestellt werden, daß von dem Fleisch, das dem Konsum zugeführt wird, noch nicht ein Viertel auf dem Wege der Bewirtschaftung, auf dem Wege der Marken an den Verbraucher kommt; daß man bei der Verteilung der Betriebsstoffe, Benzin und Benzol, im Schleichhandel um 12 Mark für ein Kilo so viel bekommen kann, wie man will, aber der auf Bezugsscheine Angewiesene seine Motore stillegen kann. Darum mußten auch die Quoten an Krankenbrot verkürzt werden, während man in den Restaurants so viel Kuchen haben kann, wie man will, wenn der Geldbeutel nur entsprechend groß ist.

Diese Schattenseiten der Zwangswirtschaft sind aber noch nicht die schlimmsten. Die Beibehaltung der Zwangswirtschaft über den Frieden hinaus hat uns vom Notwendigsten entblößt, was wir zum Leben bedürfen. Da die Preise durch die Beibehaltung der Zwangswirtschaft künstlich niedergehalten wurden, hat die Valutadifferenz es bewirkt, daß in den Grenzgebieten, aus den besetzten Gebieten nicht nur, sondern auch aus dem unbesetzten an der holländischen Grenze auf Kilometerweite alles vom Ausland an Lebensmitteln herausgesogen wurde, was (B) irgendwie herauszusaugen war. Es ist die Tatsache festgestellt, daß im Westen der Belagerungszustand über Städte verhängt werden mußte, da die Städter auf das Land hinauszogen, um sich Nahrungsmittel gewaltsam zu verschaffen, weil sie von Nahrungsmitteln so entblößt waren, daß sie dem Hunger überliefert waren.

Mein Herr Vorredner, der Kollege Dr. Davidsohn ist in der Beurteilung der Frage der **Lederbewirtschaftung** auf den springenden Punkt nicht eingegangen, wie es ohne Aufhebung der Zwangswirtschaft möglich gewesen wäre, die uns fehlende Ledermenge zu uns hereinzubringen. Es wurde in der 6. Kommission unbestritten festgestellt, daß unsere Ledervorräte nur so weit reichten, daß jedem fünften Deutschen ungefähr jährlich ein Paar Schuhe hätten zugewiesen werden können. Es besteht die weitere Tatsache, daß seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder eine monatliche **Einfuhr** von rund 800 000 Kilogramm aus dem Auslande stattgefunden hat, wodurch zweifellos eine erhebliche Minderung unserer Lederknappheit herbeigeführt worden ist.

Was würde die Aufhebung der Zwangswirtschaft bewirken? Zunächst das eine, daß unsere Preise dem sogenannten Weltmarktpreis nähergebracht würden. Die weitere Folge wäre, daß die **Gehälter und Löhne** in gleichem Maße sich steigern müßten. Wenn der Herr Kollege Simon gestern sagte: ja, wenn die Arbeiter kommen und höhere Löhne verlangen, dann schreit die Industrie sofort, daß sie zugrunde gehen müsse. Ich glaube, daß Herr Simon hier falsch verstanden hat. Es wird weniger von der Industrie gerufen: wir wollen keine erhöhten Löhne, als: wir wollen ein erhöhtes Maß von Arbeitsleistung haben. Die Lohnfrage würde hier nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Lebensmittelpreise, die Preise der notwendigen Bedarfsartikel sind weniger maßgebend in bezug auf ihre absolute Höhe als in (C) bezug auf das Verhältnis, in dem sie zu den Löhnen und Gehältern stehen. Wenn sich die Löhne und Gehälter den erhöhten Preisen gemäß einstellen, dann brauchen die hohen Preise durchaus kein Nachteil für die konsumierende Bevölkerung sein. Es bleibt dann die eine Frage übrig: wie wird sich die Verteilung regeln, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben wird. Ich kann nur das eine sagen: das **Problem der Verteilung** ist durch die Zwangswirtschaft nicht gelöst worden.

(Sehr richtig!)

Das ist der Irrtum aller Anhänger der Zwangswirtschaft und ist der große Irrtum der sozialistischen Auffassung, daß sie die Staatsautorität so hoch einschätzt, als ob sie imstande wäre, alle die Unmöglichkeiten und Zwangsläufigkeiten, die dadurch hervorgerufen werden, aufzuheben und aus der Welt zu schaffen.

Herr Kollege Dr. Davidsohn hat auch gesagt, daß, solange eine Zwangslage besteht, auch die Zwangswirtschaft bestehen bleiben muß. Hier ist dasselbe zu sagen: die Zwangswirtschaft hat sich als nicht genügend wirksam erwiesen, und jeder Versuch, die Zwangswirtschaft straffer zu gestalten, würde das Gegenteil von dem bewirken, was sie beabsichtigt.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das müssen Sie Herrn Erzberger sagen!)

Die Verteilung durch den Staat ist nicht in dem Umfange nötig, wie es bisher geschah; sie kann sich auf den Kreis derjenigen beschränken, die durch ihre festen Bezüge nicht in der Lage sind, sich den steigenden Aufwendungen für das Leben anzupassen, und auf die Unbemittelten. Dazu gehören Rentenempfänger, Invalide und unverschuldet Arbeitslose. Die Befriedigung der Bedürfnisse bei erhöhten Preisen, die Beschaffung der notwendigsten Bedarfsartikel, der Lebensmittel, der Rohstoffe usw. könnte (D) sehr wohl durch ein geeignetes Umlageverfahren auf die wirtschaftlich Stärkeren in der Urerzeugung und in der Industrie ermöglicht werden. Wenn alsdann noch die Produktionsgenossenschaften mit den Konsumgenossenschaften Hand in Hand gingen, wenn das organisierte Handwerk mit der Urerzeugung der Rohstoffe Hand in Hand gehen würde, dann würde auch hier manche unangenehme Erscheinung, die wir von dem Abbau der Zwangswirtschaft befürchten, vermieden werden können.

Wenn der Antrag der Demokratischen Partei auf Nr. 858 der Drucksachen in seinem ersten Punkte verlangt, daß die **Bewirtschaftung des Getreides** auf Brotgetreide zu beschränken sei, so möchte ich doch vor der Durchführung dieses Verlangens warnen. Wohin wir mit der partiellen Freigabe kommen, hat uns die Freigabe der Haferbewirtschaftung gezeigt. Mit der Freigabe des Hafers sind Tausende von Tonnen Weizen und sonstigen Brotgetreides über die Grenze hinüber in das feindliche und neutrale Ausland gegangen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Deswegen ist jedenfalls eine Freigabe aller Getreidearten zweckmäßiger, als diese partielle Freigabe, wie sie bezüglich des Hafers geschehen ist.

(Zustimmung im Zentrum.)

Ich kann nicht unterlassen, hier eines zu bemerken. Wenn die betrübende Tatsache festgestellt werden mußte, daß unentbehrliches, an sich schon in zu geringem Maße vorhandenes Brotgetreide um Geldes willen an das Ausland abgeschoben wurde, wenn um Geldes willen Volksgenossen, Frauen und Kinder dem Hunger überantwortet werden, dann ist kein Wort des Tadels scharf genug, um dieses Verbrechen am Volke gebührend zu brandmarken.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Ich kann hier nur wiederholen, was gestern geäußert wurde: ein Strick ist noch zu gut für derartige Sünder

(Diez, Abgeordneter.)

(A) am deutschen Volke, für derartige Schänder des deutschen Namens und der deutschen Ehre.

(Erneute lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Aber wer etwa glaubt, dieses Verschieben von Brotgetreide sei ausschließlich auf das Konto der Landwirtschaft zu setzen, ist im Irrtum. Das Verschieben von Getreide über die Grenze wird fast restlos vom Handel bewerkstelligt, der Lieferant ist daran unbeteiligt.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Die **Bewirtschaftung des Fleisches** ist zusammengebrochen. Sie können heute in Berlin in den Restaurants für teures Geld Fleisch bekommen, soviel Sie wollen. Die Familien aber, die auf Lebensmittelmarken angewiesen sind, suchen umsonst nach Fleisch. Auch hier ist also die Bewirtschaftung zwecklos und erfüllt nicht mehr die Aufgabe, die ihr gestellt wurde.

Mit dem Gedanken aber muß ich mich einverstanden erklären, die öffentliche **Bewirtschaftung der Milch** aufrechtzuerhalten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das wäre auch sehr leicht möglich und ohne Widerstände der Produzenten zu erreichen, wenn die übrigen landwirtschaftlichen Produktionsartikel dem freien Handel überlassen würden.

Die **Bewirtschaftung der Kartoffeln** ist unnötig; denn bei einer normalen Ernte ist ja die deutsche Landwirtschaft in der Lage, den gesamten Bedarf der deutschen Bevölkerung an Kartoffeln zu decken, wenn nur nicht die Kartoffeln auch zu abseits liegenden Zwecken Verwendung finden. Hier muß gefordert werden, daß die chemische Industrie und die chemische Wissenschaft herangezogen werden, um Ersatzmittel für das zu schaffen, wofür bisher noch die Kartoffel verwendet wurde, so in der Erzeugung von

(B) Alkohol, Essigsäure auf chemischem Wege usw. Dem dürfen gesetzliche Maßnahmen nicht im Wege stehen.

Man hat in der letzten Zeit die **Bewirtschaftung der Häute** freigegeben. Die ungeheure Steigerung der Preise, die sofort einsetzte, ist zunächst ausschließlich den Metzgern zugute gekommen, und nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 23. September wurde dieser Mehrerlös an Häuten in drei Teile geteilt: ein Drittel dem Lieferanten, also dem Bauern, ein Drittel dem Reich und ein Drittel dem Kommunalverband. Es ist vollständig unverständlich, wie man zu dieser Verordnung kommen konnte; denn durch sie wird weder ein Pfund Fleisch auch nur um einen Pfennig verbilligt, noch wird ein paar Schuhe von der Industrie auch nur um einen Pfennig billiger hergestellt und vom Händler verkauft als vorher. Man hat mit dieser Verordnung nichts anderes bewirkt als neue Beunruhigung und neue Unzufriedenheit in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung. Es ist auch ein Vorgang ohne Beispiel; denn es gibt kaum einen Artikel, der heute gehandelt wird, wo ähnlich verfahren wurde wie in diesem Fall bei der Preisverteilung der Häute. Man ist zwar hingegangen und hat bei der Aufhebung der Lederbewirtschaftung den Entschluß gefaßt, 60 Prozent des **Konjunkturengewinnes** an das Reich abzuliefern — die Erfinder dieses Gedankens sind ordentlich stolz auf ihre Vaterschaft an demselben —, aber es wurde dabei vergessen, eine Feststellung zu treffen über den Status bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft, eine Inventarisierung der Bestände, die an diesem Tage vorhanden waren.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Da dies versäumt wurde, sind natürlich auch diese 60 Prozent etwas vollständig Illusorisches, und es wird aus diesen 60 Prozent dem Reich weder eine Mark noch ein Paar billiger Stiefel je einmal zufließen. Gut gemeint war diese Verordnung sicher; aber sie wird (C) wirkungslos sein.

Die eingeführte **Verbilligung der bewirtschafteten Lebensmittel auf Staatskosten** ist eine Maßnahme, die in dem gegebenen Moment wohl notwendig war; aber meiner Überzeugung nach wird sie sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Ich teile hier die Ansicht des bekannten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikers Richard Calwer, der in einem seiner Tagesberichte schreibt —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Er war einmal Sozialdemokrat; das ist aber schon lange her!)

— Bitte sehr, er ist es noch!

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Er unterscheidet sich nur dadurch von vielen Sozialdemokraten von heute, daß er vielfach außerordentlich vernünftig und nüchtern urteilt. Er schreibt:

> Noch ist es bisher gelungen, dem Volk ein total falsches Bild von dem wirklichen Stande der Ernährungsverhältnisse vorzuspiegeln. Aber immer weniger gelingt es, neue Mittel zu finden, um die sich immer mehr enthüllende schreckliche Wirklichkeit von neuem zu verschleiern. Die Regierung geht in ihrer bedenklichen Lage dazu über, durch kräftige Reichssubventionen den Zusammenbruch ihrer Zwangswirtschaft abermals hinauszuschieben. Aber diese ganze Politik kann um deswillen keinen dauernden Erfolg bringen, weil unter der Zwangswirtschaft die Erzeugung nicht zunehmen kann, sondern dauernd abnehmen muß. Man schiebt durch die Politik des Fortwurstelns zwar den Zusammenbruch der Zwangswirtschaft wieder hinaus, erreicht aber dadurch nicht etwa, daß der Zusammenbruch vermieden werden kann, sondern nur, daß der Zusammenbruch in einem späteren Zeitraum, dann aber mit entsprechend (D) erhöhter Wucht erfolgen muß, je länger man mit verzweifelten Mitteln die Zwangswirtschaft durchgezwungen hat.

Zusammenfassend kann ich mich dahin äußern: eine Freigabe unserer gesamten Bewirtschaftung mit den angedeuteten Ausnahmen ist eine Notwendigkeit im Interesse einer den vorhandenen Vorräten entsprechenden Versorgung der Bevölkerung. Eine weitere Notwendigkeit wird eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft zweifellos sich steigernden Preise sein. Weiter werden strengste **Maßnahmen gegen Wucher** unbedingt erforderlich sein, wir werden dazu kommen müssen, die Wucherer erbarmungslos und schonungslos an die nächsten besten Laternenpfähle aufzuknüpfen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sage man mir nicht: wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, ist das nicht mehr möglich. Die jetzt vorhandenen Bestimmungen über Wucher und ungerechte Preissteigerungen bleiben nach wie vor bestehen und können nach wie vor auch angewendet werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft Vorsorgemaßnahmen getroffen werden müssen, um möglichen Schäden der Übergangswirtschaft vorzubeugen; denn ein auch noch so brüchiger und rissiger Damm kann nicht mit der Sprengpatrone in die Luft gesprengt werden, solange sich hinter demselben noch Wassermengen von irgendwelcher Bedeutung finden.

Eine der wichtigsten Maßnahmen, vielleicht auch eine der schwierigsten, aber auch der wirkungsvollsten wird eine wirkliche **Abschließung unserer Grenze** sein, eine Schließung des bekannten Loches drüben im Westen, im besetzten Gebiet. Dann dürfen wir hoffen, daß eine Besserung unserer Lebens- und Versorgungsverhältnisse in absehbarer Zeit eintreten wird.

(Diez, Abgeordneter.)

(A) Aber, meine sehr geehrten Frauen und Herren, alle diese genannten Maßnahmen können und werden nie vollen Erfolg erzielen, wenn wir nicht das wirksamste Mittel anwenden, eine **Stärkung des sittlichen Pflichtbewußtseins** der ganzen Bevölkerung!

(Sehr gut! im Zentrum.)

Wo nicht das Gewissen Maßstab und Richtschnur für menschliches Handeln ist, muß der staatliche Zwang versagen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es wird gut sein, wieder einmal auf das siebente Grundgesetz des Dekalogs hinzuweisen, auf das Gebot: du sollst nicht stehlen —, das wir überall an allen Straßenecken anbringen müßten, an allen Fabriktoren und an den Toren aller Gewerkschaftsversammlungen, wo man hinzuschreiben müßte: das Eigentum des Nächsten gehört nicht dir! Man müßte diesen Mahnruf an jedes Bauernhaus anschlagen und sagen: was Gott dir wachsen ließ, teile es mit andern, vor allen Dingen mit den Bedürftigen; Vorenthaltung, Entziehung desselben und Wucherpreise sind Diebstahl am Volke. Man müßte dieses siebente Grundgesetz des Dekalogs in jeder Stube annageln, in jedem Kaufladen aufhängen und darunter noch schreiben: die Not des Nebenmenschen kann kein Objekt zur eigenen Bereicherung sein. Man müßte dieses Gebot auch in jedem Fabrikkontor anschlagen und dazu noch sagen: die Arbeitskraft des andern kann niemals Ausbeutungsobjekt sein, und der Arbeiter ist keine Ware, sondern er ist Mitproduzent. Man könnte und müßte dieses Gebot auch in jeder Versammlung der Spartakisten und Unabhängigen bekannt machen und müßte sagen: das Recht auf Eigentum ist ein Naturrecht; soweit nicht das höhere Recht der Bedarfsdeckung für die Allgemeinheit es erfordert, darf es nicht angetastet und nicht über den Haufen geworfen werden.

(B) Und wenn über diesem siebenten Grundgesetz des Dekalogs noch das größte aller Gebote, das Gebot der Liebe angebracht und befolgt wird, dann sind diese Fragen von selbst gelöst, die zu lösen wir uns hier umsonst im Schweiße unseres Angesichts bemühen.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat wieder die Frage der Zwangswirtschaft erörtert. Ich glaube, in diesem hohen Hause ist die Erörterung über die Zwangswirtschaft so oft wiederholt worden, daß ich nicht nochmals eingehend auf diese Frage eingehen möchte. Wer heute noch nicht davon überzeugt ist, daß es notwendig war während der Kriegszeit bei der mangelnden Bedarfsdeckung und auch gegenwärtig bei dem Stand unserer Valuta, daß wir eine Zwangswirtschaft aufrechterhalten, dem ist nicht zu helfen, der ist nicht zu bekehren, und für den sind schließlich auch alle Argumente, die ihm entgegengehalten werden, wirkungslos.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In dem Augenblick, wo Sie mir sagen, daß Sie Ihren Zentrumsarbeitern zumuten können, ein Brot mit 8 Mark zu bezahlen — denn soviel würde es bei der Valutadifferenz kosten —, wo das Fleisch auf 10 und 12 Mark bei der freien Bewirtschaftung kommt, wo der Liter Milch 3 Mark kosten würde, — wenn Sie das dem Zentrumsarbeiter zumuten, so bin ich damit einverstanden. Ich glaube aber, die Arbeiter würden sich das sehr verbitten, diese Aufhebung der Zwangswirtschaft zu befürworten und die Folgen zu tragen; das können Sie mir keinen Augenblick streitig machen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(C) Wir sehen doch, was gegenwärtig die Lederwirtschaft zustande gebracht hat; und was sich auf diesem Gebiete ereignet, würde sich wiederholen auf dem gesamten Lebensmittelmarkt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Denn daß wir der Bevölkerung das Auslandsfleisch zu mäßigem Preise heute geben, ist doch nur dadurch möglich gewesen, daß im letzten Vierteljahr 1,5 Milliarden aus der Reichskasse zugeschossen worden sind. Die Zwangsbewirtschaftung hat gesichert, daß wir dem Arbeiter und der minderbemittelten Bevölkerung die kleine Ration geben konnten. Das war nur möglich, weil wir nicht ins Blaue hinein wirtschafteten und sagten: es kümmert uns nicht, was aus Euch wird, — sondern daß wir darauf hielten, daß der Inlandspreis unter dem Weltmarktpreis gehalten wurde. Das war unsere Pflicht und Schuldigkeit. Sonst wäre Deutschland früher zusammengebrochen und in eine noch elendere Lage hineingeraten, als wir sie gegenwärtig haben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Solange diese Valutadifferenzen bestehen, kann kein Mann von dieser Stelle aus die **Zwangswirtschaft** auf den wichtigsten Gebieten unserer **Nahrungsmittelversorgung** aufheben wollen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Und wenn Sie mir in der Presse und sonstwo zehnmal erklären, daß die Zwangswirtschaft zusammengebrochen ist, so sage ich: das ist eine maßlose Übertreibung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Immer noch haben die Arbeiter bis zum Ende des Wirtschaftsjahres die Brotration bekommen, sogar um 20 Gramm pro Tag gegenüber dem letzten Kriegsjahr erhöht. Die Arbeiter haben mittels der Zwangswirtschaft auch im letzten Wirtschaftsjahr ihre Kartoffeln bekommen.

(D) Wenn mir auch heute so oft angekündigt wird, daß die **Landwirte** ihre **Verpflichtungen** nicht **erfüllen**, so kann ich auch demgegenüber doch gegenwärtig auch nur sagen: auch das sind vielfach Übertreibungen,

(hört! hört! bei der Deutschnationalen Volkspartei)

und ich hoffe, daß die Landwirte vernünftig genug sind, auf dieses Geschwätz und auf diese wilde Agitation nicht zu hören,

(sehr richtig! im Zentrum und rechts)

sondern sich ihrer Pflicht als Deutsche und als Landwirte, für die Versorgung der Bevölkerung zu wirken, bewußt bleiben und sich sagen: nicht allein unser materielles Interesse, sondern auch noch ein Stückchen Pflichtbewußtsein ist bei uns vorhanden, daß wir unsere Bevölkerung ernähren.

(Bravo! im Zentrum und rechts.)

Ich habe zum Beispiel aus der Provinz Pommern die Androhung gehört, daß man nicht mehr abliefern wolle. Ich habe darauf in der Reichsgetreidestelle ausdrücklich feststellen lassen, daß in Pommern genau so viel — oder richtiger gesagt: genau so wenig — abgeliefert wird wie in allen anderen Provinzen.

(Hört! hört! rechts.)

Das ist alles Geschrei, und wenn dieses Geschrei Ernst wird, dann seien Sie versichert, daß von meiner Stelle auch Ernst gemacht wird. Aber bevor ich nicht in diese Zwangslage versetzt bin, will ich von dem äußersten Mittel keinen Gebrauch machen. Ich glaube, in dieser Beziehung werde ich auch die Unterstützung des Hauses haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich lasse mich durch all die Tiraden nicht einschüchtern. Wenn jedesmal, wo in der Presse, in Versammlungen oder in sonstigen Diskutierklubs gesagt wurde: wir brechen mit der Getreidewirtschaft zusammen,

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) wir brechen mit der Kartoffelwirtschaft zusammen, — wenn das jedesmal dann wirklich eingetreten wäre, dann säße kein Mensch mehr hier, dann wären wir schon alle verhungert. Es ist in meiner Stellung notwendig, daß ich mich mit dieser nervösen Übertreibung überhaupt nicht abgebe. Damit kann man keine Wirtschaftspolitik treiben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Vorredner gesagt, eine **Verschärfung der Wuchergesetze** wäre notwendig. Ganz meine Meinung! Ich glaube, die Strafen, die wir in allen unseren Verordnungen, auch in den sogenannten Wucherparagraphen haben, sind so weitgehend, sind so hart, daß der Richter wohl Gelegenheit hat, scharf zuzufassen. Nun sagen Sie: der Richter faßt ja nicht hart zu. Ich gebe zu, daß der Einwand berechtigt ist. Wenn ich aber auf der anderen Seite zu dem Hilfsmittel greife, zu dem ich jetzt bei der Verordnung gegriffen habe, um die Ausfuhr von Lebensmitteln nach dem Auslande zu verhindern, Mindeststrafen festzusetzen, dann bringe ich immer — das wird mir jeder Jurist bestätigen — den Richter in die Gefahr, jemand scharf zu bestrafen, der doch wirklich nur ein verhältnismäßig mildes Vergehen begangen hat. Es ist mit Recht von einem großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung gesagt worden, als wir diese Mindeststrafen festsetzten: da wird wegen eines kleinen Vergehens der Mann hart bestraft, und das große Vergehen findet dann einen gnädigen Richter. Es ist sehr schön gesagt das Schlagwort, an jedem Laternenpfahl einen Wucherer aufzubaumeln; ja, geehrter Herr Diez, in Berlin gibt es gar nicht so viel Laternenpfähle wie Wucherer.

(Heiterkeit.)

So kann man schließlich die Sache auch nicht betreiben. Ich bin auch ein Feind der Todesstrafe und meine, es ist zu viel, wenn man den Anspruch erhebt, daß man jeden Wucherer an den Laternenpfahl bringt.

(B) Dann möchte ich mich noch zu einigen Einwendungen gegen die **Lederwirtschaft** äußern. In dem Augenblick, wo der Herr Vorredner für die unbedingte freie Wirtschaft eintritt, haben wir wegen der **freien Wirtschaft** einen sehr scharfen Angriff aus derjenigen Partei, die behaupten kann, daß sie zu einem erheblichen Teile die Arbeiter vertritt, hier zu ertragen, und das mit einem gewissen Recht; einfach vom Standpunkt des Konsumenten die Frage betrachtet, ist sie allerdings so zu beantworten, daß durch die übermäßige Preissteigerung, die der freie Verkehr herbeigeführt hat, eine große Benachteiligung der Konsumenten unzweifelhaft eintritt. Aber ich unterstreiche noch einmal: es ist in diesem besonderen Falle gar nicht anders möglich gewesen, als zu der freien Bewirtschaftung überzugehen, weil wir aus dem Inlande nur einen ganz kleinen Teil des Bedarfs decken können, während wir zwei Drittel des Bedarfs für unsere Lederbewirtschaftung aus dem Auslande nehmen müssen. Ich kann aber nicht das Ausland unter Höchstpreis stellen, ich kann es auch nicht unter Zwangsbewirtschaftung stellen. Weil ich das nicht kann, kann ich auch die Zwangsbewirtschaftung im eigenen Lande nicht aufrecht erhalten.

(Sehr richtig!)

Da nutzt alles Diskutieren und alles Schimpfen und alle große Kritik nichts, es sei denn, daß ich jedem sage: du mußt auf Holzpantinen laufen, du mußt dich daran gewöhnen, auf die Stiefel zu verzichten. Da aber unsere Bevölkerung keine Neigung dazu haben wird, im Gegenteil unsere Holzschuhe auch heute noch bei den hohen Lederpreisen keinen Absatz finden, sondern Ladenhüter in unseren Läden sind, so muß ich zu der Freigabe der Lederbewirtschaftung und der Schuhbewirtschaftung schreiten. Ich kann gar nicht davon abgehen und bin auch heute noch davon überzeugt, daß mein Standpunkt richtig ist. Er ist auch deshalb richtig, weil ich eine **größere Lederzufuhr** erreicht habe, und diese größere Lederzufuhr hat eine (C) größere Beschäftigung in der gesamten Lederindustrie herbeigeführt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das ist vom Standpunkte der Volkswirtschaft heute der Vorteil und der Nutzen. An erster Stelle steht dabei die Hebung unserer Produktion;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und wenn es auch im gegebenen Augenblick auf Kosten der Verbraucher geht, das wichtigste in unserer Wirtschaftslage ist doch, daß wir wieder zu einer **größeren Produktion** kommen. Die Mängel sind Vorgänge, die für eine Übergangszeit nicht zu vermeiden sind. Das ist meine feste Überzeugung. Daran ist nichts zu ändern.

Ich kann deshalb auch nur sagen, daß augenblicklich noch gar keine Möglichkeit besteht, eine Änderung vorzunehmen, wenn nicht auf der anderen Seite der Nachweis geführt würde, daß die inländische Produktion in der Lage ist, unseren Bedarf zu decken — und das ist einfach unmöglich —, oder daß es möglich ist, den Verbrauch so zu drosseln, daß ein ganz geringer Bedarf nur gedeckt wird, der dann meiner Ansicht nach gleichfalls eine starke Unzufriedenheit der großen Masse der Bevölkerung hervorrufen würde. Unzufriedenheit errege ich, wie ich auch die Entscheidung treffe.

(Sehr richtig!)

Ob freier Handel oder Zwangsbewirtschaftung, befriedigt kann in beiden Situationen niemand sein. Denn die Konsumenten haben zu leiden unter einer Bewirtschaftung auf freier Grundlage, und die Zwangsbewirtschaftung benachteiligt wiederum die Arbeiter und die Industrien, die im Lederverbrauch ihre Existenz haben. Um das zu vermeiden, muß man eben den Mittelweg versuchen.

Der Herr Abgeordnete Hermann hat nun bei der Würdigung der Zwangsbewirtschaftung und der freien Wirtschaft unter anderem die Bemerkung gemacht, daß (D) die **tiefgesunkene Moral bei der Zwangsbewirtschaftung** besonders in die Erscheinung trete. Ich möchte ihm sagen: nicht nur bei der Zwangsbewirtschaftung ist die tiefgesunkene Moral in die Erscheinung getreten, sondern in unserm gesamten Wirtschaftsleben, ob freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft. Und die Erklärung dafür, Herr Abgeordneter Diez, daß heute Brotgetreide nach dem Ausland herausgeht, ist nicht die Zwangswirtschaft, sondern die einfache Tatsache, daß der Landwirt für sein Getreide durch die Valutadifferenz im Ausland das Drei- und Vierfache des Preises bekommt wie im Inland. Wenn ich die freie Wirtschaft herstelle, so würde um diesen Preis das inländische Getreide sich erheben. Das kann ich eben nicht verantworten. Es hat mit der Zwangswirtschaft gar nichts zu tun, wenn Getreide und Lebensmittel herausgehen. Unter der freien Wirtschaft geht heute Leder und Schuhwerk auch nach dem Ausland hinaus. Das hat also mit der Zwangswirtschaft nichts zu tun. Ich bitte deshalb, nicht ein solches schiefes Urteil abzugeben.

Der Herr Abgeordnete Hermann hat darauf hingewiesen, daß in einem **Inserat der „Frankfurter Zeitung“** Schuhwaren angeboten werden, und er knüpft daran die Anfrage, wie es möglich ist, daß **Schuhwerk** heute in großem Umfang **ausgeführt** wird. Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß gegenwärtig Schuhwerk nicht ausgeführt werden darf, es sei denn in einem ganz besonderen Fall, nämlich, daß wir es mit Schuhwerk zu tun haben, für das keine Verwendung und kein Absatz im Inland zu verzeichnen ist. Wir haben beispielsweise einen größeren Posten von Schuhwerk nach dem Ausland gegeben, das mit Holzsohlen versehen war. Für dieses Schuhwerk ist hier im Inland kein Absatz mehr gewesen. Ein Teil des Schuhwerks mag auch durch unredliche Manipulationen herausgegangen sein. Vom Reichswirt-

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) schaftsministerium wird die Ausfuhr von Schuhwerk nicht begünstigt nnd soll sie nicht begünstigt werden, es muß das Schuhwerk hier im Lande bleiben.

Der Herr Abgeordnete Hermann hat dann in Verbindung mit den Betrachtungen der Zwangswirtschaft die Anfrage gestellt, wie es denn mit der **Kriegsmetall-A.-G.** stehe, in deren Geschäftsräumen große **Unterschleife und Unredlichkeiten** entdeckt worden seien. Ich kann darüber folgendes mitteilen: es handelt sich nicht um die Kriegsmetall-A.-G., die dabei in Mitleidenschaft gezogen worden ist, sondern es handelt sich um die Einrichtungen, die getroffen worden sind, um die Metallbestände, die von der Heeresverwaltung seinerzeit beschlagnahmt wurden, gleichmäßig für die Industrie und für das Handwerk zu verarbeiten. Diese Metallbestände sind in den Händen der Kriegsmetall-A.-G. Für die Verteilung ist eine besondere Organisation geschaffen worden, unter anderem die Reichsstelle für Sparmetalle, die wiederum für die einzelnen großen Industriegebiete ihre Unterabteilungen hat, um die Metalle auf die einzelnen Gewerbegruppen zu verteilen. Es ist eine Organisation, die ziemlich umfangreich ist und sehr ins einzelne geht. Da nun zu kontrollieren, ob die Metallbestände von der Verteilungsstelle auf die Bezugsscheine auch richtig abgegeben werden, ob nicht Durchstechereien vorkommen, ist eine besondere Kontrolle eingerichtet worden. In dieser Kontrollstelle haben sich drei Beamte Unredlichkeiten zuschulden kommen lassen. Diese Unredlichkeiten sind von dem Leiter der Kontrollstelle entdeckt worden, der Polizeibehörde und der Staatsanwaltschaft ist sofort Mitteilung gemacht, die drei Beamten sind verhaftet worden, und das Verfahren schwebt gegen sie. Wahrscheinlich haben sich ein paar andere Beamte desselben Vergehens schuldig gemacht. In welchem Umfang das geschehen ist, läßt sich augenblicklich nicht sagen. Es ist aber hervorzuheben, daß diese scharfe Kontrolle (B) selbst dazu geführt hat, die Unredlichkeiten zu entdecken. Die ganze Manipulation hat sich übrigens, wie jetzt schon festgestellt ist, über keinen längeren Zeitraum als vier Wochen erstreckt. Außerdem sind fast restlos sämtliche gefälschten Bezugscheine wieder eingezogen worden, ohne daß die betreffenden Metall dafür bekommen haben. Auch die Fabrikanten, die an diesen Durchstechereien beteiligt gewesen sind, sind der Staatsanwaltschaft angezeigt worden und werden zur Verantwortung gezogen werden. Ich glaube, dem Amt und auch der Stelle, die die Verantwortung trägt, ist kein Vorwurf zu machen. Schließlich ist niemand davor sicher, daß nicht dieser oder jener Beamte der Bestechung zugänglich ist. Die Einrichtung in der Kontrolle selbst ist geradezu musterhaft. Wenn man in so kurzer Zeit eine Durchstecherei ermittelt, und zwar durch die Kontrolle selbst, dann ist sie meiner Ansicht nach durchaus tadellos, und die große Aufregung darüber ist unnötig.

Im übrigen ist die ganze Metallverteilung zu Ende, sodaß auch weitere Unzuträglichkeiten auf diesem Gebiet nicht mehr möglich sind.

Es ist nun weiter gefragt worden, wie es mit der **Notstandsversorgung im Textilgewerbe** aussehe. Ich kann mich auf das berufen, was in der zur Beratung vorliegenden Denkschrift gesagt wird. Es wird uns möglich sein, durch eine besondere Gesellschaft, die für die Notstandsversorgung tätig sein wird, dahin zu wirken, daß ein größerer Teil der Bestände von Stoffen für die Notstandsversorgung verwendet werden kann, auch von Stoffen zu Wäsche. Wir sind gegenwärtig dabei, auch einen größeren Posten verhältnismäßig preiswerter und guter wollener Ware einzuführen, die unter Ausschaltung übermäßigen Zwischengewinns direkt an die Gemeinden zur Verteilung an die Verbraucher abgegeben werden sollen. Ähnlich soll es in der Schuhfabrikation geschehen; die (C) **Lederbestände,** die noch vorhanden sind, sollen für **Notstandsarbeiten** verwendet werden, ebenso größere Bestände, die aus dem **Konjunkturgewinn** genommen werden. Die Darlegungen, die ich hier gemacht habe, sind zu meinem Bedauern bei der schwachen Besetzung des Hauses ganz unbeachtet geblieben, und es ist während der Debatte darauf eingegangen worden, daß schließlich auch unter der freien Wirtschaft eine ganze Reihe Maßnahmen seitens des Reichswirtschaftsamts unternommen worden sind, um für die Minderbemittelten die Möglichkeit zu schaffen, billigeres Schuhwerk zu bekommen. Mehr ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen meiner Ansicht nach nicht zu machen. Wir wollen sehen, so viel Stoffe wie möglich, auch Wäschestoffe herbeizuschaffen, um für die minderbemittelten Klassen eine Erleichterung im Bezug zu ermöglichen.

Der Herr Abgeordnete Simon steht den übrigen Rednern mit seinen Ausführungen vollständig diametral gegenüber. Er bestreitet meine Behauptung, daß eine **größere Beschäftigung in der Schuhfabrikation** vorhanden ist, daß eine größere Belieferung mit Leder in der Schuhfabrikation stattfindet. Er bestreitet, daß in der Portefeuilleindustrie größere Bestände von Lederhäute vorhanden sind und verarbeitet werden können. Ja, damit kann ich nichts anfangen. Ich habe das statistische Material hier vorgeführt und ich muß den Herrn Abgeordneten Simon auffordern, zu sagen: das statistische Material ist unrichtig, ich beweise das Gegenteil. Dafür müßte er aber eine Grundlage haben. Die Unternehmer selbst, soweit ich sie gefragt habe — ich wiederhole es —, haben mir übereinstimmend erklärt: Es ist ein Mangel an Leder nicht vorhanden, das Unangenehme ist nur der Preis. Das ist natürlich auch von meinem Standpunkt aus bedauerlich, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die von mir genannte Industrie relativ reichlich beschäftig ist gegenüber dem Zustand während der Zwangswirtschaft. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei bemerke ich immer wieder: ich lege mich nicht auf ein bestimmtes Prinzip fest; was für den einen Beruf und für die eine Erwerbsgruppe notwendig ist, kann für die andere zum Schaden sein, und was im gegebenen Augenblick erforderlich ist, kann für einen anderen Beruf zum größten Nachteil sein. Schematisieren kann ich heute das Wirtschaftsleben nicht. Ich kann nicht die Zwangswirtschaft in Getreide, Vieh und Milch aufheben; ich kann sie aber aufheben — das hat sich gezeigt, wenn auch unter gewissen Schwierigkeiten — für Obst, für Gemüse, für Hülsenfrüchte. Auch für Geflügel habe ich sie aufgehoben.

(Abgeordneter Gothein: Die Ausfuhrverbote!)

— Die **Ausfuhrverbote** sind selbstverständlich da, Herr Abgeordneter Gothein; die Frage ist nur die, wer sie ausführen soll.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Wenn der Herr Abgeordnete Davidsohn beispielsweise eben gesagt hat: ja, warum sollen gerade **die Zollbeamten** ehrlich sein, wo alles Spitzbuben sind?, und der Herr Minister Erzberger habe die Verteidigung der Zollbeamten seiner Auffassung nach zuweit getrieben, so entgegne ich darauf: der Herr Minister Erzberger hat gesagt, seine Feststellung habe ergeben, daß bei den Zollbeamten keine Unzuträglichkeiten gefunden worden sind. Gegenüber der Tatsache, daß er selbst von seinem Amte aus die Kontrolle vorgenommen hat, kann ich mich doch nicht auf den Standpunkt stellen, zu sagen: es sind überall Spitzbuben, warum sollen sie nicht auch bei den Zollbeamten sein?

(Heiterkeit. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wir haben leider nicht die Befugnis, **im Westen** durch **unsere Zollkontrolle** festzustellen, ob eine Ware, deren

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) Einfuhr oder deren Ausfuhr wir verbieten, durch die Zollkontrolle gebracht worden ist, denn die Zollkontrolle hat nach dem Willen der Entente nicht die Aufgabe und das Recht, Waren zurückzuweisen, sondern sie nur zu verzollen. Das, was die Entente als Militärgut hereinbringt, haben wir überhaupt nicht zu kontrollieren, und ohne den Herren zu nahe zu treten, werden Sie mir zugeben, daß bei diesem Militärgut auch manches Gut sein kann, das nicht als Militärgut anzusprechen ist.

(Sehr richtig!)

Dagegen kann ich nichts machen, dagegen kann Herr Erzberger nichts machen. Das sind die Zustände, die uns heute aufgezwungen worden sind, die unerträglich sind und die unser ganzes Wirtschaftsleben bedrohen. Aber die Fesseln, die uns die Entente angelegt hat, sind noch unlösbar. Wir drängen fortgesetzt darauf, daß dieser ganz unerträgliche Zustand, der nicht nur die Korruption des deutschen Handels, sondern auch eines erheblichen Teiles des Ententehandels mit sich bringt, endlich beseitigt wird. Wir haben bis jetzt keinen Erfolg mit unseren Bemühungen erzielt. Was von uns geschehen konnte, ist geschehen. Wenn aber auf der anderen Seite für diese Dinge kein Verständnis und kein Entgegenkommen vorhanden ist, so sind wir demgegenüber gegenwärtig ohnmächtig.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Auch die holländische Grenze ist verseucht!)

Der Abgeordnete Simon hat gesagt, es bestehe die Gefahr, daß Felle und **Leder nach dem Auslande** abwandern. Ja, meine Damen und Herren, diese Gefahr besteht tatsächlich, und ich stehe im Gegensatz zu seiner Auffassung, um das nochmals zu betonen, ganz nachdrücklich auf dem Standpunkt, daß wir Leder ausführen müssen, um Felle hereinzubekommen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

(B) und ich lasse mich durch alle seine Einwendungen nicht beirren. Wenn wir heute sehen, daß jemand Felle einführt, und wenn er davon 75 Prozent zu Leder verarbeitet und wieder ausführen kann, so habe ich damit erzielt erstens eine größere Einfuhr an Fellen, zweitens für den inländischen Verbrauch 25 Prozent Leder, und drittens, was vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus das Entscheidende ist: die großen Summen, die ich für die Felle anlege, weil ich sie im Auslande gekauft habe, decke ich durch die Ausfuhr von Leder ab und nehme nicht deutsche Valuta in dem Umfange in Anspruch, wie ich sie sonst in Anspruch nehmen müßte. Grundsätzlich bin ich ganz der Auffassung des Abgeordneten Simon: Leder darf nicht ausgeführt werden. Es muß mir als Kompensation dienen, um Felle hereinzubekommen. Mit der großen Einfuhr beschäftige ich die Gerbereien, und wenn auch diese Gerbereien nur Lohnarbeiten machen, so ist doch damit wiederum dem Interesse der Arbeiter gedient und nicht etwa allein dem Interesse der Industrie. Wenn deshalb der Abgeordnete Simon sagt, ich solle darauf Bedacht nehmen, daß ich mehr die Anerkennung der Arbeiter finde als die Anerkennung von rechts, so sage ich ihm: nach meiner Auffassung und nach meiner ruhigen, objektiven Überlegung der tatsächlichen Verhältnisse muß ich sagen, daß auch diese Maßnahme in ihrer Wirkung für die in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter von Vorteil und Nutzen gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deshalb bin ich fest bei meiner Entscheidung geblieben und habe eine Änderung nicht vorgenommen.

Es ist deshalb sehr töricht, wenn heute in Zeitungsberichten zu lesen ist, ich hätte gesagt: ich weiß noch nicht, was ich mache. — Ich weiß schon genau, was ich tue; darüber mögen die Herren ganz beruhigt sein. So unentschlossen bin ich nun gerade nicht in meinen Dispositionen; aber ich habe nicht die Neigung, eine Disposition zu treffen, ohne erst die Maßnahme vollständig ausreifen zu lassen, die ich jetzt getroffen habe, und die zeigt mir augenblicklich auch ihre Vorteile und ihren Nutzen. Deshalb wäre es sehr töricht von mir, wenn ich in meiner Wirtschaftspolitik schwankend werden wollte, wenn mal irgendeine Maßregel nicht gleich nach außen hin günstige Wirkungen, namentlich billige Preise und sehr viel Ware in die Erscheinung treten läßt. Das Kunststück bringe ich heute nicht fertig, billige Preise und sehr viel Ware gleichzeitig zu haben, und darauf werden wir auch noch für lange Zeit zu meinem großen Bedauern verzichten müssen. Ich kann nur so disponieren, daß ich die Übel, die sich heute in unserm Wirtschaftsleben breitmachen, zu mildern suche, und da betone ich noch einmal; wenn ich zwischen zwei Dingen zu wählen habe, zwischen den **Interessen der Verbraucher und** den Interessen **der Industrie**, bin ich vorläufig immer noch geneigt, auf den Standpunkt zu treten, daß wir zunächst zusehen müssen, daß wir für die Beschäftigung der Industrie und ihre Versorgung mit Rohstoffen in erster Linie sorgen, um unser ganzes Wirtschaftsleben erst wieder aufwärts zu bringen.

(C)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Mit der Lederindustrie liegt es ganz ähnlich wie mit der Textilindustrie; nur ist hier die Sache noch krasser. Die **Textilindustrie** findet fast gar keine Rohstoffe im Inland vor, und ich konnte natürlich der Textilindustrie ebensogut erklären: du mußt mit der Eindeckung mit Rohstoffen warten. Die Eindeckung könnte natürlich erst zu einer Zeit erfolgen, wo die Preise sinken. Mein Standpunkt dagegen ist, selbst angesichts der hohen Preise für Baumwolle alles in Bewegung zu setzen, um Rohbaumwolle hereinzubringen, damit die Industrie wieder beschäftigt wird. Die Folge ist zwar, daß wir zu enorm hohen Preisen in der Textilindustrie kommen; dennoch tue ich es, weil ich mir sage: das erste und entscheidenste ist immer, die Textilindustrie wieder zur Beschäftigung zu bringen, und dabei muß sie auch Gelegenheit haben, trotz unseres eigenen großen Elends und der überaus geringen eigenen Bedarfsdeckung, einen Teil ihrer Produktion auszuführen, weil sich die Industrie erst wieder einmal aufwärts gebracht haben muß. Ist das einmal geschehen, dann kann ich auch an diejenigen Maßnahmen denken, die notwendig sind, um den inländischen Bedarf voll zu befriedigen. Von diesem Gesichtspunkte aus muß meiner Ansicht nach die Wirtschaftspolitik betrieben werden, indem ich nicht gedankenlos Zwangshandel oder Freihandel wähle, sondern von Fall zu Fall entscheide, was notwendig und nützlich ist.

(D)

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Böhme (Magdeburg).

Dr. **Böhme** (Magdeburg), Abgeordneter: Mein Kollege Gothein wird Gelegenheit nehmen, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Davidsohn im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung zu antworten; ich will deshalb auf diese Dinge hier nicht eingehen.

Meine Damen und Herren! Zwei Ausführungen des Herrn Reichsministers kann ich zustimmen. Wenn er hier erklärt hat, er sei der Ansicht, daß die große Masse der Landwirtschaft Vaterlandsgefühl genug haben werde, um trotz mancher Mißstimmungen ihre Pflicht hinsichtlich der Ablieferung zu tun, so ist der Herr Minister ohne Frage recht berichtet. Es kann keine Rede davon sein, daß erhebliche Kreise in der **Landwirtschaft** daran denken, ihrer **Pflicht zur Ablieferung** nicht nachzukommen. Gerade dieser Tage haben im Kreise Bersenbrück die vereinigten landwirtschaftlichen Organisationen in der Öffentlichkeit

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) warnend ihre Stimme gegenüber jenen Hetzern erhoben, die die Landwirtschaft zu einem Lieferungsstreik zu veranlassen suchen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Man hat dort darauf hingewiesen, daß diese Versuche, einen Lieferungsstreik in der Landwirtschaft hervorzurufen, häufig aus nichtlandwirtschaftlichen Kreisen kommen,

(Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

aus Kreisen, die mit der Landwirtschaft nichts zu tun haben, aber irgendwelche dunklen Ziele zu erreichen suchen. Die große Masse der Landwirtschaft wird auch in dieser schweren Zeit — darüber ist nur eine Stimme — ihre Pflicht tun. Ich bin zweitens mit dem Herrn Minister dahin einverstanden, daß er ausgeführt hat, es komme darauf an, die Produktivität der einzelnen Gewerbe zu fördern und zu stärken. Er hat auf die Lederindustrie hingewiesen und er hat von der freien Wirtschaft, die er eingeführt hat, festgestellt, daß sich die Beschäftigung der Schuhfabriken gehoben hat, und daß dort gegenüber der Zeit der **Zwangswirtschaft** erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. Aber ich ziehe daraus die Folgerung, daß das, was er für die Industrie als richtig hingestellt hat, nicht minder richtig für die Landwirtschaft ist, und ich bin der Ansicht, daß es eigentlich kaum angängig ist, die Dinge so anzusehen, daß die freie Wirtschaft gestattet ist für Produkte, die zu fünf Sechsteln aus dem Auslande und zu einem Sechstel aus dem Inlande kommen, statt daß man die **freie Wirtschaft** für solche Produkte einführt, die zu sieben Achteln aus dem Inlande und zu einem Achtel aus dem Auslande kommen, und wo nur ein kleiner Anreiz der Produktion genügt, um die Erzeugung im Inland noch mehr zu erhöhen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es kann nicht meine Absicht sein, die Anträge zu begründen, die schon vom August vorliegen, und ebenso (B) glaube ich nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß die Herren von der Deutschnationalen Partei ihre Anträge auch vom Februar nicht begründen wollen. Aber wir wollen doch die Gelegenheit wahrnehmen, um erneut Stellung zu der Frage der Zwangswirtschaft zu nehmen und zu erklären, daß wir prinzipiell mit dem Herrn Minister in folgendem übereinstimmen.

Es kann nicht die Rede davon sein, für alles freien Handel und freie Wirtschaft zu proklamieren oder auf der anderen Seite für volle Zwangswirtschaft einzutreten, sondern es kann nur darauf ankommen, in jedem einzelnen Falle das zu tun, was zweckmäßig ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte den Herrn Minister aber doch daran erinnern, daß bis weit hinein in die Kreise, die ihm nahe stehen, die Überzeugung vorhanden ist, daß die Zwangswirtschaft auf landwirtschaftlichem Gebiete, wie sie heute besteht, nicht haltbar ist. Ich möchte daran erinnern, daß in einem Artikel des „Vorwärts" der preußische Herr Landwirtschaftsminister Braun, der doch dem Herrn Minister sehr nahe steht, ausgeführt hat:

> Es hieße Vogel=Strauß=Politik treiben, wenn man nicht sehen wollte, daß die im letzten Kriege schon stark gelockerte und jetzt nach dem Kriege noch mehr **durchlöcherte Zwangswirtschaft** immer haltloser geworden ist,
>
> (hört! hört!)
>
> und daß die Gefahr immer größer wird, daß sie eines Tages zusammenbricht, den letzten Rest von Staatsautorität unter ihren Trümmern begrabend. Es erscheint mir daher dringend geboten, daß die öffentliche Wirtschaft mit dem Ziel des Abbaues auf das notwendigste Maß zu beschränken ist und dort mit Nachdruck durchzuführen ist, im übrigen aber Luft zu lassen.

(C) Diese Ausführungen des Herrn Ministers Braun können wir Wort für Wort unterstreichen, denn was er hier festgestellt hat, ist auch unsere Meinung, daß diese Zwangswirtschaft auf vielen Gebieten völlig gescheitert ist.

Der Herr Minister hat nun von der **Fleischwirtschaft** gesprochen. Ja, meine Damen und Herren, ist denn nicht auf dem Gebiet der Fleischwirtschaft die Zwangswirtschaft völlig zusammengebrochen?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte nur fragen, ob der Herr Minister nicht auch Reisen gemacht hat, auf denen er die Erfahrung gemacht hat wie wir anderen. Gibt es noch Gegenden und Orte im deutschen Vaterland, in denen man nach der Fleischkarte gefragt wird? Und gibt es noch Orte im Deutschen Reiche, in denen man, obwohl man nicht nach der Fleischkarte gefragt wird, nicht doch Fleisch bekommt, während, was auf die Ration in die Haushaltungen geliefert werden soll, doch sehr zweifelhaft ist und häufig gar nicht zu bekommen ist?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Also auch auf diesem Gebiete hat es wirklich keinen Zweck, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, und keinen Zweck, Bestimmungen zu erlassen, wie wir sie bei der **Häuteverordnung** haben, die Gelegenheit gegeben hätte, die **Landwirtschaft** mehr zur Ablieferung des Viehs zu veranlassen, weil sie dann einen gewissen Ausgleich für den unzureichenden Preis bekommen hätte. Aber man hat das unterlassen und eine Drittelung vorgenommen, mit der die Landwirtschaft nicht zufrieden sein kann. Sie verlangt gewiß nicht den ganzen Konjunkturgewinn; aber das ist bei keiner anderen Berufsgruppe der Fall, daß die Erzeuger von dem Preis dessen, was sie erzeugen, nur ein Drittel erhalten. Das sind doch Dinge, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(D) Ich komme nun zu dem Antrage, den wir damals gestellt haben auf dem Gebiete der **Kartoffelversorgung**, zu dessen Inhalt betreffend die Freilassung der kleinen Betriebe wir auch heute noch stehen. Der Herr Minister hat davon gesprochen, daß die Kartoffelversorgung gewissermaßen Erfolg gehabt hat. Ich würde sehr dankbar sein, wenn wir einmal feststellen könnten, wieviel Kartoffeln in Wirklichkeit geliefert worden sind. Das eine steht aber fest, daß die arbeitenden Schichten niemals mit der Ration, die sie bekommen haben, ausgekommen sind.

(Sehr richtig!)

Ebenso steht fest, daß sie im Wege des Schleichhandels das fehlende Quantum, das ebenso groß ist wie die amtliche Ration, bekommen haben. Dafür spricht die Überlastung der Eisenbahnen und der Wartesäle. Ich weiß von Großberliner Laubenkolonisten, die Überschüsse hatten, daß sie diese erst für mehr als 35 Mark den Zentner abgegeben haben; einen ähnlichen Preis haben die Hamsterer zahlen müssen, wenn sie auf das Land gegangen sind. Da aber erlaube ich mir die Ansicht, daß, wenn wir die Kartoffelwirtschaft freigegeben hätten, zwar vielleicht ein höherer Preis als der amtliche herausgekommen wäre, aber daß es ein mittlerer Preis zwischen Schleichhandels= und amtlichem Preis gewesen wäre, daß die große Masse der Bevölkerung besser dabei gefahren und die Belastung der Bahnen der dritten und vierten Klasse nicht so stark gewesen wäre, und daß die schweren Gesundheitsschädigungen, die die Leute davongetragen haben, daß sie sich Tag und Nacht auf den Straßen und der Bahn herumtreiben mußten, auch weggefallen wären.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die **Zwangswirtschaft beim Brotgetreide** kann ja leider in diesem Jahre nicht mehr beseitigt werden.

(Hört! hört!)

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) Ich glaube auch nicht, daß der Herr Kollege vom Zentrum, der vor mir gesprochen hat, dahin zu verstehen war, daß er im Augenblick die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide verlangt; wie denn auch die landwirtschaftlichen Organisationen ausnahmslos die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide heute noch nicht verlangen.

(Sehr richtig!)

Er hat von Übergangsbestimmungen gesprochen, und ich nehme an, daß er sich nicht weit von unserem Standpunkte entfernt, wenn wir verlangen, daß vor allen Dingen jetzt eine Erklärung der Reichsregierung kommt, daß für Brotgetreide und für Milch, deren Zwangsbewirtschaftung noch nicht vermeidbar ist, die Aufhebung der Zwangswirtschaft nach diesem Erntejahr, also im Sommer des nächsten Jahres, kommt, weil wir uns von einer solchen Erklärung eine große Förderung der landwirtschaftlichen Produkte versprechen. Eine solche Erklärung für das Ende dieses Erntejahres für die kommende Bewirtschaftung auf den Gebieten, die heute notwendigerweise noch bewirtschaftet werden müssen, erwarten wir allerdings. Dann muß aber natürlich auch für die ärmere Bevölkerung Sorge getragen werden. Wenn Milliarden bewilligt werden, dann können diese Milliarden auch sehr gut dazu Verwendung finden, um aus dem Auslande für die ärmsten Bevölkerungsschichten gewisse Reserven zu billigen Preisen für die Übergangszeit bereit zu stellen. Jetzt aber muß wirklich ein großer Plan gemacht werden, und auf Grund dieses Planes muß die endgültige Beseitigung der Zwangswirtschaft mit dem Sommer des nächsten Jahres erfolgen.

Wir halten das um so mehr für notwendig, als bei all diesen Produkten nur wenig vom Auslande dazu gehört, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen. im Gegensatz zu weiten Industriezweigen, wo es gerade um-(B) gekehrt liegt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun ist vielfach in der Presse gesagt worden — soweit ich weiß, hat der Herr Minister heute davon nicht gesprochen; ich bin ihm aufmerksam gefolgt und habe das nicht gehört —: ja wir haben doch aber schlechte Erfahrungen bei denjenigen Produkten gemacht, die wir freigegeben haben. Die **Freigabe einzelner Produkte** wird niemals zum Ziele führen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Die Freigabe einzelner Produkte wird immer nur die Folge haben, daß sich alles auf die Produkte stürzt und infolgedessen eine außerordentliche Steigerung im Preise eintritt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Aber wie ist denn die Sache beim **Hafer** gewesen? Bevor der Hafer freigegeben war, betrug der Schleichhandelspreis 2400 bis 3000 Mark. Mit der Freigabe setzte ein Eröffnungspreis von 1100 Mark ein. Die Septembernotierung betrug 950 Mark, und in den Kreisen des sachverständigen Handels wurde für später ein Preis von 700 Mark angenommen.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Das sind doch außerordentliche Ermäßigungen und Fortschritte gewesen — und man kann dem Urteil dieser Leute doch trauen —, bis dann wieder die Eingriffe einsetzten und die Preise stiegen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich verkenne nicht, daß die Reichsregierung sich in einer Notlage befand; aber ich billige trotzdem nicht im einzelnen die Maßnahmen, die getroffen wurden. Mit der Freigabe des Hafers waren außerordentliche Fortschritte zu verzeichnen, bis dann das Druschverbot, das Transportverbot kam und infolge dieser Eingriffe natürlich wieder (C) eine außerordentliche Preissteigerung eintrat.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Also das Beispiel des Hafers ist keineswegs zugkräftig. Wir sind der Ansicht, daß die Brotgetreidebewirtschaftung, die Milch- und Fettversorgung in diesem Jahre noch aufrecht erhalten werden müssen, daß aber alles andere freizugeben ist. Was der Herr Minister dagegen angeführt hat, erscheint uns nicht beweiskräftig, und wir können uns deshalb nicht von dem Standpunkt entfernen, wie er in unserem Antrage zum Ausdruck gekommen ist.

Der Herr Minister hat anerkannt, daß die Hebung der Produktion das wichtigste ist. Wenn wir aber die **Hebung der Produktion in der Landwirtschaft** wünschen, dann müssen wir uns von allen kleinlichen Schikanen, von allen diesen kleinen bösen Mitteln, die die Stimmung vergiften, fernhalten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben auf diesem Gebiete doch noch mancherlei unerwünschte Erscheinungen. Wir haben auch vielfach Preise, die es ganz unmöglich machen, die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu heben. Wenn aus dem Freistaate Sachsen, aus Eibenstock, berichtet wird, daß dort der **Höchstpreis für Vollmilch** auf 42 Pfennig und für Magermilch auf 20 Pfennig festgesetzt wird, und zwar bei Leuten, die die Wiesen pachten müssen und die pro Ar Wiese 45 Mark, also pro Hektar 4500 Mark Pacht zahlen, ist es dann ein Wunder, wenn die Leute sich an diesen Höchstpreis nicht halten, wenn sie für die Vollmilch einen Preis von 1 Mark und für die Magermilch einen Preis von 50 Pfennig für das Liter verlangen? Die Folgen der Ablehnung der Lieferung zu den vorgeschriebenen Preisen sind dann Strafmandate, die natürlich eine außerordentliche Erbitterung hervorrufen. Die Behörden sagen ihnen: wir verkennen durchaus nicht die Lage der Ver- (D) hältnisse, wir begreifen, daß Sie mit derartigen Preisen bei diesen hohen Pachten der Wiesen nicht auskommen können, aber wir können Ihnen nicht helfen. Ist es ein Wunder, daß es zu den heutigen Mißständen gekommen ist, wenn in anderen Gegenden die Bevölkerung dadurch chikaniert wird, daß die kleinen Landwirte gezwungen werden, täglich über ihre Milchwirtschaft zwölf Rubriken lange Formulare auszufüllen?

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer die ländlichen Verhältnisse kennt, wird wissen, daß das nicht möglich ist, daß ein derartiges Verlangen böses Blut macht und daß daran alles scheitert.

Dann möchte ich auf die Übergriffe hinweisen, die sich vielfach die Kommissionen gestatten, die von Arbeiterräten ausgehen. Ich kann zum Beispiel auf den Kreis Duderstadt aufmerksam machen, wo die **Arbeiterräte** aufs Land herausgekommen sind und den **Bauern**, die ihre Ablieferungspflicht an Vieh erfüllt hatten, mit vorgehaltenen Waffen noch mehr Vieh abgenommen haben. Sie haben auch den Bauern, die im Juli mitten in der Ernte begriffen waren, Kartoffeln für die Stadt Duderstadt abgepreßt, obschon der Ort Duderstadt zur Hälfte eine ländliche Bevölkerung hat und zu erheblichem Teil seine Kartoffeln selbst produziert. Kann man sich da über die Mißstimmung und die Erregung in diesen Kreisen wundern, wenn in der Weise vorgegangen wird. Auch auf nationalem Gebiete sind die **Wirkungen behördlicher Schikane** gefährlich. Ich habe hier die Ausführungen eines Mannes, den ich als sehr sachlich und ruhig kenne, des Generalsekretärs Starck in Königsberg. Er schreibt von den masurischen Bauern:

> Zwar fühlen sie fraglos restlos sich als Deutsche und kennen keine Sehnsucht nach den verachteten Polen. Die oft schikanösen Eingriffe der Zwangs-

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) wirtschaft, ihre oft recht ungleichmäßige Behandlung des großen und kleinen Grundbesitzes bei der Erfassung der Lebensmittel und die Knappheit und Teuerung der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, sowie Hetzereien der Unabhängigen und Spartakisten haben bei manchen Landwirten eine geradezu verblendete Erbitterung erregt.

Also auch aus nationalen Gründen sollte man, damit wir die Gebiete behalten, die in der Abstimmung noch zweifelhaft sind — das wird für Oberschlesien ebenso gelten — von oben darauf drücken, daß solche Schikanen unter allen Umständen fallen gelassen werden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben in unserem Antrag, den ich als solchen in seine Einzelheiten zurückziehen möchte, da er ja veraltet ist, aber auch zum Ausdruck gebracht, daß wir die Preisgestaltung deshalb nicht für eine ausreichende ansehen, weil die **Verbrauchsgegenstände der Landwirtschaft** tatsächlich viel höher im Preise gestiegen sind.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich verweise auf die amtliche Denkschrift, die von der Reichsregierung selbst herausgegeben ist, in der sie feststellt, daß die Geschirre um 400 Prozent, die Säcke um 900 Prozent, die Ketten um 300 Prozent, Hufeisen um 270 Prozent, Maschinen um 300 Prozent, Schmiermittel um 960 Prozent, Saatgut um 100—500 Prozent, Sämereien um 300—400 Prozent gestiegen sind. Wenn nicht dementsprechende Preise für landwirtschaftliche Produkte gezahl werden, dann wird auch nicht dasjenige erzielt werden, woran wir ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse haben, daß die Landwirtschaft in die Lage kommt, solche Löhne zu zahlen, die notwendig sind, um der Industrie überlegen zu sein. Denn unsere volkswirtschaftliche Entwicklung muß doch heute dahin gehen, daß wir die Industrie entlasten, und daß wir sie von (B) solchen Arbeitskräften befreien, die noch irgendwelchen Zusammenhang mit der Landwirtschaft haben und in der Lage sind, sich landwirtschaftlich zu betätigen. Reine Industriearbeiter, reine Großstadtelemente, die Generationen hindurch in der Großstadt gesessen haben, werden wir nicht in der Landwirtschaft brauchen können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber solche, die noch irgendwelchen Zusammenhang haben, die vielleicht abgewandert sind, die sozusagen noch Landblut in sich haben, die hineinzuziehen und festzuhalten, ist wichtig, und das wird man nur bei ausreichender Rentabilität der Landwirtschaft erreichen können.

Ich möchte dem Herrn Minister, dem dieses Ressort jetzt auch untersteht, bitten, dafür zu sorgen, daß auch die **Belieferung mit künstlichen Düngemitteln** besser wird,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

daß da alles getan wird, was irgend in seiner Kraft steht. Ich habe hier ein Schreiben, das mir das Kalisyndikat zugesandt hat, vor mir liegen. Darin stellt das Kalisyndikat fest, daß es rückständig ist mit der Lieferung von 73 000 Waggons Chlorkalium und 100 000 Waggons Kainit,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

daß es für Chlorkalium jetzt eine Lieferungsfrist von 15 Monaten stellen muß. Der Grund hierfür ist in der Hauptsache der Waggonmangel. Wie soll da die Produktion gehoben werden? Der Herr Minister müßte die Möglichkeit haben, gegenüber solchen Zuständen doch das ganze Schwergewicht seiner Persönlichkeit und seines Ressorts in die Wagschale zu legen, um diese Zustände zu beseitigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Damit wird er auch eine Quelle der Unzufriedenheit innerhalb der Landwirtschaft verstopfen.

Ich habe zu Anfang meiner Ausführungen festgestellt, es könne keine Rede davon sein, daß etwa ein Ablieferungsstreik bei der Landwirtschaft eintreten könnte. Aber das (C) möchte ich doch sagen: starke und begründete **Mißstimmung** ist **auf dem Lande über die Zustände** und die Streiks **in der Industrie** vorhanden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Landwirte arbeiten 15 bis 16 Stunden den Tag, sie kennen noch nicht den achtstündigen Arbeitstag; denn nur der Acht- bis Elfstundentag ist für die Landarbeiter eingeführt. Aber die eigentliche kleinbäuerliche Bevölkerung hält sich nicht an diesen Achtstundentag.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Sie hält es noch mit der alten Sitte des fünfzehn, sechszehn, siebenzehnstündigen Arbeitstags und hat sich dabei stets wohl und zufrieden gefühlt, wenn sie nur Ruhe und Freiheit in ihrer Produktion hatte. Aber sie sagt sich jetzt: wir sollen unsere Arbeit leisten und abliefern und müssen immer wieder von diesen Streiks und diesen Lahmlegungen wirtschaftlich wichtiger Betriebe lesen, und dem wird nicht entgegengetreten; die Streikhetzer werden nicht an die Wand gestellt. Heute und gestern ist viel vom Hängen gesprochen worden. Meine Damen und Herren! Heute steht die Sache so, daß nicht nur etwa Fünfsechstel des deutschen Volks es nicht begreifen — auch in den Städten —, warum diese Kreise, die fortgesetzt streiken, und warum diejenigen Leute, die zu dem Streik immer antreiben, nicht ganz anders behandelt werden, als das heute der Fall ist. Wenn die Regierung da nicht mit schärferen Maßregeln vorgeht, dann allerdings kommt die Stunde, wo alle Bemühungen derjenigen, die ehrlich daran arbeiten, die Landwirtschaft zu Leistungen und zu Ablieferung zu mahmen, versagen, versagen müssen, weil sie einfach nicht gegen das gesunde Empfinden der Landbevölkerung ankönnen, die da sagt: es gibt doch nicht ein doppeltes Recht: für die einen, daß sie 15 bis 16 Stunden arbeiten und sich abrackern müssen, und für (D) die andern, daß sie in der Not des Vaterlandes, wo alles vor dem Zusammenbruche steht und wir uns im Elend befinden, streiken dürfen, während der Staat dagegen gar nichts oder nichts Ausreichendes tut. Nur wenn hier der Hebel angesetzt wird, wenn da die Stärke der Staatsgewalt in die Erscheinung tritt, daß alle zur Rechenschaft gezogen werden, die das Wirtschaftsleben lahm legen, dann wird auch die Produktionslust und Ablieferungslust in der Landwirtschaft eine derartige sein, wie wir das wünschen müssen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind der Ansicht, daß auch rechtzeitig für die **Kultivierung des Bodens** gesorgt werden muß, der unbenutzt daliegt und der sehr wohl kultiviert werden kann. Es ist nicht verständlich, warum nicht schon jetzt — ich rede nicht von alten, verheirateten Leuten, sondern von Jugendlichen, ich rede von den Unverheirateten in den Großstädten — warum diese nicht schon jetzt herausgezogen werden können, sofern sie arbeitslos sind, warum nicht an die Kultivierung der Öd- und Moorländereien herangegangen werden kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Heute liegen die Dinge nicht so, daß sich jeder die Arbeit aussuchen kann, die ihm paßt, sondern er muß zufrieden sein, wenn der Staat ihm die Möglichkeit der Arbeit gibt. Er ist verpflichtet, dem Staat diese Arbeit zu leisten.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist doch ein Jammer, wenn wir in der Zeit, in der wir uns heute befinden, feststellen müssen, daß große Betriebe der Landwirtschaft schon nicht in der Lage sind, den gesamten Boden zu bebauen, den sie haben, wenn ich auf Güter mit den allerersten Namen stoße, die in der Landwirtschaft Mustergüter waren, wie Beseler-Cunrau,

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) der einen Teil seines Grund und Bodens liegen lassen muß, weil ihm die Arbeitskräfte fehlen. Auch bei dem Gut von Schultz-Lupitz, das ebenso einen guten Namen hat, wenn es auch heute nicht mehr so bewirtschaft wird, haben wir dieselbe Erscheinung.

(Hört! hört!)

Und auf der anderen Seite Arbeitslose, vielfach Arbeitsscheue. Sollten wir nicht den heimischen Boden gerade in der Gegenwart benutzen, um wirklich etwas herauszuholen? Muß nicht auch energisch mit der praktischen Durchführung des Siedlungsgesetzes begonnen werden? Wenn das alles erreicht wird, wenn dafür ein großer Plan gemacht wird, wenn die **Arbeitslosenunterstützung** eingestellt und die Mittel für solche Zwecke verwendet werden, wenn die Landwirtschaft infolgedessen in den weitesten Kreisen erkennt, daß ein neuer Wind weht, daß der Ernst der Lage erkannt wird, daß die Regierung mit vollem Nachdruck und mit voller Schärfe auch gegenüber diesen Elementen ihre Schuldigkeit tut, dann, meine Damen und Herren, können Sie mit uns überzeugt sein, wird auch die Landwirtschaft nach wie vor alles tun, was in ihren Kräften steht, und wir werden aus dem Elend dieses Winters herauskommen und zu besseren Verhältnissen kommen, wie sie unser Vaterland verdient hat.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten. — Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Herr Dr. Semmler hat das Wort.

Dr. **Semmler,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man könnte der Ansicht sein, daß zwei Tage über **Zwangswirtschaft** zu sprechen etwas viel sei. Aber wir wollen im Auge behalten, daß diejenigen Gebiete, (B) auf die sich diese Besprechung bezieht, die wichtigsten unserer deutschen Volkswirtschaft sind. Wir stehen und fallen mit dem Ingangbringen der deutschen Landwirtschaft und derjenigen Industrie, zu der die Lederwirtschaft gehört, das heißt der Bekleidungsindustrie im weiteren Sinne. Die ganze deutsche Volkswirtschaft läßt sich ja in mehr wichtige und weniger wichtige Gebiete einteilen. Zu den bedeutendsten ist zweifellos die **Landwirtschaft** zu rechnen; darüber sind wir uns heute wohl von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einig. Aber was geschieht denn, um dieses wichtigste Gebiet der deutschen Landwirtschaft in Gang zu bringen? Wir alle erkennen, daß der Wiederaufbau von Deutschland über die Landwirtschaft gehen muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber es ist unglaublich — und das muß ich hier feststellen; diesen Vorwurf kann ich der Regierung, die nicht einmal anwesend ist, nicht ersparen —, daß sie der deutschen Landwirtschaft ein Interesse entgegenbringt, das jeder Beschreibung spottet.

(Sehr wahr! rechts. — Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Ernährungsminister sagte vorhin, daß die Produktion in der Lederwirtschaft gehoben werden muß. Das ist aber auch bei der Landwirtschaft der springende Punkt. Bringen Sie die **Produktion** in die Höhe, dann werden Sie nicht nötig haben, eine Zwangswirtschaft zu betreiben.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Landbund will ja gar nicht!)

— Die deutsche Landwirtschaft will schon, aber Sie wollen nicht arbeiten, daran liegt es.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das will ich Ihnen gleich beweisen. Geben Sie der deutschen Landwirtschaft alle diejenigen Lebensbedingungen, unter denen sie produzieren kann, dann wird sie produzieren. (C) Aber Sie hemmen sie an allen Ecken und Enden.

Es ist heute der künstliche Dünger erwähnt worden. Welche Hoffnungen haben wir in Weimar gehegt, daß mit der Erfindung des **künstlichen Ammoniaks** Deutschland in seiner selbständigen Ernährung gerettet werden kann! Deutschland kann vom Ausland auch sonst weitgehendst unabhängig werden, wenn wir diese Erfindung benutzen. Aber das bisherige Resultat der Herstellung von Ammoniak ist überaus traurig. Die Produktion in **Leuna bei Merseburg,** dem größten Stickstoffwerk in Deutschland und in der ganzen Welt, ist nicht so vorwärts gegangen, wie uns versprochen wurde. Die Arbeiter haben ihre Pflicht nicht getan, sie hätten viel mehr erzeugen können, wenn nicht die verschiedenen Mißstände vorgekommen wären, nicht nur in Leuna, sondern auch in den Fabriken, die die Rohmaterialien beziehungsweise die Maschinen lieferten, die für Leuna nötig sind. Ich brauche über diesen Punkt nicht weiter zu sprechen, er würde uns zuweit führen.

Was gehört weiter zur Hebung der Produktion in der Landwirtschaft? Doch in erster Linie das, daß ihr, daß den deutschen Landwirten alles das gegeben wird, was sie zunächst selbst einmal nötig haben, um für sich zu leben und zwar so, daß sie imstande sind, alles das hervorzubringen, was außerdem ihre Mitbürger im Deutschen Reiche ernähren soll.

Ich möchte beispielsweise einen Punkt herausgreifen. Es ist von seiten der deutschen Landwirte verschiedentlich gefordert worden, daß das **Deputat** restlos gegeben wird. Das ist aber nicht allein eine Forderung der Landwirte, sondern vor allen Dingen der Arbeiter, und dieser Forderung wird von der Regierung bisher nicht stattgegeben, wenigstens habe ich nicht gehört, daß dies der Fall sei.

Die deutsche Landwirtschaft wird aber auch insofern (D) nicht genügend in allen Betriebsnotwendigkeiten berücksichtigt, als sie in den **Regierungsstellen** nicht hinreichend durch wirkliche **Landwirte** vertreten ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Denken Sie daran, daß wir etwa 5 Millionen Betriebe in der deutschen Landwirtschaft haben, daß das deutsche Volk ungefähr noch zu einem Drittel in der Landwirtschaft beschäftigt ist. Aber sehen Sie sich die Vertreter in diesem Hause an. Wieviele Landwirte haben Sie unter Ihnen? Wie wenige kennen die Nöte der Landwirtschaft! Welches geringe Verständnis wird der Landwirtschaft entgegengebracht, vor allem auch in der Regierung selbst? Man glaubt eben, daß es auch ohne Sachkenntnis ginge. Das ist ja unser größtes Unglück. Hätten wir die richtigen Vertreter und das richtige Interesse für die Landwirtschaft, dann würden wir auch mehr produzieren, dann würden wir auch vorwärts kommen und brauchten die Zwangswirtschaft nicht.

(Sehr gut! rechts.)

Nun hat heute Herr Davidsohn gesagt, daß der kapitalistische Geist nicht für Sentimentalitäten zu haben sei. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: ist denn etwa der **sozialistische Geist** dafür zu haben? Ich glaube, die Erfahrungen, die wir in den letzten elf Monaten gemacht haben, beweisen uns doch, daß der sozialistische Geist wahrlich nicht derjenige ist, der sich mit Sentimentalitäten abgibt.

Dann sagte er weiter, man hätte dem deutschen Volke vor dem Krieg versprochen, daß die **deutsche Landwirtschaft** imstande sein würde, das deutsche Volk restlos zu ernähren. Nun, wer ist denn schuld daran, daß sie es nicht hat tun können? Das ist doch die verkehrte Politik derjenigen gewesen, die die **Produktion** nicht gefördert haben.

(Sehr richtig! rechts.)

(Dr. Semmler, Abgeordneter.)

(A) Wie oft haben wir darauf aufmerksam gemacht: helft uns in der Produktion, und wir werden euch alles schaffen. Aber man ist genau so wie dem deutschen Heer so auch der deutschen Landwirtschaft in den Rücken gefallen. Man hat sie verhindert, das zu erzeugen, was sie hätte erzeugen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Die Volksstimmung draußen im Lande ist eine ganze andere als Sie glauben, sie hier vertreten und zeigen zu können.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft marschiert draußen im Lande. Die Empörung, die außerhalb dieses Hauses herrscht, über die ich mich nicht weiter zu verbreiten brauche, ist groß. Die **Zustände in der Zwangswirtschaft** spotten überall jeder Beschreibung. Sie werden sehen, daß die Widerstände gegen die Aufhebung unter allen Umständen gebrochen werden.

Man wirft uns auf der äußersten Linken Widerstand in der Ablieferung usw. vor — und den Vorwurf werden wir wohl heute noch einmal zu hören bekommen — und man wird fordern, was geschehen sollte, um durch **Zwangsanbau** die Landwirtschaft zu zwingen, daß sie produziert. Es wurde aber hier heute schon betont, daß die Landwirtschaft ja restlos ihre Pflicht erfüllt hat und erfüllen wird. Sie denkt ja gar nicht daran, Mittel zu ergreifen und Wege zu beschreiten, die dem entgegenstehen. Aber Sie wollen, daß alles „erfaßt“ wird, wie Sie sich ausdrücken, daß alles das, was auf dem Lande produziert wird, auch wirklich restlos erfaßt wird. Nein, die deutsche Landwirtschaft hat ja wie jede Wirtschaft überhaupt die Aufgabe, mit den Produktionsmitteln — seien diese Grund und Boden, Gelände, Maschinen oder sonst irgend etwas anderes — durch Verwendung von Arbeit die Verbrauchsgüter in (B) höchster Quantität und bester Qualität zu erzeugen, und zwar mit dem geringsten Aufwand an Arbeit. Aber was tut denn die **Zwangswirtschaft** im Gegensatz zur freien Wirtschaft? Die **freie Wirtschaft** beschäftigt sich mit diesen drei Punkten: mit den Produktionsmitteln, mit dem Arbeitsaufwand und mit dem Endprodukt. Aber die Zwangswirtschaft kümmert sich nicht um die Produktionsmittel, nicht um die verwendete Arbeit, sondern sie will nur das Endprodukt haben, sie will nur die Verteilung besorgen. Darin liegt eben der springende Punkt. Sie, meine Herren auf der Linken, kümmern sich nicht um das Wohl und Wehe der **Produktionsmittel.** Es ist ihnen ganz gleichgültig, was draußen mit dem Grund und Boden geschieht, es ist Ihnen ebenso gleichgültig, ob der Landwirt ihn bestellen kann oder nicht. Sie mühen sich nicht um die Arbeiter, nicht um die Maschinen, nicht um den künstlichen Dünger, um gar nichts in dieser Beziehung. Der Städter, der Konsum will in diesem Falle nur das **Endprodukt** haben. Er will sich nicht um die anderen Sachen kümmern. Das ist eben derjenige Punkt, in dem wir auseinandergehen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wir haben den Anbauzwang in dem von Ihnen geforderten Sinne nicht gehabt und wollen ihn selbstverständlich nicht. Aber wer ist derjenige gewesen, der uns beim Anbau und der Produktion nicht geholfen hat? — Das sind Sie doch gewesen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wir kommen ja nachher noch darauf zu sprechen. — Also ich sage, Sie kümmern sich nicht darum, Sie kümmern sich nur um das Endprodukt. Nun will die äußerste Linke noch mehr erfassen; sie sagt, die Regierung sei zu schwach den Landwirten gegenüber, sie kümmere sich nicht genug um die restlose Erfassung. Ja, meine Damen und Herren, was verlangen Sie denn? Wollen Sie denn hinter jeden (C) Landwirt in dieser Beziehung einen Polizisten oder Gendarmen stellen? Auch auf diese Weise werden Sie nicht alles erhalten, wie Sie ja aus eigener Erfahrung wissen.

Dann weiter. Man will noch einen anderen Zwangsbetrieb einführen. Wenn der Landwirt nicht bestellt, will man ihn dazu zwingen. Ja, wie denken Sie sich das eigentlich? Wie wollen Sie es durchführen, daß Sie einen Betrieb oder einen ganzen Stand zwingen wollen, etwas zu tun, wovon er glaubt, daß es der Allgemeinheit schädlich und daß es unmöglich ist, es auszuführen? Also auch damit wird die äußerste Linke kein Glück haben.

Zwang zieht stets Zwang nach sich. Sie können doch unmöglich einen Vergleich ziehen und Sie können unmöglich Folgerungen daraus ziehen, wenn ein Teil der Zwangswirtschaft aufgehoben ist. Sie können diese Folgerungen unmöglich verallgemeinern. Es hat heute schon verschiedentlich Berücksichtigung gefunden, daß die Haferbewirtschaftung, daß die Eierbewirtschaftung, daß die Obstbewirtschaftung usw. aufgehoben sei und versagt habe, kurz und gut, daß Beispiele vorhanden wären, die eine Aufhebung der Zwangswirtschaft unmöglich machten. Nun, meine Damen und Herren, können Sie Folgerungen und Schlüsse nur dann ziehen, wenn Sie entweder **die ganze Zwangswirtschaft aufheben** oder aber die ganze Zwangswirtschaft weiter bestehen lassen. Man kann nicht einen Teil herausnehmen und daraus einen Schluß ziehen. Selbstverständlich steigen die Preise für diejenigen Produkte, die Sie aus der Zwangswirtschaft herausnehmen. Sie müssen dabei gleichzeitig immer im Auge behalten, daß augenblicklich noch nicht soviel produziert wird, daß wir uns restlos ernähren können, sondern wir müssen noch einführen. Der Preis für die freigegebenen Produkte wird sich in der Zukunft immer richten einmal nach dem Preise des rationierten Anteils, zweitens nach (D) den Preisen im Zwischenhandel und drittens nach den Preisen der eingeführten Ware. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diejenigen Preise, wie wir sie für die rationierten Nahrungsmittel haben, in Zukunft nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht beibehalten werden können.

Es wird damit gedroht: wenn die deutsche Landwirtschaft nicht abliefere, so würden die Arbeiter aus den Städten herauskommen und die Landwirte zur restlosen Hergabe zwingen. Ja, wenn Sie mit derartigen Unbotmäßigkeiten drohen, so fordern Sie ja direkt dazu auf, etwas zu tun, was Sie bei den Bauern verurteilen. Also auch damit werden Sie kein Glück haben.

Warum ist denn der Produzent gegen die Zwangswirtschaft? Der Gründe sind verschiedentliche. Erstens einmal die Preispolitik! Es herrscht keine Relation in den Preisen. Die ganze **Preispolitik der Regierung** ist bisher keine glückliche gewesen, sie hat mit ihren Preisfestsetzungen immer nachgehinkt. Wir haben ihr im Sommer gesagt, daß die Preise für das Getreide zu niedrig seien. Die Regierung ist unseren Ratschlägen nicht gefolgt. Was ist nun nachher eingetreten? — Die Regierung hat, durch die Verhältnisse gezwungen, die sogenannte Druschprämie auf 150 Mark erhöhen müssen. Wäre das früher geschehen, so wäre zweifellos schon im Herbst der Anbau für Brotgetreidearten gefördert worden, und es wäre allgemeine Zufriedenheit eingetreten.

Weiter ist der **Landwirt** auch deswegen **für die Aufhebung der Zwangswirtschaft,** weil ihm nicht die Wahl des Absatzgebietes erlaubt ist. Ferner kann er in seinem eigenen Wirtschaftsbetrieb keine Änderung vornehmen. Auch ist er darüber empört, daß die Nahrungsmittel, die er mit der größten Sorgfalt behütet hat, nach der Erfassung durch die Zwangswirtschaft nicht mehr so ver-

(Dr. **Semmler**, Abgeordneter.)

(A) waltet werden, wie sie verwaltet werden müßten. Ich will nur daran erinnern, wieviel Kartoffeln erfroren sind, wieviel Fleisch unbrauchbar geworden ist und wieviel Eier früher in Verderb geraten sind. Verkehrsmittel werden nicht zur rechten Zeit gestellt. Aus allen diesen beispielsweisen Gründen kann man es dem Landwirt nicht verargen, wenn er gegen die Zwangswirtschaft ist.

Sodann wird aber auch infolge der Bewirtschaftung des Mehls, des Korns, des Brotes zweifellos ein sehr viel schlechteres Brot geliefert als früher.

Nun kann man sich selbstverständlich nicht für eine sofortige restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft aussprechen, solange wir nicht genug produzieren und nicht genug eingeführt werden kann und vor allem keine anderen Ernährungsmaßregeln geschaffen sind. Daß die Regierung die Zwangswirtschaft nicht aufheben will, hat seine guten Gründe. Denn an dem Tage, wo die Zwangswirtschaft restlos aufgehoben würde, würden die **Preise für die Lebensmittel** steigen. Damit würde die Regierung Unzufriedenheit hervorrufen, und es würde ihr gerade aus denjenigen Kreisen, aus denen sie hervorgegangen ist, der Vorwurf gemacht werden, sie erfülle nicht das Versprechen, das sie gegeben habe. Die Regierung ist also in einer gewissen Zwangslage. Sie würde aus dieser Zwangslage herauskommen, wenn sie imstande wäre, in dieser Beziehung allen Teilen gerecht zu werden; und das geht doch nur auf folgendem Wege. Sie müssen die Produktion heben, Sie müssen für die wirtschaftlich Schwachen durch irgendwelche Maßregeln eintreten, Sie müssen die ganze bureaukratische Verwaltung der Zwangswirtschaft sofort aufheben, Sie müssen zu anderen Einrichtungen kommen, die gestatten, daß den minderbemittelten Kreisen Gerechtigkeit wird, und das kann geschehen durch eine gewisse Selbstverwaltung. Auch haben wir keine souveräne Regierung mehr, die Entente hat Interesse an der Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

(B) Ich brauche nicht weiter einzugehen auf die einzelne Bewirtschaftung des Getreides, der Kartoffeln, der Milch usw. Aber wir müssen das eine im Auge behalten: jeder muß erkennen, daß die **Zwangswirtschaft heute schon** mehr oder weniger auf allen Gebieten **zusammengebrochen** ist;

(sehr richtig! rechts)

denn wir mögen hinsehen, wohin wir wollen, es ist ausgeschlossen, daß das, was dem einzelnen geliefert wird, womit er rationiert ist, zu seiner Ernährung ausreicht. Dasselbe nehmen Sie wahr, wenn Sie einen Blick auf die **Fleischbewirtschaftung** werfen. Im „Berliner Tageblatt“, das für Sie (nach links) in dieser Beziehung maßgebend sein wird, wird angegeben, daß in Berlin in den vergangenen Wochen Hunderttausende von Kilogramm Fleisch gefehlt haben.

Meine Damen und Herren! In der **Kartoffelbewirtschaftung** werden Sie ähnliche Verhältnisse im Winter bekommen. Sie haben augenblicklich alle Hände voll zu tun und alle Not, die Lieferungen heranzubekommen. Ich brauche nicht noch einmal darauf einzugehen, daß die Bahnen unnütz belastet werden mit den sogenannten Hamsterfahrten. Sie können heute jeden Tag sehen, wie das Publikum aus den Städten aufs Land fährt und sich Kartoffeln holt. Aber diese Kartoffeln werden Ihnen wohl nachher im Winter fehlen. Der Landwirt wird nachher nicht mehr imstande sein, das abzuliefern, wovon die Regierung geglaubt hat, daß es abgeliefert werden könnte.

Ebenso ist es mit der **Milch.** Die Landwirte sind nicht daran schuld, daß die Milch nicht abgegeben wird. Daran sind die Verhältnisse schuld, die durch die Zwangswirtschaft eingetreten sind. Wenn Sie den Landwirten die konzentrierten Futtermittel liefern, die früher die Landwirtschaft bekommen hat, wenn die Regierung dafür sorgt, daß sie aus dem Ausland eingeführt werden, also

(C) gewissermaßen daß Rohstoffe eingeführt werden, dann wird auch die Landwirtschaft in der Lage sein, mehr Milch zu liefern. Also der böse Wille des Landwirts liegt in diesem Falle nicht vor.

Weiter wird in der Fleischbewirtschaftung der große Fehler gemacht, daß auch hier die Produktion nicht genügend berücksichtigt wird. Man gibt dem Landwirt nicht die Gelegenheit, einen Zweig in der Viehwirtschaft zu pflegen, der für uns der wichtigste ist, das ist augenblicklich das Heranziehen neuer Schweinebestände.

(Sehr richtig! rechts.)

Die ganze Fettfrage ist eine Frage, die auf der Milchvieh- und **Schweinehaltung** basiert. Schaffen Sie genügend Milch durch Einfuhr von konzentrierten Futtermitteln, und schaffen Sie Mittel und Wege, wie der Landwirt die Schweinezucht heben kann, dann werden Sie auch mehr Fleisch, Milch, Fett und Butter bekommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Geben Sie das Hinterkorn frei, geben Sie von der Gerste mehr frei als bisher, dann wird auch die Landwirtschaft in der Lage sein, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ebenso steht es mit der **Freigabe des Deputats.** Wenn Sie dafür sorgen, daß der kleine Mann auf dem Lande, in dessen Händen ja besonders die Schweinezucht liegt, in der Lage ist, durch die Gewährung des Deputats sich ein Schwein zu ziehen und ein zweites zur Abgabe an die Städte, dann werden Sie aus aller dieser Not herauskommen. Es ist eine Kleinigkeit für die deutsche Landwirtschaft, den Bestand an Schweinen, der augenblicklich vielleicht nur 8 Millionen beträgt, auf die alte Höhe von 25 Millionen zu bringen, und dann werden wir von allen diesen Nöten befreit sein. Aus der Wirklichkeit erkennen Sie aber, daß es der Regierung auch in dieser Beziehung an dem ernsten Willen fehlt, oder daß sie es nicht versteht, ihren Willen durchzusetzen.

(D) Jedoch wird die Produktion nicht nur durch diese Sachlage gehemmt, sondern auch dadurch, daß die **Arbeiter auf dem Lande** zum Teil durch Maßregeln, die in den Städten getroffen werden, direkt **aufgehetzt** werden. Ich will nicht daran erinnern, wie es in Pommern vorgekommen ist, daß den Arbeitern gesagt wurde, die Tarifverträge würden nicht gehalten; es sind dies niederträchtige Lügen. Ich will auch nicht daran erinnern, daß die Maßnahmen des preußischen Landwirtschaftsministers, der ja doch in Deutschland die Interessen der Landwirtschaft am besten vertreten sollte, direkt verheerend auf die Landwirtschaft gewirkt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Landwirtschaft will sich nicht immer als Stiefkind behandelt sehen, sie will nicht in ihrer Produktion gehindert werden; sie will nicht sehen, daß man alles gegen sie tut, anstatt alles für sie zu tun.

Die **Sozialdemokratie** hat mit ihrem Verhalten gegenüber der Landwirtschaft, gegenüber den erwerbenden Ständen, gegenüber den kapitalistischen Kreisen bewiesen, daß sie in keiner Weise sozial denkt. Sie hat gezeigt, daß sie in Wirklichkeit nur eine **Klassenherrschaft** aufrichten will, und zwar nur eine Klassenherrschaft für ihre eigenen Kreise. Dabei denkt sie auch nicht demokratisch. Mit dem Wort „demokratisch“ wird ja in letzter Zeit geradezu grober Unfug getrieben.

(Zustimmung rechts.)

Sie behaupten immer, daß sie allein die Demokratie gepachtet hätten, und denken nicht daran, daß ein monarchisch regierter Staat die besten demokratischen Einrichtungen haben kann. Sie sind also weder sozial noch demokratisch, sondern sie sind in ihrem ganzen Verhalten eben Sozialdemokratie, die die reine Klassenherrschaft will. Wenn wir also das eine immer im Auge behalten, daß wir große Parteien im Deutschen Reich haben, die gar kein

(Dr. **Semmler**, Abgeordneter.)

(A) Interesse für die Landwirtschaft beweisen, insofern als sie nicht an die Produktionsmittel und an die verwendete Arbeit denken und insofern für sie nur die Erzeugung selbst in Betracht kommt und sie immer an das Endprodukt denken, so lange wird es auch in Deutschland mit der Erzeugung und Produktion selbst nicht besser werden. Die Schuld an dem etwaigen zukünftigen Tiefstand der Landwirtschaft liegt also nur an der Linken, wenn sie keine Änderung der bestehenden Verhältnisse eintreten läßt.

(Sehr richtig! rechts.)

Alles, was man sonst an schlimmen Folgen bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft befürchtet — es wird gesagt, daß wir die Zwangswirtschaft unmöglich mildern können, weil wir dann zu hohe Preise bekommen und alsdann Arbeiterunruhen eintreten würden —, ist hinfällig unter der Bedingung, daß Sie dafür sorgen, daß Ruhe und Ordnung herrscht und daß die Landwirtschaft unterstützt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie werden aber die landwirtschaftliche Produktion nicht steigern, wenn Sie in der bisherigen Weise weiter gegen die Landwirtschaft verfahren. Es müssen Verhältnisse geschaffen werden, die uns über diese Gefahren hinwegbringen. Deshalb müssen wir in Deutschland eine Regierung haben, die schließlich nicht nur an einen Teil der Bevölkerung denkt, die letzten Endes nicht nur sozialistisch denkt und handelt, sondern wahrhaft sozial wirkt.

Es sei hier an Herrn Scheidemann erinnert, der vor einem halben Jahre betonte, daß wir an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft gar nicht denken können; denn die **Zwangswirtschaft** solle ja nur ein Mittel dazu sein, schließlich die **Sozialisierung** durchzusetzen. Genau also, wie die Betriebsräte zur Einführung der Sozialisierung mitwirken sollen, so soll die Zwangswirtschaft die Einführung der Sozialisierung vorbereiten. Das ist wiederum (B) ein entscheidender Punkt. Wenn wir die Zwangswirtschaft beibehalten, werden wir allmählich in die Sozialisierung hineingedrängt; denn die Sozialisierung der Betriebe ist eine Art Zwangswirtschaft. Sie ist eine solche, die nachher über die Endprodukte hinausgeht und sich weiter auf die Produktionsmittel und auch auf die für die Produktionsmittel verwendete Arbeit erstreckt.

Wir verlangen also, daß die Regierung zunächst Mittel und Wege findet, um die **Produktion** zu **erhöhen.** Aus diesem Grunde fordern wir, daß der deutschen Landwirtschaft das gegeben wird, was ihr gehört, sei es an Produktionsmitteln, sei es an der aufzuwendenden Arbeit. Daher ist es auch notwendig, daß der deutschen Landwirtschaft von dem, was sie selbst erzeugt, das gegeben wird, was sie gebraucht. Meine Herren, wenn Sie die Betriebe in dieser Weise unterstützen, werden Sie daraus die besten Erfolge erzielen.

Wieweit die Regierung in den einzelnen Produkten vorgehen will, ob sie das Getreide, die Milch, den Zucker usw. freigeben will, das wird davon abhängen, welche Mittel sie wählt, um die deutsche Landwirtschaft bei ihrer Erzeugung zu unterstützen. Wir stehen jedenfalls auf dem Standpunkt, daß, wie die Dinge heute liegen, die Zwangswirtschaft besser restlos aufgelöst als beibehalten wird, denn so geht es unmöglich weiter. Auf dem von Ihnen eingeschlagenen Wege bringen Sie die deutsche Landwirtschaft in ihrer Produktion nur fortwährend zurück. Indem Sie ihr nicht die notwendigen Preise bezahlen, müssen die Verhältnisse immer noch schlimmer werden. Denken Sie nur daran, daß heute schon auf vielen Gütern, die früher intensiv gewirtschaftet haben, extensiv gewirtschaftet wird, und denken Sie auch daran, daß unter solchen Umständen die Viehhaltung vollständig zurückgehen muß. Schieben Sie nicht etwa später die Schuld auf die Landwirtschaft, wenn sie nicht in der Lage ist, zu (C) produzieren. Wie Sie ihr während des Krieges die Schuld gaben, daß sie nicht genug hervorgebracht hat, so wollen Sie auch jetzt die Schuld auf uns abwälzen. Dem aber wollen wir vorbeugen. Sie werden allein die Schuld tragen!

Ich muß mich auch darüber wundern, daß die Herren von der Demokratischen Volkspartei heute im Ausschuß gegen meinen Antrag, und zwar gegen die Aufhebung der **Zwangswirtschaft in Zucker** für die nächste Kampagne gestimmt haben. Gerade der Zucker, dieses so überaus wichtige Nahrungsmittel, ist ein Beispiel dafür, daß die Zwangswirtschaft im nächsten Jahre sehr wohl hätte aufgehoben werden können. Was wäre denn im schlimmsten Falle bei steigenden Preisen eingetreten? Wir hätten die Produktion erhöht! Hätten wir aber die Produktion durch vermehrten Anbau von Zuckerrüben steigern können, so wäre uns allen geholfen. Wir würden nicht nur mehr Zucker haben, sondern auch mehr Futter für unser Vieh, und das letztere bedeutet wieder, daß wir auch mehr Milch würden erzeugen können. Dadurch, daß dieser Antrag gefallen ist, haben wir uns zweifellos in der Produktion des Zuckers für das nächste Jahr selbst festgelegt und sehen traurigen Zeiten entgegen. Ich bemerke hiervon ferner im voraus, daß die Zuckererzeugung im nächsten Jahre unter diesen Verhältnissen noch weiter zurückgehen wird. Früher haben wir 50 Millionen Zentner Zucker jährlich gewonnen, in diesem Jahre werden es 20 Millionen Zentner werden, und wenn Sie bei der Zwangswirtschaft verbleiben, werden wir im nächsten Jahre noch weniger erzielen. Gerade die Zuckerwirtschaft ist ein typisches Beispiel, das uns mahnt, alles in der Zwangswirtschaft abzubauen, was nur irgend geht.

Aber nicht nur die Landwirte als Produzenten, sondern **auch die Konsumenten** sind weitgehend **für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.** Selbst in Berlin, be- (D) sonders aber in andern großen Städten, in Breslau, in Magdeburg und überall sonst werden Sie, wenn Sie als Anhänger der Zwangswirtschaft in die Versammlungen gehen, eines Besseren belehrt werden. Einstimmig und restlos ist man für ihre Beseitigung, weil man einsieht, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht. An dem Beispiel des Zuckers, das ich Ihnen vorgeführt habe, ist Ihnen gezeigt worden, wie bei dem jetzigen Verfahren die Produktion allmählich weiter zurückgehen muß. Dieselbe Erscheinung wird sich schließlich, wie sie bei Zucker, Fleisch und bei der Milch schon heute hervortritt, auch bei unserem wichtigsten Nahrungsmittel, beim Brot, also beim Getreide zeigen Auch der Anbau des letzteren wird allmählich zurückgehen.

Zwei verschiedene Anschauungen in der vorliegenden Frage stehen sich heute in Deutschland gegenüber. Ich kann aber wohl sagen, nur ein Achtel der Bevölkerung ist für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft, während nach meiner Überzeugung sieben Achtel für ihre Aufhebung, soweit sie irgend durchführbar ist, eintreten.

(Sehr richtig! rechts. Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Sie können heute die wirtschaftlich Schwachen dadurch unterstützen, daß Sie Einrichtungen schaffen, durch die ihre Lage gebessert wird. Sie brauchen gar keine bureaukratische Zwangswirtschaft, es gibt Mittel und Wege genug in anderer Hinsicht, und es ist Pflicht der Regierung, dieselben zu benutzen. Wenn Sie die 3 Milliarden und jetzt die $1^1/_2$ Milliarden herannehmen und dafür verwenden, die Zwangswirtschaft allmählich aufzuheben, so werden Sie dasselbe Resultat erzielen, das Sie im Augenblick erreichen, ja im Gegenteil, die Erfolge werden noch größer sein.

Wenn aber wirklich dem so ist, daß Sie durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft aus der schwierigen

(Dr. **Semmler**, Abgeordneter.)

(A) Wirtschaftslage herauskommen können, dann muß man sich eigentlich wundern, warum es nicht geschieht. Ich habe Ihnen vorhin den Grund angegeben: weil die äußerste Linke alles, was sie sagt und tut, nur darauf einstellt, daß der Verbraucher Nahrungsmittel so billig wie möglich bekommt. Aber, meine Herren, ist damit dem Verbraucher selbst gedient? In keiner Weise, sondern Sie erreichen damit gerade das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Das, was der Herr Abgeordnete Davidsohn vorhin betonte, der ja im wesentlichen für die Arbeiter- und Verbraucherkreise gesprochen hat, beweist eigentlich das Gegenteil davon. Wenn er ein wahrer Freund der Arbeiter sein will, dann muß er mit dafür sorgen, daß die Arbeiter auch soviel wie möglich bekommen, das heißt, daß die **Produktion im Inlande erhöht** wird. Das ist die Hauptsache, denn aus dem Auslande können wir nichts erhalten. Das ist immer wieder das Alpha und Omega, um das sich alles dreht. Wenn Sie aber die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzen, mehr produzieren zu können, so werden Sie damit auch das Gewerbe, das Handwerk, die Industrie usw. in die Lage versetzen, mehr hervorzubringen. Sie können das deutsche Reich wieder auf eigene Füße stellen, wenn Sie z. B. dafür sorgen, daß wir das schwefelsaure Ammoniak in unbegrenzten Mengen selbst erzeugen und die Phosphorsäure als Rohphosphate und überhaupt alle Rohstoffe, die wir brauchen, aus dem Auslande einführen, wenn Sie dafür sorgen, daß der Arbeiter Kali genug produziert, wenn Sie ferner dafür Sorge tragen, daß konzentrierte Futtermittel eingeführt werden, damit wir unser Vieh besser ernähren können, und wenn Sie ferner alles das der Landwirtschaft von ihren eigenen Produkten freigeben, was sie in den Stand setzt, z. B. mehr Schweine heranzuziehen und mehr Milch zu produzieren, dann werden wir auch wieder mehr und besseren natürlichen Dünger schaffen.

(B) Dann wird sich auch die Gesundheit der Bevölkerung durch Mehrlieferung von Milch und Fett wieder heben, die nur durch Verwendung obiger Rohstoffe in größerem Maße erzeugt werden können, die wir teils im eigenen Lande haben, teils aus dem Auslande beziehen können.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie in dieser Weise die deutsche Volkswirtschaft aufziehen, wenn Sie dafür sorgen, daß die Rohstoffe des Inlandes restlos herangezogen werden und ebenso restlos die Rohstoffe des Auslandes, die wir brauchen, dann werden Sie auch die deutsche Volkswirtschaft wieder in einen Zustand versetzen, der uns über alle Nöte hinweghilft.

(Sehr richtig! rechts.)

Arbeit ist und bleibt gleichzeitig nun einmal die Hauptsache, und Deutschland kann nur gesunden, wenn die deutsche Volkswirtschaft in die Bahnen hineingelenkt wird, wie ich Sie geschildert habe.

Ich komme zum Schluß. Sorgen Sie dafür, Herr Ernährnngsminister, daß genügend produziert wird, daß die Produktion so gefördert wird, daß wir mehr haben, als wir jetzt erzeugen. Unterstützen Sie die deutsche Landwirtschaft in jeder Weise, sorgen Sie dafür, daß Streiks aufhören und daß Arbeiterunruhen künftig nicht wieder auf dem Lande hervorgerufen werden von einer Seite, von der man es nicht erwarten sollte. Dann werden wir in Zukunft bessere Verhältnisse haben, als wir sie jetzt haben. Wir brauchen alsdann die Zwangswirtschaft nicht, deren allmähliche restlose Aufhebung wir fordern. Für die Ernährung der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung muß der Staat schließlich in irgend einer Weise sorgen. Das kann er einfach dadurch, daß er ein anderes System einführt als das bureaukratische und daß er dieses System, beruhend auf Selbstverwaltung, möglichst bald einführt. Weg vom Zwange, zurück zur freien Wirtschaft!

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Semmler klangen ja weit zahmer, will ich sagen, als wir sie sonst von jener Seite in den letzten Wochen und Monaten aus Ihrer Presse gewohnt sind. Aber hinter diesen hier so liebenswürdig und ruhig geäußerten Ausführungen über die **Aufhebung der Zwangswirtschaft** versteckte sich in Wirklichkeit mehr als nur ein Petitum, eine ergebene Bitte an die Nationalversammlung oder an die Regierung. Sie fühlen ganz genau, daß Sie kraft der Mißpolitik der Regierung in die Lage gekommen sind, mit Macht und Gewalt das durchzusetzen, was Ihnen nötig erscheint und was Sie als zweckmäßig bezeichnen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geehrte Versammlung! Wir haben gar keine Zwangswirtschaft.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Was Sie Zwangswirtschaft nennen, ist in Wirklichkeit nur Zwangslieferung und Höchstpreise. Mehr haben wir nicht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zwangswirtschaft hieße, daß eben das Land so angebaut werden muß, daß es nicht den Interessen des einzelnen Besitzers dient, sondern den Interessen der Allgemeinheit. Zwangswirtschaft im allgemeinen Interesse auszuüben, hat die Regierung nicht gewagt. Und da sich vorhin der Kollege Semmler rühmte, daß gerade er und seine Freunde für die Steigerung des Anbaues eintreten, daß gerade seine Richtung bestrebt sei, dafür zu sorgen, daß auch restlos alles bebaut würde, was in Deutschland zu bebauen vorhanden ist, so mache ich darauf aufmerksam, daß gerade Sie zu der Zeit, als ich im Reichsernährungs- (D) amt tätig war, die Verordnung über den **Anbauzwang von Ackerwirtschaften** dahin abänderten, daß es dem Belieben des Besitzers überlassen sein müsse,

(hört! hört!) bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ob er weiter den Acker in unwirtschaftlicher Weise unbestellt lasse oder nicht, während in die Verordnung aufgenommen war, daß derjenige, der „die Bestellung in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Wirtschaftsjahr die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß der Acker einen unverhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird" — diesen Satz haben Sie gestrichen und damit haben Sie dem Belieben des Besitzers, das heißt dem Profitinteresse des Besitzers freien Spielraum gelassen, ob er intensiv oder extensiv arbeiten will. Gerade von Ihrer Seite, vom Deutschen Landbund, ist in der letzten Zeit die Drohung erfolgt, daß, wenn die Zwangslieferung nicht aufgehoben werde, Sie dann nicht intensiv, sondern extensiv wirtschaften werden,

(hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

das heißt, daß Sie keine Sorgfalt darauf legen werden, daß intensiv gearbeitet, sondern mit möglichst geringen Unkosten darauf losgewirtschaftet wird, nur um Ihre Rente einzubringen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Wie gesagt, das ist der springende Punkt bei unseren ganzen Auseinandersetzungen. Das System, das unter dem Kriege dringend notwendig war, daß aus Mangel an Nahrungsmitteln wenigstens die Verteilung in die Hand des Staats genommen und geregelt und die Verteilung nicht dem freien Markte überlassen wurde, — dieses System war nicht allein während des Krieges notwendig, sondern ist auch heute noch erforderlich. Wohin es führt,

(**Wurm,** Abgeordneter.)

(A) wenn der Verteilungs- und Lieferungszwang aufgehoben wird, haben wir bei Leder und Hafer zur Genüge gesehen. Nein, der Verteilungs- und Lieferungszwang muß selbstverständlich bleiben. Aber was hinzukommen muß, wenn wir nicht zusammenbrechen wollen, ist die **Hebung der landwirtschaftlichen Produktion,** und die kann nur erfolgen, wenn der Anbau nicht dem Profitinteresse des einzelnen überlassen wird, sondern wenn die Gesamtheit, der Staat diesen Produktionszweig in die Hand nimmt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe rechts.)

Bei dem Latifundien- und Fideikommißbesitz kann es von heute auf morgen geschehen, ohne daß große Umänderungen notwendig sind.

(Zuruf rechts: Wenn nur Herr Wurm arbeiten wollte!)

— Ich habe diesen geistvollen Zwischenruf nicht ganz verstanden; ich verstehe nicht, wieso meine Arbeit dabei gerade notwendig wäre. —

(Erneute Zurufe aus dem Zentrum und rechts.)

— Ich bin gern bereit, meine Arbeit dabei zur Verfügung zu stellen; aber gerade dort, wo ich versucht habe, das durchzuführen, waren gerade Sie es und Ihre Freunde, die mich gehindert haben, diesen **Produktionszwang** auch nur im geringsten Maße einzuführen. — Ohne den Produktionszwang kommen wir nicht vorwärts, ohne ihn ist es nicht möglich, daß wir genesen. Tatsache ist — und darin stimme ich mit den Herren von der Rechten überein, die das in ihrem eigenen Interesse immer wieder hervorheben —, daß wir zunächst die landwirtschaftliche Produktion im Inlande heben müssen. Sonst können wir in Deutschland nicht weiter bestehen. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande ist das A und O unserer ganzen zukünftigen Politik.

(Zurufe rechts und aus dem Zentrum: Arbeiten!)

Das Arbeiten ist notwendig, nicht nur für diejenigen, die (B) Sie als Lohnarbeiter bisher beschäftigt haben, sondern arbeiten ist auch notwendig für diejenigen, die im Besitze des Grund und Bodens sind,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und zwar in einer Weise, bei der nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern die Interessen der Gesamtheit gewahrt werden. Da aber die Sonderinteressen des einzelnen in der kapitalistischen Wirtschaftsweise sich niemals mit den Interessen der Gesamtheit decken, deswegen ist es notwendig, daß die Gesamtheit die Produktion in die Hand nimmt und den **Wirtschaftszwang** einführt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Andauernde Zwischenrufe rechts und im Zentrum.)

Die Einführung dieses Wirtschaftszwanges ist aber nur dann möglich, wenn dabei nicht etwa ein Zwang im alten Polizeistaatssinne ausgeübt wird. Das ist ja das charakteristische, daß Sie (nach rechts), die Herren des alten Regimes, sich einen Zwang nur vorstellen können mit Bomben und Granaten und Knütteln und Maschinengewehren.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zum Ziele kann nur ein Zwang führen, der aus sich heraus durch die Organisation entspringt, indem der einzelne verhindert wird, zum Schaden der Gesamtheit zu arbeiten, sodaß dies dem einzelnen gar nicht möglich wird, eben weil die **Organisation der Arbeit** ihm keine Möglichkeit dazu gibt.

(Andauernde Zwischenrufe aus dem Zentrum und rechts.)

— Davon haben Sie ja noch gar keine Ahnung, das ist in Ihr egoistisches Denken noch gar nicht hereingekommen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Wiederholte Zurufe vom Zentrum und rechts.)

— Regen Sie sich nicht auf, Herr Kollege, es könnte (C) Ihnen schaden!

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Ihnen!)

Das ist eben der Geist der neuen Zeit, der dahin wirkt, daß wir eine Organisation bekommen, eine Organisation der Arbeit, in der die Interessen der Gesamtheit gewahrt sind, ohne daß es notwendig ist, einen äußeren Zwang auszuüben, lediglich durch die innere Notwendigkeit der Organisation selbst.

Ein Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele, ein Schritt des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialen Wirtschaftsordnung ist das **Genossenschaftswesen.** Dort, wo Produktionsgenossenschaften und Landwirte mit den Bedarfsverbänden, mit den Gemeinden zusammenarbeiten, ließe sich ein Zusammenwirken als Übergang denken, wenn nicht immer und immer wieder der nackte Egoismus, die brutale Profitsucht der Bodenbesitzer dahin triebe, auch den größten Verbrauchergemeinden ihre Bedingungen zu diktieren. Haben wir es doch dieser Tage erlebt, daß der **„Brandenburgische Landbund"** sich erdreistete, der Stadt Berlin zu erklären: wenn ihr weiter in euren Sitzungen über die **Kommunalisierung der Milchversorgung** verhandelt und etwa den Milchvertrieb kommunalisieren wollt, dann liefern wir euch keine Milch mehr.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann können also die Kinder und Kranken umkommen! Das ist den Herren ganz gleichgültig! Die Hauptsache ist, daß sie sich als die Herren fühlen, und wir sollen uns ducken.

(Zuruf: Sie denken nicht daran!)

— Die Herren denken sehr wohl daran; denn sie haben diese Drohung ganz deutlich ausgesprochen. Wenn sie jetzt in der letzten Zeit zu Verhandlungen geneigter waren, so deswegen, weil sie wohl infolge der guten Fühlung, die (D) sie mit manchen Regierungsstellen haben, erfuhren, daß die Antwort kommen wird, die ich heute auf meine Anfrage in bezug auf das **Kommunalisierungsgesetz** bekommen habe. Die Herren wußten wohl schon, daß die Gemeinden noch auf längere Zeit hinaus verhindert werden und vielleicht, falls diese Art von Gesetzgebern weiter an der Macht bleibt, auf immer verhindert werden sollen, zu kommunalisieren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Antwort, die ich heute bekommen habe, bedeutet eben nichts anderes, als daß man versucht, das Kommunalisierungsgesetz auf die lange, lange Bank zu schieben.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der zweite Teil der Antwort, daß man den Entwurf der Sozialisierungskommission erst umgestalten müßte, bedeutet doch nur, wie ja jeder weiß, der sich mit den Dingen beschäftigt, daß man gerade die Kommunalisierung der Lebensmittelverteilung den Gemeinden nicht lassen will, sondern dem freien Handel weiter als Profitgeschäft überlassen will. Die Herren haben sich offenbar überlegt, daß ihre Drohung nicht notwendig ist, weil diese angeblich sozialistische Regierung ihnen zu Hilfe kommt und dafür sorgt, daß die Bäume der Kommunalisierung nicht in den Himmel wachsen! Wo der Grundbesitz die Macht hat, den Interessen der Konsumenten entgegenzutreten, da macht er von ihr rücksichtslosen Gebrauch, und es ehrt den Herrn Kollegen Diez sehr, wenn er glaubt, mit einem Appell an die Moral und an die Menschenliebe bei den Landwirten etwas zu erreichen. Das macht seinem guten Herzen Ehre; aber in Wirklichkeit gibt es dafür nicht das geringste; wenn das Geld im Kasten klingt, dann vielleicht eher. Mit einem Appell an die Menschenliebe und an die Moral werden Sie niemals etwas erreichen! Das haben die Herren alle, die im agrarischen

(**Wurm**, Abgeordneter.)

(A) Interesse gesprochen haben, deutlich genug zum Ausdruck gebracht: Preiserhöhung, unbeschränktes Recht der Bewirtschaftung, unbeschränkter freier Markt, das heißt unter den heutigen Verhältnissen: maßlose Preissteigerung. Das allein ist es, was sie wollen; das allein erklären sie als die Möglichkeit, vorwärts zu kommen, und dagegen helfen auch nicht die Mittel, die aus demselben Boden des Polizeigeistes entspringen, wie sie verschiedene Herren Redner uns hier vorgeschlagen haben.

Man kann nicht mit Zwang gegen diese Mißstände und diesen Mißbrauch vorgehen. Das zeigt doch der **Schleichhandel.** Der Herr Minister Braun hat im Preußischen Landtag davon gesprochen, daß man die Schleichhändler mit Gefängnis bestrafen müsse. Der Herr Abgeordnete Dr. Hugo sprach hier sogar davon, daß man sie aufhängen solle; der Herr Abgeordnete Hermann von der Deutschen Volkspartei meinte, Zwangsarbeit wäre das richtige Mittel gegen Schleichhändler. Ach, meine Herren, das nützt alles nichts! Studieren Sie die Geschichte! Solche Zustände, wie wir sie heute erleben, sind nicht neu. Nach der großen französischen Revolution von 1789 machten sich in Frankreich dieselben Zustände breit; auch damals haben die Landwirte die Städter verhungern lassen, auch damals hat der Schleichhandel geblüht. Und damals gab es die Guillotine, und der Schleichhändler, sowohl der Bauer wie der städtische Zwischenhändler, wurde geköpft; aber es hat doch nichts geholfen; denn da kam die Korruption, die Bestechung! Es ist eben ein alter Erfahrungsgrundsatz: weder mit Predigen noch mit Prügeln wird die Welt kuriert, sondern dadurch, daß sie auf eine gesunde Grundlage der Organisation der Arbeit gestellt wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deswegen verwerfen wir alle Zwangsmittel und sagen: das alles hat keinen Sinn, es bringt uns keinen Schritt (B) weiter. Vielmehr müssen die Interessen der Bevölkerung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung dadurch gewahrt werden, daß die Erzeugung der Lebensmittel im Interesse der Gesamtheit betrieben wird und nicht einer bevorrechtigten Klasse von Grundbesitzern überlassen bleibt. Diese Übernahme der landwirtschaftlichen Produktion, diese **Sozialisierung der Landwirtschaft** ist das alleinige Mittel, das Deutschland und die Welt vor den maßlosen und immer maßloser werdenden Ansprüchen der Grundbesitzer retten kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf der **Parteikonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands** im März dieses Jahres haben wir **Richtlinien** aufgestellt, in denen wir das bereits deutlich zum Ausdruck brachten:

> Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel sowie durch Förderung der Genossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Grundbesitz und große Forsten sind in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

Das ist der einzige Weg, auf dem wir vorwärts und aus der Not herauskommen können; denn ohne eine bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität verhungert Deutschland. Wir sind noch auf Jahre hinaus nicht in der Lage, so zu exportieren, wie wir vor dem Kriege exportiert haben. Wir sind nicht in der Lage, vom Auslande her Nahrungsmittel und auch andere Stoffe zu beziehen, wenn wir nicht im Inlande lebensfähiger werden, als wir es jetzt sind; und das kann nur durch eine **Steigerung der Produktion** geschehen, namentlich durch eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Die aber ist nicht möglich beim privaten Grundbesitz, die ist nicht möglich, solange es der Willkür überlassen bleibt, ob nur extensiv gewirtschaftet wird, (C) sondern sie ist nur möglich, wenn auf sozialistischer Grundlage produziert wird, wenn wir eine Sozialisierung der Landwirtschaft bekommen. Und da ist zunächst der Großgrundbesitz heranzuziehen, und es ist ein Versäumnis, daß das nicht bisher schon geschehen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hätte schon längst auf diesem Wege vorwärts geschritten werden können!

Dann wird auch die **Arbeiterfrage in der Landwirtschaft** gelöst sein. Denn woran liegt es denn, daß die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft Ihnen so viel Schmerzen bereitet, und Sie zu solchen heftigen Anklagen gegen die Arbeiter im allgemeinen kommen, wie wir es sogar von Herrn Dr. Böhme hier gehört haben? Dieser Tage — ich glaube, gestern war es — brachte der „Vorwärts" einen Bericht aus Ostpreußen. Da sind Arbeitslose aus den Großstädten auf das Land gegangen zur Bergung der Kartoffelernte. Aber die Herren Grundbesitzer dort sind bisher gewöhnt gewesen, gefügige polnische Arbeiter zu haben, und die kulturwidrigen Zustände, unter denen diese polnischen Arbeiter bei ihnen leben mußten, verträgt zum Glück für uns der deutsche großstädtische Arbeiter nicht mehr.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weder die **Ernährung,** noch die **Wohnung,** noch die ganze Art der Behandlung ist derart, daß der Arbeiter das aushalten kann, und in dem Bericht heißt es, daß geradezu eine fluchtartige Abwanderung der städtischen Arbeiter stattfindet, die dort hingekommen sind.

(Zuruf rechts: Die arbeiten sowieso nicht!)

— Erzählen Sie doch nicht, daß der Arbeiter nicht arbeiten will!

(Zuruf rechts: Kommen Sie nur hinaus!)

Es ist nicht wahr! Er will arbeiten! Aber dieses aus- (D) gehungerte deutsche Volk kann nicht mehr so arbeiten, wie es früher gearbeitet hat, und es will nicht arbeiten, um sich ausbeuten zu lassen!

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es will so arbeiten, wie es seiner Menschenwürde entspricht.

Ich möchte mich hier auf einen berufen, der aus Ihren Reihen stammt, auf einen Ideologen, der da glaubt, durch Siedlungsgenossenschaften, durch Verbrüderung der Herrenkaste mit den Arbeitern etwas vorwärts bringen zu können. Es ist der **Hauptmann Schmude,** der jetzt Siedlungskolonien im Merseburger und Halleschen Revier gründen will. Hauptmann Schmude schreibt in einem Bericht über seine Tätigkeit, der vor ein paar Tagen im „Berliner Tageblatt" erschienen ist, daß der Arbeiter durch die Unternährung gar nicht mehr in der Lage ist, so zu schaffen wie bisher. Er selber hat sich in die Grube gestellt und als Bergarbeiter geschafft.

> Die Arbeit in der Grube

— schreibt er —

> hat mir keine Schwierigkeiten bereitet; aber die fett- und zuckerarme Ernährung ließ den Körper früher erlahmen, und mir ging aus eigenem Erleben das Verständnis auf für die Tatsache der Unmöglichkeit, eine Produktionssteigerung ohne gleichzeitige bessere Ernährungsweise zu erzielen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Schafft bessere Wohnungen und Ernährungsverhältnisse, und der deutsche Arbeiter wird wieder zur alten Leistungsfähigkeit gelangen!

So ist es, meine Herren! Ich habe erst neulich wieder von dieser Stelle aus erklärt: ein großer Teil der Wirren, ein großer Teil der Schroffheit der Gegensätze wird durch

(**Wurm**, Abgeordneter.)

(A) die Unterernährung bedingt. Es sind Hungerpsychosen, es sind Nervenzerrüttungen, die den Körper, die den Geist durch die fünf Hungerjahre ruiniert haben, die der Deutsche hat durchmachen müssen. Daß der deutsche Arbeiter noch weiter zu diesen oft erbärmlichen Existenzbedingungen, wie sie dem Landarbeiter geboten werden, schuften soll, das können Sie zwar fordern, aber der deutsche Arbeiter gibt sich eben dazu nicht her,

(Zuruf rechts: Er kriegt auf dem Lande genug zu essen!)

und daran scheitert dann unser ganzes Wirtschaftsleben. Da hilft es nichts, daß man mit Maschinengewehren gegen die Arbeiter losgeht, und wie Herr Dr. Böhme wettert und alle Machtmittel des Staates gegen die bösen Arbeiter heranziehen will, sondern man muß an die Ursachen gehen, muß bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter schaffen. Diese lassen sich aber nicht bei der kapitalistischen Produktionsweise ermöglichen, am allerwenigsten bei den Grundbesitzern, sondern sie lassen sich nur durch Sozialisierung der Produktion ermöglichen, wenn die Gesamtheit die Landwirtschaft übernimmt und dafür sorgt, daß die Arbeiter Arbeitsbedingungen haben, wie sie dem Menschen zukommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber freilich, die **Landwirtschaft ist verwöhnt!** Sie hat ja in Friedenszeiten diese Millionen Russen, Polen und Galizier gehabt, und die größten Patrioten von Ihrer Seite (nach rechts) waren es, die sich die fremdesten Völker herüberholten, und wenn Sie nur gekonnt hätten, hätten Sie sich auch noch die chinesischen Kulis geholt, um die Löhne zu drücken und die deutschen Arbeiter noch mehr herunterzubringen. Während des Krieges haben Sie noch 425 000 Saisonarbeiter gehabt, die nicht Deutsche waren, und fast eine Million Kriegsgefangene. Damit haben Sie die „großartigen" Leistungen (B) der Kriegswirtschaft zustande gebracht! Jetzt aber, da die Kriegsgefangenen weggegangen sind und die Polen es auch nicht mehr nötig haben, sich bei Ihnen beschäftigen zu lassen, sitzen Sie auf, und wir sind es, die den Nachteil davon haben, wir, die Verbraucher in den Städten. Deswegen haben wir gerade als Städter von der Regierung zu fordern, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft so organisiert wird, daß mehr produziert wird, und daß auch die Produzenten — und das sind die Arbeiter, nicht die Besitzer — eine menschenwürdige Existenz haben, um freudig ihre Arbeit verrichten zu können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kommt das nicht, dann gehen wir jammervollen Zuständen entgegen!

Die **Kartoffelversorgung** ist gefährdet, und wenn auch eine Beschwichtigungsnote der Reichskartoffelstelle die Mitteilungen, die im „Berliner Tageblatt" über die Gefährdung der Kartoffelversorgung standen, abzuschwächen sich bemüht, so steht doch fest, daß wir erstens eine schlechtere Ernte hatten, als wir sie erwartet haben — und man hat bereits nur mit einer Mittelernte gerechnet —, und daß zweitens das Einbringen der Ernte durch den Mangel an Arbeitskräften gefährdet ist. Der Mangel an Arbeitskräften ist vorhanden, weil zu den Arbeitsbedingungen, die auf dem Lande geboten werden, die nötigen Arbeitskräfte nicht zu bekommen sind.

Dazu die **Transportschwierigkeiten!** Es ist richtig: wir leiden an Transportschwierigkeiten. Das wird jetzt von allen Seiten zugegeben. Bis vor vierzehn Tagen ging das Hetzen nur gegen die Bergarbeiter; da waren nur die Grubenarbeiter daran schuld, daß in Deutschland das Wirtschaftsleben stillstand. Man sagte, es gebe nicht genug Kohle! Jetzt kann man aber gegenüber den Feststellungen der Kommissionen und Ausschüsse die Tatsache nicht abstreiten, daß Kohlenvorräte reichlich lagern, die (C) aber nicht transportiert werden können; und nun sind die Arbeiter in den Industriewerkstätten nach der Angabe jener Herren daran schuld, daß wir nicht genügend Transportmöglichkeiten haben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ach, meine Herren, der gegenwärtige Metallarbeiterstreik, die Art, wie man da gegen die Arbeiter seitens der Kapitalisten und seitens der Regierung vorgeht, zeigt deutlich genug, an wem die Schuld liegt, wenn immer wieder solche Stockungen unseres Wirtschaftslebens eintreten!

Ebenso ist es mit der **Fleischversorgung!** Der Herr Abgeordnete Semmler hat bereits erwähnt, daß wir in Berlin einer argen Fleischnot entgegengehen. Die vom Magistrat Berlin an den Reichswirtschaftsminister gerichtete Eingabe sagt, daß vom 21. bis 27. September und vom 28. September bis 4. Oktober an Rindern statt 2431 nur 340 in der einen Woche und 184 in der anderen Woche abgeliefert worden sind,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

statt 1846 Kälbern nur 225, statt 500 Schweinen nur 33 und in der nächsten Woche nur 17, sodaß wir ein Defizit von 900 000 Pfund Fleisch allein für diese Woche in Berlin haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und für die nächste Woche ist noch gar nichts angeliefert. Ja, meine Herren, wohin soll das führen? Zu welcher Katastrophe soll es denn kommen, wenn wir im Winter eine hungernde, frierende und von allen Seiten provozierte Arbeiterschaft in den Städten haben! Von allen Seiten provoziert durch Versammlungsverbote, durch all die Schikanen, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben! Dann soll die Produktion vorwärtsgehen? Dann schieben Sie die Schuld auf die Schieber, daß die Preise für Lebensmittel so hoch sind, auf den Schleichhandel. Ach, alle diese Korruptionserscheinungen unserer Zeit ver- (D) schwinden in dem Augenblick, wo wir eine wirklich durchdachte, planmäßige Wirtschaftsführung in Deutschland bekommen. Diese Planmäßigkeit kann aber nichts anderes sein als eine wirkliche Sozialisierung. Jedes gemischtwirtschaftliche System, jeder Kompromiß mit den Unternehmern führt dazu, wozu er schon früher im Frieden geführt hat, wo wir Erfahrungen genug im gemischt-wirschaftlichen System gemacht hat. Ob die Gemeinden, der Staat dann 51 Prozent der Stimmen haben oder nicht, es ist einerlei, auch mit seinen 49 Prozent werden sich die Interessen des Unternehmertums bei solchem gemischtwirtschaftlichen Betriebe überall durchsetzen. Ich glaube, gerade eine Republik, die sich doch eigentlich eine Arbeiterrepublik nennen könnte, wenn sie es wollte, wenn sie sich wirklich auf die Arbeiter stützte, hat doch nicht notwendig, auf Pläne zurückzugreifen, wie sie allenfalls unter einer konservativen Regierung als Palliativmittel, als Zugeständnis erstrebenswert waren, die aber doch unmöglich in den jetzigen Zeiten das bringen können, was die Arbeiter zu verlangen berechtigt sind.

Die **Zuschüsse**, die von der Reichsregierung geleistet werden, um die Lebensmittel zu verbilligen, nützen gar nichts. Sie verbilligen auf der einen Seite die Lebensmittel, auf der anderen Seite müssen die Zuschüsse doch wieder aus der Tasche der Steuerzahler bezahlt werden, und wenn sie dann auch nach Einkommen und Vermögen gezahlt werden und wenn sie auch den Ärmeren weniger scharf treffen, sie treffen ihn doch, und bei der ungeheuren Anspannung unserer Steuern werden schon den ärmeren Schichten die neuen Steuern sehr drückend sein.

Aber die Hauptsache: auf die Dauer kann man doch solche Zuschußwirtschaft nicht durchführen! Sie ist vorübergehend ein Mittel, um augenblickliche Notstände zu beseitigen. Deswegen habe ich von Anfang an, sobald

(Wurm, Abgeordneter.)

(A) wir Lebensmittel einzuführen hatten, auch solche Zuschüsse gefordert gegenüber der Verteuerung, die wir uns durch die Valuta, die Transportschwierigkeiten und den Wucher der Amerikaner gefallen lassen müssen.

Der Herr Minister **Erzberger** hat sich neulich den schlechten Scherz geleistet, mir gegenüber zu sagen, es sei ihm nicht bekannt, daß damals, als ich im Ernährungsamt war, die Regierung **Geldmittel** zur Verfügung gestellt hätte, um die Preise systematisch zu senken. Stimmt! Damals, bis zum Februar hat die Regierung keinen Pfennig zur Verbilligung der amerikanischen Einfuhr bewilligt, aus dem einfachen Grunde, weil wir damals noch nichts eingeführt haben. Es ist ein sehr billiger Witz des Herrn Erzberger, zu sagen: er gibt jetzt Zuschüsse, aber die damalige Regierung, in der auch Unabhängige saßen, hat nichts gegeben. Ja, damals haben wir noch gar nichts zuzuschießen brauchen, damals haben wir noch gar keine Einfuhr gehabt! Damals haben wir erst verhandelt, um eine Einfuhr möglich zu machen, und von der ersten Minute an, als diese hohen Preise von uns verlangt wurden, habe auch ich den Standpunkt vertreten, daß Zuschüsse gegeben werden.

Sobald übrigens diese Zuschüsse jetzt in Kraft treten — und zum Teil sind sie ja in Kraft getreten — und gleichzeitig die **Umsatzsteuer** kommt, dann gehen die Zuschüsse gleich wieder flöten. Die Verteuerung, die die Umsatzsteuer für die Lebensmittel bringt, auch nach dem Kompromiß, auf den die Herren Rechtssozialisten eingegangen sind, ist für Brot, Fleisch, Milch und andere Dinge das Fünffache des Satzes, der in die Vorlage hineingekommen ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es kommen 7 bis 8 Prozent heraus, weil die Ware durch so viele Hände geht, bis sie zum Konsumenten gelangt. Das spielt eine ganz bedeutende Rolle.

(B) Die Herren Agrarier behaupten, es würde mehr geliefert werden, sobald der Reichswirtschaftsminister die **Preise für die Ablieferung** erhöhen würde. Ich hoffe, daß nach den langjährigen Erfahrungen, die er ja während des Krieges mit diesen ewigen Preissteigerungen durch die Regierung gemacht hat, er sich nicht verlocken lassen wird, auch nur einen Pfennig mehr zu bewilligen, zumal er ja bereits beim Getreide und beim Vieh sich durch die schönen Reden der Agrarier verlocken ließ, die da sagten: erhöht die Preise, und es wird mehr geliefert werden. Nun, die Getreidepreise sind erhöht worden, die Viehpreise sind erhöht worden, und was ist der Erfolg? Liefern die Herren deswegen mehr? Sie denken gar nicht daran! Gegenüber dem Schleichhandel nützt gar keine Preiserhöhung, aus dem einfachen Grunde, weil, solange das Angebot niedriger ist als die Nachfrage und zahlungsfähige Leute vorhanden sind, die ihre Nachfrage befriedigen können, kein legaler Preis, kein von einer Behörde festgesetzter Preis bis zu den Schleichhandelspreisen hinaufklettern kann. Man mag die legalen Höchstpreise so hoch setzen, wie man will: der Schleichhandel wird immer mehr zahlen, solange wir eben noch zahlungsfähige Schichten im Lande haben. Und die sind ja doch leider durch die Schiebereien und Wuchereien in großen Mengen vorhanden! Dagegen gibt es eben weder die Guillotine noch den Strick noch sonst irgendein Zwangsmittel, auch nicht die Erhöhung der Höchstpreise, dagegen gibt es nur das Mittel der Organisation der Arbeit auf sozialistischer Grundlage, die dann selbstverständlich zusammenfällt mit der Erfassung der Produkte durch den Produzenten, der dann gleichzeitig der Staat ist. Der Staat, der Vertreter der Gesamtheit, ist dann der Produzent, und er hat keine Ursache, sich selber zu betrügen, er erfaßt dann die von ihm produzierten Waren.

(C) Wie schlimm es geworden ist in diesen Hungerjahren, wie sehr die Bevölkerung durch Krankheit geschwächt ist, will ich Ihnen nur an einem Beispiel zeigen. Hier in Berlin in der chirurgischen Klinik in der Ziegelstraße als der einzigen Stätte, die in Berlin dafür existiert, werden **Kinder** aufgenommen, die an **Knochengelenktuberkulose** leiden. Im Jahre 1910 kamen jährlich 191 Fälle dort zur Behandlung, im Jahre 1914 waren es sogar nur 187 Fälle, im Jahre 1918 waren es bereits 780 Fälle, und in diesem Jahre rechnet man auf 1500 Fälle. Das sind Knochengelenkerkrankungen der Kinder, bei denen die Kinder vollständig verkrüppeln und später erwerbsunfähig werden.

(Hört! Hört!)

Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt hat auch bereits dieser Tage bekanntgegeben, daß es in ganz Preußen anfragen läßt, wie es mit diesen Erkrankungen steht, und welche Maßnahmen man dagegen ergreift. Die Maßnahmen, die man dagegen ergreifen kann, sind aber in erster Linie bessere Ernährung der Kinder, ja bessere Ernährung der Mütter, ferner Herabsetzung der Arbeitszeit und Schonung der jugendlichen Arbeiter. Denn es sind hauptsächlich jugendliche Arbeiter, deren Knochen, deren Gelenke, deren Körper es nicht erträgt, daß sie bei dieser Unterernährung zu langer und schwerer Arbeit herangezogen werden.

Deswegen ist der Streit darüber, ob die Zwangswirtschaft abgeschafft werden soll oder nicht, ein ganz müßiger und das Gefechtsfeld verschoben. Es handelt sich nicht darum, daß die Zwangswirtschaft, wie sie heute besteht, abgeschafft wird, sondern es handelt sich darum, daß ein Wirtschaftszwang eingeführt wird, daß ein **Produktionszwang** kommt, der uns mit den ausreichenden Lebensmitteln versorgt, daß eine Kultivierung der landwirtschaftlichen Produktion, eine Steigerung der Produktion stattfindet, und daß das nicht dem privaten selbstsüchtigen Interesse der Grundbesitzer überlassen bleibt, (D) sondern daß das von Staats wegen geschieht, durch die Gesetzgebung, durch die Machtmittel, durch die wirtschaftlichen und politischen Machtmittel der Gesamtheit. Ohne diese Organisation der Produktion kommen wir nicht von der Stelle und gehen wir sehenden Auges der Verelendung entgegen; denn, wie ich schon sagte, noch in den nächsten Jahren wird es nicht möglich sein, Deutschland darauf einzustellen, daß es sich so wie früher vom Auslande ernährt. Die deutsche Landwirtschaft hat Deutschland noch niemals ernährt, sie hat immer nur 80 Prozant dessen geliefert, was wir brauchten, und hat dabei eine Million Tonnen Futtermittel bezogen, ohne die die deutsche Viehzucht gar nicht möglich gewesen wäre. Solange wir nicht in der Lage sind, vom Ausland zu kaufen, solange wir nicht in der Lage sind, Waren zu exportieren, die uns Geld einbringen, müssen wir vom deutschen Boden das ziehen, was wir brauchen, oder wir haben nicht mehr Raum für 10 bis 20 Millionen Menschen.

Wir können sie aber ernähren, die Produktion kann noch ganz enorm gesteigert werden, wenn durch richtige Bearbeitung des Bodens das geschieht, was notwendig ist, was aber niemals geschehen wird, wenn es der Privatmann ausführen soll, sondern nur dann geschehen wird, wenn der Staat die Bewirtschaftung in die Hand nimmt. Daß wir nicht von heute auf morgen unsere Produktion so steigern können, daß wir genug Nahrungsmittel haben, ist selbstverständlich. Alle diese Dinge bedürfen Zeit, und während dieser Zeit hungert das Volk, und während dieser Zeit treibt der Wucher sowohl der Landwirte wie der Händler sein Unwesen. Deswegen ist auch zu fragen: wie können wir gegenüber dem tatsächlich immer mehr zusammenbrechenden **Lieferungszwang,** der nur noch auf dem Papier steht, zu einer besseren Organisation der Erfassung der Nahrungs-

(**Wurm**, Abgeordneter.)

(A) mittel kommen? Auch da habe ich bereits vor längerer Zeit Vorschläge gemacht, die aber gerade von den Herren Agrariern abgelehnt wurden. Ich mache aber die Herren der nationalliberalen Fraktion darauf aufmerksam, daß in ihren Reihen ein Mann sitzt, der dieselben Anschauungen vertrat, ohne daß wir voneinander wußten. Das ist der Herr Kollege Oertel. Wir brauchen zur Erfassung der Produktion nicht, wie von argrarischer Seite gesagt wird, eine Prämie, indem man dem Landwirt nur einen Teil abnimmt und ihm den anderen Teil zur freien Verfügung überläßt, damit er dann Phantasiepreise dafür bekommen kann, sondern wir brauchen eine Organisation der Erfassung durch **Lieferungsgenossenschaften des Bezirks**, des Dorfes, des Gutes, bei denen alle, die dort wohnen, unter der Verpflichtung stehen, dafür zu sorgen, daß das, was geerntet wird, auch in die öffentliche Hand kommt, — Lieferungsgenossenschaften, bei denen auch der ärmste Arbeiter, der auf dem Gute wohnt, mitinteressiert wird, indem dann, wenn die Lieferung voll erfüllt wird, der Gemeinde gewisse Vorteile zugewendet werden, und, wenn sie nicht erfüllt wird, ihr Geldstrafen auferlegt werden, die dann auf alle in der Gemeinde drücken. Eine solche Lieferungsgenossenschaft ist möglich. Der Herr Kollege Oertel hat unabhängig von mir bereits im Jahre 1918 ein solches Statut entworfen, im „Hunsrücker Bauern" veröffentlicht, es dem dortigen Landrat zur Genehmigung vorgelegt — und der Landrat, ein Großgrundbesitzer, hat es verboten

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und hat erklärt: wir können nicht dulden, daß eine solche Organisation geschaffen wird.

Was die Herren Demokraten im **Antrag Ablaß** verlangen, ist von uns in jeder Hinsicht abzulehnen. Wenn sie verlangen, daß die Bewirtschaftung des Getreides auf das **Brotgetreide** beschränkt wird, so brauche ich ja nur (B) auf den Mißerfolg bei der Freigabe des Hafers hinzuweisen, um davor zu warnen, daß etwa auch noch die Gerste freigegeben wird. Wir würden in die schlimmsten Ernährungsverhältnisse hineingeraten; wir sind ja durch die Haferfreigabe auch in unserer Roggenwirtschaft sehr geschädigt worden.

Der Antrag Ablaß verlangt weiter, daß **Fleisch** und **Milch** nur noch in Höhe des Bedarfs für Kranke und Kinder zu bewirtschaften sind. Ach, wenn wir nur soviel Fleisch und Milch bekämen, als wir für die Kranken und Kinder brauchen! Berlin brauchte im Frieden täglich eine Million Liter, und wir bekommen jetzt 180 000 bis 200 000 Liter, sodaß wir nicht einmal allen Kindern und Kranken die notwendige Milch geben können.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Antrag Ablaß verlangt dann, daß die Zwangsbewirtschaftung der **Kartoffeln** im Falle einer guten Ernte aufzuheben ist. Dann brauchen wir ja dieses Jahr nicht darüber zu reden; denn von einer guten Ernte ist in diesem Jahre nicht die Rede.

Der Antrag verlangt ferner, daß die Zwangswirtschaft für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sofort aufzuheben ist, also für **Hülsenfrüchte** und **Zucker.** Das könnte bei Zucker ein schönes Elend geben. Es ist schon hervorgehoben worden, wie der Rübenanbau zurückgegangen ist, und zwar deswegen, weil sich der Haferanbau besser bezahlt machte, und weil auch andere Früchte höher im Preise standen und deswegen der Anbau besser rentierte. Deutschland, das Land, das früher die Hälfte der Ernte, 25 Millionen Zentner Zucker nach dem Ausland exportieren konnte, ist dieses Jahr nicht in der Lage, nicht einmal ein Drittel dessen zu produzieren, was es im Inland verbraucht, sodaß wir im nächsten Jahre einer der größten Zuckerkalamitäten entgegengehen. Würde der Zucker zur Bewirtschaftung freigegeben werden bei diesem Zustand, daß (C) das Angebot weit hinter der Nachfrage zurückbleibt, so würden wir die wahnsinnigsten Preise für Zucker bekommen, und die ärmere Bevölkerung würde sich überhaupt keinen Zucker mehr kaufen können.

Der fünfte Wunsch der Herren Abgeordneten Ablaß und Genossen, die **Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse** unter Berücksichtigung der Preisveränderung der wichtigsten Ge- und Verbrauchsgegenstände sowie der Arbeitslöhne angemessen zu gestalten, ist bereits in überreichem Maße von der Regierung erfüllt worden, und eine weitere Erhöhung der Preise würde geradezu unerträglich für die Bevölkerung sein. Gerade dieselben Kreise, die immer über die Begehrlichkeit der Arbeiter schreien, sind es, die bei jeder Lohnforderung sagen: das ist unerhört, wie kann man wieder höhere Löhne verlangen, — die aber fortwährend die Lebensmittel in ihren Preisen steigern. Wir werden in den nächsten Wochen in Berlin wieder den Brotpreis erhöhen müssen, weil infolge der neuen Getreideverordnung der Mehlpreis trotz der Zuschüsse sich erhöht hat und infolgedessen wieder eine Verteuerung des Brotes wahrscheinlich pro Karte mindestens um 10, 15 Pfennig,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn nicht noch mehr, erfolgen wird. Dann ist es kein Wunder, wenn unablässig der Kampf hin und her wogt, und für jede Erhöhung der Löhne bald darauf wieder eine Erhöhung der Bedarfsgegenstände, dann wieder ein Schrei nach Erhöhung der Löhne folgt, wobei doch feststeht, daß selbst dort, wo die größten Lohnerhöhungen zugestanden sind, sie keineswegs ausreichen, um auch nur entsprechend der Lebenshaltung des Arbeiters im Frieden ihm das zu geben, was er früher unter der kapitalistischen Regierung gehabt hat, jetzt unter der Regierung, die heute angeblich die sozialistischen Interessen vertritt und in Wirklichkeit sich in nichts von dem unterscheidet, was wir (D) früher erlebt haben. Denn nach wie vor reichen die Löhne nicht aus;

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

Nach wie vor stehen die Arbeiter unter dem Zwang, daß man, wie die Ereignisse der letzten Tage zeigen, mit allen Mitteln der Polizeigewalt und des Belagerungszustandes sie verhindern will, sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Demgegenüber zu verlangen, daß diesem Wirtschaftssystem noch die Krone aufgesetzt wird, indem man den Produzenten alles freigibt und sie zu Herren des Wirtschaftsmarktes macht, würde heißen, die Arbeiter den Kapitalisten ausliefern, die Arbeiter zum Verzweiflungskampfe treiben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinem engeren Thema, der Besprechung des Abbaues der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft, übergehe, zwingt mich die Rede des Herrn Abgeordneten **Davidsohn,** ihm mit einigen Worten zu entgegnen. Der Herr Abgeordnete Davidsohn hat zwar einundeinehalbe Stunde gesprochen, er hat aber in dieser Zeit nichts Neues gesagt, er hat nur sein agitatorisches Bedürfnis befriedigt,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Machen Sie es besser?)

und er hat doch nichts an der Tatsache und an der Gewißheit geändert, daß die **Fortsetzung der Zwangswirtschaft in der Lederbewirtschaftung** die Abtötung der ganzen Lederindustrie und die Vernichtung unserer Schuhversorgung herbeigeführt haben würde,

(Unruhe bei den Sozialdemokraten)

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) ganz abgesehen von der Tatsache, daß unsere Regierung nicht die Macht und die Mittel hatte, zu verhindern, daß große Mengen von Häuten durch das Loch im Westen nach dem Ausland ausgeführt sind.

Amüsant ist nun, wie der Herr Kollege Davidsohn die Regierung zu schonen versuchte; denn es ist ja eine eigentümliche Tatsache, daß die sozialdemokratische Interpellation sich gegen einen Genossen richtet, gegen einen Minister, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Um nun diesen Minister und auch die Regierung zu schonen, hat der Abgeordnete Davidsohn, anstatt die Regierung anzugreifen, eine Menge **Angriffe,** auch rein persönlicher Art — was ich mir ganz energisch verbitten möchte —

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

gegen meinen Freund Dr. **Hugo** gerichtet.

Zunächst hat der Herr Abgeordnete Davidsohn so getan, als ob Herr Dr. Hugo allein für alle Mißstände in der Lederbewirtschaftung verantwortlich sei, als ob Herr Dr. Hugo auch die Macht habe, die Bewirtschaftung des Leders aufzuheben. Ich kenne ja diese Art und Weise der sozialdemokratischen Agitation. Ich persönlich habe auch schon einmal die Ehre gehabt, in derselben Weise behandelt zu werden, als die Bewirtschaftung der Eier aufgehoben wurde.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Zunächst ehrt uns diese Wertschätzung, sowohl mich wie auch meinen Freund Dr. Hugo, wenn man nämlich glaubt, daß wir etwas derartiges allein durch unser Eintreten erreichen könnten. Man kann wohl sagen: wenn unser Einfluß jetzt, wo wir noch in der Opposition sind, schon so groß ist, wie groß wird er dann erst werden, wenn wir demnächst bei anderer Zusammensetzung dieses hohen Hauses bereit und in der Lage sind, einmal an der Regierung teilzunehmen!

(B) (Zustimmung rechts; Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das ändert nun aber nichts an der Tatsache, daß die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses denselben Standpunkt einnehmen, gegen den sich die vorliegende sozialdemokratische Interpellation richtet, — die Interpellation der größten Partei, die in der Regierung sitzt.

(Sehr richtig! rechts.)

Das hat doch einen ganz besonders peinlichen Eindruck auf mich gemacht.

Jetzt komme ich auf die persönlichen Vorwürfe! Wenn Sie, Herr Kollege Davidsohn — was, nebenbei gesagt, sehr geschmacklos war — so getan haben, als ob Herr Dr. **Hugo** nur **berufliche Interessen** vertreten habe, und wenn Sie sich sogar dahin verstiegen haben — ich habe keinen anderen Ausdruck —, als ob er im Auftrag seiner Auftraggeber gehandelt habe — —

(Abgeordneter Davidsohn: Selbstverständlich!)

— „Selbstverständlich" sagen Sie, Herr Kollege! Das zeigt mir, wie wenig hohe Achtung Sie vor den Aufgaben eines Mitgliedes der Nationalversammlung haben.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So wenig ich Ihnen, Herr Kollege Davidsohn, es unterstellen würde, im Auftrage von Auftraggebern zu handeln, genau so gut, wie ich von Ihnen als Abgeordneten und damit als Vertreter des ganzen deutschen Volkes voraussetze, daß Sie bei allen Ihren Abstimmungen und Anträgen nur nach innerster Überzeugung handeln, genau so verlange ich auch von Ihnen, daß Sie meinen Parteifreund Dr. Hugo nicht derartige Vorwürfe machen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Tatsache aber ist nicht aus der Welt geschafft, daß Minister Schmidt derselben Auffassung ist wie Herr Dr. Hugo, und daß Herr Dr. Hugo seit dem Bestehen der Nationalversammlung in vollem Einvernehmen mit

(C) meiner Fraktion genau so gedacht hat, daß wir, und auch Herr Dr. Hugo, nach wie vor den Grundsatz vertreten, daß, um den Auslandskredit nicht noch mehr zu schwächen, Luxusartikel und Genußmittel nicht wahllos eingeführt werden sollen.

Eigenartig war es nun allerdings, daß Herr Kollege **Davidsohn** nicht ein Wort des Dankes für die **Landwirtschaft** gefunden und überhaupt nicht davon gesprochen hat, wie er sich den Abbau bezüglich der landwirtschaftlichen Produkte denkt, während es doch sicherlich ebenso wichtig ist, daß die Bevölkerung Deutschlands Nahrungsmittel hat, wie daß sie Schuhe und Stiefel bekommt. Er hat nur davon geredet — und darin liegt der Undank gegen die Landwirtschaft —, daß diese bei Beginn des Krieges versprochen hatte, sie sei in der Lage, Deutschland zu ernähren, während sie es nachher nicht getan hätte. Sie hat es einfach nicht gekonnt! Zweifellos hat sie ihr Bestes aufgeboten, Deutschland so gut wie nur irgend möglich zu ernähren, und daß auch augenblicklich die Ablieferung keine schlechte ist, hat der Minister Schmidt vorhin selbst bestätigt, indem er auf Pommern aufmerksam machte, wo immer am schlechtesten abgeliefert sein soll.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ebenso gut oder ebenso schlecht, hat er wörtlich gesagt! Er hat also anerkannt, daß die Bestrebungen des pommerschen Landbundes, den ich hier nicht zu vertreten und auch nicht zu verteidigen habe, keineswegs verschlechternd auf die Ablieferung in Pommern eingewirkt haben.

Nunmehr gestatten Sie mir zunächst noch ein paar Worte meinem unmittelbaren Vorredner, dem Herrn Abgeordneten **Wurm,** gegenüber. Er hat gesagt, wir hätten eigentlich in Deutschland gar keine Zwangswirschaft. Vielleicht hätte man ihm recht geben können, wenn er hinzugefügt hätte: wir haben überhaupt keine Wirtschaft oder vielmehr eine Mißwirtschaft. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Wurm, aber weiter wörtlich nach meinen Notizen geäußert haben, ein **Appell an das gute Herz der Landwirtschaft** habe keinen Zweck, dann muß ich trotz des freundschaftlichen Verkehrs, den ich mit Ihnen als Mensch in Weimar und Berlin gepflogen habe, dies — verzeihen Sie den Ausdruck! — eine unerhörte und frivole Unterstellung nennen. (D)

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn Sie die Landwirtschaft und besonders den Bauernstand so genau kennen würden wie ich, der ich von Jugend an unter dem Bauernstande gelebt habe, dann würden Sie wissen, das in der Landwirtschaft fast ausnahmslos

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Ausnahmen bestätigen die Regel! — das gute Herz vorhanden ist, und daß der Landwirt unter den schwierigsten Verhältnissen alles aufgeboten hat, zu erzeugen, so viel er konnte, trotz aller verärgernden Bestimmungen, und dann würden Sie auch wissen, daß unter den Bauernfrauen bis herunter zu den Frauen der Landarbeiter die Lindigkeit und Barmherzigkeit mindestens in ebenso hohem Maße vorhanden ist wie in den Kreisen, die Sie vertreten.

Wenn Sie dann ferner davon gesprochen haben, und zwar verallgemeinernd, daß **die Arbeitsbedingungen auf dem Lande** auch jetzt noch trostlos wären, so müssen Sie zunächst wissen — und ich darf Sie daran erinnern —, daß die Vorgängerin meiner Partei, die alte nationalliberale Partei, es sich immer hat angelegen sein lassen, soweit sie nicht vorhanden waren, gute Verhältnisse zu schaffen, und daß gerade in meiner Bauernprovinz Hannover, worauf ich stolz bin, aber auch in anderen Kreisen von jeher ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestand.

(**Dusche**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Die Frage der **Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft** ist äußerst schwierig. Man kann es der Landwirtschaft nicht verdenken, daß sie nach Freiheit strebt; denn man weiß aus langjähriger Erfahrung, daß sie auf die Dauer unter der Stickluft der Zwangswirtschaft nicht gedeihen kann. Wenn nun der Herr Abgeordnete Wurm statt einer Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Sozialisierung und den Zwangsanbau empfiehlt, dann muß ich als Landwirt wie als Abgeordneter, der alle Kreise in Deutschland vertreten soll und auch vertreten will, erklären, daß beides zum Ruin unserer Volksernährung führen würde. Der **Zwangsanbau** ist in der Landwirtschaft nicht ohne ganz erhebliche Schädigungen der Produktion durchzuführen, und wenn man nur den leisesten Anfang mit der **Sozialisierung** machen würde, dann würden Sie, Herr Abgeordneter Wurm, Ihr blaues Wunder erleben, von dem größten Gutsbesitzer bis zum einfachsten Arbeiter. Sie würden sehen, daß eine Räteregierung hier genau so wenig vorwärts käme wie in Rußland, weil sogar der russische Bauer, obwohl er längst nicht das Selbstbewußtsein hat wie unsere deutschen Landwirte, sich die Sozialisierung auch nicht gefallen lassen wird.

Wir streben aber vor allen Dingen dahin, daß verärgernde Bestimmungen und Verordnungen, die noch dazu unnötig sind, aufgehoben werden. Das wird aber nicht dadurch erreicht, wenn der Herr Landwirtschaftsminister **Braun**, gegen den ich vor einigen Wochen bereits die Ehre hatte, eine Attacke zu reiten, vor einiger Zeit eine **Verordnung zur Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten** herausgegeben hat, die man eigentlich nennen müßte eine Verordnung zur Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiter. In dieser Verordnung gibt er dem Demobilmachungskommissar die Befugnis, denjenigen Arbeitgebern gegenüber, die sich weigern, mit den Arbeitnehmern Tarif-(B)verträge in der Form, wie diese sie haben wollen, abzuschließen, die Arbeitsbedingungen verbindlich festzusetzen. Wenn sich nun die Besitzer weigern, darauf einzugehen, sollen ihnen ihre Grundstücke abgenommen und zwangsweise bewirtschaftet werden. Diese Verfügung ist meiner Meinung nach zunächst rechtlich nicht haltbar, sodann aber auch praktisch nicht durchführbar. Sie ist einseitig nur gegen die Arbeitgeber gerichtet, sie vertritt nur die Interessen der Arbeitnehmer, nicht die der Arbeitgeber. Derartige staatspolitische Maßnahmen, die ein Minister erläßt, dürfen nicht vom Haß diktiert sein. Diese Verordnung droht aber mit Strafmaßregeln, und Strafmaßregeln wende man nur da an, wo sie im Interesse des Ganzen von Fall zu Fall notwendig sind. Also diese Verordnung ist einseitig nur zum Schutze der Arbeitnehmer; sie ist unnötig, sie ist rechtlich nicht haltbar, sie ist von Haß diktiert und wirkt verstimmend auf die Landwirtschaft. Verlangen muß man aber, daß die Gerechtigkeit das Fundament aller Verordnungen ist, auch der Verordnungen, die Herr Landwirtschaftsminister Braun erläßt.

Die Landwirtschaft ist ferner darüber erbittert, daß immer von dem enormen **Verdienst der Landwirtschaft** gesprochen wird, daß nicht berücksichtigt wird, wie das Inventar gelitten hat, daß das Vieh dezimiert ist, daß die Gebäude sich in schlechtem Zustande befinden usw., und da bedaure ich mit dem Vorredner Herrn Dr. Semmler, daß in diesem Hause nur etwa 30 praktische Landwirte sitzen, während es vor gar nicht so langer Zeit fast 200 waren, die der Landwirtwirtschaft, einem der wichtigsten Berufe, angehörten. Ich darf wohl die Bitte aussprechen, daß alle Parteien dafür sorgen, daß die nächste **Zusammensetzung dieses Hauses** eine andere sein wird, auch die linken Parteien und auch die ganz linksstehende Partei, falls sich praktische Landwirte finden, was ich bezweifle, die sich zu einer dieser beiden Parteien bekennen. Wenn wir das erreichen, meine (C) Damen und Herren, dann wird ein besseres Verständnis in diesem Hause für die Interessen der Landwirtschaft vorhanden sein, ein besseres Verständnis, das erforderlich ist gegenüber einem Beruf, der der wichtigste ist in unserem deutschen Vaterland.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir bedauern es auch, daß bei der **Zwangsbewirtschaftung** so große Mengen der verschiedensten **Nahrungsmittel zugrunde** gegangen sind. Es sind große Mengen Obstes verfault, trotzdem dies von der betreffenden Stelle immer bestritten worden ist. Wir haben die größte Schweinerei erlebt bei der **Herstellung von Marmelade.** Hunderttausende von Zentnern Obstes vom vorigen Jahre lagern in ungepülptem konserviertem Zustande, ebenso wie Millionen Zentner von Steckrüben, Runkelrüben, Rote Beete usw. und Möhren, bei dem Mangel an Zucker wird das Obst auch noch in diesem Jahre lagern, und wahrscheinlich endlich verderben, und die Millionen Zentner Steckrüben hat man der Landwirtschaft entzogen, die man so gut zur Verfütterung an das Vieh hätte verbrauchen können.

Wir haben bei der **Roggenablieferung** auch Mißstände erlebt. Ich habe in meiner engeren Heimat erlebt, daß in Pferdeställen Roggen gelagert wurde, weil wegen der hohen Druschprämie viele Tausend Zentner Roggen abgeliefert wurden, und die Beschaffenheit und das Aroma des Roggens ist dadurch sicherlich nicht besser geworden. Wir haben auch erlebt, daß eine Menge Roggen und Weizen lose in Viehwagen hat verladen werden müssen, weil die Säcke nicht geliefert wurden. Dadurch ist viel Korn verloren gegangen oder in schlechter Beschaffenheit angekommen. Wir haben erlebt, daß der Erfindungsgeist, der in Deutschland immer einsetzt, wenn es notwendig ist, etwas zu erfinden, besondere Maschinen erfunden hat zur Zerkleinerung des Mehls, das zu Zement geworden (D) war. Diese Maschinen sind nicht nur gebaut, sondern auch erheblich in Anwendung gekommen.

(Hört! hört! rechts.)

Wir haben erlebt, daß man in der **Ausmahlung des Mehls** bis zu 94 Prozent gegangen ist, daß alle Kleie vermahlen worden ist, während die Nahrungsmittelchemiker und Ärzte festgestellt haben, daß die Zellulose unverdaulich ist, und das Volumen des Mehles, soweit es die Ernährung der Menschen betrifft, ebensogut durch etwas anderes hätte vermehrt werden können, die Kleie aber, die so notwendig zur Hebung der Viehzucht ist, uns verloren gegangen ist. Man ist, aber erst jetzt, dazu übergegangen, den Roggen bis auf 80 Prozent, den Weizen bis auf 82 Prozent und die Gerste bis auf 75 Prozent auszumahlen. Nun wollen wir hoffen, daß wir Kleie bekommen zur Verfütterung an unsere Milchkühe, wodurch die Versorgung der Städte mit Vollmilch eine bessere werden würde.

Wir haben aber auch gesehen, daß die **Preise für landwirtschaftliche Produkte** zu niedrig waren, daß es besonders bei Roggen den kleinen und mittleren Besitzern besonders in den **Sandgegenden** kaum möglich ist, die Erwerbskosten zu decken, abgesehen davon, daß sie ihre ganzen Betriebe umstellen mußten, weil die kleinen und mittleren Bauern in den Sandgegenden früher niemals einen Zentner Roggen verkauften, sondern er ihnen erst durch die Verfütterung wertvoll werde, wodurch sie Ackerbau und Viehzucht in praktischer Weise miteinander verbanden.

Wir haben es auch erlebt, daß die **Verordnung,** daß **Kunstdünger** nur an diejenigen abgegeben werden darf, die bis zum Jahre 1913 Kunstdünger bezogen haben, immer noch nicht trotz unserer mehrseitigen Aufforderung aufgehoben ist. Das ist eine Ungerechtigkeit, wodurch die

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) Landwirtschaft verärgert wird. Wir müssen vor allen Dingen danach streben, daß, wenn die Produktion gehoben werden soll, mehr Stickstoff produziert wird. Das kann aber nur geschehen, wenn mehr Kohle gefördert und in den Ammoniakfabriken besser gearbeitet wird.

Wir haben in den letzten Jahren eingesehen, daß auch zur **Düngung der Wiesen** erhebliche Mengen **Stickstoff** erforderlich sind. Haben wir den erforderlichen Stickstoff, werden wir mehr Gras und solches in besserer Beschaffenheit produzieren, und dadurch wird der Mangel an Kraftfutter erheblich ausgeglichen werden. Wir werden, wenn wir mehr Stickstoff haben, auch die ganze Produktion von Getreide und Hackfrüchten fördern und das Land, abgesehen von den Wiesen, verbessern. Es liegt im Interesse der Konsumenten, daß der Stickstoff wie überhaupt der ganze Kunstdünger billiger wird, weil dadurch die Landwirtschaft billiger produzieren kann. Wir können, wenn wir mehr Kunstdünger und Stickstoff haben, zur intensiven Wirtschaft zurückkehren. Dadurch aber wird eine Entlastung des Arbeitermarktes erzielt, da mehr Arbeiter in der Landwirtschaft eingestellt werden können; denn selbstverständlich sind bei der intensiven Wirtschaft mehr Arbeiter nötig als bei extensiver Wirtschaft. Wir werden dadurch auch auf unsere Valuta einen sehr günstigen Einfluß ausüben können, was von größter Wichtigkeit ist.

Meine Damen und Herren! Wir müssen allerdings verlangen, daß **persönliche Schikanierungen** unterbleiben. Zu diesen persönlichen Schikanierungen rechne ich die fortwährenden Revisionen durch Nichtsachverständige. Zu diesen persönlichen Schikanierungen rechne ich auch, wenn dem Gutsbesitzer E. Warnicke in Haßbergen bei Hameln der Zwangsausdrusch auferlegt wird, und wenn sein Name im „Hoyaer Wochenblatt" in der Nr. 217 gebrandmarkt wird, angeblich weil er nicht genug abgegeben hat, obschon er nachweisen kann, daß ihm während des Krieges (B) 16 Muttersauen und 20 bis 25 Wurfferkel umgekommen sind, und zwar nur deshalb, weil er ehrlich war, weil er das Brotgetreide ablieferte, und weil das zu teuren Preisen gekaufte minderwertige Futter für die Ernährung der Tiere nicht gut war. Ihm ist mit dem Zwangsausdrusch gedroht worden, sein Name wurde gebrandmarkt, weil er als Kreisschätzer zunächst die Schätzung in den betreffenden Gemeinden, deren Schätzung ihm übertragen waren, etwas höher veranschlagt hatte als nachher, was sich daraus erklärt, daß er die erste Schätzung heruntersetzen mußte, weil er den Frostschaden bei der ersten Schätzung in der Eile übersehen hatte. Derartige Schikanierungen wirken verbitternd.

Verbitternd wirkt auch, wenn von radikaler Seite jetzt auf dem Lande **Vereinigungen** gegründet werden, die die sofortige **Einstellung jeglicher Ablieferung** und den **Abbau der Zwangswirtschaft** unter Anwendung von Zwangsmitteln erstreben. Es ist eigentümlich, daß an der Spitze dieser Organisationen, die sich in den einzelnen Gegenden Deutschlands bilden, nach meinen Erfahrungen sehr oft Persönlichkeiten stehen, die sich bei den letzten Wahlen zur demokratischen Partei bekannt haben. Man weiß manchmal nicht, ob diese Herren, die gleichzeitig auch mit der Sozialdemokratie fraternisieren, das tun, um vielleicht demnächst zu Landräten gewählt zu werden. Wir sollen ja, soviel ich gehört habe, demnächst auch mit der **Kommunalisierung der Landräte** beglückt werden. Meine Damen und Herren! Wir haben auch bei den Landräten des früheren Regimes manches auszusetzen gehabt. Wir Nationalliberalen hatten besonders auszusetzen, daß die Landräte sehr oft aus einer bestimmten Klasse, aus einer bestimmten Partei ausgesucht waren und sich teilweise auch etwas einseitig benahmen. Aber die kommunalisierten Landräte werden uns, glaube ich, im allgemeinen noch viel weniger gefallen; denn diese Landräte werden auf den Beifall der Masse eingestellt sein, damit (C) sie wiedergewählt werden. Das verbittert den Landwirt.

Den einfachen Landwirt verbittert es auch, wenn auch sonst in mancher Beziehung nicht so gehandelt wird, wie er es gern sehen möchte. Wir Landwirte sind ja alle Freunde der Naturgeschichte. Aber trotzdem haben wir es satt, wenn vor einem Jahr mit den „Eichhörnern" und „Geyern" begonnen wurde, und wenn wir jetzt nach einem Jahr erst bis bei den „Kürbissen" angekommen sind. Wir wollen hoffen, daß derartige Verbitterungen in Zukunft unterbleiben.

Wenn ich dann zu der Bewirtschaftung der einzelnen in Frage kommenden landwirtschaftlichen Produkten noch kurz übergehe, so stehe ich auch auf dem Standpunkt, daß die **Bewirtschaftung des Brotgetreides** noch beibehalten werden muß. Aber wir müssen verlangen, daß von der **Gerste** so viel als irgend möglich zur Viehzucht, zur Schweinemast freigegeben wird. Ich habe seinerzeit als Mitglied des Ausschusses, in dem die Reichsgetreideordnung fertiggestellt wurde, beantragt, 20 Zentner Gerste immer, mindestens aber 40 Prozent freizugeben. Dieser Antrag wäre auch angenommen worden, wenn nicht die Herren Mitglieder von der Deutschen Demokratischen Partei dagegen gestimmt hätten. Wir haben dann eine Resolution eingebracht, die ähnlich war, vielleicht genau so. Die Resolution ist angenommen worden; auch ich habe selbstverständlich dafür gestimmt. Aber es ist ein Unterschied, ob die Bestimmung im Gesetz steht oder nicht. Sie wäre hineingekommen, wenn die Herren von der Demokratischen Partei dafür gestimmt hätten. Dann hätten wir die Gewißheit, daß die Gerste freigegeben wäre, während dies jetzt nur in Form einer Resolution gefordert wird, von der man nicht weiß, ob ihr entsprochen wird oder nicht.

Es ist vorhin von den hohen Preisen für Getreide gesprochen worden; der Herr Abgeordnete Wurm sprach davon. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es (D) aus wirtschaftlichen und finanztechnischen Interessen für Deutschland besser wäre, wenn wir die Preise für Getreide, das in Deutschland gebaut wird, noch etwas erhöhten, weil dadurch die Produktion gehoben würde — ich bin da anderer Ansicht als der Herr Kollege Wurm —, und weil wir dann in der Lage wären, nicht so viel Getreide aus dem Ausland einführen zu müssen. Wir würden hierbei viel Geld sparen, weil der ausländische Weizen jetzt mit 1200 Mark bezahlt werden muß, während wir für den deutschen Weizen nur 450 Mark bezahlen.

Bei der **Freigabe von Hafer** haben sich — das gestehe ich offen ein — Zustände entwickelt, die ich nicht unter allen Umständen billigen kann, insofern als der Haferpreis zum Teil zu sehr in die Höhe gegangen ist. Man darf aber nicht nur der Landwirtschaft die Schuld geben, sondern man muß vor allem auch den Verbrauchern von Hafer die Schuld geben, die die enorm hohen Preise bieten. Wenn man die Fuhrwerksbesitzer der Großstädte, in Berlin oder anderwärts, fragt, wie denn die Freigabe von Hafer wirke, so bekommt man zur Antwort: sie wirkt sehr gut; im vorigen Jahr mußten wir 150 Mark bezahlen, und jetzt bezahlen wir 50, 60 und 70 Mark; diesen Preis bezahlen wir auch gern, ohne daß der betreffende Landwirt uns etwas abfordert.

Ich bedauere, daß **Verschiebungen** großer Mengen **von Getreide in das Ausland** vorgekommen sind. Erhebliche Mengen Getreide sind ja leider Gottes bei dem Tiefstand unserer Valuta ins Ausland gegangen. Ich bedaure mindestens ebensosehr, daß nicht bloß Getreide, sondern auch Milchkühe, Pferde, Schweine und dergleichen nach dem Ausland verschoben worden sind. Ich möchte jeden Landwirt auch von dieser Stelle aus warnen, das zu tun, und ich appelliere — wie ich annehme, mit Recht — nicht nur an das gute Herz, sondern auch an den

(**Dusche**, Abgeordneter.)

(A) Gerechtigkeitssinn der Landwirte, wenn ich ihnen sage: nehmt nicht zu hohe Preise für die freigegebenen Produkte; der einzelne mag vielleicht davon seinen Nutzen haben, aber im allgemeinen dient ihr nicht eurem Stande und auch nicht dem Interesse unseres ganzen deutschen Vaterlandes.

Die **Erhöhung der Produktivität** der Landwirtschaft ist für uns die Hauptsache, dann werden wir auch um so eher von der Zwangswirtschaft frei kommen und in der Lage sein — auch das glaube ich im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner —, unser deutsches Vaterland zu ernähren. Wir können aber die Produktivität nur erhöhen, wenn wir sobald als möglich zur Arbeitsdisziplin, zum Arbeitseifer und zur höchsten Anspannung aller Kräfte übergehen. Dazu gehört die **Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung,** die ich, wie die Damen und Herren mir bestätigen werden, zwar nicht von dieser Stelle aus, sondern verschiedentlich von der Rednertribüne in Weimar nicht nur von den Herren in der Regierung, sondern auch von den Parteien, die genau so wie jetzt in der Mehrheit saßen, gefordert habe, von der sozialdemokratischen, von der demokratischen Fraktion nnd vom Zentrum. Ich habe damals keine Antwort bekommen. Ich freue mich jetzt, daß man sich nunmehr seitens der Regierung — wenigstens, wie ich annehme — eines besseren besonnen hat. Wir haben aus dem Munde des Herrn Ministerpräsidenten Bauer vor einigen Tagen gehört, daß er und daß mit ihm die Regierung jetzt endlich an einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung herangeht. Wir freuen uns, daß die Regierung jetzt so weit ist. Wir freuen uns über jeden Sünder, der Buße tut, obwohl es vielleicht reichlich spät ist und obwohl inzwischen wegen der Höhe der Arbeitslosenunterstützung manche Gemeinden unendlich gelitten haben, wie auch das Reich, und obwohl dadurch auch der Volkswirtschaft un-
(B) wiederbringlicher Schaden zugefügt ist.

Über die **Bewirtschaftung der Kartoffeln** kann man zweierlei Ansicht sein. Der Herr Abgeordnete Wurm hat recht, wenn er sagt, die Ernte ist nicht besonders gut gewesen, besonders nicht im Osten unseres deutschen Vaterlandes, wo die große Trockenheit viel Schaden getan hat, und es gibt vielleicht auch zu denken, wenn die Vertreter der Kartoffelhändler im Osten und Westen, wie die Regierung erklärt, gesagt haben, sie könnten nicht für eine regelrechte Versorgung mit Kartoffeln einstehen. Wir wollen hoffen, daß es uns im nächsten Jahre wenigstens möglich sein wird, die Kartoffeln aus der Zwangsbewirtschaftung herauszunehmen. Wir wollen aber auch hoffen, daß es nicht wieder vorkommt, daß große Bestände an Kartoffeln verderben, daß man, wie ich es wenigstens von einer Stadt weiß, vor zwei Jahren Nacht für Nacht große Mengen Kartoffeln in den benachbarten Fluß gefahren hat, weil sie verdorben waren, — des Nachts, damit es keiner sehen sollte. Sie mußten aus dem Rathause heraus. In den Kellern des Rathauses waren sie gelagert und sie stanken derart — faule Kartoffeln riechen bekanntlich nicht sehr angenehm —, daß das Arbeiten für die Beamten der Stadt in dem betreffenden Rathause keine sehr angenehme Sache mehr war.

Wir wollen auch hoffen, daß diese **ungerechte Preisfestsetzung** endlich mal anders wird. Da kann ich Ihnen, wenn Sie gestatten, ein Beispiel aus meiner eigenen Gemeinde in der Nähe Hannovers erzählen. Meine Landwirte dürfen, wie überall, für die Kartoffeln nur den Höchstpreis nehmen, der bekanntlich 145 Mark für die Tonne oder 7,25 Mark für den Zentner beträgt. In der benachbarten **Stadt Hannover** nimmt der Magistrat für die Kartoffeln, die er an den Verbraucher liefert, einen Preis von 11 Mark. Meine Landwirte sollen nun ja eigentlich die Kartoffel, die sie auf Lieferscheine liefern, nach der Stadt Hannover für 7,25 Mark liefern, zu- (C) züglich der Pfennige, die es an Kilometergeld gibt für das Hinfahren, vielleicht auch das Hineinbringen in den Keller. So dürfen sie vielleicht im ganzen einen Preis von 8 Mark nehmen. Dann würden die Leute, die von der Stadt Hannover wahllos die Kartoffeln bekommen, die die Stadt Hannover einmal gekauft hat, vielleicht auch „Blaue Riesen“, mithin Futterkartoffeln, mit 11 Mark bezahlen, und die andern, die das Glück haben, auf Lieferscheine Kartoffeln zu bekommen, würden von meinen Landwirten die Kartoffeln für 8 Mark erhalten, und zwar gute Sorten; denn es handelt sich meist um alte Kundschaft, die schon vor dem Kriege die Kartoffeln bezogen hat. Diese würden also für die guten Kartoffeln 8 Mark bezahlen, während die andern 11 Mark bezahlen müssen. Ich habe aber das Empfinden, als ob auch diese 11 Mark bezahlen. Wenn sie das tun, wie soll man den Landwirten meiner Gemeinde zumuten, für 7,25 Mark die Kartoffeln an die versorgungsberechtigte Bevölkerung meiner Gemeinde zu liefern, während sie in der Stadt Hannover, da auch die andere Kartoffel 11 Mark kostet, wahrscheinlich auch für die Kartoffeln, die sie hinliefern, 11 Mark bekommen werden!

Was die **Fleischversorgung** anbetrifft, so ist es ja richtig, daß in allen Restaurants Deutschlands Fleisch ohne Fleischmarken zu haben ist. Ich möchte bei der Gelegenheit auch auf einen andern Umstand hinweisen und das gleich durch ein Beispiel erhärten. Wenn jemand jetzt ein Kalb im Gewicht von etwa 150 Pfund abzuliefern hat, dann wird er bei der Ablieferung, wenn das Kalb zur guten Klasse versetzt wird, sagen wir mal, rund 150 Mark bekommen. Wird das Kalb aber heimlich geschlachtet, und das Fell wiegt — und das wird es in diesem Falle tun — 20 Pfund, dann bekommt er 10 Mark für das Pfund Haut, also für das ganze Fell 200 Mark. Ich wiederhole: schlachtet er heimlich, be- (D) kommt er 200 Mark allein für das Fell und hat das ganze Fleisch; liefert er das Kalb ab, bekommt er 150 Mark für das Fell und sämtliches Fleisch.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir haben ja gestern aus der Äußerung des Herrn Ministers Schmidt und aus der Rede meines Freundes Dr. Hugo gehört, daß die Freigabe der Lederbewirtschaftung hieran nicht schuld ist. Wir haben ja gehört, daß die Verhältnisse noch viel schwieriger sein würden, wenn die Freigabe der Lederbewirtschaftung nicht erfolgt wäre. Aber die Tatsache besteht doch, daß diese Differenz besteht, ob jemand Vieh abliefert, oder ob er es heimlich schlachtet. Es muß eine andere Preisgestaltung einsetzen, damit derartige Differenzen nicht mehr bestehen.

Nun werden wir ja vorläufig viel **Fleisch einführen** müssen, um bei dem dezimierten Viehbestand die Fleischversorgung in Deutschland wieder einigermaßen günstig zu gestalten. Vorweg möchte ich bemerken, daß ich der Anschauung bin, wir müssen vor allen Dingen möglichst viel Futtermittel einführen, damit die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, die Viehbestände wieder so aufzufüllen, wie sie vor dem Kriege waren. Wenn wir diese Futtermittel einführen, so werden wir — das läßt sich rechnerisch nachweisen — auch noch einen Profit dabei machen. Auch wenn wir die Futtermittel verhältnismäßig teuer bezahlen, werden wir Fleisch in Deutschland billiger produzieren können als das Fleisch, das wir zu den jetzigen sehr hohen Preisen aus dem Auslande einführen.

Wenn wir nun zunächst viel Fleisch einführen müssen, dann möchte ich nicht sowohl der Einführung **von Gefrierfleisch** das Wort reden. Die Produktion an Gefrierfleisch ist in den letzten Jahren sehr gestiegen. Im Jahre 1917 sind in der Welt an Gefrierfleisch rund 767 000

(**Dusche**, Abgeordneter.)

(A) Tonnen hergestellt worden, während im Jahre 1918 bereits 1 100 000 Tonnen hergestellt worden sind. In diesem Jahre wird die Weltproduktion eine noch größere sein. Trotzdem möchte ich dafür sein, möglichst lebendes Vieh einzuführen. Die **Einfuhr von lebendem Vieh** ist ja verhältnismäßig schwierig und teuer. Man kann nicht allzuviele Tiere in einem Schiff unterbringen. Die Kosten der Überfahrt sind für das einzelne Tier verhältnismäßig hoch, und es besteht auch die Gefahr, daß wegen der schaukelnden Bewegung des Schiffs das eine oder das andere Tier unterwegs krank wird oder verendet. Aber wenn wir das Vieh in großen Mengen nach Deutschland einführen, solange wir noch an dieser Fleischnot leiden und solange die deutsche Landwirtschaft Deutschland nicht selbst mit Fleisch versorgen kann, dann haben wir zu gleicher Zeit auch die Häute, und diese Häute würden preisregulierend auf die Bewirtschaftung der Häute und des Leders wirken.

Ich habe mir sagen lassen, daß Bestrebungen in dieser Beziehung im Gange sind, daß **Abschlüsse** nahe bevorstehen. Ich will hoffen, daß diese Abschlüsse getätigt werden, und daß demnächst Vieh in lebendem Zustande nach Deutschland eingeführt wird. Ich habe mir auch sagen lassen, daß wir für das Pfund Lebendgewicht dieses eingeführten Viehes etwa 9 Mark einschließlich der Fracht würden bezahlen müssen. Das ist ja auch ein gewaltig hoher Preis. Wir sollen dann, wie ich höre, einen Kredit auf fünf Jahre bekommen, das heißt, in fünf Jahren sollen wir das Vieh erst bezahlen, und der Herr Minister Erzberger hätte gemeint, wir würden dieses Fleisch etwa zur Hälfte des Einkaufspreises an die versorgungsberechtigte Bevölkerung Deutschlands abgeben können, weil in den fünf Jahren unsere Valuta so stiege, daß dadurch die Differenz zwischen dem Einkaufspreis und dem Abgabepreis ausgeglichen würde. Wir wollen (B) hoffen, daß der Minister Erzberger, an dessen Prophezeiungen ich sonst im allgemeinen nicht allzusehr glaube, weil ich sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht habe,

(sehr wahr!)

in diesem Falle recht hat. Wir wollen aber auch hoffen, daß, wenn das Vieh eingeführt wird und hier das Fleisch abgesetzt ist, das Geld, das wir dafür bekommen, dann nicht zu Ausgaben verwendet wird, die wir für unnütz halten, sagen wir: zu Ausgaben für Soldatenräte und dergleichen; sondern daß wir dann das Geld in fünf Jahren noch haben, um damit das Fleisch bezahlen zu können.

Über die **Bewirtschaftung von Zucker** haben wir gerade am heutigen Vormittag im Ausschuß für Volkswirtschaft, dem ich auch angehöre, ganz interessante Abstimmungen gehabt. Zunächst ist von der Mehrheit des Ausschusses der Antrag Nr. 104, Dr. Semmler, abgelehnt worden. Der Antrag heißt — der Herr Präsident wird gestatten, daß ich den Satz verlese —:

> Der Ausschuß wolle beschließen, die Zwangszuckerbewirtschaftung von der nächstjährigen Zuckerrübenkampagne ab aufzuheben.

Dieser Absatz ist abgelehnt worden, und zwar auch von den Mitgliedern der Deutsch-demokratischen Partei. Das ist interessant, weil der Antrag Ablaß, der Antrag der Deutschen demokratischen Partei, über den wir heute verhandeln, von der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers nichts mehr wissen will. Hier fordert man die Aufhebung und heute morgen, als abgestimmt wurde, stimmte man gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers.

Ich habe heute morgen auch noch eine andere interessante Abstimmung erlebt. Der Antrag Nr. 105, der von den Herren Bartschat, Biener, Hermann (Württemberg), Koch (Merseburg), Dr. Semmler, Ziegler gestellt (C) ist, lautet — der Präsident wird gestatten, daß ich auch den kurz verlese, es sind nur fünf Reihen —:

> Der Ausschuß wolle beschließen, zu Art. 3 Abs. 1 hinzuzufügen:
>
> > Rüben verarbeitende Zuckerfabriken dürfen von der im Betriebsjahr 1919/20 hergestellten Rohzuckermelasse an die Rüben liefernden Landwirte 1 vom Hundert des Gesamtgewichts der gelieferten Rüben zurückliefern. Die Melasse kann als Melasse oder als angetrocknete Schnitzeln geliefert werden.

Dieser Antrag ist gleichfalls, wie wir aus den Namen schon gehört haben, mit von den Mitgliedern der Deutschen demokratischen Partei gestellt, und ich habe die amüsante Abstimmung erlebt, daß heute morgen die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei gegen ihr eigenes Kind gestimmt haben, gegen diesen Antrag, den sie selbst mit unterschrieben haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Angenommen ist heute, daß der Preis für Rohzucker vom nächsten Jahre etwas erhöht wird, und daß auch der Preis dementsprechend für gemahlenen Melis erhöht wird. Wir wollen hoffen, daß es dadurch möglich ist, obwohl die Zwangsbewirtschaftung für Zucker nicht aufgehoben wird, die Produktion zu fördern. Es gehört allerdings dazu, daß wir Arbeiter auf dem Lande haben, daß wir Kunstdünger haben, damit wir die schwierige Bewirtschaftung und den schwierigen Anbau der Zuckerrüben vermehren können.

In dem Antrag Ablaß wird gefordert, daß **Milch** nur in Höhe des Bedarfs für Kranke und Kinder bewirtschaftet bleibt. Da muß ich meinem verehrten Kollegen Wurm vollständig beipflichten, wenn er sagt: ja, wenn wir nur so glücklich wären, so viel Milch zu haben! Gerade in dieser Sache bin ich seit mehreren Jahren etwas Fachmann, und ich weiß, wie ungeheuer schwierig, (D) nicht zuletzt infolge der Dürre im September, wodurch die Weiden mit einemmal kahl wurden, sodaß vielerorts das Vieh schon seit einiger Zeit in den Stall genommen werden mußte, die Versorgung der Städte mit Milch ist. In der **Stadt Hannover** ist man jetzt so weit, den Kindern nur noch bis zum vierten Jahre Milch geben zu können, während nach der bestehenden Verordnung die Kinder bis zum sechsten Jahre Milch haben sollen. In der Stadt Hannover ist man soweit, daß man kaum noch etwas Milch für Kranke und Schwache und alte Leute hat, auch wenn der Arzt die Milch verschrieben hat, und auch wenn die Kommission von Ärzten, die dazu eingesetzt ist, diese Milchverordnung für nötig hält. Wohin das im Winter führen soll, ist mir unerklärlich, bei dem Mangel an Kraftfutter und auch angesichts der Tatsache, daß die Heuernte in Deutschland im ersten Schnitt zwar einigermaßen war, im zweiten Schnitt aber in den meisten Gegenden Deutschlands vollständig versagt hat.

Hinzu kommt, daß wir **140000 Kühe an die Entente abliefern** müssen; soweit ich die Entente kenne, glaube ich, daß sie uns nicht ein einziges Stück schenken wird. Wir müssen hoffen und wünschen, daß bei dieser Bewirtschaftung von Milch und Fett ungerechtfertigte Härten vermieden, daß vor allen Dingen Schikanierungen vermieden und daß für Aufklärung über die Not in den Städten gesorgt wird. Denn ich bin der Überzeugung, daß der Landwirt in seiner überwiegenden Majorität auch für verständige Aufklärung in jeder Weise zu haben ist.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche in vollem Einvernehmen mit meiner ganzen Fraktion, daß der Abbau der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft so schnell und so weit durchgeführt wird, als es sich irgendwie mit den Interessen der Konsumenten vereinigen läßt. Wie immer, so streben wir in unserer Fraktion auch in dieser

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) Angelegenheit dahin, Stadt und Land einander näher zu bringen, weil es im Interesse des ganzen deutschen Vaterlandes liegt. Wir erstreben den schrittweisen Abbau in der Landwirtschaft auch aus dem Grunde, weil wir überzeugt sind, daß dadurch die Produktion in der Landwirtschaft gefördert wird und dadurch mithin auch der konsumierenden Bevölkerung gedient ist, daß dadurch die Ernährungsverhältnisse in unserem deutschen Vaterlande, wie wir es so gern sehen, endlich einmal wieder bessere werden.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gebhart.

Gebhart, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn man die Ausführungen des Herrn Abgeordneten **Wurm** mit angehört hat, dann muß man sich fragen: hat Herr Wurm in den letzten fünf Jahren im Mond gelebt, daß er nicht weiß, welche Anstrengungen die deutsche Landwirtschaft gemacht hat, um das deutsche Volk zu ernähren? Sein früherer Fraktionsfreund, der Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt, hat ihm ja die Antwort auf seine Ausführungen gegeben, als er sagte: noch jeder deutsche Arbeiter hat während der Kriegsjahre seine Brot- und Kartoffelration erhalten. Aber, meine Damen und Herren, die **deutsche Landwirtschaft** ist nicht nur bemüht, die deutsche Bevölkerung zu ernähren, sie hat sich auch bemüht, die deutsche Bevölkerung preiswert zu ernähren. Wir wissen, daß wir heute das Mehl, das wir aus dem Ausland einführen, mit 220 Mark pro Zentner bezahlen müssen, während der einheimische Bauer 37½ Mark für den Zentner Mehl bekommt.

(Hört! Hört! rechts.)

Meine Damen und Herren! Wie bei den Umständen und bei den Tatsachen der Herr Wurm von einer Unersättlichkeit der deutschen Landwirtschaft sprechen kann, das ist (B) mir unverständlich. Ich bin vor acht Tagen von Hause weggefahren. Da kostet bei uns der Zentner Zwetschen 40 Mark. Als ich nach Berlin kam, sah ich, daß hier für das Pfund Zwetschen 2,50 Mark bezahlt werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Wer ist hier der Schieber und Wucherer? Etwa der Bauer? Nein, wenn derselbe gar nichts für seine Zwetschen bekäme, würde das Pfund Zwetschen immer noch 2,10 Mark, also das Vierfache von dem, was der Bauer bekommt, kosten. Ich meine, es wäre für den Herrn Abgeordneten Wurm weit verdienstlicher, wenn er einmal den Ursachen nachginge, die in der Stadt die Lebensmittel so ungeheuer verteuern, und wenn er dann seine Intelligenz aufwenden würde, damit die Produkte, die die Landwirtschaft preiswert produziert und preiswert abgibt, auch der städtischen Bevölkerung preiswert zugeführt werden. Damit würde er sich ein weit größeres Verdienst um die deutsche Bevölkerung erwerben, als wenn er hier immer auf die deutsche Landwirtschaft einhaut.

Possierlich war es, meine Damen und Herren, als der Herr Abgeordnete Wurm erklärte: es gibt keine **Zwangswirtschaft in Deutschland.** Ach, Herr Wurm, wissen Sie denn gar nicht, wie die deutsche Landwirtschaft durch die Zwangswirtschaft in den letzten fünf Jahren drangsaliert und geschädigt wurde? Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Männer der Freiheit — denn Sie auf der äußersten Linken haben doch die „Freiheit" in Erbpacht — die Landwirtschaft in der Zukunft so unter dem Daumen halten wollen, wie das von dem Herrn Abgeordneten Wurm und seinem Fraktionskollegen, dem Herrn Abgeordneten Simon, hier verlangt wurde.

Ein Lieblingstema des Herrn Abgeordneten Wurm ist ja, daß er immer und immer wieder den **Zwangsanbau** verlangt. Meine Damen und Herren! Wie würde es im (C) Deutschen Reiche aussehen, wenn der Zwangsanbau mit den Mitteln, die die Sozialdemokratie fortwährend empfiehlt, bewerkstelligt werden müßte.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wir sehen ja, wie es heute aussieht!)

— Herr Kollege Simon, heute arbeitet der deutsche Landwirt, wenn es sein muß, noch 16 bis 18 Stunden täglich, um das deutsche Volk zu ernähren. Wenn wir aber nach Ihrem Rezept mit 6 bis 8 Stunden Arbeitszeit auskommen müßten, was würde dann der Zentner Weizen kosten? Überlassen Sie den Anbau ruhig den Landwirten, dann fahren Sie gut dabei, der Landwirt weiß, was auf seinem Acker angebaut werden kann. Und, wenn einmal ein Acker brach liegen bleibt, so trägt nicht der Bauer die Schuld, dann tragen Sie die Schuld, weil Ihre Leute wohl billiges Brot essen, aber nicht billiges Brot produzieren wollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Wurm hat sich auch mit der **landwirtschaftlichen Arbeiterfrage** beschäftigt. Ich meine, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Semmler, der verlangt hat, daß den landwirtschaftlichen Arbeitern das Deputat gewährt wird, dürften ihn und seine Parteiangehörigen überzeugt haben, daß die Landwirte volles Verständnis und Entgegenkommen für die Arbeiter besitzen. Was bedeutet denn die Bewilligung des Deputats? — Das bedeutet doch, daß der landwirtschaftliche Arbeiter genügend Lebensmittel und höhere Löhne bekommt. Ich möchte Sie ausdrücklich warnen; fahren Sie in der Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiterfragen nicht so fort, wie Sie das bisher getan haben! Bei uns gingen sozialdemokratische Arbeitersekretäre auf das Land hinaus, organisierten die Knechte und verlangten pro Tag bei voller Verpflegung 8 Mark, für Überstunden 50 % (D) Zuschlag und für das Füttern der Pferde am Sonntag 5 Mark. Wenn der Landwirt diese Löhne zahlen müßte, was glauben Sie denn, was dann die landwirtschaftlichen Produkte kosten würden? Was war nun die Folge der Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre? — Ein großer Teil dieser Knechte hat die alten Stellen verlassen und ist in die Industrie abgewandert. Geht das so weiter wer soll dann die Felder anbauen, wer soll dem deutschen Volke die Nahrung schaffen? — Fahren Sie nur so fort, dann hängen Sie sich an dem Strick auf, den Sie sich selber gedreht haben!

(Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Wurm hat auch den **Mangel an Fleisch** beklagt. Worauf ist denn derselbe zurückzuführen? Wissen die Herren nichts von dem Schweinemord, der begangen wurde. Wissen Sie nicht, daß von diesem Augenblick an unsere ganze Fleischernährung in Frage gestellt war? Sie wissen auch, wie im vorvergangenen Jahr unter unseren Rinderbeständen geaast wurde. Herr Kollege Wurm, glauben Sie denn, daß, wenn dem Bauern für ein einjähriges Schwein nur soviel bezahlt wird, daß er sich dafür ein Ferkel von 6 bis 7 Wochen anschaffen kann, durch eine solche Preispolitik die Fleischproduktion gefördert wird? Nein, meine Herren, Sie, die Sie fortwährend darüber jammern, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte zu hoch seien, Sie schneiden sich mit solchen Bemerkungen in das eigene Fleisch. Wohin kommen wir denn, wenn der Bauer für seine Produkte nicht solche Preise bekommt, daß er noch produzieren kann? Die Produktion wird weniger, wir müssen dann diese Produkte aus dem Auslande beziehen, und das Ausland sagt uns dann, was diese Produkte kosten.

(Sehr richtig! rechts.)

(**Gebhart,** Abgeordneter.)

(A) Herr Wurm hat auch die **Zuckerknappheit** besprochen und die Landwirte für dieselbe verantwortlich gemacht. Sollte Herr Wurm die wirklichen Ursachen der Zuckerknappheit nicht kennen? Herr Kollege Dr. Semmler hat ihm die Ursache im Ernährungsausschuß genannt, als er damals mitteilte, daß er etliche hundert Morgen Zuckerrüben habe umpflügen müssen, weil keine Arbeiter da waren, um sie zu jäten und zu behacken. Herr Wurm, sagen Sie Ihren Anhängern, sie möchten arbeiten, dann haben sie Brot, Kartoffeln und Zucker.

Der gestrige Tag erweckt den Anschein, als würde unser inneres Wirtschaftsleben auf einer Grundlage aufgebaut. Sowohl der Herr Reichswirtschaftsminister wie die Redner der bürgerlichen Parteien sprachen sich bei Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die Steigerung der Preise bei den Häuten, bei Leder und Schuhwerk, die infolge der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung eingetreten sei, für einen Abbau der Zwangswirtschaft aus. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat heute aber schon wieder etwas reichlich Wasser in seinen Wein gegossen. Er hat sich sogar etwas sehr in die Hitze hineingesprochen, als er sagte: wohin kommen wir, wenn wir die Zwangswirtschaft aufheben? — dann kostet der Laib Brot 8 Mark; wir haben beim Fleisch $1^1/_2$ Milliarden zugeschossen, und doch fehlt dem deutschen Volke dieses wichtige Nahrungsmittel. Ja, wenn der Herr Reichswirtschaftsminister so fortfährt, daß er und seine Freunde die landwirtschaftliche Produktion durch die Zwangswirtschaft totschlagen, wie das bisher vielfach der Fall war, dann werden wir sicher in der Zukunft diese Preise bekommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wird die deutsche Landwirtschaft in ihrer Produktion nicht so gefördert, daß sie in der Zukunft intensiv produzieren kann, dann müssen wir diese Lebensmittel aus dem Ausland einführen, und das Ausland sagt uns dann, was diese Produkte kosten. (B)

(Sehr richtig! rechts.)

Also, meine Herren, in erster Linie soll der Herr Reichswirtschaftsminister dafür sorgen, daß die Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft durch Bereitstellung von künstlichem Dünger, Kraftfutter, preiswertem Saatgut gehoben wird. Erst dann, wenn der Herr Reichswirtschaftsminister die deutsche Landwirtschaft so behandelt und fördert, erst dann werden unsere Ernährungsverhältnisse besser.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, gefreut hat es mich, daß der Herr Reichswirtschaftsminister erklärt hat, die **Ablieferung** der Landwirte sei eine so gute, daß, wie in der Vergangenheit der deutsche Arbeiter seine Ration Brot und Kartoffeln bekommen habe, er sie auch in der Zukunft erhalte. Dieser Ausspruch des Herrn Reichswirtschaftsministers ist für uns Landwirte außerordentlich wertvoll. Er widerlegt schlagend die Angriffe und Beschimpfungen, die sich die Landwirte über nicht genügende Ablieferung gefallen lassen müssen. Die Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers stimmen aber auch mit den Erfahrungen überein, die ich draußen im Lande mache. Es ist nicht wahr, was von vielen Seiten, was selbst von Regierungsseite behauptet wird, daß der Bauer nicht abliefere. Ein Pfälzer Bezirksamtmann behauptete kürzlich, in seinem Bezirke sei noch nicht ein einziges Pfund Getreide abgeliefert worden. Am nächsten Tage mußte er sich von fünf Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte sagen lassen, daß in ihren fünf Dörfern nicht weniger wie 4000 Zentner Brotgetreide abgeliefert worden seien,

(hört! hört! rechts.)

und, meine Herren (nach links), wenn Sie das anerkennen und es draußen ihren Leuten sagen, dann wird (C) eine Beruhigung in der Bevölkerung eintreten, und Stadt und Land werden sich besser verstehen, als es bisher der Fall war.

(Bravo! und Sehr richtig! rechts.)

Die **Stellung der Mehrheitssozialisten zu der Interpellation** war nicht ganz klar. Der Vertreter der Interpellation Herr Kollege Becker war halb und halb gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Leder und Schuhwerk. Herr Davidsohn hat die Aufhebung derselben in Grund und Boden verdammt, aber als vorsichtiger Mann zugefügt, die Meinungen in ihren Reihen seien geteilt. Nur die **Herren von der äußersten Linken** unter der Führung des Herrn Simon waren die einzigen, die gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung gesprochen haben, und warum? Weil es der Regierung bis jetzt mittelst der Zwangswirtschaft gelungen ist, aus den Viehhaltern die Häute um 90 Pfennig herauszupressen, und weil es der Regierung mit Hilfe der Zwangswirtschaft jetzt noch möglich ist, den Landwirten die Häute mit 1,50 abzunehmen, in einer Zeit, in der wir dem Ausland 9 Mark für das Pfund Häute bezahlen müssen. Es ist unbegreiflich, daß die Männer der Gerechtigkeit — und das wollen die Herren von der äußersten Linken doch sein —, in der Art und Weise die Landwirtschaft behandeln.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Simon, billige Häutepreise bedeuten noch lange keine billigen Lederpreise.

Ich will Ihnen das an einem **Fall,** der sich in meiner Heimat, im **besetzten Gebiet,** abgespielt hat, nachweisen. Als der Einmarsch der Franzosen nahe bevorstand, bekamen die **Lederinteressenten,** die Herren Gerber und Lederhändler, es mit der Angst zu tun, die Franzosen würden ihnen das Leder beschlagnahmen und wegnehmen. Sie wandten sich an die Verwaltungsbehörde, um mit (D) ihr Vereinbarungen über Absatzmöglichkeiten und über die Preise zu treffen. Auf Grund dieser Abmachungen gaben die Gerber dann gern und willig das Pfund Sohlenleder mit 5,50 Mark, das Pfund Oberleder mit 8,80 Mark ab. Als die Franzosen sich dann um das Leder nicht kümmerten, kostete schon nach wenigen Tagen das Pfund Sohlenleder 8 Mark und das Pfund Oberleder 12 Mark.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das war, Herr Kollege Simon, jetzt unter der Zwangswirtschaft! — Mit einem Mal aber war das ganze Leder vom Markt verschwunden. Und warum? Die Schieber und Wucherer aus der Großstadt kamen auf das Land hinaus und kauften den Gerbern das Leder um solche Preise ab, daß der kleine Schuhmacher nicht mehr mittun konnte.

(Zustimmung rechts.)

Von diesem Augenblick an konnte niemand auf dem flachen Lande noch Leder bekommen, und wenn gestern der Herr Kollege Hermann aus Württemberg sich bereit erklärte, für diese Schieber und Wucherer die Stricke zum Aufhängen zu liefern, so erkläre auch ich mich bereit, eine Anzahl Erntestricke für das Aufhängen dieser Schieber und Wucherer zu liefern. Wenn der Herr Reichswirtschaftsminister gemeint hat, es gäbe in Berlin nicht soviel Laternenpfähle, um alle die Schieber und Wucherer von Berlin aufzuhängen, so ist da leicht abzuhelfen: man hängt einfach an jeden Laternenpfahl zwei oder drei dieser Wucherer auf.

(Zustimmung.)

— Es wird mir soeben vom Herrn Präsidenten ein Abschiedszettel zugestellt.

(Heiterkeit.)

Ich will mich also möglichst kurz fassen. Vor allen Dingen muß ich plötzlich meinen Gedankengang abbrechen

(**Gebhart**, Abgeordneter.)

(A) und will ich mich nur noch gegen die Art und Weise, wie der Konjunkturgewinn verteilt werden soll, aussprechen.

Was hat denn der Staat und die Gemeinde für diesen **Konjunkturgewinn** getan? Liegt irgend eine Veranlassung vor, den Gerbern und Lederhändlern von diesem Konjunkturgewinn irgend etwas zukommen zu lassen? Diese Leute haben im Kriege so reichlich verdient, daß die Bevölkerung es nicht verstehen würde, wenn ihnen wegen des Risikos, das sie jetzt durch den Ankauf der teuren Häute eingehen mußten, irgend etwas von dem Konjunkturgewinn zufließen würde. Der Konkturgewinn wurde auf Kosten der Landwirtschaft erzielt, schließlich auch dadurch, daß man den Lederkonsumenten außerordentlich hohe Preise abnimmt. Wenn das zutrifft — und es ist so —, dann muß der Konjunkturgewinn in erster Linie den Kreisen wieder zugeführt werden, auf deren Kosten er zustande gekommen ist, und das sind die Landwirte und die Verbraucher des Leders. Ein Drittel soll nach dem Regierungsvorschlage die Landwirtschaft bekommen, ein Drittel das Reich und ein Drittel die Gemeinden. Ich bin der Ansicht, daß diese Verteilung ungerecht ist, und daß sie auf die Art und Weise erfolgen müßte, wie ich es vorgeschlagen habe: 60 Prozent der Landwirtschaft als dem Teil, der die größten Opfer für das Zustandekommen des Konjunkturgewinns gebracht hat, und 40 Prozent sollten dafür verwendet werden, um der minderbemittelten Bevölkerung billiges Schuhwerk zu verschaffen. Ich glaube, wenn so vorgegangen wird, dann wird die Bevölkerung draußen, die die Verhältnisse kennt und weiß, daß gerade die Lederindustrie im Kriege außerordentlich große Verdienste gemacht hat, Verständnis dafür haben, während sie es nicht verstehen wird, wenn die Verteilung auf die Art vorgenommen wird, wie es von dem Herrn Reichswirtschaftsminister vorgeschlagen wurde.

(B) Was die Anträge der Deutschnationalen Volkspartei und der Demokratischen Partei anlangt, so hat der Redner der Deutschen demokratischen Partei erklärt, daß ihre Anträge veraltet seien und nicht in vollem Umfange aufrechterhalten werden. Ich will deshalb auf diese Anträge nicht näher eingehen und mich nur mit dem letzten Satz des Antrages der Deutschen demokratischen Partei beschäftigen, der **Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse** unter Berücksichtigung der **Preisverhältnisse der wichtigsten Ge- und Verbrauchsgegenstände sowie der Arbeitslöhne** verlangt. Von dem Herrn Abgeordneten Wurm wurde gerade dieser Passus bekämpft. Aber was hier gefordert wird, ist so selbstverständlich, daß jeder, der es mit dem deutschen Volk gut meint, diesen Antrag annehmen und verteidigen muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Bewilligen Sie den Landwirten nicht die Preise, die sie notwendig haben, um zu produzieren, worauf muß das hinausgehen? Der Bauer wird immer noch so viel bauen, wie er für seinen Bedarf braucht. Aber der deutsche Konsument, der deutsche Arbeiter wird dann auf die Ernährung aus dem Auslande angewiesen sein, und was das bedeutet, habe ich Ihnen eingangs meiner Ausführungen gesagt. Ich meine, wenn auf der Linken der ehrliche Wille bestehen würde, der Rechten gerecht zu werden, und wenn Sie das würdigen, was wir Ihnen aus dem Gefühl heraus sagen, daß wir bestrebt sind, mitzuhelfen, daß wir über diese schwere Zeit hinauskommen, dann würden Sie dem deutschen Volke einen größeren Gefallen erweisen als mit den fortwährenden Angriffen gegen die deutsche Landwirtschaft.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort als letzter Redner hat der Herr Abgeordnete Schneider (Franken).

(C) **Schneider** (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mein Freund Dietz hat das hohe Lied der freien Wirtschaft gesungen. Ich stimme ihm hierin theoretisch vollkommen bei; was aber die Praxis betrifft, so möchte ich für einen zum mindesten großen Teil meiner Parteifreunde sagen, daß wir für absehbare Zeit eine **Aufhebung der Zwangswirtschaft** nicht für möglich halten.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Grund hierfür ist sehr einfach. Selbst angenommen, die Produktion wäre wieder so reichlich, daß wir uns alle ernähren könnten, so müßte doch infolge des sinkenden Geldwerts, dessen Auswirknng immer noch nicht beendigt ist, bei Wegfall der Zwangswirtschaft ein unaufhörliches **Emporschnellen der Preise** stattfinden. Darunter müßten alle diejenigen Existenzen leiden, die von nichtanpassungsfähigen Geldbezügen leben. Das wären die kleinen Sparer, die sich für ihre alten Tage einen Spargroschen hinterlegt haben, die Versicherten, deren Existenz auf einer Versicherungssumme beruht, die der Staat als Angestellte oder Arbeiter zur Versicherung gezwungen hat, es wären die Beamten, deren Gehalt sich nur ganz langsam anpassen kann, die Angestellten, die sich wenigstens etwas rascher anpassen können, und schließlich selbst die Arbeiter. Über die Leichen all dieser Stände müßte diese Entwicklung hinweggehen, und wir sind nicht geneigt, sie diesen Gang der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung preiszugeben.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Im Saargebiet war die freie Wirtschaft bereits eingeführt, und wir erfahren heute, daß sie auf allgemeinen Wunsch der Bevölkerung wieder abgeschafft werden soll. Das einzige, was wir tun können, ist, die Zwangswirtschaft mit der Zeit auf die unbedingt für die Erhaltung (D) des Volkes notwendigen Quantitäten zu beschränken und außerdem dahin zu wirken, daß unser Geldwert wieder eine Stabilität erlangt. Und das wird der Fall sein dann, wenn die Reichsbank wieder in der Lage sein wird, ihre Papiergeldschöpfung nicht mehr nach fiskalischen, sondern nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gestalten. — Auf diesen Punkt möchte ich die Aufmerksamkeit des Hauses hingelenkt haben.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Haußmann:** Die Diskussion ist geschlossen; die Herren Antragsteller und Berichterstatter haben nicht mehr ums Wort gebeten.

Wir kommen also zur Abstimmung, zunächst über die Anträge des Ausschusses, die Ihnen auf Nr. 951 der Drucksachen, und zwar unter I, II und III 1 vorliegen. Der Antrag III 2 auf Einsetzung eines parlamentarischen Überwachungsausschusses ist bereits am 21. August von der Nationalversammlung angenommen. Ich brauche die Anträge wohl nicht zu verlesen.

Ich bitte diejenigen Dameu und Herren, welche diese Anträge des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Anträge sind angenommen.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die Anträge der Herren Abgeordneten Arnstadt und Genossen auf Nr. 13 der Drucksachen. Auf der Tagesordnung stand auch noch ein Antrag Dr. Ablaß und Genossen unter Nr. 858 der Drucksachen: es ist von dem Herrn Redner der Partei aber erklärt worden, daß dieser Antrag zurückgezogen werde, wodurch also eine Abstimmung entfällt. Dagegen ist an dem Antrage Arnstadt und Genossen eine Änderung vorgenommen worden.

(Vizepräsident **Haußmann.**)

(A) Der Antrag würde jetzt folgende Fassung haben:

Die Reichsregierung wird ersucht:

1. Die freie Kraft des schaffenden Volkes in allen Wirtschaftszweigen wirken zu lassen zur Neuentfaltung von Handel und Wandel, zur Wiederaufrichtung des gesamten Erwerbslebens und hinreichender Sicherstellung der Ernährung des Volkes.
2. zu dem Zwecke Maßregeln dahin zu ergreifen:
   a) daß der Abbau der Zwangswirtschaft in Brotgetreide, Gerste, Kartoffeln, Fett, Milch und Fleisch erfolgt, sobald die Ernährung des Volkes in diesen Produkten durch Erzeugung und Zufuhr gewährleistet ist;
   b) daß der Abbau der Zwangswirtschaft in allen anderen Zweigen der Zwangswirtschaft sofort erfolgt.

Über diese Punkte haben wir abzustimmen. Wenn keine getrennte Abstimmung verlangt wird, werde ich nur eine Abstimmung vornehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dafür stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Hier ist nicht verstanden worden, worüber abgestimmt werden sollte. Außerdem bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

(Rufe: Das ist zu spät!)

Vizepräsident **Haußmann:** Der Herr Abgeordnete (B) Scheidemann hätte die Beschlußfähigkeit des Hauses geschäftsordnungsmäßig vor der Abstimmung bezweifeln müssen. Nunmehr ist die Abstimmung vorgenommen und daher gültig.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Ich habe ausdrücklich in demselben Augenblick, wo der Herr Präsident gesagt hat: wer dafür ist, möge sich von dem Platz erheben, — gesagt, daß es hier nicht verstanden worden ist.

(Widerspruch rechts.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch, den 15. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit;
2. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen, und zwar:
   a) Haushalt des Reichspräsidenten,
   b) Haushalt der Reichspost- und Telepraphenverwaltung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 46 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

99. Sitzung.

Mittwoch den 15. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Der Herr Reichsminister des Innern hat mitgeteilt, daß zu stellvertretenden Mitgliedern des Reichsrats ernannt worden sind:

von Mecklenburg-Schwerin der Ministerialdirektor Dr. Tischbein, (C)

von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß der Ministerialdirektor Dr. Münzel.

Die Vollmacht des Oberzolldirektionspräsidenten Lorentz als stellvertretendes Mitglied des Reichsrats für Mecklenburg-Schwerin ist erloschen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Stresemann, Frau Zietz
die Abgeordneten Dr. Heinze, Raute;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Stock, Dietrich (Liegnitz), Körsten, Davidsohn, Bruhn, Simon (Franken), Dr. Maretzky
die Abgeordneten Hansmann, Frau Bollmann, Sidow, Thurow, Dr. Hartmann (Oppeln), Wurm, Dusche;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Giebel, Bruhn, Legien, Dietrich (Liegnitz), Frau v. Gierke
die Abgeordneten Dietrich (Liegnitz), Schiele, Müller (Potsdam), Obermeyer, Knollmann;

in den Unterausschuß des 8. Ausschusses für den Abgeordneten Dr. Graf zu Dohna
der Abgeordnete Oertel;

in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Becker (Hessen)
der Abgeordnete Winnefeld;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Költzsch, Frau Dr. Schirmacher
die Abgeordneten D. Mumm, Kraut;

in den 12. Ausschuß für die Abgeordneten Schmidthals, Weilnböck
die Abgeordneten Nuschke, Arnstadt; (D)

in den 16. Ausschuß für die Abgeordneten Schiffer (Magdeburg), Haase (Berlin)
die Abgeordneten Gothein, Dr. Cohn;

in den 21. Ausschuß für die Abgeordneten Thabor, Gruber
die Abgeordneten Holl, Burgau.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Steinsdorff für 14 Tage wegen Krankheit in der Familie. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (Nr. 1180 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Gesetzes, betreffend den **deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen** und die **Gewährung von Straffreiheit**, ist eine Ergänzung des Friedensvertrages, mit dessen Inkrafttreten nun bald zu rechnen sein wird. Im Art. 92 des Friedensvertrages ist im Schlußabsatz ausdrücklich vorgesehen, daß solche Ergänzungsabkommen geschlossen werden. Wenn wir bereits vor Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Polen in Abmachungen über die in Betracht kommenden Fragen getreten sind, so liegt das daran, weil wir ein besonderes Interesse daran haben, daß die Abwicklung der Verhältnisse in den östlichen Ab-

(**Müller**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) tretungsgebieten möglichst glatt von statten geht. So schmerzlich uns der Verlust rein deutscher Mitbürger ist, die, ohne vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen zu können, an Polen abgetreten werden, so haben wir doch ein Interesse daran, daß möglichst bald korrekte Verhältnisse zu unseren polnischen Nachbarn entstehen.

Die Verhandlungen, die bereits im August begannen, sind auf einige Zeit durch den Putsch unterbrochen worden, der in Oberschlesien stattgefunden hat, und konnten erst, nachdem sich wieder eine gewisse Atmosphäre herausgebildet hatte, wieder in Gang gebracht werden. Aber in ihrer Gesamtheit leiden die Verhandlungen unter der Spannung, die vorhanden ist, weil eine Reihe von Staatsangehörigen beider vertragschließender Staaten sich wegen Betätigung im Zusammenhang mit den nationalen Bewegungen in den Grenzprovinzen in Haft befinden, weil ferner eine Reihe von Staatsangehörigen aus Oberschlesien bekanntlich im Zusammenhang mit dem Putsch geflüchtet sind und sich zum Teil längere Zeit jenseits der polnischen Grenze aufgehalten haben, zum Teil noch dort aufhalten.

Weiter kommt aber für uns in Betracht, daß der **Kriegsgefangenenaustausch zwischen der deutschen Republik und Polen** noch nicht vollzogen ist, daß nicht nur in Deutschland Kriegsgefangene vorhanden sind, die anläßlich des oberschlesischen Aufstandes gemacht worden sind, sondern daß noch von der Kriegszeit her Deutsche sich in Gefangenenlagern jenseits der polnischen Grenze befinden. Alles das hat uns veranlaßt, dafür einzutreten, daß dieser Vertrag zustandekommt, und wir sind deshalb zu dem Abschluß dieses Sonderabkommens gelangt, noch bevor der Friedensvertrag in Kraft tritt.

Die Artikel 1 bis 5 des vorliegenden Entwurfs behandeln nun die **Entlassung der festgehaltenen Personen.** (B) Es kommen dabei in Betracht die Personen, die an Kampfhandlungen teilgenommen haben, und Personen, die als Geiseln verschleppt worden sind, und endlich die Schutzhäftlinge, die alle zusammen mit den Kriegsgefangenen auf Grund dieses Vertrages ihre Freiheit wiedererlangen sollen. Ausgeschlossen sollen von der Vergünstigung der Entlassung nur diejenigen Strafgefangenen und Häftlinge sein, die wegen eines gemeinen Verbrechens festgesetzt sind oder verfolgt werden. Die Entlassenen sollen nach freier Wahl in ihre Heimat zurückkehren dürfen oder sich nach einem anderen Ort begeben können. Die beiderseitigen vertragschließenden Staaten haben dafür zu sorgen, daß diese Heimkehr ordnungsgemäß erfolgen kann. Im übrigen ist zur Überwachung des Vertrages nach Art. 11 eine besondere Kommission vorgesehen.

Die Artikel 6 bis 9 regeln die Frage der **Amnestie.** Alle vor Inkrafttreten des Vertrages begangenen strafbaren Handlungen, die auf militärische, politische oder nationale Betätigung zurückzuführen sind, werden von diesem Vertrage getroffen, einerlei, wie lange diese strafbaren Handlungen zeitlich zurückliegen. Es kommen nicht nur die Strafhandlungen in Betracht, die in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten begangen worden sind. Auch die Amnestierten sollen nach Art. 8 volle Bewegungsfreiheit erhalten.

Für die Regelung der Einzelheiten und über die **Auslegung des Vertrages** sollen besondere **Kommissionen** eingesetzt werden. Es ist vorgesehen, daß in diesen Kommissionen von jeder vertragschließenden Seite je eine Person arbeitet, und daß für den Fall, daß zwischen diesen eine Übereinstimmung nicht zu erzielen ist, ein neutraler Schiedsrichter entscheiden soll Wegen der Ernennung der Schiedsrichter werden wir mit dem Schweizer Bundespräsidenten in Verbindung treten.

Der Vertrag selbst tritt mit dem Austausch der (C) Ratifikationsurkunde in Kraft. Es hat aber eine Abrede stattgefunden, nach der auch vorher schon mit der Entlassung der Festgehaltenen begonnen wird. Das ist zum Teil schon geschehen. Die zu Amnestierenden können allerdings vorher nicht in den Genuß der Vergünstigungen des Vertrages kommen, weil dazu erst der Vertrag selbst geschlossen sein muß. Nach der Verfassung bedarf ja eine Amnestie der gesetzlichen Regelung, und aus diesem Grunde ist auch die Gesetzesform gewählt worden, die außerdem notwendig war, weil die in Art. 11 vorgesehenen Bindungen für die Beamten der beiderseitigen Staaten maßgebend sein müssen.

Wir hoffen, daß dieser Vertrag die friedlichen Beziehungen des polnischen und des deutschen Volkes fördern, die uns durchaus notwendig erscheinen, da wir nun einmal geographisch dazu bestimmt sind, Nachbarn zu sein.

(Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Der Auswärtige Ausschuß hat mich beauftragt mitzuteilen, daß der Ausschuß heute früh den **deutsch-polnischen Vertrag** in Behandlung genommen und die staatsrechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse durchgesprochen hat und zwar zusammen mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen und den Herren des Auswärtigen Amtes. Wir haben uns überzeugt, daß der Vertrag dringlich ist, einmal, weil er die persönliche Freiheit zahlreicher Angehörigen unseres Staates und des Staates der Mitkontrahenten berührt, und dann, weil die Vorerledigung dieses Teils der Verhandlungen die Voraussetzung für die raschere Durchführung des übrigen dringlichen Teils der Beziehungen zu Polen ist. (D) Aus diesem Grunde hat der Auswärtige Ausschuß es für richtig gehalten, vorweg in die Beratung einzutreten.

Die Beratung hat ergeben, daß ein Grund zur Beanstandung des Vertrages nicht vorliegt, auch in den einzelnen Artikeln nicht.

Zu Artikel 10 möchte ich ausdrücklich sagen, daß er auf alle diejenigen Personen, welche der Staatsgewalt eines der vertragschließenden Teile unterstehen und welche vor dem Inkrafttreten des Vertrages sich politisch oder national zugunsten des anderen Teils der Vertragschließenden betätigt haben, sich bezieht, und zwar ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit und ohne Rücksicht auf den Ort, durch welchen die Betätigung erfolgte. Dies ist der selbstverständliche Inhalt, er ergibt sich aus der Einleitung und aus dem Zusammenhange des Artikels 6. Die Regierung war in dieser Auffassung vollständig einig mit dem Auswärtigen Ausschuß.

Bei dieser Sachlage und dieser materiellen Vorprüfung durch den ständigen Ausschuß ist der Auswärtige Ausschuß auch der Ansicht, daß die Durchberatung des Vertrages in zweiter Lesung heute sofort und ohne weitere Kommissionsprüfung sich anschließen kann, und alle Parteien, die im Ausschuß vertreten sind, waren auch der Meinung, daß auch die dritte Lesung heute schon vorgenommen werden kann.

Die Verabschiedung des Vertrages trifft zusammen mit dem Tage, an welchem die Reichsregierung und die preußische Regierung einen **Aufruf an die Deutschen** gerichtet haben, **deren Gebiete von der Abtrennung bedroht** sind. Dieser Aufruf enthält alle diejenigen Gedanken, die sich sonst aus Anlaß dieses Vertrages hätten aussprechen lassen, und ich will deshalb, ausdrücklich auf den Inhalt dieses Aufrufs bezugnehmend, mich weiterer Ausführungen enthalten.

(A) **Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die erste Beratung ist geschlossen. Ein Antrag auf Überweisung an einen Ausschuß ist nicht gestellt, wir können deshalb gleich in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich rufe zunächst den Entwurf des Gesetzes auf, Art. 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. —

Es wird zweckmäßig und sachdienlich sein, auch den Vertrag selbst in seinen einzelnen Artikeln aufzurufen. Ich rufe auf den Vertrag Art. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12. — Angenommen.

Damit ist die Beratung in zweiter Lesung erledigt.

Ich möchte dem Hause vorschlagen, auch gleich in die dritte Beratung einzutreten. Das ist nur möglich, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; wir treten also sofort in die

dritte Beratung

ein.

Ich eröffne die Generaldiskussion, — schließe sie.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich rufe zunächst auf das Gesetz, Art. 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift; sodann den Vertrag, Art. 1 bis 12. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Gesetz mit dem Vertrage in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle die einstimmige Annahme des Gesetzes samt Vertrag fest.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung in erster bis dritter Lesung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

(B) **Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen** (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichspräsidenten (Anlage I).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1097 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Bolz.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben auf Seite 2. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 1a, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12. — Angenommen.

Wir gehen über zu den Einnahmen. Ich rufe auf Kap. 5 Tit. 1. — Angenommen.

Damit ist die zweite Lesung des Etats des Reichspräsidenten ebenfalls erledigt.

Wir kommen zum

Haushalt der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (Anlage XIV).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1119 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Delius,

für die Petitionen: Abgeordneter Steinkopf.

Antrag Nr. 1146.

Die Beratung wird fortgesetzt mit Kap. 85 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Wir fahren in der Rednerliste fort. Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Vor dem Kriege war die Postverwaltung gerade in Deutschland vielleicht die sicherste und schnellste der Welt. Das ist durch den Krieg ja in trauriger Weise anders geworden. Wir hörten in (C) der Kommission, daß, soweit der Mangel an Materialien das bedingt, auch eine Besserung sich nur langsam und schwerfällig vollziehen wird. Dabei ist gerade jetzt eine ungeheuerliche Steigerung der Postgebühren herbeigeführt, die unser Verkehrsleben kaum tragen kann. Da ist es natürlich die zwingende Pflicht der Postverwaltung, daß sie auch ihrerseits alles tut, jeden Fortschritt zur Erleichterung des Verkehrs benutzend, um Erleichterungen zu schaffen, so gut das möglich ist.

Wie steht es da nun mit der Benutzung von Fortschritten? Da sind meines Erachtens zwei Sachen, die mehr und besser schon hätten berücksichtigt werden sollen. Zwei Wünsche sind also unerfüllt geblieben: Ich meine, die Postverwaltung hätte sich aus den Heeresbeständen von den Autos ein so reiches Material verschaffen müssen, daß man den **Autobusverkehr** bis in die entlegensten Gegenden und Dörfer hätte tragen können.

(Sehr richtig!)

Weiter hätte sie dafür sorgen müssen, daß unsere gesamten Fliegerstaffeln ohne weiteres zur Abhilfe dringlicher Verkehrsnöte in den Postbetrieb hinübergenommen werden konnten. Das ist nicht geschehen. Ja, die Anfänge, die da recht verheißungsvoll waren, mit dem **Luftpostverkehr** zwischen Weimar und Berlin, sind wieder ganz eingestellt worden, und zwar angeblich wegen Mangel an Betriebsöl. Das hätte meiner Ansicht nach nicht geschehen dürfen. Die Verwaltung hätte sich diese Betriebsmittel aus den Militärdepots sichern müssen, und wenn es nicht anders ging, sogar aus Schieberhänden.

(Hört! hört! links.)

Auch von anderer Stelle des Verkehrs kommen Klagen. Als unerträglich muß der Verkehr die **Verzögerungen im Telegraphen- und Telephonverkehr** empfinden. Hier hat die Postbehörde ja zugesagt, daß sie säumige und tändelnde Telephonistinnen besser überwachen (D) und ebenso säumige Telegraphenboten besser antreiben und kontrollieren will. Aber damit ist eine grundlegende Besserung noch nicht erzielt. Es kommt darauf an, daß das Publikum Selbstzucht übt.

(Sehr gut! rechts.)

Zwei Zahlen, die die Postverwaltung uns gegeben hat, beweisen schlagend, daß diese Selbstzucht des Publikums selbst unbedingt notwendig ist. Vor dem Kriege wurden in Berlin täglich durchschnittlich 90 000 Telegramme bearbeitet. Ende September dieses Jahres wurden an einem Tage in Berlin 161 000 Telegramme erledigt. Wieviel Überflüssiges und wieviel Unsinniges mag in diesen Telegrammen enthalten sein. Dasselbe muß man vom Gesprächsverkehr sagen. In Dresden betrug vor dem Kriege die Zahl der täglichen Telephongespräche 140 000, heute beträgt sie 240 000. Das ist zurzeit eine direkte Schädigung unseres Verkehrslebens, denn die schon sowieso überlasteten Betriebsmittel werden in vielen Fällen für überflüssige Dinge benutzt. Die Post kann unter den heutigen Verhältnissen hier im Augenblick nicht durchgreifend helfen.

Anders steht es aber mit der Sicherheit im Postbetrieb, soweit es sich um die sichere Bestellung von Briefen und Paketen handelt. Es ist eine traurige Tatsache, daß die Post 80 Millionen Mark als Entschädigungen für gestohlenes Postgut im Paketverkehr hat verausgaben müssen. Früher war das anders. Vor 15 Jahren stand in einem Witzblatt einmal ein treffliches Gedicht, das mit den Worten begann:

Der Posthilfsbote Säbelbein
Lädt für Berlin Pakete ein!

Dann schildert dieses Gedicht, wie ein Mann arbeitete und zehn Mann ihn kontrollierten. Dieses alte Kontrollsystem hat, wenn man die 80 Millionen Mark, von denen

(Beuermann, Abgeordneter.)

(A) ich eben sprach, dagegen hält, doch immerhin noch billig gearbeitet. Wenn wir auch zu diesem alten Kontrollsystem nicht zurückkehren wollen, so, meine ich, müßte die Post doch unbedingt mit harter Hand durchgreifen, um den **Postdiebstahlen** nach Möglichkeit ein Ende zu machen.

(Sehr richtig rechts.)

Das müßte mehr als bisher geschehen. Es dürfte nicht erst nötig sein, daß der Postbeamtenkörper selbst gegen Leute Front macht, die früher im Postbetriebe gestohlen haben und trotzdem jetzt wieder eingestellt werden.

(Hört! hört! rechts.)

Wer unehrlich in diesem öffentlichen Betriebe gewesen ist, mag es sich nun um einen Mann oder um eine Frau handeln, darf dort keinerlei Arbeit mehr tun.

(Sehr richtig! rechts.)

Es darf auch nicht vorkommen, daß Leute, die man dabei ertappt, daß sie — wie es vorgekommen ist — 68 Tausendmarkscheine verschieben wollen, nur mit einer Ordnungsstrafe von 15 Mark belegt werden.

(Hört! hört!)

Wenn etwas Derartiges geschieht, dann ist keine durchgreifende Besserung möglich. Hier muß ein scharfer Wind wehen, der alle Spreu hinwegfegt.

Wenn der **Beamtenkörper,** der mit eiserner Gewissenhaftigkeit, mit der größten Zuverlässigkeit und Schnelligkeit arbeiten muß, wieder zuverlässig gemacht werden soll, dann ist natürlich Voraussetzung, daß er sichere Rechte und eine gute **Bezahlung** hat. Wie steht es nun damit? Im Juni mußte die Postverwaltung auf eine kleine Anfrage von mir zugeben, daß ein Telegraphenarbeiter von 28 Jahren mit zwei Kindern rund 1000 Mark mehr Einkommen hatte als ein mittlerer Postbeamter mit zwei Kindern im gleichen Alter. Das ist eine Umkehrung der Verhältnisse, die unhaltbar ist.

(Sehr richtig! rechts.)

(B) Es ist ja hier schon vieles gebessert, wie uns auch das Postministerium mitteilte; aber die Gesundung der Verhältnisse ist noch lange nicht herbeigeführt.

Was nun die Rechte der Beamten anbelangt, so haben wir ja aus dem Beamtenkörper selbst heraus gehört, daß gerade in der Postverwaltung jetzt ein ideales Verhältnis besteht zwischen dem Postministerium und den **Beamtenorganisationen,** die den Beamtenkörper vertreten. Wenn sich das Verhältnis weiter ausgestaltet und die Reichsarbeitsgemeinschaft der Postbeamten auch bei der Personalreform grundlegend gehört wird, dann werden wir hoffentlich in Zukunft aus diesem Ressort viel weniger Klagen im Hause zu behandeln haben. Manches ist hier allerdings noch immer nicht so, wie es sein sollte. In Berlin speziell scheint an jedem Postverkehrsamt ein besonderer politischer Vertrauensmann zu sein, der seine politischen Winke in einer Weise weitergibt, die den Beamtenkörper, der im Dienste neutral zu sein hat, übel beeinflussen. So kam es vor, daß ein Assistent im „Vorwärts“ noch in diesem Frühjahr in folgender Weise gemaßregelt wurde:

> Ob Beamte, die sich in die neue Zeit nicht schicken können, noch weiter zu brauchen sein werden, das steht dahin.

Dieser Beamte hatte nichts weiter getan, als sich bei seinem Ausschuß darüber beschwert, daß ein Postbote üblen **politischen Terror im Amte** trieb.

(Hört! hört! rechts.)

Hier muß es unbedingt heißen: Hände weg! Die Beamten haben außerhalb ihres Dienstes das Recht der freien politischen Meinungsäußerung, und sie haben ohne Rücksicht auf ihre politische Stellung das Recht, nach ihrer Tüchtigkeit befördert zu werden.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie dürfen unter keinen Umständen politisch eingeengt und (C) beeinflußt werden von Stellen, die früher immer nach der Freiheit politischer Betätigung schrieen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch mancherlei dringende Wünsche der Beamtenschaft harren noch ihrer Berücksichtigung. Da ist es vor allen Dingen der Wunsch der **Beamtenschaft** der Post, daß die Post selbst bessere **Ausbildungsmöglichkeiten** und ausgedehntere Kurse einführen möge, damit die schon im Dienste befindlichen älteren unteren Beamten in den mittleren, die mittleren in den oberen Dienst bei gebührender Tüchtigkeit und Strebsamkeit hineingeführt werden können. Hierzu müssen sie natürlich beurlaubt und gebührend unterstützt werden. Die unteren Postbeamten klagen außerdem, und zwar mit Recht, darüber, daß noch immer Aushilfskräfte für den mittleren Postdienst eingestellt werden, die kaum höhere Bildung haben als sie selbst. Mit diesem System muß völlig gebrochen werden.

Der Bund der Oberschaffner der Post wünscht **Umwandlung der Oberpostschaffnerstellen in Betriebsassistentenstellen.** Diesen Beamten muß diese Aufstiegsmöglichkeit werden.

Ebenso muß noch mehr als bisher dem alten Unrecht in der Assistentenlaufbahn ein Ende gemacht werden: sie müssen hinüber zu den **Sekretären,** und deren Zahl muß vermehrt werden; denn gerade in den Stellen der verantwortungsvollen Sekretäre sind zu wenig Leute. Da überarbeiten sie sich und überaltern zu früh. Wenn da also eingegriffen und eine Aufstiegsmöglichkeit geschaffen wird, so wird das zur Befriedigung des ganzen Beamtenkörpers dienen. Auch den Frauen im Postbetriebe muß eine Aufstiegsmöglichkeit werden.

Ebenso besteht für die **oberen Beamten** eine Stagnierung ihrer **Beförderung.** Da gibt es jetzt eine Möglichkeit, die von dem Herrn Postminister — er ist zwar nicht da; aber es ist doch jemand aus dem Ministerium hier — beachtet werden sollte. Die Einrichtung der neuen Reichssteuerbehörden gibt manchem tüchtigen Postbeamten sicher (D) die Möglichkeit, dort einzutreten und aufzusteigen. Im Ausschuß ist uns in Aussicht gestellt worden, daß diese Möglichkeit offen gehalten werden sollte. Es würde aber gut sein, wenn die Postverwaltung auch hier im Plenum ihre Ansicht darüber kundgäbe.

Im Kriege sind eine ganze Anzahl Postbeamte aus ihren Dienststellen herausgenommen und in andere Dienststellen versetzt worden, ohne daß sie ihre Familien mitnehmen konnten. Diese Leute, die sozusagen ausgeliehen waren, müssen jetzt unbedingt alle wieder zu ihren Familien zurückgebracht werden. Die Stellen, die dadurch aufgemacht werden, müßten mit den herandrängenden **Leuten aus den besetzten Gebieten** besetzt werden. Denen ist es ja einerlei, wohin sie kommen; sie wollen nur gut und wohl sitzen. Überhaupt muß man die aus den besetzten Gebieten kommende Leute besonders berücksichtigen und muß auch für gute Wohnungsmöglichkeiten sorgen.

Auch diejenigen, die jetzt noch dort in den **abzutrennenden Gebieten** bleiben, sollen beachtet werden. Von ihnen hören wir die allerjämmerlichsten Klagen, daß man sie bedroht im Polnischen und in Elsaß-Lothringen, daß sie unter nationalem Drucke stehen in einer Weise, daß man gar nicht weiß, ob sie sich dort werden halten können. Ihnen müßte für alle Zeit zunächst die Eintrittsmöglichkeit offen gehalten werden. Das ließe sich ohne irgendwelche Schädigung in dem Reichspostbetriebe bewerkstelligen. Der Übergang müßte da unbedingt sichergestellt werden.

Wir haben im Ausschuß auch schon darüber gesprochen, daß bei der Ausführung von Postgebäulichkeiten hier und da noch eine größere Sparsamkeit obwalten könnte. Ich habe im Ausschusse auf die große **Autohalle der Post** hingewiesen, für die gerade in diesem Etat 873 000 Mark

(**Beuermann**, Abgeordneter.)

(A) laufender Mittel nachgefordert werden, sodaß sie veranschlagt ist zu 1 373 000 Mark ohne Einrechnung der Überbaukosten. Ich gehe also nicht fehl, wenn ich annehme, daß diese Halle der Post rund 2 Millionen kosten wird, sodaß, wenn man Mieträume genommen hätte, man rund 100 000 Mark für Mieten zur Unterbringung dieser Postautos hätte ausgeben können. Ich glaube, diese Halle, die eine wirkliche Sehenswürdigkeit werden muß, wäre in unseren Notzeiten besser unvollendet geblieben.

Dagegen hat die Post schon vor dem Kriege den Ruhm gehabt, daß sie es verstand, im Gegensatz zu anderen Verwaltungen ihre großen Bauten architektonisch schön und wohlklingend anzulegen. Wir sehen in den Großstädten **Postgebäude**, die wirklich das Auge und den Sinn befriedigen. Da ist nun aber eine Verordnung ergangen, die uns bittere Schädigungen in ästhetischer Beziehung bringen kann. Man hat angeordnet, daß die Inschriften „Kaiserliche" usw. verschwinden sollen, daß auch daneben die Wappenschilder zu verschwinden haben. Ich habe vorgestern vor einem dieser großen Postgebäude gestanden; das hat eine wundervolle Fassade, an der diese alten Kronen und Adler sitzen, die die Kronen tragen, die direkt in die wohlabgewogenen Fassadenverhältnisse hineingehören. Denken Sie sich diese herausgeschlagen, denken Sie sie sich überkittet, — es ist ein direkter Vandalismus, eine Zerstörung eines guten, feinen Geschmacks.

(Sehr richtig! rechts.)

Man sollte erwarten, daß die fortschrittliche Postverwaltung eine solche Wiederbelebung der Bilderstürmerei, die wir ja vor 400 Jahren einmal gehabt haben und die die Nachwelt bis heute noch nicht verstehen kann, nicht mitmacht und sich nicht mit ihr beflecken sollte. In dieser Beziehung müßte man so viel Takt haben, daß man (B) davon ließe, den Schönheitssinn und das ästhetische Gefühl in schwerster Weise zu beleidigen.

(Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Zubeil.

Zubeil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde und ich haben schon vor dem Kriege auf die Überschußwirtschaft hingewiesen, die damals bei der Post eingerissen war. Noch im Jahre 1913 wurden über 100 Millionen Überschuß herausgewirtschaftet. Hätte man damals die Überschüsse zum größten Teil dazu verwandt, eine durchgreifende Personalreform und Besoldungsreform durchzuführen, dann würde die Post heute nicht in dieser Kalamität stehen. In keinem Betriebe — mögen Sie die Eisenbahn oder irgendeinen Betrieb des Reichs nehmen — ist der **Aufstieg der unteren Beamten** bis zum heutigen Tage so verschlossen gewesen wie in der Postverwaltung. Auch heute ist es noch nicht viel anders geworden, obgleich man sagt, wir leben in einer neuen Zeit. Auch heute ist der alte Bureaukratismus noch in voller Blüte, wie er es vor dem 9. November 1918 gewesen ist. Selten wird Rücksicht auf die berechtigten Wünsche der unteren Beamten und auch zum Teil der mittleren Beamten genommen. Heute scheint noch das Wort Geltung zu haben, das einst Kraetke von dieser Stelle dort aussprach: mein Herz schlägt in Liebe und Treue für meine Beamten. Es war eine platonische Liebe, die wahrscheinlich, wenigstens soweit man jetzt um sich blicken kann, noch ebenso platonisch ist, wie sie früher bei Kraetke war.

Die Aufwärtsentwicklung der gehobenen Postbeamten und auch der Leitungsaufseher muß anders gefördert werden, als es bisher geschehen ist. Als im Kriege die Not an die Verwaltung herantrat, als ein Teil ihrer mittleren Beamten mit zur Front eingezogen wurde, da (C) erinnerte man sich der gehobenen Beamten: man setzte sie an die Schalter; und man konnte sofort sehen, daß sie dem Dienst vollkommen gewachsen waren. Bis dahin waren sie stets zurückgestellt worden. Die Beamten verlangen eine bessere soziale Bewertung, die sie sich kraft ihrer theoretischen und praktischen Kenntnisse im Laufe der vielen Jahre erworben haben. Was in Preußen bei der Eisenbahn schon vor dem Kriege möglich gewesen ist, das muß mindestens jetzt bei der Reichspost nach dem Kriege möglich sein.

Sie sehen jetzt, wie wieder neue Schwierigkeiten für die unteren Beamten auftauchen. Es ist die Frage der **Militäranwärter**, die die unteren Beamten in ziemlich große Erregung versetzt; denn dadurch wird selbstverständlich ihr Aufstieg zu einem großen Teil wieder behindert werden. Die Militäranwärter, die 10 bis 12 Jahre beim Militär gedient haben, die Arbeit im wahren Sinne des Wortes in diesen 10 bis 12 Jahren nicht geleistet haben und auch von der Postarbeit nicht die geringste Kenntnis besitzen, werden plötzlich aus ihrer jetzigen Soldatenstellung herausgehoben und kommen in die Stellen der mittleren Beamten. Unsere gehobenen Beamten haben dadurch wieder das Nachsehen auf lange Zeit hinaus. Bei der Beratung der Personalreform, die nicht auf die lange Bank geschoben werden darf, muß auch nach dieser Richtung hin Rücksicht genommen werden. Wenn das Gesetz dem noch entgegensteht, dann muß eben dieses Gesetz geändert werden.

In seiner ersten Programmrede hat der Reichskanzler Bauer in Weimar gesagt: die freie Bahn dem Tüchtigen muß auch über die Schranken hinwegführen, die **das höhere, das mittlere und das untere Beamtentum** bisher geschieden haben. Es sind ausgezeichnete Worte, die ausgespochen wurden. Nur ist leider das Drillingspaar heute noch bei der Post maßgebend: hohe Beamte, (D) mittlere Beamte, untere Beamte. Ehe dieses Drillingspaar nicht einer Auflösung unterworfen ist, wird es auch bei der Postverwaltung in Zukunft nicht viel besser werden. Sollen denn alles wieder nur Worte sein, denen keine Taten folgen?

Die unteren Beamten empfinden es auch sehr bitter, daß im Kriege stellungslose Kaufleute als Aushelfer eingestellt wurden und dann in die mittlere Beamtenlaufbahn eingerückt sind. Auch hier wieder eine große Zurücksetzung der eigenen Beamten, die Jahrzehnte im Dienst tätig gewesen sind. Wir haben nichts dagegen, ein jeder hat das Recht, in alle Berufe und Betriebe einzurücken. Aber er muß dann auch von unten auf dienen und nicht in kurzer Zeit zu diesen Stellen gelangen. Dann muß eben Rücksicht auf das alte Personal genommen werden. Ein großer Teil dieser Maßnahmen führt dazu, daß sie verbitternd wirken, anstatt die Arbeitsfreudigkeit, die in der heutigen Zeit doch so notwendig ist, zu fördern. Das große Post- und Telegraphenbeamtenheer blickt ja auf den jetzigen Minister und hofft, daß er gründliche Reformen durchführen wird. Die unteren Beamten sagen: der Minister, der heute an erster Stelle dieses großen Instituts steht, hat ja selbst den Aufstieg von unten begonnen und ist zur höchsten Stelle hinaufgerückt; was ihm möglich gewesen ist, muß auch den Beamten bei der Post möglich sein. Aber wir haben, wie ich schon einmal im Ausschuß ausgeführt habe, im Postbetriebe noch alte verknöcherte Beamte, die der neuen Zeit noch sehr verknöchert gegenüberstehen und die von ihrem alten Bureaukratismus sich nicht loslösen können. Hier muß ohne Rücksicht eingegriffen werden, und diejenigen, die sich überhaupt nicht fügen können, müssen aus den Ämtern entfernt werden. Ich will heute auf die einzelnen Ämter nicht eingehen, sondern erst einmal abwarten, wie unter dem jetzigen

(**Zubeil**, Abgeordneter.)

(A) Minister die Reform, sowohl die Personal- als die Besoldungsreform, durchgeführt werden wird.

Am 1. Oktober d. J. ist eine große Verteuerung des gesamten Postwesens eingetreten. Da ist es nun aber auch — schon mein Vorredner hat darauf hingewiesen — die Pflicht der Verwaltung, daß wir endlich wieder zu einer größeren Pünktlichkeit kommen; sie ist ja leider im Kriege so außerordentlich zurückgegangen. Im **Telephonbetrieb** ist heute noch eine derartige, man muß sagen, Lotterwirtschaft eingerissen, wie man sie nicht für möglich halten sollte, auch selbst bei den dringenden Gesprächen. Mein Kollege Simon hat vor einigen Tagen von Nürnberg aus ein dringendes Gespräch nach Berlin angemeldet. 8 Uhr morgens wurde das Gespräch angemeldet; in den späten Nachmittagsstunden erkundigte er sich, ob er endlich eine Auskunft erhalten könnte, wann die Verbindung hergestellt sein würde. Darauf wurde ihm in Nürnberg erklärt: da werden Sie noch viele Stunden warten können, bis Sie mit Berlin verbunden werden. Ich meine, bei dringenden Gesprächen, die dazu auch noch teuer genug sind, muß es doch wohl heute schon möglich sein, wenigstens in einigen Stunden verbunden zu werden und ein dringendes Gespräch zu erledigen.

Auf vielen Ämtern ist das Vorgesetztenpersonal, das **Aufsichtspersonal** wie auch die Zahl der Direktorstellen außerordentlich groß. Ich habe schon im Ausschuß Ämter angeführt, wo auf einem einzigen Amte drei Direktoren ihre Tätigkeit ausüben, außerdem zirka ein Dutzend Obersekretäre und Assistenten. Ebenso wird mir vom Haupttelegraphenamt — ich habe ja das Haupttelegraphenamt schon vor dem Kriege in den Bereich meiner Besprechungen gezogen — berichtet, daß bei einem großen Teil der Sekretäre ihr ganzer Dienst darin besteht, daß sie den ganzen Tag während ihrer Dienstzeit mit den Händen auf dem Rücken Aufsichtsdienst aus-

(B) üben. Dann kommt noch die zweite Kategorie von Aufsichtsbeamten, das sind die sogenannten Prüfer, die wenigstens noch in einem gewissen Sinne Arbeit verrichten. Ich glaubte, wir lebten jetzt in einer Zeit, wo alle Kräfte angespannt werden müssen, wenn wir aus dem Dilemma, in dem wir uns jetzt befinden, herauskommen wollen. Außerdem sind dort noch fünf Vizedirektoren und dann noch die eigentlichen Betriebsleiter vorhanden. Ich meine, das ist doch des guten ein bißchen zu viel, wenn diese Ämter mit Aufsichtspersonal so überladen sind. Die Unterbeamten sagen, daß es ein reiner Polizeidienst ist, der dort von den oberen Beamten, den Sekretären, ausgeübt wird. Die Telegramme werden durch den Aufsichtsdienst nicht eine einzige Minute eher befördert, als wenn er zum größten Teile eingeschränkt würde. Ein Heer von Aufsichtsbeamten und ein Mangel an Arbeitspersonal, das ist heute noch, wie vor dem Krieg, die Signatur der Postverwaltung, und wir sind sehr gespannt, ob nun endlich einmal durchgreifende Änderungen vorgenommen werden. Nicht nur auf dem Haupttelegraphenamt, sondern auch bei vielen anderen Ämtern ist Aufsichtspersonal in einem Umfang vorhanden wie in keinem anderen Betrieb des Deutschen Reichs. Selbst in den Gefängnissen ist das Aufsichtspersonal in den Arbeitsräumen nicht so groß wie bei der Post.

Im Ausschuß ist auch auf die ungenügende **Löhnung der Aushelfer** hingewiesen. In verschiedenen Gegenden Deutschlands bekommen die Aushelfer mit drei Kindern nach fünfjähriger Dienstzeit mit Teuerungszulagen und allem, was dazu gehört, monatlich nur 228 Mark. Damit können die Leute nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen. Die Postbehörde braucht sich deshalb nicht darüber zu wundern, wenn Unredlichkeiten im Postbetrieb vorkommen, wenn Pakete mit Lebensmitteln angegriffen werden, damit die Leute den Hunger stillen können.

(C) Diese Hungerlöhne, die bis jetzt bei der Post vorherrschend gewesen sind, müssen ein für allemal abgeschafft werden. Man hilft sich heute mit Teuerungszulagen, mit Entschuldungssummen und anderen Dingen mehr. Das sind alles nur Aushilfsmittel, sind Kartenhäuser, die, wenn einmal von irgendeiner Seite ein Abbau geschieht, einfach zusammenstürzen, sodaß die **Beamtenschaft**, wenn ihre **Gehälter** nicht von Grund auf aufgebessert werden, dann wieder vor derselben Kalamität steht, wie es vor dem Kriege und während des Krieges der Fall war. Deshalb müssen die Anfangsgehälter ganz bedeutend erhöht werden, ebenso die Endgehälter, und die Zeit bis zur Erreichung der Endgehälter muß herabgesetzt werden. Der Beamte soll nicht erst kurz vor der Gruft, in der er für immer gebettet wird, das Endgehalt erreichen, sondern in einer Zeit, wo er auch noch Genuß davon haben kann, sonst nützt ihm das Höchstgehalt nichts.

Ich möchte die Frage an die Reichspostverwaltung richten, warum den **Pensionären** nicht ebenfalls die **Anschaffungsbeihilfen** ausgezahlt worden sind. Es handelt sich doch um Leute, die der Post ein Menschenalter gedient haben, ehe sie pensioniert wurden. Soweit mir bekannt, war doch beschlossen worden, den Pensionären ebenfalls eine Anschaffungsbeihilfe zu gewähren, und, wie mir mitgeteilt worden ist, hat das Reichspostministerium auch die Anweisung gegeben. Warum wird diese Anweisung bis heute nicht befolgt?

Dann wenige Worte über die **Postagenten**. Nach den mündlichen Verhandlungen, die im Reichspostministerium mit den Posthaltern und Postagenten gepflogen worden sind, hatte man die Hoffnung auf $^5/_6$ der Vergütung. Die Herren behaupten, daß ein Postagent, der 1200 Mark Vergütung erhält, voll beschäftigt ist. Es gibt sogar eine große Zahl von Postagenten, die nur 800 bis 900 Mark Vergütung erhalten und trotzdem

(D) volle 8 Stunden täglich beschäftigt sind. Sind sie aber voll beschäftigt, dann müssen sie auch die volle Vergütung erhalten. Sie erhalten aber nicht $^5/_6$, sondern nur $^5/_9$ und protestieren dagegen, daß sie schlechter gestellt werden als alle übrigen Beamten.

Außerdem sind trotz aller Bemühungen die Dienstunkosten bis heute noch nicht von den Vergütungen getrennt, trotzdem die Berechtigung dieser Forderung vom Postministerium zugegeben worden ist. Die laufenden Zulagen betragen 100 Prozent der Vergütungen, also bei den vollbeschäftigten Agenten 100 Prozent von der Höchstvergütung, 1200 Mark. Der vollbeschäftigte Beamte bekommt aber nicht 1200 Mark, sondern 1800 Mark, das sind 150 Prozent der Vergütungen. Die Herren verlangen ebenfalls vom 1. Oktober dieses Jahres, als laufende Teuerungszulage 150 Prozent Vergütung, soweit sie voll beschäftigt sind. Diese Forderungen sind um so berechtigter, wenn man bedenkt, daß auch die Ausgaben erhöht sind. Sie geben an, daß ihnen für Dienstzimmer, Beleuchtung und Heizung eine Mehrausgabe von 500 bis 600 Mark pro Jahr erwachsen.

Die weitere Forderung der Trennung der Dienststunden von den Vergütungen hat das Reichspostministerium ebenfalls anerkannt, aber die Durchführung hinausgeschoben. Die Beamten bitten, daß ihre Forderungen spätestens zum 1. April 1920 in Erfüllung gehen.

Was die **freien Sonntage** anlangt, so sind die Beamten bereit, jeden Sonntag eine Stunde vollen Schalterdienst zu verrichten; aber sie bitten darum, daß der Telegramm- und Fernsprechverkehr von 12 bis 1 Uhr und von 5—6 Uhr tunlichst eingeschränkt und vom Aushilfspersonal versehen wird.

Die **Erhöhung der Vergütungen** aus Tit. 31 von durchschnittlich 700 auf 740 Mark ist vollständig unzureichend. Während der Kriegsjahre sind sie nicht erhöht

(**Zubeil**, Abgeordneter.)

(A) worden. Die Beamten bitten darum, daß ihre Wünsche, wenn es in diesem Jahre nicht möglich ist, wenigstens für das nächste Etatsjahr in Erfüllung gehen.

Schon im Ausschuß und von dieser Stelle aus ist darauf hingewiesen worden, daß ihre Stundenvergütung 50 beziehungsweise 60 Pfennig beträgt. Wie kann eine Behörde Beamten, die zu gleicher Zeit doch eine verantwortungsvolle Stellung einnehmen, eine Vergütung von 50 und 60 Pfennig pro Stunde überhaupt anbieten? Wie ist das denkbar in einer Zeit der Teuerung, wie wir sie jetzt haben? Häufig ist die Arbeitszeit sogar noch 10 Stunden und nicht 8 Stunden. Deshalb bitten sie, daß ihre Wünsche mindestens im nächsten Etat endlich einmal in Erfüllung gehen.

Ich habe im Ausschuß auf die Krankenkassen der Post hingewiesen. Im Etat von 1913 wurden die Verhältnisse der Krankenkassen stark bemängelt, ebenso die Vertrauensarztfrage. Es wurde damals vom Hauptausschuß gefordert und auch von dem damaligen Staatssekretär Kraetke zugesagt, daß zum nächsten Etat, also 1914, eine genaue Statistik vorgelegt werden sollte. Es kam der Krieg, und alles ist unterblieben. Aber das letzte Ergebnis des Jahres 1918 zeigt, daß ein erfreuliches Ergebnis in den Krankenkassen nicht vorhanden ist. In den 41 **Postkrankenkassen** die bestehen, weisen die Einnahmen den Betrag von 2 787 867 Mark auf, aber die Ausgaben 3 088 883, ein Mehr von 1 014 000 Mark, die selbstverständlich jetzt durch die erhöhten Beiträge aufgebracht werden müssen. In ganz Deutschland gibt es nur 4 Postkassen, die einen kleinen Überschuß gebracht haben; alle übrigen Kassen haben 10- bis 20 000 Mark Zuschuß erfordert. Ich muß auch heute wieder darum ersuchen, daß wir im nächsten Jahre im zukünftigen Reichstage einmal über die Krankenkassenverhältnisse der Post eine unzweideutige Auskunft erhalten.

(B) Wie in Weimar so habe ich es auch hier wieder zu bemängeln, daß auch heute noch **Postsachen als „Heeressache“** befördert werden, die als solche nicht befördert werden dürften. Ich habe hier eine derartige „Heeressache“ in der Hand. Es sind Flugblätter, in denen zur Meldung und zum Beitritt in die Einwohnerwehr aufgefordert wird, und die zu Tausenden und aber Tausenden in Berlin und anderswo verbreitet werden. Die Umschläge tragen den Stempel „Heeressache“ „Betrifft Einwohnerwehr“ und werden unentgeltlich von der Post befördert. Der Reichskanzler Bauer hat vor einigen Tagen hier von seinem Platze aus erklärt: die Einwohnerwehren gehören nicht zur Reichswehr; sie sind nur zu ganz bestimmten Zwecken geschaffen und haben nur einzugreifen, wenn irgendwo in der Stadt Unruhen ausbrechen; zur Reichswehr sind sie nicht zu zählen. Wenn sie nun nicht zur Reichswehr gehören, dann haben sie selbstverständlich auch nicht das Recht, daß ihre gesamte Korrespondenz unentgeltlich von der Post befördert wird,

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die die Post so ungeheuer belastet. Schon in Weimar ist in der Kommission von der Regierung versprochen worden, daß soweit wie möglich nicht nur bei der Heeressache, sondern auch bei der Korrespondenz der Minister und der ihnen nahestehenden Personen endlich einmal die freie Couvertierung aufhört. Ein großer Teil dieser Korrespondenz dient ja gar nicht zu dienstlichen Zwecken, sondern zu Privatzwecken.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der Kommission wurde bereits darauf hingewiesen, wie groß die Zahl jener Sendungen ist, die nur Privatangelegenheiten betreffen und doch frei befördert werden. Dies trifft nicht nur auf Briefe zu, sondern auch auf den Telegramm- und Fernsprechverkehr. Die Herren melden Privatgespräche zu gleicher Zeit als Dienstgespräche mit an, trotzdem sie mit ihrer Familie und mit den ihnen (C) näherstehenden Privatleuten verkehren. Das muß in dieser Zeit endlich aufhören, wo wir äußerst sparsam sein müssen, um aus dieser Misere herauszukommen.

Dann zu den weiblichen Beamten. Was die **Weiterbeschäftigung weiblicher Beamten** betrifft, so ist uns hier die Auskunft gegeben worden, daß vorläufig über diese Frage noch nicht endgültig entschieden sei. Nach dem Art. 128 der Verfassung sind die Beamtinnen den männlichen Beamten durchaus gleichwertig. Da die Beamtinnen ihren Dienst genau so gut verrichten wie die Beamten, so kann nicht der alte Zustand bestehen bleiben, daß eine Beamtin, wenn sie heiratet, aus dem Dienst ausscheiden muß. So gut wie der männliche Beamte heiraten kann, muß auch der Beamtin das Recht zustehen, sich zu verheiraten und trotzdem weiterbeschäftigt zu werden, soweit es ihre körperlichen Kräfte zulassen. Man kann den Art. 128 der Verfassung nicht nach Belieben auslegen, das würde meiner Überzeugung nach eine Beugung der Verfassung sein.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In Art. 34 und 117 der republikanischen Verfassung wird das **Brief-, Telegraphen- und Telephongeheimnis** garantiert. Trotzdem kümmert sich die Reichspostverwaltung verdammt wenig um diese Bestimmung der Verfassung.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Täglich erleben wir, daß Abgeordnete und andere im politischen Leben stehende Personen durch das Telephon bespitzelt werden. So erging es Haase, bis das Attentat auf ihn erfolgte, und so ergeht es täglich unserem Kollegen Cohn. Sobald er ans Telephon tritt, sich verbinden läßt und seinen Namen nennt, tritt die Nebenleitung in Tätigkeit. Die militärische Stelle scheint nämlich ein großes Interesse an diesen Gesprächen zu haben. Aber es ist ein Skandal, daß die Reichspostverwaltung ihre Beamtinnen zu solchen niedrigen Diensten erzieht; denn eine derartige (D) Bespitzelung und das Einschalten einer Nebenleitung kann nur auf Betreiben der höheren Beamtenschaft erfolgen. Dagegen müssen wir nachdrücklichst protestieren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dazu ist die Verfassung nicht geschaffen, die das Brief-, Telegraphen- und Telephongeheimnis gewährleistet, während wir täglich das Gegenteil erleben, selbst hier in der Nationalversammlung.

Wie die neue Zeit von den höheren Beamten bewertet wird, zeigt folgender Fall, der erst gestern passiert ist. In den Sophiensälen in der Sophienstraße fand gestern eine Postbeamtenversammlung statt. Sie war einberufen von den Unterbeamten, die sich zu unserer, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, zählen. Die auf abends 7½ Uhr einberufene Versammlung war äußerst stark besucht. Um zu dieser Versammlung einzuladen, hatte man kleine Handzettel gedruckt, die in den verschiedenen Ämtern von den Unterbeamten verbreitet wurden. Als der Oberpostinspektor Neumann vom Amt C 1 von der Verteilung der Handzettel mit der Einladung zur Postunterbeamtenversammlung erfuhr, ließ er sich den Unterbeamten Schlemm, der die Zettel öffentlich mit unterschrieben hatte, kommen, stellte ihn zur Rede und gebrauchte dabei Äußerungen, die ich hier im Hause nicht wiedergeben will,

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die aber gestern in der Versammlung bekanntgegeben wurden. So scheinen die höheren Beamten die neue Zeit immer noch aufzufassen! Es ist einfach das Recht jedes Unterbeamten, nachdem die Verfassung endlich für die Beamten freie Bahn geschaffen hat. Es ist nicht mehr so wie vor dem 9. November 1918, daß die Postbeamten, die damals der sozialdemokratischen Partei angehörten, es nur im stillen tun durften. Wir haben das oft genug von dieser Stelle aus

(Zubeil, Abgeordneter.)

(A) gegeißelt. Die Verfassung gibt den Beamten jetzt das Recht, sich irgendeiner politischen Richtung, gleichgültig welcher, anschließen zu dürfen, und kein Vorgesetzter hat das Recht, einen **Beamten** in seiner **politischen Tätigkeit** zu behindern, wenn er dadurch nicht seinen Dienst vernachlässigt und versäumt. Nur wenn er seinen Dienst nicht pünktlich ausführt, hätte der Vorgesetzte das Recht einzuschreiten, nicht aber deswegen, weil er einer politischen Partei angehört, die dem Vorgesetzten vielleicht nicht genehm ist.

Aber nun, meine Damen und Herren, das Gegenstück dazu! Unter dem 25. August 1919 ist vom Reichspostministerium folgende Verfügung erlassen worden:

> Etwaigen Gesuchen von Beamten um Beurlaubung zur Teilnahme an dem vom 1. bis 5. September d. J. in Dresden stattfindenden ersten deutschen evangelischen Kirchentage wird, soweit die Dienstverhältnisse es irgend gestatten, entsprochen werden.

(Bravo! rechts.)

> Die Oberpostdirektionen sind dieserhalb mit Anweisung versehen worden.

(Bravo! rechts. — Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> An das Mitglied der Deutschen Nationalversammlung Herrn Franz Behrens. Abschrift.
> Im Auftrage
> gezeichnet: Unterschrift.

(Zuruf rechts.)

— Sie haben sehr recht; ich stehe auf dem Standpunkt, daß an solchen Tagen die Beamten, die nun einmal kirchlich gesinnt sind, nicht gehindert werden sollen. Im nächsten Monat, am 19. November findet in Leipzig der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie statt, und wir sind gespannt darauf, ob den Beamten, die zu unserer (B) Partei gehören und kein Hehl daraus machen, wenn sie den Antrag stellen, Urlaub als Delegierte zum Parteitag erhalten. Ich bin der festen Überzeugung, sie werden wahrscheinlich die Rechnung ohne den Wirt machen. Hier liegt eben des Pudels Kern, Herr Kollege Mumm. Ich spreche nicht dagegen, daß sie zu dem Kirchentage Urlaub erhalten, was aber auf der einen Seite recht ist, das muß auf der anderen Seite unbedingt billig sein. Zu derartigen ungerechten Maximen darf die Reichspostverwaltung sich unter keinen Umständen hergeben, sie darf nicht auf der einen Seite so, auf der anderen Seite entgegengesetzt handeln. Deshalb sind wir gespannt darauf, nach welchem Rezept hier gehandelt werden wird.

Im Kabinettspostamt, jetzt Kurierstelle W. 8, fuhren bis vor wenigen Wochen Oberschaffner mit Sendungen für das Auswärtige Amt und den damaligen Kaiser überallhin, nach Sofia, Konstantinopel, Riga, an die französische Front hinaus. Als die Friedensverhandlungen in Versailles einsetzten, wurden die alten **Kuriere** und Oberschaffner — man hatte die besten Beamten ausgesucht, die das größte Vertrauen der Behörden genossen, auch Auszeichnungen erhielten — zu diesen Fahrten nach Versailles wieder angefordert. Da kam aber der Vizedirektor Reinkes von der Ober-Postdirektion und ordnete an, nachdem sie bereits angefordert waren, daß nun Sekretäre von der Ober-Postdirektion nach Versailles zu fahren hätten und daß nicht mehr die Oberschaffner zu diesen Fahrten genommen werden dürfen. Der Vorsteher Menne von der Kurierstelle W. 8 und die anderen Sekretäre von der Oberpostdirektion, die dienstlich nicht behindert sind, verrichten jetzt den Dienst. Jetzt, wo von keiner Gefahr von irgendeiner Seite mehr geredet werden kann, haben die altverdienten Oberschaffner, die oft den Fliegerangriffen ausgesetzt waren, ihre Pflicht erfüllt, und jetzt nimmt man die Herren Sekretäre, damit sie sich einmal in Friedens- (C) zeiten dort in Frankreich umsehen können, wie es jetzt im Gegensatz zum Kriege dort aussieht. Ob das dazu beiträgt, immer die Arbeitsfreudigkeit und das Vertrauen zu ihren obersten Vorgesetzten zu erhöhen, das zu beurteilen überlasse ich Ihnen.

Vor wenigen Minuten wurde mir ein Rohrpostbrief vorgelegt. Er kommt vom **Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates** in Berlin, von dem Sie ja wissen werden, daß er noch heute vollkommen zu Recht besteht. Da wird mitgeteilt, daß am 15. September gebeten wurde, das Telephon zu verlegen, und zwar von den Zelten nach der Münzstraße 24. Es wurde ihnen bei der Anmeldung mitgeteilt, daß die Verlegung in spätestens drei bis vier Wochen beendet sein würde. Als sie jetzt wieder anfragten, wurde ihnen von der Behörde folgendes mitgeteilt:

> Die Verlegung von Fernsprechanschlüssen erfolgt in der Regel innerhalb drei bis vier Wochen. In Ihrem Falle tritt jedoch eine Verzögerung dadurch ein, daß in den Sprechzellen „In den Zelten" Nr. 23 mehrere Apparate abhanden gekommen sind. Die Nachforschungen nach dem Verbleib dieser Apparate sind zeitraubend, und die Wiederbeschaffung derselben stößt entsprechend dem herrschenden Apparatmangel auf Schwierigkeiten.

Die Postbehörde braucht jedoch nur bei der Reichswehr anzufragen, wenn Apparate gestohlen worden sind, in welchem Besitz sich dieselben befinden.

(Zuruf rechts: Bei den Unabhängigen!)

— Nein, den Unabhängigen sind sie gestohlen worden. Als der Vollzugsrat „In den Zelten" durch die Reichswehr gewaltsam aufs Pflaster geworfen wurde durch Autos, die voll besetzt waren mit Soldaten der Reichswehr, bis an die Zähne bewaffnet, und sämtliche Schriftstücke beschlagnahmt wurden und alle Ein- und Ausgänge tagelang besetzt wurden, konnte selbstverständlich der Dieb- (D) stahl an den Apparaten nur von den Soldaten der Reichswehr ausgeführt werden. Dort möge die Postbehörde nur ihre Nachforschungen einsetzen. Sollte sie auch bei anderen, die die Verlegung beantragen, dieselben Schwierigkeiten machen, oder liegt nicht hier Absicht vor? Es sind unabhängige Sozialdemokraten, der Vollzugsrat, der ja an und für sich bei der gesamten bürgerlichen Gesellschaft und bei den Behörden in Berlin kein großes Vertrauen genießt! Heut sind sie noch gezwungen, mit dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte amtlich zu verkehren; deshalb muß unbedingt verlangt werden, die Verlegung des Telephons schleunigst zu bewirken, da der Vollzugsrat täglich sowohl mit Reichsbehörden als mit der Kommune in dienstlichem Verkehr steht. Das ist keine Antwort, die in diesem Zettel dem Vollzugsrat gegeben ist. Ich stelle dem Herrn Postminister dieses Schreiben zur Verfügung, damit er sich davon überzeugen kann, wie diese Antwort lautet, und schleunigst das Nötige veranlaßt.

Zum Schlusse habe ich noch eine Frage an den Herrn Minister. Ist es Absicht oder ist es nur Zufall, daß in letzter Zeit in die höheren Stellen sowohl der Beamten wie der Beamtinnen fast ausnahmslos nur solche Leute kommen, die in religiöser und politischer Beziehung zur Partei des Herrn Ministers gehören? Ich will annehmen, daß das tatsächlich nur Zufall ist. Wäre es Absicht, dann könnte dieses Vorgehen nicht scharf genug gegeißelt werden, denn es würde in direktem Gegensatze zu dem stehen, was der Reichskanzler in der vorigen Woche hier ausführte, als er sagte: Freie Bahn dem Tüchtigen ohne Rücksicht auf Religion und ohne Rücksicht auf Partei. Ich hoffe, daß auf diese Frage von dem Herrn Minister eine befriedigende Antwort gegeben wird.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Steinkopf.

Steinkopf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Laufe der Debatte ist hier sehr viel davon gesprochen worden, daß ebenso wie in anderen Bevölkerungsschichten auch in den Kreisen der Beamtenschaft ein gewisses Maß von Unlust zur Arbeit hat festgestellt werden müssen. Ich freue mich, demgegenüber ausführen zu können, daß ich in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, mich davon zu überzeugen, daß dieses Gerücht — wie ich sagen möchte — jetzt nicht mehr zutrifft. In den großen Verkehrszentren in Berlin, zum Beispiel auf dem Briefpostamt, besonders auch auf dem Haupttelegraphenamt ist die Arbeitslust in dem gleichen Maße vorhanden wie früher; das Personal leistet das Menschenmögliche, und ein Grund zur Klage liegt, wie mir von den Beamten und Angestellten und auch von der Amtsleitung versichert worden ist, nicht vor. Es wird die Herren und Damen freuen, zu hören, daß wir bezüglich des **Telegraphenverkehrs** schon wieder so weit gekommen sind, daß die Post zur Beförderung von Telegrammen nicht mehr in Anspruch genommen wird, sondern daß die Telegramme wieder ausschließlich durch den Telegraphen befördert werden. Es ist zu hoffen, daß mit dem Eintritt von einigen hundert ausgebildeten Beamten, der in kurzer Zeit erfolgen soll, sich die Verhältnisse noch weiter bessern werden.

Ein ganz erheblicher Faktor für die Arbeitsunlust, die ich vorhin erwähnte, war neben dem Mangel an Lebensmitteln, der unbefriedigenden politischen Lage, der schlechten Besoldung der Beamten und der dauernden Preissteigerung vor allen Dingen auch die Sorge um die kommende **Personalreform,** die ja jetzt das A und O der Bestrebungen der Postbeamten bildet. Die Beamten haben zu der neuen Zeit und auch zu der neuen Leitung (B) des Reichspostministeriums das Vertrauen, daß der Herr Reichspostminister sich zu der befreienden Tat aufschwingen und endlich den gerechten Ansprüchen der Beamten nachkommen wird. In den Beamtenkreisen herrscht eine große Unruhe über diese Frage, und ich wäre dankbar, wenn das Reichspostministerium ganz kurz die Grundsätze klarlegen wollte, nach welchen die Beamten in Zukunft einrangiert werden sollen. Das würde sicherlich auch das Parlament interessieren, weil die Reform letzten Endes von seiner Zustimmung abhängt.

Die jetzige Personalreform Stephanschen Ursprungs und Kraetkescher Vollendung hat es glücklich so weit gebracht, daß es in dieser großen Verwaltung auch nicht eine einzige Beamtenklasse gibt, die, abgesehen von der Besoldung, mit ihrem Los zufrieden wäre.

Für die **höheren Beamten** hat ja die Nationalversammlung durch Annahme der kleinen Besoldungsnovelle die schlimmsten Härten beseitigt und dadurch eine Ungerechtigkeit des alten Systems gut gemacht. Trotzdem erhoffen diese Beamten von der Neuordnung eine weitere Verbesserung ihrer dienstlichen Stellung und ihrer sozialen Lage, besonders da ja auch eine Anzahl höherer Stellen zu dem Dienste der mittleren Beamten hinzugerechnet werden soll. Vor allen Dingen hoffen auch die Militärpostdirektoren, daß sie bei der Übernahme zur Verwaltung nicht auch weiterhin als ein absterbendes Reis auf den Baum der Verwaltung gepflanzt werden, sondern daß man auch ihnen und besonders den jüngeren unter ihnen Gelegenheit geben wird, sich weiter zu betätigen und ihren Fähigkeiten entsprechend aufzusteigen.

Eine der beiden Kardinalfragen der Personalreform ist und bleibt die **Assistentenfrage** oder — wenn Sie wollen — auch die **Sekretärfrage.** Diese Frage hat ja den Reichstag schon sehr oft beschäftigt. Der Reichstag hat zu Gunsten der Assistenten auch Beschlüsse gefaßt; aber der Erfolg war jedesmal der, daß das alte Regime, (C) die alten Machthaber mit einem Nasenrümpfen über diese Beschlüsse hinweggingen und daß damit die Sache erledigt war. Neben der Frage der Überführung der gehobenen Unterbeamten in den mittleren Dienst ist die Assistentenfrage wie gesagt das A und O der ganzen Personalreform, und ich kann für meine Freunde erklären, daß wir alles aufbieten werden, diese Klasse und ebenso die gehobenen Unterbeamten restlos zufrieden zu stellen, wie sie es verdienen.

Die Hauptforderung der Assistenten geht bekanntlich dahin, daß die mehrfachen Unrechte, die sie erlitten haben, endlich ausgemerzt werden. Als man ihnen im Jahr 1900 das Recht gab, die **Sekretärprüfung** zu machen, um weiter aufsteigen zu können, erwies sich dieses Geschenk bald als ein Danaergeschenk, weil wegen der harten Bedingungen es nur einem ganz geringen Teil der Assistenten möglich war, die Prüfung abzulegen. Neben diesen harten Bedingungen darf man, um das klägliche Ergebnis zu verstehen, die Menschenschinderei, die damals im Dienste der Reichspostverwaltung getrieben wurde, die 60 und noch mehr Dienststunden in der Woche und dazu die ungünstige Lage der Dienstschichten usw. nicht vergessen. Es kam zu erbitterten Kämpfen zwischen den einzelnen Beamtenorganisationen und der Verwaltung, die allerdings gar keinen Erfolg gehabt haben.

Dem ehemaligen Staatssekretär Kraetke ist es dann vorbehalten geblieben, den Abstieg der Assistentenklasse auf der sozialen Stufenleiter nach besten Kräften zu Ende zu führen; denn tiefer ging es für sie schließlich gar nicht mehr. Dabei mußten sie zusehen, wie gleichartige Beamten anderer Verwaltungen höher stiegen und andere Klassen, die weit hinter ihnen standen, sie einholten. Trotzdem hat der hohe Herr dabei immer auf das außerordentliche Wohlwollen, das er gerade dieser (D) Klasse entgegenbringe, verwiesen. Ich wüßte wirklich keine andere Beamtenklasse, welche ähnliche Unrechte erlitten hat. Die Masse der jetzigen Assistenten ist die Kerntruppe des Post- und Telegraphenbetriebes. Wenn sie nicht früher schon das gute Recht auf ihrer Seite gehabt hätte, so müßte man ihr dieses Recht jetzt infolge ihrer treuen und hingebenden Arbeit während des Krieges ohne weiteres zugestehen. Sie müssen also zufrieden gestellt werden.

Wie ein Hohn mußte es ja wirken, wenn man diesen Beamten den Titel und auch die Arbeit der Sekretäre überlassen hat, den entsprechenden Rang und das Gehalt aber niemals bewilligte. Deshalb ist ein Unmaß von Bitterkeit in diesen Kreisen vorhanden, das natürlich böse Zustände ausgelöst hat. Es muß hier Wandel geschaffen werden. Besonders ist dabei auch zu berücksichtigen, daß der Wert der Sekretärprüfung durch die Not- und erleichterten Prüfungen unleugbar durchbrochen worden ist. Ich will die Berechtigung dieser erleichterten Prüfungen nicht bestreiten; denn es ist klar, daß man den Vaterlandsverteidigern und den Kriegsteilnehmern hierin entgegenkommen mußte.

Es wird nun von seiten der Verwaltung entgegengehalten, man könnte nicht alle Assistenten zu Sekretären befördern. Ich frage: wo will man die Grenzen ziehen? Es ist ein Unding, die Gerechten von den Ungerechten zu scheiden; die Klasse gehört einmal zusammen und muß zusammen bleiben. Wenn jetzt wirklich noch Assistenten weniger wichtige Dienste machen, so müßte man sie auf die Postbetriebsassistentenklasse, die kommen wird und kommen soll, übertragen. Diese zu Sekretären beförderten Beamten müssen dann lernen, auch wichtigere Dienstgeschäfte zu verrichten, wie ja heutzutage Tausende und aber Tausende Volksgenossen umlernen müssen.

(Steinkopf, Abgeordneter.)

(A) Ob nun für die weiteren Stellen des mittleren Dienstes zunächst noch die **zweite Prüfung** beibehalten werden soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ein großer Teil der **Assistenten** wünscht, daß sie sofort wegfällt, ein großer Teil sagt — und man muß anerkennen, mit Recht —: ich bin unter der Bedingung eingetreten, die Prüfung machen zu dürfen, ich will auch dieses Recht behalten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich darf durch die Erfüllung der Forderung der Assistenten nicht eine andere Beamtenklasse geschädigt werden, da man wohlerworbene Rechte respektieren muß. Ich warne deshalb, in den Fehler zu verfallen, den man vor Jahren machte, als man die Assistenten- und Oberassistentenklasse im Etat zusammenlegte. Das wurde damals die Grundlage zu dem Rattenkönig von Beschwerden, Petitionen, Unzuträglichkeiten und zu der starken Verbitterung der Assistentenklasse.

Viele Beamte, welche diese Prüfung zweimal nicht bestanden haben, haben nun den Wunsch und richten die Bitte an die Reichspostverwaltung, daß es ihnen vergönnt werde, diese Prüfung noch zum dritten Male zu machen; sie wünschen also **eine zweite Wiederholungsprüfung.** Auch in dieser Frage hat sich der Reichstag den Standpunkt dieser Beamten zu eigen gemacht und hat ihre Bitte unterstützt. Leider ist es bisher nicht gelungen, dieser Bitte zum Erfolg zu verhelfen. Ein Teil dieser Beamten weist außerdem jetzt mit Recht darauf hin, daß sie, soweit sie nur in einem oder zwei Fächern nicht genügten, doch tatsächlich mehr Kenntnisse und unter schwierigeren Umständen nachgewiesen haben, als die Notgeprüften und die Erleichtert-Geprüften. Diese bitten darum, daß man gerecht sein möge und sie jetzt auf Grund der nachgewiesenen Kenntnisse zu Sekretären befördern möchte, ebenso wie es (B) bei den Notgeprüften und unter erleichterten Umständen Geprüften der Fall ist. Man muß zugeben, daß es hier Fälle von großer Ungerechtigkeit gibt. Nimmt man z. B. einen Beamten, der bei Kriegsausbruch die erleichterte Prüfung machte, nur wenige Tage im Felde oder in der Etappe und dann dauernd im Heimatdienst beschäftigt war, daneben einen andern, der kurz vor dem Kriege zum zweiten Male durchfiel, dann hinausging und fünf Jahre draußen war, dann wird man es nicht verstehen können, wenn diesem Beamten die Beförderung verweigert, jenem, der vielleicht weniger gewußt hat, aber zugebilligt wird. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Man sollte deswegen kurzen Prozeß machen und die zweimal ohne Erfolg geprüften Beamten, soweit sie nur in ein bis zwei Fächern nicht genügt haben, gleich den Not- usw. geprüften zu Sekretären befördern, den andern aber allgemein die Prüfung noch einmal unter erleichterten Bedingungen gestatten. Das ist nach meiner Ansicht das einzige Mittel, das geeignet ist, Ruhe in diese Kreise zu tragen und die leidige Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Bedauerlich bleibt es, daß entgegen der Ansicht des Reichspostministers, der versicherte, diesen Bitten gegenüber günstig zu stehen, das Reichspostministerium nach wie vor eine ablehnende Haltung einnimmt.

Sehr viele Klagen werden auch über die ungerechte **Festsetzung des Prüfungsdienstalters** geführt. So fühlen sich unter anderem die geprüften Beamten, denen bei der Wiederholungsprüfung wegen nicht vollständig erfüllter Karrenzzeit die Vorteile der Notgeprüften nicht zugestanden wurden, gegenüber den Notgeprüften benachteiligt. Es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, auch hierin gerechtere Grundsätze in Zukunft walten zu lassen.

Auf die schlechten **Anstellungsverhältnisse der mittleren und unteren Beamten** im allgemeinen will ich nicht eingehen. Die Erkenntnis, daß man die Anstellung der Beamten nicht mehr von der Gunst der Zeit anhängig (C) machen kann, sondern die Beamten nach einer bestimmten Reihe von Jahren anstellen muß, bricht sich immer mehr Bahn, und wir werden mit der neuen Besoldungsreform hoffentlich auch zu diesem Grundsatz kommen.

Nur auf einen ganz krassen Fall möchte ich besonders hinweisen. Es handelt sich um die Anstellung der **Postsekretäre und Telegraphensekretäre.** Diese beiden Beamtenkategorien sind unter ganz gleichen Bedingungen als Gehilfen eingetreten. Sie haben unter ganz gleichen Bedingungen und in der gleichen Frist die Assistentenprüfung gemacht, sie sind zu gleicher Zeit als Assistenten planmäßig angestellt worden, auch haben sie zur gleichen Zeit ihre Prüfung zum Sekretär abgelegt. Jetzt ändert sich aber das Bild: während der Postsekretär noch fünf Jahre auf die Anstellung warten muß, werden die Telegraphensekretäre schon nach einem halben Jahre angestellt. Man sagt, man habe für die Postsekretäre nicht genügend Stellen zur Verfügung. Trotzdem muß hier ebenso wie bei der Anstellung zu Assistenten ein Ausweg gefunden werden, um diese kolossale Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen oder wenigstens bedeutend zu mildern. Die Postsekretäre weisen mit Recht darauf hin, daß man ihnen bei ihrem Eintritt in den Dienst von dieser unterschiedlichen Behandlung nichts gesagt hat, und sie verlangen deshalb gleiche Behandlung und Gerechtigkeit. Ich bin auch überzeugt, daß auf den Telegraphenämtern usw. sich eine ganze Menge Stellen werden finden lassen, die sehr gut mit Postsekretären besetzt werden können.

Auch über die allgemeine Verschlechterung der Beförderung, die immer mit geldlichen Verlusten verbunden ist, will ich nicht weiter sprechen. Bei der bevorstehenden Reform wird sich hierfür Gelegenheit bieten. Es ist aber doch zu wünschen und auch zu hoffen, daß bei der neuen **Personalreform** verschiedene Stellen des höheren (D) Dienstes für die mittleren Beamten freigemacht werden, und zwar in der Weise, daß sie nicht wie bisher in mittlere Stellen umgewandelt, sondern als Beförderungsstellen beibehalten werden.

Die zweite Kardinalfrage der Personalreform ist die Überführung der gehobenen unteren Beamten in den mittleren Dienst.

Hier möchte ich gleich die Bitte der Beamten hineinflechten, daß endlich einmal mit dem Titel „Unterbeamte“ der immer noch besteht, aufgeräumt wird,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

ebenso mit der Bezeichnung **„unterer Beamter“, „mittlerer Beamter“ und „höherer Beamter“.** Die ganze Beamtenschaft sollte eine Klasse sein und die Bezeichnung „Beamte“ führen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch klagen die **unteren Beamten** noch immer darüber, daß die **Behandlung von seiten der Vorgesetzten** nicht die ist, die sie tatsächlich zu beanspruchen haben. Besonders in größeren Betrieben kommt es vor, daß die höheren Beamten und leider Gottes auch noch ein großer Teil der mittleren Beamten die Psyche der unteren Beamten nicht verstehen, daß sie mit ihnen nicht so umgehen, wie es sich gehört. Die unteren Beamten sind auch Menschen, die ein Herz im Leibe haben, sind auch Gefühlswesen und merken es ganz genau, ob man ihnen Geringschätzung entgegenbringt und ihnen gegenüber den Herrenstandpunkt herauskehrt, oder ob man sie mit derselben Wärme und Hochachtung behandelt, wie man sie andern Menschen, gleichgestellten Kollegen oder Höherstehenden entgegenbringt. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich hier viel Mißstimmung vermeiden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

(Steinkopf, Abgeordneter.)

(A) Es wäre gut, wenn das Reichsministerium immer wieder darauf dringen würde, daß hier Wandel geschaffen wird.

Ich komme nun zu der Frage der Überführung der **Oberpostschaffner** in die **Stellen des mittleren Dienstes** zurück. Die gehobenen Unterbeamten waren während des Krieges und auch schon vorher in vielen Stellen des mittleren Dienstes beschäftigt. Verschiedene Zweige des mittleren Dienstes sind ihnen ganz übertragen worden, doch sie hatten trotzdem nicht die Möglichkeit, in diese Dienststellen endgültig mit dem Rang und Gehalt der mittleren Beamten aufzusteigen. Ihr Bestreben geht natürlich dahin, daß diese Schranke jetzt beseitigt wird und ihnen entsprechend ihren Fähigkeiten der Aufstieg gestattet wird. Sie haben den Wunsch, neben den jetzigen Assistenten in Zukunft mit der zu der Kerntruppe des eigentlichen inneren Dienstbetriebs zu gehören, ein Wunsch, der berechtigt ist und der sich auch mit der Absicht der jetzigen Assistenten deckt, die wichtigeren Dienstgeschäfte für die Sekretäre vorzubehalten. Es ist notwendig, daß dieser Wunsch erfüllt wird, und meine Fraktion wird ebenso wie in der Frage der Assistenten unbedingt dahin wirken, daß die jetzige Oberschaffnerklasse ohne weiteres in die mittlere Beamtenklasse überführt wird. — Ich spreche hier zum besseren Verständnis noch immer von unteren Beamten, mittleren Beamten und höheren Beamten, weil man vorläufig noch an diese Bezeichnungen gewöhnt ist. Ich bestehe aber dem ungeachtet auf meinem vorher ausgesprochenen Wunsche, diese Bezeichnungen beseitigt zu sehen.

Die **Landbriefträger** haben den alten Wunsch, **den Schaffnern gleichgestellt** zu werden. Und dieser Wunsch ist mehr als berechtigt. Wir müssen dahin wirken, daß die Bodenständigkeit des Beamten gehoben wird. Wenn jetzt ein Landbriefträger zum Schaffner befördert werden soll, muß er seinen Amtsort — meist einen kleinen Landort — in der überwiegenden Anzahl der Fälle verlassen. (B) Die Landbriefträger haben nun größtenteils ein kleines Häuschen, auch ein Gärtchen, sie sind mit der Bevölkerung verwachsen, und es ist für sie bitter, diesem allen den Rücken zu kehren. Sie sind aber dazu gezwungen, wenn sie befördert werden wollen, und insofern stellt sich ihre Beförderung und die Gehaltszulage, die damit verbunden ist, als eine Strafe auf die Bodenständigkeit der Landbriefträger dar. Sobald sie mit den Schaffnern zu einer Klasse verschmolzen werden, wird diese Klage aufhören. Ich halte es auch im Interesse der Bevölkerungspolitik für dringend erwünscht, daß diesem Wunsche nachgekommen wird.

Der Wunsch einer besonderen Beamtenklasse ist mir vorgetragen worden, den ich hier auch vertreten möchte. Es ist der Wunsch der **geprüften Heizer.** Viele dieser Heizer sind schon 18 oder 20 Jahre im Dienst und noch immer Postboten. Obwohl sie als gelernte Handwerker in den Dienst eingetreten sind, erhalten sie nur die entsprechenden geringen Bezüge. Im freien Beruf würden sie jetzt den Tag 20, 30, auch 40 Mark erwerben. Nun verlangt man unbedingt von den Leuten, indem man ihnen sagt, eine Anstellung als Maschinenwärter — zu der sie ja geprüft worden sind — gebe es nicht mehr, sie sollen die Oberschaffnerprüfung machen, wenn sie weiter kommen wollen. Die Leute haben von dem Postbetrieb aber überhaupt keine Ahnung und verstehen es nicht, wie man jetzt von ihnen verlangen kann, diese Prüfung abzulegen. Sie sind natürlich nicht dazu imstande und infolgedessen gezwungen, in ihrer Stellung zu verharren. So scheiden sie trotz ihres verantwortungsvollen Dienstes und ihrer Fähigkeiten von jedem Aufstieg aus. Es wäre mir lieb, von der Reichspostverwaltung zu erfahren, ob es nicht möglich wäre, dem Wunsche dieser geprüften Heizer auf Einreihung als Maschinenwärter in die Mechanikerklasse nachzukommen.

(C) Der Aufstieg der Beamten aus einer Klasse in die andere muß ganz allgemein möglich gemacht werden. Grundsätzlich ist daher zu fordern, daß dieser Aufstieg von einem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten abhängt. Doch ist es eine andere Frage, ob dieser Nachweis immer und nur durch Prüfungen erbracht werden muß. Gewiß ist die Prüfung etwas sehr Schönes für denjenigen, der sie glücklich bestanden hat. Ich sage ausdrücklich „glücklich“, denn bei der Prüfung spielt Glück und spielen auch andere Dinge, nicht zuletzt Gunst, eine ausschlaggebende Rolle.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Entgegen meinem sehr verehrten Kollegen Allekotte bin ich denn auch der Meinung, daß man die **Bewährung** eines Beamten als Moment der **Befähigungsprüfung** in Zukunft nicht mehr so ausschalten darf wie bisher, sondern daß man sie auch so bewerten muß, wie es richtig ist.

(Zuruf vom Zentrum: Ohne Prüfung!)

— Zum Teil ohne Prüfung, zum Teil mit erleichterter Prüfung. — Man kann doch beim besten Willen nicht behaupten, daß zum Beispiel ein Assistent, der unter sehr schwierigen Umständen während des ganzen Krieges einen Obersekretär oder einen Postmeister oder sogar Postdirektor vertreten hat, in dem Augenblick der Rückkehr des betreffenden Beamten die Fähigkeit verliert, das Amt weiter zu verwalten. Das gilt auch von den gehobenen unteren Beamten. Also muß man — die Erfahrung des Krieges zeigt es ja — dazu übergehen, als Prüfungsmittel auch die Bewährung heranzuziehen. Die Beispiele aus neuester Zeit beweisen es auch, daß man diesen Weg allmählich geht. Ich erinnere daran, daß man in Baden dazu übergegangen ist, an Stelle der Prüfung bei verschiedenen Beamtenklassen eine mindestens einjährige Bewährungsfrist einzuführen. Weiter; der Herr Reichsfinanzminister sucht neue Beamte, die einen Lehrkursus mitmachen sollen, um nachdem im Landesfinanzdienst tätig zu sein. Von (D) diesen Beamten wird keine Prüfung gefordert, sondern es heißt klipp und klar: der Lehrgang schließt ohne Prüfung ab, er bietet aber das Anrecht auf Beschäftigung im Landesfinanzdienst, das weitere Verbleiben im Landesfinanzdienst hängt von der Bewährung ab. Man kommt also doch langsam dazu, mit den allzu vielen Prüfungen aufzuräumen. Ein Ausweg geht vielleicht dahin, daß man sagt: wenn ein Beamter die Prüfung machen will, so kann er sie machen, er erreicht dadurch eine schnellere Beförderung. Dagegen muß man dem Beamten auch das Mittel der Bewährung lassen, vielleicht mit der Einschränkung, daß er dann nicht so schnell befördert wird, wie der geprüfte Beamte.

Man muß doch bedenken, daß man von einem Obersekretär, der jetzt die Aussicht bekommt, in die höhere Beamtenklasse aufzurücken, und der schon Jahrzehnte im Dienst ist und sich als Leiter von Postämtern oder größeren Dienststellen schon gut bewährt hat, nicht verlangen kann, daß er das ganze Assessorexamen machen soll, wie man es von einem Referendar verlangt. Er muß eine erleichterte Prüfung bekommen, und ebenso muß es bei den Oberschaffnern, den zukünftigen Betriebsassistenten sein, wenn sie in die Sekretärstellung und weiter aufrücken wollen. Die Bewährung muß in diesen und ähnlichen Fällen die förmliche Prüfung ganz oder teilweise ersetzen können.

Vor allem darf man es aber nicht so machen, wie es die Reichspostverwaltung letztens in einem Falle getan hat. Es handelt sich hier um einen **Oberpostschaffner,** der während des Krieges sich das **Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis,** das viel verfemte und jetzt Gott sei Dank abgeschaffte, erwarb und nun den Wunsch hatte, in den mittleren Dienst überzugehen. Der Mann war lebenslänglich angestellt und bezog in diesem Jahre 2100 Mark

(**Steinkopf**, Abgeordneter.)

(A) außer den Teuerungszulagen. Er ist verheiratet und infolge mehrerer Verwundungen 50 Prozent erwerbsunfähig. Für seine Übernahme in den mittleren Dienst hat die Postverwaltung die Bedingung gestellt, daß er zunächst ausscheidet, auf alle seine Ansprüche auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung, alle Ansprüche, die er während einer langen Dienstzeit erworben hat, verzichtet, um jetzt mit 2,75 Mark als Postgehilfe wieder neueinzutreten. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Reichspostminister dieser Fall bekannt ist; ich glaube nicht, daß er ihn billigen wird. Ferner ist dem Beamten in der Annahmeverfügung gesagt worden, er solle sich zur „Erlernung" des Dienstes, den er doch schon jahrelang gemacht hat, da und da einfinden. Der Wunsch des Beamten geht nun dahin, daß er seine lebenslängliche Anstellung behält, ihm seine wohlerworbenen Rechte garantiert werden, und daß er vor allen Dingen bis zu seiner Beförderung zum angestellten Assistenten seine Bezüge als Oberschaffner weiterbekommt, da er die Ausbildungszeit pekuniär anders nicht durchhalten kann. Hätte man diesen Beamten auf Grund seiner nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Postassistenten befördert, kein Mensch hätte daran Anstoß genommen. Ich kenne keine Bestimmung, die dieser Beförderung entgegensteht. Dieses jetzt geübte Verfahren stellt sich tatsächlich als harte Strafe für jedes Weiterstreben dar und kann nicht verstanden und gebilligt werden.

Weiter bin ich, wieder entgegen dem Herrn Kollegen Allekotte, der Meinung, daß auch **außergewöhnliche Beförderungen** unter allen Umständen stattfinden müssen. Bei vielen Verwaltungen ist das bisher auch schon in beschränktem Umfange üblich gewesen, und neuerdings haben wir erst gesehen, daß z. B. in Bayern zwei mittlere Eisenbahnbeamte einfach zu Direktionsräten befördert sind ohne jede Prüfung, lediglich auf Grund ihrer Kenntnisse und ihrer Bewährung. Zur Sicherung des **Mitbestimmungsrechts der Beamten** wird man darauf halten (B) müssen, daß der Beamtenausschuß bei solch außergewöhnlichen Beförderungen ein Vetorecht hat; d. h. die Verwaltung hat die freie Initiative der Auswahl, dem Beamtenausschuß steht das Recht des Einspruchs gegen die Beförderung zu. Erweisen sich die Gründe des Beamtenausschusses als stichhaltig, so kann die Beförderung nicht stattfinden, im andern Falle muß sie Geltung haben. Natürlich gibt es im Falle eines Widerstreits der Meinungen auch hier eine Berufungsinstanz. Wenn man dazu übergehen würde, diese Beförderungen bald vorzunehmen, so würde man auf weite Kreise der Beamtenschaft beruhigend einwirken. Unter keinen Umständen würde ich es aber billigen können, wenn die Reichspostverwaltung nach demselben Rezept, das jetzt der Eisenbahnminister in der preußischen Landesversammlung verkündet hat, vorginge. Der Minister sprach dort von „gehobenen mittleren Stellen". Das ist wieder ein Experiment, nicht Fisch nicht Fleisch. Entweder soll man die Maßnahmen ganz durchführen, oder man schafft wieder neue Herde der Beunruhigung und des Mißvergnügens.

Die **weiblichen Beamten** treten jetzt auf Grund der Verfassung in die Reihen ihrer männlichen Kollegen ein, und es erübrigt sich wohl, daß ich für meine Fraktion erkläre, daß wir selbstverständlich die volle Gleichberechtigung der weiblichen mit den männlichen Beamten in allen Stücken anerkennen. Ich bedaure es, daß ein Mitglied einer Partei, welche an der Verfassung ausschlaggebend mitgearbeitet hat, im Hauptausschuß erklären konnte — es war der Herr Abgeordnete Allekotte —: die Gewährung der Ehe an die Beamtin bedeute eine schwere Schädigung des Familienlebens; wenn man bedenke, daß die verheiratete Beamtin später ihren familiären Pflichten nicht nachgehen könne, so müsse man in der Forderung der Ehe für die Beamtin eine Gefährdung und Unterbindung von Moral und Sitte erblicken. — Dieser Auffassung muß ich (C) ganz entschieden widersprechen. In einer **Eheschließung** einer Beamtin kann ich weder eine Schädigung des Familienlebens noch eine Gefährdung von Moral und Sitte erblicken, auch wenn die Beamtin nach der Ehe im Dienst verbleibt. Die weiblichen Beamten haben nach der Verfassung grundsätzlich dieselben Rechte wie die männlichen Beamten, und man wird ihnen diese Rechte unter keinen Umständen schmälern dürfen. Die Ehe steht völlig in ihrem Belieben und darf keine Rückwirkung auf das Dienstverhältnis haben.

Wenn nun die weiblichen Beamten im Falle ihrer Verheiratung den Wunsch haben, aus dem Dienste auszuscheiden, was ja in sehr vielen Fällen eintreten wird, so erheben sie die alte Forderung nach einer **Abfindungssumme.** Diese Forderung ist durchaus berechtigt. Der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge ist ja nichts anderes als der vom Staat für diese Zwecke einbehaltene Teil der Besoldung, der auf ein Viertel des Jahresgehalts beziffert wird. Wenn nun eine Beamtin infolge ihrer Verheiratung freiwillig ausscheidet, verliert sie diese Ansprüche und verliert damit auch das für ihre Versorgung von ihrem Gehalt angesammelte Kapital. Es ist daher nicht mehr als recht und billig, wenn sie beansprucht, zu ihrer Aussteuer mindestens einen anständigen Zuschuß aus diesem Kapital zu erhalten. Ich unterstütze diese Forderung nachdrücklichst.

Die Reichspostverwaltung hat erklärt, die Aufsichtsbeamtin einführen zu wollen. Ich sagte schon in der Kommission, daß ich gegen diese Einrichtung an und für sich nichts habe; nur soll man dieser **Aufsichtsbeamtin** nicht, wie es vorgesehen ist, 10 oder 15 Mark monatliche Zulage geben, sondern man soll sie so stellen, daß sie bei der Personalreform ohne weiteres in die Klasse der Postassistentinnen, oder wie man sie benennen will, überführt werden kann. (D)

Bei der kommenden Besoldungsreform wird auch der **Postagenten und Hilfsstelleninhaber** gedacht werden. Das hat ja der Herr Reichspostminister in der Kommission zugesagt; es erübrigt sich deshalb, hierauf näher einzugehen. Selbstverständlich unterstützen wir die Wünsche der Postagenten und Hilfsstelleninhaber, soweit sie gerechtfertigt sind, nach besten Kräften. Und soviel ich gesehen habe, stellen sie keine Wünsche, welche über das Maß des Erfüllbaren hinausgehen. Eine besondere Bitte möchte ich im Namen der Postagenten an den Herrn Reichspostminister aber doch richten; sie geht dahin, ihnen eine Vergütung zu gewähren zur Unterhaltung von notwendigen Hilfskräften. Wir haben Fälle, in denen alleinstehende Damen für den minimalen Betrag von jährlich 1000 oder 1200 Mark eine Postagentur verwalten; sie machen täglich bei lebhaftem Verkehr nicht 8 Stunden, sondern 10 und mehr Stunden Dienst und müssen sich, da sie den Dienst allein nicht bewältigen können, eine Hilfskraft halten, die sie aus ihrer geringen Vergütung bezahlen müssen. Das ist eine große Härte, und ich wäre dankbar, wenn man in diesen Fällen den Vergütungsbetrag recht schnell entsprechend erhöhen würde.

Nun zu den Hilfskräften. Wir begrüßen es, daß die **Hilfskräfte** auch eine **Beschaffungsbeihilfe** bekommen haben. Aber es ist eine große Härte, wenn man für die Gewährung eine Karenzzeit von 6 Monaten festsetzt, wenn man bestimmt, daß die Aushelfer und Aushelferinnen im Beamten- oder Unterbeamtendienst mindestens 6 Monate im Dienst sein müssen, ehe sie den Anspruch auf diese Beschaffungsbeihilfe haben. Vielleicht wäre es möglich, diese Ausschlußfrist auf 3 Monate zu ermäßigen oder doch die Beschaffungsbeihilfe für diejenigen, die weniger als 6 Monate im Postdienst tätig sind, abgestuft zu gewähren. Das würde dazu beitragen, die Aushilfs-

(Steinkopf, Abgeordneter.)

(A) kräfte zufriedenzustellen und die Arbeitslust dieser Kreise zu fördern.

Allgemein geht der Wunsch der **Aushelfer** nur dahin, später einmal in das **Beamtenverhältnis** übernommen zu werden. Das läßt sich natürlich nicht allgemein durchführen; aber wenn eine Aushilfskraft während vier oder fünf Kriegsjahren sich als tüchtig bewährt hat und billigen, der Lage nach angebrachten Annahmebedingungen entsprechen kann, sollte man bei Wiedereröffnung der Laufbahn oder bei der Annahme neuer Beamten dieser Kraft den Vorzug lassen.

Die Klagen über **ungerechte Entlassungen** wollen nicht verstummen. Auf der anderen Seite sucht aber zum Beispiel die Oberpostdirektion Berlin schon wieder Fernsprechgehilfinnen. Das ist die zweite Annonce, die in kurzer Zeit ins Land gegangen ist. Man muß wirklich fragen, ob dieses Vorgehen richtig ist. Es muß verlangt werden, daß nicht eher neue Damen eingestellt werden, als bis alle weiblichen und, wenn es irgend geht, auch männlichen **Hilfskräfte**, die sonst entlassen werden müßten, in diesem Dienst untergebracht sind. Und wenn solche Kräfte in der Reichspostverwaltung nicht mehr vorhanden sind, wird man zweckmäßig auch auf andere Reichsbetriebe zurückgreifen, die ja jetzt in Hülle und Fülle Kräfte überflüssig haben und nach und nach auf die Straße setzen müssen.

Die Klagen über die klägliche **Bezahlung der Hilfskräfte** sind nach wie vor an der Tagesordnung. Ich habe hier den Bescheid des Reichspostministeriums vom 7. Oktober, den ich dem hohen Hause nicht vorenthalten möchte, da er wirklich in jeder Beziehung als kulturgeschichtliches Dokument zu bewerten ist. Das Reichspostministerium schreibt hier:

> Die bei dem Postamt in Teubnitz beschäftigten männlichen Aushelfer, von denen einer in Zilmsdorf wohnt, beziehen neben ihrem Tagelohn von 4 Mark

(B) — sage und schreibe 4 Mark! —

> nicht 30, sondern 54 Mark monatliche Teuerungszulagen. Die einzige weibliche Aushelferin, eine Witwe mit zwei Kindern, die monatlich 105,50 Mark für Hinterbliebenenbezüge aus der Militärkasse bezieht,

— was geht das die Post an? frage ich —

> hat bisher aus der Postkasse 3 Mark Tagelohn und 40 Mark Teuerungszulage erhalten. Vom 1. August ist allerdings die Teuerungszulage erhöht worden. Zu dem Einkommen des in Zilmsdorf wohnenden Aushelfers treten noch Nachtdienstentschädigung und Bestellgelder,

— also die Vergütung für außerordentliche Leistungen, die auch in anderen Betrieben kein Mensch umsonst verlangt und die mit dem gewöhnlichen Tagelohn also nichts zu tun haben. Weiter steht hier:

> Der ortsübliche Tagelohn der männlichen Arbeiter über 21 Jahre beträgt 3,30 Mark.

Ich möchte wirklich einmal den Gemeindevorsteher oder Amtsvorsteher sehen, der diesen ortsüblichen Tagelohn von 3,30 Mark heute festgestellt hat. Der ortsübliche Tagelohn der weiblichen Arbeiter über 21 Jahren beträgt sogar sage und schreibe 2 Mark. Nun heißt es weiter:

> Die Bezüge der Eisenbahnarbeiter sind zwar wesentlich höher als diejenigen der Postaushelfer; sie sind aber bei einem Vergleiche außer Betracht zu lassen, weil sie seinerzeit mit Rücksicht auf die Demobilmachung außergewöhnlich hoch haben festgesetzt werden müssen,

und man kommt zu dem Fazit: „Eine Erhöhung liegt zurzeit nicht im Bedürfnis." Ich glaube sicher, der Herr Reichspostminister wird sich dieses Schreiben einmal vorlegen lassen und den Aushelfern, die mit 4 und 3 (C) Mark Tagelohn dort noch arbeiten, eine Zulage geben.

Bezüglich der **Kriegsbeschädigten** ist es erfreulich zu hören, daß die **Postverwaltung** entschieden dabei ist, diese im weitesten Umfange einzustellen, und ich kann dem Herrn Postdirektor des Briefpostamtes meine Anerkennung aussprechen, daß es ihm gelungen ist, bei einem Personal von 1680 Köpfen schon 188 Schwerkriegsbeschädigte unterzubringen; er will diese Zahl auf 255 Köpfe erweitern. Wenn das in einem Betriebe, wie dem Postbetrieb möglich ist, dann wird es auch in anderen Betrieben möglich sein, und es wird bei dem kommenden Gesetz über die Einstellung von Kriegsbeschädigten auf diese Tatsache gebührend Rücksicht genommen werden müssen. Man muß natürlich den Kriegsbeschädigten auch Erleichterungen bei den Prüfungen gewähren und überhaupt Entgegenkommen beweisen. Wenig Entgegenkommen hat die Oberpostdirektion in Gumbinnen einem früheren Beamten bewiesen, dem sie durchaus nicht die Erlaubnis hatte geben wollen, als Freiwilliger ins Feld zu ziehen. Er ist dann zu diesem Zweck ausgeschieden, jetzt zurückgekommen und bittet, wieder eingestellt zu werden. Er findet Schwierigkeiten, und bei einer mündlich vorgetragenen Bitte macht ihm der Vorsteher der Ober-Postdirektion persönlich den Vorwurf: „Sie haben damals die Verwaltung im Stich gelassen!" Ich weiß nicht, was man zu einer solchen Äußerung sagen soll, und ich glaube auch nicht, daß sie gebilligt werden kann, und hoffe, daß dem Beamten die Einstellung zugestanden wird.

Auch zu der **Teuerungszulage** möchte ich noch einige Worte sagen und dabei das Verhalten der Postverwaltung anerkennend erwähnen. Bekanntlich bekommen die **ledigen Beamten** nur 80 Prozent der Summe, die die kinderlos Verheirateten erhalten. Darin liegt ein außerordentlich schweres Unrecht; denn jeder weiß — und besonders die Abgeordneten, die nicht hier in (D) Berlin ihr Heim haben, kennen diese Tatsache auch —, wie teuer sich das Leben für den Nichtverheirateten, ganz gleich ob Mann ob Frau, stellt. Ich möchte sagen: der kinderlos Verheiratete lebt nicht teurer, ja er lebt unter Umständen noch billiger als derjenige, der auf Gasthäuser und möblierte Zimmer angewiesen ist. Die Reichspostverwaltung ist in dankenswerter Weise dafür eingetreten, diesen Unterschied auszugleichen; es ist ihr aber leider nicht gelungen. Ich erlaube mir daher, von dieser Stelle aus die Bitte auszusprechen und auch die Postverwaltung zu ermutigen, diese Frage noch einmal anzuschneiden, um endlich dahin zu gelangen, daß die ledigen Beamten den kinderlos Verheirateten gleichgestellt werden.

Eine zweite Klage geht dahin, daß das Kind bei der laufenden Teuerungszulage nicht mehr berücksichtigt wird, sobald es ein eigenes Einkommen von 30 Mark hat. Man muß dabei bedenken, daß die **Kinderzulage** neuerdings allgemein auf 50 Mark monatlich festgesetzt ist. Es ist natürlich logisch, daß man die vorhin erwähnte Summe des **eigenen Einkommens des Kindes** von 30 Mark auch auf 50 Mark erhöhen muß. Hat zum Beispiel ein Beamter einen Sohn, der 29 Mark im Monat verdient, so bekommt er die 50 Mark; hat er aber einen Sohn, der 30 Mark verdient, bekommt er die Teuerungszulage nicht mehr. Das ist natürlich nicht gerecht. Ich glaube sicher, daß hier nur ein Versehen, eine unabsichtlich unterlassene Änderung der Vorschriften vorliegt, und daß es ein leichtes sein wird, diesen Mangel zu beseitigen. Richtig wäre es, die Grenze, bei welcher die Teuerungszulage gewährt wird, nicht auf 50 sondern auf etwa 75 Mark festzusetzen; denn 50 Mark kann man heute wirklich nicht als „eigenes Einkommen" im Sinne der Verordnung über die Teuerungszulage bezeichnen.

(**Steinkopf**, Abgeordneter.)

(A) Weiter wird darüber geklagt, daß den Hilfskräften und Anwärterinnen unter 21 Jahren nur 40 Prozent der Teuerungszulage der Beamten gezahlt wird, während die Hilfskräfte über 21 Jahre 80 Prozent erhalten. Es ist mir völlig unerfindlich, wie man zu diesem Entschlusse gekommen ist. Die **Hilfskräfte** usw. **unter 21 Jahren** müssen doch die Lebensmittel usw. ebenso teuer bezahlen wie diejenigen über 21 Jahre, und sie haben doch denselben Hunger, ja vielleicht noch größeren Hunger wie jene über 21 Jahre. Man sollte doch dazu übergehen, auch diese durch nichts gerechtfertigte und völlig unverständliche unterschiedliche Behandlung endlich zu beseitigen.

Auf die übrigen Fragen, die mit der Beamtenschaft allgemein zusammenhängen, will ich hier nicht eingehen; sie werden in den nächsten Tagen bei Gelegenheit der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern behandelt werden. Ich möchte nur gegenüber verschiedenen Äußerungen in der Fraktion hier feststellen, daß für meine Fraktion der Standpunkt der Verfassung in allen diesen Fragen grundlegend und maßgebend ist, und daß wir von diesem unseren Standpunkt unter keinen Umständen abgehen. Das gilt sowohl vom Streikrecht der Beamten, das wir bejahen, wie von den geheimen Personalakten.

Zu dieser Frage der **geheimen Personalakten** noch einige kurze Worte! Von der Oberpostdirektion in Berlin ist eine Verfügung ergangen, die besagt, daß besondere Berichte über Leistungen und Führung der Beamten zu den Akten der Oberpostdirektion zu bringen sind. Nun meine ich, solche geheimen Berichte und Personalakten gibt es nicht mehr. Sie sind offengelegt, und zwar ohne jede zeitliche oder sonstige Beschränkung.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Beamte hat laut Verfassung das Recht, seine Akten einzusehen; und zwar für die ganze Dauer seiner Dienstzeit, auch für die rückliegende, wie ich dies auch bei der (B) Begründung meines Antrags in der Nationalversammlung auszuführen die Ehre hatte. Sollten sich bei der Durchführung dieser Verfassungsbestimmung Unstimmigkeiten ergeben, behalte ich mir volle Handlungsfreiheit vor, um den Beamten zu ihrem verbrieften Recht zu verhelfen. Meine Fraktion hält fest an ihrem Standpunkt, daß die klare Bestimmung der Verfassung maßgebend ist.

Anschließend hieran muß ich noch mit einigen Worten auf die **Beamtenausschüsse** eingehen. Wir begrüßen es, daß der Herr Reichspostminister die Frage der Beamtenräte, sobald das Betriebsrätegesetz verabschiedet sein wird, zunächst einmal — damit die Sache in Gang kommt — durch Verordnung regeln will. Er will diese Verordnung erlassen, noch ehe das Beamtenbetriebsrätegesetz, das in Bearbeitung ist, kommen wird. Es ist sehr erforderlich, daß die Grundzüge einmal näher dargestellt und Pflichten und Rechte abgegrenzt werden; denn wir wissen, daß die Ausschüsse zwar bei einigen Ämtern gut arbeiten, bei vielen andern Ämtern dagegen vollständig versagen. Da sind Reibereien an der Tagesordnung. Gewöhnlich handelt es sich dann um das **Mitbestimmungsrecht.** Ich habe über dies Mitbestimmungsrecht schon in der Kommission meine Ansicht klargelegt. Damit sie nicht mißverstanden wird, erkläre ich von dieser Stelle aus noch einmal, daß ich selbstverständlich für das volle Mitbestimmungsrecht der Beamten eintrete, soweit es sich irgend mit der Beamteneigenschaft vereinbaren läßt. Die Gewerkschaftsfragen, die allgemein für das ganze Reich zu regelnden Besoldungs- und Personalfragen scheiden von der Tätigkeit der Beamtenräte aus. Es bleibt für die Beamtenräte noch ein unendlich weites Feld übrig. Ich greife da nur heraus das Mitbestimmungsrecht bei der Annahme, Beförderung, Prüfung und Entlassung, die Mitwirkung und Mitbestimmung beim Disziplinarverfahren und im Betriebe bei der Arbeitsform, (C) die Mitbestimmung bei der Arbeitszeit, Arbeitseinteilung, Arbeitshygiene usw. usw.

Ganz besonders wichtig ist auch die Forderung der **Immunität der Ausschußmitglieder** gegenüber disziplinarischen Verfolgungen. Verschiedentlich ist nun darüber Klage geführt worden, daß Beamte, die sich in Ausschüssen betätigen und beim Personal Vertrauen besitzen, drangsaliert werden. Natürlich läßt sich in dieser Hinsicht nichts Bestimmtes nachweisen, ebensowenig wie bei der — Verfolgung wäre vielleicht zu hart gesagt — Unterdrückung sozialistischer Beamter. Immer wieder sieht man, daß diese Beamten — es sind gewöhnlich die in den Ausschüssen regsamen — irgendwie unschädlich gemacht werden. Sie werden zum Beispiel kurz vor den Wahlen zum Ausschuß versetzt, was gar nicht selten vorgekommen ist. Zum Beispiel sind in dieser Beziehung Klagen laut geworden vom Hamburger Postscheckamt. Aber auch beim hiesigen Haupttelegraphenamt hat man letzthin ganz kurz vor den Wahlen zum Beamtenausschuß verschiedene Beamte, die sich dabei betätigt haben, versetzt, und zwar nicht etwa die Treppe hinunter, sondern die Treppe hinauf zur Oberpostdirektion. Ein derartiges Verfahren beeinträchtigt das Mitbestimmungsrecht der Beamten ganz erheblich und kann unter keinen Umständen geduldet werden. Die Verordnung wird hierin hoffentlich Abhilfe schaffen.

Aber noch andere Übergriffe seitens der Oberpostdirektionen und auch der Ämter sind hier zur Sprache zu bringen. Mir liegt z. B. eine Beschwerde des Zentralverbandes der Angestellten der Ortsgruppe Chemnitz vor. Dort ist beim Postamt 1 eine Liste aufgelegt, in welche sich die Angestellten einzutragen haben. Dabei sollen sie angeben, ob sie dem Zentralverbande der Angestellten angehören. Eine derartige Gesinnungsschnüffelei kann natürlich nicht geduldet werden. Ich bitte deshalb den Herrn Reichspostminister, dieser Sache nachzugehen und Remedur (D) zu schaffen.

Weiter habe ich hier eine Klage über die Oberpostdirektion **Leipzig.** Dort betreibt die **Ehefrau eines unteren Beamten** ein Café. Während des ganzen Krieges hat man den Mann unbehelligt gelassen. Jetzt ist er aus dem Kriege gesund nach Hause gekommen, und man eröffnet ihm, das Halten des Cafés durch seine Frau vertrage sich nicht mit seinen Dienstpflichten, und er müsse versetzt werden. Daraufhin hat man ihn auch versetzt. Ich frage die Reichspostverwaltung, was es sie angeht, ob die Frau einen Gewerbebetrieb hat. Mir ist keine Bestimmung bekannt, nach der die Frau eines Reichsbeamten die Erlaubnis zur Betätigung in einem Gewerbe gebraucht.

Auch aus der Oberpostdirektion **Berlin** habe ich Beschwerden. Da ist zum Beispiel eine **Aushelferin auf einem Fernsprechamt** durch irgendeinen unglücklichen Zufall bei der Bedienung der Apparate zu Schaden gekommen. Die Frau ist schwer krank und befindet sich in bitterer Not, da sie noch Angehörige zu unterhalten hat, aber außer einem kärglichen Krankengeld kein Gehalt erhält. Die Oberpostdirektion hat jede Unterstützung abgelehnt. Die Frau bittet um Gewährung des Gehalts und darum, daß sie in ihrer Krankheit unterstützt wird, damit sie nicht zugrunde geht. Ich werde die Bitte dem Herrn Reichspostminister noch besonders übergeben.

Über die außerordentlichen **Vergütungen und** die **Unterstützungen für Beamte** wird auch sehr geklagt, und wie schon Kollege Zubeil ausgeführt hat, werden die Vergütungssummen allgemein zu niedrig bemessen. Wenn man aber schon solche Vergütungen zuteilt, muß man auch auf das Ehrgefühl der Beamten Rücksicht nehmen. Es geht zum Beispiel nicht an, daß man, wenn ein Beamter eine Vergütung von 50 Mark für mehrjährige

(Steinkopf, Abgeordneter.)

(A) besondere Leistungen als zu niedrig zurückweist, sie einem anderen Beamten in derselben Lage anbietet.

Zum Schlusse möchte ich noch ganz kurz darauf eingehen, wie sich die künftige **Reform des Dienstbetriebes** nach meiner Ansicht zu gestalten hat. Ich möchte dabei auch die Frage stellen, ob schon irgendwelche Richtlinien für die Reform ausgearbeitet sind und in welcher Richtung sich diese bewegen. Ich halte es für notwendig, daß die **Oberpostdirektionen**, die sich nach und nach als Verwaltungsbehörde zum Selbstzweck ausgewachsen haben und dem Betriebe entfremdet sind, wieder mehr mit dem Betriebe verbunden werden. Das kann dadurch geschehen, daß tüchtige **Postdirektoren** gegen **Posträte** ausgetauscht werden. Ich halte die Tätigkeit des Postdirektors auf einem großen Verkehrsamt für bedeutend wichtiger und verantwortungsreicher als die Tätigkeit eines Rates bei der Oberpostdirektion. Es kann nur fördernd sein, wenn der Postrat die Tätigkeit des Direktors aus eigener Erfahrung kennt. Eine solche Auswechslung bringt neues Blut in die Oberpostdirektionen und neue Ansichten in den Betriebsdienst hinein, was wohltätige Wechselwirkungen ausüben wird. Wegen der Wichtigkeit der Postdirektoren ist es auch der Wunsch meiner Fraktion, daß bei der kommenden Besoldungsordnung die Direktoren die besondere Zulage wiedererhalten, die sie seinerzeit verloren haben.

Der Resolution des Herrn Kollegen Allekotte über die Verwendung der **Postwagen als Schutzwagen**, die dahin geht, daß diese Postwagen nicht mehr als Schutzwagen verwendet werden sollen, stimmen wir von ganzem Herzen zu.

Meine Damen und Herren. Die Postverwaltung ist mit einer der wichtigsten Faktoren beim Aufbau unseres Wirtschaftslebens. Die ihr bevorstehenden Aufgaben kann sie aber nur erfüllen, wenn sie ein zufriedenes (B) Personal, zufriedene Beamte hat. Diese Zufriedenheit wird aber nur eintreten, wenn die Frage der Personalreform glücklich gelöst wird, wenn den Postbeamten durch die Personalreform die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere Stellen gesichert wird. Die hierdurch erzielte Zufriedenheit wird dazu beitragen, den Betrieb wieder so zu gestalten, wie er gewesen ist: zuverlässig, schnell, sicher und vorbildlich in jeder Beziehung, und ich bin überzeugt, daß ebenso wie die Verwaltung auch die Beamten zur Erreichung dieses Zieles ihr Bestes hergeben werden, wenn sie hinsichtlich ihrer gemachten Forderungen endlich zufrieden gestellt sind; sie werden ihr Bestes tun, um den alten Ruf der Reichspostverwaltung wieder herzustellen zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch (Münster).

Koch (Münster), Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Die Beamten aller Grade, darf man wohl sagen, haben es freudig begrüßt, daß an die Spitze der **Reichspostverwaltung** eine Person berufen worden ist, die wohl die Gewähr dafür bietet, daß manches, was im Laufe der Zeit innerhalb der Postverwaltung heruntergekommen ist, nach und nach **auf die alte Höhe gebracht** werden wird. Vor allen Dingen — das ist schon von meinem Fraktionsfreunde Nacken ausgeführt worden — werden wir darauf halten müssen, daß es die Aufgabe des Reichspostministeriums sei, unser Verkehrsinstitut wieder gesund zu machen, dahin, daß es wirtschaftlich den alten Stand erreicht, andererseits aber auch in bezug auf seine technischen Leistungen wieder dahin kommt, wo es in der Vergangenheit war.

Dann ist als dritte, wichtigste Aufgabe zu erfüllen (C) die **Gesundung der Personalverhältnisse**, die Schaffung eines gesunden, zufriedenen Beamtenstandes, der allein in der Lage ist, wieder die alte Tüchtigkeit, die Pünktlichkeit der Reichspostverwaltung dahin zu bringen, wo sie früher stand. Wir dürfen, ohne zu viel zu sagen, behaupten, daß in der Vergangenheit in dem großen Beamtenpersonal Pflichttreue, Pflichtbewußtsein und Ehrlichkeit glänzende Tugenden waren. Andererseits darf man betonen, daß die Struktur des Beamtenkörpers doch viel zu wünschen übrig ließ, daß vor allen Dingen im Aufbau des Beamtenkörpers, in seinen Betätigungsmöglichkeiten manche Verhältnisse bestanden und jetzt noch bestehen, die auf die Dauer für die Beamtenschaft unerträglich sind. Gerade diese Personalverhältnisse müssen gründlich revidiert werden. Sie müssen von dem Geiste getragen sein, daß von unten herauf die befähigten, tüchtigen Menschen sich mehr als bisher nach oben heraufarbeiten können. Es ist zuzugeben, daß augenblicklich gewisse unerfreuliche Erscheinungen innerhalb der Beamtenschaft wahrzunehmen sind. Man soll aber auch bedenken, daß während des Krieges insbesondere die Schicht der Beamten so außerordentlich viel gelitten hat durch schlechte Ernährungsmöglichkeiten, durch seelische Depressionen, schließlich auch durch die Akte der staatlichen Umwälzung. Alles das hat doch auf die Beamtenschaft einen ganz gewaltigen, tiefen Eindruck gemacht, sodaß man es sich erklären kann, daß teilweise in diesem Beamtenkörper eine gewisse Arbeitsunlust, eine gewisse mangelnde Arbeitsdisziplin vorherrschend ist. Aber es ist zuzugeben — und ich stimme da mit dem Herrn Minister überein —: diese Erscheinungen sind in der Hauptsache in den größeren Betrieben, sie sind wohl weniger in den kleineren Betrieben, auf dem Lande, in den kleinen Städten, wahrzunehmen.

Es ist unbestritten, daß auch heute in der **Beamtenschaft** viel mit dem **Streikgedanken** gespielt wird, und (D) auch hier darf man zugeben, daß es wohl kaum eine Idee aus der Beamtenschaft heraus selbst ist, als daß sie vielmehr von außen hereingetragen ist.

Der Herr Minister hat in der Kommissionsberatung anerkannt, daß im ganzen die Haltung des Beamtenstandes intakt ist, und ich glaube, das bestätigen zu können. Ich glaube auch, das aussprechen zu können, weil man doch, in seiner ganzen Praxis lange Jahre zwischen diesen Beamten stehend, diese Wahrnehmung gemacht hat. Und es ist auch zu hoffen, daß dieser Beamtenstand, der teilweise hier und da etwas defekt geworden ist, sich wieder auf seine bessere Vergangenheit besinnt und alles restlos daran setzt, daß die alte Pflichttreue, das alte Pflichtbewußtsein, die Arbeitsdisziplin wieder zurückkehrt, wie es in der Vergangenheit war.

(Bravo! im Zentrum.)

Das Streikrecht als solches ist umstritten. Der Herr Minister lehnt es ja auch für seinen Teil ab, sich präzise dazu auszusprechen; auch mit Recht, weil er sagt: es ist nicht eine Frage des einzelnen Ressorts, es ist schließlich eine Frage, die das Kabinett zu entscheiden hat. Wenn heute in einem Teil der Beamtenschaft der Streik abgelehnt wird — auch mein Fraktionskollege Allekotte tut es —, so besteht andererseits doch auch in einem großen Teile der Beamtenschaft die Auffassung, daß auf Grund des Art. 159 der Verfassung, der jedem einzelnen Beruf und jeder einzelnen Person die Vereinigungsfreiheit gewährleistet, dieser große Teil der Beamtenschaft das Streikrecht für sich in Anspruch nimmt. Auf diesem Boden stehe ich im Gegensatz zu meinem Kollegen Allekotte, der es ablehnt.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Hört! hört! rechts.)

Dabei will ich aber betonen, daß wir bei den heutigen

(**Koch** [Münster], Abgeordneter.)

(A) schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen wir leben, mit aller Entschiedenheit jedes Spielen und Operieren mit dem Streikgedanken zurückweisen müssen, denn das würde heute letzten Endes nicht mehr und nicht weniger als die Infragestellung der Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bedeuten. Das wäre aber ein so großes nationales Unglück, daß man der Beamtenschaft nur mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit zurufen kann: Hände weg von dem Streik! Laßt jedes unnütze Spielen mit dem Streikgedanken!

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Was wir brauchen, ist Wiederaufbau. Die sittliche Arbeitspflicht wird ja in der Verfassung jedem Deutschen vorgeschrieben, und darum muß auch die Beamtenschaft restlos zu der alten Pflichterfüllung, zur alten Pflichttreue, zur alten Dienstfreudigkeit zurückkehren.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Der Herr Minister hat weiter zugesagt, daß er zu seinem Teile bestrebt sein werde, alles zu tun, um die alte Leistungsfähigkeit und die alte Tüchtigkeit der Verwaltung wiederherzustellen. Dazu ist aber vor allen Dingen ein zufriedenes und arbeitsfreudiges Beamtentum vonnöten. Die **Personalreform**, die uns von dem Reichspostministerium in Aussicht gestellt worden ist, soll zur Erreichung dieses Zieles dienen. Von der Gestaltung dieser Personalreform wird es abhängen, ob Zufriedenheit in den großen Beamtenkörper hereinkommt. Es ist zuzugeben — darüber ist sich jeder, der die Verhältnisse in der Reichspostverwaltung kennt, im klaren —, daß die Personalverhältnisse äußerst ungeordnet und unbefriedigend sind. Wir haben in den oberen Stellen zu viel Beamte, wir haben schließlich in der Mitte eine ganze Menge von Beamten, denen fast jede **Aufstiegsmöglichkeit** verwehrt ist. Wir haben vor allen Dingen — und in dieser Beziehung steht die Reichspostverwaltung im Gegen-

(B) satz zu der anderen großen Verkehrsverwaltung, zu der Eisenbahnverwaltung — fast keine Aufstiegsmöglichkeiten für die unteren Beamten. Dabei ist doch nicht zu leugnen, daß gerade in dem großen Heer von 140 000 unteren Beamten manch fähige, tüchtige Menschen vorhanden sind, denen es leicht möglich wäre, sich in die mittleren Stellen heraufzuarbeiten.

Andererseits ist auch erfreulich, daß der Herr Minister anerkannt hat, daß die bestehenden **Beamtenorganisationen** und der daraus hervorgegangene **Beamtenbeirat** in ganz vorzüglicher Weise mit dem Ministerium arbeiten, und ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir für die Gestaltung der Personalverhältnisse unbedingt die Mitwirkung des Beamtenbeirats und der Arbeitsgemeinschaft der Postbeamtenverbände brauchen. Es ist erfreulich, daß auf Grund eines Personalreformvorschlages, der die Wünsche aller höheren, mittleren und unteren Beamten und Beamtinnen enthält, augenblicklich innerhalb des Ministeriums Beratungen gepflogen werden. Wir wollen hoffen, daß uns irgendeine Aufklärung darüber gegeben wird, ob und in welcher Zeit die Beamtenschaft mit der Verwirklichung der Personalreform rechnen kann.

Wenn man die Personalreform in großen Zügen zeichnen will, wird man sagen müssen, daß vor allen Dingen Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Der Herr Kollege Delius und auch der Herr Kollege Steinkopf haben sich ja mit Wärme für die Schaffung von **Beförderungsmöglichkeiten der mittleren Beamten** nach oben hin ausgesprochen. Ich unterstreiche das ausdrücklich. Auch ich beurteile die Verhältnisse dahin, daß es gewiß nicht erfreulich ist, wenn mittlere Beamte, nachdem sie die Assistentenprüfung abgelegt und eine planmäßige Assistentenstellung erreicht haben meist keine Möglichkeit zum Aufstieg haben. Es ist unbefriedigend, wenn etwa Beamte mit 24 oder 25 Jahren ihre Laufbahn abgeschlossen sehen, und zwar lediglich deswegen, weil es (C) nach oben hin an den nötigen **Beförderungsmöglichkeiten** fehlt.

Ungleich schwieriger aber sind die Verhältnisse **bei den unteren Beamten.** In der Eisenbahnverwaltung ist es immer möglich gewesen, daß der einzelne sich von unten herauf bis zur Mitte emporarbeiten konnte. Leider war das in der Postverwaltung nicht möglich und ist zur Stunde praktisch nicht möglich. Deswegen wird man fordern müssen, daß überall dort, wo höhere Schulbildung nicht erforderlich ist, diese von den Anwärtern auch für die Folge nicht verlangt wird. Man wird grundsätzlich fordern müssen, daß Dienstgeschäfte, die von weniger vorgebildeten Beamten verrichtet werden können, auch weniger vorgebildeten Beamten übertragen werden müssen.

Der Herr Kollege Steinkopf hat mit Recht gesagt — ich möchte das unterstreichen, weil auch speziell an unsere Fraktion mit dem Wunsche herangetreten worden ist, dieses Verhältnis hier einmal zur Sprache zu bringen —, daß es doch ein Unding ist, wenn man jemandem, der sich 10 und 12 Jahre in der Verwaltung als unterer Beamter bewährt hat, um in die mittleren Stellen aufsteigen zu können, einfach sagt: Sie müssen aus dem Verhältnis der unteren Beamten ausscheiden und in das Dienstverhältnis der mittleren Beamten eintreten. Solche Fälle, daß beispielsweise kriegsbeschädigte untere Beamte infolge Beschädigungen der Füße oder der Beine kaum noch in der Lage sind, den Außendienst zu verrichten und ihnen jede Möglichkeit genommen ist, sich in mittlere Stellen hereinzuarbeiten, wiederholen sich täglich. Ein Postverwalter des Bezirks Minden, der einen intelligenten unteren Beamten hatte, wollte diesen jungen Mann, einen 25 bis 27 Jahre alten Landbriefträger, am Schalter beschäftigen. Dieser Beschäftigung als mittlerer Beamter standen aber die Bestimmungen der Dienstanweisung entgegen. Solche Verhältnisse sind (D) unhaltbar. Es muß hier eine Überführung aus dem unteren in den mittleren Beamtendienst ermöglicht werden, und die erworbenen Rechte in der unteren Beamtenstellung müssen selbstverständlich voll und ganz gewahrt bleiben.

Mit Recht ist weiter betont worden, daß im Augenblick sehr viele **Militäranwärter** als Anwärter **für den mittleren Beamtendienst** angenommen werden. Von der großen Berufsorganisation der unteren Beamten wird mir mitgeteilt, daß aus allen Orten Klagen darüber einlaufen, daß selbst Kapitulanten mit mehr als fünfjähriger Dienstzeit heute als Anwärter für die mittlere Beamtenlaufbahn eingestellt werden und daß ihnen die planmäßige Beschäftigung als mittlerer Beamter nach so und so vielen Jahren in Aussicht gestellt wird. Wenn das der Fall ist, so sehe ich einfach keine Möglichkeit, wie nun die befähigten Beamten aus dem unteren Beamtendienst sich irgendwie heraufarbeiten können. Ich möchte die Reichspostverwaltung dringend bitten, hier einen Riegel vorzuschieben, damit nicht letzten Endes alle Stellen des mittleren Beamtendienstes besetzt werden. Das würde jedenfalls innerhalb des großen unteren Beamtenkörpers zu der größten Unzufriedenheit führen.

Neben der Personalreform möchte ich darauf hinweisen, daß die kommende Besoldungsreform seitens der Reichspostverwaltung nach allen Richtungen hin gefördert werden muß. Ich erinnere an die Erklärung des Herrn Reichsfinanzministers von voriger Woche, in der er zugesagt hat, daß unter gewissen Voraussetzungen zum 1. April 1920 eine **neue Besoldungsordnung** in Kraft treten soll. Ich möchte auch betonen, daß eine Neuordnung der Besoldungsverhältnisse aus mancherlei Gründen unbedingt notwendig ist. Vor allen Dingen gehen heute fast sämtliche Kommunalverwaltungen selbständig vor. Auch die

(**Koch** [Münster], Abgeordneter.)

(A) einzelstaatlichen Regierungen treffen Anstalten zur Neuordnung der Besoldungsverhältnisse. Ich halte es für richtiger, wenn das Reich hier vorgeht, wenn das Reich eine grundsätzliche Besoldungsreform macht, die dann auch für die Verhältnisse in den Einzelstaaten vorbildlich sein könnte, auch als Muster für kommunale oder provinziale Verwaltungen in Anspruch genommen werden könnte.

Notwendig ist vor allen Dingen die baldige Erledigung der Besoldungsreform mit Rücksicht auf die große Zahl der Beamten, die willens sind, in den Ruhestand zu treten. Sie ist auch mit Rücksicht auf diejenigen Beamten, die sterben sollten, notwendig wegen einer besseren Versorgung der Hinterbliebenen. Letzten Endes ist sie aber auch für alle aktiven Beamten notwendig, damit sie aus diesen Verhältnissen, wie sie nun heute einmal liegen, herauskommen; denn die Teuerungszulagen, die Beschaffungsbeihilfen usw., alle diese Notbehelfe müssen doch auf die Dauer mal aufhören, an ihre Stelle müssen geordnete feste Bezüge kommen. Denn gerade diese Teuerungszulagen und Beschaffungsbeihilfen erregen in der Öffentlichkeit vielfach unangenehme Diskussionen. Wir brauchen uns nur daran zu erinnern, nachdem die Nationalversammlung im Einverständnis mit der Reichsregierung die letzte **Beschaffungsbeihilfe** bewilligt hat, welche unliebsamen Erörterungen sich in der Presse und teilweise auch in der preußischen Landesversammlung daran geknüpft haben. Man sollte das zurückweisen. Reichsregierung und Reichsparlament haben ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, und es ist nun nicht richtig, daß die preußische Regierung und die preußischen Abgeordneten die Sache so darstellen, als ob über den Kopf Preußens hinweg, ohne daß man mit Preußen verhandelt hätte, diese Beschaffungszulage bewilligt worden sei. Die Verhandlungen schwebten damals seit Juli und sind im August zum Abschluß gekommen. Da hätte Preußen (B) wohl Gelegenheit gehabt, sich dem Vorgehen des Reichs anzuschließen. Jedenfalls müssen wir es zurückweisen, daß von der Seite aus nun versucht wird, die Geschichte so darzustellen, als ob das Reichsparlament und die Reichsregierung einseitig über den Kopf Preußens hinweg diese Aktion veranlaßt hätten. Das Reich sollte nach dieser Richtung vorbildlich vorgehen, und dann mögen sich die Einzelstaaten diesen Beschlüssen anschließen.

Bezüglich der Beschaffungszulage für die Arbeiter, die im Lohnverhältnis stehenden Hilfsbeamten, ist durch den Herrn Minister betont worden, daß diese verschieden bemessen seien gegenüber den Zuwendungen an die Beamten, und ich glaube, man darf das auch als berechtigt anerkennen, weil doch die Verhältnisse der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben nicht genau so liegen wie die Verhältnisse der Beamten. Ich möchte vor allen Dingen auf eine Drucksache aufmerksam machen, die uns gestern zugegangen ist, auf die Nr. 1133. Darin wird betont, daß das große Heer der Unterbeamten, 118 000 an der Zahl, durchschnittlich im Alter von 40 Jahren auf ein Durchschnittseinkommen von 1700 Mark einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses kommt. Wenn man diese 1700 Mark Einkommen einschließlich der laufenden Teuerungszulagen zusammenstellt und eine Gegenüberstellung gegenüber den Arbeiterlöhnen macht, dann wird man zugeben müssen, daß die Verhältnisse in bezug auf die Beamten äußerst ungünstig liegen.

Man wird nun, um das genauer beurteilen zu können, einmal kurz darauf zurückblicken müssen, wie die **Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben** bezahlt werden. So wird beispielsweise ein Telegraphenhandwerker in Berlin nach 10jähriger Dienstzeit als unverheirateter Arbeiter monatlich 480 Mark Lohn beziehen, während ein Postbote in Berlin in Beamtenstellung mit 10jähriger Dienstzeit im Alter von 30 bis 32 Jahren ein (C) Tagegeld von 4,70 Mark, also 141 Mark monatlich, und eine Teuerungszulage von 160 Mark, im ganzen also 301 Mark bezieht gegenüber dem Arbeiter mit 480 Mark, sodaß doch ganz horrende Unterschiede zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Einkommen der Beamten bestehen. Ähnlich sind die Verhältnisse auch für die verheirateten Beamten, und man kann aus diesem Grunde nicht sagen, daß nun unbedingt überall eine Gleichstellung in bezug auf die Gewährung von Teuerungsbeihilfen am Platze sei. Ich will dabei betonen, daß ich nicht auf dem Standpunkt stehe, daß etwa ein Arbeiter in dem Reichs- oder Staatsbetrieb zuviel verdiene; Löhne von 20 und 25 Mark sind vor allen Dingen für Familienväter absolut nicht zu reichlich bemessen. Im Gegenteil, die Arbeiter brauchen derartige Löhne. Aber auch die Beamten brauchen derartige Einkommen, damit sie sich in dieser schwierigen Zeit wenigstens halbwegs über Wasser halten können. Deswegen sollte sich auch die Presse und die Öffentlichkeit in bezug auf die Teuerungszulagen und die Begehrlichkeit der Beamten eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Denn man soll nicht etwa die Gegensätze zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten vertiefen, sondern wir haben ein Interesse daran, daß wir uns mit den Schichten der Arbeiter und Privatangestellten auf ziemlich einer Linie bewegen. Gegensätzlichkeiten sind von unserer Seite als absolut unerwünscht zu bezeichnen.

Wenn man zu der **Gehaltsreform** schreitet und sie möglichst bald schafft, dann wird man vor allen Dingen sagen müssen: es muß eine **größere Vereinheitlichung** stattfinden. Die Gehaltsreform muß gründlich gemacht werden und muß vor allen Dingen ausreichend sein. Es darf nicht so sein, wie bei früheren Besoldungsordnungen, wo man sagte: es werden rundweg hundert Millionen für die Besoldungsordnung bereitgestellt, — ohne zu prüfen, ob mit diesen hundert Millionen auch die berechtigten Wünsche der Beamten erfüllt werden können. (D)

Ich will auf die Stellenvermehrung im Etat in Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht eingehen. Im besonderen sind auch die Vizedirektorenstellen erwähnt worden, auch die Stellung der Postdirektoren bei den sogenannten Militärpostämtern. Ich stehe da auch auf dem Standpunkt, daß es, wenn wir doch einen Teil von Postdirektoren in den sogenannten Militärpostämtern tätig haben, nicht richtig ist, daß diese **höheren Beamten** im Gegensatz zu den anderen höheren Beamten in einer niedrigeren Gehaltsklasse untergebracht sind. Die kommende Besoldungsordnung muß dafür sorgen, daß alle höheren Beamten, gleichviel welcher Richtung, mindestens in die heutige Gehaltsklasse 3000 bis 7200 Mark Gehalt hineinkommen.

Neu sind im Etat sogenannte **Maschinenwärterstellen** vorgesehen. Die Inhaber dieser Stellen möchten vor allen Dingen eine andere amtliche Bezeichnung haben, etwa Maschinenführer oder Maschinisten.

Dann sind im Etat 90 000 Mark Stellenzulagen für solche geprüften unteren Beamten eingestellt, die mangels planmäßiger Dienststellen noch keine planmäßige Stelle bekleiden können. Ich möchte anfragen: liegt nicht ein Bedürfnis vor, diese **Stellen der gehobenen unteren Beamten** ganz bedeutend zu vermehren? Im Interesse des Dienstbedürfnisses sind 508 Stellen für Postinspektoren in Vizedirektorenstellen umgewandelt. Ich glaube, das Bedürfnis für die Schaffung von mehr Stellen für Gehobene ist unbedingt gegeben. In der Kriegszeit hat sich diese Kategorie von Beamten in ganz besonderem Maße bewährt. Ich weise auch daraufhin, was in einer amtlichen Drucksache als Begründung dafür gesagt ist, diesen Gehobenen höhere Gehaltssätze, die Gehaltssätze von 1500 bis 2200 Mark zu zahlen. Mit Genehmigung des Herrn

(Koch [Münster], Abgeordneter.)

(A) Präsidenten gestatte ich mir, die Begründung dazu kurz zu verlesen. Es wird da gesagt:

> Den unteren Beamten in gehobenen Dienststellen bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind seit Schaffung dieser Beamtenklasse im Jahre 1899 einfachere Leistungen aus dem Arbeitsgebiet der mittleren Beamten übertragen worden, wodurch sich ihre gehaltliche Heraushebung über die übrigen unteren Beamten rechtfertigte. Im Laufe der Jahre ist das Tätigkeitsgebiet der gehobenen unteren Beamten immer mehr ausgedehnt. Diese Entwickelung ist noch im Fortschreiten. Seit Jahren schon werden sie vielfach zur Vertretung mittlerer Beamten mit herangezogen. Ferner werden sie in weiterem Umfange an der Erledigung des Abfertigungs- und Entkartungsdienstes, der bisher vorwiegend von mittleren Beamten wahrgenommen worden ist, und bei den kleinen Postämtern auch an der Bearbeitung anderer, bisher im allgemeinen von mittleren Beamten wahrgenommener Dienstzweige beteiligt. Es ist also nach und nach eine organische Änderung in der Verwendung der gehobenen unteren Beamten bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung eingetreten.

Diese organische Veränderung des Beamtenverhältnisses muß denn doch letzten Endes dazu führen, daß man bei einer kommenden Personalreform diese Beamten nicht mehr als untere Beamte, sondern als mittlere Beamte einrangiert.

(Glocke des Präsidenten.)

— Herr Präsident, Sie gestatten mir doch auch noch einige Minuten, so gut wie den Herren Vorrednern. Ich habe gerade im Interesse der großen Zahl der unteren (B) Beamten noch mancherlei Ausführungen zu machen, die von besonderer Bedeutung sind.

(Vizepräsident Haußmann: Einige Minuten!)

Dann ist als Wunsch dieser gehobenen unteren Beamten noch vorzutragen, daß sie vor allen Dingen früher zur Prüfung zugelassen werden möchten. Es ist nicht angängig, Beamten, die 25 oder 28 Jahre im Dienst sind, erst dann die Zulassung zu dieser Prüfung zuzugestehen. Wenn man ein tüchtiges, bewegliches Personal haben will, dann wird man die einzelnen Personen möglichst früh zur Prüfung zulassen müssen, vor allem in den Jahren, wo sie noch zulernen können, nicht aber, wenn sie alt und ziemlich verbraucht sind.

Auch die Anstellung von Gehobenen bei Postämtern III ließe sich meines Erachtens sehr wohl bewerkstelligen. Wir haben heute in umfangreichem Maße Ämter III mit Beständen von über 20 unteren Beamten. In solchen Betrieben müßte es möglich sein, gehobene Stellen einzuführen.

Ich habe dann noch im besonderen zu betonen, daß das lange **Diätariat** unbedingt **verkürzt** werden muß. In Berlin beträgt es beispielsweise noch etwa 12 Jahre, ehe der einzelne untere Beamte zur Anstellung kommen kann. Möglich ist eine Verbesserung dieser Anstellung nur dann, wenn mehr Etatstellen angefordert werden. Die Verwaltung sollte auf diesem Wege größere Anforderungen stellen, sie werden unzweifelhaft genehmigt werden, weil doch letzten Endes durch die Umwandlung einer diätarischen in eine Etatstelle keine wesentlichen Mehrkosten entstehen.

Die **jugendlichen Telegrammbesteller** sind infolge ihrer Einberufung zum Heeresdienst verspätet, zum Teil um einige Jahre, Postboten geworden. Die Reichspostverwaltung möge verfügen, daß die Annahme zum Postboten in diesen Fällen so datiert wird, wie sie beim Verbleiben im Heimatsdienst erfolgt wäre.

(C) Es ist dann weiter notwendig, daß jedesmal so viel etatsmäßige Stellen angefordert werden, wie Personen mit einer bestimmten zurückgelegten diätarischen Dienstzeit vorhanden sind, etwa mit fünf bis sechs Jahren. Weiter ist notwendig, daß die **Landbriefträger- und die Schaffnerklasse** verschmolzen werden, um die vielen unnötigen Versetzungen dieser Personen zu verhindern, vor allen Dingen aber, um auch zu verhindern, daß etwa der Landbriefträger nur wegen des Vorteils von wenigen hundert Mark Endgehalt die Versetzung zur Stadt nachsucht, um aus seinen ländlichen Verhältnissen herausgerissen in der Stadt vielfach nachher Enttäuschungen zu erleben, weil er sich sehr häufig in den städtischen, vor allen Dingen in den großstädtischen Verhältnissen nicht zurechtfinden kann. Es wird notwendig sein, diese Verschmelzung baldigst durchzuführen, weil auch daran liegen muß, den Beamten möglichst dort zu belassen, wo er bodenständig ist. Versetzungen vom Lande in die Stadt führen vielfach nicht zu dem, was man sich von vornherein von der Versetzung verspricht.

Die **Postboten** müssen besser bezahlt werden. Es geht nicht an, daß in Berlin ein Postbote mit 3,80 Mark Anfangstagegeld und in anderen Städten, in Westdeutschland, mit einem Anfangstagegeld von 3,60 Mark eingestellt werden, das nach zehn- oder elfjähriger Dienstzeit um 1 Mark steigt. Daß eine solche Bezahlung heute noch als entsprechend bezeichnet werden kann, wird niemand behaupten wollen, selbst wenn Teuerungszulagen hinzutreten. Die Bezahlung ist so gering, daß davon absolut nicht in irgendeiner Weise die Existenzmöglichkeit gesichert ist, vor allen Dingen dann nicht, wenn die Postboten, wie das bei ihrer großen Mehrzahl mit 27 und 28 Jahren der Fall ist, verheiratet sind. Sie werden mit diesen geringen Bezügen unter keinen Umständen auskommen können.

Wir haben dann noch eine große Anzahl kaufmännischer (D) und weiblicher Hilfskräfte im Postdienst. Ich glaube, wo in einzelnen Fällen diesen **kaufmännischen Hilfskräften** von untergeordneten Stellen Anwartschaft auf Übernahme in das mittlere Beamtenverhältnis zugesagt worden ist, sollte die Verwaltung möglichst bald dazu übergehen, diese Illusionen zu zerstören. Es ist notwendig, daß dieses Personal weiß, daß es nicht in die mittleren Beamtendienststellen übernommen werden kann, sondern daß es damit rechnen muß, daß diese Stellen nach und nach wieder durch ständiges Personal der Verwaltung übernommen werden. Wo diese Personen noch im mittleren Beamtendienst tätig sind, sollte man sie möglichst bald herausziehen, um den Beförderungsmöglichkeiten von unten herauf besser nachzuhelfen.

Auffällig erscheint es mir, daß in Berlin noch **weibliche Personen** den **Postwagen** führen. Das Fahren von Postwagen ist wohl besser männlichen Personen zu übertragen. Ich nehme an, es handelt sich hierbei schließlich wohl um Kriegerwitwen oder sonstiges Aushilfspersonal; aber sie könnten doch wohl auch auf andere Art innerhalb des Postbetriebes beschäftigt werden. Ich betrachte den Kutscherbock nicht als das geeignete Arbeitsgebiet für eine weibliche Person.

Weiter ist auffällig, daß im Etat ein Rückgang der Dienstwohnungen von 1751 auf 1691 zu verzeichnen ist. Ich möchte hier an die Reichspostverwaltung die Bitte richten, in der **Wohnungsfürsorge für die Beamten** nicht nachzulassen. Ich möchte weiter die Frage an die Reichspostverwaltung stellen, ob es möglich ist, aus Mitteln der Reichspostverwaltung die sogenannten Überteuerungszuschüsse direkt an solche Beamte zu geben, die ein kleines Eigenheim bauen. Mir liegt eine ganze Anzahl derartiger Fälle aus dem Bezirke Münster-Minden vor, und es wäre mir erwünscht, zu wissen, ob diesen Beamten nicht direkt auf dem Dienstwege mit ihrer vorgesetzten

(**Koch** [Münster], Abgeordneter.)

(A) Behörde diese Überteuerungszuschüsse zugebilligt werden könnten.

Bei der Errichtung von **Dienstwohnungen** wird man darauf Wert legen müssen, die Raumverhältnisse etwas angemessener als bisher auszugestalten. Es geht nicht an, daß man sich etwa auf den Standpunkt stellt, eine Wohnung von 45 bis 50 Quadratmetern genüge für eine Unterbeamtenwohnung. Ich weise darauf hin, daß für bessergestellte Beamte Dienstwohnungen vorhanden sind, die meines Erachtens viel zu luxuriös und umfangreich sind. Mir sind Dienstwohnungen von Postverwaltern bekannt, die zehn Räume haben. Da erscheint es mir denn doch sehr gewagt, zu sagen, für den unteren Beamten genüge eine dreiräumige Wohnung mit 45 bis 50 Quadratmetern Fläche.

Die Beschränkung des **Sonntagsdienstes** läßt sich meines Erachtens weiter durchführen. Ich will nicht sagen, daß die Briefbestellung am Sonntag restlos aufhören soll; aber wenn im Handel und Verkehr völlige Sonntagsruhe herrscht, dann wird man auch bei der Postverwaltung ernstlich prüfen müssen, wieweit es noch notwendig ist, am Sonntag alle vorliegenden Sendungen abzutragen. In Bayern hat man die Sonntagsbriefbestellung abgeschafft. Ich glaube, es ließe sich sehr wohl ermöglichen, nicht eilige Sachen bis zum Montag zurückzustellen und so auch dem Postpersonal eine größere Sonntagsruhe zu sichern.

Die **Fahrt- und Überlagergebühren** müssen neu geregelt werden. Eine Abstufung dieser Sätze nach der Rangstellung des Beamten scheint mir nicht angebracht zu sein. Die Postwagen haben doch **keine** 1., 2., 3. und 4. Klasse, die Beamten arbeiten alle in demselben Raum, und da ist es meines Erachtens angebracht, auch die Vergütungen gleichmäßig festzusetzen. Augenblicklich betragen die Sätze für den unteren Beamten 0,9 Pfennig

(B) und für den Beamten 1 Pfennig für den Kilometer. Diese kleine Differenzierung ist überflüssig. Es erscheint auch überflüssig, die **Nachtdienstentschädigungen** so zu differenzieren wie bisher; man sollte sie dem Wunsche der Beamten entsprechend gleichmäßig festsetzen.

Bei den Titeln 8b und 38b finden wir Positionen für **Vergütungen** und **Unterstützungen** für höhere und mittlere Beamte, für Kanzlei- und Unterbeamte. Ob nicht diese Positionen — Vergütungen — vollständig wegfallen könnten, möchte ich doch der Reichspostverwaltung zur ernstlichen Prüfung anheimgeben. Einen Unterstützungsfonds werden wir dauernd notwendig haben, aber dieser Fonds könnte einheitlich für alle Beamten sein. Jedenfalls ist eine Trennung für höhere Beamte, für mittlere, für Kanzlei- und Unterbeamte abzulehnen, weil die Kanzleibeamten als solche mittlere Beamte sind, und sie dann zweckmäßig, wenn überhaupt eine Trennung für notwendig gehalten wird, bei dem vorhergehenden Titel für mittlere Beamte unterzubringen sind.

Aus dem Bezirk **Münster** wird lebhafte Klage darüber geführt, daß dort **Anwärterinnen für Post- und Telegraphengehilfinnen** mit 5 und 6 Jahren Dienstzeit sind, die noch nicht vereidigt und infolgedessen noch nicht in das Beamtenverhältnis übernommen sind. Mir wird mitgeteilt, daß dort 29 Aushelferinnen mit einer Beschäftigungszeit von 4 bis 5 Jahren und 13 Aushelferinnen mit einer Beschäftigungszeit von 5 bis 6 Jahren unvereidigt, also außerhalb des Beamtenverhältnisses, sind. Es muß doch ernstlich geprüft werden, ob diese Beamtinnen für ein dauerndes Dienstbedürfnis notwendig sind. Sind sie notwendig, dann soll man sie nicht so sehr lange als Aushelferinnen beschäftigen, sondern soll sie vereidigen und in das Beamtenverhältnis überführen. Dasselbe gilt auch von dem männlichen Aushilfspersonal, den **Postaushelfern,** das in demselben Bezirk auch anderswo eine

(C) außergewöhnlich lange Aushelferdienstzeit hinter sich hat. Die Postverwaltung hat zwar zugesagt, diese Personen in das Beamtenverhältnis überzuführen; ich möchte aber bitten, mit dieser Maßnahme in größerem Umfang vorzugehen. In einzelnen Bezirken setzt man sich erfreulicherweise dafür ein, diese Personen in das Beamtenverhältnis zu überführen. Der Bezirk Münster hat bisher Aushilfskräfte zu Postboten überhaupt nicht gemacht, und gerade in diesen Bezirken Münster, Minden, wo die Anstellungsverhältnisse äußerst ungünstig liegen, muß es meines Erachtens möglich sein, mehr als bisher diese Aushilfskräfte in das Beamtenverhältnis zu überführen, wenigstens soweit sie für ein dauerndes Dienstbedürfnis notwendig sind.

Über den **Schutz der Bahnpostwagen** liegt eine Entschließung vor. Das schreckliche Eisenbahnunglück in Haltern gibt erneut Veranlassung, dazu Stellung zu nehmen. Meine Parteifreunde werden dieser Entschließung zustimmen. Es darf für die Folge nicht mehr vorkommen, daß der Postwagen als Schutzwagen in den Zügen läuft.

Die **Genesungsheime** der Beamten, die von diesen meistens in der Form von genossenschaftlichen Unternehmungen betrieben werden, bedürfen einer stärkeren Unterstützung seitens der Verwaltung. Es ist ja in diesem Etat die Position von 50- auf 70 000 Mark erhöht. Aber bei den allgemeinen Verhältnissen, wie sie infolge der Teuerung usw. liegen, und vor allen Dingen wegen der segensreichen Tätigkeit dieser Erholungsheime, ist es gewiß erwünscht, wenn diese Position entsprechend erhöht wird. Es fällt dabei sonderbar auf, daß der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten, der zu diesem Zwecke eine **Wohlfahrtslotterie** veranstalten wollte, die Genehmigung seitens der preußischen Regierung nicht erhalten hat, während man 8 Tage vorher dem Deutschen Beamtenverein die Genehmigung für eine derartige Lotterie

(D) erteilte. Es sind recht eigenartige Gefühle, die sich da bei den unteren Beamten einnisten. Man glaubt, man wird hier systematisch zurückgesetzt, und solche Sachen sollten doch eigentlich nicht vorkommen, vor allen Dingen nicht bei solchen Veranstaltungen, die einen ganz sozialen Charakter tragen.

Die Reichspostverwaltung hat seit Jahr und Tag den **Kleiderkassenbeitrag** für die Gestellung der Uniformen der unteren Beamten gleichlautend eingesetzt. Hier hat sich ein Verhältnis herausgebildet, das im ganzen zu ungunsten der unteren Beamten ausschlägt. Früher war das Verhältnis so, daß etwa das Reich drei Viertel, die unteren Beamten ein Viertel zur Bestreitung der Dienstkleidung beitragen mußten. Heute ist es umgekehrt; das Reich gibt nach wie vor 30 Mark Zuschuß, und was mit einem Zuschuß von 30 Mark für die Beschaffung von Kleidungsstücken heute anzufangen ist, mag jeder selbst beurteilen. Meines Erachtens wäre es richtig, wenn die Reichspostverwaltung wie bisher den Hauptanteil für die Dienstkleidung tragen würde und die unteren Beamten einen geringeren, wie es früher üblich war.

Auf die Krankenkasseneinrichtungen will ich nicht weiter eingehen. Es ist erfreulich, daß diese Krankenkasseneinrichtungen auch auf andere Beamtengruppen ausgedehnt werden sollen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß in der vierten Zone, **im besetzten Gebiete,** die **örtlichen Beamtenausschüsse** nicht in Wirksamkeit treten können, und es wird von diesen Beamten — Klagen kommen da in der Hauptsache aus Crefeld, München-Gladbach und anderen Städten — vermutet, daß die Amtsvorsteher der dortigen Bezirke mit einem besonderen Interesse die Wirksamkeit der Beamtenausschüsse zu unterbinden suchen, und zwar unter dem Schutze der belgischen Besatzungsbehörden. Ich kann

(Koch [Münster], Abgeordneter.)

(A) nicht beurteilen, wie weit das zutrifft, aber es ist das allgemein die Auffassung von der Sache. Es wäre gewiß erwünscht, wenn auch hier die Reichspostverwaltung einmal versuchen wollte, geordnete Verhältnisse auch in diese Gebiete hineinzubringen und auch da den Beamten die notwendigen Beamtenausschüsse zu schaffen.

Im Jahre 1919 ist eine neue **Dienstanweisung für untere Beamte** herausgegeben worden, und ich muß sagen, wenn ich sie ansehe, daß manches darin enthalten ist, was dem neuzeitigen Geiste gewiß nicht entspricht. Wenn es dort heißt: Der untere Beamte muß nüchtern sein, sich gesittet und gegen jedermann bescheiden verhalten — so ist das selbstverständlich richtig. Aber das trifft doch auf alle anderen Beamten auch zu, und so etwas braucht man den unteren Beamten doch nicht in einer besonderen Dienstanweisung vorzuschreiben.

(Zustimmung.)

Wenn es dann weiter heißt, daß mit Packpapier, Siegellack, Streichhölzern, Licht usw. sparsam umgegangen werden soll, so trifft das selbstverständlich für alle Beamte zu. Jeder Beamte soll sich befleißigen, mit allen diesen Dingen sparsam umzugehen, wie es sich gehört. Auch daß der Beamte sich außerhalb des Dienstes stets angemessen verhalten, von unlauterem Umgang fernhalten soll, sollte man nicht im Jahre 1919 in eine Dienstanweisung hineinschreiben. Daß mit Feuer und Licht besonders vorsichtig umzugehen ist, trifft auch für alle Beamten zu; das braucht man doch nicht den unteren Beamten, die doch auch Männer von mindestens zwanzig Jahren sind, besonders zu sagen. Andererseits soll man auch nicht sagen, daß Schals, Tücher und Kragen nicht zu den Uniformstücken gehören. Es kann doch sehr wohl im Winter der Fall eintreten, daß der Landbriefträger sich zu seiner Uniform einen Schal oder einen Pelzkragen umbindet; das sollte man ihm nicht auf Grund der (B) Dienstanweisung verbieten können. Ich habe die Befürchtung, daß es eine Anzahl Amtsvorsteher gibt, die aus der alten Praxis heraus sich auf den Buchstaben dieser Dienstanweisung berufen und die das Anlegen eines Kragens oder Schals einfach verbieten werden. Solche Dinge sollte man vor allen Dingen vorher erst mit den Postbeiräten behandeln; dann wäre es wohl ausgeschlossen, daß solche Sachen in eine Dienstanweisung hineinkämen.

Damit möchte ich schließen. Ich empfehle dem Herrn Reichspostminister und seinen Mitarbeitern das Bukett von Wünschen, das ich hier vorgetragen habe. Es kommt darauf an, auch in das große Personal wieder den alten Geist der Pflichttreue, des Pflichtbewußtseins und der Dienstfreudigkeit zu bringen. Ich glaube, im ganzen genommen will das Personal das auch. Das Personal steht auf dem Standpunkt und ist sich bewußt, daß es ohne die tatkräftige Mitarbeit des Beamtenstandes nicht möglich sein wird, den Wiederaufbau des deutschen Staates zu bewerkstelligen. Man sollte dann aber andererseits auch den Beamtenwünschen gegenüber soviel Entgegenkommen zeigen, wie eben möglich ist. Man soll vor allen Dingen, wenn man ein zufriedenes Beamtentum haben will, für anständige, gute Behandlung und für ordentliche Entlohnung sorgen. Man soll aber auch weiter noch bei der kommenden Personalreform ganze Arbeit machen und dafür sorgen, daß auch alle strebsamen, intelligenten Menschen von unten herauf emporkommen können. Darin liegt doch immer die beste Gewähr dafür, daß das Beamtentum von unten bis oben gesund bleibt.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Reichspostminister.

Giesberts, Reichspostminister: Meine sehr verehrten (C) Damen und Herren! Anknüpfend an die letzten Bemerkungen des Herrn Vorredners möchte auch ich meinerseits zum Ausdruck bringen, daß ich die Wiederanbahnung geordneter Verhältnisse und die Herbeiführung von Dienst- und Arbeitsfreudigkeit im wesentlichen auf dem Wege zu erledigen versuche, indem ich mit der Beamtenschaft gemeinsam alle diese Fragen verfolge, die die verschiedenen Redner hier erwähnt haben. Selbstverständlich ist es mir nicht möglich — das würde zu zeitraubend sein —, heute hier alle Einzelfragen zu behandeln. Ich glaube aber, die Herren Redner damit wohl zufriedenstellen zu können, wenn ich sage, daß alle die Anregungen, die sie gegeben haben, von uns verfolgt werden, und mit der Arbeitsgemeinschaft und dem Beamtenbeirat, mit denen das Reichspostministerium in stetiger Fühlung steht, besprochen werden, und daß die entsprechenden Reformen in Vorbereitung sind.

Das gilt ganz besonders auch von der **Personalreform,** die sämtliche Herren berührt haben. Solange sich die Frage noch im Vorbereitungsstadium befindet, ist es nicht angängig, Einzelheiten darüber und über die erstrebten Ziele vorzutragen.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe den Mitgliedern des Beamtenbeirats zur Bearbeitung der Angelegenheit mehrere Wochen Urlaub erteilt, damit er mir ohne Zeitverlust eine Denkschrift vorlegen möge, wie er sich die Reform vorstellt. Ich werde dann mit dem Beamtenbeirat gemeinsam beraten. Wenn wir uns bei der Post einig sind — und ich bin überzeugt, wir werden einig werden —, werden wir die Frage selbstverständlich gemeinsam mit dem Reichsamt des Innern den übrigen Ressorts beraten müssen, weil sich die Personalreform aller Voraussicht nach nicht auf die Postverwaltung beschränken kann. (D) Aber so viel kann ich schon sagen, daß nach unsern Intentionen bei der Personalreform der Grundgedanke durchgeführt werden soll, daß der Aufstieg von unten nach oben ermöglicht und erleichtert wird. Indessen muß ich, um nicht übertriebene Hoffnung zu erwecken, gleichzeitig hinzufügen: man darf daraus nicht etwa schließen, daß nun jeder Beliebige zur Ausübung irgendeines Amtes berufen und befähigt sei. Um ein tüchtiges Beamtenpersonal zu erhalten, werden wir nicht davon absehen können, daß die Befähigung zur Ausübung einer bestimmten Funktion erwiesen wird.

(Sehr richtig!)

Um die Ausbildung der Beamten nach der Richtung hin zu fördern, werden wir gern den Gedanken aufgreifen, der schon in der Haushaltskommission zum Ausdruck gekommen und auch hier wieder erwähnt worden ist, daß man dem Personal durch **Einrichtung von Ausbildungskursen** zu Hilfe kommt. In einzelnen Orten haben wir bereits damit begonnen. Aber ich bitte, zu bedenken, daß dazu Räumlichkeiten und Personen notwendig sind. Wir müssen ein geeignetes Personal heranbilden, das die Fähigkeit besitzt, Kenntnisse zu vermitteln. Damit ist der Sache nicht gedient, daß man einfach die Unterbeamten zusammennimmt und ihnen Vorträge hält. Der Vortragende muß auch die Befähigung haben, seine eigenen Kenntnisse weiter zu geben, und dazu müssen wir die geeigneten Persönlichkeiten heraussuchen.

Dann kann ich erklären, daß es ebenfalls in unsern Intentionen liegt, bei der künftigen Personalreform die **Landbriefträgerklasse** mit der Schaffnerklasse zu vereinigen. Um der Verwirklichung dieses Zieles zuzustreben, werden wir im nächsten Etat, den wir dem hohen Hause unterbreiten werden, im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium vorschlagen, daß zirka 1000 Landbrief-

(**Giesberts**, Reichspostminister.)

(A) trägerstellen in Schaffnerstellen umgewandelt werden. So hoffe ich auf diesem Gebiete weiterzukommen.

Die Frage der **Hilfskräfte** der Reichspostverwaltung ist recht schwierig. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sage, es wird dabei nicht ohne Härten abgehen. Zu guten Verkehrsverhältnissen werden wir bei der Reichspostverwaltung nicht eher kommen, als bis wir wieder das alte pflichttreue, im Dienst großgewordene, berufsmäßige Personal an allen Ecken und Enden haben.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Das ist auch die Überzeugung unserer Beamten. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß bei der Entlassung des Hilfspersonals, das uns in der Kriegszeit und auch in der Übergangszeit gute Dienste geleistet hat, rigoros vorgegangen wird. Aber allmählich müssen die **Aushelfer**, soweit sie dazu geeignet sind, in das Beamten- und Anwärterverhältnis übergeführt oder durch berufsmäßige Beamte ersetzt werden. Jedenfalls wünsche ich, daß dabei nicht rigoros verfahren wird.

Den Fall aus Berlin, den der Herr Abgeordnete Zubeil erwähnt hat, werde ich prüfen lassen. Übrigens hat mir die Oberpostdirektion bereits telephonisch mitgeteilt, daß sie auch ihrerseits Schritte tun wird, um eventuell vorgekommene Härten wieder rückgängig zu machen.

Der Herr Abgeordnete Koch hat speziell auf das **kaufmännische Hilfspersonal** hingewiesen, das wahrscheinlich in der Hauptsache in den **Scheckämtern** tätig ist. Hier liegt eine ganz besonders schwierige Frage vor. Wir haben seinerzeit wegen der großen Stellenlosigkeit in den kaufmännischen Berufen diese stellenlose Kaufleute eingestellt und sind dabei den Anweisungen des Demobilmachungskommissars gefolgt, wie wir auch selbst die Maßnahme als sozial richtig und gerechtfertigt empfunden haben.

(B) Selbstverständlich kommt nun diesen kaufmännischen Angestellten der Gedanke, daß diese ihre Tätigkeit ihrer Bildung entsprechend bewertet werden müsse. Hier entsteht aber der große Konflikt, daß die Beschäftigung und die Arbeit in den Scheckämtern durchweg nicht so ist, daß sie eine lange kaufmännische Ausbildung voraussetzt, sondern daß wir zum größten Teil mit Damen fertig werden, und vor allen Dingen, daß wir diese Stellen künftig den gehobenen Unterbeamten vorbehalten wollen, wie der Herr Abgeordnete Koch zutreffend gesagt hat. Aber auch hier sollen keine Härten entstehen. Auch hier wird die Überleitung nur allmählich vor sich gehen, zumal die Postscheckämter sich immer mehr ausdehnen, und ein Überfluß von Personal wohl nicht so bald eintreten wird.

Was die **Wohnungsfrage** anbetrifft, die der Herr Abgeordnete Koch angeschnitten hat, so bin ich gern bereit, alle praktischen Maßnahmen zu unterstützen, die dazu dienen können, die Wohnungsnot zu lindern. Natürlich leiden die Beamten besonders schwer darunter, die versetzt werden, namentlich diejenigen, die aus den besetzten Gebieten kommen, und die wir im Reichspostgebiet unterbringen müssen. Sie ohne Rücksicht auf das Dienstbedürfnis vorläufig irgendwo unterzubringen, würde auf der einen Seite große Kosten verursachen, indem wir an diese Beamten Tagegelder zahlen müssen, andererseits ist es auch den Beamten unangenehm, wenn sie sozusagen zwischen Tür und Angel stehen und nicht wissen, wohin sie endgültig versetzt werden. Wir versuchen mit allen Mitteln, dem entgegenzuwirken, und ich bin für jeden Weg dankbar, den man mir zeigen wird.

Was die **Wohnungszulagen** für die Beamten anlangt, so sind wir hier an die Mitwirkung der Gemeinden gebunden. Ich bin aber gern bereit, die Frage zu prüfen und es soll nicht an uns fehlen, in dieser Sache alles zu tun, was sie fördern kann.

(C) Die **Verminderung der Dienstwohnungen**, die der Herr Abgeordnete Koch anregte, ist auch nicht ganz einfach; die Beseitigung einer Dienstwohnung kann höchstens in einzelnen Fällen geschehen, wo die Dienstgebäude zu klein und Neubauten nicht möglich sind, indem wir den Wohnungsinhaber ausquartieren. Daß die Zahl der Dienstwohnungen geringer wird, beruht darauf, daß wir die Oberpostdirektionen von Metz und Straßburg zurückführen aus den Gebieten, die wir abtreten müssen; sie werden dann selbstverständlich nicht mehr in unserm Etat erscheinen.

Die **Genesungsheime**, die der Herr Abgeordnete Koch erwähnt hat, und von denen auch ich im Interesse der Beamtenschaft außerordentlich bedaure, daß sie nicht genehmigt worden sind, werden wir nicht aus dem Auge verlieren. Ich will noch hinzusetzen, daß ich die Frage der Genesungsheime für Beamte zu unterstützen gern bereit bin und überlegen werde, welche Mittel über die schon beantragten hinaus zur Verfügung gestellt werden können.

Dann ist von dem Herrn Abgeordneten Zubeil die Frage der Belassung der **Beamtinnen** im Beamtenverhältnis, wenn sie heiraten, angeschnitten worden. Meine Herren, das ist eine Frage, die das Reichspostministerium allein nicht entscheiden kann, sondern die von der Reichsregierung allgemein entschieden werden muß. Ich will aber Veranlassung nehmen, anzuregen, daß das Reichsamt des Innern, das die zuständige Stelle ist, die Frage in Arbeit nimmt, und wenn der Anregung des Herrn Abgeordneten Zubeil entsprechend beschlossen wird, daß die Beamtinnen, wenn sie heiraten, im Amte bleiben dürfen, werden wir in der Reichspostverwaltung auch die Konsequenzen daraus ziehen. Ich mache aber zur gleichen Zeit darauf aufmerksam, daß die Sache nicht ganz unbedenklich ist. Denn es ist ganz zweifellos, daß diejenigen, die eine Familie gründen wollen, in Gefahr kommen, daß ihnen die Stellen weg- (D) genommen werden. Die Frage hat ihre zwei Seiten, sie wird von diesen beiden Seiten auch geprüft werden müssen. Wir werden aber unsererseits die Grundsätze durchführen, die allgemein für das Reich auf diesem Gebiete aufgestellt werden.

Der Herr Abgeordnete Zubeil hat dann noch erwähnt, daß die **Einwohnerwehr** den Aufdruck „Heeressache" benutze, um portofrei Sachen zu befördern. Ich bitte ihn, mir die Umschläge zuzusenden; ich werde dann das nötige veranlassen. Wir haben bereits die Verhandlungen eingeleitet, um die ganze Gebührenfreiheit und damit auch den Mißbrauch der Gebührenfreiheit zu beseitigen. Die unentgeltlichen Leistungen der Reichspostverwaltung treten jetzt gar nicht in Erscheinung; daher sehen wir uns nach einem anderen Modus in bezug auf die Reichsdienstsachen um. Die Frage ist aber im Zusammenhang noch nicht zum Abschluß gebracht.

Dann hat der Herr Abgeordnete Beuermann erwähnt, wir möchten auch versuchen, **unsere Beamten in anderen Verwaltungen unterzubringen.** Sobald dieser Gedanke aufgetreten ist, habe ich ihn aufgegriffen und im Beamtenbeirat besprochen, der der Regierung entsprechende Anregung gegeben hat. Ich bin an das Reichsfinanzministerium herangetreten und habe dort gebeten, wenn die neuen Finanzbehörden aufgestellt werden, möglichst die Reichspostbeamten zu berücksichtigen. Ebenso stehen wir auch in Verhandlungen mit der Reichsschuldenverwaltung. Aber wir müssen eins bedenken: gegenwärtig ist das Streben nach Unterkunft bei Reichsbehörden auch ganz außerordentlich groß. Die Auflösung unserer Armee macht viele Heeresbeamte, Offiziere, Militäranwärter usw. überflüssig, und diesen müssen wir doch auch die Möglichkeit einer Unterkunft verschaffen. Wenn wir auch bei der Reichspostverwaltung selbst nicht viele von diesen Leuten unter-

(**Giesberts**, Reichspostminister.)

(A) bringen können, dürfen wir ihnen wenigstens nicht in den Weg treten, wenn sie bei einer anderen Behörde unterkommen können. Soweit es möglich ist, werden wir versuchen, die Reichspostbeamten in andere Behörden zu überführen. Aber groß wird die Lust bei unseren Reichspostbeamten nicht sein; sie werden nicht übertreten wollen, wenn sie keine Verbesserung in den neuen Stellen erfahren. So verspreche ich mir von dieser Maßnahme nicht allzu viel. Trotzdem wollen wir auch den Gedanken nach Möglichkeit weiter verfolgen.

Meine Damen und Herren! Was den Tit. 22 des Etats bezüglich der Errichtung eines Gebäudes für eine **Kraftwagenhalle** betrifft, so möchte ich sagen, daß, wenn mir die Herren ein billigeres Mietsgrundstück in der Nähe zur Verfügung stellen können, ich sehr gern bereit bin, es zu übernehmen. Wir müssen aber bedenken, daß dieses Gebände möglichst zentral gelegen sein muß. Wenn die Halle entfernt liegt, kommen die Laufkosten und die Autos bis zur Wagenhalle in Betracht. Das würde in Zukunft bedeutend teurer sein. Wenn also die Summe hier auch hoch erscheint, so wird doch die Verbilligung der Betriebskosten durch die zentrale Lage der Wagenhalle außerordentlich groß sein.

Damit möchte ich vorläufig meine Bemerkung schließen und wiederhole noch einmal, daß alle die Anregungen, die hier gegeben worden sind, wenn ich auch auf Einzelheiten nicht eingegangen bin, nicht unbeachtet bleiben, sondern weiter verfolgt werden.

Zum Schluß noch eine Bemerkung über **die Beamtenausschüsse.** Ich billige die Art der Beamtenausschüsse, wie sie heute sind, auch nicht; aber eine Änderung vorzunehmen, bevor nicht das Betriebsrätegesetz fertig ist, halte ich für bedenklich.

(Sehr richtig!)

(B) Es müßte neu gewählt und neu konstituiert werden, und das halte ich jetzt für eine durchaus unnötige Arbeit. Aber sobald wir das Betriebsrätegesetz verabschiedet haben, werde ich auf Grund dieses Gesetzes für die Reichspostverwaltung eine vorläufige Regelung treffen. Ich habe bereits über die Grundsätze mit dem Beamtenbeirat gesprochen, der auch eine Denkschrift über seine Wünsche in dieser Frage eingereicht hat. Je schneller das Betriebsrätegesetz verabschiedet wird, desto eher werden wir in der Lage sein, den geäußerten Wünschen auf dem Gebiete Rechnung zu tragen.

(Bravo!)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Remmers.

Remmers, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer Gelegenheit gehabt hat, in dem letzten Jahrzehnt die Verhandlungen über den Postetat in diesem hohen Hause zu beobachten, und wer Gelegenheit hat, heute diesen Verhandlungen beizuwohnen, der wird erkennen können, daß sich ein vollständiger Wechsel der Szenerie ergeben hat. Wir sehen heute das bemerkenswerte Schauspiel, daß die Abgeordneten einer großen Anzahl von Parteien ihre Reden damit beginnen, daß sie dem Herrn Minister das Vertrauen aussprechen, daß auf der anderen Seite der Redner der äußersten Linken für seine Beschwerden eine recht milde Tonart gewählt hat. Daraus erkennen wir, daß die Dinge sich von Grund aus geändert haben.

Nichtsdestoweniger ist eine Reihe von Einzelwünschen der Beamten hier zum Ausdruck gekommen, sodaß der Herr Minister trotz der Erklärung des Vertrauens, die ihm von allen Seiten zuteil geworden ist, doch daraus erkennen mag, daß ihm noch eine sehr große schwierige Aufgabe zu erfüllen bleibt, daß der Weg, um zu zu-(C)friedenen Beamten zu gelangen, immerhin noch ziemlich steil und dornenvoll sein wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn ein Wechsel der Szenerie eingetreten ist, so ist er in der Hauptsache um deswillen eingetreten, weil nach der inneren Staatsumwälzung den Beamten das Organisationsrecht gewährleistet worden ist, und weil es durch **Einrichtung von Beamtenausschüssen** den Beamten ermöglicht worden ist, in unmittelbaren Verkehr mit ihrer Behörde zu treten. Konnte unter dem herrschenden besonders schwierigen Umstande ein zufriedenstellendes Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem großen Beamtenkörper erreicht werden, obwohl bei den unzulänglichen Besoldungs- und Ernährungsverhältnissen es an Anreiz zur Unzufriedenheit nicht magelt, so ergibt sich daraus, daß die Beamtenschaft glaubt, mit besonders großen Hoffnungen der Zukunft entgegensehen zu dürfen. Die Beamtenschaft rechnet darauf, daß große Reformen bevorstehen, die ihnen nun das bringen sollen, worauf sie Jahrzehnte lang vergeblich gewartet haben.

Wenn die Beamtenausschüsse bisher günstig gewirkt haben, dann muß in erster Linie nunmehr darauf Bedacht genommen werden, daß diese Einrichtung, die bei der Reichspostverwaltung, wie ich anerkennen will, zu besonders guten Resultaten geführt hat, endgültige Form und Gestalt erhält, daß die Beamtenausschüsse auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Wenn der Herr Minister soeben zum Ausdruck gebracht hat, daß er zunächst einer vorläufigen Regelung zuneigt, da das Betriebsrätegesetz noch nicht verabschiedet ist, so habe ich keinen Zweifel darüber, daß, welches auch immer das Schicksal des Betriebsrätegesetzes sein mag, den Arbeitern und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht in weitem Umfange zugestanden werden wird, und daß die Reichsregierung darum auch schon in der Lage ist, daran zu (D) denken, in welchem Umfange den Beamten ein gesetzlich festgelegtes **Mitbestimmungsrecht** eingeräumt werden soll.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gewiß ist die gute Absicht des Herrn Postministers, schon vorweg eine **vorläufige Regelung** vorzunehmen, durchaus anzuerkennen; auf der anderen Seite ist aber darauf hinzuweisen, daß eine solche vorläufige Regelung durch eine einzelne Verwaltung auch Nachteile in sich birgt. Es könnte sich daraus eine große Verschiedenartigkeit und Buntscheckigkeit ergeben, die vom Standpunkte der Beamten nicht als erwünscht bezeichnet werden kann. Indem sich heute die ganze **Beamtenschaft** in einer großen **Zentralorganisation** zusammengeschlossen hat, in der zurzeit insbesondere die Frage des Mitbestimmungsrechtes als eine Kardinalfrage behandelt wird,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

muß darauf Bedacht genommen werden, daß nicht durch gesondertes Vorgehen der einzelnen Verwaltungen der Beamtenschaft die Möglichkeit genommen wird, geschlossen ihren Standpunkt geltend zu machen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn die gesetzliche Regelung dieser Frage ins Auge gefaßt wird. Wenn augenblicklich zwischen den Beamtenorganisationen und der Reichsregierung diesbezügliche Verhandlungen schweben, so darf man nach der Stellungnahme des Herrn Reichspostministers gewiß darauf rechnen, daß er den Bestrebungen nach einer gesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechts seine tatkräftige Unterstützung angedeihen lassen wird. Wir müssen unter allen Umständen auch verhindern, daß in den einzelnen Ländern besonders vorgegangen wird, wie es aus Sachsen, aus Mecklenburg verlautet; denn dann würde es außerordentlich schwierig sein, eine reichsgesetzliche Regelung herbeizuführen.

(Remmers, Abgeordneter.)

(A) Die Stellungnahme des Herrn Reichspostministers gegenüber den Organisationen ist als eine durchaus erfreuliche anzusehen. Alle Hemmnisse und Schwierigkeiten, die in früherer Zeit den Organisationen bereitet wurden, sind hinweggeräumt worden. Es ist ein gewisses Vertrauensverhältnis, ein Zusammenwirken hergestellt worden, das geeignet ist, außerordentlich förderlich auf die Arbeitslust der Beamten einzuwirken. Aber in mancher Beziehung bleibt auch in dieser Richtung noch etwas zu tun. So sehen sich die Beamtenverbände gewissen Schwierigkeiten gegenüber, die auch bei der Postverwaltung hervorgetreten sind, weil verschiedene Organisationen in dieselben Angelegenheiten eingreifen. So wiederholt es sich, daß neben den Beamtenorganisationen auch **Arbeiterorganisationen** sich berufen fühlen, in die **Angelegenheiten der Beamten** mit hineinzureden. Es ist zum Beispiel vorgekommen, daß in Fragen, die die Postboten betreffen — die zweifellos im Beamtenverhältnis stehen und infolgedessen ihre Vertretung im Verbande der unteren Postbeamten finden —, auch der **Transportarbeiterverband** Einfluß auszuüben versucht. Hier möchte ich den Herrn Minister bitten, wenn er auch seinerseits nicht in der Lage sein wird, hier ohne weiteres einen Machtspruch zu fällen, um diese oder jene Organisation auszuscheiden, darauf hinzuwirken, daß eine schiedlich-friedliche Scheidung der Interessengebiete stattfindet, und daß insbesondere den Beamtenorganisationen überlassen bleibt, in Beamtenfragen die Verhandlungen zu führen. Den Arbeiterorganisationen muß es umgekehrt überlassen bleiben, in Arbeiterfragen das ihrige zu tun. Die Organisationen selbst werden auch natürlich von sich aus versuchen müssen, ihre Tätigkeitsgebiete gegeneinander abzugrenzen. Es würde aber erheblich zur Klärung dieser Frage beitragen, wenn auch die Reichspostverwaltung in dieser Beziehung ihren Standpunkt unzweideutig nach der Seite hin zum Ausdruck bringen wollte, daß auch sie die Auffassung vertritt, daß Angelegenheiten der Beamten (B) schließlich von den Beamtenorganisationen und Angelegenheiten der Arbeiter von Arbeiterorganisationen zu vertreten sind.

Betrachtet man die Betriebsverhältnisse der Post näher, so steht es außer Zweifel, daß ohne **Betriebsreformen** nicht auszukommen ist. Die Postverwaltung ist aus einer Überschußverwaltung zu einer Verwaltung geworden, die erhebliche Zuschüsse erhält, und daraus ergibt sich von selbst die Frage, daß außerhalb des Rahmens der Tariferhöhungen noch Vereinfachungen im Betrieb durchzuführen und Möglichkeiten Ersparnisse zu erzielen, auszunützen sind. Diese Betriebsreformen werden auch in einer gewissen Wechselbeziehung zur Neuordnung der Beamtenverhältnisse stehen. Je mehr Betriebsvereinfachungen in der Postverwaltung zur Durchführung gebracht werden, umso größere Verwendungsmöglichkeiten ergeben sich für das Personal, insbesondere für die große Masse der unteren Beamten, die unbeschadet der Verbilligung des Betriebs im ganzen dadurch in die Lage versetzt werden, in Stellungen einzurücken, die besser bewertet und bezahlt werden. In erster Linie wäre im Bereiche der Reichspostverwaltung dafür zu sorgen, daß nicht ausschließlich die Dienstvorschriften den Betrieb bestimmen, sondern daß umgekehrt die Betriebserfordernisse schließlich die entsprechenden Vorschriften zeitigen.

Wenn man die **„Allgemeine Dienstanweisung für Post und Telegraphie“** genauer betrachtet, in denen in Abschnitt 5 die Betriebsvorschriften enthalten sind, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die bis in alle Einzelheiten gehenden Vorschriften in vielfacher Beziehung dazu führen, den Betrieb zu erschweren. Es sind eine solche Fülle von Bestimmungen bis in alle Einzelheiten getroffen worden, daß schließlich niemand mehr irgendwelche Initiative zu ergreifen oder eine selbständige Entscheidung zu treffen (C) vermag. Es bleibt den Beamten aller Grade schließlich nichts übrig, als immer und überall der Dienstanweisung zu folgen, was in vielen Fällen zu unnötigen Schwierigkeiten und Erschwernissen bei Abwicklung des Betriebes führt. Ein großer Teil der Bestimmungen steht nur auf dem Papier und ist praktisch nicht durchführbar, woraus sich Unzuträglichkeiten ergeben müssen. Hier sollte die Reichspostverwaltung, wenn sie an die Revidierung dieser Dienstvorschriften herangeht, auf eine wesentliche Vereinfachung Bedacht nehmen. Sie sollte den Beamten, die Anordnungen zu treffen haben, entsprechende Befugnisse einräumen, die ihnen ein selbständiges Urteil und eine selbständige Entscheidung zu treffen gestatten. Man sollte auch eine größere **Dezentralisation** einführen und die Rechte der Lokalbehörden erweitern. Heute muß selbst in kleinsten Angelegenheiten nach der höheren Stelle berichtet werden, was einen ausgedehnten Schriftwechsel hervorruft, der sicherlich entbehrlich wäre, wenn den Lokalbehörden mehr Befugnisse eingeräumt würden. Auf diese Weise könnte eine Verminderung des Schreibwerks und eine Vereinfachung des Betriebes herbeigeführt werden. Aus der neu herausgegebenen Dienstanweisung für untere Beamte, die Herr Kollege Koch auszugsweise zum Vortrag gebracht hat —, ersehen wir, daß trotz des modernen Geistes, den der Herr Minister für sein Amt mitgebracht hat, sich doch auch das Bestehende in weitem Umfange noch in der Postverwaltung zu erhalten sucht, daß das Gesetz der Trägheit auch in dem Bereich des Reichspostbetriebes noch recht wirksam ist, und daß es nichts schaden kann, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, daß in dieser Beziehung noch einiges zu tun übrig bleibt.

Wenn ich vorhin ausgeführt habe, daß sich der Herr Minister den Organisationen gegenüber in vorurteilsloser Weise eingestellt hat, so ist doch auch in dieser Beziehung zu bemängeln, daß seine Auffassungen noch (D) nicht bis in die unteren Instanzen durchgedrungen sind. So ist seitens der unteren Beamten Klage geführt worden, daß es gewohnheitsgemäß immer noch den **unteren Beamten** zur Pflicht gemacht werde, oder daß sie wenigstens dazu angereizt würden, ein **offiziöses Organ** der Reichspostverwaltung zu **abonnieren**,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

das vor einer Reihe von Jahren, als die Kämpfe zwischen den Organisationen und der Reichspostverwaltung schwebten, ins Leben gerufen worden ist. Obwohl das Blatt keine Aufgabe nach der Richtung mehr zu erfüllen hat, die ihm einmal zugedacht war, wird es den unteren Beamten immer noch vorgelegt unter Hinweis auf das Abonnement. Ich möchte doch der Reichspostverwaltung den Wunsch unterbreiten, nun doch auch das letzte, was an Mißtrauen zwischen Verwaltung und Organisation vorhanden ist, aus dem Wege zu räumen. Das kann sie leichter erreichen, indem sie dieses offiziöse Organ **„Neue Post“** eingehen läßt. Ein Bedürfnis für die Herausgabe liegt umso weniger vor, als die Organisation der unteren Beamten ein Blatt mit einer Auflage von weit über 100 000 Exemplaren herausgibt. In dem Augenblick, wo der Herr Minister und die ihm unterstellten Instanzen mit dieser Organisation zusammenarbeiten, ist das offiziöse Organ überflüssig geworden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Kann die Reichspostverwaltung ohne ein offiziöses Organ nicht auskommen, dann hat sie immer noch die **„Deutsche Verkehrszeitung“** zur Hand, die in der Lage ist, die Absichten der Verwaltung kundzugeben. Es würde jedenfalls zu weit gehen, wenn man für jede einzelne Beamtenkategorie ein besonderes offiziöses Organ herausgeben wollte. Die „Deutsche Verkehrszeitung“ als Sprachrohr der Verwaltung reicht vollkommen aus.

(Remmers, Abgeordneter.)

(A) Neben dem Mitbestimmungsrecht und der gesetzlichen Regelung dieser Frage kommt bei den großen Reformen, auf die die ganze Beamtenschaft wartet, die **Personalreform** in Betracht.

Wir haben von dem Herrn Minister gehört, daß eine solche Reform in Vorbereitung ist, und daß der **Aufstieg** von einer niederen Beamtengruppe in die höhere erleichtert werden soll. Aber es ist doch noch nicht klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, worauf die Beamtenschaft, insbesondere die unteren Gruppen, denen bisher eine eigentliche Beförderungsmöglichkeit nicht gegeben war, wartet. Man will nicht nur einen erleichterten Aufstieg, sondern wollen eine Garantie, eine Gewährleistung des Aufstiegs. Es soll sich nicht nur darum handeln, diesen Klassen eine gewisse Aufstiegsmöglichkeit in der Form zu geben, daß man die Stellen in etwas heraushebt oder als gehobene Stellen bezeichnet und dergleichen, sondern sie wollen eine durchgreifende Reform, bei der es klar zum Ausdruck gebracht wird, daß es im Grunde genommen niemand verwehrt werden soll, von unten herauf bis in die höchsten Stellen aufzusteigen, der die Fähigkeit und das Können bewiesen hat, eine verantwortliche Stelle auszufüllen. Da dürfen keine Halbheiten unterlaufen, sondern es muß ganze Arbeit gemacht werden. Unbeschadet der Anerkennung der Vorbildung und des Berechtigungswesens darf auf der anderen Seite nicht verhindert werden, daß Leute aus der Praxis von unten herauf Aufstiegsmöglichkeiten von der einen Kategorie in die nächsthöhere, wenn sie die weiteren Aufgaben erfüllen können, auch noch in die weiter übergeordnete Stellung erhalten. Das kastenmäßige und klassenmäßige Abschließen einer Kategorie von der anderen muß endlich einmal vollständig aufhören. Wenn der Kastengeist und das Klassenbewußtsein bei der Postbeamtenschaft noch weiterhin aufrechterhalten bleiben, so würden wir schließlich doch (B) wieder in die alten Verhältnisse hineinsinken, wie wir sie immer gehabt haben. Dann werden die Auseinandersetzungen und Kämpfe innerhalb der Beamtenschaft nicht aufhören. Dann werden immer große, geschlossene Gruppen vor eine gewisse Mauer gestellt, die sie nicht übersteigen können. Das Solidaritätsgefühl wird sich geltend machen, und man wird die aufgerichteten Schranken niederzulegen suchen. Dadurch werden Gegensätze zwischen den einzelnen Beamtenschichten gezeitigt. Wenn es aber den einzelnen Beamten unbenommen ist, aus der niederen Stelle in die höhere emporzusteigen, dann hört das auf; dann kann der Mann, der tüchtig ist, aufsteigen, und die anderen können, wenn sie auch Anspruch darauf erheben, versuchen, durch ihre Leistungen und durch ihren Fleiß dasselbe zu erreichen.

Ich möchte also warnend meine Stimme erheben, nicht zu viel Wert darauf zu legen, das Bestehende zu erhalten, zu stark an das anzuknüpfen, was uns umgibt, sondern den frischen Zug beizubehalten, der vor tiefen Eingriffen nicht zurückschreckt.

Wenn auf der anderen Seite die **Besoldungsreform** angekündigt worden ist, die schon am 1. April in Kraft treten soll, so wird man beachten müssen, daß zwischen Personalreform und Besoldungsreform eine Wechselwirkung vorhanden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Will man aus dem Wust der 70 Besoldungsklassen, in die die Beamtenbesoldung eingeteilt ist, herauskommen und zu einer größeren Vereinheitlichung kommen, indem man vielleicht auf 10 oder noch weniger Besoldungsklassen heruntergeht, dann wird man einsehen müssen, daß man keine Personalreform betreiben darf, die eine große Anzahl von Beamtenklassen übereinanderschachtelt. Wenn man das tut, so kann man überhaupt nicht zu einer Vereinfachung des Besoldungswesens kommen, dann bleibt eben die Unübersichtlichkeit im Besoldungswesen bestehen, (C) und dann werden auch Parlament und Regierung unausgesetzt weiter mit den Besoldungsfragen der Beamtenschaft beschäftigt werden. Man muß den Mut haben, bei diesen Reformen ganze Arbeit zu machen, zusammengehörige große Gruppen der Beamten in einer Besoldungsklasse zusammenzufassen, wodurch das Besoldungswesen für ganz bestimmte große Gruppen einheitlich gestaltet wird. Das ist nur zu erreichen, wenn man sich bei der Neuordnung der Personalverhältnisse entsprechend einstellt, damit das, was bei der Besoldungsreform erreicht werden soll, durch die Personalreform nicht erschwert oder gar illusorisch gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darum muß der Zusammenhang zwischen diesen Dingen gewahrt bleiben, und darum muß der Reichspostverwaltung, so sehr die Beamten die Personalreform herbeisehnen, ans Herz gelegt werden, daß sie nicht den Fehler begehen möge, bei diesen Reformen nicht im Zusammenhang mit den übrigen Verwaltungen zu bleiben. Eine neue Personalordnung muß eben im Grunde genommen bei der Postverwaltung und den anderen großen Reichsverwaltungen im großen und ganzen auf ein und dieselbe Basis gestellt sein, wenn in Zukunft Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit in das Beamtenwesen und auch in das Besoldungswesen hineingebracht werden soll. Darum darf bei der Neuordnung der Verhältnisse nicht allein auf Schnelligkeit gesehen, nicht darauf gedrängt werden, bei jeder Verwaltung schnell noch etwas unter Dach und Fach zu bringen, sondern es muß in erster Linie darauf Bedacht genommen werden, daß das, was jetzt geschieht, in der Zukunft Bestand haben kann und dazu führt, im Beamtentum von Grund aus andere Verhältnisse zu schaffen, als sie bis jetzt bestanden haben. Worauf es also in der Hauptsache ankommt, ist: Das Mitbestimmungsrecht der Beamten in den Grenzen, wie es möglich ist, und auf der anderen Seite eine vernünftige Personalreform, die aber auch wirklich die Hoffnungen erfüllt, die die Be- (D) amtenschaft auf sie setzt, und auf der anderen Seite dafür sorgt, daß abgesehen davon, daß den Beamten ein auskömmliches Gehalt gegeben, auch eine Besoldungspolitik getrieben wird, die eine größtmögliche Einheitlichkeit, Klarheit und Übersichtlichkeit für die Zukunft schafft, um in den Beamtenkörper endlich einmal Ruhe hineinzubringen und ein gegenseitiges vertrauensvolles Zusammenwirken der Beamten in diesen Fragen in der Zukunft zu ermöglichen.

Das wird die Politik sein müssen, die auch die Reichspostverwaltung zu treiben hat. Dann wird sie nicht Gefahr laufen, daß in Zukunft wieder beim Postetat eine große Anzahl von Beschwerden des Personals aufmarschieren. Es wird sich alles leicht regeln und lösen lassen, wenn in diesen drei großen Fragen eine wirklich zeitgemäße Politik getrieben ist.

Ich selbst wäre ja durch meine langjährige berufliche Tätigkeit in der Organisation, insbesondere in der Postbeamtenorganisation, in der Lage, hier mit einer großen Zahl von einzelnen Wünschen aufzuwarten und Einzelheiten in gleicher Weise vorzutragen, wie das ja in der Debatte schon geschehen ist. Ich will davon Abstand nehmen, weil ich es für richtiger halte, daß man, wenn man den Beamten nützen will, nicht durch Hervorhebung zahlreicher kleiner Einzelheiten zu wirken suchen, sondern bei den Kernfragen bleiben soll,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

damit nicht durch Aufzählung kleiner Teilwünsche die Hauptsache aus den Augen verloren wird.

Es kommt im wesentlichen darauf an, daß die vorgenannten großen Reformen in Angriff genommen und in zielbewußter Weise zur Durchführung gebracht werden. Dann wird sich das andere, was wir an Schmerzen haben, um so leichter erledigen lassen, als wir ja die

(Remmers, Abgeordneter.)

(A) Beamtenausschüsse haben, die in direktem Verkehr mit der Verwaltung in der Lage sind, alles das zu regeln, was in dieser Beziehung die einzelnen Beamtengruppen auf dem Herzen haben.

Einiges wäre vielleicht nachzutragen in Fragen, wo die Ausschüsse nicht durchdringen können. Wir haben nach jahrzehntelangen Erörterungen in diesem hohen Hause es schließlich erreicht, daß die **Telegraphenarbeiterzeit** auf das Besoldungsdienstalter angerechnet wird. Jetzt wird diese Arbeiterzeit nicht auf das Pensionsdienstalter angerechnet. Man sollte es nicht für möglich halten, daß, nachdem die Arbeiterzeit zum Besoldungsdienstalter gerechnet wird, sie nicht auch auf das Pensionsdienstalter angerechnet wird. Wenn man schon reformiert, darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Es ist die Gefahr vorhanden, daß die Zufriedenheit, die schließlich erreicht war, zu einem guten Teil wieder in Frage gestellt wird.

Dann ist hier bereits bemängelt worden, daß die **Aushilfskräfte** bei der Postverwaltung unmittelbar in den mittleren Dienst eingestellt und dadurch die unteren Beamten benachteiligt sind. Mir wird zum Beispiel mitgeteilt, daß Unteroffiziere mit wenigen Dienstjahren sogleich in Stellen beschäftigt werden, die sonst eine Tätigkeit der mittleren Beamten darstellen. Die Oberschaffner — das sind die gehobenen unteren Beamten — glauben, daß es nicht notwendig wäre, in dieser Weise vorzugehen, sondern daß man ihnen diese so mühsam eroberten Arbeitsgebiete lassen sollte, daß man nur solchen Unteroffizieren, die den Zivilversorgungsschein besitzen, diese Stellen zugänglich machen sollte, die übrigen Unteroffiziere, deren Einstellung in den Postdienst man im übrigen nicht bemängelt, da sie untergebracht werden müssen, zunächst in den unteren Beamtendienst eintreten lassen sollte. Den alten bewährten unteren Beamten, die lange Zeit haben dienen müssen, um schließlich eine gehobene Stellung zu erreichen, müssen diese Tätigkeitsgebiete in erster Linie (B) vorbehalten bleiben.

Von den Beamtinnen ist geklagt, daß **Anwärterinnen** bis zu sieben Jahren beschäftigt werden, bis sie zur Vereidigung gelangen, daß sie also eine Reihe von Jahren eine **Vordienstzeit** ableisten müssen, die ihnen bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters verloren geht, wenn sie endlich zur Anstellung gelangen. Sie haben davon während ihrer ganzen Laufbahn pekuniären Schaden. Es ist erforderlich, diese sogenannte Vordienstzeit ganz erheblich abzukürzen, was überhaupt ganz allgemein bei der künftigen Regelung der Beamtenverhältnisse angestrebt werden sollte. Jede im Reichs- und Staatsdienst zurückgelegte Dienstzeit muß bei der Anstellung, bei der Besoldung und bei der Pensionierung angerechnet werden. Ehe das nicht geschieht, werden wir aus den Berufungen und Vergleichen nicht herauskommen, werden die Klagen und Beschwerden der Beamten nicht aufhören. Beamten, denen eine bestimmte Dienstzeit nicht angerechnet wird, bleiben Zeit ihres Lebens unzufriedene Menschen, indem sie das Gefühl behalten, daß sie zu den Geschädigten, zu den Zurückgesetzten gehören. In der Reichspostverwaltung sind heute noch zahlreiche Personen vorhanden, die noch an die Schädigungen erinnern, die durch Nichtanrechnung von Dienstzeiten ihnen erwachsen sind.

Dann möchte ich mir erlauben, in bezug auf die brennende Reform der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse darauf aufmerksam zu machen, daß es nötig ist, zu ganz klaren Grundsätzen zu gelangen. Dazu wird auch gehören, daß die **planmäßige Anstellung** nicht mehr von den Schwankungen der jeweiligen Etatsverhältnisse abhängig gemacht, sondern dazu übergegangen wird, einen Beamten, der eine bestimmte Dienstzeit zurückgelegt hat, in eine planmäßige Stelle zu überführen.

(C) Auch hier ist eine Fülle von Unzufriedenheit vorhanden, die sich jahrzehntelang wie ein roter Faden durch die Beamtenwünsche hindurchzieht. Heute liegen die Verhältnisse so, daß in Berlin, aber auch in anderen Bezirken, die unteren Postbeamten ein Dutzend Dienstjahre und mehr zurückgelegt haben müssen, bis sie zur planmäßigen Anstellung gelangen. Schon im Reichstage sind von großen Parteien Anträge gestellt worden, daß bei den Beamten nach 10jähriger Dienstzeit die planmäßige Anstellung erfolgen sollte. Dieses Ziel sollte unter allen Umständen angestrebt werden. Wenn zurzeit mit der planmäßigen Anstellung so gut wie gar keine materiellen Vorteile verbunden sind — die Beamten erhalten so viel Tagegelder und Zulagen, daß ihnen bei der planmäßigen Anstellung keine Mehreinnahmen erwachsen —, so sollte man ihnen doch die Anstellung zuteil werden lassen, da sie eine rechtliche Besserstellung bedeutet. Der planmäßig Angestellte ist rechtlich in einer gesicherteren Stellung als derjenige, der gegen Tagegelder beschäftigt ist.

Weiter ist darauf Bedacht zu nehmen, daß allen Beamten, einerlei ob es männliche oder weibliche Beamte sind, die **Gleichberechtigung** zuteil wird. Von diesem Gesichtspunkt möge sich die Verwaltung in allen Dingen leiten lassen. Wenn das Zusammenwirken von Beamtenausschüssen und von Organisationen mit der Verwaltung beibehalten wird, wie es jetzt zur Einführung gelangt ist, dürfen wir darauf rechnen, daß es gelingen wird, mit vereinten Kräften zufriedenstellende Verhältnisse in der Postverwaltung herbeizuführen. Der Verwaltung allein wird das nicht gelingen, hier werden die Beamtenorganisationen mitwirken müssen, um die Dienstfreudigkeit, die Arbeitsfreudigkeit und den Arbeitswillen zu erzeugen, der notwendig ist, um den Postbetrieb wieder in die alte Form zurückzuführen, um die Leistungen der Post wieder auf die Höhe zu bringen, auf der sie früher gestanden haben. Da werden die Organisationen (D) und die Beamtenschaft selbst sicherlich gern bereit sein, das ihrige zu tun. Auf der anderen Seite erwarten sie aber von der Postverwaltung, daß sie wahrhaften Reformwillen entfalten möge und daß sie nicht nach dem Beispiel der Vergangenheit mit halben Zugeständnissen arbeitet und bei der Notwendigkeit zu bessern auf halbem Wege stehen bleibt. Geschieht das wider Erwarten dennoch, so muß sie schließlich mit ihrer Aufgabe scheitern, indem dann getäuschte Hoffnungen wieder von neuem zu den unliebsamen Auseinandersetzungen und Klagen führen, welche wir glaubten im großen und ganzen endgültig überwunden zu haben.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Die Reden der Mehrheitsparteien, meine Damen und Herren, die wir heute gehört haben, waren wahrlich kein Lob auf die neue Zeit. Das Beste und Schönste, was der Herr Vorredner, der ja in manchen Einzelheiten Wertvolles und Verständiges vorgetragen hat, gesagt hat, war dies, was er am Schlusse sagte, er wünsche, daß die Verwaltung wieder auf ihre alte Höhe zurückkomme. Gewiß, wir Deutschnationalen sind keine Lobredner der Vergangenheit; aber es war mir doch kennzeichnend, daß dieses das Schlußwort des Herrn Vorredners gewesen ist. Und wenn ich einmal versuche, in die Seele des Herrn Ministers hineinzublicken, —

(Heiterkeit)

wir kennen uns ja seit Jahrzehnten —, dann glaube ich, hier sagen zu können, daß er manchmal die Empfindung hat, es läge ihm eigentlich besser, sich den Worten der Kritik, die hier gefallen sind, anzuschließen, als daß er die Aufgabe hat, immer etwas zu entschuldigen, zu er-

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) klären und die ganzen Schwierigkeiten, die in der Sache gelegen sind, zum Ausdruck zu bringen.

Da ist nun viel geredet worden über den Jammer, der in der **Langsamkeit in der Postbeförderung** liegt. Ich meine, es wird Sie an einem Einzelfall interessieren, was das zur Folge haben kann. Am 29. August, also vor mehr denn 6 Wochen, hat das Mitglied der Nationalversammlung Veidt sein Mandat für die Nationalversammlung niedergelegt. Bis jetzt hat sein Nachfolger Lattmann noch nicht die Berufung erhalten. Am 31. August ging die Nachricht hier ein, sie ging auf dem Dienstwege von Instanz zur Instanz. Ich will diesen Instanzenzug wahrlich nicht freisprechen, an der Revolutionsbureaukratie liegt sehr viel Schuld. Aber gleicher Weise liegt die Schuld doch auch daran, daß jeder der sehr vielen Postwege, die bei einem solchen Fall zurückgelegt werden müssen, doppelt so lange dauert wie früher. Am 29. September ging von hier die letzte Nachricht durch Eilpaket an den Wahlkommissar. Ich glaube, bei irgendwie normalen Postverhältnissen hätte die Sache inzwischen in Ordnung gebracht sein müssen.

Mir liegt besonders daran, das heute nur leise angeklungene Kapitel der **Wohnungsfrage** mit einigen Worten zur Sprache zu bringen.

(Zuruf von den deutschen Demokraten: Die hat man früher auch nie lösen können!)

— Lieber Herr Kollege, wenn wir von einer Lösung von Fragen sprechen, dann sind wir uns ganz klar darüber, daß auf dieser Welt jede Frage nur unvollkommen und nur mit sehr großen Abstrichen gelöst werden kann. Aber die Tatsache, daß wir nicht alles zu einem befriedigenden Resultat bringen können, darf uns doch nicht davon abhalten, daß wir versuchen, nach besten Kräften — Sie in Ihrer Partei so gut wie wir in unserer Partei — dahin zu ringen, daß die furchtbaren und noch immer steigenden (B) Notstände beseitigt werden. Wir müssen doch sagen, die Wohnungsnot ist heute viel schlimmer als früher. Wir sehen noch gar nicht, wie eine Besserung kommen kann. Es ist so, daß wir Hunderte und aber Hunderte von Millionen in den Schlund hineinwerfen und doch nicht sehen, daß irgendwie eine Besserung eintritt.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Hätten wir nur die Kriegsmilliarden gespart!)

— Darauf muß ich sagen: Sie in Ihrer Partei so gut wie wir in unserer Partei haben die Kriegskredite bewilligt.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit kann man wahrhaftig nicht kommen, das heißt, die Dinge auf ein unrichtiges Gebiet abschieben. Nein, wir müssen auf diesem Gebiet tun, was wir können, und gerade derjenige, der eine der größten Beamtenscharen unter sich hat, muß tun, was er kann, um Besserung zu schaffen. Es ist ja erfreulich, daß die Postverwaltung eine gewisse Tendenz hat, die Beamten seßhaft zu machen. Wenn heute einer im Interesse des Dienstes versetzt werden muß, ist immer und immer das Elend, daß er an der neuen Stelle überhaupt keine Wohnung bekommt. Kommt er für sich allein zu einer Junggesellenwohnung, so wird er doch von der Familie getrennt. In wie vielen Fällen ist es so, daß Beamte fünf Jahre von ihrer Familie getrennt gewesen sind und nun endlich einmal wieder mit ihr zusammenleben möchten. Nun kommt die Versetzung, und die Familie ist von neuem auseinandergerissen. Nebenbei gesagt, machen solche Fälle der Postverwaltung auch sehr große Ausgaben. Ich denke dabei besonders, daß sie bei den **Landbriefträgern die Ansiedlung und Seßhaftmachung** fördern muß. Diesem Stande das Hineingehen in den Stand der Postschaffner möglich zu machen, heißt Ansässigmachung fördern.

Durch ein geregeltes Zusammenwirken des Reichsfinanzministeriums mit dem Unterstaatssekretär Scheidt (C) kann manches erreicht werden. Es war bisher so, daß immer nur größere Siedelungen vorwiegend in der Stadt gemacht wurden. Wir müssen gerade dort den Menschen ansiedeln, wo er zu wohnen wünscht. Der einzelne Landbriefträger kann nur an dem Ort wohnen, wo es sein Dienst erfordert. Wenn ihm nun gerade dort die Möglichkeit gegeben wird, so ist das etwas Wesentliches. Ich weiß, daß der Etat an verschiedenen Stellen — ich nenne zum Beispiel Kapitel 85 Titel 56 oder unter den außerordentlichen Ausgaben Kapitel 4 Titel 1 und 1b mit der Anforderung für **Behelfsbauten** mancherlei schon enthält, um ein selbständiges Vorgehen auf diesem Gebiete zu ermöglichen. Aber, ich meine, wir können nicht genug tun, und es kann die Initiative des Reichspostministers nicht stark genug sein, um für seine Beamten Wohnungen zu schaffen, um die Seßhaftigkeit unter den Beamten zu verbessern.

Da sind zum Beispiel — es gehört wenigstens vor das Forum des Reichspostministers als Kabinettsmitglied, er bat ja, wir sollten ihm Ratschläge geben — die Unmengen **lästiger Ausländer,** die gegenwärtig noch unter uns weilen, diejenigen, die aus Polen und Galizien oder nach der Niederlage Bela Kuns aus Ungarn herübergekommen sind. Ja, wieviel Wohnungen werden den Deutschen gegenwärtig weggenommen durch derartige lästige Ausländer!

(Sehr richtig! rechts.)

Wäre es nicht möglich, daß da einmal etwas kräftiger vorgegangen würde, um dadurch Deutschen, nicht zuletzt deutschen Postbeamten es zu ermöglichen, daß sie ihre Wohnungen bekommen?

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Sie fragen mich, wo mein Christentum dabei bleibt. Zunächst muß ich sagen, daß die innerste Aufgabe, die ich unausgesetzt vor Augen habe, mir nicht durch irgendeinen aus diesem Hause bestritten werden kann, und dann (D) muß ich sagen, wenn Menschen zum Teil in der falschesten Weise, durch falsche Pässe und dergleichen zu uns herübergekommen sind, dann geschieht es gerade unter dem Gesichtswinkel des Christentums, aus Liebe zu den Volksgenossen, dann ist es kein Unrecht, wenn die lästigen Fremden in die Heimat zurückgebracht werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kenne auch Ausländer, ich denke zum Beispiel an unsere Deutsch-Balten, die, wenn sie nicht die Möglichkeit haben, zurückzukommen, dort zu lassen sind, wo sie gegenwärtig sind; dies halte ich für durchaus recht und billig. Ich will durchaus, daß der Fall im einzelnen geprüft wird, und daß nicht etwas geschieht, was mit der Humanität nicht in Einklang gebracht werden kann. Aber wenn man sieht, daß Tausende und aber Tausende, die vielleicht zu ganz dunklen Zwecken

(sehr richtig! rechts)

in den Großstädten, nicht zuletzt in Berlin weilen, den Berlinern und anderen die Wohnungen wegnehmen, dann, muß ich sagen, halte ich es doch für nötig, daß hier etwas kräftiger vorgegangen werden muß, und bin überzeugt, daß da jedes Kabinettsmitglied etwas tun kann.

Meine Herren, je mehr die Beamten ansässig werden, desto mehr wird auch die **Kinderfreude** wieder bei ihnen einziehen. Ich weiß wohl, daß es ofmals die harte Not und keineswegs immer die Bequemlichkeit ist, die zur Ehelosigkeit und zu der heillosen Kinderbeschränkung führt. Wir wissen aber aus den Statistiken, daß gerade unter den Beamtenschichten diese **Kinderbeschränkung** besonders groß ist. Wir haben bereits vor Jahren eine große Statistik erhalten. Nach ihr ist die Beschränkung der Kinderzahl unter den mittleren Beamten größer als unter den unteren Beamten, unter den oberen Beamten größer als unter den mittleren Beamten. Ich sage noch

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) einmal: ich weiß, in wie vielen Fällen harte Not zu einem derartigen durchaus falschen Schritte führt. Aber ich sage auch: wir müssen gerade auf dem Gebiete der Wohnungsfrage und des Siedlungswesens sehr viel tun, um die Kinderfreude in unseren Beamtenschichten und von dort ausgehend in unserem ganzen Volke zu fördern und dafür zu sorgen, daß es dort besser wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir wissen, wie großes für unser ganzes Volkstum hier auf dem Spiele steht, und auf die Beamtenschaft schaut in dieser Beziehung das ganze Volksleben.

Ich meine auch, daß unsere **Lohn- und Gehaltpolitik** durchaus die Notwendigkeit hat, auf die Familie Rücksicht zu nehmen. Wohl ist mir bekannt, daß die Beamtenorganisationen in dieser Beziehung nicht einerlei Meinung sind. Es handelt sich zuletzt um die Grundfrage: soll der Beamte nur nach den Dienststunden, die er leistet, bezahlt werden? — daraus würde gleichmäßige Besoldung der Verheirateten und Unverheirateten folgen! — oder aber: soll die gesamte Persönlichkeit es sein, die gewertet wird? soll der Beamte mit seiner ganzen Persönlichkeit dem Staate dienen? Wenn diese letztere Auffassung — sie scheint diejenige der tiefer grabenden Sittlichkeit zu sein — vorwaltet, dann, meine ich, müssen wir auch dafür eintreten, wie es freie Vereinigungen, vor allen die Berliner Stadtmission, seit langen Zeiten getan haben, und wie es Staat und Reich seit dem Kriege in immer größerem Umfange tut, daß wir bei allen Besoldungsfragen auch die Frage der Familie mit heranziehen. Ich wünsche durchaus berücksichtigt zu sehen, daß viele unverheiratet bleiben, etwa um eine alte Mutter zu versorgen, um jüngeren Geschwistern eine bessere Ausbildung zu geben, oder etwa, um für eine kranke Schwester zu sorgen. Das sind Fälle, in denen es notwendig ist, daß Zulagen für solche, die mitversorgt werden müssen, gegeben werden;

(B) solche Fälle erkenne ich durchaus an. Aber im Interesse der Bevölkerungspolitik muß dahin gearbeitet werden, daß wir in unserer Beamtenbesoldung den Familienstand in starkem Maße mit bei der Festsetzung des Diensteinkommens heranziehen. Ich sage das besonders um deswillen, weil, soweit meine Nachrichten lauten, gerade der Vorgänger des gegenwärtigen Herrn Reichspostministers sich mehrfach verfehlt hat, da er durch mancherlei Worte sich unfreundlich gegenüber kinderreichen Familien gestellt hat.

Mir ist ein trauriger Fall von einem Geschiedenen aus Sachsen vorgetragen worden. Der Mann muß für die Frau sorgen, erhält aber nicht die Beihilfe, wie sie sonst für Verheiratete gezahlt wird. Ich weiß, daß man dabei nicht generell entscheiden kann, sondern von Fall zu Fall prüfen muß. Aber ich möchte doch bitten, nicht zuletzt auch im Interesse der geschiedenen Frau, daß hier vorgegangen wird.

Es ist dann mehrfach von der **Verheiratung der Beamtinnen** gesprochen und dabei auf den Art. 147 der Reichsverfassung hingewiesen worden. Der Herr Minister hat bereits darauf hingewiesen, daß die Dinge keineswegs so einfach liegen, wie es aus den Reden vielfach herausklang, sondern daß, wenn man eine verheiratete Beamtin anstellt, man dadurch es einem anderen Mann unmöglich macht, eine Familie zu gründen. Ich möchte diese Schwierigkeit noch vertiefen und möchte sagen: ja, wie steht es denn mit den armen Kindern, die eine solche Beamtin ihrerseits zu versorgen hat? Schon für die werdende Mutter ist es schwer, und nun gar in den ersten Jahren des Kindes! Wir Sozialpolitiker wollen doch immer gerade darauf hinarbeiten, daß nach aller Möglichkeit die Mutter dem Kinde erhalten bleibt. Das wird aber, wenn wir die verheiratete Beamtin ohne weiteres anerkennen, geradezu erschwert. Wie

(C) oft haben wir uns, die wir Sozialpolitik wollen, dafür eingesetzt, daß nicht soviel Verheiratete arbeiten müssen. Wir würden gerade im entgegengesetzten Sinne arbeiten, wenn man jetzt anders handeln würde. Wenn man die Verhältnisse sehen will, wie sie tatsächlich liegen, wird man nicht bestreiten können, daß bei der Doppelstellung der Frau als Beamtin und Hausfrau entweder der eine oder andere Beruf leiden muß. Dies ist das sehr schwerwiegende bevölkerungspolitische Bedenken, das ich hier, nachdem die Sache vorgebracht ist, auch meinerseits vortragen muß. Ob nach der Verheiratung bei Ausscheiden aus dem Dienste eine Abfindung zu zahlen ist, ist eine Frage, die ernstester Prüfung wert ist.

Recht sorglich macht mich Kap. 85 Tit. 35. Dort werden an Löhnen für außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personen 65 Millionen statt bisher 15 Millionen angefordert. Daß für diese Personen mehr als bisher bezahlt werden muß, ist klar. Die **Aushelfer** haben es überaus schlimm, und der Jammer unter ihnen ist groß. Aber mir ist nicht klar, daß die Zahl der Personen, die nicht zum Beamtenverhältnis gelangen, vergrößert werden muß, und ich war dem Minister dankbar, daß er vorhin zum Ausdruck brachte: wir müssen versuchen, dafür zu sorgen, daß die Zahl dieser Aushilfspersonen wieder zurückgeschraubt wird, wir müssen dafür sorgen, daß nicht eine zu große Zahl von Angestellten vorhanden ist, die nicht im Beamtenverhältnis stehen. Wir müssen — das halte ich für eine eiserne Regel — dafür sorgen, daß zum mindesten nach zehnjähriger Dienstzeit eine planmäßige Anstellung erfolgt und jedes Diätariat, jede Tätigkeit über zehn Jahre hinaus auf das Dienstalter angerechnet wird.

Ich habe hinsichtlich der **technischen Beamten der Telegraphenverwaltung** den Wunsch auszusprechen, daß man ihnen wie den anderen Beamten eine **eigene Uniform** bewilligen möge. (D)

Mit Freuden sehe ich aus dem Etat, daß **drahtlose Ferngespräche** gefördert werden sollen, daß für die Kabelfernsprechlinien nach dem Westen 30 Millionen Mark angefordert worden sind. Ich halte dies für den besten und wirksamsten Weg, dem Fernsprechelend zu steuern.

Besondere Freude darf ich darüber aussprechen, daß endlich das Postgrundstück in Gevelsberg erweitert werden soll, was einem dringenden Bedürfnis entspricht, ebenso daß ein erster Betrag für Postgrundstücke in Hattingen und in Soest angesetzt worden ist.

Es ist von der **Portofreiheit** gesprochen worden, und es wurde speziell die Sache vom Herrn Kollegen Zubeil hier vorgetragen. Nun, dann darf ich doch den Herrn Minister bitten, auch auf meine in den nächsten Tagen vorzutragende kleine Anfrage seine Aufmerksamkeit zu richten. Was ist in Beziehung auf die Portofreiheit gesündigt worden, da man dem „Werbedienst für die deutsche Republik“, da man immer noch dem „Heimatdienst“ auch dort, wo es sich um parteipolitische Propaganda handelt, es ermöglicht, mit „frei laut Avers“, „Reichsdienstsache“ usw. vorzugehen!

(Hört! Hört! rechts.)

Das ist doch eine Verwertung von Reichseinrichtungen zu Parteizwecken,

(sehr richtig! rechts)

das ist etwas, was unbedingt festgenagelt werden muß, sei es nun, daß der Herr Reichspostminister in seinem Amte als Postminister da eingreifen kann — ressortmäßige Schwierigkeiten sind ja vorhanden —, sei es, daß er als Kabinettsmitglied die Möglichkeit hat, einzuwirken. Ich muß sagen, diese immer noch fortwährende Verwertung von Reichsgeldern und von Reichseinrichtungen zu Parteizwecken gehört zu dem Trübsten und Traurigsten, was wir in der Gegenwart verzeichnen, und ich halte es für

(D. **Mumm,** Abgeordneter.)

(A) dringend geboten, hier mit aller Schonungslosigkeit vorzugehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Viele, was hier vorgetragen worden ist, nicht zuletzt von meinem Parteifreunde Deglerk, brauche ich nicht zu wiederholen. Ich möchte aber, wie ich gegenüber dem Kollegen Zubeil schon einiges auszuführen hatte, auch noch folgendes ihm gegenüber sagen. Mir scheint es doch eine geringe Wertschätzung des **Beamtenbeirates** zu sein, daß in der Art, wie es Herr Zubeil seit vielen Jahren getan hat und auch noch jetzt unverändert tut, alles hier vorbringt, was ihm zugetragen worden ist, ohne noch zu berücksichtigen, was zunächst in geordneter Weise durch diesen Beamtenbeirat gemeinsam mit dem Minister beraten werden kann und beraten werden soll.

Der Herr Kollege Zubeil hat dann weiter den **Kirchentag,** der in **Dresden** gewesen ist, in Parallele gestellt mit seinem Parteitag. Nun muß ich sagen, daß jene Stunden des Dresdener Kirchentags, jene große Stunde des deutschen Protestantismus, da zum ersten Male seit dem Jahre 1848, ja mehr als zuvor alle deutschen Kirchen amtlich vertreten waren, in der die Angehörigen der allenverschiedensten Parteien sich zusammengefunden haben im Sinne einer freien Volkskirche, — daß die Tagung im Bewußtsein unseres Volkes nicht in einem Atem mit dem Tage einer einzelnen Partei genannt werden kann.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Sie fragen, Herr Kollege Henke, was das mit dem Postetat zu tun hat. Das machen Sie, bitte, mit Ihrem Kollegen Zubeil aus, der diese Sache hier vorgetragen hat!

(Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

(B) Ich halte es vor allem für nötig, daß der rechte Geist in der Beamtenschaft gepflegt wird. Gut sind die Kurse, die der Herr Minister soeben angekündigt hat, aber da handelt es sich doch zunächst um die technischen Kenntnisse, und ich meine, es handelt sich doch nicht nur allein um technische Kenntnisse, so wichtig sie sind, die gepflegt werden müssen, sondern es handelt sich — hier gebrauche ich wirklich mal das Wort „alt" mit Recht —, es handelt sich um den alten guten **Beamtengeist,** jenen guten Geist der Pflichttreue, der vollen sachlichen Hingebung, der in unserer Beamtenschaft gewesen ist und in unsere Beamtenschaft wieder hineinkommen soll. Ich möchte schließen mit den Worten, die der Herr Minister gebraucht hat, daß es notwendig ist, für diesen Beamtengeist zu sorgen, und daß alles geschehen muß, was möglich ist, um diesen Geist der selbstlosen Pflichttreue, der nur erwächst auf religiös-sittlichem Grunde, zu pflegen und zu fördern, daß die alte Pflichttreue und berufsmäßige Ausbildung wieder unserem Beamtentum zu eigen wird, das ihn bisher zu einer Zierde, zu einem Stolz unseres Deutschen Reichs gemacht hat.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichspostminister.

Giesberts, Reichspostminister: Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mumm folgendes sagen. Wir werden in der Reichspostverwaltung selbstverständlich überlegen, was wir tun können, um der **Wohnungsnot** der Beamten zu steuern durch Baugenossenschaften, Beamtenheimstätten usw. Ich werde entsprechende Maßnahmen mit den Herren Kollegen überlegen, wie wir der Wohnungsnot abhelfen können.

Bezüglich der Frage der **Beamtinnen** möchte ich noch folgendes mitteilen. Wir sind im Begriff, dem Reichsfinanzministerium den Vorschlag zu machen, und zwar auf (C) Anregung des Verbandes der Postgehilfinnen, daß ihnen, wenn sie eine bestimmte Dienstzeit, sagen wir einmal acht bis neun Jahre, hinter sich haben, freigestellt wird, in das Beamtenverhältnis überzutreten oder eine Abfindungssumme zu nehmen, eine Abfindung, die als eine Art Aussteuer anzusehen ist, um ihnen damit die Verheiratung und das Ausscheiden aus dem Dienst zu ermöglichen. Das ist eine Maßnahme, die von den Gehilfinnen selbst schon seit längerer Zeit erstrebt wird, und diesem Streben werden wir Rechnung zu tragen suchen.

Was den Mißbrauch der **Gebührenfreiheit** betrifft, so ist die Reichspostverwaltung nicht in der Lage, eine Behörde daraufhin zu kontrollieren, ob sie Mißbrauch damit treibt. Das ist Sache der vorgesetzten Behörde. Selbstverständlich wäre es zu beklagen, wenn in dieser Weise parteipolitische Propaganda getrieben würde. Das würde gegen den Geist der Gebührenfreiheit verstoßen. Im übrigen wiederhole ich: ich wünsche, daß die Gebührenfreiheit möglichst schnell verschwindet, damit auch der Mißbrauch schnell beseitigt würde. Vorläufig kann aber die Reichspostverwaltung nichts anderes tun, als die Sache an die zuständigen Behörden bringen, damit der Mißbrauch unterbleibt.

Präsident: Die Erörterung über Kap. 85 Tit. 1 ist geschlossen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Allekotte.

Allekotte, Abgeordneter: Um nicht noch eine dritte Rednergarnitur zu eröffnen, habe ich darauf verzichtet, zu diesem Etat das Wort zu nehmen, behalte mir aber vor, im Frühjahr bei der Beratung des Hauptetats Ihnen die nötige Vorlesung zu halten.

(Heiterkeit.)

Es hat aber der Herr Abgeordnete Steinkopf zweimal auf mich exemplifiziert und mir einmal unterstellt, als (D) ob ich etwa Gegner der Pensionsablösung sei, wenn die **Beamtinnen** sich verheirateten. So hat man es wenigstens verstehen können. Das ist nicht richtig. Ich bin Gegner des Eingehens einer Ehe seitens der Beamtinnen solange sie im Amte sind, und das muß ich auch weiter aufrechterhalten. Der Mann lebt einem Berufe nach, die Frau soll einen dreifachen Beruf auszuüben in der Lage sein, einmal als Hausfrau, dann als Gattin und zum dritten noch als Beamtin. Das kann sie nicht. Ich möchte auch die Frage aufwerfen: was macht die Beamtin, wenn ihr Mann als Beamter versetzt wird? Also ich konstatiere meine Auffassung dahin, daß, wenn eine Beamtin heiratet, sie dann unter allen Umständen eine einmalige Vergütung für den Fortfall ihrer Pensionsansprüche bekommt.

Dann hat der Herr Abgeordnete Koch von mir gesagt, daß ich bei der Stellungnahme gegen das **Streikrecht** für mich persönlich gesprochen habe. Ich konstatiere hiermit ausdrücklich, daß ich bei der Beamteninterpellation am 1. August im Auftrage und für die Fraktion mich entschieden gegen das Beamtenstreikrecht gewendet habe. Ich habe natürlich auch für mich gesprochen, aber — was wichtiger ist — für die Fraktion.

Anschließen möchte ich dann noch, daß das Verbandsorgan „Die Deutsche Post", das Organ des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten in der Nr. 21 vom 25. Mai ausdrücklich sagt: ein Streikrecht haben die Beamten nicht.

(Hört! Hört!)

An dieses Organ möge sich Herr Koch nur wenden.

Präsident: Ich möchte nur anknüpfen an eine Bemerkung, die der Herr Vorredner in der Form einer per-

(Präsident.)

(A) sönlichen Bemerkung gemacht hat: er vertröstet sich auf die dritte Beratung des Postetats, um dort eine längere Rede zu halten. Nach den Mitteilungen, die ich hernach zu machen habe, möchte ich wünschen, daß ihm und allen Rednern, die noch mit solchen Gedanken schwanger gehen, die Lust dazu gründlich ausgetrieben wird.

(Große Heiterkeit.)

Kap. 85 Tit. 1 ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 7a, — 8, — 8a, — 8b, — 9, — 9a, — 10, — 11, — 11a, — 11b, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 16a, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 29a, — 30, — 31, — 31a, — 32, — 33, — 34, 35, — 36, — 37, — 38, — 38a, — 38b, — 38d, — 38e, — 39, — 40, — 41, — 41a, — 42, — 42a, — 43, — 44a. — Mit den Ergänzungen angenommen.

Betriebskosten, Tit. 45:

Dazu liegt ein Antrag Allekotte-Delius-Koch (Münster)-Nacken-Remmers-Steinkopf auf Nr. 1146 vor:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die §§ 56 und 57 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904 dahin geändert werden, daß Postwagen grundsätzlich nicht mehr als Schutzwagen verwendet werden dürfen.

Diese Etatsresolution bedarf noch der Unterstützung von 15 Mitgliedern. Ich stelle die Unterstützungsfrage. — Die Unterstützung reicht aus.

Das Wort wird nicht gewünscht; die Diskussion ist geschlossen. Der Titel ist nicht angefochten.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, die der Entschließung auf Nr. 1146 zustimmen wollen, sich (B) von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Angenommen.

Tit 46, — 47, — 48, — 49, — 49a, — 50, — 51, — 52, — 53, — 54, — 55, — 56, — 57, — 58, — 59, — 60, — 61, — 62, — 63, — 64, — 65, — 66, — 67. — Angenommen mit den Ergänzungen.

Dann rufe ich auf die einmaligen Ausgaben Kap. 4 Tit. 1, — 1a, — 1b des Ergänzungsetats, Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 5a, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16. — Angenommen.

Tit. 17 fällt nach dem Ergänzungsetat weg.

Tit. 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27 nach der Ergänzung, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, angenommen.

Tit. 34 des ersten Entwurfs fällt weg.

Tit. 34 nach dem Ergänzungsetat, — 35, — 36, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41, — 42. — Angenommen.

Ich rufe auf den außerordentlichen Haushalt, Kap. 4 Tit. 1, — 2. —

Nunmehr folgen die Einnahmen auf Seite 2, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11. —

Sämtliche Kapitel sind angenommen.

Wir kommen zu den Petitionen. Das Wort wird nicht verlangt.

Nun folgt die Abstimmung über den Ausschußantrag auf Nr. 1119 der Drucksachen unter IIa:

> die Petition des Postsekretärs Preuß in Insterburg wegen Vergrößerung des Formats der Postkarte (Tagebuch II. Nr. 5542) der Regierung als Material zu überweisen.

Ich nehme an, daß das Haus auch mit diesem Antrage des Ausschusses einverstanden ist. — Ich stelle das fest.

Die Beschlußfassung über die Petitionen auf Nr. 1119 (C) unter IIb 1 bis 12, die für erledigt erklärt werden sollen, erfolgt in der dritten Beratung.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren! Der **Ältestenausschuß** hat getagt, und ich habe Ihnen darüber einige Mitteilungen zu machen. Die Hoffnung, am 25. Oktober eine Pause für das Plenum eintreten lassen zu können, hat sich als unerfüllbar erwiesen.

(Unruhe und Zurufe.)

Der Arbeitsstoff, der während des Monats Oktober zu bewältigen ist, da der Etat noch im Oktober erledigt werden muß, wenn wir nicht für den Monat November noch ein weiteres Notgesetz machen wollen — das heißt also für den achten Monat, was doch sehr unzweckmäßig wäre, — erfordert die Anspannung aller Kräfte bis zum 30. oder 31. Oktober. Es ist vorgesehen, den Etat in etwa folgender Weise zur Erledigung zu bringen. In dieser Woche sollen am Donnerstag, Freitag und Samstag der Etat des Reichsministeriums des Innern und des Reichsarbeitsministeriums beraten werden, in der nächsten Woche der Etat des Reichsschatzministeriums, des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten, des Wirtschaftsministeriums, des Verkehrsministeriums und die kleineren Etats beraten werden. Am Samstag dem 1. November ist Allerheiligen. Wenn irgend möglich, sollten Donnerstag, den 30. Oktober, die Ferien beginnen, wobei noch zu unterstellen ist, daß die ganzen Tage dieser Woche vormittags und nachmittags zu Sitzungen verwendet werden sollen. In der übernächsten Woche sollen erledigt werden die Etats für Heer und Marine sowie die dritte Lesung des Gesamtetats. Das Reichsfinanzministerium legt allerdings Wert darauf — es behauptet, sonst mit den Finanzen gar nicht in Ordnung kommen zu können —, daß vor der Pause auch noch die (D) Reichsabgabenordnung erledigt wird,

(Zuruf rechts: Ganz ausgeschlossen!)

die in der Kommission so weit vorbereitet sei, daß mit ihrer Verhandlung im Plenum noch gerechnet werden könne. Im Ältestenausschuß hat man sich mit Rücksicht auf die umfangreichen Arbeiten, die sich an die Reichsabgabenordnung anknüpfen, um die Steuern wirksam einzuführen, der Erwägung nicht verschlossen, daß es wünschenswert wäre, diese Angelegenheit noch zu erledigen. Ob auch das Reichsnotopfer noch erledigt werden kann,

(Zurufe links: Hoffentlich!)

begegnet lebhaftem Zweifel.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun, es mag sein, wie es will, die Herrschaften ersehen aus dem, was ich Ihnen mitgeteilt habe, daß wir in den Ausschüssen und im Plenum alle Kraft anspannen müssen, um diese Arbeit zu Ende zu bringen. Meine Damen und Herren! Die Zeitverschwendung, die an einzelnen Tagen in der üppigsten Weise in die Höhe geschossen ist —

(sehr richtig! — Zuruf: Leider!)

ich will mich in keine näheren Erörterungen einlassen —, hat allgemein, namentlich auch im Ältestenausschuß, das Empfinden ausgelöst, daß die Verhandlungen in einer Breite bis in die allerkleinsten Details hinein geführt worden sind, die weder der Würde und dem Ansehen des Hauses ganz entspricht, noch auch draußen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung irgendwelchen Anklang finden wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir dieses Pensum bewältigen wollen — und wir müssen es nach meiner Auffassung bewältigen — im Zusammenhang mit dem, was uns an Arbeit auch sonst noch bis Weihnachten be-

(Präsident.)

(A) vorsteht, so bedarf es der angespanntesten Anstrengung und der Beschränkung auf wirklich große Gesichtspunkte. Wir nehmen im Ältestenausschuß an, daß wir die beständige Unterstützung sämtlicher Mitglieder des Hauses in dem Bestreben finden werden, diese Etats in großen Gesichtspunkten im Verlaufe dieser zwei Wochen zur Erledigung zu bringen. Möglich ist das ohne Beeinträchtigung der Sache. Es wird nach außen nur gut wirken, wenn wir in dieser Art der Erledigung zustreben.

Ist das möglich, können wir das erledigen, dann wird die Pause etwa am 30. Oktober eintreten, die dann auf 14 Tage etwa zu berechnen wäre. Ich gebe darüber noch keine näheren Zusicherungen.

(Heiterkeit.)

Ist es nicht möglich, dieses Pensum vor dem 30. Oktober zu erledigen, dann würde uns eben unter Umständen blühen, auch noch in den ersten Tagen des November hier zu bleiben. Bei einer weisen Selbstbeschränkung — worin sich ja der Meister zeigen soll — wird es aber dem Hause möglich sein, diese Arbeit im Verlauf der vorgesehenen Frist bis zum 30. Oktober zu bewältigen.

Der Ältestenausschuß wird dem ganzen Hause recht dankbar sein, wenn er in seinen Bestrebungen vom Hause unterstützt wird; vom Präsidium schweige ich als etwas Selbstverständlichem. Man kann ihm wirklich keinen größeren Gefallen erweisen, als wenn es der Predigten, die es ab und zu halten muß, enthoben wird.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nun (B) vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des 15. Ausschusses Nr. 1187, — das ist der mündliche Bericht des Untersuchungsausschusses über die Rechte, die den zu bildenden Unterausschüssen zur Vernehmung von Personen zwecks Erhebung von Beweisen verliehen werden sollen, der die einhellige Zustimmung des Ausschusses gefunden hat —

2. Interpellation Arnstadt und Genossen Nr. 1092, — das ist die Interpellation über die Schundliteratur; hier ist gedacht, daß sie zunächst nur vom Interpellanten begründet wird, daß darauf eine Erklärung von der Regierung abgegeben wird, und daß im übrigen das Haus damit einverstanden ist — die Interpellanten haben sich auch damit einverstanden erklärt —, daß die Besprechung der Interpellation mit dem folgenden Gegenstand der Tagesordnung verbunden wird:

3. Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats, und zwar

Etat des Reichsministeriums des Innern.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 50 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

100. Sitzung.

Donnerstag den 16. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

(C)

In den Ausschüssen hat folgender **Mitgliederwechsel** stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Raute, Noske (Frankfurt)
die Abgeordneten Brühl, Laverrenz;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Knollmann, Schiele, Koch (Düsseldorf), Brühl
die Abgeordneten Dr. Roesicke, Frau v. Gierke, Behrens, Dr. Geyer (Sachsen);

in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Cohn
der Abgeordnete Geyer (Leipzig);

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Laukant
der Abgeordnete Eichhorn;

in den 21. Ausschuß für die Abgeordneten Meier (Sachsen), Landsberg, Baerwald, Dr. Luppe
die Abgeondneten Fischer (Hannover), Frau Pfülf, Schmidthals, Siehr.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des 15. Ausschusses (parlamentarischer Untersuchungsausschuß), betreffend die Unterausschüsse, den Arbeitsplan usw. (Nr. 1187 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Petersen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordnete Dr. Petersen.

Dr. **Petersen,** Abgeordneter, Berichterstatter: Ich kann zunächst eine freudige Mitteilung machen; so sehr auch die Ansichten über die Einsetzung dieses **parlamentarischen Untersuchungsausschusses** im Plenum auseinandergingen, im Ausschuß selbst ist eine völlig übereinstimmende Auffassung über die Art, wie dieser parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Arbeiten zu erledigen hat, vorhanden. Es (D) bedarf daher für mich keiner weiteren Ausführungen in der Sache; die Ihnen in den Anlagen des mündlichen Berichts vorgelegten Bestimmungen fanden keine unterschiedliche Auffassung im Ausschuß, es besteht vielmehr völlige Einmütigkeit über die materiellen Bestimmungen. Was noch notwendig ist, sind zwei beziehungsweise drei formale Bestimmungen, die bei den Verhandlungen im Untersuchungsausschuß als durch die Nationalversammlung zu treffende sich ergaben.

Die erste Frage ist die: sind nach der Reichsverfassung auch **Unterausschüsse,** welche zur Bearbeitung dieser großen Materie sich als notwendig erwiesen haben, berechtigt, selbständig **Beweiserhebungen** vorzunehmen, oder bedarf es dazu einer besonderen Legitimation durch die Nationalversammlung? Der Passus in der Verfassung heißt, nachdem zunächst gesagt ist, daß solche Unterausschüsse eingerichtet werden können:

> Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten.

Hier ist also klar ausgesprochen, daß die von der Nationalversammlung eingesetzten Untersuchungsausschüsse diese im Artikel 34 vorgesehenen Rechte haben.

Es kann juristisch zweifelhaft sein, wenn der von der Nationalversammlung eingesetzte 15. Ausschuß von 28 Mitgliedern seinerseits Unterausschüsse einsetzt, ob diese Unterausschüsse berechtigt sind, nun selbst Beweiserhebungen zu veranstalten, ob es möglich ist, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß seinerseits durch Delegation diesen Unterausschüssen dieses Recht verleihen kann, oder ob die Nationalversammlung dem Unterausschuß dieses Recht erteilen muß. Darüber bestanden im Ausschuß Zweifel, weil das nicht ganz klar in der Verfassung ausgesprochen ist. Denn man hat offensichtlich bei

(Dr. **Petersen,** Berichterstatter.)

(A) Schaffung dieses Gesetzes nicht den besonderen Fall im Auge gehabt, daß sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, um die Materie zu bewältigen, in Unterausschüsse teilt, und diesen einzelne Materien des ganzen Fragenkomplexes, der dem Ausschuß überwiesen ist, überträgt. Es ist aber notwendig, daß in dieser Beziehung zweifelsfreie Klarheit geschaffen wird. Denn die formalen Bedenken, die sonst der Ladung und Vernehmung der Zeugen entgegenstehen, können dazu führen, daß die Unterausschüsse nicht in der Lage sind, derartige Beweiserhebungen mit rechtlicher Gültigkeit zu veranstalten. Es ist aber bei der großen Materie, die dem Untersuchungsausschuß überwiesen ist, erforderlich, die Materie von einzelnen Unterausschüssen behandeln zu lassen, weil sonst die Bewältigung dieser Arbeit sich so lange hinziehen würde, daß es mit den Interessen, die auf dem Spiele stehen, nicht vereinbarlich ist. Es ist also, wie ich schon erwähnt habe, erforderlich, Unterausschüsse einzusetzen, und diese Unterausschüsse in die Lage zu bringen, von sich aus Beweiserhebungen zu veranstalten. Diesem Gedanken dient der erste Antrag, der bittet:

> Den von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß 15 gebildeten oder noch zu bildenden Unterausschüssen werden die Rechte eines Ausschusses nach § 34 der Reichsverfassung zuerkannt.

Es muß da nicht heißen „§ 34", sondern „Art. 34", was ich hiermit berichtigend beantragen will.

Der zweite Punkt gründet sich auf die Bestimmung der Reichsverfassung, Art. 34, letzter Satz; er sagt: „Die Geschäftsordnung regelt das Verfahren des Ausschusses und bestimmt die Zahl seiner Mitglieder". Aus dieser Zusammenstellung, daß die Geschäftsordnung das Verfahren des Ausschusses regelt und die Zahl seiner Mitglieder bestimmt, geht klar hervor, daß hier nicht an die Geschäftsordnung gedacht ist, die etwa der parlamentarische (B) Untersuchungsausschuß vorsieht, sondern daß hier die **Geschäftsordnung der Nationalversammlung** gemeint ist. Die Geschäftsordnung, die zur Erledigung der Arbeiten für den Gesamtausschuß und für die einzelnen Unterausschüsse notwendig erlassen werden muß, muß also von der Nationalversammlung als solcher bestimmt oder, wie hier gebeten wird, auf Grund des Vorschlages des parlamentarischen Untersuchungsausschusses sanktioniert werden.

Damit begründet sich ohne weiteres der Punkt 2, der besagt:

> Der unter III der anliegenden Zusammenstellung der von dem Untersuchungsausschuß gefaßten Beschlüsse aufgeführte Arbeitsplan wird als Geschäftsordnung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses genehmigt.

Also auch das ist eine notwendige Bestimmung, die sich aus dem Wortlaut der Verfassung ergibt.

Nr. 3 des Antrages ist ein Wunsch des Ausschusses, der sich auf die **Vernehmung von Beamten** bezieht. Es wird erforderlich sein, daß der Gesamtausschuß und die einzelnen Unterausschüsse Beamte vernehmen über Zweifelsfragen, die sich nach Studium der Akten ergeben. Es ist wünschenswert, daß nicht jedesmal, wenn ein solcher Beamter oder gewesener Beamter vernommen werden soll, ein besonderer Antrag an die Regierung gestellt wird, den Beamten oder den betreffenden früheren Beamten von seiner **Verschwiegenheitspflicht** zu entbinden. Es ist daher wünschenswert, daß zur Förderung der Arbeiten die deutsche Reichsregierung veranlaßt, daß ein für allemal die Beamten oder früheren Beamten, welche von diesen Ausschüssen als Zeugen vernommen werden, von der Verschwiegenheitspflicht entbunden werden.

Daher der Antrag 3, der besagt:

> Die Regierung wird ersucht, zu veranlassen, daß sämtliche von den Untersuchungsausschüssen zu (C) vernehmenden Beamten von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit entbunden werden.

Auch hier möchte ich einen Abänderungsantrag stellen: vor dem Worte „Beamten" hinzuzufügen: „jetzigen und früheren". — Ich werde den Antrag dem Herrn Präsidenten noch schriftlich einreichen. — Es ist wünschenswert, festzustellen, daß auch die Beamten, die heute nicht mehr Beamte sind, sondern früher Beamte waren, von dieser Amtsverschwiegenheit befreit werden. Wenn man den Wortlaut Nr. 3 sich näher ansieht, so ist es vorsichtig, das auszusprechen.

Ich möchte als Berichterstatter ausdrücklich darauf hinweisen, daß der Ausschuß auch unter diesen Beamten **beamtenähnliche Personen** versteht, die in einem beamtenähnlichen Verhältnis auf Grund eines Dienstvertrages oder auf Grund eines Auftrages von der Reichsregierung beschäftigt worden sind, sodaß dieser gewählte Ausdruck auch die Verschwiegensheitspflicht dieser Persönlichkeiten trifft, daß bei Annahme dieses Passus durch die Nationalversammlung aber auch diese beamtenähnlichen Persönlichkeiten durch die Bestimmung getroffen werden.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Der Verfassungsausschuß hat in Aussicht genommen, daß der Antrag 3 um allgemeine **Entbindung** der zu vernehmenden Beamten und gewesenen Beamten **von der Schweigepflicht** an die Regierung gestellt werde. Wir sind damals davon ausgegangen, daß er von dem Ausschuß an die Regierung gestellt werde. Es ist aber bei der Bedeutung der Sache, und nachdem sich doch das Haus noch einmal mit den Fragen beschäftigen soll, nicht unzweckmäßig, daß der Reichstag selbst dieses Ersuchen an die Regierung stellt, das wohl kaum irgendwelchen Bedenken begegnen kann.

(D) Was die Ziffer 1 anlangt, so ist es richtig, was der Herr Berichterstatter und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses eben ausgesprochen hat, daß bei der Schaffung der Bestimmung des Art. 34 der Verfassung nicht an die Teilung der Ausschüsse in **Unterausschüsse** ausdrücklich gedacht worden ist. Ebensowenig ist bei dem Entwurf über die Schaffung eines Staatsgerichtshofes, den die Regierung eingereicht hat, und der auch einen Untersuchungsausschuß des Reichstags vorgesehen hat, an diese Möglichkeit gedacht worden. Es könnte sich die Frage ergeben, ob der Antrag unter Nr. 1 eine Änderung der Verfassung, die nur von der Vernehmung durch den Ausschuß redet oder eine authentische Interpretion der Verfassung enthalte. Ich glaube, daß beides verneint werden kann; denn Art. 34 der Verfassung sagt ausdrücklich von dem Untersuchungsausschuß:

> Die Geschäftsordnung regelt das Verfahren des Ausschusses und bestimmt die Zahl seiner Mitglieder.

Hier ist also in Aussicht genommen, daß die nähere Ausgestaltung bezüglich der Arbeitsart, des Untersuchungsausschusses und die zweckmäßige Zahlenfestsetzung eine interne Angelegenheit des Reichstages sei und von ihm in der Geschäftsordnung zu regeln ist. Hier ist also nicht an die Geschäftsordnung gedacht, die sich der Ausschuß etwa gibt, sondern an die **Geschäftsordnung des Reichstages,** die das Verfahren des Ausschusses regeln soll.

Danach ist der Beschluß, der jetzt von uns in korrekter Weise extrahiert werden soll, nach meiner Meinung als ein Akt aufzufassen, den der Reichstag in seiner Geschäftsordnung vornehmen könnte, und der, wenn er jetzt beschlossen wird, materiell einen Bestandteil auch seiner Geschäftsordnung bildet, ohne daß es formell nötig sein wird, ihn in die Geschäftsordnung des Reichstags zu übertragen.

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) Zu dieser Geschäftsordnung gehört dann auch der Arbeitsplan, der aufgestellt worden ist.

Indem der Reichstag sich dieser beantragten Behandlungsart anschließt, sind die gesetzlich oder verfassungsmäßig vorsichtigen Voraussetzungen geschaffen.

Indem ich das ausspreche, möchte ich es bei der sachlichen Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit für zweckmäßig halten, wenn die Regierung ihr Einverständnis zu dieser rechtlichen Auffassung und sachlichen Behandlungsart aussprechen könnte.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Ich stimme der Auffassung bei, die von den beiden Herren Vorrednern soeben geltend gemacht worden ist, und habe vom Standpunkte der Reichsregierung aus keine Bedenken gegen diese Auslegung des Art. 34 der Reichsverfassung zu erheben.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Beratung ist geschlossen.

Wird getrennte Abstimmung über die drei Ziffern gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann können wir über den ganzen Ausschußantrag abstimmen, wobei in der Ziff. 3 vor dem Worte „Beamten" einzufügen ist „jetzigen und früheren". Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage des Ausschusses auf Nr. 1187 mit der eben angegebenen Ergänzung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tages-(B)ordnung, zur

Interpellation der Abgeordneten Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen, betreffend gesetzliche Einführung der Zensur für Lichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen (Nr. 1092 der Drucksachen).

Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Interpellation heute zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erteile ich namens der Interpellanten das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Die Interpellation, die ich namens der Deutsch-Nationalen und namens der Deutschen Volkspartei hier vortragen darf, hat folgenden Wortlaut:

> Die Verfassung bestimmt in Art. 119 ff. die Reinerhaltung der Familie als Aufgabe des Staates und verspricht den Schutz der Jugend gegen sittliche Verwahrlosung; sie sieht in Art. 118 gesetzliche **Einführung der Zensur für Lichtspiele**, gesetzliche **Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur** sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen vor.
>
> Denkt die Reichsregierung angesichts der bestehenden schweren Mißstände ohne Verzug im Sinne der durch die Verfassung gegebenen Vollmachten gesetzgeberisch vorzugehen?

Es ist naturgemäß, daß hier in der Nationalversammlung und im Reichstag zumeist wirtschaftliche Fragen im Vordergrund der Arbeit stehen. Die Kulturtage können nicht sehr zahlreich sein.

(C) Wenn wir heute auf einen der schwersten Mißstände unseres kulturellen Lebens schauen, so erhebt sich die Frage, von welcher Grundlage aus man die Interpellation begründen soll. Es ist möglich, sie so zu begründen, daß die unter uns vorhandenen scharfen kulturellen Gegensätze in Erscheinung treten, daß der Gegensatz der Weltanschauungen, der nun einmal im Volksleben vorhanden ist, der sich selbstverständlich auch in den gesetzgebenden Körperschaften spiegelt und der auch auf das sittliche Gebiet reflektiert, hier zum Ausdruck kommt. Ich würde dann von dem Grundgedanken ausgehen, daß eine religionslose Moral gleich einer dünnen Eisdecke zwar den einzelnen tragen kann, unter einer Menge aber zusammenbricht. Von dieser Grundlage aus würden indes, solange die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse andauern, auf eine Besserung nicht gerechnet werden können. Die Mißstände sind nun aber so groß und so schwer, die Not so schreiend, daß nicht gewartet werden darf, bis der Umschwung im Volksleben eine andere Gestaltung der Mehrheitsverhältnisse hier im Hause herbeiführt, sondern es ist notwendig, daß wir in der Gegenwart so schnell wie möglich und ohne Verzug diejenigen Mittel, die die Verfassung an die Hand gibt, ergreifen. Soll dies erreicht werden, so dürfen die Gegensätze, wie sie unter uns bestehen, nicht in den Vordergrund gerückt werden, sondern dann ist es nötig, daß — darf ich es einmal sagen — eine Partei der anständigen Menschen sich bildet, daß wir in so großem Umfang, wie es nur irgend möglich ist, zu einer Einheit der Auffassungen über die nächsten Schritte kommen. Hier darf nicht tatenlos zugesehen werden; zum mindesten nehmen diejenigen, die tatenlos zusehen, eine gewaltige Verantwortung gegenüber der Zukunft unseres Volkes auf sich. Denn mehr und mehr ist es die Überzeugung der weitesten Schichten unseres Volkes — man kann es in der „Frankfurter Zeitung" lesen, man kann es widerklingen hören in manchen Reden vom Ministertisch, nicht (D) zuletzt in den Ausführungen des Reichskanzlers Bauer —, daß nur eine Hebung des sittlichen Verantwortlichkeitsgefühls und nur eine Änderung des gesamten sittlichen Status unseres Volkes uns zu retten vermag.

(Sehr richtig! rechts.)

Ist dies die Überzeugung immer weiterer Kreise, so ist es nötig, daß auch die entsprechenden Folgerungen gezogen werden, daß diejenigen Machtmittel, die die Mehrheit der gegenwärtigen Nationalversammlung in die Hände der Regierung gelegt hat, von dieser Regierung auch angewandt werden, damit nicht die Volksseele unausgesetzt verwüstet wird. Eine Reihe von Gesetzentwürfen sind aus dem Reichsamt des Innern angekündigt worden. Bisher war keiner darunter, der jene Artikel 119 ff. anlangt oder der auf gesetzliche Einführung der Zensur für Lichtspiele, auf gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutz der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gemäß Art. 118 eingeht.

Meine Herren, wie sind die **Zustände** gegenwärtig **in unserem Volksleben?** Ich würde mich nicht scheuen — das ist auch in früheren Zeiten geschehen —, wenn man mit dem Spotte des „Bußpredigers" kommt; das Wort hat Herr Ledebour schon vor dem Kriege gegen mich angewendet. Aber ich will Ihnen zitieren, was in der sozialdemokratischen **„Rheinischen Zeitung"** zu lesen ist. Dort ist folgendes Bild gezeichnet:

> Man will leben, leben und leben! Das Geld ist flüssig geworden wie noch nie. Der Kriegsgewinnler und Schieber gibt den Ton an. Sausende Autos, knisternde Seide! Pfropfen knallen! Wein, Gesang. Hunderttausende werden verdient, Zehntausende vergeudet. Die Kellner

(D. **Mumm**, Interpellant.)

(A) der „feinen“ Restaurats wissen von Zechen von märchenhafter Höhe zu berichten. „Erzberger soll das Nachsehen haben“, so höhnen die feisten Genußmenschen. Überall haben sich Spielhöllen aufgetan, in denen fabelhafte Summen gewonnen und verloren werden.“

Das sind Zustände, die alle Schichten unseres Volkes angehen, alle Schichten unseres Volkes durchseuchen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mitte November, nach der Revolution hatten wir noch eine letzte Sitzung des Bevölkerungsausschusses des zu Ende gegangenen Reichstages. Bereits dort durfte ich dasjenige, was zu erwarten steht, zur Sprache bringen, durfte die anwesenden Beamten des Reichsamts des Innern darauf aufmerksam machen, was angesichts der **Aufhebung der Zensur** bevorstünde, darauf aufmerksam machen, wie schnell die Auffassung kommen werde, daß nun bestehende Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht würden zur Anwendung kommen, nicht mehr würden so streng durchgeführt werden, daß eine Schmutzwelle durch öffentliche Bälle, durch unsaubere Postkarten, durch Illustrationen, durch die Witzblätter, nicht zuletzt durch ihren Inseratenteil, würde durch unser Volksleben hindurchgehen. Es ist bis heute, abgesehen von den Vorschriften der Verfassung, nichts geschehen. Die Bestimmungen der Verfassung — darüber müssen wir uns doch klar sein — geben Möglichkeiten, geben aber noch keine wirksame Waffe.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir hatten im alten Reichstag im Bevölkerungsausschuß — ich denke besonders an das zweite und dritte Gesetz, das uns vorgelegt war — doch in einigen Punkten eine Einigung der Parteien erzielt. Wäre es nicht möglich, daß mit diesen bevölkerungspolitisch so wichtigen Maßnahmen nun ohne jeden Verzug vorgegangen werde? Die Mißbräuche beim Hausiererwesen, die **Mißbräuche** (B) **beim Inseratenwesen** sind schreiend. Wäre nicht möglich, daß in denjenigen Punkten, in denen in den Ausschußverhandlungen ein Einvernehmen aller Parteien erzielt worden war — der gedruckte Bericht, von Dr. Strube verfaßt, liegt uns ja vor —, nun unverzüglich eingegriffen werden könnte? Ich weiß sehr wohl: es gibt andere Punkte bei den drei Gesetzentwürfen, in denen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen; aber ich denke jetzt an diejenigen Dinge, in denen eine Übereinstimmung besteht. Man kann es doch auch in den Blättern der Linken lesen, daß der Inseratenteil eines großen Teils unserer Blätter als von Schmutz durchsetzt bezeichnet werden muß, daß hier ein Eingriff notwendig ist; man kann doch auch in den Blättern der Linken ein Empfinden dafür finden, daß der Kampf gegen den Schund und Schmutz eine unbedingte Notwendigkeit ist. In dem von Leixner gegründeten Bund sind doch nicht nur ein bis zwei Parteien vertreten, sind doch die verschiedensten Auffassungen, die sich zur Geltung gebracht haben, vorhanden, und es ist das doch, Gott sei Dank, Gemeinüberzeugung weiter Kreise unseres Volkes, was Hans Thoma sagt, der in seiner Schrift „Dem Herbste des Lebens“ schreibt:

> Die wahre Kunst beruht gerade auf höchster Sittlichkeit; ihr Ziel ist Verehrung und Verklärung. Wenn sie nicht sittlich ist, so verliert sie von selbst das Recht zu bestehen.

Und das Reichsgericht hat in seinem Urteil vom 15. Mai 1914 gesagt:

> Für die gesitteten Volkskreise heben technische Vorzüge nicht ohne weiteres die Wirkung des geschlechtlich Anstößigen auf. Diese kann durchaus das Vorherrschende sein.

Meine Herren! Wir wissen, wie die Zustände in unserem Volksleben sind. Darf ich einmal eine Ziffer nennen? In dem einen Oberlandesgerichtsbezirk Hamm ist die **Zahl der verurteilten Jugendlichen** in den Jahren 1914 (C) bis 1918 von 4200 auf 24 600 gestiegen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir können nicht im Zweifel sein, daß die langjährige Trennung von Mann und Frau, daß die Ungebundenheit manches Kriegslebens gewaltige sittliche Verwüstungen in unserem Volksleben heraufgeführt hat. Es sind die allerverschiedensten Gründe, die zu dem gegenwärtigen Notstand geführt haben. Um so nötiger ist es, daß eingegriffen wird, daß die öffentliche Leichtfertigkeit nicht noch unausgesetzt gefördert werde. Die gräßlichen Lustmorde an Lehrlingen, wie sie jetzt verübt werden, das spurlose Verschwinden von Knaben und Mädchen sind die Folgen der Laxheit, mit denen gegenwärtig in weitem Umfange die Dinge angesehen werden.

Meine Herren! Es handelt sich nicht nur um eine Form; ich habe bereits verschiedene Formen, in denen das Unsittlichkeitskapital arbeitet, genannt. Aber es gibt auch manches, was nicht auf dem Gebiete des Schmutzes, sondern auf dem **Gebiete des Schundes** liegt, und dem gegenüber das Eingreifen des öffentlichen Bewußtseins nach allen Erfahrungen, die wir bisher durch viele Jahrzehnte hindurch gemacht haben, nicht ausreicht. Sehen Sie sich einmal das an, was in unseren **Bahnhofsbuchhandlungen** auszuliegen pflegt: es ist ein gewisser Prozentsatz einer geistig hochstehenden Literatur, es ist ein anderer Prozentsatz dessen, was man als leichte Eisenbahnlektüre, bei der man sich unterhalten, aber nicht anstrengen will, gelten lassen kann; aber es ist auch ein erheblicher Prozentsatz dessen dabei, was ohne Zweifel für unser Volk nicht fördernd, nicht aufstrebend wirken kann. Und darüber wollen wir doch auf der ganzen Fläche uns klar sein: es ist leichter, Volkssittlichkeit verwüsten, als Volkssittlichkeit aufbauen.

(Sehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten.)

Es ist leichter, dasjenige, was wackere Lehrer, was (D) treue Eltern in die Herzen der Jugend hineingepflanzt haben, niederzureißen, zu zerstören, als dann wiederum aufzubauen. Ich denke nicht nur an die Jugend und möchte, einem weitverbreiteten Mißverständnis entgegentretend, sagen: auch unsere Verfassung denkt nicht allein an die Jugend, auch unsere Verfassung ist sich darüber klar, daß nicht nur die Jugend bis zum 14. oder bis zum 16. Lebensjahre eines Schutzes durch die Öffentlichkeit, durch das Gesetz, durch die Verwaltung bedarf, sondern daß unser Volksleben als Ganzes — ich denke durchaus nicht nur an einen Stand — des gesetzlichen Schutzes gegen Schmutz und Schund bedarf. Ist es nicht etwas schier Unerträgliches, wenn vor wenigen Tagen hier ein Minister erklärt: der **Inseratenteil** des und des Blattes ist eine **Schweinerei**, aber ich kann nichts machen, ich habe keine Machtmittel in der Hand! Wenn das der eine Minister erklärt, dann ist das das Stichwort für den anderen Minister, dann muß eben der Minister des Innern diese Machtmittel von der Nationalversammlung anfordern, dann muß der Nationalversammlung die Verantwortung dafür auferlegt werden, ob sie derartige Zustände, die ein Vertreter des heutigen Regimes als öffentliche Schweinerei bezeichnet, noch weiter dulden will oder nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn man von diesen Fragen öffentlich redet, denkt man heutzutage in erster Linie an eine neue Form der öffentlichen Lustbarkeit, die unter dem Titel der **Kinematographen** in der ganzen Welt einen Siegeszug gehalten hat. Wer die Auffassung hegt, man müsse sämtliche Films, sämtliche Lichtbühnen verbieten, mag durch verständliche Erwägungen dazu geleitet sein. Möglich ist ein derartiger Radikalismus nicht, sondern dasjenige, was erreicht werden kann, ist lediglich dies, daß die heutigen Mißstände bekämpft werden.

(D. **Mumm**, Interpellant.)

(A) Nun würde ich in der Lage sein, Ihnen eine große Zahl von Einzelnachweisen über dasjenige zu führen, was gegenwärtig an Mißständen besteht. Ich habe eine gewisse Sorge, das zu tun; denn irgendwelche Möglichkeit zu einem Eingreifen der Zensur ist in den nächsten Wochen ohne Zweifel nicht vorhanden. Es würde also jedes derartige Einzelbeispiel, von dieser Stelle her genannt, von gewissen skrupellosen Geschäftsleuten lediglich zur Reklame verwandt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe mir erlaubt, auf den Tisch dieses Hauses eine **Zusammenstellung von vielen Filmen** auszulegen, wie sie in einer Provinz — ich habe mit Absicht nicht die Reichshauptstadt genommen —, wie sie in Schleswig-Holstein gegenwärtig aufgeführt werden. Es soll nicht gegen jeden einzelnen Bedenken erhoben werden, ich bitte, die Liste nicht so zu verstehen. Aber wenn Sie die Liste in ihrer Totalität auf sich wirken lassen, dann werden Sie verstehen: das ist Volksverwüstung schlimmster Art. Ich habe auch ein paar Annoncenseiten einer süddeutschen Zeitung hinzugelegt. Es ist immer und immer das eine erotische Element, das in den Vordergrund gestellt wird.

Das **Lichtspiel** kann an sich durchaus fördersam wirken. Wir haben Naturbilder, wir haben wissenschaftliche Bilder, haben Kunstfilms, die als erquicklich, als erfreulich, als besuchenswert bezeichnet werden können. Wir haben auch Geschichtsdarstellungen und Darstellungen aus dem Gegenwartsleben gesehen, die durchaus besuchenswert genannt werden dürfen. Aber betrachten Sie dasjenige, was die Lichtbühne in ihrer Totalität bietet, einmal unbefangen. Ich meine, hier kann kaum ein Zweifel sein: dasjenige, was im ganzen geboten wird, ist volksverwüstend, ist eine Volksseuche schlimmster Art,

(sehr richtig! im Zentrum)

ist eine Quelle des Verderbens für weiteste Kreise unseres (B) Volkes.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Nicht nur nach der geschlechtlichen Seite! Wenn man die Verzerrungen des Lebens, wie sie durchgängig im Kino geboten werden, sieht, diese vom Kino durchaus bewußt gepflegte Darstellung des Luxus, die Darstellung des Nichtstuens weiter Kreise, so kann für diejenigen, die des Wahnes sind, aus der Lichtbühne heraus das Leben kennen zu lernen, nur ein Zerrbild der Wirklichkeit daraus hervorgehen. Ich kann mir denken, daß für manche Kreise sogenannte **Aufklärungsfilme** fördersam wirken können. Als der erste derartige Film erschien, haben wir im Bevölkerungsausschuß gesagt, daß solcher in gewissen Kreisen gut wirken könne. Ich habe mich selbst dafür eingesetzt, daß solcher auch im Heere gezeigt werde. Ich habe manches Dankschreiben dafür aus der beteiligten Industrie erhalten. Aber, meine Herren, wie ist es weiter gegangen? Immer schärfer würzen, immer einer den anderen übertrumpfen, Gemeinheit auf Gemeinheit häufen, sodaß schließlich nicht in einem, sondern in einer ganzen Reihe von Fällen das Publikum selbst sich dagegen gewehrt hat! Das ist die äußerste Form der Gegenwehr, aber sicher keine erwünschte, die des Tumults, und keinesfalls eine ausreichende Form. Wir müssen danach streben, daß das Gesetz dem Argen wehrt. Und dabei gilt es, neben den Films auch deren **Plakate** nicht zu vergessen. Seit manchem Jahre sind sich in der Industrie die Beteiligten selbst darüber klar, daß hier Wandel geschaffen werden muß.

Bereits vor dem Kriege ist aus dem Kreise der Kinematographenbesitzer, die durchaus zu unterscheiden sind von den Verleihern oder gar von den Herstellern, eine Zensur begehrt worden. Aber, meine Herren, etwas Wirksames ist bisher noch nicht daraus geworden. Ich bin dem Gedanken durchaus geneigt, in den Formen einer **beruflichen Zensur** vorzugehen, (C) ich halte den Gedanken auf der ganzen Fläche des öffentlichen Lebens für erwägenswert, daß die Beteiligten selbst eine gesunde Berufsehre durch Standesorganisationen, durch Standesehrengerichte auszubilden sich bemühen. Aber hinter der beruflichen Zensur muß die **staatliche Zensur** stehen. Hier handelt es sich doch um einen so jungen Stand, handelt es sich insbesondere bei denen, die die betreffenden Films herstellen, um oft so einseitig kapitalistische Erwägungen, hinter denen alle anderen völlig zurücktreten, daß es nicht möglich ist, daß es ein völliger Abweg ist, die Dinge darauf zu schieben: die Herren sind untereinander selbst dabei, eine Filmzensur zu gestalten; dabei kann es sein Bewenden haben, nun braucht nichts weiter zu geschehen. Das ist das, was man in Arbeiterkreisen als eine weiße Salbe zu bezeichnen pflegt. In dem Augenblick, wo die Bewegung so allgemein geworden ist, wo die Zeitungen aller Richtungen widerhallen von Empörung über das, was jetzt über unser Volk dahingeht, soll jetzt eine solche Beruhigungspille gegeben werden. Nein, meine Herren! Ich stimme Herrn Dr. Arthur Landsberger zu, wenn er sagt: wenn die sogenannten Aufklärungsfilms, die seit Aufhebung der Zensur den Filmmarkt beherrschen, uns über etwas aufgeklärt haben, dann über die Skrupellosigkeit und den Geschäftssinn der Fabrikanten, die sie anregten, herstellten und vertrieben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Ich danke Ihnen, daß gerade auch aus den Reihen der Mehrheitssozialisten ein „Sehr richtig!“ gekommen ist.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist selbstverständlich! Das haben wir immer vertreten!)

— Ich freue mich dessen und kann Sie nur bitten, daß Sie die Macht, die Sie gegenwärtig haben und die auf die gegenwärtige Regierung unvergleichlich größer ist als unsere Macht, im öffentlichen Leben auch anwenden, damit etwas geschieht. Jede Woche, jeder Monat, in (D) denen nichts geschieht, ist eine Verantwortung für Sie. Dazu möchte ich aufrufen, daß diese Filme, diese Filmplakate, die das Schamgefühl nicht nur verletzen, sondern geradezu tödlich treffen, auch von Ihnen mit aller Wucht bekämpft werden, daß die wirksamen Mittel dazu geschaffen werden, die notwendig sind. Ich sage noch einmal: ich denke nicht daran, alles was von der Filmbühne geboten wird, ohne Unterschied zu verwerfen; ich weiß, wie unendlich vielfach die Unterschiede sind. Da hat sich z. B. eine Vereinigung für vaterländisches Lichtspielwesen in Berlin-Friedenau gebildet: ein Urenkel Schillers, Alexander von Gleichen-Rußwurm, gehört zu dem vorläufigen Hauptausschuß. Es ist von München-Gladbach aus in der Lichtbildnerei manches geschehen. Es haben sich gemeinnützige Lichtspiele in manchen Orten gebildet. Aber alles das wirkt nicht, solange der Wettbewerb schrankenlos bleibt. Ich habe mit manchen Kinobesitzern gesprochen, die sagten: Ich suche auch Edles, Gutes, Fördersames, ästhetisch Hochstehendes zu bieten; mein Nachbar hat aber einen viel größeren Zulauf. Mit dieser Methode allein ist es nicht zu schaffen.

Wir haben während des Krieges über die Frage verhandelt, ob nicht eine **Konzessionierung der Lichtspiele** eingeführt werden solle. Zu meiner tiefen Betrübnis ist aus rein formalen Gründen die erste Verordnung der Regierung durch den Willen der damaligen Reichstagsmajorität wieder aufgehoben worden. Es ist dann seitens der Regierung ein Entwurf eingebracht worden, der aber nicht zur Verabschiedung gelangt ist. Wir schweben hinsichtlich der Konzessionierung der Lichtspiele — eine Frage, die nicht mit zwei Worten abzutun ist — noch völlig in der Luft. Ich bin aber überzeugt: ehe wir nicht zu irgend einer Form der Konzessionierung kommen, wird es nicht möglich sein, mit gemeinnützigen Lichtspielen irgend etwas Wirk-

(D. **Mumm**, Interpellant.)

(A) sames zu erreichen. Die Konzessionierung, die auch von seiten der Filmtheaterbesitzer vielfach gefordert worden ist, scheint mir nach wie vor dasjenige Mittel zu sein, das zunächst einmal angewandt werden muß, um vorwärts zu kommen, — außer der Zensur.

Ein Drittes. Ich spreche hier nur für meine eigene Person; ich habe nicht Gelegenheit gehabt, mit meiner Fraktion darüber Rücksprache zu nehmen. Mir persönlich will es scheinen, daß gerade auf diesem Gebiet eine sehr gute Gelegenheit zu einer wirksamen **Sozialisierung** gegeben sei,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß hier einmal recht kräftig von seiten der Städte, von seiten der Öffentlichkeit, von seiten der gemeinnützigen Vereine, aber auch von seiten der Kreise, der Provinzen, der Staaten, des Reichs eingegriffen werden könnte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das könnte uns, allerdings nur im Zusammenhang mit der Konzessionspflicht, wirksam vorwärts führen.

Wenn wir nichts tun, dann wird es immer schlimmer und ärger. Ist es denn irgendwie ein Fortschritt zu nennen, wenn sich jetzt gewisse Filmhersteller, die meinen, die Zeit der Aufklärungsfilms gehe zu Ende, dem **Sensationsfilm** zuwenden, einem Sensationsfilm zum Teil so übler und niedriger Art, daß auch unsere heutige Regierung — ich denke an einen bestimmten Fall — zum Verbot hat schreiten müssen, um öffentlichen Unruhen vorzubeugen? Niemand sage, daß es sich hier um Freiheit der Kunst handelt. Es handelt sich hier nicht um Darbietungen, die belehren, Herz und Gemüt veredeln, sondern es handelt sich hier nur darum, daß die niedersten Instinkte aufgerufen werden, daß man sucht, unser Volk zu verwüsten, nur damit die betreffenden Kinobesitzer oder Filmhersteller zu großem Einkommen gelangen.

Uns liegt ein sogenanntes **Vergnügungssteuergesetz** (B) vor. Ich glaube, als Vorsitzender des 11. Ausschusses sagen zu können, daß es schwerlich in Kürze wird angenommen werden. Wenn es angenommen wird, scheint mir die Meinung dahin zu gehen, daß es wesentlich im Interesse der Städte soll genutzt werden. Jedenfalls möchte ich auch von dieser Stelle die Stadtverwaltungen darauf hinweisen, daß sie hier eine Möglichkeit haben, sich Einnahmen zu verschaffen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wenn sie verständig dort vorgehen, und daß bei dem noch unausgesetzt stark steigenden äußeren Umfang der vielen Tausende von Kinos, die wir in unserem deutschen Vaterlande haben, hier eine ergiebige Steuerquelle liegt, die meines Erachtens keinen Monat unbenutzt bleiben darf.

Es ist überhaupt eine Frage, ob nicht rein unter dem **Gesichtswinkel der Kohlenersparnis** einmal darüber gesprochen werden muß, wie viel Brennstoff dort zu einem Zwecke, der wesensnotwendig nicht ist, verwandt wird,

(sehr richtig! rechts)

ob nicht zum mindesten unter diesem Gesichtswinkel mancher Neuerrichtung von Kinos entgegengetreten werden darf.

(Sehr gut! rechts.)

Jeder von diesen gewaltigen Sälen würde Hunderten von Familien, die sonst frieren müssen, die Möglichkeit einer geheizten Wohnung geben

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und rechts)

und Licht desgleichen.

Meine Herren! Ich vermeide es, irgendwie Einzelheiten herauszuheben, was nachher reklamehaft wirken kann; ich vermeide es, dasjenige herauszuheben, was unter uns feindselig trennend werden könnte. Aber ich muß sagen, daß ich mit großen Erwartungen der Antwort der Regierung entgegensehe, und daß es mir vor allem darauf ankommt, daß hier unverzüglich gearbeitet wird. Ich kann mir wohl denken, daß die Lebensdauer dieser (C) Nationalversammlung nur ganz unwesentlich, gar nicht ins Gewicht fallend verlängert zu werden braucht, wenn auf diesem Gebiete die dringendsten Gesetze uns vorgelegt werden möchten. Der Grund, daß wir Neuwahlen begehren, kann nicht dagegen sprechen. Es ist notwendig, daß hier ohne jeden Verzug gearbeitet wird.

Bereits am 6. Mai 1912 hat sich der Verein der Kinematographenbesitzer von Chemnitz und Umgegend nach einem Vortrag über die Unterstellung der Kinematographie unter § 33a der Gewerbeordnung einstimmig für die **Konzessionspflicht der Kinematographentheater** ausgesprochen. Auch im übrigen sind gerade die Kinematographenbesitzer in weitem Umfang mit solchen Konzessionierungen einverstanden. Zum Beispiel hat der Verband der süddeutschen Kinematographenvereine, die Lichtspieltheaterbesitzer von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hessen-Nassau, Elsaß-Lothringen und Hohenzollern, der Verband Hamburg, der Reichsverband deutscher Lichtspieltheaterbesitzer in Berlin am 5. Februar 1918 sich für ein Konzessionsgesetz entschieden, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Man hat das Empfinden, daß sich nur gewisse sehr kapitalkräftige Kreise der Filmhersteller dagegen erklären.

Meine Herren, ich habe die Frage des Lichtspiels in den Mittelpunkt des Gedankens gestellt, bin aber keineswegs der Meinung, daß dies das einzige ist, um das es sich handelt. Der Kampf gegen **schmutzige Witzblätter** — es sind in den letzten Monaten Witzblätter allein zur Propagierung der freien Liebe gegründet worden, solche, in denen man — ich nenne mit Absicht den Titel nicht — folgendes lesen kann:

> Wir Mädchen wollen unseren Geschlechtstrieb nicht verleugnen, den uns die Natur mitgegeben hat, wir Mädchen wollen voll und ganz dem Manne gehören dürfen, den wir lieben. Und (D) willig wollen wir ihm unseren Körper darbieten. Sollen wir Mädchen dazu verdammt sein, unsere Jugend zu vertrauern, nur, damit wir später unserem Manne sagen können: wir sind noch unberührt? Frei und offen wollen wir alles bekennen, jedes Vorurteil muß zu Boden fallen. Das soll auch ein Erfolg der Revolution sein.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich bin überzeugt, daß gerade diejenigen, die auf dem Boden der Revolution stehen, nicht die geringste Veranlassung haben, sich solcher Früchte zu freuen,

(Zustimmung rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten)

sondern im Gegenteil sie ganz entschieden ablehnen werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Wiener Karikaturen sind vor der Revolution erschienen!)

— Gewiß, ich möchte es ausdrücklich betonen: es hat vor der Revolution der Mißstände genug gegeben — ich habe das auch eingehend dargelegt —; aber ich wollte durch ein solches Beispiel zeigen, wie diese Kräfte gerade durch die Revolution jetzt neu hervortreten dürfen, und wie sie verschärft hervortreten.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß die Zustände in unserem Volksleben heute schlimmer sind als je, kann doch kaum bestritten werden.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Man braucht nur einmal im vorigen Frühjahr etwa über den Potsdamer Platz gegangen zu sein, man braucht nur einmal in Berlin zwischen Alexanderplatz und Hackescher Markt gegangen zu sein, wo die Bankhalter ihre Zelte aufschlagen und wo die Einsätze bis zu 100 Mark angenommen werden. Was sind das alles für Schäden! Polizeibehörden und Staatsanwälte müßten die vorhandenen Gesetzesbestimmungen weit schärfer anwenden.

(D. **Mumm**, Interpellant.)

(A) Ich muß es auch sagen: ich habe mit den Vertretern der äußersten Linken manches Jahr hindurch die **Bordelle** bekämpft. Sie sind auch gegenwärtig auch dort, wo Sie (zu den Unabhängigen) die Macht haben, wie in Hamburg, nicht aufgehoben worden.

Nach alledem meine ich: wir können uns wirklich auf diesem Gebiete zusammenfinden, und wir können es erreichen, daß hier schneller gearbeitet wird, als es sonst manchmal in den Ministerien der Fall ist. Die Not ist zu riesengroß.

Ich bin heute morgen an dem Standbild einer edlen Frau im Tiergarten vorübergefahren. Sie weilt im Exil; aber das, was wir ihr danken, ist dies: daß sie uns das Vorbild einer deutschen Mutter gewesen ist, daß sie unermüdet bei den Bestrebungen zur Reinerhaltung der Familie gestanden hat. Möchte auch die Gegenwart es erzielen — dann würde auch der heutige Tag nicht der Zerklüftung, sondern der Einigung nach schweren Kämpfen dienen —, daß wir wirksame durchgreifende Mittel gegen Schund und Schande in unserem Volke nun unverzüglich ergreifen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Vorredner dafür dankbar, daß er diese Angelegenheit fast durchweg nicht als politische, sondern als moralische behandelt hat. Ich bin der Anschauung, daß alle gesunden Kräfte unseres Volkes zusammenstehen müssen im Kampfe gegen die Zersetzungserscheinungen, die er geschildert hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Was insbesondere die **Kinozensur** angeht, so habe ich die Absicht, in Ausführung der Verfassung mit größter (B) Beschleunigung eine Vorlage ausarbeiten zu lassen, die eine solche Zensur einführt.

(Bravo!)

Ich halte die Zustände auf dem Gebiet des Kinowesens, wie sie sich heute ausgebildet haben, für unerträglich.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten, im Zentrum und rechts.)

Es wird sich dabei nicht darum handeln können, den örtlichen Polizeiverwaltungen die Befugnis zuzuerkennen, Kinos zu verbieten, sondern gerade die Art der Kinofabrikation läßt es zu, daß an zwei oder drei Stellen in Deutschland allgemein für das ganze Reich eine Nachprüfung der zur Aufführung bestimmten Stücke vorgenommen werden kann.

(Zustimmung.)

Daß dabei Sachverständige zugezogen werden müssen, bedarf keiner weiteren Erörterung und liegt so im Sinne der Bestrebungen, die hier zu verfolgen sind, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche.

Es ist richtig, daß es auch in Frage kommen kann, die **Bedürfnisfrage** für die Kinos einzuführen. Es unterliegt noch einer Prüfung, ob es sich empfiehlt. Jedenfalls aber wird auch das neue Kommunalisierungsgesetz den Gemeinden die Möglichkeit geben, ein Monopol für das Kinowesen bei sich aufzurichten,

(bravo! bei den Sozialdemokraten)

und ich bin der Meinung, daß gerade dadurch, daß die Gemeinden dort, wo unerträgliche Übelstände hervorgetreten sind, das Kinowesen in die Hand nehmen, die Möglichkeit gegeben ist, nicht nur negativ, sondern auch positiv fruchtbringend zu wirken und das Kino in den Dienst der Volksbildung im besten Sinne des Wortes zu stellen.

(Sehr richtig!)

Wir gehen also in dieser Hinsicht ganz einig.

Auch die Bekämpfung der **Schund- und Schmutzliteratur** muß in die Hand genommen werden. (C) Hier liegt die Sache nicht ganz so einfach, und zwar deswegen, weil einmal die Grenzen zwischen der Schund- und Schmutzliteratur und der ernsten Literatur nicht so einfach zu ziehen sind wie im ersten Fall, und zum andern deswegen, weil heute hier die gesetzlichen Vorschriften bereits eine weitergehende Unterdrückung des Unsittlichen ermöglichen, als es beim Kinowesen der Fall ist. Wenn hier Übelstände hervorgetreten sind, so liegt es zum großen Teil auch daran, daß die Polizei von den ihr zustehenden Machtmitteln nicht überall den Gebrauch gemacht hat, den ich wünschen würde. Trotzdem glaube ich allerdings auch hier, daß es schwerlich möglich sein wird, lediglich mit polizeilichen Vorschriften auszukommen, und daß voraussichtlich nichts anderes übrig bleiben wird, als auch hier im Wege der Gesetzgebung vorzugehen. Bevor ich mich aber dazu entschließe, wird es allerdings umfangreicherer Besprechungen mit den Männern von der Kunst und von der Feder bedürfen, damit hier ein Gesetz zustandekommt, das nicht mit dem Ungesunden auch Gesundes zerstört.

Im ganzen also kann ich dem Herrn Interpellanten nur erklären, daß ich von dem Boden desjenigen, was er vorgetragen hat, nicht weit entfernt bin. Ich habe selbst bei der Verfassung daran mitgewirkt, daß die Vollmachten, auf diesem Gebiete vorzugehen, in die Verfassung hineingeschrieben worden sind, und ich werde mich nicht damit begnügen, daß die in der Verfassung gegebenen Vollmachten auf dem Papier stehen bleiben, sondern es als meine Pflicht betrachten, in meinem Amtsbereich möglichst bald dafür zu sorgen, daß diese Vollmachten auch ausgeführt werden und den unser Volksleben sehr verderblichen Erscheinungen gesteuert wird.

(Lebhafter Beifall.)

(D) **Präsident:** Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der Interpellation; ich bitte, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Präsident: Der Antrag bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder. Ich stelle die Unterstützungsfrage.

(Pause.)

Die Unterstützung reicht aus.

Ich möchte Ihnen dann vorschlagen, die Besprechung der Interpellation zu verbinden mit dem folgenden Gegenstand der Tagesordnung, der Beratung über den Etat des Reichsministeriums des Innern. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe demgemäß auf den dritten Gegenstand der Tagesordnung, die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar:

Haushalt des Reichsministeriums des Innern (Anlage IV) **nebst Ergänzung.**
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1137 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Meerfeld.
Antrag Nr. 1145 —

zugleich mit der Besprechung über die eben begründete und beantwortete Interpellation.

Ich erteile zunächst das Wort dem Berichterstatter, und zwar an Stelle des Herrn Abgeordneten Dr. Meerfeld dem Herrn Abgeordneten Hoch.

(A) **Koch,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Im Haushaltsausschuß sind Kap. 7 Tit. 1 und die folgenden, die den Aufbau des Reichsministeriums des Innern betreffen, eingehend besprochen worden. Der Herr Berichterstatter mußte dabei darauf hinweisen, daß der Reichsrat Streichungen vorgenommen habe, die unmöglich aufrechterhalten werden können, wenn das Reichsministerium des Innern seine großen Aufgaben genügend erfüllen soll.

Von den **drei geforderten Vortragenden Räten** hat der Reichsrat nur einen einzigen stehen lassen. Das war um so bedauerlicher, als die beiden gestrichenen Räte für die kulturpolitische Abteilung gefordert waren, eine Abteilung, die erst neu errichtet werden soll und die große Aufgaben zu erfüllen haben wird. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den großen Neuaufbau des Bildungswesens durchzuführen; und hierzu müssen die erforderlichen Kräfte unbedingt gestellt werden. Aus diesem Grunde wurde beantragt, daß die beiden gestrichenen Stellen wieder eingesetzt werden.

Die Aufgaben des Reichsministeriums des Innern sind in letzter Zeit auch auf anderen Gebieten sehr gewachsen. So ist eine neue **Abteilung für Elsaß-Lothringen** eingerichtet worden. Auch die Beamtenfragen sollen dort behandelt werden.

Der Herr Minister erkannte zwar an, daß die traurigen Verhältnisse unseres Landes unbedingt die größte Sparsamkeit erforderten; aber auch er sprach die Überzeugung aus, daß die vorhandenen Kräfte durchaus nicht genügten, um alles das zu leisten, was geleistet werden muß. Es handle sich jetzt, so führte er aus, darum, daß eine ganz neue Abteilung, beinahe ein **Reichskulturministerium,** eingerichtet werden solle. Hier sollen die großen Schulgesetze ausgearbeitet werden; aber zunächst stehe niemand für diese Aufgabe zur Verfügung. Die (B) Arbeiten, die die Verfassung hervorgerufen hat, fingen ebenfalls im Reichsministerium des Innern eigentlich erst an. Durch die Verfassung sind allein 12 Gesetze bedingt, die im Reichsministerium des Innern jetzt vorbereitet werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß es sich um eine erhebliche Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit des Reichsministeriums des Innern handle. So kommen beispielsweise in Betracht die Polizeifragen und die umfangreichen Arbeiten, die sich auf die besetzten Gebiete beziehen.

Die Aussprache ergab, daß in der Tat mehr geschehen müsse, als nach dem vorliegenden Entwurf in Aussicht genommen war. Hingewiesen wurde noch auf die Volkshochschulbewegung, die immer weitere Kreise ergriffen hat und die große Aufmerksamkeit erfordert und auf die **Gesellschaft für Volksbildung,** die in den letzten Tagen ihre Hauptversammlung abgehalten und dabei gezeigt habe, daß sie auch den neuen Anforderungen der Zeit gerecht zu werden wünsche. Diese Gesellschaft ist früher aus dem Kaiserlichen Dispositionsfonds unterstützt worden. Jetzt müssen auf andere Weise die notwendigen Mittel beschafft werden. Aus diesem Grunde wurde vorgeschlagen, einen Unterstützungsfonds in Höhe von 100 000 Mark einzustellen, so daß die Abteilung für Kulturpolitik in der Lage sei, ihre Zwecke zu erfüllen. Der Ausschuß nahm die Anträge an und ersucht jetzt, die Ihnen vorliegenden Erweiterungen anzunehmen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister des Innern Koch.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Wenn ich heute zum ersten Male vor diesem Hause erscheine, so lassen Sie mich meine Erörterungen damit beginnen, daß ich Ihnen erkläre, daß es meine Absicht ist, mein Amt sachlich und ohne Voreingenommenheit zu führen. Unter meiner Amtsführung wird mein Amt (C) weder ein Tummelplatz der politischen Agitation noch eine Propagandastelle für eine einzelne Partei werden.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich sehe in meinem Amte folgende zwei große Aufgaben: Es handelt sich zunächst darum, die öffentliche Ordnung im Reiche wieder herzustellen,

(bravo!)

und es handelt sich zum anderen darum, eine ganze Reihe von Gesetzen dem Stande unserer Gesetzgebung und unseres Volkslebens den Bedürfnissen der neuen Zeit anzupassen.

Ich stelle bewußt die **Wiederaufrichtung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung** in den Vordergrund;

(sehr richtig!)

sie ist die Grundlage und die Voraussetzung für alle weitere Arbeit. Unser deutsches Volk ist ein Volk, das die Ordnung liebt und sich ohne Ordnung nicht wohlfühlt.

(Sehr wahr!)

Es hat nach fünf Jahren des Krieges und nach der Revolution, nachdem es seelisch aus dem Gleichgewicht gebracht worden ist, Anspruch darauf, zur Ruhe zu kommen. Wenn ich das ausspreche, so ist das nicht undemokratisch; im Gegenteil, auf die Dauer wird unser Volk nur dem anhangen, der ihm die Ordnung gibt.

(Sehr richtig!)

Wenn es der Demokratie nicht gelingen sollte, Ordnung zu schaffen, so würde die Demokratie ihre Aufgabe nicht erfüllt haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer dem Volk die Freiheit bringen will, muß ihm die Ordnung bringen. Denn eines ohne das andere wird nicht bestehen.

Ich glaube, daß zu einem übertriebenen Pessimismus, was die Seele unseres Volks angeht, keine Veranlassung gegeben ist. Wenn wir bedenken, wie jahre- und jahr- (D) zehntelange Wirren in anderen Staaten unglücklichen Kriegen und der Revolution gefolgt sind, so müssen wir, vom Standpunkte der Geschichte aus gesehen, dieses eine Jahr, das hinter uns liegt, als eine verhältnismäßig kurze Epoche bezeichnen.

(Sehr richtig! links.)

Ich lebe der bestimmten Hoffnung, daß unser Volk erstarken und seelisch gesunden wird. Die Erscheinungen dafür liegen vor. Ich bin der Meinung, daß unsere Männer, die, als Soldaten aus ihrem seelischen Gleichgewicht gebracht, wieder heimgekehrt sind, allmählich wieder anfangen, politisch gesehen, Staatsbürger und, wirtschaftlich gesehen, Arbeiter zu werden.

(Sehr schön! Bravo!)

Diesen ruhigen Entwicklungsgang zu fördern und zu schützen, ist unsere Aufgabe.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber man soll nicht vergessen, daß unser Volk seelisch auch heute noch nicht wieder völlig gesund ist. Man soll unserem Volk in dieser schweren Zeit nicht mit neuen Verfassungskämpfen, nicht mit Erörterungen über eine neue Verfassungsform kommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das verträgt unser Volk noch nicht, und es erneut in Verfassungskämpfe hineinführen wollen, ist nichts anderes, als wenn man einen Verwundeten, einen Fieberkranken erneut in den Schützengraben schicken wollte. Meine Damen und Herren! Ich weiß sehr wohl: der Baum unserer jungen republikanischen Freiheit ist noch schwank; es ist nicht schwer, ihn zu rütteln und zu schütteln. Ich fürchte aber, daß viele von denen, die an diesem Baume heute schütteln, nicht zu denen gehören, denen nachher die Frucht in den Schoß fallen wird.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) Wenn wir an die wichtige und große Aufgabe herangehen, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, so können wir uns dabei nicht allein auf polizeiliche Maßnahmen verlassen. Andererseits ist dabei eine **geordnete Polizei** unentbehrlich, so daß auch mein Ressort beteiligt ist. Denn ich weiß, daß ich mit dem hochverdienten Herrn Reichswehrminister in der Auffassung übereinstimme, daß es an der Zeit ist, in aller Ruhe und mit aller Vorsicht allmählich die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung aus den Händen des Militärs in die Hände der bürgerlichen Behörden zurückzulegen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei kann natürlich eine völlige Rückübertragung an die Landespolizeibehörden im Augenblick noch nicht in Frage kommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie sind zu verzweigt, sind in ihrer Zusammensetzung und Auffassung zu verschiedenartig, als daß man diesen Behörden in einer Zeit, in der das ganze Reich noch in Erregung ist, allein diese Verantwortung übertragen könnte. So tritt von selbst die Notwendigkeit hervor, daß das Reichsministerium des Innern als Polizeiministerium sich an der Lösung dieser Frage in erster Linie beteiligt. Wir sind daran, diese Aufgabe zu erfüllen. Es wird zunächst unsere Aufgabe sein, eine **Wasserpolizei** zu schaffen, schon wegen des Lebensmittelschmuggels aber auch aus anderen Gründen. Die Einrichtung ist im Werden. Es wird weiter erforderlich sein, der Kriminalpolizei für das Reich einen einheitlichen Oberbau beim Reichsministerium des Innern zu geben. Den Gedanken einer **reichseigenen Polizei** lehne ich im übrigen ab. Es würde kostspielig und verworren sein, wenn wir neben der Landespolizei noch eine eigene Reichspolizeitruppe schaffen wollten. Auf diesem Gebiete kann es nur die Aufgabe des Reiches sein, die Länder in (B) ihren Bestrebungen zu unterstützen und auf Einheitlichkeit hinzuwirken.

Eine weitere Aufgabe auf dem Gebiete der Polizei besteht darin, die Rechtssicherheit zu schützen. Namentlich ist dringlich die Einführung eines **neuen Schutzhaftgesetzes,** das mit den vielen in dieser Beziehung beklagten Mängeln aufgeräumt. Dringlich ist auch ein geordnetes **Fremdenrecht,** damit wir zu geordneten und gesicherten Zuständen kommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Im ganzen befinde ich mich in Übereinstimmung mit dem Herrn Justizminister und seinen neulichen Ausführungen, indem ich das größte Gewicht darauf lege, daß wir durch Aufrechterhaltung und Sicherung der öffentlichen Ordnung in jeder Beziehung zu den Zuständen eines **Rechtsstaates** zurückkehren,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und indem ich dafür sorge, daß Organe, denen die rechtliche Grundlage fehlt, sich nicht in die Rechtsverhältnisse der Behörden und der Einzelpersonen einmischen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich vom Rechtsstaate rede, so bin ich den Fragen der Verfassung nicht fern. Wir haben die neue Reichsverfassung geschaffen, und ich spreche in Ihrem Sinne, wenn ich dabei dem Schöpfer und hervorragendem Mitarbeiter an dieser Verfassung, meinem hochverehrten Vorgänger, dem Herrn Minister Dr. Preuß, nochmals unseren Dank zum Ausdruck bringe.

(Bravo!)

Die Verfassung hat uns die **Reichseinheit** erhalten, und auch hier darf ich sagen, daß es eine Aufgabe der Demokratie ist, die Reichseinheit zu schützen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Würde ihr das nicht gelingen, so würde sie in diesem Punkte versagt haben und durch andere Staatsformen (C) abgelöst werden. Aber wir werden nicht versagen und werden unsere erste Aufgabe in der Aufrechterhaltung der Reichseinheit sehen.

(Bravo!)

Reichseinheit ist noch nicht Einheitsstaat. Wir haben durch die Verfassung der Form nach noch nicht den Einheitsstaat bekommen, aber im Gegensatz zu der früheren hat die neue Verfassung den Weg zum Einheitsstaate freigemacht. Es bedarf keiner neuen Verfassungsänderung, sondern ganz von selbst werden wir aus finanziellen, politischen und völkischen Gründen heraus auf Grund der jetzt geschaffenen Verfassung zum Einheitsstaat gelangen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Dieser Weg kann ruhig und ohne Verletzung der Rechte der Länder gegangen werden. Ich betrachte es als meine Aufgabe in meinem Amt, den Ländern zu geben, was der Länder ist. Andererseits aber muß anerkannt werden, daß infolge des neuen Gefüges des Reichs die Stellung des Reichs eine überragendere geworden ist. Das Reich ist nicht mehr, aus dem „Bund der Fürsten" zusammengesetzt, ein Gebilde unselbständiger Natur, sondern das Reich trägt seine Lebensberechtigung und seinen Lebenswillen in sich. Es ist ein selbständiges Wesen, geschaffen aus dem Willen der Beteiligten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aus diesem Grunde muß vom Standpunkt des Reiches verlangt und erwartet werden, daß jede wichtige Frage innerhalb des Reiches nicht ohne Mitwirkung und ohne Berücksichtigung der Reichsinteressen gelöst wird.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Es gibt in diesem Sinne keine preußische oder bayerische Frage mehr, sondern jede Frage, wenn sie für das gesamte Reich irgendwie von Bedeutung ist, ist zugleich eine deutsche Frage, an deren Lösung mitzuwirken wir berufen sind. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Nichts hat dem Reichsgedanken bisher so sehr Abbruch getan als der Gedanke, als ob mit der Reichseinheit und dem Einheitsstaat gleichzeitig eine Zentralisation verbunden sein müsse. **Zentralisation** auf jedem Gebiete ist während des Krieges dem deutschen Charakter noch weniger sympatisch geworden, als es bereits vor dem Krieg der Fall war. Die Kriegswirtschaft und die Kriegsorganisationen haben namentlich in Süddeutschland die Abneigung gegen eine Zentralisation verschärft.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Und mit einem gewissen Unrecht verwechselt man heute diese Zentralisation mit dem Unitarismus. Ich habe keinen Zweifel darüber, daß, selbst wenn wir zum Einheitsstaat kommen, dieser nur eine dezentralisierte Form haben kann. Die Zentralisation der Behörden an einer Stelle, die Fiktion, als ob es möglich wäre, von einer Stelle aus die Geschicke eines 70-Millionenreiches zu lenken, ist unmöglich und trägt den Keim des Verfalles in sich selbst.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es gibt wenige leitende Männer, die in der Lage sind, bis in die letzten Grenzen des Reichs hinein ihre Anschauungen so durchzusetzen und zu vertreten, daß sie wirklich auch gern von dem letzten Beamten ausgeführt werden. Man kommt auf diesem Wege zu einer Überfülle von Verordnungen, die unerträglich ist,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und man kommt draußen zu Beamten, die bei jeder Maßnahme sich unfähig fühlen, auf die Entscheidung in Berlin einzuwirken, die dasjenige, was sie ausführen, unter Umständen unwillig, unter Umständen ohne Unterdrückung von Kritik, jedenfalls aber maschinenmäßig zur Aus-

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) führung bringen. Wir werden uns also bei den Aufgaben, die dem Reichsamt des Innern übertragen werden sollen, immer klar machen, daß es eines der wichtigsten Dinge ist, dafür zu sorgen, daß diese Ausführung in möglichst dezentralisierter Form durch Organe der Landesverwaltung und der Selbstverwaltung geschieht. Wir hoffen, auf diese Weise dem Gedanken des Unitarismus nicht zu schaden, sondern in hohem Maße zu nützen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Artikel 18 der neuen Reichsverfassung sieht eine **Neugliederung des Reichs** voraus. Es ist erfreulich, daß die Streitigkeiten darüber um zwei Jahre hinausgeschoben sind. Denn die gegenwärtige heiße Zeit ist nicht dazu angetan, diese Fragen endgültig zu lösen. Inzwischen aber werden die Fragen in meinem Reichsamt des Innern ohne Voreingenommenheit studiert und vorbereitet werden müssen. Es ist uns durch die Nationalversammlung zur Pflicht gemacht, eine **Zentralstelle** einzusetzen, die sich mit diesen Fragen beschäftigt, und ich halte es für eine der wichtigsten Aufgaben meines Ressorts, an die Erörterung dieser Fragen heranzugehen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Ich betone von vornherein — und hoffe damit Bedenklichkeiten auslöschen zu können, die eine mißverstandene Äußerung von mir bei einem Teile des Hauses ausgelöst hat —, daß ich aufs schärfste unterscheide zwischen den Loslösungsbestrebungen vom Reich und dem Gedanken einer Neugliederung des Reichs.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden also an die Lösung dieser Frage ohne Voreingenommenheit und mit aller Loyalität herangehen. Wir werden allerdings diese Fragen nicht in erster Linie auf diesem Wege lösen können. Nach meiner Ansicht wird (B) ihre Lösung und der Weg zum Einheitsstaat darin bestehen, daß das Reich mehr und mehr weitere Zuständigkeiten an sich zieht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß **Preußen** seinerseits seinen Provinzen eine immer weitergehende Selbständigkeit gibt, sodaß der Unterschied zwischen dem deutschen Land und der preußischen Provinz allmählich und in aller Vorsicht überwunden wird.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich weiß mich zu meiner Freude bei diesen Erklärungen im Einklang mit vielen Erklärungen der preußischen Regierung und hoffe deshalb, daß es gelingen wird, die Reibungen, die das Nebeneinander der beiden großen Regierungen mit sich bringen könnte, immer zu beseitigen, ehe sie entzündlich werden.

Ich brauche Ihnen die übrigen **Aufgaben**, die die Verfassung dem **Reichsminister des Innern** bringt, nicht aufzuzählen; denn die Beratungen der Verfassung sind noch in frischer Erinnerung. Wir werden Ihnen in Bälde ein **Wahlgesetz** vorlegen, das den bewährten und gerechten Grundgedanken der **Verhältniswahl** beibehält, immerhin aber den Versuch macht, die Beziehungen des Abgeordneten zu seinem Wahlkreise wieder enger zu knüpfen. Ein Gesetz über die Reichspräsidentenwahl und eines über den Volksentscheid ist in Vorbereitung. Ein Gesetz über den Staatsgerichtshof wird bereits von Ihnen bearbeitet; ein solches über das Reichsverwaltungsgericht wird nachfolgen, ebenso ein Gesetz über den bei Gefährdung der Ordnung zu schaffenden Notwehrzustand des Staates. Endlich ist das bisherige Gesetz über die Reichs- und Staatsangehörigkeit durch die Verfassung überholt. Ich werde eine Novelle ausarbeiten lassen, die den Gesichtspunkt der Reichsangehörigkeit in den Vordergrund stellt.

Meine Damen und Herren! Die Verfassung gibt uns unter anderen wichtigen Aufgaben insbesondere die Lösung (C) der **Beamtenfragen** in die Hand. An diese Lösung muß herangegangen werden unter vorsichtiger Schonung der guten und alten Überlieferungen unseres Beamtenstandes, die seit jeher unser Stolz gewesen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es muß aber auch daran gegangen werden in der vollen Anerkennung, daß den Beamten nicht nur ihre alten Rechte für sicher erklärt werden müssen, sondern daß zugleich den Grundsätzen einer neuen Zeit Rechnung getragen werden muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Eine **Mitwirkung des Beamten** an den Angelegenheiten seiner **Dienstverhältnisse** ist zweckmäßig und gerecht.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich stehe lange genug an der Spitze eines großen Beamtenkörpers, um zu wissen, daß es zwar eine große Reihe von Dingen gibt, die sich aus der Vogelperspektive besser lösen lassen, dort, wo die Übersicht vorhanden ist, als vom flachen Boden aus; ich weiß aber ebenso gut, daß es eine große Reihe von anderen Dingen gibt, die derjenige, der vielleicht nur einmal im Monat Zeit und Lust findet, aus den Wolken hervorzutreten, nicht so gut lösen und ausführen kann wie derjenige, der unmittelbar im Betriebe beständig unter Einsetzung seiner eigenen Person arbeitet.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden also auf dem Gebiete der Besoldung, Einreihung und Beschäftigung der Beamten und auf dem Gebiete der Mitwirkung im Betriebe den Beamten mancherlei und weitgehende Rechte einräumen können, ohne fürchten zu müssen, daß der feste Bestand unseres Beamtentums darunter zerbricht.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei wird gleichzeitig die **Gehaltsfrage** einer **Neuregelung** unterzogen werden müssen, und soweit mein (D) Ressort dabei beteiligt ist, kann ich nur erklären, daß ich diese Frage für überaus dringend halte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Bezüge der unteren und mittleren Beamten sind zurzeit häufig so gering, daß sie unter die der Arbeiter weit herunterkommen, und daß sie oft nicht ausreichen, um die Not vom Hause fern zu halten.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Auch die Bezüge der höheren Beamten sind heute nicht mehr der Verantwortung ihrer Stellung gemäß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Auch das auszusprechen, ist nicht undemokratisch, sondern im Gegenteil!

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade die Demokratie hat alle Veranlassung, sich für die verantwortlichen Posten Beamte zu sichern, die nicht mit einem Teil ihrer Bezüge auf ihren Geldbeutel oder den Geldbeutel ihrer Eltern angewiesen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Damit wird man zugleich auch der **Korruption im Beamtenstande** steuern können, die ja leider zuerst im Kriege in so erschreckendem Maße hervorgetreten ist. Ich halte den Kampf gegen diese Korruption für besonders wichtig; ich weiß aber, daß diese Reinigung innerhalb unserer Beamtenschaft nur durchzuführen ist, wenn sie eine Selbstreinigung ist.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Also auch hier wird die Heranziehung der Beamtenkorporationen von ganz besonderer Wichtigkeit sein, und es wird davon auszugehen sein, daß diese Korporationen, wenn man ihnen Rechte verleiht, gleichzeitig auch Pflichten übernehmen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich darf Ihnen als ein erfreuliches Zeichen mitteilen,

(Koch, Reichsminister des Innern.)

(A) daß ich vor wenigen Tagen ein Telegramm aus Freiburg im Breisgau von sämtlichen Organisationen der dortigen Verkehrsbeamten und Verkehrsarbeiter erhalten habe, die sich freiwillig in Erkenntnis der Haltlosigkeit der gegenwärtigen Zustände zur rückhaltlosen Mitarbeit bei der Ausrottung der Korruption bereit erklären.

(Bravo!)

Ich weiß, daß ein solches Beispiel in unserer Beamten- und Arbeiterschaft Widerhall finden wird.

Meine Damen und Herren! Eine Frage, die ganz neu an das Reichsministerium des Innern herankommt, ist die **Mitwirkung in allen Kulturangelegenheiten.** Waren sie bisher der Zuständigkeit der Länder allein vorbehalten, so hat die neue Reichsverfassung sie dem Reich zu einem großen Teile zugewiesen. Damit ist mein Ministerium, wenn ich mich so ausdrücken darf, gleichzeitig ein Reichskultusministerium oder, wie ich lieber sagen möchte, ein Reichskulturministerium geworden.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden in der heutigen Zeit diesen Kulturaufgaben unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das geistige Bedürfnis unseres Volkes wird zurzeit zu einem großen Teil nur von politischen Fragen bestritten. So wichtig und wertvoll die Politik ist, so notwendig die Mitwirkung dabei für den einzelnen ist: sie vermag das Leben nicht auszufüllen und vermag das um so weniger in einer Zeit wie der jetzigen, wo wir in Verhältnissen leben, in denen die Beschäftigung mit der Politik leicht zu einer Entmutigung führen kann. Da soll Trost und Zuflucht in den Aufgaben und in der Beschäftigung mit allen Dingen der Kultur gefunden werden. Und nicht nur im Inlande; wir haben alle Veranlassung, auch im Auslande, wo wir mit Panzerschiffen nicht mehr wirken können, dadurch zu wirken, daß wir kulturelle Probleme (B) an das Ausland heranbringen und das Ausland mit den Ergebnissen unserer deutschen Kultur bekanntmachen.

(Beifall.)

War das bisher eine Aufgabe der Einzelstaaten, und ist es von Preußen zu einem Teile gelöst worden, so wird es durch die neue Verfassung eine Aufgabe des Reichs, deren Wichtigkeit — das weiß ich — sich hier im Hause niemand verschließen wird,

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und noch ein Drittes. Wir haben, wenn wir die Kulturaufgaben von Reichs wegen pflegen, daran zu denken, daß es infolge dieses unglückseligen Friedens außerhalb der Reichsgrenzen Millionen und aber Millionen Deutsche gibt, die mit Deutschland leider, solange das Verständnis bei den anderen fremden Völkern nicht eingekehrt ist, nur durch die Bande der Kultur verbunden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben alle Veranlassung, die Beziehungen zu diesen Auslandsdeutschen, wie ich sie heute leider nennen muß, durch die Pflege der deutschen Kultur und durch Herbeiführung eines engen Zusammenhangs auf kulturellem Gebiete zu fördern und zu vertiefen.

(Lebhafter Beifall links.)

Von den Kulturaufgaben, die meinem Ressort obliegen, ist die nächstliegende die **Ausarbeitung einer neuen Schulgesetzgebung.**

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Vorarbeiten dafür sind im Gange. Eine Vorkonferenz habe ich bereits für die nächste Woche nach Berlin berufen; sie soll die Grundlage geben für die weitere Vorbereitung einer großen Schulkonferenz, die für das Frühjahr des nächsten Jahres in Aussicht genommen ist, und wobei ich — ich hoffe, ich brauche das nicht besonders zu betonen — alle bewährten Fachleute ohne Unterschied ihrer politischen und pädagogischen Überzeugung heranziehen werde. (C)

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Gebiete des Schulwesens wird es zunächst darauf ankommen, daß wir die tiefe Zerklüftung, die unser Volk auch heute nach dem Kriege noch in sozialer Beziehung empfindet, wenigstens in der Schule sobald wie möglich ausgleichen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist die wichtigste politische Aufgabe, die die Schule zu erfüllen hat. Darüber hinaus soll Politik aus der Schule fernbleiben.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, ich spreche im Sinne des größten Teils dieses Hauses, wenn ich sage, daß wir darin einig sind, daß unsere Schule nicht zum Agitationslokal heruntergewürdigt werden soll.

(Lebhafte Zustimmung.)

Religionsfeindschaft wird aus meinem Ressort verbannt sein. Ich bin der Meinung, daß wir aus der Jahrhunderte langen Leidensgeschichte unseres Volkes mindestens das eine, nämlich religiöse Duldsamkeit gelernt haben müssen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Bestimmungen der Reichsverfassung, die auf diesem Gebiet gegeben sind, werden von mir mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt, und wenn, wie es heißt, einzelne Länder sich den hier gegebenen Bestimmungen zum Schutze der Religion nicht fügen wollen, so wird es Aufgabe der Reichsexekutive sein, durchzugreifen.

(Bravo! und sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten. — Oho! und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe im Zentrum: Selbstverständlich!)

Ja, das ist selbstverständlich, schon weil die Achtung vor (D) dem Gesetz und noch mehr die Achtung vor unserer Verfassung zu fördern, unsere wichtigste Aufgabe wird sein müssen.

Chauvinismus in jeder Form ist aus unserer Schule zu verbannen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber das **Nationalbewußtsein** soll in unseren **Schulen** gepflegt werden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Mag in unsern Schulen in Zeiten der nationalen Überhebung manchmal das Nationalbewußtsein vom Standpunkt eines starken Chauvinismus betrieben worden sein, heute in der Zeit der nationalen Erniedrigung kommt es darauf an, daß die Schule den Zöglingen den Wert und die Größe der deutschen Geschichte und des deutschen Volkes und seiner Leistungen einflößt.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Neben der Aufgabe, unser Schulwesen neu zu ordnen, steht die eben so wichtige Aufgabe, auch die **Jugendwohlfahrt** von Reichs wegen in die Hand zu nehmen. Nicht als wenn ich mir von einem Reichsjugendwohlfahrtgesetz eine endgültige Abhilfe verspräche, denn ich bin der Meinung, die Hauptsache auf dem Gebiete kann nur innerhalb der Gemeinden und innerhalb der örtlichen Organisationen geleistet werden. Aber der Rahmen dafür, daß nicht gegeneinander und nebeneinander gearbeitet wird, muß von Reichs wegen gegeben sein. Die Jugend ist uns in der Zeit, wo uns der Krieg so viele Verluste an Kapitalien, auch an dem wichtigsten Arbeitskapital gebracht hat, unsere Zukunftshoffnung. Nur wenn wir eine gesunde Jugend auferziehen, können wir hoffen, daß wir diese Verluste wieder einbringen, umsomehr, als die Zukunft der deutschen Arbeit in erster Linie in Qualitätsarbeit besteht. Qualitätsarbeit aber können nur Qualitätsmenschen

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) leisten. Wir werden uns bei der Förderung der Jugendwohlfahrt nicht auf negative Maßnahmen beschränken können. Was nach dieser Richtung hin auf dem Gebiete der Beschränkung der Schmutz- und Schundliteratur und des Kinowesens geschehen kann, habe ich bereits vorhin ausführen können. Auch die Maßnahmen gegen die Verwahrlosung der Jugend, die sonst zu ergreifen sind, werden nicht allein genügen. Es kommt darauf an, der Jugend, namentlich der Großstadtjugend, wieder einen positiven Lebensinhalt zu geben, namentlich durch die Pflege der Fortbildung, durch die Pflege des Sports und der Leibesübungen, auf die ich besonderes Gewicht lege, und dadurch, daß Einrichtungen für die geistige Erholung getroffen werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Fortbildungsschulen!)

— Ja, ich habe von der Fortbildung gesprochen, ich nehme an, daß die Fortbildungsschule ein ganz besonders wichtiges Kapitel auf diesem Gebiete zu sein hat.

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist mein Ressort im allgemeinen nicht zuständig. Indessen habe ich den Auftrag, ein **Kommunalisierungsgesetz** für die Gemeinden auszuarbeiten. Der Entwurf liegt fast vor. Für die Städte ist die Kommunalisierung nichts Neues, sondern wir haben seit Jahrzehnten uns damit befaßt, diejenigen Einrichtungen, die dem öffentlichen Wohle dienen, in die Hand der Kommunen zu bringen. Das Kommunalisierungsgesetz muß die Aufgabe haben, den Gemeinden diese Möglichkeit zu erleichtern. Ich denke dabei an Verkehrsunternehmungen, an die großen Licht- und Kraftzentralen, an das Beerdigungswesen, das Anschlagwesen, das Kino- und Theaterwesen und manches andere. Heute, wo die Stadtverordnetenversammlungen neu zusammengesetzt sind, ist es eine besonders wichtige Aufgabe, ihnen Gelegenheit zu kraftvoller Arbeit auf diesem Gebiet zu geben. Denn

(B) die Stadtverordnetenversammlungen wollen arbeiten. Vor Experimenten auf diesem Gebiet, die unsere Volkswirtschaft weiter erschüttern und unseren Mittelstand vernichten würden, warne ich auch bei Gelegenheit der Einbringung des Kommunalisierungsgesetzes.

(Sehr richtig!)

Ein ganz besonders wichtiges Gebiet, das meiner Fürsorge anvertraut ist und das die schmerzlichsten Gedanken wachruft, ist die **Sorge für die vertriebenen Elsaß-Lothringer.** Durch die Franzosen sind heute bereits 85 000 Personen,

(hört! hört!)

darunter 5000 **Beamte** — das ist fast ein Viertel der Altdeutschen — aus Elsaß-Lothringen vertrieben worden.

(Hört! Hört! und Pfuirufe.)

Schon regt sich in Elsaß-Lothringen die Sehnsucht nach diesen altbewährten Elementen.

(Hört! Hört!)

Auf diesem Gebiet ist es naturgemäß in der Zeit des ersten Anlaufs und der ersten Wirren nicht immer möglich gewesen, so zu arbeiten, wie es mir und meinen Beamten in jeder Hinsicht lieb gewesen wäre. Immerhin ist es bereits gelungen, fast ein Drittel der in Frage kommenden Beamten unterzubringen, und ich appelliere bei dieser Gelegenheit an alle Ressorts im Reiche und der Länder, berechtigte Wünsche der eigenen Beamten zurückzustellen, wenn es sich um die Erfüllung dieser allerwichtigsten aller Aufgaben auf diesem Gebiet handelt. Weiter sind dem Roten Kreuz erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, auch ist eine Darlehnskasse geschaffen worden. Die Sorge für die **aus dem Osten Vertriebenen** liegt in erster Linie Preußen ob und wird dort in fürsorglicher Weise gehandhabt. Immerhin wird auch mein Ressort mit diesen Fragen befaßt werden. Im ganzen wird es keine vornehmere Sorge geben dürfen als die für diese Unglücklichen. Wir Deutsche sind (C) alle arm geworden, arm an irdischen Gütern, arm auch an Hoffnungen auf einen schleunigen und sofortigen Aufstieg unseres Volkes. Dies aber sind die Ärmsten unter uns Armen, und ihnen zu helfen, muß auch einem armen Volke Pflicht sein.

(Bravo!)

Ebenso wichtig, aber hoffnungsvoller ist die **Sorge für die besetzten Gebiete.** Auch hier sind die Klagen, die meinem Amtsbereich zugegangen sind, zahlloser Natur. Ich hoffe, daß es mit der Ratifizierung des Friedens möglich sein wird, diesen Klagen in wirksamerer Weise abzuhelfen, als es bisher bei der Unsicherheit der gesamten Rechtszustände im besetzten Gebiete manchmal möglich gewesen ist. Die Einrichtung eines **Reichskommissariats** ist, wie Sie wissen, bereits geschehen. Dadurch wird der Bevölkerung Gelegenheit gegeben sein, unser Ohr und das Ohr der Kommandeure der Besatzungstruppen besser als bisher zu finden. Namentlich im französischen Gebiet ist mit der Beschlagnahme von Häusern zu militärischen Zwecken außerordentlich schroff vorgegangen worden. In vielen Fällen sind Familien aus ihren Häusern mit einer Frist von wenigen Stunden vertrieben worden, ohne die Erlaubnis, auch nur das Geringste an Hausgerät mitzunehmen.

(Hört! Hört! und lebhafte Pfuirufe. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das ist nicht nur im französischen Gebiet gewesen!)

Welche Schwierigkeiten und Leiden sich für den einzelnen daraus ergeben, brauche ich hier nicht darzulegen. Unsere Aufgabe muß es sein, den Städten, die hiervon betroffen sind, zu helfen. Es wird erforderlich sein, daß Reichsmittel gegeben werden, damit diese Städte in die Lage kommen, so bald wie irgend möglich Ersatz für die beschlagnahmten Häuser zu bauen und dadurch zu erreichen, daß die Menschen, die sonst aus diesen Gebieten fort- (D) ziehen müßten — sie sind für die Städte oft die besten Steuerzahler —, in diesen Gebieten gehalten werden können. Daß ich dabei als alter Bürgermeister Wert darauf lege, diese Bauten nach Möglichkeit nicht durch reichseigene Behörden ausführen zu lassen, sondern den Städten die Mittel zuzuweisen, damit sie ihrerseits unter der Aufsicht des Reichs bauen können, brauche ich nicht auszuführen. Ich weiß aber, daß ich mich dabei im Einklang mit den Wünschen der beteiligten Gemeinden befinde. Das Reichskabinett hat in der vorigen Woche einem derartigen Antrag bereits zugestimmt.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Nun lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eins erwähnen. Eine außerordentlich wichtige Frage ist, daß es gelingt, das besetzte und das sonst irgendwie gefährdete Gebiet **mit Lebensmitteln** hinreichend zu **versorgen.** Es sind zum großen Teil Bedarfsgebiete, die sich nicht selbst helfen können. Ich appelliere an das vaterländische Gefühl aller derjenigen, die daran tätig sind oder tätig sein sollten, die Lebensmittel zu produzieren und herbeizuführen, daß sie gerade diese Gebiete nach besten Kräften versorgen helfen.

Das beste Mittel der Propaganda ist allerdings, daß es gelingt, die Verhältnisse bei uns im Reiche wieder zu bessern.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die **Unterdrückung** einer allzu scharfen und **hämischen Kritik,** die den besonderen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nicht gerecht wird,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

ist das allerbeste Mittel, um diesen Gebieten die Freude am Reich zu erhalten.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) — Ich habe von einer freiwilligen Unterdrückung der Kritik gesprochen, nicht von einer polizeilichen Unterdrückung, und ich bin überzeugt, daß diese Worte ausreichen werden, um bei manchen Kritikern dahin zu wirken, daß eine solche Kritik sich in milderen Formen bewegt. Daß das überall der Fall sein wird, wage ich natürlich nicht zu behaupten.

Eine weitere Aufgabe, die uns obliegt, ist die **Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet** und die Regelung dieser Schäden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird von mir beschleunigt werden, getreu dem Grundsatz, daß der, der schnell gibt, doppelt gibt.

Ebenso ist es mit der Entschädigung für die **Tumultschäden,** für die der Nationalversammlung bereits eine Vorlage vorliegt, über die hoffentlich eine Einigung recht bald erzielt wird.

Ein ganz besonders wichtiges Gebiet ist schließlich das des **Gesundheitswesens.** Hier sind wir durch den Krieg um Jahrzehnte zurückgeworfen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben die Pflicht, auch in einem armen Deutschland, das, soweit es in unserer Kraft steht, wieder auszugleichen. Eine reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Tuberkulose ist in Vorbereitung ebenso der durch die Erscheinungen der letzten Jahre so besonders dringlich gewordenen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Auch an die Bekämpfung anderer übertragbarer Krankheiten wird herangegangen.

Wichtig ist, daß das Irrenwesen, das so lange in den verschiedenen Ländern verschiedenartig geordnet oder ungeordnet gewesen ist, nunmehr durch das Reich geregelt werden soll.

Der Alkoholmißbrauch soll durch ein Reichgesetz bekämpft werden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Es ist ja nichts mehr da!)

(B) — Wir werden ja wahrscheinlich wieder in Zeiten kommen, wo mehr Alkohol vorhanden ist, und es erscheint mir erwünscht, daß das Gesetz dann bereits vorhanden ist und nicht erst dann gemacht wird, wenn wir uns davon überzeugen, daß der vermehrte Alkohol erneut zu erheblichen Übelständen geführt hat.

(Sehr richtig!)

Die Ergänzung des Nahrungsmittelgesetzes ist erforderlich, ebenso ein Abwassergesetz. Ein Apothekengesetz und ein Gesetz über das Hebammenwesen sind in Vorbereitung.

Der Abbau des Heerwesens hat meinem Amtsbereich neue Aufgaben zugeführt. In unsere Verwaltung ist die Aufsicht über das **Kriegsarchiv** übergegangen und ich verspreche, daß das Kriegsarchiv im Sinne einer unparteiischen Erforschung der Kriegsereignisse behandelt werden wird.

(Bravo!)

In unsere Verwaltung ist ferner das **Landesvermessungswesen** übergegangen, das bisher eine militärische Angelegenheit war. Ich bitte, das nicht zu unterschätzen. Unsere Bevölkerung und unsere Soldaten haben sich im Kriege an das Kartenlesen gewöhnt und es kann die Verwaltung des Landesvermessungswesens, richtig betrieben, zu einem Volksbildungsmittel aller ersten Ranges werden.

(Sehr wahr!)

Endlich, meine Damen und Herren, ist uns auf diesem Gebiete die Pflege des **Kriegergräberwesens** übertragen worden. Voll Pietät und Sorgfalt werden wir mit Ihrer Hilfe an diese Aufgabe herangehen. Nie kann unser Volk so arm, so gedemütigt und so abgelenkt durch Wirren und Sorgen sein, daß es seiner gefallenen Söhne vergessen könnte.

(Bravo!)

(C) Endlich habe ich ein **Auswanderungsgesetz** anzukündigen. Wir wissen nicht, wie weit es uns möglich ist, in Zukunft die gesamte Bevölkerung in unserem Lande zu halten. Wir werden das durch unsere Wirtschaftspolitik nach besten Kräften versuchen. Soweit aber eine Auswanderung einsetzen sollte, muß es unsere Sorge sein, daß unsere Söhne und Töchter in der Fremde richtig geleitet werden und vor Ausbeutung und Versklavung geschützt bleiben.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Alle diese Aufgaben lassen sich ohne eine **Vermehrung der Beamtenschaft** nicht lösen. Die Beamtenschaft hat mit einer unermüdlichen Pflichttreue und eisernem Fleiß während der Kriegsjahre und jetzt gearbeitet. Die Aufgaben sind aber infolge der Verfassung und infolge der neuen Zustände in meiner Verwaltung so zahlreich geworden, daß eine Vermehrung unausbleiblich ist. Ich bin dankbar dafür, daß der Haushaltsausschuß die vom Reichsrat gestrichenen vortragenden Räte wieder eingeführt hat, und bin überzeugt, daß sich auch der Reichsrat davon überzeugen wird, daß man die namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens uns übertragenen neuen Befugnisse nicht lösen kann, wenn die Zahl der Beamten nicht vermehrt wird. Darüber hinaus wird im nächsten Jahre bei der Etatsberatung im Frühjahr über die Angelegenheit erneut zu sprechen sein, und nach den Ausführungen des Herrn Referenten, des Herrn Abgeordneten Hoch, dem ich dafür dankbar bin, darf ich hoffen, daß sich das Haus weiteren Notwendigkeiten nicht verschließen wird.

Damit bin ich am Schlusse. Ich gehe an das neue Amt ohne übertriebenen Optimismus heran. Ich habe ausgeführt, daß die Zeiten und die Stimmung unseres Volkes sich in mancher Beziehung zu bessern scheinen. Aber ich verkenne nicht die ungeheuer schwierigen Verhältnisse, die namentlich in diesem Winter infolge der (D) Kohlennot und der Verkehrsnot bevorstehen. In diesem Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden.

(Sehr richtig!)

Da gilt es, Hand anzulegen für jeden, der sich dazu imstande glaubt. Wenn es sich darum handelt, einen Ertrinkenden zu retten, so verweigert niemand die Hilfe, auch wenn ihm vielleicht nicht jeder Handgriff der Mithelfenden gefällt. Der Herr Abgeordnete Graf **Posadowsky** hat in seiner Rede gesagt, die bürgerlichen Politiker würden in der Regierung nur geduldet, bis sie ihre Pflicht getan hätten, nachher würden sie in die Reihen der redenden Politiker zurückzukehren haben. Nun, es ist seitens eines Redners der Unabhängigen Sozialdemokratie an die Adresse der Herren Sozialdemokraten etwa die umgekehrte Prophezeiung gerichtet worden. Es liegt nicht an mir, zu entscheiden, was an diesen Dingen richtig ist. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß auf Jahre hinaus in Deutschland weder eine Regierung ohne die Arbeiter noch eine Regierung allein durch die Arbeiter möglich ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber mag dem sein, wie es will, — auf alle Fälle akzeptiere ich die Ausführung des Grafen v. Posadowsky. Wir sind in der Tat in die Regierung eingetreten, um unsere Pflicht zu erfüllen. Es kommt uns darauf an, in diesem Winter mitzuhelfen, unser Volk durchzubringen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Darin sehen wir die Erfüllung unserer Pflicht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ob wir nachher abzutreten haben oder nicht, ist eine Sache zweiter Ordnung.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) Das werden wir ruhig abwarten. Aber darum, daß uns bei unserer schweren Pflichterfüllung in diesem Winter aus diesem Hause geholfen wird, bitte ich Sie.

(Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Braun (Franken).

Dr. **Braun** (Franken), Abgeordneter: Der Mahnung des sehr verehrten Herrn Präsidenten am Schlusse der gestrigen Sitzung, sich möglichst kurz zu fassen, möchte ich sehr gern Rechnung tragen. Aber die Fülle des Stoffes, die uns das Reichsministerium des Innern bietet, macht es sehr schwer, das Fehrenbachsche Ideal der Parlamentsrede gerade hier zu erfüllen.

(Heiterkeit.)

Doch werde ich mich bemühen, ihm einigermaßen nahe zu kommen.

Die Rede des Herrn Ministers ruft in ihren wesentlichen Teilen unseren Widerspruch nicht hervor. Es soll nicht meine Aufgabe sein, über die Einzelheiten, mit denen wir mit ihm nicht ganz übereinstimmen können, hier eine Polemik zu entwickeln. Ich möchte vielmehr im Rahmen der Aufgaben, die sich ihm ergeben, den Standpunkt unserer Partei möglichst klar herausarbeiten.

Die Erörterung des Etats des Reichsministeriums des Innern war immer eine böse crux für den Redner unserer Partei, weil gar viele Fragen, die uns am nächsten liegen, gerade in diesem Etat zu behandeln waren. Wir haben immer wieder darauf gedrungen, daß große Aufgabenkreise des Reichsministeriums des Innern verselbständigt werden. Es ist unserem Einfluß zu danken, daß wir heute ein Reichswirtschaftsministerium und ein Reichsarbeitsministerium wirken sehen, und daß der Redner über den Etat für das Gehalt des Ministers nicht die Aufgabe (B) hat, über die Monumenta Germaniae historica, über alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen und auch noch über die Reblaus zu sprechen. Es bleiben aber heute noch recht mannigfaltige und zahlreiche Aufgaben dem Herrn Minister. Doch arbeitet sich das Ministerium, dem er heute vorsteht, immer klarer und deutlicher zu einem richtigen **Kulturministerium** heraus. Freilich bleiben heute noch polizeiliche Aufgaben, auch mancherlei Art wirtschaftliche Aufgaben diesem Ministerium erhalten. Ich glaube, daß das ganze Amt noch vollständig im Fluß ist. Wir sind noch recht weit von einer organischen Verteilung und Gruppierung unserer Verwaltung, wie sie unbedingt notwendig ist, entfernt. All das, was wir geschaffen haben, ist eigentlich nur im Moment geschaffen worden, um einige Änderungen zu schaffen und einige Verschiebungen herbeizuführen. Aber wir müssen die ganze Verwaltung oben und unten vollständig neu aufbauen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das geschehen würde, würden wir wahrscheinlich zu einem ganz anderen Ministerium kommen als dem, dem Herr Koch heute vorsteht, dem, was übrig geblieben ist, nachdem Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium vom Reichsamt des Innern abgetrennt worden sind. Wir glauben, daß, wenn wir zu einer organischen Entwicklung gelangen würden, wir gerade in dem Gedanken der Reichsverfassung, an der ja der Herr Minister in so lebhafter Weise mitgearbeitet hat, in Ausführung der mannigfachen Versprechungen, die in dieser Verfassung gegeben sind, zu einem Reichskulturministerium kommen würden. Das würde nicht nur den Aufgabenkreis klarer umgrenzen, es würde auch viel mehr Freude und Tatkraft in das Ministerium bringen, wenn nicht so mannigfache Ablenkungen vorhanden wären.

Vor allem sind wir der Meinung, daß es notwendig ist, den **Schulaufgaben,** die ja im alten Deutschland fast vollständig außerhalb des Rahmens der Reichsverwaltung (C) lagen, ein größeres Interesse zu widmen.

(Sehr richtig! links.)

Wir rühmten uns immer, daß der preußische Schulmeister die Schlacht von Sadowa gewonnen hat, und sind dabei doch in so vielen Beziehungen, was die Volksschule angeht, hinter anderen Staaten zurückgeblieben. Ich bin ja selbst der Vertreter eines Wahlkreises, der in einem Lande liegt, wo die siebenjährige Schulpflicht noch besteht, wo man es trotz aller Kämpfe zur achtjährigen Schulpflicht nicht bringen konnte. Wir sind ein Reich, das sich rühmt, viele Statistiker zu haben, die zahllose statistische Bände veröffentlicht haben, aber es fehlt jede **Zentralstelle** für **die Schulstatistik;** wenn wir über das Schulwesen Deutschlands uns statistisch orientieren wollen, müssen wir nach den Publikationen des Departement of Education in Washington greifen, wo die bösen Amerikaner die deutsche Schulstatistik in vorbildlicher Weise bearbeitet haben, während wir in deutscher Sprache dem nichts ähnliches an die Seite stellen können.

Doch will ich, obgleich ich aus der Statistik erwachsen bin, durchaus nicht verlangen, daß wir mit dem organischen Aufbau unseres Schulwesens erst beginnen, wenn wir die Statistik haben werden. Die Statistik ist sehr notwendig, aber die Statistik ist sehr häufig für den Verwaltungsmann die Ausrede gewesen, daß ad calendas graecas vertagt wird, was Aufgabe des Tages ist. Aufgabe unseres Tages ist, endlich mit der **Reichsschulreform** zu beginnen, nicht immer wieder die Reichsschulkonferenz zu vertagen, sondern nun energisch dahin zu wirken, daß wir zu einem Reichsschulwesen gelangen.

Es sind eine ganze Reihe von Gesichtspunkten meiner Meinung nach ins Auge zu fassen, die sich uns auf Grund der Reichsverfassung in aller Schärfe aufdrängen. Wir wollen allen heranwachsenden Deutschen ein bestimmtes Maß von Erziehung und Unterricht gewährleisten, das (D) unabhängig ist sowohl von örtlichen als von in der Eigenart der Bundesstaaten liegenden Verhältnissen. Wir wollen, daß in allen Bundesstaaten in ausreichend gleichem Maße jedem heranwachsenden Deutschen Gelegenheit geboten werde, in staatlichen Anstalten den Unterricht und die Erziehung zu genießen, auf die er nach seiner Befähigung und Neigung, nach seinem Charakter und Lebensplan berechtigten Anspruch erheben kann. Wir sind vor allem für die **Einheitlichkeit des Erziehungs- und Unterrichtswesens** in allen Bundesstaaten, wir sind für die Freizügigkeit und für die unbehinderte Auswirkung aller wertvollen Menschenkräfte innerhalb der Grenzen der deutschen Bundesrepublik. Wir empfinden es als direkt unverständlich, daß man heute noch Staatsprüfungen für Bayern und Staatsprüfungen für Preußen hat und daß ein Volksschullehrer zwar im nördlichsten Bayern, aber nicht in Koburg unterrichten kann und daß der preußische Assessor nicht in Bayern die Richter- oder Anwaltskarriere einschlagen kann. Deswegen verlangen wir von der untersten Stufe bis zur obersten die Einheitlichkeit des Erziehungs- und Unterrichtswesens innerhalb des gesamten Staatswesens. Wir wünschen, daß die Reichsschulgesetzgebung das Erziehungs- und Unterrichtswesen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten durch Übernahme der gesamten Schullasten auf das Reich unabhängig macht.

Wir glauben, daß die Freizügigkeit der Lehrer und Erzieher unabhängig zu machen ist von wirtschaftlichen Rücksichten, daß die Einheitlichkeit des deutschen Erziehungs- und Unterrichtswesens sicherzustellen ist. Wir glauben, daß eine **Reichsschulzentrale** zu schaffen ist. Alles das sind keine Aufgaben, die uns auch nur einen Pfennig Geld zu kosten brauchen; denn für alle diese Dinge werden ja heute schon große Geldmittel verwendet, sie werden

(Dr. Braun [Franken], Abgeordneter.)

(A) nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung verbraucht. Da heute die Steuerhoheit von den Einzelstaaten auf das Reich übergeht, wird es meiner Meinung nach, wenn das Landessteuergesetz durchgeführt ist, sehr wohl möglich sein, die ganzen Schullasten zur Entbürdung der Ausgabenwirtschaft der Einzelstaaten auf das Reich zu übertragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Wir kommen zu einer vollständigen Verschiebung unserer ganzen Finanzwirtschaft von Reich und Staat und Gemeinde, deswegen ist jetzt gerade der Augenblick, wo wir ohne irgendwelche Kosten zu einer Überführung unseres ganzen Erziehungs- und Unterrichtswesens von der Volksschule über die Mittel- und Fortbildungsschule bis zur Universität und zu den Akademien der Wissenschaften auf das Reich gelangen können.

(Lebhafte Zustimmung.)

Niemals wieder wird sich eine derartige Gelegenheit bieten als nun im Anschluß an die uns aufgezwungene Steuergesetzgebung, die wir durchführen müssen und die es uns ermöglicht, das Reich wirklich im Geiste der Verfassung zum Herrn über das Schulwesen zu machen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Was ist das für eine ganz unverständliche Sache, daß Einzelstaaten heute Aufgaben übernehmen, die für das ganze Deutsche Reich notwendig sind, und daß die Einzelstaaten etwas zu leisten haben, was doch nur dem Reiche zukommt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir eine bedeutsame Anstalt für Lebensmittelchemie haben, dann ist es unverständlich, daß der bayerische Staat die ganzen Kosten übernimmt, die notwendig sind, um wissenschaftlich festzustellen, wie die Lebensmittel besser auszunützen sind, und um dafür zu sorgen, daß wir (B) mit dem Vorrat, den wir haben, einen möglichst großen Effekt erzielen können. Das ist unzweifelhaft eine Aufgabe des Reichs, und deshalb glaube ich, daß alles, was auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Erziehung, der Bildung und Kultur über die Grenzen des Einzelstaates hinausgeht, unbedingt vom Reiche zu übernehmen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und noch einmal: niemals später wird das so leicht möglich sein wie nun, wo wir alle unsere finanziellen Verhältnisse neu ordnen sollen. Wir nehmen den Einzelstaaten ihre Einnahmen, deswegen ist es unsere hohe Pflicht, sie von den schweren Aufgaben, die sie drücken und die sie im Dienste der Kultur übernommen haben, so weit es nicht speziell Kulturaufgaben des betreffenden Landes sind, zu befreien, indem wir diese Kosten auf das Reich übernehmen. Ich glaube, daß hier ein gutes Zusammenwirken des Reichsfinanzministeriums und des Ministeriums des Innern sehr wohl möglich ist, wo jetzt die Landessteuergesetzgebung vorbereitet wird, deren Entwurf uns wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen zugeht und noch vor Weihnachten zur Erledigung kommen soll. Ich möchte den Herrn Reichsminister nachdrücklich auf diese Möglichkeiten aufmerksam machen, sein Amt finanziell zu sichern, es möglichst bald auszuweiten und im Dienst der Reichsverfassung wirken zu lassen.

Freilich muß man sagen: so schöne, große Aufgaben das Reichsamt des Innern hat, vor allem, wenn es im Dienste unserer Reichsverfassung arbeitet, es hat auch schwere und unangenehme Aufgaben, die weniger positiver, als abwehrender Natur sind. Das Reichsministerium des Innern muß auch in eine Abwehrstellung eintreten gegenüber den kulturwidrigen Einflüssen, die sich bei uns jetzt außerordentlich breit machen. Der Krieg, den wir heute fast ausnahmslos verdammen, hat nicht nur eine ungeheure Zahl von Menschenleben, die wertvollsten, die wir hatten, gefordert, er hat uns nicht (C) nur an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht, er hat uns auch moralisch auf das tiefste getroffen. Zu den schwersten Schädigungen, unter denen wir zu leiden haben, gehört vor allem die **Übersexualität**, die übermächtige Anreizung der Geschlechtstriebe im Menschen, wie wir sie niemals vorher gekannt haben. Auf der einen Seite sehen wir ein ungeheures Ansteigen der Sexualität und auf der anderen Seite den unerhörten Rückgang unserer Geburtenzahl, der uns in einen weit schlimmeren Zustand bringt, als Frankreich ihn in den letzten 50 Jahren erreicht hatte.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen mit aller Aufmerksamkeit dieser Gefahr ins Auge sehen. Ein Volk, das während des Krieges ein so ungeheures Opfer an Menschenleben gebracht hat, darf nicht darunter leiden, daß es Todesfälle in größerer Anzahl drücken, als Geburten es erfreuen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, aber aufhören, uns nach der Methode des Herrn Helfferich zu informieren. Herr Helfferich hat erklärt, daß sich **unsere Geburtenzahl** während des Krieges gehoben habe, daß sie ein Zeichen der Gesundheit und der Stärke unseres Volkes war, als die furchtbarsten Verhältnisse schon klargestellt waren, als jedem, der in die statistischen Zahlen einen Einblick tun konnte, bekannt war, daß die Todesfälle im Lande, abgesehen von den Todesfällen, die der Krieg verursachte, die Geburtenzahl gewaltig überschritten. Wir müssen es auf das peinlichste empfinden, daß gerade in einer solchen Zeit eine maßlose Übertreibung des Sexualismus im höchsten Maße in unserer Nation Platz greift,

(sehr richtig!)

daß sogar der Anschauungsunterricht in der Prostitution öffentlich gepflegt wird, was einen Tiefstand unseres ganzen (D) sexuellen und sittlichen Lebens bedeutet. Man könnte geradezu von einem Niedergang wie in der römischen Kaiserzeit sprechen. Damals gab es noch keine Kinos; etwas Vergleichbares mit dem Zustand, der uns in den Kinoprogrammen entgegenleuchtet, hat auch die römische Kaiserzeit nicht gehabt. Wir sind freilich Gegner einer plumpen Polizeizensur; denn wir wissen, daß mit diesen Mitteln nichts erreicht wird. Wir wollen keine Kleinlichkeit und keine Augenverdreherei, aber wir glauben, daß durch ein Reichsfilmmonopol außerordentlich viel erreicht werden könnte. **Filmmonopol des Reichs und Kommunalisierung der Kinos** würde mit einem Schlage den Zustand hinwegräumen, in den die Kinos uns gebracht haben.

(Sehr richtig!)

625 Gesuche um Bewilligung neuer Kinos liegen heute beim Berliner Polizeipräsidium vor, wo Heilanstalten wegen Kohlenmangels schließen müssen.

(Hört! hört! links.)

Wohnungsnot herrscht bei uns in der unerhörtesten Weise, aber für die Kinos gibt es immer neuen Raum in jeder Stadt. Überall sieht man, daß neue Kinos aufgemacht werden. Wir begreifen nicht, wo die Wohnungspolizei bleibt. Lediglich mit der Wohnungspolizei könnte man der ungesunden Entwicklung der Kinos entgegentreten.

(Sehr richtig! links.)

Es ist nicht nur dieser Anschauungsunterricht in der Prostitution, der uns überaus bedenklich machen muß, sondern auch die **Entwicklung des Homosexualismus**, den man in der letzten Zeit bei uns zu beobachten hatte. Ich gehöre zu den Leuten, die den Homosexualismus nicht als ein Verbrechen, sondern nur als eine bedauerliche Krankheit ansehen. Aber den Homosexualismus zu

(Dr. **Braun** [Franken], Abgeordneter.)

(A) predigen, ihn zu empfehlen, ist unzweifelhaft ein Verbrechen.

(Sehr richtig!)

Da müßte man, glaube ich, schon mit kräftiger Hand eingreifen. Freilich weiß ich, daß die Blüher und Genossen mit schönen Worten, mit ideellen Redensarten das umschreiben, was der tiefere Kern ihrer Predigten eigentlich ist. Man spricht vom schönheitslüsternen Athen, und in Wirklichkeit kommt man zu der italienischen Männerprostitution unserer Tage. Dagegen muß man mit aller Entschiedenheit eingreifen.

Auch die **Wandervogelbewegung** ist in ein sehr bedenkliches Fahrwasser geraten, und in der kommunistischen Jugendbewegung, in der sehr viele, wenn auch eigenartige ideelle Triebe vorhanden sein sollen, soll sich auch der Homosexualismus in sehr eigenartiger Weise breit machen, nicht als ein wirklicher Homosexualismus, sondern als eine starke Männerliebe, als eine ganz einseitige Predigt eines ungesunden sexuellen Lebens und sexueller Abweichungen, die uns außerordentlich gefährlich erscheinen.

Mancherlei Überlegungen sollten sich dem Reichsministerium des Innern aufdrängen, einer Entwicklung, die außerordentlich bedauerlich werden könnte, Schranken zu setzen.

Unter den wenigen erfreulichen Nachwirkungen des Krieges haben wir eine starke **Abnahme des Alkoholismus** festgestellt. Hoffentlich wird es nicht als eine der höchsten Aufgaben der Wiedergeburt Deutschlands betrachtet werden, daß bald mehr Starkbier aus Gerste gebraut und mehr Korn zu Schnaps gebrannt werde. Wir können uns bei der erschrecklichen Zunahme der Tuberkulose und bei dem fürchterlichen Anschwellen der Geschlechtskrankheiten durchaus nicht den Luxus gestatten, daß der Alkoholismus auch noch zu einer Geißel unseres Volkes wird.

(Sehr richtig! links.)

(B) Die Widerstandsfähigkeit unseres Volkes in körperlicher und in sittlicher Hinsicht ist stark gesunken. Wir müssen psychisch und physisch unser Volk wieder stärken. Deswegen ist es eine ganz besondere Aufgabe, den Alkoholismus nicht wieder aufkommen zu lassen.

(Bravo! links.)

Bei der Herabminderung des Alkoholismus darf es kein Rückwärts, sondern nur ein Vorwärts geben.

(Sehr richtig! links.)

Das Reichsamt des Innern hat die Verpflichtung, die Tätigkeit des **Reichsgesundheitsamtes**, das seine Entstehung einer vor dem Sozialistengesetze gegebenen Anregung August Bebels verdankt, auszubauen und es zu veranlassen, die schweren gesundheitlichen Schädigungen, die der Krieg hervorgerufen hat, klarzustellen und das Volk wieder zur Gesundung zu führen.

Fünf Jahre der fürchterlichsten Erleben liegen hinter uns, fünf Jahre, in denen eine machttrunkene Gruppe regiert hat, in der nicht alle verdient haben, den Namen Deutsche zu tragen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In diesen Jahren hat uns alles gefehlt, was uns früher stark und groß gemacht hat. Auch unserer Wissenschaft, auch dem Ansehen unserer Gelehrten hat der Krieg außerordentlich viel Abbruch getan.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hier erwachsen dem Reichsministerium des Innern bedeutsame Aufgaben, um unseren Ruf und Ansehen wieder zu stärken, damit das einzige, was der Feind uns nicht rauben konnte, die große **wissenschaftliche Bedeutung des deutschen Volkes,** erhalten und gesteigert werde. Wir müssen unseren Feinden zeigen, daß wir trotz des Zusammenbruches an unserer Tradition festhalten, die Helmholtz und Hertz, Bunsen und Kirchhoff, die Siemens und Weber, Liebig, Hoffmann, Boyer und Willstädter zum Ruhme des ganzen Volkes im deutschen Volke erweckt haben. Ich hoffe, daß wir auf dem Wege der (C) Wissenschaft wieder zu dem Ansehen unter den Nationen kommen, um das uns der Militarismus gebracht hat.

Wir haben große Aufgaben zu erfüllen, die weit über das Interesse des deutschen Volkes hinausgehen, vor allem über das Interesse des in unserer deutschen Republik territorial eingeengten deutschen Volkes. Wir sollten nicht den Glauben erwecken, so arm wir auch geworden sind und so sparsam wir sein müssen, daß wir nicht bereit sind, das Geld dort auszugeben, wo die idealen Aufgaben des deutschen Volkes gefördert werden sollen. Wir sollten also bei den leider noch sehr bescheidenen Aufgaben, die das Reichsministerium des Innern auf wissenschaftlichem Gebiete hat, nicht allzu sehr sparen. Wir sollten uns freuen, wenn das jedem Sprachkundigen ans Herz gewachsene **deutsche Wörterbuch,** das den stolzen Namen **der Brüder Grimm** trägt, endlich vollendet und soweit es aus früherer Zeit stammt, dem heutigen Stande der Wissenschaft angepaßt wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind dafür, daß die **Wörterbücher der deutschen Stämme,** wie das schwäbische Wörterbuch, das jetzt vollendet ist, das bayrische und das pfälzische Wörterbuch, die in der Entwicklung begriffen sind, das nassauische und thüringische Wörterbuch, — daß diese Wörterbücher der deutschen Stämme gefördert werden, damit das ganze deutsche Volk weiß, welch herrliches Gut es an seiner Sprache hat.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Was Freiherr vom Stein geplant hat, als er die „Monumenta Germaniae historica“ durch Pertz ins Leben rufen ließ, das soll weiter gepflegt und gefördert werden. Dazu müssen wir Geld haben. Wir müssen Geld haben, um das Romanisch-Germanische Museum in Mainz weiter bestehen zu lassen, und wir sollten als einen (D) besonderen Schatz das vor 90 Jahren gegründete Germanische Museum in Nürnberg empfinden. Wir dürfen den Bestand dieses Museums nicht an der Frage von einigen tausend Mark scheitern lassen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen dieses **Germanische Museum in Nürnberg** sicherstellen. Schon im Jahre 1884 sagte der damalige Direktor Essenwein:

> Das Museum trägt den Charakter einer Stiftung, aber es hatte nie ein Stiftungskapital.

Das gilt heute noch mehr als im Jahre 1884. Heute mehr denn je treten an uns die drei Fragen heran, die Essenwein dem Museum stellte, als er schrieb:

> Woher sollen die Mittel zur Besoldung kommen? in welcher Weise soll das Einkommen der Beamten, soll die Aufbringung des Verwaltungskodex überhaupt gesichert werden? auf welche Weise soll für das Avancement der Beamten gesorgt werden, die ihr Leben dem Dienste dieses Museums widmen wollen?

Wir sind stolz auf die vielen, die unter Entbehrungen aus reinstem Idealismus ihre wissenschaftliche Kraft dem Germanischem Museum gewidmet haben und damit in der höchsten und schönsten Weise einer nationalen Aufgabe gedient haben. Wir wollen, daß die Ziele, die sich das Germanische Museum gestellt hat, Ziele, die weit über die Aufgabe des einzelnen hinausgehen, auch wirklich erfüllt werden. Auf das Germanische Museum hat der Krieg hemmend gewirkt. Viele regelmäßige Beiträge und zahlreiche Schenkungen sind ausgeblieben. Nun, wo die Schenkungssteuer eingeführt ist, wird es schwer sein, diesem Institut seine Entwicklung weiter zu sichern. Zur Schande der deutschen Nation sei es gesagt, daß die meisten Mittel für dieses Institut aus Stiftungen und Schenkungen von Wohltätern, aber nicht aus öffentlichen

(Dr. **Braun** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Mitteln aufgebracht wurden. Die Teuerungszulagen haben die Mittel des Museums verbraucht. Der Reservefonds ist erschöpft, viele Ankäufe, die unbedingt dringlich waren, sind unterblieben, und mit einer Einschränkung der Einkäufe und infolge dessen der Benutzbarkeit des Museums muß gerechnet werden, wenn das Reich sich der Ehrenaufgabe nicht erinnert, dieses Museum zu erhalten. Was dem Museum ausgesetzt ist, genügt nicht.

(Zuruf vom Ministertisch.)

— Nürnberg ist sicherlich bereit, auch etwas zu tun. Aber ich möchte die Frage erheben, ob nicht gerade nun, wo die Steuergesetzgebung so eingerichtet wird, daß die Städte fast gar nicht mehr über eigene Einnahmen verfügen, das zu geschehen hat, was ich schon eingangs bei der Schulgesetzgebung gesagt habe, nämlich daß die Erhaltung des Germanischen Museums eine Aufgabe des Reiches und nicht die Aufgabe einer Stadt oder eines Landes sein soll. Für kein Institut gilt dies in höherem Maße als für das Germanische Museum, auf dem doch steht, daß es Eigentum der deutschen Nation ist. Wenn wir ein derartiges Institut, um das uns die ganze Welt beneidet, nicht über Wasser zu halten vermöchten, wenn wir nicht vermöchten, es seinem Rang und seinen Aufgaben entsprechend aufrecht zu halten, so müßten wir uns schämen und sagen: wir haben auch nach diesem Kriege noch eine schwere Niederlage erlitten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht nur unsere Aufgabe, das Gute und Schöne zu erhalten — so bedeutsam diese Aufgabe auch ist —; wir wollen auch daran denken, daß das, was sich als **eine Beleidigung der Kunst und Frucht des Strebertums im Wilhelminischen Zeitalter** breit gemacht hat, endlich beschnitten wird. Wir haben uns lächerlich gemacht, daß wir die Errichtung der Puppenallee im Tiergarten geduldet haben, daß bei uns Fürstendenkmäler stehen, bei (B) deren Erstellung die Musen ihr Haupt verhüllt haben. Wir finden immer noch merkwürdigerweise in unserem Etat Mittel ausgeworfen, um diese Denkmäler zu erhalten und zu sichern. Wir sind keine Bilderstürmer! Mit aller Hochschätzung sehen wir das Denkmal des Großen Kurfürsten und Friedrichs II. auf der Brücke und Unter den Linden. Kein Mensch denkt hier daran, diese wunderbaren Denkmäler, die der Stolz nicht nur Berlins sein müssen, irgendwie zu stören. Aber daß man das Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Lustgarten erhalten muß, ist weder ein Interesse der Kunst, noch ein Interesse der Deutschen Republik,

(Zuruf rechts: Aha! — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

auch nicht ein Interesse der preußischen Geschichte; denn Friedrich Wilhelm III. gehört nicht zu denjenigen, auf die Sie (nach rechts) ganz besonders stolz zu sein brauchen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Krieg hat vieles zerstört, was erhalten werden sollte; deswegen können wir auch im Frieden manches zerstören, was zur Erhaltung nicht berechtigt ist.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir glauben, daß es auch sonst eine Reihe von Aufgaben gibt, die das Reichsministerium des Innern zu übernehmen hat, Aufgaben, die weit über den Kreis eines einzelnen Landes gehen. Dazu gehört auch die **Deutsche Bücherei in Leipzig**, die unter durchaus anderen Verhältnissen in großzügiger Weise vom sächsischen Staat, von der Stadt Leipzig und vom deutschen Buchhandel gegründet worden ist. In dieser deutschen Bücherei konzentriert sich alles, was an schriftstellerischen Leistungen Deutschlands seit dem Jahr 1900 hervorgebracht worden ist; in ihr ist alles geordnet und übersichtlich gestaltet, was zur Ausnützung der wissenschaftlichen und literarischen Leistungen in Deutschland

(C) geschaffen wurde. Deshalb scheint es mir eine Aufgabe des Reiches zu sein, dieses Denkmal deutschen Geisteslebens zu schützen und zu sichern, es nicht infolge Mangels an Mitteln zugrunde gehen zu lassen. Nachdem in diesem Institut alle bibliographischen Arbeiten konzentriert sind, und nachdem sich die Deutsche Bücherei bemüht hat, alles zusammenzufassen, was an bibliographischen Aufgaben zu erledigen ist, war es verfehlt, die **„Internationale Bibliographie für soziale Wissenschaften"**, wenn man sie überhaupt erhalten will, nicht auch dort zu bearbeiten, wo sie selbstverständlich am besten, am billigsten und genauesten durchgeführt werden kann. Die „Internationale Bibliographie für soziale Wissenschaften", zu deren wenigen Abonnenten auch ich lange Zeit gehört habe — sie soll im ganzen nur 87 Abonnenten gehabt haben —, ist also damit eines der teuersten Werke, die überhaupt geschaffen wurden. Wenn man in der Wissenschaft, wo man nicht nach dem Gelde zu sehen hat, da das Geschaffene auch späteren Geschlechtern zugute kommen soll, diese Bibliographie als eine angeblich notwendige Einrichtung erhalten will, dann soll man dies dort tun, wo die allgemeinen bibliographischen Arbeiten in ganz Deutschland zusammengefaßt werden.

Da ich von Leipzig spreche, möchte ich der Erwägung unterbreiten, ob **Rettung und Sicherung des Materials des Kriegspresseamts**, von dem man fürchtet, daß es verzettelt werden kann, nicht auch am besten in Leipzig in Zusammenhang mit der Deutschen Bücherei und mit dem Institut für Zeitungswissenschaft an der Leipziger Universität, das Professor Bücher leitet, der einzigen Anstalt zur wissenschaftlichen Ausbildung der Journalisten und zur wissenschaftlichen Erforschung des Zeitungswesens, erfolgen sollte, um dort weiter bearbeitet zu werden. Es gehört, soweit ich gehört habe, dieses Material heute dem Auswärtigen Amt; es wird Aufgabe des Reichsministeriums (D) des Innern sein, sich diese wissenschaftlichen Schätze zu sichern und sie einer gelehrten Verwertung entgegenzuführen, die meiner Meinung nach am allerbesten in Leipzig an den beiden Stellen, von denen ich sprach, oder im Zusammenhang mit dem **Reichsarchiv** geschehen könnte. Dort sollte alles gesammelt und vereinigt werden, was mit dem Kriege zusammenhängt und mit dem, was nach dem Kriege geschehen ist, damit es späteren Geschlechtern zur Erforschung unserer Gegenwart und unserer jüngsten traurigen Vergangenheit dienen kann. Deshalb gehört alles Material des Kriegspresseamtes, wenn es nicht an die Deutsche Bücherei oder an das Universitätsinstitut für Zeitungswesen in Leipzig kommt, in das Reichsarchiv. Das Reichsarchiv hätte meiner Ansicht nach auch die Aufgabe, die wissenschaftliche Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft vorzubereiten.

Wir haben nun eine ganz merkwürdige Erscheinung in unserm Etat, über die ich um Auskunft bitten möchte Wir haben einen wissenschaftlichen Ausschuß zur **Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft;** daneben haben wir eine wissenschaftliche Kommission des früheren Kriegsministeriums, und endlich haben wir einen wissenschaftlichen Ausschuß zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft. Zuerst meinte ich, daß es sich im wesentlichen um das gleiche handle; aber das ist nicht der Fall. Der wissenschaftliche Ausschuß der deutschen Kriegswirtschaft stand im Etat des früheren preußischen Kriegsministeriums, das nicht mehr besteht, und die Beträge, die dort bewilligt worden sind, können nur weiter verwendet werden, haben also mit dem gegenwärtigen Etat nichts zu tun. Außerdem gibt es in Kap. 3 Tit. 23 der einmaligen Ausgaben einen wissenschaftlichen Ausschuß zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft. Dann finden Sie in Kap. 1 Tit. 6 der Ergänzung zum Haushaltsentwurf des Reichsministeriums des Innern eine wissenschaftliche

(Dr. **Braun** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Gruppe zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft. Es sieht fast so aus, als ob wir über einen Überfluß von Kräften und Geld verfügten, wenn wir an drei verschiedenen Stellen den gleichen Stoff bearbeiten lassen. Es wäre wohl recht praktisch, wenn man hier eine Konzentration herbeiführte.

Bei einer dieser Organisationen ist der Chef ein Mann, den wir alle sehr verehren, und den Kollegen zu nennen uns allen eine große Ehre ist: **Herr Delbrück.** Aber so sehr wir Herrn Delbrück auch schätzen, können wir doch nicht begreifen, daß er als Chef einer wissenschaftlichen Organisation zum Verteidiger seiner eigenen Politik, zum eigenen Geschichtsschreiber werden soll. Eine höchst eigenartige Aufgabe hat merkwürdigerweise Herr Delbrück übernommen. Ich könnte es sehr wohl begreifen, daß, wenn noch das alte Regime bestünde, man Herrn Delbrück als seinen berufenen Verteidiger mit dieser wissenschaftlichen Aufgabe betraute. Aber heute haben wir doch eine ganz andere Aufgabe, nämlich die, klarzustellen, was gewesen ist, und vor der Kritik nicht zurückzuscheuen, vor der Kritik dessen, was uns wirtschaftlich ins Unheil gebracht hat. Daß man Herrn Delbrück, der zum Teil unsere Politik geleitet hat, mit der Darstellung dieser Zustände beauftragt hat, scheint mir bei allem Respekt, den ich vor Herrn Delbrück als vor einem unserer geachtetsten Abgeordneten habe, gar zu abwegig zu sein. Es scheint mir wichtig zu sein, daß man hierüber doch einige Klarheit erhält. Meiner Meinung nach müßten alle Aufgaben, die mit der Zeit des Krieges zusammenhängen, vor allen Dingen die wissenschaftliche Darstellung der Kriegszeit mit dem Reichsarchiv verbunden und dort erledigt werden.

Freilich stelle ich mir das **Reichsarchiv** nicht als Organ zur Unterbringung **ehemaliger Offiziere** dar. Selbstverständlich wird das Reichsarchiv vor allem jetzt (B) eine Reihe kriegswirtschaftlicher und kriegswissenschaftlicher Aufgaben haben, wozu wir eine Anzahl von geschulten Offizieren notwendig haben. Aber lediglich Offiziere im Reichsarchive zu verwenden, würde außerordentlich gefährlich sein und einen sehr bedenklichen Präzedenzfall bei der Organisation dieses Kriegsarchivs hervorrufen. Ich bin der Meinung, daß die Männer der politischen Wissenschaft, der Geschichtswissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftsgeschichte vor allem in diesem Archiv tätig sein müssen.

Lassen Sie mich noch über einige Kriegsfolgen sprechen. Da denken wir zuerst an die **aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen.** Ich hoffe, daß diese Leute, gegen die sich eine ganz unnötige und gar nicht begründete Rücksichtslosigkeit des besetzenden Staates gewandt hat, zu einer Entschädigung kommen, soweit die finanziellen Mittel des Reiches ausreichen, damit ihre unverschuldet erlittene Benachteiligung endlich wieder wettgemacht wird.

Wir wollen erwarten, wenn wir auch leider bisher nicht allzuviel Anlaß dafür haben, daß unsere ehemaligen Feinde die nötige Pietät in bezug auf **die Kriegergräber** walten lassen. Man mag über den Krieg denken, wie man will — und daß ich einer der entschiedensten Verurteiler des Krieges war, wissen alle meine Freunde innerhalb meiner Partei und die Leute weiter links —, aber diejenigen, die im Kriege gefallen sind, sollen nicht die Feindschaft des Gegners auch noch nach dem Tode zu empfinden haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir glauben, daß es eine Ehrenpflicht des Feindes ist, die Kriegergräber zu schützen und zu schonen. Man mag das alte Regime in Elsaß-Lothringen noch so scharf verurteilen, die Franzosen haben anerkannt, daß auf den Schlachtfeldern von 1870/71 die französischen Gräber ununterbrochen gewartet und geschont wurden und daß (C) ebenso die Denkmäler der früheren Herrschaft dort in allen Ehren gehalten worden sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir möchten erwarten, daß auch denen gegenüber, die auf unserer Seite gefallen sind, deren Leichen in dem Gebiete liegen, das heute dem Feinde gehört, ebenso kulturgemäß gehandelt wird, wie es von unserer Seite in bezug auf die Gräber von 1870/71 geschehen ist.

Wir kennen die Lasten und die Sorgen derer, die heute noch des Krieges wegen leiden, weil der Feind das Gebiet besetzt hat. Wir empfinden alle Sympathie für diejenigen, die im **linksrheinischen Gebiete** heute leben müssen und die unter schweren Quartierlasten und unter der Einschränkung des Staatsbürgerrechts leiden, und wir wissen, wie die Finanzen der Gemeindewirtschaft aufs äußerste angespannt werden; aber wir wissen auch, daß wir die Solidarität der Bevölkerung aufrecht erhalten müssen, daß es notwendig ist, das Vertrauen der Rheinländer zur preußischen und zur Reichsregierung zu stärken, und daß es ebenso notwendig ist, das Reichsgefühl im Saarrevier und in der bayrischen Pfalz zu pflegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen, daß die Bevölkerung in diesen Gebieten deutsch empfinde, mit uns fühle und mit unserer Kultur fest vereinigt bleibe.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Deswegen glauben wir, daß hier das Reichsministerium des Innern ganz bedeutsame und wichtige Aufgaben hat.

Bei aller Sparsamkeit, die wir anzuwenden haben, glauben wir, daß bei der **Behandlung der Auswanderung** nicht zu knausern ist. Das schwere Schicksal, das das deutsche Volk zu tragen hat, läßt gar viele an der Zukunft unseres Landes verzweifeln, läßt gar viele hoffnungslos an der eigenen Zukunft und an der ihrer Kinder werden. Wir begreifen, daß viele das Vaterland (D) verlassen wollen und sich mit dem Gedanken tragen, aus Deutschland auszuwandern, um, wenn nicht sich selbst, so doch ihre Kinder in fremden Nationen aufgehen zu lassen. Nicht Predigten, nicht nationale Appelle werden dies zu verhindern vermögen; aber mit aller Entschiedenheit und, wenn es notwendig ist, mit der äußersten Rücksichtslosigkeit soll gegen diejenigen vorgegangen werden, die aus dieser beklagenswerten und begreiflichen Strömung im deutschen Volk ein Geschäft und gar zu oft ein unsauberes Geschäft machen. Es ist ein niederes Schieber- und Wuchertum, das aus der Verzweiflung der deutschen Bevölkerung, für sich und ihre Kinder eine glücklichere Zukunft zu finden, einen Erwerb macht, zur Auswanderung aufreizt und von Ländern, die auch keine glücklichere Zukunft haben dürften, phantastisch günstige Bilder dem deutschen Volke vorgaukelt. Sehr böse Zeitungsartikel, sehr unangenehme Zeitungsinserate, Scheinvereine, Vorträge erregen die Menschen und erwecken in ihnen falsche Hoffnungen, die durch die Auswanderung erfüllt werden sollen. Man soll nicht denken, daß der Deutsche, der heute auswandert, irgendwo gut und freudig aufgenommen wird. Für alle die Sünden, an denen das deutsche Volk unschuldig ist, wird jeder Deutsche im Auslande verantwortlich gemacht. Wir haben deshalb die ernste Verpflichtung, vor der Auswanderung zu warnen und diejenigen, die zur Auswanderung anreizen, kräftig zurückzuhalten und möglichst stark zurückzuweisen. Die schwindelhafte Anreizung zur Auswanderung ist polizeilich eine Aufgabe des Reichsamts des Innern und wirtschaftlich eine Aufgabe des Reichswirtschaftsministeriums. Die reine behördenorganisatorische Frage auf diesem Gebiete interessiert uns wenig, aber daß alles geschehen müsse, und zwar mit voller Energie und großer Schnelligkeit, kann nicht bezweifelt werden.

(Dr. **Braun** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Die Kommunalisierung geht leider lange nicht so schnell vor sich, wie wir es wollen. Das Rahmengesetz über die Kommunalisierung war, wie mir einer der Vorgänger des jetzigen Herrn Ministers des Innern sagte, schon vor Monaten so gefördert, daß es in der nächsten Woche veröffentlicht werden könnte, und jetzt bekommen wir wieder einen Wechsel auf spätere Zeit, die auch nicht fest umgrenzt ist. In Weimar wurde mir gesagt, daß, bevor wir aus Weimar auseinandergehen, das **Rahmengesetz für die Kommunalisierung** der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Heute scheint es, daß wir bis nach Weihnachten warten sollen, und in welchem Monat nach Weihnachten dieses Rahmengesetz für die Kommunalisierung kommen soll, scheint auch dem Herrn Minister noch nicht ganz klar zu sein. Ich möchte doch dringend bitten, daß das, was die Gemeinden so sehnlich erwarten, um ihren kommunalpolitischen Aufgaben zu genügen, möglichst bald bewerkstelligt wird. Da handelt es sich um ein Gesetz, das keinen Pfennig Geld kostet, für das das Reich gar keinen Beamten braucht, und das doch von der größten Bedeutung für unser ganzes gemeindliches Wesen wäre. Es scheint mir sehr wichtig, daß wir endlich dieses Rahmengesetz für die Kommunalisierung bekommen. Ich glaube, es kann nicht die Aufgabe sein, daß man wegen solcher Dinge in Deutschland noch ungeduldig werden müßte.

Viele wichtige und auch schöne Aufgaben blühen dem Reichsministerium des Innern in seiner neuen Gestalt. Wir sind in unserer Partei bereit, die neuen Männer, die sich dieser großen Verpflichtung unterziehen, mit aller Freudigkeit zu unterstützen. Wir haben den heißen Wunsch, daß sie sich trotz aller Einengungen und Einschränkungen, die die Zeit gebietet, diesen Aufgaben gegenüber vollkommen gewachsen erweisen mögen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(B)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat Abgeordnete Frau Zettler.

Zettler, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Der Etat des Reichsministeriums des Innern sieht unter anderem unter Kapitel 7a Titel 14 nach den Beschlüssen des Ausschusses 500 000 Mark „für Förderung der auf sittliche und gesundheitliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend, gerichteten Bestrebungen, soweit sie allgemeine Bedeutung haben" vor, nachdem in der Vorlage der Regierung nur ein Fünftel dieser Summe angesetzt worden war. Man könnte angesichts der Bedeutung des Zweckes diese Aufwendung begrüßen, auch wenn man der Ansicht ist, daß die größte der hierfür notwendigen Summen nicht materieller Natur sein darf. Unser Volk und ganz besonders unsere Jugend, die mehr noch innerlich als äußerlich verarmt ist,

(sehr richtig! im Zentrum)

bedarf Unsummen geistig seelischer Werte, geduldiger Liebe und selbstloser Arbeit, die ihr zu Hilfe kommen muß. Man möchte alle diejenigen Frauen und Männer aufrufen, die besonders auf diesem Gebiete noch geben können, die sich noch Seelen- und Herzensreichtum bewahrt haben, um sich der pflegebedürftigen Jugend anzunehmen.

Es steht zwar unsere Partei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die natürlichste, erfolgreichste und gesündeste **Organisation der Jugendpflege** die Familie ist

(sehr wahr! im Zentrum)

und daß, je vollkommener das Familienleben ist, um so überflüssiger alle übrigen Formen der Jugendpflege wären, daß kein Surrogat sie überhaupt je ersetzen kann. Und Surrogat müssen wir ja alles nennen, und wenn es die unübertrefflichste Einrichtung organisierter Jugendpflege wäre, gegenüber einem gesunden und glücklichen Familienleben. Darauf hinzuweisen ist trotz der Selbstverständlichkeit nicht überflüssig, gerade weil wir nicht verkennen, (C) wie notwendig unter den tatsächlichen Verhältnissen eine möglichst gründliche und erfolgreiche Jugendpflege ist, wie sie auf manchen Gebieten auch schon vielfach geleistet wird.

Auch darum muß man darauf hinweisen, weil schon gerade aus den Kreisen, denen es ernstlich und aus den besten Motiven heraus um die Jugend zu tun ist, Stimmen laut werden, die vor einem Übermaß der Jugendbearbeitung, wie sie es nennen, warnen, weil diese Bearbeiter der Jugend, wie sie sagen, der ernsthaften Jugend es schwer machen, sich selbst zum eigensten Leben zu finden, den anderen es aber unverantwortlich leicht machen, übermütig und oberflächlich zu bleiben. So sprechen schon Kreise, die bisher in der Jugendpflege gearbeitet und gewirkt haben.

Aber andererseits ist es unverkennbar: „Jugendelend ist öffentliches Elend geworden," hauptsächlich deshalb, weil die Familie so vielfach versagt, aus Schuld oder Ohnmacht versagt, häufig versagen muß, weil ihr eine Einstellung auf die geistigen Bedürfnisse der Gegenwart nicht möglich ist; dann aber auch, weil die ganze wirtschaftliche Entwicklung dahin drängt, die Jugend immer mehr aus ihrer natürlichen Organisation, der Familie, herauszureißen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir deshalb nach Jugendpflege rufen, so müssen wir gerade angesichts der Not nach der vollkommensten Form der Jugendpflege verlangen, das heißt nach einer Jugendpflege, die imstande ist, eine individuelle Pflegearbeit zu leisten. Denn nichts bedarf einer eingehenderen, selbstloseren Pflege und nichts einer persönlicheren Hingabe als unsere suchende, vielfach lebenshungrige und lebensgierige, leider auch so oft enttäuschte und verbitterte und vielfach strauchelnde und irrende Jugend.

(D)

Aus diesem Gesichtspunkt heraus stellt die Zentrumspartei die Forderung, daß der Arbeits- und Verteilungsplan des Reichsministeriums des Innern nicht eine familienfremde oder eine schematisch-zentralistische Jugendpflege vorsieht oder auch nur fördert und anregt. Wir haben ja gerade bezüglich des letzteren Punktes heute erfreulicherweise schon Zusicherungen erhalten. Diese Forderung zu erheben, besteht wohl um so mehr Grund, als die starke Tendenz unverkennbar ist und sich in unserm Volke immer breiter macht, Familienaufgaben zu vergesellschaften und andererseits, wie es heißt, alles möglichst einheitlich zu zentralisieren. Im Gegensatz hierzu fordern wir, daß die Jugendpflege, deren Notwendigkeit wir ja angesichts der Notlage vorbehaltslos anerkennen, in ihren freiwilligen und längst segensreich wirkenden Organisationen anerkannt und gefördert wird. Wir fordern weiter, daß die Jugendpflege im engsten Anschluß an die Familie und durch die Familie arbeitet und allen den individuellen psychologischen Ansprüchen genügt, wie sie dies umsomehr kann, je mehr sie den heimatlichen, gemeindlichen oder religiösen Charakter hat, und wie es ganz besonders unsere konfessionelle Jugendpflege zu tun imstande ist, da sie die seelisch-pflegerischen Momente, den christlichen Erziehungsgedanken, der ebensoviel Selbsterziehungspflicht wie elterliches Erziehungsrecht in sich begreift, in den Vordergrund stellen kann.

(Bravo! im Zentrum.)

Darüber besteht ja wohl auch kein Zweifel, daß die konfessionellen Jugendverbände auf diesem Gebiet und auf dem Gebiet der Schulung der Jugendpflegerinnen, der Einrichtung von Jugendheimen usw. geradezu Vorbildliches geleistet haben, lange bevor man vielleicht den offiziellen Titel Jugendpflege geprägt hatte.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

(**Zettler**, Abgeordnete.)

(A) Jedenfalls haben wir lebhafte Bedenken gegen einen allzu scharf uniformierenden und zentralisierenden Eingriff des Reichs, wie er mit dem Begriff von Jugendämtern und ganz besonders von Jugendämtern von Reichs wegen sich notwendigerweise verquicken muß, besonders wenn man Zahlen wie tausend **Jugendämter** nennen hört, — eine Art und Weise, welche die freie Arbeit auf dem Gebiet der Jugendpflege zum Schaden der Jugend zu gefährden droht. Gewiß können einzelne und gemeindliche Jugendämter, wie sie heute schon bestehen, sofern sie eine Klärung und Förderung und eine größere Übersichtlichkeit über bestehende Einrichtungen erhalten, wertvolle, zusammenfassende Arbeit leisten. Aber nirgends wäre eine Übertreibung des Schlagworts „Einheit“ gefährlicher als bei dieser Arbeit, die sich den schwierigsten Individualansprüchen zu widmen hat, denen kein Schema, und wäre es theoretisch noch so vollendet, genügen kann. Deshalb muß die Schulung und Bildung dieser Jugendpflegerinnen, die heute vor verzweifelt schweren Aufgaben stehen, und zwar in ganz verschiedener Weise je nach dem Ort und nach der Bevölkerung — und wer in Verbindung mit Jugendpflegerinnen steht, der weiß, wie groß der Jammer aller dieser Seelen ist, die sich darin bemühen, erfolgreich zu arbeiten —, nach wie vor Sache der freien Organisationen bleiben und auch Sache der Gemeinden und der Länder, die sich den Eigenheiten dieser Anforderungen leichter anpassen können, während das Reich anregend und unterstützend mitwirken kann.

Vor allem aber hat das Reich die hohe Aufgabe, der in der Verfassung vorgesehenen Jugendpflege und dem dort vorgesehenen **Jugendschutz** zur gesetzlichen Durchführung zu verhelfen, und es ist erfreulich, daß der Herr Reichsminister das heute auch zugesichert hat. Hier obliegen dem Reich und vor allem dem zuständigen Reichsministerium allerdringendste Aufgaben, bevor man (B) an eine irgendwie positive Arbeit, von der heute auch schon die Rede war, herangehen kann. Unsere deutsche Jugend, deren sittliche und gesundheitliche Hebung in dieser Etatsforderung als besondere Aufgabe anerkannt wird, ist einem solchen Meer von Schmutz und Schund in Schrift und in bildlichen Darstellungen ausgesetzt, daß sie in ihrer großen Mehrheit darin unterzugehen droht, wenn nicht schleunige Abhilfe geschaffen wird. Man muß das Augenmerk vor allem auf diese gewissenlosen Unternehmer richten — man mag sie wahrlich moralische Giftmischer und Seelenmörder nennen —, die diese Gefahren für die Jugend schaffen und die alle Jugendpflegearbeit, die wir unsererseits planen, erfolglos machen,

(sehr richtig! im Zentrum)

die aber auch für unsere Jugend erbarmungslos die Brücken zertrümmern, die sie noch hinüberführen könnten zu einem wirklichen echten Jugendfrohmut, dem jugendlichen Frohmut, den wir ihr zuzuleiten wahrlich verpflichtet sind, und deshalb kann man nicht negativ alles ablehnen, was irgendwie Freude für die Jugend bedeuten kann. Aber hier nicht eingreifen, das wäre eine schwere Unterlassungssünde, die keine Regierung und kein Parlament begehen darf, das noch an eine nationale Zukunft glaubt.

(Sehr wahr!)

Es scheint ja auch, daß schon aus dem Volke heraus eine Bewegung einsetzt gegen die verschiedensten schlimmen **Auswüchse,** die besonders **auf dem Gebiete des Kinowesens** sich bemerkbar machen. So schreibt die „Bayrische Staatszeitung“, daß es in München sogar zu tumultuösen Szenen kam und zu einem gewaltsamen Zerstören einzelner Films in einem Lichtspieltheater. Die Zeitung schreibt:

> Ist es wirklich notwendig, mit der Prüfung, Beaufsichtigung und Einschränkung anstößiger Vorführungen so lange zu warten?

(C) Sie schreibt noch weiter:

> Das Gesetz, wonach Jugendliche im Alter von 6 bis 12 Jahren nur in zensurierte Jugendvorstellungen kommen dürfen, wird nicht überall beachtet, ganz abgesehen davon, daß gerade das Alter zwischen 16 und 20 Jahren manche Gefahren mit sich bringen kann. Man hat gemeint, daß das Volk von selbst reagieren und sich solche Films fernhalten würde, und es mag bisher als ein Optimismus gegolten haben.

Aber gerade diese Bewegung, die hier einsetzt, läßt doch etwas anderes denken. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt bezüglich der Aufklärungsfilms, daß man den geistigen Brechreiz bekommen möchte angesichts dieser Aufklärung und dieser Aufführungen, und da möchte man sich tatsächlich fragen: wenn es heute schon möglich war, z. B. den Kaiserfilm zu verbieten, warum konnte man nicht noch viel schädlichere Films auch schon früher verbieten und sich nicht schon früher darum kümmern?

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Im Schauspielwesen scheint ja auch schon eine Reaktion ähnlicher Art in unserem Volke einzusetzen. So schreibt auch eine Münchener Zeitung, daß es im Schauspielhaus angesichts der Aufführung der „Büchse der Pandora“ zu wüsten Scenen kam, trotzdem die Theaterdirektion eine Reihe von Kriminalbeamten zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten hatte. Das sind doch wohl alles Beweise, daß die Regierung allen Grund hat, möglichst schnell eine Abhilfe zu schaffen, wenn ihr schon von seiten der Bevölkerung eine solche Bewegung entgegenkommt.

Noch eine andere wichtige Arbeit gerade auch bezüglich der Jugendpflege, so sehr sie auch viel weiter gehen mag — es ist vorhin schon durch einen Zwischenruf darauf hingewiesen worden —, liegt auf dem Gebiete der (D) **Wohnungsreform,** die hauptsächlich eine sittliche und gesundheitliche Hebung herbeiführen könnte, und hier weist ein Artikel aus der Berliner Presse auf einen schreienden Mißstand hin, der sich wohl zunächst in Berlin zeigt, der aber auch in anderen großen Städten bemerkbar ist, der darin besteht, daß zahlreiche neu entstehende Kinos und Kabaretts immer wieder neue Wohnungen und neue Räumlichkeiten zugewiesen erhalten. Man muß sich doch sagen, daß es derlei Einrichtungen wahrlich nicht verdienen, unserem wohnungsarmen Volke auch noch die Möglichkeiten für Wohnungen wegzunehmen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Diese wichtigen Aufgaben hat das Reich bezüglich der **Jugendpflege** vor allem zu lösen, und diese Aufgaben müssen im Vordergrund stehen und müssen gelöst werden, bevor für irgendwie organisatorische Zwecke Summen verwendet werden, deren Erfolg noch nicht einmal abzusehen ist, Zwecke, die mehr den Ländern und Gemeinden als dem Reiche zustehen. Deshalb hatte das Zentrum angesichts der großen finanziellen Notlage, die es uns ja nicht gestattet, zu bewilligen, als ob wir aus dem Vollen schöpfen könnten, große Bedenken gegen den Etatansatz von 500 000 Mark, der ja wohl sicher aus einem guten Herzen beantragt wurde und auch genehmigt worden ist. Es hatte deshalb große Bedenken, weil ein Verwendungszweck noch nicht einmal bekannt ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Vor allem aber verlangen wir ein beschleunigtes und energisches Vorgehen der Regierung bezüglich des uns nun versprochenen gesetzlichen Jugendschutzes, der unter allen großen Aufgaben des Reichsministeriums wohl eine der vornehmsten Aufgaben ist, die ihm zusteht.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

(A) Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nuschke.

Nuschke, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Aus der heutigen Programmrede des neuen Herrn Reichsministers haben wir, glaube ich, entnehmen können, daß das Arbeitsgebiet für das Reichsministerium des Innern trotz der Abtrennung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums doch noch außerordentlich groß ist, und wir begrüßen die frische, arbeitsfreudige Kraft des neuen Herrn Reichsministers des Innern. Wir wünschen, daß ihm bei der praktischen Durchführung der Verfassung dieselben Erfolge beschieden sein mögen, wie sie Herrn Dr. Preuß durch das Zumabschlußbringen des großen Verfassungswerks beschieden waren.

Herr Minister Koch hat an die Spitze seiner Rede die Mahnung gestellt, daß wir zur Ordnung zurückkehren müßten, und er hat seinem Willen dahin Ausdruck gegeben, diese Ordnung mit schaffen zu helfen. Er wird dabei unsere volle Unterstützung finden; denn es ist durchaus zutreffend: **Freiheit** ohne **Ordnung** ist unmöglich.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber Freiheit ist auch in demokratisch-politischem Sinne niemals etwa so aufgefaßt worden, daß es eine schrankenlose Freiheit sei, sondern wir fassen die Freiheit im Sinne von Anastasius Grün auf, der da sagt: Freiheit ist nicht Genuß, sondern die Bindung an einen Grundsatz.

Aber der Herr Minister hat auch recht, daß die Ordnung nicht allein durch polizeiliche Maßnahmen erzielt werden kann, sondern sie muß auf der freiwilligen Unterordnung der einzelnen Volksteile und der einzelnen Glieder des Staates aufgebaut sein. Dazu ist es auch notwendig, eine Politik zu treiben, die es allen Teilen des Volkes ermöglicht, sich der Ordnung mit Freuden und nicht mit Seufzen zu fügen. Es ist notwendig, daß wir bei den (B) Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung den Geist der Freiheit und der Achtung vor dem Bürger nicht vermissen lassen, und in dieser Beziehung begrüße ich es, daß der Herr Minister in Aussicht gestellt hat, daß die Militärmacht unter die Zivilmacht zurückgeführt werden soll, ein Zustand, der allein in einem Rechtsstaate erträglich ist.

Der Herr Minister hat uns auch in Aussicht gestellt, daß recht bald eine **Novelle zum Schutzhaftgesetz** kommen solle, soweit die Verfassung für diese Maßnahmen noch Raum läßt, und er hat schließlich auch ein neues Fremdenrecht angekündigt. Es ist zweifellos, daß die Rechtsgültigkeit der jetzt noch angewendeten Schutzhaft zweifelhaft ist, und wir würden es sehr begrüßen, wenn hier recht bald ein sicherer Rechtsboden gefunden wird. Vor allen Dingen aber möchte ich darum bitten, daß schon jetzt die einzelnen Fälle außerordentlich genau geprüft werden; denn es wäre tatsächlich für unser Ansehen außerordentlich abträglich, wenn man Leute der Freiheit nur deshalb beraubte, weil sie irgendwelcher Dinge oder Taten verdächtig sind.

Es ist auch notwendig, was der Herr Minister ankündigte, daß die **Kriminalpolizei einheitlich** aufgebaut werden muß.

(Sehr richtig!)

Wenn man einmal die Verhältnisse im Auslande, in London oder in New York betrachtet, dort herrscht tatsächlich über das Lumpenproletariat und über den Slum eine Kriminalpolizei, und ich glaube, daß man mit einer guten Kriminalpolizei, die sich darauf beschränkt, das Verbrechertum zu fassen, viel mehr Erfolge erzielen kann als mit einer militärisch organisierten Polizei.

Meine Damen und Herren! Was der Herr Reichsminister uns als seine Auffassung über **Reichseinheit und Einheitsstaat** hier dargelegt hat, findet unsere volle Billigung. Wir werden aus finanziellen, wirtschaftlichen und (C) politischen Gründen zum Einheitsstaate kommen müssen. Die Verfassung von Weimar hat allerdings den Einheitsstaat nicht in reiner Ausprägung verwirklicht, sie hat aber die Keime dazu in die Verfassung gelegt. Wir werden in der Folgezeit in den Einheitsstaat hineinwachsen, und es ist zu hoffen, daß das jetzige elastische System die Freude am Reiche zu stärken geeignet ist und daß künftighin der dezentralisierte Einheitsstaat so, wie ihn der Herr Minister uns heute hier geschildert hat, es allen Teilen des Reiches ermöglichen wird, mit Freuden sich zur Reichseinheit zu bekennen, daß man sich in allen Teilen des Reiches bewußt ist, daß man in erster Linie Deutscher ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

daß, wie es in der Einleitung zur Verfassung heißt, das Verfassungswerk das Werk des einheitlichen deutschen Volkes ist, das ihm seine Vertretung gegeben hat.

Die Beamten sollen in ihren alten Rechten gesichert werden, aber die neuen Grundsätze sollen in der Behandlung der Beamten Platz greifen. Wir begrüßen es, daß vom Ministertische diese Worte gesprochen worden sind. Das **Mitbestimmungsrecht der Beamten** wird tatsächlich dazu führen, daß alle jene üblen Erscheinungen der Korruption, die auch hier angedeutet worden sind, verschwinden. Es ist außerordentlich erfreulich, den Willen der Beamten aus dem Lande spontan ertönen zu hören, daß sie bereit sind, an der Beseitigung dieser üblen Zeiterscheinungen mitzuwirken. Die Beamten — das darf man aussprechen — haben sich, wenn man die niedrigen Bezüge in Betracht zieht und die große Versuchung, die tagtäglich an sie herantritt, doch in ihrer übergroßen Mehrheit von den Zersetzungserscheinungen der Zeit freizuhalten gewußt. Aber das beste Mittel, sie dauernd zu bewahren, das ist, glaube ich, das, was der Herr Minister hier angedeutet hat, daß man ihre Bezüge (D) mit den verteuerten Zeiten in Einklang bringt.

Es ist richtig, daß nicht nur politische Aufgaben jetzt bei uns gepflegt werden sollen, daß wir auch der kulturellen nicht vergessen dürfen. Aber ich meine, daß uns politische Erziehung doch außerordentlich nottut, und ich komme dann im einzelnen noch darauf zurück. Kulturelle Beziehungen werden es sein, die uns künftighin mit den deutschen Brüdern des Auslandes noch verbinden, und wir begrüßen es, daß das Schulgesetz, das uns der Herr Reichsminister vorlegen will, eine Schule der sozialen Versöhnung bringen soll. Gewiß, meine Damen und Herren, ist die **Schule** berufen, **nationale Jugenderziehung** im besten Sinne zu Wortes zu treiben. Es steht deshalb auch in der deutschen Verfassung, Art. 148: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.“ Wir legen auch großen Wert darauf, daß gerade jetzt, wo wieder die Zeichen der Völkerverhetzung sich zeigen, wir daran festhalten, daß der Schulunterricht im Geiste der Völkerversöhnung erteilt wird. Und die Tatsache, daß jedes Kind beim Verlassen der Schule einen Abdruck der Verfassung in die Hand gedrückt bekommt, soll auch ein Ansporn sein, politisch und staatsbürgerlich an die Fortbildung zu denken, wenn das Kind die Schule verläßt.

Meine Damen und Herren! Neben der Schule und auch in der **Schule** soll die **körperliche Ertüchtigung** gepflegt werden. Wir müssen mit den militärischen Spielereien brechen, die sich leider immer noch hie und da bemerkbar machen. Wir wollen die Jugend körperlich ertüchtigen durch Turnen, besonders aber durch Sport, und wir wollen uns freuen, wenn es **Jugendorganisationen** gibt, die die jungen Menschenkinder in die freie Gottes-

(**Ruschke**, Abgeordneter.)

(A) natur hinausführen und sie dort am Schönen und Herrlichen sich erbauen lassen.

In diesem Zusammenhange möchte ich es bedauern, daß der Herr Kollege Dr. Braun — vielleicht nicht absichtlich, aber es könnte draußen diese Wirkung hervorrufen — das Wort ausgesprochen hat, daß in den **Wandervogelvereinen** sich homosexuelle Erscheinungen zeigen. Nun, wenn das wirklich vereinzelt der Fall gewesen sein sollte, so würden wir das gewiß bedauert haben; aber ich glaube, die ganze Anlage dieser Bewegung, die ganze Natur dieser Jugendvereine wird solchen üblen Erscheinungen gerade entgegenwirken, und es ist nur zu wünschen, daß sich das Reich eifrig der Förderung solcher Bestrebungen, wie die der Wandervögel sind, widmet. Namentlich möchte ich die Förderung des Sports großzügig gefördert wissen. Hier müssen Reichsmittel vorhanden sein; hier darf nicht gespart werden.

Das **Kommunalisierungsgesetz** wird den Gemeinden zweifellos eine große Erleichterung bringen, es wird eine Unsicherheit beseitigen, die sich jetzt eingeschlichen hat. Wir sind damit einverstanden, daß Verkehr und Kraft — ich komme noch auf die Kinos und die Theater — in Gemeinbetrieb genommen werden, und manches andere läßt sich auch kommunalisieren. Aber die Kriegswirtschaft hat uns doch gezeigt, daß der kleine Kaufmann, der Bäcker, der Fleischer, unentbehrliche Glieder für eine zweckmäßige Versorgung und für eine Anpassung der individuellen Bedürfnisse sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen uns deshalb auf das allerentschiedenste der Kommunalisierung dieser Betriebe widersetzen.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir jetzt immer neue Steuern haben müssen, so müssen wir doch schließlich auch einmal daran denken, wer sie bezahlen soll. Gewerbe und Handel und Industrie (B) sind schließlich doch immer noch die Hauptträger der Steuerlast. Es geht nicht an, daß man diese Existenzen durch die Kommunalisierung ausschaltet.

Mit Schmerz haben wir vernommen, daß 8500 Altdeutsche **aus Elsaß-Lothringen vertrieben** worden sind. Ihnen gehören unsere herzlichsten Sympathien, und wir begrüßen es, daß der Herr Reichsminister es als seine oberste Sorge betrachtet hat, namentlich die Beamten unter diesen Vertriebenen nun im Reichsdienst unterzubringen. Wir wollen hoffen, daß Gemeinden und Länder wetteifern, hier die Wunden zu heilen, die ein falscher Chauvinismus diesen unseren deutschen Brüdern geschlagen hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist außerordentlich betrüblich, wenn die Mahnung besonders ergehen muß, daß die **Kriegergräber** der Pflege aller Kulturmenschen bedürfen. Ich hoffe, daß die Frage der Ehrung der Toten eine gemeinsame Sache der Menschheit ist, daß sie aber nicht Ursache nationaler Leidenschaften abgibt.

Außerordentlich groß ist das Reichsprogramm über die zweckmäßige **Förderung des Gesundheitswesens.** Es kann auf diesem Gebiete nicht genug geschehen gegen Tuberkulose, gegen Geschlechtskranke, gegen Irre. Aber es ist auch bevölkerungspolitisch von der größten Bedeutung, daß das Hebammenwesen ausgebaut wird, und wir freuen uns, daß der Herr Minister auch darüber eine Vorlage in Aussicht gestellt hat.

Beim Abbau des Heerwesens hat er auch erwähnt, daß **das Kriegsarchiv** seinem Amte unterstellt werden soll. Der Herr Kollege Braun hat bereits auf die hohe Bedeutung dieser Sammlung des gesamten Materials für die Wissenschaft und künftige Geschichtsschreibung hingewiesen. Ich will das nicht wiederholen, möchte nur der Bitte Ausdruck geben, daß auch die Abteilung „Fremde Presse", die von den Nachfolgern des Kriegspresseamts (C) fortgeführt wurde, und die über die Stimmung der ausländischen Presse ausgezeichnet unterrichtete, fortgeführt wird im Rahmen dieses Reichsarchivs, und daß auch den Abgeordneten wieder die **„Stimmen der fremden Presse"** zugänglich gemacht werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die **Deutsche Bücherei in Leipzig** ist eine Schöpfung, die ihresgleichen kaum in der Welt aufzuweisen hat. Es ist wichtig, daß ihr die Reichsunterstützung erhalten, daß sie womöglich gesteigert wird. Denn diese Kulturaufgaben können wir nicht leiden lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Auch ist es begrüßenswert, daß das **Landesvermessungswesen** jetzt von dem Reichsministerium des Innern übernommen worden ist. Der Herr Reichsminister hat darauf hingewiesen, daß die Menschen jetzt durch den Krieg Kartenlesen gelernt haben. Aber ich glaube und hoffe, daß man künftighin die Landkarte nicht nur militärisch betrachtet. Sie eröffnet auch sonst Gesichtspunkte. Die geographische Erziehung ist außerordentlich wichtig für unsere heranwachsende Jugend, und ich habe besonders den Wunsch, daß nun auch die Beamten der Landesaufnahme möglichst restlos übernommen werden. Ich glaube, es wird möglich sein, daß der Vertrieb der neuen Karten, die man ja nicht Generalstabskarten zu nennen braucht, einer Privatfirma übertragen wird, und daß dann für diesen sozialisierten Reichsbetrieb eine sehr starke Beschäftigung da sein wird.

Wenn der Herr Minister gesagt hat, daß künftig für die nächsten Jahre keine **Regierung ohne die Arbeiter** denkbar sei, aber auch keine Regierung allein durch die Arbeiter, so akzeptieren wir das in der Erwartung, daß diese Entwicklung im Einklange bleibt mit den Anschauungen und Gesinnungen des Volkes. Die Demo- (D) kratie, der **Willensausdruck der Wähler,** wird für uns immer das oberste Gesetz bleiben müssen. Sonst würden wir aufhören, Demokraten zu sein.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute mit der Besprechung des Etats noch verbunden eine Interpellation der Herren von den Rechtsparteien, die verlangt, daß das Reichsgesetz, das der Art. 119 und die folgenden in Aussicht stellen, möglichst bald ergeht. Ich begrüße es ja, daß die Herren noch so viele Ausführungsgesetze haben wollen; aber das scheint mir doch einigermaßen mit ihrer Forderung nach raschen Wahlen in Widerspruch zu stehen. Wenn uns auch dieses Ausführungsgesetz gewiß nicht allzulange hier aufhalten wird, so kommt doch eins zum andern. Namentlich wenn man jedes dieser Ausführungsgesetze noch in Form einer Interpellation anfordert, so ist es doch ganz klar, daß außerordentlich viel Zeit für die parlamentarische Erledigung beansprucht wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun ist hier schon mit Recht gesagt worden, daß die **Erscheinungen,** die wir **auf dem Gebiete des Kinos** zu verzeichnen haben, Erkrankungserscheinungen sind.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte nicht sagen, daß es sich hier um Verfallserscheinungen handelt, wie es der Herr Kollege Dr. Braun getan hat, der den Vergleich mit der römischen Kaiserzeit brauchte. Ich habe einen viel zu festen Glauben an das Gesunde im deutschen Volke,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

um nicht zu hoffen, daß diese Krankheitserscheinungen überwunden werden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Krankheitserscheinungen sind eine Folge des Krieges.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

(Ruschke, Abgeordneter.)

(A) Fünf Jahre lang ist das deutsche Volk entnervt und zermürbt worden. Fünf Jahre lang lastete der stärkste Zwang auf uns. Plötzlich brach das alles zusammen, und jetzt schlagen die Flammen der Leidenschaft naturgemäß höher. Aber das ist keine deutsche Erscheinung, sondern in der ganzen Welt zeigen sich diese Folgeerscheinungen des Krieges.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade die Kreise, die immer so gern den Krieg als ein „Stahlbad" gepriesen haben, sollten diese Wirkungen des Krieges einmal etwas näher betrachten.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Meine Damen und Herren, was sich heute zeigt, sind Krankheitserscheinungen, die durch den Krieg hervorgerufen sind. Nun ist es aber meiner Meinung nach einseitig zu sagen, daß sich diese Krankheit besonders im Film äußert. Diese Krankheitserscheinungen sind ganz allgemeiner Natur. Wir sind in unsern ganzen Lebensanschauungen, z. B. auch in unseren Anschauungen über Eigentum und dergleichen viel laxer geworden als früher, und auf dem Gebiete des Theaters, des Kabaretts, der Presse haben wir genau dieselben Wirkungen. Früher ist es auch so gewesen, daß sich solche Wirkungen allgemein herausgestellt haben. Es ist allerdings richtig, daß heute der Film in außerordentlich weite Kreise des deutschen Volkes gedrungen ist. Wir bedauern es auf das allerlebhafteste, wenn sich jetzt eine schamlose Ausnutzung gewisser Sexualprobleme in sogenannten **Aufklärungsfilms** breit macht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Verfilmung gewisser Paragraphen des Strafgesetzbuches gereicht der deutschen Industrie in hohem Maße zur Unehre.

(Sehr wahr! links.)

Aber man muß auch gerecht sein und darauf hinweisen, (B) daß von Anbeginn an aus der Industrie die schärfsten Proteste gegen diesen Mißbrauch eines Kulturfortschritts laut geworden sind. Vielfach liegen nun aber die Dinge so, daß nur der Titel des Films anstößig oder pikant ist. Der Herr Kollege Mumm hat auf den Tisch des Hauses ein Verzeichnis der Filme niedergelegt, die in Schleswig-Holstein und in Bayern vorgeführt worden sind. Nun, ich nehme zugunsten des Herrn Abgeordneten Mumm an, daß er nicht in das Kino geht; wenigstens glaube ich, das aus seinen Ausführungen entnehmen zu dürfen. Ich kann ihm aber sagen, daß bei vielen Filmstücken allerdings der Titel außerordentlich anreizend, pikant, zum Teil sogar obszön ist, der Film selbst aber harmlos

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und — was das schlimmste ist — langweilig ist.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade für langweilige Films erfindet man anziehende Titel und Bezeichnungen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist sehr interessant, was in dieser Beziehung in der „Weltbühne" erzählt wird, daß nämlich in einem Hamburger Blatt kürzlich folgende **Kinoreklame,** die auch ihres Stils wegen charakteristisch ist, gestanden hat:

> Der kolossale Aufklärungsfilm, welcher für Jugendliche gänzlich verboten und für Damen wegen der pikanten und krassen Handlung nachmittags eine Sondervorstellung stattfindet, erlebt seine Uraufführung. Zweimal polizeilich verboten gewesen! Frauen, die der Abgrund verschlingt, oder von der Gräfin bis zur Dirne! Das größte Sittendrama, welches Hamburg je gesehen hat, in sechs Akten.

(Heiterkeit.)

Ich stehe nicht an zu erklären — gerade als Angehöriger der Presse —, daß ich es unerhört und schamlos finde, wie eine Zeitung überhaupt eine solche Reklame aufnehmen (C) kann.

(Sehr wahr!)

Derjenige, der aber diesen Film bespricht und berufsmäßig hingehen mußte, erzählt, daß der Film getrost jedem Backfisch gezeigt werden konnte und daß er harmlos und langweilig gewesen ist. Deshalb scheint es mir doch notwendig zu sein, daß man, wenn man nach der Zensur, nach dem Schutzmann ruft, die Dinge zunächst einmal von einem anderen Standpunkt aus ansieht. Ich habe schon gesagt, daß in der Industrie selbst sich ein außerordentlicher Widerspruch gegen diese geschäftliche Ausnützung sexualer Dinge äußert.

Wenn uns nun heute der Herr Minister in Aussicht gestellt hat, daß die **Filmzensur** bald kommt, so bin ich etwas zweifelhaft, ob dieses Versprechen in allzu naher Zeit seine Erfüllung findet, zumal wenn wir den Riesenaufgabenkreis betrachten, der uns heute vom Herrn Minister dargelegt worden ist. In der Zwischenzeit hat die Industrie die beste Gelegenheit, zu erweisen, ob sie imstande ist, durch eine eigene Zensur Besserung zu schaffen; sie wird es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Zensur eingeführt ist, weil die Industrie bei der Frage der Selbstzensur versagt. Ich bin allerdings der Meinung, daß diese Selbstzensur nicht von der Industrie allein geübt werden darf, sondern daß hierfür die Kreise der Künstler und Erzieher heranzuziehen sind. Wir haben in der Schule Elternbeiräte; auch diese sollen mitwirken, und vor allen Dingen verspreche ich mir eine wohltätige Mitwirkung von einer Heranziehung der Frau. So soll versucht werden, zunächst einmal die Verhältnisse auf dem Wege der Selbstzucht zu bessern.

Eins aber dürfen wir nicht übersehen, nämlich daß das Kino das Theater des kleinen Mannes heute ist, daß jeden Abend Millionen von Menschen mit klopfenden Herzen und geröteten Wangen dort sitzen, denen das Kino nun (D) einmal alles ist. Es ist Aufgabe der Volkserziehung, diese Tatsache nutzbar zu machen in der Richtung einer Belehrung, indem man das Kino zur Verbreitung wirklich guter Unterhaltung und Aufklärung, vor allen Dingen aber zur Belehrung benützt. Denn ich glaube: darüber kann doch unter modernen Menschen kein Zweifel sein, daß die **Kinematographie** zu den großartigsten Erfindungen der Neuzeit gehört. Es ist tatsächlich das glänzendste **Mittel zur Belehrung und Aufklärung.** Wenn ich hier das etwas anrüchig gewordene Wort von der Aufklärung in den Mund nehme, so denke ich gewiß nicht an die amtliche Aufklärung, wie sie durch den Film während des Krieges geübt wurde. Wir haben damals aus Mangel an Völkerpsychologie nutzlos Millionen herausgeworfen und eine Sysiphusarbeit geleistet. Man hat mir erzählt, daß z. B. in der Schweiz, als der bekannte „Möve-Film" gespielt worden war, die Schweizer sich entsetzt haben, daß wir die Versenkung von Schiffen nun auch noch im Film gewissermaßen verherrlichen. Nein, wenn ich von Aufklärungsfilms rede, so denke ich an die Filme, wie sie von ernster medizinischer Seite geplant worden sind, von denen beispielsweise in der „Medizinischen Wochenschrift" Dr. Bernstein berichtet, und ich glaube, daß tatsächlich auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung Aufklärungsfilme außerordentlich wohltätig wirken können, und es soll ja jetzt in Verbindung mit den Kreiswohlfahrtsämtern eine solche Belehrung erfolgen. Lehrfilme finden bereits in verschiedenen Ländern Verwendung. Im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist eine Bildstelle eingerichtet, und Bayern ist sogar mit einer staatlichen Filmakademie vorgegangen. Ich darf weiter daran erinnern, daß es unser verstorbener Kollege Liszt gewesen ist, der für die Kriminalwissenschaft den Film nutzbar gemacht hat, und was auf dem

(Nuschke, Abgeordneter.)

(A) Gebiete der Medizin, der Naturwissenschaften der Film leisten kann, das ist beinahe unbegrenzt, und es wäre ganz falsch, wenn wir uns durch den teilweisen Mißbrauch einer solchen modernen Errungenschaft in eine Kinohetze hineintreiben ließen, in eine grundsätzliche Verwerfung des Kinos. Aber das hat ja selbst der Herr Interpellant heute nicht beabsichtigt; im Gegenteil, er hat anerkannt, daß der Film nicht mehr auszurotten ist. Ich würde es nur begrüßen, wenn auch die Erkenntnis auf allen Seiten des Hauses dämmerte, daß es sich hier wirklich um einen Kulturfortschritt großen Stiles handelt.

Ich verspreche mir von der Zensur und von der Polizei außerordentlich wenig, um nicht zu sagen: nichts. Eine Besserung kann nur durch die **Hebung der gesamten Erziehung** erzielt werden, durch die Erziehung zum Geschmack. Guter Geschmack läßt sich nicht anbefehlen, läßt sich nicht durch Gesetz beschließen, sondern er muß anerzogen werden. Das ist die Aufgabe aller Volkserzieher, und da soll man auch das kleinste Mittel im positiven Sinne begrüßen. Die Heraufsetzung des Tit. 14 in Kap. 7a von 100 000 auf 500 000 Mark zur Förderung der auf sittliche und gesundheitliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend gerichteten Bestrebungen, soweit sie allgemeine Bedeutung haben, begrüßen wir außerordentlich. Aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, und ungeheure Arbeit muß von allen denen geleistet werden, denen das Wohl der Jugend am Herzen liegt.

Wir haben heute vom Herrn Minister auch gehört, daß ein Jugendwohlfahrtsgesetz in Vorbereitung ist, und die verehrte Frau Vorrednerin hat gemeint, es dürfe hier nicht allzu scharf zentralisiert werden. Wir wünschen durchaus, daß auch in der Jugendpflege die regionalen und landschaftlichen Eigenheiten berücksichtigt werden. (B) Aber es gilt doch, bei der **Jugendwohlfahrtspflege** auch eine gewisse Einheitlichkeit in die jetzt einander vielfach widersprechenden Bestimmungen zu bringen. Wenn es beispielsweise möglich ist, daß in Bayern kein Preuße in Fürsorge genommen werden kann und umgekehrt in Preußen kein Bayer, wenn sonstige Bestimmungen vorhanden sind, die zu Unträglichkeiten führen, dann muß man doch gerade eine Vereinheitlichung anstreben. In Preußen liegt bereits seit einem halben Jahr ein Entwurf für ein Jugendfürsorgegesetz vor. Württemberg hat eigene Jugendämter geschaffen. Ich glaube, es ist notwendig, wenn wir nicht eine Zersplitterung und ein Gegeneinanderarbeiten aufkommen lassen wollen, daß die Einheitlichkeit durchgeführt wird. Dazu wird auch notwendig sein, daß die Berufsvormundschaft allgemein durchgeführt wird, und daß überhaupt Reichsmittel in stärkerem Maße für die Jugendpflege zur Verfügung gestellt werden. Einzelne Gemeinden sind vorbildlich mit eigenen Jugendämtern vorangegangen. Ich erinnere nur an Frankfurt am Main, und auch Berlin verfügt seit einiger Zeit über ein Jugendamt.

Ich glaube aber, außerordentlich positiv können wir durch die **politische Erziehung** wirken. Ich komme darauf noch einmal zum Schluß zurück. Es ist notwendig, daß wir die Jugend kulturell-sittlich heranbilden; aber wir wollen sie auch mit den politischen Problemen, mit der Wirtschaftspolitik, mit der äußeren Politik vertraut machen, und es ist notwendig, daß schon in der Schule, namentlich aber in der Fortbildungsschule staatsbürgerlicher Unterricht erteilt wird, wie es ja auch die Verfassung vorsieht. Das ist um so notwendiger, als ja jetzt gerade, wo uns eine nüchterne Realpolitik ziemen würde, eine falsche Romantik wieder aufkommt, eine Politik des Schlagworts und der Stimmungsmache. Wir lesen jetzt beinahe tagtäglich in den rechtsstehenden Zeitungen: wie schön war es doch früher unter der Monarchie! Ja, (C) meine Herren, ist das nicht eine Beleidigung aller Denkfähigen? Ist es nicht Tatsache, daß schließlich die Erscheinungen, unter denen wir alle leiden, lediglich die Ausstrahlung des militärischen Zusammenbruchs sind?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Krieg wurde militärisch verloren. Die Revolution war die Folge des militärisch verlorenen Kriegs. Meine Damen und Herren, diesen eisernen Tatbestand kann doch schließlich keine künftige Geschichtsforschung irgendwie aus der Welt schaffen.

Ich finde auch, daß es nicht ein Zeichen politischer Reife ist, wenn von einer Partei dieses Hauses — oder ich will korrekter sagen: von ihrem geschäftsführenden Ausschuß — die Präsidentschaftskandidatur für die Wahl des Reichspräsidenten **Hindenburg** angetragen worden ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich halte das für einen außerordentlich peinlichen Mangel an politischer Erziehung. Hindenburg hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er überzeugter Monarchist ist, und jetzt bietet man einem überzeugten Monarchisten eine republikanische Präsidentschaftskandidatur an! Das enthüllt nicht nur einen Mangel an politischer Erziehung, sondern ich möchte sagen, schon an politischem Takt.

Politische Erziehung, **staatsbürgerliche Erziehung** wird auch dazu beitragen, die Jugend von den Vergnügungsstätten, von den Tanzsälen abzulenken und zu ernster Arbeit am Vaterland hinzuleiten. Ich möchte zum Schluß an das Wort erinnern, das unser leider so jäh verstorbener Führer Naumann einmal ausgesprochen hat:

> Politik ist kein bloßes Sonntagsvergnügen, sondern eine nationale Arbeit, von der Leben und Sterben des Volks abhängt.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, der Weltkrieg hat dieses Wort als außerordentlich erstes Wahrwort, als Prophetenwort erwiesen, und wir wollen poli- (D) tische, staatsbürgerliche Erziehung in dem Sinne treiben, daß der volle Ernst und die volle Bedeutung aller politischen Maßnahmen schon der Jugend klargemacht wird. Notwendig ist allerdings, daß die Parteipolitik nicht in der Schule geduldet wird. In der Schule soll nur staatsbürgerlicher Unterricht erteilt werden. Aber es geht auch nicht an, daß, wie es jetzt zum Teil geschehen ist, Schuldirektoren zwar den deutschnationalen Jugendbund für unpolitisch erklären, den demokratischen Jugendbund aber für eine parteipolitische Einrichtung. Das widerspricht der Neutralität.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Sache der **parteipolitischen Erziehung** kann nicht Aufgabe der Schule sein, sondern muß Aufgabe der Parteien sein und muß gelöst werden nicht im reinen Parteisinne, sondern im Sinne einer wahren vaterländischen Erziehung.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück.

Dr. **v. Delbrück,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unser verehrter Herr Präsident hat uns gestern ernstlich vermahnt, dafür Sorge zu tragen, daß die Beratungen des Etats des Reichsamts des Innern sich nicht über den heutigen Tag, jedenfalls nicht über den morgigen Tag erstrecken möchten. Ich glaube, wir werden mehr leisten, als der Herr Präsident von uns irgendwie erwartet hat. Wir werden in einer kurzen Sitzung diesen Etat verabschieden.

Als ich die Ehre hatte — es ist ja noch nicht sehr lange her —, von dieser Stelle aus den Etat des Reichsamts des Innern zu vertreten, da bedurften wir zur Lösung

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) dieser Aufgabe mehr Tage, als wir diesmal Stunden darauf verwenden.

(Hört! hört! — Sehr richtig!)

Ich erinnere mich, daß einmal für die **Verhandlung des Etats des Reichsamt des Innern** 16 volle Sitzungstage notwendig waren. Ich habe diese Verhandlungen mit den endlosen Reden, mit ihren endlosen Wiederholungen sicher nicht als eine Annehmlichkeit empfunden. Ich habe diese Verhandlungen auch weder für notwendig noch für nützlich, noch auch nur der Würde dieses Hauses für zuträglich erachtet, und es ist gewiß eine Verbesserung und, wie es mir scheint, zum Teil ja eine Folge des parlamentarischen Systems, wenn die Erörterungen zu den Etats wesentlich abgekürzt werden.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Immerhin würde ich es doch für wünschenswert halten, wenn man uns in Zukunft für die Erörterung so wichtiger Fragen etwas mehr Zeit gäbe, als es dieses Mal geschehen ist. Es ist schon nicht leicht, die Programmrede eines Ministers, wie wir sie eben gehört haben, nach Verlauf einer halben oder einer Stunde sachgemäß und auch würdig zu beantworten.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber ich gebe zu, daß die Verhandlungen zu dem uns jetzt vorliegenden Etat nicht gut verglichen werden können mit den Verhandlungen zum Etat des ehemaligen Reichsamts des Innern. Diese beiden Behörden sind eigentlich nicht mehr vergleichbare Größen.

Wenn ich mich nicht irre, schloß in den **laufenden Ausgaben** der letzte Friedensetat mit 16 Millionen ab. Der Etatsentwurf, der uns im Mai vorgelegt wurde, schloß in den laufenden Ausgaben mit 4 280 000 Mark ab, und der Nachtragsetat ist bereits wieder um 13 Millionen Mark höher, sodaß zwischen den Summen, die damals und heute für diese Behörde aufgewandt werden, (B) kaum noch ein erheblicher Unterschied ist.

Wie alles nach der Revolution, so sind eben auch die organisatorischen Fragen bei uns noch vollständig im Fluß, und ich habe die Überzeugung, daß wir heute noch kaum übersehen, zu welchem Abschluß sie kommen werden.

Das **Reichsamt des Innern** ist geteilt. Die Frage der **Teilung** dieses großen Amtes hat uns ja schon in früherer Zeit hier wiederholt beschäftigt, und die Notwendigkeit der Teilung wurde jedem Einsichtigen von Jahr zu Jahr klarer. Wenn es trotzdem erst des Anstoßes der Überlastung mit den Beschäftigungen der Kriegswirtschaft und dann des Anstoßes der Revolution bedurft hatte, um die Teilung des Amtes zur Tat werden zu lassen, so hat das nicht an dem Ehrgeiz, nicht an dem Eigensinn der früheren Leiter des Amtes gelegen, sondern es hat daran gelegen, daß wir uns schwer ein Bild machen konnten, wie man das Amt teilen sollte. Denn die Politik eines großen Reiches hängt in ihren einzelnen Zweigen eng miteinander zusammen, und es ist immerhin ein bedenkliches Unternehmen, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Ernährungspolitik voneinander und von der allgemeinen inneren Politik zu trennen. Es ist zweifellos von Wert, wenn es möglich ist, diese einzelnen Zweige der inneren Politik von einer Stelle aus zu behandeln, einmal, weil dann die verschiedenen Interessen besser gegeneinander abgewogen werden, als wenn sie im Kampf der verschiedenen Ressorts erörtert werden müssen, und zweitens, weil in einem einzelnen Amt, in dem der Chef in sich den Ausgleich der Interessen finden muß, der sonst im Schriftwechsel zwischen den Behörden herbeigeführt werden muß, die fälligen Aufgaben sehr viel schneller und konsequenter gelöst werden können, als es bei einer Vielteilung der Ressorts möglich ist. Wir haben jetzt neben dem alten Reichsamt des Innern ein Reichswirtschaftsamt und ein Reichsarbeitsamt. Wir haben also das große Gebiet der Wirtschafts- (C) politik und das große Gebiet der Sozialpolitik mit allem, was dazu gehört, aus dem Amte herausgenommen, in dem früher eigentlich alle Fäden der inneren Politik zusammenliefen. Wir haben außerdem ein Kriegsernährungsministerium gegründet, das inzwischen schon wieder eingegangen ist. Wir haben auch das Finanzministerium geteilt und neben das Finanzministerium das Schatzministerium gestellt. Dazu treten dann die Ministerien, die aus natürlichen Gründen neu hinzugetreten sind, wie das Verkehrsministerium, die mich hier aber nicht interessieren. Ich habe den Eindruck, daß die Teilung etwas sehr reichlich ausgefallen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Es würde mich nicht wundern, wenn wir, wenn wieder ruhigere Zeiten eingetreten sind, zu einer Art Zusammenlegungsverfahren kämen und versuchten, die eng zusammenhängenden Materien wieder zusammenzulegen und dem Streit der Ressorts zu entziehen.

Mit diesen organisatorischen Fragen hängt auch eine Veränderung im Reichsamt des Innern zusammen, die man zunächst nicht versteht. Das Reichsamt des Innern hat bis in die Kriegszeit hinein sich mit einem einzigen Unterstaatssekretär beholfen. Die Arbeit war für einen überreichlich, und man konnte vorhersehen, daß ein Nachfolger des damaligen verdienten Unterstaatssekretärs diese Geschäfte nicht würde erledigen können. Darin lag auch schon ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Teilung. Ein Ministerium, das zwei Unterstaatssekretäre braucht, ist zu groß, denn es muß außer dem Chef ein Beamter im Ministerium sein, bei dem alles zusammenläuft, der den ganzen Kleinbetrieb, die ganze Karre im Gange hält. Trotzdem soll nun für das erheblich verkleinerte und erheblich vereinfachte **Reichsministerium des Innern** ein **zweiter Unterstaatssekretär** bestellt werden, oder er ist vielmehr schon bestellt. Meine Damen und Herren! Ich (D) halte es für richtig, wenn man auch die Kulturaufgaben, die das Reichsamt des Innern jetzt neu übernimmt, in die Hand eines Fachmannes, in eine besondere Abteilung mit einer besonderen Spitze legt. Aber es ist abwegig, wenn man an die Spitze dieser Abteilung einen Unterstaatssekretär stellt. Das ist einmal eine Geldverschwendung, und zweitens ist es organisatorisch unzweckmäßig: es soll eben nur einen Unterstaatssekretär geben. Denn sonst ist es unvermeidlich, daß eine ganze Reihe von grundsätzlichen Fragen, die politisch nicht interessieren, die aber für die Beamtenschaft, für den ganzen Betrieb von äußerstem Interesse sind, ungleichmäßig behandelt werden. Nun, meine Herren, die Erklärung liegt sehr nahe: es handelt sich hier um einen parlamentarischen Unterstaatssekretär; es steht ausdrücklich im Etat „in Zukunft wegfallend". In Zukunft soll also an die Stelle dieses zweiten Unterstaatssekretärs ein Ministerialdirektor treten; ganz korrekt. Die Sache wird also für das Reichsministerium des Innern die Lösung finden, die ich für richtig und für notwendig halten würde. Aber, da es sich hier um einen parlamentarischen Unterstaatssekretär und damit um eine Organisationsfrage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, von einer Bedeutung, die weit über dieses einzelne Ressort hinausgeht, muß ich dazu noch einige Bemerkungen machen.

Schon unter dem alten Regime waren die **Unterstaatssekretäre in den Ministerien** eigentlich die wichtigsten Personen. In ihnen ruhte die Handhabung der gesamten Dienstpragmatik, in ihnen ruhten die Grundsätze des Amts, bei ihnen beruhte die Kenntnis der Beamten, die Kenntnis der Leistungsfähigkeit und der Organisation des Amts, und nur dadurch, daß diese Unterstaatssekretäre selten ihren Posten wechselten, sondern eigentlich in ihrem Posten starben, war der oft häufige Wechsel bei den Chefs für

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) den Dienstbetrieb erträglich. Wenn wir jetzt unter dem parlamentarischen Regime zu parlamentarischen Ministern kommen, gewinnt der in und mit dem Ressort großgewordene Unterstaatssekretär seine besondere Bedeutung; er ist die Hauptstütze für den aus dem Parlament kommenden Minister, der häufig dem ganzen inneren Dienstbetrieb fremd gegenübersteht, der über unzählige Vorgänge in den Ministerien nicht unterrichtet ist und auch nicht ordnungsmäßig unterrichtet wird, wenn eben nicht der Unterstaatssekretär vorhanden ist, der das Amt mit seiner ganzen Geschichte und mit seiner Tradition repräsentiert. Deswegen halte ich es für falsch, wenn wir jetzt in der Revolutionszeit dazu übergegangen sind, aus Gründen der allgemeinen Politik, aus Gründen der Zusammensetzung der Koalitionsregierung **parlamentarische Unterstaatssekretäre** zu schaffen. Das ist ein Unding, und davor sollte man sich hüten. Man sollte sich namentlich dann davor hüten, wenn man wünscht, das parlamentarische System leistungsfähig zu erhalten und ohne Stöße in die neuen Verhältnisse hinüberzubringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nach diesen allgemeinen Erörterungen sei es mir gestattet, noch eine Reihe von einzelnen Bemerkungen zu dem Etat zu machen. Ich beginne mit dem Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1216 der Drucksachen, der eng zusammenhängt mit den eben von mir besprochenen Beamten- und Organisationsfragen. Es wird hier beantragt, bei Kap. 9 Tit. 3 statt 34 Bureaubeamte zu setzen: **40 Bureaubeamte.** Es hat mich vorhin jemand gefragt, ob es mit der von meiner Fraktion oft geforderten Sparsamkeit vereinbar sei, daß sie eine **Stellenvermehrung** beantragte; es sei sonst nicht üblich gewesen, daß aus dem Parlament heraus derartige Anträge gestellt würden. Meine Herren, es dreht sich hier, wenn ich richtig unterrichtet bin, um ein finanzielles Objekt von im ganzen 1900 Mark. Es (B) handelt sich lediglich darum, durch die Vermehrung dieser Stellen die Möglichkeit zu schaffen, daß 6 Beamte aus der Kategorie der Diätare, die sich bereits übermäßig lange in dieser Stellung befinden, endlich in den Zustand der definitiven Anstellung überführt werden können.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Wunsch dieser Beamten, berücksichtigt zu werden, ist um so berechtigter, als die Wartezeit bei ihnen ganz besonders lang ist und als, soweit ich unterrichtet bin, in anderen Ämtern oder wenigstens in einem Amt, das früher ebenfalls dem Reichsamt des Innern unterstellt war, ähnlichen Wünschen entsprochen worden ist. Ich habe bei der Beamtenfreundlichkeit des Hauses, bei dem Sinn für Gerechtigkeit, der dem Hause und auch dem neuen Chef des Amtes innewohnt, kein Bedenken, daß Sie unserem Antrag entsprechen werden. Jedenfalls bitte ich Sie darum

(Bravo! rechts.)

Es steht die Nichterfüllung eines solchen Wunsches in keinem rechten Verhältnis zu der Freigebigkeit, die man bei der Errichtung neuer Unterstaatssekretärstellen für lediglich vorübergehende politische Zwecke bekundet.

Im Zusammenhang damit steht dann der Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1215 der Drucksachen, in dem die Regierung ersucht wird, der Nationalversammlung noch bis zur dritten Lesung des Haushalts eine Nachweisung der beim **Reichsluftamt,** dem **Reichsarchiv,** dem **Zentralnachweisamt** und bei der **Landesvermessung** beschäftigten Beamten, Hilfsbeamten, Aushilfskräfte, Arbeiter und der ihnen gezahlten **Gehälter und Löhne** vorzulegen. Meine Herren, es handelt sich hier um Teile der stattlichen Summe von Millionen, die von uns durch einen Nachtragsetat verlangt sind. Diese neuen Ämter sind doch lediglich mit Pauschsummen eingestellt, und wir haben keine Bedenken, diese Summe zu bewilligen. Wir sehen ein, daß die Behörden mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden müssen. (C) Es würde uns aber richtig erschienen sein, wenn man versucht hätte, dem Ausschuß beziehungsweise dem Hause doch ein etwas klareres Bild über die Organisationsverhältnisse, über die Art der Beamten und die Zahl und Art ihrer Anstellung und ihrer Besoldung zu geben. Ich bitte also das Haus, dem Antrag zuzustimmen, und hoffe, daß der Herr Minister bereit sein wird, unserem Wunsche zu entsprechen, wenn es ihm nach der Lage der Geschäfte in seinem Ministerium möglich ist.

Im Zusammenhang damit habe ich noch eine weitere Beamtenfrage zu besprechen. Es ist kürzlich ein Erlaß des Reichsministers des Innern herausgegangen, der sich mit der **Entlassung der während des Krieges eingestellten Hilfskräfte** befaßt. Die Entlassung dieser während des Krieges eingestellten Hilfskräfte ist zweifellos dringend, weil für die aus dem Kriege zurückkehrenden Beamten und Anwärter und vor allen Dingen für die Kriegsbeschädigten Platz gemacht werden muß. In diesem Erlaß ist bestimmt:

> In Frage kommen für die Entlassung die Hilfskräfte, die in den Büros, Registraturen und den eigentlichen Kanzleistellen tätig sind, während die weiblichen Hilfskräfte, die im wesentlichen mit stenographischen Arbeiten betraut sind, nach der Natur dieser Arbeiten auch fernerhin in ihrer Beschäftigung zu belassen sein werden. Ebenso sind von der Entlassung Telephonistinnen sowie Hilfskräfte mit wissenschaftlicher Vorbildung, z. B. Bibliothekare, auszunehmen.

Dieser Erlaß des Herrn Ministers des Innern ist nun streng nach dem Buchstaben dahin ausgelegt worden, daß auch die während des Krieges eingestellten **weiblichen Hilfskräfte,** die sich auf sozialpolitischem Gebiete betätigt haben, die eine besondere Qualifikation für diese Be- (D) tätigung mitgebracht haben, von den nachgeordneten Behörden zu entlassen seien. Meine politische Freunde und ich würden es beklagen, wenn diese speziell auf sozialpolitischem Gebiete tätigen weiblichen Personen, die eine besondere Qualifikation für ihre Tätigkeit besitzen, die eine besondere Vorbildung besitzen, die sich eingearbeitet haben, jetzt entlassen werden sollen, um diesem oder jenem aus dem Felde heimkehrenden Beamten Platz zu machen, der zweifellos nicht die den zu entlassenden Beamtinnen innewohnende Qualifikation besitzt, ganz abgesehen davon, daß es sich hier um Stellen handelt, die grundsätzlich und überhaupt in Zukunft mit Frauen besetzt sein sollten. Ich darf also den Herrn Minister bitten, diese Frage einer freundlichen Erwägung zu unterwerfen und wenn möglich Remedur eintreten zu lassen.

Damit komme ich nun auf einige Ausführungen, die wir heute vom Ministertisch und aus dem Hause gehört haben. Ich freue mich, daß der Herr Minister in der kurzen Erklärung die er zu unserer Interpellation abgegeben hat, sich im wesentlichen auf unseren Standpunkt gestellt hat, daß er sich mit erfreulicher Bereitwilligkeit auf den Boden unserer Anträge gestellt und die alsbaldige Vorlage eines **Kinokonzessionsgesetzes** in Aussicht gestellt hat. Der Herr Minister hat damit weit größeres Verständnis für die Sachlage gezeigt als der Redner seiner Fraktion,

(sehr richtig! rechts)

der eben vor mir gesprochen hat.

(Sehr gut! rechts.)

Bei dieser einsichtigen und verständnisvollen Haltung des Herrn Ministers brauche ich mich nicht damit abzugeben, seinen Fraktionskollegen über diese Frage weiterhin zu belehren,

(sehr gut! rechts)

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) zumal mir aus den Ausführungen meines Herrn Vorredners nicht ganz klar geworden ist, ob er eigentlich grundsätzlich gegen die Konzessionierung der Kinos ist, oder ob die Ablehnung dieser unserer Wünsche im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß sie von deutschnationaler Seite kommen.

(Sehr gut! rechts.)

Ich habe aber noch eine Bitte an den Herrn Minister. Er hat vorhin in Aussicht gestellt, daß er vor dem Erlaß dieses Gesetzes Sachverständige, Erzieher, Künstler und andere Personen aus sachverständigen Kreisen hören wolle. Ich darf es bei der Stellungnahme des Herrn Ministers zu dieser Frage wohl als selbstverständlich ansehen, daß dabei auch weibliche Personen aus den betreffenden Kategorien als Sachverständige hinzugezogen werden.

(Bravo! rechts.)

Ich will auf die Ausführungen, die der Herr Minister auf innerpolitischem Gebiete gemacht hat, hier nicht näher eingehen. Er hat manches kluge Wort gesprochen, was auch von meinen politischen Freunden und von mir gebilligt werden könnte; wir werden abwarten, was für Taten diesen Ausführungen folgen werden,

(sehr richtig! rechts)

und wir behalten uns unsere Ausführungen zu diesen Gedanken des Herrn Ministers bis zu dem Augenblicke vor, wo wir im nächsten Jahre seinen Etat beraten werden.

(Sehr gut! rechts.)

Ich habe noch eine Reihe von Einzelwünschen und einzelnen Bemerkungen vorzubringen. Mit besonderer Freude ist es zu begrüßen, daß der Stellungnahme der Verfassung zur Frage der Jugendwohlfahrt seitens des Herrn Ministers auch sofort die Bereitstellung von Mitteln im Etat gefolgt ist, und noch mehr ist es zu begrüßen,

(B) daß der Ausschuß einem von deutsch-nationaler Seite kommenden Antrage auf Erhöhung dieser Mittel von 200 000 auf 500 000 Mark entsprochen hat.

(Zustimmung rechts.)

Der Herr Minister hat gewiß recht, wenn er die Auffassung ausgesprochen hat, daß die **Jugendpflege** in erster Linie Sache der **Kommunen** und eine übertriebene Zentralisation der Sache abträglich sei. Auf der anderen Seite aber ist eine gewisse Zentralisierung dieser Aufgaben absolut notwendig, um eine gewisse Einheitlichkeit zu erzielen, und sie ist vor allen Dingen auch notwendig, um eine Verzettelung der Mittel zu vermeiden. Wenn nun die Summe von 500 000 Mark dem einen vielleicht zu hoch, dem anderen vielleicht zu niedrig erscheint, so sind wir der Meinung, daß sie zunächst, bis wir an eine gesetzliche Regelung dieser Fragen werden denken können, dem Herrn Minister die Möglichkeit geben sollen, bei Beihilfen seinerseits einen regulierenden Einfluß auszuüben und eine gewisse gleichmäßige Praxis auch in den einzelnen Bundesstaaten und in den einzelnen Gemeinden herbeizuführen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Zu den neuen Aufgaben des Reichsministeriums des Innern gehört auch die Vertretung der vertriebenen Elsaß-Lothringer. Ich freue mich der Wärme, mit der der Herr Minister uns versprochen hat, sich dieser schwierigen und so überaus traurigen Aufgabe anzunehmen. Er wird es mir aber trotzdem gestatten, ihm noch einmal vor allen Dingen ans Herz zu legen die Sorge für die pekuniäre Versorgung beziehungsweise **Unterstützung der** aus ihrer Heimat **vertriebenen Elsaß-Lothringer.** Es handelt sich dabei einmal um die durch Kriegsschäden beeinträchtigten vertriebenen Elsaß-Lothringer; es handelt sich ferner um die Liquidationsschäden. Ich darf wohl annehmen, daß auf diesem

(C) Gebiete das Erforderliche in die Wege geleitet ist, und darf wohl hoffen, daß vor allen Dingen auch Vorentschädigungen und Vorschüsse namentlich an diejenigen Personen gegeben werden, die völlig hilf- und mittellos aus ihrer alten Heimat vertrieben nach Deutschland herübergekommen sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Endlich handelt es sich dabei um die sogenannten Verdrängungsschäden. Für die Verdrängungsschäden ist eine Reihe von Ausschüssen eingesetzt, die die Höhe dieser Schäden feststellen sollen. Ich möchte den besonderen Wunsch aussprechen, daß bei der Zusammensetzung dieser Ausschüsse auch fachmännische Berater aus den Kreisen der Elsaß-Lothringer selbst, zum Beispiel Richter, Gewerbetreibende usw., zugezogen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Vor allen Dingen bitte ich aber noch einmal dringend, überall, wo es notwendig ist — und es wird in vielen Fällen notwendig sein —, den hilfsbedürftigen Landsleuten mit Vorschüssen unter die Arme zu greifen.

Dann möchte ich die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers noch auf die Lage einer Kategorie von Angestellten lenken, die besonders schlimm daran sind. Es scheint im **Reichsland Beamte** zu geben, deren Stellung unklar ist und die nach der formalistisch juristischen Auffassung des Reichsfinanzministeriums als **Privatangestellte** angesehen werden. Es handelt sich hier beispielsweise um Katastergehilfen; es handelt sich hier um einen Teil der Lehrer am St. Thomasstift; es handelt sich hier um die Lehrer des bischöflich katholischen Gymnasiums in Straßburg. Ich bin über die Rechtsverhältnisse dieser Beamten nicht im einzelnen orientiert. Tatsache ist, daß sie insoweit als Beamte behandelt sind, als man sie beispielsweise von der sozialpolitischen Versicherung befreit und ihnen stellenweise Pensionsberechtigung zugebilligt hat. Wenn das der Fall ist, ist es doch eine

(D) enorme Härte, diese in beamtenähnlichen Stellungen gewesenen Beamten jetzt leer ausgehen und an den Entschädigungen nicht teilnehmen zu lassen, die anderen Beamten zugebilligt werden sollen.

(Zustimmung rechts.)

Ich darf den Herrn Minister bitten, dieser Sache seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In dem Etat ist dann die Stelle eines **Pressereferenten im Reichsministerium des Innern** angefordert und bewilligt worden. Ich begrüße die Bewilligung dieser Mittel und die Einrichtung dieser Stelle. Solange ich im Reichsamt des Innern gewesen bin, habe ich mich mit der Frage, ich kann wohl sagen, herumgequält, wie man das Amt in die richtige Beziehung zur Presse bringen könnte, und ich darf vielleicht einfügen, daß dieses Problem schon in ganz denselben Formen zur Zeit des Fürsten Bismarck und des Staatssekretärs v. Boetticher die zuständigen Stellen beschäftigt hat. Aber wenn eine solche Pressestelle im Reichsministerium des Innern eingerichtet wird, dann muß die Forderung immer wieder mit voller Energie vertreten werden, daß diese Pressestelle nun nicht einseitig für parteipolitische Interessen tätig wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Es muß bei dieser Gelegenheit noch einmal Einspruch dagegen erhoben werden, daß, von welchen Stellen es auch sei — ich weiß nicht, ob das Reichsministerium des Innern darunter fällt —, mit **Portofreiheit,** mit amtlichen Siegeln allerhand **politische Flugschriften** in das Land geschickt werden,

(sehr richtig! rechts)

durch die nicht nur einzelne Parteien, sondern auch einzelne Personen angegriffen und direkt verunglimpft werden.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Das ist doch unvereinbar mit dem Grundsatz, den der

(Dr. **v. Delbrück**, Abgeordneter.)

(A) Herr Minister zu meiner Freude proklamiert hat. Er hat gesagt, er werde es niemals dulden, daß sein Amt der Tummelplatz politischer Intrigen werde, und daß er es zu verhüten wissen werde, daß sein Amt sich zur Vertretung einseitiger politischer Parteiinteressen mache. Diese Erklärung des Herrn Ministers gibt mir die Sicherheit, daß die Bitte, die ich eben ausgesprochen habe, nicht unberücksichtigt bleiben wird.

Und nun noch ein kurzes Wort zu einer Position, die nicht bewilligt werden soll, sondern die eigentlich durch den Nachtragsetat beseitigt ist. Ich würde nicht darauf eingehen, wenn nicht Herr Dr. Braun vorhin sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hätte. Es handelt sich um den **Wissenschaftlichen Ausschuß zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft.** Ich muß mit ein paar Worten schon um deswillen hierauf eingehen, weil der Herr Abgeordnete Dr. Braun auch meine Person mit dieser Position in Verbindung gebracht hat. Es handelt sich hier um eine schon vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg getroffene Anordnung, eine Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft zu schreiben. Diese Arbeit war so gedacht, daß eine genaue Darstellung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen gegeben, daß dann die Gründe für diese Anordnungen und Maßnahmen erörtert und die Erfolge oder Mißerfolge einer Kritik unterzogen werden sollten. Es war dabei vor allen Dingen auch daran gedacht, daß diese Arbeiten so beschleunigt werden sollten, daß sie für den Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege verwendet werden könnten, was bei einem glücklichen Abschluß des Krieges, bei einer planmäßigen Durchführung einer Übergangswirtschaft sehr wohl möglich gewesen wäre.

Der Auftrag, eine solche Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft vorzubereiten, war zunächst dem Staatssekretär Helfferich, und als Herr Helfferich aus dem Amte (B) schied, wurde er mir von dem damaligen Reichskanzler Grafen Hertling gegeben. Der Plan der Arbeit war der, daß zunächst die einzelnen Ressorts, die einzelnen Amtsstellen, die einzelnen Bundesstaaten eine subjektive Darstellung ihrer Beteiligung auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft geben sollten, sie sollten darlegen, was sie gewollt, was sie getan, welche Mittel sie angewendet, welche Widerstände sie zu überwinden, welche Erfolge und welche Mißerfolge sie zu verzeichnen hatten. Diese rein subjektiven Arbeiten, die sich gewissermaßen als Rechtfertigungen der einzelnen Ressorts darstellten, sollten nachher einem Ausschuß von Gelehrten überwiesen werden, die die einzelnen Materien objektiv bearbeiteten.

Meine Damen und Herren! Diese Arbeiten haben nicht zu Ende kommen sollen. Sie sind bis auf einen gewissen Punkt durch die Revolution überholt. Vor allen Dingen kann man nicht verlangen, daß für derartige Arbeiten ein Aufwand zur Verfügung gestellt wird, der ursprünglich auf etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen berechnet war. Es ist also seitens des Herrn Ministers der mir sehr schmerzliche Entschluß gefaßt worden, diese Arbeiten jetzt abzuschließen. Die Mittel, die jetzt zur Verfügung gestellt werden sollen, sind lediglich darauf berechnet, die Geschäfte abzuwickeln. Ich möchte darum nur die Bitte an den Herrn Minister richten, daß er doch Sorge tragen möchte, daß die Arbeiten, soweit sie vorliegen oder soweit sie im einzelnen ohne große Mühe abgeschlossen werden können, gesammelt und zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden, damit dieses wertvolle Material, das in ruhigeren Zeiten das Interesse aller Politiker, vor allen Dingen aller Wirtschaftspolitiker erregen wird, nicht verloren geht, sondern eventuell einmal weiter verarbeitet werden kann. Ich möchte ferner an den Herrn Minister die Bitte richten, daß die Ergebnisse dieser Arbeiten und die dazu gehörigen Akten eventuell einzelnen Gelehrten zur Bearbeitung zur Verfügung gestellt werden, da der Staat oder das Reich (C) die Sache nicht mehr bearbeiten kann.

Der Herr Abgeordnete Braun hat vorhin gemeint, daß ich zwar ein guter Mann wäre, aber doch für die Bearbeitung einer derartigen Geschichte ungeeignet sei. Ich will mich mit ihm darüber nicht streiten. Ich will nur feststellen, daß ich unmittelbar nach der Revolution dem damaligen Herrn Staatssekretär des Innern und — nach dem Wechsel im Amt — dem Herrn Reichsminister David ausdrücklich meine Stelle zur Verfügung gestellt habe und nur auf den Wunsch der beiden Herren die Arbeit weitergeführt habe, soweit in den letzten Monaten überhaupt eine Arbeit in diesen Dingen möglich war.

Der Herr Minister hat dann unter vielen anderen Dingen auch von einem **Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch** gesprochen. Ich begrüße das mit ganz besonderer Freude. Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß, wenn überhaupt sich die Möglichkeit bietet, gegen den Alkoholmißbrauch mit Erfolg einzuschreiten, das jetzt der Fall ist. Auf der einen Seite haben wir uns gewöhnt, ohne Alkohol zu leben, und auch die Gastwirte haben sich daran gewöhnt, ohne den ungeheuren Alkoholkonsum von früher ihr Gewerbe zu betreiben. Deswegen wird es verhältnismäßig leicht sein, jetzt eine einschneidende und scharfe Beschränkung des Alkoholverbrauchs herbeizuführen.

Aber auch unsere ganze Wirtschaftspolitik, die ja in einem gewissen Zusammenhange mit der Alkoholfrage steht, steht vor einem Neubau. Sie ist neu aufzubauen, und auch darum wird es jetzt leichter sein, umfassende Veränderungen herbeizuführen, als das vor dem Kriege der Fall war. Ich habe den Eindruck, daß gerade in diesen schweren Zeiten, die auf dem deutschen Volke lasten, alles daran gesetzt werden muß, um rasch und wirksam gegen den Alkoholmißbrauch und gegen das Trinken in dem Umfange, wie es vor dem Kriege üblich gewesen ist, einzuschreiten. Kurz vor dem Kriege ist in meinem Ministerium (D) ein Gesetzentwurf fertiggestellt worden, der allerdings nur eine bescheidene Beschränkung des Alkoholverbrauches herbeiführen sollte. Ich beglückwünsche den jetzigen Herrn Minister dazu, daß er in eine Situation kommt, die ihm die Möglichkeit gibt, mit größeren Mitteln zu arbeiten, als es mir damals möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Damit möchte ich meine Ausführungen schließen und nur noch folgendes bemerken. Mir und meinen politischen Freunden und Ihnen allen — das ist ja wiederholt ausgesprochen worden — liegt ganz besonders die **Zukunft unseres Beamtentums** am Herzen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Rechtsstellung der Beamten, hinsichtlich ihrer materiellen Stellung, sondern auch nach der moralischen Seite hin. Wir alle haben den Wunsch und das dringende Interesse daran, daß das alte unantastbare, fleißige und pflichttreue Beamtentum wieder in alle unsere Behörden einzieht,

(sehr wahr! rechts)

auf das wir stolz gewesen sind und um das uns die ganze Welt beneidet hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Es freut mich deshalb ganz besonders, daß an die Spitze der Behörde, die berufen ist, diese Frage einer Lösung entgegenzuführen, ein Mann getreten ist, der aus der Beamtenschaft hervorgegangen ist, ein Mann, der mit den Verhältnissen unseres preußischen Beamtentums Bescheid weiß. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es diesem Minister gelingen möchte, die schwierigen Beamtenfragen einer Lösung entgegenzuführen, die unseren Wünschen, unseren Überlieferungen und dem Wohl des Vaterlandes entspricht.

(Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister des Innern.

(A) **Koch,** Reichsminister des Innern: Nur wenige Bemerkungen zu den Ausführungen, die gemacht worden sind. Frau Abgeordnete Zettler hat besonderen Wert darauf gelegt, daß in der Jugendwohlfahrt nicht eine übertriebene Zentralisation durchgeführt wird. Ich kann ihren Ausführungen im wesentlichen beitreten und glaube, auch bereits in meiner ersten Rede darauf hingewiesen zu haben, sowohl was die **Jugendpflege** als überhaupt die Verwaltung des Reichsministeriums des Innern angeht, daß es unrichtig sein würde, wenn man versuchen wollte, die Dinge von einer Zentralstelle aus bis ins Kleinste zu regeln und zu leiten. Ich befinde mich also durchaus im Einklang mit den Ausführungen der Frau Abgeordneten Zettler, wenn ich feststelle, daß wir lediglich Anregungen geben wollen und daneben das Bestreben haben, da ausgleichend zu wirken, wo bisher nebeneinander und gegeneinander gearbeitet worden ist. Im ganzen aber ist kein Zweifel darüber, daß die Hauptaufgabe bei der Familie liegt. Wenn wir hier überhaupt vorgehen müssen, so liegt es eben leider daran, daß so manche Familie versagt hat und daß dort, wo sie versagt, subsidiär die öffentliche Hilfe eintreten muß.

Was die **Verbote der Filme** angeht, so hat Frau Abgeordnete Zettler darauf hingewiesen, daß auch der sogenannte Kaiserfilm verboten sei, und sie hat gemeint, es hätten infolgedessen noch weitere Verbote erfolgen können. Ich darf feststellen, daß das Verbot des Kaiserfilms lediglich mit Rücksicht auf den Belagerungszustand in Berlin möglich gewesen ist und daß nicht seitens der Zivilbehörden, sondern daß seitens der für den Belagerungszustand verantwortlichen Behörden dieses Verbot ergangen ist. Ich bin leider zu solchen Verboten nicht in der Lage. Deshalb haben wir ja gerade den Wunsch, die Gesetzgebung in den Stand zu setzen, uns derartige Darbietungen zu ersparen.

(B) Was dann die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Braun (Franken) angeht, so bedauere auch ich, wenn noch immer die Erlaubnis zum **Bau von Kinos** oder zur Einrichtung von Kinos gegeben wird. Ich habe mir ohnehin vorgenommen, dem nachzugehen, um festzustellen, wie das möglich ist. Ich bemerke aber, daß seitens des Wirtschaftsministeriums als der für die Wohnungsangelegenheiten zuständigen Stelle längst die Anweisung ergangen ist, die übrigens auch in den Provinzstädten fast durchweg befolgt wird, daß solche Kinos nicht mehr gebaut werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Na! na! In Nürnberg zum Beispiel.)

— Es mag einzelne Orte geben, wo diese Anweisung nicht befolgt wird. Ich kenne aber die Verhältnisse im allgemeinen und weiß, daß in den meisten Städten heute der Bau von Kinos schon deswegen verboten ist, weil ja das dafür erforderliche Material an Steinen usw. nicht hergegeben werden darf.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Dafür gibt es genug Material!)

— Wir brauchen uns darüber nicht zu streiten; ich habe selbst ausgeführt, daß solche Fälle vorkommen, in denen trotzdem das Verbot übergangen wird. Es besteht aber das Verbot, für diese Zwecke irgendwie Baumaterial zur Verfügung zu stellen. Es hängt mit den von uns ohnehin beklagten Zuständen in der Beamtenwelt zusammen, daß hier und da diese Verbote sich nicht durchsetzen. Es wird aber dafür zu sorgen sein, daß dies geschieht, und ich bin bereit, dahin zu wirken.

Was die **Deutsche Bücherei** angeht, so bin auch ich der Meinung, daß es erwünscht ist, die Deutsche Bücherei zu unterstützen. Was der Herr Abgeordnete Braun nach dieser Richtung hin an Wünschen ausgesprochen hat, werde ich bei dem nächsten Etat durchzusetzen versuchen.

Ich komme dann zu den Ausführungen des Herrn (C) Abgeordneten v. Delbrück. Der Herr Abgeordnete v. Delbrück hat recht, wenn er sagt, daß die Summen, die jetzt das **Reichsministerium des Innern** erfordert, fast wieder ebenso hoch sind wie die **Ausgaben** des alten größeren Reichsamts des Innern. Es darf aber nicht verkannt werden, daß dasjenige, was an Wirtschaftsaufgaben abgegeben ist, auf der anderen Seite finanziell dadurch wieder wettgemacht wird, daß ein erheblicher Teil der Aufgaben des Kriegsministeriums auf das Reichsamt des Innern übergegangen ist. Wer den Etat liest, wird finden, daß gerade die ungeheure Summe, die für diese Dinge ausgegeben worden ist, dazu geführt hat, daß der Etat wieder auf die frühere Höhe angeschwollen ist. Das bezieht sich namentlich auf das **Kriegsarchiv,** die **Gräberfürsorge** und auf das **Landesvermessungsamt.** Die Fraktion des Herrn Abgeordneten v. Delbrück hat in dieser Beziehung verlangt, daß ein näherer **Nachweis über die Ausgaben** gegeben werde. Ich habe keine Bedenken, diesen Nachweis zu erteilen, bemerke dabei aber, daß die Ausgaben darin so erscheinen werden, wie wir sie von der Heeresverwaltung übernommen haben. Irgendeine Reform vorzunehmen oder auch nur in die Verhältnisse hineinzuleuchten, ob etwa die früheren militärischen Behörden nach dieser Richtung hin zu luxuriös gewirtschaftet haben, ist in diesen zwei Wochen, in denen wir den Etat übernommen haben, nicht möglich gewesen. Der Herr Abgeordnete v. Delbrück wird mir vielleicht zustimmen, wenn ich meinerseits der Meinung Ausdruck gebe, daß die Militärbehörden in dieser Beziehung sehr wenig sparsam gewirtschaftet haben, und daß es durchaus erwünscht ist, wenn die bürgerlichen Behörden in die Lage versetzt werden, diese Frage endlich einer Nachprüfung zu unterziehen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Was die Frage des **zweiten Unterstaatssekretärs** angeht, so darf ich darauf hinweisen, daß das Kabinett (D) einstimmig auf dem Standpunkt steht, daß **keine parlamentarische Unterstaatssekretärstelle** geschaffen werden soll; tatsächlich haben wir auch keinen parlamentarischen Unterstaatssekretär.

(Widerspruch rechts.)

Der Fall des Unterstaatssekretärs Schulz liegt so, daß er in das Ministerium des Innern berufen worden ist, nachdem dem Ministerium des Innern die große Fülle der Schulaufgaben übertragen wurde und man Wert darauf zu legen hatte, einen in diesen Fragen bewanderten Fachmann — Herr Schulz ist bekanntlich Volksschullehrer gewesen — heranzuziehen. Die große Schulabteilung, der er vorsteht, wird von ihm geleitet; er ist also keineswegs ein sogenannter parlamentarischer Unterstaatssekretär, ein Verbindungsunterstaatssekretär zum Parlament, sondern er hat nur sachliche Aufgaben zu erfüllen.

Was im übrigen die **Teilung der Ministerien** angeht, so hat der Herr Abgeordnete v. Delbrück selbst darauf hingewiesen, daß die Teilung des Wirtschaftsministeriums in ein Wirtschafts- und ein Ernährungsministerium inzwischen wieder aufgegeben worden ist; sie war erforderlich in der Zeit des Krieges und nach dem Kriege, als das Ernährungswesen einen ganz besonders großen Umfang in der öffentlichen Verwaltung angenommen hatte. Dauernd konnte diese Einrichtung nicht sein. Im übrigen aber scheint mir, daß, verglichen mit der Fülle der neuen Aufgaben, die die Reichsverwaltung durch die Verfassung übernommen hat, die Zahl der neuen Ministerien gering ist. Das Verkehrsministerinm wird man ganz gewiß nicht in dieser Beziehung anführen können; denn das Verkehrsministerium hat ja die ungeheuer große Aufgabe, das gesamte Eisenbahn- und Wasserstraßenwesen auf das Reich zu überführen, und

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) wird außerdem noch das Luftamt und das Autowesen zu bearbeiten haben.

Wenn Herr Abgeordneter v. Delbrück auf der andern Seite sechs neue Stellen für das Reichsministerium des Innern gefordert hat, um **neue Beamtenstellen** schaffen zu können, so teile ich seinen Wunsch durchaus. Nachdem dem Patentamt zwölf neue Stellen bewilligt worden sind, hoffe ich, daß, falls die Nationalversammlung es beschließt, der Herr Reichsfinanzminister bereit sein wird, seinen Widerspruch gegen die neuen Stellen fallen zu lassen. Ebenso hoffe ich, daß es gelingen wird, den Wunsch bezüglich der **Hilfskräfte aus Elsaß-Lothringen** durchzusetzen. Auch dort hat mein Ressort von vornherein in dem Sinne Stellung genommen, den der Herr Abgeordnete v. Delbrück heute vertreten hat.

Die **Pressestelle** ist erwähnt worden. Meine Damen und Herren! Ich denke nicht daran, aus der Pressestelle ein Organ parteipolitischer Art zu machen. Das Wichtigste an der Pressestelle ist vor allen Dingen, daß sie sozusagen das Ohr ist, durch das das Ministerium mit der Presse in Verbindung bleibt. Es ist unmöglich, alles dasjenige, was das weitverzweigte Ressort betrifft, in der Presse nachzulesen, und es ist deshalb dringend erforderlich, damit wir von der Meinung der Presse und damit der Öffentlichkeit unterrichtet werden, daß eine Persönlichkeit die Verantwortung dafür übernimmt, daß uns keine ernst gemeinte Presseäußerung entgeht. Daneben werden natürlich sachliche Aufklärungen durch diese Stelle von uns aus an die Presse zu richten sein.

Ich glaube, daß die Kontroverse zwischen Herrn Braun und Herrn v. Delbrück bezüglich der **kriegswirtschaftlichen Geschichte** durch die Darlegungen des Herrn Abgeordneten v. Delbrück erledigt ist, und ich komme deshalb darauf nicht zurück.

Lassen Sie mich schließen mit dem Danke darüber, (B) daß die Kritik in so geringem Maße sich des Reichsministeriums des Innern angenommen hat, und daß ich deshalb hoffen darf, im Einverständnis mit der Nationalversammlung und mit ihrer Unterstützung auf der Bahn fortzuwandeln, die ich in großen Zügen vorzuzeichnen mir erlaubt habe.

(Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn es dem Herrn Minister gelingt, in seinem noch immer ungeheuer großen Ministerium die reichen Aufgaben zu erledigen, die er uns heute hier aufgezählt hat, so verdient er die Bürgerkrone. Ich glaube aber nicht, daß er sie erhalten wird; denn er hat gerade für sein Ressort mancherlei Einspruch von unserer höheren Regierung zu erwarten, nämlich von den Ententekommissionen, die gerade jetzt mit großen Ansprüchen in Berlin einziehen.

Sein Ministerium soll ja das Ordnungsministerium sein, und da hat gerade er einen Satz geprägt, der hieß: Er wünsche es nicht, daß Leute, denen die Rechtsgrundlage dafür fehle, in die Tätigkeit der Behörden eingreifen. Wie steht es da nun mit der **Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte**, die noch immer unbefugt und ohne verfassungsmäßiges Recht, auch wider den Willen der Behörden und wider den Willen der Kommunen tätig sind?

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind nicht nur tätig, sondern es gibt Kommunen, in denen sie widerrechtlich und gegen den Einspruch der Kommunen selbst Gehälter erheben. Wenn das noch besteht, so wäre es jetzt an der Zeit, dem energisch ein Ende zu bereiten. Sollte sich aber dieses Rätewesen weiter erhalten, so müßten wenigstens die Bürger- und Bauernräte mit den gleichen Rechten gegenüber den Be- (C) hörden ausgestattet werden.

Dieses Reichsministerium greift ja auch an anderer Stelle, wie der Herr Minister selbst sagt, überragend in die Befugnisse der Länder und Kommunen ein. Wir hörten schon an anderer Stelle, daß diese **Stabilierung der Reichseinheit** jetzt gerade besonders nötig und möglich sei. Wo das auf die äußere Einheit hinzuzielen hat, da ist dem ohne Bedenken zuzustimmen. Da sollte der Herr Minister also die Möglichkeit suchen, besonders in den besetzten Gebieten seine Hand stark wirken zu lassen, wo uns die Abtrennungsbestrebungen besonders gefährlich werden und immer wieder unter der Decke bemerkbar sind.

Einheit und besonders auch Ordnung kann dieses Ministerium auch in der Weise schaffen, daß es die große **Beamtenversorgung** in grundlegendem Rahmen für das ganze Reich festlegt, wie der Herr Minister es skizziert hat. Wenn das unter der gesunden Teilnahme der Beamtenschaft selbst sich so aufbaut, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Länder und Kommunen in wirklicher Weise der Beamtenschaft zu ihren Rechten verhelfen.

Eine Gefahr scheint mir aber in dieser Omnipotenz dieses Reichsamts zu liegen: auf dem Gebiete seiner Kulturaufgaben.

(Aha! bei den Sozialdemokraten.)

Ich freue mich, daß wir die Möglichkeit gewinnen, eine Reichsschulkonferenz zu erhalten, die ich als Schulmann mit aller Kraft angestrebt habe. Ich freue mich ebenso, daß wir ein **Reichsschulgesetz** erhalten sollen, und gerade wir hatten in der Kommission noch ein **Reichsschulamt** gefordert, das mit allerlei Befugnissen ausgestattet sein sollte. Ich denke da besonders auch an die Befugnisse, die ein solches Schulamt auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der **Jugendpflege** haben muß. In dieser (D) Beziehung kann ich rückhaltlos mit meinen Parteifreunden auf den Boden treten, den der Herr Minister uns angegeben hat.

Ebenso scheint es mir besonders wünschenswert zu sein, und ich habe das mit großer Freude und mit Dank empfunden daß uns von Reichsstelle aus versichert wird, daß die **Leibespflege unserer Jugend** und die dahinzielenden Bestrebungen der allerkräftigsten Unterstützung in Zukunft sicher sein sollen.

(Bravo! rechts.)

Das hat uns ja bisher gefehlt. Das Gegen- und Übereinanderarbeiten der freiwilligen Institutionen, die ohne den Rückhalt der Behörden dastanden, hat uns geschädigt. Ich brauche nur an den schmerzlichen Kampf zwischen Turnen und Sport zu erinnern, um dabei zu zeigen, wieviel Kraft auf diesem Gebiete vergeudet ist, die, in eine Richtung gelenkt, Großartiges hätte leisten müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Schlimm scheint mir die Sache aber schon zu sein, wenn man die **Volkshochschulbewegung**, die nun auch von diesem Reichsamt gestützt und getrieben werden soll, in allzu enge behördliche Rahmen schiebt. Ich bin aus gutem Grunde und aus Erfahrung der Meinung, daß gerade diese Hochschulbewegung nur wachsen kann auf der freien Wiese der allgemein tätigen Volkskräfte. Dort darf das Reich nur mit Geldmitteln tätig sein und darf, wie es jetzt das preußische Kultusministerium tut, ratend und helfend, hinweisgebend und richtunggebend tätig sein. Wo es darüber hinausgeht, da wird es die Initiative der freien Bevölkerung in den Städten lähmen.

Auch wird man die **Aufklärungszirkel**, die sich in den kleineren Orten und Landgemeinden finden, fördern müssen. Sie sind auf dem Lande und in den ganz kleinen Städten dasselbe, was in den größeren die Volkshochschulbewegung ist. Da ist — noch einmal möchte ich das aussprechen

(**Beuermann**, Abgeordneter.)

(A) — nur nötig, daß man die erforderlichen Geldmittel bereitstellt und Sachverständige zur Hand hat, die auf Befragen die nötigen Auskünfte geben.

Wenn aber die Schulen dahin kommen und so unter Reichshand gebracht werden sollen, wie das der Herr Abgeordnete Braun (Franken) wünscht, so, glaube ich, würden gerade seine Landsleute im Süden mit dieser Uniformierung unserer Bildung nicht zufrieden sein. Wir haben ja die Einheitsschule insgesamt in der Verfassung festgelegt. Wir sind als Schulmänner aller Parteien durchdrungen, daß dieser Grundbau zur nationalen Einheit uns eminent förderlich sein kann und muß. Wenn wir aber jetzt darüber hinausgehen und sozusagen alles, was an Last und Lust auf diesem Schulgebiete sich regt, auf das Reich übernehmen wollten, so würden wir manchen guten Keim töten, der sich in unserem Schulleben jetzt, man möchte sagen, auf völkischem Boden und nach Stammeseigenart geltend macht, in einer Weise geltend macht, die man nicht verallgemeinern kann. Diese Schulaufgaben müssen den Ländern bleiben.

Wenn man auf diesem Schulgebiete in diesem Ministerium die nötigen Stellen geschaffen hat, so läßt sich nicht bezweifeln, daß der Unterstaatssekretär Schulz ein parlamentarischer Unterstaatssekretär ist. Jetzt hat man auch die nötigen vortragenden Räte für dieses **Reichsschulressort** gefordert. Ich hoffe und wünsche und bitte den Herrn Minister, daß nun aber in der Politisierung nicht dadurch fortgefahren werden möchte, daß man auch Parteimänner in diese Stellen hineinschiebt, daß nicht auch diese Beamten nach parteilichen Gesichtspunkten ausgewählt werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dann könnte es nachher, wenn ein neues Regiment käme, nur wieder heißen: „Wenn der Herzog fällt, muß der Mantel nach“. Das würde für unsere Schulen doch (B) etwas wirklich Verhängnisvolles werden.

Die Bestrebungen auf dem Gebiete der **Volksgesundheit** teilen auch meine Freunde vollinhaltlich. Wenn es gelingen sollte, ein **Gesetz gegen die Trunksucht** zu schaffen und die verheerenden Krankheiten, die unser Volksleben durchseuchen, einzudämmen, so sind das Segensquellen, die niemand bestreiten kann.

Die **Sorge für die Vertriebenen,** die Sorge für die Elsaß-Lothringer ruht auf den Schultern dieses Ministeriums. Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn man für die Sorge um all diese Vertriebenen, auch um diese Auslandsdeutschen von Ost und West und Süd und Nord eine Stelle gehabt hätte und viel früher gehabt hätte. Die Leute sind in solch erbärmlichen Nöten gewesen, daß man es geradezu bejammernswert nennen muß. Wenn da eine einzige Stelle in gleicher Weise an der Arbeit wäre, so wäre mehr gewonnen als jetzt bei der Teilung auf die verschiedenen Ressorts.

Dann hat dieses Ministerium auch die Sorge für die **Kriegergräber.** Eine Erkundigung meinerseits in der Kommission ergab, daß die dafür ausgegebene Summe sich nur auf die Kriegergräber im deutschen Lande bezieht. Auch für diese Gebiete ist die Summe gering genug. In Ostpreußen bittet man um ganz gewaltige Erhöhung dieser Summe. Man hat $2^1/_2$ Millionen für die würdige Ausstattung dieser Gräber gefordert und kann sie aus der angesetzten Summe nicht erhalten. Ich möchte bitten, wenn es möglich ist, etwas reichlicher zu geben. Tun Sie es im Andenken unserer Dahingeschiedenen!

(Bravo!)

Aber wie steht es nun mit der Versorgung der Gräber da draußen in fremden Landen? Ich hatte gebeten, daß man die Kommissionen, die jetzt Belgien und Nordfrankreich bereisen, damit betrauen möchte, daß sie sich um unsere Kriegergräber, von deren Schändung und Verwüstung man ja hört, kümmern sollten. — Ob die Ge- (C) rüchte der Gräberschändung so richtig sind, weiß ich nicht zu sagen, daß sie aber teilweise richtig sind, steht unangefochten fest. Ich hatte gebeten, daß man sich mit anderen Ressorts in Verbindung setzen möchte, um da die nötige schnelle Hilfe zu erreichen; denn für die Eltern und Angehörigen der dort Liegenden ist es ein bitterer Schmerz, wenn sie die Gräber der Ihrigen nicht einmal kennen und nicht wissen, in welchem Zustande sie sich befinden. Ich möchte bitten, ob nicht vielleicht das Ministerium zur Beruhigung der Bevölkerung im Plenum die Erklärung abgeben kann, die wünschenswert ist.

Auch für das **Auswanderungsamt** ist eine merkliche Summe ausgeworfen. Es handelt sich da um eine Million. Dieses Amt ist schmerzlich für uns. Seine Einrichtung ist eine Tatsache; hoffentlich sehen wir es nicht so wachsen, wie wir es jetzt befürchten müssen. Man möchte wünschen, daß dieses Auswanderungsamt möglichst wenig zu tun bekäme. Aber wenn es zu tun bekommt, dann muß man verlangen — und da gehe ich ganz mit dem Abgeordneten Braun den gleichen Weg —, daß es mit eiserner Hand dem Geschäftsgebaren der Auswanderungsagenten entgegentritt, die jetzt schon auf diesem Gebiete sich breit machen und die Unsrigen in ferne Länder und trübe Zukunft hinauslocken. Dies Amt muß eine Organisation sein, die die vollkommenste Sicherheit der Auskunft über die fremden Länder gewährt, und es muß eine Organisation sein, die uns die Bürgschaft gibt, daß uns unsere Brüder auch in fernen Landen zu allen Zeiten als Brüder und Staatsangehörige gewahrt bleiben.

Eine andere Position gibt an, daß eine Kommission über die **Entschädigungen und** Feststellungen der **Schäden in Ostpreußen** tätig ist. Da möchte ich fragen: Wie steht es überhaupt mit der Frage der Entschädigung in Ostpreußen? Es klingen von dort her noch immer viele und große Klagen. Ich weiß, daß das in die preußischen Ressorts (D) gehört. Da aber hier die Position im Etat steht, bitte ich, soweit es möglich ist, auch hier Auskunft geben zu wollen.

Mit diesem Etat des Ministeriums der Ordnung und Sitte, so möchte man sagen, ist nun die Interpellation verbunden worden, die der Herr Abgeordnete Mumm, man kann wohl sagen, in ergreifender Weise begründete und belegte. Der Herr Minister hatte recht, wenn er meinte, daß dies eine moralische und keine politische Frage sei, und er hat auch aus dem Hause aus allen Parteien dasselbe hervorklingen hören. Wir danken ihm, daß er in dieses Wespennest des **Kinowesens** und der **Schund- und Schmutzliteratur** mit Bedacht zwar, aber mit energischer Hand gesetzlich eingreifen will.

Wie offensichtlich hier die grauenvollen Schäden zutage liegen, dafür möchte ich nur ein Beispiel erwähnen. „In Hamburg“ — so heißt es in einer kleinen Zeitschrift —, „werden jetzt öffentliche Schönheitsabende veranstaltet, auf denen die Darsteller beiderlei Geschlechts völlig nackt auftreten, einzeln und in Gruppen. Die illustrierten Werbeplakate für diese ästhetischen Schweinereien hängen in Zigarrenläden usw. öffentlich und auch in Schaufenstern aus und werden von der Jugend mit brennender Neugier umdrängt.“ Hier, meine Damen und Herren, genau wie beim Kino haben wir, möchte man sagen, eine Fortbildungsschule zur Unsittlichkeit für unsere Jugend.

(Lebhafte Zustimmung.)

Welche Folgen das hat, dafür auch nur wenige Worte aus derselben Zeitschrift: „Die Geburtenziffer in Hamburg, die sich 1914 auf 20,93 Promille hielt, ging schon 1917 auf 9,7 Promille herab.“

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Das hat einen direkten Zusammenhang; wir wissen nicht wie stark, aber der Zusammenhang ist da. Dort muß abgedämpft werden.

(**Beuermann**, Abgeordneter.)

(A) Wenn man nun Ordnung auf diesem Gebiete schafft, dann muß man aber auch die Hilfe der Kommunen und die Hilfe aller Erfahrenen und aller Mitarbeitenden aus dem Volke hinzunehmen. Ich kenne größere und kleinere Städte, in denen sich die Kinos freiwillig aus der Bevölkerung gebildeten Kommissionen unterworfen haben; sie unterstehen so einer gewissen Zensur, die schon einige Sicherungen geben kann. Möchte man das auch bei der gesetzlichen Regelung recht bedenken und dafür sorgen, daß das Reich auch diese Aufgabe in seine Arbeitszone zieht. Dann ist auf diesem Gebiete viel gewonnen.

Damit will ich schließen.

(Bravo!)

Präsident: Ich schlage Ihnen nun vor, die Sitzung (B) abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag den 17. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen 388, 392, 394 bis 398, 401 bis 404;
2. Rest der heutigen Tagesordnung unter Hinzufügung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.

Das Haus ist mit der Tagesordnung einverstanden; sie steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 2 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

101. Sitzung.

Freitag den 17. Oktober 1919.

(A)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Ageordneten Hue für 8 Tage.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

(B)

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Jandrey der Abgeordnete Noske (Frankfurt);

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Hansmann, Andre, Dr. Hugo die Abgeordneten Brey, Diez, Winnefeld;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Schilling, Brey die Abgeordneten Frau Lührs, Hansmann;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Busche, Riedmiller, Schädlich die Abgeordneten Dr. Rießer, Frau Höfs, Vesper;

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Bruhn der Abgeordnete Költzsch;

in den 21. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Pfülf der Abgeordnete Landsberg.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand bilden

Anfragen.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 388, D. Mumm (Nr. 1111 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter:

Ist die Reichsleitung nunmehr in der Lage, die Anfrage vom 12. August 1919 (Anfrage Nr. 269 — Nr. 762 der Drucksachen —) zu beantworten und anzugeben, wie viel Steuergelder bisher durch den **„Werbedienst der deutschen Republik"** verausgabt worden sind, dessen sozialistische Propaganda die Reichsregierung durch Nr. 264 der Drucksachen zugegeben hat?

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Ich darf keine Zwischenbemerkungen machen. —

Wie ist es möglich, daß, trotzdem im Februar (C) die ausdrückliche Verfügung an den „Werbedienst" erging, sich jeder weiteren Propaganda zu enthalten, noch im Juni von dort aus Sendungen als Reichsdienstsache ausgingen? Wird uns Einsicht in die Abrechnung des „Werbedienstes" gegeben? Werden die schuldigen Beamten zur Rechenschaft gezogen?

Kann die Regierung nunmehr angeben, welche Mittel sie der **Zentrale für Heimatdienst**, Berlin W, Potsdamer Straße 41, zur Verfügung gestellt hat, deren Flugblatt „Warum wir unterzeichnen mußten" das „Unannehmbar" des 12. Mai in der Berliner Aula als hinterhältig darstellt und deren Schrift „Der kommende Friede" von Frau Juchacz die Revolution preist und die materialistische Geschichtsauffassung vertritt?

Kann die Regierung nunmehr auf die in der Anfrage Nr. 762 gestellten Fragen antworten, nach der amtlich und auf Reichskosten im Heere die sozialistische „Reichswehr" verbreitet würde, die die Spartakistenführer Toller und Bela Khun preist und nach der in Sachsen die militärischen Dienststellen eine Schrift **„Nichts getan?"** Die Arbeit seit dem 9. November 1918" verbreiten, die das Beamtentum als „verrottete Bureaukratie" beschimpft und die Politik ins Heer treibt?

Ist der Reichsleitung bekannt, daß einem einzigen Armeekorps 17 500 Stück dieser Flugschrift „Nichts getan?" kostenfrei zur Verfügung gestellt worden ist? Die Schrift vertritt die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel.

In weitestem Umfang wurde von der Norddeutschen Buchdruckerei in Berlin eine parteiische Schrift von Oskar Müller „Warum mußten wir nach Versailles gehen?" kostenfrei verbreitet. Sind (D) hierzu Reichsgelder zur Verfügung gestellt worden?

Den heimkehrenden Kriegsgefangenen wird die Schrift eines Herrn Schlesinger zugestellt „Was ist in Deutschland geschehen?" — gewidmet von der „Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene den heimkehrenden Kriegern". Arbeitet diese Reichszentrale mit Steuergeldern?

Ein sozialdemokratisches Flugblatt „An das Landvolk" fand sich am 22. Juli in 200 Stück im Postsack des Postzeitungsamts Berlin, der in Deutsch-Eylau eintraf.

Vor allem arbeitet die „Zentrale für Heimatdienst" mit großen Mitteln. Sie besitzt zum Beispiel eine Landesabteilung Hessen, Darmstadt, Altes Palais, deren **Sendungen** noch im September als **„Reichsdienstsache"** herausgingen und den Personen, die ihr völlig unbekannt sind, unberechnet Massendrucksachen verspricht. Andere Nebenstellen bestehen in Hannover, Neumünster, Danzig, Heidelberg und Münster i. W., deren Sendungen ebenfalls als „Reichsdienstsache" ausgehen. Wie stellt sich hierzu der Reichspostminister, der um des Fehlbetrags willen ständig die Postgebühren erhöhen muß?

Der Kritik unterliegt nicht diejenige Wirksamkeit, die nur gemeinsamen nationalen Interessen aller politischen Richtungen dient.

Ist aber der Reichsleitung bekannt, in welchem Umfang die von dieser Heimatstelle ausgehenden Millionen korrumpierend wirken? Gewerkschaftler erhalten für Flugblattverteilen 15 Mark täglich; viele Druckereien und Verleger werden in Nahrung gesetzt.

(D. Mumm, Abgeordneter.)

(A) Unterabteilungen sind beispielsweise die „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wissenschaftliche Bildung“ und die „Arbeitsgemeinschaft neues Reich“, beide Berlin, Kronenstraße 4/5.

Und immer wieder findet sich Parteipolitik im Wirken des Heimatdienstes. Er verbreitet kostenlos die Schriften „Die Grundgedanken des Sozialismus“, „Der Weg zum Sozialismus“ und das Flugblatt des Vorwärtsredakteurs Kuttner **„Soll Deutschland ein Tollhaus werden?“** Dort heißt es: „Schart Euch Arbeiter um die Regierung des sozialistischen Volksstaats“.

Ebenso versendet diese „Zentrale für Heimatdienst“ als „Reichsdienstsache“ die Schrift von Eduard Bernstein „Was die Sozialdemokratie will. Die Ziele, die Grundsätze und die Politik der Sozialdemokratie“.

Was sagt die Reichsleitung zu all dieser Verwendung von Steuergeldern zu Parteizwecken?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Vortragenden Rat in der Reichskanzlei Herrn Geheimrat Dr. Brecht.

Dr. **Brecht,** Geheimer Regierungsrat, Vortragender Rat in der Reichskanzlei, Kommissar der Reichsregierung: Der Herr Abgeordnete D. Mumm hat seine Anfrage vom 12. August dieses Jahres jetzt mit einer Reihe von Einzelheiten erheblich erweitert. Es wäre nach Ansicht der Reichsregierung zweckmäßiger, Erkundigungen über eine solche Fülle von Einzelheiten nicht in Form einer kleinen Anfrage einzuziehen, sondern zunächst in mündlicher Rücksprache oder im Ausschuß solche Fragen zu erledigen.

(Sehr richtig! links.)

Nachdem aber der Herr Abgeordnete D. Mumm diesen Weg eingeschlagen hat, bleibt nichts anderes übrig, (B) als jetzt auch in der Antwort auf eine Reihe dieser Einzelheiten näher einzugehen, die, wie Sie sehen werden, sich sehr viel einfacher durch eine Rücksprache erledigt hätten, weil sonst in der Öffentlichkeit ein ganz falscher Eindruck entstehen würde.

Die **„Reichszentrale für Heimatdienst“** ist von den anderen Stellen, die der Herr Abgeordnete Mumm genannt hat, scharf zu unterscheiden. Sie hat insbesondere mit dem früheren „Werbedienst“ nicht das geringste zu tun. Sie hat die Aufgabe, Aufklärung über die Gründe und den Inhalt der Politik der Reichsregierung und der Gesetze der Nationalversammlung zu verbreiten und das Verständnis dafür zu fördern. Eine solche Stelle ist unentbehrlich in einer demokratischen Zeit, wo man sich nicht mit einem billigen Appell an das Autoritätsgefühl begnügen will, sondern wo die Gründe für die Handlungen der Regierung dem ganzen Volke offen und verständlich dargelegt werden sollen. Die Zentrale soll zugleich in weitesten Kreisen die Lust und den Willen zu tätiger Mitarbeit an den vielen positiven Aufgaben, die sich jetzt für die Allgemeinheit ergeben, anregen und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

Die Reichsregierung ist bestrebt gewesen, so gut und so schnell wie möglich die vielen Propagandastellen, die sie vorgefunden hat, zu beseitigen und den für die eben erwähnte Aufklärungstätigkeit nötigen Apparat in einer einzigen Stelle, die scharf beaufsichtigt und besonders auch finanziell gut geleitet wird, zu vereinigen. Das „Kriegspresseamt“ unseligen Angedenkens, die Aufklärungsstelle der Obersten Heeresleitung usw. usw. bestehen nicht mehr.

In der vorigen Anfrage Nr. 269, auf die der Herr Abgeordnete D. Mumm jetzt verweist, hat er selbst der Zentrale für Heimatdienst „alle Vorsicht in parteipolitischer Hinsicht“ zuerkannt. Diese Feststellung hält die Reichsregierung für durchaus berechtigt und nimmt von ihr mit Dank Kenntnis. Tatsächlich wird sorgfältig darauf geachtet, daß die Zentrale nicht für die Politik einer einzelnen Partei wirkt. Die Angaben des Herrn Abgeordneten Mumm über den Inhalt der Schriften der Zentrale führen irre, weil sie einzelne von ihm beanstandete Stellen aus den ganzen Schriften herausnehmen und dann noch etwas einseitig vorbringen. Wenn der Herr Abgeordnete D. Mumm der Zentrale in parteipolitischer Hinsicht keinen schwereren Vorwurf machen kann als den Satz in der Schrift der Frau Abgeordneten Juchacz, daß der sittliche, geistige und körperliche Zustand eines Volkes „zu einem großen Teil abhängig sind von den äußeren und inneren Daseinsbedingungen des Volkes“, so ist das eine unfreiwillige Anerkennung für die zurückhaltende und unparteiische Arbeit der Zentrale. Dieser vorsichtige Satz kann im Ernst nicht beanstandet werden. (C)

Die Schrift **„Nichts getan?“** enthält eine gemeinverständliche Übersicht über die Arbeiten dieses hohen Hauses. Nun kommt da allerdings an einer Stelle das Wort „verrottete Bureaukratie“ vor. Der Satz lautet:

> Man merkt allenthalben den neuen Geist und man spürt den Kampf gegen die verrottete Bureaukratie. Aber es wird noch lange dauern, bis der frische Geist neuorientierter politischer Verwaltungstätigkeit in allen Amtsstuben waltet.

Der Satz richtet sich also nicht gegen die Beamtenschaft im allgemeinen, sondern gegen das, was man im engeren Sinn Bureaukratie nennt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

also gegen gewisse Auswüchse der Amtsstuben, die hier schließlich mehr oder weniger allgemein im ganzen Hause bekämpft werden. Trotzdem ist das scharfe Wort „verrottete“ nicht zu billigen. Es ist daher — übrigens ohne Zutun einer höheren Stelle — in der zweiten Auflage der Broschüre inzwischen schon gestrichen worden.

(Zuruf links: Schade!) (D)

Die Schrift „Nichts getan?“ wendet sich im übrigen in ihrem ganzen Inhalt lediglich gegen den Bolschewismus und ist in der ruhigen Belehrung über das, was geschehen ist, eine sehr gesunde und brauchbare geistige Waffe in dem Kampf.

Das gleiche gilt für das Flugblatt von Kuttner **„Soll Deutschland ein Tollhaus werden?“** — nicht etwa ein reaktionäres Tollhaus, sondern ein bolschewistisches Tollhaus ist damit gemeint — und andere von dem Herrn Abgeordneten Mumm genannten Schriften. Das Kuttnersche Flugblatt hat außerordentlich gut gewirkt. Es ist glücklicherweise in zahlreichen Exemplaren verbreitet worden, und es berührt merkwürdig, wenn jetzt der Abgeordnete Mumm zehn Monate später, nachdem es gelungen ist, die bolschewistische Gefahr im wesentlichen abzuwenden, die Regierung angreift, weil sie ein solches Flugblatt hat vertreiben lassen; denn dieses Blatt stammt aus dem Dezember 1918 und ist längst vergriffen. Es ist doch selbstverständlich, daß man in den kritischen Tagen im vorigen Jahre die zum äußersten Radikalismus neigenden Kreise der Arbeiter über Bolschewismus nicht durch konservative Schriften, sondern durch Sozialdemokraten aufgeklärt hat. Übrigens war zu der Zeit, als das Flugblatt und einige andere Schriften verteilt wurden, die Regierung eine rein sozialistische.

In diesem Zusammenhang, Bekämpfung des Bolschewismus, erlauben Sie mir zu betonen, weil darüber immer noch falsche Vorstellungen in der Bevölkerung sind, daß die bekannten großen **Plakate gegen den Bolschewismus,** die monatelang in allen Straßen hingen, nicht von der Regierung, auch nicht von einer Regierungsstelle, sondern von einer privaten, übrigens der früheren Vaterlandspartei nahestehenden Stelle

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

zur Bekämpfung des Bolschewismus ausgingen. Die Re-

(Dr. **Brecht,** Geheimer Regierungsrat.)

(A) gierung hat dieser Art der Propaganda höchst skeptisch gegenübergestanden.

Die von der Zentrale für Heimatdienst herausgegebenen Schriften stammen übrigens durchaus nicht nur aus sozialdemokratischer Feder; die Zentrale steht vielmehr mit allen Parteien in Verbindung, und auf die Ausschaltung eigener Parteiziele in den Schriften wird großes Gewicht gelegt. Pflichtgemäß beschäftigt sich die Zentrale zurzeit damit, den Wert und die Errungenschaften der neuen Reichsverfassung darzulegen und die Maßnahmen der einzelnen Ministerien durch leicht verständliche Darstellung zu unterstützen. Hierzu nimmt sie Anregungen aus allen Parteien gern entgegen.

Nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen kann die Zentrale für Heimatdienst als behördliche Stelle bei der Erfüllung ihrer Aufgabe sich der **Portofreiheit** bedienen. Sie tut dies in Übereinstimmung mit der Reichsregierung und dem Reichspostministerium. Die Gelder, die sonst für Porto ausgegeben würden, müßten sonst doch, da es sich um eine Reichsstelle handelt, aus der Reichskasse getragen werden.

Von der Zentrale für Heimatdienst zu unterscheiden sind zunächst die vom Abgeordneten Mumm genannte **„Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung“** und die **„Arbeitsgemeinschaft Neues Reich“.** Dieses sind keine Unterabteilungen der Zentrale für Heimatdienst, überhaupt keine Reichsstellen, sondern selbständige Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die mit privaten Mitteln arbeiten. Die Zentrale benutzt zum Teil gute Aufklärungsschriften der Arbeitsgemeinschaft, aber nur nach besonderer Auswahl im einzelnen Fall, indem sie die Verteilung in die Hand nimmt.

Der Abgeordnete Mumm hat ferner den **„Werbedienst“** in diesem Zusammenhang erwähnt. Schon in der Beantwortung der Anfrage Nr. 142 ist darauf hin-(B) gewiesen worden, daß es sich hier um die alte Werbestellung der Obersten Heeresleitung, die sogenannte Ohla handelt, die nach der Revolution von dem Vollzugsrat für seine Propagandazwecke ausgestattet wurde. Auf Betreiben der Reichsregierung ist der „Werbedienst“ im Februar in Liquidation versetzt und inzwischen vollkommen aufgehoben. Neue Schriften sind seitdem vom „Werbedienst“ nicht mehr in Auftrag gegeben worden; die vorhandenen Bestände sind nach und nach der Zentrale für Heimatdienst zur Prüfung übergeben und einzelne von der Zentrale an das für sie geeignete Publikum noch verteilt worden. Im übrigen hat die Zentrale für Heimatdienst nicht das geringste mit dem „Werbedienst“ zu tun. Ebenso wenig hat sie etwas mit der Zeitschrift „Die Reichswehr“ zu tun. Diese sozialistische Zeitschrift ist ein privates Unternehmen, von dem das Reichswehrministerium allerdings zu einer Zeit, wo in dieser Beziehung zur Beanstandung noch kein Grund vorlag, während einiger Wochen eine geringe Anzahl von Exemplaren zur Verteilung bezog. Der Bezug ist seit geraumer Zeit aufgehoben worden.

Ein Anlaß, gegen irgendwelche Beamten oder Angestellten als Schuldige einzuschreiten, liegt nicht vor.

Ich wiederhole: von den genannten bestehenden Stellen ist nur die Zentrale für Heimatdienst eine Reichsstelle. Für sie übernimmt die Reichsregierung die Verantwortung und wird auch weiter für einen soliden Ausbau dieser Stelle sorgen; sie nimmt dafür Anregungen von allen Parteien gern entgegen.

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Ist der Reichsregierung bekannt, daß ich mündlich, in Ausschüssen und durch kleine Anfragen bereits seit sechs Monaten öffentlich Klarheit über die Verwendung von Steuergeldern zu Partei- (C) zwecken zu schaffen suche? Ist der Reichsregierung bekannt, daß eine Oppositionspartei sich mit Aufklärung abseits von der Öffentlichkeit nicht zufrieden geben kann? Ist ihr bekannt, daß die genannte Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Fortbildung, die, wenn ich den Herrn Kommissar der Regierung recht verstand, „nur mit privaten Mitteln arbeitet“, nach mir gewordenen Mitteilungen bereits am 12. April dieses Jahres nicht weniger als 420 788 Mark und 90 Pfennig vom Heimatdienst erhalten hat? Ist bekannt, daß dort Druckaufträge bis zu 36 000 Mark, ohne Kalkulation einzufordern,

(hört! hört! rechts)

vorwiegend an die Buchdruckerei Möser in Berlin — —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Herr Abgeordneter D. Mumm, das ist keine Ergänzung,

(sehr richtig! links)

sondern das sind neue Anfragen,

(Widerspruch rechts)

die dasselbe Thema betreffen, die aber die Regierung, wenn sie nicht vorher schriftlich gestellt worden sind, jetzt nicht wird beantworten können. Ich möchte das also ausdrücklich als keine Ergänzung der Anfrage, sondern als eine Fortspinnung weiterer Fragen erklären.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Ich werde dann diese Anfragen sofort einbringen.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe auf die Anfrage Nr. 392, **Riedmiller** (Nr. 1120 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Riedmiller.

(D)

Riedmiller, Abgeordneter:

Die in der **Schweiz wohnenden Deutschen** haben bei Kriegsausbruch dieses Land verlassen, um ihre Wehrpflicht zu erfüllen. Bei diesen Leuten besteht das berechtigte Verlangen, nach fünfjähriger Abwesenheit zu ihren Familien zurückzukehren.

Nach den zurzeit geltenden Bestimmungen müssen diese **Wehrmänner** um die Einreiseerlaubnis nachsuchen. Der Hauptteil der Gesuchsteller wird unter Berufung auf die in der Schweiz herrschende Arbeits- und Wohnungsnot abgewiesen. Durch diese Maßnahmen bleiben Tausende von Männern von ihren Familien getrennt in den Sammellagern an der Grenze zur Untätigkeit verurteilt.

Ist die Reichsregierung bereit, bei der Schweizerischen Regierung für eine rasche Einreiseerlaubnis der Leute zu wirken, die in der Schweiz Angehörige haben oder seit langem dort ansässig sind?

Ist die Reichsregierung ferner bereit, bei der Schweizerischen Regierung eine Nachprüfung der abgelehnten Einreisegesuche zu beantragen?

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Beantwortung hat das Wort der Ministerialrat im Reichsministerium des Auswärtigen Herr Nelken.

Nelken, Ministerialrat im Reichsministerium des Auswärtigen, Kommissar der Reichsregierung: Während nach der Demobilmachung die Heeresentlassenen im allgemeinen zu ihrer Familie und ihrem Beruf zurückkehren konnten, mußten die **deutschen Wehrleute aus der Schweiz** in einem langwierigen und umständlichen Verfahren bei

(**Nelken,** Ministerialrat im Reichsministerium des Auswärtigen.)

(A) den Schweizer Behörden erst um die Erlaubnis zur Rückkehr an ihren Wohnort nachsuchen. 7000 Wehrleute sind bisher in die Schweiz zurückgekehrt. Etwa 5000 warten noch jetzt an der deutsch-schweizerischen Grenze auf die **Erlaubnis zur Einreise.** Ihre Zahl wird sich durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen voraussichtlich noch erhöhen. Sie sind in Lagern in Singen, Lindau, Konstanz usw. untergebracht und werden dort von der Heeresverwaltung verpflegt und gelöhnt. Zur Vertretung ihrer Interessen und zur Fürsorge für diejenigen, deren Einreise zurzeit nicht zu erreichen ist, ist von der Reichsregierung in Singen eine Reichsfürsorgestelle eingerichtet, die auch die Aufgabe hat, den Wehrleuten bei der Anfertigung ihrer Gesuche an die Schweizer Behörden um Erlaubnis zur Einreise behilflich zu sein. Der Fürsorge in den Ländern dienen die mit der Reichsfürsorgestelle zusammenarbeitenden Landesfürsorgestellen.

Die Schweiz hat es bisher mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des dortigen Arbeitsmarktes, die Wohnungsnot und die Gefahr innerer Unruhen mit ihren Interessen nicht vereinbart gefunden, den vor dem Kriege in der Schweiz ansässigen Heeresentlassenen aus den ihr benachbarten Staaten allgemein die Rückkehr in die Schweiz zu gestatten. Sie unterwirft jedes Einreisegesuch einer eingehenden Prüfung und weist eine große Zahl der Gesuche ab. Die Reichsregierung führt daher bereits seit längerer Zeit Verhandlungen mit der Schweizer Regierung, um für die deutschen Heeresentlassenen die Erlaubnis zur Einreise zu erreichen. Sie hat sich hierbei auf den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag vom 13. November 1909 berufen und geltend gemacht, die deutschen Wehrleute hätten jahrelang vor dem Kriege unter dem Schutze des Niederlassungsvertrags in der Schweiz gewohnt und ihre Niederlassung nur unter dem Zwange des Krieges zur Erfüllung ihrer militärischen (B) Pflichten unterbrochen; mit Rücksicht auf den die freie Bewegung der beiderseitigen Bevölkerung hinüber und herüber gewährleistenden Niederlassungsvertrag dürfe ihnen daher die Erlaubnis zur Rückkehr nach der Schweiz nicht versagt werden. Diese Auffassung hat die Schweizer Regierung aus den angeführten Gründen abgelehnt, die aber deutscherseits mit Rücksicht auf den Geist und Sinn des Niederlassungsvertrags nicht anerkannt werden können.

Weiterhin hat die Reichsregierung, abgesehen von den ihr zur Seite stehenden Rechtsgründen des Niederlassungsvertrags, auch auf das traurige Los der Wehrleute hingewiesen, deren Hoffnung auf baldige Wiedervereinigung mit ihren in der Schweiz lebenden Angehörigen durch das Verhalten der Schweiz enttäuscht und deren wirtschaftliche Lage durch die Verweigerung der Einreise auf das schwerste gefährdet wird. Wenn hiernach auch die Einreisegesuche der Wehrleute durch starke menschliche Gründe unterstützt werden, so hat die Schweizer Regierung gleichwohl eine günstigere Behandlung der Einreisegesuche bisher nur für solche Wehrleute in Aussicht gestellt, deren Familien in der Schweiz wohnen und die zu einer der folgenden drei Klassen gehören:

1. Entlassene Soldaten, die in der Schweiz aufgewachsen sind und ständig dort gelebt haben,
2. Familienväter über 40 Jahre, die sich schon länger als 15 Jahre vor dem Kriege in der Schweiz niedergelassen hatten,
3. solche, deren Ehefrau gebürtige Schweizerin ist.

Den Kantonen, bei denen die Entscheidung über die Einreisegesuche liegt, ist von der Bundesregierung nahegelegt worden, den persönlichen Verhältnissen von Wehrleuten der vorbezeichneten drei Klassen Rechnung zu tragen und ihnen die Einreise tunlichst zu bewilligen. Die Kantone haben dies auch zugesagt, wofern nicht Gründe, die in der Person des Gesuchstellers liegen, entgegenstehen. Außerdem hat die Schweizer Regierung durch (C) entsprechende Änderung des bisherigen Verfahrens für eine schnellere Erledigung der Einreisegesuche Sorge getragen. Ferner ist zugestanden, daß endgültig abgewiesene Wehrleute durch Einreichung von Wiedererwägungsgesuchen eine erneute Prüfung ihrer Verhältnisse durch die Schweizer Behörden herbeiführen können.

Zu weiteren Zugeständnissen hat sich die Schweizer Regierung bisher nicht bewegen lassen. Die Reichsregierung wird jedoch weiterhin bemüht bleiben, auch für die nicht zu den vorerwähnten drei Klassen gehörenden Wehrleute die Erlaubnis zur Einreise zu erreichen. Mit Rücksicht auf die starken menschlichen Gründe, die den Einreisegesuchen auch dieser Wehrleute zur Seite stehen, und im Hinblick auf die freundliche Haltung, die in früheren Fällen die Schweiz gezeigt hat, ist zu hoffen, daß sie durch weitere Zugeständnisse die trostlose Lage der bedauernswerten Wehrleute zu mildern helfen wird.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe auf die
Anfrage Nr. 394, Astor, Koßmann (Nr. 1123 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Astor.

Astor, Abgeordneter:

Anläßlich der **Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel** sowie sonstiger Bedarfsartikel des täglichen Lebens sind besonders den Landbürgermeistereien und Einzelgemeinden durch Einrichtung von Bureaus, Vermehrung des Personals, amtliche Bekanntmachungen und Drucksachen beträchtliche Unkosten entstanden, welche von den Steuerzahlern außerordentlich hart empfunden werden. Demgegenüber haben die Kriegsgesellschaften sowie deren Hilfsstellen in den Provinzen und Regierungsbezirken nicht selten ohne viele Mühe hohe Gewinne (D) erzielt.

Ist die Reichsregierung bereit, dahin zu wirken, daß finanziell bedürftigen Gemeinden und Bürgermeistereiverbänden zur Deckung der Zwangsbewirtschaftungskosten aus diesen Gewinnen der Kriegsgesellschaften entsprechende Zuschüsse baldigst gegeben werden?

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium.

Dr. **Schäffer,** Referent im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: **Die Überschüsse der Kriegsgesellschaften** fließen satzungsgemäß der Reichskasse zu und kommen auf diese Weise der Allgemeinheit zugute. Eine Verwendung zu Sonderzwecken, so sehr diese auch der Berücksichtigung wert sein mögen, ist daher nicht angängig.

Auf die Verwendung etwaiger Überschüsse der Kriegsorganisationen in den Ländern hat die Reichsregierung keinen Einfluß, da diese der Aufsicht der Länder, nicht des Reiches unterstehen.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe auf die
Anfrage Nr. 395, Dr. Herrmann (Posen) (Nr. 1123 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Herrmann (Posen).

Dr. **Herrmann** (Posen), Abgeordneter: Die Anfrage Nr. 395 handelt von den schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die deutsche Staatsangehörige fortgesetzt durch die finanzpolitischen Maßnahmen der polnischen Regierung erleiden. Da das zuständige Finanzministerium erklärt hat, heute zur Beantwortung nicht in der Lage zu

(Dr. **Herrmann** [Posen], Abgeordneter.)

(A) sein, will ich auf die Verlesung dieser Anfrage verzichten; ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort. Ich bitte aber, diese Antwort möglichst zu beschleunigen, damit sie im Interesse der Hunderttausende Beschädigter oder noch von einer Schädigung Bedrohlen baldigst in der Presse veröffentlicht werden kann.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe auf die Anfrage Nr. 396, Behrens, Schiele (Nr. 1124 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Behrens.

Behrens, Abgeordneter:

Der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands (Sitz Bielefeld) wies durch wiederholte Kundgebungen öffentlich darauf hin, daß infolge der durch die Zwangswirtschaft bewirkten **Vorenthaltung eines Teiles der Deputatbezüge** unter den Landarbeitern in allen Landesteilen eine heftige Mißstimmung und Erregung entstanden ist, die zu Streiks der Landarbeiter zu führen droht, wenn nicht bald diese ungerechtfertigten Beschränkungen aufgehoben werden. In mehreren Provinzen haben bereits landwirtschaftliche Arbeitgeberorganisationen, um den drohenden Landarbeiterstreiks vorzubeugen, öffentlich aufgefordert, ohne Rücksicht auf die beschränkenden Verordnungen den Landarbeitern die durch Tarif- und andere Lohn- und Arbeitsverträge ausbedungenen Naturalbezüge unverkürzt auszuliefern. In anderen Provinzen erfolgt diese unverkürzte Auslieferung auf Verlangen der Arbeiter stillschweigend. Der Zentralverband weist ferner darauf hin, daß die durch die Zwangswirtschaftsverordnungen bewirkte Vorenthaltung der Naturallohnbezüge für die Landarbeiter nicht nur materiell eine erhebliche Schä-

(B) digung und eine ungerechtfertigte Verschlechterung ihrer Ernährung ist, sondern daß dadurch auch, weil die Landarbeiter durch ihre Viehzucht nicht unerheblich zu der Volksernährung beitragen können, eine Schädigung der Volksernährung hervorgerufen wird. Jedenfalls sind die Zustände unhaltbar und aufreizend geworden.

Ist die Reichsregierung bereit, diese unhaltbaren Zustände durch sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, welche die Arbeitgeber hindern, den Landarbeitern ihre vertragsmäßigen Naturallohnbezüge unverkürzt auszuliefern, ein Ende zu machen?

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Peters.

Dr. **Peters,** Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium: Den **Wert der Deputate für den Landarbeiter** weiß die Reichsregierung voll zu würdigen. Auch verkennt sie nicht, daß eine ausreichende Ernährung der Landarbeiter wesentlich dazu beiträgt, Beunruhigungen von den Landarbeitern fernzuhalten und damit vorbeugend der Streikgefahr zu begegnen.

Bereits durch Erlaß vom 3. Februar 1919 ist daher auch im Interesse der Förderung des sozialen Ausgleichs auf dem Lande angeordnet worden, daß künftig alle Landarbeiter als Selbstversorger zu gelten haben. Dieses Recht des Landarbeiters auf Selbstversorgung kommt teilweise, namentlich bei Getreide und Kartoffeln, auch seinen Familienangehörigen zugute.

Durch die Erhöhung der Selbstversorgerrationen für Brotgetreide auf 12 Kilogramm, für Gerste auf 5 Kilo-

(C) gramm für den Kopf und Monat ist eine wesentliche Besserung in der Ernährungslage der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung und damit auch der Landarbeiter eingetreten. In Kartoffeln können zudem die Erzeuger die Deputatvergütungen aus dem ihnen belassenen Teil ihrer Ernte auch über die Selbstversorgerration hinaus decken.

Durch alle diese Maßnahmen ist dem Wunsche der Landarbeiter auf erhöhte Naturallieferung der Deputate Rechnung getragen. Eine völlige Freigabe der Deputate ist mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Bewirtschaftung unvereinbar.

Abgesehen davon, daß eine Freigabe die allgemeine Versorgung ernstlich gefährden würde, würde dadurch auch dem Schleichhandel erneut Vorschub geleistet werden, da erfahrungsgemäß Deputate in einer Höhe vereinbart sind, die das Ernährungsbedürfnis der Landarbeiter und ihrer Familie wesentlich übersteigen.

Eine materielle Schädigung der Landarbeiter wird durch die Beibehaltung der Rationierungsvorschriften nicht bewirkt, da die Naturalien, soweit sie nicht lieferbar sind, in bar nach dem amtlichen Erzeugerpreis zu vergüten sind (§ 7 Abs. 3 der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919).

Das auf Veranlassung des Deutschen Landbundes zurückgehende selbständige Vorgehen einzelner Arbeitgeberorganisationen in der Frage der Freigabe der Deputate wird ernstlich mißbilligt. Gegen dieses nach dem Strafgesetzbuch strafbare Vorgehen wird mit allen verfügbaren Mitteln eingeschritten.

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Ist der Regierung bekannt, daß bei den bevorstehenden Abschlüssen von neuen

(D) Arbeitsverträgen diese beschränkenden Bestimmungen über Deputatbezüge auch hindernd sind beim Abschluß von Tarifverträgen, weil man in der Arbeiterschaft die Meinung verbreitet, daß höhere Deputatbezüge nicht vereinbart werden dürfen, als die Verordnungen vorsehen? Diese Zustände können zu Streiks führen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um Klarheit und den Arbeitern ihr Recht zu verschaffen?

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Peters.

Dr. **Peters,** Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium: Die Regierung wird sich alle Mühe geben, darüber Klarheit zu schaffen, daß auch im Rahmen der Deputatverträge die Rationierungsvorschriften der Ernährungszwangswirtschoft innegehalten werden müssen.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe auf: Anfrage Nr. 397, Frau Pfülf und Genossen (Nr. 1125 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort der Abgeordneten Frau Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete:

1. In Bayern sind die untersten Klassen der **privaten Vorschulen** mit Beginn des Schuljahrs wieder voll besetzt worden, obwohl Artikel 147 Abs. 3 der Reichsverfassung die Aufhebung der privaten Vorschulen bestimmt.
2. In vielen Orten Deutschlands, so in Berlin, München, Nürnberg, werden die Eltern gezwungen, eine Willenserklärung abzugeben, wenn sie ihr Kind von der **Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern,** kirchlichen Feiern

(Pfülf, Abgeordnete.)

(A) und Handlungen befreit haben wollen. Dies widerspricht dem Buchstaben und dem Geiste des Art. 149 Abs. 2, der ausdrücklich bestimmt, daß eine Willenserklärung nur dann abzugeben ist, wenn diese Teilnahme gewünscht wird.

Sind der Regierung diese Maßnahmen bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um den entsprechenden Bestimmungen der Reichsverfassung Wirksamkeit zu verschaffen?

Vizepräsident **Haußmann**: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Schulz.

Schulz, Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern: Auf die Anfrage Nr. 397 der Abgeordneten Frau Pfülf und Genossen vom 8. Oktober 1919 beehre ich mich zu erwidern:

1. Nach Art. 147 Abs. 3 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 sind **private Vorschulen** aufzuheben. Aus dem Wortlaut der Fassung dieser Vorschrift und ihrer Entstehungsgeschichte geht hervor, daß sie nicht mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung zur Durchführung gelangen kann. Vielmehr wird den Ländern eine angemessene, kurze Übergangsfrist zur Herbeiführung des verfassungsmäßigen Zustandes gewährt werden müssen. Das neue Schuljahr hat in Bayern im September dieses Jahres, also wenige Wochen nach Inkrafttreten der Verfassung, begonnen. In diesem Zeitraum wird es unmöglich gewesen sein, die gesetzlichen Grundlagen für die Neuordnung zu schaffen.

2. Art. 149 Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmt, daß die **Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern** der Willenserklärung desjenigen überlassen bleibt, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. (B) Damit ist ausgesprochen, daß nur der Bestimmungsberechtigte darüber zu entscheiden hat, ob das Kind am Religionsunterricht teilnehmen soll, und daß gegen den Willen des Bestimmungsberechtigten das Kind weder zum Religionsunterricht zugelassen noch von ihm ausgeschlossen werden darf. Die Form, in der die Willenserklärung abzugeben ist, hat die Reichsverfassung nicht vorgeschrieben. Nach dem allgemeinen Grundsatz des Art. 14 der Reichsverfassung ist es Aufgabe der Landesbehörden, diese reichsrechtliche Bestimmung auszuführen. Sie können diese Regelung in der Weise treffen, daß sie mündliche oder schriftliche Erklärung des Willens anordnen oder die Abgabe der Erklärung durch schlüssige Handlungen zulassen.

Es ist der Reichsregierung bekannt, daß die Parteien bei Vereinbarung des Wortlauts des Art. 149 Abs. 2 zum Ausdruck bringen wollten, daß der Wille des Bestimmungsberechtigten, das Kind solle am Religionsunterricht teilnehmen, ausdrücklich erklärt werden müsse. Die Reichsregierung wird sich wegen einer angemessenen, dem Sinne der Reichsverfassung entsprechenden Form in der die Willenserklärungen abzugeben sind, mit den Landesregierungen in Verbindung setzen.

Vizepräsident **Haußmann**: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 398, Frau Pfülf und Genossen (Nr. 1126 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort der Abgeordneten Frau Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete:

Der bayerische Landtag hat am 14. August d. J. ein neues Schulgesetz verabschiedet, in dem an der alten Verordnung festgehalten wird, daß **Lehrerinnen** mit ihrer **Verehelichung** aus dem Schuldienst auszuscheiden haben.

Dieses Gesetz steht in offenkundigem Widerspruch zu Art. 128 Abs. 2 der Verfassung, der alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte aufhebt. (C)

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Lehrerinnen?

Vizepräsident **Haußmann**: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Schulz.

Schulz, Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern: Nach Art. 151 des Volksschullehrergesetzes des Freistaats Bayern vom 14. August 1919 erlischt das Dienstverhältnis der **Volksschullehrerin** mit der **Eheschließung**. Da Art. 128 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 bestimmt, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden, steht die Vorschrift des bayerischen Volksschullehrergesetzes nach Ansicht der Reichsregierung mit der Reichsverfassung im Widerspruch.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Reichsregierung wird bei der Regierung des Freistaats Bayern entsprechende Anregung geben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Die Anfrage 399 ist zurückgezogen.

Ich rufe auf Anfrage

Nr. 401, Diez, Gröber (Nr. 1134 der Drucksachen).

Ich habe hierzu mitzuteilen, daß die Anfrage an das Reichsfinanzministerium geleitet worden ist. Zuständig ist das Reichswirtschaftsministerium. Das Reichsfinanzministerium hat diesem Ministerium die Anfrage zugewiesen; aber das Reichswirtschaftsministerium hat sie nicht so zeitig erhalten, um sie heute beantworten zu können. Ich möchte den Herrn Antragstellern anheimgeben, dementsprechend die Frage heute nicht zu stellen und sich vorzubehalten, darauf zurückzukommen. (D)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Diez.

Diez, Abgeordneter: Mit der Vertagung der Beantwortung bin ich einverstanden.

Vizepräsident **Haußmann**: Der Herr Abgeordnete ist damit einverstanden.

Ich rufe auf die Anfrage

Nr 402, Schiele (Nr. 1138 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

Unter der gegenwärtigen Teurung leiden wohl am meisten und sind am wenigsten bedacht die **Zivil- und Staatsinvaliden** und die von diesen hinterlassenen **Witwen**.

Ist die Regierung bereit, die überaus große Not der Rentenempfänger, also derjenigen, die der Allgemeinheit als Arbeiter ihre Kräfte geopfert haben, sofort dadurch etwas zu lindern, daß sie ihnen aus Heeresbeständen neue oder getragene Kleidungsstücke und Stoffe, Decken oder sonstige noch verwendungsfähige Stücke unentgeltlich zur Verfügung stellt?

Vizepräsident **Haußmann**: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Dr. Reichardt vom Reichswirtschaftsministerium.

Dr. **Reichardt**, Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Versorgung der wirtschaftlich Schwachen mit Textilwaren

(Dr. **Reichardt**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) erfolgt im Rahmen der vom Reichsministerium angeordneten allgemeinen Notstandsversorgung. Die Abgrenzung des Kreises der vorzugsweise zu versorgenden Personen liegt hierbei in der Hand der Kommunalverbände; eine unmittelbare **Belieferung der Invalidenrentner und ihrer Familien** durch die Notstandsversorgung ist nicht angängig.

Alle in Heeresbeständen noch vorhandenen und für die Notstandsversorgung nach Beschaffenheit und Preisstellung verwendbaren Textilwaaren werden für die Notstandsversorgung erfaßt und verteilt. Die Uebernahmepreise werden nach bestimmten vom Reichsministerium aufgestellten Grundsätzen und unter Gewährung eines Abschlags von 10 Prozent festgesetzt. Eine Verbilligung tritt auch dadurch ein, daß die Waren unter Ausschaltung aller unnötigen Zwischenglieder unmittelbar durch den Kleinhandel an die Verbraucher gelangen. Weitere Verbilligung durch Reichszuschüsse oder gar gänzliche unentgeltliche Abgabe kann aus finanziellen Gründen nicht in Aussicht genommen werden.

Vizepräsident **Haußmann:** Ich rufe auf

Anfrage Nr. 403, **Dusche** (Nr. 1139 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dusche. — Der Herr Abgeordnete meldet sich nicht; damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 404, Frau **Reitze** (Nr. 1140 der Drucksachen).

Zur Verlesung hat das Wort die Frau Abgeordnete Reitze.

Reitze, Abgeordnete:

In großen Teilen des Reiches sind die **Holzpreise** wegen der drohenden Kohlennot ganz enorm gestiegen, so daß weite Kreise der Bevölkerung (B) nicht in der Lage sind, Holz als Ersatz für Kohlen einzunehmen. In Hamburg kostet zum Beispiel ein Zentner Kiefernholz 14 Mark, ein Zentner Buchenholz 18 Mark, und die Preise steigen täglich noch weiter.

Ist es der Reichsregierung möglich, gegen diesen **Holzwucher** eine gesetzliche Maßnahme zu schaffen oder andere Maßregeln zu ergreifen?

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium.

Dr. **Schäffer**, Referent im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Ursache des **Wuchers mit Brennholz** ist der gerade in den Städten vorhandene Mangel an einer Organisierung des Einkaufs und des Absatzes von Brennholz. Der einzelne Händler, der dem Fach meist fremd gegenübersteht, kauft zu jedem Preis, zu dem er die Ware erhalten kann, ein. Die Folge ist, daß die Verkaufspreise immer höher getrieben werden, ohne daß dabei eine übermäßige Spanne zwischen Gestehungskosten und Verkaufspreis nachweisbar wäre.

Diesem Uebelstand kann nur durch eine Organisierung des Einkaufs und Verkaufs begegnet werden.

Bei den Gemeinden des platten Landes wird dadurch Abhilfe geschaffen, daß aus den Forsten Holz, das in verstärkten Maße geschlagen wird, der Bevölkerung auf Versteigerungen mit beschränktem Käuferzutritt zur Verfügung gestellt wird.

Bei den Städten, bei denen dieses Verfahren nicht durchgeführt werden kann, wird in folgender Weise geholfen werden können:

1. sie stellen den Brennholzbedarf der Bevölkerung fest und schaffen sich selbst eine Lagerungs- und Verteilungsorganisation.

2. Sie treten unmittelbar mit den Holzerzeugern in (C) Verbindung entweder durch Vermittlung einer Zentralstelle, die die Ueberschüsse aus den Ueberschußgebieten feststellt, oder durch direkte Verständigung mit den Waldbesitzern; die Städte könnten sich dabei der Unterstützung des Großhandels bedienen.

Die Einsetzung eines Kommissars für Brennholzversorgung wird erwogen.

Präsident: Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichsministeriums des Innern (Anlage IV) nebst Ergänzung.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1137 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Meerfeld.

Anträge Nr. 1145, 1215, 1216.

Wir fahren in der Besprechung über Kap. 7 Tit. 1 fort.

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Geehrte Versammlung! Die gestrige **Programmrede des Herrn Ministers des Innern** war in einzelnen ihrer Teile in der Form zwar höflich und nicht schroff, aber im Wesen eine scharfe Kampfansage an die Arbeiterschaft. Andere Teile dieser Rede, die kulturelle Perspektiven gaben, hatten einen anderen Charakter. Von ihnen konnte man sagen: „Wenn man's so hört, könnt's leidlich scheinen." Jedoch die Erfahrung wird lehren, (D) ob Herr Koch, seinen guten Willen und seine starke Energie vorausgesetzt, das durchsetzen wird, und zwar gegenüber seinem Herrn Ministerkollegen durchsetzen wird, von dem gegenwärtig gemeinsam mit der Militärkamarilla die Polizeigewalt mit schrankenloser Brutalität und Rücksichtslosigkeit ausgeübt wird. Heute muß ich deshalb zu diesen Ausblicken des Herrn Ministers sagen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!"

(Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Dagegen zweifle ich keinen Augenblick, daß der Herr Minister des Innern bei dem Bemühen, die kapitalistische Ordnung, das heißt die uneingeschränkte Ausbeutung der Arbeiterschaft, restlos wieder herzustellen und fester zu fundieren, die weitgehendste Unterstützung dieses genannten Kollegen mit der eisernen Stirn und der gepanzerten Faust finden wird. Ich komme darauf später noch zurück.

Zunächst einiges zu dem **Kulturprogramm** des neuen Ministers. Da war mir die Wendung sehr interessant, daß wir, nachdem wir mit Panzerschiffen nicht mehr wirken können, durch unsere Kulturleistungen uns Geltung in der Welt verschaffen müssen. Daraus klang doch ganz deutlich das Bedauern,

(Lachen bei den Deutschen Demokraten)

daß die Zeiten der schrankenlosen Rüstungen zu Wasser und zu Lande vorbei sind.

(Lachen rechts.)

Wir dagegen freuen uns dieser Tatsache. Wir haben den Bau von Panzerschiffen und von Kanonen stets bekämpft, weil wir sie als ständig wachsende Gefahr für den Frieden und als kulturwidrig betrachten. Wir haben stets betont, daß wir allein als kulturfördernd und eines großen zivilisierten Volkes würdig den friedlichen Wettbewerb in Industrie, in Kunst und Wissenschaft halten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) Aber aus eigenem Entschluß sind die Vertreter des deutschen Volkes, geschweige denn die Regierung, nicht dazu gekommen, so zu verfahren, — der schreckliche harte Zwang hat sie erst zu diesem Schritte treiben müssen.

Auch anderes, was wir vergeblich gefordert haben, wird jetzt unter dem Zwange der Not Wirklichkeit. Der Herr Minister hat eine **Reichsschulkonferenz** in Aussicht gestellt, um eine **Einheitlichkeit des Schul- und Bildungswesens** in Deutschland anzubahnen. Er verspricht sich davon eine Überbrückung der politischen Zerklüftung. Die wird unserer Meinung nach dadurch sicherlich nicht kommen; denn diese politische Zerklüftung erwächst aus den Klassengegensätzen mit den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Schichten der Bevölkerung. Aber die Schaffung der Einheitlichkeit des Schul- und Bildungswesens würden wir lebhaft begrüßen. Sie ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Diese Forderung bildet das Kernstück unseres großen sozialistischen Erziehungsprogramms, in dem wir die Einheitlichkeit des gesamten Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Universität fordern.

Das wäre dann allerdings erst der äußere Rahmen für die Erziehung, für das Schul- und Bildungswesen. Das Wichtigste ist allerdings der **sozialistische Geist**, von dem diese Erziehung geleitet sein müßte. Der müßte hinzukommen, um die Menschen zu formen, um sie zu körperlich und geistig harmonisch entwickelten Vollmenschen, zu Persönlichkeiten mit einem aufrechten Sinn, mit einem warmen Herzen, mit einem eisernen Willen und einem tüchtigen Können und Wissen entsprechend ihrer Veranlagung heranzubilden, Menschen, die sich ihrer selbst, aber auch ihrer Verpflichtungen gegen die Gesamtheit bewußt sein müssen, erfüllt von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl. Mit aller Nachdrücklichkeit möchte ich betonen, (B) daß unserer Meinung nach — und wir befinden uns da in Übereinstimmung mit den besten Pädagogen — diese Erziehungsarbeit im **Kindergarten** beginnen müßte, dessen Besuch obligatorisch für alle Kinder zu sein hätte, nicht nur als Notbehelf für die Kinder von erwerbstätigen Frauen. Im Kindergarten müßten die Kinder unter Leitung von tüchtigen Pädagogen spielend zur Arbeit und zur Solidarität untereinander angeleitet werden, und vom Kindergarten aus müßte der Eintritt in die Einheitsschule erfolgen, die eine weltliche und eine Arbeitsschule sein müßte, in der beide Geschlechter gemeinsam zu erziehen wären, um auch für beide den Aufstieg in die höhere Lehranstalt ihrer Begabung entsprechend zu ermöglichen.

Aber durch das **Schulkompromiß** der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums haben Sie sowohl die Weltlichkeit der Schule als auch die Einheitsschule verhindert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Fundament ist deshalb schlecht und morsch, und da kann auch der Überbau kein guter werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn jetzt der Genosse Bebel oder der alte ehrliche Demokrat Sack unter uns weilen würde, ich möchte sehen, wie die Geißelhiebe der Kritik niedersausen würden auf diejenigen, die diesem Schulkompromiß zugestimmt haben, wie die wettern würden über die Preisgabe und die Verschandelung sozialistischer und demokratischer Forderungen gerade in dieser wichtigen Frage der Erziehung. Ein harter, ein zäher Kampf wird, weil die Dinge so liegen, deshalb allüberall um die Schule, um ihre Reform, ihre Umgestaltung entbrennen.

Der Jugendwohlfahrtspflege, die die Regierung in Aussicht genommen hat, für die sie bezeichnenderweise ganze hunderttausend Mark eingesetzt hatte — die Kommission hat diese Summe erst auf 500 000 Mark (C) erhöht — bringen wir das größte Mißtrauen entgegen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Von einer Regierung, die auf Jugendliche, die einen Sonntagsausflug machen, mit Maschinengewehren schießen läßt, erwarten wir keine segensreichen Einrichtungen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist geradezu eine Schande, daß Noskegardisten auf **jugendliche Ausflügler** schießen konnten, und das nennt sich eine demokratische Republik, eine Zeitlang hieß es sogar eine sozialistische Republik! Die Jugendlichen, die frühzeitig zum Broterwerb gezwungen sind, sind auch früh selbständig. Man gebe ihnen die Freiheit der Betätigung in der Jugendbewegung und sorge für einen weitgehenden Jugendschutz, der nicht erst bei den Jugendlichen, sondern bei den Kindern beginnt. Man sorge dafür, daß jegliche Kindererwerbsarbeit restlos verboten wird, man sorge dafür, daß der Jugendschutz eine Verkürzung der Arbeit für Jugendliche erhält, daß die Ferien für die Jugend gesetzlich werden, und halte sich fern von einer Bevormundung, die immer eine bestimmte Tendenz trägt und die instinktiv als arbeiterfeindlich von der Jugend empfunden wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man so verfährt, wäre der sittlichen Stärkung der Jugendlichen am besten gedient.

Selbstverständlich sollen die **Jugendlichen** nach unserer Meinung — da stimme ich dem Herrn Abgeordneten Nuschke bei — sich auch mit **Politik** beschäftigen. Durch die Erziehung zum Sozialismus, wie sie in unserer Jugendbewegung gegeben ist, wird auch am besten der Schundliteratur begegnet. Wird in die jugendlichen Herzen das Ideal der Menschheitsbefreiung gepflanzt, das Gefühl der Solidarität, der opferbereiten Menschen- und Nächstenliebe, so ist das der beste sittliche Schild für sie. Aber die Regierung hindert diese Erziehung, indem (D) sie die **Jugendzeitungen** verbietet, nicht die Zeitungen der Rechtssozialisten, aber die Jugendzeitungen der Unabhängigen und Kommunisten. In diesen Jugendzeitungen der Unabhängigen — ich kann Nummern davon auf den Tisch des Hauses niederlegen — steht kein Wort von einer sogenannten Aufreizung, das man als einen Vorwand für das Verbot nehmen könnte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Jugendzeitungen stehen auf hoher geistiger Warte, und es wäre das beste Kampfmittel, wie ich schon sagte, gegen die Schundliteratur. Wir haben Beschwerden an die Regierung wegen des Verbotes der Jugendzeitungen gerichtet, bis heute sind wir aber ohne Antwort auf diese Beschwerden geblieben, die Jugendzeitungen scheinen eben dauernd verboten zu sein, sowohl die unserigen wie auch die beiden der Kommunisten. Dieses Verbot reiht sich ein in die Reihe all der Verbote unserer Parteizeitungen, über die wir uns Tag für Tag beklagen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diesem Verbot der Jugendzeitungen steht würdig zur Seite das Verbot der „Freiheit", das **Verbot einer Reihe unabhängiger Zeitungen** im Westen. Heute ist uns die Mitteilung geworden, daß auch unser **Organ in Oberschlesien** verboten worden ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben für Oberschlesien um Zuwendung von Papier für die Zeitungen ersucht; es wurde uns gesagt, es sei keins mehr vorhanden. Es ist dann verkehrsfreies, buntes Papier beschafft worden, und es ist dann darum ersucht worden, die Freigabe des Blattes zu bewerkstelligen. Herr Hörsing hat erklärt, er verbiete die Herausgabe der Zeitung. Ich frage den Herrn Minister des Innern, was er zu diesem und all den anderen Verboten sagt,

(**Zietz**, Abgeordnete.)

(A) über die wir uns zu beklagen haben. Es ist bezeichnend, daß gerade die Jugendbewegung in der freien sozialistischen, — nein, Pardon, in der demokratischen Republik so schikaniert wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist eine Fortsetzung der Praxis unter dem alten Regime, wo wir uns über diese Dinge beschwert haben, wo man sich aber immer noch bis zu einem gewissen Grade auf gesetzliche Bestimmungen stützen konnte, auf reaktionäre allerdings, aber doch gesetzliche. Diese reaktionären Bestimmungen sind jetzt durch die Revolution hinweggeräumt. Aber die Verfolgung und Schikanierung der Arbeiterjugend ist genau so wie früher. Welche Erbitterung durch solche brutale und gesetzwidrige Unterdrückung ihrer Zeitung in die Herzen der Jugendlichen gepflanzt werden, das scheint den Urhebern dieser Maßnahme nicht zu dämmern.

Dann muß ich ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten **Braun** von der rechtssozialistischen Partei sagen. Ich sehe leider, daß er nicht da ist. — Ah, da kommt er gerade. — Ich halte eine seiner Äußerungen von gestern für eine unerhörte Denunziation,

(Abgeordneter Dr. Braun: Hört! Hört! — Heiterkeit)

für die Herr Braun gar keinen Beweis hat. — Es ist doch bezeichnend für das Niveau der Nationalversammlung, daß Herr Braun in dieser Weise höhnend dazwischen lachen und rufen kann. — Herr Braun hat gestern gesagt, daß in den Reihen der **kommunistischen Jugend** die **Homosexualität** anzutreffen sei. Er hat das gleiche auch von den Wandervögeln behauptet. Ich habe von diesen Dingen bei den Wandervögeln noch nichts gehört; ich kann es aber auch nicht bestreiten, weil ich ihnen nicht näherstehe. Aber ich weiß, daß sowohl in der Unabhängigen Jugend als auch in der kommunistischen Jugend das ausgeschlossen ist.

(B) (Zuruf: Bei den Wandervögeln auch!)

Daß ein einzelner Fall einmal irgendwo vorgekommen ist, ist vielleicht möglich; das kann niemand kontrollieren; aber so, wie es Herr Braun gesagt hat, ist es eine allgemeine defamierende Behauptung. Es ist unerhört, daß hier in der Nationalversammlung eine solche Verleumdung in die Welt hineingeschleudert wird.

Bei der kommunistischen Jugend werden Burschen und junge Mädchen miteinander erzogen, machen gemeinsam ihre Ausflüge, und gerade durch diese Kameradschaftlichkeit zwischen beiden Geschlechtern und durch die Tatsache, daß Erwachsene die Leiter, Freunde, Ratgeber bei diesen Ausflügen sind, ist der beste Schild gegen solche Verirrungen gegeben. Ich bestreite, daß die Dinge so liegen, wie Herr Braun sie dargestellt hat. Ich muß nochmals wiederholen: ich halte es für unerhört, daß die Tribüne des Hauses dazu benutzt wird, um gegen junge Leute, die sich hier nicht verteidigen können, solche Vorwürfe zu erheben.

Dann ein Wort zu der Interpellation Arnstadt und Genossen. Der Kritik, die an den **Kinovorführungen** geübt worden ist, stimmen wir durchaus zu. Die gekennzeichneten Darbietungen sind nicht anders zu bezeichnen als eine Kinopest. Nur meinen wir, man müsse dieser Pest anders beizukommen suchen, als der Herr Minister es vorhat. Wir sind gegen jede Zensur; denn sie öffnet der Willkür Tür und Tor und wird fast immer zu einem Mittel scheußlichster Schikanierung. Genosse Cohn hat schon im alten Reichstag betont — und wir stehen heute noch auf diesem Standpunkt —, man muß beim Film vorgehen wie bei den Nahrungsmitteln: man muß sie bei der Produktion erfassen. Soviel mir bekannt ist, hat sich eine Anzahl anständiger Filmfabrikanten bereits zusammengetan, um dem Schmutz und hoffentlich auch dem Schund entgegenzutreten. Dieses (C) Bestreben sollte man unterstützen. Man kann ihnen ja Künstler und Sachverständige zur Seite geben; wenn das geschieht und wenn daneben alles getan wird, um die **Kommunalisierung der Kinos** durchzuführen, dann wird man der Kinopest besser beikommen als mit den in Aussicht genommenen Dingen. Leider ist das Kommunalisierungsgesetz ja immer noch nicht verabschiedet; der Herr Minister hat das aber für die nächste Zeit in Aussicht gestellt, hoffentlich erfüllt sich dieses Versprechen. Wenn der Herr Minister zu den Beamten das Vertrauen hat, daß sie aus eigener Kraft die in ihren Reihen eingerissene Korruption beseitigen, dann muß er auch zu den anständigen Kinofabrikanten, die schon auf dem besten Wege zu diesem Ziele sind, das gleiche Vertrauen haben. Die Bemerkung des Herrn Kollegen Nuschke, daß es skandalös sei, wenn Zeitungen **Annoncen** aufnehmen, die die gekennzeichneten **Schmutzfilms** ankündigen, hat mich höchlichst amüsiert. Er sollte doch wissen, daß in nächster Nähe seiner Berufsstelle Blätter erscheinen, die doch wahrlich nicht so sensibel bei der Aufnahme von Annoncen sind. Er sollte wissen, daß außerdem eine unendliche Zahl von Blättern erscheinen, die nicht nur in der Inseratenfrage den Grundsatz „non olet“ vertreten.

Der Herr Minister hat weiter erklärt, daß er bei der Regelung der Beamtengehälter die **Beamtenkorporationen** mit heranziehen wolle. Er hat sich aber gegen die **Arbeiterräte** als gegen die Organe ausgesprochen, die sich in die rechtlichen Verhältnisse der Behörden hineindrängen. Freilich sind die Arbeiterräte, wie wir sie fordern, Kampforgane gegen den bürgerlichen Rechtsstaat als das Herrschaftsinstrument der Besitzenden gegen die Arbeiter,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die den Kampf aufnehmen gegen diesen bürgerlichen Rechtsstaat und an seine Stelle die sozialistische Gesellschaftsordnung setzen wollen. Der Schrei des Herrn Ministers nach Befestigung des bürgerlichen Rechtsstaats war des- (D) halb ein Schrei gegen die Revolution und damit ein Schrei gegen die Arbeiter.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An einer anderen Stelle hat der Herr Minister die Ansicht über seine Amtsführung in den Worten ausgedrückt, er wolle sein Ministerium weder zu einem Tummelplatz politischer Kämpfe noch zu einer Propagandastelle für eine bestimmte politische Partei machen.

Herr Minister, man spricht von einer **Verfügung** oder einer Vereinbarung, nach der **Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht im Reichsdienste beschäftigt** werden sollen. Ich weiß nicht, ob sich diese Verfügung oder Vereinbarung nur auf die Zentralstelle oder auch auf die unteren Stellen bezieht. Es scheint ja, daß es eine allgemeine Verfügung ist, und daß darauf vielleicht auch die Nichtbestätigung des Genossen Vogtherr als Landrat zurückzuführen ist. Ich möchte den Herrn Minister fragen, ob ihm diese Verfügung oder diese Vereinbarung bekannt ist. Macht er sie sich zu eigen, wenn sie besteht, oder will er von dem gestern von ihm bezeichneten Standpunkt aus für die Aufhebung sorgen?

Wenn der Herr Minister dafür sorgt, dann werden allerdings solche Fälle nicht vorkommen können wie der des Dr. **Rudolph** von der **Waffenstillstandskommission.** Herr Dr. Rudolph hatte eine Denkschrift über die Arbeiten beim Wiederaufbau in Feindesland geschrieben, und die Waffenstillstandskommission hatte diese Denkschrift in den Drucksachen ihres Referats 13 veröffentlicht. Nach dem Urteil aller Sachkenner war die Arbeit des Dr. Rudolph ungleich gründlicher und ungleich wertvoller als die Arbeit, die auch im Auftrage der Waffenstillstandskommission von dem Herrn Abgeordneten Silberschmidt verfaßt worden war, dem Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes und Mitglied der General-

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) kommission Deutschlands. Dieser für die Herren Rechtssozialisten sehr unangenehme und peinliche Unterschied der beiden Arbeiten sollte aber nach dem Willen dieser Herren der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Deshalb wurde die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission auf Anordnung des Reichsministeriums aus dem Verkehr gezogen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Billigt der Herr Reichsminister dieses Vorgehen? Billigt er es, daß Dr. Rudolph kurze Zeit, nachdem seine Denkschrift amtlich veröffentlicht worden war, mit seiner Tätigkeit für den Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens aufhören mußte? Möglich ist, daß diese Dinge noch weitere Kreise ziehen, und zwar in dem betreffenden Amte. Am Ende ist die Absicht vorhanden, den Beamten disziplinarisch zu bestrafen, der durch die Veröffentlichung dieser Arbeit die Minderwertigkeit der Silberschmidtschen Arbeit offenbar gemacht hat. Möglich sind solche Exzesse — denn das wäre ein Exzeß, eine Maßregelung — bei einem Parteiregiment, wenn es von dem Geist beherrscht wird, wie es in dieser Vereinbarung zum Ausdruck kommt.

Der Herr Minister hat ferner die **Sicherstellung der persönlichen Freiheit** zugesagt. Er hat in Aussicht gestellt, daß die Ausübung der öffentlichen Gewalt aus den militärischen Händen wieder auf die zivile Verwaltung übergehen soll, und er hat die Schaffung eines **Schutzhaftgesetzes** in Aussicht gestellt, um mit den beklagten Vorkommnissen aufzuräumen. Die Schutzhaft gehört zu den skandalösesten und empörendsten Willkürakten der gegenwärtigen Regierung.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Es ist ja sehr gut, daß jetzt auch andere Leute hören, wie diejenigen, die die Schutzhaftschande aufrechterhalten (B) wollen, sich hier betragen, wenn man dies kritisiert. Belagerungszustand, Pressezensur und Schutzhaft sind ein täglich wiederkehrender Bruch der Gesetze und auch ein flagranter Bruch der Verfassung.

Die Nationalversammlung als Schöpfer der Verfassung hat sich bis heute nicht aufgerafft, die Regierung zur Ordnung zu rufen und von ihr zu verlangen, daß nun die Verfassung auch innegehalten und beachtet wird. Die Rückkehr zum gesetzlichen Zustand muß gefordert und durchgesetzt werden. Auch gestern hat nur der Herr Abgeordnete Nuschke seiner Befriedigung Ausdruck gegeben, daß dem jetzigen Zustand in der Schutzhaftangelegenheit ein Ende bereitet werden soll. Kein Wort der Kritik, keine Forderung der Beseitigung des gesetzlosen Zustandes durch die Rechtssozialisten, kein Wort, daß alle diese Dinge unter allen Umständen allein schon vom Standpunkt der Demokratie beseitigt werden müssen! Sie stützen und verteidigen diese unerhörten Dinge nach dem Grundsatz ihres Wehrministers, der sich nicht um die „Zwirnsfäden des Rechts" — wie er sagte — kümmern will, sondern sich auf die Gewalt der Bajonette und Maschinengewehre stützt.

Weiß der Herr Minister, der ein Schutzhaftgesetz in nahe Aussicht stellt, daß erst in den letzten Tagen in Berlin eine Verordnung erlassen worden ist, nach der die Verteidiger, die den Schutzhäftlingen durch ihre Verwandten gestellt sind, nur in Gegenwart eines Beamten mit den Schutzhäftlingen sprechen dürfen? Ist der Herr Minister damit einverstanden, daß den Schutzhäftlingen nicht nur die persönliche Freiheit und Sicherheit genommen ist durch ihre Verhaftung, sondern daß ihnen auch die Verteidigungsfreiheit und Verteidigungsmöglichkeit eingeengt ist? Ich erinnere daran, daß so unendlich viele Personen heute noch in Schutzhaft stecken, gegen die absolut nichts Kriminelles vorliegt. Der Herr Reichswehrminister Noske hat hier vor wenigen Tagen erklärt, es (C) seien nur noch 22 Schutzhäftlinge vorhanden — in Berlin, hat er dann hinzugesetzt. Ich behaupte, daß das eine jener vielen Unwahrheiten ist, mit denen wir hier vom Reichswehrminister Noske immer regaliert werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es sind in allen Gegenden Deutschlands noch außerordentlich viel Schutzhäftlinge, und es ist die Behandlung der Schutzhäftlinge, sowie überhaupt die Tatsache, daß so viele in Schutzhaft genommen werden und monatelang in Schutzhaft sitzen, nicht nur eine so empörende und so niederdrückende; sie hat auch die Schutzhäftlinge in außerordentlich vielen Fällen geradezu zur Verzweiflung getrieben.

Ich glaube ja, daß die allermeisten Herren und Damen der Nationalversammlung sich gar nicht in die Empfindungen eines Schutzhäftlings hineinversetzen können, ebensowenig wie die meisten sich in die Empfindungen eines politischen Gefangenen hineinversetzen können, der sich entweder in Untersuchungshaft oder Strafhaft befindet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es sind nur die Oppositionsparteien, die dann, wenn sie in Opposition stehen, recht viel mit den Gefängnissen in Berührung kommen. Aber ich möchte Ihnen sagen: wenn unsere Genossin Lore Agnes Ihnen sagen könnte, was sie Entsetzliches in der Schutzhaft erduldet hat, sie, die neun Monate lang in der Schutzhaft festgehalten worden ist, obgleich nichts, absolut nichts gegen sie vorlag, die ihre Gesundheit dort eingebüßt hat, und wenn die vielen anderen, die in Schutzhaft sitzen, Ihnen erzählen könnten, was sie für Seelenqualen erdulden, dann würden manche der Sache doch etwas anders gegenüberstehen, als das jetzt der Fall ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn jemand in Untersuchungshaft sitzt, dann weiß er: (D) an dem und dem Tage ist dein Termin, dann wird sich dein Schicksal entscheiden; wenn jemand in Strafhaft sitzt, dann weiß er: dann und dann ist deine Strafhaft zu Ende, dann wirst du wieder frei; wenn aber jemand in Schutzhaft sitzt und dabei mit dem Bewußtsein: ich habe absolut nichts Kriminelles getan, wofür man mich bestrafen und ins Gefängnis stecken könnte —, dann weiß er ebensowenig, weshalb man ihn in Schutzhaft genommen hat, wie, wann er die Freiheit wiedersehen wird, und dieses Gefühl ist ganz entsetzlich niederdrückend.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dazu kommt noch das Bewußtsein, daß seine Familie draußen Not leidet, ebenso wie die Schutzhäftlinge in den Gefängnissen hungern müssen, daß niemand für die Unterstützung ihrer Familie sorgt, und in der Verzweiflung in vielen Fällen schon zum Hungerstreik geschritten sind.

Uns hat ja vor kurzem — nicht hier in diesem Hause, aber in Weimar in der Nationalversammlung — ein Fall beschäftigt, wo in **Werl** eine ganze Anzahl **Schutzhäftlinge** zum **Hungerstreik** gegriffen hat. Damals ist es die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit gewesen, die es abgelehnt hat, dem Reichswehrminister Noske den Auftrag zu geben, daß die Schutzhäftlinge sofort entlassen werden.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Mit Berechtigung!)

— Das sagen Sie?

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Jawohl!)

— Oh! Das ist bezeichnend! Es hat sich herausgestellt, daß gerade diesen Leuten in den allermeisten Fällen nicht das Geringste nachzuweisen war.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Dann konnten sie essen!)

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) — Geehrte Versammlung! Ich will es wiederholen, was Frau Brönner gesagt hat: Dann konnten sie essen!

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Ja! — Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das hat mir damals in Weimar auch schon ein Rechtssozialist zugerufen: Sie haben ja Brot, da können sie essen, sie haben ja Wasser, da können sie trinken! Sie fühlen eben gar nicht, daß, wenn Schutzhäftlinge zu einem Hungerstreike greifen, das ein Verzweiflungsakt ist, daß die Häftlinge lieber sterben wollen, als die Qualen der Haft länger ertragen. Die Zustände sind heute bei uns so weit gediehen, daß das, was früher in dem zaristischen Rußland von aller Welt als Schande gebrandmarkt wurde, heute bei uns in Deutschland täglich wiederkehrendes Ereignis ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Das Empörendste ist aber, daß, während es in dem zaristischen Rußland eine absolutistische Monarchie war, die diese Schutzhaft verhängte, hier in Deutschland eine Regierung die Schutzhaft verhängt, in der Sozialisten in der Majorität sind,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sodaß unsere französischen Genossen schon zu dem Urteil gekommen sind: die Noske und Genossen sind die Henker der revolutionären Arbeiter!

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich habe den Ausdruck nicht verstanden. Was sind die Noske und Genossen?

Zietz, Abgeordnete: Ich habe einen Ausspruch aus einer französischen Zeitung zitiert, aus dem „Populaire". — In der jüngsten Zeit sind auch Hungerstreiks in **Berlin** ausgebrochen, weil die **Schutzhäftlinge** absolut nichts (B) davon hörten, daß man zu ihrer Sache Stellung nahm. Als endlich das Militärgericht die Sachen zur Behandlung bekam, sind fünf von diesen Schutzhäftlingen, die monatelang gesessen hatten, entlassen worden, weil man ihnen absolut nichts nachweisen konnte,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und es ist ihnen vom Militärgericht Entschädigung für die erlittene Schutzhaft zugebilligt worden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Einem dieser Schutzhäftlinge ist die Entschädigung mit der Begründung versagt worden, er habe sich durch **Fahrlässigkeit** in die Schutzhaft gebracht. Wissen Sie, worin die Fahrlässigkeit bestand? Bei seiner Verhaftung und der sich daran anschließenden Haussuchung waren in seiner Wohnung einige kommunistische Tageszeitungen gefunden worden. Ja, da frage ich denn doch: seit wann besteht denn ein Ausnahmegesetz gegen die Unabhängigen und gegen die Kommunisten? Seit wann sind denn diese Leute vogelfrei? Seit wann darf man gegen diese Menschen alles unternehmen, und wie kann man von einer Fahrlässigkeit sprechen, durch die man sich in Schutzhaft bringe, wenn man kommunistische Zeitungen liest? Diese Behandlung ist doch weit, weit schlimmer als unter dem fluchwürdigen Sozialistengesetz.

Dann ist weiter ein **Hungerstreik in Werl** ausgebrochen. Bei diesem Hungerstreik — Frau Brönner ist ja noch hier; vielleicht hören Sie noch einmal zu — ist ein junger **Student** bereits verhungert, und dieser Student war ein schwer Kriegsbeschädigter, der nichts anderes getan hatte, als in dem Lazarett in Bielefeld, in dem er zur Heilung lag, dafür einzutreten, daß seine Kameraden eine bessere Behandlung und eine bessere Beköstigung erhielten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Na! Na! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich weiß nicht, ob Frau Brönner nun noch sagt: sie (C) hätten ja essen können, es war ja Brot da. Verehrte Anwesende. Als vor einer Reihe von Jahren vor dem Kriege die Nachricht über die Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus der Peter-Pauls-Festung nach Deutschland drang, da ging ein einziger Schrei der Entrüstung durch die Arbeiterschaft und durch die Reihen aller anständigen Bürgerlichen. Heute sagt man: sie haben ja Brot, sie können ja essen, und sie haben ja Wasser, sie können ja trinken! Das ist bezeichnend!

Noch ein weiteres. Dieser Tage ist wieder vor dem **Reichsmilitärgericht** der **Fall Meyer** verhandelt worden. Dr. Meyer ist Kommunist. Er ist bereits im Januar in Schutzhaft genommen und später entlassen worden, weil absolut nichts Kriminelles gegen ihn vorlag. Er ist dann kurz vor den Unruhen im März wieder in Schutzhaft genommen worden und wird jetzt weiter in Schutzhaft gehalten, nicht, weil er etwas getan hat, und nicht, weil man ihm etwa nachweisen könnte, daß er auch nur im entferntesten die Absicht hatte, sich an politischen Kämpfen zu beteiligen, wozu er natürlich berechtigt wäre, sondern er wird in Schutzhaft genommen, mit der Begründung, daß die Zustände augenblicklich unruhiger seien. Dagegen sind zwei Eisenbahner, die sich auch in Schutzhaft befanden, gerade dieser Tage mit der Begründung entlassen worden, daß die Verhältnisse jetzt wieder ruhigere geworden seien. Also wir sehen, daß die Tatsache, daß jemand Kommunist ist, ob er sich betätigt hat oder nicht, oder daß er mit den Kommunisten in Verbindung steht, hinreicht, ihn in Schutzhaft zu bringen; und bei vielen Unabhängigen geht es ebenso. So macht man politisch Unbequeme unschädlich. Diese grausamen und ungesetzlichen Dinge lassen sich wahrlich nicht mit Ordnung und Freiheit vereinigen, wie sie der Herr Minister gestern in Aussicht gestellt hat. Ich frage den Herrn Minister: wenn er sein Programm durchsetzen will, läßt sich damit vereinbaren (D) die Tätigkeit einer großen **Spitzelarmee**, die mit ihren Schauermären, die sie sich aus den Fingern saugt, um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, fortgesetzt die Öffentlichkeit beunruhigt und fortgesetzt politische Brunnenvergiftung treibt? Ich bin der Meinung, die Erfahrungen, die die Regierung damit gemacht hat, daß die Schauermär über den Meuchelmord an den Polizisten und Soldaten in Lichtenberg verbreitet worden war, sollten sie wirklich dazu veranlassen, vorsichtiger zu sein. Diese Spitzel — das muß noch hinzugefügt werden — sind ja oft nicht nur Personen, die überall herumhorchen und überall etwas aufzuschnappen suchen, was sie dann umdrehen und in eine Form bringen, um dann der Regierung Schauerberichte übermitteln zu können; unter diesen Spitzeln sind eine große Reihe agents provocateurs. Es ist verschiedentlich durch die Gerichtsverhandlungen bewiesen worden, daß, wo es zu Unruhen gekommen war, agents provocateurs ihr unheilvolles Wesen dort geübt hatten. Ich frage also, ob der Herr Minister glaubt, daß mit der Durchsetzung seines Programms sich vereinbaren läßt, daß er eine große Spitzelarmee sammelt.

Ich frage ihn weiter, ob sich damit vereinbaren läßt, daß er zwar keine Reichspolizeitruppe schaffen will, wie er uns versichert, daß aber überall in den großen Städten Deutschlands **militärische Polizeitruppen** geschaffen worden sind, eine Einrichtung, die uns nicht nur unheimlich viel Geld kostet, sondern die auch fortgesetzt die Bevölkerung beunruhigt und die im Widerspruch steht mit den Bestimmungen des Friedensvertrages.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Die Erbitterung über all diese Dinge wächst von Tag zu Tag. Die Arbeiterschaft sieht darin eine fort-

(**Zietz**, Abgeordnete.)

(A) gesetzte Provokation, die den Zweck verfolgt, die Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten zu reizen und dem deutschen Gallifet, der ja den besonderen Schutz der Regierung besitzt, Gelegenheit zur Niederkartätschung der Arbeiterschaft zu geben. Die Regierung lädt eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn sie in dieser Weise fortfährt, durch Ungesetzlichkeit und Brutalitäten aufreizend zu wirken. Wir aber rufen den Arbeitern zu: behaltet ruhig Blut, laßt euch nicht provozieren,

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

aber haltet die Augen auf, sammelt euch und seid bereit, wenn es sein muß, mit Leib und Leben die Republik zu verteidigen und den Sozialismus zu erringen, die halbe Revolution zur ganzen zu machen!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Rede meiner Frau Vorrednerin würde mich nicht veranlassen, schon wieder hier zu stehen. Es ist aber heute zu Beginn der Sitzung in der Beantwortung auf die kleine Anfrage Nr. 1125 eine Antwort von Herrn Unterstaatssekretär Schulz gegeben worden, die höchste Bedeutung hat, und die ich nicht unwidersprochen hinausgehen lassen kann. Es handelt sich um die **Frage des Religionsunterrichts.** Die Frage von Frau Pfülf lautete:

> In vielen Orten Deutschlands, so in Berlin, München, Nürnberg, werden die Eltern gezwungen, eine Willenserklärung abzugeben, wenn sie ihr Kind von der Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern, kirchlichen Feiern und Handlungen befreit haben wollen. Dies widerspricht dem Buchstaben und dem Geiste des Artikel 149 Abs. 2, der ausdrücklich bestimmt, daß eine Willenserklärung nur dann abzugeben ist, wenn diese Teilnahme gewünscht wird.

(B)

Daraufhin hat der Herr Unterstaatssekretär Schulz zunächst theoretisch gesagt, daß eine solche Willenserklärung der Eltern entweder durch ausdrückliche Erklärung oder aber durch schlüssige Handlung erfolgt, und er hat dann nach meinen Aufzeichnungen erklärt, es sei der Reichsregierung bekannt, daß die Parteien zum Ausdruck bringen wollten, daß der Wille der Erziehungsberechtigten, das Kind solle am Religionsunterricht teilnehmen, ausdrücklich erklärt werden müsse; die Reichsregierung werde sich wegen der Form mit den Landesregierungen in Verbindung setzen.

Daraufhin habe ich zunächst zu sagen, daß keine Erklärung von irgend einer Seite im Gegensatz zu dem klaren Wortlaut des Art. 149 eine Bedeutung haben kann. Wenn in dem Art. 149 zu Beginn gesagt wurde: „Der **Religionsunterricht** ist **ordentliches Lehrfach** der Schulen", dann hat das Wort „ordentliches" in diesem Zusammenhang nur einen Sinn — oder welchen Sinn soll es denn überhaupt haben? —, wenn es sagen soll: die Teilnahme an dem Religionsunterricht ist die Regel, die Nichtteilnahme ist die Ausnahme. Es ist — ich füge das hinzu — natürlich die Ausnahme mit den religionslosen, wie ich sagen würde, den gottlosen Schulen gemacht. Aber im übrigen ist ausdrücklich in der Verfassung erklärt worden: „der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen".

Ich habe weiter zu sagen, daß, soweit meine Erinnerung reicht, nicht irgendwie in der authentischen Erklärung, die der Herr Unterstaatssekretär Schulz namens der Parteien abgegeben hat, oder sonstwie bei den Beratungen eine solche **Auslegung** gegeben worden ist, wie sie Frau **Pfülf** und wie sie heute der Herr **Unterstaatssekretär** vertritt. Ich habe weiter zu sagen, daß auch, soweit ich habe erkunden können, meiner Partei nicht das geringste von einer derartigen Auslegung bekannt ist. Ich kann im Gegenteil wohl sagen, daß einer, der mit am entschiedensten bei dem Werden der Verfassung unter uns mitgearbeitet hat, Herr Dr. v Delbrück, den gestern die Mehrheitssozialisten als eines der angesehensten Mitglieder dieses Hauses bezeichneten, mich zu der Erklärung bevollmächtigt hat, nach seiner Überzeugung sei eine derartige Auslegung des Wortlauts, wie sie Herr Schulz gegeben hat, ausgeschlossen. Er ist überzeugt, daß damit etwas anderes hineininterpretiert worden ist, als nach dem ganzen Werden der Verfassung die Absicht gewesen ist.

(C)

Allerdings liegt nun die Sache so, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung Verhandlungen zwischen drei Parteien dieses Hauses stattgefunden haben. Zu diesen Verhandlungen ist die Rechte dieses Hauses nicht hinzugezogen worden. Wir von der Rechten sind, obwohl wir dazu bereit gewesen sind, zu diesen Verhandlungen in keiner Weise hinzugezogen worden. Ich kann also nichts aus eigener Anschauung über dasjenige aussagen, was dort etwa in der Verborgenheit zwischen den Mitgliedern der drei Parteien vereinbart worden ist. Ich habe aber die Zwischenzeit benutzt, um wenigstens einige der an diesen Verhandlungen beteiligten Herren zu befragen, und ich kann nur sagen, daß diese nicht der Auffassung waren, daß etwas derartiges zwischen den Parteien vereinbart worden sei,

(hört! hört! rechts)

und daß im Gegenteil dort die Auffassung eine der meinen konforme, eine der des Herrn Unterstaatssekretär Schulz entgegengesetzte gewesen ist.

Es würde allerdings auch das **Zentrum** eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen haben, wenn es, und zwar abseits von der Öffentlichkeit, eine derartige **Auslegung,** wie sie Herr **Schulz** jetzt als die Auslegung der drei Parteien gegeben hat, als die richtige bezeichnet hätte, und ich kann bis zum Beweise des Gegenteils, bis von seiten des Zentrums eine zustimmende Erklärung zu der Behauptung des Herrn Unterstaatssekretärs abgegeben worden ist, nicht annehmen, daß das Zentrum der Auslegung, wie sie heute der Unterstaatssekretär Schulz gegeben hat, beistimmen wird. Wir können nicht im Zweifel darüber sein, daß bei dem kommenden Reichsschulgesetz noch harte Kämpfe auszufechten sein werden; und hier eine der wichtigsten Fragen vorher in der Form einer authentischen Auslegung vorweg zu nehmen und zu sagen: das und das ist die Meinung derer gewesen, die diese Bestimmung getroffen haben, — das halte ich nicht für recht. Ich halte mich für verpflichtet, die erste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, hier ausdrücklich Widerspruch zu erheben.

(D)

Es handelt sich um die Frage: soll eine ausdrückliche Erklärung der Erziehungsberechtigten notwendig sein, damit ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen? Oder soll eine ausdrückliche Erklärung der Erziehungsberechtigten erforderlich sein, damit die Kinder am Religionsunterricht nicht teilnehmen? Diejenigen Kreise, die es ernst meinen mit ihrem Glauben — es liegen ja Millionen von Unterschriften für die Erhaltung des Religionsunterrichts vor —, würden ja nicht zögern, eine solche Erklärung abzugeben. Aber bedenken Sie die vielen Millionen von Erziehungsberechtigten, von denen eine Erklärung für die Teilnahme am Religionsunterricht verlangt werden soll, die womöglich noch durch allerlei bureaukratische Schwierigkeiten erschwert wird! Sie treiben damit einen Kampf in das Volk hinein, den hineinzutreiben Sie sich zweimal überlegen sollten.

(Bravo! rechts.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß zu einer Beunruhigung in dieser Angelegenheit nicht die geringste Ursache vorliegt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Erklärung der Reichsregierung schließt ausdrücklich damit, daß im Benehmen mit den Landesverwaltungen die zweckmäßigste Form festgestellt werden soll, in der die **Erklärungen über Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht** abzugeben sind. Worauf es uns allen als Anhängern religiöser Duldsamkeit ankommen muß, ist, daß wir tatsächlich feststellen, was die Eltern wollen. Wie diese Feststellung erfolgt, wer die Erklärungen abgibt, in welcher Form sie abzugeben sind, das ist eine Frage zweiten Ranges, die, wie mir scheint, im Wege der Verwaltung ohne Schwierigkeiten erledigt werden wird.

Wenn der Herr Abgeordnete **Mumm** als **Sachwalter** der einen beim Kompromiß beteiligten Partei, **des Zentrums,** glaubt, erklären zu können, daß ihre Auffassung abweiche von der der anderen Partei, die dabei gewesen ist, so bin ich über die **Kompromißverhandlungen** für meine Person nicht unterrichtet, wie übrigens auch die von dem Herrn Abgeordneten Mumm erwähnte demokratische Fraktion, die damals daran nicht mitgewirkt hat. Die Kompromißverhandlungen sind unter Führung des Herrn Unterstaatssekretärs Schulz geführt, und die Erklärung über die Auffassung, welche die Regierung von dem Inhalt der Verhandlungen habe, beruht auf den Tatsachen, die Unterstaatssekretär Schulz als Leiter dieser Verhandlungen festgestellt hat. Ich betone nochmals, daß die Frage in der Erklärung der Regierung keineswegs endgültig entschieden ist, sondern daß wir es als unsere Aufgabe ansehen, in ehrlicher und (B) loyaler Vollstreckung des damals geschlossenen Kompromisses unsererseits den richtigen Weg zur Klärung der Sache zu finden; ich bin überzeugt, daß dies in den weiteren Besprechungen, die ich über diese Sache mit den Fraktionen und den Ländern führen werde, gelingen wird.

Was im übrigen die Ausführungen angeht, die der Herr Abgeordnete Beuermann gestern abend noch gemacht hat, so kann ich ihm bezüglich der **Pflege der Kriegergräber** erwidern, daß nach dem Friedensvertrag die Pflege der Kriegergräber außerhalb unserer Reichsgrenzen Angelegenheit unserer Vertragsgegner ist, ebenso wie wir die feindlichen Kriegergräber auf deutschem Boden zu pflegen haben. Es heißt ausdrücklich, daß die alliierten Regierungen und die deutsche Regierung dafür Sorge tragen werden, daß die Grabstätten der auf ihrem Gebiete beerdigten Heeres- und Marineangehörigen mit Achtung behandelt und instand gesetzt werden, und es heißt weiter im Art. 226, daß jeder Teil die Kosten dafür im eigenen Lande zu übernehmen habe. Im übrigen hat der Herr Abgeordnete Beuermann darin recht, daß in der Tat die für die Unterhaltung der Kriegergräber ausgesetzte Summe eine verhältnismäßig geringe ist. Das hängt mit den Abstrichen zusammen, die der Reichsrat vorgenommen hat. Ich weiß mich eins mit dem Hause, wenn ich erkläre, daß, wenn eine würdige, wenn auch selbstverständlich dem Ernste der Lage entsprechende schlichte Instandhaltung der Kriegergräber mit den dafür ausgeworfenen Mitteln nicht möglich sein würde, alsdann eine Überschreitung der dafür eingesetzten Summe auf keine Bedenken stoßen wird.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Beuermann auf die ostpreußischen Verhältnisse Bezug genommen und angefragt, innerhalb welcher Frist voraussichtlich die **Schäden in Ostpreußen** festgestellt sein würden. Ich darf bemerken, daß die Hälfte der Schäden bereits heute festgestellt ist, und daß die zweite Hälfte im nächsten und übernächsten Jahre, nachdem für eine Vermehrung des (C) Personals Sorge getragen ist, wird festgestellt werden können. Schätzungsweise wird die Summe, die im ganzen für die ostpreußischen Kriegsschäden aufzuwenden sein wird, etwa zwei Milliarden betragen.

Nun zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten **Zietz.** Zunächst hat sie zur Begründung des Antrags ihrer Partei, wenn ich sie recht verstanden habe, keine näheren Ausführungen gemacht, und ich kann mich deshalb auch meinerseits wohl kurz fassen und bitten, den Antrag auf eine allgemeine **Sozialisierung des Heimwesens** abzulehnen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Darauf wird noch der Abgeordnete Kunert eingehen!)

Die Frau Abgeordnete Zietz hat meinen Äußerungen zunächst untergelegt, ich hätte ein Bedauern darüber ausgedrückt, daß wir nicht mehr in der Lage seien, **mit Panzerschiffen Kultur** ins Ausland zu bringen. Ich stelle fest, daß weder ein Ausdruck des Bedauerns noch ein Ausdruck der Befriedigung von mir zu dieser Sache gefallen ist, sondern daß ich lediglich die nüchterne Tatsache festgestellt habe, daß es für uns darauf ankommt, in kultureller Beziehung im Ausland zu wirken;

(sehr richtig bei den Deutschen Demokraten)

und daran halte ich fest. Ich hoffe, daß die Zeit, wo wir und andere Nationen mit Panzerschiffen wirken werden, verschwinden, daß man sich dagegen in Kulturaufgaben vereinen wird. Von einem Bedauern kann keine Rede sein.

Von den Verboten, von denen hier die Rede gewesen ist, kann ich nur sagen, daß sie im allgemeinen unter den Belagerungszustand fallen. Wenn hier bei meinem Etat auf diese Frage eingegangen werden sollte, so hätten einzelne Verbote mir vorher zur Kenntnis gebracht werden müssen. Das ist nicht geschehen. Ich muß es ablehnen, (D) auf Einzelheiten einzugehen, auch in Fällen, wo ich nicht anerkennen kann, daß die Sachlage, wie z. B. bei dem **Verbot der Jugendzeitung,** tatsächlich so rein gewesen sei, wie Frau Abgeordnete Zietz es hier geschildert hat.

Im übrigen ist es unrichtig, daß ich den **Belagerungszustand** oder das **Schutzhaftgesetz** etwa als ungesetzlich bezeichnet hätte. Ich habe erklärt, daß es notwendig ist, besseres Recht an die Stelle des bestehenden Rechtes zu setzen. Mit einer solchen Erklärung habe ich das bestehende Recht ganz gewiß nicht für ungesetzlich erklärt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Belagerungszustand kann zu Recht verhängt werden; das ist bei der Abfassung der Verfassung ausdrücklich festgestellt worden. Es wird sich nur darum handeln, an Stelle des veralteten Gesetzes ein neues zu setzen, dessen Aufgabe es aber keineswegs sein kann, den Staat gegen revolutionäre Umtriebe schutzlos zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß die **Polizeitruppen** in großen Städten nötig sind, sollte aus den Ereignissen des letzten Jahres jedem unbefangenen Beobachter klar geworden sein. Ich brauche zur Begründung dieser Notwendigkeit kein weiteres Wort zu verlieren.

Nach der Darlegung der Frau Abgeordneten Zietz habe ich **Beamtenräte** gefordert, **Arbeiterräte** dagegen abgelehnt. Das ist unrichtig! Arbeiterräte, wie sie im Betriebsrätegesetz vorgesehen sind, werden kommen. Es handelt sich hier um die Bekämpfung derjenigen Arbeiterräte, die sich politische Rechte anmaßen und sich an Stelle der Behörden oder der Parlamente setzen wollen.

(Zustimmung).

Dieser Zustand ist ungesetzlich, und die Regierung wird auch in Zukunft an dem Abbau dieser Einrichtungen zu arbeiten haben.

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) Von einer **Verfügung** im Reichsministerium des Innern, wonach keine **Unabhängigen Sozialisten** bestätigt werden können, ist mir nichts bekannt. Eine solche Verfügung besteht nicht. Damit entfallen auch für mich die einzelnen Fälle, von denen der Fall Rudolf — wenn ich recht verstanden habe — übrigens auch von der Frau Rednerin selbst nicht mit der Zugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei begründet worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Zietz: Doch!)

Wenn die Frau Abgeordnete **Zietz** zum Schluß ihrer Rede erklärt hat, daß meine Rede eine scharfe **Kampfansage an die Arbeiterschaft** gewesen sei, so berufe ich mich auf das Zeugnis des Hauses und kann mir eine weitere Widerlegung dieser Auffassung, von der mich auch meine ganze Vergangenheit schützen sollte, ersparen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber wenn Frau Abgeordnete Zietz in ihren Ausführungen nochmals ausdrücklich festgestellt hat, daß die Arbeiterräte, wie sie sie sich denkt, dazu bestimmt seien, den Kampf gegen den bestehenden Staat zu führen, so würde Frau Zietz die letzte sein, die sich über eine solche Kampfansage zu beklagen hat.

(Sehr gut! und Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Frau Zietz behauptet, es sei von Noskegardisten **auf harmlose Ausflügler geschossen** worden. Diese „harmlosen Ausflügler" waren Scharen von Demonstranten, die den Versuch machten, die Berliner Straßen unter Druck zu setzen, und die den behördlichen Anordnungen nicht Folge geleistet haben. Darauf sind sie auseinandergetrieben worden.

(Sehr richtig! — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Das wird auch, solange ich in Berlin für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe, in Zukunft bei ähnlichen Fällen weiter geschehen.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Mehrheitsparteien.)

Frau Zietz hat sich weiter darüber beklagt, daß ohne Grund eine **Jugendzeitung verboten** worden sei. Dieses Verbot ist auf Grund eines Artikels erfolgt, der in riesengroßen Lettern über die ganze Seite hinweg die Überschrift trug: „Der Staat als Mörder!"

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Das ist die „harmlose Jugenderziehung" der Frau Zietz.

(Heiterkeit.)

Frau Zietz hat dann behauptet, ich hätte gelogen mit der Behauptung, daß 22 **Schutzhaftfälle in Berlin** vorlägen. Diese Tatsache steht aber fest, daß an dem Tage, an dem ich davon gesprochen hatte, nur 22 Schutzhaftfälle in Berlin vorhanden waren. Ich habe in späteren Ausführungen allerdings darauf hingewiesen, daß außerdem in Berlin eine Reihe von Ausländern, besonders Russen, in Haft gehalten werden,

(aha! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß sie leider von uns gefüttert werden müssen. Es wäre mir lieber, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren könnten. Die Möglichkeit, dies zu bewerkstelligen, liegt deswegen nicht vor, weil ich ihnen die erforderliche Sicherheit beim Verkehr durch Polen und die anderen Gebiete im Osten nicht garantieren kann.

Frau Zietz hat sich weiter darüber beklagt, daß **Schutzhäftlinge** in den **Hungerstreik** getreten sind, und hat Betrachtungen darüber angestellt — wenn ich recht darüber unterrichtet worden bin —, daß sogar jemand verhungert sei. Nach meinen Informationen essen erfreulicherweise alle diejenigen, die in den Hungerstreik eingetreten sind, (C) schon wieder,

(große Heiterkeit)

sodaß Todesfälle zu meiner Genugtuung nicht zu verzeichnen sind.

Aber es gibt anderen Anlaß, sich zu entrüsten, nämlich darüber, daß die Leute in Berlin ihres Lebens nicht mehr sicher sind und zugrunde gehen. Das geschieht wieder in diesen Tagen. Heute vormittag ist mir gemeldet worden, daß wir jetzt in Berlin soweit sind, daß in **Berliner Krankenhäusern Operationen,** von denen das Leben von Patienten abhängt, **nicht ausgeführt** werden können, weil die Parteifreunde der Frau Zietz die Berliner Kraftwerke lahmlegen.

(Hört! Hört! und Pfuirufe rechts und bei den Mehrheitsparteien. Stürmischer Widerspruch von den Unabhängigen Sozialdemokraten. Zuruf: Das ist aufs neue gelogen. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Geyer (Sachsen), ich rufe Sie zur Ordnung!

Noske, Reichswehrminister: Infolge der Treibereien, die wir mit wachsendem Ingrimm in den letzten Tagen beobachten müssen, ist bewirkt worden, daß jetzt vier **Elektrizitätswerke stillgelegt** werden, die ich mit der **Nothilfe** wieder in Gang zu bringen bemüht bin. Vor ganz kurzer Frist ist mir gemeldet worden, daß auch das große **Kraftwerk bei Bitterfeld** lahmgelegt worden ist,

(stürmische Rufe: Hört! hört!)

sodaß bewirkt wird, daß Hunderttausende von Menschen in Berlin, falls es meinen Bemühungen nicht gelingen sollte, das Werk wieder in Gang zu setzen, in die allerschwerste Bedrängnis geraten. Es ist selbstverständlich Vorsorge getroffen, daß der Versuch gemacht wird, diese (D) Absperrung der Stadt Berlin von Licht und Kraft zu verhindern.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe Anordnung getroffen, daß Hunderte von Nothilfsleuten in das Gebiet geschickt werden. Weiter haben die Behörden dafür Sorge getragen, daß die erforderliche militärische Sicherung des Bezirks garantiert wird, und weiter habe ich darauf gedrängt, daß zur Durchführung dieser Maßregeln über diesen Bezirk der **Belagerungszustand** verhängt wird.

(Beifall rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten. — Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Frau Zietz und ihre Freunde mögen meinetwegen noch so viele Schmähungen gegen mich ausstoßen! — Endlich habe ich verfügt — und das wird heute abend der Berliner Bevölkerung bekannt gemacht werden —, daß, wer von jetzt ab durch Wort, Schrift oder Tat weiter den Versuch macht, lebenswichtige Betriebe stillzulegen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich werde aber dabei nicht stehen bleiben, sondern jeder einzelne, der den Versuch macht, in Berlin auf die Lahmlegung dieser Betriebe hinzuwirken, wird von mir mit größter Beschleunigung hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

(Bravo!)

Das glaube ich dem **Schutze der Berliner Bevölkerung,** dem Schutze von Leben und Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen schuldig zu sein.

(Stürmischer Beifall rechts und bei den Mehrheitsparteien. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Der Herr Reichswehrminister hat eine Äußerung der Frau Zietz in bezug auf die 22 Berliner Schutzhaftfälle dahin wiedergegeben, daß Frau Zietz gesagt haben solle, der Herr Reichswehrminister habe gelogen. Wenn das der Fall gewesen wäre, wenn Frau Zietz diese Äußerung getan hätte, wäre ich verpflichtet gewesen — und hätte es selbstverständlich getan —, sie zur Ordnung zu rufen. Nach meiner Erinnerung hat sie den Ausdruck „gelogen" nicht gebraucht, sondern sie hat gesagt: der Herr Reichswehrminister hat die Unwahrheit gesagt.

(Heiterkeit.)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Auf die Äußerungen des Herrn Reichswehrministers will ich nur das eine sagen: wenn gegenwärtig die **Berliner Metallarbeiter im Streik** stehen und dieser Streik noch nicht durch eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beendet ist, so tragen in erster Linie die Regierung und die Berliner Polizeibehörde die Schuld.

(Lebhafte Zurufe von den Deutschen Demokraten: Nein, die Unabhängigen!)

Es steht fest, daß die Berliner Metallarbeiter in den Streik getreten sind, um eine beabsichtigte Lohnherabsetzung abzuwehren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Lachen im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

und alle Welt wird zugeben müssen, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo unausgesetzt die Preise für Lebensmittel, überhaupt für alle Bedarfsartikel steigen, wo die Mieten eine unerhörte Höhe erreicht haben, wo die hohen Steuern bezahlt werden müssen, es ganz unmöglich ist, Löhne abzubauen. Dagegen wehren sich die Metallarbeiter. Nicht wir als politische Partei haben diesen (B) Streik inszeniert, sondern die Metallarbeiter, aber wir stehen hinter den kämpfenden Arbeitern und unterstützen ihr Streben nach Aufbesserung ihrer Lebenshaltung. Auch die übrigen Gewerkschaften unterstützen die Metallarbeiter, ebenso die Gewerkschaftskommission von Berlin, selbst die Generalkommission hat sich hinter die Streikenden gestellt und ihre Forderungen als berechtigt erklärt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Ausführungen des Herrn **Reichswehrministers** reihen sich würdig denjenigen an, die wir zu anderen Zeiten von ihm gehört haben, wo er stets derjenige ist, der alles das, was er früher angebetet hat, jetzt verbrennt. Er ist früher eingetreten für das **Koalitionsrecht der Arbeiter,** dafür, daß die Arbeiter in ihren Streiks nicht gehindert werden sollen. Von alledem hört man nichts mehr. Das ist ja auch begreiflich, nachdem der Herr Reichswehrminister vor seinen geliebten Offizieren ausgesprochen hat, er bedauere, 20 Jahre als Sozialdemokrat gewirkt zu haben.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Soviel mir bekannt ist, ist von dem Fünfzehnerausschuß, der die Streikleitung hat, vor zwei Tagen beschlossen worden, daß die **Notarbeiten** geleistet werden sollen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß also weder **Wasserwerke** noch **Lichtzentralen** stillgelegt werden sollen. Mir ist nicht bekannt, daß inzwischen etwas anderes beschlossen worden ist. Sollte es der Fall sein, so ist es die Folge der Tatsache, daß im Kampfe mit den Unternehmern diese von der Regierung unterstützt und die Arbeiter bekämpft werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit.)

Und es ist bezeichnend, daß zu der Schaffung und dem Ausbau der Streikbrecherorganisation, verschämt **„Nothilfe"** genannt, selbst ein Regierungsblatt, pardon, das (C) Zentralblatt der Sozialdemokraten, der „Vorwärts" aufgefordert hat. Eine große Annonce über das ganze Blatt hat tagelang im „Vorwärts" gestanden, und auch da handelt man nach dem Grundsatz, daß Geld nicht stinkt, daß man es selbst annimmt, wenn für Streikbrecherorganisationen Propaganda gemacht wird.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bisher war es die sittliche Anschauung der gesamten Arbeiter, die auf freiem gewerkschaftlichen Boden standen, daß das verächtlichste sei, Streikbrecherdienste zu leisten. **Herr Noske** brüstet sich dagegen, daß er Streikbrecher überall hingeschickt hat. Statt sich dafür einzusetzen, daß man in Verhandlungen eintritt, um mit den Arbeitern zur Übereinkunft zu kommen, diese Scharfmacherei! Das ist ja auch kein Wunder bei dem Geist, der hier herrscht. **Herr Gothein** hat ja vor einiger Zeit hier im Parlament bereits Herrn Wermuth, den Oberbürgermeister von Berlin, gerüffelt, weil er die Hand zu einer Verständigung geboten habe. Herr Gothein hat damals das Rezept vertreten, das jetzt Herr Noske vertritt: brutal alles niederzuknüppeln, und dazu braucht der deutsche Thiers den deutschen Gallifet. Dazu unternimmt er alle diese Provokationen, um der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen, sie als Kanonenfutter zu brauchen. Ich will Herrn Noske sagen: er mag nur so fortfahren, wie er jetzt vorgegangen ist, diese Rede bringt uns wieder einige tausend Mitglieder ein.

(Heiterkeit.)

— Jawohl, lachen Sie nur; wer zuletzt lacht, lacht am besten.

(Große Heiterkeit. — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Arbeiter im Lager der Rechtssozialisten wenden sich mehr und mehr von diesen ab, und ich will nur noch darauf hinweisen, daß es **Herrn Noske,** der ja so wunder- (D) bar schnarren kann,

(große Heiterkeit)

— daß es Herrn Noske, der ja so wunderbar als der starke Mann auftreten kann, es doch das letzte Mal schon recht schwer geworden ist, sich bei den Berliner Vertrauensleuten der S. P. D. durchzusetzen und ein Vertrauensvotum zu bekommen. Aber in Mecklenburg haben seine Parteigenossen ihn abgelehnt, ihn und Herrn Ebert, Fritz den Ersten, und Gustav den Unüberwindlichen.

(Große Heiterkeit.)

In Ostpreußen haben auch in einer ganzen Reihe von Orten die Arbeiter ein Mißtrauensvotum gegen ihn ausgesprochen und erklärt, sie erkennten ihn nicht mehr als Sozialdemokraten an; sie sind der Meinung, er müsse hinaus aus der Partei. Je mehr Herr Noske in dieser Weise auftritt, desto mehr wird er dazu beitragen, daß den Arbeitern, die bedauerlicherweise in den Reihen der Rechtssozialisten die verderbliche Politik mit gestützt haben, mehr und mehr die Augen geöffnet werden, und je mehr ihnen die Augen geöffnet werden, desto mehr, verehrte Anwesende, wird diejenige Partei stark werden und an Einfluß gewinnen, die allein die Interessen der Arbeiter vertritt, die Unabhängige Sozialdemokratie. Und wenn dann ein Noske sich hier hinstellt und solche Reden hält und ankündigt, daß er noch weiter das Recht mit Füßen treten und noch weiter in der brutalsten Weise die Klassenkämpfer verfolgen will, schlimmer als Krieger in Feindesland — denn ich glaube, ein Offizier in Feindesland, der noch ein wenig menschliches Gefühl in der Brust hat, wird im Kriege nicht so vorgehen, wie Herr Noske es ankündigt, daß gegen die eigenen Landsleute weiter vorgegangen werden soll —, während Noske eine solche Rede hält, kommt **Herr Scheidemann** und redet von der Einigung der Arbeiterschaft, von einem Zusammen-

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) gehen der beiden Parteien, und der Herr Abgeordnete Löbe gibt dem Wunsche Ausdruck, wenn es schon zu keiner Einigung der Parteien käme, dann vielleicht doch zu einer Arbeitsgemeinschaft.

(Hört! Hört! rechts.)

Nun, das ist ein netter Anfang der Arbeitsgemeinschaft, Herr Löbe. Eine wundervolle Sache, daß jeder, der für die Solidarität der Arbeiter untereinander, für die Ausübung des Rechts, den in den Streik Getretenen durch Sympathiestreik beispringen zu wollen, dann ins Gefängnis bis zu einem Jahre geworfen werden soll! — warum nicht gleich an die Wand stellen? Das wäre doch gleich viel einfacher!

(Zuruf: Wie in München bei den Geiseln!)

— Ach, reden Sie doch nicht von den Geiselmördern! Was ist denn da vorhergegangen? Wieviele Menschen haben die Weißgardisten von Noske vorher niedergeschossen? Sie haben die 27 katholischen Gesellenvereinler niedergeschossen! Sie haben diejenigen, die sowohl die Rotgardisten wie auch die Weißgardisten verbunden haben, die Sanitäter, niedergeschossen und viele hundert andere! Davon reden Sie nicht! Und daß die Rotgardisten dann aus Empörung dazu gekommen sind, die Geiseln zu erschießen — was auch wir verurteilen und was sie trotz aller Provokationen nicht hätten tun dürfen —, das ist schließlich begreiflich. Und wieviel Blut inzwischen vergossen ist durch die Todesurteile, die man kalten Herzens gefällt, mit ruhiger Überlegung, das verschweigen Sie.

(Zuruf.)

Der deutsche Gallifet, der Oberst Reinhard, hat ja erklärt: die Rädelsführer werden einfach niedergeschossen, dann wird der Arbeitszwang verhängt, die Widerstrebenden werden ins Gefängnis gesteckt, und „Ruhe und Ordnung" ist hergestellt. Wie es früher in Rußland war, so macht man es auch hier. (B) Das eine will ich Ihnen sagen: denken Sie an die Tatsache, daß kurz bevor in Deutschland das alte Regime zusammenbrach, man gegen die Arbeiter ganz besonders brutal vorging, weil man geglaubt hat, ihnen alles bieten, sie vollkommen unterdrücken zu können. Während man meinte, im Innern auf der Höhe der Macht zu stehen, stand man unmittelbar vor dem Zusammenbruch.

Wenn die Dinge so weitergehen, dann wird **Herr Noske** das provozieren, was viele von denen, die ihm jetzt zujubeln, sicherlich nicht wollen — das nehme ich zu Ihrer Ehre an —: dann wird es zu ganz gewaltigen Kämpfen kommen, und wer dann den Sieg davonträgt, das wollen wir einmal sehen. Es gibt Dinge, gegen die auch Bajonette und Maschinengewehre nicht wirken. Wenn gegenüber dieser Provokation die Arbeiterschaft geschlossen dasteht, dann wird sie handeln, wie wir es in Stuttgart gesehen haben, wo der Metallarbeiterverbandstag tagt. Dort sind zwei Richtungen, die sich hart bekämpfen. Aber als die Frage des Metallarbeiterstreiks in Berlin zur Diskussion kam, standen sie geschlossen wie ein Mann, waren alle Streitfragen begraben, da waren sie sich einig, die Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Und so werden Sie durch Ihr Vorgehen, ohne daß Sie es wollen, zur Einigung der Arbeiter beitragen, aber in einem anderen Sinne, als es Herr Scheidemann gemeint hat. Die Arbeiter werden einig zusammenstehen, um diejenige Waffe, die unsere beste ist, zu gebrauchen, die Verweigerung der Arbeit. Wenn sie dann allüberall mit gekreuzten Armen stehen: dagegen kann Herr Noske nichts unternehmen, dagegen ist auch er machtlos! Und wenn es so weit gekommen ist, dann mag er sich sagen: ich trage die Schuld daran, ich habe die Veranlassung dazu gegeben. Sein unerhörtes Vorgehen wird dazu beitragen, daß der Zeitpunkt um so schneller eintritt, an dem die Arbeiterbewegung über diese Regierung und über ihn hinweggehen wird und zur Herrschaft kommen wird durch die Diktatur des Proletariats (C) der Sozialismus.

(Lebhafte Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Stürmischer Widerspruch und Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Als Anklägerin gegen Gewalttaten überzeugt Frau Zietz dieses hohe Haus nicht recht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Mich treffen ihre Anklagen ganz und gar nicht. Ich habe keinen Anlaß, heute noch einmal lange Erörterungen darüber anzustellen, worauf die blutigen Auseinandersetzungen im Januar, im März und an anderen Tagen zurückzuführen sind. **Gewalttaten** sind **von der Regierung** lediglich **abgewehrt** worden,

(erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

während sie von einer Minderheit versucht wurden.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Daran wird die Regierung auch unter allen Umständen und unter allen Verhältnissen festhalten.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Frau Zietz und ihre Freunde mögen sich darüber keinem Zweifel hingeben. Jeder Versuch, der von Ihrer Seite gemacht wird, uns eines Tages einen Umsturz in Ihrem Sinne zu bereiten, wird entschlossenste Gegnerschaft bei uns finden.

(Stürmisches Bravo bei den Mehrheitsparteien. — Andauernde lebhafte Zurufe und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie dürfen sicher sein, daß jeder einzelne von Ihnen (D) dabei Kopf und Kragen daransetzt.

Erneute lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie auch!)

Darüber lassen wir nicht den geringsten Zweifel bestehen.

(Abgeordneter Geyer (Leipzig): Damit machen Sie niemanden fürchten, das können Sie glauben! — Lebhafte Zustimmung und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Noske, Reichswehrminister: Ich zweifle gar nicht daran, daß der Geyer-Vater dann mehr Mut an den Tag legen wird als der **Geyer-Sohn,**

(lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

der bekanntlich kürzlich auseinandergesetzt hat — —

(andauernde Unterbrechungen durch die Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— ich wiederhole das noch einmal —, daß man auf die Revolution hinarbeiten müsse, daß aber die bewährten Führer während der kritischen Zeit zu verschwinden und sich in Sicherheit zu bringen haben.

(Andauernde erregte Zurufe und Unterbrechungen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich sehe auch Herrn Henke dort in wilder Entrüstung.

(Erneute erregte Unterbrechungen durch die Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wenn Auseinandersetzungen stattfinden, bei der Gefahr vorliegt, dann weiß **Herr Henke** genau immer das Loch zu finden, durch das er seine Haut in Sicherheit bringt.

(Stürmische Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien. — Wiederholte erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Noske,** Reichswehrminister.)

(A) Das ist nicht zum erstenmal geschehen. Ich brauche ja — —

(Abgeordneter Henke: Mit Ihnen nehme ich es immer auf, zu jeder Zeit und wo Sie wollen, Sie Lump Sie!)

— Ich kann mich darauf beziehen, mit welcher Entrüstung selbst Parteifreunde des Herrn Henke davon gesprochen haben, daß er sich seinerzeit davongemacht hat in die rettenden Hallen der Nationalversammlung in Weimar, als es sich darum handelte, in Bremen die blutige Suppe auszulöffeln, die Herr Henke dort miteingebrockt hatte.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Henke, Sie haben vorhin dem Herrn Reichswehrminister einen beleidigenden Zuruf gemacht. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Noske, Reichswehrminister: Frau Zietz hat behauptet, ich hätte einmal zu Offizieren davon gesprochen, daß ich bedauerte, 20 Jahre Sozialdemokrat gewesen zu sein. Ich bin 30 Jahre lang Sozialdemokrat gewesen und bin das nach wie vor auch heute noch.

Im übrigen aber ist zu den Darlegungen der Frau Zietz noch folgendes zu bemerken. Das **Koalitionsrecht der Arbeiterschaft** in Deutschland wird von der Regierung unter keinen Umständen angetastet werden.

(Lachen bei den Unabhängigeu Sozialdemokraten.)

Daran denke auch ich nicht. Aber in Berlin handelt es sich jetzt nicht um die Ausübung eines Koalitionsrechts, sondern es wird versucht, Hunderttausende von Arbeitern, die ablehnen, in den Streik zu treten,

(lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

die keinerlei Aussicht weder auf Arbeitslosenunterstützung noch auf Streikunterstützung haben, durch Lahmlegung der (B) Betriebe infolge der Entziehung von Kraft auf die Straße zu setzen.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Zu leiden haben in Berlin infolge des Kampfes, der jetzt geführt wird, in der Hauptsache arme Teufel, Arbeiter.

(Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Wenn in Neukölln mehr als 24 Stunden lang die Gasanstalt stillgesetzt wurde, so leiden darunter in allererster Linie die Zehntausende von Arbeiterfamilien, die in Neukölln wohnen,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

die infolgedessen gestern abend in kalten und auch dunklen Wohnungen gesessen haben, die weder gestern abend noch heute morgen die Möglichkeit gehabt haben, sich eine Tasse Kaffee warm zu machen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich nehme darauf Bedacht, mit der Arbeiterschaft in Fühlung zu bleiben, soweit das nur einigermaßen möglich ist,

(Zuruf der Abgeordneten Zietz: Ja von Ihnen befreit zu werden!)

und ich weiß, daß Hunderttausende von Berliner Arbeitern, sowie die Arbeiter in Spandau und in anderen Orten, geradezu danach schreien, daß sie von dem niederträchtigen **Terrorismus** befreit werden,

(Beifall bei den Mehrheitsparteien)

dem sie gegenwärtig ausgesetzt sind.

(Erneuter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Ich habe vor einigen Monaten, als mir die Spandauer und andere Heeresbetriebe noch unterstanden, wiederholt Arbeiter der verschiedenen Richtungen bei mir in meinem Zimmer zu Verhandlungen gehabt und habe dabei wiederholt erleben müssen, daß meine eigenen Parteigenossen erst dann gewagt haben, ihrem gepreßten Herzen einigermaßen Luft zu machen, wenn sie sicher davor waren, daß (C) es ihnen nicht an den Kragen ginge. Ich wiederhole das, was ich bei anderer Gelegenheit schon gesagt habe: das Maß von Nichtswürdigkeit, Schamlosigkeit und Terrorismus, das von den Anhängern der Frau Zietz und ihrer Freunde seit den Dezembertagen in Berlin und in anderen Orten, besonders in den staatlichen, aber auch in anderen Betrieben gegen Andersdenkende geübt worden ist, übertrifft tausendfach an Niederträchtigkeit alles das, was jemals unter dem alten Regime von mir und meinen Freunden in diesem Hause gegeißelt worden ist.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Von diesem Druck befreit zu werden, danach lechzen Hunderttausende von Arbeitern.

(Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Dabei werden wir ihnen behilflich sein, soweit das in unseren Kräften steht, und wir werden uns durch keine Beschimpfung und keinen Spektakel davon abhalten lassen, das zu tun, was nach unserer Überzeugung notwendig ist, um die Interessen der großen Masse der Bevölkerung gegen Terror und gegen Vergewaltigung zu schützen.

(Stürmisches Bravo bei den Mehrheitsparteien.)

Frau Zietz hat darüber geklagt, daß ich mit dem **Oberbürgermeister von Berlin** in Konflikt gekommen bin. Ich nehme gern Veranlassung, vor aller Öffentlichkeit den Sachverhalt so darzustellen, wie ich ihn ansehe. Mir ist im Verlauf des gestrigen Tages hier in das Haus berichtet worden, es sei von den Arbeitern eines Kraftwerks die Forderung aufgestellt worden, den **Straßenbahnverkehr** stillzulegen; dafür würden dann andere Betriebe in Gang gehalten werden. Eine nochmalige Lahmlegung des Berliner Verkehrs erscheint mir unerträglich und unvereinbar mit der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit der Straßen Berlins. Auf die mir gewordene Mitteilung habe ich angeordnet, denjenigen Berliner Amtsstellen, die (D) sich auf derartige Verhandlungen einlassen sollten, zu ereröffnen, daß ich ihnen befehle, dafür Sorge zu tragen, daß die Betriebe in Gang gehalten werden, und daß ich alle Maßregeln ergreifen und unterstützen würde, die erforderlich seien, um diese Sicherung des Verkehrs der Bevölkerung zu garantieren.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie haben Größenwahn, Mensch!)

Ich stelle mit lebhafter Genugtuung fest, daß der ursprünglich von mir eingeleitete, jetzt in anderen Händen sich befindliche **Apparat der Nothilfe,** die allerdings unter meiner Kontrolle arbeitet, erfreulicherweise einen solchen Umfang angenommen hat, daß ich glaube, der Berliner Bevölkerung die Garantie geben zu können, daß sie der Gefahr nicht ausgesetzt ist,

(lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien)

infolge der Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe schwere Schädigungen in ihrer Existenz und etwa in ihrer Gesundheit und ihrem Leben hinnehmen zu müssen.

(Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Geyer-Sohn.

(Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf des Abgeordneten Geyer (Leipzig): Er heißt Dr. Geyer.)

— Ach, ich habe schon viele Herren, die Doktoren sind, nicht mit dem Doktortitel aufgerufen.

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Geehrte Anwesende! Der Herr Reichswehrminister hat unter dem Beifall der rechten Seite dieses Hauses und anscheinend auch unter Zustimmung des Herrn Präsidenten dieser Versammlung versucht, mich persönlich herabzusetzen.

(Glocke des Präsidenten.)

(A) **Präsident:** Ich weiß nicht, Herr Redner, inwiefern Sie eine Zustimmung des Präsidenten glauben präsumieren zu können. Ich verbitte mir das!

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: In der Form Ihrer Worterteilung, Herr Präsident, habe ich allerdings — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich habe Ihnen das Wort unter dem Namen erteilt, unter dem Sie im Hause bekannt sind.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Ich bin im Register des Hauses unter dem Namen Dr. Geyer (Sachsen) geführt und nicht unter dem Namen Geyer (Sohn).

Präsident: Mit Ihrem „Sachsen" — das habe ich nicht gewußt.

(Abgeordneter Geyer (Leipzig): Also werden Sie sich belehren lassen, Herr Präsident!)

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Ich stelle also fest, daß der Herr **Reichswehrminister** in seiner bekannten Art, zu polemisieren, den Versuch gemacht hat, mir zu unterstellen, daß ich offenbar auch aus Rücksicht auf meine Person gefordert habe, daß im Augenblicke des Ausbruchs einer revolutionären Bewegung sich die Führer in Sicherheit zu bringen hätten. Ich stelle fest, daß diese Unterstellung des Herrn Reichswehrminister sich auf nichts begründen läßt, da ich vielmehr bei den Diskussionen, auf die er sich anscheinend stützt, mit aller Schärfe gefordert habe, daß in diesem Augenblick die Führer an der Spitze der kämpfenden Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen und weiter führen,

(B) (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

nicht mit Worten im Parlament, sondern dort, wo der Kampf dann geführt werden wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Hört! hört! rechts.)

Ich habe das bereits durch die Tat bewiesen und brauche mich gegen derartige Vorwürfe nicht zu verteidigen.

(Zurufe: Wo?)

Ich brauche mich also gegen diese Unterstellung des Herrn Reichswehrministers nicht weiter zu wehren.

Ich glaube ihm allerdings, daß er die beste Absicht hat, uns an Kopf und Kragen zu gehen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und er hat durch seine Taten bewiesen, daß er damit nicht zu warten gedenkt, bis etwa offene revolutionäre Kämpfe in Deutschland zum Ausbruch gekommen sind, sondern daß er bereits jetzt alle Anstrengungen macht, uns an Kopf und Kragen zu gehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu diesem Zwecke dient ihm das Instrument, das er sich in der Reichswehr geschaffen hat, und zum Zwecke der Bekämpfung der klassenbewußten Arbeiterschaft in Deutschland hat sich Noske an die Regierung Frankreichs gewandt, um von ihr zu erflehen, daß die Herabsetzung des Heereskontingents, wie sie im Friedensvertrag festgelegt ist, nicht bis zu dem Zeitpunkt zu erfolgen brauche, bis zu dem sie ursprünglich vorgesehen war.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf: Denunziant!)

Ich stelle also fest, daß aus **gegenrevolutionären Absichten** heraus der Herr Reichswehrminister die Hilfe der Entente gegen die deutsche Arbeiterschaft herbeigerufen hat.

(Lebhafte Rufe: Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Unruhe und Zurufe.)

(C) Gegen den Herrn Reichswehrminister **Noske** braucht man ja nicht weiter zu polemisieren. Er hat sich durch seine heutige Rede so gekennzeichnet, daß jedes weitere Wort der Kritik diese Charakterisierung nur abschwächen würde.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterschaft namentlich Berlins sieht heute nach dieser Rede Herrn **Noske** als das, was er in Wahrheit ist, als den Chef einer **Streikbrecherorganisation.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eines aber, Herr Wehrminister, will ich Ihnen noch sagen. Sie rüsten jetzt gegen die neue Revolution, die Sie fürchten. Wenn Sie es so weiter treiben, dann könnte allerdings einmal der Tag kommen, wo auch Deutschland den Bürgerkrieg sieht. Dann wird aber die Geschichte urteilen, daß am Anfang dieses Bürgerkrieges die schamlosen Provokationen des Herrn Noske gestanden haben.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung!

(Zurufe: Unerhört!)

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Herr Reichswehrminister, Sie mögen weiter rüsten, Sie mögen weiter versuchen, sich stark zu machen; aber diese Rüstungen sind das Zeichen Ihrer Furcht, und Ihre Furcht ist das Zeichen unserer Stärke!

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Die **Männer der Nothilfe** stehen hoch erhaben über dem Verdacht, daß sie Streikbrecher seien. (D)

(Beifall.)

Sie dienen der Allgemeinheit, schützen das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen in Berlin; ihre Arbeit wird zweifellos von der großen Mehrzahl der Bevölkerung anerkannt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Herr Geyer ist derjenige gewesen,

(Zurufe: Dr. Geyer! — Heiterkeit.)

der auf dem Parteitag seiner Freunde uns die nahende **nächste Revolution** angekündigt hat. Die Regierung würde mit einer verbrecherischen Leichtfertigkeit handeln, wenn sie, ganz abgesehen von der Person des Herrn Geyer,

(Zurufe: Dr. Geyer!)

— Dr. Geyer! —

(Heiterkeit)

nicht mit großer Aufmerksamkeit alle innerpolitischen Vorgänge verfolgen würde. In der Debatte, in der über diese nächste Revolution gesprochen wurde, sind die Ausführungen gemacht worden, auf die ich mich vorhin bezog,

(hört! hört! rechts)

Ausführungen, die dem Sinne nach darauf hinausliefen, daß man in besonders erregten, gefahrdrohenden Zeiten vor großen Kämpfen besonders auch aus dem Parlament verschwinden müsse, um sich aufzusparen.

(Heiterkeit und lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Freunde des Herrn Geyer sind es damals gewesen, die zum Ausdruck gebracht haben, daß diese Argumentation nicht gerade von besonders hervorragendem Mut zeugt.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Diesen Mut hat Herr Dr. Geyer allerdings auch schon bei anderen Gelegenheiten vermissen lassen. Er ist ja der Mann, der monatelang die Stadt Leipzig mit ein paar anderen Leuten unter Schrecken gesetzt hat.

(Hu! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Noske**, Reichswehrminister.)

(A) Das ist der Mann, der die hunderttausend Mark Erpressung beim Oberbürgermeister unternommen hat.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Das ist der Mann, der deswegen noch nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, weil ihn leider in diesem Falle ebenfalls die Immunität des Abgeordneten schützt.

(Hört! Hört!)

Aber als die Leipziger Verhältnisse unhaltbar geworden waren und ich dem **General Maercker** Befehl gab, **Leipzig** zu besetzen, da war eine halbe Stunde nach der Leipziger Besetzung kein Geyer mehr in Leipzig.

(Stürmische Heiterkeit.)

Präsident: Ich habe aus dem Handbuch eben erst für mich festgestellt, daß der Herr Geyer senior als Geyer (Leipzig) und der Herr Geyer junior als Dr. Geyer (Sachsen) eingetragen ist. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich dieses Studium erst jetzt vorgenommen habe.

(Heiterkeit. — Zuruf des Abgeordneten Geyer (Leipzig): Bitte sehr!)

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Der Herr Reichswehrminister Noske hat gehofft, daß mein Mut ein größerer sein werde als der des Abgeordneten Geyer (Sachsen). Ihm gegenüber brauche ich nicht lange darauf hinzuweisen, daß ich oftmals Gelegenheit hatte, mit ihm in der alten Partei die Klingen zu kreuzen. Er weiß, wes Geistes Kind er ist und wes Geistes Kind ich bin.

(Sehr richtig! — Große Heiterkeit.)

Ich habe ihm nur ein Wort zu sagen. Ich würde es, wenn ich an seiner Stelle stünde, verschmähen, mich auf Schritt und Tritt bis in die einsamsten Spaziergänge von schwer bewaffneten Leuten bewachen und schützen (B) zu lassen.

(Unruhe.)

Und nun ein Wort zu dem, was er über **Leipzig** und den **Einzug der Maerckergarde** gesagt hat. Er hat auch hier die Legende verbreitet, als ob wir vor seinen Häschern geflohen seien. Wie trug sich denn die Sache zu?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie waren vorher schon weg! — Große Heiterkeit.)

— Bitte sehr! Warten Sie doch ab, was ich sagen werde; dann werden Sie wahrscheinlich nicht mehr lachen. — Wir hatten am Sonntag die Reichskonferenz der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Wir waren am Sonnabend bereits zu dieser Konferenz eingetroffen, ich sogar schon am Freitag. Am Montag fand bekanntlich in Berlin die Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Universität statt, an der wir ebenfalls teilnahmen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Geyer, ich habe etwas überhört. Ist es richtig, daß Sie von dem „Einzug der Mördergarde in Leipzig" gesprochen haben?

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Maerckergarde! Wer hat Ihnen denn das wieder beigebracht?

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Es ist mir gesagt worden.

(Zuruf der Abgeordneten Zietz: Sie haben sie richtig bezeichnet, Herr Präsident!)

— Frau Zietz, dafür rufe ich Sie zur Ordnung!

(Sehr gut!)

Wenn mir aus dem Zuhörerkreis mitgeteilt wird, diese Äußerung wäre gefallen — ich habe sie nicht gehört —, dann verlangt die Ordnung von mir, daß ich sie zurückweise.

(Sehr richtig!)

Es sind deshalb diese Bemerkungen höchst deplaciert, und (C) Sie habe ich wegen dieser Äußerung von Rechts wegen zur Ordnung gerufen.

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Ich komme also weiter dazu, die Legende zu zerstören, die Herr Noske nun weiter verbreitet, als ob wir absichtlich oder unter dem Einfluß des Einzugs der Maerckergarde aus Leipzig geflohen seien. Wir waren am Tage vorher, ich bereits am Freitag, nach Berlin zu unserer Konferenz gekommen und waren hier in Berlin anwesend, als bei uns zu Haus die Häscher des Reichswehrministers Noske, mit einer eigens von ihm unterzeichneten Vollmacht ausgestattet, uns verhaften sollten

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und nicht nur einmal am Tage in meinem Hause erschienen, sondern früh 5 Uhr und mittags 12 Uhr, in einer Stärke von 12 bis 15 Mann, die alle Wände abgeklopft haben, um zu suchen, ob Geyer zu Hause sei oder ob irgendetwas im Hause noch verborgen sei.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Befehl des Reichswehrministers Noske ist nicht in Erfüllung gegangen. Wir waren in Berlin, nicht in Leipzig. Aber ich gebe Ihnen das Wort: wären wir in Leipzig gewesen, vor seinen Häschern wäre ich sicherlich nicht geflohen, und wenn sie auch zu Handlungen gekommen wären, wie die Mörderzentrale hier in Berlin gegen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und andere gekommen ist.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Krüger (Potsdam).

(D) **Krüger** (Potsdam), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Geyer und die Frau Abgeordnete Zietz haben sich ja mit ganz besonderer Schärfe gegen die Maßnahmen gewendet, die der **Reichswehrminister** in Berlin gegen den **Elektrizitätsstreik** angeordnet hat, und sie haben hier betont, daß die gesamte Berliner Arbeiterschaft sich mit großer Erregung und Entrüstung gegen diese Maßnahmen wende. Es ist kein Zweifel, daß eine sehr starke Entrüstung augenblicklich durch weite Kreise der Berliner Arbeiterschaft geht. Diese Entrüstung wendet sich allerdings gegen eine ganz andere Richtung als gegen den Herrn Reichswehrminister.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich halte es gegenüber diesen Ausführungen doch für notwendig, einige Worte der Richtigstellung dazu zu sagen.

Ich möchte zunächst mit Genugtuung feststellen, daß der Herr Reichswehrminister und die sonstigen Behörden sich in den **Streik der Metallarbeiter,** der lediglich ein wirtschaftliches Ziel hat, nicht eingemischt haben. Man mag die Forderungen der Metallarbeiter für berechtigt halten oder nicht, es ist ihr gutes Recht, für diese wirtschaftlichen Forderungen zu streiken, und keine Behörde hat das Recht, sich darin einzumischen.

Es sind dann aber andere Bestrebungen in diesen Streik hineingekommen.

(Hört! Hört!)

Man hat versucht, andere Arbeitergruppen zu sogenannten **Sympathiestreiks** mobil zu machen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist wohl etwas Neues!)

— Nein, das ist nichts Neues. Wenn man aber Streiks als Sympathiestreiks heranziehen will, die dem Streikenden nichts nützen, die nicht geeignet sind, einen Druck auf die bestreikten Arbeitgeber auszuüben, die aber wohl geeignet

(**Krüger** [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) sind, die gesamte Bevölkerung aufs schwerste zu schädigen, dann ist das allerdings etwas Neues.

Man hat versucht, die Straßenbahner, die Hochbahner, die Elektrizitätsarbeiter zum Sympathiestreik zu veranlassen. Ich behaupte, daß die bestreikten Metallindustriellen durch derartige Streiks zum Nachgeben nicht gezwungen werden können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das, was man dadurch erreichen könnte, wäre lediglich, daß die Regierung gezwungen wäre, einen Druck auf die Metallindustriellen zum Nachgeben auszuüben. Das widerspricht doch eigentlich dem sonstigen Standpunkt der Herren Unabhängigen, daß sie sich in diesem Falle des Druckes der Regierung zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedienen wollen. Alle diese Bestrebungen sind aber von den Arbeitern der Straßenbahn, der Hochbahn, der Elektrizitätswerke abgelehnt worden.

(Hört! Hört!)

Jetzt sollen diese Arbeiter gegen ihren Willen in den Streik hineingetrieben werden, indem man zunächst die verhältnismäßig kleine Zahl der **Maschinisten und Heizer** zum Streik veranlaßt und auf diese Weise glaubt, die gesamten Betriebe stillegen zu können. Heute ist es auch gelungen, im Gegensatz zu den früheren Beschlüssen einen Teil der Elektrizitätswerke in Betriebsversammlungen zu veranlassen, Beschlüsse dahingehend zu fassen, in den nächsten Stunden in den Streik einzutreten. Diese Beschlüsse sind zustande gekommen, indem man die Arbeiter in den gröblichsten Weise beschwindelt hat. Man hat hier in Berlin den Arbeitern erzählt, in Bitterfeld wird gestreikt; in Bitterfeld hat man erzählt, in Berlin wird gestreikt.

(Hört! hört!)

In den Elektrizitätswerken hat man erzählt, die Straßenbahn fährt nicht mehr, weil die Straßenbahner die Arbeit (B) niedergelegt haben; und so hat man die einzelnen Betriebe damit geködert, daß die anderen die Arbeit niedergelegt haben, um sie von ihrem bisherigen Standpunkte abzubringen.

Von den Maschinisten und Heizern ist in Aussicht gestellt worden, daß sie die Notstandsarbeiten verrichten wollen, insbesondere in den Elektrizitätswerken. Für jeden, der die Verhältnisse kennt, ist es ganz klar, daß es unmöglich ist, ein Krankenhaus mit Strom zu versorgen, andere Häuser und Betriebe aber nicht mit Strom zu versorgen. Das ist technisch einfach nicht möglich. Wenn man also erklärt hat, alles lahmzulegen bis auf diese Anstalten, dann ist das ein Vorschlag, der sich praktisch nicht durchführen läßt. Aber auch der Beschluß, der zunächst gefaßt worden ist, die Elektrizitätswerke nicht zu bestreiken, ist ja durch einen späteren Beschluß, der eigentlich auch der Frau Abgeordneten Zietz bekannt sein müßte, aufgehoben worden, und hat man jetzt die Elektrizitätsarbeiter aufgefordert, ebenfalls in den Streik zu treten.

Deshalb bin ich allerdings der Meinung, daß es im Interesse der Bevölkerung Berlins und nicht zum mindesten gerade im Interesse der Arbeiterschaft dringend notwendig war, daß man sich gegen diese sinnlose Kraftprobe, die nicht geeignet ist, den Streik der Metallarbeiter irgendwie zu unterstützen und zu fördern, mit allen geeigneten Mitteln gewendet hat, und die große Masse der Berliner Arbeiterschaft ist mit diesen Maßnahmen einverstanden und betrachtet die **technische Nothilfe** nicht als Streikbrecher,

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten, Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern sie steht auf dem Standpunkte, daß diese Leute eine Arbeit verrichten, die den Interessen der Allgemeinheit gegenüber den eigensüchtigen Interessen einer kleinen (C) Minderheit gerecht wird. Die Arbeiterschaft ist also nicht, wie die Frau Abgeordnete Zietz vorher meinte, über diese Maßnahmen entrüstet, sondern die Arbeiterschaft Berlins hat es erwartet, daß man sie in dieser Weise vor den schwersten Schädigungen bewahrt.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Ich stelle fest, daß der Herr Abgeordnete Krüger, der soeben gesprochen hat, selbst zugeben mußte, daß der **Metallarbeiterstreik** ein rein wirtschaftlicher Streik ist.

(Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Zunächst!)

Er hat dann erklärt, daß in diesen rein wirtschaftlichen Streik die Regierung sich nicht eingemischt habe. Ich nehme zu Ehren des Herrn Krüger an, daß er die Sache nicht besser weiß, daß er diese Behauptung im guten Glauben tat, vielleicht weil er hier in Berlin nicht anwesend war. Sonst müßte er wissen, daß, als die Metallarbeiter die Versammlungen anberaumt hatten, reine Gewerkschaftsversammlungen, um über die Lage zu sprechen, diese Versammlungen gesprengt worden sind. Erst waren sie verboten. Als die Metallarbeiter in die Lokale kamen, waren diese mit bis an die Zähne bewaffneten Noskiden

(Heiterkeit)

besetzt; Flammenwerfer hatte man mitgebracht und andere Mordwerkzeuge

(Abgeordneter Krüger (Potsdam): mit voller Berechtigung!)

— Aha! Also Sie wissen davon? Ich stelle fest: der Herr Krüger erklärt jetzt, mit vollem Rechte hätte die Regierung sich eingemischt. Vorher hat er behauptet, die Regierung habe sich nicht eingemischt. Herr Krüger hat (D) also vorher die Nationalversammlung belogen.

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Frau Abgeordnete Zietz, haben Sie einem Mitgliede des Hauses vorgeworfen, daß es „gelogen" hat?

(Abgeordnete Zietz: daß er gelogen hat!)

— Ich rufe Sie dafür zur Ordnung und mache Sie hiermit auf die Folgen eines wiederholten Ordnungsrufes aufmerksam. Ich habe Sie nun schon zum zweiten Male zur Ordnung gerufen; Sie wissen, welche Folgen ein abermaliger Ordnungsruf nach sich ziehen muß.

Zietz, Abgeordnete: Ich weiß es, Herr Präsident. — Des weiteren will ich darauf hinweisen, daß dieser Kampf dann weitere Kreise gezogen hat, weil keine Verständigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern zustande kam, und es ist merkwürdig, daß ein Mann wie Herr Krüger, der doch schon länger als seit gestern und heute in der Arbeiterbewegung steht, erklären kann, es sei ganz etwas Neues, daß in **Sympathiestreiks** eingetreten würde, wenn dadurch die bestreikten Arbeitgeber nicht direkt getroffen würden. Ich hätte geglaubt, daß Herr Krüger aus seiner früheren, seiner besseren Zeit noch in Erinnerung hätte, daß es immer das Bestreben sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gewesen ist, die öffentliche Meinung für sich zu beeinflussen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das geschieht auch hier. Die öffentliche Meinung wird nicht nur dadurch beeinflußt, daß man in der Presse über den Kampf berichtet, sondern auch dadurch, daß immer weitere Kreise aus Sympathie für die Streikenden sich ihnen anschließen. Die Arbeiter fühlen ganz genau, daß es sich hier nicht nur darum handelt, daß den Arbeitern der Lohn gedrückt werden soll, sondern daß es sich darum

(**Zietz**, Abgeordnete.)

(A) handelt, hier eine Kraftprobe zu veranstalten, die gegen die gesamte Arbeiterbewegung, ihre Organisationen und ihre Bestrebungen geht. Gelingt es den Metallunternehmern hier in Berlin, Sieger zu bleiben, dann Gnade Gott den Arbeitern in allen anderen Gegenden des Reichs, dann wird auf der ganzen Linie der Kampf losgehen! Es ist bezeichnend, daß ein Mann wie der Herr Abgeordnete Krüger sich hier hinstellt und gegen die Arbeiter hetzt.

(Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Er hat erklärt, daß viele Arbeiter in Berlin nicht auf seiten der Streikenden ständen, und daß sie zu diesem Vorgehen nur mit Gewalt gezwungen würden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Tatsache ist, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter völlig auf seiten der Streikenden steht,

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

daß die in der Berliner Elektrizitätsindustrie tätigen Arbeiter schon vor Tagen in den Streik eintreten wollten,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: sollten!)

— nein wollten, und daß alles getan worden ist, um das hintanzuhalten, weil man glaubte, vorher zu einer Verständigung kommen zu können.

Es ist bezeichnend, daß die Nationalversammlung benutzt wird, um zu diesen Dingen Stellung zu nehmen und den Kampf gegen die Bewegung der Metallarbeiter zu führen. Ich habe in meiner Rede mit keinem Wort von dem Metallarbeiterstreik gesprochen. Diese ganze Debatte ist an den Haaren herbeigezogen worden zu dem ausgesprochenen Zweck, hier die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter aufzuhetzen und damit ihre Niederlage herbeizuführen. Ich überlasse es dem Urteil nicht nur der Berliner Arbeiter, sondern der gesamten deutschen Arbeiter, wie sie nicht nur über das Vorgehen des Herrn Noske urteilen, sondern auch über das Vorgehen seines Helfers-
(B) helfers, des Herrn Abgeordneten Krüger.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Es liegen noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Ich nehme an, daß eine absolute Klärung des Streites doch nicht eintritt durch die Reden, die jetzt noch gehalten werden, und daß wir in einer unverantwortlichen Weise von unserer übrigen sehr dringenden Arbeit abgehalten werden. Ich darf mir daher die Bitte gestatten, daß die folgenden Redner sich zu dieser Sache möglichst kurz fassen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Laukant.

Laukant, Abgeordneter: Verehrte Anwesende! Der Herr Abgeordnete Krüger hat versucht, hier eine Darstellung über den **Streik in Berlin** zu geben, welche nicht der Wahrheit entspricht. Es ist nicht wahr, daß eine Kategorie der Arbeiter die andere vergewaltige und an der Arbeit zu hindern suche. Jeder, der als Arbeiter in der Fabrik gearbeitet hat, wird wissen, daß es bei Lohnkämpfen gar nichts Neues ist, daß man die beste Gruppe aus der Fabrik herauszieht, um den Betrieb stillzulegen. Es ist gerade von der Gewerkschaftskommission, besonders auch von der Generalkommission überall empfohlen worden, daß wir taktisch in dieser Form vorgehen sollen. Jetzt, wo in Berlin in dieser Form vorgegangen wird, heißt es nun: wir müssen die anderen davor schützen, daß nur eine kleine Gruppe aus einer Organisation herausgezogen wird und dadurch die anderen gezwungen werden, stillzuliegen. Das sagen die Herren Rechtssozialisten, die immer behaupten, sie vertreten die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Gewerkschaften im besonderen. Das ist geradezu ein Schlag ins Gesicht der in Berlin kämpfenden Arbeiter.

Verehrte Anwesende! Alle maßgebenden Organisationen (C) stehen hinter diesem Streik, und hier kommen nun einzelne Abgeordnete und erklären: das trifft nicht zu, — während draußen der Herr Reichswehrminister Noske mit seiner Garde gegen die Organisation auftritt. So sind die Tatsachen! Es trifft nicht zu, daß die Masse der Arbeiter auf Ihrer Seite steht; sie steht auf seiten der Streikenden, die Zeit wird es lehren. Wenn es jetzt heißt, die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke werden abgesperrt, die Straßenbahnen werden stillgelegt, so ist das gewiß ein schwerer Eingriff in den öffentlichen Verkehr; aber wenn die Arbeiter mit dem Unternehmertum kämpfen müssen, so muß es ihnen auch zustehen, eventuell die Straßenbahnen stillstehen zu lassen.

(Zurufe: So?)

— Jawohl, die **Maschinisten und Heizer** sind Metallarbeiter, sie gehören der Metallarbeiterbranche an. Wenn nun die Organisation sie auffordert, aus den Betrieben herauszugehen, so ist das ein durchaus berechtigtes Kampfmittel, wenn es auch die Vertreter der Rechtssozialisten bestreiten, die früher mit uns denselben Standpunkt eingenommen haben. Die Arbeiterschaft wird ihnen die Quittung darauf geben.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Krüger (Potsdam).

Krüger (Potsdam), Abgeordneter: Meine Herren, ich will nur eine kurze Feststellung treffen. Gegenüber den Versuchen der beiden letzten Redner, meine Worte ins Gegenteil umzudrehen,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Frau Abgeordnete Zietz, das ist man ja bei Ihnen gewöhnt —

(Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

möchte ich feststellen, daß ich mit keinem Worte gegen den (D) **Metallarbeiterstreik** gesprochen habe,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern ausdrücklich festgestellt habe, daß ich den Metallarbeiterstreik als einen wirtschaftlichen Streik betrachte,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß der Metallarbeiterstreik die Sympathie der Berliner Arbeiterschaft hat und daß ich es mit Genugtuung begrüße, daß die Regierung oder irgendwelche Behörden sich in diesen Streik nicht eingemischt haben.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wogegen ich mich gewendet habe, ist die Hereinziehung der **Elektrizitätswerke** und anderer lebenswichtiger Betriebe

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in diesen Streik, die mit dem Kampfe der Metallarbeiter an sich gar nichts zu tun haben.

(Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das ist Ihre Ansicht. Wenn die Frau Abgeordnete Zietz sagt, daß sich die Regierung doch eingemischt habe durch die Verhinderung der Versammlungen, so möchte ich feststellen, daß es diejenigen, die die Versammlungen einberufen haben, offenbar darauf angelegt haben, einen solchen Zusammenstoß zu provozieren,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil sie diese Versammlungen nicht angemeldet haben, obwohl sie dazu aufgefordert worden sind. Weiter möchte ich feststellen, daß diese Versammlungen nicht einberufen waren für die Streikenden, sondern für die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften, um sie zu unterrichten, das heißt also für diejenigen Berliner Arbeiter und Angestellten, die am Vormittag die Arbeit niederlegen sollten, um zu diesen Versammlungen zu kommen, daß diese Versamm-

(Krüger [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) lungen nicht mit Zustimmung der anderen Gewerkschaften einberufen worden sind,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sondern ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen,

(hört! hört!)

daß es sich also hier um eine Maßnahme handelt, einen Generalstreik zu inszenieren.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Nein, die Gewerkschaftskommission hat sich dem nicht angeschlossen,

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und deswegen habe ich keine Veranlassung, diese Maßnahme der Polizei als gegen die Berliner Arbeiterschaft gerichtet zu bezeichnen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Nein, aber ich bin der Meinung, daß ein klein wenig Ordnung auch bei Ihren Leuten herrschen muß

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß auch Ihre Freunde noch nicht das Recht haben, hier zu machen, was sie wollen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Versammlungen abzuhalten!)

— Ja, sie haben schon das Recht, Versammlungen abzuhalten!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Koenen, ich glaube allerdings ein besserer Sozialdemokrat als Sie zu sein.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es steht also fest, daß ich nicht gegen die Metallarbeiter gesprochen habe, es steht fest, daß die Regierung in den Metallarbeiterstreik nicht eingegriffen hat, und es steht weiter fest, daß die Arbeiterschaft in Berlin zwar auf Seiten der Metallarbeiter steht, die ihren wirtschaftlichen Kampf führen, aber nicht auf seiten derjenigen, die einen großen Teil der Arbeiter zwingen wollen, der Berliner (B) Bevölkerung das Leben abzuschneiden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hartmann (Berlin).

Hartmann (Berlin), Abgeordneter: Ich bedauere recht sehr, daß die Nationalversammlung zum Tummelplatz der Leidenschaften gemacht worden ist. Ich meine, die Nationalversammlung hätte andere Aufgaben zu erfüllen, als darüber zu urteilen, ob der **Metallarbeiterstreik,** der jetzt **in Berlin** tobt, berechtigt ist oder nicht. Ich kann hier aber erklären, daß neben der Masse der Arbeiter, die auf seiten der Frau Zietz und ihrer Freunde stehen, auch noch breite Massen von Arbeitern vorhanden sind, die mit dem, was von jener Seite aus gemacht wird, nicht einverstanden sind.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich gebe hier die Erklärung ab, daß bei dem Metallarbeiterstreik in Berlin nicht nur der Deutsche Metallarbeiterverband, sondern auch der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter und andere Organisationen beteiligt sind, und daß dieser Streik als wirtschaftlicher Streik betrachtet wird. Wogegen sich aber die Masse der Arbeiter wendet, das ist der unerhörte Terror, der ausgeübt wird, um die **lebenswichtigen Betriebe** stillzulegen und dadurch den Arbeitern und der ganzen Bevölkerung das Lebenslicht abzuschneiden.

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegen diese Dinge wende ich mich mit aller Entschiedenheit. Ich habe erst vor wenigen Tagen noch Gelegenheit gehabt, mit mehreren Arbeitern, die nicht der Richtung der Frau Zietz und ihrer Freunde angehören, sondern (C) auf einem anderen Standpunkt stehen, über diese Dinge zu sprechen, und ich habe von den Leuten erklären hören: Schafft uns bloß den Terror aus der Welt, damit wir in der Lage sind, wieder arbeiten zu können und so an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuhelfen!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Für die Kapitalisten!)

— Nein, nicht für die Kapitalisten! Das Schlagwort vom Kapitalismus, das Sie hier immer aussprechen, zieht nicht mehr; damit können Sie keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. — Es kommt jetzt darauf an, daß die vernünftigen Kreise in der Arbeiterschaft einsehen, daß mit einem solchen Streik, bei dem lebenswichtige Betriebe stillgelegt werden, nicht ein Nutzen, sondern eine Schädigung der gesamten Arbeiterschaft und damit der Bevölkerung an sich verbunden ist.

(Wiederholte Zustimmung.)

Die Arbeiter, mit denen ich gesprochen habe, sind noch weiter gegangen und haben auf meine Frage erklärt, daß in ihren Betrieben immer nur wenige sind, die die Parole ausgeben: es wird gestreikt! Herr Krüger hat ganz recht, wenn er sagt, daß ein Betrieb gegen den andern ausgespielt wird. Er hat ganz richtig gesagt, daß in Bitterfeld behauptet wird: in Berlin wird gestreikt! und daß in Berlin gesagt wird: in Bitterfeld wird gestreikt! So werden die Arbeiter an der Nase herumgeführt, und gegen diesen Terrorismus wenden sich die vernünftigen Arbeiter und verlangen einen **Schutz gegen den Terror.** Ich halte es für notwendig, daß der Arbeiterschaft ein solcher Schutz gegeben wird, damit wir endlich einmal wieder in vernünftige Verhältnisse hineinkommen und die Arbeit wieder aufbauen und sie überhaupt erst wieder möglich machen; dann werden auch unsere Arbeiter wieder zur Vernunft kommen. Auf dem (D) Wege, der uns von der äußersten Linken dieses Hauses gewiesen wird, werden wir niemals zurecht kommen. Auf diese Weise treiben wir die Arbeiter nur immer weiter in die Verelendung und Verarmung hinein.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Werte Versammlung! Einer der ersten Präsidenten des früheren Reichstags hat es als die vornehmste Pflicht des **Präsidenten** bezeichnet, die **Rechte der Minderheiten** zu wahren. Ich bin der festen Überzeugung — und meine Freunde sind es mit mir —, daß auch der gegenwärtige Präsident der Nationalversammlung diese Rechte anerkennen wird. Trotzdem können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß ihm doch aus irgendeinem Grunde ein wenig der Eifer, der guten Sache, der guten Ordnung — wollen wir mal sagen! — des Hauses zu dienen, durchgegangen ist, und zwar auf unsere Unkosten. Da möchte ich doch sofort den Anfängen wehren.

Der Herr Präsident hat vorhin, als meine Parteifreundin Zietz redete und er ihr einen **Ordnungsruf** machen zu müssen glaubte, sie darauf hingewiesen, daß er sie schon einmal zur Ordnung gerufen habe, und er hat sie dann weiter darauf aufmerksam gemacht, welche Folgen ein zweiter Ordnungsruf für sie haben würde. Der Herr Präsident hat sich da offenbar in einem Irrtum befunden, und darum habe ich mich zum Wort gemeldet. Der Herr Präsident kann auf solche Folgen nur dann aufmerksam machen, wenn er in derselben Rede eines Redners oder einer Rednerin zweimal den betreffenden zur Ordnung hat rufen müssen. Ich bin überzeugt, daß der Herr Präsident mir beistimmen und zugeben wird, daß er sich

(Henke, Abgeordneter.)

(A) in seinem Eifer nur versehen hat. Da aber dieser Eifer merkwürdigerweise auf unsere Kosten ging, muß ich mich dagegen wehren.

Präsident: Die Wiedergabe des § 44 der Geschäftsordnung durch den Herrn Abgeordneten Henke ist richtig. Warum er sich verwundert, daß ich auf Unkosten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und im Eifer gehandelt hätte, ist mir nicht ersichtlich. Von irgendeinem Übelwollen gegen die Unabhängige sozialdemokratische Partei ist nicht die Rede. Man kann nicht jeden Paragraphen der Geschäftsordnung im Wortlaut im Kopf haben. Ich habe, nachdem ich der Frau Abgeordneten Zietz die Ermahnung habe zuteil werden lassen, den betreffenden Absatz nachgesehen und allerdings hierbei auch aus dem Wortlaut festgestellt, daß der Ordnungsruf beziehungsweise der Ruf zur Sache innerhalb der gleichen Rede geschehen muß, während der Ordnungsruf an die Frau Abgeordnete Zietz bei zwei verschiedenen Anlässen geschehen ist. Ich hoffe, daß damit die Sache aufgeklärt ist.

Im übrigen hoffe ich — und ich glaube, es schon oft bewiesen zu haben —, an meinem guten Willen zur Unparteilichkeit und Objektivität gegenüber dem ganzen Hause dürfte auch die Unabhängige Sozialdemokratie nicht zweifeln. —

Damit ist die Debatte über Kap. 7 Tit. 1 erledigt. Der Posten ist nicht beanstandet.

Ich rufe auf Tit. 2 nach dem Ausschußantrage, — ebenso 3, — 4 ebenso, — 5, — 6 nach dem Ausschußantrag. —

Zu Tit. 7 hat das Wort der Herr Berichterstatter Abgeordneter Dr. Meerfeld. — Er verzichtet. Der Titel selbst ist nicht angefochten; er ist bewilligt.

(B) Ich rufe weiter auf Tit. 8, — 9a nach dem Ausschußantrag, — 9b ebenso, — 9c ebenso, — 9d, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14. — Angenommen.

Wir kommen zu Kap. 7a. Ich rufe auf Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13. — Angenommen.

Zu Tit. 14 hat das Wort die Abgeordnete Frau Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete: Es wird einigermaßen schwer, nach der Kulturdebatte, die wir soeben in diesem Hause erlebt haben, zu Kulturfragen weiter das Wort zu ergreifen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte aber doch im Namen meiner Freunde der Freude Ausdruck geben, daß der Tit. 14, der sich mit der **Jugendwohlfahrt** beschäftigt, von 100 000 auf 500 000 Mark erhöht worden ist. Wie wir den Ausführungen des Herrn Unterstaatssekretärs Schulz im Haushaltsausschuß und denjenigen des Herrn Ministers Koch hier im Hause entnehmen, soll dieser Posten weniger dazu verwendet werden, an bereits bestehende charitative Organisationen Beihilfen zu leisten, als vielmehr dazu, eine großzügige und einheitliche Organisation über das ganze Reich zu schaffen. Wir finden, daß diese **Einheitlichkeit der Jugendwohlfahrtsorganisationen** etwas dringend Notwendiges und Gebotenes ist, notwendig erstens einmal schon im Hinblick auf eine zweckmäßige und sparsame Verwendung des Volksvermögens, dann aber auch im Interesse des Objektes der Jugendfürsorge selbst, im Interesse des proletarischen Kindes.

Ich möchte nicht, daß die Ausführungen, die ich jetzt mache, mißverstanden werden. Ich sehe sehr wohl die ungeheure Arbeitsleistung, die die charitativen Verbände Jahrzehnte hindurch geleistet haben. Aber in dem Durcheinander aller möglichen und unmöglichen Sonderbestrebungen haben sie einander nicht nur nicht in die Hand gearbeitet, sondern sie sind im besten Falle nebeneinander hergelaufen, sehr oft haben sie sich sogar gehemmt, oder sie haben ihre Wirkungen annulliert. Das ist zum Teil nicht Mangel an gutem Willen gewesen, zum Teil aber ist es damit zusammengehangen, daß die gemeinsamen Ziele dieser charitativen Verbände vergessen worden sind über den Sonderinteressen dieser Verbände. Der Leidtragende bei all diesen Dingen war das proletarische Kind selbst, war **die proletarische Familie,** die man in oft bedenklicher Weise von der Verantwortlichkeit in der Erziehung zum Teil ausgeschlossen hat und die man heute zur Rechenschaft ziehen will, daß sie diese Erziehung nicht mehr voll verantwortlich leitet. (C)

Ich muß da ein Wort gegen die Ausführungen der Frau Abgeordneten Zettler von gestern sagen. Die proletarische Familie hat der Heimatlosigkeit ihrer Jugend schon vor dem Kriege ratlos gegenübergestanden, wo das ungeheure Wohnungselend schon begonnen hatte. Die proletarische Familie ist in diesen 5 Jahren des Krieges in ganz unerhörter Weise auseinandergerissen worden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht nur, daß man ihr Väter und Söhne entzogen hat, sondern man hat der proletarischen Mutter auch ihr Kind genommen, um die Mutter in den Munitionsfabriken verwenden zu können.

(Sehr richtig!)

Man hat dabei auf die Dankbarkeit der proletarischen Mutter gerechnet, wo sie diese Maßnahme doch als allerbitterste Not hat empfinden müssen. Die proletarische Jugend ist — das möchte ich als langjährige Jugenderzieherin sagen — nicht schlechter, als sie früher war, das heißt sie ist sehr gut, aber die Heimatlosigkeit in unserer Jugend zeitigte alle die Schäden, die gestern hier erwähnt worden sind.

(D) Wir wünschen, daß, wenn nun dieses neue Jugendwohlfahrtsgesetz vorbereitet wird, schon bei der Ausarbeitung die ersten, die besten und bewährtesten Fachleute zugezogen werden. Wir wünschen auch, daß **Frauen zugezogen** werden,

(sehr gut! links)

schon bei der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs, und zwar Frauen, die die seelischen Nöte der proletarischen Familie nicht nur aus der Theorie kennen.

(Sehr richtig! links.)

Herr Unterstaatssekretär Schulz hat im Haushaltsausschuß betont, daß diese Summe auch verwendet werden soll zur Heranbildung geeigneter Kräfte für die leitenden Stellen. Hier müssen wir darauf bestehen, daß auch Frauen für die leitenden Stellen in der Jugendpflege und Jugendfürsorge herangebildet werden, und zwar wiederum, daß auch die Proletarierfrau hier an leitender Stelle mitbestimmend wirkt an der künftigen Jugendwohlfahrt des Reichs.

Nicht anschließen kann ich mich dem Wunsche des Herrn Abgeordneten Beuermann, der die Jugendfürsorge und Jugendpflege einem künftigen Reichsschulamt unterstellen will. Ich muß leider konstatieren, daß die **Schule** in bezug auf **Jugendpflege und Jugendfürsorge** glatt versagt hat,

(sehr richtig! links)

und daß sie keinen Rechtstitel haben kann, heute die Jugendfürsorge und Jugendpflege in die Hand zu bekommen.

Zum Schlusse möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß all die Fülle von persönlicher Hilfsbereitschaft, von Güte und von Erbarmen, die durch die straffere Organisation frei wird, sich umwandeln möge in jene Energie, die notwendig ist, um das Übel bei der Wurzel anzufassen, um alle diejenigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden zu beseitigen, die die Jugendfürsorge

(Pfülf, Abgeordnete.)

(A) überhaupt erst nötig gemacht haben, und daß wir dann vielleicht einmal das ideale Ziel erreichen, daß durch die **Jugendämter** die Fürsorgeerziehung selbst überflüssig gemacht wird.

(Bravo.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Unterstaatssekretär Schulz.

Schulz, Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung, vor allen Dingen das zuständige Reichsministerium des Innnern, hat es mit großer Freude begrüßt, daß dieser Titel vom Haushaltsausschuß in nennenswerter Weise erhöht worden ist, und ebenso werden wir es mit großer Freude begrüßen, wenn dieser Beschluß des Haushaltsausschusses vom Plenum dieses hohen Hauses bestätigt wird. Wir sind allerdings verpflichtet, bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß mit dem Beschlusse dieses hohen Hauses das Geld dem Reichsministerium des Innern noch nicht zur Verfügung steht, sondern daß dazu die Zustimmung des Reichsrats notwendig ist, die nachträglich eingeholt werden muß, und außerdem auch die Zustimmung des Herrn Reichsfinanzministers; auch die ist noch auf dem üblichem Wege für diesen Beschluß des hohen Hauses zu gewinnen. Wir geben uns der Hoffnung hin — und werden auch unsererseits alles tun, was in unseren Kräften steht, damit die Hoffnung in Erfüllung geht —, daß die beiden erwähnten Faktoren dem zu erwartenden Beschluß des hohen Hauses beitreten.

Das Reichsministerium des Innern ist sich der hohen Dringlichkeit der Aufgaben, die auf dem Gebiete der Jugendfürsorge liegen, vollauf bewußt. Schon seit Monaten wird an einem umfassenden **Jugendwohlfahrtsgesetz** gearbeitet. Die Arbeiten nähern sich ihrem Ende. Auch hierbei gibt es noch einige Schwierigkeiten zu überwinden, (B) von denen wir hoffen, daß sie bezwungen werden können. Ich kann erklären, daß bei der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs ganz gemäß dem Wunsche der geehrten Vorrednerin die Sachverständigen in weitem Maße herangezogen worden sind und bis zur Stunde herangezogen werden — bis zur Stunde sogar im wörtlichen Sinne des Wortes, denn ich wäre eigentlich verpflichtet, im Augenblick einer solchen Sachverständigenkonferenz beizuwohnen, wenn ich nicht auch die Verpflichtung hätte, hier zu sein. Auch **Frauen** sollen in ausreichendem Maße **herangezogen** werden.

(Sehr gut! links.)

Es versteht sich von selbst, daß die Regierung keinen Unterschied zwischen proletarischen und anderen Frauen macht,

(bravo! links)

sondern alle zur Mitarbeit geeigneten Frauen heranzieht. Es ist dazu allerdings notwendig, gewisse Voraussetzungen dafür zu schaffen, Voraussetzungen, die auf dem Gebiete der höheren Frauenausbildung liegen, insbesondere auf dem Gebiete der sozialen Frauenschule. Es müssen geeignete Mittel und Wege gefunden werden, um proletarischen Frauen, geeigneten Bewerberinnen Gelegenheit zu geben, auf diesem Gebiete mit tätig zu sein. Ich kann im weiteren mitteilen, daß bei unserem in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf keineswegs daran gedacht wird, etwa nur bureaukratisch zu schematisieren und die freiwillige Mitarbeit der freien Verbände auszuschalten. Im Gegenteil, wir glauben, daß unbedingt die charitative Mitarbeit notwendig ist, weil sie die nötige Fühlung der behördlichen Tätigkeit auf diesem Gebiete mit den breiten Massen gewährleistet, und weil durch bezahlte und besoldete Kräfte, die unbedingt notwendig sind, doch keineswegs die ganze Arbeit mit der nötigen Eindringlichkeit geleistet werden könnte.

(C) Zum Schluß noch die Bemerkung, daß unser Gesetzentwurf nicht beabsichtigt, als letzte Instanz ein übrigens noch gar nicht bestehendes Reichsschulamt einzuschalten, sondern daß bei dem System von Jugendämtern, das über ganz Deutschland ausgebreitet werden soll, letzten Endes alle **Jugendämter** in einer Spitze zusammenlaufen sollen, die im Reichsministerium des Innern in der Form eines Reichsjugendamtes beabsichtigt wird.

Wir haben die Hoffnung, daß dieses Gesetz noch in dieser Tagung vorgelegt werden wird. Wir stellen an das Haus und an die besonders Sachverständigen dieses Hauses die Bitte, bei der künftigen Beratung etwaige Fehler und Mängel des Gesetzes auszugleichen und uns zu helfen in dem Bestreben, ein möglichst gutes Gesetz zur Förderung der Wohlfahrt unserer Jugend zu schaffen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Tit. 14, der von 100 000 Mark auf 500 000 Mark vom Ausschuß erhöht worden ist, ist nicht beanstandet. — Ich stelle die Genehmigung fest.

Ich rufe auf Tit. 15 nach der Ergänzung, — 16 nach dem Ausschußantrag, neu eingestellt, 100 000 Mark. — Ich stelle die Annahme fest.

Ich rufe auf Kap. 7b Tit. 1 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Pick.

Pick, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unter Kap. 7b Tit. 1 wird ein Betrag von 15 000 Mark zur **Überwachung des Auswanderungswesens** angefordert. Im Zeitalter der Milliarden, in dem wir uns ja heute befinden, ist dieser Betrag tatsächlich geringfügig. Da er aber in ursächlichem Zusammenhang mit dem unter Kap. 3 Tit. 24 der einmaligen Ausgaben zur Unterhaltung der Reichwanderungsstelle geforderten Betrage von 1 Million Mark steht, möchte ich mir doch einige ganz kurze Bemerkungen dazu erlauben. (D)

Auch im Hinblick auf die Wichtigkeit der Materie erscheint der Betrag von 15 000 Mark, sogar in Verbindung mit der geforderten Million, zu gering, und zwar aus verschiedenen Gründen. Steht die Regierung auf dem Standpunkte, daß die Auswanderung in mäßigen Grenzen — und auch dann wäre der Betrag noch zu niedrig — sich bewegt, so wäre das ja selbstverständlich sehr erfreulich, vorausgesetzt, daß sich diese Annahme auch als richtig erweist. Bedingung dafür wäre allerdings eine Konsolidierung unseres Wirtschaftslebens, die aber sehr zweifelhaft erscheint. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, bekommen wir eine starke Auswanderung, so wäre es notwendig, vor allen Dingen zu erfahren, welche Maßnahmen die Regierung getroffen hat oder treffen will, um den Strom der Auswanderer nach einer bestimmten Richtung zu lenken. Wenn es sich irgendwie vermeiden läßt, darf dieser Strom selbstverständlich nicht nach Ländern geleitet werden, in denen unsere Volksgenossen nicht leben können, ohne daß sie gezwungen sind, ihr Deutschtum sofort abzustreifen. Dazu haben wir keine Veranlassung, obwohl es auch Leute in unserem Vaterlande gibt, die sich anscheinend ihres Deutschtums schämen und die sich tatsächlich nicht genug tun können in Selbstanklagen. Wir müssen versuchen, den Strom der Auswanderer in die Länder zu lenken, die uns auch während des Krieges trotz einer rührigen gegnerischen Propaganda nicht als den Ausbund alles Schlechten betrachtet haben.

(Sehr wahr! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Neben dem Interesse der Auswanderer muß das Interesse des Deutschtums gestellt werden.

(Sehr wahr! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

(Pick, Abgeordneter.)

(A) Ob darauf von allen Seiten genügend Rücksicht genommen wird, erscheint mir momentan noch nicht ganz sicher.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Anscheinend gibt es heute schon wieder wie so oft während des Krieges bei anderen Situationen findige Geschäftsleute, welche die **Auswanderung** als ergiebiges Geschäftsfeld — um nicht deutlicher zu werden — benützen wollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das muß verhindert werden, und es wird Sache der Regierung sein, das rechtzeitig zu verhindern.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Die ganze Frage zeigt aber auch dem größten Optimisten mit einer erschreckenden Deutlichkeit die Schwierigkeit unserer Lage, und man muß es tatsächlich sonderbar finden, daß bei einer derartig schwierigen Lage noch Zeit und Raum zu einer solchen niedlichen Debatte vorhanden ist, wie sie heute nachmittag in der Nationalversammlung stattgefunden hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Deutschland hatte vor dem Kriege nicht nur fast keine Auswanderung mehr, sondern es hatte sogar Zuzug von fremden Arbeitskräften.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Zwar wurde diese Zuwanderung besonders in der Industrie von der heimischen Arbeiterschaft nicht immer gern gesehen, weil die eingewanderten Kräfte in manchen Teilen der Industrie, nicht von allen, oft als Lohndrücker gegen die heimische Arbeiterschaft benutzt wurden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dasselbe Deutschland, das vor dem Kriege eine Zuwanderung von Arbeitskräften hatte, soll jetzt gezwungen sein, seine Söhne und Töchter ins Ausland zu schicken, vielleicht in Länder zu schicken, die schon vor dem Kriege von Vorurteilen gegen uns strotzten.

Meine Damen und Herren! Nicht durch die Schuld (B) der deutschen Arbeiter sind diese Vorurteile entstanden — denn im allgemeinen ist der deutsche Arbeiter und Angestellte als eine geschätzte Arbeitskraft beliebt —,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sondern dieses Vorurteil ist hauptsächlich entstanden durch die Schuld der Leute, die im Innern Gegner jeglicher politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung waren, und die beim Überschreiten der Grenze nach dem Ausland diese üblen Eigenschaften, die Arroganz nicht immer abstreiften, durch die Schuld der Leute, die mit den Kürassierstiefeln eines Bismarck in der Welt herumtrampelten — man mag nun zu einem Bismarck stehen, wie man will —, ohne aber mit den anderen, zweifelsohne bedeutenden Fähigkeiten dieses Staatsmannes irgendwie bedacht zu sein. Gerade wegen dieser Animosität gegen das deutsche Volk im allgemeinen wird die Gefahr für die Auswanderung um so größer und die Beibehaltung ihrer völkischen Eigenschaft um so schwerer werden. Wenn nur irgendwie ein Ausweg vorhanden ist, so muß vermieden werden, daß der Deutsche, wie das so oft in der Vergangenheit der Fall war, der Kulturdünger des Auslandes wird. Die Auswanderung darf deshalb nur die ultima ratio sein.

Es muß bei der Regelung der Auswanderungsfrage in erster Linie darauf gedrängt werden, daß die Fürsorge der Regierung vor der Auswanderung einsetzt, dann die Fürsorge während der Auswanderung selbst erfolgt, und im Ausland vor allen Dingen darf die Fühlung mit den Gliedern unseres deutschen Volkes unter keinen Umständen verloren gehen. Es darf nicht mehr so sein wie in der Vergangenheit, daß der Ausgewanderte im Strom verschwindet, daß er nicht mehr an die Oberfläche kommt und daß er sein Deutschtum abstreift, wie wir das leider Gottes in manchen Ländern während des Krieges bei unseren früheren Volksgenossen gesehen haben.

Trotz mancher momentan trüben Erscheinung im Innern, (C) von der ja auch heute nachmittag wieder gesprochen worden ist, müssen wir noch in letzter Stunde versuchen, unsere tüchtigen Arbeiter, Angestellten und auch Beamten — ich denke da besonders an die industriellen Beamten — dem Vaterland zu erhalten. Wir im Westen in den besetzten Gebieten — es wäre vielleicht eine sehr heilsame Lehre, wenn das auch manchen anderen Leuten einmal passieren würde — wissen, wie schmerzlich es ist, und wenn es nur für eine ganz kurze Zeit wäre, vom alten Vaterland getrennt zu werden. Es würde uns mit schmerzlichstem Bedauern erfüllen, wenn aus diesem alten Vaterland, an dem wir in den besetzten Gebieten trotz seiner Fehler und seiner Mängel hängen, noch weite Volkskreise auswandern müßten. Wir müssen daher unter allen Umständen versuchen, unsere Volksgenossen bei uns zu behalten. Es wird vor allen Dingen notwendig sein, sich nicht nur auf die Auswanderung zu beschränken und sie in geordnete Bahnen zu lenken, sondern sie so viel wie möglich zu vermeiden. Das wird möglich sein, wenn wir eine zielbewußte energische **Innensiedlung** treiben, und wir möchten die Regierung bitten, daß man mit allen Kräften an die Ausführung dieser Innensiedlung, von der ja sehr viel gesprochen, für die aber wenig getan wird, herangeht.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Dann wird es aber auch noch notwendig sein, daß wir, um unsere inneren Verhältnisse wieder zu ordnen und damit der Auswanderung einen Damm entgegenzusetzen, das Vertrauen des Auslandes zur **Konsolidierung unserer politischen Verhältnisse und unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** wieder erwecken und wieder festigen. Ob dazu all dasjenige dient, was wir manchmal jetzt noch in unserm Wirtschaftsleben sehen, das möchte ich sehr stark bezweifeln. Aber es mag ja auch bei uns in Deutschland Leute geben, denen es weniger darauf ankommt, Ruhe (D) und Ordnung wieder im Lande einkehren zu sehen, als hirnverbrannte politische Pläne in Erfüllung zu setzen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Sehr richtig! rechts.)

Politische und wirtschaftliche zweifelhafte Experimente müssen jetzt unter allen Umständen unterbleiben. Dazu haben wir gar keine Zeit, uns mit derartigen Experimenten abzugeben, und dazu muß uns das Wohl der gesamten Bevölkerung viel zu hoch stehen, auch das Wohl der Arbeiterschaft, das — das nehme ich an — auch noch von anderer Seite vertreten wird, als es heute mittag hier vorgetragen worden ist.

Es muß gelingen, wieder neue **Aufträge des Auslandes für unsere Industrie** zu erhalten. Dann muß es aber auch gelingen, daß diese Aufträge ausgeführt werden. Es muß gelingen, das Ausland, das neutrale wie das feindliche, besonders das letztere, davon zu überzeugen, daß ohne Kreditgewährung und ohne **Zufuhr von Rohstoffen** wir auch zum Schaden des feindlichen Auslandes zusammenbrechen würden.

Im Lande selbst muß die Arbeitsfreudigkeit aller Stände und das Zusammengehörigkeitsgefühl und Verantwortungsgefühl jedes einzelnen gehoben und neu geweckt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Das sind allerdings keine Parteifragen — es sollten wenigstens keine Parteifragen sein —, und es ist deshalb heute mehr denn je ein Verbrechen, wirtschaftliche Gegensätze zu politischen Fragen zu stempeln und dieselben durch wirtschaftliche Machtkämpfe, die uns ruinieren, auszufechten. Alle Kräfte unseres Volkes müssen zu positiver, aufbauender Arbeit zusammengefaßt werden. Gelingt uns das, dann wird im nächsten Jahre die geforderte Position im Etat

(Pick, Abgeordneter.)

(A) überflüssig; gelingt es nicht, dann werden die Zurückgebliebenen nicht in der Lage sein, die Gelder aufzubringen, die aufgebracht werden müssen, um eine geordnete Auswanderung in die Wege zu leiten.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Der Herr Minister des Innern!

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich fast durchweg zustimmen und ich werde seine wertvollen Anregungen gern verwerten oder weitergeben.

(Zuruf.)

— Ja, weitergeben! Denn zum großen Teil sind es Anregungen, die sich auf unsere gesamte Politik beziehen, und an denen ich nur mitarbeiten kann. Das gilt namentlich für die Frage der **Innensiedlung,** die ganz gewiß das beste Mittel ist, um der Auswanderung zu steuern, die aber in das Ressort des Herrn Reichsarbeitsministers fällt und der dieser sein größtes Interesse entgegenbringt.

Im übrigen hat der Herr Vorredner ganz gewiß darin recht, wenn er erklärt, daß die Festigung der Ordnung und die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten das wichtigste und beste Mittel ist, um der **Auswanderung** zu steuern. Trotzdem ist ja auch der Herr Vorredner selbst der Ansicht, daß es erforderlich ist, mit Maßnahmen gegen die Auswanderer nicht zu warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern sich schon jetzt mit ihnen zu beschäftigen. Denn in der Tat ist die Neigung zur Auswanderung in Deutschland schon jetzt im Steigen begriffen. Die außerordentlich kleine Zahl von 25 000 Auswanderern, die wir vor dem Kriege hatten, wird vielleicht nicht aufrechtzuerhalten sein.

(Hört! hört! rechts.)

Es ist deswegen erforderlich, sich den Fragen der Auswanderung mit größerer Aufmerksamkeit zuzuwenden als (B) bisher, auch wenn man der Zuversicht Ausdruck gibt, daß es gelingen werde, eine zu starke Auswanderung zu vermeiden.

Die Mittel, die mit einer Million dafür angefordert sind, scheinen dem Herrn Vorredner zu gering. Ich darf zu dieser Etatsposition wie zu mancher anderen hier nur das eine erklären: heute, wo es sich um ganz neue Verhältnisse handelt, läßt sich etatsrechtlich nicht mit solcher Sicherheit arbeiten, wie das in normalen und ruhigen Verhältnissen der Fall ist. Wir können nicht übersehen, ob diese Summe ausreichen wird, und es wird unter Umständen erforderlich sein, sie zu überschreiten. Auch hier darf ich annehmen, daß die Nationalversammlung nicht wünscht, daß an falscher Stelle gespart wird.

Im übrigen ist ein **Reichswanderungsgesetz** in Vorbereitung, das sich namentlich damit befassen wird, dem auf diesem Gebiete wuchernden Geschäftsgeist, der die Konjunktur ausnützen möchte, Einhalt zu gebieten. Das Reichswanderungsgesetz wird namentlich den Schutz des Auswanderers vor der Reise, also die Ueberwachung der verschiedenen Auswanderungsbureaus, in seinen Geschäftskreis ziehen und selbst seinerseits mit Rat den Auswanderern zu Hilfe kommen. Das **Reichswanderungsamt** wird in steigendem Maße von Auswanderern in Anspruch genommen, und es kann nur dringend in aller Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden, wie wünschenswert und notwendig es ist, daß jeder, der auswandern will, sich der Hilfe des Reichswanderungsamts bedienen möge. Der Schutz auf der Reise ist im allgemeinen durch das bestehende Auswanderungsgesetz bereits ordnungsmäßig geregelt. Dagegen wird in dem neuen Gesetze der Schutz nach der Reise, also im Zielland, einer verstärkten Behandlung bedürfen. Insbesondere ist beabsichtigt, dafür zu sorgen, daß bei den Gesandtschaften und bei den großen Konsulaten Personen vorhanden sind, die aus (C) ihren Erfahrungen heraus in der Lage sind, den Auswanderern und, was ebenso wichtig ist, den Auswanderinnen zu helfen und dafür zu sorgen, daß sie nicht in falsche Hände geraten und etwa der Versklavung und Ausbeutung anheimfallen.

Ich glaube also, im ganzen dem Herrn Vorredner zusagen zu können, daß die Wünsche, die er zum Ausdruck gebracht hat, ihrer Erfüllung entgegengehen.

(Bravo!)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. — Der Tit. 1 ist nicht angefochten; ich stelle seine Annahme fest.

Ich rufe auf Tit. 2. — Angenommen.

Kap. 7c Tit. 1, — 2, — 3. — Bewilligt.

Kap. 8 — angenommen.

Kap. 9, Reichsgesundheitsamt, Tit. 1. Dazu liegt vor der Antrag Agnes und Genossen Nr. 1145; auch liegen wieder Wortmeldungen vor.

Entschuldigen Sie, meine Herren, daß ich die Bemerkung mache: ich glaube, beim Reichsgesundheitsamt wird etwas, was für die nächsten Wochen absolut dringlich ist, kaum zu sagen sein. Schon früher ist in jedem Jahr viel darüber geredet worden. Es kann im März oder im April darüber viel geredet werden. Aber jetzt, wo wir mit der Zeit so schlecht daran sind, möchte ich doch zur Erwägung anheimgeben, ob längere Ausführungen beim Reichsgesundheitsamt angezeigt sind. Wir müssen heute noch einen Teil des Arbeitsministeriums erledigen; das Arbeitsministerium muß morgen fertig werden. Darauf muß ich pflichtgemäß aufmerksam machen. Ich bitte auch die Herren Redner, sich dieses Verantwortungsgefühls bewußt zu sein.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Trinks.

Trinks, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat ganz recht: es ließe sich zu diesem (D) Kapitel sehr viel sagen, weil die Einrichtung des Reichsgesundheitsamts eine sehr wichtige Einrichtung ist. Aber ich will mich angesichts der Tatsache, daß wir jede Minute Zeit brauchen, darauf beschränken, ein paar Worte zu den Anträgen zu sagen, die hierzu vorliegen.

Was zunächst den Antrag Arnstadt und Genossen auf Drucksache Nr. 1216 anlangt, so sind wir der Meinung, daß er zurückgestellt werden muß.

Was den Antrag Agnes und Genossen auf Drucksache Nr. 1145 betrifft, so sind wir mit den Tendenzen des Antrags einverstanden. Es ist gar kein Zweifel, daß man einmal der Frage nähertreten muß. Wir sind durchaus der Meinung, daß die **Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums** wichtig und notwendig ist. Wir sind aber ferner der Auffassung, daß dieser Antrag, ohne daß er einer gründlichen Beratung unterzogen worden ist, hier im Plenum nicht angenommen werden kann. Deshalb würden wir vorschlagen, daß dieser Antrag der sozialen Kommission, dem sogenannten siebenten Ausschuß, überwiesen wird, wenn die Antragsteller damit einverstanden sind; wenn nicht, so wären wir nicht in der Lage, wie die Dinge hier liegen, ihn ohne weiteres anzunehmen, weil wir überzeugt sind, daß es gar nicht möglich ist. Darum müssen wir darauf bestehen, daß er dem siebenten Ausschuß überwiesen wird.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Das Kapitel 9 Titel 1 hat es mit dem Reichsgesundheitsamt und mit der Förderung der Volkshygiene zu tun. Die Volksgesundheit ist das Fundament jeder vernünftigen Politik. Grundsätzlich möchte ich hier noch in den Vordergrund stellen, daß die Volkshygiene von je das Stiefkind

(**Kunert**, Abgeordneter.)

(A) aller kapitalistischen Staaten und Regierungen gewesen ist. Ein Beweis für die Richtigkeit dieser meiner Auffassung liegt nicht nur in den Zuständen Deutschlands, sondern auch in denen des Auslandes vor. Es ist augenblicklich — das will ich nach der aktuellen Seite hin sagen — ein **Tiefstand des Gesundheitswesens und der Gesundheitspflege** erreicht worden wie nie zuvor. Das ist geschehen unter der verheerenden Einwirkung des Krieges, der Unterernährung und vieler grassierender Krankheiten, der Grippe, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten usw., auf die ich im einzelnen natürlich nicht eingehen will.

Alles das ist geschehen trotz der Voraussage des Präsidenten des Gesundheitsamts, des früheren kaiserlichen, des jetzigen republikanischen Präsidenten des Gesundheitsamts, des Herrn Dr. Bumm. Herr Dr. Bumm hat mit der allergrößten Zuversicht sogar noch im Jahre 1918, als das große Sterben der Zivilbevölkerung bereits längst eingesetzt hatte, darauf im Parlament hingewiesen, daß Deutschland den Krieg ohne schwere Erschütterung der Volksgesundheit überstehen und bis zum Siege durchhalten werde. Es ist natürlich vom Durchhalten bis zum Siege absolut nichts zu merken gewesen, im Gegenteil, es kam ein überraschend furchtbarer militärischer und hygienischer Zusammenbruch.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daher rührt es, daß wir zu unserm Antrag gekommen sind. Es muß nämlich unter allen Umständen etwas Durchgreifendes dagegen geschehen. Es handelt sich um einen Gegenstand, den man rednerisch in zehn Stunden nicht erschöpfen könnte. Darum beabsichtige ich, mich ganz kurz zu fassen und vielleicht nur ebensoviel Minuten oder einige mehr auf die hochbedeutsame Sache zu verwenden.

Der Herr Abgeordnete Trinks hat sich über unsern Antrag sympathisch ausgesprochen. Er meinte freilich, (B) daß der Antrag dem 7. Ausschuß für Sozialpolitik zu überweisen sei. Ich kann mich nach Übereinkunft mit meinen Fraktionsfreunden durchaus nicht damit einverstanden erklären. Wir wollen eine klare und unzweideutige Entscheidung sofort haben. Wir verlangen also darum die Abstimmung über unsern Antrag. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, dann haben wir noch immer die Möglichkeit, uns der anderen Auffassung anzuschließen und für den anderen Antrag, falls er formuliert werden sollte, zu stimmen. Ich lehne Ihren Vorschlag nicht absolut ab, im Gegenteil, ich würde mir unter Umständen vorbehalten haben, nach Ablehnung unseres Antrags auch den Überweisungsantrag zu unterstützen.

Zur Motivierung will ich ganz kurz nur einige Bemerkungen machen. Bevor ich darauf eingehe, ist es freilich erforderlich, Ihnen den Wortlaut zu geben. Der Antrag lautet:

> Das Gesundheitswesen ist auf der Grundlage der Vergesellschaftung und der Unentgeltlichkeit des Heilwesens und der Geburtshilfe sowie der Vergesellschaftung der Herstellung und des Vertriebes von Arznei- und Heilmitteln durch ein Reichsgesundheitsministerium zu verwalten.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß das **Gesundheitsministerium** mit einem technischen Beamten, mit einem Arzt an der Spitze eine absolute Notwendigkeit ist, die auch von dem Ärztestand selbst anerkannt wird. Jetzt vor wenigen Wochen ist der 41. deutsche Ärztetag abgehalten worden, und da hat man inhaltlich diesem Gedanken ebenfalls nachhaltig Ausdruck gegeben.

Der zweite Punkt, der hervorstechend ist, ist die Verstaatlichung, und zwar handelt es sich da zunächst um die **Verstaatlichung** des wucherischen **Apothekenwesens**, dann ferner um die des arg vernachlässigten, will ich schonend sagen, richtiger wäre: des schwer rückständigen **Hebammenwesens**. (C) Beides ist für die **Vergesellschaftung** reif, und die Durchführung der Sache ist verhältnismäßig leicht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was nun die **Vergesellschaftung des Ärztewesens** anlangt, so ist das die schwierigste Frage, weil ein großer Teil der Ärzte dem noch entgegensteht. Aber es ist das das Wichtigste, es ist das das Entscheidende in der ganzen Frage. Die Gesundheitspflege darf unter keinen Umständen zu einem Bereicherungsgeschäft von Privatpersonen verschandelt werden. Dagegen müßten sich Parlament und Volk geschlossen auflehnen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun bin ich verpflichtet, auf die unmittelbare Ursache aufmerksam zu machen, die uns zur Einbringung unseres Antrages bewogen hat. Sie liegt in dem Verhalten der Regierung, und zwar in der 58. Vollsitzung der Nationalverfassung vom 16. Juli. Damals stand ein Abänderungsantrag 473 zur Beratung, der zu dem Art. 118 der Reichsverfassung gestellt war. Er wurde eingebracht und von unserem Fraktionsredner begründet und hatte den Wortlaut des Antrages, den ich Ihnen soeben vorgelesen habe. Aus mir und uns allen völlig unbekannten Ursachen vermied es die Regierung, ihre Stellungnahme zu diesem Antrage in irgendeiner Form zu kennzeichnen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geehrte Versammlung! Es war damals notwendig, einigermaßen eingehend diese schwerwiegende und weitschichtige Materie zu behandeln, und es war in der Tat eine exemplarische Strafe für den Redner, darüber bei äußerst knapp kontingentierter Redezeit unter der Peitsche der Geschäftsordnung von damals sprechen zu müssen. Es wurde in Weimar eine regelrechte, unerträgliche und unwürdige Durchpeitschung der verschiedenen Verfassungsmaterien verlangt und auch durchgesetzt.

Die andere unmittelbare Ursache für meine Fraktion, (D) die zur Einbringung des Antrages führte, liegt in dem folgenden: Wir formulierten am 28. Juli 1919 folgende Anfrage:

> Die Volksgesundheit ist durch Krieg, Unterernährung und Hunger schwer beeinträchtigt und bis in ihre Grundfesten erschüttert.
>
> Die Gesetze der Hygiene, die so lange mit Füßen getreten sind, wie Professor Rubner, Direktor des Physiologischen Instituts und des Instituts für Arbeitsphysiologie, mit vollem Rechte ausspricht, diese Gesetze der Hygiene müssen wieder Geltung erlangen.
>
> Ist die Reichsregierung bereit, um den hygienischen Forderungen die ihnen gebührende Geltung zu sichern, auf eine reichsrechtliche Regelung und tiefgreifende Neuordnung des gesamten Gesundheitswesens hinzuwirken durch die Unentgeltlichkeit des ganzen Heilwesens, durch die Vergesellschaftung des Ärztewesens, der Geburtshilfe sowie des Arznei- und des Heilmittelvertriebes, durch die Einrichtung eines Reichsgesundheitsministeriums mit ärztlicher Spitze? Was gedenkt die Regierung zu tun?

Meine Damen und Herren! Die Regierung erteilte auf diese Anfrage keine Antwort, weil sie keine Antwort geben konnte. Der Herr Präsident der Nationalversammlung war nämlich der durchaus irrigen Ansicht, daß die Anfrage über den ihr zustehenden Rahmen inhaltlich hinausgehe. Dieses doppelt denkwürdige Verhalten der Regierung und des Präsidenten ist also die eigentliche direkte Ursache dazu, daß wir uns mit dieser Sache von neuem für einige Zeit befassen müssen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Kunert**, Abgeordneter.)

(A) Nun noch ein Wort über die hier einschlägige Literatur, die außerordentlich weitschichtig ist, was mich trotzdem nicht veranlaßt, auf eine Menge von Details hierbei einzugehen. Denn ein Kerngedanke, ein siegreich durchschlagender Gedanke ist darin vorhanden, nämlich der, daß das gesamte Heilwesen, das Hebammenwesen ebenso wie der Beruf des Arztes nicht zu einem profitablen Geschäft herabgewürdigt werden dürfen, daß insbesondere der Arzt nicht wirtschaftlich an der Krankheit seines Patienten irgendwie interessiert sein darf. Nur der Arzt steht auf der Höhe seiner Aufgabe, der nicht an der Krankheit, sondern vorbeugend an der Gesundheit und an der Gesundung der leidenden Menschheit lebhaftes Interesse nimmt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unser Antrag wünscht deshalb im wohlerwogenen Interesse der Gemeinschaft die Unentgeltlichkeit, die Vergesellschaftung und die einheitliche Leitung, um der Organisationslosigkeit und der damit verbundenen verwüstenden Anarchie auf dem hygienischen Gebiete dauernd ein Ende zu machen. Ich darf von mir sagen, daß ich in der Zeit von 1916 bis 1918 und 1919 in diesem Sinne im Parlament mit aller Energie tätig gewesen bin. Ich richte aus dieser Erfahrung einen Appell an alle Anwesenden, an alle Parteien — denn es ist eine Sache, die wirklich ohne Unterschied der Partei behandelt werden könnte und sollte —, dem Antrage, der Ihnen vorgelegt ist, zuzustimmen. Es handelt sich um das kostbarste Gut der Arbeiterklasse, der Nation, um die Volksgesundheit, es handelt sich um die Gegenwart, um die Zukunft und auch um den Aufstieg aus entsetzlichem Elend, auf den wir doch alle hoffen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Ich richte meinen Appell insbesondere auch an die Rechtssozialdemokraten, die sich ja zum Teil sympathisch zu der Sache stellen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie in der Tat am 16. Juli 1919 diesen Antrag niedergestimmt haben. Sie können das jetzt wiedergutmachen. Versuchen Sie es, zu Ihrem alten Programmpunkt zurückzukehren, der ja hier nur umschrieben wird, und sagen Sie nicht, Sie hätten in bezug auf Grundsatzlosigkeit von 1914 bis heute schon so viel getan, daß Ihnen mehr zu tun kaum etwas übrig bliebe. Denken Sie auch daran, daß ein sehr naher Tag der Abrechnung kommt, das ist der Wahltag. Sie sind im Juli nach der rechten Seite hin umgefallen; fallen Sie im Oktober nach links herüber, so könnte Ihnen das außerordentlich günstig angerechnet werden.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Kunert! Wenn ich recht unterrichtet bin, ist gerade von der Seite, die Sie eben bekämpfen, der Antrag gestellt worden, es an einen Ausschuß zu verweisen, und ich glaube, Sie stimmen dieser Anregung auch bei. Da könnten Sie ja die Polemik unterlassen. Ich glaube, das ganze Haus will es an den Ausschuß verweisen; darüber sind wir alle einig, und dann würde nicht eine kostbare Zeit vertan.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Ich habe mich unzweideutig über das bereits zu Anfang meiner Rede ausgesprochen, was der Herr Präsident anregte. Ich bin mir darüber nämlich vollständig klar, daß schon heute über unseren Antrag zu entscheiden ist. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Herren Rechtssozialdemokraten noch in diesem Jahre im Juli gegen diesen unseren Antrag gestimmt haben. Jetzt rechne ich also etwas damit, daß sie sich endlich auf unsere Seite stellen. Ich wende mich nochmals an alle Fraktionen des Hauses mit dem Ersuchen, diesem Antrag zunächst — ohne Verschleppung in eine Kommission — zustimmen zu wollen. (C) Es handelt sich hier in der Tat darum, den ersten Schritt zu tun, um ein großes hygienisches Problem zu lösen.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat sich darüber beklagt, daß seine Anregungen im vorigen Sommer von der Regierung nicht beachtet worden seien. Das veranlaßt mich, trotz der drängenden Zeit mit einigen wenigen Worten auf seine Anregungen einzugehen. Ich will mich von einer sachlichen Behandlung der Sache auch dadurch nicht ablenken lassen, daß sich der Herr Vorredner in mancher Beziehung ganz zweifellos in Übertreibungen bewegt hat. Wenn er davon sprach, daß die Hygiene bei uns stets mit Füßen getreten und daß sie das Stiefkind der Regierung gewesen sei, so sollte das in einem deutschen Parlament nicht ausgesprochen werden, gerade bei einem Gegenstand wie diesem, bei dem in der ganzen Welt bekannt ist, daß die **deutsche Gesundheitspflege** an der Spitze marschiert ist.

(Sehr richtig!)

Andere große Kulturländer sind unseren Spuren gefolgt. Ich hoffe, daß das auch in Zukunft so sein wird, und werde das Meinige dazu tun, dazu beizutragen.

Im übrigen krankt der Antrag, den der Herr Vorredner begründet hat, meines Erachtens an dem so häufig zu beobachtenden Fehler, daß man glaubt, mit einer einzigen Resolution, einem einzigen Antrag lösen zu können, was nur im Wege ruhiger und allmählicher Entwicklung dem Ziele nähergeführt werden kann.

(Sehr richtig!)

(D) Denn daran ist gerade auf dem Gebiete des Gesundheitswesens kein Zweifel, daß wir mehr und mehr dazu übergehen, diese Dinge nicht vom Standpunkt des privatwirtschaftlichen Interesses anzusehen, sondern Gründe und Motive des öffentlichen Wohls in den Vordergrund zu kehren, und daß wir aus diesem Grunde in den letzten Jahrzehnten große Erfolge erzielt haben.

Die Ärzteschaft ist darüber einig, daß zwar die Heilung der Krankheiten nicht zu einer bureaukratischen Angelegenheit gemacht werden darf, daß aber das ganze große Gebiet der **vorbeugenden Gesundheitspflege** und der **sozialen Hygiene** nicht unter dem Gesichtspunkt der Privatwirtschaft behandelt werden kann, sondern daß diese Dinge mehr und mehr in die öffentliche Hand übergeführt werden müssen. Ich erinnere an die Fürsorgestellen gegen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, ich erinnere an die Schwangeren-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, an das Schulärztewesen und andere derartige Einrichtungen, die wir in den letzten Jahrzehnten in Deutschland geschaffen haben und die sich zweifellos in der Tendenz bewegen, in der der Herr Vorredner, wenn auch in überstürzter Weise arbeiten will. Ich erinnere daran, daß eine Möglichkeit, das Apothekenwesen in die öffentliche Hand zu übernehmen, im Kommunalisierungsgesetz vorgesehen ist. Ich verweise dann auf das Gebiet nicht der vorbeugenden, sondern der heilenden Fürsorge, auf das Krankenkassenwesen, das immerhin in derselben Richtung liegt. Auch der Herr Vorredner wird nicht der Meinung sein, daß das **Krankenkassenwesen,** weil es dem hier bezeichneten Ideal nicht in jeder Hinsicht entspricht, etwa abgebaut werden soll, sondern er wird mit mir der Meinung sein, daß es auszubauen und auf diesem Wege ein sozialer Fortschritt zu erzielen ist. Es ist also kein Zweifel daran, daß wir entsprechend dem Zuge unserer Zeit fortfahren werden, diese Angelegenheit vom Stand-

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) punkte des öffentlichen Wohls zu betrachten und die Hand des Staates und der Gemeinden mehr in diese Angelegenheit hineinzubringen, als man das vielleicht vor 10 oder 20 Jahren für richtig gehalten hat. Auf diesem Wege ruhig und besonnen weiterzuarbeiten, wird unsere Aufgabe sein.

Wenn nun aus diesem Gesichtspunkt und im Zusammenhang damit ein besonderes **Gesundheitsministerium** gefordert wird, so meine ich, daß die Vermehrung der Ministerien im Reich in letzter Linie doch nur dazu führen würde, die Geschäfte unübersichtlich zu gestalten. Zuviel Ministerien schaffen, heißt zu viel Reibungspunkte schaffen, und gerade das Gesundheitswesen, dessen Fürsorge in den verschiedensten Ministerien gehandhabt werden muß, vom Reichswirtschaftsministerium vom wirtschaftlichen Standpunkt, vom Reichsarbeitsministerium vom Standpunkt der Arbeitersozialpolitik, in meinem Ministerium vom Standpunkte der allgemeinen Vorbeugung gegen Krankheiten, — also das Gesundheitswesen würde es am schlechtesten ertragen, wenn es herausgezogen würde, sodaß die gesundheitlichen Rücksichten dann nicht mehr im Schoße jedes einzelnen Ministeriums behandelt würden, sondern man von außen versuchen müßte, in die betreffenden Ministerien den Standpunkt der Gesundheitspflege und die Wünsche der Gesundheitspflege hineinzubringen. Das würde der Gesundheitspflege nicht förderlich, sondern abträglich sein. Es kommt hinzu, daß das Reich auch heute noch ein Bundesstaat ist und große Aufgaben auf dem Gebiete der Gesundheitspflege bei den Ländern verbleiben, sodaß auch in dieser Richtung für eine Betätigung eines besonderen Gesundheitsministeriums kein Raum ist.

Wenn bei der ganzen Frage vielleicht die Absicht ist, ein Fachministerium zu schaffen in dem Sinne, daß auch die Leitung in der Hand eines Fachmannes liegt, so bin (B) ich der Meinung, daß es für die oberste Leitung auf keine fachliche Vorbildung, auch auf die juristische Vorbildung nicht ankommt, sondern daß derjenige, der an der Spitze steht, seine Aufgabe nur darin sehen kann, die verschiedenen fachlichen Gesichtspunkte nach Möglichkeit zu vereinen und auszugleichen. Es soll also auch nach dieser Richtung hin, glaube ich, in meinem Ministerium nicht daran fehlen, daß die Wünsche und Anregungen der Fachleute — und wir haben ja einen vortragenden Rat, der Fachmann ist — in hinreichendem Maße berücksichtigt werden.

Ich fasse mich also dahin zusammen: Wir haben auf dem Gebiete der Gesundheitspflege Vortreffliches geleistet, und wir werden uns bemühen, auch in Zukunft Vortreffliches zu leisten. Die Anregungen des Herrn Vorredners sind an sich in mancher Hinsicht nicht unbegründet; sie werden aber zweckmäßig nicht in überstürzter Weise, sondern im Wege der ruhigen Entwicklung berücksichtigt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Der Herr Minister steht im allgemeinen den Anregungen, die wir soeben gegeben haben, nicht unfreundlich gegenüber. Das genügt nicht. Es sind ihm auch in seiner Rede eine Reihe von Irrtümern und Mißverständlichkeiten unterlaufen, auf die ich nur teilweise im einzelnen zurückkommen werde.

Der Herr Minister befindet sich vollständig im Irrtum, wenn er glaubt, daß er bei der Ablehnung eines **Gesundheitsministeriums** die Unterstützung der Ärzte haben würde. Die Ärzte stehen in ihrer überwiegenden Mehrheit — das wird mir jeder Arzt bestätigen können — auf dem Standpunkt, den ich hier anfänglich in meinem Antrage vertreten habe. Dann gibt es eine große Reihe modern (C) denkender Ärzte, die meinen Antrag in allen seinen Teilen billigen und mit ihrer Zustimmung und ihren weitergehenden Forderungen nicht zurückgehalten haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein sachlicher Irrtum ist dem Herrn Minister unterlaufen, insofern als er gemeint hat, ich hätte übertreibend gesagt: die Gesetze der Hygiene, die so lange mit Füssen getreten sind, müssen wieder Geltung erlangen. Das habe ich — obschon ich es für richtig halte — nicht gesagt, sondern ich habe diesen Satz als Zitat aus einer Rubnerschen Rede, die er vor zustimmenden Koryphäen und gelehrten Medizinern, also vor einer fachwissenschaftlichen Versammlung, im Dezember 1918 gehalten hat, angeführt. Er sagte darin und an anderen Stellen folgendes:

> Ein wichtiges Nahrungsmittel nach dem anderen mußten wir entbehren. Wir bekamen es nur in homöopathischen Dosen. Der von einem Siechenhause eingeforderte Bericht lautete lakonisch: Insassen alle gestorben! Die Gesetze der Hygiene,

— ich habe also nicht übertrieben, Herr Minister, das sagt alles noch der gleichfalls nicht übertreibende Rubner! —

> die so lange mit Füßen getreten worden sind, müssen wieder Geltung erlangen.

Rubner stellt auch die Berechnung auf, daß die Auffütterung von 50 Millionen deutscher Menschen, die an **Unterernährung** tatsächlich schwer gelitten haben und noch leiden, einen Kostenaufwand von annähernd 3 bis 4 Milliarden erfordern würde. Das ist doch wirklich schlimm genug, wenn in den Augen einer Autorität ersten Ranges die Dinge so stehen, wenn ein Mann, der eine genaue wissenschaftliche Kenntnis von diesen Sachen hat, sagt: so und so ist es. — Ich bin kein Autoritätsanbeter, aber ich wüßte von allen den Lebenden keinen zu nennen, der so (D) mit Fug und Recht hierbei ins Treffen geführt werden kann wie gerade Rubner, der hier von dieser Stelle aus im Jahre 1915 von der Reichstagstribüne zu uns Abgeordneten gesprochen hat, — allerdings in einem wesentlich anderen, wesentlich abgemilderten Sinne, wie es in der erwähnten Medizinerversammlung nach dem Novemberzusammenbruch geschehen ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was die Notwendigkeit betrifft, mit der **Vergesellschaftung des Ärztewesens** endlich zu beginnen, so gestatten Sie mir, gegenüber dem Herrn Minister, der auch da schwere Bedenken geäußert oder angedeutet hat, noch einige Gründe für meinen Standpunkt ins Feld zu führen. Ich bin der Ansicht, daß der Arzt als Geschäftsmann geradezu eine soziale Gefahr ist. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die **Medizinaltaxen** außerordentlich hoch sind. Gestatten Sie mir, dafür einige Beispiele anzuführen. Für den ersten Besuch, die eingehende Untersuchung mit dem Scheidenspiegel, die Unempfindlichmachung, Novacineinspritzung, eine kleine Operation eines Abzesses oder dergleichen, die Anlegung eines Verbandes, dann das Verweilen bei einem Kranken pro angefangene halbe Stunde soundsoviel, für andere Zeitversäumnis usw., — das gibt also für einen Besuch die Summe von 20 bis 69,50 Mark. Ein Berliner Arzt, ein berühmter Professor, erhält für jede Salvarsaneinspritzung 100 bis 500 Mark. Wöchentlich nimmt er rund 50 000 Mark ein. Ferner sind gewisse Mindestsätze festgestellt, über die man aber auf Grund einer „stillschweigenden Vereinbarung" weit hinausgehen kann. Dann sind es leider Tatsachen, daß die Krankenkassen unter der Last der **Ärztehonorare** seufzen, daß zum Beispiel für einen solchen Krankenkassenlöwen 60 000 Mark und mehr ausgegeben werden müssen. Ferner ist es Tatsache, daß der

(**Kunert,** Abgeordneter.)

(A) Arzt aus der Krankheit eines Arbeiters für sich erheblich mehr herausholt, als der Kranke überhaupt für sich und seine Familien an Krankengeld zum Leben erhält.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun ist es ja richtig, daß auch die anderen Nationen schwer durch den bestialischen Krieg und seine entsetzlichen Folgen gelitten haben. Ich erinnere an Frankreich, an Italien und Serbien usw., die vollständig darniederliegen, vor allen Dingen auch an **England.** Auch hier ist ein kolossaler kultureller und hygienischer Rückgang erfolgt, der speziell in dem **Rückgang der Geburten** zum Ausdruck gelangt. Die Anzahl der Todesfälle ist fast gleich der Anzahl der Geburten, also ein außerordentlich ungünstiges Zeichen, wie es in den vergangenen Jahren und Dezennien niemals in England vorhanden war.

Allerdings ist das nach meiner Auffassung für uns kein Trost. Wir haben mit aller Kraft nach einheitlichem Plan sozialisierend aufzubauen, und da muß man eben energische Mittel, die unser Antrag vorschlägt, anwenden. Ich ersuche Sie deshalb nochmals dringend, einen Anfang zu machen und unserm Antrage zuzustimmen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen; Tit. 1 ist genehmigt.

Es kommt hier noch zur Abstimmung die Entschließung der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen, die soeben ausführlich besprochen worden ist. Von einer Seite ist angeregt worden, diese Entschließung an den 7. Ausschuß zu überweisen. Von seiten der Antragsteller ist meines Wissens Widerspruch dagegen nicht erhoben, sondern dem zugestimmt worden. — Oder wünschen Sie, daß darüber abgestimmt werde?

(Abgeordneter Kunert: ich hatte Abstimmung über unsere Entschließung beantragt!)

(B) — Dann bringe ich die Entschließung Frau Agnes und Genossen:

> Das Gesundheitswesen ist auf der Grundlage der Vergesellschaftung und der Unentgeltlichkeit des Heilwesens und der Geburtshilfe, sowie der Vergesellschaftung der Herstellung und des Vertriebes von Arznei- und Heilmitteln durch ein Reichs-Gesundheits-Ministerium zu verwalten —

zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Pause.)

Der Antrag ist abgelehnt.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nun der Antrag auf Überweisung!)

— Der Antrag selbst ist ja abgelehnt! Die Herrschaften hätten sich das vorher klarmachen müssen; ich hatte die Frage deutlich genug gestellt! Wenn ein Antrag vom Plenum abgelehnt ist, ist in einem Ausschuß kein Platz mehr zu seiner Beratung. Die Angelegenheit ist damit erledigt; an einen Ausschuß kann die Entschließung nicht mehr überwiesen werden.

Tit. 2. — Angenommen.

Zu Tit. 3 liegt vor ein Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1216, statt „34 Bureaubeamte“ zu setzen: „40 Bureaubeamte“.

Ich weiß nicht, ob die Regierung sich dazu erklären will.

Koch, Reichsminister des Innern: Das habe ich gestern erklärt, Herr Präsident, daß ich es beim **Reichsgesundheitsamt** für erwünscht halten würde, wenn der Reichstag diese **vermehrten Stellen** bewilligt. Selbstverständlich kann ich diese Erklärung nur vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums abgeben.

Präsident: Es wird also von der Regierung die (C) Zustimmung des Reichsfinanzministeriums vorbehalten. Natürlich müßte dann auch dementsprechend die kalkulatorische Umrechung von dem Ministerium vorgenommen werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die nach dem Antrag Arnstadt und Genossen statt „34 Bureaubeamte“ „40 Bureaubeamte“ bewilligen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Tit. 4, — 5, — 6. — Angenommen.

Ich rufe auf Kap. 10, Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Tit. 1 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Bei diesem Kapitel möchte ich lediglich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die bei der **Physikalisch-Technischen Reichsanstalt** bestehende **Besoldung der Beamtenanwärter und** auch **der Beamten** richten. Es ist selbstverständlich, daß jetzt außerhalb der geplanten großen Besoldungsreform eine Veränderung der Besoldungssätze selbst nicht möglich ist, aber die Besoldung ist hier doch derart, daß den einfachsten wirtschaftlichsten Notwendigkeiten nicht genügt wird. Mir sind Zahlen genannt worden, wonach **Hilfsmechaniker,** die sich bereits zwei bis neun Jahre im Dienste dieser Anstalt befinden, nur ein Monatsgehalt einschließlich der Teuerungszulage von 280 Mark bekommen, 25 Mechaniker nur ein solches von 300 bis 385 Mark, und 40 erhalten zwischen 400 und 475 Mark monatlich. Es ist klar, daß mit derartigen Gehaltssätzen kein Angestellter, kein Beamter mit seiner Familie wirtschaftlich durchkommen kann, auch kein Lediger. Die Besoldungssätze der Hilfsmechaniker sollen durchweg nur 4 Mark täglich betragen. (D)

Ich glaube, daß es möglich ist, auch jetzt schon über diese Besoldungssätze hinauszugehen. Ich spreche den Wunsch aus, sofort Hilfe zu bringen, und zwar dadurch, daß man für die Hilfsmechaniker den Tagegeldsatz entsprechend erhöht. Es ist aber auch notwendig, für die im Beamtenverhältnis stehenden Mechaniker sofort Hilfe zu schaffen; das ist möglich, indem man die Spezialfonds, die dem Herrn Minister zur Verfügung stehen, für laufende Beihilfen benutzt, um so der außerordentlich großen Notlage sofort abzuhelfen. Ich hoffe, daß die Wünsche, die durch die Organisation dieser Beamten dem Herrn Minister unterbreitet worden sind, recht bald erfüllt werden, denn die Notlage ist bei jenen Beamten und Beamtenanwärtern eine außerordentlich große.

Präsident: Das Wort hat der Herr Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald,** Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Wirklicher Geheimer Rat: Die Angelegenheit wird selbstverständlich geprüft werden. Ich kann nur bemerken, daß die **Beamten und Angestellten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt** nach genau den gleichen Sätzen besoldet werden wie in allen anderen Reichsbehörden. Aber der Fall, den der Herr Abgeordnete angeführt hat, wird nachgeprüft und wenn möglich Abhilfe geschaffen werden.

Präsident: Tit. 1 ist nicht beanstandet; angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. — Bewilligt.

Kap. 10a, Reichsluftamt. Hierzu liegt ein Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1215 der Drucksachen vor.

(Zuruf von der Regierungsbank.)

(Präsident.)

(A) Das Reichsluftamt kann hier ausscheiden, weil es beim Reichsverkehrsministerium wieder vorkommt. Der Antrag Nr. 1215 müßte also dort erledigt werden.

Kap. 10b, Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a, — 9. —

Kap. 10c, Reichsarchiv. —

Kap. 10d, Zentralnachweisebureau und Kriegergräberfürsorge. Hierzu liegt ein Antrag des Ausschusses auf Nr. 1137 vor, statt „Zentralnachweisebureau und Kriegergräberfürsorge" zu setzen: „Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräberfürsorge", also nur eine Änderung der Kapitelüberschrift. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrage des Ausschusses zustimmt. —

Kap. 10e, Landesvermessung. — Angenommen.

Einmalige Ausgaben, Kap. 3 Tit. 1 bis 25. — Alle 25 Posten sind genehmigt.

Außerordentlicher Etat, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6. — Damit sind die Ausgaben erledigt.

Es folgen die Einnahmen, Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. — Bewilligt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Unsere Entschließung betrifft nicht allein das Reichsluftamt, sondern auch das **Reichsarchiv,** das **Zentralnachweisamt** und die **Landesvermessung.** Ich bitte, über diese Entschließung, abgesehen von dem Teil, der sich auf das Reichsluftamt bezieht, jetzt schon abstimmen zu lassen.

Präsident: Das ist richtig. Die anderen drei Posten, abgesehen vom Reichs-Luftamt, gehen das Reichsamt des Innern an.

(Zustimmung rechts.)

Also: es liegt der Antrag Arnstadt und Genossen

(B) auf Nr. 1215 der Drucksachen vor, jetzt dahin geändert:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, der Nationalversammlung bis zur dritten Lesung des Haushalts eine Nachweisung der beim

Reichs-Archiv,
Zentralnachweisamt und bei der
Landesvermessung

beschäftigten Beamten, Hilfsbeamten, Aushilfskräfte und Arbeiter, sowie der ihnen gezahlten Gehälter und Löhne vorzulegen.

Das Reichs-Luftamt ist also ausgeschieden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Damit ist der Haushalt des Reichsministeriums des Innern erledigt.

Ich rufe auf

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums (Anlage IVb).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1183 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Hoch.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben, Kap. 13e Tit. 1.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums liegt zum ersten Male der gesetzgebenden Körperschaft vor. Sie wissen ja, daß das **Reichsarbeitsministerium** ursprünglich ein Teil des Reichsamts des Innern gewesen ist, dann bei der Zerlegung dieses Reichsamts in das neue Reichsamt des Innern und in das (C) Reichswirtschaftsamt dem letzten zugehörte und schließlich als selbständiges Ministerium eingerichtet worden ist. Ein Blick in die vorliegenden Haushaltspläne, in den ursprünglichen Plan und die Ergänzungen zeigt Ihnen, daß das neue Ministerium ganz und gar keinen Mangel an Arbeit hat.

Das Ministerium zerfällt in vier Abteilungen. Die beiden ersten Abteilungen behandeln die Arbeiterfragen. Von diesen beiden Abteilungen beschäftigt sich die zweite mit der Arbeiterversicherung und die erste mit den übrigen Arbeiterfragen. Die dritte Abteilung bearbeitet das Siedlungswesen und die vierte Abteilung die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer, die Kriegsverletzten und die Hinterbliebenen.

Das **Personal,** das für die Bearbeitung dieser Arbeiten notwendig ist, ist ziemlich bedeutend. Es werden diesmal als Zugang gefordert die Stellen für einen Direktor, sieben Vortragende Räte und fünf ständige Hilfsarbeiter. Eine eingehende Besprechung der Arbeiten, die das Reichsarbeitsministerium zu bewältigen hat, ergab, daß auch dieses Personal nur vorläufig genügt. Namentlich wird es notwendig sein, eine sehr große Anzahl von **Hilfskräften** einzustellen. Schon in den wenigen Monaten, in denen das Reichsarbeitsministerium in Tätigkeit ist, mußten immer mehr Hilfskräfte eingestellt werden. Eine ziemlich beträchtliche Summe ist für diesen Zweck in Aussicht genommen aber es herrschte im Haushaltsausschuß die Überzeugung, daß es den Herren im Reichsarbeitsministerium nicht möglich sein wird, mit den geforderten Summen auszukommen. Wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, daß diese Summe beträchtlich überschritten wird. Unter allen Umständen muß natürlich gefordert werden, daß das Reichsarbeitsministerium seine Arbeiten gründlich erledigt. Zum Teil sind diese Arbeiten noch gar nicht zu übersehen, sodaß das Reichsarbeitsministerium nicht in der Lage war, schon im einzelnen dem diesmaligen Haushaltsplan die (D) Forderungen für die neugebildeten Abteilungen zuzufügen. Es wurde verlangt und von den Herren auch zugesagt, daß im nächsten Haushaltsplan uns alle diese Forderungen in ihren Einzelheiten vorgelegt werden.

Es sind vorgesehen zwei **Direktoren,** während vier Abteilungen vorhanden sind. Daher wurde die Frage aufgeworfen, wie die beiden Direktoren verwendet werden sollen. Es wurde geantwortet, daß für die erste und für die vierte Abteilnng je ein Direktor bestimmt sei, da diese beiden Abteilungen für die nächste Zeit den größten Arbeitsstoff haben würden. Vor allen Dingen treffe das für die Abteilung 1 zu, die die Kodifikation des Arbeiterrechts vornehmen solle. Die beiden anderen Abteilungen würden kommissarisch von Vortragenden Räten geleitet.

In bezug auf die **Regelung der Heimarbeit** wurden die vorläufigen Pläne mitgeteilt. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, das ganze Heimarbeitswesen neu zu regeln. Insbesondere gedenken die Herren des Ministeriums, den Fachausschüssen erweiterte Aufgaben zu geben, namentlich ihnen einen maßgebenden Einfluß auf die Lohnfestsetzungen zu sichern. Das würde die Schaffung von Lohnämtern zur Folge haben. Ferner wird im Arbeitsministerium die Frage geprüft, ob eine Beschränkung der Heimarbeit notwendig ist und inwieweit eine solche Beschränkung durchgeführt werden kann. Ebenso soll die Frage der Beaufsichtigung der Heimarbeit näher behandelt werden. Überhaupt sollen die sämtlichen Bestimmungen, die sich auf die Heimarbeit beziehen, gründlich durchgearbeitet werden.

Auch wird die Frage besonderer **Arbeitergerichte** geprüft. Es wird daran gedacht, einem möglichst großen Kreise von Arbeitnehmern die Möglichkeit einer schleunigen und wenig kostspieligen Rechtsverfolgung zu geben. Ob die Kaufmannsgerichte und Gewerbegerichte aufrecht-

(**Hoch**, Berichterstatter.)

(A) erhalten werden, wird im einzelnen erörtert werden. Gerügt wurde, daß in dem Arbeitsministerium nur ein weiblicher Referent vorhanden ist. Die Fragen, die dort erledigt werden, beziehen sich zum Teil auf solche Verhältnisse, die am besten von einer Frau bearbeitet werden. Infolgedessen wurde vorgeschlagen und beschlossen,

die Reichsregierung zu ersuchen, **als vortragende Räte auch Frauen** zu berufen.

Die Herren des Reichsarbeitsministeriums haben zugesagt, diesem Wunsche nachzukommen. Ich habe Sie im Auftrag des Haushaltsausschusses zu bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Dann wurde auf die große Arbeit hingewiesen, die die **Neuregelung des Arbeiterrechts** im allgemeinen und der Arbeiterversicherung im besonderen dem Reichsarbeitsamt verursache. Es wurde das Bedenken aufgeworfen, ob es möglich sei, für diese wichtigen Arbeiten die nötige Zahl derjenigen Männer zur Verfügung zu stellen, die fähig sind, diese große Arbeit zu leisten. Die Herren teilten uns mit, in welcher Weise die Arbeiten zergliedert werden, sodaß zu erwarten ist, daß die Arbeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Abschluß kommen können; immerhin wird die Bearbeitung eines einheitlichen Arbeiterrechts längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Herren des Reichsarbeitsministeriums beabsichtigen deshalb, möglichst bald wenigstens mit den wichtigsten Teilen an die Gesetzgebung zu kommen, diese Teile zunächst fertigzumachen und sie dann sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

Bei der Bearbeitung der Reichsversicherungsordnung wird dieses Verfahren nicht anzuwenden sein. Die **Reichsarbeiterversicherung** muß naturgemäß ein einheitliches Ganzes sein. Aber auch diese Arbeit soll möglichst beschleunigt werden.

Vorher sollen einige Maßnahmen, die nicht länger (B) aufgeschoben werden können, erledigt werden. Es wird sich darum handeln, die Bezüge der Versicherten, die durch einen Betriebsunfall arbeitsunfähig geworden sind, und die ihrer Hinterbliebenen zu erhöhen. Sie wissen ja, daß die Nationalversammlung, bevor sie im Sommer auseinandergegangen ist, noch beschlossen hat, daß die Teuerungszulagen für die Alters- und Invalidenrente auf monatlich 20 Mark erhöht werde. Eine entsprechende **Zulage für die Bezieher von Unfallrente** konnte damals nicht durchgeführt werden. Das muß natürlich jetzt sobald als nur irgend möglich geschehen. Die Herren haben uns zugesagt, daß diese Angelegenheit in der allernächsten Zeit abgeschlossen werden wird.

Sodann wird die Frage möglichst bald zu regeln sein, wie die **Mehrausgaben für die Invalidenversicherung** gedeckt werden können. Auch dafür ist eine besondere Vorlage zu erwarten.

In bezug auf die neue Abteilung, die sich auf die **Versorgung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen** bezieht, ist die Frage aufgeworfen worden, wie es mit dem Gesetz steht, welches die Bezüge dieser Leute erhöhen soll. Wir sind wieder und wieder vertröstet worden, und zu unserem Bedauern haben wir auch bei dem jetzigen Zusammentritt der Nationalversammlung diesen unbedingt notwendigen Gesetzentwurf noch nicht bekommen. Die Herren des Reichsarbeitsministeriums haben uns aber versprochen, daß die Vorlage uns bald zugehen werde.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß viele und wichtige Aufgaben dem Reichsarbeitsministerium obliegen, und ich ersuche Sie daher im Auftrage des Haushaltsausschusses, die geforderten Beamtenstellen zu bewilligen.

(Bravo!)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Lüders.

Dr. **Lüders,** Abgeordnete: Verehrte Versammlung! (C) Bevor an die Begründung des schon erwähnten Antrages, betreffend die Einstellung von Frauen als Vortragende Räte in das Reichsarbeitsministerium, eingegangen wird, müssen noch einige allgemeine Bemerkungen zu dem Etat des Reichsarbeitsministeriums gemacht werden.

Meine politischen Freunde sind im allgemeinen mit der Zerlegung des ehemaligen Reichsamts des Innern in verschiedene selbständige Ämter einverstanden, ebenso mit der Abzweigung des Arbeitsministeriums von dem Reichswirtschaftsministerium, denn es ist ja eine alte Forderung verschiedener Parteien, ein **Reichsarbeitsministerium** zu schaffen. Ob die derzeitige Arbeitseinteilung, die Verteilung der verschiedenen Ressorts sich bewähren wird, muß sich aus der Praxis ergeben. Zurzeit sind dem Reichsarbeitsministerium auch verschiedene Zweige zugeteilt worden, die unter Umständen auch einem **Reichswohlfahrtsamt** oder -ministerium eingegliedert werden könnten. Ministerien in anderen Ländern, zum Beispiel in Württemberg, vereinigen Arbeit und Wohlfahrt und prägen diesen Zusammenhang zum Teil schon durch ihre Namen aus; innerhalb des Arbeitsministeriums in Württemberg ist eine besondere Abteilung für Wohlfahrtspflege; auch das badische Ministerium vereinigt beides unter dem Namen „Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten", während ein besonderes Wohlfahrtsministerium unter dem Namen „Landesamt für Wohlfahrt und Volksgesundheit" das Land Lippe hat.

Organisatorisch eventuell zweckmäßige Umänderungen in der Ressorteinteilung können wir wohl vorläufig der Zukunft überlassen. Grundsatz muß aber unseres Erachtens sein, daß Arbeit und Volkswohlfahrt völlig untrennbare Gebiete sind. Es darf nicht gehen wie bisher, daß die Arbeit auf der einen Seite steht und die Volkswohlfahrtspflege auf der andern Seite. Ganz besonders mißlich (D) hat sich diese geringe Berücksichtigung des engen **Zusammenhanges zwischen Arbeit und Volkswohlfahrtspflege** auch gerade auf dem Gebiete der Frauenarbeit zum Schaden der Gesamtheit bemerkbar gemacht: vor dem Kriege, in dem Kriege, und wird es in Zukunft unter Umständen wieder tun. Bei der grundsätzlichen Verfolgung jenes Grundsatzes müssen die Gedanken konsequent weiter verfolgt werden, die zu dem Erlaß und Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und der sozialen Versicherung Veranlassung gegeben hatten. Der Umfang des Arbeitsgebietes des Reichsarbeitsministeriums läßt sich, wie in der Etatsvorlage selbst gesagt ist, heute noch nicht übersehen, und in den Erläuterungen zum Ergänzungsetat wird bei den angeforderten persönlichen Ausgaben für diesen nicht vorauszusehenden Umfang der Arbeiten gleich auf ein Gebiet exemplifiziert, das auch uns ganz besonders am Herzen liegt, indem begründend gesagt wird: im besonderen erfordern die Lohn- und Tarifstreitigkeiten die Einstellung zahlreicher Hilfskräfte.

Gerade die **Regelung der Lohn- und Tarifstreitigkeiten** gehört nach unserer Ansicht zu den unabweislichen Forderungen des Augenblicks. Es muß eine Regelung erfolgen dahingehend, daß ein obligatorisches Einigungsverfahren vor dem Streik und ein obligatorisches Schiedsgericht bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in gemeinnötigen Betrieben eingeführt wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Allerdings ist bei all den Forderungen zur Regelung und Beilegung von Lohn- und Tarifstreitigkeiten unseres Erachtens eins unbedingt notwendig, nämlich daß das Gefühl der Rechtsverpflichtung gegenüber einmal geschlossenen Vereinbarungen endlich wieder Platz greift.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

(Dr. Lüders, Abgeordnete.)

(A) Daß es sich von selbst bei solchen Betrieben einstellt, die einer eventuellen Sozialisierung anheimfallen, in denen also Produzenten und Konsumenten in gewissem Sinne identisch sind, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem gleichen Personenkreis angehören, ist ja vielleicht zu hoffen. Unerläßlich allerdings ist ferner auch in diesem Zusammenhang der Schutz **allgemein als verbindlich erklärter Tarifverträge vor Vertragsbruch**, der ja meist durch eine kleine Minderheit veranlaßt wird, und ohne Strafen wird man dabei kaum auskommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Verfahren der Anerkennung der allgemeinen Verbindlichkeit muß allerdings beschleunigt werden, um großen Schädigungen vorzubeugen, die die Allgemeinheit sonst treffen können.

Hiermit im Zusammenhang steht auch der notwendige und heute schon erwähnte **Schutz vor Terror.** Beispiele über die Frage des notwendigen Terrorschutzes brauche ich nicht zu geben. Wir brauchen da nur aus dem Fenster hinauszusehen.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Der Terror wird geübt von Arbeitnehmern gegen Arbeitnehmer, von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber, und er wird umgekehrt auch geübt gegen Arbeitnehmer von Arbeitgebern. Er hat sich ganz besonders mißlich unter der Herrschaft der Erwerbslosenfürsorge bemerkbar gemacht beim Terror von Arbeitnehmern gegenüber den Behörden, den Magistraten usw. Das gibt uns mit Veranlassung, ganz entschieden dafür einzutreten, daß die augenblicklichen Zustände auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge abgeändert werden und daß diese in eine wirkliche **Erwerbslosenversicherung** umgewandelt wird.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist unser dringender Wunsch, den wohl die meisten Parteien mit uns teilen werden. Diese Umwandlung in (B) eine eigentliche Erwerbslosenversicherung erscheint uns um so gebotener, als bei einer Verzögerung der Einführung der Erwerbslosenversicherung ein zweifellos wirtschafts- und sozialpolitisch überaus geeignetes Instrument des Friedens vorher in Mißkredit gebracht wird, weil es zum Tummelplatz machtpolitischer Kämpfe ausgenutzt worden ist

(sehr richtig! rechts)

und sonst auch weiter ausgenutzt wird. Reichsgesetzliche Bestimmungen haben dieses Gebiet allzulange unberührt gelassen. Dadurch sind Millionen von Werten direkt und indirekt verschleudert worden, einmal weil unendlich viel Geld ausgegeben worden ist, andererseits weil die Arbeitslust und der Arbeitserfolg stark herabgesetzt worden sind. Von dem Verlust der sittlichen Werte können wir schweigen. Die sozialen und wirtschaftlichen Interessengegensätze sind ebenfalls durch die Zustände bei der Arbeitslosenfürsorge ganz erheblich verschärft worden, und es ist sehr wünschenswert, daß hier endlich eingegriffen wird. Es ist ja eine alte Forderung demokratischer Kreise und der Arbeiterorganisationen selbst, eine Erwerbslosenversicherung zu schaffen, eine Forderung, der gegenüber allerdings das alte Regime keine sehr offenen Ohren gehabt hat, während jetzt die neue Regierung auch auf diesem Gebiet die Liquidation mit Kapital- und Zinsverlust übernehmen muß, der ihr zu Unrecht in die Schuhe geschoben wird.

(Na! na! rechts.)

Die Bergarbeiter z. B. sind in gewissen Gruppen — selbst in den radikalsten Bezirken des Ruhrreviers — unter dem Motto: „wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“, vorausgesetzt, daß man eine angemessene Arbeit anbietet, ebenfalls für eine Umwandlung der Arbeitslosenfürsorge in eine Erwerbslosenversicherung eingetreten.

(Sehr richtig!)

(C) Im Zusammenhang hiermit steht auch eine zweckmäßigere Regelung der **Notstandsarbeiten,** die natürlich, wie uns bekannt ist, durch Materialmangel Schwierigkeiten macht. Weitere Notstandsarbeiten in Erdarbeiten und an Kanälen, besonders zur Entlastung der Eisenbahn, ließen sich aber unseres Erachtens doch durchführen. Das gemeinsame Ziel muß eine Steigerung der Arbeislust und des Arbeitsertrags sein.

Deshalb wird man wohl auch nicht umhin können, zur **Akkordarbeit** zurückzukehren. Das heißt noch lange nicht, daß durch solche Akkordarbeit eine Ausbeutung der Arbeiterschaft einzutreten braucht, und die Akkordarbeit muß ebenfalls die besondere Beschaffenheit des einzelnen Betriebes berücksichtigen. Wer in der Industrie Bescheid weiß, der weiß, daß die Wiedereinführung der Akkordarbeit wohl bei den Eisenbahnbetriebswerkstätten, um nur ein Beispiel herauszugreifen, auf geringe oder gar keine Schwierigkeiten stoßen würde, daß sie aber auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde z. B. bei der Einführung in den Eisenbahnreparaturwerkstätten.

Daß auch die Arbeiterschaft selbst mit der Wiedereinführung der Akkordarbeit zweifellos rechnet, scheint aus dem **Betriebsrätegesetz** hervorzugehen bei der Aufzählung der Aufgaben in § 34, 2, die den Betriebsräten zugewiesen werden und sich auch auf die Regelung des Akkord- und Stücklohnsystems beziehen. Ob und in welcher Weise diese Fragen geregelt werden, wird sehr stark davon abhängen, wie die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, wie das Betriebsrätegesetz überhaupt ausfallen wird. Zu den Aufgaben der Betriebsräte soll es ja nach dem § 34 dieses Gesetzes gehören, die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer und die Unterstützung der Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu erreichen. Unseres Erachtens kann nun bei Vernunft und gutem Willen auf beiden Seiten (D) auf dieser Grundlage unschwer eine Einigung erzielt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter auf der einen Seite und die Erfüllung der Betriebszwecke der Arbeitgeber auf der anderen Seite sind voneinander absolut untrennbar. Eine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber führt — und das haben wir oft genug gesehen — zur Unlust bei der Arbeiterschaft, zu Streiks, zu Boykott und unter Umständen zum Ruin der Betriebe. Eine Unterbindung oder auch nur eine wesentliche Schädigung der Betriebszwecke der Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer entgegen den Absichten des § 34, 11 des Betriebsrätegesetzes führt wieder zu einer schlechten Geschäftslage, zu schlechten Löhnen und dadurch zu einer höchst unerwünschten Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer. Auch diesem Gesetze gegenüber muß das Wort gelten: Leben und leben lassen.

(Sehr richtig! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Dann wird man zu einer Einigung kommen auf den gegebenen Grundlagen.

Was meine Parteifreunde anbetrifft, so wollen wir helfen, das Betriebsrätegesetz zustandezubringen. Der Entwurf enthält unseres Erachtens brauchbare Grundlagen. Das sagt noch nicht, daß er ohne weiteres unverändert angenommen wird. Auch wir haben schwerwiegende Bedenken gegen Einzelbestimmungen. Es sind auch aus unseren Reihen beachtenswerte Vorschläge gemacht worden, die in dem betreffenden Ausschuß eingehend gewürdigt und besprochen werden. Die Tendenzmeldung, daß unsere Partei gelegentlich des Wiedereintritts in die Regierung ihre Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes abgeschwächt oder gar ganz auf-

(Dr. **Lüders**, Abgeordnete.)

(A) gegeben hätte, entspricht selbstverständlich nicht der Wahrheit. Wir hoffen vielmehr, durch gemeinsame Arbeit erst einmal im Ausschuß die Schwierigkeiten zu überwinden und eine Formulierung zu finden, mit der die deutsche Volkswirtschaft gedeihen kann, das heißt, die die Arbeitnehmer wirtschaftlich schützt und die die Unternehmungen nicht in ihrer Lebensfähigkeit bedroht.

Das Ziel bei diesen Bemühnngen unsererseits ist, die **Arbeitsfreudigkeit** zu heben und den **Arbeitserfolg** zu vergrößern. Wir befinden uns bei diesen Bemühungen völlig in Uebereinstimmung mit den Motiven des Betriebsrätegesetzes, in dem es an einer Stelle heißt:

> Die Arbeitnehmer sollen zu verantwortungs- und arbeitsfreudigen Mithilfern an der Produktion werden, ohne die Produktionsleistung selbst zum Gegenstande der Vereinbarung zu machen und dadurch die Betriebsleitung in eine Kette von Verhandlungen und Streitigkeiten zu verwandeln.

Im Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, durch gemeinsame Arbeit beider Gruppen kann und wird das erreicht werden, was das Gesetz selber als Ziel anführt, nämlich für einen möglichst hohen Stand und für eine möglichst hohe Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen Sorge zu tragen. Alles, was diesen Tendenzen, die in beider Interesse, im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, liegen, dienen kann, werden meine Freunde unterstützen.

Als Frau darf ich hier vielleicht noch ein Wort einfügen für die **Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen innerhalb des Betriebsrätegesetzes.** Zu den Aufgaben der Betriebsräte gehört eine Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse — „sonstig" ist ein gedehnter Begriff —, eine Festsetzung der Akkord- und Stücklöhne, die eventuelle Einführung neuer Löhnungsmethoden, Bestimmungen über die Arbeitszeit, über das Lehrlingswesen, (B) Mitarbeit bei der Verhütung der Unfall- und Gesundheitsgefährdung, Mitverwaltung der Betriebswohlfahrtseinrichtungen, und § 40 des Betriebsrätegesetzes sieht einen Einspruch vor gegen Einstellung von Arbeitskräften, wonach gegen die Einstellung nicht geltend gemacht werden kann politische, militärische oder konfessionelle Zugehörigkeit. Das soll also kein Grund sein, um den Einspruch gegen die Einstellung zu erheben.

Ich möchte einmal fragen: wie steht es denn mit dem eventuellen Einspruch wegen der Geschlechtszugehörigkeit,

(sehr richtig!)

kann aus diesem Grunde eventuell die Einstellung verweigert werden?

(Hört! hört!)

Selbstverständlich muß dieser Grund in Betracht kommen gegenüber den gewerbegesetzlichen Verboten, an denen wir Frauen ja mitarbeiten werden. Ich kann nur sagen, und ich glaube, da auch im Namen sehr vieler Arbeiterinnen zu sprechen, gebrannte Kinder fürchten das Feuer, und die Erfahrungen, die die **Frauen** bei der **Verdrängung aus der Arbeit** — denn anders kann man es doch nicht nennen — nach dem Kriege gemacht haben, geben zu den ärgsten Bedenken Anlaß,

(Zustimmung)

welcher Grund den Arbeiterinnen gegenüber von den männlichen Kollegen geltend gemacht wird, wenn es sich darum handelt, nicht eingestellt werden zu sollen.

Ferner sieht der § 42 desselben Gesetzes Vertrauenspersonen vor, die bei der Einstellung mitbestimmend sein sollen, und diese Vertrauensperson soll ein Arbeiter sein. Ich nehme ja nicht an, daß nach berühmtem Muster wie z. B. bei der Schöffenklausel ein Deutscher immer nur ein Mann ist, zunächst ein Arbeiter auch immer nur ein Mann sein soll; aber erstens ist es (C) nur einer, und es gibt Betriebe mit gemischter Belegschaft, in der wir ebenso stark oder jedenfalls sehr stark vertreten sind. Aber — und wer die weiblichen Arbeiterverhältnisse kennt, der weiß, daß das ein großes Aber ist — dieser Arbeiter muß 25 Jahre sein — wählen kann er mit 20 —, und er muß drei Jahre im Betrieb gewesen sein! Das sind Voraussetzungen, die bei einer Unzahl, bei Hunderttausenden von Arbeiterinnen nicht zutreffen und durch die sie infolgedessen einfach bei der Vertretung ihrer Interessen herausfallen. Ich möchte doch, daß wir darüber einmal Aufklärung bekommen und darauf aufpassen, wie die Sache geregelt wird. Ich habe etwas starke Bedenken auf diesem Gebiete, nicht nur nach den Erfahrungen bei der Demobilmachung, sondern nach den Erfahrungen z. B. gelegentlich der Umfrage bei den Universitäten, für welche Fakultät die Frauen sich zum Studium eignen würden. Da sagte immer jede Fakultät von sich: bei mir unmöglich, aber bei der anderen, und so empfahl uns eine Fakultät immer an die nächste. Wenn das nachher den Arbeiterinnen bei der Einstellung in die Betriebe ebenso geht, werden sie über die Metallindustrie, Putzbranche usw. schließlich nirgends eingestellt werden. Die Gefahr, daß bei der Einstellung der Frauen unsere weibliche Eigenart geschädigt werden könnte, ist nach unseren Erfahrungen nicht so groß, und ich glaube, wir Frauen werden unsere weibliche Eigenart selbst zu wahren wissen.

Die Regelung der Arbeits- und Einstellungsverhältnisse setzt aber unbedingt eine **Regelung des Arbeitsnachweiswesens** voraus. Wir haben auf diesem Gebiete überaus trübe Erfahrungen gemacht, über die ich mich nicht verbreiten möchte, sehr trübe Erfahrungen vor dem Kriege und in dem Kriege. Auch das Gebiet des Arbeitsnachweiswesens ist so ein unerfreuliches Liquidationsobjekt aus dem alten Regime, (D) das auch für die Regelung des Arbeitsnachweiswesens erheblich taub gewesen ist. Die Folgen haben sich gezeigt, speziell haben sie sich auch für die Frauen gezeigt, wennschon ich anerkenne, daß beträchtliche Fortschritte in den letzten zwei bis drei Jahren in Rücksicht auf die Einstellung der Frauen in die Kriegsarbeit gemacht worden sind: die erst wahllose Einstellung der Frauen war die erste Katastrophe, das Hinauswerfen der Frauen gelegentlich der Demobilisation war die zweite Katastrophe für die Frauen auf dem Arbeitsmarkte. Nun werden wir die dritte bekommen, wenn die Frauen ohne eine vorherige allgemeine Regelung des Arbeitsnachweiswesens wieder in die Volkswirtschaft einbezogen werden. Daß sie wieder einbezogen werden, daran ist für mich kein Zweifel, da die augenblicklichen Verhältnisse als Katastrophenverhältnisse zu allgemeinen Schlußfolgerungen auf diesem Gebiete nicht berechtigen. Diese dritte Katastrophe können wir uns aber nicht leisten; denn es besteht die Gefahr, daß die Frauen bei dieser Gelegenheit wieder unterbieten werden, — eine ständige Gefahr, die sich eben aus der besonderen Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt ergibt und die zu einem Teil unabänderliche physiologische Gründe hat, der aber bei der ganzen Regelung der Materie selbstverständlich Rechnung getragen werden muß.

Untrennbar ist bei der Frau, viel mehr noch als beim Manne, Arbeit und Familienleben, Arbeit und Fürsorge, oder sagen wir besser: Arbeit und Vorsorge. Deshalb muß unseres Erachtens der Arbeitsnachweis in organische und praktische Verbindung mit der vorbeugenden Wohlfahrtspflege gebracht werden. Daß soviel weibliche Wesen und so viele Familien, die zu ihnen gehören, durch den Arbeitseintritt der Frau zu Fürsorgefällen werden, liegt daran, daß eben vorbeugend, in Verbindung mit den Arbeitsnachweisen, überhaupt gar keine Fürsorge

(Dr. **Lüders**, Abgeordnete.)

(A) geübt wird. Wir haben sie künstlich zu Fürsorgefällen gemacht, weil wir auf dem Gebiete des Arbeitsnachweiswesens das Notwendige für die Auslese versäumt haben. Weder für Männer noch für Frauen darf in Zukunft der Fabrikportier, der Agent oder das Annoncenwesen diejenige Instanz sein, mit der Arbeit gesucht und vergeben wird.

Ebensowenig aber ist das Arbeitsnachweiswesen — und darf es sein — ein Feld für Organisations- und parteipolitische Machtkämpfe. Dieses Gebiet ist keine privatwirtschaftliche Angelegenheit des einzelnen, sondern ist eine volkswirtschaftliche Angelegenheit der Gesamtheit. Unter diesem Gesichtspunkt muß es behandelt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Beweise dafür, daß es eine volkswirtschaftliche Angelegenheit der Gesamtheit ist, haben wir heute von neuem bei der Kalamität, Arbeitskräfte für den Bergbau zu finden.

(Sehr richtig!)

Hätten wir die, dann hätten wir mehr Kohle, und hätten wir mehr Kohle, dann hätten wir mehr Transportmittel usw., das brauche ich nicht auszuführen.

Deshalb werden auch meine Parteifreunde für die Erhöhung der Position um eine Million Mark stimmen, die der Nachtragsetat mit 600 000 Mark bereits eingesetzt hat zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens, zur Beschaffung von Arbeitskräften speziell für den Bergbau. Wir werden dafür eintreten trotz der etatsrechtlichen Bedenken, die wir haben und die darin bestehen, nicht durch Anträge auf Erhöhung von Positionen die Regierung zu Geldausgaben zu animieren, — alldieweil wir kein Geld haben. Das Arbeitsnachweiswesen ist etwas, was unseres Erachtens sehr gut vor der allgemeinen Regelung des Arbeitsrechts in Angriff genommen werden kann. Es kann gleich geregelt werden. Einmal liegen zahlreiche Vorarbeiten vor, andererseits ist die Regelung des Arbeitsnachweiswesens keine Rechtsfrage, sondern ist in aller- (B) erster Linie eine Organisations- und Zweckmäßigkeitsfrage.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wie schon die erwähnten Gebiete es unseres Erachtens unbedingt notwendig machen, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen, so ist das ganz unumgänglich, wenn wir uns die einzelnen Positionen des Etats ansehen, — allerdings nicht eine Mitarbeit von Fall zu Fall nach Gutdünken der betreffenden Behörde, nicht die von uns Frauen etwas skeptisch betrachtete „Zuziehung", sobald unsere Interessen berührt sind — denn darüber, was „unsere Interessen" sind, sind nämlich die Ansichten sehr geteilt —, sondern eine **vollverantwortliche Mitarbeit der Frauen** und mit der im Dienstverhältnis gegebenen Sicherheit für die Frauen, an der entscheidenden Stelle der von den Frauen vertretenen Auffassung Gehör zu verschaffen, wenigstens erst einmal nur akustisches Gehör! Damit ist schon sehr viel gewonnen. Mit der Möglichkeit, Vorschläge zu machen, mit denen die betreffenden Frauen den Papierkorb irgendeiner Zwischeninstanz füllen, ist uns nicht gedient. Die „Briefe, die ihn nicht erreichten", an die Minister, die wir so oft geschrieben haben,

(sehr gut!)

sind nicht das, was wir Frauen unter vollverantwortlicher Mitarbeit verstehen.

(Sehr richtig!)

Auch hier handelt es sich um eine Frage der Volkswirtschaft, an der wir mitarbeiten wollen. Denn auf den Dienst an der Volkswirtschaft kommt es uns an, nicht um das Erringen dieses oder jenes Postens.

(Sehr richtig!)

Das muß von uns Frauen wohl unterstrichen werden. Kann aber nun zum Beispiel ein Arbeitsrecht oder ein Arbeiterlohnamt ohne vollverantwortliche behördliche Mitarbeit der Frau mit Nutzen und zweck- (C) mäßig durchgeführt werden? Kann zum Beispiel — und ich denke hier an die Einzelpositionen des Etats — bei der **Wochenhilfe und Wochenfürsorge**, die dem Reichsarbeitsamt obliegt, dieses ohne die erwähnte Mitarbeit der Frau auskommen? Kann dasselbe geschehen bei der Regelung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, ein weites, überaus weites Gebiet, das das Reichsarbeitsamt aufgenommen hat? Wieviel Zeit, wieviel Geld könnte gerade auf diesem Gebiete gespart werden, wieviel materieller und seelischer Not könnte vorgebeugt werden, wieviel weitgehender und nicht ganz unberechtigter Verbitterung in den betroffenen Kreisen könnte da durch die Mitarbeit der Frau vorgebeugt werden! Und hier möchte ich auf die Anfrage hinweisen, die unser Parteigenosse Luppe im August gestellt hat, in der es sich darum gehandelt hat, Gelder auszuwerfen für die sofortige **Beihilfe an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.** Bislang ist auf diese Anfrage eine definitive Antwort nicht erfolgt, und infolgedessen ist, soviel mir bekannt ist, noch nichts geschehen zu der Entschließung, die die Nationalversammlung am 21. August angenommen hat auf Grund einer Eingabe sämtlicher Parteien vom 20. August, die ebenfalls eine Regelung dieser Beihilfen vorgesehen hatte und über deren Verwendung der Nationalversammlung bei ihrem Zusammentritt sofort Mitteilung gemacht werden sollte. Gerade auch bezüglich der **Verschleppung der Rentenanträge** bestehen lebhafte Klagen, denen unseres Erachtens durch Zuziehung der Frauen bei der Ausführung mit vorgebeugt werden könnte. Man kann weiter doch auch unmöglich glauben, daß die Frage der Regelung der Heimarbeit, der Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerbeaufsicht und nun gar die Frage des Wohnungswesens ohne diese verantwortliche Mitarbeit der Frau am zweckmäßigsten zu (D) gestalten wäre. Die Frage der Heimarbeit greift erheblich in das Familienleben ein, die **Wohnungsfrage** ist vom Familienleben völlig untrennbar. Frau und Kinder sind es doch schließlich, die vornehmlich im tagtäglichen Kampfe mit der Wohnungsnot und den Unzulänglichkeiten des Wohnungswesens zu liegen haben.

Wir geben gerne zu, daß entschiedene Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht worden sind. Aber auch hier muß noch sehr viel mehr getan werden. Auch hier hätte frühzeitigere Vorbeugung unendliche Mengen von Geld und Leben erspart. Wir können es uns nicht mehr leisten, auch nur eine einzige Mark, einen einzigen Säugling zu opfern, weil die Wohnungsverhältnisse so sind, wie sie sind. Geld und Menschenleben, materielle und sittliche Werte sind in Unsummen verschleudert worden durch Versäumnisse auf diesem Gebiete. Unser Wunsch ist: etwas weniger Fassade, aber mehr Inhalt! Wir wünschen die Herstellung geeigneter Kleinwohnungen. Ich unterstreiche das Wort geeignete; zu beurteilen nämlich, ob sie geeignet sind zur Wirtschaftsführung, wird wesentlich Aufgabe der Frau sein. Als ehemalige Wohnungspflegerin einer unserer größten Städte kann ich wohl sagen, daß die meisten Wohnungen, die Kleinwohnungen, ganz besonders die Arbeiterwohnungen, für die Wirtschaftsführung einer Hausfrau, und wenn sie gar Kinder hat, unbrauchbar sind. Hauswirtschaft soll doch in den Wohnungen geführt werden, das ist die Hauptsache. Unter diesem Gesichtspunkt müssen sie ausgestaltet werden. Auch das gesamte **Siedlungswesen** liegt dem Reichsarbeitsministerium ob. Fürwahr eine Frage, an der die Frauen als die Mütter der Kinder in erster Linie beteiligt sein müssen!

Zwei Ziele schweben uns bei der Betrachtung der erwähnten Aufgaben vor: Einmal den privatwirtschaftlichen Konkurrenzkampf im Wirtschaftsleben zwischen Mann und

(Dr. **Lüders**, Abgeordnete.)

(A) Frau oder den noch schlimmeren Geschlechtskampf zwischen Mann und Frau im Wirtschaftsleben zurückzudrängen und an seine Stelle eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Verteilung der Arbeiten unter die Geschlechter nach Kraft und Eignung zu setzen. Die unermeßlichen Verluste an materiellen und sittlichen Gütern, an Volks-, Kraft- und Menschenglück in gemeinsamer Arbeit der Geschlechter wieder auszugleichen, das ist das Ziel, das uns vorschwebt. Zur Verwirklichung dieser Ziele fühlen wir Frauen uns durch unsere besondere Verantwortung gegenüber dem kommenden Geschlecht in besonderem Maße verpflichtet, unverzüglich in die Arbeit, auch in die behördliche, mit einzutreten, um unsere von Natur aufbauenden Kräfte in den Dienst des Friedens und der Gesittung zu stellen und um mitzuarbeiten, daß wir in der Synthese von Recht und Pflicht zu jener einzig möglichen Kultur und staatserhaltenden Freiheit kommen, die in dem uralten Gebote der Nächstenliebe, in der Vereinigung mit dem Gebote strengster (B) Pflichterfüllung für alle verkörpert ist.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Da der nächste Redner ankündigt, er wolle eine Stunde reden, so muß ich dem Hause vorschlagen, hier abzubrechen. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich schlage dem Hause vor, die nächste Sitzung zu halten morgen, Sonnabend den 18. Oktober, nachmittags 1 Uhr, und als Tagesordnung:

Rest der heutigen Tagesordnung.

Das Haus ist damit einverstanden; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 3 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

102. Sitzung.

Sonnabend den 18. Oktober 1919.

Seite

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Noske (Frankfurt), Dr. Heinze
die Abgeordneten Deglerk, Dr. Runkel;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Brey, Jaud, Frau Simon (Westpreußen)
die Abgeordneten Hansmann, Zawadzki, Frau Schröder;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Hansmann, Behrens
die Abgeordneten Brey, Frau Behm;

in den 8. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Quidde, Johannsen
die Abgeordneten Dr. Haas, Brodauf.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten

Kraut für 14 Tage,
Frau Kloß für 3 Wochen,

beide wegen dringender Geschäfte. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

(B)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen),
und zwar:

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums (Anlage IV b).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1183 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Hoch.

(C)

Wir fahren in der Besprechung des Kap. 13e Tit. 1 fort.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Müller (Potsdam).

Müller (Potsdam), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat gestern darauf hingewiesen, daß das neue Amt, das im Oktober vorigen Jahres geschaffen worden ist, nicht nur ein großes Tätigkeitsgebiet überwiesen bekommen hat, sondern daß es auch eine große Tätigkeit während dieser Zeit entfaltete. Ich kann mich diesen Worten des Herrn Berichterstatters nur voll anschließen und möchte hinzufügen, daß durch die **Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums** für die Arbeiter während des verflossenen Jahres tatsächlich viel erreicht worden ist. Allerdings ist dabei die Tatsache zu konstatieren, daß das viele Gute, das im Laufe der vergangenen zwölf Monate geschaffen wurde, durch die Ungunst der Zeit verschwindet. Hätten wir normale Verhältnisse, dann würde alles das, was geschaffen wurde, in ganz anderer Weise in die Erscheinung treten, und nur dann erst würde die große Arbeit des Reichsarbeitsministeriums gewürdigt werden, wie sie es verdient.

(D)

Zu der Ungunst der Zeit kommen auch die Bestrebungen hinzu, durch die die Tätigkeit des Arbeitsministeriums absichtlich verkleinert wird, und zwar aus agitatorischen Bedürfnissen heraus.

Ich sage also ganz ausdrücklich: es ist durch das Arbeitsministerium viel erreicht worden, viel erreicht, trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die dieses Ministerium zu überwinden hatte, namentlich in den Monaten nach der Revolution, wo die außerordentlich viele Kleinarbeit, die vielen Verhandlungen, die das Ministerium damals leiten mußte, die große Arbeit in solchem Maß beeinträchtigt haben, daß das Ministerium geraume Zeit zum Arbeiten eigentlich überhaupt nicht kommen konnte.

Aber trotzdem muß ich auch sagen, daß doch bei manchen wichtigen Verordnungen und auch Gesetzentwürfen, die das Reichsarbeitsministerium herausgegeben hat, allzusehr der Eindruck berechtigt gewesen ist, als habe sich das Ministerium durch **Einflüsse von außen** schieben lassen, und als wäre ohne diese Einflüsse von außen das Ministerium zu derartigen Vorlagen überhaupt nicht gekommen. Ich habe dabei namentlich die Verordnungen im Auge, die sich mit den **Betriebsräten** beschäftigen, und auch den Gesetzentwurf über die **Betriebsarbeiterräte.** Diese Verordnungen, namentlich aber der Gesetzentwurf, hätten ohne Zweifel viel früher das Tageslicht erblicken müssen. Daß es nicht geschehen ist, das ist's, was die Arbeiter nicht verstehen, zumal es sich doch hier um Fragen handelt, die die Arbeiter ganz außerordentlich interessieren. Es wird auch bemängelt, daß die im Art. 165 der Verfassung angekündigten Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat durch Gesetzesvorlagen der Nationalversammlung noch nicht näher gebracht worden sind.

Nun können allerdings die Herren von der Regierung sagen, daß sie nicht den Eindruck hätten, daß die

(**Müller** [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) Nationalversammlung besonders daran interessiert sei, das **Gesetz über die Betriebsräte** sehr schnell zu verabschieden; denn die Arbeiten im 7. Ausschuß sprächen nicht dafür, daß den Parteien an dieser schnellen Verabschiedung sehr viel gelegen sei. Ich könnte das ausdrücklich unterstreichen, wenn von der Regierung etwas derartiges gesagt würde. Auch uns gefällt die Art und Weise nicht, wie im 7. Ausschuß dieses Gesetz behandelt wird. Wie dort gearbeitet wird, erweckt vielfach den Anschein, als solle Obstruktion getrieben werden, als wolle man die Vorlage überhaupt sabotieren.

(Hört! Hört!)

Ich wäre darauf nicht zu sprechen gekommen, wenn meine Vorrednerin von gestern nicht das Betriebsrätegesetz ganz besonders in den Bereich ihrer Betrachtungen gezogen hätte. Sie ist auf die Stellung der Demokraten zu diesem Gesetz, als diese in die Regierung eingetreten sind, eingegangen, und sie hat ganz ausdrücklich betont, daß zwar die Demokraten geneigt seien, das Gesetz mit uns zu machen, daß sie aber andererseits eine ganze Reihe Vorbehalte gestellt hätten, die erst erfüllt werden müßten. Ich habe keine Neigung, den Spuren meiner Vorrednerin hier zu folgen. Aber das eine möchte ich doch auch betonen: die Sozialdemokraten haben bei der Bildung der neuen Regierung auch keinen Zweifel daran gelassen, wie sie zu dem Gesetz stehen, und daß das, was die Regierungsvorlage gebracht hat, für sie das Mindestmaß dessen ist, was den Arbeitern in dem Gesetz über die Betriebsräte geboten werden muß. Und an dieser Erklärung halten wir auch fest. Wenn das Gesetz zu sogenannter weißer Salbe gemacht werden soll, dann werden wir uns unsere Stellung zu dem Gesetz vorbehalten, dann muß das Gesetz eben ohne uns gemacht werden. Wenn es aber ohne uns gemacht werden muß, dann wird es wahrscheinlich anders ausfallen, als es diejenigen wünschen, die das Gesetz verwässern wollen. (B) Dann werden sich Einflüsse geltend machen, die von außen kommen, und die werden ihnen sehr wenig wünschenswert erscheinen.

In dem Bericht ist der Herr Berichterstatter dann auch darauf eingegangen, daß in den Ausschußverhandlungen erklärt worden ist, daß eine ganze Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen in Vorbereitung seien, so das allgemeine **Arbeitsrecht.** Auch darauf ist meine Vorrednerin eingegangen, und den Ausführungen, die sie in dieser Beziehung gemacht hat, möchte ich mich voll und ganz anschließen. Es wird geraume Zeit dauern, ehe dieses Gesetz, das das Arbeitsrecht vereinheitlichen soll, zustande kommen wird, und es ist tatsächlich notwendig, daß eine Reihe besonderer Vorschriften der endgültigen Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs vorweggenommen wird. Sie hat dabei die Regelung des Arbeitsnachweises im Auge gehabt, die Regelung des Schlichtungswesens und auch die Erwerbslosenfürsorge. Auch wir sind der Meinung, daß auf diesen Gebieten zunächst etwas getan werden muß, daß auch die Schaffung des allgemeinen Arbeitsrechts gar kein Hindernis sein kann, zunächst diese Materie besonders zu regeln.

Der Herr Berichterstatter hat auch seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die **Kriegsinvaliden** und die **Hinterbliebenen** der im Kriege Gefallenen so lange darauf warten müssen, bis durch die Neuregelung der Gesetze auch ihre Ansprüche neu geregelt werden. Diesem Bedauern schließe ich mich an. Es ist ein unerquicklicher Zustand, daß die Vorschriften über die Gewährung von Renten für unsere Soldaten in einer ganzen Reihe von Verordnungen zerstreut sind. Ein Umstand, der sicherlich dazu beiträgt, daß eine ganze Reihe von Kriegsbeschädigten, weil sie gar nicht in der Lage sind, diese Verordnungen alle zu übersehen, nicht einmal zu ihrem Rechte kommen, daß Unterstützungen, die ihnen eigentlich zustehen, zum Teil (C) heute gar nicht einmal gewährt werden, weil sie auf Antrag gewährt werden müssen, und so mancher Antrag nicht gestellt wird, da die Verordnungen den Leuten nicht bekannt sind.

Nun ist allerdings angekündigt, daß ein Gesetz, das die Ansprüche zunächst der Kriegsinvaliden regeln soll, vorgearbeitet ist. Es ist auch über diese Vorarbeiten einiges in die Öffentlichkeit gekommen, Verschiedenes, was durchaus gutzuheißen ist, Verschiedenes, was auch zu bekämpfen ist. Gutheißen möchte ich dabei vor allen Dingen den Fortfall des Unterschiedes zwischen der **Kriegsdienst-** und der **Dienstbeschädigung.** Es ist ein ganz unerquicklicher Umstand, daß diese Unterschiede in dem alten Gesetz gemacht worden sind. Unterschiede, die zu verschiedenartiger Beurteilung der Beschädigungen überhaupt geführt haben. Wenn damit Schluß gemacht wird, wenn die Dienstbeschädigungen den Kriegsdienstbeschädigungen im allgemeinen gleichgestellt werden, kommt man sicherlich dem Empfinden aller Rechtlichdenkenden näher, und die Kriegsinvaliden werden dabei auch voll zu ihrem Rechte kommen.

Es ist auch zu begrüßen, daß endlich dazu übergegangen werden soll, einen **Rechtsanspruch auf Heilverfahren** für die Kriegsdienst- und Dienstbeschädigten einzuführen. Daß ein Rechtsanspruch auf Heilverfahren bisher nicht bestand, hat gleichfalls eine weitgehende Schädigung aller der davon Betroffenen zur Folge gehabt. Es ist weiter zu begrüßen, daß die **Verstümmelungszulage** in Wegfall kommen soll; denn diese Verstümmelungszulagen haben im allgemeinen doch eine sehr ungleichartige Behandlung der Kriegsdienstbeschädigten bedingt. Ich möchte darauf hinweisen, daß eine große Anzahl von Leuten, die innerliche Erkrankungen durch Dienstbeschädigungen davon getragen haben, in weit höherem Maße erwerbsbeschränkt sein können als Verstümmelte. Trotzdem ist den Verstümmelten eine besondere Zulage gewährt worden, den (D) innerlich Erkrankten jedoch nicht. Daß das anders werden soll, ist durchaus zu billigen, zumal damit keine Verschlechterung der Lage derjenigen ins Auge gefaßt worden ist, die bisher die Verstümmelungszulage erhielten, da die Renten im allgemeinen entsprechend erhöht werden sollen.

Nun ist allerdings auch die Rede davon gewesen, daß die **Renten** nicht zur Auszahlung kommen sollen, die bis zur Höhe **von 25 Prozent** festgesetzt werden. Ich möchte warnen, daß man diesen Weg weitergeht, der durch den Referentenentwurf beschritten sein soll. Ich kann auch gar nicht verstehen, wie man gerade im Reichsarbeitsministerium dazu gekommen ist, einen solchen Vorschlag auszuarbeiten. Ich meine, die früheren Kämpfe um die niedrigen Unfallrenten hätten dem Reichsarbeitsministerium zeigen sollen, daß die Arbeiter nicht geneigt sind, auf kleine Renten zu verzichten, sofern sie Anspruch auf sie haben. Die Kämpfe um die sogenannten „Schnapsrenten“, wie man früher die kleinen Renten geschmackvollerweise bezeichnete, sind ja doch wohl noch allgemein im Gedächtnis, und es ist auch im Gedächtnis aller, daß der Reichstag bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung es abgelehnt hat, den Anträgen Folge zu leisten, die nach dieser Richtung hin gestellt worden sind.

Es ist gesagt worden, daß die **kleinen Renten** die Umstände gar nicht lohnen, die ihretwegen die Versicherungsträger und auch die Versicherten selbst haben. Ich muß sagen, daß mich derartige Aussprüche stets befremdeten. Denn wie verhält sich die Einschätzung dieser kleinen Unfallrenten und in diesem Falle die Einschätzung der kleinen Kriegsinvalidenrenten zur sogenannten „Krönung der Sozialreform“, das heißt zu der Höhe der Renten, die den Invaliden, Witwen und Waisen auf Grund der Reichsversicherungsordnung gewährt werden? Die Renten, die dort festgesetzt werden, sind doch ganz

(Müller [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) außerordentlich niedrig. Sie sind in vielen Fällen viel niedriger als die kleinen Militärrenten und als die kleinen Unfallrenten, und doch werden sie als die Krönung der Sozialreform gepriesen. Ich meine, daß, wer so bescheiden ist, diese Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten immer als etwas Besonderes anzupreisen, auch kein Recht hat, für die Streichung der kleinen, aber immerhin höheren Unfall- und Kriegerrenten einzutreten.

Nun ist allerdings hierbei wohl in Aussicht genommen gewesen, anders zu verfahren, als man bei der Streichung der kleinen Unfallrenten verfahren wollte. Es ist ins Auge gefaßt gewesen, daß bei Verschlimmerung des Zustandes den Militärinvaliden ein neuer Anspruch zustehe, was bekanntlich bei den kleinen Unfallrenten, sofern sie durch ein Kapital abgefunden werden — und das ist ja bei dem Wegfall der Renten bis zu 25 Prozent auch bei den Kriegsinvaliden in Aussicht genommen —, nicht in Betracht kommt. Aber trotz alledem muß ich dringend davor warnen, mit der **zwangsweisen Abfindung der Renten bis zu 25 Prozent** auf diesem Gebiete voranzugehen. Man kann, wie es ja auch bei der Unfallversicherung der Fall ist, offen halten, ob sich die Leute abfinden lassen wollen oder nicht. Aber man soll nicht glauben, daß man Zufriedenheit bei dem Kriegsinvaliden auslöst, wenn man ihnen die Renten bis zu 25 Prozent durch das Gesetz überhaupt wegnimmt und ihnen dafür ein kleines Kapital in die Hände drückt. Es mag ja mancher der Meinung sein, daß mit dem kleinen Kapital den Leuten gedient ist; aber andererseits steht doch auch wiederum fest, daß der dauernde Bezug einer Rente unter allen Umständen etwas Sicheres ist, während die kleinen Kapitalien sehr oft verschwinden, ohne daß der Betreffende den Nutzen gehabt hat, den er sich davon versprach.

Wie man die **Ansprüche der Kriegshinterbliebenen** (B) usw. zu regeln gedenkt, davon ist wohl noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Ich möchte auch hierbei darauf hinweisen, daß man, wenn man an die Regelung dieser Ansprüche geht, daran denken muß, für die Eltern — dabei sind auch die Großeltern, Pflegeeltern und Stiefeltern zu berücksichtigen — und auch für die unehelichen Kinder einen gesetzlichen Anspruch zu schaffen, ebenso für die Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder.

Im Ausschuß ist auch eine **Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung** angekündigt worden. Aber auch hier habe ich dasselbe zu sagen, was ich bei dem Gesetz über das Arbeitsrecht gesagt habe. Die Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung ist sicherlich eine Notwendigkeit, zumal während des Krieges und auch nach der Revolution dieses Gesetz durch zahlreiche Verordnungen so durchlöchert worden ist, daß sich kaum jemand hindurch findet, der nicht tagtäglich damit zu tun hat. Die Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung wird aber geraume Zeit in Anspruch nehmen, und deshalb ist es notwendig, eine Anzahl von verschiedenen Punkten herauszugreifen und durch ein Notgesetz zu regeln.

Der Herr Berichterstatter hat ja schon darauf hingewiesen, daß man den Unfallrentnern in der gleichen Weise entgegenkommen will wie den Invalidenrentnern, d. h. daß man die **Unfallrenten durch Gewährung besonderer Zuschüsse** erhöhen will. Ich halte das für durchaus notwendig. Die Not der Invaliden- und Unfallrentner ist ganz außerordentlich groß. Was dazu zu sagen wäre, ist ja schon bei der Verhandlung über unsere Interpellation die am 14. Juli in der Nationalversammlung stattgefunden hat, zum Ausdruck gekommen. Dadurch, daß die Rente auf 20 Mark erhöht worden ist, ist noch keineswegs allen Wünschen, die tagtäglich an uns herantreten, in vollem Maße Rechnung getragen. Nun ging gestern eine Notiz durch die Presse, wonach die Organisationen der Rentenempfänger im Arbeitsministerium eine Aussprache gehabt hätten, die zu beiderseitiger Befriedigung geführt habe. Ich setze voraus, daß das richtig ist, und verzichte darauf, auf die Wünsche der Rentenempfänger weiter einzugehen. (C)

Als die Invalidenrente auf 20 Mark erhöht werden sollte, war ein Vertreter der Regierung im 7. Ausschuß anwesend und hielt dort einen Vortrag über die beabsichtigte Erhöhung. Der 7. Ausschuß war mit der Erhöhung der Rente auf 20 Mark durchaus einverstanden — der Vorschlag, der zunächst gemacht wurde, war ja wesentlich niedriger —, aber der Ausschuß hat auch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß man zugleich mit der **Erhöhung der Rente** auch daran gehen möge, für die erforderliche Deckung zu sorgen; er ist dafür eingetreten, daß eine Beitragserhöhung Platz greife. Ich wundere mich, daß diesem Wunsche nicht Rechnung getragen worden ist, und daß die neue Verordnung, die die Rentenerhöhung gebracht hat, von der Erhöhung der Beiträge überhaupt nicht spricht. Ich meine, so kann nicht fortgearbeitet werden. Sparsamkeit soll auf allen Gebieten obwalten, auch auf diesem Gebiet. Die Sparsamkeit soll sich nicht gegen die Rentenempfänger richten, sondern sie soll dadurch zum Ausdruck kommen, daß man auch zugleich für die erforderliche Deckung sorgt. Nun soll allerdings, wie aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters hervorging, in allerkürzester Zeit durch eine besondere Vorlage dafür gesorgt werden, daß auch die Deckung für die erhöhten Ausgaben beschafft wird.

Das ist einer der Punkte, der der Regelung der Reichsversicherungsordnung vorangehen muß. Aber damit sind noch keineswegs die Wünsche, die die Arbeiter haben, auch nur im geringsten erfüllt. Wir sind der Auffassung, daß durch ein **Notgesetz** eine ganze Reihe von Punkten geregelt werden müssen, ehe man die Reichsversicherungsordnung im allgemeinen umgestaltet. Wir wünschen, daß (D) durch ein Notgesetz die **Versicherungspflicht** auf alle Erwerbstätigen bis zu 10000 Mark Einkommen ausgedehnt wird. Wir wünschen, daß dabei auch die kleinen Unternehmer einbezogen werden, wobei man vielleicht die Einkommensgrenze etwas niedriger ziehen kann. Wir wünschen auch, daß die Familienfürsorge verallgemeinert wird, und zwar so bald als möglich. Wir wissen, daß das nicht so einfach ist, daß es hier Widerstände zu überwinden gibt, von denen gestern schon gesprochen worden ist. Und von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, bedauere ich auch sehr, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten gestern kurzsichtig genug gewesen sind, ihren eigenen Antrag dadurch zu Fall zu bringen, daß sie an der Annahme durch die Nationalversammlung ohne weitere Kommissionsberatungen festgehalten haben. Wir wünschen weiter, daß die **Vereinheitlichung der Versicherungsträger** auf allen Gebieten auch vor dem Umgestalten der Reichsversicherungsordnung in Angriff genommen wird.

Die Zersplitterung auf dem **Gebiete der Krankenkassen** ist auch, obgleich die Reichsversicherungsordnung hier ja regelnd eingegriffen hat, noch außerordentlich groß. Die Wünsche der Arbeiter gehen deshalb dahin, daß das Notgesetz sich mit der Aufhebung der Innungskrankenkassen zu beschäftigen hat, daß die kleinen Betriebskrankenkassen — wenn nicht alle Betriebskrankenkassen — in Wegfall kommen müssen, und daß vor allen Dingen auch die **Landkrankenkassen** verschwinden. Die Landkrankenkassen insbesondere haben ja jetzt, nachdem durch die verschiedenen Verordnungen die Rechte der in den Landkrankenkassen Versicherten denen der in den allgemeinen Ortskassen Versicherten nahezu gleichkommen, überhaupt keine Berechtigung mehr, und es ist lediglich ein überflüssiger Verwaltungsapparat, der bestehen bleibt, wenn man die Landkrankenkassen aufrechterhält.

(Müller [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) Auch auf dem Gebiete der **Invalidenversicherung** ist sofort regelnd einzugreifen. Es ist doch lediglich ein Notbehelf, wenn man den alten Invalidenrentnern einen Zuschuß gewährt. Es kommen immer neue hinzu, und man kann doch nicht auf die Art und Weise fortwursteln, daß man den neu Hinzukommenden Zuschüsse gewährt, obgleich andere Möglichkeiten bestehen, entsprechend hohe Invalidenrenten festzusetzen. Man hat eben schon bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung versäumt, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Man hätte schon damals **mehr Lohnklassen** schaffen sollen, als sie durch den § 1245, der nur 5 Lohnklassen vorsieht und dabei das Höchsteinkommen von 1150 Mark berücksichtigt, vorgesehen sind. Hätte man das getan, hätte man früher schon Lohnklassen in ausreichender Zahl geschaffen, dann würden die Invalidenrenten für die Leute mit höherem Einkommen schon jetzt wesentlich höher sein, als es tatsächlich der Fall ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun kommen die ganz außerordentlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt hinzu, die Steigerung der Löhne, die eingetreten ist, und dieser Lohnsteigerung hat unbedingt die Invalidenversicherung zu folgen, das heißt, es sind hier entsprechende Lohnklassen zu schaffen. Die Arbeiter stehen ja mit dieser Forderung nicht allein da; es sind auch die Versicherungsträger selbst, die in dieser Richtung vorstellig werden, und die gleichfalls wünschen, daß man die Invalidenversicherung so schnell wie möglich ausbaut.

Man soll sich auch keineswegs den Umständen gegenüber blind stellen, daß die Versicherungsträger zurzeit unter ganz ungünstigen Verhältnissen arbeiten müssen, und diese Verhältnisse werden noch ungünstiger werden, wenn eine gewisse Zeit verstrichen sein wird.

In der **Krankenversicherung** macht sich der Umstand (B) geltend, daß der Krieg auf den Gesundheitszustand ganz außerordentlich ungünstig eingewirkt hat. Ich brauche darüber näheres nicht zu sagen; das ist ja hinlänglich bekannt. Wenn nun erst einmal hier und da die **Erwerbslosenfürsorge** wegfällt, dann wird der Sturm auf die Krankenkassen viel größer werden. Es soll ja die Erwerbslosenfürsorge nicht allgemein wegfallen; aber es wird doch vielleicht dazu übergegangen werden, sie in dieser oder jener Weise umzugestalten, sodaß sie durch Stellung strengerer Voraussetzungen ungünstiger wird. Wenn das eintritt, dann wird der Sturm auf die Krankenkassen wieder einsetzen, und andererseits werden auch die Ansprüche an die Versicherungsanstalten als die Träger der Invalidenversicherung größer werden als bisher. Dabei tritt dann bei diesen wiederum als weiterer ungünstiger Umstand in Erscheinung, daß alle die Kriegswochen angerechnet werden müssen, daß also große Leistungen von den Versicherungsanstalten zu gewähren sind, ohne daß die entsprechenden Gegenleistungen vorher erfolgt sind. Dem muß Rechnung getragen, daß heißt, es muß dafür gesorgt werden, daß die Versicherungsanstalten auch in der Lage sind, den an sie gestellten und zu stellenden Anforderungen nachzukommen.

Neben der Schaffung neuer Lohnklassen müssen erhöhte Steigerungssätze geschaffen werden. Auch der Reichszuschuß muß erhöht werden. Dasselbe gilt für die Anteile der Versicherungsträger. Wenn also zu den bisher bestehenden fünf Lohnklassen neue hinzukommen, werden bei dieser Regelung Invalidenrenten gewährt, die den Verhältnissen mehr gerecht werden als die Renten, die jetzt die Regel sind. Natürlich wird eine Ausgestaltung der Invalidenversicherung — ich habe das schon vorhin betont — auch eine **Erhöhung der Beiträge** zur Folge haben. Sie gehört auch unbedingt dazu, und kein Arbeiter wird, wenn er sieht, daß seine Ansprüche gesichert werden, daß er Anspruch auf höhere Renten hat, Bedenken tragen, (C) für die Invalidenversicherung auch höhere Beiträge zu leisten.

Dasselbe, was ich von der Invalidenrente gesagt habe, gilt natürlich auch von den **Bezügen der Witwen und Waisen.** Auch hier sind die bisherigen Bezüge durchaus ungenügend, und es ist notwendig, daß auch hier durch ein Notgesetz den heutigen Verhältnissen Rechnung getragen wird.

Wir wünschen auch, daß die Renten nicht nur höher, sondern auch leichter erhältlich sind. Die **Arbeiter** wünschen in dieser Beziehung den **Angestellten gleichgestellt** zu werden. Die Angestellten bekommen ihr Ruhegeld, wenn sie 50 Prozent erwerbsbeschränkt sind; bei den Arbeitern dagegen soll eine Erwerbsbeschränkung von 66⅔ Prozent vorliegen. Das ist eine ganz ungleichmäßige Behandlung, die durch nichts gerechtfertigt ist, ebenso wie es ungerechtfertigt ist, daß man bei den Angestellten die Berufsinvalidität vorsieht, während bei den Arbeitern der allgemeine Arbeitsmarkt doch im wesentlichen ausschlaggebend ist bei Prüfung der Frage, ob sie noch ein Drittel desjenigen verdienen können, was gesunde Arbeiter ihrer Art verdienen können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Vorschriften über den **Verlust** oder über die **Erhaltung der Anwartschaft** einer eingehenden Prüfung zu unterziehen sind. Es ist außerordentlich hart für die Arbeiter, daß unter Umständen Beiträge für 15, 20 und noch mehr Jahre verfallen, bloß weil vielleicht eine Marke fehlt an der Zahl der 20, die innerhalb zweier Jahre zu kleben sind, um die Anwartschaft aufrechtzuerhalten.

Dem ist durch die Verordnung zu steuern versucht worden, die im Februar dieses Jahres noch rasch herausgekommen ist. Aber diese Verordnung trägt auch den (D) Stempel einer Notverordnung allzusehr an der Stirn und ist noch bei weitem nicht all den Fällen gerecht geworden, denen sie wohl hat gerecht werden wollen. Ich glaube deshalb, daß es dringend notwendig ist, sobald als möglich — es handelt sich hier um durchaus berechtigte Ansprüche der Arbeiter, deren Erfüllung schon viel zu lange auf sich hat warten lassen — die Vorschriften über den Verlust der Anwartschaft in dem Notgesetz auch einer Regelung zu unterziehen.

Auch bei der Unfallversicherungsgesetzgebung haben wir Wünsche, die durch das Notgesetz berücksichtigt werden müssen. Da wünschen wir, daß **die Zahl der Berufsgenossenschaften,** auf deren **Verminderung** man ja auch schon von vornherein drängen könnte, eine Verringerung erfährt. Ich sehe zum Beispiel gar nicht ein, warum wir so viele Baugewerksberufsgenossenschaften in Deutschland haben müssen, warum so viele verschiedene Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften nebeneinander existieren. In dieser Beziehung könnte man — denn wir rechnen doch wohl bei der Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung mit der Vereinheitlichung des Versicherungsträgers — dieser zu erwartenden Umgestaltung schon vorarbeiten. Aber das lasse ich dahingestellt, ob man bei der Unfallversicherung hier schon einzugreifen braucht. Jedenfalls wünschen wir, daß die Versicherungsträger die Leistungen schon vom Tage des Unfalls an zu übernehmen haben. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie außerordentlich schlecht die Krankenkassen zurzeit stehen und wie eine neue Belastung der Krankenkassen noch zu erwarten ist. Wenn nun die Berufsgenossenschaften — was ja auch durchaus gerechtfertigt ist — verpflichtet werden, die Leistungen vom Tage des Unfalls an zu übernehmen, so bedeutet das zugleich eine wesentliche Entlastung, eine Sicherstellung der Krankenkassen.

(Müller [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) Wir wünschen auch, daß die **Gewerbekrankheiten** so rasch als möglich als Betriebsunfälle entschädigt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, kommt den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter auch nicht im geringsten entgegen. Gerade der Krieg, der auf dem Gebiete der chemischen Industrie so außerordentliche Fortschritte gebracht und namentlich große Arbeitermassen in die Munitionsfabriken hineingetrieben hat, sollte bei der großen Anzahl von Gewerbekrankheiten, die sich dabei herausstellten, auch die Veranlassung gewesen sein, daß der Bundesrat von der Befugnis, die ihm durch die Reichsversicherungsordnung eingeräumt worden ist, in ganz anderem Maße Gebrauch gemacht hätte, als es geschehen ist. Ich rede dabei von allen Gewerbekrankheiten, die zu beobachten sind. Es ist ein berechtigter Wunsch der Arbeiter — ich wiederhole es —, daß hier endlich einmal etwas geleistet wird, und daß die Leute, die durch Gewerbekrankheiten ihre Gesundheit und ihre Erwerbsmöglichkeit verlieren, den Unfallverletzten gleichgestellt werden.

Wir wünschen auch, daß bei der Berechnung der Rente der **Jahresarbeitsverdienst** eine andere Berücksichtigung findet als bisher. Es kann nicht so bleiben, daß angesichts der Lohnsteigerungen, die eingetreten sind, der Jahresarbeitsverdienst noch immer nur mit 1800 Mark voll angerechnet wird. Es bedeutet eine außerordentlich schwere Schädigung der Unfallverletzten, daß man in dieser Beziehung nicht weiter gegangen ist, sondern es bei dem alten Zustande bei der Berechnung der Unfallrente gelassen hat, wonach beim Jahresarbeitsverdienst nur 1800 Mark voll und der Überschuß mit nur einem Drittel angerechnet wird.

Wir wünschen auch, daß der **Arbeitsbehandlung** mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, als das bisher (B) geschehen ist. Der Krieg hat ja in dieser Beziehung manches gebracht, zum Beispiel, daß man den Kriegsinvaliden durch die Arbeitsbehandlung ihre Arbeitskraft so weit als möglich wiedergegeben hat, woraus auch die Versicherungsträger ganz außerordentlich viel lernen konnten. Man muß hier zugreifen, ehe entsprechende Einrichtungen abgebaut werden. Ich weiß ja, daß das Reichsversicherungsamt hier vorgearbeitet hat, daß in Verbindung mit dem Roten Kreuz die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind, um diese Einrichtung auch den Unfallverletzten dienstbar zu machen. Aber ich meine, es müßte doch noch mehr geschehen, und das kann man machen, indem man die Arbeitsbehandlung in das Notgesetz, von dem ich wiederholt gesprochen habe, einbezieht. Es ließe sich über die Arbeitsbehandlung noch Verschiedenes sagen, es werden sich da nicht alle Hoffnungen erfüllen; aber ich will jetzt davon absehen, weil der Punkt der Tagesordnung nach allseitigen Wunsch heute noch erledigt werden soll.

Auf den Umstand möchte ich aber das Reichsarbeitsamt noch besonders hinweisen, daß im kommenden Jahre die **Wahlen der Beisitzer** zu den verschiedenen Einrichtungen der Arbeitsversicherungen stattfinden. Sollen nun wirklich die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung noch maßgebend sein für die kommenden Wahlen? Sollen die Wahlen wirklich noch stattfinden nach den Vorschriften, durch die ein indirektes Wahlsystem allermerkwürdigster Art geschaffen worden ist? Ich meine, es ist die Aufgabe des Reichsarbeitsamts, hier so rasch wie möglich für den Erlaß von Vorschriften zu sorgen, wonach die Vertreter zu den verschiedenen Versicherungsbehörden und Versicherungsträgern durch **allgemeine Wahlen** gewählt werden.

Dann möchte ich noch besonders Gewicht darauf legen, daß man sobald wie möglich Bresche legt in die bisherige **Organisation der Berufsgenossenschaften.** Es ist unumgänglich notwendig, daß die Arbeiter auch hier eine entsprechende Vertretung erhalten. (C) Damit würde auch dem Art. 161 der Verfassung Rechnung getragen werden, worin es heißt: daß eine Versicherungsgesetzgebung geschaffen werden soll unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten. Von einer solchen ist bei den Berufsgenossenschaften keine Rede, weil dort von einer Mitwirkung überhaupt nicht gesprochen werden kann. Hier gibt es Arbeit für das Reichsarbeitsministerium. Namentlich ist für eine geeignete Vertretung der Arbeiter bei der Unfallverhütung zu sorgen. Wir sind der Meinung, daß zur Überwachung der Betriebe überhaupt eine selbständige Behörde geschaffen werden soll, eine Behörde, bei der auch die Arbeiter entsprechend Berücksichtigung finden, das heißt, bei der man auch die Arbeiter zur Überwachung der Betriebe heranzieht. Wenn ich dabei von Arbeitern rede, so meine ich das natürlich im weiteren Sinne: auch die Arbeiterinnen wird man dabei entsprechend berücksichtigen müssen.

Wenn man aber dann an die endgültige Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung geht, so hoffen wir, daß endlich ein **einheitlicher Versicherungsträger** für die verschiedenen Versicherungszweige geschaffen wird. Darüber ist schon oft geredet worden. Dieser einheitliche Versicherungsträger ist schon vom Reichstag gewünscht worden, und die Regierung hat hierüber auch schon Versprechungen gemacht. Die Reichsversicherungsordnung hat aber die Erwartungen, die die Arbeiter an die Beschlüsse und Versprechungen geknüpft hatten, nicht erfüllt. Wohl ist ein einheitliches Gesetz zustande gekommen, aber ein Gesetz, das „unter Wahrung des geschichtlich Gewordenen" die alten Versicherungsträger nicht berührt hat. Da meine ich denn doch, der 9. November und die Tage vorher und nachher haben so viel „geschichtlich Gewordenes" aus der Welt geschafft, daß man vor den „geschichtlich gewordenen Versicherungsträgern" nun wirklich nicht halt machen (D) sollte, und daß man, wenn man an die Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung herantritt, wirklich auch den einheitlichen Versicherungsträger schafft. Die Wünsche der Arbeiter nach dieser Richtung hin sind ja schon zu sehr bekannt, als daß es notwendig wäre, sie noch besonders zu begründen. Es gilt eben, territoriale Versicherungsanstalten mit lokalen Zweiganstalten zu errichten, dann wird sich sehr leicht der Aufbau der Arbeiterversicherung auf dieser Grundlage vollziehen.

Wenn wir von der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung reden, so meinen wir allerdings, daß auch die **Angestelltenversicherung** mit einbezogen werden soll. Die Angestelltenversicherung hat als selbständiger Zweig der Arbeiterversicherung keine Existenzberechtigung.

(Zuruf: Na! Na!)

Sie ist seinerzeit geschaffen worden, um einen Keil in die Arbeiter zu treiben; denn auch die Angestellten sind lediglich Arbeiter. Wir haben gar keine Veranlassung, diesen früher geschaffenen Versicherungsträger aufrecht zu erhalten. Wenn ich das sage, dann meine ich allerdings damit auch zugleich, daß den Angestellten keines der Rechte verloren gehen darf, die sie in der Angestelltenversicherung bisher hatten.

(Zuruf: Dann müssen Sie sie auch aufrecht erhalten!)

Es handelt sich hier darum, daß bei der **Eingliederung** der Angestelltenversicherung **in die Invalidenversicherung** ein Ausbau der Invalidenversicherung in der Richtung erfolgt, wie ich das vorhin schon angedeutet habe. Dann werden die Angestellten, wenn die Arbeiter die entsprechenden Rechte haben, auch nichts vermissen, wenn sie mit den Arbeitern bei einem Versicherungsträger zusammen versichert sind.

Wir wünschen auch, daß man bei der Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung die **Verwaltung** von den

(**Müller** [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) Stellen trennt, die die Bezüge der Kranken oder der Bezugsberechtigten überhaupt festzusetzen haben. Das gilt auch für die **Rechtsprechung.** Sie wissen, daß das Reichsversicherungsamt heute nicht nur rechtsprechende Instanz ist, sondern daß ihm zu gleicher Zeit auch auf dem Gebiete der Verwaltung große Aufgaben überwiesen worden sind. Wir, die wir ständig auf dem Reichsversicherungsamte zu tun haben, die wir die Entwicklung der Rechtsprechung zu beobachten in der Lage sind, meinen, daß der Umstand, daß die Richter zu gleicher Zeit Verwaltungsbeamte sind, doch sehr abgefärbt hat, und daß die Verschlechterung der Rechtsprechung wesentlich diesem Umstande zuzuschreiben ist. Die Richter sind ja auch lediglich Menschen. Daß sie Menschen sind, ist ja von dieser Stelle aus schon im alten Reichstage oft nachgewiesen worden. Wenn die Rechtsprechung von der Verwaltung getrennt wird — ich weiß, daß ich damit nicht etwas sage, was vom Reichsversicherungsamt angenehm empfunden wird; denn in verschiedenen Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamts wird gerade immer auf die Verwaltungstätigkeit großes Gewicht gelegt —, dann wird nach meinem Dafürhalten zum mindesten dem Mißtrauen, das sich vielfach geltend macht, ein Riegel vorgeschoben.

Wenn ich gesagt habe, daß die Richter auch nur Menschen seien, so habe ich damit sagen wollen, daß Leute, die beständig in der Verwaltung mit Versicherungsträgern zu tun haben, mit Versicherungsträgern, die, wie es namentlich bei der Unfallversicherung der Fall ist, einseitig orientiert sind, weil dabei die Versicherten fehlen, durch die beständigen Verhandlungen beeinflußt werden. Es wird in der Rechtsprechung dann so manchem Rechnung getragen, was bei Besprechungen mit den Versicherungsträgern zur Sprache gekommen ist. Trotz alledem wünschen wir, daß bei der Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung der **Rekurs** in weitem Maße Platz greift, (B) wie das bisher schon geschehen ist.

Wenn ich sagte „trotz alledem“, so wollte ich damit von vornherein zum Ausdruck bringen, daß es sich nicht um ein besonderes Vertrauensvotum handelt, das wir dem Reichsversicherungsamt ausstellen. Aber die **Behandlung der Arbeiterversicherungsstreitigkeiten vor den Oberversicherungsämtern** ist doch in vielen Fällen, man kann sagen, in allen Fällen, noch viel ungünstiger, namentlich infolge der großen Flüchtigkeit und der ungenügenden Vorbereitung, als vor dem Reichsversicherungsamt. Deshalb haben wir den Wunsch, daß der Rekurs in mehr Fällen zulässig sein soll. Wir haben sogar den Wunsch, daß der Rekurs in allen Fällen wieder zugelassen werden soll, also der Zustand, den die Reichsversicherungsordnung geschaffen hat, beseitigt wird.

Bei der Besprechung des Etats des Reichsamts des Innern ist ja in früheren Jahren in reichem Maße Kritik an der **Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts** geübt worden. Ich will das heute nicht tun, nicht weil mir das Material dazu fehlte — im Gegenteil, ich habe Material in großer Menge — sondern weil die Zeit dazu fehlt. Aber ich möchte den Herrn Arbeitsminister doch bitten, einmal beim Reichsversicherungsamt nachzufragen, wann eigentlich der § 544 Abs. 2 in Kraft gesetzt wird. In § 544 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die **Unfallrente** nicht in Wegfall kommen soll, wenn der Arbeiter durch **verbotswidriges Verhalten** den Unfall veranlaßt hat. Durch diese Vorschrift, die damals neu in die Reichsversicherungsordnung hineingekommen ist, ist eine Umgestaltung der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes in sehr vieler Beziehung notwendig geworden. Das Reichsversicherungsamt hat, ehe die Reichsversicherungsordnung in Kraft trat, verschiedene Begriffe geprägt, die den Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, so das Außer- (C) betriebsetzen, so die selbstgeschaffenen Gefahren usw. Wer sich durch selbst geschaffene Gefahren einen Unfall zuzog, der bekam nach der alten Rechtsprechung keine Rente. Wer sich durch irgendwelche Handlungsweise außer Betrieb setzte, bekam keine Rente. Das alles waren Begriffe, die durch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts früher geschaffen worden waren, obwohl das Gesetz dazu eigentlich auch keine Handhabe geboten hatte. Denn es ist schon immer in der Gesetzgebung Grundsatz gewesen, daß nur diejenigen keinen Anspruch auf Unfallrente haben, die den Unfall vorsätzlich herbeiführen. Wer sich nun selbst außer Betrieb setzt, wer sich selbst Gefahren schafft, schafft immerhin noch nicht selbst den Unfall, und es hätte ihm deshalb auch die Rente gebührt. Bei der späteren Umgestaltung der Unfallversicherung ist aber diese Rechtsprechung dann gewissermaßen sanktioniert worden, und sie blieb deshalb aufrecht erhalten.

Anders bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung. Hier ist die von mir erwähnte Vorschrift in das Gesetz hineingekommen, und auf Grund namentlich der Geschichte dieser Vorschrift hätten alle die Urteile nicht mehr ergehen dürfen, die keine Rente gewähren bei Unfällen, die der Verletzte erlitten hat, weil er sich im Betrieb selbst Gefahren geschaffen und sich dadurch außer Betrieb gesetzt hat. Nach meinem Dafürhalten dürfen, selbst wenn der Arbeiter durch eine Spielerei verunglückt ist, infolge der Geschichte dieser Vorschrift Unfallrenten nicht mehr verweigert werden.

In dem **Kommentar,** der von den **Mitgliedern des Reichsversicherungsamts** herausgegeben worden ist, wird nun die sehr merkwürdige Auffassung vertreten — und nach dieser Auffassung wird auch heute noch Recht gesprochen —, daß bei dem verbotswidrigen Verhalten des Arbeiters die Unfallrente nur dann nicht ausgeschlossen (D) sei, wenn die Tätigkeit, bei der der Arbeiter verunglückte, im Interesse des Betriebs gelegen habe. In dem Kommentar heißt es, daß durch diese neue gesetzliche Vorschrift der Gesetzgeber lediglich sanktioniert habe, was schon immer beim Reichsversicherungsamt Grundsatz gewesen sei. Das ist nicht der Fall — ich betone das ganz ausdrücklich —, und ich stehe ja in dieser Beziehung auch nicht allein. Auch in anderen Kommentaren, die die Unfallversicherung behandeln, ist der Meinung Ausdruck gegeben, daß jeder Unfall, der zeitlich und räumlich mit dem Betrieb zusammenhängt, infolge dieser neuen Vorschrift zu entschädigen ist. Aber nun sind die Vorschriften über die Unfallversicherung seit dem 1. Januar 1913 in Kraft. Also beinahe sieben Jahre wird die Reichsversicherungsordnung vom Reichsversicherungsamt bei der Rechtsprechung über Betriebsunfälle angewendet, und noch haben wir keine Entscheidung durch die klipp und klar ausgesprochen wird, wie die Vorschrift des § 544 Abs. 2 überhaupt zu deuten ist, und ich muß hier ganz ausdrücklich auch betonen, daß der **große Senat des Reichsversicherungsamts** in dieser Frage vollständig versagt hat. Es sind wiederholt Fälle dem großen Senat von den einzelnen Senaten überwiesen worden. Der große Senat hätte infolgedessen die Verpflichtung gehabt, zu dieser neuen gesetzlichen Vorschrift Stellung zu nehmen; er ist aber immer einer Entscheidung aus dem Wege gegangen. Er hat immer noch eine Hintertür gewußt, durch die er hat hindurchschlüpfen können, und durch die die alte Rechtsprechung des alten Reichsversicherungsamts gleichzeitig mit hindurchgeschlüpft ist. Wir haben zurzeit einen Fall, der am 21. November des Jahres 1918 dem großen Senat überwiesen worden ist. Der große Senat hat seit dem 21. November noch keine Zeit gehabt, ihn zur Ent-

(**Müller** [Potsdam], Abgeordneter.)

(A) scheidung zu bringen. Das ist nicht nur ungünstig für den Verletzten, der auf seine Rente ganz unbillig lange warten muß, sondern es kommt hinzu, daß während dieser Zeit eine ganze Reihe von Entscheidungen gefällt worden sind, durch die die Unfallbeschädigten, weil die alte Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts noch immer angewendet worden ist, zu Unrecht um ihre Rente gebracht worden sind.

Ich möchte das Reichsministerium auch bitten, bei all den Plänen, die es in Zukunft zu verwirklichen gedenkt, sich auch der **Pläne** zu erinnern, die von Professor **Schmittmann** in Köln ausgearbeitet worden sind, soweit sie die Eltern-, die Wohnversicherung und ähnliches betreffen.

Es ist gestern schon bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern darauf hingewiesen worden, daß die **Wohlfahrtspflege** zum Ministerium des Innern gehört. Hier sollte eine Umgruppierung stattfinden. Arbeiterversicherung und Wohlfahrtspflege greifen in so außerordentlich vielen Fällen ineinander, daß ein gemeinsames Arbeiten überall am Platze ist, und es ist nun ein ganz unerquicklicher Zustand, daß hier nicht schon bei der obersten Instanz, also beim Reichsarbeitsministerium, die Fäden einheitlich zusammenlaufen. Die Arbeiter hegen den Wunsch, daß eine gemeinsame Arbeit in der sozialen Fürsorge, zu der ja auch die Reichsversicherung gehört, Platz greift. Nur dann, wenn das geschieht, werden viele der Mißstände, die noch immer zu beklagen sind und die sich nicht ausgleichen lassen, wenn nicht von vornherein einheitlich zusammengearbeitet wird, aus der Welt gebracht werden. Wenn dadurch auch der soziale Ausgleich nicht geschaffen werden kann oder auch nur soll, so wird doch dadurch manches vermieden werden, was heute sehr viel Unwillen erregt und was vermieden werden muß.

(B) Ich möchte deshalb das Reichsarbeitsministerium, obgleich es in dieser Beziehung wohl kaum sehr viel tun kann, doch darum ersuchen, sich des Gebiets der allgemeinen Wohlfahrtspflege gleichfalls angelegen sein zu lassen, zumal wir beabsichtigen, bei den Anträgen, die die allgemeine Arbeiterversicherung betreffen, mit entsprechenden Vorschlägen an das Reichsarbeitsministerium heranzutreten.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tremmel.

Tremmel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion begrüßt die **Schaffung des Reichsarbeitsministeriums** mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, die uns bei dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes bevorstehen. Wenn man die industrielle Entwicklung unseres Vaterlandes in den letzten Jahrzehnten betrachtet, so müßte man eigentlich bedauern, daß ein solches Amt nicht schon früher bei uns geschaffen worden ist. Wir haben die Auffassung, daß unserem Volke dann in den letzten Monaten manches erspart geblieben wäre.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dem Reichsarbeitsministerium stehen ohne Zweifel sehr große, schwere, aber auch dankbare Aufgaben bevor, ganz besonders, wenn man berücksichtigt, daß die Mittel, die uns jetzt zur Verfügung stehen, nicht allzu reichlich sind. Es kommt aber bei der Erfüllung der Aufgaben nicht nur auf die Mittel an, sondern auch darauf, von welchem Geiste das Amt und seine Träger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beherrscht sind; und da sind wir der Auffassung, daß es Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums sein muß, dafür zu sorgen, daß der Aufbau im Geiste der Gemeinwirtschaft erfolgt, die den Menschen eine Befriedigung an der Arbeit finden läßt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(C) Das ist das Wesentliche, worauf es jetzt ankommt. Wir sind alle davon überzeugt, daß nur die Schaffung von Werten und Arbeit uns über die große Not hinweghelfen kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ganz besonders muß Wert darauf gelegt werden, daß in Zukunft die Arbeit kein Ausbeutungsobjekt mehr für wenige Begüterte sein darf. Der wirtschaftliche Liberalismus, der das freie Spiel der Kräfte proklamierte, was zur schrankenlosen Konkurrenz führte, darf nicht mehr wiederkehren, wenn wir an den Aufbau unseres Wirtschaftslebens herangehen. Deshalb ist, wie gesagt, notwendig, daß der Wiederaufbau in einem Geiste geschieht, der dem Menschen auch Befriedigung an der Arbeit gibt. Das Reichsarbeitsministerium muß bei der Erfüllung seiner Aufgaben über den Parteien stehen. Das ist Voraussetzung, wenn es seine Aufgaben im Sinne des Volkes und seiner Gesamtheit erfüllen will.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums ist die Schaffung eines ausgeprägten **Arbeitsrechts.** Im Etat sind ja 250 000 Mark für die Vorarbeiten eines Arbeitsgesetzbuchs vorgesehen, und wir wollen nur wünschen, daß diese Arbeiten so beschleunigt werden, daß der Nationalversammlung recht bald eine solche Vorlage gemacht werden kann. Das wichtigste bei der Schaffung des Arbeitsrechts ist die Sicherung des Vereins-, Organisations- und Koalitionsrechts. Die deutschen Arbeiter wollen wahre Freiheit auf dem Boden des Rechts. Sie sind gegen jede Anwendung von Gewalt und gegen jede Gewaltherrschaft, ob sie von rechts oder von links kommt. Es muß darauf hingewiesen werden, daß seit der Revolution und gerade in der letzten Zeit in verstärktem Maße die Anwendung von Gewalt und Terrorismus eingesetzt hat.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

(D) Wir müssen verlangen, daß das Reichsarbeitsministerium den Bestimmungen der Verfassung Geltung verschafft, ganz besonders dem Art. 159 der Verfassung. In jüngster Zeit sind wieder so schwere Fälle von **Terrorismus** vorgekommen, die durch gar nichts gerechtfertigt werden können. So haben am 25. September in den **Chemischen Werken von Merk in Darmstadt** die Arbeiter die Arbeit mit der Forderung niedergelegt, daß sämtliche christlich organisierten Arbeiter in den sozialdemokratischen Verband überzutreten haben.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Sie haben die Arbeit erst dann wieder aufgenommen, nachdem dieser Übertritt vollzogen war. Ein Arbeiter, der diesen Übertritt nicht vollzogen hat, ist heute brot- und arbeitslos. Er mußte den Betrieb verlassen, obwohl er schon lange Jahre im Betriebe beschäftigt war und Vater mehrerer Kinder ist.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Ich will ferner darauf hinweisen, daß schon vor einem Vierteljahr in den **Gummiwerken der Continental in Hannover** einige Arbeiter, die christlich organisiert waren, aus der Arbeitsstelle gedrängt wurden und seit dieser Zeit außer Arbeit sind. Die Firma hat den Lohn für die Arbeiter gezahlt, weil sie überzeugt ist, daß sie zu Unrecht entlassen werden mußten, und nun hat man noch verlangt, daß die Firma die Zahlung des Lohnes einstellt.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Wir haben uns in der Sache an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Es hat lange Zeit gebraucht, bis wir eine Antwort bekommen haben, und jetzt erhalten wir folgende Antwort:

> Auf Ihr gefl. Schreiben teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß ich den Arbeiterausschuß der Continental Kautschuk und Guttapercha Comp.

(**Tremmel**, Abgeordneter.)

(A) nicht im unklaren darüber gelassen habe, daß die Stellungnahme der Arbeiterschaft gegen Gieselmann unzulässig ist. Ich habe weiter nachdrücklichst verlangt, daß er sich für sofortige Zulassung zur Arbeit einsetzt. Ich habe ferner die zuständige Landesbehörde von dem Sachverhalt benachrichtigt und sie ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß Gieselmann und v. Ohlen schleunigst ihrer Arbeit wieder nachgehen können.

Daraufhin ist der eine dieser Arbeiter jetzt wieder zur Arbeit zugelassen, während der andere immer noch auf der Straße steht und die Arbeiterschaft die Einstellung dieses Arbeiters einfach verhindert. Wir sind der Auffassung, daß das Reichsarbeitsministerium mit anderen Mitteln vorgehen muß, wenn es den Bestimmungen der Verfassung endlich Geltung verschaffen will. Es nützt hier nichts, wenn man den Arbeiterausschuß nachdrücklichst darauf hinweist, daß der Mann wieder in Arbeit kommen soll. In solchen Fällen wie hier müssen eben andere Mittel angewandt werden, da müssen dem Reichsarbeitsministerium andere Mittel zur Verfügung stehen, um wahre Freiheit und wahres Recht in unserem Vaterlande zur Geltung zu bringen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben jetzt weiter in **Frankfurt am Main** den Fall, daß die dortigen **Eisenbahner** einfach verlangen, daß der Ausschuß des Allgemeinen Eisenbahnarbeiterverbandes von der Mitarbeit ausgeschlossen wird.

(Hört! Hört! im Zentrum. — Zuruf rechts: Genau so in den Fachausschüssen!)

Man sieht also auch hier einen Terror, wie man ihn nicht schlimmer denken kann.

Bei der **Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn** hat man dasselbe gemacht. Man hat die christlich organi-(B)sierten Arbeiter einfach gezwungen, überzutreten; die, die es nicht getan haben, wurden rücksichtslos von der Arbeitsstelle verdrängt, unbekümmert darum, wie es den Leuten später geht.

Ich habe hier den **Anschlag des Arbeiterausschusses eines Betriebes in Neumünster;** der verlangt nicht bloß den Übertritt zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften, der verlangt auch, daß sich die Arbeiter politisch organisieren müssen. Das Vorgehen der betreffenden Arbeiterschaft läßt gar keinen Zweifel darüber, daß damit nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei gemeint sind. So gibt es noch Dutzende von Fällen. Wir haben ganze Mappen von Material, mit dem wir aufwarten können. Es ist ja hier nicht der Platz, um auf einzelne Fälle einzugehen. Ich habe nur diese wenigen Fälle herausgegriffen, die in der letzten Zeit passiert und die in ganz schroffer Form vorgekommen sind. Wir verlangen von dem Reichsarbeitsministerium, daß es jetzt endlich Mittel und Wege findet, um den Arbeitern klar zu machen, daß wir in einem Rechtsstaat leben, wo auch die Gesinnung und Betätigung jedes Andersdenkenden respektiert werden muß.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Nicht nur das; wir verlangen auch, daß allen Arbeitern, die in eine andere Organisation gezwungen worden sind, die Mitgliedsbücher und Mitgliedskarten ihrer ursprünglichen Organisation zurückgegeben werden, damit sie die Möglichkeit haben, sich dort wieder anzuschließen. Die Arbeiterschaft ist dieser Gewaltmittel und dieses Terrors heute satt. Der Arbeiter will ein freier deutscher Bürger sein. Er will sich nicht unter die Herrschaft eines bestimmten Parteidogmas zwingen lassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Arbeiterschaft will über ihr Schicksal selbst verfügen und bestimmen; sie will sich nicht durch Zwangsmaß-(C)regeln von irgendwelchen Leuten Vorschriften machen lassen. Wir als Zentrumspartei lehnen jede Diktatur und jede Gewaltherrschaft, ob sie von rechts oder von links kommt, ganz entschieden ab.

(Zustimmung im Zentrum.)

Ich betone nochmals, daß wir auf dem Boden des Rechts stehen und in dieser Beziehung auch verlangen, daß die Regierung Mittel und Wege findet, um das freie Recht jedes einzelnen Staatsbürgers zu garantieren.

Wir haben ja gestern bei den Auseinandersetzungen hier im Hause von Frau Zietz gehört, daß das Ziel der Unabhängigen die **Diktatur des Proletariats** sei. Wenn es eine wirkliche Diktatur des Proletariats wäre, wo auch die vernünftigen Elemente im Proletariat zum Worte kommen würden, dann könnte man ja schließlich das als das kleinere Übel noch hinnehmen. Aber man will ja das überhaupt nicht, sondern man will nur unter diesem Schlagwort das Proletariat mißbrauchen, um die Diktatur einiger brutaler Gewaltmenschen aufzurichten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das ist das wahre Ziel, das man hierbei verfolgt, und deshalb muß die Arbeiterschaft in diesem Sinne aufgeklärt, und es muß ihr gesagt werden, was man eigentlich unter diesem Schlagwort heute versteht. Würde es gelingen, eine solche Diktatur aufzurichten, dann hätte die Arbeiterschaft erst recht nichts mehr zu sagen. Die Vorkommnisse in einzelnen Betrieben, wo man diese Diktatur aufgerichtet hat, sprechen Bände für sich und zeigen, in welchem Sinne der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden soll. Wenn das Reichsarbeitsministerium in diesem Sinne aufklärend unter der Arbeiterschaft wirken würde, wäre es ohne Zweifel ein großes Verdienst.

Bei der Gelegenheit muß auch ein Appell an andere Kreise gerichtet werden, dahingehend, daß man endlich das wüste Geschimpfe und das Gerede von der **Arbeitsunlust** (D) und von den hohen Arbeiterlöhnen einstellen soll. Es ist nicht immer so, und der größte Teil der Arbeiterschaft geht freudig an die Arbeit. Wenn heute vielfach nicht das geleistet werden kann, was früher geleistet worden ist, so liegt das in den Verhältnissen der letzten fünf Jahre begründet, auf die man nicht näher einzugehen braucht. Da, wo Arbeitsunlust wirklich vorhanden ist, verurteilen auch wir das; aber man soll nicht mit dem Geschimpfe über die Arbeitsunlust auch denjenigen, die arbeitsfreudig sind, diese Arbeitsfreudigkeit nehmen. Darauf kommt es doch im wesentlichen an.

Was die **Frage der höheren Löhne** angeht, muß bemerkt werden, daß es nur eine ganz kleine Oberschicht ist, die heute im Verhältnis zur Teuerung hohe Löhne verdient. Der weitaus größte Teil der Arbeiter verdient nur das, was sie zum Leben notwendig brauchen. Wenn wir die Lohnverhältnisse heute einmal an den Verhältnissen unserer Valuta messen würden, so werden die Arbeiter ohne Zweifel noch schlechter dabei abschneiden. Deshalb möchte ich bitten, man soll den Arbeitern nicht durch dieses öde Geschimpfe und Gerede die Arbeitslust, soweit sie vorhanden ist, noch nehmen. Daß die Arbeitsunlust nicht so groß ist, wie man es immer darstellt, und selbst hier in Berlin, wo gerade die Berliner Arbeiter draußen im Lande so sehr verschrien sind — wer das sehen will, braucht nur einmal an die Verkehrswege zu gehen und zu beobachten, wie sich die Arbeiter geradezu drängen, um die Wagen zur Arbeitsstelle noch zu bekommen. Bei den Arbeitern und Angestellten, die das tun und sich in dieser Weise an die Arbeitsstelle drängen, kann man nicht von Arbeitsunlust reden. Deshalb ist es notwendig, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und nicht bloß immer zu schimpfen, ohne sich in die seelische Verfassung der Arbeiterschaft

(**Tremmel,** Abgeordneter.)

(A) hineinzudenken. Statt über diese Dinge zu schimpfen, sollte man von seiten der besseren Kreise ein leuchtendes Beispiel der Entsagung geben. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft aufgereizt wird, wenn sie in den großen Städten den Tand und den Luxus sieht, der da zur Schau getragen wird. Hier sollte man ein Beispiel der Entsagung geben, an dem sich die Arbeiterschaft wieder aufrichten könnte. Dann würde auch die Arbeitsfreudigkeit in den breiten Massen weiter gesteigert werden. Es muß übrigens bemerkt werden und ist allgemein festgestellt, daß sich in der Tat die Arbeitslust ganz bedeutend gehoben hat.

Notwendig ist es aber auch, daß die Regierung endlich Mittel und Wege findet, um dem **Wucher** und **Schleichhandel** einmal entschieden auf den Leib zu rücken. Die Dinge liegen heute so, daß infolge des Wuchers und des Schleichhandels vielfach die Gefahr entsteht, daß Betriebe stilliegen müssen. Ich habe von einem Industriellen eine Zuschrift bekommen, daß es ihm nicht möglich ist, Heizöl zu erhalten. Er kann aber von einem Schleichhändler aus Frankfurt a. Main 10 Waggons Heizöl bekommen, wenn er dafür 115 Mark pro Doppelzentner bezahlt statt 40 bis 45 Mark normalen Preis. Da muß man sich doch fragen: wie kommt ein solcher Mann zu 10 Waggons Heizöl? Ist es der Regierung nicht möglich, diese Mengen zu erfassen und der Allgemeinheit zuzuführen? — Hier muß zugegriffen werden, damit nicht weitere Erbitterung und Gereiztheit bei den Arbeitern hervorgerufen wird.

Eine wichtige Aufgabe des Arbeitsministeriums wird die Schaffung eines **Beamten- und Angestelltenrechts** sein. Es ist notwendig, für die Beamten und Angestellten Institutionen zu schaffen, vor denen sie ihre Interessen vertreten können.

(B) Auch der Ausbau des **Schlichtungs- und Einigungswesens** ist eine unbedingte Notwendigkeit.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man sollte aber dabei nicht so vorgehen, wie es in Württemberg geschehen ist, wo man einen Teil der Schlichtungsausschüsse aufgehoben und sie zusammengelegt hat; hier hat man gerade diejenigen aufgehoben, in denen die christlichen Gewerkschaften eine möglichst starke Vertretung hatten, während sie durch die Zusammenlegung von einer Vertretung so gut wie ausgeschlossen sind. Wir möchten doch bitten, daß man bei der Zusammenlegung auch die Minderheiten berücksichtigt, die auch ein Recht haben, ihre Interessen zu vertreten.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Wenn die Schlichtungs- und Einigungsausschüsse richtig ausgebaut werden, dann wird es möglich sein, einen Teil der **Streiks**, wie wir sie in letzter Zeit gesehen haben, zu verhindern. In bezug auf die Frage des Streiks stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Arbeiterschaft das Streikrecht als Mittel, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, unter keinen Umständen verkürzt werden darf; es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, um durch Einigungsverhandlungen und Schlichtungsausschüsse die Streiks soweit als möglich einzuschränken. Zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen halten wir das Streikrecht für eine unbedingte Notwendigkeit. Wogegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit wenden, das sind die **politischen Streiks**, die nur den Zweck verfolgen, einer politischen Minderheit zur Herrschaft zu verhelfen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Solche Streiks werden unsererseits mit aller Entschiedenheit bekämpft. Beim Entstehen eines wirtschaftlichen Kampfes muß man dafür sorgen, daß politische Momente in den Streik nicht hineingetragen werden, wie wir das jetzt wieder beim Metallarbeiterstreik in Berlin gesehen haben.

(C) Der Herr Berichterstatter hat auch darauf hingewiesen, daß **Arbeitsgerichte** geschaffen werden sollen. Dabei hat er gemeint, daß die Zusammenlegung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorgesehen sei. Ob das klug ist und ob es praktisch ist, ich glaube, darüber muß man erst einmal das Für und Wider abwägen, und man wird ohne Zweifel bei der Zusammenlegung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht daran vorbeikommen, wenigstens dafür zu sorgen, daß bei bestimmten Vertretungen auch die bestimmten Berufe hinzugezogen werden. Eine fachliche Gliederung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wird dann notwendig sein.

Mein Vorredner hat bei der Besprechung des **Rätegesetzes** der Auffassung Ausdruck gegeben, als wenn die übrigen Parteien in der Kommission zur Beratung des Rätegesetzes das Gesetz absichtlich verschleppen wollten. Ich möchte im Namen unserer Fraktion erklären, daß wir einen solchen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir sind der Meinung, daß man bei der Schaffung eines solchen wichtigen Gesetzes, eines Gesetzes, das von so weittragender Bedeutung für unsere ganze Volkswirtschaft ist, berücksichtigt, daß eine gründliche Durchberatung unbedingt notwendig ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich meine, das sollte man auch auf jener Seite beachten; dann wird man auch in dieser Frage zu einer anderen Auffassung kommen. Bei uns besteht nicht die geringste Absicht — und ich will dabei bemerken, daß auch von verschiedenen Mitgliedern des Hauses ausdrücklich betont worden ist, daß auch ihrerseits nicht die geringste Absicht besteht —, das Gesetz auch nur irgendwie zu verschleppen. Das Recht müssen wir doch haben bei dem Gesetze mitzureden und mitzuberaten. Deshalb sind wir der Auffassung — das soll man anerkennen —, daß bei einem so wichtigen Gesetz die Möglichkeit einer gründlichen Durchberatung gegeben werden muß. (D)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Was die **Frage des Rätesystems** an und für sich angeht, so wird ja heute vielfach die Auffassung vertreten, daß das Rätesystem ein Produkt der Revolution sei. Das mag zum Teil richtig sein; es ist aber nicht bloß ein Produkt der Revolution, sondern es ist auch ein Produkt früherer Unterlassungssünden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß, wenn man damals, als das Arbeitskammergesetz dem Reichstage vorgelegen hat, nicht die großen Widerstände dagegen gebraucht hätte, wenn das Arbeitskammergesetz damals Gesetz geworden wäre, wir heute eine Institution hätten, die die Grundlage für das Rätesystem abgeben würde. Man brauchte es nur etwas zu vertiefen und zu erweitern. Was man aber damals versäumt hat, läßt sich heute nicht mehr gut machen, und die Sünden des damaligen Versäumnisses rächen sich heute bitter. Bei der Schaffung des Rätegesetzes kommt es nicht so sehr auf den einzelnen Buchstaben des Paragraphen an, sondern darauf, von welchem Geiste der Gesetzgeber und die Träger des Gesetzes erfüllt sind. Wenn man alle die Eingaben im Kampfe gegen das Betriebsrätegesetz sieht, so kann man sich der Auffassung nicht verschließen, daß sich auch hier wieder ein Kampf um die Vorherrschaft, um eine gewisse Machtstellung abspielt. Man sollte doch vor allen Dingen bei der Schaffung des Rätegesetzes in allen Kreisen nur den einen Gesichtspunkt im Auge haben, dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes und unseres Volkes zu dienen.

(Bravo! im Zentrum.)

(**Tremmel**, Abgeordneter.)

(A) Wenn man allgemein von dieser Auffassung durchdrungen ist, wird man sich auch bei der Beratung des Rätegesetzes ohne Zweifel viel näher kommen.

Dabei muß allerdings eins betont werden, dem Arbeiter muß im Produktionsprozeß und bei der Verteilung des Ertrages der Produktion ein weitgehendes **Mitbestimmungsrecht** eingeräumt werden. Wir sind der Auffassung, daß dieses Mitbestimmungsrecht nicht zum Experimentieren radikaler und unfähiger Elemente da sein darf, denn daran würde unser Volk zugrunde gehen. Deshalb müssen im Gesetze Sicherungen geschaffen werden, damit das Betriebsrätegesetz nicht Auswüchse zeitigt, die den Untergang unseres ganzen Volkes bedeuten könnten.

Wir wollen aber auch auf der anderen Seite nicht, daß die Räte, wie man es heute vielfach erlebt, die früheren Scharfmacher ablösen. Wir sehen ja, wie man heute in den Betrieben vorgeht, wie man andersdenkende Arbeiter, wie ich bereits betont habe, rücksichtslos terrorisiert. Diese sogenannten Räte handeln genau so verwerflich, wie die früheren Scharfmacher; nur die Personen haben gewechselt.

Ich möchte das Reichsarbeitsministerium auch besonders noch darauf hinweisen, daß bereits Bestrebungen im Gange sind, bei den jetzt bestehenden Betriebsräten von den Arbeitern einzelner Betriebe **Pflichtbeiträge für die Betriebsräte** einzuführen. In Nürnberg und Schweinfurt ist das bereits geschehen; dort werden den Arbeitern Beiträge von 5 und 10 Pfennig pro Woche abgenommen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Ich weiß nicht, inwieweit sich das mit den Verordnungen verträgt, und zu welchem Zweck diese Beiträge überhaupt erhoben werden, ob man damit vielleicht letzten Endes politische Absichten verfolgt, oder ob die Einführung der Beiträge nur eine Vorstufe für die Aufrichtung einer Rätediktatur sein soll. Auf solche Bestrebungen muß das (B) Reichsarbeitsministerium sein ganzes Augenmerk richten.

Mein Vorredner hat auch auf die notwendige **Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung** hingewiesen. Er hat ohne Zweifel recht, wenn er meinte, daß die vielen Verordnungen, die heute bestehen, so weit gehen und so zahlreich sind, daß man sich in dem Gesetze überhaupt nicht mehr zurechtfindet. Die Verordnungen müßten wenigstens so vereinfacht werden, daß sie einen besseren Überblick ermöglichen.

Unseres Erachtens sind bei der Reichsversicherungsordnung, besonders bei der Invalidenversicherung, Notgesetze dringend notwendig,

(sehr wahr! im Zentrum)

die **höhere Beitragsklassen** zulassen, und die auch den heutigen Erwerbsverhältnissen angepaßt sind.

Ebenfalls halten wir eine weitere Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens für unbedingt notwendig.

Notwendig ist auch, daß bei dem Unfallversicherungsgesetz die Bestimmungen des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung einer Revision unterzogen werden dahingehend, daß die **Naturalbezüge** entsprechend der heutigen Teuerung eingesetzt werden. Gegenwärtig sind ja die Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften für das nächste Jahr im Gange. Es ist notwendig, daß auf diesem Gebiet sofort etwas geschieht; denn heute noch werden die Naturalbezüge, Kost und Logis usw. mit 600 Mark eingesetzt, was den Verhältnissen der jetzigen Teuerung absolut nicht mehr entspricht. Von einem Mitglied unserer Fraktion ist bereits anfangs Juli eine Anfrage in dieser Sache an das Reichsministerium gerichtet worden. Das Reichsarbeitsministerium hat eine Antwort gegeben, die aber nicht befriedigen kann. Unseres Wissens und nach unseren Beobachtungen ist auf diesem Gebiet bis jetzt soviel wie nichts geschehen; denn es ist uns nicht (C) bekannt, daß irgendeine Anweisung herausgegeben worden ist, daß eine Änderung in dieser Beziehung eintreten soll. Deshalb ist es erforderlich — und wir weisen hier ausdrücklich darauf hin —, daß auf dem Gebiet etwas geschehen muß; denn es kommt darauf an, die Unfallrentner vor großen Schäden zu bewahren. Es handelt sich darum, daß die Renten entsprechend dem Einkommen festgesetzt werden. Wenn die Naturalbezüge dann nur auf 600 Mark festgelegt sind statt vielleicht auf 1200 oder 1500 Mark, was den heutigen Verhältnissen entsprechen würde, dann wird auch die Unfallrente entsprechend niedriger festgesetzt. Auch hier muß das Reichsarbeitsministerium entschieden nach dem rechten sehen.

Man sollte endlich auch dazu übergehen, daß **Berufskrankheiten** restlos als Betriebsunfälle angesehen werden. Ganz besonders muß das für bestimmte Berufe allgemein geschehen. Ich verweise nur auf die großen Gefahren, denen die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie ausgesetzt ist. Zum Beispiel in der Steinindustrie usw. werden die Berufskrankheiten noch keineswegs allgemein als Betriebskrankheiten behandelt. Auch bezüglich der Behandlung der Bruchschäden muß etwas geschehen. Wenn die Unfälle an der Betriebs- oder Arbeitsstelle passieren, müssen sie gleichfalls als Betriebsunfälle angesehen werden und die entsprechenden Reformen Platz greifen, damit den Arbeitern nicht ihre Rechte verkürzt werden.

Ferner ist ein **Ausbau des Arbeitsnachweises** erforderlich, und zwar auf paritätischer und öffentlich-rechtlicher Grundlage. Es sind ja im Etat zu diesem Zwecke 600 000 Mark eingesetzt. Die Vertreterin der demokratischen Partei hat in ihren Ausführungen darauf hingewiesen, daß ihre Partei den Antrag gestellt habe, diese Summe auf 1 Million Mark zu erhöhen. Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die für solche wichtigen (D) sozialen Institutionen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden müssen. Wir können uns aber nicht dafür erwärmen, den Betrag von 600 000 Mark auf 1 Million Mark zu erhöhen, weil wir der Auffassung sind, daß dieser Betrag in erster Linie dort gegeben werden soll, wo es dringend notwendig ist, und daß, wenn weitere Summen erforderlich sind, das durch eine planmäßige Aufstellung nachgewiesen werden muß. Wir müssen endlich dazu kommen, daß eine planmäßige Finanzwirtschaft Platz greift. Wir können keiner planlosen Finanzwirtschaft Tür und Tor öffnen.

Bei der Frage des Arbeitsnachweises muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitsnachweise den Arbeiterstand mindestens in demselben Maße interessieren wie die anderen Volkskreise auch, und er deshalb das Recht hat mitzusprechen, auch an der Ausgestaltung und Verwaltung der Arbeitsnachweise teilnimmt.

Zum Zwecke der **Arbeitslosenunterstützung** sind im Etat wieder 400 Millionen eingesetzt. Über die Arbeitslosenunterstützung wird ja heute sehr viel geschimpft. Heute wird vielfach draußen verlangt, daß die Arbeitslosenunterstützung beseitigt oder ganz abgebaut werde. Wir sind der Auffassung, daß die Arbeitslosenunterstützung weiter bestehen soll bis zur gesetzlichen Regelung der Frage überhaupt. Was aber unseres Erachtens notwendig und viel wichtiger ist als der Abbau der Arbeitslosenunterstützung, das ist vor allem, daß man für die Durchführung der Verordnungen entsprechend Sorge trägt,

(sehr richtig! im Zentrum)

daß insbesondere die Arbeitslosenunterstützung den unverschuldet Arbeitslosen zugute kommt und nicht Leuten, die nicht arbeitslos sind und schließlich anderen Erwerben nachgehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(Tremmel, Abgeordneter.)

(A) Wir sind der felsenfesten Überzeugung, daß es an den **unteren Behörden** liegt, die hier nicht scharf genug zugreifen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn sie scharf zugriffen, würden sich hier recht große Summen ersparen lassen.

(Erneute Zustimmung im Zentrum.)

Wir sind aber auch der Auffassung, daß manche Städte in dieser Frage aus sich heraus noch manches tun könnten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich will nur darauf hinweisen, daß manche Stadt viele Arbeitslose beschäftigen könnte für Aufräumungsarbeiten, für Säuberung der Straße usw., was ja in manchen Städten sehr notwendig wäre. Denn viele Städte, die früher als die reinlichsten galten, verdienen dieses Prädikat heute nicht mehr.

(Zuruf: Berlin!)

Auffallen muß, daß eine ganze Reihe von Städten und Industrieorten überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen brauchen, und da wäre es unseres Erachtens auch einmal notwendig, daß uns von der Regierung eine Aufstellung vorgelegt würde, wie die Summen sich auf die einzelnen Gebiete Deutschlands und die einzelnen Städte verteilen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dadurch würde man auch einen Fingerzeig für die Industrien und Gewerbe bekommen, wo Arbeitermangel herrscht, um eventuell die überschüssigen arbeitslosen Arbeitskräfte diesen Industrien und Gewerben zuzuführen.

Wie gesagt, bei der Beurteilung der Frage der Arbeitslosenunterstützung kommt es in der Hauptsache darauf an, daß die unteren Behörden endlich einmal für die schärfere Durchführung der Verordnungen Sorge tragen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(B) Aufgabe der Regierung und des Arbeitsministeriums wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß die unteren Behörden auch die Verordnungen richtig anwenden. Es muß auch noch in viel schärferem Maße dafür gesorgt werden als jetzt, daß Leute, die überhaupt keine Arbeiter und auch nicht arbeitslos sind, Arbeitslosenunterstützung beziehen. Wenn sogar Hausbesitzer Arbeitslosenunterstützung bekommen, wie es in Berlin geschehen ist — sie haben das Geld ja wieder zurückzahlen müssen —, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn dieses Beispiel Nachahmung findet.

Dann muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter, die schwer arbeiten müssen, in letzter Linie ihre Steuergroschen nicht dazu verwendet wissen wollen, daß Leuten, die überhaupt nicht arbeitslos sind, Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird.

Eine dankbare Aufgabe findet das Reichsarbeitsministerium bei der Fürsorge in der **Heimarbeit.** Heute wird vielfach die Frage aufgeworfen, ob die Heimarbeit nicht ganz verboten werden soll. Bei der Beurteilung dieser Frage erscheint es uns mehr als zweifelhaft, ob man sie gerade in der jetzigen Zeit verbieten soll. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß wir heute sehr viele Kriegerfrauen und sonstige erwerbstätige Frauen haben, die zu einem großen Teil auf Heimarbeit angewiesen sind und auf diese nicht verzichten können. Das Notwendigste ist, die Auswüchse auf dem Gebiet der Heimarbeit zu bekämpfen; darauf kommt es in erster Linie an. Die Lohnämter müssen weiter ausgebaut und in verstärktem Maße eingeführt werden, ebenso müssen die Fachausschüsse weiter ausgestaltet werden; dann kommen wir allmählich selbst zu einem Abbau der Heimarbeit. Gerade der Frauenheimarbeit muß eine große Fürsorge gewidmet werden. Die Heimarbeiter müssen gegen Ausbeutung jeder Art geschützt werden.

(C) Ferner ist notwendig, daß die **Fürsorge für die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen** endlich einsetzt. Im Etat sind ja 100 Millionen hierfür vorgesehen. Auf diesem Gebiet muß aber auch endlich etwas geschehen. Ein großer Teil der Kriegshinterbliebenen befindet sich in sehr großer Not. Unseres Erachtens liegt das vielfach daran, daß in den einzelnen Ämtern die verschiedenen Eingaben und Vorlagen nicht immer so rasch erledigt werden, wie es unbedingt notwendig wäre. Wir sind der Auffassung, daß in manchen Ämtern etwas mehr sozialer Geist einziehen müßte. Wir müssen auch erfahren, in welcher Höhe und in welcher Form die 100 Millionen, die vorgesehen sind, im einzelnen verwendet werden sollen.

Dann möchten wir an das Reichsarbeitsministerium die Frage richten, wie es mit dem Mannschaftsversorgungsgesetz steht. Auch in dieser Frage muß unbedingt etwas geschehen.

Wichtig ist auch, daß das Reichsarbeitsministerium den **Arbeiterinnen** die nötige Fürsorge zuteil werden läßt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

In der Arbeiterinnenfrage stehen die Dinge folgendermaßen. Während des Krieges haben wir Hunderttausende von Arbeiterinnen in den Munitionsbetrieben, bei der Eisenbahn, bei der Post, bei der Straßenbahn usw. beschäftigt, die heute durch die Verordnungen der Demobilmachungsstellen zum großen Teil arbeitslos sind, weil sie den aus dem Felde heimkehrenden Männern wieder Platz machen mußten. Zu einem großen Teile können sie heute keine Arbeit finden, können aber auch keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, und deshalb muß für diese notleidenden Arbeiterinnen unbedingt die Fürsorge Platz greifen. Die Lage der **erwerbslosen Frauen** ist um so betrüblicher, als die Arbeitsmöglichkeiten für sie nicht rosig sind. Dazu kommt, daß wir schon vor dem Kriege eine Million mehr weiblicher als männlicher Personen hatten, und daß sich diese Zahl durch die vielen Söhne Deutschlands, die draußen (D) in den Heldengräbern ruhen, verdreifacht hat, daß wir heute mit rund 3 Millionen weiblicher Personen mehr rechnen müssen als männlicher. Infolgedessen sind große Massen von Frauen darauf angewiesen, sich einen Beruf zu suchen, weil sie ihrem eigentlichen Berufe nicht zugeführt werden können. Sie werden ins Erwerbsleben hineingestoßen, und daher ist eine Fürsorge für sie unbedingt notwendig. Ich möchte vor allen Dingen auch darauf hinweisen, daß es heute noch sehr viele Töchter aus besseren Kreisen gibt, die Stellen in Bureaus usw. bekleiden, nur um sich ein sogenanntes Taschen- oder Nadelgeld zu sichern. Diese Frauen könnten aus sozialem Interesse ganz gut den arbeitslosen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten Platz machen. Auch hier wäre etwas mehr sozialer Geist notwendig, und das Reichsarbeitsministerium sollte einmal Erhebungen darüber veranstalten, inwieweit auf diesem Gebiete für die erwerbslosen Arbeiterinnen Stellen freigemacht werden können. Der Herr Berichterstatter hat ja schon darauf hingewiesen, daß der Ausschuß beantragt hat, im Reichsarbeitsministerium die Stelle einer **Vortragenden Rätin** zu schaffen. Wir begrüßen den Antrag und möchten den Wunsch aussprechen, daß diese Stelle recht bald besetzt wird, um den Arbeiterinnen die notwendige Fürsorge zuteil werden zu lassen.

Für die **Wohnungsfürsorge** ist im Etat die Summe von 350 Millionen Mark eingesetzt worden. Wir wollen hoffen, daß es möglich sein wird, mit dieser Summe die Bautätigkeit anzuregen, damit dem Wohnungselend, in dem wir gegenwärtig stehen, wenigstens einigermaßen gesteuert wird. Die Wohnungsfrage spielt auch bei der Beurteilung der Arbeitsfreudigkeit eine große Rolle. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Arbeitsfreudigkeit nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es sein sollte,

(Tremmel, Abgeordneter.)

(A) wenn ein großer Teil der Arbeiterschaft in unzureichenden und schlechten Wohnungen lebt, und wenn es ihnen so außerordentlich schwer gemacht wird, überhaupt eine Wohnung zu finden.

Auf allen diesen Gebieten stehen dem Reichsarbeitsministerium große und wichtige Aufgaben bevor. Wir haben nur den einen Wunsch, daß es imstande sein möge, alle diese Aufgaben im Interesse des Volksganzen zu lösen, um unser deutsches Volk aus der schweren Zeit heraus wieder einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau v. Gierke.

v. Gierke, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Der vorliegende Etat des Reichsarbeitsministeriums zeigt auf den ersten Blick, daß es sich hier um ein Ministerium handelt, das eine unerhörte Ausweitung seines Tätigkeitsgebiets erfahren hat. Der Friedensetat des Reichsamts des Innern, aus dem das **Reichsarbeitsministerium** hervorgegangen ist, betrug 128 Millionen Mark, der letzte Etat vor der Teilung 146 Millionen Mark. Im vorliegenden Etat waren zunächst 274 Millionen Mark für die ordentlichen und 210 Millionen Mark für die außerordentlichen Ausgaben vorgesehen. Der Ergänzungsetat bringt ein Mehr von 336 Millionen Mark an ordentlichen und 971 Millionen Mark an außerordentlichen Ausgaben.

(Hört! hört! rechts.)

Von diesen Ausgaben bezieht sich noch ein beträchtlicher Posten auf solche Ausgaben, die man als völlig unproduktive Ausgaben im Wirtschaftsleben bezeichnen muß: Es werden gefordert 425 Millionen Mark für Erwerbslosenfürsorge und über 235 Millionen Mark für Rentenzulagen. Produktiver sind hoffentlich die 350 Millionen (B) Mark zur Wiederbelebung der Bautätigkeit. Alles dies sind unheimliche Summen, und es ist erklärlich, daß für die Aufgaben, die hier in Frage kommen, ein selbständiges Ministerium geschaffen ist. Aber, wie schon beim Etat des Reichsministeriums des Innern von unserer Seite gesagt wurde, bestehen bei uns Bedenken, ob die Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes aus dem Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsfragen herausgenommen werden dürfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sozialpolitik muß **im Einklang mit der Wirtschaftspolitik** bleiben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sonst bleibt die Sozialpolitik ein blutleeres Gebilde und droht zu einer Vernichtung des Wirtschaftslebens zu führen. Sozialpolitik ohne Rücksicht auf Wirtschaftspolitik betrieben, sägt den Ast ab, auf dem sie allein gedeihen kann. Es besteht heute die Gefahr, daß das Wirtschaftsleben der Prügelknabe wird, an dem alles, was Schlagworten zuliebe getan werden muß, ausgelassen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Gestern ist hier gesagt worden: Sozialpolitik und gesundheitliche Fürsorge müssen Hand in Hand arbeiten. Dem schließen wir uns unbedenklich an. Aber Ineinandergreifen von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik ist noch nötiger. Das ist für jeden Zweig des Wirtschaftslebens zu fordern,

(Zustimmung rechts)

insbesondere auch für die **Landwirtschaft.** So sehr es zu begrüßen ist, daß die **Landarbeiter** in den Bereich der sozialen Gesetzgebung einbezogen sind, womit ich nicht sagen will, daß es nicht auch ohne staatliche Sozialpolitik gerade auf dem Lande sehr viele gesunde Verhältnisse gegeben hat, so sorgenvoll sehen doch gerade unsere Freunde dem Umstand entgegen, daß jetzt Landarbeiterpolitik getrieben wird ohne wirkliche Vertiefung in die (C) Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch beim Rätegesetz ist immer wieder zu spüren, wie das Verständnis für das enge Ineinandergreifen von Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlt, für die Fäden, die gesponnen werden müssen.

(Sehr wahr! rechts.)

Das Reichsarbeitsministerium ist durch die Übernahme der Aufgaben des Demobilmachungsamtes noch ganz besonders belastet. Darüber darf nicht sein eigentlicher Zweck vergessen werden. Sein Zweck ist, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regeln, und alle diejenigen, die im Arbeitsprozeß irgendwie als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber beteiligt sind, werden in seinen Geschäftsbereich hineinbezogen. Es soll — das ist besonders zu betonen — kein Ministerium für die Arbeiter sein, sondern ein **Ministerium für die Arbeit** schlechthin,

(sehr gut! rechts)

und als solches hat es vor allem die Arbeit zu fördern. Hier muß nun leider festgestellt werden, daß bisher von einem Erfolg der **Förderung der Arbeit** wenig zu spüren ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich will nicht auf den allgemeinen Schrei eingehen, den wir tausendfach in den verschiedensten Variationen immer wieder gehört haben: nur Arbeit allein kann retten. Ich will nur das eine feststellen, daß die Auffassung der Arbeit in unserm Volke eine immer bedenklichere wird. Arbeit wird nur noch als Gegenstand des Verdienstes betrachtet. Jede sittliche Auffassung der Arbeit als Notwendigkeit im Dienste des Ganzen und als Lebensnotwendigkeit für die einzelne Persönlichkeit fehlt vollkommen.

(Zustimmung rechts.)

Man hätte glauben sollen, daß der **Sozialismus** einer (D) höheren Auffassung der Arbeit zum Durchbruch verhelfe. Aber das merkwürdige ist, daß jetzt, wo er zur äußeren Herrschaft gelangt ist, es sich zeigt, daß er auch in dieser Beziehung nicht imstande ist, die Erwartungen zu erfüllen, die auf ihn gesetzt worden sind.

(Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: In fünf Minuten nicht!)

— In zwölf Monaten!

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Es verbreitet sich immer mehr die Erkenntnis, daß der sozialistische Katechismus der Sozialdemokratie dem praktischen Leben gegenüber versagt.

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben nun auf der anderen Seite dem Kapitalismus vorgeworfen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Der hat wohl nicht versagt?)

daß er die Arbeit lediglich vom Standpunkt der Ausbeutung betrachte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein. Aber es steht doch fest, daß jedenfalls gegenwärtig der Sozialismus es nicht verstanden hat, das Volk zu einer höheren Betrachtungsweise zu erziehen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das läßt sich nicht im Handumdrehen machen!)

Nun bliebe die Hoffnung, da wir keine rein sozialistische **Regierung** haben, daß die **Koalition** es fertig bringen würde, das Problem zu lösen, durch Vermischung der kapitalistischen und sozialistischen Elemente ausgleichend zu wirken und die Fehler der beiden Auffassungen auszulöschen. Das wäre vielleicht möglich, wenn die Regierung wirklich von einem positiven Gedanken geleitet würde, der nach den Ausartungen des Kapitalismus und den utopischen

(v. Gierke, Abgeordnete.)

(A) Träumen des Sozialismus zu einem planvollen und gesunden Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft führte. Aber bisher haben wir davon wenig gemerkt. Wir merken nur, daß von Tag zu Tag neue Kompromisse gemacht werden, daß von Partei zu Partei gehandelt wird, und von Gesetz zu Gesetz ohne leitende Idee herumversucht wird. — Es ist vor kurzem hier vom Grafen v. Posadowsky auseinandergesetzt worden, wie die gegenwärtige Koalition zu vollkommener Unfruchtbarkeit an großen Gedanken führen muß und wie alles, was sie hervorbringt, nicht lebensfähig sein kann.

Wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung und müssen in unserer **grundsätzlichen Opposition** bleiben.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schrecklich! Schrecklich!)

Wir können auch die Überstürzung nicht mitmachen,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Erst nicht schnell genug und dann Überstürzung!)

mit der jetzt Sozialpolitik getrieben wird, eine Hetzerei, die manchmal in manchem das Gefühl aufkommen läßt, als ob nicht sachliche, sondern politische Gründe für neue Gesetze maßgebend seien,

(sehr richtig! rechts)

so etwa, als säße irgendeine Angst hinter den Gesetzgebern, als wären sie in einem Schlitten, hinter dem die Wölfe jagen, denen sie ein wertvolles Gut nach dem andern hinwerfen müssen

(sehr gut! rechts; Zurufe bei den Sozialdemokraten,)

— wir haben nichts hinausgeworfen —, nur um Atem zu holen.

Ein Teil meiner Freunde bedauert, daß es so gekommen ist. Es sind dadurch unnötig Hemmungen geschaffen, und es wird uns dadurch schwer gemacht, mitzuarbeiten. Ich möchte hier zurückweisen, was vorhin (B) von sozialistischer Seite gesagt wurde, daß meine Partei Obstruktion bei der **Beratung des Betriebsrätegesetzes** triebe. Meine Freunde und ich sind im Ausschuß immer höchst erstaunt, wenn die Sitzungen alle Augenblicke um Tage vertagt werden, und haben diesem Erstaunen auch Ausdruck gegeben. Aber es ist ja erklärlich — und wir haben es vom Anfang an prophezeit —, daß bei der näheren Beratung immer erneute Schwierigkeiten auftreten. Jedenfalls geht an der in Ihrem Sinne so kostbaren Zeit viel verloren.

Ich sagte schon, daß wir an und für sich bereit sind, an **sozialpolitischen Verbesserungen** mitzuarbeiten, und daß viele meiner Freunde Reformen auf dem Gebiete, das dem Reichsarbeitsministerium unterstellt ist, seit langen Jahren nicht nur als nötig erkannt, sondern auch dringend gefordert haben. Es sind von uns Wünsche in bezug auf Schaffung eines Arbeitsrechts, auf Regelung des Arbeitsnachweiswesens, auf Arbeitslosenversicherung, auf Besserung des Wohnungswesens immer wieder zum Ausdruck gebracht worden. Aber wir haben auch gewußt, wie unendlich problemreich solche gesetzgeberische Maßnahmen sind. Man arbeitete früher langsam, aber sicher, vielleicht zu langsam, zu zaghaft. Heute geht man den schwierigsten Problemen überstürzt zu Leibe und sagt dann: wir sind es dem Geiste der Zeit schuldig. Wir fürchten, daß dieser Geist der Zeit einst das Merkmal tragen wird: fix, aber schlecht,

(sehr richtig! rechts)

und daß die Folge sein wird, daß die Reformen in ihren Auswirkungen weniger befriedigend sein werden.

Noch eins ist hierzu zu bemerken. Die Reformen müssen nicht nur der Wirtschaftspolitik, sie müssen auch der Gesamtpolitik angepaßt sein. Ist es jetzt nicht etwa so, wie mir eine alte Frau im Hinblick auf die Zustände vor elf Monaten sagte: man setzt doch nicht das Großreinemachen an, wenn das Haus brennt! Da liegt das, (C) was uns die Mitarbeit am meisten erschwert. Viele von uns waren früher bereit, mitzuarbeiten, gewissermaßen mit reinzumachen. Aber wir wollten dazu nicht die Zeit benutzen, da unser Haus in Gefahr war, und wir können noch heute in der Hauptsache nur an die Rettung des brennenden Hauses denken.

Nur in einem **starken Staat** kann **Sozialpolitik** getrieben werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Erkenntnis hat manche meiner Freunde bewogen, vor dem Kriege — und im Kriege erst recht — alle Kräfte anzuspannen, um den Staat machtvoll und stark zu erhalten, und vielleicht wäre es, wenn dieser Plan ohne Halbheit verfolgt worden wäre, doch gelungen, den starken Staat zu retten und dann im starken, mächtigen Staat noch jedem einzelnen zu seinem Rechte zu verhelfen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das Reinemachen mußte viel gründlicher geschehen!)

— Machen Sie es nur noch gründlicher; dann werden Sie ja von dort Hilfe bekommen! In der Auslandspolitik bleibt — so schmerzlich es heute für uns ist — der Satz: der Handel folgt der Flagge und nicht die Flagge dem Handel, zu Recht bestehen. In der Innenpolitik heißt es: die Sozialpolitik folgt dem wirtschaftlich und politisch starken Staat.

Zu den einzelnen Forderungen des Etats haben wir einige Wünsche auszusprechen. Es sind 25 Millionen für die **Schlichtungsausschüsse** gefordert, eine Summe, die erwarten läßt, daß sie dazu dienen wird, die wirtschaftlichen Kämpfe auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Das kann nur geschehen, wenn auf eine gewisse Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit und auf eine Zusammenfassung hingearbeitet wird. Das **Schlichtungswesen** muß nach Bezirken und Berufen in Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und Arbeitsgemeinschaften geordnet (D) werden. Wir warnen auch vor einer Überspannung des Ausschußwesens. Jetzt hat man ja manchmal das Gefühl, als wenn nur ein Teil der Welt arbeitete und der andere Teil, und zwar der größere Teil, berate und konferiere. Es darf nicht dahin kommen, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer und Arbeitgeber seine Zeit in Schlichtungsausschüssen verbringt. Die Arbeitgeber sind ja durch die Schlichtungsausschüsse verhältnismäßig noch stärker in Anspruch genommen, da besteht wohl ganz sicher ein quantitatives Mißverhältnis: die Arbeitnehmer mit beliebiger Zeit, die sie stundenweise bezahlt bekommen; der Arbeitgeber, dessen Arbeit eben nicht nach Stunden zu zahlen ist und der ein Faktor ist, der im Betrieb nicht entbehrt werden kann. Insbesondere treffen diese Mißstände die mittleren, kleinen und kleinsten Arbeitgeber. Im Anschluß hieran bitten wir hier besonders, daß bei allen Beratungen, die unter Zuziehung von Sachverständigen geschehen, auch die kleinen Unternehmer berücksichtigt werden

(sehr richtig! rechts)

und nicht nur die Großindustrie zu Rate gezogen wird.

Wir verlangen also, daß die Einberufung der Schlichtungsausschüsse in gewissen Grenzen bleibt; sonst ist ihr Zweck verfehlt. Vor allem wünschen wir eine Klarstellung über die Schlichtungsausschüsse zu erhalten. Wir werden deshalb folgende Entschließung der Zustimmung der Nationalversammlung unterbreiten:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Herrn Reichsminister zur Vorlegung folgender Denkschriften zu ersuchen:
>
> 1. über die bestehenden Schlichtungsausschüsse unter Angabe der Spruchkammern für Land- und Forstwirtschaft, deren Zusammensetzung, Sitz, Geltungsbereich, bisherige Tätigkeit sowie über die beabsichtigten Reformen,

(v. Gierke, Abgeordnete.)

(A) 2. über Anzahl und Sitz der Vertrauensmänner in Lohn- und Tarifangelegenheiten,

3. über den Plan des Reichsarbeitsministeriums zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens.

Auf einem Gebiet, das der Frau besonders nahe liegt, auf dem Gebiet der **Hausangestellten** würde es eine Minderung der Streitigkeiten bedeuten, wenn der Eingabe des Reichsverbandes weiblicher Hausangestellten Deutschlands entsprochen würde, die eine vorläufige Regelung des Rechtsverhältnisses des häuslichen Dienstpersonals als Ergänzung zu Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches fordert.

Für die **Erwerbslosenfürsorge** sind insgesamt über 425 Millionen eingesetzt. Es ist verständlich, daß man an eine solche Summe eine Kritik anknüpft. Wie bereits auch von den andern Seiten ausgeführt, erscheint als einzig mögliche Lösung dieser verwickelten Frage, mit der sich übrigens gerade meine politischen Freunde teilweise schon seit Jahren befaßt haben, eine Verbindung mit einer **Arbeitslosenversicherung.** Ferner würde zu einer Verminderung der Arbeitslosen die Erfüllung einer Forderung beitragen, die ich aus ganz anderen Motiven schon über 10 Jahre stelle und die ich hier mehr in meinem eigenen Namen als im Auftrage meiner Freunde stellen möchte. Das ist die, daß man versuchen müßte, die **Schulpflicht** bis zum 15. Jahr zu verlängern. Sollten da die Mittel versagen, so würde ich es nach meinen Erfahrungen immer noch für günstiger halten, die Schulpflicht von 7 bis 15 als von 6 bis 14 Jahren zu haben. Solche Reformen des Kinderschutzes setzen sich nach meinen Erfahrungen trotz der wirtschaftlichen Nachteile für die Familie schließlich schneller durch, als es zuerst scheint, wenn man den Widerspruch hört.

(B) Eine weitere Forderung bei der Erwerbslosenunterstützung wäre die, daß unbedingt für Jugendliche beiderlei Geschlechts die Erwerbslosenunterstützung an den Zwang zum **Besuch von Fortbildungsschulen,** und zwar möglichst von Tagesfortbildungsschulen, gebunden würde. Man hat damit im Kriege in Hamburg ausgezeichnete Erfahrungen gemacht.

Dringend müssen wir warnen, daß durch Umgehung irgendwelcher Art die **Erwerbslosenunterstützung** zu einer Entlastung der Arbeitnehmerkassen **bei Streiks** dient. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß so, wie jetzt beim Metallarbeiterstreik überall darauf gesehen wird, daß nicht nur für die in direktem Streik Stehenden, sondern auch für die, die durch den Streik erwerbslos geworden sind — das ist ja jetzt bei der Art, zu streiken, die größere Masse —, die Kassen der Erwerbslosenunterstützung gesperrt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen ist es ja wohl eine allgemein anerkannte Forderung, daß die Erwerbslosenunterstützung nur in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis geschehen kann. Der Arbeitsnachweis muß es immer wieder als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachten, die Unterbringung der Erwerbslosen zu fördern. Wir billigen an und für sich die großen Summen, die zu einer guten **Organisation des Arbeitsnachweises** bereitgestellt sind, und möchten hier nur vor einer bureaukratischen Überspannung bei einer Neuorganisation, so merkwürdig es heute klingen mag, daß man das sagen muß, warnen.

Es wurde von der Rednerin der demokratischen Partei gestern die Verbindung von **Arbeitsnachweis und Fürsorge** verlangt. Es wurde gesagt, daß man im Kriege damit allgemein gute Erfahrungen gemacht hätte. Ich glaube, daß die Erfahrungen örtlich verschieden waren, und ich kann mich nicht dazu entschließen, diese Forderung zu unterstützen; denn ich glaube, daß man grundsätzlich (C) nicht dazu beitragen sollte, die Mutter für die Arbeit frei zu machen. Das ist die große Gefahr, wenn man z. B. die Kinderfürsorge, wie es ja im Kriege war — im Kriege mit Berechtigung war —, den Arbeitsnachweisen angliedert. Denn alle „Fürsorge in engerem Sinne" muß sich darauf beschränken, immer nur da einzugreifen, wo anormale Verhältnisse es fordern, wo es sich um wirtschaftlich besonders Schwache oder geistig, körperlich, sittlich besonders Gefährdete handelt. Fürsorge in diesem Sinne gehört nicht an den Arbeitsnachweis, gehört nicht zu den Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes. Eine andere Frage, auf die ich nicht eingehen will, ist, ob man diese Fürsorge in engerem Sinne mit der Organisation des Versicherungswesens in Verbindung bringen kann.

Ein ungeheuer wichtiges und großes Gebiet ist die Aufgabe des Arbeitsministeriums, **ein Arbeitsrecht** zu schaffen. Wir sind leider genötigt, unsere Wünsche dazu nur hier zu äußern; denn wir erfahren es täglich und haben es bei den Vorrednern der Mehrheitsparteien heute auch wieder empfunden, daß wir zu der Vorbereitung der Gesetze grundsätzlich nicht zugezogen werden. Wir wünschen also vor allen Dingen, daß die beruflichen Vertretungen hier zu ihrem Rechte kommen, daß man den Forderungen der Handwerker Rechnung trägt, daß man die Gewerkschaften nicht zurückdrängt und die Arbeitsgemeinschaften anerkennt. Als Frau habe ich noch den besonderen Wunsch, daß hier auch der **Beruf der Hausfrauen** als Beruf anerkannt und gewertet wird und den Hausfrauen als Berufsorganisation eine Vertretung an allen den Stellen geschaffen wird, an den berufliche Vertretungen zur Auswirkung kommen. Es wird immer klarer, daß die Hausfrau nicht nur als Konsumentin, sondern auch als Produzentin eine bedeutsame Stelle im Wirtschaftsleben des Volkes einnimmt, und daß es unbedingt notwendig ist, wenn wir überhaupt auf eine (D) Gesunderhaltung des Familienlebens hinarbeiten wollen, den Hausfrauen auch eine gewisse Anerkennung als berufstätige Frau zu geben, sie durch Einbeziehung in die Versicherung und durch irgendeine Form der Entlöhnung ihrer Arbeit zu einem anerkannten Glied des Wirtschaftsorganismus zu machen.

Weiter wünschen wir, indem wir die **Koalitionsfreiheit** als notwendig anerkennen, daß sie auch in bezug auf die Auswahl der Koalition eine wirkliche Freiheit bleibt. Es wäre ja sehr verlockend, und ich könnte hier Reden halten bis morgen früh, wenn ich alles das, was wir in den letzten Tagen wieder von **Beispielen des Terrors,** der eigentlich im Gegensatz zur Koalitionsfreiheit stehen sollte, gehört haben, wiedergeben wollte. Ich will mich darauf beschränken, das letzte zu berichten, was mir soeben mitgeteilt wurde, wie jetzt beim Streik der Hilfsarbeiterinnen im Berliner Magistrat arbeitswilligen Sozialbeamtinnen gesagt wurde: wenn ihr nicht in zwei Minuten hier herausgeht und die Arbeit niederlegt, werdet ihr an den Haaren herausgezogen werden; es stehen handfeste Kerle unten, die euch herausbringen werden. — Man hat dabei diejenigen, die sich wenigstens einige Ermittlungsbogen mitnehmen wollten, um diese Tage, die sie von ihrer bringenden und für gefährdete Kinder lebensnotwendigen Arbeit fortbleiben mußten, auszunützen, besonders als Streikbrecher aufgeschrieben.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wenn mir zugerufen wird, ich hätte die Nachricht von Leuten, die nicht zuverlässig seien, so kann ich nur sagen: da müssen Sie vielleicht von Ihren eigenen Erfahrungen auf andere schließen. —

Im ganzen glaube ich, daß die Anwendung oder Nichtanwendung des Terrors eine Erziehungsfrage ist

(v. Gierke, Abgeordnete.)

(A) und daß es betrüblich ist, daß gerade hier auch die sozialdemokratische Erziehung versagt.

Wir verlangen, daß der Herr Arbeitsminister auf alle Weise mithilft, diesen Terror zu besiegen. Er kann das, indem er zum Beispiel vor der Verbindlichkeitserklärung der Tarifverträge feststellt, ob auch nicht durch Terror Organisationen örtlich ausgeschaltet sind.

Der **Achtstundentag** ist gewiß für einen großen Teil der Menschen eine große Errungenschaft, aber gerade hier darf einmal nicht der Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik vergessen werden. Denn solange wir keine Gewähr haben, daß international der Achtstundentag eingeführt wird, ist größte Vorsicht geboten. Sonst gerät unser Wirtschaftsleben völlig in Verfall, und es kommt zu einem Zustand, in dem von Sozialpolitik und von beschränkter Arbeitszeit überhaupt keine Rede mehr sein wird.

Wirtschaftspolitische Zusammenhänge hätten auch im Interesse der Innenwirtschaft, zum Beispiel beim Bergbau, wo gewiß der Achtstundentag gerechtfertigt ist, beachtet werden müssen; man hätte sich gleich klarmachen müssen, daß durch verkürzte Arbeitszeit ein vermehrtes Bedürfnis nach Arbeitern entsteht, und hätte aufs energischste für den Bau von Wohnungen für diese neue Arbeiterschaft sorgen müssen, dann würde vielleicht die Kohlennot etwas gemildert werden.

Im übrigen führt der schematische Achtstundentag zu sehr merkwürdigen Auswüchsen. Es ist früher schon gesagt worden, daß im Bergbau Doppelschichten vorkommen. Aus meiner Erfahrung der letzten Tage kann ich erzählen, daß Leute, die in leichter Arbeit stehen, aber gut bezahlt werden, noch eine zweite Arbeit angenommen haben, um ihre Zeit auszufüllen. Sie arbeiten nun 16 Stunden. Ebenso hatte ich kürzlich auf einem Bahnhof eine Unterhaltung mit einem Arbeiter, der mich fragte, ob ich nicht noch eine zweite Arbeitsgelegenheit (B) für ihn wüßte, er hätte nur bis 4 Uhr zu tun und dürfe an derselben Stelle nicht länger arbeiten, er würde aber sehr gern noch eine andere Arbeit annehmen.

(Hört! hört! rechts.)

Daß die **Frauenarbeit** des besonderen Schutzes bedarf und daß wir im Kriege mit der Frauenkraft teilweise unerhört umgegangen sind, das habe ich selbst früher in manchem Bericht festgestellt. Ich habe schon im Jahre 1915 zu erreichen versucht, daß die Frauenschutzgesetzgebung in irgend einer Weise auch im Kriege aufrechterhalten würde. Es ist leider vielfach gescheitert an dem Unverstand der arbeitenden Frauen selber, die alles daran setzten, ihre Arbeit noch länger auszudehnen, um sich durch Überstunden noch etwas mehr zu verdienen.

Die Frage des Achtstundentags und der verkürzten Arbeitszeit kann also überhaupt nur individuell und nur in Verbindung mit Bildungsfragen und mit der Wohnungsfrage gelöst werden.

Ein weiteres großes Kapitel ist der Arbeiterschutz. Von dem will ich nur das eine, was mir nahe liegt, herausgreifen, den **Kinderschutz.** Auch hier ist noch viel zu tun, gerade jetzt nach dem Kriege, und vielleicht als psychologische Studie aus dem Volksleben ist die Aeußerung einer Frau interessant, als ich ihr vorwarf, daß ihr Kind entgegen dem Gesetz Zeitungen austrage: Jetzt leben wir nicht mehr im Zeitalter des Kapitalismus, jetzt ist Freiheit, da dürfen die Kinder wieder Zeitungen tragen. Es wird unbedingt notwendig sein, Wege zu finden, wie das Kinderschutzgesetz besser durchgeführt werden kann, eventuell indem man, wie es in dem österreichischen Gesetz angeordnet wird, die Fürsorgeorganisationen in stärkerem Maße zur Durchführung heranzieht. Nachahmenswert ist auch die österreichische Kinderschutzgesetzgebung in bezug auf den Schutz der Kinder in der Landarbeit.

Auf die Notwendigkeit einer **Regelung des Hausangestelltenrechts** habe ich schon hingewiesen. Auch hier (C) ist es unbedingt erforderlich, die Eigenart des Berufs zu beachten und bei der Bearbeitung des Arbeitsgesetzbuches einen sachverständigen Ausschuß einzusetzen, wie es der schon genannte Reichsverband weiblicher Hausangestellten fordert. Andere Berufe, die auch wegen ihrer Eigenart unmöglich schematisch geordnet werden können, sind die der **Schwestern nnd Fürsorgerinnen.** Das sind Berufe, die eine Bereitstellung des ganzen Lebens erfordern, die nie um des Verdienstes willen getan werden können und die deshalb unmöglich in ein Schema von Arbeitgeber- und Arbeitnehmergesetzen eingereiht werden können. Soziale Fürsorgerinnen und Kranken- und Pflegeschwestern müssen wie die Ärzte betrachtet werden, sie erfordern eine ganz andere Fürsorge als andere Arbeitnehmer. Sie sollen nicht schlechter gestellt sein, ich habe immer dafür gekämpft, daß die Frage der Regelung von Arbeitszeit und Arbeitsverdienst der Schwestern und Sozialbeamtinnen in Angriff genommen werde; aber man kann sie nicht in ein Schema einreihen. Es wird von Schwestern und Fürsorgerinnen eine ganz andere Bereitstellung ihres Lebens gefordert als in irgendeinem anderen Beruf, und das muß sein.

Ich möchte auch noch den Vorwurf zurückweisen, der vorhin gegen die **Töchter aus besseren Kreisen** erhoben worden ist. Die Töchter aus „besseren Kreisen“! Sie (zu den Sozialdemokraten) brauchten das Wort „aus besseren Kreisen“; ich habe es nie angewendet. Jetzt meinen Sie jedenfalls Kreise, die weniger Geld haben als Arbeiterkreise. Und wenn die Tochter solcher Kreise eine solche Arbeit übernimmt, dann ist es oft der Ausdruck der bittersten Not. Im übrigen sind wir in allen Frauenvereinen immer darin einig, daß ein zu billiges Arbeitsangebot der wirtschaftlich Besserstehenden zu verhindern ist. Diese Erkenntnis ist wohl weit verbreitet. (D)

Wie Sie sehen, verlangen wir bei den Hausfrauen ein gewisses Hineinstellen in die Berufsarbeiterinnen, bei den Schwestern und Fürsorgerinnen ein Herausheben. Wir halten es eben für notwendig, hier zu individualisieren, und erblicken in allem Schematisieren eine Gefahr.

Endlich unterschreiben wir die Forderung, daß besondere und zahlreiche **Stellen für soziale Berufsarbeiter** geschaffen werden und daß diese Stellen **Frauen** übertragen werden. Es ist ferner notwendig, wenn es sich um Fragen der Ordnung des Arbeitsrechts für Frauen handelt, Arbeitersekretärinnen heranzuziehen.

Über die **Betriebsräte,** die ja ein vorweg genommener Teil des Arbeitsrechts sind, ist heute genug geredet. Eins soll noch betont werden: das Mitbestimmungsrecht scheint immer mehr zu einer Mitregierung zu werden; dem Arbeitgeber wird zugemutet, daß jeder im Betriebe mitregiert. Aber läßt denn die heutige Regierung jeden mitregieren, der es gerne möchte? Zum Beispiel die Unabhängigen? Vom Arbeitgeber aber verlangt man, daß er seinen Betrieb mitbestimmen und mitregieren läßt von Leuten aller möglichen Ansichten und Weltanschauungen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen soll nur darauf hingewiesen werden, daß die geforderte Zusammenarbeit von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik nicht bedeuten soll, daß diese Zusammenarbeit durch die Betriebsräte geleistet werden kann. Hier ist davor zu warnen, daß soziale Aufgaben und wirtschaftliche Aufgaben vermengt werden. Den Betriebsleitern können sozialpolitische Aufgaben gegeben werden, aber die Beratung bei der Produktion sollte den Berufsgenossenschaften und den Wirtschaftsvertretungen überlassen bleiben.

Die dem Reichsversicherungsamt unterstellten Anstalten, die auch zu dem Bereich des Reichsarbeitsministeriums

(**v. Gierke**, Abgeordnete.)

(A) gehören, sind durch die bereits eingetretene **Erhöhung der Renten** in eine schwierige Lage versetzt worden. Wir würden auf jeden Fall wünschen, daß die Möglichkeit der Einziehung erhöhter Beiträge gegeben wird. Auf der anderen Seite erkennen wir vollständig die Notwendigkeit an, die einzelnen Renten noch zu erhöhen, und insbesondere wünschen wir, daß man bei den Zulagenrenten der Invaliden auch an die Witwen ehemaliger Arbeiter und an die Empfänger von Unfallrenten denkt.

Zum Reichsversicherungsamt bringen wir auch die Wünsche, die wir in bezug auf die Familienversicherung und die Mutterschaftsversicherung haben, noch einmal vor. Für alle Renten — und das will ich gleich für die Kriegshinterbliebenenrenten auch sagen — müssen wir unbedingt fordern, daß irgendein Ausgleich mit den Löhnen geschaffen wird. Die Differenz, die jetzt zwischen Renten und Löhnen besteht, ist so ungeheuer, daß sie bei allen Rentenempfängern die bitterste Empfindung auslösen muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Uns sind in dieser Beziehung Nachrichten und Klageschreie aus allen Teilen des Reichs zugegangen. So beträgt zum Beispiel für eine Witwe mit vier Kindern selbst in dem billigen Schlesien die Rente nicht so viel, daß die rationierten Lebensmittel des halben Monats von der Rente des ganzen Monats bezahlt werden können. Hier muß auf irgendeine Weise versucht werden, einen Ausgleich und eine Hilfe zu schaffen.

Ferner möchten wir dem Wunsche Ausdruck geben, daß Streitverfahren, die leider nur allzuhäufig eingeleitet werden, möglichst beschleunigt und nicht so sehr hingezogen werden. Wir wünschen überhaupt unbedingt in bezug auf alle Kriegshinterbliebenenrenten, überhaupt in bezug auf alle Kriegsrenten, daß hier das Gesetz betreffend Dauer und Ordnung der Renten möglichst bald vorgelegt wird.

(B) (Zustimmung rechts.)

Eine besondere Frage ist die der **Kriegsbeschädigten.** Daß wir bereit sind, alles zu tun, um ihre Lage zu verbessern, brauche ich hier nicht noch besonders zu betonen. Wir werden dabei allerdings immer die Schritte unterstützen, die auf Selbsthilfe hinausgehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Vor allen Dingen fordern wir die **Verhinderung des Straßenbettels,** der unerhört zugenommen hat. Allerdings sind es wohl kaum wirkliche Kriegsinvaliden, sondern berufliche Bettler, die sich dabei recht gut stehen. Aber diese Bettler, besonders die in Uniform, bringen die Kriegsinvaliden und ihre Versorgung in ein ganz falsches Licht. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß schleunigst etwas geschieht, um diesen Straßenbettel unmöglich zu machen.

(Sehr wahr! rechts.)

Noch eine Klage muß ich hier vorbringen gegen die immer weitergehende **Verhetzung der Kriegsbeschädigten in den Lazaretten.** Mir wird immer wieder von zuverlässigen, soliden und vernünftigen Leuten gesagt: Sie glauben nicht, wie in den Lazaretten gehetzt wird, Sie glauben gar nicht, was uns da alles erzählt wird, was wir alles glauben sollen; dabei sind doch die Schwestern fast alle so aufopferungsvoll und so fleißig in ihrer Arbeit, und wir wissen überhaupt, daß man bereit ist, uns zu helfen. Kann denn nicht von Reichs wegen verboten werden, daß so gegen die Schwestern und gegen die Regierung gehetzt wird?

Eine fernere Bitte ist, daß in Erwägung gezogen wird, inwieweit die **Kapitalabfindung,** die **bei Siedlung** beantragt werden kann, auch solchen zugute kommt, die beabsichtigen, sich **im Auslande** anzusiedeln. Nach den bestehenden Vorschriften ist das unmöglich. Aber es wäre gerade bei der traurigen Notwendigkeit des Auswanderns wünschenswert, daß irgend ein Weg gefunden (C) würde, um Rentenempfängern die ihnen zustehende Abfindung zu bewilligen, auch wenn sie sich im Auslande ansiedeln wollen.

In Verbindung mit der Frage der Übernahme des **Heeres- und Lazarettwesens** in den Etat möchte ich hier einen Dank an die so vielfach verleumdeten **Schwestern** aussprechen.

(Bravo! rechts.)

Gewiß mögen einzelne Dinge wirklich passiert sein, aber sicher sind sie unerhört übertrieben worden. Im ganzen kann man nur sagen, daß von alledem, was da in selbstloser Hingabe und opferwilliger Hilfsbereitschaft geleistet ist, wenig geredet wird, daß von Hunderten, die im stillen weit über ihre Pflicht getan haben, nicht gesprochen wird, daß aber ein Fall von Leichtsinn oder Untauglichkeit, wie das immer in der Welt geschieht, hundertfältig erzählt wird und verursacht, daß die Schwestern, die draußen eine hier mit wenig Worten nicht zu schildernde Arbeit im Dienst des Vaterlandes geleistet haben, in ein ganz falsches Licht kommen.

Ebenso möchte ich auch noch ein Wort zu den **ehrenamtlichen Kräften** sagen. Es mag sein, daß da auch Mißbräuche vorgekommen sind und menschliche Eitelkeit eine Rolle gespielt hat. Ich habe aber auch erlebt, daß Frauen ehrenamtlich vier Jahre hindurch den Bahnhofsdienst, den Dienst in den Soldatenheimen oder in den Lazaretten in geradezu vorbildlicher Aufopferung geleistet haben. Ich möchte allen diesen Frauen von hier aus noch einmal meinen Dank sagen und aussprechen, daß es jedenfalls große Kreise im Vaterlande gibt, die sich nicht an der Geringschätzung beteiligen, mit der von manchem über ehrenamtliche Kräfte geurteilt wurde.

Das letzte Gebiet des Reichsarbeitsamtes ist die **Belebung der Bautätigkeit**, des Wohnungs- und Siedlungswesens. Daß wir ein besonderes Interesse dafür (D) haben, haben wir schon dadurch bekundet, daß wir den Antrag eingebracht haben, es möge eine besondere **Wohnungskommission** eingesetzt werden. Denn es ist ganz klar, daß all die Fragen neu geregelt werden müssen, vor allen Dingen da jetzt zum Beispiel auch die Baukosten und die Bodenkosten in der Großstadt in einem ganz anderen Verhältnis stehen als früher.

Das **Siedlungsgesetz,** das ja auch hier hineinschlägt, begrüßen wir, die wir Heimstätten stets forderten. Aber wir haben dazu eine Anfrage zu stellen. Es ist in den Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichsarbeitsministers angeordnet, daß in Auslegung des § 22 des Reichssiedlungsgesetzes „inländische Arbeiter als ständig beschäftigt angesehen werden können, wenn sie mindestens ein Jahr ohne wesentliche Unterbrechung in einem zur Landabgabe verpflichteten Betriebe beschäftigt sind“. Diese Bestimmung steht in Widerspruch mit § 22 des Reichssiedlungsgesetzes, der bestimmt, daß denjenigen Arbeitern, welche in landwirtschaftlichen Betrieben ihres Bezirks ständig beschäftigt sind, auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pacht usw. gegeben werden muß. Wir möchten fragen, ob die Reichsregierung bereit ist, die Ausführungsverordnung vom 26. September 1919 so abzuändern, daß sie mit dem Reichssiedlungsgesetz in Einklang steht?

Aus allem, was ich gesagt habe, ersehen Sie, daß wir manche soziale Forderung gemeinsam stellen. Es ist ja auch nicht die einzelne Forderung, die uns trennt, sondern der ganze Grundgedanke, mit dem man an die Arbeit herangeht. Unser Grundgedanke ist nicht Klassenkampf, sondern **Klassenversöhnung** und planvolle **Gleichberechtigung,** einmal planvolle Einstellung der Arbeit in die Wirtschaft und zum andern der Arbeiter in die Gesellschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

(v. Gierke, Abgeordnete.)

(A) Im ganzen ergibt sich, wie ich im Anfang ausführte, immer wieder, daß **gute Sozialpolitik nur in einem starken Staate** gemacht werden kann. Wir haben die Empfindung, daß diese Erkenntnis in unserm Volk wie hier im Hause wächst. So mag es denn sein, daß, nachdem soziale Gegensätze unser Volk in zwei verschiedene Welten in Politik und Wirtschaft hineingetrieben haben, in Gegensätze, die meiner Ansicht nach über das zulässige Maß hinausgehen, gemeinsame Arbeit an sozialer Fürsorge allmählich wieder ein Verständnis anbahnen wird; daß die jetzt so getrennten Gruppen einmal wieder auch in Politik und Wirtschaft sich verstehen lernen und in erträglicher Weise miteinander arbeiten. Wenn wir auch jetzt noch keinen Weg für diesen Ausgleich sehen, so hoffe ich doch auf die Zukunft und glaube, daß Arbeitsgemeinschaft in sozialer Arbeit einen Lichtpunkt zeigt, der uns aus allem, was jetzt dunkel und unklar und unsicher vor uns liegt, wieder aufwärts führen wird.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Schlicke, Reichsarbeitsminister: Ich bin der Frau Vorrednerin sehr dankbar für die zahlreichen Anregungen, die sie in bezug auf die gesetzgeberischen Maßnahmen gegeben hat. Da aber mein Etat nur bis zum nächsten April geht, darf ich wohl annehmen, daß sie alle diese von ihr angeregten Maßnahmen als dringende bezeichnet. Ich bedaure sehr, feststellen zu müssen, daß sie gerade das Tempo der Gesetzmacherei bei der jetzigen Regierung stark gerügt hat.

Einig gehe ich mit der Frau Vorrednerin darin, daß die wirtschaftlichen Fragen das Ausmaß für die sozialen Fragen beeinträchtigen. Das Reichsarbeitsministerium arbeitet daher in engster Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium. (B) Man wird aber nicht vergessen dürfen, daß wirtschaftliche wie soziale Fragen unter der Kriegswirtschaft ganz besonders gelitten haben und daß die sozialen Fragen in der Kriegswirtschaft sehr schlecht weggekommen sind. Sie sind vorher schon ein Stiefkind der **sozialen Gesetzgebung** gewesen. Ich erinnere an die vielfachen von den Arbeitern und Gewerkschaften angeregten Dinge: die Regelung der Tarifverträge, der Arbeiterschutzgesetzgebung, des Arbeitsnachweiswesens usw. Alles das waren Stiefkinder der Gesetzgebung, schon lange vor dem Kriege,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und selbst während des Krieges hat man sich nicht dazu herbeilassen können, hier einen frischen Griff zu tun.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere daran, daß in bezug auf die Arbeitsvermittlung die Gewerkschaften im Frühjahr 1915 dem Reichstag einen Vorschlag gemacht haben, und daß der Reichstag den Vorschlag angenommen und befürwortend weitergegeben hat. Trotzdem ist nichts geschehen, und ich muß sagen: es war bei der damaligen Ruhe gegenüber diesen Fragen eine Tat des Kriegsamts, daß es wenigstens die Arbeitsnachweise, so gut es ging, in die Zentralauskunftsstellen zusammengefaßt hat.

(Hört! hört! rechts.)

Nun ist weiter von der Frau Vorrednerin die **Arbeitsunlust** beklagt worden. Es ist von ihr darauf hingewiesen worden, daß es unter der jetzigen **sozialistischen Regierung** nicht gelungen wäre, die Arbeiter zur Arbeitslust zu erziehen.

(Sehr richtig! rechts.)

— „Sehr richtig", sagen Sie; das gebe ich auch zu, das ist aber in den paar Monaten, seitdem einige Sozialisten in der Regierung sitzen, nicht möglich gewesen. Wer hat denn bis jetzt das Volk erzogen, und wer hat die Er- (C) ziehung des Volkes bis jetzt beeinflußt? Sie und Ihre Partei waren es, die dafür sorgten, daß es immer hübsch langsam vorangegangen ist wie beim Krähwinkler Landsturm.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts und Zurufe: Da hat das Volk wenigstens gearbeitet!)

Vor dem Kriege hat das deutsche Volk gearbeitet, und der Krieg, das „Stahlbad" für unser Volk, hat dazu beigetragen, daß ihm die Arbeitslust verging.

(Zurufe rechts: Bis zur Revolution hat das Volk gearbeitet!)

— Vor dem Kriege hat das Volk gearbeitet, und der Krieg hat zur Arbeitsunlust beigetragen.

(Erneuter Zuruf rechts: Im Kriege hat es auch gearbeitet!)

In seiner Mehrzahl arbeitet es auch heute. Daß wir uns darüber einigen, erwarte ich nicht. Was Sie da sagen, das stimmt ganz sicher nicht!

(Lachen rechts.)

Zunächst weise ich es einmal zurück, daß die sozialistische Regierung das gutmachen soll, was fünf Jahre am Volk verdorben haben!

(Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Jahrzehntelang! — Zuruf rechts: Sie haben die Kriegspolitik doch mitgemacht!)

— Wir haben damit doch nicht alles gutgeheißen, und es ist auch öfter von meinen Parteigenossen gerügt worden, wie da im Kriege gesündigt worden ist.

(Zuruf rechts: Gearbeitet ist doch worden!)

— Gewiß, gearbeitet ist worden. Aber darauf kommt es nicht an, sondern es kommt darauf an, welcher Art die Arbeit war. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Enttäuschungen, die Entbehrungen, der seelische Druck während des Krieges das Volk verdorben haben

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

(D) und daß vor und während dem Kriege die, die sich als die geborenen Führer des Volkes bezeichnet haben, nicht immer das gute Beispiel gegeben haben, das notwendig ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So liegt die Geschichte, da beißt die Maus keinen Faden ab, da können Sie sagen, was Sie wollen!

(Lachen rechts.)

Es ist so viel über die Neuordnung des Arbeitsrechts gesprochen worden. Die **Neuordnung des Arbeitsrechts** beruht auf dem Beschlusse des Ministeriums vom März dieses Jahres. Der Plan, nach dem gearbeitet werden soll, ist der, daß berufene gelehrte Kreise, erfahrene Leute, und zwar Damen wie Herren, zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. Es wird ein Ausschuß gebildet, der die Vorlagen zu bearbeiten hat; außerdem werden die Mitarbeiter für die einzelnen Gebiete herangezogen. Wenn dieser Vorentwurf fertig ist, dann sollen — das kann ich hier schon sagen, das ist überhaupt von jeher die Absicht gewesen — die Interessentenkreise im weitesten Maße zur Begutachtung und Mitarbeit zugezogen werden. Aber auch heute schon soll versucht werden, sie dadurch heranzuziehen, daß sie ihre Wünsche und Anregungen dem Reichsarbeitsministerium, das ja die Leitung dieser Arbeiten hat, mitteilen.

Diese Arbeiten werden aber immerhin geraume Zeit erfordern, und es ist vollständig ausgeschlossen, mit der Regelung der heute dringlichen Materien so lange zu warten, bis das Arbeitsrecht in irgendeiner Form vorgelegt werden kann. Deshalb müssen einzelne Materien herausgenommen werden.

Die ersten meiner Meinung nach notwendigen Materien sind die Einführung von Arbeitsgerichten, die Regelung der Heimarbeit, die Regelung der Verhältnisse der Haus-

(**Schlicke**, Reichsarbeitsminister.)

(A) angestellten und, mit der Arbeitsvermittlung im Zusammenhang stehend, die Arbeitslosenversicherung. Die Zentralauskunftsstellen der Kriegswirtschaft haben sich leider bei dem Übergang nicht bewährt. Es hat sich gezeigt, daß sie den Aufgaben, die so plötzlich an sie herangetreten sind, nicht gewachsen gewesen sind. Aus diesem Grunde erscheint es äußerst dringend, den Wünschen, die seinerzeit von den Gewerkschaften noch vor den alten Reichstag gebracht worden sind, näherzutreten und zunächst eine **Reichszentrale für Arbeitsvermittlung** in Gang zu setzen, ehe das Gesetz über die Arbeitsvermittlung selbst herausgegeben werden kann. In der Arbeitsvermittlung darf keine Lücke entstehen, im Gegenteil, es muß versucht werden, sie so schnell wie möglich auszubauen. Aber auch mit dem Gesetz soll nicht gewartet werden; seine Durcharbeit ist für die allernächste Zeit in Aussicht genommen. Bei der nächsten Etatsberatung wird ein allgemeiner Überblick gegeben werden können. Vorerst darf ich aber wohl von dem hohen Hause erwarten, daß es die Notwendigkeit der Einrichtung des Zentralamts für Arbeitsbeschaffung anerkennt und die dafür eingesetzte Position des Etats bewilligt.

Erfreulicherweise beabsichtigen die Mehrheitsparteien, in einem Initiativantrag noch eine weitere Million für die Arbeitsvermittlung zu fordern. Es ist hier von einer Erhöhung der Anforderung auf eine Million gesprochen worden. Ich möchte demgegenüber betonen, daß es sich hier um eine weitere Million handelt,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die für den Ausbau der bestehenden Arbeitsnachweise im Bergbau angefordert wird. Die Notwendigkeit der **Arbeiterbeschaffung für den Bergbau** wird allgemein anerkannt. Ebenso steht fest, daß die heutigen Einrichtungen den Anforderungen nicht genügen. Das Reichsarbeitsministerium ist den geäußerten Wünschen nachgekommen (B) und hat sich namentlich auf Wunsch der Bergarbeiter- und Zechenkreise mit den bestehenden Arbeitsnachweisen in Verbindung gesetzt. Die Einrichtungen sollen ausgebaut werden. Dabei ist die Einrichtung einer paritätischen Zentralstelle vorgesehen, die einen Ausgleich schaffen soll zwischen den Anforderungen von Arbeitskräften in den einzelnen Bezirken und den Angeboten von Arbeitsplätzen in anderen Bezirken. Außerdem soll festgestellt werden, ob die Unterbringungsmöglichkeiten, die notwendig sind, in den verschiedenen Bezirken vorhanden sind. Alle diese Aufgaben sollen in einer Hand vereinigt bleiben und nicht voneinander getrennt werden. Dazu ist seitens der bergbaulichen Kreise der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Parteien noch darüber hinausgehen möchten. Vom Standpunkte meines Amtes aus kann ich den Initiativantrag nur begrüßen. Ich bin der Meinung, daß hier schnelle Arbeit nur geleistet werden kann, wenn die Unterstützung nicht versagt wird.

Die **Erwerbslosenfürsorge** ist von der Einrichtung der Arbeitsvermittlung abhängig gemacht. Als man die Erwerbslosenunterstützung einführte, hat man sich über ihre Dauer geirrt. Mein Herr Vorgänger hat in seiner Denkschrift, die er dem hohen Hause im Frühjahr vorgelegt hat, mit einer Begrenzung der Erwerbslosenfürsorge auf ein Jahr gerechnet. Heute dürfte wohl kein Mensch mehr glauben, daß diese Berechnung stimmt, schon im Hinblick auf die Zeiten, denen wir in diesem Winter entgegengehen. Ein Abbau der Erwerbslosenunterstützung kann also nur durch eine strengere Kontrolle erfolgen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß das Reich keine eigenen Exekutivbehörden hat, daß das Reich sich mit den einzelnen Ländern über die Durchführung der Erwerbslosenunterstützung verständigen muß. Ich gebe gern zu, daß an einzelnen Stellen etwas zu große Nachsicht gegen-

über manchen Arbeitslosen geübt worden ist. Gegenwärtig (C) schweben Verhandlungen mit den einzelnen Landesregierungen, um eine schärfere Kontrolle durchzuführen. Dabei muß aber auch die Notwendigkeit betont werden, daß die Gemeinden und die einzelnen Länder viel energischer als bisher für Arbeitsgelegenheit sorgen müssen.

(Sehr gut! rechts und im Zentrum.)

Es ist nicht damit getan, daß man einfach nur Arbeit nachweist, wo sie gerade ist, sondern es ist unbedingt notwendig, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

(Sehr richtig!)

Je mehr Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, — wer viel bringt, wird jedem etwas bringen —, desto mehr wird es auch möglich sein, die Arbeitslosen unterzubringen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß nicht jede Arbeitsmöglichkeit für jeden Arbeitslosen paßt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verbindung der Arbeitslosenunterstützung mit der Verpflichtung zum **Besuch der Fortbildungsschule** ist schon vor Übernahme des Ministeriums durch mich den Gemeinden empfohlen worden. Mir ist auch bekannt, daß verschiedene Gemeinden diese Anregung aufgegriffen und mit dieser Anregung sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Ich bin gerne bereit, diesen Weg weiter zu gehen und dafür zu sorgen, daß diesen Anregungen eine noch größere Aufmerksamkeit gewidmet wird, möchte aber auch darauf hinweisen, daß heute schon verschiedene Orte ganz energisch in der Beziehung vorgehen. Was eine **schärfere Kontrolle** vermag, beweist Frankfurt a. M., wo die Zahl **der Erwerbslosen** seit Beginn der Demobilmachung auf ein Fünftel herabgesunken ist, ebenso einige Gemeinden in Württemberg, wo sie den Friedensstand erreicht hat. Diese Ergebnisse werden allerdings jetzt wieder dadurch alteriert werden, daß für ihre Industrie und für den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft nicht genügend Kohlen zur Verfügung stehen. (D)

(Hört! hört! rechts.)

Die Lebenshaltung in den großen Städten macht es notwendig, daß bestimmten Kategorien von **Arbeitslosen** eine **Winterbeihilfe** gewährt wird. Es haben hierüber mit den Regierungen der Einzelländer Beratungen stattgefunden, und das Einverständnis aller Regierungen ist hierin erzielt worden. Sie haben ja die Hälfte der Kosten zu tragen, und sie würden sich kaum dazu verstanden haben, wenn sie nicht überzeugt wären, daß eine Notwendigkeit besteht. Es ist beabsichtigt, Winterbeihilfen an besonders bedürftige Gruppen von Erwerbslosen für die Monate November bis März einschließlich zu gewähren, und zwar sollen diese Winterbeihilfen in einem einmaligen Betrag und möglichst in Form von Lebensbedarfs, wie Feuerungsmaterial, Kleidung und Lebensmitteln den Bedürftigen gewährt worden. Diese Forderung erscheint als eine unbedingte Notwendigkeit, denn man kann nicht behaupten, daß wirklich alle die Erwerbslosen auch arbeitsunwillig sind.

Bezüglich der **Tarifverträge** ist darüber geklagt worden, daß die **Verbindlichkeitserklärung** lange Zeit in Anspruch nimmt.

(Sehr wahr! rechts.)

Wenn jemand das bedauert, so bin ich es. Aber ich möchte auf die kolossale Steigerung dieser Anforderungen aufmerksam machen. Im April dieses Jahres fielen an Erklärungen zur Verbindlichkeit 300 Tarifverträge an. Im September dieses Jahres sind es schon über 1200 gewesen. Es ist vollständig ausgeschlossen, mit dem zur Verfügung stehenden Personal die Fragen so schnell zu erledigen. Man möge auch hierbei berücksichtigen, daß es sich für die meisten Antragsteller um ein neues Gebiet handelt, in dem sie nicht ganz zu Hause sind. Häufig genug gehen die ersten Anträge unvollständig ein, es er-

(Schlicke, Reichsarbeitsminister.)

(A) folgen Erhebungen und Rückfragen, und auf diese Art geht eine Unmenge Zeit verloren. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß Einsprüche gegen die Verbindlichkeitserklärung berücksichtigt werden, wenn sie darauf beruhen, daß irgendwelcher Terror ausgeübt worden ist. Ich kann erklären, daß ich gerade in bezug auf **Koalitionsrechte und Koalitionsfreiheit**, sowie in bezug auf Gestaltung des Arbeitsvertrags überhaupt jeglichen Terror verwerfe und daß ich mich stets bemüht habe, in all den Fällen, die mir zur Kenntnis gekommen sind, einzugreifen. Ich habe zunächst versucht, vermittelnd einzugreifen; wenn es möglich war, haben wir beide Parteien kommen lassen, haben ihnen das Unrecht vorgestellt und eine Art Burgfrieden herbeizuführen versucht. Ich gebe gern zu, daß das nicht in allen Fällen gelungen ist, daß es besonders in denjenigen Fällen nicht gelingen kann, wo ich vor einer vollendeten Tatsache stehe.

Ich betrachte aber wie auch verschiedene Vorredner — das habe ich schon an anderer Stelle gesagt — die **Überwindung des Terrors** als eine Frage der Aufklärung, der Bildung. Es sind ja nicht nur Arbeiter, die den Terror ausüben, und die Zeiten liegen gar nicht so weit zurück, wo die Arbeiter in ganz anderen Kreisen sehr gute Lehrmeister hatten. Es ist tief bedauerlich; aber ich bin der Überzeugung, daß etwas mehr Widerstandskraft des einzelnen auch dazu beitragen kann, die Sache zu überwinden.

(Sehr richtig.)

Die Regierung kann nicht alles allein machen; es muß auch derjenige, der sich als regiert betrachtet, seinen guten Willen mit daran wenden.

(Sehr richtig!)

Das ist schon immer so gewesen und wird immer so (B) bleiben. Es ist verlangt worden, daß mein Ministerium besonders eingreifen soll. Ich weiß eigentlich nicht, wie ich das nach dem bestehenden Recht machen soll. Die Exekutive liegt bei den Landesregierungen. An diese wende ich mich, mache auf diese Fälle aufmerksam, spreche den Wunsch aus oder das Verlangen, daß dort eingegriffen wird. Im übrigen muß ich aber bemerken, daß gerade in diesen Fällen sehr häufig nicht mit der nötigen Energie vorgegangen wird.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf aus dem Zentrum: Warum?)

— Das weiß ich nicht, das will ich auch im einzelnen Fall nicht untersuchen. Ich kann nur feststellen, daß aus den Berichten nicht immer gerade hervorgeht, daß mit der nötigen Schärfe eingegriffen wird.

Ich kann aber erklären, daß für alle diese Fälle meiner Ansicht nach die heutigen Strafbestimmungen vollständig genügen. Die Bestimmungen in der Gewerbeordnung, die das Koalitionsrecht beschränken, sind nicht aufgehoben worden, um nun etwa dem Terror freie Bahn zu machen, sondern sie sind unter anderem auch aus dem Grunde aufgehoben, weil im allgemeinen die vorhandenen Strafgesetze genügen, um derartigen Überschreitungen und etwaigen Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen entgegentreten zu können. Von mir darf kaum erwartet werden, daß ich neben diesen vorhandenen Strafbestimmungen zu neuen Strafbestimmungen Anregung gebe.

Im übrigen möchte ich von dieser Stelle aus an die Gewerkschaften und an die Berufsverbände aller Richtungen appellieren, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend machen, um diese Erscheinung zu überwinden, daß sie aufklärend auf ihre Mitglieder einwirken und daß sie dazu beitragen mögen, daß ein anderer Geist, der Geist der Zusammengehörigkeit Platz greift. Es hat auch für die Organisationen selbst wahrlich gar keinen Zweck, wenn sie durch den Zwang ihre Mitglieder zusammen- (C) halten, anstatt sie durch Überzeugung

(sehr richtig! rechts)

und durch Bekenntnis zur gleichen Gesinnung zusammenzubringen und zu halten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Sehr wahr! rechts.)

Das **Schlichtungswesen** ist ebenfalls kritisiert worden. Ich möchte dazu erklären, daß die Regelung, wie sie in der Verordnung vom 23. Dezember vorigen Jahres erfolgt ist, nicht ausreichend erscheint. Die **Schlichtungsausschüsse** haben nach und nach erhöhte Bedeutung bekommen; sie sind aber nach der damaligen Verordnung dieser erhöhten Bedeutung nicht gewachsen. Die damalige Verordnung wollte lediglich verhindern, daß zwischen den Schlichtungsausschüssen aus dem Hilfsdienstgesetz und dem Übergang zur Demobilmachung eine Lücke entsteht. Diese Lücke auszufüllen, sollten die Schlichtungsausschüsse berufen sein. Sie haben die Lücke schlecht und recht ausgefüllt, aber mit der Erweiterung ihrer Aufgaben bedarf es eines neuen Aufbaues. Das Gesetz zum Neuaufbau des Schlichtungswesens — ich möchte es schlechtweg als Schlichtungsordnung bezeichnen — ist in seinem ersten Entwurf fertig, und ich glaube, daß es in nicht allzu ferner Zeit der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Es ist an Stelle der Ernennungen der Beisitzer die Wahl vorgesehen. Ebenso sind **ständige Schlichtungsausschußvorsitzende** vorgesehen, da es sich nicht bewährt hat, daß man es den Schlichtungsausschüssen selbst überlassen hat, ob sie einen Vorsitzenden wählen wollen oder nicht. Ferner ist die **Bildung von Berufskammern** nach Bedarf vorgesehen und die Möglichkeit der Trennung der Streitigkeiten, die lediglich Angestellte und nur Arbeiter betreffen. Das wird sich nach dem Bedarf richten müssen. Es besteht ja die Möglichkeit, daß in besonders kleinen (D) Bezirken die Sachen vor einer Kammer verhandelt werden können.

Weiterhin ist eine **Revisionsinstanz** vorgesehen, die sich lediglich darauf beschränken soll, etwaige Formfehler usw. richtigzustellen. Sie soll dazu beitragen, daß namentlich eine größere Einheitlichkeit bei Entscheidungen grundsätzlicher Art stattfindet. Heute ist es vollständig unmöglich, Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse zu revidieren, auch wenn sie sich mit Dingen beschäftigen, die eigentlich bei Schaffung der Verordnung den Vorrednern nicht vorgeschwebt haben.

Gegen die von der Abgeordneten Frau v. Gierke angeregte Vorlegung einer Denkschrift habe ich keinerlei Bedenken. Sie wird bei Einbringung des Gesetzes über die Schlichtungsordnung vorgelegt werden und wird ein wesentliches Material zur Beurteilung der Maßnahmen enthalten, die vorgeschlagen werden dürften.

Die Frage der Entschädigung der Beisitzer wird ebenfalls gelegentlich der Schlichtungsordnung geregelt werden.

Über die **Stellung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte** und über die Zusammenlegung ist der Abgeordnete Herr Tremmel falsch unterrichtet. Allerdings haben Besprechungen über die Stellung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte zu den Schlichtungsausschüssen stattgefunden. In diesen Besprechungen ist wohl auch davon gesprochen worden, daß man sie zusammenlegen sollte. Aber im Arbeitsministerium ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Die Entscheidung kann meiner Ansicht nach vorerst auch gar nicht getroffen werden, weil ja dazu immer eine reichlichere Erfahrung mit der Wirksamkeit der Schlichtungsausschüsse gehört.

Bezüglich des Koalitionsrechts möchte ich noch kurz darauf hinweisen, daß ich das für eine Erziehungsarbeit

(**Schlicke**, Reichsarbeitsminister.)

halte. Ich verspreche mir Erfolg davon, daß die Aufgabe den Betriebsräten mitüberwiesen wird. Zu den Aufgaben der **Betriebsräte** gehört ausdrücklich die Wahrung des **Koalitionsrechts**, und ich hoffe, daß gerade hier ganz erfolgreich gewirkt werden kann.

Notwendig ist aber für das Arbeitsministerium auch noch die **Pflege der Statistik**. Lebenshaltung und Lohnstatistik können meiner Ansicht nach künftighin nur die Grundlage der Tarifpolitik bilden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu reichen die bisherigen Statistiken nicht aus. Es muß die Vergleichsmöglichkeit zwischen den einzelnen Orten und den Gemeinden und auch zwischen Lebenshaltung und Verdienst geschaffen werden. Auch hier verspreche ich mir Erfolg von der Zusammenarbeit der Arbeitgeber mit den Betriebsräten. Sie werden das einwandfreie Material beschaffen können, das zur Beurteilung dieser Fragen notwendig ist.

Es ist nun über die Betriebsverfassung gesprochen worden. Besonders hat Frau Dr. Lüders in § 40 eine Erklärung vermißt, daß auch die Geschlechtszugehörigkeit kein Grund zur Entlassung sein soll. Ich gebe gern zu, daß es während der Zeit der Demobilmachung öfter vorgekommen ist, daß namentlich von Angestelltenkreisen die **Entlassung von weiblichen Angestellten** recht stürmisch gefordert worden ist. Ich muß aber offen gestehen, aus meiner gewerkschaftlichen Erfahrung heraus, die doch immerhin schon über ein Menschenalter reicht, kann ich Fälle, wo von den Arbeitern verlangt worden ist, die Frau aus dem Betriebe zu jagen, an den Fingern einer Hand abzählen. Und zwar ist es meist so gewesen, daß man nicht die Frau hat hinausbringen wollen, weil es sich um Frauenarbeit schlechthin handelte, sondern die Arbeiter haben sich geweigert, die Frau anzulernen, weil sie nachher als billigere Arbeitskraft gegenüber den männlichen Arbeitern ausgespielt werden sollte. In allen diesen Fällen sagte der Arbeiter: wenn die Frau durch mich in dem Beruf oder einer Handfertigkeit unterwiesen werden soll, muß sie mir auch als ebenbürtige Arbeitskraft zur Seite gestellt und darf nicht mit einem billigeren Lohn abgespeist werden. Es sind also letzten Endes nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber diejenigen gewesen, die die Arbeiter zum Widerstand veranlaßt haben. Mit demselben Recht, mit dem man die Geschlechtszugehörigkeit in das Gesetz hineinarbeitet, müßte man natürlich auch für alle Arbeiter, männliche wie weibliche, gewisse Altersgrenzen oder gewisse Jahrgänge hineinarbeiten. Die paar Bestimmungen, die im Gesetzentwurf angegeben sind, sind doch nur hineingearbeitet worden, um auszudrücken, daß Entlassungen und Verweigerung von Einstellungen nicht aus unsachlichen Gründen erfolgen sollen. — Ausdrücklich möchte ich hier hervorheben: nur wichtige, berechtigte Interessen des Betriebes und der Arbeitnehmerschaft sollen dabei maßgebend sein. Ich möchte es aber als einen unsachlichen Grund bezeichnen, wenn man nun gar die Geschlechtszugehörigkeit anführen sollte.

Nun hat Frau Dr. Lüders auch noch darauf hingewiesen, daß für die **Vertrauensmänner** ein Mindestalter von 25 Jahren und dreijährige Betriebszugehörigkeit verlangt wird. Sie hat darauf hingewiesen, daß die Frau in der Fabrik meist das unständige Element darstellt, weil sie zu den ungelernten oder höchstens zu den angelernten Arbeitern das größte Kontingent stellt. Ich will nicht bestreiten, daß das der Fall ist. Aber ebenso, wie es der Frau hier geht, geht es einer großen Anzahl nichtgelernter männlicher Arbeiter, die ebenfalls infolge der Fluktuation, der gerade diese Arbeiterkategorie unterworfen ist, nicht längere Zeit im Betrieb tätig sein können. Andererseits ist aber doch nicht zu vergessen, daß bei den Aufgaben eines Vertrauensmannes eine bestimmte Berufserfahrung unerläßlich ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

25 Jahre sind genommen; sie entsprechen ungefähr einer 10jährigen Berufspraxis. Ebenso ist aber auch notwendig eine bestimmte Vertrautheit in den Einrichtungen und mit dem Betriebe selbst. Nebenbei möchte ich bemerken, daß dieser Wunsch bei den Vorbesprechungen in der Hauptsache von den Arbeitgebern vertreten ist, daß die Arbeitervertreter sich der Durchschlagskraft der Gründe aber nicht haben entziehen können. Also ich glaube, daß hier Frau Dr. Lüders mit ihren Einwendungen wohl auf Widerstand in ihrer eigenen Fraktion stoßen wird.

Über die **Aufgaben der Betriebsräte** möchte ich nur ganz kurz bemerken: die sozialen Aufgaben, die da aufgeführt sind, sind alte Forderungen der Gewerkschaften,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sind Forderungen, die bei jeder Beratung einer Gewerbeordnungsnovelle und zuletzt auch beim Hilfsdienstgesetz von den Gewerkschaften vorgetragen sind. Sie sind also nichts Neues. In bezug auf die wirtschaftlichen Forderungen beschränkt sich das Gesetz nur im Interesse der Arbeiter selbst und im Interesse des Arbeiterschutzes auf das Notwendigste. Das Mitbestimmungsrecht des Unternehmers wird durch das Betriebsrätegesetz keineswegs so beschränkt, wie es immer dargestellt wird. Ich möchte bemerken, daß namentlich in Süddeutschland — da spreche ich aus eigener Erfahrung — bei der ersten Anregung zum Rätegesetz, die mir in meiner früheren Stellung geworden ist, ich bei Rücksprache mit den Arbeitgebern durchaus auf Verständnis in allen diesen Forderungen und sogar noch etwas weitergehenden Forderungen in wirtschaftlicher Hinsicht gestoßen bin. Die Unterschiede in der Auffassung sind natürlich groß. Es mag an der ganzen Entwicklung der industriellen Verhältnisse in Nord und Süd und in den Einzelunternehmungen liegen. Wenn aber gesagt wird, daß alle Kräfte zusammenwirken müssen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, so, meine ich, ist das Betriebsrätegesetz der erste Schritt hierzu.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist mit Recht hier in der Diskussion schon darauf hingewiesen worden, daß der **Arbeiterschutz** auch ein Stückchen Bevölkerungspolitik ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Mitwirkung der Arbeiter hieran ist eine wichtige Aufgabe der Betriebsräte. Schon von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir also auf dem Gesetz, so wie es vorgelegt ist, bestehen bleiben.

Es sind nun in bezug auf den Arbeiterschutz selbst verschiedene Anregungen gegeben worden. Demgegenüber möchte ich bemerken, daß dem Reichsrat vorliegt ein Entwurf von Bestimmungen zum Schutze der Preßluftarbeiter, weiterhin ein Entwurf von Bestimmungen über die Einrichtung und den Betrieb der Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiverbindungen. In Bearbeitung ist der Entwurf eines Gesetzes über die Anzeigepflicht gewerblicher Vergiftungen, und in Aussicht oder in Vorbereitung sind Bestimmungen über den Schutz der Gesundheit der Arbeiter in der Sprengstoffindustrie, in der keramischen Industrie, in den Glashütten, in den Kalkstickstoffabriken, Bestimmungen über den Schutz der Heimarbeit gegen die gesundheitlichen Schädigungen zum Beispiel in Lumpensortierereien, in Maskendrückereien, in Hasenhaarschneidereien, bei der Herstellung von Lebensmitteln und ähnlichem, der Ausbau der Krankenkassenstatistik, um dadurch zuverlässige Unterlagen über die Berufsschädigungen der Arbeiter und Angestellten zu erhalten, der Ausbau der Gewerbeaufsicht, insbesondere durch vermehrte Hinzuziehung von Ärzten, von Hilfsbeamten aus dem Arbeiter-

(**Schlicke**, Reichsarbeitsminister.)

(A) stande, von männlichen wie weiblichen, die Errichtung eines Reichsgewerbeaufsichtsamtes, der Ausbau des Unfallschutzes durch Erlaß einheitlicher Vorschriften für das ganze Reich auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung, die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter der chemischen Industrie. Mit den Vorarbeiten für dieses Gesetz ist schon vor dem Kriege begonnen, und die Mittel sind schon im Jahre 1914 bewilligt worden. Dann ist die Errichtung einer zentralen Auskunftsstelle für Unfallschutz und Gesundheitsschutz und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen sowie einer Versuchsanstalt zur Untersuchung von Vorrichtungen für Arbeiterschutz und Gesundheitsschutz in Verbindung mit der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt geplant. Das zum Arbeiterschutz.

Ein Stück Arbeiterschutz ist aber auch die Regelung der täglichen **Arbeitszeit.** Sie ist erfolgt durch die Erlasse vom 23. November und 17. Dezember. Der Achtstundenarbeitstag war nur für die Übergangszeit gedacht. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung stellte sich immer mehr heraus. Unter Zugrundelegung der Erfahrungen in der Übergangszeit soll nunmehr eine gesetzliche Regelung erfolgen. Es sind Umfragen ergangen, und sobald die Antworten vorliegen — ein Teil ist bereits eingegangen —, wird mit der Durcharbeitung sofort begonnen werden. Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Erwerbszweige, wie beim Krankenpflegepersonal, beim Gartenbau usw. werden dabei genügende Berücksichtigung finden.

In der zweiten Abteilung des Arbeitsministeriums ist eine umfassende **Revision der Reichsversicherungsordnung** vorgesehen. Die Mehrzahl der Wünsche, die heute geäußert worden sind, möchte ich bitten, bis dahin zurückzustellen. Längere Zeit ist für diese Durcharbeitung unbedingt notwendig. Das schließt natürlich nicht aus, daß einige wichtige Materien vorweggenommen werden (B) müssen. Beabsichtigt ist die Gleichstellung der land- und forstwirtschaftlichen Versicherten mit den gewerblichen Arbeitern auf dem Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung. Die Vorarbeiten zu diesem Gesetz sind im Gange. Eine vorläufige Regelung hat ja schon durch die Verordnung vom August 1919 stattgefunden durch die Erhöhung des der Rentenberechnung zugrunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes um 100 Prozent gegenüber den Friedenssätzen. Weiter muß eine Nachprüfung der während des Krieges ergangenen Verordnungen dahin erfolgen, ob sie aufzuheben sind oder ob ihre Übernahme in den Frieden gerechtfertigt und möglich ist, allenfalls unter entsprechenden Änderungen für dauernd oder nur für einige Zeit.

Bei der Krankenversicherung ist die Wiedereinführung der **Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden** in einer anderen Form als früher vorgesehen worden. Eine Nachprüfung des Gesetzes für die **Wochenhilfe** ist ebenfalls dringend notwendig. Das Gesetz ist als Initiativantrag eingegangen. An diesem Initiativantrag ist noch in letzter Stunde ziemlich viel geändert worden, seine Lückenhaftigkeit hat sich aber schon jetzt herausgestellt. Es ist beabsichtigt, in allernächster Zeit im Arbeitsministerium eine Konferenz von sachverständigen Vertretern der Krankenkassen abzuhalten, um diese Lücken möglichst bald auszufüllen.

(Sehr gut!)

Zulagen zu den Renten der **Invalidenversicherung** sind ja in der Nationalversammlung schon beschlossen worden. Dieser Beschluß hat aber starke Bedenken ausgelöst, die auch bei der heutigen Diskussion hervorgetreten sind und die dahingehen, daß die Mittel der Versicherungsträger zu stark in Anspruch genommen werden. Auf die Erhöhung der Beiträge auf das Dreifache, diese Zusage des Arbeitsministeriums, ist schon durch den Herrn Referenten hingewiesen worden. Ebenso ist die Notwendigkeit der Angliederung neuer Lohnklassen als unbedingt notwendig betont worden. (C)

Eine weitere Aufgabe ist die **Arbeitslosenversicherung.** Der Gesetzentwurf ist ausgearbeitet. Die Mitbeteiligten werden demnächst zur Vorberatung herangezogen werden.

Eine weitere Frage ist die **Arbeiterversicherung in den besetzten Gebieten.** Besonders wird meinerseits Gewicht darauf gelegt werden müssen, daß mit den beteiligten Staaten Verhandlungen stattfinden, die eine möglichste Berücksichtigung unserer Wünsche gewährleisten. Für den Wiederaufbau in Frankreich muß der **Arbeiterschutz in den Aufbaugebieten** nach den französischen Gesetzen erfolgen. Darüber hinaus kann das Reich besonderen Arbeiterschutz nur gewähren, wo es selbst als Betriebsunternehmer auftritt. In diesen Fällen ist auch beabsichtigt vorzugehen, und es ist weiterhin beabsichtigt, durch Zuteilung sachverständiger Beamter und Gewerkschaftsvertreter, die der Bauleitung beigegeben werden, eine Beratung der im Wiederaufbaugebiet Beschäftigten zu ermöglichen.

Die Gefahr der Ausgrabung von Blindgängern, die sich in den Trümmern von Häusern und im Boden befinden, ist schon sehr stark zutage getreten. Die Ausgrabung hat schon sehr viele Opfer erfordert. Es ist unsererseits mit Erfolg angeregt worden, eine Sachverständigenkommission aus Deutschen und Franzosen einzusetzen, die prüfen und Vorschläge machen soll, wie dieser Gefahr möglichst entgegengetreten werden kann. Ebenso sind Verhandlungen über die Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetze im Gange. Schließlich wird auch das Arbeitsministerium sich für die Fürsorge im Wiederaufbaugebiet nach der Richtung einsetzen müssen, daß die Arbeiter zu angemessenen Löhnen beschäftigt und vor allen Dingen in angemessenen Räumen untergebracht werden.

In bezug auf die **städtische Wohnungsfürsorge** (D) glaube ich, mich bei diesem Kapitel kurz fassen zu können. Ich habe vor kurzem bei einer Interpellation eingehend darauf hingewiesen. Es sind auch hier einige Verordnungen erlassen, ein Entwurf liegt dem Reichsrat vor, welcher eine Änderung der dringenden Wohnungsnot beabsichtigt und dem Bezirkswohnungskommissar weitgehende Rechte sichert. Um Wohnungen aufbauen zu können, bedarf es einer schnelleren Behandlung. Es muß ein Weg gefunden werden, der den schleppenden Gang vor den ordentlichen Gerichten bei Streitigkeiten über Enteignungen ausschließt. Weiterhin ist in Aussicht genommen die baldige Vorlegung eines Entwurfs eines Heimstättengesetzes und des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Enteignungsrecht der Festungsgegenden bei Aufhebung oder Ermäßigung von Rayonbeschränkungen. Das Gesetz ist ziemlich fertiggestellt und wird demnächst den Beteiligten und dem Reichsrat zur weiteren Beratung zugehen. Weitere gesetzgeberische Maßnahmen zur Bereitstellung von Mitteln für die Überteuerungszuschüsse unterliegen noch der Beratung. Es ist heute erst ein Ausschuß von Sachverständigen zusammengetreten. Über das Ergebnis kann ich Mitteilungen noch nicht machen; es ist aber damals schon bei der erwähnten Interpellation über die **Baukostenzuschüsse** in der Nationalversammlung darauf hingewiesen worden, daß die Anforderungen so große sind, daß man sich unbedingt nach einem anderen Wege umsehen muß.

Für die **ländlichen Siedlungen** ist eine **Pachtverordnung** gemäß den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 11. August 1919 in Arbeit. Die Pachtverordnung soll die ungerechtfertigte Kündigung bestehender Pachtverträge und wucherische Steigerung von Pachtpreisen unter eventueller Aufhebung erfolgter Kündignngen von Pachten verhindern.

(Schlicke, Reichsarbeitsminister.)

(A) Ich will auf die einzelnen Gesetzentwürfe nicht eingehen und möchte auf die Einwendungen der Frau v. Gierke wegen des Widerspruchs der Ausführungsbestimmungen mit dem **Reichssiedelungsgesetz** nur bemerken: Der § 20 des Gesetzes steht mit dem Reichssiedelungsgesetz nicht im Widerspruch. Unter den nach § 22 der Ausführungsbestimmungen zur Abgabe verpflichteten Betrieben sind selbstverständlich nur solche landwirtschaftlichen Betriebe zu verstehen, die in dem Bezirk der betreffenden Landgemeinde gelegen sind. Es soll also nicht dadurch, daß der Betrieb angeführt wird, ausgesprochen sein, daß er in einer anderen Landgemeinde liegt, sondern es soll damit ausgedrückt werden, daß der Betrieb ein solcher sein muß, der die Verpflichtung zur Siedlung hat.

Was die Abteilung IV angeht, so ist ihr nach der Verordnung vom 8. Februar die soziale **Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge** überwiesen worden. Diese Fürsorge ist Aufgabe des Reichs, die es unter Mitwirkung der Länder und der Selbstverwaltungskörper lösen muß. Bisher war sie eine Sache der freiwillig geschaffenen Einrichtungen. Besonders war der „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge" in Berlin auf diesem Gebiete tätig. Die soziale Kriegshinterbliebenenfürsorge liegt im wesentlichen in den Händen der freien Wohlfahrtspflege, der Nationalstiftung der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Auf Grund der vorhin genannten Verordnung ist im Reichsarbeitsministerium für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge eine besondere Abteilung eingerichtet worden. In den Ländern sind für größere Bezirke Hauptfürsorgestellen, in den kleineren Bezirken und Stadtkreisen amtliche Fürsorgestellen vorgesehen.

Am 1. Oktober 1919 ist auch das gesamte **Militärversorgungs- und Sanitätswesen** auf das Reichsarbeitsministerium übergegangen und der Abteilung für soziale (B) Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge angeschlossen worden. Dadurch hat das Reichsarbeitsministerium einen außerordentlichen Zuwachs wichtiger, aber auch schwieriger Aufgaben erfahren. Das bisherige Versorgungswesen befindet sich in einem ganz unerfreulichen Zustande. Es sind erhebliche Rückstände vorhanden, die, wie ich leider feststellen muß, teilweise noch aus der Zeit vor dem Zusammenbruch herrühren. Diese erheblichen Rückstände erfordern schleunigste Aufarbeitung. Es muß auch eine Organisation auf vollständig neuer Grundlage geschaffen werden. Der Übergang von der militärischen Versorgung an die neuen Behörden verlangt auch einen neuen Geist. Die Überlastung der bisherigen Organisation kann keine Radikalkur vertragen, sondern wir können nur nach und nach die Neuordnung vollziehen, da sonst die Arbeit darunter leiden würde. Leider bin ich nicht in der Lage, schon heute wesentliche Änderungen in Aussicht zu stellen. Sofort notwendig ist die Belebung des alten Körpers mit neuem sozialen Geist und eine tatsächliche Förderung der Arbeit.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Anforderung von 200 Millionen Mark für die **Heeres- und Marinelazarette** und von 77 Millionen Mark für Heeres- und Marineversorgung mag hoch erscheinen. Diese Summen stellen aber lediglich eine schätzungsweise Angabe dar. Da mir eigene Kenntnisse in diesen Dingen nicht zur Verfügung stehen, so habe ich mich auf die Angaben der bisherigen Stellen verlassen müssen, ohne dabei die Möglichkeit einer Nachprüfung zu haben. Ich kann aber versichern, daß mir selbstverständlich ein langsamer, mit den Interessen der ganzen Einrichtung vereinbarer Abbau am Herzen liegt. Allerdings wird in der nächsten Zeit dieser Abbau nicht möglich sein, beim Versorgungswesen wegen der vielen Rückstände und beim Lazarettwesen wegen der großen Anforderungen. Solche werden jetzt noch eine gewisse Zeitlang an die Lazarette gestellt (C) werden. Es ist heute auch noch nicht zu übersehen, wie viele Kriegsbeschädigte und der Pflege Bedürftige sich unter den zurückkehrenden Kriegsgefangenen befinden werden. Ferner ist noch nicht zu übersehen, wie groß die Zahl derer sein wird, die mit Gebrechen oder mit Siechtum aus dem Kriege zurückgekehrt sind und die nun infolge einer Nacherkrankung oder eines Rückfalls schließlich noch eine Heilstättenbehandluug durchmachen müssen.

Bezüglich der **Lazarette** will ich selbstverständlich nicht verfehlen, der hilfsbereiten und segensreichen Tätigkeit der **freiwilligen Helfer und Helferinnen** zu gedenken und ihnen von dieser Stelle aus die Anerkennung auszusprechen. Wenn schließlich Hetzereien in den Lazaretten vorgekommen sind, so hat die Frau Vorrednerin leider nicht verraten, wie man sie bekämpfen soll. Soweit sie zu Ohren der Verwaltung kommen, werden sie unterdrückt. Aber man kann doch schließlich auch nicht jede Äußerung des Mißmutes über irgendeine Maßnahme als Hetzerei bezeichnen. Ich gebe zu, daß derartige Äußerungen, weil sie sehr häufig von anderen auch empfunden werden, die Erbitterung steigern können. Aber ich sehe kein Mittel, sie zu unterbinden. Ich würde empfehlen, daß alle derartigen Äußerungen über Mißstände an die richtige Schmiede gebracht werden. Damit ist natürlich der Sache viel mehr gedient, als wenn der Mißmut von Ohr zu Ohr weiter getragen wird.

Es ist nun ein lebhafter Kampf um die **Stellungen bei den Versorgungsbehörden** entbrannt. Ein Teil der heute Beschäftigten befürchtet, daß er entlassen werden könnte, ein anderer Teil draußen hofft, daß ihm zahlreiche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, daß ich keine Aussichten eröffnen kann. Maßgebend ist für die nächste Zeit lückenlose Weiterarbeit und Beschleunigung der liegengebliebenen Arbeiten, möglichst schnelle Aufarbeitung der (D) Reste. Das kann meiner Ansicht nach am besten geschehen durch eingearbeitete Kräfte, aber nicht sofort durch Umwandlung im größten Umfange. Es muß aber auch geschehen durch Heranziehung geeigneter Kräfte, und sofern Kräfte vorhanden sind, die ihrer Pflicht nicht gerecht werden können oder wollen, durch Ausschaltung dieser. Aber auch in dieser Beziehung habe ich noch keinen Überblick und muß mir hier einige Zeit ausbitten.

Es ist mehrfach eine **Neuordnung des Versorgungswesens** gewünscht worden. Ich habe schon bei früherer Beratung darauf hingewiesen, daß ich die Schaffung eines auf sozialem Gesichtspunkte beruhenden Versorgungsgesetzes als eine selbstverständliche Pflicht betrachte. Das Offizierspensionsgesetz, das Mannschaftsversorgungsgesetz, das Militärhinterbliebenengesetz bedürfen der Reform. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß ich bestimmt hoffe, das Gesetz in diesem Winter vorlegen zu können. Ich bitte, nicht zu vergessen, daß das ganze Versorgungswesen erst in diesem Jahre auf eine neue Grundlage gestellt und dem Arbeitsministerium zugewiesen wurde.

Frau Dr. Lüders hat wegen der Entschließung der Nationalversammlung vom 21. August betreffend **Beihilfen für notleidende Hinterbliebene** angefragt. Sie hat gerügt, daß ihr keine Antwort erteilt wurde. Ich möchte erklären: eine Antwort schien erläßlich, weil sie durch die Tat schon gegeben ist. Für diesen Zweck sind ja 100 Millionen im Etat angefordert, und im Falle der Bewilligung dieser Forderung ist beabsichtigt, die Verteilung durch die Fürsorgestellen in der Form von laufenden Beihilfen besonders an Mütter und Kinder vornehmen zu lassen. Ich glaube, damit die Bedenken von Frau Dr. Lüders wegen der Nichtbeantwortung ihrer Frage zerstreut zu haben.

Frau Dr. Lüders hat dann noch einen allgemeinen Ausflug in das Gebiet der Frauenarbeit gemacht. Sie

(**Schlicke,** Reichsarbeitsminister.)

(A) fürchtet, daß die Absicht bestehen könnte, die Frauen von bestimmten Arbeiten auszuschließen. Ich kann versichern, daß mir das vollständig fernliegt. Eine Ausschließung der **Frauenarbeit** weiter, als es im Interesse der Gesundheit der Frauen und der Bevölkerungspolitik liegt, halte ich nach der neuen Verfassung für vollständig ausgeschlossen. Die Verfassung ist ja doch für alle gegeben.

Bezüglich der weiteren Anstellung der Frauen verweise ich auf meine Erklärung bei der Interpellation, unmittelbar bevor die Nationalversammlung von Weimar fortgegangen ist. Ich habe mich damals auf den Standpunkt gestellt, daß ich noch weitere Frauen zur Mitarbeit heranziehen will und daß ich auch darauf hinwirken will, daß sie bei den Behörden der einzelnen Länder, bei den Behörden, die als Vollzugsorgane in Betracht kommen, ebenfalls in größerem Maße herangezogen werden sollen. Für die nächste Zeit beabsichtige ich, mit den Frauenvereinen und Frauenvertretungen im Reichsarbeitsministerium zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Frage der Beschäftigung der Frauen in Reichs-, Staats- und Gemeindeämtern und überhaupt die Frage der Frauenarbeit mit ihnen zu besprechen. Ich halte es für eine unerläßliche Pflicht des Staates und des Reichs, die ja die Frauen in die Kriegswirtschaft hineingezogen, ich möchte sagen, mit allen Mitteln des moralischen Zwanges herangeholt hatten, nun auch dafür zu sorgen, daß die Frauen sich nicht selbst überlassen sind, sich Beschäftigung zu suchen. Also diese Frage soll dort besprochen werden, und der soziale Geist soll dort selbstverständlich obwalten.

Ich möchte nun auch noch auf einige Anfragen kurz eingehen und auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Müller (Potsdam) erwidern, daß eine **Kürzung oder Beseitigung der kleineren Militärrenten** nicht beabsichtigt ist. Diese Annahme entspricht nicht den Tatsachen. Es sind (B) schon ähnliche Behauptungen in Versammlungen geäußert worden, das Reichsarbeitsministerium hat die Frage klargestellt, in der Presse ist dies auch geschehen. Aber ich möchte auch von dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß eine solche Absicht nicht besteht. Von einem Gesetze in dieser Richtung kann natürlich auch nicht die Rede sein. Es hat sich damals auch nur um eine Aussprache über allgemeine Gesichtspunkte gehandelt, die bei einem Gesetze möglicherweise in Betracht kommen könnten, und es ist vielleicht durch irgendeine Äußerung, die nach dieser Richtung gemacht worden ist, ein Mißverständnis hervorgerufen worden.

Die Fälle, die im übrigen hier über die **Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts** usw. angeführt worden sind, bitte ich, meinem Ministerium mitzuteilen, ich will ihnen dann gern nachgehen. Ich darf wohl auch aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Müller nicht entnehmen, daß er die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts im allgemeinen angegriffen hat, ich glaube annehmen zu dürfen, daß ihm nur bestimmte Fälle vorgeschwebt haben. Im allgemeinen sind mir Klagen nicht zu Ohren gekommen, aber die Fälle, die ihm vorschweben, bin ich, wie gesagt, gern bereit, zu untersuchen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichhorn.

Eichhorn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es unterliegt keinem Zweifel, daß das neue **Reichsarbeitsministerium** mit seinem Milliardenetat zu den bedeutendsten Verwaltungszweigen des Reichs gehört. Um so mehr bedauern wir, daß der Herr Präsident jetzt einer Anregung, nach der eben gehörten umfangreichen Programmrede des Reichsarbeitsministers die Verhandlungen abzubrechen und den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich (C) mit dieser Programmrede eingehend zu befassen, keine Folge gegeben hat. Ich möchte namens meiner Fraktion gegen diese Art der Geschäftsführung protestieren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir halten die Durchpeitschung eines so wichtigen Etats wie des vorliegenden, der bei den früheren Verhandlungen 14 Tage und länger den Reichstag in Anspruch genommen hat, für eine außerordentliche Brüskierung der Arbeiterschaft.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das neue Reichsarbeitsministerium wird künftig alle Gebiete der **Sozialpolitik** in sich vereinigen. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten stehen nun freilich auf dem Standpunkt, daß auch die beste Sozialpolitik das Elend, die Unterdrückung, die Ausbeutung der Arbeiter nicht restlos aus der Welt zu schaffen vermag. Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter haben ihre Ursache in der kapitalistischen Wirtschaft und werden erst nach deren Beseitigung verschwinden. Was ich da eben bemerkte, sind Wahrheiten, die wir schon unzählige Male hier im Hause vorgetragen haben, die insbesondere auch jene Abgeordnete, die einst Mitstreiter in der Arbeiterbewegung waren, genau so nachdrücklich vertreten haben, wie ich sie heute vertrete.

Die Herren von der rechtssozialistischen Partei haben das Haus auch verlassen, bis auf einen. Und die anderen Mitglieder des Hauses hielten es für notwendig, sich zu entfernen. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde. Wahrscheinlich soll es ein Protest gegen meine Person sein. Es ist das eine sehr kindische Maßregel.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich rede nun lediglich zu meinen Parteigenossen und im übrigen zur breiten Öffentlichkeit. Die breite Öffentlichkeit weiß, daß **meine Rolle,** die ich **in der Revolution** gespielt habe, nur die Rolle eines revolutionären Arbeiters war, (D) nur die Rolle desjenigen, der die Interessen der Arbeiterklassen in der Revolution vertrat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Verleumdungen und Beschimpfungen, die man mir nachgesagt hat, und die vielleicht durch die Flucht aus dem Hause unterstrichen werden sollen — die Szene ist übrigens nicht neu, sie hat sich auch früher schon einmal abgespielt, man hat verschiedene meiner engeren Parteifreunde dadurch zu brüskieren versucht, daß man das Haus fluchtartig verließ, — ich sage: diese Verleumdungen und Beschimpfungen, die man gegen mich erhebt und die durch diese Flucht unterstrichen werden sollen, sind Lügen, erbärmliche Lügen, und sie werden auch nicht zur Wahrheit dadurch, daß oben von der Pressetribüne einige der Herren Vertreter dazwischen reden.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Präsident hat sich sonst früher Kundgebungen von der Tribüne verbeten. In meinem Falle hält er das nicht für nötig.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich muß bitten! Ich habe bis jetzt noch keine Wahrnehmung darüber gemacht, daß auf der Tribüne irgend etwas passiert wäre.

(Widerspruch und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich war eben in einer geschäftlichen Unterredung mit dem Herrn Kollegen Löbe und habe nichts dergleichen gesehen. Ich verbitte mir irgendwelche subjektive Unterstellung, als ob mir eine Absicht vorläge. Dazu liegt ganz und gar keine Veranlassung vor.

(A) **Eichhorn,** Abgeordneter: Ach, Herr Präsident, es berührt mich auch gar nicht. Es ist mir ganz gleichgültig, ob Sie das zulassen oder nicht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Dann haben Sie auch keine Bemerkung dazu zu machen, wenn Sie das nicht berührt.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eichhorn, Abgeordneter: Ich konstatiere nur eine Tatsache.

(Abgeordnete Zietz: Sehr richtig!)

Ich sage also: diese Verleumdungen, die man an meinen Namen gehängt hat, erklären sich nur daraus, daß ich rückhaltlos die Interessen der Arbeiter in der Revolution wahrgenommen habe. Ich habe vom ersten Augenblick meiner Tätigkeit in der revolutionären Bewegung an nichts anderes getan, als die drohende Konterrevolution bekämpft, die Interessen der proletarischen Revolution vertreten. Da heute die Gegenrevolution scheinbar siegreich geworden ist,

(Abgeordnete Zietz: sehr richtig!)

die Gegenrevolution scheinbar die Arbeiterklasse niedergerungen hat, sucht man in mir, der ich die Gegenrevolution vom ersten Augenblick meiner Tätigkeit an bekämpft habe, noch die revolutionären Arbeiter zu treffen durch Verleumdungen und Beschimpfungen. Das berührt mich nicht weiter. Die Arbeiter wissen, was sie von mir zu halten haben. Einzig und allein das Urteil der Arbeiter ist für meine Tätigkeit und für mein Verhalten maßgebend.

(Abgeordnete Zietz: Sehr gut!)

Und so werde ich auch hier vor dem leeren Hause — vor meinen wenigen Parteigenossen, die hier sitzen, hätte ich es nicht nötig. — ruhig sagen, was ich zum Etat des (B) Reichsarbeitsministeriums zu sagen habe.

Ich erklärte, daß wir die Ursache für das ganze Elend der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Wirtschaft sehen und daß wir, so großen Wert wir auch auf die Sozialpolitik legen, doch der **Sozialpolitik** die Eigenschaft nicht zusprechen können, dieses Elend restlos zu beseitigen. Die Revolution hat in den Arbeitern einen Moment die Hoffnung erweckt, daß die Götterdämmerung der kapitalistischen Herrschaft angebrochen sei. Aber diese Hoffnung ist schmählich betrogen, die proletarische Revolution schmählich verraten worden,

(Abgeordnete Zietz: sehr richtig!)

verraten, gerade von denen, die einst Mitstreiter im Kampfe gegen den Kapitalismus gewesen sind.

(Abgeordnete Zietz: Sehr richtig!)

Die **Sozialisierung,** das einzige Mittel, den Kapitalismus zu beseitigen, wurde nicht gefördert, sie wurde verhindert, und alle Versuche, die gemacht wurden, etwas wie Sozialisierung durchzuführen, sind gerade von denen wesentlich sabotiert worden, die nach ihren alten Grundsätzen ein Interesse daran gehabt hätten, den Sozialismus zur Wahrheit werden zu lassen. Die Politik der jetzigen Regierung ist darauf eingestellt, die erschütterte kapitalistische Herrschaft wieder aufzurichten, zu kräftigen und zu stärken. Unter diesen Umständen ist an eine Sozialisierung vorerst kaum zu denken. Da wir von dieser Regierung nicht zu erwarten haben, daß sie der Sozialisierung nähertritt, muß man um so nachdrücklicher auf durchgreifenden Arbeiterschutz dringen.

Nun erhebt sich allerdings die Frage, ob ein Mann wie der Herr **Arbeitsminister Schlicke,** der es mit seinem Amt vereinbaren kann, nachdem er ein langes Programm vorgetragen hat, mit hinauszugehen und durch die beleidigende Art, wie er sich mir gegenüber benimmt, gleichzeitig das Parlament beleidigt, denn ich bin immer noch Abgeordneter, und wenn ich (C) unwürdig sein sollte, Abgeordneter zu sein, so hätte das Parlament hierüber zu entscheiden und nicht die Regierungsmitglieder, — ich sage: nun erhebt sich die Frage, ob man einem solchen Mann das Vertrauen entgegenbringen kann, daß er als Arbeitsminister lediglich als Vertreter der wirtschaftlich Schwachen handelt. Er selbst war einst Arbeiter, er hat Jahrzehnte lang an der Spitze der größten Arbeiterorganisation gestanden; aber diese selbe Arbeiterorganisation hat in der jetzt eben tagenden Generalversammlung dokumentiert, daß sich seine Anschauung von der rücksichtslosen Vertretung der Klasseninteressen seiner ehemaligen Berufsgenossen entfernt hat, daß er unmöglich in ihrem Verband geworden ist und den Vorsitz abgeben mußte.

Nun ist Herr Schlicke Mitglied der Regierung in der demokratischen Republik, die sich in der neuen Verfassung eine Grundlage für die bürgerlich-kapitalistische Ordnung neu geschaffen und wiederhergestellt hat. Wir haben es also auch jetzt wieder mit einem **bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaat** zu tun, und Herr Schlicke wird sich wohl erinnern, wie früher seine engeren Parteifreunde, insbesondere auch die Gewerkschaftler, über diesen Klassenstaat geurteilt haben. Ich habe hier ein kleines Schriftchen von dem Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission Umbreit. Es ist ein Schriftchen, das sich mit der Stellung der Gewerkschaften zum Weltkrieg beschäftigt. Seine Tendenz geht dahin, zu zeigen, daß die Gewerkschaften während des Krieges eine durchaus vaterlandsfreundliche Haltung eingenommen haben und bereit sind, eine solche Haltung auch fernerhin einzunehmen. Trotzdem muß der Redakteur Umbreit zugestehen, daß die Arbeiter in der früheren Zeit unter der Klassenjustiz, unter der Klassenpolitik des Klassenstaates unendlich schwer zu leiden gehabt haben. Er zählt das im einzelnen auf; ich will die Stellen hier nicht vorlesen; man kann ähnliche Parallelstellen zu diesem scharfen Urteil auch in (D) allen Protokollen der Gewerkschaftskongresse finden. In Reden, die dort und hier im Hause gehalten worden sind von dem jetzigen Minister Schmidt, von den Herren Legien und anderen Führern der Gewerkschaften sind, die schärfsten Urteile gegen die Klassenjustiz gefällt worden, die gegen die Gewerkschaftler, gegen die Arbeiterklasse im allgemeinen angewendet wurde.

Nun kann man sagen: das war unter dem schwarz-weiß-roten Deutschland, jetzt haben wir die schwarz-rot-goldene Republik, und die Dinge liegen anders. Das ist aber nur eine Änderung der Form; die Verhältnisse haben sich nicht geändert. Das, was Bethmann Hollweg vor Ausbruch des Krieges wollte, das **Streikrecht** der Arbeiter durch ein Zuchthausgesetz knebeln, wird vielleicht jetzt von dem Reichskanzler und ehemaligen Gewerkschaftler Bauer fortgesetzt, der neulich ankündigte, daß ein Streikrecht kommen soll, ein Gesetz, das vor allen Dingen Bestimmungen gegen den sogenannten politischen Streik enthalten soll. Der Weltkrieg unterbrach die Pläne Bethmann Hollwegs; die Regierung wurde zu einer Unterbrechung ihres Kampfes gegen die Arbeiterklasse gezwungen, weil sie die Arbeiter gebrauchte. Jetzt haben die Arbeiter ihre Schuldigkeit getan, und nun kann man wieder darangehen, jene Politik fortzusetzen, die damals unterbrochen wurde.

Der Herr Reichswehrminister Noske antizipiert das neue Gesetz gegen die Streiks bereits, indem er auf Grund des Belagerungszustandes „jede Betätigung durch Wort und Schrift oder andere Maßnahmen verbietet, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, insbesondere Zerstörungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und Leitungen vorzunehmen“. Zuwiderhandelnde werden mit Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung

(**Eichhorn**, Abgeordneter.)

(A) bedroht. Die Verfügung bezieht sich auf sogenannte lebenswichtige Betriebe. Wer gibt uns aber die Gewähr, daß nicht morgen ein generelles Verbot auf Grund des Belagerungszustandes kommt, das jeden Streik verbietet, jeden Streik, er mag geartet sein, wie er will?

Außerdem haben die Gewerkschaften — und wir haben in der Regierung ja jetzt drei Gewerkschafter: die Herren Schmidt, Schlicke und Bauer —

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: sie sind auch danach!)

immer auf dem Standpunkt gestanden, daß bei Streiks gerade diejenigen Betriebe den Streik durchzuführen haben, die man am notwendigsten braucht, weil dadurch der stärkste wirtschaftliche Druck gegen diejenigen ausgeübt werden kann, an die man Forderungen gestellt hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

Nun hätte ich die Frage an Herrn Schlicke zu stellen — er wird sie ja nicht beantworten; denn wenn er es nicht für notwendig hält, während der Beratung seines Etats hier zu sein, wird er es vielleicht auch nicht für notwendig halten, in der Fortsetzung der Beratung auf meine Anfrage zurückzukommen —, nun hätte ich die Frage zu stellen, wie er sich zu diesen Eingriffen in das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter stellt, wie er als alter Gewerkschafter diese Gewaltpolitik des neuen Militarismus abzuwehren gedenkt, ob er überhaupt vermag und willens ist, sich in der neuen Regierung gegen diese Gewaltpolitik durchzusetzen.

Im Etat sind nun eine ganze Reihe von Positionen enthalten, die sich mit wichtigen Fragen der **Sozialpolitik** befassen. Ich will unter den besonderen Verhältnissen, unter denen ich hier meine Rede halte, darauf verzichten, auf jede einzelne Position, die ich mir vorgemerkt hatte, ausführlich einzugehen. Ich hätte vor allen Dingen zu fordern und zu wünschen gehabt, daß das neue **Arbeiterrecht** sehr rasch gefördert wird. (B) Aber es kommt nicht nur darauf an, daß es rasch gefördert wird, es muß auch etwas Wertvolles geleistet werden. Wenn wir von Herrn Schlicke hören, was er alles in der Durchführung seines Amtes in petto hat, so muß man sagen, daß es quantitativ ein großer Haufen war. Aber es kommt mehr darauf an, wie die Ergebnisse seiner Arbeit qualitativ aussehen; auf den Geist kommt es an, der die gesamte Sozialpolitik durchdringt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darauf legen wir besonderen Wert, und da zweifle ich, ob bei der heutigen politischen Lage dieser Geist den Anforderungen entspricht, die die Arbeiter an die Regierung zu stellen haben.

Es ist über den Achtstundentag geredet worden. Die Beschränkung der **Arbeitszeit** geht uns nicht weit genug. Landarbeiter und Hausangestellte fallen nicht unter den Achtstundentag. Hier hat eine Dame von den Konservativen erzählt, sie sei von einem verzweifelten Arbeiter angesprochen worden, der nicht genug arbeiten konnte, der sie gefragt habe, ob sie nicht Arbeit habe, um ihn zu beschäftigen, da er nur acht Stunden arbeiten dürfe. Vielleicht ist diese Dame einem Witzbold zum Opfer gefallen. Das sind Scherze, die nicht ernst zu nehmen sind, ebensowenig die Erzählungen, die hier über sogenannten **Terrorismus** gemacht worden sind, Erzählungen, die selbst der Herr Minister nicht widerspruchslos hinnahm, der darauf verwies, daß Terrorismus allerdings früher geübt wurde und heute noch geübt wird, aber weniger von den Arbeitern als von den Unternehmern und von denen, die Interesse daran haben, die Arbeiter zu knechten und zu unterdrücken. Daß man den Jugendlichen, den Schwerstarbeitern, insbesondere Bergleuten, nicht eine achtstündige Arbeitszeit zumuten sollte, ist eigentlich selbstverständlich. Wir verlangen deshalb auch für Jugendliche die sechsstündige Arbeitszeit und schließen uns der Forderung der Bergarbeiter durchaus an, daß die Schichtzeit nicht länger als sechs Stunden dauere. (C) Das gilt ebenso für Schwerstarbeiter. Wenn eine Differenzierung in der Arbeitszeit eintreten soll, werden wir uns dieser Regelung anschließen, vorausgesetzt, daß es sich nicht etwa, wie zu vermuten ist, um eine Differenzierung handelt, welche die Arbeitszeit in gewissen Berufen wieder verlängert.

Wir müssen fordern, daß man dem Schutz der **Arbeiterinnen** größere Aufmerksamkeit schenkt. Es ist hier darauf aufmerksam gemacht worden, daß gerade durch den Abbau der Kriegswirtschaft die Arbeiterinnen in eine sehr schwierige Lage gekommen sind. Da soll nun aber vorgesorgt werden, daß die Arbeiterinnen den Arbeitern keine Schmutzkonkurrenz machen. Von Regierungs wegen müßten Maßnahmen getroffen werden, die die Unterbietungen in der Bezahlung oder in der Beschäftigungsform gegenüber den Arbeitern verhindern.

Über die **Reichsversicherungsordnung** ist eingehender hier gesprochen worden. Ich kann nur wünschen, daß eine schleunige Reform dieser Reichsversicherungsordnung durchgeführt werde, und zwar nicht in rein formaler Beziehung, auch nicht nur, indem man die Lohngrenze für die Versicherungspflichtigen erhöht und die Versicherungsträger vereinigt usw., sondern auch in der Richtung, daß alle die Bestimmungen herauskommen, die seinerzeit zum Schaden der Arbeiter in die Reichsversicherungsordnung hineinkamen, die geradezu aus dem Haß gegen die Arbeiterklasse geboren ist. Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß von 1910 mußte besonders dazu Stellung nehmen, um die arbeiterfeindliche Tendenz dieser Reichsversicherungsordnung zu brandmarken.

Die **Rentenzulagen** die jetzt von 8 auf 20 Mark und von 4 auf 10 Mark erhöht worden sind, sind an sich zu begrüßen. Aber sie erscheinen uns unzulänglich. Das erfordert gewiß große Summen, im Etat sind wohl (D) 335 Millionen dafür ausgeworfen; aber wenn man mit der Abrüstung etwas rasch vorgeht und die Garden des Herrn Noske verringert, dann dürften die Kosten für diese notwendigen Ausgaben leicht aufzubringen sein.

Mit einer Reform der Reichsversicherungsordnung muß auch die **Unfallversicherung der Hausangestellten** kommen. Es ist selbstverständlich, daß auch die Hausangestellten der Unfallgefahr unterliegen.

Ebenso ist dringend notwendig eine **Reform der Seemannsordnung.**

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß jetzt die **Kriegsinvalidenversorgung** dem Reichsarbeitsministerium unterstellt ist. Wir wollen hoffen, daß dabei nicht wieder die Rentenquetscherei getrieben wird, die bisher unter dem alten System üblich war. Zu dieser Frage aber wird noch einer meiner Parteifreunde reden. Ich kann es mir versagen, darauf heute näher einzugehen.

Nicht minder dringend ist das Gesetz über die **Arbeitslosenversicherung.** Es ist versprochen worden, aber wir hörten auch vom Kanzler Bauer, daß die Arbeitslosenversicherung mit dem Arbeitszwang verbunden werden soll. Dagegen erheben wir den allerschärfsten Einspruch.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Problem der Arbeitslosenversicherung ist unendlich alt, hätte längst zur Durchführung gelangen können, und in früherer Zeit war die einige sozialdemokratische Partei auch selbstverständlich darin einig, daß keinerlei Kautelen geschaffen werden, die die Arbeiter in ein besonderes Abhängigkeits- oder Knechtschaftsverhältnis bringen. Es ist charakteristisch für den neuen Regierungskurs, daß man jetzt von einem **Arbeitszwang** gegen Arbeiter spricht, die gewisse ihnen angebotene Arbeiten nicht annehmen wollen, und daß man damit die Segel streicht vor dem blöden Geschrei über die Faulheit der Arbeiter. In so brutaler

(Eichhorn, Abgeordneter.)

(A) Weise, wie es durch eine solche Maßregel geschehen würde, hat noch nicht einmal der alte Klassenstaat die Hungerpeitsche über die Arbeiter geschwungen.

Es ist notwendig, daß natürlich auch der **Arbeitsnachweis** ausgebaut wird, insbesondere durch Verbot jeder privaten Stellenvermittlung. Das Arbeitsstelleninseratenwesen sollte möglichst überflüssig gemacht werden, was um so notwendiger erscheint, als ja durch die neue Umsatzsteuer die Inserate bekanntlich mit einer Extrasteuer von 10 Prozent belegt werden sollen. Das würde für die arbeitsuchenden Arbeiter, die genötigt sind zu inserieren, eine neue Belastung bedeuten.

Vor allen Dingen müßte beim Arbeitsnachweis auch darauf gesehen werden, daß nicht etwa die Hilfstruppen des Kapitalismus, die Mitglieder der Freiwilligenkorps, wenn sie die Lust verloren haben, weiter zu dienen, bevorzugt werden. Der ehrliche Arbeiter verdient wirklich mehr Berücksichtigung als jene, die sich im Kampfe gegen ihre eigenen Klassengenossen gebrauchen ließen.

Es ist notwendig, daß die Arbeitsbesorgung von einer Zentralstelle aus gefördert wird, daß man sie nicht allein den Gemeinden überläßt und nicht einfach Notstandsarbeiten bleiben läßt. Man klagt so viel über den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Da soll man großzügige Arbeiten des Wiederaufbaus vornehmen lassen, und zwar unter selbständiger Mitwirkung der Arbeiter. Die Arbeiterräte könnten dabei, wenn sie mit weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Befugnissen ausgestattet sind, außerordentlich segensreich wirken. Indessen, diese Arbeiterräte will man nicht, will man weder ernsthaft auf der Seite der Regierung, noch auf der Seite der bürgerlichen Parteien; und wenn heute die rechtssozialistische Partei erklärt, die Regierungsvorlage sei das Mindestmaß dessen, was sie auf dem Gebiete der Betriebsräte verlange, so wirkt das beinahe lächerlich: denn dieses **Betriebsrätegesetz** ist (B) nichts anderes als eine Art Arbeiterausschußgesetz, das die Rechte der Betriebsräte noch unter das Niveau der alten Arbeiterausschüsse herabdrückt. Was man den Arbeitern hier bieten will, ist eine Schale ohne Kern, ist wieder die berühmte weiße Salbe, die die Arbeiter täuschen soll. Sie nützt nichts, sie schadet auch nichts. Man hofft, daß die Arbeiter damit zufrieden sein werden. Aber die Arbeiter werden sich damit nicht zufrieden geben. Man mag versuchen, die Arbeiter mit Gewalt wieder in das alte Joch zurückzutreiben, zu geistigen Heloten werden sich die Arbeiter niemals mehr machen lassen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vor allen Dingen werden sie sich das **Koalitionsrecht** nicht antasten lassen, diese unentbehrliche Waffe im Kampfe der Arbeiterklasse. Auch die alten Gewerkschaftsführer, die Herren, die jetzt zum Teil mit in der Regierung sitzen, haben seinerzeit das Koalitionsrecht als das unantastbarste Gut der Arbeiter erklärt, und sie wollten selbst den politischen Massenstreik für das Koalitionsrecht wagen und organisieren. In der späteren Zeit sind diese Führer freilich unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbureaukratie mehr und mehr zu dem Harmoniestandpunkt hinabgeglitten.

Eine gewisse Höhe hat diese Entwicklung in der berühmten **Arbeitsgemeinschaft** vom November vorigen Jahres gefunden. Es war der heutige Arbeitsminister, Herr Schlicke, der vor über einem Dutzend Jahren als erster ein Zirkular an die Unternehmer schickte und sie darauf aufmerksam machte, daß es doch eigentlich im Interesse der Unternehmer liege, den Streik durch Verständigung zu verhindern. Man ging damals nicht darauf ein. Heute hat dieser Gedanke seine Auferstehung in dieser Arbeitsgemeinschaft gefunden, Unternehmer und Arbeiterinteressen stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber. Es gibt keine Harmonie zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse, wenigstens nicht, (C) wenn die Arbeiterklasse rücksichtslos entschlossen ist, ihre Interessen zu vertreten. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, werden Gegensätze und Kämpfe bestehen, und das Koalitionsrecht und das Streikrecht ist in diesen Kämpfen die einzige Waffe, die die Arbeiter haben, sie darf ihnen nicht entwunden werden, weder durch ein Streikgesetz — das werden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen — noch durch eine Streikbrechergarde, die die Regierung unter der Firma **„Technische Nothilfe"** organisiert.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte gern wissen — ich werde es wahrscheinlich auch nie erfahren —, wie sich der Minister, der alte Gewerkschaftler, zu dieser Streikbrechergarde stellt. Früher wurden die Streikbrecher in den Gewerkschaften als die verächtlichsten Subjekte gebrandmarkt, die man sich denken konnte; sie wurden mit Schimpf und Schande aus ihren Organisationen ausgeschlossen. Heute gehen politische Organisationen, die immer noch vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, daran, diese Streikbrechergarde offiziell zu werben. Heute prangt an den Berliner Plakatsäulen ein großes rotes Plakat, worin die Berliner Organisation der rechtssozialistischen Partei ihre Parteigenossen und die Massen auffordert, zur Streikbrechergarde der Nothilfe zu eilen;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und in einem besonderen gelben Streifen wird ihnen gesagt: das Mitgliedsbuch der S. P. D., das heißt der rechtssozialistischen Partei, legitimiert bei der Aufnahme in diese Streikbrechergarde.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist weit gekommen, daß das Mitgliedsbuch einer sogenannten Arbeiterpartei eine Legitimation für den Dienst als Streikbrecher ist. Es ist eine Schande, daß dieselben (D) Leute, die die proletarische Revolution verraten haben, jetzt ihre organisatorische Intelligenz und Routine, die sie nur ihrer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung verdanken, zur Organisierung eines Vernichtungskampfes gegen die eigene Klasse anwenden. Diese Politik findet nicht einmal einwandfreie Billigung in rein bürgerlichen Kreisen. Der Magistrat von Neukölln lehnte ausdrücklich das Angebot des Oberkommandos ab,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die Nothilfe in Dienst zu nehmen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man frohlockt, daß sich diese Nothilfe bewährt habe auch bei dem Berliner Heizer- und Maschinistenstreik, und wenn die Nachricht richtig ist, daß der Metallarbeiterstreik zu Ende ist, daß demnächst die Arbeit wieder beginnen wird, dann wird man vielleicht kommen und sagen: das ist nur der Nothilfe zu danken, die im rechten Augenblick eingesprungen ist und die Ausdehnung des Streiks verhindert hat. Es ist möglich, daß eine gut organisierte Streikbrecherkorona hin und wieder einen wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und auch, wenn es ein großer ist, zu Fall bringen könnte. Das würde nur die Richtigkeit dessen beweisen, was wir immer gesagt haben, daß die entscheidenden **Kämpfe zwischen Arbeiter und Kapitalismus** nicht allein auf wirtschaftlichem Gebiete ausgefochten werden, daß sie letzten Endes politische Kämpfe sind. Die Arbeiterklasse wird sich natürlich nicht durch scheinbare Niederlagen, sie wird sich nicht durch einen scheinbaren augenblicklichen Erfolg der Gegenrevolution entmutigen lassen, sie wird nicht ruhen, bis die tausendjährige Diktatur, die die besitzende Klasse und das Ausbeutertum über die Arbeiter verhängt haben, gebrochen ist! Die Arbeiterklasse wird sich in diesem Kampfe auch nicht scheuen und kein Bedenken tragen,

(**Eichhorn**, Abgeordneter.)

(A) selbst von der Diktatur Gebrauch zu machen, um durch eine vorübergehende Anwendung der Diktatur den Sozialismus durchzuführen, damit Not und Unterdrückung und Unfreiheit dauernd aus der Welt gebannt werden.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordneter Henke.

Henke, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage Vertagung und bezweifle gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident: Die Beschlußunfähigkeit des Hauses (B) steht fest.

Ich beraume demgemäß die nächste Sitzung an auf Montag den 20. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

Rest der heutigen Tagesordnung unter Hinzufügung des Haushalts für das Reichsschatzministerium.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 42 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

103. Sitzung.

Montag den 20. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Brühl, Wurm, Koch (Düsseldorf), Deglerk
die Abgeordneten Wurm, Dr. Geyer (Sachsen), Schultz (Bromberg), v. Graefe;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Schumann
der Abgeordnete Schmidt (Sachsen);

in den 8. Ausschuß für die Frau Abgeordnete v. Gierke
der Abgeordnete Dr. v. Delbrück;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Brodauf, Ende, Dr. Düringer, Dr. Kraut, D. Mumm
die Abgeordneten Bruckhoff, Frau Ekke, Warmuth, Laverrenz, Frau v. Gierke.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten Dr. Boerschmann und Malkewitz für 8 Tage.

(D) Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten

D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner für 10 Tage wegen dringender Geschäfte,

Okonsky für 14 Tage wegen Krankheit,

Dr. Kaas (Trier) für 14 Tage wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 726, 1046 der Drucksachen)

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums (Anlage IVb).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1183 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Hoch.

Die Beratung wird fortgesetzt mit Kap. 13e Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Winnefeld.

Winnefeld, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es scheint mir die ehrenvolle Aufgabe zuteil geworden zu sein, den Etat des Herrn Arbeitsministers zu Grabe tragen zu sollen. Ich will versuchen, diese Aufgabe zu erfüllen.

Das **Reichsarbeitsamt** hat in Gegenwart und Zukunft wohl die schwersten Aufgaben zu lösen, die je auf volkswirtschaftlichem Gebiete an eine Regierung oder an einen Arbeitsminister herangetreten sind. Diese schwere Aufgabe

(**Winnefeld,** Abgeordneter.)

(A) ist nur zu lösen, wenn das gesamte Volk davon durchdrungen wird und sich durchdringen läßt, daß es unerläßliche Aufgabe eines jeden ist, dafür zu sorgen, daß die einzelnen, soweit sie für die Güterproduktion in Frage kommen, zur Arbeit zurückkehren.

Wenn man sich allerdings die Vorgänge vor Augen hält, wie sie sich in allernächster Nähe in den letzten Wochen in Berlin und im Lande allgemein abspielten, so kann man tatsächlich zu der Überzeugung kommen, daß wenige Kreise unserer Bevölkerung diese ihre Aufgabe auf der ganzen Linie noch nicht erfaßt haben.

Der Herr Berichterstatter hat hier im einzelnen die Aufgaben dargelegt, die in allernächster Zeit vom Reichsarbeitsamt zu lösen sind. Meine politischen Freunde sind bereit, dem Reichsarbeitsamt diejenigen Mittel zu bewilligen, die erforderlich sind, einen Ausbau des Reichsarbeitsamts zu vollführen; denn wir sind davon überzeugt, daß das Reichsarbeitsamt nur dann seine Aufgabe voll erfüllen kann, wenn ihm die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die erforderlich sind, um das Reichsarbeitsamt im Innern so auszubauen, daß es eine gute Funktion für die nächste Zukunft voraussetzt.

Aber wir sind nicht bloß bereit, diejenigen Mittel zu bewilligen, die zum Ausbau des Reichsarbeitsamts erforderlich sind, wir sind auch bereit, diejenigen Mittel zu bewilligen, die für die Fortführung unserer sozialen Gesetzgebung gebraucht werden.

Bevor ich mich zu den einzelnen Themen äußere, fühle ich mich veranlaßt, auf einen Umstand hinzuweisen, den ich nach meiner Überzeugung unter keinen Umständen übersehen darf. Wenn für die Folge mit der **Erweiterung der sozialen Gesetzgebung** eine **Vermehrung der Beamtenstellen** in diesem Ressort erfolgen muß, so möchte ich hier die Bitte aussprechen, daß der Herr Arbeitsminister unter allen Umständen dafür sorgt, daß (B) die einzelnen Beamten, die dort angestellt werden, wirklich so ausgewählt werden, daß es den sozialen Gesichtspunkten entspricht. Die Struktur des Parteilebens muß unter allen Umständen der sozialen Gesetzgebung fernbleiben. Ich befürchte, wenn bei der Besetzung der einzelnen Stellen in unserer sozialen Versicherung das Parteiwesen zur vollen Geltung kommt, daß dann bei dem Teil der Bevölkerung, der von der Verwaltung ausgeschlossen wird und trotzdem an der sozialen Gesetzgebung interessiert ist, das Vertrauen in weitem Maße schwinden wird.

Gegen einen weiteren Ausbau des **Heimarbeiterschutzes** haben wir nichts einzuwenden. Ich betrachte es als eine Naturnotwendigkeit, daß die Heimarbeit mehr als bisher geschützt wird. Die Krankenkassenversicherungen müssen ihre Anwendung auf das Heimarbeiterwesen finden. Es ist wohl kaum ein Stand gewesen, der unter der sozialen Gesetzgebung so schwer gelitten hat wie die Heimarbeiter. Aber nicht bloß die Krankenkassenverhältnisse müssen in vollem Umfange auf die Heimarbeit ihre Anwendung finden, sondern ich bin der Überzeugung, daß auch die Gewerbeunfallversicherung bis zu einem gewissen Grade auf dem Gebiete der Heimarbeit angewandt werden muß. Wenn man in den letzten Jahren die Berichte gelesen hat, die von ärztlicher Seite herausgegeben worden sind und man die verheerende Wirkung ins Auge faßt, die die Heimarbeit im Lande hervorgebracht hat, dann kann ich tatsächlich keinen anderen Standpunkt einnehmen, als daß ich von der Regierung fordere, daß die Heimarbeit unter die Gewerbeunfallversicherung einbezogen wird.

Gegen eine schnelle Verabschiedung des **Betriebsrätegesetzes** haben meine politischen Freunde nichts einzuwenden. Es ist hier von dem Herrn Abgeordneten Müller (Potsdam) darauf hingewiesen worden, man könnte versucht sein, zu glauben, daß innerhalb des

(C) 7. Ausschusses, dem die Erledigung dieses Gesetzes überwiesen worden ist, sich eine Opposition gegen das Gesetz geltend macht. Meine Damen und Herren! Im allgemeinen hat man draußen im Lande das Gefühl, wenn von Opposition oder gar Obstruktion gesprochen wird, daß diese Momente nur von der rechten Seite dieses Hauses ausgehen. Ich kann hier erklären, daß wir als Partei durchaus kein Interesse daran haben, das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes zu verschleppen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im Gegenteil, wir haben ein Interesse daran, daß das Betriebsrätegesetz so schnell wie möglich verabschiedet wird.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das, was wir erstreben, ist das, daß das Gesetz so ausgestaltet wird, daß es für unsere Volkswirtschaft erträglich ist. Das Gesetz darf weder zum Nachteil der Arbeitgeber noch zum Nachteil der Arbeitnehmer geschaffen werden. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet bin ich der Überzeugung und Meinung, daß der Kollege Müller (Potsdam) doch weder von den Demokraten noch von dem Zentrum verlangen kann, daß sie alle diejenigen Anträge, die von seiner Seite aus gestellt werden, unbesehen annehmen. Ich bin der Überzeugung, daß jeder Abgeordnete nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, das Gesetz auf seine volle Tragweite auf das genaueste zu überprüfen. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß wir ein Gesetz schaffen, das uns später im allgemeinen statt zum Nutzen zum Schaden gereicht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es muß alles vermieden werden, was dazu beiträgt, daß diese hochwichtige Frage nicht in gewissenhafter Weise geprüft wird, und es darf unter keinen Umständen dahin kommen, daß man das Gesetz ohne weiteres über das Knie bricht und versucht, es in einigen Wochen zu erledigen, sodaß es späterhin zu einer großen Gefahr für unsere Volkswirtschaft werden wird. (D)

Die Regelung des **Arbeitsrechts** ist unbedingt erforderlich. Es ist von dem Herrn Kollegen Tremmel darauf hingewiesen worden — und das mit Recht —; er hat gefordert, daß bei der Neuregelung des Arbeitsrechts unter allen Umständen darauf gesehen werden muß, daß das **Koalitionsrecht** der Arbeiter restlos gesichert wird. Ich stehe auf demselben Standpunkt, ich bin derselben Meinung, daß alles geschehen muß, um das so heilige und wichtige Koalitionsrecht, das das höchste Gut des einzelnen ist, ganz gleich, ob er Angestellter oder Arbeiter ist, unter allen Umständen sichergestellt werden muß. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß die Sicherung des Koalitionsrechtes zum Teil in dem kommenden Gesetz über die Betriebsräte den Betriebsräten übertragen wird. Ich bin selbst davon überzeugt, daß der Herr Minister das Vertrauen in die Betriebsräte setzt, daß sie ihm für die Folge in der Sicherung des Koalitionsrechts einen gewissen Halt geben werden. Aber ich muß sagen, daß ich zu den Betriebsräten im allgemeinen nicht das restlose Vertrauen habe, daß sie tatsächlich dafür sorgen werden, daß das Koalitionsrecht im allgemeinen dem einzelnen Mann gesichert bleibt. Die Ansätze für meine Meinung, die ich hier vertrete, sind auf der ganzen Linie erkennbar. Herr Abgeordneter Tremmel hat darauf hingewiesen, daß zum Beispiel bei der Kautschuk- und Guttapercha-Kontinental in Hannover Zustände eingerissen sind, daß tatsächlich den christlich organisierten Arbeitern und weit darüber hinaus das Koalitionsrecht streitig gemacht wird. Er hat darauf hingewiesen, daß die **Betriebsräte** im allgemeinen schon dazu übergegangen sind, **Beiträge von den Belegschaften** oder von den einzelnen Arbeitern des Betriebes zu erheben. Dies bedeutet eine große Gefahr für den Fortbestand unserer Arbeiterorganisation. Ich erblicke in solchen Machen-

(Winnefeld, Abgeordneter.)

(A) schaften eine Gefährdung der Arbeiterorganisation. Der „Vorwärts“ hat in den letzten Wochen darauf hingewiesen, daß hier in Berlin ein Fall vorgekommen ist, daß man von einem mehrheitssozialistischen Arbeiter, der in einem Werke Anstellung suchte, verlangt hat, er solle Vollzugsratsmarken kleben. Der Arbeiter hat mit Recht vorgezogen, sich einen anderen Betrieb zu suchen, wo er gleichgesinnte Kameraden vorgefunden hat. Solche Vorgänge auf wirtschaftspolitischem Gebiet sollte man nicht aus dem Auge lassen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In den ersten vier Monaten nach der Revolution, als ich noch im Bergbau gearbeitet habe, habe ich öfters Vorgänge gesehen, die darauf abzielten, die Arbeiterorganisationen illusorisch zu machen. Solche Bestrebungen sind heute noch vorhanden, und gewisse Kreise werden auch für die Folge nicht von dem Versuch ablassen, die Gewalt in ihre Hand zu bekommen und die Arbeiterorganisationen an die Wand zu drücken. Hier muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß wir nicht zu Zuständen kommen, die für alle Teile unerträglich werden müssen.

Zur Förderung des **Tarifwesens** muß alles geschehen, was nur geschehen kann. Sämtliche interessierten Kreise, Angestellte sowohl wie Arbeiter, müssen anstreben, daß sie nach einem gewissen Tarifsatz entlohnt werden. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte muß die Früchte seiner Arbeit genießen, und das ist nur möglich auf dem Wege des Tarifvertrags. Leider gibt es heute noch weite Gebiete, wo man von Tarifverträgen nichts wissen will, und hier muß alles versucht werden, um aus einem solchen vertragslosen Zustand herauszukommen.

Die dafür in Frage kommenden Instanzen müssen weiter dafür sorgen, daß das Reichsarbeitsministerium über alle Gebiete unterrichtet bleibt; sie müssen alle Ansätze von Unruhen und Streiks, die sie beobachten, dem (B) Arbeitsministerium zur Kenntnis bringen.

Notwendig ist auch der Ausbau der **Schlichtungsausschüsse.** Ohne die Schlichtungsausschüsse können wir seit dem Ausbruch der Revolution überhaupt nicht mehr auskommen. Die vorhandenen Schlichtungsstellen genügen nicht, um das Material zu bewältigen, das an sie herantritt. Der Ausbau der Schlichtungsausschüsse ist auch deshalb notwendig, damit die Regierung über alle Fälle unterrichtet wird, wo Streiks im Anzuge sind.

Meine Damen und Herren! Ich fühle mich verpflichtet, auf die großen **Gefahren** hinzuweisen, die augenblicklich **im Ruhrgebiet** drohen. Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, diese Gefahren nicht aus dem Auge zu lassen. Der „Bergknappe“, das Organ der christlichen Bergarbeiter Deutschlands, bringt auf der ersten Seite der vorwöchigen Nummer einen Leitartikel über eine neue Hetze zum Streik im Kohlenbergbau. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil der Bergarbeiterbevölkerung keinen Anlaß hat, in einen Streik einzutreten, daß er sich vielmehr seiner nationalen Pflicht erinnert und bereit ist, alles zu tun, um das Vaterland mit den so notwendigen Kohlen zu versorgen. Man darf dabei aber nicht unbeachtet lassen, daß der Bergarbeiter auch ausreichend ernährt werden muß, um seine schwere Pflicht erfüllen zu können. In dieser Beziehung sieht es im rheinisch-westfälischen Industriegebiet augenblicklich trostlos aus. Die Kartoffelversorgung hat auf der ganzen Linie versagt. Schon seit vier Wochen herrscht eine furchtbare **Knappheit an Kartoffeln.** Die Behörden haben sich wiederholt bemüht und haben alles getan, um der großen Kalamität, die auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung besteht, Herr zu werden. Aber leider ist es in vielen Fällen nicht gelungen. Die Behörden sahen sich deshalb genötigt, das Quantum von 7 Pfund, das von seiten des Reichsernährungsamts dem einzelnen zugesichert ist, auf 5 Pfund (C) herabzusetzen. In einzelnen Verwaltungen machen sich aber schon Schwierigkeiten bemerkbar, so daß nicht einmal 5 Pfund gegeben werden können. Ich habe dieser Tage einen Bericht aus Pommern bekommen. Dort ist ein Kollege vom Landkreis Gelsenkirchen tätig, der das Heranschaffen von Kartoffeln sicherzustellen und zu überwachen hat. Von dort wird mir gemeldet, daß es den Landwirten nicht möglich ist, die vorhandenen Kartoffelmengen abzutransportieren. Die Kleinbahnen sind vielfach mit Kartoffeltransporten überlastet und können auf verschiedenen Stationen nicht umladen, weil nicht genügend Waggons zur Verfügung stehen. Was es bedeutet, wenn ein Erwerbszweig wie der der Bergarbeiter nicht genügend mit Kartoffeln versehen ist, kann nur der ermessen, der unmittelbar mit diesen Leuten zusammenlebt. In letzter Zeit hatten weite Kreise der Bevölkerung versucht, den Notstand der Kartoffelversorgung dadurch zu beheben, daß sie in das westliche Westfalen gingen, um dort sogenannte Hamsterfahrten auszuführen. Die Kreise Aahaus und Borken in Westfalen waren durch diese Fahrten derartig überschwemmt, daß ihre eigene Ernährung gefährdet schien. Der Reichswehrbezirk Münster hat daher den Belagerungszustand über diese Kreise verhängt. Dadurch ist es der Bevölkerung nicht mehr möglich, aus diesem Teile Westfalens Kartoffeln zu beziehen. Die Leute stehen nunmehr vor der Tatsache, daß sie keine Kartoffeln zur Verfügung haben und sich darauf verlassen müssen, daß der Kommunalverband die notwendigen Mengen von Kartoffeln herbeischafft. Das sind unerträgliche Zustände. Ich möchte die Regierung von dieser Stelle aus dringend bitten, alles daranzusetzen, um die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit Kartoffeln zu versorgen. Ich verkenne keineswegs, daß der Regierung sehr große Schwierigkeiten im Wege stehen, (D) daß der Wagenmangel zum guten Teile Schuld daran trägt, daß die Regierung nicht die nötigen Mengen Kartoffeln in dieses Gebiet hineinschafft. Aber es muß alles versucht werden, um diesem Notstande abzuhelfen, damit die Kartoffelversorgung dieser Gebiete unter allen Umständen gesichert wird.

In Tit. 8 sind Beihilfen für die minderbemittelte Bevölkerung für **Hausbrandkohle** vorgesehen. Ich möchte an die Regierung die dringende Bitte richten, daß, wenn diese Mittel zur Verteilung kommen, hauptsächlich die Invaliden und Witwen berücksichtigt werden; denn es hat sich herausgestellt, daß tatsächlich bei den hohen Kohlenpreisen, die augenblicklich bestehen, die städtische Bevölkerung, soweit sie nicht voll arbeitsfähig ist und als minderbemittelt gelten kann, unter der Unmöglichkeit, sich Hausbrand zu beschaffen, sehr leidet. Es ist zu befürchten, daß in diesem Winter, wo die Kohle an und für sich schon knapp ist, diese Bevölkerung ganz besonders Not leidet, wenn sie nicht einmal die Mittel besitzt, sich die wenigen Kohlen, die ihr zur Verfügung stehen, zu beschaffen.

In Tit. 9 sind Mittel zur Verfügung gestellt zum weiteren Ausbau des **Arbeitsnachweiswesens.** Auch hier stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Regierung alles daran setzen muß, um das Arbeitsnachweiswesen nach Möglichkeit zu fördern. In der jetzigen Zeit, wo der wirtschaftliche Niedergang auf der ganzen Linie erkennbar ist, muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß die einzelnen Arbeitskräfte so schnell wie möglich an die Stelle gebracht werden, wo sie hingehören. Es ist dem einzelnen Arbeiter selbst nicht so gut möglich, sich zu informieren, wo er Arbeit finden kann, als wenn das ganze Arbeitsnachweiswesen zentralisiert ist und die Arbeit auf der ganzen Linie nachgewiesen wird.

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) Im außerordentlichen Etat sind wiederum 350 Millionen Mark angefordert für die **Beschaffung von Wohnungen.** Auf dem Gebiete des Wohnungswesens herrschen sehr große Mißstände. Durch den Krieg verursacht, sind auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes Zustände eingetreten, die zurzeit und für die Folge unerträglich sind. In der Begründung für diese Summe ist angegeben, daß allein in Preußen noch 400 Anträge vorliegen, für deren Erledigung keine Mittel vorhanden sind. Mir ist mitgeteilt worden, daß allein hier in Berlin der Bau von etwa 4000 Wohnungen zum Stillstand kommen würde, wenn von Reichs wegen keine weiteren Überteuerungszuschüsse mehr geleistet wurden. Aber im Westen des Reichs, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sieht es auf diesem Gebiete auch nicht gut aus. Die Regierung hat mit den Kohlenbergwerksbesitzern des Westens vereinbart, für die allernächste Zeit zur Behebung der Kohlennot 120 000 Bergarbeiter anzulegen. Soll das aber geschehen, so sind dort mindestens sofort 75000 Wohnungen verfügbar zu machen. Aus diesem Grunde haben sich die verschiedenen Städte des Westens sowie die Stadt- und Landgemeinden entschlossen, den **Wohnungsbau** selbst in die Hand zu nehmen, und es haben sich zu diesem Zweck **Genossenschaften** gebildet. Ich weise besonders auf die Städte Bochum und Wattenscheidt hin, die sich alle dieser Angelegenheit angenommen haben. Ich würde es für einen großen Fehler halten, wenn die Regierung nicht mehr in der Lage wäre, den Anforderungen, die von dieser Seite aus gestellt werden, gerecht zu werden. Dadurch würde die ohnehin schon allgemeine Wohnungsnot noch vergrößert werden, da ein Privatmann unter den heutigen Umständen nicht in der Lage ist, den Bau von Privatwohnungen zu übernehmen.

In Kap. 2 ist ein neuer Tit. 3 eingestellt, der 235 Millionen Mark für Rentenempfänger anfordert. Ich (B) begrüße es, daß die Regierung dafür sorgt, daß diesen Leuten, soweit sie **Zivilrentenempfänger** sind, in der Folge entgegengekommen wird. Von dem Herrn Abgeordneten Müller ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, daß die jetzigen Bezüge, soweit sie als Teuerungszulagen erscheinen, für die Folge gesetzlich sichergestellt werden. Ich stehe auf demselben Standpunkt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich besonders auf die große Not hinweisen, die sich augenblicklich unter den **Knappschaftsrentnern** herausstellt. Der allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum ist zurzeit dabei, sein Statut zu ändern, um den aktiven Bergarbeitern künftig eine größere Rente zu sichern. Allerdings müssen bei dieser Gelegenheit die Invaliden und Witwen ausscheiden. Nach den Angaben des allgemeinen Knappschaftsvereins ist die Kasse als solche nicht in der Lage, weiterhin die Invaliden so zu bedenken, wie es den Umständen entsprechen würde. Er gibt an, daß die Kasse während des Krieges einen großen Teil ihres Vermögens eingebüßt hat. Es sind weniger Beiträge eingekommen, und weiter ist zu bedenken, daß der größte Teil des Knappschaftsvermögens in Kriegsanleihen angelegt ist. Wenn aber die Kasse versucht, Kriegsanleihen auf den Markt zu bringen, so hat sie mit einem großen Verlust zu rechnen, den sie absolut nicht tragen kann. Die Werksbesitzer geben ebenfalls an, nicht in der Lage zu sein, die Summen, die aufzubringen wären, wenn man die Invaliden in derselben Weise wie den aktiven Bergmann bedenken wollte, zu beschaffen. Ich erkenne aber besonders an, daß der Bergbauliche Verein zweimal versucht hat, hier Gerechtigkeit zu üben und mit bedeutenden Summen die Not der Invaliden zu beheben. Unter diesem Gesichtswinkel muß man die Gründe, die vom allgemeinen Knappschaftsverein und von den Arbeitgebern angeführt worden sind, als stichhaltig bezeichnen, und es bleibt nach meiner festen Überzeugung nichts weiter übrig, als daß die Regierung selbst die Mittel (C) aufbringt, die erforderlich sind, um den Knappschaftsinvaliden und den Witwen, soweit solche noch vorhanden sind, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen insofern, daß ihre sozialen Bezüge erhöht werden.

Nur das eine bedaure ich, daß bei dieser Regelung der Materie die **Unfallinvaliden** nicht auf ihre Rechnung kommen. Allerdings hat der Herr Minister in Aussicht gestellt, daß für die Folge eine Aenderung der Sozialversicherung vorgenommen werden soll, die auch die Wünsche der Unfallinvaliden und ihrer Witwen berücksichtigen würde.

Im Zusammenhang damit möchte ich darauf hinweisen, daß in allernächster Zeit, wenn eine Änderung der Gewerbeunfallversicherung erfolgt, endlich dazu übergegangen werden muß, die **Gewerbekrankheiten** als Berufsunfälle anzuerkennen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie haben ja dagegen gestimmt!)

— Wo haben wir dagegen gestimmt?

(Zuruf: Bei der Reichsversicherungsordnung!)

— Herr Kollege Hoch, wenn meine Freunde bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung dagegen gestimmt haben, dürfen Sie mich doch nicht für diese Ansicht verantwortlich machen! Übrigens glaube ich auch nicht, daß es Ihre Absicht ist.

Ich möchte aber noch eins sagen: Wir sind heute bereit, die Gewerbekrankheiten, wie man sie nennt, als Berufsunfälle anzuerkennen, und ich darf hervorheben, daß Herr Kollege Mumm und ich im März dieses Jahres im 7. Ausschuß einen diesbezüglichen Antrag einzubringen versucht haben, daß es aber gerade Ihr Herr Kollege Giebel war, der uns damit auf den geschäftsordnungsmäßigen Weg verwiesen hat. Wir haben uns deshalb veranlaßt gesehen, diesen Antrag im Plenum einzubringen. Leider ist er infolge Absetzung der ganzen Materie von (D) der Tagesordnung nicht mehr zur Beratung gekommen. Jedenfalls betone ich, daß auch ich den Wunsch habe, daß die Regierung in der Folge alles unternimmt, daß auch in der Beziehung den erkrankten Arbeitern ihr Recht wird; denn es ist ganz gleich, ob jemand durch die Gewalt des Betriebes seine Gesundheit einbüßt oder infolge seiner Schädlichkeit. Auf diesem Standpunkt stehe ich nach wie vor, und an seiner Vertretung werde ich mich von keiner Seite hindern lassen.

In Tit. 5 sind 30 Millionen eingesetzt zur **Linderung der Notstände**, die sich während des Krieges herausgestellt haben. Ich bin dem Herrn Minister besonders dankbar, daß er diese Mittel in den Etat eingestellt hat; denn ich befürchte, daß im Winter die Not unter der arbeitenden Bevölkerung noch bedeutend größer werden wird, als sie schon ist.

In Tit. 8 werden Mittel für die allgemeine **Erwerbslosenfürsorge** angefordert, und zwar sind dafür 400 Millionen Mark eingestellt, eine nach früheren Begriffen ungeheure Summe. Wenn man bedenkt, daß diese 400 Millionen nur die Hälfte dessen darstellen, was in Wirklichkeit in Ansatz zu bringen ist — nach den erlassenen Bestimmungen tragen die andere Hälfte zu einem Drittel die Länder und zu einem Sechstel die Gemeinden —, dann erhält man einen Überblick, welche ungeheuren Summen nötig sind, um alle Erwerbslosen zu unterstützen. Ich bin nun der Überzeugung, wenn hier die Arbeitsnachweise so schnell wie möglich in Tätigkeit treten, finden sie gerade auf diesem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge ein sehr reiches Tätigkeitsfeld.

Besonders möchte ich wünschen, daß man auch die **Heimarbeiter,** soweit Witwen usw. in Frage kommen, in der **Erwerbslosenfürsorge** nicht übersieht; denn ich fürchte, daß gerade die Heimarbeiter für die Folge unter der

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

(A) Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben werden. Man denke zum Beispiel an die Tabakindustrie, die in den bergischen Landen zu Hause ist. Ich glaube, daß man dort zahlreiche Erwerbslose finden wird.

Von seiten der **Bergarbeiter** ist wiederholt gefordert worden, daß man tunlichst an einen **Abbau der Arbeitslosenunterstützung** herangehen sollte. Nun will ich damit nicht sagen, daß man denjenigen, die ohne ihr Verschulden arbeitslos werden, ohne weiteres die Arbeitslosenfürsorge entziehen soll, und wenn die Bergarbeiter diese Forderung gestellt haben, dann sind sie davon ausgegangen, daß man von ihnen das Letzte zur Behebung der Kohlennot verlangt, und daß sie selbst gern bereit sind, ihre ganze Kraft einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Aber wenn sie nun sehen müssen, daß weite Kreise in unserm Volke es mit ihrer Arbeitspflicht nicht so genau nehmen, dann wird man ihnen andererseits nicht das Recht absprechen können, die Regierung darauf hinzuweisen, daß sie alles versuchen sollte, dieser mißlichen Lage Herr zu werden. In das Düsseldorf-Oberhausener Revier waren zum Beispiel in der letzten Zeit Zeitungsmeldungen zufolge viele Arbeitslose aus Hamburg hingeschickt worden. Leider sind aber diese Leute zum Teil oder fast restlos wieder abgewandert. Als Bergarbeiter habe ich selbstverständlich Verständnis dafür, daß jemand, der aus einem anderen Beruf in den Bergbau hineinkommt, sich nicht ohne weiteres in die Verhältnisse dort hineingewöhnen kann, und daß es schwer hält, die Leute sofort an die Verhältnisse zu gewöhnen. Aber ich möchte auch, daß jeder, der arbeitslos ist und zur Arbeit im Bergbau bestimmt wird, sich der Pflicht bewußt ist, so viel wie möglich zu tun. In dieser Beziehung haben sich die Bergarbeiter und auch Behörden schwer getäuscht. Die Arbeitslosen, soweit sie nach Hamburg zurückgekehrt waren, hatten nichts Eiligeres zu tun, als

(B) Versammlungen abzuhalten und die Sozialisierung des Bergbaues zu fordern. Andererseits fordern die Bergarbeiter die Arbeitslosenunterstützung. Man sieht hier, welch ein Unterschied zwischen den beiden Richtungen herrscht. Ich bin überzeugt, daß die Bergarbeiter das Recht haben zu fordern, daß diejenigen, die als Arbeitslose gelten, wenn ihnen eine Arbeit zugewiesen wird, die zum Bergbau gehört, soweit die Leute gesunde Glieder und Verstand haben, beides vereinigen und ihre Pflicht tun sollen; denn es ist nicht damit getan, daß man den Arbeitslosen eine Unterstützung zahlt, wenn den Leuten in Wirklichkeit eine Arbeit zugewiesen ist.

Zum Schluß möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen, der mir besonders am Herzen liegt. Am 21. August hat die Nationalversammlung in Weimar einmütig einen Beschluß angenommen, die Regierung aufzufordern, **Mittel** zur Verfügung zu stellen **für die notleidenden Kriegshinterbliebenen.** Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Kriegsveteranen immer wieder den Vorwurf gegen die Regierung erheben, daß sie nicht alles tue, um die Not der Kriegsveteranen zu lindern. Soweit mir bekannt, hat die Regierung geantwortet, daß 150 Mark für jeden Kriegsveteranen ausgeworfen werden sollen. Nach Mitteilungen, die mir geworden sind, ist von den 150 Mark nur eine Rate in Höhe von 50 Mark von der Regierung ausgeworfen worden, die anderen 100 Mark stehen den Leuten noch zugute. Ich möchte die Regierung dringend bitten, für die Folge darauf zu sehen, daß den Kriegsveteranen und ihren Witwen, soweit sie sich in Notlage befinden, unter allen Umständen geholfen wird. Es muß ihnen geholfen werden, und es sind mir Fälle bekannt, wo diese Leute sich an die zuständige Stelle gewandt haben; sie sind von den Ämtern an die Kriegsausschüsse gewiesen worden, die

(C) haben sie wieder an die Ämter zurückgewiesen, und die Ämter haben sie an die einzelnen Gemeindevorsteher gewiesen, und der Schlußeffekt ist, daß die Leute in den meisten Fällen leer ausgegangen sind, und daß sie auf der ganzen Linie der öffentlichen Wohltätigkeit überlassen bleiben. Dieser Zustand muß unter allen Umständ beseitigt werden, und von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich die Regierung, meinen Wunsch aufzufassen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der festen Überzeugung: wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich den Ernst der Lage vor Augen stellt und in allen Kreisen der gute Wille besteht, möglichst schnell an die Arbeit zu gehen zum Wiederaufbau des Vaterlandes, dann werden wir auch wieder bessere Tage erleben, als wir sie heute erleben. Wir sind auf der ganzen Linie bereit, daran mitzuarbeiten, dieses Ziel zu erreichen, und wir hoffen das Beste.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Die Debatte über Kap. 13e Tit. 1 ist geschlossen, weil weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Es liegt dazu ein Antrag der Herren Abgeordneten Schiele und Genossen und Dr. Heinze und Genossen vor:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, einen Wohnungsausschuß, bestehend aus 21 Mitgliedern, einzusetzen.

Ich möchte Ihnen anheimgeben, daß das der 22. Ausschuß wäre. Wenn jeder Ausschuß aus 21 Mitgliedern besteht, so gibt das eine Zahl von 462 Abgeordneten, also mehr, als wir haben, um in den Ausschüssen tätig zu sein.

(Heiterkeit.)

Es wird jetzt schon recht schwierig mit der Ausschußbesetzung; ich möchte daher der Meinung sein, daß es zweckmäßig wäre, die Wohnungsfrage einem der be-

(D) stehenden Ausschüsse, entweder dem 6. oder 7., dem Volkswirtschaftlichen oder dem Sozialen Ausschuß, zuzuweisen. Die Wohnungsfrage ist ja in einem Ausschusse zu behandeln, aber ich möchte anheimgeben, ob es nicht zweckmäßig wäre, hier nicht einen besonderen Ausschuß zu bilden, sondern sie dem ersten oder zweiten der genannten Ausschüsse zuzuweisen. — Was meinen die Herren Antragsteller dazu? Ist keine Erklärung abzugeben?

(Zuruf: 6. Ausschuß!)

Sind die Herren Antragsteller damit einverstanden, daß der Antrag dem 6. Ausschuß überwiesen wird?

(Zustimmung rechts.)

Also der Antrag soll dem 6. Ausschuß zugewiesen werden.

(Abgeordneter Zubeil meldet sich zum Wort.)

— Herr Abgeordneter Zubeil, wir haben nur eine Rednerfolge gehabt. Für Ihre Partei hat ein Redner gesprochen. Ich kann nicht aus jeder Partei beliebig mehrere reden lassen. Ich muß Sie auf die Spezialdiskussion verweisen; da können Sie Ihre besonderen Ausführungen machen. Es ist eine feststehende Übung, an der immer vom Seniorenkonvent festgehalten wird: wenn eine Rednerfolge bestimmt ist, so kommt von jeder Partei nur ein Redner zu Worte; wenn zwei Rednerfolgen bestimmt sind, kommen zwei Redner zu Wort. Von Ihrer Partei war ein Redner zum Worte gekommen. Da kann ich nichts machen. Aber Sie haben ja die Möglichkeit, bei einem Titel, der Sie besonders interessiert, sich zum Worte zu melden. Wenn ich darauf eingehen wollte, beliebig Wortmeldungen aus den verschiedenen Fraktionen, abgesehen von der festgehaltenen Redefolge, entgegenzunehmen, dann würde ein Jahr dazu nicht ausreichen.

Es ist ein Antrag gestellt, die Wohnungsfrage dem 6. Ausschuß zuzuweisen. Ich bitte diejenigen Damen und

(Präsident.)

(A) Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 13e Tit. 2. Hierzu liegt eine Entschließung auf Nr. 1183 der Drucksachen vor:

Die Reichsregierung zu ersuchen, als Vortragende Räte auch Frauen zu berufen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Ich rufe auf Tit. 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 9a, — 9b, — 9c, — 9d, — 10, — 11, — 12. — Angenommen.

Kap. 13e 1 Tit. 1 — angenommen.

Zu Tit. 2 erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Bock.

Bock, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dieser Etatstitel gibt mir Veranlassung, die Klagen und Beschwerden der Ärmsten unter den Armen, der **Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,** hier zum Ausdruck zu bringen. Zwar haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten Redner aller Parteien hier zu diesem Kapitel Stellung genommen, auch die Reichsregierung hat verschiedene Anläufe genommen, um die Not einigermaßen zu beseitigen; aber diese Anläufe sind höchst mangelhaft und ungenügend. Ein voll erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter bezieht heute pro Monat sage und schreibe 169 Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind pro Tag 5,63 Mark, bei einer Familie von fünf Köpfen auf den Kopf 1,12 Mark. Jeder unqualifizierte Arbeiter muß heute mindestens verdienen — und (B) verdient das auch zum größten Teil — 400 Mark im Monat, und einen solchen Verdienst muß der Mann auch haben. Aber genau wie ein unqualifizierter Arbeiter muß auch der Kriegsbeschädigte leben können, um die **Teuerung,** wie sie auch heute noch besteht, und sich täglich steigert, ertragen zu können. Von dem Zeitpunkt, wo die Regierung einige Zulagen gewährt hat, ist die Teuerung in ganz unerhörter Weise vorwärts geschritten; sie hat mindestens 100 bis 500 Prozent und noch mehr bei den einzelnen Artikeln zugenommen. So klagte mir im Laufe dieser Woche ein Kriegsbeschädigter, daß er für ein Paar Sohlen und Flecke 32 Mark habe zahlen müssen. Seine Frau habe drei Körbe Holz gekauft, die 24 Mark gekostet hätten. Wenn wir nun die jetzige Brotteuerung hinzurechnen, die pro Monat bei 5 Köpfen auch 21 Mark beträgt, so erfordern diese drei Artikel allein die Hälfte seines ganzen Bezuges von 169 Mark. Wie soll ein Kriegsbeschädigter mit seinen Angehörigen von der anderen Hälfte seines Bezuges leben können? Das ist rein unmöglich; die Leute müssen tatsächlich hungern und langsam Hungers sterben.

Wie traurig es draußen im Lande aussieht, dafür eine kleine Notiz. Vorgestern las ich in einem bürgerlichen Blatt folgendes kleine Eingesandt:

Wie stellen sich die Stadtverordneten zu den geringen Unterstützungen, welche die Hinterbliebenen und die Familien der als ungeheilt entlassenen Kriegsteilnehmer beziehen? Es scheint, der Hilfsausschuß hat keine Kohlenkarten mehr. Holz haben sich diese Ärmsten auch nicht kaufen können, und so sehen sie mit Grausen dem Winter entgegen. Hier tut Hilfe dringend not. Einer für viele.

Ebenso grausig, wie die Zukunft dieses Betreffenden aussieht, gestaltet sie sich überhaupt für alle Kriegsbeschädigten, die nicht mit Glücksgütern gesegnet sind. Ich will deshalb hoffen, daß nunmehr, nachdem diese Materie dem (C) Arbeitsministerium zur Erledigung übertragen ist, eine Änderung zugunsten der Kriegsbeschädigten erfolgt, daß diesen eine solche Unterstützung gewährt wird, die unbedingt notwendig ist, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können.

Es ist ein Jammer, zu sehen, wie die Dinge sich in Wirklichkeit gestaltet haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie hieß es doch während des Krieges und bis zum Ende des Krieges? Was haben wir da für Lobsprüche auf unsere Soldaten, die draußen im Felde standen, gehört und gelesen! Was für glückliche Stunden sind unseren Soldaten verheißen worden, wenn der Krieg vorbei sein würde! Wenn mit Worten geholfen werden könnte, dann müßten diese Leute in einem Meer von Glückseligkeit schwimmen. Statt dessen verhungert der größte Teil langsam unter dem gegenwärtigen Zustande. Ich glaube, es ist angebracht, heute einmal einiges von dem zu zitieren, was während des Krieges die bürgerlichen Zeitungen geschrieben haben. So heißt es an einer Stelle:

Sie standen draußen in schwerem Kampfe gegen mächtige Feinde. Sie litten unter anstrengenden Märschen und erduldeten die größten Strapazen in den Schützengräben. Sie kampierten in Schmutz und wurden von häßlichem Ungeziefer geplagt. Täglich schauten sie dem Tode ins Auge, umlauerte sie das trübe Geschick des Krüppels. Wir Zurückgebliebenen litten auch schwer unter der Not und dem Elend des Krieges; aber wir lebten doch im Kreise unserer Lieben, und wohl alle hatten ein Bett, um sich zu ruhen und wurden nicht auf Schritt und Tritt vom Tode bedroht.

Ein anderes bürgerliches Blatt schreibt noch etwas (D) drastischer:

Sie schützen uns vor Zerstörung und Verwüstung, vor Tod und Trauer. Drängt es uns da nicht mit Allgewalt, ihnen unsere Dankbarkeit zu zeigen für alle die Opfer, die eherne Pflicht ihnen aufzwingt; nicht nur in der Sorge für ihr leibliches Wohl, um den Hunger zu stillen, wir müssen ihnen eine Existenz garantieren, wir müssen sie mit freudiger Zukunftshoffnung erfüllen. Gewiß diese einfache Pflicht haben wir jetzt an diesen als Krüppel oder mit ruinierter Gesundheit ihr Leben Fristenden zu erfüllen. Sie mag uns jetzt schwer fallen, aber wenn der gute Wille vorhanden ist, wird es gehen. Diese einfache Pflicht wird zu einer hohen, notwendigen, sittlichen Pflicht. Sie zu erfüllen, fordert unsere Solidarität.

Meine Damen und Herren! Vergleichen Sie mit diesem Lobgesang auf unsere Krieger und Krüppel die **Leistungen,** die das **Reich,** die **Gemeinden** und auch die herrschenden Klassen an diese armen Leute heute wenden. Es ist ein krasser Widerspruch, der sich hier kundgibt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird die höchste Zeit, daß endlich nicht nur der Staat, sondern auch unsere besitzenden und begüterten Klassen etwas tiefer in den Geldbeutel greifen; denn es ist klar, daß sie, wenn diese Leute sich nicht mit ihren Leibern den Geschossen und den Waffen unserer Feinde entgegengeworfen hätten, sie viel tiefer in den Beutel würden greifen müssen, als sie das jetzt tun. Es ist die Pflicht des Staates, die Pflicht des Landes, für diese im Dienst des Landes verunglückten Menschen einzutreten.

Aber nicht nur, daß man sie nicht genügend bezahlt und unterstützt, auch die **Behandlung,** die den Leuten zu einem großen Teile zuteil wird, ist eine ganz miserable. Sie haben

(**Bock**, Abgeordneter.)

(A) Gelegenheit, das in allernächster Nähe kennen zu lernen. Im **Schloß Charlottenburg** befindet sich ein **Korpslazarett**. Wenn draußen im Lande zu lesen ist, daß in Berlin die Kriegskrüppel in einem Schloß untergebracht sind, so wird man glauben: das ist doch wahrlich ein großartiges Entgegenkommen gegen die Leute! Aber das Bild hat eine andere Seite. Ich habe mit einer Anzahl von Leuten dieses Lazarettes gesprochen und mich mit ihnen unterhalten. Sie haben mir gesagt: ja, wir liegen in einem Seitenflügel, der vorher als Stall gedient hat; in diesem Seitenflügel liegen 70 Mann, daneben aber ist noch eine große Anzahl Baracken, hier liegen 200 Mann drin. In diesen Baracken weht der Wind durch zu jeder Fuge, wir frieren, wir werden von Ratten und von Ungeziefer geplagt. Ist das eine Art der Behandlung? Jeder hat Gelegenheit, sich hiervon zu überzeugen. Sie schilderten mir ferner, die Verpflegung sei miserabel; sie bekommen früh morgens 30 Gramm Margarine, zum Abendbrot 25 Gramm Ziegenwurst. Suppe gibt es Jahr aus Jahr ein die gleiche: Graupen und Hafergrütze. Selbst die Ärzte und Schwestern haben diese Ernährung als ungenügend bezeichnet, und die Schwestern sind sogar aus diesem Lazarett wegen mangelhafter Ernährung ausgetreten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alle Beschwerden von seiten der Betreffenden bei der Intendantur sind fruchtlos geblieben und haben gar nichts genützt. Sie erklärten mir: die ganze Zivilbevölkerung hat doch wenigstens eine Zeitlang etwas Speck und Fett bekommen; aber wir würden uns gefreut haben, wenn wir davon nur ein paar Gramm gesehen hätten, an uns arme Invaliden und Kriegsbeschädigte ist aber nichts gekommen. Der Ökonom dieses Lazaretts erhält pro Tag zur Ernährung für einen Mann 3,19 Mark. Ist einer der Herren hier, der das Kunststück fertig bringt,

(B) längere Zeit pro Tag mit 3,19 Mark auszukommen? Ich sehe ganz ab von opulenten Mahlzeiten und denke nur an die allereinfachste Nahrung; das wird niemandem möglich sein. Der Herr Präsident der Deutschen Republik und der Herr Reichswehrminister haben auch dieses Lazarett besucht; aber — so sagten mir die Kriegsbeschädigten — sie sind wohlweislich nur in die Abteilung für orthopädische Kranke und dann in den Operationssaal gegangen. In unsere Baracken, in denen wir leben und hausen müssen, haben es diese beiden Herren vorgezogen nicht zu kommen; es wäre aber sehr nützlich für sie gewesen, wenn sie sich das einmal angesehen hätten, um zu sehen, wie da die Kriegsbeschädigten untergebracht sind. Ein Soldat, in ambulanter Behandlung, bezieht pro Tag die Riesensumme von 5 Mark. Davon muß er, wenn er Familie hat, natürlich auch seine Familie unterstützen.

Ferner beklagen sich die Leute schwer über die **mangelhafte Bekleidung**, die ihnen zuteil wird. Sie erklären, daß man sie nicht bloß als Krüppel, sondern auch schon an ihrer Kleidung in der Bevölkerung erkennt. Unsere besitzenden Klassen, die über Dankbarkeit und Solidarität den Mund nicht voll genug nehmen konnten, zeigen sich gegenüber diesen unglücklichen Krüppeln noch ganz besonders dankbar, zum Beispiel unsere Große Berliner Straßenbahn, die diesen armen Invaliden die Freikarten entzogen hat. Es würde dieser Gesellschaft, die jährlich Millionen und aber Millionen Dividende verteilt, jedenfalls ihren Gewinn nicht sehr geschmälert haben, wenn sie diesen armen Invaliden die Freikarten so lange gelassen hätte, bis sie gesund sind.

Dann beklagen sich die armen Kriegsbeschädigten, daß es ihnen nicht gestattet worden ist, in einer **Versammlung** in der letzten Zeit ihre Klagen und Beschwerden vorzubringen, damit, wenn sie bei der Intendantur nichts nützen, höheren Orts gehen. Man hat es ihnen nicht erlaubt, Versammlungen abzuhalten, und wo sie welche abzuhalten versucht haben, hat man ihnen mit Soldaten und Maschinengewehren die Abhaltung unmöglich gemacht.

(C) Bekanntlich ist ein **Erlaß des Reichswehrministers** oder des Ministeriums — ich weiß es im Augenblick nicht genau — herausgekommen, wonach den Soldaten, die wegen Verkrüppelung eine **Rente** beziehen, die Rente nicht vom **Lohn** abgezogen werden darf. Nun beklagen sich die Kriegsbeschädigten darüber, daß der Erlaß, der an die Kommunalbehörden und Reichsbehörden gerichtet war, nicht überall befolgt wird. Auf die Zivilbevölkerung, auf die Unternehmer dürfte derselbe wohl wenig Einfluß haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Gewiß, wir wollen hoffen, daß das durch den Gesetzentwurf, wie er vorliegt, beseitigt wird, aber noch ist es nicht.

Das Elend unserer Kriegsbeschädigten ist so groß, daß dagegen unbedingt irgend etwas getan werden muß. Ich weiß zwar, daß unsere Finanzen nicht günstig sind; aber etwas mehr muß für diese armen Leute geschehen. Dafür könnte unser Reichswehrministerium etwas weniger für das Baltikum-Abenteuer und für die Reichswehr ausgeben. Man brauchte da nicht so splendid zu sein. Man ist auf der einen Seite splendid, auf der andern Seite viel zu armselig. Ein Familienvater mit acht Kindern beklagt sich bitter, er sei verschüttet gewesen, sei wieder eingezogen und dann entlassen worden, sei als Eisenbahner angestellt, dann wieder entlassen worden, er bekäme keine Unterstützung von der Militärbehörde und fände keine Arbeit, sodaß er dem Hungertode langsam entgegensehe.

Ein anderes Beispiel dafür, wie die Kriegsbeschädigten von den Behörden behandelt werden! Das Reichsversicherungsamt hat eine Entscheidung getroffen, nach welcher ein **Kriegsbeschädigter**, dem ein **Bein** 16 Zentimeter vom Rumpf **amputiert** worden ist, nach anderthalb Jahren einfach wieder als erwerbsfähig bezeichnet wurde, weil sich sein Körper daran gewöhnt habe. (D)

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Es steht nicht in unseren Zeitungen, sondern in einer der Ihrigen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich zitiere diesen einzigen Fall. Es gibt nämlich mehrere solche Fälle. Zum Beispiel hat der Vorsitzende des Deutschen Kriegerbundes, Kuttner, diesen Fall erwähnt und ihn in die Öffentlichkeit gebracht. Die Verantwortung dafür brauche nicht ich zu übernehmen. Das ist ja auch gar nicht so etwas Sonderbares; denn wenn das Kriegsministerium in seinen Anstellungsnachrichten Stellen für Invaliden zu 3 Mark pro Tag ausschreibt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann ist das ungefähr das Gegenstück dazu.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich habe das aus dem „Vorwärts“ herausgeschrieben, Herr Kollege Hoch, nicht aus einem von unseren Blättern.

Vor dem Kriege und während des Krieges hat man erklärt: Na, wenn der Krieg zu Ende ist, da sollen unsere **Krieger** nicht wieder wie nach dem Kriege von 1870/71 mit **Leierkasten** und anderen Betteldingen durch das Land ziehen, da soll besser für sie gesorgt werden. Wie steht es denn heute damit? Heute können nicht genug Leierkasten beschafft werden,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

um diesen Leuten die Mittel zu geben, daß sie sich etwas zusammenbetteln können. Sie brauchen nur die Königgrätzer Straße entlang zu gehen; jeder von Ihnen hat da vielleicht schon die Krüppel gesehen, einen dem die beiden Beine amputiert sind; sie liegen bei dieser Kälte auf blanker Erde, mit dem Rücken an die Wand gelehnt, um Gaben bittend. Der eine Mann — es ist bejammernswert — hat einen Nervenschock; sein Körper wird ge-

(Bock, Abgeordneter.)

(A) schüttelt, wie der Wind das Espenlaub bewegt. So sieht die Wohlfahrtspflege und die Sorge für diese Krüppel aus!

Und wie sieht es im Gegensatz zu diesem schauerlichen Bild bei der **Reichswehr** aus, bei den Soldaten, die gesund sind? Ich habe folgende Angaben aus einer Zeitung entnommen.

An die Soldaten der Reichswehr werden pro Woche geliefert Gramm		Kriegsverletzte Gramm
Brot	4900	2625
Mehl	140	—
Frisches Fleisch	750	450
Dauerfleisch	450	—
Wurst	180	—
Schmalz	80	—
Butter	55	—
Margarine	80	65
Käse	200	—
Kunsthonig	200	200
Marmelade	155	200
Kartoffeln	4900	2100
Erbsen	110	—
Bohnen	110	—
Graupen	80	—
Grütze	80	—
Grieß	80	200
Reis	80	—
Nudeln	130	300
Flocken	100	300
Dörrgemüse	40	80
Backobst	80	—
Malzkaffee	105	72
Zichorie	42	18
Salz	175	175
Zucker	210	80
Zimt	2	—
Tee	4	—
Branntwein	1/4 Liter	—

(B) Aus alledem ersieht man, daß dem Wehrsoldaten das Doppelte von dem zugewandt wird, was der Kriegsbeschädigte erhält.

Nun hat man diesen Soldaten erklärt, als sie sich über diesen **Unterschied der Behandlung** beklagt haben: ja, zur Reichswehr steuern auch die **besitzenden Klassen** zu, damit die Soldaten gut gepflegt werden. Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Allein der Gedanke und der Glaube ist unter den Wehrsoldaten vorhanden. Hier muß aber, gleichviel, ob die Besitzenden da zusteuern oder nicht, einfach das Gefühl der Gerechtigkeit dafür sorgen, daß dieser Unterschied aufhört. Die Wehrsoldaten mögen durch ihre körperlichen Leistungen am Tage mehr Nahrung notwendig haben. Aber ein so großer Unterschied ist unter keinen Umständen nötig und zulässig.

Man sagt nun, es sei ein **Gesetz in Vorbereitung,** in dem die ganze **Materie behandelt** werden soll. Ich will nur hoffen und wünschen, daß dieses Gesetz nicht so lange auf sich warten läßt wie die anderen Gesetze, die auch schon in Vorbereitung sein sollen. Ich erinnere nur an die Sozialisierung; die war sogar schon da, die marschierte schon, und kein Mensch merkt heute ein Atom von Sozialisierung. Man weiß nicht, wohin sie marschiert ist. Ich hoffe, daß es mit diesem Gesetz nicht ebenso geht.

Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Regierung endlich daran denkt, die Wünsche der Kriegsbeschädigten zu erfüllen. Sie haben ein Recht darauf, und ich bin der Meinung, ihre Wünsche sind bescheiden genug, sodaß sie erfüllt werden können. Sie bestehen in folgendem: erstens verlangen sie **Bewegungsfreiheit** wie jeder andere Bürger im Staate. Sie wollen in **Versammlungen** ihre Interessen besprechen. Man verwehrt (C) zwar jetzt den Arbeitern auch das Recht, sich frei zu bewegen. Wir haben ja am Freitag gehört, daß die Arbeiter, wenn sie sich unruhig zeigen, Kopf und Kragen riskieren. Ich kann demgegenüber sagen: nicht Roß noch Reisige schützen die steile Höh', auf der die Herren thronen, die mit solchen Redensarten sich hier bemerkbar machen. Die Kriegsbeschädigten haben ein Recht darauf, das zu verlangen. Ich fordere, daß man diesen Leuten endlich dieses Recht gewährt. In ihren Versammlungen ist man mit Maschinengewehren entgegengetreten, obwohl sie nichts weiter wollten, als ihre Lage besprechen. Was hat die Regierung für Gründe dazu, sie auf diese Weise zu behandeln?

Dann verlangen sie ein **Spezialgesetz** für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, alle Militärinvaliden. Das alles soll in einem Gesetz niedergelegt werden und nicht in klassifizierten Gesetzen mit den Offizieren. Sie sind überhaupt der Meinung, daß eine **Klassifizierung der Militärrente** anders, als sie heute besteht, vorgenommen werden müsse. Zum Beispiel verlangen sie, daß Renten für alle, die unter 10 000 Mark Einkommen haben, gleich sein sollen, daß Renten bei über 10—30 000 Mark staffelweise sinken sollen, und bei über 30 000 Mark Einkommen überhaupt fortfallen sollen, weil derart situierte Leute es nicht mehr nötig haben, sich eine Rente vom Reich zahlen zu lassen.

Sie verlangen ferner, daß statt 93 Mark bei der **Entlassung** für **Anzug** usw. 450 Mark gezahlt werden sollen, weil heute für 93 Mark auch nicht das ärmlichste Stück aus dem Trödlerladen zu beziehen ist.

Ferner werden folgende Forderungen gestellt:

1. Sofortige Inangriffnahme der Bearbeitung eines Hinterbliebenen- und Mannschaftsgesetzes. Diesem Wunsch ist ja schon einigermaßen entsprochen.
2. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sofortige wesentliche Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
3. (D) Nachträgliche Gewährung von Entlassungsanzügen und der sonstigen Entlassungsgebührnisse an alle vor dem 9. November 1918 entlassene Kriegsbeschädigte.
4. Sofortige Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirksamen Einstellungszwanges.
5. Beschleunigung der Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Notstandsbezirken, Inangriffnahme von Wohnungsbauten und Prüfung der Frage der Zivileinquartierung.
6. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Das wären so die Wünsche, die diese Soldaten, die dem Lande, für die besitzenden Klassen, ihre Knochen geopfert haben, haben. Daß sie unbescheiden wären, wird niemand hier in diesem Hause behaupten können, und ich kann deshalb nur wünschen, daß in das Arbeitsministerium ein anderer Geist einzieht, als er in dem Wehrministerium besteht, daß die Wünsche dieses Teiles des Volkes mehr Berücksichtigung finden, als es bisher der Fall gewesen ist, und ich erwarte, daß das hohe Haus und die Regierung in diesem Sinne tätig ist.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch zu Kap. 13f Tit. 1 als **Berichterstatter.**

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Im Haushaltsausschuß wurde in bezug auf das Reichsversicherungsamt der Wunsch ausgesprochen, daß die **Veröffentlichnngen,** die das **Reichsversicherungsamt** entweder unmittelbar herausgibt oder die von Herren des Reichsversicherungsamtes herausgegeben werden, in den Preisen so gehalten werden, daß sie ihren Zweck erfüllen können.

(Hoch, Berichterstatter.)

(A) Das Reichsversicherungsamt gibt die **„Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes"** heraus, die schon von Anfang an ziemlich teuer waren und während des Krieges und jetzt nach dem Kriege noch ganz beträchtlich verteuert sind. Es wurde gewünscht, daß der Preis für diese wichtigen Veröffentlichungen möglichst niedrig gehalten werde; der wertvolle Inhalt mache es notwendig, daß das Blatt an all denjenigen Stellen gehalten werde, die sich mit der Reichsversicherung zu beschäftigen haben, auch dann, wenn diese Stellen nur wenig Mittel zur Verfügung haben. Von den Herren des Reichsversicherungsamts werden unter anderem die **„Monatsblätter für Reichsversicherung"** herausgegeben; das sind Blätter, die nach ihrem ganzen Inhalt bestimmt sind, an die große Masse der Arbeiterschaft selbst zu gelangen. Der Inhalt ist auch durchaus geeignet, diesen Zweck zu erfüllen. Der Preis dieser Blätter betrug früher 1 Mark für das ganze Jahr. Er war so niedrig angesetzt, daß jeder einzelne Arbeiter sich das Blatt anschaffen konnte. Leider war die Verbreitung des Blattes nicht so, wie es sein sollte; nur etwas mehr als 7000 Stück dieses Blattes sind gehalten worden. Inzwischen aber ist der Preis verdoppelt, auf 2 Mark erhöht worden. Die Herren, die die Blätter herausgeben, tun das natürlich nicht, um sich einen Erwerb zu verschaffen. Wenn sie den Preis erhöht haben, so kann das nur seinen Grund darin haben, daß die Unkosten des Blattes dies unbedingt notwendig machten. Das wurde auch in dem Haushaltsausschuß anerkannt; es wurde aber die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, zu diesem sehr nützlichen Unternehmen einen Zuschuß zu leisten, damit das Blatt auch fernerhin für den alten Preis abgegeben werden kann und, wenn es irgend geht, noch weiter verbreitet wird.

Im Anschluß hieran wurde auf ein anderes Blatt (B) hingewiesen, das zwar nicht von den Herren des Reichsarbeitsministeriums herausgegeben wird, aber dessen Inhalt doch wesentlich durch das Reichsarbeitsministerium beeinflußt wird, nämlich das **„Reichsarbeitsblatt"**. Auch dieses Blatt ist bestimmt, in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft zu gelangen. Der Preis beträgt hier auch 1 Mark für das ganze Jahr, — ein sehr billiger Preis, der zusammen mit dem vorzüglichen Inhalt dieses Blattes wohl dazu beigetragen hat, daß das Blatt in größerer Auflage vertrieben wurde. Es wurde aber gewünscht, daß der Preis dieses Blattes nicht erhöht wird, und daß das Reichsarbeitsministerium dazu beitragen möge, daß der Inhalt des Blattes weiter ausgebaut werde. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten mehr als bisher in dem Blatte in angemessener Bearbeitung veröffentlicht werden möchten. Zweitens käme noch in Betracht eine Bearbeitung der auf das Arbeitsverhältnis sich beziehenden Gesetze. Diese Gesetze werden sämtlich in dem Blatt veröffentlicht; aber es wäre wünschenswert, wenn von den wichtigeren Veröffentlichungen allgemein verständliche Darstellungen in diesem Blatt gegeben würden. Die Herren des Arbeitsministeriums haben zugesagt, diesen Wünschen möglichst zu entsprechen.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Schlicke, Reichsarbeitsminister: Ich möchte, wenn es noch gestattet ist, über einzelne Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Bock sprechen. Der Herr Abgeordnete Bock hat darauf hingewiesen, daß die **Kriegsbeschädigten** ein Grauen erfasse, wenn sie an den Winter dächten. Das erkenne ich ohne weiteres an. Ich habe mich auch bemüht, den Wünschen der Kriegsbeschädigten, soweit sie an mich gelangt sind, nach Möglichkeit gerecht zu werden. Aber die Sache liegt momentan doch so, daß eigentlich (C) das ganze Volk mit einem Grauen der Zukunft entgegensieht und sich nach der Decke strecken muß, die jetzt leider sehr kurz geworden ist.

Bezüglich der **Leierkasten** möchte ich doch bemerken, daß ich im engen Einvernehmen mit den Organisationen der Kriegsbeschädigten bemüht bin, gerade diesem Unfug zu steuern. Ich möchte aber aus meinen Erfahrungen nicht verhehlen, daß nicht alle, die mit dem Leierkasten gehen und einen grauen Kittel anhaben, Kriegsbeschädigte sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß die Kriegsbeschädigtenorganisationen mit mir darin einig sind, daß man diesem Unfug zu Leibe gehen muß. Die Kriegsbeschädigtenorganisationen geben sich die redlichste Mühe, aufklärend zu wirken und die Leute zu veranlassen, sich dort Rats zu holen, wo sie wirklich guten Rat bekommen und wo auch die Möglichkeit besteht, daß diese ihre schlechten Verhältnisse zu Ohren derjenigen Stellen kommen, die zu helfen bereit sind.

Nun sind hier eine ganze Menge **Beschwerden über die Lazarette** vorgetragen worden. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Bock ersuchen, mir diese Beschwerden zuzuleiten; ich bin gern bereit, ihnen nachzugehen. Ich betrachte es nach wie vor als meine vornehmste Pflicht, diejenigen, die ihr Leben eingesetzt und ihre Gesundheit geopfert haben, nicht noch weiteren Kümmernissen auszusetzen, sondern ihnen nach Möglichkeit zu helfen.

Daß das **Versorgungsgesetz** noch nicht weiter ist, bedaure ich. Aber ich muß darauf hinweisen, daß diese Arbeit meinem Ministerium erst im Laufe dieses Sommers übertragen worden ist, und eine so große Materie läßt sich leider nicht im Handumdrehen bewältigen. Daß es nicht vorgesehen ist, hier wieder besondere Gesetze für die Offiziere und für die Mannschaften zu machen, darauf (D) habe ich schon am Sonnabend hingewiesen. Ein sozialer Geist soll sich durch das Gesetz hindurchziehen, und von diesem sozialen Geist soll die Sache gehandhabt werden.

Vizepräsident **Löbe:** Weitere Wortmeldungen zu Kap. 13e Tit. 2 liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben; ich konstatiere, daß er angenommen ist.

Zu Kap. 13f Tit. 1 hat der Herr Berichterstatter schon gesprochen.

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Schneider (Sachsen).

Schneider (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die Herr Kollege Müller am Sonnabend über die Beratungen des Ausschusses über das **Betriebsrätegesetz** gemacht hat, zeugen von einer Ungeduld und Nervosität, die man besonders bei einer großen Partei leicht als Schwäche deuten könnte. Wir möchten warnen, solche Äußerungen zu machen, zumal die Arbeiten im Ausschuß keinerlei Merkmale zeigen, von denen der Herr Abgeordnete Müller gesprochen hat. Er ist selbst an den Beratungen beteiligt und weiß, daß von allen Seiten eifrig daran gearbeitet wird, das Gesetz so bald wie möglich an die Nationalversammlung zu bringen. Wenn aus der Tatsache, daß auch wir Anträge zu stellen und Wünsche zu äußern haben, der Herr Abgeordnete Müller schließt, daß wir die Absicht haben, das Gesetz hinzuhalten, so möchte ich einmal darauf hinweisen, daß die Herren von der linken Seite monatelang vorher Gelegenheit gehabt haben, bei der Ausarbeitung des Gesetzes mitzuwirken, daß uns diese Mitarbeit versagt war, und daß es nicht unsere Schuld ist, wenn wir erst im gegenwärtigen Augenblick unsere Wünsche äußern können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(**Schneider** [Sachsen], Abgeordneter).

(A) Zum anderen möchten wir darauf hinweisen, daß nicht nur von unserer Seite Anträge gestellt werden, sondern daß auch von den Herren Sozialdemokraten Anträge und Wünsche geäußert werden, die wir genau so sachgemäß behandeln, wie sie selbst. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß es sich um ein Gesetz handelt, dessen Wirkung auf das Wirtschaftsleben heute richtig von keinem beurteilt werden kann. Wir würden unsere Pflicht als Abgeordnete verletzen, wenn wir ein Gesetz von derartiger Tragweite einfach im Hetztempo erledigten, weil vielleicht irgendwelche Ungeduld da draußen vorhanden ist. Wir werden uns aber durch ein solches Drängen von sachlicher Arbeit nicht abhalten lassen.

Unsere Stellung zu dem Gesetze haben wir sowohl bei der Beratung über die Verfassung, wie auch bei der ersten Lesung des Betriebsrätegesetzes klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir haben erklärt, daß wir das Gesetz sicher in den Hafen bringen und alle berechtigten Wünsche der Arbeitnehmer, aber auch die der Industie und des Gewerbes darin befriedigen wollen. Und von diesem Standpunkt lassen wir uns durch Äußerungen, wie sie leider am vorigen Sonnabend gefallen sind, nicht abbringen.

Was das **Schlichtungswesen** anlangt, so erkennen wir an, daß hier auf diesem Gebiete langjährige Versäumnisse nachzuholen sind, daß unserer Meinung nach die Einrichtung eines ordnungsmäßigen Schlichtungswesens einen Fortschritt bedeutet, und daß die augenblicklich etwas hoch erscheinenden Kosten reichlich aufgewogen werden durch den Segen, den das Schlichtungswesen bringen kann. Unseres Erachtens ist es produktives Kapital, das für diese Zwecke angewendet wird, und wir begrüßen insbesondere, daß der Herr Reichsarbeitsminister am Sonnabend erklärt hat, er würde sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß das Schlichtungswesen unbeeinflußt und unparteiisch arbeitet. Das ist die (B) Voraussetzung für die Arbeit; denn wenn irgendwie das Vertrauen in die Schlichtungsausschüsse beeinträchtigt würde, würde der Erfolg, den wir erwarten, nicht eintreten können.

Wir möchten aber an den Herrn Reichsarbeitsminister die Bitte richten, nun auch seinen Worten entschiedene Taten folgen zu lassen. Erst vor wenigen Tagen hat hier in Berlin ein **Lohnkampf der Zeitungsangestellten** stattgefunden, der im wesentlichen verschärft wurde durch die Forderung des **Zentralverbandes der Angestellten,** die Verhandlungen allein zu führen. Das um Hilfe angerufene Reichsarbeitsministerium hat entschieden, daß die beiden anderen großen Gewerkschaften der Angestellten wohl hinzuzuziehen seien, daß aber der Zentralverband der Angestellten als Mundanwalt dieser Verbände aufzutreten habe. Das ist ein ganz unmögliches und unerhörtes Vorgehen. Und noch bezeichnender für die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums ist es, daß man zu der Besprechung über diese Frage nicht die einzelnen Gewerkschaften der Angestellten eingeladen hat, sondern daß man dem Zentralverband der Angestellten den Auftrag gegeben hat, die anderen Organisationen zu benachrichtigen. Ich stelle fest, daß diese Nachricht nur an eine der Gewerkschaften weitergegeben wurde, und daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten überhaupt keine Einladung bekommen hat. Wir meinen aber, es müssen im Reichsarbeitsministerium so viel Kräfte vorhanden sein, um jeder Gewerkschaft unmittelbar eine Einladung zukommen zu lassen, und wir meinen auch, daß es im Interesse des Ansehens des Reichsarbeitsministeriums liegt, daß es in dieser Beziehung jeden Anschein der Parteinahme vermeidet. Ich will zugunsten des Reichsarbeitsministeriums annehmen, daß es, wie schon einmal bei dem Streik in der chemischen Industrie, vom Zentralverband der Angestellten durch die Behauptung irregeführt worden ist, er sei beauftragt, allein zu (C) verhandeln. Aber da das Reichsarbeitsministerium schon einmal die Erfahrung gemacht hat, daß der Zentralverband unzuverlässige Angaben macht, hätte es beim zweiten Male vorsichtiger sein müssen.

Der Herr Abgeordnete Müller hat dann von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gesprochen und gesagt, es wäre eine ganz ungerechtfertigte Bevorzugung der **Angestellten,** wenn ihre **Berufsinvalidität** anders festgesetzt sei als die bei der Arbeiterversicherung. Wir haben schließlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die gleichen Grundsätze auch bei der Invalidenversicherung angeführt werden; aber wir müssen doch darauf hinweisen, daß bei der Angestelltenversicherung die Versicherten und ihre Arbeitgeber die Kosten selbst aufbringen, daß das Reich keinerlei Beiträge dazu leistet, und daß aus diesem Grunde die Besserstellung anders zu beurteilen ist, als wenn das Reich Zuschüsse leisten würde.

Es ist weiter davon gesprochen worden, daß diese beiden Einrichtungen mit der Arbeiterversicherung verschmolzen werden sollten. Man würde damit den lebhaftesten Widerspruch der Angestellten herausfordern; denn eine **Durchführung der Verschmelzung** wäre nur auf Kosten einer Schlechterstellung der Angestellten möglich. Die angestelltenfeindliche Tendenz der sozialdemokratischen Forderung wird ihres Charakters nicht dadurch entkleidet, wenn gesagt wird, daß die Rechte der Angestellten keineswegs geschmälert werden sollen. Das ist im Rahmen der Arbeiterversicherung gar nicht möglich, weil eben die Angestellten für diesen Zweck weit höhere Beiträge leisten, als die Arbeiter das bisher getan haben. Was weiter als Grund für die beabsichtigte Zusammenlegung noch angeführt wird, das ist im Gutachten der Reichsversicherungsanstalt vom Direktorium und vom Verwaltungsrat schon als völlig unzureichend nachgewiesen worden. Als seinerzeit die Angestellten- (D) versicherung eingeführt wurde, hat man die reine Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung nicht durchgeführt. Sie ist damals an dem entschiedenen Widerspruch der Regierung gescheitert, die entsprechend den damals herrschenden Regierungsformen den allergrößten Wert darauf legte, die Verwaltung der Angestelltenversicherung in ihrer Hand zu behalten, obwohl die Kosten der Verwaltung von den Versicherten aufgebracht werden. Direktorium und Verwaltungsrat haben nunmehr eine wirklich reine Selbstverwaltung beschlossen. Wir hätten gerade bei der heutigen Zusammensetzung des Reichsarbeitsministeriums erwarten müssen, daß diesen Wünschen der Beteiligten nach Selbstverwaltung Rechnung getragen werde. Wider Erwarten hat das Reichsarbeitsministerium die Zustimmung zu der geplanten Selbstverwaltung verweigert. Ich möchte gern um Auskunft bitten, welche Gründe für diese Ablehnung maßgebend gewesen sind. In einer Zeit, wo alles darauf hindrängt, daß man den beteiligten Kreisen die Regelung ihrer Angelegenheiten selbst überläßt, dürfte eine so bureaukratische Auffassung, wie sie in dieser Ablehnung zum Ausdruck kommt, nicht mehr vorhanden sein.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsarbeitsminister.

Schlicke, Reichsarbeitsminister: Der Herr Vorredner hat unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß die Herren von der Linken bei der **Vorberatung des Betriebsrätegesetzes** fortwährend zugegen gewesen wären, andere dagegen nicht. Ich stelle fest, daß zu den Vorberatungen dieses Gesetzes die **Gewerkschaften aller Richtungen** Einladungen erhalten haben, auch die Angestelltenverbände. Solche Einladungen habe ich selbst gesehen, ebenso die Präsenzliste, in der die Teilnehmer aufgeführt waren. Außerdem ist die Arbeitsgemeinschaft der gewerb-

(Schlicke, Reichsarbeitsminister.)

(A) lichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands eingeladen worden. Dieser sind die gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiter- und Angestelltenverbände und die Arbeitgebervertreter angeschlossen. Allerdings die politischen Parteien sind zur Vorberatung nicht hinzugezogen worden, weder von links noch von rechts, noch aus der Mitte. Der Herr Abgeordnete Schneider dürfte also falsch unterrichtet sein.

Bezüglich der **Zeitungsangestellten** liegt die Sache folgendermaßen. Es handelte sich um wenige Stunden bis zum Ablauf des Ultimatums. Da wurde mir die Mitteilung von dem Zentralverband der Angestellten, daß von den anderen Gewerkschaften, und zwar später, ein Vertragsentwurf eingereicht worden sei, der wesentlich hinter ihren eigenen Forderungen zurückbliebe. Das sei nach ihrer Meinung nicht richtig, und sie könnten sich nicht darauf einlassen. Dies angenommen, mußte ich den Standpunkt als richtig anerkennen. Als nachher von den anderen Gewerkschaftsverbänden — oder Gewerkschaftsbünden, heißen sie wohl — eine Beschwerde einging, habe ich sofort veranlaßt, daß die streitenden Brüder zusammengeführt würden.

Nun bemängelt Herr Abgeordneter Schneider die Art der Einladungen. Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich nur um Stunden, vielleicht auch nur um eine Stunde handelte.

(Widerspruch von den Deutschen Demokraten.)

— Herr Abgeordneter Schneider, die Einladung ist telephonisch erfolgt und, soweit die Adressen erreichbar waren, an alle Adressen ergangen. Wenn sie nicht alle erreicht hat, bin ich nicht dafür verantwortlich, daß das Telephon versagt.

Der Vorschlag, der von mir dann gemacht wurde, ist in der Zusammenkunft der Beteiligten auf dem Arbeitsministerium durchgesprochen worden, und es ist nicht (B) richtig, daß der Zentralverband der Mundwalt der anderen sein sollte, sondern der Vergleich ging dahin: der Zentralverband verhandelt, und die anderen treten für ihre Organisation als Mundwalt auf. So stand es auch in der Zeitung. Jedenfalls war maßgebend, daß der Zentralverband zuerst seine Forderungen eingereicht hatte. Ich bedaure ja lebhaft, daß man sich nicht vorher verständigt hat; aber das war in dem Augenblick nicht rückgängig zu machen und nicht mehr zurechtzurücken, wenn man das Interesse der Arbeiterschaft noch einigermaßen wahren wollte. Gerade auf diesem Gebiete lagen die Schwierigkeiten, und da mußten das Stärkeverhältnis und die ganzen Vorgänge berücksichtigt werden. Übrigens war auch die andere Partei, die jetzt als geschädigte hingestellt wird, vollständig damit einverstanden, wie mir berichtet worden ist. Die Versammlung hatte schon begonnen, als mir von meinen Referenten mitgeteilt wurde, daß es doch noch zum Vergleich gekommen sei, und ich kann sagen, niemand war froher als ich, daß es noch geklappt hatte.

Nun ist an mich eine Frage gestellt worden wegen der **Selbstverwaltung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.** Es ist richtig, daß mir ein Entwurf vom Verwaltungsrat der Anstalt vorgelegt worden ist. Ich habe aber diesen Entwurf nach eingehender Prüfung abgelehnt, und zwar in Übereinstimmung mit den Herren Reichsministern des Innern, der Finanzen und der Justiz. Maßgebend war hierbei für mich vor allem die Erwägung, daß die Reichsversicherungsanstalt erhebliche Geldmittel von weiten Bevölkerungskreisen einzuziehen, zu verwalten und nach Vorschrift des Gesetzes zu verwenden hat. Eine solche Aufgabe erfordert unbedingt eine behördliche Aufsicht. Weiter kam in Betracht, daß die Reichsversicherungsanstalt nach § 97 Satz 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte eine öffentliche (C) Behörde ist, mit dem Wesen einer solchen aber eine Regelung, wie sie der vorgelegte Gesetzentwurf enthielt, nicht vereinbar sein würde. Danach sollte nämlich die in dem Versicherungsgesetz für Angestellte vorgesehene Dienstaufsicht durch den Reichskanzler, an dessen Stelle nach dem Übergangsgesetz vom 4. März dieses Jahres der Reichsarbeitsminister getreten ist, wegfallen und dafür eine Überwachung der Geschäftsführung durch den Verwaltungsrat stattfinden. Auch sollte der Verwaltungsrat der Parteien die beamteten Mitglieder des Direktoriums und die übrigen planmäßigen höheren Beamten wählen, während dem Reichsministerium lediglich ein Bestätigungsrecht zugestanden war. Nach dem Entwurf würde somit die Versicherungsanstalt von der Reichsgewalt nahezu völlig losgelöst sein, was sich mit ihrer Stellung meiner Meinung nach nicht verträgt.

Weiter war im Gesetzentwurf vorgesehen, dem Reich ein gewisses Recht des Einspruchs einzuräumen und die Beschlüsse des Verwaltungsrats und der Direktion wegen Gesetzesverletzung aufzuheben. Durch diese Einwirkung des Reichs auf die Tätigkeit der Reichsorgane scheint mir das Recht des Einspruchs nicht in genügendem Maße sichergestellt zu sein.

Weiter wurde in dem Entwurf vorgesehen die Wahl der Beamten durch den Verwaltungsrat auf 12 Jahre, die Festsetzung der Bezüge für diese und die Beschlußfassung über die Pensionierung derselben. Diese Bestimmungen schienen mir nicht geeignet, um die gerade in den Beratungen der Nationalversammlung so oft hervorgehobene Unabhängigkeit der Beamten zu sichern. Sie werden dadurch, daß sie sich von Zeit zu Zeit einer Wahl unterziehen müssen, in ihrer Unabhängigkeit zweifellos beeinträchtigt werden.

Dies sind die wesentlichen Gründe, die mich veranlaßt haben, dem Gesetz meine Zustimmung zu versagen.

(D) Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich lehne es ab, auf die Streitigkeiten einzugehen, die zwischen den verschiedenen Verbänden der Angestellten bestehen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Schneider hätte der Sache besser gedient, wenn er damit nicht die Nationalversammlung belästigt, sondern sich mit dem Herrn Minister unmittelbar in Verbindung gesetzt hätte, damit ihm Aufschluß gegeben würde, warum Telephonanschlüsse usw. nicht in Ordnung seien.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Es handelt sich um grundsätzliche Fragen!)

— Ich meine, daß der Herr Kollege durchaus Gelegenheit gehabt hätte, sich mit dem Herrn Arbeitsminister persönlich in Verbindung zu setzen, um sich über die Frage des Telephonversagens bei Einladungen usw. zu unterrichten. Ich für meine Person glaube trotz des Zwischenrufs des Herrn Kollegen Schneider, daß derartige Beschwerden auf anderem Wege besser erledigt werden können.

Ich halte mich aber für verpflichtet, mich besonders gegen die Ausführungen des Herrn Kollegen Schneider zu wenden, in denen er sich über den Vorschlag meiner Partei ausgesprochen hat, die **Angestellten- und Arbeiterversicherung** bei der großen Änderung unseres Versicherungswesens, der wir entgegengehen, **zu verschmelzen.** Er hat es so hingestellt, als ob damit etwas Feindliches gegen die Angestellten beabsichtigt sei. Meine Damen und Herren. Davon kann gar keine Rede sein. Was wir erstreben, ist allerdings, ein einheitliches großes Gebäude aufzuführen, das allen Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten Rechnung trägt, nicht zum Schaden irgendeiner Gruppe, sondern zum gemeinsamen Besten. Haben

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) Sie denn gar keine Empfindung dafür, daß, wenn die Beteiligten sich selbst darüber in die Haare geraten, die Änderung dadurch noch weiter hinausgeschoben wird; daß vielmehr der einzig richtige Weg der ist, die Kräfte zu vereinigen und für alle Teile, Angestellte und Arbeiter, das Beste herauszubringen? Es ist gar nicht gesagt, daß das gemeinsame Werk auf Kosten irgendeines Teiles durchgeführt werden soll. Es kann und muß so durchgeführt werden, daß auch die Angestellten zu ihrem Rechte kommen. Das gilt auch für die **Selbstverwaltung.** Wenn Herr Kollege Schneider sich dagegen gewandt hat, daß die Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung nicht soweit durchgeführt sei, wie es notwendig wäre, dann hat er recht. Dann soll er sich aber zunächst an seine eigenen Freunde wenden. Wenn er diese Frage anschneidet, muß er wissen, daß es seine eigene Partei war, die gegen die Selbstverwaltung, wie er sie in der Angestelltenversicherung gewünscht hat, auftrat, und daß seine Partei mitgearbeitet hat, in der Arbeiterversicherung das Selbstverwaltungsrecht, soweit es früher bestand, einzuschränken. Wir verlangen durchaus, daß das Selbstverwaltungsrecht für die Arbeiter und für die Angestellten durchgeführt wird. Das kann man aber nicht mit irgend einem Stückchen der Versicherung machen; das kann man nicht im Handumdrehen machen. Wir haben die Bedenken des Herrn Ministers gehört. Herr Kollege Schneider, wenn Sie bei der Reichsversicherungsordnung und dann bei der Angestelltenversicherung mitgearbeitet hätten, oder wenn Sie sich der Mühe unterziehen wollten, einmal die Kommissionsberatungen nachzulesen, so würden sie wissen, wie schwierig es ist, da den richtigen Weg zu finden. Aufsicht wollen Sie auch, Kontrolle wollen Sie auch; es würde sich also nicht darum handeln: Selbstverwaltungsrecht und keine Kontrolle, sondern darum, den richtigen Weg einzuschlagen, um zur Selbstverwaltung (B) und damit auch zu der notwendigen Kontrolle zu gelangen. Dazu bedarf es sorgfältiger und gründlicher Überlegung. Das wird die große Aufgabe sein, die die Gesetzgebung zu lösen hat, wenn es gilt, für die Arbeiter und Angestellten ein neues Werk zu schaffen. Das Alte ist überlebt; darüber besteht kein Zweifel. Ein Neues muß geschaffen werden. Ich wünsche nur, daß dann nicht Arbeiter und Angestellte aufeinander losschlagen, sondern daß sie dann zusammen arbeiten, um wirklich etwas Gutes zustande zu bringen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Abänderungsanträge sind nicht gestellt — der Titel ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2. — 3. — Angenommen.

Tit. 4. Hierzu liegt ein geschäftsmäßiger Antrag vor, die Beratung über Tit. 4 des Kap. 13f zu verbinden mit den einmaligen Ausgaben Kap. 3b Tit. 9, zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, daß die Beratung dieser beiden Titel miteinander verbunden wird. —

Zu den verbundenen Titeln liegen 2 Anträge vor: ein nicht gedruckter Antrag der Herren Abgeordneten Hoch, Scheidemann, Löbe:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, in Kap. 3b Tit. 9 statt 600 000 Mark zu setzen „1 600 000 Mark" —

und sodann der gedruckte Antrag Hoch auf Nr. 1263 der Drucksachen:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, dem Dispositiv folgenden Absatz hinzuzufügen:
>
> Aus den Mitteln können erhalten: 1 Direktor des Statistischen Reichsamts für die Tätigkeit eines Vorsitzenden der Reichszentrale der Arbeitsnachweise eine Stellenzulage bis zu (C) 2000 Mark und 1 Mitglied des Statistischen Reichsamts für die Tätigkeit eines stellvertretenden Vorsitzenden der Reichszentrale der Arbeitsnachweise eine Stellenzulage bis zu 1200 Mark jährlich, ferner 1 Hilfsreferent für die „Abteilung für ausscheidende Militärpersonen" bei der Reichszentrale der Arbeitsnachweise eine — künftig wegfallende — Vergütung bis zu 12 000 Mark jährlich.

Das Wort hat zunächst der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der gedruckte Antrag auf Nr. 1263 lag dem Haushaltsausschuß nicht vor. Er ist nur eine redaktionelle Verbesserung. Diese Stelle stand ursprünglich in dem Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsministerium. Da aber die Sache auf das Reichsarbeitsministerium übernommen ist, so war es notwendig, diese Stelle aus dem Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsministerium in den Haushaltsplan für das Reichsarbeitsministerium zu übernehmen. Deshalb ersuche ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Der andere Antrag, der leider noch nicht gedruckt ist, soll in Kap. 3 b Tit. 9 den Betrag von 600 000 Mark auf 1 600 000 Mark erhöhen. Der Antrag ist bereits im Haushaltsausschuß besprochen worden. Den Anstoß dazu gab eine Eingabe des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die auf die **Notwendigkeit eines umfassenden Arbeitsnachweisverfahrens besonders im Bergbau** hinwies. Ich werde auf diese Aussprache nicht zurückkommen, da ich annehmen kann, daß bei der jetzigen Verhandlung von den Herren Rednern alles das ausgeführt wird, was dort gestreift wurde. Die Verhandlung war dort nur sehr beschränkt, da die Bergarbeiter selbst keinen Vertreter bei der Verhandlung hatten. Das Ergebnis dieser Aussprache (D) war, daß der Antrag auf Erhöhung des Betrages von 600 000 auf 1 600 000 Mark gestellt wurde. Da aber ein Teil der Parteien erklärte, daß sie sich noch kein abschließendes Urteil darüber bilden könnten, weil sie die Vertreter aus dem Bergbau noch nicht gehört hätten, so wurde beschlossen, diesen Antrag zurückzustellen. Aus diesem Grunde ist der Antrag dann von meinen Freunden bei dieser Beratung von neuem eingebracht worden.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sachse.

Sachse, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Sie haben schon durch den Herrn Berichterstatter gehört, daß der „Verband der Arbeitsnachweise" an die Regierung und an das Parlament mit der Bitte herangetreten ist, Mittel flüssig zu machen, damit der Arbeitsnachweis besser organisiert werden kann. Der Herr Berichterstatter hat schon erwähnt, daß der **Bergbau** bei den **Arbeitsnachweisen** am stärksten interessiert ist. Aber die Landwirtschaft kommt hierbei ebenso in Frage, weil auch der Landwirtschaft immer noch Arbeitskräfte fehlen. Die Geschäftsführer der deutschen Arbeitsnachweise haben nun im September eine Konferenz gehabt und zu dieser Frage Stellung genommen. Sie selbst haben auf dieser Konferenz erklären müssen, daß die jetzige Organisation der Arbeitsnachweise nicht so funktioniert hat, wie es sein sollte. Namentlich ist es nicht gelungen, dem Bergbau bedeutende Arbeitskräfte zuzuführen. Auch andere Übelstände sind noch vorhanden, denen abgeholfen werden soll.

Durch Vereinbarung mit dem Wirtschaftsministerium sind die **Bergarbeiterlöhne** jetzt noch um einige Mark pro Schicht erhöht worden, um auch aus anderen Berufen Arbeiter für den Bergbau zu gewinnen. Bisher bestand der Übelstand, daß die Arbeiter in anderen Berufen, trotz-

(Sachse, Abgeordneter.)

(A) dem sie eine viel leichtere Arbeit, eine Arbeit über Tage bei Sonnenlicht und guter Luft auszuführen hatten, besser bezahlt wurden als die Bergarbeiter. Diesem Übelstand ist nun abgeholfen worden. Die Bergarbeiter müssen den Vorsprung in der Lohnhöhe wiederbekommen, den sie früher schon gehabt haben, namentlich die Bergarbeiter, die unter Tage beschäftigt sind. Daran muß unter allen Umständen festgehalten werden, und die anderen Arbeiter müssen sich damit abfinden, daß die Bergarbeiter immer im Vorsprung bleiben; denn alle Arbeiter selbst sind daran interessiert. Denn wenn der Bergbau infolge geringerer Löhne mit zu knappen Arbeitskräften versehen ist, dann wird eben nicht genug Kohle gefördert, dann können die anderen Industriezweige nicht genügend Kohle bekommen, und es entstehen Stockungen in den Fabriken, im Kalibergbau usw. Bei der Schichtzeit ist auch der Vorsprung des Bergarbeiters nicht mehr so groß; er beträgt nur noch eine Stunde, während er früher zwei Stunden betrug. Mit dieser Tatsache, daß der Bergmann mehr verdienen muß, müssen die Arbeiter sich abfinden.

Nun ist es aber trotz alledem schwer, im Arbeitsnachweiswesen Ordnung zu schaffen. Große Mittel sind erforderlich. Bisher haben die Arbeitgeberverbände, so z. B. der **Zechenverband in Westfalen**, den **Arbeitsnachweis** allein unter sich gehabt. Aber der Zechenverband in Westfalen kümmert sich nur wenig um die Heranholung von Arbeitskräften, sondern nur in einseitiger Weise lediglich um die Regelung innerhalb des Reviers. Nach auswärts sind immer **Agenten** der verschiedensten Zechen geschickt worden, jetzt auch in die Städte, wo viele Arbeitslose vorhanden sind. Die Städte selbst, die viele Arbeitslose haben, haben auch Vermittlungspersonen in die Bergbaubezirke geschickt. Dadurch ist der größte Wirrwarr entstanden. Die Personen, die als Agenten hinausgegangen sind, machen den Arbeitslosen die schönsten (B) Versprechungen, indem sie immer den Höchstlohn, den jemals ein Bergmann verdienen kann, als Durchschnittslohn angeben. So kamen von Bremen usw. Arbeitslose, denen vorgegaukelt worden war, daß sie 23 bis 25 Mark verdienen könnten. Diesen Lohn haben im Frühjahr allerdings die sogenannten „Ringeltauben" erreicht, nämlich einzelne Arbeiter, die ausnahmsweise einmal so viel verdienten. Der Durchschnittslohn betrug aber zu der Zeit höchstens 18 Mark. Die Leute, die dann hörten, daß sie betrogen worden waren, liefen sofort wieder davon, wanderten sofort wieder ab und gingen wieder ihre Wege, nahmen die Arbeit gar nicht auf und hielten die Arbeitslosen ab, in den Bergbau zu gehen. Dann sind von den Zechen wieder Agenten hinausgeschickt worden, um Arbeitskräfte zu holen, gleichviel woher. Was haben die Agenten gemacht? Sie gehen in die anderen Bergreviere hinein, holen dort die Arbeiter weg und schaffen sie nach Westfalen, weil dort der Lohn einige Mark höher ist. Das ist kein Zustand, der der Allgemeinheit dienlich ist; denn gerade die Bergbaugebiete Niederschlesien, Sachsen usw., wo die Löhne immer etwas niedriger gewesen sind, brauchen selbst die Leute und brauchen noch mehr Arbeitskräfte, wenn sie die Produktion so bewältigen wollen, wie es notwendig wäre. Deshalb muß eine bessere Ordnung geschaffen werden. Von uns ist beim Zechenverband Einspruch dagegen erhoben worden. Wir haben verlangt, daß diese Agenten aus den Kohlenbezirken zurückgeholt werden sollen und daß die Anwerbung von Bergarbeitern aus anderen Bergbezirken eingestellt werden soll, weil dadurch die Kohlenproduktion nicht gesteigert werden kann. Wenn in einem Bezirk die Belegschaftszahl zurückgeht und Bergarbeiter in einen anderen Bezirk geschafft werden, so ist damit der Allgemeinheit wirklich nicht gedient.

Nun haben sich die Geschäftsführer der Arbeitsnachweise auf gewisse Richtlinien wenigstens für den Bergbau geeinigt. Ich sagte schon: für andere Betriebe kommt (C) ähnliches in Frage, namentlich für die Landwirtschaft und für die Betriebe, die heute noch Arbeit haben oder sich neue Absatzgebiete leicht erobern können. Für den Bergbau haben die Geschäftsführer **Richtlinien** aufgesetzt, die ich Ihnen zur Kenntnis bringen will. Es wird dort erstens zugestanden, daß der Arbeitsnachweis bisher versagt hat; auch die Gründe, warum sie ihren Vorschlag machen, sind in der Einleitung enthalten. Ich will auch diesen Satz verlesen. Es heißt dort:

> Die **Arbeitsvermittlung im Bergbau** ist trotz einzelner befriedigender Ergebnisse im ganzen als mißglückt zu bezeichnen, was sich schon daraus ergibt, daß zum Beispiel die Gesamtbelegschaft im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier von rund 430 000 im März 1919 auf 410 000 Mann zurückgegangen ist. Der Mißerfolg liegt begründet in erster Linie in der Planlosigkeit der Arbeitsvermittlung, in dem Neben- und Durcheinanderarbeiten der öffentlichen Arbeitsnachweise, der Werks- und Arbeitslosenräte. Außerdem haben zu dem Mißerfolg beigetragen Mängel in den Unterkünften und Lohnbedingungen, Nichteinhaltung der Arbeitsbedingungen und übertriebene Versprechungen durch Werber und Plakate. Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn künftig nach einem bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten einheitlichen Plan verfahren wird. Für die einzelnen Bergbaubezirke zum Beispiel sind besondere Einrichtungen zu schaffen, wie sie im folgenden für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau geplant und dargelegt sind.
>
> I. Für die Vermittlung in das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier wird vom Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe, bisher Zentralauskunftsstelle beim Verband westfälischer Arbeitsnachweise, eine besondere Abteilung für Bergbau eingerichtet. Hierfür bildet das Landarbeitsamt einen besonderen Fachausschuß, der aus dem Zechenverband und den einzelnen Bergarbeiterverbänden paritätisch zusammengesetzt wird, und dessen Vorsitzenden das Landarbeitsamt stellt. (D)
>
> II. Dieser Abteilung Bergbau obliegt
> 1. die Feststellung der offenen Stellen im Gesamtbezirk.
> 2. Die Feststellung der Prüfungs-, Unterkunfts-, Verpflegungs- und Lohnverhältnisse im einzelnen.
> 3. Die Förderung der Maßnahmen zur Beschaffung von Unterkünften, Ausrüstungsgegenständen, Berufskleidung usw., ferner die Einrichtung von Arbeiter- und Urlauberzügen und dergleichen.
> 4. Die Einrichtung einer geregelten Fürsorge während der Dauer der Beschäftigung.
> 5. Der Verkehr mit den Landesarbeitsämtern und den Arbeitsnachweisen, welche für die Heranziehung von Arbeitskräften in Frage kommen.
> 6. Die Überführung von Arbeitskräften in die offenen Stellen.

Es heißt dann weiter:

> Zur Erledigung aller dieser Aufgaben ist eine entsprechende Gliederung der Abteilung Bergbau vorzunehmen. Die Abteilung Bergbau übernimmt die volle Verantwortung für ihre Angaben und wird dafür Sorge tragen, daß Vermittlungen nur in solche Stellen stattfinden, bei denen die Unterkunfts- und Arbeitsverhältnisse einwandfrei sind.

(Sachse, Abgeordneter.)

(A) III. Zur Besichtigung der offenen Stellen und Unterkünfte und zur Unterstützung der Arbeitsnachweise bei Anwerbung und Ueberführung von Arbeitskräften bedient sich die Abteilung Bergbau der Mitarbeit von Fachleuten, die auch, soweit sie von bestimmten Werken bestellt werden, lediglich den Anweisungen der Abteilung Bergbau zu folgen haben.

IV. Die Landesarbeitsämter (Zentralauskunftsstellen) und die Arbeitsnachweise führen nur von der Abteilung Bergbau eingehende Aufträge aus. Etwaige direkte Aufträge werden von den Werken der Abteilung Bergbau übermittelt. Über Anwerbungen von Arbeitskräften, die unter Umgehung der öffentlichen Arbeitsnachweise stattfinden, ist die Abteilung Bergbau von den Arbeitsnachweisen durch die Landesarbeitsämter (Zentralauskunftsstellen) zu benachrichtigen. Die Abteilung Bergbau gibt den Landesarbeitsämtern (Zentralauskunftsstellen) monatlich nach Arbeitsnachweisen getrennte statistische Übersichten über die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung. Die Abteilung Bergbau und die Landesarbeitsämter (Zentralauskunftsstellen) halten sich gegenseitig über alle wichtigen Vorgänge und Erfahrungen auf dem Laufenden.

V. Zur Durchführung der vorstehenden Bestimmungen, insbesondere auch der unter II Ziff. 3 genannten Aufgaben ist die weitestgehende Unterstützung und Förderung durch die in Frage kommenden Behörden notwendig. Insbesondere ist bei den für die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen aller Art zuständigen Dienststellen auf eine Beschleunigung (B) und Abkürzung des Geschäftsgangs hinzuwirken.

So weit diese Richtlinien. Nun betrifft das allerdings zunächst nur den Bergbau; es sind Richtlinien für Westfalen. Aber für andere Bergbaubezirke, wo ebenfalls überall Arbeitskräfte fehlen, müssen ähnliche Einrichtungen getroffen werden. Allerdings spielt auch dabei die Wohnungsfrage eine Rolle. Schon bei früheren Etatstiteln ist ja dargelegt worden, daß auch für die **Wohnungsbeschaffung für den Bergbau** Mittel aufgewendet werden müssen, auch für die privaten Bauvereine und die Eigenheimvereine. Mir wurde aus meinem Wahlkreis Waldenburg-Schlesien gestern wieder eine Beschwerde vorgeführt, daß der Kleinsiedelungsverein Hartau jetzt zwanzig Häuser bauen könnte, wenn sie die sogenannten Überteuerungssummen bekämen. Der Kreis aber sagt: wir haben keine Mittel. Da muß noch in die Speichen gegriffen werden, damit auch dazu vom Reich und dem Staat die nötigen Mittel beschafft werden können. Dann werden auch Wohnungen für Bergarbeiter frei. Nun wird man ja sagen: der Bergbau ist wohlhabend genug, um all das tragen zu können. Das ist ganz gut und schön; aber es sind auch hier Aufgaben vorhanden, die doch das allgemeine Interesse der Bevölkerung berühren. Der Bergbau hätte ja in normalen Zeiten Arbeitskräfte genug, wenn wir normale Leistungen usw. nachweisen könnten. Aber in Anbetracht der großen Kohlennot sind eine ganze Menge neuer Arbeitskräfte notwendig. Man muß zu außerordentlichen Mitteln greifen, um alle die Aufgaben zu bewältigen. Man muß dem Bergbau unter die Arme greifen, wie es auch bei der Landwirtschaft und bei anderen Berufen notwendig werden wird. Mit diesem Gerede, der Bergbau habe Mittel genug, ist also die Sache nicht abgetan. Es trifft nicht zu, daß etwa der Bergbau durch die jetzige Kohlenteuerung finanziell besonders gut gestellt wäre. Wenn der Herr Wirtschafts- (C) minister hier wäre, würde er mir bestätigen können, daß die jetzt bewilligte Kohlenpreiserhöhung ganz ausdrücklich nur zur Lohnerhöhung verwendet wird. Das allgemeine Interesse wird also dabei gewahrt, besondere Überschüsse für die Werke können dabei nicht herausgewirtschaftet werden.

Es ist auch an die Bergarbeiterverbände herangetreten worden, sie sollten auch für die Herbeiführung von Arbeitskräften Opfer bringen. Die Bergarbeiterverbände haben aber gewöhnlich ihre eigenen Sorgen, und sie haben gesagt: wenn Arbeitskräfte im Interesse der Allgemeinheit herangeholt werden müssen, dann muß auch die Allgemeinheit die Mittel dazu haben; das ist das Reich. Obwohl wir wissen, daß das Reich infolge des miserablen Friedensvertrages finanziell sehr in der Klemme sitzt, so glaube ich doch, daß diese eine Million, die hier gefordert wird, um den **Arbeitsnachweis** im allgemeinen, im besondern aber **im Bergbau zu fördern** und besser einzurichten, nicht nur im allgemeinen Interesse gut angebracht wäre, sondern auch trotz der großen Finanznot unbedingt notwendig ist, um die nötigen Kohlen zu beschaffen, damit die Industrien, die Porzellanindustrie, die Glasindustrie, die Metallindustrie, der Kalibergbau, und wie sie alle heißen, besser mit Kohlen versorgt werden können. Soweit das in unseren Kräften liegt, müssen dann Arbeitskräfte herangeholt werden, um die große Not zu lindern.

Ich bitte Sie, im allgemeinen Interesse diesem Antrage, die Summe von 600000 Mark auf 1600000 Mark zu erhöhen, zuzustimmen. Ich will noch bemerken, daß die 50000 Mark, die Sie unter Kap. 13f Tit. 4 finden, schon dabei mitgedeckt wären; die könnten dann also in Wegfall kommen, wie Sie ja auch in der Anmerkung im Etat lesen können. Ich bitte also, den Antrag anzunehmen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(D) Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bolz.

Bolz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Etat sind unter dem Titel **„Förderung des Arbeitsnachweiswesens“** 600000 Mark gefordert. Davon sollen 500000 Mark zur Begründung eines Arbeitsnachweisamtes verwendet werden, während die restlichen 100000 Mark für Einrichtungen aus der Demobilmachungszeit verwendet werden sollen.

Es ist der Antrag gestellt worden, die Summe von 600000 Mark auf 1600000 Mark zu erhöhen. Ich bitte im Auftrag meiner Fraktion, diesen Antrag abzulehnen. Nur wenige Mitglieder meiner Fraktion werden für die Erhöhung dieser Summe stimmen.

Wenn wir um die Ablehnung bitten, so geschieht das deshalb, weil die Summe von einer Million, die neu gefordert wird, in gar keiner Weise näher begründet wird.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Es wird allgemein auf den Arbeitermangel im Kohlenbergbau hingewiesen, und mit dieser allgemeinen Behauptung wird die Erhöhung der angeforderten Summe um 1 Million gefordert. Ich glaube, bei der Lage, in der das Reich zurzeit ist, kann es nicht auf Vorschuß solche Summe bewilligen. Wenn eine solche Summe neu angefordert werden soll, muß im einzelnen ihre Notwendigkeit dargelegt werden. Nur zu allgemeinen Zwecken ohne nähere Begründung solche Summen zu bewilligen, ist, glaube ich, bei der heutigen Lage unserer Finanzen nicht zu verantworten.

(Zustimmung im Zentrum.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pick.

(A) **Pick,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Von seiten des Herrn Kollegen Hoch wurde schon auf den Antrag hingewiesen, der gestellt worden ist, die Summe von 650 000 Mark um 1 Million zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von mir und meinen politischen Freunden im Haushaltsausschuß gestellt und nachher wieder zurückgestellt, weil sich die Parteien noch nicht alle über ihre Stellung zu dieser Frage einig waren. Ich freue mich um so mehr, als jetzt wieder der Antrag gestellt worden ist, und wir werden zweifelsohne auch für diesen Antrag stimmen.

Es mag ja auf den ersten Anblick erscheinen, als ob die Summe etwas hoch gegriffen sei. Aber ich glaube, daß sie der Wichtigkeit der Sache entspricht.

Herr Kollege Sachse hat mit Recht schon auf die Zersplitterung, die im Arbeitsnachweiswesen herrscht, hingewiesen und hat betont, daß diese Zersplitterung zum allergrößten Schaden wäre, besonders auf dem Gebiete des Bergbauwesens. Wir sehen, daß gerade die **Förderung im Bergbau** sehr stark gefallen ist, teilweise weil es an **geschulten Arbeitskräften** gefehlt hat, und wir erleben es nun, daß dieser Zustand noch weiter anhält, weil die Arbeitsnachweise nicht in der Lage waren, dem Bergbau diejenigen Arbeitskräfte zuzuführen, die er unbedingt braucht, um die Förderung wieder einigermaßen zu heben. Es geht nicht im Bergbau, daß man Xbeliebige Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, sondern er bedarf, um tatsächlich rentabel und produktiv zu arbeiten, auch geschulter Arbeitskräfte.

Man soll nun nicht immer darauf hinweisen, daß es auch während des Krieges gegangen wäre, wo ja die vielen Gefangenen, die auch nicht auf den Bergbau eingerichtet gewesen wären, im Bergbau beschäftigt gewesen seien. Das trifft nicht zu, das war nur ein Notbehelf. Da müssen wir auch bedenken, daß an die eigentlichen (B) deutschen Bergarbeiter während des Krieges Ansprüche gestellt worden sind, die diese auf die Dauer einfach nicht mehr ausführen können.

Nun gilt es, wieder geschulte Arbeitskräfte heranzuziehen. Das kann unter dem jetzigen Zustande und bei den jetzigen **Arbeitsnachweisen** nicht geschehen, sondern es bedarf unbedingt einer **scharfen Zentralisation.** Selbstverständlich müssen aber um den Bedürfnissen des Bergbaus gerecht zu werden, in den einzelnen Bergbaurevieren solche Arbeitsnachweisstellen, Provinzstellen oder wie man sie nennen will, eingerichtet werden. Nun wird gesagt: es liegt ja bisher noch gar kein Organisationsplan vor, das Reichsarbeitsamt soll wenigstens sagen, wie es die Geschichte eigentlich einzurichten gedenkt. Dieser Plan wird sich nicht schwer verwirklichen lassen, weil schon in der Vergangenheit die Sache bestanden hat und sie nur weiter ausgebaut werden muß. Ich möchte bitten, daß man im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sache, im Hinblick darauf, daß wir unsere Kohlenförderung unbedingt steigern müssen und daß im Hinblick darauf der Betrag von einer Million Mark keineswegs zu hoch gegriffen ist, weil er voraussichtlich nicht ganz dem Bergbau zugute kommt, sondern auch zum Ausbau des Arbeitsnachweises für andere Berufe bestimmt ist, dieser Summe zustimmt und daß man die Forderung, die jetzt gestellt wird, genehmigen möge.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zubeil.

Zubeil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist darauf hingewiesen worden, daß eine Zersplitterung in unserem Arbeitswesen vorhanden ist und daß diese Zersplitterung unter allen Umständen beseitigt werden muß. Dem stimmen auch meine politischen Freunde und ich zu. Aber es ist hier wieder ein neues Gebilde im Begriff, in die Tat umgesetzt zu werden. Es wird dem (C) Herrn Arbeitsminister nicht unbekannt sein, daß unter dem Namen **„Wirtschaftsausschuß des Reichsverbandes gemeinnütziger Arbeitsgenossenschaften“** ein neues Gebilde gegründet ist, welches wiederum zersplitternd in unser Arbeitsnachweiswesen eingreifen wird und muß. Es wird dem Herrn Minister auch nicht unbekannt sein, daß sich schon ein Teil der Arbeitsnachweise gegen diese neue Gründung ausgesprochen hat. Die Gründung will nach ihren Richtlinien erstens genossenschaftlich tätig sein, sogenannte Arbeitsgenossenschaften gründen, will Arbeit vermitteln. Diejenigen Arbeiter, die sie nicht vermitteln kann, sollen dann dem Arbeitsnachweis zugeschoben werden.

Wir sind der Meinung, daß das eine neue **Zersplitterung unseres Arbeitsnachweiswesens** unbedingt hervorrufen wird. Zu bedenken ist ferner, daß der Herr Reichswehrminister dieser Gründung rückhaltlos zugestimmt hat; denn er hat unter dem 12. September d. J., als das erste Rundschreiben dieser in Gründung begriffenen Gesellschaft bekannt wurde, unter demselben Datum ein Rundschreiben unter der Tagebuchnummer 1173 W. 19 an die Kommandostelle in Kolberg, den großen Generalstab, an alle Oberkommandos, Generalkommandos, Reichswehrbrigaden, Reichswehrbefehlsstellen in Sachsen, Württemberg und Bayern gerichtet. Im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit der in den Anlagen zum Vorschlag gebrachten Maßnahmen werden dieselben zur Durchführung im Wege der Werbearbeit durch die Arbeitsbeschaffungsstellen bei den Generalkommandos und durch die Wohlfahrtsausschüsse bei den Brigaden empfohlen.

> Von besonderem Interesse ist das in der Anlage 1 beigefügte Rundschreiben des Wirtschaftsausschusses an die Zentral- und Lokalbehörden, an die Kommunen und Arbeitgeberverbände, sowie an die gewerkschaftlichen Organisationen, ferner die Anlage 2, Beschaffung von Arbeits- (D) und Betriebskapital auf Grund des beiliegenden Statuts. Der bei Durchführung der empfohlenen Maßnahmen entstehende Schriftverkehr ist unmittelbar an den Wirtschaftsausschuß des Reichsverbandes der gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaften, Berlin W. 35, Genthinerstraße 113g, zu richten, soweit organisatorische und technische Maßnahmen in Betracht kommen, im übrigen ist an das Reichswehrministerium zu berichten.

Unterschrieben: Noske.

Meine politischen Freunde und ich werden sich in diesem Stadium der Beratung der Abstimmung enthalten. Ob wir die eine Million mehr für die Arbeitsnachweiszentralisation bewilligen werden, kommt darauf an, daß unsere Bedenken zur dritten Lesung befriedigt sind, ob hier nicht durch Hintertüren von dieser mehrgeforderten einer Million diese neu zu gründende Gesellschaft mit unterstützt werden soll. Wenn man das Statut der neugegründeten Gesellschaft durchliest, wenn man das Rundschreiben mit in Betracht zieht und auch ihre Richtlinien, dann kann man zu der Überzeugung gelangen, daß diese neue Gesellschaft gegründet ist, um neben der technischen Nothilfe noch eine Arbeitsnothilfe ins Leben zu rufen und um zweitens, wie aus dem Rundschreiben des Reichswehrministers hervorgeht, zu gleicher Zeit für einen Teil von Offizieren, die nach und nach ausgeschieden werden müssen, eine gute Lebensstellung zu verschaffen. Aus diesem Grunde können wir uns heute noch nicht entschließen, ob wir diese Million mehr bewilligen können oder ob wir erst abwarten müssen, da bis jetzt der Reichsarbeitsminister noch nicht die Richtlinien bekanntgegeben hat, wie er sich die Zentralisation denkt, ob auch bei der Zentralisation die Arbeiterschaft den Einfluß erhält, der den Arbeiterorganisationen zu-

(**Zubeil**, Abgeordneter.)

(A) kommt und im Arbeitsnachweiswesen unter allen Umständen haben muß, ob das bei der Zentralisation nicht außer acht gelassen worden ist. Denn die Arbeiterschaft hat ein ungeheures Interesse daran, wie in der Zukunft die Arbeitsnachweise gestaltet werden, ob der maßgebende Einfluß dann gesichert ist. Ich hoffe, daß der Arbeitsminister bis zur dritten Lesung uns vielleicht die Richtlinien, die er zur Zentralisation der Arbeitsnachweise aufgestellt hat, bekanntgibt. Danach werden wir unsere Abstimmung zur dritten Lesung einrichten.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Schlicke, Reichsarbeitsminister: Ich habe über die Angelegenheit schon am Sonnabend gesprochen und habe angedeutet, in welcher Weise die Sache gedacht wird. Ich nehme auf meine Ausführungen am Sonnabend Bezug. Ich möchte aber bemerken, daß dem Herrn Abgeordneten Zubeil insofern ein Irrtum passiert ist, als er die Arbeitsgenossenschaften, die hier und da gegründet werden sollen und auch hier und da in der Gründung steckengeblieben sind, verwechselt mit dem Verband deutscher Arbeitsnachweise.

(Abgeordneter Zubeil: Es ist eine Neugründung!)

— Diese hat aber mit der Forderung hier nichts zu tun, sondern die Forderung, die ich stelle, bezweckt nur, die bestehenden Einrichtungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise auszubauen und sie nachher dem allgemeinen Netz der Arbeitsnachweise über ganz Deutschland anzugliedern. An die Genossenschaft werden meinerseits keine Beiträge geleistet.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schneider (Sachsen).

(B) **Schneider** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu dem Arbeitsnachweiswesen. Die Erfahrungen des Kriegs und vor allen Dingen die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß die bisherige Auffassung über das **Arbeitsnachweiswesen,** wonach in der **Zentralisation,** in der Vereinheitlichung, Zusammenfassung und Schematisierung das Heil des Arbeitsnachweises zu erblicken sei, sich heute nicht mehr halten läßt. Denn unter der Einwirkung des praktischen Lebens sind tatsächlich eine Menge ganz neuer Arbeitsnachweise entstanden,

(sehr richtig! rechts)

und man kann nicht sagen, daß dies eine Zersplitterung bedeute, sondern es handelt sich um Notwendigkeiten, die jetzt im Wirtschaftsleben neu entstehen. Wir haben Arbeitsnachweise für die entlassenen Marineangehörigen, für Unteroffiziere und Mannschaften der Handelsflotte, für die Kriegsbeschädigten, für Offiziere, für alle möglichen neu hervorgetretenen Bedürfnisse. Es hat sich gezeigt, daß die bestehenden Arbeitsnachweise dafür nicht ausreichen, und es sind neue gegründet worden, um überhaupt auf diesem Gebiet individuell arbeiten zu können. Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß im Arbeitsnachweiswesen eine große Organisation überhaupt imstande sei, in die feinen Verästelungen des Wirtschaftslebens hineinzubringen. Man wird also, wenn man an eine Reform des Arbeitsnachweiswesens herangeht, allen diesen feinen Spuren folgen und wird sich außerordentlich hüten müssen, hier zu schematisieren und zu reglementieren. Hier muß die freie Beweglichkeit des einzelnen Stellennachweises und des einzelnen Berufs durchaus beachtet und geehrt werden.

Nun hat der Herr Minister schon auf die Zentralauskunftsstellen hingewiesen, die während des Kriegs errichtet worden sind. Diese **Zentralauskunftsstellen** waren (C) Kriegsersatz im schlechtesten Sinne des Worts. Sie waren in ihrer Tätigkeit einmal dadurch beengt, daß ihre Bezirke, entsprechend den damaligen Bedürfnissen, nicht nach Wirtschaftsgebieten gegliedert worden sind, sondern nach Armeekorpsbezirken, weil diese Zentralauskunftsstellen im wesentlichen militärischen Bedürfnissen dienen sollten. Ihre Aufgabe bestand darin, Statistik zu treiben. Weiter hatten sie die Aufgabe, einen Ausgleich des Überschusses herbeizuführen. Die Aufgabe, selbst Arbeit zu vermitteln, was doch das Wichtigste gewesen wäre, hatten sie nicht. Bei dieser Einrichtung ist nichts herausgekommen als die hohen Kosten, die dafür entstanden sind. Ich habe selbst als Mitglied des Vorstandes einer Zentralauskunftsstelle Gelegenheit gehabt, die Arbeiten aus der Nähe zu beobachten, und ich konnte feststellen, wenn ich nach zwei bis drei Wochen einmal wieder in diese Auskunftsstelle kam, daß dann ein neuer Aktenschrank hingestellt worden war, der sich inzwischen gefüllt hatte. Die Aktenschränke wuchsen von Monat zu Monat; das war die einzige sichtbare Tätigkeit, die ich bei der Zentralauskunftsstelle beobachten konnte. Was an praktischer Arbeit für den Arbeitsmarkt herauskam, war gleich Null. Dafür haben aber die Aufwendungen für diese Zwecke eine außerordentlich große Höhe erreicht.

Wenn man überhaupt darangehen will, eine bezirksweise **Zusammenfassung des Arbeitsnachweises** herbeizuführen — und das halte ich für unbedingt erforderlich —, dann müssen diese Bezirke nach Wirtschaftsgebieten gebildet werden. Weder die militärischen noch die politischen Grenzen können für diese Zwecke irgendwie brauchbare Unterlagen liefern.

Dann müssen diese Arbeitsnachweise auch wirklich Arbeitsnachweise sein. Sie dürfen sich nicht darauf beschränken, irgendwelche statistischen Angaben zu machen oder nur irgendwelche Überschüsse nicht zu vermittelnder Stellen in den einzelnen Arbeitsnachweisen zu vermitteln. (D) Diese Aufgabe kann niemals geleistet werden, weil diese Überschüsse in der Regel gar nicht vermittelbar sind. Das muß also unter allen Umständen unterbleiben. Dann erst, wenn man diesen Bezirksarbeitsnachweis in einem Wirtschaftsgebiet gewissermaßen als Oberbau für den ganzen Bezirk ausbaut, sodaß in diesem Wirtschaftsgebiet eine zentrale Organisation enthalten ist, dann erst kann etwas Brauchbares herauskommen, dann erst kann man erreichen, daß man nicht in jeder kleinen und kleinsten Kommune einen Arbeitsnachweis errichtet. Es ist ein oft gebrauchtes Schlagwort in der Literatur über die Arbeitsnachweisfrage, daß man Deutschland mit einem „lückenlosen Netz" von Arbeitsnachweisen überziehen müsse. Es gibt keinen größeren Unsinn als diese Behauptung. Denn der Arbeitsuchende in einer Stadt von 3, 5, 6 bis 10 Tausend Einwohnern kennt natürlich die möglichen Arbeitsgelegenheiten viel besser als der Arbeitsnachweisbeamte, der in seinem Bureau sitzt und nicht herauskommt und die Dinge gar nicht praktisch sehen kann. Hier genügt es, wenn vom Bezirksarbeitsnachweis zweckmäßig gearbeitet wird. Dieser kann dann viel besser eingreifen, als wenn man in den kleinen Städten sehr viel Mittel für örtliche Arbeitsnachweise ausgibt, — denn sie kosten sehr viel Geld im Verhältnis zu der Leistung. Es ist besser, wenn man diese Mittel spart und dafür den Bezirksarbeitsnachweis sachgemäß ausbaut.

Eins aber muß man bei dem Arbeitsnachweis vermeiden, was man im Kriege leider nicht getan hat. Man darf die **Arbeitsnachweise** ihrer eigentlichen Aufgabe nicht dadurch entziehen, daß man sie zwingt, unzählige **Statistiken** zu machen;

(sehr richtig! rechts)

denn die Arbeitsnachweise haben in der Lieferung von Statistiken weit mehr Arbeit leisten müssen, als in ihrer

(**Schneider** [Sachsen], Abgeordneter.)

eigentlichen Tätigkeit. Wenn die Statistik noch irgendwelchen brauchbaren Wert hätte! — Ich behaupte, diese Statistiken waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren, denn das waren Statistiken, die keine sachlichen Unterlagen hatten. Das Übermaß an Statistiken, das während der Kriegszeit gefordert wurde, hat dazu geführt, daß die Zahlen von der vorigen Meldung einfach mit einigen Abänderungen wiedergegeben wurden und man sich keine rechte Mühe mehr gab, die sachlichen Unterlagen dafür zu suchen. Ich kenne das aus eigener Anschauung und weiß auch von großen Arbeitsnachweisen, daß sie nach anderen Gesichtspunkten die Statistik überhaupt nicht aufstellen konnten, weil ihnen das Personal und die Mittel dazu fehlten. Man muß versuchen, in den Bezirksarbeitsnachweisen die Beamten, die den Arbeitsnachweis haben, möglichst von denen zu trennen, die die Statistik zu führen haben, damit diese beiden Aufgaben nicht miteinander verkuppelt werden. Das hat auch den guten Erfolg, daß die Arbeitsnachweisbeamten nicht die Statistik dazu benutzen, um ihre Tätigkeit in helleres Licht zu setzen, daß man etwa Stellennachweisvermittlungen nach außerhalb schon dann zählt, wenn sonntags mal ein paar Aushilfskellner für die Ausflugsorte vermittelt wurden. Hier also wird zu trennen sein.

Natürlich genügen für einen solchen Ausbau die bewilligten Mittel nicht, und ich möchte die Frage aufwerfen: ist überhaupt beabsichtigt, das **Arbeitsnachweiswesen auf das Reich** zu **übernehmen?** Nach den Summen, die angefordert werden, auch wenn sie um 1 Million Mark erhöht werden, hat es den Anschein, als wenn das Reich die Sache nicht in die Hand nehmen will und als wenn das Arbeitsnachweiswesen wiederum Sache der einzelnen Länder bleiben soll. Dann kann nichts Gescheites herauskommen. Es müssen, wenn überhaupt durchgreifend geändert werden soll, Mittel bewilligt werden, die weit höher sein müssen als bisher. Solange man aber nicht die Absicht hat, diese Mittel zu bewilligen, wäre es zum größten Nachteile für den Arbeitsmarkt und für die Arbeiter Deutschlands, wenn an den bestehenden Verhältnissen etwas geändert würde, wenn man die bestehenden Arbeitsnachweise in ihrer Tätigkeit hindern oder gar verbieten würde, wie es beispielsweise vom Verband deutscher Arbeitsnachweise gefordert wird. Das würde zum größten Nachteil ausschlagen, weil man damit die lebenskräftigen und notwendigen Arbeitsnachweise zugunsten einer Einrichtung unterdrücken würde, die noch gar nicht vorhanden ist.

Insbesondere gilt das für die Stellenvermittlungen der Angestellten, die ja nicht lokal gegliedert sind, sondern zentral über das ganze Reich. Wenn das Reich beabsichtigt, diese Stellenvermittlung für Angestellte in eigene Regie zu nehmen, selbst zu leiten und nach den Grundsätzen auszubauen, die sich bisher in dreißigjähriger Tätigkeit bewährt haben, dann haben die Angestelltenorganisationen dagegen gar nichts einzuwenden; aber die Sache kostet mindestens 1 Million Mark. Es brauchen da nicht etwa in jeden Ort solche Arbeitsnachweise zu kommen, sondern es würde genügen, wenn man in 24 bis 30 Großstädten eine Bezirksstellenvermittlung einrichtet, die oben in eine zentrale Stellenvermittlung mündet, bei der allein auch die Statistik betrieben wird. Solange solche Absichten bei der Reichsregierung aber nicht bestehen, würde es von größtem Nachteil für den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftsleben sein, wenn man hier Änderungen vornähme, ohne für die notwendigen Neubauten zu sorgen.

Bei der Beratung über das Arbeitsnachweiswesen soll man auch die **Praktiker des Arbeitsnachweiswesens** mehr zu Worte kommen lassen. Gerade im Arbeitsnachweiswesen sind die Praktiker in den letzten Monaten und Jahren zurückgedrängt worden zugunsten der Akademiker, die in der eigentlichen praktischen Nachweistätigkeit sehr wenig Erfahrung haben, allerdings — das gebe ich gern zu — desto größere Künstler in der Statistik sind. Hier aber handelt es sich wesentlich um die praktische Frage: wie werden die einzelnen Menschen behandelt und angepackt? — und hier müssen auch die Praktiker ein Wort mitsprechen. Wir sind bereit, in dieser Beziehung mitzuarbeiten. Aber, wie gesagt, praktische Erfolge sind nur zu erzielen, wenn größere Mittel bewilligt werden, als hier im Etat vorgesehen sind.

Vizepräsident **Löbe:** Weitere Wortmeldungen zu diesem Titel liegen nicht vor; die Erörterung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Zubeil.

Zubeil, Abgeordneter: Herr Minister, ich habe mich nicht geirrt und auch nicht zwei Dinge verwechselt, wie Sie annahmen, also nicht die Genossenschaft mit dem Arbeitsnachweis zusammengeworfen. Die neue Gründung, die ja erst ins Leben tritt, beschäftigt sich mit der Arbeitsvermittlung. Sie will die Arbeitsvermittlung in Wege leiten, also zunächst im Eisenbahnwesen, im Bergbau usw. Arbeit vermitteln und diejenigen Arbeiter, die sie nicht unterbringen kann, dann an die amtlichen Arbeitsnachweise abschieben. Deshalb hatte ich das Bedenken, ob nicht dieser Organisaten, die in der Bildung begriffen ist und von so hoher Stelle befürwortet wird, von dieser Million zu ihrer Gründung Mittel bewilligt werden sollen. Es lag mir aber durchaus fern, Sie zu verletzen.

Vizepräsident **Löbe:** Der Titel selbst ist nicht angefochten; er ist bewilligt.

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge, und zwar zunächst über den Antrag Hoch auf Nr. 1263 der Drucksachen, der in Kap. 3b Tit. 9 dem Dispositiv einen Absatz hinzufügen will.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den nicht gedruckt vorliegenden Antrag Hoch, Scheidemann, Löbe:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, in Kap. 3b Tit. 9 statt „600 000 Mark“ zu setzen: „1 600 000 Mark“

als Summe zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens.

Wer für diesen Antrag stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Tit. 5, — 6. —

Zu Tit. 7 hat das Wort der Herr Abgeordnete Gleichauf.

Gleichauf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unter diesem Titel werden die Gelder für die Einrichtung der **Schlichtungsausschüsse** gefordert, die jedenfalls in dem kommenden **Betriebsrätegesetz** eine außerordentliche Rolle spielen werden. Es ist gewiß notwendig, daß die neuen Männer im Ministerium, die jetzt die Last ihrer Pflicht zu tragen haben, starke Nerven besitzen, und daß ganz besonders der Herr Arbeitsminister seine starken Nerven behält. Denn die Schlichtungsausschüsse bilden einen wesentlichen Teil des Betriebsrätegesetzes, und gegen dieses Betriebsrätegesetz wird von allen Seiten Sturm gelaufen, sowohl von seiten der Arbeiter, als auch von seiten der Arbeitgeber. Es ist tatsächlich ein starker Wille notwendig, um trotz dieses Sturmes den geraden Weg zu gehen. Die Schwierig-

(**Gleichauf**, Abgeordneter.)

(A) keiten sind außergewöhnlicher Art, da durch das Betriebsrätegesetz eine ganz neue Wirtschaftsauffassung des Arbeitsprozesses durchgeführt werden soll.

Dazu kommt, daß auch aus dem Unternehmertum, das bisher gewohnt war, allein zu bestimmen, außer an den Stellen, wo die Organisationen bereits einen gewissen Einfluß hatten, der Durchführung des Gesetzes, das auch den **Arbeitern und Angestellten** das Recht einer weitgehenden **Mitbestimmung** geben soll, Schwierigkeiten aller Art erwachsen werden. Wenn ich auch annehme, daß sich in 80 Prozent aller Fälle das neue Gesetz ziemlich reibungslos einführen lassen wird, so wird doch immerhin eine erhebliche Anzahl von Fällen übrig bleiben, wo durch das Betriebsrätegesetz Störungen im Betriebe vorkommen können. Das wird dort der Fall sein, wo Arbeitgeber vorhanden sind, die nicht die nötige Geschicklichkeit besitzen, um mit den Arbeitern und Angestellten sich ins Benehmen zu setzen, oder dort, wo sich unter den Arbeitern Heißsporne befinden, die über das Ziel hinausschießen zu müssen glauben. Hier wird es die große Aufgabe der Schlichtungsausschüsse sein, vermittelnd, belehrend, ausgleichend einzuwirken.

Aus diesen Gründen glaube ich, daß gerade diesen Schlichtungsausschüssen eine außerordentlich große Rolle zugewiesen sein wird. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das **Betriebsrätegesetz** nur ein toter Buchstabe bleiben wird, wenn nicht die **Arbeiterberufsorganisationen** den Arbeitern dieses Gesetz nahebringen, wie sie es früher mit allen anderen Arbeitergesetzen getan haben. Gerade deshalb, weil die Arbeiterberufsorganisationen die Hauptträger der praktischen Durchführung dieses Gesetzes sein werden, muß man auch bei der praktischen Durchführung dieses neuen, großen und wichtigen Gesetzes die nötige Rücksicht auf diese Organisationen nehmen.

Ich möchte hier zunächst zurückgreifen auf das, was (B) der Herr Kollege Schneider (Sachsen) angeführt hat. Er hat sich darüber beschwert, daß bei irgendeiner Gelegenheit nicht alle Richtungen der Angestellten eingeladen worden sind. Die Sache ist zwar vom Herrn Reichsarbeitsminister richtiggestellt worden; aber es scheint doch, als ob damals irgend etwas nicht ganz so vor sich gegangen ist, wie es im Interesse des Zusammenwirkens aller Richtungen notwendig und nützlich gewesen wäre. Deshalb möchte ich den Herrn Reichsarbeitsminister, der doch durch seine frühere Tätigkeit eine reiche Erfahrung auf diesem Gebiet hat, jetzt, wo er über den Parteien und über den Gewerkschaftsrichtungen steht, darauf aufmerksam machen, daß jede Organisation ihre Selbstachtung besitzt, und daß diese Selbstachtung verletzt wird, wenn man schon bei solchen rein äußerlichen Dingen, wie der Einladung zu irgendeiner gemeinsamen Besprechung, zurückgesetzt wird. Dadurch bleibt ein Stachel zurück, der auch bei den nachher erfolgenden Besprechungen ungünstig nachwirkt.

Der Hauptwert muß deshalb darauf gelegt werden, daß in Zukunft da, wo die Reichsarbeitsgemeinschaft besteht, wo außerdem durch die Betriebsräte Angestellte und Arbeiter näher zusammengebracht werden sollen, Einigkeit in diesen großen, für die Zukunft richtunggebenden Aufgaben besteht, daß alle Hauptrichtungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung sich einig sind in der allgemeinen Auffassung der Notwendigkeit der Durchführung dieser neuen Erfordernisse; daß gerade jetzt die Zeit gegeben ist, wo der Herr Arbeitsminister durch die Macht seiner Stellung wesentlich darauf einwirken kann, daß in der kommenden Zeit die verschiedenen Richtungen gleichmäßig behandelt werden, gleichmäßig eingeladen werden und gleichmäßig zugezogen werden. Dann wird auch ein gleichmäßiges und vertrauensvolles Arbeiten möglich sein.

(Sehr richtig! links.)

Es sind dann in diesem Abschnitt noch verlangt (C) 50 000 Mark für **örtliche Vertrauensmänner.** Wer Erfahrung hat im Leben der Arbeiter, in ihrem Zusammenarbeiten und den Kämpfen der Vergangenheit, der weiß, wie wichtig und einschneidend es mitunter sein kann, wenn an irgendeinem Ort, wo Differenzen im Entstehen sind oder schon ausgebrochen sind, ein tüchtiger Mann sofort taktisch klug eingreift, daß es dadurch schon häufig möglich war, den Ausbruch überhaupt zu verhindern oder ausgebrochene Differenzen rasch zu erledigen. Die Stellung solcher besonderen Vertrauensmänner wird also namentlich in Lohn- und Tarifangelegenheiten eine außerordentlich wertvolle sein, wenn es gelingt, die richtigen Männer für diese Stellungen zu finden. Davon hängt ja am meisten der Erfolg ab, und deshalb bin ich der Meinung, daß für das Deutsche Reich oder die Deutsche Republik 50000 Mark eine sehr bescheidene Summe sind.

(Sehr richtig! links.)

Wenn sich das ganze System einbürgert und bewährt, dann, glaube ich, wird kein kommender Reichstag etwas dagegen haben, wenn auf diesem Gebiete etwas mehr ausgegeben und der Titel überschritten wird. Denn gerade diese besonderen Vertrauensmänner können das Hundertfache dieses Betrages in einer Reihe von großen Lohn- und Tarifkämpfen einbringen, wenn sie zur rechten Zeit sich einer solchen Frage bemächtigen und sie zu einem guten Ende führen.

Weiter aber hängt die Zukunft der Einarbeitung der Rechte der Arbeiter und Angestellten wesentlich davon ab, daß es gelingt, die Schlichtungsausschüsse in der richtigen Weise zusammenzustellen. Ich weiß nicht genau, wie diese Zusammensetzung der kommenden Schlichtungsausschüsse gedacht ist. Ein dahingehendes Gesetz ist angekündigt, aber bei der **Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse** wird ungeheuer viel davon abhängen, daß die hauptsächlichsten Richtungen der (D) Arbeiterbewegung dabei berücksichtigt werden. Gerade bei den Schlichtungsausschüssen ist Vertrauen in allererster Linie erforderlich zur erfolgreichen praktischen Betätigung. Man denke sich einmal größere Betriebe, in denen die Arbeitgeber entweder nicht in der Lage oder nicht befähigt sind, mit dem neuen Betriebsrat in der richtigen Weise zu verhandeln, sodaß die Meinungen aufeinander platzen; wenn nun in solchen Betrieben Differenzen entstehen und die Arbeiter und Arbeitgeber nicht unter sich fertig werden können, dann soll der Schlichtungsausschuß die Stelle sein, die untersucht, prüft und entscheidet. Es hängt also nicht bloß das Vertrauen der Arbeiter von der richtigen Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses ab, sondern auch ganz wesentlich das Vertrauen der Arbeitgeber. Denn weite Arbeitgeberkreise sind deshalb heute noch so sehr gegen das Betriebsrätegesetz eingenommen, weil sie große Störungen in der Weiterführung der Betriebe davon befürchten. Diese leider, wie ich glaube, noch großen Arbeitgeberkreise könnten dadurch etwas beruhigt werden, wenn man ihnen sagen könnte: bei Differenzen, die durch das Betriebsrätegesetz in den Betrieben hervorgerufen werden können, bestehen Schlichtungsausschüsse, die derart objektiv und unparteiisch zusammengesetzt sind, daß sie die Gewähr dafür bieten, daß, wenn ihr mit eurem Betriebsrat nicht auskommen könnt, dieser Schlichtungsausschuß dafür eintreten wird, daß Differenzen zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber oder den Unternehmungsleitern gerecht entschieden werden. Wenn wir durch die Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse nach dieser Richtung eine starke Garantie gewährleisten könnten, dann, glaube ich, wird ein großer Teil des Widerstandes, der noch in Arbeitgeberkreisen vorhanden ist, schwinden.

Im übrigen aber glaube ich, von dieser Stelle aus sagen zu können, daß nach meiner Auffassung diese Wider-

(**Gleichauf**, Abgeordneter.)

(A) stände in Arbeitgeberkreisen nicht berechtigt sind, daß sie auf einer falschen Voraussetzung beruhen. Denn dort, wo die Arbeiterberufsorganisationen sich seit längerer Zeit einen weitgehenden Einfluß auf die Leitung der Unternehmungen verschafft haben, mußten ja die betreffenden Arbeitgeber oder Unternehmungsleiter längst mit den Arbeitern durch den Einfluß der Arbeiterberufsorganisationen verhandeln. Ein Arbeitgeber der heutigen Zeit, der in seinem Betriebe größere Störungen vermeiden will, müßte in dieser Zeit und in der kommenden Zeit auch ohne Betriebsrätegesetz versuchen, mit seinen Arbeitern und Angestellten über alle Änderungen im Betriebe und die vorhandenen Einrichtungen des Betriebes zu verhandeln. Denn nur dann, wenn man die Arbeitermassen zu dem Willen bringt, daß sie selbst etwas in dem Betrieb Durchgeführtes hochhalten wollen, kann man annehmen, daß derartige Neuerungen richtig durchgeführt werden.

Ich kann mir zum Beispiel kaum vorstellen, daß der Widerstand, der sich in der **Landwirtschaft** so stark regt, eine Berechtigung haben könnte. Wenn 10 ständige **Arbeiter** vorhanden sind, soll ein **Obmann** gewählt werden. Ich weiß nicht, ein vernünftiger Bauer hat doch jetzt schon mit seinen Arbeitern am Abend, vielleicht nach dem Nachtessen besprochen, was für Arbeit man am anderen Tage vornehmen will; und anders wird es auch nicht sein, wenn ein Obmann da ist, der speziell bestimmt ist, mit dem Bauern die Dinge zu besprechen, die am nächsten Tage gearbeitet werden sollen. Es ist eigentümlich, daß in bezug auf die Einführung des Betriebsrätegesetzes die Leiter großer Unternehmungen nicht in dem Maße Widerstand leisten, wie die Leiter mittlerer Unternehmungen; vielleicht deshalb, weil die Leiter großer Unternehmungen, bei denen hauptsächlich die Arbeiterberufsorganisationen bisher zur Geltung gekommen sind, aus der Vergangen-(B)heit gelernt haben, daß sie, wenn sie mit den Arbeiterberufsorganisationen in der richtigen Art und Weise verhandelt haben, am besten gefahren sind. Ich glaube, wenn die Großunternehmer es erträglich finden, das Betriebsrätegesetz nun einmal über sich ergehen zu lassen, wenn es nicht anders möglich ist, dann könnten auch ruhig die Leiter mittlerer und kleinerer Betriebe sich damit abzufinden versuchen. Außerdem stehen wir nicht vor der Frage, ob wir ein solches Gesetz haben wollen oder nicht, sondern die Revolution hat nun einmal der großen Masse der Arbeiter und Angestellten ihre Stärke gezeigt. In der Verfassung ist die Forderung nach einem Betriebsrätegesetz, nach einer stärkeren Heranziehung der Arbeiter und Angestellten in Betriebsfragen niedergelegt. Wir stehen also nicht vor der Frage, ob wir ein solches Gesetz in Deutschland haben wollen oder nicht, sondern wir stehen vor der bedeutungsvollen Frage, ob wir durch die Ablehnung eines solchen Gesetzes nicht eine zweite Revolution heraufbeschwören. Wenn man vor dieser Alternative steht, dann müßten auch die **Widerstände**, die da oder dort **in Arbeitgeberkreisen** noch vorhanden sind, zurückstehen gegenüber dem großen allgemeinen Gedanken, daß es direkt notwendig ist, die in der Verfassung anerkannte Forderung nun auch praktisch durchzuführen, weil nur auf diese Weise die Möglichkeit gegeben ist, Deutschland vor einer neuen großen Störung zu bewahren.

Schon aus diesem Grunde sind meine politischen Freunde gern bereit, die Mittel zu bewilligen, die in diesem Titel gefordert werden. Wir hoffen nur, daß die in Aussicht genommenen Einrichtungen tatsächlich auch dazu führen, dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft die Wege zu ebnen und ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, unter dem dann die deutsche Wirtschaft ruhig weiterarbeiten kann.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Vizepräsident **Löbe**: Das Wort hat Frau Abgeordnete Behm.

Behm, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Es ist wie in Weimar: das Haus ist leer, aber das Interesse ist groß.

(Heiterkeit und Zustimmung.)

Ich bitte Sie herzlich, den Ausführungen, die ich jetzt noch machen möchte, und die an alle im Hause gerichtet sind, möglichst große Aufmerksamkeit zu schenken. Die Tatsache, daß 20 Millionen Mark zur Errichtung und Unterhaltung von Schlichtungsausschüssen vorgesehen sind, ist es nicht allein, die mich noch einmal zum Sprechen veranlaßt, sondern auch die weitere Tatsache, daß der Herr Reichsarbeitsminister am vorigen Sonnabend in seiner Rede sich prinzipiell zu einer **Reform der Heimarbeit** bekannte.

Ich will die Frage des Betriebsrätegesetzes hier gar nicht erörtern, sondern nur sagen, daß wir uns darüber freuen, daß bereits in den Ausschüssen der Betriebsräte auch die Vertretung der Hausgewerbetreibenden resp. der Heimarbeiter vorgesehen ist, wenn auch noch nicht in genügendem Maße. Damit hat ein Stück Reform der Heimarbeit begonnen, und das deckt sich mit den Worten des Herrn Ministers vom vorigen Sonnabend.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist mir eine Freude, festzustellen, daß die Regierung anscheinend nicht auf dem Standpunkte der sozialdemokratischen Partei in bezug auf die Heimarbeit steht, jedenfalls nicht auf dem Standpunkte der sozialdemokratischen Gewerkschaften, der dahin geht, daß die Heimarbeit abgeschafft werden müsse. So schwach das Haus auch augenblicklich besetzt ist, so muß es doch jetzt einmal sein Interesse an dieser Frage bekunden.

(Zustimmung rechts.)

(D) Es handelt sich hier um eine Frage der Zukunft, um die Frage, was aus denen werden soll, die arbeiten wollen, um Brot zu haben. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß der preußische Herr Finanzminister gleichfalls am vorigen Sonnabend festgestellt hat, daß wir bereits für 1918 mit einem Fehlbetrag von 2,3 Milliarden und für 1919 mit einem solchen von 6 Milliarden zu rechnen haben, daß die schwebende Schuld, die unverzinslichen Schatzanweisungen, 9 Milliarden überschritten hat und nicht weiter vermehrt werden kann. Wir stehen also nach diesen seinen Ausführungen vor einem Zustande, der einem das Bewilligen einer Summe von 20 Millionen Mark unendlich schwer machen muß, so notwendig die 20 Millionen Mark auch sind.

Die 20 Millionen Mark, soweit sie zur Erhaltung der Heimarbeit verwandt werden, sind werbendes Geld. Es gibt Leute, die bereit sind, zu arbeiten, die während der ganzen jetzt hinter uns liegenden Zeit, in der so viele Menschen — ich will nicht untersuchen, warum, dazu stehe ich ja nicht hier — nicht mehr arbeiten wollten, immer dazu bereit waren.

(Hört! hört! rechts.)

Diese Leute — die **Heimarbeiterinnen** — haben auch in bezug auf die **Erwerbslosenfürsorge**, die in so großem Umfange notwendig geworden ist und die unserem verarmten Vaterlande so viele Millionen, wenn nicht Milliarden, kostet, immer erklärt: „Wir wollen keine Erwerbslosenunterstützung, wir wollen Arbeit“. Zu mir sind Heimarbeiterinnen mit Tränen in den Augen gekommen und haben gesagt: „Fräulein Behm, können Sie es denn nicht erreichen, daß die Regierung uns Arbeit verschafft? Wir wollen unser Brot verdienen, wir wollen keine Erwerbslosenunterstützung.“

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie sollen ja andere Arbeit haben!)

(Behm, Abgeordnete.)

(A) Die Kollegen von links rufen mir zu: „Sie sollen ja andere Arbeit haben.“ Diese „andere Arbeit“ soll sich aber in der Fabrik, in der Werkstatt vollziehen. Sie wissen, daß wir bei manchen sozialen Fragen die gleichen Wünsche haben. Aber unsere Auffassungen über die Frage der Heimarbeit gehen soweit auseinander, daß ich heute gern einmal eine Bekehrungsvorlesung halten möchte.

(Heiterkeit.)

Ich glaube an die Möglichkeit einer **Gesundung aller Kräfte in Deutschland.** Wenn ich daran nicht glaubte, so wüßte ich nicht, warum wir uns immer noch in diesem Sprechsaal zusammenfinden. Bloß sprechen, damit die Rede gedruckt wird, ist doch eigentlich eine ziemlich trostlose Beschäftigung — aber das darf man vielleicht als Abgeordnete nicht sagen — —.

(Heiterkeit und Zurufe von den Sozialdemokraten: Gedanken sind zollfrei!)

— Vielleicht hat das auch schon einer von Ihnen gedacht. — Mir liegt daran, daß wir in einer Zeit, wo wir alle, wie ich annehme, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken nur den einen Gedanken haben, Deutschland wieder lebensfähig zu machen,

(bravo! rechts)

wieder arbeiten lernen, wieder freudig arbeiten lernen. Arbeit, die man als Fron tut, macht einen zum Sklaven: Arbeit dagegen, die man mit Freude tut, macht den Menschen zum Herrn.

(Abgeordneter Wels: Das haben Sie sehr spät erkannt!)

— Ich?

(Abgeordneter Wels: Ihre Freunde!)

— Meine Freunde sind gar nicht übel; Sie (zu den Sozialdemokraten) kennen sie bloß nicht.

(Große Heiterkeit.)

Ich fühle mich in ihren Reihen durchaus wohl, trotzdem (B) ich, wie schon gesagt, mit so mancher Reformforderung neben Ihnen (zu den Sozialdemokraten) stand. Sie sehen, es gibt in Deutschland noch heute Brücken von rechts nach links, und die Sehnsucht meines Herzens ist, daß wir diese Brücken immer stärker bauen, damit auf der Brücke nachher der Weg zum Aufstieg beschritten werden kann. Das wollen Sie (zu den Sozialdemokraten) doch gerade so gut wie wir und wie die Damen und Herren in der Mitte, darüber sind wir uns ja alle einig. Der Aufstieg kann nur kommen durch Arbeit, die deutsche Arbeit, die uns den Neid der Welt eingetragen hat und die wir brauchen, um Deutschland — um noch einmal des Finanzministers Worte zu zitieren —, „von den Sklavenketten freizumachen, die man um das deutsche Volk geschlungen hat“. Wenn das so ist, dann wäre es eine — Sünde, nenn ichs; das paßt aber vielleicht nicht in aller Leute Ausdrucksweise; also sagen wir — eine Torheit, wenn man arbeitswillige Hände zurückweist.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun sagen die Herren Kollegen von der Linken: die Heimarbeiter sollen ja auch arbeiten, wir wollen nur ihre Arbeit wo anders hin verlegen. Nicht wahr, so war ungefähr der Gedanke? — Ja, das möchte sich hören lassen, sobald es sich um **männliche Heimarbeiter** handelt. Tun Sie die männlichen Heimarbeiter, abgesehen von denen, die kriegsbeschädigt, abgesehen von denen, die zivilbeschäftigt sind, abgesehen von denen, die eben als halbe Kräfte nicht in Fabrik und Werkstatt unterkommen können, tun Sie meinetwegen die gesunden männlichen Heimarbeiter alle in die Werkstatt! Wir haben gar nichts dagegen. Die Frauen sind der Ansicht, daß der Mann um so glücklicher über sein Heim ist, wenn er dazwischen mal draußen war,

(Heiterkeit)

wenn er dann erst wieder zum Mittag nach Hause kommt und sich hinter den gedeckten Tisch setzt. Ich denke dabei (C) an eine Zeit, wo wir wieder etwas auf dem Tische haben werden.

(Heiterkeit.)

Ich sage, wir geben Ihnen die männlichen Heimarbeiter, soweit nicht gesundheitliche oder besondere wirtschaftliche Ursachen es hindern, gern für Fabrik und Werkstatt frei.

Wir geben aber nicht die **weiblichen Heimarbeiter** dafür her. Als wir in diesen Tagen darüber sprachen, wie unsere deutsche Jugend jetzt aussieht und wie wir sie gern haben möchten, hegten wir wohl alle im Hause den gleichen Wunsch. Jeder, der Vater, der Mutter ist und jeder, der als Schulmeister oder als Anverwandter ein warmes Herz für unsere Jugendlichen hat, wird die Jugendpflege als unsere wichtigste Aufgabe ansehen. Ich bin, wie Sie wissen, eine alte Jungfer.

(Heiterkeit.)

Ich kann also nicht sagen, ich spreche als Vater und Mutter, und doch glaube ich, daß ich das Recht habe, für die deutsche Jugend zu sprechen,

(sehr richtig! bei den Sozialisten und rechts.)

nicht nur um derer willen, die ich 25 Jahr lang unterrichtet habe, sondern auch um all derer willen, die mir sonst im Leben nahe getreten sind. Alte Jungfern gibt es heutzutage überhaupt nicht mehr; wir reden mit, wir sprechen mit, wir haben die Not unserer Jugend so leidenschaftlich mitempfunden, wie nur ein Vater oder eine Mutter sie empfinden kann, und wir sagen: da muß gebessert werden, und vor allem muß die Mutter so lange wie möglich, so viel als möglich bei dem Kinde bleiben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich brauche vielleicht in diesem Hause nicht daran zu erinnern, daß die Säuglingssterblichkeit anno dazumal, als in Crimmitschau der Textilarbeiterstreik war, um so und so viel Prozent zurückging, weil die Mutter bei den Kindern blieb. Ich brauche nicht an die uns noch näher- (D) liegende traurige Verwilderung und Verrohung unserer Jugend während des Krieges zu erinnern, weil unsere heimarbeitenden Schwestern in Fabrik und Werkstatt gingen, wo alle Hände gebraucht wurden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Darum sage ich: alle im Hause, die da wollen, daß Deutschland arbeitet, und die da wollen, daß das deutsche Heim wieder die Umhegung der Familie, die Erziehung und der Schutz der Jugend sein soll, müssen mir zustimmen: Erhaltung, nicht Abschaffung der Heimarbeit! Ich freue mich deshalb besonders der Worte des Herrn Reichsministers, daß er die Heimarbeitreform bringen will. Denn ich wäre ja ein ganz unverantwortlicher Mensch, wenn ich hier vor Ihnen stände und für **Erhaltung der Heimarbeit** spräche, aber nicht gleichzeitig forderte: **Heimarbeitreform** und noch einmal Heimarbeitreform! Es darf selbstverständlich nicht so sein, daß die Heimarbeit sich weiter als Krebsschaden am deutschen Volke erweist. Es darf nicht sein, daß die Heimarbeiter die übrige Arbeiterschaft unterbieten und dadurch die aufgebesserten Löhne wieder herunterziehen. Es darf nicht sein, daß der Achtstundentag gefährdet wird, und daß Heimarbeiter bis in die aschgraue Ewigkeit arbeiten. Darüber sind sich die Vertreter der organisierten Heimarbeiter ganz klar, und gerade darum fordern sie mit aller Entschiedenheit Heimarbeitreform und freuen sich, daß sie jetzt von seiten der Regierung versprochen ist, wie sie auch schon seinerzeit im siebenten Ausschuß, als wir die Einzelheiten der Forderungen besprachen, als berechtigt anerkannt sind.

Ich möchte noch auf eins hinweisen: daß es jetzt unter den Heimarbeitern sehr viele Kriegsbeschädigte gibt, von denen wir ja heute Trauriges genug gehört haben, und dann selbstverständlich Kriegshinterbliebene. Was

(**Behm**, Abgeordnete.)

(A) soll denn die Frau machen, deren Ernährer draußen auf dem Felde der Ehre geblieben ist und die nun mit ihren kleinen Trabanten allein dasteht? Sie will nicht von ihren Kindern weggehen, damit sie nicht Schaden leiden. Sie muß zur Heimarbeit greifen, wenn sie nicht schon früher als Zuverdienst zu dem des Mannes Heimarbeit getrieben hat. Es ist also eine durchaus im Interesse der Volkswohlfahrt notwendige Form der Arbeit, und es ist eine im Interesse der Volkswirtschaft notwendige Form der Arbeit, weil Hände da sind, die zur Erzeugung verwertet werden können — wir brauchen Steigerung der Produktion! — und die nicht alle verwendet werden können, wenn man sie in die Fabrik und in die Werkstatt bringen will. Die Fabrik und die Werkstatt nimmt nur gesunde Kräfte; mit Recht, das ist ein Rechenexempel. Man muß also die halben Kräfte mit Heimarbeit beschäftigen, um sie, sagen wir mal, mit auszunutzen im Interesse der Produktion und des Wiederaufbaus Deutschlands.

Die Notwendigkeit der Erhaltung der Heimarbeit wird nun aber leider noch immer von Ihren engeren Freunden (nach links) bekämpft, und es ist doch zum Beispiel höchst interessant, wenn man jetzt sogar zu Heimarbeiterinnen ins Haus geht und ihnen sagt, sie möchten nach Schweden oder nach Dänemark gehen, um dort als Vorarbeiterinnen in der Heimarbeit tätig zu sein, „denn hier hörte die Heimarbeit auf".

Wir können die Heimarbeit natürlich aber nur erhalten wollen, wenn wir ihre Form gesund gestalten. Dazu gehört, daß der Reichsarbeitsminister sein neulich geäußertes Wort möglichst bald in die Tat umsetzt. Der Krieg ist ja nun bald ein Jahr zu Ende, sogar die Republik ist bald ein Jahr alt, sodaß die Geschichte eigentlich nun bald losgehen kann.

(Heiterkeit.)

— Wir fordern erstens weitgehende Berücksichtigung beim (B) Betriebsrätegesetz, zweitens Verbot der Mitgabe der Arbeit nach Haus an Werkstattarbeiter; dann die Zwangskrankenversicherung für die Hausgewerbtreibenden — der Herr Minister hat da ja schon Aussichten gemacht —, und zwar so schnell als möglich unter Gleichstellung mit den übrigen gewerblichen Arbeitern, und Einbeziehung der Heimarbeiter in die Invalidenversicherung.

Das wären die kleinen Sachen. Die Hauptforderung ist aber, daß das **Hausarbeitgesetz**, das wir ja nun schon lange genug haben, nun wirklich in Kraft tritt. Im Oktober 1914 sollten die ersten **Fachausschüsse** errichtet werden, aber durch den Krieg wurde es verhindert. Wir fordern, daß die Fachausschüsse jetzt das werden, was wir uns immer wünschten: Lohnämter; daß sie die Befugnis bekommen, rechtsverbindliche Löhne festzusetzen, denn das ist des Pudels Kern. Die Krankheit der Heimarbeit war der Lohnstand. Die **Löhne in der Heimarbeit** müssen den Löhnen in der Industrie, in den Fabriken und in der Werkstatt gleichgestellt werden. Wir sind jetzt dauernd dabei, Tarifverträge abzuschließen. Aber wer im Gewerkschaftsleben Bescheid weiß, der weiß, daß Tarifverträge für Heimarbeiter zu erreichen, eine schwere Arbeit ist. Darum wünschen wir uns so dringend das Inkrafttreten des Hausarbeitgesetzes in den noch ausstehenden Punkten § 18 usw., damit durch die Fachausschüsse der Druck auf das Zustandekommen von Tarifverträgen geübt werden kann. Noch immer gibt es Arbeitgebergruppen, die da denken, sie können sich durch schlechtbezahlte Heimarbeit retten. Das darf nicht sein. Ich stehe hier als Vertreter der Interessen aller Arbeiter. — Ja, Herr Geyer, wenn Sie auch abwinken!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ich habe ja gar nichts getan!)

— Nicht? Oh, das ist ja herrlich, um so besser.

(Heiterkeit.)

Ich stelle fest: auch die äußerste Linke ist mit den (C) Forderungen der äußersten Rechten einverstanden.

(Heiterer Beifall rechts.)

Deutschland kommt schon wieder in die Höhe, wenn wir uns nur alle verstehen wollen.

Ich sage also: wir wollen die Heimarbeit aus den vorher gegebenen Gründen erhalten, und wir wollen sie gesund machen, und darum, Herr Reichsarbeitsminister, so schnell als möglich das Hausarbeitgesetz ausbauen und in Kraft setzen! Wenn das geschieht, bin ich beruhigt darüber, daß die Heimarbeit in Deutschland so wird, wie sie sein soll. Dann werden wir wieder auf einem Gebiete in der Welt führend sein, und wir müssen wieder führend werden!

Aber eine Forderung möchte ich nun doch noch anschließen. Der alte Reichstag — ich kann augenblicklich nicht sagen, welcher, aber die Herren, die Veteranen des Reichstages sind, werden es sicher wissen — hat einmal beschlossen, daß die staatlichen Behörden Aufträge an Heimarbeiterorganisationen geben sollen. Das hat die Heeresbehörde in großem Umfange und in vorbildlicher Weise getan. Der Krieg hat den Heimarbeitern einen großen Segen gebracht: er hat durch die Heeresnäharbeiten den Beweis erbracht, daß die Heimarbeit zu reformieren, zu regeln ist. Nun sagen wir: Regierung, Reichstag, alles was dazu gehört, tut euch jetzt zusammen — daß ich mitstimme, ist klar, aber alle anderen müssen es auch —, einigt euch darauf, **staatliche Aufträge an Heimarbeiter** auszugeben. Es ist hohe Zeit; denn sonst stehen wir vor Hunderttausenden von Frauen, die zwar arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, weil sie keine Arbeit finden. Da muß eingegriffen werden. Sie schützen damit nicht nur die einzelnen Arbeiterinnen; Sie schützen das Haus, die Familie; Sie schützen die Keimzelle der Gesundung unseres Volkes.

Zum Schluß lassen Sie mich dafür danken, daß es (D) möglich war, daß ich diese Rede hier halten konnte, ohne daß einer im Hause sich feindlich geäußert hat. Ich schöpfe daraus die Hoffnung, daß die Kollegen von den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Sozialdemokraten bereit sein werden, in ihren Reihen für Erhaltung der Heimarbeit einzutreten.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein! nein!)

Deutschland soll wieder stark werden. Alle hier im Hause haben gesagt, es kann nur durch Arbeit wieder stark werden. Geben Sie den Heimarbeiterinnen Arbeit, damit sie Brot haben und damit sie mit ihrer Hände Arbeit dazu beitragen können, daß Deutschland Waren ausführen und auf dem Weltmarkte wieder eine Macht werden kann.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Nur wenige Worte, nur um die Ausführungen meiner Vorrednerin nicht unwidersprochen zu lassen. Meine Vorrednerin hat das hohe Lied der **Heimarbeit** gesungen. Sie glaubt, daß ohne das Bestehen der Heimarbeit große Kreise der Bevölkerung nicht existieren können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter, der Ernährer der Familie, so viel verdienen muß, daß die Heimarbeit der Frau ausgeschaltet werden kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist der Kontrast, der zwischen uns beiden besteht. Die Heimarbeit ist eine Folge niedriger Löhne der männlichen Arbeiter, der Ernährer der Familie.

Wenn die Vorrednerin weiter glaubte, einen Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Heimarbeitern konstruieren

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) zu dürfen, indem sie sagte, die Heimarbeiter wollten keine **Arbeitslosenunterstützung**, und so den Anschein erweckte, als ob sie sagen wollte — sie hat das zwar nicht ausgesprochen —, daß die anderen Arbeiter Arbeitslosenunterstützung wünschen, dann kann ich der Vorrednerin erklären, daß auch die übrigen Arbeiter sehr gern auf die Unterstützung verzichten, wenn sie nur Arbeit bekommen; auch sie wünschen nicht die Unterstützung, sondern auch sie wünschen Arbeit.

Das **Elend der Heimarbeiterinnen** ist sprichwörtlich geworden. Darüber ein Wort zu verlieren, ist gar nicht notwendig, und auch die Schönfärbereien der Vorrednerin helfen darüber nicht hinweg. Ich möchte aber auf ein sehr schlimmes Kapitel aufmerksam machen. Abgeordnete Fräulein Behm hat darauf hingewiesen, daß beim Textilarbeiterstreik, wo die Arbeiterinnen, die in den Fabriken tätig waren, ihren Kindern wiedergegeben wurden, die Säuglingssterblichkeit zurückgegangen sei. Das mag richtig sein. Ich verweise aber darauf, daß bei der Heimarbeit die Möglichkeit besteht und sogar die Tatsache vorhanden ist, daß eine ungeheure **Ausnutzung kleiner** schwächlicher **Kinder** durch die Eltern erfolgt, wobei Hunderttausende von Kindern elend zugrunde gehen. Das ist das schwärzeste Kapitel der Heimarbeit, und schon um das zu beseitigen, verlangen wir die Beseitigung der Heimarbeit oder die Einschränkung der Heimarbeit auf das allernotwendigste.

Aber darüber sind wir uns doch klar: alle die Forderungen, die hier aufgestellt worden sind, daß die **Heimarbeit** nicht zu **Lohndrückereien** führen dürfe, daß die achtstündige Arbeitszeit nicht umgangen werden dürfe, sind doch nur fromme Wünsche, die nicht in die Tat umgesetzt werden und nicht umgesetzt werden können. In dem Augenblick, wo die Unternehmer für die Heimarbeit den gleichen Lohn bezahlen müssen wie für die Arbeit in den Fabriken, haben sie gar kein Interesse mehr an der (B) Heimarbeit;

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sie haben nur so lange Interesse an der Heimarbeit, als sie die Heimarbeit zu Lohndrückereien benutzen können. Solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, so lange wird auch die Ausbeutung der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen bestehen, und weil sie die schlimmste Seite der Ausbeutung darstellt, darum erklären wir uns gegen die Heimarbeit.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt; die Debatte ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Frau Abgeordnete Behm.

Behm, Abgeordnete: Persönlich möchte ich dem Kollegen Simon bemerken, daß ich mich in meinen Ausführungen beschränkt habe, weil die Zeit schon so vorgeschritten ist und wir alle gern zum nächsten Etat kommen wollen. Ich hätte sonst genau ausführen können, in welcher Form die Beschränkung des Arbeitsquantums usw. möglich ist. Ich brauche selbstverständlich nicht zu sagen, daß und wie mir die Gesunderhaltung unserer Jugend am Herzen liegt, und daß ich, weiß Gott, nicht wünsche, daß Kinder ausgebeutet werden. Ich bin überhaupt für keine Ausbeutung. Ich steckte doch wahrlich nicht seit mehr als 20 Jahren in der Heimarbeiterbewegung, wenn mir die Sache der wirtschaftlich Schwachen nicht so am Herzen läge.

Nun möchte ich noch eins sagen.

(Zuruf: Krückstock!)

— Ja, das ist der Krückstock des alten Fritz.

(Zurufe: Nicht persönlich!)

— Der Krückstock ist leider sehr persönlich.

(Heiterkeit.)

Ich kann Ihnen also nur sagen, wenn man so lange in (C) der Heimarbeiterinnenbewegung steht und so viel Häuser, in denen Heimarbeiterinnen wohnen, besucht hat, so viele Tausende von Heimarbeiterinnen persönlich kennt, dann weiß man wirklich Bescheid.

Nun möchte ich an dieser Stelle noch etwas sagen, was mir sehr am Herzen liegt.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Halt, ein persönliche Bemerkung!

Behm, Abgeordnete: Die Bemerkung ist ganz persönlich, denn ich habe weder von meiner Fraktion noch sonst wem Erlaubnis oder Auftrag dazu.

(Große Heiterkeit.)

Ich möchte jetzt etwas ganz Ernstes sagen. Übermorgen ist der Geburtstag der Frau, von der man in Berlin kaum noch spricht und die einst **Kaiserin** in Deutschland war. Ihr Herz hat für die Heimarbeiterinnen so warm geschlagen, daß mir einmal einer, der sie genau kennt, gesagt hat: „Fräulein Behm, die Kaiserin muß erst sterben, ehe sie die Not der Heimarbeiterinnen vergißt; das ist etwas, was ihr bis zu ihrem Tode am Herzen liegen wird“. Und nun lassen Sie mich noch hinzufügen, daß ich und mit mir Tausende der einsamen Frau in Amerongen in tiefer, nie verlöschender Dankbarkeit gedenken.

(Bravo! rechts. — Händeklatschen.)

Präsident: Die Beifallsbezeugungen durch Händeklatschen sind untersagt.

Es ist jetzt so viel von der Gesundheit der Heimarbeiterinnen und der Jugend die Rede gewesen, — ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn die Redner und Rednerinnen auch an die Gesundheit dieses Hauses denken würden. Wir sollten heute noch zu dem Etat des Reichsschatzamts kommen. Wenn aber der Herr Reichsschatzminister um 5 Uhr nicht mit seiner großen politischen (D) Rede beginnen kann, dann können wir ihm nicht zumuten, sie heute noch zu halten. Wir könnten aber den Etat bei einiger Einschränkung ohne irgendwelche sachliche Gefährdung bis dahin erledigen. Es tut mir leid, daß ich Sie immer und immer wieder auf solche Sachen aufmerksam machen muß.

Tit. 7 ist nicht beanstandet; er kann als genehmigt gelten.

Ich rufe nunmehr auf Tit. 8, — 9, — 10. —

Kap. 13 g, Reichsversicherungsamt. Der Herr Berichterstatter!

(Berichterstatter Abgeordneter Hoch: Verzichte!)

Bravo!

(Heiterkeit.)

— Diese Beifallsbezeugung ist dem Präsidenten doch wohl gestattet?

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich rufe auf Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11. —

Einmalige Ausgaben, Kap. 3b Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. — Bewilligt.

Zu Tit. 6 hat das Wort der Herr Abgeordnete Hermann (Württemberg).

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Für die **Schaffung eines Arbeitsgesetzbuchs** fordert der Etat 250 000 Mark an. Diese Forderung ist um deswillen zu begrüßen, als die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuchs zweifellos eine dringende Notwendigkeit darstellt. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn dieser Gedanke, der ja ganz besonders auch von meinem verstorbenen Freunde Flesch nachhaltig vertreten worden ist, baldmöglichst seine Regelung finden möge in einem Gesetzbuch des Arbeitsrechts,

(**Hermann** [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) in dem das seither bestehende Machtverhältnis in der Arbeit zu einem wirklichen Verhältnis des Rechtes ausgestaltet wird.

Wenn wir diese Notwendigkeit voll anerkennen, so möchte ich andererseits den Herrn Reichsarbeitsminister in diesem Zusammenhang auf eine ebenso wichtige Angelegenheit hinzuweisen mir gestatten. Nach dem Gang unserer Verhandlungen könnte man glauben, daß es sich bei diesem Etat überhaupt schließlich nur um die Interessen der Arbeitnehmer und Angestellten handeln würde. Meines Wissens unterliegt aber auch die Förderung des selbständigen Handwerks und Gewerbes dem Reichsarbeitsministerium. Nach dieser Richtung hin möchte ich dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß uns das Reichsarbeitsministerium baldmöglichst eine Vorlage über die **Reform des bestehenden Handwerkerrechts** vorlegen möge. Das Handwerkergesetz vom Jahre 1897 und das, was ihm noch gefolgt ist, hat eine Handwerkergesetzgebung eingeleitet, die sich großenteils bewährt hat. Sie ist aber zweifellos zum Teil durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt, andererseits war sie von Haus aus reformbedürftig. Auf Einzelheiten, was in dieser Beziehung alles zu wünschen wäre, will ich mich in diesem Zusammenhange nicht einlassen, sondern möchte meine Anregung dahin zusammenfassen, daß der gesamte Aufbau der Handwerkerorganisation gesetzgeberisch auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden sollte. Das ist infolge der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Arbeitsgemeinschaften, der Regelung der Lohnverhältnisse, dringend notwendig geworden.

Daneben ist auch der Ausbau des Überbaues der Unterorganisation des Handwerks, der **Handwerkskammern**, unbedingt erforderlich; denn auch sie entsprechen in ihrem heutigen Aufbau durchaus nicht mehr dem Stande der Entwicklung. Bei diesem Ausbau des Handwerkerrechts (B) muß auch ganz besonders die Betätigung der Handwerkskammern auf wirtschaftlichem Gebiete, ihre Selbstverwaltung, ihre Befreiung von behördlicher Bevormundung, sichergestellt werden müssen und veraltete Bestimmungen, einer modernen Auffassung Platz machen. Die Selbstverwaltung dieser öffentlich-rechtlichen Berufsorganisationen muß befreit werden von den Schlacken des alten Obrigkeitsstaates, von dem unberechtigten Mißtrauen gegenüber dem Handwerk.

Weiterhin bitte ich auch, die Frage zu prüfen, inwieweit mit Rücksicht auf die zukünftige Gestaltung der Bezirkswirtschaftsräte usw., wie sie für den Aufbau des Reichswirtschaftsrates vorgesehen sind, eine bezirksweise Zusammenfassung des Handwerks durchzuführen ist, etwa in Form der früher schon geplanten **Bezirkshandwerkerausschüsse**.

Sodann liegt es mir besonders am Herzen, in diesem Zusammenhange die Bitte auszusprechen, das Reichsarbeitsministerium möchte einmal nachdrücklichst die Frage prüfen, inwieweit unter den veränderten Verhältnissen **eine soziale Fürsorge für die Kreise des selbständigen Mittelstandes** möglich und durchführbar erscheint, wenn man dabei den Grundgedanken aufrechterhält und in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt, daß es sich um die Schaffung einer sozialen Fürsorgegesetzgebung handelt, bei der die Selbständigkeit des Mittelstandes unangetastet bleibt.

Zweifellos sind durch die Entwicklung, die uns der Krieg gebracht hat, weite Schichten des Handwerks und Kaufmannsstands in ihrer Lebensmöglichkeit sehr heruntergedrückt worden. Durch die starke Verschlechterung des Gesundheitszustandes ist eine soziale Fürsorge notwendiger denn je. Die soziale Fürsorge hat sich seither in der Hauptsache auf Arbeiter und Angestellte beschränkt mit der Möglichkeit der freiwilligen Versicherung für Handwerker, (C) von der leider sehr wenig Gebrauch gemacht worden ist, sodaß angesichts der Entwicklung die Frage geprüft werden muß, ob nicht die Schaffung einer obligatorischen Fürsorge geboten ist. Ich meinerseits bejahe diese Frage.

Bezüglich der Mittel für Wiederbelebung der Bautätigkeit, die angefordert worden sind und die in die Hunderte von Millionen gehen, möchte ich der Forderung Ausdruck geben, daß das Reichsarbeitsministerium seinen ganzen Einfluß dahingehend geltend machen möge, daß die **Vergebung** dieser gewaltigen Arbeiten **an die Organisationen des Handwerks** erfolgt, wobei ich durchaus damit einverstanden bin, daß die Arbeitnehmer dabei entsprechend mitzuwirken haben. Ich kann mir von einer Mitarbeit der Arbeitnehmer bei diesen Dinge nur eine Verbesserung des jetzigen Zustandes, der sinnlosen Unterbietungen und der Berücksichtigung niedrigster Gebote versprechen. Wenn die Arbeiter selbst darauf sehen können, daß nur zu Bedingungen und zu Preisen, die ein wirtschaftliches Weiterleben ermöglichen, vergeben wird, so kann das der Arbeitgeber nur begrüßen.

Auf diese Anregungen gegenüber dem Herrn Reichsarbeitsminister möchte ich mich vorläufig beschränken und lediglich noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß man im Reichsarbeitsministerium dem selbständigen Gewerbe in jeder Beziehung Rechnung tragen möchte und auch ihm eine entsprechende Fürsorge angedeihen lassen wolle. In den Kreisen des deutschen Handwerks und Gewerbes ist man der Auffassung, daß nach dieser Richtung viel zu wünschen ist und daß das Reichsarbeitsministerium gerade diesem Teil unserer einheimischen Wirtschaft mehr denn seither seine besondere Beachtung schenken möchte. Ich glaube, es genügt, wenn ich dem Herrn Reichsarbeitsminister diese Bitte ausspreche, daß er von sich aus überall dort, wo es nach der Auffassung auch der behördlichen Vertretung des Handwerks notwendig ist, dem Handwerk Entgegenkommen zu beweisen, Hand anlegen möge. (D) Dazu gehört allerdings, daß man beispielsweise der Zentralinstanz des deutschen Handwerks, dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertage, wenn er Eingaben und Anfragen an das Reichsarbeitsministerium richtet, zum mindesten eine Antwort gibt. Das muß die Zentralinstanz des deutschen Handwerks verlangen. Ich kann wohl verstehen, daß bei dem großen Drang der Geschäfte manches versäumt wird, daß es beispielsweise aber nicht einmal möglich war, die Gründungsversammlung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks vom Reichsarbeitsministerium aus zu beschicken, ist sehr bedauerlich. Das mögen nur Kleinigkeiten sein, die aber doch bei Beurteilung der ganzen Sachlage stimmungsmäßig sehr ins Gewicht fallen.

Ich möchte mit dem dringenden Wunsche schließen, daß der Herr Reichsarbeitsminister neben der Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten sich die Förderung des selbständigen Mittelstandes zur ganz besonderen Aufgabe macht.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneter Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Ich will für meine Fraktion nur ein paar erklärende Worte sagen. Es ist hier bei dieser Gelegenheit viel über die Betriebsräte und das **Betriebsrätegesetz** gesprochen worden. Ich habe zu erklären, daß meine Fraktion die Auseinandersetzung mit der Regierung über Betriebsräte und Betriebsrätegesetz verschiebt bis zu dem Zeitpunkte, wo das Betriebsrätegesetz hier im Hause der Beratung unterliegt.

Präsident: Die Position ist nicht angefochten: ich erkläre sie für genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 7. — Angenommen.

(Präsident.)

(A) Bei Tit. 8, Beihilfen an Lieferungsverbände zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der für den Hausbrand erforderlichen Kohle, ist angeregt worden, mit seiner Besprechung zu verbinden Kap. 2 Tit. 5 im außerordentlichen Haushalt, Beihilfen an die Lieferungsverbände zur Milderung der infolge des Krieges unter der minderbemittelten Bevölkerung hervorgerufenen Notstände (frühere gemeindliche Kriegswohlfahrtspflege). Es scheint in der Tat zweckmäßig zu sein, beide Titel miteinander zu verbinden. — Das Haus ist mit der Verbindung einverstanden.

Zu diesem letzteren Tit. 5 von Kap. 2 der außerordentlichen Ausgabe hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Lüders zum Wort gemeldet. — Sie ist nicht anwesend.

Dann kann ich diese beiden Titel, nämlich Tit. 8 der einmaligen Ausgaben und Tit. 5 von Kap. 2 des außerordentlichen Haushalts, für genehmigt erklären.

Tit. 9, Förderung des Arbeitsnachweiswesens, ist bereits erledigt.

Nun rufe ich auf B, außerordentlicher Haushalt, Kap. 2 Tit. 1 und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Bei Beratung dieser Forderung wurde festgestellt, daß die geforderten Mittel bei weitem nicht ausreichen, das vorhandene Bedürfnis zu befriedigen. Aus diesem Grunde wird erwogen, ob nicht ein anderer Weg einzuschlagen sein dürfte. Außerdem ist die Frage gestellt worden, wie das Reichsarbeitsministerium die Verteilung der Gelder im besetzten Gebiete vorzunehmen beabsichtige. Darauf wurde geantwortet, für die besetzten Gebiete sei eine Sonderaktion eingeleitet worden; es hätten auch bereits Besprechungen in Koblenz stattgefunden, über deren Ergebnis aber noch nichts mitgeteilt werden könne. Jedenfalls sollten das (B) Saargebiet und die anderen Gebiete nicht schlechter behandelt werden als die dem Reiche verbliebenen Gebiete.

Präsident: Der Titel selbst ist nicht angefochten; er ist bewilligt.

Ich rufe weiter vom außerordentlichen Haushalt auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5 ist bereits vorhin erledigt worden, — 6, — 7. — Angenommen.

Zu Tit. 8, allgemeine Erwerbslosenfürsorge, hat sich zum Wort gemeldet die Abgeordnete Frau Reitze. Ich erteile ihr das Wort.

Reitze, Abgeordnete: Geehrte Versammlung! Die Reichsarbeitslosenversicherung, die von der organisierten Arbeiterschaft seit langem gefordert worden ist, hat einen Vorläufer gefunden in der **Erwerbslosenfürsorge,** die durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel bestritten wird. Über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit braucht an dieser Stelle nichts mehr gesagt zu werden. Die besten Berater und Befürworter der Erwerbslosenfürsorge finden wir naturgemäß in den Reihen derjenigen, die aus eigenem Erleben die Nöte arbeitsloser und damit brotloser Zeiten kennen gelernt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wem das Gespenst der **Arbeitslosigkeit** droht, dem gehen in der Tat alle die erhabenen Gefühle für das Große und Schöne im Leben verloren. Und das ist kein Wunder. Jeglicher Existenzmittel beraubt, ist der Beschäftigungslose dem Hunger und dem Elend preisgegeben. Wer in solchen Zeiten von dem geraden Wege nicht abweicht, der verfügt über eine Charakterfestigkeit, wie sie größer nicht gedacht werden kann,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und Tausende und aber Tausende deutscher Volksgenossen haben bisher in vielen, vielen Tagen, Wochen und Monaten eine solche **Charakterstärke** bewiesen.

(C) Eine öffentliche Unterstützungseinrichtung hat es vorher nicht gegeben, schließlich sahen sich die Gewerkschaften gezwungen, Fürsorgemaßnahmen zu treffen, die wenigstens ihren Mitgliedern in arbeitslosen Zeiten einige Existenzmittel boten. Die wiederholten Rufe der Arbeitervertretungen nach einer Arbeitslosenversicherung verhallten wirkungslos in den Parlamenten. Erst der Krieg machte die gesetzgeberischen Körperschaften geneigt, Mittel für die Erwerbslosenfürsorge bereitzustellen, und heute wird im Ernst niemand daran denken, die öffentliche Erwerbslosenfürsorge ohne weiteres wieder einzustellen. Eine endgültige Regelung wird freilich erst durch die **obligatorische Reichsarbeitslosenversicherung** erfolgen können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Ausarbeitung dieses Reichsversicherungsgesetzes müssen die Erfahrungen, wie sie auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge gemacht sind, die nötige Beachtung finden.

Heute habe ich einige Wünsche vorzutragen, die von denen erwogen werden, die leider die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen müssen. Unnötig zu sagen, daß der allergrößte Teil lieber heute als morgen in eine Beschäftigung eintreten würde,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wie denn ja auch die beste Arbeitslosenfürsorge die Arbeitsbeschaffung ist. Auch ich richte daher die dringende Bitte an die Gemeinden, die **Notstandsarbeiten** und andere notwendige Arbeiten auf dem schnellsten Wege in Angriff zu nehmen. Den Arbeitslosen wird damit außerordentlich gedient und der allgemeine Geldbeutel geschont werden. Auch kann man bei größerer Arbeitsbeschaffung den unberechtigten Beziehern viel besser nachgehen.

Der Kollegin v. Gierke möchte ich bemerken, daß an den Aufbau der Erwerbslosenfürsorge erst dann gedacht werden kann, wenn genügende Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, nicht aber durch Abschaffung des jetzt eingeführten **Achtstundenarbeitstages.** (D) Wünsche einzelner Arbeiter, länger als acht Stunden täglich im Berufe tätig zu sein, sind doch nichts weiter als ein Beweis von einem Mangel an sozialem Empfinden. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit wird in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft gerade die Frage erwogen, ob es durch Kürzung der jetzigen Arbeitszeit nicht möglich wäre, einen Teil der Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen. Kein Wort der Beschuldigung über den Mißbrauch, der angeblich zurzeit in der Nutznießung der Fürsorge getrieben werden soll. Das sind zum Teil organisatorische Mängel, die dem einen oder anderen die Unterstützung zugute kommen lassen. Aufgabe der Erwerbslosen wird es sein, **mißbräuchliche Benutzung der Unterstützungseinrichtungen** mitaufdecken zu helfen. Jeder Mißbrauch wird auch von uns auf das schärfste verurteilt. Das kann uns natürlich nicht abhalten, sondern verpflichtet uns um so mehr, für die Beseitigung der Härten einzutreten, unter denen die Arbeitslosen ganz allgemein zu leiden haben. Die jetzigen **Unterstützungssätze** reichen bei den heutigen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht aus, um den Erwerbslosen ein Auskommen zu ermöglichen. Die einfachste Lebensführung in den Großstädten erfordert große Mittel. Die von dem Herrn Arbeitsminister angekündigte Beihilfe muß so schnell wie möglich zur Wirklichkeit werden. Die Erwerbslosen blicken mit großer Sorge in die Zukunft und möchten gern Gewißheit haben, wie sich ihre Lage im Winter gestalten wird. Meines Erachtens wäre die beste und einfachste Hilfe eine Heraufsetzung der in den Großstädten gezahlten Höchstsätze.

Nun noch einige Worte über die **Unterstützungssätze für die Frauen.** Von jeher gewohnt, die Frauen weit niedriger eingeschätzt zu sehen als die Männer, haben wir

(Reitze, Abgeordnete.)

(A) doch mit gemischten Gefühlen die Ungleichheit der Festsetzung der Höchstsätze zwischen männlichen und weiblichen Personen wahrgenommen. Es entzieht sich durchaus unserer Kenntnis, welche Gründe bei der Festsetzung der Höchstlöhne maßgebend gewesen sind. Soviel wir auch darüber nachgedacht haben: stichhaltige Gründe für ein solches Vorgehen haben wir nicht gefunden. Der Leitgedanke bei der Festsetzung der Höchstsätze kann doch nur gewesen sein, jedem Erwerbslosen das unbedingt Notwendige zum Lebensunterhalt zu gewähren. Wenn man schon eine Abstufung nach Altersklassen machte, warum dann noch außerdem auch eine nach dem Geschlecht? Hier hat leider zweifellos die fast überall übliche Einschätzung von der billigeren und geringeren weiblichen Arbeitskraft mitgewirkt. Da wird es Sache der Frau sein, mehr als bisher für die Grundforderung gleicher Löhne bei gleicher Leistungsfähigkeit und gleicher Löhne bei gleicher Verwendbarkeit sich einzusetzen. Bei der Festsetzung der Aufwandsentschädigungen, die die gesetzgebenden Körperschaften zahlen, ist doch von vornherein eine Gleichstellung der beiden Geschlechter beliebt worden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach den jetzt gezahlten Sätzen erhalten die männlichen Personen über 21 Jahre in der Klasse A 6 Mark täglich, weibliche Personen der gleichen Altersstufe dagegen nur 3,50 Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Läßt sich diese Abstufung bei ledigen Personen, die bei fremden Leuten wohnen müssen, schon nicht rechtfertigen, so bei verheirateten alleinstehenden Frauen erst recht nicht. Kommt es doch recht oft vor, daß ein lediger Mann 6 Mark täglich bekommt, während eine Frau, die entweder keinen Ernährer mehr hat oder von ihrem Manne getrennt lebt, mit 3 Kindern nur eine tägliche Unterstützung von 6,50 Mark erhält.

(B) (Hört! hört!)

Die Erfahrung lehrt uns ja, daß des öfteren die Männer, die ihre Familie verlassen haben oder von ihrer Familie verlassen worden sind, sich der Unterhaltspflicht zu entziehen wissen, daß es aber auch Umstände gibt, wo der Mann in der Tat nichts für seine Famile tun kann, weil ihm keine genügende Erwerbsquelle zur Verfügung steht. Die Ungerechtigkeit soll noch ein anderes Beispiel illustrieren. Einem verheirateten Mann mit Frau und zwei Kindern stehen täglich 9,50 Mark zu, während einer alleinstehenden Frau mit 3 Kindern nur 6,50 Mark gewährt wird. Die eine Familie hat somit ein Drittel weniger als die andere. Dabei handelt es sich jedesmal um eine vierköpfige Familie.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? Die Grundausgaben für Miete, Kleidung, Feuerung und Licht sind doch die gleichen. Hier muß also unbedingt ein Ausgleich herbeigeführt werden.

Auch die erwerbslosen Frauen von Invaliden sind in den Unterstützungssätzen den Männern gleichzustellen, da sie doch in der Tat die Ernährer ihrer Familien sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die geringe Invalidenrente sollte man wahrlich nicht in Anrechnung bringen. Eine an mich gerichtete Zuschrift, die kritisch diese Tatsache beleuchtet, enthält folgende Äußerung:

> Wenn man mit grausamer Galanterie die höhere Intelligenz des Mannes, den größeren Hausfleiß der Frau in Betracht zieht, kann damit der hohe Unterschied nicht aufgehoben werden. Es ist in keiner Weise zu begründen, daß die Frau niedriger unterstützt wird als der Mann. Soweit es sich um Mütter handelt, ist es ein Verbrechen an der Zukunft; denn was man spart an (C) rechtmäßiger Lebensmöglichkeit für die Kinder, muß man nachher um so schmerzlicher für Gefängnisse, Erziehungsheime und Krankenhäuser ausgeben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ähnlich klingende Äußerungen hören Sie täglich aus den Reihen der erwerbslosen Frauen. Abhilfe ist also hier dringend geboten.

Vielfach ist auch die Ansicht vertreten, daß **ledige weibliche Personen** zu Unrecht die **Erwerbslosenfürsorge** in Anspruch nehmen. Nur eine wirklich durchgreifende Kontrolle kann die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung beweisen. Im Interesse der auf die Fürsorge angewiesenen jungen Mädchen und Frauen liegt es, wenn durch eingehende Untersuchungen jeder Mißbrauch aufgedeckt wird.

Eine mißbräuchliche Benutzung vermeint man auch damit zu erklären, daß des öftern **Frauenkräfte in den Haushaltungen** verlangt werden, während im Vergleich zu der großen Zahl weiblicher Arbeitsloser keine nennenswerten Meldungen eingehen. Dem kann entgegengehalten werden, daß beispielsweise der weibliche Arbeitsnachweis in Hamburg wiederholt bekannt gab, er sei in der Lage, eine große Zahl guter weiblicher Kräfte für hauswirtschaftliche Verrichtungen zu vermitteln. Allerdings wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nur Tagesstellen in Betracht kämen. Das ist in den Zeitverhältnissen nun einmal begründet und ist mit eine Folge der weitverbreiteten Auffassung, in dem Dienstmädchen ein halbes Aschenbrödel zu sehen.

Die Arbeitsämter sind nun in letzter Zeit dazu übergegangen, alleinstehende Frauen mit vier und mehr Kindern der **Armenfürsorge** zu überweisen. Der Gedanke, der zu dieser Bestimmung geführt hat, ist vom Standpunkte der Volkswohlfahrt durchaus zu begrüßen.

(D) (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man geht von der richtigen Voraussetzung aus, daß eine Mutter mit vier und mehr Kindern, die ihre ganze Zeit für ihre Kinder nötig hat, nicht durch Arbeiten in fremden Dienst ihrer Bestimmung entzogen werden darf; denn die Kinder der Ärmsten haben nicht nur ein Recht auf Fürsorge, sondern auch auf die Liebe der eigenen Mutter. In der Praxis sind nun diese Mütter weit schlechter gestellt, da die Armenfürsorge nicht die Unterstützungssätze zahlt, die diesen Müttern nach den Satzungen der Erwerbslosenfürsorge zustehen würden. So stehen sich in Hamburg solche Mütter um 55 Mark monatlich schlechter.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diesen Müttern, die nach der Erwerbslosenfürsorge 195 Mark beziehen könnten, werden nach der Armenfürsorge nur 140 Mark monatlich gezahlt. Diese Mütter fühlen sich daher stark benachteiligt und versuchen, aus eigener Kraft Arbeit zu bekommen, damit sie ihren Kindern wenigstens das zum Leben Notwendige gewähren können.

Einem großen Teil der **Arbeitsinvaliden** ergeht es nicht besser. Es sind diejenigen, die während des Krieges in den Betrieb eingestellt wurden und durch das große Angebot gesunder Arbeitskräfte nun entlassen werden. Auch die werden den Armenämtern überwiesen und müssen sich mit den oft beschämend niedrigen Sätzen der Armenunterstützung begnügen. Nicht nur, daß sie materiell schlechter gestellt sind, sondern sie werden obendrein von jeder Arbeitsbeschaffung durch das Arbeitsamt ausgeschlossen. Der Wunsch der Arbeitsinvaliden geht nun dahin, bis zur gesetzlichen Neuregelung ihre Überweisung an die Armenämter einzustellen und die bisher aus der Erwerbslosenfürsorge entlassenen Arbeitsinvaliden an das Arbeitsamt zurückzuverweisen. Diesem Wunsch möchte ich nun den allergrößten Nachdruck verleihen. Nach Art. 163 der Verfassung soll jedem Deutschen die Möglichkeit ge-

(Reitze, Abgeordnete.)

(A) geben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm aber angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, soll für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt werden.

Außerordentlichen Schwierigkeiten und Hindernissen werden wir bei der Durchführung des Artikels der Verfassung begegnen. Doch wird uns zur Überwindung all dieser Hemmnisse eine gut aufgebaute **Reichs-Arbeitslosenversicherung** eine willkommene Stütze sein. Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, diesen neuen Versicherungszweig baldigst durchgeführt zu sehen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Pick.

Pick, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die jetzige Forderung von 400 Millionen Mark, die wieder erhoben ist zur Unterstützung der Erwerbslosen, ist eine Folge der Unterlassung in der Vergangenheit. Wären wir in der Vergangenheit bereit gewesen, eine vernünftige **Erwerbslosenversicherung** einzuführen, dann brauchten wir heute diese ungeheure Summe nicht erst in Anspruch zu nehmen.

Nun stehen sich bei der ganzen Sache die Interessen der Erwerbslosen den Interessen der Allgemeinheit gegenüber. Wir sind verpflichtet, die beiden zu wahren und beide miteinander in Verbindung zu bringen.

Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, die seitens der Vorrednerin vorgebracht wurden; aber ich möchte das eine noch gesagt haben: es gilt hier, vor allen Dingen dafür zu sorgen — das mag nun in manchen Ohren vielleicht sehr unangenehm klingen, es soll aber kein Vorwurf gegenüber irgendwelchen Arbeitslosen sein —, die **Arbeitsfreudigkeit** in unserm deutschen Volk wieder zu wecken. Vor knapp einer Stunde sprachen wir darüber, daß es im Bergbau an Arbeitskräften fehlt. Jetzt (B) sprechen wir darüber, daß wir 400 Millionen an Arbeitslosenunterstützung ausgeben müssen. Hier klappt etwas nicht im Staate Dänemark. Hier muß ein vernünftiger richtiger Ausgleich geschaffen werden. Wenn jeder Anspruch darauf hat zu leben, dann muß aber auf der anderen Seite auch verlangt werden, daß jeder die Verpflichtung hat zu arbeiten, und daß man heute nicht die Arbeit aussuchen kann, die einem am besten zusagt. Das liegt nun einmal in der Natur der Verhältnisse, und ist ein ganz unangenehmer Zustand, ist aber nun leider einmal nicht zu ändern. Wir müssen also dafür sorgen, daß die Arbeitsfreudigkeit des deutschen Volkes in allen Ständen und Kreisen gehoben wird. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, daß jede Arbeit, die angeboten wird, auch angenommen wird, und dann dafür sorgen, daß unter allen Umständen ohne Verzögerung die Errichtung einer Erwerbslosenversicherung in Angriff genommen wird, damit wir in Zukunft von derartigen unliebsamen Überraschungen — denn es ist eine Überraschung — und von derartigen unliebsamen Ausgaben verschont bleiben. Dann werden wir zu einer Gesundung unserer Verhältnisse kommen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Der Titel ist nicht weiter angefochten; — er ist genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 9, Kosten für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. — Angenommen.

Ich rufe auf Tit. 10, Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Meier (Sachsen).

Meier (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In ihrer Sitzung vom 21. August hat die Nationalversammlung gewissermaßen als Abschluß ihrer Weimarer (C) Tagung einen Antrag aller ihrer Parteien angenommen, der besagt:

die Regierung zu ersuchen:

1. sofort ausreichende Mittel zur schleunigen Gewährung von **Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene** zur Verfügung zu stellen,
2. vor dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge vertretenen Organisationen zu hören,
3. der Nationalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt eine genaue Darlegung über die bisherigen Aufwendungen für Kriegshinterbliebene nach Art und Höhe vorzulegen unter besonderer Berücksichtigung der infolge dieses Beschlusses aufgewendeten Mittel,
4. das in Aussicht gestellte Mannschafts- nnd Hinterbliebenenversorgungsgesetz schleunigst vorzulegen.

Was in dem Beschluß unter Nr. 1 verlangt ist, ist leider noch nicht durchgeführt, und wenn damals der Antrag, der von allen Parteien gestellt und einmütig angenommen worden ist, eine gewisse Freude bei den Kriegshinterbliebenen hervorgerufen hat, so ist diese Freude nicht mehr vorhanden, weil der Beschluß noch nicht durchgeführt ist. Noch immer ist die schleunige Gewährung einer Beihilfe nicht erfolgt. Ich nehme an, daß nunmehr, nachdem im Etat eine Summe von 100 Millionen eingestellt ist, das Reichsarbeitsministerium diese einmalige Beihilfe auf dem schnellsten Wege den Kriegshinterbliebenen zuführen wird.

Soweit der Beschluß unter 2 in Betracht kommt, setze ich als selbstverständlich voraus, daß die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vertretenen Organisationen gehört worden sind, (D) und möchte ich weiter wünschen, daß Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in die neuen Versorgungsämter hineinkommen.

Der Beschluß unter 3, daß die Nationalversammlung bei ihrem Zusammentritt eine genaue Darlegung vorgelegt bekommen soll, ist leider ebenfalls nicht durchgeführt worden, sodaß eine genaue Übersicht leider nicht möglich ist. Ich bitte das Arbeitsministerium dringend darum, uns diese Zahlen vorzulegen, damit einmal ein klares Bild über die **Aufwendungen an Kriegshinterbliebene** usw. gegeben wird.

Ich habe bereits darauf verwiesen, daß in den Etat 100 Millionen eingestellt sind. Mir scheint die Summe außerordentlich niedrig zu sein, und ich möchte darauf verweisen, daß bei den interfraktionellen Verhandlungen in Weimar sich alle Parteien darüber einig waren, daß eine einmalige Auszahlung auf dem schnellsten Wege erfolgen solle. Damals war die Auszahlung derartig gedacht, daß die Kriegswitwen und Kriegseltern eine einmalige Beihilfe von 300 Mark, die Halbwaisen von 50, und die Vollwaisen von 100 Mark erhalten sollen. Man hatte damals die Absicht, eine bestimmte Summe in diesem Etat zu nennen und redete von 300 Millionen. Aber die Regierung, die dem Antrage an sich zustimmte, schlug vor, keine bestimmte Summe zu nennen, weil sie davon ausging, daß möglicherweise im Verfolg dieses Beschlusses die Summe höher sein könnte als 300 Millionen. Nachdem aber in dem Etat nur 100 Millionen eingestellt sind, scheint die Tendenz des Antrages vom Reichsarbeitsministerium verkannt worden zu sein; jedenfalls ist ihr nicht Rechnung getragen worden. Es kommt darauf an — und darüber waren sich damals alle Parteien einig —, daß möglichst schnell etwas gegeben werden soll.

(Meier [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Über die **Notlage der Kriegshinterbliebenen** glaube ich an dieser Stelle kein Wort verlieren zu müssen. Ich habe bei der Begründung der Interpellation am 14. Juli eingehend die Notlage der Kriegshinterbliebenen dargelegt und brauche nur hinzuzufügen, daß sich die Verhältnisse keineswegs verbessert, sondern infolge der fortgesetzten Preissteigerungen außerordentlich verschlimmert haben.

Soweit ich im Ausschuß für den Reichshaushalt eine Aufklärung verlangte, habe ich aus der Antwort, die mir seitens der Regierung gegeben worden ist, entnommen, daß im wesentlichen nur für Kinder eine einmalige Zuwendung erfolgen soll und daß man im allgemeinen die Bedürftigkeit entscheiden lassen soll. Wir haben bei der Beratung dieses Antrags uns von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß nur die bedürftigen Kriegshinterbliebenen in Betracht kommen können. Aber wir wünschen doch, daß der Begriff „Bedürftigkeit" nicht zu eng gefaßt wird. Wir haben während des Krieges mit dem Begriff „Bedürftigkeit" die allerschlimmsten Erfahrungen gemacht. Wir wissen, daß bei den Recherchierungen über die Verhältnisse der Kriegerfamilien nicht immer das Richtige getroffen worden ist. Wenn die Pfleger und die sonstigen Personen, die beauftragt waren, die Verhältnisse der einzelnen Kriegerfamilien zu ergründen, in die Wohnungen hinkamen und die Wirtschaft noch einigermaßen in Ordnung fanden, so glaubte man, daß die Bedürftigkeit nicht gegeben sei. Ich möchte bitten, daß das Arbeitsministerium dem **Begriff „Bedürftigkeit"** eine andere **Auslegung** gibt, als das bei der Kriegsunterstützung im allgemeinen geschehen ist.

Ich bin der Meinung, daß auf dem schnellsten Wege etwas getan werden muß, damit die einmalige Beihilfe, die den Kriegshinterbliebenen durch den Beschluß vom 21. August versprochen worden ist, nunmehr zur Durchführung kommt. Der Herr Arbeitsminister Schlicke (B) hat am Sonnabend erklärt, daß nunmehr der **Gesetzentwurf über die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen** alsbald der Nationalversammlung zugehen soll. Wir begrüßen die Ankündigung des Gesetzentwurfs, der nun schon so lange in Aussicht gestellt worden ist. Meine Fraktion wird das Gesetz so zu gestalten versuchen, daß sowohl die Kriegsbeschädigten, die ihre Gesundheit, die ihre Glieder in die Schanze geschlagen haben, wie auch die Kriegshinterbliebenen, die den Ernährer, den Erzieher, die ihr Alles hingegeben haben, vor der größten Not geschützt werden, in die sie ohne ihr Verschulden hineingekommen sind.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Der Posten ist nicht angefochten; ich erkläre ihn für genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 11, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20. — Angenommen.

Damit sind die Ausgaben erledigt.

Ich rufe auf die Einnahmen, Kap. 8b Tit. 1, — 2, — 3, — 4. — Damit sind auch die Einnahmen genehmigt, und der Etat des Reichsarbeitsministeriums ist erledigt.

Wir sind zwar in der Zeit ziemlich weit vorgeschritten, aber ich möchte Ihnen doch vorschlagen, noch in die Beratung des Reichsschatzministeriums einzutreten. Wieweit wir dabei kommen, muß ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls beabsichtige ich, zunächst noch den Herrn Berichterstatter zum Wort kommen zu lassen. Wir müssen das tun, denn wir brauchen notwendig jede Minute.

(Zustimmung.)

Wir treten also ein in die Beratung des folgenden Gegenstandes der Tagesordnung:

Haushalt des Reichsschatzministeriums (Anlage VIII a).

(C) Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1255 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Stücklen,
für die Petitionen: Abgeordneter Ersing.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Stücklen, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Das **Reichsschatzministerium** wird sich seinem Aufgabenkreise nach zu einem der umfangreichsten Reichsministerien entwickeln. Dem Ministerium untersteht die Verwaltung der Heeres- und Marinebetriebe, die Versorgung des Heeres und der Marine mit Verpflegung, Unterbringung und Bekleidung; es unterstehen ihm die Kasernen, die Bekleidungsämter, die Remontedepots, die Proviantämter, die Armeekonservenfabriken, Mühlen und Bäckereien. Die Bekleidungsämter werden zum Beispiel unter anderem die Aufgabe haben, in Zukunft den Bedarf der gesamten Beamtenschaft an Dienstkleidung zu decken.

Das Ministerium gliedert sich, um das vorwegzunehmen, in drei Abteilungen. Die erste ist die Industrieabteilung, die zweite die Verwaltung der Immobilien, die dritte hat die **Verwertung der** noch vorhandenen und entbehrlichen **Heeresbestände** zur Aufgabe. Bis jetzt sind aus dieser Verwertung bereits drei Milliarden zugeflossen. Man schätzt den Wert des Heeresmaterials, der nicht an die Entente ausgeliefert oder zerstört werden muß, auf noch ein bis zwei Milliarden. Zweifellos ist viel verloren gegangen, teils durch Unredlichkeit, teils durch Unachtsamkeit, wie es auch zweifellos ist, daß durch das Versagen der Intendanturen beim Rückzug große Werte verloren gegangen sind, die man sonst dem Lande hätte retten können. Es ist zu wünschen, daß durch eine straffe Kontrolle dafür gesorgt wird, daß dem Schiebertum, das sich gerade bei der Verwertung von Heeresgut breitmacht, das Handwerk gelegt wird. (D)

Wie schon erwähnt, ist die Abteilung I die eigentliche Industrieabteilung. Auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Kohlenwirtschaft hat das Reich bereits gewaltigen Besitz. Eine Reihe von Werken gehören zum Teil dem Reich. So sind auch bereits verschiedene Aluminiumwerke reiner Reichsbesitz geworden. Die Abteilung I hat auch die Aufgabe, die bisherigen **Betriebe der Reichs- und Marineverwaltung,** soweit es möglich ist, auf Friedenswirtschaft umzustellen und weiter zu betreiben. Hier stellen sich allerdings gewaltige Schwierigkeiten in den Weg. Insbesondere die Neuanlagen bei diesen Betrieben, die ganz gewaltig sind, wurden für den jeweiligen Zweck gebaut, ohne daß man daran dachte, wie diese Baulichkeiten nach dem Kriege weiter verwendet werden könnten. Dazu kommt die Einseitigkeit in der Auswahl der Arbeiter. Man sieht überall eine Flut von Angestellten und Beamten, die in keinem Verhältnis zur Zahl der Arbeiter und zur Arbeitsleistung stehen. Schon daraus ergibt sich die große Schwierigkeit der Umstellung.

Im Ausschuß herrschte Einmütigkeit darüber, daß diese ganzen Betriebe künftig nach rein kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden müßten. Das setzt natürlich auch voraus, daß die Buchführung so ist, wie sie in kaufmännischen Betrieben üblich ist. Sobald als möglich muß der jetzige Wert der Anlagen festgestellt werden. Unter dem seitherigen System hat man bei diesen ganzen Werken und Anlagen nie einen Pfennig abgeschrieben, wohl aber die Kosten für Neuanschaffungen, Reparaturen usw. immer zugeschrieben. Auf diese Weise stellen alle die Anlagen, an denen viel herumrepariert und herumgebaut wurde, einen ganz immensen Wert dar, der natürlich in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Die Frage ist zunächst offen gelassen, ob alle diese Betriebe in eine eigene Gesellschaftsform gebracht oder alle diese Betriebe in

(**Stücklen**, Berichterstatter.)

(A) eine große Aktiengesellschaft umgewandelt werden sollen. Die Abteilung I hat jetzt bereits einen Industriekonzern zu verwalten, der der größte in Deutschland, vielleicht in ganz Europa ist, der sich bestimmt aber allmählich zu einem der größten Industriekonzerne der Welt auswachsen wird.

Unter solchen Verhältnissen ist die Beamten- und Arbeiterfrage naturgemäß außerordentlich wichtig geworden. Das große Heer der Beamten kann im Betriebe nicht weiter verwendet werden. Es besteht deshalb die Absicht, die sämtlichen **Beamten** zunächst auf Ruhegehalt zu setzen und es dann der Leitung zu überlassen, die tüchtigsten dieser Beamten herauszunehmen und sie weiter auf Privatdienstvertrag zu beschäftigen. In sämtlichen **Heeres- und Marinebetrieben** sind während des Krieges im Höchstmaß 240 000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt gewesen. Heute beträgt die Zahl 45 000. Sie ist aber täglich im Steigen begriffen. Im Ausschuß wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Rechte der Beamten nicht verkürzt werden dürften. Man einigte sich schließlich auf die Annahme einer Entschließung, die in der Drucksache 1255 unter II d abgedruckt ist.

Die **Gewinnung von Aufträgen** war einigermaßen erschwert, weil man in weiten Kreisen nicht das Vertrauen hatte, daß die Heeres- und Marinebetriebe die gestellten Lieferfristen und sonstigen Zusagen einhalten werden. In den Betrieben ist jetzt das **Akkordsystem** eingeführt, das nunmehr zu einer Steigerung der Arbeitsleistung geführt hat. Damit ist das Vertrauen zu diesen Betrieben gewachsen, und man darf annehmen, daß es gelingen wird, im Laufe der Zeit genügend Aufträge hereinzubringen. Die Betriebe des Reichs werden künftig in scharfen Wettbewerb mit der Privatindustrie zu treten haben, und der einmütige Wunsch des Ausschusses war der, daß die Betriebe sich nicht allein jedem Wettbewerbe gewachsen (B) zeigen, sondern daß sie auch in ihren künftigen Einrichtungen, insbesondere in der Fürsorge für Angestellte und Arbeiter, vorbildlich für die Industrie sein sollen. Aus diesem Grunde war der Ausschuß auch mit der ins Auge gefaßten Leitung und Aufmachung der Betriebe einverstanden.

Der Abteilung II, für die ein Unterstaatssekretär gefordert und bewilligt wurde, sind vom 1. Oktober ab alle **reichseigenen Immobilien** überwiesen worden, das bedeutet, daß von da ab alle Ressorts des Reichs mit Ausnahme von Post und Eisenbahn bei dem Reichsschatzministerium in Nießbrauch wohnen. Die ganze Verwaltung des Heeres und der Marine wurde entmilitarisiert und ist in Zivilverwaltung übernommen worden. Die Abteilung hat damit unter anderem auch alle Konservenfabriken, Proviantämter, Bekleidungsämter usw. übernommen und ist damit mit der gesamten Belieferung des Heeres, der Kasernen usw. in ihrem mannigfachen Verbrauche betraut. Dazu kommt die **Vermögensverwaltung in den besetzten Gebieten.** Nach den Vereinbarungen über die Besetzung der Rheinlande ist die deutsche Regierung verpflichtet, die Unterhaltungskosten der Besatzungsarmee zu tragen und den alliierten und assoziierten Truppen alle für sie erforderlichen militärischen Gebäude zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Einrichtungsgegenstände, Heizung und Beleuchtung zu beschaffen. Angesichts dieses ungeheuren Aufgabenkreises hatte der Ausschuß keine Bedenken, den geforderten zweiten Unterstaatssekretär zu bewilligen.

Allgemein wurde aber gefordert, daß die Militärverwaltung in rascherem Tempo als seither alles zur Verfügung stelle, was sie für ihre Zwecke nicht mehr benötige. Insbesondere kam zum Ausdruck, daß die überflüssig gewordenen **Truppenübungsplätze** wenn möglich zu Ansiedlungen verwendet werden sollen. Beim Verkauf soll (C) darauf geachtet werden, daß den Gemeinden der Vorrang gelassen wird. Im Falle der Verpachtung muß dies stets auf mehrere Jahre geschehen, damit für den Pächter die Schaffung und Hebung der Kultur des Bodens auch die aufgewendeten Mühen und Kosten lohne. Ein Vertreter der Regierung sagte Berücksichtigung dieser Wünsche zu und bemerkte, daß auch die Absicht bestände, diese Plätze teilweise aufzuforsten oder zur Herstellung von Weideflächen zur Förderung der Schafzucht zu benutzen. Auch sei beabsichtigt, das Land den früheren Eigentümern zurückzugeben oder auf 9 Jahre zu verpachten oder schließlich das Land den Siedlungsgesellschaften zu überlassen. Bei dem Verkauf sollen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um das Schiebertum auszuschließen und die Grundstücksspekulation zu verhindern. Der Reichswehrminister gab dann eine Übersicht über die Zahl der Truppenübungsplätze, die fernerhin noch benötigt seien. Von einem weiteren Redner wurde der Wunsch ausgesprochen, die in der Nähe der Städte liegenden Exerzierplätze, soweit sie entbehrlich sind, den Kommunen zu Bauzwecken zu überlassen, insbesondere aber bei der Schleifung der Festungswerke die Verwertung nicht vorzunehmen, ohne daß man sich mit der Festungsstadt in Verbindung gesetzt habe. Von einem Vertreter der Regierung wurde eine dahingehende Zusage gemacht. Zu der Frage der **Überlassung von Kasernen an die Städte** wird bemerkt, daß dies geschehen soll, wenn der Reichswehrminister die Kasernen als entbehrlich oder vorübergehend entbehrlich bezeichnet.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bemängelte ein Redner, daß ein Teil des **Heeresgutes** heute noch verschleudert werde. Man habe die Auffassung, daß im Reichsverwertungsamt Personen sitzen, die mit den interessierten Firmen eng liiert seien. So sei zum Beispiel Schrott und Blei weit unter dem Werte verkauft worden. (D) Ein Vertreter der Regierung gab darüber die Aufklärung mit dem Hinweis darauf, daß zur Zeit der Abschließung der Lieferungsverträge die Preise angemessen waren. Später habe sich allerdings eine wilde Preisentwicklung gebildet, die Regierung sei aber verpflichtet, abgeschlossene Verträge auch auszuführen. Von einem sinnlosen Verschwenden der Vorräte könne jedenfalls keine Rede sein. Beim Verkauf wurden Konsortien gebildet, die die Ware zum Schätzungspreise bekamen und sie dann verwerteten. Dafür erhielten sie Provision. Die Differenz zwischen dem Schätzungspreis und dem eigentlichen Kaufpreis wird so geteilt, daß das Reichsverwertungsamt zwei Drittel und das Konsortium ein Drittel bekommt.

Die Frage der **Verwertung der Feldwagen** sei außerordentlich schwierig, da die Landwirtschaft sie nicht haben wolle. Ohne Widerspruch wurde zum Ausdruck gebracht, daß damit kein Vorwurf gegen den Leiter der Abteilung III und seinen engeren Mitarbeiter erhoben werden solle.

Bei den weiteren Auseinandersetzungen wurde auch die Frage der **Lieferung von Heeresgut an die Tschecho-Slowakei** hinreichend geklärt. Es wurde insbesondere festgestellt, daß ein **Verkauf von Heeresgut an Polen** niemals stattgefunden habe.

Ein Antrag, einen besonderen Ausschuß zur Prüfung der Tätigkeit und der **Geschäftsführung des Reichsverwertungsamts** einzusetzen, wurde zurückgestellt, nachdem darauf hingewiesen worden war, daß ein praktisches Ergebnis kaum zu erzielen sei.

Im Laufe der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten dem Wunsche Ausdruck gegeben, mehr **Techniker** als bisher zu verwenden. Zwei Entschließungen, die Sie in der Vorlage auf Seite 2 finden, bringen unter a und b den Wunsch des Ausschusses in die nötige Form. Seitens der Regierung wurde zugesagt, den Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

(Stücklen, Berichterstatter.)

(A) Bei der Lektüre der Vorlage wird auffallen, daß im außerordentlichen Haushalt sehr große Summen zugesetzt worden sind, in einem Falle 50 Millionen, im zweiten Falle 5 Millionen, im dritten Falle 15 Millionen, im vierten Falle 330 Millionen. Das war eine Notwendigkeit, und es kann leider nicht gesagt werden, daß wir die Gewißheit haben, daß die gewaltigen Summen ausreichen werden.

In dem außerordentlichen Etat, in dem Sie diese Positionen finden, sind die Kosten enthalten, die durch die Besetzung der Rheinlande und durch die **Unterbringung und Unterhaltung der Überwachungskommissionen** entstehen, die von den Alliierten nach Deutschland entsandt werden. Sie mußten gegen den Etatsansatz ganz erheblich erhöht werden, und es liegt Grund zu der Annahme vor, daß auch diese Sätze kaum ausreichen werden. Nach dem Friedensvertrag sind unsere bisherigen Gegner berechtigt, nach Deutschland Kommissionen zu entsenden, die die Aufgabe haben, die Durchführung des Friedensvertrags zu überwachen. Man hatte gehofft, daß man sich bei Einsetzung der Kommissionen auf das denkbar geringste Maß beschränken werde. Statt dessen scheint das Gegenteil eingetreten zu sein. In Berlin ist bereits eine Vorkommission eingetroffen, die 51 interalliierte Offiziere umfaßt, und es wird angekündigt, daß gleich nach der Ratifizierung des Friedens zwei Überwachungskommissionen in Berlin eintreffen werden, eine für das Heer und eine für die Marine. Diese beiden Überwachungskommissionen beanspruchen für die Offiziere 300 Zimmer, für Geschäftsräume 200 Zimmer, für 300 Unteroffiziere und Mannschaften geeignete Unterkunft und Gelegenheit zur Unterstellung von 60 Automobilen. Eine weitere Kommission ist für die Luftstreitkräfte vorgesehen. Hier werden verlangt ein Hotel mit 200 Zimmern, für Geschäftsräume weitere 100 Zimmer, Unterkunft für (B) 450 Unteroffiziere und Mannschaften, sowie Gelegenheit zur Unterstellung von 100 Automobilen. Man darf also annehmen, daß wir in Berlin in der allernächsten Zeit 500 interalliierte Offiziere, 750 Unteroffiziere und Mannschaften mit annähernd 200 Automobilen haben werden.

(Hört! hört! rechts.)

Außerdem werden auch nach München, Stuttgart, Dresden usw. ähnliche Kommissionen geschickt. Das Reich hat nicht nur alle Unterhaltungskosten zu tragen, sondern auch die Kosten für die Reisen, die die Mitglieder dieser Kommissionen im Deutschen Reiche zu unternehmen für notwendig halten.

Die Frage der Beschaffung der Unterkunft stieß auf große Schwierigkeiten. Der Ausschuß hat sich lebhaft darüber ausgesprochen; man war aber schließlich doch der Überzeugung, daß ein anderer Weg als der, den das Reichsschatzministerium eingeschlagen hat, nicht gut gangbar sei. Es war der Vorschlag gemacht worden, für die Unterbringung dieser Kommissionen Schlösser in Benutzung zu nehmen. Es wurde uns aber überzeugend nachgewiesen, daß die Schlösser für diesen Zweck ganz unbrauchbar seien, daß große bauliche Veränderungen vorgenommen werden müßten und daß damit ein Aufwand verbunden wäre, der schließlich weit über jedes erträgliche Maß hinausgehen werde. Auf der anderen Seite konnte man sich allerdings nicht verhehlen, daß die Geschäftslage überaus schwer beeinträchtigt wird, wenn große Hotels dem Verkehr entzogen werden und damit die Unterkunft der Geschäftsleute, die aus dem In- und Ausland nach Berlin kommen, außerordentlich erschwert wird.

Auf Einzelheiten der Anforderungen, die von den Interalliierten gestellt werden, will ich heute nicht eingehen. Ich darf annehmen, daß der Herr Minister sich darüber ziemlich ausführlich auslassen wird. Es sei nur das eine gesagt, daß uns zugemutet wird, große bauliche (C) Veränderungen vorzunehmen, in Mainz allein für 15 Millionen Mark, Zentralheizungen und Bäder einzurichten, Kasernen umzugestalten, die als nicht geeignet für die fremden Truppen bezeichnet werden. Nach Coblenz kommt die hohe Kommission, die aus vier Vertretern besteht, aber ein derartig großes Gefolge mitbringt, daß wir dafür 80 bis 90 eingerichtete Wohnungen zur Verfügung stellen müssen. Selbstverständlich ist das Reich dann genötigt, die Leute, die ihre Wohnungen haben räumen müssen, auch wiederum zu entschädigen.

Aus der Vorbesprechung, die mit den Vertretern der Alliierten stattgefunden hat, durfte man hoffen, daß die **Besatzungsarmee** allmählich auf 70 000 Mann reduziert werden könnte. Der zugrunde gelegte monatliche Betrag von 35 Millionen Mark hätte nur in der Voraussetzung ausreichen können, daß die Kopfzahl der Besatzungsarmee auf 70 000 Mann reduziert werde.

Über diese Kosten hinaus müssen wir noch Requisitionskosten bezahlen, die ganz außerordentlich hohe Beträge verschlingen werden. Bisher wurden für das von England und Amerika besetzte Gebiet 255 Millionen Mark erstattet, für das von den Franzosen besetzte Gebiet werden voraussichtlich 500 Millionen erforderlich sein, für das von den Belgiern besetzte Gebiet liegen genaue Ziffern noch nicht vor. Man wird diese Aufwendungen insgesamt auf eine Milliarde veranschlagen müssen. Für die Kommissionen, für die Besatzungen usw. werden wir jährlich zusammen 2½ Milliarden Mark aufzuwenden haben. Im Ausschuß war man allgemein erstaunt über diese hohen Anforderungen, die für das Reich von sehr erheblichen Folgen sein können. Der Niederschlag der Meinung des Ausschusses ist in einer Entschließung niedergelegt, die Sie auf Seite 2 in der Drucksache Nr. 1255, und zwar unter Ziff. e, finden.

Von verschiedenen Mitgliedern des Ausschusses wurde (D) darauf hingewiesen, wie ich schon betonte, daß es das Wiedererwachen des Wirtschaftslebens lahmlegen hieße, wenn man nicht für die Unterkunft der Geschäftsleute mehr sorgen könnte. Von dem Vertreter der Regierung wurde betont, daß man sich in einer Zwangslage befinde, und es bliebe nichts weiter übrig, als sich damit einverstanden zu erklären.

Einmütigkeit herrschte darüber, daß die **Gesamtkosten der Erfüllung des Friedensvertrages** von einer Stelle aus geleistet werden sollen und nicht in verschiedenen Etats erscheinen mögen, weil dadurch die Übersichtlichkeit außerordentlich erschwert sei. Heute erscheinen diese Kosten zum Teil im Etat des Reichsschatzministeriums, zum Teil im Etat des Reichsfinanzministeriums. Der Ausschuß faßte deshalb folgende Entschließung:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen:
>
> daß im Etat 1920 sämtliche aus der Besetzung und militärischen Kontrolle erwachsenen Kosten im Etat des Reichsschatzministeriums oder des Reichsfinanzministeriums vereinigt werden sollen.

Ich will mich auf diese Bemerkungen beschränken und behalte mir vor, das Wort zu den einzelnen Titeln noch zu nehmen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin übersehen, Ihnen mitzuteilen, daß der Ältestenausschuß angeregt hat, mit der Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums auch die Beratung des Berichts des Ausschusses über die Militärwerkstätten zu verbinden. Ich habe das schon früher mitgeteilt. Widerspruch bin ich dabei nicht begegnet. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist. Die Debatte würde sich also auch auf die Militärwerkstätten erstrecken.

(**Präsident.**)

(A) Die Zeit ist so weit vorgerückt, daß wir dem Herrn Reichsschatzminister, der längere, sehr wichtige Ausführungen machen will, kaum mehr zumuten können, jetzt noch das Wort zu ergreifen, so gern ich jede Minute ausnutzen möchte. Ich muß Ihnen deshalb vorschlagen, sich jetzt zu vertagen — das Haus ist damit einverstanden — und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 21. Oktober 1919, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen; (B)
2. Rest der heutigen Tagesordnung,

wobei die Verbindung mit den Militärwerkstätten stattfindet.

Das Haus ist mit der Tagesordnung einverstanden; ich stelle das fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 41 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

104. Sitzung.

Dienstag den 21. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Böhmert (Bremen), Dr. Wieland, Gothein, Gleichauf, Heimann, Steinkopf, Meier (Sachsen), Allekotte, Beuermann, Schirmer
die Abgeordneten v. Payer, Freiherr v. Richthofen, Dr. Herrmann (Posen), Waldstein, Moll, Schmidt (Sachsen), Trinks, Frau Weber, Dr. Rießer, Gerstenberger;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Bartschat, Löffler, Bergmann
die Abgeordneten Wachhorst de Wente, Brühne, Dr. Brauns (Cöln);

in den 10. Ausschuß für die Abgeordneten Obermeyer, Vogel, Taubadel, Katzenstein, Dietrich (Potsdam), Franke
die Abgeordneten Dröner, Pokorny, Dr. Meerfeld, Hierl (Franken), Dr. Semmler, Henrich;

(Präsident.)

(A) in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Eichhorn
der Abgeordnete Henke;
in den 1. Unterausschuß des 15. Ausschusses für den Abgeordneten Haase (Berlin)
der Abgeordnete Eichhorn;
in den 2. Unterausschuß des 15. Ausschusses für den Abgeordneten Dr. Maxen
der Abgeordnete Joos.

Ich habe Urlaub erteilt
der Frau Abgeordneten Schilling für 6 Tage,
dem Herrn Abgeordneten Dr. Runkel für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf
Anfrage Nr. 401, **Diez**, **Gröber** (Nr. 1134 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Diez.

Diez, Abgeordneter:
Kreditgenossenschaften, Banken und Kaufleute hatten bei Kriegsausbruch **Valutaverpflichtungen** in erheblichem Umfang **gegenüber dem neutralen und feindlichen Ausland,** welche zu begleichen durch den alsbald einsetzenden Kursrückgang unmöglich schien und durch das Zahlungsverbot an feindliche Staatsangehörige und durch die Devisenordnung vom Januar 1916 tatsächlich auf legalem Wege unmöglich wurde. Diese Valutaverpflichtungen deutscher Schuldner nahmen während des Krieges in erheblichem Umfang zu, namentlich auch infolge des notwendigen Lebensmittelimports durch Städte und Handelsfirmen. Die Fälligkeit der Valutakredite bei dem heutigen niederen (B) Stande der deutschen Mark in den Gläubigerländern stellt solide Importfirmen, Geldinstitute und Städte vor große Schwierigkeiten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, ihren aus den Devisenordnungen vom 20. Januar 1916 und 8. Januar 1917 erwachsenen Verpflichtungen den Valutaschuldnern gegenüber zu genügen und dadurch deren finanzielle Lage zu erleichtern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium.

Dr. **Schäffer,** Referent im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Es ist zu unterscheiden zwischen den Valutaverpflichtungen gegenüber dem neutralen Ausland und den Valutaverpflichtungen gegenüber dem feindlichen Ausland.

Gegenüber dem neutralen Ausland ist niemals ein Zahlungsverbot erlassen worden. Es stand daher den Kreditgenossenschaften, Banken und Kaufleuten frei, ihre bei Kriegsausbruch bestehenden **Valutaverpflichtungen gegenüber dem neutralen Ausland** bei Kriegsausbruch oder nachher zu begleichen. Daran hat auch die Devisenordnung in der ersten Fassung vom 20. Januar 1916 nichts geändert. Durch sie wurde nur bestimmt, daß Valuten nur bei vom Reichskanzler bestimmten Personen und Firmen, den sogenannten Devisenstellen, gekauft werden durften. Auch die Devisenverordnung vom 8. Februar 1917 hat die Begleichung solcher Valutaverpflichtungen nicht verboten, sondern nur unter die Kontrolle der Reichsbank gestellt. Die Reichsbank hat Anträgen auf Devisenabgabe zur Abdeckung von Valutaverpflichtungen in berechtigten Fällen, insbesondere, wenn Kreditkündigungen vorlagen oder die Kredite endgültig fällig wurden, stets stattgegeben. Die Valutaschuldner (C) hätten also bis zum Erlaß der Devisenordnung ohne weiteres ihre Verpflichtungen tilgen können, ebenso nach dem Erlaß der Devisenordnung, soweit ein Bedürfnis anerkannt werden konnte und überhaupt Valuta verfügbar war. Eine rechtliche Entschädigungspflicht des Reichs kann schon aus diesem Grunde nicht anerkannt werden. Ein Anlaß zu einer Entschädigung besteht besonders gegenüber den Städten und Handelsfirmen nicht, die für Lebensmitteleinfuhren Valutaverpflichtungen im neutralen Ausland übernommen haben. Seit der im Jahre 1916 einsetzenden Zentralisierung der Lebensmitteleinfuhr hat die Reichsregierung diese Lebensmittelankäufe der Städte und Handelsfirmen im neutralen Ausland auf das schärfste bekämpfen müssen, weil die Lebensmittelmärkte im neutralen Ausland dadurch verdorben wurden. Trotzdem haben Stadtverwaltungen und Handelsfirmen unter Durchbrechung der gesetzlichen Vorschriften über die Einfuhr und über den Zahlungsverkehr vielfach Lebensmittel eingeführt. Für Schäden aus diesem ungesetzlichen und gegen den Willen der Reichsregierung vorgenommenen Geschäfte kann das Reich nicht aufkommen.

Bei den zwei Devisenordnungen vom 20. Januar 1916 und vom 8. Februar 1917 handelt es sich um allgemeine, gesetzliche Maßnahmen, die durch die wirtschaftliche Lage während des Krieges im Interesse der deutschen Volkswirtschaft geboten waren. Eine rechtliche Verpflichtung gegenüber den Valutaschuldnern hat das Reich durch diese beiden Verordnungen nicht übernommen.

Was die **Valutaverpflichtungen** anlangt, die **gegenüber dem feindlichen Ausland** bei Kriegsausbruch bestanden haben oder während des Krieges entstanden sind, so trifft es zu, daß gegenüber dem feindlichen Ausland während des Krieges eine Reihe von Zahlungsverboten erlassen worden sind, nämlich gegenüber England, Frankreich, Rußland, Ägypten, Französisch-Marokko, Portugal, (D) Rumänien, Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Siam, Liberia, China und Brasilien. Auch hier kann aber wegen des Erlasses dieser Verbote eine rechtliche Verpflichtung des Reichs zu einer Hilfsaktion nicht anerkannt werden. Diese Zahlungsverbote sind nur als Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zahlungsverbote dieser Länder erlassen worden. Sie waren notwendig, da es nicht zugelassen werden konnte, daß auf der einen Seite Zahlungen aus dem feindlichen Ausland nach Deutschland unterbunden wurden, während auf der anderen Seite Zahlungen aus Deutschland nach dem feindlichen noch hätten geleistet oder erzwungen werden können. Die Begleichung dieser Verbindlichkeiten gegenüber dem feindlichen Ausland ist durch die Vorschriften des Art. 296 des Friedensvertrages geregelt worden. Zur Ausführung dieser Vorschriften sind einstweilen im ersten Abschnitt des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 vorläufige Bestimmungen erlassen worden. Die Frage auf welcher Grundlage das Deutsche Reich mit seinen eigenen Staatsangehörigen abrechnen wird, ist Gegenstand eingehender Verhandlungen zwischen den Reichsressorts und Sachverständigen beteiligter Interessentenverbände.

Es wird hierbei geprüft, ob und wieweit die durch die Kriegsmaßnahmen und den Friedensvertrag geschaffene Lage Anlaß für gesetzliche Maßnahmen zugunsten der Schuldner bietet, vorausgesetzt, daß die Mittel dazu auf einem anderen als dem Anleihewege beschafft werden können.

Präsident: Ich rufe auf
Anfrage Nr. 408, **Brodauf** (Nr. 1147 der Drucksachen).
Der Herr Fragesteller ist nicht anwesend; damit ist die Anfrage erledigt.

(Präsident.)

(A) Ich rufe auf

Anfrage Nr. 409, Bergmann und Genossen (Nr. 1172 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Joos.

Joos, Abgeordneter:

1. Im linksrheinischen Gebiet, insbesondere am Niederrhein, werden seit Wochen große Mengen **Brotgetreide** aufgekauft, vorwiegend nach Holland **ausgeführt** und dann zu hohen Preisen wieder nach Deutschland eingeführt.

Desgleichen wird Inlandsmehl in größerem Umfang ausgeboten, das man der öffentlichen Versorgung ohne Zweifel entzogen hat.

2. Während der Bevölkerung seit vielen Wochen keinerlei inländisches Fleisch mehr geliefert wird, ist **schwarz geschlachtetes Fleisch** allenthalben käuflich; auch werden über die belgische Grenze Schweine ausgeführt.

3. Aus all diesen Anzeichen scheint hervorzugehen, daß die gesetzlichen Bestimmungen der öffentlichen Bewirtschaftung nicht mehr befolgt werden, und ein Zustand der Auflösung eintritt, der unsere Lebensmittelversorgung aufs schwerste gefährdet.

Wir fragen die Reichsregierung, ob ihr diese Tatsachen bekannt sind, und welche Vorkehrungen sie getroffen hat bzw. zu treffen gedenkt, um katastrophalen Entwicklungen vorzubeugen.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Oberregierungsrat Heinrici.

Heinrici, Geheimer Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung:

1. Viele amtliche Berichte aus dem Lande und Zeitungs- (B) nachrichten lassen ersehen, daß tatsächlich der Schleichhandel eifrig am Werke ist, Getreide ins Ausland zu verschieben. Daran, daß dieses vaterlandsfeindliche Treiben vielfach gelingt, sind verschiedene Ursachen schuld: Sinken der Staatsautorität, Mitwirkung bestochener inländischer Organe, ganz besonders aber Versuchungen, die von im besetzten Gebiete sich aufhaltenden Ausländern ausgehen, mit Hilfe ungemein hoher Bestechungsgelder. Zur Bekämpfung dieses gefährlichen Schmuggels ist zunächst die Verordnung vom 28. August 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1493) erlassen worden, wonach die **unbefugte Ausfuhr von Getreide** usw. mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat geahndet wird. Eine völlige Beseitigung des Unwesens wird allerdings erst dann möglich sein, wenn es gelingt, die alten Zollgrenzen wieder vollkommen herzustellen und mit Kontrollorganen zu besetzen. Die Bemühungen hierfür sind im Gange. Einstweilen hat aber die Reichsgetreidestelle eine umfassende Organisation zur Bekämpfung des Schieberwesens im Innern des Reichsgebietes sowohl wie auch an den für Ausfuhr in Betracht kommenden Punkten eingeleitet, die demnächst in Wirksamkeit treten wird und sich zum Teil an die bereits bestehende Einrichtung der Einfuhrüberwachung anlehnen soll. Daneben sind die ständigen Überwachungsbeamten der Reichsgetreidestelle fortgesetzt mit der immer schwieriger werdenden Kontrolle der Verkehrsanstalten und Verkehrswege befaßt. Diese Kontrolle bezieht sich auch auf den unlauteren Verkehr mit Mehl. Von einem Zustand der Auflösung der Zwangswirtschaft kann keine Rede sein. Es darf nicht übersehen werden, daß die Mitteilungen in der Presse die einzelnen Vorfälle oft sehr drastisch schildern, und daß dabei vielfach Übertreibungen vorkommen. —

2. Unter dem Schutze der Besatzungstruppen der Entente ist auf linksrheinischem Gebiet der Versuch gemacht worden, die bestehende **Bewirtschaftung des Fleisches** aufzugeben und eine Art von freier Wirtschaft an ihre (C) Stelle zu setzen. Bei einer Besprechung aller beteiligten Stellen beim Oberpräsidium in Coblenz wurde die Sachlage eingehend erörtert und festgestellt, daß die Durchbrechung der Zwangswirtschaft für den Viehbestand der beteiligten Kreise eine verhängnisvolle Wirkung gehabt hat. Es wurde daraufhin angeordnet, daß die Zwangswirtschaft in vollem Umfange wieder einzuführen sei, und diese Anordnung ist nach den eingegangenen Berichten in nahezu allen Kreisen wieder durchgeführt worden. Durch Verfügungen, die die Versorgung von Bedarfskreisen durch Überschußkreise unmöglich machten, haben die Besatzungsbehörden mittelbar an der Begünstigung der Schwarzschlachtungen mitgewirkt. Zur Bekämpfung der Schwarzschlachtungen wird zurzeit ein besonderer Entwurf ausgearbeitet, der für alle Schwarzschlachtungen Gefängnisstrafe neben der Geldstrafe androht, während bisher die Verhängung von Gefängnisstrafen wahlweise neben Geldstrafen zulässig war.

Der unerlaubten **Ausfuhr von Vieh** über die Reichsgrenze wird durch Verschärfung der Grenzkontrolle entgegengewirkt. Die Verhandlungen über diese Frage mit der Entente sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 410, Blum (Nr. 1173 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Blum.

Blum, Abgeordneter:

Die zeitige **Handhabung der Haferbewirtschaftung** führt zu den größten Mißständen. Der Hafer ist zwar aus der Zwangsbewirtschaftung freigelassen, aber mit der Einschränkung, daß von den Verbänden diejenigen Mengen zurückgehalten werden dürfen, welche für die menschliche, ins- (D) besondere für die Kinderernährung, nötig sind. Im allgemeinen sollte diese Rücklage etwa einen Zentner pro Morgen Anbaufläche betragen. Diese Zurückhaltung von Hafer wird von den Verbänden sehr ungleichmäßig gehandhabt. Während einzelne Verbände einen Zentner pro Morgen zurückbehalten, werden von anderen bis zu vier Zentner und mehr pro Morgen beschlagnahmt. Auch sind von verschiedenen Kreisen Ausfuhrverbote für Hafer erlassen worden, welche in Verbindung mit dem Dreschverbot für Hafer bis zum 15. Oktober einen empfindlichen Mangel an Hafer und einen dementsprechenden Preisaufschlag herbeiführten.

Was gedenkt die Regierung für die Ordnung und Abstellung dieser Mißstände zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Oberregierungsrat Heinrici.

Heinrici, Geheimer Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die an die **Reichsgetreidestelle** abzuliefernden **Hafermengen** betragen 600 000 Tonnen oder etwas weniger als ein Zentner auf den Morgen der Gesamtanbaufläche. Die 600 000 Tonnen sind durch die Reichsgetreidestelle auf die einzelnen Länder beziehungsweise preußischen Regierungsbezirke umgelegt worden mit dem Ersuchen, die Umlage auf die einzelnen Kommunalverbände selbständig unterzuverteilen. Bei der Umlage auf die Länder beziehungsweise preußischen Regierungsbezirke ergeben sich, da hierbei neben der Erntefläche auch die tatsächliche Leistungsfähigkeit, insbesondere der Ernteertrag, mit berücksichtigt werden müssen, naturgemäß verschieden hohe Belastungen; doch ist kein Land und kein preußischer

(**Heinrici**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Regierungsbezirk mit mehr als 1,4 Zentner je Morgen in Anspruch genommen worden..

Bei der **Unterverteilung** soll nicht rein schematisch die Erntefläche zugrunde gelegt, sondern auch die tatsächliche Leistungsfähigkeit des einzelnen Kommunalverbandes, also der voraussichtliche Ernteertrag und die wirtschaftlichen Bedürfnisse, unter genauerer Prüfung bereits vorgebrachter Beschwerden berücksichtigt werden. Dabei ist als Regel aufgestellt, daß tunlichst keinem Kommunalverband eine höhere Lieferung als rund 2 Zentner auf den Morgen seiner Anbaufläche auferlegt wird. Nach den gleichen Richtlinien soll die Unterverteilung auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe vorgenommen werden; zwecks tunlichster Schonung der kleinen Wirtschaften kann und muß unter Umständen bei besonders leistungsfähigen Betrieben auch über den durchschnittlichen Satz von zwei Zentner auf den Morgen hinausgegangen werden.

Das **Haferdruschverbot** ist seinerzeit erlassen, weil nach dem starken Anziehen der Preise für den in freien Verkehr gebrachten Hafer lediglich Hafer gedroschen und der Ausdrusch und damit die Ablieferung von Brotgetreide vernachlässigt wurde. Aus dem gleichen Grunde fanden die Ausfuhrverbote der Kommunalverbände die Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums und wurden durch ein Bahntransportverbot unterstützt. Letzteres erwies sich gegenüber den besorgniserregenden Haferschiebungen und den weiteren Versuchen, unter dem Deckmantel von Hafer auch Brotgetreide und Gerste in großen Mengen dem freien Handel zuzuführen, als dringend erforderlich. Die Kommunalverbände sind veranlaßt worden, die Ausfuhrverbote über den 15. Oktober hinaus bis auf weiteres aufrecht zu erhalten beziehungsweise neu zu erlassen. Dadurch soll zugleich, nachdem zum 15. Oktober das Ausdruschverbot fortgefallen ist, die Lieferung des Pflichthafers sichergestellt werden. Es ist zutreffend, daß nach (B) Erlaß des Druschverbots eine erhebliche Preissteigerung für Hafer eingetreten ist. Dagegen kann das Vorhandensein eines empfindlichen Mangels an Hafer nicht zugegeben werden. Anscheinend haben sich der Handel und die großen Städte bereits vor dem Erlaß des Druschverbots verhältnismäßig reichlich mit Hafer eingedeckt.

Sollten aber wirklich Notstände infolge Hafermangels für volkswirtschaftlich wichtige Betriebe zu befürchten sein, so kann diesen dadurch abgeholfen werden, daß die Kommunalverbände entsprechend der ihnen für diese Fälle zugegangenen Weisungen Ausnahmen von den Ausfuhr- und Transportverboten zulassen.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 411, Dusche (Nr. 1174 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dusche.

Dusche, Abgeordneter:

Die Landwirte vieler Gegenden mit Zuckerrübenbau, besonders auch Landwirte im südlichen Teile des Kreises Peine mit schwerem Rübenboden, bedauern es sehr, daß sie trotz der reichen **Futtervorräte in Gestalt von Rübenblättern** in diesem Herbste kein Rindvieh auf Fütterung bekommen haben, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist. Da die meisten in Frage kommenden Landwirte mittlere und kleinere Besitzer sind, können sie mit dem wenigen eigenen Vieh die Rübenblätter nicht verfüttern, auch fehlt es ihnen an Einrichtungen, die Rübenblätter zu Dauerware umzuwandeln. Dies hat zur Folge, daß ein großer Teil der Rübenblätter wahrscheinlich untergepflügt werden wird. Ist der Regierung diese Tatsache bekannt, und was gedenkt sie zur Behebung dieses Mißstandes schleunigst zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort der (C) Herr Geheime Ober-Regierungsrat Heinrici.

Heinrici, Geheimer Ober-Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Mitteilungen über die **Unverwendbarkeit von Futter infolge Viehmangels** sind hier nicht eingegangen. Es wurden im Gegenteil nur Klagen darüber bekannt, daß infolge des schlechten Ausfalles der Rauhfutterernte Schwierigkeiten in der Beibehaltung des Viehstandes im bisherigen Umfange entstanden sind.

Da die Nutzviehbestände nicht bewirtschaftet werden, haben sich die Gegenden mit Magerviehbedarf die nötigen Viehmengen bisher durch freien Ankauf beschafft. Wieweit im Einzelfalle eine Unterstützung durch die Viehbeschaffungsorganisationen möglich ist, kann nur von Fall zu Fall geprüft werden.

Soweit der Kreis Peine in Frage kommt, wird die Preußische Staatsregierung die Angelegenheit der Provinzialfleischstelle Hannover zur Prüfung und zur Abhilfe weitergeben.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 412, Kempkes, Oertel (Nr. 1175 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Kempkes — dem Herrn Abgeordneten Oertel. — Keiner von beiden ist anwesend; dann ist die Anfrage erledigt.

Anfrage Nr. 413, Arnstadt (Nr. 1176 der Drucksachen).

Nach einer Mitteilung, die mir geworden ist, ist der Fragesteller nicht da; damit erledigt sich die Anfrage.

Anfrage Nr. 414, Frau Weber und Genossen (Nr. 1177 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Weber. (D)

Weber, Abgeordnete:

In den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, namentlich der kinderreichen Familien, ist der **Mangel an notwendigsten Kleidungs- und Wäschestücken** auf den Höhepunkt gestiegen.

Die geringen Vorräte sind längst aufgebraucht und alle Hilfs- und Ersatzmittel ausgenutzt worden. Trotz der gestiegenen Löhne und Gehälter sind Neuanschaffungen infolge der hohen Preise unmöglich. Von der von der Reichsregierung angekündigten Notstandsmaßnahme ist bisher fühlbar nichts in die Erscheinung getreten.

Wir fragen die Reichsregierung, ob sie Maßnahmen zu treffen gedenkt, um diesen Notstand einigermaßen zu lindern.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Hagemann.

Hagemann, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Daß die von der Reichsregierung angekündigten Notstandsmaßnahmen zur **Versorgung der wirtschaftlich schwachen Kreise der Bevölkerung mit Textilwaren** bisher beim letzten Verbraucher noch nicht allzu sehr bemerkbar ist, liegt daran, daß erst im Laufe der Spätsommermonate mit der Ausschüttung der Heeres- und Marinebestände an derartigen Textilwaren begonnen werden konnte, und daß auch jetzt noch große Schwierigkeiten in der Erfassung dieser Bestände bestehen. Immerhin hat die Reichsbekleidungsstelle schon nennenswerte Mengen durch Vermittlung der Reichskleiderläger und des Textil-Einzelbetriebs bereitgestellt, die an solche wirtschaftlich Schwache zur Abgabe gelangen, welche die zuständigen Kommunalverbände durch Ausstellung von Berechtigungsscheinen als

(Hagemann, Geheimer Regierungsrat.)

(A) versorgungsberechtigt und bedürftig anerkennen. Die Notstandsaktion wird mit allem Nachdruck fortgesetzt und künftig wegen der bevorstehenden Auflösung der Reichsbekleidungsstelle und der Reichs-Textil A.-G. an eine neu gegründete Organisation, nämlich eine Kommission des Reichswirtschaftsministeriums für Notstandsversorgung und die ihm zur Durchführung des geschäftlichen Teils beigegebene Reichsbekleidungsstelle, Notstandsversorgung G. m. b. H., durchgeführt werden.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 415, Schiele (Nr. 1181 der Drucksachen).

Bis jetzt ist ein Regierungskommissar zur Beantwortung der Anfrage nicht angemeldet. Ich frage an, ob die Regierung bereit ist und ob jemand zur Beantwortung der Anfrage erschienen ist. Sie betrifft die Selbsthilfe gegen die Kartoffelnot von seiten der Stadt Trier.

(Pause.)

Ein Regierungsvertreter ist nicht da.

(Abgeordneter Schiele: Herr Präsident, ich nehme die Anfrage wieder auf. Das ist geschäftsordnungsmäßig zulässig.)

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 416, D. Traub, Schiele (Nr. 1184 der Drucksachen)

und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

Da die Reichsregierung am 10. Oktober 1919 wegen der noch nicht abgeschlossenen Ermittelungen die Anfrage Nr. 374 nicht beantworten konnte, wird diese hierdurch wiederholt:

Nach Zeitungsnachrichten ist die **deutsche Frau Biarch** aus Mainz **von einem farbigen französischen Soldaten ermordet** worden. Bestätigen (B) sich diese bisher unwidersprochenen Nachrichten, und welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen, um Sühne für einen solchen Mord zu erlangen?

Präsident: Zu ihrer Beantwortung erteile ich das Wort dem Herrn Geheimrat Grafen v. Adelmann.

Graf **v. Adelmann,** Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Wegen **Erschießung einer verwitweten Frau Therese Bjatsch** am 29. August 1919 auf dem Wege von Mainz nach Meisenas **durch einen Senegalneger** hat die Waffenstillstandskommission unter Vorbehalt von Schadenersatzforderungen Untersuchung bei den Feindmächten gefordert. Eine Antwort liegt noch nicht vor. Nichtamtlichen Mitteilungen zufolge ist der des Mordes schuldige Soldat kriegsgerichtlich erschossen worden. Im übrigen geht aus einem heute eingetroffenen Telegramm der hessischen Regierung hervor, daß ein eingehender Bericht der Provinzialdirektion in Mainz wegen der durch die Besatzung geschaffenen Verhältnisse noch nicht vorgelegt werden konnte, aber demnächst erstattet werden wird.

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 417, Frau Dr. Schirmacher (Nr. 1195 der Drucksachen).

Es wird mir mitgeteilt, daß die Fragestellerin Frau Dr. Schirmacher nicht anwesend ist. Damit ist die Anfrage erledigt.

Hiermit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir gehen über zu den Punkten zwei und drei der Tagesordnung, die in der Besprechung verbunden sind, also zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des (C) **Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen** (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), und zwar:

Haushalt des Reichsschatzministeriums (Anlage VIIIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1255 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Stücklen, für die Petitonen Abgeordneter Ersing,

und zum

Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt **über Militärwerkstatten** (Nr. 657 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Weinhausen.

Zu letzterem Gegenstande bemerke ich, daß der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Weinhausen, auf das Wort verzichtet.

In der fortgesetzten Besprechung erteile ich zunächst das Wort dem Herrn Reichsschatzminister.

Dr. **Mayer,** Reichsschatzminister: Meine Damen und Herren! Im Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums waren im ersten Entwurf im ordentlichen Haushalt bei den fortdauernden Ausgaben insgesamt nur 648 180 Mark angefordert. Zu dieser Anforderung sind im Nachtragsetat für das laufende Halbjahr weitere 216 Millionen Mark hinzugetreten, so daß sich der Jahresbedarf des Reichsschatzministeriums an fortlaufenden Ausgaben im ordentlichen Haushalt auf 432 Millionen Mark erhöht. Zu dieser Summe tritt hinzu die im außerordentlichen Haushaltsplan enthaltene Anforderung an einmaligen Ausgaben für das laufende Halbjahr in (D) Höhe von 1,8 Milliarden Mark.

In diesen Ziffern, mit denen der Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums, wenn ich von den einmaligen Ausgaben zur Herabminderung der Lebensmittelpreise im Haushaltsplan des Reichswirtschaftsministeriums absehe, an der Spitze aller Zivilressorts steht, spiegeln sich wider: einmal die außerordentliche Erweiterung, welche der Aufgabenkreis des Reichsschatzministeriums durch die Neuorganisation der letzten Monate erfahren hat, und dann die gewaltigen Ausgaben, welche mit der in der Hauptsache dem Reichsschatzministerium obliegenden wirtschaftlichen Liquidation des Krieges und der Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft für das Reich verbunden sind. Unter den letztgenannten Ausgaben ragen wiederum die angeforderten Betriebs- und Baukapitalien für die Fortführung und Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe mit nahezu einer halben Milliarde hervor.

Diese Entwicklung läßt es erwünscht erscheinen, wenn auch nur in großen Zügen, dem hohen Hause und der Öffentlichkeit eine **Darlegung des derzeitigen Aufgabenkreises des Reichsschatzministeriums** und seiner gegenwärtigen und zukünftigen Organisation zu geben.

Das Reichsschatzministerium ist, wie Ihnen bekannt, ins Leben getreten durch einen Erlaß des Reichspräsidenten vom 21. März 1919. Nach diesem Erlaß war die ursprüngliche Aufgabe des Reichsschatzministeriums im wesentlichen eine dreifache: erstens die Verwaltung und die Verwertung der entbehrlich geworden mobilen und immobilen Heeresgüter, zweitens die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen und Beteiligungen des Reichs und drittens die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften.

Wenn ich bei dieser ursprünglichen Aufgabe des Reichsschatzministeriums zunächst verweilen darf, so sei es

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) mir gestattet, die Punkte zwei und drei vorauszunehmen. Die im Kriege entstandenen **industriellen Unternehmungen des Reichs** bilden teils reinen Reichsbesitz, teils sind es Beteiligungen des Reichs in der Form von Anleihen, Darlehen oder obligatorischen Verträgen. Es handelt sich hier im wesentlichen um die großen Reichsunternehmungen der Stickstoffindustrie, der Aluminiumindustrie und der Elektrizitätsindustrie. Die beiden großen Reichsstickstoffunternehmungen in Chorzlow in Oberschlesien und in Pistritz sind reine Reichsunternehmungen, ebenso das große Dampfkraftelektrizitätswerk Tschornewitz, bekanntlich zurzeit noch die größte auf Kohle aufgebaute Elektrizitätserzeugungsanlage Europas. Die elektrischen Höchstspannungsleitungen sind vereint in der Gesellschaft für Kraftübertragung G. m. b. H., deren sämtliche Anteile in Reichsbesitz sind. Durch Darlehen beteiligt ist das Reich an den Stickstoffabriken Leuna bei Merseburg und Elektrizitätsunternehmungen des deutschen Westens, des Südens und Schlesiens. Diese Unternehmungen des Reichs erscheinen zum größten Teil im Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums überhaupt nicht, und zwar deshalb nicht, weil diese in Gesellschaftsform aufgezogenen Reichsunternehmungen sich bereits selbst tragen. Es ist aber beabsichtigt, der Übersicht wegen im künftigen Haushaltsplan auch diese Unternehmungen auch dann, wenn keine geldlichen Anforderungen gestellt werden, aufzuführen.

Bezüglich des **Großkraftwerkes Lauta**, das während des Krieges zu Zwecken der Aluminiumproduktion gebaut worden ist, ist zu bemerken, daß es uns in den letzten Monaten gelungen ist, dieses Werk, das bis vor kurzem Eigentum der unter Reichsbeteiligung gegründeten „Vereinigten Aluminiumwerke A. G." war, in reinen Reichsbesitz umzuwandeln. Als Gegenleistung hat das Reich etwa 15 Millionen Mark zu entrichten und sich verpflichtet, eine der drei in diesem Konzern vereinigten Aluminiumfabriken an die bisherigen Gesellschafter zurückzugeben. (B) Hierdurch sind das Großkraftwerk Lauta sowie die beiden Aluminiumfabriken Lauta und Horrem in alleinigen Reichsbesitz überführt worden. Diese Maßnahme war notwendig, um Lauta entsprechend dem Wunsche des Ausschusses zur Vorberatung des Elektrizitätsgesetzes zur Elektrizitätsversorgung der Städte Dresden und Berlin heranziehen zu können.

Was die **Kontrolle der Kriegsgesellschaften** betrifft, so ist bekannt, daß die Kriegsgesellschaften vom Reichswirtschaftsministerium ressortieren. Auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser Kriegsgesellschaften hat das Reichsschatzministerium keinerlei Einfluß. Auch die finanzielle Gebarung der Kriegsgesellschaften untersteht in erster Linie dem Reichswirtschaftsministerium. Die Tätigkeit des Reichsschatzministeriums in Ausübung der Finanzkontrolle beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Buchführung dieser Gesellschaften zu überwachen und bei dem Abschluß größerer Finanzgeschäfte kontrollierend mitzuwirken. Eine Ausnahme machen diejenigen Kriegsgesellschaften, welche dem Reichsschatzamt direkt unterstellt sind. Es sind das die Eisenzentrale, die Manganerzgesellschaft, die Europäische Handelsgesellschaft und die Deutsch-Orientalische Handelsgesellschaft. Außerdem ist beabsichtigt, diejenigen Kriegsgesellschaften, die in Liquidation treten, von dem Moment an, wo diese Liquidation beginnt, aus dem Geschäftskreise des Reichswirtschaftsministeriums in den des Reichsschatzministeriums überzuführen. Zur Zeit sind bereits auf das Reichsschatzministerium übergegangen die Altstoffeinfuhrgesellschaft und die Reichstextil-Aktiengesellschaft mit Ausnahme der Notstandsversorgung, die bei dem Geschäftskreis des Reichsschatzministeriums bleibt.

Bezüglich der **Reichstextil-Aktiengesellschaft** darf ich in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß es ihr, abgesehen von der Notstandsversorgung, gelungen ist, in (C) den letzten sechs Monaten allein für über eine Milliarde Werte abzusetzen.

Ich komme nun zur Verwaltung und Verwertung des entbehrlich gewordenen mobilen und immobilen Heeresgutes. Die **Verwertung des mobilen Heeresgutes** unterliegt dem Reichsverwertungsamt, das seit Gründung des Reichsschatzministeriums dessen dritte Abteilung bildet. Das Reichsverwertungsamt hat das mobile Heeresgut bekanntlich nach der Revolution in wildester Unordnung übernommen, ohne Kenntnis der Läger, ohne Kenntnis ihrer Bestände, ohne jede Inventur, in stetem Kampfe gegen Diebstahl und Unterschlagung.

(Hört! Hört!)

Dank der energischen Maßnahmen meines Herrn Amtsvorgängers wurde schon im Frühjahr dieses Jahres in dieses Chaos allmählich Ordnung gebracht. Heute darf ich feststellen, daß sämtliche 3000 Heeresläger und alle 8000 Stellen, an denen mobiles Heeresgut außerhalb dieser Heeresläger lagert, fest in unserer Hand sind,

(Bravo im Zentrum.)

daß eine fast vollständige Inventur alles mobilen Heeresgutes durchgeführt worden ist. Es werden alle Wege der Verwertung, die nach dem Friedensvertrag gestattet sind, beschritten, angefangen vom Detailverkauf in den Lägern bis zum Großverkauf durch die Generalreferate des Reichsverwertungsamtes.

Nachdem die Ordnung geschaffen und die Inventur durchgeführt war, konnten wir die Zweigstellen, die zur Verwaltung und Verwertung des Heeresgutes draußen im Lande errichtet waren, auf die Hälfte verringern. Die von meinem Herrn Amtsvorgänger bereits eingeleitete **Wiedererfassung veruntreuten Heeresgutes** hat zur Gründung einer eigenen Abteilung für Wiedererfassung im Ministerium geführt, die dank der die Wiedererfassung erleichternden Verordnung, die das hohe Haus seinerzeit be- (D) schlossen hat, bis heute das Ergebnis gezeitigt hat, daß veruntreutes Heeresgut im Werte von 150 Millionen Mark wieder erfaßt und in den Besitz des Reiches zurückgeführt werden konnte.

Wenn auch die Verwertung im allgemeinen so rasch als irgend möglich durchgeführt wird, so wird auf der andern Seite doch volles Augenmerk darauf gerichtet, daß nichts ins Ausland abgegeben wird, was dem Inlande für die nächste Zeit oder auch für eine fernere Zukunft dringend notwendig ist,

(Bravo!)

und daß nichts von diesen Beständen hinausgeht, was wir für die deutsche Industrie und vor allem für die Fortführung unserer Heeres- und Marinebetriebe selbst dringend bedürfen.

(Bravo!)

Wenn es uns nun auch gelungen ist, in das Chaos mit vieler Mühe und Arbeit Ordnung hineinzubringen, so wissen wir doch, daß bei dem ungeheuren Umfange der Geschäfte und der gewaltigen Demoralisation, die leider immer noch in unserem Volke besteht,

(sehr richtig!)

da und dort sicherlich noch Veruntreuungen vorkommen werden. Aber wir tun alles, diese Veruntreuungen auf ein Minimum zurückzuführen. Wir haben außer der Erfassungsabteilung eine eigene groß ausgebaute Polizeiabteilung im Verwaltungsamt errichtet. Wir haben Kontrollstellen aller Art nach innen und außen, und wir können heute sagen, daß 95 Prozent der Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen das Reichsverwertungsamt erhoben werden, sich bei der Untersuchung als gegenstandslos oder als an die falsche Adresse gerichtet, erweisen.

Meine Damen und Herren! Es wird Sie interessieren, das **Gesamtresultat der Verwertungstätigkeit**,

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) wie es sich heute darstellt, zu erfahren. Aus den Verhandlungen in Weimar ist Ihnen erinnerlich, daß der frühere Reichsfinanzminister Schiffer den Wert des gesamten für das Reich noch geretteten mobilen Heeresgutes damals auf etwa 3 Milliarden Mark angenommen hat. Obwohl inzwischen der Friedensvertrag von uns ratifiziert worden ist, in dem unter anderem die Bestimmung enthalten ist, daß wir über eigentliches Heeresgerät nicht verfügen dürfen, sondern dieses eigentliche Heeresgerät der Entente zum Zwecke der Zerstörung bereitzuhalten haben — eine Bestimmung, die wir, obwohl der Friede noch nicht perfekt ist, loyal durchgeführt haben, mit der Maßnahme, daß wir dieses Heeresgerät nicht veräußern, sondern bereit halten, soweit wir es nicht in dem bisherigen Umfange weiter delaborieren, — ich sage: obwohl diese Bestimmungen des Friedensvertrages uns auferlegen, einen sehr großen Teil dieses Heeresgutes nicht zu verwerten, ist es uns gelungen, bis heute 3 Milliarden Mark aus Heeresgut zu erlösen,

(hört! hört! und bravo! im Zentrum.)

von denen bereits 2,2 Milliarden Mark in bar und in Kriegsanleihe eingegangen sind und der Rest demnächst eingehen wird.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten)

Nach meiner Schätzung befinden sich an mobilem Heeresgut derzeit in Deutschland noch Werte von etwa 1 bis 2 Milliarden Mark. Von dem Heeresgut, das im Ausland, in Budapest, in Odessa und sonstwo liegt, lassen sich aus begreiflichen Gründen in diesem Moment Wertschätzungen nicht machen. Fest steht jedenfalls, daß die Verwertung des mobilen Heeresguts, wie Sie aus den mitgeteilten Zahlen entnommen haben, ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Wir hoffen, daß in der ersten Hälfte des nächsten Jahres die Verwertung im wesentlichen beendet sein wird. Wir werden versuchen, dann

(B) das Reichsverwertungsamt in Gesellschaftsform auslaufen zu lassen.

Die Tätigkeit der **Automobilabteilung des Reichsverwertungsamts** ist, soweit sie nicht unmittelbar mit der Verwertung zusammenhängt, auf das Reichsverkehrsministerium übergegangen. Die zur Schließung etwaiger Lücken des Verkehrs seinerzeit errichteten sogenannten Heimatkolonnen sind zum größten Teil in Kraftverkehrsgesellschaften unter Reichsbeteiligung umgewandelt worden. Soweit dies geschehen ist, werden auch sie dem Reichsverkehrsministerium angegliedert werden. Die alsdann noch verbleibenden drei Kraftverkehrsämter sollen bis zum 1. April 1920 aufgelöst werden.

(Bravo! rechts.)

So viel über den derzeitigen Stand der Verwertung des entbehrlich gewordenen mobilen Heeresgutes.

Ich komme nun zur **Verwaltung und Verwertung des** entbehrlich gewordenen **immobilen Heeres- und Marinegutes.** Auf diesem Gebiete ist dem Reichsschatzministerium durch den Beschluß des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung vom 30. April d. J. eine neue gewaltige Aufgabe erwachsen. Nach diesem Beschluß sollen die bisherigen Heeres- und Marinebetriebe soweit als möglich fortgeführt und auf Friedensbetrieb umgestellt werden, unter der Voraussetzung, daß sich diese Heeresbetriebe in absehbarer Zeit zu rentablen Betrieben entwickeln. Das Reichsschatzministerium hat damit wohl die schwierigste Aufgabe übernommen, die in Deutschland auf industriellem Gebiet jemals gestellt worden ist.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Aufgabe ist nur lösbar, wenn an ihre Lösung nach **kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten** herangetreten wird.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die Fortführung der dazu geeigneten Betriebe, noch mehr

(C) aber die Prüfung der Umstellbarkeit dieser Betriebe in Friedensbetriebe haben zur Voraussetzung, daß sie erstklassigen Kräften von hervorragender Fachkunde und Erfahrung anvertraut werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Gehälter dieser technischen und kaufmännischen Sachverständigen müssen den Gehältern der Privatindustrie unbedingt angepaßt sein, wenn wir erreichen wollen, daß wir tatsächlich erstklassige Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe stellen können. In Voraussicht dieser Entwicklung hat bereits mein Herr Vorgänger die Hauptverwaltung der Heeresbetriebe begründet; sie ist inzwischen nach kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten weiter ausgestaltet worden.

Zu dem ersten Erfordernis, daß die Aufgabe von kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten aus gelöst werden muß, tritt noch ein weiteres Erfordernis. Die zur Fortführung bestimmten **Betriebe** müssen nach unserer festen Überzeugung in **Gesellschaftsform** gebracht und nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben werden. Das ist Voraussetzung nicht nur einer rationellen und sparsamen Betriebsführung, sondern auch Voraussetzung der dringend notwendigen ständigen und eingehenden finanziellen Kontrolle durch die Regierung, aber auch durch die Nationalversammlung. Nur mit Hilfe der Gliederung in Gesellschaften ist es möglich, jederzeit die Wirtschaftlichkeit eines Betriebs oder Betriebszweiges festzustellen und die Verwendung der Gelder bis ins kleinste zu prüfen.

Das Reich hat auf diesem Gebiete bereits große Erfahrungen, die geschöpft sind aus der Verwaltung der großen Reichsbetriebe und Reichsbeteiligungen auf anderen Gebieten, die ich bereits vorhin Ihnen vorzuführen die Ehre hatte. Es soll hier bei den Heeresbetrieben in genau der gleichen Weise vorgegangen werden wie bei den Reichsgesellschaften der Aluminium-, Stickstoff- und Elektrizitätswirtschaft. (D)

Der im Haushaltsplan unter den außerordentlichen Ausgaben für die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe angeforderte Betrag von fast einer halben Milliarde für das nächste Halbjahr soll kein verlorener Aufwand sein, sondern stellt die für diese Zeit notwendigen **Betriebs- und Baukapitalien** zur Fortführung und Umstellung der bisherigen Heeres- und Marinebetriebe in Friedenswirtschaft dar. Wir werden diese Betriebs- und Baukapitalien nach entsprechenden Abschreibungen in den Bilanzen der zu bildenden Gesellschaften als Betriebs- und Baukapitalien erscheinen lassen und hoffen, daß diese Gelder, soweit sie Betriebskapitalien darstellen, durch entsprechende Einnahmen herabgemindert werden, und daß sie, soweit sie Baukapitalien darstellen, aus den künftigen Gewinnen verzinst und amortisiert werden.

Der Umfang und die Bedeutung der Aufgabe der **Fortführung und Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe in Friedensbetriebe** hat dazu geführt, die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe, die ursprünglich der Abteilung 3 (Reichsverwertungsamt) angegliedert war, von dieser Abteilung 3 in die Abteilung 1 des Reichsschatzministeriums zu überführen, in der bereits die Verwaltung der anderen großen Reichsbetriebe und Reichsbeteiligungen stattfindet. Diese Abteilung 1 ist dadurch zur großen Industrieabteilung des Reichsschatzministeriums geworden, die, wenn erst die Elektrizitätswirtschaft in der im Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vorgesehenen Ausgestaltung hinzugekommen sein wird, wohl den größten Industriekonzern der Welt darstellen dürfte.

Die Schwierigkeit der Aufgabe der Fortführung der Heeres- und Marinebetriebe und ihrer Umstellung in Friedensbetriebe ist durchaus noch nicht allgemein voll erkannt und gewürdigt. Schon in normalen Zeiten ist es

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) außerordentlich schwer, derartige Betriebe umzustellen, weil alle Gebäude, Maschinen und Einrichtungen ganz einseitig ihrer Zweckbestimmung angepaßt sind und niemals damit gerechnet worden ist, daß diese Betriebe auch einmal zu anderen Zwecken als zur Fabrikation von Heeresbedarf dienen sollen. Bei den alten Heeresfabriken ist das ja verständlich; aber unverständlich ist es, daß man bei den gewaltigen Anlagen dieser Art, die während des Krieges geschaffen worden sind, gar nicht daran gedacht zu haben scheint, daß diese Betriebe unmöglich dauernd für den Zweck bestimmt sein konnten, für den sie errichtet wurden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Niemand scheint damals daran gedacht zu haben, was jedem Industriellen sofort am nächsten gelegen wäre, die Betriebe von vornherein so aufzuziehen, daß sie später ohne allzugroße Schwierigkeiten in Friedensbetrieb hätten umgestellt werden können. Wir sehen bei den Neubauten während des Krieges eine ungeheure Geldverschwendung.

(Sehr richtig!)

Die Betriebe sind mit äußerstem Raffinement ausgebaut und ihrem Zweck angepaßt, was selbstverständlich ist und auch wohl richtig war; aber sie sind andererseits so gebaut, daß sie für Friedensbetrieb nur mehr schwer umzustellen sind. Vielfach sehen wir zwischen den gewaltigen Anlagen große Zwischenräume, in denen sich Kunststraßen aller Art, aber auch grünende Parkanlagen größten Umfanges finden, die jeder modernen Großstadt zur Zierde gereichen würden — alles Anlagen, die vom kaufmännisch-industriellen Standpunkt aus dauernde Erschwerungen des Betriebs und dauernde Lasten für die Fortführung dieser Betriebe sind.

(Sehr richtig!)

Der geradezu erschreckenden Einseitigkeit der Aufmachung dieser Betriebe entspricht die Einseitigkeit in der Erfahrung und den Leistungen der Beamten, Angestellten und (B) Arbeiter. Einseitig war auch die Kontrolle, nur auf Qualität und Quantität abgestellt. Nirgends ein Kalkulationsbureau für Vor- oder Nachkalkulation, nirgends jemand, der mit den Verhältnissen des Marktes im Inlande oder im Auslande näher bekannt ist.

(Zuruf: Militärisch!)

Mit diesen Einrichtungen sollen nun Fabrikationen eingeführt werden, die mit den alten nichts gemein haben, sollen Fabrikate hergestellt werden, die mit den Erzeugnissen der Privatindustrie erfolgreich in Wettbewerb treten können, nicht nur an Güte, sondern auch an Herstellungspreis. Gewiß hat auch die Privatindustrie sich während des Krieges in weitem Umfange auf die Herstellung von Heeresgerät einrichten müssen. Auch sie muß sich jetzt vielfach umstellen, auch sie hat gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden. Sie hat aber damit gerechnet, daß sie sich einst wieder in Friedensbetrieb werde umstellen müssen. Sie hat ferner die Organisation ihrer Betriebe vor dem Reiche voraus. In diesem Punkte hinken wir hinter der Privatindustrie nach und müssen das, was sie uns voraus ist, einzuholen versuchen.

Die **Schwierigkeiten der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe** sind im einzelnen außerordentlich verschieden. Schwierig ist die Umstellung ja bei allen. Verhältnismäßig am leichtesten ist sie noch bei den Betrieben, die hüttenmännischen Charakter haben, zum Beispiel bei der Geschoßfabrik und Geschützgießerei Spandau, der Geschoßfabrik Siegburg. Grundsätzlich gehört auch hierher die Geschoßfabrik und Geschützgießerei Ingolstadt, indessen sind die letzteren Anlagen räumlich beschränkt und größtenteils unmodern. Schwieriger bereits als diese Betriebe mit hüttenmännischem Charakter sind die Werkstätten mit Maschinenfabrikcharakter wie die Artilleriewerkstätten Spandau, München, Dresden, Lippstadt, die Gewehrfabriken Erfurt, Spandau, Amberg.

Die Schwierigkeiten werden noch größer bei den Feuer- (C) werkslaboratorien Spandau, Siegburg, Plaue, Radeberg bei Dresden, Ingolstadt. Sie steigen weiter ganz erheblich bei den Munitionsfabriken Spandau, Cassel, Ingolstadt, Dresden und nähern sich der Unüberwindlichkeit bei den Pulverfabriken in Spandau, Plaue, Hanau, Dachau, Graschwitz und Ingolstadt, von denen jedenfalls einige sowie auch einige Munitionsfabriken dem Schicksal der Ausschlachtung nicht entgehen werden.

(Hört! Hört!)

An welcher Stelle die Reichswerft Kiel mit der Torpedowerkstatt Friedrichsort und der U-Boot- und Torpedowerft Wilhelmshaven einzuklassifizieren sind, ist noch nicht genau zu sagen. Kiel hoffen wir, wenn auch nicht schnell, so doch mit bestem Erfolg umstellen zu können. Die Beamtenverhältnisse sind dort allerdings außerordentlich schwierig.

Je größer die Schwierigkeiten der Umstellung sind, desto länger wird es selbstverständlich dauern, bis die betreffenden Werke das ihnen bestimmte Ziel, wenigstens das erste Ziel der Deckung der Selbstkosten, erreicht haben werden. Es ist unbedingt sicher, daß wir bei der Mehrzahl dieser Betriebe für einen nicht im voraus zu bestimmenden Zeitraum noch mit Unterbilanz zu rechnen haben werden, bis auch sie über die Sandbank ins freie Wasser geschleppt sein werden.

Auffallend an diesen Betrieben ist noch eine Tatsache. Die Betriebe waren Präzisionsbetriebe im wahrsten Sinne des Wortes. In der Hauptsache ist es wohl darauf zurückzuführen, daß das **Verhältnis der Beamten und Angestellten** einerseits **zu der Zahl der Arbeiter** andererseits völlig verschieden von dem ist, was wir in Friedensbetrieben gewöhnt sind. Wir treffen hier fast durchweg ein Verhältnis 1 zu 4,

(hört! hört!)

während wir in den Friedensbetrieben mit Verhältnis- (D) zahlen wie 1 zu 10 zu rechnen gewohnt sind.

Aus alledem ergibt sich, daß die dem Reichsschatzministerium obliegende Aufgabe der Fortführung und Umstellung dieser Betriebe tatsächlich riesenhaft ist. Wenn wir trotzdem guten Mutes an diese Aufgabe herantreten, so geschieht es deshalb, weil wir uns bewußt sind, daß es sich hier nicht nur um die Erhaltung von enormen Werten des Reiches handelt, sondern, daß hier eine große und schwere soziale Aufgabe ersten Ranges zu erfüllen ist.

(Sehr richtig!)

In diesen Betrieben waren im Höchstausmaß während des Krieges nicht weniger als 240000 Arbeiter beschäftigt. Derzeit beträgt die Arbeiterzahl noch etwa 45000. Bei der Umstellung der Betriebe konnte, wie aus den ebengenannten Ziffern sich ergibt, es nicht vermieden werden. daß **Beamten-Anwärter, Angestellte und auch alte Arbeiter** in großer Zahl zur **Entlassung** kommen mußten. Wenn wir auch hoffen, von jetzt ab im allgemeinen die Zahl der heute beschäftigten Arbeiter weiter beschäftigen, ja, sie in absehbarer Zeit noch vermehren zu können, so muß doch für einzelne Betriebe, wo die Umstellung noch nicht durchgeführt ist, auch noch mit Entlassungen gerechnet werden.

Für diese Personen soll nun in tunlichst weitgehender Weise gesorgt werden, und zwar nicht nur in denjenigen Fällen, in denen Rechtsansprüche vorhanden sind, sondern auch in solchen Fällen, in denen Billigkeitsansprüche vorliegen. Die Erwägungen der beteiligten Ministerien über die zu gewährenden **Abfindungen** sind noch nicht abgeschlossen. Sie beschäftigen Ressorts des Reichswehrministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Reichsschatzministeriums und werden wohl in Bälde zu einer Lösung auf etwa folgender Grundlage führen. Was zunächst die **etatsmäßigen Beamten** betrifft, so sollen sie nach Möglich-

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) keit an solchen Stellen der Betriebe verwandt werden, für die sie befähigt erscheinen. Vor jeder Neueinstellung in Heeres- und Marinebetrieben soll jedenfalls geprüft werden, ob sie nicht durch Beibehaltung eines bereits vorhandenen Beamten vermieden werden kann. Die **Weiterbeschäftigung der Beamten** muß aber aus prinzipiellen Gründen auf Grund **Privatdienstvertrag** erfolgen; denn es ist unangängig und unmöglich, in den künftigen Aktiengesellschaften, oder falls nur eine einzige große Gesellschaft aus diesen Betrieben entstehen soll, was noch geprüft wird, in dieser großen Gesellschaft neben Angestellten auf Dienstvertrag noch Beamte als solche weiter zu beschäftigen. Davon hat sich das Kabinett, davon hat sich auch der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung bei den letzten Beratungen einstimmig überzeugt.

Der Beamte soll jedoch durch die Anstellung auf Privatdienstvertrag seine Rechte aus dem Beamtenverhältnis nicht verlieren. Es sollen ihm jedoch diejenigen Bezüge, die er, wenn er auf Wartegeld gesetzt wird, aus seinem Beamtenverhältnis noch bezieht, auf die Bezüge aus dem Privatdienstvertrag angerechnet werden. Wie groß die Zahl der zu übernehmenden Beamten sein wird, läßt sich in diesem Augenblick nicht übersehen. Selbstverständlich soll nach Möglichkeit für die Beamten, die nicht übernommen werden können, versucht werden, sie in anderen Verwaltungen unterzubringen.

Die bis zum 1. Oktober dieses Jahres noch nicht etatsmäßig angestellten Beamten besitzen keinen Rechtsanspruch auf Fortgewähr ihrer bisherigen Bezüge. Diese **Anwärter** haben aber gerade in den Betrieben des Heeres und der Marine verhältnismäßig sehr lange auf etatsmäßige Anstellung gewartet. Es sind Fälle bekannt, in denen solche Anwärter nicht weniger als 25 Jahre hinter sich haben, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, sie im Rahmen des Etats endgültig anzustellen. Nach den-

(B) selben Grundsätzen wie bezüglich der etatsmäßigen Beamten soll hier zunächst versucht werden, auch diese Anwärter auf **Privatdienstvertrag,** soweit es im Rahmen der künftigen Fortführung der Heeresbetriebe tunlich ist, weiter zu beschäftigen. Die darüber hinausgehende Anzahl muß jedenfalls zur Entlassung kommen. Auch hier soll zunächst versucht werden, sie in anderen Verwaltungen unterzubringen. Soweit sie eine besonders lange Wartezeit haben, wird erwogen, die Anwärter in ähnlicher Weise abzufinden, wie es bei den Kapitulanten geschehen ist.

Neben diesen Anwärtern sind in den Heeres- und Marinebetrieben zahlreiche **Angestellte** beschäftigt gewesen, denen mündlich und zum Teil auch schriftlich erklärt worden ist, sie könnten ihre Stellung als eine **Lebensstellung** betrachten. Auch hier liegt eine rechtliche Verpflichtung des Reichs nicht vor, aber in vielen Fällen ein Billigkeitsanspruch. Auch für diese Angestellten, sobald sie einen bestimmten, noch näher festzulegenden Zeitraum in den Reichsbetrieben beschäftigt gewesen sind, wird eine Abfindung erwogen.

Ebensowenig wie den Anwärtern und Angestellten war es den Arbeitern bei den im Kriege gezahlten Löhnen und der damals schon eingetretenen Preissteuerung möglich, Rücklagen zu machen. Den **alten Arbeitern** der Reichsbetriebe wird aus allgemeinen Finanzfonds des Finanzministeriums bekanntlich heute schon die sogenannte **Gnadenpension** gewährt. Diese Gnadenpension ist unter den heutigen Verhältnissen unzureichend, und es ist beabsichtigt, sie nicht nur in bisheriger Höhe auf breiter Grundlage an die alten Arbeiter, die nicht mehr rüstig genug sind, um bei der Fortführung des Betriebes wieder eingestellt zu werden, zu gewähren, sondern es ist weiterhin beabsichtigt, diese Gnadenpensionen im Hinblick auf die eingetretene Teuerung zu erhöhen. Das Ausmaß dieser Erhöhung wird derzeit erwogen.

Alle diese Verhältnisse sollen in einem Gesetzentwurf (C) näher geregelt werden, der Ihnen demnächst vorgelegt werden soll. Wir dürfen hoffen, daß dadurch die berechtigten Wünsche und Klagen in der Hauptsache und in dem Rahmen abgestellt werden, der sich nach der Finanzlage des Reichs als möglich erweist. Eines aber ist sicher, daß all diese Unterstützungen nicht die Bilanzen der künftigen Gesellschaften der bisherigen Heeres- und Marinebetriebe belasten dürfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir die Betriebe mit solchen Ausgaben belasten wollten, dann wären sie zusammengebrochen, bevor sie zu marschieren begonnen hätten. Alle diese Unterstützungen werden aus besonderen Finanzfonds des Reichsfinanzministeriums zu gewähren sein.

Wir haben bei der vorläufigen Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe, welche uns von der Heeres- und Marineverwaltung übergeben worden sind, häufig außerordentlich **schwierige Arbeiterverhältnisse** vorgefunden. Wir sahen uns in vielen Fällen — ich erinnere nur an Spandau und Adlershof — gezwungen, diese Betriebe sogar unter Inanspruchnahme militärischer Hilfe, zunächst zu schließen und dann wieder neu aufzumachen.

Bei dieser ersten Fortführung des Betriebs waren wir in allen Fällen bemüht, zunächst den alten Arbeiterstock wieder hereinzunehmen und darüber hinaus diejenigen Arbeiter zu beschäftigen, bei denen dies aus sozialen Gründen oder im Hinblick auf ihre besondere Fachkunde vor allem erforderlich erschien. Wir haben den Arbeitern keinen Zweifel darüber gelassen, daß an eine Fortführung der Heeresbetriebe und an ihre Umstellung auf die Friedenswirtschaft nur zu denken ist, wenn fest zugegriffen und fleißig gearbeitet wird, von der obersten Spitze bis herunter zum letzten Arbeiter.

(Bravo! im Zentrum und rechts.)

Es ist uns gelungen, in allen Betrieben, die wir über- (D) nommen haben, das **Akkordlohnsystem** überall da einzuführen, wo es technisch möglich ist.

(Bravo! im Zentrum und rechts.)

Wir haben mit der Wiedereinführung des Akkordlohnsystems die besten Erfahrungen gemacht. Wir können auch feststellen, daß in den seit längerer Zeit übernommenen Betrieben ordentlich gearbeitet wird, und daß die Leistungen auch qualitativ vielfach recht gut sind.

Es war außerordentlich schwierig, bei der Umstellung dieser Betriebe das Vertrauen der als Auftraggeber in Betracht kommenden Kreise zu finden. Wir haben in **Spandau** während des Krieges über 60 000 Arbeiter im Betrieb gehabt, nach der Umstellung zunächst nur 4000, jetzt wieder zwischen 11 000 und 12 000 Arbeiter. Um für diese Arbeiter die nötige Arbeit zu beschaffen, ist es notwendig, jedes Jahr einen **Auftragsbestand** von mindestens 300 Millionen Mark Wert hereinzubringen. Im Anfang war es unsere größte Sorge, ob es uns gelingen würde, diesen Auftragsbestand auch tatsächlich hereinzuholen. Allmählich aber schwand das Mißtrauen, das weite Kreise gegen diese Heeresbetriebe auf Grund der Erfahrungen kurz nach der Revolution erfaßt hatte. Wir haben in den letzten Monaten Aufträge von monatlich etwa 25 Millionen Mark hereingebracht. Ich zweifle nicht, daß es uns gelingen wird — von besonderen Ereignissen abgesehen —, den Auftragsbestand von 300 Millionen auf ein Jahr für die Spandauer Betriebe hereinzuholen.

(Bravo!)

Spandau ist der erste größere Betrieb, den das Reichsschatzministerium als **Friedensbetrieb** führt, und es ist vielleicht ganz interessant, an der Hand dieses Beispiels sich ein Bild darüber zu machen, wie etwa die Umstellung solcher Betriebe sich vollziehen wird. Am schwierigsten

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) ist in Spandau die Umstellung der Pulverfabrik; nach dieser Richtung hin sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen. Die übrigen sechs Betriebe werden in drei zusammengelegt: ein Hüttenwerk, in dem das Stahlwerk, die Eisengießerei und die Walzwerke vereinigt werden; eine Maschinenfabrik, in der die Geschützgießerei und die Artilleriewerkstatt vereinigt wird; und eine Metallwarenfabrik, welche die Gewehrfabrik, die Munitionsfabrik und das Feuerwerkslaboratorium umfassen soll. Es besteht im allgemeinen die Absicht, die Fortführung der Heeres- und Marinebetriebe nach einem Gesamtplan so einzurichten, daß in der Gesamtheit der Werke sich der Produktionsprozeß vom Roheisen und Schrott angefangen, bis zum Fertigfabrikat abspielt, wodurch allein eine sichere Gewähr für die schließliche Rentabilität des Ganzen gegeben erscheint.

Ich glaube, Ihnen durch diese Darlegungen, die ich absichtlich etwas breiter gehalten habe, weil draußen bei der Arbeiterschaft der Betriebe unendliches Mißtrauen gegen uns besteht und vielfach die Ansicht vertreten ist, wir wollten im Gegensatz zu dem Beschluß des Haushaltsausschusses vom 30. April dieses Jahres diese Betriebe allmählich an die Privatindustrie übergehen lassen, — gezeigt zu haben, wie schwer die Aufgabe ist, die das Reichswirtschaftsministerium auf Grund des Beschlusses der Nationalversammlung vom 30. April dieses Jahres übernommen hat. Die Durchführung der Aufgabe erfordert straffste Disziplin und unbedingtes Durchhalten der kaufmännischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Wir sind uns auch voll der Pflicht bewußt, diese Reichsbetriebe zu sozialpolitisch vorbildlichen Betrieben auszugestalten. Wir haben nach dieser Richtung auch schon viel erreicht. Durch die individuelle Anpassung der Kriegsbeschädigten an die für sie passende Arbeit haben wir in fast allen Betrieben, die wir übernommen haben, heute (B) schon erreicht, daß ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz von Kriegsbeschädigten eingestellt werden konnte. In Spandau beschäftigen wir zum Beispiel nicht weniger als 11 Prozent Schwerbeschädigte.

Sobald die Verhältnisse bezüglich der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe sich klarer übersehen lassen, ist beabsichtigt, eine eingehende **Denkschrift über die Umstellung dieser Betriebe** der Nationalversammlung zu unterbreiten. Vorläufig bitten wir Sie, uns in der Erfüllung der schweren von Ihnen gestellten Aufgabe zu unterstützen und bei allen Ihren Maßnahmen und Anforderungen zu bedenken, daß jede zu schwere Last, die Sie uns aufbürden, das Gelingen des Ganzen in Frage stellt. Die gewaltige Aufgabe haben wir in erster Linie im Interesse der Arbeiterschaft übernommen. Deshalb müssen sich gerade auch die Arbeiter in die Notwendigkeiten einfügen, weil sonst die Durchführung der Aufgabe unmöglich wird.

Ich verlasse damit die Darstellung der Aufgaben des Reichsschatzministeriums, soweit sie auf dem Erlaß des Reichspräsidenten vom 21. März d. J. beruhen, und komme zu den neuen Aufgaben, die dem Reichsschatzministerium durch die Neuorganisation der letzten Monate gestellt sind, Aufgaben, die demnächst in einem neuen Erlaß des Reichspräsidenten über die Zuständigkeit des Reichsschatzministeriums niedergelegt sein werden.

Diese **neuen Aufgaben** betreffen die Abteilung 2 **des Reichsschatzministeriums.** Diese Abteilung hatte ursprünglich die Aufgabe der **Verwaltung und Verwertung des entbehrlich gewordenen nichtindustriellen Heeres- und Marinegrundbesitzes.** Vor wenigen Monaten ist durch eine Vereinbarung der beteiligten Ressorts, der das Kabinett beigetreten ist, und die demnächst in einem Erlaß des Reichspräsidenten niedergelegt werden wird, vereinbart worden, daß, um mich gemeinverständlich auszudrücken, in Zukunft alle Ressorts, mit Ausnahme der Verkehrs- (C) ressorts, beim Reichsschatzministerium in Nießbrauch wohnen. Das Reichsschatzministerium übernimmt in diesem Umfange die Vertretung des Reichs als Eigentümer aller seiner Liegenschaften. Das Reichsschatzministerium übernimmt im gleichen Umfange die gesamte Reichsbauverwaltung, sowohl die Bauverwaltung, die bisher bei den einzelnen Reichsressorts bestand, als insbesondere die Bauverwaltung von Heer und Marine.

Zu dieser Aufgabe trat noch eine weitere hinzu. Wir werden nach dem Friedensvertrag damit rechnen müssen, daß wir in Zukunft nur noch 100 000 Mann Militär haben werden. Da liegt es nahe und ist es notwendig, daß niemand auf diese 100 000 Köpfe angerechnet wird, der durch einen Zivilbeamten ersetzt werden kann. Diese Erwägung hat dazu geführt, die ganze **aktive Militär- und Marineverwaltung dem Reichsschatzministerium** zu **übertragen.** Das ist neben der bisherigen Militär- und Marinebauverwaltung, die gesamte bisherige Versorgung des Heeres und der Marine, alle Proviantämter, Bekleidungsämter, Konservenfabriken, Schlächtereien, Bäckereien, kurz **die** Belieferung des Heeres und der Marine mit dem gesamten Unterhaltsbedarf bis zum letzten Tropfen Petroleum und bis zum Schemel in der Mannschaftsstube.

Die **Bekleidungsämter** — um das vorauszunehmen — haben wir nicht der Abteilung 2 übertragen, sondern, dem Charakter ihrer Betriebe entsprechend, der Abteilung 3. Von den bei Abschluß des Waffenstillstandes vorhandenen 24 Heeres- und 2 Marinebekleidungsämtern sind bis jetzt 14 stillgelegt worden; 12 werden weiter betrieben. Für diese 12 Bekleidungsämter ist bis zum 1. April nächsten Jahres genügende Beschäftigung vorhanden. Was dann aus ihnen werden wird, unterliegt derzeit der Prüfung.

Bei der Prüfung dieser Frage wird einerseits erwogen werden müssen, daß die Bekleidungsämter bedeutende (D) Werte darstellen, die dem Reich erhalten werden sollen, daß andererseits die dort beschäftigte Arbeiterschaft, wenn irgend möglich, weiter beschäftigt werden muß. Vielleicht gelingt es dadurch, daß die verschiedenen Ressorts einschließlich der Verkehrsressorts sich dahin einigen, ihre Aufträge in Zukunft ähnlich, wie das Militär es in der Vergangenheit getan hat, nach Möglichkeit diesen Bekleidungsämtern zuzuweisen. Auf alle Fälle werden bei Prüfung dieser Frage aber auch die Interessen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes entsprechend zu berücksichtigen sein.

(Bravo! rechts.)

14 **Bekleidungsinstandsetzungsämter** sind bis auf eines geschlossen, und auch dieses eine arbeitet nicht mehr für Heer und Marine oder für öffentliche Zwecke, sondern in Konkurrenz mit der Privatindustrie. Eines der früheren Bekleidungsämter, das Bekleidungsamt Hamburg-Bahrenfeld, haben wir zu ermäßigtem Kaufpreis einer Arbeitergenossenschaft, die sich dort gebildet hat, zum Weiterbetrieb übergeben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Arbeitergenossenschaft führt den Betrieb im Anschluß an die große Hamburger Konsumzentrale. Ich hoffe, daß besonders angesichts des Umstandes, daß wir die Kaufbedingungen möglichst entgegenkommend gestaltet haben, dieses Experiment gelingt.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zu dieser Aufgabe der Abteilung 2 kommt hinzu die **Reichsvermögensverwaltung für die besetzten Gebiete,** insbesondere die Übernahme der Verpflichtungen auf Grund des Art. 8 des Rheinlandabkommens, also die **Unterbringung, Verpflegung, Besoldung des interalliierten Besatzungsheeres,** so daß das Reichsschatzministerium nicht nur die aktive Militärverwaltung des deutschen Heeres

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) und der deutschen Marine, sondern auch die ganz gleichartige Aufgabe für das Besatzungsheer auf Grund des Art. 8 des Rheinlandabkommens übernommen hat.

Der **Abteilung 2** des Reichsschatzministeriums ist durch diese neuen Aufgaben eine Tätigkeit überwiesen worden, deren Umfang dazu führen mußte, Sie zu bitten, als Chef dieser Abteilung einen **Unterstaatssekretär** und außerdem einen weiteren Ministerialdirektor zu bewilligen.

Es ist uns ohne weiteres klar gewesen, daß wir damit gegen das Prinzip verstoßen, daß jedes Reichsministerium, wenn irgend möglich, nur einen Unterstaatssekretär als Vertreter des Ministers haben soll. Aber die Verhältnisse sind zwingend. Auf der einen Seite erfordert die große Industrieabteilung des Reichsschatzministeriums einen Unterstaatssekretär als Leiter, und auf der anderen ist die Abteilung 2 durch die Neuregelung so außerordentlich gewachsen, daß auch an ihrer Spitze ein Unterstaatssekretär erforderlich ist. Schon heute haben wir in dieser Abteilung 2, obgleich wir sie so schwach besetzt haben wie möglich, auch besonders draußen in den Abteilungen 3 in den Reichsfinanzämtern, nicht weniger als 20 Referate, und ich zweifle nicht, daß trotz aller Einschränkungen, deren wir uns befleißigen, der Aufgabenkreis dieser Abteilung 2 in den nächsten Monaten noch weiter wachsen wird.

Die Aufgaben der Abteilung 2 des Reichsschatzministeriums werden draußen im Lande wahrgenommen durch die Abteilungen 3 der Landesfinanzämter, denen wiederum eigene Reichsvermögensämter untergeordnet sind, welchen in erster Linie die Bauverwaltung obliegt.

Eine besondere Regelung ist für das besetzte Gebiet vorgesehen. Hier werden alle diese Aufgaben zusammengefaßt in der „Reichsvermögensverwaltung für das besetzte Gebiet", die ihren Sitz in Coblenz hat, und der drei Vermögensämter mit den entsprechenden Vermögens- (B) stellen untergegliedert sind, das eine in Landau in der Pfalz für den Bezirk der bayerischen Pfalz, das zweite in Coblenz für den südlichen Teil des Rheinlandes und das dritte in Düsseldorf für den nördlichen Teil der Rheinlande.

Zum Schlusse noch ein Wort zu denjenigen Etatspositionen, welche den **Unterhalt der Besatzungstruppen** im Westen betreffen. Aus den verschiedenen Positionen im außerordentlichen und im ordentlichen Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums ergibt sich, daß zur Durchführung dieser Aufgabe im Etat des Reichsschatzministeriums allein, auf das Jahr umgerechnet, ein Betrag von 1,2 Milliarden Mark angefordert ist.

(Allseitige Rufe: Hört! Hört!)

Aus einer Zusammenstellung, die ich dem Haushaltsausschuß bei der Beratung dieser Materie gegeben habe, ergibt sich, daß außerdem als Entschädigung der Einwohner der besetzten Gebiete für die Requisitionen der Besatzungstruppe eine Summe auszuzahlen ist, die mit jährlich 1 Milliarde Mark sicherlich nicht zu gering veranschlagt ist.

(Bewegung und Rufe: Hört! Hört!)

Diese Summe ist nicht aus dem Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums ersichtlich, sondern wird aus dem allgemeinen Finanzfonds bestritten, den das hohe Haus in Höhe von 16 Milliarden bewilligt hat. Außerdem ergibt sich aus jener Zusammenstellung, die ich dem Haushaltsausschuß zu unterbreiten die Ehre hatte, daß außer diesen Forderungen für den Bau von Wohnungen für Offiziersfamilien per sofort 100 Millionen Mark und für die nächste Zukunft wohl ein Betrag bis zu 300 Millionen Mark wird aufgebracht werden müssen,

(lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

der gleichfalls aus dem allgemeinen Fonds des Reichsfinanzministeriums zu bestreiten sein wird. Außerdem sind im Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums für (C) die Unterbringung und Erhaltung der hohen Kommission der Alliierten und der Überwachungsausschüsse der Alliierten jährlich 60 Millionen Mark eingesetzt.

(Große Bewegung. Erregte Rufe: Unerhört!)

Die Unterhaltung der interalliierten Besatzungstruppen einschließlich dieser Ausschüsse stellt sich also heute schon ziffermäßig nachweisbar auf mindestens $2^{1}/_{2}$ Milliarden Mark jährlich,

(große Unruhe; lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

eine bei der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und angesichts der ungeheuer schweren Bürde der außerdem von uns übernommenen finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen ganz unerträgliche Lasten.

(Stürmische Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Wir kennen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht annähernd die **Effektivstärke dieser Besatzungsarmee.**

(Hört! Hört!),

Wir haben wiederholt gebeten, uns ihre Stärke zu benennen. Diese Bitte ist uns jederzeit abgeschlagen worden.

(Bewegung und Rufe: Hört! hört!)

Die Stärke der Besatzungstruppe hat anscheinend außerordentlich gewechselt. Noch im August war die Stärke dieser Besatzungstruppen wohl zwischen 4- und 500 000 Mann anzunehmen. Auf alle Fälle beträgt sie auch heute noch ein Mehrfaches dessen, was in diesen Grenzgebieten deutscherseits im Frieden an Soldaten unterhalten worden ist.

(Hört! Hört!

Bezüglich des **Ausmaßes der** für die Unterhaltung dieser Besatzungsarmee **aufzubringenden Kosten** haben schon nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages Verhandlungen stattgefunden. Deutscherseits wurden die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages wohl richtig und naturgemäß so ausgelegt, wie die Bestimmungen (D) ausgelegt wurden, welche im Waffenstillstandsvertrage vom 26. Februar 1871 beziehungsweise im Friedensvertrage vom 10. März 1871 enthalten waren, daß unter „Unterhalt", mit anderen Worten die Unterbringung, vielleicht auch die Verpflegung und Unterbringung zu verstehen sei. Die Entente hat jede Begriffsbestimmung abgelehnt, bis dann schließlich im Friedensvertrage in Artikel 249 der Umfang so weit gezogen wurde wie überhaupt nur denkbar.

Danach gehören zu diesem Unterhalt alle Ausgaben für die Ernährung der Personen und Tiere, die Einquartierung und die Unterbringung, für Sold und andere Gebührnisse, für Gehälter und Löhne, für Nachtlager, Heizung, Beleuchtung, Ausrüstung, Geschirr, Bewaffnung und rollendes Material,

(hört! hört!)

für Flugwesen, Kranken- und Verwundetenbehandlung, Veterinär- und Remontewesen, das gesamte Beförderungswesen (wie Eisenbahn- See- und Flußschiffahrt und Lastkraftfahrzeuge), Verkehrs- und Nachrichtenwesen, überhaupt für die Verwaltungs- und technischen Dienstzweige, die für die Ausbildung der Truppen, für die Erhaltung ihrer Bestände und ihrer militärischen Leistungsfähigkeit erforderlich sind.

(Hört! Hört!)

Hinzu kommt, daß nach dem Rheinlandsabkommen auch nach Eintritt des Friedenszustandes für die **Requisitionen der Besatzungstruppen** das Haager Übereinkommen in Geltung bleibt, welches die Gebräuche des Landkrieges regelt und nur für den Kriegsfall berechnet ist. Eine Verrechnung der Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen ist von der Entente bisher immer abgelehnt worden. Die jeweils benötigte Summe wurde ohne nähere Begründung angefordert und ausbezahlt.

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) Sie belief sich in den ersten 10 Monaten der Besetzung auf etwa 900 Millionen Mark.

(Hört! hört!)

In gleicher Weise wurden für die Requisitionen für das von den Engländern und Amerikanern besetzte Gebiet bis jetzt 255 Millionen angesetzt. Die Engländer und Amerikaner überlassen die Auszahlung der Beträge den deutschen Behörden. Anders die Franzosen, die die Auszahlung selber übernehmen, und bezüglich derer anzunehmen ist, daß bis jetzt mindestens für eine halbe Milliarde Mark Requisitionen ersetzt werden müssen. Für das von den Belgiern besetzte Gebiet konnten nähere Angaben bis jetzt überhaupt nicht ermittelt werden.

(Hört! hört!)

In den von dem Herrn Unterstaatssekretär Lewald geführten Verhandlungen haben wir wiederholt die Herabsetzung der **Zahl der Besatzungstruppen** verlangt, und es wurde dem Herrn Unterstaatssekretär eine Herabsetzung für die Zeit nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Aussicht gestellt. Schriftlich wurde aber sowohl im August wie auch jetzt wieder vor wenigen Tagen durch eine Note erklärt, die Effektivstärke der Besatzungstruppen werde der deutschen Regierung sobald als möglich mitgeteilt werden. Beigefügt ist in der Note, es sei Sache der deutschen Regierung, für die rheinische Bevölkerung die Last der Besatzung zu mildern, indem sie auf die Hilfsquellen an Material und Mobilar des gesamten Reichs zurückgreife.

An anderer Stelle wird gesagt, die Hohe Kommission werde sich bemühen, freundschaftliche Abmachungen mit den amtlichen Behörden zu treffen hinsichtlich der Offiziere und der Truppen; dabei wird bemerkt, es sei Sache der deutschen Behörde, die Unterbringung zu erleichtern, indem einesteils die nach den besetzten Gebieten im Laufe des (B) Krieges eingewanderte Bevölkerung evakuiert,

(hört! hört!)

andererseits auf die allgemeinen Hilfsquellen des Deutschen Reichs Hand gelegt werde. Bezüglich der Requisitionen heißt es in der letzten Note wörtlich:

> Die alliierten und assoziierten Regierungen lassen nicht zu, daß die deutschen Gebiete nicht beitragen zu der Ernährung und den Bedürfnissen der Besatzungstruppen. Es ist Sache der deutschen Regierung, zur Vermeidung der Ausübung von Requisitionen von Lebens- und Futtermitteln die Einbeziehung der Hilfsquellen des ganzen Reichs zu prüfen, um den Bedürfnissen der Besatzungstruppen zu genügen.

Unsere Erwartung, die Entente werde sich hinsichtlich der **Bildung der Überwachungsausschüsse** nach Art. 203 des Friedensvertrages auf das notwendige Maß einschränken, ist nicht eingetroffen. Nachdem bereits seit einiger Zeit eine von uns als solche nicht anerkannte sogenannte Vorkommission der Entente in Stärke von 60 Offizieren in Berlin eingetroffen ist, ist uns neuerdings angekündigt, daß unmittelbar nach Friedensschluß in Berlin eintreffen sollen zwei Überwachungskommissionen, und zwar eine für Armee und Marine, die für Wohnzwecke der Offiziere ein Hotel mit 300 Zimmern

(hört! hört!)

und für Geschäftsräume 200 Räume beansprucht, ferner für 300 Unteroffiziere und Mannschaften geeignete Unterkunft und Gelegenheit zur Unterstellung für 60 Automobile; sodann eine zweite Überwachungskommission für die Luftstreitkräfte, für welche beansprucht werden: für Wohnzwecke der Offiziere ein Hotel mit 200 Zimmern, für Geschäftsräume weitere 100 Räume,

(hört! hört!)

dann Unterkunft für 450 Offiziere und Mannschaften sowie Gelegenheit zur Unterstellung für weitere 100 Automobile. (C) Es handelt sich also um 500 Offiziere, 750 Unteroffiziere und Mannschaften und 160 Automobile. Die Zahl der Automobile ist nachträglich auf 200 Automobile erhöht worden, die allein in Berlin untergebracht werden.

(Hört! hört!)

Daneben sollen kleinere Kommissionen in anderen Städten Deutschlands untergebracht werden, so in München, Dresden und anderen Orten.

Bezüglich der Unterkunft dieser Überwachungsausschüsse, denen wir unsererseits im ganzen 6 deutsche Offiziere gegenüberstellen,

(hört! hört!)

haben im Kabinett eingehende Beratungen stattgefunden. Man dachte zunächst, diese Überwachungsausschüsse in Schlössern unterzubringen. Es hat sich aber bald ergeben, daß die Schlösser für die Unterbringung dieser Überwachungsausschüsse gänzlich ungeeignet sind; sie enthalten zumeist ineinandergehende große Zimmer, die erst umgebaut werden müßten, — alles Dinge, die vor dem Eintreffen der Überwachungsausschüsse nicht durchgeführt werden könnten. Es wäre auch nicht zu vermeiden gewesen, daß diese Überwachungsausschüsse an zahlreichen Stellen der Stadt Berlin zerstreut hätten untergebracht werden müssen. Das letztere hätte weder dem Wunsche der Vertreter der Vorkommission der Entente, noch unserem eigenen Bedürfnisse entsprochen. Wir haben selbst, nachdem wir diesen Überwachungsausschüssen nicht nur Unterkunft, sondern auch die Verpflegung zu gewähren haben, alles Interesse daran, sie möglichst geschlossen unterzubringen. Schließlich ergab sich kein anderer Ausweg, als zwei große Hotels für diese Zwecke in Aussicht zu nehmen, das Hotel Kaiserhof und das Hotel Eden, und als Mannschaftszimmer und Garage für die im Kaiserhof untergebrachte Überwachungskommission die Karlskaserne (D) zu wählen und für die im Edenhotel untergebrachte Überwachungskommission die militär-technische Akademie. Diese Unterkunftsmöglichkeiten wurden bis auf die Karlskaserne von der Entente als zweckentsprechend anerkannt. Bezüglich der Karlskaserne wurde bemerkt, daß dort keine eigene Gelegenheit für Abspeisung der Truppen außerhalb der Wohnräume der Kaserne gegeben sei; es sei zwar in Deutschland üblich, daß man in seinen Wohnräumen speist, die Ententetruppen seien aber daran nicht gewöhnt.

(Hört! hört!)

Dadurch, daß die Karlskaserne abgelehnt worden ist, ist es leider notwendig geworden, einige weitere Hotels, die heute mit Behörden beziehungsweise mit einer Kriegsgesellschaft belegt sind, nämlich das Carlton-Hotel und das Saxonia-Hotel mit Beschlag zu belegen.

Betonen möchte ich noch, daß der Herr Außenminister wiederholt mündlich und durch Noten der Entente den Wunsch der Reichsregierung hat übermitteln lassen, diese Überwachungsausschüsse auf eine geringere Zahl von Mitgliedern zu beschränken. Er hat auch darauf hingewiesen, daß deutscherseits beabsichtigt ist, diesen Überwachungsausschüssen eine Kommission von etwa sechs Offizieren gegenüberzustellen. Dieses Ersuchen ist bis jetzt abgelehnt worden.

(Hört! hört!)

Sehr auffallend und bemerkenswert sind die Absichten der Entente hinsichtlich der **künftigen Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland**, ist auch das Verlangen nach Errichtung von Offiziersfamilienwohnungen, das inzwischen an zahlreiche rheinische Städte gestellt worden ist. Während seinerzeit in den Besprechungen, die in Versailles stattfanden, dem Herrn Unterstaatssekretär Lewald zugesagt worden ist, man wolle sich jedenfalls nach Friedensschluß mit den vorhandenen militärischen

(Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister.)

(A) Bauten und Unterkunftsgelegenheiten wenn irgend möglich begnügen, werden jetzt Anforderungen gestellt, die, wie ich schon eingangs betonte, dazu geführt haben, daß wir für den nächsten Baubedarf 100 Millionen und für den künftigen Baubedarf 300 Millionen Mark zurückgestellt haben.

(Hört! hört!)

Die erforderlichen Villen und Häuser für Offizierswohnungen sollen in den größeren rheinischen Städten durch die Städte selbst für Rechnung des Reichs aufgeführt werden, in den mittleren und kleineren Städten durch die Reichsbauverwaltung vorgenommen werden. Außerdem ist in den Haushaltsetat des Reichsschatzministeriums eine Summe von 40 Millionen Mark jährlich eingesetzt für Neubauten und Umbauten im Bereiche der bereits vorhandenen militärischen Bauten. Auch hier scheint die Summe, die wir angefordert haben, trotz ihrer Erhöhung im Haushaltsausschuß viel zu gering zu sein. Die Stadt Mainz hat in den letzten Tagen auf Anforderung der Entente von uns die Erstattung von 15 Millionen Mark für solche Zwecke auf einmal verlangt, darunter 314 000 Mark für den Umbau und die teilweise Neueinrichtung des Offizierkasinos, weitere 13000 Mark für eine Badeeinrichtung im Offizierkasino, 50 000 Mark für eine Warmheizung im Offizierkasino, 1 Million für Neubau von Mannschafts- und Wirtschaftsbaracken, 1 150 000 Mark für Baracken in Kostheim, 2 602 000 Mark für Exerzierplatz und Wagenhauskastell, 2 606 000 Mark für Pionierkaserne Kaiserbrück, 1 780 000 Mark für Biebrich, 400 000 Mark für Maurerarbeiten zwecks Einrichtung der Zentralheizung in der neuen, mit Öfen bereits ausgestatteten Elisabethkaserne — wie hoch die übrigen Kosten für diese Zentralheizung sind, ist nicht bekannt —, 200 000 Mark für sonstige Umbauten an dieser und 300 000 Mark für Umbauten an der Alice-(B) kaserne in Mainz; für Wiesbaden allein 4 Millionen Mark usw.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Meine Damen und Herren! Ich beschränke mich auf diese tatsächlichen Feststellungen. Für jeden auch nur oberflächlichen Kenner unserer Wirtschafts- und Finanzlage ist es offenkundig, daß dieser Zustand nicht länger andauern kann,

(sehr richtig!)

wenn anders Deutschland in der Lage bleiben soll, den Plan durchzuführen, den es sich wenigstens für die nächsten Jahre für die Erfüllung der finanziellen und wirtschaftlichen Forderungen der Entente aufgestellt hat.

(Zustimmung.)

Die Fortsetzung derartiger Anforderungen würde es dem Deutschen Reiche aufs äußerste erschweren, wenn nicht unmöglich machen, die im Friedensvertrage vorgesehenen Wiedergutmachungen in vollem Umfange zu erfüllen.

(Erneute Zustimmung.)

Sie würden als Dauermaßnahme einen Aussaugungsakt der Entente darstellen,

(sehr richtig!)

der letzten Endes allen Mitgliedern der Entente selbst zum Schaden gereichen müßte.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir müssen verlangen, daß unverzüglich und jedenfalls sofort nach Friedensschluß eine bedeutende Herabminderung der Besatzungstruppen im Westen eintritt.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Es entspricht dem Friedensvertrag, daß die Besatzungstruppen, die doch nur die Erfüllung des Vertrags sicherstellen, sie aber nicht unmöglich machen sollen, auf das notwendigste Maß eingeschränkt werden. Die deutsche Effektivstärke in diesen Grenzgebieten betrug im Frieden etwa 80000 Mann. Es ist selbstverständlich und muß von uns erwartet werden, daß die Besatzungstruppen ent- (C) sprechend dem Zweck der Besetzung erheblich unter dieser Ziffer liegen und höchstens einen Bruchteil dieser Ziffer darstellen dürfen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen aber auch verlangen, daß Requisitionen der Besatzungstruppen in dem Maß unterlassen werden, als es unseren eigenen Behörden möglich ist, die betreffenden Bedarfsgegenstände für die Besatzungstruppen zu schaffen; wir müssen deshalb verlangen, daß die Entente der Einrichtung der Reichsvermögensverwaltung des Reichsschatzministeriums in den besetzten Gebieten keine weiteren Schwierigkeiten mehr in den Weg legt und insbesondere unsern Beamten die erforderliche Einreiseerlaubnis rechtzeitig erteilt. Wir müssen endlich verlangen, daß die Entente sich bei Durchführung dieser Aufgaben nicht an lokale Instanzen wendet, sondern an die berufenen Organe des Reichsschatzministeriums, die Reichsvermögensverwaltung im besetzten Gebiet und die ihr unterstellten Reichsvermögensämter. Die Reichsregierung weiß sich in diesem Verlangen einig mit der ganzen Nationalversammlung, einig mit dem ganzen deutschen Volk, und sie weiß auch, daß diese Forderung im Ausland von jedem billig Denkenden als berechtigt anerkannt werden muß, zumal sie auch selbst im eigenen Interesse der Entente gelegen ist.

(Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es gehört wohl mit zu dem Traurigsten, was wir soeben über die unerhört großen Kosten, die uns die Besetzung verschiedener Gebiete unseres Vaterlandes verursacht, gehört haben. Eine Last von mehr als zweieinhalb Milliarden pro Jahr bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die volle Summe eines Reichsfriedensetats. Wir (D) haben durch den Krieg so unerhört hohe Ausgaben jetzt und für viele Jahre hindurch zu decken, daß wir in unserem Reichshaushalt genötigt sind, mit dem letzten Markschein zu rechnen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hinzu kommen auch noch die enormen Kriegsentschädigungen an die feindlichen Mächte. Angesichts dieser unsagbaren Belastung unseres Volkes ist es ohnehin schwer, so etwas wie eine geregelte Finanzwirtschaft in unseren Reichshaushalt zu bringen. Da können wir — ich darf im Namen meiner Fraktion das erklären — nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß unser Notschrei um eine verständige **Handhabung der Besetzungsrechte** bei den Mächtigen im feindlichen Lager ein volles Verständnis und ein offenes Ohr finden möge. Wir müssen darauf Wert legen, daß ebenso die Wünsche des Herrn Ministers nach einer Erleichterung der Geschäftsführung innerhalb des besetzten Gebiets erfüllt werden. Namentlich dürfen wir aussprechen, daß das, was an Besetzung und ihren Kosten nicht unbedingt notwendig ist, auch erspart wird.

(Zustimmung.)

Wir wollen alles, was wir an Pflichten durch den Friedensvertrag übernommen haben, getreulich erfüllen; aber man soll deshalb im wohlverstandenen Interesse der Entente umsomehr haushälterisch mit unserer Leistungsfähigkeit umgehen. Es bedeutet aber eine Vergeudung kostbarer Finanzkraft unseres Volkes, wenn so geschraubte Anforderungen gestellt werden, wie wir sie hier und im Haushaltsausschuß von dem Herrn Minister gehört haben. Ist es wirklich nötig, die Alliierten daran zu erinnern, daß sie nicht zu einem reichen Manne zu Gaste oder zu Wohnung kommen, sondern zu einem Volke, das arm ist in jeder Beziehung? Von einem verständigen Gastnehmer kann aber erwartet werden, daß er sich in seinen An-

(**Giebel**, Abgeordneter.)

(A) forderungen und Ansprüchen den Verhältnissen seines Wirtes anpaßt.

(Sehr richtig!)

So und nicht anders sollte eigentlich das Verhalten im Lager der maßgebenden Stellen der Alliierten sein; wir müssen deshalb dem Wunsche Ausdruck geben, daß man die größte Sparsamkeit und die gebotene Rücksicht gegen unser Land walten läßt, auch in soweit die Erfüllung der Vorschriften über die Aufnahme der Delegationen in Frage kommt.

Meine Herren, nachdem ich so im Auftrag meiner Fraktion unsere Stellung zu diesen Mitteilungen des Herrn Ministers ausgesprochen habe, möchte ich zunächst auf den uns gedruckt vorliegenden Bericht über die **Militärwerkstätten** eingehen. Jeder, der diesen Bericht liest, wird ein recht trübes Bild über die Verhältnisse, die in jenen Betrieben herrschen, gewinnen müssen. Es sind zum Teil trostlose Zustände, trostlos schon um deswillen, weil dort Produktionsstätten liegen, die eigentlich in der Zeit der großen Armut des Volkes zu seiner wirtschaftlichen Bereicherung schnellstens wieder in Gang gebracht werden sollten; trostlose Zustände aber auch um deswillen, weil es notwendig geworden ist, rund 200 000 Arbeiter und Angestellte, die viele Jahre hindurch in diesen Betrieben eine bescheidene Existenz gefunden haben, daraus zu entlassen. Was das an Not, Sorge und Kummer für die davon betroffenen Familien bedeutet, vermag wohl jeder nachzuempfinden. Umsomehr entsteht die Frage, ob solche harten Maßnahmen unvermeidbar waren. Ich gebe das zum Teil zu; aber es hätte nicht eine so entsetzlich große Zahl von Entlassungen für lange Zeit notwendig werden müssen, und es hätte auch nicht eine so lange Zeit erfordern dürfen, bis man sich darüber klar war, ob und in welcher Weise die vorhandenen Betriebe für friedenswirtschaftliche Produktion umgestellt (B) werden können. Nur zu oft haben nicht nur die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sondern noch mehr auch Mitglieder der Nationalversammlung den Eindruck gewinnen müssen, als ob man gar zu langsam und gar zu tastend an die Frage der Umstellung der Betriebe heranginge. Ja, häufig gewann man den Eindruck, daß, vielleicht ausgelöst durch örtliche Vorgänge, man geradezu planlos in die Verhältnisse eingriffe. Betriebe wurden für mehr oder minder längere Zeiten geschlossen, ohne daß auch nur so etwas wie ein Plan über die weitere Zweckbestimmung dieses Betriebes dabei hindurchlugte.

(Sehr richtig!)

Ich bedaure diese Unschlüssigkeit um deswillen, weil sie natürlich erst recht Anlaß zu neuer Beunruhigung und zu neuen Besorgnissen in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten bot, und selbst die Beamten wurden beunruhigt, weil im Grunde genommen bis jetzt ungewiß blieb, was nun eigentlich aus diesen Betrieben werden sollte.

Diese Ungewißheit, diese für den Fernstehenden vermeintliche Tatenlosigkeit der behördlichen Stellen führte nun erst dazu, daß verschiedene Arbeiter- und Angestelltenausschüsse durch Einsetzung von Betriebsräten versuchten, den Betrieb gewissermaßen auf eigne Faust umzustellen. Darin stimme ich dem Herrn Minister rückhaltlos bei, daß dadurch zumeist große Fehler begangen worden sind, daß Rohstoffe für Gegenstände, die angesichts unseres wirtschaftlichen Notstandes geradezu als Nichtigkeiten bezeichnet werden müssen, verwendet worden sind, wie es sich bei bestem Willen nicht rechtfertigen läßt. Aber, meine Damen und Herren, immer wieder muß man darauf achten, daß das alles auch nur aus Besorgnis der Arbeiter um ihr bißchen wirtschaftliche Existenz geschehen ist, getrieben von der Not der Zeit. Es war die Sorge um die Arbeitslosigkeit, ja mehr, für viele

Betriebe handelte es sich geradezu um eine Existenzfrage (C) der Arbeitnehmer, und nicht bloß um deren Existenz, sondern auch um die ganzer Gemeindewesen. Vergegenwärtigen Sie sich die Tatsache, daß wir Heeres- und Marinebetriebe haben, von deren Florieren ganze Gemeinden abhängig sind. Aus dieser Ungewißheit über das, was für die Zukunft mit den Betrieben geschehen würde, entstand dann vielleicht auch das, was sowohl der Herr Minister in seinen mündlichen Ausführungen gesagt hat, als auch in dem Bericht des Ausschusses über die Militärbetriebe zu lesen ist, nämlich die Arbeitsunlust und auch eine Verminderung der Arbeitsleistung. Auch das ist eine höchst bedauerliche Erscheinung. Aber man soll dabei nicht übersehen, daß gerade die Arbeitsunlust durch die immer und immer wieder verzögerte Entmilitarisierung der Betriebe entstanden ist, Wir hatten bei den Verhandlungen des Ausschusses im April eigentlich die Hoffnung gehegt, das die **Entmilitarisierung der Betriebe** sich weit schneller vollziehen würde. Das wünschten wir um deswillen, weil wir wußten, daß die militärische Leitung viel Ärgernis bei der Arbeiterschaft auslöste. In der Tat ist diese Militärwirtschaft in den Heeres- und Marinebetrieben nicht im geringsten geeignet gewesen, irgend etwas wie Sympathie oder auch nur Achtung den Arbeitnehmern abzunötigen. Meistens — und das hat gerade die neuere Zeit erwiesen — sind es doch Herren gewesen, die als höhere Offiziere von den praktischen Notwendigkeiten solcher Betriebsleitungen ungefähr so viel Ahnung hatten wie der Ochse vom Seiltanzen. Das Auftreten war häufig mehr imponierend als das fachliche Wissen, das man für eine derartige Stellung doch eigentlich voraussetzen muß. Was vor allem höchst unangenehm berührte, war, daß in den früheren Zeiten auch noch Versehen, Verfehlungen, Unterlassungen solcher militärischen Betriebsleitungen von den höheren Stellen leider gedeckt worden sind. Ich könnte (D) zur Erklärung der feindseligen Stimmung nicht nur der Arbeiter und Angestellten, sondern auch der Beamten in jenen Betrieben Dutzende von Beispielen aus der Zeit namentlich des Krieges Ihnen vor Augen führen, um zu zeigen, wie es sich sehr leicht erklärt, daß die weiteste Unzufriedenheit bei den Arbeitnehmern durch das lange Verbleiben dieser Herren in ihren betriebleitenden Stellungen entstehen mußte. Ich selbst habe ja die Erfahrung machen können, daß Beschwerden und Hinweise bei den höheren Behörden über das Geschäftsgebaren solcher Betriebsleitungen vielfach nicht den allergeringsten Erfolg zeitigten. Ja, man suchte immer noch das zu vertuschen, was an offenkundigen Übergriffen und Verfehlungen auf der Hand lag. Daß es darunter auch Ausnahmen gab, gebe ich zu. Aber bekanntlich bestätigen die Ausnahmen die Regel.

Ich sagte, daß diese Militärwirtschaft in den Betrieben vor allem den Arbeitern und den Angestellten verhaßt gewesen ist. In der Tat hat dort gerade in der Kriegszeit eine brutale Unterjochung obgewaltet; Winke mit dem Schützengraben, Lohnherabsetzungen und Schurigeleien waren an der Tagesordnung. Tüchtige alte Facharbeiter wurden abgeschoben und entgegen allem Reichsinteresse in Pension geschickt, bloß weil sie nicht widerspruchslos jede Kränkung ihres Rechtes hinnahmen; der Arzt ist in diesem Erfurter Falle offenbar veranlaßt worden, den gesunden und vollarbeitsfähigen Mann invalide zu schreiben. Ich habe diesen krassen Fall verletzten Rechts der Hauptverwaltung gemeldet, hoffend, daß endlich von dieser Stelle aus Wiedergutmachung geübt wird. An das alles muß man sich erinnern, um zu verstehen, wie die Unruhen, die Besorgnisse und daraus wiederum auch selbständige und verfehlte Handlungen von Arbeitervertretern haben ent-

(**Giebel,** Abgeordneter.)

(A) stehen können. Deswegen begrüße ich es, daß jetzt endlich das Sterbeglöcklein der Militärwirtschaft in den Heeres- und Marinebetrieben schlägt, daß es nun das Reichsschatzministerium restlos in der Hand hat, eine fachmännische Leitung zu schaffen. Denn je schneller nun auch restlos die Offiziere und andere Militärs aus den Betrieben verschwinden, um so besser ist das für die Betriebe und um so wohltätiger auch für die Produktion.

Der Herr Minister wies darauf hin, daß im Gegensatz zu den Erfahrungen in der Privatindustrie das Verhältnis der, wenn ich es kurz so sagen darf, Kopfarbeiter zu den Handarbeitern wie 1 zu 4 steht. Das ist natürlich ein absolut unhaltbarer Zustand, darüber kann es nur eine Meinung geben. Aber wodurch ist denn das entstanden? Wer ist denn daran schuld? Das ist ganz fraglos mit auf die bisherige unter rein militärischem Gesichtswinkel aufgezogene Betriebsform zurückzuführen, die weder Kenntnisse besaß noch Rücksicht auf die selbstverständlichsten Voraussetzungen einer zweckmäßigen Verwaltung. In den zurückliegenden Monaten ist mancherlei beobachtet worden, was darauf hindeutete, wie sehr man versucht hat, obendrein **Widerstände gegen die Umstellung der Betriebe** heraufzubeschwören.

Ich erinnere mich namentlich der Verhältnisse in der **Gewehrfabrik Erfurt** sehr gut. Wie oft ist da von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen versucht worden, eine passende Produktion von Waren aufzunehmen, die den Anforderungen unserer volkswirtschaftlichen Lage weit mehr entsprach! Xmal haben die Arbeiter- und Angestelltenvertreter darauf hingewiesen, den Waggonbau aufzunehmen, Reparaturen, namentlich an Eisenbahnwagen, vorzunehmen. Es wäre das in relativ ganz kurzer Zeit möglich gewesen, wenn man zur besseren Ausführung und zur Aufnahme dieser Arbeit einen kurzen Gleisanschluß gelegt hätte. Welche Schwierigkeiten hat das gemacht! Weil ein alter (B) brüchiger Militärschuppen im Wege stand, widersprach zum Beispiel der militärische Leiter, daß der Schuppen abgerissen würde, damit Gleise der Kürze halber über dessen Grundfläche geleitet würde. Da wurden erst umständliche Erörterungen angestellt, ob dieser höchst gleichgültige Schuppen abgerissen werden könne. Wochen und Monate sind wegen solcher nichtigen Untersuchungen vergangen, und die Arbeiter und die Angestellten haben das inzwischen durch Vornahme zwingend notwendig gewordener Entlassungen zu büßen gehabt. In der ersten Zeit ist man aber auch gar nicht einmal willens gewesen, eine derartige Anregung zu beachten. Erst nachdem dann der Herr Reichsschatzminister Kenntnis davon bekam — denn das Reichsschatzministerium hat ja diesen Betrieb auch erst zum 1. Oktober vom Kriegsministerium zugewiesen erhalten — erst, sage ich, als der Herr Reichsschatzminister Kenntnis davon bekam und erfreulicherweise sofort dagegen eingriff, ist endlich Anstalt gemacht worden, eine solche zweckmäßige Arbeit aufzunehmen; vielen Arbeitern und Angestellten ist dadurch Arbeit und Brot gegeben worden, und unseren Verkehrsverhältnissen, die doch sehr im argen liegen, war auch genützt.

So war es ja nicht bloß in Erfurt. **Spandau** liegt hier vor der Tür. Wir haben dort Verhältnisse erlebt, die, wenn sie unterblieben wären, sicherlich sehr viel Konfliktsstoff zwischen der Regierung und den Spandauer Arbeitern erspart hätten.

Es kann nicht gesagt werden, daß die Arbeitsfreudigkeit in diesen Betrieben überhaupt nicht mehr vorhanden sei. Ich habe wiederholt feststellen können, daß die Arbeiterschaft für die Notwendigkeit, zu einer ausreichenden **Produktion und Arbeitsleistung** zu kommen, absolut volles Verständnis hat. Die Arbeiterschaft will arbeiten; sie will nur einen nützlichen Zweck der von ihr verlangten Arbeit sehen. So sehr es z. B. erst ohne weiteres Grundsatz gewesen ist, die **Akkordarbeit,** die Stücklohnbezahlung (C) abzulehnen, so sehr haben gerade auch die in den Heeres- und Marinebetrieben beschäftigten Arbeiter begreifen gelernt, daß die Akkordarbeit letzten Endes doch noch unentbehrlich ist. Allerdings muß dabei die Akkordarbeit in der Weise beabsichtigt sein, daß die ausbeuterischen Bestrebungen, die in der Privatindustrie damit stets verknüpft sind, im Reichsbetriebe vermieden werden. Läßt man dem Arbeiter die Freude an seinem eignen Verdienst, drückt man nicht den Stücklohnsatz, wenn er gerade durch die stärkste Anspannung seiner Arbeitskraft im Interesse seiner und seiner Familie einen stärkeren Erwerb für sich gewinnen will, dann, glaube ich, wird man über viele Schwierigkeiten hinwegkommen, und dann wird sich auch die Arbeiterschaft angesichts des Zwanges, für unsere Volkswirtschaft zu produzieren, was immer nur in Menschenkraft liegt, mit einem derartigen sozial gehandhabten Akkordsystem durchaus befreunden und abfinden können.

Man hört häufig in den Erörterungen über die Reichsbetriebe — und namentlich kommen derartige Einwände aus Kreisen, die der Vergesellschaftung dieser Betriebe sehr feindselig gegenüberstehen — Hinweise auf die sogenannte **Verteuerung der Produktion.** Man glaubt auch Beispiele dafür anführen zu können. Bei Privataufträgen sei der Gestellungspreis wesentlich höher gewesen, als kalkuliert. Der Herr Minister sagte schon, es habe eigentlich an der fachmännischen Vorkalkulation gefehlt; infolgedessen könnte man schon ein Fragezeichen hinter dasjenige setzen, was jene Herren kalkuliert haben. Aber das ist nicht einmal nötig. Die **Werft in Wilhelmshaven** hatte vier **Fischdampfer** in Auftrag bekommen zum Abschlußpreise von je 600 000 Mark. Nachher hat der Dampfer ungefähr das Dreifache gekostet. Wie ist das gekommen? Häufig genug hat es mit Materiallieferung gehapert, und es mußten Arbeitspausen eingelegt werden. (D) In diesen Arbeitspausen wurden die Arbeiter mit Aufräumungsarbeiten und anderen Arbeiten beschäftigt. Alle diese Arbeitskosten, die mit dem Fischdampfer gar nichts zu tun haben, hat man dann einfach mit auf das Konto Fischdampfer gesetzt. So hat man es auch mit Materialien getrieben, die für ganz andere Dinge verwendet sind. Ja, meine Herren, wenn so verfahren wird, dann ist überhaupt jede Kalkulation überflüssig. Daß ein solches Verfahren geradezu unsinnig ist, daß man damit natürlich auch nicht beweisen kann, daß die Arbeiterschaft bei der Herstellung der Fischdampfer träge oder arbeitsunlustig gewesen wäre, kann man sich an den fünf Fingern abzählen. In den Berichten an das Reichsmarineamt, die mithin irreführend waren, hat davon allerdings nichts gestanden.

Es entsteht sogar der Verdacht, ob nicht absichtlich solche sonderbaren Rechnungen aufgestellt worden sind, um der Absicht der Umstellung dieser Betriebe auf Friedenswirtschaft ein Schnippchen zu schlagen. Denn im Grunde genommen haben die Herren, die bislang die Leitung dieser Betriebe hatten, die Frage der Umstellung als einen ärgerlichen und häßlichen Eingriff in ihre Hoheitsrechte betrachtet; sie hätten es am liebsten gesehen, daß diese Betriebe nach dem alten Stiefel unter ihrer Leitung weiterarbeiteten ohne Rücksicht darauf, wie das Reich finanziell dabei fuhr. Deshalb sollte man nicht für alles das, was an beklagenswerten Vorgängen in diesen Betrieben beobachtet worden ist, einfach auf das Schuldkonto der Arbeiter und Angestellten setzen. Es ist ein großer Schaden dadurch entstanden, daß die Entmilitarisierung und damit die Möglichkeit der Einsetzung einer fachmännischen Leitung so außerordentlich verzögert worden ist.

Nun haben wir die neuen Herren, die die Leitung der gesamten Betriebe in die Hand nehmen sollen, und

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) wir haben im Haushaltsausschuß zu unserer Freude gehört, daß man mit allem Fleiß daran arbeitet, aus der Privatindustrie die tüchtigen Techniker und Kaufleute zu gewinnen, die für diese Betriebe qualifiziert sind. Ich wünsche aber, daß auch innerhalb der eigenen Beamten- und Angestelltenschaft nach solchen befähigten Personen Umschau gehalten wird; es gibt auch unter ihnen tüchtige Leute, obschon sie nicht den Doktor vor ihren Namen schreiben können. Die Herren in der **Hauptverwaltung der Reichsbetriebe** werden also nun zeigen können, was sie zu leisten imstande sind. In diesem Vorgang begrüßen wir den Anfang einer kaufmännischen Betriebsweise. Wir begrüßen vor allem das mehr oder minder bestimmte Programm über die Verwertbarkeit der einzelnen Betriebe. Das ist an sich schon von großem Nutzen; denn je besser und je deutlicher es in der Öffentlichkeit und gerade in den Kreisen der Beamten, Angestellten und Arbeiter dieser Betriebe bekannt wird, in welcher Weise ihre Betriebe für die Friedenswirtschaft erhalten bleiben, desto mehr wird ganz von selbst mit dieser Klarheit auch eine Beruhigung und damit wieder ein stärkeres Interesse am Betriebe Platz greifen. Die Herren in der Hauptverwaltung werden sich trotzdem darüber klar sein müssen, daß ihnen noch manche **Schwierigkeiten bei den Umstellungsarbeiten** entgegentreten werden. Sie resultieren auch dadurch, daß das Reichsverwertungsamt zu sehr bemüht gewesen ist, aus den Betrieben Rohstoffe und Maschinen herauszubekommen. Es ist mir aus mehreren Betrieben bekannt, daß man die Maschinen herausgenommen hat, von denen fachmännische Personen sagen, daß diese Maschinen für die Weiterführung der Betriebe in jedem Falle notwendig sind. Ja, meine Herren, was hat es denn für einen Zweck, wenn man diese Betriebe weiterführen will, die Maschinen herauszureißen, die man doch wieder hineinbringen muß? Auch Rohstoffe, Schrot, (B) Spiritus, Blei usw. sind in großen Mengen aus den Reichsbetrieben herausgenommen. Manche Beschwerden, die wir im Haushaltsausschuß über diese Fragen haben vorbringen müssen, sind durch die Regierung aufgeklärt worden; dabei ergab sich allerdings, daß nicht immer die Dinge so sind, wie sie vom Standpunkt des Arbeiters oder Angestellten innerhalb des Betriebes gesehen werden.

Wir haben gehört, daß leider nicht für jeden Betrieb die Verwertungsmöglichkeit gegeben erscheint, daß namentlich Pulverfabriken nicht so leicht und nicht sämtlich werden umgestellt werden können, und daß deshalb hier ein Ausschlachten stattfinden soll. Vielleicht liegt es ähnlich auch hinsichtlich einiger Betriebsarten, die als produzierende überhaupt nicht in Frage kommen, zum Beispiel Depots und ähnliche Anlagen. Namentlich in **Cuxhaven** sind außerordentlich wertvolle Anlagen, die vielleicht für **Seefischereizwecke usw.** verwertbar gemacht werden könnten. Ich würde es begrüßen, wenn über die Verwertung dieser Depots und Anlagen der Herr Minister noch Aufschluß geben möchte. Für den Fall, daß diese Anlagen, weil es vielleicht nicht anders geht, an Private verkauft werden sollten, möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß bei solchen Verhandlungen die gebotene Rücksicht auf die in diesen Anlagen beschäftigten Arbeiter und Angestellten genommen wird.

(Zustimmung vom Regierungstisch.)

Der Herr Minister hat uns auch über die **Verwendung der Bekleidungsämter** einige Mitteilungen gemacht; im Hauptausschuß ist darüber eingehender verhandelt worden. Ich bedaure eigentlich, daß nicht der Versuch gemacht wird, mehr Bekleidungsämter als vorgesehen in Betrieb zu behalten. Wir sind angesichts der Finanznot unseres Reichs unbedingt dazu gezwungen, mit der größten Sparsamkeit zu wirtschaften. Daher möchte ich der Ansicht Ausdruck geben, daß die Uniformen, (C) nicht nur die der Reichswehr, sondern auch für sämtliche Behörden, billiger zu stehen kämen, wenn sie in diesen Bekleidungsämtern hergestellt würden. Aus diesem Grunde müßte erhofft werden, daß die Bekleidungsämter in größerer Zahl hätten in Betrieb behalten werden können. Darin wäre eine anzuerkennende Rücksichtnahme auf die vielen Hunderte, wenn nicht Tausende von Arbeitern und Angestellten, die bislang in den Bekleidungsämtern beschäftigt waren, zum Ausdruck gekommen. Die arbeitenden Bekleidungsämter müssen aber unbedingt solange allen behördlichen Bedarf decken, damit ihre Stillegung mit April 1920 unbedingt verhütet wird.

Der Herr Minister hat auch über die **Rechtsform der Betriebe** gesprochen. Er hat gesagt, daß es sich wahrscheinlich als zweckmäßig erweisen würde, mehrere Gesellschaften dafür zu bilden. Ich weiß nicht, ob das der Herr Minister so verstanden wissen will, daß jeder einzelne Betrieb eine selbständige juristische Person darstellen soll, das heißt, daß wir letzten Endes zu einem Rattenkönig von Gesellschaften gelangen würden. Das wäre eine verfehlte Grundlage des Rechtsbaues. Wir werden ja in der Zukunft noch weit mehr Reichsbetriebe erhalten. Wollten wir da jeden einzelnen Betrieb für sich behandeln, ihn nicht in einem allgemeinen Konzern zusammenfassen, dann würde das zu einer bedenklichen Atomisierung unserer reichswirtschaftlichen Betriebe führen.

Ich stelle mir die Sache vielmehr so vor, daß alle Betriebe in einer einzigen großen Gesellschaft zusammengefaßt sein sollten. Das empfiehlt sich wegen der Möglichkeit der besseren Marktübersicht. Wir vermeiden auch gegenseitige Konkurrenz. Es entsteht die Möglichkeit der gleichmäßigeren Beschäftigung jedes Betriebes und letzten Endes auch eines leichteren Ausgleich unter ihnen. Ein solcher Ausgleich wird deswegen ins Auge gefaßt werden müssen, weil nicht sämtliche Betriebe unter gleich (D) günstigen Produktionsverhältnissen arbeiten. Es wird also eine größere Gleichmäßigkeit in der Wirtschaftlichkeit unserer Reichsbetriebe gewonnen infolge der aus solcher Zusammenfassung entstehenden höheren Produktionsform.

Damit will ich aber um Gottes willen nicht einem starren Zentralismus das Wort geredet haben. Das wäre natürlich verfehlt. Wir müssen in der juristischen Zusammenfassung streng zentralisieren, aber in der Leitung des einzelnen Betriebes für die einzelne Betriebsleitung die zulässige weiteste Bewegungsmöglichkeit lassen. Es soll so bei sparsamer Wirtschaftlichkeit in bester Weise die ökonomischere Produktionsform erreicht werden. Innerhalb des einzelnen Betriebes soll nicht von oben herab dirigiert und kommandiert werden, sondern hier soll die Initiative und die eigene Schaffensfreude der einzelnen Betriebsleitung freien Spielraum erhalten, freilich mit voller Verantwortlichkeit.

Auch aus sozialpolitischen Gründen erscheint mir eine derartige Zusammenfassung der Betriebe dringend geboten. Reich und Staat werden sicherlich, wenn sie es nicht bereits sind, zum größten Arbeitgeber in Deutschland werden. Man hat früher einmal gesagt, **Reichsbetriebe sollen Musterbetriebe sein.** Daß sie es unter dem alten Regime nicht waren, brauche ich nicht weiter darzulegen. Jetzt aber möchte ich es doch als vornehmste Aufgabe der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe ansehen, den ganzen Betrieb darauf einzustellen, daß sie bei hohem Grad der Produktion und höchster Ergiebigkeit darauf Wert legt, aus diesen Reichs- und Staatsbetrieben nunmehr wirkliche Musterbetriebe werden zu lassen. Dabei bin ich mir voll bewußt, daß das heute viel schwieriger sein wird als ehedem. Die Notlage verrammelt dem Willen häufig den Weg. Aber das Ziel muß dennoch zähe verfolgt werden.

(Giebel, Abgeordneter.)

Dazu gehört auch das Mitbestimmungsrecht. Gerade die vielen psychologischen Begleiterscheinungen unserer Zeit machen es mir für den Reichsbetrieb besonders wertvoll. Das **Mitbestimmungsrecht** wird ganz fraglos, wenn auch nicht sofort, so doch allmählich die Wirkung haben, daß es Ruhe schafft und Konflikten vorbeugt.

Aus den gleichen Erwägungen wünschen meine Parteifreunde auch die **tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen** für Arbeiter wie für Angestellte. Daß es dem Reiche ernst ist damit, die Arbeitsbedingungen und überhaupt den Arbeitsvertrag auf sozialer Grundlage zu gestalten, das muß gerade aus der Art hervortreten, wie man jetzt bei der Umstellung Beamte, Arbeiter und Angestellte behandelt. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten hören sicherlich mit gespanntem Ohr auf das, was über den Etat des Reichsschatzministeriums gesagt wird. Es dürfte schon eine gewisse Beruhigung auslösen, daß sie vom Herrn Minister gehört haben, ein Gesetzentwurf ist in Vorbereitung, nach dem die Schäden, die Arbeitern und Angestellten der Friedenszeit aus der Umstellung und Zurückschraubung dieser Betriebe möglich sind, in der einen oder anderen Form abgegolten werden sollen. Erfreulich sollen hierbei die Danziger Betriebe nicht ausgenommen werden. Aber eine Bitte habe ich, Herr Minister: bringen Sie diesen Gesetzentwurf recht schnell ein! Je schneller Sie ihn schaffen, desto eher werden Sie Beruhigung auslösen.

Der Hauptausschuß hat auf Anregung meiner politischen Freunde sich gerade auch mit den Anforderungen an diesen angekündigten Gesetzentwurf beschäftigt. Wir haben den Grundsatz akzeptiert, daß die Leitung und Verwaltung der **Reichsbetriebe** nach **kaufmännischen Gesichtspunkten** erfolgen soll. Wir haben aus diesem Grunde uns letzten Endes der Vorstellung der Herren von der Regierung nicht verschließen können, daß deshalb in diesen industriellen Betrieben des Reichs künftig Personen nur noch auf Privatdienstvertrag arbeiten sollen. Das löst natürlich die Frage aus: was soll nun eigentlich mit den **Beamten** werden, die in nicht geringer Zahl in diesen Betrieben beschäftigt sind? Wir haben mit großer Genugtuung aus den Darlegungen der Herren Regierungsvertreter entnommen, daß natürlich eine Rechtsschmälerung der Beamten weder für den Augenblick noch für die Zukunft irgendwie in Betracht kommen kann. Im Gegenteil, alle ihre erworbenen Rechte sollen ihnen auch für die Zukunft völlig unversehrt erhalten bleiben. Wir haben das auch zum Ausdruck gebracht in der Ziffer 2 des gemeinsamen Antrages auf Nr. 1280. Die Sicherung der erworbenen Rechte der Beamten, namentlich ihrer Anrechte auf Pension und Wartegeld auch für die fernste Zukunft, bedeutet, daß ihnen durch die etwaige Anstellung auf Privatdienstvertrag nichts von ihren erworbenen Rechten genommen wird.

Neben den etatsmäßigen Beamten haben wir nun aber gerade in den Heeres- und Marinebetrieben eine recht große Zahl von **nicht planmäßig angestellten Beamten** und Beamtenanwärtern. Es hat überrascht, daß **Beamtenanwärter** mit zum Teil 15, 20, 25 Dienstjahren und mehr vorhanden sind, die seit langen Jahren auf eine etatsmäßige Anstellung warten. Wir haben uns sagen müssen, daß man an den moralischen Rechten dieser nicht planmäßig angestellten Beamten nicht einfach vorübergehen kann. Das wäre ein großes Unrecht. Deshalb soll für diese nicht planmäßig angestellten Beamten, soweit sie vor dem 1. August 1914 in den Betrieben beschäftigt gewesen sind, die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, sie hinsichtlich ihrer Ansprüche so zu behandeln, als wenn sie zur Zeit des Übergangs aus den alten in die neuen Betriebsverhältnisse bereits eine planmäßige Anstellung gehabt hätten. Es mögen dabei gewisse rechtliche Schwierigkeiten zu überwinden sein, aber wir haben das Vertrauen zu dem Herrn Reichsschatzminister, daß er dieser Schwierigkeiten wird Herr werden können; denn hier handelt es sich in der Tat um recht notwendig wiedergutzumachende Unterlassungssünden des alten Regimes. Die Hauptverwaltung hofft, daß die Betriebe wachsen und nicht weiter zurückgehen werden. Sollten indes weitere Entlassungen unvermeidlich werden, dann sollen sie in erster Linie gegen die Jüngsten, das heißt gegen die in der Kriegszeit eingestellten Personen, ausgesprochen werden, wie überhaupt Entlassungen nach sozialen Grundsätzen erfolgen sollen: neben der gebotenen Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer sollen bei Entlassungen ledige Personen den Familienvätern vorgehen. Alle Angestellten, also auch die ehemaligen Beamten, müssen notwendigerweise gleichmäßig behandelt werden. Bei dieser **Berücksichtigung sozialer Grundsätze bei den Entlassungen** wünschen wir andererseits nicht, daß etwa die neue Zweckbestimmung des Betriebes darunter leiden soll. Aus diesem Grunde soll es durchaus zulässig sein, daß, wenn es die Anforderungen des Betriebes notwendig machen zur Erlangung oder Erhaltung erforderlicher Facharbeitskräfte, von solchen Bestimmungen abgewichen werden kann.

Der Herr Reichsschatzminister hat darauf hingewiesen, daß er die im Dienste alt und grau gewordenen Arbeiter und Angestellten bei dem Fürsorgesetz berücksichtigen will. Wir glauben, daß unter Anlehnung an eine Einrichtung, wie sie in Heeres- und Marinebetrieben bereits vorhanden ist, nämlich an die sogenannte **Gnadenpension**, es möglich ist, sowohl erwerbsunfähigen alten Arbeitern wie auch Angestellten eine solche bescheidene Sicherung ihres Lebensabends zu ermöglichen. Wir wünschen allerdings, daß nicht die Friedenslohnsätze dieser Gnadenpension zugrunde gelegt werden, sondern die in der letzten Zeit erlangten Verdienste.

Steuert die Hauptverwaltung solchen Kurs und wird er auch künftig eingehalten, so verspreche ich mir eine außerordentlich günstige Rückwirkung auf die Arbeitnehmer; ihre freudige Mitarbeit sichert eine gute Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit unserer Reichsbetriebe, und das gebietet ihnen ihr eigenes Interesse an der dauernden Erhaltung der Betriebe.

Meine Damen und Herren! Nun noch einiges zu den Etatstiteln über die **Landesfinanzämter** und die dritte Abteilung des Reichsschatzministeriums. Über die Landesfinanzämter und die damit in Zusammenhang stehenden örtlichen behördlichen Stellen sind lebhafte Beschwerden aus den Reihen der **technischen Beamten** und Angestellten gekommen. Man sieht in der jetzigen Aufstellung wieder die alte **Bevorzugung der juristischen Verwaltungsbeamten.** Die Techniker sind zurückgesetzt, obwohl es zweckmäßig ist, sie auch gerade in leitenden Stellen zu verwenden. Wenn es bei den jetzigen Einrichtungen bleibt, die ja im großen und ganzen dasselbe behördliche Bild wiederspiegeln, wie wir es unter der Verwaltung des Kriegsministeriums gehabt haben, so entsteht daraus eine schwerfällige Verwaltung und letzten Endes auch eine Verteuerung. Mir ist zum Beispiel gesagt worden, daß der juristische Finanzrat häufig über notwendige Reparaturen an Baulichkeiten entscheiden soll. Dazu ist er natürlich nicht imstande. Er gibt also die Sache erst an den technischen Bauberater, und dieser gibt sie nun mit seiner Begutachtung wieder an den juristischen Verwaltungsbeamten zurück, der daraufhin eine Entscheidung trifft. Sollte es nicht weit einfacher und billiger sein, wenn man hierfür gerade den Techniker nimmt? In der Regel wird es doch so sein, daß die Arbeiten, für die unbedingt eine juristische Bildung erforderlich ist, nicht so häufig sein werden wie technische Fragen; in die

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) Verwaltungspraxis wird sich aber auch der Techniker nach meinem Dafürhalten sehr leicht hineinarbeiten.

Man sollte um so mehr auf die vorhandenen technischen Beamten zurückgreifen, als ich aus einer Mitteilung des Reichsschatzministeriums vom 19. September entnehmen kann, daß es eigentlich an geeigneten juristischen Persönlichkeiten fehlt. Man lehnt zwar Kriegsassessoren ohne Prüfung ab, Gerichtsassessoren vom Felde bei den stellvertretenden Intendanturen werden aber als besonders geeignet angesehen. Aber hier handelt es sich häufig um recht junge, unverheiratete Herren, während man vielfach eingearbeitete und mit den Verwaltungserfordernissen einer derartigen Stelle durchaus vertraute technische Beamte zur Verfügung hat. Da kann ich beim besten Willen nicht einsehen, weshalb man diese technischen Beamten nicht in derartige Stellen beruft. In einer Entschließung empfiehlt der Haushaltsausschuß dem Reichsschatzministerium, auf die bessere und durchaus gleichberechtigte Behandlung der technisch vorgebildeten Beamten mit den juristischen Verwaltungsbeamten den gehörigen Wert zu legen. Ich hoffe, daß diese Entschließung von der Nationalversammlung angenommen wird, und daß sie dann auch die erforderliche Beachtung innerhalb des Reichsschatzministeriums möglichst noch bei der Durchführung dieses Etats, bestimmt aber für den nächsten Etat finden wird.

Der Herr Reichsschatzminister hat in seinen Darlegungen Wert darauf gelegt, einiges über das Reichsverwertungsamt zu sagen. Ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, daß gerade diese Behörde sehr wenig Freunde im Volke besitzt, sowohl bei den Schiebern als auch bei denjenigen, die aus allgemeinen Gründen wünschen müssen, daß dieses **Reichsverwertungsamt** die objektivste und energischste Behörde ist. Die Schieber werden natürlich allerlei Verdächtigungen, Anklagen und Gerüchte in die Welt setzen und gegen das Amt wüten, (B) wenn sie einmal nicht den fetten Happen weggeschnappt haben. Aber es steht fest, daß leider eine große Anzahl von Fällen bedenklichster Manipulationen haben beobachtet werden müssen. Nicht für alle Fälle wird die Verantwortung die leitenden Herren im Reichsverwertungsamt treffen. In den Verhandlungen des Haushaltsausschusses hat gerade das Reichsverwertungsamt — das will ich hier feststellen — einen sehr breiten Raum eingenommen. Wir haben mit dem uns zugetragenen Material nicht zurückgehalten und wir haben wiederholt nachzuweisen vermocht, daß häufig genug das Reichsinteresse in der allerschlimmsten Weise verletzt worden ist. Gewissenlose Schieberelemente, gewissenlose Geschäftelhuber haben aus Raffgier das Reich übervorteilt, sodaß kein Wort der Verachtung hierüber scharf genug sein könnte. Mit einer Brutalität, die jeglicher Beschreibung spottet, hat man schamlose Bereicherungssucht höher gesetzt als das Allgemeininteresse des Volkes. Aber wir haben zu unserer Freude — und das möchte ich keineswegs verschweigen — erkennen müssen, daß die Leitung des Reichsverwertungsamts bemüht ist, allen Betrügereien nicht nur nachzugehen, sondern sie auch mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Häufig genug wird allerdings nur bei den Außenstehenden der Eindruck erweckt, als würde Gut aus den Heeres- und Marinebetrieben verschleudert. Aber das erklärt sich, wenn man schärfer hinsieht, mitunter dadurch, daß die Lieferungsverträge zur damaligen Zeit zu durchaus angemessenen Preisen abgeschlossen worden sind, daß aber später, als die vertragliche Lieferungspflicht des Reichs noch bestand, eine rapide und geradezu phantastische Preissteigerung eingesetzt hat; wenn man nun den Vertragspreis, der zur Zeit des Vertragsabschlusses ein durchaus angemessener gewesen sein kann, mit dem Tagesmarktpreis vergleicht, entsteht natürlich eine ganz erhebliche Differenz. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, (C) daß deshalb bei dem Abschluß dieser Verträge mit um so größerer Vorsicht verfahren werden soll. Von dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Kautz ist die Zusicherung gegeben, daß er sich mit allen Kräften für die rückhaltlose Wahrung der Reichsinteressen einsetzen wird. Zu diesem Zweck ist zur **Verfolgung des Schiebertums** und der Verschleuderung von Heeresgut usw., aber auch zur **Bekämpfung der Diebstähle**, die in den Heeres- und Marinebetrieben leider nicht minder zahlreich gewesen sind, eine besondere Abteilung errichtet, die, wie wir hören, gut funktioniert und stark beschäftigt ist. Aber das ist ein Beweis dafür, wie sehr nachgeforscht werden muß und immer wieder argwöhnisch darauf zu achten ist, damit nicht Werte dem Reiche entzogen werden, die wir angesichts der Finanzlage unseres Volkes so außerordentlich notwendig brauchen.

Wenn auch der bisherige Erlös aus verkauftem Heeresgut fast so hoch ist wie der Schätzungsbetrag des früheren Reichsfinanzministers, nämlich drei Milliarden, so kann und darf das nicht dahin führen, zu unterlassen, trotzdem das letzte zu versuchen, den letzten Pfennig, der aus diesen Gütern dem Reiche erhalten werden kann, in die Reichskasse fließen zu lassen.

Wenn den Anforderungen, die die Entschließungen des Hauptausschusses vorschlagen, Rechnung getragen wird, dann wird das Reichsschatzministerium seinem Hauptzwecke, aus den zusammengebrochenen Betrieben gut arbeitende Unternehmungen zu machen, nützen und so selber zu einer Zentrale industrieller Kraft heranwachsen, die für das Allgemeinwohl unseres Volkes von Jahr zu Jahr größere Bedeutung erlangen wird.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ersing.

Ersing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde begrüßen die **Schaffung des Reichsschatzministeriums.** (D) Der Besitz des Reichs an Grund und Boden, an Kasernen und Wirtschaftsunternehmungen ist außerordentlich groß. Eine rationelle und gute Bewirtschaftung dieser Wirtschaftsunternehmungen ist nur möglich in einem Ministerium, dessen Hauptaufgabe wirtschaftlicher Art ist. Der Herr Minister hat uns heute die Aufgaben des neuen Schatzministeriums dargelegt. Er hat in programmatischer Weise dargelegt, welche Aufgaben das Ministerium hat und in welcher Weise er diese Aufgaben durchzuführen gedenkt. Diesen Darlegungen des Herrn Ministers kann ich voll und ganz zustimmen. Wir haben aus seinen Darlegungen ersehen, daß die **Aufgaben des Reichsschatzministeriums** vorwiegend wirtschaftlicher Art sind. Die gute Durchführung dieser Aufgaben ist von der größten wirtschaftlichen und politischen Bedeutung. Ich sagte, die Aufgaben sind vorwiegend wirtschaftlicher Art, und dazu müssen und mußten Männer aus dem Wirtschaftsleben herangeholt werden. Der Herr Schatzminister hat das auch getan, wir billigen dies. Nun besteht aber bei allen staatlichen Institutionen die große Gefahr der Bureaukratisierung. Ich möchte wünschen, daß das Reichsschatzministerium so beweglich bleiben möge, wie es das Wirtschaftsleben ist und in der Zukunft auch sein wird. Ein Ministerium, das vorwiegend wirtschaftliche Aufgaben hat, darf nicht der alten Bureaukratisierung im schlimmen Sinne des Wortes verfallen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Beim vorliegenden Etat sind nun gewaltige Summen für die **Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen sowie** der Offiziere und Soldaten **der Überwachungskommissionen** angefordert. Diese außerordentlich großen Anforderungen geben mir Veranlassung, einiges hierzu zu sagen. Nach einer vorgelegten Aufstellung be-

(Erfing, Abgeordneter.)

(A) tragen die Kosten unter Berechnung der bisherigen Ausgaben jährlich 2½ Milliarden Mark. Der Herr Reichsschatzminister hat diese 2½ Milliarden in seinen Ausführungen detailliert. Der jetzt in Kraft getretene Frieden legt dem deutschen Volke gewaltige Lasten auf. Wir sind bereit, den uns auferlegten Verpflichtungen nachzukommen. 2,5 Milliarden pro Jahr für ein Besatzungsheer und für Überwachungskommissionen sind aber eine ganz gewaltige Summe. Die Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel für einen solch ungeheuren militärischen Überwachungsapparat, den man einem Volk aufdrängte. Werden die Besatzungsarmee und die Überwachungskommissionen in diesem Umfange lange aufrechterhalten, dann werden sie zum Würgengel für das deutsche Volk.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben die Verpflichtung, Besatzungstruppen und Überwachungskommissionen zu unterhalten, und wir sind gewillt dazu. Unerträgliches soll man aber einem Volke nicht auferlegen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Würde der größere Teil dieser Riesensummen zum Aufbau der zerstörten Gebiete verwendet, dann würden sie zum Segen für die Menschheit werden.

(Beifall.)

Ich frage Sie: was sollen denn die großen Heeresmassen am Rhein, was sollen die vielen Hunderte von Überwachungsoffizieren mit ihren großen Ansprüchen ans Leben? Ganz unverständlicherweise wird im feindlichen Ausland die Auffassung vertreten, das neue demokratische Deutschland hätte große Weltmachtpläne. Ich bedauere diese uns so schwer schädigende Auffassung. Sie ist falsch.

(Zustimmung.)

Es soll mich nicht wundern, wenn das neutrale Ausland die Frage aufwirft, ob nicht dieser große militärische Überwachungsapparat der Entente in Deutschland weiter (B) nichts darstellt als die Pflege eines verschleierten Militarismus auf Kosten des deutschen Volkes.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Vor einigen Tagen hat der **französische Ministerpräsident Clemenceau** eine große Rede im Senat gehalten und unter anderem vom deutschen Volke gesagt:

> Wir wollen ihre Freiheit respektieren. Aber wir wollen auch die nötigen Vorkehrungen treffen, damit sie vor unserer Freiheit Respekt haben.

Wir gestehen, daß wir von diesem Respekt vor unserer Freiheit bis jetzt noch nichts sahen.

(Sehr richtig!)

Und er stellte des weiteren als eine Mission Frankreichs auf, die Menschheit auf den Weg zur Freiheit zu führen. Wir aber fühlen uns angesichts dieser ungeheuerlichen Lasten auf dem Wege zur Versklavung.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Wer als ein letztes Ziel die Völkerversöhnung hinstellt, der muß, um mit Clemenceau zu sprechen, nicht nur seine Herrschaft mit Mäßigung ausüben, sondern der darf auch ein Volk nicht maßlos belasten. Das deutsche Volk, das die Leitung seiner Geschicke nun selber in die Hand genommen hat, kennt nur ein Ziel: es will in Ruhe und Frieden mit den Völkern leben und arbeiten, es will alles tun, um die Wunden zu heilen, die der Krieg allen Völkern geschlagen hat. Erdrosselt man uns aber, dann verhindert man uns an der Erfüllung eingegangener Kulturverpflichtungen. Möge der Schrei eines wehrlos gemachten Volkes nach dem heiligen Recht zum Leben und Arbeiten in der ganzen zivilisierten Welt nicht ungehört verhallen!

(Bravo! im Zentrum)

Die bedeutendste Aufgabe, die dem Reichsschatzministerium obliegt, ist die **Umstellung der Heeresbetriebe in Friedensbetriebe.** Deutschland macht damit einen (C) Schritt, wie ihn noch kein Land der Welt zu machen wagte. Wenn jemals der Gedanke der Schaffung einer ganz neuen Grundlage des wirtschaftlichen und produktiven Lebens verwirklicht werden sollte, er müßte seine Probe bestanden haben in den staatlichen Industriebetrieben. Hier müßte sich zeigen, wie gesicherte Arbeitsverhältnisse sich umsetzen in stärkere Arbeitsintensität, geboren aus einem geschärften Verantwortlichkeitsgefühl und tatwilligem Gemeinsinn.

Die dem Ministerium gestellten Aufgaben sind riesengroß. Für die Umstellung der Betriebe sind 495 Millionen Mark angefordert. Aus den Darlegungen des Ministers haben wir gehört, daß die Betriebe, die während der Kriegszeit als kriegswichtige Betriebe gebaut worden sind, in ihrer ganzen Bauart und Anlage nur auf militärische Zwecke eingestellt waren. Man könnte fast meinen, daß bei der Anlage dieser Betriebe nach den Schilderungen des Herrn Ministers Leute tätig gewesen sind, die den Krieg für alle Ewigkeit führen wollten. Aber aus seinen Darlegungen haben wir gesehen, welche fast unüberwindlichen Schwierigkeiten die Umstellung dieser Betriebe in Friedensbetriebe dem Ministerium heute macht. Unsere bisherigen Staatsbetriebe, Post und Eisenbahn können mit den jetzt zu schaffenden Betrieben nicht in Parallele gestellt werden. Post und Eisenbahn hatten keine private Konkurrenz. Die neuen Reichsbetriebe aber müssen sich auf den schärfsten Konkurrenzkampf gefaßt machen, sowohl auf die Konkurrenz der inländischen als auch der ausländischen Industrie. Können unsere künftigen Reichsbetriebe so gute und so preiswerte Waren herstellen wie die Privatindustrie, dann haben sie ihre Probe bestanden.

Soll aber das Werk gelingen, dann ist erste Voraussetzung eine Zentralleitung mit weitem Blick, Tatkraft und kühnem Unternehmungsgeist. Das große Heer der Beamten und Arbeiter darf aber auch nicht fehlen. Nur (D) wenn alle Teile, Verwaltung, Beamte und Arbeiter in edlem Wetteifer miteinander arbeiten, wird das schwere Werk gelingen. Das Reich hat der Verwaltung, den Arbeitern und den Beamten Riesensummen zur Bewältigung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt, ein Zeichen, daß wir Vertrauen zu ihnen haben. Verwaltung, Arbeiter und Beamte dürfen aber nicht im Zweifel darüber gelassen werden, daß das Reich künftighin solch gewaltige Summen nicht mehr leisten kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Reichsbetriebe, die Jahr für Jahr Hunderte von Millionen erfordern, müssen aufgegeben werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Arbeiter und Verwaltung haben es jetzt in der Hand, durch treue Pflichterfüllung die Fortführung der Reichsbetriebe zu sichern. Tun sie ihre Pflicht nicht, dann sollen sie nicht klagen, wenn die Betriebe geschlossen werden müssen. Wir haben durch die Bewilligung dieser Hunderte von Millionen jetzt gezeigt, daß wir Vertrauen haben. Mögen die Arbeiter und die Beamten, wie auch die Verwaltung das Vertrauen der Nationalversammlung durch treue Pflichterfüllung beantworten!

Die Arbeiter und Beamten der Heeres- und Marinebetriebe haben aus allen Teilen Deutschlands den Wunsch geäußert, daß ihre Betriebe in Friedensbetriebe umgestellt werden sollen. Das Reichsschatzministerium ist sich nach den Mitteilungen des Herrn Ministers noch nicht ganz schlüssig geworden, ob alle Betriebe umgestellt werden können. Meine Freunde sind der Auffassung, daß nur solche Betriebe weitergeführt werden dürfen, bei denen Aussicht vorhanden ist, daß sie sich rentabel gestalten.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

(**Erfing,** Abgeordneter.)

(A) Wenn man von vornherein sieht, daß es nicht möglich ist, den Betrieb dauernd zu halten, wäre es eine schwere Schädigung des Reichs, wenn man jetzt Millionen hineinstecken würde, die nachher totsicher für das Reich verloren gehen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Darum kann ich mit der Kritik, die der Herr Kollege Giebel vorhin ausgesprochen hat, nicht ganz einverstanden sein, wenn er meint, daß man bei der Umstellung der Betriebe viel zu langsam vorgegangen sei. Ich sage: wenn es sich um Objekte handelt, die in die Hunderte von Millionen gehen, dann ist die unbedingte Voraussetzung, daß eine kaufmännische Kalkulation vorhanden ist. Der steuerzahlende Teil des deutschen Volkes kann verlangen, daß die mühsam aufgebrachten Steuern nicht in unrentable Werke hineingesteckt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Darum, sage ich, war es durchaus richtig, wenn das Reichsschatzministerium hier in dieser bedeutsamen Frage die Sache nicht übers Knie gebrochen hat, sondern von Fall zu Fall eingehende Erwägungen darüber gemacht hat, ehe es an die Durchführung heranging.

Unsere alten Heeresbetriebe haben in ihrer Art zweifellos Gutes geleistet. Die vorzügliche Bewaffnung unseres Heeres ist wohl der beste Beweis dafür. Eines aber waren sie: sie waren sehr teuer, und dieses teure Arbeiten mag wohl zu einem wesentlichen Teile auf die rein militärische und bureaukratische Verwaltung zurückzuführen sein.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Betriebe sollten nur den Zwecken des Heeres dienen; darauf war ihre ganze Einrichtung angelegt worden. Es wäre aber nicht notwendig gewesen, daß man daneben noch ein verhältnismäßig großes Heer von Beamten be-(B) schäftigt hätte. Nach einer Aufstellung, die mir dieser Tage zuging, gibt es Betriebe, wo auf zwei und drei Arbeiter schon ein Beamter kommt.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Mir ist sogar eine Abteilung genannt worden — ich weiß nicht, ob es richtig ist —, wo auf 229 Arbeiter 202 Beamte kommen. So kann es selbstverständlich in den künftigen Reichsbetrieben nicht mehr gehen. In der Privatindustrie kommt auf je zehn Arbeiter ein Angestellter, und auch in den Reichsbetrieben wird man künftighin nicht mehr Angestellte beschäftigen können, als es auch in der Privatindustrie der Fall ist.

Die **Zahl der Beamten** war sehr groß, und es muß also eine Verminderung erfolgen. Wir stehen jetzt vor der großen Frage: sollen die vielen Beamten in den Reichsbetrieben weiter beschäftigt werden und soll damit, wie der Herr Minister sagte, ihre Rentabilität von vornherein unmöglich gemacht werden, oder aber sollen die überschüssigen Beamten entlassen werden? Der Reichsschatzminister hat uns nun dargelegt, wie er bei der Beamtenentlassung zu verfahren gedenkt. Er hat in Aussicht gestellt, daß ein eigenes Gesetz demnächst kommen werde, in dem die Rechte der Beamten, der Angestellten und der Arbeiter berücksichtigt und die zur Entlassung kommenden entschädigt werden sollen. Grundsätzlich sind auch wir der Auffassung, daß in den künftigen Reichsbetrieben die Verwaltung hinsichtlich des Personals vollständig frei sein muß. Wohl ist die Reichsregierung gebunden, daß die wohlerworbenen Rechte der Beamten und Arbeiter künftig gewahrt sein müssen, aber in den künftigen Reichsbetrieben können auch die Beamten nicht anders behandelt werden als die Arbeiter, auch nicht anders angestellt werden als auf Grundlage des freien Arbeitsvertrages. Auch wir neigen der Auffassung zu, daß, wenn die Reichsbetriebe rentabel arbeiten sollen, diese Beweglichkeit auch beim Beamtenpersonal genau so gegeben sein muß wie bei (C) der Arbeiterschaft.

Die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden müssen, sind für viele **Beamte, Angestellte und Arbeiter** außerordentlich hart. Die Beamten sollen Wartegelder erhalten. Damit können sie aber auf die Dauer nicht auskommen, damit können sie nicht leben. Sie müssen also sehen, daß sie andere Arbeit bekommen. Aber eins muß jetzt schon klargestellt werden, und ich erkenne es gern an, daß es der Herr Minister bereits getan hat: die wohlerworbenen Pensionsrechte der Beamten dürfen unter gar keinen Umständen für die Beamten verloren gehen. Noch viel härter als die Beamten trifft es die vielen Angestellten. Wir haben Angestellte, die zum Teil 20, 30 und 40 Jahre in den Militärbetrieben tätig gewesen sind und jetzt zur Entlassung kommen sollen, die aber bis jetzt noch nicht in das Beamtenverhältnis eingerückt sind und darum noch keine Pension und kein Wartegeld beziehen können. Diese Beamten und Angestellten haben große Besorgnisse für die Zukunft, und wir bitten den Herrn Minister, bei der Vorlage und Ausarbeitung des neuen Gesetzes diesem Teile der Angestellten das denkbar größte Entgegenkommen zeigen zu wollen. Das, was ich für die Angestellten sagte, gilt auch für die Arbeiter. Daneben wünschen wir aber, daß in den künftigen Reichsbetrieben in erster Linie die alten Angestellten, Beamten und Arbeiter beschäftigt werden und daß, soweit ihre Beschäftigung nicht möglich ist, dafür gesorgt wird, daß sie, wenn irgend möglich, in anderen Staatsstellen untergebracht werden.

Seitens der Beamten ist auch der Wunsch geäußert worden, daß man Ausbildungskurse für sie einrichten solle, damit sie Gelegenheit haben, die neuen Produktions- und Arbeitsverhältnisse kennenzulernen, um ihren neuen Verpflichtungen in den Reichsbetrieben besser nachkommen zu können. Wenn es möglich ist, durch Ausbildungs- (D) kurse den Beamten zu helfen, möchte ich bitten, daß diesem Wunsche Rechnung getragen wird.

Die **Beschaffungsbeihilfen,** die dem größten Teile der Reichsbeamten gewährt worden sind, sollten auch den Beamten und Angestellten in den Reichsbetrieben zugute kommen. Meine Freunde sind in der Vergangenheit stets dafür eingetreten, daß die Reichsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Auch künftig sollen das die Reichsbetriebe sein, aber nicht nur in ihren sozialen Einrichtungen, sondern auch in ihren produktiven Leistungen. Das eine bedingt das andere.

Nach den Novemberereignissen haben sich in den Staatsbetrieben schlimme Dinge ereignet. Hunderte von Millionen wurden nutzlos ausgegeben. Auch der Herr Kollege Giebel hat anerkannt, daß da Dinge vor sich gegangen sind, die besser unterblieben wären, und ich bin der Meinung, daß wir dem Arbeiterinteresse am besten dienen, wenn wir auch hier rücksichtslos das sagen, was gesagt werden muß. Unter der **Wirtschaft der Arbeiterräte** ist mit dem Steuergroschen des deutschen Volkes in den Militärbetrieben Schindluder getrieben worden.

(Sehr richtig!)

Vor lauter Versammlungen, Sitzungen, Sozialisieren und Parlamentieren ist das Arbeiten ganz vergessen worden.

(Sehr gut! im Zentrum.)

So etwas darf nicht mehr vorkommen. Unser arm gewordenes Vaterland kann das nicht mehr ertragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich appelliere an die alten Arbeiter. Jene, die jahrzehntelang treu dem Reiche gedient haben, möchten sich auf ihre alten Pflichten wieder besinnen.

(Bravo! im Zentrum.)

Sie mögen sich von den jungen Kommunisten und U. S. P.-Leuten nicht länger terrorisieren lassen. Sie sollen

(Erfing, Abgeordneter.)

(A) zeigen, daß sie alte aufrechte Proletarier und Arbeiter sind, und wenn sie als alte Arbeiter ihre Pflicht und Schuldigkeit tun und wenn ihnen trotzdem Unrecht geschehen sollte, werden sie bei meinen Parteifreunden eine warme Verteidigung finden, wenn es sich um die Vertretung wirklicher Arbeiterinteressen handelt.

(Bravo! im Zentrum.)

Aber das muß ich sagen: die Art und Weise, wie in diesen Staatsbetrieben auch gegen andersgesinnte Arbeiter vorgegangen worden ist, spottet jeder Beschreibung. In den Staatsbetrieben muß Raum für alle Staatsbürger sein.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Politische, religiöse und gewerkschaftliche Überzeugungen dürfen kein Grund zur Einstellung oder zur Entlassung sein.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Seit den Novemberereignissen ist **der Terror in den Staatsbetrieben** sprichwörtlich geworden. Dieselben Leute, die vor der Revolution vor Liebedienerei erstarben, sind heute die lautesten Schreier im Lager der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und die brutalsten Terroristen. Unter diesem Terror — das möchte ich ausdrücklich feststellen — haben die mehrheitssozialistischen Arbeiter genau so zu leiden wie die christlich Organisierten oder die Hirsch-Dunckerschen. Mit diesem Terror, den die Führer der Unabhängigen in Staatsbetrieben ausüben, muß gebrochen werden, und ich möchte den Herrn Reichsschatzminister bitten, wenn künftig Arbeiterratsmitglieder noch einmal die Entlassung von Arbeitern wegen religiöser, politischer oder gewerkschaftlicher Überzeugungen verlangen, daß solche Arbeiterratsmitglieder ohne weiteres auf die Straße gesetzt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Für Arbeiterratsmitglieder, die ihre Macht dazu miß-(B)brauchen, um ihre Klassengenossen brotlos zu machen, kann es keine andere Strafe als Entlassung geben, dieselbe Strafe, die sie anderen zufügen wollen.

Wir haben aus dem Munde des Herrn Reichsschatzministers gehört, daß bei der Umstellung der Militärbetriebe diese zum Teil zeitweise geschlossen werden mußten, so auch in Spandau. Davon ist ein großer Teil alter **Spandauer Arbeiter** außerordentlich hart betroffen worden. Und wenn man weiß, wie das ganze Leben in Spandau auf diese Reichsbetriebe angewiesen ist, dann ist das nicht nur für die dortige Arbeiterschaft, sondern auch für die dortigen kleinen Geschäftsleute von denkbar größtem Nachteil. Nun hätte man doch erwarten dürfen, daß, soweit in den neuen umgestellten Betrieben wieder Arbeiter gebraucht wurden, in erster Linie die alten Arbeiter restlos wieder eingestellt worden wären. In der Hauptsache ist es ja geschehen. Aber mit großem Befremden haben wir in der Kommission gehört, daß die **Arbeiterräte in Spandau** teilweise auf Einstellung junger Arbeiter gedrängt haben, sodaß alte Arbeiter arbeitslos geblieben sind. Wir möchten dringend wünschen, daß, wenn ähnliche Anforderungen an die Verwaltung gestellt werden, an Stelle der alten Arbeiter junge einzustellen, dieses Ansinnen ohne weiteres mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Übrigens ist dieses Kapitel der Einstellung, wo Arbeiterräte die Interessen der alten Arbeiter verletzten, damit junge Arbeiter eingestellt würden, die doch eher die Möglichkeit gehabt hätten, anderwärts hinzugehen und Arbeit zu suchen, ein Beweis dafür, wie vorsichtig wir bei Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes sein müssen.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Ich bin nun nicht der Auffassung, daß an den schlimmen Ergebnissen, die sich in den Militärbetrieben gezeigt haben, die Arbeiterschaft und die Betriebsräte allein schuld sind; ich gebe gern zu, daß auch die alte (C) Verwaltung unter den neuen Verhältnissen nicht mehr wußte, was sie tun sollte, und daß dadurch dieses allgemeine Chaos entstanden und dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke ein gewaltiger Schaden zugefügt worden ist. Ich will hier durchaus nichts beschönigen und will es frei und offen anerkennen. Allerdings leistet man nun heute damit, daß man an allen möglichen und unmöglichen Dingen Kritik übt, der Arbeiterschaft und den Angestellten keinen Dienst. Bei der Umstellung der Betriebe werden sich noch manche Schwierigkeiten ergeben, und die Möglichkeit, zu kritisieren wird umfangreich gegeben sein. Den Interessen der Arbeiter und Beamten dient man am besten damit, wenn man dazu mithilft, daß die Betriebe dauernd gehalten werden können.

Der Herr Reichsschatzminister hat sich nun dahin ausgesprochen, daß die neuen Betriebe in eine Gesellschaftsform gekleidet werden sollen. Unser ganzes Wirtschaftsleben hat den Zug zur Konzentration, den Zug zum Großen, und diesem modernen Zug des Wirtschaftslebens kann sich auch das Reich nicht verschließen. Darum halte ich es für richtig, daß die **Reichsbetriebe** in eine **Gesellschaftsform** gekleidet werden und daß die ganzen Betriebe zu einem einzigen großen Unternehmen zusammengeschlossen werden. Aber ich möchte hier die Bitte wiederholen, die ich schon im Haushaltsausschuß ausgesprochen habe, zu der übrigens der Herr Minister seine Zustimmung gegeben hat, daß jeder einzelne Betrieb für sich die Bilanz aufstellen muß, damit man ersieht, wie die einzelnen Betriebe in ihrer Rentabilität sich entwickeln. Die Verwaltung der Reichsbetriebe soll sich von Anfang an mit den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zum Abschluß von Tarifverträgen in Verbindung setzen. Der Verkehr zwischen der Arbeiterschaft und der Verwaltung soll ein vorbildlicher sein. Scharfmacherallüren können nicht geduldet werden. (D)

Sobald das Betriebsrätegesetz verabschiedet ist, müssen die Staatsbetriebe auch die ersten bei dessen Durchführung sein, und zwar nicht nur wörtlich, sondern dem Sinne und dem Geiste nach. Der Wiedereinführung der Akkordarbeit in den Staatsbetrieben, von der der Herr Minister gesprochen hat, stimmen wir voll und ganz zu.

Der Herr Reichsschatzminister hat auch gesagt, daß die Verwaltung jetzt die große Aufgabe habe, **Aufträge für die Staatsbetriebe** hereinzuholen. Nun besteht die große Gefahr, daß die Staatsbetriebe, um möglichst viele Aufträge zu erhalten, billigere Angebote machen, um damit die Konkurrenz zu schlagen. Sie denken vielleicht: wenn wir nachher ein Defizit haben, wird es das Reich schon decken. Auch hier hat der Herr Minister im Ausschuß schon erklärt, daß es das nicht geben soll. Wenn ich diese Frage hier noch einmal anschneide, so geschieht das deswegen, damit die Privatindustrie beruhigt sein kann. Das Reich darf unter keinen Umständen zu einer Schmutzkonkurrenz — wenn ich diesen Ausdruck hier gebrauchen darf — der Privatindustrie werden. Dies wäre von gleich großem Schaden für die Industrie wie für das Reich. Ich anerkenne, wie gesagt, gern, daß der Herr Schatzminister hier die Zusicherung gemacht hat, daß dies nicht geschehen soll.

Dann bin ich persönlich der Auffassung, daß unsere **Reichsbetriebe** in der Zukunft zu allen **Reichssteuern** herangezogen werden müssen, ebenso wie die Privatindustrie. Sie müssen, wie die anderen Unternehmungen, auch zu den **Kommunalsteuern** herangezogen werden. Nur dann, wenn wir so den Reichsbetrieben dieselben sozialen, staatlichen und allgemeinen Lasten auferlegen wie der Privatindustrie, werden wir das Endurteil fällen können, ob die Reichsbetriebe für das Allgemeinwohl gleich ertragbar sind wie die Privatindustrie.

(Erfing, Abgeordneter.)

(A) Eine andere Frage wäre noch: wie soll es künftighin bei **Vergebung von Staatsaufträgen** sein? Sollen die Reichsbetriebe für Staatsaufträge eine Monopolstellung erhalten, oder aber soll auch die Privatindustrie wie bisher zur Ausführung von Staatsaufträgen zugelassen werden? Ich gebe zu, daß es eine ganze Reihe von Sachen gibt, wo von vornherein die Staatsbetriebe in erster Linie Berücksichtigung finden müssen; soweit es sich nämlich um Arbeiten handelt, die die Bekleidung und Bewaffnung der künftigen Reichswehrtruppen betreffen, bin ich der Auffassung, daß hier in erster Linie die Staatsbetriebe zu berücksichtigen sind. Im übrigen aber, wenn sonstige Arbeiten zu vergeben sind, müssen nach meiner Auffassung die Privatindustrien in derselben Weise wieder zugelassen werden, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Der Herr Reichsschatzminister hat uns mitgeteilt, daß von den 24 Bekleidungsämtern 14 aufgehoben werden sollen. Dem Herrn Kollegen Giebel wäre es lieber gewesen, wenn die **Bekleidungsämter** nicht so stark vermindert worden wären, weil er der Auffassung ist, daß wir die Bekleidungsämter jetzt erst recht brauchten, damit für die Reichsangestellten bei der Bahn und bei der Post möglichst billige Kleidung hergestellt werden könne. Wenn die Möglichkeit besteht, daß die Bekleidungsämter billigere Anzüge für die Eisenbahner oder die Postangestellten liefern könnten, dann wäre ich durchaus auch der Meinung, daß man sie alle hätte bestehen lassen können. Wenn aber diese Möglichkeit nicht gegeben ist, dann, sage ich, dürfen die Bekleidungsämter nicht auf Kosten der Steuerzahler etwa einen billigeren Anzug liefern, denn das Reich müßte dann das entstehende Defizit decken.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Zum Schluß möchte ich namens meiner Freunde aussprechen: wir machen hier einen außerordentlich großen Schritt. Kein Land der Welt hat es bisher gewagt, in (B) solch großem Umfange wirtschaftliche Unternehmungen in Angriff zu nehmen, wie wir es getan haben. Hunderte von Millionen müssen zu diesem Zweck bereitgestellt werden. Möge das Vertrauen, das die Nationalversammlung der Verwaltung, den Arbeitern und Beamten entgegenbringt, von ihnen damit beantwortet werden, daß sie in treuster Pflichterfüllung arbeiten, damit die neuen Unternehmungen nicht zu einer schweren Schädigung des deutschen Volkes führen.

Dann hat sich der Herr Reichsschatzminister noch mit den neuen Aufgaben befaßt, die seinem Amte zugewiesen worden sind. Er erwähnte, daß das Reichsschatzministerium auch künftig für die Verpflegung des Heeres und der Marine aufzukommen habe, daß sämtliche Gebäude, die dem Reiche gehören, in die Verwaltung des Reichsschatzministeriums übergehen, die übrigen Ämter also in Miete zum Reichsschatzministerium ziehen. Zu diesem Zweck soll auch bei den **Landesfinanzämtern** eine Abteilung dem **Reichsschatzministerium** unterstellt werden. Diesen Abteilungen III bei den Landesfinanzämtern sollen besondere Referate für Liegenschaftsverwaltung, Bauverwaltung, Verpflegungswesen, Bekleidungs- und Remontewesen angegliedert werden, und unter den Landesfinanzämtern Abteilung III werden zur Regelung und Wahrnehmung der örtlichen Dienstgeschäfte Reichsvermögensämter, Remonteämter und Reichsverpflegungsämter errichtet werden. Mit diesem Organisationsplan sind wir einverstanden. Persönlich würde ich allerdings wünschen, daß die Referate für Liegenschaftsverwaltung und Bauverwaltung bei den Landesfinanzämtern zu einem Referat zusammengelegt würden. Bei den Reichsvermögensämtern ist es ja auch geschehen. Ich wünsche das zunächst aus Sparsamkeitsgründen. Bei einer Teilung der Referate besteht die große Gefahr, (C) daß die Juristen und die Techniker sich über die Verwendung von Grund und Boden streiten und das Reich letzten Endes den Schaden hat. Reichsgebäude und Grund und Boden gehören einheitlich verwaltet, und zwar von Beamten mit fachlicher Vorbildung. Wenn es also möglich wäre, daß das Reichsschatzministerium diesem Wunsche, der vor allem auch von den Technikern vertreten wird, noch Rechnung tragen könnte, dann würde ich das persönlich sehr begrüßen.

Die vorwiegend wirtschaftlichen Aufgaben des Reichsschatzministeriums bedingen, daß technisch und volkswirtschaftlich gebildete und erfahrene Beamte angestellt werden. Im **Staatsdienst** hatten bisher die **Juristen** den Vorrang. In Wirtschaftssachen hätten aber die fachlich gebildeten Beamten schon bisher mehr zur Leitung herangezogen werden müssen, als es geschah. Was bis jetzt versäumt worden ist, muß nun nachgeholt werden. Ich anerkenne gerne, daß auch das Reichsschatzministerium bereits gezeigt hat, daß es einer **stärkeren Heranziehung der Techniker** durchaus freundlich gegenübersteht. Wenn der Herr Reichsschatzminister, so wie er bisher zur Leitung der Reichsbetriebe Techniker herangeholt hat, auch in seine Ministerialratsstuben noch einige Techniker hineinholt, dann werden die Techniker damit vollauf zufrieden sein. Auch hier kann ich sagen, daß bei den Beratungen im Haushaltsausschuß der Herr Reichsschatzminister das denkbar größte Entgegenkommen versprochen hat.

Dem Reichsschatzministerium ist, wie uns heute mitgeteilt wurde, auch das **Reichsverwertungsamt** angegliedert worden. Der unglückliche Ausgang des Krieges hatte für unser Heeresgut ungünstige Folgen. Es ist außerordentlich viel verloren gegangen, und wie wir heute gehört haben, sind bereits durch eine Abteilung, die zur Wiederherbeischaffung verschobenen Heeresguts errichtet worden ist, für 150 Millionen Mark Heeresgüter beigebracht worden. Ich habe das Empfinden, daß in dieser (D) Abteilung ganz energische Männer stecken. Auch der Umstand, daß auf den Leiter dieser Abteilung, einen Major, ein Revolverangriff von Schiebern gemacht worden ist, ist ein Beweis dafür, daß allem Anschein nach die richtigen Männer an der Spitze stehen.

Nun hat das Reichsverwertungsamt eine Menge von Rohstoffen, von Altmaterial verkauft, die in den Heeresbetrieben lagerten. Das hat bei den Arbeitern der Reichsbetriebe einen Widerstand ausgelöst, der an sich verständlich ist. Ich halte es aber sachlich durchaus für richtig, daß von den großen Beständen an Altmaterial und Schrot in unseren Reichsbetrieben soviel wie irgendmöglich verkauft wird. Während der Kriegszeit hat man der Privatindustrie die Rohstoffe entzogen, wir haben in der Privatindustrie einen großen Rohstoffmangel, und es wäre volkswirtschaftlich außerordentlich unklug, wenn wir in den Reichsbetrieben große Mengen von Altmaterial und Schrot liegen lassen würden, während in der Privatindustrie Hunderte und Tausende von Arbeitern wegen Mangels an Rohstoff arbeitslos werden und dann Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen. Ich halte es also für durchaus richtig, wenn diese Heeresbestände so rasch wie möglich verkauft werden, damit das Schieben und Verschieben endlich einmal aufhört.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Etwas anderes ist es aber mit dem **Verkauf** von Immobilien, **von Grundstücken.** Davor möchte ich eindringlichst warnen. Was das Reich an Grund und Boden hat, das soll es auch behalten, es sei denn, daß in einzelnen kleineren Fällen ein dringliches sachliches Bedürfnis für den Verkauf von Grund und Boden spricht. Die Erfahrungen, die wir seinerzeit mit dem Verkauf des Tempelhofer Feldes gemacht haben, sollten der Regierung ein warnendes Beispiel sein. Insoweit aber Gemeinde-

(Erſing, Abgeordneter.)

(A) verwaltungen Grund und Boden, Kasernen, kleine Exerzierplätze, die zum Teil mitten in der Stadt, zum Teil an der Peripherie liegen, kaufen wollen, insoweit die Gemeindeverwaltungen ein Bedürfnis zu solchen Käufen von Kasernenhöfen oder Festungsgelände haben, soweit glaube ich, daß der Verkauf vom Reich verantwortet werden kann. Im gleichen Maße müssen aber auch die Kleinwohnungsbaugenossenschaften und die sonstigen gemeinnützigen Bauunternehmungen berücksichtigt werden, wenn sie vom Reich verlangen, daß ihnen Baugrund unter billigen, guten Verhältnissen zur Verfügung gestellt werde.

Weiter haben wir gehört, daß das Reichsschatzministerium auch die **finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften** übernommen hat. Dazu eine Bitte an den Herrn Minister. — Er ist jetzt nicht da, es kann ihm aber wohl mitgeteilt werden. — Ich hätte nur die eine Bitte, er möchte sich einmal ein paar Lederfäustlinge kaufen und einmal scharf in das Wespennest der Kriegsgesellschaften hineingreifen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Mehr will ich nicht sagen.

Meine Herren, im Etat des Reichsschatzministeriums sind auch 100 Millionen Mark angefordert zum **Bau und Erwerb von elektrischen Hochspannungsleitungen,** von Transformatoren **und Elektrizitätswerken.** Auf dem Gebiete der Elektrizität hat Deutschland schon in der Vorkriegszeit Großes geleistet, und doch sage ich: in der Erzeugung, Verwendung und Ausnützung stehen wir erst im Anfang einer großen Entwicklung. Sollen wir dieses bedeutsame Gebiet nur einigen wenigen großkapitalistischen Gesellschaften überlassen, die heute schon fast ein Monopol haben? Ich sage: nein! Meine Freunde werden daher die angeforderten 100 Millionen Mark bewilligen. In der Hauptsache handelt es sich bei diesen 100 Millionen Mark um die bauliche Vollendung der Hochspannungsleitungen Golpa-Berlin, Golpa-Bitterfeld, Mainz-Wiesbaden und Berlin-Eberswalde. Es handelt sich da um Unternehmungen, die während der Kriegszeit in Angriff genommen worden sind und jetzt ihrer Vollendung entgegengehen. (B)

Viel bedeutsamer aber ist noch das **Gesetz über das Elektrizitätswesen,** das jetzt beraten wird. Gegen dieses Gesetz, das auch in den Bereich des Reichsschatzministeriums fällt, wird in der Hauptsache eingewandt, daß das Reich dieses Gesetz nicht gut durchführen kann, weil der Staat zu bureaukratisch sei und zu teuer und zu umständlich arbeite. Da frage ich: muß das wirklich so sein? Muß der Staat wirklich so bureaukratisch sein und teurer arbeiten als die Privatindustrie? Ich sage nein. Wir haben uns vor der Zeit des Krieges in Baden lange Zeit darüber gestritten, ob die Ausnutzung der Murg-Wasserkräfte der Privatindustrie überlassen werden soll, oder ob es nicht besser der Staat tun soll. Nach langen Verhandlungen kam Baden zu der Überzeugung, daß es am besten ist, wenn der Staat die Ausnutzung der Murg-Wasserkräfte in Angriff nimmt. Und heute sind wir froh, daß man damals die Ausnutzung nicht der Privatindustrie überlassen hat. Hätte man die Werke einige Jahre früher gebaut, wäre es für das Land Baden von größtem Vorteil gewesen.

Übrigens eine Privatelektrizitätsindustrie in dem Sinne, wie wir Privatindustrie verstehen, haben wir sowieso schon nicht mehr. Die großen Elektrizitätsgesellschaften haben bereits eine Monopolstellung errungen, und daß die großen Elektrizitätsgesellschaften überall das allgemeine Wohl über ihr eigenes stellen, darf man füglich bezweifeln. Unsere ganze weiterverarbeitende Industrie, Handwerk, Landwirtschaft und Industrie hungert förmlich nach elektrischer Energie.

(Sehr richtig!)

Überall bis in die entlegensten Dörfer ertönt der Ruf: (C) Gebt uns elektrische Kraft! Wie lange wird es noch dauern, und auch ein Teil unserer Eisenbahnen werden Starkstrombetrieb haben. In Baden haben wir heute schon kleine Strecken, wo die Eisenbahnzüge nicht mehr mit Dampfmaschinen, sondern mit elektrischer Kraft fahren.

Die Kardinalfrage ist nun: soll der Staat das große Gebiet der Elektrizität und damit unser ganzes Industrie- und Erwerbsleben einem großen Elektrizitäts-Aktienkonzern überliefern, oder soll er die Führung selber übernehmen? Hierum handelt es sich. Ich bin der Meinung, daß der Staat und das Reich das letztere tun sollen. Die ganze Welt hungert nach Kohle. Die Kohlennot wird noch lange Jahre hindurch andauern, die weiße Kohle wird als Ersatz einspringen müssen. Je rascher das Reichsschatzministerium eine großzügige Organisation für die Verteilung der weißen Kohle schafft, desto besser für unser Wirtschaftsleben.

Beim **Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens** fallen dem Reichsschatzministerium große Aufgaben zu. Die heutigen Darlegungen des Reichsschatzministers zeigen, daß er sich dieser Aufgaben voll bewußt ist. Möge er sie glücklich lösen! Alle politischen und staatlichen Neuordnungen nützen uns nichts, was nützen uns die schönsten demokratischen Einrichtungen, wenn unser Wirtschaftsleben nicht wieder in Gang kommt! Möge das Reich zu seinem Teile dazu beitragen, daß unser todkranker Wirtschaftskörper wieder gesundet und zu einer neuen Quelle der Wohlfahrt für unser Vaterland werde.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Den Worten des Herrn Reichsschatzministers bezüglich der unsagbaren **Kosten der Überwachungsausschüsse und der Besatzungstruppen** schließen sich meine politischen Freunde an. Auch wir bedauern es vor allen Dingen, daß man in den Reihen unserer Gegner so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes nach einem Kriege voll unsagbarer Opfer und Leiden hat. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meines Erachtens müßten sich unsere Feinde bei ruhiger Überlegung selbst sagen, daß es für das deutsche Volk eine Unmöglichkeit ist, neben den schweren Lasten, die ihm der Friedensvertrag in der Wiedergutmachung auferlegt, noch derartige ungeheuerliche Kosten für die Besatzungsarmee und Überwachungsausschüsse zu tragen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Das deutsche Volk, aber auch die Nationalversammlung war seinerzeit einig darüber, daß gerade die finanziellen Bedingungen des Friedensvertrags unerfüllbar und unerträglich seien. Wenn diese Bedingungen schon an und für sich unerfüllbar sind, so müssen sich unsere Feinde ohne weiteres sagen, daß das, was sie hier zur Erhaltung des Militarismus für sich fordern, und zwar für Dinge, die an sich gar nicht notwendig sind, durch Jahrzehnte hindurch von dem in Abzug gebracht werden muß, was wir für die Wiedergutmachung zu leisten vermögen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ihr eigenstes Interesse gebietet es, in dieser Beziehung Sparsamkeit zu üben und keine ungerechtfertigten Anforderungen an das deutsche Volk zu stellen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere Feinde müssen sich aber auch noch ein weiteres sagen. Die Erfahrung hat immer gezeigt, daß nichts ein **Heer,** sowohl Offiziere wie Mannschaften, derartig **demoralisiert** wie die **Besetzung feindlichen Landes.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(**Gothein**, Abgeordneter.)

(A) Die unbeschränkte Macht, die dem Offizier dabei zusteht, das Fehlen jedes ernsthaft durchgeführten Beschwerderechts, das alles führt dazu, eine Machtüberspannung, ein Machtbewußtsein bei den Machthabern hervorzurufen, das sich über jede Moral hinwegsetzt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben diese Entwicklung ja schaudernd an unserem eigenen Körper, bei unseren Truppen in der Etappe erlebt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Alles, was man uns in dieser Beziehung zum Vorwurf macht und zwar leider zu einem guten Teile mit Recht, ist eben die Folgeerscheinung jener Macht, die der Militarismus bei der Besetzung eines feindlichen Landes den Unterworfenen gegenüber hat.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Das, was wir an Entsittlichung während des Krieges erlebt haben, das erleben gegenwärtig die Alliierten und Assoziierten in den besetzen Gebieten bei sich selbst.

(Sehr richtig! links.)

Auch bei ihnen geht jetzt in dem Gefühl der Unverantwortlichkeit bei der Ausübung der Macht das sittliche Bewußtsein verloren: auch bei ihnen wird die Truppe demoralisiert. Was man anfangs bloß bei Belgiern und Franzosen erlebte, das erleben wir heute auch bei den Engländern, ja selbst bei den Amerikanern. Wir wissen, daß gerade das Schieberunwesen, die Bestechlichkeit in jenen Gebieten deshalb so groß geworden ist, weil eben die Truppen auch dort der Bestechlichkeit unterliegen. Alle diese Völker müßten sich sagen, daß zur Wiederbelebung der Sittlichkeit, die ja in diesem Kriege so unsagbar gelitten hat — der Krieg ist eben das Gegenteil eines moralischen „Stahlbades“, er ist ein moralisches Giftbad — auch sie das größte Interesse daran haben, (B) daß diese Besetzung keine Dauerbesetzung wird. Je länger der Krieg, wenn auch nur in der Form der Besetzung, dauert, um so stärker wird sich auch bei diesen Völkern der vergiftende Einfluß des Krieges geltend machen.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb haben sie im Interesse ihrer eigenen Sittlichkeit, im Interesse der Wiedergeburt der Sittlichkeit der Menschheit das größte Interesse daran, daß möglichst geringe Teile ihres Truppenkörpers und möglichst wenige Offiziere an der Besetzung beteiligt sind; denn diese ganze Tätigkeit ist das Grab jeder wahren Sittlichkeit.

Meine Damen und Herren! Man hat wohl noch im Frühjahr, zum Teil sogar noch im Frühsommer, im Juni die Frage aufgeworfen, ob überhaupt ein eigenes Ministerium für das, was dem **Reichsschatzministerium** an Arbeit überwiesen worden ist, notwendig sei, und man hat damals der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es vollständig genüge, wenn diese Arbeit nebenbei dem Reichswirtschaftsministerium übertragen würde. Wer die Verhandlungen im Haushaltsausschuß verfolgt hat, wer heute den Darlegungen des Herrn Ministers gefolgt ist, der wird höchstens einen Zweifel noch darüber äußern können, ob diese unendliche Arbeitslast dauernd von einem Ministerium getragen werden kann;

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

denn diese Arbeitslast ist eine so vielseitige, eine so kolossale und ausgedehnte, daß es beinahe mehr wie Menschenkraft erfordert, den Anforderungen dieses Ministeriums gerecht zu werden. Wenn nun allerdings ein Teil, der ein schweres Sorgenkind, ein Kind, das auch sehr viel Arbeit machte, das Reichsverwertungsamt, in Zukunft in Wegfall kommen wird, so bleiben für dieses Ministerium doch noch so viele Aufgaben übrig, daß wir mit einem Dauerministerium zu rechnen haben.

(C) Aus dem **Reichsverwertungsamt** hat sich zunächst dieses Ministerium herausgebildet. Es war ein Schmerzenskind, und es ist ja vom Herrn Minister und von anderen Rednern bereits geschildert worden, was es zu übernehmen hatte nicht bloß nach der Revolution, sondern — sagen wir es ganz offen — aus dem Schutthaufen, der durch den Zusammenbruch des Heeres und beim Rückzug desselben übrig blieb. Dieses Maß von Unordnung war vorhanden nicht erst infolge der Revolution, sondern es war bereits lange vor ihr. Auch da, wo es sich um Läger im Innern handelte, wußte meist niemand, was auf diesen Lägern tatsächlich vorhanden war.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wurde einfach abgeschoben, und die Bücher wurden nicht in Ordnung gehalten. Als ich dieses Ministerium übernahm, war überhaupt noch nicht der Anfang gemacht zu irgendwelcher Inventarisierung der Vorräte, welche auf den Heereslägern und an den anderen Stellen an Heeresgut vorhanden waren. Es war nicht so leicht, das durchzusetzen; denn das Reichsschatzministerium verfügte keineswegs über sämtliche Heeresläger, sondern ein großer Teil derselben befand sich noch in der Verwaltung des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts, und zum Teil war es gar nicht leicht, diese Heeresläger aus der Hand der früher zuständigen Stellen in die des Reichsschatzamts zu bekommen. Die Inventarisierung wurde angeordnet. Ob es möglich gewesen ist, sie überall mit vollem Erfolg durchzuführen, darüber bin ich mir einigermaßen zweifelhaft.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Minister hat ja der Meinung Ausdruck gegeben, daß es „fast voll“ gelungen sei. Ich freue mich über seinen Optimismus. Meiner Ansicht nach ist es nicht bloß bei den Heeresgütern, die noch im Ausland lagern — hier hat er es ohne weiteres zugegeben —, sondern auch bei den Heeresgütern im Inland vielfach eine (D) positive Unmöglichkeit, all das bis ins letzte hinein festzustellen, zumal wenn vorher nicht die geringsten Ansätze zu einer Buchführung und Inventarisierung bei diesen Heereslägern vorhanden waren. Jedenfalls ist aber auf diesem Gebiete inzwischen ein beispielloser Fortschritt geschehen, und er mußte geschehen, um überhaupt einigermaßen mit Sicherheit an die Verwertung gehen zu können.

Nun wird über die Tätigkeit des Reichsverwertungsamts der Abteilung III des Reichsschatzministeriums unsagbar viel geklagt. Man hat es das Reichsverschleuderungsamt genannt; man hat behauptet, daß dort unsagbar viel geschoben, gestohlen und veruntreut würde, daß zu Preisen verkauft würde, die weit unter den zu erlangenden liegen; und man mag offen zugeben, daß an all diesen Vorwürfen ein ganz Teil Wahres ist.

Aber, meine Damen und Herren, wer glaubt, daß eine derartige Verwaltung einwandfrei von einer Reichsverwaltung und von einem Ministerium ausgeführt werden könnte, der kennt nicht die beispiellosen Schwierigkeiten einer derartigen Verwaltung. Diese Schwierigkeiten liegen in der Natur des Objekts und der Sache selber, in der kolossalen Verteilung auf 3000 Heeresläger und wohl noch 8000 andere Stellen, an denen sich Heeres- und Marinegüter befinden, in der mangelhaften Bewachung und dann an dem Beamtenmaterial. Denn man hat es hier nicht mit einem alt eingearbeiteten Ministerium, mit einer alt eingearbeiteten Verwaltung zu tun, sondern diese ganze Organisation mußte erst frisch geschaffen werden, und man mußte nehmen und zugreifen bei Beamten, Angestellten, Agenten usw., was man gerade bekommen konnte. Daß da sehr zahlreiche Mißgriffe erfolgt sind, muß man ohne weiteres zugeben. Dafür kann man die leitende Stelle nicht verantwortlich machen; das liegt in der Natur der Sache. Viele derartig un-

(**Gothein**, Abgeordneter.)

(A) geeignete Elemente sind ja schon abgehalftert worden. Ohne weiteres soll zugegeben werden, daß bei der Art und Weise, die namentlich in den Etappen herrschte — und zum größten Teil handelte es sich ja hier um die Leute, die aus der Etappe übernommen werden mußten, sagen wir auch einmal bei der Automobilabteilung, bei den Fahrern usw., bei den Reparaturabteilungen, den Leuten, die zum Beispiel auch an etwas höherer Stelle mit der Verwaltung einzelner Läger beauftragt wurden —, Leute genommen wurden, die dort zum Teil die Ehrlichkeit etwas verlernt hatten, so daß es schon vorkam, daß hier und da geschoben, veruntreut, gestohlen wurde usw.

Ich habe einmal im Ausschuß, als dort diese Sache zur Sprache kam, als Minister die Mitteilung gemacht, daß in einer Abteilung an einem Tage wegen Unterschleifen soundsoviele Leute verhaftet worden seien.

(Hört! hört!)

Ich habe damals diese Mitteilung gemacht, und ich bin überzeugt, es kommt auch heute noch — ich will nicht sagen: alle Tage — aber jedenfalls recht häufig vor, daß einzelne Leute, die moralisch anrüchig sind und die nicht das Interesse des Reichs gewahrt haben, dem Richter übergeben werden müssen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hugo hat dann diese Sache in einer Weise in die Presse gebracht, als ob ich erklärt hätte, daß eine ganze Abteilung im Ministerium verhaftet worden sei.

(Zuruf: Echt Hugo!)

Das ist ein vollständiges Mißverständnis, um mich euphemistisch auszudrücken. Der Herr Abgeordnete Dr. Hugo hat sich allerdings darauf berufen, daß zwei seiner Freunde dasselbe gehört hätten. Die anderen Mitglieder des Ausschusses, die damals da waren, und die Herren des Reichsverwertungsamts und sonstige Herren des Ministeriums, die damals anwesend waren, (B) werden mir bezeugen — und es hat mir jedermann, den ich gefragt habe, das auch bezeugt —, daß ich das, was Herr Dr. Hugo mir untergelegt hat, nicht gesagt habe. Ich bin ja gewöhnlich vorsichtig mit meinen Worten, und ich wäre ja auch sofort von den Beamten meines Ministeriums aufgefordert worden, das zu korrigieren, wenn ich was gesagt hätte, was den Tatsachen nicht entspräche.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hugo hat ja geglaubt, das besonders dafür ausnutzen zu sollen, daß diese ganze **Korruption** erst durch die **Revolution** hineingekommen sei. Ich bin der letzte, der bestreiten wollte, daß mit der Revolution eine ganze Menge Korruption hineingetragen worden ist. Aber die Korruption gerade in diesen Abteilungen hat sehr viel früher angefangen, sie hat, wie sein Fraktionskollege Dr. Stresemann neulich in einer Rede in Hannover ausgeführt hat, bereits in der Etappe im Jahre 1915 mit den ersten Anzeichen sich bemerklich gemacht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das stimmt auch mit den Mitteilungen, die mir gemacht worden sind, überein.

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich auch nicht möglich, daß gegenüber dem gerissenen **Schiebertum**, wie es sich überall auftut, alle die Verträge so sorgfältig und so zwingend abgeschlossen werden, daß nicht an einer oder der anderen Stelle ein Vertrag sehr zuungunsten des Reichs ausgelegt wird oder abgeschlossen ist. Das kommt zweifellos vor, und ich kenne solche Verträge. Ich habe, als ich das Ministerium verwaltete, wo es noch möglich war, mehrere solcher Verträge selbst aufgehoben. Ich erinnere mich an eine große Weinversteigerung, die auch in einer Weise vor sich gegangen war, daß eigentlich die Interessenten die anderen Interessenten ausgeschlossen hatten. Es war mir möglich, die Sache noch aufzuhalten. Es war ein Formfehler vorhanden, an den ich anknüpfen konnte, um eine neue Submission zu veranlassen. Diese brachte dann 15 Millionen Mark mehr (C) für das Reich,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

was immerhin ein beträchtlicher Posten ist. Aber nun das Interessante! Die, die nun und in Zukunft den Wein, den Kognak, die Zigarren usw. teurer bezahlen mußten, eröffneten eine wütende Kampagne im „Lokal-Anzeiger“ gegen den Reichsschatzminister, daß er diese Waren in so unerhörter Weise überteuere und Wucher damit treibe. Ja, es gelang ihnen sogar, den Staatsanwalt mobilzumachen, der eine Untersuchung wider den Reichsschatzminister wegen Wuchers eröffnete.

(Hört! hört! und Heiterkeit.)

Was daraus geworden ist, weiß ich nicht. Die Untersuchung ist wohl niedergeschlagen worden. Jedenfalls hat man mir das größte Vergnügen damit gemacht.

Der Herr Abgeordnete Davidsohn hat sodann in einer der letzten Sitzungen auf einen Zwischenruf von mir, den er wohl mißverstanden hat, die Andeutung gemacht, als ob ich mich, **während ich das Ministerium verwaltete**, gegenüber den Schiebern zu nachsichtig erwiesen und vor allen Dingen nicht dahin gewirkt hätte, sie zur Verantwortung zu ziehen. Er hat mir dann mitgeteilt, es beziehe sich das auf den Fall der Verschiebungen von Maschinen und von Schrot und sonstigen Metallen aus dem **Lager in Spandau**. Ich halte es für notwendig, nachdem diese Anschuldigung hier in öffentlichen Sitzungen wider mich erfolgt ist — und er hat es an zwei verschiedenen Stellen getan —, auf diese Sache auch im Plenum zurückzukommen. Der Fall lag folgendermaßen. Ich hatte zu jener Zeit, als es sich darum handelte, für den Fall des Scheiterns der Friedensverhandlungen möglichst rasch Lebensmittel nach Deutschland zu schaffen, von Spandau **Metalle**, die dort für den Weiterbetrieb des Werks nicht benötigt wurden, **und Eisen**, das für die Erzeugung von dort herzustellenden Friedensartikeln nicht (D) benötigt wurde, durch ein Konsortium verkauft. Der Abtransport dieser Metalle wurde gegen meine Anordnungen von der Arbeiterorganisation inhibiert; wie ich annehme, unter Führung des Herrn Kollegen Stahl, der ja vielleicht dazu auch noch das Wort ergreift. Er motivierte das damit, daß dort Metalle und Maschinen verschoben worden seien, welche zu ganz niedrigen Preisen abtransportiert seien. Diese Anzeige hatte er aber nicht an mich gemacht, sondern mehrere Wochen vorher, ehe er mir das in einer Unterredung mitteilte, an den Herrn Reichswirtschaftsminister, der mir ebenfalls davon keine Kenntnis gegeben hatte.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Erst daraufhin war ich in der Lage, an den Herrn Reichswirtschaftsminister zu schreiben und ihn zu ersuchen, mir mitzuteilen, was ihm auf diesem Gebiete an Anzeigen erstattet worden sei, damit ich den Sachen sofort nachgehen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Stahl: Ich habe es ja Ihrem Generaldirektor gemeldet!)

— Erst hinterher!

(Abgeordneter Stahl: Nein, vorher!)

— Mir ist nichts gemeldet worden, und in jener Zusammenkunft, wo Sie mir das sagten, haben Sie mir kein Wort davon gesagt, daß es meinem Generaldirektor gemeldet war, der übrigens dabei zugegen war, sondern die schriftliche Anzeige war an den Reichswirtschaftsminister gegangen. Ich war also nicht in der Lage, irgend etwas in dieser Frage vorher zu tun. Nachdem ich davon Kenntnis genommen hatte, habe ich sofort alles getan, um auch in dieser Frage durchzugreifen. Ich bin ja wenige Wochen darauf aus dem Ministerium ausgeschieden. Ich kann nur sagen, und ich glaube, jeder meiner Beamten wird mir das bestätigen, daß, wo mir eine Anzeige zuging, auf

(**Gothein**, Abgeordneter.)

(A) die ich irgend etwas machen konnte — denn auf allgemeine Anzeigen hin: „Es wird veruntreut, es wird nirgend so viel gestohlen wie im Reichsverwertungsamt", kann ich natürlich keine Untersuchung einleiten — ich in jeder Weise sofort allem nachgegangen bin, wo ich eingreifen konnte und wo irgend etwas zu greifen war. Die ganze Verordnung dazu ist ja, wie der Herr Schatzminister schon mitgeteilt hat, noch von mir durchgesetzt worden. Auch die Erfassungsabteilung, das Detektivbüro sind alles Organisationen, die noch von mir geschaffen worden sind, sodaß ich glaube, nach der Richtung hin absolut reine Wäsche zu haben. Die Angriffe, die gerade von Schieberseite gegen mich geführt sind, sind ja meines Erachtens beweiskräftig genug.

Es wird dann auch behauptet, daß in dieser Zeit Material fortgeführt worden sei, das für den Weiterbetrieb der Werkstätten unentbehrlich gewesen sei. Das ist absolut nicht richtig. Es bestand in Spandau eine derartige Massenansammlung, insbesondere von Eisen, aber auch von andern Metallen, daß sie nach der Schätzung, die ich durch Sachverständige habe vornehmen lassen, noch für Jahre ausreichend war. Es lag das Bedürfnis vor, da ein starker Materialmangel bei der Privatindustrie war, und damit die Privatindustrie ihrerseits auch Arbeiter beschäftigen konnte, dafür Sorge zu tragen, daß der Privatindustrie derartiges Material ebenfalls zur Verfügung gestellt werde. Ich freue mich, daß der Abgeordnete Ersing gerade diesen Gesichtspunkt mit vertreten hat. Diese Verwertung war aber einem Konsortium allererster Firmen übertragen worden, welche in Provision zu verkaufen hatten. Tatsächlich sind sie — in jener Zeit wenigstens — nicht praktisch geworden, weil ja der Abtransport des Materials gegen meine Order verhindert wurde.

Es ist dabei auf die **niedrigen Schrotpreise** hingewiesen worden. (B) Ja, das Reichsschatzministerium war an diese Schrotpreise gebunden, weil die Alteisenvereinigung und die verschiedenen Stellen, die dem Reichswirtschaftsministerium untergeordnet waren, diese Preise festgesetzt hatten. Der Reichswirtschaftsminister hatte geglaubt, dem deutschen Wirtschaftsleben am besten dadurch aufzuhelfen, daß er die Preise für Alteisen, dieses wichtige Rohmaterial, möglichst niedrig ansetzte. Ich habe eine andere Meinung vertreten, weil ich der Auffassung war, daß insbesondere auch die Hochofenwerke dadurch in der Produktion benachteiligt würden, indem sie einfach gegenüber diesem Alteisenpreise gar nicht mehr mitkonnten, und die Thomaswerke mit Verlust produzierten, wenn der Alteisenpreis derartig billig gehalten würde. Aber meine Bemühungen, den Schrotpreis heraufzusetzen, waren damals vergeblich.

Was sodann die Verwertung und den **Verkauf von Blei** anlangt, so hat man darauf hingewiesen, daß der Preis, zu dem jetzt noch geliefert würde, außerordentlich niedrig sei. Auch da liegt die Sache so, daß damals ein Abkommen mit den Firmen getroffen wurde, welche bleihaltige Fabrikate, Bleirohre, Bleibleche nach Holland, Dänemark usw. liefern konnten, um uns Devisen zu schaffen, daß diese das Altblei zu den damals festgesetzten Preisen in Gegenrechnung nahmen. Der Preis ist seitdem auf dem Weltmarkt wesentlich gestiegen und unsere Valuta gefallen, sodaß sich daraus natürlich eine höchst ungünstige Differenz für das Reich ergibt. Diese Käufe sind aber damals zu ganz angemessenen Preisen erfolgt.

Nun ein Wort zu der Frage der Aufrechterhaltung der verschiedenen Werkstätten. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß man von den **Bekleidungsämtern** möglichst viele erhalten möge. Man hat sich mit der Stillegung so vieler nicht einverstanden erklärt. Man hat verlangt — insbesondere der Herr Abgeordnete Giebel —, daß sie nicht bloß zu Uniformschneiderei für (C) die uns verbliebene Reichswehr herangezogen würden, sondern auch für die Eisenbahn- und für die Postuniformen. Ich glaube, hier besteht ein Irrtum. Die Bekleidungswerkstätten haben für die Massenherstellung von Uniformen gearbeitet, die auf die Kammer kamen. Wenn nun die Rekruten oder Wehrmänner eingestellt wurden, wurde aus den verschiedenen Größen ausprobiert, welche Uniform halbwegs paßt. Die Uniformschneiderei aber für die Postbeamten, Eisenbahnbeamten usw. ist etwas ganz anderes; das ist eine Maßschneiderei, und die Beamten finden sich nicht damit ab, daß sie einfach sich auf der Kammer nun dekretieren lassen: du mußt den Anzug und du mußt die Stiefel nehmen, die dir halbwegs schlecht und recht passen und in denen du allerdings vielleicht eine sehr wenig schöne Figur machst. Sowohl das Reichspostministerium wie die preußische Eisenbahnverwaltung haben es abgelehnt, ihre Bezüge irgendwie bei den Reichsbekleidungsämtern zu decken, weil sie eben erklärten, wir können das nicht und haben außerdem langsichtige Verträge. Es ist aber auch ganz etwas anderes. Es würde das auch dazu führen, daß die große Zahl von Schneidern, die gerade in der Uniformschneiderei für Post und Eisenbahn tätig sind — und es sind massenhaft Schneiderinnungen, die derartige Aufträge übernommen haben —, dadurch natürlich um ihre Kundschaft gebracht würde, und man würde da die Arbeitslosigkeit an andere Stelle hintragen. Also so, wie das der Herr Abgeordnete Giebel geglaubt hat, geht diese Sache leider nicht zu machen, und diese Werkstätten können eben nur zum kleineren Teil aufrechterhalten werden.

Meine Damen und Herren! Nun steht das Reich mit der **Übernahme der großen Heeres- und Marinewerkstätten** vor einer unsagbar schwierigen Aufgabe. Es ist der Vorwurf gemacht worden, man hätte nicht so viel Entlassungen vornehmen sollen, man hätte nicht so lang- (D) sam und so tastend bei der Umstellung vorgehen sollen. In allen kriegführenden Ländern — und nicht bloß in den kriegführenden; man kann sagen: in allen Ländern mit Industrie — ist während des Krieges die metallverarbeitende Industrie in kolossalem Maße aufgeblasen worden; denn überall wurde für Heereszwecke gearbeitet, namentlich Munition, Waffen- und Maschinengeräte, überall wurde die Metallindustrie auf das Vielfache dessen gesteigert, was sie vor dem Kriege war. Mit dem Abbau dieser Metallindustrien muß überall eine kolossale Entlassung von den Arbeitern gehen, die während des Krieges in diese Werkstätten eingetreten sind; darum kommen weder die Reichswerkstätten noch die Privatwerkstätten herum. Wenn die Herren einmal zu Krupp gehen oder zu anderen Werkstätten, wo es sich doch um große Werke mit Friedensarbeit handelt — denn bei Krupp war im Frieden die Friedensabteilung ungefähr 3 bis 5 mal so stark besetzt wie die Kriegsabteilung —, dann werden Sie erstaunen, in welcher Weise dort Arbeitskräfte abgeschoben worden sind. Und gehen Sie nach den Werkstätten in Gleiwitz, in Friedenshütte und so weiter in Oberschlesien, dann werden Sie sehen, daß auch dort eine Massenentlassung von Arbeitern notwendig geworden ist. Das ist überall bei diesen Betrieben mit verschwindenden Ausnahmen der Fall gewesen, und es läßt sich auch absolut bei den Heereswerkstätten nicht umgehen. Daß das mit größter Schonung gemacht werden muß, ist selbstverständlich, aber man muß auch hier das wohlverstandene Interesse des Reichs einerseits und schließlich auch der darin Beschäftigten in Rücksicht ziehen, denen nur geraten werden kann, wenn sie nicht weiter beschäftigt werden können, so rasch wie möglich in eine andere Tätigkeit überzugehen. Es soll sich nicht jemand einbilden, weil er im Kriege Munition gemacht und Granaten gedreht

(Gothein, Abgeordneter.)

(A) hat, daß er nun gelernter Metallarbeiter sei. Das ist er nicht, und diese Leute müssen anderen Berufen zugeführt werden. Nach der Richtung habe ich mich bemüht.

Ich übernahm die **Spandauer Werkstätten,** nachdem sie der Reichswehrminister geschlossen hatte, mit der Aufgabe, nun einen Friedensbetrieb daraus zu machen. Meine Damen und Herren! Wenn man diese Aufgabe im Handumdrehen erledigt und gesagt hätte: nun muß der und der Friedensartikel gemacht werden, wären wir eben zu den Torheiten gekommen, die vor dieser Schließung der Werkstätten dort gemacht wurden, indem alles mögliche mit den beispiellosesten Verlusten gearbeitet wurde, was sich für diese Werke absolut nicht schickte. Man kann eine solche Umstellung bloß dann mit Erfolg vornehmen, das heißt ohne schwersten Schaden für die Reichsfinanzen, wenn man sorgfältig prüft: welche Friedensartikel können hier gemacht werden, wie muß diese Sache umgestellt werden, um nicht mit Verlust zu arbeiten? Da muß man erst Sachverständige hören, da muß man erst diejenigen Sachverständigen, die man als erste Männer in ihrem Fache bekommen kann, heranziehen, und diese müssen erst sorgfältig ihren Plan machen, was geschehen kann, in welcher Weise es geschehen kann.

Ich habe gerade gegenüber dem Herrn Reichswehrminister wie dem preußischen Kriegsminister und dem Chef des Reichsmarineamts den Standpunkt vertreten, daß es im eigensten Interesse der deutschen Wehrmacht läge, wenn diese Werkstätten alle in die Verwaltung des Reichsschatzministeriums überführt würden. Aber es war nicht leicht, diese Auffassung bei Militär und Marine durchzusetzen. Es hat — das kann man wohl aus der Schule schwatzen, ohne indiskret zu sein — doch recht langwieriger Verhandlungen bedurft, ehe man soweit war, und ich habe es zu meiner Zeit nicht fertig durchsetzen können. Das ergab sich schließlich erst als Konsequenz (B) des Friedensvertrages und mußte als solche gezogen werden.

Aber nun bilden Sie sich nicht ein, daß, wenn es möglich gewesen wäre, soundso viel Betriebe sehr viel früher dem Reichsschatzministerium zu überweisen, man dann in der Lage gewesen sein würde, nun alle diese Betriebe mit größter Beschleunigung in die **Fabrikation von Friedensartikeln** überzuführen. Da will jeder einzelne Betrieb natürlich daraufhin studiert werden: ist er überhaupt mit Nutzen nutzbar zu machen, kann man hier etwas machen und was? was muß hier gebaut werden, was muß herausgerissen werden usw. wenn hier überhaupt ein nutzbringender Friedensbetrieb eingeführt werden soll? In diesem Versuchs- und Prüfungsstadium befindet sich bei der großen Mehrzahl der Heeres- und Marinewerkstätten meines Erachtens auch jetzt noch das Reichsschatzamt. Es ist darüber noch keineswegs hinaus.

(Zuruf von den Sozialisten: Leider!)

— Das liegt eben in der Natur der Sache, das geht nicht rascher; wenn Sie es rascher machen, Herr Kollege Stahl, schaffen Sie eben lebensunfähige Betriebe und führen Fabrikationen ein, die mit Verlust arbeiten und die später geschlossen werden müssen, weil wir zu arm geworden sind, um Verlustbetriebe führen zu können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns auch keinem Zweifel darüber hingeben, daß eine ganze Reihe solcher Betriebe ebenso wie die Bekleidungsämter tatsächlich nicht mit Nutzen vom Reich weiter betrieben werden können. Nach meiner Überzeugung ist es zum Beispiel unmöglich, aus dem **Werke Friedrichsort** einen lebenfähigen Reichszivilbetrieb zu machen. Man wird schließlich dazu kommen, die dort beschäftigten Arbeiter auf den Werften in Kiel weiter zu beschäftigen.

Die Art und Weise der Beschäftigung ist auch eine (C) recht schwierige. Auch da haben wir vielfach mit einer **Arbeiterschaft** und **Angestellten** und **Beamten** zu tun, die sich in den Friedensbetrieb gar nicht so rasch einarbeiten, weil sie nie in einem Friedensbetrieb gearbeitet haben, sondern immer nur in einem Militärbetrieb, und ehe man die dazu heranzieht — und nicht alle sind dazu heranzuziehen, nicht alle sind für eine wirtschaftlich praktische Tätigkeit heranzuziehen —, vergeht auch viel Zeit. Was insbesondere die **Werft in Kiel** anlangt, so war es schon lange vor dem Kriege eine ständige Klage, daß eigentlich nirgends so gefaulenzt wurde wie auf der Kaiserlichen Werft in Kiel.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darüber haben wir uns im Haushaltungsausschuß vor dem Kriege lang und breit unterhalten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es war damals eigentlich eine ziemliche Lotterwirtschaft. Das ist natürlich jetzt auch nicht viel anders, und wie mir von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, wird dort noch bis in die letzte Zeit von manchen Arbeitern ihr Hausgerät mit dem Material des Reiches und mit den Maschinen und der Betriebskraft des Reiches hergestellt, während sie dafür entlohnt werden; und das nehmen sie sich einfach mit nach Hause.

(Hört! hört!)

Auch heute sollen noch bisweilen dergleichen Dinge vorkommen, und zwar unter stillschweigender Duldung von Offizieren und Beamten, die vor dem Kriege und noch während des Krieges voll von Schneidigkeit waren und den strammen Vorgesetzten nicht scharf genug herausbeißen konnten. Wir erleben ja manchmal die traurige Erscheinung, daß gerade die Allerschneidigsten heute die Allerlaschesten sind und am allerwenigsten den Arbeitern gegenüber den Vorgesetzten, wo es notwendig ist, heraus- (D) zukehren vermögen, das heißt die eben alles durchgehen lassen, um nur mit den Arbeitern gut zu stehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

So darf nicht gearbeitet werden, und eine meiner ersten Anordnungen, als ich **Spandau** übernahm, war die, daß jede Arbeit, die überhaupt im Akkord gearbeitet werden kann, auch im Akkord gearbeitet werden muß. Ich freue mich, daß mein Herr Amtsnachfolger dieses Prinzip für alle Werkstätten übernommen hat, denn nur mit der **Akkordarbeit** kommen wir aus der unseligen Misere und den Arbeiterwirren heraus. Die alten Arbeiter aus der früheren Zeit sind auch meist bereit, im Akkord zu arbeiten, und sind es auch meist von früher gewohnt, mit Ausnahme mancher Werkstätten, wo schon früher eine faule Wirtschaft war. Und die Jugend, die während des Krieges und nach der Revolution verbummelt ist, muß zur Akkordarbeit herangezogen werden und zum Pflichtbewußtsein für die Arbeit erzogen werden. Das kann sie nur auf dem Wege der Akkordarbeit, indem sie nur für das bezahlt wird, was sie arbeitet, aber nicht dafür, daß sie herumsteht und die anderen an der Arbeit hindert.

Wir wollen uns auch darüber klar werden, daß die ganze Frage, ob das Reich mit Erfolg ein privater Wirtschaftsunternehmer sein kann, ein großes Experiment ist und daß damit, daß dieses Experiment mit einstweiligem Erfolg in Spandau angefangen worden ist, noch kein Beweis dafür gegeben ist, daß dieses Experiment tatsächlich gelingt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe den lebhaften Wunsch, daß es gelingen möge; aber es kann natürlich nur gelingen, wenn wir aus der Bureaukratie vollständig herauskommen und die Wirtschaft rein kaufmännisch technisch aufziehen. Es war auch von vornherein mein Plan, dies unter kaufmännisch

(**Gothein,** Abgeordneter.)

(A) technischer Leitung zu machen, denn nur dann ist es möglich.

Es ist, wenn wir wirklich wirtschaftlich und rationell arbeiten wollen, eine Unmöglichkeit, die alte **kameralistische Buchführung** weiter beizubehalten,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die für jedes wirtschaftlich arbeitende Unternehmen absolut unbrauchbar ist. Hier muß die doppelte oder kaufmännische Buchführung eingeführt werden. Man kann sich auch nicht an alle die Vorschriften des Rechnungshofs mit all den zum Teil zopfigen Bestimmungen halten, die mit der kameralistischen Buchführung verbunden sind und die für kaufmännisch geleitete Betriebe absolut nicht passen. Da muß man durch häufige kaufmännische Bücherrevisionen und Revisionen durch Sachverständige die notwendige Sicherheit herbeiführen, nicht aber durch die Kontrolle des Rechnungshofs des Deutschen Reichs.

Kaufmännisch so etwas zu machen, ist weiter nur dann möglich, wenn man sich nicht scheut, die allerersten Kräfte heranzuziehen. Die billige Kraft auf diesem Gebiet ist meist tatsächlich die allerteuerste. Nur wenn man für die wichtigsten Stellen erste Leute hat, kann man hoffen, einigermaßen mit Erfolg zu arbeiten. Deswegen darf man auch bei den Gehältern für diese Herren nicht sparen und darf sich nicht an das halten, was bei uns Beamtenstil ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das mag manchem unbequem erscheinen; aber selbst ein Lenin hat auseinandergesetzt, daß die **leitenden Ingenieure** und **kaufmännischen Direktoren** anders bezahlt werden müßten als die Arbeiter und die Beamten, und daß man nur dann tüchtige Kräfte bekäme.

Meine Damen und Herren! Wir wollen hoffen, daß es der **Hauptverwaltung der Reichsbetriebe** gelingt, diese Wirtschaftlichkeit durchzuführen. Ob es überall möglich (B) sein wird, ist eine Frage an die Zukunft, die wir alle heute nicht beantworten können, die auch der tüchtigste Mann an der Spitze einer solchen Unternehmung nicht beantworten kann. Zu keiner Zeit ist diese Aufgabe schwieriger als in der Zeit einer derartigen wirtschaftlichen Situation und einer derartigen Arbeitsunlust in weitesten Kreisen des Volkes, in einer Zeit, wo jeder glaubt, nur Forderungen stellen zu sollen, und nicht das Gefühl hat, in erster Linie seine Pflicht tun zu müssen.

(Sehr richtig!)

Das ist doch die Hauptsache. Damit fängt die Sittlichkeit an, daß man das Gefühl für die Pflicht hat und nicht überall nur das Recht in den Vordergrund stellt. Gewiß, auch der Kampf ums Recht kann eine sittliche Pflicht sein — das hat uns ein großer Rechtslehrer gezeigt —, aber nur dann, wenn er getragen ist von dem Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit.

(Sehr gut! rechts.)

Das erlegt auch unseren Beamten, die in der Verwaltung tätig sind, große Aufgaben auf. Sie müssen sich einordnen in den kaufmännisch-technischen Privatbetrieb, den das Reich jetzt führen muß. Da heißt es mit mancher lieben Vergangenheit und manchem liebgewordenen Schlendrian brechen. Wer das nicht kann, wer sich nicht als Rad in diese Maschine einordnet, der muß eben wie ein versagendes Rad ausgeschaltet und ausgemerzt werden.

Wir haben viel **zu viel Beamte.** Vielleicht gelingt es, und ich gebe mich der Hoffnung hin, einen Teil derselben für die Verwaltung des Wiederaufbauministeriums zu verwerten. Aber sie werden auch dort nur dann nutzbringend verwertet werden können, wenn sie den Geist der Privatwirtschaftlichkeit — will ich einmal sagen —, den Geist wahrer Technik hineintragen, wenn wirklich mit voller Hingebung und in dem Bestreben, das Beste zu leisten, gearbeitet wird. (C) Wir haben den dringenden Wunsch, den Beamten die Rechte zu lassen, die sie als Beamte erworben haben. Aber gleichzeitig ist es eine zwingende Notwendigkeit, sie in das Angestelltenverhältnis überzuführen, weil es auf die Dauer unmöglich ist, mit zwei verschiedenen Kategorien von Beamten und Angestellten in demselben Werk und in demselben Betrieb zu arbeiten.

Das, was uns hier als Antrag vorgelegt ist, den meine Freunde Dr. Pachnicke und Pick mitunterschrieben haben, halten wir zur Not für durchführbar, und wir werden für diesen Antrag stimmen. Auch wir wünschen, daß den Beamten geholfen wird, auch denen, die vor dem Kriege bereits eine gewisse Anwartschaft auf die Beamtenstellen erworben haben. Ebenso wollen wir, soweit es irgend geht, den Arbeitern helfen.

Wir betonen aber dabei immer wieder, daß es nur möglich ist, dies zu leisten und aus den Betrieben **soziale Musterbetriebe** zu schaffen, soweit das in dieser schweren Zeit überhaupt möglich ist, wenn Arbeiter und Angestellte und Beamte restlos ihre Schuldigkeit tun. Zuschußbetriebe dürfen die **Reichsbetriebe** auf keinen Fall mehr sein. Das ist bloß für eine kurze Übergangszeit möglich. In dem Moment, wo diese Schonzeit vorbei ist, müssen sie Erwerbsbetriebe werden. Ein Betrieb, der das nicht werden kann, muß geschlossen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Da hilft nichts. Wir sind zu arm geworden, um uns Luxusbetriebe leisten zu können, um uns Betriebe leisten zu können, die lediglich der Arbeiter und der Beamten wegen gehalten werden. Wir können das auch nicht wegen des **Wettbewerbes,** in dem diese Reichsbetriebe **mit der Privatindustrie** stehen werden. Für lange Zeit, so lange das Warenbedürfnis in der ganzen Welt so beispiellos ist, wird ja dieses Wettbewerbsverhältnis nicht empfindlich werden. Zurzeit ist auch der Materialmangel, (D) der Kohlenmangel und die Transporterschwerung so kolossal, daß es schon außerordentlich schwierig ist, Waren zu schaffen, aber noch viel schwieriger, Waren zu bekommen. Aber wir werden auch wieder Zeiten erleben, wo es nicht eine Kunst sein wird, Waren zu produzieren, sondern abzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ein solcher Rückschlag kommt auch einmal, und dann ist natürlich ein derartiges Werk für die Finanzen des Reichs unter Umständen eine erhebliche Gefahr. Dann liegt es sehr nahe, daß sie unter Umständen mit den Mitteln des Staates und der Möglichkeit der Zuschüsse einen Wettbewerb machen, der von der Privatindustrie nicht mehr als ein gesunder anerkannt wird. Das wäre ein Unglück, und wir glauben, es wird notwendig sein, auch in solchen Zeiten nur nach rein wirtschaftlichen gesunden Gesichtspunkten zu verfahren und sich nicht darauf zu verlassen, daß schließlich der Anleihekredit des Reichs dahinterstehen könnte. Was von dem Anleihekredit dann noch vorhanden sein wird, wissen wir zudem nicht zu sagen. Hoffen wir, daß auch diese Verhältnisse sich einmal bessern.

All das zeigt, daß es ein schweres Experiment ist, zu dem wir die Hand bieten. Nicht ohne schwere Sorgen steht wohl auch der Herr Reichsschatzminister und stehen alle, die mit ihm arbeiten, diesem Experiment gegenüber. Daß sie den guten Willen in der Oberleitung haben, das glaube ich.

Die Art und Weise, wie sie diese Organisation einzurichten gedenken, ist ja auch noch nicht vollständig klar. Ich würde davor warnen, überall kleine **Gesellschaften und Einzelunternehmungen** zu bilden. Der Zug der Zeit geht dahin, verschiedene Betriebe in ein großes Unternehmen zusammenzufassen. Auch hier wird es so der Fall

(**Gothein**, Abgeordneter.)

(A) sein müssen, und es ist lediglich die schwierige Aufgabe dabei, dem einzelnen Werksleiter die Freiheit der Bewegung in genügendem Maße zu lassen, sodaß ihm die Schaffensfreudigkeit, selbständig zu schaffen, gewahrt bleibt.

Die **Zusammenfassung in eine Hauptverwaltung** ist notwendig, weil sonst die einzelnen Werke sich untereinander Konkurrenz machen und unter Umständen zwei Werke Fabrikationszweige aufnehmen würden, die zweckmäßig konzentriert werden müßten auf einem Reichswerk, daß ein Werk seine Rohmaterialien und Hilfsmaterialien von einem Privatwerk statt von einem Reichswerk beziehen würde, daß wir also ein Gegeneinanderarbeiten der Werke haben würden. Ob das als große Gesellschaft, etwa als Aktiengesellschaft aufgezogen oder als Hauptverwaltung der Reichsbetriebe ohne Gesellschaftsform gemacht wird, ist meines Erachtens nicht das Entscheidende.

Für wichtig halte ich es aber, daß man neben dem parlamentarischen Beirat noch einen **Sachverständigenbeirat** vorsieht. Der parlamentarische Beirat ist kein Sachverständigenbeirat. Für ein sachverständiges Urteil sind die Privatindustriellen, vor allen Dingen auch diejenigen, die sich vom industriellen Leben zurückgezogen haben, die ehemaligen Führer der Industrie usw. außerordentlich wichtig, ebenso auch unsere Lehrer an den Technischen Hochschulen, die unter Umständen dafür gleichfalls von großer Bedeutung sein können.

Ob es zweckmäßig ist, sämtliche Reichsbetriebe dieser Hauptverwaltung der Reichsbetriebe zu unterstellen, ist mir zweifelhaft. Aber jedenfalls halte ich es für notwendig, alle metallverarbeitenden Betriebe in ein großes Unternehmen zusammenzufassen. Die Reichsstickstoffbetriebe, die Reichselektrizitätswirtschaft usw. wird man ja gesondert davon verwalten können.

Meine Damen und Herren! Notwendig ist aber auch, daß in einem solchen Betriebe der Techniker zur Geltung (B) kommt, und zwar nicht bloß in den Einzelbetrieben, nicht bloß in der Bauverwaltung, sondern überhaupt in unserm ganzen staatlichen Leben, in der Verwaltung allgemein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Wir haben von dem Herrn Reichsschatzminister Worte des Wohlwollens und des Entgegenkommens auf diesem Gebiete gehört, daß der **Techniker** überall **gleichgestellt** werden soll **dem Juristen.** Aber uns kommt es nicht auf die Worte an, uns kommt es auf die Taten an,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und wir werden den Herrn Minister bitten, über die Besetzung der Posten in den einzelnen Abteilungen des Ministeriums mit Technikern und Juristen uns einmal eine Nachweisung zu geben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Erst dann werden wir die nötige Klarheit darüber haben, ob wir es mit Worten oder mit Taten zu tun haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Techniker kann unter Umständen ein schlechter Verwaltungsbeamter sein.

(Zuruf: Aber auch der Jurist!)

— Auch der Jurist. Der Techniker ist es dann, wenn er zu spät in eine Stelle, in eine größere Verwaltungsstelle gesetzt wird. Das war der große Mangel des bisherigen Verwaltungssystems, daß in den technischen Betrieben der junge Assessor sofort in die Direktion hineinkam und der Baurat oder geheime Baurat erst dann, wenn er alt und abgearbeitet war; dann wurde er erst Mitglied der Direktion, und dann war er nicht mehr wortgewandt und energisch genug, um sich durchzusetzen. Darum heißt es, dem Techniker beizeiten diese Möglichkeit zu geben. Es ist das aber auch notwendig, um den guten Willen und die Arbeitsfreudigkeit beim Techniker groß zu ziehen, der in der Staatsverwaltung unter dieser Zurücksetzung schwer (C) gelitten hat. Auch das ist eine Notwendigkeit, wenn wir auf diesem Gebiete gründlich vorwärts kommen wollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren. Auf eine Frage möchte ich noch aus Anlaß eines Spezialfalles eingehen, nämlich auf die **Verwertung der Liegenschaften des Reichs.** Wir begrüßen es, daß hier eine einheitliche Bauverwaltung und Liegenschaftsverwaltung mit wenigen Ausnahmen für das Reich geschaffen werden soll. Das ist eine Notwendigkeit, weil sonst die einzelnen Ministerien und Ämter gegeneinander arbeiten. Was die Verwertung der überflüssig werdenden Liegenschaften anlangt, so ist es bei denen, die landwirtschaftlich zu verwerten sind, unbedingt notwendig, sie so rasch wie möglich der landwirtschaftlichen Verwertung zuzuführen, insbesondere, wo kleineren und mittleren Grundbesitzern derartige Terrains enteignet sind, sie ihnen wieder anzubieten, um damit die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Es handelt sich zum Teil ja um wenig fruchtbare Terrains, die speziell zu großen Truppenübungsplätzen benutzt worden sind; diese würde man für die Schafzucht, für die Wiederaufforstung usw. benutzen und allenfalls auch in der Hand des Reichs behalten können. Es wird auch sehr erwünscht sein, sie gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften anzubieten, insbesondere aber auch den Städten und Gemeinden, um sie durch diese zu verwerten.

Nun ist mir bezüglich eines Spezialfalles in der Nähe von **Wilhelmshaven,** eines Flugplatzes ein schwerer Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich einer **Siedlungsgesellschaft** nicht die gewünschten Terrains überlassen hätte. Diese Gesellschaft von ehemaligen Deckoffizieren wollte zunächst, ich glaube, 150 Hektar haben und diese in Erbpacht nehmen. Ich habe es damals entsprechend dem Siedlungsentwurf, der zwar noch nicht herausgekommen war, aber doch seinerzeit in den (D) Ministerien in Beratung war, abgelehnt, dieses Grundstück in Erbbau an die einzelnen Siedlungslustigen abzugeben, und ich habe den Herren gesagt, sie sollten selbst eine Siedlungsgesellschaft gründen, ich würde ihnen dann das gewünschte Terrain geben und zwar zu einem sehr zivilen Preis, den ich ihnen zum großen Teil auch stunden wollte, und habe ihnen in Aussicht stellen lassen, daß ich ihnen auch noch eine Kaserne gegen eine Rekognitionsgebühr für einige Jahre zur Verfügung stellen würde, bis sie ihre Siedlung durchgeführt hätten. Ich bin daraufhin in unerhörtester Weise angegriffen worden, und obgleich die Sache wiederholt richtiggestellt worden ist, auch im Haushaltungsausschuß, wo ich auf die Sache ganz im einzelnen eingegangen bin, und obwohl der Haushaltsausschuß einstimmig mein Verhalten gebilligt hat, wird dieses Märchen immer wieder weiterverbreitet. Ich bemerke dazu noch, daß schließlich die Bodenwünsche dieser Herren von 150 auf 50 Hektar zurückgegangen sind. Das Reichsschatzministerium kann nicht überall an jeder Stelle, wo ein Siedlungslustiger ist, sagen: hier hast du dieses Terrain in Erbpacht. Dann müßte man überall einen Rentmeister hinstellen und eine besondere Behörde aufziehen, ob man ihn den Kaufpreis stunden kann usw. Aufgabe des Reichsschatzamts kann das nicht sein. In keiner Weise aber habe ich den Standpunkt vertreten, daß ausschließlich das finanzielle Interesse des Reichs zu wahren sei. Als aber dem Herrn telephonisch mitgeteilt wurde, daß ihnen das Land nicht in Erbpacht vom Reichsschatzministerium gegeben würde, haben sie weitere Verhandlungen abgelehnt und lediglich Skandal in den Zeitungen geschlagen. Das mag ja ganz modern sein, aber ehrlich ist es nicht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man ist ja gewöhnt, wenn man im öffentlichen Leben

(Gothein, Abgeordneter.)

(A) steht, daß derartige Sachen nicht kurze Beine haben, sondern immer neu aufgetischt werden.

Wir haben den dringenden Wunsch, daß wir Einrichtungen schaffen, die dem gesamten deutschen Volke zum Segen gereichen. Ob der Weg, den wir einschlagen, der richtige ist, ob es möglich ist, auf ihm fortzuschreiten, wird erst die Zukunft lehren. Wir wollen es wünschen und hoffen. Aber eins müssen wir immer betonen: wir können diesen Weg nur dann weiter beschreiten, wenn alle Arbeiter und Angestellten, wenn jeder vom ersten bis zum letzten, vom untersten bis zum obersten Beamten seine verdammte Pflicht nnd Schuldigkeit tut; denn nur durch Arbeit können wir aus der unendlichen Misere dieser Zeit herauskommen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsschatzminister.

Dr. **Mayer,** Reichsschatzminister: Der Herr Abgeordnete Giebel hat in Zweifel gezogen, ob es notwendig war, von den 24 Militärbekleidungsämtern und den 2 Marinebekleidungsämtern insgesamt 14 stillzulegen und nur 12 weiter zu beschäftigen. Ich habe in meiner einleitenden Rede bereits darauf hingewiesen, daß auch diese 12 **Bekleidungsämter,** die wir fortführen wollen, nur bis zum 1. April des nächsten Jahres genügend beschäftigt sind, und daß wir in großer Sorge darüber sind, ob diese 12 Bekleidungsämter über den 1. April des nächsten Jahres hinaus beschäftigt bleiben werden.

Die Situation ist die, daß diese 12 Bekleidungs-(B) ämter zurzeit noch reichlich mit der Herstellung von Entlassungsanzügen für Kriegsgefangene zu tun haben, daß aber diese Aufträge am 1. April nächsten Jahres erledigt sein werden, und daß dann zur Fortführung auch nur dieser 12 Bekleidungsämter erforderlich wäre, daß nicht nur alle Reichsressorts ihre Aufträge diesen 12 Bekleidungsämtern zuweisen, sondern darüber hinaus auch seitens der Landes- und Kommunalbehörden ihnen Aufträge gegeben würden. Das stößt aber auf die allergrößten Schwierigkeiten,

(hört! hört!)

schon deshalb, weil diese Aufträge vielfach der Privatindustrie und dem Handwerk entzogen würden. Wir werden uns jedenfalls bemühen, die Bekleidungsämter im Interesse der Arbeiterschaft nach Möglichkeit weiter zu beschäftigen. Ob und inwieweit dies möglich sein wird, hängt von den Ergebnissen von Verhandlungen ab, die noch nicht abgeschlossen sind.

Dann hat der Herr Abgeordnete Giebel, aber auch der Herr Abgeordnete Gothein, den dringenden Wunsch geäußert, es möge doch im **Reichsschatzministerium** mehr als es bisher in anderen Ressorts üblich gewesen sei, der **Techniker** an die ihm gebührende Stelle gesetzt und nicht dem **Juristen** unterstellt werden. Der Herr Abgeordnete Gothein hat gesagt, er glaube erst dann daran, daß bei uns richtig vorgegangen wird, wenn ihm das ziffernmäßig nachgewiesen werde. Ich bin zu diesem Nachweis schon jetzt in der Lage. Ich habe bereits in meiner einleitenden Rede darauf hingewiesen — das will ich aber jetzt nur (C) nebenbei bemerken —, daß die große Industrieabteilung des Reichsschatzministeriums ausschließlich nach kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten eingerichtet worden ist. In der Verwaltung der Heeres- und Marinebetriebe sind derzeit im Ministerium überhaupt nur zwei Verwaltungsbeamte tätig, der Herr Unterstaatssekretär und ich. Aber ich will von der Industrieabteilung absehen. Die Herren hatten ja vor allem den Wunsch, daß in die Reichsbauverwaltung soviel Techniker als möglich eingestellt werden. Die Aufgaben der Reichsbauverwaltung obliegen in der Hauptsache den Reichsvermögensämtern. Die Reichsvermögensämter sind nun aber in den oberen Beamtenposten ausschließlich mit Baubeamten besetzt. Der Chef jedes dieser Vermögensämter ist ein Baubeamter. Die Beschwerden, die dem hohen Hause zugegangen sind, sind psychologisch deshalb verständlich, weil es bei der Herabminderung des Heeres nicht möglich war, alle die Baubeamten, die bisher in der Militärbauverwaltung beschäftigt waren, auf uns zu übernehmen. Es war uns nur möglich, etwa 40 Prozent dieser Beamten auf unsere Bauverwaltung herüberzunehmen.

Die Landesfinanzämter Abteilung III haben nicht nur bauliche Aufgaben, sie haben vor allem auch die Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung und der übrigen aktiven Militärverwaltung. Obwohl nun diese beiden Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung und der aktiven Militärverwaltung sogar die Aufgaben der Bauverwaltung übertreffen, ist die Besetzung der Beamtenposten in den höheren Stellen an den Landesfinanzämtern und den Reichsvermögensämtern die folgende: Es stehen 184 juristischen (D) Verwaltungsbeamten gegenüber 154 Baubeamte. Ich glaube, mit diesen Ziffern den Nachweis dafür erbracht zu haben, daß die Techniker, soweit das nur irgend möglich ist, von uns herangezogen worden sind, und daß sie auch in die Stellungen eingerückt sind, die ihnen zukommen.

Noch etwas ist geschehen. Wir haben dafür Vorsorge getroffen, daß diese technischen Beamten nicht nur fachliche Aufgaben erhalten, sondern daß sie dazu bestimmt sind, auch Verwaltungsaufgaben mit zu erfüllen und ihnen den Weg offen gehalten ist zu den Verwaltungsstellen in den Landesfinanzämtern Abteilung III bis hinauf zur Zentrale im Ministerium. Ich glaube also, hier so modern vorgegangen zu sein, als es nur gewünscht werden kann, und glaube auch, durch Zahlen bewiesen zu haben, daß die Wünsche der Techniker im vollsten Maße erfüllt sind.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, nunmehr die Sitzung abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen weiter vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch den 22. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit Tagesordnung:

Rest der heutigen Tagesordnung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 54 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

105. Sitzung.

Mittwoch den 22. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 22 Minuten durch den (C) Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Mit Gesuch vom 11. Oktober 1919 beantragt der Erste Staatsanwalt in Elberfeld die Genehmigung zur Strafverfolgung des Mitgliedes der Nationalversammlung **Braß** wegen Beleidigung.

Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung hat stattgefunden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgehabt. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Schmidt (Sachsen), Laverrenz, Giebel, Dr. Meerfeld
die Abgeordneten Frau Kähler, Dr. Philipp, Scheidemann, Kotzur;

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Warmuth
der Abgeordnete Dr. Philipp;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Wurm
der Abgeordnete Simon (Franken);

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Arnstadt
der Abgeordnete Ohler;

in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Dietrich (Potsdam)
der Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen), (D)

und zwar

Haushalt des Reichsschatzministeriums (Anlage VIIIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1255 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Stücklen,
für die Petitionen: Abgeordneter Ersing.
Antrag Nr. 1280 —
in Verbindung mit der Beratung des

Berichts des Ausschusses für den Reichshaushalt über Militärwerkstätten (Nr. 657 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Weinhausen.

In der wiedereröffneten Besprechung über Kap. 68d Tit. 1 und über den Bericht über Militarwerkstätten erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Koch (Düsseldorf).

Koch (Düsseldorf), Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Minister hat gestern erklärt, daß seiner Verwaltung der **größte Industriekonzern** nicht nur Deutschlands, sondern weit über Deutschland hinaus in Zukunft unterstellt wäre. Er hat darauf hingewiesen, daß er auf dem Gebiete der Elektrizität, des Bergbaues, des Stickstoffs und der Aluminiumfabrikation bereits tätig ist. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß durch die Umstellung der Heeresbetriebe die Massenfabrikation auch auf manchen anderen Gebieten nötig sei. Daneben liegt dem Schatzministerium die Versorgung des künftigen Heeres mit allen seinen Bedürfnissen, die Verwaltung und Instandhaltung der Gebäulichkeiten des Reichs und seiner sonstigen Liegenschaften ob. Nebenbei ist das Ministerium noch als Konkursverwalter überzähliger mobiler und immobiler Heeres- und Marinegüter tätig. Recht vielseitige Aufgaben sind **also** dem

(Koch [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) Ministerium überwiesen worden, Aufgaben, die vom Reiche hohe Aufwendungen erfordern. Große Anforderungen müssen deshalb an den Leiter des Ministeriums und seine Mitarbeiter gestellt werden.

In den Vordergrund des Ministeriums treten, wenn es richtig ist, daß es den größten Industriekonzern zu leiten berufen ist, die wirtschaftlichen Fragen, Produktivität und Rentabilität, nicht aber die Verwaltung im sonstigen Sinne ist hierbei entscheidend. Der Herr Minister ist wohl aus diesen Gründen dazu übergegangen, den Aufbau der einzelnen **Betriebe in Gesellschaftsform** vorzunehmen und von der seitherigen Praxis des bureaukratischen Behördenorganismus abzuweichen. Vielleicht wäre es gut, wenn er noch einen Schritt weiter gegangen wäre und die Gesellschaftsform so gewählt hätte, daß sie es auch dem Privatkapial, der Industrie, ermöglichte, sich zu beteiligen.

Es ist zweifellos gut und dringend notwendig, daß bei so großen Aufgaben und Unternehmungen die Fachkenntnisse der Industriellen Verwertung finden, daß das kritische Auge des persönlich an der Rentabilität Interessierten mit darüber wacht. Dieses zeigen schon die Klagen, die bei der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe, insbesondere beim Reichsverwertungsamt, zu Tage treten, Klagen, die im wesentlichen darauf zurückzuführen sind, daß nicht das Auge des persönlich Interessierten überall nachsieht.

Trotz der angeführten günstigen Ergebnisse, die die **Erfassungsabteilung** des Reichsverwertungsamts in der Wiedererfassung verloren gegangener Heeresgüter zu verzeichnen hat — es wurde der Betrag von 150 Millionen genannt — ist nicht zu bestreiten, daß sehr viel **verschobenes, gestohlenes und verschleudertes Gut** nicht wieder in die Hände des Reichs, beziehungsweise der Erlös nicht wieder in die Reichskasse hat zurückgeführt (B) werden können.

Die Gründe, die von den verschiedensten Rednern, unter anderen auch von dem Herrn Abgeordneten Gothein, für die Verschiebung, das Stehlen und die Vergeudung in diesem Umfange angeführt worden sind, helfen uns nicht darüber hinweg, daß es tatsächlich geschehen ist und noch geschieht. Der Herr Minister sagte, daß 95 Prozent aller angeführten Fälle zum Teil übertrieben, zum Teil unzutreffend wären und zum Teil nicht zu der Zuständigkeit des Reichsschatzamtes gehörten. Das mag richtig sein. Das Kapitel des Schiebertums, des Diebstahls, der Vergeudung an Staatsgut ist trotzdem ungeheuerlich groß. Die Bevölkerung fragt nicht, welche Stelle im einzelnen dafür verantwortlich gemacht werden kann, sondern für sie genügt die Tatsache, daß dieses Gut in solchem Umfange vergeudet wird, daß die Beträge dem Reich verloren gehen. Mit dieser Tatsache allein beschäftigt sie sich; diese Tatsache allein läßt sie darüber Erwägungen anstellen, in welcher Weise mit den Steuergroschen, die sie aufbringen muß, umgegangen wird.

Andererseits muß auch darauf hingewiesen werden, daß bei der **Verwertung von Altmaterialien**, Schrott und sonstigen Geräten, seitens der einzelnen Händler recht eigenartige **Manipulationen** vorgekommen sind, daß trotz all des guten Willens der angeblich schon bei dem früheren Leiter des Reichsverwertungsamtes vorhanden gewesen sein soll, so umfangreiche Verschiebungen und Veräußerungen an Generalunternehmer mit für den Staatssäckel starken Verlusten eingetreten sind, daß sie die Öffentlichkeit wie das Volk einfach nicht stillschweigend erträgt und ertragen kann. Es ist Tatsache, daß einzelne solcher Generalkäufer aus zwei oder drei Stücken solcher Lose mehr erzielt haben oder mindestens den gleichen Betrag, wie ihnen das gesamte Generallos kostete. Dieses steht in einer ganzen Reihe von Fällen einwandfrei fest. So bei Wagen- und Pferdegeschirrversteigerungen wie auch (C) bei anderen Gegenständen. Und diese Tatsache erregt die Bevölkerung, erregt die interessierten Kreise, weil ein ganzer Teil Einzelkäufer dafür vorhanden waren, die sich nachher fast unmittelbar nach Abschluß des großen Verkaufes wieder an den Generalkäufer wenden mußten und ihrerseits die Gegenstände erstanden, weil die Lose für sie zu groß waren. Zweifellos können auch hier für solche Vorkommnisse seitens des Reichsschatzministeriums Einwände gemacht und zum Ausdruck gebracht werden, daß solche Verkäufe nicht seiner Zuständigkeit unterstanden hätten. Auch seitens des Reichsverwertungsamtes kann und wird vielleicht darauf hingewiesen werden, daß dies seitens der Kriegsgesellschaft oder untergebener Behörden und Personen geschehen sei. Alle diese Fragen lasse ich dahingestellt sein, ich begnüge mich mit der Konstatierung der Tatsache, daß solche Verschiebung von Heeresgut in Mengen erfolgt ist, auch bei Reichsstellen. Das Kapitel **„Kriegslieferungen“** ist ein überaus trauriges und hat während des ganzen Krieges und nachher zu recht unerfreulichen Erörterungen geführt. Vielleicht ist aber das Kapitel der Schiebungen mit Heeres- und Marinegut, Diebstahl und Vergeudung doch ein noch viel größeres und traurigeres.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei den Kriegslieferungen ist zunächst seitens des Reichstages, ich glaube auf Veranlassung des jetzigen Herrn Reichsfinanzministers, damals ein **parlamentarischer Prüfungsausschuß** eingesetzt worden. Es läge deshalb auch hier nahe, einen Ausschuß einzusetzen und ihn zu beauftragen, festzustellen, in welcher Weise und in welchem Umfang die Behörden ein Verschulden trifft und andererseits um auch gegenüber der Öffentlichkeit wirklich den ernsthaften Versuch des Parlaments zu zeigen, in diese Geschäftsgebahrungen einen Einblick zu bekommen und damit aufzuräumen. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, wenn dies geschähe, würde es auch in breiten Kreisen der Bevölkerung durchaus begrüßt werden; sie würde den Glauben wiederfinden, daß man bei der Regierung wie beim Parlament den ernsthaften Willen hat und alle Mittel anwendet, um hier endlich einmal tabula rasa zu machen.

Nun hat man sich im Ausschuß ja gegen diesen Vorschlag gewandt. Man hat angeführt, daß diese Kommission nicht das Ergebnis zeitigen würde, was man davon erhofft. Es mag sein; aber es werden auch bei einer solchen Nachprüfung und bei einer Überwachung eine große Reihe von einzelnen Fällen nachher erst einmal den Zuständigen und Verantwortlichen zu Gehör gebracht. Gegenwärtig besteht die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Beschwerden einfach nicht an die Stelle kommt, an die sie kommen müßte. Eine ganze Reihe unterer Stellen, Verwertungsstellen, wirtschaften unverständlich. Im Publikum herrscht im allgemeinen schon die Auffassung, daß es zwecklos sei, noch Klagen und Beschwerden nach oben weiter zu geben. Solche Gedankengänge finden sich in sehr vielen Kreisen unserer Bevölkerung. Ich drücke sie hiermit aus, nicht, um nun ohne weiteres jeden einzelnen Fall als richtig hinstellen zu wollen, sondern lediglich um der Stimmung Ausdruck zu verleihen, wie große Kreise der Bevölkerung darüber denken.

Nicht nur in dem Reichsverwertungsamt haben wir eine erhebliche **Entwertung des Reichsgutes** zu verzeichnen, sondern wir haben sie auch **in den reichseigenen Betrieben**, insbesondere in den Betrieben der früheren Heeres- und Marineverwaltung. Auch hier muß mindestens eine unnötige Vergeudung insoweit festgestellt werden, als über Monate hinaus die Ausgaben für Löhne und für Rohmaterial — ich meine das Rohmaterial, das dort zur

(**Koch** [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) Verwertung gekommen ist — in einer Weise und in einem Umfange verwandt worden sind, die mit Produktivität absolut nichts zu tun hat, ja die teilweise in den einzelnen Betrieben jeder Beschreibung spottet. Dem hohen Hause liegt darüber ein Bericht des Hauptausschusses vom 29. April vor. Der ganze Bericht ist ein einziges Beispiel für die unhaltbaren Zustände, wie sie zu der damaligen Zeit in einer Reihe von Betrieben des Staates bestanden. Fünf Monate sind, seitdem diese Sitzungen des Ausschusses stattgefunden haben, ins Land gegangen, und man muß sich fragen: was ist in diesen fünf Monaten geschehen? Während dieser Zeit sind Hunderte von Eingaben von Arbeitern, von Angestellten, von Beamten, von örtlichen Behörden an die verschiedensten Reichsstellen gelangt, die mindestens einen Versuch darstellten, momentan in den Betrieben eine einigermaßen zweckmäßige Verwendung der Materialien und Arbeitskräfte zu ermöglichen. Im großen und ganzen ist auf diese Eingaben gar nichts geantwortet, aus diesen Vorschlägen ist keine Lehre gezogen worden.

Auch gestern wurde von einigen Rednern den damaligen Inhabern dieser Betriebe, den Kriegsministerien, der Vorwurf gemacht, daß sie ihrerseits kein Interesse an der **Umstellung der Betriebe** bekundet hätten, daß sie mindestens eine große Passivität an den Tag gelegt hätten. Das mag insofern zutreffen, als tatsächlich diese Stellen an die Umstellung der Betriebe nicht herangegangen sind. Aber es ist ein Unrecht, diesen Stellen einen Vorwurf wegen der sich monatelang hinziehenden Zustände zu machen. Nein, die einzelnen Kriegministerien sind nicht allein diejenigen, die man verantwortlich machen kann. Auch das gegenwärtige Reichsschatzministerium ist es nicht. Aber den Ministerien in ihrer Gesamtheit muß man den Vorwurf machen, daß sie wenigstens nicht rechtzeitig genug die Mittel ergriffen und die Wege eingeschlagen haben, um dem ganzen Problem der Umstellung nachzugehen und sie in Angriff zu nehmen, um einmal nach Mitteln und Wegen in den einzelnen Betrieben zu suchen, die wenigstens eine momentane produktive Ausnutzung der Arbeitskräfte ermöglichen. Hieran hat es gehapert. Es fehlte an einer einheitlichen Stelle, die diese Betriebe einmal in bezug auf die Umstellung in der Hand hatte. Der Herr Reichsschatzminister hat noch gestern darüber geklagt, daß die Übernahme dieser Betriebe von der Heeresverwaltung auf das Reichsschatzamt sich endlos lange hinausgezögert hätte. Am 29. April beschließt der Haushaltsausschuß, daß endlich einmal Schluß mit der Mißwirtschaft gemacht werden soll, wie sie damals in den Betrieben bestand. Am 1. Oktober ist glücklich die formelle Übergabe der Betriebe erfolgt. Dem Minister fehlt zum Teil noch der Überblick, besonders über die nichttechnischen Betriebe. (B)

(Hört! Hört! rechts.)

Wir haben tatsächlich, nachdem fünf Monate seit diesem Beschluß ins Land gegangen sind, die Tatsache zu verzeichnen, daß außer in Spandau, wo man eingriff, bei allen anderen technischen Betrieben — von den nichttechnischen Betrieben und Dienststellen gar nicht zu reden — noch nichts von einer praktischen Umstellung zu sehen ist, mit Ausnahme daß noch einige vorübergehend geschlossen wurden, und wo man jetzt allmählich wieder anfängt, eine geringe Zahl von Arbeitern zu beschäftigen.

Die Arbeiterschaft sah in diesen Betrieben auf der einen Seite die Veräußerung des Rohmaterials zu Preisen, die zurzeit des Abtransports viel zu niedrig waren; sie sah auf der anderen Seite, daß ihre Arbeit unproduktiv, daß die Ausgaben an Löhnen, Gehältern usw. enorm hoch waren und in gar keinem Verhältnis zu den geschaffenen Werten standen.

(Sehr richtig! rechts.)

(C) Die Arbeiter fürchteten daneben für ihre Existenz. Wenn man alle diese Momente berücksichtigt, so kann man die vielfachen Übergriffe verstehen, die sich die Arbeiter in den einzelnen Betrieben haben zuschulden kommen lassen. Ich möchte wirklich einmal an den Herrn Minister die Frage richten, was denn nun in den anderen technischen Betrieben außer Spandau bis jetzt geschehen ist, um nicht nur theoretisch die Umstellung in die Wege zu leiten, sondern in ihrer praktischen Auswirkung in der Produktion. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Arbeiterschaft darüber etwas hören könnte, daß das Reichsschatzamt sich nicht nur theoretisch mit der Frage beschäftigt hat, sondern daß dieses Problem nun auch praktisch in Anwendung kommt.

(Zustimmung rechts.)

Bei den nichttechnischen Betrieben — und auch da handelt es sich um eine große Reihe von Betrieben, die für andere Zwecke sehr leicht verwendbar sind — ist bis jetzt, soviel mir bekannt ist — und ich habe mich in etwa um diese Betriebe gekümmert — nichts weiter geschehen, als daß man sie zu Abwicklungsstellen gestempelt hat. Auch hier ist viel zu viel Zeit und Geld vergeudet worden, ohne daß ein praktisches Ergebnis in bezug auf die Umstellung erkennbar wäre. Inwieweit das Reich dabei der Leidtragende ist, zeigt die Tatsache, daß allein für Spandau die Summe von etwa 200 Millionen Mark genannt worden ist, die in dieser Zeit und auf diese Art und Weise unproduktiv verausgabt wurde.

(Hört! hört! rechts.)

Daneben spielt ein anderes Kapitel eine ebenso große und auch ebenso traurige Rolle. Wir haben im Haushaltsausschuß im April feststellen müssen, daß bei einer ganzen **Reihe von Betrieben** nicht mehr die vom Minister als verantwortlich leitenden Personen in den Betrieben zu bestimmen hatten, sondern daß Arbeiter selbst durch ihre **Arbeiterräte die Leitung** an sich gerissen haben. Es (D) soll sogar Betriebe gegeben haben, wo man so weit gegangen ist, daß man den betreffenden Offizieren, die damals die Leitung in Händen hatten, das Betreten der Gebäulichkeiten verboten hatte.

(Hört! Hört! rechts!)

Da ist es denn doch nicht verwunderlich, wenn die Arbeiterschaft, die ein solches Vorgehen nun Monate lang sieht, in der Auffassung ihrer Pflichten allmählich immer laxer wird und wenn sich allmählich auch der Unterschied in bezug auf das Mein und Dein immer mehr und mehr verwischt.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei solchen Verhältnissen ist es mindestens sehr verständlich, wenn sich der einzelne sagt: wenn in diesem Umfang gesündigt wird, dann kommt es nicht darauf an, wenn ich auch einmal im kleinen etwas mitnehme. Die Herrschaft dieser Arbeiterräte allein in diesen Betrieben würde, wenn es möglich wäre, genaue und objektive Unterlagen darüber zu beschaffen, wie das Reich durch ihre Wirtschaft geschädigt wurde, eine ganz andere Summe darstellen, als die Denkschrift angibt, die der Herr Finanzminister über die Tätigkeit der Soldatenräte beim Feld- und Besatzungsheer und bei der Marine dem hohen Haus zugestellt hat.

(Zustimmung rechts.)

Nach dieser Denkschrift sind von den Soldatenräten bei diesen Truppen 150 Millionen verbraucht worden; aber die Mißwirtschaft der Arbeiterräte in diesen Betrieben erforderte eine weit höhere Summe. Auch heute beherrscht in den einzelnen Betrieben noch der **Terrorismus** das Terrain.

(Sehr richtig! rechts.)

Der größte Teil der Arbeiterschaft hat diese Einrichtungen schon längst satt und wünscht sie auf den Blocksberg;

(**Koch** [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) aber es fehlt ihr die Kraft, aus eigenem Antrieb sie abzuschütteln. Hier handelt es sich nicht nur um Vorgänge, die sich um Spandau gruppieren, sondern um Vorgänge, die sich über ganz Deutschland abspielen. Früher richtete sich die Furcht nach oben, heute richtet sie sich nach unten. Heute sind es die Arbeiter selbst, vor denen nicht nur die große Masse der Arbeiterschaft, sondern auch die Beamtenschaft, die Angestelltenschaft und auch die Leiter Furcht haben. Ein großer Teil der Beamten ist gegenüber diesen Übergriffen, gegenüber diesen Anmaßungen von Rechten allzu nachgiebig gewesen. In allzu großem Entgegenkommen versuchten leitende Persönlichkeiten mit diesen Arbeitern zusammen im Betriebe zu arbeiten, um ihre Posten zu halten. Namentlich in **Süddeutschland** gibt es heute noch Fälle, in denen viele, die zur Zeit der Einführung der Räterepublik in **Bayern** die führenden Leute waren, die die Masse aufputschten, die dann nachher eingesperrt und verurteilt wurden, von der bayerischen Regierung aber die **Strafvollstreckung** zurückgestellt erhielten. Heute stehen diese Leute in den Betrieben wieder an denselben Stellen wie früher,

(hört! hört! rechts)

und unter der Arbeiterschaft spricht man davon, daß die Leitung in manchen Betrieben diese Arbeiter nur deshalb wieder beschäftigt habe, weil sie befürchten müßten, daß sie aus der Schule plaudern würden.

(Hört! Hört! rechts.)

Es wird sogar erzählt, daß die Betriebsleitungen in einzelnen Fällen den Gerichten gegenüber, die diese verurteilten Personen zur Strafvollstreckung einziehen wollten, die Unabkömmlichkeit dieser Leute meldeten. Ob das Tatsache ist oder ob es sich nur um Gerede handelt, ist an sich gleichgültig. Die Tatsache, daß solches Gerede unter der Belegschaft kursiert, genügt, daß hier einmal (B) ernstlich Nachschau gehalten wird, und ich möchte den Herrn Minister bitten, in dieser Beziehung rücksichtslos seine Grundsätze, die er hier vertreten hat, zur Durchführung zu bringen, daß er ohne Ansehung der Person ihre Entfernung veranlaßt.

Andererseits muß gesagt werden, daß auch in den Betrieben, die bereits umgestellt sind, eine noch viel zu große Zahl **unproduktive Personen** vorhanden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Es bestehen auch dort noch Arbeiterräte, mindestens aber sollen die Betriebsräte die gleiche Funktion ausüben. Es bestehen in Spandau nicht nur Betriebsräte, sondern es sollen neben den Betriebsräten noch **Betriebsobleute** bestehen und neben diesen noch **Gewerkschaftsobleute,** die sich alle, aber auch alle die Arbeit mehr ansehen, als selbst welche verrichten.

(Hört! Hört! rechts.)

Mir sind derartige Mitteilungen gemacht worden. Ich bringe sie vor und wäre dem Herrn Minister dankbar, wenn er wirklich erklären könnte, daß dies nicht zutreffe. Wie gesagt, die Arbeiterschaft und insbesondere die Arbeiterschaft von Spandau verlangt, daß diese Personen beseitigt werden. Insbesondere kommen auch nichttechnische Betriebe in Frage; da macht man den Personen den Vorwurf, daß sie es am meisten verhindern, eine praktische Umgestaltung zu ermöglichen. Man macht diesen den Vorwurf, daß sie bei der Auswahl der Personen nach persönlichen Rücksichten insofern vorgingen, als sie besonders Wert darauf legten, ihre Freunde in Arbeit zu halten. Es handelt sich meist um solche, die während des Krieges eingestellt wurden und nicht ortsansässig sind. Sie wohnen oder sollen meistens außerhalb wohnen und gehalten werden, während die einheimischen Stammarbeiter nicht wieder zur Einstellung gelangen könnten, weil es an Arbeitsmöglichkeiten fehlt.

Der Herr Minister hat dann auf die großen **Schwierigkeiten,** die dem Ministerium **mit der Umstellung der Heeresbetriebe** entständen, hingewiesen. (C) Es wird keinen Billigdenkenden geben, der nicht die großen Schwierigkeiten anerkennt, vielleicht mehr als die Herren, die sich bereit erklärt haben, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Hierbei wird es sich auch nicht vermeiden lassen, daß Härten für die Beteiligten und große Schäden für das Reich entstehen.

Der außerordentliche Etat weist allein für industrielle und gewerbliche Unternehmungen eine Summe von 805 Millionen auf. Der Herr Minister wies darauf hin, daß die Umstellung neben der sozialen Seite eine finanzielle Seite habe. Die **finanzielle Seite der Umstellung** zeigt der Etat, indem er für die Umstellung dieser Betriebe allein die Summe von 495 Millionen anfordert. Das ist bei der heutigen Finanzlage eine sehr hohe Summe, und es erscheint mir zweifelhaft, ob bei früheren Gelegenheiten vor dem Kriege, wo das Reich finanziell doch viel glänzender dastand als heute, derartige Anforderungen in so kurzer Beratungszeit genehmigt worden wären, ob man da nicht etwas ernster nachgeprüft hätte, wie und wo einiges erspart werden könnte.

Dabei ist es bedauerlich, daß wir zunächst gar nicht in der Lage sind, zu prüfen, welchen Wert zurzeit alle diese Betriebe darstellen; denn dann könnte man prüfen, ob es gerechtfertigt ist, daß solche hohen Beträge, und die später noch kommen, erneut hineingesteckt werden. Wer die Betriebe aber kennt, weiß, daß sie in der Tat einen sehr hohen Wert darstellen, und daß ihre Veräußerung für das Reich einen noch viel größeren Verlust bedeuten würde. Es handelt sich gegenwärtig nicht um die Frage, ob 495 Millionen aufgewendet werden sollen, um aus diesen Betrieben Staatsunternehmungen zu machen, sondern ob damit das Reich vor viel höheren Verlusten bewahrt werden kann. (D)

Die **soziale Seite der Umstellung** hat natürlich eine große Bedeutung, insbesondere für die direkt Beteiligten, daneben aber auch für die Gemeinden und Städte, in denen sie liegen. Ein Heer von Beamten, von Angestellten, von Arbeitern, eine große Zahl von Familien sind daran beteiligt und interessiert. Der Herr Minister hat nun erklärt, daß bei Wiederinbetriebstellung der einzelnen Betriebe, die zur Umstellung gelangen, zunächst die **Friedensbeamten und -angestellten** und die **Stammarbeiterschaft** mit herübergenommen werden solle. Als Voraussetzung hat er daran den Grundsatz geknüpft, daß dadurch die Rentabilität dieser Betriebe nicht in Frage gestellt werden dürfe. Ich meine im Rahmen dieses Grundsatzes sollte es möglich sein, den Beteiligten den Wiedereintritt im großen Umfange zuteil werden zu lassen. Mit dem Grundsatz kann man also einverstanden sein, es fragt sich nur: wie er durchgeführt und wer führt ihn durch. Ist der Herr Minister, der diese Grundsätze aufstellt, in der Lage, überall genügend Kontrolle auszuüben, damit sie auch praktisch Anwendung finden? Und da muß gesagt werden, daß es schon jetzt hier zu sehr großen Klagen gekommen ist, Klagen bei Betrieben, die schon seit Monaten in der Umstellung begriffen sind wie Spandau, aber auch bei solchen, die erst in Angriff genommen werden, Klagen, die alle ihre Ursache haben, in der Art, wie die Grundsätze unten durchgeführt werden.

Zunächst sind es **neue Leitungen,** die in den einzelnen Betrieben mit der Einstellung und Auswahl betraut sind. Diese Personen sind auf das Urteil von früher in den Betrieben Beschäftigten oder das der Meister usw. angewiesen, und da wird eine Fortsetzung der früheren Produktionswirtschaft befürchtet. Sowohl unter der Arbeiterschaft wie der Beamtenschaft und Angestelltenschaft wird heute schon zum Ausdruck

(Koch [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) gebracht, daß hier eine gewisse **Vetternwirtschaft** Platz zu greifen drohe. Es wird ganz offen gesagt, daß eine Liebedienerei gegenüber den Personen, die auswählen und annehmen, eingetreten sei. Es wird von Korruptionen allerlei Art geredet. Ob das zutrifft, kann man natürlich im einzelnen nicht prüfen. Tatsache ist, daß es vielfach behauptet wird.

Ich möchte nur einige Bemerkungen aus einem Schreiben, wie sie mir zu Hunderten vorliegen, mitteilen. Es handelt sich um ein **Schreiben von Siegburg.** Dort heißt es:

> Für die Einstellung beim Feuerwerkslaboratorium hatten wir mit dem Leiter der dortigen Fürsorgestelle, der die Einstellung vorzunehmen hatte, bestimmte Richtlinien vereinbart (Kinderzahl, Arbeitsjahre, Wohnort usw.). Das dortige Feuerwerkslaboratorium hatte uns die Anwendung dieser Richtlinien selbst anempfohlen, Aber wir sehen jetzt, daß nach diesen Richtlinien nicht gehandelt wird. Auf unsere Einsprüche macht man allerhand Ausflüchte. Einmal ist der oder jener Arbeiter angelernt und muß deshalb wieder eingestellt werden, obwohl er kaum einige Jahre in dem Betriebe ist und keine Kinder zu ernähren hat. Dieses sind Ausflüchte und natürlich mehr subjektiv. Es ist Günstlingswirtschaft.

Es wird dann weiter gesagt, daß die Meister ihre Freunde wieder in die Betriebe hineinzubekommen versuchten, und daß die Personen, die letzten Endes darüber entscheiden sollten, nicht in der Lage wären, in eine sachliche Nachprüfung einzutreten, ob gerade diese Wahl die richtige sei oder nicht.

Die Umstellung hat aber neben dieser finanziellen und sozialen Seite noch eine andere, und das ist die Tatsache, daß es sich um Betriebe handelt, die seit Jahrzehnten (B) bestimmte, zum Teil mehr moralische, aber auch rechtliche Verpflichtungen gegenüber den bei ihnen tätigen Personen übernommen haben. Diese Beteiligten sind selbstverständlich in einer Erregung, ob diese Verpflichtungen nun auch seitens der neuen Betriebsleitung in irgend einer Weise eingehalten werden oder ob sie auf andere Art dafür eine Entschädigung erhalten. Die **Beamten** fragen: was wird aus uns? Der Herr Minister hat erklärt, daß eine Übernahme als Beamte nicht erfolgen könne, beziehungsweise, daß geprüft werden solle, ob und in welchem einzelnen Falle dies möglich sei, daß grundsätzlich nur eine **Übernahme auf Privatanstellungsvertrag** und nur bei Eignung erfolgen solle. Da muß zunächst die Tatsache konstatiert werden, daß damit eine **Massenpensionierung** von zum größten Teil voll erwerbsfähigen Beamten zu befürchten ist. Finanziell kann sich das Reich eine Massenpensionierung ebensowenig leisten, als volkswirtschaftlich verwendbare Arbeitskräfte unausgenutzt liegen zu lassen. Andererseits müssen die Beamten feststellen, daß an ihrer Stelle Neueinstellungen von Angestellten in leitenden und auch in weniger maßgebenden Stellen erfolgen. Die Beamten wehren sich, daß man versucht, sie des Beamtencharakters zu entkleiden; sie berufen sich auf **verbriefte Rechte,** die ja auch die jetzige Regierung anerkannt hat, die in der Verfassung festgelegt wurden. Dieser Tatsache gegenüber hat das Reich anderseits auch die Verpflichtung, daß die verbrieften Rechte der Staatsbürger, auch der Beamten, anerkannt und beachtet werden. Die Theorie ist wertlos, sie muß in der Praxis auch wirklich Anwendung finden. Die Beamtenschaft sieht ein, daß es unmöglich ist, daß sie in demselben Umfang, wie sie bisher in den Betrieben tätig war, übernommen werden oder in den Betrieben Beschäftigung finden kann, ebenso die Angestellten und Arbeiter. Aber sie sind der Auffassung, daß dann zunächst in allen anderen Ministerien und Behörden bei Bedarf auf sie in erster Linie zurückgegriffen werden müßte. (C)

Auch die **Arbeiterschaft** hat **wohlerworbene Rechte,** und zwar Rechte, die sie aus dem sogenannten Unterstützungsfonds als **Zuschüsse zur Alters- und Invalidenversorgung** seit Jahrzehnten erhalten haben. Seit Jahren sind bestimmte Grundsätze dafür aufgestellt und zur Anwendung gebracht worden. Jetzt ist eine große Zahl von Arbeitern in einer körperlichen Verfassung, die, wäre der Krieg nicht eingetreten, sie längst der Invalidisierung überantwortet hätte. Sie haben während des Krieges ihre Pflicht getan und haben gearbeitet. Jetzt werden die Betriebe geschlossen, und nun stehen sie neben ihrer mehr oder weniger völligen Erwerbslosigkeit vor der Frage, was wird aus uns, bekommen wir Zuschüsse aus dem Unterstützungsfonds zu den Invalidenrenten oder nicht? Daß sie in dieser Zeit sich sorgen um die Zukunft, ist erklärlich, ebenso, daß die Arbeiter eine klare Antwort auf die Frage erwarten, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um diese von ihnen erworbenen Rechte sicher zu stellen? Von der Regierung wird gesagt, die Arbeiter haben kein gesetzliches Anrecht. Das stimmt, aber es handelt sich hier um eine seit Jahren feststehende Vergütung, um ein Gewohnheitsrecht. Tatsache ist weiter, daß in früheren Jahren von hoher Stelle aus immer wieder versichert worden ist, diese Verpflichtungen, die hier der Staat übernommen habe, werde auch der Arbeiterschaft gegenüber eingehalten und erfüllt werden. Ich erinnere daran, daß noch im Jahre 1913 von der Arbeiterschaft der Versuch gemacht wurde, diesen Pensionsfonds in eine gesetzliche Pensionskasse umzuwandeln. Auch bei dieser Gelegenheit erklärten die Vertreter der Regierung, die gesetzliche Regelung sei zwecklos, weil das, was der Arbeiterschaft bis jetzt stets versprochen und ihr auch gewährt wurde, selbstverständlich auch in Zukunft gehalten werden würde. Bei den Einstellungen (D) der Arbeiter wurde ebenfalls wie in der Arbeitsordnung auf die sogenannten **Gnadenpensionen** hingewiesen. Sie waren ein Faktor im Arbeitsvertrage, und diese können unter keinen Umständen jetzt ohne weiteres gestrichen werden, und zwar auch deshalb nicht, weil hier ein großer Kreis von Personen vorhanden ist, der bereits aus Mitteln dieses Unterstützungsfonds regelmäßig monatliche Bezüge erhält. Diese zunächst wollen Klarheit darüber, ob sie ihre Bezüge weiter erhalten. Ein anderer Teil, der bereits die Voraussetzungen für die Invalidisierung erfüllt hat, fragt sich: bekommen wir jetzt ebenfalls nach diesen Grundsätzen einen Zuschuß zu unserer Alters- und Invalidenversicherung oder nicht? Wieder ein anderer erheblicher Prozentsatz der in diesen Betrieben seit Jahrzehnten tätigen Personen hat durch ihre lange Beschäftigungsdauer die Anwartschaft erworben, und sie sind nun in Sorge darüber, ob man ihnen alle diese früher zugesagten Vergünstigungen, die zum Teil von erheblichem Einfluß auf die Festsetzung des Lohnes waren, gewähren will oder nicht.

Manche davon denken auch an eine **Abfindung** in irgendeiner Form. Hier handelt es sich besonders um die **abzutretenden Betriebe des Ostens,** in Thorn, Graudenz, Marienburg, Danzig usw. Diese Leute fragen sich besorgt: was wird aus uns, nachdem man uns gewaltsam vom Reich abtrennt, wer tritt jetzt in die früheren Verpflichtungen des Reichs ein? In Danzig gibt es eine ganze Reihe von solchen Arbeitern. Den Arbeitern des dortigen Korpsbekleidungsamts ist ja durch die Gründung einer sogenannten Konfektionsgenossenschaft eine Existenz ermöglicht worden, und diese hoffen nun, daß sie ihre Geschäftsanteile durch eine Abfindung in irgendeiner Form begleichen könnten.

Der Herr Minister hat einen Gesetzentwurf angekündigt, durch welchen die Ansprüche der Beamten, Ange-

(**Koch** [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) stellten und Arbeiter geregelt werden sollen. Ich möchte mir die Frage gestatten, ob in diesem Gesetzentwurf auch alle diese von mir berührten Fragen, soweit sie nicht schon geklärt worden sind, eine Regelung finden sollen. Die beteiligten Arbeiter wären dem Herrn Minister dankbar, wenn er eine zusagende Erklärung abgeben könnte.

Die **Arbeiterschaft** hat aber noch einen weiteren Wunsch. Die Staatsbeamten und die Angestellten, auch die aller Staatsbetriebe, haben eine Teuerungszulage erhalten, und in den anderen Ressorts ist auch den Arbeitern diese Wirtschaftsbeihilfe gewährt worden. Nur den Arbeitern in den Betrieben der Heeresverwaltung ist sie nicht gewährt worden. Diese Arbeiter fühlen sich zurückgesetzt und sagen: der Staat muß den einen Beamten so behandeln wie den andern — das hat er auch getan —, er muß aber auch den einen Arbeiter so behandeln wie den anderen. Das tut er hier nicht. Als Grund wird angeführt, daß deren Löhne wesentlich höher oder so hoch wären wie in der Privatindustrie. In den früheren Heeresbetrieben, insbesondere in den nichttechnischen Betrieben sollen die Löhne vielfach nach den Angaben der Arbeiter niedriger als in anderen Staatsbetrieben und in der Privatindustrie sein. Wenn nun den Arbeitern in anderen Staatsbetrieben die einmalige **Wirtschaftsbeihilfe** gewährt worden ist, so ist es sehr verständlich, daß auch diese Arbeiter auf die Gewährung einer solchen Beihilfe rechnen. Ich habe ja bereits in der Kommission darauf hingewiesen. Da wurden seitens der anderen Parteien sowohl wie auch seitens der Regierung große Bedenken geltend gemacht, zunächst rein finanzieller Art, dann aber auch in bezug auf ihre Wirkung gegenüber der anderen Industrie. Es wurde darauf hingewiesen, daß man endlich einmal mit den besonderen Zulagen Schluß machen müsse, indem die Löhne jetzt allgemein so ständen, daß sie den heutigen Verhältnissen gerecht würden. Das ist auch ein Stand-(B) punkt. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß sich die Reichsleitung, bevor sie bei den anderen Verwaltungen die Beihilfe bewilligte, sich über die Konsequenzen ihres Vorgehens klar werden mußte. Wenn sie es den einen bewilligt, kann sie es den anderen nicht vorenthalten.

Hierbei möchte ich noch auf einige Fälle hinweisen, die einige alte Arbeiter betreffen, insbesondere von Spandau, Siegburg, Erfurt und auch in Süddeutschland. In **Spandau** sind eine Anzahl solcher **alten Arbeiter**, die man für die Überleitung nicht mehr übernommen hat, weil sie teils zu alt, teils zu wenig erwerbsfähig seien, seit Monaten **krank geschrieben.** Sie erhalten ein Krankengeld von 30 bis 35 Mark und keine Erwerbslosenunterstützung. Daß diese Personen mit diesem Betrage nicht diejenigen Ausgaben bestreiten können, die zum Lebensunterhalt notwendig sind, bedarf keines weiteren Wortes. Sie stehen vor dem Winter und keine Möglichkeit, sich einen neuen Erwerb zu suchen, weil teils ihre Kräfte nicht dazu ausreichen und es an Erwerbsmöglichkeiten fehlt. Auf der anderen Seite erfordert der Winter erhöhte Aufwendungen. Hier ist eine dringliche Notlage. Ich möchte den Herrn Minister wirklich bitten, ernsthaft in Erwägungen zu treten, in welcher Weise er dieser Notlage begegnen kann. Jetzt, wo die Kälteperiode einsetzt, bedürfen diese Personen größerer Mittel, um ihren Hausstand aufrecht zu erhalten.

Bei den Kommissionsverhandlungen wurden uns immer wieder die hohen Summen, die eine Wirtschaftsbeihilfe erfordern würde — es wurde die Summe von 60 Millionen Mark genannt — entgegengehalten. Die Tatsache an sich muß anerkannt werden, aber auf der anderen Seite möchte ich den Herrn Minister auf die **einmaligen Ausgaben im Etat** hinweisen. Dort ist eine einmalige Ausgabe von 45 Millionen Mark, eine Ausgabe, die meiner Auffassung nach hätte vermieden (C) und hierzu verwandt werden können. Es handelt sich darum, zunächst dem Herrn **Reichspräsidenten** eine **neue Wohnung** zu schaffen. Dafür wird eine Summe von 22 Millionen angefordert. Es handelt sich weiter darum, für das **Ministerium des Innern einen Neubau** zu errichten. wofür eine Summe von $20^1/_2$ Millionen Mark angefordert ist. Und dann wird für den Umbau weiterer Dienstgebäude ein Betrag von $2^1/_2$ Millionen Mark angefordert. Es sind insgesamt 45 Millionen Mark für Zwecke, die man wirklich nicht als dringlich bezeichnen kann.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir haben so viel leerstehende Schlösser und sonstige Gebäude, daß es sicherlich möglich sein müßte, dem Herrn Reichspräsidenten eine Wohnung zu verschaffen. Wir haben so viel andere Gebäude und haben in Zeiten, wo das Deutsche Reich viel größer war, die Ministerien untergebracht, sodaß es doch heute, wo das Deutsche Reich wesentlich kleiner ist, und wir wesentlich ärmer sind, möglich sein müßte, auch das Ministerium des Innern unterzubringen.

(Sehr wahr! rechts.)

Dabei müssen wir zunächst auch betonen, daß, je kleiner der Staat, um so größer der Bedarf an Bureaus zu werden droht. Das ist auch bei den Kriegsgesellschaften der Fall. Auch da werden die Bureaus im allgemeinen nicht in dem Umfange geringer, als die Arbeitsaufgabe der Kriegsgesellschaften abnimmt; und auch da wäre es gut, wenn einmal möglichst bald dafür gesorgt würde, daß nicht mehr Ausgaben für Bureaus und sonstige Räumlichkeiten verursacht werden, als wir es uns leisten können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf ein **Gerede** hinweisen, das sich **in der Spandauer Arbeiterschaft** besonders breit zu machen droht. Es wird dort (D) nämlich gesagt, daß die erste Tätigkeit der Spandauer Leitung darin bestanden habe, zunächst einmal die Bureauräume umzubauen. Von dieser Tatsache konnte ich mich persönlich überzeugen. Weiter wird behauptet, daß die Spandauer Verwaltung **neue Bureaumöbel** nach eigenen Entwürfen anzufertigen im Begriffe stände. Durch solche Dinge wird natürlich, falls das Gerede einen tatsächlichen Hintergrund hat, eine künstliche Erbitterung hervorgerufen, die man vielleicht durch Klarstellung der Tatsachen sehr schnell beseitigen könnte. Dabei wird sogar darauf hingewiesen, daß jene Ausgaben noch auf den allgemeinen Kriegsfonds verbucht werden sollten.

(Hört! Hört! rechts.)

Daraus sehen Sie, meine Damen und Herren, wie in der Bevölkerung aus irgendwelchen Vorkommnissen heraus Gerede entsteht und Erregung verursacht wird. Man muß in der Tat sagen: ein Betrieb, der während des Krieges über 70 000 Arbeiter beschäftigt hat, hat doch sicherlich eine große Anzahl von Bureaus und Bureaumöbeln zur Verfügung, und wenn wir heute hören, daß nur noch 12- bis 13 000 Arbeiter dort beschäftigt sind, so sollte man meinen, daß genügend Räumlichkeiten und Einrichtungen vorhanden seien, und daß zunächst wenigstens Neueinrichtungen nicht gemacht werden müßten.

Der Herr Minister hat dann am Schlusse seiner Ausführungen auf die überaus betrübliche Tatsache der **Aufwendung für die Besatzungstruppen**, für den Hohen Ausschuß und die Überwachungsausschüsse hingewiesen, Ausgaben, die einen Gesamtaufwand von $2^1/_2$ Milliarden Mark erfordern sollen. Diese Summe dürfte sicherlich noch zu niedrig gegriffen sein; die tatsächlichen Requisitionskosten im besetzten Gebiet werden bei einer Nachprüfung einen noch höheren Betrag ergeben. Tatsache ist nämlich, daß in sehr vielen Fällen bei der Requisition

(Koch [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) dem einzelnen keine dem Werte der heutigen Zeit entsprechende Gegenleistung gegeben worden ist. Es bestehen sehr viele Klagen in dieser Beziehung und eine Nachprüfung wird dringend gewünscht. Ihre Notwendigkeit muß auch anerkannt werden. — Damit der einzelne nicht allzu stark belastet wird müßte eine Nachzahlung erfolgen. Wenn man die Ausgaben, die dabei noch entstehen werden, zu den 2½ Millionen hinzurechnet, so dürfte eine Gesamtausgabe von etwa 3 Milliarden für die Zwecke der Durchführung und Sicherung des Friedensvertrages aufgewendet werden müssen. Das ist eine hohe Summe; und wenn man diese Ausgaben betrachtet, so muß man sagen, daß es sich bei sehr vielen Dingen um direkte Luxusausgaben handelt, so zum Beispiel für Heizungen, Badeeinrichtungen, Offizierswohnungen in einem Bezirke, in dem seit Jahrzehnten deutsche Truppen, deutsche Offiziere und deutsches Personal gewohnt haben. Wie groß diese Summe ist, zeigt sich am besten, wenn man ihr den Etat des Reichs im Jahre 1913/14 gegenüberstellt, der sich etwa auf der gleichen Höhe bewegte. Wenn man unsere finanziellen Leistungen an Steuern betrachtet und allein diese Mehrbelastung für so kleine Nebensächlichkeiten des Friedensvertrages in Betracht zieht, wird man doch zu der Auffassung kommen, daß die von sehr vielen gehegten Hoffnungen auf Einkehr der Vernunft bei der Entente viel zu optimistisch und recht utopistisch sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Man wird sich die Frage vorlegen müssen, ob nicht andere Hoffnungen in unserem Volke geweckt und gepflegt werden müssen, und ob nicht andere Mittel zur Anwendung gelangen müssen, um diesen Friedensvertrag abzuschütteln.

Auch Berlin merkt jetzt, daß der **Friedensvertrag** uns Unglaubliches auferlegt, und zwar sind es zunächst wieder die unteren Schichten, die breiten Massen, die am meisten unter diesem Friedensvertrag zu leiden haben werden. (B) Die Hotelangestellten zum Beispiel sorgen sich um ihre Zukunft.

Die deutsche Regierung ist machtlos. Sie wird je länger um so mehr als Polizei in den Händen der Entente gegenüber dem eigenen Volk in die Erscheinung treten. Im besetzten Gebiete weiß man das seit mehr als neun Monaten. Hier fühlt man stündlich unsere Ohnmacht: hier weiß man nichts mehr von einer Selbstbestimmung.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Auch anderswo, aber doch nicht in dem Umfange! Und daß man das im Innern Deutschlands nicht in dem Umfange empfindet wie in dem besetzten Gebiet, das ist es gerade, was dort so starke Mißstimmung hervorgerufen hat. Nicht nur die im besetzten Gebiete befindliche Bevölkerung sagt sich, daß die Regierung auch ihrerseits Schuld daran hat, daß dieses Verständnis und diese Erkenntnis nicht in den breiteren Schichten des Volks zutage getreten ist, da sie es unterlassen hat, dem Volke den vollen Ernst des Friedensvertrages immer wieder deutlich zu machen. Derselbe Vorwurf gilt insbesondere gegenüber des größten Teils der Presse. Die Presse im unbesetzten Gebiete beurteilt die Verhältnisse im besetzten Gebiet und das, was sich dort zuträgt, durchaus nicht so, wie es notwendig ist. Sensationen, insbesondere soweit die Frage nach der Schuld am Kriege in Betracht kommt, stehen bei ihr im Vordergrunde.

Wenn die Mehrheitsparteien und die Regierung eine Änderung des Friedensvertrages von dem Erwachen der öffentlichen Meinung bei den feindlichen Mächten und im neutralen Auslande erwarten, dann befürchte ich, daß sie vergebens warten. Am allerwenigsten können sie es aber dadurch erreichen, daß sie gelegentlich einmal an das sogenannte Gewissen der Welt appellieren. Zum mindesten müßten sie das dann planmäßig in Angriff nehmen. Sie machen den alten Machthabern mit Recht (C) den Vorwurf, daß wir während des Krieges keine politische Führung gehabt haben; aber das deutsche Volk merkt in dieser Beziehung auch jetzt noch nichts, im Gegenteil noch weniger von einer Führung.

(Sehr richtig! rechts.)

Hier ist der Regierung und Presse Gelegenheit geboten, der neutralen und der feindlichen Bevölkerung klar und deutlich die Verschwendung, die mit deutschem Volksvermögen getrieben wird, unausgesetzt vor Augen zu führen. Solange sie das aber nicht tun, solange sie hier nicht die Führung in die Hand nehmen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn der letzte Rest des Vertrauens ihrer Parteigänger schwindet.

(Sehr richtig und bravo! rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Generaldirektor Dr. Weinlig.

Dr. **Weinlig,** Generaldirektor, Kommissar der Reichsregierung: Auf die Anfragen des Herrn Abgeordneten Koch möchte ich folgendes erwidern. Die alten **Betriebsräte in Spandau** hat der frühere Herr Reichsschatzminister aufgelöst. Es sind das diejenigen, die mit dem großen Schuldkonto belastet waren. Mit dem jetzt bestehenden siebenköpfigen Zentralbeirat haben wir im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Außer ihm bestehen die gesetzlichen Ausschüsse von Arbeitern und Angestellten. Der 200-Millionenverlust, von dem der Herr Abgeordnete gesprochen hat, war vor Übernahme der Spandauer Werkstätten durch das Reichsschatzministerium entstanden. Es ist selbstverständlich, meine Herren, daß die Betriebe jetzt noch nicht aus dem Verlust heraus sind. Wir sind belastet mit einer ganzen Reihe von Abschlüssen aus alter Zeit, die zu Verlustpreisen übernommen sind. Der damalige Herr Reichsschatzminister hat vor diesem hohen Hause erklärt, daß es Aufträge seien, die in der Not und nach seiner (D) Auffassung oft wahllos hereingenommen seien. Das ist durchaus zutreffend. Wir werden noch längere Zeit an diesen verlustbringenden Aufträgen zu tragen haben.

Was die **Beschaffungsbeihilfe** anbelangt, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß der Haushaltungsausschuß in seiner überwältigenden Mehrheit die Gewährung derselben abgelehnt hat, weil die Löhne in den Reichsbetrieben schon früher eine wesentliche Erhöhung erfahren haben. Es ist nicht zutreffend, wenn gesagt wird, daß die Reichsbetriebe ihre Arbeiter schlechter entlohnen als die Privatindustrie. Die Handelskammer in Bonn hat uns speziell Vorhaltungen gemacht, daß in Siegburg, das mitten in einer landwirtschaftlichen Gegend liegt, höhere Löhne gezahlt würden als in der gleichartigen Privatindustrie der Großstadt Cöln.

Was die **Bureauangelegenheit** von Spandau angeht, so liegt der Fall wie folgt. Früher hatte jedes der acht Institute selbstverständlich sein eigenes Bureau. Damit mußte aufgeräumt werden; es mußte ein Zentralbureau eingerichtet werden, von dem aus mit entsprechender Ersparnis an Verwaltungsbeamten das Ganze einheitlich geleitet wurde. Leider standen uns aber nicht die Räume alle zu Gebote, weil sie heute noch in sehr starkem Maße in Anspruch genommen sind durch Wohnungen, durch einen Teil des Artilleriekonstruktionsbureaus, durch Abwicklungsstellen und ähnliches. Außerdem hat ein Prinzip geherrscht, das wir nicht durchführen können. Man liebte es früher, lauter kleine Bureauräume zu machen, in denen die einzelnen möglichst ungeniert waren. Wir brauchen große Bureaus, in denen sich die Leute gegenseitig kontrollieren; denn da muß unbedingt gearbeitet werden. Wir mußten also einige bauliche Veränderungen treffen. Daß wir für diese Bureaus Möbel brauchten, ist selbstverständlich, aber ebenso, daß

(Dr. **Weinlig**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) sie in einfacher und materialersparender Ausführung hergestellt werden sollen.

Zu den allgemeinen Verhältnissen der **Reichsbetriebe** übergehend, muß ich zunächst sagen, daß Bayern und Sachsen uns heute noch nicht angeschlossen sind. Die bayerische Regierung hat sich in einem Staatsvertrag das Recht vorbehalten, bis Ende dieses Monats sich zu entscheiden, ob sie die bayerischen Heeresbetriebe selbst übernehmen oder sie der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe anschließen will. Vor dieser Zeit können wir in Bayern nichts tun, wir können also die Ratschläge, die der Herr Abgeordnete Koch uns freundlichst gegeben hat, nicht befolgen. Wir werden sie aber beachten bei der eventuellen Übernahme. Auch die sächsische Regierung wird sich erst bis Ende dieses Monats entscheiden, ob sie die Betriebe selbst übernehmen wird oder nicht.

Was nun das übrige angeht, so kann ich nur auf das hinweisen, was der Herr Reichsschatzminister gestern gesagt hat, daß die Aufgabe eine ganz außerordentlich schwierige ist, weil es sich darum handelt, **Heereswerkstätten umzustellen,** die über ganz außerordentlich **einseitige Einrichtungen** verfügen; alle Maschinen und Apparate, alle Gebäude und alle sonstigen Einrichtungen sind nur für den einen eng umgrenzten Zweck geschaffen, nur mit dem Ziel, den Bedarf an Kriegsgerät und Kriegsmaterial in der nötigen Menge, der erforderlichen Güte und mit der gebotenen Schnelligkeit sicher zu liefern.

Dieser Einseitigkeit dieser Einrichtungen steht die **Einseitigkeit der Erfahrungen der Beamten und der Geschicklichkeit der Arbeiter** gegenüber. Die Schwierigkeiten wachsen ganz besonders stark an durch die Tatsache, daß es sich um mehr als 30 Betriebe handelt, die sämtlich auf einmal umgestellt werden sollten. Selbst wenn Sie die örtlich zusammengelegenen zusammenfassen, bleiben (B) immer noch 16 getrennte Verwaltungen übrig. Woher sollten plötzlich alle hierfür erforderlichen Beamten kommen? Denn wir können die Umstellung nur machen, wenn wir in leitende Stellen Ingenieure und Kaufleute aus der Privatpraxis hineinbringen. Die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe in ihrer jetzigen Zusammensetzung existiert erst seit dem 1. August, und nun sollte plötzlich schnell für alle diese zahlreichen Betriebe überlegt werden, welche neuen Fabrikationen eingeführt werden sollten, welche am besten für die Einrichtungen geeignet wären, sich am besten für die Kunstfertigkeit der Werksangehörigen anpaßten! Wir mußten Beziehungen zur Kundschaft herstellen, die es nicht gab. Uns fehlten Kalkulationsbureaus, wir wußten nicht, wie teuer sich die Gegenstände in dem neuen Betriebe stellten. Eine Riesenarbeit war und ist also zu leisten, um nur den allerbescheidensten Anfang zu erreichen. Immerhin ist es noch eine große Aufgabe, diese festgerostete Maschine in Gang zu bringen. Ein Experiment ist es, Heereswerkstätten in solcher Verfassung nach Umstellung auf Friedensarbeit im Staatsbetriebe im Wettbewerb mit der Privatindustrie zu betreiben. Seien Sie versichert, daß eine so schwere Aufgabe auf wirtschaftlichem Gebiete noch niemals gestellt worden ist.

Wir haben überall versucht, **Fühlung mit den Arbeitern und Angestellten** zu gewinnen. Am besten sind wir dabei mit den Arbeitern verfahren. Wir haben viel gutes Verständnis bei ihnen gefunden. Aber auch bei den Angestellten wird es jetzt etwas besser. Wir müssen darauf rechnen können, daß sie die Lage verstehen und uns bei der Erfüllung unserer Aufgabe unterstützen. Wenn wir z. B. neue Konstruktionen ausführen sollen, so muß erst die rechnerische und zeichnerische Arbeit auf dem Konstruktionsbureau geleistet werden. Vorher können wir keine Modelle anfertigen, vorher keine Güsse und Bearbeitungen beginnen. Da ist es falsch, wenn sich die Angestellten darauf berufen, daß sie als geistige Arbeiter (C) nur sieben Stunden zu arbeiten hätten. Eine konstruktive Aufgabe kann nicht von mehreren Stellen abwechselnd bearbeitet werden, sie muß in der Hand eines Mannes bleiben, darum müssen im Notfalle auch Angestellte Überstunden machen, damit Arbeitskräfte und Arbeitsmaschinen nicht feiern müssen.

Die Arbeiter werden sich hin und wieder in bezug auf ihre Wünsche bescheiden müssen. Auch da haben wir an vielen Stellen ein dankenswertes Entgegenkommen gefunden, und von den Beamten hoffen wir, daß sie es sich alle Zeit angelegen sein lassen werden, den Arbeitern mit gutem Beispiel voranzugehen, weil man nur durch Beispiele nicht durch Worte erziehen kann. Nur auf diese Weise kann es möglich werden, das Werk zu einem guten Ende zu führen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Maretzky.

Dr. **Maretzky,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir erkennen an, daß das Reichsschatzministerium bei Lösung seiner Aufgaben vor ungeheure Schwierigkeiten gestellt ist, und wir billigen im allgemeinen die Richtlinien, wie sie das Ministerium für seinen Weg vorgezeichnet hat. Allerdings können wir uns von gewissen Bedenken nicht frei halten, wenn wir die gewaltigen Zuschüsse ins Auge fassen, wie sie die Betriebsunternehmungen des Reichs erfordern. Wir möchten gerade im Hinblick darauf zum Ausdruck bringen, daß diese **Betriebe** unbedingt in absehbarer Zeit **rentabel** gestaltet werden müssen. Wenn das Ziel, das sich das Reichsschatzministerium gestellt hat, nämlich diese Betriebe so zu führen, daß sie sich selbst erhalten, nicht in absehbarer Zeit erreicht werden kann, dann müssen auch nach unserer Meinung diese Betriebe aufgegeben werden. Wir schließen uns hier dem warnenden Rufe an, der von anderer Seite an die Arbeiterschaft (D) und Angestelltenschaft gerichtet worden ist, ihre ganzen Kräfte in den Dienst der Werke zu stellen. Lassen sich die Arbeiter und Angestellten von Unruhestiftern dazu verführen, die Arbeit niederzulegen, die Arbeit zu stören, so werden sie die Werke gefährden und ihre eigene Existenz untergraben.

(Sehr wahr! rechts.)

Von verschiedenen Seiten dieses Hauses ist ein sehr heftiger Angriff gegen die **frühere Leitung der Heeres- und Marinebetriebe** unternommen worden. Wir geben zu, daß diese Leitung Fehler gemacht hat, daß Versäumnisse vorgekommen sind, daß insbesondere die kaufmännische Durchdringung der Betriebe viel zu wünschen übrig gelassen hat. Es scheint uns aber gerecht zu sein, gegenüber diesen Vorwürfen auch darauf hinzuweisen, daß diese Heeres- und Marinebetriebe unter der früheren Verwaltung Gewaltiges geleistet haben. Wenn unser Kriegsgerät vorbildlich gewesen ist und uns in den Stand gesetzt hat, diesen furchtbaren Krieg mindestens $3^3/_4$ Jahre ruhmreich zu führen, so ist das doch nicht zuletzt das Verdienst der Leute, die uns in den Heeresbetrieben ein mustergültiges und seinen Zwecken vorbildlich dienendes Werkzeug zu unserer Verteidigung geliefert haben.

(Zustimmung rechts.)

Es scheint mir richtig zu sein, diese Pflichttreue, die damals von der Verwaltung, von den Beamten, Angestellten und Arbeitern in den Heeres- und Marinebetrieben gezeigt worden ist, anzuerkennen. Wenn überall im deutschen Lande die Pflicht so erfüllt worden wäre, wie in den Heeres- und Marinebetrieben, so stände meiner Meinung nach Deutschland heute anders da.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Die **Umstellung der Heeresbetriebe auf die Friedenswirtschaft** wird ja von

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) allen Seiten gebilligt. Es ist auch gebilligt worden, daß diese Betriebe unbedingt nach kaufmännischen Grundsätzen aufgezogen werden. Der Anfang mit dieser Umstellung und mit der Einführung kaufmännischer Grundsätze ist auch bereits gemacht worden, vor allem nach der Richtung, daß erstklassige Fachleute, Kaufleute von Rang an die Spitze der Betriebe gestellt worden sind. Wir konstatieren mit Genugtuung, daß auch die Mehrheitssozialdemokratie Gehaltssätzen bis zu einer Höhe von 240 000 Mark für einen einzigen Mann ihre Zustimmung gegeben hat. Wir glauben daraus ersehen zu können, daß die bisherige Unterschätzung der Arbeitsleistung, die in der Leitung und Führung industrieller Unternehmungen liegt, bei den Herren allmählich aufhört.

(Zwischenruf von den Sozialdemokraten: So ein Quatsch!)

— Der Zuruf, der mir eben gemacht wird, ist nicht sehr liebenswürdig, aber darum um so falscher. — Die Neigung der Sozialdemokratie, in diesen Dingen umzulernen, deckt sich ja mit dem, was wir bei ihren russischen Freunden Lenin und Trotzki sehen. Auch dort wurden die Unternehmer, die Betriebsleiter, erst aus den Unternehmungen herausgejagt, um jetzt wieder mit ungeheuren Gehältern zurückgeholt zu werden.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es genügt aber nicht, leitende Kräfte aus Industrie und Handel an die Spitze der Unternehmungen zu stellen; man muß ihnen auch ein freies Betätigungsfeld lassen, man muß ihrer Initiative, ihrer Entschlußkraft die nötige Bewegungsfreiheit geben. Da haben wir Bedenken. Diese Herren in den Reichsbetrieben sind doch von so vielen Ausschüssen, Arbeiterräten, Angestelltenräten, Beamtenausschüssen, dem parlamentarischen Beirat und schließlich auch der Hauptverwaltung umgeben, daß sie sehr leicht in die Gefahr kommen, in ihren Entschließungen, vor allem (B) in der notwendigen Schnelligkeit ihrer Entschließungen, beengt zu werden. Deshalb sind wir ganz entschieden dagegen, daß der Vorschlag des Herrn Abgeordneten Gothein in die Wirklichkeit umgesetzt wird, noch einen **Sachverständigenbeirat** einzusetzen. Die Tatsache, daß es sich hier um einen Sachverständigenbeirat handeln soll, schwächt die Gefahr nicht ab. Für alle, die in der Praxis an leitender Stelle gestanden haben, ist es sehr zweifelhaft, ob die Initiative mehr durch Laien- oder Sachverständigenbeiräte bedroht wird. Im allgemeinen haben die Sachverständigenbeiräte gerade die Tendenz, sich im einzelnen und sehr eingehend mit der Sache zu befassen und möglichst die Meinung jedes einzelnen Mitgliedes durchzusetzen. Jedenfalls ist die Einheitlichkeit des Handelns nach großen Richtlinien beim Sachverständigenbeirat erheblich schwieriger herzustellen als bei einem Laienbeirat. Wir bitten aber auch die Hauptverwaltung der Werke, im Rahmen der natürlich notwendigen Zentralisierung den Einzelverwaltungen möglichste Bewegungsfreiheit zu lassen. Die Aufgabe der Hauptverwaltung wird dann nicht erfüllt, wenn die Initiative der einzelnen Direktoren Schaden leidet. Wir bitten dringend, sich hier nach den Grundsätzen zu richten, die unsere Privatindustrie großgemacht haben. Die Forderungen und Wünsche der Beamten, Angestellten und Arbeiter bitten wir so weit zu berücksichtigen, als es sich mit der Verwaltung eines geordneten und wirtschaftlichen Betriebes vereinigen läßt.

Wir haben auch Verständnis für die Wünsche der Techniker. Gerade wir Juristen müssen zugeben, daß nicht Juristerei den Verwaltungsbeamten macht. Es ist durchaus denkbar, daß Techniker, wenn sie sich nicht auf technische Einzelheiten versteifen, ausgezeichnete Verwaltungsbeamte werden. Aufs schärfste aber müssen wir es verurteilen, wenn die Arbeitskraft und die Arbeitszeit der leitenden Männer in den Hauptbetrieben und Werken (C) dadurch vergeudet wird, daß sie sich mit kleinlichen und nichtigen Beschwerden, insbesondere in Personalsachen, beschäftigen müssen, **nichtigen Beschwerden**, die häufig auch **von Abgeordneten unterstützt** werden und die dann nicht nur die Einzelverwaltung, die Einzeldirektoren, sondern auch die Hauptverwaltung und sogar das Ministerium beschäftigen. Es scheint uns das eine Kraftverschwendung zu sein, die den Betrieb und das Reichsinteresse empfindlich gefährdet.

Ganz und gar verurteilen müssen wir, wenn es vorgekommen ist, wie der eine der Direktoren uns im Haushaltsausschuß mitgeteilt hat, daß ein Abgeordneter, dazu noch ein Abgeordneter in amtlich hervorragender Stellung, das einfältige Gerede der Arbeiter in einer großen Arbeiterversammlung sich zu eigen gemacht hat, ein Gerede, das dahin geht, die neuen Direktoren wollten die Reichsbetriebe totlaufen lassen und in die Hände der Privatindustrie hinüberspielen. Das heißt doch, die größten Schwierigkeiten der eigenen Verwaltung in die Wege legen. Wenn Sie so handeln, werden Sie niemals auf Erfolg rechnen können. Wir verurteilen eine solche Handlungsweise aufs schärfste. Man versteht ein derartiges Vorgehen überhaupt nur dann richtig, wenn man sich klar macht, daß gerade in **Spandau** — und um dieses Werk handelt es sich — ein **Wettrennen zwischen der Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokratie** um die Seele der Arbeiter stattfindet.

(Abgeordneter Hoch: Da machen Sie nicht mit!)

— Nein, diese Methode, wie Sie sie anwenden, machen wir allerdings nicht mit. Wir halten uns an Tatsachen und an die Wahrheit. Wenn Sie von der Mehrheitssozialdemokratie glauben, in rücksichtsloser Kritik und in Demagogie ihren Freunden von der Unabhängigen Partei den Rang abzulaufen, so werden Sie sich täuschen. Hierin sind Ihnen die Unabhängigen über, und wenn Sie (D) bei diesem Kampfe nichts anderes in die Wagschale zu legen haben, so ist Ihre Sache schon heute verloren,

(Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten)

wie es ja auch in Wirklichkeit zu sein scheint. Uns kann es ganz gleichgültig sein.

(Lachen bei den Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie sind die Hoffnung Deutschlands!)

— Jedenfalls sind wir die Hoffnung Deutschlands mehr als Sie! —

(Lachen und wiederholte lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Bericht des Ausschusses über die Militärwerkstätten zeigt, daß es notwendig ist, die Arbeiterschaft zu belehren und nicht jeder in der Arbeiterschaft auftauchenden Meinung und Bestrebung nachzugehen. Wir lesen hier auf Seite 10 in dem Bericht des Ausschusses, der an sich doch der Mitarbeit der Arbeiterschaft sehr geneigt ist und freundlich gegenübersteht:

> Die **Vorschläge**, die aus den Kreisen **der Arbeiterschaft bezüglich der künftigen Beschäftigung von Spandau** und anderen Heereswerkstätten gemacht werden, seien oft nicht sachgemäß.

Es heißt dann weiter auf Seite 9, ein erheblicher Teil der Arbeiter benutze die Werkstätten lediglich für politische Agitation, wobei der stärkste Terror gegenüber nichtspartakistischen oder Nicht-USP-Elementen der Arbeiterschaft geübt wird. Wir hören, daß es sich gebessert haben soll und geben unserer Genugtuung darüber Ausdruck. Immerhin weisen wir auf die Gefahr hin, die gerade dieses Element für die Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes in sich birgt. Meine Damen und Herren! Solche Zustände, wie sie auch im Bericht geschildert sind, sind doch nicht vereinzelt, sind vielmehr kennzeichnend für unsere

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie zeigen, daß überall, wo die Betriebsleitung in ihrer Autorität verliert, nicht die Masse der verständigen Arbeiterschaft, sondern die politisch verhetzten und Arbeitsunlustigen, die Radikalen, das Übergewicht bekommen.

Der Herr Minister hat ein Loblied gesungen auf den **Akkordlohn** und auf die Erfolge hingewiesen, die die Einführung des Akkordlohns in den Betrieben des Reichsschatzministeriums gehabt hat. Das deckt sich mit der Ansicht, die wir schon zu der Zeit vertreten haben, als ein großer Teil dieser Versammlung die Beseitigung der Akkordarbeit als eine große Errungenschaft der neuen Aera gepriesen hat.

Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung die vollen Konsequenzen ziehen soll und ihren ganzen Einfluß aufwenden muß, die Akkordarbeit als die jetzt unbedingt nötige Löhnungsmethode überall zur Anwendung zu bringen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Arbeiten Sie auch im Akkord?)

— Diese Frage ist einfältig. Sie wissen, wie hier gearbeitet wird.

Die Löhnungsmethode, die wir in der Akkordarbeit sehen, ist gerecht und ist die einzige Methode, die geeignet ist, die Arbeitsleistung zu heben. Nur wenn wir die Arbeitsleistung heben, können wir aus der Sackgasse herausgeraten, in die unsere Wirtschaft gekommen ist.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Mit Ihrer Hilfe!)

— Das ist eine Redensart, über die wir einst abrechnen werden.

(Heiterkeit. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich weiß nicht, ob Sie sich noch so freuen werden, wenn die Zeit gekommen sein wird.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Gut, wir werden die Abrechnung geben. Der Abrechnung (B) sehen wir vor dem Ausschusse, den Sie eingesetzt haben, mit großer Ruhe entgegen.

(Zuruf: Na! Na!)

Ich hoffe, daß Sie dieselbe Ruhe aufbringen werden, wenn ein Ausschuß von uns eingesetzt wird, der über die Anstifter der Revolution urteilen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Als der **parlamentarische Beirat** die **Spandauer Betriebe** besichtigte, hat sich allen Teilnehmern ein erschütterndes Bild geboten. Das Kriegsmaterial, das dort zur Verteidigung unseres Landes hergestellt worden ist, wurde vernichtet, und die großen Geschützrohre wurden im feurigen Zustande unter die Presse gelegt, zerdrückt, zerschnitten. Da haben die Angestellten uns gesagt, daß auch mancher Arbeiter diese Arbeit nur in tiefniedergedrückter Stimmung leiste und mancher Arbeiter gesagt habe: es wäre besser gewesen, wenn die Kanonen rechtzeitig nach dem Waffenstillstand an den Rhein geschafft wurden und nicht das Heer freiwillig aufgelöst worden wäre, sondern wenn man es am Rhein hätte stehen lassen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Dr. **Maretzky**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir sehen, daß uns alles dieses dazu geführt hat, daß wir gegenüber den Bedingungen des vernichtenden Friedens auch nicht mehr das geringste zu tun in der Lage sind. Jetzt müssen wir sehen, wie die Feinde ein **Besatzungsheer im Rheinlande** unterhalten, das $2^1/_2$ Milliarden Aufwendungen verursacht. Auch wir legen die schärfste Verwahrung gegen dieses brutale Vorgehen ein. Wir glauben, daß dieses Vorgehen nicht nur rücksichtslos, sondern auch sinnlos ist; denn insbesondere Frankreich ist es, das uns damit ja jede Möglichkeit nimmt, unsere (C) Wirtschaft wieder aufzurichten und wieder eine geordnete und gesunde Finanzwirtschaft einzuführen, und damit raubt sich Frankreich selbst die Möglichkeit, unsere Kräfte in den Dienst seines eigenen Wiederaufbaues zu stellen. Wir appellieren nicht an die Gerechtigkeit unserer Feinde, wir haben es immer als eine Illusion angesehen, an diese Gerechtigkeit zu appellieren. Wir appellieren aber an die Vernunft der Feinde, insbesondere an die Vernunft Frankreichs, das verloren ist, wenn wir wirtschaftlich verloren sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Ebenso legen wir Verwahrung dagegen ein, daß so unerhörte Beträge für die **Unterhaltung der Überwachungsausschüsse** gefordert werden. Die alliierten Mächte haben die Hoffnung aller derer bitter enttäuscht, die geglaubt haben, daß die großen demokratischen Reiche des Westens das demokratische Deutschland freundlicher behandeln würden als das kaiserliche Deutschland, und insbesondere haben diejenigen sich bitter getäuscht, die glaubten, daß das demokratische Deutschland, das neue revolutionäre Deutschland brüderlich behandelt würden, wie es in den Flugblättern hieß, die die Revolutionäre an die Front geschickt haben, um unsere Soldaten zur Niederlegung der Waffen aufzufordern. Meine Damen und Herren! Jetzt wird allerdings denen, die dieses brutale und tyrannische Vorgehen der Entente mitansehen müssen, die Erkenntnis über Irrtum aufgehen. Diese Einsicht kommt aber zu spät. Wir werden jetzt diese Lasten tragen müssen, solange wir sie tragen können.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Brühl.

Brühl, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! So- (D) wohl der Herr Reichsschatzminister als auch sämtliche Vorredner haben Bezug genommen auf die durch die **Besatzungsarmee entstandenen ungeheuren Kosten** von $2^1/_2$ bis 3 Milliarden. Nun muß ich allerdings sagen, wenn der Vertreter der Deutschnationalen Partei, der Herr Abgeordnete Koch erklärt hat, daß, wenn es bisher noch nicht gelungen sei, durch die Sozialisten an das Gewissen der anderen Völker zu appellieren, daran die Herren die Hauptschuld tragen, die, wie der letzte Redner, der in schneidigstem Offizierston glaubte von dem ruhmreich geführten Krieg sprechen zu können, das Hindernis sind, daß das Gewissen der anderen Völker wachgerufen wird. Wir sind der Meinung, daß, wenn dies eintreten soll, wir dann in erster Linie Klarheit und Offenheit zeigen müssen, daß wir sagen müssen, in welcher Weise unsere Offiziere in Belgien und Nordfrankreich sich bewegt haben. Und wenn die Herren von uns verlangen, daß wir offen und frei erklären, daß wir die Art und Weise verurteilen, wie seitens der Franzosen und Alliierten jetzt bei uns im besetzten Gebiete vorgegegangen wird, so ist das Umgekehrte ebenso notwendig, daß auch wir erklären, daß wir es aufs entschiedenste verurteilen, wie unsere Truppen und besonders unsere Offiziere in Belgien und Frankreich gewütet haben. Ich möchte den Herren der Rechten empfehlen, sich einmal die Broschüre des Professors Förster, die ihnen auch zugegangen ist, anzusehen, wo er das Treiben der Offiziere im besetzten Gebiete einmal nachweist.

(Zurufe rechts.)

Solange das nicht klargestellt wird, werden andere Zustände nicht kommen und deswegen sage ich, wenn wir auch die uns vorgelegte Resolution im Interesse der Allgemeinheit annehmen werden, so wollen wir trotzdem nichts mit denen gemein haben, die in Wirklichkeit als

(**Brühl**, Abgeordneter.)

(A) die eigentlichen Kriegstreiber, die Hauptschuldigen an unseren ganzen heutigen Leiden sind.

Wenn wir weiter gehört haben, daß von so berufener Seite wie von dem Herrn Kollegen Gothein, dem früheren Reichsschatzminister, die Schiebungen und unlauteren Manipulationen, welche bei Verschleuderung des Heeresgutes tatsächlich vorgekommen sind, zugegeben werden, werden Sie anerkennen müssen, daß es tatsächlich außerordentlich schlimm damit stehen muß. Das trifft auch zu. Ich möchte besonders meinen letzten Vorredner darauf hinweisen, daß es gerade die Arbeiterräte gewesen sind, die es verhindert haben, daß noch viel größere **Schiebungen und Unterschleife in den staatlichen Betrieben** vorgekommen sind. Die waren es in erster Reihe, denen wir es zu verdanken haben, daß ein Teil davon wenigstens noch rechtzeitig unterdrückt worden ist.

Mir ist beispielsweise einer der unglaublichsten Fälle, die bei dem Demobilmachungsamt vorgekommen sind, unterbreitet worden. Es betrifft eine **Schiebung**, die **mit der Firma Neumann** vorgekommen ist, und zwar handelte es sich um eine Million Kilogramm **Schwefeläther.** Das ist insofern interessant, als dieser Schwefeläther vom Demobilmachungsamt zum Preise von 1,20 Mark abgegeben werden sollte, während der eigentliche Verkaufspreis, der damals festgesetzt war, 2,22 Mark betrug. Als dann der Arbeiterrat der Pulverfabrik Spandau sich dagegen wandte und erklärte, daß er den Äther unter keinen Umständen herausgeben würde, und auch noch ein anderer Herr, ein Herr Theel, sich ebenfalls dagegen wandte, da war es das Wirtschaftsministerium, welches durch den Herrn Wissell obendrein noch die disziplinarische Bestrafung des Herrn Dr. Theel forderte, weil er sich erlaubt hatte, gegen die betreffenden Herren etwas scharfe Worte zu gebrauchen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Anstatt in erster Reihe die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen, glaubte man nun, den Sündenbock gefunden zu haben.

Man hat dann in diesem besonderen Falle einen Vergleich geschlossen. Dieser Vergleich ist so interessant, daß er hier in voller Öffentlichkeit vorgetragen zu werden verdient. Wenn der Inhalt bestritten wird, bin ich bereit, das betreffende Aktenmaterial zur Verfügung zu stellen. Ich betone übrigens, daß ich heute nicht die Absicht habe, hier etwa einen großen Teil dieser Fälle vorzutragen, sondern daß ich mich in erster Reihe an einige der besonders gravierenden halten will. Dieser Vergleich ist zwischen dem Reichsfiskus, der Demobilmachungsstelle und der Firma Neumann abgeschlossen. Von dieser Firma Neumann war übrigens, was nebenbei auch interessant ist, ein Vertreter als Leutnant in dem Wumba tätig. Der Vergleich ist nun folgendermaßen zustande gekommen: Es werden der Firma Neumann 456 000 Kilogramm sofort geliefert zum Preise von 1,40 Mark. Sofern aber Beschlagnahme dieses Quantums erfolgen sollte oder sonstige nicht vorhergesehene Ereignisse eintreten, durch welche die Firma Neumann nicht in der Lage ist, zu dem Schwefeläther zu kommen, dann garantiert das Reich dieser Firma 501 600 Mark und für die restlichen 544 000 Kilogramm, welche nicht geliefert werden können, zahlt man der Firma 282 680 Mark für entgangenen Gewinn.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dieser Weise wird mit den Reichsgeldern umgegangen. Es kommt noch besonders hinzu, damit die Firma nicht etwa gar zu sehr geschädigt wird, daß ihr zugesichert wird, daß sie den übrigen Schwefeläther in Kriegsanleihe zahlen kann; darum werden ihr diese 282 680 Mark nach dem Kurs der Kriegsanleihe mit 311 169 Mark in Rechnung (C) gestellt, sodaß also dieser ganze Vergleich die Reichskasse in Wirklichkeit mit nichts mehr und nichts weniger als 501 600 Mark und zum andern Teil mit 311 168 Mark Abfindung, summa summarum 812 768 Mark belasten würde. Nun könnte man allerdings sagen — das wird wohl jedenfalls auch der Herr Vertreter des Demobilmachungsamts ausführen —, daß ja das Demobilmachungsamt seinerzeit einen rechtlichen Vertrag mit der Firma abgeschlossen habe. Es wird in dem Schreiben, welches dem betreffenden Amt zur Verfügung gestellt worden ist, schon darauf hingewiesen, daß, da ein Gewinn für die Firma herauskommt, der tatsächlich dem Durchschnittsgewinn im Handel nicht gleichkommt, man die Möglichkeit habe, den Vertrag zu annullieren. Auf alle Fälle sehen Sie aber, daß es tatsächlich die Arbeiterräte gewesen sind, die zuerst das verhindern wollten, und daß letzten Endes man dann seitens des Demobilmachungsamts über den Kopf der Arbeiterräte hinweggegangen ist und diesen Vertrag abgeschlossen hat.

Nun eine andere Angelegenheit, die ich deshalb vorbringen will, weil seinerzeit vom Regierungstisch, ich glaube, es war der Herr Reichswehrminister Noske, auf die **Verschleuderung von Blankleder in Spandau** hingewiesen wurde, daß angeblich Taschen zu billig angefertigt worden sind. Verehrte Anwesende! Ich will darauf hinweisen, daß man nicht mit den paar lumpigen Taschen in Spandau die Staatskasse geschädigt hat, sondern daß man mit anderen Manipulationen, die sich auf Blankleder beziehen, jedenfalls das Reich bedeutend mehr geschädigt hat. Man hat in der **Artilleriewerkstatt Danzig** — die Angelegenheit wird Ihnen bekannt sein — angeordnet, daß 60 016 Kilogramm **Blankleder** an die Lohmannwerke und 69 990 Kilogramm an die Firma Flakowski in Danzig abzugeben seien, was ebenfalls eine Handelsfirma ist. Dieses Blankleder sollte zum Preise (D) von 9,34 Mark pro Kilogramm abgegeben werden. In Wirklichkeit war der damalige Preis 12 Mark pro Kilo

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und höher. Als dann die Artilleriewerkstatt Danzig sich an das Reichsverwertungsamt wandte und erklärte, daß sie es unter keinen Umständen verantworten könne, zu diesem billigen Preis das Leder abzugeben, schreibt das Reichsverwertungsamt, daß unter allen Umständen das Leder abzugeben sei, und zwar könne es nicht in Frage kommen, daß die höheren Preise berechnet werden können, weil die Verkäufe seinerzeit zu den alten Höchstpreisen getätigt worden sind; den Käufern könnten unmöglich nachträglich Kosten berechnet werden, die durch Aufbewahrung, Speichermieten, Umlagerung, Eintrocknung, Zinsverlust usw. entstanden sind. Wenn man dann berechnet, daß diese selbe Firma Flakowski das Leder dann an die Sattler zum Preise von 19 Mark pro Kilo

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weiterverkauft hat, dann muß allerdings hier öffentlich festgestellt werden, in welcher Weise man einerseits bei den großen Verkäufen vorgeht und auf der anderen Seite glaubt, von dieser Stelle aus die geringen Verluste, die seinerzeit durch die Anfertigung der Ledermappen entstanden sind, brandmarken zu müssen.

Ich will weiter noch auf die eigenartige Manipulation hinweisen, indem man in **Spandau Gußstahl und Flußeisen** verkaufte, waggonweise wegschob, und dann wieder eigenartigerweise beim Neueinkauf denselben Waggon, den man als Eisen verkauft hatte, als Stahl wiederbekam, und zwar zu bedeutend erhöhten Preisen. Allerdings war es auch da wieder der Arbeiterrat, der das rechtzeitig inhibiert und die Werkstätten vor größerem Schaden bewahrt hat.

Da ich vordem von dem Blankleder sprach, möchte ich von dieser Stelle aus den Herrn Reichsminister

(**Brühl**, Abgeordneter.)

(A) fragen, ob ihm bekannt ist, daß ungeheuere Mengen Leder und fertige **Lederartikel aus Heeresbeständen nach Polen verschoben** worden sind, und zwar mit Zustimmung des Reichskommissars. Mir ist das deshalb interessant, weil wir ja bekanntlich ungeheueren Überfluß

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und deshalb jedenfalls alle Ursache haben, Leder nach Polen abzugeben an unsere sogenannten polnischen Freunde, die ja bekanntlich die Gunst der Herren Regierungsvertreter besitzen. Wenn man die Dinge näher betrachtet, dann kann man allerdings sagen, daß Polen bei seinem Kampf, den es gegen die Sowjetrepublik führt, das Leder augenblicklich gut gebrauchen kann.

Nun muß ich ebenfalls mit einigen Worten auf die Heeresbetriebe zu sprechen kommen. Einige der Herren Vorredner haben ja schon erwähnt, daß die Spandauer Betriebe am 18. April geschlossen worden sind. Am 1. August hat man endlich die Hauptverwaltung eingesetzt, und erst am 1. Oktober hat diese Hauptverwaltung ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Herr Kollege Giebel hat gestern schon die vorzeitigen Entlassungen aus den Heeresbetrieben getadelt und die **Schließung der Spandauer Betriebe** als überstürzt kritisiert. Die Behandlung dieser Frage in der Presse ist immer und immer wieder von falschen Voraussetzungen ausgegangen. An der Schließung der Betriebe tragen die Parteifreunde des Herrn Giebel in Spandau mit die Hauptschuld.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am 29. März hielt der Reichswehrminister Noske in Weimar darüber seine bekannte Rede, der dann die sogenannte Knüppelrede in Danzig folgte, in der er seine Parteigenossen darauf hinwies, daß sie, wenn es nicht anders ginge, mit dem Knüppel dazwischen hauen sollten, wenn sie weiter in den Staatsbetrieben terrorisiert würden. Er führte weiter aus, daß er dafür sorgen würde, daß die be-(B)stehenden Arbeiterräte beseitigt würden und daß er auch für Ruhe und Ordnung sorgen würde. Das weitere ist dann in ziemlich kurzer Zeit erfolgt. Es fand in Weimar eine Verhandlung mit dem Reichswehrminister Noske statt. Diese Verhandlung wurde eigenartigerweise nicht mit den gewählten Vertretern der Arbeiter von Spandau, mit dem sogenannten Arbeiterrat geführt, sondern es waren nur die Führer der Rechtssozialisten daran beteiligt, und zwar unser Kollege Stahl, der ja da unten sitzt und sich jedenfalls nachher noch dazu äußern dürfte, und die Herren Lück, Leinen, Rottmann und Hesse. Auf Grund dieser Verhandlung in Weimar ist dann der Reichsbetrieb geschlossen worden. Vorher hat sich noch der gesamte Ministerrat darüber verständigt und dieser Schließung zugestimmt. Als sich dann unser Kollege Stahl in einer späteren Sitzung des parlamentarischen Beirats entschieden gegen die Schließung wandte, hat ein Vertreter der Regierung dem Kollegen Stahl erklärt: Ich bitte Sie, Herr Stahl, wie können Sie sich darüber aufregen? Ist doch gerade auf Ihre Veranlassung dieser Beschluß erst zustandegekommen. Der Kollege Stahl hat das bestritten und erklärt, daß er allerdings als Sachverständiger zu dieser Besprechung hinzugezogen worden sei, aber den endgültigen Ausschlag habe er dabei nicht gegeben. Zweifellos ist dies heute dem Herrn Kollegen Stahl unangenehm, da er inzwischen zweiter Bürgermeister von Spandau geworden ist und nun mit den Entlassenen zusammenarbeiten muß. Ich bin überzeugt, daß die damalige Handlungsweise des Kollegen Stahl samt seinen nicht dazu beauftragten Kollegen uns zeigt, daß die Schließung der Spandauer Betriebe lediglich auf politische Motive zurückzuführen ist. Es wurde erklärt, daß der Zentralbeirat nur aus Unabhängigen bestehe, die durch ganz eigenartige Manipulationen zur Herrschaft gelangt seien. Um auch hierüber keine Legende aufkommen zu lassen, will ich ausdrücklich feststellen, daß dieser (C) Zentralarbeiterrat einstimmig gewählt worden ist auf dem Kongreß der Reichsbetriebe, der vom 24. bis 28. Februar in Berlin stattfand und auf dem sowohl die Arbeiter, Angestellten und Beamten durch ihre gewählten Vertreter. als auch die Direktionen der einzelnen Werke anwesend waren. Auf diesem Kongreß ist also der Zentralbeirat gewählt worden, und zwar vollständig ohne politischen Gesichtspunkt, wie ja die einstimmige Wahl und der Mangel an Protesten gegen die Wahl am besten zeigt. Wie kann man sich da noch hier hinstellen und sagen, daß dieser Arbeiterrat lediglich aus Unabhängigen bestanden habe, die nun alle übrigen gewissermaßen terrorisiert hätten? Ich nehme zugunsten der Betreffenden an, daß sie vorher nicht eingehend darüber informiert waren, sondern den einseitigen Zuflüsterungen ihrer Freunde unterlegen sind.

Geehrte Versammlung! Wie hat sich nun in Wirklichkeit nach dem 9. November die Sache in Spandau zugetragen? Als die Arbeiterräte gewählt und eingesetzt waren, war es eine ihrer ersten Aufgaben, Arbeitsbeschaffung für die Betriebe zu besorgen. Im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium wurde eine Generaldirektion gebildet, an deren Spitze der Geheimrat Professor Romberg stand und die die Aufgabe hatte, Aufträge hereinzuholen. Diese Aufgabe scheiterte an dem Widerstand und dem geringen Entgegenkommen der Reichsministerien. Bei einer Verhandlung im Januar erklärte das Reichsschatzamt: „alle Ihre Vorschläge und Anträge sind Zukunftsmusik; machen Sie mit den Betrieben, was Sie wollen, das Reichsschatzamt wird Ihnen keine Mittel bewilligen.“ In welcher Weise sich die ganze Situation in dem Kopfe des Herrn Noske malte, zeigt sich darin am zutreffendsten, daß er in jener Besprechung in Weimar beklagte, daß bei der Revolution die hohen Offiziere von den Arbeiter- und Soldatenräten abgesetzt worden seien und daß nun niemand in der Lage wäre, die Sammellager aufzuteilen; (D) darin läge die Hauptschuld, daß die Sammellager verkommen würden. Von unserem Vertreter wurde nämlich auf das ungeheure Gut hingewiesen, das in diesen Sammellagern vorhanden sei und das jetzt vollständig ohne Aufsicht der Witterung preisgegeben daliege und verfaule, während es, wenn es repariert würde, tatsächlich noch einen großen Wert darstelle und der Landwirtschaft als geeignete Verkehrsmittel übergeben werden könnte. Es wurde darauf hingewiesen, daß es, wenn es hier nicht verwendet werden könne, sogar im Export ausgeführt werden könne. Alles das ist nicht beachtet worden.

Was hat man nun eigentlich für Gründe und Ursachen zur Rechtfertigung der Schließung der Spandauer Betriebe angegeben? Zuerst wurde am 17. April als Grund angegeben, daß die wirtschaftliche Weiterführung der Betriebe in den Heereswerkstätten in Spandau infolge des Angestelltenstreiks nicht möglich sei, und daß durch die nahen Osterfeiertage ohnehin eine längere Unterbrechung der Arbeit bedingt sei. Das war, wie gesagt, am 17. April, und von dieser Zeit an jagte ein Erlaß den anderen. Immer neue Gründe wurden angegeben, weshalb die brutale Aussperrung in Spandau stattfinden mußte. Bereits am 19. wurde wiederum mitgeteilt, daß die Löhne weiter gezahlt werden sollten. Inzwischen hatte man auch herausgefunden, daß die Umstellung der Betriebe zur Friedensarbeit vor sich gehen und daß dies beschleunigt durchgeführt werden solle. Die Reichsregierung würde dazu Sachverständige aus den Kreisen der Fabrikanten, der Arbeiter der Spandauer Werkstätten und anderer Betriebe, ferner Vertreter der Gewerkschaften beziehungsweise der Zentralverbände heranziehen. Soweit ich mich erkundigt habe, sind mindestens die von der Arbeiterschaft selbst gewählten berufenen Vertreter der

(**Brühl**, Abgeordneter.)

(A) Arbeiterschaft nicht zu diesen Konferenzen hinzugezogen worden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als dann schließlich am 17. April die sogenannte „vorläufige" Schließung durch den Kriegsminister angeordnet wurde, wurde sie durchgeführt, ohne daß man auch nur einen Vertreter der Arbeiter dabei gehört hätte.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat die Schließung einfach von oben dekretiert, und damals — und das will ich dem Herrn Vertreter der Rechtssozialisten sagen — kamen auch nur Vertreter Ihrer Partei (zu den Sozialdemokraten) in Frage, die die Sperrung der Spandauer Betriebe durchführten. Wie ich schon vorhin nachwies, sind bei der Schließung der Spandauer Betriebe rein politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen, und erst später hat man sich daran erinnert, daß man die Umstellung auf die Friedensarbeit vornehmen müsse, wie das alle späteren Maßnahmen auf das treffendste beweisen.

Nun möchte ich noch auf folgendes hinweisen: als von unseren Vertretern verlangt wurde, daß sie endlich zu einer der demnächst stattfindenden Verhandlungen zugezogen würden, war am 22. April eine Verhandlung unter Vorsitz des Herrn Ministerialdirektors Dr. Kautz, der, wie ich sehe, ebenfalls heute anwesend ist. In dieser Konferenz, die unter Beisein des Generaldirektors Bach stattfand, wurde von diesem unter anderem gesagt, daß die Betriebe geschlossen blieben. Die Arbeiter sollten aufs Land gehen und die Arbeiterinnen ebenfalls, oder aber sie sollten sich als Gesinde vermieten. Das Rohmaterial aber — das ist gerade das bezeichnende —, das in den Betrieben lagerte und das die Arbeiter bisher nicht herausgegeben hatten, müsse der Privatindustrie zugeführt werden, damit dort Werte daraus hergestellt würden. Das war wohl, wie festgestellt werden kann, der Hauptzweck (B) dieser ganzen Zusammenkunft. Es zeigt sich also, daß tatsächlich das zutrifft, was vorhin von einem der Vorredner, Herrn Dr. Maretzky, hier gesagt wurde, daß in Spandau in einer öffentlichen Versammlung darauf hingewiesen worden sei, daß man, wie es schien, nicht den Willen habe, darauf hinzuwirken, daß die Betriebe sich rentabel gestalten. Ein Teil dieser Herren, wie Herr Dr. Bach usw., waren als Leiter dort mit eingestellt, und wenn die schon der Überzeugung waren, daß das Rohmaterial an die Privatindustrie abgegeben werden müsse, um nachher — das ist doch das Logische an der ganzen Sache —, wenn die Betriebe in Gang sind, zu hohen Preisen von der Privatindustrie das nötige Rohmaterial wieder einzukaufen, so zeigt das eben, in welcher Weise in Spandau zu jener Zeit gewirtschaftet wurde.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß auf Wunsch der Regierung sogar eine Kommission eingesetzt worden war, um Vorschläge zu machen, in welcher Weise die Betriebe wieder in Gang gesetzt werden könnten. Dabei bemerke ich, daß dieser Kommission nur 8 Tage Frist gelassen wurden, um die Vorschläge zu machen. Sie bestand aus je zwei Vertretern sämtlicher technischen Institute Spandaus, zum großen Teil nur aus Technikern und Ingenieuren. Als diese Kommission am Montag, dem 5. Mai, ihren Bericht vorlegte und nachwies, was wirklich in den Werkstätten getan werden könnte, war bereits durch Plakate an allen Anschlagsäulen bekanntgegeben, daß die Auflösung der Spandauer Heereswerkstätten beschlossen worden sei.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In dieser Weise hat man gewirtschaftet. Wenn man heute immer wieder darauf hinweist, wie das auch vorhin der neugewählte Generaldirektor Weinlig von dieser Stelle aus tat, daß tatsächlich früher nichts geschehen, daß alles in Grund und Boden gewirtschaftet worden sei, (C) so kann ich zwar als Laie und Fernstehender nicht genau beurteilen, ob es wirklich der Fall ist; wenn es aber der Fall ist, dann muß festgestellt werden, daß die Arbeiter und die Arbeiterräte ebenso wie die gewählten Arbeitervertreter von Spandau nicht die geringste Schuld daran haben. Sie haben vom ersten Tage bis zur Schließung der Betriebe und auch noch später alles daran gesetzt, Aufträge heranzuschaffen. Andererseits wurden Kommissionen von berufenen Vertretern eingesetzt — beispielsweise wenige Tage nach der Revolution eine solche von zwei Ingenieuren, zwei Betriebsmeistern und zwei Arbeitervertretern —, die gleichfalls die Aufgabe hatten, Arbeit herbeizuschaffen und die Betriebe zu kontrollieren, in welcher Weise die Umstellung auf Friedensarbeit vor sich gehen könnte. Wenn darum Vorwürfe erhoben werden, so sind sie jedenfalls ohne weiteres als ungerecht nachzuweisen.

Des weiteren weise ich darauf hin, daß gerade in jener Zeit, als die endgültige Schließung der Betriebe vor sich ging, man die Errichtung einer modernen Werkzeugabteilung in Angriff genommen hatte. Bekanntlich wird von den Eisenbahnwerkstätten besonders darüber geklagt, daß wohl genug Arbeiter vorhanden seien, daß aber der **Wagen- und Lokomotivmangel** in der Hauptsache darauf beruhe, daß es an dem nötigen Werkzeug fehle. Hier, wo die tatsächlich Berufenen nun eine Werkzeugabteilung einrichten wollten, wird ihnen einfach mit der Stillegung der Betriebe geantwortet!

Man mag hingreifen, wo man will, — überall kann man nachweisen, daß man die Aufträge, die seitens der Reichsstellen an die staatlichen Betriebe, an die Heeresbetriebe herankamen, von höherer Stelle aus wieder rückgängig gemacht hat. Ganz besonders mache ich darauf aufmerksam, daß das Demobilmachungsamt, dessen Schiebungen ich vorhin schon treffend gekennzeichnet habe, ein Rundschreiben erlassen hat an die Gruppenarbeitsgemeinschaft der Metall-, Kleineisen- und Stahlwarenindustrie. (D) Darin wird ausgeführt:

> Das Demobilmachungsamt ist stets dafür eingetreten, daß **technische Institute** des Heeres und der Marine **keine staatlichen Neuaufträge** erhalten. Dieser Grundsatz ist, soweit irgend angängig, auch streng durchgeführt worden.

Sie sehen also, daß man direkt Sabotage getrieben hat, damit die Reichsbetriebe ja keine Aufträge bekommen sollten, und hinterher kommt man her und erklärt: die Arbeiter und, worauf man es besonders abgesehen hat, die Arbeiterräte haben daran Schuld.

Auch darauf möchte ich hinweisen, in welcher Weise nun der neue Kurs, wie er nach der Schließung und teilweisen Wiedereröffnung der Betriebe eingesetzt hat, sich bemerkbar macht. Der frühere Herr Reichsschatzminister Gothein, der ja auch gestern sich zu der Frage geäußert hat, hat ebenfalls einen Erlaß als Reichsschatzminister für die Betriebe herausgegeben, und da schildert er die Grundsätze der neuen Verwaltung. Er erklärt darin, daß getreu der Zusage der Reichsregierung den **Beamten, Angestellten und Arbeitern** die ihnen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften gebührende **Mitwirkung** voll zugesichert werde. Da möchte ich allerdings die Anfrage stellen, welche Zusage der damalige Herr Reichsschatzminister — der Herr Dr. Mayer war es ja damals noch nicht — darunter verstanden wissen will. Soll es die Zusage der Reichsregierung sein, welche seinerzeit die Herren Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann dem Vollzugsrat der Berliner Arbeiter gegeben haben, oder soll es die Zusage sein, daß man jetzt wieder genau so und noch viel schlimmer als während des Krieges in den Betrieben alles aufoktroyiert und diktiert, daß die Arbeiter tatsächlich gar kein Recht mehr

(**Brühl**, Abgeordneter.)

(A) haben? Es mag — ich gebe das ohne weiteres zu — den Anschauungen der Vertreter der bürgerlichen Parteien und natürlich auch den Anschauungen des jetzigen Herrn Reichsschatzministers entsprechen, ohne daß die betreffenden Herren dabei etwas Schlimmes finden, aber Sie dürfen das eine nicht vergessen, daß durch die Revolution in Deutschland und besonders auch in den Spandauer Heereswerkstätten Einrichtungen geschaffen waren, wonach in Zukunft in den Betrieben alles durch Vereinbarung mit der Direktion und den Arbeiterräten vor sich gehen sollte. Wenn ich darauf hinweise, daß beispielsweise schon im Jahre 1917 noch während des Krieges es erlaubt war, daß man die **Werkstattsversammlungen in den Betrieben** abhalten konnte, und jetzt plötzlich durch diesen Erlaß, der nach der Revolution herauskommt, den Arbeitern verboten wird, ihre Versammlungen in den Betrieben abzuhalten, so ist das zweifelsohne eine Verschlechterung selbst gegenüber dem, was schon vor der Revolution vorhanden war.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich brauche nur noch einmal darauf hinzuweisen, daß durch den allerneuesten Erlaß, der jetzt herausgekommen ist durch das Rundschreiben, das allerdings schon durch den Herrn Reichsschatzminister Dr. Mayer herausgegangen ist und vom 14. Oktober datiert ist, ausdrücklich festgelegt wird: wir bestimmen hierdurch, daß, um jede Verschleppung zu vermeiden, in Zukunft die Schriftstücke vor ihrer Absendung den **Arbeiterräten** zur Unterzeichnung oder Begutachtung nicht mehr vorzulegen sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dieser Weise hat man die Errungenschaften der Revolution in den sogenannten Heeresbetrieben oder Staatsbetrieben, die ja, wie der Herr Kollege Giebel gestern erklärte, Musterbetriebe sein sollen, zu wahren verstanden. Soweit mir bekannt ist, wird allerdings ein Teil der (B) betreffenden Arbeiterausschüsse, an die dieses Schreiben gerichtet ist, sich davon nicht beeinflussen lassen, sondern sie werden, soweit sie es bisher gemacht haben, es auch weiter durchführen, bis das Betriebsrätegesetz durchgeführt ist und sie dann die sogenannten neuen gesetzlichen Zustände vor sich haben. Aber der Geist, der da zum Ausdruck kommt, klang eigentlich auch durch die Ausführungen des Herrn Direktor Dr. Katz hindurch, die er im Haushaltsausschuß machte, wo er besonders darauf hinwies, daß es geradezu unglaublich sei, daß es heute noch Betriebe gäbe, wo die Arbeiterräte gegenzeichnen, so daß da allerdings ein großer Teil der Privatindustrie keine Lust habe, in Geschäftsverbindung mit den Reichsbetrieben zu treten, weil dies doch geradezu bolschewistische Zustände verrate. Das sind also die Auffassungen, wie sie sich heute bei der neuen Leitung der Werke zeigen. Da bin ich allerdings der Überzeugung, daß man dann wiederholt und wiederholt Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft haben dürfte. Man geht jetzt überhaupt durch die neuen Herren dazu über, daß man lediglich nur noch dekretiert, alles nur noch bestimmt. Ich habe hier eine Verfügung vom 4. September vor mir; das ganze Zirkular wimmelt nur davon: „ich bestimme“, „es wird bestimmt“, und zwar wird unter anderem bestimmt, daß in Zukunft die Vertretung der Arbeiterschaft nicht mehr lediglich von der Arbeiterschaft in den Werkstätten selbst gewählt werden soll, sondern sie sollen sich einen Ausschuß wählen, und aus diesem will dann die Direktion den eigentlichen Beirat ernennen. Geradezu eigenartig muß es berühren, daß man diese Körperschaft dann als Beirat hinstellt. Es soll der sogenannte **Werksbeirat** und der **Direktionsbeirat** eingeführt werden. Ich muß allerdings sagen, bei dem Worte „Beirat“ denke ich unwillkürlich an den parlamentarischen Beirat, der bekanntlich auch in den Staatsbetrieben vorhanden ist. Wenn dieser Direktionsbeirat (C) ungefähr die „Rechte“ haben soll, wie der parlamentarische Beirat, so will ich von dieser Stelle aus erklären, daß er dann überhaupt keine Rechte hat, daß er lediglich vorhanden ist, um als Verzierung zu dienen, daß er aber unter keinen Umständen irgendwelche Verbesserungen durchführen könnte. Und da möchte ich besonders den Vertreter der Rechtssozialisten, wenn er nachher spricht, ersuchen, uns zu sagen, wieso es kommt, daß seine Freunde, die bisher die Einstellung der Arbeiter geleitet haben, sie so haben durchführen können, daß alle bekannten Arbeiter und Angestellten, welche zur Unabhängigen Partei gehören, nicht mehr in die Staatsbetriebe hineingekommen sind. Das ist eine recht eigenartige Erscheinung, und ich bitte dringend darum, daß dies auch endlich einmal aufgeklärt wird.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß der von dem Herrn Minister angekündigte Gesetzentwurf, nach dem den Arbeitern der durch die Umstellung der Betriebe erwachsende Schaden ersetzt werden soll, dringend notwendig ist, und daß dieser Gesetzentwurf möglichst bald erscheinen muß, damit endlich einmal den Arbeitern, welche durch die Aussperrung besonders leiden und nicht wissen, wohin sie sollen und ob sie Aussicht haben, in den nächsten Wochen mit Eintritt des Winters wieder eingestellt zu werden, geholfen werden kann.

Nun ist hier besonders über die kaufmännischen Prinzipien gesprochen worden. Die Werke sollen lediglich nach kaufmännischen Prinzipien geleitet werden. Da muß ich allerdings sagen: Bei aller Anerkennung der kaufmännischen Prinzipien möchte ich doch wünschen, daß sie in erster Reihe auch nach wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten mitgeleitet werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Gesichtspunkte müssen maßgebend sein, daß man nicht auf der einen Seite wegen ein paar Pfennig Lohnzulage (D) lange Verhandlungen mit den Streikenden führt und dann auf der anderen Seite — und das ist das Gravierende — **Gehälter** zahlt, wie beispielsweise an den Generaldirektor Weinlig im Monat 20 000 Mark, sage und schreibe im Jahre 240 000 Mark. Dies wird damit begründet, daß man zur Leitung solcher Unternehmungen die Gehälter der Privatindustrie zahlen müsse. Soweit mir bekannt geworden ist, ist Herr Generaldirektor Weinlig in der Dillinger Hütte im Saargebiet beschäftigt gewesen. Leider haben ihn die Franzosen gezwungen, das Land zu verlassen. Daß dort allerdings sogar 400 000 bis 600 000 Mark an Gehalt geboten wurden, zeigt doch am treffendsten den Widersinn dieses ganzen kapitalistischen Systems. Auf der einen Seite müssen ungeheure Massen von Proletariern, die doch erst die Arbeit schaffen, wegen einer Lohnzulage von ein paar Pfennigen sogar in einen Streik treten, Verhandlungen pflegen und dergleichen, und auf der andern Seite werden generös Hunderttausende von Mark für einen einzigen ausgegeben. Gerade das zeigt uns am treffendsten, daß dieses ganze Wirtschaftssystem umgeändert werden muß, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung Platz greifen muß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte weiter dem neuen Herrn Generaldirektor, der uns ja vorhin sein Programm entwickelt hat, besonders empfehlen, nicht weiter so vorzugehen, wie er es beispielsweise dieser Tage im Hauptausschuß getan hat, indem er uns vorrechnete, daß der Wegfall der fünf Minuten **Waschzeit,** die die Arbeiter bisher gehabt hätten, dem Reich eine große Ersparnis bringen würde. Der Herr Generaldirektor sprach von 4 Millionen Mark. Das ist die Art und Weise, wie man solche Werke nicht führen soll. Wenn derartige kleinliche Bestimmungen durchgeführt werden, wenn nicht von großen Gesichtspunkten aus Einrichtungen

(Brühl, Abgeordneter.)

(A) geschaffen werden, die für den Betrieb von Nutzen sind, wenn die Arbeiter derartige Vergünstigungen, wie sie sie bisher hatten, verlieren sollen, dann ist an eine gedeihliche Arbeit nicht zu denken. Genau dasselbe trifft auf die Absicht zu, den Arbeitern das **Baden während der Arbeitszeit** nicht mehr zu gestatten. Ich muß gerade hier darauf aufmerksam machen, daß es sogar unter der alten Leitung vor dem Kriege und während des Krieges den Arbeitern erlaubt war, während der Arbeitszeit, bei ihrer schmutzigen Arbeit, ein Bad zu nehmen, allerdings nicht alle zu gleicher Zeit, sondern abwechselnd, sodaß schließlich jeder in der Woche einmal zum Baden kam. Ich bin der Meinung, daß man mit Bezug auf diese Frage nicht lediglich von dem reinen Geldstandpunkte ausgehen darf, sondern daß die Frage der Volksgesundheit maßgebend sein muß. Gerade in den Staatsbetrieben müßte man sich in allen Dingen auf eine wirtschaftspolitische Grundlage stellen. Daß das möglich ist, zeigt mir eine Meldung, die ich vom **Gardekorps-Nachrichtenpark** bekommen habe. Dort hat sich der Arbeiterrat zu einer **Produktivgenossenschaft** zusammengeschlossen. Diese Produktivgenossenschaft hat für mehrere Millionen Mark Maschinen und Materialien übernommen, und das Reich hat von dieser Produktivgenossenschaft lediglich eine Anzahlung von wenigen tausend Mark verlangt. Die Produktivgenossenschaft hat dann eine Fabrik gegründet, und in dieser Fabrik sind heute bereits mehrere hundert Arbeiter beschäftigt. Das ganze Unternehmen basiert darauf, daß die Überschüsse nicht etwa dem Einzelnen in die Tasche fließen, sondern die Überschüsse werden lediglich dazu verwandt, den Betrieb immer weiter auszubauen. Ich möchte die Reichsverwaltung bitten, gerade solchen Unternehmungen, die in dieser Weise von wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten ausgehen, entgegenzukommen und Kredite zur Verfügung zu (B) stellen.

Man hat hier versucht, nachzuweisen, daß die **Arbeiterräte** in den Betrieben keinerlei Tätigkeit entfalten und daß sie allein durch ihre **Kontrolle,** die ihnen ja jetzt genommen worden ist, dem Staate hohe Summen kosten, die gespart werden könnten. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß beispielsweise durch die Kontrolle, die der Arbeiterrat bei einer Nachforderung der Firma Kayser in Berlin ausgeübt hat, er eine Summe in Höhe von 243 973,96 Mark beanstandet hat und dieselbe auf Anordnung des Arbeiterrats auch nicht ausgezahlt worden ist. Wenn der Arbeiterrat nicht vorhanden gewesen wäre, hätte die alte Leitung jedenfalls die Summe anstandslos ausbezahlt. Aus den Büchern der Werkstätten wird ja auch hervorgehen, daß derartige Nachforderungen bisher stets anstandslos ausgezahlt worden sind. Das gleiche geschah mit einer Nachforderung von 542 346,81 Mark von der Firma Krupp in Essen und einer weiteren Nachforderung dieser Firma von 496 714,22 Mark. Der Arbeiterrat verhinderte es auch hier, diese Summen auszuzahlen. An diesen Beispielen können Sie ersehen, daß die so viel geschmähte Tätigkeit des Arbeiterrats für die Spandauer Betriebe von großem Nutzen gewesen ist. Nachdem Sie den Arbeiterrat jetzt so gut wie völlig abgesägt haben, werden Sie jedenfalls sehen, wie die Arbeitslust der betreffenden Arbeiter in Spandau steigen wird. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß selbst bis weit in die Kreise der Demokraten und der Vertreter der Gewerkvereine hinein zugegeben wird, daß die Spannung und Aufregung selbst unter den ausgesiebten und ausgesuchten Arbeitern der heutigen Spandauer Betriebe derartig groß ist, daß Sie, wenn die Generaldirektion weiter so vorgeht wie bisher, bei diesen Arbeitern in den nächsten Wochen einige Überraschungen erleben können. So geht es zu, wenn Sie ohne Arbeiterräte vorgehen. Deshalb möchte ich Sie (C) dringend bitten, dafür zu sorgen, daß der durch das Parlament geschaffenen Einrichtung, dem sogenannten **parlamentarischen Beirat,** auf den jetzt die Vertreter der Arbeiter und die Arbeiter selbst ihr ganzes Vertrauen setzen, endlich Aufgaben zugewiesen werden. Er soll eine wirkliche Überwachungs- und Kontrollinstanz sein und nicht lediglich vor einer entscheidenden Umstellung der Staatsbetriebe gehört werden. Wenn der parlamentarische Beirat so weiter behandelt wird wie bisher, so werde wenigstens ich für meinen Teil darauf verzichten müssen, einer solchen Körperschaft anzugehören, die tatsächlich nach außen hin für die Arbeiter den Anschein erweckt, als ob sie gewisse Rechte habe, die aber in Wirklichkeit gar nicht mitzusprechen hat.

Zum Schluß möchte ich dann ersuchen, daß die Reichsbetriebe in Zukunft von der Direktion gemeinsam mit den Arbeiterräten verwaltet werden. Das allein wird die Arbeitsfreudigkeit in den Betrieben erhöhen. Erst dann wird man der neuen Zeit Rechnung tragen und erreichen, was wir alle wollen und was von den verschiedensten Rednern schon ausgeführt worden ist, daß nämlich die Reichsbetriebe tatsächlich Musterbetriebe werden.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerialdirektor Kautz.

Kautz, Ministerialdirektor im Reichsschatzministerium: Der Herr Vorredner hat mehrere Einzelfälle von Schiebungen mit Heeresgut vorgebracht. Den ersten der Fälle möchte ich ausschalten. Es handelt sich um die **Schiebung von Schwefeläther.** Er soll zunächst gekauft, dann verkauft und schließlich ein Vergleich abgeschlossen worden sein, nach welchem das Reich um sehr erhebliche Beträge geschädigt worden sei. Der Herr Vorredner hat bereits erwähnt, daß die Sache nicht das Reichsver- (D) wertungsamt angeht, sondern lediglich das Demobilmachungsamt.

Was den zweiten Fall der **Schiebungen** anbelangt, so soll **Metall** auf einen Wagen heraus- und wieder hereingefahren und zu einem erheblich höheren Preise zurückgekauft worden sein. Der Fall ist uns nicht bekannt. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß der Fall in den Heereswerkstätten vorgekommen ist, als die Heereswerkstätten noch nicht unter der Verwaltung des Reichsschatzministeriums standen. Ich halte es aber für unsere Pflicht, jedem Falle, wie der Herr Minister gestern schon erklärt hat, nachzugehen, und würde Herrn Abgeordneten Brühl bitten, uns das Material, wozu er sich freundlichst bereit erklärt hat, zur Verfügung zu stellen.

Der dritte Fall bezieht sich auf **Lederverkäufe in Danzig** zu angeblich zu geringen Preisen. Es ist bekannt, und ich darf daran erinnern: als diese Verkäufe getätigt wurden, wurde das Leder zwangsbewirtschaftet, und es waren Höchstpreise festgesetzt. Das Reichsverwertungsamt hatte also mit den Preisen nichts zu tun, sondern die betreffende Kriegsgesellschaft, die nicht unter der Aufsicht des Reichsschatzministeriums steht. Wenn damals Leder zu festgesetzten Höchstpreisen verkauft wurde und später die Höchstpreise erhöht wurden, so war es ausgeschlossen für jeden fairen Kaufmann und noch viel mehr für das Reichsschatzministerium, höhere Preise, die später eingetreten sind, zu benutzen, um sich von dem Verkaufe zurückzuziehen. Es war ganz berechtigt, und der Herr Abgeordnete Brühl, wenn er den Fall nachprüft — daran zweifle ich nicht —, wird auch zu diesem Schlusse kommen, daß der Verkauf verbindlich getätigt war und infolgedessen auch nur die niedrigeren Preise gefordert werden konnten.

Bei dem vierten Fall, den der Herr Vorredner erwähnt hat, gehe ich nicht fehl, daß das ein Fall ist, der

(**Kautz**, Ministerialdirektor im Reichsschatzministerium.)

(A) bereits die Nationalversammlung in ihrer früheren Sitzung vom 13. Oktober beschäftigt hat. Herr Abgeordneter Brühl hat gesagt, es handle sich um **Leder**, das **nach Polen verschoben** werden sollte. Wahrscheinlich meint er damit Tornister, die vom Reichsverwertungsamte zu einem verhältnismäßig guten Preise für das Inland verkauft waren, die nun nach Polen ausgeführt werden sollten. Das Reichsverwertungsamt hat damit nicht das geringste zu tun. Es war verkauft für das Inland. Wird aus derartigen Verkäufen für das Inland von dem Käufer Ware für das Ausland bestimmt, so muß hierzu unsere Genehmigung eingeholt werden. Wir erhöhen dann entsprechend den Marktpreisen und entsprechend dem Valutastande den Kaufpreis für das Ausland. In diesem Falle hatte das Reichsverwertungsamt die Genehmigung zur Ausfuhr verweigert. Der betreffende Käufer hat es nichtsdestoweniger verstanden, sich die Ausfuhrgenehmigung zu verschaffen; wie er das gemacht hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls hat das Reichsverwertungsamt in dem Momente, wo es Kenntnis davon bekam — das ist durch die Kriminalpolizei in erster Linie geschehen —, sofort diese Tornister mit Beschlag belegt und verhindert, daß sie nach Polen ausgeführt wurden.

Sie sehen gerade aus dem zweiten Falle, mit dem **Verkaufe von Leder in Danzig** zu angeblich zu niedrigen Preisen, wie richtig es ist, was der Herr Minister gestern ausgeführt hat, daß der größte Teil der Vorwürfe, die gegen das Reichsverwertungsamt erhoben werden, an die falsche Adresse gerichtet sind.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gegen wen sollen sie denn erhoben werden?)

Herr Abgeordneter Brühl, das Reichsschatzministerium war nicht in der Lage, die Preise für diese Lederverkäufe festzusetzen, sondern getätigt wurden sie, wie ich sagte, nach den Höchstpreisen der Kriegsgesellschaft, die nicht (B) unter Aufsicht des Reichsschatzministeriums steht. Das Reichsschatzministerium ist daran gewissermaßen als Verrechnungsstelle beteiligt, indem es den Gegenwert des verkauften Leders einzieht.

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort ist nicht weiter erbeten; wir kommen zur Abstimmung. In die letzte Rubrik sind die Zahlen aus dem Ergänzungsetat natürlich herübergenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Titel so annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

Nun liegen auf Nr. 1255 Entschließungen des Ausschusses vor, die in einem Teile abgeändert sind durch die gestern verteilte Drucksache 1280. Es bleiben unverändert die Ziffern a, b, c und e, welche ich als angenommen erklären kann. — Ich stelle das fest.

Dann bitte ich diejenigen, welche die Entschließung unter d nach der Fassung in Drucksache 1280 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; diese Entschließung ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11. — Angenommen.

Wir kommen zu Kap. 68 e, Provinzialverwaltungen. Ich rufe auf Tit. 1 und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr.-Ing. Wieland das Wort.

Dr.-Ing. **Wieland,** Abgeordneter: Verehrte Versammlung! Der Herr Reichsschatzminister und ebenso mein Freund Gothein haben gestern ausführlich den großen **Aufgabenkreis des Reichsschatzministeriums** umschrieben. Der Herr Reichsschatzminister hat mit Recht gesagt, es stehen dem Reichsschatzministerium ungeheure Aufgaben bevor. Ich unterschreibe diese Ansicht vollständig. Er (C) hat weiter ausgeführt, daß diese Aufgaben hauptsächlich auf technischem und kaufmännischem Gebiete liegen. Ich möchte mich mit dem ersteren befassen.

Wichtig ist zur Lösung dieser schweren Aufgaben, daß die Technik die gebührende Stellung nicht nur im Ministerium, sondern auch in den nachgeordneten Behörden erhält. Es ist eine alte Klage und feststehende Tatsache, daß bisher die Technik nur in untergeordneter Weise in den Ministerien vertreten war. Eigentlich war der **Techniker** nur der Handlanger des Verwaltungsbeamten. Mit diesen alten Mißständen muß jetzt im Volksstaat unbedingt aufgeräumt werden. Die Verwaltungsbeamten, seien sie Juristen, Techniker oder Kaufleute, müssen einander unbedingt gleichgestellt werden, wenn man dafür sorgen will, daß sie in ihrer Laufbahn ihren Beruf freudig ausüben und diese einen Anziehungspunkt für erstklassige Kräfte im Staate bildet. Die Kriegserfahrungen sind in dieser Hinsicht sehr lehrreich, und wir müssen danach trachten, dieselben auszunützen. Der technische Dilettantismus, der bei der Heeresverwaltung Brauch war, hat das Volk nicht nur Hunderte von Millionen, sondern insbesondere auch viel Blut gekostet.

Der Militärverwaltung wurde seinerzeit in einer Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure im Jahre 1917 ihr Sündenregister von dem damaligen Vorsitzenden Geheimen Baurat Rieppel vorgehalten. Es ist sehr interessant festzustellen, welches Schicksal eine Eingabe gehabt hat, die dieser bedeutsame Verein im April 1917 an Reichkanzler, Kriegsminister und Schatzsekretär gerichtet hat. Die Kreise der Technik haben sich einhellig mit dieser Eingabe einverstanden erklärt, und das war ein Beweis, wie wichtig sie von allen Seiten angesehen wurde. Was ist aus dieser Eingabe, in der die Kriegserfahrungen niedergelegt waren, geworden? Reichskanzler und einige Staatssekretäre haben den Empfang bestätigt, (D) und dabei ist es geblieben. Folgerungen haben die Behörden nicht daraus gezogen. Es ist aber wichtig festzustellen, daß es sich bei dieser **Eingabe** für den **Verein deutscher Ingenieure** und die mit ihm zusammenhängenden Verbände nicht darum gehandelt hat, die Machtbefugnisse lediglich aus Machthunger zu erweitern, sondern es war nur die Sorge um die Allgemeinheit, die den Verband veranlaßt hat, der Regierung zur Kenntnis zu bringen, wie mangelhaft die **Technik bei der Militärverwaltung** vertreten war.

Die Beseitigung der Übelstände ist um so wichtiger, als wir jetzt eine parlamentarische Regierung haben. Darum muß von den Parteien dafür gesorgt werden, daß wir mehr **Sachverständige in das Parlament** bekommen. Denn wenn wir solche nicht haben, wie sollen wir dann Gesetzesvorlagen, wie zum Beispiel diejenige der Elektrizitätswirtschaft oder die Neuschaffung des Reichsverkehrsministeriums richtig beurteilen? Sämtliche Parteien — ich möchte diesbezüglich einen Appell an alle Fraktionen richten — müssen dafür sorgen, daß in Zukunft mehr Sachverständige von den verschiedensten Berufen in das Parlament gewählt werden. Der Bund der technischen Berufsstände, der der Spitzenverband sämtlicher technischer Verbände ist, hat sich zur Aufgabe gemacht, erstens dafür zu sorgen, daß mehr Techniker in die Parlamente kommen, und zweitens, daß der Technik die ihr gebührende Stellung im Staate eingeräumt wird. Dies muß dadurch erreicht werden, daß die **Techniker der juristischen Verwaltungsbeamten gleichgestellt** werden. Bisher war es immer so, daß der Techniker, wenn er das Ohr des Ministers haben wollte, sich des Verwaltungsbeamten als Sprachrohr bedienen mußte. Es war ein geradezu schreiender Mißstand, daß junge Assessoren die Referenten waren und ihnen alte Techniker unterstanden.

(Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter.)

(A) Es muß für einen **Aufstieg der Techniker im Staate** gesorgt werden. Wie war es da früher? Mein Freund Gothein hat mir in dieser Richtung ein sehr lehrreiches Beispiel mitgeteilt, das er an seinem eigenen Leibe verspürt hat. Er war schon etatsmäßiger Beamter, während ein Jurist noch Referendar war, der nachher sein Vorgesetzter wurde und früher Oberbergrat war, als Gothein zum Bergrat aufrückte. Das sind Mißstände, die natürlich eine Arbeitsfreudigkeit bei den technischen Beamten nicht erzeugen können. Grundbedingung ist, daß man diesen Beamten eine Laufbahn im Staate eröffnet derart, daß auch erstklassige Techniker das Bestreben haben, in den Staatsdienst einzutreten. Hierzu sind aber zwei Grundbedingungen nötig. Die eine ist, daß die Einteilung der Ämter auch in entsprechender Weise getroffen wird. Nun sind in dieser Richtung schon die verschiedensten Klagen laut geworden, es ist sogar schon behauptet worden, daß die Etataufstellung ohne Anhörung der Techniker gemacht worden sei. Ich habe diese Bemängelung schon im Haushaltsausschuß vorgebracht, ohne vom Herrn Minister widerlegt worden zu sein. Daß Techniker auf dem Verwaltungsgebiete Hervorragendes leisten können, das hat kein geringerer bewiesen, als der Schöpfer der Selbstverwaltung, der Freiherr v. Stein. Derselbe war ursprünglich in die juristische Laufbahn eingetreten, aber dieselbe hat ihm nicht zugesagt. Interessant ist, was er darüber an einen Freund schrieb, „daß er durch die Masse der Begriffe, womit er das Gedächtnis belaste, den Geist ermüde und alle Einbildungskraft ersticke". Das war sein Urteil über das juristische Studium. Er hat sich von demselben ab- und der Technik zugewandt, in der er Hervorragendes geleistet hat, es im preußischen Staat zum Minister gebracht hat und zum Schöpfer der Selbstverwaltung wurde, die bis jetzt ihresgleichen sucht. Ich sage das, um zu beweisen, daß auch der Techniker (B) Hervorragendes in der Verwaltung leisten kann.

Die **Provinzialverwaltungen**, die **Abteilung III**, enthalten 1. die Liegenschafts- und Bauverwaltungen, 2. die Verpflegungsabteilung, 3. das Bekleidungs-, 4. das Remontewesen. Nun muß ich sagen, diese Zusammenstellung dieser verschiedenen Unterabteilungen ist etwas sonderbar, denn die Liegenschafts- und Bauverwaltung hat vorzugsweise technische Fragen zu bearbeiten. Was hat damit das Verpflegungs-, Bekleidungs- und Remontewesen zu schaffen. Der Techniker versteht vom Remonte- und Verpflegungswesen nichts. Es muß daher gesagt werden, daß hier ein organischer Zusammenhang eigentlich nicht vorliegt. Man wird sich fragen müssen, ob es nicht besser wäre, später eine reine Bauabteilung zu schaffen, um die technischen Fragen in ihr zu sammeln und zu behandeln.

Eine weitere Klage liegt aus Bayern über die Landesfinanzämter vor, hauptsächlich über die **Zusammensetzung des Landesfinanzamts München.** Es ist interessant, wenn man die Aufstellung verfolgt, zu sehen, daß das Landesfinanzamt, von dem doch gesagt werden muß, daß es vorwiegend technische Aufgaben zu bearbeiten hat, von einem Wirklichen Geheimen Oberkriegsrat geleitet wird. Das ist kein Techniker. Also Sie sehen, daß man jetzt auch schon wieder damit vorgeht, solche Stellen mit Verwaltungsbeamten zu besetzen. Wenn man die neuen Referate vergleicht, so ist unter ihnen nur das neunte von einem technischen Vorstand, einem Baurate, besetzt, ein klarer Beweis, wie auch jetzt bei dem Neuaufbau des Reichsschatzministeriums und der nachgeordneten Ämter vorgegangen wird: daß der Techniker zu kurz kommt und die Verwaltungsbeamten wieder die Hauptrolle spielen.

Der zweite Hauptpunkt, um den Technikern eine entsprechende Laufbahn zu eröffnen, ist die zweckmäßige Besetzung der Stellen, von denen ich zum Teil eben jetzt (C) schon gesprochen habe. Soeben hat das hohe Haus in den Entschließungen, die es angenommen hat, einen Antrag unter Ziff. II b angenommen, der von mir im Ausschuß gestellt wurde und der dahin lautet, daß die Regierung Sorge tragen möge, die **höheren technischen Beamten** den juristisch vorgebildeten Beamten in ihren **Anstellungs- und Beförderungsverhältnissen** grundsätzlich gleichzustellen und in angemessener Zahl zu verwenden. Es muß hier nicht nur für dieses Ministerium, sondern überhaupt für die gesamte Reichsverwaltung ausgesprochen werden, daß die Techniker grundsätzlich den juristisch gebildeten Verwaltungsbeamten gleichzustellen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun möchte ich gleich hier sagen, daß dieser Etat doch mehr ein Versuchsetat ist, daß die Regierung bei der Besetzung der etatmäßigen Stellen angesichts der großen Meinungsverschiedenheiten, die über diese Besetzung herrschen, doch recht vorsichtig vorgehen möge; denn sonst könnte beim nächsten Etat, wenn sich diese Meinungsverschiedenheiten wieder zeigen, es vorkommen, daß vom Reichstag wieder Stellen gestrichen werden, die schon etatsmäßig besetzt sind.

Gestern hat der Herr Minister auf eine Anfrage meines Freundes Gothein mitgeteilt, daß im Amtsbereich der Provinzial- und Ortsbehörden 184 juristische Verwaltungsbeamte und 154 Techniker beschäftigt sind. Ich habe mir diese Ziffern näher angesehen und einmal untersucht, wie diese Beamten verteilt sind. Da stellt sich das interessante Ergebnis heraus, daß die Beamten folgendermaßen verteilt sind: beim Kap. 68 e Tit. 1: 192 Verwaltungsjuristen und bei 68 f: 10; das sind zusammen 202. Denen stehen bei der Provinzialinstanz nur 34 Finanz- und Bauräte gegenüber. Also eine erdrückende Mehrheit von Verwaltungsbeamten! In der Unterinstanz, in den Lokalverwaltungen sind aber bei Kap. 68 g Tit. 1 und 68 f insgesamt 130 Bauamtmänner und kein Verwaltungs- (D) beamter; also stecken die Techniker in der Hauptsache in der Unterinstanz.

Nun, meine Damen und Herren! Wie soll es diesen **Technikern** ermöglicht werden, in die **oberen Instanzen** aufzusteigen, wenn dort nicht die entsprechenden Stellen geschaffen werden und die Verwaltungsbeamten in dieser erdrückenden Überzahl verbleiben? Ich kann mir auch nicht denken, wie die technischen Fragen in den Oberinstanzen behandelt werden sollen, wenn die Techniker derart in der Minderzahl sind. Es ist eine zwingende Notwendigkeit, daß hier eine grundsätzliche Änderung vorgenommen wird, und daß die Techniker ganz anders berücksichtigt werden, als dies jetzt der Fall ist. Mir wird ferner mitgeteilt, daß von den Verwaltungsbeamten 100 Prozent übernommen worden sind und außerdem noch junge Finanzassessoren gesucht werden. Wie sieht es aber bei den Technikern aus? Von den Technikern sollen nur 40 Prozent übernommen sein, obgleich in diesem Ministerium, wie aus den Beilagen zu ersehen ist und wie auch der Herr Minister gestern ganz richtig gesagt hat, vorwiegend technische Aufgaben zu bearbeiten sind!

Zum Schluß noch ein Wort zu den Eingaben. Es liegt eine **Eingabe des Bundes höherer Baubeamten Deutschlands** vor, deren Inhalt sehr beachtenswert ist. Der Haushaltsausschuß hat deswegen bezüglich dieser Eingabe an das hohe Haus den Antrag gestellt, diese Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung hinüberzugeben. Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß auch von der Regierung die nötigen Nutzanwendungen aus dieser Eingabe gezogen werden.

Ich fasse mich dahin zusammen: Wenn sowohl die neue Regierung als das Parlament ihrer Aufgabe gewachsen sein wollen, so müssen sie in bezug auf die Verwendung der Techniker die alten Schäden ausmerzen und

(Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter.)

(A) dazu in den Ministerien, die zum Teil ja neu geschaffen werden, dementsprechend einen neuen Boden legen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Reichsschatzminister.

Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister: Ich habe bereits am Schluß der gestrigen Sitzung an der Hand von Zahlen nachgewiesen, in wie hohem Maße den Wünschen der **Techniker** gerade bei der **Neuorganisation des Reichsschatzministeriums** Rechnung getragen worden ist. Ich habe darauf hingewiesen, daß die große Industrieabteilung des Reichsschatzministeriums ausschließlich mit Technikern und Kaufleuten besetzt ist. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß die Reichsvermögensämter, welche die Bau- und Verwaltungsaufgaben durchzuführen haben, ausschließlich von Baubeamten geleitet werden. Das Ziffernverhältnis zwischen den juristischen Verwaltungsbeamten und den Baubeamten in den Provinzial- und Lokalverwaltungen ist, wie ich schon ausführte, 184 zu 154.

Ich glaube, damit nachgewiesen zu haben, daß den Technikern tatsächlich die Stelle eingeräumt worden ist, die ihnen gebührt. Der Herr Abgeordnete Wieland hat gegenüber meinen gestrigen Ausführungen heute eigentlich nur das eine vorgebracht, daß in den **Landesfinanzämtern** Abteilung III, die die übergeordneten Behörden der Reichsvermögensämter sein werden, für die **Techniker** zu wenig **Aufrückungsmöglichkeiten** geschaffen werden. Das beruht darauf, daß die ganze Bauverwaltung den Reichsvermögensämtern zur selbständigen Erledigung übertragen worden ist und bei den Landesfinanzämtern Abteilung III nur eine obere Kontrolle stattfinden soll. Wir wollen aber auch den Techniker nicht lediglich in technische Stellen einrücken lassen, wir gehen vielmehr gerade so vor, wie (B) der Herr Abgeordnete Wieland es wünschte, indem wir den Techniker auch in Verwaltungsbeamtenstellen vorrücken lassen und damit erstmalig den Versuch machen, es den Technikern zu ermöglichen, auch als Verwaltungsbeamte andere als technische Aufgaben zu erfüllen. Wir wollen hoffen, daß die Techniker diese Gelegenheit wahrnehmen, um ihre auch nach meiner Meinung vorhandene hervorragende Eignung für den Verwaltungsbeamten zu erweisen. Sie haben nicht nur die Aufstiegmöglichkeit in Verwaltungsstellen der Landesfinanzämter Abteilung III, sondern bis hinauf in die Zentrale des Ministeriums. Im übrigen werden diese Landesfinanzämter Abteilung III, wie Herr Abgeordneter Wieland ganz richtig vermutet, erst an der Hand der praktischen Erfahrungen endgültig aufgebaut werden. Die Zusammenlegung der aktiven Militärverwaltung und der Liegenschaftsverwaltung wird sich auch nach meiner Meinung nicht überall dauernd aufrecht erhalten lassen. Ob und nach welcher Richtung hier in Zukunft eine Änderung eintreten soll, wird die Erfahrung lehren, und ich hoffe, bereits im nächsten Etat Ihnen entsprechende Vorschläge unterbreiten zu können.

Vizepräsident **Haußmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Laverrenz.

Laverrenz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Ministers haben zu meinem lebhaften Bedauern mich und meine politischen Freunde nicht zufrieden gestellt, und ich möchte mir daher noch ein kurzes Wort zur Frage der grundsätzlichen **Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den juristisch vorgebildeten höheren Beamten** an dieser Stelle erlauben.

Es ist und bleibt auffällig, daß nach dem Etat bei den Landesfinanzämtern einschließlich der 16 Direktorenstellen den 192 Beamten mit juristischer Vorbildung nur (C) 32 mit technischer Vorbildung gegenüberstehen. Das ist und bleibt ein auffälliges Mißverhältnis, das sich in den Zahlen 6 zu 1 ausdrückt, und es springt um so mehr in die Augen, weil das Arbeitsgebiet dieser Behörden ein vorwiegend technisch-wirtschaftliches beziehungsweise bau- und maschinentechnisches ist. Diese Tatsache ist schon deshalb nicht zu bestreiten, weil nach der Denkschrift die gesamte Reichsbauverwaltung mit alleiniger Ausnahme der Post- sowie alle Unterkunftsangelegenheiten der Heeres- und Marineverwaltung von diesen Ressorts, das heißt von den **Landesfinanzämtern** und den ihnen nachgeordneten **Reichsvermögensämtern** übernommen werden sollen. Angesichts dieser Sachlage ist es durchaus verständlich, daß die höhere Technikerwelt mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt hat, in welchem Umfange die **höheren technischen Beamten** bei der Besetzung der etatsmäßigen Stellen im Reichsschatzministerium berücksichtigt worden sind. Nach dem Aufbau dieses Etats muß festgestellt werden — darüber werden Sie in den beteiligten Kreisen nur eine Stimme hören —, daß die Hoffnungen der höheren Techniker sich nicht erfüllt haben. Insbesondere sind die unmittelbar betroffenen Kreise, das heißt die höheren technischen Beamten der bisherigen Heeresbauverwaltung und der technischen Institute des Heeres und der Marine, mit der getroffenen Lösung keinesfalls einverstanden. Das erscheint um so begreiflicher, weil es sich für diese Herren um eine Lebensfrage handelt. Sie hatten billigerweise auf Übernahme in das Reichsschatzministerium ihre Hoffnung gesetzt. Wie sind nun aber diese Aussichten? Nach den Mitteilungen, die mir geworden sind, beträgt die Zahl dieser Beamten 372. Im Etat aber stehen nur 32 Stellen für Finanz- und Bauräte und 120 für Bauamtmänner, also im ganzen 152 zur Verfügung. Ich frage den Herrn Minister: was soll aus den 220 Be- (D) amten werden, wenn ihre Tätigkeit bei den einzelnen Abwickelungsstellen beendet ist? Will man sie kurzerhand entlassen? Will man sie auf Wartegeld setzen? Will man sie pensionieren? Das wäre im Zeitalter der angeblichen Sparsamkeit jedenfalls keine glückliche Lösung. Aber auch für die **mittleren Baubeamten** eröffnen sich ähnliche trübe Aussichten. Nach den im Etat vorgesehenen Stellen werden über 100 dieser Beamten nicht auf eine weitere Beschäftigung im Staatsdienst beziehungsweise auf eine Übernahme in das Reichsschatzministerium rechnen dürfen. Ich erwähne diese Zahlen nur, um die Beunruhigung und Sorge zu charakterisieren, die zurzeit in diesen Kreisen herrscht.

Einer der Herren Regierungskommissare erklärte im Ausschuß, daß die weitere Verwendung aller dieser Baubeamten im Reichsschatzministerium nicht möglich sei. Er fügte aber bezeichnenderweise hinzu, daß man nicht das Experiment machen könne, den **Techniker** mit **Verwaltungsaufgaben** zu betrauen, denen er nach seiner Vorbildung beziehungsweise Ausbildung nicht gewachsen sei. Das ist die Widerspiegelung des veralteten Standpunktes aus dem früheren Deutschland, der dazu geführt hat, daß wir schließlich — um es mit einem Wort zu kennzeichnen — eine Art Juristenmonopol im Staatsdienst bekommen haben. Der Techniker war lediglich der Sachverständige, aber auch der Nur-Sachverständige, in den meisten Fällen eine Art Aschenbrödel oder Handlanger gegenüber dem privilegierten juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten. Die Auffassung, daß der Techniker für Verwaltungsaufgaben nicht geeignet sei, ist für die jüngere Generation schon aus dem Grunde nicht zutreffend, weil der Ausbildungsgang auf den Hochschulen zurzeit auf die wirtschaftliche und verwaltungstechnische Ausbildung einen sehr viel größeren Wert legt, als das bei den älteren Jahrgängen der Fall gewesen ist.

(**Laverrenz,** Abgeordneter.)

(A) Heute liegen die Dinge so, daß alle Welt einig ist in der Forderung, daß der **Technik** eine hervorragendere Stelle beim **Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens** eingeräumt werden muß, als es früher der Fall war. Denn einmal müssen wir die technischen Hilfsmittel im Produktionsprozeß in denkbarster Weise vervollkommnen, zweitens die technischen Arbeitsmethoden so wirtschaftlich als möglich gestalten und drittens die stark verkümmerten Energiequellen, die uns der Friedensvertrag gelassen hat, technisch noch besser ausnutzen, als es bisher geschehen ist. Das kann aber nur geschehen, wenn dem Techniker ein entscheidender Einfluß eingeräumt wird. Man muß daher dringend wünschen, daß die Regierung des neuen Volksstaates sich diesen Standpunkt zu eigen macht. Bei dem vorliegenden Etat ist nach unserer Auffassung für die Technik zu wenig geschehen. Ein Unterausschuß, der sich mit der Frage beschäftigen sollte, hat angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr eingesetzt werden können.

Wir möchten an die Regierung die Bitte richten, daß sie beim Reichswirtschaftsministerium und bei dem neuen Ministerium für Wiederaufbau dieser Frage ihre ernsteste Aufmerksamkeit entgegenbringt. Die Entschließung auf Seite 2, Nr. II b der Drucksache Nr. 1255 bitten wir daher dringend zu berücksichtigen.

Ich möchte mit der Anlehnung an ein bekanntes Wort schließen: Setzen Sie den Techniker in den Sattel, reiten wird er schon können.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort ist weiter nicht erbeten; die Erörterung ist geschlossen. Tit. 1 ist bewilligt.

Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. — Unbeanstandet.

(B) Kap. 68 f, Reichsvermögensverwaltung der besetzten rheinischen Gebiete, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Unbeanstandet.

Kap. 68 g, Reichsvermögensämter, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8 nach dem Vorschlage des Ausschusses auf Nr. 1255. — Ich stelle die Annahme dieser Titel fest.

Kap. 68 h, Reichsverpflegungsämter, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Unbeanstandet.

Ich rufe auf Kap. 68 i, Reichsbekleidungsämter, Tit. 1. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon. — Er ist nicht anwesend.

Ich stelle fest, daß Tit. 1 angenommen ist. — Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Angenommen.

Kap. 68 k, Remonteämter, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Ich stelle die Annahme fest.

Nun kommen die einmaligen Ausgaben, Kap. 8a Tit. 1.

Dazu erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Stücklen, Abgeordneter, Berichterstatter: Hier werden 45 Millionen Mark verlangt zum Ankauf von zwei Grundstücken in der Wilhelmstraße. Das eine ist in Aussicht genommen als **Dienstgebäude für den Präsidenten,** das andere als **Dienstgebäude für das Reichsministerium des Innern.** Die beiden Gebäude kosten, wie gesagt, 45 Millionen Mark.

(Hört! hört! rechts.)

Aber es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß, wenn diese Ausgabe auf den ersten Blick hoch scheint, sie es in Wirklichkeit nicht ist. Im Ausschuß war man sich darüber einig, daß diese Grundstücke zweckmäßig verwertet werden sollen. Die Grundstücke gehen durch von der Wilhelmstraße bis zur Budapester Straße, und im Ausschuß wurde der Wunsch ausgesprochen, und ihm wurde (C) kein Widerstand entgegengesetzt, daß die Gärten schließlich einmal geteilt werden sollen, sodaß die wertvollen Gelände, die an die Budapester Straße grenzen, entweder verkauft oder im Interesse des Reichs verwendet werden, sodaß um den Betrag, der daraus gelöst oder der für das Reich nutzbar gemacht werden kann, die Summe sich erheblich vermindern würde.

(Hört! hört!)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort wird nicht weiter erbeten, ein Widerspruch nicht erhoben. — Ich stelle die Annahme der einmaligen Ausgaben fest.

Nun gehen wir über zu den Einnahmen auf Seite 2. Ich rufe auf Kap. 12b Tit. 2, — 3. — Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu den Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Ich rufe auf vom Kap. 2e Tit. 1. — Das Wort wird nicht verlangt; ich stelle die Annahme fest.

Ich rufe auf Tit. 2, Hauptverwaltung der Reichsbetriebe, und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stahl.

Stahl, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, eine lange Rede zu halten. Aber die Angriffe von rechts und links, besonders gegen meine Person, veranlassen mich doch, auf einiges einzugehen, soweit die Reichsbetriebe in Frage kommen.

Zunächst möchte ich in einer persönlichen Bemerkung allen den Herren antworten, die es für notwendig gehalten haben, an meiner Tätigkeit oder der Tätigkeit meiner Parteigenossen hier Kritik zu üben. Zunächst wende ich mich an den Herrn Abgeordneten Brühl. Er hat hier die Erklärung abgegeben, daß wir als Mehrheitssozialisten

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Rechtssozialisten!)

(D) schuld daran seien, daß die Staatsbetriebe geschlossen worden sind. Nein, Herr Kollege Brühl, schuld daran, daß die **Staatsbetriebe in Spandau** geschlossen worden sind, ist das unverantwortliche Treiben Ihrer Leute und der Leute, die noch weiter links von Ihnen stehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gewissenlos wäre es gewesen, wenn wir ruhigen Blutes zugesehen hätten, wenn dort weiter in unverantwortlicher Weise mit dem Staatsvermögen und den Staatsmitteln so weiter gewüstet worden wäre, wie es der Fall gewesen ist. Tatsache ist, daß im Januar und im Februar in den Staatsbetrieben in geradezu unverantwortlicher und gewissenloser Weise

(sehr richtig!)

von Ihren Leuten gearbeitet worden ist, um die Reichsbetriebe dem Ruin entgegenzuführen.

(Sehr richtig!)

Festgestellt ist ferner, daß die **Arbeiterräte** — ich weiß, daß die Arbeiterräte auch sehr viel Gutes geleistet haben — an Terrorismus und Verhetzung

(hört! hört!)

das Menschenmöglichste geleistet haben.

Tatsache ist weiter, daß viele Millionen — für Spandau ist das allein auf 200 Millionen berechnet worden —

(hört! hört!)

vergeudet worden sind. Deshalb habe ich — das stelle ich hier im Hause fest — Veranlassung genommen, mit der Reichsregierung Rücksprache zu nehmen, wie die Möglichkeit geschaffen werden könnte, endlich einmal diesem unverantwortlichen Treiben Einhalt zu bieten. Ich habe deshalb auch Veranlassung genommen, die maßgebenden Vertreter der Arbeiterschaft, die Herren Leinen, Lück und Hesse, nach Weimar im Auftrage der Reichsregierung zu bestellen, um mit dem Reichswehrminister über die Frage der Heeres-

(**Stahl**, Abgeordneter.)

(A) betriebe zu sprechen. Wir haben dort alle die Dinge so geschildert, wie sie waren, weil wir uns auf die Dauer dem Terrorismus einzelner Gruppen und Personen nicht aussetzen konnten und durften; diesem Treiben mußte Einhalt geboten werden. Es war dringend erforderlich, daß endlich dazu übergegangen werden mußte, die Staatsbetriebe zu schließen und dann umzustellen. Ich weiß, daß der Herr Abgeordnete Brühl versuchen wird, daraus Kapital zu schlagen, wenn ich hier erkläre, daß ich bereits vor der **Schließung der Betriebe** — an der Sitzung des Ministerrats habe ich nicht teilgenommen — das, was ich und meine Freunde in **Spandau** erlebt haben, geschildert habe. Ich kann nur sagen, ich könnte ein Buch darüber schreiben, wie dort in der unverantwortlichsten und verbrecherischsten Weise gegen einzelne Arbeiter und besonders außerhalb der Betriebe stehenden Personen gewütet worden ist. Deshalb habe ich damals im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt, und ich kann es auch heute noch verantworten, selbst an der Stelle, an der ich jetzt stehe. Aber ich will das eine erklären, daß die Schließung der Betriebe auch dann unbedingt notwendig geworden wäre, Herr Abgeordneter Brühl, wenn diese Dinge damals nicht gespielt hätten. Denn auch Ihre Freunde, die damals in dem Arbeiterrat gesessen haben, haben wiederholt erklärt, eine Umstellung der Betriebe mit einer Beschäftigungsziffer von 42 000 Menschen in Spandau wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Darüber waren sich auch Ihre vernünftigen Leute klar, nur sie wollten es nicht öffentlich zugeben, aus Angst vor der verhetzten und einsichtslosen Masse derjenigen Leute, die nur ihr eigenstes Ich im Auge hatten.

Nun sagt Herr Kollege Brühl, der Arbeiterrat beziehungsweise seine Leute, die vor Schließung der Betriebe an maßgebender Stelle gestanden haben, hätten alles getan, um Aufträge heranzuholen. Das stimmt, aber nicht in dem Maße, wie angegeben wird. (B) Und was ist da alles an Aufträgen herangeholt worden. Aufträge sind eingeholt, aber nicht ausgeführt worden, weil systematisch nicht gearbeitet wurde. Alles ging drunter und drüber. Kalkulationen wurden nicht vorgenommen, sodaß tatsächlich die Gestehungspreise weit höher waren als die Verkaufspreise. Dazu mußte man doch endlich einmal Stellung nehmen und mit einem solchen Unfug Schluß machen; denn man konnte unter keinen Umständen auf die Dauer einem solchen Treiben zusehen.

Nun hat der Kollege Brühl an mich die Frage gerichtet, ob mir bekannt sei, daß die Unterkommissionen, die nach Schließung der Betriebe eingesetzt worden sind, bei den Einstellungen darauf achteten, daß bekannte U. S. P. D.-Leute und K. P. D.-Leute nicht eingestellt werden. Ich will dem Herrn Kollegen Brühl mitteilen, daß, soweit ich orientiert bin, bezüglich der politischen Überzeugung des einzelnen Arbeiters absolut kein Unterschied gemacht, sondern daß in erster Linie Wert darauf gelegt wurde, alle die Arbeiter wieder einzustellen, die vor dem Kriege in den Betrieben beschäftigt gewesen sind. Daß auch noch andere eingestellt worden sind, ist darauf zurückzuführen, daß einzelne Meister unter den Facharbeitern eine bestimmte Auslese vorgenommen haben, die notwendig war.

Nun zu dem Herrn Kollegen Maretzky, den ich heute zum ersten Male habe sprechen hören. Der Herr Kollege Maretzky gehört ja auch dem parlamentarischen Beirat an, aber ich habe ihn leider bisher dort noch nicht kennen gelernt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Dr. Maretzky: Sie waren nicht da, als ich da war!)

Er hat wohl mit Rücksicht darauf, daß er heute hier reden wollte, sich gestattet, bisher im parlamentarischen Beirat nicht zu erscheinen. Dem Herrn Kollegen Maretzki will ich nur erwidern, daß der Zweck meiner Ausführungen (C) bei den damaligen Versammlungen in Spandau nicht eine rücksichtslose Kritik sein sollte, sondern daß ich diese Ausführungen nur gemacht habe, weil ich mir darüber klar war, daß im Anfange, als die Hauptverwaltung in den Staatsbetrieben ihre Tätigkeit begann, leider nicht alles das getan worden ist, was unbedingt notwendig war. Ich will aber heute erklären, daß es bedeutend besser geworden ist, und ich freue mich über die Erklärung, die der Herr Generaldirektor Dr. Weinlig heute hier abgegeben hat, indem er sagte, daß er auch bei den Arbeitern großes Verständnis gefunden habe. Das gibt mir den besten Beweis dafür, daß Herr Generaldirektor Weinlig wenigstens versucht, die Betriebe so aufzubauen, wie es notwendig ist.

Wenn der Herr Kollege Maretzky weiter gesagt hat, daß die **Gehälter**, die ausgeworfen worden sind, auch von den Mehrheitssozialdemokraten bewilligt worden seien, so will ich ihm erklären, daß wir uns grundsätzlich gegen derartig hohe Gehälter im Ausschuß gewendet haben, daß wir aber nicht dagegen gestimmt haben deshalb, weil wir uns von Ihnen (nach rechts) nachträglich nicht die Verantwortung dafür aufladen lassen wollten, wenn die Reichsbetriebe nicht prosperieren, daß Sie dann sagen können: Sie sind schuld daran; hätten Sie damals die Gehälter bewilligt, hätten Sie die richtigen Leute an die richtige Stelle gestellt, dann hätte aus den Reichsbetrieben etwas werden können. Ich stelle fest, daß die Gehälter auch mir weit über das Maß des Erlaubten hinauszugehen scheinen, aber die Herren, die diese enormen Gehälter beziehen, haben nunmehr die Pflicht und Aufgabe, zu zeigen, was sie können. Hoffen wir, daß sie aus den Reichsbetrieben das machen, was wir alle wünschen, nämlich rentable Betriebe; Betriebe, die auch mit der Privatindustrie in Konkurrenz treten können.

(D) Nun hat der Herr Kollege Maretzky weiter ein nettes Märchen erzählt, indem er sagte, daß ihm kürzlich bei einer Besichtigung in Spandau ein Arbeiter erklärt habe,

(Abgeordneter Dr. Maretzky: ein Angestellter!

— ein Arbeiter, haben Sie gesagt —

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Maretzky)

er würde nur schweren Herzens die Kanonenrohre in Spandau einschmelzen. Ja, mir fehlt der Glaube, daß ein Arbeiter dem Herrn Kollegen Maretzky gegenüber eine solche Bemerkung gemacht hat. Viel eher hätte ich von Ihnen erwartet, Herr Kollege Maretzky, daß Sie Klagen angestimmt hätten darüber, daß damals die Kirchenglocken für die Kanonenrohre eingeschmolzen sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man alles tun muß, um das Metall seiner ursprünglichen Bestimmung wieder zuzuführen, zur friedlichen Arbeit im Dienste der Menschheit. Also die Erzählung, Herr Kollege Maretzky, war wirklich zu dumm, daß man sie glauben könnte.

Nun hat gestern der Herr Kollege Gothein einen Vorfall zur Sprache gebracht, der mich persönlich betrifft. Es ist Tatsache, daß unter Leitung des Herrn Generaldirektors Dr. Bach während der Zeit der Revolution und auch nach Wiedereröffnung der Betriebe ein großer Teil von **Heeresgerät und Rohmaterial aus den Betrieben herausgezogen** worden ist. Ich habe wiederholt hiergegen Einspruch erhoben und habe damals erklärt: jetzt geht aus den Betrieben nichts mehr heraus. Ich habe festgestellt, daß Beauftragte der Privatindustrie sich wie Hyänen auf die Staatsbetriebe gestürzt und versucht haben, alles Rohmaterial herauszuholen zu einem Preis, der natürlich dem Wert des Produktes nicht im mindesten angepaßt gewesen ist. Und zwar oft nicht in rechtmäßiger Weise, sondern daß — Generaldirektor Dr. Bach hat mir gegenüber das ausdrücklich erklärt — Ausweise ge-

(Stahl, Abgeordneter.)

(A) fälscht worden sind, daß große Firmen der Privatindustrie mit solchen gefälschten Ausweisen nach Spandau gegangen sind und dort Rohmaterial waggonweise herausgezogen haben.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich damals erklärt habe: es geht nichts mehr heraus, so geschah es deshalb, um dem Staat vor Millionenschäden zu bewahren. Wenn ich damals dagegen eingeschritten bin, daß eine Säulen-Bohrmaschine zum Preise von 385 Mark verkauft wurde,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

deren Wert heute etwa 2000 Mark beträgt, so glaube ich, sagen zu dürfen, daß ich hier einwandfrei gehandelt habe.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Kollege Gothein sich darüber beschwert, daß ich dem Herrn Reichswirtschaftsminister damals davon Mitteilung gemacht habe, so erwidere ich ihm, daß das deshalb geschehen ist, weil ich trotz einer Mitteilung an den Herrn Generaldirektor Dr. Bach über die Angelegenheit leider keine Antwort bekommen habe und infolgedessen in einer Aussprache mit dem Reichswirtschaftsminister auf die Dinge selbst eingegangen bin und dem Minister davon Mitteilung gemacht habe. Ich habe damals in meiner Funktion als Kommissar der Reichsbetriebe das getan, was notwendig war, um den Staat vor Millionen von Schaden zu bewahren. Wenn der Herr Berichterstatter erklärt, daß dem Staat 3½ Milliarden Mark zugeflossen sind in Form von Verkäufen durch das Reichsverwertungsamt, so stelle ich nach wie vor die Behauptung auf: es wäre, wenn mit den Vorräten richtig gewirtschaftet und wenn im Reichsverwertungsamt unter allen Umständen danach getrachtet worden wäre, daß die Verkaufspreise den heutigen Tagespreisen angepaßt werden, möglich gewesen, mindestens 5 Milliarden Mark aus dem **Verkauf an Heeresgerät** zu erzielen. Es ist — das haben der Herr (B) Minister und auch der Herr Berichterstatter in dankenswerter Weise ausgeführt — dringend erforderlich, daß dem Schiebertum das Handwerk gelegt wird. Ich erkläre, daß ich die Tätigkeit der vorgesetzten Stellen, vor allen Dingen die des Herrn Ministerialdirektors Dr. Kautz hoch einschätze. Ich weiß auch, daß er nicht der schuldige Teil ist, sondern daß nachgeordnete Beamte, die in dem Reichsverwertungsamt sitzen, mit den großen Industrien, mit Privatfirmen in Verbindung stehen und daß dadurch die Brücke geschlagen ist, um aus dem Reichsverwertungsamt herauszuziehen, was einigermaßen möglich ist.

Ich will auf die Schrotverkäufe, die Tonne zu 90 Mark, auf die Millionenabschlüsse mit der Firma Schweitzer und Oppler, auf alle die Dinge, die ich im Haushaltsausschuß vorgebracht habe, nicht mehr eingehen. Unbedingt muß aber dafür gesorgt werden, daß solche Verträge, die dem Privatkapital Millionen einbringen und in geradezu leichtfertiger Weise abgeschlossen worden sind, wieder rückgängig gemacht werden und daß derartig leichtfertige Beamte zur Rechenschaft gezogen werden. Ich will mir ersparen, weiteres Material vorzutragen, aber ich fordere dringend, daß im Reichsverwertungsamt, das man im Volksmunde jetzt „Reichsverschiebungsamt" nennt, vor allen Dingen die Beamten scharf beobachtet werden, daß derartige Verschiebungen endlich unterbunden werden. Mir ist jetzt erst wieder mitgeteilt worden, daß wollene Decken in enormen Mengen zu 8,30 Mark pro Stück an die Privatindustrie abgegeben werden, deren Herstellungspreis mindestens 15 Mark beträgt und die heute einen vierfachen Wert repräsentieren. Und das geschieht, nachdem jetzt erst erneut auf diese Verschleuderungen hingewiesen wurde.

Wenn die Herren erklären, daß sie mit der Privatindustrie nicht in so engem Konnex stehen, so bezweifle ich das. Vor mir liegt ein Schreiben des Stabeisenverkaufskontors, worin es heißt, daß das Reichsverwertungsamt die Bestände an Eisen und Blech sowie an A-Stahl und Blech, das auf den Lagern der Artilleriewerkstatt und im Südhafen liegt, soweit verfügbar, verkauft hat. Ein Beweis dafür, daß leider bisher nichts getan wurde, was notwendig war, um das Rohmaterial für die Reichsbetriebe zu behalten. (C)

Ich will mich in Kleinigkeiten nicht verlieren. Aber ich habe noch einige Wünsche an den Herrn Reichsschatzminister. Viele Kasernen sind überflüssig, und der Herr Minister ist wohl informiert darüber, wie groß die Wohnungsnot im deutschen Lande ist. Ich möchte den dringenden Wunsch an ihn richten, die **Kasernen zu Wohnzwecken** bereitzustellen.

(Sehr richtig!)

Das ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ich bitte, daß diesem Wunsche nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Wir haben in Spandau zwei Kasernen zur Verfügung gestellt bekommen. Eine hat man der Kommune wieder abgenommen, indem die Kommandantur erklärte: wir können die Kasernen nicht hergeben für Wohnungszwecke, sie werden wahrscheinlich anderweitig benötigt.

Weiter möchte ich den Herrn Reichsschatzminister — er ist ja jetzt Minister für alles, soweit die Verwertung in Frage kommt — dringend bitten, daß die **Truppenübungsplätze** soweit wie irgend möglich zu Siedlungszwecken bereitgestellt werden,

(sehr richtig!)

auch die Baracken, die zahlreich vorhanden sind: diese sollten den Siedlungsgenossenschaften ebenfalls zu Wohnungszwecken zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Möglichkeit haben, die Ansiedlungen schnellstens durchzuführen.

Eine andere Frage ist die der Remontedepots. Dazu ein paar Worte. Auch die **Remontedepots** müssen nach (D) Möglichkeit den **Siedlungsgenossenschaften** zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte an die Rede des preußischen Herrn Landwirtschaftsministers, des Herrn Kollegen Braun, im Landtage verweisen, der darauf hingewiesen hat, wie notwendig es sei, die Remontedepots den Siedlungsgesellschaften zur Verfügung zu stellen, und ich möchte bitten, daß alle Reichsstellen jetzt zur Linderung der schrecklichen Wohnungsnot mitarbeiten. Die Möglichkeit ist vorhanden. Es dürfen natürlich nur berechnet werden die Gestehungskosten und der Wert des Inventars, der niedergelegt ist; unter keinen Umständen darf das Reichsschatzamt nur den Versuch unternehmen, bei diesen Verkäufen Konjunkturgewinne zu erzielen.

Ich wende mich nunmehr zu meinem eigentlichen Thema, den Reichsbetrieben zu. Ich begrüße die Entschließung, der Sie vorhin zugestimmt haben und ich hoffe und wünsche, daß das Reichsschatzamt und das Kabinett nunmehr gesetzliche Maßnahmen trifft und den Beamten, Angestellten und Arbeitern in jeder Beziehung Gerechtigkeit widerfahren läßt und versucht, alles, was in dieser Entschließung niedergelegt ist, in die Wirklichkeit umzusetzen. Es ist das geringste, was wir fordern.

Meine Damen und Herren! Daß die **Arbeiterschaft und die Beamten in den Reichsbetrieben** über ihre Zukunft und Existenz sehr in Sorge sind, ist begreiflich und brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen. Wenn 200 000 Arbeiter durch die Schließung beziehungsweise Umstellung der Staatsbetriebe arbeitslos geworden sind, so ist das nicht mit einer Handbewegung abzutun, sondern man muß versuchen, nach Möglichkeit alle Staatsbetriebe umzustellen und nicht in rücksichtsloser Weise sie endgültig zu schließen. Ich weiß, daß die Staatsbetriebe nach Ausbruch der Revolution der Tummelplatz politischer Leidenschaften und von Terrorismus gewesen sind und

(**Stahl**, Abgeordneter.)

(A) daß die Schließung in vielen Fällen notwendig war. Ich möchte aber das dringende Ersuchen an die Generaldirektion richten — ich sehe Herrn Generaldirektor Weinlig an seinem Platze —, daß er vor der **Schließung der Betriebe** mindestens zuerst den parlamentarischen Beirat und vor allem die Arbeiterschaft zu Rate zieht. Es herrscht eine große Erregung und Mißstimmung in der Arbeiterschaft; ich habe das von unzähligen Deputationen von Hanau, Siegburg, Plaue, München, Lippstadt usw. erfahren. Die Leute kommen hierher, bringen uns als parlamentarischen Beiratsmitgliedern ihre Beschwerden und klagen darüber, daß die Generaldirektion nicht den notwendigen Wert darauf lege, daß sie angehört werden, daß sie ihre Gedankengänge der Generaldirektion mitteilen können und daß oft rücksichtslos zur Schließung übergegangen werde. Der gute Wille ist im allgemeinen bei der Arbeiterschaft und den Beamten vorhanden, im Interesse der Volkswirtschaft auf das intensivste zu arbeiten, und diesem Bestreben darf man sich nicht ohne weiteres verschließen.

Ich habe die Auffassung, daß auch die **Pulverfabriken**, besonders in Hanau, Dachau, Spandau und in Plaue, die erst neu während des Krieges erstanden ist, doch zu irgendeiner anderen Industrie oder Produktion übergeführt werden können. Ich möchte mich da besonders dem Schicksal der Arbeiter in Plaue annehmen. In Plaue haben sich die Leute während des Krieges angesiedelt, haben dort eine kleine Liegenschaft. Wo sollen die Leute jetzt Arbeit finden? Diese tausend Arbeiter, die in der **Pulverfabrik und im Feuerwerkslaboratorium Plaue** beschäftigt sind, erklären mir: wir haben die schönsten Pläne ausgearbeitet, wir haben alles getan, was notwendig war, wir haben umgestellt; während die Generaldirektion jetzt einfach erklärt: es muß geschlossen werden, es ist keine Arbeit mehr vorhanden. Dies ist mir einfach un-(B)verständlich. Ich meine, wenn Milliarden in den Reichsbetrieben investiert sind, hat man die verdammte Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß dieses Kapital nicht brach liegt, und es ist Arbeit genug vorhanden, alles schreit danach, daß gearbeitet werden soll. Ich kann erfreulicherweise erklären, daß gerade die Arbeiter in den Reichsbetrieben den dringenden Wunsch haben, arbeiten zu können. Sie haben auch den ernsten Willen zu arbeiten, wenn die Möglichkeit dazu geschaffen ist, und deshalb möchte ich die Bitte an den Herrn Reichsschatzminister und seine nachgeordneten Stellen richten, alles zu tun, um den Reichsarbeitern Arbeitsmöglichkeit zu sichern und zu schaffen.

Dann noch eins: es ist der Wunsch meiner Mandatgeber, daß die **Selbstverwaltung auch in den Spandauer Werkstätten** nach Möglichkeit durchgeführt wird. Das ist eigentlich festgelegt in dem Beschluß des Hauptausschusses vom 30. April dieses Jahres, worin ausdrücklich gesagt ist, daß die Leitung bewährten Fachleuten übertragen werden soll, daß ein Beirat von Arbeitern und Angestellten gemeinsam mit der Generaldirektion alle notwendigen Maßnahmen besprechen und beschließen soll. Weiter ist ausdrücklich festgelegt, daß die Leitung der einzelnen Betriebe volle Bewegungsfreiheit erhalten soll. Leider ist diesem Beschlusse, soweit Spandau in Frage kommt, bisher nicht Rechnung getragen worden. Im Gegenteil, es wird in Spandau versucht, die Bewegungsfreiheit der einzelnen Betriebe nach Möglichkeit einzuengen. Deshalb möchte ich die dringende Bitte an die Herren richten, daß in Spandau nachgeholfen wird, falls einzelne Herren ihren selbstherrlichen Gelüsten allzu weiten Spielraum lassen wollen. Für die Einhaltung der gegebenen Richtlinien und Versprechen hat das Reichsschatzamt Sorge zu tragen.

Meine Damen und Herren! Nach Schließung und Wiedereröffnung der Betriebe hat die Generalleitung beschlossen, mit der technischen Durchführung des Wieder-(C)aufbaues den Herrn **Professor** Dr. **Schlesinger** zu betrauen. Ich halte es doch für notwendig, daß ich von dieser Stelle aus Herrn Professor Dr. Schlesinger den Dank der Arbeiterschaft übermittle. Die Arbeiterschaft hat das auch persönlich dem Herrn Professor Schlesinger gegenüber getan. Ich bedaure außerordentlich, daß man diesen befähigten Mann in der Form, wie es geschehen ist, aus aus seinem Amte — sagen wir ruhig einmal — herausgezahlt hat. Herr Professor Schlesinger, der seinen Posten ehrenamtlich ausgeübt hat, hat dafür nachträglich vom Reichsschatzamt eine Summe von 10000 Mark ins Haus per Postscheck gesandt bekommen. Er hat diese 10000 Mark mit dem ausdrücklichen Bemerken zurückgeschickt, daß er seine ganze Kraft ohne Bezahlung zur Verfügung gestellt habe und daß er nicht gewohnt sei, an seinem einmal gegebenen Worte markten zu lassen, er sei aufs peinlichste berührt gewesen, daß ohne sein Wissen und gegen seinen ausdrücklichen Willen diese Zahlung erfolgt sei, die ihm jede weitere Mitarbeit für Spandau unmöglich mache. Diese wertvolle Kraft, die das vollste Vertrauen der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten in ganz kurzer Zeit erworben hatte, ist auf diese Art und Weise für die Reichsbetriebe unmöglich gemacht worden. Das ist tief bedauerlich, und zwar schon deshalb, weil Herr Professor Dr. Schlesinger es verstanden hat, sich das Vertrauen der Arbeiterschaft in Spandau in vollstem Maße zu erringen, mehr als jeder andere der leitenden Herren es bis jetzt aufzuweisen hat.

Dann möchte ich dringend darum ersuchen, daß mehr **Fühlung mit den berufenen Führern der Arbeiter und Angestellten** herbeigeführt wird. Das ist unbedingt notwendig. Ich richte diese Aufforderung besonders an den Herrn Generaldirektor Dr. Weinlig. Ich wünsche also noch einmal, daß vor Schließung und Umstellung der Betriebe — es kommen hier die bayerischen Betriebe, (D) München, Dachau, Siegburg, Lippstadt in Betracht — mit der Arbeiterschaft Rücksprache genommen wird. Ich richte auch die dringende Aufforderung an den Herrn Generaldirektor Dr. Weinlig, alles zu versuchen, um die Betriebe zu erhalten und sie nicht kurzerhand zu schließen, sondern nur im alleräußersten Falle.

Es sind leider Tausende von alten Arbeitern brotlos geworden, Arbeiter, die 30 und 40 Jahre dem Staate gedient, die damit gerechnet haben, eine Lebensstellung zu haben und später pensioniert zu werden. Diese Arbeiter sind jetzt durch die **Schließung der Betriebe** auf die Straße geworfen worden. Wir müssen uns dieser armen Arbeiter unbedingt annehmen. Das ist selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit. Ich habe auch wiederholt versucht, in persönlichen Verhandlungen die Beschaffungsbeihilfe gerade für diese Ärmsten der Armen herauszuholen. Leider ist mir von dem Reichsfinanzministerium die Mitteilung geworden, daß die **Beschaffungsbeihilfe für** diese **Arbeiter** nicht in Frage käme. Ich kann mich absolut nicht damit einverstanden erklären. Die Leute liegen bereits seit Mai auf der Straße. Sie werden zwangsweise krank geschrieben, bekommen eine Krankenunterstützung von 30 Mark pro Woche, sind jahrzehntelang in den Staatsbetrieben unter den erbärmlichsten Lohnverhältnissen beschäftigt gewesen und sollen jetzt zwangsweise pensioniert werden. Den Forderungen dieser Leute muß unbedingt in irgendeiner Form Rechnung getragen werden. Deshalb sage ich: wenn man den Beamten und Angestellten, die heute noch erfreulicherweise in Lohn und Brot stehen, die auch während der Revolution, soweit die Angestellten in Betracht kommen, ihre Bezüge immerhin erheblich verbessert haben, die Beschaffungsbeihilfe gewähren will, dann muß billigerweise den alten Staats-

(Stahl, Abgeordneter.)

(A) arbeitern, die früher für 30 und 35 Pfennige pro Stunde arbeiten mußten, ebenfalls diese Beschaffungsbeihilfe gegeben werden. Darunter sind eine Anzahl Leute, die während der Zeit des Krieges in ein provisorisches Angestelltenverhältnis gedrängt wurden, aus der Krankenkasse ausscheiden mußten und nun seit der Schließung überhaupt von keiner Seite eine Unterstützung erhalten. Diese Leute gehen buchstäblich mit ihren Familien zugrunde, wenn nicht schnellstens für Abhilfe gesorgt wird. Ich möchte hier die Frage einer **einmaligen Abfindungssumme** aufwerfen, ähnlich so, wie man sie für die Kapitulanten bewilligt hat. Auf keinen Fall dürfen jedoch diese alten Arbeiter vergessen werden. Ich richte die dringende Bitte an den Herrn Reichsschatzminister, sich gerade für diese Leute besonders einzusetzen, denn mit einer Pension von etwa 70 bis 75 Mark für 30- bis 40jährige Tätigkeit in den Staatsbetrieben ist nicht geholfen. Das ist heute keine Pension, mit der die Leute auskommen können. Deshalb möchte ich nochmals dringend bitten, daß man in dieser Beziehung, wenn man im allgemeinen die Beschaffungsbeihilfe für die Arbeiter aus finanziellen Gründen nicht gewähren kann, dann mindestens die Möglichkeit schafft, daß den alten Arbeitern — es kommen wohl 500 bis 600 nur in Frage — diese Beihilfen gewährt werden.

Dann, meine Damen und Herren, möchte ich bitten, daß man auch bezüglich der **Beamten** die **Möglichkeit** schafft — und aller Voraussicht nach ist diese auch gegeben —, sie **in den Reichsbetrieben weiter zu beschäftigen.** Ich wundere mich immer, wenn ich in den Spandauer Zeitungen Inserate der Hauptverwaltung lese, daß ein Kontorist oder Registrator gesucht wird. Wir haben 2400 Beamte und Angestellte in Spandau. Unter diesen müssen doch mindestens Hunderte sein, die diese Stelle bekleiden können. Die Beamten und insbesondere die (B) Angestellten sind meist während des Krieges in den Betrieb hineingekommen, sie sind zum großen Teil kaufmännisch gebildet. Auf sie nimmt man aber seitens der Hauptverwaltung der Spandauer Betriebe gar keine Rücksicht, sondern man annonciert jeden Tag frisch und frei darauf los und sucht neue Leute. Daß dann die Beamtenschaft unwillig wird, sich Erregtheit bei ihnen bemerkbar macht, dürfte verständlich sein. Ich möchte dringend ersuchen, daß in Zukunft vor allen Dingen darauf Wert gelegt wird, ob nicht aus der großen Masse der Angestellten und Beamten diese Kräfte herausgeholt werden können. Wenn der Herr Kollege Gothein gestern erklärte, daß mit den Beamten und Arbeitern, die früher in den Heeresbetrieben gearbeitet haben, die Betriebe jetzt nicht aufgebaut werden könnten, so behaupte ich, daß es doch möglich ist, einen großen Teil der Beamten und Angestellten in den Reichsbetrieben weiter zu beschäftigen, wenn man nur den Willen dazu hat. Ich bin mir darüber klar, es ist auch wiederholt ausgeführt worden, daß ein Beamtenstab von 2500 oder 3000 gegenüber 10 000 Arbeitern ein ungesundes Verhältnis und ein ganz unhaltbarer Zustand ist. Daß wir aber dann versuchen müssen, alle diejenigen Beamten, die abgestoßen werden müssen, in den Landesfinanzämtern oder irgendwo anders unterzubringen, das ist unbedingt erforderlich und Pflicht. Ich möchte deshalb bitten, daß gerade diesem meinem Wunsche unbedingt Rechnung getragen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nunmehr ein paar Worte zu den Gepflogenheiten der Hauptverwaltung in Spandau verlieren möchte, so habe ich dem Herrn Generaldirektor Dr. Katz und besonders auch dem Herrn Generaldirektor Dr. Bach, der ja recht eigentümlicherweise nicht mehr im Amte ist — warum, ist mir nicht bekannt —, wiederholt ausgeführt, daß sie ihr Hauptaugenmerk darauf richten sollen, daß in Spandau die Dinge, sagen wir einmal, in ruhigen Bahnen sich fortentwickeln. Wenn (C) aber der Herr Direktor Dr. Koch in Spandau so weiter wirtschaftet, wie er es bisher getan hat, dann kann ich Ihnen unter keinen Umständen die Erklärung abgeben, daß in Spandau Ruhe und Ordnung weiter herrschen. Herr Dr. Koch wütet in **Spandau** sehr oft wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Es muß mindestens darauf geachtet werden, daß das **Mitbestimmungsrecht** der **Arbeiter und Angestellten,** wie es in dem Beschluß des Hauptausschusses der Nationalversammlung vom 30. April festgelegt ist und wie es durch eine Veröffentlichung an die Arbeiterschaft der Reichswerke in Spandau vom 13. Mai, die der damalige Reichsschatzminister Gothein selbst unterschrieben hat, geschehen ist, gewährleistet wird. Es darf unter keinen Umständen vorkommen, daß der Herr Direktor Koch nunmehr durch Verfugung alle diese Beschlüsse aufhebt und erklärt: das Mitbestimmungsrecht der Angestellten wird aufgehoben. Das ist aber tatsächlich in einer Verfügung geschehen, die ich hier zur Hand habe. Es heißt da in § 3: „Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten wird bis zum Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes abgelehnt.“ Ja, meine Herren, wenn Sie so arbeiten, dann können Sie keine Ruhe und Ordnung in die Betriebe bekommen. Es ist Tatsache, daß große Teile der Angestellten und Arbeiter zu mir kommen und sich bitter beschweren darüber, daß jetzt in Spandau mit Verfügungen und Verordnungen noch schlimmer gewütet wird als vor dem Krieg unter dem alten System. Damit schafft man kein ersprießliches Verhältnis zwischen Direktion und Arbeiterschaft. Ich habe es mir wahrhaftig angelegen sein lassen, nach der Zeit der Schließung der Betriebe alles zu tun, um ein einigermaßen ersprießliches Verhältnis herbeizuführen. Aber das ist nicht möglich, wenn einzelne der Herren Direktoren so arbeiten, wie ich es hier geschildert habe, und damit alles mühsam Aufgebaute vernichten. (D)

Einen charakteristischen Fall. Dr. Koch hat die **Arbeitszeit der Beamten** von 7 auf 8 Stunden erhöht. Ich gebe zu, daß die Beamten die Pflicht haben, genau soviel zu arbeiten wie die Arbeiter und daß ihnen keine Extrawurst gebraten werden soll. Aber wenn man eine so tief einschneidende Verfügung trifft, dann muß man doch mindestens mit den Vertretern der Beamten vorher Rücksprache nehmen. Das ist aber nicht geschehen, sondern man hat einfach verfügt: die Beamten haben nunmehr 8 Stunden zu arbeiten. Einer der Herren Betriebsdirektoren, ein Major vom alten Schlage, hat dem Direktor Koch gegenüber erklärt: ich erkenne die Verfügung nicht an, weil der **Beamtenausschuß** nicht gehört worden ist. Sie sehen also, daß ein Major vom alten Regime in diesem Falle viel weitsichtiger und verständnisvoller war als der Herr Direktor Koch, der doch endlich einmal einsehen müßte, daß wir jetzt in einer anderen Zeit leben und daß es mit dem „Herr-im-Hausestandpunkt“ endgültig vorbei ist. Ich nehme immer noch an, daß meine Ausführungen im Hauptausschuß dem Herrn Direktor Koch Veranlassung geben werden, in Zukunft etwas vorsichtiger und taktvoller in dieser Beziehung vorzugehen.

Der Herr Direktor Koch hat auch Maßnahmen getroffen, die bei der Arbeiterschaft große Unruhe hervorgerufen haben. So hat er zum Beispiel dem **Meister Jäger,** der hier im Hause vor der Revolution bei jeder Beratung über die Staatsbetriebe von den Rednern vorgeführt worden ist, einen Mann, der vor dem Kriege und noch während des Krieges die Arbeiter mit Ochsen und Esel titulierte, wieder in die Staatsbetriebe hereingeholt, obwohl im Jahre 1918 auf meine Ausführungen der Herr Feldzeugmeister Coupette erklärte, daß dieser Mann nicht verstehe mit Arbeitern umzugehen und er ihn ver-

(Stahl, Abgeordneter.)

(A) setzen wolle. Nun wird nach einer Revolution, nachdem sich die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht erworben haben, dieser Mann wieder eingestellt. Eine solche Maßnahme wirkt direkt provozierend, und man hätte den Mann besser draußen gelassen, dann hätte man sich sehr viel Unbequemlichkeiten erspart. In einer gestrigen Versammlung in Spandau hat sich Herr Dr. Koch erfreulicherweise alle Mühe gegeben, den Arbeitern die Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, die der Wiederaufbau der Staatsbetriebe in sich schließt. Aber auch da soll Herr Dr. Koch einer scharfen Kritik ausgesetzt gewesen sein.

Meine Damen und Herren! Wenn die **Staatsbetriebe** Musterbetriebe sein sollen, dann müssen auch entsprechende **tarifliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse** festgelegt werden, und zwar in Verbindung mit den Gewerkschaften. Obwohl in dem roten Plakat bei Schließung der Betriebe ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, daß die Gewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen werden sollen, ist das bisher nicht geschehen. Nicht in einem einzigen Falle sind die Gewerkschaften zur Beratung beim Abschluß von Tarifverträgen und bei Erledigung von Differenzen herangezogen worden. Man hat den Kollektivvertrag, der zwischen den Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband abgeschlossen worden ist, als Grundlage genommen und danach die Löhne aufgestellt, ebenso hat man den Tarifvertrag der Berliner Großindustrie für die Angestellten, soweit die Gehälter in Frage kommen, anerkannt, aber den sozialen Inhalt des Angestelltenvertrags, den sozialen Inhalt des Lohnvertrags hat man bisher in den Reichswerken nicht angewandt. Ich will daran erinnern, daß der Angestelltenvertrag für die Privatangestellten ausdrücklich vorsieht, daß den Angestellten im Erkrankungsfalle der Lohn auf sechs Wochen gezahlt werden muß. In den Reichsbetrieben zahlt man dieselben Gehälter und erklärt durch eine Verfügung, daß im Erkrankungsfalle (B) den Angestellten nur für 14 Tage Lohn gezahlt wird; also eine bedeutende Verschlechterung in sozialer Beziehung gegenüber der Privatindustrie! Wenn da die Leute unwillig und erregt werden, ist das zu begreifen und verständlich. Es ist aber höchste Zeit, daß man sich den Forderungen der Neuzeit nicht verschließt.

Dann, meine Damen und Herren, wird im allgemeinen in Spandau darüber geklagt, daß die **Aufträge**, die **für die Reichsbetriebe** angefordert werden, zum Teil durch die Hand von Agenten, von **Mittelspersonen** gehen. Mir ist zum Beispiel mitgeteilt worden, daß ein Auftrag von 60 000 Eisenbahnkupplungen an das Reichswerk Cassel von der Eisenbahnzentrale erst über eine Firma namens Weinberg gekommen ist, die dabei Tausende und aber Tausende verdient hat. Das ist meines Erachtens, ich will nicht sagen: unverantwortlich, aber unverzeihlich, und wir müssen danach trachten und in gesetzgeberischer Weise dafür sorgen, daß die Aufträge, die der Staat zu vergeben hat, nicht erst durch Mittelspersonen, sondern direkt an die Reichswerke übermittelt werden, damit nicht erst andere Leute sich aus Staatsmitteln bereichern können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich dringend bitten, daß gegenüber der Privatindustrie nicht allzu große und allzuviel Rücksichten genommen werden. Wenn auch der Herr Kollege Ersing erklärt, die **Privatindustrie** brauche keine Sorge zu haben, sie werde keine **Konkurrenz durch die Staatsbetriebe** bekommen, so glaube ich doch, daß der Staat die Pflicht hat, in allererster Linie seine Betriebe, die Reichsbetriebe, rentabel und rationell zu gestalten, und daß wir alles zu tun haben, dahin zu wirken, daß die Reichsbetriebe im Wirtschaftsleben Deutschlands die Rolle spielen, die der Herr Reichsschatzminister wünscht.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir noch, darauf hinzuweisen, daß alles getan werden muß, auch in sozialpolitischer Hinsicht. In dieser Beziehung sind die Staats- (C) betriebe bisher keine Musterbetriebe gewesen. Ich habe aber das Vertrauen zu dem Herrn Reichsschatzminister, daß er alles, was in dieser Beziehung notwendig ist, tun wird. Ich will mich heute nicht allzu sehr in die Kritik vertiefen; ich habe das getan, wo es angebracht war, und zwar im Hauptausschuß der Nationalversammlung. Ich will mich kurz fassen, weil ich der Auffassung bin, daß lange genug über diese Frage geredet worden ist. Ich schließe aber mit dem dringenden Wunsche und mit der dringenden Bitte an den Herrn Reichsschatzminister: Setzen Sie alles daran, Herr Minister, damit aus den Reichsbetrieben Musterbetriebe werden. Und, Herr Schatzminister, ich glaube als Vertreter der Spandauer Arbeiter- und Angestelltenschaft sagen zu können: Sie werden des Dankes der Spandauer Arbeiter und Angestellten sicher sein können, wenn Sie Ihre ganze Macht und Willenskraft dafür einsetzen, daß endlich aus den bisherigen Heeresbetrieben Friedensbetriebe werden, die der Privatkonkurrenz die Spitze bieten können. Die Arbeiterschaft will arbeiten, sie hat sich sofort dazu bereit erklärt, wieder in Akkord zu arbeiten. Die Arbeiter bedauern es sehr, daß sie nicht arbeiten können, weil keine Aufträge da sind. Sorgen Sie für Aufträge und für Arbeit; dann werden wir in einem Jahre sagen können: durch den Beschluß der Nationalversammlung haben wir für die Arbeiter und die Volkswirtschaft Deutschlands Ersprießliches geleistet.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Direktor Katz.

Dr. **Katz**, Direktor der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe: Der Herr Abgeordnete Stahl hat hier verschiedene Fragen gestellt, die ich beantworten möchte. Es handelt sich zunächst um Herrn **Professor Schlesinger.** Er hat gemeint, Herr Professor Schlesinger sei aus der Verwaltung der Reichsbetriebe vom Reichsschatzministerium (D) hinausgedrängt worden. So liegen die Dinge keineswegs. Wir haben Herrn Professor Schlesinger hereingeholt und haben mit ihm eine ganz bestimmte Vergütung vereinbart.

(Abgeordneter Stahl: Die lehnt er ab!)

Monatelang, nachdem dieser Vertrag mit ihm abgeschlossen war, kurz vor seinem Ausscheiden, kam Herr Professor Schlesinger zu uns und sagte: Lieber, als daß mir die vereinbarte Vergütung gezahlt wird, ist mir, daß das Reichsschatzministerium in den Zeitungen erklärt, in wie erheblichem Maße ich mir um die Spandauer Betriebe Verdienste erworben habe. — Daraufhin hat sich das Reichsschatzministerium auf den Standpunkt gestellt, daß eine derartige Erklärung nach herrschendem Gebrauch ganz ungewöhnlich sein würde, und hat in Erfüllung des mit Herrn Professor Schlesinger abgeschlossenen Vertrages ihm eine Geldsumme geschickt, die er dann, in der Stimmung, in der er sich befand, wieder zurückgeschickt hat. Es ist also nichts weiter geschehen, als daß der klare Vertrag, der mit Herrn Professor Schlesinger abgeschlossen war, eingehalten worden ist. Im übrigen hätten wir es sehr gern gesehen, wenn Herr Professor Schlesinger noch länger in den Spandauer Werkstätten tätig gewesen wäre. Er hat das aber nicht gewollt. Die Ablehnung also erfolgte keinesfalls seitens der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe, sondern von ihm selbst.

Dann hat der Herr Abgeordnete Stahl erklärt, in **Spandau** befänden sich 3000 **Beamte**, die man bei den Stellen, die neu besetzt werden müßten, in erster Linie zu berücksichtigen habe. Es sind nicht 3000 Beamte, sondern 509,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

und die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe steht selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß überall da, wo sie

(Dr. **Katz**, Direktor der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe.)

(A) eine geeignete Kraft sieht, sie diese beschäftigt. Die Dinge liegen aber so, daß vor der Umstellung in den gesamten Heeres- und Marinebetrieben keine leitende kaufmännische Kraft vorhanden war, daß diese vielmehr von außen hereingeholt werden mußten oder müssen und daß es sich bei der Umstellung der Betriebe auch darum handelt, in die Direktionen erfahrene Ingenieure aus der Privatindustrie und Spezialingenieure hineinzubringen. Wenn diese nicht herangezogen würden, wäre es ganz unmöglich, die vorliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Was dann die Bemängelung des Herrn Abgeordneten Stahl betrifft, daß die Gewerkschaften nicht genügend herangezogen würden, so muß ich auch dem widersprechen. Es hat zum Beispiel noch Anfang Oktober eine gemeinsame Besprechung mit den Vertretern der **Gewerkschaften** darüber stattgefunden, wie die Abmachungen des Berliner **Kollektivabkommens,** die wir ja sofort nach der Neueröffnung der **Spandauer Betriebe** auf diese Betriebe ausgedehnt haben, hier im einzelnen durchgeführt werden könnten.

Dann hat der Herr Abgeordnete Stahl gemeint, es sei wenig empfehlenswert gewesen, daß der von ihm sehr kritisierte Herr Dr. Koch den Meister Jäger, der übrigens Beamter ist, wieder hereingenommen habe. Bereits im Haushaltsausschuß ist dem Herrn Abgeordneten Stahl mitgeteilt worden, daß der Urheber der **Hereinnahme des Meisters Jäger** nicht Herr Direktor Koch, sondern der von ihm so sehr unterstützte Professor Schlesinger gewesen ist.

Schließlich hat der Abgeordnete Stahl noch bemängelt, in einem bisher unter militärischer Verwaltung befindlichen Institut, nämlich in der Munitionsfabrik Kassel, **staatliche Aufträge durch Vermittlung eines Privaten** hereingeholt worden seien. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, da dies zu einer Zeit geschehen ist, wo wir die Verantwortung für die Fabrik nicht hatten, (B) die Verantwortung dafür zu übernehmen, wollen aber zur Klarstellung des Falles nur sagen, was uns berichtet wurde: es war ein sehr erhebliches Entgegenkommen der betreffenden Privatfirma, daß sie, nachdem die dortige Eisenbahndirektion keine Aufträge mehr zu vergeben hatte, sich freiwillig dazu verstanden hat, und zwar gegen eine sehr bescheidene Vergütung, Aufträge, die sie von der Eisenbahnverwaltung hatte, an die frühere Munitionsfabrik Kassel abzutreten.

Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewiesen worden, wie schwierig es ist, die Pulverfabriken umzustellen. Der Herr Abgeordnete Stahl hat gerade auf die **Pulverfabrik bei Brandenburg-Plaue** Bezug genommen. Es ist tatsächlich, wenn man sich die Verhältnisse dort ansieht, tief bejammernswert, daß ein Unternehmen, in das während des Krieges über 80 Millionen Mark hineingesteckt worden sind, nun fast stilliegt. Aber es ist sehr schwer, hier mit einem festen Plan für die Umstellung, so wie es an sich wünschenswert sein würde, herauszutreten. Wir haben die hervorragendsten chemo-technischen Sachverständigen Deutschlands zur Herbeiführung einer Entscheidung über die **Zukunft der Pulverfabriken** herangezogen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist ganz unbefriedigend gewesen. Sollte aber der Herr Abgeordnete Stahl, so wie ich ihn vorhin wenigstens verstanden habe, einen bestimmten Plan zur Hand haben, nach dem es möglich ist, die Pulverfabrik dort in einen rentierenden Betrieb umzuwandeln, so würden wir sehr dankbar sein, wenn er durch Ueberreichung dieses richtigen Planes dieses schwierige Problem lösen würde.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Jaud.

Jaud, Abgeordneter: Sehr geehrte Versammlung! Mit außerordentlich großem Interesse habe ich die Drucksache 657 gelesen, und zwar hat das Interesse für diese (C) Drucksache, den Bericht über die Heeresbetriebe, noch zugenommen durch die Rede des Herrn Reichsschatzministers. Ich bin mir dessen voll bewußt, daß sich das Reichsschatzministerium durch die **Umstellung der Heeresbetriebe in Zivilbetriebe** eine sehr große Aufgabe gestellt hat.

Diese Aufgabe muß nach ganz besonderen Grundsätzen erfüllt werden. Der erste Grundsatz muß lauten: Die Heeresbetriebe müssen so umgestellt werden, daß dadurch das private Gewerbe nicht geschädigt wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es hat mich sehr unangenehm berührt, daß der Herr Reichsschatzminister gestern gesagt hat, Rücksicht auf den Mittelstand wird erwogen werden. Ich bin der festen Überzeugung und erhebe es sogar zu einer Forderung, daß Rücksicht auf den Mittelstand unter allen Umständen genommen werden muß.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Ich erinnere hier an den Art. 164 der Reichsverfassung. In diesem Artikel wird der Schutz des selbständigen gewerblichen Mittelstandes zum Ausdruck gebracht. Gerade als Bayer kann ich betonen, daß ich schweren Herzens der Reichsverfassung zugestimmt habe, und daß es nicht zuletzt der Art. 164 gewesen ist, der mir die Zustimmung zur Reichsverfassung erleichtert hat. Wenn nun dieser Grundsatz, der hier zum Ausdruck gebracht ist, der des **Schutzes des gewerblichen Mittelstandes,** durch diese Umstellung der Reichsbetriebe etwas — wenn ich mich so ausdrücken darf — ins Wanken kommt, so würde ich diese Enttäuschung auf das allerlebhafteste bedauern.

Aber nicht nur die Reichsverfassung spricht den Schutz des gewerblichen Mittelstandes aus. Auch das Abkommen, das unter den drei Regierungsparteien bei der ersten Koalition im Februar getroffen wurde, bringt unter Nr. 5 den Schutz des selbständigen Gewerbes, das (D) im Kriege ganz besonders schwer gelitten hat, zum Ausdruck.

Der zweite Grundsatz muß sein — das ist bereits vom Herrn Reichsschatzminister und von allen Rednern hervorgehoben worden —, daß sich diese Betriebe, diese **Staatsbetriebe** der Zukunft, unter allen Umständen selbst erhalten müssen, daß so gearbeitet werden muß in diesen Betrieben, daß absolut **kein Zuschuß mehr von seiten des Reichs** gegeben zu werden braucht.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Diese Forderung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, und ich für meine Person bezweifle es, ob das gelingen wird. Wenn das alles, was in dem Bericht niedergelegt ist, richtig ist, so darf ich wohl betonen, daß noch ein ganz anderer Geist in diese Werkstätten einziehen muß, wenn das gelingen soll, was hier zum Ziel gesetzt ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es wird speziell in dem Bericht zum Ausdruck gebracht, daß zum Beispiel in Spandau die Herstellungskosten um das Dreifache bis Sechsfache höher sind als in den Privatbetrieben.

(Hört! hört! im Zentrum. — Zuruf vom Regierungstisch: Der Bericht ist vom April!)

Gewiß, der Bericht ist sehr alt, aber es ist noch nichts widerrufen, was in dem Bericht steht. Ich betone noch einmal: es muß ein ganz besonderer Geist einziehen, wenn das gelingen soll; und ich möchte auch darauf aufmerksam machen: das deutsche Handwerk und das deutsche Gewerbe wird darüber wachen, daß nicht Zuschüsse gegeben werden auf diese oder jene Art. Ich will anerkennen, daß es vielleicht in der Gegenwart keinen anderen Ausweg gibt als die Umstellung dieser Betriebe, aber ich betone noch einmal, es muß unter allen Umständen vermieden

(**Jaud**, Abgeordneter.)

(A) werden, daß dabei das Handwerk und das Gewerbe geschädigt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn ich nicht von der Großindustrie und von dem Großkapital spreche, so habe ich da gar keine Sorge, daß es diesen Staatsbetrieben gelingen wird, der Privatindustrie eine derartige Konkurrenz zu machen, daß sich die Privatindustrie nicht mehr halten kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es wird so kommen, daß wir, daß die Kleinen unter dieser Umstellung am allermeisten zu leiden haben werden. Ich habe deshalb große Bedenken, ob es gelingen wird, die Betriebe so umzustellen, daß dabei wirklich etwas herauskommt. Ich bin der Überzeugung, daß es derzeit tatsächlich auch an den notwendigen brauchbaren Arbeitskräften fehlt.

Es hatte bereits der Herr Minister zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter, die Beamten, die Angestellten sehr einseitig ausgebildet sind, und ich für meine Person möchte dem zustimmen. Wenn sich nun während des Krieges die neuerrichteten Betriebe der Privatindustrie wie auch die **Militärbetriebe** so außerordentlich gut bewährt haben, wenn sie so außerordentlich viel geleistet haben, so ist das auf etwas zurückzuführen, was bisher, glaube ich, sehr wenig beachtet worden ist, und das ist das, daß in viele dieser Betriebe eine Unmenge von selbständigen **Handwerksmeistern,** eine Unmenge von **Handwerksgesellen** hineingenommen wurden, und diese Arbeitskräfte waren in den allermeisten Fällen die Stützen des ganzen Betriebes.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Diese Leute sind aber heute herausgenommen, und mir haben Direktoren und Werkmeister mitgeteilt, daß mit dem Zeitpunkt, wo diese Kräfte aus den Betrieben herausgenommen worden sind, nicht bloß die Produktion in (B) der Qualität und in der Quantität außerordentlich zurückgegangen ist, sondern daß vielmehr diese Betriebe vollständig zusammengebrochen sind.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Es ist ja unbedingt notwendig bei einem derart großen Unternehmen, daß tüchtige Kräfte zur Verfügung stehen, und gerade die Kriegsindustrie der letzten 5 Jahre hat die Arbeiter, die jungen Arbeiter vollständig einseitig ausgebildet. Ich bin also der festen Überzeugung, um es nochmals zu wiederholen, daß es nicht ohne weiteres gelingen wird, die notwendigen Arbeitskräfte aufzubringen, die in der Lage sind, vollständig selbständig, nicht bloß schablonenmäßig, wie es ja auf Grund der Fabrikausbildung geschieht, sondern das Produkt, auch wenn es einmal etwas anders ist, selbständig in Angriff zu nehmen und zur Ausführung zu bringen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch auf etwas hinweisen, was ja mit dieser Frage in allerengstem Zusammenhange steht. Hier handelt es sich um die grundsätzliche Frage, **Kleinbetrieb oder Großbetrieb.** Mit der Begründung, daß im Großbetrieb viel mehr Material gespart wird, daß die Arbeitskraft besser ausgenutzt wird usw., hat man ja gerade während des Krieges Tausende selbständiger Handwerksmeister aus den eigenen Betrieben herausgerissen und in die Militärbetriebe oder in die Privatgroßbetriebe hineingesetzt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Betriebsinhaber und auf der anderen Seite die Leiter der Militärbetriebe wußten gar wohl, was für eine Arbeitskraft der selbständige Handwerksmeister für sie ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn nun jetzt wiederum ein derartiger Griff gemacht wird, der in die gesamte zukünftige Produktionsgestaltung so tief einschneidet, so möchte ich ganz besonders darauf (C) hinweisen, daß es eine vollständige Irrlehre ist, daß es vollständig falsch ist, wenn behauptet wird, daß im Großbetrieb das Material mehr ausgenutzt wird als im Kleinbetrieb. Das Gegenteil ist der Fall. Mir haben meine Kollegen und auch andere sehr oft erzählt, daß mit der Materialverschleuderung, wie sie gerade während des Krieges in den Großbetrieben getrieben wurde,

(hört! hört! im Zentrum)

Hunderte von Kleinmeistern hätten mit Material versorgt werden können;

(hört! hört! im Zentrum)

also es ist eine vollständige Irrlehre, wenn behauptet wird, der Großbetrieb spare mehr Material als der Kleinbetrieb. Es ist ja ganz erklärlich: der Kleinmeister, dem das Material selbst gehört, hat ein ganz anderes Interesse an der Verwendung und Ausnutzung des Materials als irgendein Angestellter oder Beamter im Großbetriebe.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn ich mich recht erinnere, so wurde auch in Weimar von einem Redner der Linken ausgesprochen, daß das **Handwerk** mit seinem kümmerlichen Werkzeug nicht in der Lage ist, die **modernen Bedürfnisse** zu befriedigen. Meine sehr Verehrten! Ich bin der Ansicht, wer heute wagt auszusprechen, daß das Handwerk nur über ein kümmerliches Werkzeug verfügt oder daß das Handwerk in den letzten Jahren es nicht verstanden habe, sich den modernen Bedürfnissen anzupassen, dem möchte ich entgegenschleudern, daß er über ein sehr kümmerliches Wissen verfügt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Er hat es sich wahrscheinlich in den letzten Jahren niemals angelegen sein lassen, in die Handwerksbetriebe hineinzugehen, um zu sehen, welche Anpassung gerade in den letzten Jahren im Handwerk eigentlich stattgefunden hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Gerade während der Kriegsjahre — das werden mir die (D) Mitglieder der ehemaligen Heeresverwaltung bestätigen müssen — hat sich das Handwerk in erster Linie den Bedürfnissen in erstaunlicher Weise angepaßt. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in den letzten Jahren gerade vor dem Kriege niemand daran gedacht hat, dem **Handwerk Staatsaufträge,** Heeresaufträge, Marineaufträge usw. zuzuweisen. In äußerst wenigen Fällen ist es ja schon in kleinem Umfange vorgekommen, aber erst während des Krieges hat man sich auf das Handwerk besonnen. Man hat das Handwerk ersucht, sich an der Herstellung von Kriegsmaterial zu beteiligen, und das Handwerk hat diese Aufgabe meiner Ansicht nach voll und ganz erfüllt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Da wäre es nun äußerst falsch, das Handwerk und das Kleingewerbe durch eine derartige Maßnahme, wie sie jetzt vorgesehen ist, vielleicht zu schädigen oder gar in seiner Existenz zu bedrohen. Es liegt im Interesse des gesamten Staates, daß das Handwerk und der gewerbliche Mittelstand erhalten bleiben. Auch im Interesse der Heeresbetriebe, der zukünftigen Staatsbetriebe wird es notwendig sein, das Handwerk zu erhalten, weil gerade aus dem Handwerk diejenigen Kräfte hervorgehen, die später die Stützen dieser Großbetriebe sein werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es ist auch weiter selbstverständlich, daß diejenigen Arbeiter, die die Meisterlehre und die Handwerkslehre durchgemacht haben — das werden mir alle bestätigen, die im Handwerk tätig sind — in ganz anderer Weise selbständige Arbeiter sein können als diejenigen, die nur ganz einseitig in den Fabriken ausgebildet worden sind.

(Zustimmung im Zentrum. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie stellen aber auch ihren Mann!)

— Sie stellen auch ihren Mann! Ich will das absolut nicht bezweifeln, aber sie sind nicht derart in der Lage,

(Jaud, Abgeordneter.)

(A) sich den Verhältnissen anzupassen und die Arbeit zu leisten, die geleistet werden muß, wie diejenigen Arbeiter, die die Meisterlehre und die Gesellenlehre durchgemacht haben, die bald an dem und bald an einem anderen Stücke arbeiten.

Ich möchte noch einmal betonen, daß ich sehr bezweifle, ob dieses Unternehmen, das das Reichsschatzministerium sich nun einmal vorgenommen hat, gelingen wird. Sollte es gelingen, so wäre ich der allerletzte, der nicht meine Anerkennung darüber aussprechen würde. Ich betone aber nochmals, daß man die Grundsätze, die ich eingangs meiner Ausführungen aufgestellt habe, unter keinen Umständen verlassen darf.

Dann möchte ich noch etwas ganz besonders hervorheben. In dem Berichte des Herrn Kollegen Stücklen kam gestern zum Ausdruck, daß die **Bekleidungsämter**, die noch bestehen und deren Beibehaltung beabsichtigt ist, **die Bekleidung für die Post- und Eisenbahnbeamten** sowie für die Angestellten in Zukunft herstellen sollen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Auf Seite 6 des Berichtes unter Nr. 657 der Drucksachen wird aber ausgeführt, und zwar stammen diese Ausführungen von dem damaligen Herrn Minister Gothein:

> Was insbesondere die Aufrechterhaltung der zahlreichen Bekleidungsämter anlange, so hätten seine Versuche, die Reichspostverwaltung ebenso wie die preußische Eisenbahnverwaltung zu bewegen, in diesen Werkstätten ihren Bedarf an Uniformen ganz oder teilweise zu decken, leider zu einem negativen Ergebnis geführt, da diese Verwaltungen durch langjährige Verträge mit anderen Lieferanten, insbesondere auch Schneider- und Schuhmacherinnungen, gebunden seien. Solche Verträge eventuell mit Reichsmitteln zur vor-(B) zeitigen Lösung zu bringen, habe keinen Zweck, da man dann nur die Arbeitslosigkeit aus den Heereswerkstätten an andere Stellen verschieben würde; das würde zu einer schweren Schädigung des Mittelstandes führen, der ohnedies im Kriege am allermeisten gelitten habe.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Dieser Standpunkt ist meiner Ansicht nach der richtige.

(Zustimmung im Zentrum.)

Der Herr Reichsschatzminister hat gestern in seiner zweiten Rede zum Ausdruck gebracht, daß für die bestehenden Bekleidungsämter Arbeit bis zum 1. April kommenden Jahres vorhanden sei. Der Herr Berichterstatter Stücklen hat aber gesagt, daß die Bekleidungsämter mit der Herstellung von Kleidung für die Post- und Eisenbahnbeamten und für die Angestellten beschäftigt werden sollen. Hier besteht eine Lücke, und ich bitte, darüber aufgeklärt zu werden, wie der Berichterstatter Stücklen dazu kommt, zu erklären, daß in den Bekleidungsämtern die Uniformen für die Post- und Eisenbahnbeamten hergestellt werden sollen, während der Herr Minister erklärt, daß nur bis zum 1. April Arbeit in den Bekleidungsämtern vorhanden sei, und zwar nur Arbeit, um die Uniformen respektive die Entlassungsanzüge für die Gefangenen herzustellen, wenn ich recht verstanden habe. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen und insbesondere dem Herrn Reichsschatzminister ans Herz legen, darauf zu sehen, daß keine Schädigung oder gar eine Existenzbedrohung des gewerblichen Mittelstandes bei dieser Umstellung eintritt; auch deshalb, weil ja das deutsche Handwerk noch nie gestreikt hat und auch niemals streiken wird. Das deutsche Handwerk ist zu jeder Zeit zur Arbeit bereit, es bittet um Arbeit. Es muß allerdings dafür Sorge getragen werden, daß ihm auch die nötigen Rohmaterialien und Aufträge zugewiesen werden; auf die

(C) Arbeitsfreudigkeit des deutschen Handwerks kann man sich unter allen Umständen verlassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Seitdem bekannt geworden ist, daß die Umstellung der Militärbetriebe in Staatsbetriebe stattfinden soll, ist im deutschen Handwerk eine außerordentliche Beunruhigung eingetreten. So bekomme ich — meinen Herren Kollegen wird es ja wahrscheinlich genau so gehen — fast alle Tage Zuschriften aus Handwerkerkreisen, von Handwerkskammern, Innungen usw., die den Wunsch aussprechen, daß unter allen Umständen bei der Umstellung der Betriebe darauf gesehen werden soll, daß keine Schädigung des selbständigen Handwerker- und Gewerbestandes eintritt. Ich möchte daher zum Schluß noch einmal die Bitte an den Herrn Reichsschatzminister richten, diesem Wunsche zu entsprechen.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsschatzminister.

Dr. **Mayer**, Reichsschatzminister: Der Herr Abgeordnete Jaud befürchtet mit Unrecht, daß die **Fortführung der Heeresbetriebe** zur Herstellung von Produkten führen könnte, durch welche dem **Handwerkerstand Konkurrenz** gemacht werden würde. Der Herr Abgeordnete Jaud hätte Recht, wenn die Heeresbetriebe in Zukunft ähnliche Gegenstände fabrizieren würden wie nach der Revolution. Daran denkt die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe nicht, sondern es werden in diesen Heeresbetrieben gerade Dinge hergestellt, an denen das Handwerk das größte Interesse hat. Wir gedenken, dem Handwerk Kleinmotoren und Arbeitsmaschinen zu günstigen Bedingungen und in hoher Vollkommenheit zur Verfügung stellen zu können, wie sie sich mit den Präzisionsmaschinen, über (D) die wir verfügen, erzielen läßt.

(Bravo! im Zentrum und rechts.)

Der Herr Abgeordnete Jaud hat weiter befürchtet, daß aus der Absicht heraus, die militärischen Betriebe unter allen Umständen durchzuhalten, Aufträge hereingeholt werden könnten, die bisher durch das Handwerk erledigt worden sind. Auch hierauf kann ich ihm erwidern, was ich schon gestern in meiner ersten Rede gesagt habe, daß die Frage, ob die 12 **Bekleidungsämter**, welche von den 26 ursprünglich vorhandenen noch bestehen bleiben, allein noch über den 1. April des nächsten Jahres weiterbetrieben werden können, derzeit noch erwogen wird. Ich habe aber beigefügt, daß bei diesen Erwägungen die Interessen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes berücksichtigt werden.

(Zustimmung.)

Ich habe außerdem in meiner zweiten Rede am Schluß der gestrigen Sitzung ausgeführt, daß die größten Bedenken bestünden, diesen Bekleidungsämtern Aufträge zuzuführen, die dem Handwerke weggenommen werden müßten. Das wird auch in der Zukunft mein Standpunkt bleiben.

(Sehr richtig!)

Das kann und darf nicht das Ziel des Reichsschatzministeriums sein.

Im übrigen möchte ich dem Herrn Abgeordneten Jaud sagen: nicht das Reichsschatzministerium hat sich diese Aufgabe ausgesucht, sondern sie ist durch die Nationalversammlung dem Reichsschatzministerium zugewiesen worden. Es ist deshalb nicht unser Wille allein hier maßgebend, sondern der Wille des hohen Hauses, mit dem wir einig sind.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stücklen als Berichterstatter.

(A) **Stücklen,** Abgeordneter, Berichterstatter: Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Jaud will ich nur bemerken, daß es in den Erläuterungen zu dem Tit. 1 von Kap. 68i heißt:

> Von den **Bekleidungsämtern** des Heeres und der Marine bleiben die Anlagen in Berlin, Königsberg, Stettin, Breslau, Münster, Hannover, Cassel, Dresden, Ludwigsburg, München, Wilhelmshaven und Kiel bestehen und gehen als Reichsbekleidungsämter in die Zivilverwaltung des Reichsschatzministeriums über.
>
> Die Ämter sollen den Bedarf der Reichswehr und möglichst auch anderer Verwaltungen an Bekleidungsstücken decken.

Ein Widerspruch zwischen dem, was der Herr Minister sagte, und dem, was ich gestern ausgeführt habe, wird also kaum konstatiert werden können.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Zubeil.

Zubeil, Abgeordnerer: Meine politischen Freunde und ich bedauern, daß Herr Kollege Stahl nicht das Buch geschrieben hat über die verbrecherische Tätigkeit der unabhängigen Sozialdemokraten in Spandau. Das würde von ungeheurer Wichtigkeit gewesen sein. Wir konnten dann im wahren Sinne des Wortes nachweisen, wer die verbrecherische Tätigkeit in Spandau ausgeübt hat. Herr Kollege Stahl mußte in seiner Rede zugeben, daß er die treibende Kraft gewesen ist, die die Behörden veranlaßt hat, die Betriebe in Spandau zu schließen. Trotz seines Eiertanzes, den er hier aufgeführt, hat er nicht widersprechen können, daß keine unabhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen in Spandau eingestellt werden. Ebenso gut ist nicht widersprochen, daß der Beirat nicht gewählt, sondern im Gegenteil ernannt worden ist.

(B) (Hört! hört!)

Seine ganze Rede war ein Eiertanz, erst gegen uns, und je länger er sprach bis zum Schlusse, wendete er sich uns ab, und fast alles, was mein Kollege Brühl hier ausgeführt, wo die eigentlichen Übeltäter sitzen, hat er Wort für Wort unterstreichen müssen,

(sehr richtig!)

daß es nicht die Unabhängigen, sondern eine ganz andere Stelle ist, gegen die er sich ebenfalls sehr stark gewendet hat.

(Sehr richtig!)

Es mußte dem Herrn Kollegen Stahl bekannt sein, daß, als die **Schließung der Spandauer Werkstätten** vor sich ging, die Herabminderung der Arbeiterzahl schon eine bedeutende gewesen ist. Die Arbeiter hatten sich daran gewöhnt, daß die Belegschaft der einzelnen Betriebe unbedingt herabgesetzt werden muß.

Das war auch geschehen. Bis zur Schließung ist die Zahl von 67 000 auf 41 000 schon herabgesetzt gewesen. Darunter befanden sich allein 15 000 Frauen und 5000 Kriegsbeschädigte. Also eine bedeutende Herabsetzung war bis zur Schließung der Betriebe geschehen. Man muß doch fragen, ob es da noch notwendig gewesen ist, die Betriebe zu schließen und so viel Arbeiter auf die Straße zu setzen.

Der Herr Kollege Stahl hat die Praxis angewendet, wie sie nach dem Friedensschluß die Verbrecher am Kriege anwenden. Auch sie suchen ihre Schuld auf andere abzuwälzen und rufen: Haltet den Dieb! So ist es auch dem Kollegen Stahl mit seiner Rede gegangen.

Noch einige Ausführungen in bezug auf die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, die 35 und 40 Jahre im Betriebe tätig waren. Es ist bekannt — und vor dem Kriege ist Jahr für Jahr nicht allein von der Sozialdemokratie, sondern auch von anderen Parteien darauf hingewiesen worden —, daß die Staatswerkstätten in Deutschland bis zum Kriege die schlechtesten Löhne bezahlt (C) haben. **Die alten Arbeiter** haben in dieser langen Zeit ihre Kraft und Gesundheit **in den Staatsbetrieben** geopfert. Sie gehen jetzt in ihrem Alter einer bösen Zukunft entgegen. Es war kürzlich in einem bürgerlichen Blatte zu lesen, daß ein Übereinkommen von den Arbeitgebern getroffen worden sein soll, Arbeiter über 35 Jahre überhaupt nicht einzustellen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch bei den Staatswerkstätten war es Sitte, Arbeiter über 40 Jahre nicht einzustellen. So haben sie die schöne Aussicht, daß sie in ihrem vorgeschrittenen Alter überhaupt keine Beschäftigung mehr finden. Sie machen sich deshalb schon mit dem Gedanken der **Invalidisierung** vertraut.

Die Verfügung der Hauptverwaltung vom 31. Juli dieses Jahres hat schon die sofortige Invalidisierung noch vor Ablauf der 26wöchigen Krankheitszeit angeordnet. Dadurch erleiden die alten Arbeiter einen nicht unbeträchtlichen Schaden in ihrem an und für sich sehr geringen Einkommen; denn mit dem Beginnen der Invalidisierung verringert sich ihr Einkommen pro Tag um 2 Mark. Sie hatten auf eine einmalige Abfindungssumme gehofft, die sie vielleicht in die Lage gesetzt hätte, sich anderweitig durch die Welt zu schlagen. Da das aber nach ihrer Ansicht und wohl auch nach unserer aussichtslos ist, müssen Sie zu der Invalidisierung Stellung nehmen.

Bekanntlich hat die Kriegsarbeit in den Militärwerkstätten elf Stunden Tag für Tag betragen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und es mußte auch jeden Sonn- und Feiertag gearbeitet werden. Dadurch ist selbstverständlich die Arbeitskraft der Arbeiter gebrochen, und sie müssen jüngeren Leuten Platz machen. Heute beziehen sie noch ein Krankengeld von 30 respektive 35 Mark. Ich frage: ist jemand (D) in der Lage, in unserer heutigen teueren Zeit sich für 35 Mark die rationierten Lebensmittel zu beschaffen? Das ist ausgeschlossen; es ist zum Verhungern zu viel und zum Leben zu wenig. Das ist das Los der Arbeiter in Privatbetrieben gewesen. Aber auch in den Staatsbetrieben werden sie ebenso ausgequetscht, wie eine Zitrone. Da gilt auch das alte Sprichwort: Nun Du Deine Schuldigkeit getan hast, kannst Du zugrunde gehen. Sie haben zu wiederholten Malen um eine **einmalige Abfindungssumme** gebeten. Diese berechtigte Forderung ist nicht erfüllt worden, und sie bitten jetzt, ihnen doch wenigstens, bis ihre Pensionsverhältnisse geregelt sind, eine Entschuldungssumme in Höhe von 600 Mark zukommen zu lassen. Auch darauf haben sie bis heute noch keine Antwort erhalten. Meine Damen und Herren, Sie haben in Weimar ein Gesetz angenommen, das nicht unbedeutende Abfindungssummen für Offiziere und Unteroffiziere festgesetzt hat. Dafür war trotz der sogenannten Kalamität unserer Finanzen Geld vorhanden. Haben denn die alten Arbeiter nicht ebenso gut wie die Offiziere und Unteroffiziere ihre Pflicht dem Staate gegenüber erfüllt? Und da sollte der Satz gelten: es sind Mittel dafür nicht vorhanden?

Wir sehen, wie Tag für Tag große Mittel sozusagen zum Fenster hinausgeworfen werden. Es geht jetzt durch die Zeitung die Notiz — und ich habe mich vorgestern persönlich davon überzeugt —: In Niederschöneweide stehen in der Spree- und Fließstraße Militärwagen, vollbeladen mit großen Kisten. Auf diesen Kisten klebt ein großes Plakat mit der Aufschrift: Werkzeug! Außerdem werden da verladen neue Kanonenrohrwische, es werden verladen neue Wagenräder in allen Größen und auch ein großer Teil Hacken. Vor dieser Reihe von Wagen stehen Posten. Wenn man die Posten fragt: was ist das für Material, wohin geht es? — dann erhält man die Antwort: das

(Zubeil, Abgeordneter.)

(A) wird in Kähne verladen und geht auf dem Wasserwege nach dem Auslande. Hier im Hause und auch außerhalb wird so ungeheuer viel über die Knappheit unserer Werkzeuge geklagt. Wie kommt es, daß derartige **Werkzeugladungen nach dem Auslande** gehen? Die Regierung muß doch davon unterrichtet sein, wo die Werkzeuge bleiben, ob sie tatsächlich nach dem Auslande verladen und verfrachtet werden.

So sehen wir, wie allüberall ein großer Teil Heeresgut und auch neues Gut nach außerhalb verschoben wird, aber Mittel für die Arbeiterschaft, die ihre Gesundheit geopfert hat, nicht vorhanden sind.

Ebenso bitten die **Kieler Werftarbeiter** um eine **Wirtschaftsbeihilfe.** Auch sie geben bekannt, daß ihre Lage unhaltbar geworden ist. Sie verlangen auch eine Beihilfe von 600 Mark. Desgleichen auch die **Arbeiter der Reichswerkstätten in Cassel.** Auch sie geben bekannt, daß es nicht so weiter gehen kann, daß ihre Lage so ist, daß sie mit dem, was sie in den Reichswerkstätten verdienen, ihre Familien absolut nicht unterhalten können. Ich bitte also sehr dringend darum, daß man gegenüber den alten Spandauer Arbeitern, die ihr Leben lang ihre Pflicht erfüllt haben, die dort Invalide geworden sind, mehr Menschlichkeitsgefühl an den Tag legt, als es bisher geschehen ist.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Gleichauf.

Gleichauf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In langen Ausschußsitzungen haben wir uns bemüht, die Verhältnisse der **Arbeiter, Angestellten und Beamten der ehemaligen Reichsbetriebe** nach Möglichkeit zu regeln. Es ist eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der diese Verhältnisse teilweise durch ein besonderes Gesetz (B) entsprechend den geäußerten Wünschen geregelt werden sollen. Die Herren Abgeordneten Ersing und Stahl haben dargelegt, daß es jetzt endlich notwendig sei, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte, nachdem jetzt nach Möglichkeit Vorsorge getroffen sei, auch ihrerseits ihre Pflicht erfüllen sollen, damit die großen Summen, die vom Staate in die Betriebe hineingesteckt worden sind, sich rentabel gestalten können. Die scharfe Kritik des Abgeordneten Brühl war bei manchem Berechtigten doch einseitig, da doch jeder, der objektiv den Gang der Dinge beobachtet, sich sagen muß, daß das Reichsschatzministerium seinerzeit eine Aufgabe übernehmen mußte, der sich beinahe unüberbrückbare Widerstände entgegenstellten. Diese Widerstände sind ja so häufig in diesem Hause dargelegt worden, daß es wohl überflüssig ist, daß ich noch einmal darauf eingehe. Es ist also festgestellt, daß außerordentlich große Widerstände vorhanden waren. Da ist begreiflich, daß eben die Wünsche nicht so rasch durchgeführt werden konnten, wie es alle gewünscht hätten, auch sicher die Herren vom Reichsschatzministerium.

Es ist aber ferner anerkannt worden, daß Fortschritte gemacht sind, daß jetzt zum Teil Aufträge hereingekommen sind, und daß es jetzt daran liegt, daß das Reichsschatzministerium Hand in Hand mit den betreffenden Betriebsleitungen bestrebt ist, so zu arbeiten, daß in der Zukunft die Reichsbetriebe rentabel gestaltet werden können. Das Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsbetriebe hängt nun wesentlich davon ab, daß diese Betriebe rentabel arbeiten. Denn wenn die Rentabilität für die kommende Zeit und die Dauer nicht gesichert wäre, wer würde zunächst benachteiligt sein, wenn die Betriebe wieder geschlossen werden müßten, weil die Millionen Zuschüsse, die in der Vergangenheit gewährt wurden, nicht mehr gewährt werden können? Darunter würden in erster Linie die Beamten, Angestellten und Arbeiter am meisten (C) leiden.

Nun ist von den **Arbeiterräten** gesagt worden, daß sie in Spandau beiseite geschoben worden sein sollen. Ich bin nun der Meinung, daß das neue Gesetz über die Betriebsräte auch hierin Wandel schaffen wird. Durch das kommende Gesetz über die Betriebsräte wird auch für die Heeresbetriebe die gesetzliche Ordnung getroffen werden, werden die Aufgaben der Betriebsräte festgelegt sein, sodaß auch in den zukünftigen Reichsbetrieben, die auf Friedensproduktion umgestellt sind, die Stellung der Arbeiterräte dann völlig sichergestellt sein wird.

Wenn nun in den Reichsbetrieben die Stimmung der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten jetzt noch, wie der Abgeordnete Brühl sagt, so gefährlich ist, daß man, wenn ihre Wünsche nicht alle erfüllt würden, in nicht zu ferner Zeit wieder große Schwierigkeiten kommen sehen könnte, so möchte ich von hier aus den Ruf an die Arbeiterschaft, die Angestelltenschaft und die Beamtenschaft in Spandau richten, daß sie sich jetzt, nachdem sich die Fraktionen durch ihre Vertretungen in den Sitzungen des Haushaltsausschusses bemüht haben, einen gemeinsamen Boden zu finden, auf dem die Rechte der Erwähnten nach Möglichkeit sichergestellt sind, nicht den Lockungen von radikalster Seite hingeben, weil sie dadurch alles das wieder gefährden würden, was in langer Mühe aufgebaut worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Jetzt gilt es nicht mehr, diesen Lockungen zu folgen, jetzt gilt es zu arbeiten und seine Pflicht zu erfüllen.

(Sehr richtig!)

Für das Reichsschatzministerium gilt es, seinerseits mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern so enge Fühlung zu unterhalten und ebenfalls mit den Arbeiterberufsorganisationen, den Gewerkschaften, damit in der kommen- (D) den Zeit nach Möglichkeit jede größere Störung vermieden wird. Wenn wieder ruhig gearbeitet werden kann, dann können auch die Betriebe rentabel gestaltet werden, und dann können die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten am besten gewahrt werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Wünschen der in den Betrieben Beschäftigten entgegenzukommen. Jeder andere Weg dient den dort Beschäftigten zum Nachteil und gereicht auch der Gesamtheit des Reichs zum Schaden.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Debatte über diesen Titel ist nunmehr geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stahl.

Stahl, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Zubeil hat mir den wohlgemeinten Rat gegeben, ein Buch über die **Schließung der Staatsbetriebe** zu schreiben. Er ist der Meinung, daß ich an der Schließung der Betriebe schuld sei. Das gibt mir Veranlassung, nun doch auf einzelne Dinge einzugehen, die ich in meinen Ausführungen absichtlich vermieden habe. Ich muß das eine erklären, daß die Dinge so, wie sie sich im Monat Januar in Spandau zugespitzt hatten, einfach unhaltbar waren, und daß wir im Interesse der Allgemeinheit alles tun mußten, endlich den Terror zu brechen, der von Ihren Leuten und von den Leuten links von Ihnen ausgeführt worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will hier das eine feststellen, daß nicht allein die Arbeiter nichts gearbeitet haben, sondern daß sogar die **Arbeiterräte,** denen hier von Herrn Abgeordneten Brühl das hohe Lied gesungen worden ist, systematisch die Arbeiterschaft gezwungen haben, nicht zu arbeiten.

(Hört! hört!)

(Stahl, Abgeordneter.)

(A) Die Arbeiterräte, die alle Angehörige der U. S. P. D. und der K. P. D. waren, haben wiederholt in Versammlungen erklärt: für die Regierung Ebert-Scheidemann darf unter keinen Umständen gearbeitet werden!

(Glocke des Präsidenten.)

Erst muß die Regierung abtreten, ehe wir wieder zur Arbeit übergehen.

Präsident: Herr Abgeordneter, das ist nicht persönlich, Sie müssen sich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung halten.

Stahl, Abgeordneter: Ich will weiter erklären, daß die Arbeiterräte am 7. Januar die Arbeiterschaft der Gewehrfabrik vor das Rathaus in Spandau geführt haben — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, auch das ist wieder nicht persönlich; Sie können es persönlich machen, wenn der Abgeordnete, gegen den Sie polemisieren, Ihnen etwa das Gegenteil in den Mund gelegt hat.

Stahl, Abgeordneter: Die Arbeiter der Gewehrfabrik sind durch das Treiben der Arbeiterräte veranlaßt und gezwungen worden, vor das Rathaus zu ziehen und haben meinen Rücktritt als Vorsitzender des Arbeiterrats der Stadt Spandau erzwungen. Ich will weiter erklären, daß die große Mehrzahl der Arbeiter in den Staatsbetrieben, die von dem Arbeiterrat terrorisiert worden sind, sich danach gesehnt haben, endlich von dem Terror befreit zu werden. Deshalb habe ich alles getan, um endlich dem Terrorismus und dem Gewissenszwang ein Ende zu machen. Das war meine Aufgabe, die ich im Interesse der Einwohnerschaft unter den schwierigsten Verhältnissen zu lösen hatte. Ich möchte noch eins erklären. (B) Es sind nicht nur Waffen an die Spartakisten aus Staatsbetrieben geliefert worden — —

(Glocke des Präsidenten)

Präsident: Herr Abgeordneter Stahl, ich kann Ihnen das Wort nicht mehr lassen. Das sind keine persönlichen Bemerkungen.

Stahl, Abgeordneter: Brutale Gewalt und rücksichsloses Bekämpfen jeder anderen Meinung und Bedrohungen waren in diesen Tagen die geistigen Waffen der Herren Unabhängigen und besonders der Kommunisten. Deshalb können Sie die Schuld an der Schließung der Betriebe nicht auf andere Personen abwälzen, sondern nur allein Ihnen und Ihrem Treiben ist das zuzuschreiben.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Die persönliche Bemerkung des Herrn Abgeordneten Stahl ist aus.

(Heiterkeit.)

Der Titel ist nicht weiter angefochten; ich kann ihn für genehmigt erklären.

Ich rufe auf Tit. 3, — 4a, — 4b nach dem Antrag des Haushaltsausschusses, — 5. — Angenommen.

Zu Tit. 6 hat das Wort der Herr Berichterstatter.

Stücklen, Abgeordneter, Berichterstatter: Hier müssen einige Worte eingeschaltet werden. Es heißt hier: „Fortführung der von Heer und Marine begonnenen größeren baulichen Maßnahmen durch die Reichsbauverwaltung.“ Hier muß nach den Beschlüssen des Ausschusses eingefügt werden: „sowie für Entfestigungen“, sodaß der Passus lautet: „Fortführung der von Heer und Marine begonnenen größeren baulichen Maßnahmen, sowie (C) für Entfestigungen, durch die Reichsbauverwaltung.“

Präsident: Im übrigen ist der Titel nicht angefochten, — er wird mit der Einfügung genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 7, — 8, — 9, — 10, — 11. — Zu Tit. 12a erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Pick.

Pick, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich noch in später Stunde einige Worte spreche. Es handelt sich aber hier nicht um die Werkstätten in Spandau, über die wir uns zu meiner größten Freude heute mittag ausführlich unterhalten haben, sondern um die **Verhältnisse im Rheinlande,** im besetzten linksrheinischen Gebiet. Als gestern der Herr Minister die für uns unangenehme Mitteilung machte, daß auch in Berlin eine größere Kommission von Offizieren und Soldaten als Überwachungskommission einquartiert werden sollte, entstand selbstverständlich im Hause eine gewisse Erregung. Die Erregung ist besonders groß, wenn man an die durch diese Maßnahme noch verschärfte Wohnungsnot denkt, abgesehen von den ungeheuren finanziellen Belastungen, die wir ertragen müssen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, weder das eine, die Wohnungsnot, noch das andere, die finanziellen Belastungen sind für uns im Rheinlande, im besetzten Gebiete etwas Neues. Das ist uns seit vorigem Jahre, seit dem Beginn der **Besetzung** etwas Altgewohntes. Ungeheure **Lasten** mußten nicht nur von dem einzelnen, sondern auch von den Kommunen selbst während der Dauer der Besatzung getragen werden. Diese Opfer, die getragen werden müssen, liegen auf verschiedenen Gebieten. Sie liegen auf dem Gebiete der ungeheuer starken Einquartierung und der dadurch hervorgerufenen oder, besser noch, verschärften Wohnungsnot; sie liegen auf dem Gebiete der Verpflegung, der Requisitionen; sie liegen auf dem (D) Gebiete, daß die einzelnen Städte und Gemeinden Neubauten und Unterkunftsräume für Mannschaften und Offiziere, und zwar in sehr ausgedehntem Maße errichten mußten. Man hat teilweise von heute auf morgen Quartiere verlangt, Quartiere für soundsoviele Offiziere und Mannschaften. Weiter mußten Anlagen und Sportplätze für die Mannschaften geschaffen werden. Alles das kostet die Gemeinden und Städte im linksrheinischen Gebiete ungeheuer viel Geld. Zu diesen ungeheuren Lasten kamen noch die entgangenen Einnahmen, die die Kommunen zu verzeichnen hatten. Es ist Ihnen ja bekannt, daß die einzelnen Städte, die Kleinbahnen und Straßenbahnen haben, sich darüber beklagen, daß durch die Besatzung wohl der Verkehr ungeheuer gesteigert ist, daß sich aber die Einnahmen im umgekehrten Verhältnis vermindert haben, weil die Besatzungstruppen anfangs sehr oft kein Fahrgeld zu bezahlen brauchten oder nicht bezahlten, und daß dadurch den Städten und Gemeinden große Ausgaben auferlegt wurden, während die Einnahmen sich in sehr minimalen Grenzen hielten. Nebenbei mußten noch neue Betriebsmittel beschafft werden. Alles dies — ich kann es nur ganz kurz schildern und darf dies aus bestimmten Gründen auch nur ganz kurz tun — wirkte sehr ungünstig auf die Finanzen der Städte ein und brachte die Gemeinden und Kreise im besetzten Rheinland in eine zum Teil verzweifelte Finanzlage. Hinzu kommen noch die erheblichen Kosten, die aus der Zeit der Fliegerangriffe herrühren und die heute zum Teil noch nicht erledigt sind. Hier wird schnelle, aber auch durchgreifende Hilfe not tun. Man wird das besetzte Gebiet nicht mit ein paar wohlgemeinten Worten abspeisen können — die Reichsregierung wird das ja auch nicht beabsichtigen —, sondern hier muß schnelle und durchgreifende Hilfe so schnell wie möglich gewährt werden.

(Vick, Abgeordneter.)

(A) Der Haushaltsplan sieht zur Behebung dieser Unkosten bedeutende Mittel vor. Ich freue mich, daß der Ausschuß diese Mittel noch erhöht hat. Ich hege aber die Befürchtung, daß auch diese erhöhten Mittel tatsächlich nicht ausreichen werden, um alles das zu bezahlen, was den einzelnen Kommunen seitens der Besatzung auferlegt worden ist. Diese Summen, die verlangt werden, werden unter allen Umständen von der Nationalversammlung bewilligt werden müssen. Dazu besteht eine nationale Verpflichtung des übrigen Deutschlands gegenüber dem besetzten Rheinland.

Andererseits müssen wir auch eine **Herabsetzung der militärischen Besatzungen** verlangen. Freilich, ob das möglich sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Die ungeheure Stärke der militärischen Besatzung ist ja vollständig überflüssig.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Vor einigen Tagen wurde ja in der deutschen Presse geschrieben, daß es wohl auch einen verkappten Militarismus jenseits der Grenzen gäbe.

(Zuruf: Ein offener!)

Deutschland wird auch ohne diese scharfe militärische Besatzung, ohne Druckmittel seinen Verpflichtungen nachkommen, soweit es dazu überhaupt in der Lage ist; wenn wir aber noch etliche Kommissionen aufgehalst bekommen, dann ist es sehr leicht möglich, daß Deutschland schon unter der Last der Kommissionen zusammenbricht.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn diese Lasten so groß sind, daß wir sie nicht abtragen können, dann wird der Entente auch keine noch so starke Besatzung helfen. Durch die ganze Besatzung wird dann das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich beabsichtigt ist. Sie schafft unlöslichen Haß. Die Vorkommnisse im besetzten Gebiet beruhen zum Teil darauf, daß es die Besatzung nicht verstanden hat, sich in ein einigermaßen gutes Einvernehmen mit der Bevölkerung zu stellen. Die Besatzung schafft Haß und erregt auch Mißtrauen in die offiziell geäußerten Absichten unserer Gegner. Was die eigentlichen Absichten sind, das entzieht sich ja unserer Kenntnis. Das Rheinland empfindet diese Besatzung und muß sie empfinden als eine Bedrückung, als eine ungerechtfertigte Last, die ihm zu erleichtern das Mutterland alle Veranlassung hat. Das schlimmste aber ist, daß die Last dieser Besatzung den Gedanken der Völkerversöhnung erstickt und nicht dazu beiträgt, das zukünftige gute Einvernehmen zwischen den Völkern vorzubereiten und zu erleichtern.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

(B) **Präsident:** Der Posten ist nicht angefochten; er ist nach dem Ausschußantrag bewilligt.

Tit. 12b, — 12c, — 13. — Angenommen nach den Ausschußanträgen.

Tit. 14. — Angenommen.

Wir kommen zur Einnahme im außerordentlichen Haushalt, Kap. 1a Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Damit ist der Etat des Reichsschatzministeriums in zweiter Lesung erledigt.

Nun sind die Petitionen auf Drucksache Nr. 1255 unter III zu verabschieden. Der Ausschuß beantragt dort:

die Eingaben

a) des Bundes höherer Baubeamter Deutschlands in Berlin, betreffend Einrichtung der Reichsvermögensverwaltung (II. Nr. 11 968) der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

b) der Vertragsangestellten der ehemaligen Heereswerkstätten (II. Nr. 11 969) für erledigt zu erklären.

Ich stelle fest, daß das Haus auch damit einverstanden ist.

Es liegen nun noch Anträge des Ausschusses in dem Bericht über Militärwerkstätten auf Nr. 657 der Drucksachen vor, nämlich unter I eine Entschließung und unter II der Antrag, die eingegangenen Petitionen zum Teil für erledigt zu erklären, zum Teil durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. Muß ich über diese beiden Anträge getrennt abstimmen lassen?

(Wird verneint.)

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die den Anträgen des Ausschusses, betreffend die Militärwerkstätten, zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Sie sind angenommen.

Damit ist unsere heutige Tagesordnung erledigt.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag den 23. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts, und zwar

Haushalt des Auswärtigen Amts.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 27 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32

106. Sitzung.

Donnerstag den 23. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Waldstein, Hermann (Posen), Freiherr v. Richthofen, Gerstenberger, v. Payer, Schultz (Bromberg), v. Graefe
die Abgeordneten Dr. Raschig, Delius, Dr. Zöphel, Schirmer, Metzner, Laverrenz, Deglerk;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Koch (Merseburg)
der Abgeordnete Dr. Blunck;

in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Dröner
der Abgeordnete Gölzer;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Laverrenz
der Abgeordnete Dr. Düringer;

in den 12. Ausschuß für die Abgeordneten Bartschat, Girbig, Irl (Oberbayern)
die Abgeordneten Dr. Vershofen, Frau Tesch (Hessen-Nassau), Tremmel;

in den 15. Ausschuß für die Abgeordneten Haase (Berlin), Raute
die Abgeordneten Geyer (Leipzig), Eichhorn;

in den 18. Ausschuß für den Abgeordneten Engelhard
der Abgeordnete Nuschke;

in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Steinkopf, Dr. Oberfohren
die Abgeordneten Binder (Pfalz), Bruhn.

Urlaub habe ich erteilt den Herren Abgeordneten
Dusche für zwei Tage,
Steinkopf für fünf Tage,
Vogel für acht Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen)

und zwar:

Haushalt des Auswärtigen Amts (Anlage III und zu Anlage III).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1311 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Waldstein.

Ich eröffne die Besprechung über Kap. 4 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter Abgeordneten Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Bei der Beratung des Haushalts für das Auswärtige Amt behandelte der Hauptausschuß zunächst die Frage des **Verhältnisses des Hauptausschusses zu dem** durch die Verfassung geschaffenen **ständigen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.** Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Befugnisse und Verpflichtungen des Haushaltungsausschusses, betreffend das Auswärtige Amt und die Behandlung der auswärtigen Politik, durch die Existenz jenes anderen Ausschusses rechtlich nicht eingeengt sind, zumal jener Ausschuß regelmäßig geheim, und zwar geheim auch für die Mitglieder des Hauses, zu verhandeln hat. Nur in Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses in diesem Jahre und die Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit hat der Hauptausschuß auf eine eingehende Besprechung der gesamten auswärtigen Lage verzichtet, ohne sich allerdings dabei das gelegentliche Eingehen auf einzelne aktuelle Fragen zu versagen.

Besonders ausführlich wurde behandelt die **Umgestaltung des Auswärtigen Amts** und des **auswärtigen Dienstes**, wie sie sich in der vorliegenden Ergänzung zum Haushalt des Auswärtigen Amts ausprägt. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt weisen gegenüber dem Vorjahre einen Mehrbetrag von jährlich 4 150 581 Mark auf, einen Mehrbetrag, der bei den Beratungen des Ausschusses noch um mehr als eine Million verstärkt worden ist. Dieser Mehrbetrag hat im wesentlichen drei Ursachen. Erstens die herrschende Teuerung, verstärkt für die Auslandsbeamten durch die Valutaverhältnisse im Auslande; denn die Gehälter werden auch im Auslande in deutscher Valuta gezahlt und der Ausgleich erfolgt durch einen zu diesem Zweck eingestellten Ausgleichsfonds. Die zweite Ursache der Bedarfsvermehrung liegt in der Umgestaltung des Auswärtigen Amts und Dienstes, und schließlich die dritte in der Errichtung des neuen Pressebureaus, gemeinsam für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt, an Stelle der alten Presseabteilung im Auswärtigen Amt.

Die Reform des Auswärtigen Amts und Dienstes versucht den Beschwerden abzuhelfen, die seit geraumer

(**Waldstein,** Berichterstatter.)

(A) Zeit immer und immer wieder im Parlament und in der Öffentlichkeit erhoben worden sind. Diese Beschwerden bewegten sich insbesondere nach folgenden Richtungen: erstens unzureichende Kenntnis der Auslandsverhältnisse und der fremden Nationen, ihres Lebens und ihrer Eigenart, ihrer nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse, hervorgerufen insbesondere durch die Auswahl der Diplomaten aus einem allzu engen Gesellschaftskreis; zweitens unzulängliche und allzu langsame Leistung auf wirtschaftlichem Gebiete, mangelhafte Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des Reichs und der einzelnen im Auslande; drittens bureaukratische Unzulänglichkeit und Absonderung der Behörden, ungenügender Schutz der Deutschen im Auslande.

Eine Hauptursache dieser Beschwerden soll durch die **Umgestaltung der Zentrale,** des Auswärtigen Amts, beseitigt werden. Das Auswärtige Amt zerfiel bisher in vier nach sachlichen Gesichtspunkten getrennte Abteilungen: die politische, die wirtschaftpolitische, die Personal- und die Presseabteilung. Diese Abteilungen arbeiten nebeneinander, jede in ihrem Gebiet, und deswegen gelegentlich oder recht häufig auch gegeneinander. Als verfehlt wurde besonders bezeichnet die organisatorische Trennung der politischen und der wirtschaftspolitischen Angelegenheiten; denn allgemeine Politik und Wirtschaftspolitik sind ein unteilbares Ganzes, auch im Auswärtigen Amt. An die Stelle dieser Teilung im Auswärtigen Amt nach Materien tritt entsprechend der Natur der Auslandspolitik und in Übereinstimmung mit dem System, wie es in den meisten anderen Staaten besteht, das **Prinzip der regionalen Gliederung,** der Gliederung nach Ländergruppen. Dabei konnte es natürlich nicht in Frage kommen, für jedes Land eine besondere Abteilung im Amte zu errichten; es mußte das ganze Ausland nach den Beziehungen der Länder zueinander in eine nicht zu große Anzahl von (B) Ländergruppen zerlegt werden, und man kam so zu sechs Ländergruppen. Diese Einteilung ist natürlich nicht als ein starres und unabänderliches System gedacht, sondern wird sich jeweils den Bedürfnissen anschmiegen und nach diesen abgeändert werden müssen.

Eingeschaltet mag werden, daß die den meisten Herren bekannten sogenannten **Hamburger Vorschläge** auch das Prinzip der regionalen Teilung vorsehen, und daß diese Hamburger Vorschläge in vielen Punkten eine wohlverdiente Beachtung bei der Reform des Auswärtigen Amts gefunden haben; mit allen Einzelheiten dieser Hamburger Denkschrift möchte ich mich allerdings einverstanden erklären.

In diesen Gruppen und in ihrer Leitung liegen fortan die gesamten außenpolitischen Geschäfte der ihnen zugewiesenen Länder, Geschäfte politischer, wirtschaftlicher, kultureller oder sonstiger Art. In diesen wird ein Spezialistentum für die einzelnen Länder sich ausbilden können im ständigen Austausch mit dem Auslandsdienst, den Missionen und den Konsulaten dieser Länder, natürlich aber so, daß das Zonensystem, das auf diese Weise entsteht, nicht zu einer grundsätzlichen und ausnahmslosen Personalbeschränkung auf ein bestimmtes Gebiet führt.

Neben diesen sechs regionalen Abteilungen des Auswärtigen Amts bleibt erhalten die Personalabteilung, ferner eine stark und mit Absicht eingeschränkte Rechtsabteilung, die in Zukunft nur die eigentlichen Geschäfte des Justiziars führt, aber keine Politik treiben soll, ferner die neu entstandene **Außenhandelsstelle** des Auswärtigen Amts. Diese Stelle treibt keine Wirtschaftspolitik; denn die Wirtschaftspolitik soll als ein Teil der Gesamtpolitik Aufgabe der regionalen Abteilungen sein; sie organisiert und sammelt die wirtschaftlichen Berichte aus dem Auslande, leitet diese Berichte zur politischen Verwertung an die zuständige Regionalabteilung, verwertet sie aber selbständig

(C) für Deutschland und führt sie für diesen Zweck mit der gebotenen Schnelligkeit, die leider in der Vergangenheit sehr häufig vermißt worden ist, den beteiligten Kreisen zu. Das ist eine unpolitische, rein praktischen Zwecken dienende Einrichtung, die mit dem Wirtschaftsleben dadurch in organische Verbindung gebracht ist, daß ihr ein Beirat aus angesehenen Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens beigeordnet wird.

Von besonderer Bedeutung ist die Außenhandelsstelle als eine Stätte der wirtschaftlichen Ausbildung der Anwärter des auswärtigen Dienstes. Durch die Arbeit in dieser Außenhandelsstelle sollen die zukünftigen Beamten des auswärtigen Dienstes die wirtschaftlichen Bedürfnisse des In- und Auslandes praktisch kennen lernen. Die Außenhandelsstelle soll keine politische und keine wirtschaftliche Einrichtung sein; sie soll keine Broschüren schreiben, sondern sie soll Dienerin unserer Volkswirtschaft und namentlich unseres Außenhandels, sie soll eine Pflanzstätte wirtschaftlich vorgebildeter Beamter des Auslandsdienstes sein. Ihr soll mit in erster Linie die Arbeit am Wiederaufbau unseres Außenhandels zufallen.

Diese Gestaltung unseres Auswärtigen Amts bedingt — und das ist die am mindesten erfreuliche Seite der Sache — eine **starke Vermehrung unseres Beamtenpersonals.** Neu angefordert sind 1 Unterstaatssekretär, 3 Direktoren, 11 Vortragende Räte und 17 ständige Hilfsarbeiter; dazu kommen für das noch kurz zu besprechende Preßbureau des Auswärtigen Amts und des Reichskanzlers eine Anzahl von Personen. Der Ausschuß beantragt die Bewilligung dieser neuen Stelle als eine unvermeidliche Folge der von ihm gebilligten Neugestaltung des Auswärtigen Amts und des Auswärtigen Dienstes.

Bedenken erregte **der zweite Unterstaatssekretär.** Man fürchtete von dem Nebeneinander zweier Unterstaatssekretäre hie und da eine Gefahr für die Einheitlichkeit der auswärtigen Politik, namentlich im Vertretungsfalle. (D) Der Herr Minister gab die Zusicherung, daß der den regionalen, also eigentlich politischen Abteilungen übergeordnete Unterstaatssekretär sein ständiger politischer Vertreter sein werde, während der zweite Unterstaatssekretär die Außenhandelsstelle und den Beirat zur Außenhandelsstelle leiten werde. Für die Außenhandelsstelle sei aber die Gewinnung einer hervorragenden Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben erforderlich, und diese sei leichter für den Posten eines Unterstaatssekretärs als für den eines Ministerialdirektors zu gewinnen. Angesichts dieser Erklärungen hat der Ausschuß seine Bedenken gegen den zweiten Unterstaatssekretär zurückgestellt.

An die Stelle der bisherigen Preßstelle des Auswärtigen Amtes mit all ihren Eigenschaften und Schwächen tritt das **gemeinschaftliche Preßbureau des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes,** eine Vereinigung, die schon bei Gelegenheit des Haushaltes für den Reichskanzler hier vom Hause gebilligt worden ist und deshalb bei der Behandlung dieses Etats keinen Gegenstand des Streites mehr gebildet hat. Es findet eine erhebliche Verstärkung der Preßabteilung statt. In dem Preßbureau wird eine Abteilung für den Inlanddienst gebildet sowie eine Anzahl Abteilungen nach regionaler Gliederung für den Auslandsdienst. Auch für den Preßdienst im Auslande werden die Mittel entsprechend verstärkt.

Die Frage der **Personalauslese,** die wichtigste bei der Neugestaltung, hängt mit der **Besoldungsfrage** eng zusammen. Will man den bisherigen aristokratischen und plutokratischen Charakter unserer diplomatischen Vertreter und unseres Auswärtigen Dienstes beseitigen, so muß man die Diplomaten so stellen, daß sie von ihren amtlichen Bezügen leben können, wenn auch einfach, so doch nicht ärmlich, und wenn auch unter möglichster Einschränkung der Repräsentation, so doch nicht unter gänzlichem Verzicht

(**Waldstein**, Berichterstatter.)

(A) auf Repräsentation, die nun einmal eine Quelle nützlicher Informationen und nützlicher Beziehungen im Auslande ist und bleiben wird.

Die Auswahl geeigneter Personen aus allen Lebenskreisen, insbesondere aus dem Wirtschaftsleben, in eine leitende diplomatische Stellung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Herrn Ministers. Es darf aber andererseits auch davon keine Rede sein, daß die zünftigen gelernten Diplomaten nunmehr grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Diplomaten, die sich bewährt haben, sollen beibehalten, die anderen entfernt werden. Entfernt werden sollen insbesondere auch diejenigen, die sich durch ihre bisherige Tätigkeit bloßgestellt oder die, wenn auch ohne Bloßstellung, in irgendwelcher Weise durch ihre bisherige Tätigkeit im Amt behindert sind. Der Herr Minister teilte mit, daß nach diesen Grundsätzen bereits eine starke „Auskämmung" des diplomatischen auswärtigen Dienstes stattgefunden habe; es seien nicht weniger als 119 Personen freiwillig oder nicht ganz freiwillig aus dem Dienst geschieden. Es ist also in der Tat schon eine starke Aussonderung erfolgt, und dadurch gewinnt die Frage des richtigen Ersatzes für den hohen, durch die jetzige Verstärkung noch vermehrten Bedarf an Beamten eine besondere Bedeutung. Der Ausschuß ist übereinstimmend der Meinung, daß dabei eine einseitige Bevorzugung der juristischen Vorbildung nicht stattfinden solle, andererseits ist er natürlich aber auch nicht der Meinung, daß auf eine genügende Anzahl juristisch vorgebildeter Beamter verzichtet werden könne.

Gefallen ist — das ergibt der Etat und das ergeben die Erklärungen des Herrn Ministers — die grundsätzliche, verderbliche **Scheidung von konsularischer und diplomatischer Karriere**, ein Unterschied, der in der Vergangenheit eine der stärksten Quellen des Mißerfolges unseres Auswärtigen Dienstes gewesen ist. Der Herr Minister (B) gab ferner die Erklärung ab, daß die Stellen der Diplomaten nicht nach parteipolitischen Grundsätzen besetzt und nicht etwa auf die Fraktionen verteilt werden sollen. Mit dieser Erklärung fand er die allseitige Zustimmung des Ausschusses, auch mit der Hinzufügung, die er machte, daß damit selbstverständlich die Verwendung besonders dafür geeigneter Abgeordneter für den auswärtigen diplomatischen Dienst nicht ausgeschlossen zu sein brauche.

Hinsichtlich der **politischen Stellung der Diplomaten** wurde die Auffassung des Ausschusses dahin zusammengefaßt, daß zwar die Parteistellung nicht entscheidend sein solle, daß man aber von allen Beamten des auswärtigen Dienstes, einschließlich der Diplomaten, verlangen müsse, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen und daß sie jegliche Tätigkeit irgendwelcher Art gegen die Verfassung und gegen den verfassungsmäßigen Gesamtcharakter des Deutschen Reichs unterlassen müssen. Die Amtsräume unserer Diplomaten dürfen selbstverständlich keine Agitationsstuben gegen die Deutsche Republik sein.

Ich sagte schon, daß die Frage der Auslese im wesentlichen zusammenhängt mit der Frage der richtigen **Gehaltsausstattung unseres auswärtigen Dienstes.** Nach der Richtung hin hat der Ausschuß sich entschlossen, die von der Regierung eingestellten Beträge zu verstärken durch Hinzufügung einer weiteren Million zur Berücksichtigung der besonderen Teuerungsverhältnisse, die überall im Ausland wie im Inland herrschen. Er ist sich dabei bewußt, daß auch hiermit dem notwendigsten Bedürfnis kaum entsprochen ist; er muß sich von weiteren Verstärkungen zurückhalten angesichts der bedauerlichen Lage unserer Finanzen. Die Verstärkung der Bezüge im auswärtigen Amt und in der Dipomatie konnte nicht im Wege der Erhöhung der Gehälter geschehen. Dem steht entgegen die Gehaltsordnung und der Grundsatz, daß man der allgemeinen Regelung (C) der Gehälter nicht vorgreifen darf für einen einzelnen bestimmten Dienstzweig, auch wenn die Aufbesserung noch so erfreulich ist. Man mußte sich dazu bequemen, im Wege der persönlichen Pensionszulage das Notwendige zu tun.

Einer der wesentlichsten Punkte der Verbesserung im Auslandsdienst wird liegen in einer **Verbesserung der Ausbildung.** Die Frage der Vorbildung ist im Ausschuß nicht eingehend behandelt, sondern für die Beratung des nächsten Etats, der nahe bevorsteht, zurückgestellt worden. Nur bei Gelegenheit der Außenhandelsstelle wurde besprochen, was ich bereits vorgetragen habe.

Von Bedeutung ist ferner eine weitere Einrichtung, die im Etat getroffen und vom Ausschuß gebilligt wurde, die Schaffung der sogenannten **Generalkonsuln erster Klasse,** solcher Generalkonsuln, die im Range von Gesandten stehen und das Gehalt des Gesandten beziehen. Man will für solche Orte, an denen der Generalkonsul von besonderer Wichtigkeit ist, die Möglichkeit schaffen, daß geeignete Persönlichkeiten dauernd auf diesen Posten bleiben und nicht der Gehaltsverbesserung halber die Versetzung in einen sachlich minder wichtigen Gesandtenposten wünschen, daß zum Beispiel der Generalkonsul in Buenos Aires im Interesse seiner Bezüge die Versetzung nach Caracas nachsucht. Der Ausschuß hat den Gedanken gebilligt und seine Ausführung verstärkt, indem er dem vorgeschlagenen Posten in Buenos Aires für den Generalkonsul erster Klasse zwei andere Generalkonsuln erster Klasse hinzugefügt hat, und zwar in Amsterdam und Barcelona. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, wie hoch wir diese Länder, die Niederlande und Spanien, wirtschaftlich einschätzen, und welches Gewicht wir darauf legen, durch Unterhaltung einer besonders geeigneten Persönlichkeit die Wiederaufnahme unserer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in diesen beiden Ländern tunlichst zu beschleunigen und zu verstärken.

(D) Meine Damen und Herren! Aus ähnlichem Grunde sieht der Etat eine andere Neuerung vor, nämlich die Beschaffung von **ersten Botschaftsräten** mit dem Gehalte von Generalkonsuln und die Schaffung von **ersten Legationssekretären** mit dem Titel Gesandtschaftsräte und dem Gehalt von Konsuln. Man will diese Stellen nach Möglichkeit zu Lebensstellungen machen und eine allzu große Wanderungslust der Diplomaten im Interesse des Dienstes einschränken.

Den **mittleren Beamten** soll der Aufstieg in höhere Beamtenstellen ermöglicht werden. Ein in der Kommission gestellter Antrag, deshalb einen Teil der neugeschaffenen höheren Stellen für diese Zwecke ausdrücklich vorzubehalten, wurde zurückgezogen, da sich eine derartige Sonderbestimmung für das Auswärtige Amt allein nicht empfiehlt. Aber die Zurücknahme erfolgte nur auf Grund der Erklärung des Ministers, daß im Sinne dieses Antrages verfahren und der Aufstieg ermöglicht werden solle.

Ebenso sieht der Etat die Möglichkeit des Aufrückens der **unteren Beamten** in die Stellung der mittleren Beamten vor.

Besprochen wurde ferner die **Frage der räumlichen Ausdehnung** des Auswärtigen Amtes. Man war sich einig, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß das Auswärtige Amt ordentlich in Zukunft arbeitet, es sein wird, daß es ordentliche ausreichende Räume bekommt, daß die bisherigen Räumlichkeiten, wo das Auswärtige Amt seit unvordenklicher Zeit untergebracht ist, geradezu ein Hindernis sind für eine ordnungsgemäße Arbeit dieses Amtes. Man war ferner darüber einig, daß die erforderliche Ausdehnung am zweckmäßigsten durch Hinzunahme des benachbarten Reichsministeriums des Innern erfolgen müsse, und daß es dann notwendig sein werde, das Reichsministerium des Innern anderweitig unterzubringen.

(**Waldstein,** Berichterstatter.)

(A) Bemerkenswert ist der bisherige Etat nicht nur durch die Posten, die darin stehen, sondern auch durch einige Posten, die darin fehlen. Fortgefallen ist infolge des Friedensvertrags der **Beitrag für die Militärattachés und Militärbevollmächtigten,** eine der Kategorien von Beamten, die durch den Friedensvertrag beseitigt ist und endgültig verschwindet.

Fortgefallen ist ferner der **Beitrag von Preußen** zu den Kosten des Auswärtigen Amtes; auch das ist eine Folge der Änderung unserer verfassungsmäßigen Zustände, der Konzentration der gesamten völkerrechtlichen Vertretung im Reiche. Auf diesen verfassungsmäßigen Grundsatz wurde auch zurückgegriffen bei der Besprechung der Mitteilung, daß von seiten einiger bisher noch feindlicher Staaten angeblich beabsichtigt wird, Missionen an deutsche Landesregierungen zu entsenden, also etwa nach Bayern und Preußen. Der Ausschuß war nach den klaren Bestimmungen der Verfassung der einmütigen Auffassung, daß selbstverständlich die **Länder kein Gesandtschaftsrecht** mehr haben, weder ein aktives noch ein passives, und daß infolgedessen die Entsendung von Gesandten im völkerrechtlichen Sinne des Wortes an diese Staaten ausgeschlossen erscheinen muß, daß es jedenfalls ausgeschlossen ist, daß die betreffenden Länder ihrerseits die Genehmigung zu einer derartigen Gesandtschaft erteilen können.

Nicht ganz ebenso liegen die Dinge bezüglich der Frage der Gesandtschaft oder **Botschaft beim Vatikan.** Im Ausschuß wurde unter den im Etat aufgeführten Botschaften und Gesandtschaften eine solche beim Vatikan vermißt. Es wurde von der Regierung die Erklärung abgegeben, daß ein demnächst vorzulegender Nachtragsetat diese Botschaft bringen werde. Es wurde hierbei die Frage erörtert, ob es nach der Verfassung zulässig sein wird, daß Bayern oder Preußen ihrerseits selbständige Missionen beim Vatikan unterhalten. Es wurde

(B) darauf hingewiesen, daß der Artikel 78 der Verfassung das nicht ausschließe, daß dieser Artikel in seinem ursprünglichen Wortlaut bei Verabschiedung der Verfassung geändert worden sei, daß er ursprünglich gelautet habe: „Die Pflege der Beziehungen zum Ausland ist ausschließlich Sache des Reichs", — daß man aber statt „Ausland" dann gesagt habe „den auswärtigen Staaten", gerade in der Absicht, um Bayern und Preußen die Entsendung eines Vertreters beim päpstlichen Stuhl offen zu halten, der kein Staat sei. Der Ausschuß war einstimmig der Auffassung, daß selbst, wenn die verfassungsmäßige Möglichkeit einer derartigen Entsendung und eines Empfangs von päpstlichen Nuntien für Bayern und Preußen gegeben sein sollte, es doch aus politischen und Zweckmäßigkeitsgründen im höchsten Maße erwünscht und politisch geboten sei, daß auch diese Art der völkerrechtlichen Vertretung — und um eine solche handelt es sich doch — ausschließlich vom Reiche und beim Reiche geübt werde. Das war die einstimmige Auffassung des Ausschusses, und ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß in diesem Sinne, und zwar möglichst bald, die Angelegenheit geregelt wird.

Es ist im Ausschuß auch noch von einer Seite darauf hingewiesen worden, daß diese Art der Regelung auch durchaus im Interesse des päpstlichen Stuhles, des Vatikans selbst liege; denn es könne nicht im Sinne des Vatikans sein, wenn er bezüglich der Frage der diplomatischen Vertretung anders behandelt würde als alle andern Subjekte des Gesandtschaftsrechts.

Meine Damen und Herren! Von einem Mitgliede wurde im Ausschuß darüber **Beschwerde** geführt, daß eine von ihm im Hause gestellte **kleine Anfrage,** die sich auf einen Gegenstand der auswärtigen Politik bezog, nicht hier im Hause von dem Minister des Auswärtigen beantwortet ist, sondern in einer geheimen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Demgegenüber nahm der Minister (C) für sich das Recht in Anspruch, gegenüber ungeeigneten Fragen oder gegenüber solchen Fragen, von deren Beantwortung er eine Schädigung unserer ausländischen Beziehungen erwartet, die Antwort zu verweigern und abzulehnen, wie dies in England ständiger Brauch sei. Er verwies darauf, daß er bereits in einem Einzelfalle eine derartige Ablehnung der Antwort hier im Hause ausgesprochen habe. Der Ausschuß hat wohl einstimmig — ich nehme an, daß sich auch der betreffende Beschwerdeführer nicht ausschließen wollte — diese Auffassung des Ministers gebilligt, und es nicht nur als sein Recht, sondern unter Umständen als seine Pflicht angesehen, in Fragen der auswärtigen Politik gelegentlich auch einmal die Antwort zu verweigern.

Es haben dann noch eine Reihe von Einzelfragen der aktuellen Auslandspolitik den Ausschuß beschäftigt. Ein Eingehen auf diese Fragen darf ich mir ersparen, in der Erwartung, daß sie auch heute den Gegenstand der Diskussion bilden werden.

Nur eine Frage darf ich noch mit einem Satze streifen. Das ist das traurige Kapitel der **Auslieferung von Deutschen an unsere Feinde,** die uns durch den Friedensvertrag auferlegt ist. In der Richtung darf ich als übereinstimmende Auffassung des Ausschusses folgendes sagen: daß alle Mitglieder des Ausschusses sich darüber klar gewesen sind, daß die Erfüllung dieser Verpflichtung mit den ungeheuerlichsten Gefahren für unser gesamtes politisches Leben, ja vielleicht für unsere politische Existenz verbunden sein könnte. Darüber ist sich der Ausschuß vollkommen einig gewesen. Der Ausschuß war sich ferner darüber einig, daß es in hohem Maße bedauerlich und zu beklagen sein würde, wenn die Tragik dieser Frage von irgendeiner Partei im Lande parteipolitisch ausgenutzt werden sollte.

(D) Damit will ich meine Bemerkungen schließen.

(Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister des Außern.

Müller, Reichsminister des Außern: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der Ihnen vorliegende Etat und der dazu gehörige Ergänzungsetat wesentliche Mehrforderungen für den Auswärtigen Dienst mit sich bringt. Es ist uns außerordentlich unangenehm gewesen, in einer Zeit, in der größte Sparsamkeit oberstes Gesetz sein muß, mit solchen Mehrforderungen zu kommen. Aber sie waren nicht zu umgehen. Wir dürfen vor allem nicht vergessen, daß die **Ausführung des Friedensvertrages außerordentlich hohe Anforderungen** an uns stellt, auch Anforderungen finanzieller Natur. Es sind ja jetzt bald zwölf Monate verflossen, seit der Waffenstillstandsvertrag geschlossen worden ist. Zwölf Monate, in denen es nicht zur Aufrichtung unserer Volkswirtschaft kam, die die Grundlage dafür sein muß, daß wir überhaupt den Friedensvertrag erfüllen können. Bis heute noch sind unsere Beziehungen auf die Neutralen beschränkt. Erst in der nächsten Zeit hoffen wir endlich dahin zu kommen, auch die Beziehungen zu der übrigen Welt wieder eröffnen zu können.

Da gilt es nun, die **Arbeitsmethoden** zu prüfen, die bisher bei uns üblich gewesen sind, und die Einwände zu prüfen, die gegen die Arbeit des Auswärtigen Amtes erhoben worden sind, um das zu bessern, was zu bessern ist. Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Neuerungen in dem Etat vorhanden ist. Aber diese Neuerungen sind für die Nationalversammlung und ihren Vorläufer, den Reichstag, eigentlich nichts Neues, weil es zum großen Teil sich um Erfüllung alter Wünsche des Reichstages handelt. Die

(**Müller**, Reichsminister des Äußern.)

(A) **Neuerung des Regionalsystems**, von dem der Herr Berichterstatter gesprochen hat, ist ja schon lange vorgeschlagen worden. Der Geheimrat Hammann hat jetzt in seinen „Erinnerungen" darauf hingewiesen, daß er in Norderney im Sommer 1907 bereits die Einführung des Regionalsystems dem Fürsten Bülow vorgeschlagen hat. Dieses System soll jetzt durchgeführt werden. Ich will auch hier, um nicht das zu wiederholen, was der Herr Berichterstatter bereits gesagt hat, nur darauf hinweisen, daß diese Frage für uns mit eine **Raumfrage** ist. Wenn wir die notwendigen Räumlichkeiten nicht dazu bekommen, so können wir die Neuerungen nicht durchführen. Das Kabinett hat bereits im Juli beschlossen, daß uns das Reichsamt des Innern, das neben dem Auswärtigen Amt liegt, zu diesem Zwecke angegliedert werden soll.

Auch die weiter von dem Herrn Berichterstatter behandelte Neuerung der **Gleichstellung der diplomatischen und der konsularischen Karriere** ist bereits von meinem Vorgänger, dem Herrn Grafen Brockdorff-Rantzau angekündigt worden. Ich vertrete dieselbe Auffassung wie er, und wir gehen jetzt daran, diese Ankündigung durchzuführen.

Beide Neuerungen haben sowohl im Reichstag als auch im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung eigentlich allgemeine Zustimmung gefunden. Die Neuerungen sollen uns helfen, über die Unzuträglichkeiten hinwegzukommen, über die bisher geklagt worden ist.

Was ist nun in erster Linie an dem auswärtigen Dienst in der Zeit vor dem Kriege und in der Zeit während des Krieges kritisiert worden? Es ist behauptet worden, daß die **Beamten** eine zu oberflächliche Kenntnis der Auslandsverhältnisse hätten, daß sie zu wenig die **Mentalität der fremden Völker** berücksichtigten, in deren Lande sie seien, daß sie nicht genügend Fühlung mit dem wirklichen Volksleben dort gehalten hätten, daß Mangel (B) praktischer Tätigkeit sich bei ihnen gezeigt hätte, und daß daraus natürlich auch eine unzulängliche Berichterstattung resultiert habe. Alles das wurde vor allem mit auf die Exklusivität der Beamten zurückgeführt. Auch hier hat der Herr Berichterstatter bereits erwähnt, daß die Beamten bisher geringen Schichten der Geld- und Geburtsaristokratie entnommen worden sind. Das muß natürlich aufhören.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Republik muß auf ihre ersten Posten eine Reihe neuer Männer bringen. Aber das allein genügt nicht. Vor allen Dingen muß auch dafür gesorgt werden — das ist fast noch wichtiger —, daß die **Basis der Auslese verbreitert** wird für die Zukunft, damit der Nachwuchs aus allen Kreisen herangezogen werden kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Übrigens wird, wenn jetzt die diplomatischen Beziehungen zur ganzen Welt wieder aufgenommen werden, die Auffüllung des diplomatischen Korps gar nicht vorgenommen werden können, ohne daß Outsider herangezogen werden. Auch hier hat der Herr Berichterstatter auf Grund der Verhandlungen im Ausschuß bereits darauf hingewiesen, daß kein Amt im Reiche und wohl auch in den Gliedstaaten in den letzten Jahren so ausgekämmt worden ist wie das Auswärtige Amt. Der Herr Berichterstatter — und ich kann das deshalb auch kurz berühren — hat ferner darauf hingewiesen, daß es bei der Auslese des diplomatischen Personals in erster Linie auf die **sachliche Eignung** des Betreffenden, und daß ganz unmöglich — diesen Grundsatz habe ich im Ausschuß stets vertreten — diplomatische Posten draußen so unter den Koalitionsparteien verteilt werden können, wie man etwa im Inland Ministerportefeuilles verteilt. Das hindert natürlich nicht, daß auch der eine oder andere Parlamentarier, der die sachliche Eignung besitzt, auf einen diplomatischen Posten berufen werden kann.

(C) Es ist durchaus nicht notwendig, daß nun jeder Diplomat kaltgestellt werden muß, der unter dem ancien régime das Reich draußen vertreten hat. Auch unter ihnen gibt es eine ganze Reihe tüchtiger Leute, die nun einmal auf dem Boden der Tatsachen stehen und die auch an eine monarchische Restauration in Deutschland nicht glauben. Aber ganz selbstverständlich ist: wer die Absicht hat, **gegen die Republik** zu intrigieren, der darf **unter keinen Umständen** auf einen **diplomatischen Posten** kommen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diplomatische Salons, in denen gegen die Republik agitiert wird, können wir draußen noch weniger brauchen als drinnen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Rettung Deutschlands wird eben wesentlich mitbeitragen, daß man draußen im Ausland den Eindruck gewinnt, daß die Republik in Deutschland gefestigt ist.

Ganz unmöglich ist natürlich unter den **Diplomaten** von vorgestern die Auswahl solcher, die in irgendeiner Weise **kompromittiert** sind aus der Zeit des Krieges her. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, daß, wenn solche kompromittierenden Affären sich im Ausland abgespielt haben, sie sich ja meistens hinter dem Rücken der betreffenden Diplomaten abgespielt haben, daß alle die aufsehenerregenden Affären, wie die Christiania- und die Züricher Bombenaffäre, das Zusammenarbeiten mit den italienischen Anarchisten, eigentlich von Agenten eingeleitet worden sind, die mit dem auswärtigen Dienst nichts zu tun gehabt haben. Übrigens sind das ja Dinge, die wahrscheinlich auch noch einen der Unterausschüsse des Untersuchungsausschusses beschäftigen werden.

Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß die einseitige **juristische Vorbildung** für den diplomatischen Nachwuchs nicht maßgebend sein darf. Das soll (D) aber nicht heißen, daß juristische Vorkenntnisse etwas sind, was überhaupt zu vernachlässigen wäre; denn in einer Zeit, in der es gilt, diesen monströsen Friedensvertrag auszulegen, gehört schon auch etwas juristische Kenntnis für den Diplomaten mit dazu. Außerdem ist uns angekündigt, daß eine neue Ära des Völkerrechts angeht, auf deren Eintritt wir freilich einstweilen noch warten.

Der Herr Berichterstatter hat ferner darauf hingewiesen, daß bisher die politischen Angelegenheiten gesondert von den wirtschaftlichen und den Presseangelegenheiten in der Abteilung A bearbeitet worden sind, daß das zu Unzuträglichkeiten geführt hätte, was nun abgeändert werden soll. In Zukunft sollen alle Angelegenheiten, die ein Land betreffen, in der Ländergruppe bearbeitet werden, zu der das betreffende Land gehört: alle wirtschaftlichen, alle politischen, alle Presseangelegenheiten.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Zweck ist, auf diesem Wege für die einzelnen Länder Sachkenner zu erzeugen, Sachkenner, deren Sachkenntnis noch dadurch erhöht werden soll, daß ein größerer Wechsel zwischen Innendienst und Außendienst stattfindet. Durch diese sachliche Arbeit, die geleistet werden soll, soll dann aber auch endlich die **Stetigkeit der Politik** garantiert werden, die uns in den vergangenen Jahrzehnten soviel gefehlt hat

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und die wesentlich mit beigetragen hat zu dem Unglück, in das wir hineingekommen sind. Erst wenn unsere Politik den einzelnen Ländern gegenüber wieder stetig wird, dann wird auch das Vertrauen des Auslands wiederkehren, ohne das wir auf die Dauer uns auch im Inland nicht wieder aufrichten können.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(**Müller**, Reichsminister des Aeußern.)

(A) Unsere **Kaufleute** werden jetzt hoffentlich bald Gelegenheit haben, wieder hinauszugehen in fremde Länder. Sie werden dort einen schweren Stand haben. Sie werden erwarten müssen, daß die **Außenbeamten** des Reichs Verständnis für die Lage der deutschen Volkswirtschaft haben; aber ich möchte auch in diesem Zusammenhange sagen, daß man von den Außenbeamten draußen nichts Unmögliches verlangen soll. Der Beamte des Auswärtigen Amts soll draußen die Interessen des Reichs vertreten, er soll die Reichsbürger draußen schützen und stützen, aber er soll nicht etwa Handelsagent und Geschäftsvertreter bestimmter Firmen sein. Das ist nicht seine Aufgabe; das müssen die Firmen selbst besorgen. Der Auslandsbeamte draußen soll Politik treiben, auch Wirtschaftspolitik, aber keine Geschäfte.

Zum ersten Male sind im Etat Mittel zur Entsendung **sozialpolitischer Sachverständiger** vorgesehen. Andere Länder sind uns darin bereits vorangegangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die schwedische Regierung hat vor kurzem einen Sozialattaché hier in Berlin ernannt, der Deutschland, Holland und die Schweiz in bezug auf ihre sozialpolitische Arbeit beobachten soll. Die Sozialpolitik wird in Zukunft eine große Rolle spielen. Es wird für alle kriegführenden Länder wesentlich sein, so schnell und so gut wie möglich die Menschheit wieder aufzuforsten. Es gilt da, international Schritt zu halten und den Problemen Aufmerksamkeit zu widmen, die sich uns stellen, nachdem die Menschheit infolge der fünf Kriegsjahre so ungeheuer viel gelitten hat. Im übrigen ist es ein Zeichen der Zeit, daß in allen Ländern der Einfluß der Arbeiterklasse im Wachsen ist. In einer großen Anzahl von Ländern haben ja bereits Vertreter der Arbeiterparteien in den Ministerien Platz genommen.

Ich hoffe, daß die Zusammenlegung der gesamten (B) Arbeit des Auswärtigen Amts in die Ländergruppen uns in Zukunft nützliche Dienste leisten wird.

Der Herr Berichterstatter hat weiter auf die Abteilungen hingewiesen, die nach wie vor bestehen bleiben. Bei der Abteilung zur Ausführung des Friedensvertrags, von der es im Etat heißt, daß sie künftig wegfällt, dürfte es allerdings noch gute Weile haben, bis sie in Wegfall kommt, da ja unsere Verpflichtungen noch auf über ein Jahrzehnt und mehr hinausgehen.

Es ist ferner darauf hingewiesen worden — und ich kann das nur unterstreichen —, daß die **Rechtsabteilung** in Zukunft aus dem Justitiar und seinen Hilfskräften bestehen soll und daß die Rechtsabteilung auf keinen Fall Politik treiben soll, wie das leider in der Vergangenheit zum Schaden des Reichs auf den Haager Konferenzen so vielfach geschehen ist.

Die **Neuordnung des auswärtigen Dienstes** wird, wie ich eingangs sagte, **Geld** kosten. Das hängt zum Teil mit unseren ungünstigen Valutaverhältnissen zusammen und ist insofern nichts Dauerndes. Aber es ist heute schon ein schlimmer Zustand, daß nur wenige wohlhabende Väter in der Lage sind, ihren Söhnen draußen so viel zuzuschießen, daß sie bei den Teuerungsverhältnissen draußen im Auslande anständig leben können. Wenn wir dazu kommen wollen, die Basis unserer Auslese zu verbreitern, so ist es notwendig, den Grundsatz aufzustellen, daß unsere Außenbeamten draußen eigentlich von ihren Bezügen leben können müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen zu: dieser Grundsatz ist aufgestellt, aber er wird mit diesem Etat noch nicht durchgeführt. Es werden in Zukunft noch mehr Mittel notwendig sein, wenn auch aus den Kreisen der Minderbemittelten junge Leute in der Lage sein sollen, draußen im Auslande für das Reich tätig zu sein und dabei ein so anständiges Leben zu führen, wie es notwendig ist. (C) Diese Finanzfragen müssen gelöst werden, sonst wird es praktisch ungeheuer erschwert, aus allen Kreisen Leute zum diplomatischen Dienst mit heranzuziehen. Für eine Republik mit einem so starken sozialen Einschlag wie das Deutsche Reich ist der jetzige Zustand auf die Dauer unerträglich. Im übrigen gilt auch für diese Neuerungen das, was für die meisten anderen Reformen auch gilt: sie sind zunächst nur der Rahmen, der ausgefüllt werden muß, indem man **Persönlichkeiten** hineinstellt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

In keinem Amt wird es so sehr mit darauf ankommen, die richtigen Persönlichkeiten für den Dienst zu finden wie in diesem,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

Männer, die schöpferisch sind, die das Werdende sehen und das Gesehene dann auch sagen; denn daran hat es bei uns viel gefehlt. Es passiert mir heute noch oft, daß der eine oder andere Diplomat kommt und fragt: „Darf ich offen mit Ihnen reden?“ Ich sage: „Bitte sehr, selbstverständlich; was hat unsere Unterhaltung denn für einen Zweck, wenn wir nicht offen reden?“ Das zeigt, daß heute noch Diplomaten auf die frühere Zeit eingestellt sind, wo alle Berichte ad usum delphini frisiert waren, und wo, wenn sie frisiert hierher kamen, sie noch einmal frisiert worden sind, damit sie der allerhöchsten Person so vorgelegt werden konnten, wie die allerhöchste Person sie vorgelegt wissen wollte.

Es kommt hinzu, daß auf der andern Seite unter dem **System Holstein** sich geradezu ein System entwickelt hatte, nach draußen vorzuschreiben, was von draußen nach dem Reiche berichtet werden sollte.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren, so erzieht man keine Männer, die (D) draußen dem Vaterlande nützliche Dienste leisten können,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten)

und deshalb muß damit grundsätzlich gebrochen werden. Die Diplomaten, die draußen sind, müssen der Heimatbehörde rückhaltlos die Dinge so mitteilen, wie sie sie sehen, durch die Brille ihres Temperaments. Es wird keine leichte Aufgabe sein, in der jetzigen Zeit in größerem Maßstabe geeignete Persönlichkeiten zu finden. Der diplomatische Dienst ist heute nicht mehr so anziehend, wie das in den glanzvollen Zeiten von einst der Fall war, als man noch auf des Reiches Macht und Herrlichkeit pochen konnte. Und deshalb hat der Andrang nach dem diplomatischen Dienst wesentlich nachgelassen. Unsere Vertreter draußen werden auch kein allzu angenehmes Leben zu führen haben, und die allerwenigsten dürften auf einen Vergnügungsposten kommen. Sie vertreten eben jetzt ein bitterarmes Volk, das unter dem Druck eines ungeheuerlichen Friedensvertrages auf das allerschwerste seufzt; denn darüber sind wir uns ja einig, daß dieser Friede im Grunde genommen weiter nichts ist als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Und jetzt, wo wir bald dem Friedensschluß näher kommen, die Vollratifikationen erleben werden, wird die Schwere dieses Friedensvertrages erst allen zum Bewußtsein kommen;

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

denn heute leben in unserem Volke noch viele in den Tag hinein und glauben, daß wir ja bald wieder festen Boden unter den Füßen hätten, und dann alles gut wäre. Das schwerste kommt erst jetzt, kommt erst, wenn wir liefern sollen und wenn wir zahlen sollen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

(**Müller**, Reichsminister des Äußern.)

(A) Meine Damen und Herren! Ich will auch in diesem Zusammenhang keinen Zweifel daran lassen, daß wir gewillt sind, den **Friedensvertrag** loyal auszuführen und daß wir tun werden, was wir tun können; aber mehr als das kann von niemandem verlangt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und dürfen wir hoffen, daß unsere bisherigen Feinde für unsere Haltung Verständnis haben werden?

(Allseitige Zurufe: Nein!)

Es sind noch wenig Anzeichen dafür da. Allerdings der französische Ministerpräsident **Clemenceau** hat in seiner großen Rede im französischen Senat auch den Satz gebraucht: „Der Haß kann keine Lösung bringen." Das ist ein Wahrwort, aber wir vermissen, daß es zur Grundlage der französischen Politik gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Heute regiert dort noch blinder Haß die Politik gegen Deutschland. Das sogenannte Friedensinstrument ist in fast allen seinen Bestimmungen unklar, und niemand weiß, bis zu welchem Grade es dereinst gegen uns angewandt wird. Der Berichterstatter der französischen Kammer über den Friedensvertrag **Barthou** hat ja selbst in der Kammer darauf hingewiesen, daß allerhand Mängel in diesem **Friedensvertrag** seien, daß er schlecht redegiert sei, daß er zahlreiche **Unstimmigkeiten und Unverständlichkeiten** enthalte, die zum Teil vielleicht auf falsche Übersetzungen zurückzuführen seien. Aber diese Unklarheit, die in dem Friedensvertrag ist, nutzt uns nichts; denn die Feinde scheinen gewillt zu sein, dieses Folterwerkzeug, das man in Versailles geschmiedet hat, gegen uns anzuwenden. Wir haben uns bekanntlich zur Unterschrift nur veranlaßt gesehen, weil wir als absolut wehrlos dazu gezwungen waren. Aber das mögen sich die Herren, die diesen Friedensvertrag bis zum Äußersten gegen uns (B) anwenden wollen, merken, daß, wenn es ihnen gelingen sollte, mit dieser Folter die letzte Kraft und den letzten Saft aus uns herauszupressen, sodaß wir zum Erliegen kommen, wir nicht die einzigen sein werden, die erliegen würden, sondern daß der deutsche Ruin den Ruin Europas zur Folge haben würde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Davon bin ich felsenfest überzeugt; denn auch die Länder der Sieger haben in diesem fünfjährigen Kriege fürchterlich gelitten,

(erneute Zustimmung)

und nur dadurch wird verschiedenes erklärlich, was wir sonst gar nicht verstehen würden. Wir wollen diese fremde Mentalität zu erkennen suchen, weil es der größte Fehler der früheren Regierenden gewesen ist, sich um die Geistesverfassung der anderen Völker nicht zu kümmern.

Wir haben bei uns dafür gesorgt, daß nach Möglichkeit der **neue Geist** seinen Einzug halten kann: wir haben unsere Archive geöffnet, wir suchen nach den Schuldigen, aber wir suchen nach denen, die schuld sein sollen am Ausbruch des Krieges und an seiner Verlängerung. Dieweilen sucht man in Frankreich diejenigen, die schuld daran sein sollen, daß eventuell ein vorzeitiger Friede hätte geschlossen werden können.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Spricht das gegen uns? Wo ist dann der neue Geist, — bei uns oder bei denen, die bei uns den neuen Geist vermissen?

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

In seiner **Senatsrede** hat **Clemenceau** auch behauptet, die **deutschen Sozialisten** hätten sich **mit der Militärpartei** verbunden. Wer die deutschen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, der weiß, daß wir doch (C) keine größeren Gegner in Deutschland haben als Ludendorff und seine Garde,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die sich die Finger wund schreiben gegen die Sozialdemokratie und gegen die derzeitige Regierung. Wo regiert denn in Deutschland die Militärpartei? Wo ich auch hinsehe, sie regiert eigentlich nur in den besetzten Gebieten. Dort ist es aber die französische Militärpartei, die auf deutschem Boden diktiert, und nicht die deutsche,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten)

eine Militärpartei, die natürlich in denselben Gedankengängen denkt wie die Militärpartei in anderen Ländern auch. Die Generale und die Obersten und Majore, die in Mainz und in Birkenfeld und in der Pfalz ihre Politik auf eigene Faust treiben, das sind eigentlich Leute derselben Kategorie wie unsere Militärs, die im Osten auf eigene Faust ihre Politik getrieben haben und sie heute zum Teil noch zu treiben suchen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Clemenceau hat freilich in seiner Senatsrede auch in gewissem Sinne solche Hoffnungen geäußert. Er meinte, auch er wünsche, daß die Deutschen in politischem Sinne unter sich uneins würden. Wir Deutsche stehen wahrlich nicht in dem Ruf, allzusehr eins zu sein und einen allzu großen Drang zu haben, eins zu werden. Aber wenn wir einen Stachel brauchen zur Einheit: keiner wird größere Wunder wirken als fremder Druck, der auf Deutsche ausgeübt werden wird.

(Sehr wahr! sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Das sollten doch die Verhältnisse im Saarrevier, in der Pfalz und am Rhein den Franzosen bisher schon gelehrt haben. Wenn dauernd Ruhe in Europa werden soll — und das ist unser sehnlichster Wunsch —, dann muß vor (D) allen Dingen auch dem deutschen Volk das **Selbstbestimmungsrecht des Volkes** gewahrt werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber das versagt uns ja in so vieler Beziehung der Friedensvertrag, und wenn wir unser heute verkleinertes Haus und unser heute verkleinertes Feld wieder selbst bestellen können, wenn wir uns erhalten können, dann erst werden wir auch den anderen wieder helfen können, denen wir zu helfen verpflichtet sind. Aus dem internationalen Massenelend, das dieser fünfjährige Krieg mit sich gebracht hat, wird nur die gegenseitige Hilfe herausfinden.

(Sehr richtig!)

Das muß man insbesondere in Frankreich einsehen, und wir können von uns sagen, daß wir gewiß in diesen 12 Monaten nichts getan haben, um den Franzosen diese Einsicht zu erschweren. Aber wie lautet das Echo von da drüben? Clemenceau sagt in seiner Rede im Senat: **„Aber die Herren sind wir!"**

(Hört! hört!)

Wir kennen solche Reden. Es sind die Alldeutschen von vorgestern gewesen, die bei uns diese Sprache geführt haben,

(sehr richtig! und sehr wahr!)

die sie geführt haben, bevor es zur deutschen Katastrophe kam. Wir wollen nicht hoffen, daß die Franzosen so lange diese Redensarten führen, bis es durch ihre Schuld zur europäischen Katastrophe kommt. Mit dem Geist des **Völkerbundes** ist dieser **Herrenstandpunkt** unvereinbar, wie er sich in der Äußerung Clemenceaus offenbart hat. Man scheint da drüben — das geht ja auch aus der Rede Clemenceaus hervor — die deutschen Philosophen jetzt in den billigen Ausgaben gelesen zu haben, in denen sie massenhaft verbreitet worden sind. Man scheint dort drüben Nietzsche noch mehr zu lesen als bei uns, scheint ihn

(**Müller**, Reichsminister des Aeußern.)

(A) aber noch weniger zu verstehen, wie man ihn bei uns verstanden hat.

(Sehr gut.)

Wir wollen den Völkerbund, aber einen wirklichen Völkerbund, einen wahren Völkerbund, und erst wenn ein solcher gegründet werden kann, dann wollen wir mit dem Herzen dabei sein, wenn die Atmosphäre für die Völkerverständigung garantiert ist. Solange der französische Ministerpräsident im französischen Senat zu sagen wagen kann, wir Deutsche wollten die Franzosen irreführen, sie hintergehen, daran sei kein Zweifel, so lange ist keine geeignete Luft da, die der leidenden Menschheit das Atmen erleichtert.

(Sehr richtig.)

Freilich, Herr **Clemenceau** hat auch in derselben Rede gesagt: „Es gibt in der **jetzigen deutschen Regierung vortreffliche Männer,** die **seit der Niederlage sehr verständige Reden halten.**"

(Hört! Hört! rechts.)

Ich will das einmal als wahr unterstellen und nicht dagegen polemisieren; aber wenn Europa vorwärts kommen soll, dann gehört dazu auch, daß ein deutscher Minister von dieser Tribüne aus sagen kann: es gibt in der jetzigen französischen Regierung vortreffliche Männer, die nach dem Siege sehr verständige Reden halten.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Einstweilen ist es noch nicht so weit, und es scheint viel schwieriger zu sein, nach einem Sieg verständige Reden zu halten als nach einer Niederlage.

(Sehr wahr!)

Clemenceau hat in seiner Rede eine Reihe sehr schöner Sätze gesagt, Sätze, die nicht immer durch Taten zu illustrieren sind. Er sagte unter anderem: **„Wir sind Menschen, die frei sein wollen, um zu befreien."** Dieser wunderschöne Satz läßt uns eisig kalt, solange 12 Monate nach (B) dem Waffenstillstand die **350 000 Gefangenen** noch nicht befreit sind, die hinter Stacheldraht in Frankreich schmachten.

(Lebhafte Zustimmung.)

In der getragenen Sprache der Franzosen kehren öfters Worte erhabenen Klanges wieder, wie Freiheit, Gleichheit, Menschlichkeit, Worte, die da drüben ausgegeben werden wie bei uns Scheidemünze. Aber ich frage, wo bleibt die vielgerühmte oft genannte Menschlichkeit, wenn unsere Gefangenen nach einem Jahre immer noch nicht zurück sind

(lebhafte Zustimmung)

und immer noch dort diese Qualen auszustehen haben? Ein Vertreter des Roten Kreuzes aus Genf war in der letzten Woche bei mir und glaubte, mir versichern zu können, daß vor Weihnachten die übergroße Mehrheit der Gefangenen in die Heimat zurücktransportiert werden kann. Hoffentlich ist das nicht trügerisch; denn ich weiß nicht, was aus unseren armen Müttern werden soll, die hier im Lande an Herzeleid zu Grunde gehen, während draußen die Söhne an den Stacheldraht anrennen.

(Sehr richtig!)

Ich appelliere nicht nur an die Mütter in den neutralen, sondern auch in den Feindesländern, daß sie sich in dem Schrei nach Menschlichkeit zusammentun, damit die Machthaber dort drüben unsere Gefangenen nicht noch länger zurückhalten.

(Bravo!)

Warum läßt man unsere Gefangenen nicht frei? Ich finde keinen Grund. Es gibt freilich in Frankreich Leute, die glauben, genährt von Böswilligkeit und Leichtgläubigkeit, daß bei uns ein Heer von einer Million bereits wieder aufgestellt sei, und daß die 350000 Gefangenen in dieses Heer für einen neuen Krieg eingereiht werden sollen. Es gehört reiche Phantasie dazu, derartiges zu glauben. Den Leuten, die jahrelang in der Gefangen- (C) schaft geschmachtet haben, ist für die nächsten Jahre reichlich die Lust für einen neuen Krieg vergangen, ohne Unterschied der Parteistellung.

Wir müssen freilich angesichts solcher unglaublicher Gerüchte über unsere militärischen Verhältnisse die Welt davon überzeugen, daß das deutsche Volk den Frieden will, und um diesen Beweis restlos zu erbringen, ist es notwendig, daß **Lettland** und **Litauen** wirklich so schnell wie möglich geräumt werden. Solange noch Reichsdeutsche im **Baltikum** stehen, wird es immer wieder Hetzern gelingen, im Inlande und im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob aus dem Osten Gefahr drohen könnte. Es gibt bei uns auch Politiker, die an Geschichtswissen mit einem Quintaner auf einer Stufe stehen, die gelegentlich an 1806 bis 1813 erinnern, an Jena und Tilsit, die momentan auf Tauroggen und einen York warten, um dann weiter eine Parallele ziehen zu können über Groß-Beeren bis nach Leipzig und Paris. Solche Geschichtsklitterung ist einfach kindisch.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Weltkrieg, den wir hinter uns haben, duldet keine solche Parallele. Aber im Auslande wird auch vielfach geglaubt, daß ein **deutsch-russisches Bündnis** von Reaktionären Preußens und Rußlands bereits wieder vorbereitet wird, und solcher Glaube wird natürlich gestützt, wenn Graf von der Goltz diesem Abenteurer Awalow gratuliert, weil wieder wie vor 100 Jahren Russen und Preußen gemeinsam gefochten hätten. Die Reichsregierung mißbilligt dieses Telegramm und hofft, daß es zum letzten Male einen politisierenden General in Preußen gegeben hat. Wir haben durch politisierende Generale in Deutschland schweres Unglück genug erlebt. Wir erwarten, daß die der Regierung treuen Truppen aus dem Baltikum und Litauen zurückgeführt werden, und daß die anderen, die heute noch sich unter russische Fahnen begeben haben, (D) die Einsicht bekommen und zurückkehren werden; denn sonst könnten mir diese Truppen aufrichtig leid tun. Sie haben sich der **westrussischen Regierung** verschrieben, der Regierung des Herrn Awalow. Diese Regierung hat vor kurzem in Berlin einen Auftrag gegeben, für ihr unbegrenztes Territorium **Papiergeld** herzustellen, Papiergeld natürlich in deutschem Druck. Und auf diesem Papiergeld war zu lesen, daß für den Wert dieses Geldes das Heeresgut der westrussischen Armee haftet und später deren Darlehnskassen. Ich glaube, mit einer größeren Unverfrorenheit sind Soldaten noch niemals angelogen worden wie in diesem Falle, wo das Heeresgut, das zum Verpulvern bestimmt ist, als Grundlage für den Wert des Papiergeldes dienen soll. Ich habe angeordnet, daß dieses Papiergeld beschlagnahmt wird, ehe es in die Hand der westrussischen Regierung kommt; aber ich bedauere die Reichsdeutschen, die sich so belügen und betrügen lassen und bei der westrussischen Armee bleiben.

Ich habe im übrigen am 9. Oktober, als der Reichskanzleretat hier zur Debatte stand, mich über die Verhältnisse im Baltikum ausführlich geäußert und gedenke daher zunächst heute nicht weiter darauf zurückzukommen. Ich möchte nur das eine sagen: es besteht kein Zweifel darüber, daß sowohl die lettländische wie auch die litauische Regierung ihr Territorium restlos von deutschen Truppen geräumt haben wollen, und zwar sobald wie möglich. Sie haben durch den Friedensvertrag ein Recht darauf. Sie werden dieses Recht durchsetzen, und wir sind verpflichtet, ihnen dabei behilflich zu sein. Wir sind ja bekanntlich in der unangenehmen Lage, daß der Friedensvertrag uns keine gemeinsame Grenze mit Rußland mehr läßt. Schon das allein müßte jeden Politiker, der seine fünf Sinne beisammen hat, sagen, wie notwendig es für uns ist, gute Beziehungen zu den Randstaaten zu erhalten, und

(**Müller**, Reichsminister des Äußern.)

(A) da ist außerordentlich viel bis in die letzten Wochen hinein durch die Schuld der Militärs bei uns verschüttet worden.

Der Osten birgt überhaupt noch für die Zukunft genug Probleme für uns, Probleme, denen auch bisher die assoziierten und alliierten Regierungen nicht Herr geworden sind. Wir haben das aus der neuesten Note, mit der sie uns bedacht haben, gesehen, die die Schwierigkeiten jetzt lösen soll. Gegen **Sowjet-Rußland** soll die schärfste **Blockade** verhängt, soll der wirtschaftliche Boykott angewandt werden. Uns kann gewiß niemand nachsagen, daß wir Freunde der Bolschewiken seien. Wir haben durch Wort und Tat bewiesen, daß wir gesonnen sind, sie zu bekämpfen, und sind über jeden Verdacht erhaben, sie zu unterstützen.

(Sehr richtig!)

Wir sehen in einem bolschewistischen Rußland und erst recht in dem Bolschewismus, wie er sich bei uns breit gemacht hat, große Gefahren für Kultur- und Wirtschaftsleben. Aber wir wissen auf der anderen Seite auch auf Grund der Erfahrungen, daß der **Bolschewismus** gerade durch solche Methoden der Bekämpfung, wie sie die alliierten Regierungen jetzt wieder anwenden wollen, genährt wird. Wir haben die Hungerblockade wahrlich am eigenen Leibe genügend kennen gelernt. Wir haben ihre grausamen Folgen in dem Dahinsiechen von Kranken, von Greisen, von Müttern und Kindern gesehen, und es gehört schon etwas dazu, uns jetzt zuzumuten, an dieser Hungerblockade teilzunehmen.

(Sehr richtig!)

Denn bei dieser Art Bekämpfung leiden ja nicht in erster Linie die führenden Politiker,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

sondern es leiden die Massen, die wieder das ganze Elend auszukosten haben, es leiden diejenigen, die in Rußland (B) durch die Behörden und durch die Bolschewisten terrorisiert werden und die nun noch vom Ausland dadurch bestraft werden, daß Hunger und Arbeitslosigkeit über Rußland verhängt werden. Wir wissen, daß gerade in Deutschland die Arbeitslosigkeit und der Hunger die Zustände schaffen, die den Bolschewismus fördern.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen bin ich der Meinung, solange nicht die bis auf den Tod daniederliegende Volkswirtschaft Rußlands wieder zum Erblühen kommt, solange nicht Rußland mit einbezogen wird in den Kreis der europäischen Warenversorgung, so lange wird auch das russische Volk nicht die Kraft finden, sich gegen den Bolschewismus zu wehren, so lange wird auch das russische Volk nicht die Kraft finden, sich von dem Terrorismus einer Minderheit zu befreien. Wenn die Beziehungen zu dem europäischen Wirtschaftsleben wieder angeknüpft werden, wird es auch wieder möglich sein, Beziehungen zu den europäischen Demokratien zu finden. Das wird zum Nutzen der russischen Demokratie sein, dann wird Rußland durch die Demokratie selbst auf eine demokratische Basis gestellt werden und von jeder bolschewistischen Herrschaft befreit werden können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind gewiß gern bereit, unsererseits zur Lösung des russischen Problems beizutragen, wir sind der Überzeugung, daß die russischen Fragen gelöst werden müssen, wenn überhaupt auf die Dauer Europa zur Ruhe kommen soll. Einen Dauerfrieden in Europa halten wir auch im Interesse unseres Landes für dringend notwendig. Wir müssen zu einem wirklichen Frieden, zu einem Frieden mit allen Kulturvölkern kommen. Aber man soll uns nicht zumuten, auf dem Wege, den die Note der alliierten und assoziierten Regierungen vorschlägt, vorzugehen, in einer Zeit, wo man aufs neue darangegangen ist, die **Ostseeblockade** in schärfster Form **gegen das deutsche Volk** anzuwenden. (C) Wir haben dagegen protestiert, wir werden kein Mittel unversucht lassen, um diese neue Gefahr von unseren Kindern, von unseren Kranken und Greisen abzuwehren. Ich will darauf verzichten, all die anderen Probleme der auswärtigen Politik zu berühren. Ich habe mich am 23. Juli eingehend über die Grundzüge der auswärtigen Politik der Reichsregierung ausgesprochen, und ich will damals Gesagtes nicht heute in irgendeiner Form wiederholen. Ich hoffe aber, vielleicht in den nächsten Tagen schon in die Lage zu kommen, insbesondere über den Gang der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen einiges sagen zu können. Diese Verhandlungen sind dem Abschluß nahe.

Zum Schluß möchte ich nur noch auf eins hinweisen. Die Berichte, die wir in neuerer Zeit aus den verschiedenen Ländern Europas erhalten, auch aus einigen, die uns bisher feindlich gegenübergestanden haben, zeigen, daß man, obwohl unsere schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse auch draußen bekannt sind, dort die Zuversicht hegt, daß das deutsche 60-Millionen-Volk, das wegen seiner methodischen Arbeit und wegen seines Fleißes in der Vergangenheit gerühmt und geachtet war, sich langsam aber sicher den Weg nach aufwärts wieder bahnen wird. Erfüllen wir diese Hoffnung! Die größte diplomatische Kunst wird vergebens angewandt werden, wenn das Volk, dem sie dienen will, nicht den eisernen Willen hat, sich, komme, was da kommen mag, als Volk zu behaupten.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wels.

Wels, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das große Ereignis, das der Politik der Deutschen Republik ihren Stempel aufdrückt, und besser als alle Reden (D) und Versicherungen den neuen Geist beweist, der bei uns eingezogen ist, ist die **Tagung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.** Gewiß, wir bestreiten durchaus nicht, daß es ein vollständiges Bild der diplomatischen Vorgänge erst geben und daß die weltgeschichtliche Abwägung von Schuld und Mitschuld restlos erst dann aufgeklärt sein wird, wenn auch die Archive der anderen kriegführenden Länder geöffnet sein werden. Aber vor der Tatsache verschließen wir die Augen nicht. Wir ziehen daraus nicht den Schluß, daß die Geheimniskrämerei, die in den Ländern der Entente getrieben wird, auch bei uns getrieben werden dürfte, und daß die Schuldigen in unserem Lande aus der Geheimniskrämerei, die in jenen Ländern getrieben wird, Vorteile ziehen dürften. Nein, der Gesundungsprozeß, den wir in unserem Lande durchzumachen haben, den wir herbeiführen wollen, hängt eng zusammen mit der Feststellung: wer in den langen Jahren des Krieges unser deutsches Volk belogen, betrogen, wer es schlecht und in die Irre geführt hat.

(Zuruf rechts: Wer hat es nachher belogen!)

— Wer es nachher belogen hat, das wird hoffentlich festzustellen sein. Sie (nach rechts) haben die Taktik nicht geändert, die Sie während des Krieges und vor dem Kriege befolgt haben: Sie lügen heute in der gleichen Weise, indem Sie behaupten, die Revolution sei schuld an dem Unglück des deutschen Volkes.

(Wiederholte lebhafte Zurufe rechts.)

Der Prozeß, der in der Untersuchungskommission vorgenommen wird, ist kein Prozeß zugunsten der anderen Völker, sondern ein Prozeß zugunsten des deutschen Volkes; er soll dem deutschen Volke die Träger der Schuld an dem Unglück vor Augen führen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Allerdings glauben wir, daß eine solche Untersuchung vor

(Wels, Abgeordneter.)

(A) aller Welt, bei der es nichts Geheimes geben darf, sich nicht vollziehen kann, wenn nicht auch die anderen Völker wach werden und ebenfalls ihrerseits von ihren Machthabern Rechenschaft fordern. Wir können mit Stolz sagen: kein Volk der Welt kann diese Generalbeichte zeigen, die die deutsche Republik in diesem Läuterungsprozeß jetzt vorbereitet. „Die Wahrheit ist in Deutschland auf dem Marsche."

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dieses alte Zola-Wort haben wir Deutsche zur Tatsache werden lassen, und wir haben die Hoffnung auf unsere Genossen im Auslande, daß sie nicht ruhen und rasten werden, bis sie diesem Marsche den Weg auch in die Geheimarchive ihrer Länder gebahnt haben.

Es gilt, Schuld und Mitschuld festzustellen und vor allem Fähigkeit und Unfähigkeit kennen zu lernen und aus den tragischen Vorgängen der Kriegspolitik für die zukünftige Friedenspolitik zu lernen. Gewiß hat der Vorsitzende der Untersuchungskommission, der Herr Abgeordnete Warmuth, recht, wenn er warnt, voreilige Schlüsse zu ziehen, und gerade die Angehörigen meiner Partei wollen das verhüten. Aber was sich zwischen **Berlin und Washington** abgespielt hat, ist viel zu ernst und für die politische Haltung meiner Partei viel zu bedeutungsvoll, als daß wir halbe oder schiefe Urteile ohne Kenntnis des vollen Tatbestandes abgeben wollen. Aber das eine geht aus den bisherigen Vernehmungen mit urkundlicher Deutlichkeit hervor, daß in der kaiserlichen Politik der Kriegszeit das Bündnis der Unfähigkeit und Halbheit alle anderen an Dauerhaftigkeit übertraf. Lesen Sie die Berichte und sagen Sie: was hat die kaiserliche Diplomatie in Nordamerika eigentlich gewollt? Sie werden keine Antwort auf diese Frage finden. Man wollte den Friedensvermittler Wilson, und doch riß die Kette der Zwischenfälle nicht ab, die diesem Vermittler jede Aktion

(B) unmöglich machte. Man wollte Amerika aus dem Kriege fern halten und dennoch verübte man Aktion auf Aktion, die es in den Krieg hineintreiben mußte.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Am 12. Dezember wurde von diesem Platze aus das **Friedensangebot** in die Welt gerufen, aber in so herausforderndem Siegestone, daß Kenner der Sachlage schon damals erklärten, daß es unmöglich den gewünschten Erfolg haben könnte; und am 16. Januar, kaum einen Monat später, geht das verhängnisvolle Telegramm in die Welt hinaus, das wir erst in diesen Tagen kennen gelernt haben, wonach „Seine Majestät bemerkt, daß Allerhöchst dieselbe gar keinen Wert auf **Wilsons Friedensangebot** legt; falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, wäre es nicht zu ändern, es wird vorgegangen." Das war die Kriegspolitik unter höchsteigenhändiger Teilnahme des sogenannten Friedenskaisers.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Mischung von politischer Taktlosigkeit und Schnoddrigkeit hat den Untergang Deutschlands eingeleitet; es war der Beginn unserer endgültigen restlosen Niederlage.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dieses Telegramm werden wir nicht vergessen, und wir werden den Mann nicht vergessen, dem das deutsche Volk am 9. November allerhöchst gar keinen Wert mehr beigelegt hat.

Es war nur die logische Folge aus der irrsinnigen Verkennung der Gesamtlage, es war nur der Gipfel in dem Hin und Her der Unfähigkeit und Halbheit, daß ausgerechnet an ein und demselben Tage zwei Nachrichten in Washington eintrafen, die deutschen Friedensbedingungen, die dem Kriege ein Ende machen sollten, und die Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, die den Weltkampf zu seiner letzten Höhe aufpeitschen mußten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Die Arbeit des Untersuchungsausschusses würde ihren besten Wert verlieren, wenn wir aus diesem tragischen Possenspiel die zwei Hauptfeinde nicht kennen lernen würden, denen das deutsche Volk zum Opfer gefallen ist, die Halbheit und die Unehrlichkeit.

Wir können unsere Stellung in der Welt langsam und mühevoll wieder aufbauen, wenn die absolute Wahrheit und Ehrlichkeit in Deutschland Einzug halten, wenn die schlimmste Erbschaft, das allgemeine Mißtrauen, geschwunden und wenn wieder Vertrauen zu der deutschen Politik im Auslande sein wird. Freilich, das wird uns außerordentlich schwer gemacht, und leider sind in Deutschland selbst unverantwortliche Kräfte am Werke, die in verbrecherischer Weise dem politischen Gesundungsprozeß entgegenwirken.

Am 22. Oktober bringt die **Unabhängige Königsberger „Freiheit"** einen Artikel nebst einem **„Geheimdokument"**, dem man es auf hundert Schritte ansieht, daß es wahrscheinlich ein im Ausland hergestelltes Machwerk ist, ein Dokument ohne Kenntnisse der Personalien oder Amtsbezeichnungen, zur Diskreditierung der Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. In diesem Artikel und in dem darin veröffentlichten angeblichen **Geheimprotokoll des „Amtes des Äußern"** wird über eine Sitzung berichtet, die am 3. Juni 1919 stattgefunden haben soll, in der außer Noske als Vertreter der Regierung auch der Ministerpräsident Scheidemann teilgenommen haben soll, außerdem ein Geheimrat v. Simmern und andere Personen. Schon die Aufzählung der Namen und Titel zeigt, daß dieses amtliche Protokoll eine glatte Fälschung ist. Einen Geheimrat v. Simmern gibt es nicht, aber es gibt einen Unterstaatssekretär dieses Namens. In einem amtlichen Protokoll, von dem die Königsberger „Freiheit" behauptet, daß es nur in zwei Exemplaren hergestellt sei, einem für das Geheimarchiv des Kriegsministeriums und einem für das Geheimarchiv

(D) des Auswärtigen Amts, und von diesen sei ein Exemplar in ihre Hände gefallen! — in einem amtlichen Protokoll wäre die Amtsbezeichnung eines Unterstaatssekretärs sicher zutreffend angegeben worden. Außerdem gibt es kein „Amt des Äußern" in Deutschland, und in einem amtlichen Protokoll über Verhandlungen im Auswärtigen Amt würde eine derartige falsche Bezeichnung niemals Eingang finden können. Solche falschen Amts- und Personenbezeichnungen sind in dem Protokoll mehrfach vorhanden. Jeder, der es einigermaßen objektiv prüfen wollte, hätte erkennen können, daß es sich hier um eine Aktion handelt, die wahrscheinlich vom Ausland zur **Diskreditierung der parlamentarischen Untersuchung** in Deutschland ins Werk gesetzt worden ist, und mußte ihr mit äußerstem Mißtrauen begegnen.

(Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Protokoll hält Noske eine Rede über unser Verhältnis zu Polen und über die Notwendigkeit, gegebenenfalls in Polen einzurücken.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Protokoll heißt es:

> Geheimrat v. Simmern erstattet Bericht über die Tätigkeit seiner Abteilung bei **Vernichtung der Dokumente.**
>
> Die neuen Dokumente sind fix und fertig. Es geht aus diesen klar hervor, daß Deutschland am Kriege keine Schuld hat. Man kann sogar an die Veröffentlichung derselben herangehen. Man will der Entente den Vorschlag machen, durch einen internationalen Gerichtshof die Schuld der Völker an Hand der Dokumente prüfen lassen. Dabei wird Deutschland am besten abschneiden. Herr v. Simmern ist der Ansicht, daß eine Offensive gegen die Polen verfrüht und noch mehr

(Wels, Abgeordneter.)

Nachteile als Vorteile bringen würde. Für die Agitation in den Ententeländern und Polen sind bis jetzt 50 Millionen ausgegeben worden, was bei dem schlechten Stande der Valuta etwa ein Drittel dieser Summe bedeutet.

Meine Damen und Herren! Da wird also der Vorwurf erhoben, daß die echten Akten, die gegenwärtig im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten geprüft werden sollen, vor dem Juli im Auswärtigen Amt vernichtet worden seien, und daß die Akten, die gegenwärtig vorliegen, gefälschte Akten wären, die einen Tatbestand darstellen sollen, der zugunsten Deutschlands ausfallen soll.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist ein so frivoler, so ungeheuerlicher Vorwurf, daß ich mir etwas Verbrecherischeres gar nicht denken kann.

Scheidemann, heißt es in dem Protokoll, das die „Freiheit" veröffentlicht, sagt wörtlich:

> Die **deutsche Armee** ist heute so weit, daß nicht zu befürchten ist, daß dieselbe vor **Polen** zurückgeht. Der Mangel an Artillerie wird durch den Mut und die Tapferkeit der Truppen sowie dadurch wieder ausgeglichen, daß Polen für Deutschland auch heute noch ein minderwertiger Gegner ist. Es kommt nur die Hallersche Armee in Betracht, und diese ist gering, während die deutsche Armee heute 800 000 Mann zählt. Disziplin und Geist sind gut. Dafür hat die Presse gesorgt. Ich habe mich persönlich davon überzeugt. Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Referate und werde nicht verfehlen, dem Herrn Reichspräsidenten Mitteilung zu machen.

Die Königsberger „Freiheit" sagt, sie lasse dieses interessante Dokument heute auf sich beruhen, sie freue sich schon auf die verdutzten Gesichter, die Noske und Scheidemann machen, wenn dieses glücklicherweise der Vernichtung entgangene Dokument ihnen vor Augen kommt. Ich habe hier im Auftrage meines Freundes Scheidemann zu erklären, daß eine solche Sitzung niemals stattgefunden hat,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

daß er an einer solchen Sitzung niemals teilgenommen und diese Rede niemals gehalten hat, daß dies alles von Anfang bis zu Ende erlogen und erschwindelt ist.

Ich frage nun: wer in Deutschland kann ein Interesse daran haben, unserer Regierung, unserem Volke unausgesetzt neue Schwierigkeiten zu machen? Wer kann ein Interesse daran haben, dem marschierenden Glauben an die Ehrlichkeit des Bestrebens der deutschen Regierung immer neue Knüppel in den Weg zu werfen. Ich hätte eine Erklärung dafür, wie die Unabhängige Königsberger „Freiheit" dazu kommt, diese Notizen zu bringen, deren Veröffentlichung ich, wie gesagt, für eine unerhörte Gewissenlosigkeit, für geradezu verbrecherisch halte. Es ist vor längerer Zeit ein Programm veröffentlicht worden, das allerdings nur für die Kommunisten als Richtschnur gelten soll, nicht für die Unabhängigen Sozialdemokraten, ein **Programm der russischen Bolschewisten,** das am 18 November 1918 im Kreml unter Vorsitz von Lenin und im Beisein von Radek, Trotzki und Tschitscherin beschlossen wurde. Dieses Programm, an die Vertreter und Agenten der Sowjetrepublik gerichtet, enthält allgemeine Ratschläge für die revolutionäre Arbeit der kommunistischen Partei. Dort heißt es unter Absatz 1, Internationale Beziehungen:

a) Unterstützung aller chauvinistischen Bewegungen und der nationalen Konflikte,

b) alle Bewegungen schüren, um internationale Konflikte hervorzurufen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wer allerdings der Auffassung ist, daß seine politischen Anschauungen von Moskau regiert werden dürfen, wer der Auffassung ist, daß es der Gesundung des deutschen Volkes dienlich ist, wenn Deutschland von einer internationalen Verwicklung in die andere getrieben wird, wenn die Konflikte im Innern nicht aufhören, sondern wenn auch die Konflikte mit dem Ausland unausgesetzt gesteigert und aufs neue geschürt werden sollen, der kann sich berechtigt fühlen, eine derartige Veröffentlichung vorzunehmen. Ich selbst habe für derartige Veröffentlichungen nur den Ausdruck des tiefsten Abscheus, weil das deutsche Volk schließlich der Leidtragende ist.

Wenn es aber andere Kreise des Auslandes sein sollten, die den Glauben an die Ehrlichkeit der parlamentarischen Untersuchungen in Deutschland erschüttern wollen, so, glaube ich, ist es die Aufgabe der Regierung, darzulegen, daß ein **Verbrennen von Akten, eine Fälschung von Aktenstücken** im Auswärtigen Amt niemals vorgekommen ist und niemals vorkommen konnte. Denn bei der großen Zahl von Personen, die im Auswärtigen Amt ein- und ausgingen, die auch der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Teil nahe stehen, wäre ein solches Vorgehen natürlich unmöglich gewesen, ohne daß es beobachtet werden konnte. Ein großer Teil der Akten ist von Anfang an schon beim Ausbruch der Revolution Unabhängigenparteiführern wie Kautsky zu Gesicht gekommen, sodaß die Redaktion der Königsberger „Freiheit" sich selbst sagen mußte, daß sie sich zuerst bei ihren verantwortlichen Führern erkundigen sollte, ehe sie ein derartiges, das ganze deutsche Volk aufs schwerste schädigende Machwerk veröffentlichte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Durch derartige Aktionen wird allerdings der Gesundungsprozeß des deutschen Volkes außerordentlich erschwert. Wir müssen dafür sorgen, daß der deutsche Kredit, der durch das Doppelspiel im Kriege außerordentlich gelitten hat, durch absolute Ehrlichkeit wieder hergestellt wird, und daß diese Verleumdungen durch die verantwortlichen Stellen in dem Umfange und mit der Gründlichkeit zurückgewiesen werden, die hierfür notwendig sind. Denn unsere ganze äußere Politik leidet unter diesem Mißtrauen, und wir haben es gerade in den baltischen Angelegenheiten aufs schmerzlichste empfunden, was es heißt, mit Mißtrauen betrachtet zu werden.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, die **Dinge im Baltikum** haben sich so gestaltet, wie sie heute sind, gerade dank denjenigen Kräften, die auch im Kriege vor keiner Zweideutigkeit zurückgeschreckt sind und die in den baltischen Abenteuern die letzte große Gelegenheit gesehen haben, ihre unehrliche Politik treiben zu können. Daß der General **v. d. Goltz** die Hoffnungslosigkeit des deutschen Landsknechtstums im Baltikum schließlich eingesehen und nach den Weisungen der Regierung gehandelt hat, ändert nichts an der Tatsache, daß neben diesem General v. d. Goltz ein anderer General v. d. Goltz besteht, der General v. d. Goltz, der noch Mitte dieses Jahres die Freikorps zum Bleiben aufgefordert hat, derselbe General v. d. Goltz, der zum Übertritt zu den russischen Reaktionären ermuntert hat, derselbe General v. d. Goltz, der dem russischen General Awalow zu seinen Erfolgen gratulierte. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Bestrebungen deutscher Reaktionäre und russischer Konterrevolutionäre in der baltischen Truppenbewegung, einen Kristallisationspunkt der Reaktion für Deutschland und Rußland zu finden, vereitelt werden. Die Regierung — das erkennen wir gerne an — hat alles getan, um ein Ende zu machen, um dafür Sorge zu tragen, daß endlich reiner Tisch dort drüben gemacht wird, daß die Abenteurer im Baltikum zur Pflicht gemahnt und zur Rückkehr bestimmt wurden. Aber die **baltische Not,** unter der das ganze Volk zu leiden hat, und die unsere bisherigen Gegner veranlaßt hat, am Tage

(**Wels**, Abgeordneter.)

(A) des Friedensschlusses noch einmal Kriegsmaßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, muß die Regierung veranlassen, den Kräften mit aller Entschiedenheit und mit allem Nachdruck das Handwerk zu legen, die immer noch nach dem Rezept der kaiserlichen Zeit Politik machen und sich als Nebenregierung etablieren wollen. Diesen **Saboteuren des Friedens** gegenüber darf es keine Lauheit, darf es keine Halbheit geben. Wir haben den Friedensvertrag unterschreiben müssen, der bei Nichterfüllung, wie es im § 18 der Anlage 2 heißt: „Die alliierten und assoziierten Regierungen ermächtigt, die Maßnahmen zu ergreifen, welche Deutschland sich verpflichtet nicht als feindselige Handlungen zu betrachten. Solche Handlungen können sein: Ein- und Ausfuhrverbot, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien und ganz allgemein solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als den Umständen nach für notwendig erachten werden".

Meine Damen und Herren! Eine Regierung, die ihr Volk unter solch ein Fallbeil gestellt weiß, muß unerbittlich und unverzüglich einem jeden in den Arm fallen, der, sei es auch aus den edelsten Motiven heraus, die Ausführung irgend eines Paragraphen des Friedensvertrages verhindern will. Denn jeder kann dieses Fallbeil zum Niedersausen bringen, und wir wollen gar keine Zweifel darüber lassen, daß uns das wenn auch kärgliche Leben von 60 Millionen Menschen höher steht als jeder Ehrenstandpunkt einer Kaste oder irgend einer Berufsklasse.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Ich glaube, ich brauche nicht deutlicher zu werden; ich glaube, ich habe es nicht notwendig, zu erklären, worauf ich mit diesen meinen eindringlichen Worten hingezielt habe. Ich habe die Überzeugung, daß es nicht notwendig ist, auf die Frage näher einzugehen, weil ich eine Gefahr in der öffentlichen Behandlung dieser Frage erblicke. Sollte von anderer Seite darauf ein-(B)gegangen werden, so wird sich Gelegenheit finden, unseren Standpunkt so, wie wir es im Ausschuß getan haben, mit aller Rücksichtslosigkeit, Schärfe und Klarheit zum Ausdruck zu bringen. Halbheit und Winkelzüge bei der Ausführung des Friedensvertrages wären besonders in diesen Punkten völlig unangebracht in unserer Antwort und ebenso auch in unserer Antwort auf die Blockadenote. Mit den Kunststücken diplomatischer Notenschreiber haben wir während des Kriegs gerade genug Fiasko gemacht. Auf die **Aufforderung an Deutschland, der Blockade beizutreten,** kann es für uns nur eine Antwort geben: ein rundes, klares und nettes Nein.

Ich sage das nicht, weil ich auf dem besonders in kommunistischen Kreisen vertretenen Standpunkte stehe, daß ein Zusammenbruch von Sowjet-Rußland ein Unglück für den Sozialismus wäre. Nein, meine Parteifreunde und ich glauben, daß die Existenz der Sowjetregierung ein Unglück für den Sozialismus ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

ein Zerrbild, das nur dazu dienen kann, der **Reaktion** die Massen zuzujagen, die sich schaudernd von der Gewaltherrschaft, von der Blutherrschaft, von dem Terrorismus und der Hungersnot Moskaus abwenden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen aber auch daran keinen Zweifel lassen, daß wir ein noch größeres Unglück für Deutschland in einem Siege der Reaktion erblicken, in einem Siege, der nichts anderes bedeuten würde, als dieses unglückliche Land in weitere lange Jahre des Bürgerkriegs hineinzuwerfen. Wir sagen nein zu der Blockadeaufforderung der Entente, weil wir in ihr die Kriegserklärung der Reaktion sehen, die nur möglich ist bei dem Kriegstaumel, der heute bei der Entente herrscht. Nur zu leicht wäre es möglich, daß die Blockade, die heute gegen den Bolschewismus ausgeübt werden soll, am morgigen Tag gegen die anderen „Feinde der Welt" gerichtet wird, (C) als die der Ententekapitalismus nun einmal den Sozialismus betrachtet. Wenn auf diese Weise heute die Blockade gegen den Bolschewismus erklärt wird, dann kann in einigen Jahren die sozialistische Entwicklung in Deutschland der Entente Gelegenheit bieten, zu erklären: über Deutschland muß die Blockade verhängt werden, — weil es die Gesellschaft, das heißt, den Kapitalismus in den Ententeländern gefährdet. Wir wehren uns gegen die Blockade, weil wir wissen, daß, wenn erst einmal das Grundprinzip fällt, ohne das eine Völkerfamilie nicht zusammenleben kann — das Grundprinzip nämlich, daß keiner sich in die inneren Angelegenheiten des anderen Volkes mischt —, es dann kein Zurück mehr gibt, und wir willenlos als Treibholz im Meere der äußeren Politik der Entente schwimmen müssen. Wir müssen unsere Politik grundsätzlich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß wir unsere auswärtige Politik nicht von der innerpolitischen Gestaltung irgend eines Landes abhängig machen. Wir hoffen, daß die Sozialisten in Frankreich und England und auch die Arbeiter Amerikas Macht genug besitzen werden, um der Blockade gegen Rußland in den Arm zu fallen; denn diese Blockade bedeutet einen Rückfall in die Reaktion und in den Militarismus, und ihn zu verhindern ist die vornehmste Aufgabe der Arbeiterparteien.

Freilich — auch das ist interessant — spielt sich das alles hinter dem Rücken der Völker der Entente ab; denn bis jetzt hat es die **französische** und die **englische Regierung unterlassen,** die **Blockadeaufforderung zu veröffentlichen.** Wir danken es deshalb der deutschen Regierung — und auch die übrigen Völker müßten es der deutschen Regierung danken —, daß sie durch ihre Bekanntmachung auch in diesem Falle den Weg der Klarheit und der Wahrheit gegangen ist. In der sicheren Hoffnung, daß sich die Regierung in der Blockadefrage unserer Auffassung anschließen wird und den Weg, Rußland aus (D) dem Bolschewismus herauszubringen, nicht in der Hungersperre sieht, sondern in der Einbeziehung des unglücklichen Landes in den Welthandel und den Weltverkehr, möchte ich heute schon die Frage aufwerfen, wie man sich in den Kreisen des Auslandes dazu stellen wird, daß die deutsche Regierung auch in diesem Falle der internationalen Menschlichkeit zu dienen sucht.

Bis jetzt scheint man nicht allein über die Beweggründe der Haltung während des Krieges, sondern auch über die Tatsachen des Krieges selbst bei unseren Feinden von gestern noch völlig im unklaren zu sein. Kein geringerer, als der französische Ministerpräsident **Clemenceau,** hat in der von unserem Herrn Minister erwähnten Rede im Senat zum sogenannten Friedensvertrag von Versailles, die **Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch** in einer Weise erwähnt, die unmöglich unwidersprochen bleiben kann. Nebenbei erwähnt, ich sagte „der sogenannte Friedensvertrag" nicht nur im Hinblick auf dessen erdrückenden und erniedrigenden und zum großen Teil ungerechten Inhalt, sondern weil derselbe Ministerpräsident Clemenceau kurz vorher die Formel geprägt hat, daß der Frieden eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Das ist eine höchst bedenkliche Adoptierung des Clausewitzschen Wortes, eine Formel, von der ich überzeugt bin, daß sie von den Sozialisten in Frankreich und England ebenso scharf zurückgewiesen wird, wie ich es hier im Namen meiner Partei getan habe. Es ist aber eine Formel, von der ich nach den jüngsten Erfahrungen, der Behandlung des besetzten Gebietes, der jüngsten Ostseeblockade und der Verzögerung der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen befürchten muß, daß sie von den leitenden Stellen in Frankreich zur Anwendung kommen soll. Sie lautet wörtlich in der Übersetzung folgendermaßen:

(Wels, Abgeordneter.)

(A) „Eine lange Zeit hindurch haben unsere Sozialisten glauben können, daß die Sozialdemokratie die Welt erneuern würde. Dessen ungeachtet aber bleibt es wahr, daß die deutschen Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt haben, während unsere Sozialisten aus einer Überzeugung heraus, die ich hier nicht tadeln will, sich der Abstimmung enthielten. Sie glaubten, ihr Beispiel könnte die deutschen Gesinnungsgenossen veranlassen, dem französischen Beispiel zu folgen. Es war eine Illusion, wenn auch eine schöne! Aber sie beweist doch, wie groß die Aufrichtigkeit und das Vertrauen der Männer war, an deren Verhalten ich in diesem Augenblicke keine Kritik üben will."

Diese Worte des französischen Ministerpräsidenten können unmöglich unwidersprochen bleiben, weil sie geradezu die Tatsachen auf den Kopf stellen, und weil die Bedeutung Clemenceaus, des Mannes, der diesen Ausspruch getan hat, so groß ist, daß sich daraus eine Legende bilden kann, die für die geschichtliche Wahrheit über aupt und besonders für die politische Ehre meiner Partei gleich gefährlich werden kann.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, hier etwa auf eine Gedächtnisschwäche hinzuweisen, die bei einem Achtzigjährigen immerhin erklärlich wäre, wenn er auch noch so flott im Verhöhnen und noch so forsch im Beschimpfen ist, daß er es als Ministerpräsident in einer Kammerrede noch $3^1/_2$ Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages fertig brachte, von uns offiziell als „Boches" zu reden. Vielleicht stand Clemenceau auf dem Standpunkt und dokumentierte ihn, daß bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages in offizieller Form nicht nur unsere Kriegsgefangenen in seiner Hand bleiben, sondern auch die Schimpffreiheit, die in Frankreich (B) während des Krieges gegen uns bestand, noch weiter besteht, sodaß wir hoffen können, daß mit der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Frankreich auch der höfliche Ton im Verkehr der Völker wieder seinen Einzug hält. Aber wie dem auch sei, eine solche **Entgleisung des Gedächtnisses** ist gefährlich, weil die Rede Clemenceaus jetzt nach dem Beschluß des Senats in 36 000 französischen Gemeinden zum Anschlag kommt, und weil Millionen von Franzosen, die nicht berufen und verpflichtet sind, die geschichtlichen Tatsachen auswendig zu können, zu ihrer Entrüstung gelesen haben, daß die französischen Sozialdemokraten im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie sich der Stimme enthalten haben, und daß die deutschen Sozialdemokraten die Hoffnung enttäuscht haben, die die französischen Sozialdemokraten auf sie gesetzt haben, daß wir sie also betrogen haben. Damit keine böswillige Legende entsteht, will ich nochmals betonen, daß am 4. August 1914 zur selben Stunde wie hier im Reichstage die französischen Sozialisten in Paris im Palais Bourbon die Kriegskredite einstimmig bewilligt haben, genau so wie wir in der Überzeugung, damit der Verteidigung ihres Landes zu dienen, genau in der Überzeugung, daß sie durch die deutsche Kriegserklärung in die Verteidigungslage gedrängt werden. Wir hoffen, daß auch die französischen Sozialisten endlich einsehen, daß die Mobilisierung Rußlands auch bei uns deutschen Sozialdemokraten die Überzeugung von einem Verteidigungskriege hervorrufen mußte.

Meine Damen und Herren! Der Tatsache, daß wir unserer ehrlichen Überzeugung nach gehandelt haben, wird nicht Rechnung getragen durch die Erklärung, die Clemenceau im Senat abgegeben hat. Vielleicht wollte er mit diesen Worten nach einem alten Rezept die deutsche Sozialdemokratie gegen die französische Sozialdemokratie ausspielen; eine Übung, die schon in früheren Jahren in Frankreich wie auch in Deutschland gang und gäbe war. (C) In **Frankreich** lobte man die **deutschen Sozialdemokraten** einmal als große Patrioten und zum anderen, wenn es darauf ankam, sie zur Bewilligung irgendwelcher Mittel zu veranlassen, als diejenigen, die eine innere Gefahr für Deutschland bedeuten. Es war in den Tagen, in denen vielleicht der Keim zu diesem Kriege gelegt wurde, bei der Beratung der **dreijährigen Dienstzeit in Frankreich**, als der Berliner Berichterstatter des **„Echo de Paris"** einen Artikel veröffentlichte, der von dem unvergeßlichen Führer der französischen Sozialisten Jean Jaurès am 17. Juni 1913 in der französischen Kammer verlesen wurde, in dem es heißt:

> Die dreijährige Dienstzeit wird ein schweres Opfer sein, aber von nicht allzu langer Dauer.
>
> Es wird eine vielleicht nicht allzu ferne Zeit kommen, in der unsere afrikanischen Hilfstruppen gleichzeitig mit 200 sozialistischen Abgeordneten der großen deutschen Städte eingreifen werden, und dann werden wir stark genug sein, um den Deutschen ohne Erniedrigung, aber auch ohne Furcht eine gleichzeitige Einschränkung unserer Rüstungen aufzuzwingen.

Damals war es ein französisches Bourgeoisieblatt, ein nationalistisches Blatt, das den deutschen Sozialdemokraten zumutete, daß sie im Falle eines Krieges sich als Hilfskräfte zusammen mit afrikanischen Ersatztruppen stellen und Frankreich zum Siege über Deutschland verhelfen würden. Gegen diese Zumutung wandte sich gerade Jean **Jaurès** in den heftigsten Worten. Er erklärte in jener Kammerrede:

> So rechnet das „Echo de Paris" für die Zukunft Frankreichs auf eine Konstellation, auf ein politisches und militärisches Zusammenwirken der schwarzen Truppen Afrikas und der roten Truppen Deutschlands. (D)
>
> Nicht wir sind es also, fügte Jaurès hinzu, die den deutschen Sozialisten diese Rolle zugedacht haben, und ich protestiere in ihrem Namen. Die deutschen Sozialisten werden nicht mehr eine Ursache von Schwäche für Deutschland sein am Tage, an dem es seine Unabhängigkeit zu verteidigen hätte, als wir eine Ursache von Schwäche für Frankreich wären am Tage, an dem, ohne sich in Abenteuer einzulassen, es sein Recht und seine Freiheit schützen würde.

So stand die deutsche Sozialdemokratie gleich der französischen Sozialdemokratie und entsprechend der Prophezeiung von Jaurès und den vielen ähnlichen Erklärungen von Bebel und anderen in der Stunde der Not zu ihrem Volke. Es ist eine törichte Legende, wenn jemand behauptet, daß die deutschen Sozialdemokraten jemals den Eindruck in Frankreich hervorgerufen hätten, oder daß er bei den französischen Sozialdemokraten vorhanden gewesen wäre, daß wir in Deutschland im Falle des Verteidigungskrieges dem Lande die Mittel versagen würden in der Hoffnung, daß die französischen Sozialdemokraten das gleiche tun würden. Wir haben so gehandelt, wie wir es immer, wie es Jaurès und Bebel erklärt haben.

Nach dieser Feststellung ist es doch beschämend, sehen zu müssen, wie trotz allem die **Kriegspsychose** noch immer die schwachen **Brücken der Verständigung** zerstört, die wir zwischen den Völkern zu schlagen bemüht sind, und dadurch der einheitliche Aufmarsch der Arbeiterklasse in der ganzen Welt immer noch verhindert wird.

Ich habe vorhin gezeigt, wie die Parteigenossen in Frankreich sich von dem Geist und von den Grundsätzen Jaurès während des Krieges entfernt haben, und ich will Ihnen aus dem Blatt, das noch immer den Namen

(**Wels**, Abgeordneter.)

(A) Jaurès, seines Gründers, trägt, aus der „Humanité", ein weiteres Beispiel dafür anführen, wie weit wir noch von einer Verständigung mit den französischen Sozialisten und mehr noch von Volk zu Volk entfernt sind. In der **„Humanité"** vom 13. Oktober heißt es nach einer Feststellung, daß die stehenden Heere Milliarden verlorener Arbeitsstunden bedeuteten, daß die Armee das einzige Hindernis einer Revolution sei, weiter:

> Es ist also gleichzeitig das Interesse des deutschen und des französischen Volkes, das wir **Sozialisten die Entwaffnung Deutschlands** als Vorläufer für die allgemeine Entwaffnung verlangen. Schließlich hat Frankreich ein persönliches Interesse am Erfolg des revolutionären Sozialismus in Deutschland. Denn man weiß, daß von ihm kein Angriff und keine Revanche zu befürchten ist. Die Revolution in Deutschland, das ist die Garantie für seine Entwaffnung.

Meine Damen und Herren! Wenn uns deutsche Sozialisten etwas mit tiefer Trauer erfüllt hat, so ist es die Tatsache, daß französische Sozialisten sich dazu hergegeben haben, auch die restlose Entwaffnung Deutschlands zu fordern, während sie auf der andern Seite nichts getan haben, um Frankreich die gleiche Pflicht aufzuerlegen und die Entwaffnung Frankreichs, die Entwaffnung der ganzen Welt zu gleicher Zeit in die Wege zu leiten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das, was hier in der „Humanité" steht, und sei es auch das führende französische Organ, ist nicht Sozialismus, das ist Chauvinismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das gehört nicht in die „Humanité", sondern meinetwegen in das „Echo de Paris" oder irgendein anderes nationalistisches Blatt, und das ist eine Handlung, die geeignet ist, den internationalen Zusammenschluß der (B) Proletarier auf das schwerste zu gefährden. Das ist kein Bekenntnis zum Weltfrieden, sondern ein Bekenntnis zur Weltvernichtung, ausgeübt durch den einen Staat oder Staatenbund, der seine Waffen behalten hat und den unterwirft, der die Waffen abgibt. Das ist nicht der Anfang des Völkerbundes, sondern geradezu der Anfang zur Völkerentzweiung. Der Zwang, der damit auf die schwachen Besiegten ausgeübt wird und die Besiegten dazu treiben muß, sich gegen diese Klassifizierung der Völker in bewaffnete und unbewaffnete, in Herren und Knechte, aufzulehnen, ist die Einführung des Klassenkampfes in die auswärtige Politik und damit in den Tagen des ersten Anzeichens eines künftigen Völkerbundes dessen vorzeitiges Ende.

Wir als **Sozialisten** wollen aber den **Völkerbund**, nicht nur, weil wir ihn brauchen, sondern weil er das außenpolitische Kernstück der sozialdemokratischen Weltanschauung war und ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganz Unentwegten, die sich von uns getrennt haben, haben ja bereits wieder herausgefunden, daß der Völkerbund nichts anderes sei als ein Werkzeug des Kapitalismus,

(lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr wahr!)

und die Teilnahme an ihm sei für einen Sozialdemokraten unmöglich.

(Wiederholte Rufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

Diese Auffassung lehnen wir rundweg ab. Es wiederholt sich hier auf dem Gebiet der äußeren Politik ein Vorgang, den wir von der inneren Politik her bereits kennen. Auch der **Parlamentarismus** soll ja nichts sein als eine verwerfliche Einrichtung des Klassenstaates,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Kommt noch!)

und darum wurde und wird heute wieder von Ihnen, (C) Herr Geyer, und anderen der Antiparlamentarismus als der reinste Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes gepredigt. Nein! Die Sozialdemokratie hat im Parlament immer eine der besten Waffen des Klassenkampfes gesehen, und sie handelt nur logisch, wenn sie jetzt auch eintritt für das Parlament der Welt, für den Weltparlamentarismus, für den Völkerbund.

Es ist schon oft genug gesagt worden, daß der Völkerbund von Ententegnaden allerdings nichts anderes ist als eine Verzerrung unseres Ideals

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und eher einer Koalition mit Kriegsabsichten als einem Bunde zur Friedenserhaltung und zur Friedenssicherung gleicht. Aber gerade weil es so ist, gerade deshalb müssen wir alles daran setzen, um in den Völkerbund hineinzukommen und Einfluß zu gewinnen und seine bessere, unserem Ideal entsprechende Ausgestaltung zu erreichen. Wir Sozialisten haben als die erste politische Partei den Völkerbund zum Programmpunkt erhoben zu einer Zeit, als im Bürgertum sich nur wenige einzelne Schwärmer zu ihm bekannten. Aber wir haben noch mehr getan, wir haben bereits einen Völkerbund errichtet, wir sind die Praktiker des Völkerbundes, einen Völkerbund, in dem Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit tatsächlich verwirklicht waren, in der Internationale der Arbeit, im Bunde der Arbeiter aller Länder.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind, sagte ich, die Praktiker des Völkerbundes, denn wir haben nicht nur von ihm geredet, sondern ihn in den Reihen des klassenbewußten Proletariats bereits errichtet. Die zweite Internationale, das muß die feste Basis des kommenden Völkerbundes sein,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

die Solidarität der Arbeiter muß den Kitt abgeben, der sich durch keine Blutströme mehr aufweichen läßt. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es bahnt sich allen Gewaltmethoden der heute noch Herrschenden zum Trotz eine neue Weltgesinnung an. Ich habe nur den einen Wunsch, daß die internationale Sozialdemokratie es nicht den Führern des pazifistischen Bürgertums überlassen möge, die Sprecher dieser neuen Weltgesinnung zu werden.

Bei der großen **Völkerbundsdemonstration** am 13. Oktober **in London** hat dort Lord **Robert Cecil** das Programm dieser neuen Gesinnung in Worte gefaßt, also ein Mann, der während des Krieges mit allen Mitteln für den englischen Sieg gearbeitet hat, der aber aus der Ratifikation des Friedensvertrages die Lehre gezogen hat, die so viele andere in allen Parteien und allen Ländern zu ziehen sich noch sträuben, nämlich die Lehre, daß jetzt Friede ist, wirklicher Friede ist und sein soll. Lord Cecil sagte:

> Als jene, die den Völkerbundsvertrag entwarfen, das vor ihnen liegende Problem prüften, kamen sie mehr und mehr zu der Überzeugung, daß die bestehenden internationalen Beziehungen auf einem Trugschluß beruhten, nämlich auf der Annahme, eine Nation sei der Feind der anderen . . . Tatsächlich sind die gemeinsamen Interessen der Weltvölker heute viel größer und wichtiger als die nationalen Gegensätze. Unsere gesamte auswärtige Politik muß auf dem Völkerbund aufgebaut werden. Wir müssen die Mißgeschicke anderer Nationen als unsere eigene nationale Sache ansehen. Wenn fremde Kinder aus Mangel an Milch verhungern, müssen wir ihnen sowohl diplomatisch wie finanziell helfen . . . Bis ein allgemeines Übereinkommen in der Abrüstung erreicht ist, sollten wir versuchen, unsere Marine- und Heerespolitik in gegenseitiger Be-

(**Wels**, Abgeordneter.)

(A) ratung mit anderen Regierungen zu regeln. Wir sollten da nicht Halt machen. Es ist zu erwägen, ob die Grundsätze des Völkerbundes nicht weiter ausgedehnt werden könnten und die einzige Hoffnung zur Vermeidung des Klassenkampfes nicht darin liegt, zu einem Zusammenarbeiten der Klassen zu kommen.

Meine Damen und Herren! Das ist die neue Gesinnung: Wir müssen die Mißgeschicke anderer Nationen als unsere eigene nationale Sache ansehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Aufgabe wird es sein, dieser Anschauung gegenüber dem Revanchegeschrei der Chauvinisten anderer Länder und auch des eigenen Landes zum Siege zu verhelfen. Der heutige französische Ministerpräsident, der das Wort gesprochen hat, auf das der Herr Außenminister schon hingewiesen hat, ist sicher nicht der Mann, auf den wir uns berufen wollen, wie ich das vorhin schon hervorgehoben habe. Aber das eine Wort von ihm: „Der Haß kann keine Lösung bringen, Gefühle des Zorns sind keine Grundlage für die Zukunft“ wollen wir uns ins Gedächtnis einprägen. Das Wort heißt, ins Praktische übersetzt: **Zusammenarbeit!**

Zusammenarbeit, um aus diesem Niederbruch Europas emporzukommen, um durch den Aufstieg des Nachbars den eigenen Aufstieg zu erleichtern, ja überhaupt erst zu ermöglichen. Von allen Parteien dieses Hauses ist die Sozialdemokratie die einzige, die die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens, unter Ablehnung von Haß und Rache, in ihrem Programm bereits enthalten hatte und ihr Programm nicht zu revidieren braucht. Unser Programm steht auf dem Boden der Internationale, unsere Parteiorganisation hat den Völkerbundgedanken vorweggenommen, wir brauchen als Parole nur den alten Ruf wiederum auszugeben, der seit Beginn unsere Parteiarbeit begleitet, (B) unsere Kämpfe eingeleitet und unsere Siege bezeichnet hat, den Ruf: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfeiffer.

Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Auswärtige Amt und an seiner Spitze der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten haben in der gegenwärtigen Zeit die innere Bedeutung und den Gehalt eines Wiederaufbauministeriums des Äußern. Die Aufgaben, die ihm gesetzt sind, sind mannigfaltig, und ich freue mich, daß der Herr Minister jetzt namentlich, wo das Deutsche Reich unter veränderten Verhältnissen auf die große Weltbühne, das theatrum mundi, übertreten soll, Umschau hält und an das alte Wort sich erinnert: „Ein Mann, der recht zu wirken denkt, muß auf das beste Werkzeug halten.“

Man hat uns von der **Reform des Auswärtigen Amtes** seit Jahrzehnten viel erzählt und immer und immer wieder haben wir die Grundstimmung diesem Reformgesange gegenüber gehabt: „Lang brauchst du, doch du brauchst!“

(Heiterkeit.)

Nun scheint es, daß das, was an Erwägungen Jahrzehnte hindurch geschwebt hat, in die Wirklichkeit überführt wird. Der Herr Berichterstatter wie der Herr Reichsminister haben hier des näheren auseinandergesetzt, wie diese Neuorganisation des Auswärtigen Amts gedacht ist, daß die regionalen Gruppen eingeführt werden, und ich wünsche und hoffe, ja, verlange es direkt, daß nun manche Ressortstreitigkeiten und Eifersüchteleien, die hemmend auf den Geschäftsbetrieb eingewirkt haben, daß manche Ängstlichkeiten endgültig begraben sind, und daß das große eine Ziel, vorwärts zu kommen, Freundschaften zu gründen und Beziehungen anzuknüpfen, im (C) Auge behalten wird.

(Bravo! im Zentrum.)

Ich will mich nicht umständlich verbreiten über die Vorzüge und Nachteile der **regionalen Gruppen**, nicht über die Einteilung, die im Arbeitsplan gemacht ist. Ich bin der Ansicht, daß das späteren Erwägungungen vorbehalten bleiben muß, ich meine aber wohl, wenn man das Gruppensystem nach Regionen einführen will, man weise dazu übergehen soll, daß man in den einzelnen Ländern die diplomatischen Vertreter, denen die Konsuln gleichgestellt werden, nicht ewig belassen soll, damit sie nicht nach 20 oder 30 jähriger Anwesenheit in Frankreich oder England oder Belgien die Dinge mit den Augen jener Länder zu sehen sich gewöhnen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man soll **Schichtwechsel** vornehmen und dafür sorgen, daß die Herren von Zeit zu Zeit in die Heimat zurückkehren und andere hinausgehen und dadurch ein inniger Kontakt zwischen In- und Ausland bewirkt wird.

(Bravo! im Zentrum.)

Eine wichtige Frage, die erörtert worden ist im Zusammenhang mit dem Tempo der Einrichtung des Auswärtigen Amts nach dem regionalen Gruppensystem, ist die **Raumfrage.** Ich will nur wünschen — und ich unterstreiche den Wunsch im Namen meiner politischen Freunde —, daß dafür gesorgt wird, daß die Adaptierung der Räumlichkeiten ohne Rücksicht auf Wohnungsschmerzen von Ministern oder anderen hohen Herren alsbald erledigt werde, damit die Arbeit des Auswärtigen Amts, die jetzt mit der Ratifikation des Friedens vermehrt einsetzen wird, keineswegs durch Raumfragen gehemmt wird, wo sie schon durch andere Dinge hinreichend gehemmt erschien.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(D) Es ist von dem Herrn Minister wie von dem Herrn Berichterstatter der Standpunkt vertreten worden, daß bei der **Besetzung von Auslandsposten das parlamentarische System**, wie es bei uns bei der Besetzung der Ministerposten in Aufnahme gekommen ist, selbstverständlich nicht in gleicher Weise in die Tat umgesetzt werde. Wir sind durchaus dieser Meinung, und wir können nur den Wunsch haben, daß unser diplomatisches Korps, unsere Konsularbeamten sich ergänzen möchten aus den Reihen der Allertüchtigsten, die in Deutschland zu finden sind.

(Sehr richtig!)

Es muß dafür gesorgt werden, daß Männer, die die Fähigkeit und Eignung mitbringen, aus dem Handelsstande, aus dem Beamtenstande, aus der Arbeiterschaft, aus allen Kategorien und Berufen mit herangeholt werden, wo es gilt, die zerrissenen Fäden zum Auslande neu zu knüpfen. Ich verlange, daß jeder Vertreter, der ins Ausland geht, auf dem Boden der Verfassung steht, die in Deutschland beschlossen worden ist,

(lebhafte Zustimmung)

und die nun geltendes Recht der Staatsordnung unseres Deutschen Reichs ist. In dem Zusammenhange meine ich, meine Damen und Herren, ganz offen, daß ein gewisses **Revirement**, um in der diplomatischen Sprache zu bleiben, Platz greifen muß. Ich bin der Meinung, wer in neutralen Ländern während der gegenwärtigen Zeit und in den unmittelbar verflossenen Zeiten das Deutsche Reich vertreten hat, ist nun nicht mehr in erster Linie geeignet, die Beziehungen zu neutralen Staaten aufrechtzuerhalten. Schon deswegen, weil es ihm unmöglich ist, nun mit denjenigen Vertretern anderer Länder, die an demselben Orte wie er akkreditiert sind, und mit denen er fünf Jahre unter Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf wenig freundlichem Standpunkte gestanden hat, nun plötzlich wieder die Füße unter denselben Tisch zu stecken,

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) in denselben diplomatischen Salons zu verkehren. Diese Dinge zwingen durchaus dazu, daß dieses Revirement alsbald einsetzen muß.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

In dem Etat sind uns nun eine Reihe von Zahlen über die **Neueinrichtung des Pressedienstes im Auswärtigen Amte** vorgeführt. Die Zahlen sowohl wie die Versprechungen sind beidenteils recht berauschend und vielverheißend gewesen. Auch ich bin der Meinung, daß die Presseabteilung eine hohe Aufgabe hat. Denn wir dürfen es ruhig aussprechen, daß auf diesem Gebiet, die Kenntnis unseres Sinnens, unseres Seins, unserer Gedankenwelt, unserer Kultur im Auslande zu verbreiten, entsetzlich viel gesündigt worden ist.

(Sehr richtig!)

Wir haben es früher leider nur zu häufig erlebt, daß die Vertreter, die wir zur Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen offiziell oder offiziös ins Ausland hinausgeschickt haben, nichts anderes als Missionare der Ekelhaftigkeit gewesen sind,

(Heiterkeit; — sehr richtig!)

daß sie es höchstens verstanden haben, uns im Auslande möglichst unbeliebt zu machen.

(Sehr richtig!)

Ich freue mich, daß man da einsetzen will, einmal großzügig eine Einrichtung zu schaffen, die die Verbreitung der Kenntnis deutschen Geistes, die Verbreitung der Kenntnis deutscher Politik und deutscher politischer Strebungen zu betreiben hat.

Der vorliegende Etat enthält, wie schon der Herr Berichterstatter Ihnen gesagt hat, nicht alles. Die Regierung hat uns versprochen, einen Nachtragsetat alsbald vorzulegen, in dem eine Reihe von Positionen enthalten sein müßten, die in diesem Etat noch nicht eingestellt werden konnten, weil sie (B) noch nicht dafür reif waren. Insbesondere handelt es sich hier um die **Etatisierung** einer Anzahl **von ausländischen Vertretungsposten** bei den Ländern, mit denen wir bisher in Feindschaft und Krieg gelebt haben.

In einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat im Laufe des Monats September der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten davon gesprochen, daß man dazu übergehen werde, auch am **Vatikan** eine Reichsgesandtschaft, vielmehr eine **Botschaft** zu errichten, wo bekanntermaßen bisher nur eine preußische und eine bayerische Gesandtschaft bestanden haben. Zu unserm Erstaunen und zu unserer Verwunderung ist in diesem Etat, auch in seiner Ergänzung, nichts von einer solchen Gesandtschaft enthalten.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Es wurde uns dahin Aufklärung zuteil, daß Bayern sowohl wie Preußen sich geweigert hätten, ihre bisherigen Vertretungen beim Heiligen Stuhl aufzuheben und daß aus diesem Grunde der Reichsrat es für überflüssig erachtet habe, eine **Reichsbotschaft am Vatikan** zu errichten. Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde erachten das gleich sämtlichen Parteien, die im Haushaltsausschuß vertreten gewesen sind, durchaus nicht für überflüssig,

(sehr richtig! im Zentrum)

sondern als eine Sache von höchster Wichtigkeit und größter Bedeutung,

(sehr richtig! im Zentrum)

insbesondere in Ansehung des Umstandes, daß jetzt in den besetzten Gebieten nicht Landesinteressen, sondern Interessen des Reiches in den Vordergrund treten, die durch eine bayerische oder preußische Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl nicht in dem Umfange und Ausmaße vertreten werden können, wie das eine Reichsbotschaft beim Heiligen Stuhl tun kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben davon Abstand genommen im Haushaltsausschuß einen Antrag auf Einsetzung dieser Position zu stellen, weil uns der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten versichert hat, daß zurzeit Verhandlungen zwischen Bayern und Preußen geführt werden und daß man hofft, bis zur Vorlegung des Nachtragsetats die Position für die Errichtung der Botschaft beim Heiligen Stuhle einfügen zu können. Mit dieser Versicherung haben wir uns begnügt, und ich spreche die Hoffnung aus, daß uns diese Versicherung nicht täuschen und trügen wird. (C)

(Bravo! im Zentrum.)

Der Herr Reichsminister hat erklärt, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nur mit den neutralen Ländern Beziehungen anspinnen und unsere Beziehungen zunächst nur auf sie ausdehnen können. So erhebt sich denn die Frage, die man bei Erörterung des Etats des Auswärtigen Amts stellen muß: welche **Wirkungsmöglichkeiten** sind uns denn **in der Welt** überhaupt gegeben? Da dürfen wir es ruhig aussprechen: wir befinden uns jetzt in einer nicht glänzenden, sondern bedauernswerten Vereinsamung. Für uns gilt im vollen Verstande das Wort: „vae soli“, „wehe dem, der allein ist“! Wir müssen fest stehen in unserer Heimaterde, uns fest verankern in unserem Volk, in uns selbst mit allen unseren Kräften, um daraus den Mut und die Möglichkeit zu schöpfen, nach außen hin zu wirken.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Früher hatten wir ein starkes Heer und eine starke Flotte, früher hatten wir eine große Handelsflotte, wir hatten den Export, die Waren. Nun will man uns durch den Friedensschluß dadurch, daß man uns wirtschaftlich bedrückt, zur Weggabe unserer einzigen Exportware, die wir noch ausführen können, des kostbarsten Gutes, das wir als Volk besitzen, nämlich der Menschen, der Brüder unseres Volkes zwingen. (D)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben vorläufig nichts mehr als den ehrlichen Willen und den Fleiß, den wir aufwenden können, und die Waffen des Geistes.

Die **deutsche Industrie** wird im gegenwärtigen Augenblick gesucht; die Feinde, die uns fünf Jahre bedrängt, die uns umstellt haben wie ein gehetztes Wild, unser Volk, es im Garn zu fangen und mit dem Speer zu fällen, suchen unsere deutsche Industrie. Deswegen begrüße ich es, daß im Etat des Auswärtigen Amts die Sachverständigen für handelspolitische und für großindustrielle Fragen aufgenommen sind. Ich begrüße es, daß man die **Außenhandelsstelle** errichtet hat, und ich hoffe, daß gerade durch diese gemeinsame Arbeit der deutschen Industrie der Wiederaufbau unserer Beziehungen mit dem Ausland wieder möglich sein wird.

(Bravo!)

Dann aber kommt hinzu, daß man dem deutschen Kaufmann mit allem, was in unseren Kräften steht, die Möglichkeit geben muß, seine Beziehungen draußen anzuknüpfen. Denn in vieler Beziehung ist er ein wirklicher Diplomat und völkischer Agent für uns in der Vergangenheit gewesen. Wenn wir Kolonien von Reichs wegen nicht mehr haben dürfen, so können wir den **deutschen Kaufmann als Kolonisator** ausbilden.

„Güter zu suchen
Geht er, doch an sein Schiff knüpfet das Gute sich an.“

(Beifall im Zentrum.)

Wir freuen uns, daß man für Forstwirtschaft, Landwirtschaft, für all diese Fragen Sachverständige in den Etat des Auswärtigen Amtes eingestellt hat, die hinaus gehen sollen, und die den Botschaften und Konsulaten, unseren Vertretungen im Ausland, zugeteilt werden sollen.

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) Aber ich wünschte, daß man auch für **geistige Strömungen des Auslandes**, für ihre Beobachtung und für die Herstellung einer innigen Verflechtung Beziehungen anknüpft

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und auch dafür **Sachverständige** anstellt, wie man Sachverständige für die Sozialpolitik anstellt. Ein außerordentlich wichtiges Moment, das allein imstande ist, uns zu dem zu führen, was uns menschlich einander nahe bringt; die um uns draußen in der Welt müssen erkennen, daß die Menschheit nur erlöst werden kann durch eine **Solidarität der Arbeit**, in der alle Menschen als Kinder einer Familie gleich sein müssen.

(Bravo!)

Ein Vorspiel dazu erblicke ich in der begrüßenswerten Tatsache, daß Vertreter unserer deutschen Regierung und Vertreter unseres deutschen arbeitenden Volkes hinübergehen nach **Washington**, um an einer **Konferenz** teilzunehmen, und ich freue mich, daß wir nicht in gewissem Sinne vor der Tür stehen und warten müssen, bis man uns gnädig Einlaß gewährt, sondern daß nach den Einladungen, die zuletzt an uns ergangen sind, der Sachverhalt soweit geklärt ist, daß unsere Teilnehmer als vollberechtigte Mitglieder auf dieser Konferenz erscheinen können.

(Bravo!)

Das, meine ich, ist ein gutes Vorzeichen! Auf diesem Gebiet der Solidarität der Arbeit wollen wir vorwärtsstreben; denn diese Solidarität erscheint mir als die sich wachsend weitende Spirale, die immer weitere Kreise zieht, deren Spannkraft vielfach bei uns verkannt worden ist. Ich glaube, im gegenwärtigen Augenblick ist es wichtiger, als es vorher gewesen ist, einsehen zu lernen, daß wir durch diese Solidarität der Arbeit vom Nationalismus zum Kosmopolitismus geführt werden, daß wir von der Nation, vom Volksbewußtsein erst übergeleitet werden zum (B) **Weltbürgertum.**

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Auf dieser Grundlage der Solidarität der Arbeit und des Gleichwertes der Menschen erheben wir vom Deutschen Reich aus vollgültigen Anspruch. Dieser Anspruch muß immer wieder durch die berufenen Vertreter des Volkes verkündet werden.

Das Weltbürgertum spricht sich aus im Völkerbunde. Der Herr Vorredner hat den **Völkerbund**, in den wir eintreten wollen, geschildert von der Ideenwelt des Sozialismus aus. Wir haben die Forderung erhoben, als vollberechtigte Mitglieder an diesem Völkerbunde teilhaben zu können bei Beratung der Waffenstillstandsverhandlungen, bei Beratung der Verfassung, bei Beratung des Friedensvertrages. Und wir haben bei all diesen wichtigen politischen Ereignissen, die für die Geschicke unseres Vaterlandes auf Jahrzehnte bestimmend sein müssen, uns immer verlassen auf die 14 Punkte, die Wilson uns vorgelegt hat. Wir haben im Vertrauen auf diese 14 Punkte den Krieg beendet. Nun wollen wir aber auch den Frieden haben, der in diesen 14 Punkten uns versprochen ist.

(Sehr richtig!)

Japan hat den Frieden ratifiziert, England hat ihn ratifiziert, Frankreich hat ihn ratifiziert, und gestern, so berichtet uns heute die Presse, hat man in Paris das große Staatssiegel an den **Friedensvertrag** gehängt, heute hat vielleicht Poincaré ihn unterschrieben. In der englischen Presse und in vernünftigen französischen Stimmen hören wir schon den Ruf, daß man diesen Frieden alsbald in die Tat umsetzt. Und wie tief bei uns der Ruf erwidert wird, besonders in den bedrohten Gebieten, im Lande an der Saar und im Osten, das wissen die, die von dort herkommen und dorthin hören.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man gebe uns diesen Frieden rasch! Dieser Friede sieht freilich anders aus, als wie wir ihn hoffend und sehnsüchtig früher, als der Krieg begann, und später, als (C) wir das Unheil herannahen sahen, uns vorgestellt hatten.

(Sehr richtig!)

Der Bogen des Friedens, der sich über uns wölbt, trägt ein doppeltes Gesicht. Auf der einen Seite, die der Entente zugekehrt ist, stehen die Worte Clemenceaus, die er am 27. September in der Kammer gesprochen hat: le traité n'est que le commencement d'un commencement! Dieser Friedensvertrag ist nichts als der Anfang von einem Anfang. Auf der uns zugewendeten Seite aber steht die fürchterliche Legende, die Dantes Alighieri in Schreckgesichten sah: Lasciate ogni speranza voi ch'entrate: Laßt, die ihr eingeht, alle Hoffnung schwinden!

(Zustimmung und Bewegung.)

Aber gleichwohl, im gegenwärtigen Augenblick bin ich der Meinung, daß trotz aller niederdrückender Bedingungen, die uns auferlegt worden sind, doch Hoffnung in unseren Herzen wachsen kann.

Man reißt Gebiete von uns los. Man bringt uns finanzielle Belastungen, mit unerhörtem Druck quält man die besetzten Gebiete und die, die von uns losgetrennt werden sollen. Man verriegelt die Welt nach Westen, und das scheint mir für uns die Pflicht in sich zu schließen, daß wir an die Pforte des Ostens anklopfen.

(Sehr gut!)

Der Herr Minister hat davon gesprochen, daß wir **Randstaatenpolitik** betreiben müssen, um mit diesen in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Das müssen wir. Denn unser Weg führt nach Osten.

(Sehr richtig!)

Und ich bin vollkommen mit dem einverstanden, was der Herr Reichsaußenminister als Ziel der Reichspolitik genannt hat. Wir müssen versuchen, mit **Rußland** wieder übereinzukommen. Deshalb sind mir die Gedanken, die er ausgesprochen hat, befriedigend, daß er das Bedauern ausgedrückt hat, daß wir gezwungen werden sollen, aus- (D) gerechnet wir, die wir die Schrecken und Schmerzen der Blockade am eigenen Leib, an unseren dahinsiechenden Frauen und Kindern fünf Jahre hindurch gespürt haben, daß wir gezwungen werden sollen, an der Blockade uns zu beteiligen. Ich bedauere, daß die Präambel zu der Äußerung des Herrn Ministers anders lautet, die gegeben war in einer **Äußerung des Herrn Reichspräsidenten**, die gestern durch die Presse verbreitet worden ist. Ich wünsche, daß wir im Zusammenhang mit der Erörterung des Auswärtigen Amtes in dem neuen Staate nicht Veranlassung haben wie früher manchmal in Dingen der hohen Politik, vom Einfluß eines persönlichen Regimentes zu reden.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Die Beziehungen, die wir zu den Randstaaten — ich denke dabei besonders an **Polen** — anknüpfen müssen, sind wichtig und wertvoll, nicht nur handelspolitisch, nicht bloß von hochpolitischen Ideen, sondern besonders im Hinblick auf diejenigen Gebietsteile, die von uns zu diesen Staaten gehören werden, und je verständiger und freundnachbarlicher wir uns diesen Staaten gegenüber benehmen, desto besser wird es für diejenigen unserer Reichsbürger sein, die künftig zu diesen Staaten gehören sollen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Verkleinerungsbestrebungen hat man in diesem Friedensvertrag durchgeführt, der trotz aller Worte Clemenceaus, die heute wiederholt zitiert worden sind, doch nichts anderes ist als ein Instrument des Hasses. Noch jüngst bei den Beratungen in der französischen Kammer hat man über die Verkleinerungsbestrebungen gesprochen und die Idee zum Durchbruch gebracht, die eine Lieblingsidee der Franzosen zu sein scheint, Zwietracht zu säen zwischen den einzelnen

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) deutschen Stämmen, Zwietracht zu säen zwischen den einzelnen deutschen Ländern, die durch die Verfassung aneinandergeschlossen sind. Merkwürdigerweise kehrt in den Verhandlungen des französischen Senats wie in den Verhandlungen der französischen Kammer dieser Gedanke immer wieder, und wenn Sie hinhören, wie Clemenceau selbst erzählt von seinen Reisen, die er alljährlich nach Deutschland gemacht habe, wie er mit einer behaglichen Freude die kleine Animosität, die sich in Bayern unten nicht gegen Preußen, sondern gegen das, was man „Preißen" nennt,

(Heiterkeit)

ab und zu bemerkbar macht, liebevoll aufgreift, um dadurch den kolossalen Konflikt ahnen zu lassen, der zwischen dem Süden und Norden in Deutschland angeblich besteht, werden Sie nicht erstaunt sein, wenn Sie das bei diesem vernünftigen Staatsmann hören, bei anderen, die weniger Staatsmänner und mehr chauvinistisch sind, andere Töne zu vernehmen. Monsieur Léon Bourgeois hat eine Rede gehalten, in der er gefragt hat: Gegen welche Art von Deutschland müssen wir denn überhaupt den Frieden durchführen? Und ein anderer Redner, Monsieur de Lamarzelle, hat untersucht, wie es sich eigentlich mit dieser deutschen Einheit verhalte, mit der Einheit der Republik, wie sie durch die Weimarer Verfassung garantiert sei. Er hat dabei drei Gedanken ausgesprochen, die ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten hier vortragen werde. Er sagt erstens: „Die **Einheit Deutschlands** ist für Deutschland und die Welt nicht nur eine Frage der inneren Politik", womit er also das Recht ableitet, daß die Alliierten die Verpflichtung hätten, sich infolge des Friedensvertrags mit dieser inneren Einheit Deutschlands zu befassen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Weiter sagt er:

(B)

> Die deutsche Einheit in ihrer gegenwärtigen Form ist das Kunstwerk von Bismarck, das nur durch die Gewalt seine Vollendung erlangt hat,

und er leitet daraus ab, daß die Alliierten ihre Pflicht versäumten, bei Abschluß des Friedensvertrags genau zu erkennen, ob sie der Lehre treu bleiben, nach welcher die Gewalt nicht das Recht schafft. Es ist das sehr verwunderlich, wenn man sich daran erinnert, daß doch eigentlich die französische Republik in ihrem gegenwärtigen Bestand das Recht selber sich nur durch die Gewalt geschaffen hat.

(Sehr gut!)

Drittens spricht er davon, daß die Einheit Deutschland nicht ruhiger gemacht habe, sondern daß es eine Menge übertriebener Hoffnungen in seinem Herzen und Kopfe hege und daß es infolge dieser Einheit glaube, alle Kräfte zu bewahren, um gegen Frankreich und die ganze Welt eines Tages davon Gebrauch machen zu können.

(Hört! hört!)

Meine Damen und Herren! Die französischen Staatsmänner wissen, daß diese Dinge ganz anders liegen. Sie kennen den Grad unserer Entwaffnung, sie kennen zu gut den Grad nicht bloß unserer militärischen Entwaffnung, sondern auch unserer moralischen Entwaffnung, die durch diesen Friedensvertrag gekommen ist, um nicht zu wissen, daß diese Dinge tatsächlich übertrieben sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Verkleinerungsbestrebungen und diese Idee, daß man Deutschland innerlich zerreißen, daß man diese Einheit zersplittern könnte, drückt sich auch darin aus, daß die **Entente** mit dem Gedanken umgeht, in **Süddeutschland** bei einigen Regierungen der deutschen Länder **Gesandtschaften** einzurichten. Ich halte das für ein außerordentlich interessantes und der größten Achtsamkeit der Reichsregierung und besonders des Herrn Außenministers wertes Geschehen und wünsche, daß das Reich hier rechtzeitig zusieht, damit kein Unheil geschieht. (C)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Man übersieht bei allen diesen Erörterungen über Einheit, über das Kunstwerk Bismarcks, über Gewalt, die vor Recht gegangen ist und nicht zu Recht bestehen dürfe, vollkommen eins, daß wir in Deutschland durch die neue Reichsverfassung eine Garantie des Friedens bieten, wie kein Land der Welt sie hat. Das ist die **Demokratie.**

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Diese wahrhafte Demokratie, die bei uns das herrschende Prinzip geworden ist, darf nicht bloß innerhalb eines einzelnen Volkes gelten, sondern diejenigen, die sich bisher freudig und stolz immer als die wahren Vertreter der Demokratie gerühmt haben, in Frankreich, England usw., müssen sie uns auch im **Völkerbund** gewähren, in den wir alsbald — ich wiederhole es — eintreten müssen, weil wir dieses Völkerbundes würdig sind, und weil wir fähig sind, Glieder dieses Völkerbundes zu sein.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Poincaré hat den Frieden eine fortdauernde Schöpfung genannt, une création continue. Wir sind fähig, an dieser Schöpfung mitzuarbeiten. Es muß einmal ausgesprochen werden — Clemenceau hat das in anderer Form getan —, daß das ganze Gebäude der **Kultur,** dessen Sprengung im Kriege diese fürchterliche Detonation gefunden hat, eigentlich nichts gewesen ist als ein babylonischer Turmbau, der Bau an einem Turm, der in den Himmel ragen sollte. Auch der hat die Sprache der Menschen verwirrt, daß sie einander nicht mehr verstehen. In früheren Jahren ist es leider durch eigene Schuld wie durch die Schuld der andern oft genug der Fall gewesen, daß das geistige Gesicht Deutschlands denen, die es draußen sahen, durch das Monokel verzerrt erschienen ist.

(D)

(Sehr gut! im Zentrum.)

Wir müssen feststellen, wenn die anderen uns tausendmal schmähen, daß die Linien der urewigen Schönheit unvergänglicher Kultur auch auf dem Angesichte unserer Volkheit für alle Dauer unauslöschlich sind. In der Presse des Auslandes liest man es anders. Die Presse muß es täglich anders sagen, muß es dreimal anders sagen. Aber wir wissen, daß insbesondere in Frankreich — in England und Amerika schon lange —, auch in Frankreich die Zahl derjenigen Leute täglich größer wird, die in ihrem Kopfe einsehen und in ihrem Herzen empfinden, daß richtig ist, was Clemenceau bei seiner großen Rede im Senat ausgesprochen hat, daß wir ein Volk von Intelligenz, von Ordnung und Methode seien.

(Hört! hört!)

Ich glaube, das ist die beste Bürgschaft dafür, daß wir nicht bloß würdig, sondern auch fähig sind, in diesem Völkerbunde mitzuarbeiten. Denn ich bin der Überzeugung: wenn nicht der Gedanke der Völkerversöhnung von der anderen Seite hineingetragen wird, dann wird sich das ewig rächende Unheil der ausgleichenden Gerechtigkeit auch an den übrigen vollziehen, daß die Hybris vernichtet, der Übermut tötet.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Wenn nun dieser Friede durchgeführt wird, so sind drei Gruppen von deutschen Staatsbürgern in erster Linie daran interessiert und beteiligt. Das sind unsere Gefangenen, das sind unsere Auslandsdeutschen, das ist unsere Bevölkerung in den abzutretenden und in den besetzten Gebieten.

Immer und immer wieder strecken unsere **Gefangenen** aus den Stacheldrahtzäunen uns die Hände entgegen, ihre müden Augen suchen uns, und ihre Stimme ruft nach uns, und es gelingt und gelingt uns nicht, sie frei-

(Dr. **Pfeiffer**, Abgeordneter.)

(A) zubekommen. Ich weiß wohl — ich kann es aus eigener Erfahrung bezeugen —, daß im Ausland schamlos gelogen wird, wenn man behauptet, die deutsche Regierung habe irgendwann und irgendwo ihre Pflicht versäumt, indem sie sich nicht energisch genug für die Herausgabe dieser Gefangenen verwandt habe.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das stimmt nicht! Die deutsche Regierung hat alles getan. Aber immer und immer wieder erfindet man mit abgründiger Bosheit neue Methoden, um nicht die armen Leute in die Heimat zurückschicken zu müssen. In England hatte man — das wünschte insbesondere der stellvertretende Vorsitzende unserer Fraktion, Kollege Trimborn, hier mitgeteilt zu sehen — immer und immer wieder feste Termine angegeben und noch am 29. August, nachdem es am 21. anders bestimmt gewesen war, mitgeteilt, daß die Gefangenen nun ungesäumt in die Heimat zurückgeführt werden sollten. Gewiß, es hat eine Verzögerung gegeben durch unselige Streiks bei uns, durch die Streiks, die sich in England abgewickelt haben. Auf diese Weise hat die Entlassung der in englischen Lagern eingesperrten Kriegsgefangenen sich verzögert. Aber ein Grund, der England dazu veranlassen könnte, die pflichtgemäß gegebene Zusage zurückzunehmen, sie nicht zu halten, liegt gewiß nicht vor, und ich möchte die Regierung ersuchen, nicht bloß für die in England Zurückgehaltenen, nicht bloß für die in Nordfrankreich in englischen Gefangenenlagern Verwahrten, sondern auch für die Zivilgefangenen, die auf der Insel Malta im gegenwärtigen Augenblick noch festgehalten werden, neuerdings Schritte zu unternehmen, um sie endlich frei- und in die Heimat zurückzubekommen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Aber ganz entsetzlich ist das, was neuerdings in den allerletzten Tagen uns aus **Belgien** berichtet wird. Dort (B) hat man **Gefangene** freigegeben und in den Zug verladen, man hat sie abfahrbereit gemacht, und im letzten Augenblick hat man von diesen armen Leuten, die sich freuten, endlich nach langen Jahren der Trennung von der Heimat zurückzukönnen von allen Schrecken und Leiden in ruhige Verhältnisse, 20 **als Geiseln zurückbehalten,** weil man behauptet, daß belgische Gefangene noch in Deutschland zurückgehalten werden.

(Pfuirufe.)

Nach meiner Kenntnis ist das unwahr und nach dem, was ich erfahren habe, ist es nur Bosheit und Rankünе, die von den Belgiern ausgeübt werden. Ich möchte, falls der Brief des Feldwebels aus dem Lager, der sich als Sachwalter der armen Leute angenommen hat, noch nicht eingetroffen ist, die Liste der 20 Geiseln, die Belgien zurückbehalten hat, dem Herrn Außenminister übergeben, und ich bitte ihn, diese Angelegenheit mit tunlichster Beschleunigung zu betreiben, damit er sich den Dank des Vaterlandes verdient.

(Sehr gut!)

Wir müssen unsere Gefangenen haben, und wir verlangen es heute, wir fordern sie in einem Appell an das Weltgewissen, und wir fordern, wie es der Herr Minister getan hat, alle Frauen, die Mütter sind, alle Mädchen, die Schwestern sind, und alle Männer, die Väter sind, auf, in der ganzen Welt dieses mütterliche und schwesterliche und väterliche Gefühl zusammenklingen zu lassen mit dem unsrigen, damit der Menschlichkeit endlich Genüge geschieht und dieses Verbrechen gesühnt wird, daß man uns unsere Gefangenen vorenthält.

(Lebhafter Beifall.)

Die zweite Gruppe sind die **Auslandsdeutschen.** Die Auslandsdeutschen haben für das Deutschtum im Auslande gearbeitet. Sie haben dort, wie ich es vorhin gesagt habe, als Pioniere des Deutschtums Erfolge erzielt, und sie haben eigentlich mehr verloren als die große (C) Mehrzahl derjenigen, die bei uns in der Heimat zurückgeblieben sind. Ich brauche mich über die Art und Weise, wie von Seiten der Regierung die Frage der Auslandsdeutschen nun geregelt werden soll, hier nicht umständlich zu verbreiten. Ich kann darauf verweisen, daß in wenigen Tagen dem hohen Hause eine Gesetzesvorlage zugehen wird, in welcher die Entschädigungsansprüche der Auslandsdeutschen voll umfänglich geregelt sind, und ich bin der festen Überzeugung, daß alle gerechtfertigten Ansprüche dort weitgehend Genüge finden werden.

(Bravo! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Dann habe ich gesagt, ein Teil unseres Landes und ein Teil unserer Brüder, die bei dem Friedensvertrage in erster Linie als dritte Gruppe in Frage kommen, das sind die **abzutretenden Gebiete,** das sind die **zu besetzenden Gebiete.** Indem ich das ausspreche, „zu besetzende Gebiete", weiß ich, daß das Trennung bedeutet auf lange Zeit, und wenn ich ausspreche „abzutretende Gebiete", so weiß ich, daß das Abschied heißt.

(Zustimmung.)

Und wir alle in diesem Hause sind einig darin, daß dieses Wort Abschied gegenüber den abzutretenden Gebieten ein bitteres Leiden und ein herbes Wort in diesem Augenblicke ist.

(Sehr richtig!)

In dieser Stunde, glaube ich, wo wir den Austausch der Ratifikationsurkunden und das Inkrafttreten des Friedens zu erwarten haben, müssen wir alle derer gedenken, die im Westen und Osten, in Posen, in Danzig, an der Weichsel, drüben in Oberschlesien und drüben in der Pfalz, am Rhein und an der Saar in Gefahr schweben, und die nicht zu vergessen, die in Schleswig droben sitzen. Ich sage, das bedeutet Abschied. Aber ich habe doch starke Hoffnungen, und da lassen Sie mich Ihnen (D) eine Geschichte erzählen, die uns ein Vorbild sein kann, wie die Seelen der Völker manchmal gewonnen werden, wie aber in der Seele des Volkes auch die Erinnerung schlummern kann. In meine Heimatsstadt **Speyer am Rhein** kamen die **Franzosen** in den ersten Dezembertagen. Sie rückten durch die Stadt mit Sang und Klang und mit klingendem Spiel an dem Dome vorbei, wo acht deutsche Kaiser als Träger der Gedanken der Vorzeit bestattet sind und noch die eisernen Hämmer verwahrt werden, mit denen französische Truppen 1689 und 1793 die Kaisersärge zu sprengen versucht haben. Sie zogen vorbei an den Rhein, und als sie an den Rhein kamen, salutierte der General und rief: voilà le Rhin! hier ist der Rhein! Die Marseillaise wurde gespielt. Der General faßte die Fahne, breitete sie auf die Erde und kniete nieder, küßte den deutschen Boden am Rhein, der einmal vor hundert Jahren kurze Zeit den Franzosen gehörte, und die Generale, Offiziere und Soldaten warfen eine Handvoll deutscher Erde in den deutschen Rhein, weil sie ihre Sehnsucht, am Rhein zu stehen, erfüllt sahen.

(Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.)

Wer das von der Bevölkerung gesehen hat, vergißt es nie, und es soll eine Szene sein, die in unserem Herzen in der Pfalz drüben stehen soll für alle Zeit, sie soll uns allen hier aber ein Zeichen sein auch für die, die jetzt von uns gehen. Ich bin der Überzeugung: was gemeinsame Kultur, was gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Geschichte an feinen Fäden gesponnen hat zwischen den Brüdern deutschen Stammes, die nun von uns getrennt werden sollen, zwischen den Söhnen der deutschen Erde, zwischen den Arbeitern deutschen Fleißes, zwischen den Pflügern auf deutschem Acker und den Schnittern auf deutschem Ährenfeld, — das alles, was an feinen

(Dr. **Pfeiffer,** Abgeordneter.)

(A) Fäden war zwischen uns, das soll jetzt durch den herben Zwang der Notwendigkeit nicht zerrissen werden, sondern das soll verdichtet werden zu eisernen Ketten, die unsere Herzen aneinanderschmieden.

(Bravo! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

So stehen wir in dieser Scheidestunde vor unseren deutschen Brüdern, und ich hoffe, daß die eisernen Ketten, die durch gemeinsame Geschichte, durch gemeinsames Gefühl um uns gelegt werden, so stark sein werden, daß wir die Anker unserer Hoffnung daranhängen können für bessere, lichtere Tage dämmernder deutscher Zukunft.

(Bravo! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Wenn ich das sage, will ich keine Klüfte aufreißen, keine Abgründe auftun, die unüberbrückbar sind; wir wollen keinen Haß säen und keine Irredenta begründen, sondern ich sage das, damit sie das Bewußtsein haben, daß wir ihnen innerlich verbunden sind in starkem deutschen Marke und gutem deutschen Blut.

(Bravo!)

Und wenn jetzt in den Gebieten, in denen zur **Abstimmung** aufgerufen wird, abgestimmt wird, so bin ich überzeugt, daß ich die Erwartung und die Gedanken des ganzen hohen Hauses zum Ausdruck bringe, wenn ich meine Meinung dahin ausspreche, daß es dabei keine Verschiedenheit der politischen Meinung, keine Verschiedenheit des Parteistandpunktes, keine Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses noch irgendeiner Denkart geben darf, sondern daß es bei der Abstimmung nur heißen darf: Deutsch sein ist alles!, bei uns und bei denen.

(Lebhaftes allseitiges Bravo.)

Meine Damen und Herren! **Clemenceau** hat seine **Rede zum Friedensvertrag im Senat** mit drei Sätzen geschlossen, die ich an den Schluß dessen setzen möchte, (B) was ich hier sage. Er hat gesagt:

> Nos pères nous ont fait la plus belle histoire: Nous, nous avons mis la France à l'apogée dans l'estime des peuples. Ce legs, nous pouvons le transmettre à nos enfants; ils sont de trop bon sang pour dégénérer.

Ich mußte die Sätze französisch verlesen, aus dem einfachen Grunde, weil eine Variante der Wiedergabe besteht: sang und sens. „Unsere Väter haben uns die schönste Geschichte geschaffen". Dieser erste Satz kann auch für uns bleiben. Was aber den zweiten Satz betrifft: „Wir sind es gewesen, die Frankreich auf die Gipfelhöhe der Achtung der Völker gebracht haben" — so muß ich warnen! Warnen, daß nicht Taubheit gegen die Stimme der Gerechtigkeit und Menschlichkeit dieses Frankreich eines Tags von dem Gipfel der Achtung der Völker herunterreißt in den Abgrund der Verachtung der Welt.

Aber den ersten und dritten Satz schreibe ich gern in dieser Stunde und in den Gedanken, die ich ausgesprochen habe, auf Leichensteine, damit sie eines Tages ein Unterpfand der Auferstehung sein werden:

> Unsere Väter haben uns die herrlichste Geschichte geschaffen. Dieses Gesetz, diesen Friedensvertrag, können wir unseren Kindern übermachen: denn sie sind viel zu guten Blutes, als daß sie je entarten könnten.

(Lebhafter allseitiger Beifall. — Erneuter Beifall beim Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn früher die **Verhandlungen zum Auswärtigen Amt im Reichstag** anstanden, dann war es (C) jedesmal ein großer Tag in diesem Hause, die Tribünen überfüllt, der Saal in spannungsvoller Erwartung, und hier auf der Bundesratsestrade drängte sich Stern an Stern.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun sehen Sie sich heute dieses Bild an!

(Heiterkeit)

Gähnende Leere im Hause, die Tribünen mangelhaft besetzt, und dort oben auf der Tribüne, die unsere Worte in die Welt hinausträgt, weilt kaum ein ausländischer Journalist, dort lauscht nicht mehr Europa, dort lauscht kaum noch Deutschland.

(Sehr wahr! rechts.)

Welch ein Wandel der Zeiten! Und wenn Sie, meine Herren, von den Herrlichkeiten sprechen, von den schönen Tagen, zu denen Sie uns durch die Revolution hingeführt haben, hier haben Sie heute ein Bild, hier haben sie ein Kennzeichen von dem, was geworden ist, und von dem, was in unserer Erinnerung einst war. Gewiß, meine Herren, die Teilnahmslosigkeit und Interesselosigkeit, mit der diesen Verhandlungen hier gefolgt wird und denen diese Verhandlungen im Lande begegnen, ist in erster Linie verursacht durch die Schwäche und die Ohnmacht, in der unser Vaterland sich befindet, befindet infolge des Friedensvertrages, dessen Unterzeichnung Sie, meine Herren, zu weigern nicht den Mut und die Entschlossenheit gehabt haben.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Wer hat ihn denn herbeigeführt!)

Aber das ist es nicht allein. Es liegt an den leitenden Männern, an der Regierung, die uns heute beschert ist, von der niemand mehr eine Tat erwartet, von der niemand mehr etwas erhofft und niemand mehr etwas fürchtet. Darum, meine Herren, kann ich auch nur mit Bedauern sagen, daß in der Frage der **Kriegsgefangenen,** die einem hier bei dem Etat des Auswärtigen Amtes zuerst auf die (D) Lippen kommt, deren Geschick einem am meisten am Herzen liegt, die Verantwortung doch schließlich die Männer dafür trifft, die dort sitzen, daß es möglich ist, daß wir vier, fünf Monate, nachdem wir den Frieden unterzeichnet haben, unsere Gefangenen immer noch dort draußen schmachten lassen müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn es unsere Regierung nicht durchsetzen kann, daß die einfachsten Gebote des Völkerrechts erfüllt werden, daß man nach einem Frieden die Gefangenen herausgibt, dann weiß ich nicht, was wir von dieser Regierung in Zukunft noch erwarten sollen!

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Geben Sie das Rezept doch an!)

— Der Fehler lag daran, daß Sie den **Frieden** geschlossen haben!

(Wiederholte lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Die Herren, die heute so empört sind, greifen in erster Reihe ihren Führer, Herrn Scheidemann an, denn der ist doch aus dem Amt geschieden, weil er diesen Frieden nicht mitmachen wollte!

(Sehr richtig! rechts und Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

— Ich wundere mich ganz außerordentlich, daß sich gerade auch die Herren von der Demokratie so über meine Worte zu diesem Frieden aufregen, der sie ja angeblich gezwungen hat, aus der Regierung auszuscheiden.

In einer Empfindung aber sind wir uns einig: in der Entrüstung über die Brutalität unserer Feinde, die jetzt die Gefangenen gegen alles Recht zurückhalten. Es ist doch unerhört in der Weltgeschichte, daß man nicht nur unsere Soldaten, die gefangen waren und die man zu Recht bis zum Friedensschlusse behält, weiter ein-

(**Schultz** [Bromberg], Abgeordneter).

(A) sperrt, sondern auch die große Zahl der Zivilinternierten in fremden Ländern. Welches geschriebene oder ungeschriebene Recht erlaubte ihnen, unsere Landsleute wie Gefangene zu behandeln? Überall in der Welt, wo Deutsche sind, kein Recht; der Deutsche verachtet! Wenn das geschehen ist, so liegt die Schuld daran auch vielfach an den Angriffen, die unter dem früheren Regime hier gegen unser Vaterland gerichtet worden sind. Daraus haben die anderen ein Recht hergeleitet, wider alles menschliche Recht gegen uns zu verfahren.

Ich möchte an den Herrn Minister auch noch die Bitte richten, wenn er, wie ich annehme, doch immer wieder erneut wegen Rückgabe unserer Gefangenen vorstellig wird, doch auch sich daran zu erinnern, daß in **Ägypten** noch zahlreiche **Gefangene aus Ostafrika** der Befreiung harren, daß ihnen noch überhaupt keine Mitteilung zugegangen ist, aus der sie darauf rechnen können, in Freiheit zu kommen. Während bei allen anderen Gefangenen doch schon wenigstens ein Termin und eine gewisse Zukunft, eine gewisse nahe Zeit angesagt ist, ist bei diesen Unglücklichen nichts geschehen. Sie haben in Afrika alles verloren, ihre Heimat ist ruiniert, und auf der Rückfahrt zur alten Heimat kümmert sich niemand um sie, die bisher in Ägypten sitzen. Ihre Not ist groß, und ich lege der Regierung das Schicksal dieser Unglücklichen besonders ans Herz.

(Zuruf: Sie erwarten doch nichts von der Regierung!)

Solange wir diese Regierung haben, muß ich von der Regierung erwarten, daß sie diesen berechtigten Wünschen entgegenkommt; ob ich aber hoffe, daß ich etwas erreiche, ist eine andere Frage.

Ähnlich liegt es mit der **Verzögerung des Friedens.** Es ist doch ganz unverständlich, daß, nachdem die Hauptmächte nun seit Tagen und Wochen den Frieden unterzeichnet haben, diese Zeremonie der Überreichung in (B) Versailles oder Paris oder wo es sonst sein mag, wieder Tage und Wochen in Anspruch nimmt. Ich hätte den Wunsch, daß uns der Herr Minister Auskunft darüber erteilt, wie es mit der **endgültigen Ratifikation** steht, die mit der **Überreichung der Urkunden** in Versailles zustande kommt; welche Schritte die Regierung getan hat und welche sie noch zu unternehmen gedenkt, um der Sache endlich ein Ende zu machen. Den Frieden herbeizusehnen, hat zwar niemand von uns Anlaß, aber es ist doch unerhört, daß, nachdem nun einmal Schluß gemacht worden ist, unsere Feinde — ich darf es wohl sagen — mit uns Schindluder glauben treiben zu können und den Eintritt des Friedens ins Endlose hinausschieben zu können.

Was die **Auslieferungen nach dem Friedensvertrage** betrifft, so ist dies ein Thema, über das ich hier in der Öffentlichkeit nicht weiter sprechen möchte. Ich möchte nur das eine sagen, daß meine Freunde und die weitesten Kreise des deutschen Volkes hoffen — das sei gegenüber anderen Worten gesagt, die wir hier gehört haben —, daß mit der Schmach der Unterzeichnung des Friedens nicht noch die neue Schmach verbunden wird, aktiver Helfershelfer dieses Friedens zu werden.

(Sehr gut! rechts.)

Der **Völkerbund,** um Einzelheiten hier herauszugreifen. — Der Herr Minister hat sich heute zu meiner Freude etwas vorsichtiger und skeptischer ausgedrückt als vor Monaten der Herr Ministerpräsident in Weimar, der kein größeres Ziel vor sich sah, als diesem Völkerbunde anzugehören, und als der Herr Abgeordnete der Sozialdemokratie, der heute dasselbe Ziel als dringend erstrebenswert für uns ansah und als das Ziel, nach dem wir ringen müßten, bezeichnete. Ich kann mir vorstellen, daß, wenn man in den Ideen von Völkerverbrüderung und in dem Glauben, daß aus einer solchen Völkerverbrüderung ein ewiger Friede entstehen könnte, befangen

(C) ist — trotz aller gegenteiligen Lehren, die die Geschichte gegeben hat —, man dann einem Völkerbunde anzugehören die Neigung hat, in dem wir das gleiche Recht wie alle anderen haben und in dem wir als dieselben Vertragsgenossen wie die anderen behandelt werden. Aber wenn man sich nach einem Völkerbunde drängt, in den uns aufzunehmen man abgelehnt hat, in den man uns nicht hineinnehmen will, so ist mir dies unverständlich, und ich halte es für eine Würdelosigkeit, die nur in einem deutschen Parlamente möglich ist.

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts und Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Wer tut das?)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß es richtig ist von einem großen Volke, das erst wieder die Achtung der Außenwelt erringen will, daß es sich in der Weise beträgt wie etwa gewisse Handelsleute, die, wenn man sie aus der einen Tür hinausgeworfen hat, durch die andere wieder zurückkommen, ihre Waren anbieten und sich als gute Freunde gerieren. Ich hoffe, daß das deutsche Volk dies nicht nachmachen wird und wir erst dann eintreten werden, wenn man uns die gleichen Rechte mit allen anderen, die im Völkerbunde versammelt sind, zugesteht.

Ich wende mich nun zu ein paar mehr allgemeinen Ausführungen. Da der Herr Minister sich heute in seiner Rede im wesentlichen darauf beschränkt hat, von der Reorganisation des Auswärtigen Amtes und unserm Verhältnis zu Frankreich zu sprechen, so möchte es doch für diesen Beginn der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes zweckmäßig sein, andere Reden von ihm zu Hilfe zu nehmen, um mich mit ihm über einige Punkte auseinanderzusetzen. Da muß ich auf seine Programmrede, die er am 23. Juli in Weimar hielt, zurückgehen. Darin hat er als Ergebnis des Krieges festgestellt, daß **das deutsche Schwert** in Zukunft **als Hilfsmittel diplomatischer Kunst** nicht mehr zähle, und in Gemeinschaft (D) mit dem Herrn Ministerpräsidenten hat er damals jeden Gedanken daran abgelehnt, daß wir je aus eigener Kraft dieses Unrecht, das an uns geschehen ist, wieder gutmachen könnten, dieses Unrecht, das heute von unsern Feinden an uns begangen wird und das uns aus den Reihen der Großmächte auslöscht. Noch entschiedener hat der Herr Ministerpräsident Bauer das an jenem Tage mit den Worten ausgedrückt:

> Bekämpfen und niederkämpfen müssen wir den Schrei nach Rache, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus jener kleinen Gruppe dringt, die kein schöneres Ideal kennt als das alte waffendrohende, durch die Zahl seiner Bajonette mächtige Reich.

Auf diese an uns gerichteten Worte sei geantwortet, daß wir allerdings glauben, daß das Reich in seiner alten Herrlichkeit in jeder Stunde und an jedem Tage immer mehr die Sehnsucht der Besten unseres Vaterlandes wird, und immer stärker wird in die Kreise des Volkes, die bisher von den Ideen der Völkerverbrüderung und dem ewigen Frieden verblendet waren, auch der Gedanke einziehen und mächtiger werden, daß kein Staatswesen ohne eigene Kraft und Macht bestehen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir täglich mehr und mehr der Spielball fremder Eroberer werden und auf jede noch so unberechtigte Forderung unserer Feinde nur mit einem Achselzucken erwidern können: wir sind zu schwach und müssen uns deshalb fügen, denn wir haben keine Kraft zum Widerstande mehr, — dann wird das endlich im deutschen Volke die Überzeugung erwecken, daß solche Knechtschaft etwas Unerträgliches ist, daß wir erst dann wieder zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen können, wenn wir

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) wieder Herren im Hause sind, wenn man Respekt vor uns hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sehnen uns nicht nach neuen mörderischen Kämpfen, aber wir wollen frei sein. Die Freiheit wollen wir wieder haben! Daß diese Freiheit uns von unseren Feinden trotz aller Demütigungen, trotz aller falschen Schuldbekenntnisse, die wir ablegen, nicht gebracht wird, das dürfte heute endlich auch in den Kreisen derer klar werden, die im November 1918 von dem Verständigungsfrieden träumten. Kein Canossagang nach Paris oder London wird uns aus Acht und Bann lösen,

(lebhafte Zustimmung rechts)

sondern wir werden vogelfrei bleiben, bis wieder der Respekt vor uns einkehrt, bis unsere Kraft wiedergekommen ist.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

Diese Achtung werden wir aber erst erringen, wenn wir unseren Feinden auch selbstbewußt gegenübertreten.

Wenn das richtig wäre, was der Herr Ministerpräsident von den Leuten gesagt hat, die angeblich nach neuen Kämpfen streben, daß das deutsche Volk nicht versuchen dürfe, aus eigener Kraft wieder frei und Herr in seinem Hause zu sein, dann mögen Sie auch das Recht haben, diejenigen zu schmähen, die einst im heiligen Kriege 1813 und 1815 für uns geblutet haben und gefallen sind;

(sehr richtig! rechts)

dann mögen Sie auch den Freiherrn v. Stein, Scharnhorst, Ernst Moritz Arndt und Blücher schmähen; dann gehören auch diese Männer zu jener kleinen Gruppe, die das Ziel ihrer Träume in einem Reich, stark durch seine Bajonette, erblickten.

(Sehr richtig! rechts.)

Was die Besten unseres Volkes damals erstrebt, ersehnt und durchgeführt haben, das zu denken und zu hoffen muß uns auch heute erlaubt sein.

(B) (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Man soll diejenigen, die in Erinnerung an die Macht und den Glanz unseres Vaterlandes diesen nachtrauern, nicht schmähen, man soll sie nicht an den Pranger stellen als blutgierige Militaristen. Wir haben, wie auch der Herr Minister heute gesagt hat, genug vom Blutvergießen, wir haben keine Sehnsucht nach neuen Kriegen, aber wir wollen wieder stark werden und wir wollen, daß man uns fürchtet, da man uns doch nicht liebt.

(Sehr wahr! rechts.)

Es ist ein eigenes Kennzeichen der Lage, in der wir uns befinden, daß man in der Budgetkommission diesmal versucht hatte, überhaupt die Erörterungen auf politischem Gebiete zu verhindern. So weit ist man schon gekommen, daß man in jener Kommission, die einst der Konregent Deutschlands war in den letzten Jahren vor dem Kriege und im Kriege die Geschicke Deutschlands fast selbstherrlich leitete, den Abgeordneten untersagen wollte, sich überhaupt über diese grundlegenden Fragen unseres Vaterlandes zu äußern. Auch eine der merkwürdigen Früchte des **Parlamentarismus!** Wenn man auf der einen Seite uns immer versichert: das Volk hat nun die Geschicke in die eigene Hand genommen, das Volk ist nun Herr seines Schicksals, da will man es den einzelnen Abgeordneten versagen, überhaupt Meinungen und Wünsche zu äußern an der Stelle und in dem Augenblick, in dem es überhaupt noch möglich ist und einen Zweck hat. Es ist mit dem Parlamentarismus und mit der Freiheit und Selbstregierung in Wirklichkeit etwas ganz anderes, einige wenige Auserwählte entscheiden und befehlen, die anderen sind eine große kopfnickende Masse, und die Kritik wird nur noch selten, stundenweise und tropfenweise zugezählt.

(Zurufe bei den Deutschen Demokraten.
Sehr richtig! rechts.)

(C) Das, was Sie dem alten System immer vorwarfen, daß es selbstherrlich, absolutistischer Natur wäre, war ein völlig unberechtigter Vorwurf, um das noch hier festzustellen.

(Widerspruch links. — Sehr richtig! rechts.)

Seit den Tagen, wo Bismarck, damals noch nicht Fürst und noch nicht Graf, mit dem Budgetrecht des preußischen Landtags etwas kühn zum Heile Deutschlands und Preußens umsprang, seit dem Tage ist jede Verfassungsbestimmung bis zum letzten I-Punkt aufs sorgfältigste von unseren leitenden Männern bis in die höchsten Spitzen beachtet worden. Wenn aber eine Fälschung der Verfassung vorgekommen ist, wenn die Verfassung in das Gegenteil verkehrt wurde in sinnwidriger Weise, so waren Sie es, die Herren von der Mehrheit, die den **Kryptoparlamentarismus** schufen, die Herrschaft an sich rissen, entgegen den Bestimmungen der Verfassung die regierenden Männer nach ihren Befehlen marschieren ließen, ihnen Direktiven gaben, während Sie im Hintergrunde saßen,

(Zurufe)

und so ergab sich die merkwürdige Erscheinung, daß die Männer, die die Verantwortung nach der Verfassung und Geschichte zu tragen hatten, die Verantwortung trugen für Handlungen, die sie oft gegen ihren Willen auszuführen gezwungen waren,

(sehr richtig! rechts)

während Sie, die Sie den Anstoß zu diesen Handlungen gaben und den Zwang dazu ausübten, im Hintergrunde hier auf den warmen Sesseln und fern von aller Verantwortung saßen.

(Lachen und Zurufe.)

In den Sitzungen des Untersuchungsausschusses, der zurzeit das politische Interesse stark in Anspruch nimmt, ist nun auch eine Frage zur Sprache gekommen, die hier oft zum wildesten Streit zwischen den Parteien im Laufe der letzten Jahre seit 1916 geführt hat, das ist die **Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges.** Diese Frage ist für die Be- (D) urteilung des Kriegsverlaufs von solcher Bedeutung, daß auch an dieser Stelle nicht daran vorübergegangen werden kann. Sie erforderte die schwersten Entscheidungen, die je leitende verantwortungsvolle Männer getroffen haben. Diejenigen, die der Eröffnung schon im Frühjahr 1916 widerrieten, taten das unter anderem mit der Begründung, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den Kampf in dieser Form zu führen. Ich muß sagen, daß ich über eine Beweisführung niemals so erstaunt gewesen bin wie über diese. Wenn überhaupt in Frage stand, ob man den U-Boot-Krieg führen könne, sei es in der beschränkten oder unbeschränkten Form, nach der Zahl der zu Gebote stehenden U-Boote, dann ist es doch klar, daß es leichter und bequemer ist, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu führen als umgekehrt den Krieg, wo das U-Boot erst auftauchte, um das feindliche Schiff zu untersuchen, wodurch natürlich Boot und Mannschaft schwersten Gefahren ausgesetzt wurden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein U-Boot, das in der Bannzone ohne weiteres torpedieren konnte, war der Gefahr, vernichtet zu werden, viel weniger ausgesetzt als ein U-Boot, das erst auftauchen und dem Feinde sich zeigen mußte.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich halte es für eine der größten Gedankenlosigkeiten, wenn man mit diesen Beweisführungen in dem deutschen Volke, das instinktmäßig nach dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg drängte, diesen Wunsch zurückdämmte, indem man sagte: Wir haben zu wenig U-Boote. Wir hatten zu wenig U-Boote für den eingeschränkten U-Boot-Krieg, nicht aber für den uneingeschränkten.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Sie haben doch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gehabt! — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

(A) **Präsident:** Meine Herren, ich glaube, jetzt genügen die Zwischenrufe. Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Aber die Feststellung, die jetzt im Unterausschuß, sowenig ich dessen Resultat vorgreifen möchte, getroffen ist, soweit ich sehen kann, einwandfrei und endgültig getroffen ist, ist von so außerordentlichem Interesse, daß sie auch hier eines Wortes der Erwähnung wert ist. In dem Unterausschuß wie auch in einem Teile der Presse — ein anderer Teil der Presse hat vorsichtig dazu geschwiegen — ist festgestellt worden, daß der amerikanische Präsident im Senat vor einigen Wochen auf ein Kreuzverhör, das mit ihm angestellt worden ist, erwidert hat: Nach seiner Anschauung wäre Amerika auch dann in den Krieg eingetreten, wenn Deutschland nicht den uneingeschränkten U-Boot-Krieg beschlossen hätte.

(Hört! hört! rechts. — Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

— Wenn ich etwas verstehen könnte, würde ich Ihnen antworten, wenn es der Herr Präsident erlaubte. — Wenn wir uns nun vergegenwärtigen, daß es dem Präsidenten Wilson gelungen ist, während des ganzen Krieges, Amerika dahin zu führen, wohin er es haben wollte, so wird man auch mit der Sicherheit, die überhaupt bei solchen Beweisen möglich ist, annehmen können,

(Zwischenrufe von den Deutschen Demokraten)

— augenblicklich spreche ich, Herr Koch, vielleicht berücksichtigen Sie das —, daß es dem Präsidenten Wilson auch gelungen wäre, das amerikanische Volk in einen Krieg gegen uns ohne den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu führen. Damit ist die große Frage, ob der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ein Unglück für unser Vaterland gewesen ist — eine Behauptung, die Herr Erzberger immer aufgestellt und verteidigt hat —, widerlegt.

(B) (Zurufe links.)

Es steht fest, daß Amerika in den Krieg eingetreten wäre, ohne daß wir zu dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg gekommen wären. Ich kann mir lebhaft denken, daß Ihnen solche Feststellungen unbequem sind.

(Zurufe: Dazu sind sie viel zu naiv! — Unruhe.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich kann die Frage wegen des U-Boot-Krieges nicht abschneiden. Man kann bei dem Etat des Auswärtigen Amts schließlich alles, was mit dem Auslande in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Zusammenhang steht, zum Gegenstand der Erörterung machen. Im übrigen möchte ich meinen, daß eine Zeit, wo diese Angelegenheit gerade zum Gegenstand sorgfältiger Erhebungen des Untersuchungsausschusses gemacht wird, nicht der richtige Moment ist, sie hier zur Sprache zu bringen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Ich sage das nicht, um den Redner zu verhindern, das hier vorzubringen, sondern um die vielen Zwischenrufe zu verhüten und zu verhindern, daß gleichzeitig mit den Erhebungen im Untersuchungsausschuß eine unfruchtbare Erörterung über die Ursachen und Wirkungen des U-Boot-Krieges einsetzt. Zu diesem Zwecke sage ich es.

(Sehr gut!)

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich habe die Mahnung des Präsidenten verstanden und werde mich beschränken, indem ich nur noch zwei oder drei Sätze zu dieser Sache spreche. Der unbeschränkte U-Boot-Krieg — der nach der Meinung des Präsidenten von Amerika, ich drücke mich ganz vorsichtig aus, nicht zum Kriege geführt hat; der Krieg wäre ohnehin gekommen — ist wie so vieles andere, was in den letzten Jahren in Deutschland geschehen ist, zu spät eröffnet worden.

(Zuruf: Mit 6 U-Booten!)

(C) Über dem Entschluß zu ihm stand wie über so mancher anderen Handlung der Regierung damals — ich will die Namen nicht weiter nennen — das Wort „zu spät" geschrieben. An dem Tage, da Tirpitz seinen Abschied empfing, da sprach er zu mir die Worte: Sie werden sehen, wir kommen doch zu diesem unbeschränkten U-Boot-Krieg, und dann haben sich die Engländer darauf eingerichtet, wir werden dann nicht mehr den Erfolg damit erzielen, wie jetzt es wäre; dann wird es zu spät sein. Das war ein erschütternder Augenblick, den ich erlebte, und die Entwicklung hat Tirpitz Recht gegeben.

Ein umrissenes Programm, das die Regierung nach außen zu befolgen gedenke, hat der Minister des Auswärtigen nicht aufgestellt. — Ich hoffe, daß der Herr Präsident sieht, daß ich jetzt ganz beim Thema bin. — Man wird wohl nicht fehl gehen in der Annahme, daß der Frieden von Versailles ihr die Aufstellung eines Programms unmöglich zu machen scheint. Die Schwierigkeiten bei der öffentlichen Diskussion liegen namentlich für die Regierung auf der Hand. Immerhin wird doch das eine oder das andere zu sagen sein.

Zunächst möchte ich der Regierung empfehlen, **im Verkehr mit auswärtigen Mächten politisch vorurteilsfrei** zu sein. Wir erwarten das nicht von ihrem Verhältnis zu uns, nach innen, wir haben auch gar keine Sehnsucht danach. Aber wir erwarten, daß sie die Annäherung an fremde Staaten nicht danach bemißt und bewertet, welche Regierungsform in jenen Staaten herrscht, ob sie ihr angenehm oder unangenehm ist, sondern daß sie ihre Politik im Verhältnis zu anderen Staaten ausschließlich danach einrichtet, wie dieses Verhältnis des anderen Staates auf uns wirkt und ob wir auf ein gutes oder im anderen Falle auf ein weniger gutes Verhältnis angewiesen sind.

Ich habe einen ganz bestimmten Grund, diese Empfehlung hier auszusprechen. Einer früheren Regierung brauchten wir das nicht zu sagen, einer Regierung, die in (D) den Bismarckschen Traditionen lebte, der uns immer gepredigt hat: Seht nicht darauf, daß Frankreich Republik ist, daß Rußland einen Zaren hat, sondern seht darauf: was bedeutet Frankreich für mich, und was bedeutet Rußland für mich? Daran haben sich meine Freunde und die politisch ähnlich gerichteten Kreise in ihrer auswärtigen Politik immer gehalten. Wer sich aber nicht daran gehalten hat, das war die Demokratie bis dort hinaus.

(Zuruf: Mit gutem Erfolg!)

Schon Bismarck hat im Jahre 1887 im Reichstag darüber Klage führen müssen, daß die **Demokratie** zum **Kriege gegen Rußland** hetze, und zwar offenbar allein aus dem Grunde, weil der **Zarismus** ihr nicht gefiel. Damals, als der Battenberger mit Hilfe russischer Mittel abgedankt war und als die deutsche Regierung für diesen Battenberger nicht einsprang, als Fürst Bismarck es ablehnte, sich das Leitseil für irgendwelche Interessen auf dem Balkan über den Kopf werfen zu lassen, als er es ablehnte, für die battenbergische Sentimalität in Bulgarien die Knochen eines pommerschen Grenadiers einzusetzen, begegnete ihm ein Sturm in der linksliberalen Presse und auch in der Zentrumspresse.

(Hört! hört! rechts.)

Um nur eins zu erwähnen! Er las aus dem „Berliner Tageblatt" von damals im Jahr 1886 den Satz vor:

> Wenn die Grundlagen des europäischen Friedens derartig erschüttert sind, daß derselbe nur durch ein Mittel erhalten werden kann, welches die Moral in den Völkern untergräbt, dann ist auch die Frage berechtigt, ob nicht ein gesunder Krieg einem so kranken Frieden vorzuziehen sei.

In ähnlicher Weise sprach sich die „Freisinnige Zeitung" aus:

> Wenn die Unterwerfung unter den Willen des Zaren den Weltfrieden bedeutet, so mag das

(**Schultz** [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) richtig sein. Aber es gibt eine Grenze, wo diese Unterwerfung aufhören muß, und dieser Grenze nähern wir uns mehr und mehr;

und eine klerikale Zeitung fing ihren Artikel mit dem Satze an:

> Weicht man von Rußland zurück, will man im jetzigen Augenblick keinen Krieg oder kann ihn nicht führen, so mögen es die Offiziösen sagen.

Das sind die Kreise, die uns heute als Kriegshetzer beschimpfen. Damals wurde es ihnen nicht so schwer, gegen Rußland zum Kriege zu hetzen, allein aus dem törichten Grunde, weil dort eine Regierung an der Spitze war, die ihnen nicht gefiel, die ihren Grundsätzen widersprach, die gewiß in den Augen aller von uns so viele Mängel und viel überflüssigen Despotismus an sich hatte. Aber was hatte das damit zu tun, ob wir mit Rußland im Frieden oder nicht im Frieden leben sollten. Es war eine verkehrte Politik, unser **Verhältnis zu Rußland** nach seiner Regierung zu richten. Ich bin der Sorge nicht ledig, daß, wenn heute in Rußland die Dinge sich ändern, wenn heute in Rußland ein neuer Zar oder ein ihm ähnlicher Despot ersteht, die Begeisterung in unsern demokratischen Kreisen für Rußland ein kühles Ende nimmt. Dann werden Sie (nach links) wieder den Kreuzzug gegen Rußland in kurzer Zeit predigen. Darum glaube ich, daß es richtig ist, der Regierung zu empfehlen, in allen ihren Handlungen vorurteilsfrei zu sein. Es kommt nicht darauf an, wie drüben in einem anderen Staat regiert wird, sondern darauf, welche Bedeutung dieser Staat in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung für uns hat. Freilich darüber kann auch kein Zweifel gelassen werden, daß ein freundnachbarliches Verhältnis zu irgendeinem anderen Staat wie auch zu Rußland nur dann möglich ist, wenn dieser Staat sich enthält, in unsere innere Entwicklung einzugreifen, und (B) nicht versucht, auf die politischen Verhältnisse in unserm Vaterland einzuwirken. Ebenso müssen auch wir uns jeder Beeinflussung eines anderen Staates in bezug auf seine inneren Verhältnisse enthalten.

Ich will über das Verhältnis zu Rußland an dieser Stelle weiter nichts sagen, sondern nur den Wunsch aussprechen, daß seine Entwicklung berechtigten deutschen Interessen entsprechen möge.

Im Zusammenhang damit streife ich die **Frage des Baltikums.** Über diese Frage herrscht große Unklarheit, um nicht zu sagen, Unkenntnis. Es ist wünschenswert, noch einmal mit drei Worten hier festzustellen, wie **unsere** braven **Truppen** hintergangen, belogen und betrogen worden sind.

(Zustimmung rechts.)

Am 28. Dezember 1918 wurde folgender Vertrag in Riga geschlossen von dem deutschen Gesandten August Winnig, deutscher Gesandter in Riga, und dem Ministerpräsidenten des lettischen Staates Ulmanis.

(Zuruf rechts: Den wir dann weggejagt haben!)

Dieser Vertrag lautet in seinem § 1:

> Die provisorische lettländische Regierung erklärt sich bereit, daß allen fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen im Verbande von Freiwilligenformationen bei dem Kampfe für die Befreiung des lettländischen Staates vom Bolschewismus tätig gewesen sind, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht im lettischen Staate gewährt werde.

Damit war das staatsbürgerliche Recht und, worauf es ankam, das Recht, sich anzusiedeln im Baltikum, den deutschen Truppen gewährleistet, und dieser Vertrag ist schmählich gebrochen worden sowohl von dem nachmaligen Minister wie von Ulmanis selber.

(C) Sie stellen die kühne Behauptung auf, daß dieser Vertrag, der unterschrieben war von dem lettischen Ministerpräsidenten, nur eine Erklärung wäre, die der Minister seinem Ministerrate zur Vollziehung vorlegen wollte. Es ist wohl nicht denkbar, daß ein Vertrag, der in vollendeter Form vollzogen ist, von dem verantwortlichen Minister nur eine Offerte bedeuten soll. Deshalb ist die Erregung unter den Truppen ganz begreiflich, die dort ihr Blut hingegeben haben, deren Blut man forderte, als es sich darum handelte, im Kampfe gegen den Bolschewismus vorzugehen, als der lettischen Regierung das Wasser bis an den Hals stand. Da versprach man zwar nicht goldene Berge, aber ein bescheidenes Dasein, und dafür haben unsere Soldaten ihr Leben eingesetzt, und nachher ist der Vertrag schmählich gebrochen worden.

(Sehr richtig!)

Ich kann der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in diesen Dingen die Interessen unserer Truppen nicht mit der Entschiedenheit wahrgenommen hat, die dieses Versprechen unter allen Umständen verdiente, denn an dieses Versprechen war sie auch gebunden. Es war der deutsche Gesandte, der in ihrem Namen mit der lettischen Regierung den Vertrag geschlossen hatte, und die Regierung hatte noch im August dieses Jahres in Weimar einer Soldatendeputation schwerwiegende Versicherungen und Zusicherungen für die Truppen abgegeben; und wenn es nachher in einer offiziellen Erklärung, die wir in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gelesen haben, heißt, die deutsche Regierung habe die lettische Regierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die entstehen könnten, wenn die im Baltikum stehenden Truppen, den Befehlen entgegen, jene Gegend nicht verlassen wollten, in der sie sich anzusiedeln hofften, weil ihnen das lettische Einbürgerungsrecht versprochen sei, wenn die Regierung an diese (D) Bemerkung die Worte knüpft: „damit hat die deutsche Regierung ihr Versprechen erfüllt, das sie den Truppendeputationen in Weimar seinerzeit gegeben hat“, so fragt man sich erstaunt, wie kann aus dieser leeren Protesterklärung — ein Protest in den Wind — irgendeine Interessenwahrnehmung der Truppen geschlossen werden? Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, von der lettischen Regierung zu verlangen, daß unsere Truppen, wenn sie doch nicht als Truppen weiterbleiben durften, im Bürgerkleide das Recht erhielten, das dieser Vertrag ihnen zusicherte, daß sie als deutsche Bürger im Baltikum einwandern könnten, wo das Staatsbürgerrecht zugesagt war, wo sie sich dort ansiedeln konnten.

(Sehr richtig!)

Und wenn das von der lettischen Regierung nicht zu erreichen war, dann glaube ich, Herr Minister, es wäre angezeigt gewesen, die Männer, die im Vertrauen auf diesen Vertrag ihr Leben eingesetzt haben, nicht abzuspeisen mit einer leeren Protesterklärung, mit einer Provokation auf ihre Treue, ihre Disziplin und mit dem Befehle, nach Hause zu kommen, sondern man hätte ihnen sagen können: wir werden das Siedlungsland, das wir haben, bereit halten — wir haben ja die Siedlungsgesetze in Vorbereitung und zum Teil angenommen —, da sollt ihr die ersten Bewerber sein. Ist das nicht eine psychologisch falsche Einschätzung, und wenn Sie dort im Baltikum Schwierigkeiten haben, wenn sich die Truppen belogen und betrogen glauben, und zwar mit Recht,

(sehr richtig! rechts)

und deshalb — ein seltenes Vorkommnis in der preußisch-deutschen Armee — die Rückkehr verweigern, da fragt man sich, ob nicht auch hier die Schuld an der falschen psychologischen Behandlung dieser Dinge liegt.

(Sehr richtig! rechts.)

(**Schultz** [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) Diese falsche psychologische Behandlung scheint mir auch in der Art zu liegen, wie man mit dem bewährten Führer, mit dem die Mannschaft so innig verwachsen ist, auf dessen Worte sie schwört, mit dem **Grafen v. d. Goltz**, umgegangen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Es mag sein, daß dieser Mann einen Brief geschrieben hat, der nicht politisch war. Ich habe bisher bei unseren Generalen immer eher zu wenig Politik gesehen als zu viel, von Politik haben die preußischen und deutschen Offiziere nicht viel erfahren, und sie haben sich auch nicht viel darum gekümmert.

(Widerspruch links.)

Und wenn der General v. d. Goltz glaubte, an den russischen General Avalow, von dem mir nicht bekannt ist, wes Geistes Kind dieser Mann ist, einen Brief schreiben zu sollen, dann nehme ich an, er hat geglaubt, an einen Mann zu schreiben, der mit ihm gegen die kulturzerstörenden Gefahren des Bolschewismus anzukämpfen geneigt ist,

(sehr richtig! rechts)

und es wird doch einem hohen preußischen Offizier erlaubt sein, daß er gegen eine solche Gefahr auftritt und an einen Mann, den er glaubt in dieser Gefahr als Bundesgenossen ansehen zu können, ein paar freundliche Worte richtet.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube nicht, daß über einen Grafen v. d. Goltz, hinter dem seine Truppen so stehen wie hinter der Regierung, auch in Ihren Kreisen niemand

(sehr gut! rechts)

so zur Tagesordnung übergehen und auf ihn das alte Wort anwenden kann: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

(Sehr wahr! rechts. — Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

(B) Ich komme zu unserem **Verhältnis zu Polen.** Vielleicht werde ich jetzt mehr Ihre Zustimmung (zu den Deutschen Demokraten) erreichen. Am 5. November beschenkte uns die deutsche und österreichische Regierung mit dem Königreich Polen unter der begeisterten Zustimmung auch wieder der Mehrheit, die jederzeit alles bejubelte und begeistert pries, was später zum Unheil Deutschlands ausfiel.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe und Zurufe links.)

Alle die Hoffnungen und Erwartungen, die an diese Gründung geknüpft waren, sind zusammengefallen wie so manche andere aus der Zeit jener Regierung, der Regierung, die nach Ihren (nach links) Wünschen handelte, wie das bekannte Kartenhaus.

Daß wir schon um unserer deutschen Brüder im Osten willen ein erträgliches Verhältnis mit dem neuen Staate wünschen, darüber kann kein Zweifel sein. Wie es aber in Wirklichkeit werden wird, wie die Stimmung der Polen in Zukunft uns gegenüber sein wird, ob es mehr als ein leerer Wunsch ist, daß wir auf ein erträgliches Verhältnis rechnen, kann niemand heute mit Sicherheit voraussehen. Wer die Dinge unbefangen und ohne die Illusionen, an denen wir so oft gelitten haben, ansieht, wird sich nach dieser Richtung eines gewissen Skeptizismus nicht enthalten können.

Was **Frankreich** und **England** betrifft, unsere Feinde, die sich immer noch, auch im Frieden als unsere Todfeinde entwickeln, so sage ich: möchte doch die Regierung ihnen gegenüber sich wenigstens von der Illusion frei halten, daß man mit Bitten, mit Entgegenkommen, mit Demütigungen etwas von diesen Mächten erreicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Und Italien: erst tanzt es die Extratour, dann hat es (C) sich ein reelles Verhältnis mit den anderen Mächten angeschafft,

(Heiterkeit)

hat den alten treuen Ehemann verlassen.

(Erneute Heiterkeit.)

Es ist vielleicht den Italienern schon leid, und es wird ihnen vielleicht schon bange in ihrer Einsamkeit.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wird bald die Zeit kommen, in welcher sich die Herren Italiener nach dem alten Dreibund sehnen. Sie werden sich fragen, ob die zwar schönen, aber mageren Berge Tirols das wert sind, was sie im Mittelmeer für alle Zukunft verloren haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn die Herrschaft im Mittelmeer gehört nicht mehr Rom, gehört nicht mehr der italienischen Flotte. Nunmehr ist Italien hilflos und widerstandslos den Bundesgenossen, für den es einst den Treubruch an uns vollzog, ausgeliefert. Ich glaube, daß in Italien ein starkes Sehnen zur Anlehnung an die alten Verbündeten, oder ich will sagen: an den alten Verbündeten hier oben bestehen dürfte.

Wenn ich mich nun noch mit drei Worten zu Österreich wende, zu **Deutsch-Österreich** — das Jugoslawien ist mir noch zu fremd, um darüber zu sprechen, obwohl ja ein Abgeordneter über alles sprechen kann —, so kann man da nur sagen und schreiben: immer daran denken und nicht davon sprechen!

(Sehr richtig! rechts.)

Ich halte für außerordentlich bedauerlich und habe den ganzen Sommer für außerordentlich bedauerlich gehalten den übertriebenen Eifer, den wir zeigten, wie gern wir mit Österreich zusammen einen Staat bilden wollten, und daß es dann soweit kam, daß wir bereits im Verfassungsausschuß den österreichischen Gesandten zu unseren Beratungen zuzogen, sodaß es fast den Eindruck machte, als (D) wenn das neue Staatengebilde fertig wäre. Ich kann mich heute noch immer nicht der Befürchtung entschlagen, daß dies den Deutsch-Österreichern den größten Teil ihrer deutschen Brüder nach Tschechien und nach Tirol zu gekostet hat, weil man in Frankreich und England fürchtete: laßt ihr hier ein großes Deutsch-Österreich zurück, ist es in kurzer Zeit mit Deutschland vereint, und dann haben wir wieder einen starken, furchtbaren Block in Mitteleuropa. Ich habe auch noch die schärfere und ärgere Befürchtung, daß uns dieser übertriebene Eifer, mit dem wir dort in Weimar gehandelt haben, und unser Schrei nach Österreich Tausende und aber Tausende Deutscher im Osten gekostet hat.

Ich werde mich nun mit einigen Worten zu den **Fragen der Organisation,** die heute ausgiebig verhandelt worden sind, wenden. Ich kann mich daher auf kurze Bemerkungen beschränken. Ich möchte damit beginnen, daß mir scheint — ich trage hier nicht so sehr mein eigenes Urteil als das Urteil von mit dem Staatsdienst erfahrenen Männern vor —, daß die **auswärtige und die innere Politik im Deutschen Reiche** seit einer Reihe von Jahren nicht im richtigen **Verhältnis zueinander** standen, daß unsere Vertreter im Ausland mit der Organisation im Inland, mit den politischen Verhältnissen im Inlande und auch selbst mit den politischen Parteien, mit der Presse und ihrem Einfluß nicht so vertraut waren, wie es von diesen Männern gewünscht werden mußte. Wir lebten sozusagen noch mehr in den Anschauungen und Gewohnheiten von vor vielleicht hundert Jahren, in denen das Rüstzeug der Diplomatie zum Teil in gesellschaftlichen Fähigkeiten bestand, während kaum ein anderes Amt im Staate eine solche intime Kenntnis nicht bloß des eigenen Landes, sondern auch des fremden Landes mit allen seinen

(**Schultz** [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) Einrichtungen, seinen politischen Verhältnissen, seiner Presse, seinen Parteien erfordert.

Eine Ausnahme machten nun ja nach vielfacher Anschauung unsere **Konsulate**. Ob nun die höhere Diplomatie in ihren einzelnen Vertretern wirklich so schlecht gewesen ist, wie es hier so allgemein behauptet wird, ich wage ein solches Urteil nicht auszusprechen. Aber das Endresultat ist ja kläglich. Bezüglich der Konsulate lautet die Kritik günstiger. Man dürfte deshalb wohl gut tun, da an und für sich das Nebeneinanderbestehen dieser beiden diplomatischen Zweige des Konsulats und der höheren Diplomatie letzten Endes doch nicht notwendig ist, beide in einer Behörde zu vereinigen. Es ist und scheint nicht ganz erwünscht, daß ein Generalkonsul über dieselben Dinge vielleicht ausführlichere Berichte macht, über die der Handelssachverständige bei den Botschaften seinerseits berichtet. Es wird nicht selten genug vorkommen, daß diese beiden Sachverständigen in ihren Anschauungen schließlich anderer Ansicht sind, daß sie an verschiedenen Strängen ziehen und daß sich daraus Reibungen ergeben, die vermieden werden, wenn sie in einer Behörde vereinigt sind. Es dürfte deshalb wohl mit Recht erwogen werden, ob man die Konsulate mit der höheren diplomatischen Karriere nicht völlig vereinigt.

Eine besondere Vorsorge wird ja wohl für die **Ausbildung unserer Diplomaten** getroffen werden müssen. Freilich, wenn ich da die Vorschläge lese — ich glaube, sie heißen wohl die sogenannten hamburgischen Vorschläge —, wo so ein unglücklicher Diplomat von seinem 19. bis zum 26. Lebensjahr von der Schulbank sozusagen nicht herunterkommt, heute Sprachen, morgen Nationalökonomie, übermorgen Juristerei, dann wieder Sprachen und etwas Militärwesen lernt, dann wird man sich fragen, ob dieser Mann ohne schwere Schädigung und Lähmung seiner Geisteskräfte aus dieser Ausbildung herauskommt. Man wird (B) da leicht übertreiben können. Man wird es doch wohl mehr dem eigenen Eifer überlassen müssen, wieweit ein Mann von der Ausbildung, die ihm zur Verfügung gestellt ist, Nutzen ziehen und Gebrauch machen will. Aber immerhin ist sicher, daß, wenn ein Diplomat, wie es bis heute vielleicht der Fall war, heute in Lissabon, nach einigen Monaten oder nach Jahresfrist in Guatemala tätig ist und dann plötzlich in einen der interessanten Staaten des Balkans versetzt wird, er dann vielleicht in dieser Zeit viel erlebt, viel verlebt hat; aber daß er gerade ein kenntnisreicher Spezialist dieser Gebiete, wo er tätig war, geworden ist, das wird man bezweifeln müssen. Insofern ist ganz gewiß die Reform zu begrüßen, die wir hier angekündigt hören, die das **Regionalsystem** mit sich bringt, die die Diplomatie zukünftig nach Regionen teilt, die das Territorialprinzip, um mich deutlicher auszudrücken, einführen will.

Freilich kann ich nicht verbergen, daß unter außerordentlich erfahrenen und sachkundigen Männern gewisse Zweifel darüber herrschen, ob dieser in die Augen springende Vorteil, der durch die regionale Einteilung der Beamten in bezug auf die Vermehrung ihrer Sachkenntnis über die Territorien erwächst, nicht aufgewogen wird durch ein mit der Zeit sich ergebendes einseitiges, vielleicht ausschließliches Interesse für den Bezirk, in dem die Diplomaten tätig zu sein die Ehre haben, und daß sie auf diese Weise zu Wortführern eines zu eng begrenzten Bezirks werden. Man kann nur hoffen, daß die Zentralstelle den Überblick haben wird, um solche unerwünschten Folgen auszuschließen. Je schwieriger die Abhilfe gewisser Übelstände durch eine bloße Organisationsänderung ist — man muß von einer Organisationsänderung meiner Auffassung nach nicht zu viel hoffen, es gilt hier auch das alte Wort: die Männer machen es und nicht die Maßregeln —,

(sehr richtig!)

(C) um so mehr hätte man vielleicht wünschen können, daß der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten uns eingehend — heute hat er es zum Teil nachgeholt — über diese Reform informiert hätte und insbesondere die Vorteile und Nachteile dieses oder jenes Systems dargelegt hätte, um der Nationalversammlung, die diesen Dingen doch immerhin fern gegenübersteht, das Material zur ruhigen, sachlichen Prüfung zu unterbreiten.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb bedaure ich es aufs lebhafteste, daß er dem wiederholt geäußersten Wunsche meines Freundes, des Herrn v. Graefe, nach **Vorlegung einer solchen Denkschrift** mit einer Hartnäckigkeit widerstanden hat, die ich in der Sache nicht begründet finde. Früher unter dem alten System war so etwas nicht möglich. Da brauchte bloß ein Sozialdemokrat aufzustehen, da brauchte bloß Herr Scheidemann mit dem Finger zu winken, schon war die Regierung da und erfüllte jeden seiner Wünsche. Heute werden auch solche zahmen, berechtigten Wünsche in keiner Weise erfüllt. Man hat sich an die goldene Rücksichtslosigkeit gewöhnt. Nun, wir kommen damit auch aus, wir legen es zu dem übrigen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun zu der Frage eines **zweiten Unterstaatssekretärs**. Im Einklang mit den Ausführungen, die bei den Beratungen über das Reichsamt des Innern der frühere Chef dieser Behörde, der jetzige Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück, gemacht hat, sind meine Freunde voller Bedenken gegen die Schaffung eines zweiten Unterstaatssekretärs.

(Sehr wahr! rechts.)

Nicht aus kleinlichen Motiven heraus, mit denen einst die Rechtsvorgänger der heutigen Mehrheit dem Fürsten Bismarck einen Direktor abstrichen, den er für das Auswärtige Amt brauchte, sondern weil wir glauben, daß mit der Schaffung eines zweiten Unterstaatssekretärs die (D) Einheitlichkeit der Verwaltung gefährdet wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir glauben, daß gerade beim parlamentarischen System die Einheitlichkeit in einer sachverständigen Hand, die nicht in den Strudel des parlamentarischen Systems hineingezogen wird, von ganz besonderer Bedeutung ist. Anscheinend hat man die Absicht, die Tätigkeit der beiden Unterstaatssekretäre nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu trennen. Aber wie man auch die Trennung vornimmt, man kann doch politische und wirtschaftliche Fragen nicht so voneinander scheiden, daß eine Trennung in jedem Falle gewährleistet ist. Die politischen und die wirtschaftlichen Fragen laufen so durcheinander, kreuzen sich derartig und sind derartig miteinander verschlungen, daß sehr häufig nicht zu erkennen ist, wo das Wirtschaftliche und wo das Politische überwiegt. Wir werden schließlich dazu kommen, daß derselbe Gegenstand von zwei Unterstaatssekretären bearbeitet wird, die sich erst darüber einigen müssen, wer in dieser Frage zuständig ist. Bei dieser Einigung werden Kompromisse geschlossen werden müssen, und wenn es nicht zum Kompromiß kommt, dann muß der Minister ein Machtwort sprechen und entweder dem einen oder dem anderen recht geben. Das führt sehr leicht zur Verzögerung der Entscheidung, während doch gerade im Auswärtigen Amt schnelle Entscheidungen oft dringend notwendig sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun sagt man, das Auswärtig Amt sei überlastet und sei sehr groß geworden; man spricht ja von einem Wasserkopf, — womit ich aber durchaus nichts Böses gesagt haben will. Die Überlastung kann aber kein Grund sein, einen zweiten Unterstaatssekretär zu ernennen. Die Annahme, daß ein Unterstaatssekretär sämtliche Eingänge bei diesem Amt lesen kann, das heißt mit Aufmerksamkeit lesen kann,

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) sodaß er sich über jede Frage rasch ein Urteil bilden könnte, ist eine Fiktion, und zwar schon seit langer Zeit. Es ist auch nicht möglich, daß zwei Unterstaatssekretäre das alles lesen und gleich so prüfen können, daß sie, wenn sie die Berichte verteilen, darüber schon ein richtiges und entscheidendes Urteil haben können. Also dieser Grund kann nicht dafür angeführt werden. Man hätte ja die Überlastung auch durch Schaffung neuer Direktorenstellen beseitigen können. Jedenfalls sind unsere Bedenken so groß, daß wir diese zweiten Unterstaatssekretärstellen nicht bewilligen können.

Im Zusammenhang hiermit möchte ich noch etwas anderes sagen, und es wäre mir erwünscht, wenn ich hierbei im Hause mehr Anklang finde, auch auf der linken Seite, als ich sie mit meinen Ausführungen bisher dort Gott sei Dank gefunden habe. Meine Herren, ich möchte zur Erwägung stellen, ob es nicht schon heute für uns zu überlegen wäre, daß der **Posten des Ministers des Auswärtigen außerhalb des parlamentarischen Systems** steht. Ich will mich jetzt auf die Vorzüge und Nachteile des parlamentarischen Systems, auf die wir ja noch oft zu sprechen kommen werden, nicht weiter einlassen. Aber darüber kann nach meiner Auffassung kein Zweifel sein, daß an dieser Stelle, die eine Politik von langer Hand vorbereiten, auf lange Frist treiben muß, ein Mann stehen muß, dessen Stellung eine dauernde ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, es wäre ein schwerer und verhängnisvoller Fehler, wenn wir nur aus Konsequenz auch dieses Amt des Ministers des Auswärtigen in das parlamentarische System hineinzwängen und ihn jeder Konstellation hier im Hause überliefern wollten, in der heute das, morgen jenes Ministerium gestürzt wird, obgleich er mit den Gründen für den Sturz gar nichts zu tun hat. Denn, meine Herren, die Dinge werden doch in Zukunft selten so liegen wie beim ersten und (B) letzten Ministerwechsel in der Republik gelegentlich des Friedensschlusses, als Graf Brockdorff-Rantzau mit den Herren Scheidemann und Schiffer aus dem Ministerium ausschied. Da war derjenige, der herausgehen mußte nach seiner Stellung, die er eingenommen hatte, allerdings der Minister des Auswärtigen. Er hatte den Frieden, wie er ihn sich dachte und wie er ihn vom Inlande aus durchkreuzt sah, nicht erreicht, und zu dem Frieden, der uns aufgezwungen werden sollte, wollte er nicht die Hand reichen. Es war zweifellos, daß Graf Brockdorff-Rantzau das Amt verlassen mußte. Aber solche Fälle werden in Zukunft zu den seltenen Ausnahmen gehören: daß eine Krisis im Ministerium eintritt, weil gerade der Minister des Auswärtigen in der oder jener Richtung in seinem Ressort eine besondere Stellung eingenommen hat. Da dieses Ministerium, wie ich schon ausführte, einen schnellen Wechsel nicht verträgt, da man dieses Ministerium nicht so schnell wechseln kann, wie man Wäsche zu wechseln pflegt — ich erinnere an Frankreich, wo wir ein Ministerium von 24 Stunden erlebt haben —, möchte ich glauben, daß Sie sich trotz Ihrer Begeisterung für das parlamentarische System es überlegen sollten, ob Sie nicht den Minister des Auswärtigen und außerdem auch dem Reichswehrminister außerhalb des parlamentarischen Betriebes stellen. Ich möchte daran erinnern, daß man auch in den Staaten mit parlamentarischem System schon längst dazu übergegangen ist. Ich erinnere nur an Frankreich, wo Freycinet, soviel ich mich erinnere, und vor allem Delcassé viele Jahre hindurch als Minister des Auswärtigen alle Ministerien überlebt haben, die um sie herum gebildet, gestürzt und wieder errichtet wurden. Der Minister des Auswärtigen war der einzige ruhende Punkt, — wie mir scheint: zum Heile, jedenfalls nicht zum Schaden seines Landes.

Meine Herren, im Zusammenhang damit möchte ich noch auf ein interessantes Vorkommnis in der Budgetkommission zurückkommen. (C) Dort trug ein Parteifreund des Ministers des Auswärtigen lebhafte Klagen darüber vor, daß der Minister sozusagen in der Schar seiner Geheimräte eingemauert wäre. Der Minister verwahrte sich gegen diesen Vorwurf und wies nach dann meiner Auffassung schlagend nach, daß der Betrieb, die eigentliche **Arbeit im Auswärtigen Amt** ohne **Fachleute** nicht geleistet werden könnte. Das haben wir ja immer gesagt, und deshalb konnten wir in diesem Punkte unsere uneingeschränkte Zustimmung erteilen. Nur hat der Herr Minister vergessen, die letzte Schlußfolgerung zu ziehen. Wenn schon die nachgeordneten Stellen Fachleute sein müssen, müßte doch erst recht der Mann, der an der Spitze dieser Behörde, an erster Stelle steht, ein Fachmann sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn in einem großen Bankinstitut sämtliche Angestellte mehr oder weniger kaufmännisch ausgebildete Personen sind, wird dieses Institut gewiß an der Spitze nicht einen Mann haben, der sozusagen in seinen Beruf, in sein Fach noch nicht hineingerochen hat, dem diese Dinge alle eine terra incognita sind. Wenn Sie die führenden Namen in unserer Unternehmerwelt, sei es im Bankwesen, sei es in der Industrie oder wo Sie wollen, einer Durchsicht unterziehen, werden Sie nicht nur finden, daß es Männer sind, die in ihrem Berufe von der Pike auf gedient haben, sondern daß es die kenntnisreichsten und tüchtigsten Männer im Fache sind. Und wenn der deutsche Name in der Welt noch etwas gilt, wenn der deutsche Name draußen noch einen Rest von Kredit hat, so ist es nicht zum wenigsten diesen hervorragenden Männern, den Industrie- und Bankkapitänen, wie man sie genannt hat, zu danken. Ich glaube aber kaum, daß das parlamentarische System, auf diese Unternehmungen angewandt, dieselben glänzenden Resultate gezeitigt hätte. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte wissen, was herauskäme, wenn in das Bank- oder Schiffahrtswesen Leute eintreten wollten, die bisher noch nicht den leisesten Schimmer von Fachkenntnis gehabt haben.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Sie reden ja auch über auswärtige Politik, Herr Kollege!)

Meine Herren, widerlegen Sie mich sachlich; Sie kommen ja auch noch heran.

Wenn dies für diese Unternehmungen gilt, in denen man klar und deutlich sehen kann, ob ein kenntnisreicher Fachmann an der Spitze steht, so frage ich Sie noch einmal: Sollte das nicht für ein großes Volk von 60 Millionen gelten? Müßte, um dessen Geschicke und Geschäfte zu leiten, da nicht die beste, tüchtigste und kenntnisreichste Kraft notwendig sein?

(Sehr richtig! rechts.)

Ist es nicht unerhört, daß hier an der Spitze in leitender Stellung Männer stehen, die außer dem Vertrauen ihrer Parteifreunde in dieses Amt doch auch nichts an Sach- und Fachkenntnissen hineinbringen? Ich muß sagen, von Vertrauen zur Regierung kann ich von meinem Standpunkt und dem meiner Freunde überhaupt nicht sprechen, aber wir würden zu dem Herrn Minister Müller immerhin mit einer beruhigteren Empfindung an seiner Stelle sehen, wenn wir wüßten, daß er in das Amt diejenige Vorbildung hineingebracht hätte, die z. B. noch sein Vorgänger, der Herr Graf Brockdorff-Rantzau mitgebracht hat.

Lassen Sie mich zum Schluß noch an eins erinnern: An der Stelle dort, wo heute der Herr Minister Müller steht, saß einst **Bismarck.** Dieser Mann wurde in das Auswärtige Amt berufen, nachdem er zehn Jahre lang

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) seine Ausbildung im diplomatischen Fuchsbau, wie er es selbst nannte, in Frankfurt a. M. genossen hatte, nachdem er in Petersburg mit den leitenden Kreisen intim und bekannt geworden war, beim Zaren sich Vertrauen errungen hatte, das ihm in Zukunft den Aufstieg Deutschlands, ungehindert von Rußland, möglich machte; nachdem er der damaligen Sphinx von Europa, Napoleon III., in Paris nähergetreten war, in Wien und Budapest wiederholt auf Missionen gewesen war und dort wie auch in London alle leitenden Männer kennengelernt hatte. Diese Vorbereitungszeit hielt man in alter Zeit für nötig. Mit dieser Vorbereitung trat das größte diplomatische Genie, das die Geschichte uns beschieden hat, an diese Stelle. Heute aber ist das alles vergessen, heute können wir, ein jeder von uns, alles. Für das **parlamentarische System** gilt gerade das, was so oft verfehmt und verspottet wurde: mit dem Amt kommt auch der Verstand. Nur fragt es sich, ob der Verstand oft auch so schnell kommt wie das Amt und ob das Amt zuweilen nicht schon vorüber sein wird, wenn der Verstand erst nachhinkt.

(Heiterkeit.)

Ich komme zum Schluß. Wem es auferlegt war, heute an dieser Stelle zum Auswärtigen Amt zu sprechen, dem mag es gestattet sein, den Wunsch auszudrücken, daß es nie mehr einem deutschen Redner in diesem Hause auferlegt sein möchte, in einer so **trostlosen Lage des Vaterlandes** zu diesen Dingen zu sprechen.

(Sehr richtig! rechts.)

Vor einem Jahre legte das deutsche Volk seine Waffen nieder im Vertrauen auf Wilson, im Vertrauen auf die Versprechungen unserer Feinde. Heute steht es am Grabe der Hoffnungen derer, die sich damals täuschen ließen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Möge dieser furchtbarste aller Schicksalsschläge endlich das deutsche Volk von dem Irrwahn heilen, daß wir von (B) unseren Feinden auch in unserer Schwäche und Widerstandslosigkeit jemals Gerechtigkeit erwarten können. Möge es sich endlich durchringen zu der Überzeugung, daß nur eigene Kraft und Standhaftigkeit uns schützen kann vor dem Sturz in den Abgrund, an dessen Rand das deutsche Volk heute steht.

(Lebhafter Beifall rechts. Zurufe links.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Geyer (Sachsen).

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die **Politik des alten Regimes,** sowohl die äußere wie die innere, hat jenes Chaos hervorgerufen, das heute in Deutschland herrscht. Diese historische Tatsache wird durch die Enthüllungen erhärtet, die in diesen Tagen in dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vor sich gehen. Diese historische Tatsache kann nicht erschüttert werden durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg), der abermals den nutzlosen Versuch unternimmt, die Schuld an dem Zusammenbruch von dem alten Regime und namentlich von seinen Parteifreunden abzuwälzen. Aber im Lichte dieser Enthüllungen, die im parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemacht worden sind, erscheint die Politik der Parteien, die sich in diesem Hause über die Geschichtsklitterungen des Herrn Abgeordneten Schultz erregt haben, in ganz besonderem Lichte. Dieser Entrüstung der Parteien des Hauses über den Abgeordneten Schultz (Bromberg) fehlt der Hintergrund des guten Gewissens. Es darf nicht sein, daß die historische Wahrheit durch die Geschichtsklitterungen der äußersten Rechten beeinträchtigt wird;

(Lachen rechts)

es darf aber auch nicht sein, daß die historische Wahrheit durch den Versuch beeinträchtigt wird, die Parteien, die sich zu Mitschuldigen der Politik des alten Regimes gemacht haben, weiß zu waschen. (C)

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute ist im parlamentarischen Untersuchungsausschuß festgestellt worden, daß jenes **Friedensangebot vom 12. Dezember die Vorbereitung des verschärften Unterseebootkrieges** war. Ich stelle fest, daß nicht nur alle bürgerlichen Parteien, sondern auch die rechtssozialistische Partei zu jenem Zeitpunkte durch ihre Presse jene Aktion unterstützt haben, die der Vorbereitung des verschärften Unterseebootkrieges diente, und daß namentlich das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, unter Leitung seines Chefredakteurs Stampfer in dieser Zeit bewußt Stimmung gemacht hat für jene Einleitung des verschärften Unterseebootkrieges, die dieser angeblichen Friedensaktion gefolgt ist. Soviel zur Richtigstellung der historischen Wahrheit!

Der Herr Minister des Äußeren hat heute darauf verzichtet, eine eingehende Programmrede zu halten. Er hat verwiesen auf die Programmrede, die er am 23. Juli in Weimar gehalten hat, und auf die Programmrede seines Vorgängers. Wenn man zurückblickt auf diese Programmreden, so muß man konstatieren, daß durch diese Reden des Ministers des Äußeren und seines Vorgängers ein ganz anderer Zug geht als durch die Programmreden, die wir bei den letzten Debatten hier in diesem Saale gehört haben. Es scheint, daß eine weitgehende Differenz besteht zwischen dem Geist, der die **äußere Politik** dieser Regierung beseelt, und dem Geist, der die **innere Politik** dieser Regierung beseelt. Man konnte annehmen, daß das Programm dieser Regierung sei: Friede nach außen, aber Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft im Innern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist unverkennbare pazifistische Ideologie, von der die Programmreden des Ministers des Äußern und seiner (D) Vorgänger getragen wurden. Dieser Geist sticht sehr beträchtlich ab von dem Geist der Gewaltpolitik, die wir im Innern Deutschlands beobachten, er sticht sehr beträchtlich ab von dem Geist des neuen Militarismus, von dem Geist der Schutzhaft und des Belagerungszustandes, von dem die innere Politik der deutschen Regierung beseelt ist. Allein es ist nicht ein Unterschied in der Sache, der hier zutage tritt, sondern es ist im wesentlichen nur ein Unterschied in der Phraseologie, der hervorgeht aus der gegebenen historischen Situation,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in der wir uns befinden. Bei der großen Weltauseinandersetzung der imperialistischen Mächte ist der deutsche Imperialismus unterlegen, und die Folge ist, daß eine deutsche Regierung, die heute auswärtige Politik treiben will, nicht mehr frei ist in ihrer Politik, sondern daß ihrer Betätigung Grenzen gezogen worden sind durch jenes Friedensinstrument von Versailles. Daraus erklärt sich, daß nach außen hin der Charakter der auswärtigen Politik der deutschen Regierung als ein pazifistischer erscheint. Dieser **pazifistische Charakter der auswärtigen Politik** der deutschen Regierung wird sofort durchkreuzt von dem wahren Charakter dieser Politik, wenn es sich nicht nur darum handelt, Worte zu machen über die Grenzen hinweg, sondern wenn es sich darum handelt, zu Taten überzugehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dort, wo der Politik der Regierung keine Grenzen gezogen sind, wo es nicht nur möglich ist, mit Worten zu wirken, sondern mit Taten, dort tritt der wahre Charakter der äußeren Politik, die von Deutschland aus geführt wird, in die Erscheinung, da verschwindet sofort jener scheinbare Gegensatz der inneren und der äußeren Politik, und es zeigt sich, daß, wie im Innern Deutschlands heute

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) eine Gewaltpolitik geführt wird, diese Gewaltpolitik von Deutschland auch nach außen hin geführt wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach Osten hin, wo der Betätigung der auswärtigen Politik nicht jene Grenzen gezogen sind wie nach Westen hin, tritt dies sofort in die Erscheinung. Da werden wirksam die realen Machtfaktoren, die in Wirklichkeit die innere Politik der deutschen Regierung bestimmen und die auch ihre äußere Politik bestimmen, — dort, wo es sich nicht nur um Worte, sondern wo es sich auch um Taten handelt. Diese realen Machtfaktoren sind freilich nicht identisch mit der Regierung selbst, dieser reale Machtfaktor ist nicht der Minister des Außern, Herr Hermann Müller, sondern dieser reale Machtfaktor das sind die Kreise der Schwerindustrie, das sind die Kreise der Finanz, das ist die Militärkamarilla in Deutschland.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind die Kreise, die hinter jener **Gewaltpolitik im Osten** stehen, die die tatsächliche deutsche äußere Politik ist im Gegensatz zu der nominellen äußeren Politik, die die deutsche Regierung heute führt. Wir haben heute wieder jenen Gegensatz, der während des Krieges so oft in die Erscheinung getreten ist, den Gegensatz zwischen einer nominellen Regierung, die hier die Worte prägt und die Reden hält, und einer tatsächlichen Regierung, die die Politik nach außen und nach innen richtunggebend bestimmt. Es zeigt sich, daß ein Staat, der auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Klassenlebens aufgebaut ist, nicht eine **sozialistische, pazifistische Regierungspolitik** treiben kann, sondern daß entweder der Gegensatz zwischen der Ideologie dieser Regierung und den tatsächlichen Machtverhältnissen zum Sturz dieser Regierung führt, oder daß eine solche Regierung sich mit der Tatsache abfinden muß, daß nicht sie in Wahrheit die Regierung des (B) Landes ist, sondern jene Regierung, die aus der wirtschaftlichen Struktur des Staates hervorgegangen ist. Deshalb ist es nicht richtig, daß eine wahrhaft pazifistische und sozialistische Politik von dem heutigen Deutschland nach außen hin getrieben wird; deshalb ist es auch nicht möglich, daß ein Zustand der Welt durch eine solche Regierung herbeigeführt wird, bei dem die Beziehungen zwischen den Staaten nicht mehr von der Gewalt bestimmt werden, sondern vom Recht. Solange noch die Grundlage der Staaten die **kapitalistische Wirtschaft** ist, so lange werden auch die Beziehungen der Staaten untereinander von der Gewalt bestimmt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Von diesem Gesichtspunkt aus nehmen wir Stellung zum Völkerbund. Der **Völkerbund** ist für uns nicht ein Instrument des internationalen Rechts, durch den die Ideen des Weltfriedens verwirklicht werden könnten, sondern jener Wilsonsche Völkerbund ist für uns nichts anderes als die organisatorische Zusammenfassung der Sieger in der großen Auseinandersetzung der Imperialisten der Welt, ein Weltverteilungssyndikat der Sieger, die untereinander die Beute des Krieges verteilen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist möglich, daß im Laufe der Zukunft in dieses Weltverteilungssyndikat der Sieger, wenn die Beute verteilt ist, auch wir hinzugezogen werden. Die Folge wird nicht sein, daß nunmehr ein ewiger Weltfriede eintreten wird, sondern daß der nächste imperialistische Krieg mit Sicherheit ein Weltkrieg sein wird, daß er zwei Gruppen dieses kapitalistischen Völkerbundes gegeneinander sehen wird, von der jede behaupten wird, daß auf ihrer Seite das Recht steht. So zeigt uns der Völkerbund das Gesicht des Imperialismus.

Aus diesem Wesen des Völkerbundes geht hervor, daß er zugleich ein Kampfinstrument gegen alle die Bestrebungen sein muß, die darauf abzielen, das Übel des (C) Kriegs und der imperialistischen Auseinandersetzungen der Welt an der Wurzel anzufassen, um durch die Verwirklichung des Sozialismus wahrhaft zum Weltfrieden zu gelangen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So geht aus dem imperialistischen Charakter des Völkerbundes sein gegenrevolutionärer Charakter hervor. Dieser Völkerbund hat nicht nur die Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Mächte zum Ziel. Sein anderes Ziel ist zugleich die Niederschlagung der sozialen revolutionären Erhebungen in allen Ländern. Die Theoretiker des Völkerbundes haben darüber keinen Zweifel gelassen. Einer der bekanntesten pazifistischen Theoretiker, der Professor Broda, hat in der Schweizer „Versöhnung“ im vorigen Jahre, noch vor der Revolution, ausgeführt, daß ein Völkerbund auch das Recht der Intervention haben müsse in allen Ländern, in denen der bestehende verfassungsmäßige Zustand nicht auf dem verfassungsmäßig festgelegten Wege, sondern auf dem Wege einer Revolution abgeändert werde. Was so theoretisch ausgeführt wurde, noch ehe der Wilsonsche Völkerbund in die Erscheinung trat, das zeigt dieser Völkerbund jetzt durch die Tat. Das, was jetzt Sowjet-Rußland angedroht wird, die Blockade, jetzt gegen Sowjet-Rußland durchgeführt werden soll, ist die erste Tat dieses imperialistischen Völkerbundes, der sein wahres Wesen vor aller Welt offenlegt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **auswärtige Politik der deutschen Regierung** zielt auf den **Beitritt zu dem Völkerbunde** ab. Da der Völkerbund in seinem Wesen imperialistisch und gegenrevolutionär ist, da jeder, der sich an diesem Völkerbund beteiligt, sich zugleich auch an jener imperialistischen Politik und an jener gegenrevolutionären Interventionspolitik beteiligen will, so ist die auswärtige Politik der deutschen Regierung, die auf eine Beteiligung am Völkerbunde ab- (D) zielt, nichts anderes als die Vorbereitung einer künftigen imperialistischen Politik unter dem Deckmantel einer pazifistischen Ideologie und Phraseologie. Heute noch stellt die Leitung der auswärtigen Politik der deutschen Regierung diese pazifistische Phraseologie in den Vordergrund, morgen vielleicht, wenn der Beitritt zum Völkerbund vollzogen sein wird, wird sich zeigen, daß dieser Anschluß an den Völkerbund nichts anderes darstellt als die Solidaritätserklärung mit den kapitalistischen Regierungen aller Länder, die sich in diesem Völkerbund zusammengeschlossen haben, als die Beteiligung an der heiligen Allianz aller kapitalistischen Regierungen gegen das Proletariat der ganzen Welt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Minister des Außern hat über diese Tendenz keinen Zweifel gelassen. Er hat von der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung gesprochen, sich an der **Lösung des russischen Problems** zu beteiligen. Ganz abgesehen davon, mit welchen Mitteln die Lösung des russischen Problems erfolgen soll, spricht doch aus dieser Erklärung die Bereitwilligkeit einer Interventionspolitik gegen Sowjet-Rußland, die die inneren Zustände Sowjet-Rußlands abändern soll. Die Partei, aus der der Minister des Außern hervorgegangen ist, hat durch den Herrn Abgeordneten Wels hier erklären lassen, daß sie den jetzigen Zustand, das Bestehen der Sowjetregierung in Rußland, für ein Unglück halte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind die Grundlagen für eine Interventionspolitik im Geiste des kapitalistischen Völkerbundes in einem Lande, in dem soeben die soziale Revolution gesiegt hat.

(Zuruf: Kautsky ist, glaube ich, auch derselben Ansicht!)

Diese Tendenz zum Völkerbunde entspricht durchaus der Tendenz der inneren Politik der deutschen Regierung.

(Dr. Geyer [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Wie man dort unter dem Deckmantel einer auchsozialistischen Phraseologie darangeht, die Errungenschaft der Revolution abzubauen und eine rein kapitalistische innere Politik aufzubauen, so geht man in der äußeren Politik daran, unter dem Deckmantel der pazifistischen Phraseologie den Weg zum Völkerbund zu finden und über den Völkerbund zu einer neuen imperalistischen Politik. Wir erwarten freilich von einer deutschen Regierung, die sich so zusammensetzt wie die jetzige, weder, daß sie die soziale Frage in dem Sinne löst, daß sie durch die **Verwirklichung des Sozialismus** den Krieg überhaupt aus der Welt schafft, noch erwarten wir von ihr, daß sie eine auswärtige Politik treibt, die der Lösung der sozialen Frage in der ganzen Welt dient. Diese Erwartungen setzen wir auch nicht auf einen Völkerbund der kapitalistischen Regierungen aller Länder.

Von diesem Gesichtspunkt aus beurteilen wir auch die Teilnahme an der **internationalen Arbeiterkonferenz in Washington.** Wir erkennen wohl an, daß auf einer derartigen Konferenz in dieser Zusammensetzung eine Vereinheitlichung der **Sozialpolitik** in allen beteiligten Ländern erreicht werden kann. Aber wir erkennen zugleich, daß dieser sozialpolitischen Betätigung einer derartigen Konferenz dieselben Grenzen gezogen sind, wie der sozialpolitischen Betätigung der deutschen Regierung in der inneren Politik.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So, wie die deutsche Regierung in der inneren Politik als Korrelat zu ihren sozialpolitischen Gesetzentwürfen die Einstellung des Klassenkampfes, den sogenannten sozialen Frieden, fordert, ebenso wird ein Organ des kapitalistischen Völkerbundes, das der Sozialpolitik dienen soll, als Korrelat zu dieser Sozialpolitik die internationale Beschränkung des Klassenkampfes des Proletariats fordern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Der Herr Abgeordnete Wels hat im Laufe seiner Ausführungen über den **Völkerbund** gemeint, daß sich hier ein Vorgang der inneren Politik der letzten Tage wiederholt, daß ebenso wie ich und meine Freunde dem Antiparlamentarismus dienten, wir auch die Abstinenz vom Völkerbund predigten. Der Vergleich ist ganz falsch. Der Völkerbund läßt sich nicht mit einem Parlament vergleichen, sondern der Völkerbund ist die Zusammenfassung kapitalistischer Regierungen. Er ist ein Machtinstrument, das sich namentlich gegen die arbeitenden Klassen aller Länder richtet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Beteiligung an einem Völkerbund wird deshalb von uns genau so beurteilt wie die Beteiligung an einer Regierung, an der bürgerliche Parteien beteiligt sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem Sinne wiederholt sich hier allerdings ein Vorgang aus der inneren Politik der letzten Tage. Ebenso, wie wir für unsere Politik die Beteiligung an einer Regierung ablehnen, in der bürgerliche Parteien und die rechtssozialistische Partei vertreten sind, die im Kern ihres Wesens nichts anderes ist als eine bürgerliche Partei, lehnen wir für unsere Politik eine Beteiligung an einer Machtzusammenfassung der kapitalistischen Regierungen ab.

Der kapitalistische Geist, der aus dem Völkerbund spricht, kommt in seiner schärfsten Ausprägung zum Ausdruck gegenüber dem sozialistischen Rußland. Wir beobachten jetzt, daß sich die Sammlung der Kapitalisten aller Länder gegen **Sowjetrußland** vollzieht. Der Haß und die Gegnerschaft der kapitalistischen Mächte der Welt gegen Sowjetrußland hat dazu geführt, daß jene schamlose Blockadenote der Entente ergangen ist, die Sowjetrußland vollends wirtschaftlich erdrosseln soll. Es ist das Verlangen an die deutsche Regierung gestellt worden, der Aktion der Kapitalisten aller Länder (C) gegen Sowjetrußland beizutreten und ihrerseits die **Blockade gegen Sowjetrußland** zu unterstützen. Diese Aufforderung an die deutsche Regierung ist unterstützt worden durch den Lügenfeldzug über die äußere Lage der Sowjetregierung, der ausgegangen ist von der englischen Presse, ein Lügenfeldzug, der es der deutschen Regierung leicht machen sollte, sich anzuschließen an die kapitalistische Interventionspolitik gegen Sowjetrußland. In den Reihen der deutschen bürgerlichen Parteien und in ihrer Presse hat sich unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieser Note das Bestreben gezeigt, aus dieser Note gewissermaßen ein Handelsgeschäft zu machen, einerseits zuzugestehen die Beteiligung an der Blockade gegen Sowjetrußland und andererseits dafür einzuhandeln die Aufhebung der Ostseeblockade gegen Deutschland. Aber nicht nur daß derartige Stimmungen beobachtet werden konnten, die Militärkamarilla, die immer noch in Deutschland besteht, spricht es offen aus, daß sie nicht nur eine wirtschaftliche Blockadeaktion gegen Sowjetrußland unterstützen will, sondern daß sie selbst auch eine militärische Operation gegen Sowjetrußland will, an der Deutschland sich beteiligen soll.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der gestrigen Abendpresse sind Ausführungen des Generals v. Kluck wiedergegeben, der geradezu die Beteiligung Deutschlands an der militärischen Aktion gegen Sowjetrußland fordert. In dieser Situation, wo sich die Kapitalisten aller Länder zusammenschließen zu einer Aktion gegen Sowjetrußland, muß es die Aufgabe sein, auf das markanteste die Aufforderung abzuweisen, daß Deutschland sich an dieser Aktion beteiligen würde.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem Zusammenhange muß ein Wort gesagt werden über ein **Interview**, das ein **spanischer Journalist** mit dem **Reichspräsidenten Ebert** gehabt hat. (D)

(Hört! hört!)

Der Herr Reichspräsident Ebert hat diesem spanischen Journalisten Ausführungen gemacht, die im Auslande so aufgefaßt werden müssen, als wünsche der Reichspräsident, daß die deutsche Regierung zur Beteiligung an dieser Blockadeaktion gezwungen werden möchte. Gleichviel, welche Deklaration diese Worte des Reichspräsidenten, sei es durch ihn selbst oder durch die Regierung, finden werden, die Tatsache steht fest, daß in dieser Situation eine Instanz, die mit der Leitung der äußeren Politik des Reiches verfassungsrechtlich durchaus nicht betraut ist, eingreift in die Leitung der äußeren Politik des Reiches

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und Ausführungen macht, die geeignet sind, die verantwortliche Stelle festzulegen. Gegen ein solches Verfahren muß auf das energischste Widerspruch erhoben werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist die Wiederholung jener Vorgänge aus dem alten Regime,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wo nicht eine Regierung, sondern zwei Regierungen bestanden, wo das persönliche Regiment die Regierung durch seine Ausführungen über die äußere Politik festlegte.

(Sehr richtig!)

Meine politischen Freunde haben ihre Bedenken gegen die Einrichtung der **Reichspräsidentschaft** seinerzeit bei der Beratung der Verfassung geltend gemacht. Diese Bedenken sind in der letzten Zeit gerechtfertigt worden durch das Auftreten des Reichspräsidenten Ebert, und der letzte Vorgang, jenes Interview mit einem spanischen Journalisten, rechtfertigt die Bedenken gegen die Einrichtung der Reichspräsidentschaft aufs neue.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Ich habe gesagt, daß in der jetzigen Situation eine entschiedene und markante Absage erteilt werden muß auf das Verlangen, sich zu beteiligen an der **Blockade gegen Sowjetrußland.** Es wäre die Aufgabe einer Regierung, die sozialistische Auslandspolitik betreiben wollte, daß sie diese Aufforderung schonungslos brandmarkte in den Augen aller Völker der Welt.

Die deutsche Regierung freilich hat zu einer derartigen Brandmarkung kein Mandat. Ihre Ostpolitik ist nicht derart, daß sie mit gutem Recht und gutem Gewissen eine derartige Brandmarkung dieser Aufforderung der Beteiligung an der Blockade erlassen kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Seinerzeit, als die Revolution in Deutschland siegreich war, hat die russische Sowjetregierung unzweideutig zu verstehen gegeben, daß sie mit Deutschland in Frieden leben wolle. Was ist im selben Zeitpunkt erfolgt? Im selben Zeitpunkt hat die deutsche Waffenstillstandskommission, deren Führer Herr Erzberger war, der heute noch der jetzigen deutschen Regierung angehört, der Entente angeboten, daß Deutschland sich an einem Kreuzzug gegen Sowjetrußland beteiligen wolle.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die rechtssozialistische deutsche Regierung hat, nachdem dieses Friedensangebot Sowjetrußlands ergangen war, ihren mangelnden Friedenswillen zu erkennen gegeben, indem sie den Grenzschutz im Osten geschaffen hat, indem sie in Deutschland systematisch einen neuen Militarismus herangezüchtet hat. Es soll ihr freilich konzediert werden, daß ihre Worte, ihre Reden auch Sowjetrußland gegenüber immer friedfertig gewesen sind. Der Vorgänger des Herrn Hermann Müller, Graf Brockdorff-Rantzau, hat seinerzeit in Weimar aufs energischste die Abrüstung Deutschlands vertreten. Er hat zugleich erklärt, daß man auch mit Sowjetrußland in friedliche Beziehungen treten wolle. (B) Zur selben Zeit aber, wo diese Beteuerungen der Friedensliebe der Regierung erfolgten, sind zwei militärische Aufrüstungen Deutschlands vor sich gegangen, sind jene Truppenkonzentrationen im Osten erfolgt, deren Zweck in den letzten Wochen nur zu deutlich geworden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Partei hat die **friedliche Verständigung mit Sowjetrußland** von jeher gefordert. Bereits zu der Zeit, als Mitglieder meiner Partei mit Mitgliedern der rechtssozialistischen Partei gemeinsam in der ersten Revolutionsregierung saßen, hat sich mein Parteifreund Haase für die friedliche Verständigung mit Sowjetrußland eingesetzt. Bei späteren Gelegenheiten ist diese Forderung von meiner Fraktion in der Nationalversammlung immer wiederholt worden. Meine Fraktion hat gegenüber den Gefahren des baltischen Abenteuers wiederholt und aufs kräftigste gewarnt. Die Regierung freilich hat nicht auf sie gehört, sie hat wohl beschwichtigende Worte gehabt, aber sie hat keine Taten gefunden, um jener gefährlichen Gewaltpolitik im Baltikum zu steuern, solange es noch Zeit war, das Schlimmste zu verhüten. Sie hat es geschehen lassen, daß ihr Beauftragter August Winnig und mit ihm gegenrevolutionäre Generale jene gewaltsame **Interventionspolitik im Baltikum** geführt haben, die jetzt zum Unheil Deutschlands ausgeschlagen ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In einem Zeitpunkt, wo sie noch hätte Einhalt gebieten können, hat sie es verschmäht, zu den Mitteln zu greifen, zu denen sie gegriffen hat, als es längst zu spät war, und sie hat kein Recht, wie es bei den letzten Ausführungen des Herrn Ministers des Äußern in diesem Saale geschehen ist, sich darauf zu berufen, daß sie die notwendigen Maßregeln zur Räumung des Baltikums bereits habe angeordnet drei Tage vor dem englischen Ultimatum. In diesem Zeitpunkt war es längst zu spät, in diesem Zeitpunkt war das Unheil nicht mehr abzuwenden, (C)

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern im Juli und August, als meine Fraktion in der Nationalversammlung auf das deutlichste vor den gefährlichen Folgen gewarnt hat, damals hätten diese Maßregeln angeordnet werden müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! So zeigt sich in der Behandlung der Ostpolitik eine Zweideutigkeit der deutschen äußeren Politik. Es ist wahrhaftig kein Unterschied zwischen jener zweideutigen Politik eines Lloyd George, der auf der einen Seite die Zurückziehung der englischen Truppen aus Sowjetrußland verspricht und der auf der andern Seite die englische Flotte gegen Kronstadt ins Treffen schickt, und jener Politik, die etwa charakterisiert ist durch die Person des Reichswehrministers Noske, die dann, wenn es zu spät ist, Maßregeln trifft, die aber jene gewaltsame Interventionspolitik im Baltikum durch ihre stillschweigende Duldung dieser Vorgänge im Baltikum gefördert und geschützt hat. Diese zweideutige Politik der deutschen Regierung im Osten hat uns in die jetzige Situation gebracht. Sie hat uns die Blockade in der Ostsee eingetragen; und wenn jene Note der Agence Havas richtig ist, die gestern in der Presse veröffentlicht war, daß die Zurücksendung der Kriegsgefangenen von Frankreich so lange eingestellt werden solle, bis das Baltikum vollständig geräumt sei, so würde diese Politik uns auch noch die bedauerliche Tatsache eingetragen haben, daß die **Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen** nunmehr unterbrochen wird.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister des Äußern hat mit vollem Recht hier über die saumselige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen aus dem Auslande nach Deutschland Klage geführt. Aber jenen warmen Appell, den er an die Mutterherzen richtete, hätte er mit derselben eindrucksvollen Wucht an jene meuternden Truppen im Baltikum richten sollen, die durch ihre Haltung jetzt dazu beitragen, daß jenes unendliche Leid über die deutschen Mütter gebracht wird, die sehnsuchtsvoll die Kriegsgefangenen zurückerwarten und die sich in ihren Hoffnungen nun abermals getäuscht sehen. (D)

Herr Müller hat als Vertreter der deutschen Regierung Protest gegen die Regierungen der Entente erhoben. Meine Fraktion aber erhebt die schärfste Anklage gegen die deutsche Regierung, weil sie in ihr die Schuldigen an der Situation erblickt, in die wir jetzt geraten sind.

Die Politik der deutschen Regierung ist der Ausfluß des kapitalistischen Geistes, der die kapitalistische Republik Deutschlands beseelt. Eine große **Weltauseinandersetzung zwischen dem Weltkapitalismus und dem revolutionären Sozialismus** hat begonnen. Von Sowjetrußland aus ist die Idee der sozialen Befreiung aller Völker in die Welt getragen worden. Diese Idee der Befreiung ist nicht nur nach dem Westen gedrungen, sondern sie ist eingedrungen in die unterdrückten Völker Asiens, in die kolonialen Bevölkerungen, die jetzt noch unter dem Drucke des Weltimperialismus seufzen. Diese Auseinandersetzungen zwischen dem Weltkapitalismus und der Idee der sozialistischen Befreiung spielen sich nicht nur in Asien, nicht nur in Europa, sie spielen sich über die ganze Welt hin ab. Die Kämpfe, die jetzt England gegen Sowjetrußland führt, stehen im engsten Zusammenhang mit der Verteidigung der kolonialen **Position Englands in Asien.** Wenn jetzt die englische Flotte vor Kronstadt gegen die Truppen der Sowjetregierung kämpft, so verteidigt das imperialistische England nicht nur die Eroberungen, die

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

es im Baltikum zu machen gewillt ist, sondern es verteidigt zugleich seine Position in Asien.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und bei diesem Kampfe des englischen Imperialismus gegen das sozialistische Rußland leisten deutsche Landsknechte im Baltikum Waffenhilfe zur Stärkung der Stellung des Weltimperialismus, zur Stärkung der Stellung Englands in Asien.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hier kommt allerdings der Gegensatz zwischen den sozialistischen Bestrebungen einerseits und den kapitalistisch-imperialistischen auf der anderen Seite in der auswärtigen Politik am markantesten zum Ausdruck: auf der einen Seite der Zusammenschluß der Kapitalisten aller Länder zur Unterdrückung des sozialrevolutionären Proletariats der Welt, auf der anderen Seite die internationale Solidarität der Arbeiter. Diese Klassenscheidung geht durch alle Länder der Welt hindurch. Bei diesem Gegensatz zwischen dem **Kapitalismus** aller Länder und dem internationalen **Proletariat** ist die Stellung meiner Partei auf das bestimmteste gekennzeichnet. Sie steht auf der Seite der Arbeiterklasse, sie steht auf der Seite des sozialistischen Rußlands, gegen das sich jetzt vor allem der Angriff des Weltimperialismus richtet.

In dieser Situation der Welt fordern wir von der deutschen Regierung als unsere Gegenwartsforderungen für ihre auswärtige Politik, daß sie zunächst einmal mit jenen Methoden der **Geheimdiplomatie** auf das entschiedenste bricht, die sie aus dem diplomatischen Rüstzeug des alten Regimes übernommen hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Geheimdiplomatie ist nach der Revolution keineswegs verschwunden. Wir haben es erleben müssen, daß bei der Verfassungsberatung in Weimar diese Geheimdiplomatie nicht ein für allemal ausgeschlossen wurde; wir haben es erleben müssen, daß selbst aus den Reihen der rechtssozialistischen Partei Verteidiger dieser Geheimdiplomatie aufgestanden sind, und der Herr Minister des Auswärtigen hat es sich in einer der letzten Sitzungen des Reichshaushaltsausschusses sagen lassen müssen, daß er selbst jene Geheimdiplomatie noch betreibt, die seine Parteifreunde in ihren Wahlversammlungen auf das schärfste verurteilen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fordern weiter von der jetzigen Regierung, daß sie mit der größten Schärfe alle Machtmittel anwendet, die zur Erzwingung der **Räumung des Baltikums** notwendig sind. Wir fordern von ihr vor allen Dingen, daß sie mit der vollen Strenge des Gesetzes gegen alle Schuldigen einschreitet. Es genügt nicht nur, daß die Regierung deutlich in Worten von den militärischen Hochverrätern abrückt, die dort ihr Unwesen treiben, sondern wir verlangen, daß sie den ganz offenbaren Hochverrat, der dort im Baltikum getrieben worden ist, mit aller Strenge des Gesetzes bestraft.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fordern weiter, daß die deutsche Regierung unverzüglich eine friedfertige **Verständigung mit Sowjetrußland** anzubahnen versucht. Wir wissen nur zu wohl, daß uns entgegengehalten wird, daß der Friede von Versailles den Abschluß eines Friedensvertrages mit Sowjetrußland unmöglich macht. Aber auch ohne den Abschluß förmlicher Verträge ist es möglich, die friedliche Gesinnung der deutschen Regierung Sowjetrußland gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Nichts hindert die deutsche Regierung, und es würde keinen Verstoß gegen den Frieden von Versailles bedeuten, wenn sie, sei es nun auf funkentelegraphischem Wege, sei es auf anderem Wege, der ganzen Welt einschließlich Sowjetrußland versichert, daß sie gewillt ist, in Frieden mit Sowjetrußland zu leben. Es bedurfte dazu freilich nicht nur der Worte, sondern die Regierung müßte ihre friedfertige Gesinnung Sowjetrußland gegenüber auch durch Taten bekräftigen. Sie müßte vor allem dafür sorgen, daß die **Werbungen für die russische gegenrevolutionäre Armee im Baltikum** in Deutschland nun endlich einmal vollständig eingestellt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Tag für Tag werden uns erneute Fälle bekannt, wo teils in Berlin, teils in anderen Orten des Reichs Werber auftreten, die deutsche Reichsangehörige anwerben wollen für die gegenrevolutionären Armeen der westrussischen Regierung im Baltikum.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Erst heute wieder veröffentlicht das hannoversche Organ meiner Partei eine Enthüllung über das Treiben solcher Werbebureaus in Hannover, und es hat zur Bekräftigung der Richtigkeit seiner Enthüllungen das Abbild der Dokumente beigefügt, aus denen klar hervorgeht, daß unter Benutzung gefälschter Urlaubsscheine immer noch in großer Anzahl deutsche Reichsangehörige nach dem Baltikum über die Grenze hinübergeführt werden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diesem Treiben der Werber der russischen Gegenrevolution müßte endlich einmal ein Ende gemacht werden.

Allerdings nicht nur durch die strikteste Verhinderung der Werbungen muß die deutsche Regierung ihre friedfertige Gesinnung Sowjetrußland gegenüber zeigen, sondern auch in der **Behandlung der russischen Staatsangehörigen,** die heute noch in Deutschland in **Schutzhaft** gehalten werden, müßte diese friedfertige Gesinnung zum Ausdruck kommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn die deutsche Regierung wahrhaft die friedliche Verständigung mit Sowjetrußland will, dann muß sie verhindern, daß Herr Noske hier Reden über die in Schutzhaft befindlichen russischen Staatsangehörigen hält, wie wir sie an einem der letzen Tage von ihm gehört haben, und sie müßte ferner dafür Sorge tragen, daß diese russischen Staatsangehörigen unverzüglich aus der Schutzhaft entlassen werden.

Darüber hinaus aber fordern wir von der deutschen Regieruug, daß sie ihre friedfertige Gesinnung gegenüber der ganzen Welt und auch gegenüber Sowjetrußland dadurch bekräftigt, daß sie ein Ende macht mit der von ihr geführten Gewaltpolitik im Inneren Deutschlands, daß sie dem Geiste des neuen **Militarismus,** den sie in Deutschland groß gezüchtet hat, ein Ende bereitet.

Wir wissen freilich nur zu gut, daß diese Forderungen, die wir an die jetzige deutsche Regierung stellen, von dieser Regierung nicht erfüllt werden. Aus diesem Grunde bekämpfen wir diese Regierung und diese auswärtige Politik. Aus diesem Grunde bekämpfen wir das gesamte **Herrschaftssystem,** dessen Spitze diese Regierung ist. Deshalb streben wir danach, dieses Herrschaftssystem zu zertrümmern und ein sozialistisches System an seine Stelle zu setzen, auf dessen Basis wir eine wahrhaft sozialistische Außenpolitik zu treiben gedenken.

Die Auslandspolitik, die die jetzige deutsche Regierung treibt, ist zur Unfruchtbarkeit verdammt, sie wird uns niemals hinausführen aus dem Elend, das der Ausgang des Krieges über Deutschland gebracht hat. Wir haben seinerzeit die Unterzeichnung des **Friedens von Versailles** gefordert, wir haben aber als Korrelat zu dieser Unterzeichnung des Friedens zugleich eine wahrhaft sozialistische Politik im Innern Deutschlands gefordert, um die Härten

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) dieses Friedensvertrags abmildern zu können und um zu verhindern, daß die Härten dieses Friedens vornehmlich eine Klasse der deutschen Bevölkerung treffen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die jetzige deutsche Regierung hat den Frieden unterzeichnet; sie hat aber im Innern Deutschlands keine sozialistische Politik geführt, sondern eine Politik, die auf die Verankerung und Verewigung des Kapitalismus in Deutschland abzielt. Ihre Politik will, wie ja die Behandlung der Steuerfragen auf das deutlichste zeigt, die Härten dieses Friedensvertrages vornehmlich den minderbemittelten Klassen in Deutschland aufladen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unter diesen Umständen halten wir es für unsere Aufgabe, an diesen Verhältnissen der deutschen Arbeiterklasse die Notwendigkeit der Verwirklichung des Sozialismus und die Notwendigkeit einer wahrhaft **sozialistischen Auslandspolitik** aufzuzeigen. Eine solche wahrhaft sozialistische Auslandspolitik würde nicht eine Politik eines verschwommenen und verwaschenen Pazifismus sein, deren Ziel ein Völkerbund im Geiste Wilsons wäre. Das Ziel einer solchen wahrhaft sozialistischen Auslandspolitik muß vielmehr die Sammlung aller natürlichen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Imperialismus der Welt sein. Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu verwirklichen und als Machtmittel gegen den Imperialismus der ganzen Welt ins Treffen zu führen, das muß das Ziel einer wahrhaft sozialistischen Auslandspolitik sein. Deshalb müßte es die vornehmste Aufgabe der Leitung der auswärtigen Politik einer sozialistischen Regierung in Deutschland sein, über die Grenzen hinaus im sozialistischen Geiste zu wirken, zu wirken namentlich dadurch, daß man den anderen Völkern Beispiele vor Augen stellt durch die **Verwirklichung des Sozialismus** im eigenen Lande.

(B) (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Fühlungnahme mit der Arbeiterbewegung aller anderen Länder wird eine weitere Aufgabe einer wirklich sozialistischen Auslandspolitik sein. Diese Fühlungnahme muß herbeigeführt werden durch eine geeignete Auswahl der Persönlichkeiten, die ein sozialistisches Deutschland im Auslande zu vertreten hätten. Schon durch die **Auswahl der diplomatischen Vertreter** Deutschlands im Auslande müßte gezeigt werden, von welchem Geiste die deutsche Politik im Inneren Deutschlands wie auch nach außen hin getragen wird; schon durch die Auswahl der diplomatischen Vertreter im Auslande müßte der innigste Konnex mit der Arbeiterbewegung aller Länder herbeigeführt werden. Durch die Schaffung einer festen sozialistischen Basis im Innern des Landes würde nicht nur die Grundlage für eine fruchtbare sozialistische Auslandspolitik geschaffen, sondern zugleich auch die Grundlage für eine aussichtsreiche Verteidigung eines sozialistischen Deutschland gegen den Imperialismus der Welt, wenn die Imperialisten aller Länder es wagen sollten, ein sozialistisches Deutschland anzugreifen. Allen Völkern der Welt die Idee der sozialistischen Befreiung zu verkünden und herzliche und freundschaftliche Beziehungen vor allem mit den Staaten herzustellen, die sich auf derselben sozialistischen Grundlage aufbauen, müßte die oberste Aufgabe einer wahrhaft sozialistischen Auslandspolitik sein.

Unter dem Gesichtspunkte einer derartigen sozialistischen Auslandspolitik appellieren meine Freunde an die Solidarität der Arbeiter aller Länder gegenüber dem Geiste des neuen **Militarismus** und der bürgerlich-kapitalistischen Reaktion, der sich jetzt wieder in Deutschland breitmacht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben gar keinen Anlaß, uns an die Seite des Imperialisten Clemenceau zu stellen; wir haben durchaus keinen Anlaß, mit Herrn Clemenceau gemeinsam gegen die (C) deutsche Regierung zu kämpfen. Wir haben allerdings auch keinen Anlaß, vor unseren Parteigenossen im Auslande das zu verheimlichen, was in Deutschland wirklich ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unseren Parteigenossen im Auslande sagen wir auch heute, daß trotz der Versicherungen des deutschen Ministers des Äußeren ein Geist des neuen Militärismus sich in Deutschland breitmacht, daß die Rüstungen des neuen Militarismus in Deutschland auch heute noch fortgesetzt werden. Ich habe hier verschiedene Zeitungen mit Annoncen, aus denen ohne weiteres hervorgeht, daß die Werbungen für die Reichswehr in Deutschland noch in sehr großem Umfange fortgesetzt werden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu diesen Werbungen kommt die Bewaffnung des Bürgertums in Gestalt der Kriegervereine, durch die Einwohnerwehren, und es ist eine Tatsache, die durch keine Regierungsreden aus der Welt geschafft werden kann, daß durch die Bewaffnung des deutschen Bürgertums ein neuer Militarismus in Deutschland herangezüchtet wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegenüber diesen Rüstungen in Deutschland appellieren wir im Geiste einer sozialistischen Auslandspolitik an die Solidarität der Arbeiter Englands und Frankreichs, Italiens und Amerikas.

Meine Damen und Herren! Bei der letzten Generaldiskussion über den Reichshaushalt hat der Herr Abgeordnete Stresemann mit aller Deutlichkeit auf die Kräfte hingewiesen, die den jetzigen Zustand der Welt, wie er durch den Frieden von Versailles herbeigeführt worden ist, umändern werden. Er hat ausgeführt, daß es wahrscheinlich nicht die politischen, sondern die sozialen Kräfte sein (D) würden, die diesen Zustand der Welt abändern. Dieser Meinung sind wir auch, allerdings in ganz anderem Sinne als Herr Stresemann. Wir sehen diese sozialen Kräfte in der Welt jetzt bereits wirksam, wir sehen sie in Italien, wo das italienische Proletariat von einem Machtbewußtsein erfüllt ist, das es über kurz oder lang zum entscheidenden Kampfe gegen das kapitalistische Regime in Italien führen wird. Wir sehen dieses wachsende Machtbewußtsein des Proletariats in Frankreich und England, wo erst unlängst die ersten Zusammenstöße im offenen Kampfe zwischen den Klassen erfolgt sind; und wir sehen dieses steigende **Machtbewußtsein des Proletariats** vor allem in dem Lande, das in stärkstem Maße als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangen ist, in Amerika.

Diese sozialen Kräfte, die den durch den Frieden von Versailles geschaffenen Zustand der Welt verändern werden, werden allerdings nicht in jenem kapitalistisch-imperialistischen Völkerbunde zur Wirkung kommen. Ebensowenig wie der Ausgang des sozialen Kampfes in Deutschland letzten Endes entschieden werden wird im Parlamente, ebensowenig werden die sozialen Kämpfe der Welt letzten Endes im Völkerbunde zum Austrag kommen.

(Sehr gut! und sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Ziel einer wahrhaft sozialistischen Auslandspolitik ist nicht eine Bündnispolitik, wie sie wohl jetzt wieder den Herren von rechts vorschweben mag, nicht eine Bündnispolitik, die auf die imperialistischen Zwistigkeiten aller Länder spekuliert; sondern das Ziel einer wahrhaft sozialistischen Auslandspolitik müßte es sein, die Kräfte des Proletariats der ganzen Welt zusammenzufassen zum entscheidenden Kampfe gegen den Imperialismus.

Hier freilich ist die grundsätzliche Kluft, die meine Partei von allen anderen Parteien dieses Hauses trennt.

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) Weil wir aus dem verhängnisvollen Zirkel herauswollen, in den uns der Krieg und der Friede von Versailles gebracht hat, verfolgen wir in der inneren wie in der äußeren Politik konsequent das eine Ziel der Verwirklichung des Sozialismus. In der Verfolgung dieser Politik üben wir die schonungsloseste Kritik an dem jetzigen **Macht- und Herrschaftssystem** und seinen Organen in Deutschland. Vom Standpunkt dieser Politik aus bekämpfen wir dieses System und seine Organe auf das entschiedenste. Dieser unser Kampf gilt nicht nur der Regierung und ihrer inneren und äußeren Politik, er gilt auch der Politik der Nationalversammlung und der Nationalversammlung selbst.

Meine Damen und Herren! Die Nationalversammlung hat in den letzten Tagen selbst auf das markanteste die unüberbrückbare Kluft betont, die unsere Partei von allen anderen Parteien dieses Hauses trennt. Als unlängst mein Parteifreund **Eichhorn**

(ah! bei den Sozialdemokraten)

zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums sprach, haben alle Parteien dieses Hauses in demonstrativer Weise den Sitzungssaal verlassen. Damit hat die Nationalversammlung vom Standpunkte ihrer gegenrevolutionären Politik aus

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

ihren Haß und ihre Erbitterung über die revolutionäre Betätigung meines Parteifreundes Eichhorn zum Ausdruck gebracht. Was mein Parteifreund Eichhorn im Verlaufe der Revolution im Interesse des Proletariats, im Interesse der großen Volksmehrheit getan hat,

(na! na! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten)

das war er als revolutionärer Sozialist verpflichtet zu tun.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen
(B) Sozialdemokraten.)

Die Handlungen, die mein Parteifreund Eichhorn im revolutionären Kampfe getan hat, haben viele Mitglieder unserer Fraktion in ähnlicher Situation ähnlich getan.

(Sehr richtig! und lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alle meine Parteifreunde halten es für ihre Pflicht, bei revolutionären Kämpfen, wie Eichhorn, alles das zu tun, was im Interesse der Revolution notwendig ist.

(Lebhafte Zurufe rechts und links: Handgranaten!)

Meine Fraktion ist in dieser Hinsicht, vor allem auch Ihnen gegenüber, vollständig solidarisch mit meinem Parteifreunde Eichhorn.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Demonstration, die Sie gegen die Person Eichhorns gerichtet haben, richtet sich nicht nur gegen ihn, sie richtet sich gegen unsere gesamte Fraktion, gegen unsere Partei überhaupt. Und mehr als das! Meine Partei und meine Fraktion ist die Vertreterin des revolutionären Proletariats in Deutschland.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben durch diese Demonstration ihrem Haß und ihrer Gegnerschaft gegen die **revolutionäre Arbeiterschaft** Ausdruck verliehen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben die unüberbrückbare Kluft auf das energischste betont, und Sie haben vollständige Klarheit geschaffen. Auf der einen Seite stehen wir als die Vertreter der klassenbewußten Arbeiterschaft, auf der anderen Seite stehen alle anderen Parteien dieser Nationalversammlung als die Vertreter der Gegenrevolution.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Das ist die Kampfansage aller bürgerlicher Parteien der Nationalversammlung, einschließlich der rechtssozialistischen Partei, an die revolutionäre Arbeiterschaft. Wir nehmen (C) diese Kampfansage auf, ja, meine Herren, wir geben Ihnen diese Kampfansage zurück.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Aber nicht ausreißen, wenns brennt!)

— Ach, Herr Kahmann, Sie sind, als Eichhorn sprach, mit den Mitgliedern der Nationalversammlung freiwillig diesem Saale und der Auseinandersetzung mit uns entwichen. Denken Sie daran, meine Herren, daß schon einmal ein **reaktionäres Parlament**, das mit dem jetzigen reaktionären Parlament nicht nur den Präsidenten, sondern auch die Gesinnung gemein hatte, nicht freiwillig, sondern unfreiwillig diesen Räumen entweichen mußte,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und bedenken Sie, daß Sie durch Ihre Demonstration hier der Arbeiterschaft abermals die Notwendigkeit eingeprägt haben, auch dieses reaktionäre Parlament aus diesen Räumen nicht freiwillig, sondern unfreiwillig zu entfernen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Die außenpolitische Situation erfordert heute ein klares Bekenntnis und klares Handeln. Die Kapitalisten aller Länder haben sich zusammengeschlossen gegen **Sowjetrußland** und gegen die Sowjetregierung in Rußland. Die Sowjetregierung in Rußland ist heute die Vertretung der sozialen Revolution in Rußland. Fällt unter den Streichen der internationalen Reaktion die Sowjetregierung in Rußland, dann ist der letzte Hort der sozialen Revolution in Europa zu Boden geschlagen. Deshalb ist es nicht nur die Sache des russischen Proletariats, nicht nur die Sache der Sowjetregierung, um die in Rußland gekämpft wird, sondern es ist die Sache der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder, es ist vor allem auch die Sache der deutschen revolutionären Arbeiterschaft, um die in Sowjetrußland jetzt ge- (D) kämpft wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte den Herrn Abgeordneten, sich nicht in zuviel Wiederholungen zu ergehen, weil wir mit Rücksicht auf den achtstündigen Arbeitstag unseres Personals

(Heiterkeit)

um 6 Uhr aufhören wollen.

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Ich bin gleich zu Ende. Ich wiederhole —

(Große Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte, nichts zu wiederholen!

Dr. **Geyer** (Sachsen), Abgeordneter: Herr Präsident, es muß mir unbenommen sein, den Satz, in dem ich mitten unterbrochen wurde, zu wiederholen. Ich wiederhole also: Fällt die Sowjetregierung in Rußland, so fällt der letzte Hort der sozialen Revolution in Europa. In dieser Situation erklären wir unsere tiefste Abscheu, unsere Entrüstung gegen eine Politik, wie sie in jener Blockadedrohung der Entente gegen Sowjetrußland zum Ausdruck kommt. Wir versichern die Sowjetregierung Rußland in dieser Situation unserer vollsten Solidarität, und wir sind entschlossen, diese Solidarität durch die Tat zu bekräftigen, gegen alle jene Elemente, die in Deutschland daran arbeiten, die Reaktion des Imperialismus der Welt gegenüber Sowjetrußland zu unterstützen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir appellieren aber gleichzeitig an die Arbeiterklasse in Italien und Frankreich, in England und Amerika, damit sie uns dieselbe Solidarität, die wir heute der Sowjet-

(Dr. **Geyer** [Sachsen], Abgeordneter.)

(A) regierung in Rußland zusagen, erweisen, wenn die soziale Revolution in Deutschland trotz dieser Nationalversammlung und dieser Regierung gesiegt haben wird.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einen kurzen Epilog zu den heutigen Verhandlungen. Ich werde natürlich nicht auf alle Dinge eingehen, die der Herr Vorredner zuletzt berührt hat, weil ich die feste Überzeugung habe, daß er oder andere seiner Fraktionsgenossen das alles noch bei den Etats vorbringen werden, zu denen es gehört, insbesondere das, was er über das Amt meines Freundes Noske gesagt hat. Er hat das gehalten, was man früher eine prinzipielle Rede nannte; aber ich muß sagen, wenn man vom **wissenschaftlichen Sozialismus** spricht: wie hast Du Dich verändert, seit Du von Marx auf Geyer gekommen bist!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Geyer im Namen der Fraktion gesprochen hat. Ich nehme an, daß diejenigen Mitglieder seiner Partei, die auf den Namen „wissenschaftliche Sozialdemokraten" Anspruch erheben, sich nicht mit den Ausführungen decken werden, die er gemacht hat Er hat allerdings in jedem Satze die Worte „Sozialismus" und „Imperialismus" gebraucht, weil er glaubte, daß durch die Wiederholung dieser Worte der Anschein erweckt werde, als ob er eine wissenschaftlich-sozialistische Rede hält.

Der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) hat gemeint, daß das Haus nicht die Anzeichen eines großen (B) Tages heute aufgewiesen habe, daß es zu gering besetzt gewesen sei. Das mag sein. Ich habe mich aber nur gewundert, daß er das vorgebracht hat. Als Herr Schultz seine Rede begann, waren von seiner Partei nur fünf Mitglieder im Hause; sie sind dann allmählich herangeholt worden. Wenn wirklich ein Dutzend da war, sind es viel gewesen.

Der Abgeordnete Schultz (Bromberg) hat gemeint, daß die Regierung keine Taten erwarten lasse. Aber was ich von ihm gehört habe, waren auch keine Taten, sondern nur große Worte. Eine **Regierung,** die verantwortlich ist, kann die **Politik der großen Worte** nicht treiben. Sie kann nicht auf den Tisch schlagen mit der Faust, wie das die Politiker am Biertisch machen und die Gläser wackeln lassen.

(Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf diese Weise kann sich eine Regierung in das europäische Konzert nicht einführen.

Der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) hat weiter gesagt, an der **Spitze des Auswärtigen Amts** müßte ein **Fachmann** stehen, in Industrie und Handel wäre es gar nicht denkbar, daß an die Spitze eines Unternehmens ein Mann berufen wäre, der von Industrie und Handel nichts verstehe. Herr Schultz müßte doch wissen, daß in Industrie und Handel häufig die leitenden Männer aus einer Branche in die andere übernommen werden.

(Sehr richtig!)

Herr Schultz hat sich noch immer nicht in das **parlamentarische System** eingelebt. Wenn es in Frankreich und England geht, warum soll es dann nicht auch bei uns gehen? Er muß doch zugeben, daß dort mit dem parlamentarischen System Erfolge errungen worden sind. Und wenn er gemeint hat, daß ein Dilettant jetzt die Politik des Deutschen Reiches führe, so erinnere ich ihn

(C) daran: ein Dilettant ist es gewesen, **Wilhelm II.,** der seit 1890 der deutschen Politik die Richtung gab.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer will das bestreiten? Wenn wir die Archive weiter öffnen, wird man noch mehr hören. Außerdem lesen Sie doch die Memoiren, die jetzt täglich veröffentlicht werden.

Der Abgeordnete Schultz hat dann weiter die Besorgnis gehabt, daß, wenn ein Zar in **Rußland** wieder zur Regierung käme, wir nicht die sorgsamen Beziehungen pflegen würden, die notwendig sind. Ich hoffe nicht, daß an die Spitze von Rußland wieder ein Zar kommt, ich hoffe, daß das demokratische Element in dem Bauernstande Rußlands so stark ist, daß, wenn wir in Rußland eine Umwälzung erleben werden, die Demokratie sich durchsetzen wird. Aber wenn de facto ein Zar in Rußland an die Regierung käme, müßten wir uns damit abfinden und auch zu einer solchen Regierung Beziehungen pflegen. Aber darum handelt es sich nicht. Wogegen ich mich wende, ist, daß der Regierung zugemutet wird, zu Abenteurern wie Bermondt Beziehungen zu pflegen, die nichts hinter sich haben und die Truppenteile angelockt haben, mit denen sie ihre Abenteuer auszuführen gedenken.

In diesem Zusammenhange muß ich mich auch gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Geyer wenden, die er in bezug auf meine Ausführungen über Sowjetrußland gemacht hat. Er hat behauptet, ich hätte eine Interventionspolitik angekündigt. Das ist mir nicht im Traume eingefallen. Ich habe gesagt, man könnte etwas tun, um der **russischen Volkswirtschaft** aufzuhelfen, und habe weiter ausgeführt, wenn einmal zwischen der russischen und der europäischen Volkswirtschaft Beziehungen angeknüpft würden, so würden sich damit auch Fäden zwischen der russischen und der europäischen Demokratie anknüpfen. Das war die Interventionspolitik, die ich angekündigt habe und die ich aufrecht erhalte. Im übrigen hat der (D) Herr Abgeordnete Dr. Geyer keine Ursache, sich auf das hohe Roß zu setzen und sich der russischen Sowjetregierung empfehlenswert in Erinnerung zu bringen, weil seine Partei immer für eine Verständigung zu haben gewesen sei. Das ist historisch falsch. Als die **Volksbeauftragten** am Ruder gewesen sind, wurde ausdrücklich beschlossen, die **diplomatischen Beziehungen zu Rußland** nicht aufzunehmen. Herr Kautsky hat diesen Antrag im Einverständnis mit Haase gestellt. Als der Sowjetkongreß zum ersten Rätekongreß Delegierte nach Deutschland geschickt hat, hat die Regierung an die Soldatenräte des Ostens Anweisung gegeben, die Delegierten des Sowjetkongresses an der Ostfront nicht durchzulassen. Das war die Verständigungspolitik, die Sie damals der Sowjetrepublik gegenüber treiben wollten. Deshalb haben Sie auch keine Ursache, sich aufs hohe Roß zu setzen, und deswegen werden die Sowjets drüben auch auf die Solidaritätserklärung, die Sie soeben abgegeben haben, pfeifen. Sie wissen, daß Taten ihr nicht folgen werden, und werden sie deswegen gebührend einschätzen.

Dann ist der Abgeordnete Schultz nochmals auf die Ostfragen eingegangen, insbesondere auf die Frage der Ansiedlung. Ich brauche hier nicht das zu wiederholen, was ich erst am 8. Oktober in diesem Hause erklärt habe, daß nämlich die **lettische Regierung** sagt, der **Einbürgerungsvertrag** sei null und nichtig, weil die Truppen sich an dem Sturze der Regierung Ulmanis beteiligt hätten. Aber selbst wenn gesagt wird, daß das nicht zutrifft, so würde nach dem Art. 292 des Friedensvertrags dieser Vertrag null und nichtig sein in dem Augenblick, wo der Friedensvertrag ratifiziert wird. Ich verwahre mich dagegen, Erklärungen abgegeben zu haben, die den Soldatendeputationen hätten Hoffnungen machen können, in Rußland zu

(**Müller**, Reichsminister des Aeußern.)

(A) verbleiben. Ich war damals schon fest überzeugt, die Ententeregierungen würden diese Ansiedlungen nicht dulden.

Dann hat der Abgeordnete Schultz (Bromberg) erklärt, wir hätten, wenn wir die Überzeugung hätten, daß sich die Truppen in Rußland nicht ansiedeln könnten, dafür Sorge zu tragen, daß sich die **Truppen in Deutschland ansiedeln** könnten. Das ist nicht so einfach. Ich habe mit dem preußischen Landwirtschaftsminister darüber verhandelt. Da könnten die preußischen Agrarier einmal zeigen, daß sie auch ein Herz für die Soldaten haben.

(Zuruf rechts: Sie sind nicht im Bilde!)

Ich wundere mich, daß Sie die Leute nicht ansiedeln!

(Zuruf rechts: Sie scheinen nicht zu wissen, daß Gebäude usw. dazu gehören!)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen!

Müller, Reichsminister des Auswärtigen: Ich wünschte zunächst, daß wir die Leute draußen beruhigen könnten, indem wir ihnen sagen: Die preußischen Junker haben genügend Land zur Verfügung gestellt, auf dem ihr euch ansiedeln könnt.

(Zuruf rechts: Das haben sie schon bewiesen.)

— Das haben sie noch nicht bewiesen. Wenn Sie immer wieder mit diesen ungerechtfertigten Vorwürfen kommen, muß man Sie darauf zurückführen, wie die Frage zu lösen ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer gefragt, wie es mit der **Errichtung einer Botschaft beim Vatikan** steht. Ich habe schon im Ausschuß ausgeführt, daß wir die Absicht gehabt haben, eine Botschaft beim Vatikan zu errichten, daß aber die bayerische Regierung erklärt hat, daß sie auf ihrer bayerischen Gesandtschaft bestehe und daß dann die preußische Regierung erklärt hat: wenn die bayerische Gesandtschaft bestehen bleibt, behalten wir auch die preußische bei. Unter diesen Umständen konnten wir natürlich nicht an das hohe Haus herantreten und sagen: wir wollen neben der bayerischen und preußischen Gesandschaft auch noch eine Reichsbotschaft haben. Es sind neue Verhandlungen eingeleitet worden. Wir hoffen, im Nachtragsetat, der kommen wird, auch diese Angelegenheit noch friedlich lösen zu können.

(B) Was nun die Frage der eventuellen **Beibehaltung fremder Gesandtschaften in den Hauptstädten deutscher Gliedstaaten** anbetrifft, so kann ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfeiffer versichern, daß diese Angelegenheit unsere größte Aufmerksamkeit erfährt. Ich halte es auch für ganz ausgeschlossen, daß es irgend eine Regierung eines Gliedstaates in Deutschland gibt, die der Auffassung sein könnte, daß die auswärtigen Beziehungen nicht durch das Reich, sondern heute noch durch die Gliedstaaten geführt werden können. Wenn trotzdem nach der Präambel des Friedensvertrages die eine oder die andere der Ententeregierungen an einen Gliedstaat herantreten würde, so würden wir die Auffassung vertreten, die vertreten worden ist, als die deutsche Verfassung beschlossen wurde.

Der Herr Abgeordnete Dr. Pfeiffer hat dann in seinen Ausführungen recht warme Worte für die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten gefunden, die zu entscheiden hat, ob sie bei Deutschland bleiben darf. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Regierung bereits eine Kundgebung an die Bevölkerung der **Abstimmungsgebiete** hat ergehen lassen. Wir nahmen damals an, daß die Ratifikation sich schneller vollziehen würde, als sie sich tatsächlich zu vollziehen scheint. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Deutschen in den Abstimmungsgebieten ebensowenig wie die Deutschen in den Abtretungsgebieten den kulturellen Zusammenhang mit Deutschland verlieren werden und daß sie, soweit die Abstimmungsgebiete in Betracht kommen, in der allernächsten Zeit zeigen werden, daß jeder einzelne Deutsche seiner Zugehörigkeit zur deutschen Nation sich bewußt ist.

Vizepräsident **Haußmann:** Meine Damen und Herren! Ich schlage dem Haus vor, hier abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung zu halten Freitag den 24. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

1. Anfragen.
2. Rest der heutigen Tagesordnung unter Hinzufügung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 35 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

(A)

107. Sitzung.

Freitag den 24. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

(Präsident.)

(A) In die Nationalversammlung sind neu eingetreten:
der Amtsgerichtsrat Lattmann in Schmalkalden für den 19. Wahlkreis und
der Landwirt und Ratsschreiber Leiser in Sindolsheim für den 33. Wahlkreis.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:
in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Deglerk, Bolz, Dr. Geyer (Sachsen), Dr. Raschig, Meisner, Delius
die Abgeordneten Bruhn, Nacken, Raute, Hermann (Württemberg), Dr. Böhmert (Bremen), Schmidthals;
in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Hartmann (Oppeln)
der Abgeordnete Noske (Frankfurt);
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Sidow, Zawadzki
die Abgeordneten Frau Simon (Westpreußen), Jaud;
in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Brauns (Cöln), Wachhorst de Wente, Dr. Maretzky
die Abgeordneten Ollmert, Schmidthals, Winnefeld;
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Ekke, Frau Agnes, Dr. Rießer
die Abgeordneten Ende, Frau Hübler, Dr. Heinze;
in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Henke
der Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Hellmann und Michelsen für drei Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

(B) Ich rufe auf
Anfrage Nr. 418, Dr. Herrmann (Posen) (Nr. 1211 der Drucksachen)
und erteile zur Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Herrmann (Posen).

Dr. **Herrmann** (Posen), Abgeordneter: Die **Abwanderung der Deutschen** aus den besetzten Teilen der **Provinz Posen** wird bereits auf 100 bis 120 000 Köpfe geschätzt, und sobald die Demarkationslinie fällt, wird sich diese Zahl leicht verdoppeln. Es sind nicht nur meist Beamte und Lehrer, sondern in wachsender Zahl auch Gewerbetreibende und Kaufleute, Landwirte und Arbeiter. Die Folgen dieser Entwicklung sind sowohl für die Zukunft des Deutschtums in Polen wie auch angesichts des gegenwärtigen geringen Nahrungsspielraums im Reiche gleich verhängnisvoll.

Es ist zweifellos, daß der Hauptgrund für diese Massenabwanderung der von Polen geübte Terror ist. Aber auch das geringe Vertrauen in einen künftigen tatkräftigen Schutz der Auslandsdeutschen in Polen spielt dabei eine Rolle.

So könnte es unter anderm ein Mittel gegen weitere Abwanderungen werden, wenn die Reichsregierung erneut und in der verbindlichsten Form die Zusicherung geben würde, daß den über die Optionsfrist hinaus in Polen ausharrenden Deutschen ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Schwierigkeiten bei ihrer Naturalisation gemacht werden.

Den Beamten, namentlich den Lehrern und Justizbeamten, deren Verbleiben für die Erhaltung (C) des Deutschtums von besonderer Bedeutung ist, müßte ferner die Übernahme nach Deutschland auch nach Ablauf der Optionsfrist unter denselben Bedingungen zugesichert werden wie den jetzt Abwandernden.

Ist die Reichsregierung bereit, diesen Anregungen Folge zu geben, beziehungsweise soweit sie nicht selbst zuständig ist, auf entsprechende Maßnahmen bei den preußischen Behörden hinzuwirken?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ober-Regierungsrat Graf Lerchenfeld.

Graf **Lerchenfeld,** Oberregierungsrat im Reichsministerium für auswärtige Angelegenheiten, Kommissar der Reichsregierung: Die **Abwanderung aus Posen** und überhaupt aus dem Abtretungsgebiete ist statistisch nicht genau zu erfassen. Es liegen erst seit Juni 1919 einigermaßen verläßliche Ziffern bei der Paßstelle Posen vor. Nach unseren Erhebungen beträgt jedoch die Gesamtzahl der aus dem künftigen Abtretungsgebiete ausgewanderten Deutschen nicht 120000, sondern vielleicht die Hälfte. Natürlich ist jede Abwanderung ein äußerst empfindlicher Verlust für das Deutschtum, und es muß dahin gewirkt werden, daß die Abwanderung unter allen Umständen aufhört, vielmehr die Abgewanderten wieder zurückkehren. Verschiedene Umstände wirken dahin, daß in der letzten Zeit die Abwanderung in nicht nennenswerter Weise mehr stattfindet, nämlich teilweise die Überzeugung, daß wieder ruhigere Verhältnisse in dem Abtretungsgebiete eintreten werden, teilweise die Einwirkung der deutschen Organisationen, schließlich die Maßnahmen, welche die polnische Regierung jenseits der Demarkationslinie gegen die Abwanderung von Vermögensteilen getroffen hat.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung sind sich darüber einig, daß alles geschehen muß, um das (D) Deutschtum dort zu erhalten und zu stützen. In dieser Beziehung wäre es vor allem auch von größtem Nachteile, wenn die deutsche Beamtenschaft und Lehrerschaft aus dem Abtretungsgebiete abziehen würde. Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen ist ein provisorisches Abkommen so gut wie abgeschlossen, wonach für eine bestimmte Periode unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Friedens die Beamten unbesorgt und sicher auf ihrem Amtsitze ausharren können.

(Zuruf rechts: Wenn es nur so wäre!)

Es wird weiterhin bei den deutsch-polnischen Verhandlungen ein **Beamtenabkommen** angestrebt, welches über diese erste Periode hinaus die Belassung von deutschen Beamten und Lehrern in dem Abtretungsgebiete sichern wird. Aber auch auf anderen Gebieten soll der Abwanderung möglichst gesteuert werden. Das kann hauptsächlich dadurch geschehen, daß in allen Options- und Liquidationsfragen ein möglichstes Entgegenkommen der polnischen Regierung bei der Ausführung des Friedensvertrages erzielt wird. In dieser Beziehung ist auch bei den deutsch-polnischen Verhandlungen das Bestreben vorhanden, möglichst günstige Bedingungen für das Deutschtum zu erreichen. Es ist zu hoffen, daß auf dem Gebiete des Liquidations- und Optionswesens erheblich günstigere Bedingungen erzielt werden, als sie im Friedensvertrag niedergelegt sind. Wenn dann dazu noch die Zusicherung kommt, daß für diejenigen Deutschen, welche über die Optionsfrist hinaus in Polen bleiben, die Möglichkeit besteht, sich wieder im Deutschen Reich einzubürgern, so, glaube ich, ist alles geschehen, was geschehen kann, um dem Nachteil der Abwanderung von Deutschen aus dem Abtretungsgebiete entgegenzuwirken.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Herrmann (Posen).

(A) Dr. **Herrmann** (Posen), Abgeordneter: Ich möchte mir die Frage erlauben, ob die Reichsregierung darüber Auskunft geben kann, auf Grund welcher Unterlagen ihre **Schätzung über die Ziffer der Abwandernden** so erheblich von meinen Unterlagen abweicht. Die erwähnte Statistik, die allerdings erst im Juni begonnen wurde, erstreckt sich vornehmlich nur auf die Stadt Posen und auf die Auswandererzüge, deren 27. in diesen Tagen in Berlin eingerollt ist. Jeder hat etwa 1000 Menschen gebracht, sodaß, wenn man die Schätzungen aus der ersten Zeit der Abwanderung über die Demarkationslinie hinzunimmt, eine sehr viel höhere Ziffer herauskommt. Alle diejenigen, die sich nicht erst seit kurzem, sondern seit den Dezembertagen mit dem Problem beschäftigen, schätzen die Ziffern außerordentlich viel höher ein. Ich habe mich noch vorsichtig ausgedrückt in meiner Anfrage, indem ich davon gesprochen habe, daß die Abwanderung der Deutschen aus den besetzten Teilen der Provinz Posen auf 100- bis 120 000 Köpfe geschätzt wird.

Zweitens möchte ich meine Anfrage dahin ergänzen, ob es nicht möglich ist, uns verbindlicher, als es bisher geschehen ist, etwas zu sagen, nicht über das, was in dem **deutsch-polnischen Vertrag** steht, sondern was wir an Gesetzgebungsakten Deutschlands zu erwarten haben, um die **Ostmarkendeutschen** zu sichern, ob zum Beispiel die **Beamten**, welche zwei oder fünf Jahre dort **im Interesse des Deutschtums** ausharren, dann dieselben Bedingungen bezüglich Naturalisierung, Niederlassung und Versorgung erhalten wie die jetzt Abwandernden.

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Ober-Regierungsrat Grafen Lerchenfeld.

Graf **Lerchenfeld**, Ober-Regierungsrat im Reichsministerium für auswärtige Angelegenheiten, Kommissar der (B) Reichsregierung: Was die erste Frage betrifft, so habe ich bereits bemerkt, daß es sehr schwer ist, wirklich brauchbare Ziffern zu gewinnen. Die Regierung konnte sich natürlich auch nur an die Posener Stellen wenden. Dort haben wir seit mehreren Monaten eine **Paßstelle**, die Pässe für alle aus dem Gebiet jenseits der Demarkationslinie nach Deutschland **auswandernden Personen** visiert. Hiernach sind im ganzen 25 000 Auswanderer festgestellt worden. Hierzu kommt allerdings noch eine große Anzahl von Kindern, welche bei den Paßvisen nicht berücksichtigt worden sind. Unter diesen Auswandernden ist aber auch eine ziemlich große Anzahl von Personen, welche aus Kongreßpolen kommen, ferner solche, welche nicht deutschstämmig sind. Dies betrifft namentlich jüdische, aber auch polnische Personen. Wir müssen uns darauf verlassen, was die Posener Stellen sagen. Es ist nicht möglich gewesen, hierüber ausreichende und wirklich verlässige Ziffern zu bekommen. Dazu kommt dann noch, daß ein großer Teil derjenigen, welche während der Internierungsperiode in den Monaten Juni und Juli Posen verlassen haben, dorthin wieder zurückgekehrt sind.

Was die weitere Anfrage betrifft, so darf ich annehmen, daß sie sich hauptsächlich auf diejenigen Personen bezieht, welche wegen ihres Dienstes, seien es mittelbare, seien es unmittelbare **Staatsbeamte**, in den Abtretungsgebieten nach dem Inkrafttreten des Friedens verbleiben werden. In dieser Beziehung wird denjenigen, welche dort im **Interesse des Deutschtums** verbleiben, jede Zusicherung gegeben, daß ihnen hieraus kein Nachteil erwachsen wird.

(Zuruf: Verbindlich?)

Die Beamten sollen als beurlaubt geführt werden und können nach Ablauf ihres Dienstes in Polen wieder nach Deutschland zurückkehren, ohne dadurch etwas zu verlieren. In dieser Beziehung ist eine Erklärung der preußischen Staatsregierung vom 26. Juli bereits erfolgt. In dieser Be- (C) ziehung wird aber auch, sobald sich die Verhältnisse geklärt haben werden, eine weitere verbindliche Erklärung erfolgen.

(Zuruf rechts: Viel zu spät!)

Präsident: Damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 419, **Biener** und Genossen (Nr. 1212 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung gebe ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Biener.

Biener, Abgeordneter:

Die **Beamten und Angestellten der sächsischen Staatseisenbahnen** haben den berechtigten und erklärlichen Wunsch, daß bei der Errichtung des Reichsverkehrsministeriums auch sächsische Eisenbahnbeamte in angemessener Zahl berücksichtigt werden.

Das Reichsverkehrsministerium hat Aufgaben von so ungeheuerer Tragweite zu lösen, daß es notwendig erscheint, den Aufbau auf breiteste Grundlage zu stellen.

Die sächsische Regierung hat durch ihre Vertretung den gleichen Wunsch in dringender Form vorgebracht. Darauf ist eine ablehnende Antwort ergangen.

Die organisierte Beamtenschaft der sächsischen Eisenbahnverwaltung ist durch die Ablehnung beunruhigt und empfindet die Stellungnahme des Reichsverkehrsministers als eine moralische Zurücksetzung.

Diese Auffassung wird von der sächsischen Bevölkerung durchaus geteilt.

Entsprechen die uns gewordenen Mitteilungen den Tatsachen? Wenn ja, ist die Regierung (D) bereit, die Gründe anzugeben, die sie zu dem auffälligen Entscheid gebracht hat?

Ist die Reichsregierung bereit, den bisher eingenommenen Standpunkt der sächsischen Eisenbahnbeamtenschaft gegenüber aufzugeben?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Unterstaatssekretär Thiele.

Thiele, Unterstaatssekretär: Die Schwierigkeiten, die der **Besetzung der Stellen des Reichsverkehrsministeriums** mit Beamten der Länder zunächst entgegenstanden, sind inzwischen behoben. Im Einverständnis mit der **sächsischen Staatseisenbahnverwaltung** treten ein höherer Beamter als Berichter und zwei mittlere Beamte in das Reichsverkehrsministerium ein. Die Verhandlungen hierüber sind bereits abgeschlossen.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 421, **Delius** und Genossen (Nr. 1217 der Drucksachen).

Ist von der Regierung jemand da? Es ist bisher niemand gemeldet.

(Zuruf rechts: Wieder einmal!)

Ist aus dem Reichswirtschaftsministerium jemand da? — Es scheint niemand da zu sein.

(Zuruf rechts: Hört! Hört!)

Sie können gleich beantragen, daß die Anfrage auf die nächste Tagesordnung kommt. Beantragen Sie das gleich?

(Zuruf: Jawohl!)

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 422, **Molkenbuhr** (Nr. 1218 der Drucksachen)

und erteile das Wort zu ihrer Verlesung dem Herrn Abgeordneten Molkenbuhr.

(A) **Molkenbuhr,** Abgeordneter:

Ist der Regierung bekannt, daß nach den letzten Äußerungen des dänischen Ministers Hansen das Bestreben der dänischen Regierung dahin geht, nach der Abstimmung in der ersten Zone in Schleswig für den Fall, daß diese für Dänemark ausfällt, die sofortige **Besetzung der Zone durch Dänemark** durchzuführen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Wirkliche Legationsrat Herr Trautmann.

Trautmann, Wirklicher Legationsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die betreffenden Bestrebungen sind der Regierung bekannt. Nach dem Friedensvertrage liegt die Sache so, daß **Dänemark** für den Fall einer günstigen Abstimmung in der ersten Zone das **Recht der Besetzung** hat, wenn die Internationale Kommission damit einverstanden ist; ob letztere Voraussetzung zutrifft, ist dem Auswärtigen Amte nicht bekannt. Es bestehen aber begründete Zweifel, ob die Kommission ihr Einverständnis dazu geben wird; denn es liegt aus mehreren Gründen kaum im Interesse einer geregelten Verwaltung der Abstimmungszone, wenn mitten in der Zeit der Abstimmung derartige Umwälzungen im Abstimmungsgebiet vorgenommen werden. Die ganze Verwaltung des Gebiets würde bei einer solchen Maßnahme zusammenbrechen. Eine ordnungsmäßige Übergabe etwaigen Staatseigentums und der Behörden in den abzutretenden Gebieten durch Deutschland, die uns notwendig erscheinen würde, wäre nicht ohne weiteres möglich. Die Ernährungswirtschaft ließe sich nicht durchführen, da die erste und zweite Zone ernährungstechnisch zusammenhängen, kurz und gut, es würde ein Chaos entstehen, das nach vieler Richtung hin für die Bevölkerung des Abstimmungsgebiets die verderblichsten Folgen haben könnte.

Die deutsche Regierung müßte die Verantwortung (B) für jede Folge ablehnen, die aus der Durchführung einer solchen Maßregel entstehen könnte, die wahrscheinlich auch in der Zukunft eine ständige Quelle von Mißhelligkeiten und Streitigkeiten sein würde. Der deutschen Regierung würde es vielmehr richtig erscheinen, wenn eine Räumung deutschen Gebiets erst dann stattfände, nachdem die Einzelheiten der Übergabe eine grundsätzliche Regelung durch Vereinbarung gefunden haben.

Präsident: Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 424, D. Mumm und Genossen (Nr. 1220 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Herr Präsident, die Anfrage hat zwar insofern günstig gewirkt, als unser Kollege Lattmann nun die amtliche Mitteilung erhalten hat und heute zu unserer großen Freude unter uns erschienen ist.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Da aber das sachliche Interesse an der Anfrage damit nicht erschöpft ist, verlese ich dieselbe.

Ende August legte das Mitglied der Nationalversammlung Veidt sein Mandat nieder; Mitte Oktober noch war sein Nachfolger, **Abgeordneter Lattmann-Schmalkalden, ohne Einberufung.** Wie erklärt sich diese Verzögerung? Wie soll künftig solche Verzögerung verhindert werden?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald,** Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Wirklicher Geheimer Rat: Der **Geschäftsgang bei der Erledigung eines Abgeordnetensitzes** spielt sich in der Weise ab, daß der Herr Präsident der (C) Nationalversammlung dem Reichsministerium des Innern von der Erledigung des Mandats Kenntnis gibt. Daraufhin fordert das Reichsministerium des Innern den Wahlkommissar des Wahlkreises, in dem der ausgeschiedene Abgeordnete gewählt war, auf, den Bewerber zu bezeichnen, der nach § 21 des Reichswahlgesetzes vom 30 November 1918 zur Nachfolge berufen ist, und festzustellen, ob er die auf ihn gefallene Wahl annimmt. Der Wahlkommissar hat nach § 59 der Wahlordnung unverzüglich den Wahlausschuß zu versammeln, der auf Grund des Protokolls über die Ermittlung des Wahlergebnisses den Ersatzmann feststellt. Sodann macht der Wahlkommissar dem vom Wahlausschuß Bezeichneten von seiner Berufung Mitteilung und richtet an ihn die Frage, ob er die Wahl annimmt. Sobald seine Antwort eingegangen ist, berichtet der Wahlkommissar an das Reichsministerium des Innern, das dem Herrn Präsidenten der Nationalversammlung Mitteilung macht und die Freifahrtkarte für den Ersatzmann beifügt. Die Einberufung des Abgeordneten zur Nationalversammlung steht dem Reichsministerium des Innern nicht zu.

Im vorliegenden Falle war nun die Mitteilung des Herrn Präsidenten der Nationalversammlung, daß das Mitglied der Nationalversammlung Veidt sein Mandat am 29. August 1919 niedergelegt habe, beim Reichsministerium des Innern am 13. September eingegangen.

(Hört! Hört! rechts.)

Am 18. September ist das Schreiben an den Wahlkommissar für den 19. Wahlkreis abgesandt worden. Da sich aber die Wahlverhandlungen für den 19. Wahlkreis bei der Nationalversammlung befanden, mußte der Wahlkommissar erst um Übersendung der Verhandlungen bitten. Sein Gesuch ging am 22. September beim Preußischen Ministerium des Innern ein und ist am 24. September an den Herrn Präsidenten der Nationalversammlung weitergegeben worden. Dieser sandte am 30. September die Wahlakten (D) dem Wahlkommissar unmittelbar zu.

Der Wahlkommissar berief den Wahlausschuß, der feststellte, daß Herr Wilhelm Lattmann, Amtsgerichtsrat in Schmalkalden, nunmehr als Abgeordneter berufen sei. Die Erklärung des Herrn Lattmann, daß er das Mandat annehme, ist am 21. Oktober beim Wahlkommissar eingegangen.

(Hört! Hört! rechts.)

Auf Bericht des Wahlkommissars hat das Reichsministerium des Innern am 23. Oktober dem Herrn Präsidenten der Nationalversammlung Mitteilung gemacht und die Freifahrkarte für Herrn Lattmann übersandt.

Eine wesentliche Beschleunigung des Verfahrens könnte dadurch erzielt werden, daß das Bureau der Nationalversammlung der Mitteilung an das Reichsministerium des Innern über die Erledigung eines Abgeordnetensitzes die Wahlakten beifügt,

(sehr richtig! rechts)

sofern sie sich bei der Nationalversammlung befinden.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Ist der Reichsregierung bekannt, daß der Herr Abgeordnete **Lattmann** ein in meinen Händen befindliches Schreiben, datiert vom 18. Oktober am 20. erhalten und am 21. Oktober mit größter Beschleunigung beantwortet hat?

Ist die Reichsregierung bereit, das eben von dem Regierungsvertreter geschilderte schwer haltbare Verfahren künftig zu vereinfachen?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

(A) Dr. **Lewald,** Unterstaatssekretär, Wirklicher Geheimer Rat: Es wird ein neues Wahlgesetz und eine neue Wahlordnung erlassen werden. Bei dieser Gelegenheit kann geprüft werden, ob sich Mängel herausgestellt haben. Ich glaube, das Verfahren, wie ich es geschildert habe, ist durchaus korrekt und entspricht in jeder Weise dem Gesetze. Irgendeine Verzögerung hat weder bei der beteiligten Zentralbehörde noch bei dem Wahlkommissar stattgefunden.

Präsident: Es ist vielleicht nicht unangezeigt, daß ich auch die Beantwortung ergänze. Ich habe gehört, daß einige Hört!-Hört!-Rufe gefallen sind, weil der Präsident der Nationalversammlung erst am 13. September — so sind wohl die Daten gewesen — das Nötige veranlaßt hat. Ich bitte die Herrschaften, zu bedenken — es könnte in der Presse sonst Erörterungen geben, die wohl unnötig sein dürften —: in jener Zeit ist der Umzug von Weimar gewesen; der Präsident der Nationalversammlung hat sich wie die übrigen Mitglieder des Hauses in den Ferien befunden, die Zuschrift ist nach Freiburg gegangen, er war aber nicht dort, und es mußte gesucht werden, wo er war. Daraus wird sich wohl die Verzögerung ergeben. Vielleicht ist es zweckmäßig, daß ich das sage, wie diese Verzögerung sehr einfach zu erklären ist.

Ich rufe auf die Anfragen

Nr. 425, Dr. Mittelmann (Nr. 1221 der Drucksachen),

Nr. 426, Dr. Mittelmann (Nr. 1222 der Drucksachen),

Nr. 427, Dr. Graf zu Dohna, Dr. Mittelmann (Nr. 1223 der Drucksachen).

Die Herren Fragesteller sind nicht anwesend, sie haben aber die Anfragen wieder aufgenommen. Die Anfragen werden daher wieder auf die Tagesordnung der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung kommen.

(B) Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 429, Falk, Dr. Ablaß (Nr. 1227 der Drucksachen)

und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Falk.

Falk, Abgeordneter:

Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Reichsschatzministerium, bis zum 1. April 1920 mehr als eine Million **Zivilanzüge für entlassene Soldaten und heimkehrende Kriegsgefangene** anfertigen zu lassen.

In welcher Weise soll die **Vergebung dieser Arbeiten** an die beteiligten Kreise der Industrie und des Handwerks erfolgen? Ist insbesondere dafür Sorge getragen, daß die Vergebung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt, und daß das Handwerk und die Genossenschaften des Kleingewerbes ausreichend berücksichtigt werden? Weite Kreise des Handwerks sind schon jetzt stark beunruhigt, weil angeblich die Verteilung ganz schematisch nach Bezirken vorgenommen werden soll, ohne genügende Rücksicht auf das Arbeitsbedürfnis und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Namentlich das **Schneiderhandwerk des besetzten rheinischen Gebiets** führt Beschwerde darüber, daß es bei der Vergebung dieser Arbeiten bisher nicht berücksichtigt worden sei.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Intendanturrat Pieszczek.

Pieszczek, Intendanturrat, Kommissar der Reichsregierung: **Entlassungsanzüge** werden von den **Reichsbekleidungsämtern** nur insoweit nach außerhalb vergeben, als sie in den eigenen Werkstätten nicht hergestellt werden können. Ob die Vergebung nach außerhalb den in der (C) Anfrage erwähnten Umfang annehmen wird, hängt davon ab, welche Mittel für Entlassungsanzüge von den gesetzgebenden Körperschaften beim Haushalte für die Reichswehr bewilligt werden werden.

Insoweit **Vergebung nach außerhalb** erfolgt, ist sie in der Weise beabsichtigt, daß in den einzelnen Ländern die Facharbeiterzahl bei Konfektion, Handwerk und Kleingewerbe festgestellt wird, hiernach die anzufertigenden Anzüge auf die einzelnen Länder verteilt werden und diese sie wieder weiterverteilen. Die Weiterverteilung wird durch die Vermittlungsstellen oder andere geeignete Organe der einzelnen Länder beziehungsweise durch Verteilungsausschüsse bei den Bekleidungsämtern geschehen, in denen Konfektion, Handwerk und Kleingewerbe vertreten sein werden. Arbeitsbedürfnis und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit werden dabei Berücksichtigung finden.

Da die Stoffe von den Reichsbekleidungsämtern geliefert werden, wird die zu zahlende Vergütung aus dem tarifmäßigen Lohn für den letzten Arbeiter und einem Zuschlage für Unkosten und Gewinn bestehen.

Nach dem **besetzten Gebiet Arbeit zu vergeben,** haben bisher wegen der Gefahr der Beschlagnahme der Stoffe durch den Feindbund Bedenken bestanden. Jedoch werden Angebote des Handwerks auf Lieferung fertiger Anzüge frei Bekleidungsamt Münster bei Preisen, die über die Gesamtherstellungskosten von Anzügen im unbesetzten Gebiet nicht hinausgehen, berücksichtigt werden können. Nach Inkrafttreten des Friedensvertrags ist eine Nachprüfung beabsichtigt, ob und inwieweit die besetzten Gebiete bedacht werden können.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Falk.

Falk, Abgeordneter: Erkennt der Herr Vertreter der Reichsregierung denn nicht, daß durch die Maßnahmen, die bezüglich der besetzten Gebiete getroffen worden sind, (D) in nationaler und politischer Beziehung die allergrößten Fehler gemacht worden sind?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung hat das Wort der Herr Intendanturrat Pieszczek.

Pieszczek, Intendanturrat, Kommissar der Reichsregierung: Ich darf dazu bemerken, daß eine endgültige Verteilung bisher noch nicht stattgefunden hat. Die Wünsche werden möglichst berücksichtigt werden, sobald der Friedensvertrag ratifiziert worden ist.

Präsident: Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 430, Dr. Roesicke, v. Graefe (Nr. 1228 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter:

Zum 23. September 1919 war von der **Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg-Land** nach Schwerin eine **Protestversammlung** der mecklenburgischen Landwirte einberufen worden, die wegen der voraussichtlich umfangreichen Beteiligung unter freiem Himmel stattfinden sollte.

Die Abhaltung dieser Versammlung ist am 15. September 1919 von der mecklenburgischen Staatsregierung verboten worden.

(Hört! Hört! rechts.)

Das Verbot wurde trotz Protestes aufrechterhalten. Eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit konnte diese Versammlung nicht in sich schließen.

Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um dem Art. 123

(**v. Graefe,** Abgeordneter.)

(A) der Verfassung des Deutschen Reichs Geltung zu verschaffen, wonach alle Deutschen das Recht haben, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Isenbart.

Isenbart, Geheimer Ober-Regierungsrat, Dirigent im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Das Staatsministeriumin Schwerin hat folgende telegraphische Mitteilung hierher gelangen lassen:

Abhaltung der für den 23. September 1919 angesetzten **Versammlung der Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg Land** wurde lediglich unter freiem Himmel in Schwerin verboten, da unmittelbare Gefahr für öffentliche Sicherheit bestand. Gefahr ergab sich aus erwarteter Beteiligung von 20- bis 30 000 Teilnehmern und aufreizender Fassung der Einladungsschreiben des Dorfbundes. Es wurde von den Veranstaltern selbst mit Zusammenstößen gewaltsamer Art mit städtischer Arbeiterschaft gerechnet, die für den Fall der Abhaltung der Versammlung Generalstreik angedroht hatte. Teilweise Bewaffnung Versammelter war anzunehmen, da Ortsgruppen des Dorfbundes widerrechtlich im Besitz von Waffen sein sollen. Jede Verantwortung für ruhigen Verlauf wurde seitens Veranstalter abgelehnt. Für Abhaltung wurde seitens Staatsregierung Reitbahn des Marstalls als größtes Versammlungslokal angeboten, die für Fall schlechter Witterung ohnehin in Aussicht genommen war. Versammlung im Freien an anderem Ort wäre gleichfalls möglich gewesen. Genauer Bericht folgt.

(B) Die Reichsregierung ist vor Eingang des von der Mecklenburgischen Regierung in Aussicht gestellten weiteren Berichts nicht in der Lage, Genaueres mitzuteilen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Ist der Reichsregierung bekannt, daß die **mecklenburgische Landbevölkerung** um so mehr Veranlassung zu einer **Protestkundgebung** hatte, als die Mecklenburgische Landesregierung Verordnungen, z. B. über die Arbeitszeit, erlassen hat, die direkt gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen verstoßen und die, obwohl die Reichsregierung die Ungesetzlichkeit dieses Verfahrens der Mecklenburgischen Regierung ausdrücklich anerkannt hat, nicht aufgehoben worden sind, angeblich, um neue Beunruhigung zu vermeiden?

Ich frage ferner: Ist der Reichsregierung bekannt, und ist sie sich dessen bewußt, daß die Bedrohung einer solchen sachlich und formell gerechtfertigten Volkskundgebung mit widerrechtlichen gewaltsamen Störungen lediglich von außen her seitens gegnerischer Parteien genügen soll, um eine unmittelbare Gefährdung darzustellen, und ob dadurch nicht das ganze Versammlungsrecht in der neuen Republik illusorisch gemacht wird?

(Hört! Hört! rechts.)

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Isenbart.

Isenbart, Geheimer Oberregierungsrat, Dirigent im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Ich bin nicht in der Lage, diese Fragen augenblicklich zu beantworten. Es wird aber veranlaßt werden, daß auch diese Punkte der Mecklenburgischen Regierung mitgeteilt werden, und daß darüber weitere Aufklärung erfolgt.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 434, Frau Dr. Baum, Frau Dr. Bäumer (Nr. 1233 der Drucksachen).

Diese Anfrage scheint sich zu erledigen, weil von den Anfragestellerinnen keine anwesend zu sein scheint. —

Meine Damen und Herren! Sie gestatten mir bei diesem Anlaß eine Bemerkung. Es wird immer eine ziemlich große Unruhe im Hause laut, wenn zur Beantwortung einer Anfrage kein Regierungsvertreter da ist. Ich möchte doch konstatieren, es wäre auch wünschenswert, daß die Anfragesteller und Anfragestellerinnen im Hause wären, wenn ihre Anfragen zur Beratung stehen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen)

und zwar zunächst

Haushalt des Auswärtigen Amts (Anlage III und Zu Anlage III).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1311 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Waldstein.

In der wiedereröffneten Diskussion über Kap. 4 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben hat zunächst das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Heinze.

Dr. **Heinze,** Abgeordneter: Meine Herren, wenn man ein Beispiel dafür haben will, wie **auswärtige Politik** nicht betrieben werden darf, so braucht man sich nur die gestrige Rede des Herrn Abgeordneten Dr. **Geyer** anzusehen. Alles das, was er vorbrachte, und die Art, wie er es vorbrachte, zeigt uns die Wege, die wir nicht gehen dürfen.

(Sehr gut! rechts.)

Er stellte ein großes Programm für die auswärtige Politik auf, ein Programm, das den Anschluß an das bolschewistische Rußland forderte, und sprach der bolschewistischen Regierung Rußlands das Vertrauen seiner Partei aus.

Eine derartige Politik ist namentlich bei der Lage, in der wir Deutsche uns jetzt befinden, aus den verschiedensten Gründen ganz unmöglich. Unsere auswärtige Lage ist ja durchaus unklar, unsere Beziehungen zu Rußland lassen sich noch nach keiner Richtung übersehen. Der Herr Abgeordnete Dr. Geyer hat auch bei allen seinen Vorschlägen mit keinem Gedanken in Betracht gezogen, wie eine **Annäherung an das bolschewistische Rußland** auf unsere übrigen internationalen Beziehungen wirken würde. Die Beziehungen zu England und Frankreich, die wir doch wieder aufnehmen müssen, hängen doch wesentlich auch davon ab, wie wir uns zu dem bolschewistischen Rußland verhalten. Von all diesen Beziehungen war keine Rede. Der Blick war nur nach Osten gerichtet.

Die Ausführungen litten weiter an dem Grundfehler, daß sie lediglich von der Rücksicht auf die innere Politik diktiert waren. So bezogen sich auch die Ausführungen zum großen Teil auf die innere, nicht auf die äußere Politik. Nur weil aus Gründen der inneren Politik die Sympathien der Gegner dem bolschewistischen Rußland gehören, fordert er unsere auswärtige Politik auf, die Brücken nach dem bolschewistischen Rußland zu schlagen. Der Herr Abgeordnete Schultz hat gestern schon mit Recht hervorgehoben, daß unsere auswärtige Politik nicht von inneren Rücksichten diktiert werden dürfe. Die Staatsform, die die Staaten haben, darf uns in dem, was unsere auswärtige Politik angeht, nicht bestimmen.

(Sehr richtig! rechts.)

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) Wir müssen unsere auswärtige Politik mit denjenigen Staaten treiben, die uns den meisten Nutzen bringen, ganz gleichgültig, was für eine Staatsform diese auswärtigen Staaten haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei!)

In der inneren Politik sind wir in Parteien gespalten. Diese Spaltung in Parteien darf sich aber niemals auf die äußere Politik übertragen. Nach außen hin muß Deutschland als ein Ganzes erscheinen. Da dürfen innerpolitische Streitigkeiten und Neigungen keine Bedeutung gewinnen.

So ungewiß unsere auswärtige Politik im Augenblick ist, so ist doch wenigstens so viel gewiß, daß der Rat Dr. Gregors, uns dem bolschewistischen Rußland anzuschließen, fehl geht. Das ist sicher: Wir dürfen uns weder in die inneren politischen Verhältnisse Rußlands einmischen noch irgendwie mit dem bolschewistischen Rußland paktieren. Derartige Beziehungen würden unsere auswärtige Lage nur heillos verwirren.

Meine Herren, ich habe schon gesagt, daß wir augenblicklich überhaupt nicht in der Lage sind, ein umfassendes **Programm für unsere auswärtige Politik** zu entwerfen. Dazu ist unsere Lage und die Lage der Welt viel zu unklar. Wie können wir Richtlinien für eine auswärtige Politik ziehen, wenn wir noch gar nicht wissen, wie sich unsere Beziehungen zu England und Frankreich gestalten werden? Wie können wir endgültig unsere Beziehungen zu dem Osten regeln, wenn wir über die ganze Randstaatenpolitik noch im unklaren sind? Wir wissen noch gar nicht, wie diejenigen Staaten, die uns von Rußland trennen, sich konsolidieren, ob es wieder zur Vereinigung mit Rußland kommt, ob wir vielleicht eine Grenze mit Rußland bekommen. Kurz es ist ganz klar, daß wir im Augenblick ein großzügiges Programm für die auswärtige Politik nicht entwerfen können. Wir könnten uns auf Richtlinien festlegen, von deren Unhaltbarkeit wir uns nach einem halben Jahre überzeugen müßten.

(B) Aber abgesehen davon, können wir jetzt noch nicht die Richtlinien für eine auswärtige Politik scharf umreißen, weil wir über den Umfang unseres eigenen künftigen Gebiets nichts Genaues wissen. Unsere auswärtige Politik wird wesentlich davon abhängen, wie sich unsere Grenzen gestalten; sie wird davon abhängen müssen, ob wir einen Teil derjenigen Gebiete, die jetzt der Abstimmung unterliegen, behalten können, oder ob auch sie uns verloren gehen. Alles das sind Gesichtspunkte, deretwegen wir mit programmatischen Aufstellungen unserer auswärtigen Politik im Augenblick zurückhalten müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir müssen uns zunächst beobachtend verhalten und können erst aktiv handelnd in die auswärtige Politik eingreifen, wenn alle Möglichkeiten des Handelns festgestellt, und wir wieder etwas zu Kräften gekommen sind. Vor allem aber ist nötig, daß nun endlich der Friede ratifiziert, das heißt rechtsgültig abgeschlossen wird. Darauf zu dringen, ist eine der ersten Aufgaben unserer auswärtigen Politik. Ehe nicht der Frieden ratifiziert ist, haben wir keinen festen Boden unter den Füßen und können wir keine Bilanz ziehen.

Wir sehen ja der Durchführung des Friedens mit Schmerzen entgegen, namentlich der Loslösung weiter Gebiete. Dabei möchte ich nicht unterlassen, auszusprechen, daß das ganze deutsche Volk weiter an seinen deutschen Volksgenossen, die jetzt gewaltsam und rechtswidrig von ihm abgetrennt werden, hängen und die kulturelle Gemeinschaft mit ihnen aufrechterhalten wird.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren, ich habe schon vor einiger Zeit hier ausgeführt, daß die erste Aufgabe unserer Politik überhaupt, der gegenüber alle anderen Aufgaben zurückzustehen (C) haben, der **wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes ist.**

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist die Grundlage für alles weitere. In den Dienst dieser Aufgabe muß sich auch unsere auswärtige Politik stellen. Soll unsere Wirtschaftslage gebessert werden, so ist vor allem nötig — und das müssen wir immer und immer wieder mit aller Bestimmtheit aussprechen — eine **Revision des Friedensvertrages.**

(Bravo! rechts.)

Wir alle haben bei jeder Gelegenheit betont, und auch diejenigen, die schließlich dem Friedensvertrag zugestimmt haben, haben es getan, daß der Friede für uns undurchführbar ist. Es wird eine der Hauptaufgaben unserer Politik sein, eine Revision des Friedensvertrages durchzusetzen. Dazu wird es nötig sein, unsere internationale Lage neu zu fundieren; und das ist speziell die Aufgabe unseres Auswärtigen Ministeriums.

Ich bin der Ansicht, daß hierbei der Schwerpunkt der Tätigkeit des Auswärtigen Ministeriums vielleicht mehr in den **auswärtigen Missionen**, als in der Zentrale selbst liegt. Ich halte es für notwendig, daß, sobald die Möglichkeit dazu besteht — was die neutralen Staaten angeht, besteht sie übrigens jetzt schon —, unsere Missionen im Auslande wieder besetzt werden und wir den Verkehr mit dem Auslande wieder aufnehmen. Es wird für die auswärtigen Missionen eine außerordentlich schwere Aufgabe sein, eine Aufgabe, bei der Festigkeit mit Takt gepaart sein muß.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir augenblicklich in der ganzen Welt unter einem Mißtrauen und geradezu unter einem Hasse der weitestgehenden Art leiden. Wir sind verfemt und wir müssen aus dieser Isolierung unter allen Umständen heraus. Es wird die Tätigkeit unserer Missionen im Auslande sein, die Beziehungen zu den auswärtigen Regierungen und namentlich zu den auswärtigen Völkern mit Festigkeit und Takt wieder aufzunehmen; und dann wird es gelten, das Odium, unter (D) dem Deutschland vielfach auch bei den uns wohlgesinnten Neutralen leidet, zu beseitigen und die fremden Völker darüber aufzuklären, daß Deutschland nicht der Friedensbrecher gewesen ist, daß die Schuld an diesem Kriege nicht an Deutschland gelegen hat. Wenn in den letzten Wochen vor dem Kriege Fehler gemacht sein mögen, die die Katastrophe herbeigeführt haben, so hat doch weder die deutsche Regierung noch das deutsche Volk den Krieg gewollt. Dieser Wahrheit gilt es in der ganzen Welt zum Siege zu verhelfen. Das deutsche Volk hat den Frieden gewollt, es hat nur Interesse am Frieden gehabt. Es gilt, darzulegen, daß es geradezu wahnsinnig von uns gewesen wäre, uns bei unserer blühenden Volkswirtschaft in einen Krieg hineinzustürzen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn es gilt, auf diese Weise das Mißtrauen, das gegen Deutschland verbreitet ist, zu beseitigen, wird es weiter Aufgabe der auswärtigen Missionen sein, immer und immer wieder auf die Unerfüllbarkeit des Friedens hinzuweisen, und es wird an Gelegenheiten hierzu nicht fehlen. Wir sehen schon jetzt in diesen Tagen, daß dauernd unerfüllbare Forderungen an uns gestellt werden, Forderungen, denen unsere Regierung und das deutsche Volk beim besten Willen nicht in der Lage sind zu genügen.

Meine Herren! Dem **Völkerbunde** können wir uns zunächst nur skeptisch gegenüberstellen. Ob wir später einmal in der Lage sein werden, in den Völkerbund einzutreten, das wissen wir nicht. Die Richtlinien, die bisher entworfen und in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, lassen uns noch kein genügendes Vertrauen fassen. Aber über das eine werden wir alle einig sein, daß wir nur in den Völkerbund eintreten und dort mit-

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) wirken können, wenn Deutschland diejenige Stelle erhält, auf die es vermöge seiner Kultur und vermöge seiner Leistungen einen wohlbegründeten Anspruch hat. Nun und nimmermehr können wir an einem Völkerbunde teilnehmen, bei dem uns nicht die notwendige Gerechtigkeit zuteil wird.

Ich habe gesagt, daß unsere auswärtige Politik wesentlich am Aufbau unseres Wirtschaftslebens mitwirken muß. Es liegt auf der Hand, welche Ziele da zu verfolgen sind

Ich denke vor allem an die **finanzielle Konsolidierung Deutschlands,** für die Amerika zu interessieren ist. Auch dazu muß der Friede ratifiziert sein. Es wird sich darum handeln, die wirtschaftlichen Beziehungen in vollstem Umfange aufzunehmen, für eine Steigerung unserer Valuta, für eine Wiederaufnahme der Rohstoffeinfuhr und nicht zuletzt für eine rege Aufnahme der kulturellen Beziehungen zu sorgen. Nach allen diesen Richtungen hin wird unser Auswärtiges Ministerium ein wachsames Auge haben müssen.

Die kulturellen Beziehungen, die verschiedenen internationalen Gesellschaften können ein Mittel sein, um die Brücke zu den übrigen Staaten zu schlagen.

Dann möchte ich aber auf einen Punkt ganz besonders hinweisen: auf die **Behandlung der Auslandsdeutschen.** Wenn wir die Beziehungen zum Auslande wieder anknüpfen wollen, so haben wir die geeignetsten Pioniere in den Auslandsdeutschen, die jahre- und jahrzehntelang vor dem Kriege im Auslande gewirkt haben und jetzt durch die Kriegsverhältnisse gezwungen worden sind, nach Deutschland zurückzukehren. Wenn unsere Auslandsdeutschen wieder ins Ausland hinausgehen und dort ihre gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen anknüpfen, so ist das ein ganz wesentliches Mittel, um uns wieder in den Weltverkehr hineinzubringen. Nach dieser Richtung hin möchte die Regierung

(B) ihr möglichstes tun. Ich freue mich, konstatieren zu können, daß in den Auslandsdeutschen selbst der freudige Wille besteht, ins Ausland zurückzukehren und dort für Deutschland zu wirken. Sie sind begeistert für diese ihre Mission. Es gilt, diesen Trieb der Auslandsdeutschen zu fördern, ihnen die Möglichkeit, ins Ausland zurückzukehren, zu erleichtern, Paßschwierigkeiten zu beseitigen und dergleichen. Und auch hier wieder liegt den auswärtigen Missionen eine große Aufgabe ob. Sie müssen, sobald sie in die ausländischen Staaten gekommen sind, den Boden sondieren, feststellen, wo Raum für deutschen Unternehmungsgeist ist, wo diejenigen, die früher im Auslande tätig waren, gern wieder aufgenommen werden. Von alledem haben sie das auswärtige Ministerium in Kenntnis zu setzen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Leute hinausgehen, ohne daß sie in einigermaßen sichere Verhältnisse kommen. Nun ist es klar, daß sie ohne Kapital ihre alten Beziehungen nicht erneuern können, und da ist es nötig, daß wir im Innern eine Politik führen, die ihnen die wirtschaftliche Fähigkeit läßt, wieder ins Ausland zurückzukehren. Ich weise da hin auf die Steuerpolitik, und ich möchte das auswärtige Ministerium auffordern, auch sein Augenmerk hierauf zu richten. Ich habe den Eindruck, daß unsere Steuerpolitik bei der Hast, in der sie gemacht worden ist, die Interessen der Auslandsdeutschen nicht immer genügend berücksichtigt hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich erinnere an das Erbschaftssteuergesetz, das die Verhältnisse der Auslandsdeutschen nicht genügend berücksichtigt. Ich möchte die Regierung ersuchen, beim Notopfergesetz darauf hinzuwirken, daß diejenigen Bestimmungen, die zugunsten der Auslandsdeutschen durch den Ausschuß in den Entwurf eingeführt worden sind, auch Gesetz werden

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

(C) und daß der Herr Reichsfinanzminister von den Füglichkeiten, die er zugunsten der Auslandsdeutschen hat, in weitestgehendem Maße Gebrauch macht. Wir müssen, wie gesagt, dafür sorgen, daß die Auslandsdeutschen mit dem nötigen Kapital ins Ausland zurückkehren; denn ohne das können sie uns nicht nützen, ohne das können sie auch die nötige Stellung, die sie im Auslande für das Deutschtum brauchen, nicht in zweckentsprechender Weise einnehmen. Wir müssen doch berücksichtigen, daß die Auslandsdeutschen von dem, was sie sich durch jahrelange Arbeit im Auslande erworben haben, sehr viel verloren haben, daß sie mehr verloren haben als wir im Inlande.

Weiter muß unsere **Auswanderung** in die richtigen Bahnen geleitet werden. Unsere innerpolitischen Verhältnisse werden die Auswanderung in höherem Grade als bisher bewirken. Für unsere außenpolitischen Beziehungen kann sie von Nutzen sein. Ich nehme an, daß die Reichsregierung schon ihre Blicke darauf gerichtet hat. Ich nehme an, daß namentlich dafür gesorgt werden wird, daß die Auswanderung planmäßig vor sich geht, daß nicht einzelne Auswanderer hinausgehen, ohne daß das Terrain sondiert ist. Nach allen diesen Richtungen wird unsere Regierung das Volk zu beraten haben.

Meine Herren! Wenn ich so viel von unseren diplomatischen Beziehungen im Auslande gesprochen habe, so möchte ich nur mit einem Worte meiner Genugtuung darüber Ausdruck verleihen, daß durch unsere Verfassung unsere Beziehungen zum Auslande ganz und gar in die Hände des Reichs gelegt worden sind. Nun sind bei den Verhandlungen der Budgetkommission und auch hier im Hause zwei Punkte berührt worden, wo auch noch **Beziehungen der Einzelstaaten zu auswärtigen Staaten** in Betracht kommen. Obgleich die Reichsverfassung vorschreibt, daß die auswärtigen Angelegenheiten ausschließlich Sache des Reiches seien, heißt es in den einleitenden

(D) Worten im Friedensvertrag, daß mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages die amtlichen Beziehungen der verbündeten und assoziierten Mächte mit Deutschland und dem einen oder anderen der deutschen Staaten wieder aufgenommen werden können. Aus dieser Bestimmung des Friedensvertrages ist die Befürchtung entstanden, daß die auswärtigen Staaten das Recht hätten, auch Gesandtschaften bei den deutschen Einzelstaaten, in Bayern, Württemberg usw. zu errichten. Ich kann dieses Recht aus dem Friedensvertrag und aus den einleitenden Worten nicht herauslesen. Ich meine, daß Staaten, die von sich aus vermöge ihrer eigenen Gesetzgebung oder vermöge einer staatsrechtlich bestehenden übergeordneten Gesetzgebung kein Recht haben, auswärtige Beziehungen zu unterhalten, auch durch das Völkerrecht nicht in den auswärtigen Verkehr hineingezwungen werden können. Ich habe rechtlich kaum Zweifel. Sollte aber trotzdem die Entente versuchen, bei deutschen Einzelstaaten Missionen zu errichten, so muß, wie von dem deutschen Volke die vollste Geschlossenheit dem Auslande gegenüber gefordert wird, auch von den deutschen Einzelstaaten gefordert werden, daß sie sich mit allen Kräften gegen die Bestellung derartiger Missionen wehren, mit denen sie kraft Reichsverfassung nichts zu tun haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ein zweiter Punkt betrifft unsere **diplomatische Vertretung beim Heiligen Stuhl.** Man hat darauf hingewiesen, daß die Verfassung den Einzelstaaten die Vertretung beim Heiligen Stuhl gestattet, da der Heilige Stuhl kein auswärtiger Staat wäre. Das ist richtig. Wir haben die Verfassung ausdrücklich so gefaßt, daß zwar die auswärtigen Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Staaten nur vom Reiche gepflogen werden können, daß aber die Beziehungen Deutschlands und des deutschen Volkes zum päpstlichen Stuhle auch durch die

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) Einzelstaaten wahrgenommen werden können. Das hat seinen guten Grund; denn der päpstliche Stuhl hat zwei Seiten, einmal eine internationale diplomatische Seite, dann aber eine Seite, die die innere Politik der Staaten angeht. Wir haben die Kirchen- und Schulpolitik im wesentlichen bei den Einzelstaaten gelassen, und da der Vatikan sich wesentlich mit Kirchen- und Schulpolitik wird abgeben müssen, so sind auch unmittelbare Beziehungen der Einzelstaaten zum Vatikan gerechtfertigt. Ich möchte aber doch wünschen, obgleich ich die erwähnte Berechtigung der Einzelstaaten anerkenne, daß sich ein Weg finden läßt, schließlich die gesamten Beziehungen des deutschen Volkes zum Vatikan auf das Reich zu übertragen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren! Unsere diplomatischen Beziehungen werden in weitem Umfange erst in der nächsten Zeit angeknüpft werden können. Ich möchte aber auf einige Fragen kommen, die schon jetzt in dieser Stunde aktuell sind, ohne daß wir die diplomatischen Beziehungen in vollem Umfange wieder aufgenommen haben. Ich möchte auf einige Fragen eingehen, die mit der Durchführung des Friedensvertrages im allerengsten Zusammenhange stehen.

Es handelt sich zunächst um die **Abstimmung in den sogenannten Abstimmungsgebieten.** Nach allem, was wir aus diesen Gebieten hören, wird die Abstimmung keineswegs nach den Grundsätzen des Rechtes vorgenommen, sondern wir hören, daß sich alle möglichen Bestrebungen breit machen und von unseren Gegnern gefördert werden, die darauf abzielen, ein für unsere Gegner möglichst günstiges Ergebnis der Abstimmung zu erzielen. Aufgabe der Regierung wird es sein, ihr Möglichstes zu tun, um diese Bestrebungen zu durchkreuzen und vor aller Welt als rechtswidrig darzulegen.

(B) Ich nehme an, daß die Regierung genau unterrichtet ist über die Vorgänge, die sich beispielsweise in den beiden Kreisen **Eupen** und **Malmedy** abspielen. Die beiden Kreise Eupen und Malmedy werden uns ja durch den Gewaltfrieden wider alles Recht entrissen. Aber binnen sechs Monaten hat die belgische Regierung **Listen** auszulegen, in die sich diejenigen Leute einzutragen haben, die bei Deutschland verbleiben wollen. Es wird der Regierung wahrscheinlich bekannt sein, in welcher Weise da von seiten Belgiens vorgegangen wird, welche Vorspiegelungen der Bevölkerung bezüglich der Bedeutung dieser Listeneintragungen gemacht werden, wie die Bevölkerung davon abgehalten wird, ihren wirklichen Willen, bei Deutschland zu bleiben, zum Ausdruck zu bringen. Die Bevölkerung wird dahin beeinflußt, sich aus irgendwelchen Gründen nicht an der Abstimmung zu beteiligen. Ich führe nur diesen einzelnen Fall an; ich könnte aus den übrigen Abstimmungsgebieten noch eine ganze Anzahl von Fällen anführen, ich glaube aber, der angeführte Fall genügt, um zu zeigen, nach welcher Richtung ich hier eine Abhilfe wünsche.

Es wird sich weiter darum handeln, die **Rechtswidrigkeiten in den besetzten Gebieten,** von denen wir leider Tag für Tag hören, dauernd zu beobachten und zu veröffentlichen. Wir müssen die Öffentlichkeit ganz Europas, ja der ganzen Welt darüber aufklären, wie unsere Feinde vorgehen.

Weiter möchte ich auf die **zahlreichen Kommissionen** hinweisen, die jetzt in Deutschland einrücken werden. Es werden da ganz unglaubliche Ziffern von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften genannt. Es wird die Aufgabe der Regierung sein, dahin zu wirken, daß ein derartiges Einströmen fremder Offiziere zur Lösung der notwendigen Aufgaben überflüssig ist.

(Sehr richtig! rechts.)

(C) Die Regierung wird immer und immer wieder darauf drängen müssen, daß von auswärtigen Offizieren nur so viele hereinkommen, wie unbedingt nötig ist. Ein derartiges Überfluten unserer deutschen Städte mit auswärtigen Offizieren muß schließlich zu Reibereien, zu Mißhelligkeiten führen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es muß Mißstimmung in der Bevölkerung erregen, wenn man in Berlin und in den deutschen Großstädten mehr französische und englische als deutsche Uniformen sieht. Es wäre den Herren anzuraten, es wie die japanischen Offiziere zu machen, die hier in Berlin, wie mir berichtet worden ist, in Zivil auftreten. Ich glaube, die französischen und englischen Offiziere würden ihre Mission ebensogut in Zivil wie in Uniform erfüllen können.

(Sehr wahr! rechts.)

Auf die Frage der **Gefangenen** brauche ich nicht weiter einzugehen, da sie von allen Seiten dieses Hauses bereits in eingehendster Weise besprochen worden ist. Ich kann nur auch für meine Fraktion erklären, daß wir wünschen, es möge alles geschehen, was irgendmöglich ist.

(Allseitige Zustimmung.)

Eine der allernächsten Aufgaben unserer Regierung wird schließlich sein, das berüchtigte **Loch im Westen,** durch das die Waren aus- und einströmen und durch das unser Wirtschaftsleben aufs allerschwerste geschädigt wird, zu verstopfen. In dieser Beziehung möchte ich aber doch nicht unterlassen, auch einige Worte an das souveräne Volk selbst zu richten. Wodurch wird denn unsere Valuta so sehr verschlechtert? Sie wird verschlechtert, weil eine Unmenge von **Luxuswaren** aus dem Westen hereinströmt.

(Sehr richtig!)

Da möchte ich das Volk darauf aufmerksam machen, daß es selber Hand anlegen könnte, daß es sich davon abhalten könnte, alle diese Dinge zu kaufen, durch die das deutsche Wirtschaftsleben aufs schwerste geschädigt wird. (D)

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube, Selbsthilfe ist hier am allersten am Platze. Wenn wir dem deutschen Volke derartige Freiheiten gegeben haben, wie es in der deutschen Verfassung geschehen ist, dann kann man von ihm auch verlangen, daß es so viel Selbstzucht übt, um nicht durch leichtsinnige Käufe entbehrlicher Luxuswaren sein ganzes Wirtschaftsleben selbst zu gefährden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Im Haushaltsausschuß haben sich unsere Verhandlungen zum großen Teil auf Organisationsfragen bezüglich des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten bezogen. Ehe ich auf die Neuorganisation des auswärtigen Dienstes mit wenigen Worten eingehe, möchte ich auf zwei Punkte hinweisen, bei denen die Organisation unseres auswärtigen Betriebes — so will ich mich einmal ausdrücken — schon durch die Verfassung berührt wird. Es sind das die Ausschüsse, die in der Verfassung festgelegt worden sind, und zwar zunächst die **Untersuchungsausschüsse,** und dann der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Ich glaube, die Untersuchungsausschüsse werden doch schließlich nicht den Erfolg haben, den die Mehrheit des Hauses von ihnen erwartet hat. Meine Partei hat diesen Ausschüssen ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht, und durch die Erfahrungen, die bisher zutage gefördert worden sind, ist dieses Mißtrauen — ich will mich vorsichtig ausdrücken — nicht gerade beseitigt worden. Ich habe bisher trotz aller Vernehmungen noch nicht begreifen können, wie wir Klarheit über unsere auswärtige Politik in den kritischen Kriegsjahren bekommen können, solange wir die **Akten der auswärtigen Regierungen** nicht haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist vollständig unmöglich, die Schuld am Krieg und die Schuld an versäumten Friedensmöglichkeiten festzu-

(Dr. Heinze, Abgeordneter.)

(A) stellen, wenn wir gar nicht objektiv feststellen können, ob denn eine Möglichkeit, den Krieg zu vermeiden, oder eine Friedensmöglichkeit vorgelegen hat.

(Zustimmung rechts.)

Wenn jederzeit ein ausländischer Politiker auftreten und sagen kann: ja, alles das, was ihr von Friedensmöglichkeiten redet, ist gleichgültig, denn wir selber waren gar nicht willens, Frieden zu schließen, oder wir waren nur unter Bedingungen willens, auf die das deutsche Volk nicht eingehen konnte, — so können unsere einseitigen Feststellungen nur irreleiten.

Was weiter den **Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten** angeht, so glaube ich, daß er bisher noch nicht diejenige Stellung gefunden hat, die ihm für die Dauer angewiesen werden muß. Was war denn die Tendenz der Nationalversammlung, als sie diesen Ausschuß schuf? Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sollte ähnlich, wie das in auswärtigen Staaten der Fall ist, aus dem Parlament selbst Sachverständige heranziehen, die sich dauernd intensiv mit der auswärtigen Politik zu beschäftigen hätten und in Verbindung mit der Regierung der auswärtigen Politik die Richtung angeben sollten. Hiervon hat sich bisher noch wenig gezeigt. Ich gebe ja zu, daß man noch keine festen Richtlinien für die Zukunft angeben kann. Bisher hat sich der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten aber nur mit ganz konkreten Detailfragen abgegeben, ohne auch nur den Versuch zu machen, organisch Politik zu treiben.

Dazu ist in den letzten Tagen ein Umstand getreten, der mich gegen diesen Ausschuß weiterhin mißtrauisch macht, nämlich die Tätigkeit des **Haushaltsausschusses.** Als seinerzeit die Nationalversammlung den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten bestimmte, war es die Tendenz der Nationalversammlung, diesen auswärtigen Ausschuß als ein Gremium von Sachverständigen heranzubilden, (B) das die auswärtige Politik mit leiten und bestimmen sollte. Jetzt plötzlich kommt der Haushaltsausschuß und erhebt seinerseits den Anspruch, außerdem die auswärtige Politik zu bestimmen. Hier muß eine bestimmte Richtung gefunden werden. Wenn sich das Parlament intensiver mit auswärtiger Politik beschäftigt, dann muß sich das Parlament entscheiden, wo der Schwerpunkt für diese Frage liegen soll, ob im Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten oder in dem Haushaltsausschuß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Im Haushaltsausschuß sitzen andere Leute als im auswärtigen Ausschuß, und wenn der Haushaltsausschuß so beschließt und der auswärtige Ausschuß anders, dann weiß schließlich die Regierung gar nicht, was sie machen soll. Ich für meinen Teil würde der Ansicht sein, den Schwerpunkt der auswärtigen Politik in den auswärtigen Ausschuß zu legen, der oft zusammentritt und sich eingehend mit den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt, in dem Sachverständige herangebildet werden können, und den die Regierung dauernd unterrichtet. Aber diese Zweiteilung muß beseitigt werden.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Regierung hat dargelegt, daß sie eine Neueinteilung des Auswärtigen Amts in verschiedene Regionen vornehmen, den konsularischen Dienst mit dem diplomatischen Dienst verbinden, Generalkonsuln erster Klasse einführen wolle und dergleichen mehr. Wir stimmen dem zu; besonders stimmen wir den Vorschlägen der Regierung insoweit zu, als sie unsere auswärtigen Missionen derartig besolden will, daß große Vermögen nicht mehr nötig sind. Wir müssen in Zukunft unsere auswärtigen Vertreter derartig besolden, daß sie zwar kein luxuriöses, aber doch ein angemessenes Leben führen und auch eine gewisse Geselligkeit pflegen können, eine Geselligkeit, ohne die eben doch keine diplomatische Tätigkeit möglich ist.

Anzuerkennen ist auch, daß in Zukunft aus den verschiedensten Kreisen des Volkes die diplomatischen Vertreter gewählt werden sollen, und daß die Mitglieder unserer alten Diplomatie nicht ausgeschlossen werden. (C)

Meine Herren, es ist sehr viel Böses über **unsere alten diplomatischen Vertreter** geredet worden. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, auch auf das Gute hinzuweisen. Es ist nicht so, daß unsere diplomatischen Vertreter im Ausland durchweg schlecht waren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nein, meine Herren, wir haben auch ganz ausgezeichnete Vertreter im Auslande gehabt, Vertreter, die den fremden Diplomaten ganz sicher gewachsen waren. Wenn unsere auswärtige Politik schließlich Unglück gehabt hat, so hat das weniger an den Berichten unserer auswärtigen Vertreter als an der zentralen Leitung im auswärtigen Amt gelegen. Die Berichte sind zum Teil, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, ganz ausgezeichnet gewesen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und es soll dies Lob der alten Diplomatie doch nicht ganz vorenthalten werden.

Wir sind der Ansicht, daß bei der **Besetzung der auswärtigen Posten** nur die Tüchtigkeit und Geeignetheit entscheiden solle. Es sind die Fähigkeiten, die Kenntnisse, die da gefordert werden, schon oft erörtert worden. Ich schließe mich dem allen an. Es müssen gefordert werden kenntnisreiche Männer, die arbeiten wollen, die geeignet sind, das fremdländische Volk zu erkennen, die sich bemühen, in die Seele des fremden Volkes einzudringen und die das Deutschtum innerhalb ihrer Arbeitsgebiete zusammenhalten. Unsere auswärtigen Missionen müssen die Mittelpunkte des Auslandsdeutschtums und der ausländischen Kolonien in dem betreffenden Staate bilden.

Dazu aber müssen unsere auswärtigen Vertreter Männer sein, die sich an Nationalgefühl von niemandem übertreffen lassen. (D)

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Die auswärtige Politik hängt ab von zwei Faktoren: von der Macht eines Staates und von seinem einheitlichen, stetigen und einsichtigen Willen.

Die Macht des Staates in Deutschland ist zurzeit die Ohnmacht, und dieser Faktor kann die auswärtige Politik leider nicht bestimmen. Um so wichtiger wird der zweite Faktor, der stetige, einheitliche Wille. Dieser stetige, einheitliche Wille war in den letzten 30 Jahren in Deutschland leider nicht vorhanden. Um so mehr müssen wir aus dieser Erfahrung lernen und versuchen, einzuholen.

Die **Aufgabe des Außenministers** war noch nie so schwierig und so verantwortungsvoll wie gegenwärtig. Er wird der Meinung sein, die in einer neuen europäischen Presse enthalten ist, die in englischer Sprache geschrieben ist, um die wirtschaftliche Verbindung anzubahnen, und die wir heute früh in unserer Mappe fanden, die sich dahin ausspricht;

> Parteihader und eigensüchtige Interessenpolitik sollten heute dem Auslande gegenüber nicht mehr als das Abbild des Deutschtums geboten werden.

Ich anerkenne gern, daß in dieser Debatte der Herr Vorredner Heinze diesem Gesichtspunkt in willkommenster Weise Rechnung getragen hat, daß er seine abweichenden Ansichten in anderen Dingen nicht dazu benutzt hat, um hier gegen die Regierung zu polemisieren in einem so außerordentlichen Augenblick, wie derjenige ist, wo wir unmittelbar vor der Ratifikation und vor der Ausführung dieses unseligen Friedensvertrages stehen. Nicht Rechnung getragen haben diesem Gesichtspunkt die beiden Herren,

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) die gestern gesprochen haben, von der äußersten Rechten und von der äußersten Linken. Der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) und der Herr Abgeordnete Geyer haben es sich angelegen sein lassen, einen Unfähigkeitsbeweis anzutreten

(sehr richtig bei den Deutschen Demokraten)

gegenüber der Regierung, die jetzt in der furchtbar schweren Situation ist, Deutschland zu vertreten.

Der Herr Abgeordnete Schultz hat einige tatsächliche Behauptungen aufgestellt, auf welche ich kurz eingehen möchte. Es hat ausgesprochen: „wir wollen frei sein!"

(Sehr richtig! rechts.)

Ja, das wollen auch wir. Aber wir sind durch den verlorenen Weltkrieg gefesselt, und er müßte uns sagen, wie die Freiheit hergestellt werden soll.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Er hat dann weiter gegen die Vertreter des **Verständigungsfriedens** polemisiert und dabei gesagt: Sie von der Mehrheit gaben damals Befehle, ernannten Minister. Und er hat von einem krypto-parlamentarischen System im Juli 1917 gesprochen und nachher den Satz ausgesprochen: wem Gott ein Amt gibt, gibt er auch Verstand, aber hie und da kommt der Verstand erst etwas später, und zwar in einem Augenblick, wo der Betreffende das Amt wieder verlassen hat. Ich weiß nicht, warum er mit dieser spitzigen Bemerkung dem Herrn Reichskanzler Michaelis so außerordentlich wehegetan hat.

(Große Heiterkeit links. — Lachen rechts.)

Wer gab damals Befehle? Der Reichstag hat eine Politik zu machen pflichtmäßig vorgeschlagen, wozu er das gesetzliche Recht gehabt hat. Befehle gab damals die oberste Heeresverwaltung und Ludendorff. Durch das Vorgehen von Ludendorff und dasjenige des deutschen Kronprinzen ist damals in dem kritischsten Augenblick, in dem Augenblick, wo er endlich eine Majorität bekommen haben

(B) würde, der **Reichskanzler Bethmann gestürzt** worden;

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

und die Verantwortung, die in dem sogenannten Befehlegeben von Instanzen, die dazu nicht das Recht hatten, enthalten ist, wird eine ganz besondere Aufgabe der Nachprüfung sein müssen. Die Befehle sind damals in der Form gegeben worden, daß Ludendorff seinen Abschied eingereicht hat und Feldmarschall von Hindenburg dazu bestimmt hat, seinen Abschied auch einzureichen, wenn nicht Herr von Bethmann-Hollweg als Reichskanzler beseitigt würde.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe nie einen unerhörteren **Eingriff in die Politik** eines Landes erlebt, als es hier **von der Obersten Heeresleitung** geschehen ist.

Unklug war es von dem Herrn Abgeordneten Schultz, uns zu provozieren und an jene Tage zu erinnern. Er hat weiter zu dem **U-Boot-Kriege** die wunderbaren Gedanken entwickelt: je weniger U-Boote, desto günstiger wird der Erfolg der U-Boot-Kampagne. Deshalb hätte man früher anfangen sollen, zu einer Zeit, wo man noch ganz wenig U-Boote hatte. — Das ist eine so primitive Denkart,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

daß ich sie nicht zu widerlegen brauche. Aber der Herr Abgeordnete Schultz hat auch gesagt, ihm habe Tirpitz geklagt nach seiner Entlassung: zu spät, zu spät, alles sei zu spät vorgenommen worden! Ja, zu spät ist insbesondere die Entlassung von Tirpitz vorgenommen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die 15 Jahre früher hätte vorgenommen werden sollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dann hat er spottend gesagt: am 5. November ist uns von der Regierung das Königreich Polen geschenkt worden. Wer war diese Regierung? Die Regierung Kaiser Wilhelms II.! Es wird behauptet — und ich richte an (C) den Minister des Auswärtigen die Frage, ob er über diese politischen Vorgänge aus den Akten Kenntnis besitzt —, daß es wieder Ludendorff gewesen sei, der verlangt habe, daß die schon früher in eventum entworfene Proklamation herauskommen solle, mit der Behauptung, daß dadurch die 400 000 Polen unter die deutschen Fahnen gegen Rußland sich stellen werden und gestellt werden können. Das sei das Motiv der **Proklamation des Königreichs Polen** gewesen, da man nur durch Schaffung dieses selbständigen Staates ohne Verletzung der Völkerrechtsregeln der Haager Konvention die Polen zum Eintritt in das Heer habe bestimmen können, ohne Gefahr, als Franktireurs behandelt zu werden. Also wenn der Herr Abgeordnete Schultz in jenem Akte ein Unglück sieht, so wäre, wenn diese Ansicht durch die Geschichte oder durch den Herrn Außenminister bestätigt wird, auch hier die Schuld zu suchen bei einer Stelle, bei der sie zu suchen der Herr Abgeordnete Schultz bisher immer vermieden hat.

Zum Schluß hat er gesagt, man solle **Fachmänner in das Auswärtige Amt** berufen. Ja, das hat man 30 Jahre lang getan. Viel ungünstiger hätte die Politik nicht ausfallen können, als sie tatsächlich ausgefallen ist in einer Periode, in der nur Fachleute berufen worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und in den anderen Ländern ist der Mediziner Clemenceau, der Rechtsanwalt Lloyd George und der Universitätsprofessor Wilson berufen worden, die auch nicht von Haus aus Diplomaten gewesen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ich verlasse gern den Herrn Abgeordneten Schultz, der mir nur den Eindruck hinterläßt, daß seine Rede eine Fortsetzung des partei-agitatorischen Versuchs ist, die heutigen schlechten Zustände und den schlechten Frieden als eine Folge der Revolution und der Revolutions- (D) regierung darzustellen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

während sie eine Folge des verlorenen Krieges sind,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und deshalb ist diese ganze Polemik zu neun Zehntel unwahrhaftig

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

und verwirrend für die Wählerschaft, die weiß Gott aus den Verwirrungen endlich herauskommen sollte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Von der anderen Seite hat Herr Dr. Geyer angegriffen. Er hat uns eine Art sächsischen Marxismus gepredigt, und während ich im Anfang glaubte, er werde auf dieser „wissenschaftlichen" Linie bleiben, hat er im Verlauf seiner Rede nicht eine einzige der Verzerrungen vermissen lassen, durch welche seine Partei sich auszeichnet. Er ist aber gerade deshalb auch typisch für diese ganze Agitation und Angriffsweise, die nun auch bei dem auswärtigen Ministerium wiederholt worden ist, nachdem wir sie in unzähligen Varianten und Stimmen schon bei allen anderen Etatpositionen oder Ministerien auch gehabt haben. Der Herr Abgeordnete Dr. Geyer hat wieder gezeigt, daß er oder seine Partei blind ist oder sich blind stellt für den ungeheuren Aufwärtsruck, den die Arbeiterschaft in Deutschland genommen hat und der niemandem mehr Genugtuung bereitet haben würde als Karl Marx selbst, der diesen Aufstieg gewünscht hat. Er hat dann wieder gesprochen von dem „Geiste des neuen Militarismus, er hat gleichzeitig ein Bündnis mit dem Sowjetrußland verlangt, um dessen Krieg fortzuführen, und er hat ausgesprochen: wir halten es für Pflicht, bei revolutionären Kämpfen uns zu beteiligen.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Er beschwert sich über die Gewalt, die der Staat an-

(**Haußmann**, Abgeordneter.)

(A) wendet, und proklamiert gleichzeitig eine Politik der Gewalt und der Auflehnung, die den Staat in eine Notwehr versetzt und zwingt, im Interesse der Selbsterhaltung des Staates und der Gesellschaft diese Gewalt zurückzuweisen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist die heuchlerische Argumentation, der wir fortwährend bei den **Unabhängigen** begegnen

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

und die deshalb so ganz besonders unsympatisch anmutet, weil sie sich immer verbrämt mit einer wehleidigen Humanität über das Unrecht, das einem oder dem anderen von ihnen durch Gewalt passiere, während sie die Anwendung der Gewalt zum System erheben wollen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Sie polemisieren gegen die Reichswehr, und sie sind allein schuld an der Notwendigkeit der Reichswehr.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie beschweren sich über den Belagerungszustand, und ihr Verschwörertum und die leider häufig eintretenden Putschwirkungen desselben machen es nötig, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber der Herr Abgeordnete hat auch ausgesprochen: „wir haben keinen Anlaß, mit Clemenceau gegen Deutschland zu kämpfen", und anstatt diesem Grundsatze nachzuleben, und obwohl er bezeugt, „keinen Anlaß dazu zu haben", liefern Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) der Entente fortgesetzt die giftigsten und blutigsten Waffen gegen Deutschland

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und streuen die **verleumderische Behauptung der Aufstellung von Massenheeren** aus und unterlassen nicht, diese Denunziationen hier im Saale zu wiederholen, damit sie in die Auslandspresse übergehen und ihre Wirkung explosiv in der Entente ausstrahlen sollen. Das (B) hat Herr Henke getan, und der „Figaro" hat mit großen Buchstaben diese falsche Denunziation in Frankreich wiedergegeben, und gestern hat Herr Abgeordneter Dr. Geyer trotz dieses Satzes das gleiche über sich gebracht und dieses Zusammenwirken mit der Entente gegen Deutschland zu einer Taktik seiner eigenen Partei gemacht. Es genügt, das zu charakterisieren und hinzuzufügen, daß diese Partei direkt und indirekt maßlosen Schaden stiftet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Er hat dann fortgesetzt von der **„sozialistischen Auslandspolitik"** gesprochen. Ja die sozialistische Auslandspolitik, die Sie treiben, ist die Herstellung eines internationalen Komplotts gegen die heutige Gesellschaft zum Sturze der Ordnung und der Freiheit, die unzertrennlich sind. Das nennen Sie sozialistische Auslandspolitik!

Er hat sich dann noch zu dem Wort verstiegen von der **„Idee der sozialistischen Freiheit"**, die in Wirklichkeit eine Ideenlosigkeit der sozialistischen Unfreiheit ist, die hergestellt würde, wenn der Sozialismus in Ihrem Geiste durchgeführt würde, in dem Geiste des Sowjetrußland, mit dem Sie ein Bündnis Deutschlands verlangen. Wenn der Herr Abgeordnete geschlossen hat, die gegenwärtige „Regierung sei zur Unfruchtbarkeit verurteilt", so ist das ja leider zu einem großen Teile wahr. Nichts aber erreicht die Unfruchtbarkeit der **Politik der Unabhängigen und der Kommunisten**, von denen Sie sich zu scheiden nicht den Mut haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist in der Tat eine der bedenklichsten Seiten Ihrer Politik, daß Sie diese Sabotage der Volkswirtschaft durch die Parteien, mit denen Sie außen zusammenwirken, predigen lassen und diese Politik der Sabotage hier, wo es sich darum handeln würde, offen für seine Politik einzustehen, zu vertreten nicht über sich bringen. Wir hören deswegen nicht auf, dieses Treiben und diese Handlungs- (C) weise als das zu empfinden, was sie ist und als was ich sie mir jetzt zu charakterisieren erlaubt habe.

Der Etat des Auswärtigen Amts, bei dessen Beratung wir stehen, hat eine interessante Aussprache herbeigeführt durch die Mitteilungen des Herrn Ministers über die weitere Reorganisation des Ressorts, die er hier im Hause wie zuvor in den beiden Ausschüssen gegeben hat. Zuerst eine Zwischenbemerkung. Wenn Herr Abgeordneter Heinze vorhin von den beiden Ausschüssen gesprochen und gesagt hat, es müsse die **Politik** entweder **beim Auswärtigen Ausschuß oder beim Haushaltsausschuß** sein, und wenn er vorschlägt, daß man sie einheitlich bei dem Auswärtigen Ausschuß belassen solle, so möchte ich nur sagen: das ist das letzte Mal vom Plenum selbst nicht ganz zweckmäßig behandelt worden, indem man diesen Etat des Auswärtigen an den Haushaltsausschuß verwiesen hat. Dadurch hatte dieser vom Hause die Aufgabe, auch diese Frage zu behandeln, die zuvor der Auswärtige Ausschuß behandelt hat. Wenn wir wieder einen Etat bekommen werden, kann ja der Herr Abgeordnete Heinze den Antrag stellen, daß diese Fragen einheitlich, und zwar von dem Auswärtigen Ausschuß, behandelt werden sollen, und sie können diesem überwiesen werden, wenn es dem Hause richtig erscheint.

Meine Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Ministers kann ich dadurch zum Ausdruck bringen, daß ich mich weiterer Ausführungen enthalte über das meiste, was er gesagt hat über die **neuen Männer** und darüber, daß der entscheidende Gesichtspunkt die **Tauglichkeit** sein müßte, auch darüber, daß er gesagt hat, es solle die **Parteiangehörigkeit** kein Abhaltungsgrund zur Verwendung von Tauglichen sein. Aber Personen, welche gegen das gegenwärtige System agitieren, haben keinen Raum in der Verwaltung; auch das ist ein Grundsatz, dem man nur zustimmen kann. (D)

Was die **Formen im auswärtigen Verkehr** anlangt, so sind wir leider nicht in der Lage, die Formen zu bestimmen. Die Diplomatie Englands hat bisher diese Formen weitgehend bestimmt. Es kam sogar vor, daß, wenn amerikanische Vertreter an einzelnen Plätzen gegen diese Formen verstoßen haben, eine Art stillen Abrückens zur Erzwingung der Formen, zum Schaden des betreffenden Landes, das durch den Vertreter repräsentiert wurde, eintrat, und so werden wir uns nach dieser Lehre der Vergangenheit erinnern müssen, daß es wohl nicht in unserer Hand stehen wird, die Formen des diplomatischen Verkehrs wesentlich zu bestimmen.

Der Ausschuß hat den für die **interparlamentarische Union** im Entwurfe beantragten Beitrag von 5000 Mark auf 10 000 Mark erhöht. Es ist das zu billigen. Es ist bisher auf die Pflege von solchen interparlamentarischen Beziehungen viel zu geringer Wert gelegt worden, was sich auch dadurch gerächt hat, daß viel zu wenig persönliche Verbindungen zwischen Männern vorhanden gewesen sind, welche während des Krieges und auch jetzt wichtige Dienste hätten leisten können.

Was der Herr Abgeordnete Dr. Heinze über **die Auslandsdeutschen** und über die **Auswanderer** gesagt hat, unterschreibe und unterstütze ich.

Was er über die **Vertretung Deutschlands beim Vatikan** gesagt hat, ist gleichfalls richtig. Der Art. 78 der Verfassung läßt die Möglichkeit offen, daß Bayern einen Vertreter beim Vatikan ernennt. Wenn aber die deutschen Katholiken einen hohen Wert darauf legen, daß Deutschland selbst beim Vatikan vertreten sein soll, so wäre es ein Akt kluger Einsicht, wenn Bayern nicht daneben eine Parallelaktion herzustellen für richtig halten würde,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

deswegen, weil sich dann auch Preußen verpflichtet glaubt,

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) diese Parallelaktion mitzumachen, und weil dadurch die Einheitlichkeit, auf die wir auch bei jener Stelle Wert legen müssen, gefährdet ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es scheint mir auch richtiger, falls die Bedingungen dazu geschaffen worden sind, Deutsche auch auf der **Arbeiterkonferenz in Washington** zuzulassen, daß Deutschland von diesem Rechte Gebrauch macht, und wenn das Ministerium unter den beiden Vertretern, die es zur Vertretung der Regierung absendet, außer einem Beamten des Arbeitsministeriums den früheren Staatssekretär August Müller entsendet, so scheint es mir richtig, auszusprechen auch von unserer Seite, daß, obwohl er ein Sozialdemokrat ist, er in ganz besonders geeigneter Weise Deutschland zu vertreten der Mann sein wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Zu der **Blockade gegen Rußland,** zu der die letzte Note, die noch nicht bekannt ist, aufgefordert hat, hat sich der Herr Außenminister gestern ausgesprochen. Er hat sich nach meinem Gefühl zu leise ausgesprochen. Ich denke, die Note, die in den nächsten Tagen abgehen soll und über welche der Herr Minister dem Auswärtigen Ausschuß heute früh einige Grundzüge mitzuteilen in der Lage war, wird die Gedanken, die er berührt hat, noch bestimmter aussprechen. Ich glaube, wir Abgeordnete, die wir noch freier sind, dürfen nicht unterlassen auszusprechen, daß Deutschland der Aufforderung, sich an der Hungerblockade gegen Rußland zu beteiligen, nicht folgen darf.

(Sehr richtig!)

Es ist schon völkerrechtlich nicht richtig, eine Blockade, die Deutschland höchstens zu Lande ausüben könnte, vorzunehmen, denn Blockade darf völkerrechtlich überhaupt nur zur See ausgeführt werden. Blockiert ist zudem vom

(B) Oktober an Rußland durch das Eis in einer Weise, daß der Seeverkehr dahin überhaupt nicht praktisch wird. Es ist überhaupt ein untaugliches Mittel und es ist ein unsittliches Mittel, einem ganzen Volke durch Absperrung der Nahrungsmittel und Medikamente für seine Kranken diesen unerhörten Zustand des Leidens zu schaffen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deutschland, dem dieses völkerrechtliche Unrecht angetan wurde, darf sich nicht an einem solchen Unrecht beteiligen, ohne nachträglich die Anwendung dieses Mittels gegen uns zu sanktionieren.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist ausgeschlossen.

Wenn wir die Anwendung dieses Mittels ablehnen, so wollen wir nicht überhören, daß die Entente zu der Vorstellung gelangt, daß für gewisse internationale Dinge auch die Mitwirkung des besiegten Deutschlands nötig ist. Aber es kann sich nicht darum handeln, für eine einzelne Maßregel eine derartige Zustimmung durch Note ohne Rücksprache zu verlangen. Mit den Neutralen ist wenigstens ein diplomatischer Verkehr und Gedankenaustausch und eine Befragung über die weiteren Absichten möglich. Deutschland aber zuzumuten, dem zuzustimmen, ohne daß Deutschland überhaupt weiß, welches die weiteren Gedanken derjenigen, die dieses Mittel anwenden wollen, sind, ist eine Zumutung, auf die wir nicht eingehen dürfen. Die fremden Staaten müssen vor jedem gemeinschaftlichen Schritt zur Gesundung Rußlands uns Auskunft und Gehör geben.

Die Frage, welche Exekutionen der **Völkerbund** etwa vornehmen kann, wird erst praktisch, wenn der Völkerbund in Existenz getreten ist. Jetzt liegen die Voraussetzungen dafür überhaupt nicht vor, weil der Völkerbund noch nicht in Existenz getreten ist und weil im übrigen die Tatsachen, für welche er ein Zwangsmittel derart vorsieht, nicht gegeben sind. Wenn die Entente gegen den

(C) **Bolschewismus** kämpft, müssen wir uns erinnern, daß die Entente die Mutter des Bolschewismus ist; sie hat ihn großgezogen. Würde sie im Jahre 1916, würde sie im Jahre 1917 den Frieden hergestellt haben, so würde diese ungeheure Entartung des politischen Denkens auch in Rußland nicht eingetreten sein oder nicht in der Weise grassierend und ansteckend gewirkt haben können, wie es tatsächlich eingetreten ist.

Zu der Blockade noch eine kleine Bemerkung. Ich bin nicht in der Lage, mich den Angriffen auf den **Reichspräsidenten Ebert** anzuschließen, welche gestern deshalb erhoben worden sind, weil er eine **Bemerkung über die Blockade zu einem fremden Journalisten** gemacht habe.

(Hört! hört! rechts.)

Denn nach dem, was ich tatsächlich über den nach den Umständen unverfänglichen Vorgang erhoben habe, nach dem Dementi, das heute offiziell erschienen ist, ist um so weniger Anlaß vorhanden, in die Loyalität des Reichspräsidenten gegenüber den konstitutionellen Verhältnissen unseres Landes, die wir kennen, irgendwelche Zweifel zu setzen.

(Zustimmung links.)

Was die Politik zu **Rußland** anlangt, so möchte ich mich irgendwelcher Ausführungen enthalten. Denn Rußland ist noch gar kein gewordener Staat. Was aus dem nächsten Stadium hervorgehen wird, ist in keiner Weise zu übersehen; welche Tendenzen sich in dem Lande geltend machen werden, ist gleichfalls nicht abzusehen, und so, glaube ich, müssen wir uns in diesem Stadium darauf beschränken, uns zu dem Gedanken zu bekennen, daß wir, selbst schwer leidend, das höchste Maß von Teilnahme für dieses unerhört leidende Volk haben müssen und die Hoffnung nicht aufzugeben brauchen, daß die Bedürfnisse, die dieses Volk haben wird, zu einem Verhältnis der Nachbarlichkeit führen können, (D) das wir, wenn es dort geteilt wird, jederzeit zu erwidern entschlossen und bereit sein werden. Die gleiche Haltung wird auch gegenüber den anderen Randstaaten richtig sein, die zu befreien Deutschlands Absicht sein mußte. Die anderen Randstaaten werden, weil sie sich von dem Koloß Rußland, falls er sich wieder konsolidieren sollte, in ihrem Unabhängigkeitsstreben bedroht fühlen, um so dankbarer sein, wenn sie eine wirtschaftliche Stütze an Deutschland haben werden. Das gilt für **Finnland,** das gilt für die **Ukraine;** auch für **Polen** wird vielleicht der Zeitpunkt kommen, wo es einsieht und aus seiner Geschichte gelernt haben wird, daß ein Polen, das sich auf Frankreich stützt gegen Deutschland, seine eigenen Interessen verletzt. Aus dieser Einsicht wird vielleicht in kürzerer Zeit, als man heute noch denkt, ein Verhältnis hervorgehen, das ich den Gebieten, um die es sich handelt, und uns auf das allerdringendste wünschen möchte und auf das wir hinarbeiten müßten.

Die **Politik der Entente** fordert einige Bemerkungen. Clemenceau baut Reden wie Triumphbogen, durch die er dann selbst in einer Positur hindurchtritt, die wir jetzt aus seinen Kundgebungen reichlich kennen gelernt haben. Er spricht aus, „der Friede ist die Forsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" und behauptet, daß er diesen Satz nach „Bernhardi", der ihn in Deutschland gesprochen habe, umkehre. Der Herr Ministerpräsident von Frankreich scheint nicht zu wissen, daß dieser Satz nicht von dem kleinen General Bernhardi, sondern von dem großen Clausewitz ausgesprochen worden ist, der schon vor 100 Jahren gelebt hat. Die Herren, die sich mit der **Rede Clemenceaus** beschäftigt haben, haben seinen Satz zitiert, daß der Haß keine Lösung bringe. Im Munde des großen Hassers Clemenceau macht sich diese späte Erkenntnis besonders bemerkbar, aber widerspruchsvoll und

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) zwiespältig peitscht auch seine jetzige Rede wieder die Leidenschaften, das Vorurteil und den Haß gegen Deutschland auf;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die Versuche, einige diplomatische Freundlichkeiten einzustreuen, können den Gesamteindruck der Rede nicht verwischen, in welcher mir ein Satz wahr zu sein scheint: „Ich verstehe die Mentalität der Deutschen nicht". Das hat man aus seiner ganzen Politik schon erkennen können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir verstehen die Mentalität des Herrn Clemenceau, und ich verstehe die neueste Rede auch dahin, daß es eine Wahlrede gewesen ist, nachdem jetzt die gesetzgebende Versammlung aufgelöst wird. Es soll noch einmal dieser Siegesjubelton angeschlagen werden, dieser Übermut: „Wir sind die Herren", wir müssen „die Hegemonie herstellen" und schützen. Dieser Übermut hat das französische Volk seit 12 Monaten in einen Taumel von Freudenfesten gestürzt, der zugleich die arbeitende Bevölkerung von Frankreich der Arbeit in einem Maße zu entwöhnen angefangen hat, das noch über das in anderen Ländern hinausgeht und das sich bitter an der Volkswirtschaft von Frankreich rächen wird.

Wieder hat Clemenceau zu der **Greuelpropaganda** gegriffen, er hat gesagt: hier habe ich einen dicken Band, in welchem die Greuel der Deutschen verzeichnet sind. Mit dieser Greuelpropaganda haben sie einen unerhörten Unfug und endlose Wiederholung getrieben, sie haben die Verfehlungen einzelner Personen als den Ausdruck der Gesinnung eines Landes und eines Volkes mißdeutet und mißbraucht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

um gegen dieses Volk Haß zu säen, und haben sich blind gestellt gegen die Wahrheit, daß die Macht in (B) okkupierten Gebieten Willkür erzeugt und daß die Willkür immer einzelne Exemplare und Individuen zu Grausamkeiten verführt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deshalb möchte ich meinen, das Auswärtige Ministerium muß, wenn diese Greuelpropaganda jetzt fortgesetzt wird am Ende des Krieges, es nicht unterlassen, alle die Greuel, von denen wir Beweise haben, daß sie bei der Entente vorgekommen sind,

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Und jetzt noch vorkommen!)

und jetzt, wo sie erstmals deutsches Gebiet okkupieren, vorkommen, und auch alle die Greuel, die an unseren Gefangenen verübt worden sind, nicht nur zu sammeln, sondern von ihnen auch den entsprechenden erneuten Gebrauch zu machen und der französischen Regierung mitteilen, um zu sagen: wenn sie uns ein Duplikat ihres Bandes schickt, so werden wir aufs gewissenhafteste und strengste diese Verfehlungen untersuchen und nach unserem Gesetz, das auf derartigen Mißbrauch der Amtsgewalt sich bezieht, die Ahndungen eintreten lassen, weil wir gleich entschlossen sind, derartige Fehltritte, derartige Versündigungen einzelner der Sühne zuzuführen.

Den beredten Worten, die der Herr Kollege Pfeiffer wegen der Vorenthaltung unserer deutschen **Gefangenen** gesprochen hat, will ich mich durchaus anschließen. Auch ich sehe in der Zurückhaltung von einer halben Million Menschen, um Zugeständnisse von dem Land zu erlangen, eine der größten Versündigungen gegen das menschliche Gefühl.

Was **England** anlangt, so hat der englische Handelsminister vor einigen Tagen mit einer schmerzlichen Freudigkeit im Unterhaus verkündet: Die deutsche Wirtschaft ist kaputt! Ein anderer Minister hat etwas einsichtiger sich ausgesprochen — der Abgeordnete Wels hat ihn gestern schon zitiert —; Lord Robert Cecil hat im „Globe" ge- (C) schrieben:

> Die internationalen Beziehungen ruhten bisher auf dem Trugschluß, eine Nation sei der Feind der anderen. Tatsächlich sind die Gesamtinteressen heute viel größer und wichtiger als die nationalen Gegensätze.

Eine derartige Einsicht könnte Träger einer verständigen Politik werden. Da dürfen wir uns erinnern, daß auch schon während des Krieges ein Teil der Minister zeitweise Einsicht gehabt hat und für Einlenkung, für einen **früheren Abschluß des Krieges** eingetreten ist. Davon haben wir schon vorher Spuren und Andeutungen erhalten. Jetzt aber — um für die Zukunft Schlüsse zu ziehen, hat das praktischen Wert — erfahren wir in der letzten Septembernummer der Monatsschrift „National Review", deren Herausgeber jener Herr Leo Marxe ist, der eine führende Rolle in der Propaganda gegen Deutschland gespielt hat, daß in der Tat im **Sommer 1917** das Ministerium die Neigung hatte, zum Frieden einzulenken, und daß es Pourparlers eröffnen wollte. Er schreibt darüber wörtlich:

> Wir müssen Herrn Erzberger darin zustimmen, daß die britische Regierung im August 1917 die Initiative ergriff, um Deutschland durch den Vatikan eine Eröffnung zu machen.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

> Es ist unzweifelhaft, daß Downing Street in einer ihrer periodischen Panikanwandlungen Pourparlers zu eröffnen suchte, und wären die Oberste Heeresleitung und die Vaterlandspartei nicht gewesen,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

> so hätte Berlin eine Antwort geben können, die unsere Panikmacher hätte in den Stand setzen können, ihr Ziel weiter zu verfolgen, bis alle (D) unsere Kriegsziele geopfert gewesen wären. Die Entente wäre in die Brüche gegangen, und Alldeutschland hätte die Bedingungen diktieren können, anstatt sie entgegenzunehmen. Das britische Weißbuch sucht natürlich diese traurige Episode in ein möglichst günstiges Licht zu rücken. Aber die Tatsachen lassen sich nicht leicht aus der Welt schaffen und reden eine laute Sprache. Unsere Eröffnung (an den Vatikan) war ohne Zweifel durch die immer wachsende Panik erzeugt, die damals Rußlands Sinken in Anarchie, Amerikas geringe Leistungen im Feld und jener schreckliche Tribut erzeugten, den die U-Boote von unseren Schiffen erhoben. Downing Street wäre damals beinahe auf alles eingegangen, und hätte der Feind nur eine befriedigende Erklärung über Belgien abgegeben,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

> so hätten die Unterhandlungen begonnen, und das Unheil wäre geschehen, bevor das Publikum von der Intrige nur gewußt hätte.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

An einer anderen Stelle sagt er, daß das „eines der sorgfältigst gehüteten Geheimnisse gewesen wäre, das jetzt erst durch das Weißbuch an den Tag komme, daß England diese Initiative bei dem Papst und bei dem Vatikan ergriffen habe." Wir sehen die Tendenz dieses englischen Chauvinisten, aber seine Mitteilungen haben einen hohen Wert. Sie bestätigen die Vorstellung, daß damals auf die Friedensresolution des Deutschen Reichstags hin Friedensfühler ausgestreckt wurden, die hier ganz richtig mit dem diplomatischen Ausdruck „Pourparlers" bezeichnet worden sind. Die Hauptaufgabe aber unserer auswärtigen Politik war damals, zu solchen „Pour-

(**Haußmann**, Abgeordneter.)

(A) parlers" zu kommen, um von diesen weiter zu Verhandlungen zu gelangen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das hat Ludendorff verhindert!)

Ich gehe auf die weiteren Konsequenzen nicht ein, sondern sage nur noch einmal, daß danach auch englische Minister zeitweilig vernünftige Anwandlungen gehabt haben, in die vielleicht einige nach der Ratifikation rückfällig werden.

Über die **Politik Nordamerikas** zu sprechen, empfiehlt sich nicht. Wir können nur konstatieren, daß diejenigen in Nordamerika, welche den **Präsidenten Wilson** deshalb angegriffen haben, weil der Vertrag zu wenig hart sei, sich im Laufe der letzten Monate gezwungen gesehen haben, ihre Angriffe nicht mehr mit dem Vorwurf mangelnder Härte zu begründen, sondern mit dem Vorwurf mangelnder Rücksicht auf die internationale Gerechtigkeit. Die Angreifer von rechts — so möchte ich sie nennen — haben sich also gleichsam mit den Angreifern von links in Amerika zusammengeschlossen und haben gegen Wilson eine Stimmung erzeugt, von der man sagen kann, daß sie mit dem Worte Achselzucken nur sehr milde zu bezeichnen ist. In Amerika kommt allmählich die Stimmung zum Durchbruch, daß Präsident Wilson mit seinen ursprünglichen richtigen Ideen durch Schwäche Schiffbruch gelitten habe und daß das ein Unglück für die Welt und ein Unrecht gegen Deutschland sei.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Demokraten.)

Wir können nur wünschen, daß sich diese Stimmung durchsetzt.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir können, wenn wir die ausländische Politik ansehen, sagen, daß die eigentliche **Staatskunst der Entente** sehr gering gewesen ist. Es fehlte auch der Entente ein großer Mann in dieser Zeit.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(B) Während des Krieges hat sich das schon gezeigt, und das zeigt sich seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in immer stärkerem Maße. Ein Jahr lang hat die Entente an unserer Ohnmacht ihren Mut gekühlt, und doch hat sie während dieser ganzen Zeit ihren Diktierfrieden nicht einmal so weit gebracht, daß er heute ratifiziert wäre, weil sie die Durchführung mangelhaft vorbereitet hat. Die Herstellung des Friedens kann lange dauern, wenn man mit dem Gegner verhandelt; wenn man aber mit dem Gegner nicht verhandelt, sondern ihm den Frieden in der unerhörten Weise, wie das hier geschehen ist, diktiert, dann ist es ein Beweis der Unfähigkeit der Staatskunst, wenn sie dazu ein Jahr braucht und inzwischen die Völker in diesem gefährlichen Schwebezustand läßt, der alle moralischen und wirtschaftlichen Widerstände in der furchtbarsten Weise anfrißt, wie wir es bei uns erlebt haben, wie es aber auch die Entente bei sich selber erlebt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben erlebt, daß die Entente ihre Generale in den **besetzten Gebieten Lostrennungspolitik** hat machen lassen. Diese Politik ist an dem deutschen Sinn der Männer und Frauen in den besetzten Gebieten gescheitert.

(Bravo!)

Wir sprechen diesen Männern und Frauen den Dank dafür aus, daß sie die Entente über ihr Deutschtum belehrt haben, daß sie sich von Generalen und eingefangenen Staatsanwälten nicht haben verführen lassen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ganz besonderen Dank spreche ich den Arbeitern aus, die ein hervorragendes Verdienst an der mutigen Propaganda für Deutschland gehabt haben, die die anderen nicht zur Besinnung, aber zum Nachdenken gebracht hat.

(Bravo!)

(C) Heute steht in der Zeitung, daß jetzt eine andere Propaganda begonnen werden soll. Ein Herr in Paris hat ein Programm entwickelt, wonach jetzt „eine intellektuelle **Durchdringung der deutschen Volksschulen und Mittelschulen mit französischem Geiste**" stattfinden soll.

(Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Der französische Schulmeister soll nur kommen!

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere deutschen Kinder mit ihren deutschen Eltern und Köpfen werden ihm die Wege schon weisen und den Weg zu ihrem Herzen und zu ihrem Verstand verlegen. Des sind Kenner der Gebiete schon heute sicher. Auch hier droht der Entente Schiffbruch.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Jetzt kommt man zu der unerhörten Zumutung, daß **Besatzungskommissionen** in dem gehäuften Maße hierher kommen sollen. Es ist berechnet worden, daß $2^1/_2$ Milliarden

(hört! hört!)

dazu aufgewendet und uns wieder abgepreßt werden sollen. Eine wahnsinnige Politik eines Volkes, das von uns noch Zahlungen haben will, uns zu zwingen, dieses Geld für derartige Überwachungen zu verbrauchen,

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

für Überwachungen, die zum Teil darauf gestützt werden, daß man die falschen Denunziationen der Unabhängigen für richtig hält!

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ein weiteres Fiasko ist das **Loch im Westen** mit seinen die ganze internationale Volkswirtschaft zerrüttenden Wirkungen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das Hereinbringen von Waren nach Deutschland und die Aufsaugung deutscher Waren in Verbindung mit dem unheimlichen Stand unseres Geldes ist eine Maßregel, die für das ganze Wirtschaftsleben und rückwirkend auch für (D) die Volkswirtschaft der Entente und der Neutralen schwer schädigend wirken muß. Die Schweiz und andere Länder haben das bereits erfahren. Anstatt in den ersten Zeiten sich auf die Herstellung einer gesunden **Valuta**, auf eine Valutaanleihe zu besinnen, die den Verkehr der Völker wieder auf eine gesunde Basis stellt, lassen sie Maßregeln einreißen, die das Gegenteil einer Gesundung herbeiführen.

So kann man sagen, daß die ganze Besatzungspolitik der Entente bisher zu einem Fiasko geworden ist. Sie hat nur die Liebe der Deutschen in den **besetzten Gebieten** zu ihrem Vaterland erhöht — es wird uns erklärt, daß im Rheinland, in der Pfalz und an der Saar noch nie so hoch die Herzen für Deutschland geschlagen haben wie nach diesem Jahre —,

(bravo! bei den Deutschen Demokraten)

und sie hat zu einer **Stärkung unseres Einigkeitsgefühls** geführt. Jetzt ringen die Franzosen die Hände darüber, wir seien nur einiger geworden, man hätte uns spalten sollen. Als ob sie die Macht dazu gehabt hätten! Als ob nicht die Grausamkeit, die wir zu leiden haben, ein notwendiges ehernes Band um alle deutschen Gebiete schmieden mußte! Der Norden und der Süden von Deutschland ist einiger, als sie je gewesen sind.

(Bravo!)

Dann kommt noch **Elsaß** hinzu! Was muß da Frankreich erleben, und was müssen die Elsässer erleben! Man hat ihnen die 50 Jahre zugerufen, daß es eine Grausamkeit sei, daß Deutschland sie die französische Sprache nicht reichlicher benutzen lasse. Und jetzt war die erste Maßregel der Franzosen, diese von ihnen als grausam verpönte Maßregel über Elsaß mit seinen 90 Prozent Deutschen zu verhängen, das Deutsch zu verbieten und unter ihnen dadurch eine Revolte des Geistes hervorzurufen, daß sie von diesem Versuch jetzt schon zurückkommen und

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) den Herrn Millerand abberufen mußten. Aber wir lesen noch etwas anderes. Wir lesen, daß sie verkünden, es sei im Elsaß ein „neutralistisches Komplott" entdeckt worden. Also, wenn die Elsässer, denen man früher, um sie zu locken, die Selbstbestimmung versprochen hat, von der Selbstbestimmung dahin Gebrauch machen, daß sie selbständig sein wollen, so wird das für ein „Komplott" erklärt! Das muß Frankreich im ersten Jahre erleben, nachdem es gleichfalls den Bruch seiner einstigen Grundsätze und der Wilsonschen Grundsätze begangen hat, die Elsaß-Lothringer nicht abstimmen zu lassen, ob sie Franzosen werden wollen, sondern mit der Fiktion gearbeitet hat, es sei kein Zweifel, daß die Elsässer das werden wollen, was solchen Zweifeln begegnet, daß sie die Zweifler zu verhaften beginnen.

Zum Schluß dieser Betrachtung das Unrecht, das sie an **Österreich** getan! Die Leiden von Wien sind unerhört!

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wien ist am Verhungern, und die Entente, an welche jetzt vor einem Jahre sich Österreich bittend wegen des Hungers gewandt hat, läßt diese Zustände zu. Ein Pfund Kartoffeln in der Woche erhält der Kopf in Wien!

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist das zugleich ein Unterricht für die Österreicher, der noch eine andere Wirkung hervorrufen wird. Sie erkennen jetzt erst die volle Grausamkeit, die darin besteht, den Österreichern zu verbieten, Deutsche zu werden und sich an ein Land anzulehnen, das, wenn sie bei ihm wären, die Staatspflicht hätte, ihnen zu helfen. Im Wiener Parlament hat vor wenigen Tagen der Herr Abgeordnete Austerlitz, der Führer der Sozialdemokratie, ausgesprochen, daß, wenn sie auch ihr Gesetz abändern müssen, was sie in dem Augenblick getan haben, sie nicht aufhören werden, in ihrem Herzen Deutsche zu sein (B) und Deutsche werden zu wollen. Wir können diese Äußerung nur mit dem Ausdruck der vollsten Sympathie und der Teilnahme für die Leiden und das Schicksal von Österreich erwidern!

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir nun von der Staatskunst der Alliierten sprechen, so wollen wir nicht unterlassen, offen auszusprechen, daß auch die **deutsche Staatskunst im Kriege** versagt hat. Sie war unstet, zwiespältig und großsprecherisch. Sie ist von **Kaiser Wilhelm II.** gemacht worden als dem wesentlichsten Träger des Geistes, der geherrscht hat, und die Periode ist die Regierungsperiode Kaiser Wilhelms genannt worden, als er sein 25 jähriges Jubiläum gefeiert hat.

Ich will über ihn in dem Augenblick, wo die Gegner wieder das Unerhörte des Auslieferungsbegehrens erneuern, nicht die härteren Worte sprechen. Ich mache aber diejenigen, die für ein **Kaisertum** programmatisch oder unpragmatisch agitieren, darauf aufmerksam, daß dieser Versuch bald nötigen wird, den Gegenbeweis mit Urkunden anzutreten, in denen sich das Kaisertum charakterisiert hat. Diese Gegenagitation hätte man sonst entbehren können. Kaiser Wilhelm war ein großer Dilettant, und diese Feststellung, die niemand ernstlich bestreitet, reicht aus; er war auch Haupturfacher davon, daß Deutschland während der 25 Jahre nicht optiert hat in zweierlei Richtung.

Es mußte darüber optieren, ob es mit **Friedensakzenten** die Welt militärisch entgiften wollte, oder ob es mit dem System der **Kriegsdrohungen** glaubte vorgehen zu sollen. Zwischen beiden ist nie sicher gewählt worden, und das hat Deutschland auf der Haager Friedenskonferenz einer falschen Beleuchtung ausgesetzt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn dort die klare innere Entscheidung unterblieb, so mußte optiert und gewählt werden zwischen den **Koalitionsmöglichkeiten**, des näheren, ob Deutschland sich an Ruß- (C) land anschließt und diesem am Schwarzen Meer und der Meerenge sekundiert, oder ob es sich an England anschließt. Auch diese Option ist nicht vorgenommen worden. Nachdem die Schere, um die Verbindung mit Rußland vollends zu zerschneiden, durch Kündigung des Rückversicherungsvertrags von Kaiser Wilhelm persönlich angesetzt worden ist — denn er hat dem Reichskanzler Caprivi zugemutet, das zu tun, erst ein paar Tage, nachdem dieser General, der kein „Fachmann" gewesen ist, in das Amt getreten ist —, ich sage, nachdem der Faden nach jener Seite abgeschnitten war, mußte zu England in eine Beziehung getreten werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir erkennen erst jetzt voll, daß der Tod des **Kaisers Friedrich** ein nationales Unglück von allerhöchster Schwere für Deutschland gewesen ist;

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

denn wenn er Kaiser geworden wäre, so wäre die deutsche Politik in andere, in friedliche, in Bündnisbahnen geleitet worden, und das furchtbare Unglück wäre uns erspart gewesen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Bei diesem Punkte möchte ich noch sagen: Wann erscheinen endlich **Bismarcks Erinnerungen?** Das ist auch ein Ausdruck der Wilhelminischen Periode, daß ein Buch nicht erscheinen konnte,

(Zuruf rechts: Nach Bismarcks Willen!)

das das Vermächtnis seines ersten Kanzlers an das deutsche Volk mit Ratschlägen an das deutsche Volk gewesen ist.

(Zuruf rechts: Bismarck wollte es nicht!)

Das ist von jenem System aus liebedienerischen Rücksichten gegen den Kaiser dem deutschen Volke unterschlagen worden.

(Zuruf rechts: Bismarck selbst wollte es nicht! — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Bismarck hat es verboten!) (D)

Ich habe vor zehn Jahren öffentlich ausgesprochen: dieses Buch muß endlich erscheinen. Dann hat der Verleger eine Erklärung abgegeben, es könne eben zur jetzigen Zeit nicht erscheinen. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf rechts: Bismarck wollte es nicht!)

— Bismarck wollte Unheil abwenden, er wollte, daß das deutsche Volk aus seinem Buch lerne. Zu dem Zweck hat er es verfaßt. Und wenn jetzt der Verleger hergeht und es doch veröffentlicht, wie er sagt, ohne Einverständnis mit den Erben, so konnte das zu einer Zeit geschehen, wo es eine große Wirkung hätte ausüben können, aber durch den Staatsanwalt des kaiserlichen Systems bedroht war.

(Zuruf rechts: Vertragsbruch des Verlegers!)

Nun aber scheint mir nötig zu sein, daß wir noch ein paar Worte darüber sprechen, welches die **künftige auswärtige Politik von Deutschland** sein kann. Diese Politik ist maßlos schwer. Wir sind Objekt der Politik anderer, und es kann nur schrittweise versucht und erreicht werden, daß wir wieder Subjekt der Politik in der Welt werden. Es ist heute nicht dienlich, unsere Hoffnungen zu plaidieren, und auch nicht, unsere Befürchtungen auszumalen. Aber weil die Gegner öffentlich behaupten, unsere Politik werde sein, Streit zwischen ihnen hervorzurufen, so möchte ich die Gedanken, die Graf Rantzau ausgesprochen hat, für so richtig halten, daß auch der jetzige Minister sich zu ihnen wird bekennen können: Es ist nicht unsere Politik, hinzuarbeiten auf einen **Gegensatz der Ententemächte** oder auf einen solchen zu spekulieren,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

schon deshalb nicht, weil nichts ein untauglicheres Mittel wäre.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) Es werden Interessenverschiedenheiten der gegnerischen Staaten aus den natürlichen Verschiedenheiten erwachsen, und wenn sie erwachsen sind, wird Deutschland sich demjenigen Staate zuneigen können, müssen und dürfen, der den allgemeinen Interessen und darum auch den deutschen Interessen mehr dient. Es handelt sich nicht um ein Spezialprogramm, aber eine gewisse Richtung zu erkennen, wird wohl in einiger Zeit für das Volk und die anderen ein Bedürfnis.

Es muß angefangen werden, dem Mißtrauen entgegenzutreten. Es muß eine **aufrichtige Politik** sich auch in bestimmten Worten bei den jeweiligen Anlässen abheben. Deshalb habe ich gewünscht, daß in der Bockadesache eine bestimmtere Haltung hätte ausgesprochen werden können, als es gestern der Fall gewesen ist. Wir müssen ebenso bestimmt ablehnen eine Politik der Hintergedanken wie die Taktik, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Es ist jetzt populär, das Wort Gambettas: „nie davon sprechen, immer daran denken", nach Schülerart dahin auszulegen, daß der, der von dem Stärkeren geschlagen worden ist, sagt: ich will größer werden, und wenn ich größer bin, dann werde ich Dir in der gleichen Münze heimzahlen. Mit diesem Gedankengange wird von den durch die Weltgeschichte widerlegten zornigen Politikern gespielt. Weil er der primitivste ist, hofft man ihn am leichtesten der Bevölkerung suggerieren zu können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ich bitte, unser Volk nicht zu diesem Gedankengange zu verführen. Legen Sie sich die Frage vor: kann Deutschland allein je einen Krieg führen? Und wenn nicht, auf welchen Bundesgenossen für einen neuen Weltkrieg soll es rechnen? Auf Österreich? Auf Rußland? Auf Japan? Das ist alles eine Unmöglichkeit und würde nur das Band zwischen Amerika, England und Frankreich zu einem absolut unlösbaren machen. Es gibt andere (B) Mittel und Kräfte als Handgranaten, um sich den Anteil an dem Einflusse auf die Welt zurückzuerobern, auf den Deutschland Anspruch hat, einen Anspruch, den es nie aufgeben wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen dabei zugleich eine europäische Politik mitzumachen bereit sein, eine Politik, welche an der Aufrichtung Europas nach dieser ungeheuren Selbstzerfleischung ehrlich mitwirkt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere nächsten Ziele werden wirtschaftliche sein müssen, und deshalb werden auch die Mittel wirtschaftlich sein. Man spricht von **Weltpolitik**, ob man sie machen kann oder nicht. Wir müssen diese Frage ganz nüchtern und gar nicht resigniert betrachten, denn die Welt braucht Deutschland und **Deutschlands Mitarbeit**.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darum ist Deutschland wie jedes andere Volk, bei dem das gleiche zutrifft, ein Weltvolk und sein Verkehr mit den anderen unentbehrlich.

Daraus geht aber ein weiteres hervor. Wir werden wirtschaftlich und politisch immer reagieren auf die wirtschaftliche und politische Haltung der anderen. Wenn auch unsere Politik zurückhaltend sein muß, so soll sie nicht passiv sein, sondern korrespektiv sein; jedes Volk, jedes feindliche Volk, jeder Neutrale, der uns Sympathie entgegenbringt, soll wissen, daß wir uns mit Sympathie revanchieren werden, vor allem dann, wenn diese anderen Völker selbst Respekt vor unserem Unglück haben. Dazu ist nötig, daß wir die Würde unseres Unglücks besitzen und nie gegen die Demütigung unempfindlich werden, die man vorhat, uns anzutun. Wir wollen uns nicht ducken, wir wollen die Zähne zusammenbeißen, und wir wollen erkennen, daß wir in der Verbesserung unserer guten Eigenschaften noch eine Kapitalreserve besitzen, die wir nicht ungenützt lassen (C) dürfen.

Es kann bälder kommen als man denkt, daß sich ein stiller Pakt mit dem honetten und intelligenten Teil der feindlichen Völker bildet,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

daß sich eine öffentliche Verschwörung der anständigen Leute zur **Herstellung sittlicher Beziehungen der Völker** und des Völkerrechtes bildet, sittlicher als Gewalt, Befehl und Fesselung. Unsittlich ist es, von uns ein Schuldbekenntnis zu verlangen, ehe die Schuld von uns auch nur untersucht und erkannt worden ist,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

die festzustellen wir jetzt erst in Angriff nehmen konnten, die vielleicht aber auch überzeugende Beweise der Nichtschuld mit ans Tageslicht fördern kann und hoffentlich fördern wird. Unsittlich ist es, die Volksgenossen zu zerreißen; unsittlich ist es, eine Geldschuld in Blanko einen Überschuldeten unterschreiben zu lassen, die der Gläubiger nach seinem Willen jeweils erhöhen kann. Das ist die Handlungsweise eines Shylocks und nicht einer Kulturnation.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir glauben und dürfen glauben an den Geist, „der früher oder später den Widerstand der stumpfen Welt besiegt". Dazu brauchen wir eine auswärtige Politik, klar und wahr, zusammenhängend und psychologisch. Die Geistesverfassung der anderen Völker muß ehrlich studiert werden, und aus dem Ergebnis dieses Studiums muß sich die Grundlinie unseres Verhaltens zum wesentlichen Teil ergeben und abheben.

Manche Beobachtungen ermutigen uns. Bei den Neutralen regt sich eine Sympathie für Deutschland, die größer ist, als es der Entente lieb ist, und in manchen Ententeländern ist bei den breiteren Schichten fast mehr Interesse als für die bisherigen Bundesgenossen im (D) Entstehen.

Sogar in **Frankreich** bildet sich um den hervorragendsten Kopf, den Frankreich jetzt hat, um den Verfasser von „Le Feu" und seines zweiten Buchs „Clarté", um Barbusse, mit dem Programm „Klarheit" ein neuer Kreis von bedeutenden Männern, woraus wir noch nicht weitgehende Schlüsse für den Augenblick ziehen wollen, aber Symptome dafür besitzen, daß man auf Sinneswandlungen auch im anderen Lande nicht dauernd verzichten muß. Bei diesen Bestrebungen muß Deutschland, womöglich alle Parteien, sekundieren. Aber wir dürfen den Glauben haben, daß der bürgerlichen Demokratie dabei auch eine nicht unwichtige Vermittlerrolle zuteil werden kann, die sie zu übernehmen gern bereit ist, wenn die Zeit und die Umstände dafür gekommen sind. Es muß sich bei uns die Vaterlandsliebe mit der Arbeit wieder stärken, und sie wird das tun. Das Beispiel der besetzten Gebiete zeigt uns das.

Da ich bei den **besetzten Gebieten** bin, so will ich zum Schluß nicht unterlassen, an Danzig, an Ostpreußen, an Westpreußen, an Oberschlesien, an Schleswig, an die Rheinlande, die Pfalz zu denken. Meine Freunde haben mich beauftragt, ihnen zuzurufen: bleibt stark, harret aus! Wie wir mit allen Fasern an euch festhalten, so sollt auch ihr treu bei Deutschland bleiben, treu dem Lande und treu dem Boden, den ihr und eure Väter bebaut habt und den ihr unter dem Schutze Deutschlands bestellt habt. Laßt euch nicht verdrängen von der Scholle! Auch wenn jetzt andere Verhältnisse sind, so könnt ihr dem Vaterland einen großen Dienst leisten, und das Vaterland wird euch dafür danken. Deutschland, die Behörden und die Abgeordneten, vor allem die Abgeordneten der besetzten Gebiete und derer, die mit Abtrennung bedroht sind, werden nicht unterlassen, die Maßregeln zu

(Haußmann, Abgeordneter.)

(A) ergreifen, die zu ergreifen sie tatsächlich in der Lage sind.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte zugleich auch den Herrn Minister, dafür zu sorgen, daß nicht nur in seinem Ressort dieser Vorstellung, daß wir sie nicht vergessen, Vorschub geleistet wird, sondern daß das auch andere Ressorts tun. Ich bin gebeten worden, durch die Vermittlung des Auswärtigen Ministers das preußische Eisenbahnministerium ersuchen zu lassen, doch der Vorstellung entgegenzuarbeiten, daß die Beschränkung des Eisenbahnverkehrs im Osten der Anfang eines Vergessens der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Ostens sei, — was ganz gewiß nicht der Fall ist. Wir rufen allen zu: Kommen wird der Tag, wo dieser unheilige **Friedensvertrag** hinsinken wird, dieser Friedensvertrag, der uns 150 000 Kühe nehmen will in dem Augenblicke, wo unsere Kinder keine Milch mehr haben, der Deutsche von Deutschen reißt, der uns unerhörte Lasten aufbürdet, der uns die Kolonien raubt, der aus dem Völkerbund, diesem großen Gedanken, eine Vogelscheuche zu machen droht. Der Tag wird kommen, wo dieser Vertrag hinsinken wird.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber wir wollen alle die Teile, die wir erfüllen können, auf das gewissenhafteste erfüllen. Wir wollen auch bei den Teilen, die, wie sich herausstellen wird, nicht erfüllt werden können, durch den ehrlichen Versuch beweisen, daß wir es wollten und daß eine Unmöglichkeit vorliegt. Aber kein Redner in Deutschland soll künftig schließen, ohne gegenüber dem Vertrage, der in dem Schlosse des Absolutismus in Frankreich abgeschlossen worden ist, das Wort auszusprechen: Ceterum censeo contractum esse delendum.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

(B) **Präsident:** Meine Damen und Herren! Die erste Reihe der Redner ist damit erledigt, wie vorgesehen war. Es haben sich, angeregt durch die Polemik des Herrn Vorredners, jetzt noch zwei Redner zu Erwiderungen gemeldet. Ich kann das nicht verhindern. Die Annahme des Ältestenausschusses hat nur solange Bedeutung, als von den Fraktionen darauf Rücksicht genommen wird. Wenn weitere Wortmeldungen stattfinden, so kann dagegen auch trotz des Beschlusses des Ältestenausschusses nichts getan werden.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich werde mich mit Rücksicht auf die Wünsche des Seniorenkonvents und mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses jeder weiteren Polemik enthalten bis auf zwei Bemerkungen, die hier unter allen Umständen gemacht werden müssen. Die eine betrifft die soeben gehörten Worte des Herrn Vorredners, der sich im Tone des Vorwurfs gegen uns wandte, weil **Bismarcks Erinnerungen** nicht früher herausgegeben werden sollten und erst jetzt nach der glorreichen Revolution herausgegeben würden. Er bezeichnete das als den Rest einer Liebedienerei aus alter Zeit. Ich habe demgegenüber festzustellen, daß die Nichtherausgabe des dritten Bandes der Bismarckschen Erinnerungen auf der ausdrücklichen Bestimmung des Fürstreichskanzlers selber beruht.

(Hört! hört! rechts.)

Bismarck hat bisher trotz aller Vorwürfe, die ihm gemacht worden sind, noch niemand den Vorwurf der Liebedienerei gemacht. Es ist dem Abgeordneten Haußmann vorbehalten geblieben, auch diesen Vorwurf noch zu erheben.

(Sehr gut! rechts.)

(C) Im übrigen, meine Herren, ist es ganz erstaunlich: solange dieser Fürstreichskanzler lebte, solange er an dieser Stelle stand, da wollten Sie (nach links) von ihm nichts wissen, da wollten Sie ihn nicht hören, da machten Sie ihm das Leben schwer; und jetzt, wo er tot ist, können Sie das, was er geschrieben hat, nicht rechtzeitig genug erfahren.

(Sehr gut! rechts.)

Hätten Sie nur früher mehr auf ihn hören wollen und seine Lehren beherzigt,

(sehr richtig! rechts)

dann ständen wir nicht hier, wo wir heute sind.

(Lachen links.)

Meine Herren, der Herr **Abgeordnete Haußmann** hat dann geglaubt, sich herausnehmen zu dürfen, mir den **Vorwurf der Unwahrhaftigkeit** zu machen. Er behauptete, daß meine Polemik unwahrhaftig wäre, und das tat er in demselben Atemzug, indem er in einer mehr oder weniger langen Rede nicht eine der Tatsachen, die ich in meiner Rede angeführt habe, bestritten hat, er hat ihnen bloß eine andere Auslegung gegeben, wie es täglich in diesem Parlament unter Rednern passiert. Das Urteil über die Tatsachen, über die Folgen aus den Tatsachen ist bei ihm natürlich ein anderes. Ich freue mich, daß es ein anderes ist, sonst würde ich meinen Standpunkt noch revidieren müssen.

(Sehr gut! rechts.)

Es ist bisher im Hause nicht üblich gewesen, daß, wenn Redner über die Urteile, die man aus Tatsachen zieht, verschiedener Ansicht sind, dem anderen der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gemacht wird,

(sehr richtig! rechts)

und ich kann unter diesen Umständen dem Herrn Abgeordneten Haußmann nicht bloß den Vorwurf einer ganz groben Unhöflichkeit nicht ersparen, sondern ich meine, der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit fällt auf ihn doppelt zurück. (D)

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Mit vollem Rechte haben beinahe alle Vorredner die Frage der Blockade und der **Beziehungen zu Rußland** in den Mittelpunkt der Debatte über die auswärtige Politik gestellt; nur dem Herrn Abgeordneten Dr. Haußmann ist es gelungen, diesen festen Mittelpunkt in den Brei von pathetischen und sentimentalen Phrasen aufzulösen, den er hier als demokratische Auslandspolitik ausgegeben hat.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Reichsminister des Auswärtigen hat gegenüber meinem Parteifreund Dr. Geyer auf dessen Forderung nach Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland im wesentlichen nur das eine zu erwidern gewußt, daß die Unabhängigen nicht immer so gesprochen hätten — ich zitiere nach einem heutigen Zeitungsbericht —: „Die Volksbeauftragten einschließlich Haases haben es abgelehnt, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen.“ Ich bin eigentlich erstaunt darüber, daß der Herr Reichsminister Müller von neuem diese unrichtige Behauptung verbreitet.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Bei früheren Gelegenheiten in der Nationalversammlung, insbesondere am 15. Februar 1919, ist von meinem Freunde Haase der Sachverhalt bereits aufgeklärt worden. Aber wenn es so richtig wäre, wie es nach meinen Informationen unrichtig ist,

(Abgeordneter Dr. Landsberg: Es ist richtig!)

so darf doch wohl folgende Frage gestellt werden: muß man wirklich einem Sozialisten klarmachen, daß, was in

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) einer gewissen historischen Situation richtig gewesen sein mag, durchaus nicht nach elf Monaten richtig sein muß? Muß man einen Sozialisten daran erinnern, daß der Unterschied **sozialistischer Geschichtsauffassung** von der Auffassung der Herren, die zu den Füßen des Herrn Ministers Müller sitzen, gerade darin besteht, daß die konservative Geschichtsauffassung die Geschichte nach gewissen festen, gottgewollten Regeln ablaufen läßt oder ablaufen lassen will, während die sozialistische Geschichtsauffassung die Mittel der Politik gerade nach den jeweiligen geschichtlichen Umständen und nach der jeweiligen Sachlage zu bestimmen hat? Ich kann es mir vorstellen, daß die Parteifreunde des Herrn Außenministers im November die Meinung gehabt haben können, es wäre vom Standpunkte der Waffenstillstands- und der sich daran anschließenden Friedensverhandlungen aus richtiger, im Augenblick nicht in **Beziehungen mit der Sowjetrepublik** zu treten. Ich wiederhole, ich kann mir das aus der Denkweise der Herren erklären, wenngleich ich es nicht billige. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstiger hätten verlaufen können und sogar hätten verlaufen müssen, wenn sich die deutsche Regierung durch einen energischen Entschluß schon in einem ganz frühen Stadium des Waffenstillstandes von der Umstrickung befreit hätte, in die sie zu verwickeln das lebhafte Bemühen der kapitalistischen Kreise von Frankreich, England und Amerika war. Die deutsche Regierung hat sich damals unter Führung des Herrn Reichsministers Erzberger leider allzusehr als Bolschewistenschreck mißbrauchen lassen und hat den kapitalistischen Klassen der Ententeländer es allzusehr gestattet, hinter diesem Schreckgespenst einherzugehen, ihren kapitalistischen Einzug in Rußland zu halten und sich der Ausbeutungsmöglichkeiten zu bemächtigen, von denen sie bewußt die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft abdrängen (B) wollten.

Indem sich nun der Herr Minister Müller begnügt, gegenüber dem Verlangen nach Wiederherstellung der Beziehungen zur Sowjetrepublik oder, ganz allgemein gesprochen, zu Rußland lediglich darauf zu verweisen, daß einmal nach seiner Meinung im November oder Dezember 1918 — es können nur diese beiden Monate in Betracht kommen — die Volksbeauftragten sich dagegen ausgesprochen hätten, muß doch wohl gefragt werden: welches ist eigentlich positiv die Politik, die der Herr Minister gegenüber Rußland einschlagen will? Er hat sich, wenn ich recht verstanden habe, mit einer gewissen Entschiedenheit dagegen ausgesprochen, daß man dem Verlangen der Entente nach Mitwirkung bei der Blockade gegen Rußland nachgeben dürfe. Aber auch das ist nur ein Negativum. Es bleibt immer als Lebensfrage des deutschen Volkes übrig: was will positiv die Regierung in und mit dem Osten machen?

Ich wiederhole, was ich soeben schon angedeutet habe: Die Lage der deutschen Regierung, des deutschen Volkes gegenüber Rußland und überhaupt in der Welt wäre ungleich günstiger, wenn man rechtzeitig durch Aufnahme des Verkehrs, zunächst eines Funkenverkehrs, der ganzen Welt bewiesen hätte, daß man nicht gewillt ist, sich mit einem polnischen Graben umgeben und von Rußland absperren zu lassen. Die Kaufleute und Politiker westlich von Deutschland sind viel zu klug und hellhörig, als daß sie nicht hätten sofort merken müssen, hier taucht ein neuer Konkurrent auf, hier ist ein großer Markt, der Lebensmittel und Rohstoffe nach Deutschland liefern kann, und hier ist ein politischer Faktor, der durch eine militärische Niederlage und eine das Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwühlende Revolution, wie sie in Rußland ist, nicht ausgeschaltet werden kann; dem deutschen Volke, das zu diesem großen Rußland gute Beziehungen hat, (C) müssen angemessene Bedingungen auch von der Entente gewährt werden. Wenn die deutsche Regierung in einem ganz frühen Zeitpunkt sich zur Aufnahme zunächst funkentelegraphischer, nachher engerer menschlicher, wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit Rußland entschlossen hätte, dann wäre die entsetzliche Isolierung der deutschen Politik und des deutschen Volkes unmöglich eingetreten, unter der wir jetzt zu leiden haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aus dieser Isolierung herauszukommen, muß aber das Ziel der Ostpolitik sein, auch heute noch. Ich gebe zu, daß es viel schwerer zu erreichen ist, als es noch im November und Dezember zu erreichen gewesen wäre. Aber ich muß die Frage wiederholen, die ich schon vor einigen Tagen hier gestellt habe: Wenn die Regierung nicht die Beziehungen aufnimmt, und sich auch nicht an der Blockade beteiligen will, was will sie positiv als ihre Ostpolitik?

Eine Antwort darauf habe ich bisher von dem Herrn Minister nicht in ausreichender Weise gehört. Ich nehme nicht an, daß der Herr Minister Müller hier etwa hinter das Programm zurückgehen will, das sein Herr Amtsvorgänger, der Graf Rantzau, in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Februar 1919 dargelegt hat. Damals hat Graf Rantzau die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetrepublik nur von den beiden Bedingungen abhängig gemacht, daß Rußland sich nicht in die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands einmische und eine richtige Stellung zu dem Wilsonschen Programmpunkt von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einnehmen werde. Mein Freund Haase hat hierauf bereits am 15. Februar 1919 geantwortet und mit vollem Recht dargelegt — das gilt auch jetzt noch —, daß die erste Regierung, das erste Volk, das in der Welt überhaupt während des Weltkrieges für eine wahre Selbstbestimmung der Völker als einen politischen Programmpunkt eingetreten ist, gerade (D) das russische Volk, vertreten durch die Sowjetregierung, gewesen ist. Was die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands betrifft, so hat die Sowjetregierung in wiederholten Kundgebungen an alle, und darunter auch an die deutsche Regierung, aber wenn ich mich recht erinnere, sogar in besonderen Kundgebungen an die deutsche Regierung, ihren festen Entschluß bekundet, sich nicht in die inneren Verhältnisse Deutschlands einmischen zu wollen, wenn die gehörigen Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und Deutschland amtlich aufgenommen werden. Nun, geehrte Versammlung, waren das im Februar die Bedingungen, unter denen Graf Rantzau die Beziehungen mit Rußland sogleich wieder aufnehmen wollte, so frage ich den Herrn Minister Müller, ob er etwa heute noch andere Bedingungen stellt oder ob er glaubt, nicht einmal diese Bedingungen mehr stellen zu sollen, oder welche Bedingungen er eigentlich stellt, um die Beziehungen mit der Sowjetrepublik wieder aufnehmen zu können.

Allerdings hat Graf Rantzau damals mit vollem Rechte auch von der Verpflichtung Deutschlands gesprochen, sich auch nicht in die **inneren Verhältnisse Rußlands** einzumischen, auch nicht in die Verhältnisse der **Randstaaten** Rußlands, die ehemals Territorium des russischen Reiches waren und durch den Krieg in eine politische Bewegung auf Errichtung einer Selbständigkeit gekommen sind. Hier, an diesem Punkte, kann der Herr Minister Müller sehr zum Schaden des deutschen Volkes leider das Programm nicht mehr festhalten, das Graf Rantzau aufgestellt hat. Die Erfahrungen der letzten Monate haben leider bewiesen, daß deutsche Regierungsstellen oder mindestens deutsche Amtsstellen, für die die Regierung verantwortlich ist, sich fortgesetzt, sogar unter Bruch der Gehorsamspflicht gegen die deutsche Regierung, in die Verhält-

(Dr. Cohn, Abgeordneter.)

(A) nisse von Lettland, von Estland usw. eingemischt haben und einmischen. Die Verhältnisse der deutsch-russischen Armee, die unter dem Befehl des Herrn Bermondt-Awalow steht oder im Korps Keller vereinigt ist, diese Dinge, die uns schon so häufig in der letzten Zeit beschäftigt haben, beweisen ja, abgesehen von vielen anderen, vor allem, daß eine Einmischung in die Verhältnisse von Lettland, Estland, Litauen, Kurland seit Ausbruch der Revolution von deutscher Seite fortdauernd stattgefunden hat und auch noch heute stattfindet. Darf ich die hohe Versammlung nur in aller Kürze auf die Veröffentlichungen verweisen, die heute darüber in der „Neuen Berliner Zeitung" —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich weiß, daß Sie gerne darüber reden, ich weiß aber auch, daß Sie sich gerne an die Abmachungen des Seniorenkonventes halten möchten. Sie haben mir vorher gesagt, daß Sie außerhalb der Reihe zum Worte kommnn wollten, da Sie durch gewisse Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haußmann genötigt seien, noch einiges zu sagen. Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie nicht zu allgemeinen Ausführungen weitester Art das Wort nehmen, sondern sich auf die Zurückweisung dieser Angriffe beschränken würden. Sonst kann ich es natürlich auch niemand anderem verwehren; alle übrigen Fraktionen sind stärker als die Ihrige und begnügen sich doch mit einem Redner, Sie würden allein Anspruch erheben, zu der auswärtigen Politik mit zwei Rednern zu Worte zu kommen. Das ist eine Ungleichheit, die kaum ertragen werden kann.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Herr Präsident, wenn Sie sich schützend vor den Herrn Abgeordneten Haußmann stellen —

(B) **Präsident:** Das habe ich nicht getan, ich weise diese Unterstellung zurück! Ich habe gerade gesagt, Sie sollen sich auf die Polemik mit dem Herrn Abgeordneten Haußmann beschränken. Damit stelle ich mich doch nicht schützend vor den Herrn Abgeordneten Haußmann. Ich verbitte mir diese Unterstellung.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Herr Präsident, ich appelliere an Ihre Loyalität, —

Präsident: Das ist gar nicht nötig!

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: — die Ihnen verbieten müßte, mich so brüsk mit einer Unterstellung zu unterbrechen, die meine Absicht verkennt. Ich hatte eben die Absicht, in höflicher und scherzhafter Weise auf die Bitte einzugehen, die der Herr Präsident gestellt hat, und wollte folgendes sagen: Indem der Herr Präsident sich schützend vor den Herrn Abgeordneten Haußmann stellt, darf ich bemerken, daß der Herr Abgeordnete Haußmann von der Polemik, die ich ihm zugedacht habe, nicht befreit bleiben wird, und ich wollte hinzufügen: wenn die übrigen Fraktionen, die Herr Abgeordneter Haußmann auch angegriffen hat, sich nicht zum Worte melden, so ist es ihre Sache.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Sache des Ältestenausschusses!)

Eine Abmachung ist nicht getroffen worden, die etwa die Unabhängige Fraktion zwingen könnte, Angriffe nicht zurückzuweisen, die gestern und heute in reichem Maße auf sie niedergegangen sind. Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat nun einmal den Vorzug, von allen angegriffen zu werden, während wir uns mit Angriffen gegenüber keiner Fraktion besonders in den Kampf gewagt haben. Also was bleibt übrig, als eben zum zweitenmal zu reden? Ich muß offen sagen, Herr Präsident, ich tue es nicht gerne,

(Heiterkeit)

(C) ich folge nur der verdammten Pflicht und Schuldigkeit, mich mit den Gegnern meiner Partei auseinanderzusetzen, es bereitet mir kein besonderes Vergnügen geistiger oder ethischer Art.

Indem ich nach dieser Unterbrechung zur Sache zurückkehre, darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf die heutigen Veröffentlichungen in der „Neuen Berliner Zeitung" lenken, die über diese Angelegenheiten neue Mitteilungen bringen und beweisen, daß trotz aller Versuche des Herrn Außenministers, deren Loyalität ich durchaus anerkennen will, und trotz aller Versicherungen des Herrn Reichswehrministers unausgesetzt mit deutscher Hilfe, mit Hilfe von Stellen, die hier in Berlin bestehen, **Eingriffe in die Selbständigkeit von Lettland, Estland usw.** stattfinden.

Die Herren Abgeordneten Heinze und Haußmann haben ihre Stellung zu dem Problem der Blockade und der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Großrußland vor allem deshalb so unrichtig gewählt, weil sie von einem falschen **Verhältnis zwischen innerer und äußerer Politik** ausgegangen sind. Ich darf der Kürze wegen auf die Ausführungen verweisen, die ich gerade über diesen Punkt hier vor einigen Tagen gemacht habe. Man wird der Außenpolitik niemals gerecht, wenn man sie von den Gesetzen und Geboten der inneren Politik loslöst, zu der man sich entschlossen hat oder entschließen müßte, und sie als ein ganz selbständiges staatliches Unternehmen auffaßt, das seine eigenen Gesetze habe. Nein, im Gegenteil! Innere und äußere Politik stehen derart in wechselseitigen Beziehungen, daß die äußere Politik als Ausdruck eines inneren Zustandes und Kräfteverhältnisses erscheinen muß und andererseits der innere Zustand eines Landes, eines Volkes in hohem Maße durch die Rücksichten bestimmt wird, die der Staat auf seine Beziehungen zum Ausland zu nehmen hat.

(D) Der Herr Abgeordnete Haußmann hat von dieser falschen Grundauffassung aus mit einer ebenso falschen Sentimentalität das Schicksal des russischen Volkes beklagt, das durch die Blockade zu leiden verurteilt sei. Ja, ich würde sehr gewünscht haben, daß der Herr Abgeordnete Haußmann bei den sehr zahlreichen Gelegenheiten, die der Krieg und die Nachkriegszeit geboten haben, dasselbe Mitleid mit dem Teile des russischen Volkes empfunden hätte, der damals unter der Faust der deutschen Militärgewalt gestanden hat und noch jetzt darunter steht.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich würde die sentimentalen Versicherungen des Herrn Abgeordneten Haußmann noch für viel echter und wertvoller halten, wenn er in diesem Augenblick auch nur ein Wort für das schwere Unrecht gefunden hätte, das damit verbunden ist, daß etwa 250 000 **russische Kriegsgefangene** noch immer auf deutschem Boden festgehalten werden und hier häufig genug dem Hunger preisgegeben sind.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Die wollen ja gar nicht nach Hause!)

— Ach, Herr Koch, Sie sollten das nicht sagen, daß die nicht nach Hause wollen, die zum Teil seit 5 Jahren von Haus und Heimat getrennt sind.

(Abgeordneter Landsberg: Die Entente verbietet es!)

— Geben Sie, Herr Landsberg, doch nicht das alte Märchen wieder. Die Entente hat schon seit Monaten ihre Hand von den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland zurückgezogen. Sie stehen unter der autoritären Leitung der deutschen Regierung, und Sache der deutschen Regierung ist es, für diese unglücklichen Menschen, die zum Teil nun schon seit 5 Jahren in Deutschland sind, durch eine mutige, kraftvolle Politik, die nicht nur von der Angst vor der Entente diktiert wird, gemeinsam mit Polen und Litauen die Wege zu finden, auf denen sie ihrer Heimat zurückgegeben werden können. Statt dessen duldet die deutsche Regierung

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) — und das ist ein schwerer Vorwurf, der ihrer Politik zu machen ist —, daß die russischen Gefangenen auf deutschem Boden zum Objekt von **Heereswerbungen für die Heere von Awalow-Bermondt, Denikin usw.** gemacht werden. Sie dürfen sich nicht wundern, daß die pathetischen Versicherungen, man habe Mitleid mit dem Ergehen des russischen Volkes, in weiten Kreisen des russischen Volkes nur ein Hohngelächter gegenüber der Tatsache erregen, daß unter dem Zusehen der deutschen Regierung, wenn nicht unter ihrer Mitwirkung, auf deutschem Boden die Feinde geworben und bewaffnet werden, die sich jetzt gegen das russische Volk erheben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Noch einigen Bemerkungen, die der Herr Abgeordnete Haußmann gemacht hat, muß ich ein paar Worte widmen. Er hat meinem Freunde Dr. Geyer vorgeworfen, er predige die Anwendung der Gewalt. Er hat weiter behauptet, wir lieferten der Entente die Waffen gegen Deutschland, indem wir unrichtige **Behauptungen über die Zahlen des deutschen Heeres** aufstellen. Demgegenüber darf ich auf die hier schon wiederholt erwähnte Tatsache hinweisen, daß die Entente, wie Herr Abgeordneter Haußmann selbst es beklagt, zahlreiche Militärmissionen hier unterhält. Glaubt er wirklich, daß die Ententeregierungen sich mehr auf Zeitungsberichte verlassen als auf die Untersuchungen und Spezialberichte ihrer Militärmissionen in Deutschland?

(Zuruf: Sie werden wohl beides berücksichtigen!)

Wie sinnlos die Behauptung des Herrn Abgeordneten Haußmann ist, sollte sich durch diese naheliegende Erwägung ergeben. Woher er aber das Material für seine Behauptung hat, daß der Herr Abgeordnete Dr. Geyer die Anwendung von Gewalt predige, ist das Geheimnis des Herrn Abgeordneten Haußmann. Ich muß gestehen, (B) daß ich ihn um die Leichtfertigkeit, womit er seine Behauptung aufstellt, eine Behauptung, die in keiner Weise aus den gestrigen Ausführungen des Herrn Dr. Geyer zu entnehmen war, wahrlich nicht beneide.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Endlich hat der Herr Abgeordnete Haußmann gemeint, die **Partei der Unabhängigen** stifte maßlosen Schaden — das mag er sagen —, sie unterstütze die Sabotage, wage aber nicht, sie öffentlich zu vertreten. Ich muß den Herrn Abgeordneten Haußmann bitten, mir anzugeben, auf Grund welcher Tatsachen er sich berechtigt glaubt, diese Behauptung aufzustellen, wobei ich annehme, daß ich ihn nicht mißverstanden habe. Ich war selbst nicht anwesend, man hat mir aber berichtet, daß die Äußerung des Herrn Abgeordneten Haußmann so gelautet habe, wie ich eben angab. Der Herr Abgeordnete Haußmann, den ich hiermit danach frage, ob ich die Äußerung richtig wiedergegeben habe, schweigt. Wenn der Herr Abgeordnete Haußmann nicht imstande und nicht willens ist, seine Behauptung durch Tatsachen zu belegen oder zu widerrufen, so werde ich ihn am Schlusse der Sitzung noch einmal darnach fragen und dann die Folgerungen für seine Glaubwürdigkeit oder für sein Verleumdungsbedürfnis daraus ziehen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Die Äußerung von „Verleumdung" gegen ein Mitglied dieses Hauses muß ich rügen. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung!

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Aber man kann sich wichtigeren Dingen zuwenden, als es der Herr Abgeordnete Haußmann und seine Bemerkungen sind. Ich habe insbesondere von den wichtigen Dingen der auswärtigen Politik noch eine Frage zu behandeln, nämlich die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen, die noch in den Händen der Ententemächte sind. Mit Recht (C) haben sich gestern alle Redner, insbesondere auch mein Freund Dr. Geyer, über diese Frage schon mit starken Worten ausgelassen. Wenn man die Tatsachen im einzelnen betrachtet, ergibt sich eine auffallende Ungleichheit in dem Verhalten der einzelnen Mächte. Nach einer Zusammenstellung, die ich hier habe, waren unter anderem an **deutschen Kriegsgefangenen** in England selbst 79 100 Mann und 5870 Offiziere. Davon sind bis vor einigen Tagen, nämlich bis zum 19. Oktober, im ganzen zurückgekehrt 12 632 Mann, sodaß noch annähernd 66 500 Mann auf englischem Boden sind. Das ist leider eine sehr hohe Zahl, aber es kann nicht bestritten werden, daß die Transporte schon begonnen haben, daß also England den guten Willen gezeigt hat, die Gefangenen zurückzugeben. Man wird sogar diese Feststellung noch bedeutend verstärken müssen, wenn man erfährt, daß in englischer Hand auf französischem Boden 195 257 Kriegsgefangene waren, von denen bis zum 19. Oktober bereits 178 600 und 52 Offiziere zurückgekehrt sind, sodaß die Engländer nur noch 16 625 deutsche Gefangene auf französischem Boden in Händen haben. Es kommen die Ziffern der in Übersee in englischer Hand befindlichen Gefangenen hinzu, die nicht weiter interessieren, weil sie verhältnismäßig klein sind. Die Amerikaner haben von 46 742 Mann und 855 Offizieren, die auf französischem Boden in amerikanischer Hand waren, bis zum 19. Oktober herausgegeben: 39 382 Mann und 755 Offiziere, also ebenfalls den weitaus größten Teil.

In auffälligem Mißverhältnis hierzu steht die Herausgabe von deutschen Gefangenen, die sich in französischer Hand befinden. Es befanden sich in französischer Hand am 15. September 425 000 Mann und 5000 Offiziere. Von dieser ungeheuren Anzahl sind bis zum 19. Oktober zurückgekehrt: 6 930 Mann und 45 Offiziere. Die Franzosen geben nicht einmal die sehr zahlreichen Verwundeten, Arbeitsunfähigen, ja selbst nicht einmal die Leute heraus, die (D) von den Lagerärzten für arbeitsunfähig und nicht arbeitsverpflichtet erklärt worden sind. Es ist schlechthin unverständlich, welches Motiv die Franzosen haben können, diese Leute zurückzuhalten, die doch nicht einmal für irgendwelche Arbeit im Kriegsgebiet oder sonstwo beim Wiederaufbau in Betracht kommen können.

Nun setzt uns die französische Regierung durch dieses Verhalten in eine gerade in dieser Jahreszeit höchst peinvolle, für die Gefangenen schreckliche Lage. Es muß von deutscher Seite für Winterkleidung und für eine dringend nötige Kostverbesserung Vorsorge getroffen werden, damit eine bessere Ernährung die Winterkälte nicht so fühlbar mache. Die französische Regierung weiß ganz genau, wie der Nahrungsstand und der Zustand an Textilien in Deutschland ist; dennoch zwingt sie durch ihr ablehnendes Verhalten die deutsche Regierung, die deutsche Bevölkerung, den letzten Pfennig, das letzte Stück im Hausrat zusammenzuraffen, um es zur Verbesserung der Kost und der Kleidung den Gefangenen zuwenden zu können. Will etwa die französische Regierung diese Gefangenen als Geisel für wirtschaftliche Forderungen einbehalten? Dann würde sie dasselbe schwere Unrecht, übrigens auch dieselbe Torheit begehen, deren sich die deutschen Gewalthaber in den okkupierten Gebieten schuldig gemacht haben, als sie die Belgier deportierten und die Leute aus zahlreichen französischen Wohnstätten heraustrieben, teils in das besetzte Gebiet, teils sonst von ihrer Heimat weg. Die französische Regierung weiß ganz genau, welchen ungeheuren Schaden diese Maßnahmen der deutschen Militärbefehlshaber dem Rufe Deutschlands eingebracht haben; sie kennt diese Wirkung zu genau, um nicht zu wissen, daß auch aus der unberechtigten und gegen die Menschlichkeit verstoßenden Zurückhaltung der

(Dr. **Cohn**, Abgeordneter.)

(A) Gefangenen und aus der Erzwingung ihrer Arbeit ein Schimpf und ein Schatten auf den französischen Namen fallen muß.

Nun muß freilich anerkannt werden — namentlich insofern gehören diese Bemerkungen zur auswärtigen Politik —, daß gerade im Verhältnis zu Frankreich, zu dem allergrößten Problem, das in Europa und zwischen Deutschland und Frankreich steht, daß gerade gegenüber der Frage des Wiederaufbaues auf deutscher Seite meiner Überzeugung nach schwere Unterlassungssünden begangen worden sind. Es hat bisher an allen sichtbaren Bemühungen gefehlt, um eine freiwillige Arbeit in Frankreich herbeizuführen, damit der französischen Regierung der Vorwand — es ist nur ein Vorwand — genommen werde, die deutschen Gefangenen etwa zurückzuhalten, weil sich nicht genug **deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau** zur Verfügung stellen.

Ich habe in einem sehr frühen Stadium dieser Angelegenheit, schon im Februar, im März und später in zahlreichen Besprechungen mit Vertretern von bürgerlichen Parteien, aber auch mit Regierungsstellen unausgesetzt darauf hingewiesen, daß das Problem des Wiederaufbaus so die Lebensfrage Frankreichs ist — nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch von der Gemütsseite betrachtet —, wie das Problem der Gefangenen für uns; und ich habe daran die Mahnung geknüpft, rechtzeitig durch eine große freie Aktion unter den Arbeitern die Mannschaften zusammenzubringen, die als ein neuer Heiliger Frühling, als ein ver sacrum, ausziehen mögen, um die in Gefangenschaft gehaltenen Landesgenossen zu befreien und um das große Werk der Versöhnung der Völker da zu beginnen, wo es am wirksamsten begonnen werden kann: bei der gemeinschaftlichen Arbeit. Ich fürchte, daß alle diese Anregungen auf einen steinigen Boden gefallen sind, und ich wiederhole: es ist, wie ich fürchte, für die Welt und für Frank- (B) reich bis zu dieser Stunde nichts, zum mindesten nichts Ausreichendes geschehen, was den Franzosen die Überzeugung verschaffen konnte, daß das Problem des Wiederaufbaues als ein die tiefsten Tiefen des deutschen Volkes berührendes aufgefaßt wird, als eine Aufgabe, die rasch, gründlich und im rechten Geiste gelöst werden muß. Diese Versäumnis, die auf seiten der deutschen Regierung und weiter Bevölkerungskreise begangen worden ist, will ich auch in diesem Augenblick nicht verschweigen.

Aber, geehrte Versammlung, ich darf und muß mich ebenso an meine Freunde im Auslande, namentlich in Frankreich, wenden und muß sie als Sozialist darauf hinweisen, daß das, was die französische Regierung gegen die deutschen Gefangenen tut und weiter zu tun im Begriffe ist, mehr als 400 000 Menschen in Not und Sorge und Unfreiheit trotz aller Bitten der deutschen Regierung und des deutschen Volkes zurückzuhalten, nicht einmal die Kranken und Arbeitsunfähigen auszuliefern, sich nicht nur an der französischen Regierung, nein, auch am französischen Volke rächen und ihm unsäglichen Schaden bringen muß. Alle Bemühungen meiner Freunde in Frankreich und unsere Bemühungen, eine Versöhnung der Völker herbeizuführen, müssen scheitern, wenn es den Sozialisten Frankreichs nicht gelingt, moralischen und politischen Druck in ausreichendem Maße auf die französische Regierung auszuüben, daß die **Gefangenenfrage** endlich aus dem Geiste der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung der Völker gelöst wurde.

Ich habe im Kriege häufig genug — und ich rechne mir das zur Ehre an — hier in diesem Saale die Interessen der in Deutschland festgehaltenen Gefangenen wahrgenommen: teils unter eisigem Schweigen, teils unter lauten Protesten der Parteifreunde des Herrn Abgeordneten Haußmann und des Herrn Abgeordneten Heinze. Ja, es ist sogar möglich, daß Herr Abgeordneter Haußmann, der heute von Menschlichkeit und Gefühl für das (C) russische Volk überfließt, damals unter den Leuten gewesen ist, die mir das Wort vom Agenten des Auslandes entgegengeschleudert haben, als ich von den Leiden der Gefangenen in Deutschland sprach. Aber eben deshalb, geehrte Versammlung, habe ich das Recht und die Pflicht, heute dem Auslande zuzurufen, daß wir für unsere Gefangenen in Frankreich die menschliche Behandlung verlangen, die die Sozialisten in Deutschland bereit waren, während des Krieges den fremden Gefangenen in Deutschland und heute noch den russischen Gefangenen zu gewähren, die sich noch auf deutschem Boden befinden. Mögen meine Freunde in Frankreich erkennen, daß das in der Tat eine Lebensfrage für den Wiederaufbau der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, für die Versöhnung aller durch den Krieg ins Elend gestoßenen Völker, für die Schaffung eines Geistes wahrer Menschlichkeit in allen Ländern ist.

Geehrte Versammlung! Die **Auslandspolitik** scheint mir darunter zu leiden, daß sie über den organisatorischen Fragen die großen Probleme, um deren Lösung es sich handelt, zu kurz kommen läßt. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, denen der Herr Außenminister gegenübersteht, in einem Augenblick, wo die größten sachlichen Anforderungen an die Außenpolitik gestellt werden, diese Anforderungen erfüllen zu sollen mit einem gänzlich veralteten Apparat, ja sogar mit einem Apparat, der in zahlreichen Teilen bewußt gegen die Absichten des neuen Geistes arbeitet, den der Herr Minister vertreten will. Aber desto energischer muß durchgegriffen werden, und man kann die Energie nur entwickeln, wenn man sich zu einem klaren Progamm, namentlich in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik entschließt. Ich muß deshalb zum Schluß nochmals an den Herrn Minister die Frage richten: welches ist das Programm des Herrn Ministers in der Außenpolitik, namentlich nach Osten hin? (D) In welcher Weise beabsichtigt er die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Osten herzustellen, an deren Herstellung das deutsche Volk im Grunde seines Lebens interessiert ist?

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Ich bin gewöhnt, getroffene Abmachungen zu halten, respektiere also auch die Vereinbarung des Ältestenausschusses. Ich will mich deshalb darauf beschränken, eine Behauptung des Herrn Kollegen Cohn richtigzustellen.

Der Herr Minister Müller hat gestern hier Mitteilungen gemacht über das **Verhalten der Volksbeauftragten,** als die Frage aufgeworfen wurde, ob **Beziehungen zur russischen Sowjetregierung** aufgenommen werden sollten. Diese Mitteilungen des Herrn Ministers Müller waren durchaus richtig. Herr Cohn hat die Mitteilungen heute bestritten. Im Einverständnis mit meinem Kollegen Landsberg, der damals mit mir als Volksbeauftragter tätig gewesen ist, will ich ausdrücklich feststellen: die Frage, ob mit der russischen Sowjetregierung in Beziehung getreten werden sollte, wurde von den Volksbeauftragten nach Besprechung mit Herrn Karl Kautsky, der damals als Beigeordneter im Auswärtigen Amt tätig war, auf Vorschlag Kautskys einmütig abgelehnt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Weiter: Als der **erste Rätekongreß in Deutschland** stattfinden sollte, wurde mitgeteilt, daß **Delegierte des russischen Sowjetkongresses** an diesem ersten Rätekongreß in Deutsch-

(**Scheidemann,** Abgeordneter.)

(A) land teilnehmen sollten. Daraufhin ist einstimmig beschlossen worden, daß diese Teilnahme abzulehnen sei.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Die Volksbeauftragten haben einmütig beschlossen: falls die Russen unsere Ablehnung nicht beachten sollten, die Einreise der russischen Delegierten an der Grenze durch Anrufung unserer deutschen Soldatenräte verhindern zu lassen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind lauter Tatsachen. Ich stelle sie fest, bitte Sie aber ausdrücklich, mich nicht mißzuverstehen. Die Tatsachen fallen in eine ganz bestimmte Situation. Wie zu allen Ländern der Welt wünschen wir selbstverständlich auch zum russischen Volk die denkbar besten Beziehungen. Wir wollen auch mit **Rußland,** das genau so traurig dasteht wie wir selbst und genau so zu leiden hat wie wir, selbstverständlich in Frieden und Freundschaft leben.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Außenminister.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Scheidemann ist bereits auf die Bemängelungen eingegangen, die der Herr Abgeordnete Cohn meinen Ausführungen von gestern angedeihen ließ. Ich mache darauf aufmerksam, daß er nur das eine bemängelt hatte, daß nämlich die Volksbeauftragten damals die **Beziehungen zu Rußland** nicht wieder aufnehmen wollten. Das andere hat er nicht bemängelt, daß tatsächlich die Delegierten des Sowjetkongresses nicht über die Grenzen kommen durften, und die Soldatenräte im Osten angewiesen waren, sie mit Gewalt abzuhalten.

Warum bin ich dazu gekommen, diese Ausführungen (B) zu machen? Weil der Herr Abgeordnete Dr. Geyer sich auf die Tribüne gestellt und behauptet hat, daß seine Partei immer für eine Verständigung mit Sowjet-Rußland gewesen wäre. Das wollte ich richtigstellen. Wäre diese falsche Behauptung nicht aufgestellt worden, so wäre es mir nicht eingefallen, auf diese Dinge einzugehen.

Nun hat Herr Abgeordneter Cohn eine klare Ostpolitik von mir verlangt. Ich habe früher schon gesagt, daß die Dinge in Rußland zurzeit noch außerordentlich verworren sind. Wer die Nachrichten verfolgt, die aus den Randstaaten im Norden und Süden bei uns täglich eingehen, wird sich sagen müssen, daß eine klare Ostpolitik etwas ist, was durchaus nicht möglich und notwendig für uns ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

unter den verworrenen Verhältnissen, die augenblicklich in Rußland sind. Ich habe kein Verständnis dafür, daß in einer Zeit, wo uns diese Note wegen der Beziehungen zu Rußland vorgelegt ist, der Herr Abgeordnete Cohn verlangt, daß wir uns auf längere Zeit Rußland gegenüber festlegen. Gewiß, wenn, was wir nicht wissen, die Sowjetregierung noch lange in Rußland herrschend bleibt, dann wären wir gezwungen, die politischen Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen. Aber wenn im gegebenen Moment der Herr Abgeordnete Cohn eine klare Auskunft haben will, so sage ich: solange ich nicht die Garantie habe, daß die Sowjetregierung sich nicht in die inneren Verhältnisse Deutschlands einmischt, werden wir keine politischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland anknüpfen.

(Sehr richtig!)

Herr Abgeordneter Cohn hat darauf hingewiesen, daß allerdings die russische Regierung öfters erklärt hätte, daß sie eine solche Einmischung nicht beabsichtige. Sie hat aber bis heute das Programm der Weltrevolution nicht aufgegeben. Solange sie daran festhält, müssen wir (C) damit rechnen, daß eine solche Einmischung erfolgt und gegen diese Einmischung uns zu wehren, haben wir alle Ursache.

Was die **wirtschaftlichen Beziehungen** anlangt, so ist das eine Frage, die, nachdem der Frieden ratifiziert ist, Gegenstand der Erörterung sein wird. Es sollten auch hierüber keine allzu großen Illusionen gehegt werden. Denn alle die Herren, die aus **Rußland** zurückkommen, sagen uns übereinstimmend, daß die russische Wirtschaft ziemlich zerstört sei, abgesehen von der Industrie, die Munition für die Rote Armee arbeitet, daß insbesondere die Transportverhältnisse Rußlands außerordentlich desorganisiert sind und in der Hauptsache in Anspruch genommen werden, damit die Heere heute gegen Denikin, morgen gegen Koltschak und übermorgen gegen Judenitsch geworfen werden.

Solange die Dinge so liegen, können wir für die nächste Zeit uns keine großen Vorteile von einer Annäherung versprechen.

Ferner ist er eingegangen auf die **Einmischung deutscher Amtsstellen in die inneren Verhältnisse Lettlands und Litauens.** Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Reichsregierung eine solche Einmischung, wenn sie von irgendeiner Stelle erfolgt ist, aufs schärfste verurteilt. Gestern wurde erst von mir darauf hingewiesen, was alles verschüttet worden ist dadurch, daß eine Einmischung von militärischen Stellen in litauische und lettländische Verhältnisse stattgefunden hat.

Im übrigen befindet sich dort zurzeit noch alles im Abwicklungsprozeß. Wir haben mehr als einmal festgestellt, daß dieser zu lange dauert. Die Verhältnisse, die dazu geführt haben, sind am 9. Oktober und gestern wieder von mir dargelegt worden. Ich wiederhole gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Cohn insbesondere, daß wir in keiner Weise die sogenannte (D) russische Westregierung anerkannt haben. Ich habe mich gestern über Herrn Awalow-Bermondt geäußert. Wir denken nicht daran, seine Bestrebungen in **Kurland** oder **Lettland** irgendwie zu unterstützen oder auch nur zu dulden, daß von Deutschland aus solche Bestrebungen unterstützt werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn ist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel einer Berliner Mittagszeitung eingegangen. Ich kann ihm erklären, daß in bezug auf die Tatsachen, die hier mitgeteilt sind, das Nötige bereits veranlaßt ist. Die eine Bude ist bereits geschlossen und eine ganze Reihe von Verhaftungen sind bereits vorgenommen, wie überhaupt mein Freund Noske in jedem derartigen Fall, der ihm zur Kenntnis gekommen ist, das Notwendige veranlaßt hat.

Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn ist dann weiter auf die Frage der **Rückbeförderung der noch in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen** eingegangen. Ich möchte dazu prinzipiell erklären, daß die deutsche Regierung gar keinen sehnlicheren Wunsch hat, als daß so schnell wie möglich der letzte russische Gefangene vom deutschen Boden wegkommt. Es ist nur nicht so einfach, die Gefangenen herauszubringen. Die polnische Regierung hat bisher den Durchtransport nicht gestattet; dasselbe trifft für die litauische Regierung zu. Wir haben uns Mühe gegeben, durch Verhandlungen mit den hier befindlichen Militärmissionen es dahin zu bringen, daß jeder einzelne russische Gefangene nach dem Gouvernement zurückbefördert wird, aus dem er stammt, um nach Möglichkeit zu vermeiden, daß ein solcher Gefangener gegen seinen Willen in die Armee von Denikin oder von Judenitsch eingereiht wird, oder auch, soweit die Ukraine in Betracht kommt, von Petljura.

Es ist aber nicht richtig, daß die Entente sich um diese russischen Gefangenen nicht mehr kümmert. Im

(Müller, Reichsminister des Aeußern.)

(A) Gegenteil hat der hohe Rat in Paris erst vor kurzem eine besondere Kommission eingesetzt, die in Zukunft über den Rücktransport der noch in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen zu befinden haben wird. Also auch mit dieser Kommission haben wir uns auseinanderzusetzen, und es wird sich zeigen, was bei dieser Auseinandersetzung herauskommt. Es ist merkwürdig, daß der Herr Abgeordnete Dr. Cohn, der sonst immer die Ohnmacht des deutschen Volkes in seiner gegenwärtigen politischen Situation so stark betont, in dem Augenblick, wo es sich darum handelt, etwas zu tun, was Sowjetrußland zugute kommt, immer glaubt, daß wir ungeheuer stark sind und alles das durchsetzen können, was er von uns verlangt. So liegen aber die Dinge in Wirklichkeit nicht. Gerade in diesem Punkte sind wir nicht stärker als in irgendeinem anderen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn ist dann weiter auf die **Zurückhaltung unserer deutschen Gefangenen** in Frankreich zu sprechen gekommen und hat dann auch der französischen Regierung einiges gesagt, von dem ich wünsche, daß es dort gehört wird. Ähnliche Ausführungen hat ja sein Parteifreund Eisner bereits in Bern im Februar dieses Jahres in sehr eindringlicher Form gemacht. Auf die französischen Regierungsmänner haben aber leider auch diese Ausführungen Eisners gar keinen Eindruck gemacht.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn die Frage der Rückbeförderung der deutschen Gefangenen in Zusammenhang gebracht mit der **Frage des Wiederaufbaus.** Die deutsche Regierung lehnt nach wie vor ausdrücklich einen Zusammenhang dieser beiden Fragen ab.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nach dem Friedensvertrage sind wir in der Lage, spätestens mit der Vollratifikation des Friedens verlangen zu können, daß die deutschen Gefangenen nach Deutschland (B) zurückkommen. Aber das, was der Herr Abgeordnete Dr. Cohn sagt, ist auch, soweit ich unterrichtet bin, sachlich nicht richtig. Die französische Regierung, mit der wir wegen des Wiederaufbaus die ganze Zeit über verhandeln, hat nicht die Absicht, auf Pläne einzugehen, wie sie der Herr Abgeordnete Dr. Cohn in bezug auf den Wiederaufbau dargelegt hat. Von diesen freien, großzügigen Aktionen wollte die französische Regierung bisher gar nichts wissen, das hat sich bei diesen Verhandlungen herausgestellt. Ich hoffe, daß wir in dieser Frage, über die ich mich übrigens in meiner Rede vom 23. Juli in Weimar in der Nationalversammlung bereits deutlich genug ausgelassen habe, mit der französischen Regierung sehr bald zu einem günstigen und endgültigen Ergebnis kommen.

Nun in diesem Zusammenhang ein paar Worte zu dem, was der Abgeordnete Haußmann über die **Behandlung der deutschen Gefangenen in Frankreich** gesagt hat. Er hat gemeint, das Material, das darüber vorhanden sei, müßte herauskommen. Es ist vielleicht dem Herrn Abgeordneten Haußmann entgangen, daß bereits zwei amtliche Publikationen erschienen sind, eine über die Behandlung der Gefangenen in Frankreich und eine über die Behandlung der Gefangenen in England. Es werden weiter solche Publikationen erfolgen. Es ist allerdings bedauerlich, daß dieses amtliche Material nicht überall in der Presse so ausgenützt und verwertet worden ist, wie das hätte der Fall sein können. Das kommt aber vielleicht auch daher, weil den einzelnen Zeitungen selbst fortlaufend zunächst noch nicht amtlich nachkontrollierte Briefe aus den Gefangenenlagern zugehen, die auch in großer Zahl veröffentlicht werden. Die Denkschrift, die in Frankreich über die Behandlung der Gefangenen in Deutschland herausgegeben worden ist, ist uns zugegangen und wird zurzeit geprüft.

Der Herr Abgeordnete Haußmann hat mich dann (C) weiter gefragt, ob in den Akten des Auswärtigen Amts etwas darüber zu finden sei, daß die **Polenproklamation** seinerzeit auf Veranlassung des Generals Ludendorff geschehen ist. Soweit bisher Nachforschungen angestellt worden und mir Mitteilungen darüber gemacht worden sind, ist in den Akten des Auswärtigen Amts darüber nichts enthalten.

(Abgeordneter Mumm: Hört! hört!)

— Ja, in den Akten des Auswärtigen Amts ist darüber nichts enthalten! Ich mache darauf aufmerksam, Herr Abgeordneter Mumm, daß ich mich hier sehr vorsichtig und genau ausdrücken muß, damit ich nicht später einer Unrichtigkeit geziehen werde. Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß sich über solche Angelegenheiten nicht nur Berichte in den Akten des Auswärtigen Amtes, sondern zum Beispiel auch in denen des Kriegsministeriums und des Generalstabs befinden können. Das gilt für alle Angelegenheiten, die jetzt Gegenstand der Verhandlungen in dem Untersuchungsausschuß sind. Aber richtig ist doch — daran kann ich mich ganz genau erinnern, denn ich habe an einer Besprechung teilgenommen, die etwa acht Tage vor der Polenproklamation stattgefunden hat —, daß tatsächlich alle Welt, und zwar ohne Unterschied der Partei von der „Kreuzzeitung" bis zum „Vorwärts" damals den Eindruck gehabt hat, daß militärische Rücksichten für die Polenproklamation maßgebend gewesen sind. Ich kann mich genau daran erinnern, daß, als ich aus dem Reichskanzlerpalais herausgekommen bin, wo der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg einen Vortrag über die Polenproklamation gehalten hat, die Pressevertreter von rechts und links gesagt haben, der ganze Zweck ist doch nur, Kanonenfutter für die Armee zu schaffen. Darüber war sich alles einig. Mit großer Liebe — in dieser Beziehung war das unrichtig, was der Herr Ab- (D) geordnete Schultz gesagt hat — ist diese Polenproklamation weder von links noch von rechts begrüßt worden. Ich weiß, wie man sich in der sozialdemokratischen Presse abgequält hat, als diese Polenproklamation herausgekommen ist, um ihr überhaupt nur eine günstige Seite abgewinnen zu können.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat dann unsere Aufmerksamkeit auf die Anwesenheit der **Militärkommissionen** gerichtet und gewünscht, daß wir dahin wirken möchten, daß diese Kommissionen möglichst klein gehalten werden sollen. Wir haben bereits mehrfach Vorstellungen in dieser Richtung erhoben, allerdings, wie ich offen sagen muß, ohne bisher den gewünschten Erfolg zu haben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat weiter auf das **Loch im Westen** hingewiesen. Es finden zurzeit in dieser Beziehung wieder Verhandlungen statt, und wir hoffen, daß es bald gelingt, dieses Loch zu schließen, weil, wenn dieses Loch nicht geschlossen wird, die deutsche Volkswirtschaft den schwersten Schaden haben wird; und damit schließlich auch die alliierten und assoziierten Regierungen, die nicht die vorgesehenen Wiedergutmachungen von uns erhalten können, wenn wir künftig nicht in der Lage sind, wieder in die Höhe zu kommen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat weiter die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amts auf die **Abstimmungen in den Abstimmungsgebieten** gerichtet und hat dabei insbesondere auf die Verhältnisse in Eupen und Malmedy hingewiesen. Die Verhältnisse in **Eupen und Malmedy** sind bei uns ständig der Gegenstand großer Aufmerksamkeit geworden. Wir sind jetzt so weit, daß wir mit der belgischen Regierung in Verhandlungen gekommen sind, zu denen von deutscher Seite schon Bevollmächtigte ernannt worden sind. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen.

(**Müller**, Reichsminister des Aeußern.)

(A) Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat dann weiter gemeint, daß wir alles tun sollen, um eine baldige **Ratifizierung des Friedens** herbeizuführen. Dazu sind wir gewillt. Wir verkennen die Schattenseiten des Eintritts des Friedenszustandes nicht, aber schon um unserer Gefangenen willen tun wir alles, um die Ratifizierung zu beschleunigen. Uns selbst trifft keine Schuld. Wir haben bereits am 28. Juni unterzeichnet. Wir haben auch längst unseren Vertreter mit den nötigen Vollmachten ausgestattet für die Unterzeichnung des Schlußprotokolls beim Austausch der Ratifikationsurkunden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heinze hat weiter auf die Konkurrenz hingewiesen, die bei der **Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten zwischen dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten** stattfindet. Ich glaube, daß über die Kompetenzfrage bei nächster Gelegenheit in aller Ruhe einmal geredet werden muß. Es wird sich freilich nicht vermeiden lassen, daß im Reichshaushaltsausschuß, zum Beispiel bei dem Etatstitel Gehalt des Ministers, auch Anfragen politischer Natur gestellt werden. Übrigens möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir in diesem Jahre hoffentlich absonderliche Verhältnisse haben, insofern wir den Etat im Oktober beraten. Sonst ist ja im Jahre nur einmal, im Februar oder März, Gelegenheit gegeben, solche Fragen beim Etat selbst vorzubringen.

Im übrigen wird daran festgehalten werden müssen, daß die außenpolitischen Fragen im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erörtert werden. Ich bin da durchaus der Auffassung, die der Herr Abgeordnete Dr. Heinze vorgetragen hat und die ich als Abgeordneter selbst früher vertreten habe, daß nämlich der Auswärtige Ausschuß ein Ausschuß sein soll, in dem Politiker sitzen, die sich eingehend und laufend mit auswärtigen Angelegenheiten befassen, damit wir auf diesem Wege dazu (B) kommen, im Deutschen Reiche auch eine Reihe von Außenpolitikern zu erziehen, wie sie Frankreich und England durch ähnliche Maßnahmen längst erzogen haben.

(Bravo! links.)

Präsident: Damit ist die Debatte zu Kap. 4 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter. Geehrte Versammlung! Ich habe nur einem Mißverständnis entgegenzutreten, das anscheinend bei dem Herrn Minister Müller in einem Teile meiner Ausführungen entstanden ist. Ich habe nicht die Frage des **Wiederaufbaues Frankreichs** in Zusammenhang gebracht mit der Frage der **Herausgabe der Gefangenen**, sondern ich habe lediglich die Frage nach den Gründen gestellt, die die französische Regierung bestimmen könnten, und habe dabei gefragt: will sie etwa diese Gefangenen als Geiseln für die im Aufbaugebiet zu erzwingenden Arbeiten festhalten? Ich freue mich, mit dem Herrn Minister durchaus übereinstimmen zu können, daß ich einen Zusammenhang zwischen Wiederaufbau und Herausgabe der Gefangenen mit gleicher Entschiedenheit ablehne wie er.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Der Herr Minister hat meine Äußerungen nicht ganz in dem Sinne verstanden, wie ich sie gemeint habe. Ich habe wohl gewußt, daß über die **Greuel**, die **gegen Deutsche** von der Entente verübt worden sind, **Veröffentlichungen** erfolgt sind. Wir Deutschen verfolgen aber nicht das System der Wiederholungen, mit dem die Gegner die öffentliche Meinung ihrer Länder gegen uns breitzuschlagen fortfahren, und deshalb schien es mir richtig, zu bitten, daß man auf diese (C) Dinge zurückkommt und auch auf die, die man inzwischen durch die zurückkehrenden Gefangenen erfahren hat.

Der Herr Abgeordnete Schultz hat mich „unhöflich" und „unwahrhaftig" genannt deshalb, weil ich von einer Unwahrhaftigkeit gegen ihn gesprochen hätte. Ich habe aber in Wirklichkeit gesagt: Die Polemik gegen die Mehrheit sei eine Fortsetzung der parteiagitatorischen Versuche, die schlechten Zustände und den schlechten Frieden als Folgen der Revolution und der Sünden der republikanischen Regierung darzustellen; da aber die **Revolution Folge des verlorenen Krieges** gewesen sei, so sei der verlorene Krieg auch eine hauptsächlichste Ursache der Revolutionserscheinungen. Von der Verschweigung dieser Tatsache habe ich gesagt, daß sie zu neun Zehnteln unwahrhaftig und verwirrend für die Wählerschaft sei. Ich hielt es für zweckmäßig, diese Überzeugung öffentlich auszusprechen.

Dann hat er von dem dritten Bande der **Bismarckschen Erinnerungen** gesprochen und gesagt, ich hätte die Tatsache nicht angegeben, daß der Fürst Bismarck die Veröffentlichung verboten habe. Ich habe darüber gar nichts gesagt, was Fürst Bismarck verfügt hat, aber ich will es Ihnen jetzt sagen: Fürst Bismarck hat es seinem Sohne Herbert überlassen, wie ich von dem früheren Chef des Cottaschen Verlags weiß, dem Herrn Geheimen Kommerzienrat Kröner, der mir gesagt hat: Ich habe mit Herbert Bismarck ausgemacht, daß die Veröffentlichung erfolgen müsse, solange ich noch lebe. Und „ich bin jetzt 70 Jahre alt", hat er mir damals vor zehn Jahren gesagt, „also können Sie sich darauf verlassen, daß es bald erscheinen wird." Es ist also nicht wahr, daß Fürst Bismarck verboten hat, daß das Werk erscheine, sondern er hat im Gegenteil gewünscht, daß es erscheinen möchte. Wenn der Herr Abgeordnete Schultz weiter sagte, zu seinen Lebzeiten (D) hätten wir den Fürsten Bismarck nicht gelten lassen und jetzt beriefen wir uns auf ihn, so habe ich mich nicht auf ihn berufen, sondern gewünscht, daß seine für die deutsche Bevölkerung niedergeschriebenen Ratschläge zur zukünftigen auswärtigen Politik, in der wir im Unterschiede zur inneren Politik seinen sehr scharfen Blick anerkannt haben, dem deutschen Volke nicht vorenthalten würden. Das zu den unbegründeten Angriffen des Herrn Abgeordneten Schultz.

Nun hat mich der Herr Abgeordnete Cohn noch lebhaft attackiert. Meine Parteifreunde haben mich beauftragt, dem unabhängigen Redner unsere Meinung zu sagen. Das habe ich getan, und das hat nun den Herrn Abgeordneten Cohn zornig und grob gemacht. Er hat über meine Reden gesprochen. Ich unterhalte mich über Reden nicht mit dem Verüber zahlloser, häufig gewundener und beinahe immer die Geduld ermüdender Reden. Dagegen hat er behauptet, ich hätte etwas Unwahres gesagt, indem ich behauptet habe, daß Herr Geyer sich dafür ausgesprochen habe, daß man Gewalt anwenden solle. Ich habe wörtlich zitiert, was er über Gewalt wörtlich gesagt hat. „Wir halten es für Pflicht, uns bei revolutionären Kämpfen zu beteiligen." Ich habe mich auf diese Kundgebung für eine angeblich „pflichtmäßige" Beteiligung an Gewaltanwendungen umsomehr berufen dürfen, als er dieselbe Ansicht und Gewaltpropaganda in der „Leipziger Volkszeitung" so heftig ausgesprochen hat, daß sogar der andere Redakteur Block ihm dann entgegengetreten ist und sich gegen diese **Politik der Gewalt** ausdrücklich verwahrt hat, daß Herr Geyer für die Gewalt eintrete, während es nicht richtig sei, Gewalt anzuwenden.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Vielleicht weil sein Sozius **Block** diese Blockade in seinem Blatt über ihn verhängen wollte, hat Herr Geyer diese

(**Haußmann**, Abgeordneter.)

(A) Kundgebung getan, die zurückgewiesen werden mußte. Wenn übrigens der Herr Abgeordnete Cohn seinerzeit in der Nationalversammlung erklärt hat, von Rußland Rubel zur treuen Verwaltung und Verteilung für Agitationszwecke von der Regierung Lenin erhalten zu haben, so ist es ein starkes Stück, uns glauben zu machen, daß das verteilte Geld gegen die Anwendung von Gewalt und nicht zum Waffenankauf, also zur Gewalt hätte verwendet werden sollen.

Über **„Sabotage"** hat der Herr Abgeordnete unter pathetischer Apostrophierung von mir erklärt, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Ich habe gesagt, daß der Herr Abgeordnete Geyer nicht die Kraft habe, sich von den Sabotagepolitikern zu trennen, und nicht den Mut, sich hier dazu zu bekennen. Ich habe unter Sabotagepolitikern diejenige Richtung des äußersten Sozialismus verstanden, welche durch eine möglichst schlechte wirtschaftliche Lage den Stillstand des wirtschaftlichen Prozesses und die Sabotage der Wirtschaft herbeiführen wollen, um durch dieses Mittel ihrer Diktatur des Proletariats zur politischen Macht zu gelangen. Also ich habe auch hier durchaus richtig die Haltung des Herrn Abgeordneten Geyer gekennzeichnet. Im übrigen verweise ich auf mein Stenogramm und bediene mich der Äußerung des Herrn Präsidenten, der dem Herrn Abgeordneten Cohn vorhin zugerufen hat: „Ich verbitte mir Verdrehungen meiner Worte".

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Haußmann ist der Ansicht, daß ich über die Bestimmungen bezüglich der **Herausgabe der Bismarckschen Memoiren** falsch unterrichtet wäre. Ich möchte darauf (B) nur erwidern, daß wir nach der Kenntnis, die wir auf dieser Seite des Hauses hier haben, die wir glauben, über die Intentionen des Fürsten-Reichskanzlers Bismarck ziemlich genau informiert zu sein, und auf Grund von Mitteilungen des Fürsten Herbert Bismarck, der uns politisch nahestand und in unseren Reihen saß, glauben annehmen zu dürfen, daß beide, Vater wie Sohn Bismarck, es ausdrücklich abgelehnt haben, daß Memoiren jemals zu Lebzeiten der Hauptperson, das heißt des Kaisers Wilhelm, erscheinen könnten.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Das ist ganz positiv falsch nach dem, was mir der Geheime Kommerzienrat Kroener als Verleger selbst gesagt hat.

Präsident: Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Kap. 4 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben ist nicht beanstandet.

Ich rufe auf Tit. 2. Hier sind die zwei Unterstaatssekretäre beanstandet. Wir müssen deshalb über die Unterstaatssekretäre abstimmen.

Ich bitte diejenigen, die zwei Unterstaatssekretäre nach dem Haushaltsplan genehmigen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Titel ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 3, — 4, — 5, — 5a, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 10a, — 11, — 12. — Angenommen.

Kap 5, Gesandtschaften und Konsulate, Tit. 1. — Angenommen.

Zu Tit. 2 hat das Wort der Herr Berichterstatter.

Waldstein, Abgeordneter, Berichterstatter: Es (C) handelt sich hier um die zwei vom Hauptausschuß neu eingestellten **Generalkonsuln I. Klasse für Amsterdam und Barcelona.** Die sachliche Begründung dieses Postens habe ich bereits in meinem allgemeinen Bericht gegeben, und ich möchte hier nur eine kurze Bemerkung hinzufügen. Es könnte bedenklich erscheinen, daß der Hauptausschuß sich von sich aus entschlossen hat, hier an zwei einzelnen Stellen sozusagen auf Grund seiner Sachkenntnis neue Posten zu schaffen. Um den Hauptausschuß diesem Vorwurf gegenüber zu rechtfertigen und nicht für die Zukunft bedenkliche Präzedenzfälle zu schaffen, möchte ich feststellen, daß der Hauptausschuß das erst getan hat, nachdem ihm vom Herrn Minister erklärt worden war, daß der Minister auch seinerseits bereits die Schaffung dieser beiden Posten in Aussicht genommen und für den nächsten Etat vorgesehen habe, sodaß ein sachliches Bedenken gegen die Einstellung in diesen Etat nicht mehr vorlag.

Präsident: Tit. 2 wird nicht beanstandet; er ist angenommen nach den Ausschußanträgen auf Nr. 1311.

Tit. 2a, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Angenommen.

Kap. 6, allgemeine Bewilligungen, Tit. 1, — 2 gestrichen, — 3, — 3a, — 4, — 5, — 5a mit der Abänderung des Dispositivs nach dem Ausschußantrag auf Nr. 1311, — 6, — 7, — 8, — 9, — 9a, wo der Ausschuß wieder das Dispositiv geändert hat, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14. — Bewilligt.

Zu Tit. 14 hat der Ausschuß beantragt, folgend Entschließung anzunehmen:

> die Reichsregierung zu ersuchen, die Position Kap. 6 Tit. 14 der Ausgabe im nächsten Etat wesentlich zu erhöhen.

Ich bitte diejenigen, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (D)

(Geschieht)

Das ist die Mehrheit; die Resolution auf Nr. 1311 unter II ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, wo das Dispositiv nach dem Antrage des Ausschusses zu ändern ist, — 23, — 24. — Angenommen.

Es folgen die einmaligen Ausgaben in Kap. 2 Tit. 1, — Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11. — Damit sind die einmaligen Ausgaben erledigt.

Es folgen die Einnahmen, Kap. 7. Tit. 1 ist gestrichen; — Tit. 2, — 3, — 4, — 5. — Angenommen.

Damit ist der Haushalt für das Auswärtige Amt erledigt.

Wir kommen zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

A. **Haushalt des Reichseisenbahnamts** (Anlage X),

B. **Haushalt der Verwaltung der Reichseisenbahnen** (Anlage XVI),

C. **Haushalt des Reichsverkehrsministeriums** (Anlage XVIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt, Nr. 1318 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Becker (Hessen).

Als Kommissare sind angemeldet:

I. für den auf die Eisenbahnen bezüglichen Teil:
1. der mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraute Staatsrat Stieler,
2. Geheimer Oberregierungsrat Schlesier,
3. Regierungsrat Wolf,
4. Regierungsrat Dr. Sarter;

(Präsident.)

(A) II. für den auf die Wasserstraßen bezüglichen Teil:
1. Unterstaatssekretär Wirklicher Geheimer Rat Peters,
2. Geheimer Regierungsrat Krohne;

III. für den auf das Luft- und Kraftfahrwesen bezüglichen Teil:
1. Unterstaatssekretär Euler,
2. Referent Dr. Valentin,
3. Referent Hauptmann Fisch.

Wegen der Art der Beratung ist noch folgendes zu sagen. Ich schlage Ihnen vor, die Etats des Reichseisenbahnamtes, der Verwaltung der Reichseisenbahnen und den Haushalt für das Verkehrsministerium zusammen zu beraten, und zwar dergestalt, daß ich an der Hand des Haushalts für das Reichsverkehrsministerium die Kapitel und Titel aufrufe, und daß dadurch auch die Ansätze für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1919 in den Etats des Reichseisenbahnamts und der Verwaltung der Reichseisenbahnen mit bewilligt werden, ausgenommen bei der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen, für die die Bewilligung vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920 in dem Etat des Reichsverkehrsministerium vorgesehen ist. — Das Haus ist mit dieser Art des Vorgehens bei der Beratung einverstanden.

Ich erteile das Wort dem stellvertretenden Berichterstatter Herrn Abgeordneten Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! In diesem hier zum erstenmal in die Erscheinung tretenden Etat des Reichsverkehrsministeriums stehen das Stirb und das Werde dicht beieinander. In diesen Vorlagen verbindet sich nämlich, wie der Herr Präsident eben schon hervorhob, eine ganze Anzahl werdender und verschwindender Behörden und Ämter. (B) Diese verschwindenden Behörden und Ämter reichen für den Aufbau des neuen Reichsverkehrsministeriums teilweise das Personal, teilweise sachliche Werte und teilweise beides. Neu aufgebaut wird das **Reichsverkehrsministerium** mit drei Abteilungen, einer Abteilung für das Eisenbahnwesen, einer Abteilung für die Wasserstraßen, einer Abteilung für das Luft- und Kraftfahrwesen. Es verschwindet dabei erstens das **Reichseisenbahnamt,** dessen Etat noch bis zum 31. Oktober d. J. lief. Verschwunden ist weiter schon die **Verwaltung der Reichseisenbahnen,** die uns ja in Elsaß-Lothringen schon am 1. Dezember 1918 Frankreich abnahm. Ihr Liquidationsetat läuft aber noch weiter und belastet den neuen Etat des Reichsverkehrsministeriums sehr wesentlich. Übernommen und ausgestaltet wird drittens das **Reichsluftamt** mit dem Luft- und Kraftfahrwesen, welches bisher im Etat des Reichsministerium des Innern seinen Platz hatte. Aufgelöst wird viertens aus dem Marineetat die verbliebene Einrichtungsabteilung für den **Seewetterdienst** und das **Seezeichenwesen.** Ein fester Kern dieser Einrichtungen wird in der Hamburger Seewarte erhalten.

Der Aufbau des neuen **Reichsverkehrsministeriums** geschieht allmählich. In den Vollbetrieb wird es erst eintreten, wenn die Eisenbahnen der Länder, spätestens also zum 1. April 1921, in die Hand des Reichsverkehrsministeriums übergegangen sein werden. Die Abteilungen werden bis dahin sich in bedeutsamem Wachsen befinden.

Die Abteilung I für **Eisenbahnen** wird zwei Unterabteilungen enthalten, gemeinsam vereinigt unter einem Unterstaatssekretär. Die erste Unterabteilung soll die eigentliche Eisenbahnaufsichtsabteilung, die zweite die eigentliche Verwaltungsabteilung sein. Beide werden mit starken Arbeiten wohl bis zur Grenze der Arbeitsmöglichkeit belastet sein.

Die Abteilung II über die **Wasserstraßen** nimmt die (C) Arbeit zur Vorbereitung der Übernahme der Wasserstraßen auf das Reich in die Hand. Da sind zum ersten die wichtigsten Wasserwege aufzusuchen, die zur Übernahme ausgewählt werden sollen, und ihre Nutzungsberechnung ist anzustellen. Weiter sind Prüfungen vorzunehmen über die etwaigen Nebenbenutzungen, die dabei vorkommen. Drittens ist auch dabei zu prüfen, ob Rechte und Renten Dritter vorhanden sind, die etwa abgefunden werden müssen. Weiter muß auch diese Abteilung für die Wasserstraßen dafür sorgen, daß das Deutsche Reich in den interalliierten Kommissionen über unsere deutschen Flüsse vertreten ist. Für diese Abteilung fehlt bislang die volle Unterlage. Wir haben nur in der Kanalabteilung des Preußischen Verkehrsministeriums einen gewissen Boden, und weiter in der Schiffahrtsabteilung des Feldeisenbahnwesens, die ja im Kriege unsere Binnenschiffahrt wesentlich und gründlich regelte. Das Personal für diese Abteilung soll aber nicht sofort hauptamtlich übernommen werden, sondern zunächst nur nebenamtlich, und erst später bei Bewährung voll und hauptamtlich angestellt werden. Bis dahin besteht aber naturgemäß das Bedenken, ob diese nebenamtlichen Kräfte die Interessen des Reichs genügend wahren werden. Immerhin glaubt man, in der späteren Übernahme eine gewisse Bürgschaft dafür zu finden.

Die Abteilung III für das **Luft- und Kraftfahrwesen** ist ja in ihrem Kern aus dem Reichsluftamte hervorgegangen. Sie hat bislang als wesentlichen Besitz nur die Versuchsanstalt in Adlershof. Im Kraftfahrwesen war bisher eine gewaltige Zersplitterung vorhanden. So unterstand ein Teil dem Ministerium des Innern, soweit es die Kraftfahrpolizei betraf. Ein zweiter Teil unterstand dem Reichswehrministerium; das war die technische Fahrabteilung. Ein dritter Teil unterstand dem Reichswirtschaftsministerium, das ja für Gummi, Benzin und für andere Sachen zu sorgen hatte. Der (D) vierte Teil unterstand dem Reichsschatzministerium in der Verwertung der vorhandenen Heeresbestände. Die ersten drei Abteilungen sollen nun bei dem neuen Reichsverkehrsministerium vereinigt werden. Die Verwertung der Heeresbestände wird wie bisher das Reichsschatzministerium behandeln.

In den Ausschußverhandlungen trat hervor, besonders durch die Erwähnung des Herrn Ministers, daß man auch erwogen habe, ob nicht auch die **Post** in ihrer Gesamtheit in das Reichsverkehrsministerium übergehen müsse. Man hat aber davon abgesehen, weil die vorhandenen Aufgaben in ihrer Entwicklung schon so bedeutsam seien, daß sie für eine Manneskraft wahrscheinlich schon die Grenze des Möglichen bedeuten.

Dabei wurde auch die Frage erledigt, wie es denn komme, daß man gerade die Luft- und Kraftfahrabteilung nicht bei der Post gelassen habe, sondern diesem Ministerium überwiesen habe. Von dem Herrn Minister wurde hervorgehoben, daß eben die Verbindung zwischen der Kraftfahrabteilung und der Eisenbahn und Binnenschiffahrt näher sei als zum Postverkehr.

Bezüglich der Luftfahrabteilung hob der Herr Minister noch hervor, daß eine Vorlage über das **Luftrecht** in Arbeit sei; damit würde Deutschland der erste Großstaat werden, der das Luftrecht gesetzgeberisch festlege.

Einen besonders breiten Raum nahm die Besprechung über die Bekämpfung der gefährlichen **Verkehrsnot** ein. Der Herr Reichsverkehrsminister teilte mit, daß auch das neue Ministerium auf diesem Gebiete schon wesentlich tätig gewesen sei. In einer Kabinettssitzung, der auch der Reichspräsident beiwohnte, sei diese wichtige Angelegenheit besprochen und ein besonderer Hauptverkehrsausschuß gebildet worden, der diese dringlichen Arbeiten fördern solle. Der Hauptverkehrsausschuß, der in vier

(**Beuermann**, Berichterstatter.)

(A) Abteilungen bisher gearbeitet hat und auch, wie der Herr Minister besonders hervorhob, gestern eine abschließende Sitzung hatte, ist in seinen Arbeiten so weit, daß wir vielleicht nachher vom Herrn Minister näheres darüber erfahren können, wie nun nach dem Beraten getatet werden soll. Bei den Beratungen wurde weiter hervorgehoben, daß die **Gleichheit des Verkehrs** zurzeit durch die **Benachteiligung des Ostens** bedeutend gestört sei. Der Herr Minister gab die sehr beruhigende Erklärung ab, daß diese Benachteiligung, die dringend notwendig gewesen sei, und zwar wegen der Kartoffelversorgung, in kurzer Zeit in Wegfall kommen werde.

Dann wurden noch einheitliche Wünsche des Ausschusses besprochen, die die Beachtung des Ministeriums fanden. So wurde bezüglich der Eisenbahnen der Wunsch ausgesprochen, daß die **Benutzung der Schnellzüge** in Zukunft nur gestattet sein möchte bei Reisen über 150 Kilometer. Ferner wurde gewünscht, daß die anderen bisher vorhandenen Hemmungen, namentlich der Erlaubnisschein, wegfallen möchten. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Herr Minister doch alles tun möge, um die Eisenbahnen schnell in seine Hand zu bekommen. Das wurde besonders hervorgehoben, weil man dann wichtige **Erfindungen** besser benutzen könnte, so den Kuhnertschen Zirkulator und den Pankeschen Plombenverschluß Für das Wiederaufbauamt wurde verlangt, daß der Herr Reichsminister die anderen Ministerien der Länder anregen möge, die Arbeiten für den **Mittellandkanal**, den **Donau-Mainkanal** und andere Stichkanäle tunlichst zu fördern. Dabei wurde auch hervorgehoben, daß eine neue

(B) Wasserabgabenordnung in Ausarbeitung sei, über die allerdings erst später Nachricht gegeben werden könne

Für das Luft- und Kraftfahramt wurde gewünscht, daß **Erleichterungen**, die bezüglich **des Benzinbezuges** in Aussicht gestellt wurden, nur für das Nutzfahrwesen, nicht aber für Luxusautomobile gewährt werden sollten.

Für alle Verwaltungen sprach man dann den Wunsch aus, daß für den Aufbau der Zentralverwaltung aus den Beamtenkörpern aller Länder **Beamte** hinübergenommen werden sollten.

Weiter wurde als wichtig hervorgehoben, daß alle Beamten- und Arbeiterorganisationen, die der Sache nahe ständen, bei Fragen der Organisation von dem Herrn Verkehrsminister beim Aufbau dieser Verwaltung gehört werden sollten.

Ich schließe diesen Bericht über den ersten Etat des neuen Reichsverkehrsministeriums mit dem Wunsche, daß später die Eilzüge des Herrn Ministers ebenso sicher und schnell fahren möchten, wie die Ausschußverhandlungen gegangen sind und wie hoffentlich auch die Plenarverhandlungen sich erledigen werden.

(Bravo!)

Vizepräsident **Löbe:** Der Herr Reichsverkehrsminister bittet, daß wir seinen Vortrag auf morgen vertagen, da er uns eine längere Rede zu halten beabsichtigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen deshalb vor, abzubrechen und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend den 25 Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

Rest der heutigen Tagesordnung

(C) Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Deglerk.

Deglerk, Abgeordneter: Ich möchte bitten, daß der Herr Reichsverkehrsminister seine Rede heute noch hält und daß die Rede sofort gedruckt wird, damit die von den Fraktionen bestimmten Redner die Möglichkeit haben, auf diese Rede, die ja, wie der Herr Reichsverkehrsminister im Haushaltsausschuß gesagt hat, eine Programmrede werden soll, des näheren einzugehen. Ich möchte es für unzweckmäßig halten, wenn die Rede erst morgen gehalten wird und die Redner gezwungen sind, in unmittelbarem Anschluß an diese Rede zu sprechen.

Vizepräsident **Löbe:** Wir sind ja immer gezwungen gewesen — wenigstens in den meisten Fällen —, im unmittelbaren Anschluß an die Ausführungen der Herren Minister zu sprechen. Ob sich bis morgen mittag 1 Uhr die Drucklegung einer $1^1/_2$ Stunden langen Rede so bewerkstelligen läßt, daß die Redner diese Ausführungen noch zur Kenntnis nehmen können, ist nach den heutigen Verhältnissen höchst unwahrscheinlich. Ich bitte Sie also, es bei meinem Vorschlage zu belassen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Deglerk.

Deglerk, Abgeordneter: Die Einwände des Herrn Präsidenten sind insofern nicht stichhaltig, als es sich erstens hier um eine Programmrede handelt und als es zweitens in andern Fällen — so in Weimar — unter erheblich schwierigeren Verhältnissen möglich gewesen ist, Reden, die am Nachmittag gehalten worden sind, bis zum

(D) nächsten Morgen zu drucken; ich erinnere an die Rede des Herrn Ministers Dr. Preuß zur Verfassung.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Braun (Franken).

Dr. **Braun** (Franken), Abgeordneter: Herr Minister Koch hat seinerzeit ebenfalls eine Programmrede gehalten. Wir waren gezwungen, sofort zu dieser Programmrede Stellung zu nehmen; die Vertreter aller Parteien haben das getan. Der Herr Verkehrsminister Dr. Bell hat schon verschiedentlich Gelegenheit genommen, die Grundsätze, nach denen er sein Amt leiten will, darzulegen, so in einer Rede in München. Es wird nicht so sehr überraschen, was uns der Herr Verkehrsminister Dr. Bell mitzuteilen hat.

Vizepräsident **Löbe:** Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen.

Ich bitte diejenigen Herren, die sich dem Vorschlag der Vertagung anschließen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; damit ist der Vertagungsvorschlag angenommen.

Im übrigen bleibt es bezüglich der Tagesordnung bei dem Vorschlage, den ich eben gemacht habe; die Tagesordnung steht also fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 28 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

108. Sitzung.

Sonnabend den 25. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf einer Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser vom 1. Februar 1919.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Weber, Nacken, Scheidemann, Stücklen, Wels
die Abgeordneten Lensing, Dr. Brauns (Cöln), Frau Pfülf, Frau Behnke, Gruber;

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Taucher
der Abgeordnete Koch (Münster);

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Dusche, Bartschat, Ziegler
die Abgeordneten Dr. Hugo, Koch (Merseburg), Bartschat;

in den 7. Ausschuß für die Abgeordneten Winnefeld, Erkelenz
die Abgeordneten Dr. Rießer, Ziegler;

in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Graf zu Dohna
der Abgeordnete Dr. Heinze;

in den 12. Ausschuß für die Abgeordneten Zawadzki, Wetzlich
die Abgeordneten Astor, Frau Dr. Schirmacher;

in den 14. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Weidtmann, Gothein, Dr. Luppe
die Abgeordneten Frau Mende, Bruckhoff, Hesse;

in den 18. Ausschuß für den Abgeordneten Schiele
der Abgeordnete Dr. Költzsch;

in den 16. Ausschuß für die Abgeordneten v. Graefe, D. Traub
die Abgeordneten Schultz (Bromberg), Frau Dr. Schirmacher.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Warmuth für fünf Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Bias für zehn Tage wegen dringender Geschäfte. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Entschuldigt ist das Mitglied der Nationalversammlung Herr Nuschke.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort dem Herrn Reichsverkehrsminister.

Dr. **Bell,** Reichsverkehrsminister: Bevor ich das Wort zu meinem Etat nehme, muß ich zu meinem Schmerz über einen schweren **Unglücksfall**

(das Haus erhebt sich)

zu Ihnen sprechen, der sich gestern in **Schlesien** auf der Nebenbahnstrecke Ratibor—Troppau ereignet hat.

Wie Ihnen inzwischen durch die Tagesblätter bekannt geworden ist, hat auf dem kleinen Bahnhofe Kranowitz ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzuge stattgefunden, der zahlreiche Opfer an Toten und Verletzten zur Folge gehabt hat.

Nach der bisher vorliegenden amtlichen Nachricht ist der um 5 Uhr 7 Minuten vormittags in den Bahnhof Kranowitz einfahrende Personenzug einem über das Grenzzeichen des Nachbargleises hinausstehenden Güterzuge, mit dem er zu kreuzen hatte, in die Flanke gefahren. Über die Schuldfrage liegen noch keine amtlichen Nachrichten vor. Der Packwagen und zwei Wagen vierter Klasse wurden ineinander geschoben und gerieten mit noch einem Wagen zweiter und dritter Klasse in Brand. Es wurden zunächst 19 Tote und 78 Verletzte festgestellt.

Einer Zeitungsnachricht zufolge soll die Zahl der Opfer noch größer und bisher noch nicht genau festzustellen sein.

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) Als Ursache des Brandes wird mitgeteilt, daß Spiritusschieber in großer Anzahl den Zug benutzt und beträchtliche Mengen Spiritus in Blechgefäßen bei sich geführt hätten, und daß die leicht entzündbare Flüssigkeit im Augenblick des Zusammenstoßes wahrscheinlich bei der Lokomotive Feuer gefangen und vier Wagen sofort in Flammen gesetzt habe.

Seit geraumer Zeit sollen in diesem Grenzbezirk Hunderte von Männern und Frauen den **Spiritusschmuggel** in Gefäßen, die sie an ihrem Körper verstecken, betreiben, ohne daß es der berufenen Aufsichtsbehörde gelungen wäre, dieses gefährliche Unwesen wirksam zu bekämpfen.

Die schweren Folgen des Eisenbahnunfalls sind diesem Unwesen, dem die Eisenbahnverwaltung machtlos gegenübersteht, in erster Linie zuzuschreiben.

Im Einvernehmen mit dem preußischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten spreche ich zugleich in dessen Namen den bedauernswerten Angehörigen der Getöteten und allen bei dem Unfall zu Schaden gekommenen Reisenden und Bahnbediensteten das tiefe Mitgefühl der Eisenbahnverwaltung und der Reichsregierung aus, und ich glaube, das nämliche auch im Sinne des hohen Hauses tun zu dürfen.

(Zustimmung.)

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen)

und zwar:

A. **Haushalt des Reichs-Eisenbahnamts** (Anlage X),

(B) B. **Haushalt der Verwaltung der Reichseisenbahnen** (Anlage XVI),

C. **Haushalt des Reichsverkehrsministeriums** (Anlage XVIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1318 der Drucksachen).

Antrag Nr. 1325. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Becker (Hessen.)

Wir fahren fort bei den fortdauernden Ausgaben Kap. 87a Tit. 1. Dazu liegt vor die Entschließung Arnstadt und Genossen auf. Nr. 1325 der Drucksachen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsverkehrsminister.

Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister: Meine Damen und Herren! Als ich vor kurzem in meiner Eigenschaft als Kolonialminister in meiner Etatsrede zum Kolonialministerium des Verlustes unserer Kolonien gedachte, charakterisierte die Presse fast aller Parteischattierungen meine Ausführungen als eine Grabrede auf unsere Kolonien.

Heute bin ich in meiner Eigenschaft als Reichsverkehrsminister in der umgekehrten Lage, eine Geburtsrede auf das neue Reichsverkehrsministerium halten zu müssen.

(Heiterkeit und Sehr gut!)

Indessen kann ich auch an diese Aufgabe nur mit gemischten Gefühlen herantreten.

(Hört! Hört!)

Bedeutet Geburtsfest gemeiniglich ein Freudenfest, so lagert heute ein trüber Schatten verdüsternd über der Festesfreude. Reichsnot, Wirtschaftsniedergang, Finanzelend, Geldentwertung, Arbeitsunlust,

(hört! hört! im Zentrum)

Disziplinlosigkeit, Kohlenmangel,

(hört! hört! im Zentrum)

(C) und Verkehrsstockung sind Taufpaten, die an der Wiege des neuen Verkehrsministeriums nicht gerade glückverheißend erscheinen. So gewiß der Satz auch heute noch richtig bleibt, daß man nur mit lebenskräftigem Optimismus praktische Politik treiben kann, so darf man doch vor den geradezu ungeheuerlichen Schwierigkeiten die Augen nicht verschließen, wenn anders man vor bittersten Enttäuschungen und gefährlichen Überraschungen geschützt sein will.

Zum ersten Male erscheint das **Reichsverkehrsministerium** im Reichsetat. Sein **Aufgabenkreis** ist in der dem Reichstage vorgelegten Denkschrift über die Bedeutung eines Reichsverkehrsministeriums umschrieben worden. Danach will es die Bearbeitung aller auf dem Gebiete des Verkehrs dem Reiche zufallenden Aufgaben vereinigen mit alleiniger Ausnahme der zur Zuständigkeit des Reichspostministeriums gehörenden Gebiete. Der Geschäftsbereich des Reichsverkehrsministeriums enthält an oberster Stelle das gesamte Eisenbahnwesen. Dazu tritt an zweiter Stelle das bedeutsame Gebiet der Wasserstraßen. Das dritte Reichsarbeitsgebiet umfaßt das Luft- und Kraftfahrwesen. Schon aus dieser Umgrenzung der Arbeitsgebiete ergibt sich ein Geschäftsbereich, dessen Ausmaß und Tragweite kaum noch übertroffen werden kann. Kern und Stern des Arbeitsprogramms des Reichsverkehrsministeriums ist die tunlichste Zusammenschließung aller Verkehrsmittel, um die Verkehrsbedürfnisse des Reichs in möglichst erschöpfendem Umfange zu befriedigen.

Bei einer Aussprache ist die Bemerkung gefallen, daß das neue Reichsverkehrsministerium alle vier Elemente, Feuer, Wasser, Luft und Erde, umfasse.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Die Bewältigung eines so ungeheuren Aufgabengebiets erfordert eiserne Willenskraft, unermüdlichen Schaffensdrang und vor allem die sorgsame Auswahl eines tüchtigen und leistungskräftigen Beamten- und Angestelltenkörpers. (D)

An erster Stelle muß ich mich mit dem **Arbeitsgebiet der Eisenbahn** beschäftigen. Für das Tätigkeitsfeld des Verkehrsministeriums auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens sind zwei Zeitabschnitte scharf zu unterscheiden. Der vollständige Ausbau des Reichsverkehrsministeriums wird erst mit dem Zeitpunkte in die Erscheinung treten können, wo die Überleitung der Staatsbahnen auf das Reich erfolgt und dem Reiche eine unmittelbare Betriebsverwaltung mit eigenen Netzen zufällt. Dagegen wird in der Zwischenzeit, die nach der Reichsverfassung bis zum 1. April 1921 währen soll und die ich als Übergangszeit bezeichnen darf, der Geschäftskreis der Eisenbahnverwaltung naturgemäß eingeschränkt bleiben müssen und sich in drei Gruppen zerlegen lassen.

Zunächst handelt es sich um die Wahrnehmung derjenigen Arbeiten, die bisher vom Reichseisenbahnamt zu erledigen waren. Außer der Reichsaufsicht gehört hierzu vornehmlich die **Vorbereitung der eisenbahnrechtlichen Vorschriften** und die **Mitwirkung bei der Durchführung der internationalen Beziehungen**. Hierbei fällt ins Gewicht, daß die Durchführung des Friedensvertrags und die Anbahnung neuer internationaler Beziehungen, weiter die Unterstellung der bayerischen Bahnen unter die Reichsaufsicht und die auf Grund des Waffenstillstandsabkommens und der hierauf gegründeten Eisenbahnmaterialablieferung erforderlichen Abrechnungen zwischen Reich und Ländern mit Eisenbahnbesitz neue bedeutsame Arbeitsgebiete für das Reichsverkehrsministerium erschließen werden.

Hierzu gesellt sich die **Liquidation der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.** Der Auflösungsetat der bisherigen Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen Elsaß-Lothringens legt mir die Verpflichtung auf, einige von Herzen kommende Abschiedsworte an die Verwaltung zu richten. Unter mustergültiger Leitung hat die Ver-

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) waltung im engen Anschlusse an die preußische Staatseisenbahnverwaltung auf allen Gebieten vorbildlich gewirkt und eine bedeutsame Stellung im deutschen Wirtschaftsleben und im internationalen Verkehr eingenommen. Der beklagenswerte Verlust Elsaß-Lothringens hat zur Folge, daß 50 Jahre deutscher Kulturarbeit dem Reiche verloren gehen. Eine pflichttreue Beamtenschaft und Arbeiterschaft hat dem Reiche vorbildliche Dienste geleistet. An der Spitze der Verwaltung haben hervorragende Männer gestanden, deren Namen in Ehren bleiben, vom ersten Präsidenten Mebes bis zu den letzten Präsidenten Fritsch und Bodenstein. Der Waffenstillstand legte den Reichseisenbahnbediensteten die harte Verpflichtung auf, auch nach Besetzung des Landes durch die Franzosen auf ihrem Posten zu bleiben. Gehorsam dem Befehl und im Vertrauen auf die ausdrücklichen Zusicherungen der französischen Befehlshaber, die ihnen und ihren Angehörigen Sicherheit für ihre Person und ihr Eigentum versprachen, harrten sie getreulich auf ihrem schweren Posten aus.

(Bravo!)

Des Vaterlandes Dank und Anerkennung für solche vorbildliche Pflichterfüllung gilt allen unseren deutschen Reichseisenbahnbediensteten, die trotz schwerer inneren Konflikte als deutsche Beamte und deutsche Arbeiter in einem Lande Dienst tun mußten, das der Feind seit seinem Einmarsch als französische Provinz betrachtete.

(Bravo!)

Auch die **französische Regierung** hat der deutschen Verwaltung die schuldige Achtung nicht versagt. Sowohl der französische Minister der öffentlichen Arbeiten als auch der französische Feldeisenbahnchef haben der deutschen Verwaltung ihre Anerkennung ausgesprochen. Die deutsche Regierung erwartet, daß die französische Regierung die dem deutschen Eisenbahnpersonal und seinen Angehörigen durch die französische Feldeisenbahnkommission (B) wiederholt gegebenen Zusicherungen über Unverletzlichkeit des persönlichen Eigentums restlos einlöst, und daß sie in den Fällen, in denen entgegen den Zusicherungen Eigentum von den Reichseisenbahnbediensteten zurückgehalten oder veräußert worden ist, deren Freigabe anordnet oder ausreichende Entschädigung gewährt. Ich hoffe, daß die französische Regierung bei den demnächst bevorstehenden Verhandlungen die Erwartungen des Reichseisenbahnpersonals erfüllen wird.

Hiermit verknüpft sich des neuen Reichsverkehrsministeriums **Fürsorge für das Personal und die Pensionäre.** Fast 5000 deutsche Beamte und 2500 deutsche Arbeiter werden mit ihren Familien im Laufe der nächsten Wochen Elsaß-Lothringen verlassen haben. Zahlreiche ehemalige Bedienstete und Angehörige folgen ihnen. Hart ist für alle der Heimatsverlust, bitter für viele die Aufgabe des Geburtslandes. Ehrenpflicht des Reiches ist es, für die Reichseisenbahnbediensteten zu sorgen, die, gewaltsam herausgerissen aus liebgewordener Tätigkeit, im deutschen Vaterlande unter größten Erschwernissen auf die Suche nach einer neuen Heimat und nach einer neuen Anstellung gehen müssen. Mit innigster Teilnahme an ihren schweren Schicksalsschlägen werde ich unablässlich alles daran setzen, ihnen ihr Los zu erleichtern und für ihre Zukunft zu sorgen.

(Bravo!)

Gleichzeitig mit den erforderlichen Maßnahmen für die Zeit der Übersiedlung nach Deutschland wurden Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet zur **Unterbringung der Bediensteten bei den deutschen Eisenbahnverwaltungen.** Diese Verhandlungen hatten das erfreuliche Ergebnis, daß alle Landesverwaltungen mit Staatseisenbahnbetrieb ihre Bereitwilligkeit zur Diensteinstellung der Reichseisenbahnbediensteten nach Maßgabe der Landeszugehörigkeit erklärt haben. Nach dem letzten Stande sind nunmehr von den Arbeitern rund 80 Prozent, von den Beamten rund (C) 70 Prozent von den Ländern eingestellt. Danach rechtfertigt sich die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit alle Reichseisenbahnbediensteten untergebracht sind. Zugleich richte ich die Bitte an alle zuständigen Stellen, insbesondere auch die Gemeinden, bei der Beschaffung von Wohnungen diesen schwerbetroffenen Reichseisenbahnbediensteten möglichst behilflich zu sein.

Meine Damen und Herren! Die dritte und bei weitem wichtigste Aufgabe des Reichsverkehrsministeriums richtet sich auf die **Überleitung der Staatseisenbahnen auf das Reich.** Hierzu bedarf es der Festsetzung der Übernahmebedingungen, die nach der bekannten Bestimmung der Reichsverfassung im Vertragswege festzulegen ist oder, falls dieser Weg wider Erwarten nicht zum Ziele führen sollte, durch den Staatsgerichtshof erfolgt. Außerdem wird die Übergangszeit vom Reichsverkehrsministerium auch dahin zu verwerten sein, daß die Landeseisenbahnverwaltungen ihre Eisenbahneinrichtungen noch vor dem Zeitpunkte der Verreichlichung tunlichst einander annähern.

Schließlich hat das Reichsministerium alle die Schritte vorzubereiten und diejenigen Maßnahmen zu treffen, die nach dem Zeitpunkt der Übernahme der Landeseisenbahnen auf das Reich für die Reichseisenbahnabteilung Geltung erhalten sollen.

Zur Erledigung dieser umfangreichen Geschäfte sind vorerst für die Eisenbahnabteilung beim Verkehrsministerium zwei Unterabteilungen vorgesehen, die Eisenbahnaufsichtsabteilung und die Eisenbahnverwaltungsabteilung. Diese Neuorganisation hat, was mit erheblicher Ersparnis an Geldmitteln für Beamtenstellen verknüpft ist, die Aufhebung des bisherigen Reichseisenbahnamts und des Reichsamts für Verwaltung der Eisenbahnen Elsaß-Lothringens zur Folge.

Die Verhältnisse geboten es, daß sich der **Beamtenkörper** für die Überleitungszeit zunächst in der Hauptsache (D) aus den der Auflösung verfallenden bisherigen Zentralbehörden zusammensetzte, außerdem ist aber schon jetzt, soweit es die bisher verhältnismäßig geringe Zahl von Stellen zuließ, auf die beteiligten Länder weitestgehende Rücksicht genommen worden.

Bei Aufstellung des Etats mußte in anbetracht der Finanzlage des Reiches äußerste Sparsamkeit walten. Außer der preußisch-hessischen Gemeinschaft sind Bayern, Sachsen, Baden und Württemberg von Anfang an sowohl mit Beamten in höheren als auch in mittleren Stellen vertreten. Mecklenburg und Oldenburg sollen demnächst noch berücksichtigt werden. Weiter wird sich die Zusammensetzung des Beamtenkörpers derart vollziehen, daß dabei auch die **Technik** die verdiente Berücksichtigung findet. Das neue Verkehrsministerium will hierdurch den vielfach erhobenen Bedenken und Beschwerden darüber, daß die Technik bei der Eisenbahnverwaltung nicht ausreichend verwertet werde, abhelfen und für deren entscheidende Mitwirkung ausgiebig sorgen. Ferner sind Landesbeamte der landesstaatlichen Verkehrsverwaltungen als Vertreter der Verwaltungen beim Reichsverkehrsministerium bestellt worden. Auch in dieser Hinsicht werden also die berechtigten Interessen der Länder vollwertig berücksichtigt. Überdies ist Vorsorge getroffen worden, daß in der Zwischenzeit freiwerdende Stellen möglichst durch Beamte der Landeseisenbahnverwaltung zu besetzen sind. Mit dem Zeitpunkt der Übernahme der Staatseisenbahnen auf das Reich werden die Landesbeamten in ausgedehntem Maße herangezogen werden. Berechtigten Wünschen der Neuzeit und nachdrücklichen Forderungen der beteiligten Organisationen, wonach auch **Nichtakademiker** aus dem praktischen Dienste **in leitende Stellen** befördert werden sollen, wird durch Einsetzen von Stellen für ständige Hilfsarbeiter schon jetzt

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) Rechnung getragen. Nach Überleitung der Eisenbahnen auf das Reich sollen in erweitertem Umfange diese Wünsche befriedigt werden.

Die Vorarbeiten für die Übernahme der Staatseisenbahnen auf das Reich sind im Gange. Für tunlichst schleunige und zweckentsprechende Erledigung dieser Arbeiten soll gesorgt werden. Eine Vereinbarung unter den Ländern und mit dem Reich hat dazu geführt, daß ein **Fachausschuß mit vier Unterausschüssen** und ein **Überleitungsausschuß** gebildet worden sind. Dazu treten die sorgsamen Vorarbeiten des Reichsverkehrsministeriums, das in Ergänzung der Aufgaben des Fachausschusses mit seinen Unterausschüssen und des Überleitungsausschusses die Führung in allen denjenigen Fragen und zur Bearbeitung aller derjenigen Probleme behält, die sich auf die Zeit nach der Übernahme der Bahnen auf das Reich erstrecken.

Meine Damen und Herren! Es würde verfrüht sein, schon heute ein Bild über diese Vorarbeiten zu geben. Zur gegebenen Zeit gedenke ich darüber dem Reichstage ausführlich Bericht zu erstatten und Aufschluß über alle einschlägigen Fragen zu geben. Auf welcher Grundlage die Übernahme erfolgen soll, ist heute noch nicht abschließend festgestellt. Vorschläge auf den verschiedenartigsten Grundlagen sind darüber dem Reiche wie den Ländern unterbreitet. Während von der einen Seite der Ertragswert als Maßstab befürwortet wird, suchen andere den Anlagewert als maßgebend hinzustellen; von dritter Seite wird der Maßstab der Verlustentschädigung vorgeschlagen. So viel darf aber heute schon vorausgesagt werden, daß voraussichtlich keiner dieser Vorschläge restlos und uneingeschränkt der finanziellen Auseinandersetzung zugrunde gelegt wird. Man wird Mittelwege einzuschlagen haben, wobei die **Eigenart der eisenbahntechnischen Verhältnisse** und die grundlegende **Verschiebung der Finanzen durch die Kriegswirkungen** dergestalt zu berücksichtigen (B) sind, daß ein gerechter Ausgleich der Interessen zwischen Reich und Ländern erfolgt. Gewiß darf man sich darüber nicht hinwegtäuschen, daß diese Auseinandersetzungen noch recht zeitraubend und mühevoll sein werden. Aber bei allseitig gutem Willen darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß das in der Reichsverfassung vorgesehene Eingreifen des Staatsgerichtshofs nicht erforderlich wird, sondern daß rechtzeitig eine Verständigung zwischen Reich und Ländern erfolgt.

Will man sich die Bedeutung der Verreichlichung des Eisenbahnwesens vergegenwärtigen, so muß man einen Rückblick auf die **Einheitsbestrebungen im deutschen Eisenbahnwesen** werfen. So verlockend es im gegenwärtigen Augenblick erscheinen mag, einen historischen Überblick über die Bestrebungen nach der Eisenbahneinheit Deutschlands zu geben, muß ich mich doch in Anbetracht der Geschäftslage des Hauses auf die Hervorhebung der markantesten Tatsachen beschränken.

Die im Jahre 1846 erfolgte Gründung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen hatte zur Folge, daß die **Verfassung der Deutschen Nationalversammlung des Jahres 1849** eine **selbständige Eisenbahnpolitik** schaffen wollte. Diese Verfassung mit ihrer Bestimmung blieb aber auf dem Papier. Die Reichsverfassung des Jahres 1871 sah nur die Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs im Interesse der Landesverteidigung und im Interesse des allgemeinen Verkehrs vor. Abgesehen von den der Landesverteidigung dienenden Reichsbefugnissen enthielten die Verfassungsbestimmungen nur ein recht dürftiges und unbestimmtes Eisenbahnwirtschaftsprogramm. Die Bestrebungen nach Verkehrseinheit fanden auch durch das nach schweren Kämpfen im Jahre 1879 errichtete **Reichseisenbahnamt** keine wirksame Unterstützung. Das Reichseisenbahnamt hat unter der Einengung und Einschränkung seines Zuständigkeitsgebiets ununterbrochen derart leiden müssen, daß es niemals die verdiente (C) und den Reichsbedürfnissen entsprechende Bedeutung gefunden hat.

Dann, meine Damen und Herren, griff die **Reichseisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck** ein. Sein im Jahre 1876 dem preußischen Landtage vorgelegter Gesetzentwurf, betreffend die Überleitung der preußischen Eisenbahnen auf das Reich, wurde in beiden Häusern mit großer Mehrheit angenommen, obwohl er eigenartigerweise im Abgeordnetenhause bei der Linken und im Herrenhause bei der Rechten auf starken Widerstand stieß. Die Gegnerschaft gegen das preußische Angebot war aber in den übrigen Bundesstaaten, besonders in den Mittelstaaten so stark, daß Bismarcks Reichseisenbahngesetz nicht einmal dem Bundesrat vorgelegt werden konnte. Dann führte Bismarck seit dem Jahre 1877 die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen durch. Seitdem war die Vorherrschaft Preußens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gesichert, namentlich nachdem noch die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft den preußischen Einfluß verstärkte.

Das Reichseisenbahnprojekt ist seitdem nicht mehr in die Erscheinung getreten. Wohl sind in der Zwischenzeit bedeutsame Abkommen auf dem Gebiete des Tarifwesens, der Verkehrsleitung, des Abfertigungs- und Beförderungswesens, der Betriebsmittel, der Sicherungseinrichtungen, der Statistik und des Beschaffungswesens getroffen worden. Diese Maßnahmen, worunter ich vor allem die **materielle Tarifeinheit** und den im Jahre 1909 gegründeten **deutschen Staatsbahnwagenverband** hervorheben möchte, konnten wohl die schwersten Schäden, die sich aus der Eisenbahnzersplitterung ergeben, etwas mildern; dagegen mußten die Hauptforderungen, die aus wirtschaftlichen und nationalen Gesichtspunkten zu stellen waren, unerfüllt bleiben, solange die Bundesstaaten ihre Bahnen auf eigene Rechnung betrieben. (D)

Der Krieg führte im Winter 1916/17 zur Errichtung einer **Kriegsbetriebsleitung** beim preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, woran sich alle Länder mit Staatsbahnbetrieb beteiligten. Diese Behörde besteht seit 1. September 1919 nach Aufhören des Kriegsbetriebs als oberste Betriebsleitung weiter. Das von Preußen im Jahre 1918 vorgeschlagene sogenannte **Heidelberger Programm** sollte als Ersatz der Verreichlichung dienen und eine Verreichlichung der Eisenbahnen auf bestimmten Gebieten herbeiführen.

Die Reichsverfassung des Jahres 1919 hat dann mit starker Entschlossenheit eingegriffen und die Überleitung der Eisenbahnen auf das Reich festgelegt. Die Herstellung der Verkehrseinheit bedeutet neben Wehrmacht und Finanzhoheit die größte innerpolitische Errungenschaft. Ein jahrzehntelang unerfüllt gebliebenes Verlangen des deutschen Volkes ist dadurch verwirklicht. Zu der innerpolitischen Bedeutung der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens kommt die außenpolitische Wirkung hinzu. Die Zersplitterung des deutschen Verkehrswesens ist gerade dem Ausland gegenüber vielfach höchst unerfreulich in die Erscheinung getreten. Für den internationalen Verkehr, dessen zukünftige Bedeutung gerade jetzt nicht unterschätzt werden darf und für dessen Ausgestaltung sorgsam alle geeigneten Schritte vorzubereiten sind, bedeutet die Verreichlichung des Eisenbahnwesens einen unverkennbaren Fortschritt.

Weiter verdienen die **wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen der Verkehrseinheit** entsprechende Würdigung. Zur Vermeidung von Mißdeutungen bedarf es der Betonung, daß die Vereinheitlichung nicht etwa zu finanziellen Vorteilen für das Reich führen soll, die den Interessen der Länder widersprechen würde. Namentlich ist der Ausbau von Meliorationsbahnen ebenso weiter zu fördern,

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) wie einzelne Länder und Gegenden in bestimmten Beziehungen weiter zu berücksichtigen sind.

Der Haupterfolg auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete liegt in der Vereinheitlichung sämtlicher jetzt noch verschiedenartig behandelten Gegenstände. Dabei soll grundlegend hervorgehoben werden, daß sich die Abschätzung der finanziellen Vorteile, insbesondere die Ersparnis für das Gesamtnetz gegenüber den Kosten der Einzelnetze, nicht ermöglichen läßt. Ein bekannter Fachmann berechnete die Vorteile der Verreichlichung auf etwa eine Milliarde, darunter eine halbe Milliarde Vorteile durch Buchungsänderung. Von anderen Seiten werden die finanziellen Vorteile viel geringer bewertet. Von wieder anderen Statistikern wird jeglicher Vorteil geleugnet, und manche gehen sogar so weit, zu behaupten, daß die Reichsbahn erheblich teuerer arbeiten würde als die Staatsbahn. Die Zukunft, meine Damen und Herren, mag lehren, welche dieser Berechnungen etwa richtig sein mag. Schon in der Vorkriegszeit, besonders aber auch während der Kriegsdauer, haben wir derart unter schiefen Statistiken zu leiden gehabt, daß man alle Veranlassung haben sollte, bei derartigen auf mehr oder weniger vagen Vermutungen gestützten Berechnungen möglichste Vorsicht walten zu lassen. Soviel darf aber gleichwohl vorausgesagt werden, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile, die für die Gesamtwirtschaft aus der Verreichlichung sich ergeben werden, in vielen wesentlichen Punkten von erheblicher Bedeutung sein werden. Das gilt vor allem von den einheitlichen Verkehrsleitungen, die unter Vermeidung jedes unwirtschaftlichen Umwegs regelmäßig die wirtschaftlichen Strecken benutzen, weiter von der einheitlichen Bauart der Fahrzeuge, die zugleich deren größere Freizügigkeit ermöglicht, ferner von den einheitlichen Beschaffungen und der größeren Vereinheitlichung von Typen, endlich von der mit wirt-

(B) schaftlichen Vorteilen erfolgenden einheitlichen Regelung im Personalwesen.

Gewiß, meine Damen und Herren, soll und darf in diesem Zusammenhang auch die Kehrseite der Medaille nicht unbeachtet bleiben. Spricht man von den finanziellen Wirkungen der Verreichlichung, so darf nicht verschwiegen werden, welch **grundlegende Umgestaltungen in den Eisenbahnetats der Länder** durch die Kriegswirkungen herbeigeführt sind. Bildete noch im Jahre 1913 der Eisenbahnetat im **preußischen** ordentlichen Haushalte das Rückgrat und ermöglichte er eine Rente von 6,39 Prozent mit einem Überschuß im ordentlichen Haushalte von 772 Millionen Mark, sodaß nach Verwendung eines Betrages von 276,7 Millionen Mark zur Verzinsung der Eisenbahnschuld, 122,4 Millionen Mark als Zuschuß zum außerordentlichen Haushalt, 91 Millionen Mark zur Ergänzung und Verstärkung des Ausgleichsfonds noch 234,1 Millionen Mark zur Verwendung für andere Staatszwecke überwiesen werden konnten, so hat sich dieses für die preußische Finanzgebahrung höchst erfreuliche Gesamtbild des Etats 1913 für den Etat 1919 in das geradezu niederschmetternde Ergebnis umgewandelt, daß der Fehlbetrag im Eisenbahnetat für 1919 sich auf rund etwa 4 Milliarden herausstellen wird.

(Hört! Hört!)

Nicht besser, meine Damen und Herren, liegen die Verhältnisse auch in den übrigen Ländern. Dort freilich war die Eisenbahnrente schon vor dem Kriege erheblich geringer als in Preußen. Inzwischen haben sich aber auch dort ziffernmäßig sehr bedeutende Fehlbeträge im Etat herausgestellt.

Angesichts dieser Etatserfahrungen erscheint die schwere finanzielle Sorge des Reichsverkehrsministers sehr berechtigt, der schon jetzt die nötigen Vorbereitungen treffen muß, um den **Etat für das Jahr 1921** ins Gleichgewicht

(C) zu bringen. Dabei ist das Reichsverkehrsministerium an die Vorschrift des Artikels 92 der Reichsverfassung gebunden, wonach die Reichseisenbahnen ungeachtet der Eingliederung ihres Haushalts und ihrer Rechnung in den allgemeinen Haushalt und die allgemeine Rechnung des Reichs als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten sind, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage anzusammeln hat. Wie diese Aufgaben ohne Hilfe des Reichsfinanzministeriums bei dem sich ständig steigernden Fehlbetrag gelöst werden sollen, darüber läßt sich heute eine einigermaßen befriedigende Auskunft noch nicht geben. Das Reichsverkehrsministerium wird den fast unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten zu begegnen bemüht bleiben.

Was sodann die **Beteiligung des Personals** an den Arbeiten der Eisenbahnverwaltung anlangt, so besteht die nächste Aufgabe des Reichsverkehrsministeriums darin, Verhandlungen zur Bildung einer **Vertretung der Organisationen des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals beim Reichsverkehrsministerium** aufzunehmen. Die bisherigen Besprechungen lassen hoffen, daß sich ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis mit zielbewußter Gemeinschaftsarbeit erreichen läßt. Die konstituierende Sitzung soll in Kürze stattfinden. Daran knüpfe ich die bestimmte Hoffnung, daß eine ebenso arbeitswillige wie arbeitsfähige Vertretung, die zur Mitarbeit für alle sie betreffenden Angelegenheiten herangezogen werden soll, gelingen möge. Die Gesamtvertretung soll sich auf den Organisationen der Länder aufbauen. Dabei werden die Vertreter der Organisationen beim Reichsverkehrsministerium mit ihren Landesorganisationen in steter Fühlung bleiben müssen und werden die erforderlichen Instruktionen von ihnen einzuholen haben. Auch wird es ihre Aufgabe sein, auf Bildung von Unterausschüssen für bestimmte Arbeitsgebiete hinzuwirken. (D)

Das gilt namentlich von dem dringend reformbedürftigen **Werkstättenwesen.** Gerade in dieser Frage verspreche ich mir von der Verwertung der praktischen Erfahrungen des Personals die so nötige Herbeiführung einer wirtschaftlicheren Betriebsweise und dadurch letzten Endes die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse überhaupt. Führt man diese Mitwirkung in richtiger Weise durch, so wird auch der Geist der Unzufriedenheit und Unruhe, der heute leider noch im Personal steckt, der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsleistung weichen.

Ist das Reichsverkehrsministerium so von dem ehrlichen Willen beseelt, seine überaus schwierigen und weittragenden Aufgaben zu erfüllen, in reger Mitarbeit mit dem Personal, so rechnet es andererseits auf das volle Vertrauen und die tätige Mitwirkung des gesamten Personals und seiner Organisationen. Diese Mitarbeit aber der Angestellten und Organisationen muß eine wirksame Ergänzung finden in der **Mitwirkung der breitesten Öffentlichkeit.** Je ausgedehnter und verantwortungsvoller sich der Aufgabenkreis der Verwaltung der Reichseisenbahnen gestaltet, um so stärker wird mit dem Interesse des Publikums die Heranziehung der breitesten Schichten zur Mitarbeit geboten sein. Das gilt vor allem von der Mitwirkung des einflußreichen Reichstags, wobei der nötige Einfluß der Länder durch den Reichsrat gewährleistet wird. Dazu tritt die Mitwirkung des Reichswirtschaftsrats, weiter der im Art. 93 der Reichsverfassung vorgesehenen Beiräte für Tarif- und Verkehrswesen, des Reichseisenbahnrats, der Landeseisenbahnräte und der Bezirkseisenbahnräte.

Nicht minder bedeutungsvoll ist die Mitarbeit des Personals in dem durch das **Betriebsrätegesetz** zu umgrenzenden Umfange. Hinzu kommt auch die besonders

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) wertvolle Mitwirkung auch von Technik und Wirtschaft bei der Neugestaltung des gesamten Verkehrswesens.

Hierzu, meine Damen und Herren, sollen sämtliche Probleme, die im Laufe der letzten Jahre über die zukünftige Ausgestaltung des Eisenbahnwesens aufgetaucht sind und die teilweise sich zu praktischen Vorschlägen verdichtet haben, eingehende Beratung und Behandlung finden. Das gilt vornehmlich auch von der Frage der **Gründung einer Reichseisenbahngesellschaft** sowie des Gesamtverhältnisses der Eisenbahnverwaltung zur Hauptverwaltung. Schließlich soll vom Reichsverkehrsministerium Obacht genommen werden auf eine ständige **Verbindung mit der Presse**, die als Sprachrohr der öffentlichen Meinung naturgemäß eine immer einflußreichere Einwirkung auf die Verkehrsentwicklung nimmt.

Meine Damen und Herren! Es würde verfrüht sein, heute schon aus dem Reichseisenbahnproblem, das Ihnen naturgemäß für die Übergangszeit bis zum 1. April 1921 nur allgemein in großen Zügen vorgetragen werden kann, einzelne besonders wichtige Probleme herauszugreifen. Zur gegebenen Zeit wird das Reichsverkehrsministerium zu allen wesentlichen Fragen Stellung nehmen, und ich werde nicht verfehlen, darüber auch dem Reichstage ausgiebig Bericht zu erstatten. Grundlegend muß ich bemerken, daß ich ein entschiedener Gegner von überhasteten und bedenklichen Experimenten bin,

(sehr gut! im Zentrum)

andererseits aber den festen Entschluß habe, das nach sorgsamer Abwägung aller einschlägigen Verhältnisse und nach gründlicher Aussprache mit allen beteiligten Kreisen als richtig Erkannte praktisch zu verwirklichen.

Was die **Tarifpolitik** anlangt, so waren Preußen und die übrigen Länder aus begreiflichen Gründen bisher nur sehr bedachtsam und zurückhaltend an eine Erhöhung der Tarife herangegangen. Trotz der starken Erhöhung der (B) Selbstkosten für Material und Löhne erfolgte bis zum April 1918 nicht nur keine Erhöhung der Gütertarife, sondern teilweise sogar für eine Reihe von Transportgütern eine beträchliche Herabminderung der Frachtsätze. Nachdem im April 1918 eine Erhöhung der Gütertarife um 15 Prozent erfolgt war, setzte dann im April 1919 eine erneute beträchtliche Erhöhung der Frachtsätze ein. Inzwischen sind in Preußen und in den übrigen Ländern weitere Steigerungen der Tarife als eine notwendige Folge der enorm gesteigerten Selbstkosten und der Geldentwertung eingetreten. Aber auch diese Steigerung der Frachtsätze wird nicht entfernt auf den Milliardenfehlbetrag einwirken können. Den Zukunftsberechnungen der Reichseisenbahnverwaltung ist also eine recht trübe Aussicht gestellt. Sollte die verhängnisvolle Geldentwertung noch länger andauern, so kann daran auch die Tarifpolitik nicht achtlos vorübergehen.

Andererseits — und das möchte ich mit vollem Nachdruck hervorheben — darf aber die Erhöhung der Frachttarife nicht so weit gehen, daß dadurch die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik schädlich beeinflußt werden. Für die Preisbildung auf dem Wirtschaftsmarkt muß die Tarifpolitik unter Wahrung der Wirtschaftsbedürfnisse der Allgemeinheit mitbestimmend bleiben. Daraus ergibt sich, zumal auch im Hinblick auf die vielseitigen durch die Tarifpolitik verursachten Bedürfnisse von Handel, Industrie und Verkehr die Schwierigkeit der Aufgaben des Reichsverkehrsministeriums.

Eine befriedigende Lösung setzt die **Wiederkehr der Arbeitswilligkeit** und der Schaffenskraft als notwendige Vorbedingungen für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens voraus.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Für den Leiter des Reichsverkehrsministeriums bleibt aber die vornehmste Pflicht, neben der unablässigen Sorge für die durch Heranziehung eines Stabes bewährter und (C) tüchtiger Berufsbeamten als Mitarbeiter bedingte und gewährleistete fachmännische Leitung seines Ressorts, zugleich der Stellung des politischen Ministers und der Bedeutung des parlamentarischen Systems dadurch gerecht zu werden, daß sein neues Ministerium einen starken wirtschaftlichen und sozialen Einschlag erhält.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Dem in der jüngsten Zeit viel erörterten Problem der **Elektrisierung der Hauptbahnen** wird das Reichsverkehrsministerium sein Hauptaugenmerk zuwenden. Sowohl die preußischen wie die bayerischen und badischen Staatseisenbahnen hatten bekanntlich bereits vor Kriegsausbruch Versuchsstrecken größeren und kleineren Umfanges in Betrieb genommen. Die preußische Eisenbahnverwaltung will die Fortführung ihrer Arbeiten energisch betreiben. In Bayern hängt die Elektrisierungsfrage eng zusammen mit der großzügig vorbereiteten Verwertung der Wasserkräfte. In Sachsen wird die Durchführung des Problems in Verbindung gebracht mit der Ausnutzung minderwertiger, unter Lokomotivkesseln nicht verwendbarer Kohle. Ich habe die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, um zur Durchführung dieser für die Verkehrsentwicklung weittragenden Frage der Elektrisierung die Bestrebungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen zweckentsprechend zusammenzuschließen, damit möglichst noch vor Überleitung der Staatsbahnen an das Reich von einer gemeinschaftlichen Stelle aus die Bearbeitung erfolgen kann. Die vor Kriegsausbruch der Elektrisierung sämtlicher deutscher Staatseisenbahnen entgegengestellten Bedenken, die hauptsächlich auf militärischem Gebiete gelagert waren, haben heute ihre Bedeutung verloren.

Freilich kann für die Beantwortung der in Betracht kommenden Fragen auf eine Erhöhung der Bequemlichkeit und Annehmlichkeit des Reisens schon aus den Gründen (D) der gebotenen Sparsamkeit keine Rücksicht genommen werden. Von ausschlaggebender Bedeutung wird vielmehr die Prüfung der Frage sein, ob sich durch die Elektrisierung ein wirtschaftlicherer und billigerer Betrieb als durch die Dampflokomotiven erzielen läßt. Dabei ist die Erwägung maßgebend, daß die teueren Brennstoffe, die allein in der Dampflokomotive verbraucht werden können, immer seltener und immer kostspieliger werden. Danach haben wir alle Veranlassung, die Verwertung anderer Kraftquellen, insbesondere auch der Wasserkräfte und der minder kostbaren Kohlensorten durchzuführen. Die **Gewinnung von Wasserkräften** wird voraussichtlich eine erfreuliche Begünstigung erfahren durch den Ausbau neuer Wasserstraßen. Auch die Verabschiedung des jetzt noch in den Kommissionsberatungen befindlichen Reichsgesetzes über die Elektrizität wird die Ausgestaltung der Elektrisierung der Hauptbahnen in nicht zu unterschätzender Weise beeinflussen, und ich darf diesen Abschnitt meiner Ausführungen schließen mit der Hoffnung: Der Elektrizität gehört die Zukunft! Dieser Gedanke zieht sich durch unsere Verkehrsprobleme wie ein roter Faden hindurch.

Ich verlasse nunmehr die Eisenbahnabteilung und beschäftige mich mit der zweiten großen Abteilung des Reichsverkehrsministeriums, nämlich den **Wasserstraßen**. Die deutsche Wasserstraßenpolitik wird durch die in der Reichsverfassung festgelegte Übernahme der Wasserstraßen auf das Reich in eine neue, für unser ganzes Verkehrswesen hochbedeutsame Epoche übergeleitet. Schon im Mittelalter galten die Schiffahrtswege als „des Reiches Straßen". Diese ihre Stellung sollen sie durch die entscheidenden Vorschriften der Reichsverfassung wiedererlangen, nachdem unsere Binnenschiffahrt jahrhundertelang unter der Zersplitterung zu leiden hatte, die eine

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) einheitliche Wasserstraßenpolitik hinderte. Diese Zersplitterung trat für die deutschen Wasserstraßen noch viel merkwürdiger und nachteiliger in die Erscheinung als für die Eisenbahnen. Haben wir doch in Deutschland nicht weniger als 14 Länder mit Wasserstraßenbesitz, worunter ein Land mit nur zwei bis drei Kilometern an der halben Breite eines großen Stromlaufs beteiligt ist. Je kleiner die Verwaltung ist, um so weniger läßt sich naturgemäß mit praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete des Wasserbaues und des Schiffsverkehrs rechnen. Der entgegengesetzte Vorteil kommt unverkennbar den großen Verwaltungen zugute, die ein bedeutend geschulteres und erfahreneres Personal in den Dienst des Wasserbaues und -verkehrs stellen können und überdies ein umfangreicheres Material an Schiffen und Geräten zur Verfügung haben. Eine großzügige Verkehrsentwicklung auf unseren Wasserstraßen wurde durch diese mit geographischen Unzuträglichkeiten verbundene Zersplitterung dauernd verhindert. Je stärker durch die neuzeitliche Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse das Bedürfnis nach einer einheitlichen Wasserstraßenpolitik hervortrat, um so höher ist die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Vorschrift zu werten, wodurch die Wasserstraßen nunmehr dem Reich überführt werden. Jetzt gilt es im Sinne dieser Verfassungsvorschrift alle getrennten Wasserstraßenverwaltungen zusammenzubringen, Personal und Material dieser zersplitterten Verwaltungen zu vereinigen und eine einheitliche Wasserstraßenpolitik zum Nutzen der Gesamtheit zielbewußt durchzuführen.

(Sehr gut!)

Dabei muß die Organisation zweckentsprechend so vorbereitend eingeleitet werden, daß sie gegenüber dem bisherigen System der getrennten Organismen wirtschaftliche und finanzielle Vorteile bietet, vor allem aber Ersparnisse im Verwaltungsapparat bringt. Wirft man auch hier einen Rückblick auf die **historische Entwicklung** (B) **der deutschen Wasserstraßen,** so vermißt man in den Reichsverfassungen von 1867 und 1871 jede reichsgesetzliche Regelung. Das gesamte Wasserstraßenwesen blieb hiernach den Landesverwaltungen überlassen. Freilich hat inzwischen auch das Deutsche Reich in mehrfacher Hinsicht in das Wasserstraßenwesen praktisch eingegriffen. Ich erinnere an die Erbauung des Ems-Jade-Kanals in den 1870er Jahren, die auf oldenburgischem Gebiet auf Kosten des Reichs erfolgt ist.

Weiter ist zu erinnern an den späteren Bau des wichtigen Nord-Ostsee-Kanals. In beiden Fällen waren aber militärische und marinische Interessen von ausschlaggebender Bedeutung.

Im Jahre 1911 gab sodann das **Reichswasserstraßengesetz** dem Reiche die Gelegenheit, der Entwicklung des Wasserstraßenwesens neue Bahnen zu erschließen. Durch dieses für die deutsche Wasserstraßenentwicklung bedeutsame Gesetz wurde die Finanzierung von Strombauten unter Heranziehung der Nächstbeteiligten, das heißt der Schiffahrttreibenden in weitestem Sinne des Wortes ermöglicht. Grundlegende Vorschrift des Wasserstraßengesetzes von 1911 ist die Bestimmung, daß für die mehreren Staaten gemeinsamen Ströme und Stromgebiete die Staaten zu Zweckverbänden zusammengefaßt werden, um die Schiffahrtsabgaben für gemeinsame Rechnung zu erheben, und zur gemeinsamen Deckung der Strombaukosten zu verwenden, ohne Rücksicht auf die territoriale Zugehörigkeit. Die weittragende Bedeutung und Zweckbestimmung dieser Gesetzesvorschrift liegt in der Finanzierung der Strombauten auf breitester Grundlage. Erst diese wesentliche Erweiterung der Grundlage der Schiffahrtsabgaben ermöglichte Stromverbesserungen, die an den finanziellen Schwierigkeiten der beteiligten Länder gescheitert wären, wenn jedes einzelne angrenzende Land für die seine Gebietsstrecken betreffenden Bauten lediglich auf die hierfür zu entrichtenden Schiffahrtsabgaben angewiesen wäre. (C) Leider ist die Durchführung des gesunden Grundgedankens dieses die Strombaulast regelnden Reichsgesetzes von 1911 bisher größtenteils an internationalen Schwierigkeiten gescheitert. Die Wasserstraßenpolitik mußte vorwiegend auf die territoriale Verteilung der Strombaulasten beschränkt bleiben. Bedenkt man, daß hieran 14 Länder beteiligt waren, so lassen sich die Schlußfolgerungen auf die Mängel des Ausbaues der Ströme und der künftigen Wasserstraßen von selbst ziehen. Welche Nachteile damit gegenüber den Vorzügen einer einheitlichen Verwaltung verknüpft sind, darf an dem einen Beispiel erläutert werden, daß Unterhaltung und Ausbau der Wasserstraßen beim Rhein auf vier und bei der Elbe sogar auf fünf Verwaltungen verteilt sind.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Dazu tritt die ebenso zweckwidrige wie ungerechte **Verteilung der Strombaulast.** Ganz im Gegensatz zu den Interessen und Vorteilen der einzelnen Länder an der Strombenutzung und an der Schiffahrt verteilten sich die Bau- und Unterhaltungskosten der einzelnen Länder ausschließlich nach ihren territorialen Anteilen. Manche Länder leisteten wegen ihrer geographischen Lage keine oder doch nur verhältnißmäßig geringe Beiträge zu den Kosten der Wasserstraßen, obwohl ihre Industrie und ihr Handel vollständig auf diese Wasserstraßen angewiesen waren. Umgekehrt bezifferte sich die Baulast anderer Länder wegen der Lage und Ausdehnung ihres Strombesitzes auf ständige Summen, die ihr wirtschaftliches Interesse an der Schiffahrt bei weitem überstiegen. Es mag auf Anhalt verwiesen werden mit 42 Quadratmeilen Umfang und 107 Kilometer Uferlänge an der Elbe und 57 Kilometer Uferlänge an der Saale. Die Handelsstädte haben, was besondere Anerkennung verdient, opferwillig die Baulasten für die Wasserstraßen nach See allein getragen, obwohl an ihrem Seehandel (D) das ganze deutsche Hinterland wirtschaftlich im größten Ausmaße beteiligt war. Welche Erschwernisse dieses unerträgliche Mißverhältnis zwischen wirtschaftlichen Vorteilen gegenüber Strombesitz und Baulast bisher nach sich ziehen mußte, läßt sich an dem unseren Verkehrsbedürfnissen keineswegs entsprechenden Ausbau des Wasserstraßennetzes ermessen. Was hierbei in der Vergangenheit erreicht worden ist, war das schließliche Ergebnis mühseliger und umständlicher Verhandlungen, die nur durch übereinstimmende Beschlüsse aller beteiligten Volksvertretungen und durch Staatsverträge zum Abschluß gebracht werden konnten. Fast überall zeigte sich hierbei der Widerstand der finanziell schwächeren Staaten gegen die ihnen zugemuteten Leistungen und umgekehrt das Beharren der finanziell leistungskräftigeren Staaten auf dem Verteilungsmodus des Territorialbesitzes. Jahrzehntelang lasteten diese Hemmungen und Schwierigkeiten wie ein Alpdruck auf unserem Wasserstraßennetz und verzögerte eine fortschrittlichere Wasserstraßenpolitik.

An die Vorschrift der neuen Reichsverfassung knüpfen sich die kühnsten Zukunftsträume und eine Fülle von Vorschlägen und Entwürfen, die dem Reichsverkehrsministerium als Geburtstagsgeschenk in die Wiege gelegt worden sind. Alle diese Vorschläge und Wünsche sollen einer sorgsamen Prüfung unterzogen werden. Aber die traurige Finanzlage des Reichs zwingt für absehbare Zeit zur Zurückhaltung und zur sorgsamen Prüfung jedes einzelnen Vorschlages auf seine wirtschaftliche Zweckbestimmung und seine finanzielle Wirkung. Da das Reichsverkehrministerium mit Recht auf äußerste Sparsamkeit drängt, so wird die Durchführung wirtschaftlich zweckmäßiger Maßnahmen die **Heranziehung der Schiffahrt und der Interessenten** in weiterem Sinne des Wortes zur unausbleiblichen Notwendigkeit machen. Dazu bietet

(Dr. Bell, Reichsverkehrsminister.)

(A) die Reichsverfassung die gesetzliche Grundlage in doppelter Hinsicht, indem sie einmal die Erhöhung von Zwecksteuern für Wasserbauzwecke vorsieht und außerdem die Belastung aller derjenigen, die von Talsperren für den Bau von Schiffahrtsstraßen Nutzen haben, mit Beiträgen zu diesen Bauten ermöglicht.

Der wesentliche Fortschritt der durch die Reichsverfassung vorgesehenen Überleitung der Wasserstraßen auf das Reich besteht darin, daß in Zukunft lediglich des Reichs und des Reichstags Wille entscheidend ist für die Bauwürdigkeit der Wasserstraßen und die Aufwendung von Mitteln. Die Reichsverfassung enthält also auch in dieser Hinsicht einen hochbedeutsamen Markstein auf dem Weg der deutschen Verkehrsentwicklung. Sobald es die Finanzlage des Reichs einigermaßen gestattet, wird im Interesse der Verkehrsentwicklung darauf hinzuwirken sein, durch Erbauung von Kanälen und Talsperren, ferner durch Kanalisierung von Flüssen Wasserkräfte zu gewinnen und für die Erzeugung elektrischer Kraft nutzbar zu machen.

Weitere Fortschritte der Schiffahrtsentwicklung sind darin zu erblicken, daß in normalen Zeiten die **Selbstkosten der Güterbeförderung auf Wasserstraßen** sich dauernd verringern gegenüber den Selbstkosten der Eisenbahnen, zumal die Steigerung der Löhne und der Materialpreise auf die Selbstkosten der Eisenbahn bedeutend mehr einwirken als bei der Schiffahrt. Jetzt freilich ergibt sich infolge der Kriegswirkungen eine eigenartige Umstellung insofern, als die Eisenbahnfrachten unter den Selbstkosten bleiben, während die Wasserfrachten die Selbstkosten bedeutend übersteigen. Daraus ergibt sich auf der einen Seite der nach Milliarden zählende Fehlbetrag im Eisenbahnhaushaltsetat, wogegen die Schiffahrt als Privatunternehmung begreiflicherweise Gewinne erzielen wollte, nachdem ihr der Gütertransport

(B) zwangsweise überwiesen wurde.

Die zukünftige Tarifpolitik wird sich mit dem schwierigen Problem zu befassen haben, wie sich das **Verhältnis der Frachttarife von Eisenbahn und Schiffahrt** zueinander gestalten soll, wobei heute bekanntlich infolge der Verschiebung der normalen Verhältnisse der Transport auf dem Wasserwege kostspieliger ist als auf der Eisenbahn. Wird in Zukunft die Verkehrsentwicklung den Wasserstraßenbau begünstigen, so wird eine angemessene Heranziehung der Schiffahrt zu Kostenbeiträgen durch Abgaben oder Steuern sich nicht vermeiden lassen.

Das nächste Ziel der Wasserstraßenabteilung des Reichsverkehrsministeriums richtet sich auf die **Überleitung des Verwaltungsgebiets von den Ländern in das Reich.** Mit den Verhandlungen über die grundsätzlichen und praktisch ebenso wichtigen wie schwierigen Fragen ist bereits begonnen worden. Es steht auch hier ebenso wie für das Eisenbahnressort zu erwarten, daß im Interesse von Reich und Ländern sich die Verständigungsverhandlungen zu Vertragsschlüssen verdichten, da sonst nach der Reichsverfassung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen werden müßte.

In engster Verbindung mit diesen Überleitungsarbeiten steht die schwerwiegende Vorbereitung der Organisation der **Reichswasserstraßenverwaltung.** Hierbei zwingen die tiefgreifenden Unterschiede zwischen der Verwaltung von Eisenbahnen und Wasserstraßen zu entsprechenden Merkmalen. Die Eisenbahnen sind ausschließlich Verkehrsanstalten, woraus sich die verhältnismäßig einfachere und schlüssigere Organisation ergibt. Dagegen sind die Wasserstraßen gleichzeitig bedeutsame Mittel zur Förderung der allgemeinen Landeskultur, sowohl der Landwirtschaft wie auch der Industrie. Sie sollen keineswegs ausschließlich der Schiffahrt dienen, sondern außerdem auch der Bewässerung, der Wasserentnahme, der Abwässerbeseitigung und der Kraftgewinnung. Hieraus ergibt sich die Ab- (C) grenzung der Zuständigkeitsgebiete des Reichs und der Länder, und die Erfüllung der letzterwähnten tiefeinschneidenden Aufgabenkreise war auch nach der Reichsverfassung der Zuständigkeit der Länder überlassen. Hiernach liegt es im gleichmäßigen Interesse des Reichs wie auch der Länder, daß eine innige Fühlung der Reichswasserstraßenverwaltung mit den Organisationen der Länder herbeigeführt wird. Gemeinschaftliche Arbeit und zielbewußtes Zusammenwirken zwischen Reich und Ländern wird dabei die beste Gewähr für eine wirtschaftliche Ausnutzung und Verwertung der Wasserstraßen im allgemeinen Interesse der gesamten deutschen Nation bieten.

Auch für die **Neuorganisation der Wasserstraßenabteilung** gilt das nämliche wie für die Eisenbahnabteilung, insofern als auch hier die **Heranziehung und Mitberatung der Schiffahrtsinteressenten** im weitesten Sinne des Wortes beabsichtigt und bereits in die Wege geleitet worden ist. Die bereits für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Schiffahrtsinteressenten sollen die wichtigsten Fragen der Neuorganisation der Schiffahrtsabteilung umfassen. Bei den Besprechungen über die künftige Ausgestaltung der deutschen Binnenschiffahrt sollen die von verschiedenen Seiten gemachten beachtlichen Vorschläge, die sich besonders auch auf die Regelung des Verhältnisses der Binnenschiffahrt zur Eisenbahn beziehen, einer gründlichen Beratung unterzogen werden. Nach Anhörung der in Betracht kommenden Interessenten und unter Verwertung ihrer vielseitigen praktischen Erfahrungen soll dann auch an das schwierige Problem der Organisation der Binnenschiffahrt und der Tarifpolitik herangetreten werden. Die berechtigten Interessen der Schiffahrttreibenden, die in begreiflicher Sorge um ihre Zukunft sind, werden dabei nachdrücklich gewahrt werden.

(D) Meine Damen und Herren! Die **dritte Abteilung** des Reichsverkehrsministeriums umfaßt das gesamte **Luftfahrt-** und das **Kraftfahrwesen.** Die vielfachen und nahen Beziehungen zwischen beiden Verkehrsmitteln legten den Gedanken nahe, die einschlägigen Reichsaufgaben von einer einheitlichen Abteilung bearbeiten zu lassen. Zunächst wird das Reichsluftamt, das bisher dem Reichsamt des Innern laut Erlaß vom 4. Dezember 1918 unterstand, dem Reichsverkehrsministerium angegliedert. Das bisherige Reichsluftamt wird aber nunmehr erweitert zu einer Abteilung, die die Bezeichnung „Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen" führt. Die Abteilung wird der Leitung eines aus dem praktischen Leben hervorgegangenen und sowohl auf dem Gebiete der Luftfahrt wie auch des Kraftfahrwesens hervorragend bewährten und überdies mit Handel und Industrie eng vertrauten Unterstaatssekretärs unterstellt. Daraus darf die Zuversicht hergeleitet werden; daß ganz besonders auch diese Abteilung den neuzeitlichen Verkehrsbedürfnissen angepaßt und mit fachmännischer Kenntnis und Erfahrung zweckmäßig durchgeführt wird. Das Schutz- und Aufsichtsverhältnis über die Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof, das bisher vom Reichsministerium des Innern ressortierte, soll nunmehr dem Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen übertragen werden.

Nach gründlichen Vorarbeiten soll dem Hause ein Gesetzentwurf über das **Reichsluftrecht** vorgelegt werden, das nicht nur das immer stärker in die Erscheinung tretende Bedürfnis nach reichsgesetzlicher und einheitlicher Regelung des Luftwesens zu erfüllen bestimmt ist, sondern auch für die Regelung der internationalen Beziehungen auf dem Gebiete des Luftrechts hervorragende Bedeutung verspricht. Hier gilt es, mit Mut und Kraft Neuland zu bearbeiten. Die hiermit betrauten sachkundigen Männer verdienen unser Vertrauen. Das Kraftwesen krankte bisher an einer bedauerlichen Zersplitterung sogar inner-

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) halb der Reichszuständigkeit, indem dabei außer dem Reichspostministerium für seine besonderen Ressortzwecke noch vier andere Reichsministerien, das Reichsministerium des Innern, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichswehrministerium und das Reichsschatzministerium, zuständig waren. In Zukunft soll lediglich die Verwertung der für fiskalische Zwecke entbehrlich gewordenen Kraftwagen der Zuständigkeit der Verwertungsabteilung des Reichsschatzministeriums verbleiben. Dagegen soll das Reichsverkehrsministerium für die Bearbeitung sämtlicher übrigen Aufgabengebiete zuständig werden. Dieser Zusammenschluß der Aufgabenkreise für das Kraftfahrwesen in der Luft- und Kraftfahrwesenabteilung des Reichsverkehrsministeriums bietet die einzige Möglichkeit zur erfolgreichen Beseitigung der darin bis in die jüngste Zeit immer stärker hervorgetretenen Übelstände. Daneben wird das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen es als seine Aufgabe betrachten, die hiermit verbundenen vielseitigen volkswirtschaftlichen Bestrebungen nachdrücklich zu fördern.

Dazu kommt die Wahrung der finanziellen Reichsinteressen, die dazu führen müssen, daß einheitliche Richtlinien festgelegt werden für die Konstruktionsfragen, die Beschaffung, Abnahme und Unterhaltung der den verschiedenen Reichsbehörden zur Verfügung gestellten Kraftwagen. Entsprechende Verordnungen sind bereits in die Wege geleitet.

Meine Damen und Herren! An den Schluß meines Verkehrsprogramms, das ich heute dem Reichstage zu unterbreiten die Ehre habe, muß ich dasjenige Problem stellen, das jetzt im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht und eine mit den schärfsten Besorgnissen verknüpfte Frage von weittragender Bedeutung darstellt, nämlich die **Verkehrsnot.**

Das Aufsichtsrecht und die hieraus entspringende Aufsichtspflicht des Reichs gegenüber den nicht in Reichs-(B) besitz stehenden Bahnen erheischt es gebieterisch, daß sich das Reichsverkehrsministerium nachdrücklich mit der Frage der heute bestehenden Verkehrsnot zu befassen hat. Neues Recht ist darin nicht durch die jüngst verabschiedete Reichsverfassung geschaffen. Verstärkt ist dagegen das Interesse des Reichs an der Behebung der Verkehrsnot; denn die höchst bedauerlichen Verkehrsverhältnisse werden unabweislich ihre Nachwirkungen äußern über den Zeitpunkt hinaus, zu dem die Überleitung der Staatsbahnen auf das Reich verfassungsmäßig vorgesehen ist. Daraus erklärt sich die begreifliche Sorge des Reichs und zugleich auch das Bestreben, von Reichs wegen nichts zu versäumen, was irgendwie geeignet erscheint, der immer bedrohlicher in die Erscheinung tretenden Verkehrsnot zu steuern.

Die Probleme der Verkehrsnot haben vor allem einen hochpolitischen Charakter. Gelingt es nicht, in kürzester Zeit der weiteren Steigerung der Verkehrsnot einen Riegel vorzuschieben, so haben wir bestimmt mit dem Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und der Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Bedarfsartikeln zu rechnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Welche außerpolitischen Folgen ein derartig furchtbarer Zusammenbruch zeitigen würde, werden Sie sich selbst vergegenwärtigen können.

Bei der außerordentlichen Bedeutung dieses das ganze deutsche Volk erfassenden Problems der Verkehrsnot hat noch in den letzten Tagen auch das **Reichskabinett** auf gemeinschaftliche Anregung des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums alle hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen gründlich erörtert. Daraufhin habe ich als Reichsverkehrsminister vom Reichskabinett den Auftrag erhalten, gemeinschaftlich mit den in Betracht kommenden Reichs- und preußischen (C) Ressortministern die zur Regelung der Verkehrsverhältnisse erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der Sache hat sich der Herr Reichskanzler vorbehalten, die etwa erforderlichen Sitzungen zu leiten. Obwohl mir auch heute das Personal zur Bewältigung dieser neuen Aufgabe noch nicht vollzählig zur Verfügung steht, habe ich alsbald unter tatkräftigster Mitwirkung der übrigen beteiligten Ressorts des Reiches, Preußens und der übrigen Länder mit Staatsbahnbesitz eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob innerhalb der einzelnen Verkehrszweige, der Eisenbahn, der Schiffahrt, des Kraftfahrwesens, noch eine weitere Steigerung der Leistungen zu erzielen ist. Nach sorgfältigen Vorbereitungen dürfen wir uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß leider nicht allzuviel mehr wird herauszuholen sein.

Ausführungen über die Gründe der Verkehrsnot und über die auf dem Sondergebiete der Eisenbahn zu ergreifenden Gegenmaßregeln werden sich heute um so mehr erübrigen, als darüber von dem preußischen Herrn Arbeitsminister vor kurzem erschöpfende Aufklärung gegeben worden ist. Die Reserven sind im Eisenbahnwesen längst eingesetzt und erschöpft.

Meine Damen und Herren! Meine vornehmste Aufgabe muß es sein, festzustellen, ob über den Bereich der erwähnten einzelnen Verkehrszweige etwas hervorzukehren ist, ob das Ineinandergreifen der Verkehrszweige gesichert, ob insbesondere die notleidende Eisenbahn durch Schiffahrt und Kraftwagen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit dieser Verkehrszweige entlastet werden kann. Zwar hat der Krieg Veranlassung gegeben, auch die zwangsweise Verteilung der Transporte zwischen Eisenbahn und Schiffahrt zu bringen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß hier mehr als bisher geschehen kann.

Zur Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen auf (D) verwaltungstechnischem und vielleicht auch auf gesetzgeberischem Gebiete und zur Durchführung der Maßnahmen habe ich eine besondere Abteilung bei meinem Verkehrsministerium gebildet, worin außer den erwähnten Verkehrszweigen auch das Reichswirtschaftsministerium vertreten sein soll, das mit den Verfrachtern in Verbindung zu treten hat. Inzwischen habe ich mit allen beteiligten Ressorts ausgiebige Verhandlungen gepflogen und werde das sorgfältig durchberatene Material des von mir gebildeten Hauptausschusses und der vier Unterausschüsse über die Verkehrsfragen gründlich verwerten. Darüber mögen Sie beruhigt sein: alle zweckdienlichen Maßnahmen werden unverzüglich und energisch durchgeführt werden.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Damen und Herren! Erschreckend ist der Gedanke, welches geringe Verständnis breite Schichten der Bevölkerung der Verkehrsnot und dem hiermit im engsten Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen und finanziellen Niedergange unseres Vaterlandes entgegenbringen. Erwachen wir nicht endlich von dem wahnwitzigen Taumel der Vergnügungssucht, der volksvergiftenden Spiel- und Tanzwut, dann bleiben alle Mittel zur Steuerung der Nöte unseres Volkes und Landes vergebens.

(Sehr richtig!)

Rückkehr zum Einsetzen der vollen Arbeitskraft, zur straffen Disziplin und zur spartanischen Einfachheit für alle Volkskreise sind die Vorbedingungen für die sittliche Wiedererneuerung. Vaterländische Ehrenpflicht der oberen Stände ist es, den mittleren und unteren Ständen mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Sehr richtig!)

Der unermeßlichen Schwierigkeiten, die verknüpft sind mit der ersprießlichen Bearbeitung des neuen Verkehrs-

(Dr. Bell, Reichsverkehrsminister.)

(A) ministeriums, ist sich niemand mehr bewußt als sein in schwerster Zeit an die Spitze gestellter erster Leiter.

Was ich aber bereits vor einiger Zeit den Organisationen und den Pressevertretern ausdrücklich erklärt habe, verspreche ich heute der Volksvertretung: mein Amt unparteiisch, streng sachlich und nach bestem Wissen und Gewissen im Dienste des Vaterlandes zu verwalten.

(Bravo!)

Dabei hoffe ich zuversichtlich auf die tatkräftige Unterstützung aller Parteirichtungen, aller Organisationen und Verbände sowie der gesamten Presse. Für jede Anregung, gleichviel von welcher Seite sie kommen mag, bin ich dankbar. Alle Vorschläge sollen eine sorgsame Prüfung finden. Zugleich erwarte ich von der nationalen Gesinnung und dem Solidaritätsgefühl der dem neuen Ressort jetzt und in nächster Zukunft unterstellten Beamtenschaft und Arbeiterschaft, daß die vom deutschen Volke auf ihre pflichttreue Arbeit gesetzten Hoffnungen restlos erfüllt werden. Dann brauchen wir — so trübe auch die Gegenwart uns erscheint — nicht zu verzweifeln an unseres Volkes Zukunft. Aufrüttelung und Anspannung aller Glieder sind die Heilmethode, um den gestörten Kreislauf des Blutes zwischen Wirtschaft und Verkehr zu verjüngen und den gebrochenen Volkskörper langsam, aber sicher wieder zu beleben.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Bevor wir in der Besprechung weiter schreiten, habe ich das Bedürfnis, Ihnen einige **geschäftliche Mitteilungen** zu machen. Das Haus hatte gehofft, heute eine kurze Ferienpause antreten zu können; das hat sich nicht verwirklichen lassen. Nun hofft das Haus, zum Schluß der nächsten Woche in diese Ferienpause eintreten zu können. Verdient wäre sie reichlich.

(B) (Sehr richtig!)

Die Anstrengungen in Weimar waren dauernd außerordentlich groß, die Ferienzeit war außerordentlich kurz, und die Anstrengungen jetzt wieder in Berlin sind von der gleichen Intensität, wie die Tage in Weimar. Es wäre wirklich wünschenswert, jetzt eine kleine Ausspannung eintreten zu lassen; und es ist ganz richtig: unsere Damen und Herren haben auch zu Hause Verpflichtungen nachzukommen, die ihre Anwesenheit zu Hause ab und zu wünschenswert erscheinen lassen. Wenn es möglich gemacht werden soll, in acht Tagen eine Pause eintreten zu lassen und vorher, wie wir uns vorgenommen haben, den Etat in allen drei Lesungen zu erledigen, so müssen Sie folgenden Arbeitsplan einhalten. Ich dränge nicht darauf, ich bleibe auch hernach da.

(Heiterkeit.)

Es ist mir um das Haus zu tun, und zwar um alle Parteien des Hauses. Aber dann müssen auch alle Parteien des Hauses mithelfen, daß das möglich ist.

(Sehr richtig!)

Wir müssen heute das Verkehrsministerium erledigen, es mag so lange gehen, wie es will. Die gestrige ungenügend ausgenützte Arbeitszeit muß eben heute nachgeholt werden.

(Sehr richtig!)

Wir müssen am nächsten Montag und Dienstag das Wirtschaftsministerium und die kleineren Etats, Reichstag usw., erledigen. Wir können an diesen beiden Tagen den Vormittag für das Plenum noch nicht in Anspruch nehmen, weil an diesen beiden Tagen der Vormittag vom Haushaltsausschuß noch gebraucht wird. Am Mittwoch Heeres- und Marineetat, und zwar beginnend am Vormittag, vielleicht schon um 9 Uhr und den ganzen Tag hindurch.

(Bravo!)

(C) Am Donnerstag der gesamte Etat in dritter Lesung. Es müssen nämlich, wenn es überhaupt einen Sinn haben soll, in der nächsten Woche so weit zu kommen, unsere Herren aus Süddeutschland die Möglichkeit haben, schon am Donnerstag abend zu reisen. Am Samstag ist hoher katholischer Feiertag, Allerheiligen. An Sonn- und Feiertagen fahren in Baden und Württemberg keine Personenzüge; in anderen Gegenden ist wenigstens der Schnellzugsverkehr beschränkt. Wenn also erst am Freitag die Herren von hier wegkommen, dann müssen die am entferntesten Wohnenden über den Samstag, den Allerheiligentag, und Sonntag liegen bleiben. Deshalb ist es notwendig, daß wir am Donnerstag abend so weit sind, daß die Herrschaften dann abreisen können.

Das ist mein Programm. Ich habe das Empfinden nach verschiedenen Anfragen, die an mich gerichtet wurden, als sei nicht überall die Arbeitslast, die noch auf uns liegt, genügend bekannt. Ich drücke nicht auf Sie, wenn Sie es anders haben wollen. Aber wenn Sie wünschen, daß wir den Etat noch in diesem Monat fertig bringen und nicht für den November noch einen Notetat machen, dann gibt es keinen anderen Weg als den, den ich Ihnen eben vorgezeigt habe.

Ich möchte dabei immerhin sagen: irgendein Verschulden, daß die Nationalversammlung etwa zu langsam gearbeitet habe, oder daß in den Kommissionen zu langsam gearbeitet worden wäre, liegt durchaus nicht vor. Ich kann feststellen, daß, von einzelnen Verirrungen abgesehen,

(Heiterkeit)

das Plenum der Nationalversammlung seine Arbeiten außerordentlich knapp und sachlich fördersam bewältigt hat; und ich muß feststellen, daß in den verschiedensten Kommissionen mit einem außerordentlich großen Eifer gearbeitet worden ist.

(D) (Sehr richtig!)

In den verschiedensten Ausschüssen sind die schwierigsten Gesetzentwürfe bis heute schon so gefördert worden, daß wir alsbald nach Ablauf der Ferien an die Beratung derselben herantreten können. Der Haushaltsausschuß hatte eine außerordentlich große Summe von Arbeiten zu bewältigen und hat sie so bewältigt, daß wir fertig werden können nach dem Plane, den ich Ihnen vorgelegt habe. Es sind uns die verschiedenen Etats nicht früher vorgelegt worden; der Heeres- und Marineetat liegt auch jetzt noch nicht vor. Ich kann aber auch der Regierung deswegen keinen Vorwurf machen. Die Verhältnisse haben sich so verändert, es sind so viel neue Gesichtspunkte bei der Aufstellung der Etats zu berücksichtigen, die Ferienzeit war eine so kurze, die Arbeitsdauer in Weimar eine so lange, daß auch hier, wenn man objektiv sein will, anerkannt werden muß, daß auch von der Regierung eine kolossale Arbeitssumme bewältigt worden ist, und daß es eine Unmöglichkeit wäre, eine größere Raschheit zu verlangen.

Also, meine Damen und Herren, jetzt steht es in Ihrer Hand. Das ist der Plan, der bewältigt werden muß, wenn wir den Etat noch in diesem Monat erledigen und dann eine kurze Ferienpause bis zum 18. November, wie ja vorgesehen ist, eintreten lassen wollen. Dann beginnt noch einmal eine sehr angestrengte etwa vierwöchige Arbeitszeit vor Weihnachten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident! Nachdem Sie die Güte hatten, uns mitzuteilen, was wir alles noch vor den Ferien zu erledigen haben, haben Sie vielleicht auch die Güte, uns mitzuteilen, wie groß die Pause sein soll, die dann eintritt.

(A) **Präsident:** Ich habe ja eben gesagt: bis zum 18. November. Aber wir müssen vor Weihnachten noch eine große Menge von gesetzgeberischer Arbeit erledigen.

(Sehr richtig!)

Ich will nur sagen, das Reichsfinanzministerium hatte großes Gewicht darauf gelegt, die Reichsabgabenordnung noch vor der Pause zu regeln. Aber davon kann gar keine Rede sein. Wir müssen Gott danken, wenn wir den Etat geordnet fertig bringen. Die Reichsabgabenordnung, das Reichsnotopfer, die Reichseinkommensteuer und alle diese Sachen kommen erst nach der Pause, also mit dem 18. November, müssen aber vor der Weihnachtspause auch wieder erledigt sein. Die Weihnachtspause dauert dann etwa vier Wochen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Herr Präsident! Nach einer Besprechung im Ältestenausschuß wird es höchst zweifelhaft sein, ob beim Wiederzusammentritt am 18. November der Etat schon vorgelegt werden kann. Wenn die Möglichkeit vorliegt, die Ferien um eine Woche zu verlängern, so würde ich dringend bitten, dies zu tun; denn die Hauptsache vor Weihnachten wäre, wie uns im Seniorenkonvent gesagt worden ist, die erste Beratung des Etats, der uns ja erst nach den Ferien vorgelegt werden kann.

Präsident: Herr Abgeordneter Geyer (Leipzig)! So ist die Sache nicht. Der Etat für das Jahr vom 1. April 1920 bis zum 1. April 1921 kann erst aufgestellt werden auf Grund der neuen Steuergesetze. Wir werden den neuen Etat vor dem Februar — rechne ich — nicht bekommen können. Also darum handelt es sich wegen des Wiederzusammentritts am 18. November noch (B) nicht. Aber am 18. November soll die Reichseinkommensteuer vorgelegt werden, und diese soll in der Kommission noch beraten werden; das wird eine sehr eingehende Arbeit erfordern. Wir brauchen die Zeit vom 18. November an für die vier Wochen sehr notwendig zur Erledigung der notwendigsten Steuervorlagen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ist es wirklich beabsichtigt, den Etat erst Ende Februar einzubringen?

Präsident: Das weiß ich nicht.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Dann ist eine eingehende Beratung des Etats wieder nicht möglich. Nachdem wir diesmal die Rücksicht genommen haben, bei der Etatberatung uns aufs äußerste zu beschränken, müssen wir bei der nächsten Etatsberatung eine ausgiebige Beratung verlangen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Ich meine, diese Zukunftsfrage wollen wir der Zukunft überlassen.

(Sehr richtig!)

Das eilt noch nicht. Was unsere gegenwärtige Geschäftslage anbelangt, so bin ich der Meinung, daß die Vorschläge des Herrn Präsidenten durchgeführt werden können, wenn wir wollen,

(sehr richtig!)

und ich bin weiter der Meinung, daß schon der gesunde Menschenverstand und die Rücksicht auf uns selbst uns nahelegen wird, diesen Willen auch zu fassen und die Sache durchzuführen. Ich glaube, es besteht kein prinzipieller Widerspruch im Hause, daß wir den Vorschlägen (C) des Herrn Präsidenten folgen. Also machen wir es auch!

(Bravo!)

Präsident: Damit sind diese Mitteilungen und die Aussprache darüber erledigt, und wir fahren in der Beratung weiter.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kotzur.

Kotzur, Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsverkehrsminister hat uns ein **Programm** entwickelt über die Aufgaben, die dem unter seiner Leitung stehenden und durch die Reichsverfassung neugeregelten **Verkehrswesen** gestellt sind. Dieses Programm kann sich, da es sich um ein neugebildetes Ministerium handelt, nicht auf eigene Erfahrungen stützen, sondern es muß in Anlehnung an das bisher Gewesene wegweisend für die Zukunft sein. Die zu erfüllenden Aufgaben sind außerordentlich schwierig; handelt es sich doch um den Wiederaufbau unseres durch den Krieg zerstörten Verkehrswesens, der die Vorbedingung für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist. Besteht die Möglichkeit, unter Führung des Herrn Reichsverkehrsministers zu einem gutgeleiteten Verkehrswesen zu kommen, so dürfen wir hoffen, in nicht zu ferner Zeit eine völlige Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen. Versagt dagegen das Reichsverkehrsministerium, ist es nicht imstande, die gestellten Aufgaben in großzügiger Weise zu lösen, dann wird es auch nicht gelingen, unsere Volkswirtschaft neu zu beleben. Aber selbst wenn es uns gelingen sollte, zu einer Gesundung zu kommen, werden uns in der kommenden Zeit bittere Enttäuschungen auf dem Gebiete des Verkehrswesens nicht erspart bleiben.

Das Erbe, das der Herr Minister bei Beginn seiner Tätigkeit vorfindet, ist nicht geeignet, große Zukunftshoffnungen zu erwecken. Die Eisenbahnen, die bisher in dem Besitze der Einzelstaaten waren und jetzt zur Reichs- (D) eisenbahn vereinigt werden, befinden sich in einem trostlosen Zustand. Die preußischen Eisenbahnen, deren Betriebsüberschüsse vor dem Kriege das Rückgrat der Staatsfinanzen waren, zeigen gegenwärtig ein riesiges Defizit, das der Herr Reichsverkehrsminister heute auf 4 Milliarden beziffert hat. Aber nicht nur die Finanzen sind vollständig zerrüttet, auch der mechanische Apparat ist vollständig heruntergewirtschaftet.

Die Ursachen, die zu dieser Transportkatastrophe geführt haben, werden leider in der Öffentlichkeit nicht immer richtig gewürdigt. Auf die Ursachen komme ich noch zu sprechen. Zunächst möchte ich feststellen, daß die **Verkehrsnot,** die während der ganzen Dauer des Krieges außerordentlich groß war, jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat. Der Schnellzugsverkehr im Osten ist vollständig eingestellt. Dadurch sind die großen Verkehrsadern, die von Berlin nach Königsberg, Thorn, Breslau, Kattowitz führen, außerordentlich geschwächt. In einzelnen Bundesstaaten ist der Personenverkehr an den Sonntagen bereits eingestellt, und der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten rechnet damit, daß noch weitere einschneidende Maßnahmen erforderlich sein dürften.

Nun hat uns der Herr Reichsverkehrsminister gesagt, daß er sich bemüht habe, in geeigneter Weise Vorkehrungen zu treffen, um eine baldige Verbesserung des Verkehrswesens herbeizuführen. Die Maßnahmen, die im Osten zur **Einstellung des Schnellzugsverkehrs** geführt haben, werden vom preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten damit begründet, daß es notwendig sei, zunächst einmal die Kartoffel- und Kohlentransporte für den Westen zu erledigen. Das mag richtig sein, denn zweifellos hat die **Kohlenförderung in Oberschlesien** in hohem Grade zugenommen, und die Halden sind gegenwärtig gefüllt; ja,

(**Kotzur,** Abgeordneter.)

(A) die Bergarbeiter Oberschlesiens rechnen sogar damit, daß, wenn es nicht gelingt, in kürzester Zeit die Bestände abzufahren, demnächst Feierschichten eingelegt werden müssen. Aus diesem Grunde kann man es vollständig verstehen, wenn daran gedacht wird, die Kohlenmengen, die im übrigen Deutschland notwendig gebraucht werden, abzufahren.

Aber ich meine, es liegt doch in der Begründung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten ein Widerspruch. Im September dieses Jahres hat er im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt, daß zurzeit zirka 55 000 Güterwagen überflüssig sind, die keine Verwendung finden können. Er hat weiter betont, daß der Kohlenmangel daran hindre, die erforderlichen Lokomotiven zu stellen, und es sei aus diesem Grunde nicht möglich, den Verkehr zu heben. Außerdem hat er hinzugefügt, daß es notwendig sei, die Strecken im Osten von dem Personen- und Schnellzugsverkehr frei zu halten, damit sich der Güterverkehr ungehindert bewegen könne.

Wenn wir die Begründung des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten einmal kritisch uns vor Augen halten, dann finden wir, daß sich auf diesem Gebiete die Unterlassungssünden des früheren preußischen Eisenbahnministers Breitenbach bemerkbar machen. Es ist seit langen Jahren darauf hingewiesen worden, daß es möglich sei, den Güterverkehr dadurch zu beschleunigen, daß die durchgehende Güterzugsbremse eingeführt wird. In Österreich hat man jedenfalls die besten Erfahrungen damit gemacht, und auch in Preußen sind bereits Versuche gemacht worden, die angeblich in zufriedenstellender Weise ausgefallen sind. Warum man dieses System nicht fortgebildet hat, das heute einen beschleunigten Güterverkehr herbeizuführen geeignet wäre und es auf der anderen Seite überflüssig gemacht hätte, den Personen- und Schnellzugsverkehr einzuschränken, ist unbegreiflich.

(B) Aber, meine Herren, es kommt noch etwas anderes hinzu: Wenn uns immer gesagt wird, daß die Verkehrsnot so groß sei dadurch, daß wir nicht genügend Lokomotiven und Wagen und keine Kohlen haben, so erinnere ich doch daran, daß sich gegenwärtig im Westen Deutschlands eine große **Korruption im Eisenbahnbetriebe** zeigt. Ganze Eisenbahnzüge, einzelne Waggons und Lokomotiven werden verschoben, indem einzelnen Beamten außerordentlich große Summen Bestechungsgelder gezahlt werden. Werte im Betrage von zirka 60 Millionen Mark werden allein auf dem Bahnhof Düsseldorf-Reisholz monatlich verschoben. Die Bestechungsgelder, die den Beamten monatlich gezahlt werden, werden mit 6 Millionen Mark beziffert.

Wenn alle diese Zahlen, die ich hier angegeben habe, den Tatsachen entsprechen, so muß man doch sagen, es ist die Aufgabe der Regierung, der übrigens diese Zustände inzwischen bekannt geworden sind, und auch die Aufgabe des Verkehrsministers, hier einmal mit rauher Hand zuzugreifen. Ich bin der Überzeugung, daß dadurch in großer Zahl Wagen und auch Lokomotiven frei werden, um die Verkehrsnot im allgemeinen zu beheben. Jedenfalls gehört aber dazu, um diese Zustände im Westen zu bessern, ein eiserner Wille, der gepaart ist mit einem modernen Geist in der Verwaltung. Nur dadurch wird es gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Im deutschen Volke darf nicht das Gefühl aufkommen, als ob gewisse Stellen — ich will damit keinen Vorwurf gegen irgendeinen Minister erheben — durch die Verkehrsnot beweisen wollen, daß nur in der Republik der Verkehr nicht klappt, während er vielleicht in einem monarchischen Staatswesen bedeutend besser wäre.

Wir leiden gegenwärtig außerordentlich schwer unter den Folgen der Rückständigkeit, die das gestürzte System in früheren Jahren den Verkehrsfragen gegenüber eingenommen hat. Ich erinnere da nur an die **Vernachlässigung der Wasserstraßen.** Hätten wir in der Zeit vor (C) dem Kriege der Frage des Ausbaues der Wasserstraßen mehr Beachtung geschenkt, hätten wir wahrscheinlich in der Kriegszeit eine bessere Entlastung des Eisenbahnverkehrs herbeiführen können.

Die Schuld daran, daß auf dem Gebiete der Wasserstraßen keine vorbildliche Arbeit vor dem Kriege geleistet worden ist, trifft im wesentlichen die konservative Partei. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1899 in Preußen ein großes nationales Kulturwerk geschaffen werden sollte, das die großen Wasserstraßen Rhein, Weser und Elbe verbinden sollte. Dieses große Kulturwerk wurde damals unterstützt und gefördert sowohl von dem Deutschen Kaiser wie auch von einflußreichen militärischen Stellen. Es wurde dies sogar als eine militärische Notwendigkeit bezeichnet, und trotzdem hat die konservative Partei es abgelehnt, ihre Unterstützung zu geben, mit dem Hinweis darauf, daß eine Verbilligung der Güterfrachten wirtschaftliche Nachteile für den Osten haben könnte. Es zeigt sich hier, daß damals die konservative Partei leider das Vaterland im Stich gelassen hat und das Vaterland gewissermaßen unter die Partei stellte. Erst im Jahre 1905 war es möglich, einen kleinen Teil dieser **Kanalvorlage** zu verwirklichen, und dieser kleine Teil wurde auch nur dadurch zustande gebracht, weil man im Jahre 1902 anläßlich der Beratung über den Zolltarif den agrarischen Kreisen des Ostens erhöhte Einnahmen geschaffen hatte. Aber auch bei der Verwirklichung des kleinen Teiles dieses nationalen Kulturwerkes ging es nicht ab, ohne daß von konservativer Seite eine Verschlechterung der Reichsverfassung vorgenommen wurde. Der § 54 der alten Reichsverfassung sah bekanntlich die Abgabefreiheit für natürliche Wasserstraßen vor, im Gegensatz dazu wurde im § 19 des Kanalabgabegesetzes bestimmt, daß Schiffahrtsabgaben wieder zu erheben seien. Damit haben die preußischen Konser- (D) vativen eingegriffen in Hoheitsrechte des deutschen Reichstages. Daraus geht hervor, daß gewisse Kreise nichts getan haben, um das Verkehrswesen so zu verbessern, daß es den großen künftigen Aufgaben gerecht werden konnte. Und damals war Deutschland auf der Höhe seines Könnens, Handel und Industrie befanden sich in der Blüte, damals war es möglich gewesen, neben dem Eisenbahnnetz auch das Wasserstraßennetz entsprechend auszubauen.

Heute liegt es wesentlich anders. Heute haben wir gehört, und zwar von einem Vertreter der Regierung im Haushaltsausschuß, daß an eine ergiebige Finanzierung der Wasserstraßen bei der erbärmlichen Finanzlage des Reichs nicht zu denken sei. So liegen die Dinge heute, und, meine Damen und Herren, die Rückständigkeit, die sich bei der konservativen Partei bemerkbar machte, zeigte denn auch die entsprechenden Ergebnisse bei den führenden Stellen in Reich und Staat, und der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten Herr v. Breitenbach verhielt sich gegenüber den Vorschlägen, die von fortschrittlich gesinnten Männern gemacht wurden, stets ablehnend. Ich erinnere daran, daß seit Jahren der **Geheimrat** Dr. **Kirchhoff,** einer der Bahnbrecher für die **Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens,** Vorschläge gemacht hat, die bezweckten, das gesamte Eisenbahnnetz zu vereinheitlichen, um es möglichst ergiebig zu machen, um die Finanzlage ganz wesentlich zu verbessern in dem Sinne, daß die Verwaltung vereinfacht würde. Die Vorschläge, die der Geheimrat Dr. Kirchhoff in der Kriegszeit gemacht hat, bezweckten in allererster Linie die Beseitigung des Vierklassensystems. Er wies darauf hin, daß es gegenwärtig nicht am Platze sei, vier Eisenbahnklassen fahren zu lassen, mit zweien wäre vollständig auszukommen, die dann auch entsprechend ausgenützt werden könnten.

(Kotzur, Abgeordneter.)

(A) Außerdem wies er darauf hin, daß es notwendig sei, den großen Durchgangsverkehr in Deutschland aufrechtzuerhalten und die kleinen Nebenstrecken mit entsprechend weniger Zügen zu versehen. Der Herr Eisenbahnminister war darüber anderer Meinung, er betonte gegenüber den Vorschlägen des Herrn Dr. Kirchhoff: „Das Nebenbahnnetz haben wir relativ reichlich mit Zügen versehen, wohl wissend, daß diese Züge schlecht ausgenützt sind" —, und in der Tat war die Platzausnützung auf den Nebenstrecken durchweg stets unter 30 Prozent. Trotz alledem ist die richtige Schlußfolgerung von dem Herrn Minister niemals gezogen worden, ganz im Gegenteil, er erklärte im Parlament, daß er sich aufs äußerste sträuben würde, den Kirchhoffschen Vorschlägen zu folgen.

Die Kirchhoffschen Vorschläge kann man in einem einzigen Satz zusammenfassen und daraus erkennen, wie fortschrittlich seine Ansicht ist. Er sagt:

> Der Eisenbahnbetrieb muß weniger bureaukratisch, mehr praktisch und von innen heraus vereinfacht und den total veränderten Zeitverhältnissen verständnisvoll angepaßt werden.

Ich unterstreiche das, was hier gesagt wird, Wort für Wort und bin der Meinung, wenn der neue Herr Reichsverkehrsminister den guten Willen hat, auf dem Boden dieser Vorschläge zu arbeiten, dann wird er tatkräftige Mitarbeit und Hilfe von uns erfahren.

An Anregungen auf diesem Gebiete fehlt es ja auch nicht, es liegen Vorschläge in der Literatur genug vor. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit auch an die Vorschläge, die ein rheinischer Eisenbahnbeamter, der Herr Regierungsrat Quaatz in Cöln gemacht hat. Auch er steht auf dem Standpunkt, daß eine weitgehende Dezentralisation bei den Reichseisenbahnen notwendig sei, daß eine streng moderne kaufmännische Art der Geschäftsführung gewährleistet sein müsse. Er weist weiter darauf (B) hin, daß es notwendig sei, den Verkehrsinteressenten mehr Einfluß zu geben, den sie jetzt schon durch die Eisenbahnbeiräte ausüben. Weiter erklärt er, daß den Angestellten eine organische Einwirkung auf die Verwaltung des Ganzen gesichert sein müsse.

Alle diese Vorschläge sind zweifellos beachtenswert. Es kommt aber noch ein weiterer Vorschlag hinzu, den ich hier erwähnen möchte, und zwar hat kürzlich der Herr Abgeordnete Gothein im „Berliner Tageblatt" — es war am 18. September — erklärt, daß an die Spitze der maschinentechnischen Abteilung des Eisenbahnbetriebs eine frische energische Kraft gehöre, und das „Berliner Tageblatt" hat an einer anderen Stelle erklärt, daß selbst ein fortgeschrittener Minister nicht immer in der Lage sein wird, in fortgeschrittenem Sinne und Geiste zu arbeiten, wenn er nicht dafür sorgt, daß den Geheimräten der verhängnisvolle Einfluß in der Verwaltung genommen wird.

Bei allen diesen Plänen darf nun niemals übersehen werden, daß nicht nur tote Betriebsanlagen und Maschinen für das Verkehrswesen eine Rolle spielen, sondern es kommt vor allen Dingen auf die Sicherung der lebendigen Menschenkräfte an, und da erinnere ich den Minister daran, daß es nötig ist, die **Reichseisenbahnverwaltung** vollständig zu **demokratisieren.** Der Aufstieg der Tüchtigen darf nicht nur in der Theorie vorhanden sein, sondern muß auch in der Praxis ernstlich durchgeführt werden. Das Günstlingssystem, das wir früher in dem Eisenbahnwesen der einzelnen Bundesstaaten hatten, muß verschwinden. Die Anregungen und Erfindungen der Angestellten und Arbeiter im Eisenbahnbetrieb müssen entsprechende Berücksichtigung finden. Da bin ich der Meinung, daß der geringfügige, fast lächerliche Betrag von 750 Mark, der im Etat für nützliche Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens eingesetzt ist, viel zu gering ist, um hier irgendwelchen Anreiz zu geben.

Unsere Aufgabe wird es sein, im künftigen Haushalt der (C) Reichseisenbahn dafür zu sorgen, daß hier eine entsprechend höhere Summe eingesetzt wird.

Dann möchte ich weiter zum Ausdruck bringen, daß es der Wunsch der verschiedenen **Einzelstaaten** ist, im **Verkehrsministerium** künftig **mitzuwirken.** Der Minister hat ja bereits im Haushaltsausschuß erklärt, daß er gewillt sei, alle die Kräfte heranzuziehen, die eine Verbesserung der Eisenbahnverhältnisse bewirken können. Der Minister hat diese Erklärung auch heute wiederholt, und ich glaube, die Beamten, die sich aus diesem Grunde an die Nationalversammlung gewandt haben, werden von dieser Antwort befriedigt sein.

Dann möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, die großen Gewerkschaftsorganisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben, daß meine Fraktion gegen den Antrag Arnstadt und Genossen ist, der die Regierung ersucht, dem Reichsverkehrsminister zur Durchführung der Überführung der Eisenbahnen der Länder auf das Reich einen **parlamentarischen Beirat** zur Seite zu stellen. Wir sind gegen diesen Antrag, weil wir der Meinung sind, daß gegenwärtig schon zu viele Beiräte und Ausschüsse in der Nationalversammlung arbeiten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere Arbeit wird dadurch wahrlich nicht gefördert, wenn immer wieder neue Beiräte geschaffen werden. Wir sind durchaus für eine parlamentarische Kontrolle, und wir sind auch dafür, daß die Demokratisierung überall, in allen Zweigen der Verwaltung durchgeführt wird. Aber angesichts der Anträge, die wir fortgesetzt jetzt von der rechten Seite des Hauses bekommen, möchte ich doch betonen, daß, wenn die Herren nur einen Bruchteil ihrer Anträge, die sie heute der republikanischen Regierung unterbreiten, früher im monarchischen Staate verwirklicht (D) hätten, es besser um uns stände.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Da haben die Herren aber stets versagt. Ich könnte das sehr leicht ausführlich nachweisen; bei der Kürze der Zeit, die uns heute zur Verfügung steht, verzichte ich darauf.

Dann, meine Damen und Herren, ist es notwendig, den **Beamten** und **Arbeitern** in dem neuen deutschen Verkehrswesen **das volle Mitbestimmungsrecht** zu geben. Das ist um deswillen notwendig, weil dadurch die Arbeitsfreudigkeit ganz erheblich gesteigert werden kann. Weiter muß die schon längst fällige **Besoldungsreform** energisch in Angriff genommen werden. Unsere Beamten werden heute noch durchweg nach den Grundsätzen bezahlt, die im Jahre 1909 bei der Gestaltung der Besoldungsreform aufgestellt worden sind. Damals wurden die Beamten in ihren Bezügen außerordentlich ungünstig gestellt, und da ist es nun interessant, daran zu erinnern, daß wir auch hier bei der konservativen Partei ein merkwürdiges Doppelspiel feststellen müssen. Als im Jahre 1909 die preußischen Beamten in ihren Bezügen aufgebessert wurden, erklärte man im preußischen Abgeordnetenhause, es sei sehr wenig Geld vorhanden, man müsse außerordentlich sparsam sein, und man lehnte alle weitergehenden sozialdemokratischen Anträge ab. Im Reichstag aber, wo es im Jahre 1909 zu einer Auflösung zu kommen schien, bewilligten die Herren der konservativen Partei ohne weiteres höhere Bezüge, obwohl die Minister im Abgeordnetenhause mit Vorwürfen überschüttet worden waren, weil sie nicht verhindert hatten, daß im Reichstage höhere Gehälter vorgeschlagen wurden. Die Gehaltsregelung vom Jahre 1909 war vollständig ungenügend, und alle Aufbesserungen, die in den darauffolgenden Jahren, vor allem in den Kriegsjahren, erfolgten, blieben gleichfalls ungenügend. So entstand denn eine

(Kotzur, Abgeordneter.)

(A) Situation, die die „Tägliche Rundschau" vom 14. August in folgender Weise illustrierte:

> Die Notlage der Reichs- und Staatsbeamten stieg von Tag zu Tag so fürchterlich, daß sich Fernstehende kaum einen Begriff davon machen können. Sie haben alle noch Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß nach dem Gesetz von 1909. Bis zum dritten Kriegsjahr kam kein Pfennig hinzu. Dann gab es Zulagen, aber die standen zur Verteuerung aller Lebensmittel in einem lächerlichen Mißverhältnis.

Ich finde, daß das, was die „Tägliche Rundschau" hier ausführt, eigentlich eine vernichtende Kritik an dem Verhalten der früheren Mehrheitsparteien ist. Dadurch, daß man den Beamten andauernd die Gehaltszulagen verweigerte, entstand dann eine Lage, die eine Beamtenzeitschrift in der Kriegszeit — es war im Jahre 1916 — einmal mit folgenden Worten charakterisierte:

> Die jahrelangen Sorgen und Entbehrungen, die dienstliche Überanstrengung und die sie in harter Wucht bedrückende Kriegsstimmung haben die Beamten mürbe, hoffnungslos und kleinlaut gemacht. Und das sieht man nicht ungern, denn so sind sie am gefügigsten.

In der Tat war es stets das Bestreben der rechten Seite dieses Hauses, darauf zu achten, daß man den Beamten immer die Pflichten ins Gewissen rief, aber niemals davon sprach, daß die Beamten auch Rechte haben, daß sie vor allem den Anspruch auf eine anständige Bezahlung für die geleistete Arbeit haben.

(Widerspruch rechts.)

Es ist nun sowohl von dem Reichsminister Dr. David wie von dem Reichsfinanzminister Erzberger in Weimar erklärt worden, daß so schnell wie möglich trotz der ungünstigen Finanzlage des Reichs die Bezüge der Beamten (B) aufgebessert werden sollten. Ich hoffe, daß der Herr Reichsverkehrsminister ebenfalls dazu beiträgt, die Absichten, die die von mir genannten Herren aus der Reichsregierung haben, nach Möglichkeit zu unterstützen.

Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß die Beamten eine möglichste Vereinfachung der Gehaltsklassen wünschen, da das komplizierte Gehaltsklassensystem, das wir jetzt haben, nicht geeignet ist, ein harmonisches Verhältnis unter den Beamten zu fördern. Wenn uns so oft entgegengehalten wird, daß gegenwärtig keine Mittel dafür vorhanden seien, um eine **großzügige Besoldungsreform** durchzuführen, so erinnere ich daran, daß vor einigen Tagen der Herr Abgeordnete Gothein im „Berliner Tageblatt" unter der Überschrift „Annäherung an die Weltmarktpreise" einen Artikel veröffentlicht hat, in dem er sagt, daß es notwendig sei, die Inlandspreise an die Weltmarktpreise anzulehnen; die Folge werde sein, daß die einzelnen Waren in Deutschland ganz erheblich verteuert würden. Der Herr Abgeordnete Gothein sagt z. B. in diesem Artikel wörtlich: „Die Kohlenpreise werden um ein Vielfaches erhöht werden müssen". Wenn wir bedenken, daß wir heute schon für Hausbrand einen Preis von 6, 7 und 8 Mark pro Zentner bezahlen, so würde das künftig vielleicht Preise von 20, 25 und 30 Mark pro Zentner bedeuten. Ja, daß dann die ganze natürliche Folge eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um ein Vielfaches sein müßte, ist doch ganz selbstverständlich. Interessant ist, daß der Herr Abgeordnete Gothein auch diese Schlußfolgerung zieht. Er sagt:

> All das bedeutet natürlich Verteuerung der Lebenshaltung, und ihr entsprechend müssen Löhne und Gehälter heraufgesetzt werden.

Ebenso interessant ist das weitere, was er sagt:

> Jeder Industrielle erklärt sich dazu bereit, wenn nur wieder mit dem alten Fleiß gearbeitet wird.

Ich bin davon überzeugt, daß, wenn das durchgeführt (C) wird, was der Herr Abgeordnete Gothein hier sagt, nämlich daß die Bezüge der Beamten und Arbeiter an die tatsächlichen wirtschaftlichen Teuerungsverhältnisse angepaßt werden, dann wieder mit dem alten Fleiß gearbeitet wird. Das ist überhaupt der Kernpunkt der ganzen Sache, daß es unserem Personal im Verkehrswesen nicht möglich ist, sich ausreichend zu ernähren, und es daher außerstande ist, die ungeheuren Aufgaben zu erfüllen, die ihm gestellt sind.

Ich möchte wünschen, daß der Herr Reichsverkehrsminister einmal nach diesen Anregungen die Probe aufs Exempel macht, daß er nicht versucht, durch Zwangsmaßnahmen, wie sie in der Preußischen Landesversammlung besonders gegen die Arbeiter geplant zu werden scheinen, die Arbeitsfreudigkeit und die Produktionssteigerung herbeizuführen, sondern daß er den Versuch macht, sie, wie ich schon sagte, durch Herbeiführung der Demokratisierung der Betriebe, Gewährung eines Mitbestimmungsrechts und Herbeiführung einer großzügigen Besoldungsreform zu heben.

Es ist so oft in neuerer Zeit von dem **Zustand in den Eisenbahnwerkstätten** geredet worden. Erst heute haben wir wieder im Haushaltsausschuß gehört, daß die Kohlenkatastrophe auf die trostlosen Zustände in den Eisenbahnwerkstätten zurückzuführen sei. Von den Werkstättenarbeitern wird dagegen fortgesetzt darauf hingewiesen, daß diese Vorwürfe unberechtigt seien, und in der leidenschaftlichsten Weise haben sich viele Arbeiter in der Presse dagegen verwahrt, daß sie die Schuldigen auf diesem Gebiete seien. Sie weisen darauf hin, daß das System in allererster Linie einmal kritisch beleuchtet werden müsse. Seit Jahren ist darauf hingewiesen worden, daß namentlich im preußisch-hessischen Eisenbahnbetrieb eine falsche Sparsamkeit geherrscht hat. Der frühere Eisenbahnminister v. Breitenbach habe sich gescheut, moderne Maschinen (D) anzuschaffen und in umfangreicher Weise Werkzeuge zur Verfügung zu stellen. Es hat in der Kriegszeit gefehlt und es fehlt wahrscheinlich heute noch an den entsprechenden Materialien zur Bearbeitung, an Kupfer, Eisen, Blei usw. Aus allen diesen Gründen mußte notwendigerweise die Wiederherstellung von Lokomotiven und Wagen verzögert werden.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, ein **Akkordsystem einzuführen.** Das Wort „Akkord" scheint gegenwärtig alle Herzen zu begeistern. Man glaubt, wenn der Akkord in den Werkstätten eingeführt ist, sei alles in schönster Ordnung; dann bekommen wir viele Lokomotiven und Wagen, und dann wird der Eisenbahnverkehr vielleicht genau so wie in der Friedenszeit wieder in Bewegung gebracht werden können. Gestatten Sie mir, meine Herren, darauf hinzuweisen, daß das denn doch eine Illusion ist. Es kann nur derjenige behaupten, daß die Zustände durch die Einführung eines Akkordsystems gebessert werden, der die Dinge — ich will einmal sagen — nicht richtig beurteilt. Wie liegt es denn? Man kann wohl ein Akkordsystem dort einführen, wo neue Maschinenteile angefertigt werden, aber nicht in einem Betrieb, wo Reparaturen vorgenommen werden, von denen man dann, wenn ein Wagen oder eine Lokomotive in die Werkstätte gefahren wird, gar nicht weiß, wie lange die Reparatur dauern wird. Bei Lokomotiven und Wagen, die zur Reparatur gebracht werden, ist von vornherein technisch gar nicht festzustellen, wie lange die Reparatur dauert. Es ist deshalb durchaus erklärlich, daß seit langen Jahren, auch in den Jahren vor dem Krieg, unsere Eisenbahner sich immer mit aller Heftigkeit gegen das Akkordsystem, unter dem sie arbeiten mußten, gewandt haben. Das schönste bei der Sache ist aber, daß ganz besonders in Sachsen dieses System in den Werk-

(Kotzur, Abgeordneter.)

(A) stätten dazu geführt hat, daß bei der Lohnberechnung unlautere Manipulationen vorgenommen worden sind. Die Sache ist übrigens in dem sächsischen Landtag sehr oft besprochen worden. Ich will darauf hier nicht eingehen; ich mache nur darauf aufmerksam, daß den Eisenbahnarbeitern keineswegs durch die Einführung des Akkordsystems die Arbeitsfreudigkeit beigebracht werden wird. Ich bin davon überzeugt: wenn konsequent mit Zwangsmaßnahmen und ohne die Organisationen, ohne die Arbeiter zu hören oder ihre Vorschläge und Ratschläge zu berücksichtigen, vorgegangen wird, daß man nur in erheblichem Maße Verbitterung in die Kreise der Arbeiter hineintragen wird. Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus ganz besonders davor warnen, gegen den Willen der Arbeiter dieses System zur Durchführung zu bringen.

Dann ein ganz kurzes Wort zu der Liquidation der **Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen!** Der Herr Reichsverkehrsminister hat uns heute gesagt, daß es seine größte Sorge sei, für die **zu übernehmenden Arbeiter und Beamten** zu sorgen. Es sind da zurzeit zirka 5000 Beamte, wenn ich mich nicht irre, und 2500 Arbeiter zu übernehmen, und wie wir gehört haben, ist noch nicht für alle diese Beamten und Arbeiter ausreichende Beschäftigung gegeben, falls die Rückkehr erfolgt. Ich setze dabei voraus, daß ganz selbstverständlich alle, die zurückkehren, in Arbeit gebracht werden können. Aber wir haben noch eine andere Verpflichtung, nämlich dafür zu sorgen, daß die **Not in den Familien der Vertriebenen** gemildert wird. Aus Elsaß-Lothringen sind in größerem Umfange Beamte und Arbeiter bei der Besetzung des Landes durch die Franzosen vertrieben worden. Die Familien mußten zum größten Teil zurückbleiben. Sie haben zunächst einmal die geringen Ersparnisse, die sie hatten, aufgezehrt. Sie sind dann im Laufe der Zeit, weil keine neuen Einnahmequellen erschlossen werden konnten, dazu übergegangen, ihre Möbel, ihren (B) Hausstand zu verkaufen, und wir wissen heute durch Mitteilungen, die uns fortgesetzt gemacht worden sind, daß die Familien dort in der allergrößten Not leben. Es sind nun im Haushalt ganz erhebliche Mittel für die elsaß-lothringischen Beamten und Arbeiter angesetzt, und ich möchte bitten, daß in weitherzigster Weise für die Vertriebenen und ihre Familien gesorgt wird.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich zum Schluß kommen. Ich möchte daran erinnern, daß der Herr Reichsverkehrsminister dieselben Gedanken und Anregungen, die er bezüglich des Ausbaues des Reichsverkehrsministeriums heute vorgetragen hat, kürzlich einmal Pressevertretern gegenüber zum Ausdruck brachte. Er sagte da:

> Wir müssen in Ruhe und im Zusammenarbeiten mit den berufenen Vertretern der Technik und Wirtschaft und zusammen mit dem Personal der Verkehrsangestellten die große Frage der Neuorganisation so lösen, daß sie allen Anforderungen entspricht und Mängel, die vorhanden sind, beseitigt.

Und weiter sagte er:

> Meine Verwaltung wird jedenfalls auf diesem Gebiet von wirklich neuem Geiste durchdrungen sein.

Nun, wir lassen diese Worte gelten! Wir wünschen, daß sie Wirklichkeit werden möchten. Sollte das der Fall sein, dann dürfen wir wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem Herrn Reichsverkehrsminister gelingen wird, das Verkehrswesen so zu gestalten, daß die ihm unterstellten Betriebe Reichsmusterbetriebe werden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schirmer.

Schirmer, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen (C) und Herren! Die schweren Kriegsfolgen treten auch beim vorliegenden neuen Etat für ein Reichsverkehrsministerium in Erscheinung. Der Etat enthält die Trümmer des Haushaltsvoranschlags für die **Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.** Elsaß-Lothringen ist uns entrissen, und seine ehemaligen Bahnen sind in anderen Händen. Mit Wehmut blicken wir auf diese traurige Kriegsfolge und denken derjenigen unserer Landsleute, die unter den veränderten Verhältnissen so schwer zu leiden haben, der Ausgewiesenen und der Verjagten und der aus Stelle und Brot geworfenen Angestellten und Arbeiter der elsaß-lothringischen Eisenbahnen. Deren Los zu erleichtern — das hat auch der Herr Minister vorhin zugesagt —, wird eine der Hauptaufgaben der Regierung und Verwaltung sein. Insbesondere wird es notwendig sein, dafür zu sorgen, daß die im Eisenbahndienst tätig Gewesenen wieder bei den neuen Reichseisenbahnen aufgenommen werden. Es soll alles geschehen, was nach dieser Richtung geschehen kann.

Der **Neueinrichtung der Reichseisenbahnen** stehen wir, die wir aus Bayern hierher gesandt sind und der Fraktion des Zentrums angehören, mit, darf ich wohl sagen, gemischten Gefühlen gegenüber,

(sehr richtig! beim Zentrum)

und zwar wegen der politischen Wirkungen, aber auch aus verkehrstechnischen Bedenken. Wir haben diese Bedenken — ich war in diesem Sinne wiederholt hier an dieser Stelle tätig — ja schon öfters zum Vortrag gebracht, und sie sind auch wieder zum Vortrag gebracht worden bei der Neuschaffung der Verfassung in Weimar. Ich will darauf nicht eingehen, möchte aber bitten, daß die Leitung der neuen Reichseisenbahnen dahin wirkt, daß die Befürchtungen, die im Süden des Reichs, speziell in Bayern gegenüber einer straffen Zentralisierung des Eisenbahnwesens bestehen, sich nicht bewahrheiten. Durch eine entsprechende Verwaltung und Betriebsführung kann das (D) geschehen. Es wird Aufgabe des neuen Verkehrsministeriums sein, die in den entfernten Landesteilen bestehenden Befürchtungen über eine etwaige zu geringe Berücksichtigung bei Regelung des Verkehrs zu zerstreuen durch eine gerechte Würdigung aller dortigen Verhältnisse. Den einzelnen Bezirks- und Landesdirektionen soll ein gewisses Maß von Selbständigkeit und Selbstbestimmungsrecht gegeben, beziehungsweise gelassen werden, denn ohne dieses ist eine gewisse Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung und der Verwaltung wohl nicht möglich. Gestern erst hat auch der Herr Minister für das Wirtschaftsamt im Hauptausschuß den von uns immer vertretenen Grundsatz vertreten, daß sich nicht alles **von Berlin aus zentral regeln** läßt,

(sehr richtig! beim Zentrum)

daß sich nicht die ganze Wirtschaft von einer Zentralstelle aus leiten und dirigieren läßt, und er hat bezüglich gewisser Anordnungen, die jetzt das Reichswirtschaftsministerium zu treffen hat, ausgesprochen, daß er froh ist, wenn diese Arbeit von hier aus nicht mehr gemacht zu werden braucht. Dabei möchte ich noch bitten, daß der Herr Verkehrsminister wohl beachten möge, daß die Verkehrseinrichtungen und die **Verhältnisse des Personals** bei den verschiedenen jetzigen **Eisenbahnverwaltungen,** speziell bei denen **in Süddeutschland,** nicht verschlechtert werden. Wir konnten wiederholt darauf hinweisen, daß manche Verhältnisse des Personals in sozialer Beziehung dort verschiedentlich besser sind als z. B. die der preußischen Eisenbahnverwaltung. Und wenn ich wünsche, daß gewisse Berücksichtigungen erfolgen sollen gegenüber den Eisenbahnverwaltungen der süddeutschen Staaten, so berufe ich mich dabei auf die Zusicherungen, die der Herr Reichspräsident in München und Stuttgart und der Herr Reichskanzler in der Sitzung vom 26. September im

(**Schirmer**, Abgeordneter.)

(A) ersten Ausschuß dieses Hauses, im Haushaltsausschuß, gegeben hat. Es soll kein Land vergewaltigt werden und die berechtigten Eigenheiten der Länder sollen berücksichtigt werden. Dabei möchte ich auch wünschen, daß die bestehenden Eisenbahnräte, die wir speziell in Bayern haben zweckmäßig bei der Regelung der Verkehrsverhältnisse nach wie vor zu Rate gezogen werden.

Es liegt ein Antrag Arnstadt vor, der einen **parlamentarischen Beirat für die Überleitung der Eisenbahn** und zur Mitwirkung bei der Überleitung der Eisenbahn bestellen will. Ich stelle mich dabei auf den Standpunkt des Herrn Vorredners, der mit Recht darauf hingewiesen hat, daß wir ja schon eine ganze Anzahl von Beiräten und anderen Räten haben und daß auch, wie der Herr Minister ausgeführt hat, er selbst eine große Anzahl von Fachräten, Beiräten, Beamtenräten und allerlei Räten zu Hilfe genommen hat, sodaß auch ich glaube, wir könnten auf den parlamentarischen Beirat in dieser Sache wohl verzichten.

(Zuruf aus dem Zentrum.)

— Jawohl, ich habe schon kürzlich im Ausschusse ausgeführt, daß wir schließlich vor lauter Räten zu keinen Taten kommen und daß von Wirtschaftlichkeit und schneller Wirtschaft bei der Masse von Räten gar nicht mehr die Rede sein kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dann soll — das ist zugesagt, ich begrüße dieses Zugeständnis — das Personal in allen Fragen, bei denen es beteiligt ist, in entsprechender Weise gehört werden. Dankbar wäre ich für eine Erklärung des Herrn Ministers, wieweit die Verhandlungen über den **Zusammenschluß der einzelnen Eisenbahnverwaltungen** schon gediehen sind. Ich habe vernommen, daß nicht so sehr im Süden des Reichs Schwierigkeiten gemacht werden, als vielmehr daß die preußische Eisenbahnverwaltung — wenn ich so sagen (B) darf — der Verreichlichung, ein unschönes Wort, Schwierigkeiten entgegengesetzt. Preußen, das die Eisenbahnverwaltungen der ganzen Länder Deutschlands bisher beherrscht hat, will — das ist wenigstens die Absicht einflußreicher Geheimräte — nach wie vor herrschen

(hört! hört! im Zentrum)

und die Leitung in der Hand behalten.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Hier tritt der preußische Partikularismus in ganz anderer Weise in die Erscheinung als der vielverlästerte Partikularismus der Süddeutschen oder gar der Bayern. Es wäre interessant, über die preußischen Bestrebungen Näheres zu hören. Ich glaube zwar nicht, daß wir in letzterem Punkte irgendeine Aufklärung von amtlicher Stelle her erhalten; die Dinge spielen unter der Decke.

Was uns am meisten bedrückt in der gegenwärtigen Zeit, ist die große **Verkehrsnot**. Sie ist auch eine Folge des Krieges. 5000 der besten Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen, Güterwagen mußten wir abliefern. Das Durcheinander, das wir im letzten Jahre im deutschen Lande hatten, hat bewirkt, daß die **Arbeitslust** nicht gefördert, sondern **verringert** wurde. Ich weiß nicht, auf was die Leute warten, auf einen Himmel auf Erden, der ihnen so oft versprochen worden ist! Und so sehen wir denn, daß auch in den Eisenbahnwerkstätten nicht so gearbeitet wird, wie gearbeitet werden sollte. Der Herr Vorredner hat eine Reihe von Entschuldigungsgründen dafür angeführt. Ich lasse sie gelten. Ich weiß, daß, wenn bei Einführung des Achtstundentages doppelt so viel Leute eingestellt werden mußten, die keinen ordentlichen Arbeitsplatz und nicht die nötigen Werkzeuge haben und nicht das nötige Material, nicht so gearbeitet werden kann wie früher. Das ist ein Entschuldigungsgrund. Aber wenn ich von Leuten höre, älteren gewissenhaften Arbeitern, die in den Werkstätten ordentlich arbeiten möchten, daß sie nicht arbeiten können, (C) wie sie wollen, weil eine Anzahl jugendlicher Elemente sie am Arbeiten gewissermaßen verhindert,

(hört! hört! im Zentrum)

politische Diskussionen veranstaltet, anstatt zu arbeiten, so muß ich doch sagen, und ich darf es als alter Arbeiter sagen: Ihr Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahnen, in den Zentralwerkstätten und den Betriebswerkstätten, Ihr müßt wieder zu Eurer Arbeit zurückkehren; denn an Euch liegt es, jetzt zu verhindern, daß das deutsche Volk im letzten Augenblick noch in den Abgrund, an dem es schon steht, vollends hinunterstürzt.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Wir hören, daß jetzt allein 85 000 Güterwagen nicht gebrauchsfähig sind und in Reparatur stehen,

(hört! hört! im Zentrum)

bei den bayerischen Eisenbahnen allein 11 000 Güterwagen.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Die entgehen uns. Die Zufuhr von Kohlen und Lebensmittel in die Städte zu bringen, ist damit erschwert. Heute meldet uns der Telegraph aus München, wo schon längst ein großer Kohlenmangel ist und wo infolge des niedrigen Wasserstandes der Isar die Elektrizitätserzeugung zurückgegangen ist, daß dort nun die Gasanstalt zum Stilliegen gekommen, München ohne Gas und Licht ist.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Die Trambahnen fahren dort schon längst nur einige Stunden des Tages. In München und anderen Städten Süddeutschlands droht wegen Kohlenmangels ein großes Unglück. Die Bevölkerung muß frieren, sie muß hungern, und schließlich wird ein großer Teil arbeitslos, weil die Industrie nicht weiter arbeiten kann. Also hier ist Großes in Gefahr. Die Zufuhr von Kohlen nach Süddeutschland ist auch infolge des niedrigen Wasserstandes des Rheins und wegen des bereits besprochenen Fehlens von Transportmitteln der Eisenbahn fast nicht möglich. Dazu kommt, (D) daß die Franzosen keine Saarkohlen mehr an Süddeutschland herausgeben, das früher zum Teil mit Saarkohlen versorgt worden ist.

Nun eine Frage. Es ist ein oder mehrere Male in den Zeitungen zum Ausdruck gekommen, daß wir eine Anzahl der schweren **Lokomotiven**, die **Frankreich**, die die Entente uns abgenommen hat, wieder **zurück erhalten** könnten, weil sie auf dem dortigen schwächeren Unterbau der Eisenbahnen nicht gefahren werden könnten. Ich weiß nicht, was Wahres daran ist. Aber das eine weiß ich von Augenzeugen, daß in Frankreich und in Belgien ein Teil unserer Lokomotiven und unseres Wagenmaterials ungenutzt an den Bahnhöfen steht und zu verrosten droht.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Es wäre doch wohl vielleicht möglich, auf dem Wege der Verhandlungen wieder einen Teil der Lokomotiven, an denen es uns ja so sehr fehlt, zu erhalten, damit wir unsere notwendigsten Produkte von einem Platz zum anderen bringen können.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dann ist mir von Fachleuten auch gesagt worden, daß, anstatt neue Lokomotiven zu bauen, wozu vielfach das nötige Material fehlt, es besser wäre, die alten Lokomotiven zu reparieren, weil dadurch schneller ein größerer Stand gebrauchsfertiger Lokomotiven wieder in Betrieb gestellt werden könnte. Ich weiß nicht, ob das richtig ist; ich gebe es aber den fachmännischen Erwägungen anheim, hier nach dem Rechten zu sehen.

Wie schlecht es im Osten bestellt ist, sagt uns die Tatsache, daß in den letzten Wochen für die Abfuhr von Kartoffeln 36 389 Wagen gefehlt haben und daß in bestimmten Zeiträumen 70 Prozent der angeforderten Wagen nicht gestellt werden konnten.

(Hört! hört! im Zentrum und rechts.)

(**Schirmer**, Abgeordneter.)

(A) Es muß alles geschehen, um dieses Verkehrselend so schnell wie möglich zu überwinden. Mit der Bereitstellung der Elektrizität wird es ja nicht so schnell gehen. Hier fehlt es auch an Material und vielfach auch an Arbeitslust, und auch die Teuerung der Preise spielt mit herein.

Vielleicht könnte aber mit Hilfe der Kraftwagen, wie man es in England beim Eisenbahnerstreik mit gutem Erfolg getan hat, und mit Hilfe der Luxusautos, die jetzt Berlin und andere Städte verstänkern,

(sehr richtig! im Zentrum)

unsere Verkehrsnot mit überwunden werden. Wie ist es denn mit dem Vorschlage, der im Reichskabinett behandelt worden ist und den das Reichswirtschaftsministerium an die Eisenbahnverwaltung gemacht hat, im Interesse der Zufuhr von Lebensmitteln und anderer notwendiger Gebrauchsgegenstände den **Personenverkehr** einmal acht Tage völlig **einzustellen?** Wir haben heute vormittag im 1. Ausschuß bei Beratung des Etats für das Wirtschaftsministerium auch die Kohlennot kurz besprochen, und die Vertreter aller Parteien haben sich damit einverstanden erklärt, daß der Personenverkehr für acht Tage zugunsten der Zufuhr von Lebensmitteln und Kohlen eingestellt werde; denn wichtiger als Vergnügungsreisen und auch als notwendige Reisen ist jetzt, daß Kohle, Brot und andere Lebensmittel dahin gebracht werden, wo man sie braucht,

(sehr wahr! im Zentrum)

und da meine ich, es muß dieses Aushilfsmittel angewendet werden, so schwer auch der Zugriff sein mag.

Um noch einmal auf die **Werkstätten** zurückzukommen, möchte ich sagen, daß unter allen Umständen die **Wirtschaftlichkeit** auch in diesen Betrieben **wiederhergestellt** werden muß. Wir haben vor wenigen Tagen bei der Beratung des Reichsschatzamts zum Ausdruck gebracht, daß die Leitung der Betriebe bewährten Fachleuten zu

(B) übertragen ist, daß ihnen ein Beirat beizugeben ist, der aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten des Betriebs besteht, und daß die Betriebe so zu führen sind, daß sie die Unkosten decken und eine angemessene Verzinsung und Tilgung des Anlage- und Betriebskapitals ermöglichen. Es ist vielleicht angezeigt, für die einzelnen Betriebe einen besonderen Etat aufzustellen, damit der Nachweis für die Leistungsfähigkeit jedes Betriebs erbracht werden kann.

Hinsichtlich der Arbeitsmethode möchte ich mich nicht so ablehnend wie der Herr Vorredner gegen Neuerungen oder gegen Wiedereinführung altbewährter Einrichtungen wenden. Ich habe den Beschluß der preußischen Landesversammlung, entsprechend einem Antrage der sozialdemokratischen Partei, der nationalliberalen Partei, der Demokraten und des Zentrums begrüßt, der eine Umgestaltung der Verwaltung der Eisenbahnwerkstätten verlangt und die **Einführung des Akkord- oder Prämiensystems** empfiehlt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Selbstverständlich kann das nicht ohne Benehmen mit den Arbeitern geschehen. Ich habe das Akkord- und das Prämienlohnsystem bekämpft und bekämpfe es heute noch da, wo es dazu dienen soll, den Arbeiter auszubeuten. Aber wir denken beim Prämienlohn- und Akkordsystem daran, daß der Arbeiter, der arbeitet, einen entsprechenden Lohn erhalten soll und daß nicht der Fleißige diesbezüglich mit dem gleichgestellt wird, der nichts tut

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Arbeiter aus den Werkstätten haben mir ausdrücklich gesagt, daß sie damit einverstanden sind, daß ein angemessenes Akkordlohnsystem wieder eingeführt wird.

Dann muß natürlich auch in der Werkstatt möglichst mit technischen Hilfsmitteln gearbeitet werden, und vielleicht kann zur Hebung unseres Wagen- und unseres Lokomotivmangels auch die Privatindustrie und die jetzt (C) zur Stillegung gelangenden Werftbetriebe usw. mehr als bisher herangezogen werden. Jedenfalls sollte der neue Verkehrsminister, dem ja die Verkehrsverwaltungen noch nicht ganz in der Hand liegen, alle Anstrengungen machen, um die Eisenbahnverwaltungen zu drängen, daß alles geschieht, um die Verkehrsnot zu lindern.

Die **Angestellten-, Beamten- und Arbeiterverhältnisse**, die ich Jahr für Jahr beim Etat des Reichseisenbahnamtes behandelt habe, möchte ich heute nicht eingehend besprechen. Wir werden Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen, zumal die Besprechung der Beamtenfragen, über die Besoldungsreform im allgemeinen, uns ja noch vorbehalten ist. Ich glaube aber heute schon sagen zu sollen, daß die Wünsche, die wir Jahr für Jahr hier vorgebracht haben, zum Beispiel hinsichtlich der Rechtsstellung der Beamten und Arbeiter — ich erinnere daran, daß, als wir seinerzeit den Antrag stellten, die Eisenbahnarbeiter möchten dem Arbeitskammergesetz unterstellt werden und so eine öffentlich-rechtliche Vertretung erhalten, der Reichstag beinahe aufgelöst worden wäre —, jetzt ihre Erfüllung finden müssen.

Ein besonderer Wunsch ist der, daß die im Felde gewesenen Eisenbahner alle wieder bei der Eisenbahnverwaltung Brot und Arbeit finden möchten und daß auch die berechtigten Wünsche der Feldeisenbahner erfüllt werden. Es liegen da eine Reihe von Wünschen vor.

Mit Dank begrüße ich es, daß der Herr Minister ausdrücklich erklärt hat, daß die Techniker bei der Eisenbahnverwaltung mehr als bisher zur Geltung kommen sollen und daß man fachmännisch gebildete Leute bei der Eisenbahnverwaltung nicht mehr in den Hintergrund stellen will.

Dann noch eine Bitte: es möchte der Behandlung, Bezahlung, Versorgung des Personals die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein sozialer Geist muß (D) entwickelt werden, der versöhnend wirkt und der dahin führt, daß wieder überall in den Eisenbahnbetrieben gearbeitet wird, wie wir es gewöhnt waren. Nur so werden wir aus diesem großen Verkehrselend herauskommen, das alle Volkskreise bedrückt und das schließlich dazu führen müßte, einen großen Zorn gegenüber dem Eisenbahnpersonal auszulösen, der seinem Ansehen und seiner Stellung nur schädlich sein könnte.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsverkehrsminister.

Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister: Meine Herren, lassen Sie mich auf die Anregungen der beiden Herren Vorredner kurz eingehen. Der Herr Abgeordnete Kotzur hat zunächst gewünscht, daß die **Eisenbahnorganisationen** zu den Aufgaben des Eisenbahnverkehrsministeriums **herangezogen** werden sollen. Diesem Wunsche ist bereits in ausreichendem Maße stattgegeben. Am 17. Oktober habe ich an sechs große Eisenbahnerverbände eine Einladung gerichtet zu einer Besprechung, die am 20. Oktober stattfinden sollte. Die Verbände sind verhindert gewesen, und die Besprechung mußte deshalb auf den 28. Oktober verschoben werden. Bei dieser Vorbesprechung soll zunächst festzustellen versucht werden, welcher Kreis der zuzuziehenden Verbände und Organisationen voraussichtlich in Frage kommt. Unmittelbar darauf soll dann eine Besprechung im Kreise dieser Verbände und Organisationen stattfinden. Aus der Einladung darf ich aber in Anbetracht der Wichtigkeit, die ich der Angelegenheit selbstverständlich beilegen muß, hervorheben, daß ich darin ausdrücklich bemerkt habe, daß neben der Durchführung und Vorbereitung aller Maßnahmen für die Verreichlichung der deutschen Eisenbahnen das Reichsverkehrsministerium es

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) als erste Aufgabe betrachte, sofort Verhandlungen zur Bildung einer Vertretung der **Organisation des gesamten Eisenbahnpersonals beim Reichsverkehrsministerium** aufzunehmen. Daran habe ich in meiner schriftlichen Einladung die Hoffnung geknüpft, daß es gelinge, eine derartige arbeitsfähige Gesamtvertretung, die zur ständigen Mitarbeit berufen sein soll, zu bilden, denn nur in ehrlicher Mitarbeit mit dem Personal und getragen von seinem Vertrauen könnten die Arbeiten des Reichsverkehrsministeriums gedeihen. Meine Wünsche decken sich also vollständig mit den Anregungen des Herrn Abgeordneten Kotzur.

Sodann hat der Herr Abgeordnete Kotzur unsere bisherige **Wasserstraßenpolitik** einer scharfen Kritik unterzogen. Bereits in meiner Etatsrede habe ich ja eingehend darauf hingewiesen, daß durch die Zersplitterung unseres Wasserstraßenwesens eine einheitliche, zielbewußte Wasserstraßenpolitik gehindert worden ist, und daß es darum besonders zu begrüßen ist, wenn durch die Bestimmungen der Reichsverfassung und den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich nunmehr eine großzügige, einheitliche Wasserstraßenpolitik zum Segen unseres deutschen Volkes ermöglicht wird.

Wenn aber dann der Herr Abgeordnete Kotzur die Bemerkung daran geknüpft hat, daß in den Ländern und insbesondere in Preußen bisher für unsere Wasserstraßenpolitik überhaupt nichts Ersprießliches geschehen sei, so kann ich diese Kritik als berechtigt nicht anerkennen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

In den letzten dreißig Jahren sind nachweislich für Neubauten von Wasserstraßen und Häfen über zwei Milliarden Kapitalien ausgegeben worden.

Der Herr Abgeordnete Kotzur und nach ihm der Herr Abgeordnete Schirmer haben sich unserer **aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Beamten,** Angestellten, Arbeiter und ihrer Familien angenommen. Ich bin ihnen dankbar (B) dafür und betrachte ihre Ausführungen als eine wirksame Ergänzung meiner Anregung. Wenn der Herr Abgeordnete Kotzur angeregt hat, es möchten für die **Familien der Vertriebenen** noch besondere Aufwendungen erfolgen, so ist auch diesem Wunsche bereits stattgegeben. Ich darf auf die außerordentliche Verstärkung der Fonds für besondere Notfälle hinweisen, wie sie sich in der Erhöhung des ursprünglichen Ausgabeansatzes von rund 670 000 Mark bei Kap. 87 Tit. 38 des Haushalts ausdrückt, der auf über 10 Millionen Mark gestiegen ist. In voller Übereinstimmung mit den beiden Herren Vorrednern spreche ich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es dem Reiche mit Unterstützung der Länder gelingen möge, die traurige Not dieser aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Familien tunlichst zu lindern.

Einem weiteren Wunsche des Herrn Abgeordneten Kotzur begegne ich durch die Erklärung, daß allen technischen Fortschritten insbesondere auf maschinentechnischem Gebiete vom Reichsministerium besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Wenn der Herr Abgeordnete Kotzur daran die Kritik geknüpft hat, daß man in den Ländern und insbesondere in Preußen auf diesem Gebiete bisher rückständig gewesen sei, und daß es namentlich an der Heranziehung junger Kräfte gefehlt habe, so glaube ich auch dieser Kritik widersprechen zu sollen. Insbesondere ist in Preußen ein 46jähriger Ministerialdirektor der Leiter, und zwar der erfolgreiche Leiter der maschinentechnischen Abteilung im Arbeitsministerium.

Mit dem **Werkstättenwesen,** das ich auch in meiner Etatsrede zum Gegenstande von Erörterungen gemacht habe, haben sich sowohl der Herr Abgeordnete Kotzur wie der Herr Abgeordnete Schirmer beschäftigt. Der Herr Abgeordnete Kotzur hat geglaubt, vor einer Überschätzung des Prämiensystems warnen zu sollen. Gewiß, meine Damen und Herren, auch ich bin der Meinung, daß in dem Prämiensystem allein ein Allheilmittel für eine Ge- (C) sundung nicht gefunden werden kann. Die Hauptsache ist, daß der gute Geist unserer Beamten, Angestellten und Arbeiter in die Werkstätten wieder einkehrt und daß die Pflichttreue sich wieder einstellt. Meine Damen und Herren! Im Werkstättenwesen ist der Sitz des Übels für manche Verkehrsnöte zu erblicken. Und hier muß mit fester Hand zugegriffen werden. Das verlangt vor allem auch unsere pflichttreue Arbeiterschaft selbst, was ich mit ganz besonderem Nachdrucke hier hervorheben und dankbar anerkennen möchte.

Für das **Akkordsystem** mit dem Prämiensystem muß allerdings eine den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechende Form gefunden werden, die den neuzeitlichen Verhältnissen entspricht und zugleich auch die guten Erfahrungen in den Privatbetrieben zweckmäßig mitverwertet. Es ist eine sittliche Forderung, die insbesondere auch von dem überwiegenden Teile unserer deutschen Arbeiterschaft restlos anerkannt wird, daß der tüchtigere und fleißigere Arbeiter mehr verdient als der untüchtige und untätige Arbeiter. Wir denken nicht daran, diese wichtige Frage der Reform des Werkstättenwesens, deren Schwierigkeit gewiß nicht verkannt werden darf, ohne Zuziehung der Organisationen und ohne Mitberatung der tätigen Angestellten und Arbeiter zu lösen. Wir hoffen aber dabei auf wirksame Unterstützung und erwarten, daß alle berufenen Kreise der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft daran mitwirken mögen, diese für unsere ganze Verkehrsentwicklung und die Gesundung aus der Verkehrsnot notwendige Reform des Werkstättenwesens unverzüglich durchzuführen.

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Kotzur hat sich weiter mit der Frage der **Beamtenbesoldung** beschäftigt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ein beträchtlicher Teil der Verkehrsnöte und insbesondere eine Fülle von Unstimmigkeiten in der Beamtenschaft und in der Arbeiterschaft der Eisenbahn mit der Frage der Besoldung auf (D) das engste zusammenhängt. Wenn daher der Herr Abgeordnete Kotzur an das Reichsverkehrsministerium das Ersuchen gerichtet hat, für eine schleunige Einbringung und Verabschiedung der Beamtenbesoldungsnovelle zu seinem Teile mitzuwirken, so will ich ihm gern versprechen, daß ich das tun werde. Bei der Frage der Besoldung der Beamten und der Reform der Besoldungsordnung ist natürlich das Reichsverkehrsministerium außerordentlich interessiert. Ich darf in diesem Zusammenhange auf die bedeutsame Tatsache hinweisen, daß allein das Eisenbahnwesen, das ja in Zukunft vom Reichsverkehrsministerium übernommen werden soll, ein Anlagekapital von weit über 20 Milliarden Mark und ein Beamten- und Angestelltenpersonal von weit über einer Million enthält. Das Reichsverkehrsministerium wird also in Zukunft die Riesenaufgabe haben, den größten Verkehrsbetrieb der Welt zu leiten. Daraus entspringt naturgemäß auch das Recht und die Pflicht, zu seinem Teile mitzuarbeiten an der nötigen Beamtenbesoldungsreform.

Der Herr Abgeordnete Schirmer hat auf die **Einrichtungen in Süddeutschland** hingewiesen und dabei besonders betont, daß manche Betriebseinrichtung und Vorkehrung in Süddeutschland besser sei als in Preußen. Ich glaube, meine Damen und Herren, diesen Partikularismus kann man sich sehr wohl gefallen lassen. Das Reichsverkehrsministerium wird bei Prüfung derjenigen Einrichtungen und Betriebsmittel, die in sein neues Ressort und in seinen neuen Betrieb übernommen werden sollen, durchaus sachgemäß verfahren, und insbesondere auch diejenigen Einrichtungen, die sich in Süddeutschland bewährt haben, mit übernehmen, auch für den Fall, daß sie in Preußen nicht eingeführt sind.

Der Herr Abgeordnete Schirmer hat dann bemerkt, die **Entente** habe uns weitere **Lokomotiven** zur Verfügung

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) gestellt, und er wünschte eine Auskunft darüber, ob diese Lokomotiven übernommen worden seien, und verneinenden Falls, warum dies nicht geschehen sei. An amtlicher Stelle ist von einem derartigen Angebot der Entente nichts bekanntgeworden. Sollten uns gebrauchsfähige Lokomotiven von der Entente zur Verfügung gestellt werden, was ich Grund habe im Augenblick bezweifeln zu sollen, so werden Reich und Länder sicherlich im eigenen Interesse zugreifen.

Wenn der Herr Abgeordnete Schirmer weiter gewünscht hat, es sollten die notwendigen **Reparaturen von Lokomotiven** mehr als bisher der **Privatindustrie** überwiesen werden, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Verweisung von Lokomotivreparaturen an die Privatindustrie heute schon ausgeübt wird, aber leider mit geringerem Erfolge, als man glaubte erwarten zu sollen,

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei)

weil Fabriken und Arbeiter auf derartige Reparaturen nicht ausreichend eingestellt sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir werden aber dieser Anregung auch in Zukunft gern folgen und sie an die bisher noch zuständigen Länder weitergeben. Soweit in dieser Beziehung eine Lücke vorhanden ist — und da möchte ich auf einen Zwischenruf des verehrten Herrn Abgeordneten Rießer antworten —, werden sich Reich und Länder nicht auf ein Monopol berufen, sondern sie werden die Privatindustrie insoweit heranziehen, als sie sich als leistungsfähig herausstellen wird.

Schließlich hat sich der Herr Abgeordnete Schirmer mit demjenigen Problem beschäftigt, das uns naturgemäß alle heute am meisten beschäftigt und das ich auch darum geflissentlich an den Schluß meiner Etatsrede mit allem Nachdruck gestellt habe, nämlich mit der **Verkehrsnot.**

In Ergänzung meiner Ausführungen in meiner Programmrede möchte ich zur Beruhigung des Abge-

(B) ordneten Schirmer, aber darüber hinaus auch des ganzen Hauses und des ganzen Volkes, das Versprechen wiederholen, daß alle in Betracht kommenden Verkehrsmittel restlos zweckentsprechend herangezogen werden, um tunlichst der Verkehrsnot so schnell wie möglich zu steuern. Wenn die **Einstellung des Personenverkehrs** von vielen Seiten heute bemängelt wird, so möchte ich ganz im Einklang mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schirmer darauf antworten, daß jeder, der auf das Ziel hindrängt, nämlich auf die Beseitigung der für unser Wirtschaftsleben katastrophal werdenden Verkehrsnot, zugleich auch mit den Mitteln sich abfinden muß, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer also eine Beseitigung der Verkehrsnot verlangt, der muß auch die Unzuträglichkeiten, die auch mit den zu ergreifenden Mitteln unausbleiblich verknüpft sind, für die Dauer der Verkehrsnot in Kauf nehmen. Das gilt namentlich von der notwendigen Einstellung des Personenzugverkehrs. Hierbei geht auch die Eisenbahnverwaltung, insbesonders Preußens, sorgsam vor. Eine vollständige und restlose Einstellung des Personenverkehrs ist nicht ratsam, da viele Zugbeförderungen auch im Interesse unseres Verkehrs- und Wirtschaftslebens erforderlich sind. Auf der anderen Seite aber ist gewiß die Überfüllung der Personen- und Schnellzüge sehr zu beklagen. Der Appell darf auch heute ausgesprochen werden, daß alle diejenigen, die es nicht notwendig haben, zu reisen, vor allem aber diejenigen, die nur zu ihrem Vergnügen reisen, zu Hause bleiben. Namentlich sollte darauf gedrängt werden, daß das Schiebertum, das heute in den Zügen ein so starkes Verkehrshindernis bildet, möglichst ausgeräumt wird.

(Sehr gut!)

Meine Herren, schließlich hat der Herr Abgeordnete Schirmer, um die Bedeutung des **Kraftwagenwesens** hervorzuheben, einen Vergleich mit den englischen Ver- (C) hältnissen und dem Streik in England gezogen. Dieser Vergleich ist aber doch nicht ganz zutreffend. In England liegen die Verhältnisse im wesentlichen anders als in Deutschland. Beim Streik sind die Militärlastautos herangezogen worden, und sie haben restlos in den Verkehr eingegriffen. England hat außerdem Betriebsmittel und -stoffe, namentlich auch Gummi und Benzin, ausreichend, während uns diese Gegenstände fehlen. Vielleicht darf ich noch hinzufügen, daß auch die Arbeitslust in England als dem siegreichen Lande naturgemäß stärker ist als bei uns. Das erschwert infolgedessen die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Steuerung der Verkehrsnot bei uns erheblich mehr, als es in England der Fall gewesen ist. Im übrigen aber, meine Damen und Herren, kann ich auch in dieser Beziehung versprechen, daß eine Heranziehung aller Verkehrsmittel zur zweckentsprechenden Steuerung der Verkehrsnot auch vor unseren Kraftwagen nicht Halt machen wird.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel.

Dr. **Zöphel,** Abgeordneter: Namens der Deutschdemokratischen Fraktion darf ich mich aus vollem Herzen den ergreifenden Worten anschließen, die der Herr Minister ausgesprochen hat, um seiner Teilnahme für die Opfer bei dem schweren Unglück in Schlesien Ausdruck zu geben.

In gleicher Weise darf ich namens der Deutschdemokratischen Fraktion erklären, daß wir bereit sind, alle Mittel zu bewilligen, die dazu dienen, den landvertriebenen Elsaß-Lothringern ein neues Heim und einen neuen Beruf im Deutschen Reich zu sichern.

Bezüglich des **Programms,** das der Herr **Verkehrsminister** entwickelt hat, bin ich einigermaßen in Verlegenheit, da ich nicht in der Lage war, die Fraktion zu (D) fragen, wie sie sich zu diesem Programm stellt; denn wir haben erst heute das Glück gehabt, dieses Programm vor uns aufgerollt zu sehen. Wenn ich mich also dazu äußere, so geschieht es wesentlich auf meine persönliche Verantwortung hin.

Zunächst möchte ich einen Wunsch zum Ausdruck bringen. Mir wäre lieber etwas weniger Gerippe und etwas mehr Fleisch gewesen, das heißt, etwas weniger Grundsätze und etwas mehr konkrete Aufgaben. Daß die Grundsätze, die ein neuer Minister aufstellt, gut sind, ist ein alter Erfahrungssatz, der sich auch hier wieder bewahrheitet. Es fragt sich aber, wie diese Grundsätze in der Praxis durchgeführt werden, und ich möchte doch sagen, daß in dieser Beziehung noch einiges hätte geboten werden können; denn so ganz im Werdezustand können die Aufgaben kaum mehr sein, die bis zum Frühling 1921 gelöst werden müssen. Daß die Grundsätze wirklich zu einem Erfolge führen, wünsche auch ich, und auch die Deutsch-demokratische Fraktion hat insoweit ein Interesse daran, als sie ja die Verantwortlichkeit an der Regierung mitträgt.

Als die Einrichtung des Verkehrsministeriums im Verfassungsausschuß durch mich im Namen der Deutschdemokratischen Fraktion gefordert wurde, schwebte mir nicht bloß vor, daß die Eisenbahnen, Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrzeuge zusammengefaßt werden, sondern ich habe auch an die **Einbeziehung der Post** gedacht. Das hat das **Verkehrsministerium** zu meinem Bedauern nicht für angezeigt gehalten, obschon die Einbeziehung der Post sehr wohl möglich wäre. Allein die Tatsache, daß die Post ebenso wie die Eisenbahn Personen und Stücke verfrachtet, ist ein Anlaß, den Verkehr durch Einbeziehung der Post erfolgreicher zu gestalten. Das ist nun nicht geschehen; ich bedauere das, und ich glaube kaum, daß

(Dr. **Zöphel**, Abgeordneter.)

(A) dieses Versäumnis nachgeholt werden kann. Den Einwand, daß das Ministerium durch eine Einbeziehung der Post zu groß geworden wäre, kann ich nicht gelten lassen. In früheren Zeiten hätte man es auch nie für möglich gehalten, daß ein Ministerium so umfangreich werden könnte, wie es heute der Fall ist. Es kommt doch nur darauf an, daß an der Spitze ein Mann sitzt, der die Dinge zu meistern versteht, der sich beraten läßt und in Konfliktsfällen entscheidet. Daß Konflikte möglich sind, ist im Haushaltsausschuß zugegeben worden, und der Herr Minister hat uns auch schon darüber unterrichtet, daß für den Fall von Meinungsstreitigkeiten zwischen der Post und dem Verkehrsministerium eine Abrede getroffen worden ist; in solchen Fällen soll das Kabinett entscheiden.

Wenn ich vermißt habe, daß bestimmte Aufgaben vor uns aufgerollt wurden, so deswegen, weil ich der Ansicht bin, daß das Verkehrsministerium nicht früh genug an die Lösung seiner Aufgaben herangehen kann. Wir haben ja bei dem Aufbau des organisatorischen Teiles der Verfassung bemerkt, daß noch immer **partikularistische Tendenzen** einem sehr leicht das Konzept verderben können. Auch einige Äußerungen in der Rede des Kollegen Schirmer haben in mir die Befürchtung hervorgerufen, ob der Partikularismus nicht doch noch da oder dort ein sehr erwünschtes Projekt zum Scheitern bringen könnte. Ich bin weit davon entfernt, etwa eine Gleichmacherei zu befürworten; aber es ist nicht gut angängig, wenn man aus dem Gebiet des Reichswirtschaftsministeriums einen Grundsatz herübernehmen will, um ihn zum Grundsatz für das Verkehrsministerium zu erheben. Daß die Wirtschaft vielgestaltig ist und an jeder Stelle anders aufgezogen werden muß, ist klar; aber daß das Verkehrsministerium dann seinen größten Erfolg hat, wenn es einheitlich, nach einem großen Zuge geführt wird, ist ebenso sicher. Eines schickt sich nicht für alle. Ich will dabei

(B) keineswegs über die Stammeseigentümlichkeiten der Länder hinweggehen, und wenn ich den Herrn Minister richtig verstanden habe, so hat er mit dem Ausdruck „Meliorationsbauten“ wohl sagen wollen, daß auch in den einzelnen Ländern der Eisenbahnbau nicht vernachlässigt werden darf, wenn die Interessen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und des Verkehrs dies fordern.

Zunächst die Eisenbahnen! Hier ist die Besorgnis wach geworden, daß das ein verlängertes Preußen werden könne. So haben wir es jedenfalls nicht verstanden, als wir dafür eintraten, die **Reichseisenbahnen** herüberzuleiten. Ich glaube auch nicht, daß nach allem, was mir bekannt geworden ist, diese Besorgnis begründet ist. Der finanzielle Austrag zwischen den Staaten ist natürlich äußerst schwierig. Aber man möchte doch daran festhalten, daß das künftig ein gemeinsames Unternehmen wird, und daß, wenn man in ein gemeinsames Unternehmen seine Masse hineinwirft, man nicht beanspruchen kann, daß man aus der Masse wieder entschädigt wird. So wenig, wie ich von einer Gesellschaft, in die ich mein Vermögen hingegeben habe, verlangen kann, daß mir das Vermögen wieder herausbezahlt wird und ich wieder entschädigt werde, so wenig können die Länder verlangen, daß die Werte, die sie hineingeben und an denen sie künftig lukrieren sollen, ihnen wieder zurückgegeben werden sollen.

Über die Grundsätze, die hierbei maßgebend sein sollen, kann man natürlich nicht eher entscheiden, als bis man den Einzelfall kennen gelernt hat, und das vermisse ich eben.

Wenn die **Eisenbahnen** erfolgreich aufgezogen werden sollen, so wird das, wie auch aus den Worten des Herrn Ministers hervorging, eine große **Werbepropaganda** für das deutsche Land notwendig machen. In dem Bund deutscher Verkehrsvereine, der in Leipzig seinen Sitz hat,

(C) ist schon günstig vorgearbeitet worden; die Vorschläge, die von dort ausgegangen sind, möchte ich hier befürworten. Ich habe beobachtet, wie im Ausland eine solche Verkehrspolitik gute Früchte gezeitigt hat. Ich mache auf die Schweiz aufmerksam. Wenn man nach der Schweiz, auf den Züricher oder Baseler Bahnhof kommt und noch so viele Geschäfte zu erledigen hat, und wenn in der Halle die wunderbaren Bilder von sämtlichen Eisspitzen einem entgegenragen, wird es einem schwer, sich zu überwinden und nicht erst einen Abstecher nach einem der herrlichen Punkte zu machen. Ebenso habe ich beobachtet, daß auch für Norwegen vor dem Krieg eine äußerst geschickte Propaganda gemacht worden ist. Es wäre erwünscht, wenn dieser internationale Werbegedanke auch für unsere Eisenbahnen in Zukunft durchgeführt würde.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Soll nun das Eisenbahnwesen günstig gedeihen, so müßte man, meine ich, von vornherein das Erforderliche an Sachkunde mit hereinbeziehen, das die Bürgschaft bietet. Da hat der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine eine Schrift veröffentlicht, die dafür wesentliche Winke gibt. Der Bericht, der in dem Heft niedergelegt ist, das von dem Regierungs- und Baurat **Karl** Wyneken in Magdeburg verfaßt worden ist, schließt mit einer Resolution, auf die ich doch hinweisen möchte. In dieser Resolution, die von einer großen Menge deutscher Verbände unterzeichnet ist, und zwar nicht nur von technischen Verbänden, sondern auch von Verbänden des Verkehrs und Handels und der Industrie — der Reichsverband der deutschen Industrie ist darunter, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Verein für deutsche Binnenschiffahrt —, wird darauf hingewiesen, daß zu den Arbeiten der Vereinheitlichung und Weiterentwicklung des Verkehrswesens Persönlichkeiten aus den Kreisen der Unterzeichner mit-

(D) herangezogen werden sollen. Ich halte das für notwendig; denn wir müssen den ganzen Aufbau im Eisenbahnwesen doch anders stellen, als er bisher in Preußen gestellt war.

In Preußen hatte man eine tadellose Verwaltung, will ich zugeben, eine erfolgreiche Verwaltung, die verschiedene Stadien durchgemacht hat, von den Jahren 1905/07 an einen neuen Aufzug erhalten hat, indem man von den Kapitalien einen bestimmten Teil nur absonderte, der für andere Zwecke verfügbar war — 2,10 Prozent —, im übrigen aber das Unternehmen auf eigene Füße zu stellen suchte, indem man die Gelder für das Unternehmen verwendete, zurücklegte und Anleihen aufnahm. Der Ansatz war löblich und erfreulich; er führte aber doch nicht zum Ziele. Später erlag dieser schöne Aufschwung wieder, weil eben immer wieder der Verwaltungsgrundsatz an der Spitze stand und nicht der Unternehmergrundsatz. Die Eisenbahn muß im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Unternehmens betrieben werden. Die technische Seite muß in den Vordergrund gerückt werden — das ist auch von dem Herrn Minister anerkannt worden —, und es muß die Verwaltungsseite zurücktreten, die Verwaltung nur als Mittel der technischen, wirtschaftlichen Erfolge erscheinen. Darauf muß hingewirkt werden.

Nun hat das **Eisenbahnwesen** zunächst mit der **Auseinandersetzung unter den einzelnen Ländern** zu kämpfen, worauf ich schon vorhin hindeutete. Ich möchte in dem Zusammenhang sagen, daß auch hier der technisch-wirtschaftliche Gedanke durchschlagen muß. Er muß auch über die Grenzen der Länder hinwegschreiten. Wenn ich die Stammeseigentümlichkeiten der Länder geschont haben will, so möchte ich doch nicht die Willkürlichkeiten der geographischen Lage geschont haben. Ich stamme aus der Stadt Leipzig. **Die Stadt Leipzig** wird zum Teil von der Direktion Halle dirigiert. Zwei Direktionen liegen

(Dr. **Zöphel**, Abgeordneter.)

(A) auf 30 Kilometer nebeneinander. Es ist meiner Ansicht nach ein Überverbrauch an Direktionen in solcher Nähe. In der Zukunft wird das nicht erwünscht sein. Man wird entweder Leipzig oder Halle zur entscheidenden Direktion machen müssen. Ich bin im Ausschuß für Leipzig eingetreten, mein Kollege aus Halle hat mir natürlich sofort Krieg angesagt und ist für Halle eingetreten. Ich will ganz dahingestellt sein lassen, welcher von beiden Orten gewählt werden soll. Aber das ist ganz klar, daß es unwirtschaftlich ist, wenn eine Direktion mit drei oder vier großen Strängen mitten in den Sitz der andern Direktion hineinreicht. Da müßten die Landesgrenzen unberücksichtigt bleiben, und der wirtschaftliche Erfolg muß herausgeholt werden.

In Leipzig ist ein wundervoller Hauptbahnhof, der Ihnen zum Teil wahrscheinlich bekannt sein wird. Wer kein kundiger Thebaner ist, weiß gar nicht, wie er sich dort zu benehmen hat, und er kann unter Umständen, wenn er es gerade sehr eilig hat, in das falsche Tor hineingehen, dort sämtliche Schalter als für seine Absichten nicht geeignet erkennen und fünf Minuten weiter laufen, bis er endlich den richtigen Schalter findet. Das ist ein Sinnbild der guten deutschen Vergangenheit: hie Preußen, hie Sachsen! Ich wünschte, daß sich in Zukunft das Bild der Einheit bietet, und daß in der linken sowohl wie in der rechten Halle sämtliche Karten für sämtliche Bahnstrecken, die von dort aus befahren werden, zu erhalten möglich sein werden.

Wie im technischen Betrieb, so muß auch im Personalbetrieb die **Einheitlichkeit** hergestellt werden: bis auf die **Uniform.** Es ist ein merkwürdiges Spiel des Zufalls, daß das Beamtenheer ausgerechnet des Herrn v. Breitenbach dafür gesorgt hat, durch seine Uniform die Farben schwarz-rot-gold populär zu machen. Ich nehme an, daß diese Uniform künftig die Uniform für alle (B) deutschen Eisenbahner werden wird.

Die hier hereinragende Frage der **Verkehrsnot** möchte ich auch noch einmal streifen. Sie ist schon genügend behandelt worden. Ich möchte aber meinerseits erklären, daß ich bei dem Austrag der Macht zwischen der Verwaltung und den Angestellten und Arbeitern die nötige Autorität, Entschlossenheit und Kraft der Verwaltung vermisse.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich kann mir nicht helfen, daß auf diesem Gebiete viel mehr geleistet werden könnte

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

und daß man den guten Willen der Mehrheit der Arbeiter sicher am besten stärkt, wenn man mal an entscheidender Stelle den Entschluß zeigt durchzugreifen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Artikel meines Freundes **Gothein** zukommen, der am letzten Sonntag im „Berliner Tageblatt" stand. Er ist, glaube ich, von dem Herrn Kollegen Kotzur etwas falsch verstanden worden. Der Artikel ist ausgezeichnet. Ich habe ihn heute früh im Haushaltsausschuß dem Herrn Wirtschaftsminister empfohlen. Herr Gothein sagt in dem Artikel, daß, wenn wir uns den Preisen der Welt wieder annähern müssen — und das wird uns ja unzweifelhaft nicht erspart bleiben —, dann alle die noch nicht auf dem Weltmarkte stehenden Waren ihre Preise in die Höhe bringen müssen, daß dann auch die Notwendigkeit gegeben ist, die Löhne entsprechend zu steigern.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber diesen Anspruch jetzt schon zu stellen, das hat Herr Gothein nicht für angezeigt erklärt;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

erst wenn einmal der Erfolg eintritt, den er dort für notwendig hält, könnte man mit den Ansprüchen kommen.

Aber einfach den Grundsatz aufzustellen, der doch mehr (C) und mehr Taktik der führenden Elemente wird, keineswegs etwa Bekenntnis der terrorisierten Scharen ist, nämlich: „mehr Geld, aber weniger Arbeit", das können wir auf die Dauer nicht mehr ertragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und wenn der Grundsatz noch so wünschenswert wäre, das Deutsche Reich ist nicht in der Lage, sich diesen Luxus zu gestatten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind am Rande, es muß jetzt endlich Halt geboten werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte noch einiges über die **Wasserstraßen** sagen. Die Wasserstraßen sind in ihrer Doppelnatur ganz richtig von dem Herrn Minister gezeichnet worden. Sie sind nicht bloß Verkehrsmittel, sondern sie sind auch die Adern, die das Land befruchten, sei es dadurch, daß sie unmittelbar das Wasser abgeben, oder daß sie durch ihre Anlage die umliegenden Gebiete im Werte steigern. In mehr als einer Hinsicht wirkt eine solche Wasserstraße befruchtend auf das Wirtschaftsleben. Gleichwohl werden wir die Wasserstraßen hier doch hauptsächlich als Verkehrsmittel betrachten müssen und in Wechseldienst stellen müssen zu dem Verkehrsmittel der Eisenbahn. Es wird das große Geheimnis gerade dieses Ministeriums sein, das es zu lösen hat, die einzelnen Verkehrsmittel so auszubilden, daß sie im gegebenen Falle die wünschenswerte Verkehrsmöglichkeit bieten.

Da sind meiner Ansicht nach noch einige Probleme reif oder können doch reif sein. Ich hätte gern von dem Herrn Minister zu diesen Problemen etwas gehört, zum Beispiel über den **Mittellandkanal.** Wie uns mitgeteilt worden ist, ist das aber noch nicht so weit. Man ist noch nicht einmal darüber schlüssig, ob er nach Norden oder nach Süden geführt werden soll. Ich möchte aus- (D) drücklich hervorheben, daß ich die Südlinie für die richtige halte, und zwar hauptsächlich deswegen, weil an diese sich der Elster—Saale-Kanal anschließt, der die wichtige Stadt Leipzig mit der Verkehrsader verbindet. Ich glaube, daß das ganze dahinterliegende Westsachsenland den Kanal fruchtbar macht. Es ist nicht Lokalpatriotismus, der mich dazu bewegt, sondern es ist tatsächlich die wirtschaftliche Lage. Deshalb glaube ich, daß nun endlich einmal mit den Erwägungen Schluß gemacht werden könnte. Wir haben aber im Ausschuß gehört, daß dieser Mittellandkanal noch nicht spruchreif sei, wenigstens in der Richtung, wie er gezogen werden soll. Daß er noch der preußischen Landesversammlung vorgelegt werden soll, halte ich für einen überflüssigen Umweg. Wenn der Kanal einmal gebaut werden soll, wird er nicht mehr von der preußischen Regierung gebaut werden können. So schnell schießen die Preußen gerade auf dem Wassergebiete nicht. Ich glaube, daß er ohne weiteres als Problem dem Reichstage unterbreitet werden soll.

Im Zusammenhang mit den Schiffahrtsabgaben ist noch ein schweres Problem zu lösen, für das uns der Herr Vertreter der Regierung angedeutet hat, daß er einen Ausweg habe; den Weg aber hat er uns nicht genannt. Es ist eine Verschiedenheit in der Gestaltung der **Ströme als Verkehrsmittel** eingetreten, insofern ein Teil der großen Ströme **internationalisiert** ist, die Elbe, der Rhein, die Weichsel. Diese sind bestimmten Fesseln unterworfen, während ein anderer Teil diesen Fesseln nicht unterworfen ist. Das Schiffahrtsabgabengesetz von 1911 ist in die Reichsverfassung hineingearbeitet worden, wie es früher schon der Fall gewesen ist.

Wie sollen die Ströme behandelt werden? Die Absicht kann nicht dahin gehen, die Weser mit schwereren Lasten zu bedenken als Elbe und Rhein. Dann würden

(Dr. Zöphel, Abgeordneter.)

(A) die Wesergebiete in Nachteil gegenüber den Elbe- und Rheingebieten kommen, die unter Aufsicht der Entente stehen. Hier wäre es erwünscht, zu erfahren, welches Problem dem Verkehrsministerium vorschwebt, wie die Schiffahrtsabgaben und Beiträge der Anlieger und Nutznießer an der Schiffahrt aufgebracht werden sollen.

Zu dem **Luft- und Kraftfahrwesen,** das nicht so eng zusammengehört, wie es die Überschrift zu zeigen scheint, sondern das in demselben Wechsel mit den anderen Verkehrsmitteln steht, möchte ich es begrüßen, daß wir ein Gesetz über das Luftrecht haben sollen, eine bahnbrechende Arbeit. Möge sie gelingen! Sie wird vorbildlich werden für die internationale Welt.

In diesem Zusammenhange darf ich auch eine Beschwerde einreichen, die im Haushaltsausschuß vorgetragen worden ist: die unerfreuliche Tatsache, daß die Automobile der Industrie nicht mit Benzin und Reifen versehen werden, daß sie stilliegen müssen, während in der Großstadt die Automobile herumsausen zu Vergnügungszwecken. Das Ministerium hat versprochen, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. Hoffen wir das Beste!

Die Gesamtheit des Unterbaues, der dem Reich geboten wird, veranlaßt mich, noch eine Frage anzuschneiden, die ich persönlich anschneide und die auch für mich noch nicht gereift ist. Das Deutsche Reich hat in seiner Anleihe bisher auf Personalkredit gelebt. Jetzt erhält das **Deutsche Reich** zum ersten Male **Besitz,** den es **hypothekarisch** belasten könnte. Es ist ja nicht unbekannt, daß der Besitz Preußens schon hypothekarisch belastet ist durch eine besondere Anleihe. Die Frage, ob man in unser recht verwüstetes Anleihewesen, das in der letzten Zeit krank geworden ist, einigermaßen heilend eingreifen könnte, wenn man den **Hypothekarbesitz für die Anleihe** in Frage zöge, ist anzuschneiden. Ich bin nicht in der Lage, sie im Augenblick zu lösen, aber ich kann mir denken, daß der (B) Stand der Anleihe gesunden könnte, wenn es möglich wäre, über die gesicherte Anleihe hinweg einen neuen Typ der Anleihe zu schaffen. Wir leben hauptsächlich vom Personalkredit des Reiches. Wir fangen schon an zu spielen, um Kredit zu bekommen. Nun fragt es sich, ob wir nicht noch diesen Weg beschreiten könnten, der gesünder ist. Er müßte ausgeglichen werden mit den Ansprüchen, die gegen Preußen bestehen.

Das Verkehrswesen ist meiner Ansicht nach für unser Wirtschaftsleben das Wasser des Lebens. Es ist eine Errungenschaft reiner Art. Während unser gesamtes Finanzwesen durch die Not dieses Krieges zusammengeschweißt ist, ist das **einheitliche Verkehrswesen** von jeher ein Traum aller fortschrittlich gesinnten Deutschen, aller, die das Wirtschaftsleben Deutschlands wirklich betreuen. Hier haben wir eine Errungenschaft, die, wenn sie auch im Augenblick trübe aussieht, doch in ihrem gesamten Aufbau aus dem Willen des deutschen Volkes und aus dem Bedürfnis hervorgewachsen und uns nicht aufgezwungen ist durch die Not, sondern in Friedenszeiten schon gefordert worden ist. Erfreuen wir uns dieser Errungenschaft. Dem Verkehrsministerium ist unser Volkswirtschaftsleben in einem großen Umfange anheimgestellt. Es sinkt mit ihm, mit ihm wird es sich heben. Hoffen wir, daß es dem Verkehrsministerium gelingt, unsere Volkswirtschaft durch den Verkehr, der ihm anvertraut ist, zu heben!

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Deglerk.

Deglerk, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Gedanke der Übertragung der Verkehrshoheit von den Ländern auf das Reich, wie er in der gegenwärtigen Verfassung zum Ausdruck kommt, ist keine geistige Errungenschaft der deutschen Republik. Der Herr Verkehrs- (C) minister hat bereits einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens gegeben. Aus der Geschichte geht hervor, mit welcher Kraft und welcher Wärme sich seinerzeit der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck für die Schaffung eines **einheitlichen Reichseisenbahnnetzes** eingesetzt hat. Fürst Bismarck ist dabei stets für die Stärkung der Reichsgewalt eingetreten und hat nicht gewünscht, daß ein Bundesstaat ein wirtschaftspolitisches Übergewicht über die anderen erhält. Die Reden, die Fürst Bismarck bei der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes zum Verkauf der preußischen Staatsbahnen an das Deutsche Reich im Jahre 1876 gehalten hat, sind außerordentlich lesenswert und enthalten sehr wertvolle Gedanken für unsere gegenwärtigen Verhandlungen. Der Herr Verkehrsminister hat erwähnt, daß bei den damaligen Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus der stärkste Widerstand auf der Linken, im Herrenhaus auf der Rechten zu finden war. Es ist aber anscheinend seinem Gedächtnis entschwunden, daß seine damaligen Parteifreunde dem Fürsten Bismarck sehr scharf entgegengetreten sind und die Vorlage rücksichtslos bekämpft haben. Es war besonders der damalige Zentrumsabgeordnete Windthorst der erbittertste Gegner dieser Vorlage. Weiter hat im Jahre 1879 der Zentrumsabgeordnete Krämer sich gegen Reichsbahnen ausgesprochen und die Erhaltung des monarchisch-föderalistischen Systems betont. Die Zeiten haben sich seitdem sehr wesentlich geändert. Die Ansichten in den Parteien, die damals die Vorlage bekämpft haben, sind heute die entgegengesetzten geworden. Ich kann also feststellen, daß die rechtsstehenden Parteien des damaligen Abgeordnetenhauses einen bedeutenden politischen Weitblick gezeigt haben.

Selbst das Genie des Fürsten Bismarck war nicht imstande, den Partikularismus der Einzelstaaten und die politische Kurzsichtigkeit seiner parlamentarischen Gegner (D) zu bekämpfen, und so ist der Gedanke der Reichseisenbahnen ein frommer Wunsch geblieben. Heute nun, in der Zeit des tiefsten Elends, soll dieser Gedanke, der im deutschen Volke immer nur geschlummert hat, niemals tot gewesen ist, zur Wirklichkeit werden.

Bei der Verkehrsnot, in der wir uns gegenwärtig befinden, scheint es so, als ob die glanzvollen **Leistungen der deutschen Eisenbahnen während des Kriegs** in Vergessenheit gerieten. Nur der Eingeweihte kann die Größe der Leistungen ermessen, die die deutschen Eisenbahnverwaltungen und ihr Personal im Kriege vollbracht haben. Wer bewundert heute nicht die glatte Durchführung der Mobilmachung? Vor welche Riesenaufgaben stellten die häufigen Verschiebungen der Truppen von dem Westen nach dem Osten, von dem Norden nach dem Süden die Verwaltungen und ihr Personal! Wo waren überall die deutschen Eisenbahnbeamten zu finden! In Belgien und Frankreich, in den polnischen Sümpfen, den russischen Randstaaten, in Bulgarien, in Serbien, bis weit hinein nach Kleinasien war der deutsche Feldeisenbahner zu finden und trat dort als wertvoller und unentbehrlicher Bundesgenosse der kämpfenden Truppe auf. Erst die Kriegsgeschichte wird einmal der erstaunten Welt zeigen, wie riesig die Leistungen waren, die vollbracht worden sind. Ich habe den Auftrag, namens meiner politischen Freunde dem gesamten Eisenbahnpersonal, Beamten und Arbeitern, für ihren opferfreudigen Dienst am deutschen Vaterlande in seiner schwersten Zeit den aufrichtigsten Dank auszusprechen.

(Bravo! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Um so schmerzlicher berührt es mich, daß der **zersetzende Einfluß der Revolution** einen Teil der **Eisenbahnarbeiter** erfaßt hat, ja daß er sogar Eisenbahnbeamte nicht verschont hat. Unter der Arbeiterschaft sind es hauptsächlich

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) die jüngeren Elemente, während der alte Stamm im wesentlichen unversehrt geblieben ist. Bei den Beamten ist es glücklicherweise nur ein geringer Prozentsatz. Aber Beamte und Arbeiter müssen sich mit aller Deutlichkeit klar werden, daß die Vorkommnisse der letzten Monate ernste Gefahren in sich schließen, daß die Achtung und das Ansehen, das sich die Eisenbahner während des Krieges erworben haben, und die großen Sympathien, die ihnen das deutsche Volk bisher entgegengebracht hat, verloren gehen müssen,

(sehr richtig! rechts)

wenn sie nicht selbst diese unlauteren Elemente wieder zur Ordnung bringen, und, wenn das nicht gelingt, versuchen, sie auszumerzen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die überwiegende Mehrheit der Eisenbahnbeamten und Arbeiter hat das allergrößte Interesse daran, daß der gute Ruf und ihr großes Ansehen nicht durch auf Abwege geratene Mitarbeiter geschmälert und geschändet wird. Gerade die Eisenbahner sind es ja, die in dieser überaus schweren Zeit wesentlich dazu beitragen können, daß der wirtschaftlich kranke Körper unseres Volks bald wieder gesundet.

Nun liegt uns heute der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums vor; es ist der erste Haushalt dieses Ministeriums. Lassen Sie mich mit einigen Worten auf die Organisation eingehen. Herr Dr. Zöphel hat im Ausschuß und auch heute die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, **dem Reichsverkehrsministerium** auch die **Post und Telegraphie zu unterstellen.** Der Gedanke, das gesamte Verkehrswesen Deutschlands unter eine einheitliche Leitung zu stellen, hat zweifellos etwas sehr Verlockendes, und wenn sich das Reichsverkehrsministerium darauf beschränken würde, die Aufsicht über den gesamten Verkehr zu führen, lediglich die Grundlinien der Verkehrspolitik (B) und der Beamten- und Arbeiterpolitik zu geben, dann müßte es auch möglich sein, noch die Post und Telegraphie diesem Verkehrsministerium anzugliedern.

Für die **Verreichlichung der Eisenbahnen** waren zwei natürliche Wege gegeben. Zunächst einmal das Reichseisenbahnamt. Es besteht gegen das **Reichseisenbahnamt** und gegen die Übertragung der Verreichlichung auf dieses Amt eine gewisse Abneigung, weil es sich in der ganzen Zeit seines Bestehens als eine tote Behörde erwiesen hat. Schon Fürst Bismarck hat im Jahre 1876, knapp drei Jahre nach der Errichtung des Reichseisenbahnamts, folgendes Urteil über es gefällt:

> Das Reichseisenbahnamt ist eine begutachtende, beratende, bittende Behörde geworden, die sehr viel schreibt und tut, ohne daß ihr jemand Folge leistet und der eine Beschäftigung zugefallen ist, bei der ich die ausgezeichneten Kräfte, die sich ihr gewidmet haben, doch nur mit Mühe vor der Entmutigung bewahren kann, mit der jede erfolglose und angestrengte Arbeit verbunden ist.

Die Reichsregierung hat davon abgesehen, dem Reichseisenbahnamt die Aufgabe der **Verreichlichung** zu übertragen. Nun war noch ein zweiter Weg gegeben, und dieser war der natürlichste, diese Aufgabe dem preußischen **Ministerium der öffentlichen Arbeiten** aufzuladen. Wenn man sich die Betriebslänge der deutschen Bahnen ansieht, so wird einem ohne weiteres klar, daß gerade das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten die gegebene Stelle war, die Verreichlichung durchzuführen. Preußen hat eine Betriebslänge an Staatsbahnen von rund 40 000 Kilometern. Demgegenüber haben alle übrigen Bundesstaaten nur eine Betriebslänge von 17 567 Kilometern. Was lag näher, als die einheitliche Gestaltung der Anlage des Verkehrs, des Betriebes, von Preußen aus auf die übrigen Verwaltungen zu übertragen, indem man das preußische Ministerium der öffent- (C) lichen Arbeiten durch Zuziehung von Kräften aus den übrigen Bundesstaaten erweiterte und ergänzte? Es entsteht dabei die Frage, ob es staatsrechtlich zulässig gewesen wäre, den preußischen Minister gleichzeitig zum Mitglied des Reichskabinetts zu machen. Sehr angesehene Staatsmänner haben mir auf die Frage verneinend geantwortet. Dann wäre aber die Möglichkeit gegeben gewesen, das preußische Ministerium und die gesamten preußischen Staatsbahnen, nachdem die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Übergang an das Reich seitens Preußens ausgesprochen war, für Reichsbahnen zu erklären, das preußische Ministerium als Reichsverkehrsministerium in Kraft treten zu lassen und als solches auszubilden. Die Reichsregierung hat auch scheinbar diesen Gedanken ursprünglich gehabt, denn sie hat, soweit ich unterrichtet bin, in Weimar dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten den bestimmten Auftrag erteilt, die Verreichlichung durchzuführeu. Weshalb man von dieser ursprünglichen Absicht abgegangen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls wurden wir am 22. Juni, als die neue Regierung sich vorstellte, plötzlich damit überrascht, daß sich in dem neuen Kabinett ein **Reichsverkehrsminister** eingefunden hatte, der seine Aufgaben neben den Verkehrsministerien der Länder führen sollte. Ich habe die starke Befürchtung, daß es diesem Reichsministerium ganz ähnlich gehen wird wie dem Reichseisenbahnamt. Es ist ein Kopf ohne Rumpf, es fehlt diesem Verkehrsministerium vollständig der Apparat zur Durchführung seiner Aufgabe.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie will sich das Reichsministerium denn Geltung verschaffen? Es sind ihm zunächst keine Beamten unterstellt, keine Verkehrsmittel gegeben.

(Sehr richtig! rechts.)

Im Ausschuß hat der Herr Reichsverkehrsminister erklärt, (D) vorläufig wäre nur der Rahmen da, das Bild fehle noch. Der Herr Reichsverkehrsminister hat damit selbst die beißendste Kritik an seinem Ministerium geübt. Meine Damen und Herren! Es ist doch im allgemeinen üblich, daß man sich erst das Bild kauft und, wenn man das Bild besitzt, dann den Rahmen dazu erwirbt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wofür würden Sie den Mann halten, der sich erst den Rahmen kauft, dann den Rahmen zwei Jahre an der Wand hängen läßt, um dann schließlich das Bild hineinzuschieben?

(Sehr gut! und Ausgezeichnet! rechts.)

Nun kommt weiter hinzu, daß man **an die Spitze** dieses neuen **Reichsministeriums** einen **Nichtfachmann** gestellt hat. Ich habe bereits in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 2. Oktober, an der der Herr Reichsverkehrsminister nicht teilgenommen hat, darauf hingewiesen, daß es außerordentlich gefährlich sei, an die Spitze eines Fachministeriums, wie es gerade das Eisenbahnministerium ist, einen Nichtfachmann zu stellen, einen Mann, der sich mit Verkehrspolitik überhaupt noch nicht beschäftigt hat. Darauf hat mir der Herr Reichsfinanzminister Erzberger in seiner überragenden Weisheit entgegengehalten, daß ja das alte Regime solche Dummheiten auch gemacht hätte, denn es hätte seinerzeit den General Budde zum preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten gemacht. Dabei ist aber doch ein sehr wesentlicher Unterschied. Erstens hatte Budde jahrelang die Leitung der Eisenbahnabteilung des großen Generalstabs. Budde hatte ein wichtiges, sehr günstig beurteiltes Werk über die Leistungen der deutschen Eisenbahnen im deutsch-französischen Kriege geschrieben. Ferner hatte Budde damals nichts weiter zu tun, als eine eingerichtete Verwaltung in ruhigen Zeiten fortzu-

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) führen; und schließlich soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß damals auch nicht wenige Angehörige der rechtsstehenden Parteien mit dieser Wahl des Herrn Budde zum Eisenbahnminister nicht einverstanden waren. Es ist also doch wirklich nicht nötig, daß die republikanische Regierung gerade die Fehler der alten Regierung kopiert. Und dann, wie liegt denn jetzt die Sache? Jetzt soll ein Nichtfachmann in der schwersten Zeit, die das Verkehrswesen überhaupt je durchgemacht hat, eine vollkommen neue Aufgabe durchführen.

(Hört! hört! rechts.)

Dazu, meine Damen und Herren, war es nötig, einen Fachmann allerersten Ranges heranzuziehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie einen Blick in den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums werfen, so werden Sie sehen, daß der Präsident des Reichseisenbahnamts Fritsch, ein Fachmann von europäischem Rufe, auf Wartegeld gestellt und im Reichsverkehrsministerium durch einen Dilettanten ersetzt wird. Ich zweifle gar nicht daran, daß der Herr Reichsverkehrsminister den besten Willen haben wird, die Aufgabe durchzuführen und sich allmählich einzuarbeiten. Aber dazu ist ja gar keine Zeit.

(Sehr wahr! rechts.)

Gerade bei dieser Aufgabe kommt es darauf an, Kenntnisse mitzubringen und sofort Großes zu leisten. Ich muß sagen, ohne damit den Herrn Verkehrsminister irgendwie persönlich verletzen zu wollen, daß ich es doch für eine sehr gewagte Aufgabe halte, an die er sich da herantraut. Meine Herren! Unser Volk krankt jetzt sehr an einer übertriebenen Selbsteinschätzung. Ich will nur wünschen, daß der Herr Minister bei der Übernahme dieser Aufgabe sich nicht selbst um den guten Ruf bringt, den er bisher genossen hat.

Was nun die **Arbeiten des Reichsverkehrsministeriums** betrifft, so liegt die Sache ganz naturgemäß derart,
(B) daß der Reichsverkehrsminister teils aus eigenem Antriebe, teils angetrieben von den Mitgliedern des Reichskabinetts, den Wunsch hat, Macht in die Hand zu bekommen, daß aber auf der anderen Seite die größte Eisenbahnverwaltung, die preußische, gar nicht in der Lage ist, ihre Macht aus der Hand zu geben, solange ihr die Verantwortung für Betrieb und Verkehr obliegt. Der preußische Eisenbahnminister würde unverantwortlich handeln, wenn er sich die Zügel aus der Hand nehmen ließe, solange man ihn nicht von der Verantwortung, die ihm bisher übertragen ist, entbindet. Dieses Nebeneinander führt zu einer Doppelköpfigkeit der Verwaltung, die die schwersten Gefahren für unser Verkehrswesen in sich birgt.

Nun hat uns der Reichsverkehrsminister im Ausschuß wie auch heute erzählt, daß er eine große Menge **Ausschüsse eingesetzt** hat. Ja, meine Herren, Ausschüsse sind gewiß sehr schöne Sachen, ausgezeichnet! Aber Ausschüsse müssen auch etwas leisten, sie müssen arbeiten. Nur dann haben sie Zweck. Wenn die Ausschüsse etwas leisten sollen, muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, zu arbeiten. Und da scheint mir etwas nicht ganz richtig zu sein.

Meine Damen und Herren! In der jetzigen Zeit, wo die Verkehrsnot Tagesgespräch ist, werden Sie es einem Manne vom Bau nachfühlen können, daß er sich recht viel mit Fachmännern über diese Frage unterhält, und daß er dann natürlich auch manches erfährt, was anderen vielleicht nicht bekanntgeworden ist. Nach den Informationen, die ich durch Gespräche beim Abendschoppen bekommen habe, sieht es so aus, als ob es mit der **Einigkeit zwischen dem Reich und der preußischen Eisenbahnverwaltung** nicht weit her ist. Ich habe zunächst Klagen darüber gehört, daß in der wichtigsten Abteilung des Reichsverkehrsministeriums, der Reichsverwaltungsabteilung, der preußische Einfluß sehr stark in (C) den Hintergrund geschoben, daß er beinahe ganz ausgeschaltet ist. Es ist ein Gerücht. Ich werde mich freuen, wenn der Herr Verkehrsminister mir das Gegenteil nachweist.

Weiter hat uns der Herr Reichsverkehrsminister im Ausschuß erzählt, daß — ich glaube, am Donnerstag sollte es sein — eine große Sitzung stattfinden sollte, in der nun endgültig die Ziele entwickelt werden sollen, die der Herr Reichsverkehrsminister verfolgt. Soweit ich unterrichtet bin, hat der Herr Reichsverkehrsminister die Ziele, die er bei Verreichlichung der Eisenbahnen und bei seiner gesamten Verkehrspolitik verfolgt, noch nicht herausgegeben. Die Folge davon ist, daß die Ausschüsse, die zwar unter preußischer Leitung stehen, doch nicht wissen, was sie tun sollen. Sie sind einfach zunächst kaltgestellt und können nicht arbeiten.

(Hört! hört! rechts.)

Ich halte es für meine Pflicht, auf diese Zustände hinzuweisen, denn sie bilden eine sehr große Wunde am Verkehrskörper unseres Volkes und können dazu führen, daß unsere Verkehrsanstalten zusammenbrechen und nur noch ein Scherbenhaufen übrig bleibt.

(Sehr richtig! rechts.)

Einer der wichtigsten Ausschüsse, der gebildet worden ist, ist der **Überleitungsausschuß.** Ich meine, in diesem Überleitungsausschuß muß zunächst **Preußen ausschlaggebend** sein, muß Preußen unter allen Umständen die Führung behalten,

(Zurufe im Zentrum)

solange Preußen das größte Eisenbahnnetz in Deutschland besitzt. Das geht nicht anders, Herr Kollege Schirmer, wenn Sie das anders haben wollen, dann werden Sie eine sehr große Schuld daran tragen, daß das Eisenbahnwesen zusammenbricht.

(Sehr richtig! rechts.) (D)

Ich kann übrigens die Versicherung geben, daß auch die übrigen Eisenbahnverwaltungen gar keinen Anstoß daran nehmen, daß Preußen die Führung behält, sondern daß sie das ebenfalls als das Gegebene betrachten.

(Zuruf im Zentrum: Süddeutschland hat sich immer dagegen gewehrt!)

— Die Süddeutschen in Ihrer Fraktion wollen immer eine Extrawurst gebraten haben.

(Zurufe im Zentrum.)

— Herr Schirmer, ich kann Ihnen nur sagen: Preußen hat bisher sehr stark nachgegeben. Ich könnte Ihnen Fälle erzählen, in denen preußische Eisenbahndirektionen wichtige Anträge gestellt haben, die aber der preußische Eisenbahnminister mit der Begründung abgelehnt hat, daß dadurch die Reichsfreudigkeit leiden könnte. So hat Preußen gearbeitet, es hat die weitestgehende Rücksicht auf die Interessen der süddeutschen Staaten genommen. Die Vorwürfe, die von süddeutscher Seite, übrigens nur ganz vereinzelt, erhoben werden, sind nicht berechtigt.

Wenn ich nun noch mit einigen Worten auf Einzelheiten des Etats eingehen kann, so möchte ich hier erwähnen, daß das **Kraftfahrwesen** ja vorläufig auch noch nicht in der Lage sein wird, Großes zu leisten. Es ist mir erzählt worden — ich weiß nicht, ob es wahr ist, es sind Gerüchte, die so in der Luft herumschwirren —, daß der Herr Reichswehrminister Noske dem Reichsverkehrsministerium 80 000 Autos zugesagt hat, daß aber nur 86 eingegangen sind, und die auch noch ohne Führer. Also man richtet da eine große Abteilung ein, setzt eine Anzahl Beamte ein, aber ob die Abteilung etwas wird leisten können, das bleibt noch dahingestellt.

Es ist bereits von dem Herrn Kollegen Kotzur auf den Betrag von 750 Mark hingewiesen worden, der im Haushalt für **Geldpreise für Erfindungen** ausgesetzt ist.

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) Ich habe bereits im Ausschuß Gelegenheit genommen, auch darauf hinzuweisen, daß dieser Betrag nach meinem Dafürhalten zu niedrig ist, und der Herr Reichsverkehrsminister hat die befriedigende Erklärung abgegeben, daß der Betrag, wenn erst das Reich die Eisenbahnen übernommen habe, wesentlich erhöht werden soll. Ich möchte aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auf zwei sehr wichtige **Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens** hier von dieser Stelle aus hinzuweisen. Das ist erstens einmal der sogenannte **Kunertsche Zirkulator**, das ist ein Apparat, der in die Lokomotiven und auch in stehende Kessel eingebaut wird und die Bildung von Kesselstein verhindert. Der Nutzen des Apparats liegt darin, daß er die Laufzeit der Lokomotive wesentlich verlängert und zu einer nicht unerheblichen Ersparnis an Kohle führt. Bei stationären Kesseln hat sich der Nutzen dieses Apparats in der Praxis als sehr groß erwiesen; bedeutende Werke, zum Beispiel die Berliner Wasserwerke, haben ihn eingeführt und sind von ihm außerordentlich befriedigt. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat sich in ganz unverständlicher Weise

(Zuruf)

— die übrigen Verwaltungen übrigens auch — bisher gegen diese Erfindung vollständig ablehnend verhalten. Erst in allerletzter Zeit ist es dem Eintreten des Kollegen Warmuth und mir gelungen, zu erreichen, daß die preußische Eisenbahnverwaltung eine große Zahl von solchen Apparaten für stationäre Kessel bestellt hat. Mit den Lokomotiven sollen jetzt Versuche unternommen werden. Ich möchte dringend bitten, daß man endlich über das Stadium der Versuche hinauskommt. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat gegenwärtig etwa 10000 kranke Lokomotiven, schwerkranke Lokomotiven; ich meine, wenn es durch den Einbau dieses Apparates, der fertig eingebaut nur 800 Mark das Stück kostet, gelingen würde, die Zahl der reparaturbedürftigen Lokomo-

(B) tiven auch nur um 2000 Stück zu verringern, so wäre das bei der gegenwärtigen Lokomotivennot schon ein ganz bedeutender Vorteil. Es wäre daher wünschenswert, wenn der Herr Reichsverkehrsminister seinen Einfluß nicht nur bei Preußen, sondern auch bei den übrigen Bundesstaaten dahin geltend machen würde, daß man von diesem Apparat nun recht bald Gebrauch macht.

Eine zweite **Erfindung** liegt auf dem Gebiete des Güterwesens. Das ist ein **Plombenverschluß**, den der Breslauer **Obergütervorsteher Pantke** erfunden hat. Bisher haben die Güterwagen größtenteils den sogenannten Merzschen Verschluß erhalten. Dieser Verschluß hat sich aber als sehr unzweckmäßig erwiesen, denn er erleichtert geradezu unsauberen Elementen die Beraubung von Eisenbahnwagen. Wir haben von dem preußischen Eisenbahnminister gehört, daß allein für dieses Jahr 160 Millionen Mark Schadenersatz für Beraubungen zu zahlen sind. Dieser Pantkesche Plombenverschluß ist von der dem Herrn Pantke vorgesetzten Eisenbahndirektion erprobt und als sehr brauchbar befunden worden. Bei den Versuchen hat sich herausgestellt, daß bei der Einführung dieses Plombenverschlusses die Zahl der Beraubungen ganz wesentlich eingeschränkt wird. Ich möchte daher bitten, daß man möglichst bald diese Erfindung zum Besten der Eisenbahnverwaltungen ausnutzt.

Nun lassen Sie mich noch mit wenigen Worten auf die **Rede** des Herrn Kollegen **Kotzur** eingehen. Herr Kollege Kotzur hat eine Agitationsrede für die sozialdemokratische Partei gehalten. Ja, Herr Kollege Kotzur, mit Speck fängt man Mäuse. Aber Ihr Speck ist jetzt schon etwas anrüchig geworden. Die Mäuse, die Sie fangen wollen, werden nicht so leicht anbeißen, wie Sie glauben, und wie sie es vielleicht am 9. November unter dem Eindruck der Umwälzung getan haben.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warten Sie ab!)

— Ja, mit aller Ruhe warten wir das ab. Wir können (C) warten. Wir sind ja auch nicht diejenigen, die die Lebensdauer der Nationalversammlung verlängern wollen, im Gegenteil, wir sehen Neuwahlen mit Seelenruhe entgegen, während bei Ihnen das Bestreben zu herrschen scheint, die Nationalversammlung ewig bestehen zu lassen.

(Abgeordneter Hoch: Da lügen Sie ja!)

— Gestatten Sie mal, der Zuruf ist unparlamentarisch.

(Abgeordneter Hoch: Unparlamentarisch, aber wahr!)

— Nein, Herr Kollege Hoch!

(Abgeordneter Hoch: Jawohl!)

— Alle Umstände deuten darauf hin. Das ist Ihnen ja auch schon oft genug in der Zeitung vorgehalten worden.

(Abgeordneter Hoch: Trotzdem ist es gelogen!)

— Na ja, wir wollen uns darüber nicht streiten! Die Zukunft wird ja lehren, wie lange Sie die Nationalversammlung noch zusammenhalten wollen. Wir können der Zukunft mit größter Seelenruhe entgegensehen. —

Nun hat der Herr Kollege Kotzur der konservativen Partei zum Vorwurf gemacht, daß sie in den **Kanalfragen** versagt und das Wohl des Vaterlandes geschädigt habe. Ja, Herr Kollege Kotzur, auf diese weit zurückliegenden Dinge kann ich nicht eingehen, denn ich war damals nicht Mitglied der konservativen Partei und bin es auch später nicht gewesen. Es hat also gar keinen Zweck, über derartige „olle Kamellen“ zu sprechen.

Sie haben dann sehr schwere Angriffe gegen den Minister v. Breitenbach gerichtet. Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß man einen Abwesenden, der sich nicht verteidigen kann, angreift. Herr v. Breitenbach ist ja nun bereits im preußischen Abgeordnetenhause von den dortigen Abgeordneten verteidigt worden, und ich kann mich auf die Ausführungen der Kollegen von der Deutschen Volkspartei und von meiner Partei berufen.

Was die **Kirchhoffschen Vorschläge** betrifft, so haben diese Vorschläge zweifellos viele wertvolle Gedanken, Herr (D) Kotzur; aber es sind doch nun einmal nur Vorschläge eines einzelnen, und ein einzelner kann doch nicht verlangen, daß alle Welt seine Vorschläge für die einzig richtigen hält. Es war doch nicht allein der Herr Minister v. Breitenbach, der den Vorschlägen Kirchhoffs nicht zustimmte, sondern es waren auch noch andere Leute im preußischen Ministerium, die die Vorschläge ablehnten. Der schärfste Gegner des Herrn Kirchhoff war meines Wissens der verstorbene Ministerialdirektor Offenberg. Er hat die Kirchhoffschen Vorschläge doch gut und logisch widerlegt.

Nun, Herr Kotzur, haben Sie sich gegen den Antrag Arnstadt, dem Reichsverkehrsminister einen **parlamentarischen Beirat** beizugeben, ausgesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie nach meinen Ausführungen Ihren Widerstand gegen den parlamentarischen Beirat noch aufrechterhalten werden. Ich kann Ihnen aber mitteilen, daß der preußische Eisenbahnminister selber den Wunsch hegt und diesen Wunsch im preußischen Landtag ausgesprochen hat, der preußische Landtag möge einen parlamentarischen Beirat einsetzen, da er selber die Verantwortung nicht allein tragen wolle. Also überlegen Sie sich recht sehr, ob die Ablehnung unseres Antrages den Interessen des deutschen Volkes, auch der von Ihnen vertretenen breiten Massen, entspricht!

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Sie haben sich weiter für das volle **Mitbestimmungsrecht der Beamten und Arbeiter** ausgesprochen. Wir sind mit dem Mitbestimmungsrecht einverstanden und wir werden Gelegenheit haben, uns darüber eingehend auszusprechen. Aber das eine muß ich Ihnen sagen, Herr Kotzur: bei allem Mitbestimmungsrecht müssen gerade in der großen Verkehrsanstalt zwei Dinge aufrechterhalten werden, nämlich Autorität und straffe Zucht; denn sie sind die beiden Grundpfeiler einer geordneten Verwaltung. Gehen

(**Deglerk**, Abgeordneter.)

(A) diese Grundpfeiler verloren, dann geht das ganze Verkehrsunternehmen zum Teufel. Ich möchte deshalb an Sie die Bitte richten, Ihren Einfluß bei Ihren Anhängern dahin geltend zu machen, daß diese beiden Grundpfeiler erhalten bleiben.

Sie haben auch von der **Besoldungsreform** gesprochen. Ich bezweifle, daß dieser Haushalt der gegebene Platz dafür ist. Der Herr Reichsverkehrsminister hat ja zunächst recht wenig Beamte unter sich; der Hauptteil der Beamten ist immer noch der preußischen Regierung unterstellt, aber ich freue mich, daß der Herr Reichsverkehrsminister seine Mithilfe bei der Besoldungsreform in Aussicht gestellt hat, und ich hoffe, daß er sich recht warm für die Besoldungsreform einsetzt, damit die Beamten endlich einmal die Bezahlung und die Stellung bekommen, die ihnen bei ihrer außerordentlichen Bedeutung für die Volkswirtschaft zukommt.

Es ist im Ausschuß auch noch von mir zur Sprache gebracht worden, daß bei der **Wasserbauverwaltung** an der einen Stelle ein Betrag von 190 Mark und an der anderen Stelle ein Betrag von 300 Mark bei Ziff. 14 und 15 an Vergütungen und **Unterstützungen für mittlere und Unterbeamte** ausgeworfen ist. Ich habe bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß es geradezu lächerlich ist, solche Beträge einzustellen. Diese beiden Beträge von zusammen 490 Mark sollen zu Unterstützungen und Vergütungen für 37 Beamte dienen. Nun frage ich: was soll denn einem Beamten gegeben werden, wenn er wirklich in Not gerät? Wenn heute ein Beamter oder eines seiner Familienmitglieder krank, schwer kank wird —, dann wird er leicht Ausgaben von 1000 Mark und mehr aufzuweisen haben. Wenn er diese durch Belege nachweisen kann, will man ihn dann mit einer Unterstützung von 50 Mark abspeisen? Es wäre angebracht gewesen, wenn diese Beträge erhöht worden wären. Es wird übrigens (B) bei anderer Gelegenheit möglich sein, über diese Frage grundsätzlich zu sprechen; es sollen ja die Beamtenfragen im Zusammenhang besprochen werden. Ich möchte nur wünschen, daß es nicht allzulang aufgeschoben wird. Die Etatberatungen im Haushaltsausschuß, insbesondere auch diejenigen des Reichsverkehrsministeriums, sind mit einer ganz verblüffenden Schnelligkeit vor sich gegangen. Wenn der Herr Reichsverkehrsminister uns später ebenso rasch auf seinen Eisenbahnen befördert, wie sein Etat im Haushaltsausschuß durchberaten worden ist, dann wird das deutsche Volk sehr zufrieden sein können. Es ist bedauerlich, daß gerade diese Etatberatungen so rasch vor sich gehen müssen. Es hat sich schon einmal ein Mitglied Ihrer Partei (zum Zentrum) — und zwar war es der Abgeordnete Windthorst im Jahre 1876 — sehr scharf gegen dieses Durchpeitschen von Vorlagen ausgesprochen. Er sagte damals:

> Wir haben kaum Zeit, uns selbst zu besinnen, noch viel weniger kann das Publikum draußen irgendwelcher Art erläuternd, erklärend, unterstützend unseren Verhandlungen folgen.

Was damals galt, trifft in bedeutend erhöhtem Maße heute zu. Heute ist es kaum noch möglich, sich mit irgendeinem Interessenten in Verbindung zu setzen und mit den Beteiligten die Fragen, die einen bewegen, zu besprechen. Es wäre, wenn wir Zeit hätten, jedenfalls reichlich Anlaß gewesen, an diesem Haushalt eine außerordentlich scharfe Kritik zu üben. Ich möchte nun wünschen, daß es dem Herrn Reichsverkehrsminister gelingen möge, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir selbst haben nach dem, was wir in Erfahrung gebracht haben, allergrößte Bedenken gegen das Verkehrsministerium in dieser Form, und wir müssen uns unsere Stellungnahme zu dem Gehalt des Ministers vorbehalten.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Löbe**: Als der Herr Abgeordnete (C) Deglerk in seiner Rede auf die Wahlen zur Nationalversammlung zu sprechen kam, hat der Herr Abgeordnete Hoch einen Zwischenruf gemacht, der bei mir und auch am Tisch der Stenographen zunächst verstanden worden ist als: „Da fliegen Sie ja!". Eine nachträgliche Erkundigung bei dem Herrn Abgeordneten Hoch hat ergeben, daß er gerufen hat: „Das lügen Sie ja!" Dieser Zuruf ist unzuläsig; ich rufe den Herrn Abgeordneten Hoch dafür nachträglich zur Ordnung.

Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister: Meine Damen und Herren! An den Ausführungen der beiden Herren Vorredner kann ich nicht vorübergehen. Ich will mich zunächst mit den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Dr. Zöphel beschäftigen, von denen ich gerne anerkennen will, daß sie den Boden einer sachlichen Kritik nicht verlassen haben, und für jede sachliche Kritik, von welcher Seite sie auch kommen möge, bleibe ich dankbar.

Der Herr Abgeordnete Zöphel hat gemeint, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn in meiner **Programmrede** an manchen Stellen etwas weniger Gerippe und etwas mehr Fleisch vorhanden gewesen wäre. Ja, meine Damen und Herren, die Gründe dafür, weshalb ich mich in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht auf bestimmte Programmpunkte für konkrete bedeutsame Fragen festlegen kann, glaube ich in meinen Ausführungen überzeugend dargelegt zu haben. Dabei sind zwei Gesichtspunkte maßgebend: einmal, daß wir uns heute noch in einer Überleitungszeit, soweit es das Eisenbahnwesen anlangt, befinden, und daß ein großer Teil der Ausführungen, die von den beiden Herren Vorrednern gemacht worden sind, eine Kritik an dem Verfahren der Länder betrifft. In die Zuständigkeit der Länder kann ich aber im Augenblick aus begreiflichen Gründen (D) nicht eingreifen, soweit es nicht in den Rahmen der Reichsaufsicht gehört. Dann aber, meine Damen und Herren, wissen Sie, daß das Reichsverkehrsministerium doch erst in der Neugründung begriffen ist. Ich habe den Damen und Herren ausdrücklich dargelegt, daß ich es als meine Aufgabe und vornehmste Pflicht betrachte, bevor ich endgültig zu einem dieser wichtigen Probleme und einer dieser bedeutsamen Fragen Stellung nehme, mit den beteiligten Kreisen von Industrie, Handel und Verkehr und vor allen Dingen auch mit den Organisationen Fühlung zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist alles vorbereitet; das wird geschehen! Hätte ich dem Wunsche des Herrn Abgeordneten Zöphel entsprochen, dann würden ja diese Besprechungen mit den Organisationen und den Verbänden von Technik, Wirtschaft und Industrie zwecklos sein; denn dann würden ja alle diese Verbände und Organisationen von mir vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Also der Zeitpunkt wird kommen, wo sich die tiefgründigen Vorbereitungsmaßnahmen des Reichsverkehrsministeriums zu praktischen Vorschlägen und Arbeiten verdichten werden, und dann werde ich unverzüglich dem Reichstag auch hierüber Bericht erstatten.

Der Herr Abgeordnete Zöphel hat weiter die Wünsche, die bereits im Ausschuß zur Geltung gebracht worden sind, hier vorgetragen: es möchte doch das **Reichspostministerium dem Reichsverkehrsministerium eingegliedert** werden. Er meinte, das Reichsverkehrsministerium habe sich gegen die Übernahme der Aufgabe gesträubt. Das trifft nicht zu. Entscheidend ist die Maßnahme des Herrn Reichspräsidenten und die Stellungnahme des Kabinetts. Die Frage, ob das Reichspostministerium dem Reichsverkehrsministerium zu unterstellen sei, ist dort sehr ein-

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) gehend geprüft worden. Es läßt sich nicht verkennen, daß manche gewichtige Gründe für eine Vereinheitlichung des Verkehrs auf dem Gebiete der Eisenbahn und Post sprechen. Nur praktische Gesichtspunkte sind es gewesen, die zu einer Trennung geführt haben. Wir gingen von der Überzeugung aus, daß ein derartiges Amt, das das gewaltige Gebiet von Eisenbahn, Wasserstraßen, Kraftwagen- und Luftfahrtwesen umfassen und dann auch noch das überaus weittragende Gebiet der ganzen Reichspost mit übernehmen sollte, auf die Dauer so umfangreich werden würde, daß man dann doch in absehbarer Zeit zu einer Trennung übergehen müßte. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß im Hauptausschusse ein Abgeordneter, dessen Namen ich aus besonderen Gründen nicht nennen darf — der Herr Abgeordnete Zöphel wird ihn vielleicht kennen —, den umgekehrten Vorschlag gemacht hat: das ganze **Luftverkehrswesen** sollte vom Reichsverkehrsministerium abgetrennt und **dem Reichspostministerium unterstellt** werden. Auch dieser Vorschlag schien uns nicht praktisch. Denn wenn man einer Vereinheitlichung des Verkehrswesens das Wort reden und eine praktische Durchführung dieses gesunden Gedankens herbeiführen will, dann muß man dazu übergehen, auch das wichtige Gebiet des Luftverkehrswesens in den Bereich der Gesamtarbeit des Reichsverkehrsministeriums einzustellen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel den Wunsch ausgesprochen, es möchte für eine wirksamere **Propaganda auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens** und des Verkehrs gesorgt werden. Der Gedanke ist gewiß gesund und soll volle Unterstützung der Reichsregierung und insbesondere auch des Reichsverkehrsministers finden. Ob er aber gerade im Augenblicke so durchgeführt werden kann und sich praktisch so verwirklichen läßt, wie der Herr Abgeordnete Zöphel es meint, erscheint mir doch (B) angesichts unserer Verkehrsnot außerordentlich zweifelhaft. Wir können in dem Augenblick, wo wir an eine Einstellung von Zügen leider in weitem Umfange denken müssen, doch nicht dazu übergehen, noch möglichst viele Reisende heranzuziehen. Sobald aber die Verkehrsnot behoben ist, wird den Wünschen des Herrn Abgeordneten Zöphel Rechnung getragen werden.

Die **Heranziehung von Vertretern von Wirtschaft und Technik**, die der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel befürwortet hat, ist bereits in meiner Programmrede ausreichend gewürdigt worden. Die von dem Herrn Abgeordneten Zöphel erwähnte Eingabe technischer Verbände bewegt sich durchaus im Sinne meiner Ausführungen. Ich beabsichtige, bei Auswahl der aus der Technik und Wirtschaft heranzuziehenden Vertreter die Vorschläge der beteiligten Organisationen und Verbände einzuholen und tunlichst zu berücksichtigen. Im übrigen lege ich Wert darauf, angesichts der großen Bedeutung, die unserer Technik beizulegen ist und die ich im vollen Umfange würdige, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß ich bereits seit einer Reihe von Jahren in meiner Eigenschaft als preußischer Abgeordneter im Landtage auf die Bedeutung der Technik und die stärkere Heranziehung der Techniker für die Verwaltungen im Staate und in den Gemeinden eingetreten bin. Darauf ist mir auch in sehr vielen Eingaben und Schriften der Techniker der Dank ausgesprochen worden. Ich kann versprechen, daß ich das, was ich damals als Abgeordneter befürwortet habe, als Minister durchzuführen gewillt bin.

Meine Damen und Herren! Für das Bukett von Wünschen und Reformvorschlägen, die mir innerhalb und außerhalb dieses hohen Hauses vorgelegt worden sind, spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus. Die verehrlichen Spender dieses Buketts — und zwar auch die Herren Abgeordneten — sollen von mir zur praktischen (C) Mitarbeit herangezogen werden, und ich hoffe, daß sie mir dann behilflich sein werden.

Manche weitere Kritik des Herrn Abgeordneten Zöphel richtet sich auf die Verwaltungen der Länder, in deren Zuständigkeit ich nicht eingreifen kann. Das gilt insbesondere von Vorschlägen, die er auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gemacht hat. Soweit ich zuständig bin und soweit insbesondere die Zuständigkeit meines Ministeriums zur Steuerung der Verkehrsnot durch die neueren Beschlüsse der Reichsregierung erweitert ist, wird es an meiner Energie und an der Energie meiner Mitarbeiter nicht fehlen.

(Bravo!)

Der Herr Abgeordnete Zöphel ist dann auf den **Mittellandkanal** zu sprechen gekommen. Auch dieses Problem gehört heute noch zur Zuständigkeit Preußens. Darin können wir vor dem verfassungsmäßigen Zeitpunkt der Übernahme auf das Reich, nämlich vor dem 1. April 1921 nicht eingreifen. Die Betrachtung und Kritik des Herrn Abgeordneten Dr. Zöphel gehören daher parlamentarisch vor das Forum der preußischen Landesversammlung. Mit dieser Maßgabe will ich zur Beantwortung seiner Frage bemerken, daß die Vorabeiten für das Projekt der Durchführung des Mittellandkanals von Hannover bis Magdeburg abgeschlossen sind.

Die bedeutsame Frage der **Verteilung der Strombaulasten** und der **Wasserstraßenpolitik** überhaupt, die der Herr Abgeordnete Zöphel ausgiebig zum Gegenstande seiner Betrachtungen gemacht hat, kann von mir bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge schon aus Zuständigkeitsgründen in anbetracht der Schwierigkeiten der damit verbundenen Probleme nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Alle diese Fragen werden aber zum Gegenstande eingehender Beratungen gemacht, und es wird auf eine baldige befriedigende Lösung von meinem Ministerium hingewirkt werden. (D)

(Sehr gut!)

Ich gehe über zu den **Ausführungen des Herrn Abgeordneten Deglerk.** Er hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich bei meinem historischen Rückblicke die Rechte angegriffen und die Zentrumsfraktion vergessen habe. Ich glaube, jeder ernstliche Kritiker ohne Unterschied der Richtung in diesem Hause wird mir zugeben müssen, daß nach der parteipolitischen Seite hin meine Ausführungen in keinem einzigen Punkte irgendwelche Angriffsflächen geboten haben. Ich glaube, so ruhig und sachlich, ohne irgendwelche Hervorkehrungen von Parteigegensätzen, ja, geflissentlich zur Zusammenfassung aller Parteien auf diesem Gebiete gesprochen zu haben, daß man mir mit Fug und Recht nicht nachsagen kann, ich wäre zu irgendeiner Polemik gegen die Rechte übergegangen. Davon kann gar keine Rede sein.

(Sehr richtig!)

Die Dinge liegen praktisch so, daß sich die Auffassungen der Parteien über die Frage, ob ein Übergang auf das Reich zweckmäßig sei, im Laufe der Zeiten wesentlich gewandelt haben. Daraus ist doch sicherlich keiner Partei ein Vorwurf zu machen, zumal diese Veränderung in der Auffassung der Parteien eine Folge der veränderten Verhältnisse ist.

(Sehr richtig!)

Es hat mir nichts ferner gelegen, als aus dem Standpunkte, den ich nur historisch gewürdigt habe, der Rechten einen Vorwurf wegen ihrer damaligen Haltung zu machen. Etwas bedenklich ist es aber, wenn der Herr Abgeordnete Deglerk zur Rechtfertigung seines Parteistandpunktes mit besonderem Nachdruck hat geglaubt betonen zu sollen, daß die Rechte damals schon besonders vorsorglich und klug an die Bearbeitung der

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) Dinge herangegangen sei, indem sie die Bismarcksche Verreichlichungspolitik unterstützt habe. Demgegenüber muß der Herr Abgeordnete Deglerk darauf hingewiesen werden, daß die Rechte später, und zwar bis zu dem Zustandekommen der heutigen Verfassung, gegen die Verreichlichung eingetreten ist. Daraus würden sich Schlußfolgerungen ergeben, die ich zu ziehen keineswegs geneigt bin, die aber der Herr Abgeordnete Deglerk konsequenterweise gegen seine eigene Partei ziehen müßte.

Der Herr Abgeordnete Deglerk hat aber seiner Ueberraschung und Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß plötzlich auf der Bildfläche ein **Reichsverkehrsministerium** Ende Juni erschienen sei, und er hat gemeint, es sei dabei die notwendige Folge gewesen, einmal, daß dieses Reichsverkehrsministerium, wie ich es einmal ausgedrückt habe, nur einen Bilderrahmen und nicht auch das Bild enthalte und daß weiter der nach seiner Überzeugung notwendige Einfluß Preußens dabei zu kurz komme. Ja, meine Damen und Herren, ich bin dankbar für die Anregungen jedes Fachmannes, aber wer einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist und sich auch nur einen Überblick über den bedeutsamen Aufgabenkreis gestattet, der dem Reichsverkehrsministerium gestellt worden ist, der muß sich von vornherein sagen, daß der Zeitpunkt der Bildung des Reichsverkehrsministeriums und der etatmäßigen Festlegung eher zu spät als zu früh gekommen ist. Wie sollen denn das Reichsverkehrsministerium und sein Leiter in der Lage sein, alle die bedeutsamen und tiefgreifenden Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, wenn etwa die Gründung und die etatmäßige Errichtung des Reichsverkehrsministeriums mit dem Zeitpunkt der Verreichlichung am 1. April 1921 zusammenfielen, wie soll namentlich im Reich eine Vorbereitung derjenigen Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Beamtenbesoldungen erfolgen können, die ganz besonders

(B) auch der Herr Abgeordnete Deglerk als so wünschenswert bezeichnet hat? Also ich glaube, wenn der Herr Abgeordnete Deglerk in einer ruhigen Stunde noch einmal seine Ausführungen nachlesen wird, dann wird er vielleicht an das Wort erinnert, daß unter gewissen Umständen ein Schweiger zum Philosophen geworden ist.

(Abgeordneter Deglerk: Sie haben es nicht verstanden!)

— Ich habe manche Ihrer Ausführungen allerdings nicht verstanden, darauf komme ich gleich.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Deglerk hat weiter bemängelt, daß an die Spitze **des Reichsverkehrsministeriums ein Nichtfachmann** gestellt sei. Ich bin auch in dieser Beziehung für eine sachliche Kritik der Opposition empfänglich. Ich bin lange genug selbst in der Opposition gewesen, und ich liebe eine frische und fröhliche Opposition, wenn sie in sachlichem Rahmen gehalten wird. Aber eine Opposition, die fruchtbringend sein soll, darf sich — und das gilt allgemein für die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Deglerk — nicht im Rahmen von allgemeinen Redewendungen und Kritiken halten, sondern sie muß mit positiven Gegenvorschlägen dienen. Erst dadurch kann auch eine Oppositionspartei zu einer Wirksamkeit gelangen. Wäre die Partei, die ich vertrete und die lange genug in der Opposition gestanden hat, nur bei einer negativen Kritik geblieben, dann wäre sie niemals zu dem Einfluß gelangt, den sie später gewonnen hat.

Im übrigen ist ja schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen worden, daß auch Nichtfachmänner im früheren Regime mit Erfolg an die Spitze von Verwaltungen gestellt worden sind. Wenn trotzdem wiederum der Ruf ergeht, es solle ein Fachmann an die Spitze dieses Ministeriums gestellt werden, dann erlaube ich mir

die Anfrage an den Herrn Abgeordneten Deglerk: **was** (C) versteht er denn unter einem Fachmann?

(Zuruf im Zentrum: Sich selbst! — Heiterkeit.)

Mein Ministerium setzt sich aus drei Fächern zusammen, einem Eisenbahnfach, einem Wasserbaufach und einem Kraftwagen- und Luftfahrtfach, und gerade die Zusammenfassung dieser drei bedeutsamen Gebiete erforderte eine einheitliche Leitung. Ich habe bereits in meiner Programmrede darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt meines Amtes darin gelegen hat, hervorragend tüchtige Männer an die Spitze der drei Abteilungen zu stellen und mich mit einem Stab bewährter Mitarbeiter zu umgeben, und ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Deglerk es über sich gewinnen wird, einem einzigen dieser drei Unterstaatssekretäre, die an die Spitze der Verwaltung der Abteilungen gestellt sind, und die ich als meine treuen, bewährten und zuverlässigen Mitarbeiter betrachte, das Zeugnis von Nichtfachmännern auszustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Deglerk.)

— Herr Abgeordneter Deglerk, auf diesen Zwischenruf zu antworten, lehne ich ab, weil ich es für unter meiner Würde halte. —

(Sehr gut! im Zentrum.)

Ich bemerke nur, ich habe mich nicht zu einem Amt gedrängt. Ich bin in dem Augenblick, wo die Not des Vaterlandes es erforderte, eine Regierung zu schaffen, die leistungsfähig war, dem Rufe gefolgt, ich habe meine Kräfte in den Dienst des Vaterlandes gestellt und ich muß es als eine eigenartige Verwirrung parlamentarischer Verhältnisse bezeichnen, wenn mir daraus jetzt ein Vorwurf gemacht werden soll.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn ich nicht die Kraft und Energie in mir fühlte, die Arbeiten zu leisten, die mir anvertraut sind, dann mag der Herr Abgeordnete Deglerk gewiß sein, daß ich nach (D) meiner ganzen Vergangenheit das Amt nicht übernommen hätte.

Es sind weiter Bemerkungen gemacht worden, die mir an und für sich zu einer Erwiderung keinen Anlaß geben würden. Aber da ich weiß, wie es verwertet wird, wenn eine Antwort hierauf nicht erfolgt, so muß ich gleichwohl die nötige Erwiderung hierauf ergehen lassen.

Der Herr Abgeordnete Deglerk hat von Abendschoppengesprächen gesprochen. Im allgemeinen ist es nicht üblich, in einem Parlament Abendschoppengespräche so zu verwerten, wie es der Herr Abgeordnete Deglerk zu tun für nötig befunden hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Wenn er aber mit einer bestimmten Tendenz von **Differenzen zwischen dem Reich und Preußen** gesprochen hat, so würde es meines Erachtens dem Ansehen und der Würde des deutschen Parlaments entsprochen haben, wenn er für eine so bedeutsame Frage Tatsachen angeführt hätte, anstatt sich auf Abendschoppenklatsch zu beziehen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich habe mit dem preußischen Herrn Eisenbahnminister mich persönlich in Verbindung gesetzt, ich habe ihn aufgesucht und ihn gebeten, mir bei der Durchführung meiner ebenso schweren wie verantwortungsvollen Aufgaben behilflich zu sein. Ich habe bei dem Herrn preußischen Eisenbahnminister, was ich dankbar anerkenne, wirksame Unterstützung gefunden, und dieses gute Verständnis, das von mir seit dem ersten Tage, wo ich mein Amt antrat, bis zum letzten Augenblick durchgeführt werden soll, habe ich auch in vollem Maße bei allen zu meinem Ressort gehörigen Beamten gefunden. Ich habe auch die Hoffnung und Zuversicht, daß diese meine Wünsche, gerichtet auf eine zielbewußte

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) Gemeinschaftsarbeit zwischen Reich und Ländern, auch bei den Ländern volle Würdigung und Unterstützung finden werde.

Wenn durch die Ausführungen des Herrn Vorredners in nicht mißzuverstehender Weise der Gedanke ausklang, als ob ich die **berechtigten Interessen Preußens** nicht zur Geltung zu bringen gewillt sei, so muß ich diese Auffassung als den Tatsachen widersprechend entschieden zurückweisen. Ich bin selbst Preuße, ich bin Mitglied der preußischen Landesversammlung und ich habe die Ehre, seit langen Jahren auch die preußischen Interessen dort vertreten zu haben. Ich berufe mich darauf, daß ich nicht einmal, sondern zu wiederholten Malen in den maßgebenden Ausschüssen mit vollem Nachdruck vertreten habe, daß ich der letzte sein würde, der es zugeben würde, wenn im Reich und im Reichsverkehrsministerium die preußischen Interessen und insbesondere die preußischen Eisenbahninteressen nicht in dem vollverdienten Maße zur Würdigung kämen. Ich habe das aber nicht nur als leere Worte ausgesprochen, sondern ich habe ihnen die Taten folgen lassen.

Überrascht bin ich über die Sachunkenntnis des Herrn Vorredners, der mir aus der **Einsetzung von Ausschüssen** Vorwürfe machen wollte. Ja, wie soll ich denn anders praktisch arbeiten als durch Ausschüsse und mit Ausschüssen? Als ich den Auftrag vom Kabinett erhielt, diejenigen Maßnahmen vorzubereiten, die der Steuerung der Verkehrsnot dienen sollten, habe ich keinen Augenblick gezögert, den von mir gebildeten Hauptverkehrsausschuß zusammen zu berufen. In diesem Hauptverkehrsausschuß waren aber nicht etwa nur die zuständigen Reichsressorts vertreten, sondern auch die preußischen Ressorts, vor allem das preußische Eisenbahnministerium. Ich habe selbstverständlich den allergrößten Wert darauf gelegt und lege nach wie vor den größten Wert darauf, (B) daß bei allen in Betracht kommenden Beratungen Preußen zugezogen wird und daß der preußische Einfluß in ausreichendem Maße zur Geltung kommt.

(Zuruf rechts.)

— Ja, wie soll ich mich denn anders ausdrücken, als daß ich sage: in ausreichendem Maße, in verdientem Maße? Daraus kann ich aber nicht etwa die Auffassung herleiten, als ob bei den Vorarbeiten und Maßnahmen, die getroffen werden sollen, die übrigen Länder gegenüber Preußen ausgeschaltet werden sollten. Nein, meine Damen und Herren, ich betrachte meine Aufgabe als eine weitergehende. Ich bin Reichsminister und habe die Aufgabe, wie die Interessen Preußens, so auch die Interessen der übrigen Länder zu schützen.

(Sehr richtig!)

Das ist für mich die maßgebende Erwägung, weshalb ich auch nach München gegangen bin, und wenn mir daraus in der Presse ein Vorwurf gemacht worden ist, dann beruht das auf einer vollständigen Verkennung aller einschlägigen Verhältnisse. Gerade vom Gesichtspunkt der Verkehrseinheit aus muß doch ein sorgsam arbeitender Verkehrsminister darauf hinarbeiten, die Widerstände, die dieser Verkehrseinheit aus irgendwelchen Gründen noch entgegenstehen, möglichst auszuräumen. Eine vernünftige Politik — und das möchte ich ganz allgemein sagen — besieht die Dinge doch nicht so, wie man sie sich in seiner Phantasie vorstellt, sondern wie sie in Wirklichkeit gelagert sind, und ich stand doch vor der Tatsache, daß man in Bayern namentlich dem Grundgedanken der Vereinheitlichung ablehnend gegenüber stand, daß man große Besorgnisse gegenüber der befürchteten Zentralisierung des ganzen Eisenbahnwesens hatte. Ich bin besonders dafür dankbar, daß die Besprechungen, die ich dort in München mit dem Verkehrsministerium, den großen Organisationen aller beteiligten (C) Verbände, der Presse aller Parteirichtungen und den Führern aller Parteien gepflogen habe, nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Kreise eine außerordentliche Beruhigung und Aufklärung zur Folge gehabt haben. Und wenn durch eine solche Aussprache dem Gedanken der Verkehrseinheit gedient wird, sollte man doch gerade vom Standpunkt dieser Verkehrseinheit aus daraus dem Verkehrsminister keine Vorwürfe machen. Ich meine überhaupt, man täte besser daran, mit praktischen Vorschlägen zu dienen, als dem Verkehrsminister bei Übernahme seines ohnehin schwierigen Amtes noch Steine in den Weg zu legen. Bei den Ausschüssen, die gebildet worden sind, ist auch Preußen in vollem Maße berücksichtigt worden. Ich will besonders darauf hinweisen, daß meiner Anregung entsprechend nach einer Aussprache mit dem preußischen Herrn Eisenbahnminister die Verkehrsabteilung, die in erster Linie dazu bestimmt ist, der Verkehrsnot zu steuern, einem bewährten preußischen Beamten aus dem preußischen Eisenbahnministerium unterstellt ist. Sie sehen also doch daraus, wie sehr ich bemüht bin und bemüht bleibe, die engste Fühlung mit Preußen, wie auch mit den übrigen Ländern zu halten, weil ich von der Überzeugung durchdrungen bin, daß die Arbeiten, die mir unterstellt sind, die Aufgaben, die ich zu leisten habe, nur durch eine einträchtige Gemeinschaftsarbeit zwischen Reich und Ländern durchgeführt werden können.

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat schließlich noch gewünscht, daß die **Kunertschen und Pantkeschen Erfindungen** zur Durchführung kommen sollten und daß ich meinen Einfluß auf Preußen geltend machen sollte. In anderem Zusammenhange ist davon geredet worden, daß durch die Art meiner Amtsführung der preußische Einfluß beeinträchtigt werde. Jetzt soll ich innerhalb meines Ressorts in die Zuständigkeit Preußens eingreifen. Gewiß, ich bin auch dem Herrn Vorredner (D) für jede sachliche Anregung und jede sachliche Kritik dankbar und werde nicht verfehlen, auch diese Wünsche, wie ich dem Herrn Vorredner schon im Ausschuß mitgeteilt habe, dem preußischen Eisenbahnministerium empfehlend weiterzugeben.

Wenn schließlich der Herr Vorredner geltend gemacht hat, daß er die größten Bedenken gegen das Eisenbahnministerium habe und daß er die Stellung seiner Fraktion zum Gehalt des Verkehrsministers vorbehalten müsse, so glaube ich, meine Damen und Herren, wir werden uns mit dieser Kritik und mit dieser Ablehnung abfinden müssen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Ich will auch in diesem Zusammenhange, trotzdem mir gewiß manche Veranlassung dazu gegeben sein möchte, von jeder Polemik auch nach der rechten Seite dieses Hauses hin Abstand nehmen. Die Herren wissen, daß ich kein Freund einer Polemik bin, und daß ich im Gegenteil bemüht bleibe, bei so wichtigen Fragen, wie sie mir und meinem Ressort gestellt worden sind, dem Trennenden das voranzustellen, was uns eint; und ich meine, in einem Augenblicke, wo die Verkehrsnot uns so an Herz und Nieren geht, sollte man wahrlich statt unzuträglicher polemischer Streitigkeiten dazu übergehen, geschlossen und einträchtig auf alles das hinzustreben, was einer Steuerung unserer Verkehrsnot, einer Hebung unseres Verkehrslebens und einem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens dient.

(Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Vizepräsident **Löbe**: Meine Damen und Herren! Wenn wir die Dispositionen, die der Herr Präsident erst heute nachmittag bekanntgegeben hat, nicht heute schon durchbrechen wollen, dann müssen wir den Etat des

(Vizepräsident **Löbe.**)

(A) Reichsverkehrsministeriums trotz der vorgerückten Zeit heute noch zu Ende führen. Ich hoffe, daß die folgenden Reden uns das nicht unmöglich machen werden.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bock.

Bock, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich komme durch den preußischen Disput allerdings etwas zu kurz, denn ich muß in Anbetracht der vorgerückten Zeit selbstverständlich dem Wunsche des Präsidenten entsprechend, mich kurz fassen.

Eine der neuesten Einrichtungen ist die **Schaffung des Reichsverkehrsministeriums.** Es hat zwar zurzeit, wie schon erwähnt, keine feste Grundlage. Das Reichsverkehrsministerium ist ein Ministerium ohne Verkehr, denn die Eisenbahnen, die Wasserstraßen, die Luftfahrt, der Kraftautoverkehr sind noch im Besitz der einzelnen Länder oder von Privatpersonen. Der Luftverkehr wird wohl noch für lange Jahre luftig bleiben und kaum für den wirtschaftlichen Verkehr in Betracht kommen. Nur in einem Punkte ist das Reichsverkehrsministerium mit einer bestimmten Position an uns herangetreten, indem es als ein modernes Ministerium sich dem Reichstage mit einem Defizit von 33 Millionen Mark präsentiert. Das A und das O aller Beratungen der Nationalversammlung in Weimar und hier ist der Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens, und eine der Vorbedingungen des Aufbaues des wirtschaftlichen Lebens ist selbstverständlich der Wiederaufbau des Verkehrswesens. Da hätte ich allerdings auch gewünscht, daß bei diesem Aufbau und bei dieser Zusammensetzung des Ministeriums die Technik, wie auch von dem Herrn Abgeordneten Zöphel erwähnt, mit berücksichtigt worden wäre. Was den Beirat betrifft, der zur Lebensfähigkeit des gegenwärtigen Reichsverkehrsministeriums beitragen soll, so sind wir keine so großen Freunde davon. Das (B) gegenwärtige preußische Ministerium verfügt bereits über drei solcher Beiräte, in welchen auch die Arbeiter vertreten sind. Aber diese Beiräte sind ohne jeden Einfluß auf die Tätigkeit des Ministeriums geblieben, und das gleiche dürfte jedenfalls auch in Zukunft der Fall sein.

Ich will zunächst alle die Wünsche, die uns am Herzen liegen, hier vorbringen. Zunächst den, daß die **Bureaukratisierung des Verwaltungsapparates,** wie er sich im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten geltend gemacht hat, für die Folge jedenfalls nicht in das neue Ministerium hinübergenommen wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es darf nicht wie bisher nach Schema F regiert und verwaltet werden, es darf nicht die Laune und die Willkür der höchsten Beamten zur Geltung kommen. Der Aufbau muß auf vollständig demokratischer Grundlage betrieben werden. Eine solche Demokratisierung verlangt, daß von unten auf bis in die höchsten Stellen demokratisiert wird, und daß nicht mehr allein maßgebend ist, daß ein Beamter einige Jahre eine Hochschulbank gedrückt hat, um für das Avancement bis in die höchsten Stellen hinein reif zu sein, sondern das Avancement der Beamten bis in die höchsten Stellen hinauf soll und muß für Beamte sowohl wie für Arbeiter lediglich nach der Fähigkeit und Tüchtigkeit in dem betreffenden Betriebe vor sich gehen. Im Beamtenwesen muß insofern eine Änderung eintreten, als es in dem zukünftigen Reichsverkehrsministerium Oberbeamte, Unterbeamte oder gar nachgeordnete Beamte nicht mehr geben darf. Dadurch wird von vornherein der Keim der Unzufriedenheit in diesen Verwaltungsapparat gelegt. Nur noch Beamte in höherer Stellung darf es geben, die aber, wie gesagt, nicht durch Titel, nicht durch Uniformen, Tressen und dergleichen unterschieden werden dürften. Vor allen Dingen muß darauf geachtet werden, daß man den Wünschen der Arbeiter in den Betrieben mehr als bisher Rechnung trägt, ihnen mehr entgegenkommt. Das wird den Betrieb, das wird die Arbeitslust (C) fördern. Ich verstehe nicht, was der Minister heute meinte, als er sagte, Autorität und Zucht müßten in den Betrieben gelten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Autorität wird nicht allein dadurch gefördert, daß der obere Beamte seinen Untergebenen anschnauzt und dementsprechend behandelt, sondern der Arbeiter und der untere Beamte muß mit Vertrauen zu ihm emporsehen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

er muß seine Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit anerkennen. Nur so kann die Autorität und die freiwillige Disziplin unter den Beamten und Arbeitern gefördert werden.

Als ich las, daß der Herr Kollege Dr. Bell zum obersten Beamten dieses Reichsverkehrsministeriums ernannt wurde — ich schätze die Fähigkeiten des gegenwärtigen Reichsverkehrsministers hoch, das heißt in bezug auf seine Tätigkeit hier im Reichstage —, da ist mir doch der Gedanke aufgestiegen, ob es nicht schließlich besser gewesen wäre, wenn man dem Wunsche der technischen Beamten, es möchte der tüchtigste von ihnen an diesen Posten gestellt werden, entsprochen hätte. Wir haben immer den Grundsatz vertreten, daß nur Fachleute an solche Stellen berufen werden müßten. Dem hat man bisher, wie gesagt, nicht entsprochen. Ich nehme aber an, daß der Herr Reichsverkehrsminister den guten Willen hat, solche technischen Beamten und überhaupt Fachleute in den Kreis seiner Umgebung zu ziehen, sodaß das Verkehrswesen eine Stufe einnimmt, von der wir erwarten können, daß sie den Ansprüchen des wirtschaftlichen Lebens gerecht wird.

Von einigen Abgeordneten — nicht von unserer Seite — ist der Gedanke ausgesprochen worden, daß bei einem anderen Verkehrsressort, das heißt bei dem Ressort der Post, mehrere **Beamte als Parteiangehörige des betreffenden Ministers Anstellung gefunden** haben. Der (D) Abgeordnete, der das ausgesprochen hat, meinte, er würde nicht annehmen, daß das Absicht sei, sondern es wäre wohl nur ein Zufall. Aber wenn derartige Dinge vorkommen, so kann man annehmen, daß die Möglichkeit vorliegt, daß bei der Besetzung der betreffenden Stellen die Parteiangehörigkeit statt der Tüchtigkeit und Fähigkeit des Beamten den Ausschlag gibt. Nun ist aber nicht zutreffend, daß, wem Gott ein Amt gibt, er auch den Verstand gibt; dieser Verstand muß auch erst erwogen werden, und da sollte die Regierung doch wenigstens darauf sehen, daß, wie gesagt, bei der Anstellung nur die Fähigkeit und Tüchtigkeit der Betreffenden den Ausschlag gibt.

Dann haben wir den Wunsch, daß die **fiskalische Ausnutzung des Reichsverkehrswesens** anders wird, als es bisher beim preußischen Eisenbahnwesen der Fall gewesen ist. Man hat in Preußen nie den Eindruck loswerden können, daß die Eisenbahnen nur dazu da sind, den Finanzetat zu bilanzieren. Der Verkehr soll dazu dienen, daß unser Wirtschaftsleben, unsere Kultur im allgemeinen gehoben wird. Das wird sich segensreich nur dann erweisen, wenn die Einnahmen des Verkehrsministeriums nicht wie bisher von vornherein mit dem Etat verquickt sind, sondern wenn aus eigenem Ermessen heraus diese Einnahmen einfach der Reichsregierung überwiesen werden.

Dann möchte ich noch auf einen Wunsch, der aus Arbeiterkreisen kommt, aufmerksam machen, daß die Arbeiter vernünftiger, gerechter und menschlicher behandelt werden, als es bisher der Fall war. Der Unwille, der sich teilweise in Streiks sogar geltend machte, beruht darauf, daß die **Unzufriedenheit der Arbeiter in den Werkstätten** dadurch hervorgerufen wird, daß man sie nicht als gleichberechtigte Menschen behandelt, sondern als

(Bock, Abgeordneter.)

(A) Menschen zweiter, dritter Klasse, die nur zu dem Zweck da sind, Befehle entgegenzunehmen und zu gehorchen. In dieser Art kann das Reichsverkehrsministerium unter keinen Umständen segensreich wirken. Ich selbst bin Zeuge gewesen, daß ein Vorgesetzter seine Untergebenen in der schroffsten Weise angefahren hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das feste Zugreifen in den Werkstätten empfehle ich dem Herrn Reichsverkehrsminister ganz besonders gegen diejenigen Beamten, die in der eben geschilderten Weise gegen die Arbeiter vorgehen. Das Einvernehmen mit den Arbeitern wird aber dadurch nicht gefördert, wenn z. B. der preußische Eisenbahnminister eine Verhandlung mit dem Zentralrat der preußischen Eisenbahnräte einfach ablehnt. Ich hoffe, daß derartige Methoden im neuen Reichsverkehrsministerium nicht Platz greifen, sondern daß man die Arbeiter als Menschen, als nützliche Glieder unserer Gesellschaft betrachtet und sie entsprechend behandelt.

Es ist dann von dem preußischen Eisenbahnminister Oeser das Wort von den Faulenzern und Aufwieglern gefallen, die keine Lust zur Arbeit haben. Ja, wenn der Herr Minister das verallgemeinert, so muß er gewärtig sein, daß er auf den schärfsten Widerspruch der Arbeiterkreise stößt. Und wenn gesagt wird, es müßten die Aufwiegler und Hetzer aus den Betrieben entfernt werden, so weiß ich und wissen die Gewerkschaftler aus Erfahrung, daß damit nicht bloß die widerspenstigen Elemente gemeint sind, sondern daß man auch Arbeiter damit meint, die den Mut besitzen, kraftvoll die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten. Wenn man diese entfernen will, so wird das Ministerium sehr vorsichtig sein müssen, damit es nicht böses Blut macht und den Betrieb damit nur schädigt.

(B) Ich will noch auf eins hinweisen. Man beschuldigt heute auch die Arbeiter in den **Eisenbahnbetrieben der Arbeitsunlust.** Alle Zeitungen sind voll davon, in allen Versammlungen wird von den Herren der Bourgeoisie erklärt, die Arbeiter seien arbeitsunlustig. Nun erinnere ich Sie daran, daß vor kurzem auch in Berliner Blättern stand, daß der Chef einer Betriebswerkstätte öffentlich bekanntgegeben hat, daß es nicht die Unlust der Arbeiter sei, die die geringere Leistung in den Betrieben hervorrufe, sondern daß die geringere Leistung wesentlich auf den Mangel an Werkzeugen in den Werkstätten, auf den Mangel an Material zurückzuführen sei.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dort wird also ausdrücklich erklärt, daß nicht die Unlust der Arbeiter — es mögen einige darunter sein, die nicht arbeiten wollen, das will ich zugeben — an dem Rückgang der Leistung in den Betrieben schuld sei, sondern wesentlich der Mangel an genügendem und brauchbarem Material.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was die Verkehrsnot betrifft, so muß ich sagen, daß mir die kolossale **Erhöhung der Fahrpreise** und der Güterpreise unverständlich ist. Diese Erhöhung ist jedenfalls eine der verkehrtesten Maßnahmen, die man sich denken kann, weil ein großer Teil der Leute, die gezwungen sind, Geschäftsreisen zu unternehmen, die Verteuerung ihrer Geschäftsreisen einfach auf die Waren draufschlagen, wodurch das Wirtschaftsleben sehr geschädigt wird. Man hätte bei der ersten Klasse die Fahrpreise sehr wohl um das Doppelte oder Dreifache erhöhen können; denn die Leute, die die erste Klasse benutzen, haben Geld und reisen nur zu ihrem Vergnügen, jedenfalls machen diese Herrschaften Geschäftsreisen nur in beschränktem Umfange. Wir müssen uns aber entschieden dagegen wenden, daß bei der dritten und vierten Klasse die Fahrpreise erhöht worden sind, und zwar in bedeutendem Maße erhöht. Das ist nach

(C) meinem Dafürhalten eine verkehrte Maßnahme, die auch dem Staat keine finanziellen Vorteile bringen kann; denn je teurer das Reisen ist, desto weniger wird gereist, und desto weniger nimmt die Eisenbahn ein. Es geht hier wie im geschäftlichen Leben: ein Kaufmann, der seine Waren zu einem billigeren Preise abgibt, wird sie in einem bedeutend größeren Umfange los als ein anderer Kaufmann, der seine Ware sehr teuer verkauft.

Ich komme dann auf die **Beschränkung der Züge,** worüber auch im Haushaltsausschuß geklagt worden ist. Man hat diese Einschränkung der Zugverbindungen auf den Mangel an Kohlen zurückgeführt. Wenn ich nicht irre, hat der Herr Kollege Kotzur vorhin schon darauf hingewiesen, daß das eine Täuschung des Publikums ist. Die Halden liegen voll von Kohlen. Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß in Schlesien die Halden so voll sind, daß sich die Kohlen von selbst entzünden, weil sie zu schwer aufeinander lasten.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Kohlen werden aber nicht abgefahren, weil es an Wagenmaterial fehlt. In der Öffentlichkeit beklagt man sich darüber — ich möchte das dem neuen Herrn Reichsverkehrsminister ganz besonders ans Herz legen, vielleicht ist ihm das entgangen —, daß in Schlesien im Hafen Kosel an der Oder zirka 100 Lastkähne brach liegen, die sehr große Mengen von Kohlen fördern könnten. Diese Lastkähne liegen brach, weil die Eisenbahnverwaltung einen geringeren Fahrtarif hat als die Besitzer der Kähne, sodaß die Zechenbesitzer sich lieber der Eisenbahn bedienen. Ich sollte meinen, daß die Regierung hier einen Druck ausüben könnte, damit die dort lagernden Kohlen abtransportiert werden können. In der Öffentlichkeit ist behauptet und auch nachgewiesen worden, daß die Regierung zugunsten der Zechenkohlenbesitzer fünf gerade sein läßt. Die Eisenbahn befördert eben, soviel sie kann, und die Lastkähne liegen still. (D)

Dann verlangen wir, daß das Reichsverkehrsministerium, sobald sich ihm die Möglichkeit bietet, daran geht, die **Beseitigung der vierten Wagenklasse** durchzuführen, die heute eine Schmach für uns Deutsche ist. Es ist dies ein Zustand, der sich durchaus nicht verteidigen läßt, am allerwenigsten im Zeichen der vollendeten Demokratie, in der wir uns doch befinden sollen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wie werden teilweise in dieser vierten Wagenklasse die Menschen behandelt? Man stopft so viel Fahrgäste hinein und preßt mit der Türe die letzten, so daß sie wie die Heringe zusammenstehen müssen. In Amerika kennt man nur zwei Wagenklassen. Schaffen wir doch die erste und vierte Wagenklasse ab und lassen wir es bei der zweiten und bei der dritten Klasse. Auf der Elektrischen Bahn fahren wir ja auch alle miteinander. Ich glaube nicht, daß einem Kommerzienrat oder sonst einem Geldkrösus eine Perle aus der Krone fällt, wenn er sich neben einen Arbeiter oder eine Arbeiterfrau setzt. Die Herren Offiziere — das habe ich hier öfters bemerkt — haben sich meistens mit ihren brennenden Zigarren entweder auf den Vorder- oder Hinterperron gestellt. Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn die Eisenbahnverwaltung für solche Leute, die sich nicht mit anderen zusammensetzen wollen, eine ähnliche Einrichtung schaffen würde, wo die Herren dann stehen könnten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erkläre, daß es der Vernunft, der Menschlichkeit, dem Recht und vor allen Dingen der Demokratie widerspricht, daß eine solche vierte Wagenklasse noch besteht. Es läßt sich vielleicht ganz gut eine Abteilung schaffen, in welcher die Leute ihre Körbe, ihre großen und schweren Rucksäcke und ihr sonstiges Gepäck abladen, sie selber aber doch in der dritten oder zweiten Klasse fahren können.

(Bock, Abgeordneter.)

(A) Die vierte Klasse läßt sich durch gar nichts rechtfertigen. Gerade die Preußen, die heute so sehr für den Fortschritt eintreten, sind es, bei denen die vierte Klasse eingeführt wurde und wo sie bis heute noch besteht.

Zum Schluß möchte ich dem Herrn Reichsverkehrsminister einen Wunsch vortragen, der nach meinem Dafürhalten berechtigt ist. In dem Entwurf steht, daß die Schiffahrtsstraßen, so der Rhein, die Elbe, die Weser usw. vom Reich übernommen worden sind, und es sind auch die Kanäle mit aufgeführt, die gebaut werden sollen; nur ein Kanal fehlt, der die Verbindung vom Norden bis an den Main herstellt, wo die Werra schiffbar gemacht werden soll, die den Norden mit der Donau verbindet: der **Werra-Kanal.** Es besteht eine ganze Reihe von Komitees; sie bestehen schon lange und feiern zum Teil ihr 25jähriges Jubiläum. Vielleicht hat das Reichsverkehrsministerium, wenn es nun an den Bau von Wasserstraßen denkt, gerade jetzt Gelegenheit, diese Komitees dabei zu verwenden. Der Herr Reichsverkehrsminister hat im Haushaltsausschuß und auch heute hier von einem großzügigen Plan gesprochen, den er entwickeln will. Ich hoffe, daß all die von mir vorgetragenen Wünsche, die sehr wohl in diesen Rahmen passen, Berücksichtigung erfahren. Nur dann wird eine segensreiche Tätigkeit des Reichsverkehrsministers möglich sein, wenn nicht nur die Verkehrsinteressen, sondern auch die Interessen der Arbeiter, die in ungeheuerer Zahl im Verkehrswesen beschäftigt werden, ernsthaft Berücksichtigung finden.

Auf die Sympathieerklärung des Herrn Deglerk für die Arbeiter gebe ich gar nichts; denn die Sympathien der Konservativen für die Arbeiterschaft sind uns satsam bekannt. Er möge sich nur keiner Hoffnung hingeben, daß darauf die Arbeiter anbeißen werden. Wir kennen die Herren viel zu gut, als daß wir nicht wüßten, daß ihre Sympathien, die sie gegenüber den Arbeitern bekunden, in einem leeren Nichts bestehen, und daß da, wo (B) sie daran gehen, etwas für die Arbeiter zu tun, es weiter nichts ist als weiße Salbe, die man den Arbeitern gibt.

Ich hoffe und wünsche, daß dem Reichsverkehrsministerium die Lösung der Aufgaben, die es sich gestellt hat, mit Berücksichtigung der von mir vorgetragenen Wünsche gelingt, und daß es eine segensreiche Institution für das Deutsche Reich werden möge.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Weitere Wortmeldungen zu Tit. 1 des Kap. 87a liegen nicht vor. Damit ist dieser Titel erledigt.

Es liegt dazu aber noch eine Entschließung auf Nr. 1325 der Drucksachen vor, von den Herren Abgeordneten Arnstadt und Genossen gestellt:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem Reichsverkehrsminister zur Durchführung der Überleitung der Eisenbahnen der Länder auf das Reich einen parlamentarischen Beirat zur Seite zu stellen.

Sind Sie damit einverstanden, daß die Abstimmungen in der dritten Lesung vorgenommen werden?

(Zustimmung.)

Ich rufe auf Tit. 2 — und die folgenden Titel bis 19. — Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich rufe auf Kap. 70 Tit. 1 bis 13, — Kap. 87 Tit. 1 bis 8. —

Zu Kap. 87b hat der Herr Abgeordnete Allekotte ums Wort gebeten.

Allekotte, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Minister für das neugebildete Verkehrsministerium hat bei der Darlegung der Ziele und Aufgaben dieses Ministeriums als Hauptprogrammpunkt die Vereinheitlichung des gesamten Verkehrswesens bezeichnet. Diese Vereinheitlichung ist notwendig, insbe- (C) sondere auch bei dem Verkehr auf den Wasserstraßen. Es muß eine glückliche unmittelbare Verbindung zwischen Eisenbahnen und Binnenschiffahrtswegen hergestellt werden. Ich bezweifle nicht, daß der Herr Minister der Verwirklichung dieser von mir gezeichneten Idee seine Aufmerksamkeit zuwenden will.

Es ist aber nicht möglich, die Aufgabe von der Verwaltung des Ministeriums aus allein zu lösen, wenn nicht die **fachmännischen Kreise** bei der Aufstellung der erforderlichen Pläne mit **in Anspruch genommen werden.** Ich stelle fest, daß der Herr Minister erklärt hat, in diesem Sinne wie bisher auch weiter tätig sein zu wollen; ich stelle aber auch fest, daß die fachmännischen Kreise, mit denen ich insbesondere am Rhein Fühlung habe, bisher dafür noch nicht in Anspruch genommen worden sind.

Diesen Mangel bedauere ich, und ich möchte wünschen, daß das Versäumte gar bald nachgeholt wird, insbesondere deswegen, weil die Ausführung des Art. 357 vom Abschnitt 4 Teil 12 der Friedensbedingungen das erforderlich macht. Nach diesen Bestimmungen des Friedensvertrages hat Deutschland drei Monate nach erhaltener Aufforderung an Frankreich entweder einen Teil der Schlepper und Schiffe oder **Geschäftsanteile deutscher Rheinschiffahrtsgesellschaften abzutreten.** Die Rheinschiffahrtsgesellschaften und auch die Partikulierschiffer leiden unter dem Druck der Ungewißheit ihrer Zukunft. Je schneller bekannt wird, in welchem Umfange die Abgabe der Schiffe erfolgt oder eine Beteiligung an den Anteilen der Rheinschiffahrtsgesellschaften von Frankreich angestrebt wird, desto besser für die Rheinschiffahrt. Auch für die Ententemächte, speziell für Frankreich selber ist das ein Vorteil; der größere Vorteil liegt allerdings bei uns, bei Deutschland. Daher wird man es den Rheinschiffahrtskreisen nachempfinden, wenn sie wünschen, daß dieser Druck von den Rheinschiffahrtskreisen zur Belebung der Rheinschiffahrt entfernt wird. (D) Der Herr Minister möge deshalb seinen ganzen Einfluß und die Arbeit seiner Hilfskräfte dahin dirigieren, daß gar bald die Regelung und die Erfüllung dieser Friedensbedingungen erfolgt, damit der Verkehr auf dem Rhein, der in richtig gesetztem Anschluß an die Eisenbahnen eine Entlastung der Eisenbahnen darstellen und uns leichter über die Schwierigkeiten der Verkehrsverhältnisse der nächsten Monate hinwegbringen wird, aus dieser Ungewißheit herauskommt; es muß möglichst bald bekannt werden, in welchem Umfange die rheinschiffahrttreibende Bevölkerung für die Erfüllung des Art. 357 der Friedensbedingungen in Anspruch genommen wird.

Wenn ich dann noch den allerdings von schwachen Hoffnungsempfindungen getragenen Gedanken hinzufüge, daß die Reichsregierung nach Möglichkeit die Milderung der harten Bedingungen in bezug auf die Rheinschiffahrt anstreben möge, dann wird das verständlich erscheinen.

(Bravo!)

Vizepräsident **Löbe:** Der Herr Verkehrsminister teilt mit, daß die Antwort auf die Anfrage des Herrn Kollegen Allekotte sich in einer kurzen Erklärung erschöpfen wird. Ich glaube deshalb, wir können das heute abend noch erledigen.

Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Dr. **Bell,** Reichsverkehrsminister: Meine Herren, was die **Abgabe von Rheinschiffen an die Entente** anlangt, worauf sich eine Anfrage des Herrn Vorredners bezieht, so gehört diese zur Zuständigkeit des Reichswirtschaftsministeriums, und ich muß es ihm daher anheimgeben, bei den bevorstehenden Etatsberatungen hierauf zurückzukommen.

Was die Bedeutung der Schiffahrt anlangt und ihre Ergänzung zu den Aufgaben der Eisenbahnen, insbesondere

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) auch zur Steuerung der Verkehrsnot, so glaube ich, daß die Ausführungen in meiner Programmrede seine Wünsche restlos erfüllen.

Wenn der Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, man vermisse es am Rhein, daß die **Interessenten** noch nicht zu einer gemeinschaftlichen **Besprechung** zwecks geeigneter Maßnahmen für ein Zusammenarbeiten zwischen Eisenbahn und Schiffahrt zugezogen seien, so kann ich auch nach der Richtung hin in Ergänzung meiner Etatsrede eine beruhigende Erklärung abgeben. Ich hatte in meiner Etatsrede geglaubt, mich auf die allgemeine Bemerkung beschränken zu können, daß ich es als meine vornehmste Pflicht erachte, in Beziehung auf alle wichtigen Wasserbaufragen, auf unsere ganze Wasserstraßenpolitik und auf das Verhältnis der Eisenbahnen zu den Wasserstraßen die Interessenten und Sachverständigen in weitestem Umfange heranzuziehen. Als Rheinländer möchte ich jetzt in Erledigung der Anfrage des Herrn Vorredners bemerken, daß ich zum 6. November eine Besprechung nach Köln einberufen habe, worin über alle diese Fragen mit den in Betracht kommenden Interessenten insbesondere von der Rheinschiffahrt ausgiebige und hoffentlich recht ersprießliche Erörterungen stattfinden können.

(Bravo!)

Vizepräsident **Löbe:** Weitere Wortmeldungen zu Kap. 87b liegen nicht vor. Dasselbe ist bewilligt.

Ich rufe auf Kap. 87c Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10; — Kap. 87d Tit. 1, — 2, — 3; — noch einmal Kap. 87 Tit. 9, — 10. — Bewilligt.

Zu Tit. 11 hat sich der Herr Abgeordnete Ollmert gemeldet. Beabsichtigen Sie, längere Ausführungen zu machen?

(Wird verneint.)

(B) Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ollmert.

Ollmert, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur wenige Worte noch! Nach dem Friedensvertrage wird das **Saargebiet** für 15 Jahre vom Deutschen Reiche abgetrennt. Die Regierung des Gebietes wird einem den Völkerbund vertretenden Ausschuß von fünf Personen übertragen. In § 22 der Anlage des Friedensvertrags wird nun bestimmt, daß der Regierungsausschuß des Saarstaates die volle Nutznießung des gesamten Eigentums erhält, das bisher der deutschen Reichsregierung oder der Regierung irgendeines deutschen Staates im Saarbeckengebiet als öffentliches oder privates Staatseigentum gehörte. Damit ist zum Ausdruck gebracht, namentlich in Verbindung mit dem § 19 der bezeichneten Anlage, der besagt, daß die Saarregierung volle Freiheit in der Verwaltung und Ausbeutung der Eisenbahnen, Kanäle und sonstigen öffentlichen Betriebe hat, daß auch die **Eisenbahn** für die Zeit von 15 Jahren in den Besitz des zu bildenden **Saarstaates** übergehen soll. Nun besagt Abs. 2 des § 22 der Anlage, daß hinsichtlich der Eisenbahn ein gemischter Ausschuß, in dem der Regierungsausschuß des Saarstaates und die deutsche Eisenbahnverwaltung vertreten sind, eine gerechte Verteilung des rollenden Materials vorzunehmen hat; und im dritten Absatz dieses Paragraphen sind die Rechte und Vorteile für den Durchgangsverkehr und die Beförderung gewährleistet, wie sie im zwölften Teile des Friedensvertrages festgelegt sind, wo über Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen usw. näheres gesagt ist. Auf Einzelheiten kann ich selbstverständlich in der jetzigen vorgerückten Stunde nicht mehr eingehen. Jedoch möchte ich mir gestatten, den Herrn Reichsminister schon jetzt auf folgendes aufmerksam zu machen.

Im Bezirke des **künftigen Saarstaates** sind etwa (C) 8000 **Eisenbahner in den staatlichen Werkstätten** beschäftigt. Durchweg stammen sie aus dem Saargebiete selbst; sie sind vielfach kleine Hausbesitzer und haben auch ein kleines Stückchen Land, das sie bewirtschaften. Es handelt sich also in der größten Zahl um ansässige Leute. In den Eisenbahnwerkstätten wird aber nicht nur für den Bezirk des Saarstaates gearbeitet, sondern für den ganzen Direktionsbezirk Saarbrücken und darüber hinaus. Der künftige Saarstaat selber kann, wenn er die Eisenbahn übernehmen sollte, diese Leute aber nicht alle beschäftigen, meines Erachtens nur zu einem Viertel, vielleicht sogar nur zu einem Fünftel. Infolgedessen befürchten die Leute und auch die Bewohner des Saartales überhaupt nicht mit Unrecht, daß sehr viele Eisenbahner arbeitslos werden, wenn nicht deutscherseits auch fernerhin Aufträge für die staatlichen Werkstätten an der Saar gegeben werden.

Ich bitte den Herrn Reichsverkehrsminister daher, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um in Gemeinschaft mit der preußisch-hessischen und der bayerischen Eisenbahnverwaltung — auch ein Teil der bayerischen Pfalz fällt in den neuen Saarstaat — sowie mit der Regierung des neuen Saarstaates zu verhüten, daß die Leute dort arbeitslos werden.

Die Leute wollen gern arbeiten und sind als tüchtige, fleißige und zuverlässige Arbeiter bekannt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich glaube auch bestimmt, daß die zukünftige Saarregierung zu einer Verständigung und zu Entgegenkommen in dieser Frage bereit sein wird; denn nach dem Friedensvertrage ist es eine ihrer ersten Aufgaben, für die Rechte und die Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu sorgen. Meines Erachtens könnte der Herr Reichsverkehrsminister schon heute erklären, daß deutscherseits gern alles getan wird, um den Eisenbahnwerkstätten des Saargebiets auch nach der Abtrennung von Deutschland Arbeitsgelegenheit zu geben. (D) Ich bin fest davon überzeugt, daß die Werkstättenarbeiter und Angestellten bemüht sein werden, die so in Auftrag gegebenen Arbeiten zur vollen Zufriedenheit der deutschen Eisenbahnverwaltung auszuführen. Daß dafür eine den Verhältnissen entsprechende Bezahlung gewährleistet werden muß, ist so selbstverständlich, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Ebenso darf ich wohl aussprechen, daß ich annehme, daß auch Preußen und Bayern ohne weiteres bereit sein werden, auf den hier zum Ausdruck gebrachten Wunsch einzugehen. Weil hierfür aber, wie betont, verschiedene Staaten in Betracht kommen, wird es gut sein, daß der Herr Reichsminister hierbei die Führung übernimmt, und ich darf wohl hoffen, daß er hierzu im Interesse der Bevölkerung an der Saar gern bereit sein wird.

(Bravo!)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Dr. **Bell,** Reichsverkehrsminister: Meine Herren und Damen! Auf die Anfrage des Herrn Vorredners habe ich folgende Antwort zu geben: Das Reichsverkehrsministerium ist bereit, mit den zuständigen Verwaltungen der Länder in Verbindung zu treten, um eine ersprießliche **Auseinandersetzung mit der Saarregierung** über alle in Betracht kommenden **Eisenbahnfragen** herbeizuführen. Das Reich erklärt namentlich seine Bereitwilligkeit, den im Saargebiet befindlichen Eisenbahnwerkstätten auch nach der Bildung des Saarstaates Beschäftigungsgelegenheit zu geben. Über den Rahmen der Anfrage des Vorredners hinaus glaube ich aber zur Beruhigung aller in Betracht kommenden Kreise der Saarbevölkerung folgendes erklären zu sollen: Das Reich wird die durch den Friedensvertrag

(Dr. **Bell**, Reichsverkehrsminister.)

(A) in so schwierige und traurige Lage gebrachte Saarbevölkerung nicht im Stiche lassen,

(bravo!)

sondern alles daran setzen, um ihr behilflich zu sein.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Löbe:** Weitere Wortmeldungen zu Tit. 11 liegen nicht vor. Derselbe ist genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35, — 36, — 37, — 38. — Angenommen.

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben, Kap. 11. Die Titel 1 bis 7 und der Haushalt der Verwaltung der Reichseisenbahnen fallen weg. Tit. 1; — Kap. 11a Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 11b Tit. 1. — Angenommen.

Es folgen die Einnahmen, Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; — Kap. 3a Tit. 1, — 2; — Kap. 13. — Angenommen.

B. Außerordentlicher Haushalt, Kap. 5 Tit. 1. — (B) Angenommen. Die Titel 1 bis 4 aus dem Haushalt der Verwaltung der Reichseisenbahnen fallen weg.

Damit ist der ganze Haushaltsplan des Reichsverkehrsministeriums erledigt.

Das Haus wird keinen Widerspruch erheben, wenn ich ihm vorschlage, sich jetzt zu vertagen,

(heitere Zustimmung)

und die nächste Sitzung abzuhalten Montag den 27. Oktober, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts und zwar

Haushalt für das Reichswirtschaftsministerium.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 39 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32

(A)

109. Sitzung.

Montag den 27. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Minuten durch den Vizepräsidenten Löbe eröffnet.

Vizepräsident **Löbe**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Raute, Bruhn, Dr. Philipp, Dr. Zöphel, Dr. Böhmert (Bremen), Schmidthals, Hermann (Württemberg), Holl, Frau Pfülf

die Abgeordneten Düwell, v. Graefe, Dr. Oberfohren, Dr. Haas (Baden), Delius, Siehr, Meisner, Heimann, Stücklen;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Jaud der Abgeordnete Zawadzki;

in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Geyer (Leipzig)

der Abgeordnete Dr. Cohn;

in den 11. Ausschuß für die Frau Abgeordnete Höfs

der Abgeordnete Riedmiller;

in den 16. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Cohn

der Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Es sucht für 10 Tage Urlaub nach der Herr Abgeordnete Vogt (Württemberg) wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

(C)

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen),

und zwar:

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage IVa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1356 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Böhmert (Bremen).

Anträge Nr. 1357, 1358.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 11 Tit. 1.

In der eröffneten Beratung hat das Wort der Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Böhmert (Bremen).

Dr. **Böhmert** (Bremen), Abgeordneter, Berichterstatter: Der **Haushalt des Reichswirtschaftsamts** ist deshalb schwer zu übersehen, weil in keinem Ministerium so große organisatorische Änderungen eingetreten sind wie in diesem. Im Jahre 1917 gehörte der Haushalt noch zum Reichsamt des Innern, im Jahre 1918 zum Reichswirtschaftsamt. Dann wurde das Reichsarbeitsministerium abgezweigt, und neuerdings ist das Reichsernährungsministerium hinzugetreten. Insbesondere durch diesen Zutritt sind dem Ministerium gewaltige neue Aufgaben erwachsen, die in einer entsprechenden Vermehrung der Stellen ihren Ausdruck finden. Das Ministerium beschäftigt weit über 1000 Beamte und Angestellte, ganz abgesehen von den Kriegsorganisationen, die ihm unterstellt sind. Neu gefordert werden jetzt insbesondere 2 Direktoren und 4 vortragende Räte.

(D)

Der Ausschuß hat die Frage der **Organisation des Ministeriums** einer ausführlichen Erörterung unterzogen, wobei die Regierung eingehende Darlegungen über die Einteilung gemacht und insbesondere ausgeführt hat, daß die neu geforderten höheren Beamtenstellen für den Wiederaufbau in Belgien und Frankreich, für die Kohlenversorgung, für eine statistische Abteilung und für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr bestimmt seien. Die für den Wiederaufbau nötigen Beamten würden nach Einrichtung des neuen Aufbauministeriums auf dieses übergehen. Im Ausschuß wurde die bestehende Organisation des Ministeriums von verschiedenen Seiten bemängelt. Es wurde insbesondere ausgeführt, daß vielfach eine Überorganisation vorzuliegen scheine, die nicht nur den Interessenten die sachgemäße Wahrnehmung ihrer Angelegenheiten erschwere, sondern auch die Arbeit selbst beeinträchtige. Es sei anzustreben, daß der Einteilung des Ministeriums ein klarer und übersichtlicher Plan nach den Hauptzweigen des Wirtschaftslebens zugrunde liege, während jetzt der Schwerpunkt in die allgemeine volkswirtschaftliche Abteilung falle. Demgegenüber führte die Regierung aus, daß eine Reihe von Fragen, wie insbesondere die Rechtsfragen, die Fragen der Ein- und Ausfuhr, die Preisfragen, ferner die Statistik und die Aufsicht über die Kriegsgesellschaften einheitlich behandelt und nicht nach den verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens getrennt werden könnten. Gegenüber dem von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken über die Organisation der landwirtschaftlichen Abteilungen wurde ausgeführt, daß die landwirtschaftlichen Fragen in insgesamt 11 Dezernaten von 25 Referenten und Hilfsreferenten erledigt würden, von denen 11 landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich vorgebildet seien. Die im Ausschuß vorgebrachten Anregungen verdichteten sich zu mehreren Anträgen, die insbesondere eine Gliederung des Ministeriums

(Dr. **Böhmert** [Bremen], Berichterstatter.)

(A) nach den drei Hauptzweigen des Wirtschaftslebens: Landwirtschaft, Industrie und Handel, sowie die Ernennung eines besonderen Unterstaatssekretärs oder Direktors für die landwirtschaftliche Abteilung befürworteten. Die Mehrheit des Ausschusses war jedoch der Ansicht, daß man der Regierung, die die Verantwortung trage, auch die Organisation des Amts überlassen solle. Die Anträge wurden daher abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Antrag, daß alsbald ein gesamter Organisationsplan des Ministeriums der Nationalversammlung vorgelegt werden solle, sowie eine Entschließung dahingehend, daß es bei den überwiegend wirtschaftlichen Aufgaben des Ministeriums wünschenswert sei, ohne Vermehrung der vorhandenen Stellen eine stärkere Heranziehung der technisch und volkswirtschaftlich gebildeten Beamten vorzunehmen. Auch diese Entschließungen finden Sie unter 2 und 3 des gedruckten Berichts, der wohl in diesem Augenblick verteilt wird. Angenommen wurde ferner eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, alle Bestimmungen in den Ernährungsverordnungen aufzuheben, welche die landwirtschaftlichen Arbeitgeber hindern, die den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern zugesicherten Deputatbeträge ohne Beschränkung auszuliefern. Hierzu wurde unter allgemeiner Zustimmung ausgeführt, daß die meisten ländlichen Arbeitgeber schon jetzt gezwungen seien, diese Bezüge zu gewähren, wenn sie nicht die Einbringung der Ernte gefährden wollen. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Bestimmungen führe nur dazu, eine Quelle der Beunruhigung offen zu halten und Anlaß zu gehässigen Denunziationen zu geben, ohne einen praktischen Wert zu haben.

Beim Haushalt des **statistischen Reichsamts** wurde ausgeführt, daß die vom Reichsarbeitsministerium geplante Statistik der Löhne und Lebenshaltung in den deutschen Städten nur von diesem Amt zweckmäßigerweise bearbeitet (B) werden könne und daß es daher nötig sei, wenn diese Untersuchung schon vor dem 1. Januar stattfinden solle, auch die Aufwendungen dafür im Betrage von etwa 1 Million in den diesjährigen Haushalt einzustellen. Von einem Antrag auf Einstellung wurde abgesehen, da ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte, es schwebten darüber noch Verhandlungen und es sei beabsichtigt, wenn sich die Notwendigkeit der Erhebung herausstelle, den erforderlichen Betrag bei der dritten Lesung des Haushalts einzustellen. Bei den einmaligen Ausgaben wurde ein Antrag, den Beitrag des Reichs für das Meßamt in Leipzig um 300 000 Mark zu erhöhen, abgelehnt.

Dem Reichswirtschaftsministerium unterstehen auch die **Kriegsorganisationen.** Nach einem vorliegenden Verzeichnis handelt es sich dabei um 27 Behörden, 67 Kriegsgesellschaften und 25 sonstige Kriegsorganisationen. Von den Behörden sind 3 im Abbau, von den Kriegsgesellschaften 14 in Liquidation und 9 im Abbau, von den sonstigen Kriegsgesellschaften 5 im Abbau. Sowohl von Mitgliedern des Ausschusses wie von der Regierungsseite wurde betont, daß der weitere Abbau aller dieser Organisationen gefördert werden müßte, soweit es irgend möglich sei. Von einer ausführlichen Erörterung wurde mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit abgesehen und dafür die Entschließung angenommen, einen Ausschuß aus Mitgliedern der Nationalversammlung, der Reichsregierung und des Reichsrats zu bilden, der das Geschäftsgebaren der Kriegsgesellschaften prüfen und die Möglichkeit ihrer Liquidierung erwägen solle. Sie finden diese Entschließung unter 4 II des gedruckten Berichts.

Bezüglich der Position Kap. 3a Tit. 11 auf Seite 30 des Haushalts, Errichtung eines **Textilforschungsinstituts,** wurde ein Unterausschuß gebildet. Dieser empfahl, der Vorlage, wie sie in Anlage 4a zum Haushalt zum Ausdruck kommt, in den wesentlichen Grundzügen zuzustimmen, (C) jedoch für die Verteilung der geforderten 5 Millionen bestimmte Grundlinien im Haushalte selbst festzulegen, und zwar sollen $1^1/_2$ Millionen für das biochemische Institut, 500 000 Mark für die Kuratorien zur Verfügung gestellt und der Rest von 3 Millionen nach einem zu bestimmenden Schlüssel unter die bestehenden 6 Forschungsinstitute verteilt werden.

Im übrigen empfiehlt der Ausschuß die unveränderte Annahme des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums einschließlich der Ergänzung mit alleiniger Ausnahme der Position Kap. 11a Tit. 3 auf Seite 10 des Haushalts. Diesen Titel beantragt er im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und ihres Absatzes von 155 000 auf 200 000 Mark zu erhöhen.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Die Sorge, wie wir unser Wirtschaftsleben wieder zur Gesundung bringen, ist allgemein, die Hindernisse sind riesengroß, die uns entgegenstehen, und immer wieder treten neue in die Erscheinung. Dennoch wäre es falsch, die Lage, in der wir uns befinden, in allzu düsteren Farben zu schildern. Es sind nach meiner Ansicht Ansätze vorhanden, die die Aussichten zur Besserung verstärken. Ich möchte, um einen Überblick über unsere gesamte Wirtschaftslage zu geben, der natürlich nur ein ganz kurzes Resümee sein kann, zunächst einmal mich der **Lebensmittelversorgung** zuwenden.

Meine Damen und Herren! Am Ende des vorigen Jahres erschien es sehr fraglich, wie unsere Brotversorgung im damals laufenden Wirtschaftsjahr durchgeführt werden könnte. Es waren Meinungen auch damals vorhanden, die dahin gingen, daß es kaum möglich sein würde, die Brotversorgung aufrechtzuerhalten, man werde wieder zu Kürzungen unserer Rationen kommen (D) und es wäre auch kaum möglich, durch Auslandseinfuhr den Fehlbetrag zu decken. Alle diese Annahmen haben sich als irrig erwiesen. Es war uns möglich, bis zum Ende des Wirtschaftsjahres eine Ration aufrechtzuerhalten, die gegenüber der letzten Ration des Kriegszustandes erhöht worden war, und wir konnten fernerhin zu unserer Freude aus der heimischen Produktion unseren Bedarf an Brotgetreide bis zum Ende des Wirtschaftsjahres decken. Daneben sind wir jetzt dazu übergegangen, die Ausmahlung des Mehls auf 80 Prozent herabzusetzen. Damit wird der Bevölkerung ein besseres Brot geboten und der Landwirtschaft ein vermehrter Kleieüberschuß für die Viehhaltung zur Verfügung gestellt, sicherlich zwei Maßnahmen, die in der städtischen Bevölkerung und in der Landbevölkerung angenehm empfunden werden. Es ist uns ferner möglich gewesen, durch erhebliche Einfuhr amerikanischen Mehls und Getreides der städtischen Bevölkerung eine Zusatzration bis zu 250 Gramm Mehl pro Kopf zu gewähren. Wenn diese Verteilungsquote auch nicht allgemein und regelmäßig durchgeführt werden konnte, so bot sie doch immerhin gegenüber dem früheren Zustand eine erhebliche Erleichterung in der Ernährung.

Wir haben ein großes Quantum von Schweinefleisch und Speck eingeführt, das gleichfalls als Zusatzration für die städtische Bevölkerung zur Verteilung kam. Wir haben auch erhebliche Mengen gefrorenen Fleisches und Konservenfleisches eingeführt und konnten mit diesen Beständen unsere heimische Viehablieferung schonen.

Damit komme ich zu einer kurzen Darlegung unserer **Viehbewirtschaftung und Fleischablieferung.** Ich finde bei dieser Frage leider nicht das nötige Verständnis, weder bei der Landwirtschaft noch bei der städtischen Bevölkerung. Während die städtische Bevölkerung mit sehr großem Nachdruck, wie ich es ja verständlich finde, eine größere

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) Belieferung mit Frischfleisch fordert, wird von der Landwirtschaft der Nachweis geführt, daß sie nicht in der Lage sei, größere Anforderungen in der Viehablieferung zu befriedigen. Wenn wir uns die Ergebnisse der letzten Viehzählung ansehen, dann müssen wir diesen Einwand sicherlich gelten lassen. Wir hatten bei der Viehzählung vom 2. Juni 1919 beim Rindviehbestand über drei Monate alt eine Abnahme von 5,5 Prozent gegenüber dem Stande vom 1. Juni 1918 zu verzeichnen und eine Abnahme von 12,4 Prozent gegenüber der letzten Friedenszählung vom 1. Dezember 1913. Was noch viel übler in die Erscheinung tritt: die Zahl der Milchkühe ist in diesem Zeitraum um 15,8 Prozent zurückgegangen.

Noch schlimmer sieht es mit unseren **Schweinebeständen** aus. Wir hatten nach der Zählung vom 2. Juni 1919 einen Schweinebestand von 8 887 464 Stück. Gegenüber dem 1. März 1919 hat die Zahl der Schweine unter einem halben Jahr um 24,8 Prozent zugenommen und die Zahl der Schweine über ein halbes Jahr bis zu einem Jahr um 37,3 Prozent. Diese Zunahme ist sicherlich sehr erfreulich im Hinblick darauf, daß die Bevölkerung in Friedenszeiten ja zu einem großen Teil auf den Genuß von Schweinefleisch angewiesen war. Ich kann nun nicht mit einem Bedenken zurückhalten, nämlich damit, daß durch die große Aufzucht von Schweinen unsere sehr mäßige Kartoffelernte so verringert wird, daß wir der Bevölkerung nicht die nötigen Kartoffeln zur Verfügung stellen können; auch unsere Gerstenbestände werden sicherlich durch eine große Schweinehaltung sehr in Gefahr gebracht. Aber selbst diese Zunahme unserer Schweinebestände ergibt immerhin, wenn Sie den Friedensstand berücksichtigen, ein Minus in den Schweinebeständen um 62,3 Prozent, also ein Beweis dafür, wie außerordentlich stark unsere Viehhaltung während des Krieges und der nachfolgenden Zeit gelitten hat. Daraus ergibt sich zugleich die Er-(B)klärung, weshalb unsere Fleischbelieferung so schlecht ist und weshalb wir nicht in der Lage sind, diese Fleischbelieferung auf die Höhe hinaufzubringen, wie es die Bevölkerung wünscht. Der Bauer liefert eben gegenwärtig sein Vieh nicht gern ab, weil er es behalten will, weil es für die Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Wenn bei der Gelegenheit sehr oft die Empfehlung gegeben wird, man sollte mit energischen Zwangsmaßnahmen eingreifen, um eine größere Abgabe zu erzwingen, so muß ich offen sagen, daß ich gerade auf dem Gebiete der Viehablieferung sehr große Bedenken habe, mit energischen Zwangsmaßnahmen vorzugehen; denn ich glaube, es ist unter allen Eingriffen, die der Landwirtschaft in das freie Verfügungsrecht heute zugemutet werden, der schwerste, wenn man in die Viehbestände zwangsweise eingreift. Ich hoffe bestimmt, daß das Verständnis auch in landwirtschaftlichen Kreisen so stark ist, daß sie diejenigen Bestände abgeben, die dringend notwendig sind, um unserer Bevölkerung eine bessere Fleischbelieferung zu sichern. Wir werden unsere Fleischversorgung nicht anders aufrechterhalten können, als indem wir unsere Viehbestände im Inland schonen und versuchen, in möglichstem Umfang durch Einfuhr von ausländischen Schweinen Ersatz zu schaffen. Es muß natürlich auch mit allen Maßnahmen darauf gedrungen werden, die Schweinehaltung zu begünstigen und hochzubringen; denn das Schwein ist für unsere Fleischversorgung der beste Lieferant und derjenige, der uns am ersten wieder aus dieser bedrängten Lage herausbringt.

Was unsere **Kartoffelbelieferung** anlangt, so war zu Beginn des Krieges, wenn ich einen Rückblick tun darf, die Aussicht für die Versorgung der Bevölkerung sehr ungünstig. Die schlechte Ernte, die uns zur Verfügung stand, bot für die Versorgung der Bevölkerung nicht die genügende Grundlage. Dennoch ist es uns gelungen, mit vieler Mühe die Kartoffelration (C) im wesentlichen auch für die städtische Bevölkerung während des Wirtschaftsjahres aufrechtzuerhalten. Wir mußten leider dazu greifen, vom Ausland erhebliche Bestände heranzuholen, die sehr teuer waren. Aber es stand an erster Stelle für uns die Frage, die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Bedarfsartikeln zu befriedigen. Die gegenwärtige Lage in der Kartoffelversorgung ist keine andere als die im vorigen Wirtschaftsjahre. Es wird ja angenommen, daß die Ernte in diesem Jahre noch schlechter ist, sodaß natürlich in der weiteren Folge Erschwerungen in der Versorgung eintreten werden.

Die größten Hemmungen sind leider gegenwärtig verursacht durch unsere **Transportschwierigkeiten.** Wir haben leider zur Anlieferung von Kartoffeln nur 50 Prozent der notwendigen Wagengestellung zur Verfügung. Damit ist die ganze Winterversorgung der Großstädte in Frage gestellt, und ich kann meinerseits zu einer Besserung der Winterversorgung nichts beitragen, wenn nicht die Transportschwierigkeiten behoben werden.

(Hört! hört!)

Es mußte versucht werden, und zwar leider wiederum in einer vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nicht gerade angenehmen Art, diese Übelstände dadurch zu beheben, daß wir aus Holland größere Mengen Kartoffeln eingekauft haben, um das westliche Versorgungsgebiet damit zu beliefern. Von Dänemark sind größere Bestände eingekauft, um unsere nordischen Seestädte zu verproviantieren. Der Abschluß, den wir in Polen für 6 Millionen Zentner Kartoffeln gemacht haben, wird dazu beitragen, für einen Zeitraum wenigstens die Versorgung von Sachsen, Berlin und einigen anderen Großstädten sicherzustellen. Die Preise für die polnischen Kartoffeln sind sehr hoch. Es ist ja bereits bekanntgegeben, daß der Preis für den Zentner Kartoffeln, die aus Polen bezogen werden, 16 Mark beträgt. Wir sind leider dazu genötigt, (D) so hohe Preise anzulegen, weil wir in einer Zwangslage sind und, soweit ein Einkauf aus Holland und Dänemark in Betracht kommt, noch die Valutadifferenz zu berücksichtigen haben, sodaß die Preise sich hier noch höher stellen würden als beim polnischen Abschluß. Also ich wiederhole nochmals, es ist kein günstiger Abschluß, der sich nur verteidigen läßt unter der gegenwärtigen Zwangslage und schlechten Versorgung; er ist ein Aushilfsmittel, zu dem wir gedrängt wurden.

Die **Versorgung mit Speisefett** hatte eine Zeitlang recht günstige Aussichten. Wir waren für einen kurzen Zeitraum bis auf 250 Gramm pro Kopf der Bevölkerung hinaufgegangen. Ich lege auf die Versorgung mit Speisefett einen ungeheuren Wert, weil ich glaube, daß hier ein sehr dringendes Bedürfnis der Bevölkerung vorliegt und wir auch mit einer größeren Quote der Fettversorgung andere Lebensmittel einsparen können. Wenn die Bevölkerung mit Fett versorgt ist, wird ein erheblicher Teil ihrer Unzufriedenheit sicherlich stark gemildert werden. Nun stellen sich neuerdings auch hier Schwierigkeiten diesem Versorgungsplane entgegen. Wir haben allerdings die Möglichkeit, große und genügende Mengen von Ölsaaten und Palmfrüchten hereinzunehmen, die für unsere Margarineversorgung und **Margarinefabrikation** die genügende Grundlage bieten würden. Es ist aber bei dem gegenwärtigen Stand unserer Valuta außerordentlich schwierig, die sehr erheblichen Verpflichtungen, die uns die Einfuhr von Ölsaaten auferlegt, tatsächlich zu erfüllen. Es ist eine Frage der Zahlungsmöglichkeit, nicht des auf dem Weltmarkt vorhandenen Vorrats, ob wir unsere Margarinefabrikation weiter heraufbringen können. Als weiterer Übelstand hat sich die allgemein in der Industrie empfundene schlechte Kohlenbelieferung eingestellt, die uns zwang, die Margarinefabrikation abzu-

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) stellen. Nunmehr soll also die Kohlenbelieferung in dem Umfange aufrechterhalten werden, daß wir die Ration von 150 Gramm für die Bevölkerung aufrechterhalten können; und auf dieser Höhe soll auch die Produktion erhalten werden.

Nun sind in der Bevölkerung sehr viele Klagen laut geworden über die **hohen Preise**, die unsere **Lebensmittel** überall erreicht haben. Die inländischen Lebensmittel, die ausländischen Lebensmittel, die auf den freien Markt kamen, alles ist in den letzten Monaten wieder im Preise aufwärts gegangen. Ich möchte bitten, dabei zu berücksichtigen, daß wir gegenüber diesen Preisbewegungen bis zu einer gewissen Grenze leider nichts unternehmen können. Wir müssen berücksichtigen, daß unsere Produktion fortgesetzt erhöhte Anforderungen in bezug auf die Preise für Kohle stellt. Erhöhte Löhne und Transportkosten sowie die Preise für ausländische Rohstoffe, alles macht sich geltend bei der Preisbestimmung sowohl der inländischen Produkte, als auch derjenigen Waren, die wir vom Ausland beziehen. Auf das Ausland haben wir ja in der Preisbestimmung überhaupt keinen Einfluß. Es ist nicht möglich, hier irgendwie preissenkend zu wirken. Wir sind nur bemüht, die wilde Konkurrenz, die auf dem Auslandsmarkte in Erscheinung tritt, beim Einkauf von Lebensmitteln möglichst durch einen zentralen Einkauf zu beseitigen.

Was nun die **Preissenkung** betrifft, die wir bei der hohen Preislage, die die **ausländischen Lebensmittel** erreichten, herbeigeführt haben, so darf ich den Damen und Herren heute vielleicht noch einmal in die Erinnerung zurückrufen, um welche erheblichen Beträge es sich dabei im einzelnen handelt. Denn zu meinem Bedauern ist mir in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit wiederholt gesagt worden: wo sind denn die $1^1/_2$ Milliarden hingekommen, wir sehen gar nichts von einer Senkung der Lebens-(B) mittelpreise? Da darf ich zunächst einmal feststellen, daß damals, als wir die Senkung der Lebensmittelpreise vornahmen, das ausländische Mehl den Preis von 4 Mark pro Kilo erreichte und der Preis gesenkt wurde auf 1,30 Mark. Gegenwärtig ist der Preis des ausländischen Mehles durch den ungünstigen Stand der Valuta auf 8 Mark erhöht, und wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß wir den Preis von 8 Mark auf 1,30 senken, dann können Sie sich schon einen Begriff davon machen, wieviel von den $1^1/_2$ Milliarden verschluckt werden, wenn man eine solche Preissenkung aus Staatsmitteln vornehmen muß. Der Speck kostete, als wir die Preisherabsetzung vornahmen, 14 Mark das Kilo, er ist heute auf 20 Mark gestiegen. Infolge unserer Maßnahmen ist der Preis auf 6,80 Mark gesenkt worden. Reis wurde von 4 Mark auf 3,50 Mark herabgesetzt, Hülsenfrüchte von 3,50 auf 2 Mark, immer für das Kilo. Das Speisefett hat uns damals, als wir die Preissenkung vornahmen, 11 Mark im Auslande gekostet; gegenwärtig ist der Preis auf 19 Mark hinaufgegangen, während wir den Preis auf 9 Mark haben festsetzen können. Ausländisches Fleisch erreichte einen Preis von 15 Mark das Kilo, wir haben den Preis dafür auf 7,60 Mark gesenkt. Kartoffeln mußten wir im Auslande zum Preise von 60 bis 80 Pfennig das Pfund einkaufen, und die Senkung wurde dann bis auf 20 respektive 30 Pfennig vorgenommen.

Ich glaube, wenn ich Ihnen diese Zahlen hier sage und die Preise gegenüberstelle, die wir einerseits für unsere Einkäufe im Auslande bezahlen müssen und zu denen wir die Ware hier im Inlande abgeben, dann werden Sie selbst die nötigen Schlußfolgerungen ziehen können, daß nämlich die $1^1/_2$ Milliarden zur Preissenkung überhaupt kaum ausreichen werden.

Bisher sind außerdem an Zuschüssen für Brotgetreide — ich komme damit zur inländischen Produktion —, für Frühdruschprämien und andere Zuwendungen 332 Mil- (C) lionen aus Staatsmitteln aufgewendet worden. Ferner ist jetzt zur laufenden Senkung der Preise für Brot ein Betrag von 58 Millionen Mark notwendig. Es handelt sich also auch hier um erhebliche Aufwendungen. Gegen diese Aufwendungen sind zum Teil in der Presse und auch im Parlament Einwendungen erhoben und Bedenken geäußert worden, ob es sich empfiehlt, eine solche Preissenkung, besonders an inländischen Produkten, überhaupt vorzunehmen. Ich darf darauf verweisen, daß sowohl Frankreich wie England denselben Weg der Preissenkung eingeschlagen haben. Auch da sah man sich genötigt, eines der wichtigsten Nahrungsmittel gegenüber der übermäßigen Preissteigerung durch Staatszuschüsse zu senken. Ich glaube, was in diesen Staaten notwendig ist, wo das Getreide lange nicht so teuer eingekauft wird, weil ja die Valutadifferenz nicht in die Erscheinung tritt, wird bei uns sicherlich gut begründet werden können.

Wir sind, wie schon bemerkt, sehr stark auf die Zufuhr vom Auslande angewiesen. Nach Aufhebung der Blockade ist die Bewegung freier geworden. Es hemmt uns gegenwärtig im Einkauf nur der ungünstige Stand der Valuta. Die Marktbeschickung auf dem Weltmarkt ist keine ungünstige; Waren und Lebensmittel sind meiner Ansicht nach in sehr erheblichem Umfang zu haben, so daß es für uns nur eine Frage der Zahlungsmöglichkeit und der Zahlungsfähigkeit ist. Immerhin sind die Warenmengen, die zur Einfuhr gelangten, sehr erhebliche, und ich darf Ihnen vielleicht auch hier einen Überblick geben, in welchem Umfange in der ersten Hälfte dieses Jahres **Lebensmittel eingeführt** worden sind. Der Gesamtbetrag belief sich auf 765 134 Tonnen im Werte von 2 153 368 000 Mark. Bei einzelnen der wichtigsten Nahrungsmittel darf ich Ihnen die Ziffern nennen, und zwar handelt es sich dabei um die Einfuhr, die durch Reichs- (D) stellen vorgenommen worden ist. Die Einfuhr, die außerdem noch im freien Verfahren eine nicht unbedeutende Rolle gespielt und die sicherlich auch eine große Summe erreicht hat, ist in dieser Berechnung nicht enthalten.

Es wurden durch die Reichsstellen eingeführt: Reis 16 452 Tonnen im Werte von 69 098 000 Mark, Zucker 1672 Tonnen im Werte von 12 543 000 Mark, Hülsenfrüchte 28 178 Tonnen im Werte von 112 739 000 Mark, Vieh und Fleisch 54 785 Tonnen im Werte von 589 335 000 Mark, Getreide, Mehl 220 297 Tonnen im Werte von 536 301 000 Mark, Früchte, Marmelade, Gemüse 27 437 Tonnen im Werte von 33 799 000 Mark, Eier 47 498 980 Stück im Werte von 30 154 000 Mark, Butter 3157 Tonnen zu 71 930 000 Mark, Schmalz 21 570 Tonnen im Werte von 237 268 000 Mark, Fische 37 969 Tonnen im Werte von 86 851 000 Mark, zubereitete Fische 22 229 Tonnen im Werte von 67 509 000 Mark, Käse 849 Tonnen im Werte von 11 781 000 Mark, Milch 19 011 Tonnen im Werte von 108 865 000 Mark, Kartoffeln 304 546 Tonnen im Werte von 180 226 000 Mark, Schal- und Krusttiere 4229 Tonnen im Werte von 4 970 000 Mark. Das ist die Einfuhr, die wir in der ersten Hälfte dieses Jahres an Lebensmitteln zu verzeichnen gehabt haben. Sie ist natürlich weit über die Einfuhr im vorigen Halbjahre hinausgegangen, da uns ja jetzt eine größere Bewegungsfreiheit in der Einfuhr gegeben war.

Sicherlich ist durch diese immerhin erhebliche Einfuhrmenge unsere Gesamternährung und Gesamtversorgung erheblich besser gewesen, als es der vorherige Zustand erlaubte.

Was nun die **Gesamtübersicht für den kommenden Winter** betrifft, so lassen Sie mich auch darüber einiges sagen. Getreide haben wir fest in der Hand für unseren

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) Bedarf bis Ende des Jahres, und zwar, um es zu wiederholen, bei einer Ausmahlungsquote von 80 Prozent. Wir haben fernerhin Fleischabschlüsse für Lieferung von Gefrierfleisch und Speck in ziemlich umfangreicher Weise, die uns bei mäßigen Ansprüchen bis Anfang Januar eindecken, also auch da über einen größeren Zeitraum hinweghelfen. Bei den **Kartoffeln** habe ich schon darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Versorgung zunächst einmal eine Transportfrage sind. Ich hoffe aber auch, daß die vielfachen Androhungen in der ländlichen Bevölkerung, daß nichts mehr abgeliefert werde, eine Übertreibung sind. Wir müssen natürlich aus dem Lande noch größere Kartoffelbestände herausholen, wir können unsere Versorgung nicht zu Beginn des Erntejahres schon einstellen und sagen; weitere Bestände stehen nicht mehr zur Verfügung. Wir versuchen und müssen weiter versuchen, aus dem Auslande noch Ersatz zu finden; zunächst muß aber beansprucht werden, die ländliche Produktion voll zu erfassen, weil die Aufwendungen für ausländische Kartoffeln so ungeheuer große Ansprüche in finanzieller Beziehung stellen, daß wir es nicht verantworten können, hier größere Beträge anzufordern, solange noch auf der anderen Seite die Möglichkeit vorliegt, in der heimischen Produktion Befriedigung zu finden.

Ich darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Gemüseversorgung im laufenden Jahre nicht ungünstiger und schlechter gewesen ist als im vergangenen Jahre, und daß auch im Herbst die Gemüseversorgung als befriedigend bezeichnet werden kann.

Hülsenfrüchte und Eier haben wir in der Bewirtschaftung frei gegeben. Sie erscheinen jetzt auf dem freien Markte, wenn auch zu erheblich höheren Preisen, aber sie sind doch schließlich im freien Markte zu erhalten.

(B) In der **Fischversorgung** ist sicherlich manches besser geworden. Wir haben reichliche Zufuhren aus dem Auslande, und ich darf darauf hinweisen, daß wir bis Mitte März mit Lieferungen von norwegischen Heringen eingedeckt sind. Wir haben dabei einen reichlichen Verbrauch der Bevölkerung in Ansatz gebracht.

Ich hoffe, daß wir auch mit Nährmitteln reichlich versorgt sind, wenn auch die Belieferungspflicht von seiten der Landwirtschaft viel zu wünschen übrig läßt.

Kaffee, Tee und Kakao erscheinen frei auf dem Markte. Außerdem haben wir vor kurzem ein Abkommen getätigt, das uns die Möglichkeit gibt, auch an die Bevölkerung wieder **Petroleum** zu verteilen. Das wird besonders in der ländlichen Bevölkerung angenehm empfunden werden, die im vorigen Jahre unter dem Mangel an Beleuchtungsmaterial, speziell unter dem Mangel an Petroleum außerordentlich zu leiden hatte. Ich hoffe, daß dieser Vertrag, der uns ein größeres Quantum Petroleum zur Verfügung stellt, sehr bald seine Wirkung dadurch ausüben wird, daß wir größere Quantitäten sehr schnell zur Verfügung haben und so die innere Verteilung möglich sein wird. Ich hoffe auch dabei, daß die große Petroleumgesellschaft, die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft ihre Apparate wieder in Tätigkeit setzen kann und dadurch die Verteilung dieses so wichtigen und schwer zu entbehrenden Leuchtmaterials wieder in geordnete Bahnen geleitet wird.

Wenn ich mir bei diesen hauptsächlichsten Gebrauchsartikeln vergegenwärtige, wie die Gesamtlage ist, glaube ich, wohl sagen zu dürfen, daß die Behauptung, die in der Bevölkerung wie in der Presse auftaucht, daß die **Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln** schlechter geworden ist, doch eine nicht aufrechtzuerhaltende maßlose Übertreibung ist. Es ist nach meiner Ansicht in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln erheblich besser geworden. Gegenüber dem Zustande, wie er (C) im letzten Jahre unserer Kriegswirtschaft gewesen ist, darf ich wohl mit Fug und Recht behaupten: es ist erheblich besser geworden. Wenn es uns möglich sein wird, durch eine etwas größere Steigerung unserer Ausfuhr eine große Zahl von Devisen in die Hand zu bekommen und so unsere Zahlungsbilanz zu verbessern, dann wird es keinerlei Schwierigkeiten bereiten, größere Bestände in dem Auslande anzukaufen, um unsere Lebensmittelversorgung im Inlande zu heben.

Ich nehme dabei auch Gelegenheit, auf einen Vorgang erfreulicher Art hinzuweisen. In Amerika macht sich eine starke Bewegung geltend, die darauf hinausgeht, uns durch **freiwillige Sammlungen Liebesgaben** in Form von **Nahrungsmitteln** zur Verfügung zu stellen. Es sind bereits einige Sendungen eingetroffen, und auch das übrige Ausland hat sich an solchen Bemühungen beteiligt. Wir bekommen auch in neuerer Zeit wiederholt größere Sendungen, die an Hilfsbedürftige und Notleidende verteilt werden. Ich darf bei dieser Gelegenheit den Spendern für dieses menschenfreundliche Werk unseren herzlichsten Dank aussprechen.

(Allseitiges Bravo.)

Meine Damen und Herren! Nun zur Lage von **Handel und Industrie!** Da möchte ich zunächst einen meiner Ansicht nach sehr interessanten Überblick über unsere **Ein- und Ausfuhr** im ersten halben Jahre an Hand unserer bisherigen statistischen Ergebnisse geben. Es wird sich dabei zeigen, ob das trübe Bild, das vielfach in der deutschen Presse und auch sonst in einigen Kreisen unserer Bevölkerung vorhanden ist, eine Stütze in dem gegenwärtigen Stande unserer Ein- und Ausfuhr findet. Im Januar betrug unsere **Einfuhr** 1 997 000 Doppelzentner; sie stieg im Juli auf 12 976 000 Doppelzentner, im Werte von 140 Millionen Mark auf 2 Milliarden und 1 Million (D) Mark. Im August, wo mir nur die Zahlen über den Wert zur Verfügung stehen, ist die Ausfuhr abermals gestiegen, und zwar erreicht sie die Summe von 2 Milliarden 162 Millionen. Vergleiche ich nun diese Ziffern mit dem Friedensstande, so ergibt sich folgendes. Im Juli 1913 hatten wir eine Einfuhr in Deutschland von 69 377 000 Doppelzentnern im Werte von rund 931 Millionen. Es ergibt sich also, daß wir gegenwärtig erst ungefähr ein Fünftel der Einfuhr in der Friedenszeit erreicht haben, daß aber die Summe an Werten, die wir aufzubringen haben, bereits über 100 Prozent größer ist als während des Friedens.

(Hört! hört!)

Das ist ein Beweis dafür, welche ungeheure Preissteigerung eingetreten ist.

In der **Ausfuhr** gestaltet sich das Bild umgekehrt. Wir hatten im Januar eine Ausfuhr von 3 342 000 Doppelzentnern im Werte von 156 Millionen, also eigentlich in diesem Zeitraume eine aktive Handelsbilanz. Dieses Bild änderte sich aber im Juli, wo wir unsere Ausfuhr auf 9 428 000 Doppelzentner im Werte von 563 700 000 steigerten. Im August, für welchen Monat mir nur die Wertzahlen zur Verfügung stehen, ist die Ausfuhr bereits auf 733 Millionen gestiegen. Es ergibt sich also, daß in diesem halben Jahre die Steigerung in der Ausfuhr enorm zugenommen hat, und daß alle Behauptungen, wir kämen mit unserem Wirtschaftsleben nicht voran, unsere Ausfuhr befände sich immer noch in einem außerordentlich schlechten Zustande, als unrichtig bezeichnet werden müssen. Dabei kommt in Betracht, was ich hier gleich unterstreichen möchte, daß alle diese Zahlen amtliche Zahlen sind, daß alles das, was sonst noch im Westen an Ein- und Ausfuhr durchgegangen ist, in diesen Zahlen nicht enthalten ist. Aber auch hier wird es sich sicherlich um

(**Schmidt,** Reichswirtschaftsminister.)

(A) nicht unbedeutende und nicht unerhebliche Summen handeln.

(Sehr wahr!)

Vergleiche ich nun diese Zahlen mit denen vom Jahre 1913, so ergibt sich für den Juli 1913 eine Ausfuhr von 62575000 Doppelzentnern im Werte von 860,7 Millionen Mark. Während also die Ausfuhr erst ein Sechstel der Friedensquote erreicht, ist die Wertsumme auf 65 Prozent des Anteils von 1913 gestiegen. Die letzte Ziffer für August gibt nahezu eine Annäherung der Wertsumme an die der Friedenszeit. Ein Sechstel der Ausfuhr erreicht bereits die Wertsumme der Friedenszeit. Vielleicht kann man an diesen Zahlen gemessen doch dem Einwand begegnen, daß die Industrie allzu billig nach dem Ausland verkauft. Es erscheint mir, daß hier an diesen Zahlen gemessen die richtige Wertschätzung eingetreten ist. Die Zahlen geben aber auch die Erklärung für den ungünstigen Stand unserer Valuta.

Ich habe im Reichswirtschaftsministerium versucht, neben der Lebensmitteleinfuhr auch möglichst die **Rohstoffeinfuhr** zu begünstigen. Hier bestehen natürlich sehr große Schwierigkeiten. Die Hoffnungen auf die Möglichkeit der Ausnutzung der Kredite seitens des Handels und der Industrie durch die Freigabe der Ein- und Ausfuhr sind nicht in vollem Maße in die Erscheinung getreten, obwohl es auch nicht richtig ist, zu behaupten, daß sie ganz fehlgeschlagen seien. Es sind eine Reihe von Abschlüssen durch private Kredite getätigt worden, die uns Rohstoffe und auch Lebensmittel in umfangreichem Maße hereinbrachten. Aber das Hauptkontingent unserer Einfuhr wird immer durch staatliche Unterstützung ins Land geholt werden müssen. Die Bemühungen, durch größere Kredite die Rohstoffe zu finanzieren, werden mit allem Eifer fortgesetzt, und ich hoffe, daß wir in der weiteren Folge zu besseren und günstigeren Abschlüssen kommen, als wir sie

(B) bisher tätigen konnten. Es soll möglichst vom Reichswirtschaftsministerium der Grundsatz angewandt werden, daß wir in der Rohstoffeinfuhr, soweit das irgendwie möglich ist, eine freie Betätigung bekommen und die Rohstoffeinfuhr von aller Kontrolle freimachen. Ich halte es für notwendig, wo man auch nur einigermaßen, sei es staatliche oder private, Aufsicht entbehren kann, dies zu tun, allerdings mit der Maßgabe, daß eine solche Freigabe gegenüber den Konsumenten nicht zu schwere Anforderungen stellt und man nicht, was man auf der einen Seite gewinnt, auf der anderen Seite reichlich verliert. Es sind fernerhin Bemühungen dahin im Gange, auch die Ausfuhr derjenigen Fabrikate freizugeben, die für den inneren Bedarf, den inneren Konsum entbehrt werden können. Beschränkt bleiben muß die Ausfuhr anderer sehr notwendiger Bedarfsartikel, die wir im Inland behalten müssen in Rücksicht auf die Gesamtlage der Bevölkerung.

Die Klage, daß wir **zu billig nach dem Ausland verkaufen,** tritt aber doch immer wieder auf. Man braucht nur die Schweizer Presse zu lesen und auch andere handelspolitische Äußerungen im Ausland sich zu vergegenwärtigen. Man wird sich dann darüber keinem Zweifel hingeben, daß im Ausland ein starker Unwille darüber vorhanden ist, daß gewisse Waren viel zu billig nach dem Ausland abgegeben werden und dort eine sehr unsolide Konkurrenz herbeiführen. Nach den vielen Klagen und Androhungen aus dem Ausland muß erwogen werden, ob nicht einzelne Industrien eine Preiskontrolle einführen müssen. Es muß mit diesen Industrien Rücksprache genommen werden, wie und in welcher Weise diese Organisation in die Wege geleitet werden kann. Ich will hierbei den betreffenden Industrien möglichst die Selbstverwaltung gewähren, wie wir es unter anderem in der Kleineisenindustrie und der chemischen Industrie bereits durchgeführt haben.

Die **Preistreibereien** auf einigen Gebieten des Warenmarktes, der **Ketten-**, der **Schieberhandel** nötigen uns, (C) besondere Maßnahmen zu ergreifen. Es wird dem Hause in nächster Zeit eine Vorlage zugehen, die die Strafen erhöht und die ein prozessuales Verfahren einführt, das das Vergehen schnell zur Aburteilung bringt. Wir wollen, von dem ordentlichen Rechtsweg abzweigend, besondere Gerichte schaffen, die ein schnelles Verfahren einleiten, damit diese Fälle nicht mehr dem langwierigen Prozeßverfahren anheimfallen,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die Frage der **ungeregelten Ein- und Ausfuhr im Westen** wird wahrscheinlich wieder von den Vertretern der einzelnen Parteien in die Erörterung gezogen werden. Ich kann nur sagen, daß im Reichswirtschaftsministerium dieser Zustand außerordentlich bedauert wird, daß wir jetzt Maßnahmen getroffen haben, um eine Organisation der Kontrolle durchzuführen, die die planlose Ein- und Ausfuhr, die ungeregelte Ein- und Ausfuhr von Waren beseitigt. Eine Besserung ist bereits gegenwärtig eingetreten.

Bei der Entente haben wir leider ein Eingehen auf unsere Wünsche nicht gefunden, die darauf hinausgehen, eine Regelung an der Zollgrenze über die Ein- und Ausfuhr vorzunehmen.

(Hört! hört!)

Wir müssen deshalb leider gezwungenermaßen diesen freien Verkehr, der unsere ganze Organisation in der Verteilung vollständig über den Haufen wirft, nunmehr auf anderem Wege und mit anderen Maßnahmen unterbinden.

Ein weiterer Übelstand ist der, daß wir durch den Eingriff der Entente genötigt sind, die **Goldzölle an der Westgrenze** nicht zu erheben, sondern daß es dem Handel erlaubt ist, die Zölle in Papier zu zahlen. Dieser Zustand ist für die Dauer unerträglich; er zertrümmert unsere (D) Handelsbeziehungen und stört unsere Handelswege. Ich glaube versichern zu können, daß die Regierung in der nächsten Zeit unzweifelhaft diesen Zustand beseitigen wird, sei es durch Verhandlungen mit der Entente, sei es auf anderem Wege, wenn wir da nicht zu einer Verständigung kommen. Eine Änderung muß jedenfalls im Interesse des Handels und unserer Industrie eintreten.

Die **Rohstoffversorgung** zeigt in einigen Industrien bereits Besserung. Nur für die **Textilindustrie** türmen sich große Hemmnisse auf, die schwer beseitigt werden können und für diese Industrie eine gewisse Gefahr bieten, weil die heimische Rohstoffversorgung gegenüber dem Gesamtbedarf dieser Industrie sehr gering zu bewerten ist.

Aber alle diese Klagen treten gegenüber dem großen Bedrängnis zurück, das uns die **Kohlennot** und die **Kohlenversorgung** leider auferlegt. Der Ernst unserer Kohlenversorgung wird im Reichswirtschaftsministerium nicht verkannt. Wir bemühen uns unausgesetzt, alle Mittel in Anwendung zu bringen, die geeignet sind, die Produktion zu steigern. Wir sind bemüht, Eingriffe da vorzunehmen, wo durch technisch rückständige Einrichtungen die volle Leistungsfähigkeit des bergmännischen Betriebes nicht gewährleistet ist. Wir haben in letzter Zeit die Erhöhung der Belegschaften überall da betrieben und begünstigt, wo es nur möglich ist, noch eine größere Zahl von Arbeitern einzustellen. Das scheint mir unmittelbar die einzige Möglichkeit, die Produktion im Bergbau zu erhöhen. Die organisatorischen Einrichtungen, um diese Aufgaben zu lösen, sind getroffen. Die Steigerung der Produktion hat auch im Bergbau in den letzten Monaten angehalten. Wir haben im August bereits im Steinkohlenbergbau eine Steigerung der Produktion, die bis zu 66 Prozent der Friedensleistung hinaufgegangen ist, während die Produktion zum Teil schon auf 50 Prozent gesunken war.

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) In der Braunkohlenproduktion haben wir nahezu die Friedensleistung erreicht. Einige Betriebe sind sogar schon über die Friedensleistungen hinausgegangen. Auch da wird weiter versucht, mit sehr wirksamen Mitteln die Belegschaften gerade im Braunkohlenbezirk zu erhöhen.

Hindernd treten uns in der ganzen Kohlenversorgung die **Transportschwierigkeiten** in den Weg. Wenn wir die Transportschwierigkeiten nicht heben können, so haben wir für absehbare Zeit keine Möglichkeit, eine Besserung in unserer Kohlenversorgung herbeizuführen. Ich möchte deshalb auch die Bitte an Sie richten, wenn wir dazu greifen müssen, den gesamten Eisenbahnbetrieb im Personenverkehr für eine Zeit lang still zu legen, dieses unangenehme Mittel mit in Kauf zu nehmen gegenüber der großen Bedeutung, die ein geregelter Güterverkehr, die Versorgung mit Lebensmitteln und mit Kohle hat.

Wir haben versucht, auch gerade im Bergbau die **Wohnungsfrage für die Bergarbeiter** zu lösen. Vom Reichsschatzamt ist uns sämtliches vorhandene Material an Baracken zur Verfügung gestellt worden. Dieses Material wird von uns in Anspruch genommen und ausgebaut, sodaß es soweit bewohnbar ist, um eine größere Anzahl von Arbeitern aufzunehmen. Denn die Wohnungsfrage spielt eine nicht unbedeutende Rolle bei der Steigerung der Belegschaft. Wir haben bisher für die Steinkohlenbergbaubezirke 200 Baracken in Anspruch genommen, für den Braunkohlenbezirk sind 45 Baracken aufgestellt, und 24 Baracken sind an Arbeitergenossenschaften in Betrieb gegeben. Das sind insgesamt 269 Baracken, von denen jede 50 bis 60 Mann beherbergen kann. Auf Grund dieser Barackenaufstellung ergibt sich also eine Vergrößerung der Belegschaft um 13- bis 14000 Mann. Wenn das für die Gesamtheit natürlich auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, so ist es immerhin vorläufig schon ein Mittel, wie wir den gesteigerten (B) Ansprüchen einer höheren Arbeiterzahl entgegenkommen können und auf der anderen Seite auch die Wohnungsfrage regeln, wenn auch freilich in dürftiger und vielleicht ungenügender Weise. Aber andere Mittel stehen uns augenblicklich nicht zur Verfügung.

Mir ist berichtet worden, daß gerade die **Genossenschaftsorganisation**, die ich sehr begrüße, erfreuliche Fortschritte macht, daß bei den Arbeitern eine Befriedigung über diese Einrichtung ausgelöst ist, die als Genossenschaftler diesen gemeinsamen Bau und die Bewirtschaftung der Baracken übernommen haben. Die Bedeutung der Genossenschaft wollen wir uns auch ferner zunutze machen, indem wir für die Bergarbeiter eine eigene Art der Organisation für die Herbeiführung eines Eigenheims ins Leben rufen. Der Nationalversammlung wird darüber eine Vorlage zugehen. Die Vorlage soll eine Organisation schaffen, die, auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut, den Arbeitern ein gewisses Mitbestimmungsrecht in der Wohnungsfürsorge gewährt und die Grundlage dafür schafft, daß den Bergarbeitern durch den Bau von Eigenheimen eine besondere Vergünstigung gewährt wird. Es sind sehr große Ansprüche, die damit an die Finanzverwaltung gestellt werden. Wir wollen die Kosten nicht aus Staatsmitteln aufbringen, sondern glauben, daß wir mit einem verhältnismäßig kleinen Aufschlage auf den Kohlenpreis diese Aufgabe lösen können und den Bergarbeitern damit eine ganz besondere soziale Fürsorge angedeihen lassen. Die Bergarbeiter werden daraus erkennen, daß wir ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben zu würdigen wissen, daß wir ihnen eine besondere Fürsorge angedeihen lassen, ein Vorrecht gegenüber allen anderen Berufsschichten. Wir dürfen nunmehr aber auch erwarten, daß eine Beruhigung in der Bergarbeiterschaft eintritt,

(sehr richtig! rechts)

(C) daß sie sich nicht als Werkzeug der politischen Agitation der Kommunisten oder Spartakisten gebrauchen lassen, daß vielmehr die Leistungen des Bergbaus wieder zunehmen und ihre alte Höhe erreichen, ein Fortschritt, der dringend notwendig ist für den wirtschaftlichen Aufbau und die gesamte Bevölkerung.

(Sehr richtig! rechts.)

Auf die Lage der einzelnen Industrien einzugehen, bitte ich mir zu erlassen. Das würde zu weit führen. Ich glaube, für das Aufwärts unserer Industrie sind die Aussichten nicht so trübe, wie vielfach angenommen wird. Wenn wir die Industrie mit genügend Kohlen versorgen könnten, würde ich mit großer Ruhe der kommenden Entwicklung entgegensehen. Alles andere tritt in diesem Augenblicke zurück. Im Hinblick auf diese Lage muß allerdings auch die Regierung alle Versuche, die Bergwerksbetriebe lahmzulegen und große Kraftstationen außer Betrieb zu setzen, mit aller Entschiedenheit verhindern.

(Bravo!)

Die Arbeiter werden bei ihren Forderungen die Vermittlung der Regierung jederzeit zur Seite haben. Aber ablehnend wird sie sich allen Forderungen gegenüber stellen, wenn aus politischen Gründen von einer Partei der Streik als Pressionsmittel benutzt wird.

Die Grundlage der Volkswirtschaft erschüttern heißt: das demokratische Staatswesen in Gefahr bringen. Leben und Wohlergehen des Volkes darf nicht unter Mißbrauch der politischen Freiheit, sei es aus politischem Unverstand oder überspanntem Machtbewußtsein, dem Begehren von Leuten ausgeliefert werden, die den Blick für die Gesamtinteressen eines Volkes verloren haben.

(Sehr richtig!)

So, glaube ich, braucht man für die Zukunft, wenn wir hoffentlich Verständnis in der Arbeiterschaft finden, die Aussichten nicht so trübe malen, wie es hie und da in (D) die Erscheinung tritt. Ich glaube, wir können mit einer gewissen Hoffnung, daß es gelingen wird, beim Wiederaufbau bald schon einen Erfolg wahrzunehmen, an die Sache herantreten.

Ich darf in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, wie viel **günstiger im Auslande unsere Situation betrachtet** wird als im Inlande. Mir ist es interessant, daß in dem „Economist", einem englischen Handelsblatte, vor kurzem folgendes über unsere wirtschaftliche Lage zu verzeichnen war:

> Ohne viel Zeit zu verlieren — heißt es da — haben sich die Deutschen mit gewohnter Elastizität an die kolossale Aufgabe herangemacht, ihre durch den Krieg zerrütteten Industrien wieder aufzubauen. Der Umstand, daß auf der Leipziger Messe, die von mehr als 7000 ausländischen Käufern besucht war, nicht weniger als 10000 deutsche Aussteller vertreten waren, ist ein glänzendes Zeugnis für die Tatkraft und Energie, mit der man die Wiederinstandsetzung der Wirtschaftsmaschine in die Hand nimmt. Daß die deutschen Firmen ihr bestes zu einer reichen Beschickung der Ausstellung getan haben, ließ sich auf den ersten Blick erkennen.

In einem anderen Artikel sagt dasselbe Blatt folgendes Bemerkenswerte:

> Bevor Deutschland sich nicht erholt hat, kann Europa nicht genesen, und bis Europa sich nicht erholt hat, wird England vieles entbehren müssen, das es zu kaufen wünscht, und es wird vergebens nach Märkten suchen, in denen es seine Ware absetzen kann. Das englische Volk lernt allmählich die härteste Lektion, die es je zu erlernen hatte, daß ein reiches Deutschland besser für es ist,

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) als ein armes Deutschland und daß ein Deutschland, das von England kauft und an England verkauft, dem Lande keinen Schaden zufügt, sondern ihm eine Wohltat erweist.

Das ist eine ruhige, sachliche Würdigung unserer gegenwärtigen Verhältnisse in Europa und des Standes unserer Beziehungen, wie sie zwischen England und Deutschland notwendig sind. Ich wünschte, daß diese Auffassung Allgemeingut der englischen Regierung und des englischen Volkes würde.

Nun lassen Sie mich noch zum Schluß auf einige kritische Bemerkungen, die der **Minister Loucheur** in der französischen Kammer in der Sitzung vom 11. September machte, eingehen. Über unsere **Entwicklungsfähigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete** bemerkte der französische Minister, daß die Anlage des Deutschen, seine Arbeitslust und Arbeitskraft, die Kühnheit seiner Ideen, seine schöpferischen und organisatorischen Fähigkeiten sich durch den Krieg und die politische Umwälzung nicht vermindert haben. Sie werden durch die Not, in der sich Deutschland jetzt befindet, nach Überwindung einer Schwächeperiode nur noch verstärkt werden. Diese Äußerung halte ich für sehr beachtlich. Wenn der Minister Loucheur diese günstige Perspektive über die wirtschaftliche Kraftentwicklung auch in erster Linie zu dem Zwecke formuliert, um seinen Zuhörern die Hoffnung beizubringen, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage voll erfüllen kann, so enthält sie dennoch einen berechtigten Kern. Es mehren sich die Zeichen, daß der Gesundungsprozeß im Zunehmen begriffen ist. Aber wir werden uns darüber klar sein müssen, daß wir zu einer Einfachheit der Ansprüche zurückkehren müssen; denn nur so können wir die uns auferlegten Lasten tragen. Minister Loucheur nimmt fernerhin an, daß wir sehr bald unter der Ausschaltung des Saargebiets und Oberschlesiens eine Förderung von 300 bis (B) 350 Millionen Tonnen Steinkohlen und Braunkohlen erreichen. Davon könnten nach der Berechnung des Herrn Ministers Loucheur wir jährlich 80 Millionen abgeben zu einem Werte von $4^1/_2$ Milliarden, die er natürlich für Entschädigungen an die Entente verwenden zu können glaubt. Ich glaube, hier geht die Rechnung allerdings ganz trügerischen Hoffnungen nach. Unsere Produktion in der Kohlenförderung steigt, das ist klar. Es besteht auch gar kein Zweifel darüber, daß wir genötigt sein werden, für die kommenden Jahre neue Kohlengebiete aufzuschließen. Aber das wird lange Zeit in Anspruch nehmen, und ich sehe nicht die Möglichkeit der Abschätzung, wenn wir zu 300 bis 350 Millionen Tonnen Steinkohlen- und Braunkohlenförderung kommen sollen. Das ist eine Perspektive, die für absehbare Zeit ganz ausgeschlossen ist. Ob sie jemals erreicht wird, stelle ich sehr in Frage. Ich möchte doch den Herrn dort drüben bitten, auch seinerseits den Tatsachen ruhig ins Gesicht zu sehen. Wird uns die Kohle nicht in dem Ausmaß überlassen, wie es für die Entwicklung der Industrie erforderlich ist — wir leiden gegenwärtig ja schon ungeheuer schwer unter diesen Störungen —, so wird unsere Leistung Frankreich gegenüber in Frage gestellt.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Daran ändern alle Zwangsmittel nichts, die gegen uns angewendet werden; im Gegenteil, das Übel wird nur für beide Teile schlimmer.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Ich vermag auch nicht die Meinung des Herrn Loucheur zu teilen, daß wir sehr bald zu einer **aktiven Handelsbilanz** kommen, die uns gestattet, jährlich 18 Milliarden Mark an Frankreich zu zahlen. Auch hier wird Frankreich genötigt sein, sehr bald zu erkennen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung diesen Aufschwung nicht nimmt und nicht nehmen kann. Aber ich frage mich: sollte es nicht ratsam sein, eine Wert- (C) schätzung zu gewinnen, die es ermöglicht, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in den Grenzen des Könnens zu halten und damit die Hilfeleistung Frankreich gegenüber vielleicht unmittelbar etwas geringer, aber auf die Dauer wertvoller zu gestalten? Greift Frankreich, in nervöser Hast auf seine Macht pochend, in den Aufbau Deutschlands ein, so zertrümmert es und schädigt es nicht nur uns, sondern auch die eigene Volkswirtschaft. Beide Völker zusammen werden die geistige Regsamkeit erlangen, um die Kräfte zum Wiederaufbau entwickeln zu können, und es wäre verderblich für beide, wenn das siegreiche, aber finanziell und wirtschaftlich geschwächte Frankreich auf das zum Krüppel geschlagene Deutschland sich stützen wollte. Die Stütze versagt; Deutschland kann nicht das leisten, was man ihm zumutet, noch dazu, wenn man fortfährt, Deutschland so zu behandeln, wie es jetzt wieder bei der **Sperre der Ostsee** geschieht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Was ist die Folge? — Wir müssen die teuren Frachten an ausländische Reedereien bezahlen, unsere Schiffahrt ist lahmgelegt auch in ihrem geringen Bestand, den sie gegenwärtig noch hat. Selbst die zahlreichen kleinen Fischerboote können ihrem Erwerb nicht nachgehen. Glaubt Frankreich und die Entente, daß sich diese harte Maßnahme zu seinem Nutzen auswirken könnte? Wir haben die Hungerblockade, bald in schwächerer, bald in verschärfter Form nun fünf Jahre ertragen müssen. Man hat unserem Volk schwere Schäden zugefügt, die auf Generationen hinaus nicht wieder gutzumachen sind. Sollte nun nicht endlich einmal auch auf der Gegenseite die Einsicht zum Durchbruch kommen, daß es genug ist mit dem Hantieren eines Druckmittels, das nur Haß und Erbitterung auslösen muß? Wir brauchen für die kommende Zeit eine ruhige Entwicklung im Innern und ein erträgliches Verhältnis nach dem Ausland. Wer da glaubt, (D) daß die Lasten des Krieges auf die Schultern nur eines Volkes gelegt werden können, wird bald seinen Irrtum einsehen. Ein gegenseitiges Verstehen, ein gerechtes Einschätzen des Könnens wird uns in Europa wieder auf die ehemalige Kulturhöhe bringen, die uns durch den Krieg verloren gegangen ist. Das ist unsere Aufgabe, dem müssen wir zustreben.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Löbe**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dem Mahnruf, mit dem der Herr Minister soeben seine Ausführungen beendet hat, schließen auch wir uns an, nämlich dem Mahnruf an die gegnerischen Regierungen, den Bogen nicht zu überspannen und uns die Bewegungsfreiheit zu geben, die wir unbedingt haben müssen, um unser Wirtschaftsleben von neuem aufbauen zu können.

Aus der Rede des Herrn Ministers hören wir auch einen Mahnruf an unser eigenes Volk. Der Herr Minister hat manches hervorgehoben, was uns günstige Aussichten für die nächste Zukunft eröffnet. Aber er hat uns auch soviel Bedenkliches, soviel Zweifelhaftes und soviel Sorgenvolles vorgeführt, daß es uns klar sein muß: wir gehen noch sehr schweren Zeiten entgegen, denen wir nur dann gewachsen sein werden, wenn alle Kräfte unseres Volkes mit Erfolg in der richtigen Weise eingesetzt werden. Daher müssen wir uns von dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit mahnend gegen die Bestrebungen wenden, die, wenn sie weiter Erfolg haben, jede Aussicht auf eine Verbesserung unseres Wirtschaftslebens abschneiden werden, Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die alte Ausbeutung des gesamten

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) Volkes durch einen kleinen Kreis reicher, mächtiger, einflußreicher Leute wiederherzustellen.

Wir hören immer wieder das Geschrei: weg mit den letzten Resten der bisherigen Zwangswirtschaft, unbedingte **Wiederherstellung des freien Handels,** der Freiheit des Verkehrs. Es wird uns als unumstößliche Lehre der Volkswirtschaft vorgetragen, daß wir erst dann die Bahn für eine segensreiche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens freigemacht haben, wenn wir unsere Preise den Weltmarktpreisen genähert haben; alles andere müsse in Kauf genommen werden. Wir haben aber, meine Damen und Herren, doch schon in einer ganzen Reihe von Fällen die Erfahrung gemacht, daß mit der Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen andere schwere Mißstände sich herausbilden. Wir sehen überall, wo die Zwangswirtschaft aufgehoben wird, eine **Preissteigerung** eintreten, die, wenn sie so weiter geht, unerträglich für unser Volk wird und schließlich zum Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft führen muß.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie verlangen, daß selbst für die notwendigsten Lebensmittel, für Brot, Getreide, Kartoffeln, Fleisch der freie Verkehr wiederhergestellt wird.

(Zuruf.)

— Sie bestätigen, die Preise sollen so weit erhöht werden, daß sie den **Weltmarktpreisen** gleichkommen. Wenn Sie das aber durchführen, dann haben wir den Zusammenbruch unserer Wirtschaft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Preis für das $4^1/_2$pfündige Brot würde sich dann von 1,95 Mark auf 11,25 Mark und noch mehr erhöhen, der Kartoffelpreis pro Zentner auf 10, vielleicht 20 Mark und noch mehr. — Sie nicken mir zu, ja Ihnen mag das passen, aber glauben Sie, daß das arbeitende Volk sich diese Ausbeutung gefallen lassen wird? Das (B) Volk würde das nicht aushalten, und es würden dadurch von neuem schwere Unruhen entstehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

— Sie mögen lachen, vielleicht vergeht Ihnen das Lachen schneller, als Sie glauben. Sie haben unsere Mahnung verlacht, die wir vor der Revolution an Sie gerichtet haben, und verlachen nun weiter unsere Mahnungen.

(Abgeordneter D. Mumm: Sie sprechen mit dem Zentrum, Herr Kollege!)

— Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen; ich spreche zu den Kollegen, die dafür eintreten, daß alle Preisschranken beseitigt werden, ganz gleich, ob das Volk das ertragen kann oder nicht. Die Leute, die dafür eintreten, sind besonders häufig in Ihren Kreisen, werter Herr Kollege. Also, was ich sage, gilt für alle die, die solche unerhörten Forderungen aufstellen. Wir haben schon jetzt eine große Preissteigerung. Ziehen Sie daraus auch die notwendige Schlußfolgerung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten? Wenn jetzt die Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen stellen, dann rufen dieselben Herren, die für die hohen Warenpreise sind: „Mit den fortwährenden Lohnforderungen und Streiks wird das ganze Volk zugrunde gerichtet!“ Das ist doch aber die naturgemäße Folge: wenn die Lebensmittelpreise immer weiter steigen, dann müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit immer neuen Lohnforderungen kommen.

Wir müssen auch die Valutaverhältnisse berücksichtigen. Wenn wir heute die Lebensmittelpreise im eigenen Lande den Preisen im Auslande anpassen, dann bekommen wir weitere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens, die Valuta sinkt noch tiefer, und dann sind wir wieder nicht im gleichen Schritt mit den Auslandspreisen und müssen unsere Preise wiederum erhöhen. Und so geht es weiter und weiter. Wie weit soll dieser Wahnsinn getrieben werden? Nein, so geht es nicht. Wenn wir (C) nicht Bankrottwirtschaft treiben, sondern aus diesen traurigen Verhältnissen herauskommen wollen, müssen wir vorsichtig jede Maßnahme überlegen: was ist unter den gegebenen Verhältnissen das beste? Sie mögen eine Politik einschlagen, welche Sie wollen: Mißstände, schwere Mißstände werden wir niemals vermeiden können. Denn der Kern des Übels sitzt nicht in dieser oder jener Politik, sondern darin, daß wir nicht soviel Lebensmittel und Rohstoffe haben, wie wir brauchen. Keiner von uns sieht in der Zwangswirtschaft das, was wir erstreben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Aber ebensowenig kann durch die wahllose Aufhebung der Zwangswirtschaft jetzt das Beste mit einem Schlage erreicht werden. In weiten Kreisen wird und muß verlangt werden, daß alles geschieht, um allmählich aus diesen Verhältnissen herauszukommen; und dort, wo irgendeine vernünftige Grundlage für einen neuen Aufbau erhalten werden kann, muß alles darangesetzt werden, um dies zu tun. In den fortwährenden Preissteigerungen haben wir nur die Maßnahmen, die gewissen besitzenden Kreisen Gelegenheit geben, das Volk immer mehr auszubeuten und große Konjunkturgewinne zu erzielen. Das ist ja das Bild unserer Zeit: auf der einen Seite die große Masse des darbenden, hungernden Volkes und auf der anderen Seite das kleine Häuflein derer, die aus der Not unseres Volkes die ungeheuerlichsten Gewinne herausziehen.

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daß dieses Schmarotzertum, das Wucher- und das Schieberwesen beseitigt werden, daß mit aller Kraft hier eingegriffen wird, das verlangt mit Recht die große Masse des arbeitenden Volkes. Und wehe Ihnen, gerade auch Ihnen von der besitzenden Klasse, wenn bei der großen Masse des Volkes die Überzeugung zum Durchbruch kommt, daß wir nicht daran denken, gegen diese Kreise (D) vorzugehen, sondern vielmehr alles tun, um der Ausbeutung des Volkes immer mehr Boden zu geben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folge davon wären neue innere blutige Kämpfe, ein neuer Bürgerkrieg, der völlige, nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Zusammenbruch unseres Volkes.

Auf der andern Seite sind wir uns klar darüber, daß die jetzige **Zwangswirtschaft** nicht auf allen Gebieten aufrechterhalten werden kann. Man kann nicht mit Zwang alles durchsetzen. Man kann nicht mit Zwang dem Wirtschaftsleben ein anderes Gesicht geben, als es den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der Zwang kann nur zum Ausgleich dienen, nur hier und dort zugeben und abnehmen; aber die Grundlage der gesamten Wirtschaft muß sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben. Wer sich darüber beschwert, daß nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Preissteigerung auf so vielen Gebieten eingesetzt hat, darf die Schuld nicht einzig und allein dem zumessen, daß die Einschränkungen beseitigt worden sind, sondern er muß zunächst untersuchen, ob die Einschränkungen aufrecht zu erhalten waren. Wenn wir jetzt in neuester Zeit die Erscheinungen auf dem Ledermarkt und auf dem Hafermarkt betrachten, so muß zugestanden werden: es war vorauszusehen, daß die Preise steigen würden. Wenn man trotzdem glaubte, zu den Maßnahmen greifen zu müssen, so geschah es aus der Überzeugung, daß die Zwangswirtschaft nicht mehr durchführbar war.

Die Aufrechterhaltung einer Zwangswirtschaft, soweit sie sich ihrer inneren Natur nach als unmöglich erweist, führt — von allem anderen abgesehen — zu einer unerträglichen **Korruption.** Man hat verlangt, daß die Durchführung der Zwangswirtschaft durch Androhung möglichst hoher Strafen gesichert werde. Aber die Wirt-

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) schaftsgeschichte lehrt uns, daß in solchen Verhältnissen hohe Strafen versagen. Sobald der Schieber und Wucherer größeren Gefahren ausgesetzt ist, steigen die Schieber- und Wucherpreise. Je mehr der Wucherer und Schieber verdienen kann, um so größere Mittel wendet er an, die maßgebenden Beamten zu bestechen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

desto häufiger erliegen diese Leute dann der Versuchung. Tatsächlich sehen wir jetzt auch bei uns, wie überall, wo man sich schärfster Zwangsmittel bedient, um eine an sich unhaltbare Zwangswirtschaft gleichwohl durchzuführen, die Korruption beständig weiter um sich greifen. Daher bleibt, will man der Korruption Herr werden, nichts anderes übrig, als die Zwangswirtschaft möglichst schnell überall dort zu beseitigen, wo sie nicht haltbar ist.

Dagegen muß sie aufrechterhalten werden, wo sie zum Schutze unseres Volkes nicht entbehrt werden kann. Wenn wir sie auf diese Gebiete beschränken, dann finden wir auch die Kraft im Volke, um der Korruption gegenüber die erlassenen Zwangsbestimmungen durchzusetzen.

Aus diesen Erwägungen heraus komme ich zu der Forderung, daß wir die Zwangswirtschaft bei den wichtigsten Rohstoffen und bei den unentbehrlichsten Lebensmitteln aufrechterhalten. Bei den Rohstoffen denke ich vor allen Dingen an die Kohle, bei den Lebensmitteln an Brotkorn, Kartoffeln, Fett und Fleisch. Hier müßten wir ohne die Zwangswirtschaft zugrundegehen. Im übrigen aber ist darauf Bedacht zu nehmen, tunlichst Erleichterungen aller Art zu schaffen und dem freien wirtschaftlichen Verkehr die nötige Bewegungsfreiheit einzuräumen.

Deshalb begrüße ich die Erklärung des Herrn Ministers, daß er daran denkt, die **Einfuhr der Rohstoffe** für die Industrie im allgemeinen freizugeben. Dabei setze ich als selbstverständlich voraus — auch der Herr Minister hat es, wenn ich nicht irre, angedeutet —, daß (B) wir einen scharfen Unterschied machen zwischen den Gewerben, die notwendige Gebrauchsgegenstände herstellen, und denjenigen, die Luxuswaren erzeugen. Die Herstellung von Luxuswaren zu verhindern, muß versucht werden. Wir müssen unsere Kraft daran setzen, daß vor allem das hergestellt wird, was für das Volk notwendig ist.

Ebenso müssen wir bezüglich der Einfuhr verfahren. Gegenstände, deren wir für die Industrie oder zum Verbrauch für die einheimische Bevölkerung bedürfen, müssen für die Einfuhr freigegeben werden; dagegen soll die **Einfuhr von Luxusgegenständen** zu verhindern versucht werden. Ich denke hier an die Vorgänge bei der Einfuhr von Zigaretten. Sachverständige erklären mir, daß bereits Zigaretten im Werte von 3 bis 4 Milliarden Mark eingeführt worden sind. Dem müssen wir entgegentreten; und ich glaube, daß das auch erreicht werden kann.

Wo die Regierung glaubt, eingreifen zu müssen, soll sie es mit aller Kraft und mit allem Nachdruck tun. Gerade weil es in der gegenwärtigen Zeit unendlich schwer ist, mit Maßnahmen zum Wohle der Gesamtheit durchzudringen, müssen wir darauf Wert legen, daß die Regierung dort mit starker Hand eingreift, wo es notwendig ist. Heute geht durch unsere Zeit ein Zug, der schon vor der Revolution, schon vor dem Kriege vorhanden gewesen ist, der aber jetzt stärker und schamloser als je hervortritt: der Zug uneingeschränkter Selbstsucht. Die Forderung: ich will für mich selbst sorgen, dann ist auch für die Gesamtheit am besten gesorgt, beherrscht heute unser ganzes Leben. Demgegenüber bleibt als einziger Ausweg der **Sozialismus**, damit nicht der einzelne verlangen kann, ihm soll alles freistehen, dann werde die Gesamtheit gedeihen; sondern umgekehrt, alle Kräfte müssen in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden, dann wird auch der einzelne am besten wegkommen.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns (C) darüber klar sein, daß, um dieses durchzuführen, die Kraft nicht bei der Regierung allein liegt, sondern beim Volke.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nur wenn die Regierung die große Masse des Volkes hinter sich hat, kann sie die Kraft einsetzen, die sie braucht, um das Gesamtwohl zu fördern. Hier haben alle Kreise des arbeitenden Volkes mitzuwirken. Sie haben ihre ganze Kraft einzusetzen, damit die Regierung die Macht hat, das durchzuführen, was zum Wohle des Volkes notwendig ist.

Wir sehen in dem arbeitenden Volke in verhältnismäßig kurzer Zeit eine sehr erfreuliche Entwicklung sich vollziehen. Die **Bestrebungen, mit Waffengewalt die jetzige** demokratische **Regierung zu stürzen**, um weitergehende Bestrebungen zum Wohl des arbeitenden Volkes durchzusetzen, haben sich in den Augen des denkenden Teils des arbeitenden Volkes sehr bald in ihrem wahren Lichte gezeigt. Wohl die allerweitesten Kreise des arbeitenden Volkes, auch die, die noch vor wenigen Monaten einer anderen Ansicht zuneigten, haben heute erkannt, daß alle gewaltsamen Mittel, „die Revolution zu fördern“, wie das genannt worden ist, nicht einer Förderung der Revolution dienen, sondern tatsächlich zu einer Hemmung der Revolution geworden sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die weitesten Kreise des arbeitenden Volkes sind sich darüber klar, daß der, der zum Kampfe mit Waffengewalt gegen die jetzige Regierung auffordert, dem arbeitenden Volke nicht nützt, sondern einen schweren Schaden zufügt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Erkenntnis muß sich noch weiter durchsetzen; sie muß sich auch durchsetzen in bezug auf die **Streiks**, daß auch die Streiks nicht Selbstzweck sein können, sondern daß die Streiks nur ein Mittel zum Zweck sind, ein (D) Mittel, das sich immer nach den Verhältnissen richten muß, unter denen wir dieses Mittel einsetzen. Gewiß, die Arbeiter müssen unter allen Umständen ihre notwendigen Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen sich bemühen; aber es ist ein Unterschied, ob der Kampf in einem demokratischen Gemeinwesen geführt wird oder in einem Gemeinwesen, wo die große Masse des arbeitenden Volkes nicht zu ihren Rechten kommt. In einem demokratischen Gemeinwesen soll sich das Volk zunächst der demokratischen Rechte bedienen und den Streik nur als das äußerste Mittel anwenden, wenn kein anderer Ausweg mehr gegeben ist, wenn alle anderen Mittel versagt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Je demokratischer ein Gemeinwesen ist, eine um so größere Verantwortung trägt das arbeitende Volk, wenn es zum Streik greift.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bei einem Streik muß sich das arbeitende Volk immer dessen bewußt bleiben, daß es nur ein Glied des gesamten Volkes ist, daß es daher die Streikmittel nur unter Wahrung des Volkswohls anwenden darf.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist begreiflich, daß unter den jetzigen Verhältnissen eine Arbeitergruppe sich sagt: wir haben ein Machtmittel in der Hand, um das ganze Volk zugrunde zu richten, und können alle unsere Forderungen durch die rücksichtslose Ausbeutung dieses Machtmittels erzwingen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber das ist für unser Volk unerträglich. Wenn zum Beispiel die Eisenbahner sagen: wir sind jetzt die Herren der Eisenbahnen, und wenn man nicht unsere Forderungen erfüllt, legen wir, ohne Rücksicht auf das **Volkswohl**, den

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) ganzen Eisenbahnverkehr lahm. Das ist ein Verbrechen gegenüber dem gesamten Volke.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Eisenbahnen gehören dem gesamten Volke, und die einzelnen Arbeitergruppen haben auf das gesamte Volk Rücksicht zu nehmen.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dasselbe gilt von den Arbeitern, die die Bevölkerung mit Wasser, mit elektrischer Kraft usw. zu versorgen haben. Das, was unentbehrlich für das gesamte Volk ist, darf ihm nicht entzogen werden, am wenigsten in einem demokratischen Gemeinwesen, wo die große Masse des Volkes auf dem Wege der Gesetzgebung die notwendigsten Fortschritte zu erreichen vermag.

In dieser Zeit, wo alles bei uns auf dem Spiele steht, die nächsten Wochen unserem Volke, das schon so viel gelitten hat, wer weiß was für Unglück bringen können, muß für alle die Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit maßgebend sein. Gegen volksfeindliche Bestrebungen müssen alle Kreise des arbeitenden Volkes mit der jetzigen Regierung zusammenstehen.

(Sehr richtig!)

Ebenso müssen wir, um den völligen Zusammenbruch unseres Volkes zu verhindern, die demokratische Regierung stützen und kräftigen, damit sie mit dem nötigen Nachdruck eingreifen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir stehen jetzt wieder in einer schweren Not. Die weitesten Kreise unserer Bevölkerung sind noch nicht mit Kohlen und Kartoffeln für den Winter versorgt. Wir haben gehört, daß große **Verkehrsschwierigkeiten** vorhanden sind. Wenn sich die Arbeiter sagen müssen, sie haben nicht in dem nötigen Maße geholfen, daß eine möglichst große Zahl von Lokomotiven und Eisenbahnwagen ge-

(B) stellt werden, dann haben sie einen schweren Vorwurf auf sich gelenkt, der ausgenutzt wird von denen, die das alte Regiment wieder aufrichten wollen. Unsere gemeinsamen Gegner sagen immer: an allem Elend sind nur die Arbeiter schuld. Das ist nicht wahr. Aber unsere Gegner bauschen jeden Fehler, den die Arbeiter begehen, möglichst auf, um gegen die Demokratie Sturm zu laufen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß derartige Fehler unterbleiben. Wir müssen uns im Gegenteil — das ist unser gemeinsames Ziel, das wir niemals aus den Augen verlieren dürfen — dafür einsetzen, daß unser Volk schnellstens aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommt, namentlich daß die Verkehrsnot gemildert wird.

Auch in anderer Beziehung sehen wir, wie das Beispiel der Arbeiter von den Volksfeinden ausgenutzt wird, um dem arbeitenden Volke immer neue Schwierigkeiten zu bereiten. Haben wir nicht gesehen, wie die **Bauern planmäßig bearbeitet** worden sind, die **Lebensmittel zurückzuhalten,** um die städtische Bevölkerung in Not zu bringen und um dann nachher auf Grund der Notlage immer höhere Preise herauszupressen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den Bauern wird gesagt: die Arbeiter streiken, weshalb sollen die Bauern nicht streiken? Wenn die Arbeiter die Arbeit liegen lassen, dann können die Bauern die Kartoffeln zurückhalten. Infolgedessen erleben wir jetzt, daß in einigen Gegenden unseres Vaterlandes keine Kartoffeln geliefert werden.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

An dieser Aufhetzung der Bauern haben sich nicht nur die Wortführer des „Bundes der Landwirte" beteiligt, es haben sich sogar Herren daran beteiligt, die wissen müssen, daß das, womit sie die Bauern aufhetzen, durch

(C) und durch unwahrhaftig ist, Leute, die an hervorragender Stelle in der Regierung gestanden haben.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mir liegt hier ein Aufsatz vor, der sicher auch den anderen Herren zugeschickt worden ist, ein Aufsatz, der in der Zeitschrift „Der Tag" gestanden hat mit der Überschrift „Totentanz" von dem Wirklichen Geheimen Rat Friedrich Edler v. Braun, also von einem Herrn, der an der Spitze des Ernährungswesens gestanden hat. In diesem Aufsatz werden die Bauern durch unwahre Behauptungen geradezu aufgeputscht, ihre Lebensmittel zurückzuhalten.

(Abgeordneter Behrens: Welche Behauptungen sind das?)

— Ich will sie Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen. Es heißt in diesem Artikel:

> Was ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe im Staate?
>
> Die Volksernährung aufrechtzuerhalten. Das können wir nur durch möglichste Steigerung der eigenen Erzeugung, weil uns auf Jahre hinaus die Mittel zur Einfuhr von Nahrungsmitteln in großem Umfange fehlen. Es muß alles geschehen, um der Landwirtschaft die Steigerung der Erzeugung zu ermöglichen, die allein uns vor dem Hungertode von Millionen retten kann.

(Zurufe rechts: Das ist doch richtig!)

— Ja, warten Sie nur ab! Seien Sie nicht so aufgeregt! Es kommt schon. Ich will die Stelle im Zusammenhang vorlesen, damit Sie mir nicht den Vorwurf machen können, ich hätte irgendeinen Satz aus dem Zusammenhang gerissen. — Es heißt in dem Artikel weiter:

> Dazu gehört aber neben den technischen Mitteln, wie künstlicher Dünger, Futtermitteln, Maschinen, vor allem die Aufrechterhaltung der Berufsfreudigkeit der Landwirte. Wenn man sie

(D) — jetzt kommt es —

> durch ungerechte Zurücksetzung erst zur passiven Resistenz gebracht hat, wird keine Drohung und keine Machtmittel diese mehr beseitigen.

(Zurufe rechts.)

> Das Maß in der Beziehung ist voll. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, was in letzter Zeit von maßgebender Seite an Zurücksetzung und Verärgerung der Landwirtschaft geleistet worden ist. Wer die Stimmung im Lande kennt, weiß, daß in den landwirtschaftlichen Kreisen, vom Großgrundbesitzer bis zum Kleinbauer, nicht nur jedes Vertrauen zu der jetzigen Regierung geschwunden ist, sondern daß die harte Entschlossenheit zum passiven und, wenn es sein muß, zum aktiven Widerstand

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

> gegen die verderblichen und ungerechten Maßnahmen der Regierung immer mehr um sich greift.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Bolschewisten von rechts. — Gegenrufe von den Deutschnationalen.)

— Herr Abgeordneter Behrens, Sie haben wirklich den Mut, das in irgendeiner Weise zu entschuldigen?

(Abgeordneter Behrens: Das ist doch Tatsache!)

— Wissen Sie nicht, daß das durch und durch unwahrhaftig ist? Wo ist denn irgendein Beweis dafür, daß man der Landwirtschaft zunahetreten will? Man hat sich im Gegenteil bemüht, den Landwirten so weit entgegenzukommen, wie das irgend möglich ist. Herr v. Braun mußte das wissen. Er weiß ganz genau, daß im Ernährungsministerium eine volkswirtschaftliche Abteilung ist, die sich mit der größten Sorgfalt bemüht, die Preise festzustellen, bei denen der Landwirt bestehen kann,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

(**Hoch**, Abgeordneter.)

(A) und wenn man vernünftige Landwirte spricht, geben sie auch zu, daß die Preise den Verhältnissen entsprechen, in denen wir leben.

(Zurufe rechts: Darum handelt es sich gar nicht!)

— Ich habe die Sätze vorgelesen; um die handelt es sich. Herr v. Braun hat gegen die Wahrheit es so dargestellt, als ob die Landwirte Grund hätten, unzufrieden zu sein, und als ob die Regierung den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Das ist eine Lüge. Der Mann, der so mit den Verhältnissen vertraut ist, weiß es und muß es wissen, daß alles geschieht, um den Landwirten gerecht zu werden. Selbstverständlich, uns allen geht es schlecht; die einen können eben nicht im Überfluß leben, während die anderen verhungern. Es muß hier versucht werden, den richtigen Mittelweg einzuschlagen. Ein Großagrarier wird sich nicht mit den Herren der volkswirtschaftlichen Abteilung in allen Einzelfragen zusammenfinden; es kann darüber Streit sein, ob dieser oder jener ausgerechneter Preis richtig sei. Aber ein Mann wie Herr v. Braun hätte bekunden müssen: es geschieht in der schweren Zeit alles, um der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Daher ist es unverantwortlich, wenn in der Landwirtschaft dafür agitiert wird, daß die Landwirte die unentbehrlichen Lebensmittel zurückhalten. Das ist ein durchaus unehrliches und unwahrhaftiges Auftreten und ein Verbrechen am Volk. Das ist auch viel schlimmer als die Fehler, die sie bei den Arbeitern finden. Die Herren leben immer noch im Überfluß; Herr v. Braun weiß nicht, was der Hunger ist; aber die Arbeiter wissen es. Wenn die Arbeiter einmal zu weit gehen, so ist das viel eher zu entschuldigen, als wenn es ein Mann wie Herr v. Braun tut.

(Zuruf rechts: Sein Einkommen ist so groß wie das Ihrige!)

— Das wissen sie nicht; kommt hier auch nicht in Be-(B)tracht. Ich habe hier zu zeigen, wie ein Mann, der an erster Stelle stand, in geradezu unverantwortlicher Weise jetzt auftritt, um die Notlage des Volkes noch weiter zu verschärfen.

Ein anderes Beispiel! Mit welcher Rücksichtslosigkeit jetzt die Kreise, denen jedes Gefühl für die Not unseres Volkes abhanden gekommen ist, vorgehen, zeigt Ihnen eine Entschließung, die uns allen als nichtamtliche Drucksache am Samstag zugestellt worden ist. Die **Entschließung** ist **vom Deutschen Drogistenverband** von 1873 in seiner 35. Hauptversammlung in Eisenach angenommen worden. Auch hier will ich gleich, um mich nicht erst dazu auffordern zu lassen, die Entschließung — mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten — ganz vorlesen. Sie lautet:

> Immer und immer wieder ist aus allen Kreisen des deutschen Volks die dringende Forderung erhoben worden, alle **Kriegswirtschaftsstellen und Zwangsbewirtschaftungen** in jeder Form verschwinden zu lassen und den freien reellen Handel im Interesse des deutschen Volks wieder in seine alten Rechte einzusetzen.
>
> Alle diese von Millionen Staatsbürgern erhobenen Rufe sind nutzlos verhallt. Kriegsgesellschaften lösen sich scheinbar auf, in vielen Fällen aber nur, um sich unter anderem Namen wieder aufzutun, und üben dann ihren unheilvollen Einfluß nach wie vor weiter aus.
>
> Dem Deutschen Drogistenverbande bleibt daher nichts anderes übrig, als dem Drogenkleinhandel zu empfehlen, sich selbst zu helfen. Er erklärt, daß er jeden Drogisten nach wie vor für einen ehrbaren Kaufmann ansieht, der im Interesse der Volksversorgung mit dringend benötigten Artikeln gegen Verordnungen von Kriegsgesellschaften verstößt.

Die Herren erklären einfach: wir werden uns über (C) alles hinwegsetzen, was uns irgend in unserm Geschäft stört; wir allein sind maßgebend, zu bestimmen, was wir jetzt in der schweren Not unseres Volkes einführen, womit wir handeln, welche Preise wir nehmen; wir fragen nach keiner Vorschrift, die die Gesamtheit für notwendig hält. Meine Damen und Herren! Das löst jede Ordnung auf. Das macht es unmöglich, das zu scheiden, was dem freien Handel überlassen werden kann und was unbedingt unter der Aufsicht der Regierung bleiben muß. Dem muß die Regierung entgegentreten, und dazu muß sie die große Masse des Volkes hinter sich haben. Dazu muß sie Unterstützung der Volkskreise finden, die nicht die Ausbeutung des Volkes unterstützen, sondern das herrschende Übel allmählich mindern wollen.

Die Unterstützung wird die Regierung dann am sichersten finden, wenn sie gegen offenkundige Mißstände auftritt. Darüber bestehen gar keine Zweifel, daß in den **Kriegsgesellschaften** große Mißstände bestehen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß durch Wucherer und Schieber ungeheure Verbrechen an unserem Volke begangen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß oft auch ungerechtfertigte Anschuldigungen erhoben werden. Wenn ein Schieber mal mit seinen Zumutungen bei einer Kriegsgesellschaft oder einer Regierungsstelle schlecht ankommt und abgewiesen wird, dann ist dieser Schieber einer der Hauptschreier über die Korruption bei der Regierung, und er verdächtigt gerade die Beamten und die Angestellten, die ihm entgegengetreten sind. So haben wir sogar in der Nationalversammlung vor einiger Zeit erlebt, daß Herr Kollege Dusche einem solchen Schwindler zum Opfer gefallen ist. Er hat eine kleine Anfrage in bezug auf die Kriegsgesellschaft, jetzt Reichsgesellschaft, für Obst, Konserven und Marmelade eingebracht, die ihm nur von einem solchen (D) Schwindler zugestellt worden ist. Um so mehr sollte die Regierung, wo Vorwürfe erhoben werden, die Sache gründlich klären.

Ich kenne einen Fall in einer Kriegsgesellschaft, die der Reichsstelle für Obst und Gemüse unterstellt ist; in diesem Falle wird gegen einen der leitenden Herren dieser Kriegsgesellschaft ein schwerer Vorwurf erhoben, und anstatt sofort Klage zu erheben, die, von denen die Anschuldigungen ausgehen, als Zeugen aufzurufen, sie zu zwingen, unter dem Eid die Wahrheit auszusagen, wird die Sache auf die lange Bank geschoben. Auf diese Weise kann der Angegriffene nicht zu seinem Rechte kommen; er ist nicht in der Lage, vor aller Welt festzustellen, ob er schuldig ist oder nicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich mir eine Frage in bezug auf den **Fall des Herrn E. Barmat** erlauben. Mir ist eine Zeitung zugeschickt worden, die ich sonst nie in die Hände bekomme: das „Kleine Journal". In dem Blatt wird behauptet, daß Herr Barmat von der Regierung sehr begünstigt wird, daß er in der Zeit unserer Not ungeheure Gewinne aufgehäuft hat, und dann wird ein besonderer Vorwurf erhoben: es wird behauptet, der Herr habe vor einiger Zeit einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er große Mengen Schmalz, 25000 Kisten Speck, 20000 Kisten kondensierte Milch liefern müßte; der Preis sei inzwischen so weit gestiegen, daß der Mann sehr viel Geld verloren hätte, wenn er seinen Verpflichtungen hätte nachkommen müssen. Infolgedessen habe die Reichsstelle für Öle und Fette den Vertrag mit dem Herrn aufgehoben und einen neuen Vertrag abgeschlossen, bei dem der Herr wieder ein gutes Geschäft machen konnte. Ich möchte um Auskunft bitten, ob das zutrifft. Mir ist nicht bekannt, daß in der Öffentlichkeit irgendetwas darauf geantwortet worden ist. Eine Firma, die solche Riesengewinne ein-

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) steckt, kann sehr gut auch einmal die Folgen eines ungünstigen Vertrages tragen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben schon ähnliche Verhältnisse erlebt. Ich erinnere Sie nur an den Fall Scheidemandel, der sich auch bei der Reichsstelle für Öle und Fette abgespielt hat.

Unter den Anträgen, die der Haushaltsausschuß Ihnen unterbreitet hat, ist auch ein Antrag, der verlangt, daß ein Ausschuß eingesetzt wird, der die **Geschäftsgebarung, die Höhe und Verwendung der finanziellen Ergebnisse und die Art der Liquidierung der Kriegsgesellschaften** begutachten soll. Ich verspreche mir von einem solchen Ausschuß nicht viel. Wir haben schon im vorigen Reichstag einen solchen Ausschuß gehabt. Er konnte aber seine Arbeiten nicht vollenden, weil die Revolution dazwischenkam, weil diese Arbeiten nur sehr mühselig durchgeführt werden können und längere Zeit erfordern. Wenn wirklich ein selbständiges Urteil in diesen Punkten gefällt werden soll, dann müssen die Herren sich erst gründlich einarbeiten. Mir ist zweifelhaft, ob der Ausschuß der Nationalversammlung, der ja nur noch verhältnismäßig kurze Zeit zusammensein kann, in der Lage sein wird, die Mißstände wirklich aufzudecken. Vielleicht werden durch Treuhänder diese Prüfungen vorgenommen werden können. Meine Partei wird für den Antrag stimmen, um nicht etwa die Möglichkeit zu verschließen, hier etwas zu erreichen. Wir wünschen nur, daß wirklich etwas Gutes geleistet wird.

Im Haushaltsausschuß ist weiter verlangt worden, daß möglichst Leute in das **Wirtschaftsministerium** hineinkommen, die noch im Geschäftsleben stehen. Ich habe sehr große Bedenken dagegen. Allerdings soll sich unsere Reichsstelle der Fachleute bedienen, um Gutachten, Aufklärung und Vorschläge zu bekommen. Es scheint mir aber bedenklich, wenn solche **Herren aus dem Geschäftsleben als Referenten oder** sonst **in leitender Stelle**

(B) mitwirken. Wir haben während des Krieges und auch jetzt vielfach die Erfahrung gemacht, daß solche Herren, selbst wenn sie den besten Willen haben, sehr schnell in den Verdacht kamen, daß sie in erster Linie für sich selbst sorgen und die anderen Geschäftsleute schädigen. In der Beziehung sind auch fraglos böse Sachen vorgekommen.

Ich habe schon wiederholt die Aufmerksamkeit des Reichswirtschaftsministeriums auf die mir durch einen Zufall bekannt gewordenen Vorgänge gelenkt, die sich bei der **Vergebung des Altleders** abgespielt haben. Bei diesem Geschäft haben zwei Firmen, eine in Breslau und eine in Hamburg, während des Krieges, dann aber auch nach der Revolution große Gewinne eingesteckt; weite Kreise der Geschäftswelt sind der Überzeugung, daß es dabei nicht richtig zugeht. Die Antworten, die ich bis jetzt aus dem Reichswirtschaftsministerium bekommen habe, waren nach der Versicherung von Fachleuten — und diese Versicherung hat auf mich den Eindruck der Wahrhaftigkeit gemacht — unrichtig. Jedenfalls sind die Verhältnisse noch nicht geklärt. Solche Fälle erinnern uns daran, daß einer der hervorragendsten amerikanischen Forscher und Geschäftsleute hier vor 10 Jahren zu seinem Freunde, einem bekannten Manne der Wissenschaft, gesagt hat: Treu und Glauben stehen bei Euch nur im Wörterbuche.

Ich erinnere an die Geschichte, die sich schon lange vor dem Kriege abgespielt hat, an die Schienenflickerei, ferner an die Vorgänge, die sich während des Krieges abgespielt haben, an die Denkschrift des Bergassessors Horten, in der er klipp und klar nachweist, in wie schamloser Weise unser Volk durch die Schwereisenindustrie ausgebeutet wurde —; ich erinnere daran, wie man versucht hat, Herrn Horten öffentlich herabzuwürdigen und als unglaubwürdig hinzustellen, und daß heute kein Zweifel darüber besteht: er hat die Wahrheit gesagt. Ich erinnere an die Fälle Scheidemandel und Daimler, die alle zeigen, in welch rücksichtsloser Weise die Notlage des Volkes (C) ausgenützt wird. In solchen Fällen ist es leider nicht immer möglich, mit dem Strafrichter vorzugehen. Wenn aber einmal einer der Herren gepackt werden kann, dann erleben wir Fälle, wie er sich in den letzten Tagen in Hamburg abgespielt hat, wo der Sülzefabrikant Heyl wegen der unerhörten Schweinereien in seinem Betrieb nur zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilt wurde.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Gebiete der Rechtspflege wird es schwer sein, daß die Regierung etwas tut. Das Gericht soll unabhängig sein. Aber solche Urteilssprüche sind unerträglich für das Rechtsempfinden unseres Volkes.

Es besteht leider in weiten Kreisen der Bevölkerung die Überzeugung, daß die **Korruption** nicht nur auf einzelne Geschäftsleute, nicht nur auf Kriegsgesellschaften beschränkt ist, sondern daß sie auch in unsere Reichsstellen, in die Ministerien sehr weit eingedrungen ist. Ein böses Wort geht von Mund zu Mund: an den maßgebenden Stellen gibt es zwei Gruppen von Angestellten, die einen, die die Korruption bekämpfen könnten, aber nicht wollen, die anderen, die die Korruption bekämpfen wollen, aber zu dumm dazu sind. So liegen die Verhältnisse nicht. Aber wohl ist anzunehmen, daß nicht alles sauber ist. Daher muß darauf geachtet werden, daß mit der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, wo immer sich die Korruption bemerkbar macht.

Zum Schluß möchte ich dringend bitten, daß die Bemühungen fortgesetzt werden, um ein richtiges **Verhältnis zwischen dem Reichswirtschaftsamt und der Geschäftswelt** herzustellen. Es soll den Geschäftsleuten, die mit dem Reichswirtschaftsamte in Verbindung treten, ermöglicht werden, leicht und schnell ihre Angelegenheiten zu erledigen.

Im Haushaltsausschuß ist wiederholt bei dem **Reichswirtschaftsministerium** gefordert worden, daß mehr **Beamte** (D) eingestellt werden. Ich habe den Eindruck, daß an manchen Stellen zu viel Beamte sind. Es wäre besser, wenn da manches vereinfacht würde. Ich wünsche, daß nicht mehr die Geschäftsleute, die dort etwas zu ermitteln haben, von einer Stelle zur andern geschickt werden. Der eine Geheimrat, der die Sache bearbeitet, schickt den Besucher zu einem andern, er muß noch zu einem dritten und vierten gehen. Der Geschäftsgang muß so geregelt werden, daß der Herr, der die Sache zuerst in die Hände bekommt, sich mit seinen Kollegen zusammensetzt und dann möglichst schnell die Sache erledigt. Unendliche Zeit wird sonst vergeudet für den Geschäftsmann ebenso wie für die Beamten, die in der Sache tätig sind.

Ich würde auch großen Wert darauf legen, daß die Herren im Reichswirtschaftsministerium sich daran gewöhnen, schriftliche Anfragen nicht einfach in den Papierkorb zu werfen, sondern möglichst schnell zu erledigen. Mir ist ein sehr bezeichnender Fall vorgekommen. In unserer Gegend werden von den Bauern keine Kartoffeln abgeliefert. In einem Landkreis ist es leider dazu gekommen, daß die Reichswehr einrücken und den Bauern die Kartoffeln abnehmen mußte. In einem anderen Kreise steht noch die Frage offen, ob das geschehen soll. Der Landrat weiß nicht, ob er die Hand dazu bieten soll; er bezweifelt, ob die Bauern aus Böswilligkeit die Kartoffeln nicht abliefern oder wirklich nicht die verlangte Kartoffelmengen haben. In seiner Not telegraphierte der Landrat vor 14 Tagen an die Reichskartoffelstelle, man solle ihm einen Herrn schicken, der als Unparteiischer die Verhältnisse besichtigt und die Ernte abschätzt. Der Landrat bekommt überhaupt keine Antwort. Ich gehe am Freitag in die Kartoffelstelle, und in wenigen Augenblicken ist es erreicht, daß der Herr sofort dahin fährt und die Sache in die Hand nimmt. Der Herr hat hier

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) angeblich darauf gewartet, daß ihm aus dem besetzten Gebiet ein Paß zugestellt wird, damit er gleich bei dieser Gelegenheit auch in das besetzte Gebiet hinüberfahren kann. Ich meine, ein solches Vorkommen darf nicht geduldet werden, und ein Beamter, der in dieser Weise eine so wichtige Angelegenheit vernachlässigt, muß beseitigt werden.

Der Herr Minister ist zum Gesamtergebnis gekommen, daß die Aussichten im allgemeinen günstig sind. Das können wir begrüßen, und ich will mich seiner Auffassung gern anschließen. Aber wir werden nur dann die kommenden, noch immer sehr schweren Zeiten glücklich überstehen, wenn die Regierung mit allem Nachdruck gegen die Mißstände vorgeht und darin die Unterstützung der weitesten Kreise des Volkes findet.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Brauns (Cöln).

Dr. **Brauns** (Cöln), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das **Reichswirtschaftsministerium** ist noch jung an Jahren. Erst im Jahre 1918 ist es vom Reichsamt des Innern abgezweigt worden. Gleichwohl hat sich dieses junge Ministerium schon recht gut entwickelt, zählt es doch bereits mindestens 1100 Beamte und Angestellte. Diese schnelle **Entwicklung des Amtes** ist das Ergebnis der ganz eigenartigen Lage unserer Volkswirtschaft in und nach dem Kriege. Dabei kommt noch im besonderen in Betracht, daß auch das Reichsernährungsamt in das Reichswirtschaftsministerium aufgehen mußte. Lassen diese äußeren Umstände schon die schnelle Entwicklung des Amtes begreiflich erscheinen, so erst recht die innere Bedeutung, die ihm jetzt auch noch für lange Zeit zukommt. Die allmähliche Wiedergesundung Deutschlands ist von der Wiederbelebung seiner Wirtschaft abhängig, und diese (B) hinwiederum ist nicht zuletzt eine Frage der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik und der Organisation unserer Wirtschaft.

Wir würdigen deshalb die Bedeutung des Amtes; wir verstehen den Kostenaufwand, mit dem es arbeiten muß. Aber ebensosehr sind wir besorgt, daß das Amt in seinem ganzen Aufbau der Bedeutung seiner Aufgaben und ihrer Eigenart entspricht. Wenn ich im Namen meiner politischen Freunde wie im Haushaltsausschuß so auch hier im Plenum nach der Seite Bedenken und Wünsche äußere, so geschieht es nicht aus irgendwelcher übelwollenden Kritik. Es soll auch keineswegs ein Zeichen mangelnden politischen Vertrauens unsererseits in das Amt und in seine derzeitige Leitung sein. Derartiges liegt uns völlig fern. Wir verkennen keineswegs die gewaltigen Schwierigkeiten, unter denen gerade das Reichswirtschaftsministerium heute arbeitet. Wir sind insbesondere auch gewillt, dem Zwang der außerordentlichen Erfordernisse der Übergangswirtschaft Rechnung zu tragen, indem wir dem Etat im ganzen und im wesentlichen unsere Zustimmung nicht versagen. Wir möchten aber für die Zukunft gern einen klareren Einblick in den **Aufbau des Amtes** haben. Diesem Wunsche haben sich auch die meisten, wenn nicht alle Fraktionen des Hauses im Haushaltsausschuß angeschlossen. Ich hoffe, daß auch das Plenum der Nationalversammlung den Antrag des Ausschusses, der auf Vorlegung eines ausführlichen Organisationsplanes hinzielt, beitreten wird. Dieser Antrag scheint mir einmal in der Neuheit des Amtes begründet zu sein, dann aber auch in der großen Bedeutung, die dem Vertrauen des gesamten wirtschaftlich tätigen Volkes gerade in dieses Amt beizumessen ist.

Ich darf aber auch nicht verschweigen, daß sich uns ganz konkrete Wünsche hinsichtlich der Organisation des Amtes aufgedrängt haben. Unseres Erachtens soll das (C) Reichswirtschaftsministerium die praktische Wirtschaftspolitik machen; es ist ein wirtschaftliches Fachministerium. Als solches müßte es sich gliedern nach den drei Hauptzweigen unserer Volkswirtschaft: Landwirtschaft, Gewerbe und Handel.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Dem Gerippe unserer Volkswirtschaft muß sich unseres Erachtens die Organisation des Amtes anpassen. An die Spitze dieser drei Fachabteilungen gehören Männer, die theoretische Schulung mitbringen, die aber auch mit reicher und vielseitiger praktischer Erfahrung ausgestattet sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Selbstredend muß dabei die Einheitlichkeit der Politik gewahrt bleiben. Darum sollen diese Abteilungen eben einem Ministerium unterstehen, einem Unterstaatssekretär unterstehen. Worauf es uns aber ankommt, ist, daß die Vorsteher dieser drei Hauptabteilungen den der volkswirtschaftlichen Bedeutung ihrer Abteilung entsprechenden Einfluß auf die Gesamtführung der Geschäfte und auf den Geist des ganzen Amtes haben, daß hierbei die fachmännische Kenntnis und Erfahrung zur vollen Geltung kommt und daß die Leiter dieser Abteilungen einander gleichberechtigt sind, gleiche Rechte und gleichen Einfluß im Amt besitzen. In dieser Hinsicht hört man heute Klagen aus allen drei Wirtschaftszweigen. Wenn ich auf diese Klagen hinweise, so soll das keine Kritik der Amtsführung der jetzigen Beamten des Ministeriums sein. Ich betone ausdrücklich: das liegt mir fern. Ich spreche lediglich die meines Erachtens durchaus berechtigten Wünsche der betreffenden Erwerbsstände aus. Außerdem glaube ich, mit der vorgeschlagenen Konstruktion den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens am besten gerecht zu werden. Wenn wir einen Reichswirtschaftsrat nach den drei genannten Hauptzweigen unserer Wirtschaft organisieren wollen, warum dann nicht auch (D) das Reichswirtschaftsamt? Selbstverständlich müssen die Bedürfnisse des Amtes als Verwaltungsinstitut gewahrt bleiben.

Insbesondere sieht sich — das hervorzuheben bin ich verpflichtet — die **Landwirtschaft** nicht ihrer Bedeutung entsprechend in die Organisation des Amtes eingereiht. Wir bewilligen im Ergänzungsetat einen zweiten Unterstaatssekretär; den vorhandenen drei Ministerialdirektoren fügen wir einen vierten und fünften hinzu. Trotzdem werden die Aufgaben und die Interessen dieses so überaus wichtigen Zweiges unserer Volkswirtschaft, soweit die landwirtschaftliche Produktion in Frage kommt — und das ist doch die Hauptsache — nur durch eine Abteilung 6 des Ministeriums mit einem Dirigenten an der Spitze wahrgenommen.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Dieser Zustand scheint uns nicht der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft zu entsprechen,

(sehr richtig! im Zentrum)

auch nicht der überaus kritischen Lage, in der sich gerade jetzt die Landwirtschaft und ihre Eingliederung und Einordnung in unsere gesamte Wirtschaft befindet. Leider Gottes ist das Autoritätsgefühl gegenüber der Regierung namentlich in landwirtschaftlichen Kreisen stark geschwunden. Es wieder zu erringen und erneut zu befestigen, nicht etwa durch einseitige Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Erzeuger — die lehnen auch wir ab —, wohl aber durch Gewährung einer entsprechenden Vertretung in der Organisation des Wirtschaftsministeriums, das sollte auch die Regierung als eine dringliche Pflicht anerkennen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Nur so kann das Wirtschaftsministerium Vertrauen bei den Landwirten gewinnen, und das ist unseres Erachtens unerläßliche Bedingung. Mit Rücksicht auf diese Zusammen-

(Dr. **Brauns** [Cöln], Abgeordneter.)

(A) hänge bewilligen meine Freunde die zweite Direktorstelle nur in der Voraussetzung, daß sie für die landwirtschaftliche Abteilung errichtet wird.

Meine verehrten Damen und Herren! Würde man den vorgeschlagenen Aufbau des Ministeriums wählen können, so ließe sich in der Abteilung „Gewerbe“ auch eine besondere Sektion für das **Handwerk** errichten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Auf dem Wege berufsständischer Gemeinschaftsarbeit erhält sich das Handwerk als vollwertiger Faktor unserer Wirtschaft.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

In dieser Richtung sind während des Krieges ganz beachtenswerte Fortschritte gemacht worden. Die gilt es zu pflegen und weiter zu entwickeln. Beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft hat das Handwerk nicht minder eigene Interessen wahrzunehmen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Seine Versorgung mit Rohstoffen, mit elektrischer Kraft, die Beschaffung des nötigen Kredits, seine Berücksichtigung bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten zur Beschränkung der Mißstände im Submissionswesen, unter denen gerade das Handwerk leidet, der Verkehr mit den Wirtschaftsorganisationen des Handwerks, alles das wären Aufgaben einer besonderen Sektion für das Handwerk im Reichswirtschaftsministerium.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ähnlich liegen die Dinge beim **Handel.** Dort müßte für den Kleinhandel und seine wirtschaftlichen Organisationen eine besondere Sektion geschaffen werden. Das ist um so wünschenswerter, als auch neuestens wieder Bestrebungen sich bemerkbar machen, durch Kartellverträge zwischen Großhandel und Industrie die bewährten Bezugsgenossenschaften des Kleinhandels vom direkten Bezug auszuschließen.

(B) (Hört! hört! im Zentrum.)

Der Herr Minister hat im Haushaltsausschuß in Aussicht gestellt, daß ein **Referat über Mittelstandsfragen** eingerichtet werden soll. Ich möchte zur Erwägung geben, ob die von mir eben vorgeschlagene Trennung sich nicht mehr empfiehlt. Die Behandlung der Fragen als Mittelstandsfragen trägt den sozialen Gesichtspunkt hinein, während es doch hier meines Erachtens auf die wirtschaftliche Seite ankommt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Aber die Wahrnehmung der Handwerkerinteressen ist nach der Seite von der der Kleinhandelsinteressen wesentlich verschieden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir wollen nun, verehrte Damen und Herren, mit solchen Anträgen keine neuen Kosten verursachen, weil wir überzeugt sind, daß an anderer Stelle in Zukunft mehr gespart werden kann. Der Haushaltsplan weist ja an den verschiedenen Stellen auf diese künftigen **Ersparnismöglichkeiten** hin. Wir glauben aber auch, daß die **Abteilung für Volkswirtschaft** wohl etwas eingeschränkt werden könnte. Einmal könnte doch alles an Arbeiten dort wegfallen, was irgendwie akademischer Natur ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Solche Dinge können wir getrost den Universitäten überlassen. Die statistischen Aufgaben des Amtes scheinen mir auch reichlich bemessen zu sein. So könnten wir Millionen an Kosten ersparen an den Ernteschätzungen. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß dem Kostenaufwand hier kein wirklicher Erfolg entspricht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Bei einer Einschränkung der volkswirtschaftlichen Abteilung auf das unvermeidlich nötige Maß würden vielleicht auch die immer noch lautwerdenden Klagen verstummen, die dahin gehen, daß ein und dieselben Besucher des Ministeriums in einer Angelegenheit mit mehreren (C) Referenten zeitraubende Verhandlungen pflegen müssen. Die Geschäfte ließen sich dadurch schneller abwickeln. Wir sind überzeugt, daß die Leitung des Ministeriums bereit ist, diesen Klagen Rechnung zu tragen und sie nach Möglichkeit abzustellen.

Wir fragen uns dann aber auch, ob durch den **zweiten Unterstaatssekretär** kein unnötiger Dualismus in das Amt getragen wird. Das ist für uns — das möchte ich auch hier nochmals ausdrücklich hervorheben — keine Personenfrage. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß auf die Dauer sicher ein Unterstaatssekretär genügen dürfte. Für unsere Bewilligung des Postens des zweiten Unterstaatssekretärs ist entscheidend der Zusatz im Etat „künftig wegfallend“.

Nach diesen kritischen Erörterungen auch noch ein Wort, bei dem ich die Reichsleitung und das Ministerium sicherlich auf meiner Seite habe. Die **Wirtschaftspolitik des Reiches** muß unseres Erachtens unbedingt einheitlich geführt werden. Ich für meine Person bin wahrhaftig nicht dafür, daß Berlin der große Wasserkopf aller und jeglicher Reichsverwaltung sein soll.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Aber da, wo eine Einheitlichkeit unbedingtes Erfordernis ist, muß sie auch gewahrt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das gilt heute mehr denn je. Die **Ein- und Ausfuhrpolitik des Reiches** muß unbedingt nach einheitlichen Gesichtspunkten und von einer Stelle aus, wenigstens unter einer einheitlichen Leitung und Verantwortung betrieben werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das war im alten Reiche Selbstverständlichkeit, es müßte auch im neuen eine Selbstverständlichkeit bleiben. Wir klagen über das Loch im Westen. Aber liegen nicht auch ähnliche Gefahren, wenn auch in kleinerem (D) Umfange, bei den sogenannten Delegationen in Süd- und Ostdeutschland vor? Hier liegt zweifellos die Gefahr einer zwiespältigen Ein- und Ausfuhrpolitik in der Organisation selbst. Es wäre erwünscht, vom Reichsministerium zu erfahren, ob und wie es dieser Gefahr zu begegnen gedenkt. Mir liegt hier eine Notiz vor, die am Samstag in unserer Presse hier erschien, mit der Überschrift: „Erlaubte und unerlaubte Lebensmittel aus dem Auslande“. Darin heißt es vom hessischen Landesernährungsamt, daß dortseitig die Einfuhr von Schokolade aus dem Ausland gestattet sein soll. Ich glaube kaum, daß das mit den Absichten unseres Reichswirtschaftsministeriums im Einklang steht, und wir hätten an dieser Stelle schon den Beweis für diesen Mangel an Einheitlichkeit in unserer Außenhandelspolitik, den ich eben als möglich hingestellt und beklagt hatte.

Aber diese Zeitungsnotiz veranlaßt mich, auf sie zurückzukommen, auch noch wegen eines anderen Teils ihres Inhaltes. Wir erfahren da nämlich, daß nunmehr eine **Einfuhrkontrolle für ausländische Lebens- und Futtermittel an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet** eingerichtet werden soll. Die Gründe, die zu diesem Vorgehen geführt haben mögen, können wir wohl verstehen, aber trotz alledem scheint es doch, daß man vor diesem Vorgehen warnen muß. Es hat unseres Erachtens ganz außerordentliche Bedenken, vor allem wirtschaftliche Bedenken. Wird es immer möglich sein, zwischen den Waren aus dem Auslande und den Waren aus dem besetzten Gebiete zu unterscheiden? Es begegnet aber auch ganz besonders politischen Bedenken. Wie wird die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebiets es empfinden, wenn nunmehr zwischen diesem besetzten Gebiet und dem Reiche sich eine Art neuer Grenze erhebt? Es hat, nachdem die Untersuchung des Gepäcks durch die

(Dr. **Brauns** [Cöln], Abgeordneter.)

(A) Ententevertreter schon weggefallen war, schon wieder einmal eine derartige Untersuchung an den Grenzen des besetzten Gebiets eingesetzt, und das hat damals ganz außerordentliche Mißstimmung in der Bevölkerung der besetzten Gebiete erregt. Wir befürchten, daß diese Mißstimmung auch jetzt wieder Platz greifen und ganz bedenkliche politische Folgen zeitigen wird, wenn derartige Untersuchungen dort an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wieder allgemein werden. Wir möchten immer noch die Hoffnung nicht preisgeben, daß demnächst, wenn einmal der Frieden ratifiziert wird, insbesondere auf das Drängen der rheinischen Bevölkerung selbst sich die Vertreter der Entente doch einer anderen Behandlung dieser Frage bereitwillig zuwenden werden.

Dann noch eine letzte Frage, betreffend die Organisation des Amtes: Es handelt sich um die **Verwendung von etatsmäßigen technisch und volkswirtschaftlich vorgebildeten Verwaltungsbeamten.** Es hat den Anschein, als ob derartig vorgebildete Beamte an Zahl und Einfluß im Reichswirtschaftsamt hinter dem aus dem Gerichts- und allgemeinen Verwaltungsdienst hervorgegangenen beträchtlich zurückstehen.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Das läge doch nicht im Interesse dieses Amtes. Der technisch geschulte Beamte gehört vor allem an die Spitze der Fachsektionen der einzelnen Industrien und der Landwirtschaft; er gehört in die Sektionen für innere und äußere Wirtschaftspolitik. Wir sind überzeugt, daß diesen berechtigten und sachgemäßen Erwägungen vom Reichswirtschaftsministerium auch wohl Rechnung getragen werden wird.

Meine Damen und Herren! Zu den einzelnen Posten des Etats und in Verbindung damit zur Geschäftspraxis des Reichswirtschaftsministeriums will ich mich so (B) kurz wie möglich fassen. Die Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses gebietet es mir, und es ist auch möglich, weil wir uns gelegentlich der Interpellationen über die Zwangsbewirtschaftung und über die Lederbewirtschaftung über diese Fragen und Dinge schon ausgiebig ausgesprochen haben. Indessen ist doch nicht zu verkennen, daß sich die Wirtschaftslage fortgesetzt zu unseren Ungunsten verschiebt und daß auch in den weitesten Kreisen der Bevölkerung mit jedem Tage die Erkenntnis wächst, daß ein durchgreifender Wandel in unserer Wirtschaftspolitik unumgänglich notwendig ist. Nach welchen Grundsätzen soll er sich vollziehen? Das ist die Hauptfrage, die gebieterisch Beantwortung erheischt. Immer lauter und lauter wird die Forderung nach **Ausgleichung unserer Preise mit den Weltmarktpreisen,** nach **Aufhebung der** noch bestehenden **Bindungen unserer Wirtschaft.** Freie Wirtschaft, fort mit aller Zwangswirtschaft, Anschluß an den Weltmarkt, so lautet diese Parole. In dieser Uneingeschränktheit und Verallgemeinerung halten wir diese Forderung für undurchführbar. Nur kurz die Gründe: alle Preise würden bei einer solchen Politik sofort unermeßlich in die Höhe schnellen. Es ist falsch, alles Übel in der Zwangswirtschaft zu sehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das Hauptübel ist und bleibt der Mangel an Ware.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Machen wir angesichts dieses Mangels Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt zum alleinigen Regulator der Preise, so ist die Preissteigerung gar nicht abzusehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die gesamten wirtschaftlichen und politischen Folgen wären fürchterlich. Jedenfalls ist von Fall zu Fall zu prüfen, ob eine völlig freie Wirtschaft eintreten muß oder nicht. Insbesondere da, wo unsere eigene Produktion absolut unzulänglich sein würde, müssen wir uns dem (C) Weltmarkt anpassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das ist jedes Mal eine Frage des einzelnen Falles.

Weiterhin ist zu sagen, daß unsere Mark im Auslande gegenwärtig über die Maßen entwertet ist. Diese übermäßige **Entwertung der Mark auf dem Weltmarkte** darf nicht auch für die Inlandswirtschaft maßgebend sein.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Wir müßten sonst auch alle Preise, alle Löhne, alle Gehälter mit einem Schlag um das Fünffache erhöhen! Und wenn dann später die Valuta wieder steigen würde, was wir zuversichtlich erwarten und betreiben und allen Ernstes anstreben, dann müßten wir die Löhne, die Gehälter und die Preise wieder abbauen. Das ist aber leichter gesagt, als getan.

(Sehr richtig!)

Was aber ganz besonders entscheidend ist, ist dies unser Vorteil gegenüber dem Auslande besteht heute darin, daß wir **Lohnarbeiter des Auslandes** sein können. Das klingt gewiß nicht angenehm für unsere Ohren, aber es ist so. Vor dem Kriege waren wir Gläubiger des Auslandes. Wir hatten Kapital im Auslande angelegt, das dort werbend und produktiv arbeitete. Wir waren auch in stets steigendem Maße der Frachtenträger für die übrige Welt. Das alles ist heute dahin. Vor dem Kriege konnten wir auch mehr Werte aus eigener Erde holen und auf eigenem Boden erzeugen. Der Friedensvertrag hat unsere Wirtschaft auch nach der Seite hin verstümmelt. Was uns bleibt, ist schließlich nur noch die Lohnarbeit. Damit müssen wir kaufen und zahlen, damit müssen wir die Grundlage zu neuem Wohlstand in einer leider Gottes erst ferneren Zukunft legen. Gleichen wir aber nun Aus- und Inlandspreise völlig aus, so verlieren wir auch diesen Vorrang und (D) diesen Wert gegenüber dem Auslande.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Damit will ich keineswegs sagen, daß wir dem Auslande gegenüber eine billige Konkurrenz machen sollten. Schmutzkonkurrenz nach dieser Seite dürfen wir nicht treiben. Nichts wäre verfehlter als dies. Das Ausland würden wir damit verärgern, und wir selbst würden davon nur Schaden haben. Leider ist bereits in Unkenntnis dieser Zusammenhänge und wird auch heute noch viel zu billig an das Ausland verkauft. Dem zu steuern ist gewiß eine der wichtigsten Aufgaben unserer volkswirtschaftlichen Aufklärungsabteilung.

Wenn wir aber nun aus diesen Gründen auch nicht zu einer völlig freien Wirtschaft im Sinne der Vorkriegszeit übergehen können, so heißt das doch keineswegs, die **Zwangswirtschaft,** wie sie heute besteht, beibehalten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Zwangswirtschaft ist nicht Selbstzweck. Wir können überhaupt nicht irgendein derartiges wirtschaftliches Ideal in unserer Lage verwirklichen. Dafür hängen wir heute allzusehr, viel mehr, als es früher der Fall war, vom Auslande ab. Ich stimme hierin durchaus dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn bei, wenn er neulich in der politischen Debatte sagte: wir können keine sozialistische Insel mitten im Weltmeer des Kapitalismus bilden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Die Zwangswirtschaft ist eben nur Mittel zum Zweck, und darum muß sie so weit abgebaut werden, als sie unwirtschaftlich ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Unwirtschaftlich wirkt sie in ihrer heutigen Gestalt zweifellos in der **Landwirtschaft.** Ich fürchte, wir kommen

(Dr. **Brauns** [Cöln], Abgeordneter.)

(A) bald in ganz bedenkliche Zustände. Die Landwirte werden immer mehr und mehr erregt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das kann man aus allen Petitionen herauslesen; aus allen Lagern, auch von Landwirten aus sozialdemokratischem Lager, liegen solche Petitionen vor. Die öffentliche Moral leidet unter diesen Zuständen immer mehr und mehr. Was ganz besonders gefährlich ist und worauf wir vor allen Dingen unbedingt unser Augenmerk richten müssen, das ist der **Übergang zur extensiven Wirtschaft,** der sich hier und da bereits ankündigt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ein solcher Übergang wäre für die Landwirte kein privatwirtschaftlicher Verlust, aber die Allgemeinheit würde darunter um so mehr leiden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Unsere landwirtschaftliche Eigenerzeugung könnte bei einer solchen Entwicklung um 40 bis 50 Prozent sinken.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Dieser bedauerlichen Lage müssen wir unbedingt Rechnung tragen. Ich sage nochmals: nicht im privaten Interesse der Landwirtschaft. Meine Fraktion lehnt jegliche einseitige Interessenpolitik, ganz gleich von welcher Seite, mit allem Nachdruck ab.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wohl aber müssen wir Rechnung tragen dem wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit.

Welche Wege sollen wir gehen? Man könnte vielleicht einen Gegenstand nach dem anderen aus der Zwangswirtschaft herausgreifen. In einzelnen Fällen mag dieser Weg unvermeidlich sein; aber gerade in der Ernährungswirtschaft hat er seine großen Bedenken hinsichtlich der Rückwirkung auf die noch in Zwangswirtschaft verbleibenden Produkte. So glaube ich, heute sagen zu dürfen, daß es keine glückliche Maßnahme war, den Hafer auch nur

(B) teilweise aus der Zwangswirtschaft herauszunehmen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das wird auch in den landwirtschaftlichen Kreisen zugegeben: man müßte alles **Getreide** einheitlich bewirtschaften. Nachdem es nun einmal anders geschehen ist, wird es sich schwerlich rückgängig machen lassen.

Anders liegen die Dinge — ich erörtere lediglich Möglichkeiten — schon bei den **Kartoffeln** und bei dem **Zucker.** Hier ist eine ungesunde Verschiebung der Produktion von einem Zweige zum anderen nicht so leicht möglich. Dafür erfordert der Anbau der Hackfrüchte viel zu viel Arbeit, und soweit eine Steigerung der Produktion auf diesem Gebiete erzielt würde, die wir durchaus wünschen müssen, wäre sie für unsere Ernährung wertvoll; Kartoffeln und Zucker geben bekanntlich die besten Nährwerte.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das Hauptbedenken gegen die völlige Befreiung der Kartoffel- und Zuckerbewirtschaftung vielleicht vom Jahre 1920 ab besteht in einer unabsehbaren Preissteigerung, die auf diesem Gebiete einsetzen würde und vielleicht unerschwingliche Preise für ganze Bevölkerungsmassen im Gefolge haben könnte. Den Ernst dieser Bedenken würdigen meine politischen Freunde ganz und gar.

Aus diesem Grunde haben wir auch nach wie vor die größten Bedenken gegen die **Freigabe der Vieh- und Fleischwirtschaft.** Wir wissen, daß mindestens die Hälfte des Viehes schwarzgeschlachtet wird.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Aber trotzdem gibt es heute immer noch hunderttausende von Familien in der armen Bevölkerung und insbesondere in den Großstädten, die auf dieses wenige Fleisch, das durch öffentliche Bewirtschaftung ihnen zugeführt wird, angewiesen sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(C) Würden wir die öffentliche Bewirtschaftung auf diesem Gebiete ganz aufheben, so fürchte ich, daß diese arme Bevölkerung dann überhaupt kein Fleisch mehr bekommen könnte.

(Zustimmung im Zentrum.)

Darum suchen wir nach anderen Wegen. Es ist vielfach vorgeschlagen worden, einen **bestimmten Prozentsatz der Produktion in die öffentliche Bewirtschaftung** zu nehmen und einen anderen freizugeben. Aber die Erfahrungen mit dem Hafer in diesem Jahr sprechen nicht dafür. Landwirte haben stellenweise in diesem Jahr verhältnismäßig weniger behalten können als früher. Die Schwierigkeiten bestehen eben darin, das Lieferungssoll mit dem Anbau- und mit dem Ernteergebnis in Einklang zu bringen. Die Erträgnisse sind eben sehr unterschiedlich nach Gegenden und nach Jahren.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wie will man allen diesen Unterschieden gerecht werden? Wieviel soll man zwangsweise erfassen, wieviel freilassen? Beim Hafer ließ sich diese Unterscheidung leichter machen; bei anderen Nährmitteln wäre sie wesentlich schwieriger.

Man kann auch nicht gut vorschlagen — dieser Gedanke ist schon oft erörtert worden —, die Landwirte sollten so viel abliefern wie bisher und über den Rest frei verfügen: dann würde diese freie Verfügung wenigstens gesetzmäßig, und der Liefereffekt von heute würde dann doch beibehalten. Die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe haben bisher in der Frage der Zwangsablieferung unterschiedlich dagestanden. Der eine Betrieb konnte manches frei verkaufen, der andere weniger. Darum ist auf dem Wege, den ich hier erwähnte, meines Erachtens auch nicht zu helfen, ganz abgesehen davon, daß eben eine größere Bewegungsfreiheit, als sie heute besteht, von den Landwirten angestrebt wird.

Es bleibt demnach nach der Überzeugung meiner politischen Freunde nur ein Weg übrig, nämlich eine be- (D) trächtliche **Erhöhung der Preise.** Ich bin mir der Schwere dieser Forderung vollauf bewußt, und wir sind darum auch bereit, die Konsequenzen dieser Forderung nach jeder Richtung zu ziehen. Selbstverständlich müssen dann auch die Löhne, Gehälter und die Preise der gewerblichen Produkte entsprechend steigen. Wir müssen diesen Weg trotz allem gehen, und zwar aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen.

Wir haben eben keine sich selbst genügende Wirtschaft, und wir werden auch sobald keine haben. Sind wir aber auf die Dauer vom Auslande abhängig, müssen wir von ihm Lebensmittel und Waren beziehen, dann sind solche Preisunterschiede, wie sie heute bestehen, für die Produzenten auf die Dauer unerträglich, sie lähmen die Produktion. Umgekehrt aber muß die Parole lauten: Mehr Waren, mehr Erzeugung! Das ist die Forderung des Tages, und darauf muß unsere Wirtschaftspolitik eingestellt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Minister hat uns eingangs unserer heutigen Verhandlungen die gewaltigen Unterschiede zwischen den Preisen der Auslandslebensmittel und den Preisen der Inlandslebensmittel dargelegt. Als ich diese Darlegungen hörte, habe ich mich gefragt: Wäre es denn nicht viel besser, diese Riesenkosten, die der Allgemeinheit entstehen, dafür zu verwenden, die inländische Produktion zu heben und zu fördern, als diese Gelder dem Auslande zu schenken?

(Lebhafte Zustimmung.)

Ferner: je niedriger unsere Inlandspreise halten, desto mehr fließen unsere Warenvorräte ins Ausland.

(Erneute Zustimmung.)

Es ist bekannt, daß nicht bloß diese und jene Einzelware, sondern ganze Gattungen von Waren in Massen,

(Dr. **Brauns** [Cöln], Abgeordneter.)

(A) ja ganze Läger unserer deutschen Bestände heute infolge unserer niedrigen Preise von Ausländern aufgekauft werden; denn der Ausländer kann nach Deutschland reisen und sich bei unserem schlechten Valutastand sich außerordentlich profitabel mit allen Waren versehen. Das geht heute so weit, daß wir geradezu vor einer **Entblößung des Inlandes auf dem allgemeinen Warenmarkt** stehen.

(Hört! hört! rechts.)

Was gedenkt eigentlich die Regierung zu tun, um dieser Entwicklung zu steuern? Das scheint mir eine außerordentlich wichtige Frage zu sein. Was gedenkt das Reichswirtschaftsministerium in der Richtung zu tun, damit das Inland nicht vollständig seiner Warenvorräte beraubt wird?

Je größer ferner die Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen, desto größer ist auch die Gefahr, daß irgendwelche Exporteure, einschließlich der Schieber und Schmuggler, Waren zu hohen Preisen ins Ausland verschieben und den Gewinn auf Kosten der deutschen Produzenten und der Gesamtheit einstecken.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich will von den Produktionskosten der Landwirtschaft gar nicht einmal reden. Aber wenn es wahr ist, was dieser Tage einer meiner Freunde mir sagte, daß er für den Drusch von Getreide im Werte von etwa 2000 Mark Druschkosten von 500 bis 600 Mark gehabt hat,

(sehr richtig! rechts)

dann ist es ohne weiteres klar, daß wir auf diesem Wege unmöglich weiter wirtschaften können. Unser Volk wird dann verarmen, wird für Nahrungsmittel immer mehr Geld ans Ausland abgeben müssen und dadurch auch in seiner Gesamtheit wirtschaftlich immer mehr zurückgehen. Wir müssen demnach — das ist meine Schlußfolgerung — zwar nicht auf die Höhe der Weltmarktpreise von heute gehen — die Gründe habe ich eben bereits aus- (B) führlich dargelegt —; wohl aber müssen wir nach und nach unsere Preise beträchtlich steigern,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

um unsere Eigenwirtschaft zu befruchten und die Waren im Inlande festzuhalten.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Daneben werden immer noch Zwangsmaßnahmen in der **Preisfestsetzung** und im Handel und Verkehr unvermeidlich sein. Ich möchte die Regierung darauf hinweisen, daß auch die Arbeiter diese Notwendigkeiten erkannt haben. Wir stehen da vor ganz interessanten Erscheinungen, besonders im Westen unseres deutschen Vaterlandes. Wie so oft und an manchen anderen Stellen waren dort in den großen Städten keine Kartoffeln und sonstigen Lebensmittel zu haben. Die Folge davon ist neuerdings die gewesen, daß die Interessenten selbst, die Erzeuger auf der einen Seite und die Konsumenten auf der anderen Seite, in enge Verbindung miteinander getreten sind und andere Preisfestsetzungen vorgenommen haben über diejenigen amtlicher Natur hinaus und auf diese Weise die Lieferung wieder herbeigeführt haben. Das ist natürlich auf die Dauer nicht auf lokalem Wege möglich. Derartige Maßnahmen müssen unbedingt für die Allgemeinheit getroffen werden.

An dieser Stelle möchte ich einen Wunsch zur Sprache bringen, der den Titel 37 in Kapitel 1a betrifft, wo es sich darum handelt, daß 3½ Milliarden für die **Verbilligung des ausländischen Lebensmittelbezuges** ausgegeben werden sollen. Wir haben dieser Forderung zugestimmt, möchten aber doch die Regierung bitten, daß sie bei dem Verkauf dieser ausländischen Lebensmittel im Inland keine allzu große Differenz zwischen den inländischen Durchschnittsmarktpreisen und den Preisen der durch die Regierung gelieferten Lebensmittel eintreten läßt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sonst würden wiederum ganz ungesunde Zustände auf (C) dem Markte entstehen. Es würde allerhand Schiebereien Tür und Tor geöffnet, und wir geben auch auf diesem Wege allzuviel Geld ans Ausland. Je höher wir die Preise steigern, desto geringer wird unsere Verschuldung ans Ausland im Verhältnis zur Einfuhr werden, desto mehr werden wir in der Lage sein, Lebensmittel im Auslande einzukaufen und den Markt dadurch wieder in Deutschland um so besser zu beschicken. Diese Politik der **Produktionsförderung** wünschen meine politischen Freunde auf allen Gebieten unserer Wirtschaft, soweit es sich um die Bedarfsgegenstände und wichtigen Ausfuhrartikel handelt, durchgeführt zu sehen.

Wir erstreben eine derartige Politik auch für die Industrie. Hier gilt es vor allem, die **Bergbauindustrie** in all ihren Zweigen zu fördern. Der Stein-, Erz- und Braunkohlenbergbau und die Kaliindustrie sind nunmehr noch mehr als früher die Grundlage unserer Wirtschaft. Darum müssen zukünftig in Deutschland alle noch brachliegenden gemuteten Stein-, Erz- und Braunkohlenfelder erschlossen und nach verbesserten Methoden ausgebeutet werden. Wir müssen nach Lage unserer heutigen Wirtschaft der Privatindustrie die nötige Initiative und Bewegungsfreiheit zu diesem Zwecke lassen.

(Sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Trotzdem sollen und können wir gleichzeitig dafür sorgen, daß die sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten dabei keiner schrankenlosen Behandlung durch das Kapital ausgeliefert sind, und daß auch der Arbeit als Produktionsfaktor ihr entsprechender Einfluß auf das Gesamtunternehmen gesichert wird. Wollen wir die Bergbauindustrie heben, so dürfen wir auch nicht vergessen, der Bergarbeiterschaft die gehobene Stellung in unserer Wirtschaft zu belassen, die sie jahrhundertelang besessen hat und womit leider die Revolution in gewissem Grade (D) aufgeräumt hat.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Was oben hinsichtlich der Preisgestaltung der Agrarprodukte gesagt wurde, gilt in entsprechender Anwendung auch hinsichtlich der **Preise unserer Industrieprodukte.** Wir können da die Preisprüfungsstellen, wir können die Nachprüfungen und Kalkulationen nicht entbehren. Aber die Behandlung der Industrie nach dieser Seite darf nicht kleinlich und pedantisch werden, und insbesondere müssen bei diesen Nachprüfungen und Kontrollen auch immer Fachmänner zur Geltung kommen.

Die Industrie muß verdienen! Wie soll sie sonst sich wieder aufrichten?

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wie soll sie sonst Steuern zahlen, von berechtigter Kapitalansammlung ganz zu schweigen!

(Sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Warum sollen wir unsere Schiffe zu niedrigsten Produktionskosten herstellen und auf allerhand künstlichen Wegen die Produktionskosten unserer Schiffe herabsetzen, um sie schließlich unter Weltmarktpreis der Entente abliefern zu müssen?

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Warum sollen wir unsere Kohlen zu Preisen, die tief unter dem Weltmarktpreis liegen, ans Ausland abliefern müssen? Der Weltmarktpreis einerseits und der Friedensvertrag andererseits zwingt uns also auch hier, in der Preispolitik andere Wege zu gehen. Wir stehen da einer durchaus zwangsläufigen Entwicklung gegenüber.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(Dr. **Brauns** [Cöln], Abgeordneter.)

(A) Ich wiederhole: die Konsequenzen in Lohn- und Gehaltsfragen müssen wir unbedingt ziehen.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus dieser Wirtschaftspolitik für unsere kleinen Rentner, insbesondere auch für die Invaliden- und Unfallrentner und unsere Kriegsbeschädigten. In Bergbaukreisen ist man sich darüber klar, daß ein bestimmter Prozentsatz der Preiserhöhungen in die Knappschaftskassen fließen könnte, um **die Invalidenpensionen** entsprechend zu erhöhen. Ähnlich können es andere Kassen und Berufsgenossenschaften ebenfalls machen. Auch das Reich könnte ähnliche Wege zugunsten derjenigen, die ihre Bezüge nicht dem Geldwerte anpassen können, einschlagen, wie es schon in der Versorgungspolitik für unbemittelte Volkskreise geschehen ist.

Eine Position des Etats gibt mir Veranlassung, über **die Förderung der Textilindustrie** noch ein kurzes Wort zu sagen. Der Ergänzungsetat sieht 2 Millionen Mark für Förderung des Flachsbaues, und der Hauptetat sieht 5 Millionen Mark für Textilforschungszwecke vor. Meine politischen Freunde billigen die Grundtendenz, die diesen Ausgaben zugrunde liegt. Freilich hätten wir uns die Verwendung der 5 Millionen für Forschungszwecke anders gedacht. Wenn die Mehrheit der Parteien sich dafür entschieden hat, daß nunmehr 1,5 Millionen für ein völlig neues biochemisches Institut verausgabt werden, 3 Millionen den bestehenden Forschungsinstituten zugute kommen und ½ Million zur Verfügung des Kuratoriums dieser Stiftung bleibt, so fügen wir uns diesem Mehrheitswillen, indem wir gleichzeitig feststellen, daß die bestehenden Institute durch Mangel an Solidarität leider selber mit die Schuld an dieser Entwicklung tragen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Für unsere Gütererzeugung spielt selbstredend der Faktor **Arbeit** die allergrößte Rolle. Es ist nicht richtig, heute allgemein von Arbeitsunlust zu reden.

(B) (Sehr gut! im Zentrum.)

Der Arbeitseffekt ist tatsächlich in weitem Maße bereits gestiegen. Aber an einem Ende fehlt es noch gewaltig: das sind unsere **Eisenbahnwerkstätten.**

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Da liegt der Hauptgrund unserer Kohlemisere, da liegt der Hauptgrund, warum wir jetzt den Mangel an Kartoffeln in unseren Großstädten und Industriezentren zu beklagen haben.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Und wenn es wahr ist, daß für den Kartoffelversand stellenweise bis zu 70 Prozent der nötigen Wagen gefehlt haben, dann ist es klar, wo es unserem Wirtschaftsleben ganz besonders fehlt.

(Hört! Hört! und sehr richtig! im Zentrum.)

Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, und zwar scheint uns der unumgängliche Weg eine andere Lohnregulierung zu sein.

(Zustimmung im Zentrum.)

Der **Zeitlohn** schlechthin ist für unsere Eisenbahnwerkstätten nicht das rechte Lohnsystem, und wir müssen davon unbedingt abkommen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wo Akkord möglich ist, soll Akkord eingeführt werden;

(sehr richtig! im Zentrum)

wo Zeitlohn unvermeidlich ist, soll durch Prämien für schnellere und bessere Arbeitsleistung gesorgt werden. Für diese Lösung sollten sich unseres Erachtens alle Parteien dieses hohen Hauses, denen es mit der Besserung unserer wirtschaftlichen Zustände ernst ist, mit aller Kraft einsetzen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es bleibt schließlich keine andere Möglichkeit, als daß die öffentliche Meinung stürmisch gegen die Zustände Front macht, wie sie heute in diesen Werkstätten bestehen. Ich (C) bin sicher, daß alle Parteien dieses Hauses dem Minister beistehen werden, wenn er schließlich, um dem Volke einmal klar zu zeigen, wo eigentlich die Notlage liegt, auch den Personenverkehr, so schwer auch eine solche Maßnahme fallen mag, zeitweilig stillegt, damit auf diese Weise der schlimmsten Notlage wenigstens gesteuert wird.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Noch ein letztes Wort über die Verteilungs- und Versorgungspolitik. Wir begrüßen die erfreulichen Mitteilungen des Herrn Ministers über die Besserung auf dem Gebiet unserer Brotversorgung. Aber wir sind der Meinung, daß es hier nicht allein auf unsere **Lebensmittelversorgung,** sondern vor allem auch auf die **Bekleidung unserer Bevölkerung** ankommt. Wir müssen unbedingt der Tatsache Rechnung tragen, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, insbesondere in den Großstädten, nicht zu den notwendigsten Kleidungs- und Wäschestücken kommen kann. Kleider und Wäsche für diese Kreise in den Großstädten zu beschaffen, muß eine unserer vornehmsten Sorgen sein.

Wie steht es eigentlich mit unserer **Notstandsversorgung?** Sind noch Bestände da, die ausgeschüttet und verteilt werden können? Wenn nicht, was geschieht dann, um aus anderen Quellen dieser Not gegenüber hilfreich einzugreifen, die ich eben gekennzeichnet habe, und wie läßt sich eventuell eine Hilfeleistung beschleunigen, was unbedingt nottut? Das sind die Fragen, die wir vorlegen möchten.

Noch ein Wort bezüglich der Wucherbekämpfung. Die **Bekämpfung des Wuchers** könnte nicht nur durch Beschlagnahme und Zwangswirtschaft erfolgen, sondern es muß auch möglich sein, da, wo sich der Wucher auf Gebieten der freien Wirtschaft vollzieht, ihm irgendwie beizukommen. Soll es nicht möglich sein, zum Beispiel festzustellen, wie es kommt, daß in Berlin das Ei bis (D) 1,80 Mark kostet?

(Sehr richtig!)

Da liegt doch an irgendeiner Stelle eine Bewucherung. Das muß doch herauszufinden sein. Wenn wir im Inlande mit derselben Energie, wie es in den besetzten Gebieten dank der Abwehr, die das Volk selbst ergriffen hat, und Dank der Maßnahmen und Forderungen des Volkes an die dortige Militärverwaltung geschieht, gegen den Wucher vorgehen, sollte sich eine wesentliche Besserung erzielen lassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine politischen Freunde sind der Überzeugung, daß auch hinter dem **Abbau der Kriegsgesellschaften** etwas mehr Dampf gemacht werden könnte.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Darum haben wir ungeachtet der natürlichen Schwierigkeiten, die solchen Untersuchungen entgegenstehen, erneut eine parlamentarische Prüfung dieser Frage veranlaßt. Wir freuen uns, daß die Haushaltskommission diesem Antrage beigetreten ist, und hoffen das gleiche von dem Plenum.

Zu den vorliegenden Anträgen: Dem Antrage Nr. 1363 können wir zustimmen. Dagegen müssen sich meine politischen Freunde gegen Antrag Nr. 1364 erklären, der die Summe für die **Mustermesse zu Leipzig** von 1 200 000 auf 1 700 000 Mark erhöht. Wir verkennen nicht die Berechtigung solcher Wünsche, aber die ganze Wirtschaftslage ist nicht danach angetan, daß wir die Summe unserer Etats in den Ausgaben noch erhöhen sollen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das erregt bei meinen politischen Freunden so sehr große Bedenken, daß wir diesen Weg unmöglich mitgehen können.

(Dr. **Brauns** [Cöln], Abgeordneter.)

(A) Gewiß, unsere Arbeit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist unendlich mühselig; trotzdem meinen wir, die Parole muß und darf lauten: arbeiten und nicht verzagen!

Ich wünsche unserem Reichswirtschaftsministerium, daß es ihm gelingen möge, die rechten Wege aus der Wirrnis unserer Tage zu finden und die deutsche Wirtschaft zu erhalten, auf eine neue Grundlage zu stellen und sie zu einer besseren Zukunft zu führen.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hermann (Württemberg).

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dem Reichswirtschaftsministerium ist die Führung des deutschen Wirtschaftslebens anvertraut. Um diese schwere, dornenvolle Aufgabe lösen zu können, ist es notwendig, daß es von allen Volksteilen nachhaltig unterstützt wird. Der Wiederaufbau der durch den Krieg und seine Folgen völlig ruinierten deutschen Wirtschaft ist eine so überaus schwere Aufgabe, daß alle Kreise der Nation alle Ursache haben, tatkräftigst dabei zu helfen. Es ist nicht vaterländisch, wenn man in dieser Zeit es für angebracht hält, das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen, und den Anschein zu erwecken sucht, als ob es lediglich von dem guten Willen dieser Regierung abhängen würde, ob sich unsere Verhältnisse bessern oder nicht. Es ist eine Lüge und Verdrehung, die Revolution als die Ursache unseres Elends zu bezeichnen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Das gilt für rechts und gilt für links. Gerade weil diese Mitarbeit aller im Interesse des Volksganzen liegt, ist auch die Demokratie wieder in die Regierung eingetreten, aus lauterstem Pflichtgefühl heraus gegenüber dem Volke.

(B) Das ist jetzt um so notwendiger, je näher der Tag heranrückt, an dem der unselige **Friedensvertrag** zur Durchführung kommen soll. Denn gerade in wirtschaftlicher Beziehung ist der Friedensvertrag von den unheilvollsten Folgen für unser Wirtschaftsleben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere ganze wirtschaftliche Zukunft ist durch den Friedensvertrag in ein Dunkel gehüllt, weil es nicht in erster Linie von uns abhängig ist, wie sich diese Zukunft gestaltet, sondern von der Einsicht oder Nichteinsicht unserer seitherigen Feinde. Hier zeigt sich das doppelte Gesicht des Friedensvertrags: auf der einen Seite der Vernichtungswille und auf der anderen Seite der Wunsch, aus der deutschen Wirtschaft soviel herauszupressen wie nur möglich, zur Abbürdung der eigenen Last.

Ich muß in diesem Zusammenhange meinem schmerzlichen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß, wie der Herr Reichswirtschaftsminister uns heute mitgeteilt hat, es leider nicht gelungen ist, das böse **Loch am Rhein** zu stopfen, durch das uns der letzte Tropfen Blut aus unserem Wirtschaftskörper abgesogen wird. Man hätte meinen sollen, gerade in Frankreich hätte man mehr Verständnis für diese überaus wichtigen Fragen unseres zukünftigen Wirtschaftslebens. Wenn dort in dieser Weise weiter gewirtschaftet wird, wird es uns unmöglich gemacht, den Verpflichtungen des Friedensvertrages, so sehr wir sie erfüllen wollen, nachzukommen.

(Sehr richtig!)

Ich habe die Rede Clemenceaus im französischen Senat, entkleidet all dessen, was für das französische Gemüt bestimmt war, recht aufmerksam gelesen und glaubte darin einen Ansatz für die Würdigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten für Deutschland auf diesem Gebiete finden zu können. Ich muß aber gestehen: die Hoffnung, die ich in diese Einsicht gesetzt habe, war zwar nicht allzu groß, aber sie erscheint mir heute ferner denn (C) je, nach dem, was uns von dem Herrn Reichswirtschaftsminister mitgeteilt worden ist.

Eine sehr wichtige Frage möchte ich dabei an den Herrn Reichswirtschaftsminister richten: es kommt der Tag näher und näher, bis zu welchem wir nach dem Friedensvertrage das Recht haben, der Entente darüber Vorschläge zu machen, wie wir den **wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage** in einer für unsere eigene Volkswirtschaft erträglichen Weise nachkommen können. Es scheint mir überaus bedeutungsvoll und wichtig zu sein, daß wir nach dieser Richtung hin unseren seitherigen Feinden klar, scharf umrissen aufzeigen, was wirtschaftlich von uns geleistet werden kann und was über unsere Kraft hinausgeht. Unsere Wirtschaft ist völlig entblößt von den notwendigsten **Rohstoffen.** Weite Zweige unserer deutschen Industrie können nicht so arbeiten, wie sie wollten und könnten, weil es neben der Kohle an der Zufuhr der nötigen Rohstoffe fehlt. Auf der anderen Seite sehen wir, daß auch, soweit die Möglichkeit für Einfuhr von Rohstoffen besteht, die immer wieder **sinkende Valuta** es beinahe unmöglich macht, zu diesen Preisen Rohstoffe einzuführen, sie zu veredeln und im Inlande oder Auslande abzusetzen. Diese Schwierigkeit, die einen wirtschaftlichen Wiederaufbau beinahe unmöglich macht, kann meines Erachtens nur gelöst werden, wenn durch internationale Verhandlungen uns eine größere Valutaanleihe gewährt wird. Nur sie allein wird imstande sein, uns aus dieser wirtschaftlichen Not heraus zu befreien und arbeitsfähig zu machen.

Auch in den Kreisen unserer seitherigen Feinde dämmert es allmählich nach dieser Richtung hin. Man beginnt einzusehen, daß es wirklich in der Regel kein unlauterer Wettbewerb ist, wenn unsere Ausfuhr in neutrale und andere Länder angesichts des Valutastandes mehr und mehr auch zu einer Schädigung der anderen Volks- (D) wirtschaften ausschlägt. Außerordentlich interessant sind die Verhandlungen, die jüngst in der Schweiz geführt worden sind. Vor wenigen Tagen fand im Bundeshause zu Bern eine Konferenz statt, die sich mit dem Tagesgespräch der Schweiz, nämlich mit der „wirtschaftlichen Überfremdung“ beschäftigte. Dabei kam der Wunsch zum Ausdruck, durch Einfuhrverbote oder Zollerhöhungen den Import deutscher Waren einzudämmen. Es wurde darauf hingewiesen, wie sich verschiedene deutsche Industrien bemühten, unter Ausnutzung des Valutastandes Produkte in die Schweiz einzuführen, an denen auch in Deutschland starker Mangel sei. Ich will auf die näheren Einzelheiten hier nicht eingehen, aber der Endeffekt dieser Beratungen war der, daß man anerkennen mußte, daß dies bei uns kein Fall von Dumping, d. h. ein absichtliches Unterbieten der Konkurrenz ist, sondern daß einzig und allein der Grund in der niedrigen und weitersinkenden deutschen Valuta liegt.

Auch in Amerika sind Anzeichen vorhanden und mehren sich, daß man dort einzusehen beginnt, daß zwar das weitere Sinken der deutschen Valuta uns immer mehr schädigt und immer weiter dem Ruin zuführt, daß aber auf der anderen Seite die Volkswirtschaften der Ententestaaten im ganzen davon keinen Nutzen, sondern eher großen Schaden haben. „The Iron Age“ beschwert sich darüber, daß unter dem hohen Stande des Dollarkurses die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen aus den Vereinigten Staaten außerordentlich leide, und zwar infolge billiger deutscher Lieferung an die früheren europäischen Abnehmer Amerikas; in Holland, in Italien, in der Schweiz und in Frankreich sei ein solches Vordringen des deutschen Wettbewerbs zu beobachten. Dem ist anzufügen, daß, wenn bei uns intensiver gearbeitet würde gerade in den Industrien, die von der Zufuhr aus-

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) ländischer Rohstoffe unabhängig sind, sich wahrscheinlich diese Erscheinung noch wesentlich verstärken würde. Es ist sehr interessant, daß man in Amerika unter diesen Umständen tatsächlich die Konkurrenz Deutschlands fürchtet, die Konkurrenz desselben Deutschland, das wirtschaftlich so niedergedrückt und ruiniert ist. Wir müssen diese Vorgänge aufmerksam beobachten; denn sie haben dazu geführt, daß erst jüngst auf der internationalen Handelskonferenz in Atlantic City der Präsident der Nationalhandelsbank von New York erklärt hat, daß unbedingt **von seiten Amerikas besondere Notmaßnahmen** getroffen werden müßten, nicht aus Mitleid mit Europa, sondern mit Rücksicht darauf, daß anderenfalls durch eine europäische Warenflut, die schließlich als das einzige europäische Zahlungsmittel für Bezüge von drüben übrig bleibe, die amerikanische Wirtschaft in schwerste Unordnung gebracht würde.

Das ist zweifellos richtig gesehen, und daraus wollen wir die Hoffnung ableiten, daß es bald gelingen möge, im Wege internationaler Beratungen die Fortführung unserer Wirtschaft durch entsprechende Valutaanleihen einigermaßen zu gewährleisten.

Aber nicht bloß wir in Deutschland leiden unter der Entwicklung dieser Verhältnisse, sondern auch **Frankreich** und **Italien,** ja selbst **England** haben gewaltige **Unterbilanzen ihres Außenhandels** aufzuweisen. Frankreich hat in den letzten acht Monaten des laufenden Jahres eine Einfuhr von 18½ Milliarden Francs zu verzeichnen, der eine Ausfuhr von nur 4 Milliarden gegenübersteht, und auch England weist ein Außenhandelsdefizit von 461 Millionen Pfund auf. Das zeigt uns ganz deutlich, daß nicht nur die deutsche Wirtschaft immer mehr dem Ruin entgegengeht, sondern daß auch die anderen europäischen Wirtschaften schwer erschüttert sind. Der wirtschaftliche und politische Schwerpunkt der Welt liegt jetzt (B) in New York. Ganz Europa bricht zusammen, wenn hier keine internationale Hilfsaktion eingeleitet wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer Ruhe und Ordnung in Europa wieder hergestellt haben will — und daran sind doch nicht bloß wir in Deutschland, sondern alle um uns herum interessiert —, muß bereit sein, dem demokratischen Deutschland zu helfen, und ich möchte in diesem Zusammenhang einen dringenden Appell an die Demokratien der ganzen Welt richten, uns wirtschaftlich zu helfen und dafür zu sorgen, daß im Herzen Europas nicht ein neuer furchtbarer Brandherd entsteht, der alles niederreißen und keine Grenzen kennen würde, wenn man auf diese Weise versuchen sollte, ein 60-Millionenvolk vernichten zu können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich weiß wohl, daß dazu mit in erster Linie gehört, daß wir uns selbst im Ausland dasjenige Maß von Vertrauen schaffen, das notwendig ist, um uns auf diese Weise zu helfen. Dieses Vertrauen wird erworben durch **Ordnung im Innern** Deutschlands und durch den **Willen zur Arbeit.** Diese beiden Momente müssen dazu beitragen, das zu einem großen Teil verloren gegangene Vertrauen im Ausland zu uns wiederherzustellen. Daran fehlt es noch vielfach. Ich will keine Einzelanklagen erheben; aber wenn sich bald der Tag der deutschen Revolution jährt, so darf man doch wohl sagen: eine Revolution des Geistes und der Geister war sie nicht, immer mehr hat sie sich zu einer Lohnbewegung entwickelt, zu einer Zahlabendpolitik, wie Herr Noske mit Recht sie genannt hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist dringend notwendig, endlich in die breiten Massen unseres arbeitenden Volkes die Aufklärung über das wahre Wesen unserer Volkswirtschaft und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hineinzutragen, die absolut notwendig sind, wenn wir die breiten Massen an den (C) Staat heranbringen und dadurch das Vertrauen in unsere Wirtschaft wieder stärken wollen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Dazu gehört aber auch Klarheit in bezug auf die grundsätzlichen Fragen unserer künftigen Wirtschaftsführung. Meine Freunde von der Demokratie waren von jeher und werden auch in Zukunft die entschiedensten Gegner einer Klassenpolitik bleiben. Sie verwerfen den Gedanken einer Klassenpartei. Unsere Politik muß gerichtet sein auf den Ausgleich und die Versöhnung der sozialen Gegensätze und Verschiedenheiten, und daraus ergibt sich auch ohne weiteres unsere Stellung gegenüber den einzelnen Erwerbsständen. Auch wir lehnen, wie der Kollege Dr. Brauns, jede einseitige Politik zu Gunsten eines einzelnen Erwerbsstandes ab. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß nur ein Zusammenwirken aller, besonders jetzt, zu einer Gesundung unserer wirtschaftlichen Zustände führen kann. Wir sind in der Deutschen Demokratischen Partei einig in der **Ablehnung der Ideen des marxistischen Sozialismus** und in der Auffassung, daß die Anbetung von Glaubensformeln, die in den letzten Jahrzehnten kühn erdacht sein mögen, kein Glück für unsere wirtschaftliche Entwicklung gewesen ist. Gerade daher kommt es ja, daß die breiten Massen gerade des arbeitenden Volkes an sich selbst und ihren Ideen irre geworden sind und nun heute nicht wissen, was sie glauben sollen, nachdem viele ihre Hoffnungen, ihr Glaube zusammengebrochen ist.

Wir sind uns aber ebenso einig darüber, daß **manchesterliche Ideen** ebensowenig ihren Platz in unserer zukünftigen Wirtschaft haben, wie jene. Das Ausleben des einzelnen ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit ist im neuen Deutschland unmöglich und unerträglich; hierfür ist keine Stätte mehr im neuen Deutschland.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) (D)

Das Interesse der Volksgesamtheit muß dem Interesse des einzelnen vorangehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei halten wir allerdings fest an der **Eigenwirtschaft,** deren Wesen sein muß, daß sie neben der nötigen Kapitalbildung zum Nutzen der Volksgemeinschaft letzten Endes zu arbeiten hat. Wir gehen davon aus, daß auch in der künftigen Wirtschaft die Persönlichkeit, die Unternehmungslust, die Schaffensfreude in unserer Industrie, in unserem Handwerk, in der Landwirtschaft, kurzum im ganzen Wirtschaftsleben das treibende Moment sein muß, das allein uns wieder vorwärts bringen kann. Das Unternehmertum ist für uns genau so unentbehrlich wie unsere Arbeiterschaft. Daran müssen wir festhalten, und ich möchte das nachdrücklichst betonen. Diese Auffassung bedingt andererseits auch Verpflichtungen. Es ist eines der wichtigsten Probleme unserer Zukunft, wie wir die breiten Massen der Arbeiterschaft mit den Verhältnissen aussöhnen, wie sie sich im Laufe unserer Industrialisierung entwickelt haben. Meine Fraktionsfreundin Dr. Bäumer hat das in dem treffenden Worte zusammengefaßt: „Es handelt sich dabei um die **Vermenschlichung des Arbeitsprozesses",** und, ich glaube, wir sind zur Zeit daran, die nötigen Grundlagen dafür zu schaffen. Ohne eine innere, seelische Anteilnahme des deutschen Arbeiters an seiner Arbeit ist an eine Wiedergesundung unserer Wirtschaft gar nicht zu denken. Ich weiß dabei wohl, daß es im Wesen der Industriearbeit liegt, daß in sie hinein nicht so sehr die Persönlichkeit, die Seele des einzelnen Menschen gelegt werden kann wie in die Arbeit des Handwerkers und des Künstlers; aber trotzdem müssen wir alles versuchen, um diesen seelischen Ausgleich in der Industriearbeit zu schaffen und hier bessere Verhältnisse herbeizuführen. Dabei möchte ich dem dringenden Wunsche

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) Ausdruck geben, daß auch die leitenden Kreise unserer Industrie und unseres Handels mehr Verständnis für solche Dinge haben möchten. Es genügt nicht, daß man, wie die Firma Borsig und andere große Firmen, durch ein wahres Trommelfeuer von Schmähschriften uns und die Zentrumspartei angreift und uns unterstellt, wir seien durch den Eintritt in die Regierung oder durch die Mitarbeit an den Regierungsgeschäften zu Hörigen der Sozialdemokratie heruntergesunken. Ich weise derartige Angriffe aufs allerschärfste zurück. Wir können der Industrie nur empfehlen: Beteiligt euch auch an der politischen Arbeit, helft mit im politischen Tageskampfe, wenn er auch manchmal schmutzig ist, dann werdet ihr euch den Einfluß erringen, auf den die Industrie berechtigten Anspruch hat. Ich möchte ganz besonders die führenden Kreise bitten, daß sie mehr nach dieser Richtung hin die Verhältnisse betrachten; denn dieser politische Blick fehlt vielfach, und es ist zu beobachten, daß die Verhältnisse häufig so betrachtet werden, wie sie sein könnten, aber nicht so, wie sie tatsächlich liegen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat der Herr Kollege Hoch bereits darauf hingewiesen, daß sich in Deutschland schon wieder Bestrebungen bemerkbar machten, die dahin gingen, die alte Ausbeuterpolitik, wie er sich ausgedrückt hat, wieder einzuführen und alles womöglich so wieder zu gestalten, wie einstens es war. Ich glaube, darum kann es sich im Ernst nicht handeln. Ich habe bereits zum Ausdruck gebracht, daß die zukünftige deutsche Wirtschaft auf den großen Gemeinsamkeitsgedanken eingestellt sein muß, daß der einzelne sich dem Ganzen unterzuordnen hat, besonders auch in der Wirtschaft. Dieser soziale Gedanke in der Wirtschaft wird am besten zur Durchführung kommen im Wege der **Besteuerung**, einer gerechten, aber weitausholenden Besteuerung. Ich glaube, wir brauchen nach dieser (B) Richtung keine besonderen Wünsche zum Ausdruck zu bringen; denn wer einigermaßen das Programm des jetzigen Herrn Finanzministers kennt, wird bestätigen, daß in bezug auf die Besteuerung alles erfolgen wird, was überhaupt geschehen kann.

Dabei darf ich eines einflechten: Auch die schärfste Besteuerung, so notwendig sie ist, muß ihre Grenze finden in der Möglichkeit der Fortführung der Wirtschaft; denn wenn ich die Wirtschaft durch Steuern erdrossele, helfen die schönsten Steuergesetze nichts, denn die Steuerobjekte und -Subjekte fehlen, an die ich mich halten muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir das Reichsnotopfer betrachten und die zukünftige Reichseinkommensteuer, von der wir wissen, daß sie beispielsweise ein Einkommen von 100 000 Mark schon zu drei Vierteln wegsteuern will, daß später im Wege der Erbschaftsbesteuerung noch einmal ein starker sozialer Ausgleich stattfindet, ein Ausgleich, auf den ich den allergrößten Wert lege und der besonders in der Zukunft wirken wird, — wenn wir uns also diese Art der Besteuerung betrachten, dann müssen wir doch feststellen, daß dadurch eine ganz gewaltige Umkehrung der seitherigen Eigentumsverhältnisse im deutschen Volke stattfindet, wenn das auch jetzt noch nicht so sinnfällig ist, wie ich es für wünschenswert hielte, daß die breiten Volksmassen endlich einsehen würden, daß wir ein bettelarmes Volk geworden sind, eine Tatsache, die noch viel zu wenig in den Köpfen der breiten Massen steckt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das eine werden wir sicherlich sagen können: einem Drohnentum, wie wir es auch jetzt noch so häufig beobachten, wird hoffentlich durch diese Art der Besteuerung für die Zukunft ein Ende gemacht. Das scheint mir viel zweckmäßiger, als sich jetzt darüber die Köpfe zu zerbrechen, welche Gebiete unserer Wirtschaft vollsozialisiert (C) werden können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, der Zeitpunkt für derartige Experimente ist der denkbar ungeeignetste. Große Gefahren lauern in derartigen Dingen, insbesondere in der Überführung von Privateigentum in Staatseigentum, wenn wir uns den Friedensvertrag in seiner ganzen Konsequenz ansehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Weiter meine ich: die Entwicklung der vollsozialisierten Staatsbetriebe, der Eisenbahnwerkstätten und einer ganzen Reihe anderer Betriebe legt uns doch die Verpflichtung auf, sehr scharf zu prüfen, was wirtschaftlicher ist, und wie einer wirklich sozialen Entwicklung am besten gedient ist, ob durch die Heranzüchtung derartiger Staatsbetriebe oder durch die Möglichkeit, im Wege der Besteuerung einen erheblichen Teil des Gewinns der Betriebe der Allgemeinheit wieder zuzuführen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang möchte ich allerdings auch darauf hinweisen, daß dort, wo sich in unserm Wirtschaftsleben **Privatmonopole** entwickelt haben, für Privatmonopole ein Raum in unserm Wirtschaftsleben nicht mehr sein kann. Dort gilt es, eine Form zu finden, bei der die Interessen der Allgemeinheit in erster Linie maßgebend sind. Das Erforderliche für die nähere Ausführung ausfindig zu machen, wird Sache der beteiligten Kreise und der beteiligten Ressorts der Reichsregierung sein. Aber als Grundsatz wird dabei immer zu beobachten sein, daß das deutsche Wirtschaftsleben in dem Zustande, in dem es sich befindet, es nicht erträgt, daß im Wege des Privatmonopols kleine Kreise von Industrien oder von Personen sich große Erträgnisse sichern und aus der Allgemeinheit herausziehen.

Daraus ergibt sich auch unsere Stellung gegenüber der **Zwangswirtschaft.** Ich will bei diesem Kapitel nicht (D) allzulange verweilen, weil wir über die Zwangswirtschaft bei der Valutainterpellation, bei der Interpellation über Leder, Schuhe usw. eingehend beraten haben. Hier kann ich mich in weitestgehendem Maße mit den Ausführungen meiner beiden Herren Vorredner einverstanden erklären. Selbst der Herr Kollege Hoch mußte zugeben, daß die Zwangswirtschaft nicht Selbstzweck ist und sein kann, sondern in ganz bestimmter Absicht eingeführt wurde, und daß überall dort, wo die Grundlagen der Zwangswirtschaft nicht mehr bestehen, ihre Beseitigung zu erfolgen hat. Da ist nun allerdings festzustellen, daß die Grundlagen für die Zwangswirtschaft heute zum größten Teil nicht mehr vorhanden sind,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß das Wesentliche für die Zwangswirtschaft, nämlich die Macht des Staates zur Durchführung seines Willens, kolossal mangelt. Meine Freunde stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß für die einzelnen Zweige unserer Wirtschaft zu prüfen ist: Wo ist ein Abbau möglich? Wo lassen sich Maßnahmen treffen, die eine Erleichterung der bestehenden Wirtschaft ermöglichen? Daran muß freilich energisch herangegangen werden. Denn wenn man bei dem größten Teil der Kriegsgesellschaften noch nicht entfernt an den Abbau herangegangen ist, dann erscheint der Wunsch des Herrn Kollegen Dr. Brauns, dem ich mich namens meiner Freunde anschließe, durchaus gerechtfertigt: Herr Minister, machen Sie mehr Dampf nach der Richtung hin hinter die Kriegsgesellschaften, damit sie wirklich abgebaut werden und nicht bloß der Schein eines Abbaues entsteht! Geschieht das nicht, dann werden wir auch innerpolitisch noch lange mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ich habe erst neulich darauf hingewiesen, wie ganz besonders auch im deutschen Süden die Reichsfreudigkeit darunter in hohem Maße

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) leidet. Je länger die **Berliner Zwangs- und Schandwirtschaft** auf einer ganzen Reihe von Gebieten weiterdauert, je länger breite Massen der Bevölkerung dieses Treiben mit ansehen müssen, wird auch in weiten Kreisen unseres Volkes nicht das Vertrauen zur Regierung entstehen, das notwendig ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind allerdings der Auffassung, daß bezüglich der allernotwendigsten Lebensmittel, wie auch der Kohle, wir vorerst auf die Zwangswirtschaft nicht verzichten können, daß aber das Reichswirtschaftsministerium es sich besonders angelegen sein lassen muß, zusammen mit den beteiligten Kreisen für das nächste Jahr Mittel und Wege zu finden, die uns vor Schwerem bewahren und einen weitergehenden Abbau der Zwangswirtschaft ermöglichen. Denn auf die Dauer — darüber müssen wir uns klar sein, — läßt sich auch auf diesen Gebieten die Zwangswirtschaft, die völlig im Zusammenbrechen ist, nicht mehr aufrechterhalten, obwohl ich nicht verkennen will, daß sie zurzeit noch nicht entbehrt werden kann. Bestimmend für uns sind im wesentlichen dieselben Gründe, die der Redner der Zentrumspartei vorhin hier angeführt hat.

Aber auf der anderen Seite, glaube ich, werden wir auch nicht darum herumkommen, unsere **Inlandspreise** allmählich an die **Weltmarktpreise** anzupassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wird keinem einzigen von uns einfallen, am wenigsten meinem Freunde Gothein, der sich mit dieser Frage sehr eingehend in der Öffentlichkeit beschäftigt hat, zu fordern, daß wir von heute auf morgen die Inlandspreise den Weltmarktpreisen anpassen sollten. Einen solchen Unsinn vorzuschlagen, fällt keinem von uns ein; so weit volkswirtschaftlich zu denken, haben wir auch gelernt, daß wir nicht derartige Vorschläge machen. Aber es ist etwas ganz anderes, ob ich mich grundsätzlich auf den Standpunkt (B) stelle, daß das durchgeführt werden muß, oder ob ich die entgegengesetzte Auffassung vertrete. Wenn jetzt im Etat $3^1/_2$ Milliarden Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise gefordert werden,

(Abgeordneter Gothein: Für ein halbes Jahr!)

— ja nur für ein halbes Jahr —, so muß angesichts dieser Tatsache, auch wenn wir diese Mittel bewilligen wollen, sehr wohl die Frage geprüft werden, wie wir aus einer solchen Wirtschaft herauskommen. Auch der Herr Minister wird der Auffassung sein: auf die Dauer geht das nicht. Mit Recht hat der preußische Vertreter im Reichsrat vor einigen Tagen darauf hingewiesen, wie die furchtbare Verschuldung des Reiches wirkt, und daß es so nicht weitergehen kann. Auch hier gibt es einen Zeitpunkt, wo wir nicht mehr weiterkommen können. Seien wir uns doch auch darüber klar: unsere Valuta steigt durch eine derartige Maßnahme nicht, unser Kredit im Auslande auch nicht,

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Im Gegenteil!)

sondern beides wird dadurch ganz wesentlich verschlechtert. Von allen verantwortlichen Leuten im Auslande, die darüber schreiben und verhandeln, können wir hören, daß derartige Maßnahmen auf die Dauer für unsere Wirtschaft zersetzend und zerstörend wirken.

Daß unsere einheimische Produktion mehr gefördert werden muß und daß wir auf diesem Gebiete unter Umständen mehr Mittel als seither aufwenden müssen, scheint mir durchaus einleuchtend und empfehlenswert zu sein.

Dabei möchte ich auf die Frage der **Einschaltung unseres Handels** noch ein besonderes Wort verwenden. Es mag sein, daß der Handel durch die wirtschaftliche Entwicklung auf manchen Gebieten Boden verloren hat, den er nicht wiedergewinnen wird. Aber, als Ganzes betrachtet, müssen wir daran festhalten, daß der legale Handel, unser Aus- und Einfuhrhandel, wie wir ihn (C) früher gehabt haben, daß die Tüchtigkeit des deutschen Kaufmanns auf die Dauer nicht entbehrt werden kann, wenn wir überhaupt wieder zu einem wirtschaftlichen Aufstieg kommen wollen, wenn die deutsche Wirtschaft auch nur einigermaßen wieder in Gang kommen soll. Wir müssen wieder in den Weltmarkt hinein; mit allen Mitteln das anzustreben, ist unsere Pflicht. Und wenn wir wieder in den Weltmarkt hineinkommen, wenn wir die zerrissenen Fäden auf allen Gebieten der Wirtschaft in der Welt draußen wieder anknüpfen, so wird das auch der Völkerversöhnung dienen. Mögen es zunächst auch nur kleine Anfänge sein: aus diesen kleinen Anfängen heraus wird letzten Endes wieder eine Annäherung der Völker entstehen, und bei dieser Annäherung müssen wir auf den Handel rechnen, demgegenüber ich die Bitte aussprechen möchte, daß er sich auch seiner volkswirtschaftlichen Funktionen wohlbewußt sein möge, daß es gerade die verantwortlichen Kreise unseres deutschen Handels sein müssen, die darauf den größten Wert legen sollen, daß sie in der schweren Zeit des Bewirtschaftungsübergangs ihre Pflicht voll erfüllen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange auch der **Schieber** gedenken. Ich habe letzthin schon bei der Interpellation über die Lederbewirtschaftung dem Herrn Minister erklärt, daß er die volle Unterstützung meiner Freunde hat, wenn er diesem Verbrechertum energisch auf den Leib rückt, das an dem Mark unseres Volkes zehrt. Darauf hat heute der Herr Minister erklärt, er werde besondere Gerichte einsetzen. Ich begrüße das; denn der seitherige Gang der Gerichtsverhandlungen hat gezeigt, wie wenig zweckentsprechend es ist, derartige Dinge durch ordentliche Gerichte aburteilen zu lassen. Das Verfahren geht viel zu langsam, und auch die Strafen sind viel zu milde! Hier muß gründlich durchgegriffen werden, und scharfe Exempel müssen statuiert werden, obwohl ich mir (D) davon allein eine Besserung nicht versprechen; denn die notwendige Gesundung kann letzten Endes nur ein Abbauen, ein allmählicher Übergang zur freien Wirtschaft bringen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat sich sodann, ich darf wohl sagen, in programmatischer Form darüber geäußert, wie die **Einfuhr wichtiger Rohstoffe** in Zukunft vom Reichswirtschaftsministerium gehandhabt werden soll. Der Herr Minister hat ausgeführt, daß bezüglich der Einfuhr von Rohstoffen möglichst Freiheit bestehen und das Wirtschaftsministerium sich darauf beschränken soll, die Einfuhr von überflüssigen Genußmitteln und Luxusartikeln zu verbieten. Dieses Programm findet die volle Billigung meiner Freunde. Wir sind der Meinung, daß jede Möglichkeit, Rohstoffe einzuführen, um unsere Industrien zu beschäftigen, soll ausgenutzt werden. Der Staatskredit allein genügt lange nicht. Wir müssen jede Kreditquelle, die der deutsche Kaufmann im Auslande noch besitzt, ausnützen, um zu einer Hebung unserer Produktion zu kommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Bezüglich der Ausfuhr hat der Reichswirtschaftsminister betont, daß unsererseits noch eine gewisse Kontrolle notwendig ist, die aber möglichst wenig bureaukratisch und nicht schikanös sein soll. Er hat darauf hingewiesen, daß die **Preisprüfungsstellen** hierbei wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Wunsche Ausdruck geben, daß, soweit diese Preisprüfungsstellen notwendig sind, auch alle größeren Handelsplätze des Reichs mit solchen Stellen versehen werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist zum Beispiel unerträglich, daß ein so großes Wirtschaftsgebiet, wie die Provinz Schlesien, keine Preisprüfungsstelle besitzt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(**Hermann** [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) Ich möchte dringend wünschen, daß in Breslau eine solche Preisprüfungsstelle errichtet wird, wie auch an anderen großen Plätzen des Deutschen Reichs.

Es sollen in möglichst weitem Umfange **Freilisten** aufgestellt werden, um dadurch die Ausfuhr zu erleichtern; denn wir müssen ausführen, wenn wir uns Devisen, wenn wir uns die Möglichkeit schaffen wollen, Rohstoffe, die wir brauchen, mit dem Ertrage der deutschen Arbeit zu bezahlen. Da ist der Gedanke aufgetaucht — ich weiß nicht, ob aus dem Reichswirtschaftsministerium oder anders woher —, die Preisprüfungsstellen dazu zu benutzen, die Exportmehrgewinne für das Reich zur Senkung der Lebensmittelpreise mit heranzuziehen. Meine politischen Freunde können diesem Gedanken nicht zustimmen; denn zu einer solchen Sondereinkommensteuer fehlt jede Berechtigung.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Besteuerung ist Sache der Steuergesetzgebung, und nur sie allein und das Kabinett und die Nationalversammlung sind dazu legitimiert. Eine solche Sondereinkommenbesteuerung können wir nicht mitmachen. Denn der Kaufmann, der Industrielle hat doch nicht immer bloß Gewinn, sondern auch Verluste zu verzeichnen, worauf bei einer solchen Besteuerungsart gar keine Rücksicht genommen werden könnte.

Alle die Fragen, die ich in diesem Zusammenhange angeschnitten habe, können nach meiner Überzeugung gründlich und entscheidend nur geklärt werden, wenn einmal alle Faktoren des deutschen Wirtschaftslebens vereinigt sind, um sich über diese Dinge auszusprechen. Ob dazu ein besonderer Kongreß notwendig ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich möchte wünschen, daß der provisorische **Reichswirtschaftsrat**, wie ihn die Verfassung vorsieht, möglichst bald zusammentritt, um die auf diesem Gebiete nötigen Beratungen zu pflegen.

(B) Wenn ich die dringende Forderung ausspreche, daß der Reichswirtschaftsrat sobald wie möglich errichtet wird, so möchte ich gegenüber einer Bemerkung, die der Herr Kollege Davidsohn neulich bei der Lederdebatte gemacht hat, betonen, daß mir und meinen politischen Freunden die Aufgaben, die der Reichswirtschaftsrat zu erfüllen hat, sehr wohl bekannt sind. Wir denken gar nicht daran, aus dem Reichswirtschaftsrat ein berufsständisches Parlament neben dem politischen Parlament zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir lehnen das ausdrücklich ab. Wir wissen, daß dieser Reichswirtschaftsrat in der Hauptsache nur eine begutachtende, vorschlagende Tätigkeit zu entfalten haben wird; aber es wird ihm doch die große Aufgabe zufallen, alle Faktoren unseres deutschen Wirtschaftslebens zu gemeinsamer Beratung über die lebenswichtigsten Dinge unserer Zukunft zu vereinigen. Wenn nun über die zukünftige Zusammensetzung dieses Reichswirtschaftsrats in den beteiligten Ressorts beraten wird, so möchte ich von vornherein dem Wunsche Ausdruck geben, daß dieser Reichswirtschaftsrat nicht in eine Art Berliner Reichswirtschaftsrat ausarten möge,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sondern daß auch auf die verschiedene wirtschaftliche Struktur der einzelnen Teile des Deutschen Reichs Rücksicht genommen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es kann keine Rede davon sein, daß etwa nur die Spitzenverbände ihre Vertreter dorthin entsenden. Wir müssen vielmehr verlangen, daß die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats den Wünschen entspricht, wie ich sie eben zum Ausdruck gebracht habe; denn dadurch wird auch seine Bedeutung gegenüber dem Parlament nur gehoben. Der Reichswirtschaftsrat muß in seiner Zusammensetzung ein getreues Spiegelbild unserer deutschen

(C) Volkswirtschaft sein, alle in der deutschen Volkswirtschaft wirkenden Kräfte und Kreise müssen in ihm ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Einseitigkeiten werden wir nicht mitmachen und nicht dulden; denn dieser Reichswirtschaftsrat soll insbesondere dazu dienen, wieder Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und in alle beteiligten Kreise zu tragen. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn seine Zusammensetzung einwandfrei und gerecht ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Fürsorge für alle schaffenden Stände ist die hochwichtige Aufgabe des Wirtschaftsministers. Ich möchte ihm dazu namens meiner Freunde vollen Erfolg wünschen, indem ich daran die Bitte knüpfe, seine Fürsorge möge Industrie, Handwerk, Kaufmannschaft und Landwirtschaft gleichermaßen zukommen, damit die bestehenden Gegensätze ausgesöhnt und alle zur Mitarbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes herangezogen werden. Es ist heute schon davon gesprochen worden, daß die **Arbeitsfreudigkeit** sich allmählich wieder zu heben beginnt. Von den Großstädten abgesehen, kann ich mit Befriedigung feststellen, daß **in den Kreisen des Handwerks** und in den Kreisen unserer **Bauern** die Arbeitsfreudigkeit eigentlich bis auf den heutigen Tag nicht nachgelassen hat,

(Zustimmnng rechts und bei den Deutschen Demokraten)

daß sie immer bereit waren, mitzuarbeiten, und daß sie nicht verzweifelt sind, so sehr sie dazu manchmal Veranlassung gehabt hätten.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Namens meiner Freunde möchte ich die dringende Bitte an den Herrn Reichswirtschaftsminister richten, eine zielbewußte **Mittelstandspolitik** zu treiben. Wir gehen davon aus, daß ein tüchtiger, fleißiger und selbstloser deutscher Handwerker- und Kaufmannsstand auch im neuen Deutschland eine absolute Staatsnotwendigkeit ist.

(D) (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir treiben diese Mittelstandspolitik nicht bloß um des Mittelstandes willen, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß diese Mittelstandspolitik im Interesse des Staates liegt. Auch im neuen Deutschland, mag sich nun das neue Deutschland im Laufe der Zeit gestalten, wie es will, wird das Handwerk, wird ein kaufmännischer Mittelstand mit zu den festesten Fundamenten des Staates zählen. Das hat das vergangene Jahr bewiesen, und auch die Zukunft wird mir darin recht geben. Alle jene Propheten, die immer wieder behauptet haben, das Handwerk und der Mittelstand seien dem Untergang geweiht, waren falsche Propheten, sie haben nicht recht gehabt, werden nicht recht behalten. Im Gegenteil! Ich möchte der Überzeugung sein, daß, je mehr sich unsere Vermögensverhältnisse verschieben, die zukünftige Zeit gerade eine Zeit des kleinen Mannes, der persönlichen Tüchtigkeit, der Hingabe an die Arbeit und der Selbstlosigkeit sein wird. Das legt auf der anderen Seite die Pflicht auf, alles zu tun, was möglich ist, um diesen Stand in seinem Kampf um seine Existenz zu unterstützen. Dabei möchte ich allerdings dem Mittelstand, dem Handwerkerstand selbst zurufen: glaubt an euch selbst, seht wieder mehr darauf, euch aus euch selbst zu ergänzen. Wenn wir sehen, wie die Universitäten mit Studierenden immer mehr sich füllen, so müssen wir uns die Frage vorlegen, wo später diese Akademiker alle untergebracht werden sollen; dabei müssen wir feststellen, daß sich für sie leider eine sehr trübe Zukunft eröffnet.

In dem Zusammenhang darf vielleicht darauf hingewiesen werden, daß die **Verachtung** der praktischen, der handwerksmäßigen, **der körperlichen Arbeit**, wie sie sich in vielen Kreisen unserer Gebildeten breit gemacht hat, zu einem wesentlichen Teile mit zu dem Zustand geführt

(Hermann [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) hat, in dem sich heute das Handwerk befindet, sodaß diese Kreise sich überlegen sollten, wo sie in Zukunft ihre Befriedigung, ihr Brot finden werden; denn nur der Tüchtige kommt dort voran. Aber dem Tüchtigen ist auch hier die Möglichkeit des Aufstiegs wie in keinem anderen Beruf gegeben, und wenn das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" wahr werden soll, so muß man gerade hier dem Tüchtigen, auch wenn er kein Vermögen hat, die Möglichkeit des Aufstiegs für die Zukunft sichern.

Wir begrüßen es, daß das deutsche Handwerk sich nunmehr eine große allesumfassende Organisation, den **„Reichsverband des deutschen Handwerks"** geschaffen hat, um in die große Arbeitsgemeinschaft der Industrie und der Arbeiterschaft eingegliedert zu werden. Wir werden ihm, soweit dies an uns liegt, jede Unterstützung zuteil werden lassen.

Eine Förderung des **Kunsthandwerks** wünschen wir in besonderem Maße. Überhaupt möchte ich die dringende Bitte aussprechen, daß das Reichswirtschaftsministerium die Ideen des Werkbundes pflegt, fördert und auf jede Art und Weise unterstützt; denn mit Kitsch und Schund werden wir in Zukunft keine Geschäfte in der Welt machen, sondern höchstens die Stimmung in der Welt noch weiter gegen uns versauen. Was wir in die Welt hinaustragen wollen, das muß gute Qualitätsarbeit sein, eine Arbeit, zu welcher der deutsche Handwerker und Arbeiter in ganz besonderem Maße befähigt sind, und die allein in uns den Glauben befestigen kann, daß uns wieder eine bessere Zukunft beschieden sein wird. Diese Idee der Hebung der Qualitätsarbeit, der Gedanke, bei der Veredlung der Rohprodukte möglichst viel Arbeit hineinzulegen, muß gefördert werden, und wir müssen uns darauf konzentrieren, möglichst viel Arbeit in dieser Beziehung auszuführen. Nur eine derartige Wirtschaft wird uns auf die Dauer gegenüber dem Ausland möglich sein.

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn nun das Reich durch die Verfassung eine gewaltige Zentralisation in bezug auf eine Reihe von Betrieben erfahren hat durch Schaffung der Reichseisenbahn, der Reichspost- und Reichsheeresverwaltung, so ist der größte Teil der künftig zu vergebenden öffentlichen Arbeiten und Lieferungen mit in die Zuständigkeit des Reiches gerückt. Auf der anderen Seite sehen wir, daß drei Viertel des gesamten Steuereinkommens des Deutschen Reichs dem Reich zur Verfügung stehen, daß also sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite das Reich der am meisten entscheidende Faktor auch bezüglich der Vergebung der öffentlichen Arbeiten sein wird. Wenn früher im alten Reichstag einmal der Gedanke aufgetaucht ist, das **Vergebungswesen im Wege der Reichsgesetzgebung** zu regeln, und wenn damals mit Recht eingewandt worden ist, daß das angesichts der Finanzhoheit der einzelnen Bundesstaaten nicht durchführbar sei, so muß ich jetzt sagen: nachdem die Finanzhoheit der Bundesstaaten verschwunden ist, wir eine reichseigene Steuerverwaltung haben, durch das Reich beinahe ausschließlich über die Steuern entschieden wird, so ist auch der Weg geebnet und die Zeit gekommen, sich im Reichswirtschaftsministerium darüber klar zu werden, wie die entscheidenden Richtlinien für die Vergebung öffentlicher Arbeiten reichsgesetzlich festgelegt werden können, wobei die nähere Ausführung den einzelnen Ländern überlassen werden kann. Als Grundsatz muß vor allem aufgestellt werden: einer tüchtigen Arbeit ein angemessener Preis! Bekämpfung der Schundangebote! Ich weiß, ich habe dabei auch die Sympathien der Arbeiter; denn es waren die Gewerkschaften, die uns immer mit unterstützt haben in der Einsicht: wer unterbietet, der wird auch versuchen, die Löhne zu drücken. Deshalb haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer dasselbe Interesse, daß zwar keine übertriebenen Preise bezahlt,

(C) aber angemessene Preise bezahlt werden, bei denen das wirtschaftliche Fortkommen möglich ist.

Auf der andern Seite wünschen wir, daß **Großaufträge** in Zukunft an die Handwerkerorganisationen vergeben werden. Im früheren Reichstag hat der damalige Staatssekretär v. Delbrück erklärt, daß an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die Deutschland genommen habe, das Handwerk nicht den Anteil gehabt habe, der ihm eigentlich zugekommen wäre; das läge aber daran, daß sich das Handwerk nicht die nötige Organisation zur Übernahme solcher Großaufträge geschaffen habe. Die Organisation ist heute da, und daraus muß die Konsequenz gezogen werden. Der Regelfall muß in Zukunft der sein, daß die Vergebung der öffentlichen Arbeiten an die Berufsorganisationen, die am besten genossenschaftlich aufgebaut sind, stattfindet.

Ich wünschte in dem Zusammenhange weiter eine **Förderung des Handwerkergenossenschaftswesens,** des kaufmännischen Genossenschaftswesens, wie des **Genossenschaftswesens überhaupt.** Ich bin der Auffassung, daß sich das Reichswirtschaftsministerium jeder einseitigen Förderung bestimmter Genossenschaftsarten zu enthalten hat. Dem Reichswirtschaftsministerium müssen alle Arten von Genossenschaften gleichmäßig am Herzen liegen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

mögen es Konsumvereine, mögen es Handwerkergenossenschaften, mögen es kaufmännische oder landwirtschaftliche Genossenschaften sein, oder mögen sie sonst heißen, wie sie wollen.

Ich möchte dabei den Herrn Reichswirtschaftsminister fragen, ob neben der Vertretung der Konsumgenossenschaften im diktatorischen Ausschuß auch eine Vertretung der übrigen Genossenschaften gewährleistet ist, beziehungsweise herbeigeführt wird. Denn wir könnten es nicht ertragen, daß etwa ein bestimmter Teil der Genossenschaften im Reichswirtschaftsministerium, ausgehend (D) von einem gewissen Konsumentensozialismus, besonders berücksichtigt wird. Man hat dem Handwerk, man hat auch anderen Erwerbständen von der linken Seite des Hauses erklärt: organisiert euch in Genossenschaften, das ist der einzige Weg! Gut! Wenn man sich nun in diesen Zweigen unserer Wirtschaft genossenschaftlich organisiert hat, so muß diese genossenschaftliche Organisation auch jedwede Unterstützung finden.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn auf der andern Seite aber Großhandel und anderer Handel sich bereits anschicken, durch Verträge mit der Industrie, durch sogenannte Kartellverträge dieses sich erst entwickelnde Genossenschaftswesen von vornherein wieder zu erdrosseln, so muß ich nochmals erklären, was ich früher schon in Weimar erklärt habe: dann müssen wir an die Reichsregierung die Bitte richten, einer derartigen Entwicklung im Wege der Gesetzgebung entgegenzutreten. Das erträgt unser deutsches Wirtschaftsleben nicht mehr, daß hier allein der Eigennutz, ein gewisses Machtgefühl maßgebend sein kann, um eine Entwicklung hintanzuhalten, die allein zur Förderung eines wichtigen Zweigs unserer Wirtschaft möglich ist.

Ich komme zum Schlusse, verehrte Anwesende! Es würde zu weit führen, wenn ich all die Fürsorgemaßnahmen hier aufzählen wollte, die wir im Interesse unserer Industrie, unserer Landwirtschaft für erforderlich halten. Ich möchte mich vielmehr darauf beschränken, da wohl im Laufe der Diskussion über die einzelnen Etatstitel noch Freunde aus der Landwirtschaft und der Industrie das Nötige bemerken werden, noch einen großen Gesichtspunkt hervorzuheben. Man neigt in Deutschland allzu leicht gerade in dieser Zeit zu der Auffassung, als ob unsere wirtschaftliche Lage so verzweifelt wäre, daß wir mit absoluter Sicherheit auf die **Stufe des Agrar-**

(**Hermann** [Württemberg], Abgeordneter.)

(A) **staates zurücksinken** müßten, — eine verhängnisvolle Vorstellung; denn vielen, die sich in diese Gedanken hineinleben, ist nicht gegenwärtig, daß das Heruntersinken auf die Stufe des Agrarstaats das Auswandern von mindestens 20 Millionen deutscher Volksgenossen bedeutet. Und was das für unser ganzes zukünftiges staatliches Leben bedeuten würde! Ich meine, wir müssen alle insgesamt unsere Kräfte anspannen, um diesem furchtbaren Unglück, das uns treffen könnte, zu entgehen. Vor einer Überindustrialisierung brauchen wir in Deutschland wohl keine Befürchtungen mehr zu haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden froh sein, wenn wir überhaupt die Industrie, die wir haben, einigermaßen über die schwersten Zeiten hinüberbringen und sie lebenskräftig erhalten.

Wir bewilligen deshalb gern alle Mittel, die im Etat vorgesehen sind, um dieser Fürsorge zu dienen, wobei ich besonders betonen möchte, daß wir es begrüßen, daß zur **Förderung der Textilforschung** 5 Millionen angefordert sind Wir können auch der Austeilung, wie sie der Unterausschuß des Haushaltsausschusses vorgeschlagen hat, durchaus zustimmen.

Sachliche Notwendigkeiten sprechen für die Errichtung eines von allen anderen Instituten und Industrien losgelösten, selbständigen, **biochemischen Instituts.** Es wäre vielleicht, wie der Herr Kollege Brauns mit Recht gesagt hat, möglich gewesen, wenn Solidarität unter den bestehenden Instituten vorhanden gewesen wäre, es einem derselben anzugliedern. Nachdem das aber nicht der Fall war, konnte nur noch dieser Weg gegangen werden, wobei wir davon ausgehen, daß die Förderung unserer Textilindustrie sehr nötig ist, da sie ja während des Krieges besonders schwer gelitten hat und auch jetzt noch leidet. Aber auf der anderen Seite würde, wenn wir schon die Ausfuhrziffern des Friedens betrachten, wenn (B) wir einzelne Wirtschaftsteile des Reichs, wie Sachsen, Württemberg, Baden usw., betrachten, eine ungeheure Katastrophe über diese Teile des Reichs kommen, wenn es nicht möglich wäre, die Textilindustrie wieder in Gang zu bringen. Deshalb sind uns alle Mittel, die hierfür angefordert werden, recht, und wir begrüßen es, wenn auf diesem Gebiet mit allen Mitteln der Versuch gemacht wird, unsere deutsche Textilindustrie im Laufe der Zeit möglichst unabhängig von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe zu stellen.

Die Mittel für den Haushalt selbst bewilligen wir; wir wünschen aber, wie das bereits der Herr Kollege Brauns getan hat, daß der Aufbau des Reichswirtschaftsministeriums ein klarer, durchsichtiger werden möge, daß er insbesondere sich etwa gliedert, wie die zukünftige Gliederung des Reichswirtschaftsrats gedacht ist. Wir sind auch der Auffassung, daß für eine Art Lehrstühle in Form der volkswirtschaftlichen Abteilung in diesem Ministerium kein Platz sein kann. Auf der anderen Seite aber wünschen wir dringend, daß mehr **Techniker** und mehr **Volkswirte,** insbesondere Männer, die im praktischen Wirtschaftsleben gestanden haben, die nicht bloß eine theoretische Bildung auf dem Gebiete der Technik oder Volkswirtschaft erfahren, sondern die sich im Wirtschaftsleben selbst erprobt haben, an entscheidender Stelle zur Mitarbeit in diesem Ministerium herangezogen werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir stehen dem heutigen Herrn Reichswirtschaftsminister durchaus vorurteilslos gegenüber und unterstützen ihn in seinem schweren Amte. Dabei aber möchte ich dem dringenden Wunsch Ausdruck geben, daß auch der Beamtenkreis, der ihn umgibt, daß die Männer, die mit ihm in seinem Ministerium führend sind, seines Geistes sein mögen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wäre auf die Dauer nicht erträglich, wenn neben (C) dem Minister Männer tätig wären, die als Träger eines früheren und von der Nationalversammlung und vom Kabinett abgelehnten Systems gelten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das führt zu Zweideutigkeiten und zu Verhältnissen, die wir im Interesse des Ministers nicht wünschen, weil wir zu dem Minister das Vertrauen haben, daß er voller Ehrlichkeit und Überzeugung und mit allem gutem Willen die schweren Aufgaben zu lösen bestrebt ist, die seiner harren.

(Sehr gut! bei der Deutschen Demokraten.)

Das A und das O — ist gesagt worden — unserer wirtschaftlichen Not sei die **Kohlenfrage.** Ganz besonders vom Standpunkte des Süddeutschen, aber auch von anderen Gebieten des Reichs aus möchte ich erklären, daß der Herr Minister unsere volle Unterstützung findet und die Vollmacht erhält, um mit aller Rücksichtslosigkeit, wie sie die wirtschaftliche Lage jetzt erfordert, den Notwendigkeiten einer Kohlen- und Nahrungsmittelversorgung auf den deutschen Eisenbahnen Rechnung zu tragen. Wenn es sich nicht umgehen läßt, den Personenverkehr zeitweise stillzulegen, so hat er unsere Unterstützung; denn derartige außergewöhnliche Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Ich glaube, anders werden wir überhaupt zu keiner Ordnung auf diesem Gebiete kommen. Der Winter kommt, die Rheinschiffahrt wird unter Umständen stillgelegt. Aus dem Saargebiete bekommen wir keine Kohle mehr. Oberschlesien ist eine furchtbare Gefahr für uns, sodaß unter Umständen der letzte Rest der Versorgungsmöglichkeit für Kohlen verloren ist. Die Ansammlung von Kohlenvorräten auf den Halden drängt darauf, die Teile des Reiches, wo besonders große Not besteht, zu berücksichtigen, wie überhaupt Ordnung auf diesem Gebiete zu schaffen. Es wäre viel zweckmäßiger für das Reich gewesen, wenn man, anstatt sich monatelang mit Federzeichnungen, blauen (D) Bogen und Ringen über Planwirtschaft im Ministerium zu unterhalten, der Kohlen- und Transportfrage erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt hätte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich weiß, der jetzige Herr Reichswirtschaftsminister ist nicht schuld, wenn es nicht getan worden ist. Ich anerkenne, daß er von vornherein bemüht war, sich dieser entscheidenden Frage zur Fortführung der Wirtschaft zu widmen. Ich möchte wünschen, daß er in diesem Bestreben nicht erlahmen möge.

Der Herr Minister hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, es werde besser werden. Ich hoffe das mit ihm. Diese Heulerei und Schwarzseherei, auf die wir heute vielfach im Volke stoßen, trägt nicht dazu bei, das Vertrauen des Auslandes in unsere Wirtschaft zu heben, sondern es schädigt uns. Mögen die Wolken noch so schwarz auf die Erde daniederhängen: das, was das Deutsche Volk vor und im Weltkriege geleistet hat, die unerschöpfliche Kraft, die in der Arbeiterschaft und in den übrigen schaffenden Ständen steckt, berechtigt zu der Hoffnung, daß wir uns allmählich und mühsam wieder emporarbeiten werden.

Die Regierung kann es nicht allein. Ihr fehlt der gute Wille nicht. Sie hat unsere Unterstützung. Dazu gehört auch die Mitarbeit jedes Volksgenossen; und solange nicht in allen Volksgenossen eine sittliche Wiedergeburt sich vollzieht, eine selbstlose Hingabe an den Staat, so lange wird die Regierung wenig ausrichten. Die Mitarbeit des ganzen Volks ist jetzt das Gebot der Stunde! Eine Wirtschaft, aufgebaut auf dieser Mitarbeit des ganzen Volks, eine wahre Demokratie, wird uns wieder besseren Zuständen entgegenführen. Sie muß aber beherrscht sein von dem Adel des Geistes und der Arbeit.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

(A) Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke.

Dr. **Roesicke,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner ebenso wie der Herr Reichswirtschaftsminister haben unsere Lage in der Zukunft verhältnismäßig optimistisch beurteilt. Namentlich auch der letzte Herr Vorredner hat gesagt, daß zur Erreichung der optimistischen Voraussage das ganze Volk mitarbeiten müsse, die Regierung allein könne es nicht tun. Das ist richtig. Die Regierung allein kann es nicht tun. Aber wir werden unter dieser Regierung — die Herren mögen verzeihen — den Erfolg nicht haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die regierende Stelle muß die Gesamtheit mit dem Geiste erfüllen und die Maßnahmen herbeiführen, die notwendig sind, um das Ziel zu erreichen, das der Herr Vorredner und der Herr Reichswirtschaftsminister als das zu erstrebende hinstellen, nämlich den Wiederaufbau des Deutschen Reiches.

Augenblicklich — darüber wollen wir uns keinem Zweifel hingeben — ist unser ganzes Wirtschaftsleben derartig erschüttert und zerrüttet, daß man von einem vollkommenen Zusammenbruch beinahe reden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir uns fragen, auf welche Weise wir das wieder ändern können, dann ist die Grundlage zu dieser ganzen Sache natürlich das, was immer gesagt worden ist, die **Arbeit.**

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist richtig, aber die Arbeit muß auf das richtige Ziel geleitet werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeit auch wirklich geleistet wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Bisher ist es aber der Regierung noch nicht gelungen, (B) solche Arbeit wieder in Szene zu setzen.

Wenn ich mir — ich komme nachher auf die Frage noch einmal — schon jetzt hervorzuheben erlauben darf: der Herr Wirtschaftsminister meint, die Kohlenförderung sei vermehrt worden, — so ist nach den amtlichen Mitteilungen, die darüber hinausgegangen sind, zwar die Belegschaft seit dem vergangenen Jahr vermehrt worden, aber die Förderung noch nicht.

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

— Die amtlichen Mitteilungen von den letzten Monaten geben darüber den Aufschluß, den ich mir erlaubte Ihnen vorzutragen.

Im übrigen kann man mit der Arbeit nur dann bei uns etwas Erfolgreiches leisten, wenn sie namentlich auch, abgesehen von der geistigen Arbeit, die ja an sich immer eine geistige Produktivität in sich schließt, darauf gerichtet wird, die **Urprodukte des Reiches** herauszuholen und zur Verwendung zu bringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das sind die Kohle, der gesamte Bergbau und die Bodenerzeugnisse der Landwirtschaft. Diese hervorzubringen und zu bearbeiten, das ist die wichtigste Aufgabe, mit der wir nur dieses Ziel erreichen können, welches wir erreichen müssen.

In zweiter Linie kommt dann die **Verarbeitung der eingeführten Rohprodukte.** Zweifellos ist es wichtig, daß wir versuchen, gerade Rohprodukte einzuführen, um sie hier zu verarbeiten. Aber schon hier sehen wir wieder den aus den Vorgängen sich ergebenden Widerstand der Entente. Durch die Presse geht die Mitteilung, daß zwischen Frankreich, England, Spanien, Italien und Belgien Verhandlungen schweben, welche Vorzugstarife für diese Staaten einführen sollen und die außerdem bei den Vorteilen, die sie sich monopolartig für Baumwolle, Rohwolle, Ölfrüchte, Metalle und Kautschuk zuweisen wollen, den deutschen Markt von diesen Bevorzugungen (C) ausschließen wollen.

(Hört! Hört! rechts.)

Daß die jetzige Regierung bisher jedenfalls und nach meiner Überzeugung auch in Zukunft auf diesem Wege nichts erreicht hat und nichts erreichen wird, das zeigen die bisherigen Verhältnisse. Hierbei — da hat der Minister sehr recht — kommt in erster Linie die Kohlenbewirtschaftung in Frage. Der Mangel an Kohle hemmt unser ganzes Wirtschaftsleben; auf allen Gebieten empfinden wir es. Er hebt mit Recht hervor, es müßte eine **Steigerung der Ausfuhr** stattfinden, um Lebensmittel einzuführen. Ich gebe ihm recht darin und werde im Verlauf meiner Ausführungen ganz besonders auf diesen Punkt noch hinweisen. Aber die Steigerung der Ausfuhr ist bisher in zweckmäßiger Weise noch nicht durchgeführt worden, um so mehr, als die Einfuhr nicht in den Grenzen gehalten worden ist, die als zweckmäßig betrachtet wurden.

(Sehr richtig! rechts.)

Heute bringen die ganzen Verhältnisse eigentlich mehr eine Vermehrung der Schieber und der Schmuggler und alle Herren, die gesprochen haben, haben sich darüber auch lebhaft beklagt. Ich habe bedauert, daß bei den Kommissionsverhandlungen ein Wunsch nicht erfüllt worden ist, und das ist der, daß man die Unterstützung der Leipziger Messe, die ja gerade für die Ausfuhr von kolossaler Bedeutung ist, nicht erhöht hat.

Der Herr Minister hob hervor, um einzelnes noch zu erwähnen, daß er hoffe, daß mehr **Petroleum** zur Verfügung gestellt werde. Das ist auch ein wichtiges Mittel, um die Produktion zu steigern; denn in vielen Orten und Gebieten kann ohne Petroleum ein großer Teil der Arbeitszeit unmöglich ausgenützt werden, weil nicht Licht geschaffen werden kann. Trotzdem habe ich bisher nicht gesehen, daß das Land und die kleineren (D) Städte besser mit Petroleum versorgt würden. Weite Striche können überhaupt kein Petroleum bekommen.

Dasselbe ist bezüglich des **Benzols** der Fall. Der Herr Minister möge es mir nicht verargen, wenn ich ausspreche, daß auch die Reichsministerien das Benzol etwas mehr schonen möchten.

(Sehr richtig! rechts)

Wenn ich zum Beispiel an das „fluchbeladene System" denke, wie es die Herren ja immer zu nennen belieben, so haben wir damals für gewöhnlich weniger Autos vor dem Reichstag gesehen als heute.

(Sehr richtig! rechts.)

Das viele Benzol, das hierbei verbraucht wird, würde besser dazu benutzt, um den Acker zu pflügen und die Bestellung zu fördern.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn hier betont worden ist, daß es wichtig sei, die **Textilindustrie** zu fördern, so stehen meine politischen Freunde mit mir auf demselben Standpunkt und begrüßen es lebhaft, daß Mittel ausgesetzt worden sind, um hier fördernd einzugreifen.

Von allen Seiten ist auf das **Schieber- und Schmugglerwesen** hingewiesen worden, das jetzt ein blühendes Gewerbe geworden ist. Es gibt hier wohl keinen, der sich nicht gegen dieses Unwesen ausspricht; es werden im Gegenteil alle darin einig sein, daß diesem Unwesen mit aller Kraft und Macht das Handwerk gelegt wird. Ich glaube aber nicht, daß man auch mit den strengsten Strafen, selbst mit der Todesstrafe, die meinetwegen verhängt werden soll, selbst mit dem Aufknüpfen an Laternenpfählen — wenn genügend Laternenpfähle da sind, woran der Herr Minister neulich ja zweifelte —, dieses Schieber- und Schmugglertum ausrotten kann.

(Sehr richtig! rechts.)

(Dr. Roesicke, Abgeordneter.)

(A) Die Ausrottung ist nur möglich durch einen Ausgleich der Preise. Solange wir in einem isolierten Staate sind, können wir mit verschiedenen Preisen zwischen Inland und Ausland arbeiten und dabei doch das Schieber- und Schmugglertum niederhalten. In dem Augenblick aber, wo man die Grenzen nicht so schließen kann, daß der Staat tatsächlich isoliert ist, helfen keine Strafen gegenüber den Gewinnchancen, die die betreffenden Persönlichkeiten vor sich sehen; sie werden stets suchen, die Schranken zu durchbrechen, koste es, was wolle. Die ungünstigen Verhältnisse sind nun durch den Waffenstillstandsvertrag geschaffen worden, dem wir dieses und so vieles andere zu verdanken haben, — natürlich eine der Folgen der rühmlichen Revolution.

(Sehr richtig! rechts. — Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

— Gewiß, mögen das einige Herren auch nicht glauben, darum bleibt aber die Tatsache nicht weniger wahr.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten.)

— Ich begebe mich nicht auf das Gebiet der Schimpfworte, Herr Kollege Gothein; das überlasse ich Ihnen!

Nun sucht man ein Hindernis aufzurichten durch eine **Einfuhrkontrolle am Rhein.** Ich muß sagen, daß ich das außerordentlich bedenklich finde, und ich fürchte, daß wir dadurch für die Zukunft auf nationalem Gebiet sehr viel Schwierigkeiten haben werden. Dagegen bin ich sehr dafür, daß man eine gewisse Kontrolle der Einfuhr festsetzt. Man müßte diese Kontrolle nach Möglichkeit den Berufsorganisationen übertragen. Die Hauptsache hierbei ist, daß wir diejenigen Rohstoffe einführen, die wir brauchen, daß wir auch Lebensmittel einführen, soweit wir sie brauchen.

Als Einrichtungen, die uns im höchsten Maße wirtschaftlich geschädigt haben und noch schädigen, sehe ich die **Kriegsgesellschaften** an. In den Kommissionen ist letzthin (B) zum Ausdruck gekommen, wieviel Überschuß diese Kriegsgesellschaften für allgemeine Zwecke abzuliefern jetzt schon in der Lage sind; man sprach von Milliarden. Das mag richtig sein; es ist ein Beweis dafür, in wie maßloser Weise sie die Preise für die Gegenstände, die sie bewirtschaftet haben, unberechtigt in die Höhe getrieben haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Anderen hat man es in die Schuhe geschoben; diese Kriegsgesellschaften aber sind schuld daran. Soviel ich weiß, bleiben immer noch 120 Kriegsgesellschaften, und die Frage ist wohl berechtigt, wann diese endlich abgebaut werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Auf einem Gebiete haben sie ganz besonders geschadet, auf dem Gebiete des **Handwerks** und des **Kleingewerbes,** wo sie zum Teil verwüstend gewirkt haben, und wenn wir bedenken, welche Bedeutung das Handwerk hat, so muß nach unserer Ansicht alles getan werden, um dem Handwerk wieder auf die Beine zu helfen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen bedenken, daß vor dem Kriege 3 Millionen selbständiger Kleinbetriebe im Handwerk ihre Nahrung und 13 Millionen Menschen darin ihren Lebensunterhalt fanden, daß die dort gezahlten Löhne sich auf Milliarden beliefen, und daß die Werte, die es erzeugte, über 10 Milliarden hinaus gingen. Deshalb wünschen wir, daß man dem Mittelstand in Handwerk und Gewerbe seine pflegliche Hand zuwendet. Dazu rechne ich zum Beispiel, daß eine Verordnung aufgehoben wird, die in den kleinen Betriebskreisen, namentlich in den kleinen Städten, aufs schwerste empfunden wird, das ist die Verordnung über die **Sonntagsruhe.** Ich möchte aber nicht, daß sie ohne weiteres aufgehoben wird, sodaß eine Vakuum entsteht, sondern ich möchte, daß möglichst bald ein Gesetz eingebracht wird, das die Bestimmungen der Verordnung in dem Sinne ändert, daß die Interessen sowohl der Landbevölkerung wie auch des Kleingewerbes und Kleinhandels (C) berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht muß alles geschehen, um dem Mittelstand zu helfen. Ich beziehe mich da auf den Initiativantrag, den ich mit meinen politischen Freunden in Weimar gestellt habe, der auch jetzt noch nicht zur Verhandlung gekommen ist, auf den wir aber hinweisen, um festzustellen, wie wir uns die Fürsorge für den Mittelstand denken. Eine aktuelle Frage ist ganz besonders geeignet, zu zeigen, ob eine Regierung für den Mittelstand sorgt oder nicht: das ist die Frage der Kohlenbelieferung, und hier möchte ich die besonders bevorzugte Kohlenbelieferung des Mittelstandes, des Handwerks und Gewerbes so weit als irgend möglich und in Übereinstimmung mit den andern lebenswichtigen Betrieben dem Herrn Minister ans Herz legen. Es ist das von der größten Wichtigkeit und für diese Betriebe noch mehr eine Lebensfrage als für eine ganze Reihe anderer Betriebe.

Daß aber die jetzige Regierung gar nicht in der Lage ist, selbst beim besten Willen die Interessen der einzelnen Betriebe genügend wahrzunehmen, kann man aus der **Behandlung der Landwirtschaft** ersehen. Der Herr Minister hat selbst, ebenso wie seine Kollegen wiederholt, erklärt, daß sie sich von ihrer Partei abhängig fühlen, und nach den Erklärungen des Herrn Reichspräsidenten, ebenso wie des damaligen Ministerpräsidenten in Weimar, ging deutlich hervor, daß sie sich eigentlich nur als Parteiminister betrachten. Es wird somit eine Parteipolitik und ausschließliche Klassenpolitik getrieben, und das zeigt sich auch in der Behandlung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Fragen werden im Reichswirtschaftsministerium behandelt. Selbstverständlich haben sie dort nicht allein ihre Stätte, sondern auch die Einzelstaaten befassen sich weitgehend mit der Landwirtschaft, in den Einzelstaaten werden namentlich die Verwaltungsfragen beredet. Aber im Reiche werden heute mehr als früher die großen land- (D) wirtschaftlichen Fragen behandelt und bearbeitet. Neben den Düngerfragen haben wir auch die organisatorischen Fragen, aufbauend auf den Art. 165 der Verfassung, und da ist es in erster Linie der **Reichswirtschaftsrat,** der auf Grund dieser Verfassung sich entwickeln soll. Man hätte nun glauben müssen, daß im Reichswirtschaftsrat auch die Landwirtschaft zu ihrem Rechte kam. Mein Vorredner hat am Schlusse seiner Ausführungen davor warnen zu müssen geglaubt, daß man meinen sollte, daß das Deutsche Reich zu einem Agrarstaat werden müsse. Ich glaube nicht, daß das **Deutsche Reich** zu einem **Agrarstaat** werden dürfte, wie es früher gewesen ist; aber ich glaube doch, daß das Deutsche Reich sehr viel mehr ein Agrarstaat werden wird, als es vor dem Kriege war. Ich glaube, das muß jeder einsehen, der die wirtschaftliche Entwicklung verfolgt und richtig einzuschätzen versteht.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir von diesem Standpunkte ausgehen, müssen wir auch der Landwirtschaft eine breite Basis der Mitwirkung einräumen. Soweit ich habe verlauten hören, wird aber der Reichswirtschaftsrat in einer Weise zusammengesetzt werden — wenigstens ist dies in Aussicht genommen —, daß die Landwirtschaft dabei nicht zu ihrem Rechte kommt, sondern im Gegenteil aufs äußerste vernachläßigt wird. Ich bitte den Herrn Reichswirtschaftsminister, nochmals zu erwägen, ob nicht gleich von seiten der Regierung dafür gesorgt werden müßte, daß die Landwirtschaft ihre richtige Vertretung bekommt im Verhältnis zu ihrer Bedeutung und entsprechend dem Zahlenverhältnis ihrer Angehörigen im Reiche.

Ich möchte sagen, daß dem bisher nicht genügt ist, ist die Folge davon, daß im **Reichswirtschaftsministerium die Landwirtschaft** selbst nicht ihre nötige **Vertretung** hat; denn wenn ich recht unterrichtet bin,

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

(A) war dort bisher für die Behandlung der landwirtschaftlichen Fragen nur eine einzige etatsmäßige Stelle vorhanden. Die anderen Herren, die hinzugezogen worden sind, sind wohl nicht etatsmäßig gewesen, sondern nur allmählich hinzugezogen worden. Ich halte es für einen außerordentlich unwürdigen Zustand für die Landwirtschaft, für einen Beruf von der Bedeutung und dem Umfange, wie es die Landwirtschaft für Deutschland ist, und ich möchte sagen, daß daraus nicht eine sachgemäße Behandlung und pflegliche Berücksichtigung der allgemeinen Interessen der Landwirtschaft resultieren kann, und zwar nicht allein der Interessen der Landwirtschaft, sondern aller derjenigen Interessen, die die Allgemeinheit an der Landwirtschaft hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Zunächst bedarf es hierzu solcher Persönlichkeiten, die berufsmäßig und praktisch die Landwirtschaft kennen und diesen Beruf selbst erlernt haben. Sodann ist es notwendig, daß die Abteilungen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, durch eine Persönlichkeit zusammengefaßt werden, die in erster Linie in der Lage ist, die Landwirtschaft richtig und aus eigener Kenntnis zu beurteilen. Denn es ist keine Frage, daß, wenn ein Unterstaatssekretär an der Spitze mehrerer Abteilungen steht, die Handel, Industrie und Landwirtschaft umfassen, dieser nur einem dieser Berufe ausschließlich angehören und auch nur einen dieser Berufe gründlich kennen wird. Die anderen wird er nicht in dem Maße kennen und deshalb irgendeinen stiefmütterlich behandeln müssen. Da man nun heute für die Landwirtschaft nicht viel übrig hat, so wird voraussichtlich diese Persönlichkeit nicht jemand sein, der den landwirtschaftlichen Beruf entsprechend kennt und praktisch sich mit ihm beschäftigt hat, sondern eine Persönlichkeit, die mehr im Sattel der Industrie oder des Handels sitzt. Das muß meiner Auffassung nach anders

(B) werden. Deshalb haben meine politischen Freunde beantragt, daß ein **Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium** angestellt werden möge, der die **landwirtschaftlichen Fragen** zu bearbeiten hätte. Ich persönlich halte auch das nicht für genügend. Ich bin der Meinung, daß es der Würde und der Bedeutung der Landwirtschaft entspricht, daß ein **Unterstaatssekretär**, dem der entsprechende Apparat zur Verfügung stünde, mit diesen Aufgaben beauftragt werden sollte. Deshalb habe ich zusammen mit meinem Kollegen Behrens den Antrag gestellt, daß der Etat entsprechend verändert und ein solcher Unterstaatssekretär für landwirtschaftliche Fragen angestellt werde. Mindestens nehme ich aber an, daß das hohe Haus doch in seiner Mehrheit dafür eintreten wird, daß die landwirtschaftlichen Fragen nicht nebenbei durch irgendeinen Dirigenten behandelt werden, für den noch nicht einmal ein technischer Ausdruck gefunden ist, sondern daß sie mindestens von einem Ministerialdirektor behandelt werden, der in der Lage ist, die Sache mit größerer Autorität zu behandeln und dafür einzutreten, als es bisher geschehen konnte.

(Sehr richtig! rechts.)

Die mangelhafte Ausgestaltung des Reichswirtschaftsministeriums in dieser Hinsicht ist wohl auch schuld daran, daß man eine ganze Reihe von Dingen sich hat entwickeln lassen, gegen die man hätte einschreiten müssen. Es muß doch auch Aufgabe des Reiches sein, dafür zu sorgen, daß der landwirtschaftliche Betrieb sich einerseits möglichst ungestört entwickeln kann und andererseits so behandelt wird, daß man darauf rechnen darf, daß er seine Produktion zu fördern in der Lage sein wird. Bei den Maßnahmen, die man bisher getroffen hat, ist das durchaus nicht der Fall, sodaß man sich erstaunt fragen muß: gibt es denn wirklich keine Persönlichkeiten, die rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht und sich dafür eingesetzt haben? Wir brauchen die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion (C) unbedingt, und ich werde das nachher noch ausführlicher als einen der wichtigsten Punkte in unserem ganzen Wirtschaftsleben darzulegen haben. Wollen wir das aber, dann müssen wir vor allem **Ruhe für die Landwirtschaft** schaffen. Wenn man aber erleben muß, daß in Preußen solche Bestimmungen erlassen werden wie die **Verordnung vom 2. September dieses Jahres**, in der den Landwirten angedroht wird, daß man ihnen die Verwaltung ihrer Güter entziehen wird, wenn sie ihnen aufoktroyierte Tarife nicht annehmen, obgleich sie zu Verhandlungen bereit sind, dann sind das wahrhaftig keine Maßnahmen, die zur Beruhigung dienen und die ruhige Entwicklung zu fördern geeignet sind, sondern Maßnahmen, die eine solche ruhige Entwicklung direkt hemmen. Wie ich höre, hat man schon einen Kreistag aufgelöst, obwohl das nach meiner Auffassung ebenso ungesetzlich ist wie der Erlaß dieser Verordnung, von der ich eben sprach. Damit hat man eigentlich die Axt an die Wurzel der gesamten **Selbstverwaltung** gelegt. In einem Augenblick, wo man von behördlichen Stellen aus dadurch in die Selbstverwaltung eingreift, daß man die ordnungsmäßig gewählten Selbstverwaltungskörper ohne einen wirklich stichhaltigen Grund, wie es hier geschehen ist, auflöst, ertötet man die Selbstverwaltung. Das sind Experimente, die unser Wirtschaftsleben hemmen und denen schaden, denen sie eigentlich zum Nutzen gereichen sollen.

In dasselbe Kapitel gehört es, wenn man fortfährt, mit dem Wort zu spielen, daß auf dem Gebiete der **Landwirtschaft** eine **Sozialisierung** erfolgen soll, wobei übrigens hervorzuheben ist, daß eigentlich kein Mensch bis zum heutigen Tage weiß, was Sozialisierung bedeutet.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es ist mir immerhin fraglich, ob der Herr Reichswirtschaftsminister in der Lage wäre, eine zutreffende Definition zu geben, was er darunter verstanden wissen will. (D) Aber abgesehen davon, beunruhigt man durch ein solches unklares Wort nur den Betrieb. Und wenn man mit der Absicht umgeht, die Einrichtung der **Betriebsräte für die Landwirtschaft** im Betriebsrätegesetz so zu gestalten, daß sie mit dem Betriebe der Landwirtschaft unvereinbar ist, und wenn man dabei noch hervorhebt, daß ein Hausherrenrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben sowohl der Industrie wie des Handels wie der Landwirtschaft herausgearbeitet werden soll, dann, glaube ich, dient das nicht dem allgemeinen Frieden und der Förderung der Betriebe, gleichviel um welches Gebiet des Wirtschaftslebens es sich handelt, sondern man dient damit der Proklamierung des gegenseitigen Kampfes, den wir doch alle vermeiden wollen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Damit fördert man die Betriebe nicht, — man tötet und erdrosselt sie nur. Das aber können wir unter den heutigen Verhältnissen nicht ertragen.

Ich komme nun noch auf einige andere Dinge, von denen ich wohl gewünscht hätte, daß sie vom Reichswirtschaftsministerium besser berücksichtigt worden wären. Man will auf eine Förderung und Vermehrung der Ernährungsprodukte hinwirken. Das kann man nur billigen; denn nur dadurch sind wir imstande, die Preise zu erniedrigen und der Hungersnot zu steuern. Was hat man aber bei den **Gemüsepreisen** gemacht? Man hat sie auf eine so niedrige Stufe herabgesetzt, daß niemand mehr dafür produzieren kann, wenn man die hohen Betriebskosten berücksichtigt, die Steigerung der Löhne, die hohen Preise für die Düngemittel und namentlich die sehr ungünstigen Witterungsverhältnisse dieses Jahres, wo die Leute tatsächlich mit Verlust arbeiten mußten. Nun hat man sie zwar in diesem Herbst, jetzt im Oktober, wieder hinaufgesetzt,

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

(A) ist aber dabei immer noch unter dem Stande des vorigen Jahres geblieben. Also wieder nur eine halbe Maßregel!

Lange haben wir verlangt, daß für die landwirtschaftlichen Arbeiter, um ihre Arbeitskraft zu erhöhen, die **Deputate** freigegeben werden sollen, daß ihnen diese überliefert werden sollen. Man hat es abgelehnt. Es ist das bekanntlich ein interessanter Streit zwischen dem Landwirtschaftsminister in Preußen und dem Reichswirtschaftsminister hier, wobei offenbar der eine von dem andern nicht wußte, wie weit seine Kompetenzen reichten; sonst hätten die Herren vielleicht nicht sich in dem Maße geäußert, wie sie es getan haben — oder sollte es ein verabredetes Spiel gewesen sein? Die Kommission hat ja den Antrag angenommen, nach dem den landwirtschaftlichen Arbeitern nun endlich das ausgeliefert werden kann, was ihnen zusteht. Ich bitte dringend, daß das hohe Haus die Anträge annimmt, denn die Verhältnisse schaffen so, wie sie augenblicklich sind, geradezu Unmögliches. Wir haben den Zustand, daß der landwirtschaftliche Arbeiter sein Deputat verlangt. Der Besitzer, der Arbeitgeber sagt: ich kann es dir wegen der Verordnung nicht geben. — Jawohl, sagt der landwirtschaftliche Arbeiter, der Landwirtschaftsminister hat gesagt: ich kann es kriegen. — Nein, sagt jener, der Reichswirtschaftsminister hat gesagt: ich kann es dir nicht geben. — Dann sagt dieser: Sie betrügen mich. — Jener sagt wieder: ich betrüge dich nicht, ich bekomme es sonst mit dem Staatsanwalt zu tun. — Der andere sagt: das glaube ich nicht. — Das sind ganz unmögliche Verhältnisse.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Man hat die **Lederbewirtschaftung** freigegeben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das richtig ist. Dabei hat man aber vergessen — oder man wollte es nicht berücksichtigen —, daß mit der Lederfreigabe und dem Steigen der Preise auch die **Viehhäute** im Preise steigen (B) mußten. So kam es, daß die Viehhäute höher stiegen, als der Preis des Viehes selbst.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Nun ist allerdings eine Verordnung im September herausgekommen, nach der der Landwirt von diesen Preisen profitieren soll. Man weiß, wie lange dafür gekämpft ist, die Preise für das Schlachtvieh zu erhöhen, schon um einigermaßen die Preise auszugleichen zwischen dem Schlachtvieh und dem Vieh, das zu anderen Zwecken verkauft wird. Das ist nicht erreicht worden. Hier war die Möglichkeit des Ausgleichs gegeben. Man hat sie aber nicht benutzt, und es ist zu Verhältnissen gekommen, die geradezu horrend sind. Ich bitte, mir zu erlauben, einmal die Verhältnisse, wie sie unter der jetzigen Verordnung bestehen, etwas näher zu beleuchten. Die jetzige Verordnung teilt den Häutepreis, nachdem er für eine gewisse Zeit amtlich festgestellt worden ist, in drei Teile. Einen Teil bekommt das Reich, einen Teil die Kommune, einen Teil der Landwirt. Da kommt es nun zu folgenden Verhältnissen, die in einer landwirtschaftlichen Zeitschrift Mitteldeutschlands mitgeteilt werden. Hier wird von den Vorgängen innerhalb eines Dorfes in Mitteldeutschland gesprochen und wird gesagt, daß der betreffende Besitzer, der Landwirt, für sein Schlachtvieh wenig mehr als 700 Mark bekam; da er das Leder benötigt, will er von seinem Rechte Gebrauch machen, die Kuhhaut zurückzukaufen. Da wird ihm gesagt, er müsse zu dem Preis seiner Kuh noch 230 Mark zuzahlen.

(Hört! Hört!)

Ein ähnlicher Fall, der mir aus einem anderen Dorfe mitgeteilt worden ist: Da verkauft ein Mann ein Kalb für 270 Mark, und man fordert für die Haut 350 Mark

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Noch ein anderer Fall. Ein Kalb wird verkauft für 54 Mark und der Preis für die Haut ist 80 Mark. Ich glaube, daß es nötig ist, auf diese Vorgänge hier hin- (C) zuweisen, um zu beweisen, wie unmöglich es ist, eine Verordnung, wie sie jetzt besteht, aufrechtzuerhalten. Mit meinen Freunden bin ich der Meinung, daß man unter allen Umständen den Viehbesitzer das aushändigen muß, was als Gegenwert für die Haut auf dem Markte gezahlt wird, weil er der Besitzer des Viehes und seiner Haut war. Wenn man ihm davon etwas nehmen will, was ist das denn anderes als eine Steuer?

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Dann muß man aber auch sagen: wir legen eine Extrasteuer auf die Landwirtschaft und das Vieh; denn die Haut ist es dann nicht, die die Steuer trägt, sondern der Viehbesitzer ist es, der die Steuer trägt. Deshalb muß man das Kind beim Namen nennen und sagen, man besteuert die Landwirtschaft besonders. Ich will hoffen, daß das Haus dafür eintritt, daß die Landwirtschaft zu ihrem Rechte kommt; denn das sind unmögliche Verhältnisse.

Von der Position Kap. 11a Tit. 3, die von der Kommission auf 200 000 Mark heraufgesetzt worden ist, wird gespeist der Moorkulturverein und auch früher die **Deutsche Obstbaugesellschaft.** Ich würde bitten, daß auch diese Gesellschaft wieder zu ihrem Rechte kommt; denn wie der Moorkulturverein ist auch sie eine wesentliche Schrittmacherin für das Siedlungswesen. Daher ist es von großer Bedeutung, daß sie wieder die Mittel bekommt, um ihre verdienstvolle Tätigkeit mit Erfolg auszuführen.

Der Antrag meiner politischen Freunde auf Nr. 1368 will den Beitrag zur Unterhaltung der **Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse** um 50 000 Mark erhöhen. Diese Zentralstelle ist von großer Bedeutung. Die Industrie ist in der Lage, Betrieb für Betrieb genau zu berechnen, welche Unkosten sie hat. Sie ist daher in einer bevorzugten Lage; denn sie kann jederzeit nachweisen, welche Preise sie haben muß. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Die Landwirtschaft kann es nicht. Wir erleben immer, daß in dieser Beziehung die Landwirte verschiedener Meinung sind. Da brauchen wir eine objektive Zentralstelle, welche die augenblicklichen Zahlen ausrechnet, um sie mit einer autoritativen Bedeutung auszustatten. Deshalb halte ich es für außerordentlich wünschenswert, daß diese Zentralstelle eine solche Unterstützung bekommt.

Das mangelnde Verständnis für die Landwirtschaft zeigt auch das **Vorgehen der Kontrollkommissionen.** Ich kann nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Verordnung, daß auf das Land Kontrollkommissionen hinausgehen sollen, die aus Verbrauchern zusammengesetzt sind, aufgehoben wird. Nichts erregt mehr die Verbitterung auf dem Lande,

(sehr richtig! rechts und im Zentrum)

gerade in den mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Kreisen, wie diese von den Verbrauchern ausgeübte Kontrolle. So ist mir folgendes mitgeteilt worden: ein Bauer wurde angezeigt, daß er Korn verfüttert und nicht abgeliefert habe. Es hat sich nachher herausgestellt, daß der Roggen gar kein Roggen war, sondern Gerste oder Hafer.

(Heiterkeit und Hört! Hört! rechts und im Zentrum.)

Es ist verletzend für die Besitzer und Landwirte, wenn sie von Persönlichkeiten kontrolliert werden, die so wenig vom landwirtschaftlichen Betriebe verstehen, daß sie sich so großer Versehen schuldig machen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bitte dringend, daß die Kommissionskontrolle aufhört. Sie erzeugt nur Erbitterung und Widerwillen innerhalb der Produzentenkreise.

In allen diesen Fragen sehen wir wiederum den alten Fehler: Vernachlässigung der landwirtschaftlichen

(Dr. **Roesicke,** Abgeordneter.)

(A) Produktion, und hier komme ich auf das, was ich schon angedeutet habe: die ganze Frage der Behandlung der Landwirtschaft wird vom Reiche aus auf die Frage eingestellt: wie kann ich den Verbrauch befriedigen, wie erfasse ich alle Möglichkeiten, um den Verbrauch zu befriedigen? Die rücksichtslose Erfassung und der Zwang sind das, was als Ziel allen Maßnahmen vorschwebt. Eine Maßnahme, die jetzt dem Vernehmen nach getroffen werden soll, zeigt von neuem diesen Fehler. Der Hafer ist freigegeben. Es verlautet jetzt, daß man trotzdem für **die Nährmittel Höchstpreise** einführen will. Natürlich bedeutet das rückwirkend auf den Hafer einen zwangsmäßigen Preis für diesen, obgleich gerade für die minderbemittelte Bevölkerung von der Reichsgetreidestelle ein genügendes Quantum von Gerste zurückgestellt worden ist, um Nährmittel in entsprechendem Umfange für sie zu ermäßigtem Preise herstellen zu können. Deshalb halte ich es nicht für richtig, wenn auf diesem indirekten Wege die Freigabe des Hafers wieder aufgehoben wird.

Herr Kollege **Hoch** äußerte sich außerordentlich scharf gegen Herrn **v. Braun,** indem er meinte, wenn ich ihn recht verstanden habe, Herr v. Braun habe in seinen Ausführungen im „Tag“ das Wort für die Landwirte ergriffen, die sich bereichern wollten, indem sie gegen die Zwangswirtschaft vorgingen. Ich kann dem nicht beitreten, sondern muß sagen, daß Herr v. Braun zweifellos auf Grund seiner Erfahrungen gesprochen hat. Wenn seine Erfahrungen ihn zu den Schlußfolgerungen kommen lassen, die er in seinem Artikel gezogen hat, so kann man ihm deshalb keinen Vorwurf machen, sondern man muß im Gegenteil anerkennen, daß er berechtigt ist, das zu sagen, ja, daß er die Pflicht hat, das zu sagen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Parteikollege des Herrn Hoch hat neulich auch einmal ausgeführt, im Frieden habe man immer hervor(B)gehoben, die Landwirtschaft könne das deutsche Volk versorgen, und nun könne sie es doch nicht. Ich weiß nicht, ob Herr Kollege Hoch diese Auffassung auch vertreten hat; ich entsinne mich nicht, etwas derartiges gehört zu haben. Allerdings hat die **deutsche Landwirtschaft** mit Recht im Frieden erklärt, daß sie das **deutsche Volk** in ausreichendem Maße **mit Nahrung versorgen** könne. Das ist auch kurz vor dem Frieden vom Kaiser anerkannt worden. Von der linken Seite aber ist es immer bestritten worden. Im Kriege, namentlich in der ersten Zeit des Krieges, wurde es dann mit einem Male weitgehend anerkannt, und man freute sich in der Presse der Linken, daß die Landwirtschaft in der Lage sei, das deutsche Volk zu ernähren, sodaß die englische Blockade gegenstandslos sei. Jetzt ist die Sache anders geworden. Jetzt verlangt man von der Landwirtschaft eine genügende Belieferung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln. Darin liegt nach meiner Auffassung eine der größten Ungerechtigkeiten gegen die Landwirtschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns klarmachen, daß die deutsche Landwirtschaft unter der Behandlung, die sie dauernd während des Krieges und bis jetzt erfahren hat, in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgegangen ist. Wenn die Landwirtschaft weiter in dieser Weise rückwärts geht, dann wird die Folge sein, daß wir entweder in Deutschland verhungern oder am finanziellen Bankrott zugrunde gehen,

(Zustimmung rechts)

weil wir nicht in der Lage sind, die Mittel aufzuwenden, die für die immer größer werdende Einfuhr aus dem Auslande notwendig sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Wie sehr die **Landwirtschaft zurückgegangen** ist, dafür möchte ich Ihnen einige wenige Zahlen geben. Die **Anbaufläche** Deutschlands (C) betrug im Jahre 1913 — dabei sind diejenigen Teile Deutschlands, die abgetreten sind, und diejenigen, die abgetreten werden, nicht mit berücksichtigt — in Hektar für Weizen, Roggen, Spelz, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Hackfrüchte 15,8, beinahe 15,9 Millionen Hektar, im Jahre 1919 nur 13 Millionen Hektar.

(Hört! Hört! rechts.)

Das ist ein Rückgang von beinahe 2,9 Millionen Hektar.

(Hört! Hört! rechts.)

Woher kommt dieser Rückgang? In der letzten Zeit ist, ich glaube, von dem Herrn Kollegen Wurm, hier ausgeführt worden, es sei verbrecherisch, wenn die Landwirtschaft nicht mehr Land anbaue, als es geschehe, wenn sie Land brach liegen lasse, und man müsse sie durch Zwang dazu bringen, daß sie mehr anbaue. Nun, meine Herren, es ist ihm darauf schon geantwortet worden, daß bei einem solchen Zwang voraussichtlich noch weniger herauskommen würde, ganz abgesehen von der individuellen Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebs, der schon deshalb niemals zwangsweise durchgeführt werden kann. Denn bei dieser **Zwangswirtschaft** wird der einzelne nicht mehr nach seiner Überzeugung, sondern nach der Überzeugung der Allgemeinheit oder der regierenden Stellen zu arbeiten haben, sodaß von Arbeitsleistungen, wie sie augenblicklich noch in der Landwirtschaft vorhanden sind, nicht mehr geredet werden könnte. Wir kämen in den Achtstundenarbeitstag hinein, während der Bauer heute noch den 16 stündigen in den heißen Tagen des Sommers, wo die Arbeit drängt, leistet und braucht, um vorwärts zu kommen. Damit würde nichts erreicht werden. Aber die Tatsache ist richtig, daß, wenn die Landwirtschaft die Behandlung weiter erfährt wie bis jetzt, sie gezwungen ist, von dem intensiven Betrieb immer mehr zum extensiven Betrieb überzugehen. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Das bedeutet, daß mehr Land als Brache liegen bleibt und weniger erzeugt wird.

Lassen Sie mich hinweisen auf den **Rückgang der Hektarerträge.** Im Jahre 1913 betrugen die Erträge pro Morgen für Weizen in Deutschland im Durchschnitt $11^3/_4$ Zentner, heute $8^1/_2$ Zentner, in Roggen damals $9^1/_2$ Zentner, jetzt 7 Zentner, in Gerste damals $11^1/_2$ Zentner, jetzt $7^1/_2$, in Hafer 11 Zentner, jetzt 7 Zentner, in Kartoffeln damals 78, jetzt 54 Zentner. Das ist ein enormer Rückgang einmal nach der Anbaufläche nnd dann nach dem Ertrag pro Morgen.

Ich komme zu weiteren Schlußfolgerungen. Wir kommen zum **Viehbestand.** Der Viehbestand ist, wenn ich die Vergleichsziffer: 1. Dezember 1913 und 2. Juni 1919 in Betracht ziehe, folgender: Bei den Rindern 1913: 19,2 Millionen, im Juni d. J. 16,7 Millionen, der Schweinebestand damals bekanntermaßen 23,6 Millionen, im Juni d. J. 9 Millionen. Diese Zahlen sagen aber noch nicht sehr viel, damit kann man noch nichts Rechtes anfangen. Sehen wir einmal an, was damals der Viehbestand in Deutschland an Fleisch darstellt, und was er heute darstellt. Ich mache dabei darauf aufmerksam, daß man 1913 rechnen konnte auf ein Rind: 250 Kilogramm Schlachtgewicht im Durchschnitt und jetzt nur noch 145 Kilogramm, bei den Kälbern damals 40 Kilogramm, heute 30 Kilogramm, bei Schweinen damals 85 Kilogramm, heute 40 Kilogramm, bei Schafen damals 22 Kilogramm, heute 20 Kilogramm. Derjenige, der die Landwirtschaft kennt und sich das Vieh von damals vorstellt und heute ansieht, der kennt den Unterschied z. B. bei den Schweinen ganz genau; er weiß genau, wie sehr viele Hausfrauen die Hände ringen und sagen: wie soll

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

(A) ich denn mit den mageren Schweinen Speck und genügend Fleisch für meine Leute bekommen? Der Unterschied bei den Schweinen gegen früher und jetzt ist groß, aber beim Rind auch. Dieses Schlachtgewicht zusammengerechnet ergab 1913: 5,4 Millionen Tonnen Schlachtgewicht und heute 2,4 Millionen Tonnen Schlachtgewicht.

(Hört! Hört! rechts.)

Das bedeutet also weniger als die Hälfte.

Hier komme ich nun zu der Frage: ist es denn nun möglich, daß die Landwirtschaft heute unter diesen Umständen noch das leistet, was man von ihr verlangt? Wenn wir in die Zukunft sehen, gibt es nur eins: die einzige Möglichkeit, tatsächlich in Deutschland wieder vorwärts zu kommen, besteht allein im **Wiederaufbau der Landwirtschaft.**

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir ihn vernachlässigen, können wir auf allen anderen Gebieten machen, was wir wollen: wir kommen nicht mehr vorwärts. Das ist der Punkt, um den man nicht herumkommen kann. Darin liegt die schwerste und wichtigste Aufgabe, die heute das deutsche Volk zu lösen hat, die auch das hohe Haus hier zu lösen hat Wenn wir uns nun fragen: wie ist es möglich, wie kann die Landwirtschaft das machen? — dann muß man sagen: heute mangelt es der Landwirtschaft an allem, meine Herren, an allem hierzu! Denn das, was die Landwirtschaft notwendig zum Wiederaufbau braucht, bekommt sie, wenn überhaupt, überteuert, und das, was sie abgibt, ist verbilligt. Wir müssen uns das einmal klar machen, wieso die Landwirtschaft einer besonderen Pflege bedarf.

Der Mensch braucht zu seinem Bestehen und zu seiner Entwicklung Nahrung. Nun hat man wohl vielfach geglaubt, der Mensch allein brauche Nahrung, und in der Landwirtschaft brauche es dann zum Wiederaufbau der ganzen Wirtschaft keiner Nahrung. Diejenigen, die die (B) Landwirtschaft nicht genug kennen, werden sich vielleicht wundern, wenn man sagt, daß der Acker ebenfalls Nahrung braucht, wenn er etwas abgeben soll, und daß selbstverständlich auch das Vieh Nahrung braucht. Wenn ich nun frage: von wo ab beginnt der Rückgang der Landwirtschaft? — so lautet die Antwort: von dem Moment ab, wo man dem Vieh und dem **Acker die Nahrung entzogen** hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Entziehung des Futters brachte die Verringerung der Düngemittel, und da haben Sie folgende Stufenfolge: Entziehung des Futters bedeutet Verminderung und Verschlechterung der Viehbestände, dadurch Herabsetzung des animalischen Düngers, dadurch eine Verringerung der Ernährung des Ackers, Verhinderung der Ackerbewirtschaftung wegen der Schwäche des Zugviehs, welches nicht genügend ernährt werden konnte, gleichzeitig eine Verringerung statt der Aufrechterhaltung der menschlichen Arbeitskraft auf dem Lande in vollem Umfange und Verhinderung des Zuzugs, weil bekannt wurde, daß die menschliche Arbeitskraft auch auf dem Lande nicht genügend ernährt werden konnte. Das Unheil wurde dadurch vermehrt, daß der künstliche Dünger nicht in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt werden konnte, und endlich, daß, wenn die Landwirtschaft sich Futtermittel auch selbst kaufen konnte, sie sie nur zu Preisen bekam, die übermäßig hoch waren und geradezu ihr Entsetzen, ihren Zorn hervorrufen mußten.

(Sehr richtig! rechts.)

Was ist der Ausgangspunkt von alledem?

Der Ausgangspunkt von dem allem ist das **Dogma,** welches man im Jahre 1916 aufgestellt hat, daß der **Mensch leben kann von Brot und Kartoffeln, aber ohne Fett.**

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben stets in Deutschland verhältnismäßig (C) wenig Fett produziert, weil wir von Amerika zu viel hereinbekommen haben. 1916 stellte man jenes Dogma auf. Vernünftige fachkundige Leute sagten damals gleich: Damit können wir nicht leben! Und tatsächlich ist dem deutschen Volke nach kurzer Zeit schon zum Bewußtsein gekommen, wie ihm das Fett fehlte.

(Zuruf links: Dann hat auch das alte System gewisse Fehler gemacht?)

— Ja, das ist gar keine Frage! Dieses System beherrschte nämlich dieselbe Mehrheit wie heute. Diese Mehrheit setzte sich ebenfalls aus den Herren von der Sozialdemokratie, von links und vom Zentrum zusammen, und unter diesem System hatten Sie sogar Minister auf unsere Rechnung geschrieben, die wir immer bekämpften. Unter diesem System hatte Herr v. Batocki dieses Dogma einführen müssen Ich werde Ihnen aber sagen, wer die Urheber waren. Die Herren, die neu in das Parlament hineingekommen sind, wissen es vielleicht nicht. Es waren die Herren Hoff und Wendorff von der Fortschrittlichen Volkspartei. Sie waren die Proklamanten für das System: Nahrung ohne Fett. Und wenn Sie selbst das so durchgesetzt haben sollten, dann werden Sie heute vielleicht an Ihrem eigenen Leibe erkannt haben, daß man ohne Fett eben nicht leben kann, daß vor allem die Nerven nicht erhalten werden können, daß sie zusammenbrechen.

In Verfolg dieses damaligen Prinzips dezimierte man die **Schweinebestände.** Das war der Ausgangspunkt unseres Niederganges! Das war der größte Gefahrenpunkt!

(Lebhafte Zustimmung rechts)

Denn das Schwein ist nun einmal in dem landwirtschaftlichen Viehstand der Schwerpunkt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben zwei Drittel aller Fleischnahrung dem deutschen Volke aus dem Schweine herausgeholt. Die gesamte land- (D) wirtschaftliche Viehhaltung basiert auf einer genügenden Schweinehaltung. Sobald die Schweinehaltung nicht mehr dem Bedarf an Fett, an Fleisch genügt, sucht er hineinzugreifen in die Rindviehbestände, und in den Rindviehbeständen beseitigt man die Quelle der **Milch,** wiederum eine **Fettnahrung.** Mit dem Rückgang der Milchproduktion schafft man weiteres Elend für die Ernährung der Menschheit.

(Sehr richtig! rechts.)

Dieses Dogma, das damals aufgestellt worden ist, ist daher nicht eine Verbesserung für die menschliche Ernährung gewesen, sondern eine Verschlechterung.

(Sehr richtig! rechts.)

Das haben wir stets hervorgehoben. Heute nun, wo die Landwirtschaft so darniederliegt, kann sie das deutsche Volk nicht mehr ernähren. Darüber muß man sich klar sein. Sie muß erst wieder auf den Standpunkt gebracht werden, daß sie das deutsche Volk ernähren kann, und es ist unbedingt geboten, sie auf diesen Standpunkt zu bringen; denn sonst bricht notwendigerweise das Wirtschaftsleben Deutschlands zusammen.

(Sehr richtig! rechts.)

Man verlangt heute von der Landwirtschaft etwas, was sie nicht leisten kann, und das bringt mit den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Man sagt in der Stadt: die Landwirtschaft kann alles geben. Nein, das kann sie nicht! Und dann kommt die Stadt hinaus aufs Land und sucht sich mit Gewalt etwas herauszuholen.

(Zurufe rechts.)

— Alle die gewalttätigen Vorgänge zeigen es ja. — Die Regierung verfolgt dasselbe Prinzip und sucht auch mit Gewalt herauszunehmen, was schließlich nicht zu holen ist. Nein, meine Herren, das ist ein System, das wir nicht aufrechterhalten dürfen.

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

(A) Die Folge der heutigen Verhältnisse ist — darauf hat ja der Reichswirtschaftsminister schon hingewiesen — der Zwang, vom Ausland hereinzuholen, was uns im Inlande mangelt. Dazu braucht man Geldmittel, und die Geldmittel werden bei uns immer teurer, respektive das Geld wird billiger; daher werden die Einkaufsmöglichkeiten immer mehr verteuert. Es geht dauernd bergab: auf der einen Seite die größere Verarmung durch die Ausgabe des Geldes, auf der anderen Seite die größere Verarmung durch das Darniederliegen und den immer stärkeren Rückgang des landwirtschaftlichen Betriebes. Das ist eine Gefahr, die wir nicht gering einschätzen dürfen, eine Gefahr, die dem deutschen Volke klar gemacht werden muß, damit es sie begreift. Wir müssen uns nunmehr fragen: was ist zu tun? Es ist das, was wir immer betont haben: fördert die **Produktion der Landwirtschaft,**

(sehr richtig! rechts)

laßt also zunächst die Landwirtschaft in Ruhe und laßt ihr ihre Entwicklungsmöglichkeit. Jeder Betrieb bedarf zum Aufbau der Ruhe, und er bedarf Mittel, und diese Mittel sind in der Landwirtschaft Futter und Dünger, und zwar, da künstlicher Dünger nicht zu haben ist, animalischer Dünger. Der künstliche Dünger ist zu wenig und ist zu teuer. Der animalische Dünger aber kann nur gewonnen werden, wenn die Viehzucht wieder zu ihrem Recht kommt. Um dies durchzuführen, darf deshalb die Frage heute nicht so gestellt werden wie bisher: was muß die deutsche Landwirtschaft liefern, um das deutsche Volk genügend mit Nahrungsmitteln zu versorgen? — sondern die Frage muß heute so gestellt werden: was kann die deutsche Landwirtschaft liefern, ohne ihren eigenen Betrieb zu vernichten?

(Sehr richtig! rechts.)

Da haben wir denn den umgekehrten Weg zu gehen, den (B) wir seinerzeit durchschritten haben. Wir haben da wieder anzufangen, wo wir begonnen hatten abzubauen, und die Stufenleiter ist dann wieder rückwärts ähnlich so, wie ich es vorhin gesagt habe. Man muß der **Landwirtschaft Futter** geben, um die eigene Produktion zu heben. Ich halte es hierbei für richtiger, daß vom Ausland Futter hereingebracht wird und nicht das Produkt Fleisch, damit wir das Produkt Fleisch selbst erzeugen. Das Futter aber, das vom Ausland hereingeführt werden muß, muß der Landwirtschaft zu einem Preise zur Verfügung gestellt werden, der mit den Preisen ihrer Produkte im Einklang steht.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit dem Futter, das ihr zur Verfügung gestellt wird aus den eigenen Beständen, eventuell vom Auslande, können die Schweinebestände wieder gehoben und vermehrt werden, eine Schonung der Rinderbestände tritt ein, und sie können in der Qualität durch das bessere Futter gebessert werden.

Die **Vermehrung des Rindviehbestandes** sichert eine Vermehrung der Milchproduktion. Weiter tritt ein eine Verbesserung der Ackerbestellung, diese bedingt eine Erhöhung der Erzeugung und die Verbesserung der Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes und damit die Verbilligung der Ernährung. Dies ist aber — darüber muß sich der Reichswirtschaftsminister klar sein — nur möglich bei **Aufhebung der Zwangswirtschaft.** Sonst ist es nicht durchführbar.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn man das will, muß man entschlossen sein, den Schritt zu tun, der uns vor den Gefahren retten kann, denen wir entgegengehen. Einerseits handelt es sich um die schweren finanziellen Nöte durch die immer vermehrte Einfuhr und die Verteuerung der Einfuhr und dann um den Niedergang der deutschen Landwirtschaft, von der wir die Nahrungsmittel nicht mehr bekommen können, wie wir sie wollen, sondern jährlich weniger. Darum muß zunächst die Aufwendung (C) gemacht werden, um von außen die Nahrungsmittel hereinzubekommen, die notwendig sind, um der Landwirtschaft in Deutschland Ruhe zu geben. Die Anlage, die hier gemacht wird, ist eine gute; sie wird für die Zukunft die Voraussetzungen schaffen, die gegeben sein müssen, um die Einfuhr zu ersparen; denn sie wird es ermöglichen, daß die Landwirtschaft in kürzester Zeit wieder vorwärts kommt und dem deutschen Volke wesentlich bessere Ernährungsverhältnisse bringt. Andererseits hebt das an sich die Urproduktion und gibt die Möglichkeit, die Einfuhr auf anderen Gebieten zu fördern, namentlich der Rohprodukte für die Industrie.

Die Ernährungsmöglichkeiten der Landwirtschaft müssen um so stärker ausgebaut werden, weil wir in Deutschland eine so große Anzahl von Gebieten verlieren, die gerade landwirtschaftlich außerordentlich wichtig sind.

Wenn bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise höher gehen, so ist das natürlich gerade schwer für die Rentner, Witwen und Waisen, für die Bedürftigen. Da komme ich wieder zu dem Vorschlage, den ich immer schon gemacht habe, man soll diesen zur Verfügung stellen, unter entsprechender Verbilligung, das, was das Reich einführt. Das gibt eine rationellere Verwendung der Reichsmittel. Was ist bisher mit den fünf Milliarden erreicht worden, die man zur **Verbilligung der Nahrung** in Aussicht genommen hat? 1½ Milliarden sind bereits im Frühsommer ausgegeben, 3½ Milliarden wurden kürzlich neu angefordert, das sind fünf Milliarden. Die konnten besser verwendet werden, und mehr konnte man erreichen: einerseits Schonung der Landwirtschaft und andererseits die Hergabe der eingeführten Nahrungsmittel zu verhältnismäßig billigen Preisen für die, die es bedürfen.

Der andere Weg ist, daß das Reich aus dem Aus- (D) lande kauft und mit den gekauften Mengen den Markt beherrscht, um danach die Preise zu regulieren. Das ist auch eine systematische Anwendung. Aber gerade mit der systematischen Anwendung werden wir die Sache verbilligen können anstatt verteuern. Wenn wir aber so große Summen nach Milliarden anwenden, so wird bei richtiger Stellungnahme der Landwirtschaft gegenüber in Zukunft das Reich doch daraus einen reichlichen Verdienst haben.

Es handelt sich aber noch darum, die **Einfuhr** zu erleichtern. Das Mittel hierzu ist das, welches immer angepriesen wird: man soll dafür sorgen, daß die Arbeit vermehrt wird. Durch die Vermehrung der Arbeit werden wir die Mittel schaffen können, um weiter als bisher die Einfuhrmöglichkeiten auszunutzen.

Die Regierung geht von dem **Zwangssystem** nicht ab, sie behauptet, sie könne es nicht. Nach der Auffassung meiner politischen Freunde muß sie es tun; denn sie kann nicht anders aus der Sackgasse, in der wir jetzt sind, herauskommen. Aber gut, angenommen, Sie sagen, sie kann es nicht, sie kann es wenigstens auf dem Brotgetreidegebiete nicht, so möchte ich darauf hinweisen, daß, wenn sie auf diesem Standpunkte steht, sie sich dann klar machen muß, daß hier vor allen Dingen dann doch wenigstens folgende Grundsätze zu berücksichtigen sind: In erster Linie muß sie auch hier wieder die Frage obenan stellen: nicht, was muß die Landwirtschaft liefern? — das ist die verhängnisvolle und verderbliche Frage, die uns geradezu ins Verderben hineinreißt —, sondern, was kann die Landwirtschaft leisten und liefern, ohne ihren Betrieb zu vernichten? Wenn die Regierung das tut, dann muß sie erst die **geringere Ausmahlung** durchführen, damit mehr Kleie zum Füttern vorhanden ist. Solange die Welt existiert — das kann sich jeder klar machen — hat die

(Dr. Roesicke, Abgeordneter.)

(A) Menschheit immer gesucht, das Mehl den Menschen, die Kleie dem Vieh zu geben,

(sehr richtig! rechts)

weil der Mensch das Mehl verdaut und das Vieh die Kleie verdaut, und weil der Mensch die Kleie nicht richtig ausnutzt und das Vieh das Mehl nicht richtig ausnutzt. Das weiß jeder, der mit beidem zu tun hat. Also hier bedeutet die Regulierung der Ausmahlung die Beschreitung des richtigen Weges. Dann soll man der Landwirtschaft die Kleie belassen, man soll ihr das Hinterkorn belassen und Korn je nach dem Bedarf der einzelnen Wirtschaft. Dieser Bedarf muß von landwirtschaftlichen Kommissionen in den einzelnen Orten objektiv unter Hinzuziehung des Urteils des Wirtschafters selbst festgestellt werden, dessen Wirtschaft in Frage kommt, weil er allein in der Lage ist, richtig beurteilen zu können, wie weit und was er braucht, um seinen landwirtschaftlichen Betrieb wieder vorwärts zu bringen. Darauf kommt es an. Dann soll man dafür sorgen, daß er für das, was er danach abliefert, einen angemessenen Preis bekommt, und Sie werden sehen, die Landwirtschaft wird mit Freuden dann abliefern, was sie produziert, wenn man ihr beläßt, was sie für sich braucht, und wenn sie sich sagt, daß sie gerecht behandelt wird, und die Preise ihr zudiktiert und anerkannt werden, die von ihr auch angesichts der hohen (B) Verteuerung sämtlicher Produktionskosten verlangt werden können und verlangt werden müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie den Weg beschreiten, den ich hier vorgeführt habe, dann umschiffen Sie die Gefahr, in der wir uns befinden und der wir zusteuern, dann werden Sie auch dafür sorgen, daß wir wieder blühende Fluren in Deutschland bekommen, dann wird der Aufstieg Deutschlands möglich sein, dann gehen wir der Sonne entgegen — jetzt gehen wir der Nacht entgegen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, sich nunmehr zu vertagen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen weiter vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag, den 28. Oktober, nachmittags 1 Uhr, und auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Anfragen;
2. Rest der heutigen Tagesordnung unter Hinzufügung des Haushalts für das Reichsheer.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 28 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstr. 32.

110. und 111. Sitzung.

Dienstag den 28. Oktober 1919.

110. Sitzung.

111. Sitzung.

(B)

110. Sitzung.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 21 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Runkel, Dr. Rießer
die Abgeordneten Dr. Maretzky, Dr. Mittelmann;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Diez
der Abgeordnete Allekotte;

in den 8. Ausschuß für den Abgeordneten Warmuth
der Abgeordnete Dr. Philipp;

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Eichhorn
die Abgeordnete Frau Hübler;

in den 21. Ausschuß für den Abgeordneten Landsberg
die Abgeordnete Frau Pfülf.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten (C) Steinkopf für 5 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 415, Schiele (Nr. 1181 der Drucksache)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter:

Unwidersprochenen Zeitungsnachrichten zufolge hat die **Stadt Trier,** um der **Kartoffelnot** Herr zu werden, **zur Selbsthilfe** geschritten. Mit Autos, in welchen Vertreter der Stadt Trier, des Landratsamts, ferner 20 mit Dienstrevolvern und Karabinern bewaffnete Gendarme, sowie 7 Polizeibeamte und 30 Führer der freien Gewerkschaften Platz genommen hatten, wurde der Ort Reinsfeld überrascht, um, wenn der Ort nicht freiwillig eine ihm aufgelegte Menge von Kartoffeln abliefere, dieselben mit Gewalt herauszuholen. Hierbei soll es zu Tätlichkeiten gekommen sein, wobei ein alter Mann erschossen und verschiedene Personen leicht verletzt worden seien.

Ist der Regierung dieser traurige Vorfall bekannt, und was hat sie getan oder gedenkt sie zu tun, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheimrat Heinrici.

Heinrici, Geheimer Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Dem (D) Reichswirtschaftsministerium sind die Zeitungsnachrichten bekannt, nach welchen die **Stadt Trier** zur Selbsthilfe gegriffen und sich in der Ortschaft Reinsfeld **mit Gewalt Kartoffeln beschafft** hat. Die auf diese Zeitungsnachrichten hin angestellten Ermittlungen haben infolge der schlechten Postverbindungen mit dem besetzten Gebiet noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung wird, falls die bedauerlichen Vorfälle sich wirklich abgespielt haben sollten, nachdrücklichst auf die in Frage kommenden Behörden einwirken, damit eine Wiederholung vermieden wird.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage der Herr Abgeordnete Schiele!

Schiele, Abgeordneter: Wann glaubt die Regierung, daß die Ermittlungen in dieser von mir bereits am 11. Oktober gestellten brennenden Frage abgeschlossen sein werden, damit ich sie wiederholen kann?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheimrat Heinrici.

Heinrici, Geheimer Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Eine exakte Antwort darauf vermag ich nicht zu geben, da die Postverbindungen nicht in meiner Hand stehen, und ich nur durch Verbindungen mit den dortigen Behörden die nötigen Aufklärungen bekommen kann, um einzugreifen.

Präsident: Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 421, Delius und Genossen (Nr. 1217 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Hartmann (Berlin).

(A) **Hartmann** (Berlin), Abgeordneter:
Während die Empfänger von Alters- und Invalidenrenten eine monatliche Teuerungszulage von 20 Mark beziehen, sind die Bezüge der **Empfänger von Unfallrenten** in keiner Weise im Hinblick auf die **Teuerung** aufgebessert, so daß in ihren Kreisen vielfach ein außerordentlicher Notstand herrscht. Welche Gründe bestehen für die unterschiedliche Behandlung? Was gedenkt die Reichsregierung zur Abhilfe zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage gebe ich das Wort dem Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Aurin.

Dr. **Aurin,** Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Verhandlungen über eine **Erhöhung der Zulagen zu Verletztenrenten** aus der Unfallversicherung sind mit den Verbänden der Berufsgenossenschaften eingeleitet und stehen vor dem Abschluß. Dem von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung auf Grund des Gesetzes vom 17. April 1919 gewählten Ausschuß ist der Entwurf einer entsprechenden Verordnung zugegangen.

Präsident: Ich rufe auf die
Anfrage Nr. 425, Dr. Mittelmann (Nr. 1221 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter:
Ist der Reichsregierung bekannt, daß sich unsere in **Ägypten befindlichen Kriegsgefangenen** in einer besonders traurigen Lage befinden?
Welche Schritte hat die Reichsregierung getan, um die schleunige Rückbeförderung dieser Kriegsgefangenen herbeizuführen?

(B)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Geheimrat v. Keller.

v. Keller, Geheimer Legationsrat, Kommissar der Reichsregierung: Nach den der deutschen Regierung vorliegenden, auf häufigen persönlichen Lagerbesuchen beruhenden Berichten der schwedischen diplomatischen Vertretung in Alexandrien ist die **Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Ägypten,** was Lagerzustände, Verpflegung, Behandlung und dergleichen anlangt, im allgemeinen als erträglich zu bezeichnen. Soweit über einzelne Lager, wie zum Beispiel über Maadi-Tura und über Sidi-Bishr, Klagen einliefen, haben sie der deutschen Regierung in jedem Falle Veranlassung gegeben, unverzüglich durch die schwedische Vertretung in Alexandrien bei den britischen Behörden in Ägypten auf Untersuchung und Abstellung der Mängel dringen zu lassen. Ebenso sind für die Versorgung der Gefangenen mit Geldmitteln von den beteiligten amtlichen Stellen alle erforderlichen und angängigen Maßnahmen getroffen worden.

Trotz alledem unterliegt es keinem Zweifel, daß die Heimbeförderung dieser Deutschen nicht mehr weiter hinausgezögert werden darf, schon deshalb, weil bei vielen von ihnen der Gesundheitszustand sehr zu wünschen übrig läßt. In dieser Beziehung muß hervorgehoben werden, daß ein großer Teil der Lagerinsassen, sei es infolge voraufgegangenen langjährigen Aufenthaltes in Ostafrika, sei es infolge der Strapazen und sonstiger Einflüsse des Feldzuges im deutschen Schutzgebiet oder in Palästina und Mesopotamien, bereits geschwächt oder krank in englische Hände geraten war. Daß vor allem auf diese Leute, in nicht unerheblichem Maße aber auf alle dortigen deutschen Gefangenen, die lange Gefangenschaft in dem heißen ägyptischen Klima angreifend und niederdrückend wirken mußte, liegt auf der (C) Hand, und ebenso daher auch, daß ihr Sehnen nach baldiger Erlösung aus den Gefangenenlagern und ihre wachsende Ungeduld vollauf berechtigt sind.

Die deutsche Regierung hat infolgedessen auch jede Gelegenheit wahrgenommen, um der britischen Regierung die Notwendigkeit baldigster Freilassung und Heimschaffung dieser Gefangenen eindringlich vor Augen zu führen.

Neuerdings ist die Zustimmung der Entente dazu erlangt worden, daß mehrere Dampfer, mit denen von Deutschland russische Kriegsgefangene nach dem Schwarzen Meere abbefördert werden, rückkehrend Ägypten anlaufen, um von dort die deutschen Gefangenen abzuholen. Zwei von diesen Schiffen sind inzwischen bereits in Ägypten eingetroffen, und sie dürften nach den vorliegenden Nachrichten im gegenwärtigen Augenblick mit etwa zwei Dritteln der Gesamtzahl der Gefangenen an Bord den Weg in die Heimat angetreten haben. Weitere Schiffe folgen mit größtmöglicher Beschleunigung, und es darf daher mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die deutschen Gefangenen aus Ägypten bereits in allernächster Zeit den heimatlichen Boden wieder betreten werden.
(Bravo!)

Präsident: Ich rufe auf die
Anfrage Nr. 426, Dr. Mittelmann (Nr. 1222 der Drucksachen)
und gebe zu ihrer Verlesuug das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter:
Die **Verbreitung falscher Fünfzigmarkscheine** hat in letzter Zeit wieder einen erschreckenden Umfang angenommen. Die Fälschungen sollen systematisch von bolschewistischer Seite betrieben werden, um eine Zerrüttung unseres Geldwesens herbeizuführen. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung hiergegen zu ergreifen?

(D)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Reichsbankassessor Beyer.

Beyer, Reichsbankassessor, Kommissar der Reichsregierung: Es trifft nicht zu, daß die Herstellung und **Verbreitung falscher Fünfzigmarkscheine** in letzter Zeit wieder einen stärkeren Umfang angenommen hat. Im Gegenteil ist eine Verringerung festzustellen dank den energischen Verfolgungen, die seit mehreren Monaten die Reichsbank in Verbindung mit den Polizeibehörden gegen die Falschmünzer aufgenommen hat. Um diesen mehr als bisher zu Leibe zu gehen, hat die Reichsbank im Sommer dieses Jahres eine besondere **Falschgeldabteilung** bei sich eingerichtet, die außer mit Reichsbankbeamten und Drucksachenverständigen auch mit gewiegten, besonders ausgesuchten Kriminalbeamten, die von dem Berliner Polizeipräsidium dankenswerterweise zur Verfügung gestellt sind, besetzt ist. Durch diese Einrichtung ist ein enges Zusammenarbeiten zwischen dem Berliner Polizeipräsidium, bei dem die Falschgeldmeldungen der auswärtigen Polizeibehörden zusammenlaufen, und dem Reichsbankdirektorium, bei dem sich die Meldungen sämtlicher Reichsbankanstalten vereinigen, gewährleistet. Das Reichsbankdirektorium hat genügende Geldmittel zur Verfügung gestellt, um unter Zuhilfenahme von Agenten und andern Mittelspersonen auf schnellstem und kürzestem Wege nach dem ersten Bekanntwerden von dem Auftauchen neuer Fälschungsklassen gegen die Faschmünzer vorzugehen, und hat sich auch durch Auslobung bedeutender Belohnungen die unentbehrliche Mitarbeit des Publikums im In- und Auslande gesichert. Infolge dieser Maßnahmen, die durch immer stärkere Fühlung-

(**Beyer**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) nahme zwischen den Dienststellen der Reichsbank, den Staatsanwaltschafts- und Polizeibehörden ständig weiter ausgebaut werden, ist es in wenigen Wochen gelungen, bereits 24 Fälscherbanden dingfest zu machen und sie und weitere 7 Banden, die im Dienste von noch nicht ergriffenen Fälschern als Verbreiter der falschen Noten aufgetreten sind, den Gerichtsbehörden zuzuführen. Namentlich in Berlin ist deutlich eine Verringerung der Falschmünzertätigkeit wahrzunehmen. In Berlin ergriffene Falschmünzer haben erklärt, daß gegen sie sich über Berlin eine Hitzewelle ergossen habe. Es ist dafür gesorgt, daß diese Hitzewelle sich auch den Fälschern außerhalb Berlins bemerkbar macht.

Meldungen, daß die **Fälschungen von bolschewistischer Seite** betrieben werden sollen, sind schon wiederholt eingelaufen, und jedesmal, soweit als irgend möglich, auf ihren Ursprung verfolgt. In keinem Falle haben sich aber positive Anhaltspunkte ergeben. Nur in drei Fällen, bei denen es sich übrigens um recht plumpe Fälschungen handelt, ist zu mutmaßen, daß die Fälscher im östlichen Auslande zu suchen sind. Im ersten Falle wurden am 24. Juni 1919 acht Falschstücke zu 50 Mark der Emission vom 20. 10. 18 von einem Angehörigen des Grenzschutzes Ost der Reichsbankhauptkasse zur Einlösung vorgelegt und von der gleichen Fälschungsklasse einen Monat später 118 Exemplare von der Feldpolizei Schaulen übersandt, die bei der Verfolgung der Angelegenheit aber ein Resultat nicht erzielen konnte. Die Falschstücke gleicher Art wurden dann in verschiedenen ostpreußischen und andern Städten Ost-Deutschlands angehalten. Im zweiten Falle tauchten Mitte August Falschstücke einer anderen Art in ost- und westpreußischen Orten auf, von welcher Klasse später durch die Berliner Kriminalpolizei einer aus Minsk stammenden Frau und einem aus Rußland kommenden Soldaten eine größere Anzahl von Falsch-(B) stücken abgenommen wurde. — Im dritten Falle konnten — ebenfalls im August — einige jüdisch-galizische Kaufleute verhaftet werden als Vertreiber von Falschstücken einer Klasse der Emission vom 30. 11. 18, die hauptsächlich in Oberschlesien, aber auch in westdeutschen Städten vertrieben ist. Nach Angabe der Kriminalpolizei läßt sich der Ursprung bis nach Rußland verfolgen, ohne daß bisher ein näheres Ergebnis erzielt werden konnte.

Es kann also gesagt werden, daß die Besorgnisse vor Fälschungen von bolschewistischer Seite, wenn solche Fälschungen überhaupt bestehen sollten, weit übertrieben sind. In den weitaus meisten Fällen sind die Falschmünzer in Deutschland zu suchen, wo sie, wie bereits erwähnt, mit vollem Nachdruck und unter Benutzung aller nur verfügbaren Mittel verfolgt werden.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die erste Hilfsnote zu 50 Mark vom 20 Oktober 1918 nach erfolgtem Aufruf bereits am 10. September dieses Jahres ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verloren hat und der Aufruf der zweiten Hilfsnote zu 50 Mark vom 30. November 1918 in kurzer Zeit zu erwarten ist. Die neue Note zu 50 Mark, die Mitte November 1919 ausgegeben werden soll, ist, weil sie wieder von langer Hand vorbereitet werden konnte, technisch derartig hergestellt, daß Fälschungen von ihr im großen Umfange nicht zu befürchten sind.

Es haben sich bisher keinerlei Anhaltspunkte ergeben, daß die Falschmünzer zu deutsch-bolschewistischen Kreisen gehören. Die Fälscher, die bisher ergriffen sind, haben nur aus egoistischen Gründen gehandelt, um sich Geld zu machen und sich dieses auf unrechtmäßigem, falschem Wege zu beschaffen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter: In der Anfrage (C) war nicht von russisch-bolschewistischer Seite ausdrücklich gesprochen. Es gibt auch in Deutschland bolschewistische Bestrebungen und Bolschewisten. Ich frage: ist der Reichsregierung bekannt, daß von deutscher bolschewistischer Seite derartige Fälschungen systematisch betrieben werden?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Reichsbankassessor Beyer.

Beyer, Reichsbankassessor, Kommissar der Reichsregierung: Irgendwelche Anhaltspunkte in dieser Richtung sind nie aufgetaucht. In den Fällen, die bekannt geworden sind, handelt es sich nur um Fälscher, die aus egoistischen Zwecken, um Geld zu verdienen, Geld auf falschem Wege gemacht haben.

Präsident: Damit ist diese Anfrage erledigt.

Die nächste

Anfrage Nr. 427, Dr. Graf zu Dohna, Dr Mittelmann (Nr. 1223 der Drucksachen)

ist für heute erledigt, da sich die Anfragenden mit einer schriftlichen Antwort begnügen.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 431, Freiherr v. Richthofen (Nr. 1229 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen.

Freiherr **v. Richthofen,** Abgeordneter:

Aus den Vereinigten Staaten von Amerika hierher gelangten Privatnachrichten zufolge soll den in den **Vereinigten Staaten wohnenden Reichsangehörigen** die **Einreiseerlaubnis** nach Deutschland mit der Begründung verweigert werden, daß die deutsche Regierung sich diese (D) Rückwanderung mit Hinblick auf die in Deutschland bestehende Lebensmittelknappheit verbeten habe. Eine Notiz gleichen Inhalts soll auch kürzlich durch verschiedene amerikanische Zeitungen gegangen sein.

Ist der Reichsregierung hierüber etwas bekannt? Und ist sie in der Lage, diese Nachrichten richtigzustellen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat Eckardt.

Eckardt, Wirklicher Geheimer Legationsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Nachricht, daß den in den **Vereinigten Staaten von Amerika wohnenden Reichsangehörigen** die **Erlaubnis zur Reise** nach Deutschland mit der Begründung verweigert würde, die deutsche Regierung habe sich diese Rückwanderung im Hinblick auf die in Deutschland bestehende Lebensmittelknappheit verbeten, ist anscheinend auf die privatbriefliche Mitteilung eines in New York lebenden Deutschen an seine Verwandten in Hamburg zurückzuführen. In der Mitteilung, die auch in der Presse verbreitet worden ist, war bemerkt, es heiße, daß die deutsche Regierung in diesem Augenblick möglichst wenig Deutsche aus anderen Ländern haben wolle; es solle deshalb besonders schwer sein, die Erlaubnis zum Verlassen des Landes zu erhalten. Dieser Behauptung ist bereits in der Nr. 438 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 9. vorigen Monats mit dem Hinweis darauf entgegengetreten worden, daß von der deutschen Regierung in keiner Weise eine Einwirkung auf die Vereinigten Staaten von Amerika oder andere Länder, in denen sich Auslandsdeutsche befinden, erfolgt sei, um diese Deutschen an der Rückkehr in die Heimat zu verhindern. Wenn die Deutschen in den Vereinigten Staaten

(Eckardt, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) von Amerika nach dieser Richtung Schwierigkeiten begegnen, so beruht dies darauf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Deutschen grundsätzlich nicht die erforderliche Ausreiseerlaubnis erteilt, weil sie sich auf den Standpunkt stellt, daß der Kriegszustand mit Deutschland noch nicht aufgehoben ist. Die deutsche Regierung hat durch die mit dem Schutze der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten von Amerika betraute neutrale Vertretung wiederholt mit allem Nachdruck darauf hinwirken lassen, daß die amerikanische Regierung diese Haltung aufgibt und, soweit nicht im Einzelfall besondere Gründe vorliegen, der Abreise der Deutschen keine Hindernisse mehr in den Weg legt.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 435, Erkelenz (Nr. 1234 der Drucksachen)

und gebe zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter:

Aus den Kreisen der Lazarettinsassen kommen eine Reihe von Beschwerden, die Anlaß zu großer Erregung geben.

Heute sind die **Ansprüche der Lazarettinsassen** nur auf Grund von Verordnungen festgelegt, die aber vielfach derartige verschiedene Auslegung finden, daß kaum zwei Bezirkskommandos eines Korps sie in gleicher Weise durchführen. So finden beispielsweise die Versorgungsansprüche während der Zeit zwecks Erledigung von Rentenverfahren innerhalb des 18. Armeekorps sechs verschiedene Auslegungen und Auszahlungen.

Die Lazarettinsassen sollen bei ihrer Entlassung aus dem Lazarett in das unbesetzte Gebiet für 4 Wochen Gebühren nach dem Mannschaftslöhnungsgesetz erhalten und in das besetzte Gebiet für 8 Wochen. Das wären an Pflegungsgeld täglich 2,70 Mark, an Löhnung 1 Mark und an Teuerungszulage 3 Mark. Es scheint aber, als wenn bei den Bezirkskommandos ganz verschiedene Richtlinien durchgeführt werden. Nach vorliegenden Belegen zahlt man im Bereiche des 18. Armeekorps an drei verschiedenen Stellen verschiedene Beträge. Bei anderen Korps wurden die Entlassenen abgewiesen und müssen den Beschluß des Rentenverfahrens abwarten; in anderen Fällen, so im 18. und 11. Korps, soll eine Familienunterstützung, obgleich sie nach Verordnung für 4 bis 8 Wochen zu zahlen ist, nicht gewährt werden.

(B)

Weitere Beschwerden beziehen sich auf die ungenügende Höhe des Marschgeldes, auf schlechte Anzüge. Das Beköstigungsgeld von 2,70 Mark den Tag sei ungenügend. Ab 1. Oktober sollen die Lazarettinsassen in das Zivilverhältnis übergeführt werden. Jedoch wissen die Beteiligten noch nicht, wie das geschehen soll.

Ist die Regierung bereit:

1. eine baldige Regelung der Verhältnisse der Lazarettinsassen herbeizuführen?
2. Aufklärung zu erteilen über die geplante Neuregelung?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ober-Intendanturrat Neubauer.

Neubauer, Oberintendanturrat, Kommissar der Reichsregierung: Es handelt sich offensichtlich nicht um **Beschwerden von Lazarettinsassen,** sondern von Leuten, die aus dem Lazarett entlassen oder nicht mehr Heeresangehörige sind. Bis zum 31. Mai dieses Jahres konnten Kriegsdienstbeschädigte, die Versorgungsansprüche angemeldet hatten, bis zur Beendigung des Versorgungsverfahrens beurlaubt werden. Sie erhielten in diesem Falle diejenigen Gebührnisse, die sie sonst beim Truppenteil erhalten hätten. Seit 1. Juni findet eine Beurlaubung nicht mehr statt. Die Leute sind vielmehr zu entlassen. Es sind ihnen jedoch von der Entlassung an die Gebührnisse zu zahlen, die ihnen früher im Falle der Beurlaubung zugestanden hätten, vorausgesetzt, daß sie sich mit der Anrechnung der hiernach zahlbaren Beträge auf die für die gleiche Zeit nachträglich zuständig werdenden Versorgungsgebührnisse schriftlich einverstanden erklären. Zuständig ist: Friedensbesoldung nach dem Dienstgrade, Teuerungszuschuß und Verpflegungsgeld; das bedeutet für die Mannschaften 5 Mark täglich. Die Bezirkskommandos sind hierbei unbeteiligt. Die Gebührnisse sind von den Truppenteilen zu zahlen, bei denen das Versorgungsverfahren eingeleitet ist. (C)

Bezüglich der schlechten Anzüge ist zu sagen, daß die Entlassenen Anspruch haben auf eine Uniform von $^{2}/_{3}$ Tragewert oder einen Zivilanzug von gleichem Wert.

Mit dem 1. Oktober sind die Lazarette in den Verwaltungsbereich des Reichsarbeitsministeriums übergegangen; die Lazarettinsassen bleiben jedoch bis zur Entlassung Heeresangehörige.

Die Erhebungen über die zur Sprache gebrachten Verhältnisse beim 18. und 11. Korps und die übrigen Punkte sind noch nicht abgeschlossen; ihre Beantwortung muß daher vorbehalten bleiben.

Eine Regelung der Verhältnisse der Lazarettinsassen ist nicht erforderlich; diese sind geregelt.

Eine Aufklärung über die geplante Neuregelung kann daher nicht erteilt werden.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 441, Dr. Rießer (Nr. 1282 der Drucksachen) (D)

und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter:

Nachdem nunmehr die Reichsregierung, wie mir mitgeteilt wird, die erforderlichen Berichte erhalten hat, wiederhole ich andurch meine Anfrage Nr. 359 (Drucksache Nr. 1056) wie folgt:

In seiner Antwort auf die kurze Anfrage des Abgeordneten Dr. Mittelmann (Nr. 139), hat der Herr Reichsminister des Innern Dr. David mitgeteilt, daß es zutreffend sei, daß ein der Unabhängigen Sozialdemokratie angehöriger **Redakteur Heise** seit dem 16. April 1919 vom **Arbeiterrat** Stettin dem Polizeipräsidenten in Stettin als Aufsichtsorgan gegen eine tägliche Vergütung von 25 Mark beigegeben worden sei, daß ihm aber, nachdem er aus einer Schutzhaft entlassen war, durch ein anderes dem Polizeipräsidenten beigegebenes Arbeiterratsmitglied bedeutet worden sei, daß seine Tätigkeit bei dem Polizeipräsidium nicht mehr zugelassen werden könne, und daß Verhandlungen im Gange seien, den Arbeiterrat Stettin zur Rücknahme seines Auftrags an Heise zu veranlassen.

Da sowohl die Nationalversammlung in ihrer überwiegenden Mehrheit wie die Reichsregierung selbst in den verschiedensten Kundgebungen auf dem Standpunkt stehen, daß die Arbeiterräte überhaupt keine gesetzliche Grundlage mehr haben, so frage ich an:

aus welchen Gründen der Fortbestand von völlig gesetzwidrigen Aufsichtsorganen, die der Arbeiterrat Stettin bestellt hat, und die

(Dr. Rießer, Abgeordneter.)

(A) Weiterbezahlung der hierfür ausgeworfenen Vergütungen noch geduldet wird, und ob die Reichsregierung bereit ist, die preußische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß von „Verhandlungen" mit dem Arbeiterrat Stettin keine Rede sein kann, sondern lediglich von der sofortigen Absetzung der gesetzwidrig bestehenden Aufsichtsorgane.

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald,** Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Wirklicher Geheimer Rat: Nach Auskunft des Herrn preußischen Ministers des Innern ist das als Kontrollorgan beim Polizeipräsidium in Stettin nicht mehr zugelassene Mitglied **Heise** nicht durch ein anderes Mitglied des **Arbeiterrates in Stettin** ersetzt worden.

Die Aufsichtsorgane der Arbeiterräte bei den staatlichen Stellen sind eine Folgeerscheinung der Revolution, die eine vorläufige Anerkennung in den Verordnungen der preußischen Regierung vom 16. November 1918 und 13. Januar 1919 gefunden haben. Neuerdings hat der Haushaltungsausschuß der Preußischen Landesversammlung beschlossen, dem Plenum die Annahme eines Beschlusses zu empfehlen, wonach für Arbeiterräte künftig staatliche Mittel nicht mehr verwendet werden dürfen. Bei Annahme dieses Beschlusses durch das Plenum der Landesversammlung würde eine weitere Kontrolltätigkeit von Arbeiterräten bei einer staatlichen Behörde in Fortfall kommen.

Präsident: Bezüglich der nächsten

Anfrage Nr. 442, Dr. Hugo (Nr. 1283 der Drucksachen)

teilt der Herr Arbeitsminister mit, daß zu ihrer Beantwortung Ermittlungen bei der Reichskommission für die (B) besetzten rheinischen Gebiete angestellt worden sind, und daß deshalb gebeten wird, die Anfrage vorläufig zurückstellen zu wollen. Ich nehme an, daß der Herr Fragesteller damit einverstanden ist, und daß er die Frage später wieder aufnimmt. Die Beantwortung kann ja doch erst nach den Ferien erfolgen. In der Zwischenzeit könnten auch die Ermittlungen angestellt sein.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 443. Dr. Runkel, Dr. Hugo (Nr. 1284 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hugo.

Dr. **Hugo,** Abgeordneter:

In **Nordschleswig** werden auf **Schleichwegen** truppenweis fette Ochsen und fette Kühe über die Grenze nach **Dänemark** gebracht. Dabei werden die Tiere vielfach auf Weideplätze dicht an der Grenze getrieben, von wo aus sie dann nachts über die Grenze verschoben werden. Ebenso findet eine Schiebung dänischer Pferde nach Deutschland hin statt, wodurch große Summen deutschen Geldes nach Dänemark gehen. Der zurzeit eingerichtete Grenzschutz reicht zur Verhütung dieser der Bevölkerung allgemein bekannten Mißstände nicht aus.

Sind der Reichsregierung diese Mißstände bekannt, und was gedenkt sie zu ihrer Abstellung zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Dr. Schäffer.

Dr. **Schäffer,** Referent im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Es ist der Reichsregierung bekannt, daß in Nordschleswig sich ein (C) schwunghafter Handel mit Vieh über die dänische Grenze entwickelt hat. Der Schmuggel ist infolge unserer schlechten Valuta äußerst lohnend. Anfänglich konnte dem Schmuggel leider nur in unzureichendem Maße durch den Grenzschutz und die in den nördlichen Kreisen stationierten Gendarme und sonstige polizeiliche Hilfsorgane entgegengetreten werden.

Nunmehr sind jedoch wirksamere Anordnungen getroffen worden, durch die voraussichtlich der Übelstand abgestellt wird. Insbesondere sind die Zollbehörden an der Reichsgrenze durch Mannschaften des Grenzschutzes erheblich verstärkt worden.

Präsident: Ich rufe auf

Anfrage Nr. 451 Richter (Ostpreußen) und Genossen (Nr. 1319 der Drucksachen)

und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Richter (Ostpreußen).

Richter (Ostpreußen), Abgeordneter:

Wie verlautet, soll mit Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum jeglicher **Eisenbahnverkehr über die ostpreußische Grenze** hinaus **nach Rußland** aufhören.

Die Tilsiter Militär-Eisenbahndirektion 8 stellt mit diesem Zeitpunkt ihren Betrieb ein. Rußland wird vorerst noch nicht in der Lage sein, selbst den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten.

Ostpreußen ist durch die westliche Abschnürung durch Polen noch mehr als bisher auf den für Deutschland so zukunftsreichen Handel und Wirtschaftsverkehr mit Rußland angewiesen. Für Deutschland wird es in nächster Zeit von allergrößter Bedeutung sein, bezüglich der ferneren Sicherstellung der deutschen Volksernährung und Rohstoffen, vor allem in diesem Winter, die jetzt im Baltikum sofort zu erfassenden überreichen Getreidevorräte auf allen verfügbaren Eisenbahnstrecken dem Reiche zuzuführen. (D)

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um Deutschland, insbesondere Ostpreußen, die wirtschaftliche Zukunft im Osten umgehend sicherzustellen und den ununterbrochenen wirtschaftlichen Verkehr nach Rußland auch nach Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum auf allen bestehenden Eisenbahnlinien unbedingt und ohne Unterbrechung zu gewährleisten?

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Schlesier.

Schlesier, Geheimer Ober-Regierungsrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der **Eisenbahnverkehr nach den baltischen Ländern** mußte aus militärischen Gesichtspunkten gesperrt werden. Zugelassen sind zur Zeit nur Leerzüge für die rückkehrenden Truppen und Verpflegung für diese. Es handelt sich dabei nur um eine vorübergehende Maßnahme. Sobald sich die Lage im Baltikum einigermaßen geklärt hat, wird mit den baltischen Staaten wegen Einrichtung eines regelmäßigen Eisenbahnverkehrs sofort in Verbindung getreten werden.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Richter (Ostpreußen).

Richter (Ostpreußen), Abgeordneter: Ist die Antwort der Regierung dahin zu verstehen, daß die Regierung also erstens dem bereits durch die polnische Abschnürung vom Deutschen Reiche nach Westen wirtschaftlich abgeschnürten Ostpreußen auch noch den wirtschaftlichen Verkehr nach Osten für unbestimmte Zeit vollkommen verriegelt und damit die Gefahr der Absprengung Ostpreußens heraufbeschwört, zweitens durch die gegen das Baltikum

(Richter [Ostpreußen], Abgeordneter.)

(A) errichtete Wirtschaftsmauer nunmehr auch deutscherseits an einer gegen unsere östlichen Nachbarn einschließlich der baltischen Stammesbrüder gerichteten Blockade aktiv teilnimmt,

(hört! hört! rechts)

die sich rechtlich und moralisch nicht unterscheiden dürfte von der im Kriege gegen uns gerichteten Hungerblockade, die wir bisher mit Fug und Recht als ein völkerrechtswidriges und in seiner Grausamkeit absolut verwerfliches Kampfmittel gebrandmarkt haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Präsident: Ganz im Rahmen der Geschäftsordnung nach § 31a ist diese Anfrage nicht geblieben. Natürlich müssen sich auch die Ergänzungsanfragen innerhalb dieses Rahmens bewegen.

Zur Beantwortung der Ergänzungsanfrage hat das Wort der Herr Geheime Ober-Regierungsrat Schlesier.

Schlesier, Geheimer Ober-Regierungsrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Ich kann nur wiederholen, daß es natürlich das Bestreben sowohl der Reichsregierung wie der Länder sein wird, den Verkehr sobald als möglich wieder aufzunehmen. Es liegt ja in unserem eigensten wirtschaftlichen Interesse und in unserem Verkehrsinteresse.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sobald die vorliegenden Hindernisse behoben sein werden, wird das weitere sofort in die Wege geleitet werden.

Präsident: Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen),

(B)

und zwar zunächst

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage IVa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1356 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Böhmert (Bremen).

Die Beratung wird fortgesetzt mit Kap. 11 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

In der Reihenfolge der Redner erhält zunächst das Wort der Herr Abgeordnete Düwell.

Düwell, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Es ist in den letzten Tagen wiederholt hier im Hause wie auch in der Presse über den **starken Export** geklagt worden, der jetzt **aus Deutschland ins Ausland** geht. Die Gründe sind bekanntlich in der kapitalistischen Profitwut zu suchen, die jedes, aber auch jedes Mittel benutzt, um zu ihrem Rechte zu kommen. Dieser starke Export hat aber nicht allein die Wirkung der weiteren Verschlechterung der deutschen Valuta; nein, es steht zu befürchten, daß er sich auch in politische Wirkungen umsetzt. In diesen Tagen klagt die Schweizer Presse bitter darüber, daß das ausgehungerte Deutschland doch immer noch so viel Gerste zur Verfügung hat, daß sie vermälzt und verbraut werden kann, und daß dann die **deutsche Brauindustrie** der Schweizer Brauindustrie unter Ausnutzung der schlechten Valutaverhältnisse die scheußlichste Konkurrenz machen kann. Das deutsche Exportbier in der Schweiz wirkt preisdrückend für das Fabrikat der Schweizer Brauereien und gleichzeitig lohndrückend für die Schweizer Arbeiter. Daß aus solchen Verhältnissen heraus keine gute Stimmung gegen Deutschland entstehen kann, erscheint mir als ganz selbstverständlich.

(C) Der Herr Abgeordnete Hermann hat nun gestern den gloriosen Gedankenfaden des Herrn Abgeordneten Gothein auf sein Spülchen gewickelt, der darin besteht, daß man durch **Angleichung der deutschen Inlandspreise an den Weltmarktpreis** dem Übel zu Leibe gehen soll. Diese Idee, die uns Herr Gothein und andere wiederholt als das Ei des Kolumbus angepriesen haben, ist in Wahrheit eine vollständig unvernünftige, auch vom Standpunkt des Kapitalisten. Von Rechts wegen müßten die Spartakisten eigentlich Herrn Gothein zum Ehrenmitglied ernennen, wenn seine Idee zur Ausführung gebracht würde. Welche Überlegung liegt hier eigentlich zugrunde? Nach meiner Ansicht einfach ein Denkfehler. Man vergißt vollständig, daß die Verschlechterung der deutschen Valuta, ihre schlechte Bewertung im Auslande hauptsächlich darauf beruht, daß das Ausland zur deutschen Wirtschaft kein Vertrauen hat. Dieses mangelnde Vertrauen setzt sich eben in eine schlechte Bewertung der Valuta um. Man glaubt nun dieses Vertrauen dadurch beleben zu können, daß man die **Valutadifferenz** zu den deutschen Inlandspreisen schlägt und so die Preise für die deutschen Fabrikate und damit die Lebenshaltung des Volkes ganz fürchterlich verteuert. Die Folge davon wäre, wie Herr Gothein ganz richtig ausgeführt hat, eine außerordentlich starke Verteuerung der Inlandspreise, und das soll ja schließlich auch das Ziel einer solchen Manipulation sein. Die weitere Folge aber wäre — und darauf kommt es doch an — eine Erhöhung der Löhne und damit wiederum eine ganz außerordentliche Inanspruchnahme der Notenpresse. Der deutsche Geldmarkt würde noch viel mehr mit Papiergeld überschwemmt, als es bereits jetzt der Fall ist. Das führt selbstverständlich zu Konsequenzen, die man vernünftigerweise nicht heraufbeschwören sollte. Es ist eben unsinnig, das mangelnde Vertrauen in die deutsche Wirtschaft dadurch ersetzen zu wollen, daß man die deutsche Notenpresse erneut in Funktion setzt. In Wahrheit stimmt (D) es nicht, wenn immer gesagt wird: die Weltmarktpreise sind bedeutend höher als die deutschen Inlandspreise. Sie werden nur dadurch höher, daß man die Valutadifferenz auf die deutschen Preise schlägt. Dadurch kostet 1 Pfund Mehl vom Ausland eingeführt 4,50 Mark, während im Inlande der Preis 70 Pfennig ist. Zieht man die Valutadifferenz ab, so kostet es 90 Pfennig. Der „Vorwärts" hat in seiner Morgenausgabe vom Montag eine hübsche Illustration zu der Idee des Herrn Gothein gegeben. Er weist nach, daß ein 4½-Pfund-Brot, das jetzt 1,95 Mark kosten soll, auf 11,25 Mark steigen würde, wenn man seine Pläne ausführte, das heißt also, eine fünfköpfige Familie müßte wöchentlich rund 60 Mark für Brot ausgeben.

(Hört! Hört!)

In gleicher Weise würden sich alle übrigen Bedarfs- und täglichen Gebrauchsgegenstände verteuern. Das würde also zu Konsequenzen führen, die ganz unmöglich sind. Wenn man dem Problem zu Leibe rücken will, so kann man es nicht mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung tun; man muß zu einer sozialistischen Organisation des Außenhandels übergehen. Solange wir die kapitalistische Wirtschaft haben, deren Ziel der Profit für den einzelnen ist, so lange wird es ganz unmöglich sein, dem einzelnen die Ausnutzung der Valutaschwierigkeiten zu unterbinden. Es wird darauf losexportiert, ganz gleichgültig, was für Folgen für die allgemeine Volkswirtschaft daraus entstehen.

Ich sagte, wenn man das verhüten will, wenn man eine Schädigung der deutschen Volkswirtschaft durch die schlechte Valuta und den dadurch hervorgerufenen Export verhindern will, so muß man schon zu einer **sozialistischen Organisation des Außenhandels** übergehen und dann kann man einen Teil des Gotheinschen Projekts verwirk-

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) lichen. Sozialisierte Industriezweige würden ihre Ausfuhrmöglichkeiten natürlich ohne innere Konsequenzen im höchsten Maße im allgemeinen Interesse auszunutzen in der Lage sein. Sie würden tatsächlich die Inlandspreise durch den Zuschlag der Valutadifferenz auf die nominelle Höhe der Auslandspreise bringen können und so erzielen, daß im Ausland durch die deutsche Volkswirtschaft eine Wertsumme geschaffen wird, die es ermöglicht, ohne weitere Ausfuhr von Papiergeld eine weitere Einfuhr nach Deutschland durchzuführen. Das ist freilich nur möglich, wenn sozialisiert wird. Die Sozialisierung wollen Sie nicht; dann müssen Sie sich wohl oder übel auch damit abfinden, daß die schandbare Spekulation auf die Valuta, die jetzt allgemein betrieben wird, auch weiterhin zum Nachteil des deutschen Volkes fortbestehen bleibt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Während Herr Dr. Hermann in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister Schmidt das deutsche Volkswirtschaftsleben als verhältnismäßig rosig ansieht, während er die besten Hoffnungen auf die zukünftige Entwicklung des Aufschwunges der deutschen Wirtschaft setzen zu dürfen glaubt, sagt Herr Dr. Roesicke mit ziemlich dürren Worten den beinahe vollkommenen **Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens** voraus. Diesem Urteil möchte ich mich voll und ganz anschließen, allerdings, wie ich gleich betonen will, aus anderen Motiven, als Herr Dr. Roesicke. Herr Dr. Roesicke macht selbstverständlich, wie das ja nicht anders zu erwarten ist, die Zwangswirtschaft für den schauderhaften Stand der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortlich. Damit nun diese sattsam bekannte Melodie von seiner Seite einen neuen Reiz bekommt, spielt er sie in einem Nebenmotiv zugunsten der **deutschen Handwerker** und der **deutschen Mittelständler,** die durch die deutsche (B) Kriegswirtschaft, die Kriegsgesellschaften, angeblich vollkommen ruiniert sein sollen. Ich glaube, mit dieser Argumentation locken Sie (nach rechts) keinen Hund hinter dem Ofen hervor; denn Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Keine mittelständlerischen Rettungsversuche können das Kleinhandwerk wieder auf die Beine bringen; es muß zu Grunde gehen, weil das Großkapital immer mehr Industrie und Gewerbezweige monopolisiert.

(Hört! Hört! und Zurufe rechts.)

Aber die Politik, welche im Hause dazu geführt hat, daß wir eine Kriegswirtschaft betreiben müssen, ist Ihre eigene Kriegspolitik gewesen, die Deutschland in den Weltbrand hineingestürzt hat mit der Wirkung, daß Handel und Industrie ruiniert worden sind. Es hilft Ihnen nichts, wenn Sie hier fortwährend dem kleinen Handwerk und dem Mittelstand Ihre Sympathie aussprechen. Sie wissen ganz genau, daß Ihre eigene Politik ihr Elend verschuldet hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Roesicke sprach weiter davon, daß es ganz wünschenswert gewesen wäre, wenn der Vorschlag betreffs Anbammelung der **Schleichhändler** und **Wucherer** an die Laternen zur Durchführung gelangt wäre. Herr Dr. Roesicke wird mit einem solchen Vorschlage bei seinen Berufskollegen sich keine Sympathie erwerben; denn wenn dieser Vorschlag zur Durchführung käme, würden sich viele Berufskollegen des Herrn Dr. Roesicke am Halse gekitzelt fühlen müssen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man braucht nur mit einem wohlgefüllten Portemonnaie auf das Land hinauszugehen, dann weiß man ganz genau, wo die Quelle alles Schleichhandels und Wuchers zu suchen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Die Klagen über die sogenannte **Zwangswirtschaft,** (C) die hier dauernd vorgebracht werden, erscheinen mir deplaziert; denn in Wahrheit kann man von einer Zwangswirtschaft kaum noch reden; sie gleicht mehr oder weniger einem Sieb, dem vollständig der Boden fehlt. Die Produzenten erreichen allenthalben trotz ihr alles das, was sie wollen. Sie treiben ganz offen Sabotage, um so einen Mangel an Material, der sowieso schon vorhanden ist, noch weiter künstlich zu verstärken und damit den Anreiz zu einer Preiserhöhung zu geben. Die Unternehmersabotage wird leider aus vielen Gründen geleugnet. Die ganze Wirtschaftspolitik, die jetzt von der Reichsregierung getrieben wird, ist eine kapitalistische, sie ist darauf gerichtet, den kapitalistischen Staat, der nach der Revolution zusammengebrochen ist, wieder in den Sattel zu heben und ihn weiterhin zu stützen und aufrechtzuerhalten. Nun liegt aber die **Unternehmersabotage** zu dem Zweck des Abbaues, der Beseitigung der Zwangswirtschaft, der Erhöhung der Preise durchaus im Sinne einer kapitalistischen Ordnung der Dinge. Aus diesem Grunde muß man sie, ohne allzuviel davon zu reden, schon durchgehen lassen.

Aber auch aus einem anderen Grunde betreiben die Unternehmer Sabotage. Sie wollen der Arbeiterschaft es unmöglich machen, daß sie ihre berechtigten Forderungen auf Lohnerhöhung durchsetzt, sie wollen gewissermaßen eine Haßstimmung gegen die Arbeiterschaft hervorrufen, aus der heraus jeder Versuch der Arbeiterschaft, aus der entsetzlichen schlechten Wirtschaftslage, in der sich ein großer Teil befindet, herauszukommen, unmöglich gemacht wird.

Wir leiden unter einer furchtbaren **Kohlennot.** Der Reichswirtschaftsminister hat die Kohlennot zum Teil dafür verantwortlich gemacht, daß die Ernährungsverhältnisse noch nicht so weit sind, wie sie sein sollen. Dabei steigt die Förderungsleistung im Kohlenbergbau (D) andauernd. Der Reichswirtschaftsminister hat ja neulich erklärt, daß die Leistungen im Braunkohlenbergbau beinahe schon wieder denen im Frieden gleichen. Daß trotzdem die Kohlennot einen solchen Umfang annehmen konnte, liegt daran, daß nicht alles getan wurde, um die Förderungsmöglichkeiten so wahrzunehmen, wie es geboten gewesen wäre. Ich möchte mir gestatten, hier einige Beispiele für diese planmäßige Sabotage, die auch im Kohlenbergbau getrieben wird, und zwar nicht etwa von Arbeitern, sondern von Unternehmern, hier anzuführen.

In Sachsen besteht ein staatliches **Braunkohlenwerk in Hirschfelde.** Die Generaldirektion dieses Braunkohlenwerkes wurde von der Arbeiterschaft und dem Betriebsrat darauf aufmerksam gemacht, daß ein Wasserlauf, der in der Nähe dieses Werkes vorbeifuhre, eine Gefahr für den ganzen Tagebau bedeute und verlegt werden müsse. Die Vorschläge der Arbeiterschaft blieben unberücksichtigt, obwohl ihre Berechtigung klar auf der Hand lag. Das hatte dann den Erfolg, daß eines Tages durch die Unterspülung nnd Unterwaschung, die der Wasserlauf hervorgerufen hatte, zwei Drittel des Tagesbaues einfach verschüttet wurden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weiter sind Hunderttausende von Tonnen durchaus brauchbarer Kohlen für Kesselfeuerung und Briketterzeugung auf die Schutthalden geschüttet worden, obwohl die Arbeiterschaft lebhaft dagegen protestiert hat. Die Versorgung ganz Ostsachsens ist durch diese Geschehnisse wochenlang schwer in Frage gestellt worden.

Aber ich habe auch aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk unzweideutige Beweise dafür, daß **systematisch Sabotage der Produktion** betrieben wird. Die Stadtverwaltung Barmen hat eine Kommission in das

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) Ruhrgebiet entsandt, die zur Ermittlung der Ursachen für die Minderbelieferung von Kohlen an die Elektrizitätswerke der Stadt und anderer Ortschaften beitragen sollte. Aus dem Bericht dieser Kommission geht hervor, daß die mangelhafte Kohlenbelieferung nicht etwa auf eine Minderleistung der Bergleute zurückzuführen ist, sondern eine ganz andere Ursache hat. Die Förderleistung der Bergleute ist gestiegen, wie diese Kommission feststellte. Sie führt als Beweis die Zeche Sälzer-Neusach an, bei welcher bei einer Belegschaft von 10 Mann weniger als im Frieden 500 Tonnen Kohlen mehr gefördert würden. Die Kommission hat weiter ermittelt, daß nach der Ansicht der Sachverständigen für den Bergbau, der Leitung der Bergarbeiterverbände von Essen und Bochum, eine systematische Sabotage der Kohlenförderung betrieben würde und daß die Verwaltung als Ursache für die Minderförderung von Kohlen verantwortlich zu machen sei. Die Zeche klagt andauernd über Leutemangel. Dabei hat sie von einem Angebot von 30 000 Arbeitern, das ihr von dem Direktor des Arbeitsnachweises der Stadt Hamburg gemacht wurde, überhaupt keinen Gebrauch gemacht. Der Direktor des Werkes hat ganz einfach erklärt, er hätte kein Interesse an der Einstellung neuer Leute. Reparaturen und Neuanschaffungen wurden trotz wiederholter Mahnungen durch den Betriebsrat einfach nicht vorgenommen. Die Bergleute konnten wegen defekter Kompressoren und Hämmer nicht arbeiten. Aber es wurde nichts getan, obwohl das Material zu beschaffen gewesen wäre, um diesem Übelstande abzuhelfen.

Weiter kommt als eine der Ursachen für die Kohlennot, für das Verschwinden der Kohlen die unerhörte **Kohlenschieberei** in Frage, die teilweise in Automobilen direkt von den Zechen aus organisiert worden ist.

Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe solcher Bei-(B) spiele anführen, will mich aber auf die hier genannten beschränken, aus denen klipp und klar hervorgeht, daß in der Kohlenförderung nicht alles so ist, wie es sein sollte.

Auf anderen Gebieten liegen die Dinge ähnlich. So wurde uns dieser Tage berichtet, daß die große **Stickstofffabrik Knappsack bei Cöln** ihren Betrieb stillgelegt hat. Die Unternehmer begründen das damit, daß in der Arbeiterschaft politische Umtriebe gingen, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten, und wie alle diese schönen Harmoniephrasen lauten, unmöglich machten. 1600 Arbeiter kommen in Frage, von denen fünf Sechstel meiner Partei angehören. Der wirkliche Grund ist aber der: die Stickstoffindustrie arbeitet schon lange auf eine wesentliche **Erhöhung der Stickstoffpreise** hin. Diese will man dadurch erzwingen, daß man die Betriebe sabotiert und dadurch letzten Endes die landwirtschaftliche Erzeugung, indem man keinen Dünger herstellt. Man sieht eben: der Kapitalist geht über Leichen, wenn er hohe Dividenden erzielen kann. Dieses alte Marxsche Wort hat heute immer noch Geltung.

Auch in der **Eisenindustrie** liegen die Dinge ähnlich. Erst kürzlich sind die **Eisenpreise** wieder ganz wesentlich erhöht worden — ich möchte sagen —, ohne daß nur der mindeste Grund dafür vorgelegen hätte. Die Knappheit auf dem Eisenmarkt, die angeblich dadurch hervorgerufen wurde, daß die Fabriken wegen der niedrigen Preise nicht erzeugen könnten, beruhte darauf, daß man vorhandenes Material vom Markte zurückhielt, um auf diese Weise eine Erhöhung der Preise zu erzwingen. Ich beziehe mich hier auf eine Mitteilung, die dem „Berliner Tageblatt“ gemacht worden ist, und in der es heißt, daß bei näherer Prüfung der Eindruck nicht von der Hand zu weisen sei, daß nicht unbedeutende Materialmengen absichtlich zurückgehalten werden, um auf diese Weise den Anreiz zur Steigerung der Preise zu verstärken. Möglich ist so (C) etwas nur dadurch, daß die Zwangswirtschaft, wie auf anderen Gebieten, so auch auf diesem Gebiet vollständig versagt; denn es heißt in der Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ ausdrücklich, daß die staatliche Aufsicht vollständig versage.

Der Herr Kollege Hoch hat bereits gestern die Resolution des Drogistenverbandes kurz gekennzeichnet. Genau so wird es in einer ganzen Reihe anderer Industrien getrieben. Obwohl gewaltige Preissteigerungen durchgesetzt werden, ist man immer noch nicht zufrieden, man will immer noch mehr erzwingen, die Zwangswirtschaft beseitigt sehen und die horrenden Kriegsverdienste für alle Ewigkeit beibehalten. Der Zweck der Mißachtung dieser gesetzlichen Vorschriften ist vollständig klar. Man will letzten Endes die Schuld an dem Versagen der Produktion der Arbeiterschaft zuschieben können, daß durch die maßlosen Lohnforderungen all diese Preissteigerungen nötig seien. In Wirklichkeit sieht es mit der entsetzlichen Steigerung der Arbeitslöhne ganz eigenartig aus. Es liegt mir eine **amtliche Statistik** vor, die im Reichsarbeitsblatt vom August 1919 veröffentlicht wurde. Aus dieser geht hervor, daß die **Durchschnittslöhne** aller männlichen Arbeiter vom März 1914 bis Ende 1918 um etwa 155 bis 166 Prozent gestiegen sind. Die amtlichen Nachweisungen über die Bergarbeiterlöhne, die dieser Tage veröffentlicht wurden, beweisen klipp und klar, daß im zweiten Viertel 1919 die Bergarbeiterlöhne gegenüber dem zweiten Viertel 1914 um rund 204 Prozent gestiegen sind. Das hört sich ungeheuerlich an, schrumpft aber erheblich zusammen, wenn man berücksichtigt, daß die Kosten der Lebenshaltung um zirka 250 Prozent seit dieser Zeit gestiegen sind,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn man nur den allernotwendigsten Bedarf berücksichtigt. Die Berechnung dieser Steigerung der Kosten der Lebenshaltung wurde von Richard Calwer ausgeführt, (D) dessen Sachverständigkeit auf diesem Gebiet Sie ja wohl kaum bestreiten können. Die **Reallöhne** sind ganz bedeutend gesunken,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und eben auf die Höhe der Reallöhne kommt es an, wenn man die wirtschaftliche Lage derjenigen, die sie beziehen, überhaupt beurteilen will. Vergleicht man die Reallöhne, die jetzt in Deutschland bezahlt werden — man muß dabei immer berücksichtigen, daß die Bergarbeiter zu den höchstbezahlten Arbeitern in Deutschland gehören —, mit denen des Auslandes, so sieht man gleich, daß Deutschland in bezug auf die Löhne bedeutend hinten nachmarschiert. So hat Professor Kuczynsky vom Statistischen Amt der Stadt Schöneberg berechnet, daß die Reallöhne Deutschlands im Vergleich mit denen Englands nur drei Fünftel der in England gezahlten betragen und gar nur ein Viertel der in Nordamerika üblichen. Es steht also trotz allem Geschrei über die Lohnhöhe der Arbeiterschaft fest: die Arbeiterschaft ist in Wirklichkeit durch den Krieg und seine Wirkungen in einen Prozeß der Verelendung hineingetrieben worden. Dies erklärt ja auch übrigens das sogenannte Streikfieber, gegen das sich Herr Schmidt, Herr Kollege Hoch und kürzlich bei seiner Programmrede auch Herr Ministerpräsident Bauer so energisch wendeten.

Herr Hoch hat gestern gemeint, es komme für die **Berechtigung eines Streiks** auf die Verhältnisse an, unter denen er sich abspiele, ob er sich in einem demokratischen Staatswesen abspiele oder in einer Gesellschaftsordnung, die der breiten Masse des Volkes nicht die politischen Rechte gibt, auf die sie Anspruch hat. Ich muß sagen: früher war eine solche Argumentation unter Sozialisten nicht üblich. Ich möchte sehr bezweifeln, daß Herr Kollege Hoch etwa vor dem Kriege eine solche Überlegung überhaupt

(Dittmann, Abgeordneter.)

(A) nur angestellt hatte. Damals handelte es sich beim Streik nur um den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die kapitalistische Gesellschaft. Es handelte sich eben um den Klassenkampf. Die politische Form der Gesellschaft, in der sich der Streik abspielte, war dabei ganz gleichgültig. Wenn das stimmte, was Herr Kollege Hoch gesagt hat, so hätte er noch vor dem Kriege etwa die meisten Streiks in Frankreich oder Nordamerika ohne weiteres glatt als Verrat an den Interessen der Allgemeinheit verurteilen müssen. Ich glaube nicht, daß er das tun wird. Wenn er nun jetzt in dieser Situation eine solch merkwürdige Auffassung über die Berechtigung oder die Nichtberechtigung von Streiks produziert, so kann ich ihm nur erwidern, daß es mir vorkommt, als habe er eine theoretische Apologie der Technischen Nothilfe und ähnlicher Streikbrecherorganisationen hier geben wollen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Früher war man in der Beurteilung solcher Einrichtungen anderer Ansicht. Ich erinnere daran, als etwa die Hintze-Streikbrechergarden und ähnliche Veranstaltungen, die dieselben Funktionen vor dem Kriege verrichten mußten wie jetzt die Technische Nothilfe,

(Lachen und Na! Na! bei den Sozialdemokraten)

geschaffen wurden; da ging ein Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland von allen anständigen Menschen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist etwas ganz anderes!)

— Nein, das ist nichts anderes. Es kommt bei der Bewertung eines Streiks darauf an, ob er in einer sozialistischen oder in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft geführt wird. Wenn Herr Hoch das gesagt hätte, stimmte ich ihm ohne weiteres zu. Wir befinden uns jetzt trotz der formalen bürgerlichen Demokratie in einem durchaus kapitalistisch organisierten Staat. Deshalb hat die Arbeiterschaft das vollste Recht, sich jeden Mittels (B) zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu bedienen. Wenn wir einmal in einer wirklich sozialistischen Gesellschaft leben, Herr Kollege Wels, dann ist ein Streik überhaupt überflüssig. Ich kann mir wenigstens nicht denken, aus welchen Gründen heraus es dann zu einem Streik kommen sollte.

Wahrhaftig nicht aus theoretischen Erwägungen heraus, etwa um die Regierung zu stürzen, oder was man sonst immer sagt, kommt die Arbeiterschaft jetzt zum Streik, jagt jetzt ein Streik den andern. Es ist ja diese Erscheinung nicht nur auf Deutschland beschränkt. Wir sehen sie in der ganzen Welt, England, Nordamerika usw. Nein, die Praxis des täglichen Lebens zwingt ja die Arbeiterschaft, um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu kämpfen.

(Zuruf im Zentrum: Selbstverständlich, bei den hohen Löhnen!)

— Was es mit den „hohen Löhnen" auf sich hat, habe ich ja bereits vorhin ausgeführt. Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß der Reallohn gesunken ist, und das ist doch schließlich das Entscheidende. Das merkt die Arbeiterschaft am besten am eigenen Leibe.

Weil nun durch Streiks nicht ein dauernder Erfolg für die Arbeiterschaft erzielt wird, weil sie nach jedem neuen Streik mit neuen Preiserhöhungen zu rechnen hat, deshalb ist es ganz selbstverständlich, daß sie aus der Neigung zum Streik nicht herauskommen kann. Allerdings hat das eine politische Wirkung; das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu. Die Massen erkennen nämlich ganz allmählich, daß sie mit einem Streik, der rein wirtschaftlich geführt wird, letzten Endes gar nicht zum Ziel kommen können.

(Aha! rechts und im Zentrum.)

Diese Erkenntnis revolutioniert ohne weiteres die Hirne der Massen. Das ist ein so selbstverständlicher Vorgang, (C) daß ich eigentlich gar nicht verstehe, weshalb sie sich über die Tatsachen so sehr entrüsten.

(Lachen rechts.)

Es ist doch ganz klar, wenn ich irgend etwas tue und ich merke, daß mir das, was ich tue, keinen Erfolg einbringt, so überlege ich mir, woran eigentlich dieser Mißerfolg liegt. Das tut die Arbeiterschaft selbstverständlicherweise auch, und so kommt es, daß allerdings mehr und mehr der Gedanke des politischen Streiks unter der Arbeiterschaft Boden faßt, und daß die Arbeiterschaft, davon bin ich fest überzeugt, eines Tags das Mittel des politischen Streiks benutzen wird, um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, wie sie es wünscht, um nämlich den Sozialismus durchzuführen. Das ist ganz selbstverständlich. Aus dieser Auffassung ist noch nie bei uns ein Hehl gemacht worden. Daß dieser Prozeß, dieser Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der ausgefochten werden wird und ausgefochten werden muß, so entsetzlich langwierig ist, das liegt ja nicht an der Arbeiterschaft, sondern liegt daran, daß die Regierung alles unterläßt, was geeignet wäre, die Ursachen dieser Streiks zu beseitigen. Auch gestern haben wir es wieder gehört. Herr Hermann hat gesagt, eine **Sozialisierung** in diesem Augenblick sei unmöglich.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt hat dasselbe Thema variiert. Ich möchte gern wissen, wann sie eigentlich möglich ist

(Zuruf rechts: Überhaupt nicht! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das möchte Ihnen so passen, überhaupt nicht möglich! — Es wird immer gesagt: man kann einen Trümmerhaufen nicht sozialisieren, die deutsche Wirtschaft ist zusammengebrochen und muß erst auf kapitalistischer Basis neu aufgerichtet werden. Überall ist man nicht (D) dieser Anschauung. Ich erinnere daran, daß der **Vorsitzende der Sozialisierungskommission in Österreich**, der Rechtssozialist **Ellenbogen** sozialisieren will, weil er eingesehen hat, es gäbe kein anderes Mittel, um den durch die Zwangswirtschaft zusammengebrochenen Industrien wieder auf die Beine zu helfen. Also Herr Ellenbogen kommt aus demselben Motiv zur Sozialisierung, aus dem Sie sie angeblich nicht für möglich halten wollen. Der wirkliche Grund, weshalb nicht sozialisiert wird, liegt eben daran, daß wir ein kapitalistisches Staatswesen sind und kein soziales oder gar sozialistisches, wie das immer wieder behauptet worden ist. Und diese Verweigerung der Erfüllung berechtigter sozialer Forderungen ist ja, nebenbei gesagt, eine Ursache dafür, daß die Arbeiterschaft nicht mehr so zur Ruhe kommen wird, wie Sie es wünschen, nämlich, daß sie sich zu denselben willenlosen Objekten Ihrer Wirtschaft machen lassen wird, wie es vor dem Kriege der Fall gewesen ist.

(Zurufe rechts.)

— Sie können sich schon darauf verlassen, die deutsche Arbeiterschaft wird das tun, was sie für notwendig hält.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die deutsche Arbeiterschaft wird die Sozialisierung erzwingen, Sie können sich ganz bestimmt darauf verlassen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sehen Sie sich nur um, erforschen Sie nur die Stimmung, die speziell unter der Industriearbeiterschaft herrscht, und dann werden Sie bald zu der Einsicht kommen, daß mit den kleinen Mätzchen, mit der weißen Salbe, durch Betriebsrätegesetze, und wie diese schönen Dinge alle heißen, der Arbeiterschaft nicht geholfen wird. Sie läßt sich darauf gar nicht erst ein; sie läßt sich nicht auf eine Hinausschiebung der Sozialisierung usw. ein. Sie verlangt sie jetzt, weil sie weiß, daß sie ohne weiteres möglich ist.

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) Daß zum Beispiel die **Sozialisierung der Braunkohlenindustrie** schon jetzt möglich ist, möchte ich doch ganz kurz an der Hand von Material nachweisen, das das rechtssozialistische Mitglied des Hauses, Herr Osterroth, in dankenswerterweise zusammengestellt hat. Er schreibt da über die Notwendigkeit der Braunkohlensozialisierung — ich greife nur einige Sätze aus seinem langen Artikel heraus —:

> Die Organisation des kommunalen Bezugs würde dem Volke viele Hunderte von Millionen Mark sparen.

Er schreibt weiter:

> Die gegenwärtige Jahresproduktion von 84 Millionen Tonnen repräsentiert 793 Millionen Mark Löhne und sonstige Gestehungskosten. Ihr Kleinverkaufswert beträgt über 6 Milliarden Mark.

(Hört! Hört!)

Herr Osterroth berechnet weiter, daß das deutsche Volk mit $2^1/_2$ Milliarden Mark der Wirtschaft der Werkbesitzer und dem Braunkohlenhandel tributpflichtig ist.

Angesichts solcher Ziffern wollen Sie behaupten, die Sozialisierung sei nicht möglich? Das glauben Sie selbst nicht. Sie sagen das nur, weil Sie die Sozialisierung nicht wollen.

Ich sprach vorhin von der Sabotage der Unternehmer, die mit allen Mitteln dahin arbeiten, die Sozialisierung zu diskreditieren. Wie in der Industrie eine **planmäßige Sabotage** getrieben wird, so erst recht — das wissen die Herren von der Rechten dieses Hauses am besten — **in der Landwirtschaft.** Die Dinge haben sich so weit entwickelt, daß die Volksernährung im Winter auf das schwerste in Frage gestellt ist. Es liegt keineswegs so, wie der Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt gestern gemeint hat, daß wir in bezug auf die Ernährung auf lange Monate hinaus gesichert seien. Das (B) Gegenteil ist der Fall. Es ist falsch, wenn man es ablehnt, auf diese Dinge hinzuweisen, wie es der Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Herr Abgeordnete Hermann gestern getan haben. Das ist dieselbe Politik, die wir während des Krieges zur Genüge kennen gelernt haben: alle Fehler möglichst verschweigen, die Dinge möglichst so darstellen, als liefen sie in geregelter Weise, damit keine Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen wird. Genau so wird es jetzt wieder gemacht; das hat die Folge, daß das Ausland uns einfach nicht glaubt, wenn wir sagen: wir stehen dicht vor dem Verhungern. Man braucht nur mit Ausländern über diese Dinge zu sprechen, und sie sind erstaunt, wenn man an der Hand schlagkräftigen Materials nachweist, daß die deutsche Ernährungswirtschaft mehr oder weniger vor dem Zusammenbruch steht. Wir müssen offen über diese Dinge sprechen und nicht in den alten Fehler der Verschleierungstaktik des Kriegspresseamts und ähnlicher Organisationen im Kriege zurückverfallen. Die Gefahr ist riesengroß. Die Landwirtschaft ist mit den horrenden Preisen, die sie erzielt, noch nicht zufrieden, auch nicht mit der Zwangswirtschaft und ist in den offenen Streik eingetreten. Die **Kartoffelversorgung der Großstädte** ist auf das schwerste gefährdet.

(Zuruf: Horrender Unsinn!)

Das ist kein horrender Unsinn. Ich werde Ihnen an der Hand des Materials, das Sie selbst geliefert haben, die Richtigkeit meiner Behauptung nachweisen, die Landwirtschaft propagiere und stehe im offenen Lieferstreik.

Die Bauern verweigern die Lieferung zu den Höchstpreisen und verschieben die Kartoffeln hintenherum. Welche Konsequenzen das hat, dafür nur einige wenige Beispiele Die Kartoffelversorgung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, überhaupt des Westens von Deutschland, steht schon vor dem Zusammenbruche. Bochum erhielt zum (C) Beispiel statt der benötigten 609 000 Zentner Kartoffeln 54 000 Zentner. Gelsenkirchen erhielt 18 000 anstatt 600 000 Zentner.

(Zuruf rechts: Daran hätten Sie im Frühjahr denken sollen!)

Im Frühjahr gab es noch keine Kartoffeln. Sie kommen erst jetzt.

(Widerspruch.)

In Hannover — in Düsseldorf liegen die Dinge genau so. Die Leitung der städtischen Kartoffelverteilungsstelle Düsseldorf hat die Flucht in die Öffentlichkeit antreten müssen. Der Magistrat der Stadt Berlin hat sich in einem dringenden Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium gewandt und darauf hingewiesen, daß er jetzt noch nicht ein Pfund Kartoffeln zur Versorgung der Bevölkerung im Winter habe. Überall dasselbe Bild, überall die Klage darüber, daß keine Kartoffeln geliefert werden, obwohl die Kartoffelernte stellenweise sehr gut ist.

(Widerspruch rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

So wird von der Landwirtschaftskammer Hannover mitgeteilt, daß die Kartoffelernte in Hannover auf den Morgen stellenweise bis 150 Zentner und mehr beträgt.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Man kann also nicht sagen, die Kartoffelernte sei sehr schlecht. Man hält eben die Kartoffeln zurück, weil man dadurch **höhere Preise** erzwingen will. Die Preise, die man jetzt im Schleichhandel zahlt — 20, 25, 30 Mark und noch höhere Summen werden genannt — will man zu den normalen machen.

(Zuruf rechts: Folge der Zwangswirtschaft!)

— Nein, das ist eine Folge der Schleicherei und der Wucherei, die Herr Roesicke mit dem Hängen an die Laterne belohnen will. Das ist die nackte Profitgier, die die Agrarier dazu treibt, die Kartoffeln von hintenherum zu verschleudern. Man erhofft durch den Lieferungsstreik ganz einfach eine Erhöhung der Preise. Es ist ja leider (D) nach allem, was wir bisher von der Praxis des Reichswirtschaftsamts erlebt haben, zu befürchten, daß diesem unverschämten Verlangen nachgegeben wird.

Genau so wie auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung steht es auf dem der **Zuckerversorgung** Auch die Zuckerversorgung steht vor dem Zusammenbruch, und die Landwirte verlangen die Erhöhung der Zuckerrübenpreise um 1,50 Mark. Die Zuckerrübenfabriken verlangen eine gewaltige Erhöhung der Rohzuckerpreise. Sie haben 2 Mark bekommen und verlangen 14 Mark pro Zentner Preissteigerung. Kurz und gut, die Landwirte liefern ihre Zuckerrüben nicht ab, sondern verfüttern sie,

(Zurufe rechts)

und ein Teil der Zuckerfabriken droht ganz offen mit der Einstellung des Betriebs, mit der Ausschlachtung der Fabriken und dem Übergang zu einer anderen Produktion.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Das heißt also mit anderen Worten: man sabotiert planmäßig die Zuckerversorgung; man entzieht den Frauen und Kindern, auf die sonst, wenn es sich um Streiks handelt, nach Ihrer Ansicht die Arbeiter eine sehr große Rücksicht nehmen sollen, ein hochwertiges, wichtiges Nachrungsmittel.

Zuruf von den Deutschen Demokraten: Kennen Sie die Mißernte in Zuckerrüben nicht? — (Gegenruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wenn die Zuckerrübenernte wirklich etwas kleiner sein sollte als im vergangenen Jahre, so ist festgestellt, daß die Qualität der Zuckerrüben und der Gehalt an Zucker bedeutend größer ist als im vergangenen Jahre. Wenn wir keinen Zucker bekommen, liegt es daran, daß die Zuckerrüben verfüttert werden und die Fabriken einfach zur Sabotage der Produktion übergehen.

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) Um so bedauerlicher ist es angesichts eines solchen Zusammenbruchs der Zuckerversorgung, daß das Reichswirtschaftsamt beziehungsweise die Reichszuckerstelle es für notwendig gehalten, in diesem Jahre nicht wie sonst Einmachezucker zu überweisen, sondern alles, was verfügbar war, den Herstellern von Wein zu überlassen.

(Zuruf rechts: Hacken Sie doch!)

— Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt, Herr Professor Semmler, wenn Sie das Bedürfnis hatten, Rüben zu hacken, bitte, ich hindere sie nicht daran.

(Zuruf rechts: Sie wollen ja Zucker haben!)

Genau wie die Kartoffel- und Zuckerversorgung zusammengebrochen ist, genau so steht die **Fleischversorgung** vor dem Zusammenbruch. Herr Roesicke hat das gestern selbstverständlich — er kennt ja keinen anderen Grund — auf die Zwangswirtschaft zurückgeführt. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß im freien Handel, d. h. im Schleichhandel, genügend Fleisch vorhanden ist. Ich stütze mich hier auf eine Eingabe der hannoverschen Landwirtschaftskammer an das Landesökonomiekollegium. Veröffentlicht ist sie in Nr. 41 der „Hannoverschen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung". Diese Landwirtschaftskammer verlangt die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch,

(sehr richtig! rechts)

und es ist sehr interessant, mit welcher Begründung. Sie schreibt nämlich:

> Die Befürchtung, der Viehbestand könnte zu sehr gelichtet werden, entbehrt der sachlichen Begründung. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist möglichst sofort herbeizuführen, da tatsächlich schon jetzt mehr Fleisch im Schleichhandel vertrieben wird als durch die öffentliche Beschaffung.

Wenn also durch die Zwangsbewirtschaftung der Bevölkerung nicht genügend Fleisch zugeführt werden kann, (B) so liegt das nach sachverständigem Urteil einfach daran, daß die Bauern, also Ihre (nach rechts) engeren Parteigenossen, es vorziehen, die Wucherpreise, die im Schleichhandel gezahlt werden, für ihre Fleischprodukte zu beziehen, daß sie kaltblütig die Versorgung des ganzen Volkes in Frage stellen, nur um ihren eigenen Säckel möglichst zu füllen. Es ist genug Vieh vorhanden.

(Zuruf von rechts: Gestohlenes!)

Überraschende Kontrollen und Stichproben von Viehställen haben sehr häufig ergeben, daß in Wirklichkeit viel mehr vollgenährtes Vieh in den Ställen stand als bei den amtlichen Stellen bekannt war.

(Stürmische Zurufe rechts.)

Ferner beweist die Tatsache, daß man im Schleichhandel jede beliebige Menge Fleisch kaufen kann, daß genügend Fleisch vorhanden ist, und daß die Ursache der Fleischknappheit darin zu suchen ist, daß verschoben wird.

(Zuruf rechts: Daß gestohlen wird!)

— Verschoben, nicht gestohlen! Verstehen Sie mich nicht falsch! Ihre Leute sind es, die verschieben und allerdings auf diese Weise auch den öffentlichen Säckel bestehlen.

(Wiederholte Zurufe rechts: Von Ihnen ist erst einer gefaßt worden! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das möchte ich entschieden zurückweisen!

(Erneute Zurufe rechts.)

Wenn jemand in der unverschämtesten Art und Weise in Deutschland wuchert und stiehlt, dann ist es Ihre Couleur, dann sind es Ihre Leute auf dem flachen Lande und niemand anders.

(Unruhe und Zurufe rechts: Ihr Kollege Geyer! — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wärmen Sie doch nicht immer alte Märchen auf!

(Zuruf rechts: Das ist noch ganz neu!)

(C) Genau so, wie die Kartoffel-, die Zucker- und die Fleischversorgung zusammengebrochen ist, wird auch die **Getreideversorgung** zusammenbrechen. Wenigstens hat Herr Schmidt gestern nicht den Beweis dafür geliefert, daß wir auf Monate hinaus mit Getreide versehen sind. Im Gegenteil, das Getreide, das im Inlande produziert wird, befördern Ihre Leute über die Grenze hinüber, indem sie auf Valutagewinn spekulieren.

(Zurufe rechts.)

— Wer sollte sonst Getreide verschieben? Es sind Ihre eigenen Leute.

Diese planmäßige **Sabotage der öffentlichen Ernährung,** diese offene landwirtschaftliche Rebellion gegen die bestehenden Gesetze wird von Ihnen, meine Herren, in aller Öffentlichkeit gefördert. Sie stecken dahinter, wenn Sie nicht die geistigen Väter dieser landwirtschaftlichen Rebellion sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich werde hier einige Veröffentlichungen Ihrer landwirtschaftlichen Organisationen verlesen; zunächst eine, die beweist, daß Sie ebensogut das Volk auspowern können wie heucheln. Ich habe hier einen **Aufruf des Schlesischen Landbundes,** der die Mitglieder dieses Bundes auffordert, den Städtern Kartoffeln zu liefern, weil sie sonst verhungern müßten. Das ist eine sehr edle Aufforderung. Sie steht aber im schreienden Widerspruch zu einer Resolution dieses selben Landbundes, die am 16. Oktober in seiner Generalversammlung beschlossen wurde. Es wird darin die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Schweine gefordert, widrigenfalls die Landwirtschaft keinerlei Anordnungen, betreffend Schweinebewirtschaftung, befolgen wird. Bei Bestrafung für Überschreitung der Gesetze wird die geschlossene schlesische Landwirtschaft jede Milch- und Fleischlieferung einstellen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) (D)

Mit anderen Worten: die Säuglinge in den Großstädten dem Hungertode ausliefern. An einer anderen Stelle heißt es: gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß der Landwirt nicht mehr gesonnen ist, sich eine weitere Zwangsbewirtschaftung in Milch und Fleisch gefallen zu lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Landbund des Kreises Breslau will Breslau aushungern, wie er ganz offen sagt. Er faßt eine ähnliche Resolution und sagt dann:

> Sollte gegen einzelne Bauern strafbar vorgegangen werden, so behalten wir uns vor, jede Lieferung von Milch, Butter und Fleisch einzustellen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

In dieselbe Kerbe haut der **Vorsitzende des Pommerschen Landbundes,** der Freiherr v. Wangenheim, der erklärt:

> Wenn die Regierung diese Vorschläge

— Aufhebung der Zwangswirtschaft und Versorgung der Bevölkerung auf Grund von Zwangsumlagen mit Prämienzahlung usw. —

> ablehnt, werden die Landwirte aus eigenem Antriebe handeln und ihre Pläne selbst verwirklichen.

Das Tollste aber hat sich der **„Deutsche Landbund"** geleistet, der ja wohl die Zentrale der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen ist. Er verlangt von der Regierung bis spätestens zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1920 die Aufhebung jeder Beschränkung der freien Wirtschaft und fügt hinzu, daß, wenn seinem Verlangen nicht stattgegeben werde, die Landwirtschaft zur **extensiven Wirtschaft** übergehen wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts: Das muß sie ja!)

Das ist ein Skandal sondergleichen!

(Unruhe und erneute Zurufe rechts.)

(**Düwell**, Abgeordneter.)

(A) Es heißt mit anderen Worten: Sie (nach rechts) sprechen offen und bewußt Ihre Absicht aus, unter Ausnutzung der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland befindet, die es unmöglich macht, eine genügende Menge von Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung einzuführen, das deutsche Volk auszuhungern; denn jeder Mensch weiß, was mit der Drohung des Überganges zur extensiven Wirtschaft gemeint ist. Sie sind die schlimmsten Valutaspekulanten, die man sich überhaupt denken kann.

(Große Unruhe und erregte Zurufe rechts.)

Wer sich hinter solche Ziele stellt, ist ein Verbrecher, der mit den übrigen Kriegsverbrechern, den Ludendorffs und Konsorten, auf gleiche Stufe zu stellen ist.

(Zuruf rechts: Sie verstehen ja nichts von der Landwirtschaft!)

Herr Roesicke hat gestern gleichfalls die offene Drohung des Übergangs zur extensiven Wirtschaft ausgesprochen.

(Zuruf rechts: Das ist ja die notwendige Folge der heutigen Wirtschaft!)

— Nein, es ist nicht die notwendige Folge, sondern es ist bewußte Absicht von Ihnen! Sie wollen damit die Beseitigung der Zwangswirtschaft erreichen. Der „Deutsche Landbund“ spricht es ja offen, klar und deutlich aus.

Und Ihre Leute gehen ja sogar noch weiter. Die Verwaltungskörperschaften Berlins, Magistrat- und Stadtverordnetenversammlung, haben sich wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie eine bessere Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Milch zu erzielen sei. Dabei ist man auch zu dem Projekt einer **Kommunalisierung der Milchversorgung** gekommen. Was haben die brandenburger Milchlandwirte darauf getan? Sie haben mit der Einstellung der Lieferung von Milch und Butter gedroht, wenn es sich die städtischen Körperschaften von Berlin noch einmal einfallen ließen, von Kommunalisierung über-(B)haupt nur zu reden, geschweige denn sie durchzuführen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Immer wieder drohen Sie (nach rechts) mit der Aushungerung der Frauen und Kinder, die Sie bei anderen Gelegenheiten, wenn es sich um wirtschaftliche Streiks der Arbeiter handelt, so schön in Schutz nehmen.

Kurz gesagt: im ganzen Lande ist ein teils offener, teils versteckter Widerstand gegen die Gesetze festzustellen.

(Zuruf rechts: Bei den Arbeitern! — Heiterkeit.)

Mit Gewalt will die Landwirtschaft die Regierung zur Erfüllung ihrer Forderungeu zwingen, die — das muß immer wieder betont werden — auf nichts weiter hinauslaufen, als auf eine Erhebung der Schleichhandels- und Wucherpreise zur festen Norm.

Alle diese Drohungen, von denen ich Ihnen einige verlesen habe, sind durchaus ernst gemeint. Dafür kann ich Ihnen einige Beispiele anführen. Als kürzlich die **Feststellungskommissionen**, die zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Ablieferung eingerichtet sind, hier in der Ostprignitz erschienen und ihres Amtes walten wollten, sind sie mit Gewalt an der Erledigung ihrer Geschäfte, die sie doch gewissermaßen im Auftrage der Regierung verrichteten, verhindert worden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten).

Woher die Landwirte den Mut zu einem solchen offenen Widerstande gegen die Anordnungen der Staatsgewalt nehmen, darüber möchte ich auch noch kurz sprechen. Es liegt an der Regierung selbst, daß sie sich der offenen Meuterei gegenüber sieht.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie hat die **Einwohnerwehren** eingerichtet auf dem Lande. Jeder Bauer hat bekanntlich — das werden Sie nicht bestreiten wollen — seine Flinte zu Hause und wartet nur darauf, daß er sie in Funktion setzen kann.

(Große Unruhe und Zurufe rechts.)

— Maschinengewehre haben sie auch, massenhaft sogar! (C) Das wisse Sie genau so gut wie wir. Es ist nur hochbedauerlich, daß die Regierung des Herrn Noske ihnen diese Waffen geliefert hat. Wenn sie dann alle die Waffen, die sie in reichem Maße zur Verfügung haben, gegen die Regierung wenden, so ist letzten Endes diese selbst daran schuld. In der Ostprignitz hat man diesen Feststellungskommissionen, von denen ich vorhin sprach, ganz offen mit der bewaffneten Einwohnerwehr gedroht, wenn sie sich noch einmal sehen lassen sollten.

Hermann **Wäger**, der **Beigeordnete des Landespolizeiamts Berlin**, schreibt im rechtssozialistischen „Hamburger Echo“:

> Die Gendarmerie und die ihr beigegebenen Gewerkschaftskollegen werden teilweise mit scharfen Gewehrschüssen und Maschinengewehrfeuer empfangen, wenn sie es sich einfallen lassen, Kontrollen über die ordnungsmäßige Erfüllung der Lieferungspflichten vorzunehmen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat den Bauern die Waffen geliefert, angeblich um sich damit gegen die sogenannten Bolschewisten zu verteidigen. Jetzt benutzen sie diese Waffen — das stellt Wäger gleichfalls fest —, um damit gegen die Staatsautorität vorzugehen und den Bolschewismus von rechts, nämlich Ihren eigenen zu verteidigen. Wäger sagt auch ganz klar und deutlich voraus, was die Folge aller dieser Dinge sein wird: nämlich der große Kladderadatsch, und ich bin fest überzeugt, er bleibt uns nicht erspart, wenn man an der bisherigen Praxis festhält.

Es ist heute eine Anfrage Schiele gestellt worden, die beweist, daß es teilweise schon zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung der Städte, die sich nicht aushungern lassen will, und den Bauern, die sie aushungern wollen, gekommen ist. In Neisse haben wir bereits ähnliche Vorfälle zu verzeichnen gehabt. (D) Das eine ist sicher: geht es so weiter wie bisher, dann haben wir in allernächster Zeit den offenen Bürgerkrieg zwischen Stadt und Land. Kommt es aber soweit, dann liegt die volle Schuld daran bei der Regierung; denn sie hat nichts unternommen, die Praxis der Landwirtschaft, die dazu geführt hat, unmöglich zu machen. Ich zitiere hier abermals aus einem Artikel des Beigeordneten des Landespolizeiamts Berlin, Hermann Wäger, der da schreibt:

> Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat eine Verfügung erlassen, nach der sofort 58 Wucherämter in allen Teilen des Reiches zu errichten sind. Bisher sind noch keine Mittel für diese Organisationen vorhanden.

Man hat alles, aber auch alles unterlassen, um dieser **agrarischen Rebellion** entgegenzutreten. Man hat sich vollständig wehrlos gemacht und sich damit begnügt, die militärische Sicherheitspolizei — und wie diese Einrichtungen alle heißen — zu schaffen, um, wenn es dann zu den Unruhen kommt, die angesichts der ganzen Verhältnisse notwendig kommen müssen, bewaffnet zu sein.

(Stürmische Rufe: Hört! Hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Die Regierung ist also mitschuldig, wenn es noch in diesem Winter zu ganz fürchterlichen Kämpfen zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung kommen sollte.

(Lebhafte Rufe: Aha!)

Von dem Landesdirektor in Weimar, von dem rechtssozialistischen Landrat in Schmalkalden und anderen Stellen ist die in ihren Lieferungen säumige Landwirtschaft bereits auf diese Folgen ihrer Wirtschaft hingewiesen worden. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß etwa mit der Praxis des offenen Lieferstreiks gebrochen werden wird. Sie (nach rechts) haben freilich keine Veranlassung

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) dazu, da Sie letzten Endes durch Ihren Lieferstreik erzielen werden, was Sie erzielen wollen, nämlich die Beseitigung der Zwangswirtschaft oder doch wenigstens die Erhöhung der Preise. Die bisherige Praxis der Regierung geht ja in der Richtung, alle Ihre Wünsche zu befriedigen und hinterher festzustellen, daß die Landwirtschaft ihren Pflichten voll und ganz genügt, wie es Herr Schmidt neulich hier getan hat.

Ich bin fest überzeugt, daß Sie, meine Herren, die Sie ja mit den jetzigen Verhältnissen in Deutschland noch viel weniger zufrieden sind als wir, alles tun werden, um diese agrarische Rebellion zu unterstützen. Durch den Beifall, den Sie vorhin den verschiedenen Bekanntmachungen, Veröffentlichungen und Entschließungen landwirtschaftlicher Organisationen bezeugten, haben Sie ganz klar und deutlich bewiesen, daß Sie durchaus mit dieser Praxis einverstanden sind. Sie wollen eben den Bürgerkrieg, Sie wollen den bewaffneten Zusammenstoß zwischen Stadt und Land,

(stürmischer Widerspruch bei den Mehrheitsparteien und rechts — erregte Zurufe rechts)

Sie wollen die Hungerrevolte der Arbeiterschaft! Und weshalb? Weil Sie sich jetzt vollständig stark und sicher fühlen, ganz anders als am 9. November. Damals sind Sie ja ins Mauseloch gekrochen, damals sah man Sie nicht!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erregte Zurufe.)

— Wir kriechen nicht ins Mauseloch! Haben Sie keine Angst!

(Heiterkeit und lebhafte Zurufe bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Wir haben nicht das Bedürfnis, Ihnen Ihre tapfere Haltung vom 9. November nachzumachen!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erneute Zurufe bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

(B) — Gewiß, auf Noske verlassen Sie sich, und zwar mit vollstem Recht; Sie haben ihm ja schon wiederholt die Zensur I erteilt. Sie wollen diesen Zusammenstoß zwischen Stadt und Land,

(lebhafte Zurufe rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten: Das wollen Sie!)

weil Sie ganz genau wissen, daß Ihnen die Arbeiterschaft den Gefallen nicht tut, sich von selbst vor die Maschinengewehre zu stellen, die Sie in so reichhaltigem Maße durch Noske bekommen haben

(Lachen bei den Mehrheitsparteien und rechts)

und durch die weiße Garde Noskes!

Ihnen persönlich hat das Proletariat am 9. November nichts getan. Aber Sie sind freilich weniger zart besaitet. Wenn Sie durch Ihre wahnsinnige Politik, durch Ihre Aufputscherei

(lebhafte Zurufe rechts: Durch Ihre Aufputscherei!)

der Landwirte gegen die Zwangswirtschaft, wenn Sie durch Ihre ständige Aufforderung zur Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften, die Sie mehr oder minder versteckt an die Landwirte gelangen lassen, wenn Sie durch alle diese Maßnahmen die Dinge so weit getrieben haben, daß ein Bruch unvermeidlich ist, dann fühlen Sie sich obenauf, dann hoffen Sie, alles das wieder einführen zu können, was Ihnen der 9. November genommen hat. Aber verlassen Sie sich darauf, meine Herren: wenn Sie so spekulieren, dann sind Sie doch auch nichts weiter als ein Teil von jener Kraft, die stets das Schlechte will und doch das Gute schafft.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterschaft wird mehr und mehr erkennen, daß zwischen Ihnen — und das sage ich dem ganzen Hause —, der bürgerlichen Gesellschaft und ihr selber ein Paktieren (C) vollständig unmöglich ist. Es gibt zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Gesellschaft nur einen Kampf, einen Kampf bis aufs Messer,

(hört! hört! und Heiterkeit rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten; lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten)

der eines Tages —

(lebhafte Zurufe)

— ob Sie lachen oder nicht; ich sage ausdrücklich: zwischen dem Proletariat und der bürgerlicher Gesellschaft gibt es nur einen Kampf bis aufs Messer.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Dieser Kampf wird eines Tages ausgefochten. Er wird eines Tages durchgekämpft werden müssen,

(erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

um den Sozialismus zu verwirklichen. Ich habe Ihnen schon wiederholt gesagt: die Arbeiterschaft läßt sich von ihrem Ziel der Sozialisierung nicht abbringen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Es gibt zwischen dem Kapitalismus und dem Proletariat nur Kampf, Kampf ohne Maß,

(stürmische Rufe: Hört! Hört! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

Kampf bis zum äußersten!

(Erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Sie haben schon einmal diese Worte nicht glauben wollen, als sie ein ausländischer Staatsmann zitierte, und Sie haben alle Warnungen, die an dieses Wort geknüpft wurden, glatt in den Wind geschlagen. Sie sind ja dann auch mit Ihrer Politik, die Ihnen dieses In-den-Wind- (D) schlagen dieser Mahnungen vorschrieb, gescheitert, und Sie werden ebenso scheitern in dem Kampfe, den Sie jetzt — möglichst schon für diesen Winter — zwischen der Arbeiterschaft und sich selbst provozieren wollen.

(Lebhafter Widerspruch rechts und bei den Mehrheitsparteien und Zurufe. — Zuruf: Sie wollen den Kampf provozieren!)

Letzten Endes wird doch die Arbeiterschaft das durchsetzen, was sie verlangt, nämlich den Sozialismus!

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hugo.

Dr. **Hugo,** Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rede des Herrn Vorredners war mir der klare Beweis, daß das Agitationsbedürfnis hier auch an dieser Stelle für ihn in der Erörterung das Hauptgewicht hat und nicht die sachliche Erörterung der wichtigen, bedeutsamen, volkswirtschaftlichen Probleme,

(lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bei Ihnen ist das wohl nicht der Fall?)

die einschließlich der gesamten Arbeiterschaft die ganze Nation aufs tiefste bewegen.

(Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bei Ihnen ist das wohl nicht der Fall?)

— Ich denke nicht daran, aus Agitationslüsternheit hier von Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und dem deutschen Bürgertum zu sprechen, wie Sie es hier an den Haaren herbeigezogen haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. Hugo, Abgeordneter.)

(A) Man hat uns von der linken Seite des Hauses untergeschoben, daß diejenigen, die in der Beurteilung dieser volkswirtschaftlichen Fragen der Freiheit der Betätigung das Wort reden, kapitalistische Interessen verfolgen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Selbstverständlich!)

— Das ist bei den Herren so selbstverständlich, daß ich gar nicht den Versuch unternehme, mich ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen.

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber die Dinge liegen denn doch so, daß ich und meine Partei es mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssen, daß diese Fragen etwas anderes bedeuten könnten als die großen Lebensfragen unseres Volkes, die einzig und allein nach dem Gesichtspunkt zu würdigen sind, daß wir am Leben bleiben müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist der Inhalt der Frage, nicht der kapitalistische Gewinn.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wo ein erheblicher Gewinn entstehen sollte, sorgt die Steuergesetzgebung der Gegenwart und der nächsten Zukunft dafür, daß niemand in Überreicherung sein Leben wird führen und große Ausbeute aus der Wirtschaft herausziehen können. Darum geht es nicht, es geht darum, ob wir überhaupt am Leben bleiben, ob wir überhaupt in einen Zustand hineingeraten, der uns die Zukunft als nationalwirtschaftlich selbständiges Volk gewährleistet oder nicht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die entscheidende Frage gilt für die Industrie, sie gilt für den Handel, sie gilt für das Handwerk, sie gilt für die Landwirtschaft und sie gilt für die großen Probleme (B) der sozialen Frage. Wir sind mit dem Minister der Ansicht, daß es in allererster Linie darauf ankommen muß, die **Produktivität unserer Wirtschaft herzustellen** und uns so zu erlösen aus dem heute noch so wesentlich unproduktiven Zustand, in dem sich die deutsche Wirtschaft befindet. Wir sind mit dem Minister der Ansicht, daß, falls Konflikte auftreten zwischen der Frage der Rücksichtnahme auf die Konsumenten und der anderen Frage der Aufrechterhaltung und Wiederaufrichtung einer leistungsfähigen Wirtschaft, unbedingt das Primäre die Erhaltung und der Aufbau der Wirtschaft sein müssen. Wir sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, auf dem Zustand des Zwanges die Wiederaufrichtung herbeizuführen, dem Zustande des Zwanges, der mehr oder weniger den einzelnen Unternehmer sowohl wie den Arbeitenden außerstand setzt, vollauf die Kräfte auszunutzen, die ihm zur Verfügung stehen. Gerade darin liegt das für unsere Volkswirtschaft auf die Dauer Ungesunde der **Zwangswirtschaft,** daß sie in eminentem Maße unproduktiv ist, daß sie auf dem Boden der Arbeitslosenunterstützung, der Entlohnung für nicht geleistete Arbeit wegen Mangel an Arbeitsmaterialien usw. aufgebaut ist, daß sie vielmehr aufgebaut sein muß auf dem Grunde der Arbeitsfähigkeit und der Herbeischaffung aller Dinge, die die Arbeitsfähigkeit bedingen. Meine Damen und Herren! Eine Zwangswirtschaft aufrechterhalten nur um des Zwanges willen, nur um der politischen Idee willen, halten wir für durchaus verfehlt und halten wir für überaus gefährlich. Die Zwangswirtschaft kann nicht Selbstzweck sein. Wir haben heute mannigfache Gebilde der Zwangswirtschaft, die längst überlebt und überholt sind und keine innere Berechtigung mehr haben. Auch wir richten an den Herrn Minister die Bitte, in Übereinstimmung mit seiner grundsätzlichen Beurteilung der Dinge doch dafür Sorge zu tragen, daß den Gesellschaften, mit denen aufgeräumt werden kann, möglichst (C) schnell ein Ende gemacht wird. Wenn man eine Feststellung liest wie die, daß dem gemeldeten Bedarf von 8,8 Millionen Kilogramm Leim, den das deutsche Gewerbe und die deutsche Industrie für die drei Monate Oktober, November und Dezember notwendig haben, 224 000 Kilogramm an Vorräten verfügbar gegenüberstehen, so ist es naiv, von einer Zwangswirtschaft in dem Sinne sprechen zu wollen, daß sie imstande ist, tatsächlich die Kreise unseres Handwerks und unserer Industrie mit Leim zu versorgen. In Wirklichkeit wird fast das ganze benötigte Quantum auf dem Wege — ich möchte fast sagen — des normal gewordenen Schleichhandels besorgt, aber man hält künstlich das Gebäude der Zwangswirtschaft aufrecht und glaubt, damit unserer Wirtschaft einen Dienst zu erweisen. In solchen Fällen wird man zu dem Urteil kommen müssen, daß, wenn die Grundlagen der Versorgung durch die Zwangswirtschaft so wenig gewährleistet sind, eine solche Zwangswirtschaft eine volkswirtschaftliche Bedeutung und Berechtigung nicht mehr besitzen kann.

Unproduktiv ist die Zwangswirtschaft schon deshalb, weil die Gesellschaften, die gebildet werden müssen — und wir erleben es, daß noch immer neue Gesellschaften aufgezogen werden müssen — eine ganz gewaltige Menge von Arbeitskräften unproduktiv binden. Ich will Ihnen eine Tatsache vor Augen stellen. Ich weiß nicht die Zahl der Personen, die in allen diesen Kriegsgesellschaften beschäftigt sind. Zufällig aber ist mir die eine Zahl bekannt, daß die Bearbeitung der Arbeitslosenunterstützung in der Stadt Berlin, ohne die Vororte, 2700 Arbeitskräfte beschäftigt und bindet.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich habe nichts dagegen, daß man diese Arbeitslosen unterbringt und ihnen Arbeit zuweist, soweit solche Arbeitslosen vorhanden sind; aber wir werden vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sagen müssen, daß wir (D) aus solcher unproduktiven Verwendung zahlreicher Kräfte heraus müssen. Dazu gebrauchen wir Freiheit innerhalb unserer Wirtschaft. Ich muß aber noch einmal, um Mißdeutungen vorzubeugen, betonen, daß wir nicht die Sprengung der gesamten Zwangswirtschaft herbeiführen wollen, wie uns wiederholt untergeschoben worden ist.

Wir wünschen auch eine **Beschränkung in der Einfuhr,** in dem Sinne sogar, wie die Regierung sie grundsätzlich ausgesprochen hat. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Einfuhr von Waren grundsätzlich verboten sein soll, und sie hat eine Freiliste von Waren aufgestellt, die eingeführt werden können. Wir haben nichts dagegen; wir haben keine Veranlassung, heute mit unserer Valuta irgendwelchen Luxus zu bezahlen, der volkswirtschaftlich für uns nicht von Bedeutung ist und unsere Wirtschaft nicht hebt. Die Zwangswirtschaft ist aber dann nicht am Platze, wenn sie ein Hindernis für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft ist. Das ist dort der Fall, wo aus zwingenden Gründen unsere Industrie und unser Gewerbe den Anschluß an den Weltmarkt um der Einfuhr der Rohstoffe und der Ausfuhr der Fabrikate willen suchen müssen.

Und nun die Frage der **Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise.** Es wäre vermessen, wollte man von heute auf morgen plötzlich eine völlige Übereinstimmung der Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen herstellen. Das würde unsere Wirtschaft derart erschüttern, daß unsere Mark im Inlande ihren Wert verlieren würde, den sie heute besitzt. Darin liegt der Vorteil für unsere wirtschaftliche Stellung bei der Wiedereinfügung in den Weltmarkt. Die Überteuerung in der Bezahlung der Rohstoffe wird ausgeglichen durch die günstigeren Lohnverhältnisse, die auf dem höheren Zahlungswert der Mark im Inlande gegenüber der Auslandswährung beruht. Nur dadurch sind wir wettbewerbsfähig. Würde man

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) aber rapide den Anschluß an den Weltmarkt vollziehen, so würde dadurch der höhere Wert der Mark im Inlande und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit erschüttert. Auch die plötzliche Steigerung der Lohnsätze vorzunehmen, die notwendig würde, um den wirtschaftlichen Ausgleich im Innern zu schaffen, ist für breite Schichten unmöglich. Es würde das nicht eine Stärkung unserer Währungsverhältnisse bedeuten, sondern eine Schwächung.

Andererseits dürfen wir nicht die Tatsache verkennen, daß wir mit einem Produkt nach dem andern den Anschluß an den Weltmarktpreis vollziehen. Wir haben ein ganz Teil Waren, die wir heute hinausschicken. Es ist hier Klage geführt , daß wir zu geringe Preise dafür erzielen. Das kann nur ein kurzer, vorübergehender Zustand sein; in verhältnismäßig ganz kurzer Zeit vollzieht sich für diese Ware die Anpassung an den Weltmarktpreis, und wir klettern mit einem Produkt nach dem andern auf den Weltmarktpreis hinauf. Soweit es sich um Waren handelt, die wir ausführen können, ohne dadurch unseren eigenen Konsum zu schädigen, besonders soweit Luxusartikel in Frage kommen, ist es erwünscht, daß dieses Hinaufsteigen sich möglichst schnell vollzieht. Heute kann man kein Klavier unter 4000 Mark als Erzeugerpreis haben, nicht weil die Klaviere unbedingt 4000 Mark kosten müssen, sondern weil die Klaviere auf dem Weltmarkt diesen Preis erzielen. Dasselbe gilt für Schreibmaschinen und Porzellanwaren, ebenso für Lederluxusartikel. All das sind Waren, die sehr schnell den Anschluß an den Weltmarktpreis gefunden haben.

Andererseits läßt es sich nicht leugnen, daß in der **Differenz,** die **im Inlands- und Auslandspreis** ruht, eine außerordentlich schwere Gefahr für unsere innere Wirtschaft gegeben ist. Wir haben hier gehört, daß Waren unserer landwirtschaftlichen Produktion in großem Umfange über die Grenze ins Ausland gehen, und ich frage den Herrn Minister, (B) ob tatsächlich genügend Vorsorge getroffen ist, daß nicht von den **Getreidevorräten** des Landes in besorgniserregender Weise Mengen **ins Ausland geführt** werden, eine Ausfuhr, die sich selbstverständlich nur dadurch lukrativ gestalten kann, daß eben ein so gewaltiger Preisunterschied zwischen dem Inlands- und Auslandsmarkt besteht. Wir wollen dieser Tatsache ruhig ins Auge schauen, sie würdigen und rechtzeitig die Konsequenzen daraus ziehen, denn es ist besser, wir haben eine teure Ware als gar keine Ware.

Ich bitte; dafür Sorge zu tragen, daß bei denjenigen Waren, die wir unbedingt im Lande behalten müssen — das sind Nahrungsmittel und Rohstoffe für unsere Industrie und unser Gewerbe —, dieser Gesichtspunkt nicht aus dem Auge gelassen wird und geprüft wird, ob nicht die Differenzierung der Inlands- und Auslandspreise eine bedrohliche Abfuhr über das besetzte Gebiet ins Ausland provoziert.

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat hier das Wort der **freien Betätigung der Rohstoffeinfuhr** ausgesprochen. Wir begrüßen es, daß wir endlich auf diesem volkswirtschaftlichen Grundsatz in unserer Wirtschaft in Deutschland gelandet sind. Es hat lange gedauert, ehe wir so weit gekommen sind, aber wir haben diese Position unbedingt notwendig, wenn wir überhaupt an eine Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft denken wollen.

Ich möchte hier auch bitten, daß der Herr Minister dafür Sorge trägt, daß denjenigen Industrien, die bisher Schwierigkeiten hatten, Gelegenheiten gegeben werden zur günstigen Ausnützung von Sonderbezügen. In meinem Wahlkreis lagen z. B. die Verhältnisse so, daß 40 dort vorhandene Schokolade- und Zuckerwarenfabriken in der Lage waren, ein größeres Quantum Zucker für sich zu beziehen; aber es war nicht möglich, unter den bisherigen (C) Einfuhrgrundsätzen diese Zuckereinfuhr nach Deutschland durchzuführen. Wenn wir sehen — und darüber hat ja gerade der Kollege Hoch Klage geführt —, daß der Inlandsmarkt mit Auslandswaren, die wir entbehren können, überschwemmt ist und daß die Fernhaltung dieser Waren mit den Machtmitteln der Autorität angesichts der undichten Grenzen nicht möglich ist, dann sollte man die Industrie im Inlande in den Stand setzen, daß sie mit ihrer eigenen Produktion den Kampf gegen die Einfuhr solcher Waren im Inlande aufnimmt.

Meine Damen und Herren! Es ist hier ausgesprochen worden, daß die Frage des **Privatkredits im Auslande** nicht die günstige Entwicklung genommen hätte, die vor allen Dingen die Kreise des Handels und der Industrie erhofft hätten. Ich glaube, es ist etwas voreilig, dieses Urteil jetzt schon fällen zu wollen. Tatsache ist, daß man zunächst nach Beendigung des Krieges mit großem Vertrauen auf dem Weltmarkt und im Ausland, vor allen Dingen in Amerika, den deutschen Verhältnissen gegenüber gestanden hat. Dieses Vertrauen ist dann aber rapid gesunken. Ich will die Gründe hierfür nicht näher anführen, nachdem wir bei der Valutainterpellation uns ausgiebig darüber unterhalten haben. Das sinkende Vertrauen erschwerte die Kreditbeschaffung außerordentlich. Trotzdem schweben aussichtsreiche Verhandlungen. Die ersten deutschen Kaufleute sind in Amerika gelandet, und die ersten Amerikaner sind hier. Alles ist jetzt erst im Werden. Es wäre vorschnell geurteilt, wenn man heute schon ein endgültiges Urteil abgeben wollte. Selbstverständlich werden wir bei der Lösung dieses großen Problems der Kreditbeschaffung und der Abdeckung der Kredite nicht außer acht lassen dürfen, daß unsere Industrie und unser Export sich darauf einstellen müssen, mit Waren rechtzeitig abzudecken, was an Krediten in Anspruch genommen werden muß. Ich möchte meinen, daß weit mehr deutsche Industrien, als es gegenwärtig (D) der Fall ist, imstande wären, für den Export zu arbeiten, auch solche Industrien, die vielleicht in der Vorkriegszeit sich nicht auf den Export gelegt haben. Es ist das möglich für einen ganzen Teil derjenigen Industrien, die Rohwaren aus dem Ausland beziehen müssen, und wenn wir in die Lage kommen, diese Rohwaren wieder mit eigenen Fertigprodukten derselben Gattung abzudecken, so wäre das der Idealzustand und die Lösung des Valutaproblems. In dieser Beziehung sind innerhalb der Wirtschaft selbst Bestrebungen im Gange. Ich bitte die Regierung, alles zu tun, um diese Entwicklung zu stärken und die Rohwaren in solchem Umfange hereinzulassen, daß tatsächlich der Export wieder in lohnendem Umfang eintreten kann. Nur dadurch, daß sie diese Überschüsse an Waren den Exporteuren zur Verfügung stellt, werden wir imstande sein, uns für den Import die nötigen Kredite zu verschaffen.

Nun steht heute der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Anschluß an den Weltmarkt ein schweres Hindernis im Wege. Das ist die **differenzierte Behandlung der Zollfrage links- und rechtsrheinisch,** die Zahlung der Zölle in Gold, die wir in der Nationalversammlung im August beschlossen haben. Sie hat in den verflossenen Monaten den trostlosen Zustand herbeigeführt, daß unsere Haupteinfuhrplätze ausgeschaltet sind von der großen Anteilnahme an der Einfuhr und daß eigentlich alles über das linksrheinische Gebiet läuft, wo sich natürlich auch der nichtreelle Handel des Warenumsatzes bemächtigt. Das liegt nicht im Interesse der Gesamtheit. Wir wissen die Gründe, weshalb die Regierung bisher in dieser Goldzollfrage nicht zu einer Lösung gelangt ist. Wir wissen, daß die Entente Schwierigkeiten bereitet und in der Frage Widerstand leistet. Wir wissen, daß Verhandlungen im Gange sind.

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) Wir richten aber an die Regierung das Ersuchen, so schnell wie möglich diese Verhandlungen zu betreiben und die völlig unhaltbaren Zustände zu beseitigen, die auf dem Inlandsmarkt durch die **differenzierte Behandlung der Zollfrage** eingetreten sind. Können wir mit der Entente nicht zu der baldigen Einigung gelangen, daß auch auf linksrheinischem Gebiet die Goldzölle gezahlt werden, so muß dafür Sorge getragen werden, daß so schnell als möglich eine Suspendierung der Goldzollzahlung im übrigen Deutschland eintritt. Wir müssen diese Forderung erheben, weil nicht nur die Geschäftsverhältnisse in Hamburg und Bremen geradezu unglaublich geworden sind, weil die gesamte Geschäftswelt Deutschlands in schwerste Mitleidenschaft dadurch gezogen wird, daß man linksrheinisch nur geringe Zölle, rechtsrheinisch aber das Vier- und Fünffache der Zölle zu zahlen hat. Das sind Zustände, die selbstverständlich unhaltbar sind. Die Folge ist, daß die Waren, die in den Freihäfen von Hamburg und Bremen ruhen, nun wieder auf einem künstlichen Transportwege nach Cöln geführt werden, um dort durch die billige Zolleingangsstraße nach Deutschland ihren Weg zu finden. Stellen Sie sich vor, was das in der Zeit der Verkehrsnot bedeutet, wenn die ganzen Waren, die einmal schon nach Hamburg gebracht sind und von dort ihren zentralen Weg in das Land hineinfinden könnten, erst wieder über Rotterdam nach Cöln geführt werden und von dort, diesem einen Knotenpunkt, durch den mit Verkehr überladenen Westen nach dem Innern Deutschlands gebracht werden.

Wie tief volkswirtschaftlich bereits die Wirkung geht, das wollen Sie daraus entnehmen, daß in meinem Wahlkreise, in der Bündener Gegend, in der westfälischen Zigarrengegend jetzt durch große Inserate Zigarrenarbeiter nach Cöln und dem linksrheinischen Gebiet gesucht werden, daß man also eine Industriearbeiterschaft aus dem alten (B) angestammten Gebiet herausholt und sie nach dem linksrheinischen Gebiet verpflanzt, um dort jetzt eine Gelegenheitsindustrie aufzumachen, die einzig und allein nur deshalb existieren kann, weil der Tabak in Westfalen eben um das fünffache höher verzollt werden muß als drüben. Ich meine: wenn solche Zustände eintreten, wenn schon Umsiedelungen sich anbahnen, wenn der Hamburger Kaufmann gezwungen ist, ein Filialgeschäft in Rotterdam oder Antwerpen aufzumachen, um überhaupt Geschäfte treiben zu können, dann muß jede Rücksicht fallen, dann muß einem solchen Zustande so schnell wie möglich ein Ende bereitet werden. Wir — ich spreche hier vor allen Dingen auch im Namen derjenigen Kreise, die durch meinen Fraktionskollegen Witthoefft vertreten sind und sich vertreten fühlen — verlangen unter allen Umständen, daß, so schnell es irgend denkbar ist, eine klare Entscheidung in dieser Angelegenheit gebracht wird.

Meine Damen und Herren! Der Handel ist ohnedies in einer schwierigen Lage, und gerade der **Ein- und Ausfuhrhandel** ist in der allerschwierigsten Lage, weil an ihn die großen Probleme der Kreditbeschaffung und dergleichen herantreten und weil er auf der andern Seite doch noch durch tausend Verfügungen gebunden ist und nicht so disponieren kann, wie er es möchte. Der Herr Minister hat sich ja hier für eine schnelle Anbahnung der Auslandsgeschäfte ausgesprochen, und wir freuen uns darüber, daß er grundsätzlich diesen Standpunkt vertritt. Nur ist mir eins aus seinen Ausführungen nicht ganz klar geworden. Er hat davon gesprochen, daß die einzelnen Gruppen der **Industrien ihre Preise für den Export** in Zukunft **prüfen** sollen. Wenn ich ihn recht verstanden habe — wenigstens habe ich ihn so aufgefaßt —, möchte er Preisprüfungsstellen einrichten, die festzustellen haben, ob der Preis für eine Ware, die in das Ausland abgeführt ist, angemessen ist und das deutsche Interesse im (C) ausländischen Absatz zur Stärkung unserer Valuta genügend gewahrt erscheint. Ich glaube, eine solche Einrichtung wäre eine neue Zwangseinrichtung, die einmal auf einen sehr starken Widerstand stoßen würde und die andererseits aber auch zwecklos ist. Für kurze Fristen mag es sein, daß sich der deutsche Kaufmann in der Einschätzung seines Preises einmal vergreifen kann. Auf die Dauer tut er es nicht. Aber liegt es überhaupt in seiner Macht, diesen Preis zu der Zeit, wo er den Kaufvertrag eingeht, schon richtig ermessen zu können? Er ist gezwungen, in Inlandswährung zu verkaufen, weil er gar nicht weiß, wenn er zum Beispiel ein Geschäft auf Lieferung einer Ware nach zwei oder drei Wochen, nach zwei oder drei Monaten eingeht, wie sich die Valuta dann stellen wird. Wüßte er das, dann könnte er in Auslandswährung verkaufen. So weit kann er aber nicht vorausblicken. Er ist nicht imstande, in dieser Beziehung schon an dem Tage, wo er den Verkauf tätigt, bereits endgültig festzusetzen, ob der Preis, den er nimmt, die letzte Ausnutzung dessen ist, was er auf dem Weltmarkte erzielen kann. Das wird in letzter Linie immer davon abhängen, wie am Tage der Ablieferung und der Bezahlung der Ware der Stand der Valuta ist. Daran wird auch eine Preisprüfungsstelle nicht das geringste ändern können.

Wenn aber in der Öffentlichkeit von dem Handelsredakteur des „Berliner Tageblatts" zu diesem Vorschlage der andere hinzugefügt worden ist, daß man sich gar mit der Absicht tragen sollte, die Mehrgewinne, die dadurch entstehen, daß man die Inlandspreise für die Auslandswaren erheblich erhöht, zum Teil für das Reich zu beschlagnahmen, um daraus wieder Auflagen zugunsten des Konsums machen zu können, wenn man auch diesen Weg beschreiten wollte, wäre das doch die glatte **Einführung eines Ausfuhrzolles,** und davor möchte ich auf das dringendste warnen. In dieser Zeit, wo das Wiederanfühlen an den Weltmarkt uns so außerordentlich schwer (D) gemacht ist, in dieser Zeit, wo wir den allergrößten Wert darauf legen müssen, daß deutsche Ware die deutsche Valuta im Auslande hebt, daß deutsche Ware die deutschen Kredite deckt, in dieser Zeit nun auf den Gedanken kommen, Ausfuhrzölle einzurichten, das wäre meines Erachtens die verkehrteste Politik, die überhaupt eingeschlagen werden könnte. Ich weiß nicht, ob die Regierung hinter diesen Ideen steht, die ihr nachgesagt sind. Ich möchte die Regierung aber bitten, doch dazu klar Stellung zu nehmen; denn sie darf versichert sein, daß diese eine Veröffentlichung bereits in den weitesten Kreisen unseres Export- und Importhandels eine starke Beunruhigung hervorgerufen hat.

Man stelle sich einmal praktisch die Schwierigkeiten vor, die heute ein Exporteur hat, wenn er überhaupt einen Abschluß machen will. Auf Schritt und Tritt klingt ihm vom ausländischen Kaufmann das eine entgegen: mit irgendwelchen Organisationen, mit irgendwelchen staatlichen Prüfungsstellen wollen wir gar nichts zu tun haben. Diesen vorhandenen Widerständen, die bisher nicht ausgeräumt werden konnten, neue Widerstände hinzufügen, das würde ich für eine ganz verfehlte und verkehrte Politik halten. Soweit tatsächlich die Befürchtungen, die hier ausgesprochen worden sind, berechtigt sein sollten, werden sie durch den natürlichen Gang der Entwicklung ausgemerzt werden. Lasse man auch einmal jetzt dem Export- und Importhandel eine gewisse Zeit, sich neu einzuleben in seine großen und völlig gegen die Friedensverhältnisse verschobenen Aufgaben, und Sie dürfen versichert sein, daß der Export- und Importhandel dann in der Lage sein wird, die großen Aufgaben zu lösen, wenn sie überhaupt zu lösen sind, die für Deutschlands Wirtschaft gerade diesem Einfuhr- und Ausfuhrhandel gestellt sind.

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) Lassen Sie mich die Gelegenheit benutzen, auch der **Wertung dieses Ein- und Ausfuhrhandels** noch ein paar Worte hinzuzufügen. Wir haben aus dem Regierungsmunde gehört, daß die Einberufung des provisorischen Wirtschaftsrats in Bälde vorgenommen werden kann. Mir liegt die Liste der Verteilung der 160 Mitglieder dieses **provisorischen Reichswirtschaftsrats** auf die einzelnen Interessenkreise der deutschen Wirtschaft vor. Ich will mich nicht im einzelnen dazu äußern. Aber wenn ich feststellen muß, daß ein einziger Vertreter unter den 160 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats dem Ein- und Ausfuhrhandel zugebilligt worden ist, dann werden Sie nicht sagen können, daß das eine Würdigung ist, die auch nur einigermaßen der enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses großen und wichtigen Wirtschaftszweiges der Gegenwart und Zukunft gerecht wird. Wie ein einziger Mann dort im Wirtschaftsrat die Aufgabe lösen soll, die großen Probleme der Ein- und Ausfuhrfragen tatsächlich mit seiner ganzen Kenntnis richtig darzustellen und zu behandeln und seinen Einfluß auszuüben, der im Interesse der Gesamtheit ausgeübt werden muß, das weiß ich nicht. Ich bin der Ansicht, daß gerade jetzt, gerade in der Gegenwart und gerade in der nächsten Zukunft eine viel höhere Wertung der Bedeutung dieser Auslandsbeziehungen eintreten muß. Genau so gut, wie wir es notwendig haben, daß unsere ganze Diplomatie, unsere ganzen politischen Beziehungen nach dem Auslande auf andere Grundlage gestellt, anders gewertet werden, als es in der Vergangenheit der Fall war, genau so gut wird es notwendig sein, daß man auch die Bedeutung des Auslandskaufmanns in unserem Wirtschaftsleben gebührend würdigt und sicherstellt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch der tüchtigste Mann kann als einzelner unter 160 (B) unmöglich die wichtigen Gesichtspunkte des Welthandels zur Geltung bringen. Tausende von Arbeitskräften hängen aber in Deutschland von diesem Export und Import ab. Der Außenhandel hat eine gewaltige volkswirtschaftliche Aufgabe zu leisten, indem er aus allen Teilen der Welt die Waren heranführt, die uns fehlen, und die Waren unterbringt, die wir absetzen möchten.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu den Fragen des **Kleinhandels** sagen. Der Herr Abgeordnete Hoch hat sich entrüstet über ein Flugblatt des Drogistenverbandes, es war wohl eine Entschließung. Selbstverständlich stelle ich mich nicht auf den Boden der darin niedergelegten Ansichten, aber ich bitte doch auch diesem Stande gegenüber diejenige Rücksicht zu üben, die wir gewohnt sind anderen Gruppen gegenüber an den Tag zu legen. Ich meine, wenn jetzt in Anspruch genommen wird, daß die Arbeiterschaft dadurch zu einer Mehrleistung veranlaßt werden soll, daß man ihr ein großes Entgegenkommen im Mitbestimmungsrechte und in den Betriebsangelegenheiten einräumt, so ist es die Methode, die man auch auf den Handel und den Kleinhandel ausdehnen sollte. Man sollte diesen Gruppen gegenüber das Entgegenkommen üben, das leider nicht an den Tag gelegt wird, wenn man den berechtigten Forderungen dieses Standes nicht Entgegenkommen beweist. Berechtigte Forderung ist die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die der Kleinhandel zur Rettung seiner Existenz fordert. Wenn Sie dem kleinen Kaufmanne die Freiheit geben, fördern Sie ihn und machen ihn willig, sich in die große Aufgabe einzufügen und den Gesetzen unterzuordnen, die in der Wirtschaft notwendig sind.

Welchen Wert der kleine Geschäftsmann besitzt, spüren wir alle Tage, wo der Kaufmann seinen Laden wieder aufgemacht hat. Wir sehen, wie in der Auswahl der Qualität der kleine Geschäftsmann uns Dienste erweist, die wir jahrelang entbehrt haben und deshalb (C) doppelt zu würdigen wissen.

Darin, daß der Geschäftsmann uns die hervorragenden volkswirtschaftlichen Dienste leistet, liegt auch die Anerkennung für seine Notwendigkeit.

Wenn hier warme Worte gesprochen worden sind zugunsten des **Genossenschaftswesens,** so möchte ich mich dem anschließen mit der Bitte, daß bei allem, was man dem Genossenschaftswesen zuwendet, nicht außer acht gelassen werde, daß dem kleinen Kaufmanne Luft und Licht bleibt, daß die Gleichberechtigung zwischen Kaufmann und Genossenschaft gewahrt bleibt.

Zu den Fragen des Handwerks! Selbstverständlich ist es gegenwärtig verhältnismäßig schwer, große **Reformprobleme des Handwerks** zu lösen. Zu diesen Problemen gehört die Erneuerung des Handwerksorganisationsgesetzes. Diese Frage wird noch zurückgestellt werden müssen. Aber soweit jetzt Mittelstandspolitik getrieben werden kann, bitten wir dringend, daß es im weitgehenden Maße geschieht. Das wichtigste ist die Beschaffung der Ware und die Beschaffung der Arbeitsgelegenheit. Wo der Staat in der Lage ist, Ware zu verteilen, ist die Gleichberechtigung des Handwerks ohne weiteres anzuerkennen. Soviel ich unterrichtet bin, liegen ja auch in der Richtung keine erheblichen Klagen gegenwärtig vor. Andererseits aber muß der Handwerkerstand bei Vergebung der Aufträge weitestgehend berücksichtigt werden, vor allen Dingen heute, wo es dem Handwerk im Kriege gelungen ist, sich die große Übernahmeorganisationen für Aufträge zu verschaffen, die wir früher entbehrten und deren Fehlen früher die Abweisung dieser Forderungen von den amtlichen Stellen bedingte, weil die Regierung erklärte, sie könne nicht jedem einzelnen Handwerker einen Auftrag erteilen. Das Handwerk solle sich zur Übernahme von großen Sammelaufträgen organisieren. Heute ist diese Organisation vorhanden, und wir erwarten, daß die (D) Regierung bei den zu vergebenden Arbeiten, insonderheit bei dem mit staatlichen Unterstützungen versorgten Wohnungsbau, auch das Handwerk entsprechend berücksichtigt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch für das **Handwerk** ist die **freie Beschaffung der Ware** sehr wichtig. Gerade an die Kreise des Handwerks sollte man die Mahnung richten, zu bedenken, daß, wenn sie manchmal gegen die Auflösung der Zwangswirtschaft Sturm laufen, dahinter das große Problem einer ausreichenden Versorgung mit Ware steht. Das ist das Wichtigste auch für die Betätigung des gesamten Handwerks. Ich habe das Gefühl, daß bisher den Handwerkerinteressen nicht diejenige Aufmerksamkeit und das Interesse zugewandt worden ist, die sie unbedingt beanspruchen müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nach den jüngsten Feststellungen des Herrn Ministers ist zu erwarten, daß in dieser Beziehung eine Wandlung eintreten soll. Wir hoffen jedenfalls, daß mit Nachdruck alles getan wird, was in der Vergangenheit verabsäumt wurde, um diesen Interessen gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren! Nun zu den Fragen der **Landwirtschaft.** Gerade die Rede des Vertreters der Unabhängigen Partei hat uns gezeigt, wie man es nicht machen muß, wenn man die landwirtschaftliche Produktion heben will.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man nichts anderes tut, als mit dem Knüppel auf die Landwirtschaft zu schlagen, darf man sich nicht wundern, wenn die Landwirtschaft störrisch wird; denn das hält auf die Dauer niemand aus, was auf die Landwirtschaft von allen Seiten heruntergeschimpft wird,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts)

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) und schließlich ist es nicht Selbstzweck, die Landwirtschaft zu regulieren und zu strangulieren, sondern Selbstzweck ist, daß wir leben und daß die Landwirtschaft so viel schafft, wie aus ihr herauszuholen ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Wenn hier gesagt worden ist, die **Kartoffelversorgung** in den Städten versage, so weiß doch jeder, daß es sich hier um ein **Verkehrsproblem** handelt. Daß wir heute genug Kartoffeln haben, um die Bevölkerung damit zu versorgen, auch wenn die Ernte nicht so günstig ist, weiß doch jeder. Die Verkehrslage gestattet uns aber nicht alle Zufuhren. Wenn die Herstellung des Verkehrs im wesentlichen eine Leistungsfrage auch der Arbeiterschaft ist, sollte man die Dinge anders kritisch behandeln, als es hier geschehen ist. Jedenfalls darf man nicht die Landwirtschaft nur immer von dem Gesichtspunkt der weiteren Zwangsbehandlung betrachten. Auch ich bin der Ansicht, daß es gewisse Grenzen gibt, die heute nicht aufgehoben werden können; aber ich bin doch der Ansicht, daß es dringend notwendig ist, eine Belebung der Betätigung und Produktionskraft der Landwirtschaft herbeizuführen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts)

und zwar mit allen Mitteln, die überhaupt möglich sind.

Wenn wir vom Wiederaufrichten der Wirtschaft sprechen, gilt das in erster Linie auch für die Landwirtschaft. Das wird so oft von denen vergessen, die bloß Milch und Brot vom Landwirt haben wollen. Wir müssen auch die Landwirtschaft wieder instand setzen, damit sie uns das geben kann, was sie zurzeit mit dem besten Willen nicht geben kann, weil sie es nicht hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

(B) Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß der **Landwirtschaft** eine **Steigerung der Produktionsleistung** ermöglicht wird einmal durch die Beschaffung des Kunstdüngers und anderer Dinge, die mein Freund Dusche bei anderer Gelegenheit ausgiebig behandelt hat. Wir müssen aber vor allem dafür sorgen, daß die Landwirtschaft diejenigen Kraftfuttermittel erhält, die erforderlich sind, um die Produkte der Landwirtschaft, Fleisch und Fett, der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Wir können dieses Problem der Volksernährung auf die Dauer nicht so anfassen und so behandeln, wie es gegenwärtig aus dem Zwang der Verhältnisse geschieht, daß wir immer neue Milliarden nehmen und im Auslande Einkäufe tätigen, daß wir Fleisch, Fett und dergleichen einführen. Das gestattet uns unsere Finanzkraft nicht. Unser Ziel muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß die deutsche Landwirtschaft so schnell wie möglich in den Stand gesetzt wird, so viel von der Einfuhrware, als irgend möglich ist, dem deutschen Konsum durch Eigenproduktion zuzuführen.

(Sehr richtig rechts.)

Da braucht man gar nicht so weit zurückzusehen. Jeder, der in den Verhältnissen der Landwirtschaft Bescheid weiß und in ihr groß geworden ist, hat es mit eigenen Augen gesehen, wie innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Frist die gewaltige Produktionskraft der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Schweinewirtschaft eingetreten ist. Hier müssen wir wieder aufbauen. Von den Summen, die man für die Stärkung der Lebenshaltung unseres Volkes aufwenden kann und will, soll man einen Teil zur Einfuhr von Futtergerste, überhaupt von Futtermitteln verwenden, dann kann die alte **Schweinezucht** wieder emporblühen. Es kann in verhältnismäßig kurzer Zeit unendlich viel auf diesem Gebiete geleistet werden,

(Zustimmung rechts)

und es träte der soziale Gedanke hinzu, daß gerade die (C) Kleinen nnd Kleinsten, die ein ganz bescheidenes Ackerstück haben, in der Lage sind, auf diesem Gebiete die erfolgreichste Mitarbeit für unsere gesamte Volksernährung zu leisten. Wo sich diese vielen Hände in Sorgfalt rühren, wird viel gewonnen, und gerade diejenigen, die immer gegen den Großgrundbesitz ihre Stimme erheben, sollten diesen Gedanken in erster Linie mit unterstützen, daß wir in die Lage kommen, auch dem kleinsten Viehhalter in Deutschland wieder die Möglichkeit zur Züchtung und vor allen Dingen zur Mast des Schweines zu geben.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit allein ist dem Übel im volkswirtschaftlich vorteilhaften Sinne auf die Dauer abzuhelfen, und in diesem Sinne möchte ich die ganze Frage behandelt wissen.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich erscheint es auch mir unmöglich, von heute auf morgen den Anschluß des Getreidepreises an den Weltmarktpreis zu vollziehen. Man muß aber die Frage der **Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse** unter dem Gesichtswinkel der Rentabilität der Wirtschaft betrachten. Wenn heute zum Beispiel das Vieh zu Preisen abgeliefert werden muß, zu denen es kein Landwirt aufziehen oder kaufen kann,

(sehr richtig! rechts)

so sind das unnatürliche Zustände, denen irgendwie abgeholfen werden muß, wenn nicht dabei auf die Dauer die Wirtschaft zugrunde gehen und der Rindviehstand dauernd erschüttert werden soll. Dieser Viehstand ist doch schließlich die Grundlage für die Versorgung des Volkes mit Milch und Butter. Alle, die heute in Berlin eine herbe Kritik daran üben, daß keine Milch zur Versorgung der Bevölkerung vorhanden ist, sollten bedenken, daß es nicht möglich ist, auf die Dauer dem Landwirt immer und immer wieder zuzumuten, daß er das Stück Vieh für 2—3000 Mark einkaufen muß, während ihm das gleiche (D) Stück für 800 Mark zur Schlachtung enteignet wird. Solche Zustände sind auf die Dauer unhaltbar, und es muß mit dem Ernst, mit dem wir die Frage zu behandeln haben, der Wirklichkeit ins Gesicht gesehen werden.

Wie weite Konsequenzen aus den kritischen Betrachtungen, die über die bisherige **Organisation des Reichswirtschaftsministeriums** vor allen Dingen vom Kollegen Dr. Brauns vorgetragen sind, gezogen werden müssen, und wieweit wir in der Lage sind, uns dem anzuschließen, darüber möchte ich heute ein entscheidendes, letztes Wort nicht sagen. Ich möchte vielleicht bitten, daß in dieser Beziehung einmal eine Vorbearbeitung der Reformpläne vorgenommen wird. Daß dabei das Ziel im Auge behalten werden muß, eine erhebliche Stärkung der Vertretung der Landwirtschaft und des gesamten Mittelstandes innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums zu erzielen, ist eine Forderung, der auch wir uns vollinhaltlich anschließen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann bleibt selbstverständlich für das Reichswirtschaftsministerium immer noch die große Frage der **pfleglichen Behandlung des Konsums.** Wir stimmen vollkommen dem Minister zu, wenn er hier vor vierzehn Tagen ausgesprochen hat, daß es unmöglich ist, Waren in reichlichem Umfange einzuführen und sie zugleich billig zur Verfügung zu stellen. Das sind Gegensätze, die nicht miteinander in Einklang gebracht werden können. Will man unter der Zwangswirtschaft billige Waren behalten, muß man sich auf ein Minimum dieser Waren beschränken. Wenn dann mit diesem Minimum nur wenige befriedigt werden können, so liegt das keineswegs im volkswirtschaftlichen Interesse der Gesamtheit. Deshalb ist das Problem der Wahrung der Interessen der Verbraucher zweifellos das schwierigste, weil es selbstverständlich auch

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) in seiner ganzen politischen Rückwirkung nicht unterschätzt werden kann. Ich stelle mich in dieser Beziehung auf den Standpunkt, daß alles getan werden muß, was getan werden kann, um diesen Konsuminteressen Rechnung zu tragen, und vor allen Dingen, um dort einzugreifen, wo die Not uns entgegentritt.

Wir haben ja die **Notstandsversorgung** auf dem Gebiete der **Textilien** und auf dem Gebiete der Schuhwaren beschlossen. Die Notstandsversorgung auf dem Gebiete der Textilien ist im Gange. Die Notstandsversorgung G. m. b. H. ist zwar erst vor wenigen Tagen gegründet worden, aber die Vorbereitungsarbeit für die fortgesetzte laufende Arbeit ist geleistet und bewältigt worden, und es steht auch zu erwarten, daß erhebliche Mengen aus den Beständen, die noch in Reichshänden vorhanden sind, herausgeholt und für die Notstandsversorgung zur Verfügung gestellt werden können.

Das hohe Haus hat einen Ausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hat, die **Liquidation der Reichstextilaktiengesellschaft,** der „Retag", zu überwachen. Es hat sich bei der Tätigkeit, die dieser Ausschuß vorgenommen hat, herausgestellt, daß er in der bisherigen Beengung und Begrenzung der Aufgaben nicht in der Lage ist, die ihm zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Der Ausschuß war deshalb bei seinen Besprechungen der Ansicht — wie es hier in dem Antrag Nr. 1369 niedergelegt ist —, daß es notwendig sei, die Kontrollbefugnisse des Ausschusses zu erweitern, erstens auf die Verwaltungsabteilung der Reichsbekleidungsstelle, zweitens auf die Gesellschaft für Notstandsversorgung, die vom Reichswirtschaftsministerium gegründet worden ist, um die Arbeiterschaft in lebenswichtigen Betrieben und die arme Bevölkerung mit Bekleidungsgegenständen zu versorgen. Darüber hinaus werden wir bei anderer Gelegenheit einen weitergehenden Antrag stellen müssen, (B) der dahingeht, daß wir auch einen Einblick und Überblick über diejenigen Vorräte gewinnen, die vom Reichswehrministerium und anderen Stellen für sich vorweg in Anspruch genommen werden.

Ich glaube, der Überwachungsausschuß steht mit mir grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir gegenwärtig dem Reichswehrministerium selbstverständlich soviel Kleiderstoffe zur Verfügung stellen müssen, als auf absehbare Zeit zur Versorgung unseres Heeres notwendig sind, daß aber darüber hinaus unsere gegenwärtige Lage so ist, daß bei der Bedürftigkeit der Bevölkerung auf der einen Seite und bei dem Mangel an Waren auf der anderen Seite keine Hamsterpolitik getrieben werden darf, sondern daß die überschüssige Ware freigegeben werden muß, um die gesamte Bevölkerung, die sich in Not befindet, möglichst mit Textilien und mit Kleidung zu versorgen. Das eine bedauern wir, daß diese ganze Arbeit nicht schneller in Angriff genommen worden ist. Aber sie ist wenigstens bereits in der Ausführung.

Anders steht es aber um die Frage der **Versorgung mit Schuhen.** Auf diesem Gebiete liegt allerdings eine Verpassung der Zeit vor, die wir aufs tiefste beklagen müssen. Am 23. Juli haben wir in Weimar im Volkswirtschaftsausschuß beschlossen, daß die Notstandsversorgung mit Schuhen durchgeführt werden soll. Wir haben damals ebenfalls beschlossen, daß ein Konjunkturgewinn aus der Lederwirtschaft zu diesem Zwecke verwandt werden solle. Bis heute ist die Gesellschaft, der die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen zugewiesen werden sollte, noch nicht endgültig gegründet, und bis heute sind noch keine Aufträge auf Schuhe hinausgegangen.

(Hört! Hört! rechts.)

Dabei kostete der Stiefel, den wir heute mit 90 Mark als Herstellerpreis bezahlen müssen, im Monat August 45 Mark. Ein großer Teil der Notstandsversorgung mit billigerem Schuhzeug wäre allein dadurch (C) gelöst worden, daß man schneller und energischer zugefaßt hätte, als es leider in diesem Falle geschehen ist. Ich bin nun der Ansicht, daß es überhaupt nicht zweckmäßig erscheint, eine neue Gesellschaft zu gründen, die dieser besonderen Aufgabe dient. Ich möchte jedenfalls dem Herrn Reichswirtschaftsminister die Anregung unterbreiten, ob es nicht zweckmäßig ist, die Gründung dieser Gesellschaft überhaupt zu unterlassen und der Notstandsversorgungs G. m. b. H., der bisher die Aufgabe zugewiesen war, die Textilnotstandsversorgung durchzuführen, auch die Notstandsversorgung mit Schuhen zu übertragen. Und zwar aus einem praktischen Grunde, weil die Verteilung dieser Waren auf die Kommunen und die Bevölkerung genau denselben Weg gehen wird und gehen muß, der bei der Notstandsversorgung in der Textilwirtschaft eingeschlagen worden ist. Dieser selbe Weg wird wahrscheinlich auch bei der Schuhversorgung eingeschlagen werden, und wenn einmal eine Organisation vorhanden ist, die diese ganze Aufgabe löst und durchführt, dann sehe ich nicht ein, weshalb nicht, vielleicht unter verhältnismäßig geringer Vermehrung der erforderlichen Kräfte, diese selbe Gesellschaft auch die völlig gleichartig gelagerte Aufgabe der Notstandsversorgung mit Schuhen übernehmen soll. Das hindert natürlich nicht, daß auch einige Fachleute hinzugezogen werden, die von den Schuhen und von der Lederwirtschaft etwas verstehen.

Meine Damen und Herren! Die Versorgung unserer Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln ist ja nach den Ausführungen des Herrn Ministers sichergestellt, und ich glaube auch, daß wir auf den Grundlagen der Ernte, vor allen Dingen der Getreideernte, einiges Vertrauen haben dürfen. Nur einen Gesichtspunkt möchte ich hier noch herausarbeiten, nämlich den der **Säuglingsversorgung.** Die Dinge liegen doch auf dem Gebiete der Säuglingsversorgung zum Teil außerordentlich trübe. (D) Eine Unterernährung des Säuglings, des kleinen Kindes in der ersten Zeit ist äußerst bedenklich und bleibt entscheidend für das ganze Leben des werdenden Menschen. Ich möchte deshalb bitten, daß die Regierung dieser Aufgabe ihr volles Interesse über die Frage der Milchversorgung hinaus zuwendet. Die Frage der Milchversorgung liegt so, daß tatsächlich damit allein die Aufgabe nicht gelöst werden kann. Zum Teil ist die Milch in zu geringer Quantität vorhanden, zum Teil ist sie nicht in dem Zustande, daß sie der Säuglingsernährung dienen kann. In dieser Richtung wäre eine Unterstützung durch die **Wiederaufnahme der Kindernährmittelproduktion** in Deutschland außerordentlich wünschenswert und notwendig.

Ich könnte der Reichsregierung in der Beziehung eine große Zahl von ärztlichen Attesten vorlegen, die das wünschen. Außerdem hat sich der Verband der Kindernährmittel- und Krankenkostfabrikanten, der an mich herangetreten ist, diese Frage hier zu behandeln, auch mit einer Eingabe an die Regierung gewandt. Die ganze Produktion erfordert ein Quantum von 2000 Tonnen Weizen. Damit wären unsere deutschen Kindernährmittelfabriken zu versorgen und zugleich dem deutschen Inlandsmarkte wiederum dieses wichtige Produkt zu liefern. Gegenwärtig wird das ausländische Produkt in Deutschland verkauft, es ist sogar zeitweise auf amtlichem Wege eingeführt worden. Die Österreicher, die von uns Unterstützung in Getreide erfahren haben, haben davon ihre Kindernährmittel herstellen lassen. Hier in Deutschland steht man bisher der Zuteilung dieser geringen Menge ablehnend gegenüber. Ich möchte das Reichsministerium bitten, dieser Frage sein Interesse zuzuwenden und im Interesse der Säuglingsernährung möglichst jenen Forderungen Rechnung zu tragen, die von den verschiedensten Seiten erhoben worden sind.

(Dr. **Hugo**, Abgeordneter.)

(A) Ich will das Haus nicht weiter damit aufhalten, sonst könnte ich aus der „Deutschen Krankenkassenzeitung", einem Organ, das unter Leitung eines sozialdemokratischen Redakteurs steht, vorlesen, in wie scharfer und entschiedener Weise auch diese Kreise dafür eintreten, daß endlich dafür Sorge getragen wird, daß diese Versorgung unserer Säuglinge mit Kindernährmitteln in Deutschland wieder Platz greifen kann.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Der Herr Abgeordnete Hoch hat gestern einen sehr dringenden Appell an die Öffentlichkeit — und, ich nehme an, in der Hauptsache wohl an seine eigenen Parteifreunde — gerichtet, die Bitte nämlich, daß man alles tun möge, um die Autorität der **Regierung** in der Durchführung ihrer **Wirtschaftspolitik zu unterstützen.** Ich glaube, dieser Appell war sehr am Platze. Denn nicht nur hier im Hause, sondern außerhalb des Hauses leistet sich die sozialdemokratische Partei in der Richtung manche Extratouren. Die Interpellation, die wir vor 14 Tagen hier erlebt haben, bot das Kuriosum, daß die stärkste Regierungspartei gegen die eigene Regierung und gegen den eigenen Minister in der Regierung anging und seine Politik damit vor dem Lande einer sehr heftigen Kritik aussetzte. Aber darüber hinaus betreibt man diese Arbeit im Lande in einer außerordentlich scharfen und entschiedenen Weise. So muß ich persönlich in meinem Wahlkreise dafür herhalten, daß ich mit der Regierung in der Durchführung dieser Politik einen gemeinsamen Weg gegangen bin. Herr Kollege Severing greift mich statt seine Regierung an. Die ganze Wucht der Kritik über die Verteuerung des Schuhzeuges richtet er gegen mich, gegen einen Politiker, der in der Opposition steht, um seine Regierung zu schonen. Ich möchte den Appell des Herrn Kollegen Hoch unter allen Umständen unterstützen und Sie dringend bitten, dafür zu sorgen, daß die Politik der Regierung, wenn sie, wie es (B) in dieser Frage der Fall ist, einen Weg beschritten hat, der die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft ermöglicht, unter allen Umständen im Lande dadurch eine Stärkung findet, daß auch Sie sie unterstützen und nicht angreifen.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswirtschaftsminister.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Meine Herren, ich möchte zu einigen Anregungen Stellung nehmen und auch zu einigen Anträgen und Resolutionen.

Die Entschließung des Haushaltsausschusses unter Ziff. 1 möchte ich doch bitten abzulehnen. Es wird in dieser Entschließung verlangt, daß für die **Landarbeiter** das **Deputat** im vollen Umfange des Vertrages gegeben wird. Ich habe mir eine Zusammenstellung gemacht, um die Wirkung zu verdeutlichen, die die Annahme dieser Entschließung zur Folge haben würde.

Gegenwärtig werden Landarbeiter als Selbstversorger eingeschätzt, das heißt sie haben das Anrecht auf 144 Kilogramm Brotgetreide im Jahre und 60 Kilogramm Gerste, also auf ein Gesamtquantum von 204 Kilogramm im Jahre. Demgegenüber haben die städtischen Arbeiter nur einen Anspruch auf 129 Kilogramm. Ich glaube, daß diese Differenzierung schon allein für die Ablehnung des Vorschlages spricht, den Anspruch der Landarbeiter höher hinaufzusetzen. Ich glaube, daß den Ansprüchen der Landarbeiter vollständig Genüge geschehen ist, und da im Deputat nicht nur der Landarbeiter, sondern auch die Frau und die Kinder mit als Selbstversorger rechnen, wird in dem Deputat das, was den Leuten billigerweise zukommt, vollständig gewährt, es sei denn, daß die Familie sehr klein ist.

Ich möchte bitten, daß bei unserer schmalen Ernährungsbasis nicht Beträge ausgeworfen werden, die schließlich dazu führen, nur noch mehr in den Schleichhandel zu bringen und auch Brotgetreide und Gerste (C) mehr zur Viehfütterung zu benutzen, als es gegenwärtig zuläsfig ist. Die Bestände der uns zur Verfügung stehenden Ernte müssen wir so verteilen, daß sie für die Versorgung unserer gesamten Bevölkerung ausreichen.

Ich habe hier einige Beispiele von **Tarifverträgen,** die das **Deputat festlegen.** Da wird in Pommern im Kreise Franzburg ein Deputat von 2300 Kilogramm für den Landarbeiter festgelegt. Das würde bedeuten, diese Verteilungsquote auf die Landarbeiter als Selbstversorger umgelegt, daß elf Personen von diesem Deputat unter normalen Verhältnissen und der gegenwärtigen Zuteilungsquote ihre Existenz fristen sollten. Das muß meiner Ansicht nach zu Ungerechtigkeiten der schlimmsten Art führen. Dagegen ist beispielsweise in Brandenburg im Kreise Kottbus das Deputat auf 750 Kilogramm bemessen. Ein solches Deputat kann sofort befriedigt werden, schon bei einer Familie, die nicht einmal vier Personen ausmacht, die also in der Regel sogar einen höheren Anspruch zu stellen hat. In Ostpreußen haben wir Deputate bis zur Höhe von 1800 Kilogramm. Das würde zur Folge haben, daß neun Personen als Selbstversorger von dieser Verteilungsquote leben mußten.

Wir sind dem Landarbeiter weit entgegengekommen, wir haben ihm eine Versorgungsquote weit über die der städtischen Arbeiter hinaus gewährt, und ich glaube, einen weitergehenden Anspruch kann man schließlich nicht für berechtigt erachten gegenüber der städtischen Bevölkerung. Zudem steht es dem Landwirt offen, dem Landarbeiter noch in diese Deputatsmenge hinein Hülsenfrüchte ganz nach freiem Belieben zu gewähren; sie sind nicht mehr rationiert, sodaß hier ein Ausgleich gefunden werden kann. Ich möchte deshalb dringend bitten, diesen Teil der Resolution abzulehnen.

Dann ist der Antrag Roesicke auf Nr. 1367 der Drucksachen, der dahin geht: (D)

> im Kap. 11 Tit. 1 die Worte „künftig wegfallend" zu ersetzen durch „künftig mit einem **Berufslandwirt** zu besetzen".

Bisher ist es nicht üblich gewesen, daß im Etat eine solche Bindung in der Position festgelegt wird. Ich möchte bitten, diesen guten Brauch nicht aufzuheben. Wenn ein bestimmter Antrag dem Minister bei der Etatsberatung unterbreitet wird oder ein solcher Wunsch im Ausschuß ausdrücklich ausgesprochen wird, dann ist es natürlich, daß dem Rechnung getragen wird.

Ich würde auch bitten, den weiteren Antrag Neyses auf Nr. 1366 abzulehnen, der verlangt, daß gegenwärtig auch schon ein **Direktor für die landwirtschaftliche Abteilung** in den Etat eingesetzt wird. Meine Damen und Herren! Es ist ja etwas eigenartig, wenn sich ein Ressortminister gegen allzuhohe Anforderungen finanzieller Art wenden muß. Ich muß es aber tun und zwar aus dem Grunde, weil ich glaube, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht gut ist, höhere Anforderungen zu stellen, als unbedingt notwendig ist. In dieser Abteilung, die auch in der Debatte angegriffen worden ist, weil sie nach Auffassung einiger Redner anscheinend nicht genügend besetzt ist, handelt es sich um eine Einrichtung, die meiner Ansicht nach ihren gegenwärtigen Aufgaben mit dem vorhandenen Beamtenstand voll genügen kann. Wir haben in dieser Abteilung 25 Referenten und außerdem noch 28 Beamte und Hilfsarbeiter; das genügt. Wenn ich Ihnen meine persönliche Auffassung sagen soll, so ist sogar die Besetzung sehr reichlich. Ich wäre darauf bedacht gewesen, wenn hier nicht sehr stark der gegenteilige Wunsch zum Ausdruck gekommen wäre, diese Abteilung sogar abzubauen, weil ich glaube, daß in den Einzellandtagen auf diesen Gebieten manches zu leisten ist und wir da sehr leicht mit unseren

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) Aufgaben in Kollision mit den einzelnen Landtagen geraten können und den Aufgaben, die dort die Landwirtschaftsministerien zu erfüllen haben.

Der Antrag auf Nr. 1317 enthält in seinen Ziff. 1 und 2 Aufforderungen, die nicht an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet werden können. Die Ziff. 1 dieses Antrages Arnstadt muß sich an das Reichsarbeitsministerium wenden, die Ziff. 2 ist eine Aufforderung, die sich an das Reichsschatzministerium richten muß. Ich bitte deshalb, diese Anträge vielleicht bis zur dritten Lesung zurückzustellen und sie dann bei den entsprechenden Etatstiteln des Reichsarbeitsministeriums bzw. des Reichsschatzministeriums zu stellen.

Der Antrag Koch will eine andere **Belieferung mit Melasse an die Zuckerrübeninteressenten.** Ich möchte dazu folgendes sagen. Die Rüben verarbeitenden Zuckerfabriken erhalten ungefähr ein Fünftel der bei ihnen anfallenden Melasse für Rückbelieferung an ihre Anbauer zurück. Der Rest, dessen Ablieferung an die öffentliche Wirtschaft vorgeschrieben ist, wird zur Herstellung von Hefe und zur Melassezuckerung gebraucht, die, um den Gesamtausfall an Zucker zu ersetzen, wieder aufgenommen werden muß, zur Herstellung von Futtermitteln und zur Gewinnung von Spiritus, wozu sonst Kartoffeln gegeben werden müßten. Bei dem Rückgang des Zuckerrübenbaus wird die abzuliefernde Melasse für diese Zwecke kaum ausreichen. Nach dem Antrag müßte die Hälfte der anfallenden Melasse der Landwirtschaft zurückgegeben werden, mit der verbleibenden Hälfte würden die gedachten Aufgaben nicht erfüllt werden können. Den Interessen der Zuckerrüben bauenden Landwirtschaft ist in diesem Jahre weitgehend Rechnung getragen dadurch, daß den Fabriken die gesamten anfallenden Schnitzel belassen werden, während im vorigen Jahre noch ein erheblicher Teil an die Reichsfuttermittelstelle abgeliefert (B) werden mußte.

Es ist dann weiter von den Herren Arnstadt und Genossen auf Nr. 1357 der Antrag gestellt worden, daß die **Revenüen,** die aus der **hohen Preislage für Häute** gegenwärtig erzielt werden, nicht geteilt werden sollen in der Weise, wie es das Reichswirtschaftsamt vorschreibt, zwischen Landwirt, Gemeinden und Reich, sondern dieser ganze Erlös soll **den Landwirten ausgezahlt** werden. Ich halte diesen Anspruch für ungerechtfertigt. Meiner Ansicht nach darf der Produzent den Konjunkturgewinn nicht in vollem Umfange beanspruchen. Ich halte die gegenwärtige Teilung für durchaus gerecht. Es wird ohne eine besondere Leistung heute ein erheblicher Zuschuß dem Landwirt aus dem Häuteerlös gegeben. Ich glaube, daß auch andere Teile, die hier als Teilnehmer dieses Gewinns in Betracht kommen, einen Anspruch darauf deshalb erheben können, weil wir heute gezwungen sind, Fleisch im Auslande einzukaufen.

Es ist dann wiederholt auf die **Kriegsgesellschaften** hingewiesen und der Wunsch geäußert worden, sie schnell abzubauen. Ich will auf diese Frage nicht weiter eingehen. Die Kommission, die zur Überwachung dieser Kriegsgesellschaften eingesetzt ist, wird sehr bald Gelegenheit haben, diesen Geschäftsbetrieb einzusehen, und erkennen, daß vieles, was über die Kriegsgesellschaften als Klage laut wird, ganz unbegründet war. Der Abbau geht schneller vor sich, als vorgesehen war. Behördlicherseits wird alles unternommen, um den Abbau möglichst schnell herbeizuführen. In einigen Gesellschaften sind schon starke Reduktionen in der Beamtenzahl eingetreten, sodaß die Beamten über dieses schnelle Vorgehen sehr unzufrieden sind. Aber das allein ist nicht entscheidend für die Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums.

Dann ist von einem Redner im Hause darauf hingewiesen worden, daß in der Presse und, wenn ich recht unterrichtet bin, von der Bochumer Handelskammer mitgeteilt wurde, daß ein Mann namens **Barmatt** ein umfangreiches **Geschäft** angeblich **mit dem Reichswirtschaftsministerium** betreibt. Das ist richtig. Dieser Herr hat sehr umfangreiche Abschlüsse gemacht und uns in der schwersten Zeit unserer Nahrungsmittelbedrängnis wertvolle Dienste geleistet. Es wird uns im Reichswirtschaftsministerium vorgeworfen, daß wir diesen Mann besonders bevorzugen. Ich habe dem Amt die Anweisung gegeben, daß ohne Rücksicht auf die Person jeder gleichmäßig mit seinen Anerbietungen behandelt wird. Barmatt hat seine Anerbietungen gemacht; sie sind objektiv geprüft und in einer Preislage angenommen worden, wie wir es verantworten können. Die Finanzierung ist für uns auf eine günstige Grundlage gestellt. Wir haben, wie ganz richtig bemerkt wurde, einige Geschäfte wieder rückgängig gemacht, weil sie sowohl uns wie den anderen vertragschließenden Teil finanziell ungünstig verpflichteten. Bei dem gegenwärtig schnellen Rückgange der Valuta wird jeder anständige Kaufmann einem solchen Ausgleich der gegenseitigen Differenzen und unglücklichen Abmachungen sicherlich geneigt sein und daran keinen Anstoß nehmen, zumal dem Reiche gerade durch die Annullierung erhebliche Beträge erspart werden, da wir uns anderweitig billiger eindecken konnten. In der „Deutschen Tageszeitung" stand, dieser Barmatt wäre ein russischer Jude. Es mag die Herren in der „Deutschen Tageszeitung" besonders aufgeregt haben, daß wir auch mit russischen Juden Geschäfte machen. Ich habe keine große Vorliebe für russische Juden,

(hört! hört! rechts)

aber ich frage auch keinen, der nach dem Reichswirtschaftsamt kommt, nach seinem Taufschein, und sonst kann man es nicht jedem ansehen, ob er russischer Jude ist. Es mag sein, ich weiß es nicht, daß Barmatt russischer Jude ist, in Rußland geboren ist. Das ist für mich belanglos. Wenn es ein anständiger Mensch ist, mache ich (D) auch mit einem russischen Juden Geschäfte.

Was die **Kriegsgesellschaften** anlangt, so glaube ich, daß die Auffassung, die ein Redner des Hauses hier äußerte, falsch ist. Er meinte, es sei berichtet worden, diese Kriegsgesellschaften führten in letzter Zeit, ich glaube, zwei Milliarden aus ihren **Überschüssen** ab. Hier liegt ein Irrtum des Redners vor — wenn ich nicht irre, war es der Herr Abgeordnete Roesicke —, denn diese Milliarden, die abgeliefert werden, sind von Gesellschaften abgeliefert, die heute die Bestände der Heeresverwaltung wiederum finanzieren, das heißt sie wieder abstoßen. Es sind die großen Bestände an Metallen, die selbstverständlich heute unter der gegenwärtigen Marktlage im Interesse des Reichs mit Nutzen abgestoßen werden.

Die Kriegsgesellschaften im allgemeinen werden, soweit ich augenblicklich übersehen kann, ihre Bilanz nicht mit erschreckend hohen Gewinnen abschließen können. Ich bin sogar in großer Sorge, daß einige Gesellschaften mit einem recht erheblichen Defizit abschließen werden. Hier ist meines Erachtens sparsam gewirtschaftet worden, insoweit die Preisbestimmungen für Produkte in Frage kommen, und ich glaube nicht, daß da die Bevölkerung irgendwie in der nachfolgenden Kontrolle durch die hier eingesetzte Kommission den Nachweis bekommen wird, daß die Kriegsgesellschaften eine besonders ungünstige Geschäftsführung vorgenommen haben. Indes, ich will das der künftigen Revision überlassen. Auf die anderen Fragen möchte ich nicht mehr eingehen; ich glaube, die Geschäftslage verbietet es. Ich hoffe, daß den vielen Anregungen, die gegeben worden sind, im Reichswirtschaftsministerium zu einem erheblichen Teile Rechnung getragen werden kann.

Präsident: Damit ist die allgemeine Aussprache zu Kap. 11 Tit. 1 erledigt.

(Präsident.)

(A) Es liegt unter Nr. 1367 ein Antrag Dr. Roesicke, Behrens vor:

im Kap. 11 Tit. 1 die Worte „künftig wegfallend“ zu ersetzen durch „künftig mit einem Berufslandwirt zu besetzen“.

Dazu hat der Herr Abgeordnete Behrens ums Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

Behrens, Abgeordneter: Der Herr Minister hat uns gesagt, es wäre eigentümlich, daß der Ressortminister weitere Anforderungen von Beamten dem Hause gegenüber zurückweisen müsse. Es scheint auch so, wenn gerade von unserer Seite aus ein **zweiter Unterstaatssekretär** gefordert wird, weil wir bisher uns sehr ernstlich dafür eingesetzt haben, Beamte zu ersparen. Aber, meine Herren, hier liegen die Dinge doch wesentlich anders als bei allen bisherigen Fällen. Die **Landwirtschaft** ist infolge der Aufgaben, die die Verfassung der Reichsregierung überweist und infolge der ganzen Stellung, die in Zukunft die Bundesstaaten zum Reiche einnehmen, in Zukunft in dem Aufgabenkreise der Reichsverwaltung ein ganz neuer Faktor. Wenn man nun in den Bundesstaaten und insbesondere im größten Bundesstaate, in Preußen, die Landwirtschaft für so wichtig hält, daß man dort ein besonderes Ministerium, und zwar kein kleines Ministerium, hat, so ist doch ganz zweifellos, daß, wenn in Zukunft ein so wichtiges Gebiet wie die Landwirtschaft auf das Reich übertragen wird — das wird von Tag zu Tag mehr der Fall sein —, dann auch die Reichsverwaltung dementsprechend ausgebaut werden muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Es kann auch kein Zweifel daran sein, wenn wir unser gesamtes Wirtschaftsleben betrachten. Die Landwirtschaft macht doch ungefähr ein Drittel des gesamten Wirtschaftslebens aus. Die Landwirtschaft wird in Zukunft in (B) weit größerem Maße als bisher an Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft gewinnen. Nun sind wir der Überzeugung: man kann ein außerordentlich tüchtiger Mann als Minister und als Unterstaatssekretär sein, und man kann von allen möglichen Dingen sehr viel, besonders in Industrie und Handel verstehen; deswegen braucht man auf dem außerordentlich eigenartigem Gebiet der Landwirtschaft doch noch kein Fachmann zu sein. Weil die Dinge so liegen, sind wir der Meinung: es muß das Wirtschaftsministerium entgegen anderen Ministerien so geordnet werden, daß dem Herrn Minister zwei Unterstaatssekretäre zur Seite stehen, nämlich einer für die Industrie-, Handel-, Gewerbe- und sonstigen Angelegenheiten und ein anderer Unterstaatssekretär für die Landwirtschaft. Dieser muß ein landwirtschaftlicher Fachmann sein. Dessen besondere Aufgabe wird es sein, die ungemein wichtigen Aufgaben der Landwirtschaft zu pflegen und zu fördern. Einen Beweis braucht man eigentlich gar nicht dafür, daß die landwirtschaftliche Abteilung so gut ausgebaut werden muß; man braucht sich nur die Rede des Herrn Ministers zu vergegenwärtigen, insbesondere soweit sie sich eben mit der Deputatfrage beschäftigt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß der Herr Minister von Fachleuten nicht genügend beraten worden ist; sonst würde er in der Frage der **Deputatbezüge der Landarbeiter** nicht die irrige Stellung eingenommen haben, die er einnimmt, denn die Landarbeiter kommen — um das nur nebenbei zu bemerken — nicht bloß als Verbraucher, sondern in erster Linie als Produzent in Frage. Ich habe im ersten Ausschuß bereits darauf hingewiesen, daß der Landarbeiter notwendigerweise, um seinen Haushalt einigermaßen so zu gestalten wie der Industriearbeiter bei den heutigen Löhnen, seine eigene Viehwirtschaft besser pflegen muß als bisher. Dazu braucht er entweder die vollen

Naturalbezüge, die ihm vertraglich zustehen, oder aber (C) es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß ihm die vorenthaltenen Naturalbezüge auf Kosten des Reichs zum vollen Schleichhandelspreis, also Marktpreis vergütet werden. Dies ist zwar eine sehr weitgehende Forderung, die aber im Landarbeiterinteresse unbedingt gestellt werden muß. Wenn der Arbeiter seinen Viehstand pflegen will, so muß er Kraftfuttermittel kaufen können. Diese kann er nicht zum Höchstpreis, sondern nur zum allgemeinen Marktpreis, das heißt in diesem Falle zum Schleichhandelspreis beschaffen. Der Landarbeiter steht sich sonst viel schlechter als der Industriearbeiter, der sich heute, wenn auch zu erhöhten Preisen, alle möglichen Lebensmittel, Speck, Fett, kondensierte Milch usw. kaufen kann.

Doch das nur nebenbei. Diese Tatsache beweist, daß der Herr Minister auf diesem eigenartigen Gebiet der Landwirtschaft nicht genügend beraten worden ist. Das liegt auch auf den anderen landwirtschaftlichen Gebieten ähnlich. Ich habe in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt, mit landwirtschaftlichen Fachleuten, und zwar nicht bloß mit Unternehmern, sondern mit Personen zu sprechen, die praktisch und wissenschaftlich im landwirtschaftlichen Leben tätig sind.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Mit Herrn v. Braun!)

— Nein, das war Herr v. Braun in diesem Falle nicht; aber wenn er es wäre, so versteht er von der Landwirtschaft viel mehr als Sie, Herr Kollege Hildebrand! Sein Rat wäre mir auch sehr angenehm, aber ihn hatte ich in diesem Augenblick nicht im Auge. — Ich habe mit landwirtschaftlichen Wissenschaftlern gesprochen und bin auf die einmütige Auffassung gestoßen, daß uns manche Schwierigkeiten in der Ernährungswirtschaft während des Krieges und auch jetzt erspart geblieben wären, wenn **in der Reichsverwaltung** die Landwirtschaft besser, und zwar durch **Berufslandwirte** vertreten gewesen wäre. (D) Unterstaatssekretäre und Direktoren, die mit dem landwirtschaftlichen Stand nicht verwachsen sind und daher die Eigenart dieses Berufsstandes nicht ausreichend kennen, genügen nicht. Es müssen Landwirte oder Herren mit landwirtschaftlicher Vorbildung sein. Es mag eigentümlich sein, wenn wir hier in den Etat hineinschreiben wollen — vielleicht ein neuer Vorgang —, wie wir uns diesen Unterstaatssekretär und in einem späteren Antrage, wie wir uns diesen Ministerialdirektor denken, nämlich mit landwirtschaftlicher Vorbildung beziehungsweise als Berufslandwirt. Aber das ist eben notwendig, wenn wir uns die Entwicklung der Dinge ansehen, die sich jetzt in der Reichsverwaltung vollzieht. Heute wird es ja nicht mehr so gemacht — und das ist doch gar kein Geheimnis —, daß man fragt: was versteht der Mann? Das ist heute nicht mehr allein ausschlaggebend, sondern daneben steht doch immer noch: ist er auch Parteigenosse? Oder, wenn ich in der Sprache der äußersten Linken reden will: ist er verdächtig, irgendwie reaktionäre Anwandlungen zu haben? Denn könnte er auch noch ein so tüchtiger Fachmann sein, könnte er dem Vaterlande auch als Fachmann noch so tüchtige Dienste leisten, ist er etwa als reaktionär verdächtig, dann ist er eben unfähig geworden, ein hohes Staatsamt in Deutschland zu bekleiden. So liegen doch in Wirklichkeit heute die Dinge.

(Sehr richtig! rechts.)

Weil das so liegt, und weil wir ein neues Deutschland mit ganz neuen Regierungsmethoden haben — ich halte sie nicht für gut —, darum müssen wir für diese neuen Zustände Vorsorge treffen, daß man wichtige Ämter in der Staatsverwaltung nicht nach Parteigrundsätzen, sondern nach dem sachlichen Können und der Eignung besetzt.

(Behrens, Abgeordneter.)

(A) Dann kommt noch etwas in Betracht. Einer der Redner hat sich heute sehr ernsthaft darüber aufgehalten, daß die Landwirtschaft in einem gespannten Verhältnis zur augenblicklichen Regierung steht. Ja, das ist eine Tatsache, die nicht wegzuleugnen ist. Aber die Unterstellungen, die man hier gemacht hat, sind durchaus unzutreffend. Die Reichsverwaltung muß durch aus der Landwirtschaft hervorgegangene hohe Staatsbeamte in eine engere Vertrauensfühlung zu der gesamten Landwirtschaft kommen. Diese enge Vertrauensfühlung ist heute weder in Preußen noch im Reiche vorhanden. Im Reich muß sie dadurch erreicht werden, daß ein Unterstaatssekretär gefunden wird, der Berufslandwirt ist, und außerdem dadurch, daß der Ministerialdirektor, den wir als Abteilungsleiter fordern, ebenfalls landwirtschaftliche Vorbildung hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meine Damen und Herren, schließen Sie sich unseren Ausführungen an und stimmen Sie für unsere Anträge.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich muß Sie auf folgendes aufmerksam machen. Im Etat wird ein Unterstaatssekretär eingestellt „künftig wegfallend". Dagegen wendet sich der Antrag Dr. Roesicke, Behrens auf Nr. 1367, den der Herr Kollege Behrens eben eingehender begründet hat, die Worte „künftig wegfallend" zu ersetzen durch „künftig mit einem Berufslandwirt zu besetzen". Hernach kommen noch zwei beziehungsweise drei Direktoren an die Reihe. Dort heißt es auch „künftig wegfallend". Da liegen zwei Anträge vor, ein Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1365 und ein Antrag Reyses und Genossen auf Nr. 1366. Der Antrag Arnstadt lautet:

(B) im Kap. 11 Tit. 2 Zeile 1 die Worte „davon 1 künftig wegfallend" zu ersetzen durch:

„davon 1 mit landwirtschaftlicher Vorbildung für die landwirtschaftliche Abteilung."

Der Antrag Reyses besagt:

im Kap. 11 Tit. 2 Zeile 1 hinter „davon" hinzuzufügen:

„1 für die landwirtschaftliche Abteilung."

Ich mache die Herren schon bei dieser Abstimmung darauf aufmerksam.

Zunächst haben wir abzustimmen über den Antrag Nr. 1367, der eben von dem Herrn Abgeordneten Behrens begründet worden ist. Wer dafür ist, daß gemäß diesem Antrage die Worte „künftig wegfallend" bei dem Unterstaatssekretär ersetzen werden sollen durch die Worte „künftig mit einem Berufslandwirt zu besetzen", den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Tit. 1 ist unverändert angenommen.

Nun liegt zu diesem Kap. 11 Tit. 1 eine Reihe Entschließungen vor, die ich jetzt zur Abstimmung bringen muß.

Erstens die Entschließungen infolge eines Antrages des Ausschusses auf Nr. 1356, Ziff. 1, 2, 3, 4. Ich muß getrennt darüber abstimmen lassen, weil speziell gegenüber Ziff. 1 der Herr Minister seine Bedenken geäußert und gebeten hat, diese Ziff. 1 abzulehnen; das betrifft, worüber auch Herr Behrens gesprochen hat, die Deputatbezüge für die Landwirtschaft. Muß ich Ziff. 1 verlesen? — Es wird zweckmäßig sein. Sie lautet:

Die Reichsregierung zu ersuchen, alle Bestimmungen in den Ernährungsverordnungen aufzuheben, welche die landwirtschaftlichen Arbeitgeber hindern, die den landwirtschaftlichen Arbeitern durch ihre Lohn- und Arbeitsverträge (C) (Tarifverträge) zugesicherten Deputatbezüge ohne Beschränkung auszuliefern.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist sich darüber einig, daß die Mehrheit steht; die Ziff. 1 ist also angenommen.

Muß ich über die folgenden Ziffern 2, 3, 4 getrennt abstimmen lassen oder kann ich über sie zusammen abstimmen lassen?

(Rufe: Zusammen!)

— Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die Ziff. 2, 3, 4 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; also ist der gesamte Ausschußantrag in allen 4 Ziffern angenommen.

Nun kommt eine Entschließung auf Nr. 1357, Arnstadt und Genossen:

die Reichsregierung zu ersuchen, unter Aufhebung der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 23. September 1919 zu bestimmen, daß der Erlös der Viehhäute dem Besitzer des Viehes, von dem es gekauft wird, in vollem Umfang ausgezahlt wird.

Ich bitte diejenigen, die dieser Entschließung Nr. 1357 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; es muß gezählt werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Arnstadt und Genossen auf Nr. 1357 zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, rechts von mir, und diejenigen, (D) die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür, links von mir, eintreten zu wollen.

(Die Abgeordneten verlassen den Saal.)

Die Türen, mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren, sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt: ich bitte, den Eintritt zu bewirken.

(Der Wiedereintritt der Mitglieder und die Zählung erfolgt.)

Die Abstimmung ist geschlossen; die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte das Bureau, abzustimmen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Fischer** (Berlin): Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Stücklen:** Nein!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Mit Ja haben gestimmt 102, mit Nein haben gestimmt 104.

(Heiterkeit.)

Das Haus ist beschlußunfähig.

Ich schließe die Sitzung und anberaume die nächste Sitzung um 4 Uhr 45 Minuten pünktlich mit dem Rest der heutigen Tagesordnung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 29 Minuten.)

(A)

111. Sitzung.

Die Sitzung wird um 4 Uhr 47 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand der Tagesordnung ist:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage IVa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1356 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Böhmert (Bremen),

und zwar Abstimmung über die zu Kap. 11 Tit. 1 eingebrachten Entschließungen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Entschließung Arnstadt und Genossen Nr. 1357, an der das Haus vorhin gestrandet ist,

(Heiterkeit)

nicht jetzt gleich vorzunehmen, sondern auf den Schluß der Beratung über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zu verschieben. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf Entschließung Allekotte und Genossen auf Nr. 1358.

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

(B)

Das Reichswirtschaftsministerium wolle in eine Prüfung eintreten und der Nationalversammlung darüber berichten, ob sich nicht eine Gliederung des Amts in drei Hauptgruppen empfiehlt, und zwar:

1. in eine Abteilung für die Landwirtschaft,
2. in eine solche für Industrie und Handwerk,
3. in eine für Groß- und Kleinhandel.

Im Falle der Bejahung der Frage ist die Leitung dieser Abteilung theoretisch geschulten, erprobten Fachmännern der betreffenden Wirtschaftszweige zu übertragen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; sie ist abgelehnt.

Es folgt dann die Entschließung Krätzig und Genossen auf Nr. 1369:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Der Aufgabenkreis des Ausschusses zur Liquidation der Reichs-Textil-Aktiengesellschaft wird ausgedehnt auf die Kontrolle der Geschäftsführung:

a) der Verwaltungsabteilung der Reichsbekleidungsstelle,

b) der Gesellschaft für Notstandsversorgung, die vom Reichswirtschaftsministerium gegründet worden ist, um die Arbeiterschaft in lebenswichtigen Betrieben und die arme Bevölkerung mit Bekleidungsgegenständen zu versorgen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

(C)

Nun folgt die Abstimmung über die Entschließung Arnstadt und Genossen auf Nr. 1370 der Drucksachen. Ich frage bei den Herren Antragstellern an, ob nicht mit Rücksicht auf die Bedenken, die der Herr Reichswirtschaftsminister gegen die Ziff. 1 und 2 vorgetragen hat, wonach diese beiden Ziffern nicht das Reichswirtschaftsministerium, sondern das Reichsarbeits- beziehungsweise das Reichsschatzministerium angehen, vorgezogen wird, diese beiden Ziffern hier zurückzuziehen und in der dritten Lesung bei den betreffenden Ministerien wieder einzubringen.

(Zurufe rechts: Einverstanden!)

Die Herren sind also damit einverstanden. Die Entschließung Arnstadt und Genossen ist demnach in Ziff. 1 und 2 für jetzt zurückgezogen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Ziff. 3, 4 und 5 der Entschließung Arnstadt und Genossen auf Nr. 1370. Die Herren haben sie vor sich. Oder soll ich sie verlesen?

(Wird verneint.)

Es wird also auf die Verlesung verzichtet. Ist es notwendig, daß getrennt abgestimmt wird?

(Rufe: Nein! nein!)

Das ist auch nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die die Entschließung Arnstadt und Genossen auf Nr. 1370 in Ziff. 3, 4 und 5 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die drei Ziffern sind angenommen.

Nun liegt noch eine Entschließung zu Kap. 11 Tit. 1 auf Nr. 1363 der Drucksachen von dem Herrn Abgeordneten Koch (Merseburg) vor:

die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnung über zuckerhaltige Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (RGB. S. 1114) in der Fassung der Verordnungen vom 15. November 1917 (RGB. S. 1047) und vom 4. Oktober 1918 (RGB. S. 1229), soweit sie sich auf Melasse bezieht, dahin abzuändern, daß

(D)

„Rüben verarbeitende Zuckerfabriken von der im Betriebsjahr 1919/20 hergestellten Rohzuckermelasse an die Rüben liefernden Landwirte zu Futterzwecken 1 vom Hundert des Gesamtgewichts der gelieferten Rüben zurückliefern dürfen, und daß die Melasse als Melasse oder angetrocknete Schnitzel geliefert werden kann".

Hierzu erteile ich das Wort dem Herrn Antragsteller Abgeordneten Koch (Merseburg).

Koch, (Merseburg), Abgeordneter: Verehrte Damen und Herren! Im Interesse der Zuckerrüben bauenden Landwirte bitte ich um Annahme der folgenden Entschließung:

Die Reichsregierung zu ersuchen,

die Verordnung über zuckerhaltige Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (RGB. S. 1114) in der Fassung der Verordnungen vom 15. November 1917 (RGB. S. 1047) und vom 4. Oktober 1918 (RGB. S. 1229), soweit sie sich auf Melasse bezieht, dahin abzuändern, daß

„Rüben verarbeitende Zuckerfabriken von der im Betriebsjahr 1919/20 hergestellten Rohzuckermelasse an die Rüben liefernden Landwirte zu Futterzwecken 1 vom Hundert des Gesamtgewichts der gelieferten Rüben zurückliefern dürfen, und daß die Melasse als Melasse oder angetrocknete Schnitzel geliefert werden kann".

(**Koch** [Merseburg], Abgeordneter.)

(A) Schon im wirtschaftlichen Ausschuß hatte ich einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, der aber durch einen unglücklichen Zufall, weil die Herren offenbar nicht richtig informiert waren, zu Fall gekommen ist. Die Vorlage der Regierung besagt, daß nur 2/5 Prozent der entfallenden **Melasse** an die Zuckerrüben bauenden Landwirte **als Futter verteilt** werden können. Nun ist die Zuckerrübenernte in diesem Jahre so kläglich ausgefallen, daß wir kaum 80 bis 90 Zentner pro Morgen ernten.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Düwell, das ist die Ursache der Minderproduktion, aber nicht die Sabotage der Landwirte!

(Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Man hat keine Worte für derartige Anschuldigungen! — Es fehlt uns demnach eine große Menge Melasse. Ich bin gewiß keiner von den begehrlichen Agrariern, aber ich fordere Futter für unser Vieh. Durch meinen Antrag ist der Rohzuckerpreis von 51 auf 53 Mark erhöht worden. Aber auch dieser Preis ist noch völlig unzulänglich und stellt nur einen kleinen Tropfen dar gegenüber den Bedürfnissen und den Ansprüchen, die die Landwirte stellen können hinsichtlich der Rentabilität des Zuckerrübenbaues. Wenn für Futterrüben heute 5 oder 6 Mark pro Zentner bezahlt werden und davon dreimal soviel geerntet wird wie vom Zuckerrübenbau, dann müßte doch jeder Landwirt geradezu von Sinnen sein, wenn er bei einem derartigen Mindererträg noch weiter Zuckerrüben anbauen wollte. Aber ich sage, daß ich mich damit bescheide, Futter für die Zuckerrüben bauenden Landwirte zu beanspruchen.

Welches große Bedürfnis bei der diesjährigen Mißernte gerade in Hafer und Zuckerrüben vorliegt, davon machen sich die Herren gar keine Vorstellung. Darum ist es nur gerechtfertigt, wenn an Stelle der 2/5 Prozent (B) 1 Prozent der entfallenden Melasse gewährt wird. Nun macht die Regierung allerdings geltend, daß sie diesen hohen Prozentsatz nicht gewähren könne, da sie die **Melasse zur Hefefabrikation und zur Alkoholgewinnung** benötige. Demgegenüber möchte ich fragen: was ist denn nun eigentlich wichtiger? Ist Alkohol wichtiger für die Ernährung unseres Volkes oder Milch und Butter? Da besteht wohl kein Zweifel, daß es besser ist, wenn die Melasse in Form von Milch und Butter auf dem Markt erscheint, nicht aber in der Form von Alkohol. Außerdem hat die wissenschaftliche Forschung solche enormen Fortschritte in bezug auf die Produktion von Alkohol gemacht, daß wir meiner Ansicht nach sehr wohl auf die Melasse verzichten können. Zur Hefefabrikation genügt Karbidspiritus, aus Kalk und Kohle hergestellt, vollkommen. Außerdem haben wir als Ersatz den Methylalkohol. Also zur Gewinnung von Alkohol fehlt es uns nicht an Ersatzstoffen. Ich möchte noch betonen, daß die Produktion von Karbidspiritus überhaupt auf 4000 Tonnen begrenzt ist. Wenn also wirklich der Alkohol fehlen sollte, dann kann man das Kontingent des Karbidspiritus erhöhen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist doch richtiger, wenn den Landwirten dieses eine Prozent Melasse gewährt wird. Bei der Fabrikation fallen zwei Prozent Melasse ab. Wir beanspruchen aber gar nicht die ganze Melasse, wir wollen nur fünfzig Prozent gleich ein Prozent der entfallenden Masse. Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, meinem Wunsche zu entsprechen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wohin sind wir heute mit unserer **Zuckerfabrikation** gekommen? Wir sind vom Jahre 1914 mit 585 000 Hektar Anbaufläche heute glücklicherweise bei der Hälfte angelangt,

(hört! hört! rechts)

(C) und wenn die Rentabilität durch die hohen Löhne und durch den teuren chemischen Dünger weiter herabgedrückt wird, so können Sie sich nicht wundern, wenn die Zuckerproduktion eingestellt wird.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das ist aber keine Sabotage, meine Herren!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Umsonst arbeitet niemand in der Welt,

(sehr richtig! und Heiterkeit)

und ich bin der Meinung, daß es keine Begehrlichkeit ist, wenn ich sage: gebt uns Futter, wir geben euch Zucker!

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte dringend bitten, meiner Aufforderung Folge zu leisten und die Entschließung anzunehmen.

(Bravo! rechts.)

Ich hoffe, damit keine Fehlbitte getan zu haben.

Nun noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Düwell!

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Geht das die Melasse an?

(Lebhafte Zurufe rechts: Jawohl!)

Koch (Merseburg), Abgeordneter: — Ja, es hängt damit zusammen. — Herr Düwell hat uns die böswillige Unterstellung gemacht, als ob die **Landwirte Sabotage** trieben in bezug auf Zucker, Kartoffeln, Getreide und Vieh. Ich weise das aufs entschiedenste zurück

(bravo! rechts)

und möchte dringend bitten, sich einmal in die Seele eines Landwirts zu versetzen, sich einmal vorzustellen, wie es in uns aussieht, wenn wir unter diesen schwierigen Verhältnissen heute noch die Produktion aufrechterhalten sollen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich möchte nicht weiter sprechen, um mir nicht noch einen Ordnungsruf zuzuziehen.

(Bravo! und Heiterkeit.) (D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Semmler.

Dr. **Semmler,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Sie haben aus den Worten des Herrn Vorredners soeben gehört, daß wir unbedingt wieder in die Lage kommen müssen, unsere Viehbestände so zu ernähren, wie es notwendig ist. Der ganze Ernährungsstreit dreht sich darum, ob wir Ihnen das, was Sie von uns fordern, was Sie von der deutschen Landwirtschaft verlangen, in Zukunft liefern können oder nicht. Das hohe Haus hat jetzt Gelegenheit, einmal zu beweisen, daß es geschlossen der Landwirtschaft entgegenkommt und damit nicht nur der deutschen Landwirtschaft, sondern sich selbst.

(Sehr richtig! rechts.)

Sind wir nicht in der Lage, das Vieh so zu ernähren, wie wir es müssen, dann können wir auch nicht liefern, was Sie von uns verlangen.

In bezug auf **Melasse** möchte ich weniges erwähnen und folgendes besonders betonen. Sie wissen, daß wir vor dem Kriege ungefähr 54 Millionen Zentner Zucker erzeugt haben, daß hinzukommt, daß wir aus 100 Zentner Zuckerrüben ungefähr 3 Zentner Melasse gewinnen. Sie können sich denken, wenn wir jetzt nur 16 Millionen Zentner ernten, wie der Herr Minister ausgeführt hat — ich glaube nicht an eine derartige Ernte —, wenn wir also noch weniger erzielen, so ist klar, daß wir auch im Verhältnis weniger Melasse fabrizieren können. Als Folge ergibt sich, daß der Anteil, der auf die deutsche Landwirtschaft entfällt, da er ja nur noch ein Fünftel betragen soll, in Zukunft noch geringer wird. Es kommt noch hinzu, daß gerade die Melasse, die ungefähr 10 Prozent Rohprotein enthält und 50 Prozent Zucker, ein ganz

(Dr. **Semmler**, Abgeordneter.)

(A) vorzügliches Futtermittel ist, die deutsche Landwirtschaft in den Stand setzt, durch das Rohprotein uns einen Ersatz für diejenigen Futtermittel zu liefern, die wir früher aus dem Ausland eingeführt haben. Nun kann man ja sagen, daß das Rohprotein zum großen Teil aus Amidosäuren und Amiden besteht, die von den Tieren aufgenommen nicht direkt in Eiweiß umgesetzt werden können und als solche in der Milch wiedererscheinen. Die Behauptung, daß Rohprotein Eiweiß liefert, ist in solcher Weise erwiesen und klargestellt, daß Eiweiß in den Futtermitteln durch Rohprotein ersetzt werden kann, das sich in der Melasse befindet. Wenn jetzt also die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzt wird, daß ihr die Hälfte der Melasse zugewiesen wird, so können Sie erwarten, daß sie Ihnen in der Milch ein Produkt liefert, das uns allen not tut.

Wenn Sie auf der linken Seite dieses Hauses gesagt haben, daß die Landwirtschaft Sabotage betreibt, werfe ich Ihnen entgegen, daß Sie in erster Linie Sabotage betreiben, wenn Sie uns nicht die Futtermittel, in diesem Falle die Hälfte der Melasse bewilligen, weil Sie damit verhindern, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Produktion erhöhen kann. Belieferung ist die erste Aufgabe, wenn die deutsche Landwirtschaft diese Aufgabe erfüllen soll. Wenn Sie die deutsche Landwirtschaft nicht in diese Lage der Produktionsmöglichkeit versetzen, können wir Ihnen auch die Erzeugnisse nicht liefern. Wollen Sie im Auge behalten, daß wir vor dem Kriege 1 Million Tonnen eiweißreiche Futtermittel eingeführt haben. Wir haben ferner vorgestern betont, daß Sie die deutsche Landwirtschaft wieder in die Lage soweit als möglich versetzen müßten, diese eiweißhaltigen Futtermittel aus dem Auslande einzuführen. Wenn das in der allernächsten Zukunft noch nicht ganz möglich sein wird, so müssen Sie wenigstens dafür sorgen, daß Sie uns die Futtermittel, die wir selbst haben, restlos zur Verfügung stellen.

(B) Noch eins kommt hinzu. Wenn Sie der deutschen Landwirtschaft diese Futtermittel geben, in diesem speziellen Falle die Mellasse, dann ist sie auch in der Lage, besseren Dung durch das Vieh zu erzeugen, und dann wird sie auch in der Lage sein, in den Nachfrüchten Ihnen mehr zu liefern. Da kommt besonders der Getreidebau in Frage. Letzterer liefert ihnen mehr Kleie, und die Kleie wird Ihnen wieder mehr Milch und Fleisch hergeben. Auch die diätetische Wirkung der Melasse muß besonders betont werden. In jeder Beziehung also kann nur gefordert werden, daß das Haus diesem Antrage nachkommen wird und nachkommen muß. Ich habe mich sehr gewundert, daß ein Teil der bürgerlichen Parteien neulich nicht in der Lage gewesen ist, diesem Antrage, der vom Zentrum und von uns ausging, Folge zu leisten. Aber ich hoffe, daß man inzwischen eingesehen hat, daß es verkehrt war, diesem Antrage nicht zu folgen. Ich möchte jetzt von neuem die Bitte an das hohe Haus stellen, diesem Antrag zu willfahren und die Hälfte der Melasse, die erzeugt wird, statt einem Fünftel, der Landwirtschaft zuzuführen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordneter: Bei diesem Antrage Koch handelt es sich nicht darum, daß der Landwirtschaft insgesamt dieses Futtermittel entzogen wird, sondern es handelt sich hierbei darum, daß einem bestimmten Teile der Landwirte, den Rübenbauern, ein Mehr an **Melasse** zugewiesen wird, als es früher geschehen ist. Selbstverständlich wäre es äußerst wünschenswert, daß der Landwirtschaft mehr Futtermittel zugewiesen werden könnten. Da wir uns aber in der Zwangslage befinden, daß wir uns nach der Decke strecken müssen, diese aber zu kurz ist, muß man sich fragen, was ist dann notwendig? Würden (C) wir einen großen Teil der Melasse den Rübenbauern überweisen, so würde sie für andere Zwecke fehlen, für die sie auch gebraucht wird. Insbesondere zur Erzeugung von Alkohol, der bekanntlich gegenwärtig nicht zum Trinken, sondern zu technischen Zwecken gebraucht wird, und zwar in einer solchen Menge, daß die deutsche Landwirtschaft ihn nicht erzeugen kann, sondern daß wir ihn zukaufen müssen.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten.)

— Würden wir schon Karbidspiritusfabriken haben, wäre es möglich, **Karbidspiritus** zu erzeugen, und ich wäre der erste, der dafür stimmte, daß nicht ein Tropfen Spiritus aus irgendeinem Nahrungsmittel hergestellt wird, sondern daß der gesamte Spiritus aus Karbid hergestellt wird, womit aber die Landwirtschaft auch nicht zufrieden wäre.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: O ja!)

Augenblicklich können wir aber Karbidalkohol nicht erhalten.

(Erneuter Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Darüber bin ich doch unterrichtet. Die Verhandlungen sind erst in Vorbereitung. Augenblicklich besteht in Deutschland nicht eine einzige Fabrik, die Karbidspiritus liefert, und gegenwärtig brauchen wir die Melasse zur Herstellung von Spiritus, sonst würden wir Kartoffelspiritus erzeugen müssen. Gewisse Herren von der Landwirtschaft haben freilich ein Interesse daran, die Kartoffelbrennerei in großem Umfange zu betreiben, und sie stimmen leichten Herzens dafür, daß Melasse den Rubenbauern gegeben wird. Sie machen damit ein doppeltes Geschäft: sie bekommen die Kartoffelbrennerei in größerem Umfange bewilligt, und dann sind sie gute Freunde mit den Rübenbauern, denen große Mengen Melasse bewilligt werden sollen. So liegt die Sache. Nein, wir können unter den obwaltenden Umständen nicht mehr Melasse den Rübenbauern zuweisen, weil sonst andere notwendige Lebensmittel auf Spiritus verarbeitet werden müßten. (D)

Ich betone, daß Spiritus nur für technische Zwecke hergestellt werden darf. Wenn die Herren sich vorhin dagegen gewehrt haben, daß mein Freund Düwell sagte, es sei von den Rübenbauern Sabotage getrieben worden, so möchte ich bitten, daß die Äußerung des Herrn Koch nach dem Stenogramm festgehalten und der weitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben werde. Gerade er hat vorhin gesagt: wenn Sie uns das nicht bewilligen, dann nötigen Sie uns, daß im nächsten Jahre noch weniger Rüben angebaut werden. Das nennt man mit einem Fremdwort Sabotage.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschen Demokraten und rechts.)

Sie haben aus ihrem speziellen Interesse, aus Sonderinteressen der Landwirtschaft weniger Rüben angebaut, weil ihnen andere Anbaumöglichkeiten profitabler waren.

(Widerspruch rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Das nennt man Sabotage der Gesamtinteressen, und insofern hat mein Freund Düwell recht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Präsident: Die Diskussion über den Antrag Koch (Merseburg) ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Koch (Merseburg) zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nun kommen wir zu Tit. 2. Hier liegen zwei Anträge vor: der Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1365:

(Präsident.)

(A) in der Ergänzung zum Entwurf im Kap. 11 Tit. 2 Zeile 1 die Worte „davon 1 künftig wegfallend" zu ersetzen durch:

„davon 1 mit landwirtschaftlicher Vorbildung für die landwirtschaftliche Abteilung" —

und der Antrag Nehses und Genossen auf Nr. 1366:

im Kap. 11 Tit. 2 Zeile 1 hinter „davon" hinzuzufügen:

„1 für die landwirtschaftliche Abteilung".

Das letztere wird nicht ausreichen. Wenn der Antrag in dieser Fassung angenommen wird, dann würde es heißen: 1 für die landwirtschaftliche Abteilung künftig wegfallend. Das ist wohl nicht beabsichtigt. Es muß heißen: die Worte „künftig wegfallend" zu ersetzen durch die Worte „1 für die landwirtschaftliche Abteilung". Nicht wahr? —

(Wird bejaht.)

Das ist der Sinn des Antrages Nehses. Das muß dann so korrigiert werden.

Der Antrag Arnstadt und Genossen ist der weitergehende; er verlangt nicht bloß einen Direktor für die landwirtschaftliche Abteilung, sondern einen Direktor mit landwirtschaftlicher Vorbildung. Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das Bureau ist sich einig, daß die Minderheit steht. Der Antrag ist abgelehnt.

Nun bringe ich den Antrag Nr. 1366 mit ähnlichem Inhalte zur Abstimmung. Wer diesem Antrag Nr. 1366 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von dem Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das Bureau ist sich einig, daß die Mehrheit steht. Der (B) Antrag Nr. 1366 ist angenommen. Damit ist Tit. 2 erledigt.

Ich rufe weiter auf Tit. 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9a, — 9b, — 9c, — 9d, — 10, — 11, — 12. —

Kap. 11a, Allgemeine Bewilligungen, Tit. 1, — 2. —

Zu Tit. 3 liegt ein Antrag des Ausschusses vor, die von der Regierung eingesetzten 155 000 Mark zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu erhöhen auf die Summe von 200 000 Mark.

Das Wort zu dieser Position hat der Herr Abgeordnete Schmidthals.

Schmidthals, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Unglück unserer Volkswirtschaft liegt darin, daß der Bedarf heute nicht gleich der Leistung ist. Wir haben früher eine sehr hohe Leistung gehabt, sodaß es uns möglich war, unsere Bedürfnisse in jeder Weise zu befriedigen und unsere Lebenshaltung auf einen hohen Stand zu bringen. Nach dem Kriege ist die Leistung aber stark zurückgegangen, der Bedarf stark gestiegen. Aus diesen veränderten Verhältnissen ergibt sich unsere ganze heutige Lage. Infolge des Mangels an Produktionsmitteln sind wir gezwungen, dem Ausland anstatt Waren Zahlungsmittel zu geben, Papiergeld. Daraus folgt natürlich, daß unsere Valuta dauernd zurückgehen muß. Die Aufgabe der Regierung muß es sein, einmal den Bedarf zu verringern. Das kann nur das Volk in seiner Gesamtheit, indem es sich daran gewöhnt, seine Lebenshaltung einzuschränken. Und weiter muß die Aufgabe der Regierung dahin gerichtet sein, die Leistung zu steigern. Wenn es darauf ankommt, die Leistung zu steigern, will ich hier nur davon sprechen, wie wir die **landwirtschaftliche Leistung steigern** können. Da liegen sehr große Möglichkeiten vor; leider werden sie nicht erfüllt. Man hat uns früher den Mund wässerig gemacht und gesagt, wir würden 500 000 Tonnen Stickstoff produzieren. Es sind viel- (C) leicht 100 000 Tonnen geworden. Hätten wir 200 000 oder 300 000 Tonnen mehr, dann würden wir unsere Leistung steigern, sodaß wir 40 Millionen Doppelzentner Getreide mehr im Jahre hätten. Da wir früher 60 Millionen Tonnen Doppelzentner Getreide eingeführt haben, würden wir vielleicht auf diese Weise den Gesamtbedarf von Mensch und Vieh decken können, da der Bestand an Vieh ja so stark zurückgegangen ist. Es fehlt uns aber nicht nur an Stickstoffdünger, sondern auch an Kalidünger. Deshalb können wir in der Landwirtschaft nicht das Notwendige leisten. Es fehlt scheinbar an der Erkenntnis dieser Dinge bei der Reichsregierung. Die Betriebsmittel, die wir so notwendig bei der Landwirtschaft brauchen, werden nicht geliefert. Unsere Dampfpflüge stehen still. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein Großbetriebsleiter sich einen Motorpflug angeschafft hat, weil er für seinen Dampfpflug keinen Betriebsstoff bekommen konnte. Er mußte auch diesen stillstehen lassen, weil er auch dafür keine Betriebsstoffe bekam. Erst nach großen Mühen und Anstrengungen der Landwirtschaftskammer hier im Ministerium ist es schließlich gelungen, den nötigen Betriebsstoff zu beschaffen. Das war im Herbst, wo für die Wintersaat gesät werden mußte. Man hat den Eindruck, daß bei der Regierung nicht das nötige Verständnis für derartige landwirtschaftliche Forderungen, die unbedingt notwendig für die Produktion sind, vorhanden ist. Deshalb haben wir den Antrag unterstützt, daß der eine **Direktor,** der neu geschaffen wird, **für die landwirtschaftliche Abteilung** übernommen wird. Es kommen so viele neue Fragen in der Landwirtschaft vor, es kommt die große Frage der neuen Landwirtschaftskammer, die große Frage des Reichswirtschaftsrats. Überall stehen landwirtschaftliche Interessen im höchsten Maße in Frage. Daher brauchen wir einen Vertreter der Landwirtschaft im Ministerium, der selbst Landwirt ist und die erforder- (D) lichen Kenntnisse besitzt.

Es kommt weiter die steuerliche Frage in Betracht. Nachdem die steuerliche Angelegenheit Reichssache geworden ist, möchte ich fragen, wie man es machen will, wenn ein Landwirt nicht zahlen kann, wenn er sagt: statt Geld gebe ich soundsoviel meines Bodens ab. In diesem Falle kommt selbstverständlich der Reichsfiskus in Betracht, der sich mit der Sache befassen muß. Diese **Bodenfrage** wird also dadurch Sache des Reichs.

Wir müssen auch das landwirtschaftliche Bildungswesen ganz anders fördern als bisher.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es liegen Möglichkeiten genug vor, noch sehr viele Menschen auf dem Lande zu beschäftigen. Ich will nur folgende Ziffern anführen, nachdem gestern von einer Stelle gesagt worden ist: wir dürfen nicht wieder Agrarstaat werden. Auf 100 Hektar Großbetrieb leben nur 17 Menschen, dagegen auf den Betrieben von 0 bis 2 Hektar Größe leben auf 100 Hektar 170 Menschen.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie sehen, welche ungeheure Steigerung der Lebensmöglichkeit bei der Ansiedelung der Menschen auf dem Lande noch vorhanden ist. Auch die **Siedlungsfrage** kann nicht Landessache bleiben. Es werden große Anforderungen für die Siedelung in Frage kommen, die nur das Reich leisten kann. Wenn aber das Reich diese Anforderungen erfüllt, wird es natürlich auch die Forderungen stellen, die Siedelungssache auf das Reich zu übernehmen.

Wir müssen auch eine **Schrebergartenschule** und ähnliche Institute schaffen, damit wir die Leute wieder mit der ländlichen Arbeit vertraut machen können. Aus allen diesen Gründen haben wir dafür gestimmt, daß der eine Direktor Direktor der landwirtschaftlichen Abteilung wird.

(**Schmidthals**, Abgeordneter.)

Wir sind der Ansicht, daß aus dieser landwirtschaftlichen Abteilung später ein Reichsamt der Landwirtschaft herauswachsen muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das zu dem Antrag, den wir eingebracht haben.

Nun ein paar Worte zur **Zwangswirtschaft.** Die Zwangswirtschaft war notwendig, solange der Krieg dauerte. Nachdem der Krieg aber jetzt vorbei ist und wir langsam in den Weltverkehr wieder eintreten, ist diese ganze Zwangswirtschaft doch nur ein künstliches Mittel, um der Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken. Dieses Mittel der Zwangswirtschaft geht aber auf Kosten des einen Erwerbszweiges, auf Kosten der Landwirtschaft. Nun hört man sehr scharfe Verurteilung der Landwirte im allgemeinen über ihr Verhalten gegenüber der Zwangswirtschaft.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter! Es ist die Gefahr groß, bei all diesen Titeln in die allgemeine Debatte zurückzufallen; deswegen habe ich die Verpflichtung, sorglich darauf achtzugeben, daß dieses Mißgeschick den einzelnen Rednern nicht passiert.

(Heiterkeit.)

Sie sind jetzt an der Zwangswirtschaft; das hat mit dem Tit. 3, wozu ich Sie aufgerufen habe, verhältnismäßig nichts zu tun,

(sehr richtig!)

und ich muß nach der heutigen Situation streng darauf sehen, daß das Wort möglichst mäßig genommen wird. Es melden sich immer noch weitere Redner, und wenn ich Sie gnädig behandle, so verlangen es die anderen auch, und dann weiß ich nicht, wie wir mit der landwirtschaftlichen Debatte heute fertig werden sollen. Ich bitte also, abzubrechen.

Schmidthals, Abgeordneter: Es handelt sich um die Frage der landwirtschaftlichen Organisationen auf Grund des Art. 3. Man muß dabei das eine berücksichtigen, daß die landwirtschaftliche Zwangswirtschaft dem Landwirt die Preise für ein ganzes Jahr vorschreibt. Während des Jahres steigen die Unkosten. Ich verweise darauf, daß zum Beispiel die Kalidüngemittel vom Mai von 3,20 Mark auf 4,92 Mark im August gestiegen sind, die Stickstoffdüngemittel von 2,40 auf 3,40 Mark und daß jetzt wieder eine Steigerung eintreten soll. Da kann man sich natürlich nicht wundern, daß die Landwirte erbittert werden, daß sie allein dem Zwang unterworfen sind. Das Schlimme bei der ganzen Sache ist, daß überall unehrliche und unzuverlässige Beamte sind, die aus den Rechten, die sie auf Grund der Zwangswirtschaft haben, für ihre eigene Tasche etwas herauszuschlagen suchen. Es sind viele Fälle, wo die Molkereidirektoren betrügerische Handlungen vorgenommen haben. Die Landwirte mußten Milch liefern. Sie haben sich beschwert, das nutzte nichts, bis schließlich herauskam, daß der Mann sie alle betrogen hatte und sie dadurch schwer benachteiligt waren.

Ich möchte Ihre Zeit nicht mehr lange in Anspruch nehmen. Ich möchte nur auf eins hinweisen. Als gestern Herr Abgeordneter Dr. Roesicke gesprochen hat, hat er uns den Vorwurf gemacht, daß wir seinerzeit für den **Schweinemord** eingetreten sind. Herr Dr. Roesicke hat das so leicht hingestellt. Er hat gemeint, wir hätten die Ferkel nicht abschlachten lassen sollen. Aber wie er sich die Aufzucht der Ferkel gedacht hat, weiß ich nicht. Ich habe noch keine Sau kennen gelernt, die allein aus der Luft und der Liebe fett geworden wäre. Die Säue brauchen auch Futter, Gerste und Kartoffeln, und die Gerste und die Kartoffeln, die die Schweine gefressen hätten, wären eben den Menschen fortgenommen worden. Die Auffassung ist auch ganz falsch, als wenn in dieser Frage die Landwirte einig wären. Gerade die führenden Persönlichkeiten der Landwirtschaft sind damals für den Schweinemord eingetreten, und die Erfahrungen haben ihnen recht gegeben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn dann Herr Dr. Roesicke davon sprach, daß die **Revolution** an allem schuld gewesen sei, so möchte ich ihn auf ein Wort Goethes hinweisen, das er im Gespräch mit Eckermann gesprochen hat. Er sagte: auch ich bin vollkommen davon überzeugt, daß eine große Revolution nie schuld des Volks ist, sondern der Regierung.

Meine Damen und Herren! Es sind in den letzten Tagen sehr scharfe Worte gegen alle Wucherer und Schieber gefallen. Wohl mit Recht. Aber — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter! Auf die Wucherer und Schieber dürfen Sie jetzt nicht mehr kommen. Ich muß Sie bitten, abzubrechen.

Schmidthals, Abgeordneter: Das einzige, was uns schließlich aus all diesem Elend retten kann, ist die zähe, tüchtige, fleißige Arbeit, die wir früher geleistet haben. Je eher das Volk zu dieser Überzeugung kommt, um so eher wird an eine Besserung der Verhältnisse zu denken sein.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Es handelt sich um keinen Abänderungsantrag, der von irgendeiner Seite des Hauses gestellt wird und der näher zu begründen wäre, sondern um einen Abänderungsantrag, der vom Hauptausschuß ausgeht und der darum eine besondere Parteibegründung kaum nötig hat.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich werde tatsächlich zu dem uns vorliegenden Antrage nur ein paar kurze Worte sprechen und möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß meine Fraktion wie auch ich auf dem Standpunkt stehen, daß unter allen Umständen bei den mißlichen finanziellen Verhältnissen, in denen wir uns befinden, gespart werden muß, daß aber unter keinen Umständen gespart werden darf, wo es sich darum handelt, die **Ernährungsverhältnisse** in unserem deutschen Vaterlande zu bessern, wo es sich vor allen Dingen auch darum handelt, die Kenntnis von dem, was der Landwirtschaft nötig ist, wenn sie vorwärts kommen soll, in den weitesten Volksschichten zu verbreiten.

Wenn wir das tun, dann werden wir es nicht mehr hören, wie es vorher geschehen ist, daß ein Mitglied des hohen Hauses von einer Sabotage bei Landwirten, die Rüben bauen, gesprochen hat. Es gibt keine **Sabotage in der Landwirtschaft!** Jeder, der Rüben gebaut hat, ist froh, wenn er sie aus der Erde herausbekommen kann, wenn er Arbeiter hat, wenn er sie abliefern kann, damit er Geld bekommt; er bekommt das Futter in Gestalt der Schnitzel zurück, die einen sehr hohen Futterwert darstellen.

Ich möchte deshalb auch bitten, daß zur Erforschung landwirtschaftlicher Bestrebungen, zur **Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer** und ähnlicher allgemeiner **Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft** größere Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Daß das nicht der Fall ist, daß da unsachgemäß verfahren wird, geht aus einer Eingabe hervor, die mir heute zugegangen ist, aus der ich ersehe, daß, während in dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums ursprünglich für 1919, wie nicht mehr als recht und billig, 100 000 Mark zur Förderung des Obstbaues durch den

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) Deutschen Pomologen-Verein und für ähnliche Zwecke eingestellt waren, weitere 100 000 Mark in dem uns jetzt vorliegenden Notetat nicht eingestellt sind. Das zeugt nicht von sachgemäßer Vorbereitung des Etats und zeigt, daß unsere Anträge richtig sind, die dahin gehen, daß in den betreffenden Ministerien, im Wirtschaftsministerium in der Abteilung, in der die Landwirtschaft beraten wird, mehr Kräfte tätig sind, die wirklich von landwirtschaftlichen Dingen etwas verstehen. Deshalb bitte ich, mit dafür Sorge zu tragen, daß für diese Zwecke, die ich eben nannte, Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, größere Summen und größere Mittel als bisher sichergestellt werden. Wenn wir das tun, dann werden wir diese Gelder nicht aus dem Fenster hinauswerfen, dann werden diese Gelder nicht ohne Nutzen ausgegeben sein; sie werden nutzbringend ausgegeben und mit dazu beitragen, daß die Ernährung in unserem deutschen Vaterlande, was uns doch das wichtigste sein muß, besser wird, als sie bislang war.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die bei Tit. 3 die von der Regierung eingesetzte Summe von 155 000 Mark nach dem Antrage des Ausschusses auf 200 000 Mark erhöhen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag des Ausschusses ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19. — Angenommen.

(B) Zu Tit. 20 liegt ein Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1368 vor, anstatt 50 000 Mark Beitrag zur Unterhaltung der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse 100000 Mark zu setzen.

Zu seiner Begründung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Meine Herren! Eine ganz kurze Bemerkung, eine lange ist als Begründung nicht notwendig, weil der Antrag so sehr für sich spricht, daß ich glaube, daß Sie den Antrag annehmen werden. Ich habe gestern hier auf den Tisch des Hauses die Drucksachen der **Zentralstelle für Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse** im Deutschen Reiche ausgelegt und habe natürlich angenommen, daß diejenigen Herren, die die Arbeiten, besonders die statistischen Arbeiten dieser Betriebsstelle noch nicht kannten, Einsicht genommen haben. Diese Zentralstelle ist im Etat mit 50 000 Mark ausgestattet. Aber nach der Überzeugung meiner Freunde und nach den Erkundigungen, die wir über die zu bearbeitende Menge von Material, das vorliegt, eingezogen haben, genügt der Betrag nicht, wenn nicht ganz wichtige Betriebsergebnisse unbearbeitet bleiben sollen.

(Hört! hört! rechts.)

Bei der Bedeutung, die die Erforschung der Betriebsverhältnisse in der Landwirtschaft in den einzelnen Landesteilen wie auch in den einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe für die Entwicklung der Wirtschaft hat, ist es notwendig, daß die Arbeiten in dem Maße durchgeführt werden, daß wir bald zu einem übersichtlichen Ergebnis kommen.

(Sehr richtig! rechts.)

An dieser Arbeit hat nicht nur der Landwirt, der Bauer, der Großlandwirt, sondern haben auch die landwirtschaftlichen Arbeiter ein außerordentlich lebhaftes Interesse, (C) weil dies eine der ersten wirklich guten Untersuchungen ist, wo die Lohnverhältnisse auch in Berücksichtigung der Naturalentlöhnung der Landarbeiter genügend klar durchgeführt und behandelt worden sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann noch eine Bemerkung! Auch für die Volkswirte, für die Regierung und für Sie, meine Herren, die Sie der Landwirtschaft nicht sehr nahe stehen, würde das Studium dieser Arbeiten der Zentralstelle von außerordentlichem Nutzen sein, ja ich bin sogar der Meinung, es wird in Zukunft ein unentbehrliches Handbuch für Sie werden.

Aus allen diesen Gründen bitten wir Sie, unseren Antrag anzunehmen, und zwar um so mehr, als in dem Haushaltsausschuß bereits einer der Herren von der Regierung in Zweifel gestellt hat, ob überhaupt mit den in Ansatz gebrachten Geldern auszukommen ist; aber man hoffe, daß man das beim nächsten Etat nachholen kann. Das kann uns aber nicht genügen. Die Arbeiten in dieser Zentralstelle sind so wichtig, daß sie unverzüglich im ganzen Umfang aufgenommen werden müssen. Also bewilligen Sie die paar Mark!

(Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Brauns (Cöln).

Dr. **Brauns** (Cöln), Abgeordneter: Die Ausgaben dieses Tit. 20 bezwecken ähnliche Dinge wie die Ausgabe des Titels, bei dem wir schon eben eine Erhöhung vorgenommen haben. Wir können deshalb aus Gründen der Sparsamkeit nicht auch hier für eine weitere Erhöhung stimmen.

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Geheimrat v. Schlieben.

(D) **v. Schlieben,** Geheimer Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich bitte namens der Reichsfinanzverwaltung, den Antrag abzulehnen und es bei dem Beschlusse des Haushaltsausschusses zu belassen. Der Betrag von 50000 Mark, der übrigens nur den Halbjahresbetrag darstellt, sodaß im ganzen Jahre 100000 Mark vom Reiche zur Verfügung gestellt werden, ist in dieser Höhe nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Finanzministerium festgesetzt worden.

Es handelt sich um eine neue Maßnahme, deren jährliche Kosten wir noch nicht voll übersehen können. Es empfiehlt sich daher mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches, zunächst nur den Betrag anzufordern, der nach Ansicht der beiden zuständigen Ministerien unbedingt nötig ist. Ich bitte deshalb nochmals, den Beschluß des Haushaltsausschusses aufrechtzuerhalten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke.

Dr. **Roesicke,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, zu dieser Frage folgendes zu sagen: Der Antrag auf Vermehrung der 50 000 Mark hat seine Begründung. Es liegt hier vor die Möglichkeit, ein Material zu bearbeiten, das von außerordentlich großer Bedeutung ist und das zusammengesetzt ist aus den bekannten **Buchführungsarbeiten des Instituts von Howard.** Eine Reihe von Buchführungsmaterialien, die von diesem Institut zur Verfügung gestellt worden sind, können nicht bearbeitet werden, wenn der Zentralstelle, die es bearbeiten soll, nicht die 50 000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Abstreichung der 50 000 Mark bedeutet das Streichen der Möglichkeit

(Dr. Roesicke, Abgeordneter.)

der Verarbeitung dieses außerordentlich wichtigen Materials. Deshalb bitte ich dringend, daß trotzdem die 50 000 Mark bewilligt werden, und ich hoffe, daß auch das Zentrum in Anbetracht der wichtigen Sache seinen Beschluß zu revidieren bereit sein wird.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bringe den Antrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1368, die Position von 50 000 auf 100 000 Mark zu erhöhen, zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die dem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf:

Kap. 11b, Börsenausschuß. —

Kap. 11c, Ausführung des Kaligesetzes, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. —

Kap. 11d, Reichskommissariate, Tit. 1, — 2, — 3, — 4. —

Kap. 11e, Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen, Tit. 1, — 2, — 3. —

Kap. 12, Statistisches Reichsamt, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. —

Kap. 13, Reichsanstalt für Maß und Gewicht, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6. —

Kap. 13a, Reichsschiffsvermessungsamt, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. —

Kap. 13b, Reichskanalamt, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10a, — 10b, — 10c, — 10d, — 10e, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19. —

Kap. 13c, Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6. —

Kap. 13d, Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. —

Kap. 13e, Reichsentschädigungskommission (künftig wegfallend), Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. —

Einmalige Ausgaben, Kap. 3a Tit. 1. — Genehmigt.

Tit. 2, Beitrag des Reichs für das Meßamt für Mustermessen zu Leipzig.

Dazu liegt ein Antrag Arnstadt und Genossen vor, die angeforderte Summe von 1200000 Mark zu erhöhen auf 1700000 Mark.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Philipp.

Dr. **Philipp,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich eine lange Rede halte. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses werde ich mich sehr kurz fassen. Ich will nur mit ein paar Worten den Antrag Arnstadt und Genossen, Drucksache 1364, begründen. Das Leipziger Meßamt hat bei der Reichsregierung die Anregung gegeben, in den Reichshaushaltsplan eine Summe von zwei Millionen zur **Förderung der Leipziger Messe** einzusetzen. Die Reichsregierung hat darauf in den Entwurf des Reichshaushalts einen Betrag von nur 700000 Mark eingesetzt. Dieser ist allerdings in dem Nachtragsetat auf 1200000 Mark erhöht worden, sodaß jetzt der Leipziger Messe der gleiche Betrag wie im Vorjahr zur Verfügung gestellt werden wird. Wir beantragen, diesen Jahresbeitrag um 500000 Mark zu erhöhen.

Die Begründung dafür hat die Regierung eigentlich selbst in den Erläuterungen zum Nachtrag des Reichshaushalts gegeben. Sie weist darauf hin, daß für die Propaganda der Leipziger Messe im Ausland größere Mittel wie vordem notwendig seien. Trotzdem könnte man vielleicht annehmen, daß es doch möglich sei, mit dem alten Betrage auszukommen. Demgegenüber ist zu beachten, daß im vorigen Jahre die Propaganda des Leipziger Meßamtes im wesentlichen auf die Gebiete beschränkt blieb, die mit dem Deutschen Reich verbündet waren, und auf das neutrale Ausland. Jetzt, nachdem der Friedensvertrag uns die Pforten der Welt geöffnet haben soll, ist aber das Arbeitsbereich des Leipziger Meßamtes ein weit größeres. Berücksichtigen wir noch die Verteuerung der Druckkosten und alles weitere, so ist es gerechtfertigt, wenn man eine wesentliche Erhöhung der Position für die Leipziger Messe beantragt.

In den Verhandlungen des Hauptausschusses hat die Regierung selbst die Notwendigkeit anerkannt, das Leipziger Meßamt zu unterstützen; insbesondere hat sich auch die sächsische Regierung für die Erhöhung des Beitrags von Reichs wegen ins Zeug gelegt. Es ist auch ein Antrag in gleicher Richtung, der von anderer Seite im Haushaltsausschuß eingebracht wurde, freundlich aufgenommen worden. Die Parteien des ehemaligen Bülowblocks haben im Haushaltsausschuß geschlossen dafür gestimmt,

(Heiterkeit)

und das hat uns ermutigt, diesen Antrag noch einmal in dem Plenum — oder richtiger Vakuum — dieses Hauses

(Heiterkeit)

zu bringen. Es ist nach den Vorgängen im Haushaltausschusse begründete Aussicht vorhanden, daß trotz der mißlichen Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause unser Antrag doch noch eine Mehrheit findet.

Ein weiterer Grund für die Erhöhung des Beitrages zur Leipziger Messe ist das Bestreben aller möglichen anderen Orte Deutschlands, mit der Leipziger Messe in Konkurrenz zu treten. Es ist seitens berufener Körperschaften wie der ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie darauf hingewiesen worden, daß eine große Gefahr der **Messezersplitterung** besteht. Wir werden in der nächsten Zeit eine Danziger, Elberfelder, Frankfurter, Kölner, Königsberger Messe erleben, denen gegenüber es darauf ankommen wird, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um den internationalen Ruf der Leipziger Messe zu erhalten. Ist es dieser doch noch im vorigen Herbst gelungen, mehr als hunderttausend auswärtige Kaufleute nach Leipzig zu bringen.

Man hat mit Recht viel darum gestritten, ob die Ausgaben, die wir seit der Revolution gemacht haben, überall auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Aber ich glaube, es besteht in diesem Hause eine seltene Einmütigkeit, daß die Ausgaben für die Leipziger Messe zu den produktivsten gehören, die es überhaupt gibt, und dem gegenüber sollten doch wohl auch etatsrechtliche Bedenken zurückstehen.

Wir sind im Hauptausschuß darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Erhöhung der Position auf Schwierigkeiten im Reichsrat stoßen würde. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir deswegen die Positionen überhaupt nicht zu ändern versuchen, degradieren wir doch in gewissem Sinne die Bedeutung des Reichstags. Ich meine, der Reichsrat hat so rasch Gelegenheit, zusammenzutreten und sich zu äußern, daß die Ablehnung der Erhöhung einer Position seitens der Regierung nicht damit begründet werden kann, daß der Reichsrat noch einmal zusammentreten müsse, um dazu Stellung zu nehmen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag Arnstadt Nr. 1364 anzunehmen. Er fordert eine der produktivsten Ausgaben für das deutsche Volk, eine Ausgabe, deren Wirkung sich auch in der Verbesserung unserer Valuta bemerkbar machen kann.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Vershofen.

(A) Dr. **Vershofen**, Abgeordneter: Verehrte Frauen und Männer! Obwohl ich beruflich in engster Beziehung zu der **Leipziger Messe** stehe, kann ich den Standpunkt meiner Freunde, die dem Antrag der Rechten nicht zustimmen wollen, durchaus billigen und muß ihn billigen. Die Ausgaben für die Leipziger Messe können zweifellos, unabhängig von allem andern betrachtet, kaum hoch genug gestaltet werden. Aber was man anwenden soll, ist hier doch auch eine Frage der Möglichkeit und eine Frage der Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Da uns äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten geboten ist, sollten wir auch hier von dieser Sparsamkeit nicht abgehen.

(Lebhafte Zurufe rechts: Sparsamkeit am richtigen Ort!)

Ich bin, glaube ich, über den Verdacht erhaben, daß ich nicht verstünde, was die Leipziger Messe in unserem Wirtschaftsleben bedeutet. Eine derartige Konzentrierung des Angebotes und der Nachfrage auf dem Gebiete der Qualitätsindustrie ist eine solch eigenartige und mustergültige Einrichtung, daß sie selbst ein Staat, der nicht mehr kapitalistisch organisiert wäre, erfinden müßte, um eine Warenschau, eine Überschau über seine Produktion zu veranstalten. Unter welchem Gesichtswinkel man also auch diese Einrichtung betrachtet, sei es vom Standpunkt der alten oder sei es vom Standpunkt einer neuen Wirtschaft, — man wird sie billigen und unterstützen müssen.

Diese Unterstützung wird sich aber nur in dem Maße betätigen können, wie die Mittel, die von zunächst interessierter Seite für dieses Unternehmen aufzubringen sind, bereits gänzlich und zwecksicher in Anspruch genommen sind. Das kann man bei der Leipziger Messe nicht behaupten.

Schon der Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß auf dem **Meßwesen in Deutschland** eine ganz verhängnisvolle **Dezentralisation** eingerissen ist, die wir und (B) auch der größte Teil der deutschen Industrie nur bedauern können. Es werden hier der Industrie ungeheure Spesenkosten aufgebürdet, die sich nicht etwa dem Vorwurf aussetzen will: wenn du auf dieser oder jener Messe vertreten gewesen wärest, hättest du dieses oder jenes Geschäft machen können. Wenn dahin gewirkt wird, daß diese Dezentralisation aufhört, dann wird der einzelne Interessent viel stärker als bisher in der Lage sein, seine Mittel den Zwecken, den Kosten und der Organisierung der Leipziger Messe dienen zu lassen, dieser alten und historischen Einrichtung, die sich neuerdings unter ihrem ganz vortrefflichen Meßamt vorzüglich entwickelt hat.

Ferner würden sehr große Mittel aus den Kreisen der Interessenten flüssig gemacht werden können, wenn die **Reklame und Propaganda auf der Messe** selbst mehr nach den Gesetzen des guten Geschmacks und jener Würde erfolgte, die die deutsche Industrie für sich in Anspruch nehmen muß. Das Geld, das augenblicklich in Leipzig für Reklame buchstäblich in die Gosse geworfen wird, würde den Reichsetat ganz erheblich entlasten können. Wir müssen an die gute Einsicht und an die Würde der Industriellen und der Kaufmannschaft appellieren und ihnen sagen: Macht erst einmal diese für Fastnachtsreklame weggeworfenen Gelder den wahren Zwecken der Messe zielsicher und ökonomisch dienstbar!

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Solange das nicht geschehen ist — und darin bin ich einig mit den wirklich maßgebenden Vertretern der Industrien, die in Leipzig ausstellen —, hat man nicht den moralischen Rückhalt, den man haben muß, wenn man an die gegenwärtige Regierung in der gegenwärtigen Lage erhöhte Forderungen stellen will.

Ich will bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß ja die Reichsregierung auch andere als finanzielle Mittel in der Hand hat, um die Leipziger Messe zu fördern. So ist es in den Kreisen (C) der beteiligten Kaufmannschaft mit großer Freude bemerkt worden, daß das neue System im Gegensatz zum alten ein lebhaftes Interesse für die Messe auch in dem Sinne bekundet hat, daß prominente Vertreter dieses Systems, unter anderen der Herr Reichspräsident Ebert, persönlich in Leipzig erschienen sind und die verschiedenen Ausstellungen besucht haben.

(Lebhafte Zurufe rechts.)

— Nun ja, das ist früher nicht geschehen! Sie brauchen doch nicht jede Schwäche zu unterstreichen, die das alte System gezeigt hat, und damit jede Besserung, die das neue System aufzuweisen hat. Die Sache ist genügend unterstrichen. —

Ich meine, Industrie und Handel, die auf der Leipziger Messe vertreten sind, haben es als ein großes Entgegenkommen, als die Bezeugung von Interesse und warmer Anteilnahme empfunden, daß die **Reichsregierung**, auch das Reichswirtschaftsministerium, die Methode der **Meßbesuche** eingeführt hat, und ich hoffe, daß es dabei bleibt. Das gibt nicht nur der Messe ein besonderes Relief, sondern es informiert auch diese Herren durch den Augenschein kürzer und tatsächlicher, als weitgehende Exposés es vermöchten, über den Wert der deutschen Qualitätsindustrie.

Ferner hat die Reichsregierung die Möglichkeit, dadurch, daß sie die **Verkehrsmöglichkeiten zur Messe** erleichtert, indirekt ganz wesentliche Summen der Industrie zu ersparen und dadurch zum Erfolg der Messe beizutragen. Man kann dieses Kapitel, über das ich hier sehr kurz spreche,

(Heiterkeit)

vielleicht bei dem Etat verschiedener Ministerien erwähnen. Ich muß jedenfalls kurz sagen, daß in dieser Angelegenheit lebhafte Wünsche aus den Kreisen der deutschen Industrie an die Verkehrsministerien geäußert werden. Große Bezirke, wie die Sonneberger Spielwarenindustrie, sind (D) von jedem Schnellzugsverkehr zur Leipziger Messe abgeschnitten. Wenn das anders wird, wird der Industrie viel Geld erspart, das sie, wenigstens zum Teil, der Messeorganisation und der zwecksicheren Propaganda zuwenden kann.

Der Herr Präsident hat mir gestattet, auch auf die Petitionen 12, 13 und 14 einzugehen. —

(Glocke.)

Präsident: Weil sie damit in Zusammenhang stehen. Aber Sie müssen es kürzer abmachen, als Sie es eben getan haben; sonst müßte ich mein Einverständnis zurückziehen.

Dr. **Vershofen**, Abgeordneter: — Herr Präsident, ich nehme schon drei Positionen in eine zusammen!

Es handelt sich darum, daß den Bestrebungen, in der **Industrie Normalisierungen und Typisierungen** durchzuführen, besondere Mittel zuteil werden. Im Namen meiner Freunde kann ich sagen, daß wir diesen Bestrebungen des Reichswirtschaftsministeriums äußerst sympathisch gegenüberstehen

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß wir hoffen, daß im künftigen Etat diese Summen wesentlich vergrößert werden. Mit dieser Normalisierung und Typisierung beginnt in diesem Augenblick tatsächlich die neue Wirtschaft, die Rationalisierung der Produktion. Ich glaube, Herr Dr. Semmler, gerade im Augenblick läßt sich für **Sozialisierung** keine bessere Interpretation finden, als indem man sagt: Sozialisierung der Produktion bedeutet zunächst einmal Rationalisierung.

(Zurufe rechts: Schöne Rationalisierung!)

— Das werden Sie natürlich erst in einigen Jahren einsehen. Aber Sie werden sich daran erinnern, daß wir heute schon davon gesprochen haben! —

(Dr. **Vershofen**, Abgeordneter.)

(A) Bei dieser Rationalisierung der Industrie ist nun noch zweierlei zu fordern, erstens, daß die gewonnenen Resultate nun auch wirklich von der Industrie akzeptiert werden — und wir erwarten Maßregeln, die das ermöglichen —, damit hier nicht ein unvernünftiger Konkurrenzkampf die wissenschaftlich geförderten Resultate in der Industrie und in der Produktion praktisch unberücksichtigt läßt. Zweitens ist dafür zu sorgen, daß durch die Rationalisierung Zeit erspart wird; denn die Rationalisierung soll die Zeit, die zur Reproduktion der gesellschaftlich nötigen Arbeit erforderlich ist, reduzieren. Es kann also durch Rationalisierung die Profitrate erhöht werden. Es ist nicht die Ansicht meiner Freunde, daß die Rationalisierung diesem Zweck dienen soll, sondern das wirtschaftliche Ergebnis der Rationalisierung muß sämtlichen Volksgenossen und muß ihnen gleichmäßig zugutekommen, nicht aber einzelnen, die dadurch Gelegenheit haben würden, andere auszubeuten.

Ich habe nun nur noch einen Schlußsatz hinzuzufügen. Ich hätte natürlich den Wunsch gehabt, über diese Dinge — das ist verständlich — länger zu sprechen. Ich möchte nur sagen: hier eröffnet sich wirklich wirtschaftliches Neuland! Hier müssen reiche Mittel in Zukunft eingesetzt werden. Die Rationalisierung unserer Industrie ist notwendig; denn nur sie kann dahin führen, daß ein wirkliches **Wirtschaftsprogramm**, wie es die Jungen dieses Hauses ohne Unterschied der Parteien wollen, verwirklicht wird, das in den Sätzen gipfelt: keine Leistung ohne Gegenleistung, kein Warenverbrauch ohne Arbeit, Vergütung nur im Werte der Leistung und ein Existenzminimum für jeden Volksgenossen! Das können wir in der heutigen Zeit nur erreichen, wenn wir daran gehen, unsere Produktion vernünftig zu machen, und diese drei Positionen des Etats sind der schüchterne Anfang dazu. Möchten sie sich bald zu recht ansehnlichen Positionen auswachsen!

(B) (Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hugo.

Dr. **Hugo**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stresemann hat sich bereits im Hauptausschuß dafür eingesetzt, daß der Betrag für die **Leipziger Messe** erhöht wird, und hat, glaube ich, damals die Heraufsetzung des Betrages auf 1 500 000 verlangt.

Ich möchte meinen, daß es eigentlich in diesem Augenblick nicht gerade sehr glücklich ist, daß wir in eine Auseinandersetzung über eine solche Frage geraten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In einem Zeitpunkt, wo die deutsche Wirtschaft wieder in den großen weltwirtschaftlichen Verkehr hineinwachsen soll, sind derartige Unterstützungen, die vom Reiche ausgegeben werden, die beste Kapitalsanlage für das deutsche Volk und für die deutsche Wirtschaft.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Im Interesse der deutschen Industrie, der deutschen Wirtschaft, der gesamten deutschen Arbeiterschaft liegt es, daß das, was in Leipzig in die Erscheinung tritt, was von dort durch die Welt hindurchleuchtet, einen möglichst starken und großen Wirkungskreis bekommt. Wer auf der Leipziger Messe gewesen ist und dort die Urteile der Ausländer über diese Messe gehört hat, der konnte erfreut sein; denn die Herren waren sämtlich erstaunt darüber, daß sie nun nach fünf Jahren einmal wieder sahen, was deutsche Leistungsfähigkeit zu vollbringen vermag. Das also der Welt kund zu tun, das gerade heute in diesem Zeitraum, in dem wir leben, in dem Zeitraum des Überganges in die neuen Verhältnisse, nach Möglichkeit in der Welt zu fördern, ist eine derart eminent wichtige und bedeutsame Aufgabe, daß wir über

(C) die Frage gar nicht diskutieren können, sondern der Position ohne weiteres — was meine Parteifreunde anlangt — zustimmen werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Position wird deshalb von meiner Fraktion unbedingt unterstützt werden.

Die Ausgaben, die in Leipzig unter den gegenwärtigen Umständen entstehen, sind selbstverständlich vielfach höher gegen die Friedenszeit. Ich kann der Kritik durchaus zustimmen, die der Herr Abgeordnete Vershofen nach der Richtung geübt hat, daß die **Zersplitterung des Meßwesens** in Deutschland durchaus nicht zweckmäßig erscheint, und daß man zur Konzentrierung der ganzen Leistungsfähigkeit in einer Messe in Leipzig zurückkehren sollte, zumal die anderen Messen unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dem Auslande nicht so vorteilhaft zeigen können, wie es Leipzig tut.

Daneben noch das andere! Gewiß ist in Leipzig manches aus vergangener Zeit, was unserm heutigen Geschmack nicht entspricht und entbehrt werden kann. Aber selbst, wenn man das abgestellt wissen will, wie auch wir das wünschen, so bedingt das durchaus nicht, eine Position wie diese zu streichen, denn es liegt auch ein moralisches Gewicht darin, wenn die deutsche Volksvertretung über die Unterstützung hinausgeht, die von der Regierung verlangt wird, und durch diese eigene Initiative vor dem deutschen Volke, vor der deutschen Wirtschaft und vor der Welt bekundet, welche Bedeutung wir dieser Aufgabe zumessen, Propaganda für die deutschen wirtschaftlichen Interessen zu machen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich habe das Empfinden, daß verschiedene Redner sich nicht klar darüber sind, daß wir heute noch zur Beratung des Heeresetats kommen müssen, wenn wir unser Programm zu Ende bringen wollen. (D)

(Zustimmung.)

Das Wort hat der Herr Geheimrat v. Schlieben.

v. Schlieben, Geheimer Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich bitte namens der Reichsfinanzverwaltung, auch diesen Antrag abzulehnen und es bei dem Beschlusse des Haushaltsausschusses zu belassen. Ich darf zunächst eine Bemerkung des ersten Herrn Redners, wenn ich sie richtig verstanden habe, richtigstellen. Es ist nicht zutreffend, daß derselbe Betrag wie im vorigen Jahre für die **Leipziger Mustermesse** in den Reichshaushaltsetat eingestellt worden ist. Im vorigen Jahre sind nur 700 000 Mark eingestellt worden, während jetzt 1 200 000 Mark, also eine volle halbe Million mehr angefordert worden sind.

(Sehr richtig!)

Ich bitte, daraus zu ersehen, daß auch die Reichsfinanzverwaltung und die gesamte Reichsregierung den hohen Wert und die große wirtschaftliche Bedeutung der Leipziger Mustermesse für den Wiederaufbau unseres darniederliegenden Wirschaftslebens durchaus nicht verkennen. Über diese erhebliche Erhöhung von einer halben Million Mark hinauszugehen und eine weitere halbe Million zu bewilligen, also im ganzen eine volle Million mehr als im Vorjahre, hält jedoch die Reichsregierung mit der derzeitigen Lage der Reichsfinanzen nicht für vereinbar. Ich bitte daher nochmals, den Antrag abzulehnen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die gemäß dem Antrage auf Nr. 1364 die Summe von 1 200 000

(Präsident.)

(A) Mark auf 1 700 000 Mark erhöhen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe weiter auf Tit. 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. —

Zu Tit. 10 liegt ein Antrag des Haushaltsausschusses vor:

Aufwendung zur wissenschaftlichen Förderung der Textilindustrie 5 000 000 Mark, und zwar:

a) zur Errichtung und Unterhaltung eines biochemischen Instituts . .	1 500 000 ℳ
b) zur Verfügung des mit dem Sitze in Dresden zu errichtenden „Kuratoriums zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie"	500 000 ℳ
c) zur sofortigen Verteilung an die bestehenden 6 Forschungsinstitute für Textilindustrie in Crefeld, Dresden, Karlsruhe i. B., M.-Gladbach, Reutlingen und Sorau nach einem von dem Kuratorium festzusetzenden Schlüssel . . .	3 000 000 ℳ
Zusammen . . .	5 000 000 ℳ

Ich nehme an, wenn sich kein Gegenwunsch regt, daß das Haus mit dem Antrage des Haushaltsausschusses einverstanden ist.

(Zustimmung.)

Ich stelle das Einverständnis des Hauses fest.

Ich rufe weiter auf Tit. 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16. — Zu Tit. 16 hat der Herr Abgeordnete Noske (Frankfurt) auf das Wort verzichtet. Ein nachahmenswertes Beispiel! — Tit. 17, — 18. —

(B) Nun folgen die Einnahmen, Kap. 8a Tit. 1, — 2, — 3a, — 3b, — 3c, — 3d, — 3e, — 3f, — Statistisches Reichsamt Tit. 4, — 5, — 6, — 7, — Reichsanstalt für Maß und Gewicht Tit. 8, — 9, — Reichsschiffsvermessungsamt Tit. 10, — 11, — Reichskanalamt Tit. 12, — 13, — Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft Tit. 14, — Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung Tit. 15, — 16. —

Nun folgt der außerordentliche Haushalt, einmalige Ausgaben Kap. 1a Tit. 1, Beihilfen an deutsche Schiffseigentümer und Schiffsbesatzungen, — Kap. 1a Tit. 2, — 3. — Angenommen.

Ich rufe auf Tit. 4, Reichswirtschaftsgericht.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Während des Krieges konnte man die Beobachtung machen, daß zahlreiche Personen Gelegenheit suchten, in den sogenannten kriegswichtigen Betrieben Unterschlupf zu finden. Besonders waren es die **Kriegsgesellschaften,** die als Versicherungsanstalten gegen die Einziehung zum Heeresdienst von gewissen „Kaufleuten" aufgesucht wurden.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Auch von anderen Leuten!)

Der Andrang war schließlich so groß, daß die Mehrheit des Reichstags — und das will schon viel sagen — durch seinen Hauptausschuß am 19. Oktober 1916 beschloß, von der Regierung eine Statistik darüber zu fordern, welche Personen in den Kriegsgesellschaften und im Reichsernährungsamt angestellt seien, und zwar sollte es eine Tabelle sein, die über Alter, Gehalt und Konfession Aufschluß zu geben hätte.

(Hört! hört! rechts.)

Gegen die Angabe der Konfession wehrte sich die Regierung außerordentlich stark. Die Mehrheit des Reichstags blieb dabei. Die Angelegenheit ist dann aber im Sande verlaufen. (C)

(Hört! hört! rechts.)

Wie man aber im Kriege die Beobachtung machen konnte, daß sich alles in die Kriegsgesellschaften drängte, so können wir jetzt beobachten, daß zahlreiche Personen, die in den Kriegsgesellschaften tätig sind, das Bemühen haben, sich dauernd dort einzurichten, um Unterkunftsstellen für die Zukunft zu erhalten. Uns ist jetzt eine Übersicht über die **Bezüge der auf Privatvertrag in den Kriegsgesellschaften Angestellten** übermittelt worden. Diese Übersicht ist außerordentlich interessant. In der Zentraleinkaufsgenossenschaft bezieht ein Beamter 37 000 Mark Gehalt, ein weiterer 36 000 Mark, ein dritter 31 000 Mark, zwei weitere 25 000 Mark usw. Der Angestellte, der die 37 000 Mark bezieht, ist 31 Jahre alt.

(Zuruf: Wie heißt er?)

— Meyer; mit einem y.

(Heiterkeit.)

Die Reichsgetreidestelle hat vier Angestellte mit 30 000 Mark Gehalt, vier Angestellte mit 19 000 Mark Gehalt und 28 Angestellte mit 16- und 15 000 Mark Gehalt.

(Zuruf rechts: Wie heißen sie?)

Ein 31jähriger Assessor!

(Abgeordneter Dr. Blunck: Wie heißt er?)

— Warten Sie, Herr Blunck, Sie werden es schon erfahren. Aber ich frage Sie, was verdient sonst ein 31jähriger Assessor?

(Zurufe rechts: Wie heißt er?)

— Dr. Löser.

(Heiterkeit rechts. — Zuruf links: Die Regie ist gut!)

In den anderen Kriegsgesellschaften ist es ebenso. In der Kriegswollaktiengesellschaft, in der Textilaktiengesellschaft, in der Reichsstelle für Gemüse und Obst. In der Nesselbaugesellschaft bekommen die beiden leitenden Herren 31 000 Mark, darunter ein 32jähriger Rechtsanwalt: Dr. Kahn. (D)

Meine Damen und Herren! Wir haben im Ausschuß Anträge gestellt, bei einigen Gesellschaften die Positionen um 150 000 Mark herabzusetzen, z. B. bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst, weil wir der Überzeugung sind, daß ihr Tätigkeitsgebiet sehr erheblich eingeschränkt ist. Unsere Anträge sind von den anderen Parteien abgelehnt worden. Im Etat sind nur diejenigen Kriegsgesellschaften aufgeführt worden, die Zuschüsse vom Reiche erfordern. Dazu ist die Bemerkung gemacht: die Einnahmen werden auch hier verrechnet. Ich bin der Überzeugung, daß uns für alle Kriegsgesellschaften, nicht nur für diejenigen, die Zuschüsse erfordern, sondern auch für diejenigen, die Überschüsse erzielen, ein Etat, wenn ich einmal so sagen darf, eine Aufstellung über Einnahmen und Ausgaben zugänglich gemacht werden sollte. Wenn wir diejenigen Kriegsgesellschaften im Etat bewilligen sollen, die Zuschüsse erfordern, dann ist es auch richtig, eine Übersicht über die Tätigkeit der andern zu erhalten. Der Herr Referent hat dem Ausschuß mitgeteilt, daß nach den ihm gewordenen Mitteilungen 64 Kriegsorganisationen bestehen und daß nur einige — so hat er wörtlich gesagt —, nur ein verschwindender Teil in der Auflösung begriffen ist. Die anderen, die Mehrzahl, wird, so sagt man, eben noch gebraucht, und bei zahlreichen Personen, die in ihnen tätig sind, kann man das Bemühen feststellen, für die Zukunft die Sache „sicherzustellen". Meine Damen und Herren! Im nächsten Frühjahr soll die Beamtenbesoldungsreform durchgeführt werden.

Präsident: Herr Abgeordneter, zur Beamtenbesoldung kommen wir heute nicht mehr. Da muß ich Sie dringend bitten, sich auf den vorliegenden Gegenstand zu beschränken.

(A) **Bruhn,** Abgeordneter: Es ist doch wohl nicht in Abrede zu stellen, daß die **Beamten** Vergleiche anstellen werden mit ihren schmalen Bezügen und denjenigen, die in den Kriegsgesellschaften gezahlt werden. Eine große Anzahl der leitenden Personen erhalten ebenso hohe Gehälter wie die Reichs- und Staatsminister. Die übrigen Herren haben höhere Gehälter als die Ministerialdirektoren, die 14- bis 17 000 Mark bekommen. Das geht unbedingt zu weit. Man muß sich bemühen, hier abzubauen, aufzulösen. Das Streben muß unverkennbar sein; das ist aber leider noch nicht der Fall. Wir wünschen, daß, wie wir allgemein gegen die Zwangswirtschaft sind und ihre baldige Aufhebung fordern, die Kriegsgesellschaften schnellstens aufgelöst werden. Erst dann wird für die werktätigen, schaffenden Hände wieder die Möglichkeit für eine ungehemmte Entwicklung geschaffen.

(Beifall rechts.)

Präsident: Tit. 4 ist weiter nicht angefochten; ich erkläre ihn für genehmigt. — Tit. 5 ebenfalls.

Ich rufe auf Tit. 6 und erteile das Wort der Abgeordneten Frau Schroeder.

Schroeder, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Aus Zeitungsnachrichten und aus persönlichen Mitteilungen geht hervor, daß die **Kohlennot** dazu geführt hat, daß eine Anzahl sozialer Einrichtungen, wie **Heilanstalten, Altersheime, Genesungsheime usw.,** entweder hat eine **Schließung** oder eine starke Einschränkung vornehmen müssen. Noch vor kurzem hat die Landesversicherungsanstalt Hannover bekanntgegeben, daß sie die Schließung der meisten ihrer Anstalten wegen der Kohlennot vornehmen müsse. Das Genesungsheim Friedrichshöhe in Bad Pyrmont für körperlich geschwächte Frauen mit 90 Betten sei bereits aus diesem Grunde geschlossen (B) worden. Eine weitere Schließung sei auch für die 5 Genesungsheime für Tuberkulose mit 326 Betten zu erwarten, wenn sich die Verhältnisse nicht bald ändern.

Auf der anderen Seite sehen wir, daß die Großstädte gezwungen sind, ihre Badeanstalten zu schließen. So ist der Stadt Berlin trotz aller Bemühungen nicht gelungen, so viel Kohlen zu erhalten, um wenigstens einen Teil ihrer Warmbäder öffnen zu können. Das bedeutet eine schwere Bedrohung der Volksgesundheit. Wie mir aus Kreisen der Verwaltung der Stadt Berlin mitgeteilt wurde, besteht sogar die Befürchtung, daß die außerordentlich segensreichen sozialen Einrichtungen von Buch, die unter anderem aus einer Lungenheilstätte, zwei Irrenanstalten und einem Altersheim bestehen, wegen Kohlenmangel geschlossen werden sollen. 20 000 Kranke genießen die Wohlfahrt dieser Einrichtungen, und ihre Schließung würde von katastrophaler Wirkung sein. In der Bevölkerung kann einer solchen Maßnahme niemals Verständnis entgegengebracht werden, solange wir noch sehen, wie in allen Großstädten Vergnügungsstätten, wie **Kinos,** Lichtbildtheater, mehr als je in Blüte stehen. Wir brauchen in Berlin nur durch die Straßen zu gehen, um zu sehen, in welch gewaltiger Anzahl Kinos vorhanden sind. Wenn es in anderen Großstädten auch nicht ganz so schlimm ist, so haben wir doch auch dort eine übergroße Anzahl derartiger Vergnügungsstätten.

Die Antwort, die der Reichskohlenkommissar im Hauptausschuß gegeben hat, konnte uns nicht befriedigen. Er wies darauf hin, daß die Verteilung der Kohlen an die Kinos usw. nicht ihm unterstehe, sondern daß sie Sache der örtlichen Verteilungsstelle sei. Dann müssen wir eben fordern, daß seitens der Reichskohlenstelle mit aller Energie auf die örtliche Verteilungsstelle eingewirkt wird, damit die Kohlen derartig verteilt werden, wie es im Interesse des Volkes liegt. Wenn im Ausschuß gesagt worden ist, daß die Bevölkerung derartiger Vergnügungsstätten zur Erholung und Aufheiterung bedürfe, (C) so haben wir dafür volles Verständnis. Wir gönnen von ganzem Herzen den Leuten nach diesen fünf Kriegsjahren Erholung und Vergnügen; wir wissen auch ferner, daß eine Schließung von derartigen Instituten nicht nur einen Schaden für die Besitzer bedeutet, sondern auch für die Angestellten. Aber das alles kann uns niemals mit der Tatsache aussöhnen, daß auch heute noch neue derartige Betriebe ins Leben treten und mit Kohlen versorgt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es handelt sich hier um ein Lebensinteresse des deutschen Volkes, und wir alle wissen, daß das einzige Vermögen, das wir überhaupt noch haben, unsere Volkskraft, unsere Arbeitskraft ist.

Wie aber diese Volkskraft infolge des Krieges gelitten hat, möchte ich Ihnen an einem kleinen Beispiel über die **Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit** vor Augen führen. Nach den Mitteilungen des Preußischen Statistischen Landesamts haben wir im Jahre 1917 eine Sterblichkeit an Tuberkulose gehabt von 29 356 Personen mehr als im Jahre 1913. Das bedeutet eine Zunahme von 51,6 Prozent. In Deutschland hatten wir nach den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts im Jahre 1917 in Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern eine Zunahme der Sterblichkeit an Tuberkulose von 27 553 Fällen, das heißt 68 Prozent mehr als im Jahre 1913. Die Zustände sind auch im Jahre 1918 nicht besser geworden. Während wir im Jahre 1913 in den Monaten vom Januar bis Oktober eine Sterblichkeit an Tuberkulose von 30 571 Fällen hatten, hatten wir in der gleichen Zeit 1918 eine solche von 64 774 Sterbefällen, also eine Zunahme von 89,4 Prozent.

Ich glaube, es genügt, diese wenigen Ziffern anzuführen, um zu zeigen, wie die **Volksgesundheit** abgesehen (D) von den direkten Folgen des Krieges gelitten hat; und es zeigen uns diese Ziffern, daß wir uns sagen müssen, die Volksgesundheit muß gehoben werden, anstatt daß sie noch durch **Schließung der Heilanstalten** verschlechtert wird. Wir haben schon heute den Zustand, daß die Kranken monatelang warten müssen, ehe sie in eine Heilstätte aufgenommen werden können, und wenn wir auch keine Statistik darüber haben, wieviele Kranke, denen hätte geholfen werden können, infolge dieser Tatsache zugrunde gehen, so sind wir uns doch wohl alle darin einig, daß tatsächlich der Schade ungeheuer ist. Aber dieser Schade wird verschlimmert mit der Schließung jeder Anstalt. Deshalb möchte ich das Reichswirtschaftsministerium und besonders den Reichskohlenkommissar bitten, alles zu tun, damit eine weitere Schließung von Anstalten verhindert wird und damit diejenigen Anstalten, die bereits geschlossen worden sind, wieder eröffnet werden. Geschieht das nicht, dann besteht die Gefahr, daß dem militärischen und politischen Zusammenbruch auch noch ein Zusammenbruch des Gesundheitszustandes unserer Bevölkerung folgt.

Hinter dieser wichtigen Aufgabe der Fürsorge für die Gesundheit der Bevölkerung müssen Vergnügungen zurücktreten, und deshalb möchte ich noch einmal zusammenfassen, daß meine Fraktion fordert, daß alles geschieht, daß zunächst die sozialen Einrichtungen mit Kohle versorgt werden, ehe die Vergnügungsstätten berücksichtigt werden. Im übrigen stimmen wir dem Herrn Reichswirtschaftsminister zu, wenn er sagte, es müsse alles geschehen, um die **Kohlennot** zu heben, und wir sind der Ansicht, daß wir nicht vor Unbequemlichkeiten zurückschrecken dürfen, wie sie zum Beispiel eine zeitweise Einstellung des Personenverkehrs bedeuten würde. Nur müßten wir bitten, daß eine rechtzeitige Bekanntgabe an

(Schroeder, Abgeordnete.)

(A) die Bevölkerung erfolgt, damit nicht noch weitere Komplikationen hierdurch hervorgerufen werden.

Ferner möchte ich mir gestatten, bei dieser Gelegenheit an das Reichswirtschaftsministerium die Anfrage zu stellen, wie es mit der **Ausführung des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft** steht. Das Gesetz ist bereits am 3. März verabschiedet, und die Ausführungsbestimmungen dazu datieren bereits vom August. In der Bevölkerung, die ja die Inangriffnahme dieser Bewirtschaftung der Kohle gefordert hat, liegt kein Verständnis dafür vor, daß die Ausführung bis heute noch hinausgezögert worden ist. Wenn wir eine Hebung der Kohlenproduktion haben wollen, so können wir das sicher auch tun, indem die Bevölkerung sieht, daß in dieser Weise etwas nach ihrem Willen geschieht.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Der Titel ist nicht beanstandet. Ich stelle seine Annahme durch das Haus fest.

Ich rufe auf Tit. 7, — 8, — 9. —

Hier hat sich Herr Dr. Böhmert gemeldet, sich aber wieder streichen lassen.

Ich rufe weiter auf Tit. 10, — 11. —

Zu Tit. 12 erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hätte auf das Wort verzichten können, wenn heute meine kleine Anfrage, die sich mit der ernsten Angelegenheit der **Kartoffelversorgung** beschäftigt, von der Regierung erschöpfend hätte beantwortet werden können. Aber angesichts der Lage, in der wir uns in bezug auf die Ernährung mit Kartoffeln befinden, ist es notwendig, daß ich noch mit wenigen Worten auf diese kleine Anfrage und deren Zusammenhänge zurückkomme. Es ist nicht (B) ein einzelner Fall, der sich in der Umgegend von Trier abgespielt hat, wo man mit Gewalttätigkeiten vorgeht, um auf dem Lande Kartoffeln aufzubringen, sondern die Fälle vermehren sich. Aus Schmalkalden und andern Teilen des Reichs hört man von gewalttätigen und ungesetzlichen Eingriffen.

Die Hauptsache in der Ernährungsfrage, die uns gegenwärtig beschäftigt, ist die Kartoffelversorgung. Es kommt nicht so sehr darauf an, ob an irgendeiner Stelle Eingriffe stattfinden und ob die Kartoffelversorgung dort gerade sich so vollzieht, daß wir ohne Sorge in die Zukunft schauen können. Es ist leider mit Rücksicht auf die schon geschilderte Kohlenfrage die Tatsache vorliegend, daß wir überall besorgen müssen, daß unser ganzes Deutsches Reich nicht genügend mit Kartoffeln versorgt werden dürfte. Da habe ich denn einige Bitten an die Reichskartoffelstelle, deren Titel jetzt behandelt wird.

Möge sie sich zunächst darüber klar werden, ob es eine richtige **Preispolitik** ist, die sie treibt; denn wenn ihr selbst durch amtliche Stellen nachgewiesen ist, daß sie an vielen Stellen Deutschlands diese Preise überschreitet, so liegt darin das Zugeständnis, daß ihr diese Preise nicht genügen und daß sie, um Kartoffeln zu bekommen, die Preise überschreiten muß. Diese verwirrende und die Rechtslage erschütternde Tatsache hier anzuführen, halte ich mich für verpflichtet. Ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Reichskartoffelstelle hieran einen großen Teil der Verantwortung trägt.

Abgesehen davon, ist die Frage der **Saatkartoffelsperrung** heute von katastrophaler Bedeutung, wenn ihr weiter Folge gegeben wird. Wir haben schon in den letzten Jahren einen Rückgang des Kartoffelanbaues feststellen müssen, nämlich von 3,4 Milliarden Hektar auf 2,4 Milliarden Hektar. Was das bedeutet, wird jedem klar sein. Es drückt sich schließlich in den Importziffern (C) aus, die wir heute zu beklagen haben. Aus Holland und Polen werden enorme Mengen Kartoffeln herangeschleppt, die allein nach meinen Berechnungen einen Aufwand von 4 bis 5 Milliarden Mark darstellen. Wie wir das heute mit unserer schwer angestrengten Valuta in Zusammenhang bringen und wie wir in Zukunft hier ohne Sorgen sein sollen, das ist mir nicht klar. Wenn wir aber gleichzeitig die **Transportfrage** noch mit hinzunehmen, wenn wir, worauf die Frau Vorrednerin hinwies, bedenken, daß die **Kohlenfrage** heute an sich die ernsteste Frage ist, die zu erwägen sein dürfte, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß mit dieser Frage die Frage der Versorgung der großen Städte mit Kartoffeln eng zusammenhängt. Wir sind damit einverstanden, wenn der Personenverkehr demnächst in gewissen Umfange gesperrt werden könnte. Ich sehe bei dem Mangel an Transportmitteln und bei dem Mangel an Kohle keine Möglichkeit, die großen Städte auf anderem Wege rechtzeitig zu versorgen als durch Bescheidung in der Frage des Personenverkehrs. Diese Anregung zu geben, halte ich mich für verpflichtet.

Schließlich noch ein Wort bezüglich der **Umlage der Kartoffeln.** Wir selbst haben das Bedürfnis, daß eine Umlage stattfindet, aber daß diese Umlage sich sachgemäß vollzieht und daß, was darüber hinausgeht, möglichst zum Verkauf freigegeben wird. Das ist der Antrag, den wir bei der Kartoffelversorgung gern durchgeführt haben möchten. Aber die Umlage, wie sie durch die Reichskartoffelstelle stattfindet, entbehrt jeder Sachlichkeit. Was von meinen Freunden schon wiederholt als Wunsch hervorgehoben worden ist, nämlich das Sachverständnis im Reichswirtschaftsministerium zu vermehren, das trifft ganz besonders auch auf die Reichskartoffelstelle zu. Was soll man dazu sagen, wenn ein Kreis wie mein eigener, dem die Aufgabe gestellt ist, 800 000 Zentner Kartoffeln aufzubringen, nach sachverständigem Urteil nicht einmal in (D) der Lage ist, seinen eigenen Bedarf zu decken. Was soll man dazu sagen, wenn in Ostpreußen Hunderttausende von Zentnern Kartoffeln umgelegt worden sind, die gar nicht vorhanden sind. Ja, dann hat der Landwirt natürlich kein Interesse am Aufbringen; es fehlt ihm der Anreiz, seine Schuldigkeit zu tun.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bitte die Reichskartoffelstelle, daß sie diesem Moment der sachverständigen Feststellung, nicht bloß des Bedarfs, sondern der Möglichkeit der Aufbringung, die nötige Beachtung zuteil werden läßt.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Der Posten ist weiter nicht beanstandet. — Ich stelle seine Annahme fest.

Ich rufe auf Tit. 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 32, — 33, — 34, — 35, — 36, — 37. — Angenommen.

Damit wäre der Etat des Reichswirtschaftsministeriums auch in zweiter Lesung erledigt, abgesehen von der Entschließung Arnstadt auf Nr. 1357, über die wir hier noch abzustimmen hätten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hermann (Württemberg).

Hermann (Württemberg), Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage, die Beschlußfassung über diese Entschließung bis zur dritten Lesung auszusetzen.

Präsident: Es ist beantragt, die Beschlußfassung über die Entschließung auf Nr. 1357 — das ist die Entschließung, über die vorhin die Beschlußunfähigkeit festgestellt ist — bis zur dritten Lesung zu vertagen. Ich

(Präsident.)

(A) bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; also ist die Beschlußfassung über die Entschließung Nr. 1357 bis zur dritten Lesung verschoben.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung, das Reichswirtschaftsministerium, erledigt.

Ich rufe nunmehr auf:

Haushalt der Verwaltung des Reichsheers (Anlage V).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1373 der Drucksachen.)

Berichterstatter: Abgeordneter Stücklen.

Als Kommissare sind angemeldet:

Vom Reichswehrministerium:

Geheimer Kriegsrat Dörken;

von der Abwickelungsstelle des preußischen Kriegsministeriums:

Oberstleutnant Freiherr v. Weitershausen,
Wirklicher Geheimer Kriegsrat Selle,
Geheimer Kriegsrat Köstlin.

Ich beginne mit den fortlaufenden Ausgaben, Kap. 14 Tit. 1.

Ich will dem Hause bekanntgeben, daß voraussichtlich nach dem, was mir bis jetzt mitgeteilt worden ist, die Beratung nicht sehr lange dauern wird. Wir werden wohl kaum eine halbe Stunde mehr Ihre Geduld dafür in Anspruch zu nehmen brauchen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Stücklen, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushalt schließt im ordentlichen Etat mit einer Ausgabe von 542 938 800 Mark, im außerordentlichen Etat mit 300 000 000 Mark (B) ab. Für das Halbjahr vom 1. Oktober bis 31. März betragen sonach die **Heeresausgaben** 844 438 000 Mark. Diese Ausgaben sind außerordentlich hoch. Allein es konnte von vornherein keinem Zweifel unterliegen, daß die Ausgaben für ein Söldnerheer, sowohl in der Zeit der Umwandlung, als auch in der Zeit des Beharrungszustandes, von ganz erheblicher Höhe sein müssen.

Durch den Friedensvertrag muß das Heer auf 200 000 Mann vermindert werden, vom 1. April 1920 ab darf die Stärke 100 000 Mann nicht mehr übersteigen. Dieses Heer von 100 000 Mann darf nur noch 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen umfassen, wozu noch die technischen Hilfstruppen kommen. Das Deutsche Reich ist dementsprechend in 7 **Wehrkreise** eingeteilt worden. Diese Wehrkreise werden die territorialen Ergänzungsbezirke der Divisionen sein. Auf die Wehrkreiskommandos sind die Befugnisse der Generalkommandos übergegangen. Die Generalkommandos als solche haben mit dem 1. Oktober 1919 zu bestehen aufgehört. Für die drei Kavalleriedivisionen sind Territorialbezirke nicht vorgesehen, da die Kavallerie als leicht bewegliche Truppe über das ganze Reich verteilt werden muß.

Die Wehrkreise sind Ostpreußen mit dem Sitze Königsberg; Pommern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg mit dem Sitze Stettin; Schlesien, Brandenburg und Posen mit dem Sitze Berlin; Provinz und Freistaat Sachsen und ein Teil von Thüringen mit dem Sitze Dresden; Thüringen, Hessen, Baden und Württemberg mit dem Sitze Stuttgart; Hannover, Westfalen und Rheinland mit dem Sitze Münster und endlich Bayern mit dem Sitze in München.

Im Rahmen dieser Einteilung des Reichsgebiets für das endgültige Friedensheer erfolgt auch die **Aufstellung des Übergangsheeres** von 200 000 Mann. Dieses Übergangsheer besteht aus 20 Reichswehrbrigaden, die durch (C) Zusammenlegung der bisher bestehenden Verbände gebildet worden sind. Damit sind alle bisher vorhanden gewesenen Verbände beseitigt worden. Die Zusammenlegung erfolgt innerhalb der Wehrkreise und grundsätzlich im Heimatbezirk der Truppenteile. Ausnahmen sind auf besonders angebrachte Wünsche der Truppe hin und dort, wo der Heimatbezirk infolge Räumung oder Abtretung nicht mehr in Frage kommt, angeordnet. Von den 20 Brigaden entfallen im allgemeinen auf jeden Wehrkreis zwei. Eine Ausnahme war nötig in den Wehrkreisen 3 und 4, und zwar entfallen auf ersteren Wehrkreis fünf, auf letzteren vier und auf Wehrkreis 7 drei Reichswehrbrigaden. Die Reichswehrbrigaden unterstehen territorial den Wehrkreiskommandos, für Truppenführung und Ausbildung den Reichswehrtruppenkommandos. Diese Truppenkommandos entsprechen den seitherigen Armeeinspektionen. Diese Reichswehrtruppenkommandos befinden sich in Berlin, in Kassel, in Kolberg und in München.

Jede Brigade besteht aus zwei Infanterieregimentern zu drei Bataillonen, einem Kavallerieregiment zu drei Eskadronen, einer Maschinengewehrabteilung, einem Pionierbataillon, einem Scheinwerferzug, Beleuchtungstruppen, Brückentrain, Nachrichten- und Kraftfahrerabteilung, Staffelstab und einer Sanitätskompagnie. Es werden sonach für die Übergangszeit vorhanden sein: 44 Regimenter Infanterie, 23 Regimenter Kavallerie, 20 Regimenter Artillerie, 21 Bataillone Pioniere, 24 Nachrichtenformationen, 21 Kraftfahrerformationen und 33 Train- und Sanitätsformationen.

In der Aussprache wies der Referent darauf hin, daß er dieses **Söldnerheer** praktisch und finanziell für die Dauer für eine reine Unmöglichkeit halte. Wesentliche Ersparnisse gegen früher könnten kaum gemacht werden, und ein Heer, das keine Reserven hat, sei überdies zur Verteidigung des Landes kaum zu gebrauchen. Man werde danach trachten müssen, doch noch von der Entente (D) die Zustimmung zu bekommen, zu einem der Zahl nach beschränkten **Milizheer** übergehen zu können. Bedenklich sei, daß das **Reichswehrministerium** sich zu einer Art Wasserkopf auszubilden scheine. Die Zahl der Adjutanten des Reichswehrministers scheine zu hoch. Außerdem sei auffallend, daß die Zahl der Stabsoffiziere, der Hauptleute usw. in einem großen Mißverhältnis zur Zahl der Leutnants stehe.

Im außerordentlichen Etat sei eine Forderung von 1 500 000 Mark für die **Einwohnerwehren** enthalten. Diese Einwohnerwehren seien keine Truppen. Sie hätten nur die Aufgabe, im Notfall für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und müßten deshalb aus dem Etat des Reichswehrministeriums gestrichen und einem anderen Etat angegliedert werden.

Der Mitberichterstatter trat diesen Ausführungen in der Hauptsache bei. Auf den ersten Blick scheine der Apparat ziemlich großzügig aufgezogen zu sein. Insbesondere könne man sich nicht vorstellen, daß bei einem Heer von 100 000 Mann die **Besetzung der höheren Stellen** in so großer Zahl notwendig sei. Um so weniger sei es zu verstehen, daß man für die Marine mit ihren 15 000 Mann einen ähnlich großen Apparat haben müsse. Es sei doch wohl möglich, gewisse Ämter bei Heer und Marine zu vereinigen.

Der Reichswehrminister besprach dann die Gliederung des Etats, indem er besonders hervorhob, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Reichswehr aufgebaut werden müßte. Ein Zusammenwerfen der Marineverwaltung und der Heeresverwaltung in einen Topf halte er für ausgeschlossen. Deshalb sei es insbesondere auch nicht möglich, das Personal für beide Teile der Wehrkraft zusammenzulegen. Die **Einwohnerwehren** würden mit der Befestigung unserer Verhältnisse allmählich abgebaut

(Stücklen, Berichterstatter.)

(A) werden. Über diese Einwohnerwehren vertraulich zu sprechen, wie es angeregt worden war, liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Es sei vielmehr geboten, jede Einzelheit in voller Öffentlichkeit zu verhandeln, schon damit unsere bisherigen Gegner sehen, daß wir nichts zu verheimlichen haben.

Der vorliegende Etat sei auch nicht der Etat der zukünftigen Reichswehr, sondern der Etat für eine Truppe, die für eine Übergangszeit aus dem Boden gestampft wurde, in ihrer jetzigen Form aber unmöglich bestehen bleiben könne. Wenn der Abbau nicht rascher vonstatten gegangen sei, so hänge das zusammen mit den **Verhältnissen an der Ostgrenze.** In Oberschlesien, Westpreußen und Ostpreußen müßten nach wie vor verhältnismäßig große Truppenkörper gehalten werden. Es werde der Versuch gemacht, den Apparat jetzt schon so aufzustellen, wie er nach dem Friedensvertrag für die Dauer vorgeschrieben sei, das heißt für 100 000 Mann. Daß die Zahl der **höheren Stellen** prozentual größer sei als früher, sei deshalb geschehen, weil bei einer derart langen Dienstzeit, wie der Friedensvertrag sie vorschreibt, zwölf Jahre, nicht mehr soviel Ausbildungspersonal erforderlich sei. Daraus erkläre es sich, daß in den unteren Stellen erhebliche Abstriche vorgenommen seien. Die als zu hoch bezeichnete **Zahl der Adjutanten** erkläre sich aus dem ungeheuren Eingange von Angelegenheiten, die von dem Herrn Reichswehrminister persönlich entschieden werden sollen. Erst vom 20. April 1920 ab würde die Zahl der Adjutanten auf vier beschränkt werden.

In der weiteren Aussprache begründete ein Redner einen von seiner Partei gestellten Antrag, der eine **Besserung der Bekleidung** und eine bessere **Bezahlung** und Verbesserung der **Unterkunft** der Truppen forderte. Nur wenn diese Forderungen erfüllt würden, würde die Reichswehr ihre schweren Aufgaben erfüllen können.

(B) Derselbe Redner wandte sich gegen ein von dem Herrn Reichswehrminister erlassenes **Zeitungsverbot,** wodurch die freie Meinungsäußerung erheblich beeinträchtigt werde. So habe man sich die Freiheit unter dem neuen System nicht vorgestellt.

Weiter wurde daran Kritik geübt, daß in **Wismar** die Bildung einer **Truppe von Freiwilligen** durch den Minister verhindert worden sei.

Eine besondere Frage sei die **Entpolitisierung der Armee.** Es sei zu verurteilen, wenn auf die Offiziere in demokratisch-sozialistischem Sinne eingewirkt werde. Lasse man das zu, dann müßte man den anderen Parteien auch die Möglichkeit der Agitation geben.

Weiter wurde kritisiert, daß die **Entschädigung für Beschlagnahme des Privateigentums** den Heeresangehörigen gegenüber zu gering bemessen sei.

Von einem anderen Redner wurden gegen die Art, wie das Reichswehrministerium organisiert sei, erhebliche Bedenken geäußert. Tüchtige Offiziere dürften nicht entlassen werden. Das **Offizierkorps** müßte auch für die Zukunft so stark wie möglich erhalten bleiben. Es sei zu prüfen, ob nicht die unteren Stellen, die die aufgehobenen Stellen der einzelstaatlichen Kriegsministerien ersetzen, stärker ausgebaut werden könnten. Die **Löhne und Gehälter** seien durchaus unzureichend. Sie müßten so sein, daß gute und tüchtige Leute auch weiter in der Reichswehr bleiben. Größte Sorgfalt sei auf die **Verpflegung** zu verwenden. Die Truppen müßten den denkbar besten **Unterricht** erhalten. Die hierfür eingesetzten Mittel seien zu wenig, weshalb seine Fraktion eine Erhöhung des Betrages um eine Million beantrage. Der Antrag wurde, nachdem er von verschiedenen Seiten aus etatrechtlichen Gründen bekämpft wurde, später zurückgezogen.

Der betreffende Redner regte dann an, **die neutralen Zonen** nicht völlig ohne militärischen Schutz zu lassen.

(C) Von einem anderen Redner wurde gefordert, daß aus der **Reichswehr** die **Politik ausgeschaltet** werden müsse. Heute werde von rechts und links auf die Reichswehr eingewirkt. Ohne das Instrument der Reichswehr schwebe die Regierung in der Luft. Die Kriegsgefangenen würden teilweise im Sinne der rechtsstehenden Parteien bearbeitet. Dem müsse die Regierung entgegentreten. Wir müssen darauf hinwirken, eine Reichswehr zu bekommen, die durchaus auf republikanischem Boden stehe. Wer sich mit der Republik nicht abfinden kann, für den dürfe in der Reichswehr kein Platz sein.

Auch können sich viele Offiziere noch immer nicht mit den neuen **Reichsfarben** abfinden. Der Minister müsse nicht nur nach unten, sondern ebenso nach oben mit eiserner Faust durchgreifen.

Wenn von einem Redner verlangt wurde, daß den zurückkehrenden **Kriegsgefangenen** die **Gebührnisse** nachgezahlt werden müßten, so stehe dies im Widerspruch mit der Kriegsbesoldungsordnung. Die Forderung sei auch ungerecht und unsozial, weil dadurch die vermögenden Familienväter Vorteile erhielten, während die ärmeren die Löhnung in Form der Zahlung an die Familien bereits erhalten haben und nun vollständig leer ausgehen müßten. Im Falle der Bedürftigkeit gewähre die Regierung eine Beihilfe auch dann, wenn die Löhnung während der ganzen Dauer der Gefangenschaft schon auf die Familien bezahlt worden sei. Dem Wunsche auf guten Unterricht sei durchaus zuzustimmen.

Der Minister ging dann auf eine Reihe der vorgebrachten Wünsche und Beschwerden ein. Nähere Ausführungen darüber kann ich wohl unterlassen, weil alle diese Angelegenheiten im Plenum noch einmal zur Erörterung kommen sollen.

Der Minister rechtfertigte dann das **Verbot einer Zeitung,** indem er einige Sätze aus dem Artikel verlas, der den Anlaß zu dem Verbot gegeben hat. — Für gute (D) **Behandlung, Bezahlung,** sowie **Verpflegung** der Reichswehrtruppen habe er sich jederzeit eingesetzt. Daß soviel zu wünschen übrig bleibe, wurde zugegeben und Abhilfe so rasch als möglich in Aussicht gestellt.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die Ihnen später als ein Antrag der Mehrheitsparteien zugehen wird, weshalb ich darauf verzichten kann, die Resolution vorzutragen.

Nun noch ein paar Einzelheiten. Beim Kap. 19 Tit. 9 bemängelte der Referent, daß den Reichswehrtruppenkommandos und den Wehrkreiskommandeuren je ein **Kraftwagen** zur Verfügung gestellt wird. Darüber entspann sich eine längere Aussprache, die zu einem positiven Resultate nicht führte, nachdem ein Antrag auf Abänderung der Etatsposition nicht gestellt worden war.

Zu längeren Erörterungen führte sodann Kap. 20 Tit. 1, wobei insbesondere zum Ausdruck gebracht wurde, daß in Erwägungen darüber eingetreten werden müsse, ob die etatisierten **Festungskommandanten** und **Übungsplatzkommandanten** in der angeforderten Zahl notwendig sind. Der Reichswehrminister setzte auseinander, daß seiner Auffassung nach die Etatsätze das mindeste dessen betragen, was nach Lage der Sache verlangt werden müsse.

Zu einer kurzen Aussprache kam es noch über die Frage der **Entschädigung an Offiziere bei Nichtgestellung der zuständigen Burschen.**

Die Ausgaben für die **Einwohnerwehren** wurden aus dem Heeresetat gestrichen, weil es sich hier nicht um eine militärische Truppe handelt, sondern bloß um eine Einrichtung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Gemeinden. Diese Position soll in dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung eingesetzt werden.

Weitere Einwände von Bedeutung wurden gegen den Haushalt der Verwaltung des Reichsheeres nicht erhoben.

(A) **Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, nun die Beratung abzubrechen. Ich will dann mitteilen, daß morgen zunächst der Herr Reichswehrminister nicht vor hat, nach den ausführlichen Darlegungen des Herrn Berichterstatters zunächst das Wort zu ergreifen, und es würde also morgen früh sofort in die Debatte durch das Haus eingetreten werden, wobei ich die erfreuliche Mitteilung mache, daß bis jetzt Wortmeldungen nicht vorliegen.

(Heiterkeit.)

Das Haus ist mit der Vertagung einverstanden.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Mittwoch den 29. Oktober, vormittags $9^1/_4$ Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend Erteilung der Genehmigung (B) zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Gandorfer;
2. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung unter Anfügung des Etats für das Reichsmilitärgericht, Reichsmarine, Reichstag, Rechnungshof, Reichsdruckerei, Reichsschuld, allgemeine Finanzverwaltung und des Etatsgesetzes;
3. Berichte des Petitionsausschusses;
4. Berichte des 6. Ausschusses über Petitionen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 39 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

112. Sitzung.

Mittwoch den 29. Oktober 1919.

(D)

Die Sitzung wird um 9 Uhr 36 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Koch (Merseburg), Dr. Blunck, Winnefeld
die Abgeordneten Ziegler, Dr. Zöphel, Dusche;

in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Dernburg
der Abgeordnete Dr. Wieland;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Ende
der Abgeordnete Steinsdorff;

in den 12. Ausschuß für die Abgeordnete Hübler
der Abgeordnete Eichhorn;

in den 21. Ausschuß für die Abgeordneten Fischer (Berlin), Warmuth, Beims, Dr. Haas (Baden), Stehr, Schmidthals
die Abgeordneten Riedmüller, Noske (Frankfurt), Thöne, Brodauf, Dr. Luppe, Franke.

(Präsident.)

(A) Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist der

mündliche Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Gandorfer (Nr. 1188 der Drucksachen):

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Blunck.

Das Wort hat der Berichterstatter.

Dr. **Blunck,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Herren! Der Rechtsanwalt Goldschmitt aus München hat im Auftrage des Abgeordneten **Gandorfer** zwei Schreiben vom 30. August und 4. Oktober an die Nationalversammlung gerichtet, in denen er erneut darum bittet, die **Genehmigung zur Strafverfolgung** wegen derselben Straftaten zu erteilen, über die die Nationalversammlung bereits in ihrer Sitzung vom 31. Juli 1919 beschlossen hat. Es handelt sich einmal um den Vorwurf des Hochverrats und zum andern um den Vorwurf unerlaubter Schiebungen und Schmuggelei. Sie erinnern sich, daß die Nationalversammlung damals beschlossen hat, wegen des Vergehens des Hochverrats die Genehmigung zur Strafverfolgung zu verweigern, sie dagegen in dem andern Falle, da es sich um den Vorwurf eines gemeinen Verbrechens handelt, zu erteilen. Insoweit ist also der neue Antrag erledigt. Im übrigen bittet Sie der Geschäftsordnungsausschuß, bei dem früheren Beschluß zu beharren.

Der Rechtsanwalt Goldschmitt begründet sein erneutes Ersuchen damit, daß seinem Mandanten ein ehrenrühriger Vorwurf gemacht sei, und daß es für ihn unerträglich sei, noch länger in diesem Zustande der Ungewißheit zu verbleiben. Die Nationalversammlung steht aber im Anschluß an die bisherige ständige Praxis des Reichstags auf dem Standpunkt, daß die Immunitätsvorschriften nicht im Interesse des einzelnen Abgeordneten gegeben (B) sind, sondern lediglich im Interesse der Allgemeinheit, die ein Recht darauf hat, daß der betreffende Abgeordnete in die Lage versetzt werde, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen. Von diesem Standpunkt aus kann es nicht gebilligt werden, daß wegen eines politischen Vergehens, wie es hier vorliegt, die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt wird,

Der Geschäftsordnungsausschuß bittet Sie deshalb, bei dem früheren Beschluß stehen zu bleiben.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung. Den Antrag des Ausschusses haben Sie gehört.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag des Ausschusses zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen. Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen (Nr. 226, 1046 der Drucksachen)

und zwar zunächst

Haushalt der Verwaltung des Reichsheeres (Anlage V)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1373 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Stücklen.

Wir fahren in der Besprechung weiter.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Maretzky. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. **Maretzky,** Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Die **Heeresstärke,** die im Etat mit 200 000 Mann vorgesehen ist, ist zu gering selbst für die Lösung der Aufgabe, die das Heer im Innern hat, die Aufrechterhaltung der Ordnung. Das geht schlagend hervor aus der Tatsache, daß diese Aufgabe nicht einmal immer rechtzeitig und vollkommen von dem Heere in seiner jetzigen Stärke, die annähernd 400 000 Mann ist, gelöst werden konnte. Nur durch ein dauerndes Hin- und Herschieben der Truppen von einem Gebietsteil zum andern, eine Art der Verwendung, die mit den ungeheuersten Strapazen für Mannschaften und Offiziere verbunden war, ist es möglich gewesen, einigermaßen dieser Aufgabe, die Ordnung aufrechtzuerhalten, gerecht zu werden Das möge auch die Entente erwägen, wenn sie ihren Willen, die Herabsetzung des Heeresbestandes auf 100 000 Mann durchzusetzen, verwirklichen will. Es mögen auch unsere militärischen Reichsstellen erwägen, daß sie nicht einen überstürzten Abbau der Heeresstärke vornehmen. Ich sage, die Art und Weise der Verwendung der Truppen, die Methode des Kampfes, die die Truppen in schweren Straßenkämpfen einsetzen ließ gegen einen grausamen, oft tückischen Gegner, und die pflichttreue Durchführung dieser Kämpfe hat den vollsten Dank des Landes der Truppe gegenüber herausgefordert. Wir sprechen diesen Dank aus; denn die **Reichswehr** ist es gewesen, der es gelungen ist, in den verflossenen Monaten dieses Jahres die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Wir bedauern tief, daß die Reichswehr von einem Teile unseres Volkes, der verhetzt ist, beleidigt und verunglimpft wird. Leider kann uns dieses Verhalten einer einsichtslosen Menge nicht Wunder nehmen, wenn selbst führende Männer in der sozialistischen Regierungspartei sich nicht scheuen, die Offiziere, die monarchisch gesinnten Offiziere der Reichswehr anzugreifen, zu beleidigen und, wie es (D) neulich der Herr Abgeordnete **Scheidemann** getan hat, mit Spartakusleuten auf eine Stufe zu stellen. Wir halten ein solches Verfahren für ungerecht, unklug und undankbar, undankbar insbesondere vom Standpunkt des Herrn Abgeordneten Scheidemann. Darf ich diesen Herrn Abgeordneten daran erinnern, daß es Offiziere der Reichswehr gewesen sind, die noch vor kurzer Zeit ihm Amt und Stellung, vielleicht das Leben gerettet haben?

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Darf ich Sie an die Dezember- und Januartage des verflossenen Winters erinnern, als das Schloß, der Marstall, das Polizeipräsidium, das Zeitungsviertel und insbesondere der „Vorwärts“ von Spartakusleuten besetzt war, und als der „Vorwärts“ damals von bürgerlichen Offizieren entsetzt wurde, von bürgerlichen Offizieren — es ist schrecklich zu hören für Sozialdemokraten —, unter denen ein Prinz mit Namen Hohenzollern war? Erinnern Sie sich an die Tage, wo die Volksmarinedivision vor die Reichskanzlei zog und die Volksbeauftragten um ihre Machtstellung und vielleicht ihr Leben zitterten?

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Schließlich erinnern Sie sich, als in der zweiten Hälfte des Januar dann die Freiwilligenkorps sich gebildet hatten, um Berlin zusammengezogen wurden und Berlin besetzten, das Freiwilligenkorps Hülsen, das Landesjägerkorps und die Garde-Kavallerie-Schützendivision, die dem Regimente Reinhardt, das damals zunächst allein den Schutz von Berlin übernommen hatte, zu Hilfe kam. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, dem vielgeschmähten Manne Oberst Reinhard, der die Ordnung in Berlin in der schwersten Zeit aufrechterhalten hat, den Dank der Einwohnerschaft von Berlin zu sagen.

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Damals hat der Herr Abgeordnete Scheidemann sehr freundliche Worte gegenüber diesen **Offizieren** gefunden, die auch schon damals aus ihrer **monarchischen Gesinnung** ebensowenig ein Hehl gemacht haben wie jetzt. Monarchische Gesinnung heißt eben nicht — das will ich hier betonen — die Republik mit gewaltsamen Mitteln bekämpfen; auch ein monarchisch gesinnter Offizier kann in treuer Pflichterfüllung der Republik dienen, er kann die Rückkehr der monarchischen Zustände wünschen, aber gleichwohl seine Pflicht der Verfassung gegenüber in vollem Maße tun. Beides verträgt sich durchaus, und sich dagegen zu wehren, daß sich beides verträgt, heißt nichts anderes als das Reich wehrlos machen; denn davor dürfen wir die Augen nicht verschließen, daß die große Mehrzahl der Offiziere nicht auf dem politischen Standpunkt der Regierungspartei steht; und wenn Sie durch dies Verhalten die Offiziere zwingen, die Reichswehr zu verlassen, dann fällt die Reichswehr auseinander, und damit stürzt die Ordnung dieses Landes zusammen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Und deshalb ist es nicht nur undankbar, die Offiziere der Reichswehr zu beleidigen und zu verunglimpfen, sondern es ist auch unklug. Was hält denn überhaupt das Reich innerlich noch zusammen? Doch ganz allein die Reichswehr! Sie ist der letzte Halt, die letzte Stütze für die Ordnung des Landes.

(Zustimmung rechts.)

Die Unabhängigen und die Kommunisten würden doch keinen Augenblick zögern, die jetzige Reichsgewalt zu stürzen, wenn nicht die Reichswehr da wäre, die den Umsturz niederhält.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Warum bekämpft denn die U. S. P. D. die Reichswehr (B) so hartnäckig und so feindselig? Warum wird die Reichswehr in Deutschland von der U. S. P. D. bei der Entente dauernd denunziert? Doch nicht deswegen, weil die Unabhängigen aus bloßer Lust am Landesverrat uns die Feinde auf den Hals hetzen, sondern weil sie systematisch alles betreiben, was geeignet ist, die Reichswehr zu beseitigen. In der Reichswehr erkennen sie das letzte Bollwerk, das der Aufrichtung der Rätediktatur entgegensteht.

(Lebhafte Zurufe und Unruhe links.)

Meine Damen und Herren! Insbesondere die Rechtssozialdemokratie sollte das bedenken. Auf wen kann sie sich denn anders stützen als auf die Reichswehr! Die große Mehrzahl der Arbeiterschaft ist den Lockungen der U. S. P. D. bereits erlegen. Schon jetzt steht die große Mehrheit der Arbeiterschaft nicht mehr hinter den Mehrheitssozialdemokraten. Meine Damen und Herren! Sie werden uns nicht glauben machen, daß etwa die bürgerliche Mehrheit hinter der jetzigen Regierung, hinter dem sozialistischen Kern dieser Regierung steht. Auch die bürgerliche Mehrheit des Volkes steht Ihnen ablehnend gegenüber. Auch nicht der katholische Teil des Bürgertums steht geschlossen hinter Ihnen. Ich glaube Ihnen, meine Herren vom Zentrum, nie und nimmer, daß Sie Ihr Herz bereits ganz und gar und endgültig dem sozialistischen Bündnis vergeben haben.

(Zurufe aus dem Zentrum.)

Der einzige Machtfaktor, auf den sich die Regierung tatsächlich stützen kann, ist und bleibt die Reichswehr. Diese Reichswehr — meine Damen und Herren, bitte übersehen Sie das nicht! — steht und fällt mit den **bürgerlichen Offizieren.** Treiben Sie die bürgerlichen Offiziere aus der Reichswehr, dann fällt die Reichswehr zusammen und damit die letzte Stütze unserer Ordnung.

(Zurufe links.)

(C) Herr Scheidemann zerstört durch solche Reden, durch ein solches Verhalten meines Erachtens nicht nur den letzten Halt seiner eigenen Partei, sondern, da die Partei die Staatsgewalt hat, auch das letzte und einzige Fundament der Ordnung unseres Reichs. Gerade deswegen legen wir entschieden Verwahrung gegen solche Reden ein.

Aber der Bestand der Reichswehr ist nicht nur dadurch bedroht, daß man im Begriffe ist, die monarchisch gesinnten Offiziere aus der Reichswehr herauszudrängen, sondern der Bestand der Reichswehr ist in eminenter Weise dadurch bedroht, daß die **Lebensbedingungen und Löhnungsverhältnisse** von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften in einem jämmerlichen und elenden Zustande sind, in einem Zustande, der Offiziere und Mannschaften zwingt, den Dienst aufzugeben. Löhnung, Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft sind durchaus unzulänglich. Es ist richtig, daß die **Verpflegung** in den Monaten März bis Juli dieses Jahres befriedigend war. Damals brauchte man eben die Reichswehr; damals fanden die heftigen Kämpfe in den Großstädten und in den Industriegebieten statt. Jetzt ist eine scheinbare Ruhe eingetreten, und die Verpflegung ist wieder gänzlich ungenügend geworden. Der Soldat hat abends nur Kaffee und trockenes Brot und muß so hungrig zu Bett gehen.

(Stürmische Zurufe links.)

— Ich bitte, meine Damen und Herren, diese Verhältnisse sind ernst und können nicht durch Schreien abgetan werden. — Der Soldat hat, wie ich eben sagte, abends nur Kaffee und trockenes Brot, es sei denn, daß er vom Frühstück etwas Marmelade behalten hat, die er sich aufs Brot streichen kann.

(Erneute stürmische Zurufe links.)

Der Soldat hat auch nicht genügend **Löhnung,** um sich zu seinem durchaus kargen Essen, zu seinem kärglichen Abendbrot noch eine Zusatzkost zu beschaffen. Seine Löhnung beträgt 6 Mark, die zu anderen Zwecken verwandt werden müssen. (D)

(Wiederholte stürmische Zurufe links: Wie war es denn früher?)

— Meine Damen und Herren, machen Sie doch nicht so lächerliche Einwendungen. Früher haben wir unsere Truppen vollkommen ausreichend ernährt.

(Stürmischer Widerspruch und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich möchte bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Wir kommen sonst in unseren Verhandlungen nicht weiter.

Dr. **Maretzky,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn Sie alle zusammen reden, dann kann ich auf Ihre Zwischenrufe nicht antworten. — Nicht nur die Verpflegung der Truppen ist gänzlich unzulänglich, sondern auch die **Bekleidung.** Das hat ja der Herr Reichswehrminister selbst zugegeben. Der Herr Reichswehrminister hat — ich bitte Sie, das zu beachten — im Ausschusse gesagt, daß es Formationen gibt, die überhaupt nur eine Garnitur haben, nämlich die Garnitur, die der Mann auf dem Leibe trägt.

(Erneute stürmische Zurufe links: Was Sie alles heruntergewirtschaftet haben! Regen Sie sich doch nicht so auf!)

— Das ist völlig unhaltbar. Wenn Sie sich darüber nicht aufregen, dann können Sie mir leid tun. — Ich muß auf diese Dinge aufmerksam machen; denn von dem Bestande der Reichswehr hängt die Ordnung im Reiche ab.

(Wiederholte Zurufe links.)

— Wenn Sie die Reichswehr zugrunde gehen lassen, kommt Ihnen morgen der Kommunismus über den Hals.

(Erneute stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) Die Reichswehr muß in dauernder Bereitschaft liegen. Sie ist teilweise in Scheuern, Schuppen und auf Böden untergebracht, sie entbehrt des Lichts und der Heizversorgung. Ich frage Sie: ist es wirklich möglich, daß eine so schlecht besoldete, so schlecht bekleidete und verpflegte Truppe noch eine schlagfertige, dienstbereite Waffe in der Hand der Regierung bildet. Es kommt doch auch hinzu, daß die Zukunft der Leute in der Reichswehr ganz und gar unsicher ist, und daß deswegen die besten Elemente, diejenigen, die irgendwo anders Unterkunft finden, aus der Reichswehr herausgehen. Sachverständige — und ich bitte, das zu beachten — sind sich darüber einig, daß schon jetzt der **Gefechtswert unserer Reichswehr** auf mindestens die Hälfte, bis auf ein Drittel zurückgegangen ist. Wenn das so weiter geht, werden wir in der Reichswehr nur noch eine Menge unzuverlässiger Elemente behalten, die sonstwo nirgends Unterkunft finden. Deswegen muß dieser verderblichen Entwicklung Einhalt getan werden. Es ist geradezu unfaßbar, wie angesichts der doch allen sichtbaren Gefahren die Reichswehr so vernachlässigt werden kann. Sie wissen doch, meine Herren, daß die Kommunisten ihre Rüstung vervollkommnen; Sie wissen doch, daß wir einem schweren Winter entgegengehen. Die Kohlennot mit ihren zerstörenden Wirkungen steht unmittelbar vor uns; wir müssen mit den größten Lebensmittelschwierigkeiten rechnen. Die Verhetzung der Massen wird in der wüstesten Weise getrieben.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das bereitet doch den Boden für den Umsturz vor. Demgegenüber haben Sie nur das eine Mittel: die Truppenmacht, und wenn Sie diese Truppenmacht herunterwirtschaften, so daß sie auseinanderfällt, so sind Sie wehrlos.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, auf den **Bericht des Chefs des Generalstabs, des Generals v. Oldershausen** zu verweisen. Es ist doch kennzeichnend, (B) daß dieser Bericht in der „Freiheit“ abgedruckt wurde, — der Bericht, der ein Geheimbericht war. Die Spitzelorganisation der Unabhängigen ist bereits so weit vorgedrungen, daß sie, unmittelbar nachdem der Bericht in das Reichswehrministerium gekommen ist, sich in den Besitz desselben setzen konnte. Dieser Bericht schildert die Bedrohlichkeit der Lage und die Zerfallerscheinungen in der Reichswehr in den schwärzesten Farben. Die Reichsregierung hat merkwürdigerweise amtlich erklären lassen, daß dieser Bericht eine subjektive Arbeit des betreffenden Generals darstelle. Es ist ja zunächst nicht ganz klar, was das bedeuten soll: eine „subjektive Arbeit“. Sicherlich aber stellt dieser Bericht keine Privatarbeit dar, sondern es ist der amtliche Bericht der zuständigen militärischen Stelle, und ich frage die Reichsregierung, was sie auf diesen Bericht hin, der zu den schwersten Besorgnissen Anlaß geben muß, getan hat. Ich weiß mich wahrhaftig innerlich frei von jedem Bedürfnis, diese Frage irgendwie agitatorisch zu verwerten.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt doch noch ganz andere Dinge, die nach dieser Richtung hin verwertet werden können. Ich bin der innersten Überzeugung, daß unser Reich, wenn die Reichswehr zusammenfällt, aufs schwerste bedroht ist. Deswegen bitte ich die Regierung, alles zu tun, um den Zerfall der Reichswehr zu verhindern, und vor allem dafür zu sorgen, daß nicht die guten und tüchtigen Elemente die Reichswehr verlassen, daß die Löhnungsverhältnisse und die Lebensbedingungen der Reichswehr aufgebessert werden. Wir machen deswegen die Anträge, die von den Herren v. Graefe und Genossen im Ausschuß gestellt worden sind, zu unseren Anträgen, die Anträge auf Verbesserung der Gebührnisse der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, auf Verbesserung der Verpflegung und Bekleidung und auf Gewährung einer unverkürzten Entschuldungssumme an Offiziere und Unteroffiziere. (C)

Noch ein Wort zu der **Verdächtigung unseres Offizierkorps**, daß es **monarchistische Putsche** vorbereite. Wie bereits im Ausschuß von mir gesagt worden ist, ist diese Verdächtigung schon aus einem naheliegenden Grunde ganz und gar haltlos. Wenn irgend ein Volksteil, irgendeine Berufsgruppe unter dem niederschmetternden Eindruck unseres Sturzes von einer großen Machtstellung zur vollkommenen Hilflosigkeit steht, so sind es die Offiziere. Unter dem Eindruck einer solchen furchtbaren Erkenntnis und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß gerade unser Offizierkorps niemals ein Freund von leeren Worten war, sondern daß es die wirklichen Machtverhältnisse sprechen lassen wollte, unter Berücksichtigung alles dessen dürfen wir annehmen, daß niemand mehr im Lande als die Offiziere es geradezu als eine Lächerlichkeit empfinden würde, gegen den ausgesprochenen Willen der Entente eine Monarchie gewaltsam wieder einzuführen. Unsere Offiziere sind ganz genau darüber unterrichtet, daß die Entente sich mit aller Kraft dagegen wehren würde, in absehbarer Zeit in Deutschland die Monarchie einzuführen. Unsere Offziere wissen ganz genau, daß es lächerlich wäre, gegen diesen Willen der Entente den Versuch zu machen, sich bewaffnet zu widersetzen. Schon aus diesem Grunde können Sie überzeugt sein, daß alle irgendwie maßgebenden Offiziere den Gedanken eines monarchistischen Putsches weit von sich weisen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Warum wir so unterrichtet sind, will ich Ihnen sagen. Wir sind deshalb so unterrichtet, weil sich das Offizierkorps tatsächlich aus bürgerlichen Offizieren, die nicht Ihrer Weltanschauung, sondern unserer Weltanschauung nahestehen, zusammensetzt.

(Zuruf links: Es gibt auch andere Leute!)

(D) Meine Damen und Herren! Täuschen Sie sich nicht! Die übergroße Mehrzahl des Offizierkorps, des tüchtigen und zuverlässigen Offizierkorps besteht aus Leuten, die an sich eine monarchistische Auffassung haben, aber gewillt sind, der Republik treu zu dienen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ach herrje!)

Das mag der Unabhängigen Sozialdemokratie unangenehm sein, bleibt aber deswegen doch wahr. Wenn es nicht wahr wäre, wäre es ein Unglück für das Land.

(Erneute Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will bei dieser Gelegenheit betonen, daß selbstverständlich auch jeder Versuch, die Monarchie gewaltsam einzuführen, von unserer Partei aufs schärfste zurückgewiesen wird. Wir wünschen unter allen Umständen, daß jeder Versuch unterbleibt, die Monarchie verfassungswidrig einzuführen.

Schließlich bitte ich noch eine Bemerkung über die **Stellung unserer Partei zu dem Herrn Reichswehrminister** machen zu dürfen. Die Herren, die hier auf der linken Seite des Hauses sitzen, stellen es gern so dar, als wenn der Herr Reichswehrminister ein Mann nach unserem Sinne sei und unsere Interessen vertrete.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Behauptung ist ganz und gar unrichtig

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Fragen Sie doch Dr. Hugo!)

und wird offenbar auch nur aufgestellt, um die Stellung des Reichswehrministers unter seinen eigenen Parteifreunden zu erschüttern.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Also verteidigen Sie ihn ja nicht!)

Wir erkennen an, daß der Herr Reichswehrminister den ernsten Willen hat, die Ordnung aufrechtzuerhalten, wir

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) erkennen an, daß er sich in einer sehr schwierigen Lage befindet, in einer sehr schwierigen Lage, die ihn in Gegensatz zu einem Teil seiner früheren Parteifreunde gebracht hat, und wir glauben auch, daß er vielfach hat erkennen müssen, daß manches von dem, was er in früheren Zeiten mit zu untergraben geholfen hat, doch bitter notwendig ist,

(sehr gut! rechts)

um das Gefüge eines großen Reiches zusammenzuhalten.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Aber im übrigen sehen wir in dem Herren Reichswehrminister einen überzeugten Sozialisten und einen Mann, der deswegen unser scharfer politischer Gegner ist. Wir halten den Herrn Reichswehrminister für einen Gegner, der für uns viel gefährlicher ist als mancher Unentwegte, der links von ihm in diesem Hause sitzt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sehen, daß dieser Reichswehrminister vielleicht der einzige ist, der den nicht ganz vergeblichen Versuch gemacht hat, die auseinanderfallende Schar der Rechtssozialdemokratie zusammenzuhalten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das müssen wir aber bekämpfen; denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß die **Sozialdemokratie** aus ihrer **ausschlaggebenden Stellung in der Regierung** verschwinden muß. Eine Sozialdemokratie in der Opposition kann von jedem Staat ertragen werden. Aber wenn anders unsere Grundauffassung über die Volkswirtschaft, wenn anders die bürgerliche Wirtschaftsauffassung richtig ist, dann muß ein Staat, muß die Volkswirtschaft eines Staates erliegen, wenn eine Sozialdemokratie dauernd in ausschlaggebender Stellung am Ruder bleibt. Wenn wir daher auch anerkennen, daß die Rechtssozialdemokratie gemäßigter ist als die Unabhängigen,

(B) (Heiterkeit links)

und wenn wir auch anerkennen, daß sie den Versuch macht, den zwar erfolglosen Versuch, die Ordnung im Lande zu halten, so halten wir doch die Rechtssozialdemokratie, eben weil sie in der Regierung ausschlaggebend ist, für viel gefährlicher als die Unabhängigen in der Opposition.

(Lachen links.)

Mit einer unabhängigen Sozialdemokratie in der Opposition wird eine starke Regierung immer fertig werden; aber eine Rechtssozialdemokratie in ausschlaggebender Stellung in der Regierung zwingt uns mit Hilfe der Staatsgewalt die sozialistischen Maßnahmen einfach auf.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Maretzky, mit dem Heeresetat haben diese Auseinandersetzungen nichts zu tun.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Dr. **Maretzky**, Abgeordneter: Ich bin sowieso am Schluß.

(Zurufe links: Schade! — Heiterkeit links.)

Ich habe diese Ausführungen gemacht, um unser Verhältnis zum Reichswehrminister klarzulegen. Diese Auffassung der politischen Lage bezeichnet die Stellung, die wir zum Reichswehrminister haben. Wir werden ihn mit allen Kräften in seinen Bemühungen unterstützen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, ihn aber bekämpfen in seinen Bestrebungen und in seinen Maßnahmen, die darauf hinzielen, die Vormachtstellung der Sozialdemokratie in diesem Reiche zu behaupten.

(Lebhafter Beifall rechts. — Bravorufe und Lachen bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stücklen. (C)

Stücklen, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Lob, das der Herr Vorredner dem Reichswehrminister gezollt hat, dürfte Herrn Noske wahrscheinlich einigermaßen bedenklich stimmen

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

und dürfte ihn veranlassen, vielleicht manche Maßnahmen, die den Beifall dieser Herren finden, auf ihre Zweckmäßigkeit einer Nachprüfung zu unterziehen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will nur mit ein paar Worten auf die temperamentvollen Ausführungen eingehen, mit denen der heutige Tag so vielversprechend eingeleitet wurde. Was der Herr Vorredner unterließ, wird Herr v. Graefe wahrscheinlich dann noch nachholen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das wollen wir hoffen! — Heiterkeit.)

Es ist zunächst einmal nicht wahr, daß mein Fraktionskollege **Scheidemann** die **Reichswehr** mit den Spartakisten auf eine Stufe gestellt hat. Er hat nur einen ganz treffenden Vergleich gezogen. Er hat darauf hingewiesen, daß die äußerste Rechte und die Spartakisten sich eigentlich gegenwärtig ergänzen, und daß die Spartakisten, wenn sie nicht da wären, von den Konservativen erfunden werden müßten, um immer wieder ein neues Hetzmittel an der Hand zu haben. Die Schilderungen des Herrn Vorredners waren an sich zweifellos einigermaßen interessant, und vielleicht darf ich auf gewisse **Vorgänge in Lichtenberg** hinweisen, die ihm zweifellos auch geläufig sein werden. Als es damals in Lichtenberg lichterloh brannte, und tatsächlich die Gefahr bestand, daß die Spartakisten die Oberhand gewinnen, wollte die Reichswehr eingreifen. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg hat das damals abgelehnt und hat lieber Verhandlungen mit den Spartakisten gesucht, (D)

(hört! hört! links)

die ihm anscheinend näher standen als die Reichswehr. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg hieß Maretzky. Ich weiß nicht, ob das derselbe Maretzky ist

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei)

oder ein anderer. Aber jedenfalls darf ich sagen: es wird wohl einer seiner Parteifreunde gewesen sein.

Eins hat mich bei seinen Ausführungen ganz besonders interessiert: das war das warme Herz für die Soldaten und die warmen Worte, in die er sein Verlangen nach Fürsorge gekleidet hat. Früher klang es von jener Seite aus wesentlich anders. Erinnern Sie sich noch der Kämpfe, die wir hier im Reichstag ausgefochten haben, als es sich darum drehte, die **Löhnung der Soldaten** um ein paar Pfennige zu erhöhen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das war zu der Zeit, als die Soldaten in den Schützengräben draußen gelegen haben, und wo haben wir den Widerstand gefunden? Das war gerade auf der rechten Seite.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

— Herr Maretzky, das wissen Sie jedenfalls nicht. Sie waren damals nicht im Reichstag und sind vielleicht auch das nächste Mal nicht wieder da.

(Heiterkeit links.)

Ich sage: die Fürsorge von jener Seite mutet deshalb etwas eigenartig an. Sie waren erst dann bereit, die Löhnung der Soldaten aufzubessern, als man wußte, daß das Gebälk in allen Fugen kracht, als Sie der Meinung waren, auf diese Weise die Stimmung zu heben. Aber wir haben jahrelang kämpfen müssen, bis wir endlich einmal mit den Anträgen einen Erfolg gehabt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(**Stücklen**, Abgeordneter.)

(A) Ich werde ja dann auch die Gelegenheit haben, mit wenigen Worten auf das zu sprechen zu kommen, was im einzelnen gesagt wurde.

Meine Damen und Herren! Zu den schwersten Aufgaben, die wir haben, gehört zweifellos die **Liquidation des alten Heeres.** Das System, das wir immer bekämpft haben und das von jener Seite (nach rechts) immer als der Granitblock hingestellt wurde, an dem man sich die Zähne ausbeißen müsse, war innerlich faul und morsch. Wenn es das nicht gewesen wäre, hätte der Zusammenbruch nicht so katastrophal sein können,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wie er tatsächlich sich gezeigt hat. Aus dem furchtbaren Zusammenbruch heraus mußte eine Truppe formiert werden, die einigermaßen für Ordnung sorgte, und so sind damals die Freikorps entstanden. Kein Mensch hat diese Freikorps mit Freuden begrüßt. Es war die Werbetätigkeit einiger Offiziere. Aber wir erkennen an, es war damals ein Notbehelf, ein anderer Ausweg war momentan nicht da. Eine ideale Einrichtung war es nicht, und diese Freikorps und die Reste der vorhandenen Formationen sind dann zu der Reichswehr zusammengeschmolzen worden, die wir heute im Etat vor uns aufgeführt sehen. Jetzt steht sie vorerst noch als ein Übergangsheer im Etat, und wir haben die Aufgabe, nunmehr das Werk auch kritisch zu betrachten. Es kann nicht die Rede davon sein, daß wir, weil wir zur Regierungsmehrheit gehören, nun die Aufgabe haben, alle Maßnahmen der Regierung kritiklos hinzunehmen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Gegenteil, wir haben die Aufgabe, Kritik zu üben, schon um die Regierung auf das hinzuweisen, was sie tun soll und weil die Kritik der Anspann zur Besserung war und auch immer sein wird.

(B) Ich gebe zu, der ideale Zustand wäre der, wenn man gar kein Militär brauchte. Aber so weit ist die Menschheit leider noch nicht entwickelt, daß man vollständig auf jedes Machtinstrument verzichten könnte. Jede Regierung bedarf einer Macht, um die Achtung der Gesetze zu sichern. Wenn eine Regierung heute eine solche Macht nicht hat, dann schwebt sie in der Luft, sie wird zum Gespött, sie wird nie in der Lage sein, das erreichen zu können, was sie als erstrebenswert und notwendig sich zum Ziele gesteckt hat.

(Zurufe rechts: Späte Einsicht!)

Die Ohnmacht einer Regierung würde schließlich zur Anarchie führen,

(andauernde Zurufe rechts)

und die Anarchie ist der Zustand, den wir bekämpfen, den Sie (nach rechts) aber mit Ihren ganzen Treibereien gegen die Reichswehr und mit der merkwürdigen Fürsorge, die Sie an den Tag legen, mit ganz anderen Leuten draußen zu fördern auf dem besten Wege sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deutschland muß wieder aufgebaut werden, und wenn das Werk gelingen soll, dann brauchen wir dazu Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wird nur dann herbeigeführt, nur dann geweckt und gestärkt werden, wenn wir zeigen können, daß wir stabile Zustände im Innern Deutschlands haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir Sozialdemokraten sind stets für die **Miliz** eingetreten. Schon vor langen Jahren hat mein Parteifreund Bebel von dieser Stelle aus eine glühende Rede für die Einführung der Miliz gehalten. Er ist damals von all den Leuten verspottet worden,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

die etwas von Militarismus verstanden haben oder die glaubten, etwas davon zu verstehen. Wenn wir heute das Recht hätten, eine Miliz aufzustellen: manches be- (C) klagenswerte Ereignis wäre nicht eingetreten,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

manches andere vermieden worden, was wir heute auf das lebhafteste bedauern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Miliz zu schaffen, liegt aber nicht in unserer Macht. Der **Friedensvertrag** schreibt uns ein **Söldnerheer** vor. Der Offizier muß sich verpflichten, 25 Jahre zu dienen; der Mann muß die Pflicht übernehmen, 12 Jahre bei der Truppe zu bleiben. Für die Abgänge ist nur ein ganz kleiner Prozentsatz eingesetzt, und alles das wird naturgemäß zu einer Quelle überaus schweren Ärgernisses werden.

Bis zum 1. April dürfen wir eine Armee von 200000 Mann behalten, dann muß sie auf 100000 Mann ermäßigt werden. Die Kosten sind ganz enorm. Die 100000 Mann und die 15000 Mann Marine kosten annähernd soviel, wie früher das gesamte Heer mit seiner Friedenspräsenz von 500000 Mann.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ganz abgesehen von der Marine.

(Erneute lebhafte Rufe rechts. — Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich wundere mich eigentlich darüber, wie man angesichts der Tatsachen „hört! hört!" rufen kann. Es ist doch ganz selbstverständlich: wenn ich Söldner einstellen muß, die ihren Lebensberuf im Soldatsein sehen, muß ich sie so stellen, wie der freie Arbeiter draußen gestellt ist. Das ist der Unterschied zwischen einer Armee, die auf Werbung, und einer Armee, die auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht.

Der Herr Abgeordnete Maretzky hat auf die Löhnung hingewiesen. Ich will einmal hier vortragen, wie die **Löhnung der Angehörigen der Reichswehr** ist, und zwar will ich die Verheirateten herausnehmen. Wenn alle (D) Zulagen hinzugerechnet werden — zeitweise fallen diese Zulagen ja weg —, dann bezieht ein Feldwebel jährlich 5392,75 Mark, ein Unteroffizier nach 9jähriger Dienstzeit 4780,75 Mark, ein Unteroffizier nach $5^1/_2$jähriger Dienstzeit 4690 Mark, ein Unteroffizier mit geringener Dienstzeit 4456 Mark, ein Gefreiter 3968 Mark, ein Gemeiner 3932 Mark. Das sind natürlich Beträge, die „märchenhaft" anmuten gegenüber einer Löhnung von 33 Pfennig, die früher bezahlt wurden. Aber eine Söldnertruppe muß eben sehr gut entlohnt werden. Es ist darauf zu achten, daß die Angehörigen der Reichswehr nicht schlechter gestellt werden, als die Arbeiter draußen gestellt sind, weil wir wissen, daß wir sonst keine geeigneten Leute in die Reichswehr bekommen werden. Daß die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden müssen, ist klar. Denn für 150 Mark im Monat wird man natürlich fernerhin keinen Leutnant bekommen.

Als Truppe für die Verteidigung des Landes ist aber ein Söldnerheer von sehr problematischem Wert, wenn es zahlenmäßig genau begrenzt ist auf hunderttausend Mann. Wenn es zur Verteidigung des Landes ausrücken soll, und es fallen zehntausend Mann, oder es werden zehntausend Mann gefechtsunfähig gemacht, dann ist keine Möglichkeit der Auffüllung da, weil die Reserven ja vollständig fehlen. Es ist auch keine Möglichkeit gegeben, das Kriegsgerät aufzufüllen, weil alles das nicht mehr vorhanden ist, sodaß für die Verteidigung des Landes eine solche Söldnerarmee zweifellos gar nicht wesentlich in Frage kommen kann.

Und im Inneren kann das Söldnerheer unter Umständen doch sehr gefährlich werden. Darüber muß man sich vollständig klar werden. Sehr leicht kann ein **Söldnerheer zum Werkzeug der Reaktion** werden, und daß Sie (nach rechts) heute so warm für die Angehörigen der

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) Reichswehr eintreten und auf einmal ein warmes Soldatenherz bei sich entdecken, das läßt darauf schließen, daß Sie die Absicht haben, die Reichswehr auf Ihre Seite herüberzuziehen.

(Zurufe rechts.)

Täuschen wir uns nicht darüber, wir wissen doch gegenseitig ganz gut, wohin der Weg denn nun eigentlich gehen soll. Es ist nun einmal eine Tatsache, über die man gar nicht hinweg kommt: der Söldner, der aus dem Soldatsein einen Beruf macht, wird in letzter Linie eben immer für den einzutreten gewillt sein, der ihn am besten bezahlt. Um diesen Punkt kommen wir nicht herum. Aber es gibt einen Ausweg, und der muß beschritten werden, um zu verhüten, daß die Reichswehr die Söldnerarmee zu einem Werkzeug der Reaktion werden kann.

Es wird momentan gerade von der Rechten in allen Tonarten gegen die Reichswehr Sturm gelaufen. Der Artikel Ludendorffs hat ja eine große Rolle in den Ausschußverhandlungen gespielt; ich will darauf nicht näher eingehen. Aber auch der **Aufbau der Reichswehr** an sich gibt zu denken. Neben **15 adligen hohen Kommandeuren** haben wir nur 4 bürgerliche, und ich möchte nun einmal fragen: ist denn die militärische Intelligenz im Bürgertum gar so schwach vertreten? Seit langen Jahren haben wir hier gegen die Bevorzugung des Adels gekämpft. Wir wollen es nicht, daß die Adligen ausgeschaltet werden, sie wollen aber auch keinen Vorzug haben. Es mußte draußen das peinlichste Gefühl hervorrufen, als wir in der Zeitung lasen, daß die hohen Kommandostellen mit hochadligen Offizieren besetzt wurden, von denen jeder die Überzeugung haben muß, daß sie das gegenwärtige System als Übergangssystem ansehen und alle in der Hoffnung leben, über kurz oder lang wieder eine Monarchie zu haben. Wenn solche Herren an der Spitze der Armee stehen, so liegt darin eine Gefahr, die (B) nur dadurch gemildert werden kann, daß der Herr Reichswehrminister das Heft in der Hand behält und dafür sorgt, daß die Stäbe, die ihn umgeben, nicht die ganze Gewalt an sich reißen und ihn dann in erster Linie ausschalten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In weiten Kreisen der Offiziere beginnt man sich wieder zu fühlen und außerordentlich lebhaft zu fühlen. Man kann heute kaum ein Zeitungsblatt in die Hand nehmen, ohne irgend eine Offiziersrede zu lesen oder einen Artikel eines Offiziers in die Hand zu bekommen, dessen Tendenz gegen die Regierung gerichtet ist. Ich will nur eins herausgreifen: der lächerliche **Boykott der neuen Reichsfarben.** Nach der Verfassung sind die Reichsfarben schwarz-rot-gold.

(Zuruf rechts: Leider!)

Sie haben wohl die Reichsverfassung noch nicht gelesen,

(Zuruf rechts: Leider!)

vielleicht entschließt sich der Reichstag, Herrn Dr. Mittelmann auf Kosten des Reichstags die Reichsverfassung zu überreichen, damit er sich einigermaßen informieren kann. Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold.

Daran haben sich eine ganze Anzahl von Offizieren immer noch nicht gewöhnen können, dort, wo die Ausschmückung der Bahnhöfe für die heimkehrenden Kriegsgefangenen in den Händen der Offiziere liegt — in den Durchgangslagern sucht man vergebens eine schwarz-rot-goldene Fahne.

(Zuruf rechts.)

Aber schwarz-weiß-rot leuchten uns überall entgegen. Es ist sehr bezeichnend, daß der Reichswehrminister erst einen Befehl hinausgeben mußte, daß in den Durchgangslagern Reichsfahnen anzuschaffen und aufzuhängen sind. Es ist doch geradezu lächerlich, wenn sich Offizierskreise heute dagegen wehren, daß eine Fahne ausgehängt wird, die

(C) die Reichsfarben wiedergibt, die in der Verfassung niedergelegt sind. Die Offiziere sind auf die Verfassung vereidigt. Die Reichsfarben sind in der Verfassung vorgeschrieben. Im Boykott der Reichsfarben ist auch ein Stück Sabotage, eine Ankämpfung gegen das zu finden, was die Verfassung vorschreibt.

Nun ein paar Worte zu der Politik, die heute getrieben wird. Ich habe ein ungeheuer reichhaltiges Material nach der Richtung hin zur Verfügung. Ich denke nicht daran, das ganze Material vorzutragen.

(Zurufe rechts.)

— Wenn Sie es wünschen! — Ich mache es nicht, ich weiß, der Herr Präsident wünscht, wir sollen fertig werden.

Die Regierung hatte die Aufgabe, die **heimkehrenden Kriegsgefangenen aufzuklären** über das, was in Deutschland geschehen ist. Zu dem Zweck ist diese **Broschüre** an die Kriegsgefangenenlager hinausgegeben worden. Auf Sie scheint die schwarz-rot-goldene Farbe zu wirken wie auf ein Geschöpf, von dem im Hause nichts in vierbeiniger Aufmachung vertreten ist.

(Heiterkeit.)

An der Broschüre war gar nichts auszusetzen. Es ist keine Rede davon, daß das eine sozialdemokratische Broschüre sein kann. Es steht mit keinem Worte darin: tretet der Partei bei! tretet den Gewerkschaften bei! Es ist ganz objektiv dargestellt, wie die Dinge in Deutschland sich abgespielt haben.

(Zuruf rechts.)

Die Heeresverwaltung hat zunächst einige Einwendungen erhoben, vor allen Dingen dagegen, daß es hier heißt: in den ersten Novembertagen brach in Deutschland die Revolution aus. Sie war unmittelbar eine Folge des verlorenen Krieges. Die militärischen Kreise sagen: das ist falsch, umgekehrt ist es richtig.

(Heiterkeit.) (D)

Ich will Sie bei dem Glauben lassen. Die kleine Broschüre wird nun in den Lagern teilweise nicht verteilt. Eine Anzahl Offiziere haben die Broschüre verbrannt.

(Bravo! rechts.)

— Daß Sie „Bravo!" rufen, kennzeichnet die ganze Auffassung, die Sie vertreten.

(Sehr richtig! rechts.)

Und ich weiß nicht erst seit gestern, daß Sie (nach rechts) allen tun, um die Kriegsgefangenen in Ihre Hand zu bekommen.

(Zurufe rechts.)

Daß es Ihnen gelingen wird, glaube ich nicht; denn wir werden den Kriegsgefangenen sagen: Nicht wir sind schuld an ihrem Elend,

(Rufe rechts: Aha!)

sondern Sie (nach rechts) haben sie ins Elend hineingetrieben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lebhafter Widerspruch rechts.)

Sie und Ihre Kriegspolitik, mit Ihrer ewigen Kriegstreiberei haben schuld daran, daß Hunderttausende der Leute 1917 und 1918 noch in Gefangenschaft geraten sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lebhafte Zurufe rechts.)

Nun kommen die Herren von der Rechten und spielen sich auf, als wären sie Freunde der Kriegsgefangenen, machen der Regierung Vorwürfe, die Regierung sei schuld daran, daß die Gefangenen noch nicht daheim seien.

(Zurufe rechts.)

— Es ist nicht wahr. Der Außenminister Müller hat neulich dokumentarisch nachgewiesen, das alles getan wurde, was möglich war, und niemand kann es mehr bedauern als wir, daß noch heute Hunderttausende in Gefangen-

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) schaft sind. Niemand kann mehr Mitgefühl mit den armen Angehörigen haben als wir,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und schon aus rein finanziellen Gründen müssen wir den Wunsch haben, daß die Gefangenen heimkehren. Sie haben keine Ahnung, welche ungeheuren großen Summen die republikanische Regierung für die Gefangenen aufwendet, mehr als früher die monarchische Regierung dafür aufgewendet hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Meine Herren, die von amtlichen Stellen hinausgegebenen Aufklärungsschriften werden unterdrückt, dafür verbreitet man draußen in den Lagern diese Schrift „Am blutigen Ende", die zunächst in einer Auflage von 100000 Stück gedruckt wurde, eine Hetzschrift, wie ich sie mir schlimmer gar nicht vorstellen kann.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

In jedem der Lager finden Sie die „Eisernen Blätter" des Herrn Traub.

(Heiterkeit links.)

Diese **alldeutsch gerichteten Schriften** dürfen verbreitet werden.

(Zurufe rechts.)

In den Lagern finden Sie die Zettel vom deutschen Schutz- und Trutzbund, Sie finden dort einen anderen Zettel: „Deutschenauswanderung, Judeneinwanderung", „Der Deutsche muß fliehen, der Jude darf bleiben".

(Hört! hört! links.)

Sie finden dort andere Flugblätter, wie „die Hintermänner". Ich will aus dem interessanten Flugblatt nur einen Satz vorlesen. Es wird da den Kriegsgefangenen erzählt:

> Das Deutsche Reich war geleitet von einem sogenannten Kabinett. Darin saßen die Juden Landsberg und Haase. Dem Staatssekretär der
(B) Justiz war beigeordnet der Rechtsanwalt Oskar Cohn, Staatssekretär der Finanzen war der Jude Schiffer.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.)

> Sein Vertreter war der Jude Bernstein, Staatssekretär des Innern ist der Jude Preuß,

(hört! hört! links — Zuruf rechts)

> sein Beigeordneter war der Jude Dr. Freund. Dem Staatssekretär für die Ernährungswirtschaft stand zur Seite der Jude Wurm. Inzwischen ist der eine Jude Schiffer abgetreten. Die Finanzwirtschaft ist in zwei Abteilungen geteilt mit zwei Juden an der Spitze, Dernburg und Gothein.

(Große Heiterkeit. — Zuruf rechts.)

Ich stelle hier fest, daß mit Wissen und Unterstützung einer Anzahl Offiziere eine derartig vergiftende Agitation in den Gefangenenlagern getrieben wird,

(Rufe bei den Sozialdemokraten: Pfui!)

und wenn die Regierung eine Aufklärungsschrift hinausgeben will, dann schreit man im ganzen Chorus: Die Gefangenen müssen frei sein von jeder Politik!

(Zuruf rechts.)

Man hat gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, daß sie **Redner in die Gefangenenlager** geschickt habe. Jawohl, das ist geschehen und wird noch weiter geschehen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Aber ich kann nicht einen von Ihnen (nach rechts) hinschicken, Sie können nicht als Vertreter der Regierung zu den Gefangenen reden,

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Leider!)

Das können Sie beim besten Willen nicht verlangen. Wer war denn in den Lagern? In einem Lager war der Kollege Schirmer, und es ist berichtet worden, er hätte sehr warm zu den Gefangenen gesprochen. In einem anderen Lager war ein Kollege von uns, der (C) Abgeordnete Thöne, und da schreibt der Lagerkommandant, der Mann hätte so ausgezeichnet gesprochen, daß er nur wünschen könne, man möchte öfter solche Redner in die Lager schicken. Das ist die Agitation, die wir angeblich betreiben,

(Zuruf rechts)

und das, was ich eben gezeigt habe, ist die Agitation, die von Ihrer Seite betrieben wird. Ich überlasse es dem Urteil des Hauses, was vergiftend wirkt. Die Aufklärung, die wir pflichtgemäß gegeben haben, kann natürlich nur vom republikanischen Standpunkt aus gegeben werden. Wir sind nun eben eine Republik und keine Monarchie, wir können also nicht von Ihrem Standpunkt reden, wie Sie ja früher auch nicht unseren Standpunkt vertreten haben.

(Zuruf rechts.)

Weiter ist es zweifellos richtig, daß in der Reichswehr **Offiziere,** die nicht gerade auf dem Boden stehen, den die Mehrheit einnimmt, **geschnitten** und teilweise hinausgeekelt werden.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will hier keine Namen nennen, aber eines darf ich wohl sagen: Wir hatten bisher hier im Reichstag einen **Major als Referenten** des Reichswehrministers, der die Verbindung zwischen Reichstag und Reichswehrministerium aufrecht erhielt. Der Mann ist seit vorgestern verschwunden und erledigt. Warum — das weiß ich nicht. Aber aus Privatgesprächen mit ihm konnte man heraushören, daß er nicht gerade auf alldeutschem Standpunkte steht. Vielleicht hören wir, was der Mann eigentlich getan hat, und warum er beseitigt werden mußte. Es sieht fast so aus, als sei in der ganzen Armee kein einziger sozialdemokratischer Offizier vorhanden. Wenn eine Reihe von Offizieren solche Beispiele gibt, daß ihre Kameraden, die eine freiere Auffassung haben, von ihnen herausgeekelt (D) werden, so ist es kein Wunder, wenn die Zuchtlosigkeit in diesen Kreisen auch auf die Reichswehr selber abfärbt; denn in diesen Kreisen kommen Dinge vor, die man bedauern und aufs schärfste verurteilen muß.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das **Verhalten einiger Reichswehrsoldaten gegen die Mitglieder des Katholischen Gesellenvereins** in München ist einfach unerhört. Es ist haarsträubend, was sich da abgespielt hat. Da frage ich: wo war der Offizier, der die Aufgabe hatte, die Soldaten im Zaum zu halten?

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Offizier, der dort tätig war, stand zweifellos nicht auf der Höhe seiner Aufgabe, sonst mußte er alles tun, um den scheußlichen Mord auf alle Fälle zu verhindern.

(Stürmische Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In **Insterburg** ist das Jägerregiment zu Pferde Nr. 9 eingerückt. Darüber ging mir folgender authentischer Bericht zu:

> Bereits auf dem Wege zur Stadt machten sich einzelne Angehörige dieses Truppenteils, besonders ein Vizewachtmeister, der sich bei den späteren Zusammenstößen unrühmlich hervortat, dadurch unliebsam bemerkbar, daß sie auf den Bürgersteigen ritten und die zur Arbeitsstätte gehenden Arbeiter und die Frauen und Kinder, die den Männern das Mittagessen brachten bzw. von der Schule heimkehrten, zwangen, den Chausseegraben als einzig übrigbleibende Gangfläche zu benutzen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wo waren da die Offiziere? Weshalb hat der Offizier nicht eingegriffen und dafür gesorgt, daß die Soldaten

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) sich so benehmen, wie es sich für gebildete, kultivierte Menschen gehört?

Meine Herren, wir verlangen, daß der Reichswehrminister dafür sorgen muß, daß sich solche Dinge nicht wiederholen. Er muß vor allem dafür sorgen, daß ein Offizier, der seine Mannschaften nicht im Zaum halten kann, die längste Zeit Offizier gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch kurz auf die **Vorgänge in Schaulen** hinweisen. Gewiß, in einer amtlichen Meldung ist die Richtigkeit der Darstellung bestritten worden. Ich sage mir aber, wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, dann langt es auch. Jedenfalls sind wir uns darin einig, daß wir gegen solche Vorgänge aufs allerentschiedenste protestieren und sie aufs schärfste verurteilen. Für die Brauchbarkeit einer Truppe ist neben dem Können die Disziplin entscheidend. Wir Sozialdemokraten haben immer gesagt, wir erkennen an, daß in der Armee eine eiserne Disziplin vorhanden sein muß. Wir haben uns nur dagegen gewendet, daß diese Disziplin auf dem Kadavergehorsam, auf der Furcht vor schweren Strafen, beruht hat. Wir haben gesagt, die Disziplin muß sich gründen auf die Liebe zur Sache, für die man kämpft. Wenn aber die Offiziere selber keine Disziplin halten, dann können sie die Disziplin auch von den Mannschaften nicht verlangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da gibt es nur einen Ausweg. Wir müssen dafür sorgen, daß das Heer der Republik ein republikanisches Heer wird,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

ein Heer, das auf dem Boden der Republik steht. Man kann verlangen, daß, wer im Dienst der Republik steht, ihr auch ohne Hintergedanken dient, und wenn er das nicht kann, dann muß er so viel Anstand besitzen, daß er (B) sagt: ich kann das nicht, ich kann euch nicht ehrlich dienen, ich will im Gegenteil eure Einrichtungen untergraben; ich gehe meiner Wege. Dann handelt er als ein ehrlicher Mann!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nur dann, wenn wir aus dem Heee ein republikanisches Heer machen, bei dem Mann und Offizier sich sagen: wir stehen unbedingt auf dem Boden der Republik — es ist ja keine sozialistische, es ist eine demokratische Republik, denn das Volk hat darüber zu entscheiden, wie das Staatswesen gestaltet sein soll, und das Volk hat sich in seiner Mehrheit für die heutige Form entschieden —, nur wenn die Angehörigen der Reichswehr rückhaltlos auf dem Boden der Republik stehen, nur dann werden sie in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Insbesondere ist aber in der Reichswehr die **Fortbildung** zu pflegen. Damit meine ich keineswegs den Drill, sondern ich meine, dort soll auch staatsbürgerliche Aufklärung gegeben werden, natürlich nicht im Sinne der Alldeutschen, sondern staatsbürgerliche Aufklärung im Sinne unseres neuen Staatswesens. Auf diese Weise erziehen wir die Reichswehr und schaffen ein Heer von Republikanern. Ein Heer von Republikanern aber ist der beste Schutzwall gegen Spartakisten und die mit ihnen wesensverwandten Alldeutschen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Meine Herren, der Minister muß darauf sehen, daß er nicht unter den Einfluß seiner militärischen Umgebung kommt. Gewiß, ein **Kriegsminister,** namentlich ein **Zivilist,** wird immer militärische Sachverständige und militärische Berater haben müssen. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Wir haben in Frankreich eine ganze Reihe von Kriegsministern gehabt, die Zivilisten waren und niemals gedient haben. Kein Mensch wird behaupten

(C) können, daß die französische Armee nicht auf der Höhe gestanden hat,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sodaß sie ihren Aufgaben nicht gerecht werden konnte. Deshalb sehen wir gar keinen Nachteil darin, wenn auch in Deutschland ein Zivilist Kriegsminister ist. Aber er muß dafür sorgen, daß er die Leitung in der Hand hat,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

er muß dafür sorgen, daß nicht eine Mauer um ihn aufgebaut wird, durch die nichts an ihn herankommen kann. Er muß der Mann sein, der nach der einen Seite hin die Disziplin aufrechterhält und nach der anderen Seite hin die Fühlung mit den breiten Massen des Volkes nicht verlieren darf, um die Wünsche, die von dort geäußert werden, in die Tat umzusetzen, soweit das mit den militärischen Einrichtungen in Einklang gebracht werden kann.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die **geheimen Qualifikationsberichte für Offiziere** werden hoffentlich jetzt beseitigt.

(Na! Na! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben verlangt, daß das für die Beamten geschieht. Nun muß es auch für die Offiziere geschehen, und in die Konduite muß auf alle Fälle der Offizier Einblick zu nehmen die Möglichkeit haben. Mit dem Schutt der vergangenen Zeiten muß aufgeräumt werden.

(Lachen rechts.)

Je schneller und gründlicher das geschieht, desto eher werden wir wieder auf die aufsteigende Bahn kommen.

(Lebhafte Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte zu den Entschließungen, die hier eingebracht sind. Ich will auf die Entschließung der Herren v. Graefe, Laverrenz und Oberfohren nicht näher eingehen; nur den einen Punkt 5 will ich hier herausgreifen. Das ist der Satz, daß (D) den **aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die Gebührnisse** beschleunigt nachgezahlt werden möchten. Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß das ungerecht und unsozial wäre, und ich lege Wert darauf, weil mit dieser Forderung jedenfalls draußen zu agitatorischen Zwecken gearbeitet werden wird, hier einmal folgendes festzustellen, mit dem dringen Wunsche, daß es den Weg in die breite Öffentlichkeit finden möge. Die kriegsgefangenen Offiziere haben vom Nehmestaat einen bestimmten Betrag zu erhalten, aus dem sie die Kosten ihres Lebensunterhalts bestreiten. Ob der Betrag zureicht oder nicht, das soll hier ausscheiden. Die Löhnungsempfänger dagegen haben während der Kriegsgefangenschaft keinen Anspruch auf Löhnung, weder vom Nehmestaat noch vom Heimatstaat. Geltendes Recht ist die Kriegsbesoldungsordnung, und darin heißt es:

> Die Löhnung erlischt mit dem Ende der Dekade, in der die Gefangenschaft eingetreten ist. Die Löhnung tritt wieder ein mit dem Beginn der Dekade, in der der Mann an die deutschen Linien zurückkehrt.

Das ist also geltendes Recht. Eigentlich hätten Sie (nach rechts) mich seinerzeit unterstützen sollen, als ich hier mehrmals verlangt habe, diese Kriegsbesoldungsordnung abzuändern. Damals sind Sie es gewesen, die erklärt haben, daß daran nichts geändert werden könnte.

(Abgeordneter v. Graefe: Ich bin immer dafür gewesen!)

— Sie sind immer dafür gewesen, aber nur rein persönlich, nicht auch Ihre Freunde.

(Abgeordneter v. Graefe: Nein, gar nicht rein persönlich. Meine Freunde sind immer dafür eingetreten!)

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren, mit der **Löhnungsfrage** steht die Sache so: die Löhnung konnte ganz oder zum Teil an die Familie bezahlt werden, wenn die Familie unterstützungsbedürftig war. Die Unterstützungsbedürftigkeit hat man dann als gegeben angesehen, wenn die Familie Familienunterstützung bezogen hat. Später wurde das dann auch auf die Eltern ausgedehnt, wenn sie von dem Sohn unterstützt worden sind, und auch auf entferntere Verwandte. Von diesem Recht ist auch in weitem Umfange Gebrauch gemacht worden. Die weitaus meisten Familien haben den Antrag gestellt, die Löhnung sollte nachgezahlt werden, und sie ist auch nachgezahlt worden. Nun würde sich folgendes ergeben: wenn die Gefangenen heimkehren, würden die armen Teufel nichts mehr bekommen. Die haben ihre an die Famile gezahlte Löhnung schon.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber die Besitzenden, die nichts gebraucht haben, würden die Löhnnng nachgezahlt erhalten. Und nun stelle ich fest: mit Ihrem Verlangen treten Sie für die Besitzenden ein und schädigen die Armen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Das Reich gibt jedem Kriegsgefangenen, der aus der Gefangenschaft heimkehrt und der bedürftig ist, ganz ohne Rücksicht darauf, ob seine Löhnung an seine Familie gezahlt worden ist oder nicht, einen Betrag von 100 bis 300 Mark, in besonderen Fällen von 600 Mark. Das wird so annähernd 160 bis 170 Millionen Mark kosten. Das bietet das republikanische Deutschland seinen Gefangenen! Es ist dafür gesorgt worden, daß sie überall freudig aufgenommen werden; es ist dafür gesorgt worden, daß so schnell wie möglich wieder Arbeit für sie geschaffen wird. Es geschieht alles, was geschehen kann. Wenn Sie aber fordern, daß (B) die Löhnung unterschiedslos nachgezahlt werden soll, dann werden Sie nur erreichen, daß den Besitzenden ein Vorteil zugewendet wird, und das Reich wird dann nicht in der Lage sein, an die armen Teufel, die so schwer gelitten haben, diese Beihilfe zu zahlen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Ausschuß hat diese Entschließung auch richtig gewürdigt und sie gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Dann möchte ich mit ein paar Worten noch auf die Entschließung der Mehrheitsparteien eingehen. Wir sind uns darüber einig, daß die **Bezüge der Reichswehr** — Offiziere und Mannschaften — den heutigen Verhältnissen angepaßt werden müßten, daß die **Unterkunft** gut sein soll. Es geht nicht an, daß man Leute, die 12 Jahre dienen, zu Dutzenden in eine Stube legt. Man muß ihnen eine weit bessere Unterkunft bieten. Daß die Beköstigung verbessert werden soll, ist auch unser Wunsch, aber schließlich kann das Reich nicht mehr geben, als es eben hat. Auf keinen Fall soll aber an der Reichswehr irgendwie geknausert und gespart werden. Daß die **Bekleidung** besser werden soll, ist auch unser Wunsch. Wenn die Bekleidung aber heute noch zu wünschen übrig läßt, so liegt das daran, daß das Reich zunächst 800 000 Anzüge für die Kriegsgefangenen reservieren mußte und sie auch reservieren konnte. Im Ausschuß konnte der Reichswehrminister feststellen, daß die Reichswehrsoldaten gefragt worden seien: wollt ihr euch noch einige Zeit mit einer einzigen Uniform begnügen, damit wir den Kriegsgefangenen einen anständigen Anzug geben können? Und da ist es ein Beweis von hohem Kameradschaftsgefühl, daß die Reichswehr geschlossen gesagt hat: schön, wir begnügen uns noch mit einem Anzuge, erst sollen die Kriegsgefangenen bekleidet werden. Wenn die Kriegsgefangenen nach (C) Hause gekommen sind, wird es möglich sein, auch den Reichswehrsoldaten bessere Anzüge zu geben. Die Zeit der Gefangenschaft wird den Kriegsgefangenen als Dienstzeit angerechnet. Daß die Kriegsgefangenen so rasch wie möglich untergebracht werden sollen, ist eine Selbstverständlichkeit. Das geschieht heute schon. Ich kann nur empfehlen, unserer Entschließung möglichst einstimmig zuzustimmen.

Zum Schluß noch ein paar Worte. Wir bedauern ganz außerordentlich, daß **in Frankreich** immer noch rund eine halbe Million **Kriegsgefangene** zurückgehalten werden. Es jährt sich bald der Tag, an dem der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, aber noch immer haben wir unsere gefangenen Brüder nicht heraus. Es liegt ein großes Stück Barbarei und Unmenschlichkeit darin,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

die Kriegsgefangenen auf so lange Zeit zurückzubehalten und den Abtransport von einem auf den anderen Tag zu verschieben. Hat man denn dort eine Ahnung davon, welch furchtbare Qualen die Frauen und Kinder und die Angehörigen der Kriegsgefangenen dulden müssen? Hat man eine Ahnung, wie es bei den Kriegsgefangenen selbst aussieht, die teilweise über 5 Jahre hinter dem Stacheldraht sitzen, sich nach der Heimat sehnen, allmählich vergrämt und verbittert werden, an der Heimat verzweifeln, und bei denen sich allmählich eine Stimmung auslöst, die man dahin charakterisieren kann, daß sie die Empfindung haben, die Heimat habe sie vergessen?

Ich lege Wert darauf, von hier aus festzustellen, daß das durchaus nicht richtig ist. Wir sind in der Lage, jeden Moment nachzuweisen, daß wir alle Wege zur Befreiung unserer Kriegsgefangenen gegangen sind, und daß alles versucht wurde, um sie der Heimat wieder zuzuführen. Momentan schwimmen unsere Gefangenen aus Ägypten heran, ein Teil kommt aus Malta, ein Teil aus Südrußland; eine Kommission ist in Sibirien, in Wladiwostock, die die Gefangenen zum Abtransport sammelt. (D) Aber die große Schwierigkeit ist die, wir haben keine Schiffe, und für die wenigen Schiffe, die wir haben, müssen wir ungeheure Summen bezahlen. Vielleicht interessiert es Sie, zu hören, daß der Heimtransport eines einzigen Gefangenen aus Sibirien uns auf 11 000 Mark zu stehen kommt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben drüben 20 000 Soldaten und 30 000 Zivilgefangene; aber keinen Augenblick hat die Regierung auf dem Standpunkte gestanden, daß diese Ausgaben zu hoch seien. Die Regierung hat immer erklärt: Koste es was es wolle, die Gefangenen müssen heim!

(Allseitiges Bravo.)

Ich bin überzeugt, mit diesem Teile meiner Ausführungen wird wohl das gesamte Haus einverstanden sein.

(Lebhafte Zustimmung.)

Mein Herr Vorredner wies darauf hin, wir gingen einem harten Winter entgegen und Elemente, deren Ziel das Zerstören sei, seien am Werke, um dieses ihr Ziel zu erreichen. Ich hoffe aber, die breiten Massen des Volkes haben heute so viel gelernt und so viel erfahren, daß sie auf dem Standpunkte stehen: wir müssen dafür sorgen, daß wir wieder aus dem Elend herauskommen, daß es wieder aufwärts geht, daß Deutschland sich wieder rühren kann, nicht zum Letzten, zum Wohle der breiten Masse der Bevölkerung.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Nacken.

Nacken, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Namens meiner politischen Freunde will ich zuerst dem Herrn **Reichswehrminister Noske** die Anerkennung dafür

(Nacken, Abgeordneter.)

(A) aussprechen, daß er mit starker Hand seinerzeit eingegriffen und durch seine ruhige und besonnene, aber entschiedene Art und Weise verhindert hat, daß das Chaos zu einem allgemeinen wurde, daß er dem Ziele, daß er sich gestellt hatte, eine Reichswehr zum Schutze unseres Volkes zu schaffen, unentwegt entgegengesteuert ist und es auch erreicht hat, sodaß nunmehr allmählich Ruhe und Ordnung im deutschen Lande eingezogen ist.

(Bravo! im Zentrum.)

Wir wissen, welche große Schwierigkeiten er zu überwinden hatte, und wissen es wohl zu schätzen, daß es einer energischen Arbeit gelungen ist, das Unheil, das dem deutschen Lande und Volke drohte, abzuwenden. Und das hat er fertiggebracht unter der Beihilfe wackerer deutscher Männer, die freiwillig sich zur Verfügung gestellt, die Gesundheit und Leben in die Schanze geschlagen haben, um das Ziel zu erreichen, das ich eben näher bezeichnet habe. Dank und Anerkennung schulden wir diesen Leuten, die freiwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben und in die freiwilligen Verbände damals eingetreten sind, und denen, die nunmehr der Reichswehr angehören, die oftmals mutig haben kämpfen müssen, um den Ausbruch eines allgemeinen Bürgerkrieges zu verhindern oder einen örtlich schon ausgebrochenen Bruderkrieg zu beenden. Ihnen gilt unser Dank, weil sie in erster Linie zur Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit beigetragen haben.

Für die Reichswehr soll nun in dem vorliegenden Etat und in dem Ergänzungsetat die Formation gesetzlich festgelegt werden. Ich darf wohl sagen, daß die getroffene **Heeresformation,** deren Rahmen uns ja leider durch den Friedensvertrag vorgeschrieben ist, gut, die Einteilung in Reichswehrgruppenkommandos und Wehrkommandos geschickt zu nennen ist. Auch in territorialer Beziehung scheint die Anordnung eine glückliche zu sein. (B) Gerade in dieser Beziehung muß Rücksicht darauf genommen werden, daß bei irgendwelchen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Unterstützung der Staatsgewalt die an Ort und Stelle vorhandenen Kräfte niemals ausreichen werden, sondern daß immer Aushilfskräfte von anderen Orten herangezogen werden müssen, sodaß ein stetes Verschieben, ein stetes Versammeln und Auseinanderziehen der Truppen notwendig sein wird. Selbst bei höchster Beweglichkeit des kleinen Söldnerheeres, das wir in Zukunft haben, würde diesem Zwecke nicht vollauf gedient werden können, wenn nicht durch die territoriale Unterbringung der Truppen die Möglichkeit dazu gegeben wäre.

Der Etat zeigt nun erklecklich hohe Beträge, und das wird den einen oder andern in Erstaunen gesetzt haben. Vielleicht haben sich manche gesagt: dieses kleine **Söldnerheer** kostet dem Volke aber sehr viel Geld. Trotzdem ist es erklärlich, daß das Heer viel Kosten verursacht. Man muß zunächst bedenken, daß der Verwaltungsapparat verhältnismäßig derselbe sein wird wie bei einem großen Heer. Ferner muß man auf die jetzigen Preis- und Lohnverhältnisse Rücksicht nehmen. Außerdem handelt es sich ja um ein Übergangsheer, um ein Heer, das heute noch größer ist, als es nach dem Friedensvertrag demnächst sein darf. Sie wissen ja alle, daß wir vom 1. April 1920 ab nur 100 000 Mann als stehendes Heer haben dürfen. Es handelt sich auch um ein Söldnerheer, das uns natürlich weit größere finanzielle Belastungen auferlegt als etwa eine Wehrmacht, die auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht. Welche Kosten das Heer uns in Zukunft verursachen wird, läßt sich angesichts der unstetigen Verhältnisse heute noch nicht mit Sicherheit bestimmen. Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reichs muß aber von der Volksvertretung mit aller Schärfe der Ruf nach möglichster Sparsamkeit erhoben werden. Die Ausgaben für Heer und Marine (C) müssen auf das unerläßlichste Maß beschränkt werden, um so mehr als wir es nicht nur mit dem Aufbau eines neuen, durch den Friedensvertrag uns vorgeschriebenen Heeres zu tun haben, sondern auch mit dem Abbau des alten Heeres. Welche Kosten dieser Abbau uns auferlegt, lehrt ein Blick in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, wo für diesen Zweck 3 Milliarden eingestellt sind.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Wo nun gespart werden kann, will ich hier nicht erörtern; wir haben uns darüber im Haushaltsausschuß hinreichend ausgesprochen. Der Erwartung will ich aber doch Ausdruck geben, daß den im Haushaltsausschuß gegebenen Fingerzeigen bei der Aufstellung des eigentlichen Etats — so darf ich wohl den Etat des Frühjahrs 1920 nennen — auch Rechnung getragen wird. Für diesen kommenden Etat möchte ich gleich hier den Wunsch aussprechen, daß die Aufstellung so wahrgenommen wird, daß man auch auf den ersten Blick klipp und klar erkennen kann, was jedem einzelnen zusteht,

(sehr richtig! rechts)

also an Gebührnissen, an Gehalt, an Zulagen usw. Das ist leider im gegenwärtigen Etat nicht der Fall, und Neulinge im parlamentarischen Leben tun sich schwer, sofort und schnell sich in die Sache hineinzuleben. Hier müßte meines Erachtens Wandel geschaffen werden. Es muß auch mehr Rücksicht darauf genommen werden, die zueinander gehörenden Positionen miteinander in Verbindung zu bringen; denn man findet bald hier, bald dort einen Posten, und es ist schwierig, sich da zurechtzufinden, wenn man in der Sache nicht bewandert ist.

Da ich eben von Zulagen gesprochen habe, so möchte ich an dieser Stelle den auch in der Kommission laut gewordenen Wunsch unterstützen, daß die **Zulagen für die verheirateten Wehrmänner** in Zukunft den Frauen be- (D) ziehungsweise Familien gegeben werden, damit nicht die traurigen Fälle vorkommen, daß der betreffende Wehrmann alles verzehrt und die Familie darben muß. Solche Fälle dürfen eigentlich nicht vorkommen; aber auf der anderen Seite sind es alle Menschen. Und daß Ausschreitungen vorkommen, ist vorhin schon von dieser Stelle aus hervorgehoben worden.

Diese Vorkommnisse mahnen dazu, daß man bei der Aufnahme der Mannschaften und Unteroffiziere meines Erachtens vorsichtig sein soll. Dasselbe gilt auch bei den Offizieren. Freilich verschließe ich mich nicht der Überzeugung, daß es auch bei der größten Vorsicht nicht zu vermeiden ist, daß Übergriffe und Ausschreitungen vorkommen. Aber es muß doch das Menschenmögliche geschehen, um einigermaßen gegen Vorkommnisse in der Zukunft gefeit zu sein, wie wir leider ein solches in München erlebt haben, ein Vorkommnis, das eben der Herr Kollege Stücklen geschildert hat. Es darf nicht noch einmal ein derartiges Ereignis vorkommen, wie es sich in dem **Katholischen Gesellenhaus zu München** abgespielt hat, das ja an Brutalität seinesgleichen zu suchen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Schuld wird ja nun ihre Sühne finden; aber es darf doch hier ausgesprochen werden, daß dieses Vorkommnis außerordentlich traurig und bedauernswert ist, um so mehr, als es geeignet ist, in weiten Kreisen die freilich irrige Ansicht — ich unterstreiche das irrige — hervorzurufen, als wenn sich in der Reichswehr eine Stimmung gegen die Katholiken breit mache. Ich wiederhole es, daß eine derartige Ansicht vollständig irrig ist. Wenn alles daran gesetzt wird, daß derartige Dinge in Zukunft nicht mehr vorkommen, dann ist es auch ausgeschlossen, daß solche irrige Meinungen hier und da auftauchen.

(**Racken**, Abgeordneter.)

(A) Ein weiteres Erfordernis für die gedeihliche Entwicklung der Reichswehr, die wir alle wünschen, und von der wir überzeugt sind, daß sie existieren muß, ist das, daß für die **Zufriedenheit der Wehrleute** gesorgt wird. Über dieses Thema ist ja am heutigen Morgen schon manches Wort gesprochen, und auch in aufgeregten Tönen gegen die heutigen Verhältnisse geredet worden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, den der Herr Kollege Maretzky dargelegt hat, als wenn die heutigen Verhältnisse bei der Reichswehr vollständig zu verurteilen wären, als wenn sie in Bausch und Bogen nichts wert wären. Daß Mängel vorhanden sind, das wird niemand leugnen wollen, und dem Herrn Kollegen Maretzky möchte ich gegenüber seinen Auslassungen hier die eine Frage vorlegen: wie war es denn beim alten Regime? Wie war es beim alten Heer? War es denn da besser?

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Da gab es gute Verpflegung!)

Was der Herr Kollege Maretzky hier bezüglich der **Offiziere** ausgeführt hat, hat auf mich den Eindruck gemacht, als wenn er dadurch — verzeihen Sie — besonders das Offizierkorps gewissermaßen aufstacheln wollte. Das Offizierkorps von früher hatte den großen Mangel an sich, daß gewisse Kreise in allererster Linie protegiert wurden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das wird kein Mensch leugnen können, der im Heere gestanden hat und selbst Offizier gewesen ist. Das hat man auch nicht von der rechten Seite des Hauses zu bestreiten gewagt. Im Jahre 1917 ist das im Hauptausschuß von Herren der rechten Seite auch bestätigt worden. Damals war es so, daß kein armer Teufel, kein Mann, der nicht aus gewissen Kreisen herstammte, Offizier werden konnte. Wandel darin hat erst der Krieg gebracht.

(B) Ein schönes **Beispiel** könnte ich Ihnen **aus Weimar** erzählen. Dort wohnte ich im Hotel „Elefant“. Dessen Wirt, ein ganz ausgezeichneter und außerordentlich feiner Herr erzählte mir, daß er selbst nicht Reserveoffizier geworden sei, weil er ein offenes Geschäft habe, und er erzählte mir weiter den Fall von einem gegenüber wohnenden Geschäftsmann, der Reserveoffizier gewesen, und einmal in der Eile, als er zu Hause war und Verkäufer fehlten, in Uniform einen Soldaten im Laden bedient habe, aber sehr bald darauf seiner Epauletten quitt geworden sei. Das sind denn doch tolle Dinge, die unter dem alten Regime vorgekommen sind! Wir können es nur begrüßen, daß da Wandel geschaffen wird, daß Leute aus unteren Kreisen heute Offiziere werden können, und daß es auch der Wehrmann bis zum Offizier bringen kann. Diese Besserung der Verhältnisse, die auf diesem Gebiete die Reichswehr gebracht hat, kann mich aber nicht abhalten, doch zu sagen, daß auch bei ihr in einigen Dingen Wandel geschaffen werden muß. Wenn wir den Mann zufriedenstellen wollen — und nur der zufriedene Mann wird seinen Dienst freudig und gern erfüllen —, dann müssen wir in erster Linie dafür sorgen, daß sein Essen gut ist, daß er gut verpflegt wird. Auf dem Gebiet soll es ja in der letzten Zeit hier und da gemangelt haben. Aber ich bin überzeugt, daß diese Mahnung genügt, um eine Besserung herbeizuführen.

Mit Recht verlangen wir in unserer Entschließung, daß in eine Prüfung darüber eingetreten wird, ob die **Gebührnisse** der Angehörigen der Reichswehr, der Offiziere, der Sanitätsoffiziere, der Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften auch ausreichend sind. Diese müssen, wie das eben auch von dem Herrn Vorredner anerkannt worden ist, den heutigen Zeitverhältnissen angepaßt werden. Wenn zum Beispiel, um nur ein Beispiel herauszugreifen, ein Assistenzarzt mit 1700 Mark Gehalt im Etat (C) figuriert, so muß jeder zugeben, daß das nicht ausreichend ist. Das beruht freilich auf der alten Besoldungsordnung; aber es wird doch hoffentlich bis zum 1. April 1920, wie es der Herr Reichsfinanzminister von dieser Stelle aus in Aussicht gestellt hat, eine neue Besoldungsordnung kommen.

Wollte man hier sparen, so würde das wirklich falsche Sparsamkeit sein. Ebenso würde es aber auch falsche Sparsamkeit sein, wenn nicht dafür Sorge getragen würde, daß die Wehrleute durchaus gut untergebracht werden, daß sie eine gewisse Behaglichkeit haben. Dementsprechend müssen dann auch die Beköstigungsgelder und die Ersatzbeträge für die Unterbringung besser bemessen werden.

Ferner begrüßen es meine politischen Freunde sehr, daß so bald wie möglich umfassender Unterricht zur Förderung der **allgemeinen Weiterbildung** der Leute, aber auch zur Vorbereitung auf ihren zukünftigen Beruf gemäß einer Zusage des Herrn Reichswehrministers im Hauptausschuß eingerichtet werden soll. Das letztere, die Vorbereitung auf den Beruf im Zivilleben, halte ich für besonders günstig, besonders vorteilhaft für die Leute. Meine Freunde treten daher für diese Weiterbildung der Wehrmänner auf das energischste und nachdrücklichste ein.

Aber diese Wehrleute müssen auch wissen, welchen Beruf sie denn wählen können, und deshalb muß ihnen so bald wie möglich mitgeteilt werden, welche Stellen im Staats- und Gemeindedienst ihnen offen stehen. Wünschenswert wäre es, wenn ihnen, wenigstens den Befähigten unter ihnen, die mittlere Beamtenlaufbahn auch eröffnet würde.

Über die gute **Bekleidung** ist schon heute viel gesprochen worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß dafür gesorgt werden muß. Herr Stücklen hat ja schon ausgeführt, woran es gelegen hat, daß bisher die Bekleidung noch nicht so einwandfrei durchgeführt werden konnte, wie (D) es notwendig ist. Ich möchte nur dem Herrn Reichswehrminister ans Herz legen, möglichst bald für eine schöne Bekleidung der Wehrleute zu sorgen; denn wir müssen auch mit der Eitelkeit des Menschen rechnen. Der Mann, der sich 12 Jahre dazu hergibt, freiwillig im Heere zu dienen, wird auch auf die Äußerlichkeit etwas Wert legen. Es ist auch nicht einmal schlimm, wenn der Soldat eine gewisse Eitelkeit zur Schau trägt.

(Sehr richtig!)

Dann ist auch schon davon gesprochen worden, daß im Heere eine gewisse **Entpolitisierung** eintreten soll. Das Heer und die Kasernen sollen nicht zum Tummelplatz der parteipolitischen Leidenschaften werden. Das muß unter allen Umständen vermieden werden, auch wenn in der Reichswehr Leute vorhanden sind, die verschiedener politischer Anschauung sind. Das eine aber darf man der Regierung und dem Reichswehrminister nicht verwehren, daß er dafür sorgt, daß die Leute, die in der Wehr sind, auch voll und ganz auf dem Boden der Verfassung stehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich halte es für beinahe unmöglich, daß Leute, die innerlich anders denken, die gar nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, im Heere dienen und der Republik ihre Dienste leihen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Bezüglich der **aus der Mannschaft stammenden Offiziere** habe ich ja eben schon gesagt, daß das eine begrüßenswerte Änderung gegenüber den früheren Verhältnissen ist. Es müßte aber auch darauf geachtet werden, daß gerade diesen aus der Mannschaft stammenden Offizieren Einkleidungsgelder gegeben werden. Das ist, soweit ich unterrichtet bin, bis jetzt nicht der Fall. Meines Erachtens haben es gerade die aus der Mannschaft

(**Nacken,** Abgeordneter.)

(A) stammenden Offiziere notwendig, dieses **Einkleidungsgeld** zu bekommen. Ich hoffe, daß diese Anregung genügt, um diesen Mangel zu beseitigen.

Dann ist der Herr Vorredner auch auf die Frage der **Gefangenen** eingegangen. Ich kann namens meiner politischen Freunde nur erklären, daß wir voll und ganz den herzlichen Worten zustimmen, die er bezüglich der Gefangenen ausgesprochen hat,

(sehr richtig! im Zentrum)

daß wir der Hoffnung Raum geben — ich darf sagen: am heutigen Tage abermals der Hoffnung Raum geben —, daß es unserer Regierung und auch dem Herrn Reichswehrminister möglichst bald gelingen möge, dafür zu sorgen, daß es durch immer wieder einsetzendes Bohren endlich dazu kommt, daß es allen Gefangenen vergönnt sein wird, in Bälde das schöne Heimatland wiederzusehen.

(Beifall.)

Der Herr Abgeordnete Stücklen hat dann weiter gesagt, der Herr Minister dürfte sich nicht unter den Willen seiner militärischen Berater beugen, er müßte die Leitung in der Hand behalten. Diesem Gedanken pflichte ich voll und ganz bei.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf der Erwartung und der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch in Zukunft der Herr Minister die Zügel voll und ganz in der Hand behält und daß er, wie auch eben richtig bemerkt worden ist, nicht nur die Disziplin hochhält, sondern auch Fühlung mit dem Volke hält, damit er alle Wünsche und Bedrängnisse des Volkes auf dem Gebiete des Wehrwesens kennen lernt.

Ich möchte dann noch einen Wunsch hier vortragen, dem ich auch schon in der Kommission Ausdruck verliehen habe, das ist der, daß man möglichst bald dazu übergeht, die **Bezirkskommandos** in Zivilbehörden umzuwandeln und bei diesen Zivilbehörden dann auch die Bezirksfeld-(B) webel als Zivilbeamte anzustellen.

Dem Wunsche und dem Antrage des Herrn Arnstadt und Genossen auf Nr. 1391 bezüglich der **Waffenmeister,** daß ihnen der Rang der mittleren Beamten zu verleihen sei, stimmen meine politischen Freunde zu. Dagegen werden wir die andere Entschließung Arnstadt und Genossen ablehnen, und zwar aus den Gründen, die eben Herr Stücklen schon dargelegt hat. Das sind die Gründe, welche die drei Mehrheitsparteien veranlaßt haben, eine Entschließung einzubringen, die sich auf Nr. 1390 findet, deren Annahme ich Ihnen hiermit bestens empfehle. Darin sind zum Teil auch die Gedanken enthalten, die ich hier vorgetragen habe.

Zum Schluß möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß es dem Herrn Reichswehrminister beschieden sein möge, die Reichswehr weiter gedeihlich zu entwickeln, sodaß ein militärischer Apparat von achtbarer Bedeutung entsteht, der der Regierung notfalls als Instrument zur Verfügung steht, um ihren Willen durchzusetzen und ihm Geltung zu verschaffen. Möge ein militärisch brauchbarer Apparat entstehen zur Sicherheit des aus tausend Wunden blutenden deutschen Volkes, zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung in den deutschen Landen!

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Nur mit einem wehmütigen Schmerzgefühl vermag man als Deutscher, der die glanzvolle Periode nach der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches ein halbes Jahrhundert miterlebt hat, heute auf diesen Platz zu treten, um ausgerechnet zu dem sogenannten Heeresetat zu sprechen. Meine Damen und Herren! Die **alte Armee,** die 5 Jahre hindurch einer übermenschlichen Übermacht getrotzt hat, siegreich und ungebrochen, die dieser Übermacht nicht erlegen ist, sondern (C) die, wie zu unserer Schmach der englische General Morris leider mit Recht erklärt hat, von hinten erdolcht wurde,

(Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten; sehr richtig! rechts)

sie liegt am Boden, das Bild wiederholend, das uns die alte Heldensage von Siegfried und dem Hagen als ein immer wiederkehrendes Symbol der deutschen Geschichte vorahnend verkündet hat; und der Speer, der von dem Hagen diesem Siegfried von hinten in den Leib gestoßen worden ist, ist von langer Zeit vorher geschmiedet worden.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Hetze, die Untergrabung des Ansehens unserer herrlichen Armee, die bereits an dem Zabern-Tage unseligen Angedenkens in diesem hohen Hause zu einem geradezu abstoßenden Ausdruck kam, ist die Vorbereitung für das gewesen, was wir jetzt an dieser herrlichen Schöpfung unserer alten preußisch-deutschen Armee erlebt haben. Die Hetze gegen den Militarismus, wie man es zu nennen pflegte, — gewiß, sie wurde hingestellt von denen, die sie betrieben, teils in gutem Glauben, zum großen Teil aber aber auch nicht in gutem Glauben, als eine Arbeit gegen angebliche Übergriffe sowohl des Systems wie einzelner Persönlichkeiten. Nein, meine Damen und Herren, das ist es nicht, was unseren alten Militarismus im besten Sinne des Wortes ausmachte. Es war das, daß diese alte Armee die Säule, die Grundfeste war, auf der unser altes monarchisches Staatswesen aufgebaut war. Das war es, was gewissen Kreisen den Haß gegen sie einflößte. Das war es, was diese Kreise dazu verleitete, wenn hier und da menschliche Irrtümer vorkamen, wie in allen Dingen dieser Welt, daraus eine cause célèbre zu machen, daraus Angriffe und Verleumdungen und eben, wie ich sage, eine Hetze zu gestalten.

(Sehr richtig! rechts.) (D)

Die alte Armee war aber mehr noch als nur die Grundlage unseres monarchischen geordneten glanzvollen Staatswesens. Die alte Armee war überhaupt die **Grundlage unseres ganzen Deutschtums,** unseres ganzen deutschen Vaterlandes.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.)

Darum ist es kein Wunder, wenn sich die Männer, welche von außen her als Feinde unseres Vaterlandes diese Säule, diese Kraft, dieses Rückenmark unseres Deutschtums zu zerstören ein Interesse hatten, sehr bald mit denen zusammenfanden, die aus inneren Gründen an dieser Grundfeste unseres Deutschtums wühlten und sie unterminierten. Wenn auch die Motive verschieden waren, die Arbeit war doch die gemeinsame. Denn mit dem Kampf gegen unsere alte Armee hat der Kampf begonnen, der zu Deutschlands Vernichtung geführt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist ein tragisches Geschick, daß die Verblendung deutscher Männer so weit gegangen ist, daß sie sich dessen nicht bewußt werden wollten oder bewußt werden konnten, daß sie mit dem Zusammenbruch, mit der Unterminierung der Armee die Geschäfte unserer Feinde besorgt haben,

(sehr richtig! rechts)

und daß der Sieg, den sie für ihre innerpolitischen Ziele errangen, zugleich auch den Untergang und die Niederlage des Vaterlandes bedeutet hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie an das Wort von **Kautsky,** das er in der Schweiz gesprochen hat, daß die deutsche Armee nicht siegen durfte, weil damit der Militarismus befestigt worden wäre.

(Hört! Hört! rechts.)

Dieses Wort sagt alles.

(Sehr richtig! rechts.)

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) Sie haben gesiegt mit ihrer Arbeit gegen die alte preußisch-deutsche Armee, Sie haben triumphiert: die Monarchie liegt am Boden, die Republik ist stabilisiert. Aber daneben liegt die Leiche des deutschen Vaterlandes.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links: Daran sind Sie schuld! — Erregte Gegenrufe rechts.)

Und nicht nur die Leiche des monarchischen Vaterlandes; nein, meine Damen und Herren, ich erinnere Sie an das Wort, das Ihr Parteiführer Löbe gesprochen hat: gegen das **soziale Deutschland** haben die Feinde gekämpft. Das sozial aufwärtsstrebende und mit dem Sozialen wirtschaftlich aufstrebende Deutschland, das haben Sie mit dem Ruin der Armee mit vernichtet. Es wird die rückblickende Geschichtsschreibung einmal diese Dinge nüchterner beurteilen, als es diejenigen heute tun, die in dem Rausche ihres Pyrrhussieges wähnen, einen Erfolg verzeichnen zu können, und ich glaube, daß die berauschten Zabern-Redner von damals dann eine andere Kritik erfahren werden, als Sie sie in dem Beifall des hohen Hauses damals erhalten haben.

(Sehr gut! rechts.)

Unsere Feinde haben es immer gewußt, vom ersten Tage des Krieges an, daß Deutsche nur durch Deutsche zu besiegen sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Das haben sie im Mittelalter durch Söldneranwerbungen getan, so daß sie deutsche Truppen gegen Deutsche geführt haben; heute haben sie es auf dem Wege der Revolution erreicht. Heute, wo der Siegfried am Boden liegt, da schreien sie nicht mehr von Militarismus und Kaiserismus. Heute lassen Sie die Maske fallen, höhnisch bekennen Sie von vornherein: wir haben niemals danach gesehen, welche Verfassung Deutschland hatte, sondern Deutschland, das wirtschaftliche, haben wir bekriegt. Man steht gewissermaßen vor einem Rätsel, daß die Männer, die sich in (B) den Wahn haben bringen lassen, es gelte den Militarismus in Deutschland niederzubezwingen, um das Wohlwollen der Feinde für einen Völkerbundfrieden zu erhalten, nie bemerkt haben, daß es die Entente war, die mit dem zaristischen Rußland von vornherein gegen das Deutschland mit dem freiesten Wahlrechte der Welt gekämpft hat. Gegen diese nüchternen Tatsachen hilft kein Geschrei von Kriegsschuld und U-Boot-Krieg.

(Lebhafte Zurufe.)

Dagegen hilft auch nicht, wenn Sie die Helden jetzt verunglimpfen, deren Namen nnd Ruhm in der Geschichte glänzen werden, wenn der Name der Diadochen von heute von unseren Enkeln gar nicht mehr gekannt oder nur mit Zorn und Wut werden genannt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der **Untersuchungsausschuß**, den das hohe Haus festgesetzt hat, wie mich dünkt, zur Freude unserer Feinde, um über die Kriegsschuld objektive — ich nehme an, es ist die ernste Absicht — Nachforschnngen anzustellen, so wird auch er zu keinem anderen Resultate kommen können, als daß er beweisen wird, daß der Zusammenbruch unseres Vaterlandes nicht da begann, wo menschliche Schwäche hie und da Fehler gemacht hat, die hernach leicht zu kritisieren sind, wenn man vom Rathaus kommt, sondern da einsetzte, wo das einmütige Bekenntnis zu unserm alten deutschen Vaterlande, wie es im Juli 1914 im Volke zum Ausdruck kam, wich der von neuem beginnenden Arbeit der Verhetzung und der Zersetzung unserer Armee,

(Zurufe)

wo unter der Ägide von Wilson und seinen Handlangern Deutsche sich fanden, die Unfrieden und Unterwühlung in unsere starken Institutionen hineinbrachten und wo man an der Spitze des Vaterlandes, an den verantwortlichen Stellen der Reichsministerien verblendet genug war, zu glauben, dieser Arbeit am besten begegnen zu können, (C) indem man den Bock zum Gärtner machte, und die Kreise, die diese Zersetzung betrieben, verhätschelte und bevorzugte.

Meine Damen und Herren! Für einen Deutschen, der ein Vierteljahrhundert und mehr dieser alten herrlichen Armee angehört hat, der in ihren Reihen, was sie nicht alle von sich sagen können, kämpfen und bluten durfte,

(Zurufe links)

— nun, hiervor sollten Sie wenigstens noch Achtung haben, — für einen Deutschen, der viele Jahre hindurch von dieser Stelle aus die Wünsche und Interessen der Armee nach bestem Wissen und Gewissen vertreten hat, für den ist es schwer, an der Leiche dieser alten Armee die Worte zu finden, welche den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen. Und dennoch erachte ich es als eine heilige Pflicht. Denn wenn uns auch nur ein kleiner trauriger kümmerlicher Torso übrig geblieben ist, den man kaum noch ein Reichsheer nennen möchte,

(sehr richtig! rechts)

so erblicke ich doch in dieser **Reichswehr,** in diesem Reste das kleine zarte schwächliche Kind des alten Recken unserer alten Zeit, und man muß es lieben, schon des Vaters wegen, und gerade weil es als so zartes Kind der Fürsorge ganz besonders bedarf. Aber es bedarf aufrichtiger Freunde, nicht nur der Freunde mit den Lippen, sondern der Freunde, die ein Gefühl und Verständnis haben für das, was eine Armee, was ein Soldat bedarf. Meine Damen und Herren! Sie werden dieses innerliche Verhältnis Ihrerseits auf der Linken des Hauses auch für diesen **Torso einer Armee** niemals haben können, so ehrlich auch Ihr Wille sein mag. Ich will niemand den ehrlichen Willen abstreiten; aber Sie werden dieses Verständnis niemals haben können, weil Sie ja geradezu geschüttelt werden von einem Mißtrauen, daß dieses zarte Kindlein doch einmal sich wieder kräftig entwickeln könnte, (D) daß es vielleicht doch einmal in die Fußtapfen seines Vaters treten könnte

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

und am Ende doch einmal die Traditionen der alten Zeit wieder, an sein Gewissen pochend, fühlen und sich zum Rächer des Mörders seines Vaters machen könnte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie weit Ihr Mißtrauen geht, wie es sich, ich will nicht sagen: in diesem hohen Hause, aber sonst in Ihren Kreisen geradezu bis zum Verfolgungswahn steigert, dazu braucht man nur Ihre Äußerungen in der Presse zu lesen und braucht auch nur die Debatten zu verfolgen, die wir im Ausschuß und auch hier gehabt haben. Auch der Herr Kollege Stücklen hat reichlich viel von diesem Mißtrauen, von dieser Sorge durchblicken lassen, daß diese kleine Reichswehr ein reaktionäres Instrument werden könnte. Er hat ja so geschrieen nach der republikanischen Aufklärung für die Truppen, nach dem republikanischen Offizierskorps usw.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Ja, Sie sind ja noch viel weiter gegangen, meine Damen und Herren; Ihre Presse und Ihre Freunde haben den Mann, der aus wärmstem Empfinden und aus einem Verständnis, an das keiner von uns heranreicht, für die Reichswehr ein warmes Wort eingelegt hat, sofort verdächtigt und geschmäht, daß er, wie Herr Stücklen sagte, gegen die Reichswehr geschrieben habe,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

daß er in sie hinein Mißtrauen und Zersetzung tragen wollte. Ach, meine Damen und Herren, was für ein schlechtes Gewissen oder für eine mißtrauische Seele gehört dazu,

(sehr richtig! rechts)

um derartige Dinge in einem so warmherzigen Artikel

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) herauszusuchen, wie ihn der General **Ludendorff für die Reichswehr** geschrieben hat.

(Bravo! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten: Aha!)

Meine Damen und Herren! Es ist mir im Ausschuß gewissermaßen zugemutet worden, diesen Artikel abzuschütteln. Nein, das tue ich in keiner Weise; im Gegenteil,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

ich begrüße diesen Artikel mit Dank, daß ein Mann, der ein Soldatenherz hat, und ein Mann, der Soldatenverständnis hat, das Wort ergriffen hat, mit dem Mute, den der Mann immer und stets bewiesen hat.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß dieses warme Wort von Ludendorff für die Reichswehr einen Widerhall gefunden hat

(Zuruf von den Sozialdemokraten: als Heuchelei!)

in allen Kreisen der Reichswehr, der Ihnen unbequem sein mag, der aber beweist, daß ein alter Soldat eben anders für diese Verhältnisse empfinden und mit anderem Verständnis reden kann als Sie, die alles nach Parteischablone und politischer Tendenz färben.

(Sehr gut! rechts.)

Ich nehme es Ihnen nicht übel, meine Damen und Herren, wenn Sie kein psychologisches Verständnis für das haben, was in den Worten Ludendorffs liegt, das kann ich von Ihnen gar nicht erwarten;

(sehr richtig! rechts)

aber so viel halte ich doch für notwendig zu erklären: es ist eine ganz unglaubliche Unterstellung, zu behaupten, daß der Ludendorffsche Artikel die Tendenz habe, in die Reichswehr hinein eine Zersetzung zu tragen, und daß sich dieser Artikel richte gegen die Personen derjenigen, die an der verantwortlichen Spitze stehen.

(B) (Sehr richtig! rechts.)

Nein, er richtet sich allerdings gegen gewisse Kreise der Mehrheitsparteien, die ganz gewiß nicht das Herz für diese Reichswehr haben, die in der Angst, daß sie ihnen zu stark werden könnte, gewiß nicht für die Reichswehr genügend sorgen, und er richtet sich vielleicht auch gegen ein gewisses mangelndes Verständnis an gewissen Stellen der obersten Behörden. Ich mache da keinen persönlichen Vorwurf; denn ich verlange von jemand, der nicht in diesen Dingen aufgewachsen, ganz von selbst nicht, daß er für sie immer das rechte Empfinden hat; aber sehr wohl ist man berechtigt, wie es Ludendorff tut, an der Hand von Tatsachen Vorwürfe über mangelndes Verständnis zu erheben; dazu brauche ich bloß darauf zu verweisen, daß es doch den jetzigen Leitern unserer militärischen Stellen nicht einmal gelungen ist, die Reichsmilitärgerichtsbarkeit, die Offiziersehrengerichte usw. für die Armee zu retten.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das nicht einmal möglich war — und es ist nicht einmal warm dafür eingetreten worden —, so bedeutet das allerdings eine Verständnislosigkeit, die öffentlich zu kritisieren wohl das Recht derer ist, die wie General Ludendorff sich über diese Dinge ein Urteil erlauben dürfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und wie weit geht diese Ihre (zu den Sozialdemokraten) Empfindlichkeit und Ihr Mißtrauen? Ja, Herr Kollege Stücklen, Sie sagten vorhin, die **schwarz-rot-goldene Fahne** schiene auf uns zu wirken wie das rote Tuch auf den Stier.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

— Ich sage ruhig „Stier". Der Vergleich mit dem Stier ist für mich keine Beleidigung!

(Erneute lebhafte Zustimmung links. — Stürmische Heiterkeit.)

(C) Ich habe aber viel mehr den Eindruck gehabt, daß die schwarz-weiß-rote Fahne auf die Herren (nach links) gewirkt hat wie das Tuch auf den Ochsen.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Warum wollen Sie denn, wenn Sie selbst im Ausschuß gesagt haben — zwar nicht Sie, Herr Stücklen, aber doch einer Ihrer Freunde von einer der Mehrheitsparteien —, Sie wünschten, daß die Tradition in der neuen Armee gepflegt würde, nicht auch das anerkennen, daß die Tradition unserer **Armee mit der schwarz-weiß-roten Fahne verbunden** ist, aus einer Zeit, die wahrhaftig glorreicher war als die, wo die schwarz-rot-goldene Fahne über unserem Vaterland weht.

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Sie mögen empfindlich gegen die Fahne schwarz-weiß-rot sein, aber Sie können sie ebensowenig verbieten und sollten ebensowenig dagegen anrennen, wie Sie früher doch auch verlangt haben, daß Sie Ihr Panier, die rote Fahne, offen zeigen durften.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Auch der Truppe vorantragen?)

Warum denn nun diese Empfindlichkeit? — Ja, Herr Kollege Davidsohn, ist es denn nach der Verfassung überhaupt verboten, die schwarz-weiß-rote Fahne auszuhängen? Ich kann jede Fahne aus meinem Fenster aushängen!

(Abgeordneter Davidsohn: Aber nicht die Reichswehr!)

Die Juden von Berlin hängen ja auch die weiß-blaue Fahne heraus, wo sie glauben, daß sie ihnen einen Schutz bedeutet.

(Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Wenn Sie alle andern Farben gestatten, so werden Sie auch die schwarz-weiß-rote nicht verbieten können.

(Abgeordneter Davidsohn: Das werden wir sehen! — Unruhe.) (D)

— Es ist sehr freundlich von Ihnen, Herr Davidsohn, daß Sie mir eine Pause zur Schonung meiner Stimme gönnen wollen; ich frage Sie nur: wie lange wünschen Sie sie zu haben? Ich verzichte gern auf eine Weile!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir verzichten auf Ihre ganze Rede!)

— Das glaube ich Ihnen gern! —

Meine Damen und Herren! Ich hätte aber an Ihrer Stelle diese Empfindlichkeit gegenüber unserer alten Fahne nicht in dieser Weise gezeigt. Denn was beweist schließlich die Tatsache, daß sie überall im deutschen Volk mit wenigen Ausnahmen dem schwarz-rot-goldenen Wimpel vorgezogen wird? Sie beweist, daß Sie ebenso, wie Sie der Mehrheit des deutschen Volkes die Republik aufgezwungen haben, ihm nun ein Symbol aufzwingen wollen, das im Herzen des deutschen Volkes nie und nimmer Wurzel schlagen wird.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Machen Sie so viel Propaganda für Ihren Dreifarbenwimpel, sie werden ihn nie im deutschen Volke als populäre Fahne hochbringen, Sie mögen schreien und zetern, soviel Sie wollen.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Mir beweist dies nur um so mehr, daß das deutsche Volk in seinem Herzen noch das gesunde Empfinden hat und an der alten Fahne hängt, und das werden Sie ihm nicht aus dem Herzen reißen, bis die alte Fahne wieder offiziell auf den Fahnenstöcken wehen wird.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Herr Stücklen hat dann heute — ich weiß nicht, ob sehr zu Gefallen des Herrn Reichswehrministers — nach dem **republikanischen Offizierkorps** gerufen. Er hat die Forderung aufgestellt: das Offizierkorps muß republi-

(**v. Graefe**, Abgeordneter.)

(A) kanisch sein. Wer nicht republikanisch ist, möge die Konsequenzen ziehen und seinen Abschied nehmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich spreche dieser Auffassung die Logik durchaus nicht ab, aber ich weiß nicht, ob es den Herren im grauen Tuch, hier rechts von mir (zur Regierungsbank) sehr wohl in den Ohren geklungen hat, am allerwenigsten dem Herrn Reichswehrminister selber. Denn wenn Sie die Offiziere, die sich in ihrem Herzen nicht zur republikanischen Staatsform bekennen, heute alle freundlichst auffordern wollen, die Armee zu verlassen, dann möchte ich einmal den traurigen Rest sehen, der da übrig bleibt.

(Große Heiterkeit rechts. — Lachen links.)

Ich möchte den Reichswehrminister nicht in der Rolle sehen, wie er dann dasäße, ein entlaubter Stamm, vielleicht noch mit einigen welken Blättern geziert.

(Stürmische Heiterkeit rechts. — Zuruf: Dann übernimmt Davidsohn das Amt!)

Meine Damen und Herren! Ihre Diskussion über das republikanische Offizierkorps beweist nur immer wieder,

(wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten)

— wenn Ihr Privatdiskurs fertig ist, darf ich wohl fortfahren, Herr Davidsohn —,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Wenden Sie sich an den Abgeordneten Bruhn!)

wie innerlich unmöglich Ihre ganzen Bestrebungen sind, einerseits eine Armee zu schaffen, die wirklich zum Schutz von Ordnung, Sicherheit, Verfassung und ich weiß nicht was alles dient, und gleichzeitig doch überall nur Zersetzungsarbeit zu leisten, wie Sie sie letzten Endes im Volke doch immer betreiben. Das tritt am allerklarsten in die Erscheinung, wenn wir auf das Gebiet der entpolitisierten Armee kommen. Meine politischen Freunde sind immer der Ansicht gewesen und sind es heute noch, daß ein Heer, in dem Politik getrieben wird, kein

(B) Instrument ist, auf das sich ein Staatswesen verlassen kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

— Sehr richtig? Nun, ich freue mich, wenn Sie auch mal „sehr richtig" rufen. Aber, meine Damen und Herren, dann vergessen Sie doch bitte eins nicht: Sie haben **die Armee politisiert,**

(erregter Widerspruch von den Sozialdemokraten)

Sie haben die Armee mit den bürgerlichen Staatsrechten und dem Wahlrecht versehen, und Sie beanspruchen für sich, daß das, was Sie heute Staat nennen, daß die heutige Regierung ihrerseits die Armee politisch beeinflussen darf. Dabei vergessen Sie oder wollen vergessen, daß die heutige Regierung doch eine Partei respektive eine Parteigruppierung darstellt,

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das war doch früher auch so!)

daß diese herrliche Regierung morgen oder übermorgen ebensogut durch eine andere abgelöst werden kann.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Wie die Ihrige!)

Sie beanspruchen aber für diese Regierung, daß sie politische Agitation in der Armee betreibt unter der Firma oder dem Grundsatz, den Sie aus dem alten Staatswesen übernommen haben, daß allerdings eine Regierung, die über den Parteien steht, die Unterordnung und Anhänglichkeit der Armee diesem Staate gegenüber verlangen und betreiben kann. Früher haben Sie freilich immer dagegen geweitert, da haben Sie immer gesagt: nein, das ist eine Entrechtung der Soldaten, und da haben Sie Ihre politischen Einflüsse gegen die Regierung und die oberste Kommandogewalt hineintragen wollen. Jetzt verlangen Sie für sich, daß alle Flugschriften, welche sozialistisch oder republikanisch sind, den Leuten zugebracht werden sollen. Aber von der anderen Seite, wo Sie

(C) doch gar nicht wissen, wann die andere Seite vielleicht wieder am Ruder ist, darf keine Aufklärung gemacht werden, das ist dann Politisierung. Nein, Sie haben ein Zwitterding geschaffen, das sich gar nicht so durchführen läßt.

Daß Herr Noske jetzt wieder eine ganz entpolitisierte Armee haben möchte, das kann ich ihm nachempfinden. Aber das haben Sie ja selbst kaputt geschlagen und unmöglich gemacht! Und nun wollen Sie, daß diese Armee mit einer republikanisch-sozialistischen Aufklärung durchsetzt wird, und wir sollen uns dagegen nicht wehren können.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Erneute Zurufe links.)

Das können Sie nicht von uns verlangen. Es ist das eine Zumutung, von der Sie wohl von vornherein annehmen, daß ihre Erfüllung unmöglich ist. Rühren wir aber den Finger, treiben wir die politische Aufklärung im Interesse des Staatswesens, das, wie wir hoffen, einmal wieder werden wird, und nach meiner Überzeugung ganz gewiß wieder werden wird, dann schreien Sie, wir untergraben die Autorität, wir politisieren die Armee.

Sie sehen, was Sie da geschaffen haben. Es ist das eben ein Beweis, daß man nicht etwas schaffen soll, wovon man nichts versteht, und für die Armee haben Sie nie Verständnis gehabt! Ich kann keinen Unterschied erkennen zwischen Parteirechten und den Rechten der Regierung, denn die Regierung ist und bleibt Partei.

Nun, meine Damen und Herren, haben Sie nach meiner Meinung eine merkwürdige Art Ihres **Wohlwollens für die Reichswehr** bewiesen, indem Sie unserer Resolution gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen haben. Sie haben, glaube ich, nach dem Rezept verfahren: was kann aus Nazareth Gutes kommen. Wenn etwas von den Deutschnationalen kommt, so können Sie natürlich nicht dafür stimmen, und wenn es noch so gut ist. Darin sehen Sie eine solche Blamage, die immer die kleinen Geister in dem sehen, wenn sie einem anderen recht (D) geben sollen.

(Lachen im Zentrum und links.)

Sie haben sich also in der üblen Situation befunden, daß dieser Antrag von uns kam, und da wollten oder konnten Sie sich nicht zu der Seelengröße aufschwingen, dafür zu stimmen, Sie haben vielmehr geglaubt, Sie könnten sich aus der Bredouille helfen, indem Sie eine eigene Wassersuppe kochten und aus unserem Topfe einige Nudeln herausnahmen.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe aus dem Zentrum und links.)

Es ist aber nicht gelungen, die Suppe ist nicht schmackhaft geworden. Zunächst möchte ich daran erinnern, daß jeder draußen bald merken wird, woher dieser Kochtopf stammt. Hat doch Herr Kollege Haas, von dem ich erwarte, daß er nachher meine Köpfung vornehmen wird, auf den Ludendorffartikel im „Berliner Tageblatt" seinerzeit geantwortet: bis jetzt sind keine Klagen über schlechte Löhne laut geworden, es gäbe sogar Leute, die meinten, die Löhne seien reichlich hoch. Bezüglich der Verpflegung und Kleidung sei freilich nicht alles immer so gewesen, wie es sein sollte, aber es wäre schon vieles besser geworden. Nun kam unser Antrag, der erhebliche Besserstellung fordert. Da sind Sie, Herr Kollege Haas, auf einmal von einem Saulus ein Paulus geworden und haben selbst einen Antrag mit Ihren Freunden gestellt.

Aber wenn ich dies ein Wassersüppchen nenne, so will ich darauf hinweisen, wie richtig dieser Name ist. Sie verlangen in Ihrer Entschließung, daß in eine allgemeine Prüfung eingetreten wird, ob die **Gebührnisse der Angehörigen der Reichswehr** hinreichend sind. Ja, ich meine, wir haben Zeit genug gehabt, diese Prüfung vorzunehmen,

(sehr richtig! rechts)

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) und wir sind uns wohl alle einig darüber, daß diese Verhältnisse nicht ausreichend sind. Ich glaube, Sie haben einen Fehler gemacht, das „ob“ hätten Sie nicht gebrauchen sollen. Wir wissen längst, daß die Gebührnisse nicht ausreichend sind. Was in der parlamentarischen Sprache „Erwägungen“ heißt, das kennt man. Es sind Dinge, über die man, wenn sie einem etwas unbequem sind, weil eine Ablehnung draußen agitatorisch ungünstig wirkt, dann eine Prüfung oder Erwägung beantragt. Darüber kann ein unglücklicher Mensch dann alt und grau werden, wie wenn man am Telephon auf Anschluß wartet.

(Heiterkeit.)

Nein, wenn man für notwendig hält, daß die Reichswehr bessere Löhne bekommt, dann fordert man keine Erwägungen. Wir werden Ihnen die Sache übrigens heute etwas erleichtern; denn Sie haben einige Punkte unserer Resolution vergessen mit herüberzunehmen, und wir werden deshalb beantragen, daß über die einzelnen Punkte unserer Resolution einzeln abgestimmt wird. Ich nehme an, daß der Herr Präsident dagegen nichts einzuwenden haben wird.

Noch ein kurzes Wort über die **Gebührnisse.** Warum bedürfen sie sofort einer **Aufbesserung?** Ich hole den berühmten Müllkutscher noch einmal von seinem Wagen herunter, der in Berlin 650 Mark monatlich bekommt. Das ist mehr, als ein Hauptmann in der Reichswehr bekommt.

(Sehr richtig! rechts.)

Brauchen Sie dazu noch eine Nachprüfung, Herr Kollege Haas, ob die Gebührnisse ausreichend sind? Dazu brauchten Sie doch wirklich nicht den Reichswehrminister in Bewegung zu setzen.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Die Wohnungsgelder und Teuerungszulagen werden den Offizieren heute noch zum Teil nach ihren alten Garnisonen bezahlt, die nicht mehr existieren, obwohl dort zum

(B) Teil die niedrigen Sätze galten und die Herren inzwischen in teurere Garnisonen gekommen sind. Der Apparat scheint etwas langsam zu gehen, wenn diese Überführung in die andere Klasse noch nicht hat stattfinden können. Wie es bei den Offizieren ist, so ist es auch bei den Unteroffizieren und Mannschaften. Da brauchen Sie auch keine Nachprüfungen mehr anzustellen. Ich will Ihnen die Tabelle, in welcher verzeichnet ist, was die englischen Offiziere und Mannschaften für Löhne bekommen, nicht vorlesen; aber vergleichen Sie selbst vielleicht einmal das, was in England gezahlt wird, mit unseren Verhältnissen. Der Unterschied beider Löhne geht geradezu ins Fabelhafte. Bei den Mannschaften und Unteroffizieren haben wir dasselbe Mißverhältnis. Da ist nachzuweisen, daß die Leute zum großen Teile erheblich weniger bekommen, als der Durchschnitt der Arbeitslöhne beträgt. Die Leute bekommen zum Teil nicht einmal wesentlich mehr, als die Arbeitslosenunterstützung ausmacht; und das verlangen Sie von Leuten, die Leib und Leben und ihre Gesundheit dauernd für die Sicherheit und Ordnung im deutschen Vaterlande hergeben sollen, die den Achtstundenarbeitstag nicht durchführen können, wenn es Spartakus nicht gefällt.

(Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hier muß Abhilfe geschaffen werden, wenn die Reichswehr überhaupt einen Sinn haben soll. Es kann nicht nur mit Erwägungen und wohlwollender Theorie vorgegangen werden, sondern der Herr Reichswehrminister muß die Energie haben, daß er dies durchsetzt; sonst schmeißen wir das Geld zum Fenster heraus. Wenn Sie ordentliche Leute bei der Stange halten wollen, müssen Sie sie auch entsprechend bezahlen. Sie können aber nicht von der Reichswehr verlangen, daß sie bei der Stange bleibt, wenn sie sich schlechter steht als der Durchschnittsarbeiter. Der

Herr Reichswehrminister muß die Schwierigkeiten beseitigen, (C) daß nicht erst Zwischenstadien einreißen, innerhalb welcher die Soldaten der Reichswehr unter die Arbeitslöhne der Arbeiter hinuntersinken. Er muß sich eventuell in dieser Sache an den Reichsfinanzminister wenden und durchsetzen, daß die Löhne erhöht werden, denn sonst ist das ganze Geld, wie gesagt, zum Fenster hinausgeschmissen. Wenn wir eine Reichswehr haben wollen, die nichts nützt oder nichts taugen kann, dann ist es schon besser, wir haben überhaupt keine und sparen das Geld!

(Zurufe.)

— Mir wird zugerufen, früher hätten wir der Erhöhung der Löhne der Armee nicht zugestimmt.

Zunächst habe ich den Herrn Kollegen Stücklen zu korrigieren. Auf meinen Zwischenruf hat er gesagt, ich persönlich hätte allerdings dafür gestimmt. Ich habe aber nicht persönlich im Haushaltsausschuß gesprochen. Sie möchten wohl, daß ich ein Eigenbrödler in meiner Partei sei. Das stimmt aber nicht, denn wenn ich rede, rede ich im Namen meiner politischen Freunde. Das ist also schon nicht richtig, daß wir eine Heraufsetzung der **Löhne für die Soldaten der alten Armee** während des Krieges nicht bewilligt hätten. Im Gegenteil, wir haben selbst diesbezügliche Anträge gestellt. Aber den Unterschied werden Sie doch wohl — eigentlich bedürfte dies keiner besonderen Betonung von mir — erkennen, daß wir in der alten Armee für das deutsche Volk eine Schule hatten, die wir noch schwer entbehren und vermissen werden, dort machte der junge deutsche Mann von etwa 20 bis zu 22 Jahren im Heer tatsächlich eine Schule durch, die dem Staate sehr viel Geld kostete, und für die man fast ein Schulgeld hätte einziehen können; wenn man diesen Schulstandpunkt anerkennen will.

(Lachen bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der junge Mann bei freier Verpflegung, Kleidung usw. (D) dann nur soviel bekommt, daß er für die kleinen Bedürfnisse des Tages noch einen kleinen Zuschuß hatte, so können Sie das nicht vergleichen mit einem Söldnerheere. Das ist ein törichter Vergleich, und es ist lächerlich, darauf eingehen zu müssen. Gerade Sie werden diese Schule des deutschen Volks, das wiederhole ich, auch für Ihre Ziele noch schwer entbehren und vermissen; denn was Sie in Ihren Gewerkschaften an Disziplin und strammer Zucht haben, das haben Sie aus der deutschen Armee übernommen. Das war eine Organisation, die Sie nur aus Soldaten haben machen können, aber nicht aus der Wirtschaft, die Sie jetzt heranziehen. Darum ist ein Vergleich zwischen der alten Armee und dem jetzigen Söldnerheer bezüglich der Löhnungsgrundsätze nach meiner Meinung einfach lächerlich.

Ich komme jetzt zum dritten Punkte unserer Resolution, **Verpflegung, Kleidung, Ausrüstung.** Hier wird gesagt, es sei nicht genug da, wir könnten das Notwendige nicht aus der Erde stampfen, und vor allen Dingen kämen erst die Kriegsgefangenen an die Reihe. Das ist selbstverständlich. In der ganzen Armee wird es keinen Soldaten geben, der nicht den Kriegsgefangenen den Vortritt lassen wollte. Nun wissen wir aber, Herr Reichswehrminister, daß nach der Revolution 7 Millionen Uniformen, wie Sie selbst uns, glaube ich, gesagt haben, vorhanden waren. Wenn ich nun davon eine Million für die Kriegsgefangenen abrechne, so bleiben noch 6 Millionen. Diese sind aber wohl größtenteils verschoben oder verschwunden, denn sonst müßten noch genug vorhanden sein. Wenn ich einmal 6 Millionen zur Verfügung hätte, dann brauchten die Soldaten heute nicht in einem einzigen Anzug zu jedem Dienst zu gehen und auch Sonntags in demselben Anzug herumzulaufen. Das ist das, was ich Ihnen vorwerfe, nicht Ihnen, Herr Noske, persönlich, sondern dem ganzen

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) System, von dem Sie immerhin doch nicht ein ganz nebensächlicher Faktor sind, daß Sie es nicht verstanden haben, für die Leute rechtzeitig zu sorgen, sondern Juden und Judengenossen, Schiebern und anderen Leuten die Möglichkeit gelassen haben, ganze Bestände wer weiß wohin zu bringen, anstatt daß sie für die Truppen rechtzeitig gesichert waren.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese **Verschiebungen** gehen heute noch immer vor sich; die Verschiebungen sind nicht nur in den ersten Tagen der Revolution vorgekommen, man liest noch alle Augenblicke Nachweise dafür, wie mit diesen Dingen auch heute noch in infamer Weise geschoben wird und wie dadurch die Truppe in schnöder Weise geschädigt wird. Wir verlangen darum von dem Reichswehrminister eine ganz andere Energie. Wenn es für die Hilfspolizeisoldaten und die Einwohnerwehren zum größten Teil möglich gewesen ist, schmucke Uniformen und gute Ausrüstung zu beschaffen, dann muß der Reichswehrminister auch für die Reichswehr in erster Linie Sachen beschaffen. Wenn er das nicht kann, dann sind entweder das ganze System oder die Persönlichkeiten nicht geeignet, wahrscheinlich beides.

(Zustimmung und Heiterkeit rechts.)

Gewundert hat mich, daß die Herren der Mehrheit die Auszahlung der vollen **Entschuldungsgelder an Offiziere und Unteroffiziere** unter Nichtanrechnung der Reichswehrzulage abgelehnt haben. Welch eine Fülle von Erbitterung ist durch diesen sinnwidrigen Erlaß gerade in die Armee hineingetragen worden. Ich warne den Herrn Reichswehrminister dringend davor, diese Erbitterung zu unterschätzen. Gewiß haben Sie gesagt: wenn man den Leuten nicht von vornherein eine falsche Hoffnung erweckt hätte, indem man in der Presse zuerst von der Auszahlung der ganzen Summe sprach, sondern wenn man (B) ihnen von vornherein nur die kleine Differenz in Aussicht gestellt hätte, dann würden sie gar nicht erst so unzufrieden geworden sein. Das weiß ich sehr wohl, Herr Reichswehrminister; die Unzufriedenheit kommt allerdings in der Armee nicht so schnell; gerade der Soldat und namentlich der alte Offizier ist es nicht gewöhnt, seine Wünsche immer selbst nachzuprüfen, mit anderen zu vergleichen und dann agitatorisch damit hervorzutreten. Wenn Sie aber glauben, weil der Wunsch bis dahin noch nicht an Sie gestellt worden ist, wäre er Ihnen erspart geblieben, so befinden Sie sich nach meiner Überzeugung in einem argen Irrtum. Der Anspruch, den die Offiziere und Unteroffiziere auf diese Entschuldungsgelder erheben können, ist für sie ebenso berechtigt wir für die Beamten. Danach allein hat es zu gehen. Aber es macht dort einen geradezu sinnwidrigen Eindruck, wenn auf einmal dieses Rechenexempel gemacht wird, daß Sie sagen: längst erworbene Rechte auf Gelder, die den Leuten zustehen, sollen hierbei angerechnet werden. Dann hätten Sie das Exempel anders aufstellen sollen, Sie hätten sagen sollen: ihr bekommt nur so niedrige Entschuldungsgelder. Aber diese Spintisiererei mit der rechtmäßig erworbenen Reichswehrzulage auf diese Entschuldungsgelder war entweder eine Torheit oder etwas noch viel Schlimmeres, wofür ich keinen parlamentarischen Ausdruck habe.

Bezüglich des letzten Punktes unserer Resolution, daß den **aus der Gefangenschaft zurückkehrenden** Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die **Gebührnisse beschleunigt gezahlt** werden möchten und daß auch die Beförderungen vorgenommen werden möchten, hat der Herr Kollege Stücklen geantwortet, daß das nach der Besoldungsordnung nicht ginge. Ich habe ihm bereits im Haushaltsausschuß darauf erwidert, daß ich mir sehr wohl dessen bewußt bin, daß nach dem Wortlaut der Besoldungsordnung, also nach dem bestehenden Rechtszustande, (C) diese Auszahlung zunächst nicht erfolgen kann. Aber die Besoldungsordnung ist gemacht worden, als kein Mensch an die Möglichkeit eines fünfjährigen Krieges dachte. Die Besoldungsordnung ist gerade bezüglich dieses Punktes so abgefaßt worden, weil man nicht annahm, daß unglückliche Menschen fünf Jahre und noch länger in Kriegsgefangenschaft sitzen könnten. Wir wissen ja, daß viele dieser Unglücklichen auch heute noch nicht aus der Gefangenschaft zurückkehren können.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die Besoldungsordnung ist unter dem Gesichtspunkt gemacht worden, daß man daran dachte, das Los der Kriegsgefangenen könnte wohl die Gefangenen ein paar Monate lang treffen, aber nicht eine derartig lange Zeit. Wenn nun die Voraussetzungen eines Gesetzes nicht mehr vorhanden sind, dann fällt nach altem Rechtsgrundsatz das Gesetz als solches auch in sich zusammen. Infolgedessen muß ein Weg gefunden werden, durch eine neue Verordnung ein Recht zu schaffen, das bisher noch nicht bestanden hat. Da bin ich der Ansicht, daß, wenn die Menschen, die so lange in der Kriegsgefangenschaft gesessen haben, die nichts bekommen haben oder nur ganz kümmerliche Gelder in Feindesland bezogen haben, die vielleicht schwer verwundet in feindliche Hand gefallen sind, während ihre Kameraden ihre Löhnung erhalten haben, nun nach Hause zurückkehren, nachdem sie wahrhaftig ebenso schwer, sogar noch viel schwerer für das Vaterland gelitten haben als diejenigen, die zu Hause ihren Dienst getan haben, nun einen Anspruch auf die Auszahlung ihrer Gebührnisse haben. Hier muß nach meiner Überzeugung ein Weg gefunden werden, auf dem man trotz der Besoldungsordnung diesem Empfinden der Leute Rechnung trägt, zumal diese Leute nach der langen Gefangenschaft in einem Zustand zurückkehren, der ihnen enorme materielle Unkosten verursacht. Von Besitzenden kann hier keine Rede sein. Für Leute, die fünf Jahre (D) in der Gefangenschaft gesessen haben, die kaum ein Hemd mehr haben, die nur notdürftig etwas bekommen, die aber heute, nachdem die Preise für Kleider usw. sich in dieser Weise entwickelt haben, nichts anschaffen können und die in der Zeit, wo die Preise noch niedriger waren, infolge der Gefangenschaft nichts anschaffen konnten, für solche Leute muß irgendwie ein Ausgleich geschaffen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wollen sie das nicht wörtlich nach dem Wortlaut unserer Resolution, so suchen Sie einen anderen Ausweg; aber es ist unmöglich zu sagen: die Leute haben keinen Anspruch, die nicht Wohlhabenden sind abgefunden worden. Hier ist kein Besitzender, nicht eine handvoll Besitzender. Die Leute, die aus der Gefangenschaft kommen, sind fast alle notleidend. Dem sollte man Rechnung tragen und diesen Antrag so annehmen, daß wir eine sinngemäße Befolgung in der Sache durch die Militärbehörde erwarten können. Wir werden, wie gesagt, eine Einzelabstimmung über die Sache beantragen. Es hat sich nun die Presse der Mehrheitsparteien darüber erregt, daß wir nicht im Ausschuß für Ihre Resolution gestimmt hätten. Das „Berliner Tageblatt" scheint daraus eigenartiges Kapital schlagen und die Deutschnationalen verdächtigen zu wollen, als ob sie nicht einmal dieses Wassersüppchen der Reichswehr gönnten. Wenn Sie mit dem Vorwurf agitatorischer Ausnutzung dieser Dinge kommen, dann halten Sie (nach links) selbst einmal bei Ihrer Presse darauf, daß dort nicht eine derartige Agitation getrieben wird. Dann sollten Sie wenigstens daneben stellen, was wir beantragt haben, und dann sollten Sie namentlich, wenn wir, zumal Ihr Antrag noch nicht einmal gedruckt vor uns lag, nach der Ablehnung unseres Antrags es zunächst nicht weiter für nötig gehalten haben, Ihren Antrag zu be-

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) achten, dies nicht als eine Ablehnung zuungunsten der Reichswehr hinstellen. Wir haben uns deshalb im Ausschuß der Abstimmung darüber enthalten und werden erst sehen, wie die Dinge im Plenum laufen.

Daß diese **unsere Wünsche** ganz **enorme Kosten verursachen,** das wissen wir auch, und ob das Deutsche Reich diese Kosten tragen kann, darüber mag sich die jetzige Regierung zunächst den Kopf zerbrechen.

(Lebhafter Widerspruch und Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Sollen wir, die Sie (nach links) von allem ausschalten, darüber einen Überblick haben? Wenn das Deutsche Reich die Kosten nicht tragen kann, dann erklären Sie von der Regierung das, bitte, offen. Vorläufig müssen wir annehmen, wenn Sie noch so viel Geld haben, daß Sie bei jedem Regierungswechsel neue Ministerposten schaffen können, die ganzen Reichsministerien zu Wasserköpfen ausbauen, und, wie Sie gestern von meinem Kollegen Bruhn gehört haben, von Ihnen Gehälter bis zu einer Viertelmillion und für ganz junge Leute in den Kriegsgesellschaften bis zu 30 000 und 40 000 Mark gezahlt werden, so lange müssen wir annehmen, daß wir auch für unsere Reichswehr noch Geld zur Verfügung haben. Wir stellen daher unsere Anträge in dem guten Glauben, daß die Regierung dafür die Mittel hat. Wir verlangen von der Regierung, daß sie erst alle die anderen Posten beschneidet. Wenn sie dann doch nicht die Gelder hat, so wollen wir mit ihr reden, und dann muß man sagen: wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren, auch die Republik. Aber vorläufig haben Sie augenscheinlich die Gelder; sie verschwinden nur in einer haarsträubenden Art und Weise für andre Zwecke. Deshalb verlangen wir, daß Sie die Mittel erst einmal hier anwenden. Wenn Sie für die Reichswehr diese Mittel nicht aufbringen können, die für eine vernünftige und brauchbare Reichswehr notwendig (B) sind, dann — wiederhole ich — schmeißen Sie die Milliarden zum Fenster hinaus, die Sie jetzt dafür geben; denn eine Reichswehr, die nicht zu gebrauchen ist, hat gar keinen Sinn.

Sie bilden sich da nun ein, daß die Kosten wesentlich billiger werden würden, wenn Sie statt des Söldnerheeres eine Miliz schüfen. Wenn uns die Entente das jemals zubilligen würde, so verweise ich Sie auf die Schweiz und andere Staaten, wo **Milizheere** bestehen, — Sie werden auch dann nicht einen Pfennig billiger wirtschaften können. Sie haben dieses Heer durch Ihre Politik notwendig gemacht statt des alten Heeres; jetzt haben Sie auch dafür zu sorgen, daß es doch auch zu einer brauchbaren Sache gemacht wird. Unsere Unterstützung dazu haben Sie, indem wir diese Anträge stellen. Aber Sie haben dafür zu sorgen, daß sie durchgeführt werden.

Ich will nun nur kurz ein paar Spezialwünsche einfügen, die wir bereits im Ausschuß vorgebracht haben, zum Teil allerdings ohne eine Antwort darauf bekommen zu haben.

Zunächst haben meine Freunde einen Antrag eingebracht, daß den **Waffenmeistern der Rang der mittleren Beamten** verliehen werde. Im Hauptausschuß wurde der Antrag abgelehnt, weil das Wort „sofort" darin gestanden hat, und die dafür notwendige Summe in diesen Etat nicht mehr hineinkommen konnte. Ich darf danach annehmen, daß der Antrag in der jetzigen Form die Zustimmung des hohen Hauses finden wird. Der Wunsch ist gerechtfertigt, es ist ein alter Anspruch der Waffenmeister, der um so billiger ist, als den Leuten jetzt durch den neuen Etat die Möglichkeit zum Aufstieg genommen ist.

Ich habe einen weiteren Wunsch; der betrifft die Sorge der **Zahlmeister** und namentlich der **Unterzahlmeister** um ihre Zukunft. Es ist den etatsmäßigen Unter- (C) zahlmeistern zugesagt worden, daß sie bei den Steuerbehörden und beim Ausbau der Finanzverwaltung ihr Unterkommen finden würden. Natürlich läßt es sich in dem Moment nicht übersehen, wieweit das möglich ist. Aber es ist Ihnen schon stellenweise gesagt worden, daß nicht alle Unterkommen finden würden, daß man andere Wege finden müßte. Die Zahlmeister und Unterzahlmeister bilden eine Kategorie, die schon in früheren Zeiten schlecht behandelt worden ist, und für die ich schon oft ein warmes Wort gesprochen habe. Ich möchte bitten, daß in dem jetzigen Reichswehrministerium diese Kategorie ein besonderes Wohlwollen zu spüren bekommt.

Ähnlich ist es mit den **Musikmeistern.** Die Musikmeister, denen schon wiederholt in Aussicht gestellt war, daß sie — auch dem Range nach — eine bessere Stellung bekommen sollten, ihrer ganzen Vorbildung entsprechend, scheinen wieder schlecht wegzukommen. Wenn man bedenkt, welche lange Dienstzeit diese Leute hinter sich haben, und wie nahe ihnen die Erfüllung ihres Wunsches, zu Offizieren befördert zu werden, offenbar bevorstand, wenn die Revolution nicht gekommen wäre, so sollte man ihnen jetzt helfen, daß sie nicht mit unter das Kapitulantenabfindungsgesetz fallen, sondern auch jetzt die Beförderung erhalten, um unter das Offiziersabfindungsgesetz zu fallen. Es sind Leute, die längst in die Kategorie der Offiziere hineingehörten. Mit dem bloßen Verleihen des Ranges eines Offiziers beim Abgang ist den Leuten nicht geholfen. Es ist gewiß erfreulich, wenn das geschieht; aber auch ihre materiellen Wünsche sollten erfüllt werden. Es sind Leute, die eine geringe Zahl darstellen, es sind keine Wählermassen, und diese unglücklichen Kategorien, die keine Wählermassen stellen, finden im parlamentarischen Leben meist sehr wenig Herz und Wohlwollen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Endlich möchte ich an die **Wünsche der Reserveoffiziere** erinnern. (D) Es ist eine Beunruhigung in die Reserveoffiziere durch den Erlaß hineingetragen worden, daß sie nach Ablauf ihrer Verpflichtung ohne weiteres entlassen werden sollen. Dieser Erlaß ist vielfach so aufgefaßt worden, als ob er auch auf diejenigen Reserveoffiziere, die sich der Reichswehr zur Verfügung gestellt haben, Bezug haben sollte. Wenn ich neulich den Herrn Regierungsvertreter richtig verstanden habe, trifft das nicht zu; sondern der Erlaß soll sich nur auf diejenigen beziehen, die bei den Abwicklungsstellen tätig waren. Ich möchte aber noch eine Bestätigung vor der Öffentlichkeit darüber haben.

Einen Wunsch, den ich wegen der Bezugscheine für Kadetten ausgesprochen habe, hat der Herr Reichswehrminister nicht beantwortet. Sonst würde ich mit der verhältnismäßigen Kleinigkeit nicht noch einmal kommen.

Meine Fragen, die über die **Entschädigung der Heeresangehörigen,** welche in ihrem **Privateigentum Schaden erlitten** haben, namentlich der Angehörigen im Gouvernement Warschau, aber auch der aus den westlichen Teilen des Reiches, von mir im Hauptausschuß vorgebracht worden sind, haben auch keine Beantwortung erfahren. Ich bin daher zu meinem Bedauern genötigt, noch einmal darauf zurückzukommen. Herr Reichswehrminister, ich hatte Sie darauf aufmerksam gemacht, daß die etwa 30 000 Heeresangehörigen des ehemaligen Generalgouvernements Warschau, die seinerzeit ihr ganzes Eigentum eingebüßt haben, weiter nichts zugesichert bekommen haben, als höchstens 1500 Mark für Gehaltsempfänger, 600 Mark für Löhnungsempfänger und 1000 Mark für Helfer und Helferinnen. Ich habe demgegenüber festgestellt, daß die Beamten des Reichsministeriums des Innern von der Zivilverwaltung bis 4500, ja in Ausnahmefällen bis 21 000 Mark bekommen haben.

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) Daß man sich mit 600 Mark oder auch mit 1500 Mark, wenn man seine ganze Kleidung, Wäsche und alles verloren hat, heute nicht aushelfen kann, das liegt doch auf der Hand, und diese Unbilligkeit, die gegenüber den Zivilbeamten besteht, muß doch in irgendeiner Weise ausgeglichen werden. Ich bitte den Herrn Reichswehrminister, wenigstens hier eine Antwort darauf zu geben. Im Haushaltsausschuß ist er ja sehr spärlich mit seinen Antworten gewesen, und auch hier im Plenum hat er ja dem Novum, daß er offenbar erst redet, wenn alle anderen gesprochen haben, gehuldigt. Ich hoffe aber, daß sich um so mehr in seinem Herzen aufgespeichert hat, und daß er dann um so mehr Redseligkeit zeigen wird. An der Gabe dazu fehlt es ihm ja nicht.

(Heiterkeit.)

Endlich möchte ich für die Gefangenen bitten, daß ihnen die **Gefangenenzeit** auf ihre **Beförderung und Pension angerechnet** wird. Auch darüber möchte ich gern eine Zusage haben. Bisher ist augenscheinlich nicht so verfahren worden. Ich weiß nicht, ob grundsätzlich oder nur praktisch nicht. Jedenfalls trifft aber hier dasselbe zu, was ich vorhin über die lange Dauer des Krieges gesagt habe, daß die Nichtanrechnung dieser Zeit, wenn sie fünf Jahre und länger dauert, geradezu eine Grausamkeit gegen diese unglücklichen Menschen bedeutet. Wir haben über die Gefangenen vorhin schöne Worte gehört, denen wir uns selbstverständlich restlos anschließen. Aber, meine Damen und Herren, nur mit warmen Worten für die Gefangenen kommen wir nicht weiter.

(Sehr richtig! rechts.)

Hier sind Momente, wo sich zeigen kann, daß man wirklich ein Herz für die Leute hat.

Sie machen uns einen Vorwurf, daß wir uns um das Herz der Gefangenen bemühen. Nun, Herr Kollege Stücklen, Sie (B) wollten uns einmal freundlicherweise ein Privatissimum über politische Opposition geben. Da hätten Sie wahrscheinlich damit angefangen: die erste Regel ist die, daß Sie versuchen müssen, eine Mehrheit zu werden, und dazu gehört, daß man die Herzen des Volkes gewinnt. Über die Mittel freilich, die Sie früher hierbei angewandt haben, will ich kein Privatissimum halten. Wir haben unsere eigenen Mittel, mit denen wir vorgehen.

(Heiterkeit und Zurufe links.)

Das sind die Mittel der Wahrheit und der Ehrlichkeit.

(Sehr gut! rechts. — Lachen links.)

Dazu gehört auch, daß wir für unsere Gefangenen nicht mit schönen Phrasen und mit noch so gut gemeinten Phrasen eintreten, sondern daß wir uns bemühen, die Regierung, der ich den guten Willen wieder einmal gar nicht aberkennen will,

(Heiterkeit)

aber deren Fähigkeit ich an allen Ecken und Enden bezweifle,

(sehr richtig! rechts)

— die Regierung auch hier wieder einmal etwas zu schieben und zu zwacken, daß wir ihr zeigen, wo sie etwas Praktisches für die Gefangenen tun kann. Dann erst werden die Gefangenen das Gefühl haben, daß auch die Regierung wirklich mit dem Herzen bei ihnen ist und daß es nicht nur eine gewisse Liebedienerei ist; — das werfe ich ihr nicht vor, aber das Gefühl besteht vielfach. Deswegen betone ich gerade diese Forderung für die Gefangenen, und ich wünsche, daß ich darauf eine befriedigende Antwort bekomme.

Meine Damen und Herren! Ich habe hiermit eine große Reihe von kleinen und großen Nöten bezüglich des Heeres vorgetragen. Diese Wünsche können natürlich nur erfüllt werden, wenn an der Spitze der verantwortlichen Stellen Männer stehen, die die Sache verstehen und die auch die Tatkraft besitzen, das durchzuführen, was als (C) notwendig und richtig erkannt ist. Meine Freunde haben bei der Etatsberatung beinahe bei jedem Posten Anlaß gehabt, darauf hinzuweisen, wie merkwürdig es ist, daß überall **an den Spitzen** der betreffenden **Ämter** Leute stehen, die man persönlich gern achten kann, deren guten Willen man gar nicht zu bezweifeln braucht, die aber doch alle geradezu grausam **blutige Laien** für ihr Fach sind,

(sehr richtig! rechts)

und das gerade in dem Moment, wo die schwersten Umwälzungen, die grundlegendsten Reformen und Neuerungen in ihrem Ressort nötig sind. Bei jedem dieser Ressorts ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Arbeit von den unteren Stellen geleistet werden muß, die die Sache verstehen, und daß oben ein Gehaltsempfänger steht.

(Hört! hört!)

Ja, das macht kein Geschäftsmann im Privatleben. Der würde schön von seinen Kollegen bespöttelt werden und würde eigenartige Erfolge haben.

Ich kann darum für meine Person auch nicht in das **Loblied** einstimmen, wie es hier für den Herrn **Reichswehrminister** vielfach heute angestimmt worden ist. Ich kann dieses mir geradezu tollkühn erscheinende System der Laienminister nun einmal nicht gutheißen,

(sehr richtig! rechts)

mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Das ganze System ist ein absolut verkehrtes und wird das bißchen, was in unserem deutschen Vaterlande heute noch an Werten vorhanden ist, absolut zertrümmern müssen. Ob das Reichswehrministerium, Auswärtiges Amt oder Verkehrsministerium ist, das ist ganz egal, überall ist dasselbe Bild.

Aber ich gehe auch noch nicht einmal so weit, in dem Herrn **Reichswehrminister** den **starken Mann** zu sehen, den man vielleicht als Ersatz für seine Fachkenntnis in ihm sieht. Es richtet sich das nicht persönlich gegen ihn, denn (D) jeder Mensch ist so gebaut, wie er geschaffen ist.

(Heiterkeit.)

Ich wende mich nur dagegen, daß man für etwas anderes gehalten wird, als man wirklich ist. Ich verlange auch von dem Herrn Reichswehrminister nicht mehr an Energie, als er tatsächlich besitzt. Aber ich verurteile den Schein einer weitergehenden Energie, der dadurch ein falsches Vertrauen erweckt, wo es nicht angebracht ist. Ich mache auf einzelne Fälle aufmerksam, wo der Reichswehrminister Gelegenheit genug gehabt hätte, wirklich Energie zu zeigen für den Zweck der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im Vaterlande, wo ich solche Energie aber vermißt habe.

Dem Herrn Reichswehrminister ist wohl noch sein eigener **Erlaß** vom 11. September 1919 bekannt, der die **Zeitfreiwilligen** betrifft und der mit den Worten schließt: „Die Truppenkommandos wollen hiernach baldigst das weitere veranlassen" —, daß Zeitfreiwillige aufgestellt werden. Der Herr Reichswehrminister hat aber, als in Wismar zum Beispiel ein derartiges Vorgehen des dortigen Truppenteils stattfand, sofort seinen eigenen Befehl aufgehoben. Er hat mir auf meine damalige Anfrage gesagt: weil der Weg nicht richtig beschritten worden sei, den der dortige Truppenteil eingeschlagen hätte. Er hätte nicht die nötige Fühlungnahme mit den Zivilbehörden genommen. Ich habe ihm nachgewiesen, daß das nicht stimmt, daß er sich, wie so oft einseitig hat informieren lassen, und daß der vorgeschriebene Weg durchaus richtig beschritten worden war, daß es sich vielmehr um eine elende Hetze von den dortigen sehr radikalen und sehr regen sozialistischen Parteien gehandelt hat. Ich habe ihm bereits vorgehalten, daß die dort vereinigt marschierenden Mehrheits- und Unabhängigen Sozialisten ganz allgemein die Auf-

(**v. Graefe**, Abgeordneter.)

(A) stellung der Zeitfreiwilligen bekämpft haben, indem sie sie als eine Umgehung des Friedensvertrages, als eine Schutztruppe der Reaktion usw. bezeichneten, daß sie sie grundsätzlich bekämpft haben und daß auf diese grundsätzliche Bekämpfung der Zeitfreiwilligen hin unser nicht gerade an Tapferkeit übermäßig begabter Herr Minister Wendorff in Mecklenburg sofort unter das kaudinische Joch dieser Hetze gekrochen ist und sich an den Herrn Reichswehrminister gewendet hat. Daraufhin sind die dortigen Zeitfreiwilligen inhibiert worden, ohne jeglichen sachlichen Grund. Herr Reichswehrminister, ich halte Ihnen eine Stelle aus dem demokratischen Blatt — die Demokraten gehören ja doch wohl zu Ihren Regierungsparteien — aus Wismar, aus dem „Mecklenburger Tageblatt", vor, welches schreibt:

> Wenn die hiesige Sozialdemokratie es durchsetzt, daß Noskes Befehle durch ihn selbst inhibiert werden, so ist nichts anderes anzunehmen, als daß Noske der Mann mit einem Janusangesicht ist, das nach zwei Seiten zugleich schauen kann.

So werden Sie von der demokratischen Presse in Wismar bei diesem Ihren Verhalten beurteilt und, wie mich dünkt, mit Recht.

Dasselbe besteht bezüglich des **Eintritts der Offiziere in den Kommunaldienst in Mecklenburg.** Ich habe schon in Weimar — ich glaube, es war im Juni oder noch früher — eine kleine Anfrage gestellt und mit Ihnen persönlich gesprochen, daß in Mecklenburg der Herr Minister Wendorff verboten hat, daß Offiziere in gewisse kommunale Dienststellen gebracht würden. Sie haben mir jetzt nach ungefähr einem halben Jahr wiederum zugegeben, daß das ungesetzlich wäre, haben aber nicht gesagt, daß es Ihnen gelungen wäre, den Herrn Minister Wendorff dahin zu bringen, daß die Sache aufgehoben wird. Ich weiß nicht, wo da Energie liegt und wie (B) weit die Tatkraft ist, die ich nicht in Worten, sondern immer nur in Taten anzuerkennen vermag.

Stark sind Sie allerdings in einer Beziehung, Herr **Reichswehrminister,** das ist in der **Gewandtheit der Ausnutzung** der Resonanz **der Menschen,** die Sie gerade vor sich haben.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie seinerzeit zu dem Prinzen Max von Baden und dem Herrn Dr. Wahnschaffe sprachen, dann hatten die Männer den Eindruck, Sie nach Kiel zu schicken, um dort die Monarchie zu retten; und wenn Sie von Kiel aus Ihrem Parteifreund Scheidemann telegraphierten, dann lächelten Sie und fragten, ob wohl der Prinz Max von Baden und Herr Wahnschaffe noch glaubten, daß Ihr Verbleiben dort lange wünschenswert in ihrem Sinne sei. Das war auch ein Januskopf. Wenn Sie vor den Offizieren sprechen, dann wissen Sie anzuerkennen, daß das monarchische Gewissen sich nicht von heute auf morgen verändern kann. Und wenn Sie vor der Sozialistenkonferenz sprechen, dann sind Ihnen die reaktionären Offiziere das, was man so behandelt. (Redner macht eine Handbewegung.) Ja, meine Damen und Herren, ich kann das Bild vom Januskopf des Demokratenblattes aus Mecklenburg wirklich nicht für so falsch halten, und die Stärke des Herrn Reichswehrministers liegt darin, daß er vor jedem Januskopf eine knieende Gemeinde zu sammeln versteht, die ihm glaubt. Darin sehe ich aber eine gewisse Gefahr. Denn wie ich Ihnen eben bewiesen habe: die Taten, die wir verlangen müssen, entsprechen absolut nicht dem, was die Gläubigen sich vorstellen. Wenn Sie aber durch Ihre Reden im Volke falsche Hoffnungen und Vorstellungen bezüglich Ihrer Fähigkeit, Sicherheit und Ordnung zu schaffen, erwecken, dann besteht die Gefahr, daß die Bevölkerung, die nach dem fünfjährigen Kriege und nach den scheußlichen Revolutionswochen sich wahrhaftig nach (C) Ruhe und Ordnung sehnt, nach Ihnen als dem Strohhalm greift, weil sie glaubt, es sei ein fester Zweig; und daß nachher während dieser Zeit die wirklichen Rettungsmöglichkeiten verloren gehen und die wirkliche Sicherung der Ordnung nicht mehr eintreten wird. Denn unter diesem Schein der Erhaltung von Sicherheit und Ordnung wird auf dem Wege der Gesetzgebung kommunistische Arbeit geleistet, alles wird mehr und mehr vernichtet, und auch die Reste der Armee, die noch den Kitt bilden, zerrinnen unter den Fingern, ehe es die Getäuschten bemerken. Das ist die große Gefahr.

Stark sind Sie auch noch in einem anderen Augenblick, Herr Reichswehrminister. Stark sind Sie, wenn Sie die diktatorische Pose einnehmen können gegenüber einer Minderheit. Dann allerdings sind Sie so stark, daß, wenn man Ihnen auch dreimal im Hauptausschuß Fragen vorlegt, Sie es nicht für nötig halten, im Bewußtsein Ihrer Stärke darauf eine Antwort zu geben.

(Hört! hört! rechts.)

Hier aber vor der Öffentlichkeit werden Sie mir Antwort geben müssen. Wenn Sie es nicht tun, dann sprechen Sie sich selbst Ihr Urteil. Wir haben eine Entschließung eingebracht auf Nr. 1379, welche eigentlich im wesentlichen nur eine Wiederholung dessen ist, was das hohe Haus mit ziemlicher Einmütigkeit auf Antrag der Linken seinerzeit hier noch als Reichstag beschlossen hat. Die **Knebelung der freien Meinung** des Wortes **durch die Zensur** ist von allen Parteien immer schmerzlich empfunden worden. Wenn wir auch unsererseits haben anerkennen müssen, daß ein Kriegszustand gewisse Ausnahmefälle unvermeidlich macht, wo mit der Zensur eingegriffen werden muß, und wenn wir auch anerkennen wollen, daß der Kriegszustand im Innern, wie er doch jetzt bei diesen ewigen Erscheinungen von Bürgerkrieg besteht, es auch unter Umständen nötig macht, einzu- (D) greifen, so haben wir doch alle im Hause immer den Standpunkt vertreten — und hier sollten wir keine Parteiunterschiede kennen —, daß eine willkürliche, eine parteiische Handhabung der Zensur ein Verderb ist, der mit dem Bewußtsein des freien Bürgers in keinen Zusammenhang zu bringen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich stelle die Behauptung auf, Herr Reichswehrminister, daß Sie bei der Handhabung der Zensur viel willkürlicher, viel parteilicher als Oberbefehlshaber der Marken vorgegangen sind, als je zuvor eine Regierung es getan hat.

(Sehr richtig! rechts. — Oho! links.)

Die früher angenommenen Beschlüsse dieses hohen Hauses gelten, habe ich geglaubt, auch heute noch wenigstens gelten sie als moralisches Recht. Ich möchte daran erinnern, was hier früher beschlossen worden ist. Ein Antrag Albrecht war es vor allen Dingen, ein sozialdemokratischer Antrag, also von Ihrer Partei, Herr Minister, der seinerzeit neben der Aufhebung des Belagerungszustandes gerade die unbedingte Preßfreiheit haben wollte. Es hat sich dann das ganze Haus dahin geeinigt und in der Sitzung am 11. Oktober 1917 dahingehende Grundsätze angenommen, daß die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik nicht der Zensur unterliegen sollen. Das hat das hohe Haus beschlossen. Verbote von Zeitschriften und Zeitungen dürfen nur aus Gründen der Gefährdung von militärischen Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen. Das hat der Reichstag beschlossen. Das waren Anträge, die in erster Linie von der Linken kamen. Wir haben ihnen auch zugestimmt, weil wir der Ansicht

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) waren, daß etwas geändert werden müsse, und auch die damalige kaiserliche Regierung hat sich ihnen gefügt. Wer demgegenüber das ansieht, was der Herr Oberbefehlshaber in den Marken sich leistet, kann nur sagen: man muß staunen, daß darüber die Parteien der Linken sich in ein geradezu unheimliches Schweigen hüllen, denn auch im Hauptausschuß ist es nicht gelungen, daß auch nur einer der Herren — abgesehen von einer einzigen schüchternen Ausnahme — das Wort ergriffen hätte, um zu meinen Beschwerden über die Handhabung der Zensur Stellung zu nehmen. Mit dem schamhaften Schweigen des schlechten Gewissens sind die Herren darüber hinweggegangen. Anders kann ich es mir nicht erklären.

Aber ich möchte die Herren doch noch an das erinnern, was Ihre Redner in der Sitzung vom 11. Oktober 1917 selbst gesagt haben. Herr Gothein hat gesagt: Der Herr Staatssekretär möge sich klarmachen, daß man auf Grund eines so veralteten Gesetzes wie des Gesetzes über den Belagerungszustand wohl Bestimmungen treffen und Ausführungen anordnen kann, die ein Volk einige Wochen oder Monate erträgt, daß aber die Handhabung eines solchen Gesetzes durch länger als drei Jahre schließlich unerträglich wird. Das ist Ihr Standpunkt.

Der Herr Abgeordnete Heine hat in ausführlichen Worten unter anderem gesagt: es ist ein ungeheures Unrecht, ein Kapital, ein Vermögen an Geist, durch den Federstrich eines Zensors, eines Mannes, der so wenig von diesen Dingen versteht, bei dem keine Garantie dafür vorhanden ist, zu beseitigen. Er hat im Namen seiner Freunde solche diktatorische **Vergewaltigung der freien Meinung** in schärfster Weise bekämpft. Heute eisiges Schweigen. Und ein Mann aus derselben Partei, Herr Noske, vertritt heute eine derartige Zensurhandhabung, wie wir sie in den letzten Tagen wieder erlebt haben.

(B) (Hört! hört! rechts.)

Die Regierung bewegt sich dabei auf unsicherem Boden. Sie weiß noch nicht einmal, auf Grund welchen Gesetzes sie diese Sachen macht. Der Herr Oberbefehlshaber beruft sich auf das Gesetz vom Jahre 1851. Andererseits erklärt ein Vertreter des Reichsjustizamtes offiziell der Presse gegenüber: Ich berufe mich auf Art. 178 Absatz 3 der neuen Verfassung, denn das alte Gesetz ist nicht mehr anwendbar. Sie wissen offenbar selbst nicht, welche Rechte Sie haben. Aber darüber will ich in diesem Zusammenhange nicht weiter reden. Das wird bei anderer Gelegenheit wohl noch möglich sein. Aber die Art, wie Sie von diesen zweifelhaften Rechten Gebrauch machen, ist unerhört

(sehr richtig! rechts)

und sollte den Widerspruch des ganzen Hauses hervorrufen.

Wir haben es erlebt, daß der Herr Oberbefehlshaber in den Marken von dieser Stelle aus erklärt hat, daß zum Beispiel das **„Deutsche Wochenblatt"** des Herrn Kunze aufgefordert hätte, die **Juden auf der Straße totzuschlagen.** Ich habe den Herrn Reichswehrminister gebeten, mir im Hauptausschusse die Stelle zu sagen, aber er hat sich in das ihm eigene Schweigen gehüllt und mir keine Stelle gesagt. Ob er sich diesen Trumpf für hier aufbewahren wollte, weiß ich nicht. Ich ersuche ihn nochmals darum. Ich habe ihm vorgehalten, daß in dem inkriminierten „Deutschen Wochenblatte" des Herrn Kunze steht, in Nummer 1, daß er nur den Kampf mit allen verfassungsmäßigen Mitteln gegen das Überwiegen des Judentums führe, daß in einer späteren Nummer gestanden hat: nicht durch Pogrome wollen meine Freunde und ich dieses Ziel erreichen, sondern auf dem Wege des Kampfes, der Aufklärung und der verfassungsmäßigen Rechte.

(C) In einer weiteren Nummer hat gestanden: der ernsthafte Antisemitismus will keine Pogrome, er will nichts mehr und nichts weniger, als durch die Gesetzgebung und im Rahmen der bestehenden Gesetze und im Wege der Selbsthilfe das deutsche Volk bewahren vor einer vollständigen Verjudung. Ja, Herr Wehrminister, was hat das mit der Aufforderung zum Totschlag der Juden auf der Straße zu tun? Das ist doch eine Behauptung, die, trotzdem wir heute einiges gewohnt sind bezüglich der gewissenhaften Nachprüfung der Wahrheit durch die Herren Minister, doch über das Maß dessen hinausgeht, was sich ein Volk gefallen lassen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie eine derartige Äußerung getan haben, so hätte ich von Ihnen erwartet, daß Sie im Ausschuß wenigstens gesagt hätten, Sie seien falsch unterrichtet gewesen, Sie könnten das nicht aufrecht erhalten, und daß Sie die Konsequenz gezogen hätten, nunmehr auch das Verbot dieses Blattes aufzuheben. Sie haben im Ausschuß so eine Andeutung gemacht, als ob in dem **Inserat über die Gummiknüppel** eine Aufforderung zum Totschlag der Juden liegen sollte. Herr Reichswehrminister, das Inserat bezüglich der Gummiknüppel, das übrigens durch etwa zehn Nummern unbeanstandet hindurch gegangen ist, lautet:

> Wer sich gegen körperliche Angriffe schützen will, schaffe sich unbedingt das neu erfundene Verteidigungsmittel an.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ja, Herr Reichswehrminister, wenn ich recht informiert bin, hat Ihnen dieser Gummiknüppel sogar vorgelegen, er ist dem Kriegsministerium eingesandt worden. Er ist zur Bewaffnung von Einwohnerwehren vielfach offiziell geliefert worden. Dann verbiete man meinetwegen die Herstellung dieser Gummiknüppel, wenn Sie das wollen,

(D) (sehr gut! rechts)

aber nicht eine Zeitung, die ein Inserat darüber bringt; das hat damit absolut nichts zu tun. Aber Sie verbieten es wo anders nicht; als in Schöneberg zwei nationale Versammlungen durch Spartakisten, die mit Gummiknüppeln ausgerüstet waren, gesprengt worden sind — wenn ich recht unterrichtet bin, auch eine demokratische —, da haben Ihnen die Gummiknüppel nicht im Wege gelegen, und wenn jetzt Leute sagen: wir schaffen uns zur Wehr die gleiche Waffe an, so hat das doch nichts mit dem Totschlagen der Juden auf der Straße zu tun.

(Sehr richtig! rechts.)

Es mag ja bei gewissen ängstlichen Herren orientalischer Herkunft so sein, daß sie in jeder Waffe, die sie sehen, schon gleich die Totschläger für die Juden erblicken.

(Heiterkeit rechts.)

Jedenfalls, Herr Wehrminister, haben Sie diese Zeitung entgegen der Auffassung des alten Reichstags, entgegen den Auffassungen, die Ihre Partei stets vertreten hat, ohne jede Anhörung des Verlegers oder Herausgebers, ohne Befristung auf drei Tage, wie es vorgesehen war, einfach bis auf weiteres verboten. Das ist ein Totschlagen der nationalen Presse auf der Straße durch einen absoluten Minister.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist das, was man Ihnen vorwerfen muß. Ehe Sie anderen Leuten vorwerfen, daß sie zum Totschlagen auffordern, Herr Reichswehrminister, schlagen Sie da erst einmal die freie Meinung des freien deutschen Mannes nicht Ihrerseits mit Gummiknüppeln tot.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir verlangen, daß der Herr Reichswehrminister die Grundsätze des alten Reichstages wenigstens insofern beachtet, daß das Verbot nicht über drei Tage dauert und vorher eine Verwarnung erfolgt. Den spartakistischen Blättern gegen-

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) über, der „Freiheit“ gegenüber haben Sie das getan, obwohl der Reichskanzler Bauer hier gesagt hat, daß dies Blatt die gemeinste Aufhetzung und Gefährdung des vaterländischen Interesses getrieben habe. Wir konnen verlangen, daß mit dem gleichen Maße auch die rechte Presse behandelt wird, sonst wird der Minister nicht behaupten können, das er den Anspruch auf Unparteilichkeit erheben kann.

Genau wie er sich dem antisemitischen „Deutschen Wochenblatt“ des Herrn Kunze gegenüber benommen hat, hat er sich benommen gegenüber der **„Deutschen Zeitung“**,

(sehr richtig! rechts)

und das beweist eben, daß System in der Sache liegt, daß es sich hier nicht um Ahndung einzelner angeblicher Fehlgriffe oder Überschreitung des Zulässigen handelt, sondern daß ein System darin liegt, die deutschnationale Presse zu knebeln, die Ihnen unbequem ist, weil sie immer mehr Boden gewinnt, weil das Volk allmählich erwacht und genug hat von der Judenpresse und dem ganzen Schwindel, der ihm da vorgesetzt worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie haben die „Deutsche Zeitung“, nachdem früher schon wiederholt Verbote erfolgt sind, die geradezu unverständlich waren und vollkommen gegen die Grundsätze des alten Reichstages verstießen, jetzt wiederum verboten angeblich wegen eines **Artikels,** der überschrieben ist: **„Wie lange noch?“**, aus Nr. 486 der **„Deutschen Zeitung“.** Wenn ich richtig annehme aus dem, was Sie im Hauptausschuß gesagt haben, so beanstanden Sie vor allem die Schlußsätze dieses Artikels, die Sie uns aus dem Zusammenhang gerissen wahrscheinlich nachher auch wieder vorführen werden — denn darin haben Sie wunderbar gelernt von dem großen Vorbild Bethmann,

(Heiterkeit rechts)

(B) der hier die Kappsche Broschüre auch derart diskreditierte, weil er aus dem Zusammenhang gerissene Worte vorlas,

(sehr richtig! rechts)

die allen Leuten die Gänsehaut überlaufen ließ, und als die Broschüre nachher in Druck erschien, sagte alles: Nanu, ischt das alles?

(Heiterkeit rechts.)

Sie werden also wahrscheinlich auch diese Sätze wieder nachher dem hohen Hause auf dem Präsentierteller servieren, in denen am Schluß gesagt wird:

> Wie lange will die Nation ein Staatsoberhaupt ertragen, das sich in den stärksten Worten vor aller Welt als ehrlos gekennzeichnet hat? Wie lange noch will ein deutscher Minister der Ernannte einer solchen Person sein, wie lange sollen Soldaten Gehorsam einem Menschen schwören, der sich selbst als ehrlos bezeichnet hat?

usw. Sicherlich wollen Sie — wenn diese Sätze so aus dem Zusammenhang herausgerissen werden, klingt es vielleicht zunächst so! — daraus eine Aufforderung zum Eidbruch, Ungehorsam usw. herauslesen. Herr Minister, eine derartige Art der einseitigen Darstellung halte ich für absolut unzulässig und ungehörig.

(Zustimmung rechts.)

Wenn Sie den Artikel in seiner Gesamtheit lesen, so wird klipp und klar herauskommen müssen, daß weiter nichts gefordert wird, als daß diejenigen Männer, die dem deutschen Volke Versprechungen gegeben haben, die sie nicht gehalten haben oder nicht halten konnten — das lasse ich dahingestellt — dieselben Konsequenzen ziehen, die Herr Scheidemann gezogen hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der hat's getan; der hat gesagt: Eine Hand, die diesen Friedensvertrag unterschreibt, muß verdorren! — und er hat doch wohl mehr Wert darauf gelegt, seine Hand für (C) andere Zwecke aufzuheben, als sie verdorren zu lassen,

(große Heiterkeit)

und hat diese Konsequenzen gezogen. Weiter verlangt der Artikel nichts von Herrn Ebert. Wer etwas anderes hineinlegt, leidet entweder an Verfolgungswahn oder tut der Wahrheit Gewalt an.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich kann leider, obgleich die Zeit schon vorgeschritten ist, nicht darauf verzichten, ein paar Stellen aus dem Artikel zu verlesen, um der Öffentlichkeit zu beweisen, mit welcher Ungerechtigkeit hier vorgegangen ist. Der Artikel erinnert daran, daß der Herr **Reichspräsident,** dem jetzt die Truppen und die Beamten Gehorsam schwören, am 18. Mai 1919 öffentlich vor einer Demonstrationsmenge wörtlich verkündet hat, **wir wären ehrlos und würdelos,** wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufböten gegen die Schmach, die uns angedroht wird. „Niemals darf ein Volk von 70 Millionen sich solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen. Die deutsche Regierung wird diese Bedingungen nie und nimmermehr annehmen.

(Hört! hört! rechts.)

Wir lehnen sie ab, mag kommen, was kommen mag.“

(Hört! hört! rechts.)

Ein klareres Bekenntnis — ich möchte beinahe sagen — Gelöbnis eines Staatsoberhauptes, wie es der Präsident Ebert, wenn auch damals immer noch als „Friedrich der Vorläufige“,

(große Heiterkeit)

so doch immer im Amte des Präsidenten, vor einer demonstrierenden Volksmenge abgegeben hat — „nie und nimmermehr, mag kommen, was kommen mag!“ — kann es nicht geben, und ein solcher Mann würde, wenn er nicht von der Volksgunst der Massen emporgekommen wäre, in allen anderen Ländern unmöglich sein. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Das Volk vergißt schnell. Ich bin überzeugt, daß auch wenn ich die Galerien hier oben mit hinzunehme, verschwindend wenige in diesem hohen Hause sitzen, die sich dieser Worte des Herrn Ebert noch erinnern, sie vielleicht niemals gehört und gelesen haben. Wollen Sie denn verlangen, daß ein Volk, das auf sich selbst noch etwas hält, und das erwartet und wünscht, daß auch das Ausland einmal wieder etwas darauf hält, sich von seinem Reichsoberhaupt derartige wichtige Versprechungen widerspruchslos machen läßt, Versprechungen mit dieser prägnanten Bestimmtheit, die geradezu einen Schwurcharakter an sich trägt: „Nie und nimmer werden wir diese Bedingungen annehmen.“ Diese Behandlung der Dinge heißt doch die Sache einfach umkehren! Und da sollen wir nicht darauf hinweisen dürfen, daß es unerträglich für ein Volk ist, wenn sein Staatsoberhaupt solche Versprechungen gibt und nicht hält, beziehungsweise wenn er glaubt sie nicht halten zu können, dann nicht die selbstverständlichen Konsequenzen zieht!

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Denken Sie doch an die Brandenburger!)

Dann wollen Sie uns anklagen! Auch der preußische Minister Hirsch, der in der Versammlung in der Aula hoch und feierlich verkündet hat: „Lieber tot als Sklav!“ — „Nie tun wir das!“ sitzt heute noch wohlbestallt in seinem Amte. Und so geht es weiter. Wenn darüber öffentlich Klage geführt wird in entsprechenden Zusammenstellungen, so ist das das gute Recht nicht nur der Opposition, sondern jedes Patrioten.

(Zustimmung rechts.)

Es ist für mich ein unerträgliches Gefühl, daß unsere Minister sich daran gewöhnen, in den Momenten, wo

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) ihnen etwa das Wasser an die Kehle geht, wo sie die Volksstimmungen fürchten, mit kolossal tönenden Worten Versprechungen zu geben, die das Volk in dem Vertrauen bestärken, daß wirklich das geschieht, was dem Volksempfinden entspricht, daß aber, wenn es den Ministern nicht mehr paßt, die Versprechungen nicht eingelöst werden. Trotzdem bleiben die Leute dann ruhig in ihrem Amt, als ob sie nie etwas gesagt haben. Das ist ein geradezu unerträgliches Gefühl.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir haben leider Gottes darin allmählich Schule gemacht. Angefangen hat dieses klägliche System mit dem Tage, wo Prinz Max von Baden sich hier hinstellte und sagte, wenn man uns schmachvolle Gewaltbedingungen auferlegen würde, und ein Reichskanzler würde nicht zur nationalen Verteidigung aufrufen, dann würde er von der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes hinweggefegt werden. Da hat das Volk draußen geglaubt: gut, wir sind sicher, wenn Schmachbedingungen kommen, dann werden wir aufgerufen. Und hat denn dieser herrliche Kanzler diesen Aufruf erlassen? Als die Schmachbedingungen kamen, galt es für selbstverständlich, trotz aller Versprechungen, daß man diese Bedingungen nicht zu erfüllen brauchte. Aber in dem Moment hat er sich die unbequeme Opposition vom Halse gehalten. Das ist die Methode, die dort eingeführt worden ist.

(Hört! hört! rechts. — Große Unruhe bei den Mehrheitsparteien.)

Genau so ist es unseren Ostmärkern gegangen. Was hat nicht der Minister Erzberger an **Versprechungen** in Telegrammen **an die Ostmärker** hinausgehen lassen!

(Erregte Zurufe vom Zentrum und links.)

— Daß Ihnen das sehr unbequem ist, meine Herren, kann ich mir denken. Ich schweige aber doch nicht, und wenn Sie noch so laut schreien!

(B) (Wiederholte erregte Zurufe vom Zentrum.)

Was hat der Minister Erzberger, um den Namen noch einmal zu nennen, da Sie mich dazu zwingen — und ich nenne ihn noch zehnmal, wenn Sie wollen! — für Versprechungen an die Ostmark geschickt: nie und nimmer werden wir einen Frieden unterschreiben, in dem sie preisgegeben wird. In Hülle und Fülle hat er Telegramme an die einzelnen Städte geschickt, hat er zu den Deputationen gesagt: niemals! Lieber lassen wir das ganze Vaterland zu Grunde gehen! — Und dann nur ein Federstrich, und alles war vergessen!

Meine Damen und Herren! Wenn sich dieses System nun auch noch auf das Reichsoberhaupt erstreckt, so ist das für ein Volk unerträglich, und es ist unsere heilige Pflicht, ihm die Augen zu öffnen und es daran zu erinnern, daß es sich ja nicht mit Versprechungen abfinden lassen darf, die nachher nicht erfüllt werden beziehungsweise nicht erfüllt werden können. Wenn der Reichspräsident Ebert tatsächlich erklärt hat, daß es würdelos und ehrlos wäre, so etwas anzunehmen, es aber hinterher doch angenommen hat, wer will es dann dem Menschen, der einfach logisch denkt, verbieten, zu sagen: warum hat der Präsident Ebert diese Worte gesprochen? Machen Sie es ihm zum Vorwurf, nennen Sie es meinetwegen leichtfertig oder auch vorschnell von ihm, daß er solche Worte gesprochen hat — er hat sie aber gesprochen, und ein jeder, der deutsch spricht, kann daraus nur die logische Konsequenz ziehen, die der Artikelschreiber daraus gezogen hat. Wenn Sie, Herr Reichswehrminister Noske, sich daraufhin berechtigt glauben, dieses **Blatt** wegen angeblicher Aufforderung zum Ungehorsam zu **verbieten,** so ist das entweder eine Gesinnung, die man außerhalb dieses Hauses als Verfolgungswahn bezeichnen würde, oder es ist ein direktes Gewaltantun gegenüber einem Blatte, das ebensogut das

(C) Recht hat, seine Überzeugung zu schreiben, wie jedes andere Blatt im Deutschen Reiche. Was haben Sie da für herrliche Paragraphen in unsere neue Verfassung hineingebracht: jeder deutsche Mann soll das Recht der freien Meinungsäußerung haben, und Sie haben sogar noch Kautelen hineingestellt, daß niemand ihn daran hindern kann. Nun, Herr Reichswehrminister, zu dem „Niemand“ gehören auch Sie. Sie tun es aber dennoch. Sie knebeln das freie deutsche Wort, weil Sie in den Mehrheitsparteien schon längst spüren, daß Ihnen diese Dinge Ihre ganze Politik über den Haufen werfen, und weil Sie fühlen, daß das Volk in zunehmendem Maße hinter uns tritt. Die graue Angst ist es, die Sie dabei treibt.

Wir haben die Resolution eingebracht und werden begierig sein, zu sehen, wie die Herren von den Mehrheitsparteien sich ihren früheren Beschlüssen gegenüberstellen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder sie bekennen sich zu ihren alten Ansichten und stimmen für die Entschließung oder sie stimmen dagegen. Nun gut, dann wissen wir Bescheid, daß bei ihnen Macht vor Recht geht, und wir werden daraus unsere Konsequenzen ziehen.

(Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht schließen, ohne noch auf eins hinzuweisen, was mit diesen Vorgängen in sehr engem Zusammenhang steht. Wenn man diese **ganzen Etatsberatungen,** wie wir sie vorgenommen haben, überblickt, nicht nur bei diesem Etat, bei allen Etats, so bekommt man doch allmählich das Gefühl — ich glaube, der Herr Präsident gestattet mir den Ausdruck; sonst nehme ich ihn im voraus zurück —, daß hier ein banniges Theater aufgeführt wird.

(Lebhafte Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Sehr richtig! Bravo! — Große Heiterkeit.)

— Herr Waldstein, Sie sollten etwas vorsichtiger sein mit ihren Zwischenrufen. Sie besinnen sich wohl noch (D) darauf, wie Sie neulich meinem Freunde zuriefen: „Gesunder Krieg!“ — als er dies Wort aus dem Ihnen stammesverwandten „Berliner Tageblatt“ vorlas — „Gesunder Krieg“, das werden wir uns merken!“ Das haben Sie neulich etwas unaufmerksam als Zwischenruf sich geleistet. Diese kleine Anekdote wird Ihnen noch öfter vorgehalten werden. Ich möchte Ihnen daher raten, vorläufig doch etwas vorsichtiger mit Ihren Zwischenrufen zu sein. — Ich kann keinen anderen Ausdruck finden, als daß diese Beratungen des Parlaments ein Theater sind, das dem Volke hier vorgemacht wird, ein Theater, bei dem es wirklich nicht leicht ist, mit Freuden dabei mitzuarbeiten, wenn man sieht, daß in den Konventikeln alles vorher von Ihnen mit der Regierung abgemacht worden ist, und dann wird hier der Schein der notwendigen parlamentarischen Erledigung aufgeführt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Minister halten es nicht mehr für nötig, zu den wichtigsten und entscheidendsten Etats der Öffentlichkeit ein Bild zu geben, sondern sie beschränken sich darauf, in der Polemik ihre Posititon als angegriffene Unschuld zu verteidigen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist die herrliche Heldenpose, in der wir sogar den Minister sehen, der sich als Spitze des deutschen Heeres heutzutage bezeichnet. Daß er nachher in dieser Rolle den Gummiknüppel gegen mich schwingen wird, bezweifle ich durchaus nicht, aber das läßt mich kalt. Sie werden nicht den Erfolg damit erzielen, wie Sie vielleicht glauben, denn es beginnt draußen im Lande bereits zu tagen. Die ganze Beratung ist in dieser Weise durchgehetzt worden. Das ist schon im Ausschuß der Fall gewesen, wo die Redefreiheit beschränkt werden sollte mit dem Wunsche, daß alles möglichst schnell durchgebuttert wurde.

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) Sie haben ja ganz recht, meine Herren von der Linken, Sie haben ja gar kein Parlament mehr nötig, Sie regieren ja so absolut, wie Sie wollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Mehrheitsparteien, das sind Sie in der Regierung ja selbst: L'Etat c'est Moi! Damit regieren Sie, und es ist nur ein Theater, das wir aufführen, wenn wir hier abstimmen und reden. Das einzige, das an diesem Theater noch gut ist, ist, daß man hier mal etwas sagen kann, was die anderen draußen dann auch zu hören bekommen, die nicht hier sitzen, sondern da oben und weiterhin im Lande. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch das Theater einmal ganz gut. Im übrigen sehe ich nicht mehr die Würde der Auffassung des alten Systems. Ich sehe in dem heutigen Betrieb nicht mehr die Verwirklichung der Wünsche des Volkes, am Staate mitzuarbeiten, sondern nur eine ganz kleine Gesellschaft, die sich in die behaglichen Plätze gesetzt hat, die angenehmen, recht einträglichen Plätze, und dort mit einem Absolutismus regiert, wie es kein Kaiser und kein König in der Welt jemals getan hat.

(Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Es ist ein eigen Ding, wenn die Geister, die stets verneint haben, heute glauben wollen, aus dem Chaos wieder etwas aufrichten zu können. Nein, Herr Noske! Das ist ja der Krebsschaden nicht bloß in Ihrem Ressort, sondern bei der ganzen Regierung, am allermeisten allerdings in Ihrem Ressort, daß es ganz undenkbar für mich ist, daß jemand, der selbst jahrzehntelang nichts getan hat als zu unterminieren, zu untergraben, das Vertrauen zu unterwühlen,

(Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Wie Sie es heute tun!)

nun auf einmal etwas aufrichten will und sagen will:

(B) Ich will um mich die Achtung, ich will um mich die Ordnung, will um mich die Disziplin wieder scharen! Das heißt doch den Bock zum Gärtner machen, und darin liegt das Traurige in dieser ganzen Debatte, daß ich in der ganzen Geschichte nichts weiter sehen kann als ein Hinabgleiten des Reichswagens in den Abgrund, weil kein Führer da ist, der das Volk führen könnte. Aber das Volk fängt schon an, hinter die Kulissen zu schauen. Das ist Ihnen unangenehm. Darum vergewaltigen Sie unsere Presse. Darum versuchen Sie, unsere Redner totzuschreien, darum versuchen Sie sich in die Defensive zu setzen, als wenn wir die Schuldigen seien.

(Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Wer sonst!)

Das Volk aber sieht schon längst klar, und der Tag wird kommen, das können Sie mir glauben, wo das Volk dem Hagen fluchen und sich nach dem Siegfried zurücksehnen wird. Wir bekennen uns schon heute zu Siegfried und seinem Geschlecht und seiner kleinen Nachkommenschaft, der vorläufig noch so schwachen Reichswehr. Wir bekennen uns zu Siegfried und seinem Geschlecht und beneiden nicht diejenigen, die sich an dem Pyrrhussieg ihres Hagen freuen zu können glauben.

(Lebhaftes Bravo rechts. — Zischen bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Der Herr Abgeordnete Maretzky hat den **Wert der Reichswehr** für das Land vollkommen zutreffend erkannt. Deshalb hätte er von Anfang an sich heute morgen hüten sollen, dieses schwache, werdende Instrument erneut zum Zankapfel der Parteien zu machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Bei der Rede des Herrn v. Graefe habe ich nicht den Eindruck gewinnen können, daß er der Lage Rechnung trägt, in der sich Deutschland befindet,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

der politischen Lage nicht und erst recht nicht der finanziellen Lage. Meine Damen und Herren! Das, was wir jetzt in der letzten Stunde gehört haben, könnte man in gewisser Hinsicht als einen Versuch charakterisieren, Selbstmordpolitik zu treiben, oder, wenn ich ein anderes Wort anwenden darf, wir sind im allertiefsten Unglück, aber dieses Unglück sollte man wenigstens mit Ernst und Würde zu tragen wissen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Sehr gut! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat in gewohnter Weise Betrachtungen über **Deutschlands Zusammenbruch** angestellt. Deutschland stand im Kampfe gegen drei Viertel aller Völker der Erde, und die Hilfsmittel von vier Kontinenten sind mehr als vier Jahre lang gegen Deutschland ins Feld geführt worden. Dementsprechend sind die Leistungen, die Entbehrungen und die Opfer, die das deutsche Volk während des Krieges gebracht hat, geradezu fabelhaft. Unser Heer und unser Volk brach nach beinahe fünf Jahren unter dem ungeheuersten Drucke riesigster Übermacht zusammen.

(Widerspruch und Zuruf rechts: Von hinten erdolcht!)

Unser Volk ist ehrenhaft in allen seinen Teilen; soweit es Waffen trug und in der Heimat wirkte, ist es ehrenhaft aus diesem Kampfe hervorgegangen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Fast jede größere Debatte in diesem Jahre hat zu Auseinandersetzungen über die **Reichswehr** geführt und mich genötigt, das Wort zu nehmen. Deshalb habe ich heute etwas warten können. Es ist auch

(D) kaum möglich, im großen und ganzen Neues heute zu sagen; deshalb will ich den Versuch machen, mich besonders mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses möglichst kurz zu fassen, denn mit langen Reden aus dem Hause sowohl, als von dieser Stelle aus ist zurzeit dem deutschen Volke nicht gedient.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde mir dafür Mühe geben, möglichst deutlich zu reden.

(Heiterkeit.)

Ehe ich mich zum Etat und den einzelnen Rednern äußere, will ich kurz betonen, daß ich hoffe, die **Schwierigkeiten im Baltikum** würden sich allmählich überwinden lassen. Die Reibungen mit den Litauern werden hoffentlich nach den Verhandlungen, die der General Eberhardt führt, in Zukunft unterbleiben, sodaß der Transport derjenigen, die heimkehren wollen, glatt vor sich gehen kann. Sehr rasch wird das wegen der Eisenbahnkalamität nicht möglich sein. Die Eisenbahnverwaltung nimmt täglich in Ostpreußen nur zwei der aus dem Baltikum kommenden Züge in den Verkehr auf. Ob uns ein teilweiser Abtransport über See von der Entente zugestanden wird, wie ich vorgeschlagen habe, ist noch ungewiß. Es muß deshalb für die außerhalb der Grenze stehenden Truppen, soweit sie heimkehren wollen, gesorgt werden. Das wird nicht allenthalben in der Heimat, besonders auch in Ostpreußen nicht, verstanden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine Anfrage, die sonst eingebracht worden wäre, gleich beantworten. Ich werde darauf hingewiesen, daß an einem Tage von Königsberg aus vier Waggons **Munition,** an einem weiteren Tage zehn Waggons Munition über Tilsit abgerollt sind, daß weiter **Lebensmittel** in erheblichen Mengen mit ordnungsmäßigen Papieren **nach dem Osten** fahren. Ich werde gefragt, ob ich davon Kenntnis habe. Ich antworte darauf, daß ich

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) davon Kenntnis gehabt habe. Ehe diese Wagen mit Munition abgerollt sind, ist bei mir angefragt worden, und nach reiflicher Überlegung habe ich die Zustimmung zum Abtransport erteilt

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das war an dem Tage, als die Gefahr bestand, daß die Litauer den Versuch machen könnten, die Eisenbahnverbindung zu unterbrechen. Dann hätten die Truppen dafür sorgen müssen, sich den Weg in die Heimat zu öffnen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Feine Ausrede!)

Ich freue mich, daß es hoffentlich nicht notwendig sein wird, auch nur eine von den Patronen, die abtransportiert worden sind, anzuwenden. Da die Truppe nur langsam abgefahren werden kann, müssen die Leute, die außerhalb der Grenze bleiben, selbstverständlich versorgt werden, und da es sich um eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Leuten handelt, sind nicht unbeträchtliche Lebensmittelmengen erforderlich. Ich muß auf das dringendste darum ersuchen, daß eigenmächtige Eingriffe, wie sie kürzlich beim Königsberger Lebensmitteldepot versucht worden sind, unterbleiben. Ich sorge, soweit es nur einigermaßen möglich ist, dafür, daß jede Art von Mißbrauch im Interesse derjenigen, die im Baltikum unbotmäßig sind, unterbleibt.

Anregungen, die während der Debatte im Plenum und in der Kommission gegeben werden, werden selbstverständlich einer ernsten Prüfung durch das Reichswehrministerium unterzogen. Wenn ich weder in der Kommission noch hier auf eine Reihe von Wünschen eine zustimmende Antwort erteile, so ist das für jeden Kenner der parlamentarischen Verhältnisse eine Selbstverständlichkeit.

(Abgeordneter v. Graefe: Aber grundsätzliche Stellungnahme!)

Ich kann als Ressortminister keine bindenden Versprechungen (B) machen, ehe ich nicht mit dem Finanzministerium oder mit anderen in Betracht kommenden Ressorts Fühlung genommen habe. Ich muß es als eine Nichtswürdigkeit zurückweisen, wenn — natürlich außerhalb dieses Hauses — immer wieder der Versuch gemacht wird, der Regierung nachzureden, daß sie sich in keiner Weise zu den **berechtigten Forderungen der Reichswehr** bekenne, wie es zum Beispiel heute morgen wieder in der „Post“ zu lesen ist, einem Blatte, das ja den rechtssitzenden Herren nicht unbekannt ist, ihnen in der Gesinnung außerordentlich nahe steht. Ich begrüße jede Anregung, die Truppe günstiger zu stellen. Niemand weiß besser als ich, wieviel da noch fehlt. Daß vieles nicht in dem Tempo herangeschafft werden konnte, wie es wünschenswert war, ist auf den totalen Wirrwarr im Lande, auf den Mangel an Rohstoffen und auf den Mangel an Geld zurückzuführen. Der Herr Abgeordnete Stücklen hat schon darauf hingewiesen, daß bei einer Reihe von Formationen, bei denen ich war, von den Leuten die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden ist, für die heimkehrenden Kriegsgefangenen Opfer zu bringen. Diese Opfer werden von den Truppen nicht länger gefordert, als es unbedingt notwendig ist.

Der Herr Abgeordnete Stücklen hat über eine ungehörige Einwirkung in Gefangenenlagern Beschwerde geführt. Er hat im Ausschuß die Aufklärung erhalten, daß den Beschwerden, die er vorgebracht hat, abgeholfen wird. Ich wiederhole diese Zusicherung, indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß wir in eine Auseinandersetzung über solche Fragen hier nicht noch einmal werden eintreten müssen.

Ich muß es bedauern, daß der Herr Abgeordnete Stücklen hier die Frage nach dem **Verbleib eines Majors,** der bis in die letzten Tage unmittelbar unter mir im Reichstage Dienst getan hat, aufgeworfen hat. Als gestern abend in einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion diese Frage ebenfalls angeschnitten wurde, habe ich dort (C) Auskunft gegeben.

(Hört! hört! rechts.)

Ich glaube nicht, daß das, was ich dort gesagt habe, den Interessen des betreffenden Offiziers sonderlich dienlich ist, wenn ich es hier vor der Öffentlichkeit wiederholte. Es geht aber auch sonst nicht an, daß in jedem einzelnen Falle Angelegenheiten des inneren Dienstbetriebes von mir zum Gegenstande von Erörterungen gemacht werden. Ich mache aber keinen Hehl daraus, hier so viel zu sagen: ich habe in dem Verhalten des Offiziers absolut das erforderliche Vertrauen vermißt, das diejenigen Herren haben müssen, die neben und unter mir arbeiten wollen. Wer glaubt, daß er benachteiligt ist, oder wer glaubt, Anlaß zur Beschwerde zu haben, der kann den Weg zu mir offen finden und hat seine Wünsche bei mir vorzutragen. Wenn ein Offizier aber glaubt, Wünsche auf dem Umweg über meine Fraktion an mich gelangen lassen zu können, so ist das ein Verfahren, das ich zurückweise.

(Hört! hört!)

Ich denke nicht daran, mit Offizieren, die sich nicht in korrekter Weise verhalten, das Verhältnis aufrecht zu erhalten; ich denke nicht daran, nur einen Finger zu rühren, um den betreffenden Major im Dienst zu erhalten.

Klagen über die Truppe werden immer wieder laut, Ungehörigkeiten zu beschönen, liegt mir fern. Die **Moral der Truppe** entspricht im allgemeinen der Moral der Bevölkerung, aus der sie kommt. Wie entsetzlich Unmoral und Verlotterung sich im Lande breit machen, das brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Die Truppe wird dann wieder gut werden, wenn die allgemeine Moral im Volke wieder gesund geworden ist. Die Truppe ist nicht ein Ding an sich, sie ist nicht vom Volke losgelöst. Fehler, Mängel, Korruptionserscheinungen, die sich Tag für Tag zeigen, müssen leider bis zu einem gewissen Grade in der Truppe ihren Widerhall finden. (D)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einige Worte über den **Münchener Geiselmord** sagen. Die Tat war furchtbar und jedem einzelnen von uns mußte grausen beim Lesen der Berichte über die dortigen Vorkommnisse. Es ist leider eine alte Erfahrung, daß der Bürgerkrieg in der Regel mehr Greuel mit sich bringt als der sogenannte organisierte Krieg. In München haben wir an einem Tag den Geiselmord gehabt und am nächsten Tag im Blutrausch die Abschlachtung der christlichen Gesellen. Wer sich gegen solche Greuel mit Recht wendet, der muß mit uns dafür Sorge tragen, daß dem Bürgerkrieg und den Versuchen, uns in einen neuen Bürgerkrieg hineinzutreiben, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Der vorgelegte Etat entspricht sowohl für das Heer, — ich möchte gleich hinzufügen — auch für die Marine nicht eigenem Willen und Wunsch, sondern dem Diktat der Entente. **Heer und Marine** erscheinen **im Etat** in zwei Teilen: im ordentlichen und außerordentlichen Etat. Beim Marineetat ist jetzt schon auf den 15 000-Kopfetat zugekommen worden. Daneben werden beträchtliche Mittel für Minenräumung angefordert. Im Heeresetat ist der größere Teil der Mittel für den Abbau derjenigen Formationen bestimmt, die nach dem Friedensvertrag verschwinden müssen. Die **Verringerung des Heeres** ist nicht in dem Tempo vonstatten gegangen, als vor Monaten angenommen wurde. Der Grund dafür ist, daß der Friede noch immer nicht ratifiziert wurde. Als die Etatarbeiten in Angriff genommen wurden, hatte ich vorgesehen, daß die Truppe am 1. Oktober etwa 250 000 Mann zählen würde. Der Etat für ein halbes Jahr wurde deshalb für 200 000 Mann aufgestellt in der Form, wie er dem Hause vorliegt. Die Verzögerung des endgültigen Friedenschlusses zwingt dazu, im außer-

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) ordentlichen Etat beträchtliche Mittel für den abzubauenden Heeresteil anzufordern. Eine beträchtliche Verminderung der Truppe geht schon jetzt vonstatten. Die Verabschiedung von Generälen ist so weit erfolgt, daß nur noch die zu verwendenden Herren im Dienste sind. Auch das übrige **Offizierkorps** hat eine sehr erhebliche **Verminderung** erfahren. Der notwendige Abbau wird weiter vor sich gehen. Die Auswahl der verbleibenden Offiziere erfolgt nach den von mir schon früher erwähnten Grundsätzen, und zwar in absolutem Einverständnis mit den Offizieren, die zum Teil bei der Auswahl selber mitwirken. **Politische Rücksichten** sind **bei der Auswahl der Offiziere** nicht genommen worden. Niemand wird nach seiner Parteizugehörigkeit und nach seinem politischen Glaubensbekenntnis gefragt.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe allerdings heute morgen einmal ausnahmsweise mit einem Offizier über seine Parteizugehörigkeit gesprochen. Äußerste Linke und äußerste Rechte schmeißen sich in einer ganzen Anzahl von Fällen politische Bälle zu. Diesmal druckt die „Freiheit“ aus einer sogenannten nationalen Leitartikelkorrespondenz eine Notiz ab, der Chef meines persönlichen Stabes, Herr v. Gilsa, sei aus Rechnungsträgerei Sozialdemokrat geworden. Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Ich kann lediglich die eine Tatsache feststellen, daß Herr v Gilsa seit Januar in engster, unmittelbarster Arbeitsgemeinschaft mit mir gestanden hat, daß die Monate seit Januar, die er bisher unter mir arbeiten mußte, außerordentlich harte und arbeitsreiche Monate gewesen sind. Ich glaube, daß mein verdienter Mitarbeiter es mit Würde zu tragen versteht, wenn ein paar Dreckspritzer auch nach ihm fliegen von den Schaufeln voll, die mir zugedacht sind.

Die Auswahl der verbleibenden Offiziere, sage ich, erfolgt nach den Grundsätzen, die mit den Offizieren selber (B) vereinbart sind. Voraussetzung für das Verbleiben im Dienst ist lediglich Brauchbarkeit und loyale Pflichterfüllung. Der Offizier, der sich nicht auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen kann, wird allerdings seiner Wege gehen müssen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Graefe hat vorhin der **Unbotmäßigkeit** geradezu das Wort geredet **in der Fahnenfrage.**

(Zuruf rechts: Wieso?)

Wer so wie er sich für die Wiederherstellung der Disziplin einsetzen will, darf nicht dazu anreizen, daß entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung von Offizieren oder Mannschaften gehandelt wird.

(Zuruf rechts: Wo habe ich das getan?)

Ich stelle gar keine Betrachtungen darüber an, ob es notwendig oder zweckmäßig war, die Reichsfarben zu ändern. Die Verfassung ist aber zu respektieren. Von der Nationalversammlung sind als Reichsfarben die Farben Schwarz-Rot-Gold beschlossen worden,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und infolgedessen lehnt sich der Offizier und der Mann gegen die Verfassung auf, die er geschworen hat, wenn er jetzt noch den Versuch macht, mit den Farben zu demonstrieren, über die — ich sage es noch einmal — man denken, will wie man will, die man verehren kann, wie man will, die aber nicht die Reichsfarben sind und deshalb nicht für Demonstrationen in der Truppe benutzt werden dürfen.

Im übrigen verweise ich darauf, daß die Vereidigung der Truppen nahezu restlos durchgeführt ist. Offiziere wie Mannschaften haben durch ihren Eid zum Ausdruck gebracht, daß sie die gegebenen Tatsachen anerkennen, und infolgedessen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich auf den Boden der Republik zu stellen haben.

(Sehr wahr! links.)

Sonst noch ein paar Fragen! Vom **Kastengeist im Heere und in der Marine** ist in der Kommission gesprochen (C) worden. Die Kluft zwischen Offizier und Mann ist zum Teil überbrückt worden, eine ganze Anzahl von bewährten Unteroffizieren sind **zu Offizieren befördert** worden; die besonders scharfen Unterschiede zwischen den verschiedenen Offizierskorps in der Marine werden aufgehoben, alle Kategorien von Offizieren werden einander gleichgestellt. In Zukunft wird bei der Auswahl der Offiziere ohne jede Rücksicht auf Herkommen und Vermögen verfahren werden. Die Tüchtigkeit allein wird entscheidend sein. Niemand wird eingestellt als von vornherein bevorzugt für den Offiziersdienst. Wer Offizier werden will, tritt als Soldat ein, und der Tüchtigste soll für die Offizierslaufbahn ausgewählt werden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

In der Marine — um ein Beispiel anzuführen — sind in diesem Jahre für den Nachschub im Offizierskorps 50 Prozent aller Stellen für Personen aus dem Mannschaftsstande, das heißt Unteroffiziere und Deckoffiziere, vorbehalten worden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten)

Es ist natürlich von außerordentlicher Wichtigkeit sich darüber klar zu werden, wie der **künftige Ersatz der Reichswehr** zu beschaffen ist. Wir werden gezwungen, Leute auf 12 Jahre zu werben. Offiziere müssen 25 Jahre dienen. Da jeder Klassenunterschied bei der Offiziersauswahl wegfallen muß, kann Voraussetzung für die Offizierslaufbahn nicht mehr sein, daß der junge Offizier jahrelang auf elterliche Unterstützung angewiesen ist.

(Sehr richtig! links.)

Er muß so bezahlt werden, daß er anständig existieren kann, und so, daß die Laufbahn für tüchtige Leute einigermaßend lockend erscheint.

(Sehr gut! links.)

Als ausgeschlossen kann gelten, daß sich hochwertige (D) junge Leute in ausreichender Zahl bei kärglicher Bezahlung und bei unsicherer Zukunft bereitfinden, 12 Jahre lang Soldat zu werden. Das Kasernenleben wird also annehmlicher gestaltet werden müssen. Die Bezahlung wird sich bis zu einem gewissen Grade derjenigen der Arbeiter außerhalb der Kasernen nähern müssen. Es wird darauf hinzustreben sein, daß in der Regel junge Leute mit 18 Jahren eingestellt werden. Wer dann mit 30 Jahren ausscheidet, falls er nicht Offizier geworden ist, muß wissen, wie sich seine Zukunft gestaltet. Also er muß für eine anständige Zukunft vorbereitet werden. Das wird im Wehrministerium das Fürsorgeamt zu betreuen haben, das in der Form organisiert wurde, daß es unmittelbar dem Minister unterstellt ist, weil mir daran gelegen ist, alle Fürsorgemaßregeln unmittelbar zu kontrollieren und beeinflussen zu können. Soweit nicht eine andere Existenz gewährleistet wird, wird dem ausscheidenden Manne der Zivilversorgungsschein wie bisher gegeben werden müssen. Das heißt: bleibt es bei den 100 000 Mann in der Form, wie der Friedensvertrag es vorsieht, dann werden wir jeden Reichswehrmann als eine Art Kapitulanten behandeln müssen. Jetzt ist es erforderlich, daß wir dazu übergehen, Leute auf lange Dienstzeit zu bekommen. Meist verpflichten sich die Wehrleute jetzt nur auf drei Monate: sie ziehen in einer großen Zahl von Fällen den Militärdienst der Arbeitslosigkeit vor. Der häufige Wechsel ist natürlich außerordentlich unerwünscht. Es ist dabei unmöglich, eine festgegliederte, gut disziplinierte Truppe zu schaffen. Später können wir nach dem Friedensvertrage gar nicht mehr so wechseln, wie es jetzt der Fall ist. Zurzeit aber erklären nur wenige Leute sich bereit, sich schon auf 12 Jahre zu verpflichten. Es wird also schleunigst festgelegt werden müssen, wie die Reichswehr dann aussehen soll. Es ist ausgeschlossen, daß wir am

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) 1. April nächsten Jahres 100 000 Mann auf einen Schlag bekommen. Es wird darauf zurückzukommen sein, daß wir am 1. Januar etwa 10 000 Mann für das Heer auf 12 Jahre einstellen müssen, für die Marine rund 1500 Mann. Das würde zur Voraussetzung haben, daß eine entsprechende Anzahl 11 Jahre, 10 Jahre, 9 Jahre, 8 Jahre usw. noch dient. Soll das erreichbar sein, dann wird in weitgehendem Maße auf die bisherigen Kapitulanten zurückgekommen werden müssen. Sie werden natürlich nur bleiben, wenn ihnen der Zivilversorgungsschein und ihre bisherigen Bezüge gelassen werden. Beschlüsse nach der Richtung sind bisher von der Regierung nicht gefaßt worden. Aber es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß dieser Regelung zugekommen werden muß. Die Männer, die sich jetzt schon bereit erklären, auf lange Dienstzeit in der Truppe zu bleiben, werden sicher sein, daß sie weitgehender Fürsorge teilhaftig werden.

Meine Damen und Herren! Um die Reichswehr so zu gestalten, daß sie nach jeder Richtung hin den Interessen Deutschlands dient, werden wir manches lernen müssen, bis das Instrument so geworden ist, daß jeder seine Freude daran haben kann. Lehrgeld wird zu zahlen sein, und es wird beträchtliche Zeit dauern, bis alle Erfahrungen praktisch so ausgemünzt sind, daß kein Anlaß zur Kritik in nennenswertem Umfange mehr besteht. Aber es muß gelingen, ein Instrument zu schaffen, das dem Reich Halt gewähren kann bei seinem Aufbau und auf dem Wege zu neuem Glanz und zu neuer Blüte.

Je notwendiger wir aber die **Wehr** brauchen, desto weniger sollte sie **Gegenstand des Parteigezänks** sein, wie das leider heute wieder der Fall war.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Sie wird attackiert, begeifert von links, teils unterwühlt und umworben von rechts. In der Arbeiterschaft herrscht Sorge, sie könnte zu einem Instrument gegen das Volk (B) werden. Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß das eigentlich von einem geringen Zutrauen zur eigenen Kraft zeugt. Wir werden in Zukunft 4000 Offiziere in der Reichswehr haben. Kein Mensch wird annehmen, daß die Mehrzahl davon dauernd darauf sinnt und auf der Lauer liegt, eine Konterrevolution herbeizuführen. Aber es wäre ein Armutszeugnis schlimmster Art, wenn die Millionen von deutschen Volksgenossen, die den jetzigen Zustand aufrecht erhalten wollen, soweit er ihnen vermehrte Freiheit und Rechte bringt, nicht fertig werden sollten mit ein paar tausend verwegenen Leuten, falls sie wirklich einmal Neigung dazu verspüren sollten, gegen den Stachel zu löken.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sage: von links und rechts wird versucht, die Truppe zu attackieren. Ich nehme vorweg den wahrscheinlichen Angriff wegen des **Verbots einer unabhängigen Jugendschrift,** über die kürzlich gesprochen worden ist. Es ist richtig, der Bescheid, den ich bei früherer Gelegenheit gegeben habe, ist nicht sachlich zutreffend. Zurückzuführen war das auf einen Personenwechsel in dem in Frage kommenden Amt. Der Fehler ist, soweit es mir erforderlich erschien, korrigiert worden. Daß keine Rede davon sein kann, diese Jugendschrift als unbedenklich und harmlos hinzustellen, beweist ein Artikel unter der Überschrift „Weg mit dem neuen Heer". Das enthält insofern Illusionspolitik, weil irgendeine Wehrmacht ja jede Regierung in Deutschland wird haben müssen. Diese Wehrmacht kann aber nicht nach dem Wunsche der einen oder anderen Partei jetzt aufgestellt werden, soweit Zusammensetzung und Gliederung in Betracht kommen, sondern dabei ist feindlichem Diktat leider Folge zu leisten. In diesem Artikel wird, wie das im allgemeinen in der unabhängigen Presse üblich ist, die Truppe unglaublich wüst heruntergerissen, beschimpft, als ein (C) Haufen von zusammengelaufenen Rohlingen, Verbrechern geschildert, als Leuten, die zu Hunderten und aber Hunderten in den verschiedensten Städten unschuldige Menschen gemetzelt haben und was des Spektakels und der Unwahrhaftigkeit mehr ist.

Herr v. Graefe hat sich darüber beklagt, daß dem **„Deutschen Wochenblatt"** Unrecht getan ist. Als ich das Blatt vor einiger Zeit erwähnte, habe ich das Blatt nicht in der Hand gehabt, und ich habe gesagt: es sei verboten worden, weil es nicht zulässig sei, geradezu aufzufordern, Juden auf der Straße totzuschlagen. So gescheit ist Herr Kunze allerdings, daß er eine solche direkte Aufforderung nicht ausspricht. Aber in der Nummer, die zum Verbot Anlaß gegeben hat, wird auf der einen Seite in den grausigsten Farben geschildert, daß jetzt ein neuer Ritualmord vorgekommen ist, wird nichtswürdigste Judenhetze getrieben, und auf der hinteren Seite werden die bekannten Gummiknüppel angeboten,

(Lachen und Zurufe rechts)

die ja einen dauernden Bestandteil der antisemitischen Agitation darstellen. Das ist ein Treiben, so nichtswürdig, so gemeingefährlich, daß dagegen eingeschritten werden muß.

(Zurufe rechts: Der Artikel fordert nur den amtlichen Bericht, weiter nichts!)

Herr v. Graefe hat sich dann weiter darüber beklagt, daß der **„Deutschen Zeitung"** Unrecht getan sei. Er hat in Aussicht gestellt, daß ich einige Sätze aus diesem Artikel zitieren werde. Damit hat er ganz richtig vorausgeahnt.

(Abgeordneter v. Graefe: Ich kenne Sie doch! — Heiterkeit.)

— Wir bleiben uns einander nichts schuldig. Die Herren von rechts zeigen eine geradezu mimosenhafte Empfindlichkeit, wenn Angehörige der früheren Dynastie mit harten Worten bedacht werden. Wenn einmal solche (D) Kritik etwa in einer Form geübt wird, die sich nicht gerade in den allergewähltesten Ausdrücken bewegt, schreit die rechtsstehende Presse auf. Noch kürzlich hat einer der Redner von der rechten Seite sich hier darüber mit Recht entrüstet, daß ein außerordentlich geschmackloses Bild über den Feldmarschall Hindenburg irgendwo gebracht wurde. Wer will, daß die Gefühle Andersdenkender respektiert werden, wer will, daß man ein gewisses Mitleid, einen gewissen Respekt vor den Familien hegt, die in Deutschland jahrhundertelang regiert haben, und die jetzt zum Teil im Exil sitzen, der muß auch Respekt vor der jetzigen Staatsform und vor dem jetzigen Träger der Regierungsgewalt haben.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Soll sich danach benehmen!)

Es gab niemals ein solches Maß von Geschmacklosigkeit in der Kritik, wie das jetzt die Herrschaften von der rechten Seite zeigen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Der Geschmack hat mit der Zensur nichts zu tun!)

— Darauf komme ich noch. Das Verhalten der „Deutschen Zeitung", die Herr v. Graefe auch jetzt noch verteidigt, ist außerordentlich illoyal. Als in Weimar die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages spruchreif wurde, ist in einer Sitzung, an der auch Vertreter der rechtsstehenden Parteien teilgenommen haben, auch von den Vertretern dieser Parteien zum Ausdruck gebracht worden, daß den für Unterzeichnung des Friedensvertrages eintretenden Politikern bester Glaube und Ehrlichkeit der Überzeugung nicht abgesprochen werden könne und nicht abgesprochen werden solle.

(Sehr richtig!)

Es charakterisiert Herrn v. Graefe und einen Teil der

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) Presse, die ihm nahesteht, daß sie sich jetzt trotzdem schützend vor das Blatt stellen, das entgegen aller Loyalität und jeder Anständigkeit sich erdreistet, einen ehrenhaften Mann wie den **Reichspräsidenten** in einer so nichtswürdigen Weise **herunterzureißen**. Ich führe das nur nebenbei an. Wenn ich gegen das Blatt vorgegangen bin, dann wiederholt deswegen, weil es in einer Weise, die mir nicht minder gefährlich erscheint wie die der linksstehenden Presse, den Versuch macht, das Gefüge der Truppe zu lockern, Unbotmäßigkeit in die Truppe hineinzutragen, sie zur Auflehnung aufzurufen gegen den Präsidenten und die Regierung.

(Zuruf rechts: Das steht ja gar nicht darin!)

Ich zitiere:

> Wie kann jemand, der nur einen Funken von Ehrgefühl in sich hat, sich zum Minister ernennen lassen von einem Menschen,

— dem Präsidenten —

> der sich selbst als ehrlos und würdelos bezeichnet hat!

(Pfuirufe von den Mehrheitsparteien.)

Der nächste Satz lautet:

> Wie kann die Wehrmacht eines Landes dem Oberbefehl eines Menschen unterstellt werden, der sich selbst als ehrlos bezeichnet hat!

(Erneute Pfuirufe von den Mehrheitsparteien.)

> Wie will man einem Soldaten begreiflich machen, einem Menschen Gehorsam zu schwören, der sich selbst vor aller Welt mit dem stärksten Pathos als ehrlos und würdelos bezeichnet hat!

(Wiederholte Zurufe von den Mehrheitsparteien.)

> Wie sollen preußische Generale und Offiziere, für die der Ehrenpunkt doch ein besonderes Kapitel bildet, sich einem Reichspräsidenten unterordnen, der sich selbst für ehrlos erklärt hat!

(B) (Rufe von den Sozialdemokraten: Schützer der Ordnung!)

Charakterisiert wird diese Art von Vorgehen durch Zwischenrufe genügend. Das ist dieselbe Methode der Unterwühlung der Truppen, wie ich sie vor einiger Zeit schon charakterisiert hatte, als ich davon sprach, daß in der Druckerei der **„Deutschen Tageszeitung“** eine **Broschüre** hergestellt worden sei, in der die **Soldaten zur Eidverweigerung aufgemuntert** werden. Ich habe die entsprechenden Sätze damals zitiert und habe nicht notwendig, sie nochmals vorzutragen. Damals haben mir die Herren vom Vorstande der deutschnationalen Partei die feierliche Erklärung gegeben, ich hätte mich mit der Behauptung geirrt, daß die Leitung der deutschnationalen Partei mit der Herausgabe dieser Broschüre irgend etwas zu tun habe, und in einem Artikel, den Herr v. Graefe mir liebenswürdigerweise gewidmet hat, hat er erklärt: der Besteller ist unbekannt. Das war einmal. Der Besteller ist bekannt.

(Hört! hört! links.)

Heute liegt mir der Originaldruckauftrag vor. Der Besteller ist — der Name wurde schon von Herrn v. Graefe genannt — der Generallandschaftsdirektor Kapp.

(Hört! hört!)

Ich frage nun, um nicht eine Behauptung aufzustellen — meines Wissens ist Herr Kapp Vorsitzender des Provinzialverbandes für Ostpreußen —: ist er in dieser Eigenschaft nicht auch Mitglied des Hauptvorstandes?

(Zuruf rechts: nicht bekannt! — Große Heiterkeit links. — Andauernde Zurufe rechts und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Ich bitte um Ruhe! — Herr v. Graefe, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Noske, Reichswehrminister: Ich habe nicht eine Behauptung aufgestellt, sondern eine Frage. Wenn die Herren mit so großer Entrüstung die Sudelschrift des Herrn Kapp abschütteln, so nehme ich davon Notiz; eine (C) hervorragende Säule Ihrer Partei ist und bleibt dieser Herr.

Ich komme nun zu Herrn v. Graefes Lamento über die **Knebelung der Preßfreiheit.** Ich habe gesagt, ich werde mit aller Deutlichkeit reden. Die „Deutsche Zeitung“ ist das Sprachrohr der Leute, die uns dauernd mit der Gegenrevolution drohen.

(Zuruf rechts: Wo denn?)

— Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit!

(Widerspruch rechts.)

Es fragt sich, ob die breiten Volksmassen, die jetzt beseitigt haben, was ihnen in Deutschland jahrzehntelang drückend und ungerecht erschien, stillhalten wollen bei den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, ihnen wieder das Eisen anzulegen.

(Zuruf rechts: Das ist nicht wahr!)

Kämen die Leute ans Ruder, die jetzt sich so entrüsten, wie es dem Herrn Abgeordneten v. Graefe so schön ansteht, dann würden sie sich nicht damit begnügen, uns eine Anzahl von Zeitungen abzudrehen. Ich spreche ganz offen aus, wie ich es in den letzten Monaten wiederholt getan habe: in der jetzigen Situation, in der wir uns in Deutschland befinden, kann man mit Resolutionen und sentimentaler Gefühlsduselei keine Politik machen. Das Reich ist gefährdeter als jemals im Kriege.

Herr v. Graefe hat von der Leiche des deutschen Vaterlandes gesprochen. Deutschland blutet aus tausend Wunden, aber es lebt, und wir geben die Hoffnung nicht auf, es wieder blühend, stark und gesund zu sehen.

(Bravo! links.)

Und bei der Arbeit, die dafür zu leisten ist, wollen wir uns nicht in dem Maße stören lassen, daß die Zukunft des Reiches aufs Spiel gesetzt wird. Deswegen sage ich, selbst wenn es dem einen oder andern, der mir politisch näher steht, im Augenblick auch nicht ganz angenehm in die Ohren klingt: am demokratischen Stammtisch kann (D) man in friedlichen Zeiten lange Debatten über absolute Freiheit haben,

(Zurufe rechts; Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Das hat jetzt aufgehört!)

wenn es sich aber um das Schicksal von 60 Millionen Menschen handelt

(Rufe rechts: Aha!)

und das Schicksal unseres Volkes, gehöre ich nicht zu den Narren, die Ihnen (nach rechts) freies Spiel geben, alles zu tun, um das Land zugrunde zu richten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe rechts.)

Ich sage — ich spreche ganz offen aus, was ich denke —: das Reich darf weder durch Tollheiten von rechts noch durch Narrheiten von links gefährdet werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Bei unserer politischen Situation, 204 Milliarden Mark Schulden, ungerechnet die Forderungen, die auf Grund des Friedensvertrages in finanzieller Hinsicht noch zu erfüllen sind, dazu die Auslieferungsfrage, die uns einer Katastrophe entgegenführen kann, in einer solchen Situation muß, wenn man nicht an der Zukunft des Volkes und Landes verzweifeln will, der Bürgerkrieg unterbleiben und, wenn er trotzdem versucht wird, ist er zu unterbinden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe rechts.)

Wie wir durchkommen, ist mir zweifelhaft. Der Versuch muß gemacht werden und wird gemacht. Wer das Reich gefährdet, der ist als ein Schädling zu bekämpfen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe rechts.)

— Ich habe es schon einmal gesagt, ich bilde mir ein, daß Sie (nach rechts) und Ihre Klasse am **wenigsten Anlaß**

(**Noske**, Reichswehrminister.)

(A) haben mit der Arbeit unzufrieden zu sein, die ich damals geleistet habe.

(Zurufe rechts. — Erregte Zurufe zwischen Zentrum und rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Ich bitte, die weitere Unterhaltung einzustellen.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Ich sage, wer das Reich gefährdet und es in eine Katastrophe hineintreiben will, ist als Schädling zu betrachten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Danach habe ich gehandelt, solange ich auf meinem Posten stehe. Ich lasse mir deswegen persönliche Angriffe gefallen, sie mögen so hageldicht kommen, wie sie wollen. Als Sie in Weimar saßen und ich in Berlin allein hier saß, habe ich auf die eigene Kappe genommen, was hier in Berlin geschehen ist, ich habe in schärfster Weise zuhauen lassen. Jetzt sagen die Spartakisten: je kleiner die Gruppe wird, desto günstiger ihre Aussichten. Damit nirgends ein Zweifel besteht, wie ich mir die Politik und unser Handeln vorstelle, will ich mitteilen, daß noch in den allerletzten Tagen von mir ein Befehl unterzeichnet worden ist, der an die Truppe hinausgegangen ist, in dem zum Ausdruck gebracht wird: je geringer die Truppe, um so schärfer zugepackt, wenn es notwendig ist.

(Zurufe rechts.)

— Ach, Herr v. Graefe, gegen Sie werde ich nicht anders verfahren

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

als gegen andere Schädlinge;

(bravo! bei den Mehrheitsparteien)

ich lasse Ihnen kein Hehl darüber bestehen. Ich bin mir darüber klar, daß der **Gedanke an Putsche** in wirren Köpfen spukt.

(B) (Abgeordneter D. Mumm: Wird von uns verworfen!)

Leute à la Major Bischoff sitzen in dem einen oder anderen Falle wahrscheinlich auch in der Heimat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich gebe Ihnen die Zusicherung, daß ich jeden Putschversuch von rechts genau so mit Eisen bedenken werde, wie die Putschversuche von links bedacht worden sind.

(Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Meine Damen und Herren! Wenn man einen Vergleich anstellen darf, möchte ich folgendes Bild wählen: Das deutsche Volk torkelt jetzt nicht an einem Abgrund entlang, sondern auf schmalem Felsgrat, wo rechts und links der Abgrund droht. Aber ich sage: wir müssen über diesen Felsgrat hinweg, koste es, was es wolle.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Hinüberkommen werden wir aber lediglich bei einer Politik der mittleren Linie, die ganz klar und folgerichtig betrieben werden muß.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wir lassen 60 Millionen Menschen und das Reich nicht zugrunde gehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei dem Versuch, das Land zu retten, können meinetwegen Späne fliegen, wenn es nicht anders geht, mögen Opfer rechts und auch links fallen; aber das Ziel, dem wir zustreben, muß erreicht werden.

(Zuruf rechts: Also der Feind steht rechts!)

Deutschland und das deutsche Volk müssen wieder festen Fuß auf breiter Basis unter sich bekommen.

(Wiederholte Zustimmung.)

Wenn das gelungen ist, dann sage ich: Vorwärts und Aufwärts!

(Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Vereinzeltes Zischen rechts. — Erneuter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Vizepräsident **Löbe**: Das Wort hat der Herr Reichsminister Dr. David. (C)

Dr. **David**, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch noch ein paar Bemerkungen als Antwort auf die Rede des Herrn v. Graefe.

Wenn man Herrn v. Graefe heute hier gehört hat, so weiß man, weshalb das deutsche Volk in dieses entsetzliche Unglück hineingekommen ist.

(Sehr gut! links. — Zurufe rechts.)

Der Geist, der aus Herrn v. Graefe spricht, ist der typische Geist,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

der leider, — leider einen so maßgebenden Einfluß im früheren Regiment gehabt hat,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und der es verschuldet hat, daß Deutschland nunmehr so am Boden liegt.

(Zurufe rechts.)

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat der Mehrheit dieses Hauses und ihrem Vertrauensausschuß, der Regierung, den Vorwurf gemacht, wir hätten die **Macht des Deutschen Reichs zerbrochen**, die Säule, seine frühere Armee, sei von uns unterminiert worden.

(Sehr richtig! rechts.)

In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall.

(Na! na! und Lachen rechts.)

Herr v. Graefe und die Leute, die wie er gedacht und gehandelt haben, haben die Macht des alten Regiments, des alten Deutschlands unterminiert und zum Zusammensturz gebracht.

(Zurufe rechts: Wir? — Stürmische Gegenrufe links: Ja Ihr! — Unruhe rechts.)

Als der Krieg am 4. August 1914 ausbrach, stand das deutsche Volk im Glauben und in der Überzeugung, es gelte, Haus und Heim zu verteidigen, gegen eine (D) übermächtige Koalition einheitlich in geschlossenem Willen zusammen.

(Sehr richtig! links.)

Diese Einheit war seine Kraft. Auf dieser Einheit beruhte die Möglichkeit seiner Rettung. Die Mehrheitsparteien und meine Partei insbesondere, die Herr v. Graefe heute hier angegriffen hat, haben zusammengestanden aus dem Gefühl heraus: wir müssen uns unserer Haut wehren; wir müssen zusammenstehen, sonst sind wir verloren. Wer hat diese Einheit des deutschen Volkes innerlich zermürbt und zerbrochen? Das haben die getan, die dem **deutschen Volke** den Glauben genommen haben, daß es nur **für seine Verteidigung zusammenstehen** müsse,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

die dem deutschen Volke den Glauben beizubringen suchten: nein, bloße Verteidigung, bloße Wahrung dessen, was du hast, das ist zu wenig! Eroberung, Machterweiterung, Unterwerfung der Welt unter das deutsche Schwert, das ist das Ziel des Krieges!

(Zurufe rechts: Wer hat das gewollt? — Gegenrufe links: Sie!)

Durch die Aufstellung dieser Eroberungsziele, Ihres Kriegsprogramms, eingegeben von einem Machtwahnsinn, der kaum noch als normal angesehen werden kann,

(erregte Zwischenrufe rechts; sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien)

indem Sie dieses Programm aufstellten, indem Sie, Herr Abgeordneter Mumm, an der Front herumgereist sind und Reden gehalten haben, die für dieses Ziel eintraten,

(hört! hört! bei den Mehrheitsparteien)

indem Sie jeden als Vaterlandsverräter hinstellten, der an dem alten Verteidigungsziel festhielt, haben Sie die Einheit der Front und die Einheit der Heimat durchbrochen. Es gab nur eine Linie der Einheit für unser

(Dr. **David**, Reichsminister.)

(A) Volk in diesem Kriege, und das war die Überzeugung, daß wir einen Verteidigungskampf führen und nicht einen Eroberungskrieg.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Diese Überzeugung haben Sie mit allen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung standen, zerstört.

(Zurufe rechts: Das ist nicht wahr! — Gegenrufe links.)

Wer diesen Krieg mitgemacht hat, wer alles das erlebt hat, wird nicht verlangen, daß ich diese Behauptung jetzt hier mit den Bergen von Beweismaterial stütze, das sich darüber angehäuft hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Sehen Sie in Ihre Presse hinein, meine Herren von der Rechten, so werden Sie auf jeder Seite die Belege für diese Ihrer Politik finden.

Dann sind Sie in die **Armee** hineingegangen und haben dort den **„Aufklärungsdienst“** getrieben, der nur die eine Parole hatte: wer bloß einen Verteidigungskrieg will, wer nur einen Verständigungsfrieden will, ist ein Vaterlandsverräter; nein, wir müssen mehr haben, unser Vaterland muß größer sein, im Osten und im Westen müssen wir anderen Völkern Land und sonstiges wegnehmen! Damit haben Sie die anfängliche Einheit und die innere Kraft des deutschen Volkes zerbrochen.

Gleichzeitig haben Sie aber auch dafür gesorgt, daß die Macht unserer Feinde von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr angewachsen ist,

(hört! hört! bei den Mehrheitsparteien)

bis das Mißverhältnis der Kräfte so groß war, daß keine Tapferkeit und kein Opfersinn mehr das deutsche Volk vor der Niederlage retten konnte. Das ist die zweite große Schuld, die auf Ihrem Konto steht.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

In diesen Tagen wird im Untersuchungsausschuß die (B) Frage aufgehellt: **wodurch ist Amerika gegen uns in den Krieg geführt** worden? Wer hat die schwere Verantwortung dafür, daß der europäische Krieg zu einem Weltkriege erweitert wurde, daß die ungeheuren Machtmittel Amerikas noch auf die Seite unserer Gegner kamen? Wer hat mitgeholfen, daß die Politik der Pariser und Londoner Imperialisten, Amerika gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, von Erfolg gekrönt war?

(Erregte Zurufe rechts. — Gegenrufe links.)

Erinnern Sie sich an die Amerikahetze, erinnern Sie sich daran, daß man dem deutschen Volke vorgelogen hat: was kann uns denn Amerika schaden? Es hat ja gar keine Hilfsmittel, um seine Truppen herüberzuführen.

(Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten. — Stürmische Gegenrufe rechts. — Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich spreche hier von dem, was Sie (nach rechts) gesagt und getan haben. Sie haben alles gesagt und getan, um der französischen und englischen Politik zum Erfolge zu helfen, Amerika gegen uns in den Krieg zu führen.

(Erregter Widerspruch rechts.)

Damit war die Wendung eingetreten, damit war die Kräfteverschiebung zu unseren Ungunsten so groß geworden, daß keine Rettung mehr da war.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Das ist auf Ihr Schuldkonto zu schreiben.

(Erneute Zustimmung.)

Innerlich haben Sie die Armee zermürbt, indem Sie die Zwietracht hineintrugen, indem Sie sie für Ihre wahnsinnigen Eroberungsziele gewinnen wollten und alle die abstießen, die auf dem Standpunkt der Verteidigung standen, und äußerlich haben Sie die Armee in eine Situation gebracht, daß die Übermacht der Feinde so groß wurde, daß an einen Sieg nicht mehr zu denken war. Und indem Sie diese Politik verfolgten, erreichten Sie noch ein Drittes, was dann auch noch die Niederlage besiegelte. (C) Indem Sie sich dagegen warfen, daß das deutsche Volk einen Verständigungsfrieden machte, solange es noch stark war, solange es also noch Aussicht hatte, einen solchen Frieden zu erlangen; indem Sie alle Ihre Mittel spielen ließen, um den Krieg bis zur letzten Erschöpfung zu verlängern, blieben zunächst **unsere Verbündeten** auf der Strecke liegen. Die **ganze Ostfront brach zusammen**, die Türkei, Bulgarien und danach Österreich. Und im Oktober 1918 war es so weit, daß wir restlos isoliert waren. Zu Beginn des Novembers 1918 war es so weit, daß die österreichische Armee sich in ihre einzelnen Teile auflöste, und eine neue feindliche Front begann sich zu bilden, die Süddeutschland von Tirol aus, Sachsen von Böhmen aus bedrohte.

(Sehr richtig!)

So waren wir ganz allein. Im Osten sahen wir eine nahe gewaltige, feindliche Front entstehen, und im Westen war das Amerika, das man so leichtfertig gegen uns in den Krieg hineingezogen hatte,

(sehr wahr!)

so weit, um seine Machtmittel auf den Kriegsschauplatz zu werfen.

(Zuruf: Trotz Herght!)

Und mit welchem Erfolg? Die Amerikaner, von denen man gesagt hatte, als Sie den U-Boot-Krieg machten: wenn die herüberkommen, soll es uns willkommen sein; wir werden sie restlos versenken —, diese selben Amerikaner schickten Monat für Monat nahezu 300 000 junge kräftige Leute herüber, ein Heer, aufs beste ausgerüstet, und Heeresmaterial, Tanks und Flugzeugmaterial, das das unsere weit überholte. So wuchs das Mißverhältnis der Kräfte an Menschen und Material von Woche zu Woche und von Monat zu Monat. Unsere letzten großen Kräfte wurden schließlich entscheidend in der zweiten Marneschlacht geschlagen. Unsere Armee wußte nun: wir (D) können nicht mehr gewinnen, das ist ausgeschlossen; wir sind militärisch verloren. Damit war das Schicksal besiegelt, damit waren die Folgen der Politik, die Herr v. Graefe als einer der lautesten Schreier mitverschuldet hat, zu dem Ende gekommen, zu dem sie kommen mußten.

Bis zu diesem Zeitpunkt der vollkommenen Isolierung, des Zusammenbruchs unserer Verbündeten, der Gefahr der neuen Front im Osten, der furchtbaren zweiten Marneniederlage, war von Revolution im deutschen Lande noch gar nicht die Rede gewesen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als sich diese verzweifelte militärische Lage zeigte, da sah es auch die **Oberste Heeresleitung** ein, daß das Spiel verloren war, da wollten auch Sie endlich einen Verständigungsfrieden, als es zu spät war, als wir unterlegen waren. Noch im Juni 1918 wurde Herr v. Kühlmann, weil er hier die Rede gehalten hatte, in der er sagte: „Wir können mit den Waffen nicht allein zu Ende kommen, wir müssen auch diplomatische Wege suchen“, von den Herren der Rechten, dem Grafen Westarp an der Spitze, wie von wütenden Wölfen angefallen, und Ludendorff ließ ihn über die Klinge springen. Zwei Monate später sahen endlich auch die Herren der Obersten Heeresleitung ein, daß ihre Rechnung falsch gewesen, daß ihr Spiel verloren sei, und da schrien sie nach Waffenstillstand innerhalb 48 Stunden.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

In dieser Situation bildete sich die **neue Regierung unter dem Prinzen Max**; aber sie hatte, als sie sich bildete, noch nicht die Kunde von dem Verlangen eines Waffenstillstands binnen 48 Stunden, das von der Armee kam. Als die Kunde kam, wollte Prinz Max die Regierung nicht mehr bilden, denn die Regierung sollte anfänglich mit folgendem Ziel gebildet werden: Durch die starke

(Dr. **David**, Reichsminister.)

(A) Demokratisierung im Innern sollte die Wiederherstellung des Vertrauens der Gesamtheit des Volkes erstrebt werden. Und nachdem das gelungen sei, nachdem das Volk gekräftigt sei und ein gewisser Halt ihm gegeben wäre, dann wollte man heraustreten mit einem Programm des einwandfreien Verständigungsfriedens. Das war der Plan, und da kam die Ordre der Obersten Heeresleitung: Ein sofortiger Waffenstillstand und so rasch wie möglich, unter Umständen noch, ehe die Regierung gebildet ist, wenn sich das verzögert! Als wir das damals in unserer Partei erfuhren — es ist dies schon einmal angedeutet worden, ich will es aber nochmals sagen, um die historische Wahrheit klarzustellen —, als wir also die Nachricht erhielten, daß ein solches Verlangen von der Obersten Heeresleitung gestellt wurde, kamen wir in unseren Beratungen zunächst zu dem Schluß: Dann **treten wir** nicht mehr **in die Regierung ein**, denn das ist der Bankerott,

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

und nichts ist mehr zu retten.

In dieser furchtbaren Situation führten nachher die Verhandlungen doch dazu, daß wir unseren Entschluß änderten und sagten: Wir wollen das furchtbare Opfer bringen, weil das noch die einzige Aussicht gewährt, unserem Volke Rettung zu bringen.

(Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Denn wenn wir jetzt auch noch abspringen, sagten wir uns, dann ist alles restlos verloren; wenn wir dagegen zusammenstehen, sind wir vielleicht noch stark genug, um einen gemäßigten Frieden zu erhalten, vielleicht kann das dann noch gelingen. Das war unser Beweggrund. Vom reinen Parteistandpunkte aus gesehen hätten wir es besser nicht getan

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und hätten gesagt: Nun gut! Nun laßt die Gewaltpolitiker und Eroberungsphantasten auch den ganzen (B) Bankerott erleiden, den ihre leichtfertige Politik verursacht hat. Angesichts alles dessen können Sie sich vorstellen, welche Gefühle wir haben, wenn wir heute die Schuldigen hier auftreten sehen, wie Herr v. Graefe aufgetreten ist.

(Zurufe: Unerhört! Skandal! Unverschämtheit!)

Logisch kann ich es nicht verstehen, nur psychologisch kann man es begreifen, und für mich habe ich manchmal gesagt, psychologisch ist der Fall Graefe unheilbar.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber man brauchte sich ja nicht mit ihm zu befassen, wenn nicht seine Partei ihn als Redner vorschickte, wenn seine Partei sich nicht mit ihm solidarisierte.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Das ist das, was der Sache eine politische Bedeutung gibt.

Meine Herren! So ist also die Niederlage unseres Volkes gekommen, und wenn im Oktober nach der zweiten Marneschlacht jeder deutsche Soldat draußen wie ein Löwe weitergekämpft hätte und wenn das deutsche Volk in der Heimat jede Fiber noch so sehr angespannt hätte, durchzuhalten, so wäre doch alles verloren gewesen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Nichts hätte uns noch vor der **furchtbaren Niederlage** retten können, und jede Woche, jeder Monat, den man es noch hätte hinhalten können, hätte unsere Situation nur noch verschlimmert.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Es hätte uns auch noch die letzte Basis, die wir damals noch hatten, die Wilsonschen Erklärungen, weggerissen. Von Monat zu Monat wäre das Übergewicht der Feinde größer gewesen, die Armee wäre restlos zerschlagen und zertrümmert worden, die Feinde wären ins Land eingebrochen, es wäre eine Niederlage auf Gnade und Ungnade geworden.

(Sehr richtig! und Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das rührt die Herren nicht!)

(C) Das war die eherne Notwendigkeit. Zu mir ist in jenen Tagen einer der Feldherren gekommen, die draußen an der Spitze gestanden haben, ein Generaloberst, der die Armee kommandierte, bei der der letzte Zusammenbruch stattfand, um mit mir darüber zu sprechen, ob es denn nicht möglich sei, an das Volk mit einem Appell zu gehen, die letzten Kräfte zu einer Massenerhebung zusammenzufassen, um das Ganze noch zum Stillstand zu bringen. Ich habe ihn gefragt: „Glauben Sie, wenn wir das machen, daß wir dann noch siegen könnten?" Er sagte: „Nein, das glaube ich nicht."

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich fragte weiter: „Ja, wie lange glauben Sie denn, daß wir überhaupt noch standhalten könnten? Glauben Sie, daß wir wenigstens über den Winter bis zum nächsten Frühjahr hinüberkämen?" „Nein, nein", sagte er, „davon ist keine Rede".

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf fragte ich ihn: „Wie lange meinen Sie denn, daß wir dann noch aushalten können?" Er antwortete mir: „Nun, doch mindestens vier bis fünf Wochen, bis sich die Lage wieder etwas gefestigt hat."

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich fragte ihn weiter: „Glauben Sie, daß unsere Situation in vier bis fünf Wochen besser sein wird, wenn wir jetzt den Waffenstillstand, um den wir ersucht haben, preisgeben und noch einmal die Waffen erheben? Können Sie mir dafür militärisch zureichende Gründe geben?" Darauf ist mir der Herr die Antwort schuldig geblieben. Es gab eben keine Gründe dafür. Die Situation im Westen wurde, rein militärisch betrachtet, von Monat zu Monat furchtbarer, nicht nur durch den Zuwachs der amerikanischen Kräfte, sondern auch dadurch, daß die Italiener frei wurden. Die Italiener konnten große Teile ihres Heeres nach Südfrankreich werfen

(D) (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und nach Süddeutschland werfen!)

und nach Süddeutschland werfen. Also rein militärisch gesehen gab es gar keine Rettung. Und nun will man uns glauben machen, die Entente habe das nicht gewußt,

(lebhafte Zustimmung und Lachen bei den Sozialdemokraten)

die Entente habe ihre harten Bedingungen bloß gestellt, weil sie sich gesagt hätte: in Deutschland gibt es jetzt eine Revolution. Angesichts aller dieser Tatsachen ist der Versuch, den Zusammenbruch, die **Niederlage als Folge der deutschen Revolution** hinzustellen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die frechste Lüge!)

eine so grobe Entstellung der historischen Wahrheit, daß man es nicht für möglich halten sollte, wie vernünftige Männer, Männer, die doch auf ihren politischen Namen ein gewisses Gewicht legen, mit diesem Versuch vor das deutsche Volk und vor die ganze Welt hintreten können.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Politische Hochstapler!)

Die Herren von der Rechten glauben, sie könnten mit der Vergeßlichkeit des Volkes rechnen.

(Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein! nein!)

Nein, das können sie nicht!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Das Volk weiß, wem es die Niederlage zu verdanken hat. Die Niederlage aber hatte alles andere im Innern Deutschlands und in bezug auf Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zur Folge.

Nun kommt Herr v. Graefe und schleudert seine — ich will einen parlamentarischen Ausdruck gebrauchen —

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Stinkbomben!)

(Dr. **David**, Reichsminister.)

(A) Anklagen gegen die Männer, die schließlich diesen **Friedensvertrag unterzeichnet** haben,

(lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten: Mußten!)

— unterzeichnen mußten,

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Warum hat Scheidemann nicht unterzeichnet?)

der die eherne Konsequenz der Niederlage war. Die Männer, die sich in Weimar schließlich zu dem Entschlusse durchgerungen haben, zu unterzeichnen, wissen, daß das die schwersten Stunden ihres politischen Daseins und wohl ihres ganzen Lebens waren.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Alle diejenigen, die in diesen furchtbaren Nachtstunden mit zu entscheiden hatten, und auch die Herren von der Rechten, die damals in den letzten entscheidenden Beratungen über die Frage, ob eine neue Regierung etwa nach rechts gebildet werden sollte, mit im Rate saßen, wissen, was das damals für eine Situation war. Sie kennen die Beweggründe, die die heutige Regierung bestimmten, schließlich zu dem Entschluß sich durchzuringen: wir müssen unterzeichnen, weil es keine andere Rettung mehr gibt.

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Es wird Ihnen nichts erspart von dem Elend, das Sie vermeiden wollten, das bekommen Sie jetzt jahrelang!)

— Der Herr Abgeordnete Schultz wirft ein, es würde uns nichts von dem Elend erspart, mit anderen Worten, das Schicksal des deutschen Volkes sei mit Unterzeichnung des Friedens ebenso schlimm geworden, als es durch die Ablehnung des Friedens geworden wäre. Das war in der Tat die Entscheidungsfrage, vor die wir gestellt waren, und das war wahrhaftig keine Frage, die Gegenstand demagogischer Agitation sein sollte.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

(B) Wenigstens sollte das ausgeschlossen sein bei allen, die Anspruch erheben, das Beste ihres Landes zu wollen. Es mußte sich damals jeder ernsthafte und gewissenhafte Führer des Volkes fragen: was müssen wir tun im Interesse unseres Volkes? Welche Entscheidung wird das Schicksal unseres Volkes besser oder schlimmer machen? Darum allein ging es, und da sagten wir uns: das Nein, die **Ablehnung bedeutet** automatisch **den Sturz unseres Volkes** in den Abgrund, ins volle Verderben, rettungslos. Es standen im Westen die Truppen der Entente marschbereit; sie hatten sich in den letzten Stunden vor der Entscheidung bereits in Marsch gesetzt. Die dortige Bevölkerung — wenn Sie unterrichtet sind — war bereits von einer gewaltigen Panik erfaßt, sie war zum Teil schon auf der Flucht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Franzosen brannten darauf, einzumarschieren,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

um die weiteren Kriegsziele zu erreichen, die sie hatten: das ganze linke Rheinufer und rechts des Rheines noch manches, das sie gern gehabt hätten. Sie brannten darauf, Deutschland im Westen gehörig zu amputieren und im Süden auseinanderzusprengen.

(Sehr richtig! links.)

Wir sagten uns: der durch die Ablehnung ausgelöste **Einmarsch der Entente** bedeutet die Zerreißung, die Zerschmetterung der Einheit Deutschlands.

(Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Dazu: im Osten ebenfalls den Krieg und im Norden die Blockade unserer Häfen und feindliche Landung! Unsere kleine Armee, unsere Reichswehr im Osten verwickelt in die Kämpfe, die nach dem Urteil der führenden Militärs nur wenige Wochen ausgehalten werden konnten, um dann mit einer Niederlage zu enden. Im Westen die

(C) Reichswehrtruppen auf wilder Flucht. Eisenbahnen und Brücken, Lokomotiven im eigenen Land durften sie nicht zerstören, es durfte auch kein Schuß abgegeben werden, um nicht Repressalien auszulösen. Also wilde Flucht und vollkommene Zerreibung jeder Widerstandskraft, Neueröffnung der Blockade, Abschnürung des Kohlenreviers, das furchtbarste wirtschaftliche Chaos, kommunistische Revolution, ohne daß wir noch irgendeine militärische Macht gehabt hätten, diese Revolution niederzuhalten, Bürgerkrieg im furchtbarsten Sinne des Wortes, das waren die automatischen Folgen der Ablehnung des Friedens.

Freilich mußte man auf der anderen Seite sagen: die Folgen der Annahme des Friedens sind auch furchtbar. Aber so furchtbar die Friedensbedingungen sind, denen konnten wir durch die Ablehnung auch nicht entgehen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Die **Ablehnung** hätte ja **keine Beseitigung der Friedensbedingungen** bedeutet, sondern nur eine Hinausschiebung um 14 Tage, um vier Wochen. Diese Zeit aber wäre das schrecklichste gewesen, was dem deutschen Volke noch widerfahren konnte.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Sie hätte Tausenden und aber Tausenden von Menschen das Leben gekostet, sie hätte unsere letzten Hilfsmittel zerstört, alles zerrissen und über den Haufen geworfen, was wir noch an wirtschaftlichem und politischem Bestand hatten. Und dann hätten wir den Frieden doch unterzeichnen müssen; denn die Gegner hatten uns ja in der Gewalt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

(D) Darum hielten wir es für das Rechte, den Friedensvertrag gleich zu unterzeichnen und nicht vorher noch einmal den Krieg in seiner furchtbarsten Form über das deutsche Volk heraufzubeschwören; so furchtbar groß das Übel war, so war es doch das kleinere Übel.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Zu dieser Überzeugung haben wir uns durchgerungen. Und nun kommt Herr v. Graefe und hält angesichts einer derartigen Entscheidung heute eine solche Rede. Er hat gesagt, unsere **Verhandlungen** kämen ihm vor **wie ein Theater.** Ja, er hat sich Mühe gegeben, ihnen den Charakter eines Theaters zu geben.

(Wiederholte Zustimmung und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Das ist vielleicht das einzige mildernde Moment, das man ihm zubilligen kann, daß er den ungeheuren Ernst, der in der Sache liegt, nicht begreift;

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

daß er auch den ungeheuren Ernst nicht begreift, der in unserer jetzigen Situation liegt. Denn wir sind über die Gefahrenzone noch nicht hinaus! Jeder, der offene Augen hat, sieht die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir sind, sie werden noch erhöht durch die Schwierigkeiten, die uns auch wieder Elemente der Rechten bereiten: im Baltikum, in Litauen und dergleichen,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

die uns wieder eine halbe Blockade zugezogen haben. Jeder sieht die inneren Gefahren, die der Neuordnung der Dinge drohen. Wir haben — die Nationalversammlung kann das für sich als großes historisches Verdienst in Anspruch nehmen — alles aufgeboten, um aus dem Chaos herauszukommen. Eine ungeheure Fülle von Schwierigkeiten haben wir überwunden, um einigermaßen wieder zu festen, zu ruhigen, zu gesicherten Verhältnissen zu kommen. Aber die Sache ist noch nicht gewonnen!

(Dr. **David**, Reichsminister.)

(A) Es ist noch alles so furchtbar schwer im Innern und von außen! Es droht uns von links noch eine Gefahr. Das wissen Sie alle auf der Rechten; unterschätzen Sie das nicht!

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die spekulieren ja darauf!)

Das, was Sie von rechts tun, die Rede des Herrn v. Graefe ist ja doch nichts anderes als eine **Propagandarede für die Bolschewisten,**

(stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

für die Kommunisten!

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Diese Rede schlachten gewisse Leute doch in jeder Volksversammlung, in jedem Flugblatt aus. Ist denn das Herrn v. Graefe nicht klar?

(Zurufe bei den Sozialdemokraten; Das ist ja der Zweck der Übung!)

Aber es gibt manche Elemente auf der Rechten, die rechnen so: man muß die Regierung, die jetzt am Platze ist, diskreditieren, man muß sie unmöglich machen, man muß jeden ihrer Versuche, zur Ordnung zu kommen, vernichten,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

damit die Revolution von links wieder kommt; und wenn dann die da ist und das Chaos da ist, dann kommt die **Reaktion von rechts,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und dann sind wir wieder oben. Das ist der einzige Schlüssel, der Ihrem Vorgehen überhaupt eine logische Erklärung gibt. Aber es ist freilich eine Politik,

(Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das ist überhaupt keine Politik! Verbrecherpolitik! Sadismus!)

die, abgesehen von ihrer moralischen Wirkung, so verblendet ist, daß es mir schwer fällt, anzunehmen, daß sie wirklich (B) von vernünftigen Menschen verfolgt werden kann. Glauben Sie wirklich, so wie die Dinge liegen, daß, nachdem wir in das bolschewistische Chaos hineingekommen wären, das zu einer Reaktion in Ihrem Sinne, zur Aufrichtung des alten Regimes führen werde? Halten Sie das für möglich? Dann müssen Sie allerdings psychologisch farbenblind sein.

(Zustimmung links. — Zuruf rechts: Wie kommen Sie dazu, uns so etwas zu unterstellen?)

— Herr Abgeordneter Schultz, weil das die einzig logische Erklärung für Ihre Politik abgibt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Dann haben Sie dreißig Jahre lang in der Sozialdemokratie Bolschewismus getrieben! Sie haben alles heruntergerissen!)

Wenn Sie jetzt Sturm laufen gegen die neugeschaffene Ordnung der Dinge, die unserem Volke wieder eine gewisse Ruhe, ein gewisses Vertrauen, eine gewisse Arbeitsfreudigkeit geben soll, und wenn Sie systematisch den einzigen Schutz, den wir haben, die **Reichswehr,** innerlich zu **zersetzen** suchen, wie das Herr v. Graefe getan hat,

(sehr richtig! links; Widerspruch rechts)

wenn Sie mit rein egoistischen Motiven die Reichswehr aufhetzen

(Zuruf rechts: Welche Anträge haben Sie vierzig Jahre lang gestellt?)

mit der Parole: „mehr Löhne, mehr Gehalt, es ist mir einerlei, woher es kommt", wenn man so die Institution zersetzt, auf der die Möglichkeit beruht, durch diese furchtbare Zeit durchzukommen, so finde ich keine andere Erklärung, als daß man in der Tat das Chaos wünscht, weil man glaubt, nach der bolschewistischen Periode etwa so wie in Ungarn zu einer monarchistischen Restauration kommen zu können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Es ist ja ein Wahnsinn, aber man muß sich daran ge- (C) wöhnen, in der Politik auch mit wahnsinnigen Zielen bei gewissen Leuten zu rechnen. Das ist dieselbe Verblendung, die die Herren während des Krieges geleitet hat.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Das ist derselbe Geist, der uns in die Niederlage geführt und der nun weiter wirkt, um zu verhindern, daß wir uns wieder erheben können.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Angesichts dieser Situation glaube ich, daß Sie (nach rechts) doch ernstlich einmal prüfen sollten, ob Sie auf dem richtigen Wege sind, ob Sie verantworten können, was Sie tun

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum)

ob Sie solche Reden, wie sie Herr v. Graefe heute ins Volk hineingeschleudert hat, mit Ihrer Partei decken wollen. Decken Sie sie, so werden Sie auch dafür die Abrechnung finden.

(Sehr richtig! links.)

Ich hoffe aber, daß die Rede des Herrn v. Graefe und dieses ganze Vorgehen auch eine andere wohltätige Wirkung ausübt, daß sie den Mehrheitsparteien klarmacht, daß wir noch nicht über die Gefahrenzone hinaus sind,

(sehr richtig! links und im Zentrum)

daß sie den Mehrheitsparteien klar macht, daß es, solange wir in dieser ungeheuren Gefahr schweben, keine andere Rettung für unser Land gibt, als daß man zusammensteht auf der großen, einheitlichen Linie: Wiederherstellung unserer inneren Ruhe und Sicherheit, Wiederaufbau, Wiederaufstieg unseres Volkes.

(Bravo! links und im Zentrum.)

Das muß das Programm sein, das jedermann haben muß, der noch einen Funken Liebe zum deutschen Volke empfindet, der Herz und Hirn auf dem rechten Fleck hat. Das ist das A und das O, das für Monate, wenn nicht für länger noch das Programm des Zusammenarbeitens (D) sein muß.

(Sehr gut! links.)

Das möge die wohltätige Wirkung solcher Reden sein. Halten wir zusammen, dann sind wir stark genug, der Gefahr von links und der Gefahr von rechts zu trotzen, und unser deutsches Volk wird uns dieses Zusammenhalten einmal danken, denn es bedeutet die Rettung unseres Vaterlandes.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Haas (Baden).

Dr. **Haas** (Baden), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit dem Herrn Reichswehrminister bin ich der Auffassung, es wäre besser, wenn man die Reichswehr nicht in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gestellt hätte, und ich bin der Überzeugung, daß man dem Vaterlande schlecht dient, wenn man in der Art des Herrn Abgeordneten v. Graefe die **Reichswehr** zum **Tummelplatz politischer Leidenschaften** machen will.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf rechts: Das hat er nicht getan!)

Es wäre ein Glück für uns, wenn wir uns rein sachlich in aller Ruhe hätten über das unterhalten können, was im Interesse der Reichswehr an Reformen zu schaffen ist. — Sie sagen, es ist nicht wahr. Es ist wahr, daß aus Ihren Schriften, daß aus dem Artikel Ludendorffs, auf den ich noch zu sprechen komme, daß auch heute aus der Rede des Herrn Abgeordneten v. Graefe einwandfrei und deutlich hervorgeht, daß man Zwietracht säen will zwischen der Regierung und der Reichswehr,

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

(Dr. **Haas** [Baden], Abgeordneter.)

(A) daß man Zwietracht säen will, weil Sie in Ihrer Verblendung, in derselben Verblendung, die Sie und uns in diesem Kriege ins Unglück geführt hat, glauben, daß Sie die Reichswehr als Instrument Ihrer reaktionären Anschauungen und Ihrer reaktionären Pläne benutzen könnten. Wieder, wie schon im Kriege, sind Sie die schlechten Psychologen. Nicht zu Ihrer reaktionären Herrschaft würde der Versuch führen, sondern zur Anarchie, zum Spartakismus und zum Zusammenbruch von allem.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Ich habe für Ihre Politik nur die eine Entschuldigung, daß eben Ihre Psychologie falsch ist, daß Sie vieles falsch sehen, wie Sie schon im Kriege die Seele des Volkes und vor allen Dingen die Seele des Soldaten nicht verstanden haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien).

Was der Herr Abgeordnete v. Graefe uns heute gesagt hat, war unerhört.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Auf vieles brauche ich nicht einzugehen, weil der Reichsminister David schon einen großen Teil der Behauptungen des Abgeordneten v. Graefe zurückgewiesen hat. Nur einige Bemerkungen zu den allgemeinen politischen Betrachtungen des Abgeordneten v. Graefe! Die Armee sei von hinten erdolcht worden, die **Revolution habe die deutsche Armee um den Sieg gebracht.**

(Zurufe rechts: Wann hat er von Sieg gesprochen, davon hat er nicht gesprochen!)

— Die Armee von hinten erdolcht, jawohl, das waren seine Worte.

(Zuruf rechts: Das haben die Unabhängigen selbst erzählt!)

— Er hat das Wort zitiert, daß Deutsche nur von Deutschen besiegt werden könnten. Also der Sinn war der, daß die Revolution das siegreiche deutsche Heer um (B) den Erfolg gebracht habe,

(Zuruf rechts)

und das sagt ja nicht nur, Herr Abgeordneter Schultz, der Herr Abgeordnete v. Graefe. Systematisch tragen Sie diese Lügen in das Volk hinein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

In den Schulen des demokratischen Deutschlands lassen Sie Ihre alldeutschen Lehrer diese Lehre den Kindern geben. Es geht schon so weit, daß Lehrer den Kindern den Satz diktieren: die Revolution ist der siegreichen deutschen Armee in den Rücken gefallen. Bewußt und absichtlich wollen Sie die Dinge so darstellen, als ob die Niederlage nicht vor der Revolution gewesen wäre, sondern als ob die Niederlage durch die Revolution gekommen sei, und Sie wissen so gut wie wir, wie die geschichtliche Entwicklung war. Wenn Sie sich an einem solchen Spiel, an einer solchen Geschichtsfälschung beteiligen, überlasse ich Ihnen die moralische Würdigung; aber es ist ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn in einer solchen Zeit, in einer Zeit höchster Not in dieser verhetzenden und unwahrhaftigen Weise gearbeitet wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat gesagt, immer in der Geschichte hätten nur **Deutsche von Deutschen besiegt** werden können.

(Zurufe rechts.)

— Ja, Herr Abgeordneter Schultz, es ist wahr, wir sind in diesem Kriege von Deutschen besiegt worden.

(Zuruf links: Von den Alldeutschen!)

Wir sind besiegt worden von denen, die frevelhaft uns in den unbeschränkten U-Boot-Krieg,

(lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien)

die frevelhaft uns in den Krieg mit Amerika hineingetrieben haben.

(Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Gegen eine Welt von Feinden hätten wir standgehalten, (C) wenn nicht das letzte Unglück, der Krieg mit Amerika, gekommen wäre. Und die haben uns um den Sieg gebracht — denn Sieg wäre es schon gewesen, wenn wir bestanden hätten in dem Kampf gegen drei Viertel der Welt —, die es abgelehnt haben, es auf Verhandlungen ankommen zu lassen, solange wir noch verhandlungsfähig waren.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Als Ende 1918 das Friedensangebot, das unglücklich formulierte, gemacht wurde, war es nicht der Abgeordnete v. Graefe, der „Skandal" gerufen hat, der erschrocken war bis in seine innerste Seele hinein, daß man etwa verhandeln könnte, bevor der Feind restlos besiegt am Boden liege? Und dann haben uns die um den Erfolg gebracht, die uns **um den reinen Verteidigungsgedanken gebracht** haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Da gilt noch einmal das, was ich vorhin gesagt habe: die Seele des einfachen Mannes, die Seele des Soldaten, die Seele des schlichten Musketiers, die haben Sie (nach rechts) nicht begriffen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie haben gewußt, was die Generale sagen, und Sie haben gewußt, was die Großindustriellen denken, aber das haben Sie nicht gewürdigt, was im Schützengraben gesprochen wurde.

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

Schon im Frühjahr 1915, als die frevelhafte Eingabe der sechs Verbände mit den Annexionszielen bekannt geworden war, habe ich es erlebt in meiner Kompagnie vor Langemark, daß die schlichten badischen Musketiere gesagt haben: dafür wollen wir keinen Krieg führen; wir wollen Krieg führen, um Haus und Hof zu verteidigen; für die Heimat kämpfen wir, solange es notwendig ist, aber für die Ziele irgendwelcher Schlotbarone uns zu opfern, (D) dafür sind die badischen Musketiere zu gut.

(Sehr richtig!)

Das war der Geist schon im Frühjahr 1915.

(Zuruf rechts: Und Heckscher?)

— Und Heckscher? Ich gebe Ihnen Heckscher preis. Jawohl, auch manche von uns — auch unter uns waren solche, die in dieser falschen Psychologie sich bewegt haben, — und die Oberste Heeresleitung, sie haben gemeint, große Kriegsziele müsse man aufstellen, um das Volk zu begeistern. Es gab ein Kriegsziel, groß genug, um alles zu opfern. Wir wissen heute, was es wert gewesen wäre, wenn wir dieses Ziel erreicht hätten, daß wir unser Land und unser Reich unversehrt erhalten hätten.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Aber Sie (nach rechts) haben gemeint, man muß vom Erzbecken von Briey sprechen und von Frankreich bis zur Somme und von Belgien und im Osten, von, ich weiß nicht, was allem; Sie haben gemeint, davon müsse man sprechen, um den Mann zu begeistern. — Die Gewinnsucht gewisser hochstehender Kreise war aufgestachelt; dort meinte man, es wäre rentabel, wenn man viel erobere; aber die Seele des Musketiers hat dabei nicht mitgemacht.

Herr Abgeordneter v. Graefe hat auf **Zabern** hingewiesen. Ich habe es nicht verstanden, daß man heute, nach dem, was wir erlebt haben, noch einmal über Zabern so spricht, wie er darüber gesprochen hat.

(Sehr richtig! links.)

Wie war es denn? Ein junger kleiner 20jähriger Leutnant macht eine Dummheit, und er darf nicht versetzt werden, lieber läßt man eine große politische Sache daraus entstehen, die uns um ein Stück Ansehen in der ganzen Welt gebracht hat. Das war der Militarismus, und heute, nach dem Verluste von Elsaß-Lothringen, der insbesondere uns Süddeutschen so schwer wird, fragen

(Dr. Haas [Baden], Abgeordneter.)

(A) wir uns: was hat uns Zabern geschadet, Ihre Zabernpolitik, Ihre militaristischen Anschauungen im Elsaß? Vielleicht sage ich nicht zuviel, wenn ich sage: diese Politik hat uns das Elsaß und Lothringen gekostet.

Wir dürfen uns die Frage vorlegen: warum gelang es uns nicht, in mehr als 40 Jahren das kerndeutsche Elsaß, ein Land bester deutscher Kultur, für uns zu gewinnen?

(sehr richtig! links.)

Es ist doch ein Bankrott unserer Politik, wenn man ganz deutsche Leute nicht für sich gewinnen kann, wenn deutsche Männer den Wunsch haben, von uns wegzukommen.

(Zuruf links: preußische Junker!)

Ihre Politik war es, die das Unglück gebracht hat,

(sehr wahr! links)

Ihre Politik, die zu Zabern und noch zu mehr Niederlagen als zu der von Zabern geführt hat.

(Zuruf links: preußische Junker!)

Herr Abgeordneter v. Graefe hat auch jene Darstellung von **Militarismus** wiedergegeben, die so grundfalsch ist. Er hat gemeint, die Demokratie und Sozialdemokratie seien prinzipielle Gegner der Wehrhaftmachung des Volkes. Darin, daß die Armee gut und leistungsfähig ist, haben wir nie den Militarismus erblickt. Wir haben ihn darin gesehen, daß die Generale den maßgebenden Einfluß auf die Politik ausgeübt haben,

(sehr richtig! links)

daß ausgeschaltet wurde von den Generalen der politische Einfluß der Staatsmänner, die leitend und verantwortlich sein sollen. Dieses System hat, wenn wir es uns genau überlegen, zu unserer Niederlage in diesem Kriege geführt.

Die Herren von rechts und Freunde von ihnen haben oft geklagt: warum haben wir keinen **Clemenceau;** warum haben wir keinen **Lloyd George?** Das will ich Ihnen (B) sagen: Unsere Feinde hatten ihren Clemenceau, sie hatten ihren Lloyd George, weil sie die Demokratie hatten,

(sehr richtig! links)

und wir hatten einen Clemenceau und einen Lloyd George nicht, weil wir den Militarismus hatten.

Ein Clemenceau hat seine Politik gemacht, getragen von dem Vertrauen seiner Mehrheit. Und er hätte es sich verbeten, daß ihm die Generale in seine Politik hineingeredet hätten. Er hat die Generale geachtet und geschätzt als die Männer, die auf militärischem Gebiete zu arbeiten haben. Aber die Politik war ihm reserviert, und ich möchte sehen, ob ein Lloyd George sich hätte gefallen lassen, wenn nach den Methoden der deutschen Obersten Heeresleitung ihm von den Generalen in die Politik hineingesprochen worden wäre.

Den anderen Teil des Militarismus haben wir darin gesehen, daß Militär und Marine nicht mehr Mittel zu einem Zweck, sondern Selbstzweck geworden waren.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Eine verständige Politik England gegenüber haben wir preisgegeben, weil uns die Flotte an sich wichtiger war als die vernünftige Politik.

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat, als er davon sprach, daß das Deutsche Volk tot sei, gesagt, die **Armee** sei die **Grundlage des Deutschtums.** Meine Damen und Herren! Was die Armee für uns war, wissen wir, und wir wissen auch, wieviel Erziehungsarbeit im deutschen Volke im Weg über die alte Armee geleistet worden ist, und ein alter Soldat wird nicht verkennen, daß unendlich viel in der Armee wertvoll und gut war. Aber so weit wollen wir nicht gehen, daß wir sagen: Grundlage des Deutschtums war die Armee. Das ist die falsche Darstellung, die unsere Feinde in der Welt verbreitet haben.

(Sehr richtig! links.)

Die deutsche Kultur beruht noch auf anderen Grundlagen als auf rein militärischen, es wäre ein böser Pessimismus (C) und es wäre besser, wenn wir uns heute noch eine Kugel in den Kopf schießen würden, wenn wir glauben sollten, daß ohne Armee nicht trotzdem ein neues deutsches Geistesleben, eine neue deutsche Kultur, ein neuer deutscher Aufschwung geschaffen werden könnte.

Ich habe gesagt, es wird notwendig sein, noch kurz auf jenen **Ludendorffschen Artikel** einzugehen, dessen begeisterter Verteidiger heute Herr v. Graefe gewesen ist. Zunächst war es so peinlich, in dem Artikel zu sehen, daß der große Heerführer so gar kein Verständnis für das Denken des Deutschen Volkes hat. Er sagt:

> Eine gewisse Liebe zu den Soldaten der **Reichswehr** ist in nationalen Kreisen erwacht. Von den anderen zur Macht gekommenen Parteien war Verständnis und Liebe für das junge Reis von vornherein nicht zu erwarten.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Unerhört!)

Fünf Jahre lang standen die Angehörigen aller Parteien draußen im Kampfe unter der Führung Ludendorffs und derselbe Ludendorff hat, nachdem das Volk dieses ungeheure Opfer gebracht hat, nachdem das Blut von allen geflossen ist — am ersten Tag wäre der Krieg verloren gewesen, wenn die „vaterlandslosen Gesellen" wirklich die vaterlandslosen Gesellen gewesen wären —,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

ich sage, nach diesem Erleben macht er jetzt wieder die Scheidung zwischen nationalen Kreisen und nicht nationalen Parteien.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Man kann vielleicht sagen, der Geist allein hat es schon unmöglich gemacht, daß er die Seele des Soldaten verstehen konnte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und dann ist ja auch so unwahr, was er behauptet. Die Angehörigen aller Parteien, wenn ich von der aller- (D) äußersten Linken absehe, haben mitgearbeitet beim Aufbau der Reichswehr, haben die Entwicklung der Reichswehr mit größter Sorge verfolgt, haben nur den einen Wunsch, daß die Reichswehr leistungsfähig ausgestaltet werde, haben den Wunsch, daß sich der Mann in der Reichswehr wohlfühlen möge. Sind sich denn die Herren auf der Rechten gar nicht darüber klar, daß ja schließlich der Mann in der Reichswehr — ich will von meiner Partei gar nicht sprechen — der Sozialdemokratie doch etwas näher steht als den Herren von der Deutschnationalen Partei.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Weiter wird in diesem Artikel von Ludendorff von uns — von den Parteien der Linken —, auch von der Zentrumspartei, behauptet:

> Sie sahen dem Verfall des stolzen Heeres nicht mit Trauer, sondern mit Genugtuung zu,
>
> (hört! hört! bei den Mehrheitsparteien)
>
> trotzdem der rachgierige Feind an den Grenzen stand.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Unerhört!)

> Sie waren am Ziel ihrer unklaren und weltfremden Wünsche und Hoffnungen.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Das wagt der Mann den drei Parteien zu sagen, die heute die Mehrheit bilden, daß wir uns über den Zerfall des Heeres gefreut hätten, daß wir beglückt gewesen seien, als es zusammenbrach. Herr Abgeordneter Schultz (Bromberg), Sie habe ich immer für einen Ehrenmann gehalten, und Sie frage ich: Was sagen Sie dazu, wenn eine solche Behauptung über drei deutsche Parteien aufgestellt wird, und gibt es ein Wort der Verteidigung, wenn der politische Kampf in der Weise geführt wird?

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. **Haas** [Baden], Abgeordneter.)

(A) Und dann kommt der böse Satz:

Als das Reis heranwuchs,

— die junge Reichswehr —

herrschte sofort die Sorge vor, es könnte sich zu einem Baume entwickeln, wenigstens grüne Blätter tragen. So grub man ihm das Wasser ab.

So sehen wir den Soldaten schlecht gelöhnt, gekleidet und verpflegt, zum Teil mangelhaft untergebracht, während sonst trotz unserer Not staatliche Mittel auch für Privatzwecke recht reichlich vorhanden sind. Was eine Truppe ausmacht, Manneszucht und Ehrbegriff, wird unterbunden. Militärgerichtsbarkeit und Ehrengerichte für Offiziere werden oder sind abgeschafft. Der Dienst wird lasch betrieben, wenigstens an vielen Stellen.

Also hier die Darstellung, daß die Regierung absichtlich die Reichswehr zugrunde gehen lasse, daß sie absichtlich nicht für die Reichswehr sorge, daß sie absichtlich den Ehrbegriff in der Reichswehr untergrabe.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe im Hauptausschuß an den Abgeordneten v. Graefe die Frage gerichtet: ja, ist das denn wahr, was Herr Ludendorff da sagt? Ich habe ihn zweimal fragen müssen, und das zweite Mal konnte er mit der Antwort nicht ausweichen und hat gesagt: wahr sei das allerdings nicht, was da steht,

(hört! hört! links)

aber er verstehe die Psychologie Ludendorffs, während ich für seine Psychologie kein Verständnis hätte.

(Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich muß schon sagen: es ist unerhört, wenn in dieser Weise durch Ludendorff in der Reichswehr gehetzt wird

(sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien)

mit Behauptungen, die auch der Abgeordnete v. Graefe (B) als unwahr und unrichtig anerkennen mußte.

Da entsteht wieder die Frage: was ist der **politische Zweck dieses Artikels** gewesen? Wollte Ludendorff nur der Reichswehr helfen, wollte er ihr einen Dienst erweisen? Man hat ohne weiteres den Eindruck, wenn man den Artikel liest: noch einmal ein gefährliches Spiel des Mannes, der schon einmal ein Spiel gespielt und das Spiel verloren hat.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Er treibt uns mit dieser Methode merkwürdiger Aufklärung dem Spartakismus entgegen, während er sich einbildet, er könne damit der Reaktion dienen.

Wir dürfen doch das eine sagen: wenn Ludendorff sich den Freund der Soldaten nennt — als großen Heerführer habe ich ihn immer geachtet —, ob er immer sich als Freund der Soldaten bewährt hat, das ist eine andere Frage.

(Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.)

Im ganzen Kriege haben wir hier Klagen über Klagen vorgetragen, Jahr für Jahr, wir haben schließlich die schwersten Warnungen vorgebracht und gesagt, daß es zum Zusammenbruch führen müsse, wenn nicht geholfen werde. Geholfen wurde nicht!

Ich könnte eine Fülle von Material vortragen. Ich will nur eines sagen: als wir Demokraten im Kriege die harmlose Forderung aufgestellt haben, es wäre doch endlich Zeit, daß man **tüchtige, bewährte Leute** auch dann **zu Offizieren befördere**, wenn sie **nicht** das **Einjährigenzeugnis** erworben haben, als wir meinten, das Einjährigenzeugnis sei doch in einem Weltkriege eine dumme Formsache, wenn der Kompagnieführer und der Oberst sagen: der Mann wäre gut als Offizier, und draußen, in Kampf und Schlacht, hat er sich bewährt, soll doch der Teufel um ein Einjährigenzeugnis fragen! Außer dem Herrn Abgeordneten v. Graefe haben Sie rechts jeweils gegen unsern Antrag gestimmt. Ihren konservativen (C) Anschauungen hat der demokratische Gedanke nicht behagt. Der Herr Abgeordnete v. Graefe, der ein Frontsoldat war, hat Verständnis für unseren Vorschlag gehabt. Aber der General v. Ludendorff hat uns nicht geholfen. Diese einfache kleine Reform, die aber doch so unendlich viel genützt hätte, die so viel zu einer Verbesserung der Stimmung beigetragen hätte, nicht einmal diese unbedeutende Reform wurde gemacht. Warum? Weil es ein Bruch gewesen wäre mit Ihren alten konservativen Anschauungen.

(Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Was wir wollen, wie wir der **Reichswehr** helfen wollen, das ergibt sich aus der Entschließung, die wir auf Nr. 1390 der Drucksachen vorgeschlagen haben. Nun hat in Beziehung auf die **Löhne** der Abgeordnete v. Graefe die Frage an mich gestellt, ob ich nicht in meinem Artikel gegen den Ludendorffartikel davon gesprochen hätte, daß über die Löhne keine Klagen laut geworden seien, wohl aber über Verpflegung und Bekleidung. Er hat mich ferner gefragt, ob ich nicht zugebe, daß in der Löhnung sehr viel reformbedürftig sei. Es gibt in der Reichswehr eine ganze Reihe von Gehalts- und Lohnsätzen, die ich für zu niedrig halte,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

wo eine Änderung geschaffen werden muß. Das, was ich in jenem Artikel zum Ausdruck bringen wollte, war, daß für den unverheirateten jungen Wehrmann, der in der Kaserne wohnt und seine Bekleidung und sein Essen bekommt, die bisherigen Soldsätze als auskömmlich betrachtet werden können. Das kann sich bei dem fortgesetzten Steigen der Preise sehr leicht und sehr schnell ändern. Aber man wird an und für sich sagen können: wenn ein unverheirateter Mann Essen und Kleidung bekommt und seine Wohnung hat und daneben als Gemeiner jährlich (D) 2185 Mark steigend bis zum Feldwebel bis zu 3445 Mark bekommt, so kann das heute noch als ausreichend betrachtet werden. Ich habe in dem Artikel weiter gesagt, daß ich gelegentlich — ich war nicht boshaft genug, hinzuzuschreiben: auch von konservativer Seite — daß ich gelegentlich auch von konservativer Seite gefragt worden war, ob nicht die jungen unverheirateten Leute in der Reichswehr so viel bekämen, daß sie dadurch vielleicht gefährdet werden könnten. Ich habe diesen Standpunkt immer für falsch gehalten. Ich bin der Meinung, der Mann in der Reichswehr muß gut besoldet sein, sonst können wir gute Leute in der Reichswehr nicht halten. Aber besonders in den Zeiten, wo es die Kampfzulagen gab — damals kam auch noch eine badische Kampfzulage hinzu —, sind diese Bedenken geäußert worden. Das, was wir in diesem Antrage wollen, ist, daß geprüft wird, wo man die **Soldsätze erhöhen** muß. Man muß sie zweifellos erhöhen bei dem sogenannten Beköstigungsgeld. Denn wenn ein Mann sein Essen nicht in der Kaserne bekommt, kann er von dem nicht leben, was ihm jetzt gezahlt wird. Mir soll jemand mal vormachen, wie man mit 985 Mark jährlich sich heute beköstigen kann. Der Satz für das Wohnungsgeld muß erhöht werden, das der Mann bekommt, wenn er außerhalb der Kaserne wohnt. Auch die Ansätze des Lohnes bei Verheirateten, auch bei gewissen Beamten- und Offizierskategorien werden durchgeprüft werden müssen. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Reichswehr gut besoldet sein muß. Das ist für uns etwas ganz Selbstverständliches. Diesen Standpunkt haben wir auch auf anderen Gebieten vertreten, und wir wären Narren, wenn wir ihn bei der Reichswehr nicht auch vertreten sollten. Denn darin bin ich einig mit dem Abgeordneten v. Graefe: die Reichswehr kann nur gut sein und kann nur zuverlässig und brauchbar sein, wenn in jeder Weise

(Dr. **Haas** [Baden], Abgeordneter.)

(A) für sie gesorgt wird. Ich hätte allerdings gewünscht, daß der Herr Abgeordnete v. Graefe bei der Gelegenheit nicht das zynische Wort hinausgeschrien hätte: die **Regierung mag sich den Kopf darüber zerbrechen, woher sie das Geld bekommt.** Da hat sich auch der Geist des Abgeordneten v. Graefe gezeigt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Da hat er offen das Bekenntnis abgelegt, daß er nur aus agitatorischen Gründen handelt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Er will nur die Forderung in das Land hineinwerfen, die Regierung mag sehen, wie sie sich die Gelder verschafft!

(Abgeordneter v. Graefe: Da handeln Sie jetzt agitatorisch, Sie haben nicht zugehört!)

— Herr Abgeordneter v. Graefe, Sie wissen, ich bin im allgemeinen in meiner Form milde. Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich Ihnen sage: ein solches Wort auszusprechen, geht über das Maß dessen hinaus, was man als zulässig betrachten kann — um nicht schärfer zu sprechen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Abgeordneter v. Graefe: Sie unterstellen mir etwas, was ich nicht gesagt habe!)

Wir sind weiter der Meinung, daß die **Soldaten der Reichswehr** so **gut bekleidet** sein sollen, wie es immer nur möglich ist. Schwierigkeiten waren zu überwinden und Schwierigkeiten sind auch jetzt noch zu überwinden, weil für die Kriegsgefangenen mit Willen unserer Soldaten zuerst gesorgt werden soll. Aber ich bin durchaus der Meinung: nicht nur gut, sondern auch schmuck gekleidet muß der Soldat sein, sonst macht ihm sein Beruf keine Freude. Adrett muß er herkommen, sonst ist er auch in soldatischer und militärischer Beziehung nicht viel wert. Wir wollen, daß auch die **Verpflegung** gut sei. Ich habe schon im Hauptausschuß darüber gesprochen, (B) gerade über die Verpflegung sind mir Klagen zugegangen. Die Schwierigkeiten unserer Ernährungslage kenne ich. Aber ich sage, das Reichswehrministerium wird mit der größten Energie gegen die anderen Stellen auftreten müssen, wenn nicht genug geliefert wird. Wir müssen in der Tat dafür sorgen, daß in den Kasernen eine gute, eine sehr gute Kost verabreicht wird. Sonst ist es ganz unmöglich, die Reichswehr zusammenzuhalten.

Noch größeren Wert aber als auf diese zunächst materielle Förderungen legen wir darauf, daß in den **Kasernen** ein **guter Unterricht** erteilt wird und daß schon jetzt festgestellt wird, welche Stellen nach Ablauf der Dienstzeit später im Staats- und im Gemeindedienst den Mitgliedern der Reichswehr offen stehen. Wir sind gezwungen, zu einem Söldnerheere überzugehen. Ein guter Geist kann in dieser Armee nur bestehen, wenn jeder einzelne Mann dauernd am Staate sich interessiert fühlt, wenn er weiß, daß er auch nach Ablauf der Dienstzeit berufen ist, noch weiter in diesem Staate als Beamter tätig zu sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte das Reichswehrministerium bitten, so schnell wie möglich für den Unterricht zur Vorbereitung für künftige Berufe zu sorgen, aber auch so schnell wie möglich dafür zu sorgen, daß klargestellt wird, welche Stellen später den Leuten offen stehen. Die Schwierigkeiten kenne ich. Ich weiß, in der Reichswehr ist jetzt alles im Fluß, und es ist leichter, Forderungen aufzustellen, als die Organisation durchzuführen. Aber gerade aus den badischen Bataillonen höre ich, daß die Leute nach einem guten Unterrichte schreien. Das ist ihnen auch versprochen worden.

In der Tat: eine wichtige Frage ist die **Frage der Beschäftigung.** Ludendorff hat in seinem Artikel gemeint, in der Reichswehr werde der Dienst lasch betrieben. Ja, in der Reichswehr sind Leute, die zum größten Teil fünf (C) Jahre lang draußen im Kriege waren, ältere Leute, mit denen der gleiche Dienstbetrieb wie mit jungen Rekruten nicht möglich ist. Da muß eine andere Beschäftigung geschaffen werden. Eine Zeitlang wird man mit ihnen exerzieren und Felddienst machen können, aber sie können unmöglich den ganzen Tag so beschäftigt werden; sie müssen auch geistige Anregung haben. Es geht nicht in der Form der alten langweiligen Instruktionsstunde, sondern es muß etwas Gutes geboten werden. Aber so schnell wie möglich, sonst gehen die besten und brauchbarsten Leute aus der Reichswehr weg.

Es ist von den verschiedensten Seiten davon gesprochen worden, daß die Gefahr besteht, daß manche Formationen der **Reichswehr** nach und nach **Stätten reaktionärer Betätigung** werden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß sehr viele Offiziere Anschauungen haben, die dem jetzigen Staate, seiner Form und Verfassung nicht entsprechen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß, wie jeder Bürger so auch jeder Offizier das Recht seiner freien Überzeugung hat; und welche Staatsform er für die bessere hält, ist seine Privatangelegenheit. Das, meine Herren, was wir verlangen, ist das: erstens, daß in den Formationen keine Hetze gegen den jetzigen Staat und gegen die Verfassung getrieben wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Was wir weiter verlangen, ist das, daß keinerlei passive Resistenz gegen diesen unseren Staat geleistet wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist viel über die passive **Resistenz gegenüber den Farben schwarz-rot-gold** gesprochen worden. Ich räume jedem Menschen das Recht ein, daß er sagt: es wäre mir lieber gewesen, wenn wir die alten Farben schwarz-weiß-rot weiter behalten hätten. Gerade meine Partei hat sich in dieser Frage getrennt und war verschiedener Meinung, die einen für schwarz-weiß-rot, die anderen für schwarz- (D) rot-gold.

Ich möchte in diesem Zusammenhange aber sagen, daß man die Dinge nicht so darstellen darf, als wenn die Farben schwarz-rot-gold für das deutsche Volk gar nichts bedeuten würden, als wenn wir etwas ganz Neues gebracht hätten. Meine Damen und Herren! In den schwersten Zeiten deutscher Geschichte, wenn ich von der jetzigen absehe, in den schwersten Zeiten vorher ist der Gedanke an die Einheit deutscher Stämme weitergetragen worden unter der Fahne schwarz-rot-gold.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer für schwarz-rot-gold gestimmt hat, wird trotzdem von der alten Fahne nicht verächtlich sprechen; aber man sollte auch von denen, die sich für Schwarz-Weiß-Rot eingesetzt haben, ein Verständnis dafür erwarten, daß auch Schwarz-Rot-Gold dem deutschen Volke viel bedeutet und viel zu sagen hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dieser gehässige und etwas kleinliche Kampf gegen die neuen Farben, zumal wir sogar ein Kompromiß in der Farbenfrage geschlossen haben, zeigt, daß an manchen Stellen doch nicht die genügenden geschichtlichen Kenntnisse vorhanden sind.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier aber um eine Frage der Disziplin. Es ist ja viel darüber geredet worden. Ich habe Zwischenrufe aus den Reihen der Rechten gehört: die Fahne schwarz-weiß-rot ist doch nicht verboten! Zum Fenster hinaus darf jeder die Fahne hängen, die er will, aber wenn die Kompagnie, das Bataillon, das Regiment geschlossen exerziert, dann muß man erwarten, daß nicht der Verfassung zum Trotz eine schwarz-weiß-rote Fahne vorangetragen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. Haas [Baden], Abgeordneter.)

(A) Wir dürfen erwarten, daß überhaupt die Anordnungen, die in bezug auf die Farben, in bezug auf die Uniformen getroffen werden, Beachtung finden. Die Herren der Rechten, die doch angeblich immer so viel Verständnis für die Fragen der **Disziplin in der alten Armee** gehabt haben, sollten mir darin recht geben. Aber, meine Herren rechts und meine Herren links, ich will Ihnen jetzt ein Geheimnis verraten, das ich auf Grund ziemlich zuverlässiger Beobachtungen erfahren habe: es gibt nichts undisziplinierteres als einen gewissen Teil des preußischen Volkes. Wir Süddeutschen, obwohl wir als die Zuchtlosen gelten, sind letzten Endes immer viel disziplinierter gewesen. Sie haben sehr viel Disziplin an der Front, in der Kompagnie gehabt; aber schon weiter zurück in der Etappe hat ein gutes Stück von dieser Disziplin aufgehört, und gar da, wo von den Beamten politische Aufgaben zu lösen waren, hat bei euch Preußen jede Disziplin aufgehört.

(Hört! hört! links.)

Wir müssen aber verlangen, daß in der Armee der Offizier dem Mann mit dem Beispiel treuer Pflichterfüllung und strengster Disziplin vorangeht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn die Mehrheit des Volkes im demokratischen Deutschland irgendwelche Formen beschlossen hat, die Ihnen (nach rechts) unliebsam sein können, die Sie geändert haben wollen, so haben Sie diese Formen, solange die Verfassung besteht und solange diese Formen vorgeschrieben sind, zu beachten; der einzelne hat sich unterzuordnen und darf nicht mit passiver Resistenz, noch weniger in offenem Protest gegen diese Bestimmungen und Anordnungen auftreten.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Es geht nicht an, daß der Offizier, der politisch auf nichtmonarchischem Boden steht, aus der Reichswehr (B) herausgedrängt wird. Es geht nicht an, daß in der deutschen Republik der Mann schlecht behandelt wird, weil er eine andere politische Anschauung hat als sein Kamerad.

(Abgeordneter Dr. Schücking: Das ist an den Universitäten so!)

Mit einem Wort, es geht nicht an, daß die **Reichswehr** etwa zu einer **Stütze der Reaktion** ausgebildet wird. Wir achten alle Traditionen, die selbstverständlich in weiten Kreisen unseres Offizierskorps vorhanden sind, und wir lehnen jede Gesinnungsschnüffelei ab. Wenn uns allerdings in letzter Zeit aus dem Lande auffallend viel üble Nachrichten zugehen, so klagen wir in erster Linie nicht die Offiziere an, sondern wir klagen gewisse politisch interessierte Herren der Rechten an, die die politisch unerfahrenen Offiziere aufwiegeln und aufhetzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Vergessen wir nicht: Wenn das Volk weiterleben soll in dieser Not, in der wir uns befinden: es gibt keinen anderen Staat als den, den wir jetzt haben. Dieser Staat oder die Anarchie! Auch der Offizier sieht das ein, wenn man mit ihm spricht. Wenn es aber so ist, dann geht es nicht an, daß man die Offiziere gegen diesen Staat, den einzig möglichen dieser Zeit, aufhetzt und aufputscht. Ich verstehe sehr gut, daß viele Offiziere sich zur Monarchie bekennen; ich habe volles Verständnis für Erwägungen des monarchischen Gewissens, von dem der Herr Abgeordnete v. Graefe gesprochen hat; aber sonderbar berührt mich das eine, daß die Herren der Rechten ja jetzt sich schon ganz offen über die Frage unterhalten, ob man etwa nur das deutsche Kaisertum wieder einführen oder ob man auch die einzelstaatlichen alten Dynastien wieder errichten sollte. Wenn Sie (nach rechts) vom monarchischen Gewissen sprechen und wenn Sie die Dinge vom Standpunkt der Legitimität aus behandeln wollen, dann will ich Ihnen sagen: das Recht der Zähringer und das Recht (C) der Wittelsbacher ist älter als das Recht des Kaisers.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und ich setze noch eins hinzu; wenn der letzte Hohenzoller so gewesen wäre wie die Wittelsbacher und wie die Zähringer, dann hätten wir wahrscheinlich noch die Monarchie in Deutschland.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: So ein Vergleich!)

— Damit Sie mich nicht falsch verstehen: ich führe das aus, weil die Herren von dem monarchischen Gewissen

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Von der Treue!)

— und von der Treue sprechen und trotzdem auf die Idee kommen, es würde sich mit den Grundsätzen der Legitimität und des monarchischen Gewissens vertragen, daß, wenn man doch wieder zur Monarchie zurückkehrt, man lediglich ein kaiserliches Deutschland herstellt und über die bundesstaatlichen Dynastien hinweggeht. Auch für die Herren von rechts handelt es sich also um die reine Zweckmäßigkeitsfrage: was ist politisch gut!

(Zuruf des Abgeordneten D. Mumm: Nein!)

— Herr Kollege Mumm! Sie werden mir zugeben müssen: für diejenigen Herren, die die bundesstaatliche Monarchie nicht mehr einführen wollen, ist es doch eine reine Zweckmäßigkeitsfrage.

(Abgeordneter D. Mumm: Das entscheiden die Länder!)

— Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dann hat die Romantik, mit der man in gewissen Kreisen operiert, ein Ende. Da fängt eine nüchterne Verstandeserwägung an und, sehen Sie, bei uns geht diese nüchterne Verstandeserwägung nach der Richtung hin, die ich vorhin auseinandersetzte: Es gibt jetzt gar keine andere Möglichkeit, den Staat und das Volk zu retten als die, daß (D) wir diesem Staat, den wir jetzt haben, stark und leistungsfähig erhalten, und, Herr Abgeordneter Mumm, es geht um Leben und Sterben des Volkes, und der versündigt sich nach meiner innersten Überzeugung am Volk, der die Autorität des Staates und die Autorität der letzten Regierung, die wir haben, systematisch und fortgesetzt untergräbt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Zuruf: Die Bolschewisten von rechts!)

Ich möchte auch sagen, daß die **Armee möglichst unpolitisch** sein möge.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Je weniger Politik in der Reichswehr getrieben wird, desto besser für die Reichswehr: deshalb sollen die Herren auf der Rechten es unterlassen — und wir bekommen diese Nachrichten in vermehrtem Maße aus Norddeutschland —, ihre politische Agitation in die Reichswehr hineinzutragen. Ich will Ihnen (nach rechts) noch eines sagen, weil Sie wirklich schlechte Psychologen sind. Wenn Sie den Versuch machen würden, mit der Reichswehr irgend etwas Gegenrevolutionäres zu unternehmen, dann würden Sie auf einmal merken, daß eine Kluft zwischen den Offizieren und den Soldaten vorhanden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn Sie die Reichswehr leistungsfähig erhalten wollen, wenn Sie ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Offizier und Mann erhalten wollen, dann bewahren Sie um Gottes Willen die Armee davor, daß Ihre Anschauungen und Ihre Ideen hineingetragen werden. Heraus mit der Politik aus der Reichswehr im Interesse unseres Vaterlandes!

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat gegen meinen Parteigenossen **Minister Wendorff** wegen der **Zeitfrei-**

(Dr. **Haas** [Baden], Abgeordneter.)

(A) **willigen in Mecklenburg** Vorwürfe erhoben. Ich habe inzwischen Informationen bekommen; danach wurde die Einrichtung der Zeitfreiwilligen in die Wege geleitet, ohne daß mit dem mecklenburgischen Ministerium überhaupt nur ein Wort vorher gesprochen worden war.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wie immer!)

Das muß — das sage ich auch dem Herrn Reichswehrminister — als unzulässig betrachtet werden. So würden wir uns in Karlsruhe auch nicht auf der Nase herumtanzen lassen. Das wird man doch wenigstens noch erwarten dürfen, daß, bevor eine derartige Einrichtung getroffen wird, wenigstens der zuständige Minister darüber unterrichtet wird, zumal da diese Dinge zurzeit — niemand weiß das besser als der Herr Reichswehrminister — politisch sehr vorsichtig zu behandeln sind, weil leicht Mißdeutungen entstehen können. Eine Fühlungnahme mit den zuständigen Instanzen in den einzelnen Ländern darf mit Recht verlangt werden.

Es ist — auch darüber ein Wort — von dem **Major** gesprochen worden, der **aus dem Dienst des Kriegsministeriums ausgeschieden** ist; es könnte nach den Bemerkungen des Herrn Reichswehrministers der Eindruck entstehen, daß der Major nicht freiwillig auf seine Stelle verzichtet hätte. Nach den Informationen, die ich besitze, hat er um seinen Abschied nachgesucht, und ich habe den Eindruck — und manche in diesem Hause, die noch Informationen besitzen, haben denselben Eindruck —, daß die Behandlung, die man ihm hat angedeihen lassen, nicht in Ordnung war.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe den Eindruck, daß der Apparat in dem neuen Ministerium sich noch nicht ganz eingelaufen hat, daß es da noch zu viel Reibungen gibt, noch zu viele aktive Kompetenzkonflikte, während man früher immer nur passive (B) Kompetenzkonflikte gekannt hat.

(Zuruf rechts: Das ist in allen Ministerien so!)

— Ja, es ist überall so, es ist auf der ganzen Linie so. In allen Ministerien haben wir eine Ängstlichkeit, daß jemand einem andern die Arbeit wegnehmen könnte, weil jeder sich als unentbehrlich erweisen will. Nach dem, was der Herr Reichswehrminister gesagt hat, habe ich das Gefühl, es wäre gut, wenn er den Fall noch einmal nachprüft. Ich meine es nicht bös; aber der Herr Reichswehrminister sollte acht geben, daß er nicht, wie der letzte Hohenzoller, zu sehr von außen abgeschlossen wird. Er wird darauf achten müssen, daß der Ring von starken Persönlichkeiten um ihn herum nicht allzu fest wird. Ich will den Fall selbst nicht vergrößern. Die Schwierigkeiten, die vorhanden sind, kenne ich. Man kann aber nicht zulassen, daß durch die Darstellung, die wir vorhin bekommen haben, über den Herrn falsche Anschauungen entstehen.

Den Wünschen des Herrn Abgeordneten v. Graefe über **die Stellung der Musikmeister** schließen wir uns an. Wir haben aber schon früher die Forderung erhoben, und die Herren waren dagegen, weil man es damals als Verbrechen angesehen hätte, wenn Musikmeister Offiziere werden, genau wie in der Marine noch während des Krieges der Versuch gemacht wurde, die Fachoffiziere als Offiziere minderen Ranges als nicht vollberechtigt im Offizierskasino anzusehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich freue mich, wenn auch auf Ihrer Seite mit diesem Geiste jetzt gebrochen worden ist.

Gegen den Herrn Reichswehrminister sind Anklagen auf dem **Gebiete der Zensur** erhoben worden. Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat gemeint, wir sollten seinem Antrage auf Drucksache Nr. 1379 zustimmen, weil doch das, was dort verlangt würde, die Forderung reinster, (C) schönster und edelster Gerechtigkeit sei. Herr Abgeordneter v. Graefe, wir stimmen dem Antrage nicht zu, weil wir sehen, daß der Antrag lediglich agitatorischen Erwägungen entspringt,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und dafür sind wir nicht da, daß wir die Geschäfte Ihrer Agitation besorgen. Zweitens aber kennen wir einen Oberbefehlshaber in den Marken überhaupt nicht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

an den eine Anweisung ergehen soll. Sie waren doch früher so genauer Kenner aller militärischen Verhältnisse. Ich bitte Sie, das auch jetzt zu bleiben, und bevor Sie einen Antrag einreichen, sich doch die Formalitäten zu überlegen. Den Oberbefehlshaber in den Marken gibt es nicht mehr. Deswegen kann Ihrem Antrage auch nicht stattgegeben werden.

(Heiterkeit links.)

Sachlich aber stehe ich auf folgendem Standpunkt. Ich wünsche selbstverständlich mit meinen Freunden, daß, wenn man irgendwie gegen Zeitungen oder gegen Preßerzeugnisse vorgehen muß, die Zensur in der vorsichtigsten Weise geschieht, daß nur dann eingegriffen wird, wenn es unbedingt notwendig ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich weiß nicht, ob nicht in der letzten Zeit gelegentlich zu schnell und zu nervös gehandelt wurde. Aber der Entschließung zuzustimmen, die ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister bedeuten würde, das machen wir nicht mit.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir stehen mit dem Reichswehrminister auf dem Standpunkt: noch nie war eine Zeit so gefährlich wie die jetzige,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und er hat ganz recht, wenn er sagt: die Verhältnisse sind gefährlicher als die Verhältnisse im Kriege; man (D) wird unter Umständen, wenn man die Ordnung aufrechterhalten will, auch gegen eine Zeitung vorgehen müssen. Die Hauptsache ist, daß jetzt Ordnung und Ruhe aufrechterhalten werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es muß die Möglichkeit bestehen, in Zeiten höchster Erregung gegen Hetzereien von links und gegen Hetzereien von rechts vorzugehen.

(Zuruf rechts: Die Freiheitshelden von links! Wo sind die freiheitlichen Grundsätze geblieben? — Zurufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege Schultz, ich will Ihnen das sagen, was ich einem Parteifreunde gesagt habe, der Ihren Standpunkt in dieser Frage vertreten hat. Ich habe ihm gesagt: Sie haben noch nie die Verantwortung dafür getragen, daß Ruhe bleibt; ich habe schon die Verantwortung getragen, ich habe trotzdem noch nie eine Zeitung verboten, aber ich habe mir schon sehr überlegt, ob man länger zusehen kann, wenn irgendeine Zeitung fortgesetzt die Massen aufwiegelt, wenn die Gefahr vor einem steht, daß die Stadt und damit das ganze Land in Brand gerät. Ich habe trotzdem die andere Politik gemacht, weil ich mir gesagt habe, ich unterstreiche den Artikel noch, wenn ich so vorgehe. Aber wenn man die Verantwortung hat, vielleicht würde auch bei Ihnen die Entscheidung anders ausfallen, als Sie jetzt glauben.

Im übrigen mache ich auf folgendes aufmerksam. Wir haben ja jetzt eine deutsche Reichsverfassung, wir haben einen Art. 48. Ich würde wünschen, daß von ihm Gebrauch gemacht würde und nicht von der preußischen Verordnung, über deren Gültigkeit die Juristen Doktorarbeiten schreiben können. Wir haben einen Art. 48, der dem Reichspräsidenten die Möglichkeit gibt, den Art. 118 — das ist wohl der Artikel, der von der Presse-

(Dr. **Haas** [Baden], Abgeordneter.)

(A) und Zensurfreiheit spricht — aufzuheben. Damit hat der Reichspräsident und sein Beauftragter, der Reichswehrminister, die Möglichkeit, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Nur eins wäre dann allerdings notwendig, daß von den Anordnungen dem Reichstag Kenntnis gegeben wird. Ich würde bitten, daß diese formelle Vorschrift der Verfassung beachtet wird.

Nun sagt der Artikel allerdings: das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Wenn aber nun einer behaupten würde, daß wir wehrlos sind, bis das Reichsgesetz gemacht ist, so wäre das ja eine lächerliche Auslegung.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Selbstverständlich können die Möglichkeiten des Art. 48 angewandt werden, bevor das Reichsgesetz erlassen wird, und wir haben die Reichsregierung nur zu bitten, daß uns der Entwurf des Gesetzes so bald wie möglich vorgelegt wird. Bis das Gesetz gemacht ist, werden eben der Reichspräsident und der Reichswehrminister im Rahmen des Art. 48 verfahren.

Ich habe von dieser Stelle aus nun noch einen Wunsch vorzutragen, nämlich den, daß die Reichsregierung sich mit aller Energie dafür einsetzen möge, daß die Bestimmung des Friedensvertrages über die **militärfreie Fünfzigkilometerzone** aufgehoben wird. Es wäre für die Gebiete in der Fünfzigkilometerzone außerordentlich schwer, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn wir von Militär vollständig entblößt würden. Ich glaube, daß diese Erwägungen auch bei unseren Feinden ein gewisses Verständnis finden werden.

Ein Wort für die **Kriegsgefangenen.** Wir haben in unserem Antrage zunächst den Wunsch geäußert, daß Stellen in der Reichswehr kriegsgefangenen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften offengehalten werden. Wir freuen uns, daß uns im Hauptausschuß eine entsprechende Zusage von dem Herrn Reichswehrminister (B) gegeben worden ist. Wir meinen aber, in diesem Augenblick noch zweierlei sagen zu dürfen: Einmal an unsere Feinde das: wir, und nicht nur wir, die Menschheit und die Menschlichkeit dürfen erwarten, daß uns endlich, endlich die Gefangenen zurückgegeben werden, und daß alle Fragen, die damit zusammenhängen, mit der Beschleunigung behandelt werden, mit der eben Dinge behandelt werden müssen, bei denen es um das Glück von Menschen und von Menschenherzen geht. Das zweite, was wir sagen, gilt unseren deutschen Mitbürgern: jeder einzelne soll sich bemühen, den zurückkehrenden Kriegsgefangenen den Empfang so schön wie möglich zu machen. Nicht mit leeren Worten, sondern indem jeder einzelne sich überlegt, wie er dem Zurückkehrenden helfen kann, ob er nicht eine Stelle für ihn in seinem Betriebe freimachen kann. Es darf nicht so gehen, daß die, die jetzt nach schwerem Leid in die Heimat zurückkommen, deswegen schlechter gestellt sind, weil die Härte und die Brutalität unserer Feinde sie allzu lange festgehalten hat.

Noch eine allgemeine Betrachtung zum Etat. Das ist ja das Furchtbare, daß die kleine Armee, die wir jetzt nur noch halten können, teurer ist als die große Armee, die wir früher gehalten haben. Wir haben allen Anlaß, bei Besprechung des Etats uns und die Welt daran zu erinnern, wie grausam der Vertrag von Versailles ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

aber auch wie unzweckmäßig und unsinnig er ist, selbst vom Standpunkt unserer Feinde aus gesehen. Das, was mich so entsetzt, ist, daß ich den Eindruck habe: die Welt hat kein Verständnis dafür, wie furchtbar die Bestimmungen dieses Vertrages sind. Wir Demokraten wollten eine ehrliche **Rüstungsbeschränkung,** eine Abrüstung vereinbart unter allen Völkern der Welt. Aber das müssen wir als unerträglich empfinden, daß wir entwaffnet werden, während für die anderen volle Freiheit besteht, wie sie sich (C) bewaffnen und wie sie ihre Armee ausbauen wollen.

Obwohl nun diese Bestimmungen so hart und so grausam sind, unseren Feinden genügt es noch nicht. Ich wundere mich insbesondere über die **Haltung der französischen Sozialdemokratie.** Der Linkssozialist Longuet hält wilde Reden gegen seine Regierung, daß sie uns die Noske-Armee von mehr als einer Million Mann belassen habe. Ich darf in diesem Zusammenhang übrigens darauf hinweisen — Sie wissen es ja schon —: da haben Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) die Folgen, wenn in unverantwortlicher Weise Unwahrheiten hinausgeschrien werden. Sie wissen: eine Million Mann stehen nicht unter den Waffen, Sie wissen: es sind viel, viel weniger, aber Sie behaupten es, und unsere Feinde, der feindliche Kapitalismus, der feindliche Imperialismus, die greifen diese Zahlen auf und operieren damit gegen uns. Aber diese Auffassung wird nicht nur in den Reden des linken Sozialismus in Frankreich vertreten. Sembat verlangt in der „Humanité" völlige Entwaffnung, Renaudel erwähnte in der Kammer, man hätte den Deutschen keine Geschütze, kein Kriegsmaterial belassen dürfen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Warum?)

Am 2. Oktober, dem Tage der Ratifizierung, wurde von Lafont eine Erklärung der sozialistischen Parteien verlesen, in der **völlige Entwaffnung Deutschlands** verlangt wird. Es wird allerdings in dieser Erklärung hinzugesetzt, daß man den Gewaltfrieden verurteile, und die französischen Sozialisten vertreten die Auffassung, wenn man erst einmal Deutschland entwaffnet habe, dann werde sich der Gedanke der Rüstungsbeschränkung und der schließlichen Abrüstung leichter durchsetzen. Glauben Sie wirklich, daß die feindlichen Imperialisten so brav sind, daß sie abrüsten, wenn man uns vollständig entwaffnet hat? Wäre es (D) nicht vom Standpunkt des Sozialismus aus gesehen der richtigere Kampf zu sagen: In einem brutalen Gewaltfrieden hat man Deutschland die Entwaffnung aufgezwungen, und ihr selber, ihr wollt in Waffen starren? Ich habe den Eindruck: so kann man die Völkerverständigung, die wir wünschen, so kann man den Völkerbund, den wir ersehnen, nicht schaffen. Eine maßlose Verbitterung ist auch mit den einseitigen Bestimmungen über die Armee im deutschen Volke geschaffen worden. Und trotzdem vertrauen wir auf die Zukunft, daß die Vernunft und das Recht und die Gerechtigkeit schließlich doch siegen werden, daß dieses Unrecht, daß man uns allein wehrlos macht, beseitigt wird und daß an die Stelle tritt eine allgemeine Regelung für die ganze Welt, eine Bestimmung, durch die das Maß der Rüstungen allgemein und gerecht geregelt wird, und daß in Verbindung mit der Durchführung eines wirklichen und ehrlichen Völkerbundes erreicht wird, was die Besten gewollt haben, daß sich durchsetzen die Gedanken der Völkerverständigung, die Gedanken eines Friedens des Rechts und der Vernunft.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koenen.

Koenen, Abgeordneter: Werte Versammlung! Es ist ein häuslicher Streit ausgebrochen zwischen den vereinigten Militaristen dieses Hauses.

(Heiterkeit rechts.)

Unsere Partei hat keine Veranlassung, sich in diesen Zwist einzumischen, in welcher Form man die Reichswehr so oder so besser ausgestaltet. Das überlassen wir den kapitalistisch orientierten Parteien von rechts bis links.

(Sehr gut! rechts.)

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Aber wir wollen doch Herrn v. Graefe sagen, daß er doch wirklich gespürt haben sollte, wie in Mecklenburg seine Volksgenossen über seine Ansichten denken. Er erinnert sich vielleicht noch, wie man ihm dort in einigen Versammlungen ganz gehörig zugesetzt und mit handfesten Argumenten ihm bedeutet hat, wie man über seine Hetzreden denkt. Er entsinnt sich vielleicht auch, daß es ihm in Weimar beinahe sogar von der dort sehr gemütlichen thüringischen Bevölkerung ähnlich gegangen wäre. Aber wenn der Herr Abgeordnete v. Graefe jetzt so keck hier auftritt und wenn die **Reaktion** wieder so dreiste Reden halten kann, so hat sich Herr Noske darüber am allerwenigsten zu beschweren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind die Produkte der Verhältnisse, die Herr Noske hauptsächlich geschaffen hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegen den Schuldigen dieser Verhältnisse richten sich jetzt die Produkte, die er selber erzeugt hat. Wenn die Reaktionäre jetzt dazu übergehen, nicht nur Herrn Erzberger zu attackieren, was man ja vor einigen Monaten schon wagte, sondern jetzt auch den starken Mann Herrn Noske mit Florettstößen zu traktieren, so sieht man, wie herrlich weit die Noskesche Politik die Reaktion bisher schon gefördert hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Kennzeichen dieser ganzen reaktionären Haltung und der völligen Einmütigkeit der geistigen Verfassung von der rechtssozialistischen Partei bis zu den Deutschnationalen zeigt sich darin, daß in der **Reichswehr** alle diese Parteischattierungen Aufnahme finden. Damit ist auch der erste Satz, den ich aussprach, von der Verbrüderung der Militaristen, die sich hier über die besondere Ausgestaltung der Reichswehr zufällig in die Haare geraten sind, bewiesen. Diejenigen, die grundsätzlich mit dieser (B) Reichswehr gar nichts zu tun haben, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten, werden ja in die Reichswehr überhaupt nicht aufgenommen und, wenn sie doch darin sind, herausgeschmissen.

Wenn in diesem Zusammenhang der Herr David glaubte, die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, um die **rechtssozialistische Kriegspolitik** mit einem neuen Glorienschein zu umgeben, so können wir das nicht unwidersprochen lassen, ohne daß wir uns etwa lange dabei aufhalten wollen. Aber feststellen müssen wir doch, daß die Politik der Rechtssozialisten genau so schuldig und vielleicht noch schuldiger an der langen Kriegsdauer ist wie die Politik der Rechtsparteien, der Deutschnationalen und der Konservativen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn die alte Sozialdemokratie hatte das größere Maß der Verantwortung deswegen, weil sie die ganzen Jahre hindurch vor dem Kriege eine Friedenspolitik getrieben hatte, weil sie sich gegen den Militarismus, gegen den Imperialismus, gegen die Machtpolitik usw. gewandt hat und dadurch sich das Vertrauen in den Volksmassen erworben hat. Und nur gestützt auf das Vertrauen dieser Volksmassen, die damals hinter der alten Sozialdemokratie standen, konnte überhaupt dieser Krieg durchgeführt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses Vertrauen haben die Rechtssozialisten vor den Wagen der Deutschnationalen und Konservativen gespannt.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deswegen ist die Schuld der alten sozialdemokratischen Partei nicht kleiner als diejenige der anderen Parteien, die zum Kriege gehetzt haben. Ohne sie hätte dieser Krieg nicht so lange durchgeführt werden können.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie waren auch dabei!)

— Die Opposition der 14 Mann hat vom ersten Tage (C) an diese Politik bekämpft.

(Zuruf rechts: So, am 4. August?)

— Auch am 4. August, vom ersten Tage an hat sie diese Politik bekämpft.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Haase hat geredet!)

— Wenn die Opposition sich der Disziplin gefügt hat, so wissen sie genau, unter welchen Umständen das vor sich gegangen ist.

(Abgeordneter Dr. Landsberg: 17 von den 25 haben innerhalb der Fraktion für die Kredite gestimmt!).

— Innerhalb der Fraktion, das stimmt nicht. Innerhalb der Fraktion waren in der ersten Sitzung 14 gegen die Kredite, und das ist immer so geblieben, und sie bildeten damit den Kern unserer späteren Unabhängigen Sozialdemokratie.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das weiß Landsberg auch selbst!)

— Das weiß er ganz genau.

Ich komme nun zu dem eigentlichen Thema. Der Herr Reichswehrminister Noske hat gegenüber der Rechten festgestellt, daß wir eine Schuldsumme von 204 Milliarden Mark haben und daß die Herren von der Rechten nicht das nötige Gefühl dafür hätten, was diese **Schuldenlast** bedeutet. Er hat weiter festgestellt, daß darüber hinaus noch die Ausgaben nicht feststehen, die die Entente als Entschädigung oder Wiedergutmachung von uns fordert. Wir müssen hinzusetzen, daß jedes Jahr in den nächsten Jahrzehnten, wenn die Politik so weitergetrieben wird, uns 25, ja vielleicht 30 oder 35 Milliarden Jahresausgaben erwachsen werden. Kein Mensch — selbst der heutige Finanzminister nicht — kann das genau sagen. Wenn man aber bei einer so riesigen Belastung es noch für zulässig hält, daß neue **Militärkredite** aufgenommen werden und daß für die Reichswehr mehr als 1 Milliarde in jedem Monat ausgegeben wird, dann scheint mir auch bei der jetzigen (D) Regierung das Verantwortlichkeitsgefühl für die riesenhaften Lasten, die wir zu tragen haben, nicht vorhanden zu sein.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sogar ein Zentrumsredner war im Ausschuß erschrocken über die Riesenlast, die dem deutschen Volke durch den neuen Militarismus aufgebürdet wird.

Aber das ist ja noch nicht alles, was wir dem Militär zu opfern haben. Es kommt noch hinzu, was uns durch die famose **Militärpolizei** des Herrn Noske in den einzelnen großen Städten und Landstädtchen abgeknöpft wird. Da wird in Hamburg allein eine Ausgabe von 33 Millionen Mark jährlich für die Hamburger Militärpolizei gefordert,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und Berlin braucht 200 Millionen Mark jährlich für die Militärpolizei. Das sind zwei Beispiele, und so geht es fort durch das ganze Land, sodaß sehr bald eine neue Milliarde voll ist.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie dazu rechnen, was die **Einwohnerwehren** kosten, für die ja auch $1^1/_2$ Millionen vom Reich gefordert werden, wenn Sie dazu rechnen, was die Gemeinden für die Einwohnerwehren werden aufbringen müssen, wenn Sie hinzunehmen, was für die Zeitfreiwilligenregimenter aufgewendet wird, die teils vom Reich, teils von recht undefinierbaren Stellen bezahlt werden, wenn Sie das alles zusammenrechnen, so muß man sagen, daß der Militarismus schlimmer als je am Marke des Volkes saugt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Bemerkung, die Herr Noske früher, als er noch Sozialdemokrat war,

(Heiterkeit)

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) so oft gegenüber dem alten Militarismus gemacht hat, trifft unter seiner Herrschaft viel schlimmer zu als jemals. Er hat sich auch nicht gescheut, wieder einen Korruptionsfonds in den Etat einzusetzen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

einen richtigen Korruptionsfonds der alten Schule, die wir eigentlich durch die Revolution glaubten beseitigt zu haben. Ein kleines Beispiel ist hier im Hause passiert. Einer der Spitzel, die aus dem Ledebourprozeß so unrühmlich bekannt geworden sind, der Thissenhausen, hat sich herangemacht an eine unserer Genossinnen, die für einen unserer Fraktionskollegen Schreibarbeit zu erledigen hat,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: — Zuruf von den Sozialdemokraten: Geschmacksverirrung! — Heiterkeit)

— Ja, wenn Sie, Herr Kahmann, über solche Dinge solche dummen Scherze machen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

zeigen Sie nur, daß Sie für die unerhörten Machenschaften der **Spitzelwirtschaft** gar kein Gefühl mehr haben,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß Sie daran schon gewöhnt sind wie an eine landläufige Sache, die man nur noch scherzhaft behandeln könne. Jedenfalls hat diese bloßgestellte Person im Reichstag versucht, aus den Kreisen unserer Genossen wieder etwas zu erhaschen. Als wir ihn stellten, hatte er nur die ganz veraltete Erklärung, er hätte mit den Herren von der Regierung etwas zu sprechen gehabt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich frage die Herren von der Regierung, ob sie mit diesem Thissenhausen noch in Verbindung stehen, ob sie mit dieser kompromittierten Person nach deren Angaben noch Fühlung haben und ob der Mann etwa aus diesem Korruptionsfonds entschädigt wird.

(B) Die Riesenausgaben, die bisher für die Reichswehr aufgewendet werden, hindern Herrn Noske auch nicht daran, Sinekuren zu schaffen, wie zum Beispiel Festungskommandanten. Was zum Teufel braucht das armselige deutsche Volk **Festungskommandanten?** Wir danken schönstens für die Tätigkeit dieser Herren; sie mögen sich mit nützlicheren Dingen beschäftigen.

Welche Hunderttausende von Mark werden immer wieder für die **Militärtransporte** innerhalb Deutschlands ausgegeben, gerade in der jetzigen Zeit, wo die Zerrüttung unseres Transportwesens unser ganzes zerrüttetes Wirtschaftsleben an den Rand des Abgrundes bringt.

Aber das alles genügt nicht; die 400 000 Mann Reichswehr, die man jetzt noch hat, langen trotz der Finanznot nicht zu. Man sagt zwar, daß man abbauen will; ich werde aber den schlüssigen Beweis führen, daß man gar nicht daran denkt abzubauen, daß es nur Worte sind, die man redet, daß aber die Taten eine ganz andere Sprache reden.

Die neuen **Werbungen für die Reichswehr,** die immer abgestritten werden und die man als später einmal nötig in Aussicht stellt, sind dauernd in vollem Gange. In den bürgerlichen Blättern in Magdeburg, mit Einschluß der rechtssozialistischen „Volksstimme", befindet sich immer wieder das Werbeinserat für die 2. Marinedivision. In Magdeburg ist ein eigenes Werbeamt eingerichtet, das sich in seiner Tätigkeit gar nicht darum kümmert, wie nach dem Friedensvertrag gearbeitet werden muß, das sich vielmehr ganz klar darüber ist, daß es gegen die Friedensbedingungen verstößt und deswegen alle seine Schreiben vertraulich und geheim verschickt. In Halle befand sich das Bureau der Werber seltsamerweise in dem Gebäude des größten industriellen Unternehmens am Orte, der Riebeckschen Montanwerke.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Die Verbindung zwischen dem Großkapital und der Reichswehr wird durch diese Erscheinungen sehr gut charakterisiert.

Nebenher gehen aber die Werbungen zum Beispiel für die **Zeitfreiwilligenwehr** ganz offiziell vor sich. In der Kaserne in Halle ist im Zimmer 144 dauernd die Werbestelle für die Zeitfreiwilligenwehr in Betrieb.

Die **Werbungen** werden auch **unter den Kriegsgefangenen** betrieben. Über das, was hier von Herrn Stücklen über die **Agitation** unter den Kriegsgefangenen gesagt worden ist, brauche ich nicht mehr zu reden. Wir stimmen dem zum großen Teil zu. Wir haben dem aber noch einiges hinzuzufügen.

In dem Durchgangslager für Kriegsgefangene Meschede werden die Kriegsgefangenen nicht nur aufgeklärt, sondern es wird unter ihnen auch für die Reichswehr geworben. Man fordert sie auf: wenn sie gegen den inneren und äußeren Feind, „der das Haus niederbrennen will", sich schützen wollten, müßten sie einer disziplinierten Truppe beitreten. Wenn sie noch Lust und Liebe zum Soldatenstand — nach fünfjährigem Kriege und mehrjähriger Gefangenschaft — hätten, sollten sie als Pioniere in die Reichswehr eintreten und nach Höxter an der Weser zur freiwilligen Pionierabteilung des VII. Armeekorps kommen.

Die Kriegsgefangenen werden aber auch gleich für einen neuen Krieg vorbereitet. In dem Gefangenendurchgangslager Senne ist nach den Mitteilungen von Kriegsgefangenen das Programm ungefähr folgendermaßen gewesen. Zuerst hat ein Prinz von Cumberland eine Ansprache gehalten, die sich ganz im Geiste von 1914 bewegte. Das paßt ja zu der ganzen Strömung, die hier im Hause herrscht. Dann wurden die verschiedenen Kommandos im preußischen Leutnantston an ihr Ohr geschmettert, sodaß sie nichts davon merkten, daß in Deutschland eine Revolution gewesen war. Dann glaubten sie, daß jetzt die Friedenstöne kämen. Es wurde (D) aber nur von der „Revanche" geredet, die notwendig sei, die gerade für sie genommen werden sollte. So ging es weiter. Die Gefangenen beschweren sich dann über die sonderbare Behandlung an den Bahnhöfen, wo man außer dem in Deutschland üblich gewordenen schwarzen Kaffee alles Dargebotene mit dem schwarz-weiß-roten Bändchen verziert bekäme. Vielleicht wird es Herrn v. Graefe interessieren, diese Stimmung der Kriegsgefangenen kennen zu lernen. Schließlich sind unter den Gefangenen eine Menge Drucksachen verbreitet worden, die nicht nur das, was Herr Stücklen sagte, enthalten, sondern die auch für die schwarz-weiß-roten Reaktionsfarben Stimmung machen, Traktätchen im Sinne der kirchlichen Kriegshilfe enthielten und insbesondere sagten: es müsse ein neuer Herzog kommen, der das Volk wieder zu neuem Streit sammeln sollte, und wer weiß, was sonst noch.

Die Kriegshetzer sind unter den Kriegsgefangenen in aller Ruhe am Werke. Das nennt man eine Republik, unter Umständen sogar eine sozialistische Republik, zum mindesten aber eine demokratische Republik, die sich für Völkerbund und den ewigen Frieden begeistert. Ich erinnere die Kriegshetzer daran, daß erst in diesen Tagen die schauerliche **Statistik** herausgekommen ist, daß wir in dem **Kriege** einen **Verlust** gehabt haben, der sich so stellt, daß auf 35 Einwohner ein Toter entfällt. In Frankreich kommt bereits auf 28 ein Toter; in Österreich auf 50, in Großbritannien auf 66, in Italien auf 79, in Rußland auf 107, in den Vereinigten Staaten auf 2000. Sie sehen also, das Deutsche Reich steht an zweiter Stelle. Da haben wir wahrhaftig keinen Grund nach neuen Opfern und nach neuem Gemetzel zu schreien oder uns danach zu sehnen.

Daß aber die Werbungen für die Reichswehr ganz offiziell weiterbetrieben werden trotz der verschiedenen Ab-

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) leugnungen, zeigt auch ein ausführliches Inserat des Reichenhaller „Grenzboten" vom 11. Oktober: Die Reichswehr braucht zahlreiche Freiwillige für alle Waffengattungen. Es werden dann ungefähr 10 Werbestellen der Reihe nach mit Adressen angeführt und allerlei Versprechungen gemacht; auch wird genau angegeben, wie der einzelne auszusehen hat. Darüber hinaus haben wir in den letzten Tagen die seltsame Feststellung machen müssen, daß man nicht nur Freiwillige wirbt, sondern daß man noch glaubt, die allgemeine Dienstpflicht bestehe noch. So hat nicht etwa ein x-beliebiger, sondern die Reichswehrbefehlsstelle Preußen, die ja hier vertreten ist, am 19. September ein Rundschreiben herausgeschickt, in dem dem Reichsministerium des Innern ausdrücklich mitgeteilt wird, daß, wenn sich militärische Personen gegen unerlaubte Entfernung zu verantworten haben, nach wie vor die Gesetze zur Anwendung kommen, daß auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht der Mann bei der Truppe zu bleiben habe, und daß es **Fahnenflucht**, Desertion sei, wenn er sich entfernt. Es könne also gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Strafparagraphen, die auf der allgemeinen **Wehrpflicht** beruhten, noch vollständig in Geltung seien.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dazu kommt noch, daß im Petitionsausschuß der Nationalversammlung dieselbe Ansicht vertreten wurde. Ein Vater hatte eine Eingabe gemacht — es kam das Gardedukorps in Frage — in der er die Entlassung seines Sohnes forderte. Es wurde ihm erklärt, daß die Entlassung nicht erfolgen könne, weil der Sohn seine aktive Dienstpflicht noch nicht erfüllt habe und ein gesetzlicher Grund für eine vorzeitige Entlassung nicht vorliege.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Petitionsausschuß hat am 18. Oktober 1919 be-(B)schlossen, die Angelegenheit für erledigt zu erklären. Darüber bin ich doch einigermaßen erstaunt. Ich meine, wenn sie sich irgendwie erledigt hätte, so hätte doch der Petitionsausschuß alle Veranlassung, ausdrücklich zu erklären, daß nach der Verfassung und dem Friedensvertrag von einer Wehrpflicht nicht mehr geredet werden kann. Diese Feststellung mußte auf alle Fälle getroffen werden.

(Lebhafte Zurufe links: Der Mann war ja schon entlassen!)

— Schön, wenn der Einzelfall erledigt war, so war es Pflicht des Petitionsausschusses zu erklären, daß in diesem Falle das Generalkommando falsch gehandelt habe, indem es den Mann mit der Begründung zurückhielt, daß also der Befehl des Generalkommandos irrtümlich erfolgt ist.

(Zurufe rechts.)

— Gewiß verstehe ich, daß der Mann entlassen war. Aber der Petitionsausschuß der Nationalversammlung hatte dann die Pflicht, gegenüber einer irrtümlichen Auffassung eines Generalkommandos festzustellen, was in der Verfassung steht und welche Auffassung wir vertreten.

(Lachen rechts.)

Aber Sie stehen ja der Auffassung entgegen, Sie wollen die Wehrpflicht, und deshalb haben Sie ausweichend beschlossen.

(Zurufe von den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten: Das ist nicht wahr!)

Das geht auch aus dem ganzen Verhalten der militärischen Stellen hervor. Die verschiedensten Befehlsstellen und **Generalkommandos** lassen **Rundschreiben** ergehen, in denen **Fragen nach den Verhältnissen der** einzelnen **entlassenen Soldaten** gestellt werden. Das Bezirkskommando V in Berlin hat ein solches Schreiben mit 19 Anfragen verschickt, in denen nach allen möglichen Dingen über die frühere Dienstzeit, die militärische Ausbildung und ähnlichem gefragt wird. Es heißt dann: „Um sofortige Rück-(C)sendung dieses Fragebogens und Ausfüllung wird gebeten." Wir fragen, was diese Dienststellen sich um die Verhältnisse der Zivilpersonen zu kümmern haben. Was sollen diese Belästigungen der Entlassenen? Wir verwahren uns ganz entschieden dagegen, daß man so von hinten herum den militärischen Geist wieder in die Bevölkerung hineinbringt, indem man, aufbauend auf den früheren Kadavergehorsam und den Respekt, den die Bevölkerung immer noch der Militärverwaltung gegenüber hat, so tut, als ob man eine gewisse Verpflichtung habe, darauf zu antworten. Sie wissen ja ganz genau, daß auf Grund der altpreußischen Erziehung die Leute glauben, daß man auf einen jeden solchen Fragebogen der Behörden auch antworten muß. Diesen alten Gedanken des Kadavergehorsams sucht man für militärische Zwecke auszunutzen. Dagegen legen wir Verwahrung ein. Wir verlangen, daß solche Umfragen nicht mehr erfolgen.

Insbesondere werden aber diese Werbungen immer noch vorgenommen, vor allem für das Baltikum. Diese **Werbungen für das Baltikum** hat der Reichsminister des Auswärtigen Müller an dieser Stelle abgestritten. Er hat ausdrücklich gesagt, es sei Anweisung ergangen, daß keine Werbungen mehr erfolgen dürften. Wir haben hier in der Zeitung den Abdruck von solchen Anwerbescheinen, Urlaubsscheinen und Ausweisen, mit denen die hier Angeworbenen über die Grenze geschafft werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Werbungen bis in die letzten Tage hinein erfolgt sind, ja daß sie sogar noch heute geschehen. Soeben haben wir eine ganze Unmenge von Material den beteiligten militärischen Stellen übergeben. Der zuständige Herr Major hat die Nachrichten entgegengenommen. Wir haben sie auch mit Namen und Adressen ganz ausführlich belegt. Daraus geht ganz klar hervor, daß diese Werbungen immer noch vor sich gehen. Wir werden in (D) den nächsten Tagen hierüber eine weitgehende Veröffentlichung bringen, und wir hoffen, daß die Regierung jetzt wirklich eingreift und Schluß macht.

Die Sache geht so vor sich, daß die Werber sich an x-beliebige Leute heranmachen und ihnen zureden, sie möchten sich für die eiserne Division oder eines der sonstigen deutschen Regimenter, die dort oben stehen, anwerben lassen. Finden sie jemand, der dazu bereit ist, so bekommt der Mann einen Urlaubsschein, der mit allen möglichen offiziellen Stempeln versehen ist, wie dieser hier, auf dem sich ein Stempel des 1. Bataillons des 1. Kurländischen Regiments befindet mit allen sonstigen Stempeln, mit Unterschriften usw., der aber den Namen des Reisenden noch nicht enthält. Der Werber hat nun ein besonderes Fläschchen mit derselben Tinte bei sich, damit der Schein richtig ausgefüllt werden kann. So sorgt man dafür, daß die Leute mit Urlaubsscheinen über die Grenze kommen. Die Urlaubsscheine werden hier in Berlin mit den richtigen Stempeln versehen, sodaß die Leute trotz aller Anweisungen der preußischen Regierung ins Baltikum gelangen. Solche Stempel sind hier in Berlin an einer Stelle, die wir dem Vertreter der militärischen Stelle in Berlin mitgeteilt haben, reichlich vorhanden. Dort werden alle Abstempelungen vorgenommen, sodaß der Mann mit diesem gefälschten Urlaubsschein glatt die Grenze überschreiten kann. Das geht sogar so weit, daß die Leute noch auf unsere Kosten über die Grenze fahren. Sie bekommen einen Ausweis zur Erlangung einer Militärfahrkarte und reisen so zu einem ganz billigen Preise auf unsere Kosten nach Rußland. Wir verlangen von der Regierung, daß sie diesem Treiben endlich Einhalt gebietet. Wenn die Eisenbahn nicht genau hinsieht und die Stempel nicht genau kontrolliert, ob nicht vielleicht mit gefälschten Stempeln

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) gearbeitet wird, so müssen die militärischen Stellen doch verstehen, sich den nötigen Einfluß und die nötige Macht zu verschaffen, die man andern Seiten gegenüber in so allmächtiger Weise aufzubringen weiß.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Angeworbene bekommt, selbst wenn er für die westrussische Regierung angeworben worden ist und nicht für einen deutschen Truppenteil, in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs oder auf dem Bahnhof selbst angeblich in einer Verpflegungsstelle auf Grund des Ausweisscheines Verpflegungsportionen. Es soll vorgekommen sein, daß ein Mann sich mehrere Portionen hat zuteilen lassen. Die Verschiebungen solcher Transporte, die erst am Sonnabend und Montag erfolgt sind, gehen so weit, daß am Montag sogar von Tempelhof ein Pferdetransport abgegangen ist. Das kann doch nicht ohne Wissen und ohne Hilfe der Intendantur geschehen, es kann doch nicht ohne Hilfe der Linienkommandantur geschehen, es müssen doch die deutschen militärischen Stellen etwas davon wissen!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fragen also, wieweit die Stellen unterrichtet und gewillt sind, diesem Treiben Einhalt zu tun.

Es ist uns weiter mitgeteilt — es sind darüber Zahlen aus den Notizbüchern einzelner Herren unterbreitet worden —, daß die Militärstellen wissen, daß Werber an Beamte der Intendantur und Eisenbahn Schmiergelder zahlen und daß durch diese Schmiergelder Verschiebungen von Truppen und Pferden und Kleidungsstücken erst möglich werden.

Aber die Leute bekommen nicht allein einen Militärfahrschein, sondern es wird auch die Feldpost, die doch eigentlich aufgehoben sein sollte, für diese Truppenteile immer noch mißbraucht. Die **Verschieberei** ist in **Kurland** so weit ausgewachsen, daß vor eigenen Tagen der ge-(B)samte Bestand des Bahnhofs Mitau verschoben werden sollte. Die Verschiebung sollte für 65 Millionen Mark vor sich gehen. Die Beamten sind zwar verhaftet worden, es sind aber deutsche Offiziere, die angeblich zu den Russen übergehen wollten, dazwischen gekommen und haben die auf Veranlassung der Tilsiter Eisenbahnbehörde verhafteten bestochenen Beamten wieder befreit und sie unter den Schutz der eisernen Division gestellt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist die Anarchie, die unter Herrn Noske in Deutschland herrscht.

In Kurland ist es auch vorgekommen, daß der deutsche Panzerzug, der bei Mitau steht, unter der Führung des Hauptmanns Bürgenstein gegen Riga, das bekanntlich von den Truppen des Räuberhauptmanns Bermondt beschossen wird, mit verwendet worden ist, daß verschiedene Male der Panzerzug vorgezogen worden ist und gegen die Russen dort gekämpft hat.

Wie sehr man diese Bestrebungen unterstützt, zeigt die Tatsache, die aus Lübeck berichtet wird, daß der Dampfer „Estland" der Hanseatischen Schiffahrtsgesellschaft in der Zeit vom 11. bis 16. dieses Monats Heeresausrüstungsgegenstände, Wäsche, Tornister und dergleichen geladen hat. Der Dampfer wollte abfahren, wurde aber durch die Blockade zurückgehalten. Angeblich sollten die notleidenden Truppen im Baltikum unterstützt werden. Wir wissen aber genau, daß nicht die notleidenden Truppen diese Gegenstände bekommen, sondern daß alles zu dem Räuberhauptmann Bermondt und seinen übergelaufenen Truppen verschoben wird. Auch die Munition, Herr Noske, die mit Ihrem Einverständnis hinübergegangen ist, werden Sie nicht wiederbekommen, das glauben Sie doch selbst nicht. Es werden sich doch schon die richtigen Schleichhändler und Schieber finden, die es verstehen, die Munition dorthin zu führen, wo sie sie haben wollen, sie werden sie nicht dazu brauchen, um unsere Truppen gegen die (C) Litauer zu decken. Nein, die Bermondt und Genossen brauchen für sich Munition, deshalb die Anforderungen. Die Leute werden es schon verstehen, wieder Verschiebungen vorzunehmen; und die Unsicherheit ist dort oben gewachsen wie nie zuvor. Sie werden auch, des können Sie versichert sein, gegen ihren Willen die Truppen, die sie zu den Kämpfen dort oben brauchen, verwenden. Sie wenden nicht nur die Truppen, sondern auch die Materialien an, denn es wird jetzt mitgeteilt, daß in Riga durch deutsches Feuer mit giftigen Gasen viele Opfer an Frauen und Kindern gefordert worden sind.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wer hat diese giftigen Gasbomben dahin transportiert? Woher stammen sie? Aus derselben Quelle, aus der die Waggons Munition stammen, die mit Noskes Willen hinaufgefahren sind, nämlich aus deutscher Hand. Wie soll Bermondt in Kurland anders zu Gasbomben kommen als durch deutsche Lieferanten? Es ist kennzeichnend, daß die Werber, die jetzt am Werke sind, einen ganz besonderen Wert darauf legen, Flammenwerfer herüberzubekommen, mehr Flammenwerfer, als sie bisher schon hatten, und sie wissen auch, daß sie sie bekommen werden. Sie sind ganz sicher, daß sie die Flammenwerfertrupps nur zusammenzustellen brauchen, die Flammenwerfer selbst werden sie aus den deutschen Beständen schon in die Finger bekommen.

(Hört! hört!) bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So sehen wir, daß drüben — trotz allem, was man bisher hier dagegen gesagt hat — tatsächlich **der deutsche Militarismus der Träger des Kampfes gegen Riga,** gegen die Esthen und Letten geworden ist. Der Ministerpräsident der Letten Ullmannis hat dieser Tage selbst offiziell erklärt, daß es die deutschen Freiwilligenkorps Rikoff usw. gewesen sind, die noch am 4. Oktober Mannschaften bekommen haben, die in Deutschland angeworben worden sind. (D)

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist weiter festgestellt worden, daß das bayerische Bataillon Berthold erst im September aus Deutschland nach Kurland gekommen ist. Die Grenzsperre, die dort oben angeblich besteht, ist entweder — das können wir nicht genau feststellen — überhaupt nicht vorhanden, besteht also nur in den Gedanken des Herrn Noske, während die untergeordneten oder mittleren Organe sich nicht daran kehren, oder sie ist so lückenhaft, daß man von einer Aufrechterhaltung dieser Sperre gar nicht reden kann. Die deutschen Truppen, die man dort übernommen hat und die zum Teil auch unter deutschem Kommando stehen, sind die zuverlässigsten Elemente der Konterrevolution, der russischen Fürsten, denn zwischen die weißrussischen Abteilungen schiebt man immer mit Absicht deutsche Soldaten mit Maschinengewehren.

(Hört! hört!) bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die weißrussischen Truppen wären längst gerückt, wenn nicht dazwischen die Deutschen ständen. Die Deutschen stehen wie die Mauern; sie glauben, den Kampf dort führen zu müssen, nach den Versprechungen, die man ihnen gemacht hat. Deutsche Heeresabteilungen sind es also, die als Hauptkriegführende dort oben in Frage kommen. Das müssen wir zu unserer Schande hier feststellen.

(Zuruf aus dem Zentrum: Oho!)

Meine Damen und Herren! Außerdem wird Ihnen ja aus den letzten Tagen bekannt sein, daß wieder ganze Kompagnien über die Grenze gegangen sind, die offenkundig zur Reichswehr gehörten. Kompagnien haben in der Nähe von Tilsit vor drei Wochen erst die Grenze passiert, ohne daß von den deutschen Behörden die geringsten Proteste dagegen laut geworden sind.

(Hört! hört!) bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Fünf Tage vor Beginn der Offensive überschritt das erste Jägerregiment zu Pferde die ostpreußisch-kurländische Grenze und traf bald darauf in Mitau ein. So geht es weiter. Überall, wo sich nur die Möglichkeit ergab, daß konterrevolutionäre Offiziere aus den deutschnationalen Kreisen sich der Truppen bemächtigten, haben sie es auch verstanden, sich durchzuschlagen. Ich erinnere nur an die Meuterei des 21. Regiments aus Thorn. Sie sind auch drüben ganz schroff und gewalttätig aufgetreten. Das zweite preußische Garderegiment hat in mehreren Ortschaften die lettischen Militärkommandanturen abgesetzt und sich an ihre Stelle gesetzt. Sie fragen nichts nach Land und Leuten; wie die Landsknechte richten sie sich als eigene Herren überall ein. Es steht also fest, daß dort der Krieg mit deutschen Mitteln, deutschen Kräften und unter vorwiegend deutscher Führung geführt wird. Wenn zum Schein das russische Oberkommando aufrechterhalten wird, wenn zum Schein russische Weißgardisten dazwischen fechten, so hat das für uns keine erhebliche Bedeutung.

Meine Damen und Herren! Hier kommen wir nun zu einem ganz gefährlichen Verdacht, der mit dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Haas hier ausgeführt hat, in ganz naher Beziehung steht. In der französischen Kammer ist offen ausgesprochen worden, daß das deutsche Reichswehrministerium unter der Führung **Noskes gemeinsam mit den französischen Militaristen** und Imperialisten mit den Führern der Entente die **Kämpfe gegen Rußland** führe.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich gebe hier nur das wieder, was in der französischen Kammer gesagt worden ist, und ersuche die deutsche Regierung, uns darüber einwandfreie Mitteilungen zu machen.

(Lachen bei den Mehrheitsparteien.)

Die Vertreter unserer Genossen, der französischen Sozialdemokraten, haben ausdrücklich gesagt: (B)

> Wir haben das Recht, zu denken, daß die Entente ihrerseits in einem gewissen Einverständnis mit dem

— nun kommt ein ganz unparlamentarisches Wort, das ich hier nicht anwenden darf —

> Gouvernement Noske gewesen ist.

Es interessiert uns vor allem die Behauptung, daß die französische Regierung bisher zur Bekämpfung der deutschen Revolution beigetragen habe. Hier stützt sich Cachin auf die Bemerkung Clemenceaus, der zum Beispiel einer Bitte Noskes um **Hinausschiebung des Abgabetermins** einer gewissen Anzahl **von Maschinengewehren** nach Anhörung des Generalstabes entsprochen habe.

Es wird weiter mitgeteilt, daß über diese Zurückbehaltung der Maschinengewehre auch Herr Erzberger vorher genau unterrichtet war.

(Hört! hört! im Zentrum.)

Er hat diese Unterstützung von den Franzosen gefordert

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und sich auf die Möglichkeit berufen, daß diese 5000 Maschinengewehre gegen die Revolution zu gebrauchen seien.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fragen, was an diesen Mitteilungen, die in der französischen Kammer öffentlich gemacht worden sind, dran ist. Wir können hier die Behauptung nicht aufstellen; aber was von unseren Genossen gesagt worden ist, muß hier aufgeklärt werden.

Unsere französischen Genossen haben weiterhin in öffentlichen Artikeln eine weitgehende **Übereinstimmung zwischen Foch und Noske hinsichtlich der Bekämpfung der Russen** festgestellt; sie haben behauptet, es sei ein Pseudo-Ultimatum, das an v. d. Goltz gestellt sei, das nur dazu dienen sollte, Verwirrung in die Reihen der Revolutionäre zu tragen, das die französische (C) Regierung decken sollte vor ihren Oppositionellen, vor den französischen Sozialisten, und das der deutschen Regierung ermöglichen sollte, so zu tun, als wenn sie wirklich die Kämpfe dort nicht unterstützte, als wenn sie mit den Kämpfen offiziell nichts zu tun habe. Diese Behauptung des Pseudo-Ultimatums ist ebenfalls öffentlich von unseren Genossen in Frankreich, die ja vorläufig noch die Genossen des Herrn Noske sind, aufgestellt worden. Es ist deswegen notwendig, daß er sich von diesem Vorwurf reinigt und klarstellt, was es mit diesem Ultimatum auf sich hat, ob es wahr ist, daß man zwar nach außen hin, wie ich es feststellte, so tut, als ob man nichts mit der Kampfführung zu tun habe, daß man aber in der Tat Tag für Tag aus Deutschland Heerestransporte, Munitions- und Pferdetransporte abgehen läßt, um den Kampf gegen die russische Revolution dort zu unterstützen. Die Tatsachen sprechen dafür, daß die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Ententeimperialisten mit unserer bürgerlichen-sozialistischen Regierung durchaus besteht. Und nun, Herr Haas, werden Sie vielleicht auch begreifen — er ist leider nicht anwesend —, warum unsere Genossen verlangen, daß Deutschland entwaffnet wird. Sie verlangen die **Entwaffnung Deutschlands,** damit solche Kämpfe wie die gegen unsere russischen Genossen nicht mehr unterstützt werden.

(Zuruf rechts: Damit Sie die Waffen allein tragen!)

Unsere Genossen verlangen die Entwaffnung, damit der Kampf, den die Ententeimperialisten mit deutschen Mitteln gegen die Russen führen, nicht fortgeführt werden kann. Bei den Franzosen kann man ein sehr reales und sehr finanzielles Interesse an der Bekämpfung des Bolschewismus feststellen. Frankreich, solange es den Clemenceau noch bei sich duldet — der Hort der Reaktion in Deutschland wird hoffentlich auch bald seinem Fall entgegengehen, — dieses Frankreich will seine Milliarden, die es im (D) Ausland angelegt hat, retten. Die Imperialisten haben nie vor irgendwelchen Mitteln zurückgescheut; sie haben ihre Methoden nie danach geprüft, ob sie irgendwie moralisch oder unmoralisch sind, und wenn sie ihr Ziel glauben erreichen zu können durch die Unterstützung des geschlagenen Feindes Deutschlands, so werden sie auch davor nicht zurückscheuen. Die Imperialisten aller Länder sind sich einig in ihren Mitteln und Methoden, alle Schäbigkeiten anzuwenden, die nur irgendwie zum Erfolg und zum Ziel führen, und um diesen Kampf gegen unsere Genossen, gegen die russischen Bolschewiki unmöglich zu machen fordern unsere Genossen in Frankreich, daß Deutschland entwaffnet wird. Herr Haas hat vergessen, daß das auch deswegen gefordert worden ist, damit der Druck der Noskegarde auf die Revolution in Deutschland aufhört,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

damit nicht ferner die Truppen des Herrn Noske in Deutschland antirevolutionär im Sinne der Förderung der Tendenzen der Herren Schultz und Graefe werden können und ihnen wieder Mut machen zu ihrem dreisten Auftreten, das wir heute hier erlebt haben.

Ich stelle weiter fest, daß unser Genosse nicht von einer Million, sondern von 600 000 bis 700 000 Mann gesprochen hat,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die hier in Deutschland noch unter Waffen stehen sollen. Wenn Sie zu dem stehenden Heer von 400 000 Mann hinzurechnen, was in Kurland ist, wenn Sie hinzurechnen die Zeitfreiwilligenverbände, und wenn Sie die Bürgergarden und Einwohnerwehren hinzurechnen, so kommen wir, glaube ich, noch auf eine höhere Zahl, sodaß die erwähnte Zahl gar nicht so sehr hergesucht war.

Ich stelle aber weiterhin fest, daß unsere Genossen einen Antrag durchgedrückt haben, der nicht nur auf die

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Entwaffnung Deutschlands hinzielt, sondern gerade im Sinne des Völkerbundes, den Herr Abgeordneter Haas meint, ausdrücklich verlangt, daß die Entwaffnung auch der übrigen Länder eingeleitet werden soll. daß die Bereitung von Kriegsmaterial in allen Ländern abgebaut und damit einer **allgemeinen Entwaffnung** vorgearbeitet werden soll.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Soll!)

— Unsere Genossen wollen organisch den Abbau des Militarismus. Ob sie das erreichen, ist eine zweite Frage. Ich habe nur gegenüber Herrn Abgeordneten Haas festzustellen, daß er das Vorgehen unserer Genossen in Frankreich falsch geschildert hat. Ob wir mit einer derartigen Taktik einverstanden sind, ist ebenfalls erst eine zweite Frage. Wir sind nicht immer mit der Taktik der Genossen in Frankreich einverstanden; wir haben hier nur allgemein ihre Tendenzen zu vertreten. Ebensowenig sind wir immer im einzelnen mit der Taktik der Bolschewiki einverstanden, die wir hier im allgemeinen aus Sympathie schützen. Das möchte ich nur feststellen, Herr Kollege Katzenstein!

Wenn nun bei diesem Anwachsen des deutschen Militarismus die Behauptung aufgestellt wird, es sei gar kein anderer Ausweg mehr möglich gewesen, als diesen Weg zu gehen — so hat Herr Abgeordneter Stücklen heute morgen behauptet —, so stelle ich fest, daß unter der Regierung Ebert-Haase im Dezember eine Verordnung herauskam, die nicht von Freiwilligenverbänden in dieser Form sprach, wie sie sich nachher angeboten haben und wie sie Herr Noske, als er an die Regierung kam, angenommen hat; sondern es ist eine Verordnung gewesen, die eine **republikanische Volkswehr** verlangte,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn diese Verordnung nicht auf dem Papier stehen geblieben wäre, wenn man versucht hätte, sie durchzuführen, so geben wir uns zwar nicht der Hoffnung hin, (B) daß das etwa unser Ziel gewesen wäre, was dann erreicht worden wäre; aber ein wenig anders, als die Reichswehr jetzt aussieht, wäre die republikanische Volkswehr nach dem damaligen Erlaß vom Dezember doch geworden. Man hat den Erlaß nicht durchgeführt, weil er eben republikanisch war, weil er nicht Konzessionen an die alte Offizierskamarilla gemacht hat, weil er nicht Konzessionen an den Deutschen Offiziersbund machte und weil er nicht auf die bisherigen Tendenzen Rücksicht nahm, sondern auf einer wirklich demokratischen Grundlage aufgebaut war. Wie gesagt: ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß das die Entwicklung gewesen wäre, die wir vielleicht gewünscht hätten. Es hätte gewiß auch zu einem Kompromiß geführt, aber das wäre immerhin ein Kompromiß zwischen den beiden Gruppen der äußersten Linken gewesen, während das, was jetzt hier auf der Grundlage der Freiwilligenverbände in der Reichswehr zustande gekommen ist, weiter nichts ist als eine völlige Auslieferung der Reichswehr an die Interessen der Kapitalisten. Auch dafür werde ich den Nachweis erbringen.

Der **Deutsche Offiziersbund**, dem die leitenden Stellen der Reichswehr fast ausnahmslos angehören, dieser Deutsche Offiziersbund, der auch von Anfang an der Brennpunkt der gegenrevolutionären Machenschaften war, hat sich den Großkapitalisten so sehr angebiedert, daß eine Loslösung dieser beiden Gruppen voneinander gar nicht mehr möglich ist. Deutscher Offiziersbund und Industrielle gehören zusammen. Die Ortsgruppe Brandenburg an der Havel hat ein Rundschreiben an die benachbarte Industrie versendet, wie es wahrscheinlich auch von den anderen Ortsgruppen versendet worden ist, in dem es ausdrücklich heißt, daß sie die Industrie in der jetzigen Zeit der Not der Offiziere voll Vertrauen bitten, ihrerseits beizutragen, daß die Standesbrüder und Schwestern in ihren wirtschaftlichen Nöten nicht untergehen. (C)

> Die Zeit wird kommen, wo es uns erneut möglich sein wird, der deutschen Industrie durch unsere Mitarbeit das wieder zu vergelten, was sie jetzt für uns tut. Dies sei unser Dank und unsere Schuld, die wir getreu abtragen werden.

Der Verband, an den das gerichtet ist, ist eine der scharfmacherischsten Organisationen, die es gibt, und die Kassenverwaltung dafür befindet sich in der staatlichen Pulverfabrik Plaue an der Havel. Unterschrieben ist der Brief „v. Frankenberg und Vorschlitz, Hauptleute bei den Technischen Instituten in Plaue“. Also die gegenrevolutionäre Waffenbrüderschaft des Offiziersbundes und der Industriemagnaten ist ohne weiteres festgestellt, und der Offiziersbund ist entschlossen, mit bewaffneter Hand den Industriellen zu gegebener Zeit beizuspringen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser **reaktionäre Geist in der Reichswehr** ist ja auch in rechtssozialistischen Blättern scharf und deutlich gegeißelt worden. Ich erinnere die Herren von der rechtssozialistischen Fraktion an eine der letzten Nummern der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“, die sehr gravierendes Material vorgebracht hat. Ich will keine Einzelheiten bringen. Ich will nur erwähnen, was kürzlich in der rechtssozialistischen Breslauer „Volkswacht“ angeführt worden ist, wo ein bisheriger Angehöriger der Reichswehr, ein Offizier, einmal ungeschminkt gesagt hat, wie es in der Reichswehr zugeht, wie diese sich in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft die allgemeine Unbeliebtheit erwirbt.

> Der Reichswehrminister ist in guten Händen,

— sagt dieser Offizier.

> Seine Erlasse gehen nicht durch. Die Generale machen, was sie wollen.

— Ich werde nachher einen kleinen Beweis dafür bringen. — (D)

> Der Herr Minister verkündet zwar, die Generale seien loyal. Die Generale aber, zu einem unheimlich hohen Prozentsatz dem alten Adel entnommen, sind, was sie immer waren, monarchistisch und reaktionär bis auf die Knochen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Und kann das anders sein? Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Reichswehr, wie die Herren sie sich bilden, ein Machtmittel der Reaktion wird, zum Teil schon ist, und der Herr Minister wird genau so angelogen, wie man im Kriege Wilhelm II. angelogen hat.

(Hört! hört! und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> An seine Verfügungen kehrt sich kein Mensch.

Das sagt ein Offizier, nicht so ein hetzender Unabhängiger. Die Generale sind nicht loyal, sagt dieser Offizier, sondern mit ihnen wird im Gegenteil die Armee zersetzt. Das Beispiel von Thorn ist wohl schlagend genug gewesen, wo die Truppen nach Kurland abgeführt wurden, und der Name v. d. Goltz sollte auch deutlich genug sprechen. Man braucht nur noch den Namen des Obersten v. Reinhardt vom Reinhardtregiment hinzuzufügen, und Sie werden Beispiele genug finden, wie die Dinge stehen.

> Alle Offiziere, die demokratisch wählen, werden verfolgt, sodaß die Offiziere nicht mehr laut bekennen dürfen, daß sie Republikaner sind. Sie zu beseitigen, ist nicht schwer. Man sticht mit Nadeln, bis einer rausgeekelt ist. Es herrscht Unsicherheit in der Reichswehr, das Schlimmste was es geben kann. Das ist lediglich den reaktionären Machenschaften zuzuschreiben.

Und am Schluß heißt es:

> Die höheren Stellen holen sich alles heran, was

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A)
ihnen von ihrem Standpunkt aus als unbedingt zuverlässig erscheint,

— von ihrem Standpunkt aus, nicht vom Standpunkt des Herrn Noske! —

und alles, was treu zur Regierung steht, wird langsam aber sicher beseitigt. Die Gefahr ist riesengroß, viel größer, als Außenstehende glauben.

Das ist der Geist der Reichswehr, wie er jetzt herrscht. Wenn Herr Noske sagt, er habe schon zweihundert Generale fortgeschickt, so trifft das gewiß zu, aber andererseits sehen wir, daß gerade solche Generale, die doch wahrhaftig reaktionären Geist gezeigt haben, geblieben sind, daß man einen solchen Bund, wie den **Republikanischen Führerbund,** kaltstellt und bekämpft, wo es nur möglich ist. Wir sind wahrhaftig keine Freunde des Republikanischen Führerbundes. Der läßt uns genau so kalt wie jede andere militärische Organisation. Aber wenn wir schon sehen, daß sich Leute finden, die sich eine republikanische Volkswehr ungefähr in dem Sinne denken, wie der Erlaß Ebert-Haase vom Dezember gelautet hat, wenn man glaubt, daß man mit einer solchen republikanischen Volkswehr das Land retten könnte, so müssen wir allerdings sagen, daß wir erstaunt sind, wenn ein rechtssozialistischer Minister solche Kräfte zurückstößt, wenn er es zuläßt, daß solche Kräfte hinausgeekelt und gemaßregelt werden, wie es in der Umgebung von Berlin in letzter Zeit verschiedentlich vorgekommen ist.

Ich will noch einige Fälle erwähnen. Der **Major Lange in Zerbst,** der in der Bundesleitung dieses Republikanischen Führerbundes war, ist aus der Reichswehr entlassen worden. Es wurde ihm extra ein Major vor die Nase gesetzt, der aufpassen sollte, wie es mit dem Herrn Lange ginge. Der Herr ist dann von der Sicherheitswehr in Mecklenburg, die ja auch hier als verdächtig

(B)
gilt, die nicht die Anerkennung der obersten Instanzen des Militarismus in Deutschland gefunden hat, als fähiger Offizier sofort übernommen. Dann hat man allerdings versucht, ihn bei der Reichswehr wieder einzustellen; zuerst hat man ihn aber hinausgeekelt.

Ähnlich liegt die Sache mit dem Hauptmann Epscheidt, der in Schwetz seinen Posten innerhalb 24 Stunden verlassen mußte, als man herausbekommen hatte, daß der Mann nicht nur republikanisch denkt, sondern auch republikanisch zu handeln gewillt ist. Ähnlich liegt der Fall des Offizierstellvertreters Stempel, der hier im Regiment Reinhardt war und dort sich als Republikaner gefühlt und betätigt hat und der auch hinausgegrault wurde.

Man hat auf der andern Seite ja behauptet, daß **konterrevolutionäre Generale** entlassen worden sind. Ein besonders typischer Fall, wie es gemacht wird, ist der Fall des **Generals v. Bonin** vom Armeeoberkommando Süd. Der Mann ist entlassen worden, jawohl, weil er einer der am meisten rechtsstehenden Generale war. Aber die Herren, die ihn kennen, werden zugeben, daß er nicht gerade einer von den Treibern, von den schlauen, von den gerissenen, von den pfiffigen Leuten war. Dahingegen ist seine rechte Hand, ein Mann, der zu der zuletzt charakterisierten Spezialität gehört, der klug und schlau ist, der **General v. Loßberg,** geblieben. Er war derjenige, der gerade für das entscheidende Schreiben verantwortlich war, der ein Rundschreiben herausgegeben hat, in dem er die Truppen aufforderte, zu der Kaiserfrage Stellung zu nehmen, für oder gegen den Kaiser, der die Truppen aufforderte, für oder gegen die Friedensunterzeichnung Stellung zu nehmen und sich darüber zu entscheiden, ob die Truppen bereit seien, eine solche Regierung zu unterstützen, die den Frieden unterschreibe. Ja, wenn ein General so etwas macht, dann sollte er nach meiner Überzeugung, wenn man republikanisch und demokratisch denkt, beseitigt werden. Aber er ist in der Liste der noch

(C)
im Dienst befindlichen Generale nach wie vor zu finden.

Ob der **General le Chavalier,** der Schwager des Januschauers, schon gegangen worden ist, weiß ich nicht genau, ich will es hoffen. Aber lange Zeit hat dieser allerreaktionärste Mann, der genau so denkt wie der Januschauer, das Kommando unter Herrn Noske in Stettin führen können. Er hat sich auch nach Deutsch-Krone begeben, um dort die dritte Division, die spätere Reichswehrbrigade, zu führen.

Andererseits stellen wir fest, daß der **Hauptmann Pflugk-Hartung,** der in dem Prozeß Liebknecht-Luxemburg eine Rolle gespielt hat, immer noch im Dienst befindlich ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir stellen weiter fest, daß bei den **Beförderungen,** von denen hier gesprochen ist, die angeblich ohne Ansehung der Parteiunterschiede, nur nach der Eignung vor sich gehen, sich ein Fall ereignet hat, daß von 7 Offiziersaspiranten befördert wurde der Feldwebel und **Offizierstellvertreter Krämer,** der bekanntlich mit dem Mörder der Matrosen, Marlow, in engster Verbindung gestanden hat.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wieweit er schuldig ist, keiner von uns kann es feststellen. Wir sind nicht an dem Gericht beteiligt. Aber die engen Beziehungen zu Marlow sind doch bekannt. Ebenso ist neben diesem Herrn aus den Reihen der sieben Aspiranten ausgerechnet der **Feldwebel Timschek** zum Offizier befördert worden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der sich in dem Fall Jogiches so hervorgetan hat.

Wir fragen nun, welche Grundsätze der Eignung bei diesen Avancements denn nun eigentlich gelten, Herr Noske? Es läßt das seltsame Schlüsse zu, wenn wir diese beiden

(D)
Avancements sehen.

Auf die **adelige Generalliste** ist schon hingewiesen. Ich will sie hier noch ganz kurz charakterisieren. Die Namen, die wir darin finden, sind bekannte alte reaktionäre Namen: Freiherr v. Lüttwitz, Freiherr v. Oldershausen, Generalleutnant v. Schoeler, Generalmajor v. Loßberg, Generalleutnant v. Esdorf, Generalleutnant v. Bernuth, Generalleutnant v. Owen, nicht zu vergessen: Generalmajor Maercker — ein Adliger ist es nicht,

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

aber ein so großer Intimus der Reaktion, daß er sehr gut in diese Gesellschaft paßt —, Freiherr v. Watter, der sich bei den Großindustriellen in Rheinland-Westfalen so nützlich betätigt, Generalmajor v. Hülsen, Generalmajor v. Grodbeck, Generalmajor Freiherr v. Diepenbroock-Gruyter, also ältester Adel, Generalleutnant v. Lequies, Generalmajor v. Lettow-Vorbeck, Generalleutnant v. Hülsen, Generalleutnant v. Stolzmann, Generalmajor Haas — endlich ein Bürgerlicher, von dem man bisher nichts gehört hat. Aber man braucht ja schließlich auch mal einen Süddeutschen dazwischen, man muß doch so tun, als ob man eine gewisse Demokratie aufrechterhält; das haben ja schon die altpreußischen Militaristen so gemacht. Die altpreußischen Militaristen sind sogar so weit gegangen, die technischen und Genietruppen, die Artillerie und die Pioniere durchweg mit bürgerlichen Generalen zu besetzen. Die Adligen waren, wie es scheint, nicht in der Lage, diese technischen und Genietruppen zu führen, dazu wurden vorwiegend bürgerliche Generale genommen. Aber jetzt braucht man das auch nicht mehr, beim neuen Militarismus sind die Adligen auch dazu fähig.

Ich will die Liste schließen mit dem Generalleutnant v. Eberhardt, von dem wir ja in den letzten Tagen aus dem Baltikum genügend gehört haben. Wieweit diese

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Herren als Stützen der Republik in Frage kommen, überlasse ich getrost der weiten Öffentlichkeit zu entscheiden. Die Liste ist vergangene Woche im „Militärwochenblatt" erschienen, sie ist also neu, und ich glaube kaum, daß in der letzten Woche noch ein großer Schub vorgenommen ist, der eine Änderung in republikanischem Sinne gebracht haben könnte. Ich kann mir aber vorstellen, wenn morgen oder übermorgen ein Prinz von Preußen, ein Hohenzoller, etwa der, der den „Vorwärts" wieder befreit hat, oder meinetwegen ein Wittelsbacher oder ein Zähringer, die Herr Dr. Haas so liebt, nach Deutschland kommen sollte und durch irgendeinen Putsch die Macht an sich reißen und Herrn Noske beseitigen sollte, dann hätten die sofort ihren ganzen Apparat wieder da. Die Herren „von und zu" wurden natürlich mit der größten Liebe und Wonne und Freude im Sinne dieser Herren, die da wiederkehren, arbeiten, und insofern ist es eine wunderbare Vorarbeit für die Monarchie, eine wunderbare Vorarbeit für die Konterrevolution, die mit dieser Besetzung der Stellen gemacht worden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Noske hat sich hier als vollständig kongenial mit seinem Freunde Heine in Preußen erwiesen, der auch alle diese Leute am Ruder läßt, und wenn morgen oder übermorgen ein König von Preußen oder sonst einer dieser Herren durch irgendein Ereignis die Macht wieder an sich reißt, kann er mit dem ganzen alten Apparat vollständig wieder in seinem Sinne arbeiten; er braucht gar nichts umzustellen, gar nichts zu ändern, es ist alles beim alten geblieben.

Aber Herr Noske ist Optimist. Er hat den Vorwärtsvertretern und den Vertretern der Großbetriebe der rechtssozialistischen Partei ausdrücklich versichert, die Herren Offiziere seien loyal, die Herren ständen auf seinem Standpunkt, und wenn irgendeiner einmal politisch unliebsames Aufsehen erregte, würde er entlassen, von denen täte keiner (B) mehr Dienst. Bei der Auswahl würde nach den strengsten Grundsätzen verfahren, und eine Gefahr der Gegenrevolution bestehe überhaupt nicht. Kein Wunder, wenn bei solcher Stellungnahme die Konservativen unter Umständen sogar mit ihm zufrieden sind, und wenn wir erleben mußten, daß Herr Dr. Hugo vor einiger Zeit gegenüber Erzberger gerade den Herrn Noske als die empfehlenswerte Statur in dem Ministerium anpries und Herrn Erzberger, dem Zentrumsmann, empfahl, sich nach diesem Sozialdemokraten zu richten. Wenn man so arbeitet, kann man sich über diese Zustimmung nicht wundern.

Es ist interessant, daß auch die rechte Hand des Herrn Noske, der Herr **Major v. Gilsa,** den der Herr Wehrminister heute so herausgestrichen und gelobt hat, zu diesen deutschnationalen Kreisen in engster Beziehung steht, respektive gestanden hat. Denn heute weiß man das nicht mehr, ob er noch in so engen Beziehungen steht. Jedenfalls ist er einer derjenigen gewesen, der als Parteigänger der Deutschnationalen Volkspartei zu bezeichnen war. Trotzdem war er geeignet, von Januar an bis jetzt die rechte Hand des rechtssozialistischen Ministers Noske zu sein, und Herr Noske freut sich noch über den Mann; er hält es nicht für notwendig, einen Republikaner, einen Offizier aus seinen Kreisen, einen der sozialdemokratischen Offiziere alten Schlages zu seinem Adjutanten zu machen. Die Sympathie der Deutschnationalen, das können wir getrost sagen, ist nur für ihr Werkzeug vorhanden. Sie empfinden es ganz genau, daß in dem Sinne, wie ich es hier eben charakterisiere, im Sinne dieser deutschnationalen Wiedergeburt in Deutschland, sowohl der Herr Heine wie auch Herr **Noske** arbeiten. Die „Korrespondenz" der Deutschnationalen Volkspartei hat es ja kürzlich ganz deutlich und in leider unparlamentarischen Ausdrücken, die ich hier nicht wiedergeben kann, gesagt, in welcher Weise man Herrn Noske einschätzt und wie man eines schönen Tages aus dieser Tatsache, daß man mit ihm spielen (C) könne, seine Folgerung ziehen will. Wie diese Folgerung sein wird, das wird Herr Noske dann ja selbst am eigenen Leibe zu spüren haben.

Wie tatsächlich die Befehle des Herrn Noske nicht ausgeführt werden und wie in Wirklichkeit der reaktionäre antirevolutionäre Geist in den früheren Stellen der Reichswehr sich breit gemacht hat, das hat ja das schöne Schreiben, das die „Freiheit" am Montag veröffentlichte, ganz deutlich gezeigt. Das Reichswehrgruppenkommando 1 hat — ausdrücklich persönlich gezeichnet — über die Lage im Innern am 10. Oktober eine Darstellung gegeben, die jetzt als eine persönliche Arbeit, eine subjektive Arbeit, hingestellt wird. Jawohl, sie ist subjektiv. In dieser subjektiven Arbeit heißt es aber:

> Seit Monaten tritt das Reichswehrgruppenkommando dafür ein, daß die **Verminderung des Heeres** nicht übereilt wird, daß man den Entwicklungsprozeß, denn ein solcher ist es, nicht gewaltsam überstürzt. Trotzdem versucht wurde, von hier aus in Erweiterung der Befehle des Kriegsministeriums die Verringerung des Heeres in ruhigere Bahnen zu lenken, stehen wir jetzt der Tatsache gegenüber, daß bei der Mehrzahl der unterstellten Verbände die Stärke rapide sinkt.

So wird es also gemacht, das Umgehen der Befehle, so stellt es sich dar, daß man auf die Befehle des Ministers nicht horcht, wie der Breslauer Offizier sagt. Man nennt das eine „Erweiterung" der Befehle. Natürlich, daß die Herren geschickt genug sind, eine Umschreibung für ihre Taten zu finden, glauben wir allemal. Aber wir sind doch gewohnt, mißtrauisch zu sein gegen diese Stellen, und wir meinen, daß auch Herr Noske und seine Parteigenossen dreifachen Grund hätten, mißtrauisch zu sein. Denn es wird festgestellt, daß die Organisation, die der Herr in dem Reichswehrgruppenkommando 1 dort gegen die Re- (D) volutionäre aufgebaut hat, sich auch gegen den linken Flügel der Mehrheitssozialisten richtet. Also die Untergebenen ihres Herrn Noske bereiten eine Organisation zur Unterdrückung des linken Flügels der Rechtssozialisten vor. Ich gratuliere Ihnen (zu den Sozialdemokraten) zu dieser Gesellschaft, ich gratuliere Ihnen dazu, daß Sie solche Leute stützen und bezahlen. Es kommt dann ein ausführlicher Plan, in welcher Weise man die neue Revolution, die angeblich Ihr linker Flügel mit uns zusammen vorbereitet, bekämpfen will. Ich will das hier nicht alles vortragen, es würde viel zu weit führen. Das, was ich vortrage, ist zwar nur das Material aus den letzten zwei, drei Wochen, es ist aber trotzdem so umfangreich, daß ich mich sehr kurz bei den einzelnen Dingen fassen muß. Es wird da ausdrücklich gesagt: Größte Vorsicht bei dem weiteren Ausbau des Heeres; die Leute, die man da zusammenstellt, müssen dreimal gesiebt sein; insbesondere aber rücksichtsloser und sofort aufzunehmender **Kampf gegen die Führer der Kommunisten und Unabhängigen** und ihre Helfer und Geldgeber. Ich frage den Herrn Noske, was soll diese Bemerkung heißen, was soll diese Hetze gegen einzelne Personen bedeuten? Er hat kürzlich in seinem Erlaß gegen die „Freiheit" behauptet, es gebe keine Mörderzentrale in Deutschland. Er hat behauptet, es gäbe insbesondere keine militärische Mörderzentrale. Wir haben andererseits aus dem Ledebourprozeß erfahren, daß es Stellen gibt, die Geld dafür zahlen, daß man einige Revolutionäre beseitigt. Wir wissen weiter aus den Fällen in Halle, daß es wohl Organisationen gibt, die darauf ausgehen, einzelne zu beseitigen, und deshalb frage ich: Was hat diese Bemerkung zu sagen: „Rücksichtsloser und sofort aufzunehmender Kampf gegen die Führer der Kommunisten und Unabhängigen und ihre Helfer"? Ist das die per-

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) sönliche Freiheit in der neuen deutschen Republik unter Noskes Gnaden?

Aber es kommt noch ein schöneres Beispiel dafür, wie es in der Republik aussieht; nicht nur die Führer, auch die Massen bekommen ihr Teil weg. Im achten Punkte heißt es: „Streikverbot und künftiger Abbau der Arbeitslosengelder.“ Also so weit sind wir schon. Herr Noske hat es so weit gebracht, daß die reaktionären Generale ganz selbstverständlich ein **Streikverbot** fordern und zu seiner Durchführung verlangen, daß man überall, wo man eingreift, den Belagerungszustand verhängen müßte. Das **Koalitionsrecht** der Arbeiter, ihr heiligstes Gut, die wichtigste Waffe des Proletariats soll ihnen von den rechtsgerichteten Generalen aus der Hand geschlagen werden, und zwar bei erster Gelegenheit, wo sich die Arbeiter irgendwie wieder gegen die heutige Regierung betätigen.

So sieht es aus in den leitenden Kreisen der Reichswehr.

(Zuruf rechts.)

— Das ist allerdings für die Arbeiter sehr unangenehm; daß es für Sie angenehm ist, beweist nur, wie nahe die Kreise, die diesen Erlaß herausgegeben haben, Ihnen (nach rechts) stehen,

(Zuruf rechts)

und wie nahe in dieser Beziehung Herr **Noske** mit Ihrer Geistesrichtung verwandt ist. Es war ein interessanter Zwischenruf.

(Zuruf rechts: Die Nichtarbeiter!)

Aber wie soll man die Knechte loben,
Kommt doch das Ärgernis von oben,
Wie die Glieder, so auch das Haupt,
Weiß doch niemand, an wen der glaubt,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weiß doch niemand, was Noske eigentlich will. Daß er noch den **Sozialismus** will, das kann er wirklich niemand in (B) Deutschland weismachen. Heute hat er ja nicht mehr davon gesprochen; er sprach von Volk und Wiederaufrichtung der Industrie in allgemeinen Redensarten. Nun ja, diese verwaschenen Dinge kann ja schließlich auch jeder Demokrat und Zentrumsmann, jeder deutschnationale Volksparteiler sagen, dazu braucht man nicht Sozialdemokrat zu sein. Jedenfalls wird er kaum behaupten wollen, daß er auf dem Boden des Sozialismus steht. Wie weit es wahr ist, daß er überhaupt ein anderes Glaubensbekenntnis abgelegt hat, können wir nicht nachprüfen, dazu sind unsere Beziehungen zu seinen Kreisen nicht eng genug. Jedenfalls, daß er in der Praxis weder die Gewerkschaften unterstützen will, noch den Sozialismus will, hat er deutlich erklärt. Er hat sich kürzlich über die weitere Ausbildung der Reichswehr geäußert und hat festgestellt, daß die **Reichswehr entpolitisiert** werden solle, daß von einer **Gewerkschaftsbewegung in der Reichswehr** nicht die Rede sein soll, daß sie kein politischer Diskutierklub sein solle; na, Schlußfolgerung: also eine Armee im alten Sinne. Ich stelle fest, daß der am weitesten rechts gerichtete Gewerkschaftsverband, die rechtsgerichtete Gewerkschaftszeitung der „Korrespondent der deutschen Buchdrucker“, sich dagegen doch verwahrt und in seiner neuesten Nummer vom 25. Oktober sagt:

> Wir sind demgegenüber der Meinung, daß die zukünftige Reichswehr eine Mustergewerkschaft sein sollte, in der die Leistung und Gegenleistung in vorbildlicher Weise als Recht und Pflicht einander die Wage halten müßten. Das dürfte nicht nur politisch klug sein, sondern eine soziale Notwendigkeit im Geiste der neuen Zeit.

Also die Rexhäuserjünger sind mit dem neuen Geiste und der neuen Zeit, wie sie Herr Noske versteht, noch nicht einmal einverstanden. Jetzt möchte ich wissen, wo er seinen Rückhalt in der sozialdemokratischen Bewegung (C) überhaupt noch hat, wenn ihn sogar die am weitesten rechtsgerichteten Buchdrucker schon verlassen.

Daß die Metallarbeiter in ihrer neuen Organisation von ihm und seiner Politik nichts wissen wollen, hat er ja wohl aus der Resolution, die auf dem Metallarbeiterkongreß angenommen wurde, deutlich genug erfahren, sodaß ich Sie ihm nicht vorzulesen brauche. Die Resolution war so schneidig, daß man sie nur unterstreichen kann und wünschen sollte, die gesamte Arbeiterschaft stellte sich auf denselben Boden, um so den Trennungsstrich zu ziehen zwischen uns und der Gewaltpolitik, die von dort getrieben wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß der Nachbeter oder Kollege im Geiste des Herrn Noske, Herr Wels, vom Sattlerverbande ausgeschlossen worden ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

gehört nur zur besonderen Charakteristik dieser ganzen Richtung.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Aber auch der Verein, der eigentlich noch am meisten Sachkunde auf diesem Gebiete haben sollte, mit dem Herr Noske doch in engster Beziehung stehen sollte, der Verband inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften, läßt in seinen Zeitungen und Schreiben deutlich genug erkennen, daß er, obwohl er auf dem Boden des Militarismus steht, zu uns also keinerlei Beziehungen hat — er ist ganz rechtssozialistisch orientiert; es gehören allerdings auch Demokraten hinzu —, die Auffassung des Reichswehrministers nicht teilen kann. Es müßte gerade umgekehrt gemacht werden, so schreibt sein Blatt: „An der Besetzung der neuen Truppen haben auch die Arbeiter und Gewerkschaften ein lebhaftes Interesse. Woher kommt der Haß gegen die Soldaten? Warum werden aus den Truppenteilen die organisierten Arbeiter entfernt? Weil sie den Vorgesetzten ein Dorn im (D) Auge sind.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ist das keine Politik? Wo wird sie getrieben, — bei uns oder im anderen Lager? Eine Antwort darauf zu geben ist überflüssig.“

Der Herr Reichswehrminister Noske sprach auf dem Parteitage von einer demokratisch-sozialistischen Truppe. Wo ist diese jetzt noch? fragt der Verband inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften. Was soll man zu der Entpolitisierung sagen, nachdem selbst diese Soldaten, die bereit sind, Berufssoldaten zu werden, Herrn Noske diese Antwort gegeben haben? Entpolitisierung heißt: zurück zum alten System!

Ich glaube es Herrn Noske, daß er dabei ganz im Sinne der alten Offiziere spricht. Die alten Offiziere, in deren Geist Herr Noske diese Forderung aufstellt, werden mit der Entpolitisierung sehr gern einverstanden sein. Sie werden sogar auf ihr **Wahlrecht** verzichten. Sie werden sagen: Was brauchen wir das Wahlrecht! Sie werden auch damit einverstanden sein, daß die Soldaten kein Wahlrecht haben. Deshalb sehen sie es ja auch gern, daß junge Leute, wie es jetzt geschieht, in die Truppenkörper hineingehen. Denn wenn diese jungen Leute sich nicht mit der Politik beschäftigen dürfen, sich nicht gewerkschaftlich betätigen dürfen, also nur unter dem Kommando der Offiziere stehen, dann ist es klar, daß diese Truppe eine feste Macht in der Hand der Offiziere wird. Die brauchen dann kein Wahlrecht mehr; denn diese tatsächliche Macht ist viel größer als die Macht des Stimmzettels, den sie bei den Wahlen in die Wagschale werfen dürften. Daß die Herren mit der Entpolitisierung einverstanden sind, ist sehr zu begreifen, aber daß Herr Noske noch glaubt, Sozialdemokrat zu sein, wenn er so redet, ist sehr bedauerlich.

(**Koenen,** Abgeordneter.)

(A) Ich komme nun zu einem anderen Kapitel!

(Zuruf: Haben Sie noch viel?)

— Ich stelle fest: Das sind nur Ereignisse aus den letzten zwei bis drei Wochen. Wir hätten heute das Recht, mit Herrn Noske Generalabrechnung vom ersten Tage der Revolution an zu halten. Wir verzichten darauf; das Volk draußen besorgt die Sache! Sie müssen es uns aber schon gestatten, das, was in den letzten zwei bis drei Wochen, seitdem unsere letzten Redner, die Genossen Henke und Cohn, gesprochen haben, passiert ist, hier kritisch zu erörtern.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, wenn Sie die Sache ein wenig zusammenziehen könnten, wäre ich Ihnen dankbar. Sie haben schon einundeinehalbe Stunde gesprochen.

(Zustimmung.)

Koenen, Abgeordneter: Ich werde mir die größte Mühe geben, noch kürzer zu sein, muß aber darauf hinweisen, daß Herr v. Graefe fast zwei Stunden gesprochen ist.

Präsident: Bitte, es sind nur eine Stunde vierzig Minuten gewesen; ich habe genau nachgezählt.

(Heiterkeit.)

Koenen, Abgeordneter: Ich werde mich bemühen, so konzentriert wie möglich zu sprechen. — Zum Übergang sei gesagt, daß selbst die Angestelltenvereine, die doch wahrhaftig nicht im Geruch stehen, alle sozialdemokratisch zu sein, sondern die ihre Mitglieder bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein haben, bei den neuesten Handlungen des Herrn Noske einen scharfen Trennungsstrich zu ihm hin gezogen haben. Die Afa, die Vereinigung der freien Angestellten, hat gegenüber dem, was Herr Noske die **„Technische Nothilfe"** nennt, ausdrücklich erklärt, daß sie das Eingreifen der Nothilfe (B) verurteile und die vom Generalkommando erlassenen Befehle zum Eingreifen der Nothilfe aufs schärfste zurückweist. Sie haben Stellung dazu genommen und fordern vom Standpunkte der Gesetze der Menschlichkeit aus — also nicht des Sozialismus —, daß mit diesen Mitteln der technischen Nothilfe nicht gearbeitet wird, weil das ein Bruch des Koalitionsrechtes sei, das unangetastet bleiben und bedingungslos anerkannt werden müßte. Die Militärbehörden hätten kein Recht, sich irgendwie in die organisatorischen Fragen der Arbeiter einzumischen.

Als die „Technische Nothilfe" ins Leben trat, kamen mir die **Hintzegarden der Jahre 1911/12** in Erinnerung. Als der Herr Reichswehrminister kürzlich eine Charakteristik der Truppenzusammensetzung hier in Berlin gegeben hat, in der er sich gegen den Geist der Truppen, der immer weiter heruntersinke, wandte, dachte ich mir, es ist doch etwas daran, daß die Zusammensetzung immer mehr dem nahekommt, was wir vermuten und befürchten, nämlich der der Streikbrechergarden von früher. Da mache ich auch Sie von der rechtssozialistischen Partei auf das aufmerksam, was damals der Streikbrecherführer Hintze von seinen Leuten gesagt hat, was sich gegen die organisierten Arbeiter mißbrauchen läßt, was das für Leute sind, die zu Streikbrechern werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das können Sie nicht miteinander vergleichen!)

Herr Hintze sagte damals: „Die Kerls kriegen nicht mehr bezahlt, als ein gewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die Gefahr, die Aufregung, det Wichsendürfen und det ungestrafte Loshauen, det de Fetzen fliejen, det reizt se." Wenn Sie an die Landsknechte in Kurland denken, dann werden Sie zugeben, daß die Gefahr besteht, daß dieser Geist der Streikbrecherei in den Truppen Eingang findet. Es gilt, dieser (C) Gefahr entgegenzuwirken, denn wir kommen bösen Zeiten entgegen, wenn etwa der Geist der Hintzegarden auch in den Kreisen der Reichswehr zur Geltung kommen sollte. Die Taten, die sich bei dem **Gesellenmord in München** ereignet haben, zeigen ebenso deutlich diesen Geist auf.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Und der Geiselmord?!)

— Ich spreche vom Gesellenmord in München! Daß wir den Geiselmord verurteilen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, Herr Krüger. Fragen Sie doch nicht erst so! Aber wenn Sie etwas davon hören wollen, Herr Krüger, dann bitte schön, will ich Sie fragen: billigen Sie es, daß die Geiselmörder zum Tode verurteilt werden, während die Gesellenmörder mit Gefängnisstrafen und Geldstrafen weggekommen sind.

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Nein, nein, ich billige gar nichts. Ich hätte von Ihnen erwartet, daß Sie damals, als wir hier darüber beschlossen haben, eine andere Stellung zu der Todesstrafe eingenommen hätten. Jedenfalls hat sich von Ihnen kein Mensch dagegen gewehrt, und Ihre rechtssozialistischen Minister in Bayern sind es gewesen, die die **Todesstrafe gegen die Geiselmörder** bestätigt haben, während auf der anderen Seite die Richter von Bayern, die dem Volksgericht angehörten, die Gesellenmörder billig haben davonkommen lassen. Hier in Berlin war es ja so ähnlich mit den Runge usw.

Es kommt hinzu, daß der Schuldige an diesem Gesellenmord — oder wenigstens einer der Mitschuldigen —, ein Hauptmann Sutenberg, wie mir mitgeteilt worden ist, noch hier in Berlin Dienst tun soll. Ich bitte nachzuprüfen, ob diese Meldung, die mir aus Soldatenkreisen ausdrücklich gemacht worden ist, richtig ist.

Jedenfalls zieht dieser Geist der Streikbrechergarden, (D) den wir damals alle einmütig bekämpft haben, immer mehr in diese Kreise ein, die sich bisher zur **Reichswehr** gerechnet haben. Wir haben als Volksgenossen das größte Interesse daran, daß dem rechtzeitig gesteuert wird, damit die Gefahren und die **Zusammenstöße** nicht noch schlimmer, noch gräßlicher, noch blutiger werden.

Wenn aber der Herr Noske jetzt sagt — und insofern muß man wieder das Wort anwenden: „Wie soll man denn die Knechte loben, kommt doch das Ärgernis von oben" —, er habe ausdrücklich im März befohlen, scharf zuzufassen, und jetzt noch wieder die Erklärung abgegeben: je kleiner die Truppe ist, um so schärfer muß sie zupacken; dann darf man sich allerdings nicht wundern, wenn es auch zu Übergriffen kommt. Ich erinnere daran, daß das viel schlimmer ist als etwa der Schießerlaß des Herrn v. Jagow. Als Herr v. Jagow seinen Schießerlaß anläßlich der Unruhen, die die Streikbrechergarden hervorgerufen hatten, herausbrachte, war helle Entrüstung im Reichstag. Sogar der „Reichsbote" — der konservative „Reichsbote"! — hat sich dagegen gewendet, daß Herr v. Jagow damals sagte, der Schutzmann, der nicht rechtzeitig schießt, der zu spät schießt, würde bestraft. Das ist ungefähr dasselbe, was Herr Noske jetzt sagt, indem er fordert, daß die Leute rechtzeitig eingreifen, und indem er zuläßt, wie das in den Märztagen war, daß ohne jedes Gesetz und Recht einfach standrechtliche Erschießungen von einzelnen vorgenommen werden konnten. Wenn er von scharfem Zupacken spricht, wenn er sich als Scharfmacher seinen Truppen gegenüber darstellt, so kann man sich auch nicht darüber wundern, wenn es zu solchen blutigen Zusammenstößen kommt. Wir erheben gegen diesen Geist den allerschärfsten Protest und verwahren uns dagegen, daß von solcher Stelle aus wieder aufs neue Verhetzung in die Volkskreise hineingetragen wird.

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Wie die **technische Nothilfe** nur den Streikbruch macht und wie sie eine Dienerin der Kapitalisten wird, haben wir jetzt in dem Falle von **Bitterfeld** in krassester Form erlebt. Kein Mensch hat sich um diese Bewegung gekümmert, die eine rein örtliche Angelegenheit der Grubenverwaltung mit ihrem Betriebsrat war. Durch Verhandlungen des dortigen Bezirksrats waren die Differenzen schon fast beigelegt. In diesem Augenblick kommt die nicht von den Behörden, sondern von den Kapitalisten herbeigerufene technische Nothilfe,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die in Wirklichkeit gar keine technische Nothilfe war, sondern einfach eine Reichswehrgruppe, die mit Maschinengewehren, mit Panzerwagen usw. die Grube besetzte. Dann versuchten sie das Werk wieder in Gang zu bringen. Das ist aber nicht zustande gekommen. Sie hat nur manches verpfuscht und in Unordnung gebracht. Erst durch unsere Beauftragten, die unabhängigen Vertreter des Bezirksarbeiterrats, ist eine Basis geschaffen worden, auf der die Verständigung möglich war. Herr Noske hat den letzten Punkt daruntergesetzt, indem er zustimmte, daß die zu Unrecht nur vom Militär Verhafteten wieder freigelassen wurden. Typisch bei diesem ganzen Vorgang ist aber, daß man keine Zivilbehörden braucht, sondern die Kapitalisten rufen die Streitbrecherhilfe an, und sie ist da. Das wirkt in diesem Zusammenhange nur provokatorisch, und wir haben uns dagegen zu verwahren, daß man das Streikrecht der Arbeiter zu brechen versucht. Denn in dem Augenblicke, wo die Truppen kamen, saß der Direktor auf hohem Pferde, und die unrechtmäßige Entlassung von einigen Arbeitern, die den Tarifvertrag nicht annehmen wollten, wurde damit begründet, daß man sagte: die Leute haben gehetzt; sie haben erklärt, daß sie den Tarifvertrag nicht annehmen können, und das nennt man hetzen. So ein Mann wird eingesperrt vom Militär, (B) er wird nicht etwa den berufenen Gerichten übergeben. Es besteht dort kein Belagerungszustand, aber man verhaftet den Mann, sperrt ihn in eine Stube und stellt einen Militärposten davor. Das ist die Wirkung der technischen Nothilfe, nichts weiter als eine Liebedienerei gegenüber den reaktionären Kapitalisten. Die Gewerkschaften haben aus ihren Kreisen bereits den lebhaftesten Protest dagegen erhoben.

Die **Zschornewitzer** Arbeiterschaft hat sich auch dagegen verwahrt, daß das **Elektrizitätswerk** bei Gelegenheit des Metallarbeiterstreiks in Berlin durch die Noskegardisten stillgelegt worden sei. Sie erklären ausdrücklich, daß sie sich nur nach der Gewerkschaftskommission richten und sagen zum Schluß:

> Die Arbeiterschaft weiß, was sie für eine Macht hat, wenn sie festgeschlossen zusammensteht. Sie wird sich durch nichts beirren lassen, wenn es heißt, für die Rechte der Arbeiter zu kämpfen. Sie wird sich selbst durch Noske und seine Macht nicht beirren lassen.

Unterschrieben von den Vertrauensmännern der Arbeiter. Sie sehen also hieraus, welche Stimmung Sie durch solche Taten bei der deutschen Arbeiterschaft auslösen.

Dazu kommt, daß der Ausschuß des **Wirtschaftsverbandes der gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaften**, der im Zusammenhange mit der Reichsregierung begründet worden ist, planmäßig die organisierte Versklavung der Arbeiter zu betreiben versucht. Nicht genug, daß wir militärische Streikbrecher durch die technische Nothilfe bekommen, sondern es sollen aus militärischen Beständen auch noch Zivilstreikbrecher zusammengestellt werden. Man will eine Stelle schaffen, in der man arbeitslosen Offizieren im Sinne der Großindustriellen eine geeignete Unterkunft schafft und **Arbeitertruppen** zur Verfügung stellt, die gegenüber den irgendwie sich rührenden Arbeitern eingreifen.

Der ganze Plan ist in drei Artikeln bei uns behandelt. (C) Ich will sie nicht weiter erörtern, sondern nur feststellen, daß die militärischen Stellen sich einseitig im Geiste des Großkapitals gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter betätigen. Ich empfehle den Rechtssozialisten und den christlichen Gewerkschaftsangestellten diese Ausführungen, wo in drei Artikeln das Rundschreiben des Wirtschaftsverbandes gemeinnütziger Arbeitsgenossenschaften niedergelegt ist, ausdrücklich zum Studium. Es steht darin, daß beim Reichswehrministerium Bereitwilligkeit besteht, in dem Sinne der Streikbrecherorganisationen im Heere zu wirken. Zu dieser Zusammenfassung kommt noch, daß im Sinne der planmäßigen Unterhöhlung der Arbeiterorganisationen durch Organe der Reichswehr und Generalkommandos mit Spitzelorganisationen gearbeitet wird.

Diese **Spitzelorganisationen** verdienen eine besondere Charakterisierung. Die „Freiheit“ war in der Lage, vor einigen Tagen eine Veröffentlichung aus Stettin zu bringen, wo das Generalkommando des zweiten Armeekorps eine ausgiebige Untersuchung der einzelnen Vorkommnisse in den Eisenbahnwerkstätten angestellt und eine ganze Menge von Arbeitern denunziert hat als Leute, die die Arbeiter verhetzten. Es sind auch Ihre Leute (zu den Sozialdemokraten), gegen die man sich dort wendet, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das Schreiben ist von einem Major v. Falckenhausen unterschrieben, natürlich einem Adligen, der zu den Generalen paßt. Dieser denunziert Genossen vom deutschen Eisenbahnerverband und der U. S. P. und sagt, daß sie die Leute belästigen und von der Arbeit abhalten. Daraufhin hat das Ministerium des Innern und der Oberbürgermeister die ganze Sache untersucht, und es hat sich herausgestellt, daß an der ganzen Geschichte kein Wort wahr ist, daß es Spitzelarbeit der niedrigsten Sorte ist, daß alle diese Geschichten Übertreibungen sind, daß eine Reihe der denunzierten Eisenbahner gar nicht der U. S. P. angehören. (D) Es hat sich also dabei herausgestellt, daß in niedrigster Weise gegen die Arbeiter intrigiert wird, weil sie sich organisieren. Das letztere ist eine Gefahr für die Offizierskamarilla, gegen die sie ankämpft.

Im gleichen Sinne gibt es Fälle in unserer Gegend, die ganz dasselbe zeigen und beweisen, daß man eben die Organisationen haßt, die sich überhaupt aktiv betätigen, wobei es gleichgültig ist, in welchem Geiste sie arbeiten. Ich habe schon auf den Bitterfelder Fall hingewiesen, wie entgegen dem Sinne der neuen Verfassung das Militär zu Verhaftungen geschritten ist. Wir haben festzustellen, daß die Verfassung durch die Militärbehörde auch noch in anderer Weise überschritten worden ist.

Die Verfassung verlangt, daß der **Belagerungszustand** nicht mehr auf Grund der alten Bestimmungen verhängt wird, daß ohne Verhängung des Belagerungszustandes keine Eingriffe mehr erfolgen können. Trotzdem haben wir erlebt, daß in **Schmalkalden** der Belagerungszustand, ohne formell verhängt zu sein, einfach durchgeführt wurde, indem man auf Grund eines Verfassungsbruchs das Militär einrücken ließ. Die Bevölkerung hat damals Kartoffeln verlangt; eine berechtigte Forderung! Diese Kartoffeldemonstration hat man beantwortet, indem man als Kartoffelersatz Noske hingebracht hat. Ein rechtssozialistischer Landrat ist es gewesen, der diesen Streich auf dem Gewissen hat. Dabei stelle ich fest, daß in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 25. September der Wunsch geäußert wurde, einmal ein Gutachten darüber zu haben, inwieweit der Belagerungszustand auf Grund der neuen Verfassung noch gültig sei. Der zuständige Dezernent hat geantwortet, daß die Landesgesetze über den Belagerungszustand außer Kraft seien, daß es keinerlei andere Vorschriften über den Belagerungszustand gebe als die in der Verfassung enthaltenen Richtlinien,

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) und daß lediglich auf Grund des Art. 48 der Verfassung noch Eingriffe erfolgen könnten. In Schmalkalden ist man ohne Anwendung des Art. 48 vorgegangen und hat die Noskesoldaten auf die dortige Bevölkerung losgelassen, nur weil sie Nahrungsmittel verlangte und weil sich die unabhängige Mehrheit nicht ohne weiteres und geduldig einen rechtssozialistischen Landrat aufoktroyieren lassen wollte. Die Sache hat dann weiter um sich gegriffen. In dem benachbarten **Kreise Ohrdruf** ist ebenfalls infolge der durch die Soldaten hervorgerufenen Erregung eine neue Unruhe entstanden. Da hat man sich denn darauf besonnen, daß man in Schmalkalden einen Fehler gemacht habe, und hat in dem Kreise Ohrdruf auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung über die Bezirke Cassel-Schleusingen, Mehlis, Ohrdruf, Stadt Celle usw. den Ausnahmezustand verhängt. Grund dafür sind „Massendemonstrationen",

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

„gewalttätige und andere ungewohnte ungesetzliche Handlungen". Ein sehr schwammiger Begriff, mit dem man alles beweisen kann. Tatsache ist, daß das Ganze nur ein Reflex des Eingreifens des Militärs in Schmalkalden ist, daß also dort keine Unruhen ausgebrochen wären, wenn man nicht entgegen der Verfassung das Militär in Schmalkalden hätte eingreifen lassen. Aber was schert sich der neue Militarismus um die Verfassung! Das ist alles ganz gleichgültig, die Hauptsache ist, das geschossen wird, das geknallt wird, und die Arbeiter haben dabei die Opfer zu bringen.

Ein ähnlich krasser Fall der Verstoßung gegen die Verfassung ist die **militärische Briefzensur,** die in Eisenach und **Halle** festgestellt worden ist. Darüber haben Sie ja schon einiges in den Zeitungen gelesen. Ich will nur ganz kurz mitteilen, daß unser Eisenacher Parteiblatt am 9. Oktober bekannt gibt, daß ihm ein Kuvert mit der be-

(B) sonderen Adresse, aber unfrankiert, unter dem Namen „Heeressache" zugegangen ist. Die Rückseite trägt den Stempel „Bezirkskommando" Eisenach. In diesem Umschlag war ein Brief von der Redaktion des „Volksblattes" in Halle. Der Brief trug die Adresse „Redaktion der Eisenacher Volkszeitung, Eisenach, Postschließfach 76" und war erbrochen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf der Vorderseite befand sich der Stempeldruck: „Bezirkskommando Eisenach, eingegangen den 5. Oktober 1919." Das ist wirklich das höchste, was man sich vorstellen kann. Nicht nur, daß ein Geheimkabinett in Dresden für Briefe nach Österreich besteht, wo alle Privatbriefe geöffnet werden und die Kapitalisten und andere verdächtige Personen überwacht werden, das Bezirkskommando nimmt sich jetzt auch schon heraus, den Schriftwechsel zwischen unabhängigen sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen zu öffnen und zu kontrollieren.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das geschieht im Befehlsbereich der berühmten **16. Reichswehrbrigade,** die durch Herrn Noske die ausdrückliche verfassungswidrige Anweisung erhalten hat, daß sie auch ohne den Willen der Zivilbehörden und gegen den Willen der Zivilbehörden nach eigenem Ermessen eingreifen könne. Ich fordere den Herrn Reichswehrminister auf, diese **Verfügung** zurückzuziehen. Das Militär hat kein Recht, **ohne Wissen und Willen der Zivilbehörden einzugreifen.** Ich kann mir ja vorstellen, daß es den Herren unangenehm ist, wenn in Mitteldeutschland, in den Bezirken Halle, Erfurt und in Thüringen eine Reihe von Zivilbehörden jetzt von Unabhängigen verwaltet werden, wenn es unabhängige Kreistagsmehrheiten gibt, wenn es unabhängige Ausschüsse gibt und wenn es Unabhängige gibt, die Bürgermeisterstellen bekleiden. Das gibt aber den Herren, die sich immer auf

(C) die Demokratie berufen, noch kein Recht, nunmehr den Militärs zu sagen: ihr habt euch über diese Stellen hinwegzusetzen und selbständig zu handeln. Die Militärs haben gar nicht selbständig zu handeln, wenn die Zivilbehörde es nicht von ihnen fordert. Das Militär ist unbedingt den Zivilbehörden unterzuordnen. Erst wenn die Zivilbehörden zustimmen, hat das Militär ein Recht, einzugreifen. Wir fordern, daß Herr Noske, wenn er überhaupt noch einen Funken von Demokratie in sich trägt, diesen Erlaß an die 16. Reichswehrbrigade aufhebt. Ich erinnere den Herrn daran, daß der Vorkämpfer des Liberalismus, Staatsrechtslehrer Professor Buntschli, schon vor längerer Zeit über die Revolution gesagt hat, die Herr Noske angeblich fürchtet und deren Träger er ja wohl in den unabhängigen Behörden Mitteldeutschlands wittert, daß diese **Revolution** als Voraussetzung hat einen starken Widerspruch zwischen dem politischen Treiben und dem Verlangen einer Nation und der bestehenden Staatsform, der sich zur Unerträglichkeit steigert. Er ist dabei, diese Spannung durch seine Methode zur Unerträglichkeit zu steigern. Die Voraussetzung zu einer solchen Umwälzung ist der Mangel an gesetzlicher Befriedigung der dringend gewordenen Volksbedürfnisse, und wenn sich ein Volksbedürfnis herausstellt, daß die Leute sich selber unabhängige Leute in ihre Verwaltung wählen, so hat Herr Noske kein Recht, einzugreifen und diese gesetzliche Befriedigung des Volksbedürfnisses mit Militärgewalt zu untergraben. Das einzige und sichere Mittel, die Revolution zu verhindern, wäre nach Buntschli die rechtzeitige Reform, die aber auch im neuen Deutschland nicht erfolgt. Das Hauptverschulden an der Revolution liege auf der Seite der legitimen Gewalthaber — wie wir ja jetzt in der Person des Herrn Noske einen vor uns haben —, die ihre Autorität mißbrauchten und ihre Pflicht verletzten; nicht auf seiten der

(D) mißregierten Nation, die einen natürlicheren und besseren Rechtszustand forderte, liege die Schuld. Ich bitte den Herrn Reichswehrminister Noske, von diesem liberalen Vorkämpfer zu lernen, in dem Sinne den Belagerungszustand anzuwenden, und dafür zu sorgen, daß er nicht mehr gegen uns angewendet wird.

Ein ähnliches krasses Kapitel, das gegen uns ausschlägt, sind die **Zeitungsverbote.** Ich erinnere daran, daß das Organ der Arbeiterräte Deutschlands, die **„Republik"**, immer noch unterdrückt ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß dieses glänzend geschriebene Organ mit einer falschen Begründung verboten worden ist und daß der Herr Reichswehrminister es gewagt hat, gegen die Leute, die das Blatt herausgegeben haben, mit Bemerkungen zu operieren, als man ihn über dieses Verbot interpellierte, die offensichtlich ein Unrecht bedeuten, um nicht einen unparlamentarischen Ausdruck zu verwenden. Er hat in dem Zusammenhang ausdrücklich gesagt, daß die Leute „Aasgeier der Revolution" seien; er behauptet, daß er den „Aasgeiern der Revolution" nicht die Bewegungsfreiheit geben könne, sich auf die Bevölkerung zu stürzen. Zu den Leuten, die dieses Blatt herausgeben, gehört unser Genosse Däumig, der seit Jahrzehnten in unserer Bewegung steht und die Revolution vorbereitet hat, der nicht hinterher wie ein Aasgeier über die Revolution hergefallen ist wie mancher andere, und es gehört zu den Herausgebern unser Genosse Wilhelm Herzog, der bereits im Jahre 1915, als es noch gefährlich war, ein Friedensfreund zu sein, in seinem Blatt, dem „Forum", die Friedensschalmei geblasen hat, sodaß sein Blatt deswegen von der alten Regierung unterdrückt wurde. Damals war es der Freund und Gesinnungsgenosse des Herrn Noske, der ausdrücklich sagte, daß dieser Mann, Herr **Herzog,** ein vorzüglicher Journalist sei. Er wandte

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) sich gegen diese Gewaltmaßnahmen und erklärte am 11. Oktober 1917 noch Herrn Heine:

> Dann die direkten Verbote von Zeitschriften! „Das Forum", herausgegeben von Wilhelm Herzog, einem unserer feinsten Publizisten, wurde im Sommer 1915 vollständig unterdrückt. Die Zeitschrift hat keinen Satz gebracht, der nicht von der Zensur genehmigt war. Trotzdem ist sie nachher verboten worden, weil ihr ganzer Geist diesen Menschen der Geistlosigkeit zuwider ist.

Ich muß schon sagen: Herr Heine hat damals Recht gehabt, und wenn damals „Das Forum" dieses feinsinnigsten Publizisten und nachher die „Republik" desselben feinsinnigen Publizisten verboten wurde, so trifft dieselbe Charakteristik auf die jetzigen Leute zu, die die „Republik" verboten haben, wie auf die damaligen Machthaber. Von beiden gilt, wenn Herr Heine sagte:

> Trotzdem ist die Zeitschrift nachher verboten worden, weil ihr ganzer Geist diesen Menschen der Geistlosigkeit zuwider war.

Ich erwarte nach diesen Feststellungen, daß der Reichswehrminister Noske das Verbot gegen die „Republik" endlich aufhebt und uns Meinungsfreiheit gestattet, daß er den Schriftleitern, denen sein Parteigenosse während des Krieges ein Ehrenzeugnis ausgestellt hat, jetzt wieder den guten Leumund zuerkennt, daß er die Beleidigungen, die er ausgesprochen hat, von demselben Platz aus, wo er sie ausgesprochen hat, zurücknimmt, wenn er weiter noch in den Kreisen seiner Genossen als anständiger Politiker anerkannt werden will. Der „Vorwärts" hat — das sei zur Beruhigung des Gewissens des Herrn Noske noch gesagt — alles zurückgenommen, was er gegen unseren Genossen Herzog gesagt hat. Auf Grund desselben Materials, auf das sich Noske stützt, hatte nämlich der „Vorwärts" ebenfalls Hetzartikel gebracht. Er schreibt,

(B) nachdem er das hat zurücknehmen müssen: „wir bedauern den persönlichen Angriff auf einen Mann, dessen ehrlichen Kampf wir trotz der Meinungsgegensätze nicht in Zweifel ziehen können". Ich erwarte von Herrn Noske, daß auch er jetzt zum mindesten diese selbe Erklärung abgibt.

Aber wie er sich bei seinen Verboten von ganz besonderen Grundsätzen leiten läßt, das hat ja das Verbot der „Freien Jugend", von dem er heute gesprochen hat und das **Verbot der „Freiheit"** bewiesen. Als Grund für das Verbot der „Freiheit" wurde angegeben, daß wir behauptet hätten, in Deutschland gäbe es militärische Mörderzentralen. Nein, nein! Das stand nicht in der „Freiheit", sondern es stand darin, daß es in Deutschland Mörderzentralen gebe, die hochbezahlte Mordbuben suchen. Gegen das Militär war dieser Ausdruck nicht angewendet. Aber was kommt es bei Herrn Noske darauf an! Er will eben verbieten. Daß es, abgesehen von militärischen, über die wir hier nicht streiten können, für die wir keine Beweise haben, in Wirklichkeit solche Zentralen gibt, wird wohl Herr Noske auch nicht bestreiten können. Trotz dieses Unrechts in der Begründung hält er das Verbot drei Tage aufrecht.

Genau dieselbe Geschichte hatten wir bei unserm Organ in Danzig: das **„Freie Volk"** wurde aus denselben Gründen drei Tage verboten, ohne daß man nachprüft, ob das in dem Aufruf steht, was man in der Begründung angenommen hat. Herr Abgeordneter Haas hat gesagt, man sollte mit den Verboten vorsichtiger sein. Er hat recht, er hat gemerkt, wohin die Reise Noskes geht, daß man sich unsterblich kompromittiert, wenn man so weiter arbeitet.

Die **„Freie Jugend"** ist auch wegen eines Artikels verboten worden, der gar nicht in dem Blatte gestanden hat. Nicht mal die Überschriften hat man in der „Freien Jugend" nachgelesen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber das Verbot ist einmal da, und es geht der Ehre (C) des neuen Militarismus und Noskes zu nahe, diesen Fehler einzusehen. „Ich habe verboten, also bleibt es dabei! Gründe suche ich mir nachher!" Dann wird die „Freie Jugend" hinterher durchgelesen, und in welchem unabhängigen Blatte wird man nicht Gründe finden, die für Noske und seine Offiziere zu einem Verbot ausreichen könnten!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da könnten Sie jede Tageszeitung, jede Zeitschrift, jede unabhängige Zeitung in Deutschland verbieten, wenn Sie solche Sätze des Artikels hinterher als Begründung anführen. Damit machen Sie wirklich keinen Eindruck mehr; sondern Sie stellen sich auf den Standpunkt der Richter, die wir früher in Deutschland immer so sehr

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und heute noch!)

bekämpft haben, die auf alle Fälle verurteilen wollten, denen jeder Grund für die Verurteilung recht war, und wenn ihnen der Rechtsanwalt den einen Grund, auf Grund dessen sie zunächst nach der Anklageschrift verurteilen wollten, entzogen hatte, dann fanden diese Richter — das wissen Sie noch ganz genau — doch einen Grund zur Verurteilung, weil man eben verurteilen wollte. Diese Taktik haben Sie (zum Reichswehrminister Noske) eingeschlagen, Sie sind auf dieses Niveau hinuntergesunken. Wir verwahren uns dagegen und verlangen, daß Sie ihre Fehler eingestehen und sagen; „Jawohl, wir haben das übersehen! Es ist eine untergeordnete Stelle schuldig! Ich will ihnen recht geben! Der Personenwechsel hat dazu geführt! Fehler wird eingesehen! Freie Jugend wird erlaubt!" Aber nein! Wie kann man eine Jugendorganisation, die im unabhängigen Geiste geführt wird, erlauben! Solche Freimütigkeit läßt man bei uns nicht zu. Ja, die Deutschnationalen können Jugendbewegung und Jugendverhetzung betreiben, sogar in den (D) Kasernen, sogar bei den Kriegsgefangenen. Bei ihnen ist noch keine Jugendorganisation verboten worden. Nur wenn es sich um den Antisemitismus handelt, hat man gefunden, daß Herr Noske aus einem besonderen politischen Maxime eingegriffen hat. Aber bei uns heißt es: „Gründe? Luxus! Tut nichts! Der Jude wird verbrannt!"

Genau so steht es mit der **„Jungen Garde"**, die von den Kommunisten herausgegeben wird. Na, die Kommunisten haben sich dadurch nicht einschränken lassen, sie pfeifen auf die Gesetzlichkeit in diesem Sinne, auf die papiernen Vorschriften, wie sie Herr Noske herausgibt, und geben ihr Organ illegal mit der Unterschrift „Noske, du kannst uns was" oder so ähnlich heraus. Die **„Jugendinternationale"** ist ebenfalls verboten worden, und nach dieser planmäßigen Bekämpfung der Jugend muß ich allerdings Herrn Noske das Zeugnis eines ganz außerordentlich befähigten Jugenderziehers ausstellen. Wir kennen ja diese Jugenderziehungsmethoden. Wenn Herr Noske sie jetzt anwendet, bekommen sie einen ganz besonderen Sinn. Wir danken ihm für diese Art Jugenderziehung, daß er sie auch auf unsere Jugend anwendet. Er wird die Früchte davon ernten. Die Jugend wird revolutionär in unserem Sinne zu denken lernen, wenn man sie so behandelt.

Aber nicht nur die politische Meinungsfreiheit, nicht nur die Arbeiterratszeitung, sondern auch die **Witzblätter** werden jetzt verfolgt; nicht das deutschnationale Witzblatt, sondern natürlich ein oppositionelles Witzblatt. Der **„Faun"**, ein politisch-satirisches illustriertes Wochenblatt, ist verboten worden; Gründe gibt man nicht an, man verbietet eben auf Grund des Belagerungszustandes, ohne daß man in das Verbot Gründe hineinschreibt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: War vielleicht ein Bild von Gustav darin?)

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Dieser „Faun“ hat eine Reihe schöner Bilder gebracht, die freilich Herrn Noske nicht gefallen haben. Aber das Blatt hat nur politische Satire getrieben; das stelle ich fest, während auf der anderen Seite Herr Noske in der Nationalversammlung am 7. Oktober feststellt, daß auf Grund des Belagerungszustandes leider Blätter, die Schweinereien bringen, die homosexuelle Dinge bringen, nicht verboten werden könnten. Das ist aber eine seltsame Auffassung: wenn jemand sich politisch mißliebig macht, dann kann man das Blatt verbieten, aber wenn er sonst den Kulturstand des Volkes untergräbt, ist man heutzutage machtlos. Ich meine, wenn man überhaupt in die Pressefreiheit eingreift, dann sollte man es umgekehrt tun. Den politischen Witz und die politische Satire, die sollten Sie, Herr Noske, dem Volke nicht auch noch rauben. Lassen Sie wenigstens dem erbärmlich mißhandelten Proletariat noch das bißchen Humor; wenn Sie ihm auch den nicht gönnen wollen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Erbitterung über Ihre Politik immer lebhafter wird.

Zu der kleinen Blütenlese der letzten zwei bis drei Wochen kommt noch das **Verbot** unserer neuesten Zeitung im Ruhrgebiet, **des „Ruhrecho“**. Die Genossen haben dort über den Hungerstreik in Werl geschrieben und haben gefragt: „Wie lange soll die Schande des Belagerungszustandes noch dauern?“, und wegen dieser Überschrift hat der Reichskommissar Severing im Verein mit dem deutschnationalen Freiherrn v. Watter — die Verbrüderung der gesamten militaristischen Tendenzen zeigt sich auch hier wieder — das Blatt verboten. Wie kann man aber auch fragen, wie lange die Schande des Belagerungszustandes noch dauern soll? Ja, der **Belagerungszustand ist bei Euch keine Schande mehr**. Das mußten wir ja eigentlich wissen. Aber wir haben bisher noch ein klein wenig Zutrauen zu den Rechtssozialisten gehabt. Wir

(B) haben immerhin gehofft, sie könnten eines guten Tags sich noch daran erinnern, daß sie während des Krieges auch gegen den Belagerungszustand gewettert haben. Sie tun das nicht mehr, sondern geben alles preis. Man darf nicht mal fragen, wielange die Schande des Belagerungszustandes dauern wird; da wird das Blatt eben verboten. Ja, wir müssen schon glauben, daß es rechtssozialistische Parteiinteressen waren, die in diesem Falle zum Durchbruch kamen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Das Blatt ist Euch unangenehm geworden, weil es das erste große unabhängige Blatt in Essen im Ruhrbezirk war. Deswegen habt Ihr die Mittel des neuen Militarismus angewendet, weil Ihr alle vom Noskeschen Geist angesteckt seid. Wir verwahren uns dagegen und fordern, daß man das Blatt freigibt, nicht auf ewige Zeiten verbietet.

Zu den Verboten, die ich bisher skizziert habe, kommt noch ein anderes, das ebenso klassisch ist, das genau dieselben Tendenzen enthält. Es kommt von dem Gevatter des Herrn Severing, von Herrn Hörsing in Oberschlesien. In **Oberschlesien** war unsere Partei dabei, sich auch für diesen Industriebezirk ein Organ zu schaffen. Ja, das ist eine dumme Sache für die Rechtssozialisten, insbesondere wenn man so veranlagt ist wie **Herr Hörsing**, der ehemalige — —, ich will ihn nicht charakterisieren; ich hätte da manches Material vorzubringen. Wenn man so veranlagt ist wie Herr Hörsing, ist es natürlich peinlich, wenn man sich durch ein unabhängiges Blatt auf die Finger sehen lassen muß. Zunächst bekommt das Blatt kein Papier. Das Blatt sucht nun, von hinten herum teures Papier zu kaufen. Das gelingt ihm auch. Papier ist da, bezugsscheinfreies Papier. **Man will das Blatt** drucken lassen. Da kommt Herr Hörsing und verbietet (C) das Erscheinen der **„Arbeiterpost“** vollständig.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordner! Soviel ich weiß, ist Herr Hörsing kein Angehöriger oder Beamter der Reichswehr und wir sind an der Reichswehr. Es fehlen jetzt noch vier Minuten, daß Sie zwei Stunden gesprochen haben.

(Hört! hört!)

In zwei Stunden kann man unendlich viel sagen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann habe ich aber alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß man beim Stoff bleibt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir sind an der Reichswehr, ich lasse von nichts anderem reden.

Koenen, Abgeordneter: — Das ist sehr gut, Herr Präsident. Ich glaube, bemerken zu dürfen, daß Herr Hörsing Beauftragter der Reichsbehörde ist und daß er dort den Belagerungszustand, der nur von den Militärs ausgeführt wird, durchzuführen hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Infolgedessen hängt das mit dem Militäretat sehr eng zusammen. Zeitungsverbote lassen sich von dem Belagerungszustand und dem Militäretat nicht trennen.

Ich bin auch mit diesem Falle fertig. Ich wollte nur noch einen weiteren Fall vortragen, in dem nach den bisherigen Praktiken unsere Blätter auf Grund des Belagerungszustandes unterdrückt werden. Auch da war es die rechtssozialistische Angst vor unserer Kritik, die zu diesem Verbot geführt hat. Ein Fall, der ganz deutlich den Charakter des Militarismus an sich trägt. Unsere **„Bergische Volksstimme“** hat von dem Oberstleutnant und Abschnittskommandeur Schönian vor wenigen Tagen, am 17., eine Zustellung bekommen, in der ihr angedroht wird, (D) daß infolge ihrer in unwahrer Weise gegen die Regierung getriebenen Hetze, die in hohem Maße zum Widerstand gegen sie auffordere, das Blatt schon jetzt gegen die Ruhe und Ordnung verstoße, infolgedessen ein Verbot zu gewärtigen habe.

Es ist eine ganze Reihe von Verboten in den letzten zwei bis drei Wochen ausgeführt worden. Die Verbote häufen sich in einer Weise, die wahrhaftig die Stellungnahme der Nationalversammlung verlangt. Deshalb sind wir in diesem Falle mit den Deutschnationalen, denen auch einige Male Verbote gedroht haben, darin einig, daß wir die Entschließung, die sie eingebracht haben, bis zu einem gewissen Grade unterstützen. Sie fordern, daß man die Reichsregierung ersucht, den Oberbefehlshaber in den Marken anzuweisen, die **Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand** anders zu regeln als bisher, ungefähr so, wie es der alte Reichstag verkündet hat. Da wundere ich mich sehr, daß die verschiedenen Redner der Mehrheitsparteien, die damals unter der alten Regierung diesen Antrag eingebracht haben, jetzt überhaupt keine Erklärung dazu abgeben.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Herr Haas hat es offen abgelehnt!)

Der rechtssozialistische Redner sagt garnichts, der Zentrumsredner meines Wissens auch nichts, und der Herr Haas ist von diesem Antrag abgerückt. Sie sind also wieder an einer Stelle angelangt, wo sie das verraten haben, was sie früher selber als ihren Grundsatz aufgestellt haben: Milderung des Belagerungszustandes, die sie vom alten Regime verlangt haben. Sie sind jetzt, wo es um ihr Regime geht, die Reaktionäre, die genau so denken und fühlen, wie das die Reaktionäre früher getan haben. Wir stellen das fest und werden das auch draußen vor der Bevölkerung feststellen.

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Ich habe noch eine andere Frage an den Herrn Minister Noske zu richten. Es sind in Rheinland und Westfalen auf Grund des Belagerungszustandes **Versammlungsverbote** ergangen, z. B. in Schwerte, wo man die Versammlung verboten hat, weil über die Teuerung gesprochen werden sollte. Ein sehr revolutionäres Thema, das Herrn Noske vielleicht unangenehm ist! Weil als Referent unser Genosse Stroinsky reden sollte, wurde die Versammlung verboten.

Noch schlimmer ist ein Fall in Buer in Westfalen. Da wurde die Genehmigung mit der vielsagenden Begründung versagt, daß für den 9. November höheren Orts besondere Bestimmungen erlassen worden sind.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich frage an, ob es wahr ist, daß für den 9. November, den Revolutionsfeiertag, wie die Rechtssozialisten sagen — für uns ist es kein Feiertag mehr —, besondere Anweisungen ergangen sind. Wenn das wahr ist, müssen wir schon jetzt bei der Regierung unsere Verwahrung einlegen.

Ich stelle in diesem Zusammenhange fest, daß die Erbitterung da drüben wegen der Teuerung usw. besonders groß ist, weil in dem Zentralgefängnis in Werl, wo die Opfer des Belagerungszustandes noch immer schmachten, in diesen Tagen Fälle von Todesopfern infolge des **Hungerstreiks** vorgekommen sind. Unter anderem hat ein schwer Kriegsbeschädigter, der in seinem Heimatlazarett Bielefeld für seine kriegsverletzten Kameraden eingetreten war, den Hungertod erleiden müssen, zur Schmach und Schande für das neue Deutschland.

(Zurufe: Freiwillig!)

— Ja, allerdings, als Kämpfer gegen diese Regierung ist der Mann freiwillig zum hungern gekommen, wozu man glücklicherweise noch nicht gezwungen werden kann.

(Schlußrufe.)

Wenn dann auf der anderen Seite gegenüber diesen (B) Auswüchsen des Belagerungszustandes und der Militärherrschaft Streiks ausbrechen, so untergräbt diese Noskepolitik weiterhin unser so trauriges Dasein in Deutschland immer mehr.

Ich erinnere weiter daran, daß ein Hungerstreik der Schutzhäftlinge in Königstein ausgebrochen ist, und fordere die Regierung auf, daß auch dort eingegriffen wird. Wir verlangen nicht viel. Wir verlangen Gerechtigkeit von der Regierung, wir verlangen, daß die Leute anständig behandelt werden. Vom Essen allein kann der Mensch nicht leben. Wir sind Kulturmenschen und verlangen kulturgemäße Behandlung.

(Erneute Schlußrufe.)

Unser Genosse Ferchland, der Militärbevollmächtigte des Soldatenrats in Halle, ist ebenfalls in den Hungerstreik eingetreten.

(Verstärkte Schlußrufe.)

— Ich stelle fest, daß gerade da, wo ich die kläglichsten Fälle der Militärgewalt Deutschlands, die Hungerstreiks, hier erörtere, die Herren hier Schluß rufen. Das mag Ihnen allerdings peinlich sein.

Wir stellen weiter fest, daß dieser Hungerstreik zu einer besonders krassen Erscheinung geführt hat. Als man Ferchland vom Militärgefängnis in das Militärlazarett übergeführt hat, hat man diesen erschöpften, verhungerten Menschen unter die Bewachung von vier Noske-Soldaten gestellt, angeblich, um einen Fluchtversuch zu verhindern. Auch ein Zeichen der neuen Zeit!

Weiter hat man Schutzhaftgefangene in Berlin —

(Schlußrufe.)

— Beschweren Sie sich nicht, wenn ich so lange rede; beschweren Sie sich, wenn die Militärgewalt in zwei Wochen so viel anhäufen kann, wenn sie in zwei bis drei Wochen uns so viel Material lieferte.

(Fortgesetzte Schlußrufe.)

Ich muß mich beschweren, daß das Oberkommando (C) Noske, Abteilung III, am 6. dieses Monats erklärt hat, daß die **Schutzhaftgefangenen** nur noch unter Bewachung eines Beamten mit ihrem Verteidiger sprechen können.

(Fortdauernde Schlußrufe.)

Das hat selbst das alte Regime nicht gewagt. Ich stelle fest, daß Schutzhaftgefangene selbst in Zeiten des Krieges vom Oberkommando die Erlaubnis bekommen haben, mit ihrem Verteidiger ohne jeden Zeugen sprechen zu können. Unter Ihrem Regiment ist auch das nicht mehr zulässig. Das übersteigt doch wirklich langsam alles, was man sich überhaupt nur vorstellen kann.

Wenn Sie nun daneben sehen, wie die Offiziere in ihren engeren Kreisen ganz bewußt von nahenden Putschen reden, wie sich in den **Einwohnerwehren** jetzt schon eine Krisis zeigt, weil man mit Putschen rechnet, und in den Einwohnerwehren eine Spaltung sich bemerkbar macht, die deutlich zeigt: die einen wollen den Putsch mitmachen, die anderen nicht, — dann beweist das eine krisenhafte Stimmung bis in die höchsten Kreise hinein. Das zeigt sich auch auf dem Lande deutlich genug. Wie der Landrat des Kreises Kyritz ganz offenkundig gesagt hat, ist die Einwohnerwehr auf dem Lande dazu da, um eventuell die Bauern vor den Angriffen der Städter zu schützen, wenn sie sich Nahrungsmittel holen wollen; sie würden es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Sie sehen, was Sie mit Ihren Einwohnerwehren da erreicht haben.

Leider wird uns nun gesagt, daß wir, wenn wir diese Bewaffnungen auf allen Seiten kennzeichnen, damit eine hundsgemeine Denunziation, wie ein Redner gesagt hat, an die Entente geben. Nein, das ist nicht wahr. Wir sehen aber auf der anderen Seite, daß die gegenrevolutionären Sammlungen, die wir hier immer wieder feststellen, tatsächlich im weitesten Umfange vor sich gehen. Nicht nur, daß wieder der Offiziersbund Geld von (D) industriellen Kreisen nimmt, die gegenrevolutionären Sammlungen auch für die Zeitfreiwilligenwehren, auch für die Einwohnerwehren gehen von den besitzenden Kreisen aus. Der Leipziger Bürgerausschuß will 2 Millionen Mark sammeln, um seine Einrichtungen für die **Konterrevolution** zu stärken, und er fordert die Meister und besitzenden Unternehmer auf, für diese Einrichtungen ihm neue Summen zu geben, genau so wie sie damals Geld aufgebracht haben vor dem Einmarsch der Maerckertruppen in Leipzig, wo man auch erst einige Tausend Mark hat opfern müssen, eine kennzeichnende Inbeziehungsetzung dieser Aktion zum Kapitalismus.

Dieselben Tendenzen, die wir hier sehen, sehen wir in den Zeitfreiwilligenregimentern und in der neuen Organisation, die sich da gegenrevolutionär gegen uns betätigt, dem „Stahlhelm“. Auch der **„Stahlhelm“**, der ehemalige Bund der Frontsoldaten, hat sich in die Reihen der Gegenrevolution einreihen lassen. Er fragt ausdrücklich an, in welcher sonstigen Schutzorganisation man noch ist, und teilt mit: als Stahlhelmmitglied genießen Sie im Falle des Alarms dieselben Vorzüge wie die Reichswehr in bezug auf Löhnung, Verpflegung und Versorgung. Sie sehen also hier, daß wir neue Kompagnien, militärisch bewaffnete Organisationen, bekommen. Das ist eine militärische Organisation, bei der wir zu fragen haben: wie steht Herr Noske dazu? Ist es wahr, daß er die Mittel dazu hergibt, daß diese Stahlhelmwerbungen, diese Kompagnien aufgestellt werden? In dem Brief, den die Werbestelle aus Magdeburg vor einigen Tagen nach Delitzsch gerichtet hat, sagt sie wiederholt, daß die Organisation der Stahlhelmkompagnien mit der mehrheitssozialistischen Partei in Beziehung steht und die Unterstützung des Herrn Noske habe und ebenso die Unterstützung sämtlicher militärischen Parteien, also auch hier

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) der militärische Block von links bis rechts. Die Adresse ist Leutnant Broß in Magdeburg, Goethestr. 54, der diese Behauptungen aufstellt und wiederum sagt, daß die Entschädigung genau nach den Sätzen der Reichswehr für Löhnung und Verpflegung im Bedürfnisfalle sich richtet. Im Bedürfnisfalle entweder gegen den äußeren Feind oder den inneren Feind. Eins ist so ungerecht wie das andere und eins so unmöglich wie das andere.

Daneben bilden sich in den Dörfern **Einwohnerwehren, Bürgerschutzgarden,** bei denen festgestellt ist, daß sie Gewehre auf den Dörfern in den Wohnungen haben. Es ist nicht so, wie behauptet wird, daß die Gewehrschlösser wo anders sind. Aber darauf kommt es nicht an, der Gemeindevorstand handelt doch im Einverständnis mit den Einwohnern. Gibt man den Bürgern in den kleinen Städten erst Waffen, dann ist das die Bewaffnung der Gegenrevolution. Sie wird von Herrn Noske gezüchtet. Wie eng dabei die Beziehungen zu dem Großkapital sind, zeigt der Fall, wie in Cönnern, um ein Beispiel von vielen zu geben, die Übungen der Maschinengewehre, die seltsamerweise von dieser Bürgerschutzgarde oder Einwohnerwehr gebraucht werden, in den Kellern der Aktienmalzfabrik, dem größten industriellen Werk des Ortes, ausgeführt werden.

Aber auch die **Zeitfreiwilligenwehren** üben sich dauernd im Scharfschießen. Das dritte Regiment der Reichswehrbrigade 15 ladet zu solchem Scharfschießen ein, das im Anschluß an einen Bierabend stattfinden soll. Das Scharfschießen und der Bierabend sollen dazu dienen, die Kameradschaftlichkeit herzustellen und das Reichswehrregiment mit dem Zeitfreiwilligenregiment in Verbindung zu bringen, und die Einladungen hierzu werden als Heeressache verschickt. Ich frage Herrn Noske, wie stark sind diese Zeitfreiwilligenregimenter in Deutschland? Bisher hören wir von 400 000 Mann Reichswehr. Wie-(B)weit aber dieser Ausbau der Zeitfreiwilligenregimenter gediehen ist, das sagt Herr Noske nicht. Wieviel Bürgerschutzgarden und Einwohnerwehren vorhanden sind, verrät er ebenfalls nicht. Wieviel Kompagnien Stahlhelmorganisationen vorhanden sind, erfahren wir auch nicht von ihm. Wir möchten aber eine Antwort auf diese Frage. Und wir stellen fest, daß die uns zugegangene Vorlage des Ausschusses auf Bewilligung von 1 500 000 Mark für die Einwohnerwehren, damit diese in militärische Verbände gegliedert werden können und dieselbe Löhnung und Verpflegung wie die Reichswehr erhalten, genau so wie alles, was ich mitgeteilt habe, in offenem Widerspruch zu den Friedensbedingungen steht.

(Zuruf rechts: Gehören Sie zur Entente?)

— Ich habe heute die Solidarität mit unseren Genossen in Frankreich und in Rußland festgestellt

(Zurufe rechts)

und die Frage aufgeworfen, die auch unsere französischen Sozialisten aufgeworfen haben, ob es wahr ist, daß die Regierung mit der Entente zusammen uns und die russischen Revolutionäre bekämpft, und die Tatsachen, die ich vorgeführt habe, bestärken uns in dem Verdacht, daß diese ganze Organisation zugelassen und gebilligt worden ist, sonst könnte man solche Vorlagen jetzt nicht einbringen, die dem **Friedensvertrag** widersprechen. Die Entente drückt wahrscheinlich beide Augen zu, weil sie in diesen Organisationen ihre gegenrevolutionären Stützen in Deutschland und gegenüber den russischen Revolutionären erblickt. In diesem Sinne berufen wir uns darauf — ohne daß wir mit den Ententeimperialisten, die Sie (nach rechts) näher kennen als wir,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die Ihnen finanziell vielleicht mehr verschwägert sind als uns —, daß das dem Wortlaut des Friedensvertrages und dem Beschlusse der Nationalversammlung widerspricht; denn die Nationalversammlung hat diesem Friedensvertrag zuge- (C) stimmt. Der Friedensvertrag ist die Grundlage unserer Verfassung. Wenn Sie auf dem Boden der Verfassung stehen, heißt es, die Beschlüsse auszuführen und nicht hintenherum Mogeleien zu machen, Ausgaben zu machen, die in die Milliarden gehen, um die Gegenrevolution zu stützen.

(Große Unruhe. — Zurufe: Schämen Sie sich! Pfui!)

Darauf kommt es an. Wir verwahren uns dagegen, daß deutsche Steuergelder in diesen Zeiten dazu verwandt werden, die Gegenrevolution zu bezahlen.

(Andauernde große Unruhe und Schlußrufe. — Wiederholte Rufe: Schämen Sie sich!)

— Das Schämen können Sie als Kapitalisten besorgen; denn Sie sind mit den Ententemächten mehr verschwägert als ich.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe keine Veranlassung, irgendwelches bedrückendes Gefühl zu empfinden.

(Andauernde erregte Zurufe links und rechts.)

Die gleichen Forderungen, die unsere Genossen in Frankreich und Rußland erheben, erheben wir hier. Die **internationale Abrüstung** verlangt, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung durchgeführt werden. Der Beschluß sagt nicht nur, daß die Polizeiverwaltung nicht erweitert werden darf, daß keine militärischen Übungen stattfinden dürfen,

(andauernde Unruhe)

er sagt auch, daß die Unterrichtsanstalten, die Sport- und Wandervereine jeder Art militärische Angelegenheiten zu unterlassen haben und daß keine Ausbildung mit Kriegswaffen erfolgen darf, und aus unserem antimilitaristischen Geist, aus unserer Friedensliebe heraus verlangen wir,

(große Heiterkeit)

daß diese Bestimmungen des Friedensvertrags durchgeführt werden; denn wenn sie nicht durchgeführt werden, wird das die Grundlage neuer Kriege. Wenn Sie eine Militärorganisation aufbauen, die die Bewaffnung des (D) ganzen deutschen Volkes bedeutet,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann haben Sie die Gefahr, daß neue Kriege kommen,

(Zurufe: Landesverrat!)

und die verehrten Herren, die hier von Landesverrat reden, — —

(Zuruf rechts: Sie sind ein Hochverräter! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Diese Bemerkung rührt mich überhaupt nicht, bilden Sie sich nicht ein, daß das irgendeinen Eindruck auf uns machen kann.

(Andauernde erregte Zurufe.)

Wenn Sie etwa glauben, daß wir uns durch solche Zwischenrufe irgendwie gekränkt fühlen, sind Sie im Irrtum. Solche Angriffe prallen an uns ab, weil wir ein reines Gewissen haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Andauernde erregte Zurufe links und rechts.)

Aber was aus Ihren Zwischenrufen spricht, ist Ihr böses Gewissen, meine Herren;

(Heiterkeit)

Sie möchten nämlich gern einen neuen Krieg,

(Unruhe und Zurufe)

und zu diesem neuen Krieg brauchen Sie eine neue Armee

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und brauchen Sie die neue Bewaffnung,

(andauernde Unruhe und Zurufe)

nicht weil die Entente uns angreifen will, sondern weil Sie in dem Sinne, wie die Agitation unter den Kriegsgefangenen jetzt schon betrieben wird, weil sie Revanche üben müßten,

(Rufe: Hu! hu! rechts)

das Volk in einen neuen Krieg hetzen möchten, deshalb möchten Sie die Bewaffnung.

(Schlußrufe.)

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) Insofern sind Sie nicht Hochverräter oder Landesverräter, aber Verräter des Volkes!

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir verlangen, daß es dabei bleibt, daß die Bedingungen des Friedensvertrags und die Beschlüsse der hochwohllöblichen Nationalversammlung durchgeführt werden, — mehr nicht! Wenn Sie uns dann Landesverräter nennen, machen Sie sich selbst lächerlich.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn nun aber hier davon gesprochen wird, daß diese **Reichswehr** noch ein schwaches Kindchen sei, das kaum laufen könne und daß infolgedessen keine Gefahr besteht, so möchte ich Herrn v. Graefe sagen: das ist nicht wahr! Sie mag vielleicht in seinen Augen noch ein Schwächling sein, aber bei den Organisationen der Gegenrevolution, die ich vorgeführt habe,

(Rufe: Hu! hu! rechts)

muß man schon feststellen, daß sich dieses schwache Pflänzchen unter der sorgsamen Obhut des rechtssozialistischen Ministers Noske sehr gut entwickelt hat.

Die alten Traditionen sind alle wieder da. Gucken Sie sich den Flitter, den Firlefanz, die Paraden, die forschen Reden usw. an, — es ist alles, wie es war. Man kann sagen: Wilhelm kehre zurück, es ist alles vergeben! Noske kann es viel besser.

(Heiterkeit.)

So stehen die Dinge jetzt. Wenn sich selbst Ludendorff über diese Reichswehr schon freut, so ist das für uns Beweis genug, daß die Gefahr himmelhoch gewachsen ist, wie es der Offizier aus Breslau Ihnen gesagt hat. Wenn Herr Ludendorff, den Scheidemann ja richtig gekennzeichnet hat, schon mit dieser Tendenz einverstanden ist, dann sollte Noske wahrlich zum Nachdenken kommen. Aber die Hoffnung darauf haben wir aufgegeben; es ist ganz ausgeschlossen, daß wir auf eine (B) Wendung hoffen können, denn, wie ich schon sagte, Noske kann es viel besser als Wilhelm.

(Zuruf: Wie lange wollen Sie noch ablesen?)

— Ich bin gleich fertig!

(Rufe: Gott sei Dank!)

Wilhelm hat das Wort vom **„inneren Feind“** geprägt, und dieses Wort ist an Noske übergegangen. Der „innere Feind“ sind wir, und Sie sind desselben Geistes wie Noske, der Ihr Vertreter ist. Wilhelm hat auch das stolze Wort geprägt, das er schon am 18. April 1891 zu den Offizieren sprach: „Das sind die Herren, auf die ich mich verlassen kann“ — nämlich die Offiziere! — Genau das, was Noske jetzt den rechtssozialistischen Arbeitern und Funktionären sagt: „Das sind die Leute, auf die ich mich verlassen kann; die stehen treu zu mir“. Genau so, wie Wilhelm die „Armee als das Instrument zur Aufrechterhaltung seiner Autorität im Innern“ bezeichnete, könnte Noske heute sprechen. Genau derselbe Ton, genau derselbe Klang! Die Reichsexekutive ist gar nichts anderes, wie die Armee als Instrument zur Aufrechterhaltung der Autorität der Regierung im Innern dient. Sie sehen also: es hat sich nichts geändert. „Wenn die Herren Hochverräter —

(große Unruhe und Schlußrufe)

kommen“ — so sagte Wilhelm — „nun, dann rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren und den Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.“ Ist das nicht die Sprache Noskes, die uns da entgegentönt, daß er die Zeitfreiwilligen, die Einwohnerwehren, die Stahlhelmkompagnien und die Offiziere der Reichswehr rufen wird, um gegen uns, den „inneren Feind“, die „Hochverräter“, wie Sie uns nennen, aufzutreten, um ihn von diesen Elementen zu befreien? Dieselbe Tonart, derselbe Geist, dieselben Worte! Wilhelm war ja noch der reine Waisenknabe. Wilhelm hat gesagt: „Ihr Rekruten müßt unter Umständen, wenn sich im Vaterlande Unglaube (C) und Mißmut erhebt, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederschießen oder niederstechen; dann besiegelt die Treue mit der Aufopferung eures Herzbluts.“ Wilhelm hat aber bloß geredet, und wir haben mit diesem Wort dreißig Jahre lang Agitation getrieben. Er hat aber dieses Wort vom **Schießen auf Vater und Mutter** kaum einmal wahr gemacht. Während der Revolutionszeit aber, unter rechtssozialistischer Herrschaft, ist dieses Wort zur Tat geworden, daß die Truppen des Reichs, die Soldaten der Reichsregierung wirklich in die Lage versetzt worden sind, auf Vater und Mutter zu schießen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Noske das in den letzten Tagen nicht mehr so oft zugelassen hat, so ist das zu begrüßen. Aber er hat immer wieder gesagt, daß es die Pflicht der Heeresverwaltung und der Truppenteile sei, gegen verhetzte Mitbürger vorzugehen.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten: Eichhorn!)

— Ich komme gleich auch darauf noch! — Andererseits ist aber festgestellt worden, daß der damalige Kriegsminister v. Einem ausdrücklich sagte: „Das tatenlustigste Mitglied der Armee weiß ganz genau, daß uns auf der Straße kein Lorbeer blüht.“ Diese Lorbeeren sich zu holen, ist den rechtssozialistischen Ministern überlassen.

(Zurufe links: Brandstifter!)

Also muß man schon feststellen, daß wir weit hinter den Zustand zurückgefallen sind, den wir damals kritisiert haben.

Wenn Sie nun von der **Gewaltanwendung** sprechen, die einzelne Volksteile in bewegten Augenblicken **gegen** diese **Truppen** begangen haben — —

(D) (Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten: Von euch aufgeputscht!)

— Das ist doch lächerlich, wenn Sie so etwas sagen! —

(Zurufe von den Mehrheitsparteien.)

Ein Rechtssozialist, der ein bißchen die Geschichte der Revolutionen kennt und die Geschichte der Volksbewegungen kennen sollte, der die ganze Agitation kennt, die die Rechte gegen uns getrieben hat, der sollte doch wissen, daß man stets von Hetzern, Verschwörern und Aufwieglern geredet hat, daß aber der Urgrund dieser Aufstände von Professor Bluntschli, diesem liberalen Herrn, richtig gezeichnet worden ist, indem er ausdrücklich sagte, daß sie die Folge der falschen Regierungsmaßnahmen sind, daß man dafür nicht das Volk verantwortlich machen müsse, sondern immer die Regierung. Kein Sozialdemokrat, sondern ein Liberaler hat auf diesem Standpunkt gestanden, und dieser liberale Staatsrechtslehrer hat mehr recht als die aufgeregten Leute, die hier sitzen.

(Lachen bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Deswegen stelle ich fest:

Wenn der Gequälte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unverbrüchlich, wie die Sterne selbst —,

(lebhafte Zurufe: Armer Schiller! — stürmische Heiterkeit)

daß das etwas ganz anderes ist, als wenn eine Regierung mit einer organisierten, staatlich zusammengefaßten Macht, mit einer von einem bewußten Willen beseelten Organisation solche Akte begeht. Das war uns früher selbstverständlich. Früher haben wir über dergleichen Dinge nie gestritten.

(Ach! rechts und bei den Mehrheitsparteien.)

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) Seitdem man Regierungspartei geworden ist, muß man anders reden. Früher war es selbstverständlich, daß solche Einzelerscheinungen, wo das Volk von unten auf in solchen Zuckungen sich Luft macht, aus einer anderen Tendenz hervorgehen, als wenn eine organisierte Regierung mit Waffengewalt gegen das Volk vorgeht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Mehrheitsparteien: Gegen Verbrecher!)

Kautsky hat in seiner letzten Broschüre — um auch auf diese Opfer zu sprechen zu kommen — davon gesprochen, daß der weiß-rote Terror

(Zurufe: Wie lange lesen Sie noch!)

— es ist das letzte Blatt, Sie können sich also trösten! —, hat davon gesprochen, daß der russische Terror 6000 Opfer gefordert hat. Er klagt darüber, daß in den zwei Jahren Revolution 6000 Menschen ihr Leben haben lassen müssen. Wir haben darüber geklagt und gestöhnt, wer weiß wie sehr, und haben uns auch agitatorisch dagegen gewandt, daß bei dem weiß-finnischen Schrecken 13 000 Sozialdemokraten um ihr Leben gebracht worden sind. Was hat uns nun aber der konterrevolutionäre Krieg, der Krieg zur **Unterdrückung der revolutionären Elemente** in Deutschland gebracht? Nach gewissenhaften Zählungen und Schätzungen einzelner Leute

(ironische Zurufe: einzelner Leute!)

geht das weit über die genannten Zahlen hinaus.

(Wiederholte Zurufe.)

Weit größere Ziffern kommen hier in Frage, die in den Kämpfen zur Bekämpfung der revolutionären Strömungen unter den Schüssen gefallen sind. Im ganzen Kriege 1870/71 haben wir 28 000 Tote gehabt. Wenn das Regiment, das wir jetzt haben, noch eine Weile am Ruder ist, und wenn es uns nicht gelingt, die Massen im Zaume zu halten,

(B) (Lachen bei den Mehrheitsparteien und rechts)

wenn es den Provokateuren, den bezahlten Subjekten der rechtsgerichteten Parteien, den Spitzeln gelingt, die Leute weiter vor die Flinten zu treiben, dann werden Sie es wohl sehr bald dahingebracht haben, daß dieser Krieg innerhalb Deutschlands, der Krieg gegen die revolutionären Elemente, ebensoviel Todesopfer erfordert wie der ganze Krieg 1870/71. Und wenn Sie nun etwa glauben, daß Sie, die Rechtssozialisten, bei der Wirkung aller dieser Vorgänge noch irgendeine Verbindung mit dem revolutionären Proletariat anknüpfen, so sind Sie durch die Zustimmung, die Sie Noske durch die 500 Funktionäre in Berlin haben aussprechen lassen — die wenigen Leute, die sich dagegen ausgesprochen haben, haben Sie kaltgestellt, ja Sie haben sie sogar ausschließen wollen — für das Proletariat gerichtet. Diese Opfer in den revolutionären Kämpfen unter den antirevolutionären Schlägen der von Noske geführten antirevolutionären bewaffneten Macht, dieses Blut kommt auf das Haupt der Parteien, die diese reaktionäre Macht organisiert haben. Deswegen stehen wir im bewußten Gegensatz zu Ihnen allen von rechts bis links als die Vertreter des wirklichen revolutionären Proletariats. Keine Brücke mehr führt von uns zu Ihnen hinüber, wir fühlen keinen Zusammenhang mehr mit Ihnen. Deshalb lehnen wir das, was Sie von uns fordern, ab, weil wir nicht Ihre Organisation zur Vergewaltigung des Proletariats unterstützen wollen. Genau so, wie wir früher nicht die Organisation unterstützt haben, die ein Herrschaftsapparat des kapitalistischen Staates schon früher war, so können wir auch dem jetzigen Minister keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, um uns nicht selbst mit diesen Mitteln abwürgen zu lassen.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zischen bei den übrigen Parteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn (C) Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Niemand wird von mir erwarten, daß ich auf das Sammelsurium von Redensarten und Übertreibungen des Vorredners im einzelnen eingehe. Nur ein paar ganz knappe Feststellungen. Wenn Unabhängige — das habe ich schon wiederholt gesagt — über Vergewaltigung und Verhetzung reden, so wirkt das immer komisch. Sie sind nicht die rechten Protestler dafür.

Der Abgeordnete Koenen hat sich darüber beklagt, daß nach **Schmalkalden** Soldaten gekommen sind. Ich kann nicht finden, daß es ein unabänderliches Menschenrecht der Unabhängigen ist, Mehrheitssozialdemokraten halbtot zu schlagen, und daß wir dazu ruhig sind.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Von Halbtotschlagen kann gar keine Rede sein!)

Wenn Sie das tun, dann werden wir immer wieder das mit dem erforderlichen Nachdruck zurückweisen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Es ist doch kein Mensch totgeschlagen worden!)

Der Abgeordnete Koenen hat davon gesprochen, daß in verschiedenen Gefängnissen **Hungerstreiks** im Gange sind. Ich werde nachher im Stenogramm nachlesen, was er darüber im einzelnen vorgetragen hat; Ungehörigkeiten wünsche ich nicht. Mir ist in den letzten Tagen über einen Fall von Hungerstreik berichtet worden. Der Mann hat fünf Tage lang gehungert und hat es glänzend überstanden: in der Nacht hat er Schokolade gegessen!

(Stürmische Heiterkeit.)

Richtig ist, daß ich für Berlin angeordnet habe, daß Verteidiger mit **Schutzhaftgefangenen** nicht mehr ohne Kontrolle verkehren dürfen. Das ist darauf zurückzuführen, daß bei einem Gefangenen Kassiber gefunden worden sind, in denen steht, „Gib dem Verteidiger nur ruhig die Briefe (D) mit; er ist absolut sicher."

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Herr Koenen hat danach gefragt, ob ein gewisser Kieselhausen in meinen Diensten steht. Ich kenne den Mann nicht und habe ihn nie gesehen. Es ist also auch selbstverständlich, daß ich einen solchen Mann nicht besolde.

Herr Koenen hat beklagt, daß der **Major Lange** aus der Reichswehr entlassen worden sei. Das ist falsch. Ich hätte nicht geduldet, daß dem Manne unrecht geschieht. Er ist freiwillig gegangen, und hätte dafür gesorgt, daß ihm niemand ein Leid antäte.

Der **Feldwebel Tommasch** ist nicht in der Reichswehr. Deshalb kann ich ihn auch nicht befördert haben.

Der **Bericht des Generals Oldershausen,** von dem er gesprochen hat, enthält einige Wendungen, die ich auf keinen Fall in den Bericht geschrieben hätte. Er stellt die Lage so dar, wie sie der in politischen Dingen nicht ganz sattelfeste General, wie ich zugebe, angesehen hat. Solche Berichte kommen mir auch von anderen Kommandostellen zu. Ich lese sie, sie haben aber nichts Bindendes für mich. Was angeordnet wird, bestimme ich.

(Abgeordneter Koenen: Das ist für den Geist bezeichnend!)

— Ich muß doch sagen, daß sich über den Geist streiten läßt. Ich habe vorhin gesagt, daß ich an dem, was der General Oldershausen geschrieben hat, manches auszusetzen habe. Daß aber der Geist des Herrn Koenen für mich mustergiltig ist, kann ich auch nicht sagen. Also wollen wir darüber nicht streiten.

Schließlich hat der Herr Abgeordnete Koenen, um das noch vorwegzunehmen, danach gefragt, ob ich wirklich nun mit den **französischen Generalen Dupont und Noulens** einen geheimen Kriegsrat bilde, der den **Krieg in Kurland** führt. Da drängt sich mir wirklich das Wort auf die

(**Noske**, Reichswehrminister.)

(A) Lippen, daß jemand mehr fragen kann, als hundert Gescheite zu antworten verstehen.

(Heiterkeit.)

Dem Herrn Abgeordneten Koenen ist zuzutrauen, daß er fragt, ob der ganze Friedensvertrag auch nur ein Scheinmanöver ist, und ob die Entente mit uns ein liebliches Schäferspiel spielt.

(Abgeordneter Koenen: Französische Kammer!)

— In der französischen Kammer ist in letzter Zeit manches Falsche gesagt worden, weil leider ein beträchtlicher Teil der französischen Sozialdemokraten auf jeden Unsinn und jede Denunziation, auf jede Nichtswürdigkeit gegen Deutschland, die von den Deutschen Unabhängigen verzapft wird, hereinfällt.

Der Herr Abgeordnete Koenen hat davon gesprochen, im **deutschen Bürgerkriege** seien 13 000 Tote zu beklagen. Das ist ebenso wie das meiste andere, was er vorgetragen hat, eine rasend tolle Übertreibung.

(Zuruf des Abgeordneten Koenen: Beweise!)

— Die Beweise müßten Sie anführen.

(Wiederholter Zuruf des Abgeordneten Koenen.)

— Zahlen werden Ihnen noch genannt werden. Wir haben in Berlin zählen lassen. Die Zahl ist nach meinem Empfinden noch entsetzlich hoch, und es ist selbstverständlich, daß jedes Menschenleben, das wir an sich dringend brauchen, bitter zu beklagen ist.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Koenen: München!)

— In München sind zwischen 5- und 700 umgekommen, und in Berlin waren in der Märzwoche an Soldaten und Einwohnern 1200 Tote zu beklagen. Das war gewiß entsetzlich; aber habe ich denn in Berlin damals veranlaßt, daß der Straßenkampf fünf Tage lang getobt hat? Abgewehrt habe ich damals den Kampf, der auf die Straße getragen worden ist. Wenn Sie Angst und (B) Sorge vor weiteren Opfern haben, dann rate ich Ihnen dringend, darauf Bedacht zu nehmen, daß Ihnen Ihre Leute in der Hand bleiben. Neuen Angriffen mit Maschinengewehren und Handgranaten werden wir ebenso zu begegnen wissen wie früher.

(Wiederholte Zwischenrufe des Abgeordneten Koenen. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Koenen! Zweieinhalb Stunden haben Sie gesprochen; jetzt könnten Sie sich eigentlich einmal ruhig verhalten.

(Lebhafte Zustimmung.)

Noske, Reichswehrminister: Ich habe nicht vergessen, was ich in diesem Saal schon früher gesagt habe.

(Abgeordneter Koenen: Na! Na!)

Aber es besteht ein Unterschied zwischen den damaligen und den heutigen Verhältnissen. Wir konnten uns mit Recht früher gegen jede Art von Gewaltregiment wehren; denn wir haben den Standpunkt vertreten, daß die Sozialdemokratie keine Revolution im Heugabelsinne erstrebt, sondern ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele auf friedliche Weise durch Wort und Schrift durchsetzen will, daß sie eine Revolutionierung der Köpfe ersehnt, nicht aber ein Austragen von Klassengegensätzen mit dem Schießeisen auf der Straße.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Abgeordnete Frau Zietz: Sie haben die Verhandlungen abgelehnt!)

Die veränderten Methoden im politischen Kampfe haben leider dazu geführt, daß ich mich heute für Methoden einsetzen muß, die mir wirklich keine Freude machen, die aber notwendig sind, wenn Deutschland nicht zu Grunde gehen soll.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Herr Koenen hat eine Menge zusammengeredet, was (C) wirklich nicht gehauen und gestochen war.

(Abgeordneter Koenen: Danke schön!)

Es gibt keine **Zeitfreiwilligenregimenter,** sondern es werden Listen einer Reihe von Leuten geführt, die bereit sind, im Falle der Not als eine Art von Feuerwehr sich zu betätigen, um Brand in den Städten zu löschen.

(Abgeordneter Koenen: Um zu schießen!)

— Ja, wenn eines Tages wieder geschossen wird, dann bekommen die Leute auch ein Gewehr; denn es wäre thöricht, sie denen, die mit Gewehr auf die Straße kommen, mit einem Besenstiel entgegengehen zu lassen.

(Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.)

Ueber die Zahl der Personen in den **Einwohnerwehren** vermag ich mich nicht zu äußern. Die Einwohnerwehren unterstehen mir seit geraumer Zeit nicht mehr, sondern sind eine reine Zivilangelegenheit. Sie können, wie ich es schon eben gesagt habe, als eine Art von Feuerwehr angesehen werden,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die dafür Sorge trägt, daß uns das Haus nicht über dem Kopfe angesteckt wird.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Feuerwehr mit Maschinengewehren!)

Herr Koenen hat sich schließlich darüber entrüstet, daß der **Friedensvertrag verletzt** wurde. Es konnte ihm ja bekannt sein, daß zurzeit ein Friedensvertrag noch gar nicht besteht.

(Abgeordneter Koenen: Sehr richtig, aber geschlossen ist er!)

Bisher haben wir uns in Deutschland lediglich dazu bereit erklärt, gewisse Bedingungen zu erfüllen. Eine Ratifizierung des Friedensvertrages ist bis heute noch nicht erfolgt. Vorgesehen ist in diesem Friedensvertrag, daß bestimmte militärische Dinge innerhalb drei Monaten (D) geregelt werden. Ich wiederhole noch einmal: es bedarf keiner nichtswürdigen Denunziation durch Herrn Koenen und seine Freunde, der Friedensvertrag wird von der Regierung absolut loyal und korrekt erfüllt.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Koenen sich auf die **französischen Sozialdemokraten** bezieht, so erinnert mich das an die Zeit, wo während des Krieges immer und immer wieder Hoffnungen auf die französischen Sozialdemokraten gesetzt wurden. Damals haben die französischen Sozialdemokraten geraten: macht Revolution, dann bekommt ihr einen „billigen Frieden“. Jetzt sagen sie: Deutschland muß entwaffnet werden, dann werden wir nachfolgen. Wir haben den „billigen Frieden“ nicht bekommen, und ich sehe es nicht als recht an, daß Deutschland allein waffenlos ist, während Polen eine Armee von 500 000 Mann hat, und während die Franzosen uns erklären, daß sie vorläufig nicht daran denken, abzurüsten.

Die militärischen Talente des Herrn Koenen erscheinen in einem ganz besonderen Lichte, wenn er sich das Wort zu eigen macht, daß die **Reichswehr** in Zukunft eine **Mustergewerkschaft** sein müsse.

(Abgeordneter Koenen: Der „Buchdruckerkorrespondent“!)

— Selbst wenn es der „Buchdruckerkorrespondent“ gesagt hat, ist es nicht richtig. Sie haben es sich aber hier zu eigen gemacht. Selbst wenn der „Buchdruckerkorrespondent“ das geschrieben hat, so hat er von dem Wesen der zukünftigen Wehrmacht eine sehr unklare Vorstellung. Wir werden im allgemeinen darauf Bedacht nehmen müssen, daß Waffen in Zukunft nicht von jedermann getragen werden, sondern nur von der organisierten Truppe. Es wäre ein lieblicher Zustand, wenn diese Truppe dann eine Gewerkschaft wäre, die, wie mir kürzlich einmal ein Unteroffizier sagte, gegebenenfalls Gewehr bei Fuß stehe, oder

(Noske, Reichswehrminister.)

(A) aber die im gewerkschaftlichen Kampfe unter Anwendung aller Mittel — die sollen ja jetzt recht sein, ganz egal, ob Menschen dabei zugrunde gehen oder das Land bankrott wird — ihre eigenen Interessen vertreten und dabei die einzigen Leute sind, die organisiert sind, Waffen in der Hand haben und damit ihre Forderungen durchsetzen. Diese Art von Gewerkschaft lehnen wir ab. Anständig bezahlt und versorgt wird die Reichswehr; im übrigen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung und der Mehrheit des Volkes ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein paarmal früher schon vorgetragene Unwahrheiten hat Herr Koenen wiederholt, so, die Truppen würden nicht abgebaut. Genau das Gegenteil ist wahr. Es geht eine beträchtliche Zahl Leute von den Formationen weg, und dafür werden einzelne Leute wieder geworben und eingestellt. Das habe ich — ich weiß nicht, wie viele Tage es her ist — von dieser Stelle aus erst kürzlich festgestellt. Das geniert aber einen großen Geist nicht. Herr Koenen trägt dasselbe Falsche heute noch einmal vor. **Heimkehrende Kriegsgefangene** werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie in die **Reichswehr** eintreten können. Das ist ein dringender Wunsch einer ganzen Anzahl von Kapitulanten und Offizieren, und es ist selbstverständlich, daß sie bei der erforderlichen Geeignetheit, soweit Plätze vorhanden sind, in der Reichswehr Aufnahme finden, und wenn sie in den Heimkehrlagern darauf aufmerksam gemacht werden, so ist das durchaus in der Ordnung und liegt im Interesse der heimkehrenden Leute.

Daß in bezug auf Kurland, in bezug auf die Werbungen usw. eine ganze Menge Ungehörigkeiten vorkommen, gebe ich zu. Ich beklage es, daß **Polizei**- und andere Organe nicht in dem Maß funktionieren, wie das eigent-(B)lich wünschenswert wäre. Aber ich finde, daß Herr Koenen reichlich inkonsequent ist. Während er auf der einen Seite der Undisziplin das Wort redet und von Manneszucht nichts hören will, entrüstet er sich gleichzeitig darüber, daß wir nicht mit dem erforderlichen Nachdruck verstehen, auf dem Gebiete, wo er gerade ein spezielles Interesse hat, tadelloseste Ordnung zu schaffen. Die Truppe paßt Herrn Koenen und seinen Freunden nicht, wenn sie auch an Zahl gering ist. Spektakelt hat er darüber, daß zu viel Geld für die Polizei ausgegeben werde. Sollen wir denn eine Polizei nach Eichhornschem Muster bilden? Ich bin fest überzeugt, daß sie auch nicht gut funktionieren würde, und ich kann nicht anerkennen, daß sie billiger wäre als der Apparat, den wir haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Man kann also nicht Ordnung schaffen, wenn man nicht ein Instrument dazu hat. Deswegen wird daran gegangen, eine Polizei scharf diszipliniert und brauchbar zu schaffen, und wir werden nicht ablassen in dem Bemühen, in der Reichswehr ein Organ zu schaffen, das uns eine Garantie für die Erhaltung absoluter Ordnung im Lande, in der Zukunft wiedergibt. Die Methode des Herrn Koenen und seiner Freunde erscheint mir unangangbar und unpraktisch. Deswegen — erkläre ich — bleibe ich bis auf weiteres bei meiner Methode.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Damit ist die Debatte geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsminister Dr. **David** hat unter Nennung meines Namens als meine und meiner politischen Freunde Auffassung in den vergangenen Jahren (C) folgendes hinzustellen gesucht:

> Eroberung, Machterweiterung, Unterwerfung der Welt unter das deutsche Schwert ist das Ziel des Krieges. Durch die Aufstellung dieser Eroberungsziele Ihres **Kriegsprogramms,** eingegeben von einem Machtwahnsinn, der kaum noch als normal angesehen werden kann, indem Sie dieses Programm aufstellten, in dem Sie, Herr Abgeordneter Mumm, an der Front herumgereist sind und Reden gehalten haben, die für dieses Ziel eintraten, indem Sie jeden als Vaterlandsverräter hinstellten, der nicht an den letzten Verteidigungszielen festhielt, haben Sie die Einheit der Front und der Heimat durchbrochen.

Was der Herr Reichsminister sagte, findet in meinem Verhalten keinen Grund. Es ist zutreffend, daß ich als Feldprediger an der Front eine Reihe von Vorträgen gehalten habe. Diese hielt ich für ein Stück Berufspflicht. In allen diesen Vorträgen habe ich es peinlichst vermieden, Parteipolitik ins Heer zu tragen.

(Na! Na! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe vielmehr immer in den Vorträgen erklärt: „Das Heer kennt keine Parteien, das Heer kennt nur Deutsche". Meine Vorträge an der Front behandelten nicht die Kriegsziele, die kaum gestreift wurden.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aha!)

Nicht der Schatten einer Tatsache liegt dafür vor, um die Behauptung des Herrn Reichsministers zu rechtfertigen, ich hätte jeden als Vaterlandsverräter hingestellt, der an dem alten Verteidigungsmittel festhielt.

Ich habe in der Heimat außerhalb des Heeres viel über Kriegsziele verhandelt, auch persönlich mit Herrn Dr. David verhandelt, der zum Beispiel in der **Flamenfrage** nicht verständnislos gewesen war. Ich habe aber (D) gleich allen Gesinnungsgenossen sowohl die Befreiung der Flamen wie die der Balten stets nur unter dem Gesichtswinkel der Sicherung der germanischen Zukunft angesehen. Ich fordere den Herrn Reichsminister auf, seine Worte entweder zu belegen oder sie zurückzunehmen.

Seine Worte werden mir die lieben Erinnerungen an die Frontzeit nicht vergällen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Haas hat behauptet, ich hätte durch meine Worte, daß sich die jetzige Regierung den Kopf zerbrechen möge, ob und wie das Reich die Kosten tragen könne, zugegeben, daß unsere **Anträge** nur **agitatorische** seien, weil wir selbst zugäben, daß das Geld dafür nicht aufzubringen sei. Herr Kollege Haas, wenn Sie die Güte gehabt hätten, meinen Worten weiter zu folgen, so würden Sie vor einer solchen nicht beabsichtigten, aber objektiv vorliegenden Verleumdung bewahrt gewesen sein. Ich zitiere —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, eine Verleumdung ist immer beabsichtigt.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Der Begriff der Verleumdung bringt das mit sich. Ich nehme also an, da Sie vorhin gesagt haben, sie wäre nicht beabsichtigt, daß Sie alsbald das Wort „Verleumdung" zurücknehmen werden.

v. Graefe, Abgeordneter: Ich habe angenommen, daß durch die Bemerkung, daß sie nicht beabsichtigt sei, der Begriff, wie ihn der Herr Präsident hineinlegt, aus-

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) geschlossen wäre. Wenn aber der Herr Präsident den Begriff damit verbindet, will ich das Wort gern —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Eine Unterstellung braucht nicht beabsichtigt zu sein; aber eine Verleumdung ist immer beabsichtigt.

v. Graefe, Abgeordneter: Also gut! Dann will ich das Wort „Verleumdung" in „Unterstellung" abändern. Dann würden Sie von dieser Unterstellung bewahrt geblieben sein. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten wörtlich aus dem unkorrigierten Stenogramm, was ich meiner Wendung ausdrücklich hinzugefügt habe:

> Sollen wir, die Sie uns von allem ausschalten, darüber einen Überblick haben?

Nämlich ob die Finanzverhältnisse das gestatten. —

> Wenn das Deutsche Reich die Kosten nicht tragen kann, dann erklären Sie von der Regierung das, bitte, offen! Vorläufig müssen wir annehmen, daß, wenn Sie noch so viel Geld haben, daß Sie bei jedem Regierungswechsel neue Ministerposten schaffen können,

— nun kommt die weitere Aufzählung über die Ausgaben in den Kriegsgesellschaften usw., die ich nicht nochmals wiederholen will —

> wir dann auch noch für unsere Reichswehr das nötige Geld zur Verfügung haben. Wir stellen daher unsere Anträge in dem guten Glauben, daß die Regierung dafür die Mittel hat.

Herr Kollege Haas, das habe ich wörtlich nach dem unkorrigierten Stenogramm gesagt! Damit entfallen nach meiner Überzeugung die Schlußfolgerungen, die Sie an meine Worte geknüpft haben.

(Sehr richtig! rechts.)

(B) **Präsident:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hörsing.

Hörsing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Koenen hat in bezug auf meine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen hier Ausführungen gemacht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Er sagt, Hörsing hätte die **Unabhängigen Zeitung in Gleiwitz** unterbunden, indem erstens die Zeitung kein Papier bekam, und ich zweitens, als die Zeitung verkehrsfreies Papier erhielt, die Zeitung schlechtweg verboten hätte.

Ich habe demgegenüber folgendes festzustellen. Ich bin nicht die Stelle, die der Zeitung Papier zuzuweisen hat. Das ist lediglich die Reichswirtschaftsstelle hier in Berlin. Ehe die Zeitung den Antrag auf Papier stellte, erhielt ich von dieser Stelle den Auftrag, zu kontrollieren, wieviel Zeitungen in meinem Befehlsbereich erscheinen, ohne ein Papierkontingent zu haben. Da diese Zeitung kein Papier hatte, konnte sie natürlich nicht erscheinen. Dann verfielen die guten Leute auf die Idee, die Zeitung mit geschmuggeltem Papier herzustellen. Das hat die Polizeiverwaltung in Gleiwitz nicht erlaubt, und ich gebe zu, daß ich ihr gesagt habe: eine Zeitung, die durch Papier im Schleichhandel zustande kommt, entspricht nicht den gesetzlichen Vorschriften. Und das ist ja, was die Unabhängigen ja auch so sehr bekämpfen. Ich habe also mit der ganzen Geschichte absolut nichts zu tun. Der Herr Abgeordnete Koenen hat zwar den Artikel aus der „Freiheit" in bezug auf diese Angelegenheit ziemlich richtig abgelesen; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Darstellung des Herrn Koenen nicht richtig ist, daß sie nicht den Tatsachen entspricht. Wenn seine übrigen Ausführungen auf derselben Höhe stehen wie diese Ausführungen, dann können diejenigen Wähler, die Herr Koenen vertritt, mir aufrichtig leid tun.

(C) **Präsident:** Das letztere war nicht persönlich.

(Heiterkeit.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. David.

Dr. **David,** Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete D. **Mumm** erklärt, es sei nicht richtig, daß er in seinen Reden, die er draußen an der Front gehalten hat, im Sinne der Vaterlandspartei gegen Verständigungsfrieden und für **Eroberungspolitik** gesprochen habe. Er gibt aber zu, daß er diese Politik im Lande und hier im Hause — das wissen wir ja — getrieben hat, daß die Tatsache also besteht, daß er einer der Hauptvorkämpfer für diese Politik und deshalb auch einer der Hauptschuldigen an der Niederlage sei.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Ohorufe rechts.)

Ich habe angenommen, daß er auch draußen in seinen Reden aus seinem Herzen keine Mördergrube werde gemacht haben. Er erklärt, daß er das doch getan habe.

(Heiterkeit.)

Das nehme ich als Tatsache an. Insofern also stelle ich das richtig, was Sie erklärt haben.

Er hat dann eine Bemerkung gemacht, die gedeutet werden könnte, als ob ich die **Flamenpolitik,** die er vertreten hat, irgendwie gebilligt habe. Das muß ich zurückweisen. Ich habe den Flamen wie jedem anderen Stamm das Recht auf Wahrung ihrer kulturellen Autonomie jederzeit zugesprochen, habe es aber auch jederzeit aufs schärfste mißbilligt, daß von der deutschen Besatzungsbehörde mit autoritativen Eingriffen und Gewaltmaßnahmen in diese innere belgische Angelegenheit hineinpolitisiert worden ist. Das war ein Verhängnis. Das hat sich bitter gerächt. Auch da trifft Herrn Mumm die Schuld, daß er mit dazu beigetragen hat, diese falsche Politik zu stützen und zu (D) fördern.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Dr. Haas (Baden).

Dr. **Haas** (Baden), Abgeordneter: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Graefe können mich dahin nicht belehren, daß der Sinn der Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Graefe der war, wie er es ausgeführt hat. Ich habe mir auch sofort Notizen gemacht. Der Herr Abgeordnete **v. Graefe** hat gesagt: die **Forderungen** stelle ich auf, und die Regierung mag sich den Kopf darüber zerbrechen, wie sie die Mittel aufbringt. Die Erregung im Hause bei dieser Äußerung war sofort eine außerordentlich starke,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und es war die Überzeugung in diesem Hause, daß, wie man wohl sagen darf, in einer etwas frivolen Weise Forderungen aufgestellt werden, ohne sich darüber Gedanken zu machen, ob das Problem finanziell gelöst werden kann.

(Zuruf rechts: Das haben wir Ihnen ja bewiesen! — Lachen links.)

So war die Auffassung im Hause. Und nun füge ich eins hinzu: Sie haben das Recht, Opposition zu treiben, so stark und soviel Sie wollen; aber Sie sollten in dieser Opposition doch nicht vergessen, wie gefährlich diese Zeit ist.

(Zurufe rechts: Persönlich!)

Sie treiben Opposition, indem Sie mit maßlosen Forderungen, aber auch gleichzeitig, wenn dann Steuern gemacht werden müssen, mit der Agitation gegen die Steuern das Volk verhetzen.

(Glocke des Präsidenten.)

(A) **Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Haas! Diese letzte Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten v. Graefe war nicht mehr persönlich.

(Sehr richtig! rechts.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Ich hatte nicht die Absicht gehabt, den Herrn Abgeordneten Haas belehren zu wollen, sondern ich habe geglaubt, daß, wenn ich ihm Tatsachen vorhielte, er selbst so viel Verstand hätte, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

(Unruhe.)

Ich habe mich darin getäuscht.

Präsident: Auch die persönlichen Bemerkungen sind jetzt abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Im Verlaufe seiner Rede hat der Reichswehrminister von einer nichtswürdigen Denunziation gesprochen. Ich hatte das so verstanden, daß er meinte, die nichtswürdige Denunziation, die von einer gewissen Seite — ich habe das Wort „unabhängig" gehört — gegenüber unsern Feinden mit der Stärke unserer Heeresmacht getrieben werde. Nun ist mir mitgeteilt worden, daß der Herr Reichswehrminister mit diesem Ausdruck „nichtswürdige Denunziation" speziell den Namen eines Mitgliedes dieses Hauses, nämlich des Herrn Abgeordneten Koenen, in Verbindung gebracht hat. Wenn das richtig ist, so ist es eine Ungehörigkeit gegenüber einem Mitgliede dieses Hauses, die ich rügen muß.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über das Gehalt des Reichswehrministers, das von einer Seite angefochten worden ist. Deswegen muß ich darüber abstimmen lassen. Es ist Kap. 14 Tit. 1.

(B) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die das Gehalt des Reichswehrministers bewilligen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Dazu liegt eine Entschließung der Herren Abgeordneten Arnstadt und Genossen auf Nr. 1379 bezüglich der Zensur vor, die gewisse Anweisungen an den Oberbefehlshaber in den Marken geben will. Sie haben sie vor sich liegen ich brauche sie nicht zu verlesen.

Dazu erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Löbe.

Löbe, Abgeordneter: Zu der Entschließung Arnstadt und Genossen möchte ich im Einverständnis mit meinen Parteifreunden eine kurze Erklärung abgeben. Nach der Entschließung soll der **Oberbefehlshaber in den Marken** angewiesen werden, bei **Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand** vom 4. Juni 1851 „unparteiisch und nur nach sachlichen Rücksichten zu verfahren." Wir halten es für überflüssig, Selbstverständlichkeiten in der Nationalversammlung auszusprechen.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir erklären, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich Gegnerin des Belagerungszustandes ist. Wir verlangen, daß der Belagerungszustand beseitigt wird, sobald die Gewähr vorliegt, daß auf Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele — sei es von rechts oder von links — verzichtet wird. Mit der Beseitigung des Belagerungszustandes erledigen sich alle die Forderungen von selbst, die in der Entschließung gestellt werden. Solange die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes unter obiger Voraussetzung notwendig erscheint, halten auch wir es für wünschenswert, daß im Sinne des Absatzes b der Entschließung verfahren wird.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über (C) diese Entschließung Arnstadt und Genossen auf Nr. 1379. Ich bitte diejenigen, die der Entschließung Arnstadt und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 16 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 17 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 18 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 19 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 20 Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Zu Kap. 24 Tit. 1 liegt ein Antrag Arnstadt und Genossen in 5 Ziffern auf Nr. 1380 vor, der die Gebührnisse der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung, Auszahlung der Entschuldungsgelder und Gebührnisse für die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Offiziere usw. betrifft. Inhaltlich berührt er sich mit den Anträgen des Ausschusses auf Nr. 1373 und Stücklen und Genossen auf Nr. 1390 der Drucksachen. Es ist zweckmäßig, über diese Anträge miteinander abzustimmen, entweder schon jetzt auch über die Anträge des Ausschusses und der Herren Stücklen und Genossen, die zu Kap. 43 Tit. 9 gestellt sind, oder auch über den Antrag Arnstadt und Genossen erst dort bei jenen zwei Entschließungen, wobei ich bemerke, daß der Herr Abgeordnete v. Graefe beantragt hat, über jede Position einzeln abstimmen zu lassen.

Wünschen die Herren, daß ich die Abstimmung zurückstelle bis an den Schluß und dann mit den beiden anderen Anträgen zusammen vornehme, oder wünschen Sie, daß ich die beiden anderen Anträge jetzt hier mit zur Abstimmung bringe?

(Abgeordneter Schiele: Wir überlassen das dem Ermessen des Präsidenten!)

Dann machen wir es am Schluß.

Zu Tit. 1 liegt nun noch eine Entschließung Arnstadt (D) und Genossen auf Nr. 1388 vor:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, den Waffenmeistern der Heeresverwaltung den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag Nr. 1388 ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3; — Kap. 25; — Kap. 26 Tit. 1, — 2; — Kap. 27 Tit. 1, — 2; — Kap. 29 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 30; — Kap. 31 Tit. 1, — 2; — Kap. 32 Tit. 1, — 2, — 3, — 4; — Kap. 34 Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Zu Kap. 35 Tit. 1 erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Behm.

Behm, Abgeordnete: Zunächst verspreche ich dem hohen Hause, mich kürzer zu fassen als der Herr Abgeordnete Koenen.

(Heiteres Bravo.)

Dann möchte ich zu Kap. 35 Tit. 1 beim Bildungswesen meine Freude und die Freude meiner Fraktion darüber aussprechen, daß die Bildung von **Heeresbüchereien** vorgesehen ist. Man will die bisher bestehende **Bücherei der Kriegsakademie** in Berlin nicht nur aufrechterhalten, sondern noch durch Bestände der aufgelösten militärischen Bildungsanstalten vermehren. Dieses Material soll dem Heere und Volk zur weiteren Benutzung erhalten bleiben.

Meine Freunde und ich begrüßen es ebenso warm, daß auch die **bayrische Armeebibliothek** in München als Heeresbücherei bestehen bleiben soll. Sie soll ja außerordentlich wertvolles kulturhistorisches und wissenschaftliches

(**Behm,** Abgeordnete.)

(A) Material enthalten, das ebenfalls dem Bildungswesen unserer Reichswehr und dem deutschen Volke im allgemeinen zur Verfügung gestellt werden wird.

Im Zusammenhang mit diesen Büchereien möchte ich noch einen besonderen Wunsch aussprechen. Nicht jeder wird imstande sein, ihre wissenschaftlichen Bestände mit Erfolg zu lesen, wenn sich auch selbstverständlich jeder Deutsche freuen wird, daß das reiche Bildungsmaterial, welches in unseren Heereseinrichtungen zur Verfügung stand — ich erinnere nur an die Bücherei unseres Generalstabes — nicht vollständig vor die Hunde geht, sondern in den Köpfen tüchtiger Menschen weiter lebt und verwertet wird. Aber außer diesem wissenschaftlichen Material würde ich es für wertvoll halten, wenn dem Bildungswesen unserer **Reichswehr Bücher** zur Verfügung gestellt würden, die dem inneren Menschen etwas bieten. Und da stehe ich auf einem völlig andern Standpunkt als der Herr Kollege **Stücklen.**

Er war mir bis jetzt immer als einer erschienen, von dem ich dachte, man könnte sich wohl mit ihm verständigen. Er hat aber heute einen Ausspruch getan, um deswillen ich mich zu diesem Titel zum Wort gemeldet habe. Er hat gesagt, es wäre besser, wir hätten gar **kein Heer,** dann würde uns so etwa die übrige Welt sofort in die Arme schließen. Da hat sich der Herr Kollege Stücklen ungemein geirrt! Die übrige Welt denkt gar nicht daran. Wenn nun nachher der Herr Abgeordnete Koenen in zweieinhalbstündigen Ausführungen so unerträgliche Dinge gesagt hat, daß einem die Worte des Herrn Stücklen nicht mehr so schlimm als zuvor erscheinen, so ändert es an der Sache selbst doch nichts! Im Namen von Millionen Frauen spreche ich aus: Wir wollen nicht, daß deutsche Männer es denken und in diesem Hause äußern, es wäre besser, daß Deutschland kein Heer hätte.

(Sehr gut! rechts.)

(B) Wir deutschen Frauen können nicht begreifen — ich weiß wohl, es gibt Ausnahmen —, aber Millionen können nicht begreifen, daß ein Deutscher als Mann geboren ist und davon spricht, daß er für Deutschland kein Heer haben möchte.

(Beifall rechts.)

Deutschland muß wehrhaft bleiben, wieder wehrhaft werden; wie, das möge die Zukunft lehren.

Wir Frauen wünschen uns, daß der vaterländische Geist oder, wenn Ihnen „vaterländisch" zu anrüchig ist, daß der deutsche Geist in den Büchereien des Heeresbildungswesens nicht zu kurz kommt. Wir Frauen können nichts weiter tun, als die Kinder und die Jugend im deutschen Geiste erziehen. Sorgen Sie alle dafür, daß das Heer, das wir noch haben werden, ein deutsches Heer ist, nicht ein international-, sondern ein nationaldenkendes. Darum begrüße ich hier das Kap. 35 Tit. 1, Bildungswesen, in dem Sinne, daß Möglichkeiten geschaffen werden mögen, um Deutschlands Zukunft zu bauen durch das innere Starkmachen der deutschen Männer, die, wie es scheint, es nötiger haben als wir Frauen.

(Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stücklen.

Stücklen, Abgeordneter: Ich bin für die mir gewidmeten Liebenswürdigkeiten außerordentlich dankbar, namentlich, wenn sie von so amazonenhafter Seite aus kommen. Aber ich muß doch erklären, ich habe heute früh mit keinem Wort gesagt: **wir brauchen kein Heer.** Ich habe dagegen ausgeführt: es gibt allerdings Schichten, die auf dem Standpunkt stehen, wir brauchen kein Heer; solange aber die Menschen noch nicht auf einer höheren Stufe sind, wird nichts weiter übrigbleiben, als daß eine (C) Heeresmacht beibehalten wird, die der Regierung die Möglichkeit bietet, ihre Maßnahmen auch tatsächlich durchzuführen.

Präsident: Der Titel ist nicht beanstandet; er ist angenommen. Ich rufe auf Tit. 2, — 3; — Kap. 37 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 39; — Kap. 40; — Kap. 41 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; Kap. 43 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. — Angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die drei Entschließungen. Ich schlage Ihnen zunächst vor, über die Resolution abzustimmen, die am weitesten geht, das ist die Resolution Arnstadt und Genossen auf Nr. 1380. Dann schlage ich vor, abzustimmen über die Resolution Stücklen, Löbe und Genossen, Nr. 1390, die dann am weitesten geht, und hernach käme dann, insoweit nicht durch die Abstimmung über eine von diesen vorausgegangenen Entschließungen etwa die Abstimmung über den Ausschußantrag wegfällt, zum Schluß der Antrag des Ausschusses Nr. 1373. Die Abstimmung über den Antrag Arnstadt und Genossen, Nr. 1380, muß den Anträgen des Herrn v. Graefe entsprechend über die einzelnen Ziffern erfolgen.

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die in der Resolution Arnstadt und Genossen die Ziff. 1 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; Ziff. 1 ist abgelehnt.

Wer Ziff. 2 annehmen will, bitte ich stehen zu bleiben.

(Geschieht.)

Dieselbe Minderheit.

Ziff. 3. — Die gleiche Minderheit.

Ziff. 4. — Ebenso.

(Hört! Hört! rechts.)

(D) Ziff. 5. — Ebenso.

Damit ist die ganze Resolution Nr. 1380 abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Resolution Nr. 1390. Ich halte es nicht für nötig und nicht für zweckmäßig, daß wir über die Ziffern besonders abstimmen.

(Zustimmung.)

Wenn kein gegenteiliger Wunsch laut würde, würde ich über die Gesamtresolution abstimmen lassen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich bitte also diejenigen, die der Entschließung Stücklen, Löbe, Leicht, Nacken, Dr. Haas (Baden), Dr. Pachnike, Nr. 1390, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; sie ist angenommen. Ich nehme an, daß damit der Ausschußantrag Nr. 1373 erledigt ist.

(Zustimmung.)

Das Haus ist damit einverstanden.

Nun kommen wir zu den einmaligen Ausgaben Kap. 5, Tit. 1, — 2, — 3, — 4. —

Wir kommen zu den Einnahmen für die Zeit vom 1. April 1919 bis 30. September 1919, Kap. 9 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 9a Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 9, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920, Tit. 2, — 4, — 5. —

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt, einmalige Ausgabe, Kap. 2a Tit. 1. — Angenommen. — Tit. 2 fällt weg, da er in den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung aufgenommen wird. Damit ist der Heeresetat erledigt.

Ich rufe auf den nächsten Punkt:

Haushalt des Reichsmilitärgerichts.

(Präsident.)

(A) Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben, Kap. 44, Tit. 1. Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Stücklen. — Derselbe verzichtet.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Beim Etat des Reichsmilitärgerichts möchte ich die Anfrage an die Reichsregierung richten, wann der Gesetzentwurf über die **Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit** zu erwarten ist. Ich bitte ferner um Auskünfte, ob nicht schon vor Einbringung dieses Gesetzentwurfs der Zustand beseitigt wird, der schon so häufig im Hause und sonst in der Öffentlichkeit beklagt worden ist, daß noch immer das Reichsmilitärgericht als erste und letzte Instanz über Beschwerden in **Schutzhaftfällen** zu urteilen hat. Zwar hat der Reichswehrminister vor einigen Tagen die Zahl der Schutzhaftfälle, für Berlin wenigstens, als sehr niedrig angegeben, ich glaube auf 22.

(Zuruf von der Ministerbank.)

— Also 12 oder 13. In anderen Gebieten des Belagerungszustandes kommen aber auch noch Schutzhaftfälle hinzu, und, nachdem der Herr Reichspräsident nunmehr schon begonnen hat, Ausnahmezustände in Deutschland zu sehen, sind wir auch nicht davor bewahrt, daß wir an zahlreichen anderen Stellen jeden Tag irgendeinen Belagerungs- oder Ausnahmezustand bekommen können. Gewöhnlich wird er von seiten des Militärbefehlshabers damit eröffnet, daß eine Anzahl ihm gefährlich scheinender Leute in Schutzhaft gesetzt werden. Es ist also trotz der geringen Zahl der Schutzhaftgefangenen in Berlin auch jetzt noch ein lebhaftes Bedürfnis für ein geordnetes Rechtsverfahren in diesen Dingen vorhanden. Es wird niemand annehmen können, daß das Reichsmilitärgericht als erste und letzte Instanz in diesen Dingen ein geordnetes Rechtsverfahren im Sinne der heutigen Auf-(B)fassung darstellt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Reichswehrminister **Noske:** Ich hoffe dem Hause nach der Beendigung der Ferien, die, wenn ich recht unterrichtet bin, etwa vierzehn Tage dauern sollen, den Gesetzentwurf über die **Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit** vorlegen zu können.

Präsident: Kap. 44 Tit. 1 ist genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 2 bis 12. — Angenommen.

Ich rufe dann auf Einnahme, Kap. 9 b Tit. 1. — Angenommen.

Wir kommen zu der Petition auf Nr. 1389 der Drucksachen.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

> die Petition der Senatspräsidenten des Reichsmilitärgerichts in Charlottenburg, betreffend die vermögensrechtlichen Verhältnisse der richterlichen Beamten desselben im Falle der Auflösung — Tagebuch II. Nr. 9288 —
>
> der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich nehme an, daß das Haus auch mit diesem Antrage einverstanden ist. — Ich stelle es fest.

Der Haushalt des Reichsmilitärgerichts ist damit erledigt und genehmigt.

Ich rufe auf den

Haushalt der Verwaltung der Reichsmarine.

Der Antrag des Ausschusses geht auf unveränderte Annahme.

Wir beginnen mit dem ordentlichen Haushalt, fortdauernde Ausgaben, Kap. 45 Tit. 1.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren,** Abgeordneter, Berichterstatter: (C) Meine Damen und Herren! Die Ausschußverhandlungen über den Etat der Reichsmarine erstreckten sich zunächst auf die Frage, ob der Technik innerhalb der neuorganisierten Admiralität der gebührende Platz gegeben sei. Es wurde darauf verwiesen, daß das **Konstruktionsdepartement** oder die jetzige Technische Abteilung wieder einem Seeoffizier unterstellt sei. Demgegenüber wurde von seiten der Marineverwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß bis in diesen Sommer hinein die Absicht bestanden habe, das Konstruktionsdepartement vollständig den Technikern zu übergeben. Aber die Folgen des Friedensvertrages seien derartig, daß Konstruktionsaufgaben in Zukunft nur in geringem Maße übrig blieben. Wenn demgemäß jetzt die Technische Abteilung mit der Werftabteilung zusammengefaßt und einem Seeoffizier unterstellt sei, so lägen die Gründe dafür nur darin, daß der Chef der Admiralität jetzt nicht mehr ausschließlich eine Verwaltungsbehörde sei, sondern daß er auch Kommandogewalt auszuüben habe. Deshalb müsse er sich nach Möglichkeit entlasten. Im übrigen seien die einzelnen Gruppen innerhalb der neuorganisierten Admiralität so frei aufgebaut und so selbständig wie nur irgend möglich. Von seiten der Parteien wurde aber doch einhellig darauf aufmerksam gemacht, daß die gegenwärtige Regelung den jetzt bestehenden Auffassungen über die Bedeutung der Technik nicht entspreche,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und es wurde ganz einmütig ein Wunsch dahin formuliert, daß die Marineverwaltung mit ihm bei der Aufstellung des nächsten Etats diesen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen möge.

Die weitere Erörterung befaßte sich dann mit dem unter Kap. 61 — Waffenwesen und Befestigungen — aufgeführten Titel **Hilfsbeamte.** Allgemein wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die jetzt vorgesehene (D) Regelung bezüglich der sogenannten Hilfsbeamten nur ein Übergangsstadium darstellen möge. Auf jeden Fall solle, wenn es notwendig sei, diese Beamten zu erhalten, dafür gesorgt werden, daß sie möglichst bald etatmäßige Beamte würden, daß ihnen die Gebührnisse gegeben würden, die ihnen nach ihrer bisherigen Stellung zustehen, und daß bei ihrer Übernahme in die etatmäßige Beamtenschaft ihnen ein ihrem Wunsche entsprechender Titel gegeben werde. Hinsichtlich der in den Betrieben der Reichsmarineverwaltung beschäftigten nichtetatmäßigen Beamten wurde seitens der Marineverwaltung erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, daß alle Beamten, seien sie nun etatmäßig oder nichtetatmäßig, gleich zu behandeln seien. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Frage der Kündigung dieser nichtetatmäßigen Beamten zum Gegenstand einer Erörterung mit dem Reichsjustizministerium gemacht worden sei, das sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß nach § 24 des Reichsbeamtengesetzes auch die nichtetatmäßigen Beamten auf Wartegeld gesetzt werden könnten.

Bei dem Kap. 60, Instandhaltung der Seestreitkräfte, der Werft Wilhelmshaven und des Arsenals Kiel, wurde von mehreren Seiten die Forderung aufgestellt, daß die der Marine verbliebenen **Werfteinrichtungen** nur für die Zwecke der Marine Arbeit übernehmen, also unter keinen Umständen mehr Privataufträge hereinnehmen sollten. Dieser Standpunkt wurde damit begründet, daß es doch nicht erträglich sei, daß einzelne Reichsbetriebe nach kaufmännischen Grundsätzen, und die anderen nach bureaukratischen verführen. Die Betriebsart der Reichsbetriebe müsse durchaus einheitlich sein.

Demgegenüber wurde von der Reichsmarineverwaltung die Erklärung abgegeben, daß nicht beabsichtigt sei, für die reinen Marinewerften, das heißt also in diesem Falle

(Dr. **Oberfohren**, Berichterstatter.)

(A) für die Werft Wilhelmshaven und für das Arsenal Kiel, noch irgendwelche weiteren Privataufträge hereinzunehmen.

In diesem Zusammenhang wurde dann auch die Frage erörtert, ob es nicht wünschenswert sei, in der Leitung der Reichswerft Wilhelmshaven insofern eine Änderung eintreten zu lassen, daß die Institution des Oberwerftdirektors abgeschafft und die **Leitung der Marinewerft in eine kollegiale Form** gebracht werde. Die Reichsmarineverwaltung gab darauf die Erklärung ab, daß derartige Absichten schon seit längerer Zeit erwogen würden, und daß sie wahrscheinlich binnen kurzer Frist eine solche Regelung treffen werde.

Ein Antrag auf Vermehrung der Stellen der **Zahlmeister** wurde fast einstimmig abgelehnt. Dagegen wurde von seiten der Reichsmarineverwaltung eine Erklärung dahin abgegeben, daß sie der Erweiterung der Aufstiegsmöglichkeiten der Zahlmeister durchaus wohlwollend gegenüberstehe.

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bei keinem Haushalt kommt einem die Not und die Schmach Deutschlands so zum Bewußtsein wie beim Marinehaushalt.

(Sehr richtig! rechts.)

Der von der Furcht vor Deutschland diktierte Friedensvertrag legt uns so enge Schranken auf, daß wir hinsichtlich unserer Flotte auf die Stufe einer Macht vierten Ranges herabsinken. Weder zum Schutz unserer Küsten noch zur Beschützung des Restes der uns gebliebenen Handelsflotte reicht die **kleine Marine** auch nur annähernd aus. Spricht bei der Wehrlosmachung Deutschlands zu Lande aus jedem Wort des Friedensvertrages Frankreich, (B) so bei unserer Wehrlosmachung zur See aus jedem einzelnen Buchstaben England. Die deutsche Flagge sollte vom Weltmeere verdrängt, der wirtschaftliche Konkurrent ausgeschaltet werden. Dieses Ziel ist erreicht. Das Reich liegt am Boden und mit ihm das Symbol, in dem sich der stolze Aufstieg Deutschlands in den letzten beiden Menschenaltern am sichtbarlichsten verkörperte: unsere Flotte.

Aber trotzdem wollen wir nicht verzagen, nicht dumpfe Verzweiflung soll da Platz greifen, wo einzig und allein Energie und Tatkraft, stahlharter Wille, Arbeit und Fleiß uns retten können. Und hat unsere alte Marine in ihrer Jugend Gelegenheit gehabt, an der Haltung der Franzosen den Stolz einer geschlagenen Nation zu bewundern, die niemals ihre Ehre vergißt, so soll auch der Gegner von uns dereinst Gleiches sagen können. Die **Tat von Scapa Flow** und die einmütige Haltung der Mannschaft, die gegebenenfalls bei Verurteilung des Admirals selber mit verurteilt zu werden wünscht, weil sie diese Tat, die sie mitbegangen hat, billigte, zeugt dafür, daß der alte Geist, der in unserer Flotte lebendig gewesen ist, doch noch nicht ganz ausgestorben ist.

An unserer deutschen Flotte hat das deutsche Volk mit einer Inbrunst und Liebe ohnegleichen gehangen. Diese Liebe und dieses Vertrauen zurückzugewinnen, muß eine der vornehmsten Aufgaben der neuen deutschen Flotte sein, die eine **Volksmarine** im besten Sinne des Wortes werden muß.

Unsere Flotte muß auf Diktat unserer Feinde klein, an der früheren Stärke gemessen, zwerghaft klein, sein. Aber sie muß in technischer und personeller Hinsicht das Beste darstellen, was unter diesen traurigen Verhältnissen nur aufgebracht werden kann. Die **Neuorganisation** der Marine will daher besonders wohl überlegt sein. Sind in dem Organisationsplan Fehler enthalten, so werden sie sich fortsetzen; denn es ist eine alte Erfahrung, daß es in einem späteren Stadium oft zu spät ist, ursprüngliche (C) Konstruktionsfehler wieder gut zu machen.

Daß die oberste **Kommandogewalt** und die Verwaltungsbefugnisse in der Marine einheitlich in der Admiralität zusammengefaßt werden, findet unsere vollste Zustimmung. Manches im Kriege wäre sicherlich anders gekommen, wenn wir nicht die unglückselige **Dreiteilung** gehabt hätten: Oberkommando, Reichsmarineamt und Marinekabinett.

(Sehr richtig!)

Der einheitliche Plan und der einheitliche Wille fehlte bei unserer Marine während des Krieges. Er konnte jedenfalls nicht in die Erscheinung treten. Und als im August 1918 das Oberkommando und das Reichsmarineamt zu einer obersten Seekriegsleitung zusammengefaßt wurden, und als es endlich gelang, den unheilvollen Einfluß des Marinekabinetts zurückzudrängen, da war es leider Gottes zu spät, wie wir ja über so manches Kapitel der Politik vor und während des Krieges das bittere Wort zu spät schreiben müssen! —

Bei der Organisation der Admiralität ist nach unserm Empfinden die **Technik** zu kurz gekommen. Gerade heute besitzt die Technik eine entscheidende Bedeutung. Ich wiederhole hier im Plenum, was ich im Ausschuß gesagt habe: ich wünschte, daß der Direktor der technischen Abteilung direkt unter dem Chef der Admiralität stünde.

(Sehr richtig!)

Die Gründe dafür habe ich schon im Ausschuß angegeben; ich habe es deshalb nicht nötig, sie hier zu wiederholen. Ich hoffe, daß bei der Aufstellung des nächsten Etats noch einmal in eine Nachprüfung dieser so eminent wichtigen Frage eingetreten werden wird.

Wie ich gehört habe, sollen für das Reichswehrministerium 5 Seeoffiziere vorgesehen sein, aber kein Marineingenieur.

(Hört! Hört!) (D)

Wenn das zutreffen sollte, so wäre dies außerordentlich zu bedauern. Es ist erforderlich, daß auch im Reichswehrministerium eine Stelle für einen älteren **Marineingenieur** geschaffen wird, damit ein Verbindungsoffizier für technische Angelegenheiten und technisches Personal beim Reichswehrminister vorhanden ist. Die angestrebte und versprochene Gleichberechtigung und die hohe Zahl des technischen Personals macht dies zu einer Notwendigkeit. Ich hoffe, daß auch darin eine Nachprüfung beim neuen Etat eintritt.

Der Organisationsplan, der aufgestellt ist, soll nicht nur für die Gegenwart, für den Augenblick dienen, sondern auch für die Zukunft. Er muß deshalb eine so breite Basis darstellen, daß sie auch einmal ein größeres als das heutige Gebäude tragen kann.

Ein besonderes Wort, ohne mich dabei in Einzelheiten verlieren zu wollen, möchte ich einer Waffengattung widmen, die leider nicht immer voll gewürdigt worden ist. Das sind die **Fachoffiziere,** im besonderen die Torpederoffiziere. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß unter allen Umständen die Erfahrungen dieses hervorragend tüchtigen Offizierkorps auch in Zukunft fruchtbringend verwertet werden. Die Fachoffiziere und Deckoffiziere dürfen in ihren Bezügen auch bei der Neuorganisation unter keinen Umständen schlechter als bisher gestellt werden; im Gegenteil, eine grundsätzliche Erhöhung der Bezüge für die gesamte Marine ebenso wie für die Reichswehr halten wir für unerläßlich. Es ist bereits heute beim Heeresetat darauf hingewiesen worden, daß Mannschaften und Offiziere sich erheblich schlechter stehen als einfache ungelernte Handarbeiter. Das ist ein Zustand, der unwürdig ist. Gelder sind im neuen Deutschland in Fülle vorhanden; denn sie werden mit vollen Händen hinausgeworfen.

(Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter.)

(A) Wie bereits im Haushaltsausschuß, so möchte ich auch hier daran erinnern, daß nutzlose Autofahrten von Zivilpersonen gemacht werden, und daß es ein unerträglicher Anblick ist, wenn vor dem Reichstage oft ein Dutzend Autos wartet, unter dem alten Regime wäre es jedenfalls nicht möglich gewesen. Es muß also noch viel Geld vorhanden sein.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn der Herr Abgeordnete Stücklen es für notwendig hielt, vorhin der Rechten ganz allgemein vorzuwerfen, daß sie jetzt mit einem Male ihr warmes Soldatenherz entdeckt hätte, so möchte ich ihm erwidern, daß er sich ein klein wenig mehr um die Geschichte der politischen Parteien und seines Vaterlandes kümmern möchte. Wir haben nicht jetzt erst ein warmes Soldatenherz —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Herr Abgeordneter! Die Debatte über den Militäretat ist geschlossen. Wir müssen uns jetzt auf den Marineetat beschränken.

Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter: Gestatten Sie mir, Herr Präsident, die Bemerkung, daß wir eine einheitliche Wehrmacht haben, und daß Marine und Landheer in der Hand desselben Reichswehrministers vereinigt sind.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Aber jetzt sprechen wir nur über einen Teil, der die Marine betrifft, nicht über das Landheer. Ihre Rede ist die Fortsetzung der vorigen Debatte, was ich aber untersagen muß.

Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter: Wenn gesagt wird, wir hätten erst jetzt unser warmes Herz für die Marine entdeckt, so muß ich demgegenüber bemerken, daß wir von jeher für die Marine eingetreten sind, und ich bitte, in (B) den Erinnerungen des Großadmirals v. Tirpitz nachzuschlagen, wo es heißt: „Unsere besten Freunde waren von jeher die Nationalliberalen.“

Beim Marineetat möchte ich noch auf ein besonders trauriges Kapitel hinweisen, das uns überall im neuen Reiche begegnet, Mißstände, die auch leider der Marine nicht fremd sind. Das letzte Geheimnis unserer Stärke im alten Reiche war die **Reinlichkeit und Sauberkeit in der Staatsverwaltung**, im Heere, in der Beamtenschaft, im ganzen öffentlichen Leben. Heute — nun ich darf wohl kurz und bündig sagen — haben wir das Gegenteil davon; eine Verschleuderung von Staats- und Reichsgeldern, ein Schieber- und ein Wuchertum ohnegleichen. Ich habe im Hauptausschuß Einzelheiten auch aus dem Kapitel der Marine erwähnt, wie da Materialien verschleudert werden und wie dies letzten Endes darum möglich ist, weil die nötige Anzahl von genügend ausgebildeten Fachbeamten zur Kontrolle fehlt, und eine viel schärfere Kontrolle als im alten Deutschland, wo alles nach Recht und Ordnung ging, ist doch im neuen Deutschland erforderlich. Die Verhältnisse, unter denen heute die **Zahlmeister** arbeiten müssen, sind viel schwieriger als ehedem, und es ist mir völlig unklar, wie die Admiralität mit der geringen Zahl von 65 Zahlmeistern auskommen will, wenn wirklich alles nach Recht und Ordnung gehen soll. Und höchst eigenartig, daß ausgerechnet das Finanzministerium die ursprünglich von der Admiralität geforderte Zahl von Marinezahlmeistern noch weiter verringert hat. Sparsamkeit ist an dieser Stelle Widersinn; denn neben der zu besoldenden, zu verpflegenden und zu bekleidenden Truppe muß doch gerade das Finanzministerium das allergrößte Interesse an einer geordneten Verwaltung und an Sparsamkeit im Reiche haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich kann mich auch nicht damit einverstanden erklären, daß 6 Intendanturbeamte in das Arbeitsfeld der Marinezahlmeister hineingeschoben werden. Das muß um so mehr bedauert werden, als die Zahl der im Krieg und Frieden bewährten Zahlmeister schon an sich durch die Verkleinerung der Marine in höherem Maße verringert wird als die der Intendanturbeamten. Es darf nicht eine Kategorie gegen die andere ausgespielt werden, aber es muß Gerechtigkeit in der gesamten Marineverwaltung herrschen. (C)

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch von dieser Stelle aus möchte ich dem Chef der Admiralität für seine Zusage danken, den Marinezahlmeistern eine Aufstiegsmöglichkeit zu schaffen. Ich hoffe, daß in dem demnächst vorzulegenden neuen Marineetat eine solche Aufstiegsmöglichkeit bereits praktisch vorgesehen ist.

Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kommando und Verwaltung, wie sie aus der dem Etat beigefügten **Denkschrift über die Intendanturen** hervorgeht, erscheint mir nicht ganz glücklich. Die Verwaltung ist nicht Selbstzweck und darf nicht Selbstzweck sein. Man soll ihre Befugnisse und ihr Betätigungsfeld erweitern, aber nimmermehr Einrichtungen schaffen, die unweigerlich dahin führen, die vom militärischen Standpunkte aus zur Erhaltung der Schlagfertigkeit der Truppe bisher geforderte Einheitlichkeit des ganzen Organismus zu zerschlagen. Eine Einschaltung von gleichgeordneten Verwaltungsdienststellen hat unerfreuliche Reibungen und Hemmungen zur Folge. Der Leidtragende ist letzten Endes die Truppe, der doch die Verwaltung einzig und allein dienen soll. Die Sorge für Mann und Material war bisher oberste Pflicht der Befehlshaber und der ihnen unterstellten Verwaltungsorgane. Diese Sorgen darf man diesen ihrer Natur nach dazu berufenen Stellen nicht nehmen, ohne daß dabei unwägbare Werte zerstört werden. Die Erweiterung der Selbstbewirtschaftung durch die Truppe muß im Gegenteil das anzustrebende Ziel sein. Nur in diesem Rahmen läßt sich auch die Frage lösen, wie der dem Mann zugestandene größere Einfluß auf Verpflegung, Bekleidung und Unterbringung zur Geltung gebracht wird. Die beabsichtigte Neuordnung der Verwaltung will also meines Erachtens noch einmal sehr eingehend nachgeprüft werden. (D)

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß der amtierende Herr Präsident mir gestatten wird — ich hatte vorhin mit dem Herrn Präsidenten Fehrenbach Rücksprache genommen und mich deshalb nicht ausdrücklich vorher gemeldet — ein ganz kurzes Wort der Erwiderung an den Herrn Reichsminister Dr. David zu richten, der gewisse politische Betrachtungen angestellt hat, die ebenso zum Marineetat wie zum Heeresetat gehören.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Sie brauchen keine Angst zu haben, daß ich lange sprechen werde. —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie fragen, ob der Herr Präsident Fehrenbach die Vereinbarung ausdrücklich bewilligt hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Jawohl!)

Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter: — Jawohl, Herr Präsident! — Herr Dr. **David** hat die **Schuldfrage** für den Zusammenbruch aufgeworfen und gesagt, daß Berge von Beweismaterial vorhanden sind, daß die Front dadurch zermürbt wurde, daß der Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umgebogen wurde. Das darf meines Erachtens unmöglich unwidersprochen bleiben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ist aber richtig!)

(Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter.)

(A) Ich will es in aller Kürze tun, indem ich nur einige wenige Zitate von markanten Persönlichkeiten aus den Reihen der jetzigen Mehrheitsparteien anführe. Objektiver kann man doch wirklich nicht sein. Der Herr Abgeordnete **v. Payer** hat wörtlich den Satz ausgesprochen:

> Keine Macht der Erde ist imstande, uns das wieder zu entreißen, was wir besitzen. Im Osten werden Veränderungen nötig sein. Belgien wird bleiben, aber ein äußerlich und innerlich anderes Belgien als vor 1914. Der status quo ante kann sich nicht wiederholen.

Der demokratische Abgeordnete **Haußmann** hat im Reichstag im Jahre 1917 am 10. Oktober den Satz ausgesprochen:

> Wir können im Westen keine andere Politik machen als im Osten, wo wir den Gedanken der Befreiung auf unsere Fahnen geschrieben haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Auch nach der Julireſolution von 1917 traten namhafte Demokraten nach wie vor für diese Politik ein. Die Demokraten Müller-Meiningen und Hoff sind für den Erwerb von Riga und für sonstigen Landerwerb eingetreten, und der uns noch heute angehörige Abgeordnete Weinhausen forderte noch 1918 bei sicherem Siege Kriegskostenentschädigungen durch die Feinde.

(Hört! Hört! rechts.)

Und damit Sie nicht denken, daß von den derzeitigen Regierungsparteien die Demokratische Partei allein den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umgebogen hat, wie man uns vorzuwerfen beliebte, möchte ich Sie an das Wort unseres verehrten Kollegen **Spahn** erinnern, das er im Reichstag im Namen der bürgerlichen Parteien sprach:

(B)

> Wir warten die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln, einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserweiterungen, gewahrt werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Im übrigen ist sein Wort Ihnen wohl allen bekannt, daß Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in unserer Hand bleiben müsse.

Und nun das letzte und ebenso kurze Zitat, um die Sozialdemokratie doch nicht ganz zu übergehen! Da erinnere ich an das Wort Ihres Führers **Scheidemann** aus einer Reichstagsrede im Jahre 1915, in der er davon sprach, daß ein neues Zeitalter sich ankündigt, und daß wir zum Siege Brot brauchen, und in der der Satz vorkommt:

> Das Land, in das wir unsere Saat streuen, ist unser Land.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Was heißt das?)

— Das heißt, daß wir die eroberten Länder behalten wollen,

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

die durch das Blut der deutschen Soldaten gedüngt worden sind. Wenn es Sie (zu den Sozialdemokraten) gelüstet, noch mehr Zitate Ihres Führers Scheidemann oder anderer Sozialdemokraten zu hören, so bin ich dazu gerne bereit. Ich habe mehrere Broschüren; aber ich glaube, daß diese kleine Auffrischung des Gedächtnisses vollkommen genügen wird.

Wenn nun aber, um mit einem Wort zum **9. November** zu kommen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Marine!)

— auch in der Marine spielt der 9. November eine sehr bedeutende Rolle — unsere Lage damals wirklich so traurig war, wie der Herr Reichsminister Dr. David sie geschildert hat, so möchte ich von meinem Standpunkt (C) sagen, daß die Revolution dann nur um so verwerflicher gewesen ist; denn in dieser Not gehörte unser ganzes Volk in allen seinen Teilen unbedingt zusammen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie hatten damals bereits die Macht in den Händen. Der Herr Reichspräsident Ebert hat das Wort ausgesprochen:

> Wir haben schon tatsächlich alle Macht in den Händen gehabt,
>
> (hört! hört! rechts)
>
> ehe die Vertreter der alten Herrschergewalt sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand her angebahnt.

Das hat der jetzige Präsident der deutschen Republik ausgesprochen, und dieses Wort hat weder er noch irgend jemand zurückgenommen. Und ganz in diesem Sinne schrieb der „Vorwärts“ im Februar dieses Jahres:

> Die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund heraus gesagt werden — war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr des alten Regimes verhindert hat.

Ich glaube, die Zitate genügen und werden dazu beitragen, daß uns die Herren Kollegen wie die Herren Minister in Zukunft mit derartigen Reden, wie die vorhin gehaltenen, verschonen.

(Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! Wenn dann vorhin die Forderung aufgestellt wurde, daß unsere **Wehrmacht** eine **republikanische Gesinnung** haben müßte, wenn weiter die Forderung aufgestellt wurde, der ganze Schutt der Vergangenheit müsse fortgeräumt werden, und wenn schließlich der Herr Reichswehrminister verlangte, daß die Verfassung, die wir jetzt hätten, respektiert werden müsse, (D) Herr Reichswehrminister, dann darf ich wohl einmal an Sie und Ihre Parteifreunde die Frage richten, ob Sie am 9. November vorigen Jahres die alte Verfassung respektiert haben,

(sehr gut! rechts)

die Verfassung, die in dem Herzen des ganzen deutschen Volkes festgewurzelt war!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Aber diese Bemerkung nur nebenbei! Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß im Rahmen der gegenwärtigen Verfassung wohl für andere Verhältnisse gearbeitet werden darf, auch in Heer und Marine. Die Verfassung bestimmt jedenfalls nichts Gegenteiliges, das Reichswehrgesetz liegt noch nicht vor; aber ich glaube, daß keine Regierung es wagen kann, im Reichswehrgesetz wesentliche Punkte der durch die Verfassung verbrieften Rechte einzuschränken. Aus den Art. 39 und 118 der Verfassung läßt sich zweifelsfrei schließen, daß sich Heer und Marine politisch betätigen dürfen. Und wenn die politischen Parteien für Aufklärung sorgen, dann müßten Sie (zu den Mehrheitsparteien) sich eigentlich darüber freuen, wenn Sie nämlich wirkliche und echte Demokraten sein wollen.

Der Herr Reichswehrminister hat vorhin das Wort ausgesprochen: Wer das Reich gefährdet, der ist als ein Schädling zu bekämpfen. Ja, Herr Reichswehrminister, es ist nur die Frage, was man dabei unter „Reich“ versteht. Für Sie gibt es nur das Reich, das durch gewaltsamen Umsturz am 9 November begründet wurde. Das ist Ihr Ideal, das ist Ihr Reich. Ich erkläre Ihnen aber, daß dies mein Reich nicht ist. Ich arbeite mit meinen politischen Freunden im Rahmen der Verfassung mit und lehne jeden gewaltsamen Putsch im Gegensatz zu Ihnen ab, denn wir wollen keinen neuen 9. November.

(Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter.)

(A) Aber Sie werden das alte Reich niemals aus unseren Herzen herausreißen. Das steht mit leuchtenden Farben, so morsch auch vieles in ihm war, vor unserer Seele, und ich glaube, der Ausfall der nächsten Wahlen wird Ihnen beweisen —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe**: Herr Abgeordneter Dr. Mittelmann, zum Marineetat gehören die nächsten Wahlen nicht. Ich möchte doch bitten, daß Sie zum Marineetat zurückkehren.

(Zurufe rechts.)

— Der Herr Redner hat sich zum größten Teil seiner Rede nicht mit dem Marineetat, sondern mit der politischen Lage beschäftigt. Sie werden selbst zugeben

(Zurufe rechts)

— Herr Bruhn, jetzt spreche ich —: wenn jeder nachfolgende Redner dasselbe tut, können wir bis Mitternacht hier sitzen. Ich muß Sie also bitten, beim Marineetat zu bleiben.

Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter: Ich darf meiner Überzeugung Ausdruck geben, Herr Präsident, daß gerade diese Ideen nirgends größeren Anklang finden werden als gerade bei der Marine, die eine Kaiserliche Marine war und die die Größe und Stärke des Deutschen Reichs in seiner glücklichsten und glänzendsten Epoche verkörperte.

Vizepräsident **Löbe**: Hier ist aber nicht Ihre Meinung maßgebend, sondern die Meinung des Präsidenten. Ich bitte deshalb, zum Marineetat zu sprechen.

Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter: Was nun weiter den Marineetat betrifft, so darf ich meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die so kleine Flotte, die wir jetzt haben, unter einer anderen **Flagge** hinausfahren muß.

(B) (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihre Sorge möchte ich haben!)

Ich darf meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß nicht mehr die Fahne schwarz-weiß-rot auf den Fahrzeugen unserer Marine weht, sondern eine Fahne mit einer schwarz-rot-goldenen Gösch in der Ecke. Ich bedauere das außerordentlich und möchte dem auch hier Ausdruck geben. Diese Fahne wird sich ebensowenig bei der Marine einbürgern, wie es möglich sein wird, durch das Bild des Herrn Reichspräsidenten Ebert und das Bild des Herrn Noske etwa das Bild des alten Kaisers und Bismarcks oder Hindenburgs aus dem Herzen des deutschen Volks zu verbannen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ein Wort des Großadmirals **v. Tirpitz** darf wohl beim Marineetat seine Stelle haben. Ich las es in seinen Erinnerungen und mußte daran denken, als ich die Ausführungen des Herrn Vertreters der Unabhängigen Sozialdemokratie hörte. Das Wort des ehemaligen Staatssekretärs des Reichsmarineamts lautet:

> Der korrupte Deutsche ist noch schlimmer als der korrupte Italiener oder Franzose, der wenigstens nie sein Vaterland verrät.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Gehört das zum Etat?)

— Gewiß gehört das zum Etat.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Aber ganz entschieden! Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß es nicht Abgeordnete oder sonstige Persönlichkeiten gibt, die derartige Denunziationen wie die des Herrn Koenen auch auf dem Gebiet der Marine begehen. Ich habe für diese Rede jedenfalls nur eine Bezeichnung: Pfui Teufel!

(Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

(C) Vizepräsident **Löbe**: Herr Abgeordneter Dr. Mittelmann, dieser Ausdruck gehörte bisher dem parlamentarischen Sprachgebrauch nicht an.

(Zurufe links.)

Dr. **Mittelmann**, Abgeordneter: Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß eine derartige würdelose Rede auch noch niemals in diesem Hause gehalten worden ist, wie die von Herrn Koenen.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen angelangt. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß wieder einmal eine Zeit kommen möge, in der wir mit neuem Stolz auf unsere Wehrmacht und auf unsere Flotte blicken können. Mögen dermaleinst wieder stolze Schiffe die weite Fläche des Ozeans furchen und den deutschen Namen in fernste Lande tragen, und möge auch die Zeit kommen, in der die alte schwarz-weiß-rote Flagge, unter der ein Weddigen starb und unter der das Geschwader eines Grafen Spee in die Tiefe sank, stolz im Winde flattert, einem freieren und größeren Deutschland voran.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident **Löbe**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stücklen.

Stücklen, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will auf den Inhalt des Zitatensackes des gekränkten Patrioten Mittelmann nicht eingehen. Es würde das dazu führen, daß die Debatte verlängert wird, ohne daß ein greifbares Resultat dabei erzielt werden kann. Ich kann mir vorstellen, daß die Ausführungen meines Kollegen David den Herren auf der Rechten nicht angenehm waren; aber ich kann nicht zugeben, daß Herr Mittelmann es fertig gebracht hat, diese Ausführungen im allergeringsten zu erschüttern.

(D) Herr Mittelmann hat bemängelt, daß beim Wehrministerium kein **Ingenieur** sei. Ich verfüge nicht über die maritimen Kenntnisse des Herrn Mittelmann, ich maße mir daher nicht an, das näher zu beurteilen. Aber ich glaube, der Ingenieur wird dahin gehören, wo Arbeit für ihn vorhanden ist, und Arbeit ist dort für ihn, wo Schiffe sind. Daß nun beim Reichswehrministerium sich ein Schiff befindet, sodaß ein Ingenieur sich dort betätigen könnte, ist mir nicht bekannt.

Um das Wohl der **Deckoffiziere** haben wir uns immer bekümmert, genau so wie wir immer für die Mannschaften und für die Angestellten bei der Marine eingetreten sind. Wir haben es nicht nur bei Worten bewenden lassen wie Herr Mittelmann. Wir haben auch einen Antrag hier vorgelegt auf Nr. 1400 der Drucksachen, in dem wir die Reichsregierung ersuchen, zu veranlassen, daß für die aus dem Deckoffizierstande hervorgegangenen charakterisierten Seeoffiziere und Ingenieure, soweit sie die Befähigung zum Seeoffizier besitzen, nach und nach die Übernahme auf den Etat der Seeoffiziere in Aussicht genommen wird. Ich setze voraus, daß die Regierung diesem Antrag, der zweifellos vom Hause angenommen wird, auch Rechnung tragen wird.

Herr Dr. Mittelmann hat mir dann empfohlen, ich möge mich mehr um die **Geschichte der Parteien** kümmern. Ich weiß nicht, wie er zu diesem Ratschlag kommt. Ich habe über die Geschichte der Parteien hier im Hause, im letzten Jahre wenigstens, kein Wort verloren. Wenn Sie mir also Anregungen geben oder Belehrungen erteilen wollen, dann müssen Sie mindestens an das anknüpfen, was ich gesagt habe. Übrigens kann ich dem Herrn Dr. Mittelmann verraten, daß ich die Geschichte der Parteien vielleicht genau so kenne wie er. Namentlich ist mir die Geschichte der nationalliberalen Partei außerordentlich geläufig.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

(**Stücklen**, Abgeordneter.)

(A) Vielleicht habe ich einmal die Möglichkeit, mich mit ihm über diese Geschichte auseinanderzusetzen. Er sagt mit großer Emphase: die **Nationalliberalen** waren immer warme Freunde der Flotte. Wer hat denn das jemals bestritten? Gewiß, die Nationalliberalen waren die größten Flottentreiber, die wir im Reichstag gehabt haben. Die Nationalliberalen waren es ja auch, die den rücksichtslosen U-Boot-Krieg schon lange verlangt hatten und die damals gejubelt haben, als er proklamiert wurde, die also über eine Maßnahme gejubelt haben, durch die das Reich allmählich in das Unglück hineingetrieben wurde. Es hat aber keinen Sinn, sich mit Herrn Dr. Mittelmann über diese Dinge weiter auseinanderzusetzen.

Herr Mittelmann bemängelt, daß zu wenig **Zahlmeister** im Etat gefordert worden sind. Man darf wohl annehmen, daß die Marineverwaltung nicht gerade zurückhaltend in ihren Forderungen gewesen sein dürfte. Wenn sie nicht mehr Zahlmeister verlangt hat, werden wahrscheinlich nicht mehr Zahlmeister gebraucht werden. Es war aber niemals Sitte und Brauch in diesem Hause, daß man einer Verwaltung mehr Beamte aufdrängt, als sie verlangt. Die Verwaltung ist für den Gang der Geschäfte verantwortlich. Wenn sie zu wenig Beamte verlangt hat, dann muß sie dafür die Verantwortung tragen. Daß aber nun im Hause gesagt wird, es müßten von einer bestimmten Kategorie mehr Beamte eingesetzt werden, ist zweifellos ein Novum.

Meine Damen und Herren! Ich habe nur noch eine Bemerkung zu machen. Ich habe im Ausschuß bereits darauf hingewiesen, daß die **Werft**, die der Marineverwaltung überlassen worden ist, ihr nur zum Zwecke der Marine überlassen wurde, daß insbesondere auf der Marinewerft keinerlei private Aufträge hergestellt werden dürfen. Sie wissen, daß wir beim Etat des Reichsschatzministeriums beschlossen haben, alle Heeres- und Marine-(B) betriebe dem Reichsschatzministerium zu übertragen. Es soll dadurch ein großer Industriekonzern geschaffen werden, und es ist natürlich durchaus nicht angängig, daß nur irgendein anderer Reichsbetrieb den Unternehmungen des Reichsschatzministeriums Konkurrenz bereiten würde. Ich darf hier feststellen — ich weiß nicht, ob der Berichterstatter das gesagt hat; bei der Gründlichkeit, mit der er referiert hat, darf ich es wohl annehmen —, daß Kapitän Löhlein im Haushaltsausschuß ausdrücklich erklärt hat, die Werft werde sich nur darauf beschränken, Marinearbeiten herzustellen, auf keinen Fall aber weiter Privataufträge zu übernehmen, nur die laufenden Aufträge sollten noch fertig gestellt werden.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Es wird mir das von der Seite aus bestätigt, und damit glaube ich, das erreicht zu haben, was mir vorschwebte.

Vizepräsident **Löbe**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bruckhoff.

Bruckhoff, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf die allgemein politischen Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Mittelmann gehe ich an dieser Stelle nicht ein, da der Redner unserer Partei sich heute über alle diesbezüglichen Fragen mit voller Deutlichkeit geäußert hat. Herr Kollege Dr. Mittelmann, es wäre leicht, gegen die Herren der **Deutschen Volkspartei** den Gegenschlag zu führen. Sie samt und sonders haben ja immer zu den, wenn man so sagen darf, U-Boot-Phantasten gehört,

(oho! bei der Deutschen Volkspartei)

und wenn Sie die Politik der Herren Kollegen v. Payer und Haußmann kritisiert haben, so erwidere ich Ihnen folgendes: Herr Kollege Dr. Stresemann war ja derjenige, der immer fest behauptet hat, Amerika trete unter gar keinen Umständen in den Krieg ein, seine Drohung sei ein Bluff. Also bitte, Herr Kollege Mittelmann, wenn Sie ein anderes Mal wieder über politische Weisheiten der (C) Parteien referieren wollen, dann kehren Sie zunächst vor Ihrer eigenen Tür.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Weshalb haben Sie die Kriegskredite bewilligt?)

— Ich weiß nicht, was die Kriegskreditbewilligung mit dieser Frage zu tun haben soll.

Meine Damen und Herren! Von unserer ehemals stolzen Flotte ist nur ein kleiner Rest geblieben. Der Friede von Versailles schreibt uns die Anzahl unserer Schiffe, unserer Geschütze, unserer Offiziere und Mannschaften vor, und die Entente wird — darüber kann gar kein Zweifel bestehen — auch auf dem Gebiete unserer Seewehr eine scharfe Kontrolle ausüben. Wir werden, wie allgemein betont wird, den Friedensvertrag loyal erfüllen, und infolgedessen wird und kann unsere Marine nicht der Machtfaktor werden, der sie gewesen ist. Ein glänzendes Rüstzeug ist mit unserer **Kriegsmarine** verschwunden. Trotz der Revolte, die von den Angehörigen der Marine ins Land getragen worden ist, werden wir der Großtaten unserer Flotte ehrend gedenken. Was unsere Großkampfschiffe, unsere Kreuzer und Torpedoboote am Skaggerrak geleistet haben, wird für immer in unserem Gedächtnis fortleben. Die fast übermenschlichen Leistungen unserer **U-Boote** sind mit goldenen Lettern in die Geschichte des deutschen Volkes geschrieben, und ihr Glanz wird niemals verlöschen. Die rastlose, anstrengende Arbeit unserer Minensuchboote verdient vollste und wärmste Anerkennung. Dank an dieser Stelle auch allen Technikern, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Marine gestellt haben. Ich halte es für meine Pflicht, heute an dieser Stelle noch einmal allen Angehörigen unserer Kriegsmarine, ohne Unterschied ihrer Stellung, Dank zu sagen für ihre Aufopferung im Kampfe um das Leben unseres Volkes und Vaterlandes.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) (D)

Meine Damen und Herren! Wir sind zu keinem glücklichen Ende gekommen. Was dieser Abschluß für unsere Marine, für unser ganzes Seewesen bedeutet, sieht man am besten, wenn man heute seine Blicke über den Kieler Hafen schweifen läßt. Ich brauche kein weiteres Wort hinzuzufügen.

Herr v. Graefe hat heute gesagt, daß dieses trostlose Ende das Verschulden gewisser Leute in der Heimat ist. Mein Freund Dr. Haas hat darauf schon geantwortet. Gestatten Sie mir nur eine ganz kurze Bemerkung dazu. Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß in einem großen Kriege die glorreichsten Taten des Heeres nichts nützen, wenn nicht die Heimat mit ihrer gesamten Kraft, mit ihrem unbeugsamen Willen bis zum Schluß hinter der kämpfenden Truppe steht. Warum war das nicht möglich? Eine der Hauptursachen für den militärischen Zusammenbruch erblicke ich darin, daß man vielfach auch in Marineoffizierskreisen die **Psyche des Soldaten** nicht richtig verstanden hat. Der Gehorsam des Mannes war letzten Endes durch irgendwelchen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches bedingt, die Erziehung zum Staatsgedanken hat gefehlt.

(Sehr richtig!)

Nicht blinder Kadavergehorsam, sondern die Pflichterfüllung um des Gewissens willen ist das Entscheidende. Hoffen wir, daß bei dem neuen Aufbau unserer Marine diese alten Fehler vermieden werden. Die äußere Stärke erlangen wir nicht wieder. Möge die Marinebehörde — das ist mein Wunsch — darauf bedacht sein, daß durch einen guten kameradschaftlichen Geist, durch ein verständnisvolles Zusammenwirken von Offizier und Mann im deutschen Volke wieder Freude und Liebe zur Flotte geschaffen werden und erhalten bleiben.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(Bruckhoff, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Chef der Admiralität hat uns im Hauptausschuß gesagt, er hätte als Seeoffizier auf seinem Schiffe niemals Kasten- und Klassengeist geduldet, und er werde dafür sorgen, daß dieser Geist auch in der neuen Marine keinen Platz finde. Für diese Worte sind wir dem Herrn Admiral dankbar. Ja, Herr Admiral, die Lösung dieser Fragen hängt davon ab, daß der Offizier nicht nur als Vorgesetzter zum Untergebenen sieht, sondern als Mensch zum Menschen. Damit werden Sie es zwingen.

Nun einige spezielle Bemerkungen zum Etat. Der Herr Berichterstatter hat bereits vorgetragen, was bezüglich der Organisation des Reichsmarineamts im Hauptausschuß gesagt worden ist. Wenn man sich diese Organisation ansieht, so stellt man fest, daß dem Herrn Chef der Admiralität drei große Abteilungen unterstellt sind, die Justizabteilung, die Sanitätsabteilung und die allgemeine Abteilung. Zur allgemeinen Abteilung gehört als letzte die **technische Abteilung.** Mit dieser Regelung können wir uns nicht einverstanden erklären. Die Juristerei in Ehren! Ich will auch nicht die Bedeutung der Sanitätsabteilung unterschätzen; aber was ist die Marine ohne Technik? Die Technik wird das Entscheidende sein, und deshalb sollte man der technischen Abteilung die Stelle geben, die sie verdient. Man sollte sie auch zu einer Hauptabteilung machen und sie neben der Justiz-, der Sanitäts- und der Allgemeinen Abteilung dem Chef der Admiralität direkt unterstellen. Die allgemeine Abteilung würde dann nur noch die Werft- und die Waffenabteilung umfassen. Wir haben gehört, daß der Herr Chef der Admiralität erklärt hat, der Leiter dieser technischen Abteilung könne auch bei der gegenwärtigen Organisation mit ihm direkt ins Benehmen treten. Dann erscheint es mir angebracht, diesen Leiter überhaupt nicht erst dem Departementsdirektor der Allgemeinen Abteilung zu unterstellen. (B) Die Hauptsache ist uns, daß die Technik den Platz bekommt, der ihr nach unserer Auffassung unter allen Umständen gebührt, und ich darf im Namen meiner Freunde den ganz bestimmten Wunsch äußern, daß bei der Aufstellung des nächsten Etats unserer Anregung Folge gegeben wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Den Wunsch der aus dem Mannschaftsstande hervorgegangenen **Fachoffiziere,** weiter Offiziere zu bleiben, unterstützen wir auf das lebhafteste. Wenn in der Kommission gesagt worden ist, daß die höchste Leistung bei der Besetzung von Offizierstellen allein maßgebend sein möchte, so erscheint es uns richtig, daß die Leute, die technisch besonders geeignet sind, die in der Küstenartillerie und im Minenwesen bisher Hervorragendes geleistet haben, auch weiterhin in entsprechende Offizierstellen gelangen.

Ein Wort zu den **Deckoffizieren!** Die Mehrheitsparteien haben unter Nr. 1400 der Drucksachen eine Entschließung vorgelegt:

> die Reichsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß für die aus dem Deckoffizierstande hervorgegangenen charakterisierten Seeoffiziere und Ingenieure, soweit sie die Befähigung zum Seeoffizier besitzen, nach und nach die Übernahme auf den Etat der Seeoffiziere in Aussicht genommen wird.

Die über fünfunddreißig Jahre alten Deckoffiziere sollen nicht mehr zu Seeoffizieren befördert werden, wenn ich recht unterrichtet bin. Aber die meisten Deckoffiziere, die auf Grund ihrer Fähigkeit befördert werden könnten, sind in diesem Alter. Bleibt die Marineverwaltung auf diesem Standpunkt stehen, so wird die Folge sein, daß nur wenige Deckoffiziere in wirkliche Offiziersstellen kommen. Das halte ich um deswillen für bedauerlich, (C) weil sich die Herren große praktische Erfahrungen im Kriege erworben haben, und auf diese sollte man eigentlich nicht verzichten. Der Herr Reichswehrminister hat uns heute früh erklärt, daß 50 Prozent aller Offfziersstellen den Leuten aus dem Deckoffizier-, Unteroffizier- und Mannschaftsstande vorbehalten sind. Wir begrüßen diese Erklärung dankbar.

Über die Stellung und Bedeutung der **Zahlmeister** habe ich mich in der Kommission ausführlich geäußert. Was ich über die Intendantursekretäre in der Kommission gesagt habe, hat vorhin Herr Dr. Mittelmann vorgetragen; ich brauche es also nicht zu wiederholen.

(Bravo!)

Ich möchte nur noch einmal an dieser Stelle den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Zahlmeister nicht zu reinen Kassenbeamten gemacht werden, und daß ihnen ebenfalls Aufstiegsmöglichkeiten gesichert bleiben. Dann haben wir allgemein den Wunsch, daß auch die Offiziere mehr als bisher in den Geist der Verwaltung eindringen möchten.

Meine Parteifreunde — es ist vielleicht nötig, das der Deutschen Volkspartei gegenüber zu betonen — sind auch Freunde der Flotte gewesen. Leider ist man den Weg, den wir für richtig gehalten haben, nicht gegangen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir legten das Hauptgewicht auf den Bau von Kreuzern und U-Booten, und ich darf feststellen, daß der Krieg unseren Anschauungen recht gegeben hat.

Meine Herren von der Marine! Ihre Arbeit wird keine leichte gewesen sein. Wir wünschen, daß Sie Ihr Ziel erreichen. Unserer Mitarbeit dürfen Sie sicher sein. Bitte, bringen Sie uns Vertrauen entgegen!

(Lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

(D) **Andre,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das deutsche Volk war stolz auf seine herrliche Flotte. Ich schließe mich in dieser Beziehung aus vollem Herzen dem Danke an unsere Flotte an, den die Herren Vorredner soeben ausgesprochen haben.

(Bravo! im Zentrum.)

Nur mit tiefem Schmerz müssen wir alle feststellen, daß uns der Friedensvertrag einen guten Teil dessen genommen hat, was dem deutschen Volke so lieb gewesen ist. Durch den **Friedensvertrag** wird unsere **Marine** auf die Stellung und den Stand vom Jahre 1870/71 herabgedrückt. Wir können jetzt wieder dort anfangen, wo das neue deutsche Reich im Jahre 70/71 hat anfangen müssen, nur mit dem Unterschiede, daß dort freie Bahn für die Entwicklung und Entfaltung der Marine gegeben war, während wir jetzt an den Friedensvertrag gebunden sind. Um so mehr wird es Aufgabe des deutschen Volkes sein müssen, seine Marine im Rahmen des Friedensvertrages zu hegen und zu pflegen. Die Zentrumsfraktion ist gewillt und bereit, das Mögliche zu tun, um die Marine instand zu setzen, wenigstens den Küstenschutz voll und ganz zu gewährleisten. Wir wünschen vor allem, daß unsere kleine Marine durch gute Organisation und zweckentsprechende Diensteinteilung wie durch eine gründliche Aus- und Fortbildung des Personals als beachtlicher Faktor für die Zukunft erhalten bleibt.

Wir sind durch den Friedensvertrag genötigt worden, zum **Söldnersystem** überzugehen. Dies System mit jahrelanger Dienstzeit muß auch in der Marine durchgeführt werden, und es bedingt, daß auf dem Gebiete des Besoldungswesens ganz neue Verhälnisse geschaffen werden.

Wir treten dafür ein, daß die Marinetruppen gut untergebracht werden. Die seitherigen **Unterkunftsräume** waren oft zu eng und zu einfach. Die

(**Andre,** Abgeordneter.)

(A) Quartiere müssen reinlicher gestaltet und vor allem auch behaglicher eingerichtet werden. Dann muß seitens des Admiralstabes für die Verpflegung und Bekleidung unserer Marinetruppen das Bestmögliche geschehen. Die Truppe hat ein Anrecht darauf, gut gekleidet und verpflegt zu sein. Auch nach der Seite hin muß in gewissem Sinne der Soldatenstolz wieder geweckt werden und erhalten bleiben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Sodann ist vor allem auch notwendig, daß der früher in der Marine so oft beklagte **Kastengeist** endgültig verschwindet. Er hat uns in der alten Marine außerordentlich viel geschadet, und wenn die Demoralisation kurz vor Ausbruch der Revolution in der Marine so große Fortschritte gemacht hat, so ist das nicht zuletzt auf den weitverzweigten Kastengeist zurückzuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Offiziere und Mannschaften haben sich nicht mehr verstanden.

(Erneute Zustimmung.)

Die Volksmarine kann diesen Kastengeist nicht mehr vertragen.

Sodann möchte ich mich dem Wunsche anschließen, den meine beiden Herren Vorredner schon zum Ausdruck gebracht haben, daß in unserer Marine die **Techniker** nicht allzusehr hinter die Seeoffiziere zurückgestellt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

An die Spitze der Technischen Abteilung muß ein Techniker treten, nicht ein Seeoffizier.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Man sollte meinen, daß über diese Selbstverständlichkeit nicht immer wieder im Ausschuß und auch hier geredet (B) werden müßte,

(sehr gut!)

und es ist auch wirklich nicht zu verstehen, daß die zuständigen Stellen dem Drängen aller Parteien nach dieser Seite hin bis jetzt noch nicht nachgegeben haben. Ich möchte deshalb doch glauben, daß die zuständigen Stellen dem einmütigen Willen der Abgeordneten endlich Rechnung tragen. Unter den früheren **Fachoffizieren** dürfte sodann mancher sein, der sich als tüchtige Kraft im Kriege außerordentlich bewährt hat. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, der soeben von meinem Herrn Vorredner verlesen worden ist — es ist der Antrag Nr. 1400 —, daß diese Fachoffiziere womöglich alsbald zu vollberechtigten und vollwertigen Offizieren gemacht werden.

Besonders begrüßen wir es, daß nun in der Marine tatsächlich dem Grundsatz Rechnung getragen werden soll, wonach dem „Tüchtigen freie Bahn" zu schaffen ist. Wir sind ganz damit einverstanden, daß ein gewisser Prozentsatz der freiwerdenden Offizierstellen durch Nachschub aus den Mannschaften heraus besetzt werden können und sollen.

Sodann wünschen wir auch eine befriedigende Lösung der **Baueleventfrage.** Die Baueleven sind während der Dauer des Krieges zu einem guten Teil in den Frontstellungen gewesen und können nun weder auf Schiffswerften noch im Maschinenbau in einer Staats- oder Privatwerft Stellung finden. Das ist ein unerträglicher Zustand, und ich möchte auch nach dieser Seite hin der bestimmten Erwartung Ausdruck verleihen, daß die Regierung und der Admiralstab sich dieser Kreise vor allem annehmen möchten.

Wir sind uns darüber klar, daß die deutsche Marine bis auf weiteres keine Weltstellung mehr haben wird. Wir legen daher besonderen Wert darauf, daß der **Abbau der Kriegsmarine** schnellstens durchgeführt wird. Im Ergänzungsetat der Finanzverwaltung sind ja 660 Millionen Mark für die Abwicklung der alten Marine vorgesehen. (C) In diesem Zusammenhange möchte ich darauf hinweisen, daß durch die vorgenannte Millionenziffer alle die Klagen widerlegt werden, daß zum Beispiel die **Zahlmeister** nicht entsprechend und nicht mehr in genügender Zahl Verwendung finden würden. Nach meiner Kenntnis der Dinge sind bis jetzt überhaupt keine Zahlmeister entlassen worden; sie werden eben aus den Mitteln, die für die Abwicklung der alten Kriegsmarine vorgesehen und genehmigt worden sind, bezahlt. Möge diese Abwicklung rasch durchgeführt werden.

Sodann möchte ich noch kurz zum Ausdruck bringen, daß wir mit aller Bestimmtheit erwarten, daß der künftige Etat nach den Grundsätzen weiser **Sparsamkeit** aufgestellt wird. Wir haben doch den Eindruck, daß gerade auf dem Gebiet des Militär- und Marinewesens im neuen Deutschen Reiche mit Rücksicht auf unsere gesamte Finanzlage in vielen Punkten noch wesentlich mehr gespart werden kann und gespart werden muß.

Zum Reichswehrminister wie zum Admiralstab haben wir volles Vertrauen. Ich möchte hier nur mit einem Satze zum Ausdruck bringen, daß das, was heute von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken gegen den Reichswehrminister vorgebracht worden ist, von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes nicht gebilligt wird.

(Bravo! im Zentrum.)

Wir sehen in dem Reichswehrminister den Mann, der in der Lage ist, Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande nach Möglichkeit zu garantieren, und deshalb haben wir volles Vertrauen in seine Tätigkeit.

(Wiederholte Zustimmung im Zentrum.)

Zu den Ausführungen des Herrn Kollegen **Mittelmann** nur noch wenige Sätze! Wenn der Herr Kollege Mittelmann, und, wie es schon wiederholt geschehen ist, seine Parteifreunde hier Vorwürfe gegenüber denjenigen Kreisen erheben, die den **Friedensvertrag** genehmigt haben, (D) so möchte ich von dieser Stelle aus doch einmal feststellen, daß die Führer der Deutschen Volkspartei am 23. Juni mit den übrigen Abgeordneten dafür gestimmt haben, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

(Hört! Hört! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten. — Widerspruch und Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Falsche Darstellung!)

— Der Herr Kollege Kahl macht einen Zwischenruf. Ich stelle deshalb fest: auch der Herr Kollege Kahl ist bei der damaligen Abstimmung aufgestanden und hat mit in diesem Sinne abgestimmt.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Dann ist der Zwischenruf von anderer Seite erfolgt! — Ich meine, wenn man selbst dafür eingetreten ist, daß die Männer, die jetzt noch in der Regierung sitzen, am 23. Juni haben in der Regierung bleiben können, um den Friedensvertrag bedingungslos zu unterzeichnen, dann sollte man nicht immer denselben Männern und Parteien derartige Vorwürfe machen wollen.

(Andauernde Zurufe rechts.)

— Ich glaube, die Belehrung des Herrn Zwischenrufers gegenüber den Mitgliedern der Nationalversammlung in dieser Sache ist vollständig überflüssig. Wir alle haben damals den ganzen Leidenskelch austrinken müssen und wissen, wie die Zusammenhänge liegen.

(Andauernder Widerspruch und wiederholte Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Löbe:** Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen!

Andre, Abgeordneter: Dann möchte ich gegenüber dem Herrn Kollegen Mittelmann, der dafür eingetreten ist, daß alle politischen Parteien das Recht haben sollen, auf

(Andre, Abgeordneter.)

(A) andere Verhältnisse hinsichtlich unserer Staatsverfassung innerhalb der Reichswehr und der Marine hinzuwirken, doch noch zum Ausdruck bringen, daß der weit überwiegende Teil des deutschen Volks eine **Politisierung** weder der Marine noch der Reichswehr wünscht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das Gros des deutschen Volkes will sowohl zu Wasser wie zu Lande eine Wehr haben, die in der Lage ist, die Interessen des deutschen Volkes zu schützen, Ruhe, Ordnung und Sicherheit für das öffentliche und wirtschaftliche Leben zu gewährleisten, eine Wehr, die sich nicht in die Parteikämpfe hineinstürzt und nach links oder rechts und nach der Mitte agitiert, sondern eine Wehr, die möglichst über den Parteikämpfen, aber auf dem Boden der Reichsverfassung steht und das Interesse des deutschen Volkes und der Allgemeinheit zu schützen bereit ist.

(Bravo! im Zentrum.)

Dann noch ein Wort hinsichtlich der Persönlichkeit des früheren Chefs der Admiralität, des Herrn **v. Tirpitz.** Ich verkenne die Verdienste dieses Mannes um die deutsche Marine nicht. Aber auf der anderen Seite sieht ein großer Teil des deutschen Volkes in Herrn v. Tirpitz den Mann, der mit daran schuld ist, daß wir in den unbeschränkten U-Boot-Krieg hineingetrieben worden sind, und den Mann, der insbesondere den Bau von kleinen Kreuzern und U-Booten nicht genügend gefördert, sondern eher verhindert hat.

(Zuruf rechts: Wie wollen Sie das beurteilen?)

— So gut wie Sie ein Urteil sich abzugeben erlauben, kann ich es mir auch erlauben. Das Material, das Ihnen nach der Seite hin zugängig ist, steht auch anderen Leuten zur Verfügung. Im übrigen werden wir den Anträgen auf Nr. 1391 und 1400 zustimmen.

(Bravo im Zentrum.)

(B) Vizepräsident **Löbe:** Das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Oberfohren, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf den Etat der Reichsmarine trifft in noch stärkerem Maße das zu, was der Herr Reichswehrminister heute morgen über das Heer und seinen Etat gesagt hat, nämlich: dieser Etat ist noch in stärkerem Maße herausgeboren aus den grausamen Bestimmungen des Friedensvertrages. Ich glaube, wenn jetzt allmählich die Bestimmungen des Friedensvertrages in immer stärkerem Maße Wirklichkeit werden, dann wird vor allem das furchtbare Schicksal, das unsere **Reichsmarine** unter der Wirkung des **Friedensvertrages** getroffen hat, dem deutschen Volke die Augen darüber öffnen, was dieser Friede bedeutet. Denn die Dinge liegen so, daß zwei Monate nach Verwirklichung des Friedensvertrages der Gesamtpersonalbestand unserer Reichsmarine auf ein Zehntel heruntergesetzt werden muß, das heißt, wie vorhin schon ganz richtig ein Mitglied der Mehrheitsparteien sagte, auf den Bestand, den unsere Marine im Jahre 1870 gehabt hat. Wenn der Etat selbst riesenhafte Formen angenommen hat gegenüber dem Etat von 1870, so ist das natürlich auf die ungeheuren Mittel zurückzuführen, die wir für die Verwaltung des großen aus dem Kriege stammenden Erbes der Marine und vor allen Dingen für die Unterhaltung des jetzt entwurzelten Personals aufzuwenden haben.

In diesem Zusammenhang kann ich nur dasselbe tun, was schon verschiedene Redner vor mir getan haben, daß ich sage: wir können nur mit tiefer Wehmut Abschied nehmen von dem, was die hervorragendsten Geister Deutschlands in dem Sinne hervorgebracht haben, daß sie unsere **Flotte** zu einem stolzen **Wahrzeichen der deutschen Seegeltung** gemacht hatten. Und wenn ich auch ein allgemeinpolitisches Wort einflechten darf, so

(C) mag es die Frage sein, ob nicht das, was durch das neue Tirpitzsche Buch als Leitgedanke hindurchgeht, richtig ist, daß es wirklich ganz anders gekommen wäre, wenn dieses hervorragende Instrument der deutschen Seegeltung früher und nachhaltiger eingesetzt worden wäre. Das möchte ich zu den Ausführungen sagen, die hier heute morgen in der größeren politischen Aussprache wiederholt gemacht worden sind, daß wir von vornherein hilflos einer ungeheuren Übermacht gegenübergestanden hätten.

Meine Damen und Herren! Die Folge der Tatbestände, die ich hier erwähne, die die Notwendigkeit der Verkleinerung der Marine in sich tragen, zeigt sich vor allen Dingen in der Veränderung, die die oberste Marinebehörde insofern erfahren hat, als das frühere Reichsmarineamt, das sieben Departements umfaßte, jetzt auf drei sogenannte Marineämter zusammengeschrumpft ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß ich von dem objektiven Standpunkte aus, den ich einnehme, diese Einrichtung durchaus für zweckmäßig erachte und der Meinung bin, daß korrekt und richtig verfahren worden ist dadurch, daß man diejenigen Arbeitsgebiete aus dem Reichsmarineamt herausgenommen hat, die mehr kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben, nicht aber militärischen Aufgaben dienten. Trotzdem muß ich aber auch einigen der Herren Vorredner recht geben, die darauf verwiesen haben, daß es doch wohl auffällig ist, daß der hervorragenden Bedeutung, die die **Technik** in unserem Zeitalter und auch in Zukunft für den Wiederaufbau der Marine hat, nicht genügend Rechnung getragen worden ist dadurch, daß die sogenannte **technische Abteilung** als eine Unterabteilung einem Amte unterstellt ist. Ich erinnere daran — und mir ist das in Kiel ganz besonders zum Bewußtsein gekommen —, daß die Unterstellung der Techniker des Konstruktionsdepartements unter einen Nichtfachmann, das heißt unter einen Offizier, während der ganzen Dauer (D) dieser Verhältnisse von allen technischen Beamten der Marine, oberen, mittleren und unteren, aufs allerschwerste als Zurückstellung dieser Beamtenkategorie empfunden worden ist, und daß die gesamten Techniker in Deutschland diesen Zustand wiederholt mißbilligt haben. Das ist erst besser geworden, als vor wenigen Jahren tatsächlich auf diesem Gebiete Wandel geschaffen worden ist. Um so mehr muß es von unserem Standpunkte beklagt werden, daß jetzt wieder ein Nichtfachmann an die Spitze der technischen Abteilung gestellt worden ist.

Wenn dem gegenüber gesagt wird von seiten der Reichsmarineverwaltung, es sei nicht möglich, bei dem geringen Maß der uns verbleibenden Konstruktionsaufgaben, die ja durch den Friedensvertrag herabgedrückt würden, eine derartige Regelung, wie sie von mir gewünscht ist, zu treffen, so muß gesagt werden, daß jedenfalls für die Zukunft die technische Abteilung der Träger für die gesamte Schiffbau- und Maschinentechnik bleiben wird. Von unserem Standpunkte aus müssen wir der Erwartung Ausdruck geben, daß die Technik entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Stellung neben die Verwaltung ebenbürtig eingesetzt wird. Es wäre doch wahrhaftig sonderbar, wenn in diesen letzten Wochen, die wir in diesem hohen Hause erlebt haben, fortgesetzt auf die Bedeutung der Technik und auf die richtige Würdigung ihrer Träger im Gesamtorganismus unserer Wirtschaft hingewiesen worden wäre, wir nun an der Stelle, wo der Staat selbst die Möglichkeit hat, eine Änderung eintreten zu lassen, ein Versagen erleben sollten. Ich schließe mich dem wiederholt geäußerten Wunsche an, daß bei der Aufstellung des nächsten Etats in dem in Rede stehenden Punkte eine Änderung eintreten möge.

Nun hat der Herr Kollege Stücklen gesagt, es sei sehr sonderbar, daß für das Reichswehrministerium ein

(Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter.)

(A) Ingenieur gefordert werde. Ich will ihm folgen in dem Sinne, daß auch ich der Meinung Ausdruck gebe, daß es schwer zu beurteilen ist, ob für das Reichswehrministerium dies nötig ist oder nicht. Ich möchte aber fragen, ob es nicht vielleicht erwägenswert wäre, an die Schaffung einer selbständigen **militärtechnischen Abteilung** unter einem **Marineingenieur** in der Admiralität heranzutreten zur Bearbeitung der militärischen Angelegenheiten des Maschinenpersonals und der betriebstechnischen Angelegenheiten für Schiffe. Selbstverständlich wird man mir sofort entgegenhalten: bei der Notwendigkeit der Verkleinerung gerade der Admiralität ist eine Vermehrung ausgeschlossen. Soviel ich davon verstehe, würde es sich hier doch nur um eine geringe Vergrößerung handeln, um einen Zusatz von einem bis zwei Marineingenieuren, vor allem aber um eine Neuorganisation im Sinne der noch mehr als bisher erforderlichen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im zukünftigen Betriebe der Reichsmarine; denn, meine verehrten Damen und Herren, es ist ein nicht zu verkennendes Erfordernis, daß das Personal, das an der Front die kostbarsten Einrichtungen verwaltet und mit diesen arbeitet, auch in der Admiralität ohne Zwischeninstanz vertreten sein muß, um die technisch wertvollen Erfahrungen für den Wiederaufbau und die Zukunft der Marine erhalten und verwerten zu können. Wenn schon im Reichswehrministerium kein Platz für einen Ingenieur sein soll, so möchte ich doch darauf verweisen, daß in der Admiralität 36 Seeoffiziere und nur 4 Marineingenieure vorhanden sind,

(hört! hört! rechts)

von denen nur einer mit den betriebstechnischen Angelegenheiten der Schiffe zu tun hat. Mit dieser geringen Anzahl von Marineingenieuren ist ein wesentlicher Einfluß auf die wirtschaftlichen Maßnahmen und die Personalangelegenheiten in der Tat nicht zu erreichen.

(B) (Sehr richtig! rechts.)

Nun noch ein Wort zu der Frage der sogenannten **Fachoffiziere** und **Deckoffiziere.** Ich schließe mich da den Worten an, die bisher über die Fachoffiziere gefallen sind, daß nämlich die Fachoffiziere ihre militärischen und verwaltungsmäßigen Aufgaben im Kriege mit geradezu hervorragender Vollendung erfüllt haben, und daß es sehr bedauerlich ist, daß wir die Fachoffiziere in diesem neuen Etat nicht wiedersehen.

Auch darüber muß ich meinem Bedauern Ausdruck geben, daß in diesem neuen Etat außerhalb der Fachoffiziere gar keine **Offiziere** erscheinen sollen, die **aus dem Mannschaftsstande** hervorgegangen sind. So sehr ich die Gründe würdige, die die Reichsmarineverwaltung dafür vorgebracht hat, muß ich doch sagen, daß die Tatsache befremden muß, wenn in dem ersten Marineetat der neuen Zeit nicht ein einziger Offizier enthalten ist, der früher dem Mannschaftsstande angehört hat. Wenn von seiten der Reichsmarineverwaltung gesagt wird, es gehe nicht an, tüchtigen und im Kriege erprobten Offizieren Deckoffiziere vorzuziehen, so möchte ich darauf verweisen, daß es in unserem Deckoffizierkorps eine ganze Reihe von Personen gibt, die im Krieg und Frieden schon seit langen Jahren Offiziersdienste in Offiziersstellungen zur vollsten Zufriedenheit ausgeübt haben, und daß es sogar vollwertige Spezialoffiziere unter ihnen gibt, die über eine reiche praktische Erfahrung verfügen. Das geht z. B. daraus hervor, daß Torpeder, Minen- und U-Bootssteuerleute in Kommandantenstellen verwendet worden sind. Wenn der Herr Reichswehrminister gesagt hat, es würden in Zukunft 50 Prozent aller freiwerdenden Stellen mit solchen Personen besetzt werden

(Reichswehrminister Noske: In diesem Jahre!)

— immerhin, wenn auch in diesem Jahre —, die aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen sind, so muß ich doch

(C) bemerken, daß gerade jetzt der Personalbestand der ganzen Marine vollständig neu organisiert wird, und daß es in Zukunft sehr wenig Gelegenheit geben wird, für ausfallende Kräfte Ersatz zu schaffen. Ich sehe jedenfalls die Gefahr — und nur dem möchte ich hier Ausdruck geben —, daß tatsächlich die vielfach gegebenen Erklärungen auf diesem Gebiete praktisch unmöglich werden. Das würde ich aber von den verschiedensten Gesichtspunkten aus außerordentlich bedauern. Ich kann dieser Auffassung um so mehr Ausdruck geben, als mein Parteifreund Herr v. Graefe bekanntlich schon seit Jahren für die Deckoffiziere in dem von mir angedeuteten Sinne eingetreten ist. Eine solche Entwicklung würde auch durchaus mit dem Geiste der neuen Zeit in Widerspruch stehen. Ich würde mich freuen, wenn der Chef der Admiralität diesem Gesichtspunkt seine Aufmerksamkeit erneut zuwenden würde, zumal er uns ja im Haushaltsausschuß ein Wort gesprochen hat, das allen die Seele bewegte, nämlich dies, daß er jedenfalls für **Kastengeist** in der Marine nie ein Verständnis gehabt habe und niemals haben werde. Er hat uns auch in Aussicht gestellt, daß in diesen Tagen eine Verordnung herauskommen werde, durch die der Unterschied, wie er früher zwischen den einzelnen Offizierkorps bestand, beseitigt werde.

(Bravo! rechts.)

Ich bin in der Tat der Auffassung — damit möchte ich schließen —, daß die Verallgemeinerung der Gesinnung, wie sie in diesem Worte zum Ausdruck gekommen ist, die wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß die Flotte, zu der wir jetzt ja nur den Grundstein legen können, einmal ein brauchbares Instrument für die zukünftige Größe Deutschlands werden kann.

(Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Admiral v. Trotha.

(D) **v. Trotha,** Admiral, Chef der Admiralität: Meine Damen und Herren! Es ist mir ein besonderes tiefgehendes Bedürfnis, für all die Worte der ehrenden Anerkennung, die die Herren Redner in diesem hohen Hause ausgesprochen haben, im Namen der Marine den tiefsten und herzlichsten Dank auszusprechen, nicht nur im Gedenken an alle diejenigen, die in Vaterlandsliebe während der Kriegszeit ihr Ganzes daran gesetzt haben, dem Vaterland hindurchzuhelfen, wenn möglich zum Sieg, sondern auch im Gedenken an all diejenigen, die in herrlicher Vaterlandsliebe ihr Leben gelassen haben und nun den Heldenschlaf schlafen unter der schönsten Heldendecke, dem weiten großen Meere. Meine Damen und Herren! Solange ich die Pflicht des mir anvertrauten Amtes zu tragen habe, werde ich — das möchte ich hier heute versichern — überall dem Menschen zu seinem Recht verhelfen,

(bravo! bei den Deutschen Demokraten)

solange er in Vaterlandsliebe, Treue und Hingabe seine Pflicht tut.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Diesem Menschen werde ich zu seinem Recht verhelfen, nicht nur in der Arbeit des Aufbaus der Marine für eine neue deutsche Zukunft, sondern auch überall da, wo die harten Friedensbedingungen uns zwingen, Persönlichkeiten, die uns treu gedient haben, aus der Marine gehen zu lassen, oder da, wo es gilt, frühere Gegensätze für immer verschwinden zu lassen.

(Bravo!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Der Herr Kollege **Mittelmann** hatte die Freundlichkeit, in seiner Rede auch

(**Scheidemann,** Abgeordneter.)

(A) von mir zu sprechen. Er hat mich aus früheren Reden zitiert, um den Nachweis zu führen — sicherlich im guten Glauben hat er es getan —, daß auch ich mich hier für **Annexionen** ausgesprochen hätte. Es war mir zunächst schwer, festzustellen, bei welcher Gelegenheit ich Äußerungen, wie sie Herr Kollege Mittelmann zitierte, gebraucht haben soll. Der Herr Kollege Mittelmann hat dann auf meine Frage, nachdem mir erst gesagt wurde: im Jahre 1915 — nähere Daten angegeben, und zwar hat er gesagt: am 16. März 1915. Hier fängt schon der Irrtum des Kollegen Mittelmann an. Am 16. März 1915 hat überhaupt keine Reichstagssitzung stattgefunden. Ich war nun darauf angewiesen, auf gut Glück zu suchen und zu suchen. Ich erinnerte mich an eine Rede in 1915 und fand auch eine Stelle, von der ich annahm, daß sie vielleicht Herr Mittelmann im Auge gehabt hat. Aus dieser Rede will ich folgenden Satz vorlesen:

> Annexionen volksfremder Gebiete verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer will übrigens ernsthaft bestreiten, daß durch solche Annexionen die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt werden könnte? Unsere politischen Beziehungen nach außen müßten dadurch dauernd schwer geschädigt werden. Eine immerwährende Kriegsgefahr, die sich von Jahr zu Jahr steigert und uns immer drückender werdende Rüstungslasten aufbürden würde, wäre die absolut sichere Folge. Wir wenden uns deshalb aufs entschiedenste gegen alle, die aus diesem Kriege einen Eroberungskrieg machen wollen.

Sonst steht gar nichts in der Rede, worauf sich Herr Dr. Mittelmann beziehen könnte.

Nun ist es mir nach langem Bemühen gelungen, festzustellen, daß ich einige Worte, die Herr Kollege (B) Mittelmann zitiert hat, in der Tat gebraucht habe. Das gab mir erst die Möglichkeit, die Stelle im stenographischen Bericht zu ermitteln. Sie ist aus einer Rede, die ich am 18. März 1915 gehalten habe. Darin habe ich gesagt:

> Wir brauchen zum Kriege Brot, wir brauchen zum Kriege aber auch Freiheit. Wohl regiert jetzt die Gewalt; das Schwert entscheidet, und überall wird das Schwert geführt im Namen der Freiheit, überall im Namen der Freiheit! Vor dem Gewissen der Völker kann die Anwendung der Gewalt nur gerechtfertigt werden, wenn sie zum Schutze und zur Mehrung der Freiheit aufgerufen wird. Ein Volk, das keine Freiheit zu verteidigen hat, hat nichts zu verteidigen.

Dann kommt später folgende Stelle:

> Wir vertrauen darauf, daß sich unser Volk in der härtesten Prüfung der Weltgeschichte bewähren wird, daß es seinen Weg vorwärts und aufwärts nimmt. Wir sind voll Zuversicht und darum voller Kraft. Das Land,

— jetzt kommt die Stelle, Herr Kollege Mittelmann! —

> in das wir unsere Saat gestreut, ist unser Land. Wir verteidigen es jetzt, wie wir stets darum gekämpft haben, es zu besitzen, auf daß es allen eigen sei: Ein Vaterland der gleichen Rechte und der gleichen Pflichten, ein Vaterland der Freiheit und Wohlfahrt!

Aus diesen Sätzen heraus zitiert Herr Kollege Mittelmann die Worte:

> Das Land, in das wir unsere Saat gestreut, geben wir nicht wieder heraus.

Das haben Sie mit der Tendenz vorgetragen — das war ja die Absicht Ihres ganzen Vortrages —, mich zum Kronzeugen für den Annexionismus anzuführen. Meine (C) Ausführungen sind direkt in ihr Gegenteil umgefälscht worden.

Herr Kollege Mittelmann, ich meine: das ist in der Tat ein ziemlich tolles Stück, etwas derartiges zu machen!

(Lebhafte Zustimmung und Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!)

Ich mache Ihnen persönlich keinen Vorwurf. Herr Abgeordneter Mittelmann ist Neuling in diesem Hause; er weiß vielleicht noch nicht, wie vorsichtig man sein muß, wenn man aus alldeutschen, annexionistischen Broschüren zitiert. Herr Mittelmann war so freundlich, mir die Broschüre zu zeigen, aus der er das Zitat hier vorgetragen hat, eine Broschüre, die von irgendeiner alldeutschen Gesellschaft herausgegeben ist, die sich nicht geschämt hat, das, was ich ausgeführt habe, ins Gegenteil umzulügen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich empfehle Ihnen, Herr Mittelmann, in Zukunft größere Vorsicht.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung — —

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei)

— In der Sache sind Sie in Ihrer Rede schon weit über das hinausgegangen, was ich eigentlich zulassen konnte. Also jetzt kann nur von einer persönlichen Bemerkung die Rede sein; denn eine zweite Garnitur können wir jetzt damit nicht mehr eröffnen.

Also zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter: Das vorhin von mir angeführte Zitat habe ich aus einer Broschüre entnommen, die ich dem Herrn Kollegen Scheidemann auch (D) gezeigt habe. Ich habe ihm den ganzen Wortlaut vorgelegt. Es trifft zu, daß das Datum der angeführten Rede nicht stimmt. Ich werde selbstverständlich nichts unversucht lassen, um Ihnen eine entsprechende Aufklärung zu verschaffen. Ich kann nur bedauern, wenn falsche Zitate ihren Eingang in Broschüren finden.

Im übrigen werde ich Herrn Abgeordneten Scheidemann den Beweis nicht schuldig bleiben, wie ich es ihm schon vorhin privatim gesagt habe, daß er sich in ähnlichem Sinne anderweitig ausgedrückt hat.

(Abgeordneter Scheidemann: Das ist doch unglaublich!)

Präsident: Der Titel ist nicht angefochten.

Es liegt eine Entschließung des Haushaltsausschusses auf Nr. 1392 der Drucksachen vor:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen: die Reichsregierung zu ersuchen, für nicht planmäßig angestellte Beamte und Beamtenanwärter, die als solche vor dem 1. August 1914 in dem Betriebe beschäftigt gewesen sind, die gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, daß sie hinsichtlich ihrer Ansprüche so behandelt werden, wie wenn sie zur Zeit des Übergangs bereits eine planmäßige Anstellung gehabt hätten.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage des Haushaltsausschusses zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Dann liegt noch eine Entschließung der Herren Abgeordneten Delius, Stücklen und Nacken, denen sich ihre Parteien anschließen, auf Nr. 1400 der Drucksachen vor:

(Präsident.)

(A) die Reichsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß für die aus dem Deckoffizierstande hervorgegangenen charakterisierten Seeoffiziere und Ingenieure, soweit sie die Befähigung zum Seeoffizier besitzen, nach und nach die Übernahme auf den Etat der Seeoffiziere in Aussicht genommen wird.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Tit. 2, — 2a, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. — Angenommen.

Kap. 47, Observatorium in Wilhelmshaven, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 48, Intendanturen, Kassen- und Rechnungswesen, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; — Kap. 49, Rechtspflege, Tit. 1 bis 5; — Kap. 50, Seelsorge, Tit. 1 bis 3; — Kap. 51, Geldverpflegung der Marineteile, Tit. 1 bis 35; — Kap. 52, Indiensthaltungen, Tit. 1 bis 4; — Kap. 53, Naturalverpflegung, Tit. 1 bis 5; — Kap. 54, Bekleidung, Tit. 1 bis 4; — Kap. 55 und 55a fallen aus; — Kap. 56, Servis, Mietentschädigung, Wohnungsgeldzuschuß, Tit. 1 bis 3; — Kap. 57, Sanitätswesen, Tit. 1 bis 8; Kap. 58, Reise-, Marsch- und Frachtkosten; Tit. 1 bis 4; — Kap. 59, Bildungswesen, Tit. 1 bis 11; — Kap. 60, Instandhaltung der Seestreitkräfte, der Werft Wilhelmshaven und des Arsenals Kiel, Tit. 1 bis 8; — Kap. 61, Waffenwesen und Befestigungen, Tit. 1, — 2, — 3. — Nach der Vorlage bewilligt.

Zu Tit. 3 liegt eine Entschließung der Herren Arnstadt und Genossen auf Nr. 1391 der Drucksachen vor:

(B)

Die Nationalversammlung wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, den Waffenmeistern der Reichsmarine den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Tit. 4 bis 23. — Angenommen.

Kap. 62, Marinezahlmeisterpersonal, Tit. 1 bis 4; — Kap. 63, Küsten- und Vermessungswesen, Tit. 1 bis 11; — Kap. 64, Verschiedene Ausgaben, Tit. 1 bis 14. — Bewilligt.

Wir kommen an die einmaligen Ausgaben. Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Angenommen.

Nun kommen wir an die Einnahmen. Kap. 10 Tit. 1 bis 9. — Bewilligt.

Nun folgt der außerordentliche Etat, einmalige Ausgabe. Kap. 2b, Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. — Bewilligt.

Damit ist der Haushalt der Reichsmarine erledigt. Wir kommen nun zum

Haushalt des Reichstags (Anlage I a).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Pachnicke. Der Antrag des Ausschusses geht auf unveränderte Annahme.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben, Kap. 2 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **Pachnicke,** Abgeordneter, Berichterstatter: Ich kann über den Etat des Reichstags kurz berichten. Zu den Titeln, welche die **Gehälter unserer Reichstagsbeamten** betreffen, wurde von einem Vertreter des Reichstagsvorstandes mitgeteilt, daß der Vorstand eine Anpassung dieser Gehälter an die herrschenden Teuerungsverhältnisse im nächsten Etat beantragen werde. In ihrer jetzigen Höhe erscheinen diese Gehälter nicht ausreichend. Das Bureau des Reichstags hält den Vergleich mit den Bureaus des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers sowohl nach dem Umfange wie nach der Art der Arbeit sehr wohl aus, und deshalb sei eine finanzielle Gleichstellung geboten. Im Ausschuß wurde gegen diese Ausführungen keinerlei Widerspruch erhoben.

(C)

In bezug auf die **Preise für Drucksachen und für stenographische Berichte** wurde an den Beschluß erinnert, den wir in Weimar gefaßt haben, und der dahin ging, möglichst eine Verbilligung dieser Preise herbeizuführen, um dadurch der Bevölkerung unsere Drucksachen mehr als bisher zugänglich zu machen. Jetzt steht die Sache so, daß die Drucksachen und stenographischen Berichte der Nationalversammlung laufend durch die Post bezogen werden können. Der Preis beträgt 10 Pfennig für den Bogen des stenographischen Berichts und 9 Pfennig für die Anlagen. Einzeldrucksachen sind bei der Sittenfeldschen Druckerei zum Preise von 20 Pfennig für den Bogen, einzelne stenographische Berichte bei der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt zum Preise von 10 Pfennig für den Bogen erhältlich. Diese Preise erschienen dem Ausschuß nicht als zu hoch. Es wurde namentlich darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung trotz der wesentlich erhöhten Papierpreise nicht stattgefunden habe. Die stenographischen Berichte werden an 350 Zeitungen im Austauschverfahren abgegeben.

Ferner wurden die **Beköstigungsverhältnisse** des Reichstags berührt und mancherlei Beschwerden darüber geäußert.

(Sehr richtig!)

(D)

Es haben Verhandlungen zwischen den beteiligten Vorstandsmitgliedern auf der einen und derjenigen Gesellschaft, die den Restaurationsbetrieb übernommen hat, auf der anderen Seite schon stattgefunden. Neue Angebote lagen vor. Noch ist ein Ergebnis nicht erzielt worden. Man regte an — und das lege ich den Frauen innerhalb der Nationalversammlung ans Herz —, ob nicht der schon bestehende Ausschuß durch Heranziehung von Frauen erweitert werden könnte,

(lebhafte Zustimmung)

und ob nicht dadurch die Übelstände, über welche man sich beklagt, abgestellt werden können. Ich gebe das den Frauen zur besonderen Erwägung anheim.

Die Titel selbst wurden unverändert bewilligt, und ich kann das hohe Haus nur bitten, gleichfalls die Bewilligung auszusprechen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn ich mir in dieser vorgerückten Stunde erlaube, zum Haushalt des Reichstags oder vielmehr der Nationalversammlung nur einen Moment das Wort zu nehmen, so möchte ich eine Bitte aussprechen, die, glaube ich, allen Mitgliedern dieses hohen Hauses entspricht. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es doch praktischer wäre, wenn wir, und zwar schon von morgen ab, Gelegenheit hätten, an allen dazu geeigneten Orten **Handtücher** zu haben, um, nachdem wir uns gewaschen haben, uns auch abtrocknen zu können.

(Heiterkeit und Zurufe.)

— Wir wollen nicht sagen, das sind kleine Dinge. Nein, verehrter Herr Berichterstatter, das sind große Sachen. Wir wohnen nicht alle in Berlin, wir wohnen außerhalb.

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) Ich wohne z. B. in Charlottenburg. Ich weiß nicht, wo Sie wohnen, Herr Berichterstatter. Wir müssen weite Wege machen, wir sind den ganzen Tag hier in Berlin im Reichstagsgebäude anwesend. Wir haben das Bedürfnis, uns hin und wieder zu waschen, und wir wollen dazu auch Handtücher haben. Nun habe ich mir sagen lassen, daß nach den Tagen der Revolution gelegentlich der interimistischen Besetzung des Reichstagsgebäudes die Schätze an Leinen ziemlich dezimiert worden seien. Ich nehme an, daß dies geschehen ist durch die menschlichen Bewohner des Hauses, die damals da waren, nicht durch die vier- und sechsfüßigen, die dieses Haus zeitweilig bevölkert haben. Aber ich glaube doch, daß so viel übriggeblieben ist, das wir es uns noch erlauben können, an allen dazu bestimmten diskreten Orten Handtücher zu haben. Ich möchte deshalb bitten, daß von morgen ab die Handtücher wieder da sind.

Im Namen meiner Fraktion darf ich die Erklärung abgeben, daß die Handtücher von uns nur zu dem Zwecke benutzt werden, für den sie bestimmt sind.

Präsident: Ich darf mir als Präsident der Nationalversammlung die Bemerkung gestatten: es gibt auch im Reichstag bezw. in der Nationalversammlung kitzlige Themata; zu denen gehört auch das Thema der Handtücher. Es ist nicht zweckmäßig, darüber im Detail hier zu reden. Aber der Herr Kollege Dusche hat vielleicht die Freundlichkeit, über diese Frage einmal auf unserem Bureau sich zu besprechen; dann wird er hören, warum in dieser Beziehung ein gewisser Mangel im Hause eingetreten ist.

(Abgeordneter Dusche: Herr Präsident, ich übernehme die Verantwortung für meine Fraktion, daß die Handtücher nur zu dem Zwecke benutzt werden, zu dem sie bestimmt sind! — Große Heiterkeit.)

(B) — Aber, Herr Kollege Dusche, das wollen wir nicht anfangen. Das ist selbstverständlich, daß man von jeder Fraktion das gleiche denkt, und ich möchte nicht empfehlen, daß von jeder Fraktion jemand auftritt und die gleiche Erklärung für seine Fraktion abgibt.

Also wir wollen jetzt an den Etat herangehen. Ich rufe auf ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20. — Einmalige Ausgaben Kap. 1, — 2, — 3. — Einnahme Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Damit ist der Haushalt für den Reichstag erledigt.

Ich rufe auf

Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs (Anlage XII).

Der Antrag des Ausschusses geht auf unveränderte Annahme.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 73 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Steinsdorff. — Er verzichtet. Kap. 73 Tit. 1 ist genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 8a, — 9, — 10, — 11, — 12. — Genehmigt.

Einnahme Kap. 15 Tit. 1, — 2. — Ebenfalls genehmigt.

Damit ist dieser Etat erledigt.

Ich rufe auf

Haushalt der Reichsdruckerei (Anlage XV).

Der Antrag des Ausschusses geht auf unveränderte Annahme.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 86 Tit. 1.

(C) Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordneter Dr. Oberfohren. — Er verzichtet. Tit. 1 ist genehmigt.

Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. — Angenommen.

Einmalige Ausgaben Kap. 4a Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Einnahme Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4. — Angenommen.

Auch dieser Etat ist damit erledigt.

Ich rufe auf

Haushalt der Reichsschuld (Anlage XI).

Der Antrag des Ausschusses geht auf unveränderte Annahme. Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 71 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordnete Dr. Pachnicke.

Dr. **Pachnicke,** Abgeordneter, Berichterstatter: Ein kurzer, aber inhaltschwerer Etat! Die **Reichsschuld** betrug am 30. September d. J. bereits 171 377 000 000 Mark, davon unverzinslich 80 479 000 000 Mark. Inzwischen ist diese schwebende Schuld bereits auf 82 Milliarden angewachsen.

(Hört! Hört!)

Die Denkschrift, die uns über den Finanzstand des Reiches vorgelegt worden ist, hat die Endsumme für das Finanzjahr 1919, also den Betrag, der am 31. März 1920 vorhanden sein wird, auf 200 Milliarden geschätzt. Inzwischen ist die Schätzung bereits überholt, und man kann von dem heutigen Stand der Dinge aus auf 204 Milliarden Mark für Ende des Finanzjahres rechnen.

(Hört! Hört!)

Vermutlich aber wird die wirkliche Ziffer die geschätzte dann noch übertreffen. Hierzu kommen die 100 Milliarden, (D) die uns bereits bekannt und die in Goldwert bis zum 1. Mai 1921 zu zahlen sind. Darüber hinaus derjenige Betrag der Kriegsentschädigungen, den wir noch nicht kennen. Das ist eine Finanzlast, die — man darf es aussprechen — das Reich unmöglich tragen kann.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Bemerkungen und füge, einen anderen Titel vorausnehmend, noch hinzu, daß der **Betrag,** den wir **von China** früher zu bekommen hatten, jetzt in Wegfall kommt. China hat uns nichts mehr zu zahlen; Deutschland mußte auf jeden Entschädigungsanspruch vom 14. März 1917 ab verzichten.

Präsident: Kap. 71 Tit. 1 ist genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3; Kap. 72 Tit. 1, — 2 vorbehaltlich der rechnerischen Berichtigung der Ziffer; — Kap. 72a Tit. 1, — 2, — 3. — Einmalige Ausgaben Kap. 10 Tit. 1, — 2. —

Es folgen die Einnahmen Kap. 14 Tit. 1, — 3, — 4, — 5, — 6, — 8. —

Es folgt der außerordentliche Haushalt mit den Ausgaben. Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3. — Einnahmen im außerordentlichen Etat Kap. 2 Tit. 1, — 2; — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 4, — 5, — 5a, — 5b, — 6; — Kap. 4 Tit. 1 vorbehaltlich der rechnerischen Berichtigung der Ziffer; — 2, — 3. — Angenommen.

Damit ist auch dieser Haushalt genehmigt.

Ich rufe auf den

Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 88 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 89 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 89a Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 90 Tit. 1, — 2; — Kap. 91; — Kap. 92. — Einmalige Ausgaben Kap. 12 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 13; — Kap. 14. —

(Präsident.)

(A) Nun folgen die Einnahmen Kap. 17 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26; — Kap. 17a; — Kap. 18 Tit. 1, — 2, — 3, — 4; — Kap. 18a; — Kap. 19 Tit. 1, — 2; — Kap. 20 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 21 Tit. 1, — 3, — 3a, — 4; — Kap. 22 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25. —

Nun kommt der außerordentliche Haushalt, Ausgaben Kap. 6; — Kap. 6a; — Kap. 6b; — Kap. 6c, — Kap. 6d Tit. 1; — Kap. 6e; — Kap. 6f. — Angenommen.

Kap. 6g, das ist die Übertragung der Summe für die Einwohnerwehren aus dem Reichswehrministerium hierher.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Nacken.

Nacken, Abgeordneter, Berichterstatter: Der Haushaltsausschuß hat aus dem Haushaltsetat für das Reichsheer 1 500 000 Mark für Einwohnerwehren in diesen Etat herübergenommen. Das ist deshalb geschehen, um nach außen hin zu beweisen, daß das Einwohnerwehrwesen mit dem Heere absolut nichts zu tun hat.

Präsident: Kap. 6g mit 1 500 000 Mark für Einwohnerwehren ist nicht beanstandet, — es ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 7. — Angenommen.

Damit ist auch der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung erledigt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Der Herr Präsident hat vielleicht übersehen, daß ich mich zu dieser ganzen Materie zum Worte gemeldet hatte. Da ich aber parlamentarisch (B) so geschult bin, daß ich meinen Präsidenten unter keinen Umständen desavouiere, will ich mit Rücksicht hierauf und auf die Geschäftslage auf das Wort verzichten.

(Bravo! und Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Rießer ist zu liebenswürdig!

(Heiterkeit.)

Zur parlamentarischen Schulung gehört das nicht, aber zu einer persönlichen Liebenswürdigkeit gegen den Präsidenten, die er dankbar anerkennt.

(Erneute große Heiterkeit.)

Wir kommen nun an die zweite Lesung des

Etatgesetzes.

Ich rufe auf § 1, — selbstverständlich vorbehaltlich der rechnerischen Feststellungen der Zahlen. — Angenommen.

Ich rufe weiter auf § 2. — Hier gilt der gleiche Vorbehalt wie bei § 1. — Angenommen. § 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10 mit dem

Besoldungshaushalt des Reichsbankdirektoriums.

Ich rufe auf Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6. — Angenommen.

Besoldungshaushalt des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Ich rufe auf Tit. 1, — 2, — 3. — Bewilligt.

§ 11 — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Damit ist das Etatgesetz in zweiter Lesung erledigt.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Schluß der zweiten Lesung des Etats angelangt.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir wollen aber auch —

(Abgeordneter Landsberg: Die dritte Lesung gleich anschließen! — Große Heiterkeit.)

— Ich wäre bereit, Ihnen das vorzuschlagen, aber die (C) Drucklegung der Beschlüsse zweiter Lesung kann nicht so schnell erfolgen; wir müssen uns also schon bis morgen gedulden.

(Erneute Heiterkeit.)

Dagegen würde ich das Haus bitten, heute noch die Menge der vorliegenden Petitionen zu erledigen. Es ist doch wünschenswert, daß die Bittsteller endlich einmal einen Bericht bekommen, und in der Pause ist das Bureau ja imstande, die Berichte an die Petenten hinausgehen zu lassen.

Ich werde die Petitionen einzeln aufrufen und die Anträge des Ausschusses jeweils als angenommen ansehen. Wenn abweichende Anträge gestellt werden oder Wortmeldungen erfolgen, müssen wir die betreffenden Petitionen für später zurückstellen.

— Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Berichte des Ausschusses für die Petitionen (Nr. 1189 bis 1210, 1264 bis 1279 der Drucksachen).

Ich rufe auf:

a) Nr. 1189 der Drucksachen, betreffend Aufhebung der Sittenkontrolle — Berichterstatterin: Frau Abgeordnete Ryneck. (Antrag: Überweisung als Material.)

b) Nr. 1190 der Drucksachen, betreffend Erhöhung der Unfallrente — Berichterstatter: Abgeordneter Hasenzahl. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

c) Nr. 1191 der Drucksachen, betreffend Entschädigung für auf der Eisenbahn verlorenes Gepäck. Berichterstatter: Abgeordneter König. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

d) Nr. 1192 der Drucksachen, betreffend Schadenersatz — Berichterstatter: Abgeordneter Kuntze. (D) (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

e) Nr. 1193 der Drucksachen, betreffend Auszahlung und reichsrechtliche Regelung der Gefangenenlöhnung — Berichterstatter: Abgeordneter Kunert. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

f) Nr. 1194 der Drucksachen, betreffend Erhöhung der Veteranenbezüge — Berichterstatter: Abgeordneter Hasenzahl. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

g) Nr. 1195 der Drucksachen, betreffend Einführung des Nationalgeldes. — Berichterstatterin: Frau Abgeordnete v. Gierke. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

h) Nr. 1196 der Drucksachen, betreffend Förderung des Auslandsnachrichtendienstes. — Berichterstatter: Abgeordneter Holl. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

i) Nr. 1197 der Drucksachen, betreffend Ersatz des durch Einziehung zum Heeresdienst erlittenen Vermögensverlustes. — Berichterstatter: Abgeordneter Holl. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

k) Nr. 1198 der Drucksachen, betreffend Mißstände bei der Ausgabe von Entlassungsanzügen. — Berichterstatter: Abgeordneter Kunert. (Antrag: Überweisung als Material.)

l) Nr. 1199 der Drucksachen, betreffend Schleichhandel und Hotelgewerbe. — Berichterstatter: Abgeordneter Holl. (Antrag; Übergang zur Tagesordnung.)

m) Nr. 1200 der Drucksachen, betreffend Zulassung des Fischers Piltsch in Schwarzort (Kr. Memel) zum fiskalischen Fischereivertrage — Bericht-

(Präsident.)

(A) erstatter: Abgeordneter Schulz (Westpr.). (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

n) Nr. 1201 der Drucksachen, betreffend Aufhebung der §§ 79/157 Z.P.O. usw. — Berichterstatter: Abgeordneter Schulz (Westpr.). (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

o) Nr. 1202 der Drucksachen, betreffend Wiederanstellung im Postdienst. Berichterstatter: Abgeordneter Gleichauf. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

p) Nr. 1203 der Drucksachen, betreffend Familiengesetzgebung. Berichterstatter: Abgeordneter Riedmiller. (Antrag: Überweisung als Material.)

q) Nr. 1204 der Drucksachen, betreffend Typhusepidemie in Pforzheim. Berichterstatter: Abgeordneter Riedmiller. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

r) Nr. 1205 der Drucksachen, betreffend Verwertung einer Erfindung. Berichterstatter: Abgeordneter Holl. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

s) Nr. 1206 der Drucksachen, betreffend Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zur Vermeidung von Härten bei der Zahlung von Kriegselterngeld. Berichterstatter: Abgeordneter Hartmann (Berlin). (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

t) Nr. 1207 der Drucksachen, betreffend Besetzung der Verwaltungsstellen in den Quarantänelagern. Berichterstatter: Abgeordneter Szczeponik. (Antrag: Überweisung als Material.)

u) Nr. 1208 der Drucksachen, betreffend Anstellung von Chemikern und Ingenieuren bei Verwaltungsbehörden. Berichterstatterin: Abgeordnete Frau v. Gierke. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

v) Nr. 1209 der Drucksachen, betreffend Gewährung einer Kriegs- und Verstümmelungszulage usw. (B) Berichterstatter: Abgeordneter Szczeponik. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung bezw. Überweisung als Material.)

w) Nr. 1210 der Drucksachen, betreffend Schaffung einer Wehrkammer. Berichterstatterin: Abgeordnete Frau v. Gierke. (Antrag: Überweisung als Material.)

x) Nr. 1264 der Drucksachen, betreffend Fürsorgemaßnahmen für Familien im besetzten linksrheinischen Gebiete. Berichterstatter: Abgeordneter Sagawe. (Antrag: Überweisung als Material.)

y) Nr. 1265 der Drucksachen, betreffend Vertretung der Interessen der Auslandsdeutschen usw. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Taucher. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

z) Nr. 1266 der Drucksachen, betreffend Entlassung des Sohnes des H. Kaack in Kiel aus französischer Gefangenschaft. Berichterstatter: Abgeordneter Joos. (Antrag: Überweisung als Material.)

aa) Nr. 1167 der Drucksachen, betreffend Erwirkung der Freilassung des Sohnes des Salomon Goldstein in Kamienica aus deutscher Gefangenschaft. Berichterstatter: Abgeordneter Joos. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

bb) Nr. 1268 der Drucksachen, betreffend Erlaß eines Reichsgesetzes zur Schaffung von Notgerichten in der neutralen Zone zwischen Coblenz und Mainz. Berichterstatter: Abgeordneter Sagawe. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

cc) Nr. 1269 der Drucksachen, betreffend Schundliteratur und Mißstände im Kinowesen. Berichterstatter: Abgeordneter Joos. (Antrag: Überweisung als Material.)

dd) Nr. 1270 der Drucksachen, betreffend Fürsorge und Schadenersatz für die Gemeinde Schönberg, Kreis Malmedy (Eifel). Berichterstatter: Abgeordneter Joos. (Antrag: Überweisung als Material.) (C)

Alle diese Anträge des Ausschusses sind angenommen.

Zu

ee) Nr. 1271 der Drucksachen, betreffend Bewilligung des Armenrechts. Berichterstatter: Abgeordneter Hartmann (Berlin). (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

hat der Herr Abgeordnete Brodauf Übergang zur Tagesordnung beantragt. Diese Petition müssen wir also zurückstellen.

Ich rufe weiter auf:

ff) Nr. 1272 der Drucksachen, betreffend Absetzung des Generalmajors Kipping in der Feldzeugmeisterei. Berichterstatter: Abgeordneter Sagawe. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

gg) Nr. 1273 der Drucksachen, betreffend Ausweisung der polnischen Juden aus Deutschland. Berichterstatter: Abgeordneter Schulz (Westpreußen). (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

hh) Nr. 1274 der Drucksachen, betreffend Nachzahlung von Gehalt an 200 Angestellte der Zentrale der Postüberwachungsstellen. Berichterstatter: Abgeordneter Deglerk. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

ii) Nr. 1275 der Drucksachen, betreffend Erstattung von Lazarettgebührnissen. Berichterstatter: Abgeordneter Dröner. (Antrag: Überweisung als Material.)

kk) Nr. 1276 der Drucksachen, betreffend Gewährung einer Beihilfe. Berichterstatterin: Frau Abgeordnete Ryneck. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

ll) Nr. 1277 der Drucksachen, betreffend Familienunterstützungen für Angehörige von Gefangenen. (D) Berichterstatter: Abgeordneter Kunert. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

mm) Nr. 1278 der Drucksachen, betreffend Entlassung aus dem Heeresdienste. Berichterstatter: Abgeordneter Sagawe. (Antrag: für erledigt zu erklären.

Auch diese Anträge des Ausschusses sind angenommen.

Nun kommen wir zum mündlichen Bericht des Ausschusses für die Petitionen auf Nr. 1279 der Drucksachen. Sie finden die Anträge unter I, II, III, IV, V, VI, VII. — Die Berichterstatter verzichten auf das Wort. Da auch sonst das Wort nicht verlangt, ein Widerspruch nicht erhoben wird, erkläre ich die Anträge des Ausschusses für angenommen.

Wir kommen zum letzten Gegenstand der Tagesordnung:

Berichte des 6. Ausschusses für Volkswirtschaft (Nr. 1149 bis 1170, 1182, 1235 bis 1254 der Drucksachen).

Ich rufe auf

a) Nr. 1149 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung des Cöln-Neuessener Bergwerkvereins — Berichterstatter: Abgeordneter Biener. (Antrag: Überweisung als Material.)

b) Nr. 1150 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung der Bäder und Heilquellen — Berichterstatter: Abgeordneter Biener. (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

c) Nr. 1151 der Drucksachen, betreffend Hebung der Reichsfinanzen — Berichterstatter Abgeordneter Davidsohn. (Antrag: Überweisung als Material.)

d) Nr. 1152 der Drucksachen, betreffend Entschädigung der Firma Degener & Pottmeyer in Bocholt wegen Stillegung ihres Betriebes — Bericht-

(Präsident.)

(A) erstatter Abgeordneter Davidsohn. (Antrag: für erledigt zu erachten.)

e) Nr. 1153 der Drucksachen, betreffend Zuteilung eines Tabakkontingents — Berichterstatter Abgeordneter Pick. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

f) Nr. 1154 der Drucksachen, betreffend Schadenersatzforderung — Berichterstatter Abgeordneter Biener. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

g) Nr. 1155 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung des Anschlagwesens — Berichterstatter Abgeordneter Biener. (Antrag: Überweisung als Material.)

h) Nr. 1156 der Drucksachen, betreffend Genehmigung zur Wiedereröffnung der Zigarrenfabrik des Zigarrenfabrikanten Josef Lampka in Oppeln — Berichterstatter Abgeordneter Pick. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

i) Nr. 1157 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung der Schlaf- und Speisewagengesellschaft „Mitropa" — Berichterstatter Abgeordneter Biener. (Antrag: Überweisung als Material.)

k) Nr. 1158 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung des Kohlenbergbaues — Berichterstatter: Abgeordneter Biener. (Antrag: Uebergang zur Tagesordnung.)

l) Nr. 1159 der Drucksachen, betreffend Einfuhr von ausländischen Fertigfabrikaten aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte — Berichterstatterin Frau Abgeordnete Bollmann. (Antrag: Überweisung als Material.

m) Nr. 1160 der Drucksachen, betreffend die Freigabe der Einfuhr von getrockneten Schafdärmen — Berichterstatterin Frau Abgeordnete Bollmann. (Antrag: Überweisung als Material.)

(B) n) Nr. 1161 der Drucksachen, betreffend Verstaatlichung der privaten Versicherungsgesellschaften — Berichterstatter Abgeordneter Reißhaus. (Antrag: Überweisung als Material.)

o) Nr. 1162 der Drucksachen, betreffend Auflösung der Mineralölversorgungs-Gesellschaft m. b. H. Berlin — Berichterstatter Abgeordneter Meier (Sachsen). (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

p) Nr. 1163 der Drucksachen, betreffend Einrichtung staatlicher Auskunfteien — Berichterstatterin Frau Abgeordnete Schroeder. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

q) Nr. 1164 der Drucksachen, betreffend Aufhebung der Bezugsscheinpflicht für Baumwollstoffe — Berichterstatter Abgeordneter Zawadzki. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

r) Nr. 1165 der Drucksachen, betreffend Planwirtschaft — Berichterstatter Abgeordneter Zawadzki. (Antrag: für erledigt zu erklären.)

s) Nr. 1166 der Drucksachen, betreffend Forschungsinstitut der deutschen Textilindustrie — Berichterstatter Abgeordneter Bahr. (Antrag: zur Erwägung beziehungsweise zur Berücksichtigung zu überweisen.)

t) Nr. 1167 der Drucksachen, betreffend Mißstände in der Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften — Berichterstatter Abgeordneter Zawadzki. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

u) Nr. 1168 der Drucksachen, betreffend Ausschaltung bei Erfassung und Verteilung von Getreide usw. — Berichterstatter Abgeordneter Meier (Sachsen). (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

v) Nr. 1169 der Drucksachen, betreffend Zuteilung von Kunstseide — Berichterstatter Abgeordneter Zawadzki. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

w) Nr. 1170 der Drucksachen, betreffend Aufhebung (C) des Verbots der Einfuhr von Luxuswaren, soweit Taschenuhren in Frage kommen — Berichterstatter Abgeordneter Zawadzki. (Antrag: Überweisung als Material.)

Die Anträge des Ausschusses sind angenommen.

Es folgt:

x) Nr. 1182 der Drucksachen: Mündlicher Bericht.

Die Berichterstatter verzichten auf das Wort. Ein Widerspruch gegen die Anträge des Ausschusses unter I, II, III, IV und V wird nicht erhoben; sie sind angenommen.

Ich rufe weiter auf:

y) Nr. 1235 der Drucksachen, betreffend Aufhebung der Fideikommisse. Berichterstatter Abgeordneter Käppler. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

z) Nr. 1236 der Drucksachen, betreffend Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Gebiets. Berichterstatter Abgeordneter Bartschat. (Antrag: Überweisung als Material.)

aa) Nr. 1237 der Drucksachen, betreffend Einsetzung von Kommissionen zur Steigerung der Gütererzeugung. Berichterstatter Abgeordneter Bahr. (Antrag: Überweisung als Material.)

bb) Nr. 1238 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung der Glasindustrie usw. Berichterstatter Abgeordneter Jaud. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

cc) Nr. 1239 der Drucksachen, betreffend Beseitigung aller Kriegsspeditions- und Lagerhausgesellschaften usw. Berichterstatter Abgeordneter Bahr. (Antrag: Überweisung als Material.)

dd) Nr. 1240 der Drucksachen, betreffend Zuteilung eines Kontingents Glockenbronze. Berichterstatter Abgeordneter Jaud. (Antrag: Überweisung zur (D) Erwägung.)

ee) Nr. 1241 der Drucksachen, betreffend Versagung des Transports von Gütern von Mitteldeutschland nach West- und Ostpreußen für die Wassertransportvermittlungsgesellschaft m. b. H. Berichterstatter Abgeordneter Bartschat. (Antrag: Überweisung als Material.)

ff) Nr. 1242 der Drucksachen, betreffend wirtschaftliche Forderungen für das südliche Ostpreußen. Berichterstatter Abgeordneter Bartschat. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

gg) Nr. 1243 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung. Berichterstatter Abgeordneter Biener. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

hh) Nr. 1244 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung des Apothekenwesens. Berichterstatter Abgeordneter Biener. (Antrag: Überweisung zur Erwägung.)

ii) Nr. 1245 der Drucksachen, betreffend Kohlenwirtschaft. Berichterstatter Abgeordneter Biener. (Antrag: Überweisung als Material, bezw. zur Erwägung, bezw. zur Kenntnisnahme, bezw. Übergang zur Tagesordnung.)

kk) Nr. 1246 der Drucksachen, betreffend Herstellung von Holzblockziegeln zwecks Kohlenersparnis. Berichterstatter Abgeordneter Bartschat. (Antrag: Überweisung als Material.)

ll) Nr. 1247 der Drucksachen, betreffend Zwangswirtschaft der für die Fußbekleidungen erforderlichen Ersatzfabrikate. Berichterstatterin Abgeordnete Frau Hübler. (Antrag: für erledigt zu erklären.)

(Präsident.)

(A) mm) Nr. 1248 der Drucksachen, betreffend Zulassung des Verbandes Deutscher Bettenausstattungsfirmen als verteilender Verband. Berichterstatter Abgeordneter Zawadzki. (Antrag: Überweisung als Material.)

nn) Nr. 1249 der Drucksachen, betreffend Sozialisierung der Ziegeleien in Reuß. Berichterstatter Abgeordneter Meier (Sachsen). (Antrag: Überweisung zur Kenntnisnahme.)

oo) Nr. 1250 der Drucksachen, betreffend Zuweisung von Zigarren aus Heeresbeständen. Berichterstatter Abgeordneter Reißhaus. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

pp) Nr. 1251 der Drucksachen, betreffend Aufnahme der Bastfaserforschung in den Organisationsplan der Textilforschung usw. Berichterstatter Abgeordneter Bahr. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung bezw. zur Erwägung.)

qq) Nr. 1252 der Drucksachen, betreffend Ausgestaltung der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft während der Übergangszeit. Berichterstatter Abgeordneter Pick. (Antrag: Überweisung als Material.)

rr) Nr. 1253 der Drucksachen, betreffend Bewilligung eines Darlehns aus Reichsmitteln. Berichterstatter Abgeordneter Bartschat. (Antrag: Übergang zur Tagesordnung.)

ss) Nr. 1254 der Drucksachen, betreffend Freigabe von Rohmaterialien. Berichterstatter Abgeordneter Wieber. (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung.)

Sämtliche Anträge des Ausschusses sind angenommen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mittelmann.

Dr. **Mittelmann,** Abgeordneter: Ich kann nur (B) wiederholen, was ich vorhin in der persönlichen Bemerkung gesagt habe, daß das Zitat tatsächlich nicht zutreffend ist. Es ist hier aus dem „Vorwärts" übernommen, aber der Sinn ist wohl nicht so gemeint, wie ich ihn aufgefaßt habe.

(Na also! bei den Sozialdemokraten.)

— Einen kleinen Augenblick, meine Herren! — Ich habe keinen Zweifel gehabt. Ich hatte keine Veranlassung, an dem Sinne zu zweifeln, weil mir eine ganze Anzahl Äußerungen des Herrn **Scheidemann** bekannt waren, die mich jedenfalls in den Glauben einwiegten, daß es Zeiten gegeben hat, in denen er **Annexionen** durchaus nicht abgeneigt war. Eine solche Äußerung hatte ich ganz genau im Gedächtnis, und diese Äußerung ist — ich habe hier das Original des Berichtes vor mir liegen — am 6. April 1916 in Erwiderung einer Rede vom damaligen Reichskanzler gefallen. Die Stelle lautet wörtlich:

> Der Herr Reichskanzler hat gesagt: „Das Europa, das aus dieser ungeheuerlichsten aller Krisen entstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht mehr gleichen," — und an einer andern Stelle sagte er: „Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht."
>
> Meine Herren, man muß ein politischer Kindskopf sein, wenn man sich einbildet, daß ein ganzer Weltteil in Flammen stehen kann, daß Millionen und Millionen Menschen getötet werden, daß unermeßliche Kulturgüter vernichtet werden, — daß (C) aber bei und nach alle diesem furchtbaren Geschehen kein einziger **Grenzstein** verrückt werden darf, kein Grenzstein, den irgendein längst vermoderter Diplomat gesetzt hat.

(Zuruf.)

Das spricht durchaus nicht gegen Annexionen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Ich muß sagen, daß sich die Situation für den Herrn Kollegen Mittelmann durchaus nicht verbessert. Im Gegenteil, wenn Sie weiterreden und weiterzitieren, werden Sie immer mehr in die Patsche kommen, Herr Kollege! Was beweist denn das, was Sie eben vorgetragen haben? Daß klipp und klar eingetroffen ist, was ich prophezeit habe, zeigt jeder Blick im Friedensvertrag. Wie viele Grenzsteine sind verrückt worden! Wenn ich von **Grenzsteinen** gesprochen habe, die verrückt werden würden, so habe ich dabei nicht an **Annexionen** zu unsern Gunsten gedacht. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß, wenn ein Krieg jahrelang so furchtbar wütet, wenn Tausende und aber Tausende Menschenleben vernichtet werden, wenn die halbe Welt in Flammen steht, dann soll man sich nicht einbilden, daß ein solcher Krieg zu Ende geht, ohne daß irgendwo Grenzsteine verrückt werden. Erinnern Sie sich doch an alle die Auseinandersetzungen, die wir hier gehabt haben, zum Beispiel über Polen! Ich glaube nicht, daß es in diesem Hause notwendig ist, daß ich mich der Mühe unterziehe, den Beweis zu führen, wie unsinnig die ganze Unterstellung ist, daß ich je für Annexionen eingetreten wäre. Ich habe das Gegenteil getan vom ersten Tage des Krieges an, ich bin stets ein strikter Gegner von Annexionen gewesen. Ich kann ja alle meine Freunde als Kronzeugen dafür aufrufen. Und warum wollen mich (D) denn Ihre Freunde auf den Sandhaufen stellen? Doch nicht etwa, weil ich für Annexionen eintrat, sondern weil ich gegen die verbrecherische Annexionspolitik gewesen bin.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das genügt. Ich schlage Ihnen vor, nunmehr Schluß zu machen und die nächste Sitzung abzuhalten morgen Donnerstag, den 30. Oktober, vormittags $9^1/_2$ Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Petitionen, welche von den Ausschüssen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind;
2. zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol;
3. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 nebst Ergänzungen;
4. zweite und dritte Beratung der Novelle zum Besoldungsgesetz;
5. Berichte des Ausschusses für die Petitionen;
6. Berichte des 6. Ausschusses für Volkswirtschaft;
7. Berichte des 7. Ausschusses für soziale Angelegenheiten.

Die drei letzten Positionen sind gerade so wie die, die wir heute zum Schluß erledigt haben.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 37 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW., Wilhelmstraße 32.